

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

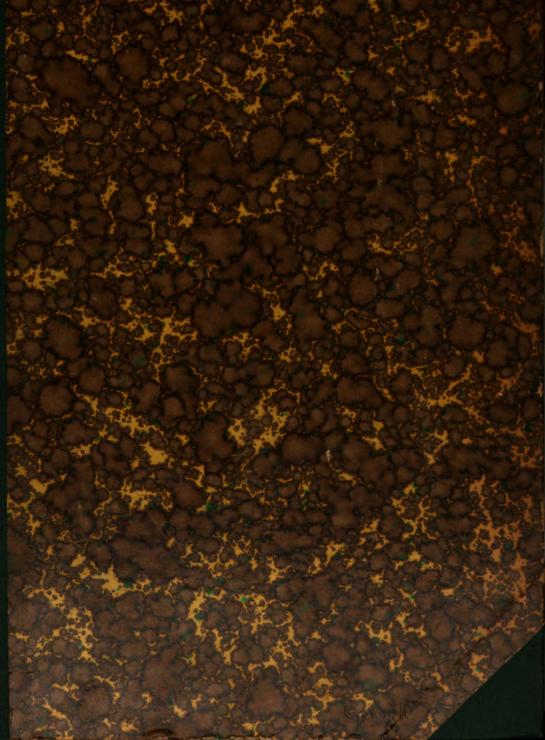
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

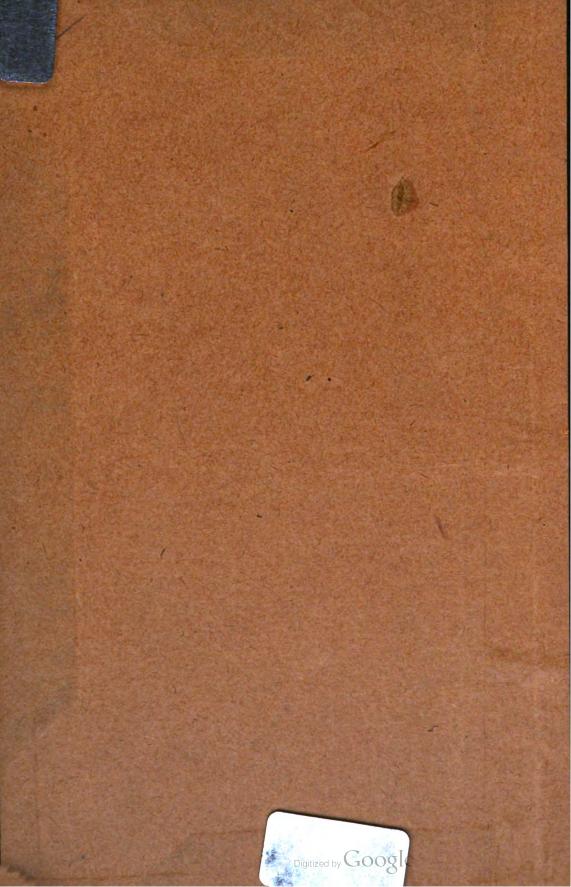
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

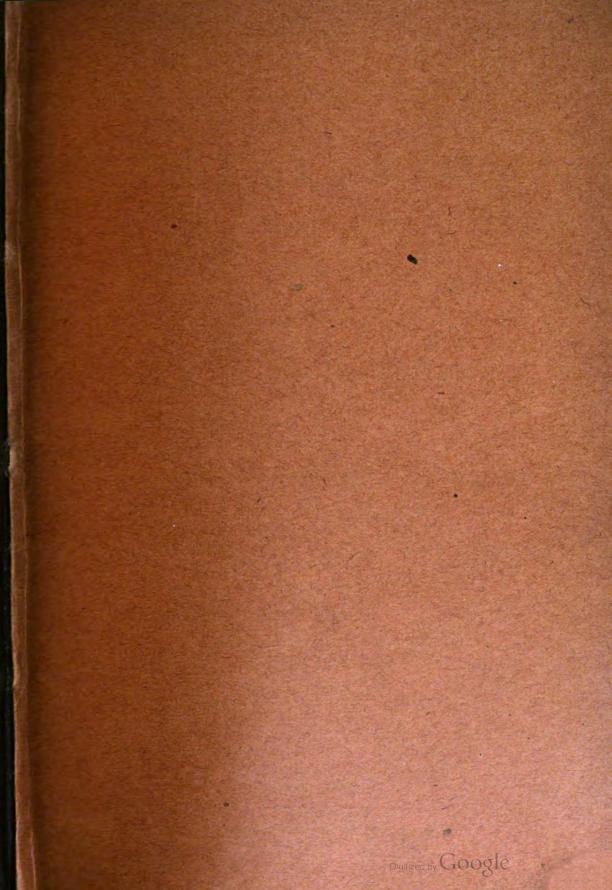
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.









DAS ÖSTERREICHISCHE

SANITÄTSWESEN.

ORGAN FÜR DIE PUBLICATIONEN

DES

K. K. OBERSTEN SANITÄTSRATHES.

REDIGIRT VON

 D_R . J. DAIMER

MINISTERIAL RATH IM MINISTERIUM DES INNERN

Dr. F. STADLER

OBERBEZIRKSARZT

XIV. JAHRGANG. 1902.

WIEN 1902.

ALFRED HÖLDER,

K. U. K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER
L. ROTHENTHURMSTRASSE 13.

Digitized by Google



Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten.



Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Inhaltsverzeichnis.

A.

Abdominaltyphus, s. Ileotyphus.

Abfallstoffe, Ausfüllung ausgebeuteter Ziegelgruben mit denselben 282.

Abgeordnetenhaus. Verhandlungen über Angelegenbeiten des öffentlichen Sanitätsdienstes 137.

Budgetausschuss, sanitäre und veterinäre Angelegenheiten 30.

Abortirte Früchte, Beschau und Ausschluss von der Matrikulirung, s. Todtenbeschauordnung in Steiermark.

Abschlusstermine im Jahre 1902 für die vierwöchentliche Berichterstattung über Infectionskrankheiten 36.

Abstinenzbewegung, alkoholfreie Speiseanstalten 146.

 Bekämpfung des Alkoholmissbrauches durch die Schule 148.

Abtheilungs- und Institutsvorstände der Wiener k. k. Krankenanstalten, Pensionsbehandlung 356.

Abwässer, Einleitung in öffentliche Gewässer, Behandlung nach dem Wasserrechte 420.

Abwässer-Reinigung durch biologisches Verfahren 424, 480.

Acne vulgaris, Verlauf bei Alkoholikern 357.

Acute Exantheme, Sterblichkeit in Oesterreich, s. Todesursachen in Oesterreich, s. auch Blattern, Scharlach, Masern.

Aden, Pestmaassnahmen, s. daselbst.

Aderlass, Berechtigung zur Vornahme 561.

Administrativbehörden, Competenz bei Apothekenerrichtung 187, 341.

-- s. auch politische Landesbehörden.

Aegypten, Blattern, s. daselbst.

- Cholera, s. daselbst.
- Flecktyphus, s. daselbst.
- Pest, s. daselbst.
- erster ägyptischer medicinischer Congress in Cairo 105.
- offene ärztliche Stellen im öffentlichen Sanitätsdienste des Conseils 83.
- Aerzte, Annahme pauschalirter Cassenarztesstellen 116.
- Anzeigepflicht derselben bei Infectionskrankheiten 43.
- Anzeigepflicht bei Tuberculose, s. Tuberculosemaassnahmen.

- Aerzte, Behandlung der zu Doctoren der gesammten Heilkunde an österreichischen Universitäten zu promovirenden ungarischen Staatsangehörigen 264.
- Ertheilung von Auskünften über den Grad von Verletzungen an die Gerichtsbehörden 270.

 Jin Vernebengen (Wiching 2008)

 The Company of the Compa
- — — die Vernehmungsfähigkeit von Verletzten oder Kranken 270.

- Führung von Hausapotheken 135.

-- als Sachverständige in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Gebühren 523.

 Taggelder der staatlich und nicht staatlich angestellten Aerzte als gerichtsärztliche Sachverständige 312.

Zeugnisse derselben zur Begründung von Schulversäumnissen 540.

der Wiener k. k. Krankenanstalten, Unterweisung in der praktischen Receptirkunde 16.
 — — — siehe auch Krankenanstalten.

Deutsche Naturforscher und Aerzte-Versammlung in Karlsbad 377.

s. auch Amtsärzte, Gemeindeärzte, Districtsärzte, Gerchitsärzte, Schulärzte und unter Krankenanstalten

Aerztliche Anzeigepflicht bei Infectionskrankheiten, Umfang 43.

Beglaubigung der Todesursachen in Oesterreich,
 s. Todesursachen (Beilage).

 Praxis, an österreichischen Universitäten zu Doctoren der gesammten Heilkunde promovirte ungarische Staatsangehörige zur Ausübung in Oesterreich nicht berechtigt 264.

- - Ausübung in der Capcolonie 24.

 Stellen im Dienste des internationalen Sanitätsconseils in Aegypten 83.

Aerztekammer Dalmatien, Verlegung des Sitzes 604.

- Kärnten, Constituirung 428.

-- Oberösterreich, Constituirung 312.

Aerztekammern, Competenz der Landesbehörden zur Aufhebung von Beschlüssen derselben 116.

- Annahme pauschalirter Cassenarztesstellen durch die Angehörigen derselben 116.
- Begutachtung des Entwurfes der Gewerbenovelle hinsichtlich Meisterkrankencassen 36,
- Verständigung derselben über Erläuterungen zum gerichtsärztlichen Gebührentarif 204.
- Wirkungskreis und Beschwerderecht 341.
- Aktinomykosis, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Alkalf-Hydroxyde und -Carbonate, Verbot der An- | Apotheken-Errichtung und Verlegung, Competenz wendung bei der Zubereitung von Fleisch

Alkohol, s. Branntwein.

Alkoholfreie Speiseanstalten, Concessionirung 146. Alkoholiker, notorische, Statistik in Niederösterreich 388.

Alkoholismus, Einfluss auf Hautkrankheiten 357.

- Todesfälle in Folge von A. in Kärnten 300.

Alkoholmissbrauch, Bekämpfung durch die Schule 148.

Altersversicherung, s. Abgeordnetenhaus, sanitäre Angelegenheiten.

Amtsärzte, Formulare für die Berichte über Revisionen derselben in Steiermark 264.

- Gutachten derselben bei Unfallerhebungen, Anwendung des gerichtsärztlichen Gebührentarifes 7.
- Intervention bei Uebertragung ansteckender Thierkrankheiten auf den Menschen 120.
- Jahresversammlung im Küstenlande 276. -- Revisionen derselben auf Territorien der Staatsbahnen, Verständigung der k. k. Staatsbahn-
- direktion 7. - Taggelder für gerichtsärztliche Functionen 312.
- Vorgehen bei Infectionskrankheiten 372. - Zuziehung derselben zu den Verhandlungen über Schulbauten 259,
- Errichtung gewerblicher und industrieller Betriebsanlagen 116.
- dritter Instructionscurs 120, 190.
- Versammlung der mährischen A. 8.
- - steiermärkischen A. 72.

Ankylostomiasis, Einschleppung aus Brasilien, Massnahmen 474.

Annen-Kinderspital St. in Wien, Zuweisung scharlachkranker Kinder zur Prüfung des Scharlachserums 468.

Annoncirung von verbotenen Heilmitteln 501.

von Heilmethoden und Heilmitteln durch Ausländer 501.

Ansteckende Krankheiten, s. Infectionskrankheiten. Antwerpen, internationaler Congress für Irrenpflege 371.

Anzeigepflicht ärztliche; Umfang bei Infectionskrankheiten 43.

- bei Tuberculose, s. Tuberculose-Maassnahmen.
- Erfüllung bei Infectionskrankheiten, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.
- für Infectionskrankheiten in Brasilien 503.

Aphthisin, Zulassung zum Apothekenvertriebe 300. Apoplexie, Sterblichkeit in Oesterreich, s. Todesursachen (Beilagen).

Apotheke, die alte Wiener Bürgerspitalsapotheke 50. Apotheken, neue 312, 588.

- Abgabe von Arzneimitteln auf telephonische Weisung in Preussen 189.
- Besitzer in Wien 217.
- Concessionsverleihungen, Vorgehen 213.
- Concursausschreibungen für neu zu errichtende Apotheken, Inhalt derselben 252.
- Einführung theilweiser Sonntagsruhe 239.
- Einfuhr von Geheimmitteln im Wege von Apotheken :07.
- -- Errichtung, Competenz der Administrativbehörden 187.

- der Administrativ-Behörden 341.
- Beurtheilung der Nothwendigkeit derselben 213, 464.
- - durch Bezirks-Krankencassen 524.
- Personale, Verhältnisse in Wien 217.
- Saccharinverkauf 183.
- Sonntagsruhe 239.
- -Verhältnisse in Wien 217.
- Verkauf 213.
- -- Verkehr, allgemeiner, Prüfung pharmaceutischer Erzeugnisse des 2.
- – Zulassung pharmaceutischer Präparate 60, 300.
- Termin für die Vorlage von Gesuchen 492.
- Apothekenwesen, Abstellung von Uebelständen 213.
- Fortschritte in der Reform in Oesterreich 210.
- -Regelung, s. Abgeordnetenhaus, sanitäre Angelegenheiten.
- s. auch Hausapotheken.
- Apotheker, Gleichstellung des Personales der Medicamenten - Eigenregie der Wiener k. k. Krankenanstalten und der Spitalsapotheken mit jenem der öffentlichen Apotheken 70, 215.
- der Medicamenten-Eigenregie der Wiener k. k. Krankenanstalten, Neusystemisirung 120.

Arabien, Cholera, s. Türkei.

Pest, s. daselbst.

Arbeiterbaracken, sanitäre Anforderungen 456.

Arbeiterunterkünfte für zugewanderte Feldarbeiter 437.

Arbeiterschutz, Vorschriften zum Schutze der Gesundheit in Töpfereien 543.

Argentinien, Blattern, s. daselbst. - Pest, s. daselbst.

Armenbebandlung durch die Districtsärzte Kärnten 338.

Arzneimittel-Abgabe auf telephonische Weisung 189.

Auslagen der Krankencassen 545.

- Einfuhr in Briefpostsendungen oder als Muster ohne Werth 245.
- heroische, internationaler Congress 565.
- siehe auch Heilmittel, Geheimmittel.

Arzneiartikel, s. pharmaceutische Präparate.

Arzneitaxe für das Jahr 1902, Berichtigung 105. - - - - 1903 545, 581, 601.

Assanirungen auf dem Lande 397.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich, Wasserversorgung 165, 181, 193, 222, 228, 241, 254, 265, 278, 289, 301.

Athmungsorgane, entzündliche Erkrankungen, s. Todesursachen (Beilagen).

Aufsichtsrecht des Staates, Handhabung desselben hinsichtlich der im selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde getroffenen Verfügungen (Friedbofschliessung) 308.

Augenkranke, Privatheilanstalt in Borohradek 108. Augenspiegeluntersuchung, gerichtsärztliche, Gebühr 24.

Augsburger Magenessenz Kiesow's, Zulassung zum Verkehre 60.

Ausland, Blattern, s. daselbst.

- Einfuhr von Arzneimitteln in Briefpostsendungen und als Muster ohne Werth 245.



Ausland, Einfuhr von Diphtherieheilserum 468.

- Hintanhaltung des unbefugten Arzneimittelverkehres aus dem A. 245.

- Pest, s. daselbst.

- Tuberculose, s. daselbst,

Ausländer, Aupreisung von Heilmethoden und Hellmitteln durch A. in Druckschriften 501.

Australien, Pest, s. daselbst.

Baden, Vorkehrungen gegen Tuberculose 282. Badeorte, Fernhaltung verunreinigter Luft 399.

Gesundheitscommissionen 399.

Bäckereigewerbe, hygienische Einrichtungen 399. Barbirstuben, Hygiene 275.

Bacelli's Heilmittel gegen Maul- und Klauenseuche 191.

Baracken für Arbeiter, Grundsätze für die Errichtung 456.

Barackenspital des Frauenhilfsvereines vom Rothen Kreuze in Teschen, Oeffentlichkeitsrecht, Verpflegstaxe 492.

Bau- und Wohnungshygiene auf dem Lande 397. Beamte der politischen Landesstellen, Diäten und Reisekosten 15.

Beförderungsmittel für Infectionskranke, Desinfection 409.

Belgien, Blattern s. daselbst.

Vorkehrungen gegen Tuberculose 233.

Beriberi in Rio de Janeiro 252, 288, 344, 419, 467. vierwöchentliche über Berichterstattung, fectionskrankheiten, Abschlusstermine im Jahre 1902 36.

- s. unter Jahresbericht.

Berlin, internationale Conferenz zur Bekämpfung der Tuberculose 488.

- Medicamentenauslagen der Krankencassen 545. Berufskrankheiten, Vorkehrungen in Italien 119. Berufswahl bei Tuberculösen 368.

Beschau, s. Todtenbeschau.

Betriebe, gewerbliche, Rettungsunterricht für Unfälle 148.

Verbot der Benützung von Localitäten als Werkstätten im Grunde des § 74 der Gewerbeordnung 585.

Betriebsanlagen, gewerbliche der Flaschenbierfüller, Ueberwachung 273.

- Recursrecht der Gemeinden bei Errichtung, sum Schutze öffentlicher Interessen 72.

- - Wahrung und Schutz der öffentlichen Interessen bei denselben 21.

- - Zuziehung der Amtsärzte zu den Verhandlungen über Errichtung 116.

Bevölkerungsbewegung, s. Bewegung der Bevölke-

Bewegung der Bevölkerung in Spanien 440.

- - s. auch Sanitätsstatistik.

Bezirksärzte, s. Amtsärzte.

Bezirksbereisungen der Amtsärzte, Formulare für die Berichte 264.

Bezirkshebammenposten in Kärnten, Concursausschreibungen 318.

Bezirkskrankenhaus in Friedland 405,

Bezirkskrankencassen, Errichtung von Apotheken 524.

Bezirkskrankencassen, s. auch Krankencassen.

Bier, s. auch Flaschenbier.

Bindehautkatarrh, epidemischer, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Biologisches Verfahren bei Abwässer-Reinigung 424, 480.

Blattern in Oesterreich:

Böhmen 8, 136, 516.

Dalmatien 468.

Galizien 8, 16, 24, 48, 72, 120, 136, 148, 192, 204, 216, 228, 240, 288, 300, 412, 448, 458, 468, 496, 516, 564, 588.

Krain 180, 192.

Küstenland 120, 180, 192.

Mähren 604.

Niederösterreich 16, 344.

Oberösterreich 264, 276.

Schlesien 332.

Steiermark 428.

Tirol 216, 276, 404, 468, 516, 604.

Blattern, Einschleppung aus dem Auslande, Maassnahmen 42, 245.

- s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

- s. Todesursachen in Oesterreich, Beilagen.

- Verlauf bei Trunksüchtigen 357.

- s. auch Impfung.

Blattern im Auslande:

Aegypten 135, 189.

Argentinien 252.

Belgien 147. Brasilien, Rio de Janeiro 83, 119, 189, 252, 288, 344, 419, 467, 504, 588.

Britisch-Indien 419, 456, 488, 543.

Capcolonie 203, 240, 456, 487, 543.

China 456.

Deutsches Reich 252.

Frankreich 83, 107, 119, 135, 164, 180, 189, 543. Gross-Britannien 83, 107, 119, 135, 164.

Hougkong 252, 298, 344.

Italien 83, 107, 135, 189, 252, 298, 344, 487, 543.

Malta 83.

Marokko 189, 203.

Niederlande 147.

Portugal 563, 588, 604.

Rumänien 147, 203, 252.

Spanien 311, 543.

Türkei 189, 203, 240, 252, 288, 311, 419, 467, 487, 504, 543.

Vereinigte Staaten von Nordamerika (Philadelphia 147.

Bleifolien, Verpackung des Thees in denselben 222. Bleigehalt der Glasur von Töpferwaren 9.

Bleistaub in Buchdruckereien 314.

Bleivergiftung durch Genuss von bleihältigem Mehl 373.

Vorschriften zur Verhütung in Töpfereien 543.

Blennorrhöe der Neugeborenen, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Blinde, Congress zur Verbesserung des Loses der Blinden in Brüssel 106.

Blutentziehung an Menschen, Verbot der Vornahme durch Laien 561.

Böhmen, Blattern, s. daselbst.

- Belehrung über den Nutzen der Impfung 271.



Böhmen, Impfung an Volks- und Bürgerschulen | Bukowina, Kropfbehandlung durch Thyreoidin und 271.

neue Heilquellen 412, 440.

- neues Krankenhaus in Friedland 405.

- neues Siechenhaus in Warnsdorf 37.

-- neue Privatheilanstalten 108, 180, 344.

neuer Schlachthof in Warnsdorf 321.

Oeffentlichkeitsrechts - Zuerkennung das Krankenhaus in Friedland 502.

Saccharinverkehr 412.

sanitäre Vorkehrungen in Wallfabrtsorten 114.

Verbot des Geheimmittels »echtes Marienwasser«

Verein >Kinderschutz« in Friedland 440.

Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe.

 Verpflegung Krebs- und Lupuskranker auf Kosten des Landesfondes in der Privatheilanstalt in Košiř 312.

- Wasserversorgung 166.

s, auch Prag.

Bologna, Pellagra-Congress 505.

Bombay, Gesundheitsverhältnisse in der Präsidentschaft B. 364, s. auch Britisch-Indien.

Borsäure, Verbot der Anwendung bei Zubereitung von Fleisch 119.

Bosnien und Hercegovina, Maassregeln sur Verhütung der Einschleppung der Cholera durch zurückkehrende Mekkapilger 203.

- neues öffentliches Bezirksspital in Go-

razda 318.

Branntwein-Verschleiss, s. auch Abgeordnetenhaus, sanitäre Angelegenheiten.

Brasilien, Anzeigepflicht für Infectionskrankheiten 503.

– Beriberi, s. Beriberi.

– Blattern, s. daselbst.

- Gelbfieber, s. daselbst.

-- Pest, s. daselbst.

- Einschleppung der Ankylostomiasis aus B. 474. Britisch-Indien, Blattern, s. daselbst.

- Cholera, s. daselbst.

-- Pest, s. daselbst.

Britisch-Ostafrika, Pest, s. daselbst.

Briefpostsendungen, Einfuhr von Arzneimitteln in Briefpostsendungen 245.

Brod, Beforderung auf Eisenbahnen 564.

Brüssel, 2. internationale Conferenz gegen Syphilis und venerische Krankheiten 172.

XI. internationaler für Hygiene und Demographie 511.

-- Congress zur Verbesserung des Loses der Blinden

- - zur Vereinheitlichung der Formen der heroischen Arzneimittel 565.

Brunnen auf Eisenbahnstrecken, Umwandlung der offenen in geschlossene 223.

- Schöpfbrunnen mit Paternosterwerk 223.

-- am Lande 397.

Brunnengrabung in der Nähe von Heilquellen 493.

Bürgerschulen, Regelung der Vornahme der Impfung an denselben in Böhmen 271.

Bürgerspitalsapotheke, alte, in Wien 50. Buchdruckereien, sanitäre Verhältnisse 314.

Bukowina, Blattern, Flecktyphus etc., s. daselbst.

Evidenthaltung der Infectionskrankheiten 196.

durch Jodpräparate 381.

Regelung der Todtenbeschaugebühren 21.

- Verhandlungen des Landessanitätsrathes, Landessanitätsräthe.

Verhütung der Verunglückung von Kindern durch Verbrennung und Verbrühung 93.

Verkauf der Suppenconserve »Chorut« 285.

- Wasserversorgung 181.

Bulgarien, Choleramaassnahmen, s. daselbst.

Pestmaassnahmen, s. daselbst.

Butter, Verkehr mit 76, 79. Butterschmalz, s. Butter.

C.

Cairo, erster ägyptischer medicinischer Congress

Capcolonie, Ausübung der ärztlichen Praxis 24.

Blattern, s. daselbst.

- Pest, s. daselbst.

Carbonate der Alkalien und Erdalkalien, Verbot der Verwendung bei der Zubereitung von Fleisch

Carcinomstatistik in Oesterreich, s. Beilagen.

Cascarine Leprince Pillen, Zulassung zum allgemeinen Apotheken-Verkehr 60.

Cassenarztessiellen, pauschalirte, Annahme der-selben seitens der Angehörigen der Aerztekammern 116.

Celluloidgegenstände, Bestimmungen über Verkauf und Transport 6.

Chemische Untersuchungsanstalt in den Malayschen Staaten 288.

China, Blattern, s. daselbst.

Cholera, s. daselbst.

– Pest, s. daselbst.

Chlorsaure Salze, Verbot der Verwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Cholera, Maassnahmen in Oesterreich 362.

-- - Einfuhrverbot gegenüber Syrien und Palästina 510, 588.

— — im Küstenlande 249. — — — Seeverkehre zwischen einheimischen Häfen, Anwendung des Pestreglements

— in Bosnien und der Hercegovina aus Anlass der Rückkehr der Mekkapilger 203.

-Instruction, Verbot der Benützung von Wohnräumen und Werkstätten auf Grund derselben 585.

- Sterblichkeit in Oesterreich, s. Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Choleramaassnahmen im Auslande:

Aegypten 188, 371, 379.

Bulgarien 147, 371, 380, 388, 487, 495.

China 456.

Griechenland 371, 380, 495, 528, 562, 603.

Hongkong 188.

Italien 380, 487.

Philippinen 252.

Rumänien 226, 388.

Russland 388, 411.

Türkei 135, 147, 188, 288, 298, 371, 388, 419, 448, 476, 487, 504, 528, 542, 562, 587, 603. Choleranacbrichten:

Aegypten 180, 203, 226, 252, 298, 364, 371, 379, 387, 403, 411, 418, 427, 439, 448, 455, 467, 476, 487, 495, 504, 516, 528, 543, 562, 588, 604.

Bombay im Jahre 1900—1901 364, s. auch Britisch-Indien.

Britisch-Indien 240, 288, 427, 476.

China 188, 311, 344, 371, 456, 467, 487.

Erythraea 503, 516, 542.

Hinterindien 371.

Hongkong 188, 252, 298, 344, 380, 439, 467, 516, 604.

Japan 364, 404, 411, 439, 456, 467, 543.

Macao 344.

Persien 271.

Philippinen 164, 240, 252, 275, 311, 380, 412, 428, 487, 562.

Russland 404, 427.

Türkei (Syrien und Palästina) 467, 476, 487, 495, 504, 516, 528, 542, 562, 587, 603.

— (Arabien) 119, 135, 147, 164, 180, 203, 226, 240, 251, 287, 297, 320, 332, 355, 364, 380, 404, 419, 439, 448, 455, 467, 476, 487, 495, 504, 516, 528, 543, 603.

- (im Lazareth von Klazomene) 439.

Cholera nostras, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten und Todesursachen (Beilagen). >Chorut« Suppenconserve, Verkauf 285.

Cigarren, nicotinarme, Gutachten des Obersten Sanifätsrathes 489.

Civilmatriken, s. Matriken.

Civil· und Militärbehörden, gegenseitige Verständigung über das Auftreten von Infectionskrankheiten 285.

Codex alimentarius, s. Abgeordnetenhaus, sanitäre Angelegenheiten.

Coëxaminatoren bei den medicinischen Rigorosen

Commissionen für Schulgesundheitspflege 259. Concentrirte Essigsäure, Verkehr 171.

Concessionen, für Apotheken, s. Apotheken.
 zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes, Voraussetzungen für die Verweigerung derselben

260. Concursausschreibungen für erledigte Bezirkshebammenposten in Kärnten 318.

- neu zu errichtende Apotheken, Inhalt derselben 252.

Conferenz, internationale, zur Bekämpfung der Tuberculose 488.

 2. internationale in Brüssel gegen Syphilis und venerische Krankheiten 172.

Congress medicinischer, XIV. internationaler in Madrid 1903 227.

- - erster ägyptischer in Cairo 105.

 für Hydrologie, Klimatologie und Geologie in Grenoble 299.

 zur Verbesserung des Loses der Blinden in Brüssel 106.

internationaler, für Gynäkologie in Rom 386.
 Hygiene und Demographie in Brüssel 511.

-- -- Irrenpflege in Antwerpen 371.

 zur Vereinheitlichung der Formen der heroischen Arzneimittel in Brüssel 565.

- Pellagra-, in Bologna 505.

- s. auch Conferenz.

Conjunctivitis, s. Bindehautkatarrh.

Conserven, Fruchtconserven, Zulassung von Kupferverbindungen 282.

Suppenconserve »Chorut«, Verkauf 285.

Conservirungsmittel für Fleisch, Verbot der Anwendung gewisser Conservirungsmittel im Deutschen Reiche 119.

Cretinismus, therapeutische Maassnahmen 144, 149. Croatien, Unabweisbarkeitszeugnisse für in öffentlichen Krankenanstalten aufgenommene Schwangere und Wöchnerinnen aus Cr. 184.

Curação, Pest, s. daselbst.

Curanstalten, Errichtung 292.

Curorte, Bildung von Gesundheitscommissionen 399.

- Fernhaltung verunreinigter Luft 399.

- Maassnahmen gegen Tuberculose 350.

Curpfuscher, Einfluss auf Gesundheit und Leben der Bevölkerung 396.

Curpfuscherei, Anpreisung von Heilmethoden und Heilmitteln in Druckschriften 501.

Curs, Instructions-, für Amtsärzte 120, 190.

-- Repetitions-, für Hebammen im Küstenlande 388. Curse zur Ausbildung von Desinfectionsdienern 191.

D.

Dalmatien, Blattern, s. daselbst.

Verlegung des Sitzes der Aerstekammer 604.

- Wasserversorgung 183.

Demographie, internationaler Congress für Hygiene und Demographie in Brüssel 511.

Dentist, russischer, Führung dieses Titels 94. Desinfection der zur Beförderung von Infections-

kranken verwendeten Transportmittel 409.

— bei Tuberculose, s. Tuberculose-Maassnahmen.

Desinfectionsdiener, Unterrichtscurse für deren Aus-

bildung 191.

Deutsche Naturforscher und Aerzte, Versammlung in Karlsbad 377.

Deutscher Verein für öffentliche Gesundheitspflege, Jahresversammlung in München 228, 395.

Deutsches Reich, Blattern, s. daselbst.

- Genesungshäuser 263.

Leichenbeförderung auf Eisenbahnen, Leichenbegleiter 495.

--- Medicamentenauslagen der Krankencassen 545.

- -- Pestmaassnahmen, s. daselbst.

— — Süssstoffgesetz 563.

 Verständigung der österreichischen Behörden über die Ausstellung von Leichenpässen bei Ueberführung von Leichen 447.

 Verbot der Anwendung von gewissen Conservirungsmitteln und Farbstoffen für Fleisch und Fleischwaren 119.

 Vieh- und Fleischbeschau, theilweise Inkraftsetzung des neuen Gesetzes im Deutschen Reiche 119.

Deutsch-Liebau, Oeffentlichkeitsrecht für das neue Krankenhaus und Verpflegstaxe 475.

Diäten, s. Taggelder.

Diagnostische Stationen für Infectionskrankheiten, Errichtung 138.

- - - Thierimpfungen in Wien und Lemberg 138.

Diagnostische Thierimpfungen bei Lyssa in Wien | Email, s. Glasur. 332.

Diener der Wiener k. k. Krankenanstalten und des k. k. Allgemeinen Krankenhauses in Prag, Führung der Bezeichnung »K. k. « 191.

Diphtherie, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten und Todesursachen in Oesterreich (Bei-

Diphtherieheilserum, Preisermässigung 539.

Einfuhr aus dem Auslande 468,

- Verabfolgung an arme Kranke im Epidemieverfahren 544.

Diplome, Ausfertigung derselben für an österreichischen Universitäten zu Doctoren der gesammten Heilkunde promovirte ungarische Staatsangehörige 264.

Districtsärzte, Erhebungen über Todtenbeschau und Armenbehandlung durch dieselben in

Kärnten 338.

-- in Mähren, Stempelfreiheit der Quittungen derselben üb. gerichtsärztliche Sachverständigengebühren 604.

Doctordiplome, Ausfertigung für an österreichischen Universitäten zu Doctoren der gesammten Heilkunde promovirte ungarische Staatsangehörige 264.

Donaucommission, Europäische, Besetzung einer Chirurgenstelle in Sulina 320.

Druckereien, s. Buchdruckereien.

Druckfehlerberichtigung 468.

Drucksorten, s. Formulare.

Druckschriften, Anpreisung von verbotenen Heilmitteln und Geheimmitteln in denselben

Anpreisung von Heilmethoden, Heilmitteln durch Ausländer 501.

Durchfuhr, s. Einfahr.

Dysenterie, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten und Todesursachen in Oesterreich (Bei-

E.

Eheliche Geburten, s. Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in Oesterreich (Beilagen).

Eigenregie, Medicamenten-, in den Wiener k. k. Krankenanstalten, s. Krankenanstalten.

Einfuhr von Arzneimitteln in Briefpostsendungen und als Muster ohne Werth 245.

- Diphtherieheilserum aus dem Auslande 468. - - Geheimmitteln im Wege von Apotheken **307**.

Einfuhrverbot gegenüber Odessa (Pest) 452, Syrien (Cholera) 510.

Eisenbahnen, Beförderung von Brod 564.

- Leichenbeförderung auf Eisenbahnen im Deutschen Reiche, Leichenbegleiter 495.

Umwandlung der offenen Schöpfbrunnen in geschlossene Schöpf- oder Pumpbrunnen 223.

s. auch Staatsbahnen.

Eisenbahnverkehr aus Odessa, gesundheitliche Ueberwachung 453, 588. Eiserzeugung 258, 284.

Eisessig, s. Essigsäure.

Eisgewinnung 258, 284.

Elektromagnetische Therapie, Anstalt für 468.

England, s. Gross-Britannien.

Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, s. da-

Entscheidungen des Ministeriums für Cultus und Unterricht, Errichtung von Leichenkammern auf confessionellen Friedhöfen 108.

- - - Mittheilung von Krankheitsdiagnosen an Krankencassen 108.

- - - Wasserzusatz bei der Obstmostbereitung 276.

Epidemie-Barackenspital in Teschen, Oeffentlichkeitsrecht und Verpflegstaxe 492.

Spital in Orlau, Oeffentlichkeitsrecht und Verpflegstaxe 425.

Epidemieverfabren, Verabfolgung von Diphtherieheilserum an arme Kranke im Epidemieverfahren 544.

Epidemien, siehe Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Epidemische Krankheiten, s. Infectionskrankheiten. Erdalkalien, Hydroxyde und Carbonate derselben. Verbot der Anwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes, s. daselbst.

Erste Hilfe, Wandtafeln und Taschenbuch von Dr. Lamberg 307.

Erysipel, s. Rothlauf.

Erythraea, Cholera, s. daselbst.

Erzeugnisse, pharmaceutische, des allgemeinen Apothekenverkehres, Prüfung durch den Obersten Sanitätsrath 2.

- s. auch Präparate.

Essgeschirr, Bleigehalt der Glasur 9.

Essigessenz, Verkehr mit 171.

Definition 171.

Essigsäure, concentrirte, Verkehr mit 171.

Europäische Donaucommission, Besetzung der Stelle eines Chirurgen 320.

Evidenthaltung der Spitalsverwiesenen 317.

– der Infectionskranken, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Examinatoren bei den pharmaceutischen Vorprüfungen und Rigorosen 460.

Exantheme acute, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten und Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Exhumirungen, Gebühren der Gerichtsärzte 544.

Einhebung einer Gebühr in Troppau und Friedek 476.

Extragenitale Syphilis 17.

Extragenitaler venerischer Primäraffect 28.

F.

Facultäten medicinische, Zulassung von Frauen als ausserordentliche Hörerinnen 171.

- s. auch Diplome, Universität.

Fäcalien, Ablagerung in Ziegelgruben 282.

Färbung von Margarine im Deutschen Reiche 119.

in Oesterreich, s. Margarineverordnung.

- Wursthüllen 119.

Farbstoffe, Verbot der Anwendung bei der Zu- Fruchtconserven, Zulässigkeit von Kupferverbinbereitung von Fleisch 119.

Feldarbeiter, Unterkunftstätten zugewanderter Feldarbeiter 437.

Fett, s. Speisefett.

Feuchte Wohnungen, Einfluss auf die Gesundheit 400.

Filteranlagen nach dem biologischen Verfahren 424, 480 (Mauer-Oehling).

Flaschenbierfüller, Ueberwachung der Betriebsanlagen derselben 273.

516, 528, 544, 564, 588, 604

- der Bukowina 312, 320, 356, 388.

s. auch Jahresbericht über Infectionskrankheiten, Todesursachen in Oesterreich (Bei-

- im Auslande, Aegypten 135, 189.

Fleisch und Fleischwaren, Verbot der Anwendung von gewissen Conservirungsmitteln und von Farben für Fleisch und Fleischwaren im Deutschen Reiche 119.

Fleichbeschau auf dem Lande 399.

s. auch Viehbeschau.

Beziehungen zum Thier-Fleischbeschauordnung, seuchengesetz 296.

Fleischgenuss, Gefahren und ihre Verhütung 564. Flüsse, hygienische Ueberwachung 395.

Flusssäure und deren Salze, Verbot der Anwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Fluorwasserstoff, s. Flusssäure.

»Fo«, Haarfärbemittel, Vertriebsverbot 307.

Formaldehyd, Verbot der Anwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Formanpräparate, Zulassung zum Apothekenvertriebe 300.

Formosa, Pest, s. daselbst.

Formularien für die Beschaffung der Grundlagen zur Entscheidung über Verpflegskostenersatz 126.

- der Berichte der amtsärztlichen Revisionen

– für den Kataster der Gemeindeärzte in Niederösterreich 320.

Frankreich, Blattern, s. daselbst.

- Pest, s. daselbst.

Frauen, Zulassung als ausserordentliche Hörerinnen der medicinischen Facultäten 171.

Frauenhilfsverein vom Rothen Kreuze in Teschen, Oeffentlichkeitsrecht für das Barackenspital, Verpflegstaxe 492.

Friedhöfe, confessionelle, Errichtung von Leichenkammern auf denselben 108.

Friedhof-Schliessung, Competenz der Gemeinden, Handhabung des staatlichen Aufsichtsrechtes

Friedland, neues Krankenhaus 405.

Zuerkennung des Oeffentlichkeitsrechtes an dasselbe.

Verein »Kinderschutz« 440.

Friedek, Gebühren bei Leichenausgrabungen und Leichenüberführungen 476.

Frisirstuben, Hygiene 275.

dungen 282.

Fuhrkosten der Beamten der politischen Landesbehörden 15.

Fürsorge für krüppelhafte Kinder 92.

G.

Galizien, Anforderungen an Salzniederlagen und Salzverschleissstellen 339.

Blattern, s. daselbst. - Flecktyphus, s. daselbst.

- Gemeindeärzte, passives Wahlrecht in die Gemeindevertretung 340.

 Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe

- Verständigung der Militärbehörden über Infectionskrankheiten 284.

- Vorgehen der Amtsärzte bei Infectionskrankheiten 372.

- s. auch Krakau.

Gaskoch- und -Heizapparate, gesundheitstechnische Anforderungen 389.

Gastwirthschaften, alkoholfreie, Errichtung 146. Gebühren-Einhebung bei Leichenausgrabungen und

Leichenüberführungen in Troppau und Friedek der Todtenbeschauer, Regelung in der Buko-

wina 21.

der Gerichtsärzte für Intervention bei Leichenausgrabungen 544.

- Taggelder 312.

--- in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten 523.

- - für Untersuchung Geisteskranker 136.

— — Zeittarif 544.

- für Augenspiegeluntersuchungen 24.

-- -- Stempelpflicht der Empfangsbestätigungen 604.

Gebührentarif, Interpellationsbeantwortung 23.

- Anwendung auf amtsärztliche Gutachten bei Unfallerhebungen 7.

Verständigung der Aerztekammern über Erläuterungen zu demselben 204.

Geburten, Wochenausweise über G. der grösseren Städte, Heranziehung der letzteren 454.

Geburtenverhältnisse in Oesterreich, s. Beilagen. Geburtshilflicher Beistand, s. Geburtenverhält-

Geflügelmästereien und Schlächtereien in Preussen, Grundsätze für Errichtung und Betrieb 496. Geheimmittel, Anpreisung derselben in Druck-

schriften 501. Einfuhr im Wege öffentlicher Apotheken 307.

- Verbot, »Echtes Marienwasser« 273.

— des Institutes »Vitafer« 245. -- Kornpointner's Mitttel 307.

Gehirnhautentzündung, epidemische, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Geisteskranke Häftlinge, Behandlung 393.

- Gebühren für die gerichtsärztliche Untersuchung 136.

- Landesheil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling 462.

- Pflege derselben in öffentlichen Krankenanstalten, Belehrung des Wartepersonales 108.

- s. auch Irrenpflege.

Gelbfieber, Rio de Janeiro 252, 288, 344, 419, | Gewerbe-Betriebe, Wahrung und Schutz der öffent-467, 504.

Gemeinde, Handhabung des staatlichen Aufsichtsrechtes hinsichtlich der im selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde getroffenen Verfügungen (Friedhofschliessung) 308.

- Recursrecht der Gemeiden bei Errichtung gewerblicher Betriebsanlagen 72.

- -Autonomie, Beschränkung derselben in der Ausübung der Gesundheitspolizei durch die bestehenden Gesetze 187.

Gemeindeärzte, deren Angelegenheiten keine gemeinsamen Angelegenheiten des ärztlichen Standes im Sinne des Aerztekammergesetzes

- Kataster in Niederösterreich 320.

- Wählbarkeit in die Gemeindevertretung in Galizien 340.

– s. auch Districtsärzte.

Gemüseconserven, Zulassung von Kupferverbindungen 282.

Gendarmerie, s. Sicherheitsbehörden.

Genesungshäuser im Deutschen Reiche 263.

Geologie, internationaler Congress in Grenoble 299. Gerichtsärzte, Gebühren für die Untersuchung von Geisteskranken 136.

- Augenspiegeluntersuchungen 24.

- in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten 523.

- - bei Leichenausgrabung 544.

-- Taggelder 312.

— — Zeitgebühr 544.

- Stempelfreiheit der Quittungen über Sachverständigengebühren der Districtsärzte in Mähren

Gerichtsärzte, Gebührentarif, Interpellationsbeantwortung 23.

- Verständigung der Aerztekammern über

Erläuterungen 204. - Anwendung auf amtsärztliche Gutachten

bei Unfallerhebungen 7. Gerichtsbehörden, Feststellung des Gesundheitszustandes und Vernehmungsfähigkeit Erkrankter

und Verletzter im Strafverfahren 270. Geschlechtstrieb, Perversion desselben als Strafausschliessungsgrund 185.

Geschirrerzeugung, s. Töpfereien.

Gesundbrunnen, s. Heilanstalten.

Gesundheit, Einfluss der Curpfuscher auf Gesundheit und Leben der Bevölkerung 396.

- Einfluss feuchter Wohnungen auf die Gesundheit 400,

- s. auch Hygiene.

Gesundheitscommissionen auf dem Lande 399. Gesundheitspflege, deutscher Verein für öffentliche G., Jahresversammlung in München 228, 395.

- in Wallfahrtsorten 114.

- s. auch Hygiene.

Gewässer, öffentliche, wasserrechtliche Behandlung der Einmündung von Unrathscanälen 420.

Gewaltsame Todesursachen in Oesterreich, s. Beilagen S. 170.

Gewerbe-Betriebe, Rettungsunterricht für Unfälle 148.

- Verbot der Benützung von Localitäten zu gewerblichen Betrieben auf Grund des § 74 der Gewerbeordnung 585.

lichen Interessen bei Anlage derselben 21.

-Betriebsaulagen, Recursrecht der Gemeinden bei Errichtung zum Schutze öffentlicher Interessen 72.

- Zuziehung der Amtsärzte zu den Verhandlungen über Errichtung 116.

- der Flaschenbierfüller 273.

- - Concessionirung, alkoholfreie Speiseanstalten 146.

-Hygiene in Bäckereien 399.

-- in Buchdruckereien 314.

in Phosphor-Zündhölzchen-Fabriken 429.

— — Schutz der Arbeiter in Töpfereien 543.

— – s. auch Barbirstuben.

Gewerbekrankheiten, Vorkehrungen in Italien 119. Gewerbe-Novelle, Entwurf, Begutachtung durch die Aerztekammern 36.

Gewerbeordnung, Wahrung und Schutz der öffentlichen Interessen im Sinne der §§ 25, 26, 29 und 30 der G. O. 21.

Glasur der Töpferwaren, Bleigehalt 9.

Gorazda, neues öffentliches bosnisch-hercegovinisches Bezirksspital 318.

Graudenz, Polizeiverordnung betreffend Gaskochund Gasheizapparate 392.

Graz, Schulärzte 72.

- Maassnahmen zur Verhütung der Verbreitung der Masern in Schulen 136.

Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter in Töpfereien 543.

Griechenland, Choleramaassnahmen, s. daselbst.

- Pestmaassnahmen, s. daselbst.

Grenoble, internationaler Congress für Hydrologie Klimatologie und Geologie 299.

Gross-Britannien, Blattern, s. daselbst.

– — Pest, s. daselbst.

Grundsätze, sanitäre für Errichtung von Arbeiterbaracken 456.

für Verhütung und Bekämpfung von Wechselfieber 384.

Grundwasser, Einfluss der Bodenschichten auf die Reinheit desselben 282.

- Schutz desselben in Ziegeleien 282.

-- des Eigenthumsrechtes 197, 199.

- nach dem Wasserechtsgesetz 197, 199.

Gundulić, österreichischer Dampfer, Pestfälle auf demselben 47.

Gutachten des Obersten Sanitätsrathes, s. daselbst. Gynäkologie, IV. internationaler Congress für G. in Rom 386.

H.

Haarfärbemittel, Vertriebsverbot, »Fo« 207. Häftlinge, geisteskranke, Behandlung 393.

Hafnereien, s. Töpfereien.

Hafnerwaren, s. Töpferwaren.

Hausapotheken, Voraussetzungen für die Bewilligung zur Führung derselben 135.

Hautkrankheiten, Einfluss des Alkoholismus auf dieselben 357.

Hawai, Pest, s. daselbst.

Hebammen, Repetitionscurs im Küstenlande 388. Hebammenlehranstalten in Preussen, Frequenz 189. Hebammenposten erledigte in Kärnten, Concursausschreibungen 318.

Digitized by Google

Heilanstalt für elektromagnetische Heilmethoden Hygienische Anforderungen an Arbeiterbaracken

Heilanstalten private, Errichtung 292.

- Maassnahmen gegen Tuberculose in denselben 350, 365.
- private, neue 108, 180, 344, 458.
- s. auch Krankenanstalten, Krankenhäuser.

Heilbäder s. Heilanstalten.

Heilmethode, elektromagnetische 468.

Heilmethoden, Anpreisung durch Ausländer in Druckschriften 501.

Heilmittel, Anpreisung durch Ausländer in Druckschriften 501.

verbotene, Anpreisung in Druckschriften 501.

s. Arzneimittel.

Heilquellen neue, Alexandriner- und Alfredsquelle in Marienbad 412.

- Kotigauer Sauerbrunn 440.

- Schutzrayon 493.

Heilserum für Diphtherie, Einfuhr aus dem Auslande 468.

- - Preisermässigung 539.

- - Verabfolgung an Kranke im arme Epidemieverrahren 544.

-Behandlung bei Diphtherie, Erfolge, s. Beilagen S. 137.

- - s. Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

gegen Pest von Prof. Lustig, Wirksamkeit 83.

-- gegen Scharlach 446, 449, 468.

- Institute für Heilserumgewinnung in Wien und in Krakau 138.

Heilstätte für Lupuskranke in Wien 148.

- für Tuberculose, s. daselbst.

Heilstättenwesen, Zeitschrift für Tuberculose und Heilstättenwesen 564.

Hercegovina, Maassregeln zur Verhütung der Einschleppung der Cholera durch Mekkapilger

Heroische Arzneimittel, Congress zur Vereinheitlichung der Formen 565.

Hilfe, erste, Wandtafeln und Taschenbuch von Dr. J. Lamberg 307.

Hilfsverein für Lungenkranke in den österreichischen Königreichen und Ländern 298.

Hinterindien, Cholera, s. daselbst.

Homosexualität, Strafausschliessungsgrund 185.

Hongkong, Blattern, s. daselbst. - Cholers, s. daselbst.

- Pest, s. daselbst.

Hydrologie, internationaler Congress in Grenoble

Hydroxyde der Alkalien und Erdalkalien, Verbot der Anwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Hygiene, Gewerbe-, in Buchdruckereien 314.

- - in Töpfereien 543.

-- in Zündhölzchenfabriken 429.

- internationaler Congress für Hygiene und Demographie in Brüssel 511.

-- der Frisir- und Barbirstuben in Preussen 275. - s. auch Schulgesundheitspflege.

Hygienische Anforderungen an Gaskoch- und Gasheizapparate 389.

- - an Schulbauten und Schuleinrichtungen 259.

Einrichtungen in Bäckereien 399.

Ueberwachung der Wasserläufe 395.

Wechselbeziehung zwischen Stadt and Land 397.

Humanitätsanstalten, private, Errichtung 292.

- s. auch Heilanstalten, Krankenanstalten.

Humanitätspflege, Unterbringung krüppelhafter Kinder in Anstalten auf Rechnung des n.-ö, Landesfonds 92.

Hundswuth, s. Lyssa.

I.

lleotyphus, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

s. auch Todesursachen in Oesterreich (Beilagen). Impfstoff-Gewinnungsanstalt k. k. in Wien 137.

- - - Impfstoffbestellung 196.

-- -- Impfstoffdepotstellen 24.

— in Neuhaus 137.

Impfung, aseptische 344.

- Belehrung über die Durchführung und den Nutzen der Impfung 272.

- Durchführung und Üeberwachung, Verwendung von Tegminverbändchen 329.

- Nutzen der 564.

Regelung derselben an den Volks- und Bürgerschulen in Böhmen 271.

Impfungen in Oesterreich, s. Beilagen, S. 109 ff. Impfzwang auf den Philippinen 180.

Industriebezirke, Gesundheitscommissionen 399.

Industrielle Betriebsanlagen, Zuziehung der Amtsärzte zu den Verhandlungen über Errichtung

- s. auch Gewerbebetriebe.

Infectionskranke, Desinfection der zum Transporte verwendeten Beförderungsmittel 409.

Infectionskrankheiten, Anzeigepflicht in Brasilien **5**03.

-- Abschlusstermine für die vierwöchentliche Berichterstattung im Jahre 1902 36.

Erfüllung der Anzeigepflicht, s. Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

Errichtung diagnostischer Stationen 138.

Evidenthaltung 196.

periodische Verständigung der Militärbehörden 284.

gegenseitige Verständigung der Civil-Militärbehörden über das Auftreten 285.

Intervention der Amtsärzte bei Zoonosen 120. im Jahre 1901 529.

-- Sterblichkeit in Oesterreich, s. Todesursachen (Beilagen).

Ueberführung von Leichen der an Infectionskrankheiten Verstorbenen 293.

Umfang der ärztlichen Anzeigepflicht bei denselben 43.

Verhütung auf dem Lande 398.

der Uebertragung in Wallfahrtsorten 114.

--- Vorgehen der Amtsärzte 372.

- Vorkehrungen zur Verhütung der Verschleppung durch Post- und Telegraphen-Bedienstete 276. in Rumänien 419.

-- in Spanien 440.

- s. auch unter den einzelnen Krankheitsformen.

Infectionsspital, Oeffentlichkeitsrechts Zuerkennung an des Infections-Spital des gewerkschaftlichen Krankenhauses in Orlau 425.

- s. auch Epidemiespital.

Influenza, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Inland, s. Oesterreich.

Instanzenzug hinsichtlich der im selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde getroffenen Verfügungen (Friedhofschliessung) 308.

Instructionscurs für Amtsärzte 120, 190.

Instruction für den Todtenbeschauer in Steiermark, Ergänzung 56.

 für den Todtenbeschauer in Krain, s. Todtenbeschauordnung.

Internationale Conferenz in Brüssel gegen Syphilis und venerische Krankheiten 172.

 zur Bekämpfung der Tuberculose in Berlin 488.

Internationaler Congress für Gynäkologie in Rom 386.

-- für Hydrologie, Klimatologie und Geologie in Grenoble 299.

- für Hygiene und Demographie in Brüssel 511.

für Irrenpflege in Antwerpen 371.

medicinischer, in Madrid 1903 227.

zur Vereinheitlichung der Formen der heroischen Arzneimittel in Brüssel 565.

Interpellationsbeantwortung, gerichtsärztlicher Gebührentarif 23.

Invaliditätsversicherung, s. auch Abgeordnetenhaus, sanitäre Angelegenheiten.

Irrenaustalt in Mauer-Oehling 462.

Irrenbehandlung, freie, s. Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling (S. 462).

Irren-Colonie in der Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling 472.

Irrenpflege, internationaler Congress in Antwerpen 371.

Irrsinnige, s. auch Geisteskranke.

- Häftlinge, Behandlung 393.

Italien, Blattern, s. daselbst.

- Choleramaassnahmen, s. daselbst.
- Pestmaassnahmen, s. daselbst.
- Vorkehrungen gegen Beruts-(Gewerbe-)Krankheiten 119.
- - Tuberculose 234.

J.

Jahrbuch der Wiener k. k. Krankenanstalten 1899 96.

Jahresbericht der Station für diagnostische Thierimpfungen in Wien 332.

- über Infectionskrankheiten pro 1901 529.

- des Polizeichefarztes in Wien 86.

Jahresversammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Karlsbad 377.

des deutschen Vereines für öffentliche Gesundheitspflege in München 228, 395.

 der küstenländischen Amtsärzte 276. mährischen Amtsärzte 8.

- steiermärkischen Amtsärzte 72.

Japan, Cholera, s. daselbst.

Pest, s. daselbst.

Jodpräparate, Kropfbehandlung 381.

K.

Kärnten, ärztliche Zeugnisse zur Begründung von Schulversäumnissen 540.

 Concursausschreibungen für erledigte Bezirkshebammenposten 318.

 Desinfection der zur Bef\u00f6rderung von Infectionskranken verwendeten Transportmittel 409.

 Erhebungen über Todtenbeschau und Armenbehandlung 338.

 Matriculirung von Todesfällen des activen Militärstandes und Ausschluss derselben von der sanitätsstatistischen Berichterstattung 328.

- Neuconstituirung der Aerztekammer 428.

- Todesfälle in Folge von Trunksucht 300.

- Wasserversorgung 183.

 Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe.

- s. auch Klagenfurt.

Käse, Verkehr mit 76, 79.

>Kaiserlich königlich«, Führung dieser Bezeichnung durch die Diener der Wiener k. k. Kraukenanstalten und des k. k. Allgemeinen Kraukenhauses in Prag 191.

Karlsbad, Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, 377.

Kataster für Gemeindeärzte und Sanitätsdistricte in Niederösterreich 320.

Kehricht, Ablagerung desselben in Ziegelgruben 282

Keuchhusten, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

s. auch Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Kiesow's Augsburger Magenessenz, zum allgemeinen Verkehr zugelassen 60.

Kindbettfieber, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

s. auch Todesursachen in Oesterreich (Beilagen). Kinder, Verhütung der Verunglückung durch Verbreinung und Verbrühung 93.

verkrüppelte, Unterbringung in Anstalten auf Rechnung des n. ö. Landesfonds 92

Kinderbewahranstalten, Errichtung in Niederösterreich 439.

Kindergärten, Errichtung in Niederösterreich 439. Kinderschutz 246.

Kinderschutzstationen in Wien, Verein 356.

Kinderschutz und -Rettungsgesellschaft in Wien 356.

Kinderschutz, Verein in Friedland 440.

Kinderschutzvereine, Thätigkeit derselben 246.

Kindersterblichkeit in Oesterreich, s. Sterblichkeitsverhältnisse (Beilagen).

Klagenfurt, praktischer Curs über Anwendung von Rettungsmitteln in gewerblichen Betrieben 148. Klauenseuche, s. Maulseuche.

Klimatologie, internationaler Congress in Grenoble

Klinik für Kinderkrankheiten in Wien, Zuweisung scharlachkranker Kinder 468.

Kliniken, Stipendien zur Ausbildung von Operateuren an denselben in Graz 71.

Kochgeschirr, Bleigehalt der Glasur 9.

Körperbeschädigung, Einholung vorläufiger Auskunft von den behandelnden Aerzten über den Grad 270. Kohlensäure, flüssige, Anwendung zur Rattenver- | Krankenanstalten, Wiener k. k., ärztliche Hilfetilgung auf Schiffen 47.

Kornpointners Geheimmittel 307.

Košiř, Privatheilanstalt in K., Aufnahme Krebsund Lupuskranker auf Rechnung des böhmischen Landesfondes 312.

Kosmetische Mittel, Verbot des Haarfärbemittels »Fo« 307.

Kosthäuser der Mittelschüler und der Zöglinge der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten 386. Kotigauer Sauerbrunnen 440.

Krain, Blattern, s. daselbst.

- Todtenbeschauordnung und Instruction für den Todtenbeschauer 151, 163.

Todtenbeschaugebühren 151.

- Verbot der Vornahme von Blutentziehungen an Menschen durch Nichtärzte 561.
- Verhandlungen des Landessanitätsrathes, Landessanitätsräthe.

Wasserversorgung 193.

Krakau, diagnostisches Institut für Lyssa 138.

- serotherapeutisches Institut 138.

Krankenanstalten, neue, in Friedland 405.

– in Orlau 413.

- Verständigung der Leitung derselben bei Einvernahme von Pfleglingen im Strafverfahren 270.
- öffentliche, Belehrung des Wartepersonales über die Pflege Geisteskranker 108.

- Evidenthaltung der Spitalsverwiesenen 317.

- Grundlagen, beziehungsweise Formularien zur Beschaffung der Grundlagen für Entscheidungen über Verpflegskosten 124, 126.
- Mittheilung der Krankheits-Diagnosen Krankencassen und Kranken-Unterstützungsvereine 108.
- Unabweisbarkeitszeugnisse für Schwangere und Wöchnerinnen aus Croatien 184.
- Oeffentlichkeitsrechtszuerkennung an das Barackenspital des Frauenhilfsvereines vom Rothen Kreuze in Teschen und Festsetzung der Verpflegstaxe 492.
- - neue Krankenhaus in Deutsch-Liebau und Verpflegstaxe 475.
- - Krankenhaus in Friedland und Verpflegstaxe 502.
- — Infectionsspital in Orlau und Verpflegstaxe 425.
- _ _ _ Krankenhaus in Zwittau und in Mährisch-Neustadt und Verpflegstaxen 184.
- -- bosnisch-hercegovinische Bezirksspital in Gorazda 318.
- Oeffentlichkeitsrechts-Verlängerung für Wagstadt 393.

- k. k. Wiener, Jahrbuch pro 1899 96.

- - und k. k. Allgemeines Krankenhaus in Prag, Führung der Bezeichnung »k. k.« durch die Diener derselben 191.
- - Gleichstellung der Dienstleistung des Personales der Medicamenten Eigenregie jenem der öffentlichen Apotheken 70, 215.
- Neusystemisirung des Personalstandes der Beamten der Medicamenten-Eigenregie 120.
- Pensionsbehandlung der nicht klinischen Abtheilungs- und Institutsvorstände 356.
- — Unterweisung der Aerzte in der praktischen Receptirkunde 16.

leistung an wegen Platzmangels zurückgewiesenen Kranken 604.

s. auch Heilanstalten.

Krankencassen-Arztesstellen, pauschaliste, Annahme derselben seitens der Angehörigen der Aerztekammern 116.

Medicamentenkosten 545.

- Bezirks-, Errichtung von Apotheken 524.

- Mittheilung der Krankheits-Diagnosen an dieselben 108.

Krankenhaus, Wiener k. k. Allgemeines, Unterrichtscurse zur Ausbildung von Desinfectionsdienern 191.

Apotheken, s. Spitalsapotheken.

Krankenhäuser, s. Krankenanstalten.

- Siechenhäuser.

Krankenpflege auf dem Lande 398.

Krankentage, auf einen Krankentag entfallende Medicamentenkosten der Krankencassen, 548.

Krankenunterstützungsvereine, Mittheilung Krankheitsdiagnosen 108.

Krankenverpflegskosten, Beschaffung der Grundlagen für Entscheidungen über dieselbe 124.

- - - - Formularien 126. Krankenverpflegstaxe, s. Verpflegstaxe.

Krankenversicherung, s. Abgeordnetenhaus, sanitäre

Angelegenheiten.

Krankenversicherungsgesetz, Krankheitsbeginn im Sinne desselben 420.

Krankentransport, s. Infectionskranke.

Krankheits-Beginn im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes, Feststellung des Thatbestandes, V. G. H. Erkennt. 420.

Diagnose, Mittheilung an die Krankencassen 108.

Krebskranke, Verpflegung derselben auf Kosten des böhmischen Landesfondes in der Privatanstalt in Košiř 312.

Krebsstatistik in Oesterreich, s. Beilagen.

Kropfbehandlung mit Thyreoidin und Jodpräparaten 381.

Krüppelhafte Kinder, Unterbringung in Anstalten auf Rechnung des n. ö. Landesfonds 92.

Kuala Lumpur, medicinische und chemische Untersuchungsanstalt 288.

Küstenland, Blattern, s. daselbst.

Choleramaassnahmen 249.

- Einschleppung von Ankylostomiasis aus Brasilien, Maassnahmen 474.
- Jahresversammlung der Amtsärzte 276.
- Repetitionscurs für Hebammen 388.
- Verhandlungen des Landessanitätsrathes, Landessanitätsräthe.

- Wasserversorgung 241.

Kuhpockenimpfstoff, s. Impfstoff.

Kuhpockenimpfung, s. Impfung.

Kunstspeisefett, Verkehr mit 76, 79, 306.

Kupferverbindungen, Verwendung bei Conservirung von Früchten und Gemüsen 282.

Land, Assanirungen auf dem Lande 397.

- und Stadt, hygienische Wechselbeziehungen 397.



der Beamten derselben 15.

Landesgesetze, Einfluss derselben auf das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden in Ausübung der öffentlichen Gesundheitspflege 187.

Landes-Heil-und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling 462. Landeskindergärten in Niederösterreich 439.

Landeskinderbewahranstalten in Niederösterreich 439

Landessanitätsräthe, Verhandlungen:

Böhmen 58, 133, 309, 402, 410, 494, 515, 602. Bukowina 175, 402.

Galizien 46, 134, 175, 225, 310, 426, 602. Kärnten 35, 224, 354, 514.

Krain 133, 319, 410, 494.

Küstenland 175.

Mähren 58, 133, 174, 286, 425, 494, 602. Niederösterreich 34, 106, 174, 224, 286, 341, 410, 514, 601.

Oberösterreich 107, 174, 224, 342, 410, 514.

Salzburg 35, 133, 354, 410. Schlesien 59, 287, 425, 515.

Steiermark 35, 309, 354, 493.

Tirol und Vorarlberg 57, 175, 225, 309, 402, 494, 602.

Landwirthschaftliche Arbeiter, zugewanderte, Unterkunftsstätten 437.

Lebend- und Todtgeborene in Oesterreich, s. Geburtenverhältnisse (Beilagen).

Lebensfähigkeit der geborenen Früchte, Kriterium für deren Aufnahme in die sanitätsstatistischen Nachweisungen 55, 57.

Lebensmittelproben, Bestreitung der Kosten bei behördlicher Entnahme 293.

Lebensmittelverkehr, Beförderungen von Brot auf Eisenbahnen 564.

- concentrirte Essigsäure 171.

Kostenbestreitung der entnommenen Untersuchungsproben 293.

Margaringesetz und Durchführungsverordnung 76, 79.

Registrirung von Plomben im Sinne des Margaringesetzes 306.

Verkauf der Suppenconserve »Chorut« 285. Verhandlungen im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses 30.

Verpackung des Thees in bleihältigen Metallfolien 222.

Verwendung von Kupferverbindungen bei Fruchtund Gemüse-Conserven-Erzeugung 282.

Wasserzusatz bei Obstmostbereitung 276. Lebensmittel s. auch Fleisch, Saccharin, Glasur von Töpferwaren.

Lehmgruben in Ziegeleien, Ausfüllung mit Abfallstoffen 282.

Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, Unterkunftswesen der Zöglinge dieser Anstalten 386. Leichenausgrabungen, Gebühren der Gerichtsärzte

544. Einhebung von Gebühren in Troppau und Friedek 476.

Leichenbeschau- s. Todtenbeschau.

Leichenkammern auf confessionellen Friedhöfen, Errichtung 108.

Leichenpässe, Ausstellung, gegenseitige Verständigung der competenten Behörden im Deutschen Reiche und in Oesterreich 447.

Landesbehürden, politische, Diäten und Reisekosten | Leichentransporte auf Eisenbahnen im Deutschen Reiche, Leichenbegleiter 495.

schiitische nach den heiligen Stätten 204.

Leichenüberführungen, Einhebung von Gebühren für die ärztliche Intervention in Troppau und Friedek 476.

- aus dem Deutschen Reiche nach Oesterreich und umgekehrt, gegenseitige Verständigung der competenten Behörden 447.

- Ueberführung von Leichen der an Infectionskrankheiten Verstorbenen 293.

Linimentum Mentholi chloroformatum, Zulassung zum allgemeinen Apothekenvertriebe 300.

Lungenentzündung. Sterbefälle s. Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Lungenkranke, Hilfsverein für L. in den österreichischen Königreichen und Ländern 298.

Lungenschwindsucht, s. Tuberculose.

Lupuskranke, Heilstätte in Wien 148.

Verpflegung derselben auf Rechnung des böhmischen Landesfondes in der Privatanstalt in Košiř 312.

Lustig'sches Pestheilserum, Wirksamkeit 83.

Lyssa, diagnostische Thierimpfungen in Wien im Jahre 1901 332.

Institut in Wien und in Krakau 138.

- s. Infectionskrankheiten im Jahre 1901 und Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

-- s. auch Thierkrankheiten.

M.

Maassnahmen gegen Phosphorvergiftungen 73, 429.

- Pest u. Cholera, s. daselbst.

- - Tuberculose 143, 346.

— — Wechselfieber 384.

— Ankylostomiasis 374. – Cretinismus 149.

Macao, Cholera, s. daselbst.

- Pest, s. daselbst.

Madagascar, rest, s. daselbst. Madrid, XIV. internationaler medicinischer Congress 1903, 227,

Mähren, Amtsärztetag 8.

Oeffentlichkeitsrecht für das Krankenhaus in Deutsch-Liebau und Festsetzung der Verpflegstaxe 475.

- in Zwittau, Mährisch-Neustadt 184.

- neue Privatheilanstalten 180, 344, 458.

- Stempelfreiheit der Quittungen der Districtsärzte in M. für gerichtsärztliche Sachverständigen-Gebühren 604.

- Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe.

Wasserversorgung 205.

Mästereien für Geflügel, Grundsätze für Errichtung und Betrieb 496.

Magen-Essenz von J. G. Kiesow, zum allgemeinen Verkehre zugelassen 60.

Mais als Ursache der Pellagra, s. Pellagra- Congress in Bologna.

Mala sche Staaten, medicinische und chemische Untersuchungsanstalt in Kuala Lumpur 288.

Malaria, Grundsätze für Verhütung und Bekämpfung 384.

Malaria-Bekämpfung 143.

- s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten. Malta, Blattern, s. daselbst.

Margarine, Verkehr mit 76, 79, 306.

Margarine-Färbung in Deutschland 119.

- in Oesterreich, s. Margarin-Gesetz und -Verordnung.

Margaringesetz 76. Margarinverordnung 79.

Margarinplomben 306.

Margarinkäse, Verkehr mit 76, 79, 306. Margarinechmalz, Verkehr mit 76, 79, 306.

Marienbad, neue Heilquellen, (Alexandrinen- und Alfredsquelle) 412.

Marienwasser, echtes, Verbot desselben 273.

Marokko, Blattern, s. daselbst.

Masern, Maassnahmen zur Verhütung der Verbreitung durch den Schulbesuch 136.

- Verlauf bei Trunksüchtigen 357.

- s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

- s. auch Todesursachen in Oesterreich (Beilagen). Matriken, Aufnahme von Früh- und Todtgeburten in dieselben 55, 57.

– Todesfällen des activen Militärstandes in dieselben 328.

Mauer-Oehling Landesheil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke 462.

Maul- und Klauenseuche, Bacellis Heilmittel 191. Mauritius, Pest, s. daselbst.

Medicamente, s. Arzneimittel.

der Wiener k. k. Medicamenten - Eigenregie Krankenanstalten, Gleichstellung des Personales mit jenem in öffentlichen Apotheken 70, 215.

_ _ _ _ Führung der Bezeichnung »k. k. durch deren Diener 191.

- - - Neus; stemisirung des Personalstandes 120.

Medicamentenauslagen der Krankencassen 545. Medicinischer Congress, XIV. internationaler in Madrid, 1903 227.

- — erster ägyptischer in Cairo 105.

- Rigorosen, Regierungscommissäre und Coexaminatoren 459.

Rigorosenordnung, Abänderung 222.

- Studien, Zulassung von Frauen als ausserordentliche Hörerinnen 171.

Untersuchungsanstalt in den Malayschen Staaten

Mehl. bleihältiges, Vergiftungsfälle 373.

Meisterkrankencassen, Begutachtung des Entwurfes der Gewerbenovelle 36.

Mekkapilger, bosnisch-hercegovinische, Maassregeln zur Verhütung der Einschleppung der Cholera durch dieselben 203.

Meningitis cerebrospinalis, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Menthol, Linimentum Mentholi chloroformatum, Zulassung zum allg. Apothekenvertriebe 300. Mesopotamien, Leichentransporte der Schiiten 204. Metallfolien, bleihältige, Verpackung des Thees 222. Miliaria, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten. Militär, actives, Aufnahme von Todesfällen aus demselben in die Civilmatriken, Ausschluss derselben von der sanitätsstatistischen Berichterstattung 328.

Militärbehörden, periodische Verständigung derselben über Infectionskrankheiten 284.

Militär- und Civilbehörden, gegenseitige Verständigung über das Auftreten von Infectionskrankheiten 285.

Militär-Thierarznei-Institut, Jahresbericht der Station für diagnostische Thierimpfungen 1901 332.

Milzbrand, Intervention der Amtsärzte bei Uebertragung auf den Menschen 120.

s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten und Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Mineralwässer, neue, Alexandrinen- und Alfredsquelle

- Kotigauer Sauerbrunn 440.

Missbandlungen der Kinder, Hintanhaltung s. Kinderschutz.

Mittelschüler, Quartiere 386.

Molkereien, Sammel-, auf dem Lande 398.

Mortalitätsverhältnisse in Oesterreich, s. Sterblichkeitsverhältnisse.

Mortalität in der Präsidentschaft Bombay 364. Most, s. Obstmost.

München, Versammlung des deutschen Vereines für öffentliche Gesundheitspflege 228, 395.

Mumps, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten. Mustersendungen, Einfahr von Arzneimitteln in Mustersendungen 245.

N.

Nahrungsmittel-Controle auf dem Lande 398. - s. auch Lebensmittel.

Naturforscher und Aerzte, deutsche, Versammlung in Karlsbad 377.

Neubildungen, bösartige, s. Todesursachen in Oesterreich (Beilagen)

Neugeborene, nicht syphilitische Schälblasenkrankheit der N. 428.

— — s. auch Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Neuhaus, Impfstoffgewinnungsanstalt 137.

Neuseeland, Pest, s. daselbst.

Nicotinarme Cigarren 489

Niederlande, Blattern, s. daselbst.

Niederösterreich, Blattern, s. daselbst. Beschaffung der Grundlagen zur Entscheidung

über Verpflegskostenersatz 124, 126. Errichtung von Landeskindergärten in Ver-

bindung mit Kinderbewahranstalten 439. Heilanstalt für elektromagnetische Behandlung

- Kataster der Gemeindeärzte und der Sanitätsdistricte 320.

und Pflegeanstalt in Mauer-– Landes-Heil-Oehling 462.

- Statistik der Trunksüchtigen 388.

- Ueberführung von Leichen der an Infectionskrankheiten Verstorbenen 293.

- Unterbringung verkrüppelter Kinder in Anstalten auf Rechnung des Landesfonds 92.

Unterkünfte zugewanderter Feldarbeiter 437.

Verbot des Haarfärbemittels »Fo« 307.

- Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landes anitätsräthe.

- Vorschriften zur Verhütung der Verschleppung von ansteckenden Krankheiten durch Angestellte der Post- und Telegraphenanstalten 276.

- Wasserversorgung 229.

- s. auch Wien.

468.

Nordamerika, Vereinigte Staaten, s. daselbst. Norwegen, Vorkehrungen gegen Tuberculose 235. Nutzwasserleitungen, s. Wasserversorgung.

Oberösterreich, Aerztekammer-Constituirung 312.

- Blattern, s. daselbst.

- Durchführung und Ueberwachung der Impfung, Verwendung von Tegminverbändchen 329.
- Errichtung von Privat-, Heil- und Humanitätsanstalten, Gesundbrunnen 292.

neue Apotheke in Urfahr 312.

- Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe.
- Verpflegstaxe im Krankenhause in Schärding 496.
- Wasserversorgung 243.

Oberster Gerichtshof, Entscheidungen:

Strafausschliessung bei Perversion des Geschlechtstriebes 185.

Stratbarkeit der Fälschung des Viehpasses hinsichtlich der Stückzahl 295.

Unwiderstehlicher Zwang, Beurtheilung 185. Vorschriften der Vieh- und Fleischbeschau sind als im Grunde des Thierseuchengesetzes getroffene Anordnungen anzusehen 296.

Oberster Sanitätsrath, Gutachten:

Bleigehalt der Glasur von Töpferwaren 9. Massnahmen gegen Phosphorvergiftungen 73. - - Tuberculose 365.

Nicotinarme Cigarren 489.

Prüfung pharmaceutischer Erzeugnisse des allgemeinen Apothekenverkehres 2.

Verhandlungen 25, 49, 85, 121, 181, 217, 253, 277, 313, 345, 461, 497, 517, 590.

Obsteonserven, s. Fruchteonserven.

Obstmostbereitung, Wasserzusatz 276.

Odessa, Einfuhrverbot gegenüber Odessa 452.

- Pest, siehe Russland. - Ueberwachung des Reiseverkehres 453, 588.

Oefen, s. Gaskoch- und Heizapparate.

Oeffentlichkeitsrechts-Zuerkennung an das Barackenspital des Frauenhilfsvereines vom Rothen Kreuze in Teschen 492.

-- - Krankenhaus in Deutsch-Liebau 475.

— — — Friedland 502.

- für die Infectionsabtheilung des gewerkschaftlichen Krankenhauses in Orlau 425.
- - Krankenanstalten Zwittau, Mährisch-Neustadt 184.
- des bosnisch-hercegovinischen Bezirksspitales in Gorazda 318.
- Verlängerung für das Krankenhaus in Wagstadt 393.

Oesterreich Assanirungsfortschritte, s. Wasserver-

- Behandlung der an österreichischen Universitäten zu Doctoren der gesammten Heilkunde zu promovirenden ungar. Staatsangehörigen 264.
- Cholera- und Pestmaassnabmen, s. daselbst. Geburten und Steiblichkeitsverhältnisse, s. Bei-

Hilfsverein für Lungenkranke 298.

- Jahresbericht über Infectionskrankheiten pro 1901 529.
- Phosphorvergiftungen 73, 429.

Oesterreich, Reform des Apothekenwesens 210.

Todesursachen, s. Beilagen.

- Verständigung der zuständigen Behörden bei Leichenüberführungen nach dem Deutschen Reiche 447.

Zulassung von Frauen als ausserordentliche Hörerinnen an medicinischen Facultäten 171.

Oesterreichische Sanitätswesen, das, Mittheilung schulhygienischer Publicationen desselben an die Bezirksschulinspectoren 259.

Oleomargarin, s. Margarin.

Operateure, Stipendien zur Ausbildung derselben in Steiermark 71.

Orlau, neues gewerkschaftliches Krankenhaus 413.

— Oeffentlichkeitsrecht für das Epidemiespital und Festsetzung der Verpflegstaxe 425.

Paidophilie, Strafausschliessungsgrund 185. Palästina, Eins und Durchfuhrverbot gegen P. 510,

Cholera, s. Cholera in der Türkei.

Pauschalirte Cassenarztesstellen, Annahme derselben seitens der Angehörigen der Aerztekammern 116.

Pellagra-Congress in Bologna 505.

- Maassnahmen 144.

- Mais als Ursache derselben, s. Pellagra-Con-

-- s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Pemphigus neonatorum 428.

- - s. auch Infectionskrankheiten i. J. 1901.

Pensionsbehandlung der nichtklinischen Abtheilungs- und Institutsvorstäude der Wiener k. k. Krankenanstalten 356.

Persien, Cholera, s. daselbst.

Perversion des Geschlechtstriebes als Strafausschliessungsgrund 185.

Pestheilserum, Lustig'sches, Wirksamkeit 83.

Pest auf Schiffen, österreichischer Dampfer »Gundulić 47.

- - 7, 15, 22, 188, 311, 319, 331, 355, **37**0, 438, 442.

Maassnahmen in Oesterreich 362.

— — — Einfuhrverbot gegenüber Odessa 452. - - Ueberwachung des Reiseverkehres aus Odessa 453, 588.

- - seesanitäre, gegenüber Constantinopel 36.

- - Pestreglement, Anwendung auf den Verkehr zwischen einheimischen Häfen bei Cholera 251.
- -- -- Kennzeichnung des aus pestverseuchten Gegenden eingetroffenen und sanitär revidirten Reisegepäckes 6.

- - in Bosnien und der Hercogvina 203.

-- Rattenvertilgung auf Schiffen 47, 82, 134.

-- im Jahre 1900 bis 1901 in Bombay 364.

Pestimpfung mit Haffkin'scher Lymphe, Tetanus-Infection in Britisch-Indien 603.

Pestmaassnahmen im Auslande:

Aden 297.

Brasilien 8, 83, 96, 147, 240, 263, 311, 355, 411, 503.

Bulgarien 15, 22, 35, 59, 70, 81, 95, 134, 251, 274, 311, 331, 342, 363, 370, 378, 387, 403, 438, 447, 466, 475, 486, 503, 527, 541.

Pestmaassnahmen im Auslande:

Capcolonie 16

China 188, 240.

Deutsches Reich 70.

Griechenland 8, 59, 251, 274, 331, 355, 370, 387, 426, 447, 466, 475, 495, 503.

Hongkong 22.

Italien 71, 81, 95, 176 (allgemeine Verordnung), 187, 216, 251, 274, 287, 342, 355, 379, 403, 418, 426, 455, 466, 603.

Japan 542, 562.

Rumänien 8, 15, 22, 35, 46, 71, 81, 147, 187, 216, 343, 355, 379, 418, 426, 447, 466, 587.. Russland 8, 71, 370, 387, 411, 438, 455, 466, 503, 562.

486, 495, 503, 515, 528, 541.

Zanzibar 203.

Pestnachrichten:

Aegypten 15, 22, 36, 47, 60, 71, 82, 96, 107, 118, 134, 147, 175, 188, 202, 216, 226, 240, 251, 262, 274, 287, 311, 331, 343, 355, 371, 379, 387, 403, 418, 427, 438, 466, 475, 486, 495, 503, 515, 528, 541.

Arabien 297 (s. auch Türkei).

Argentinien 226, 332.

Australien 107, 164, 176, 203, 216, 240, 251, 263, 275, 287, 297, 311, 320, 343, 355, 371, 379, 387, 411, 418, 427, 448, 455, 467, 476, 487, 516, 542, 562.

Brasilien 8, 22, 47, 71, 83, 96, 107, 119, 147, 164, 176, 188, 203, 216, 226, 311, 403, 438, 455, 467, 475, 487, 495, 503, 516, 528, 542, 587, 603.

Britisch-Indien 8, 36, 60, 71, 82, 96, 107, 118, 134, 147, 176, 188, 202, 216, 226, 240, 251, 262, 274, 287, 311, 332, 343, 355, 364, 371, 379, 387, 403, 411, 418, 427, 438, 448, 455, 466, 475, 486, 495, 503, 516, 528, 541, 587, 603.

Britisch-Ostafrika 147, 176, 202, 216, 226, 251, 263, 275, 297, 319.

Capcolonie 8, 16, 36, 47, 60, 71, 83, 96, 107, 118, 135, 147, 176, 226, 240, 263, 287, 297, 311, 319, 332, 355, 364, 371, 379, 387, 403, 427, 448, 455, 486, 503. China 343, 466.

Curação 379.

Formosa 355.

Frankreich 7, 15, 311, 319, 331, 370.

Gross-Britannien 331, 342,

Hawaii 71.

Hongkong 22, 96, 107, 134, 188, 251, 297. 343, 379, 438, 466, 487, 516, 603.

Japan 542.

Macao 343.

Madagaskar 297, 319, 387, 418.

Mauritius 8, 96, 528.

Neuseeland 311, 371. Philippinen 60, 83, 135, 379.

Russland 71, 355, 370, 387, 403, 411, 426, 438, 448, 455, 466, 475, 486, 503, 515, 527, 541, 562.

Pestnachrichten:

Türkei 15, 22, 36, 47, 59, 82, 107, 331, 343, 438, 454, 475, 495, 503, 541, 603.

Uruguay 226, 332.

Vereinigte Staaten von Nordamerika (S. Francisco) 71, 503, 542.

Pflanzenfett, Verkehr mit, s. Margaringesetz und -Verordnung.

ößentlicher Pflegepersonale Krankenanstalten, Unterweisung in der Pflege Geisteskranker

Pharmaceuten, Personalverbältnisse in den Wiener Apotheken 217.

Pharmaceutische Beamte der Medicamenten-Eigenregie der Wiener k. k. Krankenanstalten, Neusystemisirung 120.

- - - und von Spitalsapotheken, Gleichstellung mit jenen in öffentlichen Apotheken 70, 215.

 Präparate, Prüfung durch den Obersten Sanitätsrath 2.

- Termin für die Vorlage von Gesuchen an das Ministerium des Innern 492.

-, zum allgemeinen Verkehr zugelassene 60, 300.

-- Reform in Oesterreich 210.

 Vorprüfungen und Rigorosen, Regierungscommissäre und Examinatoren 460.

Philippinen, Cholera, s. daselbst.

— Impfzwang 180.

-- Pest, s. daselbst.

Phosphorvergiftungen in Prag 73.

- Massnahmen gegen dieselben 73.

- in sanitäts-polizeilicher Beziehung 429.

Pilgerzüge, sanitäre Ueberwachung in Wallfahrtsorten 114.

Pillole ferro-reochinate antimalariche, Zulassung zum Apothekenvertriebe 300.

Plomben für Margarinproducte 306.

Politische Landesstellen, Taggelder und Fuhrkosten der Beamten 15.

Polizeiärzte, Thätigkeit, s. Jahresbericht des Polizeichefarztes.

Polizeichefarzt, Jahresbericht 86.

Portugal, Blattern s. daselbst.

Post- und Telegraphenangestellte, Verhütung der Verschleppung ansteckender Krankheiten durch dieselben 276.

Präparate, pharmaceutische, Prüfung durch den Obersten Sanitätsrath 2.

Termin für die Vorlage der Gesuche um Zulassung 492.

- zum allgemeinen Apothekenverkehr zugelassene 60, 300.

Prag, k. k. Allgemeines Krankenhaus, Führung der Bezeichnung »k k. durch dessen Diener 191.

Praxis, ärztliche, s. ärztliche Praxis.

Preisermässigung des Diphtherie-Heilserums 539. Preussen, Abgabe von Arzneimitteln auf telephonische Anweisung 189.

- Frequenz der Hebammen-Lehranstalten 189.

- Geflügelmästereien und -Schlächtereien 496. -- Hygiene der Frisir- und Barbirstuben 275.

Polizeiverordnung in Graudenz, betreffend Gaskoch- und Gasheizapparate 392.

Primäraffect, syphilitischer, extragenitaler 17.

Primäraffect, venerischer 28.

Primarärzte der Wiener k. k. Krankenanstalten, Pensionsbehandlung 356.

Privatärzte, Taggelder derselben als gerichtsärztliche Sachverständige 312.

Privatheilanstaltfür elektromagnetische Therapie 468.

— in Košiř, Verpflegung Krebs- und Lupuskranker auf Rechnung des böhmischen Landesfondes 312. Privatheilanstalten, Bestimmungen über Errichtung 292.

--- neue 108, 180, 344, 458.

Prostitution in Wien, s. Jahresbericht des Polizeichefarztes.

- s. auch Conferenz gegen Syphilis.

0.

Quartiere der Mittelschüler und der Zöglinge der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten 386. Quittungen, Stempelfreiheit der Quitt, der Districtsärzte in Mähren für gerichtsärztliche Sachverständigen Gebühren 604.

R.

Radicalessig 171.

Rattenvertilgung auf Schiffen durch Anwendung flüssiger Kohlensäure 47.

- türkisches Reglement 82, 134.

Receptirkunde, Unterweisung der Aerzte der Wiener k. k. Krankenanstalten 16.

Reconvalescentenbäuser, s. Genesungshäuser.

Recursrecht der Gemeinden bei Errichtung gewerblicher Betriebsanlagen 72.

Reform des Apothekenwesens in Oesterreich 210. Regierungscommissäre bei den medicinischen Rigorosen 459.

- - pharmaceutischen Rigorosen 460.

Regulativ für die Beurtheilung der pharmaceutischen Erzeugnisse des allgemeinen Apothekenverkehres 2.

Reichenhaller Soolpastillen, Zulassung zum allgemeinen Apothekenvertrieb 300.

Reisediäten der Beamten der politischen Landesstellen 15.

- s. auch Taggelder.

Reisegepäck, Kennzeichnung des auspestverseuchten Gegenden eingetroffenen und sanitär revidirten Reisegepäckes 6.

Reisekosten, s. Fahrkosten.

Repetitionscurse der Hebammen 388.

Reitungsdienst in Wien, s. Jahresbericht des Polizeichefarztes.

- auf dem Lande 399.

Rettungsgesellschaft, Kinderschutz und R. in Wien 356

Rettungsunterricht für Unfälle in gewerblichen Betrieben 148.

Revision, sanitäre des Reisegepäckes der aus pestverseuchten Gegenden eingetroffenen Reisenden, Kennzeichnung des Vollzuges 6.

- auf Staatsbahnterritorien, Verständigung der

Staatsbahndirectionen 7.

- der aus Odessa eintreffenden Reisenden in den Eisenbahngrenzstationen 453, 588. Rigorosen, medicinische, Regierungscommissäre und Coexaminatoren 459.

 pharmaceutische, Regierungscommissäre und Examinatoren 460.

Rigorosenordnung, medicinische, Abänderung 222. Rötheln, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Rom, IV. internationaler Congress für Gynäkologie 386.

Rothlauf, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten und Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Rotz, amtsärztliche Intervention bei Uebertragung auf den Menschen 120.

 s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten und Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Rumänien, Blattern, s. daselbst.

-- Choleramaassnahmen, s. daselbst.

- Infectionskrankheiten im Jahre 1901 419.

- Pestmaassnahmen, s. daselbst.

Russland, Cholera, s. daselbst.

- Choleramaassnahmen, s. daselbst.

- Pest, s. daselbst.

S.

Saccharin, Gesetz im Deutschen Reiche 563.

Saccharinschmuggel 412.

Saccharinverkehr, Verkauf von Zuckerintabletten 412.

Sachsen, Vorkehrungen gegen Tuberculose 236. Sachverständige, gerichtsärztliche, Taggelder 312.

 Quittungen der Districtsärzte in Mähren stempelfrei 604.

- s. auch Gerichtsärzte.

Salicylsäure, Verbot der Verwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Salzburg, Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe.

- Wasserversorgung 243.

Salze, borsaure, schwefligsaure, unterschwefligsaure, flusssaure, salicylsaure, chlorsaure, Verbot der Verwendung bei der Zubereitung von Fleisch im Deutschen Reiche 119.

Salzniederlagen und Verschleisstellen, Anforderung 339.

Sanitäre Revisionen auf Staatsbahnterritorien, Verständigung der Staatsbahndirectionen 7.

— der aus Odessa eintreffenden Reisenden 453, 588.

--- und veterinäre Angelegenheiten im Abgeordnetenhause 30.

- Vorkehrungen in Wallfahrtsorten 114.

 Grundsätze für die Errichtung von Arbeiterbaracken 456.

Sanitätsdienst, öffentlicher, Verhandlungen im Abgeordnetenhause 137.

Sanitätsdistrict, s. Sanitätsgemeinden.

Sanitätsgemeinden, Kataster in Niederösterreich 320.

Sanitätsorganisation der Gemeinden, Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes in der Ausübung der öffentlichen Gesundheitspflege durch die bestehenden Gesetze 187.

Sanitätspersonen, s. Aerzte.

Sanitätsstatistik, Früchte 55, 57.

Nachweisung todtgeborener Kinder 55, 57,

- Ausschluss von Todesfällen des activen Militärstandes 328.

- s. auch Statistik, Geburten, Todesursachen, Infectionskrankheiten.

Sanitätswesen, das österreichische S., Mittheilung schulhygienischer Publicationen desselben an die Bezirksschulinspectoren 259.

Sauerbrunnen, Kotigauer 440.

Säure, schweflige, Bor-, Salicyl-, Fluss-, Verbot der Verwendung bei der Zubereitung von Fleisch

Schälblasenkrankheit, nicht syphilitische, der Neugeborenen 428.

– – s. auch Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

Schärding, Erhöhung der Verpflegstaxe im öffentlichen Krankenhause 496.

Schauker, s. Syphilis, Venerie.

Scharlach, Heilserum gegen 446, 449.

Prüfung 468.

- s. auch Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

– s. Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Schiffe, Pest auf denselben, s. daselbst. - Rattenvertilgung, s. daselbst.

Schiiten, Leichentransporte nach den heiligen Stätten 204.

Schilddrüsenpräparate, Behandlung der Cretinen 149.

Kropfbehandlung 381.

Schlachthofaulage, neue in Warnsdorf 321.

Schlächtereien für Geflügel, Grundsätze für Errichtung und Betrieb 496.

Schlafkrankheit der Neger 344.

Schlesien, Gebühren bei Leichenausgrabungen und Leichenüberführungen in Troppau und Friedek

-- neues gewerkschaftliches Krankenhaus in Orlau 413.

- Oeffentlichkeitsrecht für das Infectionsspital in Orlau und Verpflegstaxe 425.

- für das Epidemie Barackenspital des Frauen-Hilfsvereines vom Rothen Krenze in Teschen und Festsetzung der Verpflegstaxe 492.

Verlängerung für das Krankenhaus in Wagstadt 393.

- Verhandlungen des Sanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe.

- Wasserversorgung 254.

Schmalz, Verkehr mit 76, 79.

Schröpfen, Verbot der Vornahme durch Nichtärzte 561.

Schule, Bekämpfung des Alkoholmissbrauches durch die Schule 148.

Maassnahmen zur Verhütung der Masern in Schulen 136.

Schulärzte in Graz 72.

Schulbänke, hygienische Anforderungen 259.

Schülerimpfungen, Regelung der Vornahme derselben in Böhmen 271.

in Oesterreich, s. Beilagen, S. 109 ff. Schülerunterkünfte 386.

Schulgesundheitspflege, Bildung von Commissionen für, 259.

Ausschluss nicht lebensfähiger | Schulgesundheitspflege, auf dieselbe Bezug habende Publicationen im »Oesterreichischen Sanitätswesen«. Mittheilung an die Bezirksschulinspectoren 259.

auf dem Lande 399.

Schulhäuser, hygienische Forderungen bei Errichtung, Adaptirung und Einrichtung derselben

Schulhygiene, s. Schulgesundheitspflege. Schultafeln, hygienische Anforderungen 259.

Schulversäumnisse, ärztliche Zeugnisse zur Begründung von Schulv. 540.

Schutzimpfung gegen Lyssa, s. daselbst.

Schutzpockenimpfung, Nutzen 564.

- s. auch Impfung

Schutzrayon für Heilquellen 493,

Schwangere, Ausfertigung von Unabweisbarkeitszeugnissen für in öffentliche Krankenanstalten aufgenommene aus Croatien 184.

Schweden, Pestmaassnahmen, s. daselbst.

Schweflige Säure, Verbot der Anwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Schweineschmalz, Verkehr 76, 79.

Schweissfriesel, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Schweiz, Pestmaassnahmen, s. daselbst.

- Vorkebrungen gegen Tuberculose 238.

Seesanitäre Maassnahmen in Oesterreich, Behandlung der Herkünfte aus Constantinopel 36, aus Syrien und Palästina 588.

- Anwendung des Pestreglements für den Verkehr zwischen einheimischen Häfen bei Cholera 251.

- — Behandlung verbotswidrig eingeführter Waren 588.

- Rattenvertilgung auf Schiffen durch Anwendung flüssiger Kohlensäure 47, s. auch Rattenvertilgung.

Selbstmord, s. Todesursachen in Oesterreich (Beilagen).

Serotherapeutisches Institut in Wien und Krakau

- in Wien, Erzeugung von Scharlachserum 446, 449.

Serum, s. Heilserum.

Sesamöl als Zusatz zu Margarine 79.

Setzmaschinen in Buchdruckereien, Uebelstände 314 Sicherheitsbehörden, Einholung von Auskünften durch dieselben von behandelnden Aerzten und Krankenanstalten über Vernehmungsfähigkeit Verletzter 270.

Sicherheitswache, Unterkünfte und Gesundheitsverhältnisse, s. Jahresbericht des Polizeichefarztes.

Siechenhaus, neues, in Warnsdorf 37.

Sklerosen, s. syphilitischer Primäraffect.

Sommerfrischen, Fernhaltung gewerblicher, mit Verunreinigung der Luft verbundener Betriebsanlagen 399

- Gesundheitscommissionen 399.

- Massnahmen gegen Tuberculose 350.

Sonntagsrube in Apotheken 239.

Soolpastillen, Reichenhaller, Zulassung zum allgemeinen Apothekenvertriebe 300.

Spanien, Bewegung der Bevölkerung 440.

Blattern, s. daselbst.

- Vorkehrungen gegen Tuberculose 238.

Specialitäten, pharmaceutische, Prüfung durch den | Steiermark, Zuziehung der Amtsärzte zu den Ver-Oberaten Sanitätsrath 2.

Termin für die Vorlage der Gesuche um Zulassung zum Apothekenverkehre 492.

- zum allgemeinen Apothekenverkehr zugelassene 60, 300.

Speiseanstalten, alkoholfreie, Errichtung 146. Speisefett, Verkehr mit 76, 79.

Spitäler, s. Krankenanstalten.

Spitalsapotheken, Gleichstellung des Personales derselben mit jenem der öffentlichen Apotheken 70,

Spitalsvaganten, s. Spitalsverwiesene.

Spitalsverwiesene, Evidenthaltung 317.

Spuckfläschehen und Spuckschalen zur Aufnahme des Sputums 482.

Spuckverbot, s. Tuberculose-Maassnahmen.

Sputumbeseitigung 482.

Staatliches Aufsichtsrecht, Anspruch der Parteien auf Handhabung desselben hinsichtlich der im selbstständigen Wirkungskreise der Gemeinden getroffenen Verfügungen (Friedhofschliessung) 308.

Staatsbahnen, Verständigung der Staatsbahndirectionen über amtsärztliche Revisionen auf Territorien derselben 7.

s. auch Eisenbahnen.

Stadt und Land, Wechselbeziehung in gesundheitlicher Beziehung 397.

Station für diagnostische Thierimpfungen in Wien, Jahresbericht 1901 332.

- - in Wien und Lemberg 138.

Statistik, Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in Oesterreich vom Jahre 1819-1899, s. Bei-

-- -- Vorlage des Wochenausweises 454. - des Krebses in Oesterreich, s. Beilagen.

- der Trunksucht in Niederösterreich 388.

- Nachweisung todtgeborener Kinder und Ausschluss nicht lebensfähiger Früchte aus der Sanitätsstatistik 55, 57.

Nachweisungen von Sterbefällen des activen Militärstandes 328.

- s. auch Bewegung der Bevölkerung, Todesursachen. Infectionskrankheiten etc.

Steiermark, Ausfüllung von Ziegelgruben 282.

- Berücksichtigung der schulhygienischen Forderungen bei Schulbauten und Schuleinrichtungen 259.

-- Blattern, s. daselbst.

- Formulare für Berichte der Amtsärzte über Revisionen 264.

Maassnahmen zur Verhütung der Verbreitung der Masern durch den Schulbesuch 136.

sanitäre Anforderungen an Arbeiterbaracken 456.

Stipendien zur Ausbildung von Operateuren in Steiermark 71.

Todtenbeschauordnung, Abänderung 55, 57. Ueberwachung der Betriebsanlagen der Flaschenbierfüller 273.

Verhandlungen des Landessanitätsrathes, s. Landessanitätsräthe.

- Versammlung der Amtsärzte 72.

- Vorschriften zum Schutze der Gesundheit in Töpfereien 543,

Wasserversorgung 265, 278, 289.

handlungen über Errichtung gewerblicher und industrieller Betriebsanlagen 116.

– s. auch Graz.

Stellen, ärztliche offene, s. Beiblatt.

- – im Dienste des internationalen Sanitätsconseils in Aegypten 83.

Stelle, offene, eines Chirurgen in Sulina 320. Stempelfreiheit der Quittungen der Districtsärzte in Mähren für gerichtsärstliche Sachverständigen-Gebühren 604.

Sterbefälle, der grösseren Städte, Heranziehung derselben zur Vorlage der Wochenausweise 454.

- s. Todesfälle.

- an Infectionskrankheiten, s. daselbst und Todesursachen (Beilagen).

Sterblichkeitsverhältnisse in Oesterreich, s. Bei-

– s. auch Mortalität.

Stipendien zur Ausbildung von Operateuren in Steiermark 71.

Strafausschliessungsgrund bei Perversion des Geschlechtstriebes 185.

Strafverfahren, Feststellung des Grades einer Körperbeschädigung und Vernehmungsfähigkeit Erkrankter und Verletzter im St. 270.

Streptococcenserum gegen Scharlach 446, 449.

Behandlung der St. mit Thyreoidin Struma, und Jodpräparaten 381.

Studien, medicinische, Zulassung von Frauen als ausse ordentliche Hörerinnen an medicinischen Facultäten 171.

Studienordnung, medicinische, s. Rigorosenordnung. Sublimatinjectionen bei Maul- und Klauenseuche

Süssstoffgesetz im Deutschen Reiche 563.

Sulina, Besetzung der Chirurgenstelle im Marinespitale 320.

Suppenconserve »Chorut«, Verkauf 285.

Syphilis, extragenitale 17.

2. internationals Conferenz in Brüssel 172.

- der Haut, Einfluss des Alkoholismus 357.

- s. auch Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Syrien, Einfuhrverbot aus 410, 588.

- Cholera s. Türkei,

T.

Taggelder der staatlich und nicht staatlich angegestellten Aerzte als gerichtsärztliche Sachverständige 312.

der Beamten der politischen Landesstellen 15.

Tarif, s. Gebührentarit.

Taschenbuch für erste Hilfe von Dr. Lamberg 307. Taschentücher zur Aufnahme des Sputums 482.

Tegminverbändchen bei der Impfung 329. Telegraphen- und Postbedienstete, Verhütung der

Verschleppung ansteckender Krankheiten durch dieselben 276.

Telephon, Abgabe von Arzneimitteln über teleph. Weisung in Preussen 189.

Termine für die vierwöchentliche Berichterstattung über Infectionskrankheiten im Jahre 1902 36.

- Vorlage der Gesuche um Bewilligung zum Vertriebe pharmaceutischer Präparate au d. Minist. des Innern 492.



Teschen, Oeffentlichkeitsrecht an das Epidemie- | Barackenspital des Frauenhilfsvereines vom | Rothen Kreuze 492.

Tetanus, Tetanus-Infection durch Pestlymphe in Britisch-Indien 603.

- s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Thee, Verpackung in bleihältigen Metallfolien 222. Thierärstliche Hochschule, s. Militär-Thierarznei-institut.

Thierarzneiinstitut, s. Militär-Thierarzneiinstitut. Thierfette, s. Margaringesetz.

Thierkrankheiten, ansteckende, Intervention der Amtsärzte bei Uebertragung auf Menschen 120.

 s. auch Jahresbericht über Infectionskrankheiten, Lyssa, Milzbrand, Rotz.

Thierkrankheiten, diagnostische Station im Militär-Thierarzneiinstitute und der thierärztlichen Hochschule in Wien und an der thierärztlichen Hochschule in Lemberg 138.

Thierimpfungen, diagnostische bei Lyssa, Jahresbericht der Station in Wien 332.

Thierseuchengesetz, Beziehungen der Vorschriften der Vieh- und Fleischbeschau zum Th. 296.

Thongeschirr-Erzeugung, s. Töpfereien.

Thyreoidinpräparate, versuchsweise Behandlung der Cretinen mit denselben 149.

Kropfbehandlung in der Bukowina 381.

Tirol und Vorarlberg, Eisgewinnung, Eiserzeugung 258, 284.

— Werhandlungen des Landessanitätsrathes,
 s. Landessanitätsräthe.

— — — Wasserversorgung 301.

Titelführung der Zahntechniker (russischer Dentist) 94.

Todesfälle des activen Militärstandes, Aufnahme in die Civilmatriken, Ausschluss derselben von der sanitätsstatistischen Berichterstattung 328.

Todesfälle in Folge von Trunksucht in Kärnten 300. Todesfälle, s. Sterblichkeitsverhältnisse, Todesursachen, Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

Todesursachen in Oesterreich, s. Beilagen.
— Spanien 440.

- Rumänien, s. Infectionskrankheiten.

Todtenbeschau in Kärnten durch die Districtsärzte, Erhebungen 338.

Todtenbeschaugebühren, Regelung in der Bukowina 21.

- - Krain 151.

Todtenbeschauer, Instruction, für denselben in Krain 151, 163.

Todtenbeschauordnung, Abänderung in Steiermark 55, 57.

 und Instruction für den Todtenbeschauer für Krain 151, 163.

Todtgeborene in Oesterreich, s. Geburtenverhältnisse (Beilagen).

 Kinder, Beschau, Matrikulirung und Nachweisung in den sanitätsstatistischen Ausweisen,
 Todtenbeschauordnung in Steiermark.

Topferwaren, Bleigehalt der Glasur 9.

Töpfereien, Vorschriften zum Schutze der Arbeiter 543.

Trachom, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten.

Transportmittel für Infectionskranke, Desinfection 409.

Trinkgeschirr, Bleigehalt der Glasur 9.

Trinkwasserentnahmestellen auf dem Lande 397.

Trinkwasserversorgung, s. Wasserversorgung. Troppau, Gebühren bei Leichenausgrabungen und

Leichenüberführungen 476.

Trunksucht, Einfluss auf die Hautkrankheiten 357.

— Todesfälle in Kärnten 300.

Trunksüchtige, notorische, Statistik in Niederösterreich 388.

Tuberculose, Hilfsverein für Tuberculöse (Lungenkranke) in den österreichischen Königreichen und Ländern 298.

 internationale Conferenz zur Bekämpfung der Tubere, in Berlin 488.

Maassnahmen 143.

Vorschriften in Oesterreich 346.

- - Verbreitung der Vorschriften 369.

- Gutachten des Obersten Sanitätsrathes 365.

- Sputum, Tuberculöser, Beseitigung 482.

- Sterblichkeit in Oesterreich, s. Todesursachen (Beilagen).

- Vorkehrungen im Auslande

Baden 232, Belgien 233, Italien 234, Norwegen 235, Sachsen 236, Schweiz 238, Spanien 238.

 Zeitschrift für Tuberculose und Heilstättenwesen 564.

Türkei, Blattern, s. daselbst.

- Cholera, s. daselbst.

- Pest, s. daselbst.

- Reglement zur Rattenvertilgung auf Schiffen 82, 134.

Typhus, Bauch- und Fleck-, Sterblichkeit in Oesterreich, s. Beilagen S. 140.

- s. auch Ileotyphus, Flecktyphus.

U.

Uganda, Schlafkrankheit der Neger 344.

Ueberführung von Leichen, s. Leichen.

Unabweisbarkeitszeugnisse für Schwangere und Wöchnerinnen aus Croatien 184.

Ungarn, Behandlung der zu Doctoren der gesammten Heilkunde an österreichischen Universitäten zu promovirenden ungarischen Staatsangehörigen 264.

-- Evidenthaltung der Spitalsverwiesenen 317.

Unfälle in gewerblichen Betrieben, Unterricht in Anwendung von Rettungsmitteln 148.

Unfallerhebungen, Anwendung des gerichtsärztlichen Tarifes auf amtsärztliche Untersuchungen 7.

Unfallversicherung, s. auch Abgeordnetenhaus, sanitäre Angelegenheiten.

Uneheliche Geburten in Oesterreich, s. Geburtenverhältnisse (Beilagen).

Unglücksfälle plötzliche, erste Hilfe, Wandtafeln und Taschenbuch von Dr. J. Lamberg 307.

Universitäten, medicinische Rigorosenordnung, Abänderung 222.

 Behandlung der an denselben zu Doctoren der gesammten Heilkunde zu promovirenden ungarischen Staatsangehörigen 264.

 Zulassung von Frauen als ausserordentliche Hörerinnen an den medicinischen Facultäten 171.

Universitätskliniken, s. Kliniken.

Unrathscanäle, Einmündung in öffentliche Gewässer nach dem Wasserrechtsgesetze 420.

Unterkünfte der Mittelschüler und der Zöglinge der Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten

- s. auch Wohnungen.

Unterrichtscurse für die Ausbildung von Desinfectionsdienern 191.

Unterschwefligsaure Salze, Verbot der Anwendung bei der Zubereitung von Fleisch 119.

Untersuchungsanstalt, medicinische und chemische in den Malayschen Staaten 288.

Untersuchungsproben, Bestreitung der Kosten der entnommenen Lebensmittel-Untersuchungsproben

Untersuchungsrichter, Vernehmung Verletzter im Strafverfahren seitens desselben 270.

Unwiderstehlicher Zwang, Beurtheilung desselben

Urfahr, neue Apotheke 312.

Uruguay, Pest, s. daselbst.

V.

Vaccination, s. Impfung.

Varicellen, s. Jahresbericht über Infectionskrankheiten

Variola, s. Blattern.

Venerische Krankheiten, 2. internationale Conferenz in Brüssel 172.

Erkrankungen der Haut, Einfluss des Alkoholismus auf dieselben 357.

Venerischer extragenitaler Primäraffect 28.

Verbot der Vornahme von Blutentziehungen an Menschen durch Nichtärzte 561.

-- Ein- und Durchführ gewisser Waren und Gegenstände aus Odessa 452, aus Palästina und Syrien 510.

Geheimmittel-Verbot, 245, 273, 307.

der Benützung von Localitäten als Wohnräume aus Anlass der Cholera. Dauer der Wirksamkeit dieses Verbotes 585.

Verbrühung von Kindern, Verhütung 93. Verbrühung von Kindern, Verhütung 93.

Verein für Gesundheitspflege, deutscher, Jahresversammlung in München 228, 395.

-- Kinderschutzstationen in Wien 356.

- s. auch Hilfsverein.

Vereinigte Staaten von Nordamerika, Pest, s. daselbst.

Vergiftungen durch bleihältiges Mehl 373.

mit Phosphor 73, 429.

mit Alkohol und anderen Giften 74.

Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über Angelegenheiten des öffentlichen Sanitätsdienstes. 30, 137.

Verhandlungen des Obersten Sanitätsrathes, s. Oberster Sanitätsrath.

Verkehr mit Lebensmitteln, s. daselbst.

Verkrüppelte Kinder, Unterbringung in Anstalten auf Kosten des n. ö. Landesfonds 92.

Verletzte, Vernehmung derselben im Strafverfahren,

- Ertheilung vorläufiger Auskünfte über den Grad der Verletzung von den behandelnden Aerzten 270.

Vernehmungsfähigkeit Erkrankter und Verletzter im Strafverfahren 270.

Verpflegsgebühren für Krebs- und Lupuskranke in der Heilanstalt in Kosir, Bestreitung aus dem böhmischen Landesfonde 312.

Verpflegstaxe, im öffentlichen Epidemie-Barackenspital in Teschen 492.

im öffentlichen Krankenhause in Deutsch-Liebau

Mährisch-Neustadt, Zwittau 184.

— — Wagstadt 393.

- im öffentlichen Infectionsspital in Orlau 425. - Erhöhung im allgemeinen Krankenhause in Schärding 496.

Verpflegskostenersatz an öffentliche Krankenanstalten, Beschaffung der Grundlagen zur Entscheidung über Verpflegskostenersatz 124, 126.

 für Schwangere und Wöchnerinnen aus Croatien, Beibringung von Unabweisbarkeitszeugnissen

Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Karlsbad 377.

des deutschen Vereines für öffentliche Gesundheitspflege in München 228, 395.

der steiermärkischen Amtsärzte 72.

küstenländischen Amtsärzte 276.

– – der mährischen Amtsärzte 8.

Vertriebsverbot, s. Verbot.

Verwaltungsgerichtshof, Erkenntnisse:

Annahme pauschalirter Cassenarztesstellen 116.

Berechtigung der Zahnärzte zur Ausübung der Zahntechnik 32.

Brunnengrabung in der Nähe von Heilquellen

Grundwasser nach dem Wasserrechtsgesetze 197,

Competenz der politischen Behörden bei Apotheken-Errichtung und Verlegung 187, 341.

Errichtung von Apotheken durch Bezirks-Krankencassen 524.

Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden in Ausübung der Gesundheitspolizei durch die bestehenden Gesetze 187.

Entschädigung für die zu Untersuchungszwecken entnommenen Lebensmittel 293.

Feststellung des Krankheitsbeginnes im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes 420.

Handhabung des staatlichen Aufsichtsrechtes hinsichtlich der im selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde getroffenen Verfügungen (Schliessung eines Friedhofes) 308.

Recurerecht der Gemeinden bei Errichtung gewerblicher Betriebsanlagen 72.

Titelführung der Zahntechniker (russischer Dentist) 94.

Voraussetzungen für die Verweigerung der Concession zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes 260.

Umfang der ärztlichen Anzeigepflicht bei Infectionskrankheiten 43.

Verbot der Benützung von Localitäten als Wohnräume und Werkstätten aus Anlass der Cholera; Dauer der Wirksamkeit dieses Verbotes

Voraussetzungen für die Bewilligung zur Führung einer Hausapotheke 135.

Verwaltungsgerichtshof, Erkenntnisse:

Wählbarkeit der Gemeindeärzte in die Gemeindevertretung (Galizien) 340.

Wahrung und Schutz der öffentlichen Interessen im Sinne der §§ 25, 26, 29 und 30 der Gewerbeordnung 21.

Legitimation zur Beschwerdeführung bei Errichtung gewerblicher Betriebsanlagen 21.

Wasserrechtliche Behandlung der Einmündung von Unrathscanälen in öffentliche Gewässer 420.

Wirkungskreis und Beschwerderecht der Aerztekammern (in Angelegenheiten der Gemeindeärzte) 341.

Veterinäre Fragen, Verhandlungen im Abgeordnetenhause 30.

Viehpass, Strafbarkeit der Fälschung desselben hinsichtlich der Stückzahl der Thiere 295.

Vieh- und Feischbeschau-Gesetz im Deutschen Reiche, theilweise Inkraftsetsung 119.

- Ordnung, Beziehungen derselben zum Thierseuchengesetze 296.

Viehversicherung, s. Abgeordnetenhaus, veterinäre Angelegenheiten.

Vitafer, Institut für Sauerstoffheilverfahren, Geheimmittelversendung 245.

Volksschulen, Regelung der Vornahme der Impfung an denselben in Böhmen 271.

Volkszählung, Ergebnisse, maassgebend für die Heranziehung von Städten zur Vorlage der Wochenausweise über Geburten und Sterbefälle 454.

Vorarlberg, Wasserversorgung 301.
— s. auch Tirol.

Vorkehrungen gegen Tuberculose, Pest etc., s. daselbst.

Berufs- und (Gewerbe-)Krankheiten in Italien. 119.

Vorprüfungen, pharmaceutische, Examinatoren 460. Vorschriften zur Bekämpfung der Tuberculose 346. -- - - Verbreitung derselben 369.

Wählbarkeit der Gemeindeärzte in die Gemeindevertretung (Galizien) 340.

Wagstadt, Krankenhaus, Verlängerung des Oeffentlichkeitsrechtes 393.

Wahlrecht, s. Wählbarkeit.

Wallfahrtsorte, sanitäre Vorkehrungen 114.

Wandtafeln für erste Hilfe, von Dr. J. Lamberg

Warnsdorf, neues Siechenhaus 37.

- neuer Schlachthof 321.

Wartepersonal der öffentlichen Krankenanstalten, Belehrung desselben über die Pflege Geisteskranker 108.

Wasserentnahmestellen auf dem Lande 397.

Wasserheilanstalten, s. Privatheilanstalten. Wasserläufe, hygienische Ueberwachung 395.

Wasserleitungen, s. Wasserversorgung. Wasserversorgung in Oesterreich 165.

- - in Böhmen 166.

- der Bukowina 181.
- — Dalmatien 183.
- Kärnten 183.
- — Krain 193.

Wasserversorgung in Mähren 205.

- Niederösterreich 229.
- --- im Küstenlande 241.
- -- in Oberösterreich 243.
 - -- Salzburg 243.
 - Schlesien 254.
 - Steiermark 265, 278, 289.

- Tirol und Vorarlberg 301.

Wasserrecht, Behandlung der Einmündung von Unrathscanälen in öffentliche Gewässer 420.

- Grundwasser vom Standpunkte desselben 197, 199.
- Verbot der Brunnengrabung in der Nähe von Heilquellen im W. R. G. nicht begründet 493.

Wasserreinigung, s. biologisches Verfahren.

Wasser, s. auch Grundwasser.

Wasserzusatz bei Obstmostbereitung 276.

Wechselfieber, s. Malaria.

Wein, s. auch Obstmost.

Weinproben, s. Lebensmittelproben.

Werkstätten, Verbot der Benützung von nicht sanitätsgemässen Räumen im Grunde des § 74 der Gewerbeordnung 585.

Wiederimpfungen, s. Impfungen.

Wien, alte Bürgerspitalsapotheke 50.

Apothekenverhältnisse in W. 217.

- diagnostische Station für Lyssa und andere Thierkrankheiten 138.
- Jahresbericht der Station für diagnostische Thierimpfungen 332.
- Heilstätte für Lupuskranke 148.
- Impfstoffgewinnungsanstalt 137.
- Impfstoff bestellung bei der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt 196.
- Jahresbericht des Polizeichefarztes 96. Kinderschutzstationen, Verein 356.
- Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft in W. 356.
- Lyssainstitut 138.
- Medicamentenauslagen Krankencassen der
- Privatheilanstalt für elektromagnetische Therapie 468.
- -- sanitäre Verhältnisse, s. Jahresbericht des Polizeichefarztes.
- -- Serotherapeutisches Institut 138.
- k. k. Allgemeines Krankenhaus, Unterrichtscurse zur Ausbildung von Desinfectionsdienern 191.

- Krankenanstalten, Führung der Bezeichnung »k. k.« durch deren Diener 191.

- Gleichstellung der Dienstleistung Personales der Medicamenten-Eigenregie mit jener des Personales der öffentlichen Apotheken 70, 215.
- - Neusystemisirung des Personalstandes der Medicamenten-Eigenregie 120.

Jahrbuch pro 1899 96.

- -- arztliche Hilfeleistung an wegen Platzmangels zurückgewiesenen Kranken 604.
- - Pensionsbehandlung der nichtklinischen Abtheilungs- und Institutsvorstände 356. -- Unterweisung der Aerzte in der prak-
- tischen Receptirkunde 16. Wien, Zuweisung scharlachkranker Kinder an das St. Annen-Kinderspital behufs Prüfung des Scharlachserums 468.

Wöchnerinnen, Ausfertigung von Unabweisbarkeitszeugnissen für an öffentlichen Krankenanstalten aufgenommene aus Croatien 184.

Wochenausweise über Geburten und Sterbefälle 454.
Wohnungen, Baracken-Wohnungen, sanitäre An-

forderungen 456.

— Beschaffenheit kleiner W. 400.

- feuchte. Einfluss auf Gesundheit 400.

- Maassnahmen gegen Tuberculose 351.

— sanitätswidrige, Verbot der Benützung aus Anlass der Cholera 585.

-- zugewanderter Feldarbeiter 437.

 der Mittelschüler und der Zöglinge der Lehrerund Lehrerinnenbildungsanstalten 386.

Wohnungs- und Bauhygiene auf dem Lande 397. Wundinfectionskrankheiten, s. Todesursachen (Beilagen).

- s. auch Rothlauf, Tetanus.
Wundrothlauf, s. Rothlauf.
Wundstarrkrampf, s. Tetanus.
Wursthüllen, Färbung in Deutschland 119.
Wuth, s. Lyssa.

Z.

Zahnärzte, Berechtigung zur Ausübung der Zahntechnik 32.

Zahntechnik, Berechtigung der Zahnärzte zur Ausübung 32.

Zahntechniker, Titelführung (russischer Dentist) 94.

 Vorausetzung für die Verweigerung der Gewerbeconcession 260.

Zanzibar, Pestmaassnahmen, s. daselbst.

Zeitschrift für Tuberculose und Heilstättenwesen 564.

Zeugnisse zur Begründung von Schulversäumnissen 540.

 der Unabweisbarkeit der an öffentlichen Krankenanstalten aufgenommenen Wöchnerinnen und Schwangeren aus Croatien 184.

Ziegelgruben, Ausfüllung mit Abfallstoffen 282.

- Benützung zu Bauplätzen 282.

Zoonosen, Intervention der Amtsärzte bei Uebertragung auf Menschen 120.

- s. auch Milzbrand, Lyssa, Rotz.

Zubereitungen, pharmaceutische, zum allgemeinen Verkehr zugelassene 60, 300.

- s. auch Präparate.

Zuckerintabletten, Abgabe 412.

Zündhölzchenfabrication, Phosphorvergiftungen 429. Zwang, unwiderstehlicher, Beurtheilung desselben 185.

Zwittau, öffentliches Krankenhaus 184.

Anhang.

Chronologisches Verzeichnis

der im XIV. Jahrgange dieser Zeitschrift enthaltenen Gesetze, Verordnungen und Erlässe.

(Die mit S. bezeichneten Zahlen geben die Seiten des Blattes an, auf welchen die betreffenden Gesetze, Verordnungen etc. zu finden sind.)

A. Reichsgesetze, Ministerial-Verordnungen und Erlässe.

1999	Friess	مماد	Ministerium	a da a	i n n a r n	vom	30	A neil	7. 6	973	g 985	(Anme	rkna	•)	
1000.	Lilass		Reichskrieg												~\
1801	Friese		Ministerium										.00 (r	. IIIII OI KIII	6 /•
1901.	•		Justizminist										0000	2 0 100	.
•	, ,		Ministerium							20.	Septem	ber, Z	2030	55, 5. 108	5.
•			25. Octobe								101 ~	100			
٠	Erlass	des	Ministerium	s des l	lnnern										
>	>	*	>	>	٠	»	9.	>			3 43 , 8.				
>	•	>>	>	•	>		12.	,			383, S.				
5	*	>	»	. >	¥	•		*			191, S.				
>	>	>	•	•	>	ז	27.	>	\mathbf{z}	i. 380	078, S.	60.			
•		•	Justizminist	eriums	vom	3 0. 1	Novem	ber, 2	z. 183	560,	8. 24.				
	>	>	Ministerium	s des l	lnnern	vom	4. D	eceml	oer, Z	4. 45	242, 8.	24.			
•	Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern vom														
			ember, R. G												
			Ministeriums)ecem	ber.	Z. 16	3423. S.	. 15.			
٠	>	•	>	•	>	•	13.	*			466, S.				
	>	,	>	D	•	•		>			238, S.				
		×	>	,	•		23.	»			034, S.				
1902	Erlass	_													
	02. Erlass des Handelsministeriums vom 8. Jänner, Z. 55 H. M., S. 36. > Justizministeriums vom 16. Jänner, Z. 24064, S. 136.														
	,		Ministerium									3			
		×	Ministerion	» (100	,	. 400		» »			D. S. 42				
-	>	»	•	•	_			•)3 ex 1		190		
	,		,	•	*		28.	,			6, S. 10		. 120.		
•	_		_										3	A - I 1	
>															
	1. Februar, R. G. Bl. Nr. 27, S. 79. Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. Februar, R. G. Bl. Nr. 31, S. 70.														
•															
•			Ministerium												
•	>	>	>								Februar		961, S	. 148.	
D	»	>	Þ	des I	nnern						7, S. 1				
•	>	>	` >	>	>	>	18.	>			2, S. 10				
-	>	•	*	•	•	>	22.	>			3, S. 10				
•	•	>		>	*						ex 190	1, S. 1	46.		
>	>	2	>	•	*		10.	>	Z. 47	94,	s . 300.				
•	>	•	> ,	für C	ultus	und	Unter	icht	im E	linve	rnehme	n mit	dem	Ministeri	um des
	T		10 10												

Innern vom 18. März, Z. 12683, S. 171.

```
1902. Erlass des Ministeriums des Innern vom 21. März, Z. 6512, S. 184.

Justizministeriums vom 25. März, Z. 6000, S. 204.
Ministeriums des Innern vom 25. März, Z. 7488, S. 300.

      Verordnung der Ministerien des Innern und des Handels vom 26. März, R. G. Bl. Nr. 66,
          8. 171.
     Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 27. März, Z. 8119, S. 264.
                             des Innern vom 10. April, Z. 12340, S. 183.
                                  Justizministeriums vom 10. April, Z. 7493, S. 246.
                                                         Z. 13913, S. 276.
                                              14.
                                                        Z. 14330, S. 196.
Z. 7001, S. 223.
                                              1ō.
                                              16.
                                                        Z. 16441, S. 213.
                                              21.
             » Ministers für Cultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium des
          Innern vom 22. April, R. G. Bl. Nr. 89, S. 222.
      Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels vom 23. April, R. G. Bl.
          Nr. 81, 8, 222.
      Erlass des Ministeriums des Innern vom 26. April, Z. 16022, S. 215.
                                               6. Mai, Z. 13884, S. 245.
                                          >
                                               6. » Z. 15482, S. 245.
                                               9. Z. 16090, S. 239.
                                          *
      Verordnung des Justizministeriums vom 16. Mai, V. Bl. d. Just.-Minist. Nr. 22, S. 270.
      Erlass des Ministeriums des Innern vom 19. Mai, Z. 6796, S. 300.
                   » » »
                                          > 25. > Z. 9337, S. 307.
                             >
                                          → 28. → Z. 10001, S. 300.
                                    >
      Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels vom 4. Juni, R. G. Bl.
          Nr. 113, S. 282.
      Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit den Ministerien des Innern, der
      Justiz und des Ackerbaues vom 5. Juni, R. G. Bl. Nr. 119, S. 306.
Erlass des Ministeriums des Innern vom 9. Juni, Z. 35875 ex 1901, S. 307.
                                                        Z. 20253, S. 300.
                                           ~ 12.
                                              17.
                                                        Z. 13348, S. 317.
                                                    >
                                              20.
                                                        Z. 18798, S. 307.
                                                    >>
                                              21.
                                                        Z. 25403, 8. 318.
                                                    >
                                              27.
                                                        Z. 26756, S. 468.
                                                    >
                            für Cultus und Unterricht vom 2. Juli, Z. 35078 ex 1901, (V. Bl. d.
          Unterr.-Min. Nr. 36) S. 386.
      Erlass des Ministerpräsidenten als Leiters des Ministeriums des Innern vom 14. Juli, Z. 29949,
          S. 346.
      Erlass des Ministeriams des Innern vom 25. Juli, Z. 31870, S. 369.
                                              >
      Verordnung des Justizministeriums vom 6. August, V. Bl. d. Just. Minist. Nr. 37, S. 393. Erlass des Finanzministeriums vom 25. August, Z. 29465, S. 604.
      Erlass des Ministeriums des Innern vom 3. September, Z. 2122, S. 544.
              Eisenbahnministeriums vom 6. September, Z. 34608, S. 564.
                Ministeriums des Innern vom 18. September, Z. 29694, S. 564.
                                              20.
                                                              Z. 28165, S. 447.
                                                              Z. 39823, S. 454.
                                              24.
                                                              Z. 39267, S. 564.
                                              26.
                                          . 4. October, Z. 41900, S. 468.
      Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen vom 7. October,
          R. G. Bl. Nr. 192, S. 452.
      Erlass des Ministeriums des Innern vom 8. October, ad Z. 42162, S. 453.
                                          · 10.
                                                          Z. 42807, S. 464.
                                                          Z. 35756, S. 604.
                                              11.
                                                          Z. 44321, S. 492.
                                              20.
                                               6. November, Z. 26284, S. 501.
      Verordnung des Justizministeriums vom 8. November, R. G. Bl. Nr. 211, S. 523.
                  der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen vom 13. November,
          R. G. Bl. Nr. 209, S. 510.
      Erlass des Justizministeriums vom 22. November, Z. 19508, S. 544.
              Ministeriums des Innern vom 23. November, Z. 48146, S. 539.
      Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. December, R. G. Bl. Nr. 225, S. 581.
      Erlass des Ministeriums des Innern vom 4. December, Z. 49569, S. 601.
                                          » 15.
                                                             Z. 50839, S. 588.
```

>

B. Landesgesetze, Verordnungen und Erlässe der politischen Landesbehörden und der Landesausschüsse.

```
Böhmen. 1901. Gesetz vom 14. November, L. G. u. V. Bl. Nr. 32, S. 21.
          1902. Erlass der Statthalterei vom 18. Jänner, Z. 226044 ex 1901, S. 114.

13. März, Z. 245275 ex 1901, S. 271.
19. > Z. 44788, S. 273.
24. April, Z. 75454, S. 412.

                                             13. Juni, Z. 99362, S. 412.
12. Juli, Z. 145259, S. 440.
                 Gesetz vom 1. September, L. G. Bl. Nr. 52, S. 502.
Bukowina. 1992. Erlass der Landesregierung vom 28. Jänner, Z. 2062, S. 93.

3. März, Z. 12821 ex 1901, S. 196.

4. April, Z. 8932, S. 285.
 Galizien, 1902. Circularerlass der Statthalterei vom 5. Jänner, Z. 90547 ex 1901, S. 284.

27. Mai, Z. 33302, S. 339.
28. Juni, Z. 20532, S. 372.

Kärnten. 1902. Erlass der Landesregierung vom 14. Mai, Z. 8874, S. 328.

    24. Mai, Z. 9756, S. 318.

                                                    18. Juni, Z. 11198, S. 338.
                                                    18. Juli, Z. 13541, S. 409.
                                                    25. September, Z. 17814, S. 540.
Krain, 1901. Gesetz vom 8. November 1901, L. G. Bl. Nr. 33, S. 151.
        1901. Verordnung des Landespräsidenten vom 29. November, Z. 20719, L. G. Bl. Nr. 34,
              Erlass der Landesregierung vom 29. November, Z. 20719, S. 163.

14. December, Z. 21323, S. 561.
Küstenland, 1902, Circularerlass der Statthalterei vom 14. April, Z. 10101, S. 249.
                                                     » 5. September, Z. 23779, S. 474.
                                   >
Mähren, 1902. Kundmachung des Statthalters vom 15. Februar, L. G. u. V. Bl. Nr. 28, S. 184,
                                                 > 24.
                                                                   L. G u. V. Bl. Nr. 32, 8, 184.
                 Erlass der Statthalterei vom 19. August, Z. 38034, S. 458.
                Kundmachuag der Statthalterei vom 17. September, L. G u. V. Bl. Nr. 64, S. 475.
Niederösterreich. 1846. Regierungsdecret vom 7. October, S. 430.
                      1852. Erlass der Stattbalterei vom 16. December, Z. 43420, S. 432.
                                                      » 30. Juni, Z. 11388, S. 124.
                     1901.
                                                      → 30. →
                                                                  ad Z. 11388, S. 126.
                                                           5. October, Z. 86955, S. 16.
                            Kundmachung des Landesausschusses vom 21. November, Z. 44453,
                              L. G. Bl. 1902 Nr. 9, S. 92.
                            Kundmachung des Landesschulrathes vom 24. December, Z. 15801, L. G.
                              u. V. Bl. Nr. 94, S. 439.
                     1902. Erlass der Statthalterei vom 11. April, Z. 35657, S. 320.

    27. Mai, Z. 113758 ex 1901, S. 293.

                                                         20. August, Z. 71053, S. 604.
                                                          1. September, Z. 66699, S. 437.
Oberösterreich. 1902. Erlass der Statthalterei vom 26. März, Z. 6657, S. 329.

17. Mai, Z. 9945, S. 312.
20. Z. 10999, S. 292.

    22. September, Z. 20966, S. 496.

Schlesien. 1901. Gesetz vom 1. November, L. G. Bl. Nr. 43 u. 44, S. 476.
            1902. Kundmachung des Landespräsidenten vom 28. Mai, Z. 11920, Z. 425.
                                                                1. August, Z. 18235, L. G. Bl. Nr. 38,
                                                                      S. 393.

    October, Z. 23393, L. G. u. V. Bl.
Nr. 56, S. 492.

Steiermark. 1901. Verordnung der Statthalterei vom 16. December, L. G. u. V. Bl. Nr. 87, S. 55.
                    Erlass der Statthalterei vom 16. December, Z. 34311, S. 57.
              1902.
                                              → 19. Jänner, Z. 2530, S. 273.
                                                  6. Februar, Z. 5435, S. 116.
                                                  17.
                                                               Z. 43753 ex 1901, S. 282.
                                                               Z. 8804, S. 259.
                                                  28.
```

Tirol und Vorarlberg. 1901. Circularerlass der Statthalterei vom 4. December, Z. 3949, S. 258, 284.

19. März, Z. 27424 ex 1901, S. 456.

C. Erlässe der Seebehörde in Triest.

1902. Circularerlass vom 18. April, Z. 5321, S. 251. > 15. November, Z. 17738, S. 588.

Judicate.

Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes: Vom 9. März 1898, Z. 1274, S. 260. 1899, Z. 3484, S. 420. 10. Juni 1900, Z. 80, S. 493. 1901, Z. 1050, S. 197. Z. 1923, S. 293. Z. 7402 ex 1900, S. 308. Z. 3317, S. 187. 4. Jänner 9. Februar 13. März 24. April 27. > 13. Juni Z. 4688, S. 21. Z. 5296, S. 199. 5. Juli 13. > Z. 5584, S. 43. 8. October Z. 7470, S. 72. Z. 6977, S. 32. 8. • 26. Z. 7928, S. 420. 4. November Z. 339, 8. 187. 6. Z. 7865, S. 135. Z. 8351, S. 94. 13. Z. 8401, S. 116. 13. 1902, Z. 902, S. 340. Z. 824, S. 341. 28. Jänner 17. Februar 1. April 16. Juni Z. 2695, S. 341. Z. 5455, S. 585. Z. 6271, S. 524. 9. Juli Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes: Vom 15. Jänner 1901, Z. 17562, S. 296. 23. Februar Z. 16213, S. 295. > 27. Z. 2271, S. 185.

Druckfehlerberichtigung.

Seite 330, 2. Spalte, 10. Zeile von unten lies statt niederösterreichischen Landesausschuss: oberösterreichischen Landesausschuss.

Seite 450 und 451 oben, siehe Berichtigung auf Seite 468 unten.

Seite 513, 8. Zeile von unten statt Formulare: Formeln.

Seite 513, 4. Zeile von unten statt statistischen: statischen. Seite 587, 3. Zeile von oben statt Choleralocalitäten: Kellerlocalitäten.

Digitized by Google

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern, und

DR. F. STADLER, Oberbezirksarst.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wies
L. Rothenthurmetrasse 16.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 2. Jänner 1902.

Mr. 1.

Inhalt. Abonnements-Einladung. - Prüfung pharmaceutischer Erzeugnisse durch die Fachcommission des Obersten Sanitätsrathes. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inners, mit welcher unter Aufhebung der Ministerial verordnungen vom 28. Februar 1882, R. G. Bl. Nr. 28, beziehungsweise vom 9. März 1887, R. G. Bl. Nr. 25, sicherheitspolizeiliche Bestimmungen, betreffend den Detailverkauf der Celluloidgegenstände, die Aufbewahrung von Celluloidartikeln und den Transport dieser Gegenstände erlassen werden; Erlässe der Ministerien des Innern, betreffend die Kennzeichnung des aus pestverseuchten Gegenden in inländischen Häfen eingetroffenen und der sanitären Revision unterzogenen Reisegepäckes, betreffend die Anwendung des neuen Tarifes für gerichtsärztliche Verrichtungen auf amtsärztliche Gutachten bei Unfallserhebungen und betreffend die Verständigung der zuständigen k. k. Staatsbahndirectionen über die Vornahme von sanitären Revisionen und sanitätspolizeilichen Amtshandlungen auf staatlichen Bahnterritorien. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Abonnements-Einladung.

Die gefertigte Verlagshandlung beehrt sich zum Abonnement auf

"Das österreichische Sanitätswesen

dessen XIV. Jahrgang mit dieser Nummer beginnt, höflichst einzuladen.

Diese Zeitschrift bringt ausser Berichten über die Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes auch dessen wichtigere Gutachten, bringt ferner Arbeiten über das öffentliche Sanitätswesen und ist das einzige Blatt, welches alle einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlässe in ihrem authentischen Wortlaute, Erkenntnisse und Entscheidungen vollständig und unter gleichzeitiger Berücksichtigung aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen veröffentlicht.

"Das österreichische Sanitätswesen"

erscheint jeden Donnerstag und wird nur ganzjährig abgegeben.

Der Preis beträgt bei directer Postzusendung jährlich K 12.-.

Für **Stadt-, Gemeinde- und Districtsärzte,** Verwaltungen von Sanitäts- und Humanitäts-Austaften sowie für Gemeindebehörden wurde der jährliche Pränumerationspreis mit K 9.20 festgenetzt, jedoch nur dann, wenn der Bezug direct durch die Verlagshandlung erfolgt.

Hochachtungsvoll

Alfred Hölder,

k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler.

Digitized by Google

Die Prüfung pharmaceutischer Erzeugnisse durch die Fachcommission des Obersten Sanitätsrathes.

Nach den Bestimmungen der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. April 1901, R. G. Bl. Nr. 40,*) dürfen jene pharmaceutischen Erzeugnisse, welche für den allgemeinen Verkehr bestimmt sind, d. h. solche, welche nicht blos im internen Handverkaufe einer einzelnen Apotheke, in welcher sie bereitet werden, sondern auch ausserhalb derselben oder in fremden Apotheken in Vertrieb gebracht werden sollen, erst dann in den Apothekenverkehr gebracht werden, wenn sie dem Ministerium des Innern vorgelegt, durch die hiezu bestimmte Fachcommission des Obersten Sanitätsrathes beurtheilt und mittelst ministerieller, binnen 3 Monaten zuzustellender Entscheidung zum bedingten oder unbedingten Verkehre freigegeben worden sind.

Die Fachcommission des Obersten Sanitätsrathes geht bei dieser Beurtheilung nach einem, vom Obersten Sanitätsrathe beschlossenen Regulativ vor, dessen Inhalt auch für die interessirten Kreise der pharmaceutischen Producenten von Wichtigkeit

ist und hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Allgemeine Bemerkungen.

1. Pharmaceutische Erzeugnisse des allgemeinen Apothekenverkehres können sein:

a) Dem Handverkaufe überlassene einfache Arzneimittel und pharmaceutische Präparate der bestehenden Pharmacopoea Austr. ed. VII. vom Jahre 1889.

- b) Ebensolche Arzneimittel und Präparate der drei vorangegangenen Ausgaben (edit. IV., V., VI.) der Oesterreichischen Pharmacopöe mit Ausnahme derjenigen Präparate, deren Bereitungsvorschrift etwa in der edit. VII. eine Abänderung erfahren hat.
 - c) Zum Handverkaufe zugelassene nicht officinelle Arzneiartikel.

d) Einfache Mischungen der sub a), b) und c) angeführten, an die ärztliche Verschreibung nicht gebundenen Handverkaufsartikel.

e) Pharmaceutische Präparate, welche nach der Bereitungsvorschrift anderer giltiger europäischer Pharmacopöen hergestellt und nach Maassgabe der hierländischen Vorschriften an die ärztliche Verschreibung nicht gebunden sind.

Jedoch dürfen die angeführten in- und ausländischen pharmaceutischen Präparate unter keinem anderen als unter dem authentischen officinellen Namen,

eventuell in richtiger Uebersetzung in den Verkehr gebracht werden;

f) Die in der Ministerialverordnung vom 17. December 1894, R. G. Bl. Nr. 239,**) sub Punkt 2 angeführten, nach älteren ärztlichen Recepten als Handverkaufsartikel hergestellten, von altersher als Volksmittel gebräuchlichen Arzneizubereitungen, jedoch nur unter einer in Bezug auf Gehalt oder Wirkungsweise zutreffenden Bezeichnung, welche zu Missdeutungen oder Irreführungen keinen Anlass gibt, endlich

g) Pharmaceutische Specialitäten, d. h. als Arzneimittel anerkannte Stoffe (Balsame, Aether, Oele etc.) oder pharmaceutische Präparate (Extracte, Tincturen etc.), oder einfache Mischungen derselben in einer neuen, bezüglich der Anwendung zweckmässigeren oder dem Geruchs-, Gesichts- und Geschmacksinne zusagenderen Dispensationsform. (Capsulae gelatinosae, Dragèes, Keratinirte Pillen, Suppositoria,

Sapones, Gelatinae medicatae, Injectionsflüssigkeiten etc.).

2. Die sub b) bis g) genannten pharmaceutischen Erzeugnisse können von Apothekern unter Beobachtung der für den Verkehr mit Arzneimitteln über-



^{*1} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 195.

^{**)} Siehe Jahrg. 1894 d. Bl., S. 721.

haupt und für die sogenannten pharmaceutischen Specialitäten im Besonderen durch die Ministerialverordnungen vom 17. December 1894, R. G. Bl. Nr. 239, und 16. April 1901, R. G. Bl. Nr. 40, festgestellten Bestimmungen in den allgemeinen Apothekenverkehr gebracht werden, wenn dieselben zuvor bei der politischen Behörde angemeldet wurden, und dem betreffenden Apotheker die officielle Verständigung zugegangen ist, dass sich das Ministerium des Innern zu einem Verbote nicht veranlasst gefunden habe.

Ausländische pharmaceutische Artikel dieser Art sind in gleicher Weise und zwar durch jenen österreichischen Apotheker, welcher dieselben in Depôt genommen

hat, anzumelden.

3. Pharmaceutische Zubereitungen von statthaften Handverkaufsartikeln, welche lediglich im Eigenbetriebe einer Apotheke im Handverkaufe abgegeben werden, also nicht zum allgemeinen Vertriebe bestimmt sind, gehören nicht in die Kategorie jener pharmaceutischen Erzeugnisse, welche im Sinne der citirten Ministerialverordnung der Anmeldung und besonderen behördlichen Bewilligung bedürfen; das Verzeichnis und die Bereitungsvorschriften dieser Handverkaufsartikel müssen jedoch zur Einsicht des Amtsarztes, respective der revidirenden Commission in der Apotheke vorliegen. Illegale Handverkaufsartikel verfallen dem Verbote der überwachenden politischen Behörde.

Regulativ

für die Beurtheilung und Begutachtung der zur Anmeldung kommenden pharmaceutischen Specialitäten und sonstigen pharmaceutischen Erzeugnisse.

A. Specialitäten.

I. Formale Prüfung.

1. Bezeichnung (Name) der pharmaceutischen Specialität.

Die Bezeichnung muss sowohl dem Inhalte, als der Form nach der dem angemeldeten Artikel zugrunde liegenden Bereitungsvorschrift (II. 3.) entsprechend gewählt sein, respective den Haupt- oder den wichtigsten Bestandtheil derselben angeben.

Officinelle Namen dürfen für pharmaceutische Specialitäten nicht angewendet

werden

Phantasienamen, welche in Oesterreich Wortmarkenschutz geniessen, dürfen nur neben der vorgeschriebenen Bezeichnung und unter ausdrücklicher Hinweisung

auf ihre Bedeutung als Wortmarke, angewendet werden.

2. Auf dem betreffenden Behältnisse (Schachtel, Glas, Flasche, Tiegel etc.) muss die für die Arzneiabgabe in Apotheken vorgeschriebene Signatur, enthaltend die Benennung (s. 1.), die Firma der betreffenden Apotheke, die Preisangabe und die einfache, jede eigentliche ärztliche Ordination ausschliessende Gebrauchsanweisung angebracht sein.

Hiebei ist auch die Art der Verpackung ins Auge zu fassen und auf etwa beigegebene gedruckte Atteste, Empfehlungen der Wirksamkeit und Leistung der

Specialität etc. zu achten.

II. Prüfung der Bereitungsvorschrift.

3. Die der angemeldeten pharmaceutischen Specialität vorschriftsmässig beizugebende Bereitungsvorschrift muss authentisch, d. h. von dem Gesuchsteller (Apotheker, verantwortlichen Leiter der Apotheke) oder Erzeuger der Specialität eigenhändig gefertigt sein.

Die Bereitungsvorschrift selbst kann allenfalls gedruckt vorliegen, Datum und

Namensfertigung müssen geschrieben sein.

4. Der Inhalt der Bereitungsvorschrift muss den Bestimmungen der Ministerialverordnungen vom 17. December 1894 und 16. April 1901 in allen Punkten entsprechen, d. h. sie darf bei Artikeln für den freien Verkauf im Allgemeinen nur die im Handverkaufe der Apotheken zulässigen einfachen Arzneimittel oder pharmaceutischen Präparate für sich oder höchstens in einer einfachen Mischung enthalten; die vorliegende pharmaceutische Specialität muss ein wirkliches Novum, ein in Bezug auf äussere Form, auf Farbe, Geruch, Geschmack etc. etwas Zweckmässiges, Nützliches, Annehmbares, Vortheilhaftes u. s. w. darstellen, nicht etwa eine Combination, welche nach allem, nach ihrem Ganzen den Eindruck eines auf die Ausbeutung des Publikums berechneten Artikels macht.

Pharmaceutische Specialitäten, welche auf Grund einer complicirten Arzneiverordnung hergestellt sind, oder welche an die ärztliche Verordnung gebundene Stoffe enthalten, müssen durch ein vorzulegendes legales authentisches

Recept beglaubigt sein.

Bei derlei Artikeln muss die auf jedem Arzneibehältnisse anzubringende Signatur (s. P. 1 u. 2) auch die genaue Angabe der Dosirung des in der Specialität enthaltenen stark wirkenden Stoffes oder der darin enthaltenen derlei Stoffe, sowie den Vermerk angeführt enthalten, dass dieser Artikel nur über ärztliche Verordnung in der Apotheke abgegeben werden darf.

5. Die Bereitungsvorschrift muss, vom rein chemischen, vom pharmakologischen, pharmaceutischen und sanitätspolizeilischen Standpunkte geprüft, den Anforderungen und Regeln einer rationellen Arzneiverordnung und Therapie in Bezug auf Qualität und Quantität der einzelnen, zumal der wirksamen Be-

standtheile entsprechen.

6. Der für die angemeldete pharmaceutische Specialität angesetzte Verkaufs-

preis muss ein angemessener sein.

Die Beurtheilung des Preises der angemeldeten Specialität erfolgt auf Grund der detaillirten Preisberechnung bei der Bereitung in grossen Quantitäten nach den Daten in dem vorgeschriebenen Elaborationsbuche (P. 4 der Ministerialverordnung vom 17. December 1894), welche in beglaubigter Abschrift von dem Gesuchssteller vorzulegen sind.

III. Technische Untersuchung der Specialität.

7. Die technische Untersuchung der angemeldeten pharmaceutischen Specialität geschieht in der Regel in den dem k. k. Ministerium des Innern, beziehungsweise dem Obersten Sanitätsrathe zur Verfügung stehenden Laboratorien.

Die allenfalls unter Zuhilfenahme des pharmakologischen Experimentes erhaltenen Resultate der chemischen und pharmakognostischen Untersuchung müssen qualitativ und quantitativ in allen Punkten mit der vorgelegten authentischen Bereitungsvor-

schrift übereinstimmen.

Im Falle als eine genaue qualitative und quantitative Analyse des als pharmaceutische Specialität vorgelegten Artikels nicht durchführbar wäre, muss die zur Controle nach der vorgelegten Bereitungsvorschrift lege artis hergestellte Zubereitung in ihren physikalischen und chemischen Eigenschaften, in ihrer Form und Wirkung mit dem als pharmaceutische Specialität vorgelegten Artikel übereinstimmen.

IV. Begutachtung der pharmaceutischen Specialität auf Grund von I.—III.

Bei Begutachtung der pharmaceutischen Specialität sind auf Grund der Ergebnisse der nach I.—III durchgeführten Prüfung folgende Gesichtspunkte als maassgebend zu betrachten:

8. Alimine sind abzuweisen als Specialitäten für den Verkehr angemeldete Zubereitungen, welche nicht als Specialitäten im Sinne der Ministerialverordnung vom 17. December 1894, sondern entweder als evidente Arcana (P. 4) oder als nicht in eine neue Dispensationsform gebrachte Wiederholungen oder Nachahmungen von Artikeln sich erweisen, welche bereits in der giltigen österreichischen Pharmacopöe vom Jahre 1889 (edit. VII.) sammt Nachtrag oder in einer der drei vorangegangenen Ausgaben der österreichischen Pharmacopöe oder in einer anderen derzeit bestehenden europäischen Pharmacopöe enthalten sind, oder aber in die Kategorie der in der citirten Ministerialverordnung angeführten, aus älterer Zeit stammenden populären Handverkaufsartikel fallen.

9. Abzuweisen ist eine angemeldete Specialität,

a) wenn die durch die technische Untersuchung (P.7) gefundene Zusammensetzung des als pharmaceutische Specialität angemeldeten Artikels der beigegebenen authentischen Bereitungsvorschrift nicht entspricht, namentlich, wenn Bestandtheile gefunden wurden, welche in der Bereitungsvorschrift gar nicht genannt sind, oder wenn umgekehrt in letzterer angeführte Bestandtheile durch die technische Untersuchung nicht gefunden wurden;

b) wenn in der Bereitungsvorschrift angeführte Bestandtheile überhaupt und insbesondere solche von starker oder von stärkerer Wirkung incompatibel sind, vom chemischen Standpunkte aus aber nebeneinander nicht bestehen können, nicht zusammen gehören, eventuell eine unwirksame oder aber eine unerwünscht

stark wirkende, allenfalls selbst gefährliche Verbindung liefern u. s. w.;

c) wenn die in der Bereitungsvorschrift angegebenen Bestandtheile ihrer Natur und den darin angeführten Mischungsverhältnissen nach, also qualitativ und quantitativ der vorliegenden Form der Specialität ganz unmöglich entsprechen, wenn man annehmen muss, dass aus der Mischung der in der Bereitungsvorschrift genannten Bestandtheile nach Qualität und Quantität die vorgelegte Form der pharmaceutischen Specialität nicht resultiren kann;

d) wenn die Dosirung der Bestandtheile der pharmaceutischen Specialität überhaupt, sowie insbesondere der darin enthaltenen wirksamen Bestandtheile den üblichen Normaldosen nicht entspricht, und zwar sowohl in Bezug auf die Einzeln-

als auch auf die Gesammtdosis;

e) wenn der für die pharmaceutische Specialität angesetzte Preis ein unver-

hältnismässig hoher ist.

10. Die Resultate der technischen Untersuchung werden von dem betreffenden Laboratoriumsvorstande in einer Sitzung des pharmaceutischen Comités vorgetragen, und wird die Specialität auf Grund derselben, sowie nach den sub IV angeführten Principien beurtheilt.

Die Ergebnisse der Beurtheilung, das Endgutachten und der Antrag des Comités auf Zulassung oder Abweisung werden in ein vorgedrucktes Formulare ein-

getragen.

Dasselbe hat folgende Rubriken zu enthalten:

Gegenstand, Bezeichnung, Form, Verpackung, Signatur, Bereitungsvorschrift,

Preis, Anmerkung, Befund, Gutachten, Antrag des Comités.

Der Vorsitzende legt das ausgefüllte Formulare sodann sammt dem Referate über die technische Untersuchung und deren Resultate dem k. k. Ministerium des Innern mit kurzer Berichterstattung vor.

B. Arzneiartikel, welche keine Specialitäten sind.

12. Bei für den allgemeinen Verkehr bestimmten, nicht als pharmaceutische Specialitäten qualificirten Artikeln gelten hinsichtlich der Erlangung der Zulassungsbewilligung zum allgemeinen Vertriebe die für den Verkehr mit Handverkaufsartikeln bestehenden Vorschriften.

Bei für den allgemeinen Verkehr bestimmten Arzneizubereitungen und pharmaceutischen Präparaten der älteren Ausgaben der österreichischen Pharmacopöe oder der Pharmacopöen anderer europäischer Staaten (Vorbm. 1) ist der Hinweis auf die betreffende Ausgabe der österreichischen oder fremdländischen Pharmacopöe, sowie die Vorlage einer authentischen Bereitungsvorschrift nach der betreffenden Pharmacopöe von dem Gesuchsteller zu verlangen.

Hinsichtlich des Vorganges bei der fachtechnischen Prüfung aller dieser Artikel

gelten die für die pharmaceutischen Specialitäten normirten Bestimmungen.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern vom 7. December 1901,

R. G. Bl. Nr. 217,

mit welcher unter Aufhebung der Ministerialverordnungen vom 28. Februar 1882, R. G. Bl. Nr. 28, beziehungsweise vom 9. März 1887, R. G. Bl. Nr. 25, sicherheitspolizeiliche Bestimmungen, betreffend den Detailverkauf der Celluloidgegenstände, die Aufbewahrung vom Celluloidartikeln und den Transport dieser Gegenstände erlassen werden.

Im Hinblicke auf die in der Celluloidindustrie, beziehungsweise in der Celluloidtechnik seit Erlassung der Ministerialverordnungen vom 28. Februar 1882, R. G. Bl. Nr. 28, und vom 9. März 1887, R. G. Bl. Nr. 25, gemachten Fortschritte haben an Stelle der erwähnten Verordnungen die nachfolgenden Bestimmungen zu treten.

- § 1. Die Handelsleute, welche selbständige aus Celluloid oder aus verschieden benannten gleichen Stoffen erzeugte Artikel als: Wäschestücke, Schmuckgegenstände, Rauchrequisiten, Kämme, künstliche Blumen u. dgl. verkaufen, haben dieselben in den Auslagen mit der Aufschrift "Celluloidgegenstand" zu bezeichnen.
- § 2. Jene Gewerbetreibenden, welche Celluloid oder die verschieden benannten gleichen Stoffe, sowie daraus erzeugte Artikel in Verkehr bringen oder in ihren Betriebsstätten halten, haben rücksichtlich ihrer Aufbewahrung jede Möglichkeit einer Berührung mit offener Flamme thunlichst auszuschliessen. In Localitäten, in welchen Celluloid oder Celluloidgegenstände in grösserer Menge aufbewahrt werden, muss Wasser leicht beschaftbar sein (Hydranten

- etc.), und soll die Beleuchtung womöglich eine elektrische sein.
- § 3. Die Verpackung der Celluloidgegenstände beim Transporte muss eine derartige sein, dass die Möglichkeit einer Berührung der Gegenstände mit offener Flamme ausgeschlossen ist.
- § 4. Die Nichtbeobachtung der vorstehenden Anordnungen unterliegt der Ahndung nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.
- § 5. Diese Verordnung tritt binnen vier Wochen, vom Tage der Kundmachung gerechnet, in Wirksamkeit.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. December 1901, Z. 47238,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend die Kennzeichnung des aus pestverseuchten Gegenden in inländischen Häfen eingetroffenen und der sanitären Revision unterzogenen Reisegepäckes.

Um den Vollzug der sanitätspolizeilichen Revision des aus pestverseuchten Gegenden auf dem Seewege in inländischen Häfen eingetroffenen und von dort weiterbeförderten Reisegepäckes ersichtlich zu machen, hat die k. k. Seebehörde über Weisung des k. k. Handelsministeriums mit dem an die unterstehenden Hafen- und Seesanitätsämter und Functionäre gerichteten Erlasse vom 29. November 1901, Z. 15379, die Anordnung getroffen, dass das aus pestverseuchten Gegenden auf dem Seewege eingetroffene Reisegepäck nach vollzogener sanitätspolizeilicher Revision mit einem Zettel versehen werde, durch welchen der Vollzug

derselben ersichtlich gemacht und bescheinigt wird, dass der betreffende Gegenstand unverdächtig, beziehungsweise der Desinfection unterzogen worden ist.

Hievon wird die k. k. zur Verständigung der unterstehenden Behörden in Konntnis gesetzt.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 13. December 1901, Z. 38466,

an die Statthalterei in Lemberg*)

betreffend die Anwendung des neuen Tarifes für gerichtsärztliche Verrichtungen auf amtsärztliche Gutachten bei Unfallserhebungen.

In Erledigung des Berichtes vom 28. September d. J., Z. 86814, mit welchem eine Eingabe der dortigen Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Angelegenheit der Gebüren der l. f. Amtsärzte für Abgabe von Gutachten bei Unfallverletzungen versicherungspflichtiger Personen vorgelegt wurde, wird die k. k. Statthalterei auf den h. a. Erlass vom 19. Mai d. J., Z. 15778, verwiesen, mit welchem diese Angelegenheit bereits ihre Regelung gefunden hat.

Die mit diesem Erlasse getroffene Anordnung, dass bei Bemessung der Gebühren für die von den l. f. Bezirkeärzten bei Unfallserhebungen (§ 31, U. V. G.) erstatteten ärztlichen Gutachten der mit der Ministerialverordnung vom 20. März 1901, R. G. Bl. Nr. 34**) erlassene neue Tarif für die Gebüren der

gerichtsärztlichen Sachverständigen im Strafverfahren analog anzuwenden ist, ist rücksichtlich der Bestimmung des § 1, lit. A, Z. 1, Post c dieser Verordnung in dem Sinne zu verstehen, dass der dort vorgesehene Tarifsatz nur dann Anwendung zu finden hat, wenn seitens der Arbeiterunfallversicherungsanstalt ein umständliches, wissenschaftlich zu begründendes Gutachten ausdrücklich gewünscht wird.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 23. December 1901, Z. 45034,

an alle polititischen Landesbehörden,

betreffend die Verständigung der zuständigen k. k. Staatsbahndirectionen über die Vornahme von sauitären Revisionen und sauitätspolizeilichen Amtsbandlungen auf stuatlichen Bahnterritorien.

In Folge eines vom k. k. Eisenbahnministerium mit Zuschrift vom 23. November l. J., Z. 40567/3 gestellten Ersuchens wird der k. k. zur weiteren Veranlassung bekannt gegeben, dass vor etwaigen durch die Sanitätsorgane der politischen Verwaltung vorzunehmenden sanitären Revisionen und Amtshandlungen auf staatlichen Bahnterritorien in der Regel eine Mittheilung an die zuständige k. k. Staatsbahndirection zu richten und mit derselben erforderlichenfalls das Einvernehmen zu pflegen ist.

Von dieser Regel darf nur in Fällen besonderer Dringlichkeit abgewichen werden; in solchen Fällen hat die Mittheilung an die Staatsbahndirection gleichzeitig mit oder unmittelbar nach der Abordnung des Sanitätsorganes zu erfolgen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Frankreich. Laut telegraphischer Mittheilung aus Marseille vom 21. December sind die beiden pestkranken indischen Heizer des Dampfers "Peninsular" (siehe Jahrg. 1901, S. 572) genesen; dieselben werden demnächst aus dem Seelazarethe in Frioul in ihre Heimat zurückbefördert werden. Der pestkranke Soldat, welcher vom Dampfer "Peiho" in das genannte Seelazareth abgegeben worden war (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 554), befindet sich in Reconvalescenz. Der Dampfer "Goorkha" der British India Line, auf welchem nach der Abfahrt aus dem Hafen von Neapel ein pestver-

^{*)} In Abschrift allen übrigen Landesstellen in Nachbange zum Erlasse vom 19. Mai 1901, Z. 15778 (s. Jahrg. 1901 d. Bl. S. 252) zur Kenntnisnahme und Darnachachtung, beziehungsweise zur entsprechenden weiteren Veranlassung übermittelt.

^{**)} S. Jahrgang 1901 d, Bl. S. 166.

dächtiger Krankheitsfall aufgetreten war, hat die für Marseille bestimmte Ladung im Lazarethhafen von Frioul gelöscht und hierauf die Fahrt nach England fortgesetzt. Die beim Löschen der Ladung beschäftigten Arbeiter, sowie der Pilote wurden im Lazarethe isolirt.

Griechenland. Die 48stündige Quarantaine gegenüber Herkünften aus Aegypten (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 572) wurde aufgehoben und das Einfuhrverbot auf infectionsgefährliche Waren beschränkt.

Rumänien. Die sanitätspolizeilichen Maassnahmen gegenüber Herkünften aus Smyrna wurden vom 1. (14.) December 1901 an ausser Kraft gesetzt.

Russland. Die Quarantaine gegenüber Herkünften aus Aegypten ist seit 7. December v. J. aufgehoben.

Britisch-Indien. In Bombay wurden vom 6. bis 12. November 1901 111 Erkrankungen und 139 Todesfälle und vom 13. bis 19. November 256 Erkrankungen und 181 Todesfälle constatirt; in Calcutta sind vom 27. October bis 2. November 24 Erkrankungen und vom 3. bis 9. November 14 Erkrankungen und ebensoviele Todesfälle, in Kurachee vom 2. bis 8. November 46 und vom 9. bis 15. November 48 Todesfälle an Pest beobachtet worden.

Capcolonie. In der Woche vom 24 bis 30. November v. J. wurden in Port Elizabeth 2 neue Pesterkrankungen constatirt; am Schlusse der Woche standen daselbst noch 11 Pestkranke in Behandlung. In Capstadt ist im Laufe der erwähnten Woche der letzte Pestkranke geheilt entlassen worden, und ist somit die ganze Caphalbinsel frei von Pest.

Mauritius. (Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 480). Im Monate October 1901 wurden ungefähr 250 Erkrankungen und 170 Todesfälle an Pest verzeichnet. Vom 1. Jänner bis 25. October 1901 sind insgesammt 510 Pestfälle gegenüber 372 in der gleichen Periode des Vorjahres ausgewiesen worden.

Brasilien. In Rio de Janeiro (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 572) wurden in der Woche vom 19. bis 25. November 17 neue Erkrankungen und 6 Todesfälle und in der folgenden am 2. December abgelaufenen Woche 8 Erkrankungen und 5 Todesfälle, in Campos in der Zeit vom 19. November bis 1. December 14 Erkrankungen und 7 Todesfälle an Pest beobachtet. Seit dem Wiederausbruche der Epidemie in Rio de Janeiro (1. Juli 1901) sind daselbst bisher 257 Erkrankungen und 102 Todesfälle an Pest verzeichnet worden. In Campos sind seit 20. September 204 Personen an Pest erkrankt und hievon 88 gestorben.

Die Foederalregierung hat die Städte Alexandrien, Odessa und Asuncion (Paraguay) für pestverseucht und die übrigen ägyptischen Häfen, die russischen Hüfen des Schwarzen Meeres, sowie die Häfen von Paraguay für pestverdächtig erklärt.

Vermischte Nachrichten.

Mährischer Amtsärztetag. Am 22. October v. J. fand in Brünn der diesjährige Amtsärztetag statt. Zu demselben hatten sich nahezu sämmtliche k. k. Amtsärzte und die Stadtphysiker der autonomen Städte Mährens eingefunden. Am Vormittage besichtigten die Theilnehmer die neugegründete musterhaft eingerichtete Centralmolkerei der deutschen Landwirthschaftsgenossenschaft, ferner das städtische Schlachthaus und die Kafillerie, am Nachmittage wurde im Sitzungssaale der Statthalterei die Conferenz abgehalten, in welcher die seit der letzten Conferenz erflossenen Erlässe, sowie die bezüglich der amtsärztlichen Thätigkeit gemachten Wahrnehmungen eingehend besprochen wurden.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 25. bis 31. December 1901 beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Böhmen im politischen Bezirke Eger: Eger 1; in Galizien im politischen Bezirke Turka: Jablonka nizna 3;

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Husiatyn: Probuzna 1; Kolomea: Kulaczkowce 1; Mielec: Radomysl 2; Nadworna: Kamienna 2; Nisko: Domostawa 3; Rawa: Zaborze 1.

Dieser Nummer liegt das Inhalts-Verzeichnis zum Jahrgange 1901 bei.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern. und DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wies

L Rothenthurmetrasse 15.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 9. Jänner 1902.

Nr. 2.

Inhalt. Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes über den zulässigen Bleigehalt der Glasur von Töpferwaren, die als Ess-, Koch- und Trinkgeschirr dienen. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend die Aufrechnung und Adjustirung der Diäten und Reisekosten der Beamten der politischen Landesstellen. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes

über den zulässigen Bleigehalt der Glasur von Töpferwaren, die als Ess-, Koch- und Trinkgeschirr dienen.

(Referent: O. S. R. Generalstabsarzt Dr. Florian Kratschmer.)

Nach der Bestimmung des § 1, Punkt 4 der Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels vom 13. October 1897, R. G. Bl. Nr. 235,*) dürfen Koch-, Essund Trinkgeschivre, Flüssigkeitsmaasse, als Kinderspielzeug dienendes Essgeräthe nicht mit Glasur oder Email versehen sein, welche bei halbstündigem Kochen mit einem in 100 Gewichtstheilen 4 Gewichtstheile Essigsäure enthaltenden Essig an diesen Blei abgeben. Da in letzter Zeit wiederholt Töpferwaren wegen vorschriftswidrigen Bleigehaltes der Glasuren beanständet worden waren, haben mehrere Handels- und Gewerbekammern wegen Abänderung der gedachten Bestimmung und Zulassung eines bestimmten Bleigehaltes, beziehungsweise Restituirung der in der Ministerialverordnung vom 6. December 1871 aufgestellten minder strengen Vorschriften über die Beschaffenheit von Glasuren Eingaben an das Handelsministerium gerichtet. Diese Ansuchen wurden übereinstimmend damit begründet, dass bei strengem Festhalten an der Bestimmung der Ministerialverordnung vom 13. October 1897 das Gewerbe der Töpferei mit dem Untergange bedroht sei, da die Herstellung vollkommen bleifreier Glasuren den Hafnern in Folge der Unvollkommenheit ihrer technischen Einrichtungen fast ausnahmslos' unmöglich und wegen der damit verbundenen Mehrkosten ausgeschlossen sei. Zur Unterstützung ihres Ansuchens führten die genannten Kammern auch an, dass die Mengen von Blei, welche durch Kochen selbst bei Verwendung von 4percentiger Essigsäure — die doch im Haushalte niemals in solcher Concentration als Kochflüssigkeit benützt werde — in Lösung gehen, so geringfügig seien, dass eine Gesundheitsstörung aus der Benützung solcher Töpferwaren nicht zu besorgen sei; auch sei eine solche bisher noch niemals beobachtet worden, wiewohl derartig glasirtes Thongeschirr seit jeher erzeugt und gebraucht worden sei.

Digitized by Google

^{*)} Siehe Jahrg, 1897 d. Bl. S. 406.

Mit Rücksicht auf diese Ausführungen hat sich das k. k. Handelsministerium veranlasst gesehen, das k. k. Ministerium des Innern um Einholung eines Fachgutachtens des k. k. Obersten Sanitätsrathes zu ersuchen. Der genannte Fachrath hat über diese Angelegenheit in der Sitzung vom 6. Juli berathen und hierüber nachstehendes Gutachten abgegeben:

»Man musste darauf gefasst sein, dass von dem Augenblicke an, als die staatlich bestellten Untersuchungsanstalten für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände ihres Amtes walten, auf diesem grossen Gebiete zahlreiche Uebelstände an den Tag kommen werden, von denen man in früheren Zeiten trotz bestehender sachgemässer Gesetze und Verordnungen mangels der erforderlichen Ueberwachung und eingehender umfangreicher Untersuchungen keine Kenntnis erlangen konnte.

Zugleich musste vorausgesehen werden, dass sich in Folge des praktischen Eingreifens der genannten Untersuchungsanstalten in das tägliche Leben zahlreiche Beschwerden und Proteste aus den Kreisen der Gewerbetreibenden, der Industriellen

und Fabrikanten gegen diese wirksame Art der Controle erheben werden.

In der That ist der wissenschaftliche ständige Beirath für Untersuchungen auf dem Gebiete der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bemüht, in objectiver Weise die einlangenden Beschwerden zu prüfen und unter Zuziehung aller Interessenten die schwebenden Fragen einer allseitig befriedigenden Lösung zuzuführen.

Es entspricht einer bewährten Gepflogenheit, dass in sanitärer Beziehung wichtige Angelegenheiten zuvor im Obersten Sanitätsrathe verhandelt und sodann mit Begutachtung, eventuell Antragstellung dem Beirathe für Lebensmitteluntersuchung vorgelegt werden.

So gelangt die Frage der Zulässigkeit eines bestimmten Bleigehaltes in den Glasuren und Emailen von Kochgeschirren, nachdem sie bereits vor 30 Jahren auf Grund eingehender Erwägungen und Prüfungen im Obersten Sanitätsrathe zu einer Verordnung und Untersuchungsanweisung geführt hatte, neuerdings in diesem Fachrathe zur Verhandlung.

Wie es scheint, haben sich alle oder die meisten interessirten Handels- und Gewerbekammern in dieser Angelegenheit dahin geeinigt, zweierlei Forderungen aufzustellen, nämlich: 1. dass für die Glasuren von Töpferwaren ein genau bestimmter Gehalt von Blei als zulässig erklärt werde und 2. dass die in der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 6. December 1871 aufgestellten Vorschriften wieder hergestellt werden.

Es erscheint zunächst geboten, die Verordnung des Ministeriums des Innern

vom 6. December 1871*) im Gegenstande zu reproduciren.

In der Anleitung zur marktpolizeilichen Untersuchung der glasirten oder mit einem Emailüberzug versehenen Geschirre, welche zum Bereiten und Aufbewahren von Speisen und Getränken dienen, bezüglich ihres Gehaltes an Bleioxyd oder an Bleioxyd und Kupferoxyd in einem leicht löslichen und gesundheitsschädlichen Zustande wird nach einigen Vorbemerkungen der Vorgang bei der Untersuchung in folgender Weise angegeben: Haben die zur Untersuchung gebrachten Geschirre eine licht gefärbte Glasur (Email), an welcher sich demnach die Einwirkung des Schwefelwasserstoffwassers auch wahrnehmen lässt, so bringt man zunächst eine solche Menge Schwefelwasserstoffwasser in das Geschirr, dass man damit beim Neigen und Wenden des Gefässes nach und nach alle Theile seiner Wandung bespülen kann.

Beim Bespülen beachtet man einerseits den Grad der Aufsaugung des Schwefelwasserstoffwassers, welchen man nach dem Zurückschütten in das Maassgefäss erkennt, anderseits die Veränderungen in der Farbe der Glasur (oder des Emails), bleibt die Farbe allenthalben unverändert und zeigt sich auch an der Probeflüssigkeit kein über die Befeuchtung der Gefässwandung hinausreichender erheblicher Verlust,



^{*)} Siehe Jahrg. 1892 d. Bl., S. 114.

so ist das Geschirr als tadellos zu betrachten, besonders wenn auch Schwefelammonium sich unwirksam erweist.

Kommt jedoch an der Glasur (Email) eine dunklere Färbung der eingangs bezeichneten Art zum Vorscheine, welche bei Thongeschirren immer gleichzeitig mit einer entsprechenden Aufsaugung der Probeflüssigkeit einhergeht, so ist das Geschirr als verdächtig anzusehen, und ist nun weiter zu prüfen, ob blos Spuren oder ob erheblichere Mengen von durch Speisen und Getränke lösbarem Bleioxyde vorhanden seien.

Zu diesem Zwecke giesst man in das Geschirr ungefärbten 6-8% igen Essig in entsprechender Menge, bringt diesen darin zum Kochen und unterhält das Kochen durch mindestens 10 Minuten. Scheidet nach dieser Zeit der Essig auf Zusatz von gesättigtem Schwefelwasserstoffwasser schwarzbraunes Schwefelblei in Form von Flocken ab, so ist das Geschirr als gesundheitsschädlich zu beanständen; tritt dagegen hiebei nur eine dunklere, ins Braune ziehende Färbung auf, ohne dass Schwefelblei in Form von Flocken gefällt erscheint, so ist das Geschirr je nach der Abstufung der Färbung als mehr oder minder gesundheitsbedenklich zu bezeichnen.

Die Untersuchung von Geschirren, welche so dunkle Farben haben, dass sich die Einwirkung von Schwefelwasserstoff und auch von Schwefelammonium nicht

wahrnehmen lässt, muss sich auf die Essigprobe beschränken.

Gegenüber dieser älteren Verordnung schreibt die neuere vom 13. October 1897, R. G. Bl. Nr. 235, im § 1, Punkt 4 vor: •Koch-, Ess- und Trinkgeschirre etc. dürfen nicht mit Glasur oder Email versehen sein, die bei halbstündigem Kochen mit einem in 100 Gewichtstheilen 4 Gewichtstheile Essigsäure enthaltenden Essig an diesen Blei abgeben.

Diese letztere, auch im Deutschen Reiche in Kraft stehende und von den dortigen Gewerbetreibenden bisher nicht widersprochene Verordnung, scheint allerdings insoferne schärfer gefasst, als darin bestimmt ist, dass durch $^{1}/_{2}$ stündiges Kochen mit $4^{\circ}/_{0}$ iger Essigsäure aus der Glasur oder dem Email Blei überhaupt nicht in Lösung gehen dürfe.

Was nun den zweiten Punkt des angeführten Begehrens der Gewerbetreibenden angeht, ses mögen in dieser Angelegenheit die mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 6. December 1871 aufgestellten Vorschriften reactivirt werden«, so könnte der Oberste Sanitätsrath diesem Wunsche das Wort nicht reden. Jene ältere Verordnung ist der neueren zum mindesten nicht überlegen, und es erscheint sehr fraglich, ob die Gewerbetreibenden und Industriellen die Restituirung der älteren Verordnung deshalb anstreben, weil daselbst eine 10 Minuten währende Auskochung der Geschirre mit 6-8% jeger Essigsäure vorgeschrieben ist.

Denn in der der älteren Verordnung beigegebenen Untersuchungsanweisung heisst es: »Scheidet nach dieser Zeit der Essig auf Zusatz von gesättigtem Schwefelwasserstoffwasser schwarzbraunes Schwefelblei in Form von Flocken ab, so ist das Geschirr als gesundheitsschädlich zu beanständen. Soweit ist die Bestimmung klar. Allein der Nachsatz: »Tritt dagegen hiebei nur eine dunklere, ins Braune ziehende Färbung auf, ohne dass Schwefelblei in Form von Flocken gefällt erscheint, so ist das Geschirr je nach der Abstufung der Färbung als mehr oder minder gesundheitsbedenklich zu bezeichnen.

Dieser Nachsatz ist es, welchen die Gewerbetreibenden und Industriellen wieder hergestellt zu sehen wünschen, denn er bietet weite Maschen genug, um der ganzen Verordnung entschlüpfen zu können.

Schon der Ausdruck: »gesundheitsbedenklich « ist dem Richter nicht klar genug für sein weiteres Vorgehen; »die Abstufung der Färbung, um das Geschirr mehr oder minder gesundheitsbedenklich zu bezeichnen « ist dem Gutdünken sehr differenter Untersuchungsorgane anheimgestellt.

Digitized by Google^{2*}

Diese Unsicherheit ist es hauptsächlich, warum von den Gewerbetreibenden

und Industriellen die ältere Verordnung gegen die neuere ausgespielt wird.

Ausserdem ist die Frage gestattet: »Wo, wann und von wem ist denn eine ausgiebige Controle darüber gepflogen worden, ob die in Rede stehenden Töpferwaren den Bestimmungen der älteren Verordnung entsprochen haben, um vergleichsweise sagen zu können, dass die neue Verordnung zu hart ist?«

Hätten nicht auf Grund des neuen Lebensmittelgesetzes zahlreiche Untersuchungen die Uebelstände auf diesem Gebiete an den Tag gebracht, dann wären die Gewerbetreibenden und Industriellen bis jetzt unbehelligt geblieben. Jetzt sind

sie aufgestört und verlangen die Restitution der älteren Verordnung.

Nun entsprechen aber die meisten in den Handel kommenden Töpferwaren

bezüglich der Glasuren weder der älteren noch der neueren Vorschrift.

Diesem Theile des Begehrens der Handels- und Gewerbekammern kann sonach vom sanitären Standpunkte nicht zugestimmt werden.

Was den ersten Punkt der Forderungen der Handels- und Gewerbekammern betrifft: dass für die Glasuren von Töpferwaren ein genau bestimmter Gehalt von

Blei als zulässig erklärt werden möge«, so ist dazu Folgendes zu bemerken:

Allerdings sind bei Farbwaren, Gebrauchsgegenständen wie Geweben etc. bezüglich des zulässigen Gehaltes an giftigen Substanzen, insbesondere an Arsen und Blei, gewisse Grenzwerthe festgesetzt; diese Materialien und Gegenstände lassen sich jedoch rücksichtlich ihrer Verwendung nicht vergleichen oder gar in dieselbe Linie bringen, wie die Glasuren und Emaile von Kochgefässen u. dgl., in denen Speisen und Getränke bereitet und aufbewahrt werden. Es ist ja bei diesen Glasuren und Emailen auch nicht davon die Rede, dass bei deren Erzeugung Blei nicht oder nur in gewissen Mengen verwendet werden darf, sondern es handelt sich darum, dass das hiebei verarbeitete Blei in der Glasur so fest gebunden sei, um vor einem Uebergange desselben in die Speisen und Getränke genügend gesichert zu sein. Diese Forderung muss bei der bekannten deletären Wirkung des Bleies selbst in sehr geringen Quantitäten vom sanitären Standpunkte unbedingt aufrecht erhalten werden.

In der That hat sich das einmüthige Urtheil der Sachverständigen, welche sich bisher mit dieser Frage beschäftigt haben, schliesslich in der Bestimmung §. 1,

Punkt 4 der Verordnung vom 13. October 1897 verdichtet.

Die Verordnung ist nach allen Richtungen klar und es geht nicht an, dieselbe durch solche Zusätze zu compliciren, wie dies in der Festsetzung eines zulässigen Grenzwerthes verlangt wird, schon darum nicht, weil daraus der Untersuchung und ausgiebigen Ueberwachung unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen würden.

Es muss demnach auch dieser Punkt der Forderungen der Handels- und Ge-

werbekammern hierorts abgelehnt werden.

Wenn dementsprechend die Verordnung vom 13. October 1897 zur völligen Aufrechthaltung empfohlen wird, so ist nach den Berichten der Handels- und Gewerbekammern zu befürchten, dass die kleinen Töpfereigewerbe dem Untergange preisgegeben sind.

Derartigen volkswirthschaftlichen Bedenken hat sich der Oberste Sanitätsrath niemals verschlossen, allein sie sind vom sanitären Gesichtspunkte betrachtet, nur

innerhalb gewisser Grenzen berechtigt.

Wenn ein Gewerbe durch verständnislosen und fahrlässigen Betrieb breite Schichten der Gesellschaft fortwährend mit schweren Gefahren für Gesundheit und Leben bedroht, wie dies bei der nachlässigen und rücksichtslosen Herstellung der Glasuren von Töpferwaren unwidersprochen zutrifft, dann muss endlich einmal kategorisch erklärt werden, dass ein derartiger Betrieb von staatswegen nicht weiter geduldet werden darf. Können die kleinen Gewerbe, oder wollen sie sich den im Interesse des Gesammtwohles unerlässlichen Regierungsanordnungen nicht fügen, dann sollen sie dem Untergange anheim fallen. Dieses Schicksal muss sie nothwendiger

Weise früher oder später doch erreichen; es kann durch keinerlei Compromisse von ihnen abgewendet werden; je eher die Sache entschieden ist, umso besser, bevor noch unberechenbares Unheil angerichtet worden ist. Die grösseren und besser eingerichteten, sorgfältiger und gewissenhafter arbeitenden Betriebsstätten für Erzeugung von glasirten und emaillirten Thon- und Töpferwaren und anderen Kochgeschirren bringen Fabrikate zustande, welche dem Gesetze entsprechen.

Dass aber unter der beharrlichen Wirkung einer Regierungsverordnung auch die kleinen Gewerbetreibenden allmählich dahin geführt werden können, Erzeugnisse zu liefern, welche den gesetzlichen Vorschriften volle Rechnung tragen, dafür sprechen die Erfahrungen, welche im Deutschen Reiche in dieser Beziehung gemacht

worden sind.

Die ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse namentlich der kleinen Töpfereien, die Klagen über den Niedergang des Geschäftes in Folge der strengen hygienischen Anforderungen an die Qualität des Erzeugnisses, die Bestürmung der Regierung seitens der Interessenten um Aufhebung des vermeintlich zu streng gefassten Gesetzes, sind daselbst in ähnlicher Weise schon vor mehr als einem Jahrzehnt zum Ausdrucke gekommen, wie es jetzt durch Eingaben der Handels- und Gewerbekammern hierzulande der Fall ist.

Trotzdem regt sich heute im Deutschen Reiche von keiner Seite mehr eine Beschwerde gegen die diesbezüglichen Bestimmungen des Gesetzes. Man darf daher die Hoffnung und den Muth nicht sinken lassen, dass in einer so wichtigen Angelegenheit durch die beharrliche Anwendung des wohlüberlegten Gesetzes auch in unseren Landen endlich ein gleicher Erfolg zustande gebracht werden kann.

Der Bericht von Dr. H. Stockmeier, Nürnberg, »über die Verbesserung der Glasur der Töpferwaren, erstattet bei der XII. Versammlung der »freien Vereinigung bayrischer Vertreter der angewandten Chemie« in Lindau 1893 liefert höchst

schätzenswerthe Beiträge.

Als Bestätigung der oben dargelegten Auffassung des Referenten über die Indolenz der Gewerbetreibenden möge aus diesem Berichte folgende Stelle reproducirt werden:

Bei aller Theilnahme für die Töpfer kann man sich doch der Ansicht nicht verschliessen, dass denselben kein Recht zusteht, sich über die jetzigen gesetzlichen Vorschriften zu beklagen. Die berechtigten Mahnrufe, die längst über die gesundheitsschädliche Beschaffenheit mancher Töpferware erschallten, sind verklungen, ohne dass die Töpfer aus eigenem Antriebe verbesserte Zustände herbeizuführen gesucht hätten. Erst von dem Momente an, wo der Strafrichter erschien, vernahm man die Rufe nach Hilfe, aber wie eigenthümlich diese öfters gesucht wird, kennzeichnet sich dadurch am besten, dass eine Deputation Würtemberger und Badener Hafner bei bayrischen Töpfern vorstellig wurde, um in vollständiger Verkennung der hygienischen Berechtigung des Gesetzes vom 25. Juni 1887 eine Agitation zur Aufhebung dieses Reichsgesetzes anzubahnen.

Der Bericht Stockmeier's enthält aber auch einige höchst beachtenswerthe Vorschläge zu Neuerungen in der Töpferei, deren Einführung für die Zustandebringung eines hygienisch tadellosen Erzeugnisses den besten Erfolg gehabt hat.

Der wichtigste darunter besteht darin, an Stelle des Quarzsandes amorphe Kieselsäureabfälle, insbesondere Infusorienerde zu verwenden, welche aus dem Handel zu billigen Preisen bezogen werden kann.; (Die angeführte Sorte kostete 6 Mark 40 Pfennige per 100 Kilo.)

Bei Verwendung dieser Infusorienerde gelang es, selbst aus solchen Thonsorten, welche sich erfahrungsgemäss nach dem alten Verfahren zur Erzielung einer unlöslichen Bleiglasur wenig geeignet erwiesen, sofort schon bei den Probebränden den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Glasuren herzustellen. Allerdings thut es die Infusorienerde allein nicht, sondern der Hafner muss nach wie vor den ein-

zelnen Phasen des Betriebes, insbesondere der gleichartigen Vermischung der zur Glasur erforderlichen Bestandtheile, dem Auftragen der Glasur auf die Geschirre, der richtigen Leitung des Brennens die vollste Aufmerksamkeit und Sorgfalt angedeihen lassen.

In letzterer Beziehung muss hervorgehoben werden, dass die Mengenverhältnisse zur Bereitung der Glasurmasse nöthigen Bestandtheile nicht mittelst Messgefässen, sondern gewichtsmässig mit der Wage festgestellt werden müssen, wie es das recht verschiedene specifische Gewicht der hiebei in Betracht kommenden Materialien selbstverständlich erheischt und dass die Glasurmasse nicht zu dick aufgetragen werden darf, mit der verständnislosen Absicht, dem Geschirre auf Kosten der Qualitätsmässigkeit ein schöneres Aussehen zu verleihen.

»Würde sich das Publikum«, so heisst es in dem Berichte, »an das schwächer glasirte Geschirr durchgängig gewöhnen, so würde die Bleifrage völlig verschwinden. Man begegnet aber überall der Ausrede, dass das Publikum die Erzeugnisse so und so haben will, und hinter dieser Ausrede verbirgt sich meistens ein gewisser Terrorismus der Erzeuger, die es eben nicht anders machen wollen, als sie es im alten

Schlendrian gewohnt sind.«

Der Gedanke ist naheliegend, ob es nicht möglich wäre, die glasirten Geschirre durch Auskochen mit 4% iger Essigsäure von dem ungebundenen Blei der Glasur sei es in der Betriebsstätte selbst zu befreien, ehe sie in den Handel kommen, oder dem Publicum eine solche Maassregel anzuempfehlen.

Bei näherer Ueberlegung erweist sich dieser Ausweg als unbetretbar; dem Publicum kann eine solche Maassregel nicht zugemuthet, in den Betriebsstätten würde sie nicht durchgeführt werden, und sie könnte überhaupt den angestrebten

Zweck nicht erreichen.

Der erwähnte Bericht bringt Beweise bei, dass eine schlechte Glasur nicht nur in den oberflächlichen Schichten, sondern durch die ganze Masse hindurch schlecht ist, und in den tieferen Schichten noch schlechter sein kann, als in den oberflächlichen.

Es hat sich bei einschlägigen Versuchen gezeigt, dass bei mehrmaligem Auskochen schlecht glasirter Topfgeschirre später bisweilen weit mehr Blei in Lösung

ging als früher.

Es kann vielleicht angenommen werden, dass einzelne Hafnerbetriebe den guten Willen haben, den Bedingungen des Gesetzes zu entsprechen, dass es ihnen jedoch an der nöthigen Anleitung und Unterweisung, vor Allem aber an der nöthigen Sachkenntnis fehlt.

Es erscheint im höchsten Grade wünschenswerth, dass die Regierung hier Hilfe gewährt, um diese bessere Sorte von Kleingewerbe vor dem Untergange zu be-

wahren, jedoch nicht gegen das Gesetz, sondern im Sinne des Gesetzes.

Dies kann geschehen durch schriftliche, dem Leserkreise angepasste Belehrungen, durch die Gewerbeschulen, durch Wanderlehrer, durch Entsendung von Sachverständigen im Fache in die Erzeugungsstätten.

Der Oberste Sanitätsrath stellt daher folgende Anträge:

- 1. Die Forderung der Handels- und Gewerbekammern, dass für die Glasuren von Töpferwaren ein genau bestimmter Gehalt an Blei als zulässig erklärt werde, ist abzulehnen.
- 2. Der weiteren Forderung der Handels- und Gewerbekammern, es mögen die in der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 6. December 1871 in dieser Angelegenheit erlassenen Vorschriften wieder hergestellt werden, ist keine Folge zu geben.
- 3. Von neuerlichen Erhebungen über thatsächlich vorgekommene Gesundheitsschädigungen durch Verwendung von Bleiglasuren bei Töpferwaren wäre Abstand zu nehmen.



- 4. Die Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels vom 13. October 1897, womit Bestimmungen über die Erzeugung oder Zurichtung von Ess- und Trinkgeschirren, dann Geschirren und Geräthen, die zur Aufbewahrung von Lebensmitteln oder zur Verwendung bei denselben bestimmt sind, sowie über den Verkehr mit denselben erlassen wurden, ist in vollem Umfange aufrecht zu erhalten.
- 5. Dem allgemeinen Niedergange der Kleintöpferei und Kleinhafnerei kann und darf nicht dadurch vorzubeugen versucht werden, dass für diese Betriebe Ausnahmszustände bewilligt werden.

Belehrung, Anleitung und Unterweisung durch behördliche sachverständige Organe und Körperschaften werden alsbald zu gleich günstigen Erfolgen verhelfen, wie sie im Deutschen Reiche erreicht worden sind.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des Ministeriums des Innern vom 11. December 1901, Z. 16423,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend die Aufrechnung und Adjustirung der Diäten und Reisekosten der Beamten der politischen Laudesstellen.

Zur Erzielung eines gleichartigen Vorganges in der Aufrechnung und Adjustirung der Diäten und Reisekosten der Beamten der k. k. Statthaltereien und Landesregierungen findet das Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Finanzministerium anzuordnen, dass in Hinkunft sämmtlichen bei den k. k. Statt-

haltereien und Landesregierungen in Dienstesverwendung stehenden Beamten des h. o. Ressorts mit Ausnahme der Baubeamten, auf welche auch fernerhin die Bestimmungen des Ministerialerlasses vom 26. März 1850, R. G. Bl. Nr. 134, Anwendung zu finden haben, für die während der Zeit dieser Dienstesbestimmung abgehaltenen Commissionen ausserhalb des Dienstortes, sowie bei Dienstreisen im Verwaltungsgebiete der Bezug dervollen Diäten und der vollen normalmässigen Fuhrkosten zuzuerkennen ist.

Hievon wird die zur weiteren Veranlassung in die Kenntnis gesetzt.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Laut Verordnung des fürstl. Ministeriums des Innern vom 6. (19.) December v. J. wurde Batum für pestfrei erklärt.

Frankreich. Die Hafenarbeiter, welche die Löschung von Waren des verseuchten Dampfers Goorkha (siehe S. 7 d. Bl.) besorgt hatten, sind, nachdem keine verdächtige Erkrankung unter denselben vorgekommen war, aus der Isolirung entlassen worden.

Rumänien. Die gegenüber Herkünften aus Constantinopel in Geltung gestandenen sanitätspolizeilichen Maassnahmen wurden vom 5. (18.) December an ausser Kraft gesetzt.

Türkei. In Smyrna wurde laut telegraphischer Mittheilung vom 27. December neuerdings ein Pestfall beobachtet und bakteriologisch als solcher sichergestellt. Ueber Beschluss des Obersten Sanitäts-Conseils in Constantinopel wurde gegenüber Herkünften aus dieser Stadt eine 48stündige Quarantaine verfügt.

Aegypten. (siehe Jahrg. 1901 d. Bl. S. 555). Laut telegraphischer Meldung vom 28. December sind in Ziftah 1 und in Tantah 2 Pestfälle beobachtet worden.

Digitized by Google

Capcolonie. In der Woche vom 1. bis 7. December wurden in Port Elizabeth eine neue Erkrankung und 2 Todesfälle an Pest (darunter an einer aufgefundenen Leiche) constatirt. In Ladysmith sind 2 verdächtige Fälle, darunter einer mit tödtlichem Ausgange an zugereisten Personen aus Mosselbay, woselbst kürzlich mehrere Pestfälle vorgekommen waren, beobachtet worden.

Ueber Verfügung der Capregierung wird auf den Patenten der Capstadt verlassenden Schiffe die Bemerkung beigesetzt, dass in Capstadt die letzte Erkrankung am 21. October vorgekommen ist, und dass seit 27. November sich kein Pestkranker weder in Capstadt noch auf der Caphalbinsel und den umliegenden Districten befindet.

Vermischte Nachrichten.

Unterweisung der Aerzte der Wiener k. k. Krankenanstalten in der praktischen Receptirkunde. Um den Aerzten an den Wiener k. k. Krankenanstalten zur Erweiterung ihrer Kenntnisse in der praktischen Receptirkunde und zur Erwerbung manueller Fertigkeiten in der Herstellung der Arzneien Gelegenheit zu bieten, hat die k. k. niederösterreichische Statthalterei über Anregung des Obersten Sanitätsrathes, die Einrichtung von derartigen Cursen in den Apotheken aller Wiener k. k. Krankenanstalten mit Ausnahme der Krankenanstalt Erzherzogin Sophien-Spitalstiftung und des Stephanie-Spitals verfügt. Für die Abhaltung dieser mit 1. November 1901 eingeführten Curse, an welchen alle Anstaltsärzte in einem gewissen Turnus theilnehmen können, wurden vorläufig nachstehende Modalitäten festgesetzt:

- 1. Die Krankenhaus-Direction(-Leitung) nimmt die Anmeldungen der Spitalsärzte entgegen und veranlasst deren Zuweisung an den Provisor der Regieapotheke. Dieser hat in jedem einzelnen Falle mit dem Arzte über die Zeit und die Dauer der Unterweisung eine Vereinbarung zu treffen und hievon dem Director (Leiter) der Anstalt Mittheilung zu machen. Der Provisor kann diese Instruirung entweder selbst vornehmen oder über Rücksprache mit dem pharmaceutischen Personale seiner Apotheke hiezu einen Magister bestimmen.
- 2. Im Allgemeinen ist bestimmt, dass als Zeit für die Ausführung der erforderlichen Arbeiten nur die Nachmittagstunden zu verwenden sind. Bei fallweiser Feststellung der Arbeitsstunden ist auf die ungeschmälerte Aufrechterhaltung des laufenden Dienstes volle Rücksicht zu nehmen.
- 3. Zu gleicher Zeit sollen nicht mehr als zwei Aerzte in der Apotheke arbeiten. Ausgenommen in der Regieapotheke im k. k. Allgemeinen Krankenhause, in welcher bis zu vier Aerzten arbeiten können.
- 4. Die Ausführung der praktischen Uebungen hat im Allgemeinen in nachstehender Reihenfolge zu geschehen: Handhabung der Wagen und Gewichte, Herstellung einfacher Arzneimischungen, Lösungen, Verreibungen, Saturationen, Emulsionen aller Art, Infusa, Decocta, Macerationen, Digestionen, Mucilagines, Uebungen im Pulvermischen und Abtheilen, Theemischen und Abtheilen, Herstellung von Linimenten, Salbenmischungen aller Art, Pflastern sammt Aufstreichen, Pillen, Suppositoria, Globuli, Bacilli, endlich Sterilisiren von Arzneimischungen.
- 5. Dem Wiener k. k. Krankenanstaltenfonde dürfen hiedurch keinerlei Auslagen erwachsen. (Erlass der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 5. October 1901, Z. 86955.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 1. bis 7. Jänner 1902 beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Niederösterreich im politischen Bezirke Baden: Baden 1; in Galizien im politischen Bezirke Turka: Jawora 7, Lomna 2;

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Dabrowa: Cwikow 6; Nadworna: Kamienna 2, Lojowa 15, Przerosl 1; Nisko: Przyszow kameralny 3; Trembowla: Slawcze 3; Złoczow: Jezierna 1.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

D_R. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern. ^{und} DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wies L. Rothenthurmstrasse 15.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 16. Jänner 1902.

Mr. 3.

Inhalt. Der extragenitale syphilitische Primäraffect und das venerische Geschwür in ihrer klinischen und volkshygienischen Bedeutung. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Gesetz, wirksam für das Herzogthum Bukowina, betreffend die Regelung der Todtenbeschaugebühren. — Rechtsprechung. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Der extragenitale syphilitsche Primäraffect und das venerische Geschwür in ihrer klinischen und volkshygienischen Bedeutung.

Von Hofrath Professor Dr. Neumann.

Der extragenitale syphilitische Primäraffect ist in vielfacher Beziehung von grösstem Belang; klinisch vermöge der ungewöhnlichen Art der Uebertragung, der Localisation und der durch diese bedingten ungewöhnlichen örtlichen Erscheinungen und der ganzen Verlaufsweise, ferner vermöge der von der typischen abweichenden Geschwulstform und Ulceration, der nicht selten schwierigen, daher irrthümlichen und hiedurch für das Individuum folgenschweren Diagnosen; allgemein hygienisch dadurch, dass die Natur des Affectes häufig selbst seinem Träger lange unbekannt bleibt, der Affect oft an Stellen situirt ist, welche dem physischen Contacte seitens der Umgebung des Kranken und anderer mit ihm persönlich verkehrenden Personen exponirt sind, sohin eine der ergiebigsten Quellen der Syphilisinfection, beziehungsweise der Entstehung weiterer extragenitaler syphilitischer Primäraffecte bildet. Diese Thatsachen dürften die Publication der an meiner Klinik zur Beobachtung gelangten extragenitalen syphilitischen Primäraffecte, bei deren statistischer Zusammenstellung der Aspirant meiner Klinik Dr. Alfred Brandweiner mitgewirkt hat, in dieser Fachzeitschrift zur Genüge motiviren.

In der Zeit vom Jahre 1880-1901 waren an meiner Klinik 4634 mit syphilitischem Primäraffecte behaftete Kranke in Behandlung, und zwar: 2822 Männer und 1812 Weiber. Darunter waren:

Digitized by Google

Der Localisation nach betrafen:	
Oberlippe 41 (15 M., 26 W.)	Augenlid 4 (2 M., 2 W.)
Unterlippe 65 (31 M., 34 W.)	Stirne $3 (3 M_{\odot} - W_{\odot})$
Mundwinkel 8 (6 M., 2 W)	Zahnfleisch 6 (2 M., 4 W.)
Wange 4 (3 M., 1 W.)	Finger und Hand . 27 (17 M., 10 W.)
Kinn 12 (9 M., 3 W.)	Vorderarm 1 (— M., 1 W.)
Zunge \ldots $2 (-M_{\odot} 2 W_{\odot})$	Brustdrüse 9 (— M., 9 W.)
Zunge 2 (— M., 2 W.) Mandeln 20 (8 M., 12 W.)	Nabel 1 (— M., 1 W.)
Hintere Rachenwand 1 (M., - W.)	Oberschenkel 1 (1 M., - W.)
Nasenflügel 2 (1 M., 1 W.)	000.00000000000000000000000000000000000
1100 mago: 1 . 1 . 2 (1 bi.)	
Betreffend die nähere Localisation	fanden sich die Primäraffecte an der
Oberlippe, median in 13 Fällen	Kinn, median in 5 Fällen
» rechterseits » 15 »	rechts 2
» linkerseits • 13 »	→ links
Unterlippe, median 23 •	Hintere Rachenwand, median • 1 Fall
rechterseits 24 »	Stirn, rechts 2 Fällen
linkerseits > 18 >	inks 1 Fall
Zungenspitze Tall	Augenlidern 4 Fällen
Zungenrücken	Oberschenkel, links 1 Fall
Tonsillen, rechts 11 Fällen	Brustdrüsen, rechts 4 Fällen
beiderseits 1 Fall	> links 5 >
links 8 Fällen	Fingern, Zeigefinger, rechts 8 .
Zahnfleisch, über den oberen »	links . 3
Schneidezähnen » 4 »	Mittelfinger rechts 4
Zahnfleisch, über den unteren >	» » links . • 2 »
Schneidezähnen 2 .	» Ringfinger, rechts . » 2 »
Mundwinkel, rechts 4	» Daumen, rechts 3 .
> links 4 >	Handrücken 2
Wange, rechts	Handteller
inks 1 Fall	Vorderarm
Nasenflügel, rechts 2 Fällen	

Anlangend das Alter weisen unsere Fälle Altersstufen von 5 Monaten (1 Kind mit Sklerose am Nabel) bis 59 Jahren auf (1 Mann mit Sklerose an der Unterlippe). Die übrigen bewegten sich in Grenzen die in Bezug auf Frequenz denen der Genitalsklerosen entsprechen. Wir können jedoch nicht unbemerkt lassen, dass in der Literatur auch Fälle von viel höheren Altersstufen, bis zu 78 Jahren inclusive, verzeichnet sind.

Dem Berufe nach waren von den 98 Männern mit extragenitalem syphilitischen Primäraffecte: 13 Hausknechte, 9 Diener, 6 Agenten, 7 Bahnarbeiter, 6 Schuhmacher, 5 Schneider, 6 Beamte, 5 Schauspieler, 11 Kutscher, 8 Schlosser, 2 Hutmacher, 6 Kellner, 5 Reisende, 2 Buchbindergehilfen, 1 Bücherexpeditor, 2 Handlungsgehilfen, 5 Beruf nicht angegeben und 1 Metalldrucker.

Von den 107 Weibern waren 8 Prostituirte, 47 Mägde, 7 Ammen, 7 Hebammen, 21 Stubenmädchen, 7 Köchinnen, 1 Schustersgattin, 1 Maschinistengattin, 6 ohne Beschäftigung und 2 andere verheiratete Frauen.

Päppeln:	Zahnextraction:
Sklerose an der Zunge 1	Sklerose am Zahnfleisch 1
Tonsille 1	Rasieren:
Kuss:	Sklerose am Kinn 1
Sklerose an der Lippe 5	Assistenz bei Section (?) luetischer Leichen:
Unmittelbarer Contact:	Sklerose am Finger 1
Sklerose an der Nasenspitze, an	Benützung eines Löffels:
der Oberlippe und am Kinn con-	Sklerose an den Tonsillen 1
temporär 1	Pflege einer Wöchnerin:
Wäschewaschen:	Sklerose am Finger einer Hebamme 1
Sklerose am Daumenballen 1	(Durch diese Hebamme wurden 5
Wäschewaschen und Berührung der Nase	Wöchnerinnen am Genitale in-
mit ungereinigtem Finger:	ficirt, und eine andere Hebamme
Sklerose am Nasenflügel 1	inficirte sich ebenfalls von einer
Benützung inficirten Trinkgeschirres:	kranken Wöchnerin.)
Sklerose an den Tonsillen 1	Benützung eines weggeworfenen Cigarren-
• • Lippen 1	stummels:
Katheterismus:	Sklerose am Mundwinkel 1
An der Tuba Eustachii 1	
Tragen eines Kindes mit Papeln ad anum:	
Sklerose am Vorderarm 1	
	,

Praktisch wichtig sind nachfolgende Infectionsmöglichkeiten die sich in der Literatur finden:

Handwerkerinnen (Schneiderinnen, Modistinnen, Näherinnen etc.) inficiren sich durch in den Mund genommene Oesen, Haken, durch Befeuchten der einzufädelnden Fäden. Schuhmacher acquiriren Zungen- und Lippensklerosen durch in den Mund genommene Schuhzwicken und Nägel. Bekannt sind die Infectionen der Glasarbeiter dadurch, dass das anzublasende Glasrohr von Mund zu Mund wandert. Frauen, die den Wöchnerinnen die Milch aus den Brüsten saugen, inficiren sich an den Lippen. Eine Mutter acquirirte Ulcus durum an der Brust durch Säugen ihres syphilitischen Kindes, das eine Lippensklerose von seiner luetischen Wärterin hatte, die ihrerseits wieder von ihrer Wirthin inficirt worden war. Das sogenannte Mal de St. Euphemie, eine Endemie von Syphilis in Frankreich, entstand durch eine Hebamme, welche nacheinander eine Anzahl schwangerer Weiber inficirte. Im Jahre 1577 entstand in Brünn eine grosse Syphilisepidemie durch inficirte Schröpfköpfe, die in einer Badestube verwendet wurden (Mal de Moravie). Klystirspritzen, Höllensteinstifte, Elektroden, Vaccinationslancetten, Tätowirnadeln können die Syphilis auf extragenitalem Wege übertragen.

Folgende Fälle geben ein anschauliches Bild von dem oft ganz sonderbaren

Wege der extragenitalen Infection:

Ein Mann wurde meuchlings überfallen und erhielt einen Messerstich in den Rücken. An dieser Stelle Induration mit folgendem Exanthem. Ein Arbeiter bekam eine Sklerose am Augenlid durch Wischen mit einer Schürze, ein Anderer an derselben Stelle durch Anhusten. Die Perforation der Ohrläppehen hat in einem Falle zu Sklerose am Ohre geführt. Eine luetische Curpfuscherin inficirte eine bei ihr Rath suchende Patientin dadurch, dass sie ihr ein erkranktes Auge ausleckte. Sklerosen am Nasenflügel entstanden durch Gebrauch eines vorher von Luetischen benützten Handtuches. Ein Tapezierer bekam einen Primäraffect durch einen in den Mund genommenen Tapezierernagel. Eine Lippensklerose entstand bei einem Schüler durch Kauen an einem Bleistifte. Ein Augenlidschanker wurde acquirirt durch Reiben des Auges mit einer behandschuhten Hand, die vorher mit den Genitalien eines luetischen Weibes manipulirt hatte. Eine Fingersklerose entstand durch Stich mit einem Reiss-

nagel, den ein luetisches Individuum im Munde gehabt hatte. Ein Comptoirist inficirte sich an der Oberlippe in Folge Gebrauches von Leim, der vorher von luetischen Collegen benützt worden war. Ein Anderer acquirirte Lues von den Tonsillen aus durch eine Hustenpastille (harter Früchtenzucker). Fälle von Infectionen durch Cigarren, Hauttransplantation, rituelle Circumcision, durch Rasieren, Zahnextraction, Abputzen der Zähne, Transplantation von Zähnen durch Transit gehören zu nicht ganz aussergewöhnlichen Infectionsmöglichkeiten. Zu den grössten Seltenheiten gehört die Infection durch Kämme. Was die Tätowirungen als Infectionsursache betrifft, so kommen diese bei uns weniger in Betracht. In anderen Ländern, wo Tätowirungen häufig ausgeführt werden, ist es sogar in Kasernen zu Endemien gekommen. Wegen der Infectionsmöglichkeit durch Cigarren, die in Habannah derart fabricirt werden, dass die betreffende Arbeiterin die Cigarre mit ihrem Speichel befeuchtet und auf ihrem nackten Oberschenkel rollt, werden zu dieser Arbeit nur unberührte Jungfrauen verwendet.

In Schweden spielen nach W. Boeck die breiten Holzlöffel bei der Verbreitung solcher Syphilisendemien eine grosse Rolle, indem diese Löffel von den gemeinschaftlich essenden Familienmitgliedern der ganzen Breite nach in den Mund gesteckt werden, dadurch zu Rhagadenbildung an den Mundwinkeln Veranlassung geben

und auf diese Weise inficiren.

Interessant sind die Statistiken über die extragenitale Infection.

Beloussow findet luctische Infection in 2.20/0 der Fälle durch das Stillen, in 66.3% in Folge Zusammenlebens mit luetischen Individuen, in 5.4% auf hereditärer Grundlage, also in 74% auf extragenitalem Wege.

Mraček berechnet das Verhältnis der extragenital inficirten Männer zu den ebenso erkrankten Weibern auf 1 zu 14, wobei die extragenitale Infection 15% der

genitalen ausmacht.

Gay findet in Russland 22.7% an extragenitaler Infection, wobei 3.8% auf Männer und 18.9% auf Weiber entfallen. Diese hohe Zahl erklärt sich durch das Bestehen zahlreicher Endemien in Russland, wie es ja bei der armen, unwissenden und unreinen Bevölkerung, die in grosser Zahl in kleinen Wohnräumen beisammenwohnt, dieselben Ess- und Trinkgeschirre benützt, begreiflich ist.

Die häufigsten extragenitalen syphilitischen Primäraffecte sind bei der endemischen Syphilis, welche als Radesyge (in Schweden und Norwegen), Sibbens, Morbus Dithmarsicus, Mal de St. Euphemie, Pian Folcadina, Skerljevo, Frenjak in verschiedenen Ländern bezeichnet wurde, zu beobachten.

In dem croatisch-dalmatinischen Gebiete war die Endemie im Jahre 1790 aufgetreten, so dass in Portoré ein eigenes Spital zur Aufnahme der Skerljevokranken errichtet ward; aber auch an der croatisch-bosnischen Grenze, wo die culturellen und wirthschaftlichen Zustände nur geringe Fortschritte machten, die Bevölkerung in Pauperismus verharrt, hat die Syphilis um sich gegriffen. In Bosnien und der Hercegovina sind es vorwiegend Mohammedaner, aber auch die griechisch-orthodoxen Katholiken, welche ihre Syphilis zu nicht geringem Theile auf extragenitalem Wege acquiriren. Man denke sich die Folgen einer so schweren Krankheit, wie es die Syphilis ist, wenn sie schon in der Jugend acquirirt wird und Individuen befällt, die in den denkbar ungünstigsten Verhältnissen leben. Die Wohnung besteht oft aus einem losen Bretter- oder Lehmziegelbau, der oft nur eine einzige enge Ubication ohne Schornstein und Fenster bildet. Darin hausen nun sämmtliche Familienmitglieder, bisweilen selbst das Vieh! Dass es in solchen Räumen bei fast völligem Mangel der Reinlichkeitspflege in jeglicher Richtung von Ungeziefer wimmelt, ist klar. Dem Pauperismus entspricht auch die Ernährung dieser Volksclasse. Erwägt man nun noch die Folgen der gänzlichen Unterbleibung ärztlicher Behandlung, dann begreift man die enorme Zerstörung, welche die Syphilis an Haut, Schleimhaut, Knochen etc. hier anrichtet. (Schluss folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Gesetz vom 14. November 1901, wirksam für das Herzogthum Bukowina,

L. G. Bl. und V. Bl. Nr. 32, betreffend die Begelung der Todtenbeschaugebühren.

Ueber Antrag des Landtages Meines Herzogthums Bukowina finde Ich anzuordnen, wie folgt:

- § 1. Der Landesausschuss wird ermächtigt, den Gemeinden, welche auf Grund der gesetzlich gefassten und kundgemachten Ausschussbeschlüsse um die Bewilligung zur Einhebung von Gebühren für die Todtenbeschau einschreiten, die Befugnis zu ertheilen, für die Beschau einer Leiche eine angemessene Gebühr einzuheben, welche bei den Landgemeinden den Höchstbetrag von einer Krone, bei den Stadtgemeinden den Höchstbetrag von vier Kronen nicht übersteigen darf.
- § 2. Diese Gebühren fliessen in die Gemeindecasse, sind gleich den übrigen Einnahmen der Gemeinde zu verrechnen und dienen zur

theilweisen Bedeckung der Kosten für die Besorgung der den Gemeinden durch das Reichs-Sanitätsgesetz vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, zugewiesenen Geschäfte.

Die Entlohnung des Todtenbeschauers obliegt der Gemeinde und gehört zu den eben genannten Auslagen derselben.

Der Todtenbeschauer ist nicht berechtigt, für die Ausübung der Todtenbeschau eine Entlohnung von den Parteien zu fordern uud darf auch nicht zur Einhebung der Gebühr verwendet werden.

- § 3. Die Beschaugebühr ist aus dem Nachlasse des Beschauten zu entrichten, in Ermanglung eines Nachlasses aber oder bei Unzulänglichkeit desselben von jenen Personen oder Fonds zu bezahlen, welche zur Tragung der Begräbniskosten verpflichtet sind.
- § 4. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist Mein Minister des Innern beauftragt.

Franz Joseph m. p. Koerber m. p.

Rechtsprechung.

Wahrung und Schutz der öffentlichen Interessen im Sinne der §§ 25, 26, 29 und 30 der Gewerbeordnung obliegt den Gewerbehörden. Ein individuelles Recht auf Fernhaltung von lästigen ungewöhnlichen Geräuschen steht den Anrainern von gewerblichen Betriebsanlagen nicht zu, dieselben sind daher auch im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 22. October 1875. R. G. Bl. Nr. 36 ex 76, zur Beschwerdeführung an den Verwaltungsgerichtshof nicht legitimirt.

Aus dem Erkenntnisse des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 13. Juni 1901, Z. 4688.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat anlässlich der Beschwerde einer Gemeinde und des Landesausschusses sowie mehrere Anrainer gegen die im Instanzenzuge vom Ministerium des Innern bewilligte Anlage einer Kesselfabrik in N. in dem Erkenntnisse vom 13. Juni 1901, Z. 4688, ausgesprochen, dass ein individuelles Recht auf Fernhaltung eines Geräusches überhaupt und eines lästigen, ungewöhnlichen Geräusches insbesondere dem Besitzer einer Liegenschaft in der Gemeinde oder einem sonstigen Bewohner derselben — abgesehen von besonderen auf einem Privatrechtstitel beruhenden Untersagungsrechten- ebensowenig zustehe, wie der Gesammtheit der Gemeindegenossen. Wenn daher der § 25 der Gewerbeordnung die Genehmigung der Betriebsanlagen auch bei allen jenen Gewerben für nothwendig erklärte, welche durch ungewöhnliches Geräusch die Nachbarschaft zu belästigen geeignet sind, und im § 26 G. O. bestimmt wurde, dass die Behörde bei allen solchen Betriebsanlagen, insoferne dieselben nicht zu den nach § 27 zu behandelnden gehören, im kürzesten Wege, sonst aber unter Einhaltung des in den 88 28-30 G. O. vorgeschriebenen Verfahrens die allenfalls in Betracht kommenden Uebelstände zu prüfen und die nöthigen Bedingungen und Beschränkungen in Betreff der Einrichtung der Anlage vorzuschreiben habe — wobei insbesondere darauf zu sehen sei, dass für Kirchen, Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Anstalten aus derlei Gewerbeanlagen keine

Störung erwachse — so handle es sich nicht um die Abwehr eines Eingriffes in die individuelle Rechtssphäre der einzelnen Ortsbewohner und der dieselben umfassenden Gemeinde, sondern lediglich um die die Gesammtheit und auch jeden einzelnen berührenden öffentlichen Interessen, deren Wahrung und Schutz nach §§ 25, 26, 29 und 30 G. O. in die Hände der über die Consentirung der Betriebsanlage in gewerbepolizeilicher Beziehung erkennenden politischen Behörde gelegt sei. Diese Behörde entscheide darüber, ob bei einer industriellen Betriebsanlage eine sich als unstatthaft qualificirende Belästigung im Sinne des § 25 gegeben, oder sei es absolut sei es unter bestimmten Bedingungen und Beschränkungen in der Errichtung der Betriebsanlage ausgeschlossen sei, nach freiem Ermessen.

Der Umstand, dass das von der Behörde zu wahrende öffentliche Interesse einzelne Personen vermöge der Nachbarschaft einer projectirten Betriebsanlage, eventuell auch die Gemeinde mit Rücksicht auf die in allen Fällen mit den öffentlichen Interessen congruenten Gemeindeinteressen näher berühre, habe nach dem Gesetze für die Rechtsstellung solcher Rechtssubjecte nur die Folge, dass sie gemäss § 29 ff., G. O. und den Bestimmungen der Bauordnung bei der gewerbe-, beziehungsweise baubehördlichen Verhandlung als Interessenten zu erscheinen, Einwendungen zu erheben und die fachgemässe Würdigung und Prüfung zu fordern und im Recurswege das Ermessen der höheren administrativen Instanzen zu provociren berechtigt erscheinen. Da dieselben somit ein Recht nicht besitzen, welches materiell durch den bezüglichen Consens der Gewerbebehörde verletzt werden könnte, sind sie auch im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, zur Beschwerdeführung beim Verwaltungsgerichtshofe nicht legitimirt.*)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des fürstlichen Ministeriums des Innern vom 16. (29.) December, Nr. 565, wurde die Stadt Smyrna vom 15. (28.) December angefangen für pestverseucht erklärt.

Rumünien. Die 10tägige Quarantaine gegenüber Herkünften aus Port Said wurde durch eine ärztliche Visite und Desinfection ersetzt, und das Verbot der Einfuhr der aus diesem Hafen kommenden Waren aufgehoben.

Türkei. In Beirut wurde laut telegraphischer Mittheilung vom 7. Jänner ein Pestfall constatirt.

Die Quarantaine gegen Smyrna wurde aufgehoben.

Aegypten. In Tantah (Unterägypten, siehe S. 15 d. Bl.) wurden vom 28. December bis 1. Jänner weitere 9 Erkrankungen und 7 Todesfälle an Pest beobachtet.

Hongkong. (Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 555.) Im Verlaufe des Monates November v. J. ist in der Colonie kein Pestfall vorgekommen. Um dem Wiederausbruche der Epidemie im kommenden Frühjahre vorzubeugen, hat die Colonialregierung die Desinfection und Reinigung aller jener chinesischen Stadtviertel angeoidnet, in welchen während des letzten Jahres die meisten Pestfälle verzeichnet worden waren.

Brasilien. (Siehe S. 8 d. Bl.) In Rio de Janeiro wurden in der Woche vom 3. bis 9. December 17 Erkrankungen und 5 Todesfälle, in Campos in der Woche vom 2. bis 8. December 10 Erkrankungen und 5 Todesfälle an Pest beobachtet.

Auf dem österreichischen Dampfer "Gundulie", auf welchem vor seiner am 13. November v. J. in Rio de Janeiro erfolgten Ankunft zwei Pestfälle vorgekommen waren (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 572) ist, wiewohl das Schiff in Rio de Janeiro einer gründlichen Desinfection unterzogen wurde, während der Fahrt nach Santos ein neuerlicher Pestfall vorgekommen. Von Santos zurückgewiesen, traf der Dampfer am 2. December in Rio de Janeiro ein. Unterdessen hatte sich auf dem Schiffe noch ein weiterer (4.) Pestfall ereignet. Der Dampfer gab beide Pestkranken, einen Heizer und einen Matrosen ins Pestspital bei Rio de Janeiro ab, nahm nach vorgenommener neuerlicher Desinfection in Quarantaine Ladung ein und dürfte am 12. December mit 28 aufgenommenen, gegen Pest geimpften Stauern nach Santos abgefahren sein, um daselbst seine Ladung zu vervollständigen. Auch die Mannschaft ist neuerdings mit Pestserum geimpft worden.

In Petropolis (nächst Rio de Janeiro) wurden 3 tödtlich verlaufene Pestfälle, eingeschleppt aus Rio de Janeiro, beobachtet.

^{*)} Vgl. auch Erkenntnis vom 21. Februar 1901, Z. 1341, Jahrg. 1901 d. Bl., S. 356.



Vermischte Nachrichten.

Gerichtsätztlicher Gebührentarif. Interpellationsbeantwortung. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. December l. J. beantwortete Sr. Excellenz der Justizminister Freiherr v. Spens-Booden die Interpellation der Abgeordneten Kindermann und Genossen vom 8. Juni l. J. betreffend den gerichtsätztlichen Gebührentarif*) in folgender Weise:

"Was zunächst den Umstand anbelangt, dass die Aerztekammern vor Erlassung des Gebührentarifes nicht befragt wurden, so wird darauf hingewiesen, dass § 4 des Gesetzes vom 22. December 1891 (R. G. Bl. Nr. 6 aus 1892) die Aerztekammern verpflichtet, "in Fragen, welche ihren Wirkungskreis berühren, über Aufforderung der Behörden Aeusserungen und Gutachten zu erstatten, dass aber damit keineswegs die Verpflichtung der Regierung zum Ausdrucke gebracht ist, in allen Fragen der Gesetzgebung oder des Verordnungsweges, die den Aerztestand berühren, von der im § 4 eingeräumten Befugnis Gebrauch zu machen. In dieser Richtung ist auf den Bericht des Sanitäts-Auschusses dieses hohen Hauses vom 6. Juli 1891 zu verweisen, aus welchen das Aerztekammergesetz hervorgegangen ist. Dieser Bericht spricht aus: "§ 4 begrenzt die Pflichten der Aerztekammer, welche in der Abgabe von Gutachten bestehen, falls solche von den Behörden gefordert werden."

Auch der zweite Absatz des § 4 schreibt nur vor: "Anderseits ist denselben von den Behörden geeignetenfalls Gelegenheit zu geben, sich über in Verhandlung stehende, in den Geschäftskreis der Aerztekammern fallende Angelegenheiten gutächtlich zu äussern."

In dem gegebenen Falle hat sich das Justizministerium im Sinne des § 16 des Reichs-Sanitätsgesetzes vom 30. April 1870 (R. G. Bl. Nr. 68) an den Obersten Sanitätsrath, als das berathende und begutachtende Organ für die Sauitäts-Angelegenheiten der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, um eine gutächtliche Aeusserung gewendet und die von demselben in den Jahren 1886 und 1897 erstatteten ausführlichen Gutachten bei Abfassung des Tarifes unter Berücksichtigung der zu Gebote stehenden Mittel beachtet.

Wenn das Justizministerium bei einzelnen den Betrag von 10 K überschreitenden Gebühren die vorherige Einholung der Genehmigung des Gerichtshofes zweiter Instanz vorgeschrieben hat, so ist es damit keineswegs über die gesetzliche Bestimmung des § 384 St. P. O. hinausgegangen, da die beiden letzten Sätze dieser Gesetzesstellen nur "soweit hierüber in den bestehenden Vorschriften nichts Besonderes bestimmt ist" Anwendung finden, das Gebiet der gerichtsärztlichen Gebühren durch die Strafprocess-Ordnung nicht geregelt wurde, in dieser Richtung besondere Vorschriften, nämlich der im Verordnungswege erlassene Tarif vom 17. Februar 1855 (R. G. Bl. Nr. 33) und die zu demselben ergangenen Erläuterungen und Ergänzungen bestanden haben, die durch den neuen Tarif ersetzt wurden. Auch nach § 3 des Tarifes vom Jahre 1855 war "für aussergewöhnliche Verrichtungen, die in den Tarifen nicht namentlich aufgeführt erscheinen", die Entscheidung des Oberlandesgerichtes einzuholen, und ein Vergleich mit dem alten Tarife zeigt, dass jene höheren Ansätze, in welchen gegenwärtig die Genehmigung des Oberlandesgerichtes einzuholen ist, in dem alten Tarif nicht enthalten waren. Der neue Tarif enthält überdies in § 8 die Bestimmung, dass ungeachtet der erfolgten Genehmigung dem Sachverständigen das Beschwerderecht gewahrt bleibt, was hisher mindestens zweifelhaft erschien. Die Einholung der Genehmigung musste bei den in Rede stehenden Ansätzen zum Zwecke einer gleichförmigen Anwendung vorgeschrieben werden und liegt ebenso im Interesse des ärztlichen Standes als in jenem des Staatsschatzes.

Das Justisministerium hatte vom Standpunkte seines Ressorts keinen zwingenden Anlass, an Stelle der veralteten Gebührenvorschriften neue treten zu lassen, und hat sich bei Hinausgabe des neuen Gebührentarifes einzig und allein von dem Bestreben leiten lassen, den Wünschen des ärztlichen Standes nach einer Erhöhung der Gebühren thunlichst Rechnung zu tragen. Nach einer auf Grund des vorhandenen statistischen Materials aufgestellten Berechnung dürfte die der Justizverwaltung infolge des neuen Gebührentarifes erwachsende Mehrbelastung jährlich gegen 200.000 K betragen. Gerade bei den der Zahl nach ausschlaggebenden Verrichtungen hat eine Erhöhung um ungefähr 50% stattgefunden. So wurde die Gebühr für die gewöhnlichsten, keinen Aufwand an Mühe und keine höhere wissenschaftliche Befähigung erfordernden Untersuchungen wegen leichter Körperbeschädigungen von 1 fl. 5 kr. auf 3 Kronen, jene für schwere Körperbeschädigungen regelmässig von 2 fl. 10 kr. auf 6 Kronen erhöht und ausserdem die Möglichkeit geschaffen, die Gebühr zwischen 10 und 20 Kronen zu bemessen.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 166.

Die Gebühren für Leichenöffaungen und die darüber zu erstattenden Gutachten, die sich bisher in der Regel auf 5 fl. 25 kr. stellten, sind künftig mit mindestens 19 Kronen zu bemessen.

Die unbefangene Prüfung der Tarifposten wird ergeben, dass die Beschwerden der Aerztekreise über den neuen Tarif der thatsächlichen Grundlage entbehren. Dass den richterlichen Ermessen auch gegenüber den von ärztlichen Sachverständigen angesprochenenen Gebühren ein Spielraum eingeräumt wird. liegt in der Natur der Sache, da auf diesem Gebiete die Einführung einer unbedingten Pauschalgebühr den Umständen des einzelnen Falles zu wenig Rechnung tragen würde. Der Richter wird auf Grund seiner, gerade auf dem Gebiete der gerichtsärztlichen Medicin reichen Erfahrung die Leistung des Arztes ebenso richtig beurtheilen können als die Leistung eines Sachverständigen auf dem Gebiete der technischen Wissenschaften oder der verschiedenen gewerblichen oder landwirtbschaftlichen Berufe.

Das Justizministerium ist übrigens bereit, falls sich anlässlich der Durchführung des neuen Tarifes einzelne Härten ergeben sollten, sachlich begründeten Wünschen der ärztlichen Kreise nach Möglichkeit entgegenzukommen, und wird positive im Sinne des § 4 des Aerztekammer-Gesetzes erstattete Vorschläge der Aerztekammern jederzeit der gebührenden Prüfung unterziehen."

Bemessung der Gebühr für Augenspiegeluntersuchung. Uebereine vorgekommene Beschwerde hat das Justizministerium den Gebührentarif vom. 20. März 1901, R. G. Bl. Nr. 34, mit Erlass vom 30. November 1901, Z. 18560, dahin erläutert, dass die Gebühr für die Untersuchung mit dem Augenspiegel je nach der Sachlage nach Tarifpost A 1 c und 2 c mit 10 bis 20 K oder gemäss §§ 8, Z. 2 des Gebührentarifes, jedoch keinesfalls unter 10 K zu bemessen wäre. (Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums St. XXIII.)

Errichtung von Impfstoffdepôtstellen der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien. Ueber Ansuchen mehrerer Apotheker des In- und Auslandes um die Errichtung von Depôtstellen für Impfstoff aus der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien für Privatimpfungen der Aerzte, wurde die Statthalterei in Wien mit dem Erlasse des Ministeriums des Innern vom 9. November 1901, Z. 39343, ermächtigt, die Direction der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt zu verständigen, dass derlei Impfstofflieferungen gegen fixe Bestellung unter nachstehenden Bedingungen keinem Anstande unterliegen: Die Haltbarkeit des Impfstoffes ist durch entsprechende Verpackung und Beigabe einer Belehrung über die Aufbewahrung desselben zu sichern; der Detailverkaufspreis mit der betreffenden Depôtstelle angemessen zu vereinbaren, und der Zeitpunkt, bis zu welchem für die unverändert gute Wirksamkeit des Impfstoffes von der Anstalt garantirt wird, auf der Etiquette deutlich ersichtlich zu machen; alle derartigen Sendungen sind ordnungsmässig zu verbuchen, die Forderungen und Eingänge genau zu verrechnen.

Ausübung der ärztlichen Praxis in der Capcolonie. Auf Grund eines Beschlusses des Medical Council in Capstadt werden Aerzte, welche in einem Lande ihr ärztliches Diplom erworben haben, das bezüglich der Anerkennung der ärztlichen Diplome keine Reciprocität gewährt, in der Colonie zur ärztlichen und zahnärztlichen Praxis nicht mehr zugelassen. Hievon hat das Ministerium des Innern mit dem Erlasse vom 4. December 1901, Z. 45242, die politischen Landesbehörden behufs Verständigung der interessirten Kreise in die Kenntnis gesetzt.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 8. bis 14. Jänner 1902 beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Gorlice: Luzna 7; Turka: Jablonka nizna 1. Jawora 1, Lomna 1;

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Dabrowa: Cwikow 1; Kamionka: Ruda 16; Mielec: Radomysl 3; Nadworna: Hwozd 6, Kamienna 1, Lojowa 5, Przerosl 2; Nisko: Przyszow kameralny 6; Rawa: Wroblaczyn 6, Zaborze 4; Trmbowla: Slawcze 1.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Worner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Dr. J. DAIMER Ministerial rath im Ministerium des Innern.

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wies L'Rothenthurmetrasse 15,

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:--.

XIV. Jahrgang.

Wien, 23. Jänner 1902.

Nr. 4.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. - Der extragenitale syphilitische Primäraffect und das venerische Geschwür in ihrer klinischen und volkshygienischen Bedeutung. (Schluss.) — Abgeordnetenhaus. Sanitäts- und Veterinärwesen. — Rechtsprechung. — Aus den Verbandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Beilage: Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in Oesterreich während der Jahre 1818-1899.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 18. Jänner 1902 abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten nach Begrüssung des neuernannten Mitgliedes des Obersten Sanitätsrathes, Hofrathes Prof. Dr. Karl Gussenbauer, durch den Vorsitzenden Obersanitätsrath Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl und nach Mittheilung der Verhältnisse der Verbreitung der Pest im Auslande die Anträge des Fachcomités zur Be-kämpfung der Tuberculose zur Berathung und theilweisen Erledigung. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum Namens des Specialcomités.)

Nach Schluss der Sitzung fand eine längere Berathung des Specialcomités zur Feststellung der Grundsätze für den Betrieb wissenschaftlicher Studien an Kranken in den öffentlichen Krankenanstalten statt.

Der extragenitale syphilitische Primäraffect und das venerische Geschwür in ihrer klinischen und volkshygienischen Bedeutung.

Von Hofrath Professor Dr. Neumann.

(Schluss.)

Diagnose der extragenitalen Sklerosen.

In Bezug auf physische Beschaffenheit weisen die extragenitalen Sklerosen manche bemerkenswerthe Eigenthümlichkeiten auf.

Die Fingersklerosen sind zumeist haselnuss- bis taubeneigross, sehr derb. gewöhnlich mit einer schmutzigen durch die Anwendung verschiedener Mittel erzeugten beträchtlich dicken Borke bedeckt.

Digitized by Google

Die Brustdrüsensklerosen sind haselnuss- bis nussgross, von deutlicher Härte und livid verfärbt. Auch sind sie oft durch die angewandten Mittel im Aus-

sehen verändert, mitunter auch durch Insulte, wie Druck, Reibung etc.

Die Tonsillarsklerosen sind in der Regel diphtheroid belegt, uneben, drusig, bläulichroth. Die Schwellung ist nicht auf die Mandeln beschränkt, sondern erstreckt sich auf die Gaumenbögen, zuweilen auch auf die hintere Rachenwand der ergriffenen Seite. Die Härte ist nicht immer, manchmal jedoch deutlich ausgesprochen.

Die Sklerosen des Zahnfleisches bieten wenig charakteristische Merkmale. Die Umgebung des Geschwüres ist lividroth, die Schwellung wegen der Härte des Zahnfleisches nicht beträchtlich. Das Geschwür ist häufig zerklüftet, mit einem grünen, schmierigen, diphtheroiden Belage versehen. Manchmal ist das Zahnfleisch an der Basis des Geschwüres völlig consummirt, so dass der Zahnhals völlig blosgelegt erscheint.

Die Lippensklerosen zeigen beträchtliche Härte, sind durch starkes induratives Oedem ausgezeichnet, welches die Lippe asymmetrisch verdickt und verwölbt; hiedurch und durch die lange Persistenz unterscheidet sich dieses Oedem von dem entzündlichen. Das Geschwür selbst ist immer seicht, zeigt einen festhaftenden Belag und glatten Grund. Die Grösse variirt zwischen der einer Linse und eines Guldenstückes.

An der Hohlhand zeigt sich der syphilitische Primäraffect in Form einer flachen, braunroth gefärbten, häufig an der Oberfläche schuppenden Infiltration von scharfer Begrenzung. Die Härte ist nicht dermaassen ausgesprochen, wie beim Sitze in weichem, succulentem Gewebe.

Die Abweichung von der typischen Form, die Veränderungen, welche der syphilitische Primäraffect durch äussere Einflüsse, Anwendung verschiedenster Mittel erfährt, im Verein mit seiner oft, ja in den meisten Fällen dunklen und verdunkelten Provenienz, führen, wie die zahlreichen in der Literatur verzeichneten Fälle beweisen, zu häufigen, für das betroffene Individuum und oft genug für dessen Umgebung folgenschwere Verwechslungen. Fehldiagnosen und völlige Nichtbeachtung des verkannten syphilitischen Primäraffectes stempeln denselben zu grössten Propagationsquellen der Syphilis. Es ist in den Grosstädten der civilisirten Länder kein gar seltenes Vorkommnis, dass durch ein mit einem extragenitalen syphilitischen Primäraffecte behaftetes Individuum mehrere Glieder der Familie, des Dienstpersonals und durch letzteres die mit demselben verkehrenden Personen inficirt werden. Potenzirt wird diese Propagationsweise der Syphilis in wirthschaftlich und culturell zurückgebliebenen Gebieten, bei einer armen, unwissenden Bevölkerung und der damit unzertrennlichen physischen und psychischen Verwahrlosung, welche das Bedürfnis der Leibespflege nicht empfindet und von Vorurtheilen und Aberglauben auch in Krankheiten geleitet wird. Die endemische Syphilis in Galizien, in Croatien, der ehemaligen Militärgrenze. der sogenannte Frenjak (in Serbien, Bosnien und der Hercegovina), die Skerljevokrankheit sind zumeist auf extragenitalem Wege entstandene Syphilisendemien. Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Sibbens, der Morbus Ditmarsicus, das jütländische Syphiloid, die Syphilis insontium in letzt-bezeichneter Weise entstandene Syphilisendemien sind. Dass in den Grossstädten, welche thatsächlich enorme Syphilisherde sind, in den unteren Volksschichten die Syphilis nicht in dieser Weise verbreitet wird, vielmehr die Frequenz des extragenitalen syphilitischen Primäraffectes im Vergleiche zum venerischen Geschwüre relativ geringer ist, hat seinen Hauptgrund darin, dass die arme Classe, beziehungsweise der männliche Theil derselben, in der Regel alte Prostituirte frequentirt, welche durch inveterirte Syphilis gegen die syphilitische Reinfection einen gewissen Grad von Immunität besitzen und zumeist mit venerischen Geschwüren behaftet sind; ferner in der Singularität und der ungleich kürzeren Dauer der Infectiosität des

venerischen Geschwürs. Die verhältnismässig grössere Frequenz des extragenitalen syphilitischen Primäraffectes in den besser situirten Classen findet ihre Erklärung darin, dass die Männer dieser Classen junge, zumeist mit recenter Syphilis behaftete Prostituirte frequentiren, ferner in der Multiplicität, der Ubiquität am ganzen Körper, der häufigen Verborgenheit und Unscheinbarkeit, sowie der langen Dauer der Virulenz der Infectionsquellen; zu einem nicht geringen Theile auch in der gerade in den in Rede stehenden Classen herrschenden sexuellen Perversität.

Anlangend die Fehldiagnosen, welche angesichts der Natur des Leidens für das Individuum sowohl als dessen Umgebung verhängnisvoll werden können, kommen häufig Verwechslungen mit ulcerirendem Epitheliom, aber auch mit anderen malignen Neubildungen, wie Sarkom, inoperablem Carcinom, chronischer phlegmonöser Entzundung etc. vor. Siepe*) und Esmarch**) u. A. berichten über eine Reihe von Fällen, in denen in Folge von Fehldiagnosen folgenschwere Operationen vorgenommen wurden. An meiner Klinik kamen mehrere derartige Fälle zur Behandlung, unter Anderen ein Mann, bei dem an einer chirurgischen Klinik die Diagnose auf inoperables Sarkom am Kinn; ein Anderer, in dem die Diagnose auf zerfallendes Epitheliom der Mandel; ein Dritter, in dem die Diagnose auf Fibrom des Zahnfleisches, ein vierter Falle, in dem die Diagnose auf chronische phlegmonöse Entzündung des Daumenballens gestellt wurde. In allen diesen Fällen handelte es sich um extragenitalen syphilitischen Primäraffect. Am 23. Jänner 1900 erschien ein Mann an meiner Klinik, der 1895 an einer Sklerose der Wange behandelt wurde, nachdem ein Chirurg die Diagnose auf Epitheliom gestellt und die Exstirpation des Affectes vollzogen hatte. Dazumal wurde durch den Erfolg der Behandlung und die Eruption eines Syphilids die Diagnose ausser Zweifel gestellt. Bei der letzten Aufnahme war der Kranke mit einem Gumma am Nasenflügel, welches einen Theil desselben bereits consumirt hatte, behaftet. Desgleichen erwies sich eine als Zellgewebsentzündung der vordereren Bauchwand diagnosticirte Affection als extragenitaler syphilitischer Primäraffect. Dies sind blos an der Klinik beobachtete Fälle, welche vorher an anderen Kliniken an verkannten Leiden behandelt wurden. Ihre Zahl ist jedoch gering im Vergleich zu derjenigen, welche ich in der Privatpraxis verzeichnet habe, so dass die Gesammtsumme meiner diesbezüglichen Beobachtungen sehr viel höher In den von Esmarch mitgetheilten Fällen handelte es sich wohl zumeist um verkannte Gummata in verschiedenen Phasen, doch verdient ein Fall, der einen 42jährigen Mann betraf, welcher aus Californien mit zahlreichen Geschwüren und Narben nach wiederholten Schabungen und Exstirpationen zu Esmarch kam, aus einleuchtendem Grunde einer Erwähnung. Es war das offenbar ein verkannter und misshandelter syphilitischer Primäraffect. »Die dortigen Aerzte (berichtet Esmarch) hatten das Leiden, welches angeblich in Folge eines Hammerschlages (!) am Penis entstanden sein soll, für Krebs gehalten und die Recidive immer operirt, schliesslich den Penis, das Scrotum, die Hoden und grosse Stücke der Bauchwand weggeschnitten. Die Urethralmundung befand sich in einem seitlich von der Medianlinie gelegenen Hautzipfel.« Auf eine energische antiluetische Behandlung waren alle Geschwüre geheilt.

Allein bei diesen Fehldiagnosen kommen nicht allein die Aggravation der Krankheit und die anderweitigen, schon in dem voran Mitgetheilten ersichtlichen schweren Folgen für das Individuum in Betracht, sondern wie bereits bemerkt, für die Umgebung desselben die in Folge Unterbleibens der specifischen Behandlung fortbestehende Gefahr der Infection und die effective Uebertragung der Krankheit. Bei dem extragenitalen syphilitischen Primäraffecte kommen nicht, wie beim genitalen, blos der geschlechtliche Verkehr in und ausser der Ehe,

^{*)} Ueber extragnitale Sklerosen, Bonn 1892, 30.

^{**)} Zur Diagnose der Syphilome. Bericht über die Verhandlungen der deutschen Gesellschaft für Chirurgie. XXIV. 1895. 300.

sondern auch der Verkehr der Eltern mit ihren Kindern, deren Pflegerinnen, den Erziehern und Erzieherinnen, anderem Dienspersonale, der ganze gesellschaftliche Verkehr und der vielgestaltige directe und der indirecte Verkehr des modernen Lebens, bei den arbeitenden Classen der physische Contact in den Werkstätten mit einer grossen Zahl von Genossen als Propagationsfactoren in Betracht.

Thatsächlich ist die Frequenz des extragenitalen syphilitischen Primäraffectes, beziehungsweise die durch ihn übertragene Syphilis zu einer bedrohlichen Höhe gestiegen, die nicht allein, wie bisher, von fachmännischer, sondern auch von sanitätspolizeilicher Seite nach Gebühr gewürdigt werden sollte. Pospelow hebt speciell hervor: *dass die Zahl der Fälle extragenitaler Infection Jahr für Jahr immer grösser, und mit ihr auch die Gefahr für die gesunden Gesellschaftsmitglieder steigen wird. *Von den von Münchheimer gesammelten 1207 Fällen fällt die weitaus überwiegende Zahl allein auf die Literatur von 3 Jahren. Wie gross mag die Zahl der nichtpublicirten und der überhaupt nicht zur ärztlichen Kenntnis gelangten Fälle sein! Wie das Verhältnis der publicirten zu den nichtpublicirten Fällen insbesondere in gewissen Gebieten sich stellt, ist wenigstens annähernd zu ermessen, wenn man sieht, dass in der Tabelle des letztgenannten Autors die Türkei und Rumänien mit 6 Fällen verzeichnet erscheinen. Berücksichtigt man, dass der weitaus grösste Theil der durch den extragenitalen syphilitischen Primäraffect Inficirten schuldlose Opfer der schweren, viele Jahre dauernden, mitunter lebenslänglichen Krankheit sind, so muss die Einführung wirksamer Schutzmaassregeln als ein Gebot der Menschlich keit bezeichnet werden.

Eine der wirksamsten und unschwer zu verwirklichenden Maassregeln, die nicht dringend genug empfohlen werden kann, wäre darin zu suchen, die in allen civilisirten Staaten bestehenden, die Vergehen gegen die Gesundheit betreffenden Gesetze bei wissentlicher oder fahrlässiger Uebertragung der Syphilis ohne Rücksicht auf Stand und persönliche Stellung in energischester Weise zu handhaben, und zwar mit einer der Schwere der Schädigung der Gesundheit und der Höhe der Behandlungskosten entsprechenden Geldstrafe, im Nichteinbringungsfalle mit Freiheitsstrafe zu ahnden. Es ist die Unkenntnis der Gesetze, der Zweifel am Erfolge, die Scheu, welche die schuldlosen, an ihrer Gesundheit schwer geschädigten Opfer von einer gerichtlichen Verfolgung des an ihnen begangenen Delictes abhalten. In vielen Fällen fehlen ihnen die hiefür nothwendigen Mittel, oft stehen sie in einem Dienst- oder andern Abhängigkeitsverhältnisse zum Schuldtragenden, was sie verhindert, die Angelegenheit an der zuständigen Stelle anhängig zu machen, geschweige denn auszutragen.

In wirthschaftlich und culturell zurückgebliebenen Gebieten wäre das wirksamste, in der Hauptsache jedoch durch die zielbewusste staatliche Fürsorge zu verwirklichende Schutzmittel die Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Classen der Bevölkerung. Hiedurch würde der junge, kräftige und arbeitsfähige Theil der weiblichen Bevölkerung von der Prostitution abgehalten werden; die Wohnungsverhältnisse und die Lebensführung würden verbessert, das dichte Zusammenwohnen in einer Ubication, der gemeinschaftliche Gebrauch der Schlafstätten, die Aftermiethen, die gemeinschaftliche Benützung von Ess- und Trinkgeschirr erheblich eingeschränkt, und so die Propagationsfactoren der Syphilis reducirt werden.

Endlich Hebung der unteren Volksschichten auf ein höheres allgemeines Bildungsniveau, Unterricht in der Volkshygiene als obligater Gegenstand in Bürgerund Gewerbeschulen.

Die extragenitalen venerischen Geschwüre.

Wenn ich der Erörterung des extragenitalen syphilitischen Primäraffectes diejenige des extragenitalen venerischen Geschwüres anschliesse, glaube ich hiemit die klinische Dignität des letzteren nicht zu überschätzen. An theoretischer und praktischer Wichtigkeit weit hinter dem Ersteren rangirend, ist doch das extragenitale venerische Geschwür in beiden Richtungen belangreich genug, um eine Besprechung begründet erscheinen zu lassen.

A. Rodet sprach schon 1854 die Ansicht aus, dass venerische Geschwüre am Kopfe immer syphilitischer Natur seien und Ricord negirte das Vorkommen des venerischen Geschwüres am Kopfe. Fournier hat im Jahre 1858 sämmtliche Fälle von weichen Geschwüren an der Kopfhaut aus der Literatur und aus der eigenen Erfahrung zusammengestellt und konnte unter 150 Fällen nur 5 Fälle solcher Geschwüre finden; auch diese waren nicht ganz unzweifelhaft. Puche und Rollet haben durch Impfung in 20 Fällen venerische Geschwüre am Kopfe erzeugt (1858), und von dieser Zeit an wurde die Existenz des venerischen Geschwüres am Kopfe nicht mehr in Zweifel gezogen. Es folgten dann die Ueberimpfungen von Bassereau und Hübbeneth auf Lippen und Wangen, von Robert auf die Schläfe. Nase und Lippen, bei denen nie Induration, nie secundäre Erscheinungen auftraten. Hiemit hatte die Frage ihre definitive Erledigung gefunden. Von dieser Zeit an mehren sich die hierauf bezüglichen Publicationen, die jedoch im Verhältnisse zu den syphilitischen Primäraffecten am Kopfe sehr gering sind.

An meiner Klinik kamen in den letzten zehn Jahren nur 11 extragenitale venerische Geschwüre zur Beobachtung, ein Vorkommnis. das leicht seine Erklärung findet. Das Virus des venerischen Geschwüres ist nur an die Geschwürsfläche selbst gebunden; es ist also nur eine Infectionsquelle vorhanden, von der aus eine Uebertragung statthaben kann, während bei Syphilis ausser dem Primaraffecte die Erosionen, Papeln, Rhagaden, Geschwüre ebensoviele Reproductionsherde bilden, die durch Jahre ihre Infectiosität nicht einbüssen und daher leicht zur extragenitalen Infection führen. Weiters ist bei venerischen Geschwüren die Virulenz nach 3-4 Wochen gewöhnlich schon erloschen, und überdies sind die venerischen Geschwüre nicht so häufig, wie die syphilitischen Primäraffecte. Dass in den Grossstädten, welche thatsächlich enorme Syphilisherde sind, in den unteren Volksschichten die Frequenz der venerischen Geschwüre eine sehr hohe ist, hat, wie bereits bemerkt, darin seinen Grund, dass die armen Classen, beziehungsweise der männliche Theil derselben in der Regel alte Prostituirte frequentiren, welche durch inveterirte Syphilis gegen Reinfection einen gewissen Grad von Immunität besitzen und zumeist mit venerischen Geschwüren behaftet sind. Dagegen ist die verhältnismässig grössere Frequenz des extragenitalen syphilitischen Primäraffectes gegenüber der des extragenitalen weichen Geschwüres in den besser situirten Classen dadurch zu erklären, dass hier die Männer junge, zumeist mit recenter Syphilis behaftete Frauen frequentiren.

Einen weiteren Grund für die frequentere extragenitale Infection mit Syphilis bilden die Multiplicität, die Unscheinbarkeit und das häufige Verborgenbleiben der Infectionsquellen, sowie die lang dauernde Persistenz und Virulenz derselben.

Endlich darf man in den letzterwähnten Classen die zunehmende sexuelle Perversität als einen nicht zu übersehenden Factor der Propagation extragenitaler Syphilisübertragung bezeichnen.

In der mir zugänglichen Literatur fand ich folgende Localisationen extragenitaler venerischer Geschwüre:

An den Lippen 20, in der Kinngegend 10, in der Wangengegend 9, an den Fingern 5, an der Kehle, der Stirn und am Mundwinkel je 3, am behaarten Kopfe und an der Nase je 2, am Ohr, Zahnfleisch, Jochbogen, Oberarm und inneren Augenwinkel, ferner an der Mamma, der Augenbraue und der Schläfe, sowie im Gesichte und über dem Processus Mastoideus je 1.

In den letzten zehn Jahren kamen an meiner Klinik 2843 genitale und 11 extragenitale Fälle zur Beobachtung. Diese zeigten folgende Localisation: Am

Oberschenkel 2, am Mons veneris 1, am Zeigefinger 5 (4 links, 1 rechts), am linken Daumen 1, am Unterschenkel 1 und am Kinn 1.

Die Krankengeschichte des letzten Falles möge hier ihren Platz finden:

N. F., Geschäftsdiener, 32 Jahre alt. 14 Tage vor der Aufnahme hatte Patient an der Haut des Kinnes links eine Kruste bemerkt. Acht Tage vorher fand der letzte Coitus statt. An der Haut des Kinnes links befindet sich ein pfenniggrosses Geschwür mit mässig hartem, aufgeworfenem, vielfach zerklüftetem, stellenweise abgehobenem Rande. Die Basis des Geschwüres ist drusig uneben, theilweise von einem mattweissen Belage bedeckt, der an einigen Stellen fest haftet, an anderen abstreifbar ist. Eine median gelegene Submentaldrüse ist bis zu Nussgrösse geschwellt, von teigig weicher Consistenz und druckempfindlich. Die Haut über derselben ist verschiebbar und nicht geröthet.

Nach Abimpfung vom Geschwür auf den linken Oberarm bildeten sich nach wenigen Tagen zwei scharf umschriebene Geschwüre, die vollständig den Charakter von weichen Schankergeschwüren aufwiesen. Von diesen wurde nach einer Woche abermals eine Impfung auf den rechten Oberarm vorgenommen. An dieser Stelle bildeten sich in ganz analoger Weise nach Verlauf von wenigen Tagen abermals drei typische weiche Schankergeschwüre.

Abgeordnetenhaus. Sanitäts- und Veterinärwesen.

In der Sitzung des Budgetausschusses vom 14. Jänner nahm Se. Excellenz der Herr Minister-Präsident und Leiter des Ministeriums des Innern Dr. v. Koerber Anlass, sich über die im Ausschusse zur Sprache gebrachten Fragen und Angelegenheiten seines Ressorts eingehend zu äussern. Die das Sanitäts- und Veterinärwesen betreffenden Theile der in der Wiener Zeitung, Nr. 11, vom 15. Jänner l. J., veröffentlichten Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten lauten folgendermaassen:

"Vor Allem erlaube ich mir dem Herrn Referenten Baron Morsey meinen wärmsten Dank für die anerkennenden Worte auszudrücken, die er unserem Sanitätswesen gezollt hat. Ich glaube in der That, dass wir auf diesem Gebiete einen Vergleich mit dem Auslande in keiner Weise zu scheuen haben, und meine, dass wir, was ich namentlich hervorheben will, das Erreichte mit verhältuismässig geringen Mitteln erzielt haben. Die Sanitätsverwaltung ist bemüht, auch dort, wo ihr nach den bestehenden Gesetzen nicht ein unmittelbarer Einfluss zusteht, wo es nur angeht, hilfreich einzuspringen. Inbesondere ist dies auch, um auf einen hier hervorgehobenen Wunsch zurückzukommen, in Bezug auf die in zwei galizischen Bezirken leider bestehenden Epidemie-Krankheiten*) der Fall, woselbst sie auch ihrerseits Alles vorzukehren bereit ist, was zur Bekämpfung dieses Uebels nothwendig ist. Ich kann im Allgemeinen die Maassnahmen nur billigen, welche der galizische Landtag in dieser Beziehung in Aussicht genommen hat, und werde bedacht sein, parallel mit diesen Vorkehrungen in Anwendung der Vorschriften des Epidemie-Verfahrens durch Entsendung von Aerzten, durch Leistung von entsprechenden Beiträgen alle geeigneten Verfügungen zu treffen.

Einer der Herren Vorredner hat die Frage des Verkehres mit Lebensmitteln einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die Regierung ist durchaus nicht abgeneigt, die von privater Seite angeregte und in Vorbereitung stehende Herausgabe eines Codex alimentarius zu unterstützen, doch kann die Herausgabe eines solchen als eines officiellen Werkes mit Rücksicht auf die häufigen Schwankungen und Wandlungen in den Anschauungen über die Zusammensetzung und die Bereitungsarten einzelner Genussartikel nicht in Aussicht genommen werden. . . .

Eine in der letzten Zeit sehr eingehend erörterte Angelegenheit ist die Regelung des Apothekerwesens und im Zusammenhange damit die verschiedenartigen Wünsche, welche sowohl von Besitzern von Apotheken als von Seite der Pharmaceuten vorgebracht worden sind. Im letzten Decennium ist allerdings auch auf diesem Gebiete so Manches geschehen. So hat eine Neuregelung des Lehr- und Dienstverhältnisses stattgefunden, es wurde eine neue Studien-

^{*)} Es haudelt sich diesfalls um die Bekämpfung der daselbst endemisch herrschenden Syphilis.

ordnung für Pharmaceuten erlassen, welche einen wesentlichen Fortschritt auf diesem Gebiete darstellt, es wurde z. B. der Handverkauf in den Apotheken geregelt und ferner durch Errichtung der Medicamenten-Eigenregie der Wiener Krankenanstalten zahlreichen Pharmaceuten die Möglichkeit eines besseren Fortkommens gewährleistet. Gleichwohl sind die hauptsächlichsten Gravamina auf diesem Gebiete noch nicht behoben. Vor einiger Zeit hat über diese Frage eine eingehende Enquête stattgefunden, in welcher sich sowohl die Besitzer von Apotheken als auch die Pharmaceuten zu äussern Gelegenheit hatten und sich auch thatsächlich in ihren Anschauungen näher gekommen sind. Die Vorarbeiten sind nun vollständig abgeschlossen und ich kann mittheilen, dass die Regierung die Absicht hat, diese Reform nach zweifacher Richtung durchzuführen, nämlich in Bezug auf die Regelung des Gremialwesens und auf das Concessions wesen. Was das Gremialwesen betrifft, so wird die Regelung vornebmlich darin zu bestehen haben, dass einerseits den "dienenden Pharmaceuten" eine Vertretung in den Gremien (Apotheker-Gremien) eingeräumt werde, während sie derzeit einer solchen Vertretung entbehren, und dass anderseits diese Gremien entsprechende Einnahmen erhalten sollen, wodurch sie dann in die Lage kämen, eine Altersversorgung zu geniessen, sowie der Vortheile der Hilfscassen, Waisencassen u. dgl. theilhaftig zu werden. Die zweite Frage, das Concessionswesen, ist allerdings strittig, und hier muss in der That eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes eintreten. Denn wenn auch unsere Apotheken-Concessionen dermalen sich als rein persönliche darstellen, so haben sich doch aus diesen im Laufe von Jahrzehnten Concessionen mit anderem Charakter herausgebildet. Bei der Lösung dieser Frage taucht eine Reihe von Schwierigkeiten auf, denen wir durchaus nicht ausweichen wollen. Wir werden vielmehr dabei bemüht sein, sowohl durch die in der That im Interesse der Bevölkerung so nothwendige Vermehrung von Apotheken den Bedürfnissen derselben Rechnung zu tragen, als auch dadurch den Pharmaceuten die Möglichkeiten eines besseren Fortkommens als bisher zu bieten. Die Frage ist soweit gediehen, dass die Regierung hoffentlich in verhältnismässig kurzer Zeit bereits in der Lage sein wird, dem Reichsrathe entsprechende Entwürfe vorzulegen.

Eine andere Angelegenheit, die hier eine eingehende Besprechung erfahren hat, ist das Veterinärwesen. Namentlich hat einer der Herren Redner den Verkehr mit dem Auslande in den Kreis seiner Erörterung gezogen, zumal den Viehverkehr mit dem Deutschen Reiche. Ich will ja offen zugeben, dass die Handhabung der Veterinar-Conventionen, wie sie derzeit bestehen, überall zu mancherlei Beschwerden und Klagen Anlass gibt, und dass wir in der That wiederholt in die Lage gekommen sind, insbesondere in Beziehung auf die Rinderausfuhr Reclamationen zu erheben, da ja der Gesundheitszustand der Rinder bei uns ein sehr günstiger ist, was man leider von dem Gesundheitszustande der Schweine nicht sagen kann. Ungeachtet zahlreicher Reclamationen in dieser Frage - übrigens ist auch jetzt eine solche im Zuge ist es bisher nicht gelungen, eine unseren Wünschen entsprechende Erledigung derselben zu erzielen, wenn auch in einzelnen Fällen eine gewisse Erleichterung in Bezug auf den Export von Vieh durch Normirung bestimmter Schlachthäuser eingetreten ist. Ich kann nur betonen, dass der Regierung diese Frage ausserordentlich am Herzen liegt, dass sie die Bedeutung derselben für die Landwirthschaft, ja für unsere ganze Wirthschaft überhaupt durchaus nicht verkennt, dass aber die bestehenden Verhältnisse es ihr leider oft unmöglich machen, ihre gewiss besten Absichten in Bezug auf den Viehverkehr in jedem einzelnen Falle einer Verwirklichung zuzuführen. . . .

Im Zusammenhange damit möchte ich das Vieh-Versicherungswesen kurz streifen. Ich schicke voraus, dass die Anschauungen darüber ausserordentlich weit auseinandergehen, und dass man sich nicht darüber klar ist, ob eine zwangsweise oder eine freiwillige Versicherung eintreten, auf welche Gattungen von Vieh sie sich erstrecken, in welcher Form die Organisation durchgeführt werden soll. Selbst in Fachkreisen bestehen hierüber ausserordentlich grosse Meinungsverschiedenheiten. Dass das dringende Bedürfnis nach Einrichtung solcher Viehversicherungsanstalten besieht, anerkenne ich in vollem Umfange, und die Regierung ist auch bemüht, die diesbezüglichen Bestrebungen in den einzelnen Ländern möglichst zu fördern. Die Regierung hat sich dabei den Grundsätzen angeschlossen, welche in vielen Landesvertretungen zum Durchbruche gelangten: 1. Nicht zwangsweise, sondern freiwillige Versicherung; 2. nicht Kopfversicherung ohne Rücksicht auf den Werth, sondern auf Grund vorausgehender Schätzung zu ermittelnde Werthversicherung; 3. Untertheilung der Versicherungsverbände in Ortsgruppen behufs Ermöglichung einer intensiven Controle. Nach diesem Systeme gelangten in den letzten Jahren zur Ausgestaltung: die gegenseitigen Landes-Versicherungsanstalten in Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und Mahren, der Pferdeversicherungsverein in Salzburg, und steht die Errichtung einer Landes-Rindviehversicherungsanstalt für Tirol und Vorarlberg, nachdem die Bildung eines Verbandes für Pferdeversicherung schon vorausgegangen ist, in Vorbereitung. Ausserdem haben sich auf gleicher Grundlage zahlreiche Orts-Viehversicherungsvereine herangebildet. Die Regierung kann nur wünschen, dass alle Länder diesen Vorbildern folgen mögen, und dass in weit grösserem

Umfange als bisher das Viehversicherungswesen Ausgestaltung finde.

Ich gelange nunmehr zur Besprechung der Frage der Versicherungsgesetzgebung im Allgemeinen, insbesonders der Frage der Kranken-, Unfalls-, Alters- und Invaliditätsversicherung. Ich war bereits zweimal in der Lage, die Stellung der Regierung in dieser Frage zu kennzeichnen. Die Grundzüge dieser Reform sind in der Fachsection des Ministeriums des Innern abgeschlossen und sollen nunmehr von den betheiligten Centralstellen in Berathung gezogen werden. Nach Abschluss dieser Vorarbeiten beabsichtige ich, über das Reformprogramm Gutachten der dazu berufenen Beiräthe, und zwar des Versicherungsbeirathes, des Arbeitsbeirathes, des Industrie- und Landwirthschaftsbeirathes einzuholen, um alsdann mit einer vollständig ausgereiften Vorlage vor das hohe Haus treten zu können. Schon heute aber vermag ich aus dem Programm die Thatsache zu constatiren, dass sich dasselbe in wesentlichen Punkten an die Forderungen anlehnt, welche im hohen Hause und auch in anderen Kreisen wiederholt erhoben worden sind. Die Schwierigkeit der Frage an sich, dann die ungeheure Rückwirkung auf die staatlichen Finanzen, aber auch auf die zu Beiträgen verpflichteten Interessenten lassen es geboten erscheinen, an dieses Werk mit der grössten Vorsicht heranzutreten. Ich kann aber der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck geben, dass es gelingen werde, diese so hochwichtige Angelegenheit zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen, wobei ich allerdings betonen muss, dass ihre Durchführung nur im Wege eines Compromisses möglich sein wird.

Von einem geehrten Herrn Vorredner wurde auf die bestehenden Unzukömmlichkeiten beim Verschleisse gebrannter geistiger Getränke hingewiesen. Hier ist allerdings eine Abhilfe geboten, und die Regierung beabsichtigt auch, in einem Gesetzentwurfe, betreffend Maassnahmen zur Hintanhaltung der Trunkenheit, den Verschleiss gebrannter geistiger Getränke bis zu einem gewissen Quantum an eine Concession zu binden, wodurch dem hauptsächlichen Beschwerdepunkte abgeholfen werden soll."...

Rechtsprechung.

Ueber die Berechtigung der Zahnärzte zur Ausübung der Zahntechnik.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 8. October 1901, Z. 6977.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde der Genossenschaft der Zahntechniker in Wien, gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 22. Mai 1900, Z. 12471, betreffend die Berechtigung des Zahnarztes Dr. H. H. zur Ausübung der Zahntechnik mit Verwendung zahntechnischer Gehilfen, nach der am 17. September 1901 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt.

Die angefochtene Entscheidung wird als gesetzlich nicht begründet aufgehoben.

Entscheidungsgründe.

Die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 22. Mai 1900, Z. 12471, mit welcher in Bestätigung der unterinstanzlichen Entscheidungen dem Begehren der Genossenschaft der Zahntechniker in Wien um Erkenntnis, dass der Zahnarzt Dr. H. nicht berechtigt sei, zur Ausführung von zahntechnischen Arbeiten gewerbliche oder zahntechnische Gehilfen und Lehrlinge zu halten, keine Folge gegeben wurde, geht von der in den Gründen der Statthalterei-Entscheidung ausgesprochenen Anschauung aus, dass die Zahntechnik eine mit der Zahnheilkunde in Verbindung stehende Beschäftigung sei, zu deren Ausübung nach den bestehenden Vorschriften die Zahnärzte als solche unter Verwendung der erforderlichen Hilfskräfte (zahntechnischer Gehilfen und Lehrlinge), jedoch mit Beschränkung auf ihren eigenen ärztlichen Kundenkreis, berechtigt seien.

Die Administrativbehörden folgern hienach die den Zuhnärzten mit obiger Entscheidung zuerkannte Berechtigung zur Ausübung der Zahntechnik mit Verwendung von Hilfskräften aus

den bestehenden Vorschriften im Allgemeinen, ohne speciell die Ministerial-Verordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, zu beziehen.

Die Beschwerde geht aber bei der Anfechtung der Ministerial-Entscheidung von der Annahme aus, dieselbe stütze sich auf den § 1 der citirten Ministerial-Verordnung, und es wird in der Beschwerde mit besonderem Nachdrucke in den Ausführungen des Beschwerdevertreters bei der öffentlichen mündlichen Verhandlung die Ungiltigkeit der gedachten Ministerial-Verordnung behauptet und hieraus die Gesetzwidrigkeit der angefochtenen Entscheidung gefolgert.

In dieser Beziehung ist zunächst Folgendes zu bemerken:

Die Ministerial-Verordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, betreffend die Einreihung des Zahntechnikergewerbes unter die concessionirten Gewerbe bestimmt im § 1: "Das Gewerbe der Zahntechnik wird, insoferne dieselbe nicht in Verbindung mit der Zahnarzneikunde von den hiezu Berechtigten selbst ausgeübt wird, unter die concessionirten Gewerbe eingereiht." Hiemit ist eine positive Bestimmung in Betreff des Gewerbes der Zahntechnik nur in Ansehung von Personen, welche zur Ausübung der Zahnarzneikunde nicht berechtigt sind, und zwar dahin getroffen, dass solche Personen zur Ausübung dieses Gewerbes einer Concession bedürfen. — Darüber aber, dass Zahnärzte überhaupt und unter welcher Bedingung oder Voraussetzung zur Ausübung der Zahntechnik mit Verwendung von Hilfskräften, also zur gewerblichen Ausbildung dieser Beschäftigung berechtigt seien, enthält die citirte Ministerial-Verordnung und speciell der § 1 derselben eine dispositive Bestimmung nicht.

Aus der von der Beschwerde vertretenen Ansicht, dass das Handels-Ministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern im Hinblicke auf die Bestimmung des § 24 der Gewerbegesetznovelle vom 15. März 1883, R. G. Bl. Nr. 39, nicht berechtigt sei, ein Gewerbe nur für eine bestimmte Kategorie von Personen unter die concessionirten Gewerbe einzureihen, würde daher nur folgen, dass die Verordnung, insoweit sie das Zahntechnikergewerbe für nicht zur Ausübung der Zahnarzneikunde berechtigte Personen als ein concessionirtes erklärt, der gesetzlichen Giltigkeit entbehren würde.

Im vorliegenden Streite handelt es sich aber nicht um die Frage, ob ein Nichtzahnarzt zur Ausübung des Zahntechnikergewerbes einer Concession bedarf, sondern um die Frage: Ist der zur Ausübung der Zahnheilkunde Berechtigte (der Zahnarzt) ohne weiters befugt, die Zahntechnik mit Verwendung zahntechnischer Gehilfen und Lehrlinge auszuüben?

Da diese Frage in der Ministerial-Verordnung vom 20. März 1892 ob Mangels einer bezüglichen positiven Bestimmung keine Lösung findet, hatte der Verwaltungsgerichtshof keine Veranlassung, auf die Ausführungen der Beschwerde und des Beschwerdevertreters, mit welchen die Giltigkeit der gedachten Ministerial-Verordnung bestritten wird, einzugehen; er hatte vielmehr die Gesetzmässigkeit der angefochtenen Entscheidung an der Hand der die gewerberechtliche Stellung der Zahntechnik, insbesondere in ihrer Beziehung zur Zahnheilkunde regelnden gesetzlichen Vorschriften zu prüfen.

Bei der Einführung der Gewerbeordnung vom 20. December 1859, R. G. Bl. Nr. 227, war in Bezug auf die Zahntechnik das auf Grund der Allerhöchsten Entschliessung vom 10. September 1842 erlassene Hofkanzleidecret vom 14. September 1842, Politische Gesetzsammlung Nr. 109, in Geltung, nach welchem der Zahntechniker zur Verfertigung künstlicher Zähne und Gebisse mit Ausschluss aller Verrichtungen und Operationen im menschlichen Munde berechtigt war. Die Zahntechnik wurde demnach nicht als zur Zahnheilkunde gehörig, nicht als ein Theil derselben aufgefasst, da ja in diesem Falle mit dem citirten Hofkanzleidecrete die Vornahme der in das Gebiet der Zahnheilkunde gehörigen Verrichtungen und Operationen im Munde des Menschen von der Berechtigung des Zahntechnikers nicht hätte ausgeschlossen werden können, und auch die Verleihung von Concessionen zur Ausübung der Zahntechnik überhaupt und nicht blos die Ertheilung solcher Concessionen an Techniker untersagt worden sein würde.

Die Zahntechnik in dem durch die obige Norm festgestellten Begriffe und Berechtigungsumfange ist somit eine von der Zahnheilkunde unabhängige, also auch nicht unter die Ausnahme des Artikel V lit. g des Kundmachungspatentes zur Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1859 fallende Beschäftigung, deren gewerbsmässige Ausübung gemäss Artikel IV ibidem den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegt, und da die Zahntechnik durch die Gewerbeordnung vom Jahre 1859 und durch das Gesetz vom 15. März 1883, R. G. Bl. Nr. 39, weder als ein concessionirtes, noch als ein handwerksmässiges Gewerbe erklärt wurde, so gehörte dieses Gewerbe bis zur Erlassung der Ministerial-Verordnung vom 20. März 1892 ohne Einschränkung in die Kategorie der freien Gewerbe. Hienach konnte Jedermann — wie bei jedem anderen

freien Gewerbe — nach Maassgabe der Bestimmungen der §§ 11 bis 13 des Gesetzes vom 15. März 1883 die Berechtigung zur Ausübung des Zahntechnikergewerbes erlangen, und galt diesfalls auch für die Zahnärzte, weil eben die Zahntechnik eine selbstständige, nicht an die Berechtigung zur Ausübung der Zahnheilkunde gebundene Beschäftigung ist, keine Ausnahme, so dass auch der Zahnarzt zur gewerbsmässigen Verfertigung künstlicher Zähne und Gebisse eines auf das Zahntechnikergewerbe lautenden Gewerbescheines bedurfte.

An dieser gewerberechtlichen Stellung der Zahnärzte zur Zahntechnik ist durch die Ministerial-Verordnung vom 20. März 1892 nichts geändert worden, da dieselbe — wie eben ausgeführt wurde — darüber, ob und unter welcher Voraussetzung der Zahnarzt zur Ausübung der Zahntecknik berechtigt ist, eine positive Bestimmung nicht enthält. Es ist demnach die Zahntechnik für die zur Ausübung der Zahnheilkunde Berechtigten nach wie vor ein freies Gewerbe, und kann daher der in der citirten Ministerial-Verordnung vorgeschriebene Befähigungsnachweis von den Zahnärzten bei der Änmeldung des Zahntechnikergewerbes nicht gefordert werden, weil eben jene Verordnung auf sie keine Anwendung findet.

Der Verwaltungsgerichtshof ist demnach der durch die vorstehenden Ausführungen begründeten Rechtsanschauung, dass der Zahnarzt zur gewerbsmässigen Verfertigung künstlicher Zähne und Gebisse nicht vermöge seiner Berechtigung zur Ausübung der Zahnarzneikunde befugt ist, sondern diesfalls den Vorschriften der

Gewerbeordnung untersteht.

Mit dieser Anschauung steht die angefochtene Entscheidung insoweit nicht im Einklange, als dieselbe die Zahnärzte als solche, das heisst vermöge ihrer Berechtigung zur Zahnarzneikunde für befugt erklärt, die Zahntechnik "mit Beschränkung auf die eigenen Patienten, beziehungsweise auf den ärztlichen Kundenkreis" auszuüben und hiebei die erforderlichen Hilfskräfte (zahntechnische Lehrlinge und Gehilfen) zu verwenden.

Die Beschränkung der Ausübung der Zahntechnik seitens des Zahnarztes auf die eigenen Patienten benimmt dieser Beschäftigung, da ja dieselbe nach den angeführten gewerbegesetzlichen Bestimmungen nicht als Theil der Zahnheilkunde anzusehen ist, nicht den gewerbsmässigen Charakter, und ist daher der Zahnarzt auch zur Verwendung zahntechnischer Hilfskräfte im Grunde des § 37 der Gewerbeordnung nur befugt, wenn er den Vorschriften der Gewerbeordnung Genüge gethan und den auf das Gewerbe der Zahntechnik lautenden Gewerbeschein erwirkt hat.

Für die Entscheidung über die den Administrativbehörden vorgelegene Beschwerde der Genossenschaft der Zahntechniker gegen die Verwendung zahntechnischer Gehilfen und Lehrlinge zur Ausführung zahntechnischer Arbeiten seitens des Zahnarztes Dr. II. war somit nicht der Umstand, ob der genannte Zahnarzt die Zahntechnik mit Beschränkung auf seine eigenen Patienten ausübt, sondern vielmehr die Frage maassgebend, ob derselbe den ihn zur Ausübung der Zahntechnik berechtigenden Gewerbeschein besitzt.

Da dies — wie aus den Acten entnommen werden konnte, und Dr. H. bei der öffentlichen mündlichen Verhandlung ausdrücklich erklärt hat — nicht der Fall ist, durfte dem genannten Zahnarzte die Berechtigung zur Ausübung der Zahntechnik unter Verwendung zahntechnischer Gehilfen und Lehrlinge auch mit Beschränkung auf seinen ärztlichen Kundenkreis nicht zuerkannt werden und war demnach die angefochtene Entscheidung als gesetzlich nicht begründet aufzuheben.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In den am 11. und 25. November 1901 abgehaltenen Sitzungen wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber die Regelung der sanitätspolizeilichen Obductionen in Wien.
- 2. Ueber die Errichtung einer Filiale des "Hauses der Barmherzigkeit" in Wien zur Unterbringung armer Unheilbarer in einer Gemeinde ausserhalb Wien.
- 3. Ueber die Ausgestaltung der Classenverpflegung in den Wiener k. k. Krankenanstalten.

In der am 9. December 1901 abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

1. Ueber die Ansuchen um Erweiterung der Concession zweier Privatheilanstalten in Wien.



- 2. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung einer Gruft ausserhalb eines Friedhofes.
- 3. Ueber das Gesuch um Ertheilung der Concession für den Betrieb eines Röntgen-Institutes in Wien.

In der am 23. December 1901 abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber die Aufstellung von Röntgen-Apparaten in Apotheken und Benützung derselben seitens der Aerzte gegen Eutgelt.
- 2. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe einer Privatheilanstalt für schwedische Heilgymnastik und Massage in Wien.
- 3. Ueber ein Gesuch um Bewilligung zur Erweiterung der Concession eines Röntgen-Institutes in Wien auf die Vornahme der Heissluftbehandlung.

Salzburg. In der Sitzung am 16. December 1901 kamen nach Mittheilung des Einlaufes durch den Vorsitzenden nachfolgende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Gutachten über die Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Maxglan.
- 2. Gutachten über die Abtretung eines Grundstückes aus dem Irrenhausgarten behufs Erweiterung der Gaswerkgasse in der Vorstadt Mülln der Landeshauptstadt Salzburg.
- 3. Gutachten über die Errichtung eines Inhalatoriums für zerstäubte Salzsoole in Hallein.

Steiermark. In der am 9. November 1901 abgehaltenen Sitzung wurden folgende Gegenstände berathen:

- 1. Gutächtliche Aeusserung, betreffend Maassnahmen zur Verhütung der Hausinfectionen im allgemeinen Krankenhause in Graz.
- 2. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Ausfüllung der ausgebeuteten Ziegeleigruben in St. Peter und Waltendorf bei Graz mit Kehricht.

Kärnten. In den Monaten October, November und December 1901 gelangten nachfolgende Gegenstände zur Berathung und Beschlussfassung:

- 1. Vorschlag zur Besetzung der Bezirkshebammenstellen in St. Gertraud, Krumpendorf, Deutsch-Griffen und St. Paul. (Referent: Landes-Regierungsrath Dr. Meusburger.)
- 2. Gutächtliche Schlussäusserung über die Frage der Regelung der Kostkinder-Verhältnisse. (Referent: Sanitätsrath Dr. Fr. Hauser.)
- 3. Aeusserung über einen Recurs gegen die Entscheidung des Stadt-Magistrates in Klagenfurt, betreffend die Errichtung eines Schweinestalles. (Referent: Sanitätsrath Dr. Fr. Neumann.)
- 4. Begutachtung der Statuten für den Gesundheitsrath der Stadt Klagenfurt. (Referent: Sanitätsrath Dr. R. v. Josch.)
- 5. Gutächtliche Aeusserung über die Frage der Errichtung einer dritten öffentlichen Apotheke in Villach. (Referent: Sanitätsrath Dr. Fr. Hauser.)
- 6. Begutachtung des Recurses mehrerer Gemeinden gegen die Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt betreffend Schliessung des Friedhofes in Tultschnig. (Referent: Sanitätsrath Dr. Fr. Neumann.)
- 7. Vorschlag zur Besetzung der neu creierten Veterinär-Assistentenstelle bei der k. k. Landesregierung in Klagenfurt. (Referent: Landes Regierungsrath Dr. Meusburger.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. *Bulgarien*. Mit Verordnung des fürstlichen Ministeriums des Innern vom 25. December 1901 (7. Jänner l. J.) Nr. 577, wurde Smyrna für pestfrei und Beirut für pestverseucht erklärt.

Rumänien. Gegenüber Herkünften aus Smyrna wurde vom 16. (29.) December eine fünftägige, in Sulina zu absolvirende Quarantaine angeordnet. Die Einfuhr der im Cap. II, Tit. IV der Venediger Convention angeführten Waren, ebenso wie jene von Früchten, Gemüsen und

Digitized by Google

Conserven ist verboten. Die Häfen von Constantza und Mangalia bleiben den Herkünften aus der genannten Stadt verschlossen.

Vom 22. December 1901 (4. Jänner l. J.) angefangen unterliegen Herkünfte aus Aleppo, sowie aus Samsun, Bagdad und dem Gebiete zwischen Coumenos und Elekdji Irmek statt der zweitägigen, beziehungsweise zehntägigen Quarantaine nur mehr einer ärztlichen Visite.

Schweden. Mit Kundmachung des königlichen Commerzcollegiums vom 31. December wurden Aegypten für pestverseucht und Madras in Britisch-Indien und Capstadt für pestfrei erklärt.

Türkei. In Smyrna (siehe S. 15 d. Bl.) ist am 16. Jänner neuerdings ein verdächtiger Krankheitsfall beobachtet worden, bei welchem die bakteriologische Untersuchung Pest ergab.

Aegypten. In Tantah wurden vom 2. bis 8. Jänner weitere 10 Pesterkrankungen beobachtet. Seit Ausbruch der Epidemie (siehe S. 15 d. Bl.) sind daselbst insgesammt 21 Personen,
(1 Europäer und 20 Eingeborene) an Pest erkrankt und 12 (Eingeborene) gestorben.

Britisch-Indien (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 572). In Bombay sind in der Zeit vom 6. bis 15. November 194 Erkrankungen und 272 Todesfälle an Pest verzeichnet worden. In den hierauf folgenden 4 Wochen vom 16. November bis 13. December wurden hintereinander 292, 275, 259, 201 Erkrankungen und 189, 148, 172, 152 Todesfälle ausgewiesen. In Calcutta sind in den 6 aufeinanderfolgenden Wochen vom 27. October bis 7. December 24, 14, 23, 25, 21, 30 und in Kurachee in den 4 Wochen vom 2. bis 29. November 46, 48, 57, 45 Todesfälle an Pest zur Anzeige gelangt.

Capcolonie (siehe S. 16 d. Bl.). In der Woche vom 8. bis 14. December wurden 2 Erkrankungen, und zwar je ein Fall in Mosselbay und Ladysmith constatirt. In Mosselbay sind bisher 8 Erkrankungen und 3 Todesfälle an Pest vorgekommen.

Vermischte Nachrichten.

Abschlusstermine für die periodischen Berichte über Infectionskrankheiten. Nach den Bestimmungen des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 13. December 1888, Z. 20604 (siehe Jahrg. 1889 d. Bl., S. 5) wird die erste Berichtsperiode des Jahres 1902 die Zeit vom 1. Jänner bis einschliesslich 1. Februar zu umfassen haben. Die weiteren Perioden werden demnach mit folgenden Terminen abschliessen: Die zweite Periode am 1. März, die dritte am 29. März, die vierte am 26. April, die fünfte am 24. Mai, die sechste am 21. Juni, die siebente am 19. Juli, die achte am 16. August, die neunte am 13. September, die zehnte am 11. October, die elfte am 8. November und die zwölfte Periode am 6. December. Für die dreizehnte Berichtsperiode erübrigt somit die Zeit vom 7. bis 31. December.

Seesanitäre Behandlung der Herkünfte aus Constantinopel. Das Handelsministerium hat mit dem Telegramme vom 8. Jänner 1902, Z. 55, H. M., mit Rücksicht auf den andauernd günstigen Gesundheitszustand in Constantinopel die k. k. Seebehörde ermächtigt, aus Constantinopel eintreffende Schiffe, welche einen Arzt an Bord haben, ohne ärztliche Revision zum freien Verkehre zuzulassen. Die ärztliche Ueberwachung der Mannschaft und Passagiere solcher Schiffe, sowie die Bestimmungen über Desinfection und Trinkwasserwechsel bleiben jedoch in Kraft. Schiffe aus Constantinpel, welche keinen Arzt an Bord haben, unterliegen gemäss dem Erlasse des Handelsministeriums vom 10. Juli 1901, Z. 2737 H. M., auch fernerhin der ärztlichen Visite.

Meisterkrankencassen. Ueber Ansuchen der geschäftsführenden Aerztekammer in Czernowitz, es möge den Aerztekammern Gelegenheit gegeben werden, sich über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung, zu äussern, hat das k. k. Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern der genannten Kammer ein Exemplar dieses Gesetzentwurfes mit der Einladung übermittelt, sich behufs Abgabe eines Gutachtens über diesen Entwurf, soweit derselbe in dem Abschnitte über die obligatorischen Meisterkrankencassen Bestimmungen über die Gewährung ärztlicher Hilfe enthält (§ 115 b u. c), mit den übrigen Aerztekammern ins Einvernehmen zu setzen.

Hiezu eine Beilage.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

 D_{B} . J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern. und

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wiee L. Rothenthurmetrasse 15.

Erscheint jeden Dennerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 30. Jänner 1902.

Mr. 5.

Inhalt. Das neue Siechenhaus in Warnsdorf. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend Vorkehrungen gegen Blattern. — Rechtsprechung. — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Das neue Siechenhaus in Warnsdorf.

Von Dr. Eduard Quirsfeld, k. k. Bezirksarzt in Rumburg.

Das bis zum Jahre 1898 in Warnsdorf in Benützung gestandene Siechenhaus begrenzte mit seiner Rückseite den Hof des derzeitigen St. Josef-Hospitales und beherbergte ausserdem Amtsräume für die Spitals-Oekonomieleitung.

Aus diesem Grunde war der weitere Bestand dieses Gebäudes als Siechenhaus, obwohl dasselbe vom Spitale räumlich getrennt war, nicht entsprechend befunden worden; da überdies die Räumlichkeiten für ihre Zwecke mit der Zeit beengt geworden waren, beschloss die Stadtgemeinde, das alte Siechenhaus, welches Eigenthum der Stadt war, und auf welchem reiche Stiftungen für Sieche der Stadt Warnsdorf hafteten, dem Krankenhausfonde zu überlassen, für ihre Siechen ein neues, würdiges Heim zu schaffen und die Stiftungen in dieses zu übertragen.

Der Bau wurde im Jahre 1897 im Frühjahre begonnen und im Herbste 1898 zum Abschlusse gebracht. Die Uebernahme des Gebäudes seitens des Siechen-Curatoriums erfolgte am 2. December desselben Jahres zum Gedächtnisse des 50 jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers in einfacher, aber sehr würdevoller Weise.

Das Project für den Bau hatte der Stadtbaumeister Herr Anton Möller verfasst, und wurden sämmtliche Arbeiten ausschliesslich von Baugewerbetreibenden von Warnsdorf und unter der Oberleitung des genannten Stadtbaumeisters ausgeführt.

Das neue Siechenhaus liegt im II. Stadtbezirke in der Nähe des Krankenhauses, ferne von jeder lärmenden industriellen Unternehmung, und hat eine gegen seine nächste Umgebung erhöhte ringsum freie Lage.

Der gegen Süden bedeutend abfallende Bauplatz am Fusse des sogenannten Burgsberges wurde durch Abgrabungen und Aufführung einer Rampe adaptirt.

Beiläufig 15 Meter von der Strassenkante entfernt wurde der Neubau errichtet. Derselbe besteht aus drei Etagen: aus einem 2·20 Meter über den Boden hervor-

Digitized by Google

ragenden Erdgeschosse, einem 4·30 Meter hohen Hochparterre und einem 4·30 Meter hohen ersten Stockwerke.

Die bebaute Fläche beträgt 674 Quadratmeter; das Gebäude hat eine Länge von 43 Metern und eine Breite von 10.60 Metern; dasselbe besteht aus einem Mittelbau, welcher die Schlafsäle, die Abort- und Badeanlagen enthält, und aus zwei Seitenflügeln von je 9 Metern Länge und 10.30 Metern Breite, welche sich im rechten Winkel zum Hauptgebäude anschliessen und die Tagräume, wie auch Krankenzimmer enthalten.

Die Hauptfront des Gebäudes ist gegen Südosten gelegen, und ist das ganze Gebäude durch den gegen Nordwesten vorgelagerten Burgsberg gegen die von herrschenden Nord- und Westwinde vollkommen geschützt.

In den einzelnen Etagen wurden folgende Räumlichkeiten untergebracht:

Im Erdgeschosse: Die sehr geräumige Küche mit Speisekammer und Anrichtezimmer, das Speisezimmer für die Pflegerinnen (die geistlichen Schwestern

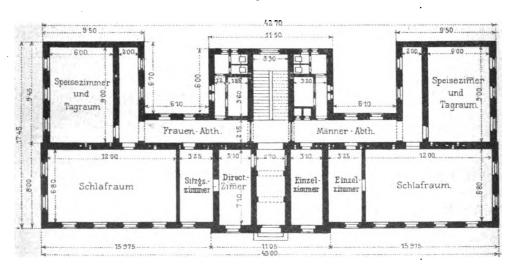


Fig. 1.

Das neue Siechenhaus in Warnsdorf. Hochparterre.

vom Orden des heiligen Karl Borromäus), die Hausmeisterwohnung rechts; die Waschküche, das Bügel- und Mangelzimmer und ein Trockenraum links; letzterer hat die Bestimmung, dass die Wäsche auch im Winter rasch und bequem getrocknet werden kann. Im Mittelbaue unter dem Stiegenhaus und Vestibule ist die Centralheizung mit der für einen Druck von 3 Athmosphären eingerichteten Kesselanlage, in den beiden Seitenflügeln links sind die Holz- und Kohlenremisen, rechts die Wirthschaftskeller in je drei Räumen untergebracht; diese Wirthschaftsräume sind vom Stiegenhause doppelt abgeschlossen.

Im Hochparterre: Rechts zwei Einzelzimmer, von welchen das eine Einzelzimmer für Angehörige der Gründer bestimmt ist, während das andere den Pflegeschwestern als Schlafzimmer dient; das grosse Männerschlafzimmer, der Männertagraum, die Abortanlage und ein Waschzimmer; links das Directionszimmer, das Sitzungszimmer für das Curatorium, das Frauenschlafzimmer und der Frauentagraum und dann ein Abort nebst einem Waschraume.

Im ersten Stockwerke: Ueber dem Vestibule eine grosse Kapelle, rechts ein Einzelzimmer, ein grosser Schlafsaal für zwölf Personen, zwei Männerkrankenzimmer, der Abort und das Badezimmer; links ein Schlafzimmer für die geistlichen Schwestern, ein Klassenzimmer, ein grosser Schlafsaal für zwölf Personen, zwei Krankenzimmer, endlich der Abort und das Badezimmer.

Der Haupteingang befindet sich im Mitteltracte; von diesem gelangt man über angebrachte Vorlegstufen in das Vestibule. In letzterem sind in der rechten und linken Wandfläche zwei grosse Votivtafeln aus schwarzem Syenit eingelassen.

Das Vestibule schliesst links mit der Eingangsthure in das Directionszimmer und rechts mit einem grossen in einer tiefen Nische angebrachten Crucifixe, mit Blattpflanzen decorirt, ab.

Gegenüber dem Eingange führt eine steinerne Stiege links hinab in das Erdgeschoss rechts eine solche in den ersten Stock hinan; die erstere ist durch einen Glasabschluss

mit einflügeliger Thüre vollständig vom Vestibule getrennt.

Rechterseits führt ein zwei Meter breiter Gang in die Männerabtheilung, links in die Frauenabtheilung. Beiderseits ist dieser Gang mittelst eines Glasabschlusses mit doppelflügeliger Pendelthüre vom Vestibule geschieden.

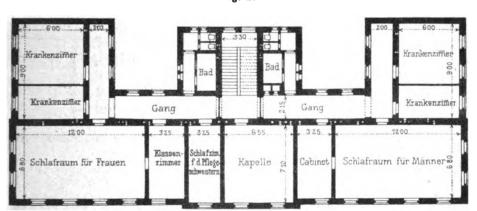


Fig. 2.

Das neue Siechenhaus in Warnsdorf. Erster Stock.

Aus der im linken Tracte des Gebäudes gelegenen Directionskanzlei gelangt man in das Sitzungszimmer für das Curatorium, zu welchem im Uebrigen auch vom Corridore ein Zugang führt.

An dieses Sitzungszimmer schliesst der grosse Schlafsaal mit zwölf Betten; die Länge dieses Saales beträgt 12 Meter, die Breite 6.80 Meter und die lichte Höhe 3.85 Meter; es hat somit derselbe eine Bodenfläche von 8160 Quadratmetern und einen Luftraum von 314·16 Cbm.; auf ein Bett entfallen 6.80 Quadratmeter Bodenfläche und 26·18 Cbm. Luftraum.

Dieser Saal ist nur vom Corridore zugänglich.

Den linken Flügelbau nimmt der Tagraum ein, welcher gleichzeitig als Speisezimmer bestimmt ist.

Dieser Raum hat eine Länge von 9 Metern und eine Breite von 6 Metern, bei gleicher Höhe wie der Schlafsaal; es entfällt somit per Kopf ein Luftcubus von 17:32 Cbm. und eine Bodenfläche von 4:5 Quadratmetern.

Diese erwähnten Ausmaasse entsprechen den hygienischen Anforderungen umsomehr, als diese Räume selten besetzt sind, mithin ein grösserer Lufteubus per Kopf und Bett entfällt.

Das Männerschlatzimmer und der Männertagraum im rechten Tracte sind in ihren Dimensionen genau wie im linken Tracte ausgebaut.

Auch im ersten Stocke sind die vom Vorplatze nach den beiden Abtheilungen führenden Gänge mit Windfangthüren abgeschlossen.

Die beiden Schlafsäle im ersten Stocke sind in gleicher Grösse wie im Hochparterre, und jeder derselben ist für zwölf Personen bestimmt.

Im Flügelanbau beider Tracte sind je ein kleines und ein grosses Krankenzimmer situirt; das kleinere Zimmer ist für zwei, das grössere für fünf Betten bestimmt. Der Luftraum beträgt in jedem Zimmer per Kopf und Bett 29.70 Cbm. und die Bodenfläche 7.7 Quadratmeter. Da es sich nur selten trifft, dass alle Betten belegt sind, so fällt in der Regel ein weit grösserer Luftcubus auf ein Bett.

Die beiden kleinen Krankenzimmer dienen für Kranke, welche separat sein wollen, oder auch als Klassenzimmer, endlich im Bedarfsfalle nebst den übrigen drei Einzelzimmern beider Etagen zur Isolirung.

Da überdies im Hochparterre, wie im ersten Stockwerke in den drei Einzelzimmern für je zwei Personen Betten aufgestellt sind, so hat das Gebäude mit den Krankenzimmern einen Gesammtbelagraum von 68 Betten.

Für die Pflegerinnen ist je ein Zimmer in den beiden Etagen bestimmt.

Jedes Bett in den Schlafsälen und Krankenzimmern ist von Eisen, die Betten im ersteren enthalten je einen Strohsack, Unterbett, eine Winter- und eine Sommerdecke nebst zwei Kopfpölstern, zwischen je zwei Betten, welche mit den Kopfenden an die Wände gestellt sind, steht ein Stuhl; andere Einrichtungsstücke sind nicht vorhanden.

Die Betten in den Krankenzimmern haben Drahtmatratzen-Einlagen statt Strohsäcke, überdies gehört zu jedem Bette ein Nachtkästchen.

Jeder Tagraum besitzt an den Wänden für je eine Person einen Holzsitz mit Schubladen, in der Mitte des Zimmers eine lange Tafel, ausserdem mehrere Kleiderrechen.

Die Tagräume communiciren nicht mit den Schlafsälen, auch stehen die Pflegerinnenzimmer mit diesen nicht in Verbindung, da man von der Ansicht ausging, dass die Ueberwachung der Pfleglinge unter normalen Verhältnissen Nachts nicht erforderlich wäre, und für besondere Fälle die Einzelzimmer bestehen, woselbst dann die betreffende Person unter Controle der Pflegerin gestellt wird.

Die Separation darf sich nach dem Statute nur auf vorübergehend aufgeregte, infectionsverdächtige oder moribunde Pfleglinge erstrecken; anscheinend geisteskrank gewordene, mit ekelhafter Krankheit behaftete Personen, werden dem Spitale übergeben, andauernd aufgeregte, lärmende Pfleglinge werden entlassen.

Die Fensterflächen in den Schlafsälen betragen den 8. und jene in den Krankenzimmern den 6. Theil der Bodenfläche.

Die Aborte und Waschräume sind für jede Abtheilung getrennt, rechts, beziehungsweise links der Stiegenanlage angebracht und direct vom abgeschlossenen Corridore aus durch einen gemeinsamen Vorraum zugänglich.

Beim Betreten dieses Vorraumes führt im Hochparterre seitwärts eine Thüre in den Waschraum, eingerichtet mit einem Waschtische und 2 Becken mit Kaltwasserleitung, und geradeaus eine Thüre in den Abort, welcher in 2 Einzel-Closets mit Wasserspülung getrennt ist. Die Closets haben einen gemeinsamen Vorraum, von welchem aus die Sitze durch Spielthüren erreicht werden. Jede Sitzabtheilung hat 1 Meter Breite und 1.60 Meter Tiefe. Die Closets sind freistehend. Sämmtliche Räume sind gut beleuchtet, liegen gegen Nordost, sind gut ventilirt und ausserdem mit einem Dunstabzuge bis über das Dach hinaus versehen.

Der Fussboden in den Abort- und Waschräumen ist aus undurchlässigem Materiale hergestellt.

Im ersten, grösseren Aborte befindet sich ein Ausguss für die Spülwässer.

Der Waschraum dient den Pfleglingen zur körperlichen Reinigung, damit die Böden der Schlafzimmer nicht durchnässt werden. Die beiden Waschmulden sind je

1 Meter lang und über jeder sind 2 Wasserhähne angebracht.

Im ersten Stockwerke führt beim Betreten des Vorraumes seitlich eine Thüre in das Badezimmer mit einer Zimmerbadewanne nebst Warm- und Kaltwasserzuleitung und geradeaus in den Abort, welcher wie im Hochparterre eingerichtet ist.

Der Ofen ist ein kupferner Mantelofen, welcher zur Erwärmung des Badewassers dient, ist im Centralheizungsraume untergebracht, und führt eine eiserne Rohrleitung das erwärmte Wasser zum ersten Stocke in das Badezimmer.

Der Ofen steht direct mit der Wasserleitung in Verbindung und wird von

dieser selbstthätig mit Wasser gespeist.

Auch diese Räume sind mit undurchlässigem Boden versehen.

Auf der Seite der Männerabtheilung ist ein elektrischer Doppelaufzug angeordnet, welcher die Beförderung der Speisen aus der Küche im Erdgeschosse in die oberen Etagen, sowie die Förderung der feuchten Wäsche zum Dachboden während der Sommerszeit zu besorgen hat.

Die Küche ist gedielt, erhält durch 3 Fenster ihr Licht; die Spülküche hat

einen wasserundurchlässigen Fussboden mit Syphon.

Die 3 Räume der Waschküche sind mit cementirtem, rigolirtem Boden ver-

sehen, die Wände haben glatten Verputz.

Sämmtliche Räume werden durch die im Mitteltracte des Erdgeschosses untergebrachte Central-Niederdruck dampfheizung sanlage erwärmt. In den Zimmern befinden sich regulirbare gusseiserne Radiatoren.

Stiegen, Corridore und Vorplätze werden durch entsprechend vertheilte Rippen-

heizkörper bis auf +10 Grad R. beheizt.

Die Erwärmung kann in allen übrigen heizbaren Räumen auf +18 Grad C. bei -20 Grad C. Aussentemperatur erfolgen.

Mit der Centralheizungsanlage ist gleichzeitig die Ventilation in Verbindung gebracht, welche eine vollständige zweimalige Lufterneuerung pro Stunde ermöglicht.

Die Ventilation ist derart angelegt, dass die frische Luft durch grosse Canäle unter dem Erdgeschossfussboden zu den einzelnen Frischluftcanälen, welche in den Mittelmauern zu den einzelnen Räumen führen, zugeleitet wird, von wo dieselbe über die mittelst Dampf beheizten gusseisernen Heizkörper in die Zimmer, ½ Meter über dem Fussboden eintritt.

Möglichst in entgegengesetzter Richtung von diesen Lufteinströmungsöffnungen sind in der Deckenhöhe Ventilationsöffnungen angebracht, durch welche die verdorbene Luft in entsprechend gemauerten Canäle bis über Dach abgeleitet wird.

Die Dimensionen der Schläuche oder Canäle sind derart bemessen, dass eine

zweimalige Lufterneuerung in der Stunde eintreten muss.

Die Wasserversorgung erfolgt durch die städtische Wasserleitung; ausser den Ausläufen in den einzelnen Wirthschaftsräumen, in den Bade- und Waschräumen sind in jeder Abtheilung beider Stockwerke 2 Auslaufwandbrunnen angebracht.

Das Materiale der Wasserleitung besteht aus geschwefelten Bleiröhren und gusseisernen Abflussröhren, welche letztere die Abwässer den Ableitungscanälen zuführen.

Die Beleuchtung erfolgt durch Elektricität von der elektrischen Centrale aus. In den grösseren Räumen sind je 2, in den kleineren je 1 Pendellampe angebracht.

Der Bau wurde in der solidesten Weise im italienischen Renaissancestyl als Putzbau ausgeführt und mit Freiwaldauer glasirten Ziegeln eingedeckt.

Sämmtliche Aussenmauern wurden 60 Cm. stark angelegt und mit doppelten,

nach innen aufgehenden Kastenfenstern versehen.

Die Decken sind als gewöhnliche Tramdecken mit Sturzboden-Zwischendecken hergestellt; nur die Corridore, Aborte und Vorplätze sind durchgehends gewölbt. Diese sind mit Xylolithplatten gepflastert, während das Vestibule und die Stiegenvorplätze mit Thonplatten belegt sind.

Die direct beleuchteten Stiegen sind feuersicher, haben eine Breite von 1.60 Metern, sind geradearmig, mit je einem Podest und mit Anhaltstangen versehen. Die

steinernen Stufen sind 0.3 Meter breit und 0.12 Meter hoch.

Die Wirthschaftsräume im Souterrain sind mit Flachgewölben in Traversen,

die übrigen Räume mit Tonnengewölben in Gurtenbögen hergestellt.

Die Thüren sind einflügelig, 1:2:40 Meter im Lichten gross, nach aussen zum Oeffnen und derart angelegt, dass die Thüre im geöffneten Zustande zur Hälfte im Mauerspalet, welches mit Holzvertäfelung verkleidet ist, zu liegen kommt, und die Corridorbreite nur wenig verringert.

Die Fenster sind Doppelfenster mit Bretteljalousien, rechtwinkelig und reichen sehr nahe an die Zimmerdecke. Alle heizbaren Räume haben Doppelfenster, deren obere Flügel um eine Querachse beweglich sind, somit auch zur Ventilation benützt

werden können.

Zu dem geräumigen, gedielten Dachboden, welcher nur zur Aufnahme der Wäsche dient, führt eine steinerne Stiege, welche vom Stiegenraume des ersten Stockes durch eine Eisenthüre abgeschlossen ist.

Vom Stiegenhause gelangt man durch einen Ausgang nach rückwärts zum

Garten, welcher das Gebäude von 3 Seiten umgibt.

Die Fäcalien gelangen in die hermetisch abgeschlossenen, gut cementirten, geräumigen Senkgruben, deren Inhalt mittelst eines geschlossenen Fäcalienwagens ausgeführt wird.

Die Schmutzwässer werden durch gemauerte Canale in das städtische Canalnetz

abgeleitet.

Vor dem Gebäude ist eine 8 Meter breite Rampe angelegt, welche von der Strasse aus sowohl von den Begrenzungspunkten des Gebäudes, als auch durch einen Aufgang in der Mittelaxe zu erreichen ist. Der übrige an der Böschung gelegene freie Raum ist mit Ziersträuchern bepflanzt.

Die Kosten dieses Baues betragen 130.000 K, in welchem Betrage der Werth

des Bauplatzes nicht mit inbegriffen ist.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des Ministeriums des Innern vom 21. Jänner 1902, Z. 2400,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend Vorkehrungen gegen Blattern.

In den letzten Monaten sind Blatternerkrankungen in England, in Südfrankreich und den benachbarten Küstengebieten Italiens in grösserer Ausbreitung aufgetreten.

Die k. k. wird hievon mit der Einladung in Kenntnis gesetzt, der Erhaltung eines guten Impfzustandes der Bevölkerung, insbesondere kindlichen Alters die grösste Aufmerksamkeit zuzuwenden, die Vorbereitungen zur möglichst baldigen Durchführung der diesjährigen Allgemeinimpfung und Revaccination
der Schuljugend sorgfältig zu treffen und im
Sinne des h. o. Erlasses vom 1. Juni 1901,
Z. 20621,*) für die unauffällige Ueberwachung
des Gesundheitszustandes der aus Blatterngegenden zureisenden Personen und für die
rechtzeitige Ermittlung jedes auftretenden
Blatternverdachtsfalles die geeignete Vorsorge
zu treffen.

Insbesondere wolle die k. k. den bei grossen Bauführungen, insbesondere

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 251.

weise beschäftigten, aus der Fremde gekommenen Personen hinsichtlich ihres Gesundheits-

Eisenbahnbauten Arbeit suchenden, beziehungs- zustandes eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden lassen.

Rechtsprechung.

Umfang der den behandelnden Aerzten bei Infectionskrankheiten obliegenden Anzeigepflicht.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 13. Juli 1901, Z. 5584.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde des Dr. R. P. in Klagenfurt, gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 14. April 1900, Z. 548, betreffend die Erstattung von Anzeigen bei ansteckenden Krankheiten, nach der am 13. Juli 1901 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe.

Mit dem Erlasse des Stadtmagistrates Klagenfurt vom 13. März 1899, Z. 4612, wurde dem Beschwerdeführer unter Berufung auf den früheren Erlass derselben Behörde vom 24. Jänner 1899, Z. 1801, die Nichtverwendung der für die Anzeige von Infectionskrankheiten amtlich aufgelegten Anzeigezettel ausgestellt und derselbe aufgefordert, den Bestimmungen der Magistratskundmachung vom 19. October 1898, Z. 17.664 (betreffend die Anzeigepflicht der damals in der Stadt epidemisch auftretenden Masernerkrankungen) und des schon erwähnten Erlasses vom 24. Jänner 1899, Z. 1801 (womit die den behandelnden Aerzten obliegende Anzeigepflicht in Erinnerung gebracht und die genaue und wahrheitsgetreue Ausfüllung der Anzeigezettel eingeschärft wurde) nachzukom men.

Dieser Erlass vom 13. März 1899, Z. 4612 wurde über Recurs des Dr. P. im Instanzenzuge mit der Entscheidung der k. k. Landesregierung vom 13. November 1899, Z. 15.527 und des k. k. Ministeriums des Innern vom 14. April 1900, Z. 548 aufrecht erhalten, in letzter Instanz aus der Erwägung, "weil es im Grunde der Amtsinstruction für Aerzte (Hofkanzleidecret vom 3. November 1808, Z. 16.135), sowie der Vorschrift über das bei Epidemien zu beobachtende Verfahren (Currende der kärntnerischen Landesregierung vom 5. März 1855, L. G. Bl., II. Abtheilung, Nr. 7) den Aerzten obliegt, dem Auftreten von Infectionskrankheiten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, hierüber ungesäumt die Anzeige an die politischen Be-börden zu erstatten, sowie dieselben in der Ermittelung der Infectionsquellen zu unterstützen, welcher Verpflichtung ohne sachgemässe Angabe der ätiologischen und prophylaktischen Momente, welche der Arzt mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der medicinischen Wissenschaften schon vermöge seines Berufes zu ermitteln bemüssigt ist, nicht genügt werden kann."

In der Beschwerde wird unter ausdrücklicher Anerkennung der den Privatärzten bei Infectionskrankheiten obliegenden Anzeigepflicht und der weiteren Pflicht derselben, den Infectionskrankheiten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, die Anschauung vertreten, dass die politischen Behörden kein Recht hätten, die Unterstützung der Privatärzte in der Ermittelung der Infectionsquellen in Anspruch zu nehmen, zumal eine solche Unterstützung nach § 8 des Hofdecretes vom 3. November 1808, Z. 16.135 wohl als ein Verdienst des Privatarztes aufgefasst wird, welches bei Anstellungen und Vorrückungen gewürdigt wird, keineswegs aber als eine Pflicht desselben.

Die Anzeigepflicht des Privatarztes sei durch die Mittheilung des Namens und Wohnortes, sowie der Beschäftigung des Erkrankten und endlich der Krankheitsbezeichnung erschöpft, alle anderen Mittheilungen, welche die aufgelegten Anzeigezettel enthalten, seien Sache der Erhebung, welche der Sanitätsbehörde allein obliege, wozu auch nur sie Kraft ihrer amtlichen Stellung befähigt sei; dies gelte insbesondere von der Beantwortung der Fragen 2 (Alter des Erkrankten), 6 (Datum der Erkrankung), 7 (Namen der im gleichen Haushalte wohnenden, irgendeine Schule besuchenden Kinder), 8 (Namen der betreffenden Schulen), 9 (Im Falle Variola, ist der Kranke geimpft oder nicht? Auch bei Varicellen?), 10 (Im Falle Kindbettfieber oder Blennorrhoea neonatorum, Name der intervenirenden Hebamme).

Wäre die politische Behörde berechtigt, von den Privatärzten Erhebungen zwecks genauer und wahrheitsgetreuer Beantwortung dieser Fragen zu verlangen, so könnte sie auch noch andere Erhebungen, z. B. über Bezugsquellen der Nahrungsmittel, Beschaffenheit der Wohnräume beanspruchen, wodurch der Privatarzt zu einem Gehilfen der Sanitätsbehörde gemacht würde.

Der Verwaltungsgerichtshof liess sich bei seinem Erkenntnisse von folgenden Erwägungen leiten:

Nach § 2 lit. c des Reichssanitätsgesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, obliegt der Staatsverwaltung die Handhabung der Gesetze über ansteckende Krankheiten, über Endemien, Epidemien und Thierseuchen u. s. w.

Nach § 6 desselben Gesetzes sind die politischen Behörden zur Handhabung des staatlichen Wirkungskreises in Sanitätsangelegenheiten berufen, zu welchem Zwecke bei Städten mit eigenen Gemeindestatuten die von den Gemeindevertretungen angestellten Sanitätsorgane und bei den Bezirkshauptmannschaften die landesfürstlichen Bezirksärzte bestehen.

Die Stellung der staatlichen Sanitätsverwaltung zu den prakticirenden Aerzten ist durch die "Instruction vom 2. November 1808 für Aerzte, welche in den k. k. Erbstaaten die Praxis ausüben wollen und keine Kreisärzte sind (Kropatschek, Sammlung der Gesetze des Kaisers Franz II., Bd. XXV, Z. 8211) geregelt, woraus auf den vorliegenden Fall vorzüglich die Bestimmungen der §§ 8 und 10 hervorzuheben sind.

Diese beiden Paragraphe lauten:

"§ 8. Einen besonderen Fleiss soll jeder Arzt auf das Studium und die Beobachtung der endemischen und epidemischen Krankheiten, welche in der Nachbarschaft seines Aufenthaltsortes vorfallen, verwenden. Gute, richtige und genaue Beschreibungen derselben, überhaupt die Verfertigung guter medicinischer Topographien, lehrreiche Beschreibungen merkwürdiger Krankheitsfälle, ausführbare Vorschläge, nach welchen örtliche, der Gesundheit der Menschen und Thiere nachtheilige Einflüsse gehoben werden und 30 dem Ausbruche endemischer Krankheiten vorgebaugt werden kann, werden Aerzten immer als empfehlendes Verdienst angerechnet und bei Anstellungen und Vorrückungen berücksichtigt werden."

"§ 10. Das Entstehen einer Epidemie unter Menschen oder einer Seuche unter Thieren hat er (der Arzt) allsogleich bei schwerer Verantwortung an die Ortsobrigkeit und wenn diese

in Erfüllung ihrer Pflicht saumselig wäre, an das Kreisamt anzuzeigen.

Mit solchen Anzeigen soll nicht gezaudert werden, bis die Epidemie oder Seuche überhand genommen hat, sondern sobald in einem Orte (nach der verschiedenun Grösse desselben) vier, sechs, acht Personen oder ebensoviele Thiere mit der nämlichen Krankheit behaftet werden, so ist dies ohne Weiteres anzuzeigen."

Im vorliegenden Streitfalle handelt es sich darum, die Frage zu beantworten, ob die politischen Behörden — in Städten mit eigenem Statut die Stadtmagistrate — berechtigt sind, den in der Stadt prakticirenden Aerzten bei Erfüllung der durch jene Instruction festgesetzten Anzeigepflicht die Beantwortung bestimmter, die Krankbeit, die Person und Stellung des Erkrankten und seiner Umgebung betreffender Fragen vorzuschreiben, oder ob der Arzt seiner Pflicht Genüge gethan hat, wenn er den einzelnen Erkrankungsfall in einer von ihm selbst gewählten Form zur Kenntnis des Amtes bringt. Diese Frage muss — da allgemein giltige Vorschriften über die Einrichtung solcher Anzeigen nicht bestehen — aus der Absicht des Gesetzes gelöst werden.

Die Absicht des Gesetzes ist nun zweifellos keine statistische, sondern eine zum Wohle der Allgemeinheit zu übende Prophylaxis. Deshalb, weil der zur Ausübung ärztlicher Praxis befugte Arzt vermöge seines Berufes und seiner Kenntnisse als Erster in die Lage kommt, das Vorhandensein einer Krankheit festzustellen, die der nächsten Umgebung des Kranken, aber auch weiteren Kreisen wegen der Möglichkeit der Uebertragung der Krankheitserreger gefährlich werden kann, legt ihm das Gesetz die Pflicht auf, seine Beobachtungen der Behörde mitzutheilen.

Ein allgemeines Verordnungsrecht der politischen Behörden, kraft welchem sie die Benützung einer bestimmten Drucksorte und die Ausfüllung aller Rubriken derselben vorschreiben könnten, besteht nun allerdings nicht, da weder die Instruction vom Jahre 1808, noch das Reichssanitätsgesetz dieses Verordnungsrecht enthält.

Wohl aber ist die politische Behörde berechtigt, durch Auflegung und amtliche Zufertigung eines von ihr entworfenen Formulares den einzelnen, in ihrem Sprengel prakticirenden Aerzten

bekannt zu geben, welche Thatsachen sie aus der Anzeige des Arztes für ihre eigene Thätigkeit kennen zu lernen verlangt.

Dass diese Thatsachen nach dem Stande der medicinischen Wissenschaft nicht ein- für allemal festgestellt sein können, sondern dass die Behörde bei Bekämpfung einer Epidemie auf die Kenntnis derjenigen Umstände bedacht sein muss, welche die moderne Wissenschaft als erheblich bezeichnet, folgt unmittelbar aus dem Zwecke dieses Zweiges der staatlichen Fürsorgethätigkeit zum Wohle der Gesammtheit.

Die vom Privatarzte zu erstattende Anzeige verfolgt also den Zweck, die Behörde in die Lage zu versetzen, die nothwendigen Verfügungen zur Hintanhaltung der Weiterverbreitung der Krankheit zu treffen; daher muss die Anzeige alle jene Thatsachen enthalten, welche für das Einschreiten der Behörden in bestimmten Richtungen maassgebend sind.

Der Verwaltungsgerichtshof konnte nun nicht erkennen, dass die im aufgelegten Anzeigezettel zur Ausfüllung vorgeschriebenen Rubriken über den Rahmen der so umschriebenen Anzeigepflicht des Arztes hinausgehen: Dies gilt selbstverständlich von jenen Rubriken, welche die Persönlichkeit des Erkrankten, dessen Beschäftigung und Wohnort und die Art der Krankheit betreffen, zu welch letzterer Angabe der nach Möglichkeit vom Arzte festzustellende Zeitpunkt des Beginnes der Erkrankung gerechnet werden muss (Rubrik 1 bis 6). Was die übrigen Rubriken, betreffend die Angabe der in der Familie des Erkrankten vorbandenen schulpflichtigen Kinder, der von ihnen besuchten Schulen, ferner die Mittheilung, ob bei Blattern- und Masernerkrankungen der Erkrankte geimpft war oder nicht, und endlich die Mittheilung des Namens der bei Kindbettfieber und bei Augenentzündungen Neugeborener beigezogenen Hebamme (Rubrik 7 bis 10) betrifft, so ist es eine schon aus dem Berufe des Arztes sich ergebende, unter die Strafbestimmung des § 335 des Strafgesetzes gestellte Pflicht desselben, Vorsorge zu treffen, um eine Verschleppung der Krankheit zu verhüten, insoweit ihm dies bei dem Mangel behördlicher Autorität möglich ist.

Unter diese Pflicht fällt aber jedenfalls die Anzeige der schulbesuchenden Kinder, der Schulen und der Hebamme an die Sanitätsbehörde mit der selbstverständlichen Einschränkung, dass er eben nur dasjenige zur Anzeige bringen kann, was er beim Mangel behördlicher Autorität in Erfahrung zu bringen in die Lage kommt, und dass er eben deshalb nur für die subjective Wahrheit seiner Angaben einzustehen hat.

Im vorliegenden Falle hat das Ministerium des Innern in Uebereinstimmung mit den vorstehend entwickelten allgemeinen, aus der bestehenden Sanitätsgesetzgebung abgeleiteten Grundsätzen ausdrücklich die Anzeigepflicht der Privatärzte auf die sachgemässe Angabe der ätiologischen und prophylaktischen Momente, welche der Arzt mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der medicinischen Wissenschaften schon vermöge seines Berufes zu ermitteln bemüssigt ist, beschränkt, es hat also keineswegs den vom Beschwerdeführer als ungesetzlich bezeichneten Standpunkt eingenommen, dass der Privatarzt die Verpflichtung hätte, seine Beobachtungen am Krankenbette auch auf Dinge auszudehnen, welche mit seinem ärstlichen Berufe in keinem Zusammenhange stehen.

In diesem beschränkten Sinne besteht allerdings die aus öffentlichen Rücksichten den Privatärzten auferlegte Pflicht der Unterstützung der Sanitätsbehörden in der Ermittelung der Infectionsquellen.

Die Beschwerde beruft sich zur Begründung ihres Standpunktes auf den Erlass der kärntnerischen Landesregierung vom 17. Mai 1886, Z. 2151, welcher die Aerzte verpflichtet, den ihnen bekannt gewordenen Ausbruch einer der genannten Krankheiten (Blattern, Masern, Scharlach, Diphtheritis und Typhus), sowie die in ihrer Behandlung befindlichen, hieran leidenden Kranken ungesäumt zur Kenntnis der Gemeindevorstehungen zu bringen, während es als Aufgabe dieser letzteren bezeichnet wird, unverzüglich die nöthigen Erhebungen zu pflegen und nach Maassgabe der Umstände die vorgeschriebenen Maassregeln in Ausführung zu bringen.

Sie beruft sich ferner auf die Ministerialerlässe vom 20. September und 13. November 1892, Z. 21.784 und 27.267, welche sich allerdings auf Cholera beziehen, aber laut Verordnung der Landesregierung vom 13. August 1886, Z. 8832, auch auf sonstige Infectionskrankheiten sinngemässe Anwendung zu finden haben, und welche die Anzeigedaten lediglich mit Namen, Beschäftigung und Aufenthaltsort bestimmen.

Dem gegenüber ist aber zu erwägen, dass die Anzeigepflicht der Privatärzte nicht erst durch diese Erlässe begründet wurde und dass es gar nicht der Zweck derselben war, die Erfüllung dieser Pflicht ein- für allemal zu regeln; es handelte sich vielmehr um die Auffrischung einer schon bestehenden, nach dem Wortlaute der Erlässe vielfach in Vergessenheit gerathenen gesetzlichen Verpflichtung und in den letzterwähnten drei Erlässen um die Regelung der tele-

graphischen Berichterstattung bei Cholerafällen, wodurch selbstverständlich der heute in Verhandlung stehenden Frage in keiner Weise vorgegriffen worden ist.

Nicht einzugehen fand der Verwaltungsgerichtshof in die Frage, ob für den praktischen Arzt die unbedingte Pflicht zur Verwendung der aufgelegten Anzeigezettel bestehe, oder ob es auch gestattet wäre, die in diesen Anzeigeblättern aufgezeichneten Fragen in anderer Form zu beantworten; ebensowenig ging derselbe in die Frage ein, ob der Arzt die Verpflichtung habe, diese Anzeigen bei der Behörde zu holen oder ob sie ihm ins Haus gestellt werden müssen.

Ueber diese in der Beschwerde gestreiften Fragen ist eine instanzmässige Entscheidung der politischen Behörden bis jetzt nicht erflossen und vom Beschwerdeführer auch nicht begehrt worden; daher konnte der Verwaltungsgerichtshof gemäss § 5 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, hiezu auch nicht Stellung nehmen.

Das Gleiche gilt von der in der Beschwerde ebenfalls gerügten, im Magistratserlasse vom 9. September 1899, Z. 20.425, enthaltenen Verfügung, die Epidemieanzeigen stets in offener, den Einblick in die Sendung zulassender Form zur Ermöglichung portofreier Behandlung der Post zu übergeben.

Der Beschwerdeführer hat diese Verfügung im verwaltungsbehördlichen Rechtsmittelverfahren nicht angefochten, er kann also nach der eben erwähnten Gesetzesstelle diesen Erlass auch nicht beim Verwaltungsgerichtshofe anfechten,

Die Beschwerde musste daher als unbegründet abgewiesen werden.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Galizien. Verhandlungsgegenstände in der Sitzung vom 22. October 1901:

- 1. Besetzungsvorschlag für zwei provisorische Polizeiarztesstellen in Lemberg. (Referent: S. R. Prof. Dr. Badzyński.)
- 2. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Errichtung einer zweiten Apotheke in Sanok. (Referent: S. R. Dr. Festenburg.)
- 3. Vorschlag der Bewerber um die Verleihung der Concession für die dritte öffentliche Apotheke in Jaroslau. (Referent: S. R. Dr. Festenburg.)

Berathungsgegenstände in der Sitzung am 6. November 1901:

- 1. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Creirung neuer Sanitäts districte in Olesko, Bezirk Zloczow und in Strzeliska Nowe, Bezirk Bobika. (Referent: Hofrath und Landessanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 2. Gutächtliche Aeusserung betreffend den Neubau einer Irren-Siechenanstalt in Kulparkow, Bezirk Lemberg. (Referent: Regierungsrath S. R. Dr. Opolski.)

Verhandlungsgegenstände in der am 5. December 1901 abgehaltenen Sitzung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über eine Privatheilanstalt in Bialykamien, Bezirk Zloczow. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)
- 2. Gutächtliche Aeusserung in Betreff des Statutes für den Curort Rymanów, Bezirk Sanok. (Referent: Sanitätsrath Dr. Merczyński.)
- 3. Gutachten in Angelegenheit der Errichtung einer neuen öffentlichen Apotheke in Tartaków, Bezirk Sokal. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Rumänien. Herkünfte aus Beirut unterliegen vom 26. December 1901 (8. Jänner l. J.) angefangen einer fünftägigen Quarantaine im Hafen von Sulina. Die Häfen von Constantza und Mangalia bleiben denselben verschlossen. Die Einfuhr der im Cap. II, Titel IV des Reglements der Venediger Convention angeführten Waren und Gegenstände, sowie jene von Früchten, Gemüsen und Conserven ist verboten.

Türkei. Gegenüber Herkünften aus dem Golfe von Smyrna von Foglieri bis Karaburnu wurde eine 48 stündige Quarantaine in Clazomene mit Desinfection der Wäsche und Effecten

der Schiffsmannschaft und der Passagiere dritter Classe verfügt. Schiffe, welche in Smyrna ihren Standort haben, müssen sich überdies vor ihrer Abfahrt der Tilgung der Ratten im Lazarethe von Clazomene unterziehen.

Der gemeldete Pestfall in Beirut (siehe S. 22 d. Bl.) betraf einen 24 Stunden vor seiner Auffindung aus Damascus zugereisten einheimischen Kutscher. Der Kranke ist am 9. Jänner l. J. gestorben. Die gegenüber Herkünften aus Beirut verfügte 48stündige Quarantaine wurde am 16. Jänner wieder ausser Kraft gesetzt.

In Bagdad sind laut telegraphischer Mittheilung vom 22. Jänner innerhalb 6 Tagen 8 Pestfälle, darunter 4 mit tödtlichem Ausgange constatirt worden. - Der Sanitätssonseil in Constantinopel verfügte gegenüber Herkünften aus der genannten Stadt eine fünftägige Quarantaine.

Aegypten. In Tantah wurden in der Zeit vom 9. bis 15. Jänner l. J. 12 tödtliche Pestfälle an Eingeborenen, darunter in 11 Fällen an aufgefundenen Leichen constatirt; in Mitgamr sind am 13. und 14. Jänner und in Ziftah am 6. und 10. Jänner je ein Pestfall, an aufgefundenen Leichen Eingeborener ermittelt worden. (Bulletin Quarantenaire.)

Capcolonie. In der Woche vom 15. bis 21. December 1901 sind in Port Elizabeth 2 neue Erkrankungen vorgekommen. Todesfälle wurden nicht verzeichnet. Am Schlusse der erwähnten Woche waren in Port Elizabeth noch 4 und in Mosselbay 5 Pestkranke in Be-

handlung.

Brasilien (siehe S. 22 d. Bl.). In Rio de Janeiro wurden in der Woche vom 10. bis 16. December 18 Erkrankungen und 8 Todesfälle, in der folgenden am 23. December abgelaufenen Woche 12 Erkrankungen und 6 Todesfälle an Pest beobachtet. In Campos sind in der Woche vom 9. bis 15. December 5 und in der folgenden Woche vom 16. bis 22. December 1901 2 Personen an Pest erkrankt und 2, beziehungsweise 1 gestorben.

Vermischte Nachrichten.

Rattenvertilgung auf Schiffen durch Anwendung flüssiger Kohlensäure. In letzter Zeit wurden in Marseille Versuche über die Rattenvertilgung auf Schiffen durch Anwendung flüssiger Kohlensäure vorgenommen, welche nach den vorliegenden Mittheilungen äusserst befriedigende Resultate geliefert haben. Der von einer Lyoner Firma ("La Carbonique Lyonnaise", Lyon, Grande Rue Monplaisir 13) zu diesem Zwecke hergestellte Apparat besteht aus einem Gefässe, in welches mehrere mit flüssiger Kohlensäure gefüllte Eisencylinder, mit der Oeffnung nach unten gerichtet, eingesetzt werden. Die Oeffnungen der Cylinder sind mit Kautschukschläuchen verbunden, welche durch den Boden des Gefässes durchtreten und bis in die Schiffsräume hinabgeleitet werden können. Die Cylinder sind mit einem sinnreichen Patentverschlusse versehen, durch welchen die Vergasung der Kohlensäure geregelt wird. Vor Beginn des Verfahrens werden die Schiffsräume verschlossen und das Gefäss, in welchem sich die Cylinder befinden, mit siedendheissem Wasser gefüllt. Die Füllung der Schiffsräume mit Kohlensäure nimmt ungefähr eine halbe Stunde in Anspruch. Nach zweistündiger Einwirkung der Kohlensäure werden die Schiffsräume durch einen Ventilationsapparat entlüftet, was ungefähr eine balbe Stunde in Anspruch nimmt. Die Vortheile, welche dieses Verfahren gegenüber der Schwefelräucherung aufweist, werden als ganz bedeutende bezeichnet. Da die Kohlensäure geruchlos ist, entfällt die Nothwendigkeit der mit Zeitverlust und grossen Kosten verbundenen Entladung des Schiffes vor der Durchführung des Verfahrens. Die ganze Procedur erfordert nur einen Zeitraum von 3-4 Stunden gegenüber 16-24 Stunden bei der Schwefelräucherung und kann selbst während der Fahrt des Schiffes durchgeführt werden; auch ist hiebei jede Feuersgefahr ausgeschlossen. Als ein weiterer Vorzug dieses Verfahrens wird es auch bezeichnet, dass sich die Ratten nicht wie bei der Schwefelräucherung in die Schlupfwinkel verkriechen, sondern nach oben zu den Ausgängen flüchten und daselbst verendet aufgefunden werden. Die etwas höheren Kosten dieses Verfahrens (circa 300 Francs per Schiff) dürften gegenüber den obenerwähnten Vortheilen wohl nicht ins Gewicht fallen.

Die Pestfälle auf dem österreichischen Dampfer »Gundulić«. Ueber die auf dem vom österreichischen Lloyd gecharterten Dampfer "Gundulic" der Schiffahrtsgesellschaft "Balkan" vorgekommenen Pestfälle (siehe S. 22 d. Bl.) hat der Schiffsarzt dieses Dampfers Dr. August Strauch während des Aufenthaltes in Rio de Janeiro an das dortige k. u. k. Generalconsulat einen ausführlichen Bericht erstattet, dem wir Folgendes entnehmen:

Der Dampfer Gundulić war am 7. October von Triest in Alexandrien eingetroffen und hatte daselbst in strenger Quarantaine mit der eigenen Schiffsbemannung die Ladung gelöscht,

ohne dass hiebei - abgesehen von dem Piloten, welcher während der Ein- und Ausfahrt auf der Commandobrücke verweilt hatte - irgend eine Communication mit dem Hafen von Alexandrien bestand. Nachdem der Dampfer noch am Tage vorher Provision eingenommen, fuhr er am 10. October nach Brasilien ab. An Bord des Schiffes wurden während der Fahrt dahin wiederholt todte Ratten gefunden, deren Zahl anfangs November auffallend zunahm und den Verdacht der Pestinfection des Schiffes durch Ratten erweckte. Bald darauf traten auch die ersten verdächtigen Erkrankungen auf. Am 5. November erkrankte der 33 Jahre alte Koch Anton Berichievich unter Kopfschmerzen und Erbrechen, wozu sich am 6. November hohes Fieber und Schmerzen in der rechten Leistengegend gesellten. Am letzteren Tage meldete sich auch der 21 Jahre alte Kellner Lucas Gverovich wegen Kopfschmerz und allgemeiner Abgeschlagenheit krank. Auch bei diesem Kranken traten Schmerzen in der rechten Leistengegend mit nachfolgender Schwellung der Drüsen auf. Das gleichzeitige Vorkommen zweier ähnlicher Fälle, der schwere Verlauf des ersten Falles (Benommenheit des Sensoriums, rasch zunehmende Schwellung der Leistendrüsen, rapider Kräfteverfall,) in Beziehung zu dem beobachteten Absterben der Ratten, liessen dem Arzte keinen Zweifel darüber, dass es sich um Pest handle. Die Kranken wurden strengstens isolirt, und die Pflege derselben behufs Vermeidung einer Infection vom Schiffsarzte selbst übernommen. Der erkrankte Koch starb am 11. November. Die Erkrankung des Kellners, bei welchem der Arzt bei näherer Untersuchung an einer Zehe des rechten Fusses ein kleines rothes Pünktchen als vermuthliche Eintrittspforte der Pestbacillen constatiren konnte, aus dem sich binnen kurzer Zeit ein Blutbläschen entwickelte, zeigte einen milden Verlauf. Dieser Kranke wurde am 13. November in gebessertem Zustande sofort nach Ankunft des Dampfers in Rio de Janeiro in das dortige Pestspital überbracht. Nach absolvirter Quarantaine und dreimaliger Desinfection des Schiffes fuhr dasselbe am 27. November bei gutem Gesundheitszustande der Mannschaft nach Santos ab. Auf dem Wege dahin erkrankte am 28. November der Heizer Maximilian Bakota unter verdächtigen Symptomen, weshalb der Dampfer in Santos zum freien Verkehre nicht zugelassen wurde. Da sich der Fall bald als Pest herausstellte, wurde das Schiff am 1. December nach Rio zurückdirigirt. Auf der Rückfahrt wurde ein vierter Krankheitsfall beobachtet; derselbe betraf den Deckjungen Ivan Breic. In beiden Fällen bestand nebst den oberwähnten Allgemeinerscheinungen Schwellung der rechtsseitigen Axillardrüsen. Bei Brčič entwickelte sich gleichzeitig auch ein Pestfurunkel auf der Schulter. Beide Kranke wurden in Rio ausgeschifft und ins Pestspital überführt. Dieser wie auch der zuerst dahin abgegebene Kellner befanden sich am 17. December bereits in Reconvalescenz.

Die Krankheit dürfte in Alexandrien durch eine eingedrungene pestinficirte Ratte in das Schiff eingeschleppt worden sein. Die beiden zuletzt erkrankten Personen hatten sich vermuthlich gelegentlich der Ausbarkung der Waren in Rio de Janeiro, wobei sie in den Magazinsräumen beschäftigt waren, inficirt; da sämmtliche Personen des Schiffes nach den beiden ersten Pestfällen in Rio de Janeiro mit Pestserum geimpft worden waren, ist anzunehmen, dass zu dieser Zeit (nach 12—13 Tagen) die immunisirende Wirkung der Seruminjection schon derart abgeschwächt war, dass die erfolgte Infection an denselben die Krankheit hervorrufen konnte. Seit 26. November wurden am Schiffe weder eine todte noch eine lebende Ratte gefunden. Da seither auch keine verdächtige Erkrankung mehr vorgekommen war, wurde dem Dampfer in Rio de Janeiro libera pratica ertheilt. Am 13. December fuhr derselbe nach Santos zur Completirung seiner Ladung ab, und am 18. December dürfte derselbe die Rückfahrt nach Triest angetreten haben.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 15. bis 28. Jänner 1902 beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Gorlice: Luzna 1; Turka: Jablonka nizna 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in Krakau 1, in Lemberg 1 und in den politischen' Bezirken Bohorodczany: Maniawa 3; Brody: Pankowce 1, Podkamien 16; Brzezany: Hucisko 5; Buczacz: Dobropole 6; Dabrowa: Cwikow 4; Jaworow: Wierzbiany 21; Kalusz: Petronka 5; Kamionka: Ruda 3; Kolomea: Kolomea 1, Kulaczkowce 3; Nadworna: Delatyn 10, Hwozd 1, Kamienna 3, Lojowa 9, Majdan gorny 4, Nadworna 1, Przerosl 5; Przemyslany: Gliniany 2; Rawa: Wroblaczyn 3, Zaborze 2: Stanislau: Kolodziejow 12; Trmbowla: Jlawcze 3; Zolkiew: Mosty wielkie 1; Zydaczow: Manasterzec 1, Mikolajów 1.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern. und DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wiss

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 6. Februar 1902,

Nr. 6.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Die alte Wiener Bürgerspitalsapotheke; ein Beitrag zur Geschichte des Wiener Apothekerwesens. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung und Erlass der Statthalterei in Steiermark, betreffend die Abänderung der Todtenbeschauordnung. — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. Mittheilungen über sanitäre
Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der Sitzung des Obersten Sanitätsrathes am 1. Februar 1902 wurde vom Sanitätsreferenten Sectionschef Dr. Ritter v. Kusy über die neuesten amtlichen Nachrichten, betreffend das Auftreten und die Verbreitung der Pest im Auslande, sowie über die erfolgreichen in Marseille angestellten Versuche einer raschen Vertilgung der Schiffsratten durch Kohlensäure, welche aus einer Batterie eiserner, mit flüssiger Kohlensäure gefüllter Tuben unter Erwärmung der letzteren im Wasserbade in die zuvor geschlossenen Schiffsräume eingeleitet wird, Mittheilung gemacht.

Der Oberste Sanitätsrath stimmte zu, dass diese Methode der Rattenvertilgung auch zur Erprobung auf einheimischen Schiffen empfohlen werde.

Hierauf wurden die Berathungen über die gegen die Verbreitung der Tuberculose zu treffenden Maassnahmen fortgesetzt, und sowohl jene, welche sich auf Unschädlichmachung der tuberculösen Auswurfstoffe der Kranken beziehen (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum), als jene, welche die Hintanhaltung der Verbreitung der Tuberculose durch tuberculöse Hausthiere und von denselben stammende thierische Producte betreffen (Referent: O. S. R. Prof. Dr. Polansky) erledigt.

Schliesslich gelangte ein Referat über die Modalitäten der Einrichtung von Wiederholungscursen für Hebammen, welche bisher nur in Triest eingeführt sind, zur Berathung und Beschlussfassung. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Gustav v. Braun.)

Die alte Wiener Bürgerspitals-Apotheke.

Ein Beitrag zur Geschichte des Wiener Apothekerwesens.*)

Von Dr. Leopold Senfelder.

Wenn von den ersten Anfängen des Wiener Sanitätswesens die Rede ist, pflegt man zwei Institute zu nennen, welche zwar den gemeinschaftlichen Namen hospitale führten, ursprünglich aber ganz verschiedenartige Wirkungskreise hatten. Diese beiden Anstalten waren das Heiligen-Geistspital jenseits des Wienflusses, 1211 von Meister Gerhard, Leibarzt des Herzogs Leopold VI. des Glorreichen errichtet und das um die Mitte des XIII. Jahrhunderts diesseits der Wien erbaute Spital der Wiener

Bürger.

Hospitale, hospitium nannte man in alter Zeit jedes Haus, wo Fremde (hospites) gastliche Aufnahme fanden. Diese Herbergen waren zum Theil auf Gewinn berechnet, wie die Hospitia im Elendviertel (elend alte Bezeichnung für fremd) vor dem Schottenthore, zum Theil aber rein charitative Institute, wie das Hospiz der Schottenmönche auf der Freiung oder das Pilgrimhaus in der Kärntnerstrasse. Näher bezeichnet man diese Herbergen mit dem Namen hospitale pauperum peregrinorum, d. i. Hospiz, Asyl oder Naturalverpflegstation. Ein hospitale pauperum civium, ein städtisches Pfründnerhaus, war das früher genannte Spital der Wiener Bürger, ein hospitale pauperum peregrinorum et infirmorum, ein allgemeines Krankenhaus im strengen Sinne des Wortes, war dagegen das Heiligen-Gei-tspital. Daselbst wurden auch durchreisende Fremde, besonders Jerusalempilger, aufgenommen, wie dies noch heute in unseren grossen und kleinen Krankenhäusern der Fall ist, dass arme Reisende mit der Diagnose defatigatio« nach Maassgabe des Platzes Aufnahme finden und einige Tage der Ruhe pflegen können.

Aus den ersten Jahrhunderten des Bestandes beider Anstalten sind nur äusserst spärliche Nachrichten auf uns gekommen. Wir wissen nichts Positives über die ärztliche Thätigkeit im Heiligen Geistspital, können aber wohl annehmen, dass Meister Gerhard zeitlebens seiner Schöpfung mit Rath und That zur Seite stand, und unter den Ordensbrüdern vom heiligen Geist sich stets arzneikundige Männer befanden. Auch im Bürgerspitale konnte man ärztliche Hilfe nicht vollständig entbehren, denn das Alter ist ja - wie ein Sprichwort sagt - selbst eine Krankheit. Ständige ärzt-

liche Hilfe war jedoch in den ersten Zeiten nicht vorhanden.

Niclas Aichperger, Lehrer der Arznei und Pfarrer zu Gredwein im Salzburger Bisthume wandte sich am 16. October 1436 von Gredwein aus an Bürgermeister und Rath von Wien mit der Bitte um Unterstützung in folgendem Anliegen, da er bereits alt und krank dieses mit eigener Kraft nicht ausführen könne. Er schafft 241/2 Pfund Wiener Pfennige Burgrecht und 200 Pfund zum Ankaufe eines beim Bürgerspitale gelegenen Hauses. Das Burgrecht soll von der Stadt seinen guten Lehrer der Arzneis gegen die Verpflichtung verliehen werden, zweimal täglich die Siechen im Spitale zu besuchen, während die Stadt für Beschaffung der nöthigen Medicamente zu sorgen habe. 1) Vielleicht steht dieser Antrag in Zusammenhang mit der einige Verständnislosigkeit bekundenden Interpellation der Stadtverwaltung an die medicinische Facultät im Jahre 1440, ob man im Bürgerspitale einen Arzt oder einen Scholaren anstellen solle. Die Facultät antwortete: Einen Arzt sammt Famulus. Wir wissen nicht, ob dieser Vorschlag zur Durchführung kam, denn erst seit 1517 ist ein geregelter ärztlicher Spitaldienst nachweisbar.²)

^{*)} Nach einem im Wiener Alter Gerege December 1901 gehaltenen Vortrag.

1) Quellen zur Geschicht Stadt Wien, Die bihlg., 2. Bd., Reg. Nr. 2580.

2) Acta facultatis medicar univers. Vindob. ed. K. Schrauf, 1899. II., p. 19;

Jos. Aschbach, Gesch. d. Wr. Universität, 1885, II. 164.



Als 1529 beim Herannahen des türkischen Heeres alle Gebäude im Umkreise der Stadt aus taktischen Gründen geräumt und zerstört wurden, flüchteten die Insassen beider Anstalten in die Stadt, woselbst die Bürgerspitalstiftung 1530 das verlassene St. Clara-Kloster am heutigen Lobkowitzplatze für ihre Zwecke erhielt, während das Heiligen-Geistspital nicht mehr aufgerichtet wurde. In Folge dessen fiel dem Bürgerspitale mehr denn früher die Aufgabe eines öffentlichen Krankenhauses zu. Ich beabsichtige nun nicht, hier die wechselvollen Geschicke des Wiener Bürgerspitales zu erzählen, sondern will nur in kurzen Umrissen die Geschichte eines bis zum Jahre 1870 bestandenen Institutes, der Bürgerspitals-Apotheke mit dem Schilde zum heiligen Geist« vorführen. Dass ich gerade diese Apotheke zum Gegenstande einer Monographie wähle, findet seine Begründung darin, weil ihre Geschichte mit der des Wiener Bürgerspitales und der Entwicklung unseres Apothekerwesens in engem Zusammenhange steht.³)

Michael Altmann führt in seiner Geschichte des Bürgerspitales als Gründungsjahr der dortigen Apotheke 1551 an, ohne diese Behauptung nur irgendwie urkundlich zu erhärten. Dies wäre allerdings nicht gut möglich gewesen, da um diese Zeit eine Spitalsapotheke noch nicht existirte, wie in der Folge bewiesen werden soll. In einem Bürgerspitalsinventare vom Jahre 1552 wird zwar eine apoteken« erwähnt, doch enthält diese nur 20 Zinnkannen, eine Mensur, einen kleinen Branntweinkessel u. dgl. Geräthe, die zusammen mangels jeglicher Medicamente sicherlich keine Apotheke. wohl eher das Inventar einer Theeküche darstellen, wie wir solche auch in modernen Pfründnerhäusern regelmässig vorfinden. Das Kräuterbuch im Zimmer des Spitalmeisters lässt uns ahnen, wie es dazumal mit der ärztlichen Versorgung der Kranken und der Arzneibeschaffung bestellt war. 4) Weder 1551, noch 1552, noch im XVI. Jahrhunderte überhaupt ist eine Spitalsapotheke nachweisbar. Das vorhandene keineswegs spärliche Quellenmateriale bietet mehr als ein Argument für diese Behauptung. Die Lieferung etwa nöthiger Arzneien besorgten, sonderlich zu Epidemiezeiten, bürgerliche Apotheker, ähnlich wie am Lande die sogenannten Landschaftsapotheker im Auftrage und auf Kosten der niederösterreichischen Stände den Armen Medicamente lieferten.

Die ältesten Nachrichten über Wiener Apotheker stammen aus der zweiten Hälfte des XIV. Jahrhunderts und beschränken sich auf Namen, zum Theil auf den Standort. Mit dem Inslebentreten der medicinischen Facultät am Ausgange des XIV. Jahrhunderts tauchen die ersten Spuren einer Gewerbeordnung auf. In wissenschaftlicher Beziehung unterstanden die Apotheker der medicinischen Facultät, welche 1405 die erste Apothekerverordnung herausgab, deren Hauptpunkte sich auf den Befähigungsnachweis, die Bestimmung einer Taxe und die alljährlich zweimalige Visitation durch Aerzte beziehen. Laut Ordnung vom Jahre 1564 erfolgte die Ausbildung der Lehrlinge bei einem geschworenen Meister und dauerte sechs Jahre, worauf die Freisprechung stattfand. Der nunmehrige Geselle konnte nun gegen Vorweisung des Zeugnisses anderwärts Dienste nehmen oder am Lande selbständig eine Apotheke leiten oder beim »Mittel« (Gremium) ansuchen, der medicinischen Facultät »präsentirt« zu werden. Die Prüfungscommission bestand aus je zwei von der niederösterreichischen Regierung über Vorschlag der Facultät verordneten Aerzten und Apothekern, darunter stets der Senior des Mittels war. Die Befähigungsprüfung zur Führung einer Wiener Apotheke war eine theoretische und praktische und dauerte mehrere Tage. Nach bestandenem Examen wurde der Candidat zuerst vor der Facultät als wissenschaftlicher, dann vor Bürgermeister und Rath als bürgerlicher

⁴⁾ Quellen z. Gesch. d. Stadt Wien, I. Abthlg., 2. Bd., Reg. Nr. 1432.



³⁾ Folgende auf das Bürgerspital Bezug habende Daten stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus den Acten des Bürgerspitalarchives, des städtischen Hauptarchives und der alten und neuen städtischen Registratur, für deren Benützung den Herren Vorständen Oberarchivar Dr. Karl Uhlirz und Registraturdirectoren Franz Kleindienst und Ferdinand Daniek hiemit der verbindlichste Dank abgestattet sei.

Behörde vereidigt. Nun standen ihm zwei Wege offen: entweder, wenn er vermögend war, eine etwa feil werdende Apotheke zu kaufen oder eine Stellung als Provisor zu suchen. Ausser den regelrecht freigesprochenen Gesellen konnten sich auch Studirende der Medicin zur Befähigungsprüfung melden, während Aerzte von vorneherein eine Apotheke führen oder leiten konnten, sobald sie fortan »der Ertzney und Doctorey« sich zu enthalten verpflichteten und den vorgeschriebenen Eid vor Facultät und Stadtbehörde ablegten.

Die Simplicia bezogen die Wiener Apotheker zum Theil von venetianischen Händlern, später aber meist von ansässigen Materialisten; doch kennen wir bereits im XV. Jahrhundert Apotheker, welche für sich und ihre Collegen direct in Venedig einkauften. Die ausländischen, zugereisten Kaufleute durften laut Verordnung des Kaisers Maximilian I. vom Jahre 1506 ausser den Märkten nicht unter 25 Pfund, Simplicia nicht unter 20 fl. verkaufen. Auch die Ordnung von 1564 verlangt die vorherige Visitation der venetianischen Händler, Landfahrer und Confectkrämer durch Apotheker. Seit 1602 wurden auch die Materialisten von den verordneten Commissären (je einem Arzte, Apotheker und Stadtrath) visitirt. Die bei allen Visitationen gebräuchlichen sogenannten Collationen, worauf wir später noch zurückkommen, wurden 5. October 1663 und 30. September 1667 ausdrücklich untersagt. Zusammengesetzte Arzneien, sogenannte Composita war der Apotheker verpflichtet, selbst zu machen, und zwar unter Aufsicht eines Examinators oder eines Arztes überhaupt, welcher die säuberlich auf Papier gelegten simplicia beschaute, selbst mischte und in das für jede Apotheke vorgeschriebene Register sammt Datum und eigenhändiger Unterschrift eintrug. Da ausserdem noch auf den Rückenschildern der Arzneibüchsen und Flaschen, welche im Laboratorium verfertigte Präparate enthielten, das Datum der Zubereitung geschrieben sein musste, konnten die Visitatoren sich verhältnismässig leicht orientiren. Besondere Verordnungen existirten in Betreff des Theriak und Mithridat⁶), dieser berühmten aus der römischen Kaiserzeit stammenden Universalheilmittel. Zulässig waren nur die echten venetianischen oder in Wien verfertigten Präparate. Da venetianischer Theriak sehr oft gefälscht war, desgleichen von den herumziehenden Theriakkrämern ausgebotene Ware von der Behörde für unzulässig erklärt wurde, pflegten die Wiener Apotheker ihren Bedarf selbst zu bereiten. Die Mischung, zu welcher auch getrocknetes Vipernfleisch gehörte, wurde wie überall so auch in Wien unter gewissen Feierlichkeiten in Gegenwart der Facultät, der Hofärzte und Apotheker vorgenommen, die Büchse mit dem grossen Facultätsiegel verschlossen, nach erfolgter Fermentirung feierlich entsiegelt und für den Gebrauch tauglich erklärt. Die Ordnung von 1714 sagt ausdrücklich, dass der Wiener Theriak berühmter als der Venetische sei. Apotheker, welche Theriak nicht selbst bereiten wollten, kauften solchen von einem Collegen und schrieben auf die Büchse den Namen des Verfertigers und den Tag der Zubereitung.

Der Zustand der Alt-Wiener Apotheken war aber im Durchschnitt ein recht kläglicher. Wiederholt liefen beim Stadtrathe von Seite der Kunden Klagen ein, wiederholt war die Facultät gezwungen, ungünstige Visitationsbefunde der städtischen Behörde vorzulegen und um Abstellung von Mängeln als alte, unbrauchbare Arzneien, übermässige Taxen, ungleichartige Receptur u. dgl. zu ersuchen, daher sie 1492 die Errichtung einer Musterapotheke plante, jedoch von Stadt- und Universitätsrath in der Ausführung gehindert wurde. Dass unter solchen Umständen die Beziehungen zwischen Aerzten und Apothekern nicht immer die besten waren, leuchtet wohl ein. Auch in den folgenden Jahrhunderten kamen häufig Beschwerden vor. 7)

b) Hormayr Urkundenbuch, II. Bd., p. 129.

⁶⁾ Nach der Apotheker-Taxordnung von 1692 kostete in Wien 1 Loth Mithridat (Mitrid. Damocratis) und Theriak (Theriac. Andromachi) je 12 kr., der Augsburger Th. 6 kr. uud Vieh-Theriak (Theriac. Diatessaron) 4 kr.

⁷⁾ Acta facult. I, II, a. m. O.

Wie die Stadtgemeinde gemäss der alten Stadtordnung von 1526 armen Kranken nach Möglichkeit im Bürgerspitale Unterkunft und ärztliche Behandlung bot, musste sie auch für Medicamente sorgen. So befahl schon 1518 Kaiser Maximilian I., dass die Stadt den Apothekern die an Arme verabfolgten Arzneien zu vergüten habe. 3) Für das Bürgerspital wurde zu Anfang des XVII. Jahrhunderts bis 1642 die Arzneilieferung im Offertwege an einen bürgerlichen Apotheker vergeben. Was aber dieser städtische Contrahent für Ware lieferte, davon erzählen die Acten wenig erbauliche Dinge. Dieser Umstand einerseits und die nicht unerheblichen Kosten für noch obendrein schlechte oft ganz verdorbene, sonst gar nicht verkäufliche Arzneien anderseits legten schon frühzeitig den Gedanken der Errichtung einer Apotheke in eigener Verwaltung nahe. Um das Jahr 1622 machte man den ersten bescheidenen Schritt in dieser Sache, indem behufs Zurichtung der nöthigen Arzneien ein Apothekergeselle gedungen wurde. Ueber diese Quasiapotheke machten aber Aerzte und Apotheker soviele Witze, es wurde darüber so spöttlich discurriret«, dass der Superintendent Häringshauser schon nach vier Wochen den Gesellen wegschickte. Das war aber nur ein vorübergehender Erfolg der Gegner, denn die Frage der Errichtung einer eigenen Apotheke musste, einmal ins Rollen gekommen, gelöst werden. Im Jahre 1624 erbat sich der Wiener Stadtrath von der medicinischen Facultät ein Gutachten, ob man eine Apotheke errichten solle, wie diese ohne besondere Kosten herzustellen und zu führen sei.

Die Facultät begrüsste den Plan sehr lebhaft; es wäre eine grosse Wohlthat für die Armen, welche die Arzneien wenigstens sofort erhielten, während sie bisher dieselben aus einer entlegenen Apotheke selten denselben, meist erst den nächsten Tag bekamen. Am billigsten käme es wohl, einen qualificirten Apotheker anzustellen, der heimische Kräuter und Wurzeln selbst sammelt nnd nur die nothwendigsten Compositiones anfertigt. Rohmaterialien und besonders theure Medicamente (pretiosa) sollen die Aerzte in Verwahrung nehmen, damit kein Betrug oder Unterschleif möglich sei. Man könnte von Jahr zu Jahr bessern, in der Verschreibung sparen, nur das Nothwendige auf Lager halten, da ja die Apotheke nur für das Spital gehöre und keine auswärtigen Kunden haben werde. Die Sache werde schon gehen, wenn man einen fleissigen Apotheker aufnehme und die Aerzte eifrig Umschau halten lasse. Die bürgerlichen Apotheker — meinte die Facultät — würden gegen dieses Project wohl nichts einzuwenden haben.

So leicht nahmen es diese nun nicht auf, umsoweniger, als der Stadtrath ihnen zumuthete, für die geplante Hausapotheke die vorerst nöthigen Arzneien umsonst beizusteuern. In einer Eingabe vom 19. November 1624 lehnten sie dieses Ansinnen rundweg ab. Die Zeiten seien schlecht, die Steuern sehr hoch, sie seien den Materialisten zum grossen Theil die Ware schuldig, hätten auch vielfach Darlehen aufgenommen. Eine Apotheke im Bürgerspitale widerspreche der kaiserlichen Verordnung, welche die Anzahl der Apotheken auf 10 beschränke, und schädige das bürgerliche Gewerbe. Das Bürgerspital werde nicht auf seine Rechnung kommen, denn die Erhaltung eines Gesellen und Jungen belaufe sich mit Kost und Wohnung auf etwa 1000 fl. d. i. höher als die von einem bürgerlichen Apotheker bezogenen Mittel im Durchschnitte jährlich sich stellen. Ein schlecht bezahlter Geselle sucht aber bei den Arzneien Nutzen herauszuschlagen, wie dies sogar Apotheker trotz grosser Aufsicht erfahren müssen. Endlich erklärten sie, noch billiger als bisher liefern zu wollen.

Mit den Gesellen hatten die Wiener Apotheker manch' traurige Erfahrung gemacht. Die Ordnung von 1564 verlangt, dass der Geselle bei der Aufnahme den Nachweis sechsjähriger Lehrzeit liefere, Zeugnisse über bisherige Dienste vorlege und zuerst für 8—14 Tage probeweise diene, damit der Apotheker sich von der Tüchtigkeit desselben überzeugen könne, da der Herr für seinen Diener gegenüber

⁸⁾ Hormayra. a. O., p. 134.

der Behörde die alleinige Verantwortung trug. Am 27. October 1607 klagen die Apotheker beim Stadtrathe, dass Gesellen und Lehrjungen, trotzdem sie auf 1 Jahr gedungen seien, ohne Ursache davonlaufen, sich betrinken, nach Gefallen spazieren gehen, heimlich Arzneien präpariren, sogar Curpfuscherei treiben, bei Ermahnungen seitens des Herrn den Dienst verlassen, anderswo einstehen und bekannte Kunden abwendig machen. Mit Bewilligung des Stadtrathes wurde daher bestimmt, dass kein Wiener Apotheker einen entlaufenen Gesellen aufnehmen dürfe, er hätte denn ein Jahr lang ausser der Stadt oder anderwärts gedient. Mit etwaiger Trunksucht der Herren rechnet auch die Ordnung von 1564 und 1602: »Wo aber je ainer mit ainem übrigen trunckh und Wein beladen, So sol der auff dieselb zeit Ertzney zumachen underlassen, damit niemandt durch solche Impediment und mangl an der Cur und Ertzney schaden empfahe.« — Auch die Visitatoren sollen fleissig nachforschen, ob etwa Herr oder Diener gerne dem Glase zusprechen.

Im Februar 1625 kam es zu einem argen Conflict zwischen dem städtischen Lieferanten Apotheker Georg Hartmann und dem Ordinarius im Spital phil. et med. Dr. Caspar Crafft.⁹) Letzterer führte Klage »über übl zugerichte nit zur Zeit applicirte und durch der Apotheker versaumbnus uncrefftig ertheilte medicamenta an arme Leute im Bürgerspitale. Hartmannn lud darauf den Arzt in die Officin und dieser in der Meinung, der Apotheker wolle ein exemplum statuiren und in seiner Gegenwart die Gesellen ermahnen, fleissiger zu sein und solche errores zu meiden, ging in die Falle. Beide geriethen in »weitschweifigen Missverstandt«. Hartmann machte ein grosses Geschrei, beschimpfte den Arzt und duzte ihn sogar. Er diene bereits 5 Jahre dem Spitale in aufopfernder Weise; gegen die lügenhaften Berichte müsse man seine Leute in Eid nehmen, damit ihm Genugthuung werde.

Die Ausgaben für Medicamente stiegen seit 1637 ganz enorm und erreichten 1640 mit der Jahressumme von 1598 fl. den Höhepunkt, so dass man innerhalb einiger Jahre nicht weniger als 10.370 fl. für Arzneien verausgabt hatte. Diese Zahlen waren genügend beweiskräftig, um endlich einmal mit voller Energie die Errichtung einer Hausapotheke ins Werk zu setzen. Ende 1641 berichtet der Superintendent an den Stadtrath, man habe nun ein passendes Gewölbe neben der »Pindtstube « (chirurgisches Ambulatorium) des Arztes, desgleichen je einen Raum für das Laboratorium und den Gesellen gefunden. Die Anlagekosten werden auf eirea 600 fl. geschätzt; dafür werde das Spital tausende von Gulden ersparen. Die Einrichtung betreffend schlägt der Superintendent vor, nothwendige Geräthe und einige »Pixen « schon jetzt am Katharinenmarkte, d. i. 25. November zu kaufen. Thatsächlich wurde 1642 die Apotheke eröffnet, und zwar im Hofe als Hausapotheke für das Bürgerspital und seine Filialen St. Marx, Klagbaum, das Lazareth St. Johann an der Siechenals und das gegenüberliegende seit 1683 für Kranke verwendete sogenannte Bäckenhäusel.

Durch die Errichtung einer Hausapotheke im Bürgerspitale wurden die bestehenden Verordnungen keineswegs übertreten, da ja auch Klöster laut Ordnung 1564 Art. 21 und 1602 ebenda für sich und das Gesinde eine eigene Apotheke halten durften. Obwohl es sich also um ein rein privates Institut ohne öffentlichen Verkauf handelte, glaubten die bürgerlichen Apotheker doch, dass ihre Privilegien und Freiheiten verletzt worden seien, was aber nicht der Fall war. Die Ordnungen von 1564, 1602, 1644 etc. gestatten nur 10, die Ordnung von 1714 nur 11 Apotheken, d. h. öffentliche privilegirte Officinen in der Stadt. Ihre Erregung über die bürgerspitalische Hausapotheke erscheint aber ganz begreiflich, da sie über die Concurrenz seitens der Hausapotheken recht bittere Erfahrungen besassen. Im Jahre 1642 finden wir neben den 10 privilegirten Apotheken je eine bei den Jesuiten am Hof und in

⁹⁾ Hartman besass 1604—1620 die Apotheke am Stock-im-Eisen Nr. 1. Mittheilungen des Wr. Alterthumsvereines, Xl., p. 275. Crafft war 1630 auch Landschaftsarzt (vgl. meine Arbeit d. n. ö. Sanitätswesen etc. Bl. f. Landeskunde von Niederösterreich, 1899).

der Annagasse, bei den Franziskanern, den Capuzinern am neuen Markt, die spanische Apotheke im Pestaluz'schen Haus am Lugeck 10) und bei den barmherzigen Brüdern in der Leopoldstadt, woselbst überall trotz Verbot Handel getrieben wurde. Die Beschwerde der Apotheker beim Stadtrath am 5. Februar 1642, worin es unter andern heisst: Die weillen aber wissent, dass so lang Bürgerspitall gestandten, khein Apodeckhen jemahlen gewesen, sondern den armen Kranckhen die Medicamenda von Unss bürgerlichen Apodeckliern in einem leidlichen Preiss vor anderen ertheilet etc.« war ganz erfolglos. Der Spitalmeister wies auf die vielen per nefas bestehenden Klosterapotheken und die zwingende Nothwendigkeit einer möglichst billigen Arzneibeschaffung für die meist auf 500 sich belaufenden Patienten hin. Die Furcht, der Provisor werde »seinen Peutel spickhen« theilte er nicht; auch von einer Schädigung des bürgerlichen Gewerbes könne nicht die Rede sein, da immer nur ein einziger Apotheker dem Spitale lieferte. Die Apotheker sollen fleissiger, weniger hoffärtig und müssig sein und dann werde es ihnen auch besser gehen. (Fortsetzung folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung der k. k. Statthalterei in 'Matrikenführer, das andere für das Gemeinde-Steiermark vom 16. December 1901.

L. G. u. V. Bl. Nr. 87,

mit welcher einige Bestimmungen der Verordnung vom 15. Juni 1897, Nr. 60, L. G. u. V. Bl., betreffend die Regelung der Todtenbeschau in Steiermark, abgeändert werden.

Im Einvernehmen mit dem steiermärkischen Landesausschusse wird die Verordnung der k. k. Statthalterei in Steiermark vom 15. Juni 1897, Nr. 60, L. G. u. V. Bl., betreffend die Regelung der Todtenbeschau in Steiermark,*) abgeändert wie folgt:

Die Bestimmungen des § 18, Abschnitt A, and des § 8, Abschnitt B, haben in ihrer gegenwärtigen Fassung ausser Wirksamkeit zu treten und zu lauten:

A. Todtenbeschau-Ordnung.

§ 18.

Nach vorgenommener Beschau hat der Todtenbeschauer den Beschauschein nach Formular II, beziehungsweise Formular III in zwei Exemplaren auszufertigen, deren eines für den

*) Siehe Jahrg. 1897 d. Bl., S. 324.

amt des Sterbeortes bestimmt ist.

Wenn die Verwaltung des Friedhofes, auf welchem die Leiche beerdigt werden soll, weder dem zuständigen Matrikenführer, noch dem Gemeindeamte des Sterbeortes untersteht, ist für dieselbe gleichfalls ein Todtenbeschauschein auszufertigen.

Leibesfrüchte, welche in ihrer Entwicklung die Lebensfähigkeit nicht erreicht haben, sind von der Matrikulirung ausgeschlossen, es ist daher bei solchen nicht lebensfähigen Leibesfrüchten nur je ein Todtenbeschauschein für das zuständige Gemeindeamt und für die Verwaltung des Friedhofes, auf welchem die Frucht beerdigt werden soll, auszufertigen.

Die Zustellung der Todtenbeschauscheine an den Matrikenführer, das Gemeindeamt und die Friedhofverwaltung obliegt in der Regel der Partei.

In jenen Fällen jedoch, in welchen eine Verzögerung oder Unterlassung der Zustellung durch die Partei zu besorgen ist, oder wenn dies durch besondere Anordnungen oder andere Umstände erfordert wird, ist die Zustellung

¹⁰⁾ Dazu kamen noch 2 Leib- und Hofapotheker, welche, wenn der Hof in Wien war, ungestraft verkauften und später laut eines Actes von 1713 (C. 1006 IV. L. V. ad 13 Ministerium des Innern) eine Apotheke bei den Augustinern in der Stadt. Aus der alten Jesuitenapotheke am Hof besitzt Herr Apotheker Richard Seipel einen grossen Mörser mit der Umschrift: Apothecae domus professae Societatis Jesu Viennensis. Vorne: Flammenstern im Mittelfelde J. H. S. Hinten ein Brustbild der Muttergottes mit dem Kinde und der Jahreszahl 1656.

des Todtenbeschauscheines durch den Todten- | möglichst genau festzustellenden Schwangerbeschauer selbst zu veranlassen.

B. Instruction für Todtenbeschauer.

§ 8. Statistik.

Die Todtenbeschauscheine sind in allen Spalten gewissenhaft auszufüllen, und sind deren Angaben entsprechend in das Todtenbeschau-Protokoll zu übertragen.

Sollte die Ausfüllung der einen oder der anderen Spalte unmöglich sein (z. B. bei verstorbenen unbekannten Personen), so ist ein Fragezeichen einzusetzen und die Ursache der unterlassenen Ausfüllung in der Anmerkungsspalte anzugeben.

Die Behandlungsscheine sind mit der Nummer des Todtenbeschauscheines, zu welchem sie gehören, zu versehen und vom Todtenbeschauer aufzubewahren.

Für Todtgeborene sind besondere Beschauscheine nach Formular II zu verwenden.

Als todtgeboren sind nur jene, aber auch alle jene Kinder zu betrachten, welche vor vollendeter Geburt gestorben sind.

In der ersten Spalte des Todtenbeschauscheines für Todtgeborene ist zu bemerken, ob die betreffende Frucht lebensfähig oder nicht lebensfähig gewesen ist.

Der Beginn der Lebensfähigkeit wird in der Regel mit der 28. Schwangerschaftswoche angenommen, es sind jedoch auch schon vereinzelte Ausnahmsfälle vorgekommen, in welchen ein in der 25. bis 27. Schwangerschaftswoche geborenes Kind am Leben erhalten worden ist.

Bei der Beurtheilung der Lebensfähigkeit wird von Laien in erster Linie das Längenmaass - vom Scheitel bis zur Ferse bei ausgestreckten Gelenken gemessen - und das Gewicht der Frucht zu berücksichtigen sein.

In der Regel wird eine Frucht von weniger als 32 Cm. Länge und 1000 Gr. Gewicht als nicht lebensfähig, eine solche von mehr als 36 Cm. Länge und 1500 Gr. Gewicht hingegen als lebensfähig zu bezeichnen sein.

Bei Früchten, die zwischen diesen Grenzen liegen, wird die Lebensfähigkeit nach der allgemeinen Entwicklung und nach der schaftsdauer zu bestimmen sein.

Die Schwangerschaftsdauer wird vom Tage des Eintrittes der letzten Regél (Menstruation, Monatsblutung) gerechnet, die ersten Kindesbewegungen werden von der Mutter gewöhnlich in der 20. Schwangerschaftswoche wahrgenommen.

Besondere Sorgfalt ist auf die Berufsangaben zu verwenden, und ist bei jeder Eintragung des Berufes, d. i. jener Stellung oder Beschäftigung, aus welcher die betreffende Person ihren Lebensunterhalt bezieht, auch anzuführen, ob dieselbe selbstständig ist oder dem Berufe in irgend einer untergeordneten Weise angehört. Es genügt z. B. nicht einzutragen "Schneider", sondern ist beizufügen ob "Meister" (Geschäftsinhaber) oder "Gehilfe".

Hinsichtlich der Bestimmung der Todesursache wird auf die Ausführungen des § 4 dieser Instruction verwiesen.

Die Todtenbeschauscheine sind mit den gleichen Nummern, wie die Eintragungen in das Todtenbeschauprotokollund in den Todtenbeschau-Rapport zu versehen, und zwar hat dies auf den Todtenbeschauscheinen in Form eines Bruches zu geschehen, dessen Zähler die fortlaufende Monatsnummer und dessen Nenner die fortlaufende Jahresnummer bedeutet.

Formular II.

Todtenbeschauschein für Todtgeborene.

- 1. Geschlecht und Entwicklungsgrad des Kindes, ob lebenfähig, ob nicht lebensfähig, ob ehelich, ob unehelich. 2. Vor- und Zuname. 3. Religion. 4. Berufszweig. 5. Berufsstellung; Ad 2-5: bei ehelichen des Vaters, bei unehelichen der Mutter. 6. Geburtstag und Jahr des Vaters. 7. Geburtstag und Jahr der Mutter. 8. Tag, Monat und Jahr der Eheschliessung. 9. Geburtsort und Haus-Nr. 10. Geburtstag und Stunde.
- 11. Name der Hebamme. 12. Name des Arztes.
- 13. Operative Eingriffe. 14. Beerdigungstag. 15. Anmerkung.
 - ..., am Todtenbeschauer.

Erlass der k. k. Statthalterei in Steiermark vom 16. Décember 1901, Z. 34311,

an alle politischen Unterbehörden, betreffend die mit Verordnung vom 16. December 1901, L. G. u. V. Bl. Nr. 87, erfolgte Abänderung der Tedtenbeschauordnung.

In Folge der verschiedenen Auffassung einzelner Matrikenführer über die Eintragung der Fehlgeburten in die Matriken und in die statistischen Auszüge aus diesen, haben sich Unregelmässigkeiten in der Sterblichkeitstatistik ergeben, welche die Statthalterei veranlasst haben, an das k. k. Ministerium des Innern die Bitte um einheitliche Regelung dieser Angelegenheit zu stellen.

Darüber hat dieses Ministerium mit dem Erlasse vom 31. Jänner l. J., Z. 30550 ex 1900,*) eröffnet, dass bis zur Lebensfähigkeit entwickelte Kinder, welche todt zur Welt gekommen sind, sowohl in die Geburts- als auch in die Sterbematrik, in beiden mit der Bezeichnung todtgeboren einzutragen sind, während dieselben für die statistischen Auszüge aus den Matrikenbüchern gemäss § 21 der Anleitung für die Matrikenämter nur in die Liste der Geborenen, Formulare B, Aufnahme zu finden haben.

Abortirte Leibesfrüchte, das sind solche Früchte, welche in ihrer Entwicklung die Lebensfähigkeit nicht erreicht haben, sind von der Matrikulirung ausgeschlossen, wohl aber der Beschau durch den Todtenbeschauer zu unterziehen.

Hiedurch ergab sich die Nothwendigkeit einer theilweisen Abänderung der Verordnung

*) S. Jahrg. 1901 d. Bl , S. 75.

vom 15. Juni 1897, L. G. u. V. Bl. Nr. 60,*) betreffend die Regelung der Todtenbeschau in Steiermark, welche unter Einem im Landesgesetzblatte kundgemacht wird.

Die politischen Unterbehörden werden auf diese Verordnung mit der Einladung aufmerksam gemacht, sämmtliche Matrikenführer und Friedhofverwaltungen einerseits, sowie die Gemeindevorstehungen und Todtenbeschauer anderseits hievon in Kenntnis zu setzen und sie zur Beachtung, beziehungsweise Befolgung der abgeänderten Bestimmungen aufzufordern.

Aus diesem Anlasse wird auch auf die Aufnahme einer Bestimmung über die Verpflichtung zur Zustellung der Todtenbeschauscheine an den Matrikenführer, das Gemeindeamt und die Friedhofverwaltung aufmerksam zu machen sein.

Den Gemeinde- und Districtsärzten und in deren Ermanglung den Amtsärzten wird es obliegen, die Laientodtenbeschauer, beziehungsweise Todtenbeschauer-Stellvertreter über die Merkmale, nach welchen die Lebensfähigkeit zu beurtheilen ist, eingehend zu belehren.

Insolange noch alte Drucksorten für die Todtenbeschauscheine für Todtgeborene verwendet werden, ist die Angabe über die Lebensfähigkeit in der ersten Spalte derselben vom Todtenbeschauer ausdrücklich einzusetzen, und sind Todtenbeschauscheine, in welchen dies unterlassen wird, von den Gemeindevorstehungen, Matrikenführern und Friedhofverwaltungen den Todtenbeschauern zur Ergänzung zurückzustellen.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Tirol und Vorarlberg. In der Sitzung vom 7. December 1901 kamen nachfolgende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Gutachten über eine Hausordnung und Dienstes-Instruction für das Krankenwärterpersonale an den tirolischen Landes-Irrenanstalten.
 - 2. Gutachten über die Lage eines Nothspitales in einer Gemeinde.
- 3. Gutachten über die Ertheilung der Concession für ein Sanatorium für Lungenkranke in Gries.

^{*)} Siehe Jahrg. 1897 d. Bl., S. 324.

Böhmen. In der am 9. November 1901 abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Juhressanitätsbericht für das Jahr 1900.
- 2. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Halbstadt.
- 3. Anlage zur Reinigung und Ableitung von Abfallwässern aus dem gemeinschaftlichen Schlachthause in Strakonitz.
 - 4. Auflassung des alten Friedhofes in Ober-Praussnitz.
 - 5. Errichtung einer Heilanstalt für Augenkranke in Borohradek.
 - 6. Misstände bei Versendung von Brot mittelst Eisenbahn.

Der Landessanitätsrath erklärte, dass eine grössere Reinlichkeit im Verkehre und beim Transporte von Nahrungsmitteln überhaupt und von Brot im Besonderen vom sanitären Standpunkte dringend geboten erscheint, um der Möglichkeit des Verderbens desselben und selbst einer Krankheitsübertragung vorzubeugen. Der Zweck lasse sich am besten im Wege der populären Belehrungen erreichen. Ebenso erscheine es nothwendig, bezüglich der hygienisch zweckmässigsten und praktisch durchführbaren Verpackungs- und Versendungsart sich mit den betreffenden Verkehrsanstalten ins Einvernehmen zu setzen. Zur Verpackung des Brotes wurden Körbe und Steigen als praktisch empfohlen, da bei allen Einhüllungen mit Luftabschluss der Geschmack des Brotes leidet.

Zu Beginn der am 7. December stattgefundenen Sitzung widmete der Vorsitzende dem dahingeschiedenen, langjährigen und unermüdlichen Mitgliede Hofrath Prof. Dr. Bohuslav Edlen v. Jirus für seine verdienst- und mühevolle Thätigkeit einen tiefempfundenen Nachruf, und die Anwesenden ehrten das Andenken des Verblichenen durch Erheben von den Sitzen.

Hierauf referirte der Vorsitzende über den Stand der Masern- und Scharlache pid e mien in den Vororten Prags.

Sodann gelangten die nachstehenden Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Gutachten, betreffend den Verkauf der Essigessenz "Vinacet".
- 2. Gutachten, betreffend die Zulässigkeit von Farbmitteln für Wurstwaren überhaupt und namentlich der vegetabilischen Farbstoffe.
- 3. Gutachten, betreffend die Verleihung der Concession für die Apotheke in
- 4. Errichtung einer neuen öffentlichen Apotheke in Aussig, beziehungsweise in Krammel.
 - 5. Besetzungsvorschlag für neusystemisirte vier Veterinärassistentenstellen.

In der am 21. December 1901 stattgefundenen Sitzung gelangten nachstebende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Das Ansuchen mehrerer Gewerbsleute in Karlsbad um Dispens von dem Verbote der Verwendung von Saccharin.
- 2. Initiativantrag, betreffend die Aufnahme eines Schilddrüsenpräparates in die Pharmakopöe, beziehungsweise in die Arzneitaxe.
 - 3. Die Errichtung einer Seifen- und Parfumeriefabrik in Tetschen.
 - 4. Die Errichtung einer Fangoheilanstalt in Prag.
- 5. Gutachten, betreffend die Analyse des im Libusabade in Bechyn verwendeten Moores.
 - 6. Canalisirung der Stadt Bischofteinitz.
 - 7. Erweiterung einer Lagerstätte für Knochen und Hadern in Kladno.
 - 8. Bewilligung zur Benützung der Wasserleitung in Pisek.

Mühren. Verhandlungsgegenstände der Sitzung vom 7. November 1901:

- 1. Gesuch des Dr. K. in M.-Ostrau um Ertheilung der Bewilligung zum Betriebe des Centralbades daselbst als Heilanstalt für Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und Fangobehandlung.
- 2. Gesuch des Dr. R. K. in Olmütz um Ertheilung der Concession zum Betriebe' einer Wasserheilanstalt.
- 3. Gutachten in Angelegenheit der täglichen Mehrentnahme von 100.000 Eimern Wasser aus dem Schwarzaflusse für die Wasserleitung der Stadt Brünn.
- 4. Gesuch des Dr. A. W. in Brünn um Ertheilung der Concession zum Betriebe einer orthopädischen Anstalt.



5. Gesuch der Gemeinde M.-Schönberg um Bewilligung zur Benützung des Siechentractes im Bürgerversorgungshause für Krankenbelagszwecke des dortigen allgemeinen Krankenhauses. (Referent: k. k. Landessanitätsinspector Regierungsrath Dr. Spitzer.)

6. Recurs gegen die Bewilligung einer Unschlittkerzenfabrik und Talg-

schmelze in Sternberg. (Referent: Sanitätsrath Dr. P. Wenzliczke.)

Verhandlungen in der Sitzung vom 16. November 1901:

- 1. Recurse in Angelegenheit der Verleihung der neuerrichteten zweiten öffentlichen Apotheke in M. Ostrau. (Referent: Sanitätsrath Dr. Brenner.)
- 2. Gesuch der Gemeinde Němčitz um Errichtung einer öffentlichen Apotheke daselbst. (Referent: Sanitätsrath Dr. Brenner.)
- 3. Gesuch der Gemeinde Lhota-Podkopna um Ausscheidung aus dem Sanitätsdistricte Freistadt. (Referent: k. k. Statthaltereirath Dr. Schöfl.)
- 4. Recurs der Gemeinde Klobouk gegen den die Erweiterung des katholischen Friedhofes nicht genehmigenden Bescheid der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Auspitz. (Referent; k. k. Statthaltereirath Dr. Schöfl.)

Schlesien. In der am 12. December 1901 abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung und Schlussfassung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Angemessenheit der Verpfegstaxen im "Kinderheim" des Jodbades Darkau.
- 2. Gutächtliche Aeusserung über die Baulichkeiten zur Unterbringung von Blatternund Flecktyphuskranken in Troppau.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des fürstlichen Ministeriums des Innern vom 5. (18.) Jänner Nr. 5 wurde der Golf von Smyrna vom 4. (17.) Jänner angefangen und mit den Verordnungen vom 9. (22.) Jänner Nr. 6 und 7 wurden Porto Allegre (Brasilien) und Bagdad vom 7. (20.), beziehungsweise vom 3. (16.) d. M. angefangen für pestverseucht erklärt.

Griechenland. Die seit October v. J. in Kraft gestandene ärztliche Visite gegenüber Herkünften aus Neapel und aus den an der Küstenstrecke von Bari bis Sta Maria di Leuca gelegenen Häfen wurde aufgehoben. Das Verbot der Einfuhr von Hadern, schmutzigen Kleidern und Wäsche aus den genannten Häfen nach Griechenland bleibt noch fernerhin in Kraft.

Die aus Anlass des letzten Pestfalles in Smyrna gegenüber Herkünften aus dieser Stadt angeordnete 48 stündige Quarantaine ist wieder aufgehoben, und das Verbot der Wareneinfuhr auf infectionsgefährliche Waren beschränkt worden.

Türkei. In Bagdad wurden laut telegraphischer Mittheilung vom 29. Jänner 2 weitere Erkrankungen und 3 Todesfälle an Pest constatirt. Bezüglich des Ausbruches der Pest in dieser Stadt wird berichtet, dass schon Ende December v. J. daselbst Gerüchte über pestverdächtige Erkrankungen verbreitet waren. Erst am 17. Jänner ist es dem dortigen Sanitätsinspector gelungen, den ersten verdächtigen Krankheitsfall zu ermitteln. Dieser Fall, wie auch die übrigen am 22. Jänner gemeldeten Fälle (siehe S. 47) betrafen ausschliesslich Einwohner des schmutzigen Judenviertels Abu-Seiffan. Die gepflogenen Erhebungen haben ergeben, dass thatsächlich auch in den vorausgegangenen Wochen mehrere verdächtige Fälle vorgekommen waren, die von den Angehörigen der Kranken verheimlicht wurden. - Der Oberste Sanitätsconseil verfügte die Errichtung von Zeltlazarethen auf den zwei wichtigsten von Bagdad ausgehenden Karawanenstrassen, in welchen die Reisenden der angeordneten fünftägigen Quarantaine unterzogen werden. Alle Bagdad verlassenden Schiffe, auf welchen vor der Einladung der Waren die Ratten durch Schwefelräucherung vertilgt werden müssen, werden in Garara der fünftägigen Quarantaine unterworfen und bei ihrer Ankunft in Bassorah im Lazarethe von Salahié desinficirt. Cavallerie Patrouillen durchstreifen das zwischen Bagdad und den Zeltlazarethen gelegene Gebiet, um etwaige Flüchtlinge aus Bagdad zurückzuweisen. Der Transport von schiitischen Leichen aus Bagdad nach den heiligen Stätten ist bis auf Weiteres untersagt.

Der am 16. Jänner in Smyrna constatirte Pestkranke (siehe S. 36 d. Bl.) ist am 19. d. M. gestorben. Der Sanitätsconseil hat die Aufhebung der 48stündigen Quarantaine gegenüber Herkünften aus Smyrna verfügt.

Aegypten. In Tantah wurden in der Zeit vom 16. bis 20. Jänner 8 Erkrankungen und ebensoviele Todesfälle, in Mitgamr am 19. Jänner eine Erkrankung und ein Todesfall an Pest beobachtet.

Britisch-Indien. In Bombay (siehe S. 36 d. Bl.) sind in der Woche vom 18. bis 24. December 232 Erkraukungen und 175 Todesfälle, in Calcutta vom 8. bis 14. December 24 Erkrankungen und ebensoviele Todesfälle und in Kurachee in den drei aufeinanderfolgenden Wochen vom 30. November bis 20. December 51, 54, 49 Todesfälle an Pest vorgekommen.

Philippinen. (Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 572). In Manila wurden im Monate November durchschnittlich ungefähr 2 bis 3 Todesfälle an Pest ausgewiesen.

Capcolonie. In der Woche vom 22. bis 28. December wurde in Mosselbay eine neue Erkrankung und in Ladysmith ein tödtlich verlaufener Pestfall verzeichnet. In der Woche vom 29. December 1901 bis 4. Jänner 1. J. ist in Capstadt, woselbst der letzte Pestfall am 21. October vorgekommen war, neuerdings eine Erkrankung constatirt worden; in Port Elizabeth wurden in dieser Woche 2 Pestfälle, darunter ein Fall an einer aufgefundenen Leiche, beobachtet.

Vermischte Nachrichten.

Ankunft des Dampfers Gundulić in Triest. Der Dampfer "Gundulić, auf welchem während seines Aufenthaltes in Brasilien mehrere Pestfälle vorgekommen waren (siehe S. 47 d. Bl.) ist am 24. Jänner nach Berührung von St. Vincent, Gibraltar und Fiume mit 26 Bemannung ohne Passagiere in Triest eingetroffen. In Fiume hatte die ärztliche Revision und allgemeine Untersuchung der bevohnten Schiffsräume stattgefunden, worauf der Dampfer zum freien Verkehre zugelassen wurde. Während der Fahrt von Santos nach Triest war der Gesundheitszustand der Mannschaft ein vollkommen zufriedenstellender; auch wurde während dieser Zeit keine todte Ratte auf dem Schiffe gefunden. Mit Rücksicht auf das günstige Ergebnis der vorgenommenen ärztlichen Revision wurde dem genannten Dampfer libera pratica ertheilt. Die Mannschaft desselben verbleibt bis zur erfolgten Löschung der Ladung unter ärztlicher Ueberwachung auf dem Schiffe. Die bei den Löschungsarbeiten beschäftigten Hafenarbeiter stehen unter ärztlicher Ueberwachung.

Zum allgemeinen Verkehre zugelassene pharmaceutische Zubereitungen. Das Ministerium des Innern hat auf Grund des Gutachtens des pharmaceutischen Comités des Obersten Sanitätsrathes nachstehende ausländische pharmaceutische Zubereitungen zum allgemeinen Verkehre zugelassen: 1. Cascarine-Leprince-Pillen, Depôtstelle: Apotheke des F. Wisinger in Wien (Ministerialerlass vom 12. November 1901, Z. 37383). 2. Augsburger Magenessenz des J. G. Kiesow; Depôtstelle: Apotheke des A. Moll in Wien (Ministerialerlass vom 27. November 1901, Z. 38078). Die Abgabe des letztgenannten Präparates darf nur über ärztliche Verschreibung erfolgen.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit 11. Jänner 1902 nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 29. Jänner bis 3. Februar 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 2; Brody: Podkamien 4, Stare Brody 1; Buczacz: Dobropole 3; Dabrowa: Radgoszcz 1; Jaworow: Wierzbiany 4; Nadworna: Kamienna 3, Lojowa 3, Majdan gorny 2, Przerosl 1; Trmbowla: Jlawcze 2; Zloczow: Podlipce 5.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

DR. J. DAIMER Ministerial rath im Ministerium des Innern.

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien L'Rothenthurmstrasse 15.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig X 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 13. Februar 1902.

Mr. 7.

Inhalt. Die alte Wiener Bürgerspitalsapotheke; ein Beitrag zur Geschichte des Wiener Apothekerwesens. (Schluss.) — Sanitäingeneize und Verordnungen: Verordnung des Ministeriums des Innern, betreffend die Gleichstellung des Personales der k. k. Medicamenten-Eigenregie in Wien und der Spitalsapotheken mit jenen der öffentlichen Apotheken. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Die alte Wiener Bürgerspitals-Apotheke. Ein Beitrag zur Geschichte des Wiener Apothekerwesens.

Von Dr. Leopold Senfelder.

(Nachdruck verboten.)

(Schluss.)

Die Pest 1644 verursachte dem Spitalfonde grosse Kosten, da ja ihm allein Wartung und Pflege der inficirten Armen oblag. Das Bürgerspital war Dank der Opferwilligkeit der Bürgerschaft sehr reich von altersher, doch darf man nicht vergessen, welch ungeheure Summen dasselbe für Erhaltung der Filialen während der so häufigen Pestjahre besonders 1679 und 1713 vorausgabte. Wiederholt war der Fond völlig erschöpft, so dass man an die Schaffung von Einkünften aus gewerblichen Betrieben denken musste. So war denn die Privatapotheke nur der erste Schritt, um billige Arzneien zu beschaffen, und ging man bald daran, diese in eine öffentliche umzugestalten.

Ueber das Gesetzwidrige dieses Beginnes konnte auch im Rathhause kein Zweifel herrschen, daher Bürgermeister Georg Dietmayer die Apotheker damit beschwichtigte, er werde die nächste feilwerdende Apotheke sammt Firmazeichen ankaufen

und sie mit dem Spitalsinstitute vereinigen.

So wurde denn 1652 die Hausapotheke in die Kärntnerstrasse an den Ort der ehemaligen Trinkstube verlegt, für öffentlich erklärt und mit dem Zeichen zum heiligen Geist«, dem Tröster der Armen und Kranken, versehen. Daran erinnerte eine Marmortafel folgenden Inhaltes:

Sub consule Georgio Dietmayer et Superintendentibus Conrado Bramber et Adamo Hueber ac Xenodochii praefecto Augustino Wagner haec Pharmacopoeia

est aedificata. MDCLII.

Da der Provisor weit mehr denn früher eine Vertrauensstellung einnahm, wurde er in Eid genommen. Gleichzeitig verfasste der Spitalmeister eine Dienstinstruction, welche uns einen Einblick in das ganze Getriebe bietet und wohl auch als Erläuterung zur Apothekerordnung 1644 dienen kann. Der Provisor soll weder

trinken nach spielen, alles rein halten, vierteljährig inventiren und etwa verdorbene Ware entfernen. Was im Lande wächst besonders um die Stadt, soll er genau kennen und die Lehrjungen darin unterweisen, damit ihnen Wurzelgräber und Kräuterweiber nicht Disteln für Salat verkaufen etc., weder von Materialisten oder Krämern Theriak oder venetischen Medritat kaufen, sondern den Bedarf von hiesigen Anothekern beziehen und ein Zeugnis vorlegen, wann und von wem er gekauft wurde. Er soll keine seltenen Compositiones, usuale aber nur in geringen Mengen herstellen, um sie stets frisch zu haben, auch keine eigenen ohne Erlaubnis des ordinirenden Arztes und der Visitatoren herstellen und die »Wässer« in irdenen oder gläsernen sauberen Geschirren mit dem Datum der Zubereitung versehen gut verwahren. Die Präparation der Chymica (Magisteria, Elixiria, Essentiae, Extracta, Balsami) obliegt ihm selbst, daher vom Wasserprenner oder Landfahrer bezogene Chymica unnachsichtlich confiscirt wurden. Werthvolle Mittel (pretiosa) sind in reinen gutglasirten Gefässen unter Verschluss zu halten. Bei Aufnahme eines Gesellen sollen entweder Provisor oder Arzt eine Prüfung aus Latein, Botanik und der Heilmittelkunde vornehmen, die Zeugnisse einsehen, von wem und wo der Geselle »disciplinirt« wurde, und wie lange er an jedem Orte »servirte«. Der Lehrjunge muss katholisch sein, zur Nothdurft Latein verstehen und Bürgschaft erlegen. Den Verkauf betreffend darf unbekannten Personen, wie Soldaten, Hofbedienten, Bauern nichts auf Borg gegeben, Gifte wie Napel (Aconitum Napellus), spanische Muckhen (Cantharides), weisse Niesewurz (Veratrum album), Mercurius sublimatus, kindabtreibende Mittel u. dgl, dürfen nur gegen Verschreibung und Angabe von Name, Stand und Wohnort des Käufers ausgefolgt werden. Zu den Obliegenheiten des Spitalapothekers gehörte es auch, eine »Weibsperson« im Beibringen von Klystier oder Stuhlzäpfchen zu unterweisen.

Vielleicht erscheint es dem Leser auffällig, dass von Salben- und Pflasterbereitung nichts erwähnt wird. Hiezu sei bemerkt, dass dies den Wundärzten, Badern und Barbiren zustand, welche deshalb ausser der theoretischen Prüfung vor der Facultät je ein Pflaster und eine Salbe anfertigen mussten.

Die Bezahlung des Personales war nicht besonders reichlich. So erhielten der Provisor jährlich 200 fl. sammt Kost und Wohnung, der Geselle ausser Kost und Wohnung 50 fl. und das in allen Apotheken herkömmliche Bibal« (Trinkgeld), nämlich den Erlös vom Verkaufe der ›Lauss- und Kreczensalb, des Viehmedritat, der Tinte und Stuhlzäpfchen«, der Lehrjunge 12 fl. und das »Dienstmensch« 15 fl. Laut Verpflegzettel bekamen Provisor und Geselle täglich dritthalb ächtring von des Spitalmeisters Tischwein, vier Laibel Herrenbrod, Junge, Laborant und Dienstmensch ebensoviel Speisewein, drei Laibel Gesindebrod und wöchentlich ein ächtring Essig, den sie das Jahr durch »in claine Vässl« abziehen mögen. Für alle zusammen werden berechnet täglich 5 Pfund Rindfleisch, dreimal wöchentlich »ein Prädtl« und 3½ Pfund Rindfleisch, Montag und Mittwoch »Ochsenfuess« oder 2 Pfund »Fleck«, an Fasttagen 20 kr. Kostgeld, jährlich 1 Stock Salz, für 10 fl. Gewürz, für 30 fl. Gerste, Gries, Mehl und Erbsen, 1¼ Centner Schmalz und per Kopf 1 Eimer Kraut und Rüben.

Von Interesse dürfte ein Vergleich der Lohnverhältnisse in späterer Zeit sein. So erhielten 1796 der Provisor 600 fl. und 3% vom Reingewinn, von den sechs Subjecten die beiden ältesten 180 und 160 fl., die anderen je 100 fl. und ein Kostgeld von je 34 kr. täglich, die drei Stösser täglich 17 kr. Löhnung, der Laborant jährlich 40 fl. und täglich 18 kr. Kostgeld, die zwei Jungen nur die Kost im Werthe von je 24 kr. Im Jahre 1812 erhielten der Director jährlich den in Wien üblichen Provisorgehalt von 800 fl., die vier Subjecte je 350 fl., die drei Stösser ohne Kost je 30 fl. monatlich und der Laborant sammt Verpflegung 13 fl. monatlich.

Schon 1665 ventilirte man die Frage, ob man nicht dem Provisor Johann Zengerl die Apotheke zu freier Benützung gegen Gratisabgabe von Arzneien an Spital und Arme überlassen sollte, doch wurde mit Recht dagegen eingewendet, dass zu Epidemiezeiten bei grossem Arzneibedarfe sich wohl kein Apotheker auf solche Geschäfte einlassen werde, anderseits die Gefahr bestehe, dass die Armen, so wie früher, verdorbene, sonst nicht verkäufliche Medicinen erhalten.

An Reibung zwischen Bürgerspital und Apothekern fehlte es nicht. Der Stadtrath machte keine Miene, das seinerzeit vom Bürgermeister Georg Dietmayer gegebene Versprechen einzulösen, eine bürgerliche Apotheke zu kaufen. Als 1674 Paul Christoph Trenner, Besitzer der uralten blauen Apotheke am Graben¹¹), gestorbenwar, bot sich eine vortheilhafte Gelegenheit, da der Schätzwerth nur 6406 fl. 31 kr. 2 pf. betrug. bald darauf käufliche Häring'sche Apotheke zum rothen Krebsen wurde dem Stadtrathe seitens der geschworenen Apotheker Melchior Zorn beim weissen Engel und Johann Ferdinand Fezer beim goldenen Löwen für 300 fl. angetragen, wobei die bürgerlichen Apotheker sich verpflichteten, den Restvorrath aufzukaufen. 12) Im Rathhause wollte man jedoch von dem seinerzeit gegebenen Versprechen nichts wissen und erklärte, es sei hiezu kein Geld vorhanden, man möge die Apotheke den Jesuiten, Dominikanern, Minoriten oder Barmherzigen Brüdern anbieten. Das war ein etwas spöttischer Rath, da man wohl wusste, dass kein Kloster eine Apotheke kauft oder besser kaufen dürfe. Ein Decret der Congregation in Rom vom 29. August 1637 und ein päpstliches Monitorium vom Jahre 1660 verbieten den Geistlichen ausdrücklich, mit der Abgabe von Arzneien ein Geschäft zu treiben. Wie früher erwähnt, hielten sich die Klöster nicht an die Bedingung, nur an Geistliche, Gutthäter und Arme aus reiner Nächstenliebe Heilmittel zu verabreichen, sondern trieben einen recht einträglichen Handel, welcher Unfug erst 1714 gänzlich abgestellt wurde. Nur die Barmherzigen Brüder durften eine öffentliche Apotheke halten, da sie mit keiner Stiftung versehen waren. Mit den Dominikanern hatte es sein eigenes Bewenden. Apotheker Mathias Müller am Stock im Eisen (heute Palais Equitable) vererbte sein Geschäft dem Orden, dessen Mitglied sein Sohn Leonhard war. Da die bürgerlichen Apotheker gegen die geistliche Führung protestirten, wurde das Geschäft am 23. November 1665 gesperrt und im Jahre darauf an Gottfried Teuscha von Wiener-Neustadt verkauft. 13)

Die Apotheker verweigerten im Hinblick auf die Wortbrüchigkeit der Gemeinde ihre Theilnahme bei den periodischen Visitationen in der Heiligen-Geistapotheke und führten Klage beim Kaiser. Gleichzeitig machte auch der Superintendent an allerhöchster Stelle geltend, die Spitalapotheke biete eine nothwendige Beihilfe zur Bestreitung der grossen Fondsauslagen. Derzeit (1674) beherberge das arme Haus 600—700 Personen, welche viel Arznei benöthigen. Bei Berechnung der niedrigsten Taxe verausgabte man 1673 2985 fl., d. i. sieherlich um die Hälfte weniger, als man einem Apotheker hätte zahlen müssen. Wie gross wären die Auslagen erst bei Epidemien! Die Apotheker wollen ein monopolium und bereichern sich in kurzer Zeit, wie es bei keinem anderen Gewerbe möglich sei. Die necessitas publica erfordert dringend die Errichtung neuer Apotheken, damit die vorhandenen Geschäfte nicht gar so überschätzt werden. Man möge daher die Beschwerde als unberechtigt abweisen, den Fortbestand der Bürgerspital-Apotheke gestatten, dem Provisor das Recht, Lehrjungen frei zu sprechen einräumen und die regelmässige Visitirung anbefehlen. In einem Stadtrathberichte vom 7.1 Februar 1674 an die niederösterreichische Regierung wird auf den 32 jährigen Besitz hingewiesen. Deshalb sei noch kein

¹¹) c. 1563—1600 im Besitze des Materialisten und Apothekers Abraham Sanger, später des Christian Rossian, gestorben 1617.

¹²⁾ Anbei aus dem städtischen Archive einige Inventarschätzungen: 28. Juni 1673, Johann Heinrichsohn "guldene Cron" am Graben 24.046 fl. 2 kr. + Ausstände 14.615 fl. 26 kr.; 4. August 1675 Friedrich Müller von Löwenstain "goldener Hirsch" am Kohlmarkt 22.249 fl. 9½ kr.; 23. November 1678 Johann Ferdinand Fezer "goldener Löwe" am Stephansplatz 22.912 fl. 20 kr.

¹³⁾ Mittheilungen d. Wr. Alterth.-Ver., XI, p. 274.

Apotheker zu Grunde gegangen, vielmehr wäre zu wünschen, dass es allen Wiener Bürgern so gut gehe. Das mittlerweile fast zu einem Landesspital gewordene arme Haus habe grosse Auslagen. Die Barmherzigen Brüder dürfen eine Apotheke halten, trotzdem sie oft nur 20 Kranke haben und in der Leopoldstadt bereits ein bürgerliches Geschäft in Aussicht genommen ist.

Wie bei allen Processen ging die Sache ins Endlose, es kam das schreckliche Pestjahr 1679, in welchem die Leistungsfähigkeit der Heiligen-Geistapotheke eine harte Probe zu bestehen hatte. 14) In Erkenntnis der grossen Wichtigkeit dieses Institutes für die öffentlichen Krankenhäuser verlieh laut Urkunde, Linz, am 27. Jänner 1681, Kaiser Leopold I. demselben alle Rechte einer bürgerlichen Apotheke und befahl, es nunmehr in seiner Freiheit und Concession »unperturbirt« zu lassen.

Im Jahre 1683 kämpften Aerzte und Apotheker vereint mit der Bürgerschaft gegen den Erbfeind, doch schon 1684 tobte mit frischer Kraft der Sturm im Wasserglase. Die Spitalapotheke wurde fleissig, aber nicht aus Liebe visitirt. Höchst unangenehm berührte es die Facultät, der entlassene Provisor habe den Spitalleuten statt pretiosa vordinäre Schalen und Bainer« statt der köstlichen Perlen, vweiss nit was vor Pulver«, statt heilsamer »Rabarbara« Kreuzwurz gegeben, wodurch vielleicht Hunderte das Leben eingebüsst. Die Facultät pochte daher auf ihr angebliches Recht, nicht blos bei Visitationen, sondern auch bei Inventuren nach Todesfällen anwesend sein zu können, welches Recht aber der Stadtrath mit dem Hinweise bestritt, dass die Inventur als Theil der Verlassenschaftsabhandlung der städtischen Jurisdiction unterstehe und von jeher mit Beiziehung zweier bürgerlicher Apotheker als Sachverständiger vorgenommen worden sei. Einem Gerüchte zu Folge wurden bei einer Inventur vetliche Podinge verfaulten Theriaks, welcher knapp vorher seitens der visitirenden Apotheker für gut befunden worden war, in die Donau geschüttet. Man wandte zwar ein, dass Theriak erfahrungsgemäss nicht bottichweise erzeugt werde, doch beharrte die Facultät mit Hinweis auf das allgemeine Wohl darauf, zu einer jeweiligen Inventur eingeladen zu werden. Es kam zu einem äusserst hitzigen Federkriege, in dessen Verlaufe die Aerzte beschuldigt wurden, nur aus Eigennutz die Beiziehung zu Inventuren zu verlangen, worauf die Facultät entgegnete, der Stadtrath solle lieber an die Witwen und Waisen der 1679 gebliebenen Aerzte denken. Das betreffende Schriftstück - schreibt der Decan - stammt unmöglich aus der Feder des Wiener Syndicus primarius, ist wohl nur das Concept eines Kanzleischreibers, der aus alten Processacten formalia herausschrieb, um einmal seine Kunst zu zeigen. Derzeit habe es kein membrum facultatis nöthig, wegen eines vielleicht noch übelschmeckend »Wildbrätl« oder schlechten Glases Wein, das man jetzt so calumniose vorwirft, sein Gewissen zu beschweren. Bei der Inventur handelt es sich nicht blos um den Schätzungswerth, sondern auch um die gute Qualität und Wirkungsweise der Arznei, was nur ein Arzt beurtheilen könne, nicht aber ein Apotheker, der schlechthin grammaticam absolvirt hat. Wenn die Apotheker alles so gut verstehen, warum sind sie denn gar so oft bei Dr. Sorbaits Herbation um dort zu lernen?¹⁵) »Die Tax blaset sie dermassen auf, dass sie den Doctores gleich sein wollen. Was einer mit 6 kr. schätzt der andere mit 12 o. gar mit 18 kr.«

¹⁵⁾ Das waren gemeinschaftliche auch in anderen Städten, z. B. Nürnberg übliche Ausflüge in die nächste Umgebung besonders im Mai und zur Herbstzeit, sogenannte Kräuterfahrten. In Wien gingen die Professoren mit den Studenten schon im XV. Jahrhurdert botanisiren. Man nannte dies "discipulos herbulatum ducere". Der Wiener Professor Galeazzo de Sancta



¹⁴⁾ Laut Pestordnung v. J. 1562 wurden an den Stadtthoren die officiellen Pestmittel sammt Gebrauchsanweisung feilgeboten, wohl damit die Vorstädter nicht die Stadtapotheken aufsuchen mussten. Im October 1679 waren alle Materialisten und Apotheker nach Aussage des Magister sanitatis Dr. Resch ausverkauft. Vgl. d. n. ö. Sanitätswesen etc. a. a. O. Im Pestjahre 1713 waren alle Apotheken geschlossen und wurden die Arzneien durch ein kleines Fenster verabreicht. (Archiv d. Schottenstiftes, S. 89, Nr. 16.)

Die Wünsche der Facultät waren nicht so unbegründet, wenn man erwägt, dass bei einer Inventur, wo jedes Plätzchen in Gewölbe und Keller genau durchstöbert wird, weit besser ein Warenlager beurtheilt werden kann, als bei einer sich nur auf Stichproben beschränkenden Visitation. Leider vergass sich die Facultät derart, dass sie drohte, in Zukunft die Recepte an die Klosterapotheken zu weisen eventuell in einem ihrer Stiftungshäuser eine eigene Apotheke zu errichten. — So treffen die Extreme zusammen. Im XV. Jahrhundert verweigert die Facultät den Klöstern wegen Curpfuscherei jede ärztliche Hilfe, und jetzt will sie eines Principienstreites halber dieselben Curpfuscher unterstützen. Dieser Streit um des Kaisers Bart endete nach vierjähriger Dauer damit, dass den Aerzten das Recht eingeräumt wurde, kurz vor jeder Inventur eine Visitirung abhalten zu können. 16)

Die Drohung mit den Klosterapotheken war nicht blos ungesetzlich, sondern auch einer akademischen Körperschaft unwürdig. War doch die medicinische Facultät die wissenschaftliche Behörde der Apotheken und als solche die berufene Schützerin ihrer Rechte und Privilegien. Zudem musste sie wiederholt erfahren, wie sehr durch die klösterlichen Pseudoapotheken die Interessen des Standes und der Kranken geschädigt wurden. In Wien gab es um diese Zeit anstatt der nunmehr auf 11 vermehrten bürgerlichen Apotheken 20 Officinen, darunter 7 in Klosterbesitz. Die Klöster konnten die Arzneien billiger und trotzdem mit Nutzen abgeben, da sie keine Gewerbesteuer zahlten und »von landesfürstlichen Gaaben und Anlagen ehefreit waren. Die Jesuiten, die gefährlichsten Concurrenten, trieben in allen Collegien zu Tyrnau, Pressburg, Graz, Klagenfurt, Judenburg, Leoben, Linz, Olmütz, Brünn, Znaim und Wien trotz päpstlichem Verbote, zuerst unter geheimen, dann seit der Resolution vom 9. Juli 1661 unter offenem Schutze des Hofes einen ausgebreiteten Arzneihandel und maassten sich sogar die Freisprechung von Lehrlingen an. Sie schnitten wie eine Collectivklage der österreichischen Apotheker besagt, denselben, »das Brot vom Maul ab«. Der ehemalige Tyrnauer Bezirksarzt Johann Georg Rauch von Rauchenfeldt, welcher für seine verdienstvolle ärztliche Thätigkeit während der Pest und Türkenbelagerung zu Wien 1679, 1683, ferner in den Hospitälern zu Ofen, Neuhäusl, Mohacs und Belgrad von Kaiser Leopold I. am 15. December 1691 zum Hofapotheker ernannt wurde und ein Privilegium zur Errichtung einer Apotheke in Pressburg >zur heil. Dreifaltigkeit erhielt, klagt 1701 beim Kaiser, dass er gar nichts verdiene, da die Protestanten nur in der lutherischen Apotheke, Katholiken, Adel. und Geistlichkeit aber bei den Jesuiten einkaufen. Daran knüpfte er die Bitte, es möge ihm die neu zu errichtende Apotheke auf der Wieden verliehen werden, was er 1708 auch durchsetzte, obwohl ihn der Wiener Stadtrath als persona vagabunda bezeichnete, die seinerzeit unter hiesiger Guardia die schwarze Picke getragen, hier viele Jahre in der Medicin »gestimpelt« und auf ungarischen Märkten öffentliche Stände errichtet habe. 17)

Als im Jahre 1717 Paul Leonhard Gimich, Besitzer der goldenen Krone am Graben und Feldapotheker für Ungarn, auf der Rückreise bei Essegg von Räubern ermordet worden war, 18) wandte sich der Spitalmeister bittlich an die Regierung

Sophia gestorben 1427 zu Padua, verfasste ein Arzneibuch, worin er einige in Niederösterreich vorkommende bisher in den pharmakologischen Werken nicht verzeichnete Varietäten beschreibt. Johannes Tollat von Vochenberg sagt am Schlusse seines Kräuterbuches: "büchlin der krütter gesammlet durch Johannem Tollat von vochenberg in der weit berümten universitet zu wien by dez aller erfarnisten mann der artzney doctor Schrick", d. i. Michael Puff aus Schrick in Niederösterreich 1400—1473.

¹⁶⁾ Auf Grund dieses "Verlasses" vom 30. März 1688 wurde 3. Mai 1710 die gerichtlich versperrte Apotheke "zum goldenen Löwen" des Ferdinand Moni vor der Inventarschätzung seitens der Concursmassa-Verwalter von der Facultät visitirt.

¹⁷⁾ Diese Apotheke wird daher als "vom Hof privilegirte" bezeichnet.

¹⁸⁾ K. k. Reichs-Kriegsarchiv H. K. R. Regist. Prot. 1717.

um Verleihung der erledigten Stelle, da die Apotheke leicht für die kaiserlicheu Armeen die Arzneien beschaffen könne und der Fond dadurch im Stande wäre, auf diese Weise die durch die Contagion 1713 aufgelaufenen Schulden zu bezahlen. Dieses Gesuch wurde abgewiesen und Georg Friedrich Eulenschenk, Besitzer des goldenen Greifen, zum Feldapotheker ernannt.

Laut einem Acte vom Jahre 1720 musste die Bürgerspital-Apotheke für kranke Häftlinge im Stadtgericht die nöthigen Arzneien gratis beistellen. Das Stadtgericht lieferte hinwieder dem Bürgerspital Wartpersonal, welches unseren Ansprüchen geradezu entgegengesetzt wäre. So wurde 1700 Maria Magdalena Theresia Koppenjäger wegen gefährlicher Verwundung ihres Ehegatten mit einem Scheermesser zu zehnjähriger Bedienung der armen Kranken und Bresthaften im Bürgerspital in Band und Eisen verurtbeilt.

Wegen allmählich eingeschlichener Missbräuche und Uebelstände, besonders der Arzneiverschwendung, lauter tief gewurzelter Uebel in Folge langmüthiger Connivenz der Spitalvorsteher und Aerzte richtete die Hofcommission zur Untersuchung und Einrichtung des Bürgerspitales 1735 auf Grund eines Gutachtens des k. Protomedicus und n. ö. Regimentsrathes in Sanitätssachen Nikolaus Pius von Garelli an die Aerzte des Hauptspitales und seiner Filialen eine Zuschrift, in der Verschreibung der Arzneien sparsamer vorzugehen, besonders aber nichts für den allgemeinen Gebrauch zu verschreiben und chronisch Kranke, wenn sie nach drei Monaten nicht genesen sind, als unheilbar in die Heimatsgemeinde zu schicken. Gleichzeitig wurde der bisherige Provisor Johann Georg Lampel, durch dessen Unfleiss die Apotheke in merklichen Verfall gerathen war, seines Postens enthoben. Damals wurde ausdrücklich bemerkt, dass der Wohlstand der hiesigen Krankenhäuser vom Erträgnis der Apotheke abhänge. An Lampel's Stelle kam Johann Abraham Haussmann, sein vor die Wohlfahrt des Spitales beeyffertes Subjectum«. Um der Burgerspital-Apotheke einen besonderen Schutz gegen Concurrenz zu bieten, erging am 2. April 1748 ein kaiserliches Decret, dass vom Stock-im-Eisenplatz bis zum Kärtnerthor, weder in der Kärtnerstrasse noch in den Seitengassen eine Apotheke errichtet werden dürfe. Bereits 28. März 1749 wurde diese Verfügung auf Grund einer Beschwerde seitens der bürgerlichen Apotheker wieder cassirt.

Der kaiserliche Leibmedicus Franz Biliotte bestimmte in seinem Testamente vom 28. Mai 1677 die Errichtung eines Spitales nebst Ordinationsanstalt und Armenapotheke. Als besonderer Freund der Kapuziner am neuen Markt testirte er für deren Apotheke 100 Goldgulden und sprach den Wunsch aus, in der Kirche angethan mit dem Kapuzinerhabit begraben zu werden. Die hochherzige Spital- und Apothekenstiftung sollte niemals einem anderen Institute angegliedert werden, ansonst das Vermögen der Stadt Pont a Mousson zufalle. Die Apotheke sollte ausschliesslich die Arzneien umsonst verabreichen, doch wurde bald zum Verdruss der bürgerlichen Apotheker ein recht flottes Geschäft gemacht. Die Stiftung wurde im Jahre 1741 mit der des Dr. Johann Lorenz Hoffmann mit dem Dreifaltigkeits- und 1754 mit dem Spanischen Spital in der Waisenhausgasse vereinigt, die Spanische und Heilige Dreifaltigkeitsapotheke aber Ende 1754 dem Bürgerspitale als Filiale incorporirt. 19) Nach der sofortigen Inventur durch den Provisor Johann Adam Ostermann bezogen die umliegenden Anstalten (Filialen) von hier aus die Medicamente.

Der Spitalmeister war etwas in Verlegenheit, was mit diesem Geschenke zu beginnen sei, wie hoch man wohl die zu übernehmenden Arzneivorräthe bemessen werde, ob nicht durch die Uebernahme der ohnedem ganz erschöpften Casse neue Auslagen zugemuthet würden.

¹⁹⁾ Vgl. auch Jahrbuch der Wiener Krankenanstalten 1892, p. XXIV ff. Die Stiftung gehört heute dem Krankenhausfonde, und wird davon ein Theil der Kosten für die ambulatorische Armenbehandlung gedeckt. Hofbauer, Die Alservorstadt, Wien 1861, p. 120 f.



Das Jahr 1784 bedeutet für das Wiener Bürgerspital eine neue Epoche, indem es mit der Eröffnung des Universalspitales an der Alserstrasse I. J. seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben wurde. Der Wirkungkreis der Heiligen-Geistapotheke erfuhr damit eine wesentliche Einschränkung, daher die Oberdirection in milden Stiftungen und Armen Leut-Sachen am 7. October 1784 die Frage aufwarf, ob man die Apotheke nicht verkaufen oder verpachten solle. Der Spitalsuperintendent war gegen beide Vorschläge und meinte, es müssten vielfach im Personalstande Ersparungen gemacht werden, denn für die Gerechtigkeit (Concession) gebe Niemand etwas, wo doch jedes examinirte und approbirte Apothekensubject nach Wohlgefallen eine Apotheke errichten könne. 20) Die Einrichtung habe keinen, der Arzneivorrath nicht viel Werth, da man diesen beim Materialisten um das nämliche Geld erhält. Ein Pächter werde sehr bald um Nachlass einkommen. Da der jetzige Provisor einen Gewinnstantheil von 12 Procent beziehe, habe er ein grosses Interesse, die Kundenzahl zu vermehren. Bei einem am 18. Jänner 1790 neuerlich gemachten Antrage wegen Verkaufes oder Verpachtung wurden als pretium fisci 22.641 fl. bezeichnet, welche Summe wohl Niemand geben würde, da nach bekannter Verordnung eine Apotheken-Concession nicht über 500 fl. kosten dürfe. 21) Fände sich aber ein Käufer, so müsste das Geld in einem öffentlichen Fond zu 31/2 Procent angelegt werden und gäbe 792 fl. 26 kr. gegen den derzeitigen Reingewinn von 1132 fl. 04 kr. Es sei sehr fraglich, ob ein Pächter alle bisherigen Kunden erhalte, da die Apotheker, denen die Spitalapotheke von jeher zuwider war, auf alle Weise die Kundschaften abwendig zu machen versuchen werden. Das Publikum werde ferner darüber stutzig sein. dass der Fond ein so gutes Geschätt feilbietet, habe überhaupt zu den alten Apotheken mehr Vertrauen, obwohl die neuerrichteten um die Hälfte, sogar um ein Viertel der Taxe verkaufen. Es sei nicht Sitte, Apotheken zu versteigern, man könnte sie höchstens in der Stille verkaufen, wie es bei der Hofapotheke²²) und dem goldenen Hirschen geschah. Derselbe Weg sei auch bei allfälliger Verpachtung einzuschlagen, wenngleich durch Versteigerung ein höherer Zins erzielbar wäre. Mehr als 1100 fl. könnte aber kein Pächter auf die Dauer zahlen. Die Apotheke soll daher weder verkauft noch verpachtet werden; man möge vielmehr um die Arzneilieferung für das Universal-Krankenkaus einkommen, welche bisher ein Nichtapotheker besorgte und erst im Falle der Abweisung das Pachtgesuch des jetzigen Provisors Paul Reiser berücksichtigen. Derselbe diene bereits 36 Jahre, seit 1770 als selbständiger Provisor, habe die Apotheke in Flor gebracht, obwohl jetzt 42 anstatt 13 Apotheken bestehen und biete ausser 1100 fl. Pacht 800 fl. für Wohnung und Gewölbe. Mit Hofdecret vom 11. Mai 1792 wurde an Reiser die Apotheke für 10 Jahre bis 1802 in Pacht gegeben, und zwar gegen einen alljährlich steigenden Zins.

Kurz vorher, Ende 1791, machte der Prager Apotheker zum weissen Adler Josef Ebenberger ein Kaufangebot. Seit der Klosteraushebung gingen seine Einnahmen sehr zurück. Zwar wurde ihm das General-Seminar und allgemeine Krankenhaus zugewiesen, doch hatte ersteres nur kurzen Bestand, bei einem Krankenhause — erklärte er — müsse aber jeder Apotheker zu Grunde gehen. Eben berger bot zuerst 20.000, dann 24.000 fl., die halbe Taxe für Pfründner, durch 12 Jahre je 300 fl., einen Hauszins von 880 fl. und dem Paul Reiser eine Pension von 600 fl. Josef Schwarzinger, Besitzer der ehemaligen Gremialapotheke zu St. Ulrich unteren Gutes Or.-Nr. 117, bot 1796 für die Heiligen-Geistapotheke 35.000 fl. und 900 fl.

Digitized by Google

²⁰) Hofentschliessung vom 31. August 1782.

²¹⁾ Der Spitalmeister an den Magistrat am 2. Februar 1790. Die hier erwähnte "bekannte Verordnung" ist nicht zu finden.

²²⁾ Die Leib- und Hofapotheke "zum goldenen Stern" in der Kärntnerstrasse des Friedrich Günther v. Sternegg wurde 1744 von der Hof-Finanzkammer um 94.000 fl. gekauft, 1769 an Johann Georg Kaiser um 30.000 fl. verkauft und am 26. April 1797 neuerdings von der Witwe des Wenzel v. Czerny zurückgekauft. (Hof-Finanzkammerarchiv.)

Zins und wurde ebenfalls abgewiesen, da der Pächter einen höheren Pacht d. i. 2475 fl. zahlte. Reiser gerieth 1796 in Folge einer Bürgschaftübernahme in Concurs; für die Apotheke wurde Provisor Franz Schrammel als Verwalter bestellt, doch war dessen Thätigkeit nach dem Gutachten der Visitatoren eine sehr schlimme. Allem Anscheine nach wollte man damals das Pachtverhältnis mit Reiser lösen, doch scheiterte dies an verschiedenen sich ergebenden Differenzen, indem beim Rücktritte im December 1796 der fundus instructus sich auf 13.157 fl. 173/8 kr. gegen 7824 fl. 264/8 kr. im Jahre 1792 d. i. zur Zeit der Uebernahme stellte. Da man den Betrag von 5332 fl. 507/8 kr. nicht zahlen wollte, kam es mit dem 1797 wieder rangirten Reiser zu einem Vergleiche, dem zu Folge der Pachtvertrag aufrecht blieb. Man war sogar geneigt, den am 16. Juni 1802 ablaufenden Vertrag gegen einen Zins von 2625 fl. 35 kr. für weitere 10 Jahre zu erneuern.

Die Verpachtung im Jahre 1792 geschah unter dem Drucke einer Hofentschliessung vom 19. December 1789. Ein durchsichtiger Grund lag nicht vor, da die eigene Regie nach den vorliegenden Registraturacten in der Zeit von 1773—1782 ein Reinerträgnis von 156.927 fl. 1 kr. 2 pf. abgeworfen hatte und der Spitalfond seit dem Bestande des Universal-Spitales mehr als sonst kräftiger materieller Beihilfe bedürftig war. Mit allerhöchster Anordnung vom 24. August 1782 musste der Fond an das genannte Spital einen Jahresbeitrag von 69.573 fl. leisten, welcher 1807 auf 85.000 fl. stieg und in den letzten Jahren mit 55.959 fl. bemessen wurde.

Unter diesen Umständen ist es einleuchtend, dass man zur eigenen Regie zurückkehrte, welche denn auch mit Hofdecret vom 11. August 1802 anbefohlen wurde. Zu Beginn von 1802 stiftete der Alservorstädter Karl Unruh in St. Marx eine Hausapotheke, in welcher der Chirurgus aus der Leopoldstadt Nr. 481 Christian Frey gegen 200 fl. Jahrgeld als Assistent fungirte. Karl Unruh führte im Vereine mit dem Josefstädter Apotheker Karl Moser nach Reiser's Abgang die Oberaufsicht über die Apotheke zum Heil. Geist. Für die neugeschaffene Directorstelle meldeten sich zwei Subjecte, und zwar der Senior im Universal-Krankenhaus Josef Möser und Wenzel Schlosser von Mariahilf. Die Motivirung, unter welcher der erste Bewerber abgewiesen wurde, klingt etwas sonderbar: Da der längere Aufenthalt im Spitale einen Mangel der dem Publikum gegenüber so nothwendigen Geschmeidigheit besorgen lässt, hat Schlosser den Vorzug. Derselbe, mit Decret vom 23. October 1802 angestellt, erhielt nebst den herkömmlichen Holz und Lichtdeputaten und der freien Wohnung 800 fl. Gehalt und einen Gewinnantheil von 3 Procent, sobald die Einnahmen nach Abzug des Zinses von 850 fl., der Gewerbesteuer von 125 fl. und sonstiger Regien die Summe von 3000 fl. übersteigen. Der Gewinn betrug 1803 1336 fl. $14\frac{4}{3}$ kr., 1804 5817 fl. $15\frac{4}{3}$ kr. und fiel 1806 in Folge des Krieges ganz aus. Weiters beschuldigte man als Ursache des abnormen Rückganges im Ertrage die Concurrenz der mit Bewilligung vom 14. December 1804 in der Neuburgergasse (Plankengasse) eröffneten Apotheke des Anton Edlen von Wierth. Der Jahresdurchschnitt von 1802-1812 betrug nach dem Ausweis der Staats-Hauptbuchhaltung 5884 fl. 4 kr. Reingewinn.

Im Jahre 1810 resignirte Schlosser, da nach seiner Meinung der Stadtmagistrat die gemachten Versprechen nicht hielt und fortwährend Gerüchte über den Verkauf die Luft durchschwirrten. An Schlosser's Stelle kam Leopold Bischof, der für das Jahr 1811 einen Reingewinn von 14.400 fl. erzielte. Ihm folgte 1813 Anton Maichhardt aus Pressburg, bisher Provisor in Hornung's Apotheke auf der Wieden. Von Interesse erscheinen die Verhandlungen vom Jahre 1810 wegen Verkaufes der Heiligen-Geistapotheke an den Landschaftsapotheker zum goldenen Adler Anton Riess. Der Magistrat erklärte in einem Gutachten vom 10. April d. J., man solle die Apotheke wenigstens nicht unter 80.000 fl. verkaufen, da wohl kaum Jemand die Schätzungssumme von 150.204 fl. 55 kr. zahlen würde. Eigene Regie sei sicherlich das Beste, aber auch das Gefährlichste, wenn sie nicht mit der grössten Genauigkeit geführt

werde. Ein entlassener Director nimmt die Kenntnis der ganzen Apotheke mit sich, findet bei einem anderen Apotheker leicht Aufnahme und schädigt den Fond dadurch, dass er ihm die besten Kunden abwendig macht. Gegen den Verkauf spreche aber der Umstand, dass der Erlös in österreichischen, derzeit keineswegs so sicheren Staatspapieren angelegt werden müsse. ²³) Man könnte zwar in St. Marx eine öffentliche Apotheke errichten, doch würde dies einen Aufwand von 10.000 fl. erfordern.

Riess bot einen Kaufschilling von 37.382 fl. und für den fundus instructus 25.017 fl. $5^{7}/_{8}$ kr., d. i. eine Summe von 62.399 fl. $5^{7}/_{8}$ kr. und einen Wohnungs-

und Gewölbezins von 1500 fl. gegen die bisherige Schätzung von 850 fl.24)

Laut Hofverordnung vom 4. November 1813 sollte der Fond die Apotheke solange in eigener Regie behalten, als der Jahresertrag sich nicht wesentlich verschlechtere. Im Jahre 1815 ergab die Bilanz 2806 fl. 40 kr., daher die n. ö. Regierung am 1. August 1816 den Magistrat aufforderte, sich innerhalb 20 Tagen über Verkauf und Verpachtung zu äussern. Im Rathhause war man nur für eigene Regie, wohl in der Hoffnung, dass die mageren Jahre nicht ewig dauern werden. Die Hofkanzleientscheidung vom 22. October 1818 machte dem magistratischen Schwanken ein Ende, indem sie die Verpachtung der Apotheke anordnete.

Als Pächter erscheinen 1819—1829 Johann Steibel, 1829—1847 Franz Kritsch, 1847-1859 Moriz Hellauer, 1860-1870 Ferdinand Strasky. Der Pächter lieferte vertragsmässig den Pfründnern und sonstigen Spitalinsassen nach der halben Taxe und zahlte 1847 mit Einschluss des Zinses für die Concession der Heil. Geistapotheke und ihrer Filiale in St. Marx (die früher erwähnte Filiale in der Waisenhausgasse wurde 1784 mit dem Spitale zugleich aufgelassen) 6400 fl., während der Arzneivorrath vom jeweiligen Vorgänger abzulösen war. Die Filiale zu St. Marx befand sich im Hofe links vom Hauptthor gegenüber der Kirche. Auf die Klage des Erdberger Apothekers »zum heil. Petrus« Frans Thilen 1838, wurde in St. Marx der unbefugte öffentliche Verkauf eingestellt, jedoch schon nach zwei Monaten ausdrücklich bewilligt. Moriz Hellauer erneuerte 1839 den Pachtvertrag nicht, da ihm für Landstrasse und Erdberg eine neue Concession verliehen wurde. Hellauer eröffnete seine Apotheke zum heil. Markus im November 1859 nach vollzogenem Verkaufe des Spitales und der Auflösung der dortigen Apotheke. — Seit 16. Jänner 1846 war der Bürgerspitalapotheke mittelst Hofkanzlei-Decret die verkäufliche Eigenschaft zuerkannt und mit Statthalterei-Erlass vom 19. October 1860, Z. 44.937 der Normalpreis von 8000 fl. festgesetzt worden, doch wurde die Frage wegen Verkaufes nicht weiter erörtert, solange sich Pächter fanden. Im Jahre 1870 hatte die Pachtlicitation keinen Erfolg mehr, da man bereits den Umbau des Fondhauses Or.-Nr. 1043 in ernstliche Erwägung zog und für diesen Fall das Recht beanspruchte, die Locale halbjährig kündigen zu dürfen. Strasky zahlte einen jährlichen Bruttozins von 6106 fl. 68 kr. und bot, als die Pachtverhandlung erfolglos war, unter der Hand einen Zins von 4000 fl. Nunmehr entschloss man sich zur Feibietung, bei welcher am 16. Juli 1870 Dr. Johann Kluger mit dem Angebote von 20.000 fl. und einem

Riess dürfte wohl genau über die Bestände der Apotheke berichtet gewesen sein und danach sein Angebot gestellt haben. Was die Schätzung von 150.204 fl. 55 kr. im Magistratsberichte betrifft, so ist sie allerdings abnorm und nicht entsprechend dem Ertrage des Vorjahres 3854 fl. 51 kr., sicherlich auch nicht den etwa aufgestappelten Vorräthen. Abgesehen davon, dass jeder einen ihm lieben Besitz höher taxirt, ist diese Schätzung mit der damals herrschenden Bancozettelwirthschaft in Einklang zu bringen. Mit Patent vom 26. Februar 1810 wurde die Relation zwischen Gulden und Bancozettel auf 1:3, d. i. 100 neue Gulden sind gleich 300 Banco, festgestellt. In dieser Zeit galt Immobiliarbesitz als besonders werthvoll und darum war es ein Act der Klugheit, die Apotheke so hoch zn schätzen, dass sie Niemand kaufen konnte.



²³) Eine sehr richtige Bemerkung, wie der einzig in seiner Art dastehende Staatsbankerott vom 20. Februar 1811 beweist.

Zinse von 4500 fl. erschien. Bei der zweiten Verhandlung am 9. September bot Ebenderselbe 150 fl. mehr und erhielt Gewerbeconcession und Requisiten gesprochen. Die einst so berühmte Heiligen-Geistapotheke war, wie man im Rathhause recht gut wusste, ein arg heruntergekommenes, vernachlässigtes Geschäft mit grösstentheils unbrauchbaren, hundertjährigen, dem damaligen Stande der Pharmacie nicht mehr entsprechenden Requisiten, daher man mit dem Resultate des Verkaufes ganz zufrieden war, obwohl kurz vorher beim Verkaufe der bürgerlichen Apotheke am Kohlmarkt 25.000, in der Singerstrasse 45.000 fl. erzielt wurden. Wie Amtsdirector Michael Altman in seinem Berichte hervorhebt, war die Bewerbung dadurch gedrückt, dass in nächster Zeit die Eröffnung einer Apotheke am Schwarzenbergplatz bevorstand, und man die baldige Freigebung des Gewerbes erwartete. Bei Berücksichtigung der Kaufangebote aus früheren Jahren kann man wohl sagen, dass der Spitalfond aus seiner Apotheke über 200 Jahre eine ansehnliche Rente bezog, das der Rente entsprechende Capital aber bis auf einen kleinen Rest unwiederbringlich verlor, durch die Ungunst der Zeitverhältnisse, die Unfähigkeit einiger Verwalter und Pächter, nicht zum geringsten Theil durch allzu bureaukratische Oberdirection.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. Februar 1902,

R. G. Bl. Nr. 31,

betreffend die Gleichstellung des Personales der k. k. Medicamenten-Eigenregie in Wien und der Spitalsapotheken mit jenen der öffentlichen Apotheken.

Auf Grund des § 2 lit. e) des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, wird verordnet, wie folgt:

§ 1. Das pharmaceutische Personale der Medicamenten-Eigenregie in den Wiener k. k. Krankenanstalten ist in allen den pharmaceutischen Dienst betreffenden Beziehungen dem pharmaceutischen Personale der öffentlichen Apotheken gleichzuhalten und in der Evidenz des zuständigen Apothekergremiums zu führen.

- § 2. Die Bestimmung des vorstehenden Paragraphen findet auch auf das pharmaceutische Personale jener Spitalsapotheken Anwendung, deren Einrichtung und Betrieb von der politischen Landesbehörde als gleichwertig mit der Einrichtung und dem Betriebe öffentlicher Apotheken anerkannt wird.
- § 3. Die Verordnung vom 5. Juli 1896, R. G. Bl. Nr. 113,*) wird aufgehoben.
- § 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 12. (25.) Jänner Nr. 4 wurde Beirut (siehe S. 35 d. Bl.) für pestfrei erklärt.

Deutsches Reich. Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) hat mittelst Rundschreibens vom 23. Jänner die Regierungen der Bundesseestaaten ersucht, gegen Herkünfte von der Inselgruppe der Mascarenen (Mauritius, Réunion etc.) die gesundheitliche Controle einzuführen, die gegen Herkünfte aus Smyrna angeordnete Controle auf Schiffe aus allen türkischen Häfen Kleinasiens am Aegäischen und Mittelländischen Meere auszudehnen und die Controle der Schiffe aus den russischen Häfen des Schwarzen Meeres einzustellen; mittelst Rundschreibens vom 25. Jänner wurden die Bundesseestaaten ersucht, die gesundheitspolizeiliche Controle der Seeschiffe aus Neapel aufzulassen.

^{*)} Siehe Jahrg. 1896 d. Bl., S. 296.

Italien. Laut Seesanitätsverordnung vom 1. Februar, Nr. 1, ist der Hafen von Porto Alegre in Brasilien als pestverseucht zu betrachten, und haben gegenüber Herkünften aus demselben die diesbezüglich vorgeschriebenen Maassnahmen Anwendung zu finden.

Mit Seesanitätsverordnung vom 1. Februar, Nr. 2, wurde die Verordnung vom 14. December 1901, Nr. 32, (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 572) soweit sich dieselbe auf Brisbane bezog, ausser Kraft gssetzt.

Rumänien. Gegenüber Herkünften aus Bagdad wurde vom 9. (22.) Jänner 1. J. angefangen eine zehntägige Quarantaine in Sulina angeordnet. Die Einfuhr der im Capitel II, Tit. IV des Reglements der Venediger Convention angeführten Artikel, sowie von Früchten, Gemüsen und Conserven ist verboten. Die Häfen von Constantza und Mangalia bleiben den gedachten Herkünften verschlossen.

Russland. Laut Verlautbarung der kaiserlichen Commission zur Verhütung der Pest ist in Batum am 8. (21.) Jänner ein pestverdächtiger Krankheitsfall constatirt worden. Am 9. (22.) Jänner starb der Kranke im Isolirraume. Sein Wohnhaus ist abgesperrt und alle Personen, welche mit dem Kranken in Berührung gekommen waren, unterstehen der ärztlichen Beobachtung. Auch ist die Verfügung getroffen, dass alle aus Batum abgehenden Schiffe vor der Abfahrt und bei ihrem Eintreffen in den Häfen des Schwarzen Meeres ärztlich untersucht werden. Die aus Batum mittelst Eisenbahn abreisenden Personen werden rücksichtlich ihres Gesundheitszustandes ärztlich beobachtet. Aehnliche Erkrankungen haben sich bisher nicht wiederholt.

Türkei. Herkünfte aus Batum werden der ärztlichen Visite unterzogen.

Aegypten. In Tantah wurden in der Zeit vom 21. bis 28. Jänner 20 neue Erkrankungsfälle ausgewiesen. Insgesammt sind seit 26. December v. J. daselbst 65 Pestfälle (darunter 2 an Europäern) vorgekommen, von welchen 53 einen tödtlichen Verlauf nahmen. Aus Ziftah wurde am 23. Jänner eine neue Erkrankung zur Anzeige gebracht. Ein neuer Pestherd ist in Abussir, im Districte Mehalla Kebir, aufgetreten; es wurde daselbst am 26. und 27. Jänner je eine Erkrankung beobachtet.

Britisch-Indien. In Bombay sind in der Woche vom 25. bis 31. December v. J. 279 Erkrankungen und 188 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Hawaii. In Honolulu sind vom 4. bis 23. December 1901 7 Erkrankungen und 6 Todesfälle an Pest beobachtet worden.

Capcolonie. In der Woche vom 5. bis 11. Jänner wurden in Port Elizabeth 1 und in Mosselbay 2 neue Pesterkrankungen constatirt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. In San Francisco wurde am 12. December 1901 ein Pestfall constatirt.

Brasilien. In Rio de Janeiro sind in der Woche vom 24. bis 30. December v. J. 12 Erkrankungen und 5 Todesfälle und in der folgenden am 6. Jänner abgelaufenen Woche 5 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Pest verzeichnet worden. In Campos wurde in der Zeit vom 23. December 1901 bis 5. Jänner l. J. kein weiterer Pestfall constatirt.

Vermischte Nachrichten.

Steiermärkische Stipendien zur Ausbildung von Operateuren an den Universitätskliniken in Graz. Der steiermärkische Landesausschuss hat in seiner Sitzung vom 26. Juli 1901 beschlossen, die aus dem Landesfonde bewilligten 4 Operateurstipendien, von welchen 2 für die chirurgische und je eines für die gynäkologische und oculistische Klinik bestimmt waren, von 600 K auf 800 K jährlich zu erhöhen und dieselben auf die Dauer von zwei Jahren unter der Bedingung zu verleihen, dass jeder Stipendist in der Regel das erste Jahr auf der chirurgischen Klinik und vom zweiten Jahre je ein halbes Jahr auf der gynäkologischen und oculistischen Klinik zuzubringen habe. Bewerber um diese Stipendien haben den Nachweis zu erbringen, dass sie nach Steiermark zuständig und Doctoren der gesammten Heilkunde sind,

und sich mittelst Reverses zu verpflichten, nach Ablauf der zweijährigen Ausbildung wenigstens durch 4 Jahre im Lande Steiermark ausserhalb der Stadt Graz die ärztliche Praxis auszuüben.

Recursrecht der Gemeinden zum Schutze öffentlicher Interessen bei Errichtung gewerblicher Betriebsanlagen. In einem speciellen Falle hatte das Ministerium des Iunern den von einer Gemeindevertretung aus sanitären Rücksichten eingebrachten Recurs gegen die Entscheidung der Landesbehörde, mit welcher, unter Behebung der gewerbebehördlichen Entscheidung des Magistrates der betreffenden Gemeinde als politischer Behörde erster Instanz, die Genehmigung einer Betriebsanlage ertheilt worden war, als unstatthaft zurückgewiesen, weil zur Wahrung öffentlicher Interessen bei Errichtung und dem Betriebe gewerblicher Betriebsanlagen die Gewerbebehörden von amtswegen berufen sind und der Gemeinde daher eine Vertretung dieser Interessen und ein Recursrecht gegen deren angeblich ungenügende Berücksichtigung nicht zustebe. Der k. k. Verwaltung sgerichts hof hat die gegen diese Entscheidung erhobene Beschwerde der betreffenden Gemeindevertretung als begründet erkannt, weil die Gemeinde nach Maassgabe des Gemeindestatutes und des Sanitätsgesetzes vom 30. April 1870 zur Wahrung sanitärer Interessen innerhalb des Gemeindegebietes berufen und verpflichtet sei, und weil somit der Vertreter der Gemeinde, welcher im Sinne des § 29 der Gewerbeordnung zur gewerbebehördlichen commissionellen Erhebung zuzuziehen ist, auch berechtigt sei, seine sanitären Bedenken vor der Gewerbebehörde vorzubringen. Durch die Erhebung solcher Einwendungen sei aber auch der Vertreter, beziehungsweise die Gemeinde im Sinne des § 34 der Gewerbeordnung zur Partei geworden, welche nach dem Gesetze zur Recursführung im Instanzenzuge berechtigt ist. (Erkenntnis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. October 1901, Nr. 7470.)

Versammlung der steimärkischen Amtsärzte. Am 5. December 1901 fand in Graz die Versammlung der steirischen Amtsärzte statt.

Am Vormittage des Versammlungstages wurde im hygienischen Institute der Universität von Prof. Prausnitz die Ausführung der Formalindesinfection demonstrirt, woran einige Bemerkungen über Desinfection im Allgemeinen geknüpft wurden.

Hierauf besuchten die Amtsärzte die in jeder Beziehung den Anforderungen der Hygiene entsprechende, neuerbaute städtische Volksschule in der Brockmanngasse und wohnten auch dem Bade einer Gruppe von Schülern im dortigen Schulbade bei.

In der am Nachmittage abgehaltenen Versammlung wurde als erster Punkt der Tagesordnung die Frage der Anwendung der Tegminverbände und der Aseptik bei Massenimpfungen (Referent: Oberbezirksarzt Dr. Sadnik) besprochen, wobei der über Einladung erschienene Director der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien Dr. Paul schätzenswerthe Aufklärungen und Erläuterungen gab.

Nach Erstattung des Referates über Standesangelegenheiten (Referent: Bezirksarzt Dr. R. v. Kutschera) hielt Sanitätsassistent Dr. Prochaska den angekündigten Vortrag: "Ueber die diesjährige Diphtherie-Epidemie in Mureck-Lichendorf".

Schulärzte in Graz. Mit Beginn des Schuljahres 1901/2 ist in Graz die Institution der Schulärzte in Kraft getreten. Auf Grund der neuen Dienstesinstruction für die städtischen Bezirksärzte sind jedem der 4 definitiv angestellten städtischen Bezirksärzte, welche die Physikatsprüfung abgelegt haben, 3 Schulen und 1 Kindergarten zur Versehung der schulärztlichen Agenden zugewiesen.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 4. bis 11. Februar 1902 beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirken Gorlice: Wójtowa 2.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 2; Brody: Podkamien 2; Buczacz: Dobropole 7; Dabrowa: Dabrowa 1; Kamionka: Kulaczkowce 1; Mielec: Radomysl 2; Nadworna: Delatyn 1, Hword 2, Kamienna 3, Lojowa 1, Majdan gorny 2, Ostawy biale 3, Pniow 1, Przerosl 1; Rawa: Hale-Rawskie 1. Hujcze 8; Stanislau: Kolodziejów 7; Trembowla: Boryczowka 1; Zloczow: Buzek 1; Zydaczow: Monasterzec 1, Mikolajów 1.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern. und

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wies L'Rothenthurmetrasse 15.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 20, Februar 1902.

Mr. 8.

Inhalt. Maassnahmen zur Verhütung von Phosphorvergiftungen. - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Gesetz, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Butterschmalz. Schweineschmalz und deren Ersatzmitteln; Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz, des Handels und des Ackerbaues, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem vorstehenden Gesetze erlassen werden. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Maassnahmen zur Verhütung von Phosphorvergiftungen.

Aus einem Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

(Referent: O. S. R. Prof. Dr. Rudolf von Jaksch.)

Bereits im Monate März des Jahres 1894 hat der Referent im Wege der k. k. Statthalterei in Böhmen die hohe Regierung auf Grund der Erfahrungen in seiner Klinik auf die enorme Zahl von Vergiftungen mit Stangenphosphor, welche Jahr für Jahr sich in Prag ereignen, aufmerksam gemacht. Eine Abhilse wurde aber bis jetzt nicht getroffen, ja es wurde ihm nicht bekannt, ob überhaupt diese Anregung beachtet wurde.

Dass es höchste Zeit ist, diesem Uebel endlich zu steuern, ergeben die Berichte des allgemeinen Krankenhauses in Prag, welche zeigen, dass die Zahl der Phosphorvergiftungen von 13 im Jahre 1875 bis 94 an Zahl im Jahre 1898 anstieg.

Es mögen noch einige Zahlen angeführt werden, welche diese Zunahme nach-

Im Jahre 1894 wurden 37 Fälle mit 29.72%, im Jahre 1895 49 Fälle mit 34 65%, 1896 46 Fälle mit 36 95%, 1897 71 Fälle mit 35 77% und 1898 94 Fälle mit 30.85% Mortalität in dem Berichte des k. k. allgemeinen Krankenhauses ausgewiesen. Laut dieses Berichtes übertrifft die Zahl der zur Beobachtung gekommenen Fälle von Phosphorvergiftung beiweitem die Zahl der in der gleichen Periode beobachteten Fälle von Alkoholismus, ja sogar sämmtlicher Toxikosen, welche zur Behandlung kamen. (Siehe Tabelle.)

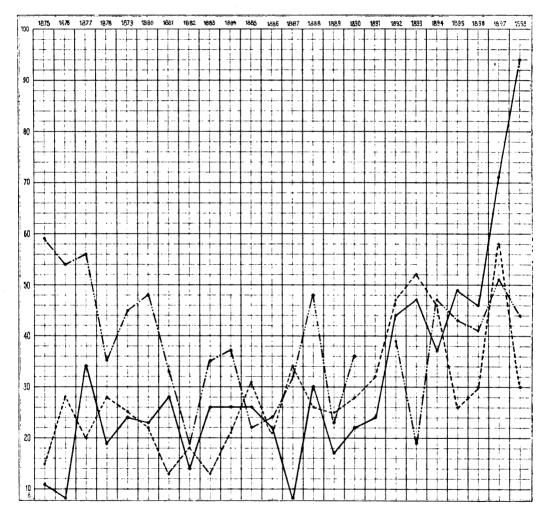
Ja diese Toxikose fungirt neben der für Prag typischen Infectionskrankheit, dem Abdominaltyphus — wenigstens im allgemeinen Krankenhause — als eine der häufigsten Todesursachen von allen acuten Erkrankungen, wofür folgende Belege

angeführt werden sollen.

Im Jahre 1898 wurden 418 Typhuskranke in dem genannten Krankenhause verpflegt; von diesen starben 55, was einer Mortalität von 13:15% entspricht. Von den 94 Fällen von Phosphorvergiftungen starben 29 = 30.85%.

In den Jahren 1875—1898 kamen im allgemeinen Krankenhause jährlich im Durchschnitt 344 Typhusfälle vor, mit $11.86^{\circ}/_{\circ}$ und 30 Fälle von Phosphorvergiftung mit $34.28^{\circ}/_{\circ}$ Mortalität.

Zahl der vom Jahre 1875—1898 im k. k. Allgemeinen Krankenhause behandelten Fälle von Vergiftungen in Folge von:



(1891 war kein Fall von Alkoholvergiftung.)

Es starben also innerhalb 24 Jahren jährlich im Durchschnitt im allgemeinen Krankenhause: an Typhus 42, an Phosphorvergiftung 11.

Referent glaubt, schon diese Zahlen müssen dazu führen, dass die Regierung sich bemüssigt sieht, gegen dieses so leicht vermeidbare Uebel, Maassregeln zu treffen; es sei aber hervorgehoben, dass diese Zahlen nur das Material einer, allerdings der grössten Humanitätsanstalt in Prag betreffen, und dass in den anderen Prager Krankenhäusern die Phosphorvergiftung auch eine häufige Erscheinung ist.

In allen hier angeführten Fällen handelt es sich um Selbstmord durch Zündhölzchen, welche mit Stangenphosphor präparirt waren. Welches Geschlecht, welches Alter, welche Berufsclassen sind es, die zu diesem Mittel greifen? Welches sind die Beweggründe, die bei der Prager Bevölkerung die treibende Rolle spielen?

Der Referent will an der Hand der Daten des Berichtes des allgemeinen Kranken-

hauses und der Beobachtungen in seiner Klinik diese Fragen beantworten.

Aus dem Berichte des Prager allgemeinen Krankenhauses ergibt sich, dass im Laufe von 24 Jahren im Durchschnitt pro Jahr 9 Männer und 21 Weiber zu diesem Gifte griffen. Dieses Ueberwiegen des weiblichen Geschlechtes wird aber noch vielmehr in die Augen springend, wenn wir die absoluten Zahlen nach dem Geschlechte geordnet von jenem Zeitpunkte, d. i. vom Jahre 1893 anführen, von welchem an die Zahl der Phosphorvergiftungen eine rapide Vermehrung erfuhr.

Im	Jahre	1893	vergifteten	sich	$_{ m mit}$	Phosphor	17	Männer,	30 I	Frauen	
>	»	1894	•	>	•	•	17	»	20	>	
,	>	1895	>	>	>	>	13	>	36	>	
>	>	1896	•	•	»	>	16	>	3 0	>	
	>	1897	>	>	>	>	15	>	56	Þ	
>	,	1898	>	»	>	>	31	>	63	>	

Man ersieht aus diesen Zahlen, dass an der enormen Zunahme der Zahl der Fälle von Phosphorvergiftung, die im Jahre 1897 und 1898 im Prager allgemeinen Krankenhause zur Beobachtung kamen, im wesentlichen das weibliche Geschlecht participirt.

Im Bezug auf das Alter der Vergifteten führt der Referent, da in den Berichten

dasselbe nicht vermerkt wird, aus den Daten seiner Klinik folgende an:

Vom Jahre 1890—1900 wurden in seiner Klinik 136 Fälle von Phosphorvergiftung beobachtet, von denen 37 Fälle Männer und 99 Fälle Frauen betrafen.

Unter den Männern war der jüngste 15, der älteste 37 Jahre alt, unter den

Frauen die jüngste 15, die älteste 70 Jahre alt.

Nach dem Lebensalter geordnet vertheilen sich diese in dem Decennium 1890 bis 1900 in seiner Klinik beobachteten Fälle von Phosphorvergiftung, 136 an Zahl, in folgender Weise:

15	Jahre	alt	waren					2 Männer	1 Frau
16	*	¥	•					1 Mann	1 ,
17	>	>-	>					1 .	9 Frauen
18	>	,	*					>	8 »
19	>	>	¥					2 Männer	5 »
20	*	>-	>>					3 •	4 >
21		*	»					3 •	18 »
22	>	•	>					1 Mann	
23	»	×	»					4 Männer	5 *
24	>	,	»					5 >	4 >
25	>	>	,					1 Mann	5 ×
26	>	Þ	>					2 Männer	3 •
27	>	>	>					1 Mann	2 »
28	>		»					1 »	2 ,
29	,	>	>>					3 Männer	1 Frau
30	u. da	rübe	er »					7 >	26 Frauen
							_	37	99

Aus dieser Zusammenstellung ersieht man, dass beim männlichen Geschlechte die Zahl der Fälle von Phosphorvergiftung von dem Alter ziemlich unabhängig ist,

während bei dem weiblichen Geschlechte das Alter von 21 Jahren die grösste Erkrankungszahl zeigt, also gerade das Alter der Geschlechtsreife des Weibes.

Was die Berufsclassen anbetrifft, so finden sich bei den Männern (Zahl der Fälle 37) sämmtliche Berufsclassen vertreten, als Beamte, Handwerker, Taglöhner; dasselbe gilt auch für das weibliche Geschlecht, wobei jedoch zu bemerken ist, dass weibliche Dienstboten das Hauptcontingent liefern.

Referent hat sich auch bemüht, insoweit dies mit den Pflichten des Arztes vereinbar ist, über die Ursache, die Beweggründe in den 136 Fällen von Phosphorvergiftung Aufschluss zu erhalten; nur bei den die Frauen betreffenden Fällen kam er insoferne zu einem Resultate, als in den Fällen, welche weibliche Individuen im geschlechtsreifen Alter betrafen, ein Fehltritt, die Furcht vor den Folgen des Fehltrittes oder der Versuch die bereits eingetretene Gravidität zu beseitigen, also einen Abortus herbeizuführen, das treibende Moment abgaben.

Es wird noch hinzugefügt, dass diese Daten sich nur auf ein Kronland, ja nur auf eine allerdings grösste Humanitätsanstalt dieses Kronlandes sich beziehen, dass auch in anderen Kronländern, insbesondere in Niederösterreich, wie aus einem Referate weiland Prof. von Hoffmann's*) hervorgeht, Phosphorvergiftungen in grosser Zahl vorkommen.

Diese Daten zeigen, dass es dringend an der Zeit, durch ein Verbot des Verkaufes von aus Stangenphosphor bereiteten Zündhölzchen und Zündwaren dem Uebel zu steuern.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Gesetz vom 25. October 1901,

R. G. Bl. 1902, Nr. 26.

betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Butterschmalz, Schweineschmalz und deren Ergatzmitteln.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Margarine, Margarinschmalz oder Margarinkäse im Sinne dieses Gesetzes sind jene der Milchbutter, dem Butterschmalze oder dem Käse ähnlichen Erzeugnisse, deren Fettgehalt nicht ausschliesslich der Milch entstammt.

Oleomargarin (Margarin) im Sinne dieses Gesetzes in jenes Fettproduct, welches durch Schmelzen des Rohtalges und Ausscheiden der festen stearinhältigen Theile gewonnen wird.

Kunstspeisefett im Sinne dieses Gesetzes sind jene dem Schweineschmalze ähnlichen Erzeugisse, deren Fettgehalt nicht ausschliesslich aus Schweineschmalz besteht.

Unverfälschte Fette bestimmter Thier- und Pflanzenarten sind nicht als Kunstspeisefette

§ 2. Die im § 1 angeführten Erzeugnisse dürfen nur in der ihrer wirklichen Beschaffen- beitung in inländischen Margarinfabriken be-

*) Siehe Jahrg. 1896 d. Bl., S. 107.

l heit entsprechenden Bezeichnung in Verkehr gebracht werden.

- § 3. Für den Verbrauch im Inlande dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden:
- 1. Vermischungen von Butter oder Butterschmalz mit Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz oder anderen Speisefetten. Die Verwendung von Milch oder Rahm bei der gewerbsmässigen Herstellung von Margarine oder Margarinschmalz ist zulässig, sofern nicht mehr als 100 Gewichtstheile Milch oder eine dementsprechende Menge Rahm auf 100 Gewichtstheile der nicht der Milch entstammenden Fette in Anwendung kommen.
- 2. Margarine, Margarinschmalz, Oleomargarin oder Margarinkäse, deren Herstellung nicht den Vorschriften des § 4 entspricht.
- § 4. Um die Erkennbackeit von Margarine, Margarinschmalz, Oleomargarin und Margarinkäse, welche für den Handel im Inlande bestimmt sind, zu erleichtern, ist diesen Erzeugnissen bei ihrer Herstellung ein entsprechender. die Farbe und sonstige Beschaffenheit derselben nicht schädigender Zusatz beizumischen.

Oleomargarin, welches zur Weiterverar-

stimmt ist, unterliegt nicht dieser Vor-

Die näheren Bestimmungen werden im Verordnungswege erlassen.

§ 5. Wer Oleomargarin, Margarine, Margarinkäse oder Kunstspeisefett gewerbsmässig herstellen will, hat der Gewerbebehörde, und zwar gleichzeitig mit dem allenfalls erforderlichen Einschreiten um Genehmigung der Betriebsanlage die für die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung und Feilhaltung der Waren bestimmten Räume zu bezeichnen und die etwa bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen namhaft zu machen.

Für bereits bestehende Betriebe ist eine entsprechende Anzeige binnen vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erstatten.

Ein Wechsel in den der Anzeigepflicht unterliegenden Räumen oder Personen ist der Gewerbebehörde binnen drei Tagen anzuzeigen.

Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz, Margarinkäse und Kunstspeisefett sind vom Hausirhandel ausgeschlossen.

§ 6. Die Unternehmer von Betrieben, in denen Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz, Margarinekäse oder Kunstspeisefett hergestellt wird, sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sind verpflichtet, den Aufsichtsorganen (§ 13) auf Verlangen über das Herstellungsverfahren, den Umfang des Betriebes und über die zur Verwendung gelangenden Rohstoffe Auskünfte zu ertheilen.

Die Aufsichtsorgane sind vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten verpflichtet, über die ihnen in Ausübung ihrer Controle zur Kenntnis gelangenden Thatsachen und Einrichtungen Versehwiegenheit zu beobachten.

§ 7. In Räumen, wo Butter oder Butterschmalz zum Verkaufe hergestellt, aufbewahrt oder verpackt werden, ist die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung oder das Feilhalten von Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz oder Kunstspeisefett untersagt. Ebenso ist in Räumen, wo Käse zum Verkaufe hergestellt, aufbewahrt, verpackt oder feilgehalten wird, die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung oder das Feilhalten von Margarinkäse verboten.

Von dieser Bestimmung ausgenommen ist das Aufbewahren und Feilhalten der für den Kleinhandel erforderlichen Bedarfsmengen in öffentlichen Verkaufsstellen, sowie das Verpacken der daselbst im Kleinhandel zum Verkaufe gelangenden Waren. Jedoch müssen Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz, Margarinkäse und Kunstfett innerhalb der Verkaufsräume in besonderen Vorrathsgefässen und an besonderen Lagerstellen, welche von den zur Aufbewahrung von Butter, Butterschmalz oder Käse dienenden Lagerstellen getrennt sind, aufbewahrt werden.

§ 8. Die Geschäftsräume und sonstigen Verkaufsstellen einschliesslich der Marktstände, in welchen Margarine, Margarinschmalz, Oleomargarin, Margarinkäse oder Kunstspeisefett feilgehalten werden, müssen an in die Augen fallender Stelle die deutliche, nicht verwischbare Inschrift: "Margarine", "Margarinschmalz", "Oleomargarin", "Margarinkäse" oder "Kunstfett" tragen.

Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz und Kunstspeisefett sind im Inlande in Behältern (Kiste, Kübel, Fass, Dose u. s. w.) in den Handel zu bringen, die durch einen auffälligen farbigen Streifen, auf welchen die Firmen des Erzeugers und die Bezeichnung des Inhaltes in deutlicher, unverwischbarer Schrift angebracht ist, gekennzeichnet sind.

Die mit den genannten Waren gefüllten Behälter sind, soferne deren Gewicht 3 Kgr. übersteigt, bevor sie in Verkehr gebracht werden, mit einer behördlich registrirten Plombe zu versehen.

Im gewerbsmässigen Kleinhandel oder Einzelverkauf müssen Margarine oder Margarinkäse in einer mit bestimmten farbigen Streifen versehenen Papierumhüllung abgegeben werden.

Die näheren Vorschriften über den Grossund Kleinverkehr mit den im ersten Absatze bezeichneten Erzeugnissen und über die Farbe der Umhüllungen werden im Verordnungswege erlassen.

§ 10. In öffentlichen Bekanntmachungen, Schlussbriefen, Rechnungen, Frachtbriefen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken, welche sich auf Lieferung von Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz, Margarinkäse oder Kunstspeisefett beziehen, dürfen nur jene Warenbezeichnungen verwendet werden, die diesem Gesetze und den auf Grund desselben erlassenen Verordnungen entsprechen.

§ 11. Erzeuger von Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz oder Margarinkäse, welche zum Export oder zur Weiterverarbeitung in inländischen Margarinfabriken bestimmte Ware, abweichend von den in den §§ 3 und 4, Absatz 1, enthaltenen Bestimmungen, herstellen, haben dies der Gewerbebehörde nach Vorschrift des § 5 schriftlich anzuzeigen.

Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz und Margarinkäse, die für den Export oder zur Weiterverarbeitung in inländischen Margarinfabriken hergestellt wurden, sind in eigenen, von den übrigen Lagerräumen getrennten Räumen bis zur Versendung aufzubewahren. Den nach § 13 erwähnten Aufsichts- und den denselben gleichgestellten Organen sind über Verlangen an der Hand der Geschäftsbücher, Bestellbriefe u. s. w. Nachweise über die erfolgte Bestellung, beziehungsweise Absendung der betreffenden Menge zu liefern.

Fabriken, in denen Oleomargarin, Margarine oder Margarinschmalz, abweichend von den in den §§ 3 und 4, Absatz 1, enthaltenen Bestimmungen hergestellt wird, dürfen Butter oder Butterschmalz nicht feilhalten oder verkaufen.

- § 12. Auf Erzeugnisse der im § 1 bezeichneten Art, welche nicht zum Genusse für Menschen bestimmt sind, finden die vorstehenden Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.
- § 13. Die im § 2 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen, bezeichneten Aufsichts- und die denselben gleichgestellten Organe sind befugt, in jene Räume, in welchen Butter, Butterschmalz, Käse, Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz, Margarinkäse oder Kunstspeisefett erzeugt, aufbewahrt, verpackt oder feilgebalten werden, einzutreten, daselbst Revisionen vorzunehmen und Proben zu entnehmen. Dabei ist nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897, vorzugehen.

§ 14. Die Regierung ist ermächtigt, das gewerbsmässige Verkaufen von Butter, deren Fettgehalt nicht eine bestimmte Grenze erreicht, oder deren Wasser- oder Salzgehalt eine bestimmte Grenze überschreitet, zu verbieten.

£

7

ع۔ 2

- § 15. Eine Uebertretung begeht:
- 1. Wer den Vorschriften des § 13 zuwider den Eintritt in die Räumlichkeiten, die Entnahme einer Probe oder die Vornahme der Revision zuzulassen sich weigert;
- 2. wer den Bestimmungen des § 6 zuwider die von ihm geforderte Auskunft verweigert oder wissentlich eine falsche Auskunft ertheilt.

Die Strafe ist Arrest von einem bis zu vierzehn Tagen oder Geld von 10 bis 200 K; m Falle der Thäter innerhalb dreier Jahre von der Verbüssung einer Strafe wegen der gleichen Uebertretung rückfällig wird, Arrest von drei Tagen bis zu drei Wochen, neben welchem auf Geldstrafe von 50 bis 500 K erkannt werden kann.

- § 16. Eine Uebertretung begeht, wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr:
- 1. eine der nach § 3, Z. 1, unzulässigen Mischungen hergestellt;
- solche Mischungen verkauft, feilhält oder in Verkehr bringt;
- 3. Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz oder Margarinkäse ohne den nach § 4 erforderlichen Zusatz herstellt, verkauft, feilhält oder in Verkehr bringt;
- 4. die im § 1 bezeichneten Lebensmittel unter einer falschen Bezeichnung verkauft, feilhält oder in Verkehr bringt;
- 5. den Vorschriften des § 9 zuwider Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz und Kunstspeisefett ohne die dort vorgeschriebenen Kennzeichen oder Plomben verkauft, feilhält oder in Verkehr bringt.

Die Strafe ist Arrest von einer Woche bis zu drei Monaten, womit Geldstrafe bis su 1000 K verbunden werden kann oder an Geld von 10 bis 1000 K. Zugleich kann auf öffentliche Bekanntmachung des Urtheiles im Amtsblatte und in einem anderen öffentlichen Blatte erkannt werden.

Wird der Thäter wegen dieser Uebertretung innerhalb dreier Jahre rückfällig, so ist die Strafe Arrest von einer Woche bis zu | Verordnung der k. k. Ministerien des drei Monaten, womit Geldstrafe von 10 bis 1000 K verbunden werden kann. Zugleich ist auf öffentliche Bekanntmachung des Urtheiles im Amtsblatte und in einem anderen öffentlichen Blatte zu erkennen.

§ 17. Eine Uebertretung begeht:

Wer in anderer Weise den Bestimmungen dieses Gesetzes oder den auf Grund der §§ 4. 9 und 14 erlassenen Verordnungen der Regierung zuwiderbandelt.

Die Strafe ist Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten, womit Geldstrafe bis zu 1000 K verbunden werden kann oder Geldstrafe von 10 bis 1000 K.

§ 18. Die Strafbestimmungen der §§ 15 bis einschliesslich 17 dieses Gesetzes sind nur anwendbar, wenn die Handlung nicht den Thatbestand einer schwerer zu ahndenden strafbaren Handlung begründet.

Die Strafbestimmungen der §§ 9, 10 und 11 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen, sind auf Handlungen, die unter die Strafbestimmungen der §§ 15 bis 17 des gegenwärtigen Gesetzes fallen, nur dann anzuwenden, wenn diese Handlungen vor der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes begangen wurden.

Im Uebrigen bleiben die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes auch für die im gegenwärtigen Gesetze behandelten Erzeugnisse anwendbar.

Das Verfahren und die Urtheilsfällung rücksichtlich der in dem gegenwärtigen Gesetze vorgesehenen Uebertretungen steht den Bezirksgerichten zu.

§ 19. Dieses Gesetz tritt drei Monate nach dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

§ 20. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Mein Minister des Innern, Mein Justizminister. Mein Handelsminister und Mein Ackerbauminister betraut.

Wien, am 25. October 1901.

Franz Josef m. p.

Koerber m. p. Spens m. p. Call m. p. Giovanelli m. p. Innern, der Justiz, des Handels und des Ackerbaues vom 1. Februar 1902.

R. G. Bl. Nr. 27,

mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 25.0ctober 1901, R. G. Bl. Nr. 26, betreffend den Verkehr mit Butter. Käse, Butterschmalz, Schweineschmalz und deren Ersatzmitteln, erlassen werden.

Auf Grund des Gesetzes vom 25. October 1901, R. G. Bl. Nr. 26, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Butterschmalz, Schweineschmalz und deren Ersatzmitteln, wird verordnet. wie folgt:

Artikel I. (Zu § 4 des Gesetzes.) Den bei der Erzeugung von Margarine, Margarinschmalz, Oleomargarin und Margarinkäse, welche für den Handel im Inlande bestimmt sind, zur Verwendung kommenden Fetten und Oelen ist Sesamöl zuzusetzen.

Dieser Zusatz hat auf je 100 Gewichtstheile der angewendeten Fette und Oele bei Margarine und Margarinschmalz, sowie Oleomargarin mindestens 10 Gewichtstheile, bei Margarinkäse mindestens 5 Gewichtstheile zu betragen.

Das Sesamöl ist während der Vermischung oder des Umschmelzens der Fette zuzusetzen. Das zuzusetzende Sesamöl muss folgende Reaction zeigen:

Wird ein Gemisch von 0.5 Raumtheilen Sesamöl mit 99.5 Raumtheilen Baumwollsamenöl oder Erdnussöl mit 100 Raumtheilen rauchender Salzsäure vom specifischen Gewichte 1:19 und einigen Tropfen einer zweiprocentigen alkoholischen Lösung von Furfurol geschüttelt, so muss die unter der Oelschichte sich absetzende Salzsäure eine deutliche rothe oder bläulichrothe Färbung annehmen. Reaction dienende Furfurol soll farbles sein; äusserstenfalls darf dasselbe gefärbt sein.

Oleomargarin, welches zur Weiterverarbeitung in inländischen Margarinfabriken bestimmt ist und daher im Sinne des § 4, Absatz 2 des Gesetzes vom 25. October 1901, R. G. Bl. Nr. 26, einen Zusatz von Sesamöl nicht zu erhalten hat, darf nicht gefärbt werden.

Artikel II. (Zu §§ 5, 8 und 11 des Gesetzes.) Die zur Herstellung, Aufbewahrung und Verpackung von Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz, Margarinkäse und Kunstspeisefett bestimmten Räume müssen an in die Augen fallender Stelle eine deutlich leserliche, nicht verwischbare Inschrift tragen, aus welcher die Bestimmung der betreffenden Räume zu entnehmen ist.

Die Geschäftsräume und sonstigen Verkaufsstellen, einschliesslich der Marktstände, in welchen die im ersten Absatze angeführten Erzeugnisse feilgehalten werden, müssen die im §8 des Gesetzes vom 25. October 1901, R. G. Bl. Nr. 26. vorgeschriebene Inschrift tragen.

Die Lagerräume, in welchen Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz, Margarinkäse, die für den Export oder zur Weiterverarbeitung in inländischen Margarinfabriken hergestellt wurden, auf bewahrt werden, sind in der im ersten Absatze bezeichneten Art mit einer die Bestimmung der Ware kennzeichnenden Inschrift zu versehen.

Artikel III. (Zu § 9 des Gesetzes.) Hinsichtlich der äusseren Kennzeichnung von Oleomargarin, Margarine, Margarinkäse, Margarinschmalz und Kunstspeisefett haben folgende Bestimmungen Anwendung zu finden, und zwar:

a) Die Behälter, in welchen Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz oder Kunstspeisefett im Inlande in den Handel gebracht werden, müssen mit einem unverwischbaren, rothen, bandförmigen Streifen bemalt sein, auf welchem mit deutlich leserlichen unverwischbaren schwarzen Buchstaben die Firma des Erzeugers und die Bezeichnung des Inhaltes gekennzeichnet sind.

Der rothe Streifen ist parallel zur unteren Randfläche und mindestens 3 Cm. vom oberen Rande des Gefässes entfernt anzubringen und muss ohne Unterbrechung um das ganze Gefäss gezogen sein. Der Streifen darf nicht auf den das Gefäss umgebenden Reifen oder Leisten angebracht werden.

b) Der rothe Streifen muss eine Höhe von mindestens 10 Cm., die zur Bezeichnung des Inhaltes (Oleomargarin, Margarine, Margarineschmalz oder Kunstspeisefett) verwendeten Buchstaben müssen eine Höhe von mindestens 3 Cm. haben. Die Länge des den Inhalt bezeichnenden Wortes hat mindestens das acht-

und Verpackung von Oleomargarin, Margarine, | fache und nicht mehr als das zwölffache der Margarinschmalz, Margarinkäse und Kunstspeise- Höhe der Buchstaben zu betragen.

> Die Höhe des rothen Streifens, die Höhe der Buchstaben und die Länge des Bezeichnungswortes kann bei runden oder länglich runden Gefässen (Fass, Dose, Kübel u. dgl.), welchen der grösste Durchmesser des Deckels weniger als 40 Cm., aber mehr als 10 Cm. misst, auf die Hälfte ermässigt werden. Das Gleiche findet statt bei eckigen Gefässen, deren längste Deckelkante weniger als 40 Cm., aber mehr als 10 Cm. beträgt. Bei Gefässen der vorbezeichneten Form, deren Deckel einen grössten Durchmesser, beziehungsweise eine grösste Deckelkante von 10 Cm. oder weniger hat, können die Höhe des Streifens und der Buchstaben, sowie die Länge des den Inhalt bezeichnenden Wortes auf ein Drittel der vorgeschriebenen Maasse berabgesetzt werden.

- c) Die Firma des Erzeugers kann unterhalb oder neben der Inhaltsbezeichnung angebracht werden. Im ersteren Falle muss jedoch im rothen Streifen zwischen der Inhaltsbezeichnung und der Firma ein mindestens 1 Cm. breiter Raum frei bleiben, im letzteren Falle muss zwischen der Inhaltsbezeichnung und der Firma ein sechseckiger, voller Stern, dessen Durchmesser mindestens die halbe Höhe der für die Inhaltsbezeichnung verwendeten Buchstaben beträgt, in schwarzer unverwischbarer Farbe angebracht werden.
- d) Die vorerwähnten Inschriften dürfen über den Rand des rothen Streifens nicht hinausreichen, sind aber auf demselben mindestens zweimal, und zwar so anzubringen, dass sie auf zwei gegenüberliegenden Seiten des Behälters zu stehen kommen.
- e) Hat der Behälter einen Deckel, so sind die Inschriften auch auf der oberen Seite desselben, bei Fässern auch auf beiden Böden ersichtlich zu machen. Auf den bezeichneten Stellen sind die Inschriften unmittelbar, somit ohne rothen Streifen, in deutlich lesbaren, unverwischbaren schwarzen Buchstaben anzubringen.
- f) Auf den Behältern, jedoch nicht innerhalb des rothen Bandes, kann auch die Schutzmarke, das Waren- oder Fabrikszeichen des Erzeugers, sowie der Name, die Schutzmarke,

das Warenzeichen des Verkäufers angebracht werden. Es dürfen aber hiezu keine solchen Bezeichnungen verwendet werden, welche zur Täuschung über den Inhalt der Behälter oder die Beschaffenheit der Ware Anlass geben könnten (z. B. "Süssrahm-Margarine").

- g) Die an den gefüllten Behältern von mehr als 3 Kgr. Gewicht angebrachten registrirten Plomben müssen mindestens 1 Cm. im Durchmesser haben und deutlich erkennbar sein.
- h) Die im gewerbsmässigen Kleinhandel oder Einzelverkaufe von Margarine und Margarinkäse zu vervendenden Papierumhüllungen müssen in der Mitte mit einem mindestens 2 Cm. breiten, geradlinigen, rothen Streifen versehen sein, der die am weitesten voneinander entfernten Ränder ohne Unterbrechung verbindet.
- i) Der gewerbsmässige Kleinhandel oder Einzelverkauf von Oleomargarin, Margarinschmalz und Kunstspeisefett darf nur entweder unmittelbar aus den vom Erzeuger in den Handel gebrachten Originalbehältern oder aus Vorrathsgefässen erfolgen; letztere müssen jedoch in der den Bestimmungen unter lit. a bis e, beziehungsweise f entsprechenden Weise bezeichnet sein.
- k) Soll Margarine oder Margarinkäse im Gross- oder im Kleinverkehr in regelmässigen Stücken verkauft oder feilgeboten werden, so müssen diese von Würfelform sein. Auch muss

den Würfeln die Inschrift "Margarine", "Margarinkäse" eingepresst sein.

Artikel IV. (Zu § 11 des Gesetzes.) Ueber die erzeugten Mengen, die Vorräthe und die Ablieferungen von Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz und Margarinkäse, die für den Export oder zur Weiterverarbeitung in inländischen Margarinfabriken hergestellt wurden, sind von den Erzeugern besondere Aufschreibungen zu führen, in welche den Aufsichtsorganen Einsicht zu gewähren ist.

Artikel V. Hinsichtlich jener der Milchbutter oder dem Butterschmalze oder dem Schweinefette ähnlichen Erzeugnisse, welche ohne Verwendung von Milchfett, beziehungsweise von Schweinefett hergestellt werden, ferner hinsichtlich jener dem Oleomargarin ähnlichen Fettgemenge, welche durch Vermischung von thierischen oder pflanzlichen festen oder halbweichen Fetten (z. B. Talg, Premier jus, Oleomargarin, Cottonstearin u. dgl.) miteinander oder mit fetten Oelen hergestellt werden, finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 25. October 1901, R. G. Bl. Nr. 26, und dieser Verordnung sinngemässe Anwendung.

Unverfälschte Fette bestimmter Thier- und Pflanzenarten dürfen nur in der ihrer wirklichen Beschaffenheit entsprechenden Bezeichnung in Verkehr gebracht werden.

Artikel VI. Diese Verordnung tritt drei Monate nach dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. (31.) Jänner Nr. 28 wurde die Stadt Batum für pestverseucht erklärt und angeordnet, dass gegenüber Herkünften aus diesem Hafen die mit den Verordnungen vom 2. und 25. November Nr. 472 und 491 (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 513 und 571) verfügten Maassnahmen Anwendung zu finden haben; gleichzeitig wurde die Stadt Smyrna und der Golf von Smyrna für pestfrei erklärt und die Verordnung vom 5. (18.) Jänner Nr. 5 (siehe S. 59 d. Bl.) ausser Kraft gesetzt.

Italien. Laut Seesanitätsverordnung vom 3. Februar, Nr. 2, ist der Hafen von Niutschang als pestverseucht anzusehen, und sind gegenüber Herkünften aus dem Golfe von Liautung zwischen Niutschang und Schanhai-Kwan die vorgeschriebenen Maassnahmen in Anwendung zu bringen.

Rumänien. Die Quarantaine gegenüber Herkünften aus Smyrna (siehe S. 35 d. Bl.) wurde durch eine ärztliche Visite ersetzt; der Hafen von Constantza ist für diese Herkünfte wieder geöffnet und die Wareneinfuhr aus Smyrna gestattet.

Gegenüber Herkünften aus Batum wurde eine fünftägige, im Hafen von Sulina zu absolvirende Quarantaine angeordnet; die Einfuhr der im Cap. II, Titel IV des Reglements der Venediger Convention angeführten Waren aus diesem Hafen ist verboten.

Türkei. In Bagdad sind in der Woche vom 4. bis 10. Februar 4 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Pest ermittelt worden.

Instruction zur Ratten vertilgung auf Schiffen. Die vom Obersten Sanitätsconseil in Constantinopel ausgearbeitete Instruction für die Rattenvertilgung auf Schiffen hat die grossherrliche Genehmigung erhalten. Gemäss dieser Instruction haben sich alle aus pestverseuchten Gebieten eintreffenden Schiffe während der Absolvirung der Quarantaine im Lazarethe der Rattenvertilgung zu unterziehen. Schiffe aus verseuchten Häfen, die mit einem Certificate versehen sind, welches bestätigt, dass auf denselben seit ihrer Abfahrt aus dem verseuchten Hafen die Rattenvertilgung vorgenommen wurde, dürfen nach ihrer Zulassung zum freien Verkehre in den Hafen einfahren, ohne jedoch an den Quais anzulegen. Schiffe, welche aus einem seuchenfreien ottomanischen oder fremden Hafen kommen und mit einem Certificate versehen sind, aus welchem hervorgeht, dass die Tilgung der Ratten vor nicht mehr als 40 Tagen vorgenommen wurde, dürfen an den Quais landen. Schiffe derselben Herkunft, welche zwar mit keinem Certificate versehen sind, jedoch nachweislich seit 4 Monaten in keinem verdächtigen Hafen verkehrt haben, können gleichfalls an den Quais anlegen. Alle übrigen haben im Hafen oder auf Rhede vor Anker zu gehen. Die an den Quais liegenden Schiffe dürfen sich nur auf 2, höchstens auf 1 Meter der Quaimauer nähern. Sie haben die Landungsbrücken und die Schiffsleitern während der Nacht einzuziehen und die Schiffstaue mit geeigneten Vorrichtungen zur Abwehr der Ratten zu versehen. Die im Hafen oder auf der Rhede weilenden Schiffe haben an ihren Tauen gleichfalls ähnliche Vorrichtungen anzubringen. Barken und Lichterschiffe dürfen in der Nacht nur während der Zeit des Ein- und Ausladens an dem Schiffe befestigt bleiben. An den Quais gelandete Schiffe, welche nach einem ottomanischen Hafen bestimmt sind, haben sich nach Beendigung der Arbeiten in ein Lazareth zur Vornahme der Desinfection und Rattenvertilgung zu begeben, soferne ihr Certificat über die Rattenvertilgung nach obigen Bestimmungen die Giltigkeitsdauer verloren hat; letztere Verfügung bleibt solange in Kraft, als Constantinopel als pestverseucht anzusehen ist. Schiffe aus unverseuchten Häfen können sich in ein beliebiges Lazareth des Reiches begeben und dort die erwähnte Desinfection vornehmen lassen. Diese ist daselbst ohne Verzug und in kürzester Zeit auszuführen. Die Kosten der Desinfection hat der Schiffseigenthümer, beziehungsweise Schiffscapitän zu tragen. Die Capitäne. Aerzte und Officiere der Schiffe sind verpflichtet, der Sanitätsbehörde alle Auskünfte zu geben, welche von ihnen über die Anwesenheit von Ratten an Bord des Schiffes gefordert werden.

Diese Verfügungen treten gegenüber Herkünften aus dem Mittelländischen Meere einen Monat nach ihrer Verlautbarung (am 14. März l. J.), gegenüber allen übrigen Herkünften nach zwei Monaten (am 14. April) in Kraft.

Nach der dieser Instruction angeschlossenen Vorschrift ist die Rattenvertilgung durch Räucherung mit schwefeliger Säure, welche durch Anzünden von Stangenschwefel und Holzkohle in dem Verhältnisse von 1:2 erzeugt wird, vorzunehmen. Für jeden Cubikmeter Schiffsraum werden 10 Gr. Schwefel und 20 Gr. Kohle gefordert. Anstatt der schwefeligen Säure können auch andere asphyxirende Gase verwendet werden. Als solches wird insbesondere das sogenannte "Pictolin", ein in eisernen Ballons in flüssigem Zustande verwahrtes Gasgemenge, empfohlen. Nach Durchführung der Rattenvertilgung sind die Kielräume, das Zwischendeck und die Vorrathsräume unter Anwendung grosser Wassermengen zu reinigen, die Wände dieser Räume mit einer Lösung, bestehend aus je 15 Kgr. Carbolsäure, Soda und Seife auf 150 Liter Wasser, gründlich zu waschen. Die übrigen Räume (Cabinen, Aborte etc.) sind mittelst Zerstäubers mit einer 4° 100 Sublimatlösung zu desinficiren.

Aegypten. In der Woche vom 29. Jänner bis 5. Februar wurden in Tantah 10, in Abussir 2, ferner in Kafrenan (bei Ziftah) 2 und in Komelnur, District Mitgamr, 1 neuer Pestfall constatirt.

Britisch-Indien. In Bombay sind in den 2 aufeinander folgenden Wochen vom 1. bis 14. Jänner 1. J. 271, 316 Erkrankungen und 214, 253 Todesfälle an Pest vorgekommen; in Calcutta wurden in den 4 Wochen vom 15. December 1901 bis 11. Jänner 1. J. nacheinander 15, 28, 33, 40 Erkrankungen und 15, 28, 22, 36 Todesfälle, in Kurachee in den 3 Wochen vom 21. December 1901 bis 10. Jänner 1. J. 59, 33, 24 Pestfälle verzeichnet.

Philippinen (siehe S. 60 d. Bl.). In Manila wurden im Monate December v. J. vereinzelte Pestfälle beobachtet.

Capcolonie. In der Woche vom 12. bis 18. Jänner ist in Mosselbay eine neue Pesterkrankung vorgekommen.

Brasilien. In Rio de Janeiro wurden in der Woche vom 7. bis 13. Jänner 15 neue Erkrankungen und 8 Todesfälle constatirt.

Die Föderalregierung hat mit Decret vom 24. December v. J. die gegenüber Herkünften aus Glasgow und den übrigen Häfen Schottlands angeordnete Quarantaine ausser Kraft gesetzt.

Blattern. In London herrschen seit Monaten Blattern in grosser Verbreitung. In letzter Zeit wurden in den Krankenhäusern allein wöchentlich 200-500 Erkrankungen und 30-40 Todesfälle ausgewiesen.

In Paris sind den Krankenanstalten in den letzten Wochen bis zu 33 Blatternerkrankungen zugewachsen.

In Nizza und Umgebung hat diese Krankheit eine epidemische Verbreitung angenommen. Es wurden daselbst während des Monates Jänner l. J. 284 Erkrankungen und 90 Todesfälle, gegenüber 150 Erkrankungen und 27 Todesfällen im Monate December v. J. beobachtet. In der Zeit vom 1. bis 8. Februar sind in der genannten Stadt 92 Personen an Blattern erkrankt und 25 gestorben. Die Erkrankungen treten zumeist unter der italienischen Arbeiterbevölkerung auf. Kürzlich sind auch in der an der Riviera gelegenen Stadt Villefranche in einem Hause 5 Blatternerkrankungen vorgefallen.

Auch in Italien herrschen Blattern in einzelnen Provinzen, namentlich in Unteritalien, in grösserer Verbreitung. In Neapel besteht seit mehreren Monaten eine ausgebreitete Blatternepidemie. In Genua, woselbst im Vorjahre mehrere Hundert Blatternfälle beobachtet wurden, kommen gegenwärtig solche Erkrankungen nur vereinzelt vor.

Auf Malta wurden kürzlich gleichfalls zwei Blatternfälle beobachtet. In Rio de Janeiro (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 544) sind im Monate November 214 und im December v. J. 172 Blatterntodesfälle ausgewiesen worden.

Vermischte Nachrichten.

Aerztliche Stellen im Dienste des internationalen Sanitäts- und Quarantaine-Conseils in Alexandrien. Der internationale Sanitäts- und Quarantaine-Conseil in Alexandrien hat im "Bulletin quarantenaire" vom 30. Jänner 1902, Nr. 91, nachstehende ärztliche Stellen ausgeschrieben:

1. Die Stelle eines Arztes für den Ueberwachungs- und Desinfectionsdienst in Suez und bei den Mosesquellen, mit welcher ein Jahresgehalt von 8000 Francs, der sich auf 12.000 Francs erhöhen kann, verbunden ist. Gesuchen um diese Stelle sind die Copie des Doctordiplomes, Zeugnisse über praktische Studien in der Bakteriologie und über Specialkenntnisse in der Epidemiologie, ein Gesundheitszeugnis und eine verbindliche Erklärung beizuschliessen, dass der Candidat sich verpflichtet, die Stelle im Laufe des auf die officielle Verständigung von seiner Ernennung folgenden Monates anzutreten.

2. Die Stelle einer Aerztin im Amte von Suez, mit einem Monatsgehalte von 26-38575, 1000 egyptischen Pfunden. Erforderlich ist die Vorlage einer Copie des Doctordiplomes, eines Gesund-

heitszeugnisses und der sub 1 erwähnten verbindlichen Erklärung.

3. Zwei Directorstellen II. Classe bei den Aemtern in Kosseir und Suakim mit Monatsgehalten von 22-28 egyptischen Pfunden. Den Gesuchen ist die Copie des Doctordiplomes, ein Zeugnis über absolvirte Studien in der Bakteriologie und Epidemiologie, ein Gesundheitszeugnis sowie die sub 1 erwähnte verbindliche Erklärung beizuschliessen.

Die Bewerber für sämmtliche vier ausgeschriebenen Stellen haben auch ihre Sprachen-kenntnisse anzugeben, und die Competenzgesuche bis 30. Märzl. J. an den Präsidenten des internationalen Sanitats- und Quarantaine-Conseils in Alexandrien zu richten. Eine Zurücklegung der eventuell erlangten Stellen kann erst nach einer dreimonatlichen Kündigung erfolgen.

Ueber die Wirksamkeit des Lustig'schen Pestheilserums. Eine amtliche Zusammenstellung der Berichte über die seit dem Jahre 1897 bei Anwendung des Lustigschen Pestheilserums in Bombay gemachten Erfahrungen ist vor Kurzem erschienen. Aus dem in dieser Zusammenstellung enthaltenen Berichte G. Polverini's, des Assistenten Professor Lustig's, welchem im Verein mit Galeotti die Durchführung der therapeutischen Versuche mit dem Lustig schen Serum in Bombay übertragen war, sind folgende interessante Daten zu ent-

Das Serum wird von Pferden gewonnen, die mit einem aus den Bacillenleibern dargestellten Nucleoproteid immunisirt werden. Heilversuche mit diesem Serum waren zunächst an Mäusen, Ratten, Meerschweinchen und Affen angestellt worden und hatten ein aufmunterndes Resultat ergeben. Beim Menschen wurden die Injectionen gewöhnlich unter die Haut des Armes gemacht, seltener (bei moribunden Patienten) in die Armvene, endlich zuweilen in den Bubo, ohne in letzteren Fällen von besseren Resultaten begleitet zu sein. Locale Infiltrate nach der Injection wurden bei aseptischer Einspritzung nicht beobachtet; in einzelnen Fällen trat Urticaria auf.

Für die Anwendung des Serums gelten folgende Bestimmungen: Das Serum wird in Fläschchen zu 20 Cbcm. ohne weiteren Zusatz eines Antisepticums abgegeben. Die Anwesenheit von Coagulis oder Blut im Serum ist kein Hindernis für die Anwendung desselben. Bei Erwachsenen werden gewöhnlich 60—80 Cbcm. auf einmal injicirt, bei Kindern unter 12 Jahren die Hälfte, bei Säuglingen 10 Cbcm.

Die Serumbehandlung muss so frühzeitig als nur irgend möglich vorgenommen werden. Die Injectionen sollen womöglich immer des Morgens verabfolgt werden. Die Menge des injicirten Serums hängt von der Höhe des Fiebers ab. 6-8 Injectionen in der oben angegebenen Quantität, in 24 stündigen Intervallen verabfolgt, genügen in der Regel zur Heilung eines Erwachsenen. Unterstützt wird die Heilung noch durch ein allgemein roborirendes Regime, wie es auch bei anderen Infectionskrankheiten üblich ist. Der klinisch ersichtliche Effect nach Anwendung des Heilserums besteht im Temperaturabfall, Zunahme des Blutdruckes, Schwinden der nervösen Symptome, Verminderung der Grösse und schmerzhaften Spaunung der Bubonen und in rascherer Resorption derselben.

Contraindicationen für den Gebrauch des Serums existiren nicht. Gegen die Mischinfectionen mit Coccen, die im Verlaufe der Pest zuweilen auftreten, ist das Serum wirkungslos. Ungünstig für die Anwendungsweise des Serums sind auch Mischinfectionen mit Rückfallfieber und Malaria.

Bei Pestpneumonie wurde niemals ein Heilerfolg beobachtet. Bezüglich der Heilungsstatistik seien im Folgenden einige Zahlen angeführt: Im Jahre 1897 wurden probeweise 30 Fälle mit dem aus Italien bezogenen Serum behandelt, wobei 24 Heilungen erzielt wurden. (Allerdings handelte es sich hier um Soldaten und Mohamedaner, weitaus widerstandsfähigere Organismen als es die Eingeborenen sind.) Von den 475 Fällen, die nach der Ankunft der beiden Assistenten Lustig's in Bombay theils mit aus Italien bezogenem, theils mit in Bombay erzeugtem Serum behandelt wurden, genasen 187 (39 36%).

Während der gleichen Periode wurden im Arthur Road-Hospital 1190 Patienten ohne Serum behandelt, von welchen 233 (19.57%) geheilt wurden, desgleichen im Maratha-Hospital 3378 Patienten mit 646 (19.12%) Heilungen, endlich im Modikana-Hospital 1384 Patienten, von welchen 295 (21.31%) genesen sind. In Bombay wurden während dieser Periode 24.752 Pestfälle mit 21.193 Todesfällen gezählt, was einer Heilungsrate von 14.37% entspricht. Von 32 mit Serum behandelten Privatpatienten aus dem Mittelstande genasen 13.

Die durchschnittliche Heilungsrate von etwa 39% bildet jedoch nach der Anschauung Polverini's keineswegs den höchsten Effect, den man von dieser Serumbehandlung zu erwarten hat, da es einerseits gelingen kann, in Zukunft bei geeigneter Darstellung ein viel wirksameres Serum herzustellen, anderseits die ganze Therapie noch im Versuchstadium sich befindet, zumal man über die Dosis, die Art der Anwendung, die Wirkung unter verschiedenen Bedingungen noch nicht genügende Erfahrungen sammeln konnte. Zu berücksichtigen ist ferner, dass viele Patienten erst im sterbenden Zustande ins Spital gebracht werden, bei welchen sich naturgemäss die Serumbehandlung als ohnmächtig erweist. Aus statistischen Zusammenstellungen der behandelten Fälle nach verschiedenen Gesichtspunkten ergab sich, dass die Zahl der Todesfälle, 48 Stunden nach Einlieferung der Patienten in das Spital, während der Serumperiode geringer als vorher war, dass endlich eine höhere Heilungsziffer in jenem Spitale vorhanden war, wo Serum angewendet wurde, als in den übrigen, wo ein sonst ganz gleichartiger Patientenstand vorhanden war. Auch wurde die Beobachtung gemacht, dass die Sera verschiedener Pferde verschiedene Wirksamkeit aufweisen.

Verfasser gelangt somit zu dem Schlusse, dass wiewohl die Lustig'sche Behandlungsweise der Pest das Experimentalstadium noch nicht verlassen habe, schon jetzt behauptet werden könne, dass man in ihr ein werthvolles Mittel zur Bekämpfung der Pest habe.

⁷erantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern. und DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wies
L Rothenthurmetrasse 16.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12'-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 27. Februar 1902.

Mr. 9.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Kundmachung des niederösterreichischen Landesausschusses, betreffend die Unterbringung verkrüppelter Kinder auf Rechnung des niederösterreichischen Landesfondes; Erlass der bukowinaer Landesregierung, betreffend Verhütung der Verunglückung von Kindern durch Verbrennung oder Verbrühung. — Rechtsprechung. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 20. Februar 1902 abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten nach Mittheilungen über den Stand der Pest und Blattern im Auslande folgende Berathungsgegenstände zur Verhandlung.

1. Besetzungsvorschläge für je eine erledigte Landes-Veterinärre ferentenund Veterinärinspectorsstelle. (Referent: O. S. R. Prof. Dr. Polansky

im Einvernehmen mit Ministerialrath B. Sperk.)

2. Gutachten zum Recurse einer Stadtgemeinde gegen die Nichtgenehmigung der für den Bau des städtischen Schlachthauses gewidmeten Grundparcelle. (Referent: a. o. Mitglied des O. S. R. Ministerialrath Dr. J. Daimer.)

3. Gutachten, betreffend die Eignung eines Leitfadens über »Erste Hilfe- zur gelegentlichen Verwendung beim Schulunterrichte. (Referent: O. S. R.

Hofrath Prof. Dr. Gussenbauer.)

4. Gutächtliche Aeusserung zum Recurse einer Zuckerfabrik und eines Brauhauses, betreffend die Ableitung der Fabrikswässer in die Elbe. (Refe-

rent: O. S. R. Generalstabsarzt Dr. Kratschmer.)

5. Gutachten über die Eignung bestimmter Wandtafeln, betreffend die Anatomie des menschlichen Körpers und die Erste Hilfe bei Unglücksfällen«, zum Unterrichtsgebrauche an Volks- und Bürgerschulen. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Weichselbaum.)

6. Initiativantrag des O. S. R. Prof. Dr. Ritter v. Jaksch, betreffend die Vermehrung der Hebammenschulen in Oesterreich, insbesondere in

Böhmen.

Zur Vorberathung über diese Angelegenheit wurde ein Specialcomité eingesetzt.

Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900.

Vom k. k. Polizei-Chefarzte Regierungsrath Dr. Andreas Witlačil.

I. Der polizeiärztliche Status.

Mit 1. Juli 1900 ist die Aufbesserung des Ranges und der Bezüge der Polizeiärzte in der Art in Wirksamkeit getreten, dass der Chefarzt in die VII. Rangsclasse
versetzt wurde und von den neu systemisirten Polizei-Oberbezirksarztesstellen der
VIII. Rangsclasse 2 besetzt wurden; ferner rückten hiedurch und durch die Vermehrung der Bezirksarztesstellen der IX. Rangsclasse in dieselbe aus der X. 3 Polizeibezirksärzte vor; in die X. Rangsclasse, aus welcher ein Polizeibezirksarzt in den
Ruhestand getreten ist, wurden zwei mit 1200 K adjutirte Polizei-Assistenzärzte
versetzt; in den Bezug des höheren Adjutums von 1200 K gelangten 3 adjutirte
Assistenzärzte und in den Bezug des Adjutums jährlicher 1000 K 3 bisher nicht
adjutirte Assistenzärzte.

Die weiteren Vorrückungen werden sich auf die 4 folgenden Jahre 1901—1904 vertheilen; im Jahre 1904 wird der Stand der Polizeiärzte completirt sein und bestehen aus einem Chefarzte (VII), 6 Oberbezirksärzten (VIII), 18 Bezirksärzten in der IX. und 6 in der X. Rangsclasse, 9 mit 1200 und 8 mit 1000 K adjutirten,

endlich 2 nicht adjutirten Assistenzärzten.

II. Der chefärztliche Dienst.

Der Chefarzt ist nicht nur der Chef der Polizeiärzte, sondern zugleich der Sanitätsreferent der Polizeidirection und als solcher der Vorstand des Sanitätsdepartements desselben und ferner der Chefarzt der k. k. Sicherheitswache.

Als Chef der Polizeiärzte hat er die disciplinäre und fachmännische Leitung des Corps und die Ueberwachung des polizeiärztlichen Dienstes, welche Obliegenheiten durch persönliche Nachschau, die Einsichtnahme in ihre Berichte und Gutachten, die Abhaltung der monatlichen Versammlungen und den persönlichen Verkehr in seinem Bureau in der Polizeidirection erfüllt werden.

Die periodischen Berichte der Polizeiärzte bestehen in den monatlichen ziffermässigen, mit den nothwendigen Erläuterungen versehenen Berichten über ihre Amtshandlungen, ferner in den wöchentlichen ziffermässigen Ausweisen über die Untersuchung der ihnen zugewiesenen Prostituirten mit namentlicher Angabe der Zugewachsenen und Abgegangenen und den speciellen Daten über die in ein Spital Abgegebenen, endlich in den Jahresberichten über die Wahrnehmungen über die hygienischen Verhältnisse ihres Bezirkes und über im Prostituirten-Untersuchungsdienste gemachte Erfahrungen. Die Monatsberichte werden vierteljährig, die Jahresberichte aber als Beilage des chefärztlichen Jahresberichtes der Statthalterei und von dieser dem Ministerium des Innern vorgelegt. Jede Monatsversammlung ist doppelt, an einem geraden und ungeraden Tage, damit die dienstfreien Polizeiärzte theilnehmen können.

Das Sanitätsdepartement der Polizeidirection ist der Section für administrative Polizei zugetheilt und untersteht also dem Chef dieser Section, in Bezug auf die ihm unmittelbar vom Präsidium zugewiesenen Agenden aber direct dem Polizeipräsidium. Dem Chefarzte als Vorstand dieses Departements ist ein Assistenzarzt zugetheilt.

Die Zahl der Geschäftsstücke des Sanitätsdepartements betrug im Berichtsjahre 2275; das Departement bekommt nicht nur den Sanitätsdienst und die Sanitätsverwaltung betreffende Acten zugetheilt, sondern erhält auch von den übrigen Departements zahlreiche Actenstücke zur Einsichtnahme und gutächtlichen Aeusserung, besonders viele vom Centralinspectorate und Oekonomiereferate der Sicherheitswache.

Dem Chefarzte obliegen überdies die Untersuchungen der Staatsbeamten der VI., VII. und VIII. Rangsclasse in Bezug auf Krankheit, Urlaubsbedürftigkeit und Versetzung in den dauernden Ruhestand. Die Zahl dieser Untersuchungen und der über dieselben ausgestellten Gutachten betrug im Jahre 1900 92. Die diesfälligen Ansuchen der Amtsvorstände der betreffenden Beamten, zu denen auch die Professoren der Mittelschulen gehören, gelangen theils im Dienstwege der Polizeidirection, theils im kurzen Wege an den Chefarzt, und erfolgt die Erledigung auf demselben Wege.

Der Inspectionsdienst des Chefarztes, über welchen in einem eigenen Abschnitte berichtet wird, erstreckt sich auf die sanitäre Revision aller Commissariate, Sicherheitswachkasernen und Wachzimmer, Ueberwachung des ärztlichen Inspectionsdienstes in den Theatern, Vergnügungs-Etablissements und Schaustellungen im ganzen Polizeirayon und nimmt daher sehr viel Zeit und Mühe in Anspruch.

III. Der polizeiärztliche Dienst in den Bezirken.

Ueber denselben geben die Summarberichte Aufschluss, von welchen der eine die polizeiärztlichen Amtshandlungen nach Monaten, der andere nach den Polizeibezirken darstellt und die Thätigkeit jedes einzelnen Polizeiarztes ziffermässig ersichtlich macht. Die Monatsummarien werden aus den von den Aerzten monatlich zu liefernden ziffermässigen und nominativen Ausweisen vom Stellvertreter des Chefarztes zusammengestellt, in den Monatsversammlungen vorgewiesen und eventuell besprochen, hienach aber im Wege der k. k. Statthalterei dem k. k. Ministerium des Innern vierteljährig vorgelegt; die Jahressummarien wurden von dem dem Chefarzte zugetheilten Polizei-Assistenzarzte zusammengestellt.

Die Gesammtzahl der ausgewiesenen Amtshandlungen beträgt ohne Hinzurechnung der periodischen Untersuchungen der in Evidenz stehenden Prostituirten 92434. Darunter waren 1522 polizeiliche Leichenbeschauen — die obligatorische Todtenbeschau obliegt den städtischen Aerzten — gegen das Vorjahr um 113 mehr.

Die Veranlassung war in 406 Fällen Selbstmord, die grösste Zahl im Juli (45) und November (41) und im Polizeibezirke Brigittenau (38); ferner 135 mal Tod durch Zufall, am meisten im April (19) und im Bezirke Favoriten (34), durch fremde Gewalt 114 mal, am häufigsten im Juli (17) und in Ottakring (24); am häufigsten war die Veranlassung Unbekanntheit der Todesursache (724 mal). In 231 Fällen wurde die gerichtliche Obduction beantragt, über welche die Staatsanwaltschaft entscheidet, in 838 die sanitätspolizeiliche, deren Vornahme der magistratischen Commission zusteht, in 453 lautete der polizeiärztliche Antrag auf Beerdigung ohne Obduction.

Strafgerichtliche Untersuchungen haben die Polizeiärzte 11210 vorgenommen, und zwar bei 338 schwer und 818 leicht Verletzten, bei 419 war der Grad noch nicht bestimmbar, bei 1932 war keine Verletzung vorhanden. Die meisten schweren Verletzungen kamen der Zeit nach im Juli und dem Orte nach im Bezirke Leopoldstadt vor (38, beziehungsweise 44). Wegen geschlechtlicher Delicte wurden 332 Untersuchungen vorgenommen, und zwar 238 wegen Nothzucht und Schändung (33 im Juni, 28 im Polizeibezirke Schmelz), wegen Unzucht wider die Natur 43, wegen Fruchtabtreibung und Kindesmord 51.

Nicht strafgerichtliche Verletzungen waren 408 mal Gegenstand der polizeiärztlichen Untersuchung; von diesen waren 66 schwer, 302 leicht, 40 unbestimmbaren Grades.

Anderweitige polizeiärztliche Untersuchungen wurden 7666 vorgenommen, davon 4242 zur Constatirung der Eignung für die Aufnahme in verschiedene Wohl-

thätigkeitsanstalten (Spital, Versorgung, Kinderasyl, Findelhaus, Besserungsanstalt, Werkhaus 1691), der Erwerbsfähigkeit (361) und der Arrestfähigkeit (555).

Beschuldigte und Arrestanten wurden 59711 polizeiärztlich auf ihren Gesundheitszustand untersucht, und wurden 382 Männer und 529 Frauen venerisch, 67 Männer. 4 Frauen trachomkrank befunden.

Die Untersuchung beschlagnahmter gesundheitsschädlicher Stoffe erfolgte nur 9 mal durch Polizeiärzte, da sie den städtischen Organen obliegt.

Im Rettungsdienste waren die Polizeiärzte 2535 mal thätig; die erste Hilfeleistung

erfolgt in der Regel durch die Sicherheitswache und die Rettungsgesellschaften.

Untersuchungen des Geisteszustandes wegen Abgabe in eine Anstalt (Beobachtungsstation oder Irrenanstalt) erfolgten 2964, die meisten im Juli und December (272 und 270) und im Bezirke Alsergrund (260), wo sich diese Anstalten befinden, Leopoldstadt (258 darunter zahlreiche Zugereiste) und Ottakring (253, viele Alkoholiker). Betrunkene wurden 865 auf ihre Zurechnungsfähigkeit untersucht, die meisten (90) im November (vom >Heurigen <) und in der Leopoldstadt (108); 315 wurden auf Zurechnungsfähigkeit einer strafbaren Handlung untersucht.

Die Zahl der staatsärztlichen Untersuchungen von Staatsdienern, Witwen und Waisen von solchen, von Lehrern und Schülern an Staatsanstalten erreichte die

Höhe von 4073.

Sanitätsgebrechen wurden 14 constatirt, bei Infectionskrankheiten intervenirten Polizeiärzte 20 mal; beide Gestionen fallen in die Competenz der städtischen Aerzte.

Von wüthenden Hunden Gebissene wurden 12 untersucht und die Certificate zur Behandlung nach Pasteur in der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung ausgestellt, von nicht wuthkranken Hunden Gebissene 380, die meisten im Juli (61) und im Bezirke Meidling (42), von Hunden, deren Gesundheitszustand unbekannt blieb, 256.

IV. Der polizeiärztliche Dienst im Polizei-Gefangenhause.

Von den 27609 Personen, welche im Berichtsjahre im Gefangenhause untergebracht wurden, sind 128, somit 0:46 Percent in die Spitäler abgegeben worden, davon 45 = 35:15 Percent mit venerischen Erkrankungen, und zwar 28 Frauenspersonen, von denen 25 der geheimen Prostitution ergeben waren, 3 als Prostituirte in Evidenz standen.

Die Geringfügigkeit dieser Erkrankungsziffer erklärt sich daraus, dass die dem Gefangenhause von den Commissariaten Eingelieferten auf den letzteren vor der Abgabe polizeiärztlich zu untersuchen sind, und die im Gefangenhause constatirten Erkrankungen entweder erst daselbst aufgetreten sind, oder wenn sie bestanden haben, der Untersuchung entgangen sind.

Gefängniskrankheiten (Scorbut, Flecktyphus u. s. w.) kommen trotz der unhygienischen Verhältnisse des Gefangenhauses in neuerer Zeit nicht mehr vor, Dank der meist kurzen Aufenthaltsdauer und der sorgfältigen sanitären Ueberwachung. Die Zahl der passageren Bewohner dieses Hauses wächst von Jahr zu Jahr; im Vorjahre betrug sie 25780, im Berichtsjahre 27609.

Für den Dienst sämmtlicher Polizeiärzte ist die Instruction vom 30. September 1892, Z. 21621, publicirt im L. G. und V. Bl. Nr. 65 ex 1892, maassgebend. Das als Einleitung derselben vorangestellte Organisationsstatut ist durch die Neusystemisirung des polizeiärztlichen Status vom 17. September 1899 ausser Kraft getreten, die Bestimmungen der Instruction selbst haben keine Aenderung erfahren. Jedem Bezirks-Commissariate sind 2 Polizeiärzte zugetheilt, welche ohne Rücksicht auf ihren Rang im 24 stündigen Permanenzdienste wechseln, dreimal am Tage des Dienstes zur Untersuchung der Arrestanten und zu der sonstigen Amtshandlung am Commissariate erscheinen, in der übrigen Zeit stets zu finden sein müssen, um jedem Rufe Folge zu leisten; an den dienstfreien Tagen untersuchen sie die ihnen zur

wöchentlich zweimaligen Untersuchung zugewiesenen, in Evidenz stehenden Prostituirten, müssen aber, wenn die Noth es erfordert, ebenfalls auf Ruf erscheinen und haben sich gegenseitig zu suppliren; dass der Dienst in den verschiedenen Bezirken, je nach deren Einwohnerzahl und Ausdehnung, die Polizeiärzte verschieden in Anspruch nimmt, liegt auf der Hand; immer aber bleibt er ein beschwerlicher und sehr verantwortlicher. In der Regel haben sie in ihrem Amtsbezirke zu wohnen.

Ihre Weisungen in Dienstesangelegenheiten erhalten sie durch den Amtsvorstand des Commissariates oder seinen Stellvertreter, eventuell den diensthabenden Beamten. Der dienst- und rangjüngere ist in Bezug auf den Dienst dem älteren untergeordnet; in fachlicher Beziehung unterstehen alle Polizeiärzte dem Chefarzte, dem auch die

Aufsicht über ihren Dienst obliegt.

Erfordernis für die Anstellung ist das Doctorat der gesammten Heilkunde, der mindestens einjährige Dienst in einem öffentlichen Krankenhause als Assistenzarzt, und zwar mindestens drei Monate auf einer chirurgischen und drei auf einer Abtheilung oder Klinik für Syphilis und Hautkrankheiten, endlich die mit Erfolg abgelegte Prüfung zur Erlangung einer Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden.

Die Bestimmungen der genannten Instruction gelten, soweit die anderartigen Verhältnisse des Polizei-Gefangenhauses keine Abweichung bedingen, auch für die

beiden demselben zugetheilten Aerzte.

V. Prostitution.

A. Bericht über die in Evidenz stehenden Prostituirten.

Die Gesammtzahl der im Jahre 1900 in sittenpolizeilicher Evidenz gestandenen Prostituirten betrug 2547. Der Vergleich mit früheren Jahren ergibt:

im	Jahre	1894				2792	im	Jahre	1898				2533
>	>	1895				2375	>	•	1899				2322
>	>	1896				2446	>	•	1900				2547
•	>	1897				2380							

Am letzten December 1900 standen 1780 Prostituirte in Evidenz, deren Ver-

theilung in den einzelnen Polizeibezirken eine sehr ungleiche war.

Wie immer waren die meisten in den Bezirken Stadt, Leopoldstadt, Alsergrund, zu welchen Dank der Thätigkeit eines neuen Referenten in diesem Jahre noch Landstrasse kam'; aus letzteren Umstande ersieht man allein schon, dass die nachfolgend ausgewiesenen Zahlen nicht die im Bezirke vorhandenen, sondern nur die in Evidenz stehenden Prostituirten angeben, wie denn auch die Zahl der am Schlusse des Berichtsjahres in Evidenz gestandenen in einem grellen Missverhältnisse zur Einwohnerzahl steht.

	Innere Stadt					XIII. Hietzing —	-
II.	Leopoldstadt				311	XIV. Rudolfsheim 45	Ó
						XV. Schmelz 16	
IV.	Wieden				94	XVI. Ottakring 85)
						XVII. Hernals	
						XVIII. Währing 40	
VII.	Neubau				144	XIX. Döbling —	-
						XX. Brigittenau 24	
						XXI. Prater	
						XXII. Floridsdorf —	
	Simmering .						
	Meidling .)

Alter derselben:

15	Jahre	ali	t.				29	Jahre	alt			67	43	Jahre	alt.			16
16	>	>				15	30	>	>			98	45	>	> .			6
17	>	»				29	31	30	×			57	46	»	,			7
18	>	>				66	32	•	>			55	47	>	٠.			1
19	»	>				90	33	*	*			38	48	*	y .			5
20	>>	*				110	34	»	>>			41	49	>	٠.			5
21	•	>				110	35	>	,			44	51	>	,			7
22	>>	•				143	36	*	>			30	55	>	.			3
23	>	>				107	37	>	*			23	56	>	,			1
24	>	>				128	3 8	»	>			17	57	»	,			2
25	>	,				112	39	»	*			20	59	>	> .			1
26	»	*				96	40	>	»			15						
27	•	>				90	41	>				21		Zus	amm	en	1	780
28	>	>	•	٠		87	4 2	>	,	•	•	17	1					

Die Jüngsten waren im Alter im Alter von 16 Jahren (15), die Aelteste zählte 59! Die Meisten (710) waren zwischen 20 und 25 Jahren, beziehungsweise im Alter von 22 Jahren 143, unter 20 Jahren waren 200, zwischen 20 und 30 Jahren 1148, über 30—40 Jahren waren 340, über 40—50 Jahren 78, über 55—59 Jahren 14.

Stand.

									30 Perc												ent
	Νe	u e	i n	ge	e t r	r e t	ene	329	. Von	d	en	selb	en	w	aren:						
15	Jahre	ali	t .				2	23	Jahre	alt					20 i	31	Jahre	alt			1
									>												
									>												
									7												
									•												
									. >								>	*			1
21									>												
22	>	*			•	•	35	30	>>	>		•			2						

Die zwei Jüngsten waren 15 Jahre alt, die Aelteste 42, die Meisten (276) waren zwischen 17 und 24 Jahre, darunter 52 mit 18 Jahren; unter 20 Jahren waren 146, über 20 bis 29 Jahre inclusive 131, über 30-42 Jahre waren 7.

Frühere Beschäftigung: Dienstmädehen 197, Verkäuferinnen und Cassierinnen 46. Handarbeiterinnen 38, Fabriksarbeiterinnen 19, Beschäftigungslose 17, Modelle 7, Friseurinnen 2, Gouvernante 1, Postmanipulantin 1, Bückergehilfensgattin 1.

Venerische Erkrankungen der Prostituirten in Evidenz.

Die Zahl der im Berichtsjahre wegen venerischer Krankheitsformen in ein Spital abgegebenen Prostituirten beträgt 739, das ist 29 Percent der in Evidenz gestandenen Prostituirten, und zwar:

	Tripper						
	weichem Schanker						
•	Tripper und Schanker zugleich	. 35)	allen drei zugleich .			19
٠	Synhilis	241					

Eigentliche Syphilis (primäre und allgemeine) kam also bei 343 Prostituirten vor. Die 739 im Verlaufe des Jahres erkrankten Prostituirten gaben zu 2686 Spitalsabgaben Anlass, was darauf zurückzuführen ist, dass eine grosse Zahl derselben wiederholt erkrankt ist. - Wiederholte Erkrankungen kamen vor.

An	Trippe	r:															
bei 19 P	ersonen					2mal	bei	3	Personen		•						4mal
	*					3 »	*	1	Person.	•				•	•		5 »
An	weiche	m Sc	han	kе	r:												
bei 25 P	ersonen					2mal	bei	1	Person								5mal
· 8	>					3 •	•	1	•		٠.					•	10 •
An	An Syphilis: bei 40 Personen 2 mal bei 2 Personen 6 mal																
bei 40 P	bei 40 Personen 2 mal bei 2 Personen 6 mal 22 > 9 >																
, 22	>					3 ×	•	2	•								9 ,
· 16	>					4 »	•	1	Person								10 >
, 2	>					5 ×											
Ve	reiterung	der	Leis	ten	drüs	en kam	30m	ıal	vor.						•		
Ur	gewöhr	liche	er S	itz	de	Erkra	n k ı	ınş	gen:								
Weiches	Ungewöhnlicher Sitz der Erkrankungen: Sklerose an der Vaginalportion . 6 mal Sklerose oberhalb Clitoris 1 mal Weiches Geschwür an der Vaginalportion																
An	derarti	ge E	kra	an k	ung	gen betr	afén	:									

Krätze (18), Herpes tonsurans (6), Gesichtsrose (1), Phlegmone (1), Brustdrüsenentzündung (1), Abscess am After (1), Folliculäre Halsentzündung (6), Phosphorvergiftung in selbstmörderischer Absicht (6), Fallsucht (1), Progressive Lähmung nach Lues vor 15 Jahren) (1), Alkoholismus (Beobachtungsstation) (1), Acuter Gelenksrheumatismus (1), Bronchopneumonie (1, gestorben), Lungenblutung (1), Lungentuberculose (5, hievon 3 gestorben), Lungen- und Rippenfellentzündung (3, hievon 2 gestorben), Rippenfellentzündung (5), Gallensteine (1), Katarrhalische Gelbsucht (1), Bauchfellentzündung (3, hievon 2 gestorben).

Von den wegen liederlichen Lebenswandels Untersuchten litten an: Tripper 307,

weichem Geschwür 67, Syphilis 202.

Schwangerschaft.

Schwanger wurden 40 Prostituirte in Evidenz = $16^{\circ}/_{00}$, von denen 15 = 35.7 Percent ein reifes, lebendes Kind gebaren. Von diesen Personen standen im Alter von:

18 Ja	hren			1	23	Jahren			1	30	Jahren			1
19	•			2	24	»			1	32	>			1
20	,			1	25	»			2	34	»			3
22	>			1	28	»	_	_	1					

Eine gebar im VIII. Monate ein lebendes Kind.

Unbekannt blieb der Ausgang bei 9, weil sie entweder das Gesundheitsbuch zurücklegten, oder zur Zeit des Berichtsschlusses noch schwanger waren.

Eine 27jährige war zum 7. Male schwanger, darunter hatte sie einmal Zwillinge; eine Prostituirte, welche als solche 3 lebende Kinder hatte, wurde zum 4. Male schwanger.

Abortirt haben 16 = 40 Percent der Geschwängerten, und zwar im: 3. Mondmonate 6 5. Mondmonate 3 7. Mondmonate 1 4.
Diese waren im Alter von:
16 Jahren 1 24 Jahren 2 27 Jahren 1 20 2 25 3 31 1 22 4 26 2
Verspäteter Spitalseintritt wurde bestraft bei 21 Prostituirten, und zwar betrug die Verspätung 17mal 1 Tag, 1mal 2 Tage, 1mal 19 Tage.
Dauer der Spitalsbehandlung.
Tripper von 2 Tagen bis zu 141 Tagen (Maximum) und zwar von:
2 bis zu 14 Tagen
Weiches Geschwur von 2 bis zu 42 Tagen, und zwar von:
2 bis zu 14 Tagen
Syphilis von 2 bis zu 136 Tagen, und zwar von:
2 bis zu 14 Tagen

(Fortsetzung folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Kundmachung des niederösterreichischen Landesausschusses vom 21. November 1901, Z. 44453,

L. G. Bl. 1902 Nr. 9,

betreffend die Unterbringung verkrüppelter Kinder auf Rechnung des niederösterreichischen Landesfondes.

Der hohe niederösterreichische Landtag hat mit Sitzungsbeschluss vom 19. Juli 1901 den Landesausschuss ermächtigt, arme verkrüppelte, aber geistig gesunde, nach Niederösterreich zuständige Kinder ohne Unterschied der Confession, in den vom katholischen Waisenhilfsvereine zur Erziehung von derlei Kindern errichteten Anstalten und zwar Knaben im "Liebfrauenheim" in Wien, XIII., Trauttmansdorffgasse Nr. 15, und Mädchen im "Stephaneum" zu Biedermannsdorf gegen eine Verpflegskostenzahlung von 1 K 20 h pro Kopf und Tag unterzubringen.

Zur Aufnahme in die bezeichneten Anstalten sind Knaben und Mädchen, welche mit einem körperlichen Gebrechen behaftet sind, sich aber selbst oder mit Beihilfe fortbewegen können, im schulpflichtigen Alter geeignet.

Die Erziehung erstreckt sich bis zur Vollendung der Schulpflicht, kann aber in besonderen Fällen auch bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres fortgesetzt werden.

Diese Fürsorge für krüppelhafte Kinder bildet einen Theil der Siechenpflege des Landes. Die gestifteten Plätze werden vom niederösterreichischen Landesausschusse über Vorschlag der Armenbehörden des Landes, beziehungsweise des Magistrates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien besetzt.

Die zuständigen Armenbehörden (bezieziehungsweise die Gemeinde Wien) haben von der täglichen Verpflegsquote für die von ihnen präsentirten Kinder 70 h pro Kopf und Tag zu entrichten, während der restliche Theil der Verpflegsgebühr bei nachgewiesener Uneinbringlichkeit aus dem niederösterreichischen Siechenhausfonde bestritten werden kann.

Bewerbungsgesuche um Aufnahme verkrüppelter Kinder auf einen der vorbezeichneten Landesplätze sind bei der zuständigen Armenbehörde, beziehungsweise dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien oder beim niederösterreichischen Landesausschusse einzubringen.

Denselben sind an Beilagen anzuschliessen:

- 1. Ein von einem öffentlich angestellten Arzte (k. k. Bezirks- oder Gemeindearzte) ausgefertigtes Zeugnis über den körperlichen und Geisteszustand des aufzunehmenden Kindes, in welchem Zeugnisse gleichzeitig bescheinigt sein muss, dass seit 6 Wochen in der Familie, dem Hause und der sonstigen Umgebung des aufzunehmenden Kindes eine ansteckende Krankheit nicht wahrzunehmen gewesen ist;
- 2. die ämtliche Nachweisung der Zuständigkeit des Kindes oder seiner leiblichen Eltern (Heimatschein);
- 3. ein Altersnachweis (Taufschein- oder Geburtsschein) des aufzunehmenden Kindes;
- 4. die Zustimmung des Vaters oder des Vormundes zur Unterbringung des Kindes in die Anstalt;
- 5. den Nachweis der vollzogenen Impfung (Impfungszeugnis);
- das vorschrifsmässige Armuthszeugnis.
 Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Die gestifteten Plätze werden vom niederreichischen Landesausschusse über Vorregierung vom 28. Jänner 1902, Z. 2062,

> an sämmtliche k. k. Bezirkshauptmannschaften, betreffend Verhütung der Verunglückung von Kindern durch Verbrennung oder Verbrühung.

> In den letzten zwei Jahren sind 121 Personen, zumeist Kinder in Folge Verbrennung oder Verbrühung gewaltsam ums Leben gekommen.

Die meisten dieser Unglücksfälle ereignen sich zur Winterszeit dadurch, dass die Eltern, besonders in den Landgemeinden, die Kinder ohne Aufsicht zu Hause lassen, wo sodann die sich selbst überlassenen Kinder am Herdfeuer manipuliren und sich durch Entzünden ihrer Kleider oder anderer an das Herdfeuer gebrachten leicht brennbaren Gegenstände schwere, zumeist tödtliche Brandwunden zuziehen.

In vielen Fällen werden kleine zwei- bis vierjährige Kinder zur Winterszeit auf dem Backofen gehalten, an diesen schliesst zumeist ein gewöhnlicher sogenannter russischer Ofen an, an welchem ein kleiner offener Sparherd angebracht wird.

Auf diesem Sparherde wird Wasser in der Regel in offenen Gefässen bis zur Siedehitze gekocht.

Die kleinen auf dem Backofen befindlichen Kinder blicken neugierig über den etwas hervorstehenden russischen Ofen herunter, werden wahrscheinlich durch die aufsteigenden Dämpfe des am Sparherde siedenden Wassers betäubt, und fallen, das Gleichgewicht verlierend, kopfüber in das siedende Wasser, wobei sie sich in der Regel tödtliche Verletzungen zuziehen.

Weiters ereignen sich zahlreiche Verbrühungen von Kindern auch dadurch, dass dieselben in den engen Kochstuben gehalten werden, hier sich an den Feuerherd drängen, oft durch ungeschicktes Manipuliren mit siedendem Wasser gefüllte Gefässe zum Sturze bringen und sich hiebei tödtliche Verletzungen zuziehen.

Auch kommt es nicht selten vor, dass Kinder an mit heissem Wasser manipulirende Personen sich herandrängen und aus Unvorsichtigkeit von denselben mit siedendem Wasser übergossen werden.

Diesen Unglücksfällen liesse sich am sichersten dadurch vorbeugen, dass in Häusern, welche aus mehr als einer Ubication bestehen, kleine Kinder überhaupt nicht in der Kochstube gehalten werden.

In Häusern, welche nur aus einer Ubication bestehen, müssten die Eltern kleine Kinder sorgsamer überwachen, die Unterbringung derselben am Backofen — wenn vor diesem ein offener Sparherd angebracht ist — vermeiden, und den Kindern das Manipuliren am Feuerherde strengstens untersagen.

Durch eine verständnisvolle Beachtung dieser Maassnahmen liessen sich diese bedauernswerthen Unglücksfälle sicherlich vermeiden. Die k. k. Bezirkshauptmannschaft wird eingeladen, sämmtliche unterstehende Gemeinden und Gutsgebiete auf die häufigen Unglücksfälle der Verbrennung oder Verbrühung kleiner Kinder mit der Aufforderung aufmerksam zu machen, durch Belehrung der Bevölkerung auf die thunlichste Vermeidung dieser Unglücksfälle hinzuwirken, und sich angelegen sein zu lassen, dass, wenn schon die Unsitte des Haltens der Kinder zur Winterszeit am Backofen sich nicht beseitigen lässt, die Errichtung offener Sparherde vor russischen Oefen und vor Backöfen vermieden werde.

Auch wird es sich empfehlen, zum Zwecke der Belehrung der Bevölkerung in der angedeuteten Richtung die Schulleiter und die Ortsseelsorger zur Mithilfe einzuladen.

Rechtsprechung.

Titelführung der Zahntechniker.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 13. November 1901, Nr. 8351.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde des Josef L. P. in K. W. gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 16. Februar 1900, Z. 3588, betreffend das Verbot der Führung des Titels "russischer diplomirter Dentist", nach der am 13. November 1901 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt.

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Mit der angesochtenen Entscheidung wurde dem Beschwerdeführer die Führung des Titels "russischer diplomirter Dentist der kaiserl russischen Universität des heil. Wladimir in Kiewauf den Ankündigungstaseln seiner zahntechnischen Betriebsstätte verboten, weil dieser Titel
geeignet erscheint, das Publikum über den Umfang und das Wesen seiner Gewerbsberechtigung
irre zu führen, und weil dem Beschwerdeführer als Zahntechniker — abgesehen davon, dass
derselbe die Berechtigung zur Führung eines im Auslande erworbenen, im Inlande ungiltigen
Titels als russischer diplomirter Dentist nicht nachgewiesen hat — die Führung des Titels
Dentist hierlands überhaupt nicht gestattet ist.

Die Gesetzmässigkeit der Entscheidung wird seitens des Beschwerdeführers aus dem Grunde bestritten, weil der Beschwerdeführer auf Grund des Zeugnisses der kais. Universität in Kiew ddto. 28. November 1898 sich an dieser Universität der Prüfung zur Erlangung der Würde eines Dentisten unterzogen und von der medicinischen Facultät derselben den Titel eines Dentisten sammt den mit diesem Titel verbundenen Rechten und Vorzügen erhalten hat, somit auch zur Führung dieses Titels hierlands berechtigt erscheine.

Abgesehen nun von der Frage der Beweiskraft des diesbezüglichen vom Beschwerdeführer im Administrativverfahren producirten Zeugnisses der Universität in Kiew vom 28. November 1898, konnte seitens des Verwaltungsgerichtshofes auch bei Annahme der Richtigkeit des vom Beschwerdeführer behaupteten Inhaltes dieses Zeugnisses in der angefochtenen Entscheidung eine Gesetzeswidrigkeit nicht erblickt werden.

Unbestritten ist, dass der Beschwerdeführer auf Grund der Concession der Statthalterei in P. vom 12. October 1894, Z. 72897, lediglich zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes mit dem Standorte in den K. W. berechtigt ist.

Gemäss den Bestimmungen des § 8 der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, ist nun den auf Grund dieser Ministerialverordnung concessionirten Zahntechnikern untersagt, sich auf ihren festen Betriebsstätten, ihren Wohnungen und bei Ankündigungen einer Bezeichnung zu bedienen, welche das Publikum über den Umfang und das Wesen ihrer Gewerbsberechtigung irre zu führen geeignet ist, und gilt nach dem 2. Absatze dieses Paragraphen als eine solche unstatthafte Bezeichnung auch die als "Dentist". Nun ist es wohl richtig, dass der Beschwerdeführer sich auf seiner Betriebsstätte, beziehungsweise bei seinen Ankundigungen, nicht des Wortes "Dentist" allein, sondern in Verbindung mit den Worten "russischer diplomirter Dentist der kais. Universität des heiligen Wladimir in Kiew" bedient. Aber auch diese Bezeichnung widerstreitet der Anordnung des § 8 der citirten Ministerialverordnung.

Denn wenn einerseits zugegeben werden kann, dass der Gebrauch dieses Titels seitens des Beschwerdeführers — vorausgesetzt dessen Berechtigung zur Führung desselben — im privaten und geselligen Verkehre einem Anstande nicht unterliegen dürfte, indem derselbe bei einem solchen Gebrauche lediglich auf die Thatsache der Erlangung der Würde eines Dentisten an einer russischen Universität hinweist, so lässt sich anderseits nicht verkennen, dass, sobald dieser Titel seitens des Beschwerdeführers über diese Grenze hinaus zu Zwecken des Betriebes seines Zahntechnikergewerbes gebraucht wird, dann inhaltlich eine ganz andere Bedeutung erhält, welche mit dem Wesen und dem Umfange der Gewerbsberechtigung des Beschwerdeführers nicht im Einklange steht.

In dieser Richtung ist vor Allem zu bemerken, dass für die Lösung der hier in Rede stehenden Frage es ganz irrelevant ist, welche Bedeutung dem Worte Dentist in Russland zukommt, beziehungsweise welchen Umfang von Berechtigungen dasselbe dortlands in sich schliesst; massgebend allein ist, dass Dentist in seiner Uebersetzung "Zahnarzt" bedeutet, und in Oesterreich unter Zahnarzt eine solche Person zu verstehen ist, welche sich mit allen in das Fach der Zahnheilkunde fallenden Verrichtungen zu beschäftigen berechtigt ist.

Es ist nun gewiss, dass das Wort Dentist dadurch, dass es in Verbindung mit den Worten prassischer diplomirter Dentist" — prussisch diplomirter Dentist der kaiserlich russischen Universität des heiligen Wladimir in Kiew" gebraucht wird, noch keinesfalls der ihm hierlands zukommenden Bedeutung entkleidet wird und, vom Beschwerdeführer zu Zwecken seines Gewerbsbetriebes auch in diesem Zusammenhange gebraucht, den Anschein erweckt, dass derselbe auch die einem Zahnarzte, d. i. dem zur Ausübung der Zahnheilkunde Berechtigten vorbehaltenen Vorrichtungen auszuführen das Recht besitze.

Da nun durch den § 2 der citirten Ministerialverordnung der Umfang der Gewerbsberechtigung des Zahntechnikers genau begrenzt erscheint, und dieser gesetzlichen Bestimmung gemäss dem Zahntechniker lediglich die gewerbsmässige mechanische Herstellung von künstlichen Zähnen, von Ersatzstücken für den menschlichen Mund und von Bestandtheilen solcher Ersatzstücke, sowie die selbständige Ausführung von Abdrucknahmen und die Einfassung von Zahnersatzstücken im vollkommen gesunden menschlichen Munde gestattet, dagegen die einem Zahnarzte zustehenden Verrichtungen auszuführen dem Zahntechniker im 2. Absatze des § 2 der citirten Ministerialverordnung ausdrücklich untersagt ist, unterliegt es wohl keinem Zweifel, dass dem Gesagten zufolge auch der oberwähnte Titel, sobald er vom Beschwerdeführer zu Zwecken seines Gewerbsbetriebes gebraucht wird, geeignet erscheint, das Publikum über den Umfang und das Wesen seiner Gewerbsberechtigung als Zahntechniker irre zu führen und sich sonach als eine gemäss der Bestimmung des § 8 der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, unstatthafte Bezeichnung darstellt. Es entspricht daher das mit der angefochtenen Entscheidung erfolgte Verbot der Führung dieses Titels den obcitirten gesetzlichen Bestimmungen, und musste demgemäss die Beschwerde als unbegründet abgewiesen werden.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 30. Jänner (12. Februar), Nr. 40, wurde die Stadt Batum vom 29. Jänner (11. Februar) an für pestfrei erklärt.

Italien. Zufolge Seesanitätsverordnung Nr. 4 vom 15. Februar ist die Stadt Brisbane wieder als pestverseucht anzusehen, und hat die Verordnung Nr. 32 vom 14. December 1901 betreffend die Behandlung der Herkünfte aus der genannten Stadt wieder Anwendung zu finden (siehe S. 71 d. Bl.).



Türkei. Die gegen Herkünfte aus Batum angeordnete ärztliche Visite wurde aufgehoben; für Pilgerschiffe bleibt dieselbe vorläufig noch in Kraft.

Aegypten. In der Woche vom 6. bis 12. Februar wurden constatirt: in Komelnur 1, in Tantah 6 und in Abussir 3 neue Pestfälle. In Alexandrien ist nach einer telegraphischen Mittheilung vom 20. Februar neuerdings ein Pestfall beobachtet worden.

Britisch-Indien. In Bombay sind in der Woche vom 15. bis 21. Jänner 358 Erkrankungen und 298 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 12. bis 18. Jänner 58 Erkrankungen und 50 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden; in Kurachee wurden in der Woche vom 11. bis 17. Jänner 21 Pestfälle verzeichnet.

Hongkong. (siehe S. 22 d. Bl.) Im Monate December hat sich in der ganzen Colonie nur eine Pesterkrankung (mit tödtlichem Ausgange) ereignet.

Capcolonie. In der Woche vom 19. bis 25. Jänner ist in der Colonie kein neuer Pest-

fall vorgekommen.

Mauritius (siehe S. 8 d. Bl.). Vom 15. November 1901 bis 3. Jänner l. J. wurden 585 Pesterkrankungen, darunter 358 mit tödtlichem Ausgange, beobachtet. Vom 4. bis 10. Jänner betrug die Zahl der Erkrankungsfälle 50. Die Epidemie scheint nunmehr in Abnahme begriffen zu sein, wie dies auch in der gleichen Periode des Vorjahres der Fall gewesen ist.

Brasilien. In Rio de Janeiro wurden in der Woche vom 14. bis 20. Jänner 15 Erkrankungen und 11 Todesfälle beobachtet. Seit Wiederausbruch der Epidemie (Juli v. J.) sind insgesammt 351 Personen an Pest erkrankt und 147 gestorben.

Die Föderalregierung hat die Stadt Asuncion und die Häfen von Paraguay für pestfrei erklärt.

Vermischte Nachrichten.

Jahrbuch der Wiener k. k. Krankenanstalten für das Jahr 1899. Der VIII. Jahrgang dieses von der k. k. niederösterreichischen Statthalterei herausgegebenen Jahrbuches, welches im December I. J. erscheinen soll, wird ausser der Chronik der k. k. Krankenanstalten für das Jahr 1899, dem vollständigen Personalstande der Krankenhausbehörden, der Aerzte, Beamten, Seelsorger und Diener der k. k. Krankenanstalten und nebst der Nachweisung über die Krankenabtheilungen, sowie über deren Personal und Belegraum auch enthalten eine vollständige Krankenstatistik der Wiener k. k. Krankenanstalten und der mit ihnen in Verbindung stehenden Wiener Kinderspitäler, einen Ausweis über die Thätigkeit und Frequenz der Ambulatorien und medicinischen Institute, ein Verzeichnis der im Berichtsjahre von den Anstalteärzten veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten, ferner den Ausweis über den Vermögensstand und die Gebahrung mit dem Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds, endlich die Fortsetzung der Mittheilung die Wiener k. k. Krankenanstalten und den Dienst in denselben betreffenden Gesetze, Normalerlässe und Instructionen. Der VIII. Jahrgang wird sonach gleich den vorausgegangenen Jahrgängen dieses Jahrbuches Aerzten, Technikern, Spitalsbeamten und Behörden ein reiches Materiale bieten und als ein sehr brauchbares und werthvolles Nachschlagebuch in allen Krankenhausangelegenheiten willkommen sein. Der Subscriptionspreis des in der Verlagsbuchhandlung von Wilhelm Braumüller in Wien in einem Umfange von eirea 35 Druckbogen, Lexikonoctav, erscheinenden Werkes beträgt 6 K, mit Einband 7 K 20 h. Vom Tage des Erscheinens desselben tritt der Ladenpreis von 10 K, beziehungsweise 11 K 20 h in Kraft.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 11. Februar 1902 nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 12. bis 25. Februar l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Bitków 3, Maniawa 3, Starunia 3; Brody: Podkamien 10; Buczacz: Dobropole 6; Dabrowa: Cwikow 1; Drohobycz: Rybnik 13; Husiatyn: Przemilow 1; Jaworow: Wierzbiany 1; Kolbuszowa: Trzebos 4; Kolomea: Kulaczkowce 2; Mościska: Laszki goscincowe 14; Nadworna: Delatyn 1, Hawrylowka 1, Kamienna 4, Lojowa 8, Majdan gorny 4, Nadworna 13; Nisko: Hart nowy 6, Nisko 6; Przemysl: Medyka 1; Rawa: Hujcze 1, Magierow 9, Ulicko Seredkiewicz 7, Wroblaczyn 1, Zaborze 2; Stanislau: Dorohow 4, Kolodziejów 10: Zloczow: Podlipce 9; Zolkiew: Mosty wielkie 1.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirkearzt,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 6. März 1902.

Mr. 10.

Inhalt. Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900. (Fortsetzung.) - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlässe des Ministeriums des Innern, betreffend Berichtigung eines Druckfehlers in der Arzneitaxe für das Jahr 1902, betreffend den ersten ägyptischen medicinischen Congress in Cairo und betreffend den internationalen Congress für die Verbesserung des Loses der Blinden in Brüssel. - Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. -Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900.

Vom k. k. Polizei-Chefarzte Regierungsrath Dr. Andreas Witlačil.

(Fortsetzung.)

B. Bericht über die unter discrete Evidenz gestellten Prostituirten.

Durch die Instruction vom 1. Jänner 1900 wurden neue Normen für die Prostitutionsordnung erlassen, welche wie bisher auf dem Principe der Evidenthaltung beruhen, aber gleichzeitig durch die Zulassung von Prostitutionshäusern und die discrete Behandlung von Frauenspersonen, welche die Prostitution nur als Nebenerwerb betreiben und wie die Inwohnerinnen von Bordellen auf den Gassenstrich verzichten, die Fernhaltung der Prostituirten vom Ausgebote auf der Strasse und die sanitäre Ueberwachung eines, wenn auch geringen Bruchtheiles der bisher geheim betriebenen Prostitution erzielen. Die discreten Prostituirten recrutiren sich aus Frauenspersonen, welche als Blumenmädchen, Kellnerinnen, Verkäuferinnen u. s. w. in Vergnügungslocalitäten und Schaustellungen mit der Männerwelt verkehren, in diesem Verkehre die Zurückhaltung abgestreift haben und, obwohl ihre Unsittlichkeit der Behörde bekannt ist, doch nicht als Prostituirte in die strenge Evidenz genommen werden konnten, weil sie einen erlaubten Erwerb haben, und die Prostitution nur gelegentlich nebenher betreiben. Weiters wurde die zwangsweise Stellung in Evidenz von solchen Personen für zulässig erklärt, welche des unzüchtigen Erwerbes überwiesen, sich nicht freiwillig unter sitten- und sanitätspolizeiliche Controle stellen wollen.

Die Evidenthaltung dieser beiden Kategorien von Prostituirten und deren Zuweisung zur regelmässigen ärztlichen Untersuchung wurde dem Sanitäts-Departement zugetheilt, welches die Generalevidenz über dieselben zu führen und die Zuweisung der Untersuchungsärzte zu veranlassen hat; die Zwangsweisen sind unentgeltlich zu untersuchen.

Die zwangsweise Stellung unter polizeiliche Controle erfolgt im Erkenntniswege im Anschlusse an das wegen erwiesener geheimer Prostitution gefällte gerichtliche oder polizeiliche Straferkenntnis unter Offenhaltung des Recurses ohne aufschiebende Wirkung.

Die in discreter Behandlung stehenden Prostituirten unterwerfen sich freiwillig der regelmässigen ärztlichen Untersuchung und verzichten auf den Gassenstrich; sie wohnen nicht mit anderen Prostituirten zusammen; es kann ihnen auch gestattet werden, sich bei einem anderen, als dem Commissariate ihres Domicils zu melden, und die Geheimhaltung ihrer polizeilichen Ueberwachung zugesichert werden; von der Verpflichtung zum Besitze eines Gesundheitsbuches können sie enthoben werden; Vormerkblätter werden auch über sie geführt und ein Verpflichtungsprotokoll wird auch mit ihnen aufgenommen.

Die Gesammtzahl der im Jahre 1900 in discreter Evidenz gestandenen Prostituirten betrug 87, der Stand derselben am 31. December 44; das Alter der

letzteren war:

16	Jahre		٠.			:	2	25	Jahre	•	:					3
19	>	•					8	26	>							4
20	•						2	27	>							3
21`	•						4	29	*				٠.	•	,	1
									>							
									•							
									•							

Venerisch erkrankt sind 12 = 13 75 Percent, und zwar an Blennorrhöe 1 Person 1mal, an weichem Geschwür 3 Personen 1mal, an Syphilis 8 Personen (1 zweimal). Von Letzteren standen 7 in Spitalsbehandlung: 1 durch 9, 1 durch 14,

2 durch 15, 1 durch 18 und 2 durch 24 Tage.

Mit weichem Schanker waren in Spitalsbehandlung: 1 durch 20, 1 durch 30, 1 durch 44 Tage; mit Tripper 1 durch 69 Tage; sohin im Ganzen 282 Spitalstage.

C. Stand der venerischen Krankheiten in den Wiener k. k. Krankenanstalten.

Die Behandlung von erklärten Prostituirten in den Wiener Krankenanstalten ist aus den Entlassungszahlen des Jahrbuches dieser Anstalten wie folgt ersichtlich; es wurden aus den Wiener k. k. Krankenanstalten entlassen:

																1567
>>	•	1893						1034	>	>	1897					1549
>	>	1894						1562	>	>	1898		•			1495
د	>	1895			_	_	_	1633								

Das Ansteigen in den Jahren 1893, 1894 und 1895 steht offenbar im Zusammenhange mit der Neuorganisirung des Status und mit der neuen Instruction der Polizeiärzte, die Abnahme in den folgenden Jahren, für welche das Jahrbuch vorliegt, dürfte zum Theile das Resultat der genaueren ärztlichen Ueberwachung sein. Uebrigens sind in den vorstehenden Zahlen ausser den in Evidenz Gestellten. auch die der geheimen Prostitution Ergebenen inbegriffen, welche eruirt und als krank der Spitalsbehandlung übergeben worden sind.

Die Abgangszahlen der an venerischen Krankheiten in den Wiener Krankenanstalten Behandelten sind laut des erwähnten, bis inclusive 1898 erschienenen Jahr-

buches folgende:

im	Jahre	1892	:	2866	Männer,	1980	Frauen,	zusammen	4846
>	>	1 89 3		2768	»	2403	•	>	5171
> `	•	1894		2958	>	2901	>	5	5859
>	>	1895		2995	· »	2911	>	>	5906
2	>	1896		3069	>	3069	>	>	6165
>	>	1897		4387	>	3640	>	» .	8027
•	>	1898		3185	>	3850	*	>	7035

(und 14 Knaben, 15 Mädchen, also 29 Kinder durch Vererbung).

Das Ansteigen dieser Zahlen von 1893-1897 ist continuirlich, für den Abfall der Männer im Jahre 1898 fehlt die Erklärung.

VI. Wahrnehmungen des Chefarztes über die Prostitution.

Die Verhältnisse der Prostitution haben sich in Wien im Berichtsjahre nicht geändert. Nach wie vor ist die Zahl der Frauenspersonen, welche aus ihren Reizen Erwerb ziehen, eine sehr grosse, die sexuelle Moralität hat überhaupt nicht sichtlich zugenommen und die Eindämmung der Prostitution durch ihre Reglementirung hat keine wesentlicheren Erfolge aufzuweisen als in den früheren Jahren. Es ist auch nicht zu verwundern, dass das Verhältnis der unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Prostituirten zu den nicht reglementirten einen kaum nennenswerthen Bruchtheil ausmacht; ist auch die Zahl der Letzteren nicht ziffermässig nachweisbar, so lässt sie sich doch aus der Bevölkerungszahl und den Erscheinungen des öffentlichen Verkehres erschliessen. Während die socialen Verhältnisse die Eheschliessungen immer mehr erschweren, die Subsistenz alleinstehender Frauenspersonen immer schwieriger wird, und diese Erschwernisse auf der einen Seite, Hang zum Luxus und zur Genusssucht auf der anderen, immer mehr Mädchen der Prostitution zuführen, wächst mit dem Angebote auch der Begehr nach dieser bequemen und wenig kostspieligen Befriedigung der Wollust. Bezeichnend ist der grosse Antheil an der Prostitution, welchen die Dienstmädchen liefern; das Gebundensein durch den Dienst behagt vielen vom Lande in die Stadt gekommenen Mädchen zumeist für die Länge nicht; der von den Hausfrauen so schwer empfundene Mangel an brauchbaren Dienstmädchen ist die Folge; sie gehen lieber in die Fabriksarbeit, nach deren Schluss sie volle Freiheit haben, oder werden Handarbeiterinnen oder, wenn sie einmal der Verführung verfallen sind, Prostituirte, wohl auch abwechselnd Dienstmägde und Prostituirte.

Es ist vom Berichterstatter in den früheren Jahresberichten wiederholt ausführlich erörtert worden, dass die Prostitution, wie selbst die Geschichte des Alterthums und Mittelalters nachweist, unausrottbar ist, und alle, auch drakonische Maassregeln sich ihr gegenüber ohnmächtig erweisen, denn sie wurzelt in einem Triebe, welchem die Natur so grosse Macht gegeben hat, weil auf ihm die Erhaltung der Menschheit beruht. Ebenso ist gezeigt worden, dass die öffentliche Verwaltung, wenn sie auch ausser Stande ist sie zu beseitigen, doch die Verpflichtung hat, ihre schädliche Einwirkung auf Sitten, und Gesundheit möglichst zu verhindern, und dass in beiden Richtungen die Internirung in entsprechend überwachten Prostitutionshäusern ungleich bessere Erfolge aufzuweisen hat, als die blosse Evidenthaltung der zerstreut wohnenden Prostituirten.

Pflicht des Polizei-Chefarztes, dem die sanitäre Leitung und Ueberwachung dieses Theiles der Reglementirung obliegt, ist es, mit allem Nachdrucke auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche die den Maassregeln der Sicherheitsbehörde von allen Seiten entgegengestellten Schwierigkeiten zur Folge haben. Die Spitäler stellen es, wie früher gezeigt wurde, statistisch fest, und die Specialisten für Hautund Geschlechtskrankheiten können es bezeugen, dass diese Krankheiten in einer

den Bevölkerungszuwachs überschreitenden Zunahme begriffen sind; die Fachmänner aber wissen es und sagen es warnend der leichtlebigen Männer- und Frauenwelt hinaus, wie tief diese Krankheiten ihre Keime in die verschiedensten Organe verpflanzen, Körper und Geist frühzeitig versiechen und ihr Gift auch in die kommende Generation übertragen. Es ist unglaublich, mit welchem Leichtsinne und mit welcher Gewissenlosigkeit von beiden Seiten, besonders der männlichen gesündigt wird und wie anderseits Scheinheiligkeit, übertriebene Sentimentalität, aber auch der schmutzigste Eigennutz ihr Ohr den Warnungen vor diesem Ruin der Menschheit verschliessen. Nicht die geduldeten Bordelle sind die wahren Brutstätten der venerischen Krankheiten, und auch nicht die registrirten Freudenmädchen, sondern jene Schlupfwinkel, in welchen im Geheimen die Unzucht gepflegt wird, und jene Personen, welche unter der Maske der Anständigkeit das unzüchtige Gewerbe treiben und, obwohl sich ihrer Krankheit bewusst, es bis zu einem Grade fortführen, der bei den unter ärztlicher Controle Stehenden nie mehr anzutreffen ist.

Die berufenen Fachmänner haben sich aufgerafft, um im Vereine mit den Hütern der öffentlichen Wohlfahrt dieser im Verborgenen ihre Opfer fordernden Weltseuche Einhalt zu thun; Congresse sind zusammengetreten, Vereine wurden gebildet, die Anzeigepflicht wurde auch für diese Infectionskrankheiten verlangt, die weit gefährlicher sind, als manche anzeigepflichtige; praktische Erfolge sind aber bisher nicht erzielt worden und werden es auch nicht, solange man mit den gegenwärtigen Anschauungen nicht bricht und die Hindernisse nicht beseitigt, welche der Aufdeckung und gründlichen Heilung dieser Krankheit im Wege stehen.

Zu diesen Hindernissen gehören vor Allem der sinnlose Kampf des Abolitionismus wider die sitten- und sanitätspolizeilichen Maassnahmen gegen die Prostitution, die dadurch und durch den zu weit getriebenen Schutz der persönlichen Freiheit bedingte Halbheit dieser Maassnahmen, der Mangel an Anstalten und an Belegraum in den Spitälern für die gründliche Heilung der venerischen Kranken. Ein weiteres Hemmnis liegt auch darin, dass die Anzeigepflicht bezüglich dieser Krankheiten nicht angeordnet ist, und dass der Verheimlichung durch die bestehenden Vorschriften über den Ersatz von Curkosten Vorschub geleistet wird. Denn die Bestimmung, dass bei selbstverschuldeten Krankheiten der Dienstgeber für die Krankenkosten nicht aufzukommen hat, sondern dass diese von den Erkrankten selbst, beziehungsweise von ihren Angehörigen getragen werden müssen, hält die venerisch Kranken davon ab, für ihr Leiden in den Krankenanstalten Heilung zu suchen, und bestimmt sie, ihr Leiden zu verbergen. Gerade diese Personen mit veralteten und nicht vollständig ausgeheilten Leiden geben hauptsächlich zu weiteren Infectionen Anlass.

VII. Hygienische Berichte der Polizeiärzte in den XXII Polizeibezirken.

- 1. Stadt. Die in den früheren Berichten über die mit Verunreinigung der Luft und Belästigung der Passanten verbundene Strassenreinigung, Mist- und Kehrichtabfuhr gemachten Bemerkungen wiederholen sich auch im Berichtsjahre; auch über mangelhafte Reinigung von Standplätzen der Lohnfuhrwerke und über die Rauch- und Dampfentwicklung beim Asphaltkochen auf der Strasse wird geklagt. Mit den Umbauten vermindern sich langsam die engen Gässchen, und bessert sich Licht- und Luftzufuhr zu den Wohnungen; doch bestehen noch genug schlechte Hausbesorgerwohnungen und Winkelherbergen. Auf den unüberwachten Handel mit alten Kleidern wird neuerlich hingewiesen.
- 2. Le op old stadt. Hier wird der Canalbau in der Grosse Mohrengasse und einem Theile der Schmelzgasse erwähnt, bei welchem in der Nähe des Barmherzigenspitales ein Massengrab mit wenigstens 26 Skeleten eröffnet wurde, ob von der Türkenbelagerung oder von der Pest herrührend, erschien zweifelhaft; wahr-

scheinlich von ersterer, da auch Thierknochen in nächster Nähe aufgefunden wurden. Weder die Neupflasterung der vielen noch ungepflasterten Strassen habe erhebliche Fortschritte gemacht, noch die Ausbesserung des schadhaften Pflasters, noch auch die Strassen- und Trottoirreinigung. Wegen Wohnungsüberfüllung wurden 21 Revisionen mit 16 Beanständungen vom magistratischen Bezirksamte vorgenommen. Eine Reihe weiterer Wahrnehmung über untergeordnetere Anstände zeugt von der sorgfältigen Beachtung der hygienischen Verhältnisse in diesem Bezirke.

Das in diesem Bezirke häufige Anschwemmen 3. Landstrasse. Leichen veranlasste die Amtsarzte zu dem Antrage, dass die polizeiliche Beschau derselben nicht am unteren Uferrande, wo sie gefährlich ist, sondern in der städtischen Leichenkammer vorgenommen werde, oder wenigstens auf dem Uferwege. Sonstige Wahrnehmungen wurden nicht berichtet, nur die Klagen über die primitive

Mistabfuhr wiederholt.

4. Wieden. Es werden mit Befriedigung der Abschluss der Stadtbahnanlage und die Regulirung der Strassen, insbesondere auch der über der eingewölbten Wien constatirt, während über die vielen ungepflasterten Strassen geklagt wird und über deren schlechte Pflege. Einer Verlegung des Naschmarktes wird auch heuer wieder das Wort geredet, von dem Seefischhandel im Freien werden ungesunde Ausdünstungen in der warmen Jahreszeit besorgt.

5. Margarethen. Die Anlage der elektrischen Strassenbahnen, insbesondere der vom V. Bezirke durch den VI., VII. und VIII. führenden Rundlinie wird als ein den Bedürfnissen entsprechendes Verkehrsmittel anerkannt und die Fortsetzung durch den IV. Bezirk als nothwendig bezeichnet. Die Bauthätigkeit verliere an der angebahnten hygienischen Verbesserung durch den Fortbestand der veralteten Bauordnung, indem sie licht- und luftarme Wohnräume und durch die hohen Bauten überdies Ueberfüllung begünstige.

6. Mariahilf. Die Amtsärzte weisen eine Anzahl Commissionen aus Anlass von Betriebsbewilligungen aus, denen sie mit dem Commissariate vom magistratischen Bezirksamte beigezogen wurden, so z. B. aus Anlass der beabsichtigten Errichtung eines Ligroinlagers in der Matrosengasse, gegen welches sich wegen Gefährdung der Passanten bei einer Explosion ausgesprochen wurde, ebenso gegen religiöse Uebungen des Vereines zur Gründung einer böhmischen reformirten Gemeinde in einem Souterrain der Stumpergasse wegen sanitätswidriger Beschaffenheit des Locales und Mangels eines entsprechenden Nothausganges u. s. w.

Im Uebrigen wird die Demolirung alter Häuser mit schlecht beschaffenen

Wohnungen als Fortschritt verzeichnet.

Bei der ungemein dichten Bevölkerung und den vielen Um-7. Neubau. und Neubauten wird der Mangel von Gartenanlagen und Spielplätzen beklagt; ein einziger öffentlicher in der Kaiserstrasse und der dem Ring nahe Weghuber-Park seien alles. (Der viel von Kindern benützte Park an der früheren Westbahnlinie gebört zwar nicht dem VII. Bezirke an, liegt aber unmittelbar an seiner Peripherie und kommt ihm zu Gute.) Speciell wird die Verbauung des durch Demolirung gewonnenen freien Platzes am unteren Ende der Kirchengasse mit einem Zinshäuserblock beklagt. Ganz besonders wird über die schlechte und primitive Strassenreinigung Klage geführt, die aber in manchen anderen Bezirken schlechter ist. Die Wohnungsverhältnisse seien durch die Demolirungen für die arme Bevölkerung nicht gebessert worden, die nur aus ihren billigen Wohnungen hinaus in theure zusammengedrängt werde. Auch die Volksernährung sei durch die fort steigenden Preise sehr erschwert; die Bekämpfung des Alkoholismus sei eine vergebliche, solange nicht die Wohn- und Ernährungsverhältnisse gebessert werden.

8. Josefstadt. Dieser Bezirk wird als zu den sanitär günstigeren gehörig bezeichnet, obwohl er nur den einzigen Schönbornpark besitzt und Gartenanlagen nicht geschaffen werden (Rathhauspark nahe). Sonst die allgemeinen Beschwerden

über Aufgrabungen, schlechte Pflege und Reinigung der Strassen u. s. w. Die im Interesse der körperlichen Sicherheit nothwendigen hellen Glockensignale der elektrischen Motoren der Rundlinie werden als Belästigung der Anwohner bezeichnet, auch wird in den engen Gassen für schmalspurige Bahnen plaidirt. Die Trunksucht sei mit der Verarmung in Zunahme begriffen. Ueber das Commissariatsgebäude wird sich ungünstig ausgesprochen, desgleichen über eine dunkle Bürgerschulclasse in der Zeltgasse.

- 9. Alsergrund. Der Bericht reproducirt die alten Klagen tiber die noch immer nicht beseitigte Strassen- und Staubmisère, die Verbauung des Bezirkes unter der Herrschaft einer veralteten Bauordnung. Er bespricht ferner die thatsächlich erwiesenen Gefahren der elektrischen Oberleitung der Strassenbahnen, und wie wenig Abhilfe getroffen werde, so dass selbst die Isolirung der blanken Anhaltestangen nur bei einer geringen Anzahl Wagen bisher vorgenommen worden sei. Der communale Krankentransport sei prompt eingerichtet, trotzdem aber die Unterbringung der Kranken schwierig, woran neben anderen Umständen auch die lateinischen Diagnosen und die schlecht lesbare Schrift der Spitalanweisungen Schuld tragen, abgesehen von dem fast ständigen Platzmangel. Gegen die Aufnahme von Geisteskranken, speciell Paralytikern auf die hiefür nicht eingerichtete Poliklinik wird sich mit Recht gewendet, ebenso wie gegen den Mangel einer Permanenz im Armendepartement.
- 10. Favoriten. Wie in den früheren Jahresberichten weisen die Amtsärzte auf die Armuth des Haupttheiles der Einwohnerschaft dieses Bezirkes hin, aus welcher sie als Folgen die schlechte Ernährung, die höhere Krankheits- und Sterblichkeitsziffer gegenüber den Nachbarbezirken, die Trunksucht und die zahlreichen Excesse. Geistesstörungen und Delicte herleiten.

Von hygienischen Verbesserungen erwähnen sie die Anlage des Arthaberparkes vorerst als Rasenplatz, bemerken aber, dass die verschiedenen kleinen Squares nothwendige grössere Parkanlagen und Kinderspielplätze nicht ersetzen können. Weitere Desiderien sind eine Markthalle, Kindergärten, eine zweite Wärmestube im westlichen Bezirkstheile und noch eine Unterkunft für die vielen Obdachlosen.

11. Simmering. Die in der Tiefe gelegenen Häuser und Neubauten an den Länden« und an der Kaiser-Ebersdorferstrasse müssen mit der Canalisation auf den Ausbau des rechtseitigen Sammelcanales warten, bis zu welcher Zeit auch der Seeschlachtgraben noch seinen Gestank verbreiten wird. Die Zufahrten zum städtischen Gaswerke wurden regulirt und gepflastert, das städtische Elektricitätswerk wird auf der Simmeringerhaide gebaut.

12. Meidling. In den peripheren Bezirkstheilen, den früheren Gemeinden Altmannsdorf und Hetzendorf wurde mit der Einleitung des Hochquellenwassers be-

gonnen; statt der Canalisation wurden vorläufig Wasserrinnen gelegt.

Die Gesundheitsverhältnisse der Einwohnerschaft sind in Folge des geringen Erwerbes keine günstigen, namentlich ist Tuberculose vorwaltend beim weiblichen Geschlechte, häufig bei Kindern Hirnhauttuberculose. Das Aftermietherthum mit seinen üblen Folgen ist sehr häufig. Die Strassenregulirung ist mit Ausnahme der Schönbrunnerstrasse längs der Wien und der Stadtbahn hübsch ausgeführt.

13. Hietzing. Es werden aus diesem Bezirke zahlreiche Assanirungsarbeiten in Bezug auf Canalisation, Strassenregulirung, Verschüttung von Tümpeln u. s. w. gemeldet, und wird insbesondere die Schaffung eines neuen Bettes für den verschütteten unteren Theil des Lainzerbaches hervorgehoben, der, im Thiergarten und bis zum Kirchenplatz noch offen, jetzt als mit grossen Kosten und Mühen angelegter gedeckter Sammelcanal functionirt, an welchen sich die Hauscanäle anschliessen. Speising soll nach Herstellung der elektrischen Bahn canalisirt werden. Grosse Fortschritte hat die Wienregulirung gemacht. Die Versorgung von Fabriken durch die Wienthal-Wasserleitung ist bereits in der Durchführung begriffen.

Den Rettungsdienst besorgte fast ausschliesslich die St. Veiter freiwillige Fenerwehr.

- 14. Rudolfsheim. Dieser Polizeibezirk setzt sich aus Theilen des XIII., XIV. und XV. Gemeindebezirkes zusammen und wird von den Amtsärzten in Folge seiner höheren, den westlichen Winden ausgesetzten Lage als gesund bezeichnet. Auch hier wurde viel gebaut, die Wohnungen werden aber allzufrüh bezogen; der Bericht macht aufmerksam, dass die Wände zur Zeit der Ertheilung des Bewohnungsconsenses trocken erscheinen können, aber sobald die Bewohnung stattfindet, das Bauwasser hervortreten und seinen schädlichen Einfluss ausüben könne, was für die Nothwendigkeit der Festsetzung einer entsprechenden Frist spreche. Sehr anerkennend wird sich über den Krankentransport durch die Sanitätsstation ausgesprochen, jedoch beklagt, dass sie nicht zugleich Hilfeleistung besorgt, insbesondere bei plötzlichen Entbindungen und zur Ausnüchterung der Trunkenen, für welche der Arrest kein geeignetes Locale sei.
- 15. Schmelz. Verbauung und Zunahme der Bevölkerung machen grosse Fortschritte, nicht so die Assanation und wird insbesondere darüber Klage geführt, dass die bestehende Bauordnung das Missverhältnis zwischen hohen Häusern und engen Gassen, die kleinen Lichthöfe, zu kleine und doch theure Wohnungen, welche das Aftermietherwesen im Gefolge haben, zulässt, auf dessen demoralisirende und gesundheitsschädigende Wirkung hingewiesen wird. Ueber die Staubplage in Folge des Pflastermangels wird hier ganz besonders geklagt und für die Verlegung des Exercirplatzes eingetreten, der einer nothwendigen Parkanlage weichen sollte.

 Die Versorgung des Bezirkes mit Hochquellenwasser bedeutet einen grossen

hygienischen Fortschritt, doch fehlt meist die Leitung in alle Stockwerke und daher

auch die Spülung der Aborte.

Als Wohlfahrtseinrichtungen, denen nur Ausführung im grösseren Maassstabe zu wünschen ist, werden gerühmt: das Kaiser Franz Josef-Jubiläumshaus für Arbeiter, bestehend aus 9 Familienhäusern und zwei Häusern für Ledige, im Ganzen für 690 Bewohner, denen freie Wasche, Bibliothek mit Lesezimmern, eine Garten-anlage und ein Turnsaal zu Gebote stehen; 7 weitere Familienhäuser wurden begonnen. Auch ein Volksbad wurde errichtet.

In Bezug auf die Krankenpflege wird über den Mangel von Spitalbelag geklagt und die Verbindung des armenärztlichen und Todtenbeschaudienstes in der Richtung beanständet, dass Armenärzte von einer Beschau unmittelbar zu einer Entbindung gerufen werden können, ohne Zeit zu einer gründlichen Reinigung zu finden.

Schliesslich weisen die Amtsärzte auf zwei Fälle, in denen hilflose Greise als verkohlte Leichen in ihren Wohnungen in Folge des Umstürzens von Lampen getroffen wurden, und meinen, dass alleinstehende, hochbetagte Pfründner zwangsweise den Versorgungsanstalten zugeführt werden sollten.

- 16. Ottakring. Hier werden keine wesentlichen sanitären Veränderungen von den Amtsärzten berichtet.
- 17. Hernals. Es wird beklagt, dass die Prophylaxis gegen die Tuberculose sich bisher auf belehrende Schriften beschränke, praktische Ausführung aber fehle, sowohl in Unschädlichmachung des Auswurfes Tuberculöser, als in Beseitigung der Staubplage, obwohl die Strassenpflege rationeller geworden sei; auch der Mangel an Gärten gehöre hieher und die Ueberfüllung der Wohnungen, welcher durch Fixirung der Maximalzahl der Bewohner und Ueberwachung ihrer Einhaltung abgeholfen werden sollte. In geschlossenen Räumen sollen Spuckschalen aufgestellt, das Spucken auf den Boden soll verboten werden (ob durchführbar?), an Auswurf Leidende sollen verhalten werden, Spuckschalen bei sich zu tragen. (?)

Gegen den Alkoholmissbrauch und seine Folgen, Geisteskrankheiten und Delicte, hoffen die Berichterstatter manches von dem 1901 stattfindenden Congresse, mehr

aber von der möglichsten Einschränkung des Branntweinconsums.

Die Privatpflege der Geisteskranken liegt in Folge der Unkenntnis ihrer Behandlung sehr im Argen. Ein niederes Sanitätsdiener-Personale wäre entschieden nothwendig, auch für die Aerzte; es sollten diesfällige Lehranstalten für beide Geschlechter geschaffen werden, in denen sie Krankenpflege, Desinfection, erste Hilfeleistung, Assistenz bei Operationen, bei Leichenbeschau und Leichenöffnungen lernen.

Die Rettungsbehelfe des Commissariates wurden vervollständigt.

- 18. Währing. Die Durchführung der Hochquellenleitung und der Canalisation, die Anlagen bei der früheren Währingerlinie, ein Volksbad, eine Sanitätsstation werden als hygienische Verbesserungen bezeichnet, dagegen wird der Mangel eines communalen Permanenzdienstes noch immer beklagt, der so manche Verzögerungen zur Folge habe. Die Anzeigen sanitärer Gebrechen werden im Wege des magistratischen Bezirksamtes bei den von demselben angeordneten Localaugenscheinen unter Intervention des Commissariates zu beheben gesucht.
- 19. Döbling. Der Bericht constatirt Stagnation der Assanirung ausserhalb Ober-Döblings. Die peripheren Bezirkstheile ermangeln zumeist guten Trinkwassers, indem sie theils auf Hausbrunnen, theils (im Kahlenbergerdorf) auf Donauwasser angewiesen sind; theilweise wird ihnen Hochquellenwasser im Fass zugeführt. Auch die Unrath- und Kehrichtsbfuhr ist theilweise noch im Argen, der Kehricht aus dem IX. Bezirke wird noch immer auf die Türkenschanze geführt. Die Vervollständigung der Rettungsbehelfe ist noch vielfach zu wünschen.
- 20. Brigittenau. Die Berichterstatter führen den relativ günstigen Gesundheitszustand dieses neu abgetheilten Gemeindebezirkes auf die Demolirung alter Hütten und deren Ersatz durch Neubauten zurück, obwohl diese den sanitären Anforderungen vielfach nicht entsprechen; die Bauthätigkeit war ungemein rege. Die Aufführung eines Dammes gegen den Strom wird als Schutz gegen Hochwässer und als assanatorische Maassregel bezeichnet, dagegen über die mangelhafte Strassenpflege und sentsetzliches Staubplage geklagt. Zur Illustration der Schwierigkeit der Krankenunterbringung in den Spitälern zur Zeit des grossen Andranges und Platzmangels wird angeführt, dass die Zahl der nicht Untergebrachten an einem Tage 20 überstieg; bezeichnend ist aber, dass Kranke, die von der Polizei nicht untergebracht werden konnten, Aufnahme fanden, als sie sich einen Wagen genommen und ohne vorherige Anfrage das Spital aufgesucht hatten.

Der armenärztliche Dienst in Zwischenbrücken leidet darunter, dass der Armenarzt nicht in diesem Bezirkstheile wohnt. Die mehrfachen Hundswuthfälle werden von dem lässigen Einfangen der vielen herrenlosen Hunde hergeleitet.

21. Prater. Eine Assanirung wurde durch Verschüttung des seit vielen Jahren abgebauten, fast ganz versumpften alten Donaucanales zwischen Staatsbahnbrücke und Lusthaus erzielt. Die Canalisirung schreitet mit den Neubauten fort. Ueber letztere wird insoferne geklagt, als durch die schmalen Fenster, dunklen Gänge. bienenzellenartigen Wohnungen und geringe Ventilation die sanitären Rücksichten geschädigt werden. Ein Volksbad mangelt, besonders in Kaisermühlen.

Beim Bau des Winterhafens ergaben sich zahlreiche Verletzungen und Erkrankungen, darunter 26 an Wechselfieber, 21 an Darmkatarrh durch Trinken von Donauwasser. Aerztliche Hilfe leistete ein praktischer Arzt in Simmering, der in der Kanzlei der Unternehmung am Spitz ordinirte und bei Unfällen geholt werden musste,

- eine nicht sehr rasche Hilfe.

Die Arbeiter, deren Zahl von 150 bis 800 schwankte, wohnten theils in Baracken mit ihren Familien, theils in Erdhütten, die aber schliesslich verboten

Trotz dreier Schulhof'scher Brunnen wurde häufig das Donauwasser zum Trinken und Kochen verwendet, ebenso wie von der Bemannung der Schleppschiffe, trotz des vorhandenen Hochquellenauslaufes.

22. Floridsdorf. Diese Grossgemeinde, bestehend aus den früheren Gemeinden Floridsdorf, Donaufeld, Jedlesee und einem Theile von Gross-Jedlersdorf, gehört zum Wiener Polizeirayon, aber nicht zu Wien, sondern zur Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf.

Im Bezirkstheile Jedlesee kam eine grössere Zahl von Puerperalerkraukungen vor, darunter vier tödtliche Fälle, in welchen derselbe Arzt und dieselbe Hebamme intervenirt hatten, was eine gerichtliche Untersuchung gegen Beide zur Folge hatte. Eine Hebamme behandelte eine Frau lange Zeit an nach Abortus eingetretenen Blutungen, die an den Folgen starb; sie entging der Strafe durch Verjährung; eine zweite behandelte einen an Blenorrhöe der Augen erkrankten Säugling solange, bis er durch Irisvorfall erblindete; einer dritten wurden über zehn Fruchtabtreibungen nachgewiesen.

Eine Ueberwachung der Kinderkostparteien wäre ebenfalls dringend nothwendig. Als erfreulich wird der Bau weiterer sanitätsgemässer Arbeiterwohnungen bezeichnet, aber bedauert, dass damit nur den besser situirten Arbeitern geholfen werde,

nicht der grossen Masse der schlecht situirten.

23. Polizei-Gefangenhaus. Die Aerzte der Anstalt berichten, dass die baulichen Verhältnisse dieselben geblieben sind, und die vielfach erörterten schlechten Verhältnisse des Hauses in der Theobaldgasse einen seinem Zwecke und den hygienischen Anforderungen entsprechenden Neubau dringend nothwendig machen. Was ärztliche Ueberwachung, sorgfältige Reinhaltung, möglichste Luftzufuhr und stete aufmerksame Instandhaltung zur Erhaltung eines normalen Gesundheitszustandes bei den 27609 Individuen, welche das Haus in diesem Jahre passirt haben, ausrichten konnten, ist durch allseitiges Zusammenwirken der berufenen Organe geschehen. Es sei hoch an der Zeit.' dass die schon solange geführten Verhandlungen endlich zum Abschlusse gelangen.*) (Fortsetzung folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

vom 28. Jänner 1902, Z. 3786.

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend Berichtigung eines Drucksehlers in der Arzneitaxe für das Jahr 1902.

Auf Seite 29 (letzte Zeile) der Arzneitaxe für das Jahr 1902 ist beim Drucke derselben nach dem Worte "Semen" das Wort "Strophanti" ausgefallen.

Die k. k. wird eingeladen, sämmtliche Apotheker und die zur Führung einer Hausapotheke befugten Aerzte, beziehungsweise diesen Druckfehler behufs auf Richtigstellung desselben aufmerksam zu machen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern | Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 22. Februar 1902, Z. 6143.

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend den ersten ägyptischen medicinischen Congress in Cairo.*)

Mit Beziehung auf die h. o. Erlässe vom 12. October 1901, Z. 36132 und vom 9. November 1901, ad Z. 36132, wird der k. k. . . . mitgetheilt, dass laut Zuschrift des k. u. k. Ministeriums des Aeussern vom 11. Februar l. J. Z. 7416 11, das Executiv-Comité des Ersten ägyptischen medicinischen Congresses mit Rücksicht auf den von verschiedenen europäischen Gelehrtenkreisen geäusserten Wunsch, es möge der gedachte Congress zu einem dem Weihnachtsfeste möglichst nahen Zeitpunkte ab-

¹) Dies ist nunmehr geschehen und der Bau unmittelbar bevorstehend.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 487.

gehalten werden, beschlossen hat, die Sitzungen desselben, welche ursprünglich zwischen dem 10. und 14. December 1. J. stattfinden sollten, auf die Zeit vom 19. bis 23. desselben Monates zu verschieben.

Die k. k. wird eingeladen, hievon die interessirten ärztlichen Kreise, insbesondere den Landessanitätsrath, die Aerztekammern, die Directionen der Kranken- und Humanitätsanstalten in Kenntnis setzen zu lassen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 18. Februar 1902, Z. 3982,

an alle politischen Länderstellen,

betreffend den internationalen Congress für die Verbesserung des Loses der Blinden in Brüssel.

Das k. u. k. Ministerium des Aeussern hat mit der Note vom 27. Jänner l. J., Z. 4898/11, dem Ministerium des Innern von der durch die königl. belgische Gesandtschaft

in Wien im Namen ihrer Regierung erfolgten Einladung zur Theilnahme an dem im August l. J. in Brüssel stattfindenden internationalen Congresse für die Verbesserung des Loses der Blinden mit dem Ersuchen Mittheilung gemacht, die interessirten Fachkreise hievon zu verständigen und zu einer Betheiligung an diesem Congresse anzuregen.

Die k. k. wird dementsprechend ersucht, den dortigen Landesausschuss, sowie jene Fachkreise, Körperschaften und Vereine, welche sich für das Los der Blinden interessiren, von dem Stattfinden des in Rede stehenden Congresses in Kenntnis zu setzen und zu einer Betheiligung an demselben mit dem Beifügen einzuladen, dass laut dem Programme des Congresses hauptsächlich Fragen, die sich auf die Ursachen der Blindheit und deren Bekämpfung, auf den Unterricht und die Ausbildung der Blinden, sowie auf die Wahl des geeignetsten Berufes und Erwerbszweiges für dieselben beziehen, Gegenstand der Congressverhandlungen sein werden.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In der am 13. Jänner d. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber die seitens einer Gemeinde und mehrerer Privater eingebrachten Recurse wegen Errichtung einer Berieselungsanlage für die Abwässer eines Brauhauses.
- 2. Ueber das Project des Neubaues eines chirurgischen Pavillons und eines Prosecturgebäudes in einer Wiener k. k. Krankenanstalt.
- 3. Ueber die Erweiterung einer Privatheilanstalt für Gemüths-, Geistes-, und Nervenkranke in Wien.
- 4. Ueber ein Ansuchen um Verleihung der Concession zum Betriebe einer Leichenbestattungsunternehmung in Wien, mit Ausschluss der Bestattung der Leichen an Intectionskrankheiten Verstorbener.
- 5. Ueber den Vorschlag für die Besetzung mehrerer Primararztesstellen an den Wiener k. k. Krankenanstalten.

In der am 27. Jänner l. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber die Errichtung eines Dienstboten-Greisinnenasyles in einer Gemeinde Niederösterreichs ausserhalb Wiens durch den Verein vom blauen Kreuze.
- 2. Ueber ein Gesuch um Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe einer Privatheilanstalt für physikalische Heilmethoden.
- 3. Ueber ein Ansuchen um die Bewilligung zur Errichtung einer Kaltwasserheilanstalt nach dem Systeme Kneipp in einer Gemeinde Niederösterreichs ausserhalb Wiens.
- 4. Ueber die Gestattung der Verwendung des Wassers aus dem Wiener Donaucanale zu Eisgewinnungszwecken auf Grund der von dem Referenten des Landes-Sanitätsrathes vorgenommenen bakteriologischen Untersuchung dieses Wassers.
- 5. Ueber den Entwurf der definitiven Organisation des serotherapeutischen Institutes in Wien.

Oberösterreich. In den Sitzungen am 17. December 1901 und am 3. Jänner 1902 wurden über nachstehende Gegenstände Gutachten erstattet:

- 1. Besetzungsvorschlag für die Stelle eines k. k. Veterinärassistenten.
- 2. Abanderungen an dem Regulative für den ärztlichen und Wärterdienst im Isabellen-Kinderspitale in Linz.
 - 3. Bauproject einer Familiengruft.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Türkei. In Bagdad (siehe S. 82 d. Bl.) ist in der Zeit vom 10. bis 17. Februar keine weitere Pesterkrankung beobachtet worden. Die Quarantaine gegen Herkünfte aus dieser Stadt (S. 47 d. Bl.) wurde aufgehoben.

Aegypten. In der Woche vom 13. bis 19. Februar wurden, ausser dem bereits gemeldeten Falle in Alexandrien vom 20. Februar (siehe S. 96 d. Bl), in Tantah und Komelnur je 2 Pestfälle constatirt.

Britisch-Indien. In Bombay sind in der Woche vom 22. bis 28. Jänner 482 Erkrankungen und 347 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden; in Calcutta wurden in der Woche vom 19. bis 25. Jänner 39 Erkrankungen und 61 Todesfälle, in Kurachee in der Woche vom 19. bis 24. Jänner 47 Pestfälle constatirt.

Hongkong (siehe S. 96 d. Bl.). In Victoria wurde am 31. December 1901 und am 16. Jänner l. J. je ein Todesfall an Pest unter der chinesischen Bevölkerung ausgewiesen. Weitere Pestfälle sollen in der Woche vom 17. bis 23. Jänner sowohl in dem inneren Theile der Stadt als auch in der östlich gelegenen Vorstadt Wanhai in grösserer Zahl sich ereignet haben. Mehrere Strassen der inneren Stadt wurden vom dortigen Sanitätsrathe für pestverseucht erklärt.

Australien. In Sydney (Neu-Süd-Wales) wurde am 10. und am 14. December v. J. je ein Pestfall constatirt.

Capcolonic. In der Woche vom 26. Jänner bis 1. Februar ist in Mosselbay eine neue Erkrankung an Pest beobachtet worden.

Brasilien. In Rio de Janeiro sind in der Woche vom 21. bis 27. Jänner 10 neue Erkrankungen und 10 Todesfälle an Pest vorgekommen.

Blattern (siehe S. 83 d. Bl.). In den Blatternspitälern Londons befanden sich anfangs Februar über 1100 Blatternkranke in Behandlung. An einzelnen Tagen der ersten Februarwoche gelangten täglich bis zu 80 neue Erkrankungen zur Anzeige; in den ersten Tagen der folgenden Woche wurden hingegen nur mehr 30 bis 40 Neumeldungen verzeichnet.

In Nizza (siehe S. 83 d. Bl.) wurden in den zwei aufeinanderfolgen Wochen von 9. bis 22. Februar hintereinander 37 und 78 neue Blatternerkrankungen beobachtet. Todesfälle an Blattern sind während dieser Zeit insgesammt 47 ausgewiesen worden. Die Epidemie hat in der letzten Zeit angeblich nur in der Altstadt Fortschritte gemacht, und es soll in den neuen Stadtvierteln kein neuer Fall mehr vorgekommen sein. In Villefranche hat sich keine weitere Blatternerkrankung ereignet. Dagegen sollen in Monaco in dem dortigen Franciskanerkloster 3 Blatternfälle aufgetreten sein.

In Genua haben die Blattern in letzter Zeit eine grössere Verbreitung nicht erlangt. In Neapel und Umgebung soll die Epidemie nahezu gänzlich erloschen sein; vom 17. bis 22. Februar wurde in der genannten Stadt nur mehr ein Todesfall an dieser Krankheit ausgewiesen. In Palermo ist eine grössere Anzahl von Blatternerkrankungen, namentlich unter der ärmeren Bevölkerung der Stadt vorgekommen; die Lethalität betrug daselbst ungefähr 10 Percent; in allen Schulen der Stadt wurde die Wiederimpfung der Schulkinder durchgeführt, und auch eine grosse Anzahl Erwachsener wurde der Wiederimpfung unterzogen.



Vermischte Nachrichten.

Errichtung von Leichenkammern auf confessionellen Friedhöfen. Seitens der Statthalterei in P. war die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft in R., mit welcher erkannt worden war, dass auf dem katholischen Friedhofe in M. eine Leichenkammer zu errichten und der bezügliche Aufwand nach Maassgabe der für Kirchenbauten giltigen Vorschriften zu bestreiten sei, aufgehoben worden, weil sowohl nach dem Hofkanzleidecrete vom 13. April 1845, Z. 12427, P. G. S. XXVII, S. 427, als auch nach dem Reichs-Sanitätsgesetze vom Jahre 1870 die Leichenkammern als sanitätspolizeiliche Anstalten anzusehen und als solche von den Gemeinden zu errichten sind, und von dieser Regel nur durch einen speciellen Privatvertrag oder durch ein Uebereinkommen eine Ausnahme zu Stande kommen könne, was im vorliegenden Falle nicht zutreffe. Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat dem seitens der betheiligten Gemeinden gegen diese Entscheidung gerichteten Recurse mit dem Erlasse vom 28. September 1901, Z. 28365, keine Folge gegeben.

Böhmen. Neue Privatheilanstalt für Augenkranke. Die k. k. Statthalterei in Prag hat mit dem Erlasse vom 22. December 1901, Z. 220221, dem Med. univ. Dr. Leopold Stein in Borohrådek die Bewilligung zur Errichtung einer Privatheilanstalt für Augenkranke in dem in Borohrådek neuerbauten Hause Nr. 240 ertheilt.

Instruction des Wartepersonales der öffentlichen Krankenanstalten über die Pflege Geisteskranker. Anlässlich der Verleihung des Oeffentlichkeitsrechtes an eine neu errichtete Krankenanstalt hat das Ministerium des Innern darauf aufmerksam gemacht, dass in jeder öffentlichen Krankenanstalt schon mit Rücksicht auf das allfällige Auftreten von Geistesstörungen bei körperlich kranken Pfleglingen Wartepersonen zur Verfügung stehen sollen, welche zur Pflege von Geisteskranken nach ärztlicher Weisung verwendbar sind, und die Landesbehörde angewiesen, dass dieser Forderung auch in der neuen öffentlichen Krankenanstalt durch entsprechende ärztliche Instruirung des bestellten Wartepersonales Rechnung getragen werde. (Erlass des Ministeriums des Innern vom 19. Jänner 1902, Z. 232.)

Mittheilung der Krankheitsdiagnose an Krankencassen und Krankenunterstützungsvereine. Ueber die von einer Landesbehörde gestellte Anfrage, ob den Krankencassen, Unterstützungsvereinen und ähnlichen Corporationen mit Rücksicht auf den § 498 St. G., die Diagnose der Krankheit ihrer Mitglieder seitens der Krankenhausverwaltungen auch in dem Falle bekannt gegeben werden dürfe, wenn das betreffende Mitglied wegen einer venerischen oder syphilitischen Krankheit in der Spitalsbehandlung gestanden ist, hat das Ministerium des Innern mit dem Erlasse vom 7. November 1901, Z. 41134, eröffnet, dass die im Gesetze vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, bezeichneten Krankencassen behufs Erfüllung der ihnen zustehenden Verwaltungsaufgaben und behufs Ausübung der ihnen zukommenden Dispositionsrechte Mittheilungen über die Art der Krankheit verlangen können, und dass daher kein Anstand dagegen bestehen könne, dass die Verwaltungen öffentlicher Krankenhäuser im Falle der Verpflegung eines Mitgliedes der Krankencasse die Diagnose über Begehren mittheilen. Auch anderen Krankenversicherungs- oder Krankenunterstützungsvereinen werden solche Diagnosen über Verlangen insoweit mitgetheilt werden können, als der Verein an einer solchen Mittheilung ein nach gewiesenes rechtliches Interesse hat, z. B. mit Rücksicht auf die gegen ihn erhobenen, von der Art der Krankheit abhängigen Ansprüche. In allen diesen Fällen haben sich aber die Cassen und Vereine zu verpflichten, betreffs Mittheilungen über Krankheiten, deren allgemeine Bekanntgebe die Betroffenen zu schädigen vermöchte, das Geheimnis zu bewahren.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 11. Februar 1902 nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 26. Februar bis 5. März l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Zuraki 6; Brody: Podkamien 3; Buczacz: Dobropole 2; Drohobycz: Boryslaw 1, Rybnik 1; Nadworna: Lojowa 3, Nadworna 6, Ostawy biale 3; Rawa: Hujcze 6; Rohatyn: Ruzdwiany 4; Stanislau: Kolodziejów 5; Tarnopol: Zarudzie 2, Obarzanie 5; Trembola: Jozefowka ad Loszniow 4; Zloczow: Podlipce 5.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheimt jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganziährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 13, März 1902

Nr. 11.

Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900. (Fortsetzung) - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass der Statthalterei in Böhmen, betreffend sanitäre Vorkehrungen in Wallfahrtsorten; Erlass der steiermärkischen Statthalterei, betreffend Zuziehung der Amtsärzte zu den Verhandlungen über die Errichtung gewerblicher und industrieller Aulagen. — Rechtsprechung. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900.

Vom k. k. Polizei-Chefarzte Regierungsrath Dr. Andreas Witlačil.

(Fortsetzung.)

VIII. Inspectionsbericht des Chefarztes.

Polizeidirection.

Die grosse Raumbeschränktheit, an welcher die Centrale der Wiener Polizeidirection leidet, ist zugleich ein sanitärer Nachtheil für die in ihr Bediensteten und für das hier verkehrende Publicum, wozu die leichte, für ein Hotel berechnete Bauart kommt. Die Lage ist überdies für das ebenfalls hier untergebrachte Commissariat des Bezirkes der Inneren Stadt zu excentrisch. Das Centralmeldungsamt ist ungeachtet aller sanitären Verbesserungen nichts weniger als den hygienischen Grundsätzen entsprechend, insbesondere für die darin Beschäftigten.

Bezirks-Polizeicommissariate und Unterkünfte der Sicherheitswache.

Für die Bezirkscommissariate Landstrasse, Alsergrund, Prater und Floridsdorf sind eigene Neubauten ausgeführt worden mit voller Berücksichtigung der hygienischen Grundsätze und der dienstlichen Anforderungen, aber auch der ästhetischen Rücksichten; sie sind sämmtliche in Verbindung mit grossen schönen, ebenfalls bygienisch entsprechenden Kasernen der Sicherheitswache. Eine eigene Kaserne für die Sicherheitswache wurde ferner auch im IX. Bezirke, Müllnergasse, errichtet. Damit wurden sehr wesentliche hygienische Fortschritte angebahnt, und es steht zu hoffen, dass in diesem Sinne weiter fortgefahren wird.

In eigenen Häusern sind ausser dem im Directionsgebäude befindlichen Stadtcommissariate ferner untergebracht die Commissariate Margarethen (Eigenthum des Unter-



stützungsinstitutes), Josefstadt, Ottakring, Währing; in gemietheten Häusern die Commissariate Leopoldstadt, Wieden, Mariahilf, Neubau, Favoriten, Simmering, Meidling, Hietzing, Rudolfsheim, Schmelz, Hernals, Döbling und Brigittenau; von den gemietheten Häusern gehören jene in Mariahilf, Wieden, Favoriten, Hietzing, Schmelz, Hernals, Döbling und Brigittenau Privaten, die anderen der Gemeinde Wien, und zwar sind es theils noch in Verwendung stehende Gemeindehäuser, in welchen die magistratischen Bezirksämter untergebracht sind. Die Commissariate Leopoldstadt, Schmelz und Brigittenau bedürfen dringend der Uebersiedlung in sanitär geeignetere Häuser; für letzteres Commissariat ist bereits ein Neubau beantragt. Favoriten und Hernals sind neuestens in Neubauten eingemiethet, welche hinreichenden Raum und günstige hygienische Verhältnisse haben, die übrigen Commissariate lassen zwar in sanitärer Beziehung manches zu wünschen übrig, entsprechen aber im allgemeinen, besonders Hietzing, Meidling, Rudolfsheim, Ottakring und Döbling, abgesehen von der Raumbeschränktheit einzelner, in sanitärer Beziehung.

Die ausserhalb der genannten Neubauten in den Commissariatsbezirken befindlichen Kasernen der Sicherheitswache, darunter die Trappelkaserne in der Igelgasse im IV. Bezirke, welche durch Adaptirungen ausserordentlich gewonnen hat, die in der Rinnböckgasse in Simmering, Paulinengasse in Weinhaus (schön und gesund gelegen), sowie die Kasernlocalitäten in den Commissariatsgebäuden selbst sind durchaus den gesundheitlichen Anforderungen entsprechend; nur jene in der Reinhartsgasse zu Ottakring ist nicht blos überfüllt, sondern auch vom Eigenthümer nicht gut ge-

halten.

Sehr schön sind die Wachlocalitäten in den in Folge der Vororteeinbeziehung neu erbauten Linienämtern. Ueberhaupt ist man sowohl von Seite der Polizeidirection, als der Chefs der Sicherheitswache bemüht, die sanitären Verhältnisse der Ubicationen der Wache theils durch Auflassung ungesunder Localitäten, theils durch Adaptirungen möglichst zu verbessern, und es wurden bereits sehr günstige Resultate mit bedeutenden Opfern erzielt. Es ist dies umso anerkennenswerther, wenn man erwägt, wie ungünstig die Wachzimmer und Kasernlocalitäten bisher zumeist in Folge Raummangels, ganz besonders für Bereitschaften, in Folge ungenügender Lichtund Luftzufuhr, Mangels an Ventilation, schlechter Aborte und anderer Gebrechen waren. Der Strassendienst setzt die Mannschaft einen grossen Theil des Tages mit dem geringen Schutze, welchen die Kleidung bieten kann, allen Unbilden der Witterung aus; wie nothwendig ist es da, dass der Mann, welcher vom Strassendienste einrückt, eine Unterkunft findet, in welcher er sich nicht neuen Schädlichkeiten aussetzen muss! Der Verbesserung der Unterkünfte ist es vorzugsweise zu danken, dass der Gesundheitszustand der Sicherheitswache ein relativ günstiger ist.

Rettungsdienst.

Da in Folge des zwischen der Polizeidirection und der Commune Wien getroffenen Uebereinkommens die sämmtlichen Sicherheitswachzimmer von ersterer als Rettungsanstalten zur Verfügung gestellt sind, und die Mannschaft mittelst der von der Gemeinde beigestellten Rettungsbehelfe die erste Hilfe zu leisten hat, so ist der Polizei-Chefarzt instructionsmässig zur Leitung und Ueberwachung dieses Rettungsdienstes verpflichtet. Es obliegt ihm daher ausser der sanitären Revision der gesammten Unterkünfte der Wache zugleich die Constatirung des Zustandes der Rettungsanstalten und der betreffenden Thätigkeit der Wachorgane. Letztere hat im Berichtsjahre, obschon die Behelfe vielfach mangelhaft sind, gegenüber den Anforderungen, welche man an die erste Hilfe zu stellen berechtigt ist, ein durchwegs befriedigendes Resultat ergeben, und sind die Remunerationen, welche die Gemeinde der Mannschaft hiefür spendet, wohl verdient.

Die Ausrüstung der Rettungsanstalten in den Sicherheitswachzimmern steht keineswegs auf der Höhe der heutigen Anforderungen an den Rettungsdienst; wenn es sich auch nur um die erste Hilfe handelt, so sollte diese doch sich nicht auf die nothdürftigste Bereitmachung zum Spitaltransporte beschränken, sondern auch den Forderungen der Asepsis und Antisepsis Rechnung tragen, und sollten selbst von jenen Wachzimmern, wo der Rettungsdienst wenig in Anspruch genommen wird, die kleinen alten Kästchen mit ihrem geradezu lächerlich dürftigen Inhalte bereits verschwunden und durch die neuen Typen ersetzt sein.

Ein eigener organisirter städtischer Rettungsdienst wird nur bei besonders grossen Feierlichkeiten, welche grosse Menschenmassen in Bewegung setzen, eingeleitet. Ausser der Wiener freiwilligen Rettungsgesellschaft betheiligen sich in einigen äusseren Bezirken auch die mit den einbezogenen Vorortegemeinden übernommenen freiwilligen Feuerwehren und das Wiener freiwillige Rettungscorps am Rettungs-

werke.

Die Zahl der Hilfeleistungen seitens der Sicherheitswache beläuft sich im Jahre 1900 auf 7755, wobei zu bemerken ist, dass auf manchen Wachzimmern nur die wichtigeren Fälle in das Hilfeleistungsprotokoll eingetragen werden.

Wo die freiwillige Rettungsgesellschaft eingreift, bringt sie alles Nothwendige mit, und ihre Organe besitzen eine Schulung, die nichts zu wünschen übrig lässt, und die auch ein Theil der Wachmannschaft geniesst, nachdem sie nach der Aufnahme

zunächst vom Chefarzte im Rettungsdienste unterrichtet worden ist.

Dass die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft sich an dem Rettungswerke in hervorragendster Weise betheiligt, liegt in ihren Mitteln und dem Vertrauen der Bevölkerung, welche oft genug von einem Unfalle die Rettungsgesellschaft früher verständigt als die Polizei; dem Wiener freiwilligen Rettungscorps sind seine parallelen Bestrebungen bisher in geringem Umfange gelungen; die freiwilligen Feuerwehren einiger früherer Vororte betheiligen sich ebenfalls eifrig am Rettungswerke; die Polizeiärzte endlich haben ausser ihrer amtlichen Intervention bei Unfallen auch die ärztliche Hilfe zu leisten, welcher Verpflichtung sie stets nachkommen.

Die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft weist in ihrem Jahresberichte

1900 aus:

1704 Requisitionen durch Polizeicommissariate, 1421 Requisitionen durch polizeiliche Functionäre, 578 Requisitionen durch Wachzimmer, zusammen 3703 polizeiliche

Requisitionen und 15378 Krankentransporte.

Die Hilfeleistungen der Gesellschaftsfunctionäre betrafen: 4729 Fälle von Verletzungen, 472 plötzliche Erkrankungen, 329 epileptische Anfälle, 134 Ohnmachten, 140 Schlaganfälle, 12 Hitzschläge, 183 Blutungen in Körperhöhlen, 15 Fälle von Genuss schädlicher Nahrung, 127 Fälle von Alkoholismus, 24 Fälle von Erstickungsgefahr, 128 Fälle von Ertrinkungsgefahr, 50 Fälle von Einathmung giftiger Gase, 164 Vergiftungen, 3 Fälle von Erfrierensgefahr, 307 Fälle von Geburtswehen.

IX. Der chefärztliche Dienst bei der k. k. Sicherheitswache.

Im Jahre 1900 fanden 55 Assentirungen zur Sicherheitswache und zum Polizei-Agenteninstitute statt, wobei für erstere insgesammt 1500 Competenten der körperlichen Untersuchung unterzogen wurden.

Von diesen 1500 Mann wurden tauglich befunden 622 Mann = 41.53%, un-

tauglich 878 Mann = $58.47^{\circ}/_{0}$.

Behufs Uebersetzung in das Definitivum wurden 201 Mann und aus anderen

Anlässen behufs Pensionirung etc. 110 Mann chefärztlich untersucht.

Der Rettungsunterricht fand im Laufe des Jahres 8mal, und zwar jedesmal an zwei Vormittagen theoretisch und praktisch statt, und wurde insgesammt von 173 Sicherheitswachschülern frequentirt.

Ausserdem wurden 300 in Gruppen von je 150 Mann durch je 18 Tage zum Samaritercurse der Wiener freiwilligen Rettungsgesellschaft zugelassen.

X. Die Gesundheitsverhältnisse der Sicherheitswache.

Nach dem Jahresberichte des leitenden Arztes des Unterstützungsinstitutes der Sicherheitswache Dr. Orel, k. u. k. Oberstabsarzt d. R., für das Jahr 1900 hatte das Unterstützungsinstitut mit Ende December 1900 4329 Mitglieder gegen 4054 des Jahres 1899; darunter 3534 vom activen- und 795 vom Pensionsstande. Unter den Mitgliedern des activen Standes waren 44 Beamte, 3124 Sicherheitswachorgane und 366 Polizeiagenten.

Mitglieder des Pensions-Zuschussfondes der k. k. Sicherheitswache waren 3529 vom Activstande, darunter 40 Beamte, 3124 Sicherheitswachorgane und 365 Polizeiagenten; dann 779 Pensionisten (Männer), 319 Witwen und 7 Waisengruppen.

Die Zahl der männlichen Mitglieder des Pensions-Zuschussfondes betrug 4308,

somit um 21 weniger, als die der Mitglieder des Unterstützungsinstitutes.

Von den activen Sicherheitswachorganen waren in den Kasernen und eigenen Wohnungen während der einzelnen Monate im Durchschnitte täglich krank:

				im	Jahre 1900 von 3124	im Jahre 1899 von 3019
im	Monate	Jänner .			$166 \ (5.3^{\circ}/_{0})$	$180 \ (5.3^{\circ}/_{0})$
>	*	Februar .			$182 (5.8^{\circ}/_{0})$	$232 (7.6^{\circ}/_{\circ})$
*	•	März			$202 (6.5^{\circ})$	$211 (6.9^{\circ}/_{\circ})$
>	>	April			$166 \ (5.3^{\circ}/_{0})$	177 $(5.8^{\circ}/_{0})$
*	»	Mai			138 $(4.4^{\circ}/_{0})$	$159 \ (5.2^{\circ}/_{\circ})$
>	•	Juni			$131 \ (4 \cdot 2^{0}/_{0})$	$180 \ (5.9^{\circ}/_{0})$
>	>	Juli			$127 (4.1^{\circ})$	147 $(4.8^{\circ}/_{0})$
,,	*	August .			$120 \ (3.8^{\circ}/_{0})$	$153 \ (5.1^{\circ}/_{\circ})$
*	>				124 $(4.0^{\circ}/_{\circ})$	121 (4.0%)
,	>	October .			$132 \ (4.2^{\circ}/_{0})$	$118 (3.9^{\circ})$
*	•	November			131 $(4.2^{6}/_{0})$	$125 \ (4.1^{\circ}/_{0})$
>	•				$142 (4.5^{\circ})$	150 (4.9%)

Wird der Stand der Sicherheitswache im Jahre 1900 jenem vom Jahre 1899 entgegengehalten, so ergibt sich, dass dieser Stand im Jahre 1900 um 105 grösser war, und vergleicht man die in den einzelnen Monaten durchschnittlichen Erkrankungszahlen und deren Percentualverhältnisse vom Jahre 1900 mit jenen vom Jahre 1899, so kommt man zu dem Resultate, dass der Gesundheitszustand der activen Mannschaft der k. k. Sicherheitswache im Jahre 1900 wesentlich günstiger war als im Jahre 1899.

Der Krankenstand nahm vom Monate Jänner bis Ende März zu, im April nahm er bis zu der Erkrankungszahl des Monats Jänner ab und blieb dann in steter Abnahme bis Ende August, worauf er im September wieder zu steigen begann und in den Wintermonaten in steigender Höhe geblieben ist.

Sämmtliche dieser Kranken standen im Jahre 1900 durch 53486 Krankentage in ärztlicher Behandlung seitens der Abtheilungsärzte und erhielten während der ganzen Krankheitsdauer zum Zwecke ihrer Heilung alle als nothwendig erkannten Heil- und Verbandmittel auf Kosten des Institutes.

Nachdem nun die sämmtlichen Kranken in den Kasernen und eigenen Wohnungen im Jahre 1900 bei einem Stande von 3124 durch 53486 Tage, dagegen die Kranken im Jahre 1899 bei einem Stande von 3019 durch 59343 Tage krank waren, also die Kranken des Jahres 1900 bei einem um 105 grösseren Stande doch um 5857 weniger Tage krank waren, als die Kranken des Jahres 1899 bei einem ge-

ringerem Stande, so kommt man zu dem Schlusse, dass auch die Dauer der Erkrankungen bei den Sicherheitswachorganen im Jahre 1900 geringer war als im Jahre 1899.

Der Gesundheitszustand im Jahre 1900 war somit sowohl nach der Kranken-

zahl, als auch nach der Krankheitsdauer günstiger als im Jahre 1899.

Der Jahresdurchschnitt des Krankenstandes der activen Mannschaft betrug 178 Mann, d. i. 5.9%, der höchste Stand am 11. März 233 Mann; die Witterungsverhältnisse, deren Ungunst die Wache so sehr ausgesetzt ist, dürften viel zu dieser hohen Ziffer beigetragen haben.

Im Jahre 1900 wurden 439 kranke Mitglieder in verschiedenen Heilanstalten Wiens, zumeist in den Garnisonsspitälern Nr. 1 und 2, und auch in der Garnisonsspitals-Filiale zu Baden, weiters 9 im Fremdenhospitale zu Karlsbad ärztlich behandelt, und sind für dieselben im Ganzen 13210 Verpflegstage in den Anstalten aufgelaufen. wofür die Spitalskosten vom Unterstützungsinstitute im Sinne der Statuten bestritten wurden.

Unter diesen Kranken waren:

381 active Sicherheitswachorgane durch 10733 Verpflegstage, von denen jeder Kranke durchschnittlich 28 Tage in Spitalsbehandlung gestanden ist; 19 Polizeiagenten durch 804 Verpflegstage, von denen jeder Kranke durchschnittlich 42 Tage im Krankenstande war und 39 Mitglieder des Pensionsstandes im Ganzen durch 1673 Verpflegstage, von denen jeder Kranke 43 Tage in der Anstalt behandelt wurde.

Im Jahre 1900 sind 200 Mitglieder in Folge ihrer Pensionirung dem Unterstützungsinstitute als Pensionisten zugewachsen und erhalten alle, weil sie auch Mitglieder des Pensions-Zuschussfondes waren, zu ihrer Pension einen jährlichen Zuschussbeitrag, im Falle ihres Ablebens deren Witwen eine Pensionszulage und deren Waisen bis zum 18. Lebensjahre einen Erziehungsbeitrag.

Unter den 200 pensionirten Mitgliedern waren 2 Beamte der k. k. Sicherheitswache, 5 Kanzleibeamte, 49 Sicherheitswach-Inspectoren, 104 Sicherheitswachmänner,

5 Polizeiagenten Inspectoren und 35 Polizeiagenten.

Ausser den vorangeführten Mitgliedern des Unterstützungsinstitutes sind noch 5 Sicherheitswachmänner pensionirt worden, welche aber dem Pensions-Zuschussfonde als Mitglieder nicht angehörten.

Von den Mitgliedern des Unterstützungsinstitutes sind im Jahre 1900 66 gestorben gegen 69 im Jahre 1899, darunter 23 vom Activstande und 43 vom

Pensionsstande.

Von den activen Mitgliedern starben 5 Sicherheitswach-Inspectoren, 13 Sicherheitswachmänner, 1 Polizeiagenten-Inspector und 4 Polizeiagenten.

Unter den verstorbenen Mitgliedern des Pensionsstandes waren 2 Beamte der Sicherheitswache, 3 Kanzleibeamte, 5 Sicherheitswach-Inspectoren, 26 Sicherheitswach-

männer, 2 Polizeiagenten-Inspectoren und 5 Polizeiagenten.

Es starben an: Hirnschlagfluss 3, Gehirnerweichung 2, Gehirnschwund 1, Progressive Paralyse 4, Rückenmarkschwindsucht 1. Kehlkopfkrebs 1, Lungenentzündung 7, Lungentuberculose 16, Organischem Herzleiden 5, Chronischem Magenkatarrh mit Magenerweiterung 1, Magenkrebs 2, Katarrhalischer Darmentzündung 2, Entzündung des Bauchfells 2, Lebercirrhose (Leberentartung) 5, Nierenentzündung 3. Blasenkrebs 1, Blasenstein 1, Bauchtyphus 1, Zuckerharnruhr 1. Altersschwäche und Marasmus je 2, Blutvergiftung 1.

Ueber 2 auswärts verstorbene pensionirte Mitglieder wurde die Todesanzeige

eingesendet, die Todesursache jedoch war in derselben nicht angeführt.

Für die Verstorbenen wurden vom Unterstützungsinstitute die Leichenkosten bestritten, und die Hinterbliebenen. eventuell deren Erben sind mit der festgesetzten Unterstützungsquote als Abfertigung betheilt worden.



Im Jahre 1900 sind 131 Mitglieder aus Gesundheitsrücksichten zum Landaufenthalte beurlaubt worden.

Dieselben erhielten im Sinne der Statuten Curkostenbeiträge im Gesammtbetrage von 3413 K 40 h, wovon 2885 K 40 h auf Mitglieder des Activstandes, und 528 K auf 20 Mitglieder des Pensionsstandes entfielen.

Weiters wurden 9 activen Mitgliedern je 60 K Curkostenbeitrag zum Gebrauche der Trinkcur in Karlsbad angewiesen und die für Zahlplätze im Fremdenhospital

daselbst festgesetzten Spitalskosten vom Institute bestritten.

Auf Grund ärztlicher Ordinationen wurden im Jahre 1900 den Mitgliedern zur Herstellung ihrer Gesundheit in den verschiedenen Badeanstalten in Wien 3846 Wannenbäder und 1891 Dampfbäder im Kostenbetrage von 2423 K 7 h vom Unterstützungsinstitute angewiesen, und hat überdies die Verwaltung des Esterhazybades dem Institute 1000 Badeanweisungen für Dampfbäder ohne Entgeld gespendet, welche auch an die Mitglieder nach Vorlage eines ärztlichen Pareres vertheilt wurden.

Kranken Mitgliedern wurden nebst den von den Abtheilungsärzten direct ordinirten Mineralwässern auch noch vom Unterstützungsinstitute solche Heilmittel im Kostenbetrage von 561 K 4 h angewiesen.

Weiters wurden für Mitglieder über ärztliche Ordination diverse Bandagen und sonstige für den speciellen Heilzweck von den Abtheilungsärzten ordinirten ärztlichen Requisiten vom Institute angeschafft und wurde hiefür, sowie für vorgekommene Reparaturen derselben ein Betrag von 676 K 20 h ausgegeben, ebenso wurden für Mitglieder mit Refractionsfehlern über Specialordination 130 Brillen und 1 Zwicker im Gesammtkostenbetrage von 333 K angeschafft.

Die Abtheilungsärzte haben laut Berichtes des leitenden Arztes in den verschiedenen Bezirken Wiens im Sinne ihrer Instruction die Krankenbehandlung der denselben zugewiesenen Mitglieder und auch der Familien derselben entsprechend den wissenschaftlichen Grundsätzen besorgt, die Kranken selbst human, bereitwillig und fürsorglich behandelt, und es ist keine Beschwerde in dieser Richtung vorgekommen.

(Schluss folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k. k. Statthalterei in Böhmen vom 18. Jänner 1902, Z. 226044,

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend sanitäre Vorkehrungen in Wallfahrtsorten.

Aus den im Grunde des h. o. Erlasses vom 20. Juli 1901, Z. 140689,*) anher gelangten Berichten hat die Statthalterei entnommen, dass in den Wallfahrtsorten des Landes in allgemein hygienischer und prophylaktischer Beziehung nicht überall derart vorgesorgt ist, wie es die vorkommenden Massenausammlungen von Theilnehmern aus weiten Entfernungen in solchen Orten als geboten

erscheinen lassen, dass weiter die Handhabung der Gesundheitspolizei durch keine besonderen Vorschriften seitens der betreffenden Gemeinden geregelt, eine sachkundige Lebensmittelaufsicht nicht eingeführt ist, und dass es auch für Fälle etwa vorkommender infectiöser Erkrankungen, für deren Entstehung und Verbreitung bei den Massenbewegungen der Bevölkerung günstige Vorbedingungen gegeben sind, in solchen Orten an den nöthigen Behelfen und Vorkehrungsmaassnahmen mangelt, die geeignet wären, die vorhandene Gefahr und die Ausbreitung solcher Krankheiten wirksam hintanzuhalten.

Um Gesundheitsgefahren aus Anlass der Pilgerzüge thunlichst zu vermeiden, werden der Herr k. k. Bezirkshauptmann dringlichst

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 389.

aufgefordert, die vorhandenen sanitären An- | sein, darüber zu wachen, dass dieser Belag stände allgemeiner Natur in den Wallfahrtsorten genau erheben und die entsprechende Art der Abhilfe im Wege der zuständigen Gemeinde sicherstellen zu lassen, speciell darauf zu dringen, dass diese Gemeinden mit vorwurfsfreiem, jedermann zugänglichem Trinkwasser versorgt sind, dass für die Erhaltung der Reinlichkeit im Orte, sowie in den zur Fremdenaufnahme bestimmten Häusern namentlich in den den Fremden zugänglichen Abortanlagen gesorgt, und in geeigneter Weise rechtzeitig Einfluss genommen werde, dass der Assanirung der Wallfahrtsorte aus öffentlichen Rücksichten unter Beachtung der detaillirten Bestimmungen des Statthaltereierlasses 20. Juli 1901, Z. 140689, die erforderliche Fürsorge zugewendet werde.

Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, dass in solchen Ortschaften alljährlich im Frühjahre vor der Eröffnung der Wallfahrtsperiode die competenten Factoren der Gemeinde und der politischen Sanitätsbehörde zusammenwirken, dass sie die vorerwähnten, in hygienischer Beziehung in Betracht kommenden Einrichtungen und Verhältnisse durch Localsanitätscommissionen unter Heranziehung der Gemeinde-, beziehungsweise Districtsärzte prüfen, und dass wegen Behebung diesbezüglich vorgefundener Uebelstände der Gemeindevorstand im eigenen Wirkungskreise geeignete Verfügungen treffe. eventuell dass er behufs deren Veranlassung, insoferne Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, namentlich die Infectionsgefahr in Betracht kommen, sich mit dem Herrn k. k. Bezirkshauptmanne ins Einvernehmen setze.

Bezüglich der gemeinschaftlichen Nachtquartiere wäre insbesondere dahin zu wirken, dass hiefür lediglich geräumige, lichte und trockene Räumlichkeiten Verwendung finden, welche nach jedesmaliger Verwendung ausgiebig gereinigt und gelüftet werden müssen. In gemeinsamen Nachtlagern soll der Maximalbetrag derart bestimmt werden, dass auf jeden Schlafgänger mindestens 4 Quadratmeter Flächenraum entfällt. Es würde sich empfehlen, dass der zulässige Maximalbelag für derartige Localitäten etwa auf der Eingangsthüre ersichtlich gemacht werde. Es wird Sache der Localpolizei ohne Noth nicht überschritten werde.

Ferner ist darauf Rücksicht zu nehmen. dass je nach den Ortsverhältnissen eine solche Vertheilung der Fremden in die bestehenden Nachtherbergen ermöglicht werde, wie sie im Interesse der Wahrung der Reinlichkeits- und Sittlichkeitsrücksichten zweckdienlich erscheint. Endlich erscheint es nothwendig, dass für die eventuelle ärztliche Hilfeleistung im Orte vorgesorgt, etwaige Behelfe, Transportmittel, eventuell Nothkrankenlocalitäten in brauchbaren Zustand versetzt und Nothapparate bereit gehalten werden.

Dem Impfzustande derjenigen Gewerbsleute, welche Localitäten an Wallfahrer vermiethen, sowie deren Familien ist eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und eventuell das Nothwendige wegen Abhilfe zu veranlassen.

Behufs der nothwendigen Ueberwachung des Fremdenzuflusses zu derartigen Ortschaften würde es sich empfehlen, Vorsorge zu treffen, dass nicht nur die bestehenden Meldevorschriften auf das Gewissenhafteste gehandhabt, sondern dass nebstdem auch von den Führern solcher Pilgerzüge, welche im Orte übernachten müssen, beim Vorhandensein einer Epidemiegefahr nach Bedarf ein Verzeichnis aller Theilnehmenden, woraus auch die Provenienz der letzteren ersichtlich ist, der Miethpartei übermittelt werde; letzteres ist dem Gemeindeamte auf Verlangen vorzulegen. Diese Führer wären nebstdem zu verhalten, jeden Erkrankungsfall behufs Heranziehung ärztlicher Hilfe beim Gemeindeamte zur Anzeige zu bringen.

Der l. f. Amtsarzt ist anzuweisen, die sanitären Einrichtungen in den Wallfahrtsorten vor der Zeit des Zuströmens grosser Volksmengen zu revidiren, sich von der assanirenden Thätigkeit, von dem jeweiligen Zustande der sanitären Wohlfahrtseinrichtungen, der Rettungsmittel und Behelfe zur ersten Hilfeleistung, sowie von der Befolgung der vorerwähnten Vorschriften in solchen Gemeinden die Ueberzeugung zu verschaffen. Ueber die diesbezüglichen Wahrnehmungen ist seinerzeit mit dem periodischen Rapporte zu berichten.

Erlass der k. k. steiermärkischen Statthalterei vom 6. Februar 1902, Z. 5435,

an sämmtliche k. k. Bezirkshauptmannschaften, betreffend Zuziehung der Amtsärzte zu den Verhaudlungen über die Errichtung gewerblicher und industrieller Anlagen.

Gelegentlich der Erhebungen über das Auftreten von Typhus unter den Arbeitern einer größeren industriellen Unternehmung, deren Betriebsanlagen erst vor kurzer Zeit namhaft erweitert und im Wesentlichen völlig neu hergestellt worden sind, hat sich ergeben, dass bei Genehmigung dieser Anlagen den von amtswegen wahrzunehmenden sanitären Rücknicht genügend Rechnung getragen wurde.

So war weder für eine einwandfreie Wasserversorgung bei den Arbeitsstätten und Unterkünften, noch für die unschädliche Beseitigung der Abfallstoffe, noch für die Unterbringung Kranker in entsprechender Weise vorgesorgt worden.

Der Grund dieser Unterlassungen ist wohl in erster Linie darin zu suchen, dass zu den bezüglichen localcommissionellen Verhandlungen der Amtsarzt weder zugezogen, noch demselben auf andere Weise Gelegenheit geboten worden war, die bei Genehmigung gewerblicher Betriebsanlagen sanitärerseits zu stellenden Forderungen zur Geltung zu bringen.

Zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse

15. März 1883, R. G. Bl. Nr. 39, beziehungsweise § 74 des Gesetzes vom 8. März 1885, R. G. Bl. Nr. 22, bei Genehmigung gewerblicher und industrieller Betriebsanlagen ausdrücklich die Wahrung aller zum Schutze und des Lebens der Anrainer und der Hilfsarbeiter gebotenen Rücksichten vorschreiben, zur einschlägigen Beurtheilung und zur Antragstellung in dieser Richtung in erster Linie doch nur die Amtsärzte und die Gewerbeinspectoren berufen sind.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft wird daher unter Hinweis auf die mit den Statthaltereierlässen vom 27. März 1890, Z. 6898. vom 10. Juni 1890, Z. 11791 und 12. Februar 1894, Z. 3690, mitgetheilten Ministerialerlässe vom 19. März 1890. Z. 1840. vom 22. Mai 1890, Z. 22818 und vom 5. Februar 1894, Z. 1062 (Oesterr. San. Wesen 1890, pag. 247 und 394, dann 1894, pag. 54; vide auch Ministerialerlass vom 28. Februar 1900, Z. 2567 im Oesterr, San. Wesen 1900, pag. 148) neuerlich dringend eingeladen, dafür Vorsorge zu treffen, dass ausser der regelmässigen Verständigung des Gewerbeinspectors bei allen die Genehmigung von gewerblichen und industriellen Betriebsanlagen, bei welchen sanitäre Momente irgendwie in Betracht kommen können, betreffenden Verhandlungen die vorgeschriebene Zuziehung, beziehungsweise Einvernehmung des Amtsarztes nicht unterlassen werde.

Hievon sind ausser den Amtsärzten auch wird darauf hingewiesen, dass, wenn die alle in Betracht kommenden dortämtlichen \$\$ 25 und 26 der Gewerbegesetznovelle vom | Conceptsbeamten in die Kenntnis zu setzen.

Rechtsprechung.

Der Beschluss, die Annahme pauschalirter Cassenarztesstellen bei den nach dem Krankenversicherungsgesetze eingerichteten Krankencassen von der Genehmigung der Aerztekammer abhängig zu machen, involvirt eine Ueberschreitung des Wirkungskreises der Aerztekammer. Die politische Landesbehörde ist berechtigt, derartige Beschlüsse im Grunde der Bestim. mungen des Kammergesetzes zu beheben.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 13. November 1901, Nr. 8401.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde der Aerztekammer für Kärnten wider das k. k. Ministerium des Innern ddto. 2. August 1900, Z. 25922, betreffend die Ausserkraftsetzung eines Kammerbeschlusses, nach der am 13. November 1901 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt.

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Die Aerztekammer in Kärnten hat in der ausserordentlichen Kammersitzung vom 1. December 1899 die folgenden Beschlüsse gefasst:

a) Die Annahme pauschalirter Aerztestellen bei Arbeiterkrankencassen ist in Hinkunft nur nach vorausgegangener Ratification eines schriftlich vorzulegenden Vertrages durch die Kammer zulässig;

b) Aerzte, welche dawiderhandeln, machen sich eines standesunwürdigen Benehmens

schuldig und unterliegen daher ehrenräthlicher Behandlung.

Die k. k. Landesregierung in K. hat mit Erlass vom 30. April 1900, Z. 6404, diese Beschlüsse als den Wirkungskreis der Aerztekammer überschreitend gemäss § 14 des Gesetzes vom 22. December 1891, R. G. Bl. Nr. 6 ex 1892, ausser Kraft gesetzt und die Vollziehung derselben untersagt, und das k. k. Ministerium des Innern hat mit der gegenwärtig angefochtenen Entscheidung vom 2. August 1900, Z. 25922, dem dagegen eingebrachten Recurse der Aerztekammer aus den Gründen der Landesregierung keine Folge gegeben.

Die Beschwerde führt aus, dass die Behörde überhaupt gesetzlich nicht befugt sei, Beschlüsse der Kammer ausser Kraft zu setzen, und weiters, dass die Kammer durch die Fassung der vorliegenden Beschlüsse den ihr gesetzlich eingeräumten Wirkungskreis keineswegs überschritten habe. In der letzteren Beziehung stützt sich die Beschwerde auf die Bestimmung des § 3 des citirten Gesetzes, betreffend die Errichtung von Aerztekammern, wonach die Kammern berufen sind, über alle Angelegenheiten, welche die gemeinsamen Interessen des ärztlichen Standes, die Aufgaben und Ziele, sowie die Würde und das Ansehen des ärztliches Berufes, die Entwicklung der Gesundheitspflege und sanitären Einrichtungen, insoweit die ärztliche Mitwirkung in Betracht kommt, betreffen, Berathungen zu pflegen und Beschlüsse zu fassen, und behauptet, dass die von der Behörde inhibirten Beschlüsse allerdings die gemeinsamen Interessen des ärztlichen Standes, die Würde und das Ansehen des ärztlichen Berufes und die Entwicklung der Gesundheitspflege betreffen, also Gegenstände, die in den Rahmen der den Aerztekammern gesetzlich eingeräumten Competenzen fallen. Es soll nun gar nicht bestritten werden, dass die Frage der Stellung der Cassenärzte zu den Arbeiterkrankencassen ein Thema ist, über welches die Aerztekammern innerhalb der oben angezogenen gesetzlichen Umgrenzung ihres Wirkungskreises Berathungen zu pflegen und Beschlüsse zu fassen berechtigt sind. Aber es versteht sich von selbst, dass die Kammern auch über diejenigen Gegenstände, welche sie nach der bezogenen Gesetzesstelle zum Gegenstande ihrer Erörterungen zu machen befugt sind, nur solche Beschlüsse fassen können, welche auch ihrem Inhalte nach die Competenzen der Kammern nicht überschreiten, und dass sie jedenfalls solche Beschlüsse nicht fassen können, die sich ihrem Inhalte nach als gesetz- oder rechtswidrig darstellen. Es ist nun gewiss, und die fraglichen Beschlüsse der beschwerdeführenden Kammer setzen dies ja selbst voraus, dass die eventuelle Bestellung von Cassenärzten gegen ein pauschalirtes Honorar nach dem Gesetze nicht unzulässig ist. Dies vorausgesetzt, sind aber einerseits die bestehenden Krankencassen nach Zulass ihrer Statuten berechtigt, eventuell auch pauschalirte Cassenärzte zu bestellen, und ist es anderseits im Allgemeinen in der freien Ausübung des ärztlichen Berufes gelegen, dass ein Arzt eine solche pauschalirte Cassenarztesstelle übernehme. Dem gegenüber müsste die Kammer sich auf eine positive gesetzliche Norm berufen können, die aber nicht besteht, durch welche ihr ein Recht eingeräumt erschiene, einerseits die Krankencassen an der Aufstellung solcher Cassenürzte und anderseits die Aerzte in der Annahme von solchen Stellen in der durch den Beschluss sub a) gegebenen Weise zu hindern. Eine solche Behinderung oder Beirrung fände zweifellos statt, da ja nach Inhalt des bezogenen Beschlusses ein Arzt eine solche Stelle nur im Falle der Ratification des Vertrages durch die Kammer annehmen könnte, und anderseits die Cassen die Anstellung pauschalirter Aerzte nicht ins Werk zu setzen vermöchten, soferne die Kammer die bezüglichen Verträge nicht ratificiren würde. Diese Auseinandersetzung genügt, um darzustellen, dass der bezogene Beschluss der beschwerdeführenden Kammer thatsächlich sich nicht innerhalb des gesetzlichen Wirkungskreises der Kammer hält, also denselben überschreitet und eine Rechtswidrigkeit involvirt. Die Behörde war daher - ihre grundsätzliche Befugnis zu einer solchen Verfügung vorausgesetzt - berechtigt, die Eingangs citirten Kammerbeschlüsse ausser Kraft zu setzen, wobei bezüglich des Beschlusses sub b) nichts besonderes mehr anzufügen ist, da derselbe mit dem Beschlusse sub a) in untrennbarem Zusammenhange steht und mit diesem hinfällig wird. Es ist nur noch zu bemerken, dass die Beschwerde jedenfalls auch nicht darauf gestützt werden kann, dass, wie die Kammer in ihrem Ministerialrecurse ausführte, ein derlei Vertrag den Interessen des ärztlichen Standes überhaupt oder jenen der ärztlichen Collegen

nahetreten könnte, und dass in diesem Falle in der Annahme der Cassenarztesstelle von Seite des betreffenden Arztes ein Verhalten zu erblicken wäre, welches ein Einschreiten der Kammer gegen denselben im Sinne des § 12 des Gesetzes zur Folge haben müsste. Vielmehr stünde lediglich bei thatsächlichem Vorliegen eines derlei concreten Falles dem Kammervorstande bevor, die demselben etwa nöthig scheinende Einleitung zu treffen.

Nach § 14 des Gesetzes über die Aerztekammern wird nun die Oberaufsicht über die Kammern und ihre Thätigkeit von der politischen Landesbehörde geübt. berechtigt, im Falle der Ueberschreitung des Wirkungskreises der Kammer oder gesetzund vorschriftswidrigen Gebahrens, "auf die Abstellung der Unregelmässigkeiten zu dringen und erforderlichen Falles die Auflösung der Kammer zu verfügen". Die beschwerdeführende Kammer will auf diesen Wortlaut des Gesetzes die Behauptung stützen, dass die Behörde, auch wenn nach deren Ansicht ein von der Kammer gefasster Beschluss den gesetzlichen Wirkungskreis der letzteren überschreitet, doch nicht befugt sei, diesen Beschluss ausser Kraft zu setzen, sondern dass ihr nur zustehe, derlei Beschlüssen durch entsprechende Einflussnahme vorzubeugen, oder wenn dies nicht gelang, die Kummer aufzulösen. Der Gerichtsho konnte sich aber dieser Interpretation des Gesetzes nicht anschliessen. Der bezogene Paragraph weist in seinem ersten Satze der Behörde ganz allgemein die Oberaufsicht über die Kammern und ihre Thätigkeit zu, und der Inhalt dieses der Behörde übertragenen Aufsichtsrechtes muss jedenfalls so weit reichen, dass das letztere sich als wirksam erweist. Wenn nun das Gesetz, wie erwähnt, die Behörde ermächtigt. auf die Abstellung von Unregelmässigkeiten zu dringen, so muss dieser Befugnis gegenüber thatsächlich gefassten Kammerbeschlüssen der Inhalt gegeben werden, dass die Behörde solche Beschlüsse ausser Kraft setzen kann, da bereits gefasste Kammerbeschlüsse nur dadurch "abgestellt", d. i. beseitigt werden können. Aus dem Umstande, dass das Gesetz die Behörde auch zur Auflösung der Kammer ermächtigt, kann selbstredend der Schluss nicht gezogen werden, dass derselben die Ausserkraftsetzung eines Kammerbeschlusses nicht zustünde, dies umso minder, als die Einräumung des offenbar viel weitergehenden erstgedachten Rechtes nicht darauf hinweist, dass das Gesetz der Behörde etwa die letztere Befugnis nicht einräumen wollte, und als zugleich die Auflösung der Kammer, wie schon angedeutet, gar nicht das Mittel ware, um einen von der Kammer thatsächlich gefassten Beschluss wirksam zu treffen. Der obige Schluss folgt auch nicht etwa daraus, dass das Gesetz es für angemessen hielt, die Zulässigkeit des Recurses gegen die Kammerauflösung ausdrücklich zu statuiren. Sondern es versteht sich von selbst, dass die Kammer auch gegen jede andere Verfügung der Behörde, welche nach Ansicht der Kammer in deren gesetzliche Rechts- oder Interessensphäre eingreift, den ordentlichen Instanzenzug betreten kann.

Das Missliche des Zustandes der Dinge und der eigenen Situation der Kammern stünde auch ausser Frage, wenn der Behörde gegenüber Kammerbeschlüssen, die sie für rechtswidrig hält, kein anderes Mittel zu Gebote stünde, als mit der Auflösung der Kammer vorzugehen, und nach allem Gesagten würde die Interpretation, welche die Beschwerde dem Gesetze zu geben versucht, jener juristischen Logik und administrativen Einsicht ermangeln, die dem Gesetzgeber zugemuthet werden muss.

Die Beschwerde war demnach als unbegründet abzuweisen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Aegypten. In der Woche vom 20. bis 26. Februar wurden in Tantah 8, in Abussir 1, in Komelnur 1, in Ziftah 2 Pestfälle ausgewiesen. Ein weiterer Pestfall hat sich auch in Mehallet Abu Ali im Districte von Mehalla Kebir ereignet.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 29. Jänner bis 4. Februar 602 Erkrankungen und 536 Todesfalle, in Calcutta in der Woche vom 26. Jänner bis 1. Februar 85 Erkrankungen und 82 Todesfälle und in Kurachee vom 25. bis 31. Jänner 39 Pestfälle verzeichnet. In Chittagong ist am 19. und 22. Februar je ein eingeschleppter Pestfall constatirt worden.

Capcolonie. Im Verlaufe der Woche vom 2. bis 8. Februar ist im Gebiete der Colonie kein Pestfall vorgekommen.

Brasilien. In Rio de Janeiro wurden in der Woche vom 28. Jänner bis 4. Februar 2 Erkrankungen und 2 Todesfälle und in der folgenden mit 11. Februar abgelaufenen Woche 4 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Pest beobachtet.

In Porto Alegre ist gleichfalls die Pest ausgebrochen. In der Zeit vom November 1901 bis 20. Jänner l. J. sind daselbst ungefähr 20 Erkrankungen und ebensoviele Todesfälle vorgekommen. Auch in den früheren Monaten sollen in der genannten Stadt wiederholt verdächtige Erkrankungen beobachtet worden sein.

Cholera. Türkei. Laut telegraphischer Mittheilung vom 7. März sind in Mekka 12 choleraverdächtige Fälle vorgekommen. In Medina wurden bis 2. März unter den Angehörigen einer aus Mekka eingetroffenen Karawane 40 choleraverdächtige Todesfälle beobachtet. Am 5. März ereigneten sich in Medina weitere 70 Todesfälle.

Blattern. Grossbritannien. In London (siehe S. 107 d. Bl.) gelangten in den 8 Tagen vom 11. bis 18. Februar l. J. 481 neue Blatternerkrankungen zur Anzeige. In den dortigen Blatternspitälern standen Mitte Februar circa 1200 Blatternkranke in Behandlung. Auch in Dublin, Edinburg, Plymouth, Bedford sind vereinzelte Blatternerkrankungen vorgekommen. In Liverpool sind in diesem Jahre bis Mitte Februar 41, in Glasgow 155 Blatternerkrankungen beobachtet worden.

Frankreich. In Nizza (siehe S. 107 d. Bl.) wurden in der Zeit vom 23. bis 28. Februar 39 neue Blatternerkrankungen und 17 Todesfälle ausgewiesen. Aus Marseille sind gleichfalls vereinzelte Blatternerkrankungen gemeldet worden.

Brasilien. In Rio de Janeiro (siehe S. 83 d. Bl.) wurden im Monate Jänner l. J. 90 Todesfälle an Blattern verzeichnet.

Italien. Vorkehrungen gegen Berufs-(Gewerbe-)Krankheiten. Der Minister für Ackerbau, Gewerbe und Handel hat mit Verordnung vom 9. November v. J. verfügt, dass eine aus Klinikern und Hygienikern gebildete Commission, in welcher der Minister den Vorsitz führt, eingesetzt werde mit der Aufgabe, einerseits die Ursachen der durch gewerbliche Beschäftigung und Arbeit hervorgerufenen Krankheiten zu erforschen und zu studiren, anderseits jene Vorkehrungen vorzuschlagen, welche geeignet sind, diese Krankheiten hintanzuhalten.

In einem an die Präfecten, an die Gewerbevereine und Vertretungen, an die Leiter gewerblicher Betriebe etc. gerichteten Circulare wird hervorgehoben, dass bei der heutigen Entwicklung der einheimischen Industrie, bei der stetigen in und extensiven Ausbildung derselben, bei den neuen technischen Fortschritten und bei der Ansammlung zahlreicher Arbeiter in den Fabriken nicht blos die Verletzungen und Unglücksfälle, denen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenwirken wollen, sondern dass auch jene Erkrankungen, welche man als Berufskrankheiten zu bezeichnen pflegt, häufiger geworden sind. Wie es stets Pflicht der berusenen Behörden war und ist, durch Strafandrohungen den Betriebsunfällen vorzubeugen, erweise sich die Erforschung und Hintanhaltung von Gesundheitsschädigungen, welche sich aus dem Betriebe von Gewerben und Beschäftigungen ergeben, als ebenso nothwendig. Nicht blos die Pflicht der Humanität, sondern auch ökonomische und sociale Rücksichten fordern den Schutz des Arbeiters gegen krankmachende Einflüsse, welche nicht blos die Arbeitskraft schwächen, sondern auch seinen Verdienst bedeutend schmälern. Es erweisen sich daher Vorkehrungen gegen diese krankmachenden Ursachen nicht weniger als nothwendig, wie gegen Unfälle, und bilde die Feststellung derselben bei den sehr vielgestaltigen Arbeitskategorien den ersten Schritt. Die Ergründung dieser Ursachen, ihrer Bedeutung und der Maassnahmen gegen dieselben ist eingehendstes Studiums werth, könne aber mit Aussicht auf wirklichen Nutzen nur jenen Personlichkeiten übertragen werden, welche mit den ärztlichen und hygienischen Kenntnissen ausgerüstet sind, den Klinikern und Hygienikern.

Deutsches Reich. Theilweise Inkraftsetzung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes. Mit kaiserlicher Verordnung vom 16. Februar 1902, R. G. Bl. S. 47, wurde angeordnet, dass der § 21 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900,*) sowie die §§ 26, Punkt 1, 27, Punkt 1, 28 und 29, soweit sie Zuwiderhandlungen gegen den § 21, Absatz 1 und 2 oder gegen ein auf Grund des § 21, Absatz 3

^{*)} Siehe Jahrg. 1900 d. Bl., S. 491.

dieses Gesetzes ergangenes Verbot betreffen, am 1. October 1902 in Kraft zu treten haben. Laut § 21 des citirten Gesetzes dürfen bei der gewerbsmässigen Zubereitung von Fleisch Stoffe oder Arten des Verfahrens, welche der Ware eine gesundheitsschädliche Beschaffenheit zu verleihen vermögen, nicht angewendet werden. Auch ist es verboten, derartig zubereitetes Fleisch aus dem Auslande einzuführen, feilzuhalten oder sonst in Verkehr zu bringen.

In der im Reichsgesetzblatte S. 48 veröffentlichten Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. Februar sind jene Stoffe angeführt, welche laut Beschlusses des Bundesrathes bei der gewerbsmässigen Zubereitung des Fleisches keine Anwendung finden dürfen. Es sind dies: Borskure und deren Salze, Formaldehyd, Alkali- und Erdalkali- Hydroxyde und - Carbonate, schweflige Säure und deren Salze, sowie unterschwefligsaure Salze, Fluorwasserstoff und dessen Salze, Salicylsäure und deren Verbindungen, chlorsaure Salze. Dasselbe gilt für Farbstoffe jeder Art, jedoch unbeschadet ihrer Verwendung zur Gelbfärbung der Margarine und zum Färben der Wursthüllen, soferne diese Verwendung nicht anderen Vorschriften zuwiderläuft.

Vermischte Nachrichten.

Instructionscurs für Amtsärzte. Der dritte Instructionscurs für Amtsärzte wird in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten l. J. in Wien abgehalten werden.

Neusystemisirung des Personalstandes der pharmaceutischen Beamten der Medicamenten-Eigenregie in den Wiener k. k. Krankenanstalten. Das k. k. Ministerium des Innern hat mit dem Erlasse vom 5. Februar 1902, Z. 39.709 ex 1901*), die Neusystemisirung des Personalstandes der pharmaceutischen Beamten der Medicamenten-Eigenregie genehmigt und die bisher provisorisch angestellten Pharmaceuten zu definitiven Fondsbeamten ernannt. Der neue Status der pharmaceutischen Beamten der Medicamenten-Eigenregie umfasst nunmehr 35 Stellen und zwar 3 Oberbeamte in den bereits früher systemisirten Rangsclassen, 9 Provisoren und 1 Laboratorius in der IX. Rangsclasse, 12 Adjuncten in der X. Rangsclasse und 10 Accessisten in der XI. Rangsclasse. Hievon ist die Besetzung einer Provisor- und einer Accessistenstelle einem späteren Zeitpunkte vorbehalten. Gegenüber dem früheren Status hat eine Vermehrung der Stellen in der IX. Rangsclasse um 3, in der X. Rangsclasse um 4 stattgefunden, wogegen in der XI. Rangsclasse eine Verminderung um 1 Stelle eintrat. Gleichzeitig wurde auch das definitive Statut der Medicamenten-Eigenregie, sowie das Regulativ zur Besetzung erledigter Stellen genehmigt.

Amtsärztliche Erhebungen bei Uebertragung ansteckender Thierkrankheiten auf den Menschen. Anlässlich eines speciellen Falles hat das k. k. Ministerium des Innern einer politischen Landesbehörde eröffnet, dass in allen Fällen, in welchen eine Uebertragung ansteckender Thierkrankheiten, insbesondere auch von Milzbrand auf den Menschen stattgefunden hat, stets auch der Amtsarzt zur Erhebung und unverzüglichen Einleitung aller als nothwendig erkannten sanitätspolizeilichen Vorkehrungen entsendet werde. (Erlass vom 22. Jänner 1902, Z. 48203 ex 1901.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 6. bis 12. März l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen im Küstenlande im politischen Bezirke Gradisca: Ronchi 1 (betrifft ein Kind einer aus Amerika zurückgekehrten Auswandererfamilie, Infection wahrscheinlich in Genua);

in Galizien im politischen Bezirke Drohobycz: Boryslaw 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 1 und in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 1, Zuraki 1; Brody: Podkamien 2; Buczacz: Dobropole 3; Husiatyn: Trybuchowce 1; Kolbuszowa: Rusinowska Wola 8; Nadworns: Lojowa 2, Ostawy biale 2, Przesosl 1; Przemyśl: Nienadowa 10; Stanislau: Dorohów 3, Kolodziejów 3; Tarnopol: Obarzance 4; Złoczow: Buzek 4, Jezierna 2, Podlipce 1; Zolkiew: Weryny ad Dzibulki 6.

^{*)} Siehe auch S. 70 d. Bl.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner, Verlag von Alfred Hölder in Wien, Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I, Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 20. März 1902.

Nr. 12.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900. (Schluss.) - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlässe der niederösterreichischen Statthalterei, betreffend Beschaffung verlässlicher Grundlagen für die Entscheidungen über den Ersatz von Verpflegskosten in den öffentlichen Krankenanstalten und betreffend die Festsetzung von Drucksorten zum Zwecke der Beschaffung dieser Grundlagen. - Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 15. März 1902 abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten nach Mittheilungen über Auftreten und Verbreitung der Pest und der Cholera im Auslande nachstehende Berathungsgegenstände zur Verhandlung:

1. Gutächtliche Aeusserung über die Modalitäten der Einrichtung der bakteriologischen Untersuchungsstation im Seelazarethe zu S. Bartolomeo

bei Triest. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum.)

2. Besetzungsvorschläge für mehrere erledigte Oberbezirksarztesstellen und zwar je eine in Oberösterreich und Mähren und zwei in Galizien. (Referent: a. o. Mitglied des Obersten Sanitätsrathes Ministerialrath Dr. Josef Daimer.)

3. Referat, betreffend Maassnahmen zur Hintanhaltung von Missbräuchen bei Benützung von Kranken zu wissenschaftlichen Versuchen und Studien in Anstalten. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Chrobak, Namens des Special-Comités.)

Die Berathungen über diesen Gegenstand werden in weiteren Sitzungen fortgesetzt werden.

Aus dem Jahresberichte des Chefarztes der k. k. Polizeidirection in Wien für das Jahr 1900.

Vom k. k. Polizei-Chefarzte Regierungsrath Dr. Andreas Witlačil.

(Schluss.)

X. Der Chefarzt über die hygienischen Verhältnisse Wiens.

Mit der in Folge des Gesetzes über die Steuerfreiheit von Neu- und Umbauten und seit der Ausgestaltung des Stadtbahnnetzes vor unseren Augen sich vollziehenden grossartigen Umwandlung der Reichshauptstadt macht auch die Verbesserung ihrer gesundheitlichen Verhältnisse bedeutsame Fortschritte. Die neu geschaffenen freien Plätze, Gartenanlagen und breiten Strassen, die Eindeckung der zu offenen Unrathcanälen gewordenen Gerinne und der Umbau zahlreicher alter Canäle unter Verwendung eines der Zerstörung durch die Unrathstoffe und der Minirarbeit der Ratten Widerstand leistenden Materiales, der Beginn eines soliden Strassenbaues und einer sorgfältigeren Strassenpflege, endlich die fortgesetzten, von richtigen Gesichtspunkten geleiteten Bemühungen des städtischen Sanitätspersonales zur Beseitigung vorhandener. Uebelstände und Schaffung gesunder Verhältnisse durch Einführung der von den Fortschritten der Hygiene gebotenen Verbesserungen machen sich bereits in dem Sinken der Morbiditäts- und Mortalitätsziffer bemerkbar. Es ist zu hoffen, dass Wien allmählich zu den gesundesten Grossstädten zählen werde, soweit eine solche Anhäufung und Zusammendrängung von Hunderttausenden, welche sich der weitaus grössten Mehrzahl nach in ungünstigen Lebensverhältnissen befinden, gesunde Zustände überhaupt zulässt. Denn man darf es sich nicht verhehlen, dass die Befriedigung über die stetige Zunahme der grossstädtischen Einwohnerzahlen ihre sehr dunkle Schattenseite hat, da in gleicher Proportion auch die aus der Zusammendrängung der Bevölkerung und der Luttverschlechterung, sowie der Steigerung der Concurrenz um den Lebenserwerb sich ergebenden Nachtheile für die Gesundheit wachsen.

Wien hat, was Lage, räumliche Ausdehnung und Terrain betrifft, seit seiner Erweiterung wohl die günstigsten Verhältnisse unter den Grossstädten Europas. Gegen Nord bis West sich an die Abdachungen des Kahlen- und Wienerwaldgebirges geschützt hinanbauend, in den Durchbrüchen des Donau- und Wienthales aber den herrschenden Winden zugänglich, im Südwest und Süd gegen die Ebene ansteigend, welche in weiter Ausbreitung sich gegen die Hochgebirge hindehnt, hier wie im Südbis Nordost gegen die ungarischen Grenzgebirge offen hingestreckt, hat unsere Stadt eine entschieden gesunde Lage, obzwar die häufigen und grellen Temperaturwechsel von schwächeren, zu Verkühlungskrankheiten geneigten Personen übler vertragen werden. Dagegen ist die für eine Grossstadt so ausserordentlich nothwendige Erneuerung der durch die Ausscheidungen der Menschen und Thiere, den Gewerbebetrieb, den Rauch, die Heiz- und Beleuchtungs-Abgase verunreinigten Luft, durch die den Winden ausgesetzte Lage reichlich gegeben, und es macht sich ein längeres Fehlen dieser Strömungen sehr bald unangenehm fühlbar.

Der Aufbau auf den Ausläufern der nahen Berge bis zum Donaustrome hinab bedingt eine Abwechslung des Terrains, welche zwar Erschwerung des Verkehrs zur Folge hat, die jedoch von den heutigen Verkehrsmitteln unschwer überwunden wird. deren reichliche Ausgestaltung auch den ärmeren Volksschichten, sowie den mit asthmatischen Zuständen Behafteten zu Gute kommt. Füllen doch in den Morgenund Abendstunden der Werktage die Scharen der Arbeiterschaft die elektrischen Tramwaywagen nach allen Richtungen der Fabriksbezirke, während an Sonn- und Feiertagen viele Tausende auf den Stadtbahnen, in Tramways und Omnibus, sowie zu Fuss hinauspilgern, um die Luft der Berge einzuathmen und die nahen und fernen landschaftlichen Reize Wiens zu geniessen, welche weder London, noch Paris, noch endlich Berlin aufzuweisen vermögen.

Wohl ist dieser Ausgleich nothwendig bei den sehr ungünstigen Wohnungsverhältnissen, durch welche unsere Stadt den genannten Grossstädten in gesundheitlicher Hinsicht nachsteht, wenn gleich auch ihre Wohnverhältnisse vielfach nicht vorwurfsfrei sind. Unsere von kinderreichen Familien und Afterparteien in kleinen Zimmern, Kammern und Küchen. Dachbödenräumen und Souterrains angefüllten Miethkolosse, mit kleinen Höfen und in engen Gassen zu vier Stockwerken aufgethürmt, sind der Typus des Hauses, wie es nicht sein soll; was kann man da anderes finden, als starrenden Schmutz. Gestank von Canälen und Aborten, krankhaftes Aussehen und frühes Altern der Bewohner, die Kinder schlecht genährt, blutarm, rhachitisch, verkrümmt, scrofulös, tuberculös, unter dem Einflusse der schlechten Beispiele moralisch verkommen! Haben diese Tausende und aber Tausende in solchen Räumen ein

menschenwürdiges Heim, eine wohlige Ruhestätte nach harter Arbeit, eine Zuflucht nach den Sorgen und Mühen des Tages? Ist es zu verwundern, wenn der Mann sich lieber in die Kneipe oder in die Branntweinschänke flüchtet, wo er das Elend der Seinen nicht sieht und seinen Kummer vertrinkt, bis er physisch und moralisch zu Grunde gerichtet dem Siechthum, dem Verbrechen anheimfällt und seine elende Existenz im Kerker, im Spitale oder in der Irrenanstalt beschliesst?

Und zu Hause das Weib, die Mutter, die das armselige Hauswesen besorgen, die Kinder erziehen und dabei selbst um kargen Lohn arbeiten soll, oft genug allein verdienen muss, wenn der Mann seinen Wochenlohn vertrinkt oder verspielt, oder wenn er, wie es nur zu oft der Fall, durch keine ehelichen Bande gebunden, die häuslichen Sorgen abschüttelt, indem er die Zuhälterin mit ihren Kindern sich und

dem Elende überlässt.

Ist es nicht zum Erbarmen, die schuldlosen Kleinen zu sehen, die ahnungslos des Fluches, der auf ihrer Geburt lastet, treuherzig froh in diese Welt hinausblicken, die ihnen nur Noth, Elend und Verderben bringen wird!

Wohl ist es vor Allem das sociale Elend, welches diese trostlosen Zustände schafft, aber der Wucher, welcher es ausnützt, die Gleichgiltigkeit, mit welcher man es als unvermeidlich betrachtet, der Mangel an Verständnis für die richtige Abhilfe und schliesslich der Unverstand der Massen selbst wirken mit, diese Misère, welche der Arzt und der Menschenfreund beklagen muss, nicht nur fortbestehen zu lassen,

sondern fortgesetzt zu steigern.

Es muss aber immer wieder darauf hingewiesen werden, dass diese Wohnungsverhältnisse der unteren Schichten der Bevölkerung ein Hauptfactor ihrer bejammernswerthen Existenz sind, und dass die Versuche, welche zu ihrer Sanirung unternommen worden sind, im grössten Maassstabe und in rationellster Weise fortgesetzt werden sollten. Die grossen Summen, welche zu verschiedenen wohlthätigen und anderen Zwecken gespendet werden, können wahrhaftig nicht besser gewendet werden, als zur Erwerbung von Baugrund und zur Herstellung von Wohnstätten, deren Miethe die Arbeiter und Taglöhner für sich und ihre Familien erschwingen können; eine bedeutende Ermässigung der Steuer für solche Häuser und möglichst erleichterte Bauvorschriften für dieselben wurde auch das Capital anlocken, sich an dieser Action zu betheiligen, weil ihm eine, wenn auch nicht wucherische, so doch dem üblichen Zinsfusse entsprechende Verzinsung geboten würde; dann könnte mit dem Bettgeherthum möglichst aufgeräumt und das Aftermietherwesen in seine sanitär zulässigen Grenzen eingedämmt und so die Ueberfüllung der Wohnungen, sowie die Bewohnung ungesunder Räume bei einem mit dem nothwendigen Personale ausgestatteten Meldewesen wirksam verhindert werden, was heute eine Unmöglichkeit ist.

Noch standen und stehen wir unter dem Zeichen der Bodenaufwühlung, deren lange Fortdauer eine allgemeine stehende Klage ist. Die Herausnahme der Gasrohre der englischen Gesellschaft, die Umwandlung der Pferdebahnen in elektrische, Canalbauten, Rohr- und Kabellegungen erschweren, besonders bei Regenweter die Passage ungemein und gefährden, wie die zahlreichen Ueberfahrungen beweisen, die Passanten in hohem Grade. Das aufgerissene Pflaster wird nicht selten nur provisorisch wieder hergestellt, locker und uneben. Es ist sehr zu wünschen, dass diese allerdings unvermeidlichen Uebergangszustände bald definitiven günstigen Verhältnissen Platz machen; erst das Wien der Zukunft wird sich all der Errungenschaften voll erfreuen können, deren Werden in der Gegenwart so viel des Unangenehmen mit sich bringt.

Auch dass Wien alle seine spitalsbedürftigen Kranken werde unterbringen können, dürfen wir endlich hoffen; das grosse öffentliche Kinderspital wird bei Ottakring gebaut, der Bau der Kliniken auf der Area der Wiener Irrenanstalt und die Erbauung der letzteren für tausend heilbare und tausend unheilbare Kranke am Fusse des Galizynberges am Flötzersteige ist endlich entschieden, die Transaction mit der

Commune, dem Landesausschusse und dem Militärärar ist perfect geworden, und wenn auch das allgemeine Krankenhaus Kaiser Josephs noch nicht in nächster Zukunft verschwinden wird, so ist doch Aussicht vorhanden, dass die nöthige Anzahl von Kranken-Pavillons in nicht ferner Zeit sich erheben, und dass jene Spitalsnoth aufhören werde, welche heute der Reichshauptstadt wahrlich nicht zur Ehre gereicht.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k.k. niederösterreichischen Statthalterei vom 30. Juni 1901, Z. 11388.

an alle politischen Behörden,

betreffend Beschaffung verlässlicher Grundlagen für die Entscheidungen über den Ersatz von Verpflegskosten in den öffentlichen Krankenanstalten.

Um eine verlässliche Grundlage für die administrativen Entscheidungen über die Pflicht zur Zahlung von Gebühren für Pflege in den Wiener k. k. Krankenanstalten zu sichern, und die Verhandlungen zu vereinfachen, welche diesen Entscheidungen vorausgehen, hat die Statthalterei den Directionen und Leitungen, dann den Verwaltungen dieser Anstalten die aus den Beilagen ersichtlichen Weisungen gegeben.

Auch die anderen im Lande bestehenden öffentlichen Krankenanstalten sind einzuladen, einen gleichen Vorgang einzuhalten und demnach auch die bei ihnen in Gebrauch stehenden Drucksorten den vorliegenden Mustern anzupassen. Die zu diesem Zwecke erforderlichen Abdrücke und Muster folgen mit.

Unter Hinweis auf den bei den Wiener k. k. Krankenanstalten laut dieser Beilagen neu eingeführten Geschäftsgang, sowie auf die wiederholten nachdrücklich eingeschäften und dennoch nicht immer beobachteten h. o. Aufträge zur beschleunigten Durchführung der in Rede stehenden Amtshandlungen erhalten die Bezirksbehörden noch insbesondere folgende Weisungen:

1. Wenn die Krankenversicherungspflicht und sohin die Cassenzugehörigkeit eines Kranken zweifelhaft ist, so ist nach Abschluss der erforderlichen Erhebungen, wenn die in Frage kommende Krankencasse auch dann noch die Zahlung verweigert, dann wenn diese Weigerung nicht aus ganz unzweifelhaften unstichhältigen Gründen erfolgt ist, vorerst wenn es sich um einen Angehörigen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder handelt, eine Erklärung des Landesausschusses seines Heimatslandes hinsichtlich der Uebernahme der Gebührenzahlung auf den Landesfond einzuholen; anerkennt der Landesausschuss Weigerung der Krankencasse nicht als rechtigt, so hat bei Lehrlingskrankencassen die Bezirksbehörde selbst zu entscheiden und diese Entscheidung auch dem Landesausschusse unter Sicherstellung des Zustellungstages mitzutheilen, sonst aber wenn die belangte Krankencasse zu den in § 11 des K. V. G. bezeichneten Cassen gehört, die Verhandlung der Statthalterei behufs Entscheidung auf Grund K. V. G. vorzulegen.

Eine selbständige Vorent scheidung hinsichtlich der Cassenmitgliedschaft des Kranken zur Zeit seiner Aufnahme in das öffentliche Krankenhaus hat zu unterbleiben.

2. Auch in allen Fällen, in welchen es sich um die in der Wiener Gesindeordnung, der niederösterreichischen Dienstbotenordnung oder in dem Hofkanzleidecrete vom 14. Februar \mathbf{Z} . 12356 1837. (Regierungscirculare vom 30. März 1837, Z. 12234, Prov.-Ges. S. Nr. 35) begründete Zahlungspflicht eines Dienst- oder Arbeitsgebers handelt, dieser die Zahlung verweigert und seine Zahlungspflicht nicht un. zweifelhaft ersichtlich ist, ist vor der Entscheidung dem Landesausschusse des Heimatlandes des Kranken Gelegenheit zu geben, sich die Einwendungen des Dienst- oder Arbeitsgebers zu äussern, und darf auch hier, wenn das Erkenntnis eine Entlastung des Dienstoder Arbeitsgebers ausspricht und deshalb dem Landesausschusse mitgetheilt werden muss, die Sicherstellung des Tages dieser Zustellung an den Landesausschuss nicht unterlassen werden.

- 3. Wenn eine Krankencasse (bei Lehrlingskrankencassen: die Genossenschaftsvorstehung) in der Beantwortung der an sie gerichteten Zuschriften säumig ist, so ist dieselbe in Anwendung, beziehungsweise unter Anrufung des Aufsichtsrechtes (§ 121 h, Absatz 3 G. O., bei Genossenschaften § 127 G. O., bei Bezirksund Betriebskrankencassen § 30, Absatz 1, beziehungsweise § 47 K. V. G., bei Vereinskrankencassen §§ 23 u. 24 des Vereinspatentes vom 26. December 1852, R. G. Bl. Nr. 253, und § 24 des Versicherungsregulativs vom 18. August 1880, R. G. Bl. Nr. 110) unmittelbar oder im Wege ihrer Aufsichtsbehörde, nöthigenfalls auch durch Ordnungsstrafen zur Einhaltung des gebotenen raschen Geschäftsganges zu verhalten.
- 4. In allen Fällen, in welchen Erhebungen über den Bestand eines gewerblichen Arbeitsverhältnisses erforderlich sind, ist in das vom Gewerbeinhaber gemäss § 88 G.O. zu führende Arbeiterverzeichnis Einsicht zu nehmen. Stellt sich hiebei heraus, dass dieses Verzeichnis gar nicht, oder nicht vorschriftsmässig geführt wurde, oder vor Ablauf von 3 Jahren nach der letzten Eintragung nicht mehr vorhanden ist, (Handels-Ministerialverordnung vom 24. December 1893, R.G. Bl. 1894, Nr. 7), so wird unter Bedachtnahme auf die Vorschriften des § 140, Gew. O., über die Verjährung auch die Strafamtshandlung einzuleiten sein.
- 5. Zur Uebersendung von Geldbeträgen an eine k. k. Krankenanstalt sind in der Regel die von dieser übermittelten Postchekblankette zu verwenden.
- Dem Wiener Magistrate wird noch im Besonderen mit Beziehung auf die Ausführungen des Berichtes vom 8. Jänner 1901, Z. 7193 ex 1900, folgendes bemerkt:

In jenen Fällen, wo der Verpflegte selbst oder seine Anverwandten zahlungspflichtig sind, ist auch die nur versuchsweise Einhebung der Gebühren im Wege der politischen Execution unzulässig, und ist daher die in solchen Fällen

oder Arbeitsgebers ausspricht und deshalb dem | übliche Inanspruchnahme des Executionsamtes Landesausschusse mitgetheilt werden muss, die ganz abzustellen.

Es wird dann allerdings kein auf solche Weise beschafter Nachweis über die Uneinbringlichkeit der Gebühr vorliegen; diesbezüglich sind also anderweitige Erhebungen vorzunehmen; nicht der Verpflegte selbst ist zur Beibringung eines Armuthszeugnisses zu verhalten, sondern dieses ist vom Amte einzuholen.

Von Entscheidungen über die Zahlungspflicht des Verpflegten hat es bei den Bezirksämtern abzukommen, da solche ausserhalb des politischen Wirkungskreises der Behörden fallen. Wenn die Verpflichtung der Gemeinde Wien, die angesprochenen Gebühren aus der Dienstbotenkrankencasse zu bezahlen seitens der Stadtbuchhaltung anerkannt wurde, ist die vorläufige Ausfertigung einer sogenannten "Spitalsanweisung" entbehrlich. Es hätte vielmehr in diesem Falle gleich die Zahlung zu erfolgen und wäre diese nicht erst durchs Bezirksamt, sondern gleich von der Stadtbuchhaltung zu veranlassen.

Lehnt die Gemeinde die Zahlung ab, so hat die k. k. Krankenhausverwaltung von nun an die Einhebung der Gebühr vom Dienstgeber zunächst selbst zu versuchen; erst wenn dieser Versuch erfolglos geblieben ist, wendet sich die Krankenhausverwaltung wieder an das Bezirksamt. Dieses hat daber nicht erst nochmals die Einhebung durch die "Hauptcassenabtheilung" zu versuchen, sondern sogleich die protokollarische Einvernehmung des Dienstgebers und die sonst noch erforderlichen Erhebungen vorzunehmen.

Die bei vielen magistratischen Bezirksämtern übliche Aufforderung an die als zahlungspflichtig angesehene Krankencasse zur Einzahlung der Gebühren mit der Androhung, dass im Falle der Weigerung die Entscheidung der Statthalterei werde eingeholt werden, welche Aufforderung überflüssig ist und nach ihrem Wortlaate vielfach als Entscheidung des Bezirksamtes aufgefasst worden ist, hat in Hinkunft zu unterbleiben.

Ebenso ist den Bezirksämtern unter Hinweis auf § 66 K. V. G. zu erinnern, dass es ihnen auch nicht zukommt, eine Entscheidung casse als zahlungspflichtig festgestellt werden konnte".

Die bezüglichen bei den Bezirksämtern in Verwendung stehenden Drucksorten sind ausser Gebrauch zu setzen.

Erlass der k. k. niederösterreichischen Statthalterei vom 30. Juni 1901 ad Z. 11388,

an alle Directionen und Leitungen, dann Verwaltungen der Wiener k. k. Krankenanstalten, betreffend die Festsetzung von Drucksorten zum Zwecke der Beschaffung verlässlicher Grundlagen für die Entscheidungen über den Ersatz von Verpflegskosten.

Unter die Umstände, welche der raschen Einbringung der Gebühren für die Pflege in den k. k. Krankenanstalten und dem baldigen Abschlusse der Verhandlungen über die Pflicht von Krankencassen und Dienstgebern zur Zahlung solcher Gebühren entgegenstehen, gehört auch der, dass bei dem gegenwärtigen Geschäftsgange der k. k. Krankenanstalten viele jener Verhältnisse, welche für die erwähnten Amtshandlungen wichtig sind, nicht gleich bei der Aufnahme des Kranken oder doch noch solange, als derselbe in der Anstaltspflege verweilt, festgestellt werden.

Es sind demnach von nun an bei Aufnahme eines Kranken, welcher die Kosten seiner Pflege nicht selbst zahlt und diese Zahlung sicherstellt, in mehrfacher Richtung eingehendere Feststellungen vorzunehmen. Hiebei ist mit der grössten Genauigkeit vorzugehen und insbesondere auch auf die richtige und deutliche Schreibweise der Eigennamen und Ortsbezeichnungen das Augenmerk zu richten.

Sofort nach der Aufnahme, beziehungsweise nach der Ergänzung, Bestätigung oder Richtigstellung der Angaben des Kranken oder seiner Begleitung seitens der hiezu mit Rücksicht auf seinen letzten Aufenthalt berufenen Polizeibehörde ist, falls der Kranke dem Stande der

des Inhaltes zu fällen: "dass keine Kranken- | krankenversicherungspflichtigen Personen angehört, die Krankencasse, von der die Verwaltung auf Grund der Angaben des Kranken oder nach den ihr sonst bekannten Verhältnissen hinsichtlich der Art der Krankenversicherung der Angehörigen gewerblicher oder sonst gewerbsmässig betriebener Berufe annimmt, dass ihr der Kranke als Mitglied angehört, oder, falls es sich um einen Dienstboten handelt, dessen Dienstgeber von der Aufnahme zu verständigen.

> Enthalten die hierüber einlangenden Antworten Berichtigungen der Angaben der Kranken oder sonstige Einwendungen gegen die Zahlungspflicht, so ist, falls sich der Kranke noch in der Anstaltspflege befindet und einvernommen werden kann, die etwa nöthige protokollarische Einvernehmung desselben auf der Krankenabtheilung sofort vorzunehmen.

> Auch die ersten Schreiben wegen Einbringung der Gebühren sind unmittelbar an die als zahlungspflichtig erscheinenden Krankencassen, Dienstgeber u. s. f. zu richten. Die Einhebung der bezüglichen Beträge ist zunächst in der Regel mittelst Postauftrages zu versuchen.

> Die Amtshilfe der politischen Behörden, und zwar zunächst der Bezirksbehörden ist immer erst dann in Anspruch zu nehmen, wenn diese Schreiben, beziehungsweise der Postauftrag nicht zu dem beabsichtigten Erfolge geführt haben.

> Ist dann nach Ablauf angemessener Zeit. etwa von drei Monaten, eine Entscheidung oder Mittheilung der politischen Behörde der Verwaltung noch nicht zugekommen, so ist an sie eine Anfrage über den Stand der Verhandlung zu richten. Sollte diese binnen einer angemessenen Frist etwa nicht beantwortet werden, so hat sich die Verwaltung an die vorgesetzte Landesstelle zu wenden.

> Für alle diese Schreiben, dann für die Schriften wegen Einbringung der Gebühren für die Pflege eines Kranken, dessen Pflegebedürftigkeit durch fremdes Verschulden herbeigeführt worden ist, sind Drucksorten zu verwenden, deren aus den beiliegenden Mustern ersichtlicher Wortlaut zugleich näheren Aufschluss über den im vorstehenden bezeichneten Vorgang gibt.

Diese Muster betreffen:

- 1. Den ärztlichen Befund wegen Aufnahme eines Kranken;
- 2. das Hauptbuch über die in die Anstaltspflege aufgenommenen Kranken;
- 3. den Auskunftbogen, welcher bei der Aufnahme eines Kranken auszufüllen ist;
- 4. die Einhebung der Pflegegebühren vom Kranken selbst oder von seinen unterhaltspflichtigen Angehörigen;
- 5. die Verständigung der Krankencassen über die Aufnahme eines ihrer Mitglieder in die Anstaltspflege;
- 6. das Begehren, eine Krankencasse zur Zahlung von Gebühren zu verhalten;
- die Verständigung des Dienstgebers von der Aufnahme seines Dienstboten in die Krankenanstalt;
- 8. die Forderung der Gebühren von der Dienstbotenkrankencasse der Gemeinde Wien und das Begehren um Entscheidung über die Zahlungspflicht des Dienstgebers;
- 9. die Einhebung der Gebühren von dem Dienst- oder Arbeitgeber ausserhalb von Wien;
- 10. die Anzeige an die Sicherheitsbehörde über die an einem Kranken vorgefundenen Merkmale oder Spuren einer strafbaren Handlung;
- 11. die Anmeldung der Gebühren für den Fall eines strafgerichtlichen Verfahrens;
- 12. die Beschwerde an die Landesstelle über Verzögerung einer Verhandlung bei einer politischen Bezirksbehörde.

Die Auflegung dieser Drucksorten bei der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien wird gleichzeitig veranlasst.

Die bisher für die erwähnten Schriften benützten Drucksorten Nr. 32, 41, 43, 44, 60, 68, 161 und 173 sind ausser Gebrauch zu setzen.

Bei diesem Anlasse wird auch eröffnet, dass der Wiener Magistrat über die ungenaue Bezeichnung, die unrichtige und undeutliche Schreibweise Klage geführt hat, welche er in zahlreichen Mittheilungen der k. k. Krankenanstaltsverwaltungen wegen Uebernahme eines unheilbaren Kranken aus der Krankenanstaltsin die Armenpflege, d. i. in die Versorgungsanstalt, bei der Angabe der Heimatsgemeinden

vorgefunden habe. Diese Bezeichnung hat selbstverständlich mit aller Genauigkeit, also auch unter Angabe des politischen Bezirkes zu erfolgen, zu welcher die Gemeinde gehört. Dort, wo sich Zweifel über die Identität eines solchen Kranken herausstellen können, was erfahrungsgemäss bei Taubstummen, Cretinen u. dgl. nicht selten ist, hat die Verwaltung dem Magistrate bei diesem Anlasse auch eine Abschrift des bei der Aufnahme des Kranken in die Krankenanstalt aufgenommenen Auskunftsbogens zu fibersenden.

Muster 1.

Oeffentliches Krankenhaus (Druck oder Stampiglie):

Aerztlicher Befund wegen Aufnahme des Kranken.

(Vorname): (Zuname): am 190 . Aufnahmszahl:

Der Kranke ist aufzunehmen und auf die Abtheilung , Krankensaal-Nr. Bett-Nr. zu bringen.

Der Kranke hat stiftbriefmässig Anspruch auf die Aufnahme.

Der Kranke ist spitalsbedürftig, weil er mit Rücksicht auf die Art seiner Erkrankung und seiner angeblichen Wohnungsund Lebeusverhältnisse nicht in häuslicher Pflege belassen werden kann.

Der Kranke ist unabweisbar, weil aus seiner Zurückweisung eine Gefahr für sein Leben — eine Verschlimmerung seines Zustandes — eine besondere Vergrösserung seiner Schmerzen — entstehen kann.

Die Krankheit besteht angeblich — anscheinend — schon seit. . . Tagen (Wochen).

Der Kranke hätte schon seit . . . Tagen
- Wochen - ärztlicher Pflege bedurft.

Der Journalarzt:

Muster 2.

Hauptbuch.

Dieses enthält folgende Colonnen:

- 1. Aufnahmszahl.
- 2. Vor- und Zuname.
- 3. Beruf, Dienst- und Arbeitsverhältnis.



- 4. Geburtsjahr, Monat und Tag.
- 5. Geburtsort, Pfarre (Matrikenstelle) und Bezirk.
- 6. Stand: a) ledig, b) verheiratet, c) geschieden, d) verwitwet (unter Angabe des Namens des Ehegatten, des Jahres und des Ortes der Trauung bei Frauen).
 - 7. Religionsbekenntnis.
 - 8. Heimatsgemeinde, -Bezirk und -Land.
 - 9. Letzter ständiger Aufenthaltsort.
- 10. Letzte Wohnung in Wien, bei wem und wielange.
- 11. Letztes Arbeits- oder Dienstverhältnis; Tag des Austrittes aus demselben; war seither erwerbslos oder hatte Zufallsverdienst; in welcher Weise?
 - 12. Ist Mitglied einer Krankencasse?
- 13. Zahl der Aufnahmsdocumente und Beschreibung derselben.
 - 14. Benennung der Krankheit.
 - 15. Zimmer Nr.
 - 16. Eintrittstag.
 - 17. Austritts- oder Sterbetag.
 - 18. Tägliche Verpflegsgebühr.
 - 19. Anzahl der Verpflegstage.
- 20. Gebühr an Verpflegskosten a) pro praeterito in Kronen und Heller, b) pro currenti in Kronen und Hellern, c) Zusammen in Kronen und Hellern.
- 21. Abstattung: a) Durch bare Einzahlung oder Absehreibung, b) Zeit der Rechnungseinstellung, α) Tag, β) Monat, γ) Jahr, δ) Journal-Artikel, c) Betrag in Kronen und Hellern.
- 22. Rückvergütung: a) Zeit der Rechnungseinstellung, α) Tag, β) Monat, γ) Jahr, 8) Journal-Artikel, b) Betrag in Kronen und Hellern.
- 23. Die nicht abgestattete Gebühr wurde ausgewiesen a) für, b) mit dem Ausweise pro.
- 24. Anmerkung, beziehungsweise Abschreibungsverordnung.

Muster 3.

Auskunftbogen.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie).

Angaben de . - der Begleitung de .

(Vorname): . . . - . (Zuname):

. am 190 . bei der Aufnahme:

- 1. Geburtsjahr und Tag, Ort, Pfarre (Matrikenstelle) im politischen Bezirke.
- 2. a) Stand: ledig, verheiratet (geschieden), verwitwet. b) Bei verheirateten Frauen: Name des Ehegatten, Trauungsort (Matrikenstelle), Jahr und Tag.
- 3. Heimatsgemeinde im politischen Bezirke (Land).
 - 4. Beruf, Beschäftigung.
 - 5. Letzter ständiger Anfenthaltsort.
- 6. Letzte Wohnung in Wien mit Angabe des Wohnungsgebers.
- 7. a) Letztes Arbeits-, Lehr- oder Dienstverhältnis, b) Tag des Austrittes aus demselben, c) War seither erwerbslos oder hatte Zufallsverdienst? In welcher Weise?
 - 8. Ist Mitglied einer Krankencasse?
- 9. Beschreibung der Ausweisurkunden (Pass, Arbeitsbuch u. dgl.) im Besitze des Kranken.
- 10. Wortgetreuer Auszug aus der letzten Eintragung im Arbeits- oder Dienstbotenbuche des Kranken oder aus seinem letzten Zeugnisse. (Die Richtigkeit dieses Auszuges wird bestätigt: Unterschrift des Anstaltsbeamten.)
- 11. Stand schon früher, und wann zuletzt in Spitalspflege?
- 12. Künftiger Aufenthalt nach Entlassung aus dem Krankenhause.
 - 13. Wer zahlt die Verpflegsgebühren?
 - 14. Ist der Kranke selbst zahlungsfähig?
- 15. Hat er erhaltungspflichtige Eltern oder Kinder? Wo? Sind diese zahlungsfähig?
- 16. Ist die Krankheit durch fremdes Verschulden herbeigeführt?

Ueber der zweiten Colonne dieser Rubriken:

Ergebnis der Prüfung dieser Angaben durch das k. k. Bezirks-Polizei-Commissariat, beziehungsweise die Aufenthalts-, bezüglich Punkt 3, 14 und 15 auch durch die Heimatsgemeinde.

(Auf der Rückseite:)

Aufnahmszahl 190 .

Wien, 190 .

An das k. k. Bezirks-Polizei-Commissariat . . .

An den Gemeindevorstand

An die k. k. Bezirkshauptmannschaft mit dem Ersuchen um Prüfung der innenstehenden Angaben und Eintragung der Bestätigung, beziehungsweise Ergänzung oder
Richtigstellung in die Rubriken der zweiten
Spalte, sohin schleunigste Rücksendung dieses
Schreibens unter Anschluss einer Abschrift der
vom letzten Wohnungsgeber des Kranken erstatteten polizeilicheu Meldung.

mit dem Ersuchen um Veranlassung der Heimatsgemeinde zur Prüfung und Bestätigung oder Richtigstellung, beziehungsweise Ausfüllung der Rubriken 3, 14 und 15 auf der zweiten Spalte und, falls der Kranke thatsächlich zahlungsunfähig ist, Anschluss eines den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Zuständigkeits- und Armuthszeugnisses, sohin schleunigste Rücksendung dieses Schreibens.

Muster 4.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie). Aufnahmszahl 190 .

Wien, am 190 .

An die k. k. Bezirkshauptmannschaft . . ., das magistratische Bezirksamt für den . . . Bezirk in Wien.

Es wird ersucht, den Nachbenanuten oder seine unterhaltspflichtigen Eltern oder Kinder unter Hinweis auf die Kosten eines etwaigen gerichtlichen Verfahrens zur Berichtigung der nachbezeichneten Gebühren zu veranlassen und den Erfolg unter Rücksendung dieses Schreibens sammt Beilagen sobald als möglich bekanntzugeben.

Für den Fall der Zahlungsunfähigkeit wird um Anschluss eines den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Zeugnisses der Heimatsgemeinde über seine Zuständigkeit und seine Armut ersucht.

- 1. Vor- und Zuname des Verpflegten.
- 2. Ist hier verpflegt worden a) vom, b) bis einschliesslich, c) also . . . Tage.
- 3. Die Verpflegsgebür für 1 Tag beträgt

(Auf der Rückseite:)

. am 190 .

Dem Gemeindevorstande in zur Veranlassung im Sinne dieses Ersuchschreibens und unmittelbaren Mittheilung an die Krankenhausverwaltung.

Der k. k. Bezirkshauptmann:

Muster 5.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie.) Aufnahmszahl . . Wien, am 190 .

An den Vorstand

der Gehilfen-Krankencasse der in Wien.

Im Hinblicke auf § 8, Absatz 3 des Krankenversicherungsgesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, wird mitgetheilt, dass

Derselbe ist laut Angabe — infolge seines letzten Arbeitsverhältnisses — Mitglied der geehrten Krankencasse. Sein Mitgliedsbuch liegt bei.

Der geehrte Cassenvorstand wolle daher womöglich umgehend mittheilen, ob die Mitgliedschaft und demnach auch die Verpflichtung der Casse zur Zahlung der für seine hierortige Pflege bis zur Dauer von vier Wochen entfallenden Gebühren anerkannt wird. Im Falle der Cassenvorstand sich hiezu nicht bestimmt finden sollte, wolle derselbe bei Rücksendung dieses Schreibens die Gründe hiefür und zwar, falls die Mitgliedschaft anerkannt wird, unter

Berufung auf die Bestimmungen des Gesetzes | und des Cassenstatutes bekannt geben.

Hinsichtlich einer etwa gewünschten anderweitigen Fürsorge für dieses Cassenmitglied durch Uebergabe desselben in die häusliche Pflege oder in eine andere Krankenanstalt wird auf den eingangs bezogenen ärztlichen Befund aufmerksam gemacht, dass das Mitglied — nicht — transportfähig ist.

Die Krankenhausverwaltung:

Muster 6.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie).

Z. Wien, am 190 .

An das magistratische Bezirksamt für den
. . . Bezirk in Wien. An die k. k. Bezirkshauptmannschaft

Da laut Beilage . . die Krankencasse in die Zahlung der Gebühren für die - 4 Wochen der hierortige - Pflege de . . krankenversicherungspflichtigen in der Zeit vom bis 190 . im Betrage von K . . . ablehnt, ersucht die Verwaltung, nach Vornahme der etwa nöthigen weiteren Erhebungen über die von dem Cassonvorstande als Gründe seiner Ablehnung angeführten Umstände und sohin neuerlichen Einvernehmung der Krankencasse, sowie schliesslich auch des Landesausschusses des Heimatslandes de . . Verpflegten, dann, wenn der Landesausschuss die Gründe der Zahlungsweigerung nicht etwa als berechtigt anerkennen sollte, die Verhandlung der Landesstelle behufs Entgemäss § 66 K. V. G. vorzuscheidung legen.

(bei Lehrlingskrankencassen): über die Zahlungspflicht der Genossenschaft zu entscheiden und nach Rechtskraft des Erkenntnisses den eingehobenen Betrag sobald als möglich mittelst des beiliegenden Postchecks herzusenden.

Die Krankenhausverwaltung:

Muster 7.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie). Aufnahmszahl . . . d. J. 190 . Wien, den

An Wohlgeboren Herrn (Frau)
in
(Vorname): (Zuname):
, welche . laut eigener Angabe und
der von Ihnen erstatteten polizeilichen Meldung
bis , beziehungsweise
bei Ihnen als be-
dienstet war, ist am 190 . als
laut spitalärztlichen Befundes krank, und zwar
spitalbedürftig und unabweisbar, in die Pflege
dieser Krankenanstalt aufgenommen worden.

Da die Erkrankung, beziehungsweise die Spitalbedürftigkeit, während des Bestandes des Dienstverhältnisses eingetreten ist, werden die für diese Pflege, sofern dieselbe nicht länger als 30 Tage — 14 Tage — 4 Wochen — dauert, entfallenden Gebühren seinerzeit von Ihnen mittelst Postauftrages angesprochen werden.

Hinsichtlich einer etwa gewünschten anderweitigen Pflege für diesen erkrankten Dienatboten durch Uebergabe desselben in Ihre häusliche Pflege oder in eine andere Krankenanstalt wird auf den eingangs bezogenen ärztlichen Befund aufmerksam gemacht und bemerkt, dass der Dienstbote — nicht — transportfähig ist.

Die Krankenhausverwaltung:

Muster 8.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie): Aufnahmszahl d. J. 190 . Wien, am 190 . An das magistratische Bezirksamt für den . . . Bezirk in Wien. (Vorname): (Zuname): zuletzt vor der Aufnahme in dieser Anstalt laut der Beilage - bei (Adresse): als beschäftigt, ist hier vom 190 . bis 190 . wegen verpflegt worden und ist daher der genannte Dienstgeber nach der Wiener Dienstbotenordnung verpflichtet, die für - 30 Tage - diese - Pflege entfallenden Gebühren im Betrage von K zu berichtigen.

Die Spitalsverwaltung ersucht, für den land Fall, dass sich der Dienstgeber hinsichtlich der Kosten für eine allfällige Spitalpflege des genannten Dienstboten ordnungsmässig bei der Dienstbotenkrankencasse der Gemeinde Wien versichert haben sollte, den erwähnten Betrag namens des Dienstgebers aus der bezeichneten Casse zu bestreiten und zuverlässig bei der nächsten monatlichen Abrechnung hieher zu senden, im anderen Falle aber dies umgehend unter Rücksendung dieses Schreibens mitzutheilen.

Die Krankenhausverwaltung:

(Auf der Rückseite:)

(Präsentation des Bezirksamtes.) Wien, 190 . Der Verwaltung des mit der Mittheilung zurück, dass die Gemeinde Wien die Zahlung dieser Spitalsgebühren ablehnt, weil

Der Bezirksamtsvorsteher:

verwaltung.) Postzahlungsauftrag an den Dienstgeber ausgefertigt am expedirt

Da der Dienstgeber die Zahlung nicht geleistet hat: Wien, 190 .

Dem magistratischen Bezirksamte für den ... Bezirk in Wien mit dem Ersuchen zurück, nach Einvernehmung des Dienstgebers über die Gründe der Nichtzahlung, falls er zahlt, den innen ausgewiesenen Betrag unter Rückschluss dieses Schreibens herzusenden, falls er aber seine Verpflichtung bestreiten sollte, nach etwa nöthiger Ergänzung der Erhebungen und nach Einvernehmung des Landesausschusses von (als des Heimatlandes des Verpflegten) über diese Parteienerklärung, falls der Landesausschuss die Weigerung nicht als berechtigt anerkennen sollte, auf Grund der §§ 12 und 17 des Hofkanzleidecretes vom 14. Februar 1837, Z. 12356, hinsichtlich der Zahlungspflicht des Dienstgebers zu entscheiden und nach Rechtskraft dieses Erkenntnisses den in Rede stehenden Betrag von dem Verpflichteten so bald als möglich im Zwangswege einzuheben und herzusenden.

Die Krankenhausverwaltung:

Muster 9.

Da dieser aber dem bezüglichen Postzahlungsauftrage nicht nachgekommen ist, ersucht die Verwaltung, ihn über die Gründe seiner Nichtzahlung einzuvernehmen und, falls er zahlt, den von ihm eingehobenen Betrag mittels des beiliegenden Postchecks unter gleichzeitiger Rücksendung dieses Schreibens herzusenden.

Sollte er seine Verpflichtung bestreiten, so wolle die k. k. Bezirkshauptmannschaft nach etwa nöthiger Ergänzung der Erhebungen und Einvernehmung des Landesausschusses von (als des Heimatslandes des Verpflegten) über diese Parteienerklärung, falls der Landesausschuss die Zahlungsweigerung nicht als begründet anerkennen sollte, hinsichtlich der Zahlungspflicht des Dienstgebers - auf Grund des Hofkanzleidecretes vom 14. Februar 1837, Z. 12356 — entscheiden und nach Rechtskraft dieses Erkenntnisses den in Rede stehenden Betrag von dem Verpflichteten sobald als möglich im Zwangswege einheben und unter Benützung des beiliegenden Postchecks hersenden.

Die Krankenhausverwaltung:

(Auf der Rückseite:)

Sollte er seine Zahlungspflicht anerkennen, so ist der innenausgewiesene Betrag von ihm einzuheben und, unter gleichzeitiger Mittheilung an die Krankenhausverwaltung bei Rücksendung dieses Schreibens, unter Benützung des beiliegenden Postchecks unmittelbar an dieselbe einzusenden.

Im anderen Falle ist über die Einvernehmung ein Protokoll aufzunehmen und bei A. R. binnen 8 Tagen hieher vorzulegen.

Der k. k. Bezirkshauptmann:

....... (Präsentation des Gemeindevorstandes.), am 19... Der Verwaltung de in zurück unter gleichzeitiger Anweisung des vom Dienstgeber eingehobenen Betrages von K... mittelst Postchecks.

Der k. k. Bezirkshauptmannschaft mit dem Einvernehmungsprotokolle zurück.

Der Gemeindevorsteher:

Muster 10.

Verletzungsanzeige.

Wien, am 19 . .

Unterschrift des Befragten: Der Journalbeamte: Die ärztliche Untersuchung ergab: Die Verletzung ist dem Grade nach

D... Kvanke kann . . einvernommen werden. Wien, am 19..

Der Abtheilungsvorstand: (Auf'der Rückseite:)

Dem k. k. Bezirks-Polizeicommissariate mit dem Ersuchen, sogleich mitzutheilen, ob und gegen wen wegen dieser Verletzung eine strafgerichtliche Anzeige erfolgte,

Sollte er seine Zahlungspflicht anerkennen, | damit sich die Verwaltung hinsichtlich der t der innenausgewiesene Betrag von ihm | Verpflegsgebühren dem gerichtlichen Strafvertheben und, unter gleichzeitiger Mittheilung | fahren anschliessen könne.

Direction, Leitung (Verwaltung) de

Muster 11.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie). Z. . . ., , am 19 . . .

K. k. Bezirksgericht !

Laut Mittheilung des k. k. Bezirks-Polizeicommissariates wurde gegen wegen der Verletzung de . . in dieser Anstalt verpflegten dortamts die strafgerichtliche Anzeige erstattet.

Die Spitalverwaltung schliesst sich für den Fall, dass von der Anklagebehörde gegen den Genannten eingeschritten werden sollte, dem Strafverfahren an und ersucht den als schuldig Erkannten auch zum Ersatze der für die erwähnte Spitalspflege entfallenden Gebühren im (nachträglich mitzutheilenden) Betrage von $K \dots$ zu verpflichten.

Die Krankenhausverwaltung:

Muster 12.

Oeffentliches Krankenhaus (Stampiglie). Z. Wien, am 19 . . .

Mit der hieramtlichen Note vom wurde das magistratische Bezirksamt für den Bezirk, die k. k. Bezirkshauptmannschaft um Verfügung hinsichtlich der Gebühren für die hierortige Spitalspflege de ersucht.

Da ungeachtet der hieramtlichen Erinnerungsschreiben vom keine Mittheilung über den Stand der bezüglichen Verhandlung hieher gelangt ist, so bittet die Verwaltung um Auftrag an die genannte Behörde zur ungesäumten Erledigung dieser Angelegenheit.

Die Krankenhausverwaltung:

An die k. k. Statthalterei in

(Auf der Rückseite:)

. (Präsentation der k. k. Statthalterei) Termin . . .

Wien, am 19 . . . Dem magistratischen Bezirksamt für den . . . Bezirk in Wien.

Der k. k. Bezirkshauptmannschaft zur unverzüglichen Berichterstattung.

Für den k. k. Statthalter:

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Salzburg. In der Sitzung vom 28. Jänner 1902 wurde nach Mittheilung des Einlaufes durch den Vorsitzenden über die Errichtung eines Sanatoriums für Sool- und Moorbäder, Soolen- und Latschenöl-Inhalationen, sowie für comprimirte Lufteinathmung ein Gutachten erstattet.

Krain. In der am 20. December 1901 abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über Errichtung und den Betrieb einer Naturheilanstalt.
 - 2. Discussion über den Jahressanitätsbericht pro 1900.
- 3. Besetzungsvorschlag für die neucreirte Veterinär-Assistentenstelle bei der Landesregierung.
 - 4. Begutachtung des Projectes für ein Gemeindeschlachthaus.

In der am 4. Jänner 1902 abgehaltenen Sitzung gelangte zur Verhandlung:

Der Besetzungsvorschlag für die erledigte Stelle eines Sanitätsconcipisten.

Böhmen. In der am 11. Jänner 1902 abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Neubau für das Reconvalescentenheim in Reindlitz.
- 2. Errichtung einer Friedhofsanlage in Obergraupen.
- 3. Regulativ für die Wasserleitung in Přibram.
- 4. Verlegung des Friedhofes in Probluz.
- 5. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Langenau.
- 6. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Wamberg.
- 7. Conservirung gebrannter Kaffeebohnen durch eine Glasur aus Harzbestandtheilen zum Zwecke der Erhaltung eines kräftigen Aromas.

In der am 1. Februar 1902 stattgefundenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Errichtung einer Privatheilanstalt in Aussig.
- 2. Recurs gegen die Verleihung der Concession für den Betrieb der zweiten öffentlichen Apotheke in Braunau.
- 3. Besetzungsvorschlag für die Stelle eines Bezirksarztes, beziehungsweise Sanitätsconcipisten und Sanitätsassistenten.
- 4. Ableitung der Abwässer aus den Coaks- und Kaumacitwerken*) der Firma C. Melhardt in Wesseln.
- 5. Eignung der am Karlshofe in Prag zu Nothkrankenhauszwecken ausgewiesenen Localitäten. Der Landes-Sanitätsrath hob hervor, dass die Benützung der fraglichen Localitäten zu dem gedachten Zwecke blos als Nothbehelf zugelassen werden könne und die Gemeinde für eine gründliche Abhilfe durch Ausführung eines seinem Zwecke voll entsprechenden Neubaues Sorge zu tragen hätte.

Zum Schlusse der Sitzung referirte der Vorsitzende über eine neuerlich vorgekommene Tetanuserkrankung in der kgl. böhm. Landesgebäranstalt und über die aus diesem Anlasse getroffenen Verfügungen. Der Landes-Sanitätsrath nahm zwar den Bericht über die mit der peinlichsten Sorgfalt zur Durchführung gelangten Maassnahmen und die Handhabung der skrupulösesten Reinlichkeit in der genannten Anstalt anerkennend zur Kenntnis, betonte jedoch die dringende Nothwendigkeit der endlichen Realisirung des in Verhandlung stehenden Projectes des Neubaues eines Isolirpavillons in der Gebäranstalt.

Ferner berichtete der Vorsitzende über den Stand der Scharlach., Masern- und Diphtherie-Epidemien in Prag und Vororten, wies den Rückgang dieser Epidemien nach und constatirte auch den ziemlich günstigen Verlauf dieser Infectionskrankheiten.

Mähren. Verhandlungen in der Sitzung am 16. Jänner 1902:

1. Ausscheidung der Gemeinde Austerlitz aus dem Sanitätsdistricte Austerlitz und Creirung einer selbständigen Sanitätsgemeinde. (Referent: k. k. Statthaltereirath und Landes-Sanitätsreferent Dr. R. Schoefl.)

^{*)} Kaumacit ist ein aus einem Gemenge von Braun- und Schwarzkohle gewonnener Coaks.

- 2. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Schimitz. (Referent: Sanitätsrath Dr. A. Fleischer.)
- 3. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Braunsberg. (Referent: Sanitätsrath Dr. Fr. Brenner.)
- 4. Project für die Adaptirung der Landes Zwangsarbeitsanstalt in Iglau zu einer provisorischen Irrenpflegeanstalt. (Referent: a. o. Mitglied Regierungsrath Dr. S. Spitzer.)

Verhandlungsgegenstände in der Sitzung am 30. Jänner 1902.

- 1. Besetzungsvorschlag für die Stelle des Veterinärinspectors bei der k. k. Statthalterei in Brünn. (Referent k. k. Landes-Veterinärreferent J. Rudovsky.)
- 2. Recurse gegen die Verleihung der zweiten öffentlichen Apotheke in Trebitsch. (Referent: k. k. Sanitätsrath Dr. A. Fleischer.)

Galizien. Berathungsgegenstände in der Sitzung am 15. Jänner 1902:

- 1. Gutächtliche Aeusserung, betreffend Aenderungen des Gesetzes vom 2. Februar 1891 über die Organisirung des Sanitätsdienstes in den Gemeinden und auf den Gutsgebieten. (Referent: k. k. Hofrath Landes Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 2. Begutachtung der vorgelegten Pläne des städtischen Krankenhauses in Jaroslau. (Referent: k. k. Hofrath und Landes-Sanitätsrefent Dr. Merunowicz.)
- 3. Gutachten über die Creirung eines neuen Sanitätsdistrictes in Delatyn, Bezirk Nadworna. (Referent: k. k. Hofrath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 16. Februar (1. März) l. J. wurde die Stadt Bagdad für pestfrei erklärt.

 $T\ddot{u}rkei$. Die bisher in Smyrna geübte ärztliche Visite der den Hafen verlassenden Schiffe wurde aufgehoben.

Der Oberste Sanitätsconseil hat seinen Beschluss vom 1. Mai 1900 (siehe Jahrgang 1900 d. Bl., S. 250), wonach Schiffe aus pestverseuchten Häfen Aegyptens nur der ärztlichen Visite unterzogen werden, wenn sie nach der Abfahrt aus Aegypten in einem pestfreien Hafen zum freien Verkehre zugelassen waren, und wenn seit der Abfahrt aus dem ägyptischen Hafen 15 Tage verstrichen sind, dahin abgeändert, dass von der ärztlichen Visite abzusehen sein wird, wenn die Ueberfahrt aus Aegypten 30 Tage gedauert hat.

Die Instruction zur Vertilgung der Bordratten (siehe S. 82 d. Bl.) wurde vom Obersten Sanitätsconseil durch den Zusatz ergänzt, dass Schiffe beliebiger Herkunft, welche sich vor ihrer Abfahrt aus dem Ursprungshafen der vorgeschriebenen Rattenvertilgung unterzogen und auf ihrer Fahrt einen pestverseuchten Hafen berührt haben, bei ihrer Ankunft in ottomanischen Häfen der Verpflichtung zur Rattenvertilgung enthoben sind, wenn sie durch Anmerkung auf den Schiffspapieren nachweisen, dass das Ein- und Ausladen in dem verseuchten Hafen unter Beobachtung solcher Vorsichtsmaassregeln vorgenommen wurde, durch welche die Einwanderung von Ratten auf das Schiff verhindert wird. Gleichzeitig wurde bestimmt, dass zur Rattenvertilgung bei Anwendung von Schwefelräucherung auf einen Cubikmeter Schiffraum mindestens 30 Gr. Schwefel und 60 Gr. Holzkohle zu entfallen haben.

Aegypten. In der Woche vom 27. Februar bis 5. März wurden in Komelnur 8, in Tantah 3 und im Dorfe Nahtai bei Ziftah 4 Pestfälle beobachtet.

Britisch-Indien. (S. 118.) In Bombay sind in der Woche vom 5. bis 11. Februar 663 Erkrankungen und 529 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 2. bis 8. Februar 143 Erkrankungen und 124 Todesfälle, in Kurachee vom 1. bis 7. Februar 46 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Hongkong. (S. 107.) Im Verlaufe des Monates Jänner wurden in der Colonie 2 Pestfälle mit tödtlichem Ausgange verzeichnet. Da seitens der chinesischen Bevölkerung die



Krankheitsfälle verheimlicht und verdächtige Kranke, wo immer nur möglich, schleunigst auf das chinesische Territorium gebracht werden, dürfte sich die Zahl der thatsächlich vorgekommenen Erkrankungen ohne Zweifel viel höher stellen.

Capcolonie. (S. 118.) Im Bereiche der Colonie ist auch in der Woche vom 9. bis 15. Februar kein neuer Pestfall beobachtet werden.

Philippinen. (S. 83 d. Bl.) In Manila sind im Verlaufe des Monates Jänner vereinzelte Pestfälle vorgekommen.

Cholera. Türkei. (S. 119.) In Medina wurden vom 6. bis 10. März 159 Todesfälle, in Mekka bis 7. März 15 Erkrankungen und vom 8. bis 10. März 23 Erkrankungen und 11 Todesfälle an Cholera verzeichnet. In Djeddah ist am 10. März 1 Todesfäll an Cholera constatirt worden. Da zu dem am 20. März stattfindenden Beiramfeste ungefähr 100.000 Pilger mit beiläufig 10.000 Kameelen vor Mekka eintreffen werden, und denselben der Eintritt in die Stadt unmöglich verwehrt werden kann, steht mit Grund zu besorgen, dass die Epidemie in Mekka grosse Dimensionen annehmen werde. Seitens der ottomanischen Regierung wurden muselmanische Aerzte aus Cameran und anderen Orten nach Mekka dirigirt.

Herkünfte aus den Häfen der arabischen Küste zwischen Jambo und Mamuret-ul-Hamidié unterliegen einer 10 tägigen Quarantaine.

Blattern. Grossbritannien. (S. 119.) In London wurden in der Woche vom 19. bis 25. Februar 421 neue Blatternerkrankungen ausgewiesen.

Frankreich. In Nizza (S. 119) sind in der Woche vom 1. bis 7. März 39 Erkrankungen und 14 Todesfälle an Blattern verzeichnet worden.

Italien. In Genua (S. 107 und 83 d. Bl.) kamen in letzter Zeit wöchentlich durchschnittlich 2-3 neue Blatternfälle zur Beobachtung.

In Neapel (S. 107) sind in der Zeit vom 27. Februar bis 3. März 4 Todesfälle an Blattern ausgewiesen worden. In Salerno wurden in der Woche vom 16. bis 22. Februar 4 E. krankungen und 2 Todesfälle constatirt. Auch in den Gemeinden Pellezano, Cava, Baronissi und Cetara der Provinz Salerno sind mehrere Blatternfälle vorgekommen.

Flecktyphus. Aegypten. Unter den Häftlingen der Gefängnisse in Alexandrien herrscht seit mehreren Wochen eine heftige Flecktyphus-Epidemie; auch in der Stadt selbst sollen vereinzelte Erkrankungen beobachtet worden sein.

Vermischte Nachrichten.

Ueber die Voraussetzungen für die Bewilligung zur Führung einer Hausapotheke.*) Seitens des Ministeriums des Innern war in Abänderung der unterinstanzlichen Entscheidungen einem praktischen Arzte in L. in Böhmen die Bewilligung zur Führung einer Hausapotheke ertheilt worden, weil die im § 13 der mit dem Hofkanzleidecrete vom 3. November 1808, Z. 16135, erlassenen Instruction für Aerzte als Bedingung zur Erlangung der fraglichen Begünstigung festgesetzte Minimalentfernung zwischen dem Standorte der öffentlichen Apotheke und dem Wohnhause des Arztes (eine halbe Meile = 3792 97 Meter) nachgewiesen war. Gegen diese Entscheidung hat die Besitzerin der zunächst gelegenen Apotheke in Lo. die Beschwerde beim k. k. Verwaltungsgerichts hofe erhoben und die Gesetzmässigkeit der Ministerialentscheidung bestritten, weil gemäss den Bestimmungen des Hofkanzleidecretes vom 21. Mai 1841, Z. 16137, für die Berechnung der Entfernung lediglich das Ausmaass des Weges von der Grenze eines Ortes bis zur Grenze des anderen Ortes zu Grunde zu legen sei, welche in diesem Falle weniger als eine halbe Meile (3720 Meter) betrage. Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat diese Beschwerde als unbegründet abgewiesen, weil das bezogene Hofk anzleidecret vom 21. Mai 1841 nicht kundgemacht ist und sich nur als eine Particularentscheidung darstellt, welcher die Kraft eines Gesetzes oder einer Verordnung nicht beigemessen werden kann, und den Verwaltungsbehörden bei dem Mangel einer gesetz-

^{*)} Vgl. Jahrg. 1889 d. Bl., S. 298; Jahrg. 1895, S. 66; Jahrg. 1896, S. 399 und Jahrg. 1893, S. 58.



lichen Bestimmung bezüglich des Punktes, von welchem der in dem Hofkanzleidecrete vom 3. November 1808, Z. 16135, erwähnte Umkreis zu berechnen ist, ein die Berücksich tigung localer Verhältnisse gestattender Spielraum eingeräumt ist. Da nun die Entfernung des Standortes der Apotheke nicht blos von dem Wohnhause des Arztes (4540 Meter), sondern von dem dem Standorte der Apotheke zunächst gelegenen Hause des Wohnorte s des Arztes (4140 Meter) auf dem allgemein benützten Wege mehr als eine Stunde, beziehungsweise halbe Meile entfernt ist, konnte der Verwaltungsgerichtshof in der angefochtenen Entscheidung eine Verletzung der bezogenen Bestimmung nicht finden. Gegenüber der Einwendung des mitbelangten Arztes, welchem die Führung der Hausapotheke zugestanden wurde, dass die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof im Sinne des § 3, lit e des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, in dem vorliegenden Falle unzulässig sei, weil es sich hiebei um eine dem freien Ermessen der Behörden anheimgestellte Angelegenheit handle, hat der Verwaltungsgerichtshof bemerkt, dass die Ertheilung der Bewilligung zur Führung einer Hausapotheke keinesfalls dem freien Ermessen der Behörden überlassen, sondern von dem thatsächlichen Zutreffen der im § 13 des Hofkanzleidecretes vom 3. November 1808 gestellten Voraussetzung bedingt sei. (Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 6. November 1901, Nr. 7865.)

Maassnahmen zur Verhütung der Verbreitung der Masern durch den Schulbesuch. Von der Annahme ausgehend, dass die Masern nur direct übertragbar sind und gestützt auf die Erfahrung, dass die Incubationszeit bei dieser Krankheitsform in der Regel nicht weniger als neun Tage beträgt, hat der Stadtrath in Graz über Vorschlag des dortigen Kinderarztes Dr. Widowitz die Verfügung getroffen, dass zur Verhütung der Uebertragung der Masern durch die Schule in jedem Falle, sobald in einer Classe eine Masernerkrankung auftritt, diese Classe nach Ablauf von neun Tagen — von jenem Tage an gerechnet, an welchem der kranke Schüler zum letzten Male in der Schule war — durch fünf Tage geschlossen gehalten werde, und dass die betreffenden Schulkinder während dieser Tage beobachtet und im Falle einer Erkrankung sofort isolirt werden. Diese Maassregel wurde bisher in einigen Fällen mit zufriedenstellendem Erfolge durchgeführt. Es erkrankten wohl im Verlaufe der fünf Tage, während welcher die Classe geschlossen war, jedesmal einzelne Schüler, hingegen ist bei Wiedereröffnung der betreffenden Schulclasse in keinem Falle mehr eine neue Masernerkrankung vorgekommen.

Gerichtsärztlicher Gebührentarif. Ueber eine Anfrage hat das k. k. Justizministerium mit Erlass vom 16. Jänner 1902, Z. 24064, darauf hingewiesen, dass der letzte Absatz des § 8 des gerichtsärztlichen Gebührentarifes,*) welcher von der einzuholenden Genehmigung durch den Gerichtshof II. Instanz handelt, nicht blos die Bemessung der Gebühr für die Untersuchung des Geisteszustandes innerhalb des Ansatzes von 10—40 K (Tarifpost A, 10), sondern auch die Fälle höherer Ansprüche für aussergewöhnlichen Aufwand an Zeit und Mühe (§ 384, St. P. O., Schlusssatz) umfasst. (Es ergibt sich dies schon daraus, dass der zweite Absatz des § 8 in keiner Weise zwischen den beiden Gruppen von Fällen des ersten Absatzes unterscheidet.) Verordnungsbl. des Justizminist. S. 22.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 13. bis 18. März l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Böhmen im politischen Bezirke Trautenau: Altenbuch 1;

in Galizien im politischen Bezirke Gorlice: Libusza 4.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 4. Starunia 1, Zuraki 1; Brody: Podkamien 1; Dabrowa: Cwikow 2; Husiatyn: Chorostkow 1, Krzywenkie 1, Probuzna 1; Jaworow: Wierzbiany 9; Mościska: Lacka wola 2, Laszki gościncowe 4. Podliski 7; Nadworna: Kamienna 1, Nadworna 3; Rawa: Hujcze 1; Stanislau: Dorohów 4, Kolodziejów 6; Tarnopol: Obarzance 5, Zarudzie 2; Trembowla: Jozefowka ad Loszniow 2; Wadnwice: Barwald sredni 2.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 166.

[.]

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirkearzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:--.

XIV. Jahrgang.

Wien, 27. März 1902.

Mr. 13.

Inhalt. Verhandlungen über Angelegenheiten des öffentlichen Sanitätswesens im Abgeordnetenhause - Sanitätsgesetze und Verordnungen; Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend den Vorgang bei der Verleihung von Concessionen für sogenannte salkoholfreie Speiseanstalten«. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen über Angelegenheiten des öffentlichen Sanitätswesens im Abgeordnetenhause.

Das öffentliche Sanitätswesen in Oesterreich, dessen Einrichtungen, Erfolge und weitere Ausgestaltung waren bei der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause von verschiedenen Seiten und nach verschiedenen Richtungen Gegenstand eingehender

Behandlung.

Der Bericht des Budgetausschusses (Berichterstatter Franz Freiherr v. Morsey) zollte den Leistungen der staatlichen Sanitätsverwaltung die Anerkennung, dass innerhalb kurzer Zeit auf diesem Gebiete mit unglaublich geringen Mitteln geradezu Staunenswerthes geleistet wurde. Diese Erfolge machen sich insbesondere in der verminderten Häufigkeit der Infectionskrankheiten bemerkbar. Während noch vor verhältnismässig kurzer Zeit die durchschnittliche Zahl der Opfer dieser Krankheiten jährlich circa 95.000 betrug, ist dieselbe um mehr als ein Drittel gesunken. Einen wesentlichen Antheil an diesem Erfolge hatte auch die Errichtung staatlicher Institute zur Bekämpfung von Infectionskrankheiten durch diagnostische, prophylaktische und therapeutische Mittel. Als solche Institute werden in dem Berichte angeführt:

1. Die Anstalten zur Erzeugung von animalischer Lymphe für Schutzimpfungen gegen Blattern in Wien und in Neuhaus in Böhmen, erstere errichtet im Jahre 1893 ohne Inanspruchnahme staatlicher Mittel durch Uebereinkommen der Staatsverwaltung mit dem niederösterreichischen Landesausschusse, welcher eine geeignete Anstalt gegen die Zusicherung der unentgeltlichen Versorgung Niederösterreichs mit tadellosem Impfstoffe auf dem Gartengrunde der Findelanstalt erbaute. Die Anstalt ist sowohl für den Betrieb wie für wissenschaftliche, mikroskopische und bakteriologische Untersuchungen mustergiltig eingerichtet. Bei Gewinnung und Verarbeitung des Impfstoffes finden alle von Wissenschaft und Erfahrung gelehrten Cautelen in weitestgehendem Maasse Anwendung, die Impfthiere werden veterinär beaufsichtigt, beschaut, der Impfstoff ohne Berührung mit Händen oder nicht sterilisirten Gegenständen in eigenen aseptischen Apparaten unter vollständigem Verschlusse bereitet, vor der Abgabe auf seine

Digitized by Google

Wirksamkeit geprüft, über Versendung und Haftungsergebnisse genaue Aufzeichnung geführt. Die Impfstoffproduction betrug seit 1892: 5,023.625, im Jahre 1900: 634.430 Impfportionen. Preis der Minimalportion (für 5 Personen ausreichend) 60 h.

Die Anstalt liefert den Impfstoff für Schulkinder- und für Nothimpfungen bei Blatterngefahr unentgeltlich, versieht die gesammte in dem im Reichsrathe vertretenen Ländergebiete dislocirte k. u. k. Armee, sowie die k. k. Landwehr mit Impfstoff und bringt den gegenwärtig im Budget eingestellten Betriebsaufwand zum grössten Theil durch den Erlös für den abgegebenen Impfstoff herein.

Die staatliche Impfanstalt zu Neuhaus in Böhmen, welche am 1. Jänner 1897 eröffnet wurde, ist in den von der Domänenverwaltung des Grafen Czernin gemietheten, nach dem Muster der Wiener Anstalt eingerichteten Räumen unter-

gebracht, liefert den Impfstoff vorwiegend für Böhmen.

2. Das staatliche serotherapeutische Institut zur Herstellung von Heilserum gegen Diphtherie, Tetanus etc. in Wien (Laboratorium im Krankenhause Rudolfstiftung, Serumproductionsanstalt und Pferdedepot im Kaiser Franz Joseph-Spitale), errichtet im Jahre 1894—1895 zunüchst ohne Inanspruchnahme von Staatsmitteln durch miethweise Benützung von Localitäten in den genannten Krankenanstalten, später aus den hiefür eingestellten Crediten und eigenen Einnahmen allmählich ausgestattet. Pferdestand über 40. Die Anstalt dient auch der wissenschaftlich-praktischen Forschung und bringt den grössten Theil der Betriebskosten durch Erlös von Diphtherie-Heilserum herein.

In Krakan besteht das autorisirte und vom Staate subventionirte Privat institut des Universitätsprofessors Bujwid, welches gleichfalls Heilsera (gegen

Diphtherie etc.) erzeugt.

3. Das staatliche Institut für Pasteur'sche Schutzimpfungen gegen Lyssa, gleichfalls in der k. k. Krankenanstalt Rudolfstiftung in Wien und das analoge staatlich subventionirte Privatinstitut des Professors Bujwid in Krakau.

Ersteres wurde im August 1894 eröffnet, besitzt eigene Thierstallungen und ein besonderes Ordinationslocale. In den Jahren 1896—1900 wurden rund 1200 Personen mit zumeist gutem Erfolge (kaum 1 Percent Sterbefälle) der antirabischen Behandlung unterzogen.

4. Diagnostische Station zur Sicherstellung der Diagnose der Hundswuth bei Hunden, welche Menschen gebissen haben, im k. u. k. Militär-Thierarzneinstitute und thierarztlichen Hochschule in Wien und an der thierarztlichen Hochschule in Lemberg.

5. Die Errichtung von autorisirten diagnostischen Stationen zur raschen Feststellung der Diagnose von Infectionskrankheiten mit bekannten Infectionserregern (Diphtherie, Typhus, Wechselfieber, Tuberculose, Milzbrand etc.) ist

im Zuge.

Der Bericht gedenkt mit rühmender Anerkennung der schnellen und erfolgreichen Bekämpfung der Pest in Wien, der Einführung der Instructionscurse für Amtsärzte, erwähnt die Erweiterung der Thätigkeit des Obersten Sanitätsrathes, die reichlichere Förderung gemeinnütziger, sanitärer Bestrebungen durch staatliche Unterstützungen.

In der Budgetdebatte (Sitzung vom 4. März d. J.) ergriff der Abgeordnete Steiner das Wort und besprach eingehend die Aufgaben der Staatsverwaltung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, insoferne diese mit dem Sanitätswesen in Beziehung steht. Die öffentliche Fürsorge für Pflege der Kinder im ersten Lebensjahre sei ungenügend, es bestehen nur 3 Findelanstalten, es fehle eine Säuglingsklinik in Wien, die niederösterreichische Landes-Findelanstalt in Wien mit gegenwärtig eirea 20.000 Findlingen, von denen nur etwa der dritte Theil in Niederösterreich, die übrigen in andere Kronländer zuständig sind, sollte verstaatlicht werden. Die gesetzliche Regelung des Haltekinderwesens müsse beschleunigt

werden. Redner wendete sich gegen die Erprobung der Haftungsfähigkeit der an der staatlichen Impfanstalt gewonnenen animalen Vaccine an Kindern der Wiener Findelanstalt, besprach die in Niederösterreich eingeleite Action zur Organisirung der Findlingspflege auf dem Lande, die Nothwendigkeit der staatlichen Einflussnahme auf Wohlfahrtseinrichtungen für abnormale und scrophulöse Kinder, die Nothwendigkeit von Tuberculoseheilstätten, von Maassnahmen gegen Tuberculose, die Förderung der Errichtung von Heilstätten und Versorgungsanstalten für Lungenkranke durch Staatsbeiträge, begründete die Forderung, dass die in öffentlichen Krankenanstalten aus Verpflegung armer Ausländer erlaufenden Kosten, welche gegenwärtig von den Landesfonden zu bestreiten sind, aus Staatsmitteln vergütet werden, und trat für Errichtung eines Wohlfahrtsrathes ein, welchem ausser Aerzten auch nichtärztliche Personen angehören und dessen Aufgabe es auch sein sollte, alle Errungenschaften der Technik und Wissenschaft genau zu prüfen und die Ergebnisse dieser Prüfungen den Ländern und den Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Mit Rücksicht auf die grosse Zahl der staatlichen Amtsärzte sei eine Vermehrung der höheren, der controlirenden Sanitätsorgane unbedingt nothwendig und erscheine es zweckmässig, den öffentlich angestellten Aerzten Gelegenheit zu bieten, dass sie im Auslande die Wohlfahrtseinrichtungen besichtigen, sich gründlich ausbilden und auf Andere wieder belehrend einwirken können. Die Verhältnisse der Gemeindeärzte auf dem flachen Lande sind, insbesondere was Alters-, Witwen- und Waisenversorgung betrifft, oft sehr traurige, da viele Aerzte trotz jahrzehntelanger Thätigkeit für sich und für ihre Angehörigen einen Sparpfennig nicht zur Seite legen können. Der Staat habe die Pflicht in dieser Richtung unterstützend einzugreifen und zur Gründung einer Casse für die Witwen und Waisen der Aerzte auf dem flachen Lande beizutragen. Die Handhabung der Sanitätspolizei liege im Interesse des Staates und könne man der Frage nicht mehr länger aus dem Wege gehen.

Dringend nothwendig erscheine die Reform des Irrenwesens, die Schaffung eines Irrengesetzes, die Errichtung von Trinkerheilstätten, die Organisirung des Krankentransportwesens, etwa im Einvernehmen mit dem Rothen Kreuze«. Die Regierungen haben nicht mehr die Aufgabe Länder zu erobern, vielmehr die Volksvertretungen und Regierungen die Pflicht, durch sociale Reformen, durch Ausgestaltung des Wohlfahrtswesens die Herzen der Bevölkerung zu erobern.

Regierungsvertreter Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý: Der Herr Abgeordnete Steiner hat über die Bedürfnisse der öffentlichen Sanitäts- und Wohlfahrtseinrichtungen in einer Rede, in welcher er mit begeisterten Worten die Bedürfnisse dieser wichtigen Institutionen darlegte, sehr treffende Bemerkungen gemacht und Progammatische Darstellungen über dasjenige gegeben, was uns noththut, um auf dem Gebiete des Sanitäts- und Wohlfahrtswesens fortzuschreiten.

Die Regierung, welche von den gleichen, die Sanität und Wohlfahrt fördernden Tendenzen wie der Herr Vorredner beseelt ist, kann ihm daher für diese Ausführungen nur zum wärmsten Danke verpflichtet sein.

Sie kann ihm auch verpflichtet sein für die Kritik, welche er in mancher Hinsicht an den sanitären Institutionen geübt hat. Ist doch die Regierung selbst verpflichtet, Kritik zu üben an demjenigen, was sie zur Förderung so öffentlicher, wichtiger Angelegenheiten thut, und sie wird gewiss jene Anregungen beherzigen, welche bestimmt waren, Missstände und Uebelstände, welche sich in der öffentlichen Sanitätspflege gezeigt haben, zu beseitigen.

Es ist daher nicht etwa eine Entgegnung, zu welcher ich mir das Wort erbeten habe, sondern ich beabsichtige nur eine Berichtigung einiger Bemerkungen, welche in die Rede eingeflochten waren, und welche bei der grossen Bedeutung, welche das Sanitätswesen in öffentlicher Hinsicht hat, nicht unbeachtet bleiben können,

wenn es sich darum handelt, dass die Werthschätzung gewisser öffentlicher Institutionen nicht vielleicht in der öffentlichen Meinung sinke.

Insbesondere hat der Herr Abgeordnete einer Institution gedacht, auf welche wir einigermaassen stolz zu sein Ursache haben, und zwar nicht blos die Staatsverwaltung, sondern auch die Landesvertretung von Niederösterreich selbst, in deren Einvernehmen ja diese Institution errichtet wurde — und das ist unser öffentliches Impfinstitut in Wien.

Der Herr Abgeordnete hat da insbesondere bemängelt, dass an diesem Impfinstitute zur Erprobung des Impfstoffes auch Findelkinder herangezogen werden, da sich das Impfinstitut eben auf dem Gartengrunde der niederösterreichischen Landes-Findelanstalt befindet. Es ist richtig, dass Findelkinder mit dem in der Anstalt erzeugten frischen Impfstoffe geimpft werden, es ist sogar diese Bestimmung im Einvernehmen mit dem Landesausschusse vertragsmässig festgestellt worden. Aber, hohes Haus, es ist nicht richtig, dass diese Findelkinder irgendwie nach Art von Versuchskaninchen, wie er sich ausgedrückt hat, verwendet werden.

Der Sachverhalt ist nämlich folgender: Die ausserordentliche Verbreitung der Blattern, welche noch vor 12 Jahren bestand, und welche zurückzuführen ist auf eine fortlaufende Kette von Blatternverschleppungen, über welche wir Daten bis zum Jahre 1818 zurück haben, hat die Sanitätsverwaltung veranlasst, die Vorsorge zur Tilgung der Blattern mit Energie zu betreiben.

Es ist erschreckend, dass vom Jahre 1818 an die Zahl der Blatterntodesfälle zunächst nur mit vierstelligen Zahlen bezeichnet werden konnte, und dass nach dem französischen Kriege die Zahl der Blatterntodesfälle in Oesterreich im Jahre 1872 über 36.000 erreicht hat, im Jahre 1873 sogar 65.000 Todesfälle, wovon auf Niederösterreich allein 7000 Todesfälle entfielen; auch im Jahre 1874 war die Zahl der Blatterntodesfälle noch weit über 30.000, worauf erst ein Abfall kam, jedoch so, dass es in keinem Lande Oesterreichs ein blatternfreies Jahr gegeben hätte.

Nun wurde getrachtet, einerseits, nachdem die Armee schon vorangegangen war, und die Impfung in der Armee durchgeführt und dadurch der Gesundheitszustand der Armee gebessert war, der Impfung mehr Boden zu verschaffen, und zwar gleichzeitig mit der Regelung der Epidemietilgung überhaupt, welche gegen die Neunziger-Jahre in Angriff genommen wurde.

Im Jahre 1893 noch gab es in Niederösterreich 700 Blatterntodesfälle, und es wurde damals, als das Franz Joseph-Spital gebaut wurde, erst vorgesorgt, dass für Wien und die Bevölkerung von Niederösterreich ein eigenes grosses Blatternspital gestiftet werde, ein zwei Stock hoher Bau, wo 80 Betten nur für Blatternkranke bestimmt waren. Zu jener Zeit wurde mit Unterstützung des Unterrichtsministeriums die Schulkinderimpfung eingeführt, welche bedeutende Erfolge erzielt hat, und es wurde auch an die Begründung eben einer eigenen staatlichen Impfstoff-Gewinnungsanstalt gegangen. Denn das war ja die Vorbedingung, um die Blattern zu bekämpfen, dass wir einen absolut unschädlichen, wirksamen, von jeder Anfechtung freien Impfstoff gewinnen mussten.

Denn wenn der Staat eine solche Maassregel empfiehlt und sie durch indirecten Zwang, wie es der bestehenden Gesetzgebung entspricht, an der Bevölkerung zur Anwendung gelangen lässt, dann muss natürlich dieser Stoff vollkommen vorwurfsfrei sein, es muss dafür gesorgt sein, dass auch nicht der geringste Schaden dadurch entstehen kann. Die Impfungsanstalt wurde daher so eingerichtet, dass sie vollständig den Anforderungen der Aseptik standhalten kann; selbst die Impfung der Kälber, die vor dieser Operation selbstverständlich auf ihre Gesundheit thierärztlich genauestens untersucht werden, findet unter solchen Cautelen statt, wie zum Beispiel bei irgend einer Operation am Menschen an einer chirurgischen Klinik. Auf dieselbe genaue Weise wird der Impfstoff abgenommen.

Von dem Momente der Abnahme des Impfstoffes ist derselbe überhaupt nicht mehr mit der freien Luft in irgend einer Verbindung, sondern vollkommen aseptisch eingeschlossen in Glycerin verwahrt, und alle Manipulationen, welche früher in höchst unvollkommener Weise mit den Händen u. dgl. gemacht wurden, wodurch Verunreinigungen möglich waren, sind jetzt ausgeschlossen. Die Impfanstalt hat mit sehr viel Scharfsinn und mit einem Aufwande von bedeutenden, auch technischen Fachkenntnissen eine Methode erdacht, die auch jetzt überall anderwärts in Europa nachgeahmt wird, um die Verreibung des Impfstoffes, die Mischung und die Verfüllung ganz unabhängig von der Willkür oder dem guten Willen irgend eines Dieners oder Angestellten zu machen.

Wir haben die Wiener Hochquellenleitung als maschinelle Kraft eingeführt, welche alle Arbeiten besorgt, und selbst die Luft, durch deren Druck schliesslich der Impfstoff in die feinen Röhrchen überführt wird, wird durch Baumwolle filtrirt, so dass der Impfstoff überhaupt so keimfrei als möglich hergestellt wird.

Nicht genug daran, verfügt die Impfanstalt über ein eigenes bakteriologisches Laboratorium, wo jede Quantität Impfstoff, die von einem Thiere gewonnen wird, mikroskopisch untersucht und mit Sicherheit festgestellt wird, dass absolut keine, irgendwie die Gesundheit schädigenden Keime in dieser Impflymphe enthalten sind.

Ebenso verschafft man sich diese Ueberzeugung in bakteriologischer Weise durch Ausgiessen der Lymphe zu Plattenculturen. Das Thier, von dem der Impfstoff stammt, wird unter thierärztlicher Mitwirkung secirt, und in einem Protokolle wird constatirt, dass gar keine Krankheitsveränderung in dem Thiere vorhanden, keine Tuberculose, keine Drüsenanschwellung u. dgl., so dass man sicher sein kann, dass der Impfstoff vom Thiere her nichts enthalten kann, was schädlich wäre.

Bei dieser Sorgfalt ist in dem Momente, wo der Impfstoff beim Menschen zur Verwendung kommen soll, selbstverständlich von der Möglichkeit einer Gefährdung nicht mehr die Rede. Es handelt sich jetzt höchstens noch darum, zu wissen, ob die Haftbarkeit des Impfstoffes eine gute ist. Denn es ist selbstverständlich, dass man den Impfstoff in weite Fernen erst dann ausschicken kann, wenn man überzeugt ist, dass er nicht blos unschädlich, sondern auch wirksam ist.

Nur um dieses letztere handelt es sich, und da ist es nicht blos für uns eine Sache der Bequemlichkeit, dass uns in der Findelanstalt auch Kinder gleich zur Verfügung stehen, die geimpft werden können, sondern es ist das gleichzeitig geradezu eine Wohlthat für die Findelanstalt, weil gar nichts die Findelanstalt so bedrohen könnte, als der Umstand, dass sie etwa ungeimpfte Kinder aufs Land entliesse, oder dass die für die Blattern so empfindlichen ungeimpften Kinder allenfalls in der Anstalt eine Blatternepidemie erzeugen könnten. Indessen haben wir uns auch, weil uns schon bekannt war, dass vielleicht hie und da eine falsche Auffassung über diese Sache herrschen könnte, von dieser Art und Weise der Erprobung des Impfstoffes auf die Haftbarkeit unabhängig gemacht, und die Impfanstalt verfügt bereits über einen öffentlichen Impfplatz, wo unentgeltlich für die ganze Stadt, und zwar von Functionären der Impfanstalt selbst, vom Impfdirector und seinen Assistenten, Impfungen vorgenommen werden, so dass wir auch auf diese Weise in der Lage sind, uns unmittelbar von der Haftbarkeit zu überzeugen. Mit diesem Impfstoffe, von welchem im Laufe der etwa acht Jahre, die die Anstalt besteht, an fünf Millionen Portionen erzeugt worden sind, und mit dem auch die Armee, soweit sie in österreichischen Ländern dislocirt ist, und auch die Landwehr mit bestem Erfolge geimpst wird, haben wir fast noch nie erfahren, dass irgend eine Schädigung vorgekommen wäre, und der Ruf unserer Anstalt hat sich deshalb auch bis ins Ausland verbreitet, so dass wir eine ganze Reihe von Ländern anführen können, wohin unser Impfstoff geliefert wird. Sogar von Japan sind in dieser Richtung Bestellungen ergangen.

Digitized by Google

Daraus kann entnommen werden, dass eine grössere Sorgfalt in dieser Hinsicht kaum möglich ist. Auf der anderen Seite hat auch in der That der Landesausschuss, der in dieser Richtung so freundlich mitgewirkt hat, die Anstalt zu errichten, dadurch grosse Vortheile erzielt, weil, wie der Herr Abgeordnete Steiner selbst gesagt hat, die jetzigen Kosten der Impfung etwa kaum 2000 K im Jahre betragen, während er vor dem Bestande der Anstalt für den Bezug von Impfstoff aus Privatanstalten allein 4000—5000 fl. ausgeben musste.

Die Pflege der Impfung, die wesentlich auch durch das Vertrauen gefördert wurde, welches eben auch schon die Bevölkerung in den weitesten Kreisen zu diesem ganz unanfechtbaren Impfstoff hat, hat wesentlich dazu beigetragen, dass es uns gelungen ist, unter Anwendung eines exacten Infectionstilgungsverfahrens die Blattern-

erkrankungen auf ein sehr niedriges Maass herabzudrücken.

Es ist seit den 84 Jahren, über welche, wie ich erzählt habe, die Sterblichkeitstabellen gesammelt wurden, früher nie vorgekommen, dass es blatternfreie Jahre gegeben hätte. Nun erfreut sich Niederösterreich schon seit vier Jahren bis auf ein einziges Jahr, wo drei Blatternfälle vorkamen, die aus dem Auslande eingeschleppt worden sind, der Blatternfreiheit, Oberösterreich, Salzburg, fast alle Alpenländer, selbst Böhmen und Mähren haben jetzt schon einige ganz blatternfreie Jahre, mit Ausnahme von Galizien und der Bukowina, wo das Sanitätswesen, obwohl es sich ungemein gebessert hat, doch noch nicht jene günstigen Erfolge erreicht hat wie in anderen Ländern, und wo die Gefahr der Blatterneinschleppung aus Russland noch besteht, während wir von Deutschland her, welches ein Zwangsimpfgesetz hat, von solchen Einschleppungen verschont sind.

Wir haben in manchen der letzten Jahre in sämmtlichen Ländern Oesterreichs mit Ausnahme von Galizien und der Bukowina, keine 10 Blatterntodesfälle gehabt, während noch im Jahre 1873 allein 65.000 Fälle, vor zehn Jahren noch etwa

10.000 Todesfälle im Jahre vorgekommen sind.

Auf ähnliche Weise ist es auch gelungen, nicht blos die Blattern-, sondern auch die Diphtheriesterblichkeit durch die Errichtung eines ähnlichen staatlichen Institutes herabzumindern. Es ist durch ein präcises Epidemietilgungsverfahren — ich darf es nicht verschweigen — durch die ausserordentliche Unterstützung sowohl der Landes- als der anderen autonomen Körperschaften, welche in der Durchführung von Assanirungsmaassregeln in der munificentesten Weise vorgegangen sind, gelungen, die Typhus- und Ruhrsterblichkeit herabzusetzen, so zwar, dass wir uns des Erfolges rühmen können, dass, während noch vor zehn Jahren die Sterblichkeit an Infectionskrankheiten in Oesterreich die Ziffer von 106.000 aufwies — das macht also beiläufig den sechsten Theil der Gesammtsterblichkeit der Bevölkerung aus — diese Sterblichkeit an Infectionskrankheiten, obwohl von 1890—1900 die Bevölkerung allein in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern um 2½ Millionen zugenommen hat, im Jahre 1900, am Schlusse des Jahrhunderts, auf 62.000 zurückging und auch im vergangenen Jahre um 50.000 geringer war, als vor zehn Jahren.

Auf diese Art ist es gekommen, dass, während vor zehn Jahren in Oesterreich rund 700.000 Todesfälle statthatten, im Jahre 1900 die Zahl von Todesfällen sich

auf etwa 660.000 ermässigt hat.

Die Sanitätsverwaltung kann daher mit einiger Beruhigung auf gewisse Erfolge zurückblicken und daher auch in Bezug auf die Handhabung des Sanitäts- und

Wohlfahrtswesens wohl einiges Vertrauen beanspruchen.

Sie war nicht müssig, auch in anderer Weise diesen Zweck zu erreichen. Gleich nach dem Regierungsantritte Seiner Excellenz des gegenwärtigen Herrn Ministerpräsidenten ist zum Zwecke einer rascheren Epidemietilgung dasjenige geschehen, worauf der Herr Abgeordnete Steiner hingewiesen hat, dass es geschehen sollte. Es ist nämlich ein Vertrag mit der Bundesleitung des Rothen Kreuzes*) in



^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 57.

Wirksamkeit gesetzt worden, der dahin geht, dass das Rothe Kreuz vom Staate eine jährliche Subvention erhält, dafür aber in den einzelnen Ländern Depotstellen von Barackenspitälern bereithält, die mit allem, was zur Epidemiekrankenpflege erforderlich ist, ausgerüstet sind. Es sind schon die zugehörigen Betten und Bettgarnituren Essgeschirr, Desinfectionsapparate da, auch Bettzeug, wie es etwa bei der Mobilisirung im Kriege erforderlich ist.

Es ist ausserdem im Werke, dass bei jeder solchen Epidemienothstation auch ein Fourgon beigestellt werden wird, welcher dem Krankentransporte dient, worauf der Herr Abgeordnete Steiner auch hingewiesen hat. Desgleichen werden Tragbahren in Form von Fahrrädern beigestellt, wodurch man nicht selten namentlich in den Alpengegenden viel raschere Hilfe bringen kann, als dies jetzt möglich ist.

Solcher Stationen sind heute schon, wenn ich wohl unterrichtet bin, fünf errichtet, und zwar sind einige Baracken schon gesichert für Prag, für Troppau, Lemberg, Innsbruck und in jüngster Zeit ist eine solche Station in Pola errichtet worden und in dem dortigen Marinedepot untergebracht, so dass wir, wenn plötzlich eine grosse Epidemiegefahr in Dalmatien auftritt, sofort im Stande sind, binnen wenigen Tagen ein vollkommen fertiges Nothspital beizustellen.

Diese Nothspitalsinstitution hat ferner noch das Gute, dass durch die Vermittlung des Rothen Kreuzes auch die ganze Wartung sichergestellt ist, indem bereits die barmherzigen Schwestern consignirt sind, welche von allen Stationen sofort herangezogen werden können, desgleichen, dass Desinfectionsdiener in öffentlichen Spitälern herangebildet werden, um auf diese Weise im Stande zu sein, im Bedarfsfalle sofort in den Dienst zu treten.

Durch diese Institution werden auch die Zwecke der Kriegsverwaltung gefürdert, indem der Armee, die schon im Frieden viel mehr Material für öffentliche Krankenpflege im Falle von grossen Epidemien oder Nothständen beschafft, für die Unterbringung der Verwundeten und der Kranken viel mehr Krankenunterkünfte zur Verfügung stehen.

Die Sanitätsverwaltung kann sich durch diese Erfolge wohl aufgefordert fühlen, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten, und in dieser Hinsicht sind es gerade jene Krankheiten, welche auch hier im hohen Hause Gegenstand der Besprechung waren, die ihre Aufmerksamkeit auf das intensivste fesseln. Es sind das jetzt insbesondere jene Krankheiten, deren Ergründung uns durch das Fortschreiten der wissenschaftlichen Forschung zugänglicher geworden ist, wo wir jetzt erst eigentlich Gelegenheit haben, die Ursache der Krankheit genau zu erkennen, wo wir wissen, um welche mikroskopische Organismen es sich handelt, und wie sie wirksam bekämpft werden können.

Es sind dies insbesondere die Tuberculose und die Malaria. In dieser Hinsicht sind bereits Vorbereitungen im Zuge, damit es möglich werde, die Fortschritte der

Wissenschaft auch praktisch für das Sanitätswesen zu verwerthen.

In Bezug auf die Tuberculose spielt gegenwärtig die Heilstättenfrage eine grosse Rolle. Ich kann versichern, dass die Sanitätsverwaltung nichts unterlässt, um die Errichtung von Heilstätten zu fördern, und dass sie nicht blos hinsichtlich der Heilaustalt Alland, welche jetzt eine Jahressubvention von 8000 K geniesst, sondern bereits auch hinsichtlich anderer im Entstehen begriffener Heilanstalten ziffermässig ihre financielle Mitwirkung sichergestellt hat.

Selbstverständlich kann, wenn man von Tuberculose spricht, auch nicht von der Scrophulose geschwiegen werden, und es ist gar keine Frage, dass es eine unserer Hauptaufgaben sein muss, die Scrophulose, welche gerade die heranwachsende Generation am meisten physisch degenerirt, mit in die Frage der Bekämpfung der Tuber-

culose einzubeziehen.

Wir schätzen daher auch die Seehospize, welche bisher allerdings der Privatwohlthätigkeit ihre Entstehung verdankten, ausserordentlich hoch, und auch in dieser Ilinsicht ist die staatliche Sanitätsverwaltung, so oft sich ihr die Gelegenheit bietet,

gerne bereit, unterstützend einzugreifen. Insbesondere ist der Curort Grado, dessen schlechte Wasserversorgungsverhältnisse heute zur Sprache gekommen sind, bereits im Einvernehmen sowohl des Ministeriums des Innern als des Ackerbauministeriums mit Vorkehrungen bedacht worden, um eine bessere Wasserbeschaffung zu erzielen und die sanitären Verhältnisse zu assaniren.

Selbstverständlich muss es die Sanitätsverwaltung, da sie ja in der Bekämpfung der Volkskrankheiten die meisten Erfolge erzielt hat, interessiren, auch die Pellagra, die ja ebenfalls eine so bedeutende und in ihren Folgen die Bevölkerung so ausserordentlich bedrückende Krankheit ist, zu bekämpfen, wenn wir auch hinsichtlich der Pellagra in wissenschaftlicher Hinsicht noch nicht so weit sind, um ihren eigentlichen Ursprung mit voller Klarheit zu erkennen und daher das Uebel derart an

der Wurzel zu fassen, wie es bei anderen Krankheiten der Fall ist.

Dass aber auch hinsichtlich der Pellagra die Regierung nicht müssig war, und dass sie ihr Augenmerk darauf richtete, mag daraus erkannt werden, dass sie schon im Jahre 1898 für die Tilgung der Pellagra und insbesondere für das Pellagrosarium in Rovereto, welches zu dem Zwecke gestiftet wurde, um denjenigen Kranken, die im Anfangsstadium der Krankheit sind und vielleicht noch geheilt werden können, daselbst einer Cur zu unterziehen, den Betrag von 4800 K als Unterstützung gewidmet hat, dass aber für das Jahr 1902 bereits 10.000 K eingestellt sind, und dass in den Zwischenjahren zur Unterstützung dieser Anstalt von Jahr zu Jahr immer höhere Beträge bewilligt wurden. Desgleichen ist die Action zur Bekämpfung der Pellagra in Gradisca wieder aufgenommen worden; sie war seinerzeit schon im Gange, aber es muss leider gesagt werden, dass damals kein verständnisvolles Zusammenwirken aller Factoren vorhanden war, um zu einem richtigen Resultate zu gelangen.

Die localen Factoren haben sich viel zu sehr nur auf die Frage beschränkt, durch Volksküchen den Ernährungszustand der Bevölkerung zu bessern, während selbstverständlich bei der Bekämpfung der Pellagra mehr gethan werden muss.

Man muss nicht blos trachten, dass eine Institution eingeführt wird, die gewiss sehr leicht missbraucht werden kann, und bei der vielleicht die Mittel manchmal nicht zweckmässig und sicher in Anwendung gebracht werden können, sondern man muss auch andere Maasregeln ergreifen, man muss insbesondere auch die Kranken durch alle Mittel einer rationellen, diatetischen und eventuell curativen Behandlung womöglich wieder gesund machen und namentlich davor bewahren, dass sie schliesslich in den Irrsinn der Pellagrösen verfallen.

Es beginnt in dieser Hinsicht wenigstens eine neue Action, zu deren Förderung von dem Ministerium für das Jahr 1902 10.000 K im Budget bereits eingestellt sind. Ich hoffe, dass es, wenn die Einrichtung sich nach und nach vervollkommnen wird, gerade so, wie es im Trentino der Fall war, möglich sein werde, in wirksamerer Weise einzugreifen. Der gute Wille wird in dieser Hinsicht gewiss nicht fehlen.

Eine andere Endemie, deren eigentlichen Charakter wir leider ebenfalls noch nicht mit wissenschaftlicher Gründlichkeit kennen, ist der die Alpenländer so sehr bedrückende Idiotismus und Cretinismus, welchen der Herr Abgeordnete Steiner auch in den Bereich seiner Ausführungen gezogen hat. Die Staatsverwaltung ist mit Rücksicht auf die Sanitätsgesetzgebung selbstverständlich nicht in der Lage, Pflegeanstalten für solche Bedauernswerthe zu errichten, weil die Errichtung von Krankenund Pflegeanstalten und dergleichen aus dem Bereiche der staatlichen Sanitätspflege gesetzlich genommen ist.

Es handelt sich ja beim Cretinismus aber nicht blos um Pflegeanstalten, denn ist einmal der Cretinismus so weit fortgeschritten, dass die Entwicklung der geistigen Fähigkeiten nicht mehr erzielt werden kann, dann ist allerdings blos ein Werk der Barmherzigkeit vonnöthen, und die vielen Bemühungen, aus solchen Individuen noch irgendwie brauchbare Staatsbürger zu machen, schlagen fehl.

Es ist aber in der jüngsten Zeit vom Obersten Sanitätsrathe eine Anregung gegeben worden, auch dieses Uebel an der Wurzel zu fassen und es einer Art von Heilung zugänglich zu machen. Denn man ist soweit gekommen, dass man gewisse physische Degenerationserscheinungen kennen lernte, welche mit dem Beginne des Cretinismus einhergehen, und dass man medicinische Präparate anzufertigen verstanden hat, welche ohne Zweifel schon nach den gegenwärtigen Erfahrungen auf die Heilung dieser Anfangszustände günstig einwirken, die sogenannten Thyreoidinpräparate. Nun ist die Staatsverwaltung daran, diese Thyreoidinpräparate zur Behandlung von derartigen Fällen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Einer der in dieser Hinsicht sehr erfahrenen Räthe des Obersten Sanitätsrathes hat es übernommen, diese Action zu leiten.

Es ist im Zuge, durch Vereinbarungen mit den Landesausschüssen von Niederösterreich, Steiermark und überhaupt der Alpenländer die Möglichkeit zu schaffen,
dass solche Kinder, welche Cretinismus zeigen, in Anstalten untergebracht werden,
damit sie dort einerseits jenen Einflüssen entrückt sind, die den Cretinismus immer
mehr wachsen lassen, und damit anderseits die mächtigen, von der Wissenschaft gebotenen Hilfsmittel angewendet werden können, um das Fortschreiten der Krankheit
aufzuhalten.

Natürlich braucht eine solche Pflege lange Zeit, und es ist dann nicht gut möglich, dass man in Anstalten durch so lange Zeit diese Pflege durchzuführen im Stande wäre. Es sollen dann weiter diese Maassnahmen mit Hilfe tüchtiger Gemeindeärzte unter Controle der Sanitätsorgane in die Familienpflege übergehen. Den betreffenden Familien soll die Beistellung der Heilmittel, die, wenn sie sich bewähren, womöglich auch im Inlande dargestellt werden, umsonst ermöglicht werden, und auf diese Art dürfte es gelingen, die enorme Zahl von Cretinösen, die wir in Oesterreich haben, und hinsichtlich deren uns die Statistik die Zahl von mindestens 20.000 angibt, wesentlich zu verringern. Was das für die Alpenländer in wirthschaftlicher Beziehung bedeutet, wenn diese der öffentlichen Wohlfahrtspflege und den Familien zur Last fallenden degenerirten Personen wieder durch arbeitsfähige Individuen ersetzt werden, das brauche ich nicht weiter auszuführen.

Auch was die Irrenpflege anbelangt, welche Gegenstand weitläufiger Ausführungen des Herrn Abgeordneten Steiner war, darf ich mich darauf berufen, dass auch da die Sanitätsverwaltung bereits neuerlich einen Anlauf genommen hat, um diese schwierige Frage, welche aber nicht blos sanitär ist, sondern hauptsächlich auch zum Beispiel durch ihre Beziehungen zum Entmündigungsverfahren in die Rechtspflege eingreift, im Einvernehmen mit dem Justizministerium einer künftigen Lösung zuzuführen. Es sind die Berathungen zu diesem Zwecke bei der von diesem Ministerium eingesetzten gemischten Commission in dieser Richtung jetzt schon ziemlich vorgeschritten, um die Hoffnung zu bieten, dass die gewünschte Reform bald in Angriff genommen werden dürfte.

Wenn ich mir erlaubt habe, auf einige Erfolge des Sanitätsdienstes hinzuweisen, um zu begründen, dass die staatliche Sanitätsverwaltung in dieser Richtung einiges Vertrauen verdient, so bin ich weit davon entfernt, das Verdienst etwa nur den Bemühungen der staatlichen Sanitätsorgane zuzuschreiben. Wir sind bei unseren Actionen zum Beispiel bezüglich der Blattern ausserordentlich unterstützt dadurch, dass wir auf einer Seite, der ganzen Grenze gegenüber Deutschland, förmlich invasionsfrei sind, indem das Deutsche Reich durch sein eben wegen der Erfahrungen nach dem französischen Kriege geschaffenes eigenes Impfschutzgesetz die Blatternfreiheit in seinem Gebiete erzielt hat, wie es uns derzeit unter schwierigen Verhältnissen hinsichtlich der grössten Anzahl der österreichischen Länder ohne Zwangsgesetz gleichfalls gelungen ist. Das ist ein sehr wichtiger Factor.

Ich habe auch schon erwähnt, dass die grossen sanitären Calamitäten, wie wir sie in den letzten zehn und fünfzehn Jahren gehabt haben, das wiederholte Ein-

dringen der Cholera, der Pest, eine so allseitige Thätigkeit hinsichtlich der Assanirung von Gemeinden, der Schaffung von Wohlthätigkeitsinstitutionen, hinsichtlich der Vermehrung der Krankenhäuser erregt haben, dass diese Momente gewiss sehr viel dazu beigetragen haben, die Infectionskrankheiten und auch andere Krankheiten zu mindern.

Es ist auch gar keine Frage, dass die wirklich rapiden und staunenswerthen Fortschritte der medicinischen Wissenschaft, denen so viele Defecte und Krankheiten zugänglich gemacht wurden, welche früher nicht geheilt werden konnten, und durch welche die Heilungsdauer für viele Krankheiten herabgesetzt wurde, dass man hierüber oft staunen muss, gleichfalls viel beigetragen haben, die Sanitätsverwaltung in dieser Richtung zu unterstützen.

Es ist eben auf diesem sanitären culturellen Gebiete wirklich Viribus unitis vorgegangen worden, und es ist erhebend, aussprechen zu können, dass der Zauber dieses unseres patriotischen Wahlspruches sich auf dem Gebiete der Humanität und sanitären Cultur in einer solchen, das Staats- und Volkswohl fördernden Weise bewahrheitet.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 1. März 1902, Z. 45145 ex 1901,

an alle Landeschefs,

betreffend den Vorgang bei der Verleihung von Concessionen für sogenannte "alkoholfreie Speiseanstalten".

Der österreichische Verein gegen Trunksucht hat in einer hierortig überreichten Eingabe darauf hingewiesen, dass seitens einer
Gewerbebehörde erster Instanz ein Gesuch um
Ertheilung der Concession zum Betriebe einer
sogenannten "alkoholfreien Speiseanstalt" wegen
mangelnden Localbedarfes abgewiesen worden
ist, ohne dass hiebei auf den besonderen Charakter dieses Gewerbebetriebes Bedacht genommen wurde.

Der aus diesem Anlasse vom Vereine in Bethätigung seiner gewiss zu billigenden allgemeinen Bestrebungen gestellten Bitte willfahrend, beehre ich mich Hochdieselben zu ersuchen, die Aufmerksamkeit der Gewerbebehörden darauf zu lenken, dass bei Beurtheilung von Gesuchen um Ertheilung von Concessionen für Speiseanstalten (§ 16, lit. a der Gewerbeordnung), in welchen ein Ausschank alkoholischer Getränke (§ 16, lit. c, d und e) nicht be-

trieben werden soll, der Natur der Sache nach andere Gesichtspunkte für die Prüfung des Bedürfnisses der Bevölkerung nach Errichtung derartiger Speiseanstalten sich ergeben, als dies bei Gast- und Schankgewerben im Allgemeinen der Fall ist.

Es wird daher Sache der Gewerbebehörden sein, bei Amtshandlungen hinsichtlich der Concessionirung von Gast- und Schankgewerben, Betriebe mit oder ohne Ausschank alkoholischer Getränke strenge von einander zu halten.

Selbstverständlich wird der Ertheilung von Concessionen für derartige nalkoholfreie Speiseanstalten" zur Vermeidung von Missbräuchen die sorgfältigste Prüfung der Vertrauenswürdigkeit des Bewerbers vorauszugehen haben.

Derlei Speiseanstalten sind ferner genau zu überwachen und wird jede Ueberschreitung der ertheilten Befugnisse strengstens zu ahnden, eventuell auch mit der Entziehung der Concessionen gemäss § 138 der Gewerbeordnung vorzugehen sein.

Erweiterungen der ursprünglichen Concession auf die Berechtigung zum Ausschanke alkoholischer Getränke sind solchen Anstalten grundsätzlich nicht zu ertheilen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Rumänien. Die für Herkünfte aus Batum angeordnete fünftägige Quarantaine ist seit 4. März durch eine ärztliche Visite ersetzt.

Aegypten. In der Woche vom 6. bis 12. März wurde in Tantah und Abussir je eine neue Pesterkrankung gemeldet. In Decheneh (Provinz Keneh) sind gleichfalls 2 Pestfälle beobachtet worden.

Britisch-Ostafrika. In Nairobi, einer an der Uganda-Eisenbahn 326 englische Meilen vom Hafen von Mombassa entfernt gelegenen Niederlassung, sind unter indischen Kulis und eingeborenen Afrikanern 11 Pestfälle, darunter 3 mit tödtlichem Verlaufe, und 7 verdächtige Krankheitsfälle vorgekommen. In Mombassa und auf der zwischen Mombassa und Nairobi gelegenen Strecke ist bisher keine verdächtige Erkrankung beobachtet worden.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 12. bis 18. Februar 788 Erkrankungen und 663 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 9. bis 15. Februar 140 Erkrankungen und 120 Todesfälle constatirt; in Kurachee sind in der Woche vom 8. bis 14. Februar 47 Pesttodesfälle ausgewiesen worden.

Capcolonie. In der Woche vom 16. bis 22. Februar ist in der Colonie ebenso wenig wie in den vorausgegangenen zwei Wochen ein Pestfall verzeichnet worden. — Wiewohl in Capstadt seit 2. Jänner 1. J. (siehe S. 60) kein Pestfall beobachtet wurde, kann die Krankheit daselbst noch immer nicht als gänzlich erloschen angesehen werden, weil seither wiederholt und in verschiedenen Stadttheilen pestinficivte Ratten aufgefunden wurden.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 119 d. Bl.) wurde in der Woche vom 12. bis 18. Februar eine neue Pesterkrankung constatirt. Seit Wiederausbruch der Epidemie (Juli v. J.) sind in der genannten Stadt 368 Personen an Pest erkrankt und 161 gestorben.

Laut telegraphischer Mittheilung vom 18. März l. J. ist Stadt und Hafen von Rio de Janeiro für pestfrei erklärt worden.

Cholera. Arabien. In Mekka wurden in der Zeit vom 12. bis 17. März 165, in Medina vom 12. bis 15. März 16 und in Djeddah vom 11. bis 17. März 21 Todesfälle an Cholera verzeichnet.

Da die vom Obersten Sanitätsconseil zur Hintanhaltung der Ausbreitung der Epidemie in Mekka beantragten Maassregeln, betreffend die Errichtung von Lazarethen, die Isolirung der kranken und Beobachtung der ansteckungsverdächtigen Pilger, sich als undurchführbar erwiesen, hat die türkische Sanitätsadministration mit Zustimmung des genannten Conseils die Anordnung getroffen, dass die in Mekka versammelten Pilger, deren Zahl zur Zeit des Beiramfestes auf nahezu 250.000 gestiegen sein dürfte, nach Beendigung der Festlichkeiten schleunigst die Stadt zu verlassen und unter den entsprechenden Vorsichtsmaassregeln in Djeddah sich einzuschiffen haben, zu welchem Zwecke die erforderliche Anzahl von Schiffen nach diesem Hafen dirigirt wurde.

Bulgarien. Mit Verordnung vom 23. Februar (8. März) 1. J., Nr. 68, wurde die arabische Küste des Rothen Meeres für choleraverseucht erklärt.

Blattern. Niederlande. Seit Beginn dieses Jahres sind in den Niederlanden nur 2 Blatternfälle zur Anzeige gelangt.

Belgien. Seit 1. März l. J. wurden von der Provincial-Sanitätscommission in Lüttich 33, und von den Sanitätscommissionen in Termonde 25, in Löwen und Arlon je 9 Blatternerkrankungen gemeldet.

Rumänien. In Braila wurden vom 11. bis 14. März 4 Blatternfälle beobachtet.

Amerika. In Philadelphia sind in den letzten Wochen durchschnittlich 60 Erkrankungen und 10—15 Todesfälle an Blattern zur Anzeige gelangt. Seit Herbst v. J. sind ungefähr 2000 Blatternerkrankungen verzeichnet worden.



Vermischte Nachrichten.

Heilstätte für Lupuskranke in Wien. Die Mittheilungen der Tagespresse über die vom Primarärzte des Wiener allgemeinen Krankenhauses, Professor Dr. Eduard Lang, angeregte und von einem aus hervorragenden Persönlichkeiten gebildeten Comité eingeleitete Action zur Gründung einer Heilanstalt, in welcher alle wissenschaftlichen Heilmethoden gegen Lupus in Anwendung kommen sollen, hatten zur Folge, dass eine grosse Zahl von Lupuskranken aus den verschiedensten Gegenden in der Meinung, dass diese Anstalt bereits bestehe, nach Wien reisten, um sich in derselben der ärztlichen Behandlung zu unterziehen.

Die erwähnte Anstalt ist noch nicht eröffnet, und wird die Activirung derselben erst dann erfolgen können, sobald die hiezu nothwendigen Mittel gesichert sein werden. Wenn nun auch nach Maassgabe des auf der Abtheilung des Professors Lang im Wiener allgemeinen Krankenhause verfügbaren Raumes einzelne Lupuskranke Aufnahme fanden, musste doch eine grosse

Zahl der aus der Ferne zugereisten Kranken abgewiesen werden.

Um derartige Kranke vor Enttäuschungen und vergeblich aufgewandten Reiseauslagen zu bewahren, erscheint es dringend nothwendig, dass alle Aerzte, welche Lupuskranke der erwähnten Krankenhausabtheilung zur Behandlung zuweisen wollen, sich vorerst durch Anfrage bei der Direction des k. k. allgemeinen Krankenhauses oder bei dem Primararzte Professor Dr. Lang versichern, ob auf der Abtheilung freie Betten zur Verfügung stehen, und erst nach erhaltener Zusicherung der Aufnahme die Abreise der Kranken, welche unter allen Umständen mit den zur Aufnahme erforderlichen Documenten versehen sein müssen, veranlassen.

Bekämpfung des Alkoholmissbrauches durch die Schule. Das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht hat die Landesschulbehörden aufgefordert, die Lehrerschaft der allgemeinen Volks und Bürgerschulen, sowie der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten anzuweisen, dass die Jugend bei jeder während des Unterrichtes sich bietenden Gelegenheit auf die Gefahren des fortgesetzten und übermässigen Alkoholgenusses aufmerksam gemacht werde, und darauf Einfluss zu nehmen, dass namentlich seitens der Docenten für Schulhygiene und Somatologie in den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten die Schädlichkeiten des Alkoholmissbrauches besonders hervorgehoben werden. Auch hat das genannte Ministerium angeordnet, dass bei der Wahl der Bücher für Schülerbibliotheken die Anschaffung von Werken, welche die Bekämpfung des Alkoholismus zum Ziele haben, besonders berücksichtigt, sowie solche Bücher, welche den Alkoholgenuss verherrlichen, ausgeschlossen werden, und dass auch bei der Auswahl der Bücher für die Lehrerbibliotheken von denselben Gesichtspunkten vorgegangen werde. Schliesslich wurden die Landesschulbehörden eingeladen, zu berichten, ob und in welcher Weise sich die Schule an dem Kampfe gegen den Alkoholismus betheiligen könnte. (Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 8. Februar 1902, Z. 3961.)

Praktische Curse über die Anwendung von Rettungsmitteln bei gewerblichen Betriebsunfällen. Mit Genehmigung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht wurde zu Beginn des Schuljahres 1901 1902 an der maschinengewerblichen Fachschule in Klagenfurt ein achtwöchentlicher Abendeurs mit praktischen Uebungen in der Anwendung von Rettungsmitteln bei gewerblichen Betriebsunfällen abgehalten. Da die Betheiligung an diesem Curse aus allen Kreisen des Gewerbebestandes eine sehr zahlreiche war, hat sich die Direction der genannten Anstalt veranlasst gesehen, mit 1. April einen zweiten solchen Abendeurs zu eröffnen.

Stand der Blattern und des Flecktyphus, Nach den in der Zeit vom 19. bis 25. März 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Gorlice: Libusza 3.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 1 und in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 2, Zuraki 5; Brody: Podkamien 1, Wertelka 2; Buczacz: Dobropole 6; Jaworow: Wierzbiany 15; Kalusz: Petranka 8; Kolbuszowa: Trzeboś 1; Mościska: Lacka wola 1, Laszki gościncowe 3, Podliski 3; Nadworna: Delatyn 6, Nadworna 1, Tarnowica lesna 3; Przemyśl: Nienadowa 7; Skalat: Magdalowka 5; Stanislau: Dorohów 1, Kolodziejów 6, [Stanislau 1; Tarnopol: Luka wielka 3, Obarzance 5; Trembowla: Jozefowka ad Loszniow 1; Wadnwice: Barwald sredni 2; Zloczow: Podlipce 5.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien L. Rothenthurm strasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 3. April 1902.,

Mr. 14.

Inhalt. Versuche medicamentöser Behandlung des Cretinismus. - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Gesetz, wirksam für das Herzogthum Krain mit Ausnahme der Landeshauptstadt Leibach, betreffend Regelung der Todtenbeschaugebübren; Verordnung und Erlass der k. k. Landesregierung in Krain, betreffend eine neue Todtenbeschauordnung für das Herzogthum Krain. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Versuche medicamentöser Behandlung des Cretinismus.

Mit der Einführung der Schilddrüsenpräparate in die Therapie eröffnete sich ein ganz neuer Weg zur ärztlichen Behandlung jener krankhaften Zustände, welche den Cretinismus charakterisiren. Ueber Anregung des Ober-Sanitätsrathes Prof. Dr. Julius Ritter Wagner v. Jauregg machte der Oberste Sanitätsrath auf diese therapeutische Behandlung von Cretinen aufmerksam und empfahl, versuchsweise an für die Behandlung geeignet befundenen Cretinen systematische Curen durch Aerzte unter Mitwirkung und Leitung eines Fachmannes einzuleiten, über die hiebei gemachten Wahrnehmungen und erzielten Erfolge genaue Aufzeichnungen zu führen und innerhalb angemessener Zwischenräume die gewonnenen Erfahrungen im Ministerium des Innern einer fachmännischen Prüfung und Beurtheilung zu unterziehen. Diese versuchsweise Behandlung sollte zunächst in Gegenden des endemischen Cretinismus, welche von Wien nicht allzuweit entfernt sind und von dem mit der Leitung der Versuche betrauten Fachmanne ohne grossen Zeitverlust bereist werden können, stattfinden. Als zu diesen Versuchen besonders geeignete Gebiete wurden bezeichnet die folgenden Gerichtsbezirke Steiermarks: Murau, Neumarkt, Oberwölz, Judenburg, Obdach, Oberzeyring, Knittelfeld, Liezen, Rottenmann, Gröbming, Irdning, Leoben, Mautern, Eisenerz, Bruck a. d. Mur, Frohnleiten, Voitsberg, Leibnitz.

Von grösster Bedeutung ist selbstverständlich die Auswahl der Individuen, welche versuchsweise der Behandlung unterzogen werden sollen. Die Feststellung, ob ein Individuum mit Cretinismus behaftet ist, erfordert genaue Vertrautheit mit den Erscheinungen dieses krankhaften Zustandes, welche allein vor Verwechslungen mit dem schweren Idiotismus schützt. Bei nicht cretinischen Idioten wäre aber ein Erfolg der Behandlung schon von vorneherein ausgeschlossen. Die Auswahl der geeigneten Individuen müsste daher von einem zu diesem Zwecke abgesendeten Fach-

manne getroffen werden.

Da in den ersten Kinderjahren die Diagnose des Cretinismus oft noch eine unsichere ist, können Kinder unter fünf Jahren bei den ersten anzustellenden Versuchen wohl noch nicht herangezogen werden, wenn auch nach allgemeinen Erwägungen ein möglichst frühzeitiger Beginn der Behandlung grössere Aussichten auf

Erfolg hat. Anderseits erscheint es für objective Beurtheilung der Behandlungsresultate von Werth, auch bei jugendlichen Individuen, welche das Kindesalter bereits überschritten haben und im Alter von 18—24 Jahren stehen, diese Behandlungsmethode versuchsweise anzuordnen. Bei Kindern kann immer der Zweifel auftauchen, ob nicht die erzielten Erfolge der natürlichen Entwicklungstendenz zuzuschreiben sind, während bei einem 18—24 jährigen Cretin nach der Behandlung eintretende Besserung der Intelligenz keinen Zweifel an dem Erfolge aufkommen lässt.

Die Behandlung wäre nach Ansicht des Obersten Sanitätsrathes theils in Anstalten, theils bei Cretinen, welche in häuslicher Pflege stehen, durchzuführen. Erstere hätte den Vortheil, dass die Behandelten unter dauernder ärztlicher Ueberwachung stehen, die Behandlung und deren Erfolge leicht controlirt werden können, und dass insbesondere die hygienischen Verhältnisse des Pfleglings eine Besserung erfahren. Der Ausdehnung der Anstaltsbehandlung auf eine möglichst grosse Zahl von Cretinen stehen jedoch die immerhin bedeutenden Kosten entgegen, deren Bedeckung, da die Behandlung voraussichtlich lange Zeit dauern müsste, schwer sicherzustellen ist. Diese Anstaltsbehandlung könnte daher im Allgemeinen nur während des ersten Stadiums, in welchem es gilt, die Schäden des Cretinismus zu beseitigen und Heilerfolge zu erzielen, fortgesetzt werden. Ueberdies hätte die Anhäufung der Cretinen in den Anstalten zur Folge, dass neu zuwachsenden Kranken der Platz entzogen würde. Das zweite Stadium der Cur, in welchem es sich nur darum handelt, die erreichten Erfolge festzuhalten, müsste in häuslicher Pflege fortgesetzt werden.

Die Behandlung in häuslicher Pflege, welche den grossen Vorzug der Billigkeit hat, könnte einer grösseren Anzahl von Cretinen gleichzeitig angedeihen, wäre aber doch mit einzelnen Nachtheilen verbunden und müsste sehr vorsichtig durchgeführt werden, um schädlichen Wirkungen, die sich bei der fehlenden oder wenigstens nur unvollkommen zu sichernden ärztlichen Ueberwachung ergeben können, vorzubeugen. Man könnte nur geringe Dosen der Thyreoidinpräparate verabreichen, wodurch in manchen Fällen ausreichende Erfolge fraglich oder wenigstens verzögert würden. Auch die Feststellung der erzielten Erfolge wäre bei der häuslichen Behandlung schwieriger.

Diesen Anregungen des Obersten Sanitätsrathes Folge gebend hat das Ministerium des Innern eine Action zur Bekämpfung des Cretinismus mittelst therapeutischer Behandlung eingeleitet und die Durchführung derselben sowohl in Anstalten wie bei in häuslicher Pflege stehenden Cretinen in Aussicht genommen. Die Leitung dieser Versuche ist dem Ober-Sanitätsrathe Prof. Dr. Wagner Ritter v. Jauregganvertraut, welchem die für die Behandlung nothwendigen Thyreoidin-

präparate unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Für Anstaltsbehandlung kommen zunächst in Niederösterreich die Landesanstalt für schwachsinnige Kinder in Kierling—Gugging und das Asyl der »Stephanie-Stiftung« für Erziehung und Pflege schwachsinniger Kinder in Biedermannsdorf, in Steiermark die dem Landesausschusse unterstehenden Anstalten in Betracht. Es wurden daher mit dem Erlasse vom 15. Februar d. J., Z. 4097, die politischen Landesbehörden in Wien und in Graz eingeladen, sich mit den Landesausschüssen von Niederösterreich und Steiermark, beziehungsweise mit der Vorstehung des Vereines »Stephanie-Stiftung« ins Einvernehmen zu setzen, dass nach dem Urtheile des genannten Fachmannes zur Behandlung geeignete Cretinen in die Anstalten aufgenommen und daselbst der Thyreoidinbehandlung nach dessen Angaben unterzogen werden. Ueber die durchgeführte Behandlung und deren Erfolge müssten für jeden Cretin klinische Krankengeschichten geführt und seinerzeit behufs Beurtheilung durch den Obersten Sanitätsrath, sowie Einleitung weiterer Maassnahmen gegen den Cretinismus dem Ministerium vorgelegt werden.

In Steiermark wird auch die Behandlung in häuslicher Pflege untergebrachter Cretinen eingeleitet, wobei auf die Mitwirkung der Organe des Gemeindesanitäts-

dienstes gerechnet wird. Unter Mitwirkung der Amtsärzte werden Nominal-Verzeichnisse der im Alter von 5-24 Jahren stehenden, nicht in Armenpflege befindlichen Cretinen verfasst, in diesen die für Durchführung einer systematischen dauernden Behandlung ausschlaggebenden Verhältnisse ersichtlich gemacht und die Verzeichnisse dann dem Ministerium vorgelegt. Prof. Dr. v. Wagner, welcher auch diese Action leitet, wird sich wegen weiterer Durchführung des Heilverfahrens mit den betreffenden Behörden, sowie mit den zur Mitwirkung herangezogenen Amts- und Gemeindeärzten in Verbindung setzen.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Gesetz vom 8. November 1901, wirksam für das Herzogthum Krain, mit Ausschluss der Landeshauptstadt Laibach,

L. G. Bl. Nr. 33,

betreffend die Regelung der Todtenbeschaugebühren.

Ueber Antrag des Landtages Meines Herzogthumes Krain finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die Gemeinden sind berechtigt, für die Besorgung der denselben im Grunde des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, zugewiesenen Todtenbeschau Gebühren bis zum Hüchstbetrage von drei Kronen für jede Leiche einzuheben.

Die Bestimmung der Höhe der Gebühr innerhalb dieses Höchstbetrages steht dem Gemeindeausschusse zu; der betreffende Beschluss bedart jedoch der Genehmigung des Landesausschusses und ist in ortsüblicher Weise zu verlautbaren.

§ 2. Diese Gebühren fliessen in die Gemeindecasse, sind gleich den übrigen Eiunahmen der Gemeinde zu verrechnen und dienen zur theilweisen Bedeckung der Kosten für die Besorgung der den Gemeinden durch das vorcitirte Gesetz zugewiesenen Geschäfte.

Die Entlohnung des Todtenbeschauers obliegt der Gemeinde und gehört zu den eben genannten Auslagen derselben.

Der Todtenbeschauer ist nicht berechtigt, für die Ausübung der Todtenbeschau eine Entlehnung von den Parteien zu fordern und darf auch nicht zur Einhebung der Gebühren verwendet werden.

§ 3. Die Beschaugebühr ist aus dem Nachlasse des Beschauten zu entrichten; in Ermangelung eines Nachlasses aber, oder bei Unzulänglichkeit desselben von jenen Personen oder Fonds zu bezahlen, welche zur Tragung der Begräbniskosten verpflichtet sind. Rückständige Gebühren sind mittelst der gesetzlichen Zwangsmittel (§ 84 Gemeindeordnung) einzubringen.

§ 4. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist Mein Minister des Innern beauftragt.

Wien, am 8. November 1901.

Franz Joseph m. p. Koerber m. p.

Verordnung des k. k. Landespräsidenten in Krain vom 29. November 1901, Z. 20719,

L. G. Bl. Nr. 34,

womit eine neue Todtenbeschauordnung für das Herzogthum Krain, sowie eine Instruction für Leichenbeschauer erlassen wird.

Auf Grund des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, sowie des Gesetzes vom 27. October 1900, L. G. Bl. Nr. 27,*) betreffend die Regelung des Sanitätsdienstes in den Gemeinden, wird im Einvernehmen mit dem krainischen Landesausschusse an Stelle der mit dem Landesregierungserlasse vom 25. August Z. 11774, republicirten Instruction für Todtenbeschauer nachstehende Todtenbeschauordnung sammt einer Instruction für Leichenbeschauer erlassen, welche mit 1. April 1902 in Wirksamkeit zu treten hat.

^{*)} Siehe Jahrg. 1900 d. Bl. S. 589.



A. Todtenbeschauordnung.

§ 1. Jede menschliche Leiche ist vor der Beerdigung nach Maassgabe der Bestimmungen der Instruction für Todtenbeschauer der Leichenbeschau zu unterziehen.

Einer solchen Beschau unterliegen auch die Fehl- und Todtgeburten ohne Unterschied des Entwicklungsgrades.

- § 2. Der Zweck der Todtenbeschau ist:
- a) festzustellen, ob der Tod wirklich erfolgt ist,
- b) die Todesart zu ermitteln, ob nämlich der Verstorbene auf natürliche Weise in Folge einer Krankheit oder in Folge einer gewaltsamen, absichtlichen oder zufälligen Einwirkung verschieden ist,
- c) zu ermitteln, ob der Tod durch Zufall oder durch eigenes Verschulden oder durch eine strafbare Handlung oder Unterlassung von Seite anderer Personen erfolgt ist,
- d) im Falle des Scheintodes die nöthige Hilfe zu bringen,
- e) dem Auftreten ansteckender Krankheiten auf die Spur zu kommen, um die zur Abwehr weiterer Verbreitung derselben nothwendigen besonderen Maassregeln treffen und durchführen zu können,
- f) die Grundlage für die Sterblichkeitsstatistik zu beschaffen.
- § 3. Die Todtenbeschau obliegt nach dem Gesetze vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, im übertragenen Wirkungskreise der Gemeinde und steht unter Oberaufsicht der Staatsverwaltung; letztere wird durch die politischen Bezirksbehörden, beziehungsweise durch die Amtsärzte, in der Stadt Laibach durch den Stadtmagistrat, beziehungsweise durch den Stadtphysiker ausgeübt.
- § 4. Zur Besorgung der Todtenbeschau sind verpflichtet:
- a) in der Stadt Laibach die hiefür bestellten Aerzte.
- b) ausserhalb dieser Stadt die Gemeinde-, beziehungsweise Districtsärzte.

Dieselben haben die Todtenbeschau in dem durch die Dinstesinstruction für Districtsärzte festgestellten Umfange selbst auszuüben, in ihrem übrigen Amtsbereiche jedoch zu beauf-

sichtigen und zu leiten, sowie insbesondere auch in jenen Fällen persönlich vorzunehmen, in denen ein nicht ärztlicher Todtenbeschauer verpflichtet ist, ihre Intervention in Anspruch zu nehmen (§ 16).

In öffentlichen Spitälern und anderen Wohlthätigkeitsanstalten kann die Todtenbeschau auch einem Anstaltsarzte übertragen werden.

§ 5. Jede Ortsgemeinde soll in der Regel mindestens je einen Todtenbeschauer und auch einen Stellvertreter haben; ausnahmsweise können sich kleine Gemeinden zum Zwecke der Besorgung der Todtenbeschau mit einer oder auch mehreren Nachbargemeinden vereinigen und einen gemeinsamen Todtenbeschauer und Stellvertreter bestellen.

Die hierüber getroffene Vereinbarung unterliegt der Genehmigung des Landesausschusses im Einverständnisse mit der politischen Landesbehörde (§ 87 der G. O.).

Unterlässt eine Gemeinde innerhalb einer von der politischen Bezirksbehörde bestimmten angemessenen Frist die Bestellung eines geeigneten Todtenbeschauers, hat diese letztere die Beschau auf Kosten der Gemeinde sicherzustellen.

Für jene Gebiete, in welchen die Gemeindebeziehungsweise Districtsärzte zur persönlichen Besorgung der Todtenbeschau nicht verpflichtet sind, kann dieselbe auch anderen Aerzten und in Ermangelung letzterer auch geeigneten, unbescholtenen und vertrauenswürdigen Laien übertragen werden, doch sind active Lehrpersonen und überhaupt Personen, bei welchen mit Rücksicht auf ihren sonstigen Beruf eine besondere Gefahr der Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten besteht, von dem Amte eines Laientodtenbeschauers unter allen Umständen ausgeschlossen.

Dort, wo Laien als Todtenbeschauer bestellt sind, bleibt es den Parteien überlassen, die Vornahme der Todtenbeschau gegen besondere Vergütung durch einen Arzt unter Beiziehung des bestellten Todtenbeschauers zu verlangen.

§ 6. Nichtärzte, welche als Todtenbeschauer bestellt werden sollen, sind vom Gemeinde-, beziehungsweise Districtsarzte an der Hand der Instruction für Todtenbeschauer über ihre Pflichten, über die Art der Verrichtung ihrer | Functionen und Agenden sowie über die Wiederbelebung von Scheintodten und die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen praktisch und theoretisch eingehend zu belehren und haben sich sodann beim Amtsarzte der politischen Bezirksbehörde unter Vorweisung der bezüglichen gemeinde-, respective districtsärztlichen Bescheinigung zu melden.

Auf Grund des Antrages dieses letzteren erfolgt sodann eventuell die Genehmigung der Bestellung des Todtenbeschauers, sowie eventuell nach gegenwärtiger Verordnung zu diesem Amte qualificirter Stellvertreter, durch die politische Bezirksbehörde. Letztere ist verpflichtet eine genaue namentliche Verzeichnung aller bestellten Todtenbeschauer und deren Stellvertreter, sowie der denselben zugewiesenen Todtenbeschausprengel zu führen und die erforderlichen Daten dem zuständigen Matrikenführer, beziehungsweise der berufenen Friedhofsverwaltung jeweilig bekannt zu geben.

- § 7. Die bestellten Todtenbeschauer, sowie ihre ständigen Stellvertreter haben, soferne dieselben nicht Gemeinde- oder Districtsärzte sind, bei der vorgesetzten politischen Bezirksbehörde (in Laibach beim Stadtmagistrate) eine Angelobung nach der beiliegenden Formel abzulegen.
- § 8. Der Gemeinde obliegt es, die Beschauorgane, insoweit dieselben für die Vornahme der Beschau nicht anderweitig entlohnt werden, zu entschädigen.

Der Todtenbeschauer darf von den Parteien eine Entlohnung weder verlangen noch annehmen.

- § 9. Die Gemeinden sind nach Maassgabe der Bestimmungen des Gesetzes vom 8. November 1901, L. G. Bl. Nr. 33, zur Einhebung von Todtenbeschaugebühren berechtigt. Für die Stadt Laibach verbleiben die mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Jänner 1879 sanctionirten Beschlüsse des krainischen Landtages vom 14. October 1878, betreffend die Einhebung einer Todtenbeschreib- und einer Todtenbeschaugebür von je einer Krone noch fernerhin in Kraft.
- § 10. Sobald Jemand gestorben ist oder todt aufgefunden wurde, oder eine Frauens-

person eine todte Frucht welchen Alters immer geboren hat, haben die Angehörigen oder Hausgenossen, eventuell Vorstände von Anstalten etc. beziehungsweise jene, welche den Todten oder die todte Frucht auffanden, sogleich dem Todtenbeschauer direct oder im Wege der Gemeinde, welch' letztere sodann sofort den Todtenbeschauer behufs Vornahme der Beschau zu verständigen hat, die Anzeige zu erstatten.

Stand die verstorbene Person in ärztlicher Behandlung, hat die Verständigung unter Beibringung des Behandlungsscheines (Formulare I), welchen der behandelnde Arzt unentgeltlich auszustellen verpflichtet ist, zu erfolgen.

Zur Anzeige von Fehl- und Todtgeburten sind nach § 34 der Dienstesvorschriften für Hebammen auch die bei der Geburt intervenirenden Hebammen verpflichtet.

Wofern nicht die Vornahme von Wiederbelebungsversuchen geboten erscheint, oder die örtlichen Verhältnisse eine Uebertragung der Leiche erfordern, ist dieselbe, namentlich bei plötzlichen oder gewaltsamen Todesfällen, bis zur Ankunft des Todtenbeschauers womöglich in unveränderter Lage zu belassen.

Bei der Vornahme der Todtenbeschau hat jeder Betheiligte dem Todtenbeschauer auf sein Befragen über alle auf die Krankheitsursache, die Krankheit selbst, deren Verlauf, über die Zeit des erfolgten Todes etc. bezüglichen Umstände genau und gewissenhaft Auskunft zu geben, und ist ein jeder Betheiligte auch verpflichtet, bei der Durchführung der für den speciellen Fall etwa nothwendigen Vorkehrungen, soweit es vom Todtenbeschauer verlangt wird, mitzuwirken.

§ 11. Der Todtenbeschauer hat die Verpflichtung, sobald er Kenntnis von einem Todesfalle oder einer Fehl- oder Todtgeburt erhält, thunlichst bald, längstens aber binnen 24 Stunden nach dem Ableben, bei plötzlichen oder gewaltsamen Todesfällen jedoch sofort, die Beschau an Ort und Stelle, wo das Individuum gestorben ist oder todt aufgefunden wurde, vorzunehmen und hiebei genau in der in der Instruction angegebenen Weise vorzugehen.

Nur ausnahmsweise darf die Todtenbeschau in der Leichenkammer oder in Ermanglung einer solchen an einem anderen hiezu geeigneten wenn die Beschau am Sterbeorte ausserordentlich erschwert ist und überdies nicht durch wichtige Umstände geboten erscheint; derartige Ausnahmen sind jedoch auf dem Todtenbeschauzettel anzumerken und zu begründen.

Bei der Beschau ist stets der ganze Körper genau zu besichtigen und zu untersuchen.

Ganz und gar unzulässig ist es, eine Leiche blos im Sarge nach abgenommenem Deckel zu besichtigen.

Der Todtenbeschauer hat die näheren Umstände, unter denen der Tod eingetreten ist, beziehungsweise bei Todtgeburten die Umstände, unter welchen die Geburt stattgefunden hat, den Tag und die Stunde des erfolgten Ablebens eingehend zu erheben, die Todesart und die Todesursache zu bestimmen, hiebei dem Vorkommen von Infectionskrankheiten ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, sowie etwaigen Spuren, welche auf gewaltsame, durch verbrecherische Handlungen oder Unterlassungeu herbeigeführte Fälle hinweisen, nachzugehen und dieselben der gerichtlichen Untersuchung zuzuführen.

Nach vorgenommener Beschau hat der Todtenbeschauer den Beschauschein nach Formular II, beziehungsweise III, in 2 Exemplaren auszufertigen; eines ist für den zuständigen Seelsorger, beziehungsweise Matrikenführer, eines für das Gemeindeamt des Sterbeortes bestimmt.

Im Falle der Seelsorger, beziehungsweise Matrikenführer ausser der Gemeinde des Sterbeortes seinen Amtsitz hat, ist für die Zumittlung des Beschauscheines an denselben die Intervention der Gemeinde (eventuell der politischen Bezirksbehörde) in Ansprueh zu nehmen.

Bei strengster Verantwortung ist dem Todtenbeschauer untersagt, den Beschauschein auszufertigen, bevor er sich nicht durch die persönlich vorgenommene Beschau von dem zweifellos erfolgten Tode des betreffenden Individuums die Ueberzeugung verschafft hat.

§ 12. Die Daten des Beschauscheines sind vom Todtenbeschauer in das Todtenbeschauprotokoll (Formulare IV) einzutragen; nach Ablauf eines jeden Vierteljahres ist binnen

Orte vorgenommen werden, wie etwa im Falle, | 14 Tagen ein Auszug aus diesem Protokolle nach Formular V als Todtenbeschaurapport der polifischen Bezirksbehörde im Wege der betreffenden Gemeindevorstehung vorzulegen.

> Die nach Ortsgemeinden zu führenden Todtenbeschauprotokolle sind nach ihrem Abschlusse der Gemeindevorstehung zur dauernden Aufbewahrung zu übergeben.

> Mit Bewilligung oder über Auftrag der politischen Bezirksbehörde kann die Führung der Todtenbeschauprotokolle und die Abfassung der Todtenbeschaurapporte auch der Gemeinde übertragen werden.

> Der Todtenbeschauer hat in diesem Falle Vormerkungen über die ausgestellten Todtenbeschauscheine zu führen und das Todtenbeschauprotokoll vierteljährig zu überprüfen und zu fertigen.

§ 13. Im Falle der Verbinderung des bestellten Todtenbeschauers hat derselbe hievon die Gemeindevorstehung rechtzeitig in Kenntnis zu setzen; letzterer obliegt es sodann für die Vertretung durch eine zur Vornahme Todtenbeschau berechtigte Person vorzusorgen.

Legt der Todtenbeschauer sein Amt nieder. oder stirbt er, hat die Gemeindevorstehung sogleich hievon die Anzeige an die politische Bezirksbehörde zu erstatten und unter einem wegen Wiederbesetzung des Postens das Nöthige einzuleiten.

§ 14. Die für die Todtenbeschau nothwendigen Drucksorten haben die Gemeinden unentgeltlich beizustellen; diese letzteren erhalten lediglich nur die Todtenbeschau-Rapportstabellen (Formular V) seitens der politischen Bezirksbehörden zugefertigt.

§ 15. Keine Leiche oder abortirte Frucht darf vor Erhalt des von dem bestellten Todtenbeschauer ausgefertigten Todtenbeschauscheines und vor Ablauf der in diesem Scheine angegebenen Frist, welche in der Regel 48 Stunden nach dem erfolgten Tode betragen soll und nur ausnahmsweise aus sanitätspolizeilichen Rücksichten (§ 8 der Instruction) abgekürzt werden darf, beerdigt werden.

Für die genaue Einhaltung des im Beschauscheine bestimmten Beerdigungstermines ist in erster Linie der Gemeindevorsteher, unter Umständen aber auch der Seelsorger, beziehungs- lassung herbeigeführt oder befördert wurde, weise Matrikenführer mitverantwortlich. | muss die Gemeindevorstehung ausserdem all-

Die Leiche ist bis zur Beerdigung unter Aufsicht in einem geeigneten, im Winter geheizten Locale, über Anordnung des Todtenbeschauers oder Gemeindevorstehers jedoch in der Leichenkammer unterzubringen.

Wenn die Beerdigung erst nach Ablauf von 72 Stunden nach dem Tode stattfinden soll, ist hiezu mit Ausnahme der im § 16 bezeichneten Fälle die Bewilligung der politischen Bezirksbehörde einzuholen.

Die Beerdigung einer Leiche darf nur auf dem öffentlichen Begräbnisplatze erfolgen, und bezieht sich diese Vorschrift auch auf die todtgeborenen Kinder.

Die ausserhalb der öffentlichen Begräbnisplätze bestehenden Familiengrabstätten dürfen, soferne gesundheitsschädliche Rücksichten nicht entgegenstehen, fortbenützt werden.

In jenen Fällen, in welchen die Beerdigung auf einem anderen Friedhofe als auf dem zum Sterbeorte gehörigen stattfinden soll, muss ungesäumt unter Anschluss des Todtenbeschauscheines die Bewilligung der politischen Bezirksbehörde des Sterbeortes — in der Stadt Laibach des Stadtmagistrates — eingeholt werden, und darf vor dem Eintreffen derselben der Transport nicht stattfinden (Verordnung des Ministeriums des Innern vom 3. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 56).

Ebenso dürfen auch Ausgrabungen von Leichen oder Leichenresten vor dem Anlangen der diesbezüglichen Bewilligung der politischen Bezirksbehörde nicht vorgenommen werden, ausgenommen jene Fälle, wo die Wiederbelegung eines Grabes nach Ablauf des für den jeweiligen Friedhof bestimmten Begräbnisturnus gestattet, oder wo die Exhumirung über gerichtlichen Auftrag zu bewerkstelligen ist.

§ 16. Bei Todesfällen, deren Veranlassung durch die Todtenbeschau nicht sichergestellt werden konnte, dann bei allen gewaltsamen Todesfällen hat der Todtenbeschauer ungesäumt an die Gemeindevorstehung des Sterbeortes und diese an die vorgesetzte politische Bezirksbehörde die Anzeige zu erstatten.

Besteht jedoch der Verdacht, dass der Tod durch eine strafbare Handlung oder Unterlassung herbeigeführt oder befördert wurde, muss die Gemeindevorstehung ausserdem allsogleich hievon dem zuständigen Bezirksgerichte, wenn sich am Sitze der Gerichtsbehörde jedoch eine Staatsanwaltschaft befindet, unmittelbar dieser, die Anzeige erstatten.

In allen diesen Fällen sind die hinsichtlich der Leiche vorläufig getroffenen Verfügungen in der Anzeige anzuführen und ist, falls die Todtenbeschau von einem Laien vorgenommen worden war, dieselbe durch den zuständigen Districtsarzt, in Ermangelung eines solchen durch den nächsten ärztlichen Todtenbeschauer zu wiederholen; der Befund derselben ist der Behörde sofort mitzutheilen.

Die Ausfolgung des Todtenbeschauscheines und die Beerdigung der Leiche ist bis zum Einlangen der Bewilligung jener Behörde, an welche die Anzeige gerichtet wurde, zu verschieben.

Sollte nach Ablauf des dritten Tages nach erstatteter Anzeige die behördliche Beerdigungsbewilligung noch nicht eingelangt sein, so kann im Einvernehmen mit der Gemeindevorstehung der Todtenbeschauer die Beerdigung der Leiche gestatten, wenn sanitätspolizeiliche Rücksichten es dringend erfordern, und hiedurch keine wesentliche Erschwerung einer strafgerichtlichen Untersuchung zu besorgen ist.

Jeder Fall einer gelegentlich der Todtenbeschau aufgedeckten ansteckenden Krankheit ist vom Todtenbeschauer sofort zur Kenntnis der Gemeindevorstehung zu bringen, letztere hat hierüber ungesäumt an die politische Bezirksbehörde die Anzeige zu erstatten und, wenn die Todtenbeschau von einem Nichtarzte vorgenommen wurde, erforderlichen Falles auch die Wiederholung der Todtenbeschau durch den Districtsarzt zu veranlassen.

§ 17. Bezüglich der Vornahme ausserämtlicher Leichenöffnungen gelten die Bestimmungen der Verordnung der Landesregierung vom 6. Mai 1887, L. G. Bl. Nr. 17; hinsichtlich des Photographirens der Leichen sind die Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 14. März 1891, R. G. Bl. Nr. 34,*) maassgebend.

^{*)} Siehe Jahrg. 1891 d. Bl., S. 98.

§ 18. Die Gemeindevorsteher und Matrikenführer sind verpflichtet, wahrgenommene Fälschungen, sowie unrichtige Angaben von Todtenbeschaubefunden der politischen Bezirksbehörde anzuzeigen.

Uebertretungen der Bestimmungen dieser Verordnung, sowie der gleichzeitig erlassenen Instruction für Todtenbeschauer werden, insoferne sie nicht unter die Bestimmungen des Strafgesetzes fallen oder den Disciplinarvorschriften unterliegen, nach der Ministerialverordnung vom 30. September 1857, R. G. Bl. Nr. 198, geahndet.

B. Instruction für den Todtenbeschauer.

§ 1. Hat der Todtenbeschauer die Beschau einer Leiche vorzunehmen, so wird er dieselbe in allen Theilen genau besichtigen und zu diesem Behufe nach und nach, soweit dies die Umstände erfordern, in decenter Weise entkleiden lassen oder selbst entkleiden.

Durch die Beschau hat er in erster Linie festzustellen, dass der Tod wirklich erfolgt ist.

Die Zeichen eines wirklich eingetretenen Todes lassen sich in 3 Gruppen eintheilen, von denen die erste die gleich nach dem Tode eintretenden, die zweite die in den ersten Stunden nach demselben sich einstellenden, die dritte aber die Fäulnis-Erscheinungen umfasst.

1. Zeichen, welche gleich nach dem Tode eintreten.

- a) Allgemeine Erschlaffung. Schlaffheit der Augäpfel, Glanzlosigkeit der Hornhaut. Alle Glieder verlieren ihre natürliche Spannung und fallen bei Lageveränderung stets der Schwere entsprechend herab.
- b) Aufhören der willkürlichen und unwillkürlichen Bewegungen, insbesondere des Athmens, des Herzschlages und des Pulses.

Ein vor Mund und Nase gehaltenes Licht bewegt sich nicht; die flach auf die Herzgegend gelegte Hand fühlt nicht die leiseste Erschütterung, beim Stechen in das Lippenroth erscheint kein Blutstropfen.

Nadeln, welche zu diesem Zwecke benützt werden, sind vorher und nachher auszuglühen.

- c) Aufhören der Herztöne. Das auf die Herzgegend aufgelegte Ohr hört kein Geräusch.
- d) Unempfindlichkeit der Haut gegen Reize und des Augapfels gegen Berührung.

Die Haut ist gegen Kneipen, Drücken unempfindlich, es entsteht keine Reaction, keine Röthung, Blasenbildung etc. beim Auflegen eines Senfpflasters, Aufträufeln von Siegellack etc.

e) Ausbleiben der Verengerung der Pupillen.

Dieselben werden beim plötzlichen Vorhalten eines grellen Lichtes nicht verengt.

2. Zeichen, welche sich in den ersten Stunden nach dem Tode einstellen.

- a) Marmorkälte. Der Körper nimmt nach und nach die Temperatur der ihn umgebenden Luft an.
- b) Bildung der Todtenflecke. An jenen Theilen des Körpers, welche je nach der Lage den tiefsten Platz einnehmen, bilden sich im Verlaufe von 3-10 Stunden nach dem Tode durch Herabsenken des Blutes bläuliche, violette oder röthliche Flecke.
- c) Abplattung und Blässe der Theile auf denen der Körper ruht. Jene Theile, mit welchen der Körper direct auf einer harten Unterlage aufliegt, werden abgeplattet und sind blass.
- d) Eintritt der Todtenstarre. Die unmittelbar nach dem Tode vollkommen erschlafften Glieder werden im Verlaufe von 2-6 Stunden steif und können nur unter Anwendung von Gewalt bewegt werden. Die Todtenstarre ist verschieden stark ausgeprägt und verschwindet nach einiger Zeit gänzlich.

3. Fäulniserscheinungen.

- a) Weichwerden der Augäpfel. Trübung der Hornhaut. Die Augäpfel verlieren ihre pralle Spannung und werden weich. Die Hornhaut verliert zuerst ihren Glanz und dann ihre Durchsichtigkeit.
- b) Leichengeruch. Zunächst wahrnehmbar aus Nase und Mund der Leiche.



- c) Fäulnisflecke. Es treten grünliche i oder missfärbige sich ausbreitende Flecken, zunächst am Bauche, später auch an den übrigen Theilen des Körpers auf.
- d) Auftreibung der Körpertheile durch Fäulnisgase. Wird zuerst am Bauche bemerkt.
- e) Lockerung der Oberhaut und Abhebung mit missfärbiger Flüssigkeit gefüllter Blasen.
- f) Ausfliessen stinkender missfärbiger Flüssigkeit aus Mund und Nase.

Von allen diesen Kennzeichen des Todes sind die sub 1 angeführten am wenigsten verlässlich und können insbesondere einen wenig geübten Laien-Todtenbeschauer leicht täuschen.

Da jedoch die Beschau in der Regel erst einige Stunden nach dem Tode vorgenommen wird, so ist zumeist nicht schwer die sub 2 angeführten Zeichen festzustellen, unter denen als das Wichtigste die Bildung der Todtenflecken hervorzuheben kommt.

Im Uebrigen hat sich der Todtenbeschauer, da mit Ausnahme der Fäulniserscheinungen keines der angeführten Kennzeichen des Todes für sich allein untrüglich ist, besonders wenn er die Beschau frühzeitig vornimmt, nicht mit einem oder dem andern der angeführten Todeszeichen zu begnügen, sondern die Gesammtheit derselben unter Rücksichtnahme auf die mit dem Ableben verstrichene Frist in Betracht zu ziehen, nach Erfordernis in zweifelhaften Fällen nach einer angemessenen Zeit die Beschau zu wiederholen.

§ 2. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Beschau auch in jenen Fällen, in welchen der Verdacht auf Scheintod vorhanden ist — Fälle, in denen das Leben anscheinend erloschen ist, gewisse Lebenserscheinungen jedoch in unscheinbarer Weise fortbestehen, somit eine Wiederbelebung noch möglich ist.

An die Möglichkeit eines Scheintodes ist zu denken:

a) wenn bei einem anscheinend leblosen Körper noch geringe Lebenszeichen zu bemerken sind z. B. Zuckungen nach Reizungen der Haut oder der Schleimhäute, Zusammenziehung der Pupillen nach Einwirkung grellen Lichtes, Vibriren der Herzgegend oder leise Herztöne beim Auflegen des Ohres auf die Herzgegend,

b) wenn der Tod kurz vor der Beschau unerwartet oder plötzlich eingetreten ist.

In dieser Hinsicht verdienen besondere Beachtung namentlich Erhängte, Ertrunkene, Erstickte, Erfrorene, vom Blitze Getroffene, todtgeborene aber noch frische Kinder und dann Personen, welche nach heftigen Gemüthsbewegungen, Ohnmachten, epileptischen oder hysterischen Krämpfen und nach Blutverlusten rasch verschieden sind,

- c) wenn die Kennzeichen des Todes, obwohl bereits eine entsprechende Zeit seit dem Ableben verstrichen ist, noch nicht eingetreten sind.
- § 3. Beim Verdacht auf Scheintod sind sofort Wiederbelebungsversuche anzustellen, welche im Wesentlichen im Folgenden zu bestehen haben:
- a) In rascher Entfernung etwaiger Athmungshindernisse, z. B. fremder Körper oder Flüssigkeiten aus Mund und Nase, etwaiger Einschnürungsmittel vom Halse und aller beengenden Kleidungsstücke.
- b) In sofortiger Einleitung künstlicher Athmung durch systematisches oder stossweises Zusammendrücken des Brustkorbes oder durch eine der Methoden, in welchen der Laien-Todtenbeschauer vom Districtsarzte unterwiesen worden ist.
- c) In Anwendung von Hautreizen, Reibungen an den Armen, Beinen und an der Brust, ferner von kalten Begiessungen, Auftropfen von Siegellack auf die Brust etc.
- d) In Reizung der Schleimhäute des Rachens durch mechanische Mittel (Feder, Finger) oder durch chemische Substanzen, z. B. Ammoniak, Salmiakgeist. Essig, welche mit Unterbrechungen vor Nase und Mund zu halten sind, wobei zu achten ist, dass nichts von diesen Stoffen in den Mund oder in die Nase hineinfliesst und diese verätzt.
- e) In Erwärmung des Körpers, Einwicklung besonders der Extremitäten in heisse Tücher.

Bei Erhängten, Erwürgten, Ertrunkenen, vom Blitze Getroffenen müssen noch alle jene besonderen Hilfen geleistet werden, wie sie der leinzelne Fall erheischt.

Ist der Leichenbeschauer ein Laie, so hat derselbe, falls die Beschau den Verdacht des Scheintodes aufkommen lässt, die schleunigste Berufung eines Arztes zu veranlassen, bis zu dessen Anlangen jedoch allsogleich die angegebenen Wiederbelebungsversuche anzustellen.

Wenn alle angewendeten Versuche erfolglos bleiben, ist der Körper bis zum zweifellosen Auftreten der Fäulnis in einem genügend warmen, gut gelüfteten Locale unter Bewachung zu belassen, und ist die Todtenbeschau nochmals zu wiederholen.

In allen solchen Fällen ist sofort die Anzeige an die politische Behörde zu erstatten.

- § 4. Hat der Todtenbeschauer die volle Gewissheit von dem wirklich erfolgten Ableben der beschauten Person gewonnen, so hat er weiters zu erforschen, ob der Tod in natürlicher oder gewaltsamer Weise, durch Unfall oder Selbstmord, oder durch vorsätzliches und fahrlässiges Verschulden eines Anderen herbeigeführt worden ist.
- § 5. Der Verdacht eines gewaltsamen Todes ist begründet:
- a) wenn vorher ganz gesunde Personen plötzlich oder unerwartet unter ungewöhnlichen oder auffallenden Erscheinungen sterben;
- b) wenn an der Leiche Spuren von erlittenen Verletzungen durch Schnitt, Hieb, Schuss oder Schlag, Verschorfungen an den Lippen und in der Umgebung des Mundes, Blutunterlaufungen, Eindrücke von Fingern oder Fingernägeln am Halse, Gedunsensein oder bläuliche Verfärbung des Gesichtes, blutiger Schaum vor dem Munde etc. wahrgenommen werden;
- c) wenn der Tod nach dem Genusse einer Speise, eines Getränkes oder einer Arznei oder auf den äusserlichen Gebrauch von Salben, Waschwässern u. dgl. unter bedenklichen Erscheinungen, wie Erbrechen, Krämpfen, Abführen, Ohnmachten, Betäubung eingetreten ist;
- d) wenn einzelne menschliche K\u00fcrpertheile oder Leichen neugeborener Kinder aufgefunden werden;
 - c) bei heimlichen Todtgeburten;
- f) wenn der Tod nach Behandlung von Quacksalbern und Curpfuschern erfolgte;

g) überhaupt bei allen Todesfällen, welche aus Handlungen oder Unterlassungen hervorgehen, von denen der Handelnde oder Unterlassende schon nach ihren natürlichen, für Jedermann leicht erkennbaren Folgen oder vermöge besonders bekannt gemachter Vorschriften, oder nach seinem Stande, Amte, Berufe, Gewerbe, seiner Befähigung oder überhaupt nach seinen besondern Verhältnissen einzusehen vermag, dass sie eine Gefahr für das Leben, die Gesundheit oder körperliche Sicherheit von Menschen herbeizuführen oder selbe zu vergrössern geeignet seien.

Es muss jedoch hiebei ausdrücklich betont werden, dass sich der Verdacht eines gewaltsamen Todes und insbesondere der Verdacht einer strafbaren Handlung in erster Linie aus den näheren Umständen jedes Falles ergeben muss; letztere sind somit vom Todtenbeschauer eingehend zu erwägen und zu erheben.

Weiters darf auch nicht vergessen werden, dass Verletzungen nicht immer vorhanden zu sein brauchen; auch sind solche oft ganz unscheinbar und können dann auch an versteckten Stellen sitzen, so dass dieselben leicht übersehen werden. So werden zuweilen Verletzungen mit feinen Instrumenten an behaarten Körperstellen, durch die Ohren, die Nase, die Augen, unter den weiblichen Brüsten, bei Kindern durch die Fontanellen beigebracht; auch können Verletzungen der Schädelknochen ohne besonders augenfällige Beschädigung der Kopfhaut vorhanden sein.

Deshalb müssen in allen nur halbwegs verdächtigen Fällen alle diese Theile desto sorgfältiger untersucht werden.

Nach Constatirung des gewaltsamen Todes hat der Todtenbeschauer nach Möglichkeit sicherzustellen, ob der Verstorbene nur durch Zufall, durch eigene Unachtsamkeit oder Selbstmord geendet hat, oder ob der Tod durch ein Verbrechen, beziehungsweise durch eine strafbare Handlung oder Unterlassung herbeigeführt wurde.

Stellt sich heraus, dass der Tod durch Zufall herbeigeführt wurde, oder lassen sanitätspolizeiliche oder andere Rücksichten oder besondere Verordnungen eine genauere Erforschung der Todesursache nothwendig erscheinen, oder handelt es sich darum, durch die Obduction das Vorhandensein einer Ansteckungskrankheit festzustellen, oder die unbekannte Todesursache zu ermitteln, oder bei Selbstmördern die Unzurechnungsfähigkeit zu constatiren, so hat der Todtenbeschauer, wie schon im § 16 der Todtenbeschauordnung angeordnet erscheint, unter Anführung des Ergebnisses der Erhebungen die Anzeige ohne Verzug an den Gemeindevorvorsteher zu erstatten.

Sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, dass eine strafbare Handlung oder Unterlassung den Tod herbeigeführt oder hiebei mitgewirkt habe, so ist hierüber unter Mittheilung des Ergebnisses sogleich an den Gemeindevorsteher, in sehr dringenden Fällen directe die Anzeige an das Bezirksgericht oder an die Staatsanwaltschaft zu erstatten; jedoch gleichzeitig von dem Vorfalle auch die Gemeinde, eventuell auch die Gendarmerie zu verständigen.

Eine gerichtliche Anzeige hat auch dann zu geschehen, wenn über einen Todesfall verdächtige Gerüchte im Umlaufe sind, ohne Rücksicht auf das Resultat der Erhebungen.

In allen gerichtlichen Todesfällen hat sich der Todtenbeschauer nach erfolgter Besichtigung der Leiche einer jeden weiteren, dem amtlichen Einschreiten vorgreifenden Thätigkeit zu enthalten und die entsprechenden Anordnungen zu treffen, dass, soferne nicht die Vornahme von Wiederbelebungsversuchen geboten erscheint, oder die örtlichen Verhältnisse unbedingt die Uebertragung der Leiche erfordern, weder an der Leiche, noch an dem Fundorte, Veränderungen, welche die strafgerichtliche Untersuchung vereiteln oder erschweren könnten, vorgenommen werden. Zu diesem Behufe ist erforderlichen Falles die Intervention der Gemeinde oder der Gendarmerie anzusprechen.

§ 6. Hat der Todtenbeschauer die Ueberzeugung gewonnen, dass kein gewaltsamer Todesfall vorliegt, so hat er die Krankheit, welche den Tod zur Folge hatte, zu constatiren und zugleich zu erforschen, ob dieselbe im Wohnorte des Verstorbenen nicht häufiger vorkommt, und zur Verhütung einer weiteren Verbreitung besondere Vorsichtsmaassregeln erheischt.

§ 7. Wurde eine ansteckende Krankheit als Todesursache constatirt, so sind Erhebungen zu pflegen, ob im Sterbehause oder in der Nachbarschaft ähnliche Erkrankungen vorgekommen, und sind alle jene Fälle, welche noch nicht zur Anzeige gelangt waren, unverzüglich der Gemeindevorstehung anzuzeigen.

Zu solchen Krankheiten gehören: Blattern, Brechdurchfall, (Cholera nostras), asiatische Cholera, Diphtheritis und Croup, epidemische Genickstarre, Hundswuth, Influenza, Keuchhusten, Masern und Rötheln, Milzbrand und Rotzkrankheit, Rothlauf, Ruhr, Schafblattern, Scharlach, Schweissfriesel, Typhus, (Bauchtyphus, Flecktyphus) und Wochenbettfieber.

. Leichen nach Blattern, Flecktyphus, asiatischer Cholera, Diphtherie, Scharlach und Ruhr dürfen niemals im Sterbehause belassen werden, sondern sind stets in der Leichenkammer oder in Ermangelung einer solchen in einem andern hiezu geeigneten abgesonderten Raume unterzubringen.

Leichen nach sonstigen ansteckenden Krankheiten sind nur dann bis zur Beerdigung im Sterbehause zu belassen, wenn die Wohnungsverhältnisse es ermöglichen, dass die Leiche bis zu ihrer Bestattung in einem abgesonderten, für diese Zeit lediglich zu ihrer Aufbewahrung dienenden, vom Familienverkehre gänzlich abschliessbaren Gemache verwahrt wird, und wenn überhaupt die Gewähr vorhanden ist, dass alle die vom Beschauer getroffenen Anordnungen genauestens befolgt werden.

Die Desinfection im Sterbehause ist nach den jeweilig bestehenden diesbezüglichen Vorschriften vorzunehmen; der Aufsicht und Mitwirkung des Todtenbeschauers unterliegt dieselbe nur insoweit, als der Todtenbeschauer, falls er Districtsarzt ist, durch seine Instruction hiezu verhalten, oder falls er Nichtarzt ist, von der Gemeinde eigens hiefür bestellt erscheint.

Die Vorsichtsmaassregeln hat der Todtenbeschauer jedoch jederzeit anzuordnen und deren Durchführung anzuleiten.

Infectionsleichen, welche in das Leichenhaus übertragen werden müssen, sind nach vorgenommener Beschau sofort ungewaschen in ein mit einer Desinfectionsflüssigkeit getränktes Leintuch einzuschlagen und in einem Sarge mit wasserdichten Boden zu verschliessen.

Die Schaustellung von Infectionsleichen überhaupt, die Abhaltung von Leichen mahlen, die Betheiligung fremder Personen, insbesondere Kinder am Leichen zuge ist zu verbieten. Infectionsleichen sind auf dem kürzesten Wege vom Sterbehause in die Todtenkammer, respective zum Begräbnisplatze zu überbringen.

Aehnliche Vorsichtsmaassregeln sind auch bei Leichen, welche rasch in Fäulnis übergehen, anzuordnen.

Die getroffenen Anordnungen des Todtenbeschauers sind am Beschauscheine anzumerken.

§ 8. In der Regel darf keine Leiche vor Ablauf von 48 Stunden nach erfolgtem Tode beerdigt werden, doch ist bei Feststellung der Beerdigungsstunde auf die ortsübliche Beerdigungszeit Rücksicht zu nehmen.

Ausnahmsweise darf der Todtenbeschauer die Beerdigung vor Ablauf der obigen Beerdigungsfrist zulassen:

- a) wenn die Leiche obducirt wurde;
- b) wenn die Verwesung der Leiche ungewöhnliche Fortschritte macht;
 - c) bei Fehlgeburten;
- d) wenn eine ansteckende Krankheit die Ursache des Todes gewesen ist;
- e) wenn der Raum, in welchem die Leiche aufbewahrt wird, der Familie zum eigenen Wohngebrauche, insbesondere für Kranke unentbehrlich ist, und eine anderweitige entsprechende Unterbringung der Leiche im gegebenen Falle unmöglich ist.

Vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgtem Tode kann die Beerdigung nur in den unter a), b), c) und d) angeführten Fällen, wenn überaus wichtige Umstände es erfordern, gestattet werden.

In den sub d) und e) angeführten Fällen muss im Falle der früheren Beerdigung das Vorhandensein des sicheren Todes von einem Arzte constatirt sein.

Ausnahmen von der gewöhnlichen Beerdigungsfrist sind stets auf dem Beschauscheine anzumerken und zu begründen.

§ 9. Nach vorgenommener Beschau ist, wenn über den wirklich erfolgten Tod kein Zweifel obwaltet, und die Nothwendigkeit einer gerichtlichen oder sanitätspolizeilichen Beschau nicht vorliegt, der Todtenbeschauschein, und zwar für Todtgeborene, d. i. für alle jene Kinder, welche vor der Geburt gestorben sind, nach dem Formulare II, für alle übrigen Todesfälle nach dem Formulare III in allen Rubriken thunlichst genau in duplo auszufertigen und ein Pare der Partei für den Matrikenführer (Seelsorger) einzuhändigen, das zweite Pare der Gemeinde zu übergeben. Gleichzeitig hat sich der Todtenbeschauer die erforderlichen Daten behufs Eintragung in das Todtenbeschauprotokoll (Formular IV) vorzumerken.

Als Beihilfe zur Feststellung der Todesursache, welche in den Beschauschein einzutragen ist, dienen die Angaben des ärztlichen Behandlungsscheines (§ 10 der Todtenbeschauordnung) die Ergebnisse der vorgenommenen Beschau, die Erhebungen über die Krankheitserscheinungen und die dem Tode vorangegangenen Umstände.

Bei Angabe der Todesursache sind allgemeine Ausdrücke: wie Lähmung, Entkräftung, Fraisen, Convulsionen, Abzehrung, Marasmus, Alterschwäche u. dgl. nach Möglichkeit zu vermeiden.

In Fällen, in welchen sich die zum Tode führende Ursache unmittelbar aus einer andern Krankheit entwickelt hat, ist auch die letztere anzugeben (z. B. Lungenentzündung nach Masern, Nierenentzündung nach Scharlach, Blutvergiftung nach Schnittwunde, Starrkrampf nach Risswunde u. dgl.).

Desgleichen ist auf die genaue Bezeichnung der unmittelbaren Todesursache und der mit derselben in unmittelbarem Zusammenhange stehenden Veranlassung, insbesondere bei allen durch äussere Gewalt herbeigeführten Fällen zu achten und hiebei stets die Art des gewaltsamen Einflusses (Verletzung, Hitze, Kälte, Blitz etc. etc.) genau anzugeben.

Ebenso ist auch bei Sterbefällen in Folge von Erkrankungen, welche erwiesenermaassen durch Alkoholmissbrauch herbeigeführt wurden, die veranlassende Ursache anzuführen. polizeilich obducirten Leichen ist die von den Gerichts- oder Amtsärzten constatirte Todesursache, welche dem Todtenbeschauer jedesmal bekannt zu geben ist, einzutragen.

Bei Unfällen ist die erhobene oder muthmaassliche Ursache der Verunglückung, bei Selbstmördern der Beweggrund des Selbstmörders in der Rubrik "Anmerkung" Todtenbeschauscheines zu verzeichnen.

Vermag der Todtenbeschauer keinen Anhaltspunkt zur Bestimmung der Todesursache zu finden, so hat er hievon im Wege der Gemeinde die Anzeige an die politische Bezirksbehörde zu erstatten (§ 16 der Todtenbeschauordnung).

In diesen Anzeigenist stets anzugeben, ob nach dem Ergebnisse der Todtenbeschau und der vorgenommenen Erhebungen eine strafbare Handlung vollkommen ausgeschlossen ist.

Schlussbemerkung.

§ 10. Die Todtenbeschauscheine sind in allen Spalten gewissenhaft auszufüllen, und sind deren Angaben entsprechend in das Todtenbeschauprotokoll zu übertragen.

Sollte die Ausfüllung der einen oder der anderen Spalte unmöglich sein (z. B. bei ververstorbenen unbekannten Personen) so ist ein Fragezeichen einzusetzen und die Ursache der unterlassenen Ausfüllung in der Anmerkungsspalte anzugeben.

Die Behandlungsscheine sind mit der Nummer des Todtenbeschauscheines, zu welchen sie gehören, zu versehen und vom Todtenbeschauer der Gemeinde behufs Aufbewahrung zu übergeben.

Für Todtgeborene sind besondere Beschauscheine nach Formulare II zu verwenden.

Besondere Sorgfalt ist auf die Berufsangaben zu verwenden, d. i. jener Stellung, aus welcher die betreffende Person ihren Lebensunterhalt bezieht, auch ist anzuführen, ob dieselbe selbständig ist oder dem Berufe in irgend

Bei gerichtlich oder sanitäts- I einer untergeordneten Weise angehört; so genügt es z. B. nicht einzutragen "Schneider", sondern ist beizufügen ob "Meister" oder "Gehilfe".

> Für jede Gemeinde ist ein eigenes Todtenbeschauprotokoll (Formular IV) zu führen, und in gleicher Weise auch der im Wege der Gemeinde an die politische Bezirksbehörde vierteljährig vorzulegende Todtenbeschaurapport zu verfassen.

> Ist in einer Gemeinde während eines Quartales kein Sterbefall vorgekommen, so hat der Todtenbeschauer das Todtenbeschaurapports-Formulare mit dem Bemerken "entfällt" zu versehen, zu fertigen und vorzulegen.

Anhang.

Formulare für die Angelobung.

Nachdem Sie mit dem Amte eines Todtenbeschauers in der Gemeinde (den Gemeinden) betraut worden sind, fordere ich Sie auf, vor mir feierlich an Eidesstatt zu geloben, dass Sie die Ihnen in diesem Amte obliegenden Pflichten gemäss den Bestimmungen der Verordnung des k. k. Landespräsidenten in Krain vom 29. November 1901, Z. 20719, (L. G. Bl. Nr. 34) genau und gewissenhaft erfüllen und sich hiebei weder durch Eigennutz, noch durch andere wie immer geartete Rücksichten leiten lassen wollen.

Bekräftigen Sie durch diesen Handschlag, dass Sie Ihrer Pflichten stets getreulich eingedenk sein werden. (Hierauf hat der Todtenbeschauer folgende Worte nachzusprechen:)

"Was mir soeben vorgelesen wurde und ich wohl und deutlich verstanden habe, dem werde ich getreu nachkommen".

. den 190 . .

Vor mir: Unterschrift des Todtenbeschauers:

Formular I.

Aerztlicher Behandlungsschein.

Ortsgemeinde

1. Vor- und Zuname (bei Frauen auch der Familienname im ledigen Stande).

Digitized by Google

(ob ledig, verheiratet, verwitwet oder gerichtlich geschieden, beziehungsweise getrennt).

3. Beruf (bei Kindern unter 15 Jahren Beruf des Vaters, beziehungsweise der unehelichen Mutter).

4. Tag und Jahr der Geburt.

5. Geburtsort, Bezirk, Land.

6. Wohnort, Gasse, Hausnummer.

7. Religion.

8. Tag und Stunde des Todes.

9. Todesursache (Grundleiden, unmittelbare Todesursache).

10. Dauer der letzten Behandlung.

11. Besondere Bemerkungen.

. am 190 . .

Behandelnder Arzt:

Formular II.

Todtenbeschauschein für Todtgeborene.
Ortsgemeinde

1. Angabe des Geschlechtes, ob eheliche oder uneheliche Geburt und in welchem Schwangerschaftsmonate dieselbe erfolgte. 2. Vor- und Zuname des Vaters bei ehelichen, der Mutter bei unehelichen. 3. Religion bei ehelichen des Vaters, bei unehelichen der Mutter. 4. Berufszweig und Berufsstellung des Vaters, beziehungsweise bei unehelichen der Mutter. 5. Geburtsjahr und Geburtag a) des Vaters, b) der Mutter. 6. Tag, Monat und Jahr der Eheschliessung. 7. Ortsgemeinde, Strasse, Hausnummer, wo die Todtgeburt erfolgte. 8. Tag und Stunde der Geburt. 9. Name des event. intervenirenden Arztes oder der Hebamme unter Angabe der event. bei der Entbindung vorgenommenen operativen Eingriffe. 10. Tag und Stunde, wann die Beerdigung vorgenommen werden soll. 11. Anmerkung.

. am 190 . .

Todtenbeschauer:

NB. Als todtgeboren sind nur jene Kinder zu bezeichnen, welche vor der Geburt gestorben sind.

Formular III.

Todtenbeschauschein.

Ortsgemeinde

1. Vor- und Zuname (bei verwitweten Frauen ausserdem der frühere Mädchenname).
2. Berufszweig und Berufsstellung (bei Kindern unter 15 Jahren Berufszweig oder Berufsstellung des Vaters, beziehungsweise der unehelichen

Mutter). 3. Stand (ledig, verheiratet, verwitwet oder geschieden, bei Kindern bis zum vollendeten 5. Lebensjahre, ob ehelich oder unehelich, bei Verheirateten, Jahr und Tag der 4. Geburtstag und Jahr. Eheschliessung). 5. Geburtsgemeinde, Bezirk und Land. 6. Gewöhnlicher Wohnort. 7. Sterbeort, Strasse und Hausnummer. 8. Behandelnder Arzt. 9. Todesursache (Grundleiden, unmittelbare Todesursache [bei gewaltsamen Todesfällen ist die Todesart genau anzugeben]). 10. Sterbezeit (Jahr, Monat, Tag und Stunde). 11. Tag und Stunde, wann die Beerdigung stattfinden soll. 12. Anmerkung.

. am 190 . .

Todtenbeschauer:

Formular IV..

Todtenbeschau-Protokoll.

Ortsgemeinde

Enthält folgende Colonnen:

1. Fortlaufende Nummer; 2. Vor-und Zuname (bei ehelichen Kindern Name des Vaters, bei unehelichen Name der Mutter); 3. Beruf (bei Kindern unter 15 Jahren jener des Vaters, beziehungsweise der unehelichen Mutter); 4. Alter (bei Todtgeborenen beiläufiges Fruchtalter) 5. Religion, Stand (bei Kindern unter 6 Jahren ob ehelich oder unehelich); 6. Gewöhnlicher Wohnort und Hausnummer; 7. Sterbeort und Hausnummer; 8. Behandelnder Arzt (Hebamme); 9. Krankheits- und Todesursache; 10. Sterbezeit, 11. Tag der Beerdigung, 12. Ort der Beerdigung; 13. Anmerkung über sanitätspolizeiliche Vorkehrungen, gewaltsame Todesfälle, vorgenommene Obductionen, erstattete Anzeigen an die Behörden, operative Eingriffe, muthmaassliche Ursachen bei Selbstmorden, über die Ernährungsart der im Säuglingsalter verstorbenen Kinder oder der in auswärtiger Pflege verstorbenen Kinder etc.

Formular V.

Todtenbeschau-Rapport
für die Zeit vom bis (Ist gleich in den Colonnen mit dem For-

(1st gleich in den Colonnen mit dem For mulare IV.)

Digitized by Google

Erlass der k. k. Landesregierung in Krain vom 29. November 1901, Z. 20719,

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend die Erlassung einer neuen Todtenbeschauordnung für das Herzogthum Krain und einer neuen Instruction für den Todtenbeschauer.

In dem am 28. December l. J. ausgegebenen Landesgesetzblatte Stück XXV, sub Nr. 34, ist die hierämtliche Verordnung vom 29. November l. J., Z. 20719, mit welcher eine neue Todtenbeschauordnung und eine Instruction für die Todtenbeschauer erlassen wird, zur Veröffentlichung gelangt.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft wird auf die Verordnung mit dem Auftrage aufmerksam gemacht, wegen Durchführung derselben nunmehr unverzüglich das Erforderliche einzuleiten.

Bis zum 1. April 1902 haben sich sämmtliche Todtenbeschauer und deren eventuelle Stellvertreter mit je einem Exemplare dieser Verordnung zu versehen, bis dahin haben auch diese Organe im Sinne des § 7 der Todtenbeschauordnung das Gelöbnis abzulegen, bis zu diesem Zeitpunkte hat demnach, soweit dies nur möglich ist, auch die Bestellung der Laientodtenbeschauer nach Erfüllung der im § 6 der Todtenbeschauordnung angeforderten Vorbedingungen — eingehende Belehrung und Unterweisung der Laientodtenbeschauer über ihre Agenden, Pflichten etc. durch die Districtsärzte — zu erfolgen.

Die zum Zwecke der Durchführung der vorgenannten hieramtlichen Verordnung erforderlichen Drucksorten (Formular I bis inclusive IV), welche die Gemeinden den Aerzten (Formulare I) und den Todtenbeschauern (Formulare II—IV) laut § 14 der Todtenbeschauordnung unentgeltlich beizustellen haben, sind bei der hiesigen Druckereifirma Klein & Co. erhältlich; die Preise dieser Drucksorten, wie auch der ebendort im Verlage gehaltenen Sonderabdrücke der Todtenbeschauordnung und der Instruction für die Todtenbeschauer werden seinerzeit noch mitgetheilt werden.

Laut § 6 der Todtenbeschauordnung hat die k. k. Bezirkshauptmannschaft ein Verzeichnis über die Todtenbeschauer anzulegen und zu führen, zu welchem Zwecke eine Anzahl der hiefür bestimmten Drucksorte mitfolgt; mit der gleichfalls anverwahrten Drucksorte (Formular V) sind die Gemeinden unter entsprechender Unterweisung über die Verwendung dieser Rapportstabelle zu betheilen.

Beide diese Drucksorten können künftighin im Bedarfsfalle unentgeltlich von der hiesigen Hilfsamterdirection bezogen werden.

Im Sinne des § 8 der mehrcitirten Verordnung hat nunmehr die Gemeinde den Todtenbeschauer für seine Mühewaltung zu entschädigen, und darf letzterer von den Parteien eine Entlohnung weder verlangen noch annehmen.

Diese Bestimmung wolle die k. k. Bezirkshauptmannschaft den Gemeinden unter Hinweis
auf das Gesetz vom 8. November 1901,
L. G. Bl. Nr. 33, betreffend die Regelung der
Todtenbeschaugebühren, ganz besonders hervorheben und auch deren genaue Einhaltung
überwachen.

Sämmtliche Pfarrämter, als Matrikenämter, wurden zwar mit je einem Exemplare des eingangs erwähnten Landesgesetzblattes bereits von hier aus betheilt, doch wolle die k. k. Bezirkshauptmannschaft nicht versäumen, dieselben unter Mittheilung des Namens und Wohnsitzes der bestellten Todtenbeschauer und deren Stellvertreter mit der Einladung zur Mitwirkung bei der Durchführung dieser neuen Verordnung zu begrüssen.

Es erscheint wohl selbstverständlich, dass in gleicher Absicht auch die Gemeinden, beziehungsweise die Districtsärzte heranzuziehen sind.

Ueber das im Sinne vorstehender Weisungen dortamts Verfügte ist unter Vorlage einer Abschrift des Verzeichnisses der Todtenbeschauer bis längstens 1. Mai 1902, anher zu berichten.

Späterhin sich ergebende Aenderungen im Stande der Todtenbeschauer sind am Schlusse eines jeden Jahres anher zur Kenntnis zu bringen.

Formulare

Polit. Bezirk

Verzeich nis der Todtenbeschauer. (In Colonnen): 1. Vor- und Zuname; 2. Alter; 3. Charakter (Beschäftigung); 4. Wohn-

ort (Gemeinde, Ortschaft, Haus-Nr.), ad 1—4: des Todtenbeschauers; 5. Zahl und Datum des abgelegten Gelöbnisses; 6. Bezeichnung (Orts-

gemeinde, bei Zuweisung von Gemeindetheilen, Angabe der Ortschaften) des Todtenbeschausprengels; 7. Einwohnerzahl des Todtenbeschausprengels; 8. Anmerkung. (Ständige Stellvertreter sind gleichfalls in die Verzeichnisse aufzunehmen, und sind dieselben als ständige Stellvertreter in der Anmerkung zu bezeichnen.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Türkei. Ueber Beschluss des Obersten Sanitätsconseils wurde die Quarantaine für Herkünfte aus Aegypten auf 48 Stunden herabgesetzt.

Brasilien. (S. 147.) In Rio de Janeiro wurden in der Woche vom 19. bis 25. Februar 2 neue Pesterkrankungen constatirt.

Australien, Neu-Südwales. In Sydney (S. 107) sind in der Zeit vom 14. bis 21. Jänner 6 Pestfälle beobachtet worden.

Cholera. Arabien. (S. 147.) In Medina wurden vom 16. bis 24. März 11, in Mekka vom 18. bis 24. März 523 und in Djeddah in dem gleichen Zeitraume 17 Todesfälle an Cholera ausgewiesen. Seit Beginn der Epidemie sind in den genannten Städten insgesammt 1129 Personen (zum weitaus grössten Theile Pilger) der Krankheit erlegen.

Philippinen. In Manila ist laut telegraphischer Mittheilung vom 24. März Cholera ausgebrochen.

Blattern. Grossbritannien. Nach den vom "Registrar-General" veröffentlichten Wochenausweisen über Geburten und Sterbefälle in London und 75 anderen grossen Städten Englands (mit über 50.000 Einwohnern) (Weekly Return of Births and Deaths in London and in seventyfive other Great Towns) sind in den 10 aufeinanderfolgenden Wochen vom 29. December 1901 bis zum 8. März 1902 an Blatterntodesfällen ausgewiesen worden in London: 28, 45, 55, 34, 39, 64, 54, 64, 75, 80, zusammen 538, in den Vorstädten Londons 10, 11, 5, 7, 10, 18, 10, 9, 25, 18, zusammen 123 Blatterntodesfälle. Die übrigen 75 Städte, über welche diese Nachweisungen geliefert werden (mit Ausnahme jener acht Städte, welche zu den Vorstädten Londons gehören), sind während dieser Zeit nahezu gänzlich blatternfrei geblieben. Nur in wenigen derselben wurden vereinzelte Todesfälle an Blattern ausgewiesen. (Plymouth 2, Leicester 1, Swansea 3, Reading 3.)

In Glasgow (Schottland) sind vom 26 Jänner bis 8. März l. J. 22 Todesfälle an Blattern verzeichnet worden; in den ersten vier Wochen des Jahres war daselbst kein Blatterntodesfäll zur Nachweisung gelangt.

Laut des vom "Registrar-General" ausgegebenen Vierteljahresberichteüber Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle in England und Wales (Quaterly Return of Mariages, Births and Deaths) waren in den 13 Wochen bis zum 28. December des Jahres 1901 in London allein 1416 Erkrankungen und 192 Todesfälle und in West Ham, einer Vorstadt Londons, 46 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Blattern vorgekommen. Von den übrigen in diesem Nachweise verzeichneten 98 grösseren Städten wurden während dieser Zeit insgesammt 79 Erkrankungen (in 20 Orten, darunter in Oxford 36, in Liverpool 2, Willesden 8, Tottenham 10) und 2 Todesfälle (je ein Fall in Plymouth und Liverpool) ausgewiesen.

Frankreich. In Nizza (S. 135) ist die Blatternepidemie neuerdings in Zunahme begriffen; es wurden daselbst in der Woche vom 8. bis 14. März 57 Erkrankungen und 21 Todesfälle an Blattern verzeichnet.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 10. April 1902.

Mr. 15.

Inhalt. Assanirungafortschritte in Oesterreich (Wasserversorgung). - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung der Ministerien des Innern und des Handels, betreffend den Verkehr mit concentrirter Essigsäure; Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, betreffend die Zulassung von Frauen als ausserordentliche Hörerinnen der medicinischen Facultäten. - Programm der 2. internationalen Conferenz in Brüssel zur Berathung von Vorkehrungen gegen Syphilis und venerische Erkrankungen. - Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.

Seitdem durch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung die grosse hygienische Bedeutung der Beschaffenheit des Trinkwassers, sowie der Werth ausreichender Mengen von einwandfreiem Brauchwasser erkannt und der Antheil des Wassers an der Verbreitung gefährlicher Infectionskrankheitsformen, namentlich der Cholera, des Abdominaltyphus und der Dysenterie ausser allen Zweifel gestellt wurde, ist der Wasserversorgung, welcher schon im Alterthume, wie die zahlreichen aus dieser Zeit herstammenden, theilweise noch erhaltenen Wasserleitungen beweisen, besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden war, wieder der gebührende Platz in der Reihe der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen zuerkannt worden. Die Bestrebungen der Hygieniker und Sanitätsbehörden nach Beschaffung sanitätsgemässen Trinkwassers wurden durch die grossen Erfolge, welche in einzelnen Städten durch Errichtung von Wasserleitungen hinsichtlich der Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung erreicht wurden, namentlich aber durch die zahlreichen Vorkommnisse, welche die Lehren der Wissenschaft über den Einfluss des Wassers auf die Verbreitung von epidemischen Krankheiten in eklatanter Weise bestätigten, in ausgiebigster und wirksamster Weise gefördert.

Während in früherer Zeit Wasserversorgungsanlagen in der Regel nur dem Mangel an Wasser überhaupt ihre Entstehung verdankten, und für die Errichtung vorwiegend feuerpolizeiliche und wirthschaftliche Gründe maassgebend waren, wurde nunmehr die Aufmerksamkeit der für die Beschaffung des Wassers verpflichteten Gemeinden auch auf die gesundheitliche Beschaffenheit desselben gelenkt. Die Nothwendigkeit der Beistellung nicht nur quantitativ genügenden, sondern auch qualitativ entsprechenden Wassers wurde zuerst in den grossen dichtbevölkerten Städten erkannt, in welchen sich mit der zunehmenden Verunreinigung des Grundwassers der Mangel eines guten Trinkwassers auch schon zu einer Zeit fühlbar machte, als die hygienische Bedeutung des Wassers im Haushalte noch nicht gebührend gewürdigt wurde, und die Beziehungen des Trinkwassers zu der Verbreitung gewisser Krankheiten noch

nicht aufgedeckt waren. Das Beispiel dieser Städte, die verhältnismässig geringe Belastung der Bevölkerung durch diese Einrichtung, insbesondere aber die auffallende Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse in denselben bildeten einen kräftigen Ansporn auch für andere Gemeinden, in welchen sich gleich missliche sanitäre Verhältnisse vorfanden, und hatten zur Folge, dass der Frage der Wasserversorgung allgemeine Beachtung gewidmet wurde. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, dass in den letzten Jahren eine grosse Anzahl von Gemeinden, in welchen die Grundwasserverhältnisse, sei es in Folge der stetigen Verunreinigung des Untergrundes oder in Folge ungünstiger geologischer Beschaffenheit des Bodens die Gewinnung eines sanitätsgemässen Trinkwassers aus Brunnenanlagen nicht erwarten liessen, die Wasserversorgung durch Anlage centraler Wasserleitungen bewerkstelligt hat.

Den Anforderungen der Hygiene entsprechend sind die errichteten Wasserleitungen zumeist einheitliche Anlagen, deren Wasser für Genuss- und Nutzzwecke ausreichend ist. Nur in einzelnen Gemeinden, in welchen die nöthige Menge tadellosen Wassers für eine einheitliche Trink- und Brauchwasserleitung nicht beschafft

werden konnte, wurden eigene Nutzwasserleitungen errichtet.

Welche bedeutenden Fortschritte die Trinkwasserversorgung in den letzten Jahren in Oesterreich gemacht hat, geht aus der vom O. S. R. Hofr. Prof. Dr. Max Gruber verfassten Uebersicht über die » Wasserversorgung und Reinigung der österreichischen Ortschaften mit 1000 und mehr Einwohnern«, welche in dem aus Anlass der Pariser Weltausstellung erschienenen, unter amtlicher Mitwirkung herausgegebenen Werke » Sociale Verwaltung in Oesterreich am Ende des 19. Jahrhunderts« erschienen ist, deutlich hervor. Hienach sind von den 164 Gemeinden mit über 5000 Einwohnern, in welchen centraie Wasserleitungsanlagen bestehen, allein 74 oder 45·1°/0 erst im letzten Jahrzehnte mit einer solchen versehen worden. Insgesammt waren bis dahin 599 Gemeinden Oesterreichs mit mehr als 1000 Einwohnern mit centralen Wasserleitungen ausgestattet.

Wenn auch die Trinkwasserfrage noch in vielen grossen Gemeinden aus localen, beziehungsweise finanziellen Gründen der befriedigenden Lösung harrt, so lässt sich doch allerorts das Bestreben constatiren, die Trinkwasserverhältnisse nach Möglichkeit zu verbessern und dem Bedarfe der Bevölkerung an ausreichenden

Mengen entsprechenden Brauchwassers zu genügen.

Um in den Umfang der in den einzelnen Ländern in den letzten Jahren bethätigten Fürsorge für die sanitätsgemässe Wasserversorgung einen näheren Einblick zu ermöglichen, sollen im Nachstehenden alle jene neu errichteten Wasserleitungsanlagen, über welche das Ministerium des Innern durch die vorgeschriebene Berichterstattung Kenntnis erhielt, fortlaufend mitgetheilt werden; im Anschlusse an dieselben werden auch bekannt gewordene Erweiterungen und Reconstructionen der bestehenden Wasserleitungen, wichtige öffentliche Brunnen- und Cisternenanlagen, sowie mitgetheilte bedeutende Projecte von neuen Trinkwasserleitungen Erwähnung finden.

I. Böhmen.

Nach den vorliegenden Landessanitätsberichten für Böhmen wurden daselbst im Jahre 1899 28 öffentliche Trinkwasserleitungen und 3 öffentliche Nutzwasserleitungen errichtet, ferner 22 bestehende Wasserleitungen erweitert; im Jahre 1900 betrug die Zahl der neuerrichteten Trinkwasserleitungen 24, die der Nutzwasserleitungen 2; Reconstructionen wurden an 15 bestehenden Wasserleitungen ausgeführt.

Von den im Jahre 1899 errichteten Wasserleitungen ist die Wasserleitung in Gablonz die bedeutendste. Die Quellen für die mit einem Kostenaufwande von 800.000 K hergestellte Wasserleitung sind in dem Gebiete von Grünwald, Hennersdorf und Seidenschwanz gefasst und liefern 18 Secundenliter tadellosen Trinkwassers.

In Landskron wurde mit einem Aufwande von 240.000 K eine neue Trinkwasserleitung errichtet. Die vier in die Leitung einbezogenen Quellen liegen in einer

bewaldeten Gebirgsmulde des Olbersdorfer Revieres, 1½ Km. von der Stadt entfernt, und liefern 4 Secundenliter oder 3554 Liter täglich, d. i. 50 Liter Wasser per Kopf und Tag.

Die in Ladowitz errichtete Trinkwasserleitung führt am Fusse des Dentzendorfer Gebirges erschlossene Quellen in einer 8 Km. langen Leitung der

Gemeinde zu. Die Kosten der Herstellung betrugen 300.000 K.

Quellenleitungen wurden ferner noch errichtet: in Postelberg, Bezirk Saaz (Ergiebigkeit 2 Secundenliter oder 50 Liter per Kopf und Tag), Unter-Tannwald, Bezirk Gablonz, Bruch, Bezirk Dux, in Marschendorf (Ergiebigkeit 4 Secundenliter oder 115 Liter per Kopf und Tag), ferner in Münchhof, Bezirk Falkenau und in Schönfeld, Bezirk Aussig, in Castalowitz, Bezirk Reichenau (Kostenaufwand 24.000 K), in Ober-Kosteletz und Trubijow, Bezirk Nachod.

Im Kohlenbecken von Brüx sind in den Gemeinden Maltheuern, Oberdorf, Johnsdorf, Kammern, Wiska und Bettelgrün Trinkwasserleitungen hergestellt worden. Für Bettelgrün werden mittelst 3 Meter tief gelegter Drainröhren in einer Thalmulde aus dem Gneisschotter 3.5 Secundenliter entnommen. Die Drainröhren sind durch eine wasserdichte Betondecke gegen das Eindringen

von Tageswässern geschützt.

Von den im Jahre 1899 vorgenommenen Erweiterungen und Reconstructionen bestehender Wasserversorgungsanlagen verdient die Erbohrung zweier artesischer Brunnen in der Stadt Braunau, welche 13 Secundenliter Wasser liefern und der bestehenden Wasserleitung angeschlossen wurden, an erster Stelle erwähnt zu werden. Ferner wurden erweitert die Hochquellenleitungen in Aussig und Sobochleben, in Chrudim, Granesau, Bezirk Falkenau, Mies, Zleb, Bezirk Časlau, Polička, Kosteletz, Bezirk Reichenau (Neufassung von Quellen), Lomnitz, Bezirk Semil (Ausschliessung verunreinigter Quellen), Turn, Dux, Dobřan, Časlau, Klattau, Čestin, Bezirk Kuttenberg, Luditz, Kaaden endlich die Grundwasserleiturg in Settenz und die Nutzwasserleitung in Nepomuk.

Ueber die im Jahre 1900 erbauten und reconstruirten Wasserversorgungsanlagen

ist aus dem bezüglichen Landessanitätsberichte Folgendes zu entnehmen:

Die Gemeinde Lodenitz im Bezirke Horowitz errichtete eine Quellwasserleitung (Aufwand 24.000 K), mit 6 Wasserständern und 3 Hydranten. Auch die Gemeinden Althütten und Königshof wurden mit einer neuen Trinkwasserleitung versorgt, welche in die Arbeitercolonien und in das Werkspital der Prager Eisenindustriegesellschaft eingeführt ist.

In Gross-Priesen wurde eine einheitliche Wasserleitung mit einem Auf-

wande von 66.000 K ausgeführt.

In Pablowitz, Bezirk Dauba, hat eine neue, mit einem Kostenaufwande von 3000 K errichtete Wasserleitung dem Wassermangel abgeholfen. Im Bezirke Hohenmauth wurde eine neue Quellwasserleitung für die Gemeinde Luže collaudirt; Kostenaufwand 28.000 K.

Die Stadt Kupferberg hat eine Hochquellenleitung erbaut, welche 1.6 Se-

cundenliter liefert; 130 Häuser sind an diese Wasserleitung angeschlossen.

Eine Grundwasserleitung versorgt die Gemeinden Dubi und Oujezd, Bezirk Kladno; sie ist $2^{1}/_{2}$ Km. lang, hat 10 Wasserständer, 3 Hydranten und liefert 30 Liter

per Kopf. Das Wasser hat 30° Härte.

In der Stadt Königgrätz wurde die neue Grundwasserleitung aus Plotist im Februar 1900 eröffnet; sie ist als einheitliche Wasserleitungsanlage mit einer Ergiebigkeit von 3000 Cbm. täglich und mit einem Kostenaufwande von 400.000 Kprojectirt. Vorläufig wurde nur der Bedarf an Trinkwasser, 500 Hkltr. täglich, eingeleitet, so dass 10 Liter per Kopf entfallen; es bestehen 15 Wasserständer. Die Rohr-

leitung ist jedoch für die zehnfache Menge Wassers 2 Meter tief eingelegt. Das zugeleitete Wasser ist tadellos, jedoch im Sommer warm, hat einen zu geringen Druck, weil die Leitungsrohre stür das reducirte Quantum zu breit sind, und der Wasserbehälter nicht ausreichend hoch liegt. Einleitung des Wassers in die Häuser ist unter diesen Verhältnissen vorläufig ausgeschlossen.

Die einheitliche Wasserversorgung in der Stadt Hofic mit dem Wasser der erbohrten 14 artesischen, 70 Meter tiefen Brunnen ist der Benützung übergeben. Diese Brunnen liefern 600 Cbm. täglich. Für je 2 Brunnen besteht ein Sammelreservoir mit Vorrichtungen zur Lüftung und Enteisenung des Wassers. Von da aus wird das Wasser ins Hochreservoir gehoben. An die Wasserleitung sind 40 Wasserständer und 38 Feuerhydranten angeschlossen; das Wasser ist 3-5° hart, hat eine Temperatur von 8° C., ist jedoch trotz der Enteisenungseinrichtung noch immer eisenhältig; es wird in Strassenständer und in die Häuser eingeleitet.

Die Gemeinde Eidlitz, Bezirk Komotau, hat eine Grundwasserleitung mit einem Aufwande von 70.000 K errichtet, welche 200 Liter per Kopf zuführt; an der Leitung bestehen 6 Ventilbrunnen, sowie Hauseinleitungen.

Die Hochquelleitung der Gemeinde Platz im Bezirke Komotau ist in jedes Haus eingeführt und hat 4 Strassenhydranten; sie liefert 60 Liter per Kopf und Tag und kostete 28.000 K. In diesem Bezirke haben auch die Gemeinden Sperbersdorf und Kienhaid einheitliche Wasserleitungen mit einem Aufwande von 16.000, beziehungsweise 25.000 K erbaut. Letztere liefert 130 Hkltr. täglich. Sämmtliche Wirthschaftshäuser sind angeschlossen.

Die Wasserleitung der Gemeinde Pschernitz führt 400 Hkltr. täglich zu; alle Häuser dieser Gemeinde sind an die Wasserleitung angeschlossen.

Der Bau der einheitlichen Wasserleitung für die Stadt Komotau und für Oberdorf, welche durch das in einer Thalsperre aufgestaute Wasser gespeist werden soll, war am Schlusse des Berichtsjahres soweit vorgeschritten, dass die Arbeiten an der Thalsperre, die Anlage der Sandfilter und des Hochreservoirs für 2000 Cbm. als beendet angesehen werden konnten. Diese Wasserleitung soll für 40.000 Einwohner 130 Liter für die Person täglich liefern.

Die Stadt Rataj im Bezirke Kuttenberg, auf einem Felsenabhange gelegen, war bisher rücksichtlich ihrer Trinkwasserversorgung nur auf einen Brunnen angewiesen, welcher im Herbste versiegte. Durch Wassermangel gezwungen, benützten die Einwohner zu jeglichem Gebrauche das Sazawawasser, was zur Folge hatte, dass die Stadt im Herbste regelmässig von Typhusepidemien heimgesucht wurde. Im Berichtsjahre kam nun eine Vereinbarung mit dem Besitzer der dortigen Herrschaft zu Stande, auf Grund welcher Quellen, 1 Km. weit von der Stadt entfernt, gefasst und in die Stadt und in die Wirthschaftsgebäude eingeführt wurden. Diese Trinkwasserleitung liefert 50 Liter per Kopf und Tag und hat 4 Wasserständer in der Stadt; sie kostete 12.600 K.

In der Stadt Hilbeten wurde ebenfalls Quellwasser bester Qualität eingeleitet. Bei der neuen Quellwasserleitung der Stadt Wildenschwert, welche 3000 Hkltr. Trinkwasser täglich zuführen soll, ist der Hauptstrang bereits gelegt. Die Quelle liefert 25 Secundenliter; an das Rohrnetz wurden 22 Wasserständer und 41 Hydranten angeschlossen.

Die Stadt Opočno wird aus einer Druckleitung versorgt, welche aus der Rudolfsquelle 300 Cbm. Wasser in die Stadt und in die Wirthschaftsgebäude des Fürsten Colloredo zuführt; das Wasser ist auch ins allgemeine Krankenhaus eingeleitet. Die Leitung liefert 20 Liter per Kopf und Tag.

Die Stadt Pilsenetz hat die Quellen am rechten Uslavaufer mit einem Kostenaufwande von 21.744 K eingeleitet.

Die Gemeinde Liebstadtl im Bezirke Semil baute eine Quellwasserleitung aus dem Permsandsteine; sie ist 550 Meter lang, hat 4 Auslaufständer und Hydranten und liefert 44 Liter per Kopf im Tage.

Für nachstehend angeführte Wasserleitungen, welche in letzter Zeit durchgeführt worden sind, wurden Subventionen aus dem Landesfonde, sowie vom Staate aus der Creditpost Meliorationen des k. k. Ackerbauministeriums ertheilt: In Proschwitz (Kostenaufwand 10.737 K) und Rabendorf-Wolschen (Kostenaufwand 13.945 K), Bezirk Böhmisch-Leipa; in Krasna-Hora (Kostenaufwand 5600 K), in Lustig-Saar, Bezirk Deutsch-Brod; in Röhrsdorf, Bezirk Gabel; in Unter-Oujezd, Bezirk Leitomischl (Kostenaufwand 12.589 K), in Dalešic, Horka-Mukažov, Bezirk Münchengrätz (Kostenaufwand 12.507 K); in Woderad, Bezirk Reichenau (Kostenaufwand 4800 K); in Kwan, Bezirk Rokycan (Kostenaufwand 20.576 K); in Kamenična-Lobkowitz, Bezirk Senftenberg (Kostenaufwand 4765 K); in Zadní Kopanina-Kosoř, Bezirk Smichow; in Böhmisch-Aicha und Bohuslav, Bezirk Turnau; in Losdorf, Bezirk Tetschen.

Die Gemeinde Kbelnic im Bezirke Přestitz erhielt eine Subvention des Landes und des Staates für die Errichtung eines Gemeindebrunnens (Aufwand 1261 K).

Die Reconstructionen von Wasserleitungen im Jahre 1900 betreffen entweder bessere Fassung der Quellen oder Auswechslung der Holzröhren gegen Eisenrohre oder tiefere Rohrlegung; mehrere Wasserleitungen wurden durch Einbeziehung neuer Zuflüsse erweitert. So wurde in der Stadt Turnau die Trinkwasserleitung reconstruirt, indem 2 Wasserbehälter mit zusammen 1500 Hkltr. Fassungsraum gebaut, gusseiserne Rohre gelegt, Auslaufständer und Hydranten eingestellt wurden. In Friedland wurden die schadhaften Rohre gegen asphaltirte Eisenrohre ausgewechselt. In Leitmeritz wurde die Wasserleitung durch Heranziehung neuer Quellen, erweitert. In der Stadt Beneschau wurde die Nutzwasserleitung erweitert. Kuttenberg besitzt eine alte Trinkwasserleitung, eine Schenkung des Bürgers Smišek aus dem 15. Jahrhunderte; da das Wasser für den Bedarf einer Bevölkerung von 15.000 Einwohnern nicht ausreicht, wurden zwei Mühlen, Wiesen und Grundstücke am Bylinabache angekauft, und wurde hierauf zur Erweiterung der Wasseranlage geschritten. Die Stadt Luditz hat eine Neufassung der Quellen, die Anlage eines Sammelbehältnisses und Legung asphaltirter Stahlrohre, sowie die Aufstellung von Wassserständern und Hydranten ausgeführt. Die Trinkwasserleitungen in Libochowitz, Tetschen und Böhmisch-Kamnitz wurden erweitert. Die Quellen der städtischen Trinkwasserleitung in Hofowitz wurden neu gefasst.

Eine neue Nutzwasserleitung wurde in der Stadt Podebrad errichtet. Das Wasser wird aus Schächten in der Nähe der Elbe gehoben, durch Sand filtrirt und in ein Sammelbehältnis mit 1500 Cbm. Fassung eingeleitet. Auch die Stadt Nimburg hat mit dem Baue einer Nutzwasserleitung begonnen.

Das Wasserwerk der Stadt Pisek entnimmt aus dem Wotawaslusse oberhalb der Stadt das Nutzwasser und leitet es zu den Sandsiltern, von wo es in die Stadt weitergeführt wird.

Eine neue Nutzwasserleitung ferner baute die Stadt Zebrak. Die Stadt Smichow hat das Project einer Nutzwasserleitung vorgelegt; das Wasser wird aus Drainageröhren gewonnen, welche in das Ufer des neuen Flosshafens eingesenkt sind.

Die Stadt Dobra im Bezirke Neustadt a. M. leitet Bachwasser mittelst Wasserwidder ein.

Von den gegenwärtig in Verhandlung stehenden Trinkwasserleitungsprojectensind jene, welche die Städte Prag und Reichenberg mit sanitätsgemässem Trinkwasser versorgen sollen, die wichtigsten.

In Prag liegen drei fertige Wasserversorgungsprojecte vor, und zwar:

- 1. Ein Project der Zuleitung von 100.000 Cbm. filtrirten Moldauwassers täglich aus Stechowitz, mit einem Kostenvoranschlage von 17,000.000 K.
- 2. Ein Project der Zuleitung filtrirten Moldauwassers von 90.000 Cbm., mit einem Kostenvoranschlage von 12,900.000 K.
- 3. Das Project der böhmischen Sparcasse, betreffend die Zuleitung von Grundwasser aus dem Isergebiete von Lysa bis Melnik. Nach diesem Projecte wird das benannte Gebiet in zwei Partien getheilt. Ein Wasserwerk soll bei Toušeň errichtet werden und das Grundwasser auf dem rechten Elbeufer von Lysa bis Lhota, ferner das Grundwasser aus dem Iserthale von Karaný bis Sojowitz aufnehmen. Das zweite Wasserwerk soll bei Elbe-Kosteletz errichtet werden und Grundwasser aus dem Gebiete von Dříz, Všetal, Klein-Oujezd und aus den Seitenthälern des Kokořín- und des Košatekbaches aufnehmen.

Das Wasserwerk unterhalb der Zuckerfabrik in Toušeň soll 60.000 Cbm. liefern und 10,200.000 K kosten. Das Detailproject, welches die böhmische Sparcasse ausfertigen liess, wurde, nachdem die Verhandlungen mit den Vertretern der Stadt und der Vorortegemeinden zu keinem günstigen Ergebnisse geführt hatten, dem Statthaltereipräsidium übergeben und von diesem dem gemeinsamen Verwaltungsrathe der Wasserwerke der Stadt Prag und der Stadtgemeinden Karolinenthal, Smichow, Weinberge und Žižkow übermittelt.

Der Verwaltungsrath holte ein Sachverständigen Gutachten über den Stand der Vorarbeiten zur Wasserversorgung der Stadt und der Vororte ein, welches auf einzelne Lücken in den bisherigen Untersuchungen hinwies, und die nachträgliche Erweiterung der Vorarbeiten empfahl. Bezüglich des Umfanges der letzteren ist sodann das Gutachten eines zweiten Sachverständigen eingeholt worden.

Die Stadtgemeinde Reichenberg besitzt zwar zwei Röhrenleitungen, welche noch aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammen, daher für die heutigen Verhältnisse absolut nicht zureichen, aber keine Wasserleitung, welche jedem Einwohner eine grössere Menge von gutem, tadellosem Trinkwasser gewährleistet.

Das Bedürfnis nach einer solchen ist schon lange rege geworden, und die Vorarbeiten datiren zurück bis zum Jahre 1873. Das Project des Ingenieurs Hubert, welches im Wesentlichen darauf hinauslief, durch Grabung von Stollen aus dem Jeschkengebiete gesundes, einwandfreies Wasser zu erschliessen, musste mit Rücksicht auf die im Instanzenzuge getroffene Entscheidung des Ministeriums des Innern, mit welcher dem Recurse der Wasserinteressenten am Jeschkenfusse gegen die Errichtung eines Stollens am Luboka-Kamme Folge gegeben wurde, gänzlich zurückgestellt werden. Deshalb wurde eine andere Lösung der Frage ins Auge gefasst, und wurden Verhandlungen mit dem Grafen Clam-Gallas wegen Ueberlassung von Quellen seines Besitzes zum Zwecke der Wasserversorgung der Stadt Reichenberg eingeleitet, welche zu einem positiven Ergebnisse führten; derselbe erklärte sich bereit der Gemeinde die Quellen der Inselwiese mit 79, des Dreiborns mit 25, des Zechwassers mit 59, des Brettsägenwassers mit 41, des Rehborns mit 61, des Olarflössels mit 33 und die Machendorfer Quelle mit 250, zusammen mit 548 Secundenlitern, gleich 4735 Tagescubikmetern um den Betrag von 140.000 K zur Verfügung zu stellen.

Damit war eine neue schätzenswerthe Grundlage gewonnen. Es wurde ein neues Project ausgearbeitet, welches die Zuleitung der genannten Quellen und eine Ergänzung derselben durch den bereits hergestellten Machendorfer Brunnen, welcher 3 Secundenliter liefert, und eventuell durch eine Stollenanlage am Wolfsgraben zum Gegenstande hat. Nun liegen aber das Zechwasser, die Brettsägenquelle, die Machendorferquelle und der Machendorferbrunnen derart tief, dass sie gehoben werden müssen, weshalb ein Gefälle von 10½ Meter in der Neisse unterhalb

Machendorf bei der Ruine Hammerstein benützt werden soll, um genannte Quellen mittelst Pumpenanlagen der Stadt zuzuleiten.

Projecte für Trinkwasserleitungen stehen ferner noch in Verhandlung: in Deutsch-Brod, Gabel (aus dem Falkenberge), Arnau, Trautenau, Klattau.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung der Ministerien des Innern und des Handels vom 26. März 1902,

R. G. Bl. Nr. 66,

betreffend den Verkehr mit concentrirter Essigsäure.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897, wird bestimmt:

Die concentrirte Essigsäure (Eisessig, Radicalessig, Essig-Essenz, das sind Flüssigkeiten mit einem Gehalte von mindestens 20 Percent Essigsäure-Hydrat) ist von Gewerbetreibenden nur in Gefässen oder Behältnissen, welche mit einer deutlichen Aufschrift des Inhaltes bezeichnet sind, zu führen und von jedermann, der dieselbe besitzt, so aufzubewahren, dass sie Personen, von denen unvorsichtiges Gebahren zu besorgen ist, nicht zugänglich ist.

Im Kleinverkehre ist die concentrirte Essigsäure nur in gut verschlossenen Flaschen auszufolgen, die die Aufschrift: "Concentrirte Essigsäure" oder "Essig-Essenz" tragen und in auffallender Schrift die Warnung vor dem Genusse in unverdünntem Zustande enthalten.

Der Käufer darf zur Empfangnahme der concentrirten Essigsäure nur solche Personen ermächtigen, bei welchen unvorsichtiges Gebahren nicht zu besorgen ist; auch der Verkäufer darf an Personen, die zu einer solchen Besorgnis offenbar Anlass geben, concentrirte Essigsäure nicht verabfolgen.

Bei Versendungen ist die concentrirte Essigsäure in gut verschlossenen, vor dem Ausrinnen vollkommen schützenden Behältnissen sorgfältig zu verpacken und mit der vorerwähnten Aufschrift zu versehen.

Diese Verordnung tritt sofort in Wirksamkeit.

Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern vom 18. März 1902, Z. 12683,

an die Decanate sämmtlicher medicinischen Facultäten,

betreffend die Zulassung von Frauen als ausserordentliche Hörerinnen der medicinischen Facultäten.

Zur Ergänzung der Ministerialverordnung vom 3. September 1900, R. G. Bl. Nr. 149*), betreffend die Zulassung von Frauen zu den medicinischen Studien und zum Doctorate der gesammten Heilkunde finde ich im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern Nachstehendes bezüglich der Zulassung von Frauen als ausserordentliche Hörerinnen der medicinischen Facultäten anzuordnen:

1. Frauen, welche auf Grund der eitirten Ministerialverordnung an einer inländischen medicinischen Facultät das vorgeschriebene Quinquennium absolvirt, oder bereits den medicinischen Doctorgrad erworben, oder welche die Nostrification ihres ausländischen medicinischen Doctordiplomes an einer inländischen Universität nach Maassgabe der hierortigen Ministerialverordnung vom 19. März 1896, R. G. Bl. Nr. 45**), erlangt haben, können von den Decanen der medicinischen Facultäten vorbehaltlich der Zustimmung des Professorencollegiums auf ein schriftliches und ordnungsmässig belegtes Ansuchen behufs ihrer weiteren Ausbildung als ausserordentliehe Hörerinnen

^{*)} Siehe Jahrg. 1900 d. Bl. S. 427.

^{**)} Siehe Jahrg. 1896 d. Bl., S. 153.

zum Besuche einzelner Vorlesungen an den medicinischen Facultäten zugelassen werden.

2. Jene Frauen, welche im Auslande ein hierzulande nicht nostrificirtes medicinisches Doctordiplom oder die ärztliche Approbation erlangt haben, können behufs ihrer weiteren Ausbildung, auch wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, schriftliches und ordnungsmässig belegtes Ansuchen vom Professorencollegium mit fallweise einzuholender hierortiger Genehmigung zum Besuche einzelner Vorlesungen der medicinischen Facultät als ausserordentliche Hörerinnen zugelassen werden, wenn sie rücksichtlich ihrer Vor- und Fachstudien, auf Grund deren sie im Auslande den Doctorgrad (die Approbation) erlangt haben, den für die Erwerbung des medicinischen Doctorgrades an den inländischen und Unterricht, St. VII.)

Facultäten vorgeschriebenen Anforderungen entsprechen.

- 3. Auf solche ausserordentliche Hörerinnen der medicinischen Facultäten haben die allgemeinen Studienvorschriften, insbesondere auch der hierortige Erlass vom 6. Jänner 1851, R. G. Bl. Nr. 18, Punkt 3-6, (betreffend die Inscription ausländischer Aerzte) sinngemäss Anwendung zufinden.
- 4. Die Zulassung von Frauen, bei welchen die in Punkt 1 und 2 dieses Erlasses bezeichneten Voraussetzungen nicht zutreffen, zum Besuche einzelner Vorlesungen der medicinischen Facultäten kann nur nach Maassgabe der hierortigen Verordnung vom 6. Mai 1878, Z. 5385, (Hospitantinnen) erfolgen.

(Verordnungsblatt des Minist. f. Cultus

Programm

der

2. internationalen Conferenz zur Berathung von Vorkehrungen gegen Syphilis und venerische Erkrankungen, welche in den Tagen vom 1.—6. September 1902 in Brüssel stattfinden soll.

Die erste in Brüssel 1899 zusammengetretene internationale Conferenz zur Prophylaxe der Syphilis und der venerischen Krankheiten hatte es sich zur Aufgabe gemacht:

- I. In zusammenfassenden Berichten hinzuweisen auf:
- a) die sociale Gefahr der Syphilis;
- b) die sociale Gefahr der Blennorrhoe;
- c) die Bedeutung der Prostitution für die Verbreitung der venerischen Krankheiten;
- d) die Bedeutung der neben der Prostitution für die Verbreitung der venerischen Krankheiten in Betracht kommenden Momente.
- II. Durch in den verschiedenen Ländern angestellte Nachforschungen zu untersuchen den Stand der Prostitution, die Häufigkeit der venerischen Krankheiten, die prophylaktischen Mittel, welche geeignet seien, ihr Umsichgreifen zu verringern und die Verheerungen abzuschwächen; den Stand der Gesetzgebung: gesetzliche und polizeiliche Anordnungen präventiver oder repressiver Art; ärztliche Maassnahmen; polizeiliche Ueberwachung; Hospitalpflege; Unterricht, u. s. w.
 - III. Zu berathen über folgende sechs Fragen:
- 1. Hat die Art der gegenwärtigen Reglementirung einen Einfluss auf die Häufigkeit und Verbreitung der Syphilis und der venerischen Krankheiten?
 - 2. Kann die Organisation der ärztlichen Ueberwachung der Prostitution verbessert werden?
- 3. Ist es vom ausschliesslich medicinischen Standpunkt aus betrachtet vortheilhafter, die öffentlichen Häuser bestehen zu lassen oder sie aufzuheben?
 - 4. Ist die administrative Organisation der polizeiliehen Aufsicht zu verbessern?
- 5. Durch welche gesetzlichen Maassnahmen kann man die Zahl der Frauen verringern, die in der Prostitution ihre Existenzmittel suchen?

6. Abgesehen von Allem, was die Prostitution betrifft, welche allgemeinen Maassnahmen könnte man anwenden, um wirksam gegen die Verbreitung der Syphilis und der venerischen Krankheiten zu kämpfen?

Zweifellos ist die sociale Gefahr der venerischen Krankheiten durch die Conferenz mit einer solchen Klarheit gezeigt worden, dass jeder neue Bericht oder jede neue Debatte über

diesen Gegenstand überflüssig ist.

Was die in den verschiedenen Ländern gemachten Enquêten betrifft, so haben sie zahllose Aufschlüsse ergeben, die insgesammt eine wachsende Verbreitung der venerischen Krankheiten festzustellen scheinen. Die Statistiken, auf die sie sich stützen, sind jedoch sehr unvollständig und oft wenig beweisend. Diese Unzulänglichkeit führte daher zu dem von der Conferenz ausgesprochenen Beschlusse, die Statistik der venerischen Krankheiten auf eine für alle Lünder gleiche einheitliche Basis gestellt zu sehen.

Wie stark nun die Verbreitung der venerischen Krankheiten und wie gross der Erfolg der prophylaktischen behördlichen Maassnahmen in den verschiedenen Ländern auch sei, die Aufgabe, Mittel zur weiteren Besserung vorzuschlagen — eine Aufgabe, deren wesentliche Punkte in den oben citirten vorgelegten sechs Fragen formulirt worden sind — bleibt in ihrer Vollständigkeit bestehen.

Die Arbeiten der 1. Conferenz haben für diese sechs Fragen zahlreiche Aufschlüsse ergeben und mehrere Punkte von grösster Wichtigkeit klar gemacht; so ist allgemein angenommen worden:

- 1. Dass das Eingreifen durch behördliche Maassnahmen in der Form der Prostitutionsreglementirung, so wie jetzt sie ausgeübt wird, keine sicheren oder wenigstens keine genügenden
 Resultate ergeben hat;
- 2. dass die Prostitution der Minderjährigen die gefährlichste ist und zum Gegenstand durchgreifender Maassnahmen gemacht werden muss;
- 3. dass die Organisation des Unterrichts über venerische Krankheiten an den Universitäten Reformen erfordert:
- 4. dass ausserhalb der Prostitution die Thätigkeit des Staates sich nützlich erweisen könnte durch möglichst grosse Verbreitung der Kenntnisse, die individuellen und socialen Gefahren der Syphilis betreffend;

5. dass die Statistik der venerischen Krankheiten in allen Ländern auf gleichmässigen

Grundlagen durchzuführen sei.

Ausgehend von dem Vorangegangenen stellt das permanente Comité der internationalen Gesellschaft für sanitäre und moralische Prophylaxe für den 2. Congress folgendes Programm auf:

I. Oeffentliche Prophylaxe.

Vorausgesetzt, dass der Staat einerseits die Pflicht hat, die Gesellschaft gegen die Ausdehnung aller ansteckenden Krankheiten, die durch ihre Haufigkeit und die Leichtigkeit, mit der sie sich verbreiten, eine öffentliche Gefahr bieten, zu schützen, und dass er anderseits ausser dem sanitären Gesichtspunkte die Aufgabe hat, die von ihrer Familie verlassenen Minderjährigen zu beschützen;

- A. Welche allgemein-prophylaktischen Maassnahmen, und zwar in Form von gesetzlichen Bestimmungen, sind zu ergreifen?
 - a) Mit Bezug auf die Prostitution, und zwar:
 - 1. betreffs der Prostitution der Minderjährigen;
- 2. im Interesse der Moralität und der öffentlichen Ruhe, wie der öffentlichen Gesundheitspflege;
 - 3. gegen das Kuppler- und Zuhälterwesen.
 - b) Ausserhalb der Prostitution, und zwar:
 - 1. betreffend den Schutz der Minderjährigen beider Geschlechter;
- 2. mit Beruf auf eine Organisation einer kostenlosen Behandlung und Pflege venerisch-Kranker aus öffentlichen Mitteln; Einrichtung von Versicherungsanstalten und Krankencassen;
- 3. betreffend die Beaufsichtigung des Ammenwesens; die Ansteckung durch Hebammen und Wärterinnen; die Vaccination; die Ansteckung in Werkstätten, Fabriken, Ateliers



- u. s. w., durch Vermittlung von Werkzeugen; die Stellen-Vermittlungsbureaus; Beaufsichtigung der Geschäfts- und Wohnräume u. s. w.
- B. Erscheint es geeignet, die Uebertragung einer venerischen Krankheit nicht nur strafrechtlich, sondern auch civilrechtlich zu verfolgen, beziehungsweise zu bestrafen?

II. Individuelle Prophylaxe.

Wenn wir davon ausgehen, dass ebenso wie die staatlichen und öffentlichen Behörden prophylaktische Maassregeln gegen die Verbreitung der venerischen Krankheiten zu ergreifen haben, auch die einzelnen Individuen die Verpflichtung haben, an diesen Bestrebungen sich zu betheiligen, und zwar die Gesunden, indem sie jede Berührung mit verdächtigen oder bereits inficirten Personen oder Gegenständen vermeiden, die bereits Kranken, indem sie ihrerseits Alles vermeiden, was eine Uebertragung auf Andere ermöglichen könnte.

1. Welche Mittel kann man anwenden, um die dazu nothwendigen Kenntnisse unter dem Publicum im Allgemeinen und besonders unter der Jugend betreffs der individuellen und allgemeinen Gefahr der venerischen Krankheiten und über die directen und indirecten Ansteckungs-

weisen derselben zu verbreiten?

2. Auf welche Weise kann man am leichtesten die individuelle Prophylaxe durch Einrichtung von Heil-, Behandlungs- und Pflegestätten, und zwar für Personen beiderlei Geschlechts, in die Wege leiten?

III. Statistik.

Welches sind die gleichmässigen Grundlagen, auf welchen eine für alle Länder brauchbare Statistik der venerischen Krankheiten ermöglicht würde?

IV. Angemeldete Mittheilungen.

Entsprechend dem Beschluss der 1. Conferenz können mit Zustimmung des Comités auch Mittheilungen, welche nicht in unmittelbarem Zusammeuhang mit dem vom Comité aufgestellten Programm stehen, zum Vortrag gebracht und zur Discussion gestellt werden.

Alle diese Vorträge werden in einer besonderen Sitzung, soweit die Zeit reicht, zur Ver-

handlung gelangen.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In der am 17. Februar d. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende

- 1. Ueber die Errichtung einer gynäkologischen Abtheilung in einer Wiener k. k. Krankenanstalt, sowie über die aus diesem Grunde nothwendigen Adaptirungen in diesem Krankenhause.
- 2. Ueber ein Ansuchen um die Bewilligung zur Exhumirung einer Leiche und Beisetzung derselben in einer bei einer Kirche zu errichtenden Gruft.
 - 3. Ueber eine Eingabe der Wiener Aerztekammer wegen Hintanhaltung der Cur-
- 4. Ueber die Entwürfe einer Instruction für die Aerzte und das Wartepersonale, sowie einer Hausordnung für eine private Krankenanstalt in Wien.

Oberösterreich. Der k. k. o. ö. Landessanitätsrath hat in seiner Sitzung vom 7. Februar 1902 über einen Besetzungsvorschlag für die erledigte Oberbezirksarztesstelle (Referent: Statthaltereirath Dr. E. Meeraus) und über die Zweckmässigkeit der Errichtung einer zweiten Apotheke in Ischl (Referent: Stadtphysikus Dr. E. Stockhammer) verhandelt.

- Mähren. Verhandlungen in der Sitzung am 15. Februar 1902. 1. Besetzungsvorschlag für die erledigte Stelle eines k. k. Oberbezirksarztes im Status der If. Amtsärzte Mährens. (Referent: k. k. Statthaltereirath und Landessanitätsreferent Dr. Robert Schoefl.)
- 2. Recurse gegen die Verleihung der neu zu errichtenden öffentlichen Apotheke in Gr.-Wisternitz. (Referent: Sanitätsrath Dr. Brenner.)
- 3. Recurs gegen die Bewilligung einer Talgschmelze in M. Ostrau. (Referent: a. o. Mitglied, k. k. Landessanitätsinspector Regierungsrath Dr. S. Spitzer.)

Tirol und Vorarlberg. In der Sitzung vom 1. Februar l. J. kamen nachfolgende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Besetzungsvorschläge für die bei der Statthalterei in Innsbruck zu besetzenden Veterinär-Assistentenstellen.
- 2. Gutachten über die Eignung einer Dienerwohnung im neuen pharmakologischen Institute nach Ausführung des projectirten Lichtschachtes.
- 3. Gutachten über die Einführung der Tegminverbände und der aseptischen Methode bei der öffentlichen Impfung.

Küstenland. In der Sitzung am 21. December 1901 gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung.

- 1. Gutachten über die Erweiterung des Infectionsspitales von S. M. Maddalena in Triest.
- 2. Gutachten über das Project sur Errichtung eines Krankenpavillons für Tubereulöse im Valle-Oltra.
- 3. Gutachten über mehrere Recurse gegen die Verleihung der Concession für die Apotheke in Servola bei Triest.
- 4. Gutachten über die Nothwendigkeit der Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Lovrana.
- 5. Gutachten über die Zulässigkeit der Benützung einer Familiengruft in der Kirche von S. Antonio bei Medea.

In der Sitzung vom 7. Jänner 1902 wurde über die Filteranlagen bei dem Wasserwerke der Aurisina-Gesellschaft in Triest ein Gutachten abgegeben.

Galizien. Verhandlungsgegenstände in der Sitzung am 21. Jänner 1902.

- 1. Vorschläge für die Verleihung der Apothekerconcessionen in Rabka, Bezirk Myslenice, in Borynia, Bezirk Turka (Referent: Sanitätsrath Docent Dr. Schramm) und in Kołaczyce, Bezirk Jasło. (Referent: k. k. Regierungsrath, Sanitätsrath Dr. Opolski.)
- 2. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Nizniów, Bezirk Tłumacz. (Referent: Sanitätsrath Docent Dr. Schramm.)
- 3. Begutachtung der Pläne eines Sanatoriums für tuberculöse Kranke in Zakopane, Bezirk Neumarkt. (Referent: k. k. Hofrath und Landessanitätsreferent Dr. Merunowicz.)

Bukowina. In den Sitzungen vom 3. December 1901 und vom 23. Jänner 1902 wurden über nachstehende Gegenstände Berathungen gepflogen:

- 1. Besetzungsvorschlag einer erledigten k. k. Bezirksthierarztesstelle. (Referent: Landesregierungsrath Dr. Kluczenko.)
- 2. Gutächtliche Aeusserung über die Art der Handhabung des Salzverschleisses. (Referent: Sanitätsrath Dr. Lazarus.)
- 3. Gutächtliche Aeusserung über die Maassnahmen bei Activirung von Barackenspitälern des "Rothen Kreuzes". (Referent: Sanitätsrath Dr. Rudnik.)
- 4. Gutächtliche Aeusserung über die Bestellung von Schulärzten. (Referent: Sanitätsrath Dr. Mayer.)
- 5. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die sanitäre Ausgestaltung der Stadt Czernowitz. (Referent: Sanitätsrath Dr. Stocklöw.)
- 6. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Errichtung einer Wasserversorgungsanlage in der Gemeinde Czinken. (Referent: Sanitätsrath Dr. Lazarus.)
- 7. Gutächtliche Aeusserung über den Entwurf einer Badeordnung und Instruction für das Personale in einer Kaltwasserheilanstalt. (Referent: Sanitätsrath Dr. Rudnik.)
- 8. Discussion über den Jahressanitätsbericht für die Jahre 1899 und 1900. (Eingeleitet vom Sanitätsrathe Dr. Philipowicz.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Aegypten. (S. 147.) In der Woche vom 13. bis 19. März wurden in Komelnur 5, in Nahtai 1, in Decheneh 2 und in



Benha (seit 1. October v. J. pestfrei) 2, in der folgenden am 26. März abgelaufenen Woche in Abussir 1, Komelnur 1, Decheneh 15, Benha 2 und in Karachieh in der Provinz Garbieh (neu) 2 Pesterkrankungen constatirt.

Bruisch-Indien. (S. 147.) In Bombay sind in den 2 aufeinanderfolgenden Wochen vom 19. Februar bis 4. März l. J. 959, 1003 Erkrankungen und 698, 856 Todesfälle, in Calcutta in den 2 Wochen vom 16. Februar bis 1. März 201, 415 Erkrankungen und 176, 349 Todesfälle und in Kurachee in den 2 Wochen vom 15. bis 28. Februar 45, 66 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Britisch-Ostafrika. (S. 147.) Bis zum 25. März wurden insgesammt 40 Erkrankungen an Pest, darunter 15 mit tödtlichem Ausgange beobachtet. In den letzten 3 Tagen vom 23. bis 25. März l. J. sind keine neuen Pestfälle zur Anzeige gelangt.

Capcolonie. (S. 147.) In den vierzehn Tagen vom 23. Februar bis 8. März sind ebenso wie in den vorausgegangenen drei Wochen neue Erkrankungen an Pest nicht beobachtet worden. Am Schlusse der letzten Berichtswoche stand noch ein Pestkranker (in Capstadt) in Behandlung.

Australien, Neu Südwales. (S. 164.) Nach den vorliegenden amtlichen Ausweisen über den Verlauf der Pest in Sydney wurden daselbst in den Wochen vom 10. bis 16. November, vom 8. bis 14. December v. J. und vom 12. bis 18. Jänner l. J. je 1 Fall, in den Wochen vom 19. bis 25. Jänner 5 und vom 2. bis 8. Februar 4, somit insgesammt 12 Pestfälle ausgewiesen. Von den Kranken sind bis zum Ablaufe der letzten Berichtswoche 2 gestorben und 1 genesen, während die übrigen noch in Behandlung verblieben.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 164) wurde in der Woche vom 26. Februar bis 3. März l. J. 1 neue Pesterkrankung beobachtet.

•

Italien. Mit Seesanitäts-Verordnung vom 23. Februar 1902, Nr. 5, wurden nach Anhörung des Obersten Gesundheitsrathes auf Grund der Bestimmungen der Venediger Convention von 1897, jene grundsätzlichen Bestimmungen, welche zum Zwecke der Abwehr der Pest bisher fallweise erlassen worden waren, zusammenfassend kundgemacht. Dieselben lauten:

"Art. 1. Bei allen Schiffen, welche aus Häfen, mögen diese pestverseucht sein oder einem Bezirke oder einer Circumscription angehören, in der sich von der genannten Krankheit betroffene Orte befinden, hat, ehe sie zum freien Verkehre im Königreiche zugelassen werden, und sofort nach Aufnahme des Constituts, eine sanitäre Revision aller Personen an Bord und die Desinfection aller nicht vollständig gereinigten, für den persönlichen oder häuslichen Gebrauch bestimmten Effecten stattzufinden. Weiters hat sich der Hafenarzt durch genaue Untersuchung des Schiffes zu überzeugen, ob nicht während der Ueberfahrt eine aussergewöhnliche Sterblichkeit der Ratten bestanden hat. Endlich muss das Sodwasser dieser Schiffe nach vorheriger Desinfection desselben entleert und der Trinkwasservorrath an Bord durch gutes Trinkwasser ersetzt werden.

Ausserdem haben folgende Vorschriften Anwendung zu finden:

I. Schiffe, welche einen Arzt an Bord haben und mit einem Desinfectionsapparate versehen sind, werden zum freien Verkehre zugelassen, wenn der Arzt unter Eid erklärt:

a) dass Gegenstände für den persönlichen oder häuslichen Gebrauch oder Gepäck erst nach vorausgegangener Desinfection eingeschifft, oder dass diese Gegenstände an Bord sorgfältig desinficirt wurden;

b) dass zur Zeit der Abfahrt oder während der Ueberfahrt weder ein Pest-, noch ein pestverdächtiger Fall vorgekommen ist;

c) dass während der Ueberfahrt eine aussergewöhnliche Sterblichkeit der Ratten nicht wahrgenommen wurde.

II. Schiffe, welche einen Arzt an Bord haben, aber eines Desinfectionsapparates entbehren, werden zum freien Verkehre zugelassen, wenn aus dem eidlichen Erklären des Arztes hervorgeht:

a) dass für den persönlichen oder häuslichen Gebrauch bestimmte Effecten oder Gepäckstücke erst nach vorausgegangener Desinfection eingeschifft wurden;

b) dass weder zur Zeit der Abfahrt, noch während der Reise ein Pest- oder pestverdächtiger Fall vorgekommen ist;

e) dass während der Reise keine aussergewöhnliche Rattensterblichkeit beobachtet wurde.

- III. Schiffe, welche weder einen Arzt an Bord haben, noch einen Desinfectionsapparat besitzen, aber eine unverdächtige Ueberfahrt hatten, werden zum freien Verkehre zugelassen, nachdem die im ersten Absatze dieses Artikels bezeichneten Maassnahmen, sowie alle anderen, welche die Sanitätsbehörde zur Sicherung vollkommen gesunder Verhältnisse des Schiffes etwa in besonderen Fällen für nothwendig erachten sollte, durchgeführt sind.
- Art. 2. Schiffe, auf welchen zur Zeit der Abfahrt oder während der Fahrt Pestfälle oder pestverdächtige Fälle vorgekommen sind, können zum freien Verkehre zugelassen werden, nachdem alle im ersten Absatze des ersten Artikels vorgeschriebenen Maassnahmen durchgeführt wurden, und unter Beebachtung der folgenden weiteren Bedingungen:
- I. Schiffen mit Arzt und Desinfectionsapparat wird der freie Verkehr gestattet, wenn der Arzt unter Eid erklärt, dass seit dem Tode oder seit der vollständigen Genesung der Kranken wenigstens 12 Tage verstrichen sind; dass die Desinfection der Effecten und Gegenstände, welche den Kranken und den Personen, welche diese pflegten oder mit ihnen in Berührung kamen, gehören, desgleichen der Räume, in denen die Kranken gepflegt wurden, vollzogen ist und dass an Bord keine aussergewöhnliche Rattensterblichkeit beobachtet wurde.
- II. Schiffen, welche einen Arzt an Bord haben, aber keinen Desinfectionsapparat besitzen, wird der freie Verkehr nur gestattet, wenn aus dem eidlichen Erklären des Arztes sich ergibt, dass seit dem Tode oder der vollständigen Genesung der Kranken wenigstens 12 Tage verflossen sind, dass die im vorhergehenden Punkte erwähnte Desinfection mit chemischen Agentien durchgeführt, und dass an Bord keine aussergewöhnliche Rattensterblichkeit beobachtet wurde.
- III. Bei Schiffen, welche weder einen Arzt, noch einen Desinfectionsapparat besitzen, bei denen es aber zutrifft, dass sie, wenn auch vor 12 Tagen, einen pestverdächtigen oder Pestfall an Bord hatten, findet die Zulassung zum freien Verkehre statt, nachdem dieselben behufs Zurückhaltung während der ganzen für die Desinfection und für Sicherstellung ihrer vollständigen Assanirung nothwendigen Zeit einer Sanitätsstation überwiesen wurden.
- Art. 3. Alle Schiffe, welche bei der Ankunft Pest- oder pestverdächtige Fälle haben oder solche vor weniger als 12 Tagen hatten, sind ohne Ausnahme nach einer Sanitätsstation zu verweisen, um sich daselbst allen vom Ministerium des Innern von Fall zu Fall vorzuschreibenden Maassnahmen zu unterziehen.
- Art. 4. Nach Zulassung der Schiffe zum freien Verkehre sind alle ausgeschifften Individuen, sowohl Reisende als Angehörige der Mannschaft seitens der zuständigen Präfectur mit einem nach dem beiliegenden Muster (Anlage A) ausgefertigten Reisescheine zu verschen und telegraphisch den Vorstehern der Gemeinden, wohin sie sich begeben, anzuzeigen behufs ihrer sanitären Ueberwachung bis zum Ablaufe von vollen 10 Tagen, gerechnet bei den im ersten Artikel erwähnten Schiffen von dem Zeitpunkte der Abreise aus dem letzten verseuchten Hafen, bei den im zweiten Artikel bezeichneten Schiffen vom Zeitpunkte der Landung in einem Hafen oder Stapelplatze des Königreiches.

Die Ueberwachung darf niemals in Absonderung und Beschränkung der freien Bewegung bestehen, sondern lediglich in einer täglichen ärztlichen Untersuchung zum Zwecke der Feststellung des Gesundheitszustandes der Person und, falls diese vor Ablauf des Termins weiterreisen sollte, der Anzeige derselben an den Vorsteher der Gemeinde des neuen Reisezieles behufs Fortsetzung der Ueberwachung bis zum Ablaufe der 10 Tage.

- Art. 5. Alle aus verseuchten Häfen kommenden Schiffe sind bei ihrer Landung in einem italienischen Hafen nach Anordnung und unter Aufsicht der Hafenbehörde, welche die strenge Durchführung zu überwachen hat, den folgenden Maassnahmen zu unterwerfen:
- a) Die Ankerketten und die Sicherungstaue müssen vom Zeitpunkte der Verankerung oder Vertauung bis zu jenem der Abfahrt beständig mit Vorrichtungen, welche geeignet sind, den Schiffsratten die Auswanderung vom Schiffe zu versperren, versehen sein (z. B. Dornstauden, Trichter mit weiter Oeffnung etc.);
- b) Brücken zur Verbindung zwischen Schiff und Hafendamm dürfen nur bei Tage und während der zur Ausschiffung der Reisenden, sowie der Waren unumgänglich nothwendigen Zeit gelegt werden. Während der Nacht muss das Schiff in einer von der Hafenbehörde festzusetzenden, keinesfalls weniger als 5 Meter betragenden Entfernung vom Hafendamme gehalten werden;
- c) nach Ausschiffung der Waren ist mit der Töltung der Ratten durch Entwicklung von Stickgasen oder durch andere in besonderen Instructionen vorzuschreibende Mittel vorzugehen; die Rattencadaver sind zu sammeln und zu verbrennen;

- d) der von der Reinigung der unteren Schiffsräume stammende Kehricht ist sorgfältig zu sammeln und zu verbrennen.
- Art. 6. Von den in den vorhergehenden Artikeln angeordneten Maassnahmen sind jeze Schiffe ausgenommen, welche, wenn sie auch verseuchte Häfen angelaufen haben, daselbst unter strenger Contumaz gehalten wurden.

Es wird angenommen, dass strenge Contumaz hielten Schiffe:

a) auf welchen weder Reisende, noch irgend welche Waren, ausgenommen die im Punkte c) bezeichneten, eingeschifft wurden;

- b) deren schon an Bord befindliche Mannschaft und Reisende anderer Provenienz das Land nicht betreten haben und auch in keiner anderen Weise mit dem genannten Hafen in Verkehr getreten sind;
- c) welche in Contumaz nur für den Bedarf auf der Reise Lebensmittel, Kohlen und Trinkwasser, sowie die in getheerten Säcken verwahrte Postcorrespondenz (ausgenommen Pakete und Muster) aufgenommen haben;

d) welche in den genannten Häfen Brücken zur Verbindung mit dem Hatendamme nicht gelegt, die Sicherungstaue und Ankerketten mit geeigneten Vorrichtungen versehen haben, um die Zuwanderung von Ratten zu verhindern.

Vorbehaltlich etwa nothwendiger weiterer und grösserer Vergewisserung müssen die in den Punkten a), b), c), d) bezeichneten Voraussetzungen aus dem Erklären des Arztes, falls ein solcher sich an Bord befindet, andersfalls aus dem vom Capitan geführten Schiffstagebuche zu entnehmen sein.

- Art. 7. Abgesehen von den bisher angeführten Maassnahmen müssen die einheimischen Schiffe, welche regelmässig verseuchte Häfen anlaufen, oder auf welchen während der letzten 6 Monate Pestfälle vorgekommen sind, von Zeit zu Zeit für Vertilgung der Schiffsratten in der im vorhergehenden Artikel angegebenen Weise Sorge tragen, indem zu diesem Zwecke wenigstens einmal innerhalb aller 3 Monate das Schiff von allen Waren entladen wird. Für die Befolgung dieser Vorschrift, worüber das sanitäre Schiffstagebuch und bei Abgang eines solchen, das Schiffstagebuch Aufschluss geben muss, sind der Schiffseigenthümer und der das Schiff führende Capitan verantwortlich.
- Art. 8. Dem Ministerium bleibt vorbehalten, über Ansuchen der Schiffahrtsgesellschaften zu gestatten, dass auf Schiffen, welche aus pestverseuchten Circumscriptionen kommen und einen Desinfectionsapparat besitzen, ein Vertrauensarzt der Regierung eingeschifft werde.

Die genannten Schiffe werden, ohne dass die Verpflichtung zur Entleerung des Sodwassers und die Vorschrift der Artikel 4 und 5 berührt wird, bei der Ankunft von der sanitären Revision und von den vorgeschriebenen Desinfectionsmaassregeln enthoben, soferne aus dem eidlichen Erklären des Arztes hervorgeht:

a) dass weder vor der Abfahrt noch während der Ueberfahrt wirkliche oder verdächtige Fälle von Pest vorgekommen sind;

- b) dass innerhalb der dem Anlaufen des italienischen Hafens vorausgegangenen 24 Stunden die Desinfection der nicht vollständig reinen, für persönlichen und häuslichen Gebrauch bestimmten Effecten unter seiner unmittelbaren Aufsicht vollzogen wurde;
- c) dass derselbe vor der Landung alle eingeschifften Personen genau und mit günstigem Ergebnisse untersucht hat;
- d) dass während der Ueberfahrt eine aussergewöhnliche Sterblichkeit der Ratten nicht beobachtet wurde.
- Art. 9. Schiffe mit wegen Pest unreinem Patente, welche aber unverdächtige Ucberfahrt hatten, können, wobei jedoch in jedem Falle die Artikel 4 und 5 Anwendung finden, über Entscheidung des Ministeriums des Innern von den in den vorhergehenden Artikeln festgesetzten sanitären Maassnahmen ausgenommen werden, wenn sich ergibt:
- a) dass in der Provenienz-Circumscription die Pestfälle sich auf eingeschleppte beschränkten, nämlich dass diese zu Krankheitsübertragungen, welche mit den ersten in ursächlichem Zusammenhange standen, nicht Anlass gaben;
- b) dass in der Circumscription selbst alle zur Hintanhaltung einer Verbreitung der Pest nothwendigen Vorkehrungen getroffen wurden.
- Art. 10. Auch nach Zulassung der aus verseuchten Circumscriptionen kommenden Schiffe ist die Ausschiffung der Mannschaft, ausgenommen aus Dienstesrücksichten, in der Regel nicht gestattet.
- Art. 11. Die Auswandererschiffe, welche Desinfectionsapparate besitzen, und welche einen Arzt der königlichen Marine an Bord haben, werden gemäss Artikel 11 des Gesetzes vom

- 31. Jänner 1901, Nr. 23 und Artikel 115 u. ff. der Verordnung vom 10. Juli 1901, Nr. 375, der im Artikel 8 der gegenwärtigen Verordnung vorgesehenen Behandlung unterworfen unter Beobachtung aller Bedingungen und Vorsichtsmaassregeln, welche dieser Artikel bestimmt.
- Art. 12. Ausser den in den vorhergehenden Artikeln angeordneten Maassnahmen können je nach dem Falle andere besondere Vorkehrungen in Anwendung gebracht werden bei Schiffen, welche, wenn sie auch unverdächtige Ueberfahrt hatten,
 - a) keinen Arzt und keinen Desinfectionsapparat besitzen;
 - b) eine grosse Zahl von Personen in nicht genügendem Reinlichkeitszustande an Bord haben;
 - c) nicht günstige allgemeine hygienische Verhältnisse aufweisen;
- d) vor der Abfahrt aus dem verseuchten Hafen der im Capitel IV, 1 der Venediger Convention vom 19. März 1897 vorgeschriebenen Behandlung nicht unterzogen wurden;
- e) während der Ueberfahrt eine aussergewöhnliche Rattensterblichkeit hatten; oder auf welchen bei der Ankunft eine bedeutende Zahl aus verdächtiger Ursache verendeter Ratten vorgefunden wird;
 - f) endlich andere erschwerende Umstände aufweisen.
- Art. 13. Verboten ist die Einfuhr der folgenden wie immer hergestellten, sowie auch in Postpaketen enthaltenen Waren, welche direct oder indirect aus pestverseuchten Circumscriptionen kommen.
- a) nicht neue Effecten für den persönlichen und häuslichen Gebrauch, ausgenommen Reisegepäck;
 - b) Hadern, gebrauchte Säcke, benützte Teppiche und Stickereien;
- c) frische rohe Häute und andere animalische Abfälle und Rohproducte, wie Fett, Därme etc.

Auf die in getheerten Säcken verwahrte Postcorrespondenz (Pakete und Mustersendungen ausgenommen) findet keine beschränkende Behandlung Anwendung.

Art. 14. Die in den vorhergehenden Artikeln erwähnten sanitären Maassnahmen müssen ausschliesslich in den Häfen von Genua, Livorno, Neapel, Brindisi und Venedig für den Continent, und in jenen von Palermo, Messina und Catania für Sicilien durchgeführt werden.

Die Verrichtungen selbst sind bei Tag vorzunehmen und in der Regel im ersten angelaufenen Hafen.

In den später angelaufenen Häfen beschränken sich, wenn sich während der Ueberfahrt seit dem Verlassen des ersten berührten Hafens nichts Abnormales ereignete, unter Anwendung der Bestimmungen der Artikel 4, 5 und 10 die sanitären Maassnahmen auf die ärztliche Bevision der Personen an Bord und auf Desinfection der auszuschiffenden Effecten.

- Art. 15. Gegenüber Schiffen, welche aus einer verseuchten Circumscription kommen, dürfen keine beschränkenden Maassnahmen verfügt werden, wenn sich herausstellt, dass sie diese wenigstens 5 Tage vor Feststellung des ersten Pestfalles verlassen haben.
- Art. 16. Die früheren Seesanitäts-Verordnungen vom 8. Mai 1897, Nr. 3, vom 15. Juli 1897, Nr. 6, vom 12. Juni 1899, Nr. 6, vom 16. Juni 1899, Nr. 7, vom 24. Jänner 1900, Nr. 1, vom 1. März 1900, Nr. 8, vom 7. April 1900, Nr. 10, vom 9. Juli 1900, Nr. 20 und vom 10. August 1901, Nr. 11, werden aufgehoben, und tritt die gegenwärtige an Stelle derselben."

Die im Artikel 4 erwähnten sanitären Reisescheine, welche aus Juxtaheften entnommen und fortlaufend numerirt werden, enthalten die Personsbeschreibung des Reisenden, dessen Namen, Geburts- und Wohnort, Angabe des Ein- und Ausschiffungshafens, Reiseziel und folgende Bemerkung:

"Herr..., welcher gemäss der Seesanitäts-Verordnung vom 23. Februar 1902, Nr. 5, während der Dauer von .. Tagen der sanitären Ueberwachung unterstellt werden muss, ist verpflichtet, sich dem Vorsteher oder Sanitätsbeamten der Gemeinde des Reisezieles und jeder von ihm bezeichneten Gemeinde, in welcher er sich während der Reise aufhalten wird, innerhalb 24 Stunden nach seiner Ankunft in jedem dieser Orte zu melden, und zwar bis zum Ablaufe von .. Tagen.

Wer dieser Verpflichtung zuwiderhandelt, wird der Gerichtsbehörde angezeigt behufs Anwendung der Strafbestimmung des Artikel 50*) des Gesetzes vom 22. December 1888, Nr. 5849 (Serie 3), betreffend den Schutz der Hygiene und öffentlichen Gesundheit."

^{*)} Geldstrafe bis zu 500 Lire und 1-6 Monate Gefängnis.



Auf der Rückseite des sanitären Reisescheines werden von den Gemeindevorstehungen der Aufenthaltsorte die erfolgte Meldung, der constatirte Gesundheitszustand und die eventuelle Abmeldung bestätigt.

Cholera. Arabien (S. 164). Vom 25. bis 28. März wurden in Mekka 624, in Djeddah 24; vom 29. bis 31. März in Mekka 73, in Djeddah 70 Todesfälle an Cholera verzeichnet. Aus Medina ist kein weiterer Cholerafall gemeldet worden.

Aegypten. In El Tor, der Quarantainestation für die aus dem Hedjaz zurückkehrenden Pilger, sind nach einer Meldung vom 2. April 4 Choleratodesfälle vorgekommen.

Blattern. Frankreich (S. 164). In Nizza sind in den acht Tagen vom 15. bis 22. März 58 Erkrankungen und 17 Todesfälle an Blattern ausgewiesen worden.

'Impfzwang auf den Philippinen. Die Civil-Commission in Manila hat in jüngster Zeit durch ein Gesetz die Kuhpockenimpfung für den ganzen Archipel als obligatorisch erklärt.

Vermischte Nachrichten.

Neue Privatheilanstalten. Mähren. Dem Med. univ. Dr. Albert Wiener wurde die Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe einer orthopädischen Anstalt im Hause 15/16, Grosser Platz in Brünn ertheilt. (Erlass der k. k. Statthalterei in Brünn vom 28. November 1901, Z. 52106.)

Böhmen. Die k. k. Statthalterei in Prag hat dem Med. univ. Dr. Anton Procházka die Bewilligung zur Errichtung einer Privatheilanstalt für Fangobehandlung, Anwendung von hydro- und elektrotherapeutischen Behandlungsmethoden und Abgabe von Kohlensäurebädern im Hause Nr. 630-II in Prag (Erlass der k. k. Statthalterei vom 25. Jänner 1902, Z. 252071 ex 1901) und dem Besitzer des Katharinenbades bei Počátek, Ladislaus Brdlik, die Bewilligung zum Betriebe einer Wasserheilanstalt, zur Verabreichung von elektrischen Licht- und Sonnenbädern, ferner von russischen Dampfbädern unter verantwortlicher Leitung eines der politischen Bezirksbehörde namhaft zu machenden Arztes ertheilt (Erlass der k. k. Statthalterei in Prag vom 12. Juli 1901, Z. 126611.) Der Firma "Maffersdorfer Sauerbrunn" in Maffers dorf wurde die Verabreichung von Moorbädern in der dortigen Badeanstalt bewilligt. (Erlass der k. k. Statthalterei in Prag vom 3. December 1901. Z. 204544.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 26. März bis 8. April 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen im Küstenlande im politischen Bezirke Gradisca: Rouchi5; in Krain im politischen Bezirke Adelsberg: Tabor, Gemeinde Vrabče 3 (betreffend eine aus Brasilien zurückgekehrte Auswandererfamilie).

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 2, und in den politischen Bezirken Bohorodczany: Manasterczany 4, Zuraki 3; Brody: Podkamien 3; Buczacz: Dobropole 4; Drohobycz: Gaje wyzne 11; Jaworow: Wierzbiany 3; Kalusz: Petrauka 3; Kolomea: Kulaczkowce 10; Mościska: Lacka wola 2, Laszki gościncowe 2. Podliski 3; Myślenice: Peim 10; Nadworna: Delatyn 1, Kamienna 1, Luh 1, Majdan gorny 1, Nadworna 8, Przerośl 1, Tarnowica lesna 6; Przemyśl: Nienadowa 1; Przemyślany: Gliniany 2; Rawa: Hujcze 4, Smolin 6, Ulicko Seredkiewicz 5, Wulka mazowiecka 2; Skalat: Polupanowka 3; Stanislau: Dorohów 3, Kolodziejów 8; Tarnopol: Obarzance 2, Przylogi ad Bialoskórka 11; Trembowla Ilawcze 2; Zloczow: Podlipce 3.

Unter den ausgewiesenen Kranken befinden sich auch vier Amtsärzte (in den politischen Bezirken Bohorodczany, Jaworow, Kalusz und Nadworna), welche in Ausübung ihres Dienstes an Fleektyphus erkrankt sind.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper'in Wien.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurm strasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12:--

XIV. Jahrgang.

Wien, 17, April 1902.

Mr. 16.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. - Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in der Bukowina, Dalmatien, Kärnten. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlässe des Ministeriums des Innern, betreffend Erläuterung des § 2 der Ministerialverordnung vom 20 April 1898, R. G. Bl. Nr. 52, über den Saccharinverkehr in Apotheken und betreffend die Ausfertigung spitalärztlicher Unabweisbarkeitszeugnisse für in öffentliche Spitäler aufgenommene Schwangere und Wöchnerinnen aus Croatien; Kundmachungen des Statthalters in Mähren, betreffend die Verleihung des Oeffentlichkeitsrechtes an die städtischen Krankenhäuser in Zwittau und in Mährisch-Neustadt und Festsetzung der Verpflegstaxen für dieselben. — Rechtsprechung. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 12. April l. J. abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten folgende Berathungsgegenstände zur Verhandlung:

1. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die zur Besetzung gelangende Stelle eines k. k. Krankenhausdirectors in Wien.

(Referent: O. S. R. Director Dr. Mucha Namens des Specialcomités.)

2. Referat über allgemeine Gesichtspunkte, welche bei Feststellung der Grundsätze eines Reichsgesetzes zur Bekampfung der ansteckenden Krankheiten — mit Einschluss gesetzlicher Vorschriften über die Impfung — in Betracht kommen. (Referent: O. S. R. Prof. Dr. Ritter v. Jaksch.)

Die Berathungen über diesen Gegenstand werden in den nächsten Sitzungen

fortgesetzt werden.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

II. Bukowina.

Nach dem Landessanitätsberichte für die Jahre 1899 und 1900 sind in der Bukowina im Verlaufe der letzten Jahre centrale Wasserleitungen errichtet worden in

Czernowitz, in Doroszoutz und in Kryszczatik.

Die Wasserleitung in Czernowitz war bereits im Jahre 1896 erbaut worden. Das Wasser wurde aus einem im freien Felde, in weiter Entfernung vom rechten Pruthufer hergestellten Brunnen gewonnen und mittelst Hebewerk in die Stadt geleitet. Schon nach kurzem Betriebe zeigte es sich aber, dass das Wasser des Brunnens für die Versorgung der Stadt nicht ausreichte; es wurden daher in einer Entfernung

^{*)} Siehe auch Nr. 15 d. Bl.

von 200 Metern vom gedachten Brunnen zwei neue Brunnen hergestellt und der Wasserleitung angeschlossen. Als auch diese Erweiterung nicht den gewünschten Erfolg hatte, und die Wassernoth zeitweise derart zunahm, dass die Bevölkerung im oberen Stadttheile schon zu Mittag kein Wasser mehr erhielt, entschloss sich die Stadtgemeinde zu einer eingreifenden Erweiterung. Es wurde das Gutachten eines anerkannten Hydrotechnikers eingeholt, welcher der Gemeinde die Errichtung einer grösseren Anzahl von Schlagbrunnen auf dem ausgedehnten Terrain am rechten Pruthufer empfahl. Auf Grund dieses Gutachtens wurden 50 solche Brunnen, welche je 40 Meter voneinander entfernt sind, angelegt und mit dem zuerst errichteten Brunnen durch eine Heberleitung verbunden. Durch diese Erweiterung der Anlage ist dem Wassermangel in Czernowitz in erfolgreicher Weise abgeholfen worden.

Die Hochquellenleitung in der am Nordrande der Bukowina gelegenen Ort-

schaft Doroszoutz wurde im Jahre 1897 errichtet.

In einer im Silurschiefer gebildeten Felskluft im linksseitigen Gehänge des Thales des Markówkabaches, 32 Meter über der Bezirksstrasse, wurde eine Quelle erschlossen, deren Ergiebigkeit mit 04 Secundenlitern, sohin 34.5 Cbm. per Tag ermittelt wurde. Diese Quelle wurde gefasst, und das Wasser in ein Sammelreservoir mit einem Fassungsraume von 20 Cbm. geleitet; von hier wird es in gusseiserner Rohrleitung in 3 in der Ortschaft angebrachte, mit automatischem Verschlusse versehene Auslaufbrunnen geleitet. Das Wasser ist wohlschmeckend, sehr klar und rein. Bei einer Bevölkerung von 2300 Seelen entfallen auf jeden Bewohner 15 Liter im Tage.

Die Hochquellenleitung der auf einem hohen Felsplateau am Dniester gelegenen Gemeinde Kryszczatyk, welche im Jahre 1899 errichtet wurde, wird von einer beim Kloster St. Johann entspringenden Felsenquelle gespeist. Diese 1½ Secundenliter liefernde Quelle wird zu dem 73·3 Meter tiefer gelegenen Maschinenhause geleitet; von hier wird das Wasser durch ein Pumpwerk in ein 127·1 Meter über dem letzteren gelegenes Reservoir mit einem Fassungsraume von 19·5 Cbm. befördert. Aus diesem führt eine Gravitationsleitung durch eine 45 Meter tiefe Schlucht in den über einen Kilometer entfernten Ort, woselbst 5 Brunnen mit Wasser versorgt werden. An der höchst gelegenen Stelle des Ortes ist zur Erzielung einer gleichmässigen Wasserversorgung ein 11 Cbm. fassendes Reservoir eingeschaltet.

Eine kleinere locale Wasserleitung wurde für die Cavallerie-Kaserne in Alt-Zuczka errichtet. Dieselbe ist 4 Kilometer lang und wird von 3 aus einem Sandsteinfelsen entspringenden, 45 Cbm. per Tag liefernden Quellen versorgt. Das Wasser derselben wird in 40 Mm. weiten gusseisernen Muffenröhren in ein 30 Meter über dem Kasernenhofe gelegenes, aus zwei Kammern mit einem Fassungsraume von 40 Cbm. bestehendes Reservoir und von hier in 80 Mm. weiten Röhren in den Kasernhof geleitet, wo 5 Auslaufbrunnen und 5 Feuerhydranten errichtet wurden. Der Bedarf an Trink- und Nutzwasser in der erwähnten Kaserne beträgt eirea 36 Cbm. täglich. Es ist beabsichtigt, das überschüssige Wasser für eine Badeanlage nutzbar zu machen.

Im Curorte Dorna Watra sind das neuerbaute Curhaus und das dem griechisch-orientalischen Religionsfonde gehörige Hôtel mit einer Trinkwasserleitung versehen worden, welche aus der Leitung für die Badeanstalt abzweigt und ein gutes Wasser liefert.

In der in sumpfigem Terrain gelegenen Ortschaft Oszechliby sind im Jahre 1898 4 öffentliche gusseiserne Pumpbrunnen aufgestellt worden. Die Schachte dieser Brunnen sind bis auf eine Tiefe von 2 Metern mit einem Betonmantel versehen; der untere Theil der Ausmauerung besteht aus Bruchsteinen. Die Brunnen sind durch Betondeckel vor Verunreinigungen geschützt.

In der Gemeinde Wassileu, welche hart am Dnjester gelegen ist, wurde in den felsigen Kalkboden ein Schacht eingetrieben und hiebei eine Quelle erschlossen.

welche die Gemeinde mit gutem Trinkwasser versorgt. Der Brunnenschacht ist ausgemauert, in dem oberen Theile mit einem Betonmantel umschlossen und mit einem Betondeckel abgedeckt,

III. Dalmatien.

In der Stadt Zara ist im Jahre 1901 eine Tiefquellenleitung in Angriff genommen worden, welche noch in demselben Jahre vollendet und am 26. Jänner 1902 in Betrieb gesetzt wurde. Der Tiefbrunnen, aus welchem die Leitung versorgt wird, ist circa 7 Km. von der Stadt Zara entfernt, im Kesselthale des Lago di Boccagnazzo etwa 1 Km. oberhalb des Sees gelegen. Aus diesem Brunnen wird das Grundwasser mittelst zweier Benzinmotoren von 12 Pferdekräften in Drillingspumpen von einer maximalen Leistungsfähigkeit von 1250 Cbm. per Tag in ein auf dem Bergrücken zwischen dem Orte Boccagnazzo und Zara 78 Meter hoch gelegenes, 500 Cbm. fassendes Reservoir gehoben. Vom Reservoir führt eine Rohrleitung von 200 Mm. innerer Lichtung der Strasse entlang in die 3.5 Km. entfernte Stadt. An diese Rohrleitung, welche eine Länge von 5 Km. besitzt, schliesst sich das Vertheilungsnetz mit den erforderlichen Schiebern, Hydranten und Auslaufstellen an. Nach dem gegenwärtigen Stande der Bevölkerung Zaras (circa 14.000 Einwohner) entfallen auf den Kopf ungefähr 90 Liter Wasser im Tage.

Das erschlossene Grundwasser ist nach den Ergebnissen der vorgenommenen Untersuchungen von tadelloser Beschaffenheit und in so reichlicher Menge vorhanden, dass bei gesteigertem Bedarfe in Folge der voraussichtlichen Zunahme der Stadtbevölkerung die Anlage durch eine zweite Druckleitung erweitert werden kann. Die Kosten der Wasserleitung sind mit 600.000 K veranschlagt worden.

IV. Kärnten.

Von den vorliegenden Landessanitätsberichten für Kärnten der letzten drei Jahre enthält nur jener pro 1900 nähere Mittheilungen über Errichtung von Trinkwasserleitungen. Hienach wurden grössere Quellwasserleitungen errichtet: im Curorte Pörtschach, in Völkermarkt (Kostenaufwand 80.000 K), in Althofen-Treibach (80.000 K), in Arnoldstein und in Millstadt. Kleinere Anlagen wurden ausgeführt: in Seeboden, Pussarnitz, Heiligenblut, Sachsenburg (Bezirk Spittal), in Ehrenegg (Bezirk Völkermarkt), in Dragantschach (Bezirk Hermagor). Wasserleitungen für Schulen wurden hergestellt: in Mellweg und Reisach (Bezirk Hermagor), in Weitensfeld (Bezirk St. Veit), und Wolfsberg. Erweitert und reconstruirt wurden im Laufe des Jahres 1900 die Wasserleitungen in Villach, in Drassnitzdorf und in Grien'tschnig (Bezirk Spittal).

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 10. April 1902, Z. 12340,

an alle politischen Landesbehörden, betreffend Erläuterung des § 2 der Ministerialverordnung vom 20. April 1898, R. G. Bl. Nr. 52,*) über den Sacchariu-verkehr in Apotheken.

Aus Anlass aufgetauchter Zweifel wird der k. k. eröffnet:

*) Siehe Jahrg. 1898 d. Bl., S. 169.

Unter den im § 2 der Ministerialverordnung vom 20. April 1898, R. G. Bl. Nr. 52, erwähnten Präparaten, welche Saccharin enthalten, sind zusammengesetzte, mit Saccharin versüsste Arzneipräparate zu verstehen, keinesfalls aber - wesentlich aus Saccharin bestehende Verarbeitungen von Saccharin: Saccharinpräparate. Diese enthalten als Hauptbestandtheil Saccharin, andere Stoffe blos als Bindemittel, sind nur als eine Modification der Form, in welcher Saccharin im Handel vorkommt (Ministerialverordnung vom 20. April 1898, R. G. Bl. Nr. 50),*) anzusehen und nach § 1 der erstbezogenen Ministerialverordnung zu behandeln.

Hievon sind alle Unterbehörden zu verständigen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 21. März 1902, Z. 6512,

an alle politischen Landesstellen,

betreffend die Aussertigung spitalärztlicher Unabweisbarkeitszeugnisse sür in öffentliche Spitäler ausgenommene Schwangere und Wöchnerinnen aus Croatien.

Ueber Ersuchen der kgl. croatischen Landesregierung wird die k. k. eingeladen, die Verwaltungen der dortländischen öffentlichen Krankenanstalten anzuweisen, den Verpflegskosten-Rechnungen für nach Croatien zuständige Schwangere und Wöchnerinnen, welche in die öffentliche Krankenanstalt aufgenommen werden, stets ein spitalärztliches Zeugnis beizuschliessen, in welchem die Unabweisbarkeit solcher Pfleglinge bestätigt ist, da mit diesem Documente nicht versehene Verpflegskostenrechnungen von der Liquidation ausgeschlossen werden.

Hievon wolle auch dem Landesausschusse Mittheilung gemacht werden.

Kundmachung des k. k. Statthalters in Mähren vom 15. Februar 1902,

L. G. u. V. Bl. Nr. 28,

betreffend die Verleihung des Oeffentlichkeitsrechtes an das städtische Krankenhaus in Zwittau und Festsetzung der Verpflegstaxe für dasselbe.

Das städtische Krankenhaus in Zwittau wird auf Grund des Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 9. Mai 1901, Z. 12011, als eine allgemeine öffentliche Heilanstalt erklärt, und werden derselben mit Bezug auf die Einbringung der Verpflegskosten die Rechte einer öffentlichen Krankenanstalt vom 15. Februar 1902 angefangen zuerkannt.

Für die Behandlung und Verpflegung der Kranken in dieser Anstalt wird im Einvernehmen mit dem mährischen Landesausschusse die Verpflegstaxe per Kopf und Tag in der II. Classe mit 4 K und in der III. Classe mit 1 K 80 h festgesetzt.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Kundmachung des k. k. Statthalters in Mähren vom 24. Februar 1902, Z. 7497.

L. G. u. V. Bl. Nr. 32,

betreffend die Verleihung des Oeffentlichkeitsrechtes an das städtische Krankenhaus in Mährisch-Neustadt und Festsetzung der Verpflegstaxe für dasselbe.

Das von der Stadtgemeinde Mährisch-Neustadt errichtete Krankenhaus wird auf Grund des Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 19. Jänner 1902, Z. 232, als eine allgemeine öffentliche Heilanstalt erklärt, und werden demselben mit Bezug auf die Einbringung der Verpflegskosten die Rechte einer öffentlichen Krankenanstalt vom 15. Februar 1902 angefangen zuerkannt.

Im Einvernehmen mit dem mährischen Landesausschusse wird die Verpflegstaxe in dieser Krankenanstalt für die III. Classe mit 1 K 80 h und für die II. Classe mit 4 K per Kopf und Tag festgesetzt.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

^{*)} Siehe Jahrg. 1898 d. Bl., S. 167.

Rechtsprechung.

Ob die That durch unwiderstehlichen Zwang erfolgte« (§ 2, lit. g St. G.), beurtheilt der Richter, nicht der Arzt. — Perversion des Geschlechtstriebes (Homosexualität, Paidophilie) kann rücksichtlich des Verbrechens der Unzucht gegen die Natur nur als Folge eines psychopathischen Zustandes strafausschliessend wirken. — Es ist rechtsirrthümlich, die im § 129 unter I, lit. b St. G. normirte Strafbarkeit dieses Verbrechens auf den Fall zu beschränken, in welchem sich der Thäter mit einer unmündigen Person desselben Geschlechtes vergeht.

Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 27. Februar 1901, Z. 2271.

Der Cassationshof verwarf in nicht öffentlicher Sitzung die Nichtigkeitsbeschwerde des Hans B. gegen das Urtheil des Landesgerichtes Wien in Strafsachen vom 12. Jänner 1901, womit Hans B. des Verbrechens der Unzucht wider die Natur nach § 129, lit. b St. G., sowie der Uebertretung nach § 516 St. G. schuldig erkannt ward.

Gründe:

Den Nichtigkeitsgrund der Z. 4 des § 281 St. P. O. erolickt die Nichtigkeitbeschwerde in der Ablehnung der vom Vertheidiger in der Hauptverhandlung gestellten Anträge: 1. auf Verlesung des Gutachtens des Professors Dr. Heinrich O. und 2. auf Einholung eines Gutachtens der medicinischen Facultät über den Geisteszustand des Hans B., beziehungsweise auf Beiziehung anderer Sachverständiger. In keinem dieser beiden Punkte ist der Nichtigkeitsbeschwerde Berechtigung zuzuerkennen.

Was zunächst den Antrag 1 anbelangt, so soll davon abgesehen werden, dass es sich um ein vom Vertheidiger des Angeklagten im privaten Wege eingeholtes Gutachten handelt, welches ohne Beobachtung der im 11. Hauptstücke der St. P. O. vorgesehenen Förmlichkeiten zustande kam und daher auf strafprocessuale Beachtung überhaupt nicht Anspruch machen kann. Allein nach der klaren Vorschrift des § 252 St. P. O. war, da der Ankläger gegen die Verlesung dieses Gutachtens protestirte, dessen Verlesung gar nicht gestattet. Nur Augenscheins- und Befundaufnahmen, welche für die Sache von Bedeutung sind, müssen, wenn nicht beide Theile darauf verziehten, verlesen werden (vorletzter Absatz des § 252 St. P. O.); es ergibt sich dies aus der Erwägung, dass Augenschein und Befundaufnahme sich nicht immer wiederholen lassen, in dieser Hinsicht also ein Durchbrechen des sonst für die Hauptverhandlung geltenden Principes der Mündlichkeit ein Gebot der Nothwendigkeit ist. Anders liegt es mit der Abgabe von Gutachten; diese können auf Grund des aufgenommenen Befundes jederzeit mundlich abgegeben werden; hier ist die volle Durchführung des Principes der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit möglich und im § 252 St. P. O. auch vorgeschrieben. Da von den sub 1 bis 4 dieses Paragraphen vorgesehenen Ausnahmsfällen keiner vorlag, so durfte gemäss Abs. 1 des § 252 St. P. O. das Gutachten des Sachverständigen Dr. Heinrich O. nicht verlesen werden, und es liegt somit in der Ablehnung des hierauf gerichteten Antrages nichts weniger als eine dem § 281, Z. 4 St. P. O. zu unterstellende Gesetzverletzung.

Für die Beiziehung anderer Sachverständiger, beziehungsweise die Einholung eines Facultätsgutachtens lagen ebenfalls die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vor. Dem Befunde und Gutachten der in der Hauptverhandlung vernommenen Gerichtsärzte Dr. P. und Dr. H. haftete keiner der in den §§ 125 und 126 St. P. O. erwähnten Mängel an, wenigstens nicht zu Ungunsten des Angeklagten. Dass sie sich in ihrem Gutachten auf das der Beurtheilung des Richters allein überlassene Gebiet des unwiderstehlichen Zwanges begaben und dem Angeklagten — ganz gegen das Gesetz — den Strafausschliessungsgrund des § 2 St. G. für den Fall zubilligten, wenn er sich blos mit männlichen Individuen vergangen hätte, die das 14. Lebensjahr überschritten haben, konnte die Beiziehung anderer Sachverständiger deshalb nicht rechtfertigen, weil in dem allein entscheidenden Umstande, dass Nichtigkeitswerber nicht etwa im Zustande dauernder oder vorübergehender Geistesstörung gehandelt habe, ihr Befund und Gutachten vollkommen klar, bestimmt, mit sich selbst und den erhobenen Thatsachen im Einklange und überdies einhellig war. Das Gutachten der medicinischen Facultät einzuholen aber stellt das Gesetz (§ 126, Abs. 2, St. P. O. "kann") in das Ermessen des Richters. Er wird von diesem Rechte Gebrauch machen, wenn das Gutachten der Gerichtsärzte Widersprüche und Mängel an sich trägt, die

auch durch nochmalige Vernehmung derselben oder durch Beiziehung eines oder mehrerer anderer Sachverständiger nicht beseitigt werden können, oder wenn die besondere Wichtigkeit oder Schwierigkeit des Falles dies nothwendig macht. Weder die eine noch die andere Voraussetzung lag im gegebenen Falle vor; insbesondere war derselbe nicht mit solchen Schwierigkeiten verknüpft, dass zur Lösung der hier allein entscheidenden Frage etwaigen Irrsinns des Angeklagten oder einer bei demselben aufgetretenen Sinnes verwirrung ganz hervorragende Fachkenntnisse erforderlich gewesen wären, über die die vernommenen Experten nicht verfügt hätten. Abgesehen davon kann darin, dass der Gerichtshof von der Ermächtigung, das Gutachten der Facultät einzuholen, keinen Gebrauch gemacht hat, an sich ein Nichtigkeitsgrund nicht gefunden werden. Zudem aber ergibt sich aus den Ausführungen der Nichtigkeitsbeschwerde, dass das Facultätsgutachten zum Nachweise des Umstandes eingeholt werden sollte, die That sei unter dem Einflusse unwiderstehlichen Zwanges erfolgt. Allein dies zu beurtheilen, dazu bedarf es keiner ärztlichen Kenntnisse. Das Gesetz stellt im Gegensatz zu § 2, lit. a bis e St. G. sub d bis g dieses Paragraphen Strafausschliessungsgründe auf, die einen normalen Geisteszustand des Thäters voraussetzen. Fraglich konnte im vorliegenden Falle nur sein, ob die Strafthat nicht etwa im Zustande der Geistesgestörtheit begangen wurde; dass diese Frage mit Recht verneint wurde, gibt die Nichtigkeitsbeschwerde wenigstens implicite selbst zu. Mit der Frage unwiderstehlichen Zwanges aber hat dies gar nichts zu schaffen. Das Vorhandensein von Zwangsvorstellungen, die zu Zwangshandlungen führen, ist eben nur eine Begleiterscheinung des Irrsinns. Mag daher auch bei Perversion des Geschlechtstriebes (Homosexualität und Paidophilie) das Vorkommen von Zwangsvorstellungen und Zwangshandlungen nicht schlechthin auszuschliessen sein, so könnte dies eben immer nur als Folge eines psychopathischen Zustandes in Betracht kommen, dessen Vorhandensein aber die Gerichtsärzte mit aller Bestimmtheit und überzeugender Begründung ausgeschlossen haben. Unwiderstehlicher Zwang aber ist ein streng juristischer Begriff; er gliedert sich in physische und psychische Gewalt. Letztere wieder ist mit dem sogenannten Nothstande identisch. Dieser aber setzt eine Collision von Rechten voraus, von denen das eine nur durch Aufopferung des anderen gerettet werden kann. Zu untersuchen, ob und welches etwa gleichartige Rechtsgut durch die Strafthat gerettet werden sollte, steht nur dem Richter, nicht aber den Experten zu; denn § 2 g St. G. setzt ein geistig normales Individuum als handelndes Subject voraus. Dasselbe muss, soll anders von einem Nothstandsrechte die Rede sein, sich dessen bewusst sein, dass es ein der Gefahr der Verletzung ausgesetztes Rechtsgut nur dadurch retten kann, dass es ein anderes, dasselbe an Werth nicht etwa übersteigendes Rechtsgut selbst verletzt. Hierüber aber ein Gutachten der medicinischen Facultät einzuholen, war ebensowenig am Platze, als überhaupt Experte darüber zu befragen. Auch in der Ablehnung des Antrages 2 kann somit eine Beeinträchtigung der Vertheidigung, wie sie der Nichtigkeitsgrund der Z. 4 des § 281 St. P. O. zur Voraussetzung hat, nicht gefunden werden.

Den Nichtigkeitsgrund der Z. 9, lit. b des § 281 St. P. O. führt die Beschwerde dahin aus, die That sei einerseits unter dem Einflusse unwiderstehlichen Zwanges begangen worden, anderseits aber sei ein solcher Irrthum mitunterlaufen, der den Angeklagten ein Verbrechen in der Handlung nicht erkennen liess. Dabei stellt sich jedoch die Beschwerde auf den im Urtheil geradezu abgelehnten Standpunkt, Angeklagter besitze nicht die Vernunft eines normalen Menschen; es sei bei ihm die bei jedem normalen Menschen vorauszusetzende sittliche Widerstandskraft nicht in dem Maasse vorhanden gewesen, dass er seinem perversen Geschlechtstriebe hätte widerstehen können. Allein gerade dies schliesst das Urtheil aus, indem es annimmt, Augeklagter besitze bei seiner sonstigen körperlichen Gesundheit genügend Beherrschung und die volle Beurtheilungsfähigkeit seines Vorgehens. Abgesehen von der auch hier hervortretenden Confundirung der Begriffe der Geistesgestörtheit und des unwiderstehlichen Zwanges (Intellectsdefect einerseits und Willensdefect anderseits), und abgesehen ferner davon, dass die Perversion des Geschlechtstriebes zu dessen ungezügelter Befriedigung sicherlich kein Privilegium gewährt, stellt sich die Nichtigkeitsbeschwerde damit in ihren Ausführungen mit den Urtheilsfeststellungen in vollsten Gegensatz. Dasselbe gilt auch in Hinsicht des behaupteten Irrthums, welcher darin bestehen soll, dass Nichtigkeitswerber das Alter seines Thatgenossen verkannte und ihm ein solches von über 14 Jahren zuschrieb. Ganz abgesehen von der totalen Belanglosigkeit dieses Irrthums, die daraus hervorgeht, dass das Gesetz im § 129 Ib St. G. eine bestimmte Altersgrenze der miteinander delinquirenden Personen nicht aufstellt, stellt das Urtheil - allerdings ganz überflüssigerweise — ausdrücklich fest, Nichtigkeitswerber habe sich darüber klar sein müssen, dass Moriz B. das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht habe. Auch hier widerspricht sonst die Nichtigkeitsbeschwerde geradezu den erstrichterlichen Feststellungen.

Da ferner bei Anrufung des Nichtigkeitgrundes des § 281, Z. 9, lit. b St. P. O. nicht etwa zu prüfen ist, ob wirklich Umstände vorhanden seien, vermöge deren die Strafbarkeit der That ausgeschlossen oder aufgehoben wäre, sondern nur, ob der hierüber gefällte Ausspruch dem Gesetze entspricht, so ist auch von diesem Standpunkte aus der angerufene Nichtigkeitsgrund nicht im Sinne des Gesetzes, in Wahrheit also überhaupt nicht ausgeführt.

Die sofortige Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde ist somit, insoweit der Nichtigkeitsgrund der Z. 4 des § 281 St. P. O. in Frage kommt, im § 4, al. 2, insoweit es sich aber um den Nichtigkeitsgrund der Z. 9, lit. b des § 281 St. P. O. handelt, im § 4, al. 1, beziehungsweise im § 1, al 2 des Gesetzes vom 31. December 1877, R. G. Bl. Nr. 3 ex 1878, gerechtfertigt.

Die Administrativbehörden sind berechtigt, bei Beurtheilung der Frage der Errichtung neuer Apotheken nach freiem Ermessen vorzugehen.*)

Aus dem Erkenntnisse des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 4. November 1901, Z. 339.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde der T. S. u. Gen. in N. gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern, mit welcher die Errichtung einer zweiten öffentlichen Apotheke in N. bewilligt wurde, nach § 3, lit. e des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, ohne Fortsetzung des Verfahrens zurückgewiesen, weil die Administrativbehörden bei Beurtheilung der Frage, ob die localen Verhältnisse und die Rücksicht auf die bereits bestehenden Apotheken gleichwohl eine Vermehrung der Zahl derselben zulässig erscheinen lassen, nach freiem Ermessen vorzugehen berechtigt sind, zumal das nach § 38 der mit der Ministerialverordnung vom 19. Jänner 1853, R. G. Bl. Nr. 10, kundgemachten Allerhöchsten Bestimmungen über die Einrichtung und Amtswirksamkeit der Statthaltereien diesen Behörden zustehende Recht zur Ertheilung der Befugnisse zur Errichtung von Apotheken gesetzlich nirgends begrenzt ist.

Ueber das freie Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden in Ausübung der Gesundheitspolizei. Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 27. April 1901, Z. 3317.

Aus Anlass der Beschwerde mehrerer Gemeinden gegen die Entscheidung der Statthalterei in J., mit welcher im Einvernehmen mit dem Landesausschusse die angesuchte Zweitheilung des Sanitätssprengels M. verweigert wurde, hat der k. k. Verwaltungsgerichtshof unter Zurückweisung der Beschwerde erkannt, dass eine Verletzung des freien Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden durch die angefochtene Entscheidung nicht erfolgt ist, weil der den Gemeinden in Ausübung der Gesundheitspolizei zustehende selbständige Wirkungskreis durch die bestehenden Reichs- und Landesgesetze beschränkt wird, und in dem vorliegenden Falle im Sinne des den Gemeindesanitätsdienst regelnden Landesgesetzes vorgegangen worden war.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassahmen gegen dieselbe. *Italien*. Mit Seesanitätsverordnung Nr. 6 ist der Hafen von Pernambuco für pestverseucht erklärt worden. Herkünfte aus diesem Hafen unterliegen den Bestimmungen der Verordnung vom 23. Februar 1. J. Nr. 5. (S. 176 d. Bl.)

Rumänien. Die fünftägige Quarantaine gegenüber Herkünften aus Beirut (siehe S. 46 d. Bl.) wurde mit 2. April 1. J. aufgehoben.

Türkei. Zufolge Beschlusses des Obersten Sanitätsconseils werden ägyptische Herkünfte nunmehr anstatt der 48 stündigen Quarantaine (S. 164) der ärztlichen Visite, sowie der Desinfection der Effecten und Wäsche der Passagiere dritter Classe und der Mannschaft unterzogen.

^{*)} Siehe auch Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 30. April 1900, Z. 2768, Jahrgang 1900 d. Bl., S. 342.



Aegypten. In der Woche vom 27. März bis 2. April sind in Benha 3, in Decheneh 4, in Komelnur 5 und in Sheblanga in der Provinz Charkieh (neu) 1 Pestfall constatirt worden.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 5. bis 11. März 1026 Erkrankungen und 890 Todesfälle, in Calcutta vom 2. bis 8. März 519 Erkrankungen und 462 Todesfälle und in Kurachee in der Woche vom 1. bis 7. März 55 Todesfälle an Pest ausgewiesen.

Hongkong. (Siehe S. 134.) Im Verlaufe des Monates Februar I. J. wurde in der Colonie 1 Pestfall mit tödtlichem Ausgange constatirt.

China. Die Behörden von Shanghai haben Hongkong und alle südlich vom Jantsekiang gelegenen Häfen für pestverseucht erklärt.

Brasilien. Laut telegraphischer Mittheilung vom 4. April l. J. ist in Pernambuco Pest ausgebrochen. Bisher sind 25 Erkrankungsfälle verzeichnet worden.

Pestfülle auf Schiffen. An Bord des am 17. Februar l. J. aus Hongkong abgegangenen englischen Postdampfers "Ballarat" ereigneten sich während der Fahrt nach Shanghai mehrere verdächtige Krankheitsfälle, von welchen drei mit Sicherheit als Pest erkannt wurden. Da bei der Ankunft in Woosung in einem abgeschlossenen Raume des Schiffes viele todte Ratten gefunden wurden, ist dasselbe vor der Einfahrt in den Hafen von Shanghai der vorgeschriebenen Quarantsine unterzogen worden.

Auf dem am 13. März l. J. von Bombay nach Bassorah mit 118 Passagieren abgegangenen Dampfer "Yava" ist während der Ueberfahrt ein in Bombay eingeschiffter Indier unter pestverdächtigen Symptomen erkrankt und am 24. März, dem Tage vor der Ankunft in Bassorah, gestorben. Der genannte Dampfer wurde in Bassorah der 15 tägigen Quarantaine unterzogen.

Auch auf einem aus Ostindien in Aden eingetroffenen italienischen Dampfer ist kürzlich ein Pestfall beobachtet worden.

Cholera Türkei. Maassnahmen zur Verhütung der Einschleppung der Cholera aus dem Hedjaz. Alle nach dem Norden zur See zurückkehrenden türkischen Pilger werden nach Absolvirung der vorgeschriebenen 15 tägigen Quarantaine in El Tor noch einer 5 tägigen Quarantaine in dem Lazarethe in Klazomene, Beirut oder Tripolis unterworfen. Die russischen Pilger haben die Meerengen in Contumaz zu passiren und sich ohne Aufenthalt in ihre Heimat zu begeben. Im Falle unter den letzteren verdächtige Erkrankungen vorkommen sollten, haben die betreffenden Schiffe sich in das Lazareth von Klazomene zu begeben, die Kranken auszuschiffen und daselbst die vorgeschriebene Quarantaine zu absolviren. Die Pilger der zu Lande zurückkehrenden heiligen Karawane werden vor Damaskus der Quarantaine und Desinfection unterzogen.

Aegypten. Zur Verhütung der Einschleppung der Cholera durch zurückkehrende Mekkapilger wurde über Antrag des Sanitäts- und Quarantaineconseils in Alexandrien angeordnet, dass nur ägyptische Pilger, welche durch den Passirschein der Localbehörde des Ortes, von welchem aus dieselben die Pilgerfahrt angetreten haben, legitimirt sind, in Aegypten zugelassen werden. Diese Pilger werden ausschliesslich auf Schiffen der Khedivial-Schiffahrtsgesellschaft unter den von der Regierung festgestellten Bedingungen in Djeddah eingeschifft und nach der Quarannach Absolvirung der allgemein vorgetainestation in El Tor gebracht, wo sie sich schriebenen 15 tägigen Quarantaine und nach genauer Desinfection aller Effecten (auch der Wassergefässe mit dem sogenannten heiligen Wasser der Zemzemquelle) noch überdies einer 3 tägigen Beobachtung in eigenen Zeltlagern zu unterziehen haben. Hierauf werden sie in ausführlichen Legitimationslisten consignirt. Auf Grund dieser Controllisten wird ihnen in Suez das Betreten des Landes gestattet, wenn sie bei der vorgenommenen ärztlichen Visite als unverdächtig befunden worden sind. Choleraverdächtige werden in Suez sofort isolirt. Die gesund Befundenen werden ohne Aufenthalt in ihre Heimat befördert, wo sie noch in der Dauer eines Monates unter gesundheitlicher Ueberwachung der Localbehörden bleiben.

China. In Canton ist anfangs März l. J. die Cholera epidemisch aufgetreten.

Hongkong. In der genannten Colonie wurde zu Beginn des Monates März d. J. ein Cholerafall mit tödtlichem Verlaufe an einem aus Canton zugereisten Chinesen beobachtet. Auch auf dem aus Canton eingetroffenen japanischen Dampfer "Riorun Maru" haben sich mehrere Cholera-

erkrankungen unter der Schiffsmannschaft ereignet. Die Kranken wurden im Epidemiespitale untergebracht. Die Sanitätsbehörde hat die ärztliche Untersuchung der aus Canton eintreffenden Schiffe verfügt.

Blattern. Frankreich. In Nizza (S. 180 d. Bl.) wurden in der Zeit vom 23. bis 31. März 72 Erkrankungen und 30 Todesfälle an Blattern ausgewiesen. Im Monate März l. J. sind insgesammt 226 Personen an Blattern erkrankt und 82 gestorben, gegenüber 246, beziehungsweise 89 im Monate Februar. Unter dem in Nizza stationirten Militär, dessen Angehörige in Frankreich der obligatorischen Impfung, beziehungsweise Wiederimpfung unterzogen werden, ist bisher eine Blatternerkrankung nicht vorgekommen.

Italien. In Palermo (S. 107 d. Bl.) wurden in den Monaten Jänner bis März hintereinander 23, 48, 59 Erkrankungen und 5, 6, 11 Todesfälle an Blattern verzeichnet. Die Krankheit tritt hier fast ausschliesslich unter der ärmeren Bevölkerung auf.

In Venedig sind laut amtlicher Mittheilung seit zwei Jahren Blatternerkrankungen nicht beobachtet worden.

Türkei. In Constantinopel wurde in der Woche vom 24. bis 31. März l. J. ein Blatterntodesfall constatirt.

Marokko. In Marakesch herrschen Blattern epidemisch. Es sollen täglich bis zu 30 Todesfällen an dieser Krankheit, zumeist Kinder betreffend, vorkommen. Auch in der Hafenstadt Mogador treten Blattern namentlich unter der mohammedanischen Bevölkerung häufig auf.

Brasilien (S. 119 d. Bl.). Im Monate Februar wurden in Rio de Janeiro 36 Blatterntodesfälle beobachtet.

Flecktyphus. Die Flecktyphusepidemie in den Gefängnissen von Alexandrien (S. 135) ist in Abnahme begriffen. Im Gefängnislazarethe sind fast alle Krankenwärter von dieser Krankheit befallen worden; der Arzt dieses Lazarathes Dr. Mazarakis ist an Flecktyphus gestorben.

Preussen, Abgabe von Arzneimitteln auf telephonische Anweisung. Der Minister der p. p. Medicinalangelegenheiten bezeichnet es in dem Erlasse vom 7. Februar d. J. nicht als erwünscht, dass die Arzneiverordnung durch Fernsprecher weitere Ausbreitung finde, weil dabei Missverständnisse nicht ausgeschlossen sind.

Stark wirkende Arzneimittel dürfen nach den bestehenden Vorschriften ohne Vorlegung einer sich riftlichen, mit Datum und Unterschrift versehenen Anweisung eines Arztes nicht abgegeben werden. Nur wenn Lebensgefahr durch Verordnung mittelst Fernsprechers abgewendet werden kann, ist der Gebrauch des Fernsprechers als zulässig zu erachten.

In solchen besonderen Fällen hat aber zur Vermeidung von Irrthümern die Ablieferung der stark wirkende Mittel enthaltenden Arznei nur gegen Aushändigung der schriftlichen ärztlichen Anweisung zu erfolgen.

Es steht im Uebrigen dem Apotheker frei, durch Fernsprecher übermittelte Verordnungen von Arzneien, welche dem freien Verkehre überlassen sind, auf eigene Verantwortung abzugeben. Zeitschr. f. Medicinalbeamte.)

Preussen. Frequenz der Hebammen-Lehranstalten. Im Studienjahre 1899/1900 bestanden 21 Lehranstalten zur Ausbildung von Hebammen, und zwar je 1 in den Provinzen Westpreussen (Danzig), Posen (Posen), Westphalen (Paderborn), Hessen-Nassau (Marburg), Rheinprovinz (Köln), Schleswig-Holstein (Kiel), je 2 in Ostpreussen (Königsberg, Gumbinnen), Schlesien (Breslau, Oppeln), Pommern (Stettin, Greifswald), je 3 in Brandenburg (Berlin, Frankfurt a. O., Lübben), Sachsen (Magdeburg, Wittenberg, Erfurt), Hannover (Celle, Hannover, Osnabrück).

Zum Lehrcurse zugelassen und einberufen wurden 809 Schülerinnen, von denen 1 verstarb, 114 im Laufe des Curses wieder entlassen wurden und 694 bis zum Ende verblieben. Von

diesen wurden 388 auf eigene, 306 auf Gemeinde- etc. Kosten ausgebildet.

Es fanden statt 25 Lehreurse von wechselnder Dauer, und zwar von 9, 7, 6 und 5 Monaten. Der Verpflegungssatz für die Schülerin schwankt zwischen 60 Pfennigen (Berlin) für den Tag und 2·12 Mark (Köln) und für die Dauer des Lehreurses von 163·8 Mark (Stralsund) und 600 Mark (Köln).

Der Hebammenprüfung sind einschliesslich der in Lehranstalten vorgebildeten Personen insgesammt 705 unterworfen; hievon haben 155 die Prüfung mit sehr gut, 282 mit gut und

Digitized by Google

258 mit genügend bestanden, 10 haben das Prüfungszeugnis nicht erworben. Während der Lehrcurse wurden in den Lehranstalten 6670 Geburten gehoben.

Ausserdem wurden 28 Wiederholungscurse für Hebammen in den Lehranstalten abgehalten, an denen 439 Hebammen theilnahmen. (Vierteljahrschr. für gerichtl. Medicin und öffentliches Sanitätswesen.)

Vermischte Nachrichten.

Dritter Instructionseurs für Amtsärzte. Der dritte Instructionseurs, welchem 23 Amtsärzte beigezogen wurden, hat am 7. April l. J. begonnen. Die Dauer desselben ist mit sechs Wochen bemessen. Die Theilnehmer versammelten sich am 7. April um 10 Uhr Vormittags im Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern und begaben sich hierauf in die Präsidialräume des genannten Ministeriums, woselbst ihre Vorstellung bei Sr. Excellenz dem Herrn Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Innern Dr. Ernest von Koerber durch den Sanitätsreferenten Sectionschef Dr. R. v. Kusý-Dúbray erfolgte.

Das Programm des Curses hat in diesem Jahre eine Erweiterung erfahren, indem in dasselbe ausser den im Jahrgang 1900 d. Bl., S. 582, angeführten Gegenständen auch Vorträge über Pharmakognosie mit besonderer Berücksichtigung der Apothekenrevisionen von O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Aug. Ritter von Vogl und über einzelne Capitel der gerichtlichen Medicin in Verbindung mit einschlägigen Demonstrationen und Obductionen von Prof. Dr. Alexander Kolisko aufgenommen wurden.

Es werden somit über folgende Gegenstände Vorträge abgehalten:

- 1. Hygiene von O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Max Gruber; 6 Stunden wöchentlich. Für Excursionen sind die Nachmittage am Freitag und Samstag jeder Woche bestimmt.
- 2. Lebensmittelcontrole von Oberinspector Dr. G. Schacherl und Docent Dr. J. Hockauf; 6 Stunden wöchentlich.
- 3. Bakteriologische Diagnostik und pathologische Anatomie von O. S. R. Hofrath Prof. Dr. A. Weichselbaum; 6 Stunden wöchentlich.
- 4. Epidemiologie, Serodiagnostik und Serotherapie von Prof. Dr. R. Paltauf; 3 Stunden wöchentlich. Besichtigung der Einrichtungen der staatlichen Institute für Herstellung von Diphtherieheilserum und für Wuthschutzimpfung.
- 5. Impfstoffgewinnung und Impftechnik von Impfdirector Dr. G. Paul, verbunden mit praktischen Uebungen in der Impfstation der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt; eine Stunde wöchentlich.
- 6. Sanitätsgesetzkunde von Ministerialrath Dr. J. Daimer; eine Stunde wöchentlich.
- 7. Pharmakognosie mit besonderer Berücksichtigung des Vorganges bei Apothekenrevisionen von O. S. R. Hofrath Prof. Dr. A. Ritter von Vogl; 2 Stunden wöchentlich.
- 8. Gerichtliche Medicin, verbunden mit einschlägigen Demonstrationen und Obductionen von Prof. Dr. A. Kolisko; 2 Stunden wöchentlich.

An dem Instructionscurse nehmen theil: aus Niederösterreich: die Oberbezirksärzte Dr. Thomas Edler von Resch in Wien und Dr. Franz Vischer in Krems, Polizei-Oberbezirksarzt Dr. Karl Hirsch in Wien; aus Oberösterreich: Bezirksarzt Dr. Johann Orthner in Ried; aus Steiermark: die Bezirksärzte Dr. Ludwig Březina in Leoben und Dr. Felix Schaffer in Gröbming; aus Kärnten: Sanitätsassistent Dr. Josef Rambousek in Klagenfurt; aus Krain: Bezirksarzt Dr. Julius Kotzmuth in Adelsberg; aus dem Küstenlande: Bezirksarzt Dr. Guido Ritter von Beden in Capodistria; aus Tirol: die Bezirksärzte Dr. Karl Marino Mezzena in Cavalese und Dr. Ignaz Neuhauser in Bregenz; aus Böhmen: die Oberbezirksärzte Dr. Stefan Gellner in Prag, kaiserl. Rath Dr. Friedrich Peduzzi in Časlau und Dr. Josef Ritter von Hochberger in Karlsbad; aus Mähren: Bezirksarzt Dr. Josef Haunold in Mährisch-Trübau und Sanitätsconcipist Dr. Anton Směly in Brünn; aus Schlesien: Sanitätsconcipist Dr. Alexander von Rositzky in Troppau; aus Galizien: die Bezirksärzte Dr. Alfred Berggrün in Chrzanow, Dr. Adolf Kuhn in Drohobycz, Dr. Josef Salomon von Friedberg in Brody; aus der Bukowina: Bezirksarzt Dr. Arnold

Flinker in Wižnitz; aus Dalmatien: Oberbezirksarzt Dr. Jacob Malvić in Spalato: ferner der im Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern in Verwendung stehende Oberbezirksarst Dr. Karl Ritter von Helly.

Führung der Bezeichnung »kaiserlich königlich« durch die Diener der Wiener k. k. Krankenanstalten und des k. k. Allgemeinen Krankenhauses in Prag. Mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. April l. J. wurde den Dienern der in staatlicher Verwaltung stehenden Krankenanstalten und der Medicamenten-Eigenregie in Wien, sowie den Dienern des k. k. Allgemeinen Krankenhauses in Prag die Führung der Bezeichnung "kaiserlich königlich" bewilligt.*)

Baccelli's Heilmittel gegen Maul- und Klauenseuche. In der Eröffnungssitzung des nationalen Congresses für innere Medicin in Pisa machte der italienische Minister für Landwirthschaft, Industrie und Handel Prof. G. Baccelli am 27. October, 1901 Mittheilungen über sein Heilmittel gegen Maul- und Klauenseuche und über die bei Anwendung desselben ausserordentlich günstigen Erfolge. Das Heilverfahren besteht in intravenösen Einspritzungen von Sublimatlösungen. Nach Baccelli's Angaben genügte für Kälber eine einzige intravenöse Einspritzung von 2-4 Centigrammen Sublimat, je nach der Schwere des Falles, um die Krankheit zu heilen; für ausgewachsene Thiere waren 4-6, für Stiere 6-8 Centigramm erforderlich. Die Lösung sollte auf jedes Centigramm Sublimat 75 Milligramm Kochsalz enthalten. Das Verfahren wurde als durchaus unschädlich bezeichnet und beigefügt, dass, um die Wirkung mit einer Injection zu erzielen, die Dosen ohne jeden Schaden und mit dem günstigsten Ergebnisse mehr als verdoppelt werden können, nur müsse dann die Menge der Flüssigkeit proportional vermehrt werden.

Die kgl. preussische Commission zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche stellte Versuche zur Prüfung dieses Heilverfahrens an, und wurden deren Ergebnisse in einem an den Minister der p. p. Medicinalangelegenheiten erstatteten Berichte, welchen die "Deutsche medicinische Wochenschrift" veröffentlicht, niedergelegt. Der Bericht fasst das Ergebnis in Folgendem zusammen:

"Durch die intravenöse Injection des Sublimats wird die Infection mit Maul- und Klauenseuche nicht verhütet.

Bei dem Einsetzen des Fiebers und den ersten Krankheitserscheinungen gegeben, haben die intravenösen Injectionen keinen erkennbaren Nutzen. Das Fieber wird nicht abgekürzt. Die localen Krankheitserscheinungen werden nicht beeinflusst. Die Krankheit verläuft sicher nicht schneller und leichter als bei unbehandelten Thieren. Durch grössere Sublimatdosen wird die Erkrankung schwerer gestaltet und der Heilungsverlauf verlangsamt. Die Thiere gehen in ihrem Ernährungszustande auffallend stark zurück.

Das Sublimat kann bereits in einer Dosis von 0.1, selbst wenn diese Dosis nicht auf einmal, sondern auf mehrere Tage vertheilt in die Blutbahn eingespritzt wird, schädlich wirken. Dosen von 0.2 sind direct gefährlich.

Ob in schweren Seuchengängen der tödtliche Ausgang der Krankheit durch die Sublimatinjection verhütet werden kann, konnte durch Versuche nicht entschieden werden, da hier die Krankheit nur ganz ausnahmsweise zum Tode führt.

Bei der Kürze der Beobachtungszeit hat auch nicht festgestellt werden können, ob Schädigungen der Nachzucht durch die Bebandlung der erkrankten Thiere mit Sublimat verhütet werden können.

Ein Heilmittel für die Maul- und Klauenseuche ist das intravenös eingespritzte Sublimat jedenfalls ebenso wenig wie ein Schutzmittel."

Unterrichtscurse zur Ausbildung von Desinfectionsdienern. Gemäss dem Erlasse des Ministeriums, des Innern vom 13. Februar 1901, Z. 3291,**) in welchem die Landesbehörden unter anderem auch angewiesen wurden, wegen Sicherstellung eines geschulten Desinfectionspersonales für die vom Rothen Kreuze in Epidemiefällen beizustellenden Baracken Vorsorge zu treffen, werden im k. k. Allgemeinen Krankenhause in Wien Unterrichtscurse zur Ausbildung eines geschulten Desinfectionspersonales eingerichtet werden. Der erste Curs, an dem vorläufig

**) Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 59.



^{*)} Bezüglich der Zuerkennung dieser Bezeichnung an die Beamten der genannten Anstalten siehe Jahrg. 1901, S. 288.

nur acht Personen aus dem Diener- und Arbeiterstande des genannten Krankenhauses theilnehmen sollen, wird am 1. Mai l. J. beginnen. Das vorläufige Programm für diesen Curs, welcher vom Directionsadjuncten des genannten Krankenhauses unter der Leitung des Directors abgehalten werden wird, ist folgendes:

1. Theoretischer Lehrgang. Zuerst wird in übersichtlicher, leicht verständlicher Weise das Wesen der ansteckenden Krankheiten erörtert. Ausgehend von den Grundbegriffen bezüglich der gegenwärtig erforschten Ursachen der Infectionskrankheiten, der besonderen übertragbaren Krankheitskeime derselben, wird das Auftreten von ansteckenden Volkskrankheiten, Seuchen, Epidemien dargelegt. Die erfolgreiche Bekämpfung von Seuchen ist durch die vielseitige Erkenntnis der Entwicklung, Verbreitung, das Zugrundegehen und die durch besondere Verfahren ermöglichte Vernichtung der Ansteckungskeime gegeben. Nicht zu unterlassen sind alle Maassnahmen zum Schutze der mit Infectionskeimen in Berührung kommenden Personen. Hier sind vor allem die verschiedenen Wege der Immunisirung gegen ansteckende Krankheiten zu besprechen. Als das wichtigste Mittel zur Seuchenbekämpfung hat sich neben der Isolirung der Kranken und neben anderen Erfordernissen der Gesundheitslehre die sachgemäss und zur richtigen Zeit durchgeführte Desinfection, welche die Vernichtung der Ansteckungskeime bezweckt, erwiesen. Es gelangen nun die verschiedenen Methoden der Desinfection in präciser, leichtverständlicher Weise zur Besprechung. Die verschiedenen Desinfectionsmethoden haben je nach der i Infectionskrankheit, den Verhältnissen, der Oertlichkeit, der Person des Kranken verschiedene Anzeigen ihrer Anwendung. Die Desinfection der Abfallstoffe des Kranken, der Wäsche, Kleider, des Krankenraumes, der verwendeten Transportgeräthschaften, des Wartepersonales, alles mittelbar und unmittelbar benützten Hausrathes, sowie der Leiche wird der Reihe nach dargelegt. Daran schliesst die Einführung in die sachgemässen Maassnahmen für den Transport der Kranken, der Leichen, der inficirten Geräthe und die Sicherheitsmasssregeln für die Aufbewahrung inficirter Objecte. Schliesslich werden die für den Desinfectionsdienst wichtigen und wissenswerthen Erfordernisse bezüglich der Krankenwartung und Isolirung von Infectionskranken, die modernen bezüglichen Einrichtungen kurz berührt.

2. Praktischer Lehrgang. Vorerst werden sämmtliche theoretisch dargelegten, gegenwärtig in allgemeiner Anwendung befindlichen Apparate, Geräthe und die Bereitung der Lösungen zur Desinfection demonstrirt. Hierauf werden die zum persönlichen Schutze des Desinfectors nöthigen Kleider, Geräthe vorgezeigt. Der Betrieb der Desinfectionsanstalt (mit Dampf), der Wäscherei inficirter Wäsche wird im Detail vorgeführt. Dann kann zu praktischen Uebungen der Desinfection von allerlei Objecten, von Wohnräumen, Transportwägen geschritten werden. Die Maassnahmen der Isolirung eines Infectionskranken mit dem ganzen Apparate der Desinfection werden demonstrirt. Daran schliesst sich die Besprechung bezüglicher Dienstesanweisungen für Desinfectoren. Schliesslich hat gelegentlich der Aufstellung einer Döcker'schen Baracke am Depotplatze des Rothen Kreuzes eine Desinfectionsübung mit dem vom Rothen Kreuze zur Verfügung gestellten Apparaten, Geräthen, Transportmitteln und Lösungen zur Desinfection zu erfolgen.

. 0

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 9. bis 15. April 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Neusandez: Szurow 1, Turka: Beniowa 3;

in Krain im politischen Bezirke Adelsberg: Jakovce, Gemeinde Tabor 2 (Infection durch die in Vrabce beobachteten Fälle (siehe S. 180 d. Bl.);

im Küstenlande im politischen Bezirke Gradisca: Ronchi 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 4, und in den politischen Bezirken Bohorodczany: Bohorodczany 1; Drohobycz: Gaje wyzne 2; Grodek: Wrocow 4; Jaworow: Jaworów 1, Lubienie 7, Wierzbiany 5, Wulka rosnowska 10; Kalusz: Petranka 3; Kolomea: Kulaczkowce 1; Mościska: Laszki gościncowe 3,; Myślenice: Peim 7; Nadworna: Delatyn 1, Majdan gorny 1, Nadworna 1; Neusandez: Szurów 1; Nisko: Przyszow kameralny 4; Podhajce: Burkanow 1; Przemyślany: Poltew 1; Skalat: Polupanowka 2; Stanislau: Dorohów 2, Kolodziejów 3; Stryj: Swiętosław ad Skole 5; Tarnopol: Zarudzie 2, Obarzance 8; Tlumacz: Holoskow 7; Trembowla: Ilawcze 1; Zloczow: Podlipce 1.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Ministerialrath im Ministerium des Innern

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I, Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint ieden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:--.

XIV. Jahrgang.

Wien, 24. April 1902.

Mr. 17.

Inhalt. Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Krain. - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend Impfstoffbestellung bei der staatlichen Imptstoffgewinnungsanstalt in Wien; Erlass der bukowinaer Landesregierung, betreffend die Evidenthaltung der Infectionskrankheiten - Rechtsprechung. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Krain.

Ueber die Fortschritte der Wasserversorgung in Krain in den Jahren 1898 bis 1900 ist den bezüglichen Landessanitätsberichten Folgendes zu entnehmen:

Im Jahre 1898 wurden grössere Quellwasserleitungen errichtet in Illyrisch-Feistritz, Bezirk Adelsberg (Kostenaufwand 24.000 K), in St. Martin-Razarto, Bezirk Laibach-Umgebung (Kostenaufwand 28.000 K), in Vrbica, Bezirk Adelsberg (Kostenaufwand 10.000 K), Vrhopolje, Bezirk Stein (Kostenaufwand 11.000 K), ferner in Tschernembl und in Loitsch.

Die Wasserleitung in Loitsch wird durch die 25 Km. von Ober-Loitsch entfernten Quellen am Fusse des Berges Smolevc versorgt. Das Wasser dieser Quellen wird in das unweit befindliche 400 Cbm. fassende Reservoir geleitet, von welchem die Hauptrohrleitung längs der Reichsstrasse nach Ober-Loitsch und von hier nach Unter-Loitsch bis zum Bahnhofe führt. In Unter-Loitsch ist in die Leitung ein zweites Reservoir eingeschaltet. Von der Hauptrohrleitung, welche 5 Km. lang ist, zweigen die Seitenstränge in die Ortschaften Oberdorf, Kalce, Fleckdorf, Brod, Cevča und Martini Hrib ab. Diese Orte besitzen 32 Auslaufstellen, zahlreiche Hauseinleitungen und 40 Hydranten.

Im Jahre 1899 wurde in der Gemeinde Billichgratz, Bezirk Laibach-Umgebung, woselbst bereits eine Privatwasserleitung besteht, eine neue öffentliche Wasserleitung mit einem Kostenaufwande von 20.000 K errichtet. Die die Leitung versorgenden Quellen liegen ungefähr 3 Km. vom Orte entfernt.

Eine neue Wasserleitung ist ferner in Idria, woselbst bereits mehrere kleinere Leitungsanlagen bestehen, mit einem Kostenaufwande von 36.700 K erbaut worden, Das Wasser für dieselbe wird aus der 3 Km. entfernten, hochgelegenen und sehr

^{*)} Siehe auch Nr. 15 u. 16 d. Bl.

ergiebigen Quelle Lačna voda« bezogen und in ein 10 Minuten vor der Stadt gelegenes Reservoir geleitet, von dem die Hauptstränge zu dem am linken Ufer der Idria gelegenen Stadttheile führen, welcher von der neuen Anlage mit tadellosem

Trinkwasser versorgt wird.

Erweiterungen an bestehenden Wasserleitungen wurden in den Jahren 1898 und 1899 vorgenommen in Laibach, woselbst in mehreren Strassen, welche bisher in das Rohrnetz nicht einbezogen waren, Rohrleitungen gelegt, sowie der Vorort Udmat an die städtische Wasserleitung angeschlossen wurde, ferner in Oberfeld (Bezirk Adelsberg); an der im Jahre 1897 vollendeten Quellwasserleitung des letztgenannten Ortes wurden mehrere Hydranten und zahlreiche Hausleitungen angebracht.

Im Jahre 1900 wurden neue Wasserleitungen errichtet in Altlack, Bezirk

Krainburg, in Metulje bei Neudorf und in Wiźmarje, Gemeinde St. Veit,

Die Wasserleitung in Altlack wird durch eine Hochquelle gespeist, deren Ursprung 70 Meter über der Thalsohle gelegen ist. Das Reservoir fasst 84 Cbm., ist betonirt und gleich wie die Quellenfassung gegen jede Verunreinigung von Aussen geschützt. Die Ergiebigkeit der Quelle schwankt zwischen 20 und 150 Cbm. per Tag. Das Wasser ist von entsprechender Härte und von tadelloser Beschaffenheit. An dem Wasserbezuge haben die Orte Altlack, Winkel, Virloch und Westert mit zusammen 1032 Einwohnern Antheil. Die Hauptleitung hat eine Länge von 2500 Metern, die Abzweigung nach Virloch eine solche von 450 Metern. Die gusseisernen Leitungsröhren sind 50 Mm. weit. Ausführung und Erhaltung dieser Anlage hatte eine Vereinigung von 59 Hausbesitzern übernommen, die Kosten der Errichtung (mit Ausschluss jener für Erdarbeiten und Fuhren, welche von den genannten Besitzern in eigener Regie vorgenommen wurden) beliefen sich auf eirea 23.000 K, wovon 3700 K auf die Hauseinleitungen entfielen.

Die Einwohner der Ortschaft Metulje bei Neudorf, Gemeinde Oblack im Bezirke Loitsch hatten bisher das Wasser aus zwei je ³/4 Km. entfernten Quellen bezogen, die zeitweise sehr ergiebig sind, zur trockenen Jahreszeit aber gänzlich versiegen. In letzterem Falle mussten sie oft Monate hindurch das Wasser von anderen, über eine Stunde entfernten Quellen holen und waren im Winter, wenn auch diese Quellen ausblieben, auf Schneewasser angewiesen, das sie durch Schmelzen des Schnees gewinnen mussten. Nunmehr wurden die beiden erwähnten Quellen gefasst, und das Wasser derselben in ein gemeinsames Reservoir geleitet, welches gross genug ist, um die Bewohner auch noch durch lange Zeit, wenn die Quellen schon versiegt sind, mit Wasser zu versorgen.

Die Wasserleitung in Wižmarje, Gemeinde St. Veit, Bezirk Umgebung-Laibach, wurde mit einem Kostenaufwande von 18.000 K errichtet; im Orte sind mehrere Auslaufbrunnen hergestellt, auch sind einzelne Häuser an die Leitung an-

geschlossen.

Eine kleinere Leitungsanlage wurde in der Ortschaft Ober-Nesselthal im

Bezirke Radmannsdorf erbaut (Kostenaufwand 820 K).

In Ausführung begriffen waren mit Schluss des Berichtsjahres 1900 die Wasserleitung in Potoče, Gemeinde Niederndorf bei Senosetsch (präliminirte Kosten 9000 K) und die Wasserleitung für die Gemeinde Rudolfswert (Kostenvoranschlag 315.000 K).

In Idria ist die Wasserleitung »Podgora« reconstruirt, der Anschluss vieler Häuser an die bestehenden Wasserleitungen bewerkstelligt und ein neuer öffentlicher

Auslauf brunnen der Benützung übergeben worden.

Reconstruirt wurden ferner die öffentlichen Brunnen in Podraga (Adelsberg) die durch das Erdbeben stark beschädigte Wasserleitung in St. Michael, Gemeinde Hrenovic (Kostenaufwand 4000 K) und die Wasserversorgungsanlage in Kronau, Bezirk Radmannsdorf.

Ausserdem gelangte in den drei Jahren, über welche sich die Berichterstattung erstreckt, eine grössere Anzahl von öffentlichen Cisternen und Brunnen zur

 $\mathsf{Digitized}\,\mathsf{by}\,Google$

Herstellung. Cisternenanlagen wurden errichtet: in Unterwarmberg, Bezirk Rudolfswert, in Sidole und Presserje, Bezirk Stein; im Bezirke Adelsberg in Juršice, Gemeinde Grafenbrunn (Kostenaufwand ungefähr $6000\,K$), in Gaberje, Gemeinde Senosetsch (Kostenaufwand $4400\,K$); ferner in Butajnova, Gemeinde Jobst im Bezirke Umgebung-Laibach (mit einem Aufwande von $3500\,K$), in Preenike njive und in Trešenjske Njive, Bezirk Littai (Kostenaufwand $3200\,K$). Schulcisternen sind erbaut worden in Gross-Latschitz, Niederdorf und in Rieg (Kostenaufwand $1000\,K$) im Bezirke Gottschee.

In Ausführung waren im Jahre 1900 begriffen 2 Cisternen in Sinadole.

Oeffentliche Brunnen wurden hergestellt: in Gross-Račna, Tominj, Goče, Ustja und in Bründl, Bezirk Adelsberg, und Schulbrunnen in den Ortschaften Mitterdorf und Lienfeld. Bezirk Gottschee.

In Aussicht genommen ist die Errichtung einer neuen Wasserleitung in Adelsberg mit einem Kostenvoranschlag von $150.000\,K$, einer Wasserversorgungsanlage in Zoll (Wasserhebung mittelst hydraulischer Widder oder Cisternenanlage, mit einem Kostenvoranschlage von 22.000, beziehungsweise $17.000\,K$), einer Wasserleitung für die Ortsgruppe Bukuje, Gorenje und Luegg der Gemeinde Hrenovic, in Dornegg (Wasserbezug aus dem Feistritzbache, Kostenvoranschlag $37.000\,K$), in Neumarkt und Krainburg, in St. Veit bei Sittich, in Golden feld (Bezirk Stein) und in Moräutsch (Bezirk Rudolfswert). Das Wasser für die letzterwähnte Wasserleitung soll aus dem östlich vom Moräutscher Boden gelegenen Mittelgebirge bezogen und mittelst hydraulischen Widders ungefähr $20\,\mathrm{Meter}$ hoch gehoben werden.

Projectirt ist ferner die Errichtung einer Wasserleitung in Arch, Bezirk Gurkfeld. Das ursprüngliche Project wurde dahin abgeändert, dass anstatt der Widderanlage ein Hydro-Elevator in Verwendung genommen werden wird (Kostenvor-

anschlag 40.000 K).

Für die Orte Obermösel, Lušje, Slatenegg, Weinitz und Zapatok (Bezirk Gottschee), welche in einem sumpfigen Thale gelegen sind, ist die Zuleitung des Trinkwassers aus den am Fusse der Velka Gora bei Heiligen Geist entspringenden Hochquellen in Aussicht genommen. Die Kosten dieses Projectes sind mit 40.000 Kberechnet.

Von den Ortschaften der ausgedehnten Gemeinde Zirknitz sind nur Wigaun, Sloček und Bereljak, für welche in den Jahren 1895 bis 1896 zwei Quellwasserleitungen hergestellt wurden, mit gutem Trinkwasser versorgt. Die übrigen Ortschaften sind zumeist auf spärliche, im Sommer häufig versiegende Quellen, dann auf Bachwasser (Martinsbach, Zirknitzerbach), sowie auf die Abflüsse des Zirknitzer Sees oder auf einzelne schlechte Brunnen und Cisternen angewiesen. Diesem Uebelstande soll durch die Errichtung einer Wasserleitung von einer ober dem Dorfe Martinsbach befindlichen Quelle abgeholfen werden. Auch in Planina, woselbst, abgesehen vom Unzbache, zur Deckung des Trinkwasserbedarfes nur ein öffentlicher und fünf private, von Tagwässerzuflüssen nicht vollkommen geschützte Brunnen und neun Cisternen bestehen, ist die Errichtung einer Wasserleitung in Aussicht genommen.

Die Reconstruction der Wasserleitung im Curorte Töplitz, Bezirk Rudolfswert, welche in Folge schlechter Anlage sehr häufig versagt, ist bereits beschlossen, und sind Verhandlungen wegen Aufbringung der Kosten (24000 K) bereits im Zuge.

Endlich sollen am Gebirgsstock des Nanos zwei Cisternen mit einem Kostenaufwande von 11.000 K hergestellt werden.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 15. April 1902, Z. 14330,

an alle politischen Landesbehörden mit Ausnahme jener von Wien,

betreffend Impfstoffbestellung bei der staatlichen Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien.

Es ist der Fall vorgekommen, dass von einer politischen Behörde bei der staatlichen Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien Impfstoff für Neuimpflinge bestellt, nachträglich jedoch nach Empfang der Zahlungsanweisung die Bestellung unter dem bezeichneten Titel als eine irrthümliche erklärt wurde.

Die k. k. wird eingeladen, die unterstehenden politischen Behörden aufmerksam zu machen, dass derartige nachträgliche Richtigstellungen der im Bestellscheine für Impfstoff*) gemachten Angaben im Interesse einer correcten Rechnungs- und Geldgebahrung der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt künftighin nicht berücksichtigt werden können.

Erlass der k. k. bukowinaer Landesregierung vom 3. März 1902, Z. 12821 ex 1901,

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend die Evidenthaltung der Infectionskrankheiten.

Zum Zwecke einer möglichsten Eindämmung der infectiösen Krankheiten ist es unbedingt nothwendig, dass die Gemeinden und Gutsgebiete von dem Auftreten infectiöser Erkrankungen sofortige Kenntnis erlangen, da nur hiedurch die geeigneten Präventivmaassnahmen derart rechtzeitig getroffen werden können, welche der Ausbreitung der infectiösen Krankheiten wirksam vorzubeugen geeignet sind.

Aus der angeschlossenen Uebersicht über die Handhabung der diesfalls vergeschriebenen Anzeigepflicht in den einzelnen Bezirken der Bukowina im letzten Quinquennium ist zu ent-

*) Siehe Jahrg. 1896, S. 44 und Jahrg. 1897, S. 112.

nehmen, dass bis nun nicht sämmtliche auf Infectionskrankheiten zurückzuführende Todesfalle, geschweige denn alle dergleichen Krankheitsfälle der zuständigen Gemeinde rechtzeitig angemeldet wurden, dass im Laufe dieses Zeitabschnittes im Jahre 1896 65:3 Percent, im Jahre 1900 blos 61:8 Percent dieser Todesfälle zur amtlichen Kenntnis gebracht wurden.

Die bezeichnete Relativzahl fluctuirt im Jahre 1900 in den einzelnen Bezirken des Landes zwischen 92.8 Percent (im politischen Bezirke Radautz) und 28.3 Percent, beziehungsweise 20.2 Percent (in den politischen Bezirken Sereth und Storoszynetz).

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft wird hiemit angewiesen, die Gemeinden und Gutsgebiete aufzufordern, mit aller Strenge darauf zu sehen, dass sämmtliche infectiöse und auch die blos infectionsverdächtigen Krankbeits- und Todesfälle zur sofortigen amtlichen Kenntnis gelangen.

Gleichzeitig ist der Amtsarzt zu verpflichten, diesem Zweige der Sanitätsverwaltung eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und bei Bearbeitung der Volksbewegungsoperate für die einzelnen Quartale festzustellen, ob die Gemeinden auch darüber wachen, dass die infectiösen Krankheits- und Todesfälle rechtzeitig zur Anmeldung gelangen.

Im nicht zutreffenden Falle sind die nothwendigen Anordnungen zu treffen, um dieser Fahrlässigkeit wirksam zu begegnen.

Auch sind die Gemeindeärzte aufzufordern, den Gemeinden und Gutsgebieten bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die Verpflichtung einer rigorosen Evidenthaltung der Infectionskrankheiten in Erinnerung zu bringen und dieselben in der Handhabung dieses Zweiges der Sanitätsverwaltung wirksam zu unterstützen.

Die Gemeindeärzte haben die Todtenbeschauer und deren Stellvertreter zu belehren, dass sie jeden infectionsverdächtigen Todesfall zur sofortigen Kenntnis des Gemeindeamtes und des Gemeindearztes bringen.

Durch eine sorgsame und intensive Ueberwachung und Belehrung aller in Betracht lingen, dass alle infectiösen Krankheits- und | nothwendigen sanitären Präventiymaassnahmen Todesfälle in amtlicher Evidenz gehalten gesichert erscheint.

kommenden Functionäre muss es endlich ge- werden, wodurch die rasche Durchführung der

Rechtsprechung.

Grundwasser kann als öffentliches Gewässer im Sinne des Wasserrechtsgesetzes und somit auch als öffentliches Gut nicht angesehen werden. Mag nun dasselbe als Privateigenthum des Grundbesitzers oder als eine res omnium communis angesehen werden, zweifellos ist, dass das zu Tage quellende und erst in dieser Eigenschaft einen Gegenstand des Wasserrechtsgesetzes bildende Grundwasser dem Grundbesitzer gehört.

Der Eigenthümer einer Quelle hat einen Anspruch auf Schutz derselben nur innerhalb der Grenzen seines Grundbesitzes.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 9. Februar 1901, Z. 1050.*)

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde der Firma Mechanische Weberei Brüder G. in H. und Genossen gegen die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 27. April 1899, Z. 6214, betreffend die Entziehung von Grundwasser, nach der am 9. Februar 1901 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Ein Kostenersatz wird nicht auferlegt.

Entscheidungsgründe.

Sub. präs. 27. September 1898, Z. 35438 hat die Firma "Mechanische Weberei Brüder G. in H. und F. G. als deren Alleininhaber und Eigenthümer der mechanischen Weberei in H. an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in K. die Anzeige erstattet, dass die Stadtgemeinde II. im Monate August 1898 auf der der Gemeinde gehörigen Parzelle Nr. 1150/1 in einer Entfernung von circa 140-142 Klaftern von dem Fabriksbrunnen der mechanischen Weberei, ohne wasserrechtsbehördliche Bewilligung Tiefbohrungen nach Grundwasser vorgenommen und das auf diese Weise am 12. September 1898 in ausgiebiger Quantität gewonnene Wasser über das Grundstück Parzelle Nr. 1150/1 in der Fabrik entgegengesetzter Richtung abgeleitet habe.

Bei dem Umstande, als sich hiedurch der Wasserzufluss in dem Brunnen der Anzeiger, welcher seit eirea zehn Jahren das ganze zum Betriebe der mechanischen Weberei erforderliche Wasser liefere, verringerte, und ihr Unternehmen daher durch die eigenmächtig, ohne behördlichen Consens vorgenommene Tiefbohrung der Gemeinde und die eingetretene theilweise Entziehung des Grundwassers in seinem Bestande bedroht erscheine, werde um Einleitung der Amtshandlung wegen Uebertretung des Wasserrechtsgesetzes im Sinne der SS 71 und 72 des Gesetzes vom 28. August 1870 L.G. Bl. Nr. 71, und Beseitigung der consensios vorgenommenen Neuerung gebeten.

Diesem Ansuchen wurde mit der hiergerichts angefochtenen Entscheidung aus dem Grunde keine Folge gegeben, weil es sich im gegebenen Falle um eine Occupation des in dem citirten Grundstücke Nr. 1150/1 in H. enthaltenen unterirdischen Wassers handle, auf welchen Fall die Bestimmungen des § 17 des citirten Gesetzes umsoweniger Anwendung finden, als die Firma Brüder G. besondere Untersagungsrechte hinsichtlich dieses unterirdischen Wassers weder behauptet noch nachgewiesen habe und den wasserrechtlichen Schutz als Besitzerin des Fabriksbrunnens nur innerhalb ihres Grundbesitzes beanspruchen könne.

Der Verwaltungsgerichtshof musste die gegen diese Entscheidung von der genannten Firma und deren Inhaber als Eigenthümer der Fabriksrealität überreichte Beschwerde für unbegründet erachten und ging hiebei - den Rechtsausführungen der Beschwerdeführer gegenüber - von nachfolgenden Erwägungen aus:

Was zunächst die rechtliche Natur des sich in einer unterirdischen Schichte fortbewegenden Grundwassers anbelangt, so kann dasselbe als ein "fliessendes Wasser" im Sinne des

^{*)} Siehe auch Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 1. Juli 1897, Z. 3707, Jahrg. 1900 d. Bl., S. 64.



Reichswasserrechtsgesetzes vom 30. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 93, und des Wasserrechtsgesetzes für Böhmen vom 28. August 1870, L. G. Bl. Nr. 71, und somit auch als "öffentliches Gut" nicht angesehen werden, weil die §§ 3, 15 und folgende des citirten Landeswasserrechts-Gesetzes nur in einem Bette fliessende Gewässer (natürliche oder künstliche Wassergerinne) im Auge haben.

Mag nun dasselbe als Privateigenthum des Grundbesitzers, unter dessen Grund und Boden es sich hinzieht, begrenzt durch die Territorialausdehnung des letzteren, oder als res omnium communis aus dem Grunde anzusehen sein, weil das Grundwasser nach dem Gesetze der communicirenden Gewässer einen Bestandtheil der zusammenhängenden einheitlichen — auch die Nachbargründe durchfliessenden — unterirdischen Wassermasse bildet, welche in ihrer unbestimmbaren Totalität ebensowenig der menschlichen Herrschaft unterzogen werden kann, als etwa die fliessende Welle oder das Meer (Randa, Wasserrecht § 2, Seite 38), zweifellos ist es, dass das zu Tage quellen de und erst in dieser Eigenschaft einen Gegenstand der Wasserrechtsgesetze bildende Grundwasser (mit Ausnahme der dem Salzmonopole unterliegenden Salzquellen und der zum Bergregale gehörigen Cementwässer) nach § 4 a des Reichswasserrechts-Gesetzes vom 30. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 93 und des obcitirten Wasserrechts-Gesetzes für Böhmen dem Grundbesitzer gehört, welcher bei der zuletzt erwähnten Rechtsanschauung das Eigenthum im Wege der Occupation (§§ 381 und 382 a. b. G. B.) erwirbt.

Nach § 10, Absatz 1 des Gesetzes vom 28. August 1870, L. G. Bl. Nr. 71, kann aber Derjenige, welchem ein Privatgewässer zugehört, dasselbe, unbeschadet der durch besondere Rechtstitel begründeten Ausnahmen, für sich und für Andere nach Belieben gebrauchen und verbrauchen.

Da nun die beschränkenden Bestimmungen der Absätze 2 und 3 dieses Paragraphen auf den gegebenen Fall, in welchem es sich nicht um ein fliessendes Wasser, sondern um ein durch Brunnenanlage zu Tage quellendes Grundwasser handelt, keine Anwendung finden, und die Beschwerdeführer nicht behauptet haben, dass ihnen auf Grund eines besonderen Rechtstitels, etwa einer auf dem Grundstücke Parzelle Nr. 1150/1 in H. zu Gunsten ihrer Person oder ihres Fabriksgrundstückes lastenden, eine Unterlassungspflicht begründenden Dienstbarkeit (§ 472 a. b. G. B.) das Recht zustehe, der Gewinnung von Grundwasser auf Parzelle Nr. 1150/1 entgegenzutreten, so ist die Gemeinde H. nach § 10, Absatz 1 des cititen Gesetzes und den §§ 354, 362 und 364 a. b. G. B. zweifellos befugt, auf ihrem Grund und Boden Tiefbohrungen vorzunehmen und über das durch die Brunnenanlage gewonnene Grundwasser frei und uneingeschränkt zu verfügen.

Das Recht des Grundeigenthümers auf das auf seinem Boden zu Tage quellende Grundwasser ist aber auch bei der Annahme, dass letzteres, bevor es zu Tage tritt, eine res omnium communis bildet, durch seinen Grundbesitz beschränkt, da durch die Occupation der Quelle nicht auch die Herrschaft über die unter den Nachbargründen sich fortbewegenden, nur schwer bestimmbaren, unterirdischen Wassermengen erworben werden kann, durch welche etwa die occupirte Quelle genährt wird.

Hieraus folgt weiter, dass der Eigenthümer einer Quelle ex lege einen Anspruch auf Schutz derselben nur innerhalb der Grenzen seines Grundbesitzes hat; findet er diesen Schutz zur Wahrung seiner Interessen ungenügend, so bleibt ihm nur übrig, sich durch gütliche Bestellung von privatrechtlichen Befugnissen an den Nachbargrundstücken die unterirdische Speisung seiner Quelle zu sichern, wobei es heute unerörtert bleiben kann, ob und unter welchen Verhältnissen derlei privatrechtliche Befugnisse auch im Wege der Expropriation erworben werden können.

Hieraus ergibt sich, dass einerseits die Beschwerdeführer bei dem Mangel eines privatoder öffentlich-rechtlichen Titels nicht legitimirt wären, gegen die Entnahme des von der
Gemeinde durch Tiefbohrungen auf ihrem Grundstücke aus demselben gewonnenen Grundwassers
Einsprache zu erheben, selbst dann, wenn zweifellos erwiesen wäre, dass diese Wasserentnahme
die Ergiebigkeit des Fabriksbrunnens ungünstig zu beeinflussen geeignet sei.

Hieraus ergibt sich aber, dass die Gemeinde H. zu der erwähnten Wasserentnahme der wasserrechtlichen Bewilligung durch die politische Behörde nicht bedurfte. Denn der § 17 des böhmischen Wasserrechtsgesetzes, welcher bestimmt, dass diese Bewilligung auch bei Privatgewässern erforderlich sei, wenn durch deren Benützung auf frem de Rechte oder auf die Beschaffenheit, den Lauf oder die Höhe des Wassers in öffentlich en Gewässern eine Einwirkung entsteht, kann im gegebenen Falle keine Anwendung finden, weil, wie schon bemerkt, den Beschwerdeführern ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf Schutz ihrer Quelle ausserhalb der Grenzen ihres Besitzthums nicht zusteht, der Bestand eines allfällig im Provisorial-

wege nach § 17 zu schützenden privatrechtlichen Befugnisses gar nicht behauptet wurde und bereits im Eingange dieser Motive dargethan worden ist, dass dem durch unterirdische Terrainschichten sich fortbewegenden Grundwasser der Charakter eines öffentlichen Gewässers nicht zukommt.

Da es somit zur Vornahme der Tiefbohrungen auf dem Grundstücke der Gemeinde H. einer Bewilligung der Wasserrechtsbehörde nicht bedurfte, so kann auch von einer Uebertretung des Wasserrechtsgesetzes durch die consenslose Vornahme dieser Tiefbohrungen im Sinne der §§ 71 und 72 des citirten Gesetzes keine Rede sein und stellt sich die angefochtene Entscheidung, mit welcher ein Einschreiten der Wasserrechtsbehörde in dieser Richtung abgelehnt wurde, als gesetzlich gerechtfertigt dar.

Aus diesen Motiven musste die Abweisung der unbegründeten Beschwerde erfolgen.*)

Die Benützung des Grundwassers seitens des Grundbesitzers ist nach § 16, alinea 2 des W. R. G. nicht allein durch öffentliche, sondern auch durch fremde Rechte, das sind, im Gegensatze zu dem im § 10, alinea 1 des W. R. G. angeführten, durch besondere Rechtstitel begründeten Rechten, die nach dem Wasserrechtsgesetze erworbenen Rechte, beschränkt.

Erkenntnis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 5. Juli 1901, Z. 5296.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde 1. der k. k. priv. Ebenf. Dampfmühlen Sch. & Comp. nebst Consorten, 2. der Stadtgemeinde Baden und 3. des Wasserwerksvereines an der Fischa-Dagnitz und Consorten, gegen die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 22. October 1900, Z. 14521, betreffend das Neu-Ebenfurther Wasserleitungsproject der Stadtgemeinde Baden, nach der am 5. Juli 1901 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt. Die Beschwerden der Stadtgemeinde Baden und des Wasserwerksvereines a. d. Fischa-Dagnitz sammt Nebenbächen nebst Consorten werden als unbegründet abgewiesen; dagegen wird über die Beschwerde der k. k. priv. Ebenfurther Dampfmühlen Sch. & Comp. und Consorten die angefochtene Entscheidung als gesetzlich nicht begründet aufgehoben.

Entscheidungsgründe:

Mit der angefochtenen Entscheidung wurde jener Theil der Entscheidungen der unteren Instanzen, mit welchem erkannt wurde, dass die Stadtgemeinde Baden, ohne einer Bewilligung gemäss § 16 des niederösterreichischen Wasserrechtsgesetzes zu bedürfen, berechtigt sei, das Untergrundwasser im Wiener-Neustädter Steinfelde mittelst des ihr gehörigen Brunnens in der ehemaligen N.-Ebenf. Papierfabrik in einer ihr beliebigen Menge sich anzueignen und in einer ihr beliebigen Weise zu gebrauchen und zu verbrauchen, ausser Kraft gesetzt, und unter Anerkennung der Nothwendigkeit der Einholung der wasserrechtlichen Concession zur Wasserentnahme die wasserrechtliche Bewilligung zu dem betreffenden Wasserbezuge der Stadtgemeinde Baden unter der Bedingung ertheilt, dass die Gemeinde diese Wasserentnahme auf das vom Staatstechniker bezeichnete Maass von 5000 Cbm. täglich beschränkt, den Unterwerkscanal der Fabrik bis zur Mündung des Umlaufgrabens abdichten und am Pumpwerke einen zu aichenden und zu plombirenden Controlapparat anbringen lässt und das Project binnen einer von der Bezirkshauptmannschaft zu bezeichnenden Frist zur Genehmigung vorlegt, dann dass die Kosten der Controle durch die politische Behörde die Stadtgemeinde Baden zu tragen habe. Im Uebrigen wurde den Recursen der heute nebst der Gemeinde Baden als Beschwerdeführer auftretenden Interessenten keine Folge gegeben.

Der den Beschwerden zu Grunde liegende Thatbestand ist in Kürze der, dass die Stadtgemeinde Baden in Neu-Ebenfurth durch den in der Realität C.-Nr. 127 in der Gemeinde Ebenfurth hergestellten, aus vier je 6 Meter tiefen, aneinander gereihten Bassins im Gesammtslächenausmaasse von 335.75 Qm. bestehenden sogenannten "Brunnen", der bereits bisher zum Betriebe der ehemaligen E. und H. S.'schen, nunmehr von der Gemeinde Baden eigenthümlich erworbenen Papierfabrik und Holzschleiferei in Neu-Ebenfurth verwendet wurde und eine Wassermenge von 5022 Cbm. pro Tag lieferte, das zur Wasserversorgung der Stadtgemeinde Baden und eventuell

^{*)} Ein analoges Erkenutnis hat der k. k. Verwaltungsgerichtshof auch am 9. Februar 1901, sub Z. 1289 ex 1901 gefällt.



der Gemeinde Weikersdorf erforderliche Wasser zu gewinnen und an die genannten Orte zu leiten beabsichtigt.

In dem ganzen Administrativverfahren nahm die Stadtgemeinde den Standpunkt ein, dass sie einer wasserrechtlichen Bewilligung zur Entnahme eines beliebigen Wasserquantums aus der bezeichneten Brunnenanlage nicht bedürfe, da das in diesem Brunnen eingeschlossene Wasser sich als ein Privatgewässer im Sinne des § 4, lit. c des Wasserrechtsgesetzes darstelle, welches der Grundeigenthümer gemäss § 10, Absatz 1, gebrauchen und verbrauchen könne und demnach war die erste Eingabe der Gemeinde B. de präs. 24. März 1899 darauf gerichtet, dass die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Wiener-Neustadt ihr die Bewilligung ertheile, das in der Brunnenstube gewonnene Untergrundwasser zum Zwecke der Versorgung der Stadt Baden, eventuell auch der Gemeinde Weikersdorf mit Trink- und Nutzwasser zu verwenden und zu diesem Behufe eine entsprechende Leitungsanlage herzustellen. Im Laufe der Verhandlungen schränkte die Stadtgemeinde ihr Begehren auf die Entnahme von rund 5000 Cbm. Wasser täglich ein, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalte des Rechtes, jede beliebige Wassermenge aus dem Brunnen zu schöpfen. Diese Einschränkung widerrief jedoch die Stadtgemeinde in der Folge, indem sie ihr erstes Begehren aufrecht erhielt.

Die Wasserrechtsinteressenten, nämlich die Wasserwerksbesitzer an der sogenannten grossen Fischa, am Ebreichsdorfer kalten Gange und an der Fischa-Dagnitz machten dagegen die Rechtsanschauung geltend, dass das fragliche Wasser, da dasselbe zu dem grossen Grundwasserstrome des Steinfeldes bei Wiener-Neustadt gehört, die rechtliche Eigenschaft eines öffentlichen Gewässers im Sinne des Wasserrechtsgesetzes besitze, und dass die Benützung dieses Wassers daher auch nur insoweit zulässig sei, als sie dadurch in ihren Wasserrechten nicht verletzt oder wenigstens für dieselben entschädigt werden (§§ 34 und 83 des niederösterreichischen Wasserrechtsgesetzes).

recutsgesetzes).

Unter diesen beiden einander entgegengesetzten Gesichtspunkten wird dann auch die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums einerseits von der Stadtgemeinde Baden, andererseits von den bezeichneten Wasserwerksbesitzern angefochten.

Die Stadtgemeinde Baden fühlt sich dadurch in ihren Rechten verletzt, dass ausgesprochen wurde, die Stadtgemeinde bedürfe zu der in Rede stehenden Wasserentnahme einer wasserrechtlichen Concession, dann dass das Recht der Wasserentnahme auf ein gewisses Maass eingeschränkt und endlich die Abdichtung des Fabriksunterwerkscanales und die Herstellung eines Controlapparates für die von der politischen Behörde auf Kosten der Stadtgemeinde zu besorgende Controle aufgetragen wurde.

Die Wasserwerksinteressenten dagegen erblicken eine Verletzung ihrer Rechte darin, dass unter Annahme des privatrechtlichen Charakters des für die Wasserleitung zu entnehmenden Wassers ihnen der Anspruch auf Wahrung der ihnen zustehenden Wasserbenützungsrechte, be-

ziehungsweise auf Entschädigung für deren Beeinträchtigung versagt worden ist.

Was zunächst die Beschwerde des Wasserwerksvereines an der Fischa-Dagnitz sammt Nebenbächen und der der Beschwerde beigetretenen Mitglieder dieses Wasserwerksvereines betrifft, so ist vor Allem aus den Acten zu constatiren, dass nach dem vorliegenden amtstechnischen Gutachten das in der Form eines zusammenhängenden fliessenden Gewässers bestehende Grundwasser allerdings einen Wasserzufluss des Fischa-Dagnitzbaches, sowie des Ebreichsdorfer kalten Ganges und der grossen Fischa bildet; allein der Amtstechniker hat in dem dem Protokolle vom 13. November 1899 beigeschlossenen Gutachten vom 24. September 1899 ausdrücklich hervorgehoben, dass durch die geplante Wasserentnahme, solange dieselbe nicht das bisher dem Brunnen entnommene Wasserquantum überschreitet, eine Verminderung der Wassermenge der Fischa-Dagnitz und des Ebreichsdorfer kalten Ganges gegenüber ihrem jetzigen Bestande nicht bewirken wird, und dass die an der Fischa-Dagnitz und dem Ebreichsdorfer kalten Gange ausgeübten Wasserbenützungsrechte daher auch nicht beeinträchtigt werden können, weil die ihnen gegenwärtig zustehende Wassermenge durch die Umwandlung der Papierfabrik in eine Wasserversorgungsanlage keine Verringerung erleiden kann.

Auch in der dem Protokolle vom 20. Jänner 1900 beigeschlossenen Aeusserung vom 19. December 1899 beharrt der Amtssachverständige gegenüber den von den Interessenten vorgebrachten Bemerkungen auf dem bereits wiederholt gemachten Ausspruche, dass bei Beschränkung der Wasserentnahme auf das bisherige Maass eine Störung anderer Interessen als jener, die vom Wasserstande in der grossen Fischa abhängig sind, ausgeschlossen ist.

Da also durch das Project eine Beeinträchtigung der Rechte der Wasserwerksbesitzer an der Fischa-Dagnitz keinesfalls eintreten kann, so ist für die Beschwerde dieser Interessenten, ohne Rücksicht auf die Entscheidung der Rechtsfrage, ein Beschwerdegrund überhaupt nicht

gegeben; es war für dieselbe daher auch gleichgiltig, auf Grund welcher Rechtsanschauung die Verhandlung im Administrativverfahren durchgeführt wurde.

Es ist aber auch nicht richtig, dass das amtstechnische Gutachten einen Widerspruch enthalte, welcher nach der Beschwerde darin bestehen soll, dass einerseits der Grundwasserstrom als der einzige Zufluss der Fischa-Dagnitz anerkannt, anderseits aber ein Einfluss der Wasserentnahme auf den Wasserstand der Fischa-Dagnitz in Abrede gestellt wurde. Denn das Gutachten beruht eben darauf, dass die durch die Wasserentnahme erfolgende Depression des Grundwasserspiegels sich auf die Fischa-Dagnitz nicht fortpflanzen könne und darauf, dass auch schon bisher das für den Betrieb der Papierfabrik dem Grundwasserstrome entnommene Wasser nach dessen Verwendung in die Fischa abgeleitet wurde, daher der Fischa-Dagnitz nicht mehr zu Gute kommen konnte.

Dass die Administrativbehörden die von dem Wasserwerksvereine an der Fischa-Dagnitz und den dortigen Wasserwerksbesitzern begehrte Feststellung des Einflusses der Wasserentnahme auf den Wasserstand in der Fischa-Dagnitz und die Vornahme darauf abzielender Versuche abgelehnt haben, war Angesichts des bestimmten amtstechnischen Gutachtens vollkommen gerechtfertigt.

Demnach erscheint die Beschwerde des Wasserwerksvereines und der derselben beigetretenen Wasserwerksbesitzer sowohl in materiell-rechtlicher Beziehung, als auch, soferne Mängel des Verfahrens geltend gemacht werden, unbegründet, weshalb dieselbe abgewiesen werden musste.

Was die Beschwerden der Stadtgemeinde Baden und der Ebenfurther Dampfmühlen Sch. & Comp. und Consorten betrifft, so erscheint es für die Lösung der Frage, inwieferne der Grundwasserstrom von den einzelnen Grundbesitzern benützt werden kann, Angesichts der Bestimmungen des § 16, Absatz 1 und 2 von nebensächlicher Bedeutung, welche rechtliche Eigenschaft dem Grundwasserstrome zuerkannt wird. Denn sicher ist, dass nach den Regeln des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ebenso wie auch nach der Bestimmung des § 4, lit. c des Wasserrechtagesetzes durch die Occupation eines bestimmten Theiles des Grundwasserstromes innerhalb eines im Privateigenthum befindlichen Grundstückes dieses in festen Begrenzungen gefasste Wasser zu einem Privatgewässer wird. Allerdings nämlich stellt § 10 des Wasserrechtsgesetzes die Regel auf, dass derjenige, welchem ein Privatgewässer zugehört, dasselbe für sich und für andere nach Belieben gebrauchen und verbrauchen kann. Aber schon im § 10 sind mehrere Ausnahmen angegeben, und als eine weitere Ausnahme muss die Bestimmung des § 16, Absatz 2, aufgefasst werden. Durch diese letztere Bestimmung wird das Recht des Gebrauches und Verbrauches an einem Privatgewässer nicht allein durch öffentliche Rücksichten, sondern auch durch fremde Rechte, das sind, im Gegensatze zu den im § 10, Absatz 1 angeführten, durch besondere Rechtstitel begründeten Rechten, die nach dem Wasserrechtsgesetze erworbenen Rechte bedingt. Es ist demnach, sowie es sich um eine über den gewöhnlichen, für die Bewirthschaftung des Grundstückes und den Hausbedarf erforderlichen Gebrauch des im Brunnen eingeschlossenen Grundwassers hinausgehende Benützung handelt, zu prüfen, ob einerseits durch diese Benützung auf die Beschaffenheit, den Lauf oder die Höhe des Wassers in öffentlichen Gewässern eine Einwirkung entsteht, oder ob anderseits fremde Rechte beeinträchtigt werden.

Wenn nun die angefochtene Entscheidung von der Rechtsanschauung ausgeht, dass in dem vorliegenden Falle eine Bewilligung der Wasserrechtsbehörden für die von der Stadtgemeinde Baden in Aussicht genommene Wasserbenützung erforderlich ist, weil die Ergiebigkeit der grossen Fischa, also eines widerspruchslos als öffentlich bezeichneten Gewässers, selbst bei beschränkter Wasserentnahme aus dem Brunnen eine Herabminderung erfahren wird, und somit der im § 16, Absatz 2 des Wasserrechtsgesetzes vorgesehene Fall vorliegt, so ist diese vollkommen im Rechte, und war das k. k. Ackerbauministerium auch befugt, die Wasserentnahme auf das vom Staatstechniker als zulässig bezeichnete Masss von 5000 Cbm. zu beschränken und die weiteren von demselben vorgeschlagenen Vorkehrungen zu treffen. Deshalb musste die Beschwerde der Stadtgemeinde B., welche für sich das Recht der unbeschränkten Wasserentnahme und Wasserbenützung aus ihrem Brunnen in Anspruch nimmt, als unbegründet abgewiesen werden, wobei es vollkommen gleichgiltig ist, ob das Reservoir, aus welchem das Wasser gepumpt werden soll, den "Brunnen" oder "anderen auf Grund und Boden des Grundbesitzes befindlichen Behältern" (§ 4, lit. c.) beigezählt wird. Andererseits stellt sich auch die Beschwerde der Ebenf. Dampfmühlen Sch. & Comp. nebst Consorten, sofern dieselbe behauptet, dass das Project der Gemeinde B. zur Gänze abzuweisen gewesen wäre, als unbegründet dar, weil diesen Interessenten bezüglich der Wahrung öffenlicher Interessen ein Beschwerderecht überhaupt nicht zukommt, hinsichtlich ihrer eigenen Wasserbenützungsrechte aber § 34 des

Wasserrechtsgesetzes, wenn es sich um Deckung des Wasserbedarfes einer Gemeinde handelt, nur den Anspruch auf Schadloshaltung einräumt.

Insoferne jedoch die angefochtene Entscheidung nur die öffentlichen Interessen in Berücksichtigung genommen, dagegen die Rückwirkung der projectirten Wasserentnahme und Wasserverwendung auf frem de Rechte, welche der § 16, Absatz 2 neben der Einwirkung auf die öffentlichen Gewässer unter Schutz stellt, ausser Betracht gelassen hat, erscheint dieselbe im Gesetze nicht begründet.

Die angefochtene Entscheidung sagt, die Bestimmung der angefochtenen unterinstanzlichen Erkenntnisse, dass die Stadtgemeinde Baden aus Anlass der projectirten Wasserbenützung auch keine Entschädigung für diejenigen Nachtheile zu leisten habe, welche durch die seitens der Gemeinde Baden erfolgende Ausübung des ihr als Besitzerin des betreffenden Grundstückes und Brunnens zustehenden Wasserbenützungsrechtes für Dritte entstehen, erscheine begründet, und motivirt dies damit, dass die politischen Behörden im Sinne der §§ 4 und 10 des Wasserrechtsgesetzes nicht gebunden seien, bei Beurtheilung der Zulässigkeit der von der Stadtgemeinde B. angestrebten Wasserbenützung auf die von den übrigen Betheiligten geltend gemachten Rechte dritter Rücksicht zu nehmen. Dass die §§ 4 und 10 des Wasserrechtsgesetzes eine ganz uneingeschränkte Benützung der Privatgewässer den Eigenthümern derselben nicht einräumen, wurde bereits auseinandergesetzt. Die angefochtene Entscheidung leidet aber auch selbst an dem inneren Widerspruche, dass sich dieselbe bezüglich der öffentlichen Rücksichten auf den § 16, Absatz 2 beruft, diese Bestimmung aber für die dort ebenso geschützten fremden Rechte nicht anwendet.

Durch die Gutachten des Amtstechnikers ist festgestellt, dass durch die Benützung des Wassers für die Wasserleitung in Folge dessen, dass das Wasser nicht mehr wie bisher im Fabriksbetriebe nach dem Gebrauche in beinahe ungeschmälerter Menge wieder in die grosse Fischa zurückgeleitet, sondern zur Gänze für die Wasserversorgung von Baden und Weikersdorf dorthin überführt werden soll, die Wasserwerksbesitzer an der grossen Fischa thatsächlich eine Einbusse an Wasserkraft erleiden, und hat dies derselbe ziffermässig auch zum Ausdruck gebracht.

Es ist nun bei Anwendung des § 16, Absatz 2 die Benützung eines Privatgewässers entweder überhaupt unzulässig, wenn durch die Art der Benützung auf fremde Rechte eine Einwirkung entsteht, oder es muss diese Einwirkung beseitigt, oder endlich, wenn der Fall des § 34, das ist die Anwendung des Enteignungsrechtes gegeben ist, die volle Entschädigung für die Beeinträchtigung der bestehenden Wasserrechte gewährt und gemäss § 83 in dem Erkenntnisse über die Zulässigkeit der Wasserbenützung die Bestimmung über die Art und Grösse der zu leistenden Entschädigung getroffen werden. Daher war in der Administrativverhandlung festzustellen, ob thatsächlich Wasserbenützungsrechte, welche nach dem Wasserrechtsgesetze zu beurtheilen sind und der Judicatur der politischen Behörden unterliegen, bestehen, und falls solche von den Interessenten dargethan werden, im Sinne des Gesetzes zu entscheiden.

Aus diesen Erwägungen musste die angefochtene Entscheidung, insoferne dieselbe von Vorneherein den Wasserinteressenten an der grossen Fischa das Recht auf eine Entschädigung für die behauptete Beeinträchtigung ihrer Wasserrechte abspricht, als gesetzlich nicht begründet aufgehoben werden.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Aegypten. In der Woche vom 3. bis 9. April 1. J. wurden in Benha 3, Decheneh 8, ferner in Kafr Rabieh 6 und in Ekwa 1 Pestfall beobachtet; in den beiden letztgenannten, im Districte Tala, Provinz Menufieh, gelegenen Orten waren bisher Pesterkrankungen nicht vorgekommen.

In Alexandrien (siehe S. 96 d. Bl.) sind laut telegraphischer Mittheilung am 16. April neuerdings 2 Pestfälle vorgekommen.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 12. bis 18. März 974 Erkrankungen und 739 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 9. bis 15. März 501 und in Kurachee in der Zeit vom 8. bis 14. März 86 Todesfälle an Pest beobachtet.

Britisch-Ostafrika (siehe S. 176 d. Bl.). Vom 25. bis 30. März l. J. sind in der Colonie 3 neue Erkrankungen und 2 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden. Insgesammt sind daselbst bisher 43 Personen an Pest erkrankt und 17 gestorben.

Zanzibar. Gegenüber Herkünften aus Britisch-Ostafrika wurde das Pestreglement vom Jahre 1900 in Kraft gesetzt.

Brasilien. In der Hafenstadt Paranagua im Staate Parana ist zu Ende des Monates Februar die Pest ausgebrochen. Dem Auftreten der ersten Erkrankungsfälle war ein massenhaftes Absterben der Ratten vorausgegangen.

Australien, Neu-Südwales. In Sydney (siehe S. 176 d. Bl.) wurden in der Woche vom 9. bis 15. Februar 6 neue Erkrankungen und 2 Todesfälle, in der folgenden am 22. Februar abgelaufenen Woche 9 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Pest verzeichnet.

Cholera. Türkei. In Mekka sind in der Woche vom 1. bis 7. April 66 und in Djeddah im gleichen Zeitraume 139 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Von den Pilgern, welche während der Zeit vom 31. März bis 7. April in Jambo (auf der Reise nach Medina) ausgeschifft worden waren, sind 29 an Cholera gestorben. Insgesammt sind im Hedjaz bisher 2154 Todesfälle an Cholera ausgewiesen worden.

Aegypten. In der Quarantainestation El Tor (siehe S. 180 d. Bl.) sind in der Zeit vom 1. bis 9. April 11 Schiffe mit 8762 Pilgern (darunter 5884 russischen Staatsangehörigen) angekommen. Von diesen Schiffen erwiesen sich 8 als verseucht, da unter den Passagieren derselben während der Beobachtung in den einzelnen Abtheilungen des Lagers innerhalb des erwähnten Zeitraumes nicht weniger als 40 Erkrankungen und 24 Todesfälle an Cholera vorgekommen sind. Da eine grosse Zahl dieser Cholerafälle erst nach mehrtägigem Aufenthalte der Pilger in Tor aufgetreten war, musste der Beginn der 15 tägigen Beobachtungsperiode für mehrere Pilgerschiffe versehoben werden.

Blattern. Rumänien. In Braila sind Blattern epidemisch aufgetreten. Am 9. April befanden sich 20 Blatternkranke im Isolirspitale; bis dahin waren 7 Personen der Krankheit zum Opfer gefallen.

Türkei. In der Hafenstadt Kavalla (Macedonien) ist gleichfalls eine Blatternepidemie ausgebrochen. In der Zeit vom 1. bis 8. April standen 80 Blatternkranke in Behandlung (darunter 18 Neuerkrankungen), von welchen 10 geheilt wurden, während 4 der Krankheit erlagen.

Marokko (siehe S. 189 d. Bl.). In Saffi herrscht eine Blatternepidemie; täglich kommen ungefähr 10 neue Erkrankungen vor.

Capcolonie. In Woodstock, einer Vorstadt Capstadts, wurde am 18. März ein Blatternfall an einen 8 jährigen Knaben, dessen Vater im Hafen beschäftigt war, beobachtet.

Vermischte Nachrichten.

Maassregeln zur Verhütung der Einschleppung der Cholera durch zurückkehrende bosnisch-hercegovinische Mekkapilger. Mit Rücksicht auf das Auftreten der Cholera im Hedjaz hat die bosnisch-hercegovinische Landesregierung die rigoroseste Durchführung der für die heimkehrenden Pilger bestehenden sanitätspolizeilichen Vorkehrungen (siehe Jahrg. 1901 d. Bl. S. 254) eingeschärft und überdies noch angeordnet: 1. dass die von den heimkehrenden Mekkapilgern ihrer Gewohnheit gemäss etwa aus dem Hedjaz mitgebrachten Datteln von der Einfuhr nach Bosnien und der Hercegovina ausgeschlossen und an der Landesgrenze vernichtet werden; 2. dass auch die sogenannten Pilgerhemden (Cefine) an der Landesgrenze der sorgfältigsten Revision unterzogen und bei der geringsten Bedenklichkeit gleich anderen Effecten als euchenverdächtig behandelt und 3. dass das von den Pilgern mitgebrachte, aus dem den Mohammedanern heiligen Brunnen Zemzem stammende Wasser an der Landesgrenze in versehlossenen Gefässen eine halbe Stunde lang der Einwirkung siedenden Wassers ausgesetzt werde.

Auch ist die Veranlassung getroffen, dass das Reisegepäck der Pilger, sowie das über Triest oder Semlin eintreffende Grossgepäck derselben in der gleichen Weise wie in den früheren Jahren unter Zollverschluss nach Bosnisch-Brod befördert wird, woselbst dasselbe nach vorgenommener zollämtlicher Revision der vorgeschriebenen Desinfection unterliegt.

Digitized by Google

Schiitische Leichentransporte nach den »Heiligen Stätten« im türkischen Vilajete Bagdad (Mesopotamien). Die Schiiten, welche im Gegensatze zu den Sunniten die weltlichen Nachfolger Mohammeds nicht als Khalifen anerkennen und die sogenannten "12 Imame" (den Schwiegersohn Mohammeds und dessen Nachkommen, die im Kampfe mit der weltlichen Macht des Islams zumeist den Tod gefunden haben) als Heilige verehren, leben in geschlossenen Gebieten in Persien, Afghanistan, sowie in den angrenzenden Gebieten Indiens und Mesopotamiens ferner zerstreut in allen übrigen mohammedanischen Ländern, insbesondere als Derwische. Da ihr Glaube lehrt, dass die Beerdigung ihrer Leichen in der Nähe der Grabstätten der Imame, von denen die wichtigsten in der Nähe von Bagdad begraben sind, ihnen den Eintritt ins Paradies erleichtere, werden alljährlich viele Tausende von schiitischen Leichen nach diesen Grabstätten zur Beerdigung gebracht. Noch grösser ist die Zahl der Pilger, welche in jedem Jahre zu diesen Grabstätten wandert. Die wichtigsten Grabstätten sind - ausser Medina in Arabien - Khadimieh, Kerbela und Nedjef im Vilajete Bagdad, welche bei Schiiten in noch höherem Ansehen stehen als Mekka selbst. Die Leichen werden zumeist aus weiter Ferne aus Persien, Afghanistan und selbst aus Indien nach diesen Orten befördert. Gegenwärtig ist zwar mit Rücksicht auf die Pestgefahr die Einfuhr von Leichen aus Indien und dem persischen Golfe zur See strengstens untersagt. Es ist aber bekannt, dass trotz des bestehenden Verbotes viele Leichen aus den letztgenannten Gebieten auf dem Landwege über Persien eingebracht werden. Fast jede Pilgerkarawane führt solche Leichen in grösserer Zahl mit. Da aus den Leichentransporten und dem damit verbundenen Pilgerverkehre nach den genannten Orten die Provinzverwaltung und die Bevülkerung bedeutende Vortheile ziehen, stösst die Einstellung dieses in sanitärer Beziehung höchst bedenklichen Verkehres auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die sanitären Vorkehrungen der ottomanischen Behörden beschränken sich auf die Ueberwachung der Leicheneinfuhr an der persischen Grenze, insbesondere in der Zurückhaltung jener Leichen, bezüglich welcher der Verdacht besteht, dass sie aus inficirten Gebieten stammen.

Wie bedeutend der Pilger- und Leichenverkehr aus Persien und den Hinterländern nach den genannten Orten ist, geht daraus hervor, dass im Jahre 1901 in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende November 56.813 Pilger mit 6958 Leichen die persische Grenze passirt haben. Die grösste Frequenz zeigte sich in den Monaten September bis November, in welchen die Zahl der Pilger, welche die persisch-türkische Grenze überschritten hatten, zwischen 10.739 (November) und 17.263 (September) und jene der mitgebrachten Leichen zwischen 1600 (November) und 1981 (October) schwankte.

Gerichtsärztlicher Gebührentarif. Mit Erlass des k. k. Justizministeriums vom 25. März 1902, Z. 6000, wurden die Oberlandesgerichtspräsidien angewiesen, die Aerztekammern ihres Sprengels von allen im Verordnungsblatte des k. k. Justizministeriums erschienenen und künftighin erscheinenden Verordnungen und Erlässen des genannten Ministeriums zu verständigen, welche Erläuterungen des gerichtsärztlichen Gebührentarifes zum Gegenstande haben. (Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 16. bis 22. April 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Gorlice: Losie 2.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Manasterczany 1, Rakowiec 4, Zuraki 1; Brody: Podkamien 2; Buczacz: Dobropole 10; Drohobycz: Dołhe ad Podbuz 11, Gaje wyznie 11; Grodek: Wrocow 5; Horodenka: Czernelica 18; Jaworow: Lubienie 7, Wierzbiany 5; Kalusz: Sloboda równianska 2; Kolomea: Kulaczkowce 9; Mościska: Laszki gościncowe 2, Podliski 2; Nadworna: Nadworna 3, Pniów 2, Tarnowica leśna1; Nisko: Przyszow kameralny 4; Podhajce: Burkanow 1; Przemyślany: Poltew 1; Rawa: Ulicko seredkiewicz 1; Stanislau: Kolodziejów 3, Stanislau 1; Tarnopol: Obarzance 3; Tlumacz: Holostkow 7, Winograd 8; Trembowla: Ilawcze 1; Zaleszczyki: Milowce 1; Zloczow: Dzibulki 1.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:--.

XIV. Jahrgang.

Wien, l. Mai 1902.

Mr. 18.

Inhalt. Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Mähren. — Mittheilungen über den Fortschritt der pharmaceutischen Reform in Oesterreich. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlässe des Ministeriums des Innern, betreffend Abstellung von Uebelständen im Apothekerwesen und betreffend Erläuterungen zur Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern vom 5. Februar 1902, R. G. Bl. Nr. 31, über die Gleichstellung der pharmaceutischen Dienstleistung des Personales der Medicamenten-Eigenregie der k. k. Krankenanstalten in Wien mit jener des pharmaceutischen Personales der öffentlichen Apotheken. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Mähren.

Im Jahre 1899 sind nach dem Landessanitätsberichte für Mähren pro 1899 in diesem Verwaltungsgebiete sechs grössere und mehrere kleinere Wasserleitungen neu errichtet und viele der bestehenden Wasserleitungen erweitert und reconstruirt worden.

Die Gemeinde Přivoz (Bezirk Mistek), mit einer Bevölkerung von 5250 Einwohnern, hat Tiefquellen aus dem Gebiete der Gemeinde Ellgoth mit einem Kostenaufwande von 280.000 K eingeleitet. Das Wasser wird aus drei auf einem Hochplateau gelegenen Brunnen gewonnen, welche, 35 Meter im Durchmesser weit, in Cement-mauerwerk hergestellt sind und eine Tiefe von 10 40 bis 12 80 Metern besitzen.

Die beiden tieferen (11.50 und 12.80 Meter) Brunnen haben einen Wasserstand von 4, beziehungsweise 2.6 Metern und sind von dem dritten Brunnen, welcher eine Wasserhöhe von 4 Metern aufweist. 160 und 152 Meter entfernt.

Das Wasser aus den beiden ersteren Brunnen wird mittelst einer 19 Mm. weiten Heberleitung in den dritten Brunnen (Pumpbrunnen) geleitet. Aus letzterem wird das gesammelte Wasser in das Hochreservoir auf eine Höhe von 8 Metern gehoben. Ansaugung und Hebung des Wassers erfolgt durch eine 8pferdige elektrische Triplexpumpe. Die Saugleitung aus dem Sammelbrunnen besteht aus 125 Mm. weiten Flanschenröhren mit einem Saugkorbe, die Druckleitung aus 175 Mm. weiten gusseisernen Muffenröhren. Die Pumpe liefert 40 Cbm. Wasser in der Stunde. Als Reservepumpe ist eine Zwillingspumpe aufgestellt, welche eine 90 Mm. starke Saugleitung besitzt und aus den 3 Brunnen in einer Stunde 20 Cbm. Wasser in das Reservoir zu heben im Stande ist.

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16 u. 17 d. Bl.

Das Hochreservoir ist aus Ziegelwerk in Cement hergestellt und besteht aus 2 Kammern mit einem Fassungsraume von je 300 Cbm. Aus dem Hochreservoir fliesst das Wasser in 280 Mm. weiten Muffenröhren der Stadt zu. Der Höhenunterschied zwischen der Sohle des Hochreservoirs und dem Trottoir vor dem Rathhause beträgt 15.75 Meter. so dass das Wasser bei gefülltem Reservoir bis in das dritte Stockwerk der Wohnhäuser geleitet werden kann. Die Länge des Rohrnetzes, an welches nahezu alle Häuser angeschlossen sind, beträgt 3450 Meter; an demselben sind 60 Unterund 11 Oberflurhydranten angebracht.

Die Wasserleitung der Stadt Sternberg, welche im Berichtsjahre vollendet wurde, ist eine Tiefquellenleitung, deren eisenhältiges Wasser vor der Einleitung in das Hochreservoir enteisent wird. Die Brunnenanlage befindet sich 7.6 Km. von Sternberg im Gemeindegebiete von Deutschhause. Aus derselben wird das Wasser auf den Riesler gehoben, durchläuft dann die Sedimentirbassins und Filter und gelangt hierauf in das Reinwasserbassin. Aus diesem wird es in einem 7600 Meter langen Druckrohrstrange in das für die innere Stadtzone bestimmte, 800 Cbm. fassende Hochreservoir am Nussberge gehoben. Für die Versorgung der äusseren, bedeutend höher gelegenen Zone wird das Wasser aus diesem Reservoir durch eine von einem Bezinmotor angetriebene Kolbenpumpe in ein zweites, entsprechend höher gelegenes Reservoir mit einem Fassungsraume von 100 Cbm. gehoben und von hier in einer eigenen Rohrleitung in die gedachten Stadttheile weiter geleitet. Die Rohrleitung hat eine Gesammtlänge von 19.350 Metern, besitzt 9 Unter- und 12 Oberflurhydranten, zahlreiche Auslaufstellen und ungefähr 1200 Häuseranschlüsse.

Die Ergiebigkeit der Anlage beträgt 2375 Cbm. in 24 Stunden, wodurch dem Wasserbedarfe der Stadt auch im Falle eines Bevölkerungszunahme um 50 Percent entsprochen erscheint.

Die neu errichtete Hochquellenleitung in Liebau (Bezirk Sternberg) leitet das Wasser aus 4 im sogenannten Rohrteichgrundes gelegenen Quellenkammern in ein Hauptreservoir und von hier mittelst eines 500 Meter langen Rohrstranges in die Stadt. Die Quellenkammern und das Reservoir sind aus hartem Materiale in Cementmörtel hergestellt, innen glatt verputzt und nach obenhin sorgfältig abgedichtet. Die 1.5 Meter tief gelegte Rohrleitung besteht aus asphaltirten eisernen Röhren. Die Leitung liefert 260 Cbm. Wasser in 24 Stunden.

Im Bezirke Neutitschein wurden Wasserleitungen in den Gemeinden Freiberg (4674 Einw.), Myši (390 Einw.) und Stramberg (2663 Einw.) errichtet.

Die Wasserleitung in Freiberg wird von einer 8 Km. entfernten, im Gebiete der Gemeinde Myši zu Tage tretenden Quelle versorgt, welche 60 Meter höher als die Gemeinde Freiberg liegt und bei einer Ergiebigkeit von 5 Secundenlitern ein tägliches Wasserquantum von 430 Cbm. liefert. Die Quelle ist in einem 2.8 Meter hohen und 1.2 Meter breiten, mit Ziegeln und behauenen Steinen ausgekleideten Stollen gefasst. Die Hauptrohrleitung ist 8732 7 Meter lang, besteht aus 126 Mm. weiten, gusseisernen, aussen und innen asphaltirten Muffenröhren, welche in einer Tiefe von durchschnittlich 1.6 Metern gelegt sind. Das aus dem gleichen Materiale hergestellte Vertheilungsnetz besitzt Röhren von 60—125 Mm. Weite und hat eine Länge von 2820.5 Metern; in dasselbe sind 12 öffentliche Auslaufstellen und in Distanzen von je 100 Metern Hydranten eingeschaltet. Jeder Theil des Rohrnetzes kann durch Schieber abgesperrt werden. Die Kosten der Herstellung dieser Leitung betrugen nahezu 160.000 K.

Im Anschlusse an diese Anlage wurde für die Gemeinde Myši eine Wasserleitung mit einem Kostenaufwande von über 14.000 K hergestellt. Die Rohrleitung ist 60 Mm. weit und besteht aus dem gleichen Materiale wie jene der Freiberger Wasserleitung; an der Leitung sind 11 Auslaufstellen und mehrere Hydranten angebracht.

Die Wasserleitung in Stramberg wird von einer Quelle der sogenannten Bilä studne versorgt, welche 2:4 Secundenliter liefert. Das Wasser der in einem Stollen gefassten Quelle wird in einen 110 Cbm. fassenden, undurchlässig hergestellten Brunnen geleitet und von da mittelst zweier amerikanischer Pumpen mit einer Leistungsfähigkeit von 140, beziehungsweise 70 Litern in der Minute durch eine Röhrenleitung in ein 200 Cbm. fassendes, 90 Meter über dem Orte gelegenes Reservoir gehoben, aus welchem dasselbe in natürlichem Gefälle dem Orte zufliesst. An die Rohrleitung sind 28 Auslaufstellen, 13 Hydranten und 53 Hauseinleitungen angeschlossen.

Kleinere Wasserleitungen wurden im Jahre 1899 noch errichtet in Braunseisen, Bezirk Römerstadt, (Tagesergiebigkeit 430 Hkl., Länge der Rohrleitung 600 Meter, 25 Hauseinleitungen), in Sugdol, Bezirk Boskowitz; hier wurde eine oberhalb des Ortes am Wiesengelände gelegene, ergiebige Quelle gefasst, und das Wasser in einer 750 Meter langen Leitung in den Ort zu dem daselbst angebrachten Auslaufbrunnen geleitet (Kostenaufwand 1400 K); ferner in den Gemeinden Unter-Bobrau, Radešin, Gross-Janowitz (Bezirk Neustadtl) und Austi (Bezirk Mährisch-Weisskirchen).

Private Wasserleitungen sind in Barndorf (Bezirk Neutitschein) und in

Neu-Waltersdorf (Bezirk Sternberg) hergestellt worden.

Erweiterungen wurden vorgenommen an den bestehenden Wasserleitungen in Altendorf, Bärn, Brünn, Ung.-Hradisch, Iglau, Olmütz, Mährisch-Ostrau, Römerstadt und Znaim, Reconstructionen, beziehungsweise Ergänzungen in Iglau (2 neue Klärbassins), Mährisch-Ostrau (Druckerhöhungsanlage) und in Wolframs (Eindeckung des Sammelbassins).

Aus dem Jahres-Sanitätsberichte pro 1900 ist über die Fortschritte in der

Wasserversorgung Nachstehendes zu entnehmen:

In der Stadt Kremsier wurde zu Beginn des Jahres 1900 die neu errichtete Tiefquellenleitung in Betrieb gesetzt. Das Wasser wird aus zwei unterhalb des Barbaraberges auf dem Riede »Strž« undurchlässig hergestellten und durch eine Heberleitung verbundenen Brunnen, welche eine Tiefe von 9·3, beziehungsweise 6·7 Metern, einen Durchmesser von 2·5 und 3 Metern und eine Wasserstandhöhe von 2·63 und 2·35 Metern besitzen, entnommen und mittelst Druckpumpen durch einen 874 Meter langen Rohrstrang in ein am Barbaraberge gelegenes Hochreservoir gefördert. Das aus hartgebrannten Ziegeln in Cement gebaute und undurchlässig eingewölbte Hochreservoir besteht aus zwei je 10·2 Meter langen, 11·4 Meter breiten und 4 Meter hohen Kammern, welche mit Grundablassschleussen und je 9 Ventilationsrohren versehen sind. Aus dem Reservoir, dessen Sohle um 45 Meter höher liegt als das Trottoir am Hauptplatze, fliesst das Wasser in das Vertheilungsnetz mit natürlichem Gefälle.

Das aus asphaltirten, an den Muffen gut abgedichteten, einen Durchmesser von 200-800 Mm. haltenden Eisenröhren hergestellte Rohrnetz hat eine Länge von 11.123 Metern, und sind in dasselbe 119 Hydranten und 10 Auslaufständer eingeschaltet. Zum Zwecke der Durchspülung, beziehungsweise Reinigung des Rohrnetzes sind an 3 Endpunkten Ablassstellen zur Ableitung des Wassers in die March angeordnet.

Die Pumpstation besteht aus dem Maschinen- und Kesselhause und zwei Wohngebäuden für das Personale. Im Kesselhause sind 2 Cornwall-Dampfkessel mit 45 Qm. Heizfläche für 7 Atmosphären Ueberdruck, im Maschinenhause 4 stehende Tauchkolbenpumpen mit einem Durchmesser von 230 Mm. und einer Hubhöhe von 250 Mm. aufgestellt; jede Pumpe liefert bei 45 Umdrehungen 25 Cbm.

Die Tagesergiebigkeit der mit einem Aufwande von $554.686\ K\ 85\ h$ hergestellten Wasserleitung, an welche sämmtliche Häuser angeschlossen sind, beträgt 1200 Cbm.,

mithin per Kopf der mit 15.000 angenommenen Stadtbevölkerung 80 Liter.



Die Kaiser Franz Joseph Jubiläums-Wasserleitung in Witkowitz wurde gleichfalls im Jahre 1900 dem Betriebe übergeben. Sie ist eine Tiefquellenleitung und nimmt ihren Ursprung in der Gemeinde Alt-Biela aus 11 Brunnen, von wo das Wasser in ein Hochreservoir gepumpt wird. Die Leitung hat eine Länge von 24.200 Metern. Bis nun sind 367 Häuser an dieselbe angeschlossen. Der Kostenaufwand beträgt eirea 1,000.000 K, der Wasserpreis wurde mit 10 h per 1 Cbm. festgesetzt.

Trinkwasserleitungen wurden weiters in den Gemeinden Přibyslawitz und Suditz des Trebitscher Bezirkes errichtet.

Die Přibyslawitzer Wasserleitung ist eine Hochquellenleitung, welche das in einer Entfernung von 1.5 Km. ausserhalb der Gemeinde in einem einsamen Hochthale in Gneisformation entspringende Quellwasser dem Orte zuführt. Am Ursprunge wird die Quelle in einer ungefähr 4 Cbm. grossen, gedeckten und gemauerten Kammer abgefangen und durch natürliches Gefälle in asphaltirten 38 Mm. weiten, starken gusseisernen Röhren dem 370 Meter unterhalb gelegenen, wasserdicht gemauerten, eingedeckten und gelüfteten Reservoir zugeführt, welches 25 Cbm. Fassungsraum hat und um 35 Meter höher liegt als der Ort. Die Leistungsfähigkeit per Tag beträgt nach den bei sehr trockener Witterung vorgenommenen Messungen 187 Hkltr. und reicht daher zur Deckung des Trinkwasserbedarfes der 600 Einwohner zählenden, ihren Nutzwasserbedarf zumeist aus Brunnen deckenden Gemeinde aus.

Die Vertheilung in der im starken Gefälle liegenden Gemeinde erfolgt durch 6 Ständer mit automatischem Verschlusse, von denen der tiefstgelegene einen Ueberlauf besitzt. Eine Vertheilung in die einzelnen Häuser ist vorläufig nicht in Aus-

sicht genommen.

Die Suditzer Quellenleitung bezieht das Wasser aus unterirdischen Wasseradern einer 1 Km. vom Orte entfernten Wiesenparcelle der Gemeinde Rapotitz. Die Adern laufen in einer Schotterschichte, welche von einer 50 Cm. mächtigen Schichte blauen Lettens und darüber von einer 4 Meter mächtigen Lehmschichte überlagert ist. Die durchschnittliche Tagesergiebigkeit beträgt 60 Cbm. Das Wasser der unterirdischen Adern wird mittelst Sickerschlitze einem gemauerten, überwölbten Reservoir mit einem Fassungsraume von 15 Cbm. zugeführt und von da mittelst einer 1300 Meter langen, 50 Mm. weiten Eisenrohrleitung, welche 1 Meter unter der Erdoberfläche liegt, durch eigenen Druck in die 500 Einwohner zählende Gemeinde geleitet, woselbst 2 Rohrbrunnen mit Ueberlauf und 2 Auslaufständer mit automatisch schliessenden Ventilen zur Wasserentnahme aufgestellt sind.

Eine partielle Wasserleitung wurde in Trebitsch für das in Ausführung begriffene öffentliche Krankenhaus hergestellt. Dieses liegt 50 Meter über dem Iglawaflusse auf einer Anhöhe, welche ziemlich steil zum genannten Flusse abfällt. Das Terrain besteht aus zerklüftetem Granit mit einer geringen oberflächlichen, bisher als Weide und Feld ausgenützten Humusschichte. Das oberflächliche Quellwasser dieses Abhanges wurde an 2 Stellen in kleinen gemauerten, mit Eisendeckeln versehenen Quellschächten abgefangen und mit natürlichem Gefällsdrucke in asphaltirten Eisenröhren einem Brunnenhäuschen zugeleitet, welches am Fusse des Abhanges sich befindet. In diesem wohlgedeckten und ventilirten Häuschen ist das Sammelreservoir mit einem Fassungsraume von 30 Cbm. errichtet, welches mit einem nach aussen führenden, wasserdichten Ueberfallrohre versehen ist.

Ebendaselbst befindet sich eine mit einem Elektromotor betriebene Pumpe, welche in der Minute 60 Liter (in der Stunde 36 Hkltr.) fördert und das Wasser in das 15 Hkltr. fassende, auf dem Boden des Hauptgebäudes aufgestellte schmiedeeiserne Reservoir hinaufpumpt, aus welchen es in die einzelnen Krankensäle und Nebenräume geleitet wird.

Die Leistungsfähigkeit der Leitung beträgt nach den bisherigen Messungen mehr als 60 Cbm. per Tag.

Für den eventuellen weiteren Bedarf an Nutzwasser ist in Aussicht genommen, 5 Meter vom Iglawaflusse entfernt einen Brunnenschacht zu errichten, dessen Sohle 1 Meter unter der des Flussbettes liegt; aus diesem Schachte soll die Förderung und Vertheilung des Wassers innerhalb des Krankenhauses in ähnlicher Weise, wie die des Trinkwassers, erfolgen.

Die Qualität des Wassers der beschriebenen Leitungen wurde von der Prager böhmischen Lebensmittel-Untersuchungsanstalt chemisch-bakteriologisch untersucht

und einwandfrei befunden.

Erweitert und ausgestaltet wurden im Jahre 1900 nachstehende Wasserleitungen: In Freiberg durch 3 neue Auslaufbrunnen und 102 Hausanschlüsse, in Stramberg (beide im Vorjahre eröffnet) durch 5 neue Auslaufbrunnen, in Neutitschein um 356 Meter Leitung und 39 Hausanschlüsse, in Olmütz durch Anlage von weiteren 4 Brunnen und Verlängerung des Stadtrohrnetzes in das sogenannte Beamtenviertel (Marktgemeinde Neugasse), in Iglau durch Neulegung des Hauptrohrstranges in 4 Strassenzügen in einer Gesammtlänge von 327 Metern und Neueinleitung des Wasserleitungswassers in 43 Häuser, in Znaim die Nutzwasserleitung durch Legung eines neuen Rohrstranges vom Reservoir behufs Sicherstellung der Versorgung des höher gelegenen südlichen Stadttheiles und behufs Erhöhung des durch den vermehrten Wasserbedarf gesunkenen Druckes im Rohrnetze der nördlichen Stadttheile; die Wasserleitung in Mährisch-Ostrau durch die Erwerbung und Einbeziehung einer neuen Quelle in Neudorf, wodurch mit einem Kostenaufwande von 120.000 K die Tagesergiebigkeit von 1600 Cbm. auf 2200 Cbm. erhöht wurde, endlich in Römerstadt durch Verlängerung des Rohrnetzes um 560 Meter.

Eine Ergänzung der bisher nur einzelne Ortstheile versorgenden Wasserleitungsanlage erfolgte in Tischnowitz durch die Errichtung einer zweiten Wasserleitung, mittelst welcher der obere Stadttheil (Kukyrna), sowie der Niederring mit vorzüglichem Quellwasser versorgt werden, ebenso in Braunseifen*) (Bezirk Römerstadt) durch die Errichtung einer zweiten Wasserleitung — Hochquellenleitung — mit einer Rohrlänge von 2264 Metern und einer Minimalergiebigkeit von 300 Hkltr. per Tag, so dass dieser Ort gegenwärtig mit täglich 730 Hkltr. Wasser versorgt wird.

Die Errichtung neuer Wasserleitungen ist projectirt in Brünn, ferner in Bergstadt (Bezirk Römerstadt), in Prerau, Zwittau und in Wischau.

Als Bezugsort des Wassers für die zu errichtende Wasserleitung in Brünn ist das Quellengebiet bei Quellhütten, Ortsgemeinde Bohnau, in Aussicht genommen. Die Vorarbeiten (Sondirung zur Feststellung der geologischen Verhältnisse im Quellengebiete, Beobachtung der Grundwasserbewegung, Erhebung wegen etwaiger Communicirung der Quellen mit dem Zwittawaslusse etc.) sind bereits durchgeführt worden.

Auf Grund der hiebei gewonnenen günstigen Resultate, welche den Experten der Stadtgemeinde zur Begutachtung vorgelegt wurden, ist nunmehr unter Berücksichtigung der von den letzteren hierüber abgegebenen Gutachten das Detailproject für die Versuchsanlage ausgearbeitet und der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Polička behufs Einleitung des wasserrechtlichen Verfahrens vorgelegt worden. Dieses Project umfasst die Anlage eines Hauptstollens und mehrerer Seitenstollen, die Herstellung von 38 Brunnen, von Saugleitungen, einer Heberleitung sammt den erforderlichen Entlüftungsleitungen und einer Messkammer mit Registrirapparat.

Der Hauptstollen dient zur Aufnahme der Heberleitung (d=600 Mm.) und als Zugang zu den Brunnen. Die Länge desselben ist mit 600 Metern vorgesehen, die lichte Höhe mit 2·10 Metern, die lichte Weite mit 1·85 Metern projectirt. Die Sohle des Stollens liegt über dem Grundwasserspiegel und erhält behufs leichterer Reinigung eine Pflasterung und eine Abflusskunette für die Schwemm- und Schwitzwässer.

Įť.

المآ

آنج)

^{*)} Siehe oben.

Die Seitenstollen sind mit kleinerem Profil projectirt und dienen als Zugänge zu den einzelnen Brunnen, welche wegen Raummangels im Hauptstollen nicht untergebracht werden können. Zum Einlassen der Saugrohre sind die Brunnenorte in den Stollen auf 3.5 Meter erhöht.

Mit Rücksicht auf die Heberleistung, welche umso günstiger wird, je kleiner die Saughöhen bemessen sind, wird geringe Absenkungstiefe des Grundwasserspiegels angestrebt, was durch grosse Brunnendurchmesser oder durch eine grössere Zahl kleinerer Brunnen erreicht werden kann.

Dem Projecte liegt die Annahme zu Grunde, dass sich aus 12 Brunnen im offenen Terrain je 4·2 Secundenliter, zusammen 50 Secundenliter, und aus 26 Brunnen im Stollen je 7·7 Secundenliter, zusammen 200 Secundenliter gewinnen lassen dürften. Für die Brunnen im Freien ist eine lichte Weite von 1·90—2·40 Metern und für jene im Stollen eine solche von 0·6—1 Meter in Aussicht genommen. Die Heberleitung, welche den Zweck hat, aus den seitlichen Brunnen das Wasser herauszusaugen und dasselbe vorläufig durch die Messkammer in dem Zwittawafluss zu leiten, erhält ein Gefälle von $1^0/_{00}$ und beginnt am Stollenende mit 600 Mm., vergrössert sich vor dem Stolen auf 650 Mm., mit welcher Lichtweite sie unterhalb des Angermühlwehres in die Zlwittawa mündet.

Die 100 Mm. starken Saugleitungen schliessen sich seitlich an die Heberleitung an. Zur Entlüttung der Saug- und Heberleitungen wird von jedem Brunnen und von einigen Punkten der Heberleitung ein Rohr zu einer ausserhalb des Stollens situirten Luftpumpe geführt.

Die Messkammer mit dem darin aufzustellenden Registrirapparate hat den Zweck,

die durch die Heberleitung abfliessende Wasserquantität genau zu registriren.

Für die Ausführung dieser, einen Bestandtheil der zukünftigen Trinkwasserleitung bildenden Versuchsanlage, an welche erst nach durchgeführtem wasserrechtlichem Verfahren geschritten werden kann, ist ein Zeitraum von 1¹/₂—2 Jahren in Aussicht genommen.

Mittheilungen über den Fortschritt der pharmaceutischen Reform in Oesterreich.

Von der intensiven Reformbewegung, welche sich seit nahezu zwei Decennien auf allen Gebieten des staatlichen Sanitätswesens geltend macht und in manchen Richtungen zu sehr erfreulichen Erfolgen geführt hat, ist naturgemäss auch das wichtige Gebiet der Pharmacie nicht frei geblieben.

Wenn auch von mancher Seite über die zeitweilige Stockung in der Fortentwicklung dieses Zweiges der Sanitätsverwaltung geklagt wird, so ist gleichwohl der Weg nicht gering, welcher in der Richtung zum Ziele bereits zurückgelegt wurde.

Anschliessend an die durch die Gewerbenovelle vom 15. März 1883, R. G. Bl. 39, erfolgte Neugestaltung des Gewerbewesens galt die erste Etappe auf der pharmaceutischen Reformbahn der Ordnung des Arzneiwarenverkehres unter Abgrenzung der Berechtigungen der Apotheken und verschiedenen Handelsgeschäfte. Die Regelung dieser Verhältnisse wurde mit der Verordnung der Ministerien des Innern und des Handels vom 17. September 1883, R. G. Bl. 152, 1) ergänzt durch jene vom 17. Juni 1886, R. G. Bl. 97,2) begründet, und durch die auf Grund des



¹⁾ Siehe Jahrg. 1894 d. Bl., S. 725.

²⁾ Siehe ebenda S. 726.

Ministerialerlasses vom 14. December 1894, Z. 32601,1 zum erstenmale in der Arzneitaxe vom Jahre 1895 durchgeführte Specification der Arzneiwarenkategorien abgeschlossen.

An diese grundlegende Action wurde die Regelung des Handverkaufes in den Apotheken (Ministerialverordnung vom 14. März und 1. August 1884, R. G. Bl. Nr. 34 und Nr. 1312) angereiht und derselben durch eine umfassende Norm über den allgemeinen Vertrieb arzneilicher Zubereitungen (darunter in und ausländischer Specialitäten) mittelst der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 17. December 1894, R. G. Bl. Nr. 239,3) ergänzt durch die Ministerialverordnung vom 16. April 1901, R. G. Bl. Nr. 40,4) geordnet. Durch diese Verordnungen wurde die freie Medicamentenabgabe in den Apotheken in der liberalsten Weise erweitert und die Production reeller pharmaceutischer Erzeugnisse wesentlich gefördert.

Während auf diese Weise der Arzneiwarenverkehr in den Apotheken geregelt und hiedurch für den materiellen Betrieb derselben gesorgt wurde, erfuhren die wissenschaftlichen Arbeiten zur Revision des officiellen Arzneibuches mit der Herausgabe der siebenten Ausgabe der Pharmakopöe im Jahre 1889 ihren zeitweiligen Abschluss, jedoch wurde letztere durch einen Nachtrag (Additamenta) im Jahre 1900⁵) wesentlich erweitert. Auch hiedurch wurde eine Anzahl neuer, bewährter Artikel dem freien Vertriebe in den Apotheken zugeführt.

Die jährliche Revision der Arzneitaxe gab Gelegenheit zu fortlaufenden successiven Verbesserungen bezüglich der richtigen Eintheilung und Bewerthung der pharmaceutischen Arbeiten, sowie zur Vermehrung der in den Apotheken zu führenden Artikel einerseits durch chirurgische Verbandartikel, anderseits durch Ausrüstungsgegenstände für Hebammen, welche dieselben zu Folge der neuen Hebammeninstruction vom 10. September 1897, R. G. Bl. Nr. 216,6) aus den Apotheken beziehen können. Weiters wurde den Apothekern die Führung und Abgabe des Diphtherie-

heilserums staatlicher Provenienz, und in jüngster Zeit auch des Impfstoffes

aus der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt gestattet.

Ueber allen diesen der Entwicklung des Apothekenwesens förderlichen Neuerungen wurde die Anbahnung einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Neugestaltung der Grundlagen der Apothekeninstitution nicht ausser

Acht gelassen.

Zunächst erfolgte im Jahre 1889 mittelst Verordnung des Unterrichtsministeriums vom 16. December 1889, R. G. Bl. Nr. 200,7 die Hinausgabe einer neuen Studien- und Prüfungsordnung für Pharmaceuten, sowie mit Verordnung des Ministeriums des Innern vom 9. Mai 1890, R. G. Bl. Nr. 81,8) die Neuregelung des pharmaceutischen Lehr- und Hilfsdienstes in den Apotheken unter Zugrundelegung eines höheren Ausmaasses von Mittelschulstudien (6 Mittelschulclassen) und Eröffnung des Apothekerberufes auch für Realschüler. Im Jahre 1900 (Verordnung des Ministeriums für Cultus und Unterricht und des Ministeriums des Innern vom 3. September 1900, R. G. Bl. Nr. 150,9) wurde die Pharmacie auch weiblichen Candidatinnen gleicher wissenschaftlicher Ausbildung zugänglich gemacht.

¹⁾ Siehe Jahrg. 1894, S. 703.

²⁾ Siehe ebenda S. 724.

³⁾ Siehe ebenda S. 721.

⁴⁾ Siehe Jahrg. 1901, S. 195.

 ⁵⁾ Siehe Jahrg. 1900, Beilage zu Nr. 18.
 6) Siehe Jahrg. 1897, S. 360.

Siehe Jahrg. 1890, S. 10.
 Siehe Jahrg. 1890, S. 327.
 Siehe Jahrg. 1900, S. 427.

Die Institution der Medicamenten-Eigenregie der k. k. Krankenanstalten in Wien (seit 1. October 1895 in Betrieb) gab der Pharmacie eine gutorganisirte Pflanzschule wohlinstruirter Hilfskräfte, eine neue Stätte gesicherten Fortkommens und den Privatapotheken ein nachahmenswerthes Beispiel humaner

Fürsorge für die pharmaceutischen Mitarbeiter.

Sofort nach der erfolgten Neuregelung der Studien- und Dienstesverhältnisse der Pharmaceuten im Jahre 1890 erfolgten die Erhebungen zur Reorganisation der Apothekergremien behufs Ausgestaltung derselben zu Vertretungen des gesammten Standes der graduirten Pharmaceuten, ausgestattet mit den nötigen Vollmachten und materiellen Hilfsquellen, um ausreichende Wohlfahrtsinstitute für die Mitglieder begründen, Dienstalterszulagen an die Conditionirenden abgeben, Alterspensionen, Witwen- und Waisenversorgungsinstitute organisiren zu können. — Im Jahre 1894 erstattete der Oberste Sanitätsrath ein um fassen des Gutachten über diese Angelegenheit.

Die lebhafte Discussion, in welche die pharmaceutische Presse, die pharmaceutischen Corporationen, die Vertretungen aller Gruppen des pharmaceutischen Standes in weiterer Verfolgung dieser Frage eintraten, die Fluth der aus diesen Kreisen gestellten neuen Anträge und Forderungen, durch welche der Umfang der Apothekenreform immer mehr erweitert, zugleich aber auch mit immer mehr Widersprüchen und Gegensätzen erfüllt wurde, machten im Vereine mit der später eingetretenen Stockung des parlamentarischen Lebens eine gedeihliche, den pharmaceutischen Stand befriedigende Lösung der Aufgabe unmöglich. Es musste nach einer friedlichen und gemeinsamen Basis für das Reformwerk gesucht werden, welche auch in einer im April 1900 abgehaltenen Enquête, 1) an welcher Vertreter aller pharmaceutischen Gruppen theilnahmen, gefunden wurde.

Leider fand auch dieses Resultat nicht allseitige Billigung weiterer pharmaceutischer Kreise, durch deren stürmisch geforderte Einvernahme die Verwerthung

des schätzbaren Materiales neuerlich verzögert wurde.

Als nach Abschluss aller Erhebungen in einer Ministerial-Commission von Fachmännern und Vertretern der betheiligten administrativen und legislativen Ressorts die Modalitäten des zweckmässigsten weiteren Vorgehens zur baldigen Erzielung der Reform erwogen wurden, stellte es sich heraus, dass so zahlreiche Reformbestimmungen nur durch Abänderung bestehender gesetzlicher Normen erlassen werden könnten, dass die Einbringung von Gesetzesvorlagen, betreffend die Neuregelung des Gremialwesens, sowie betreffend die Errichtung, die Concessionirung und den Betrieb von Apotheken sich als unbedingt nothwendig ergab.

Die fachtechnischen Vorarbeiten hiefür wurden alsbald fertiggestellt und bilden

die Grundlage der auszuarbeitenden legislativen Operate.

Bei dieser Sachlage hielt es die Sanitätsverwaltung für ihre Pflicht, jene Uebelstände im Apothekerbetriebe, welche durch mangelhafte Beobachtung oder Anwendung bestehender Vorschriften oder durch gewohnheitsmässige Missbräuche verursacht wurden und zu Beschwerden der Angehörigen der Pharmacie Anlass geben, genau zu erheben und nach Thunlichkeit zu beseitigen.

Mit dem Erlasse vom 6. Mai 1901, Z. 16816,2) wurden diesfällige Weisungen an alle politischen Behörden erlassen, es wurde denselben die Beseitigung von Missständen im Dienstbetriebe der Apotheken bezüglich der Lohn-, Arbeits-Unterkunftsverhältnisse der Conditionirenden, der Nachtinspection u. dgl. zur Pflicht gemacht und die Erhebung der diesfalls bestehenden Verhältnisse mittelst Fragebogens veranlasst.

²) Siehe Jahrg. 1901, S. 203.



¹⁾ Siehe Jahrg. 1900, Beilage zu Nr. 24.

Das umfangreiche Materiale liegt dem Ministerium des Innern vor; die Ergebnisse dieser Erhebungen werden in dieser Wochenschrift zur Verlautbarung gelangen und wichtige Aufschlüsse bieten. Inzwischen hat die praktische Verwerthung dieser Erhebungen seitens der politischen Behörden bereits begonnen. Auch sah das Ministerium des Innern sich veranlasst, mit dem Erlasse vom 21. April d. J., Z. 16441¹) Weisungen zu ertheilen, durch welche eine planmässige Vermehrung der Apotheken angebahnt, die Veräusserung neu verliehener Apotheken vor zehn Jahren als unstatthaft erklärt, als Maassstab der Beurtheilung der Würdigkeit von Concessionswerbern die persönliche pharmaceutische Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der genossenen Vortheile aufgestellt, der dem Bestande und der Vermehrung von Apotheken nachtheilige unreelle Apothekenhandel eingedämmt wird.

Nicht minder hat das Ministerium des Innern in speciellen Entscheidungsfällen zur Frage der Sonntagsruhe bereits Stellung genommen. Es wurde genehmigt, dass in einer Stadt in Oberösterreich die durch Vereinbarung der drei daselbst befindlichen Apotheken geplante alternirende Sperre einer Apotheke unter Voraussetzung entsprechender Information des Publicums platzgreife. Ferner wurde über Recursbeschwerde eines Landapothekers in Mähren, der seine Apotheke allein führt, als zulässig erklärt, dass demselben während der in der Regel geschäftslosen Stunden des Sonntagnachmittags die Absentirung von der Apotheke zur Erholung in der Umgebung gestattet werde, wenn eine verlässliche Dienstperson (Laborant) in der Apotheke bereit gehalten wird, um Aufträge zu sammeln, den Apotheker eventuell herbeizuholen und die Entnahme etwa augenblicklich benöthigter Medicamente durch den Arzt zu ermöglichen.

Es darf gehofft werden, dass es auf diesem Wege gelingen wird, die zur gesetzlichen Regelung des Apothekerwesens erforderliche Zeitpause im Interesse der Vervollkommnung der Einrichtungen unserer Apotheken zu nutzen, deren allgemeiner Zustand und regelrechter Betrieb auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der Gewissenhaftigkeit und dem fortschrittlichen Eifer, welchem der Apothekerstand ergeben ist, lautes Zeugnis ablegt.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 21. April 1902, Z. 16441,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend Abstellung von Uebelständen im Apothekerwesen.

Um die Abstellung gewisser offenkundiger Uebelstände anzubahnen, welche hinsichtlich der Neuerrichtung, Verleihung und Veräusserung von Apotheken bestehen und dringend eine Abhilfe erheischen, wird der k. k. Nachstehendes eröffnet:

Die über die Verhältnisse der Apotheker im allgemeinen gepflogenen Erhebungen haben

ergeben, dass die Vermehrung der Apotheken mit den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gleichen Schritt hält, was darauf zurückzuführen ist, dass der stetigen Zunahme der Bevölkerung und der Entwicklung der Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zugewendet wird. Die Verhandlungen zum Zwecke der Errichtung einer Apotheke nehmen in der Regel einen schleppenden und langwierigen Verlauf.

Um in dieser Beziehung einen Wandel zum Besseren zu ermöglichen, sind die unterstehenden politischen Behörden aufzufordern,

¹⁾ Siehe unten.

die Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1900 einer aufmerksamen Durchsicht zu unterziehen und unter sachgemässer Antragstellung zu berichten, wo nach diesen Ergebnissen und nach den mit aller Umsicht durchzuführenden weiteren Erhebungen das Bedürfnis nach einer neuen existenzfähigen Apotheke vorhanden wäre, deren Errichtung bewilligt werden könnte, ohne den Fortbestand benachbarter Apotheken zu gefährden.

Auf Grund der von den Unterbehörden gestellten Anträge, welche auch dem Ministerium des Innern in Form einer tabellarischen Uebersicht bis Ende dieses Jahres zur Kenntnis zu bringen sind, wolle die k. k. sodann unter Bedachtnahme auf das Maass und die Dringlichkeit des Bedarfes an neuen Apotheken planmässig mit einer allmählichen Vermehrung der Apotheken vorgehen.

Damit die Durchführung der Errichtung der von der k. k. nothwendig befundenen Apotheken nicht in ungebührlicher Weise verzögert werde, ist strenge darauf zu halten, dass alle zur instanzmässigen Entscheidung erforderlichen Umstände schon in den Vorlageberichten der Unterbehörden mit solcher Genauigkeit und Vollständigkeit klargelegt werden, dass Nachtragserhebungen möglichst vermieden werden können.

Aus dem nämlichen Grunde ist bei der Entscheidung über die Errichtung einer neuen Apotheke nicht blos das Absatzgebiet, für welches sich dieselbe als nothwendig oder doch erwünscht erweist, anzuführen, sondern es ist auch sofort der diesem Absatzgebiete entsprechende Standort der Apotheke durch genaue Bezeichnung der Oertlichkeit (Platz, Strassenkreuzung u. dgl.) festzusetzen.

Von der erfolgten Entscheidung über die Errichtung einer neuen Apotheke ist dem Ministerium des Innern sofort unter Vorlage einer Abschrift der Entscheidungen die Anzeige zu erstatten.

Bei der Verleihung neuer Apothekergerechtsame ist sich strenge an die Vorschrift des Hofkanzleidecretes vom 30. November 1833, P. G. S. Nr. 166, zu halten, dass eine neuerrichtete Apotheke stets dem würdigsten der Bewerber zu verleihen sei. Hinsichtlich der Beurtheilung der Würdigkeit der Bewerber sind folgende Momente masssgebend:

- a) die Zeit, während deren der Bewerber in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und eventuell im Auslande in persönlicher Ausübung des Dienstes thätig war; hiebei ist der Umfang der persönlich geleisteten Arbeit und zwar auch mit Rücksicht auf die hiefür erhaltene Entlohnung oder die genossenen sonstigen materiellen Vortheile zu würdigen;
- b) die pharmaceutisch-wissenschaftliche Qualification des Bewerbers, und
- c) dessen besondere pharmaceutische Leistungen auf wissenschaftlichem und praktischem Gebiete.

Bewerber, die eine im Concurswege erworbene Apotheke vor Ablauf von 10 Jahren veräussert haben, sind, insoferne sie hiezu nicht durch eingetretene zwingende, von der politischen Behörde als stichhältig anerkannte Gründe veranlasst waren, nicht zu berücksichtigen.

Bei Erledigung von Gesuchen um die Verleihung einer Concession zum Betriebe einer Apotheke, welche vom Concessionswerber durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden erworben wurde, sind stets die näheren Umstände in Betracht zu ziehen, unter welchen das Rechtsgeschäft zum Abschlusse gelangt ist.

Besondere Uebelstände ergeben sich daraus, dass Apotheken, welche im Concurswege vergeben worden sind, in verhältnismässig kurzer Frist verkauft werden. Um diese Unzukömmlichkeit, die ganz und gar der Absicht des obangeführten Hofkanzleidecretes zuwiderläuft, hintanzuhalten, sind in Hinkunft nur jene Bewerber um die Concession für eine neue Apotheke zu berücksichtigen, welche sich in ihren Gesuchen zur persönlichen Betreibung der Concession durch mindestens 10 Jahre verpflichten, und ist dies in der Concursausschreibung ausdrücklich hervorzuheben.

Verkauft der Besitzer einer im Concurswege erworbenen Apotheke vor Ablauf von 10 Jahren nach Erhalt der Concession das Etablissement, so wird — insoferne es sich nicht um ohne Verschulden des Concessionärs eingetretene zwingende uud berücksichtigungs- | Mitarbeiter bei der Bewerbung um eine Apowürdige Gründe handelt - dem Erwerber des Etablissements die Concession nicht zu ertheilen sein.

Handelt es sich dagegen um die Verausserung einer Apotheke, die der Besitzer nicht im Concurswege erworben hat, so wird dem Käufer die Concession in der Regel nicht zu verweigern sein, es wäre deun, dass gewichtige Bedenken gegen die Verlässlichkeit seiner Person vorliegen, z. B. wenn von dem Käufer bekannt ist, dass er mit dem Kaufe und Verkaufe von Apotheken Geschäfte zu machen pflegt, oder wenn der Kauf unter Bedingungen erfolgt, welche den Käufer derart belasten, dass ein reeller Betrieb der Apotheke oder ihre Concurrenzfähigkeit gegenüber einer eventuell im Orte zu errichtenden weiteren Apotheke in Frage gestellt erschiene.

Hievon sind die unterstehenden politischen Behörden zur genauesten Darnachachtung in Kenntnis zu setzen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 26. April 1902, Z. 16022,

an die k. k. niederösterreichische Statthalterei in Wien,

betreffend Erläuterungen zur Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern vom 5. Februar 1902, R. G. Bl. Nr. 31, über die Gleichstellung der pharmaceutischen Dienstleistung des Personales der Medicamenten-Eigenregie der k. k. Krankenanstalten in Wien mit jener des pharmaceutischen Personales der öffentlichen Apotheken.

Das Wiener Apotheker-Hauptgremium hat in einer Eingabe vom 18. April d. J. eine in der Vollversammlung des genannten Apothekergremiums vom 17. April d. J. angenommene Entschliesung unterbreitet, in welcher behauptet wird, "dass die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. Februar 1902, R. G. Bl. Nr. 31,*) betreffend die Gleichstellung des Personales der Medicamenten-Eigenregie der k. k. Wiener Krankenanstalten mit jenem der öffentlichen Apotheken in den Kreisen der Assistentenschaft, sowie der Apothekenbesitzer berechtigte Aufregung hervorgerufen habe, da dieselbe die

thekenconcession in Nachtheil setze gegen eine Kategorie von Pharmaceuten, denen durch feste Anstellung, gesichertes Avancement und Altersversorgung ohnehin der Kampf ums Dasein erleichtert wird."

Da diese Auffassung dem Inhalte und Sinne der bezogenen h. o. Verordnung nicht entspricht, wolle die k. k. Statthalterei das Wiener Apotheker-Hauptgremium unverweilt daraut aufmerksam machen, dass durch diese Verordnung lediglich bestimmt wurde, dass das pharmaceutische Personale der Medicamenten-Eigenregie in den Wiener k. k. Krankenanstalten in allen den pharmaceutischen Dienst betreffenden Beziehungen dem pharmaceutischen Personale der öffentlichen Apotheken gleichzuhalten und in der Evidenz des zuständigen Apothekergremiums zu führen ist.

Diese Bestimmung, welche erforderlich ist, damit die im Dienste der Medicamentenregie der Wiener k. k. Krankenanstalten stehenden Pharmaceuten die Anerkennung des Quinqueniums erlangen und im Falle des Ausscheidens aus der Medicamenten-Eigenregie ihre pharmaceutische Thätigkeit in öffentlichen Apotheken fortsetzen können, ertheilt den angestellten Pharmaceuten der Medicamenten-Eigenregie keinerlei Berechtigung, welche denselben nicht schon in ihrer Eigenschaft als Magister der Pharmacie auf Grund der Bestimmungen der Gremialordnung zukommen würde.

Von einem Vorzugsrechte gegenüber den öffentlichen Apotheken conditionirenden Pharmaceuten kann umsoweniger die Rede sein, als diese Verordnung vom 5. Februar d. J. überhaupt auf die Bewerbung um Apothekenconcessionen keinen Bezug nimmt, und mit dem h. o. Erlasse vom 21. April d. J., Z. 16441.*) ausdrücklich bestimmt wurde, dass bei Beurtheilung der Würdigkeit von Bewerbern um eine Apothekenconcession nicht blos die pharmaceutische Dienstzeit und Qualification, sondern unter gleichen Verhältnissen auch der Umstand, welche besonderen Vortheile die betreffenden Candidaten aus ihrem Dienstverhält-

^{*)} Siehe S. 70 d. Bl.

^{*)} Siehe oben.

nisse gezogen haben, als ein die Beurtheilung Apotheker-Hauptgremium der Würdigkeit im negativen Sinne beeinflussendes Moment in Betracht zu ziehen ist.

Die k. k. Statthalterei wolle bei Mittheilung des Vorstehenden an das Wiener

Apotheker-Hauptgremium dasselbe einladen, wegen Zerstreuung der hienach ganz unbegründeten Besorgnisse der conditionirenden Pharmaceuten das Entsprechende zu veranlassen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Italien. Mit Verordnung vom 20. April, Nr. 7, wurde Buenos Aires für pestverseucht erklärt und angeordnet, dass auf Herkünfte aus diesem Hafen die Bestimmungen der Seesanitätsverordnung vom 23. Februar, Nr. 5, (S. 176) Anwendung zu finden haben.

Rumünien. Die gegen Herkünfte aus Bagdad angeordnete 10tägige Quarantaine (S. 71) wurde mit 28. März (10. April) l. J. aufgehoben und durch eine ärztliche Visite ersetzt. Die Häfen von Mangalia und Constantza sind für diese Herkünfte wieder geöffnet.

Türkei. Mit Rücksicht auf das neuerliche Auftreten von Pestfällen in Alexandrien hat der Sanitätsconseil gegenüber Herkünften aus Aegypten eine fünftägige Quarantaine verfügt.

Aegypten. In Aegypten sind in der Woche vom 10. bis 16. April ausser den bereits gemeldeten 2 Pestfällen in Alexandrien (siehe S. 202 d. Bl.) neue Erkrankungen verzeichnet worden: in Decheneh 14, im Districte von Minael Gamh, Provinz Charkieh, 2 (in Sheblanga), im Districte von Mit Gamr 1 (in Komelnur), im Districte von Mit Sammanud (Provinz Dakablieh) 2, im Districte von Tala (Provinz Menufieh) 9 und in Tantah 1 Fall.

Britisch-Indien. In Bombay sind in der Woche vom 19. bis 25. März 853 Erkrankungen und 753 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 16. bis 22. März 420 und in Kurachee vom 15. bis 21. März 75 Todesfälle ausgewiesen worden.

Britisch-Ostafrika. In dem britischen Protectoratsgebiete (S. 202) wurden vom 31. März bis zum 10. April 6 neue Erkrankungen und 2 Todesfälle an Pest beobachtet.

Australien. Neu-Südwales. In der Zeit vom 23. Februar bis 1. März sind in Sydney 17 neue Erkrankungen und 5 Todesfälle und in der folgenden Woche vom 2. bis 8. März 7 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Pest verzeichnet worden.

In Queensland, woselbst im Vorjahre zahlreiche Pesterkrankungen aufgetreten waren (siehe Jahrg. 1901, S. 504), ist Ende Jänner l. J. diese Krankheit neuerdings ausgebrochen. In der Zeit vom 27. Jänner bis 1. März wurden 14 Erkrankungen und 5 Todesfälle, sämmtliche in Brisbane, constatirt.

Brasilien. Die Pestepidemie in Porto Alegre (siehe S. 119) hat, wohl in Folge des heissen Sommers, eine grössere Ausdehnung nicht erlangt. Insgesammt sollen bis zum Beginn des Monates März l. J. in der Stadt ungefähr 40 Erkrankungen und 10 Todesfälle an Pest vorgekommen sein.

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 23. bis 29. April 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Tirol im politischen Bezirke Cles: Tuenno 5.

in Galizien im politischen Bezirke Gorlice: Bartne 6.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Brody: Załozce 2; Drohobycz: Gaje wyznie 1; Grodek: Wrocow 2; Horodenka: Czernelica 19; Jaworow: Wierzbiany 9; Kalusz: Petranka 1; Kamionka: Ruda sielska 4; Kolomea: Kulaczkowce 6; Mościska: Laszki gościncowe 4; Myślenice: Pcim 5; Nadworna: Majdan gorny 1, Nadworna 3; Nisko: Przyszow kameralny 1; Skalat: Magdalówka 1; Stanislau: Dorohów 2, Kolodziejów 3; Tarnopol: Ihrowica 1; Tarnow: Zalasowa 6; Tlumacz: Holoskow 9, Winograd 9; Wadowice: Targanice 7.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 8. Mai 1902.

Mr. 19.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Die Verhältnisse der öffentlichen Apotheken in Wien. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels, betreffend Verpackung von Thee; Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, betreffend eine Abänderung der mit Ministerialverordnung vom 21. December 1899, R. G. Bl. Nr. 271, erlassenen medicinischen Rigorosenordnung; Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums, betreffend die Umwandlung der auf Eisenbahnstrecken noch bestehenden offenen Schöpfbrunnen in geschlossene, mit einem Schöpf- oder Pumpwerke versehene Brunnen. — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichteu.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 3. Mai 1902 abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten nach Mittheilung der laufenden Geschäftsstücke durch den Vorsitzenden O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl folgende Berathungsgegenstände zur Verhandlung:

1. Besetzungsvorschläge für erledigte Primararztesstellen im Status der Wiener k. k. Krankenanstalten. (Referenten: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Gussenbauer und O. S. R. Prof. Dr. Ritter v. Jaksch Namens des Specialcomités.)

2. Gutachten über ein Gesuch um Bewilligung zu bestimmten bakteriologischen Untersuchungen in isolirten Localitäten einer landwirthschaftlichen Versuchsanstalt. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum.)

Die Verhältnisse der öffentlichen Apotheken in Wien.

Durch die in Folge des Ministerialerlasses vom 6. Mai 1901, Z. 16816,*) vorgenommenen ämtlichen Erhebungen über die Apothekenverhältnisse in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern ist es ermöglicht worden, einen klaren Einblick in die dienstlichen Zustände zulgewinnen, welcher erforderlich ist, um über die nothwendigen Verbesserungen der Dienst- und Betriebsverhältnisse unbefangen urtheilen zu können.

Im Nachfolgenden gelangen die wichtigsten Ergebnisse der Erhebungen über

die Wiener Apotheken zur Darstellung.

Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit 1,648.335 Einwohnern,**) welche sich im Decennium von 1890—1900 um etwa 300.000 Seelen vermehrt haben, hatte

*) Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 203.

^{**)} Civilbevölkerung; mit Militär 1,674.957 Einw.

im Jahre 1901 in allen 20 Stadtbezirken 110 öffentliche Apotheken, wobei die k. u. k. Hofapotheke und jene der Barmherzigen Brüder mitgerechnet sind.

Hi	evon ei	ntfielen auf den	.:	-							
				Einwohner	r						Einwohner
I.	Bezirk	(Innere Stadt)	mit	58.503	20	Apotheken,	, d. i.	auf	1	Apotheke	2.925
II.	>	(Leopoldstadt)	>	144.365	8	•	, x>	>	1	• •	18.046
III.	*	(Landstrasse)	*	138.094	7	>	>	*	1	•	19.729
IV.	*	(Wieden)		59.996	5	*	×	٠	1	•	11.909
V.	×	(Margarethen)	»	106.647	5	»	*	٠	1	•	21.329
VI.	•	(Mariahilf)		61.747	4	*		•	1	»	15.437
VII.	*	(Neubau)	>	69.162	8	>	*	•	1	•	8.645
VIII.		(Josefstadt)	•	50.897	3	•	>	•	1	•	16.966
IX.	•	(Alsergrund)	•	94.582	6	•	>	•	1	•	15.764
X.	•	(Favoriten)	•	127.626	4	•	>		1	>	31.907
XI.	•	(Simmering)	>	37.075	2	D	•	»	1	•	18.537
XII.	•	(Meidling)	•	75.102	5	•	•	•	1	>	15.020
XIII.		(Hietzing)	•	64.564	6	*		*	1	>	10.761
XIV.	•	(Rudolfsheim)	•	80.989	5	>	>	»	1	•	16.198
XV.	•	(Fünfhaus)		45.380	2	>	•	>	1	•	22.690
XVI.		(Ottakring)	*	148.652	6	•	*	•	1	, •	24.742
XVII.		(Hernals)	•	90.410	4	•	>	•	1	•	22.603
XVIII.	»	(Währing)	•	85.797	5	•	>	a	1	>	17.159
XIX.	•	(Döbling)	*	37.302	3	*	•	,	1	»	12.434
XX.		(Brigittenau)	<u>, </u>	71.445	2	»		*	1	>	35.722

Stadt Wien . . 1,648.335 110 Apotheken 14.895

In dem nach Bezirken ausserordentlich verschiedenen Relativverhältnisse zwischen der Bevölkerungszahl und der Anzahl der Apotheken kommen die Verkehrs- und Fluctuationsverhältnisse zum Ausdrucke, durch welche ein grosser Theil der peripheren Bevölkerung tagsüber in die Innere Stadt und in einige andere Centralgebiete des städtischen Geschäftsverkehrs abgelenkt wird. Auch nimmt die sehr schwankende Zahl der in den einzelnen Bezirken ansässigen Aerzte Einfluss auf die Zahl der nothwendigen Apotheken.

Für das Jahr 1902 ist die Errichtung von 5 neuen Apotheken in jenen Bezirken, deren Ausbreitung rasch fortschreitet, im Zuge. Wie ungleichmässig die Entwicklung der einzelnen Bezirke ist, lehrt nachstehende Uebersicht.

Nach den Mittheilungen der statistischen Monatsschrift hat im letzten Volkszühlungsdecennium die Bevölkerung Wiens zugenommen, beziehungsweise abgenommen:

im	XX. F	Bez.	zugenommen	um	$90.4^{\circ}/_{\circ}$	im	XVII. I	Зez.	zugenommen	um	21.1%
•	\mathbf{X} .	>	>	>	$50.5^{\circ}/_{\circ}$	-	II.	>	>	>	19.5%
٠	XIV.	٠	•	•	49.0%		XIX.	*	•		17.0%
	XIII.	•	*	*	$46.7^{\circ}/_{\circ}$	•	IX.	*	•		16.5%
,	XVI.	>	۵	•	39.1%	8	VIII.	•	•		3.9%
,	XI.	×	•				XV.				2.8%
">	V.	>	•						>		1.5%
•	III.	>	•						abgenommen		,
	XVIII.	»	۵	9	24.6%		VI.	•	»	>	3.4°
	XII.		,		23.4°		VII.	>	>		1.00%

Zeit der Errichtung. Von 95 Wiener Apotheken, über welche Angaben vorliegen, stammen 6 aus dem XVI., 4 aus dem XVII., 16 aus dem XVIII. Jahrhunderte, 13 wurden in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts errichtet, 13 in den Jahren 1850—1870, weitere 20 in den Jahren 1870—1880, 8 im neunten Decennium, 15 in der Zeit von 1890—1900.

Art der Apotheken. Von 110 Apotheken sind 92 auf Grund von Personalconcessionen errichtet, von den übrigen 18 Realapotheken ist eine ein radicirtes Real-

gewerbe.

Besitzer der Apotheken. Die Besitzer der Personalapotheken sind Magister der Pharmacie; die Zahl derselben beträgt sonach 92. Ausserdem gibt es 27 Besitzer und Mitbesitzer von Wiener Apotheken, welche nicht Magister der Pharmacie sind und 26, welche dem pharmaceutischen Stande nicht angehören.

Von den 92 als Mag. d. Ph. oder Dr. Ph. graduirten Apothekern stehen 3 im Alter von über 70 Jahren, 9 haben das 60. Lebensjahr erreicht oder überschritten, 22 stehen im Alter von 50-60, 25 im Alter von 40-50, 29 im Alter von 30-40,

und 4 im Alter von unter 30 Jahren.

Rechtstitel der Erwerbung der Apotheken. Wenn von der k. u. k. Hofapotheke und jener der Barmherzigen Brüder abgesehen wird, so befinden sich nur 15 Apotheker im Besitze der Apotheke auf Grund der ihnen selbst ertheilten Personalconcession, 91 haben die Apotheken durch Erbschaft oder Kauf und Rechtsgeschäfte unter Lebenden erworben, 2 Apotheken haben Pächter zu Vorständen.

Materielle Verhältnisse der Wiener Apotheken. Nur 21 von den 110 Apotheken Wiens sind im eigenen Hause des Besitzers untergebracht, 89 haben gemiethete Localitäten. Manche Apotheken, welche oft um hohe Summen erworben wurden — von 17 Apotheken wurden Kaufbeträge im Gesammtwerthe von 2,858.000 K angegeben — sind stark belastet, und viele haben für die Miethe der Localitäten bedeutende Miethzinse zu tragen, welche sich insgesammt auf eine Summe von 1,180.383 K jährlich belaufen. Hievon stehen in einer Miethe von mehr als 15.000 K 2 Apotheken, von mehr als 10.000 K 3 Apotheken, von 8—9000 K 10 Apotheken, von 6—8000 K 7 Apotheken, von 5—6000 K 9 Apotheken, von 4—5000 K 12 Apotheken, von 3—4000 K 13 Apotheken, von 2—3000 K 22 Apotheken und 11 in einem geringeren Miethzinse als 2000 K.

Nur in 21 Apotheken wird neben der Arzneiabgabe ein pharmaceutischer

Nebenbetrieb (Arzneigrossproduction) ausgeübt.

Leitende Pharmaceuten. Personalverhältnisse. Wie erwähnt, fungiren 2 Leiter von Apotheken als Pächter, ausserdem gibt es 20 pharmaceutische Leiter von im Besitze nicht befähigter Personen befindlichen Apotheken und 24 Provisoren.

Wird von den als Hofbeamte angestellten Pharmaceuten abgesehen, so stehen sämmtliche Pächter, Leiter und die grösste Anzahl der Provisoren im Alter von 30-50 Jahren. Nur 2 Provisoren haben das Alter von 50 Jahren wenig überschritten, 2 das Alter von 30 Jahren noch nicht erreicht.

Dem Familienstande nach sind von den 44 Leitern und Provisoren 17 ver-

heiratet, 2 Witwer, die übrigen ledigen Standes.

Die Bezüge dieses leitenden pharmaceutischen Personales gehen fast durchwegs über $3000\,K$ jährlich hinaus und erreichen in einzelnen Fällen mehr als den doppelten Betrag.

Das pharmaceutische Hilfspersonale. Die grösste Zahl der pharmaceutischen Hilfspersonen stellen die pharmaceutischen Adjuncten, d. i. jene Magister der Pharmacie, welche bereits 5 Jahre als Magister gedient und die Befähigung zur selbständigen Leitung einer Apotheke erlangt haben.

Ihre Zahl beträgt 231, während sich die Zahl der pharmaceutischen Assistenten ohne Quinquennium auf 40 beläuft. Nebst diesen beiden werden



in den Wiener Apotheken noch 39 Dispensanten, welche den Magistergrad nicht besitzen, jedoch die Tirocinialprüfung abgelegt haben, dann 16 Aspiranten, welche in der pharmaceutischen Praxis stehen, endlich 19 Sustentanten, d. i. aushelfende Pharmaceuten, zumeist aus den Reihen der Studirenden, verwendet.

An pharmaceutischen Hilfspersonen stehen sonach im Dienste der Apotheken:

Adjuncten								231
Assistenten								40
Dispensanten					٠.			3 9
Sustentanten								19
Aspiranten								
-							-	 345

Im Durchschnitte entfallen auf jede der 110 Apotheken in Wien 3 pharmaceutische Hilfspersonen. Im Besonderen jedoch gestalten sich die Dienstverhältnisse, wenn auch die Leiter und Provisoren berücksichtigt werden, in nachstebender Weise:

Es entfallen auf

														15 Ph	arınaceuten,
4	Apotheken	ı .				• .					٠		je	6	•
14	•												•	5	»
34	»			• .									•	4	•
36	,												>	3	ď
16	•												*	2	*
4	•	•												1	*
1	Apotheke	(ohne	e geschultes					Hilfspersonal) .						1 Aspirant.	

Dienst. Hiernach gestalten sich auch die Dienstverhältnisse in den Apotheken in Bezug auf den Dienstwechsel und den Nachtdienst sehr verschieden. In Folge der besonderen Verhältnisse des Apothekendienstes, der eine fortwährende Bereitschaft bei Tag und Nacht erfordert, hat sich eine derartige Diensteintheilung im Einvernehmen der Apothekenchefs mit dem pharmaceutischen Hilfspersonale herausgebildet, dass die dienstthuenden Pharmaceuten einen mehrtägigen concentrirten Dienst übernehmen, um dann einen vollständig freien Erholungstag zu gewinnen, wobei meist auch der Sonntag in den allgemeinen Turnus einbezogen wird.

Dienstfreie Zeit. Als dienstfreie Zeit ist geboten bei dem pharmaceutischen Hilfspersonale: In 12 Apotheken jeder 3. ganze Tag, in 5 Apotheken jeder 3. ganze Tag im Sommer, im Winter jeder 3. ganze oder halbe Tag abwechselnd, in 1 Apotheke jeder 4. ganze Tag und der folgende Vormittag, in 41 Apotheken jeder 3. Tag abwechselnd halb und ganz, in 47 Apotheken jeder 4. Tag ganz und in einzelnen Fällen noch jeder 4. Sonntag Nachmittag. in 1 Apotheke jeder 3. Nachmittag; in 1 Apotheke fehlt ein Ersatzpersonale, von 1 Apotheke fehlt die Auskunft.

In fast allen Apotheken ist dem pharmaceutischen Hilfspersonale ein 14tägiger.

in manchen ein dreiwöchentlicher Urlaub im Jahre zugesichert.

Tagesbetrieb. Was den Tagesbetrieb der Wiener Apotheken anbelangt, so dauert derselbe fast durchwegs von 7 Uhr Früh bis 9, in einigen Fällen bis 10 Uhr Abends, und zwar:

In	73	Apotheken	von	7	$\mathbf{U}\mathbf{hr}$	Früh	bis	9	Uhr	Abends
•	28			•		•			>	3 .
•	1	Apotheke	•	6	•			9	>	>
		Apotheken							ņ	n
		* - *							*	•
Þ	1	Apotheke -	•	6	n		>	10	, 3	•
•	2	Apotheken	•	$7^{1/_{2}}$	•	. »				>
•	1	Apotheke	>	7	•	•	•	$10^{4}/_{2}$	>>	•

Standes- und Altersverhältnisse des Hilfspersonales. Adjuncten. Von den 231 pharmaceutischen Adjuncten sind 80, d. i. $35^{\circ}/_{\circ}$ verheiratet, 3 sind Witwer.

Da die Adjuncten alle das pharmaceutische Quinquennium hinter sich haben, steigen die Altersstufen vom 26. Jahre an, und stehen dieselben, soweit die Angaben reichen:

Sonach ist etwas mehr als ein Viertel der Adjuncten älter als 40 Jahre.

Assistenten. Von den 40 pharmaceutischen Assistenten, welche sich alle im Alter bis 30 Jahren befinden, sind 4 verheirathet. Die meisten (26) stehen im Alter von 26-30 Jahren, 14 haben das 26. Lebensjahr noch nicht erreicht.

Bezüge des pharmaceutischen Hilfspersonales. Die Bezüge der Pharmaceuten in Wien können mit Rücksicht auf die in Wien herrschenden Theuerungsverhältnisse nicht als günstige angesehen werden, obschon dieselben, wie die beigegebene Nachweisung zeigt, auch nicht als unbedeutend bezeichnet werden können. Es stellt sich heraus, dass der Pharmaceut in Wien schon in jungen Jahren ein fixes Jahreseinkommen von 2000—2400 K erwerben kann; deprimirend ist es jedoch, dass er in der Regel lange auf dieser Einkommensstufe verharren muss.

Neben dem Gehalte sind nur einem Drittel der Pharmaceuten Nebenemolumente in Form einer Naturalwohnung geboten, die dann wohl auch als Inspectionslocale während des Nachtdienstes benützt wird.

Besondere Inspectionslocale sind nur in 76 Apotheken nachgewiesen worden. Die Gehaltsstufen des pharmaceutischen Personales sind aus nachstehender Uebersicht ungefähr zu entnehmen:

				• Es beziehen Gehalte von													
					K	2000-2500	2500-3000	3000-3500	3500-4000	6000-7000							
Leiter						1	1	9	1	3							
Provisoren							8	5	9								
Adjuncten							9 8	32	4								
Assistenten							8	1									

Weitere Angaben fehlen. Es sei nur bemerkt, dass 2 Adjuncten und 4 Assistenten Bezüge unter 2000 K erhalten, da dieselben nur theilweise am Dienste theilnehmen.

Altersversorgung. Was dieses wichtige Gebiet der Fürsorge für zukünftiges Wohl anbelangt, muss constatirt werden, dass nur ein kleiner Theil der Pharmaceuten an den bestehenden Versicherungsinstituten sich betheiligt. Nur 49 Pharmaceuten haben sich eine Altersversorgung gesichert, 8 haben eine anderweitige Lebensversicherung gewählt.

Aus den vorstehenden Angaben, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit machen, kann ein beiläufiges Bild der Verhältnisse des Apothekerstandes in Wien gewonnen und mancher Schluss gezogen werden, der zu Besserungen der wenig beneidenswerthen allgemeinen Lage der Pharmaceuten verwerthet werden kann. Weitere Mittheilungen werden einen Vergleich mit den Verhältnissen am Lande gestatten.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels vom 23. April 1902,

R. G. Bl. Nr. 81,

betreffend die Verpackung von Thee.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897*) wird verordnet:

Zum Einhüllen von Thee dürfen Metallfolien, die in 100 Gewichtstheilen mehr als einen Gewichtstheil Blei enthalten, nicht verwendet werden, wenn diese Metallfolien mit dem Thee in unmittelbare Berührung kommen.

Diese Verordnung, durch welche der § 2 der Ministerialverordnung vom 13. October 1897, R. G. Bl. Nr. 235,**) hinsichtlich der Verpackung von Thee ausser Kraft gesetzt wird, tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern vom 22. April 1902,

R. G. Bl. Nr. 89.

an sämmtliche medicinische Decanate,

betreffend eine Abänderung der mit Ministerialverordnung vom 21. December 1899, R. G. Bl. Nr. 271, erlassenen medicinischen Rigorosenordnung.

Mit Rücksicht auf die seitens der medicinischen Professorencollegien erhobenen Vorstellungen, betreffs der mit Ministerialverordnung vom 21. December 1899, R. G. Bl. Nr. 271,***) erlassenen medicinischen Rigorosenordnung, finde ich auf Grund der mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. April 1902 ertheilten Ermächtigung im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern für das erste Rigorosum nachstehende Bestimmungen zu erlassen:

1. Den Studirenden der Medicin, welche seit dem Inkrafttreten der obcitirten Rigorosenordnung die medicinischen Universitätsstudien begonnen haben, wird gestattet, von den in § 7 bezeichneten Einzelprüfungen des ersten Rigorosums jene aus "Allgemeiner Biologie" und "Physik für Mediciner", sowie jene aus "Chemie für Mediciner" oder aus "Histologie" schon am Schlusse ihres vierten Semesters abzulegen.

Für die beiden theoretischen Einzelprüfungen aus Allgemeiner Biologie und Physik für Mediciner ist ein gemeinsamer Prüfungsact anzusetzen.

-2. Den nicht schon am Schlusse des vierten Semesters abgelegten Einzelprüfungen des ersten Rigorosums haben sich die betreffenden Studirenden im Laufe des nächsten Semesters zu unterziehen, und sind hiebei die Termine für diese Einzelprüfungen so weit thunlich im Anfange des Semesters anzusetzen.

Es bleibt den Studirenden unbenommen, die Anzahl der vor Ablegung des ersten Rigorosums frequentirten Semester freiwillig zu vermehren.

Bei der Anberaumung der Termine für die im fünften oder einem späteren Semester abzulegenden Einzelprüfungen des ersten Rigorosums kann, unbeschadet der Bestimmungen des § 19, Absatz 3, in der Regel ein Intervall von zwei Wochen gewährt werden.

Die theoretisch-praktischen Einzelprüfungen (§ 7) aus d) Anatomie, f) Histologie, eventuell c) Chemie für Mediciner und e) Physiologie sind in der Regel in der eben angegebenen Reihenfolge, und zwar nach den übrigen Einzelprüfungen abzulegen.

3. Erhält ein Candidat aus einer oder mehreren Einzelprüfungen den Calcül "ungenügend", so hat er diese Prüfungen nach Ablegung sämmtlicher Theilprüfungen des Rigorosums zu wiederholen.

Die Reprobationsfristen sind vom Decan im Einvernehmen mit den betreffenden Fachexaminatoren zu bestimmen, und im Falle der Candidat nur bei einer Einzelprüfung nicht entsprochen hat, in der Regel mit zwei Monaten,

^{*)} Siehe Jahrg. 1897, S. 143.

^{**)} Siehe Jahrg. 1897, S. 406.

^{***)} Siehe Jahrg. 1900, S. 6.

prüfungen mit drei bis sechs Monaten zu bemessen.

Wenn der Candidat bei der ersten Wiederholung einer oder mehrerer Einzelprüfungen abermals nicht entspricht, so gelten für die zweite Wiederholung der betreffenden Einzelprüfungen die gleichen Reprobationsfristen.

Zu einer dritten Wiederholung einer oder mehrerer Einzelprüfungen kann der Candidat auf Antrag des Professorencollegiums vom Minister für Cultus und Unterricht zugelassen werden, wobei dem Candidaten aufgetragen werden kann, die betreffenden Prüfungsfächer vorher noch durch ein oder zwei Semester zu frequentiren.

Im Falle der Reprobation bei dieser dritten Wiederholung einer oder mehrerer Einzelprüfungen gelten die Bestimmungen des § 28 der medicinischen Rigorosenordnung.

- 4. Versäumt ein Candidat den für eine Prüfung angesetzten Termin ohne triftige Entschuldigungsgründe, so verfällt die für den betreffenden Prüfungsact bestimmte Quote der Taxe: unterzieht er sich dieser Prüfung auch bei dem ihm zu bestimmenden weiteren Termine ohne triftigen Entschuldigungsgrund nicht, so ist er so zu behandeln, als ob er die betreffende Prüfung nicht bestanden hätte.
- 5. Die Prüfungen aus allgemeiner Biologie Physik und Histologie haben für jeden Candidaten mindestens eine Viertelstunde zu dauern. welche Zeitdauer bei den Prüfungen Chemie, Anatomie und Physiologie entsprechend zu verlängern ist.
- 6. Für jene sechs Semester, welche der Candidat laut § 4 und 5 der medicinischen Rigorosenordnung behufs seinerzeitigen Zulassung zum zweiten und dritten Rigorosum noch zu frequentiren hat, ist erst jenes als das erste anzurechnen, im Verlaufe dessen er den Calcül über das bestandene erste Rigorosum (§ 24) erhalten hat.

Indem ich das Decanat auffordere, nach Maassgabe der vorstehenden Bestimmungen schon rücksichtlich jener Candidaten vorzugehen, welche im laufenden Studienjahre den zweiten medicinischen Jahrgang frequentiren, behalte ich mir vor, die Aeusserungen der medicinischen

der Reprobation in mehreren Einzel- | Professoren-Collegien betreffs Abanderung der medicinischen Rigorosenordnung auch in Ansehung des zweiten und dritten Rigorosums in Erwägung zu ziehen und sohin die Rigorosenordnung mit den noch zu beschliessenden Modificationen zu erlassen.

> Rücksichtlich des Studienbetriebes in den letzten sechs Semestern werden diese in Aussicht genommenen Modificationen keine Aenderung hervorrufen, weshalb sich die Studien auf alle jene Facher zu erstrecken haben, welche in der Rigorosenordnung als Prüfungsgegenstände des zweiten und dritten Rigorosums bezeichnet sind.

Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums vom 16. April 1902, Z. 7001,

an alle k. k. Staatsbahndirectionen und alle Bahnverwaltungen,

betreffend die Umwandlung der auf den Eisenbahnstrecken noch bestehenden offenen Schöpfbrunnen in geschlossene, mit einem Schöpf- oder Pumpwerke versehene Brunnen.

Nach der vorgeschrittenen hygienischen Erkenntnis der Gegenwart unterliegt es keinem Zweifel, dass die offenen Zieh- und Schöpfbrunnen zu schweren Benachtheiligungen der Gesundheit jener Personen führen können, welche deren Wasser als Trinkwasser geniessen oder zu Küchenzwecken verwenden. Denn selbst bei guter Construction dieser Art von Brunnen kann der Brunnenschacht nur schwer vor dem Eindringen von Meteorwässern von Aussen gesichert werden, und bietet die Förderung des Wassers durch Eimer oder andere Schöpfgefässe fortwährenden Anlass, dass gesundheitsschädliche Verunreinigungen, darunter auch solche, welche Ansteckungskeime von Infectionskrankheiten enthalten, durch die Schöpfgefässe, mit welchen oft in der unsaubersten Weise hantirt wird, in das Brunnenwasser gelangen und zur Quelle von Epidemien werden.

Mit Rücksicht auf diese Bedenken, welche durch vielfache Erfahrungen ihre Bestätigung fanden, wird den k. k. Staatsbahndirectionen, wie auch den geehrten Privatbahnverwaltungen angelegentlich empfohlen, ihr Augenmerk darauf zu richten, dass die in einzelnen Stationen, Haltestellen und Wächterhäusern noch vorhandenen offenen Brunnen im Laufe der nächsten Jahre successive mit einer Eindeckung versehen und mit entsprechenden Pump- oder Schöpfwerken ansgerüstet werden.

Nachdem für Brunnen, aus welchen das Wasser selten geschöpft wird, gewöhnliche, aus schmiedeisernen, im Brunnenwasser löslichen Bestandtheilen angefertigte Pumpen sich nicht eignen, da dieselben eisenhältiges, nicht geniessbares und auch zum Waschen (wegen Absetzung des Rostes) unbrauchbares Wasser liefern, so wird für solche Brunnen die Verwendung von Becherschöpfwerken empfohlen,

welche, aus verzinnten Bestandtheilen nach Art der Paternosterwerke angefertigt, die bei Pumpen auftretenden Uebelstände beseitigen. Diese auf einzelnen k. k. Staatsbahnlinien bereits in Verwendung genommenen, hier von der Firma Anton Kunz in Mährisch-Weisskirchen gelieferten Becherschöpfwerke haben sich bestens bewährt, kommen bei ihrer Anschaffung und Instandhaltung verhältnismässig billig zu stehen und bieten die Möglichkeit, die für die Gesundheit dringend erforderliche Schliessung der noch offenen Brunnen durchzuführen, weshalb gewärtigt wird, dass diese Maassnahme ehestens durchgreifend Eingang finden werde.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In den am 24. Februar und 3. März l. J. abgehaltenen Sitzungen wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber den Vertrieb pharmaceutischer Specialitäten durch eine Apotheke ausserhalb Wiens.
- 2. Ueber die Zulässigkeit eines geringen Mehlzusatzes bei der Erzeugung von Würsten, sowie über die Einfuhr von Wurstwaren aus Deutschland.
- 3. Ueber die angeblich gesundheitsschädliche Wirkung der in einer chemischen Fabrik entwickelten Dämpfe.
- 4. Ueber die Verpflichtung zur Anzeige der eitrigen Bindehautentzündung Neugeborener und des Starrkrampfes.
- 5. Ueber einen Initativantrag, betreffend die Agitation des allgemeinen österreichischen Naturheilvereines durch Verbreitung impfgegnerischer Pamphlete und
- 6. Vorschläge für die Besetzung mehrerer Primararztesstellen und einer Directorstelle an den Wiener k. k. Krankenanstalten.

In der am 17. März l. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber das Statut einer Privatheilanstalt in Wien.
- 2. Ueber die Errichtung einer chirurgischen Abtheilung in einer Privatheilanstalt ausserhalb Wiens.
- 3. Verläufige Mittheilung über die Constatirung der Verhältnisse beim Pottschacher Schöpfwerke.

Oberösterreich. In der Sitzung am 28. Februar 1. J. wurde über die Zweckmässigkeit der Errichtung einer dritten Apotheke in Wels und über die Zulässigkeit der Ingenieur Schmid'schen Sargschienen verhandelt.

In der Sitzung vom 14. März l. J. wurden über die Errichtung eines Spitales und über das Project einer Badeanstalt Gutachten erstattet.

Kärnten. In den Monaten Jänner, Februar und März 1902 gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung und Beschlussfassung:

- 1. Besetzungsvorschlag für die Landesveterinärreferentenstelle bei der k. k. kärntnerischen Landesregierung. (Referent: Landesregierungsrath Dr. Ed. Meusburger.)
- 2. Vorschläge zur Besetzung der Districtsarztesstellen in Liesing und St. Stefan. (Referent: Sanitätsrath Dr. A. Smoley.)

- 3. Gutächtliche Aeusserung über die Eignung zweier von der Firma Odelga in Wien in Vertrieb gebrachter Impfbestecke zur Verwendung bei den öffentlichen Impfungen. (Referent: Sanitätsrath Dr. Fr. Neumann)
- 4. Besetzungsvorschlag für eine Secundararztesstelle im öffentlichen Krankenhause zu Villach. (Referent: Sanitätsrath Dr. A. Smoley.)
- 5. Gutachten über die Gefahren der Uebertragung von Infectionskrankheiten durch das Probiren von Kinderblasinstrumenten auf Märkten. (Referent: Sanitätsrath Dr. R. v. Joseh.)
- 6. Besetzungsvorschläge für die Bezirkshebammenstellen in Ottmanach, Ferlach, Krumpendorf, Köttmannsdorf, Launsdorf, Malborgeth, Deutsch-Griffen. (Referent: Landesregierungsrath Dr. Ed. Meusburger.)

Tirol und Vorarlberg. In der Sitzung vom 15. März l. J. kamen nachfolgende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Gutachten betreffs Concessionirung einer Anstalt zur Verabreichung von elektrischen und anderen Heilbädern.
 - 2. Gutachten über die Nothwendigkeit der Errichtung einer zweiten Apotheke in Mori.
- 3. Antrag betreffs Errichtung einer staatlichen Lebensmittel-Untersuchungsanstalt in Innsbruck.

Galizien. Berathungsgegenstände in der Sitzung am 4. Februar 1902:

- 1. Vorschlag zur Besetzung von zwei k. k. Bezirksthierarztesstellen und drei k. k. Veterinärassistentenstellen. (Referent: k. k. Landesveterinärreferent Ponicki.)
- 2. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit des Verkaufes und Feilhaltens der Essigessenz. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Badzyński.)
- 3. Besetzungsvorschlag für zwei erledigte k. k. Oberbezirksarztesstellen. . (Referent: k. k. Hofrath und Landessanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 4. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Errichtung einer neuen öffentlichen Apotheke in Stara Sol, Bezirk Alt-Sambor und in Jablonow, Bezirk Peczenizyn. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)
- 5. Gutachten über die Erhöhung des Reisepauschales für den Districtsarzt in Sokolow, Bezirk Kolbuszowa. (Referent: k. k. Hofrath und Landessanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 6. Begutachtung der Pläne eines neu zu errichtenden Isolirpavillons beim allgemeinen St. Lazarus-Krankenhause in Krakau. (Referent: Sanitätsrath Docent Dr. Schramm.)
- 7. Gutachten in Angelegenheit der Verwandlung einer Saisonapotheke in eine stabile Apotheke in dem Curorte Lubień Wielki, Bezirk Grodek. (Referent: Sanitätsrath Docent Dr. Schramm.)
- 8. Gutächtliche Aeusserung über eine Gerbereianlage in Sokolów, Bezirk Kolbuszowa. (Referent: Sanitätsrath Docent Dr. Schramm.)

Berathungsgegenstände in der Sitzung am 4. März 1902:

- 1. Besetzungsvorschlag für zwei k. k. Sanitätsconcipistenstellen. (Referent: k. k. Hofrath und Landessanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 2. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Errichtung einer neuen öffentlichen Apotheke in Krukienice, Bezirk Mościska (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg); in Podbuz, Bezirk Drobobycz (Referent: Docent Sanitätsrath Dr. Schramm); einer zweiten Apotheke in Grodek (Referent: k. k. Regierungsrath Sanitätsrath Dr. Opolski); einer dritten in Neusandez (Referent: Docent Sanitätsrath Dr. Schramm) und von zwei neuen öffentlichen Apotheken in Tarnów. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)
- 3. Vorschlag des für die Verleihung der Apothekerconcession in Probuzna, Bezirk Husiatyn, geeigneten Candidaten. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)
- 4. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Zündhölzchenfabrication aus weissem Phosphor. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Bądzyński.)
- 5. Begutachtung des Statutes des israelitischen Krankenhauses in Zalubińcze, Bezirk Neusandez. (Referent: Sanitätsrath Dr. Merczyński.)

6. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Errichtung einer Salmiakfabrik in Krakau. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Bądzyński.)

7. Gutachten über eine zu errichtende Lackfirnissfabrik in Lemberg. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Bądzyński.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Schweden. Mit Kundmachung des königlichen Commerzcollegiums in Stockholm vom 11. April 1. J. wurde Rio de Janeiro für pestfrei erklärt. Es gelten demnach noch als pestverseucht die türkischen Provinzen Hedjaz und Yemen in Arabien, die Häfen des Persischen Meerbusens und am Schat-el-Arab, Kurachee. Bombay, Calcutta, Formosa, Macao, ferner Newchwang und Canton (China), Port Elizabeth (Capcolonie) und Neu-Caledonien.

Türkei. Der Oberste Sanitätsconseil beschloss ägyptische Herkünfte anstatt der fünftägigen Quarantaine (siehe S. 216 d. Bl.) der Desinfection von Wäsche und Effecten der Passagiere dritter Classe und der Mannschaft zu unterziehen. Für zurückkehrende Pilger bleibt die fünftägige Quarantaine (siehe S. 188 d. Bl.) in Kraft.

Aegypten (S. 216). In der Woche vom 17. bis 23. April wurden verzeichnet in Benha 1 (1). in Decheneh, Provinz Keneh, 5 (4), im Districte Mit Gamr 2 (1), im Districte Mit Sammanud, Provinz Dakahlieh 5 (1), im Districte Tala, Provinz Menufieh, 7 (4) und in Tantah 3 Erkrankungen (1 Todesfall).

Britisch-Indien. (S. 216.) In Bombay sind in der Woche vom 26. März bis 1. April 1076 Erkrankungen und 909 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 23. bis 29. März 530 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Britisch-Ostafrika. (S. 216.) In der Zeit vom 11. bis 20. April wurden 8 neue Erkrankungen beobachtet. Insgesammt sind bisher 57 Personen erkrankt und 19 gestorben.

Capcolonie. (S. 176.) In der Woche vom 23. bis 29. März ist in Port Elizabeth, woselbst seit mehr als zwei Monaten kein Pestfall beobachtet worden war (siehe S. 71 d. Bl.), neuerdings ein solcher Krankheitsfall constatirt worden. Seit Ausbruch der Pest sind in der Colonie insgesammt 878 Erkrankungen (422 Todesfälle) ausgewiesen worden, und zwar auf der Caphalbinsel 745 (362), in Port Elizabeth 106 (50), in Mosselbay 13 (4) und in anderen Orten 14 (6).

Brasilien. In Paranagua (S. 203) soll die Pest erloschen sein.

Argentinien, Uruguay. Laut telegraphischer Mittheilung aus Buenos Aires (Argentinien) vom 23. April 1. J. ist in dieser Stadt und in Montevideo (Uruguay) Pest ausgebrochen.

Cholera. Rumänien. Die Küstengebiete des Hedjaz von Jambo bis Mamuret Hamidieh sind vom 28. März (10. April) an für choleraverseucht erklärt werden; Herkünfte aus diesen Gebieten unterliegen einer zehntägigen Quarantaine in Sulina. Die Einfuhr der im Cap. II, Tit. IV des Reglements der Venediger Convention angeführten Gegenstände aus den gedachten Gegenden ist verboten.

Türkei. (S. 203.) In Djeddah wurden in der Zeit vom 8. bis 10. April 13 Choleratodesfälle verzeichnet. Unter den in Jambo aus Djeddah eingetroffenen Pilgern sind vom 7. bis 8. April 19 weitere Todesfälle beobachtet worden. Von den bis zum 8. April von Jambo nach Medina abgegangenen 9000 Pilgern sind in letzterer Stadt bis zum 20. April 11 an Cholera verstorben. Unter der einheimischen Bevölkerung Medinas ist während dieser Zeit kein Cholerafall vorgekommen. In Mekka wurde seit 8. April, an welchem Tage daselbst noch eine Choleraerkrankung beobachtet worden war, kein weiterer Fall verzeichnet.

Aegypten. Im Lazarethe von El Tor (S. 203) sind vom 9. bis 21. April 6 Erkrankungen und 5 Todesfälle an Cholera unter den aus dem Hedjaz eingetroffenen Pilgern aufgetreten.



Vermischte Nachrichten.

Der XIV. internationale medicinische Congress wird in der Zeit vom 23. bis 30. April 1903 in Madrid stattfinden und in nachstehende Sectionen getheilt sein:

1. Anatomie (Anthropologie, vergleichende Anatomie, Embryologie, beschreibende Anatomie, normale Histologie und Theratologie), 2. Physiologie und biologische Chemie, 3. Allgemeine Pathologie, pathologische Anatomie und Bakteriologie, 4. Therapie, Pharmakologie und Materia medica, 5. Interne Pathologie, 6. Nerven- und Geisteskrankheiten und Kriminalanthropologie, 7. Pädiatrie, 8. Dermatologie und Syphiligraphie, 9. Chirurgie und ehirurgische Operationen, 10. Ophthalmologie, 11. Otologie, Rhinologie und Laryngologie, 12. Odontologie, 13. Geburtshilfe und Gynäkologie, 14. Militär- und Schiffsmedicin und Hygiene, 15. Hygiene, Epidemiologie und technische sanitäre Wissenschaften, 16. Gerichtliche Medicin.

An dem Congresse können inländische und ausländische Aerzte, Apotheker, Thierärzte und andere Personen, welche in irgend einem Zweige der medicinischen Wissenschaften thätig sind, theilnehmen, wenn sie sich als Congressmitglieder einschreiben und den Mitgliedsbeitrag von 20 Pesetas entrichten. Dieser Betrag ist bei der Einschreibung, jedenfalls aber bis zum Tage der Congresseröffnung im Generalsecretariate (Medicinische Facultät in Madrid) zu entrichten, worauf die Mitgliedskarte ausgefolgt wird. Der Besitz der Mitgliedskarte berechtigt zur Inanspruchnahme aller den Congresstheilnehmern vorbehaltenen Begünstigungen. Sowohl die inländischen als auch die ausländischen Comités sind berechtigt, die Mitgliedsgebühren der sich bei ihnen anmeldenden Congresstheilnehmer in Empfang zu nehmen, und erhalten vom Generalsecretariate nach Einsendung der betreffenden Beträge die entsprechende Anzahl von Mitgliedskarten. Bei den ausländischen Comités können Anmeldungen nur bis zum 20. März 1903 erfolgen; später sind Theilnahmserklärungen und die Mitgliedsgebühren direct an das Generalsecretariat des Congresses zu richten. Jeder Congresstheilnehmer hat dem General-Secretariate entweder direct oder durch Vermittlung des betreffenden Comités unter Anschluss seiner Visitkarte seinen Namen, Beruf, Titel u. s. w. deutlich und leserlich bekanntzugeben, zu welchem Zwecke seitens des Generalsecretariates Drucksorten zur Verfügung gestellt werden.

Die Congressmitglieder sind berechtigt, an sämmtlichen Congressverhandlungen theilzunehmen, mündliche oder schriftliche Mittheilungen vorzubringen, sich an den Debatten und Discussionen zu betheiligen und in den zur Abstimmung gelangenden Fragen mitzustimmen. Sie haben überdies Anspruch auf ein Exemplar des Generalberichtes füber die Verhandlungen des Congresses und auf ein Exemplar des ausführlichen Berichtes über die Verhandlungen jener Section, in welcher sie eingeschrieben waren. Congressmitglieder, welche mehrere Bände oder die vollständige Sammlung sämmtlicher Berichte zu empfangen wünschen, werden für jeden Band einen nachträglich zu bestimmenden Betrag, der jedoch die Druckkosten nicht überschreiten wird, zu entrichten haben. Vormerkungen auf die Berichte wird das Generalsecretariat bis zum Schlusse des Congresses entgegennehmen. Die Congressmitglieder haben schon bei der Einschreibung bekanntzugeben, welcher Section sie anzugehören wünschen; es bleibt ihnen jedoch gestattet, auch den Verhandlungen der anderen Sectionen beizuwohnen und an denselben theilzunehmen.

Mit der Leitung des Congresses ist ein Executivoomité, bestehend aus dem Präsidenten, dem Generalsecretär und dem Cassier, sowie den Präsidenten und Secretären der einzelnen Sectionen betraut.

Die Dauer eines Vortrages darf 15 Minuten nicht überschreiten und eine Betheiligung an der Debatte darf nicht länger als 5 Minuten dauern. Dem Vortragenden ist es gestattet, innerhalb 10 Minuten die gemachten Einwendungen zu beautworten. Bei besonder Wichtigkeit des verhandelten Gegenstandes kann der Präsident ausnahmsweise dem Vortragenden eine längere Sprechdauer gewähren. Die Theilnehmer an der Debatte sind verpflichtet, nach Schluss der Sitzung dem Sectionssecretär ein kurzes Resumé dessen, was sie gesprochen, zu überreichen.

Die für den Congress bestimmten Vorträge sind dem Executivomité vor dem 1. Jänner 1903 einzusenden, welches dieselben der betreffenden Section zumitteln wird. Den Vorträgen ist ein kurzer Auszug, wenn möglich in Form von Schlusssätzen beizuschliessen, welcher in Druck gelegt und unter die Mitglieder der betreffenden Section vertheilt werden wird. Es können

wohl Vorträge auch nach dem 1. Jänner 1903 und sogar noch während des Congresses überreicht werden, sie gelangen jedoch erst nach den in der vorgeschriebenen Zeit eingebrachten Vorträgen auf die Tagesordnung. Der geschriebene Text einer jeden dem Congresse in den Generalversammlungen oder in den Sectionen vorgelegten Arbeit ist an demselben Tage in dem betreffenden Secretariate zu hinterlegen. Ueber die vollständige oder nur theilweise Aufnahme desselben in den Bericht entscheidet das Executivcomité.

Die officiellen Verhandlungssprachen des Congresses sind die spanische, französische,

englische und deutsche.

Die zu den Familien der Congressmitglieder gehörenden und in ihrer Begleitung sich befindlichen Damen können von den Fahrpreisermässigungen der Eisenbahnen Gebrauch machen und an allen zu Ehren der Congressmitglieder zu veranstaltenden Feierlichkeiten und Festen theilnehmen. Sie baben zu diesem Behufe eine specielle Theilnehmerkarte um 12 Pesetas zu lösen. Präsident des Congresses ist Herr Julian Calleja und Generalsecretär Herr Angel Fernandez Cajo.

Deutscher Verein für öffentliche Gesundheitspflege, Die diesjährige 27. Jahresversammlung des genannten Vereines wird in den Tagen vom 17.-20. September 1902 in München unmittelbar vor der am 22. September beginnenden Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte zu Karlsbad stattfinden.

Für diese Versammlung ist folgende Tagesordnung in Aussicht genommen:

Mittwoch, den 17. September.

I. Die hygienische Ueberwachung der Wasserläufe. Referenten: Geheimer Hofrat Prof. Dr. A. Gärtner (Jena), Wasserbauinspector Schümann (Berlin).

II. Der Einfluss der Curpfuscher auf Gesundheit und Leben der Bevölkerung. Referent: Prof. Dr. Moritz (München).

Donnerstag, den 18. September.

III. Die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land in Bezug auf ihre Gesundheitsverhältnisse und die Sanirung der ländlichen Ortschaften. Referent: Reg.- u. Geheimer Medicinalrath Dr. E. Roth (Potsdam).

IV. Das Bäckergewerbe vom hygienischen Standpunkte für den Beruf und die Consumenten. Referent: Prof. Dr. R. Emmerich (München).

Freitag, den 19. September.

V. Feuchte Wohnungen: Ursache, Einfluss auf die Gesundheit und Mittel zur Abhilfe. Referenten: Medicinalrath Dr. Abel (Berlin), Bauinspector Olshausen (Hamburg).

Die Theilnahme an der Versammlung in München ist nur den Mitgliedern des

Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege gestattet.

Nach § 2 der Satzungen ist zur Mitgliedschaft Jeder berechtigt, der Interesse an

öffentlicher Gesundheitspflege hat und den Jahresbeitrag von 6 Mark zahlt.

Behörden, Stadtgemeinden und Corporationen können dem Vereine mit einem oder mehreren Vertretern als Mitglieder beitreten und zahlen für jeden Vertreter 6 Mark per Jahr.

Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt der ständige Secretär Geheimer Sanitätsrath Dr. A. Spiess in Frankfurt a. M. entgegen.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 30. April bis 6. Mai l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Gorlice: Bartne 1, Losie 4. Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Rakowiec 1; Brody: Boratyn 12; Buczacz: Doprobole 5; Drohobycz: Dolhe ad Podbuz 1, Gaje wyznie 4; Jaworow: Wulka rosnowska 2; Kalusz: Sloboda równianska 2,

Siwka wojnilowska 12; Kamionka: Ruda sielska 1; Kolomea: Kulaczkowce 1; Mościska: Podliski 4; Myślenice: Pcim 1; Nadworna: Nadworna 1, Zarzecze 2; Nisko: Domostawa 5; Przemyślany: Gliniany 1, Poltew 5; Stanislau: Dorohów 4, Kolodziejów 3; Sambor: Sambor 3; Stryj: Oporzec 2; Tarnopol: Ihrowica 1, Obarcancel; Tlumacz: Holoskow 6, Winograd 3; Zloczow: Jarczowce 2; Zolkiew Dzibulki 1.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerial rath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirkearzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I, Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:--.

XIV. Jahrgang.

Wien, 15. Mai 1902.

Nr. 20.

Inhalt. Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Niederösterreich. - Vorkehrungen gegen Taberculose im Auslande. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend Maassnahmen zur Einführung einer theilweisen Sonntagsruhe in Apotheken. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Niederösterreich.

Von den Wasserleitungsanlagen, welche im Laufe der letzten Jahre in Niederösterreich errichtet worden sind, ist als die bedeutendste die Wienthalwasserleitung zu nennen. Diese Leitung wurde von einer belgischen Gesellschaft erbaut, welcher die Bewilligung ertheilt worden war, in mehreren Seitenthälern des Wienflusses das Niederschlags- und Quellwasser zu sammeln. Ursprünglich war beabsichtigt, aus der von diesen Sammelreservoirs herzustellenden Leitung die westlichen Vororte Wiens mit Trink- und Nutzwasser zu versorgen. Im Jahre 1898 wurde zwischen der »Compagnie des Eaux de Vienne« als der Concessionärin des Unternehmens und der Gemeinde Wien ein Vertrag geschlossen, in welchem die genannte Unternehmung der Gemeinde Wien die Lieferung von täglich 25.000 Cbm. Wasser zu Nutzzwecken zusicherte. Zur Filtration des Wassers werden die sogenannten Wormser Filterplatten verwendet. Da sich dieses Verfahren jedoch nicht bewährte, hat die Gesellschaft die Anlage einer Doppelfiltration nach einer in Zürich angewendeten Methode in Aussicht genommen.

Grössere Wasserversorgungsanlagen wurden ferner in Krems a. D. und in Gloggnitz errichtet. Die in Krems im Jahre 1898 errichtete und im Jahre 1899 vollendete Tiefquellenleitung ist im Jahrg. 1899 d. Bl., Nr. 45 und 46 eingehend beschrieben worden. Die Hochquellenleitung in Gloggnitz bezieht das Wasser aus zwei Quellen am Hartberge, welche 5-5½ Secundenliter Wasser liefern. Die Kosten der Anlage betrugen 240.000 K.

In Lilienfeld wurden in den letzten Jahren zwei neue Wasserleitungen errichtet. Die im Jahre 1899 erbaute Leitung wurde vom Stifte Lilienfeld hergestellt und versorgt die Stiftsgebäude, sowie einen Theil der Ortsgebäude mit einwandfreiem

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16, 17 u. 18 d. Bl.

Trinkwasser. Die zweite Wasserleitung ist von der Gemeinde Lilienfeld erbaut und im Jahre 1901 in Betrieb gesetzt worden.

In der Gemeinde Marbach a. D. (Bezirk Pöggstall) ist im Jahre 1898 eine 5 Km. lange Trinkwasserleitung errichtet worden, welche 4 Auslaufbrunnen und 2 Hydranten besitzt. Die Kosten der Anlage betrugen 14.000 K.

Ausser in den Gemeinden Krems und Marbach a. D. wurden in drei weiteren an der Donau gelegenen Orten, und zwar in Klein-Pöchlarn (Bezirk Pöggstall) ferner in Aggsbach und Spitz (Bezirk Krems), deren Brunnen Sickerwasser der Donau führen und bei Hochwasser regelmässig trübes ungeniessbares Wasser liefern, Trinkwasserleitungen errichtet. Die Leitungen in diesen drei Gemeinden sind, ebenso wie jene in Marbach, Gravitationsleitungen, in welchen das Wasser aus den unweit entspringenden Bergquellen in Behältern gesammelt und von da in den Ort geführt wird.

In Feldsberg (Bezirk Mistelbach) ist im Jahre 1900 der Bau einer Wasserleitung in Angriff genommen und im folgenden Jahre fertiggestellt worden. Die Quelle, welche die Leitung versorgt, entspringt am Fusse einer aus Muschelkalk bestehenden Hügelkette in der Gemeinde Drasenhofen und liefert ein vorzügliches Trinkwasser in einer Menge von 260 Cbm. innerhalb 24 Stunden. Das Wasser wird in ein Hochreservoir gepumpt und von demselben durch eine 7 Km. lange, aus gusseisernen Röhren bestehende Leitung in die Stadt geführt.

In Kritzendorf (Bezirk Tulln) wurde eine 430 Meter lange Wasserleitung mit einem öffentlichen Auslaufbrunnen und einem Hydranten hergestellt.

Kleinere Gemeindewasserleitungen wurden ferner erbaut in Freiland, in Lehenrotte (Bezirk Lilienfeld), in Loibersdorf (Bezirk Pöggstall), Obritzberg (Bezirk St. Pölten).

Von den privaten Wasserleitungsanlagen, welche in den letzten Jahren errichtet wurden, sind zu erwähnen die 3 Km. lange Leitung, welche die Brauerei in Amstetten für den eigenen Bedarf hergestellt hat, ferner |die in der Cellulosefabrik in Kematen (Bezirk Amstetten) erbaute Leitung mit einer Ergiebigkeit von 25 Minutenlitern.

Bemerkenswerth ist die grosse Zahl der Hauswasserleitungen, welche im politischen Bezirke Amstetten zumeist für grössere Bauernhöfe hergestellt worden sind. So wurden in diesem Bezirke im Jahre 1898 8 Hauswasserleitungen in Erla, 6 in Opponitz, 2 Leitungen mit hydraulischem Widder in Sindelburg, 1 Leitung in Wolfsbach und 2 in Meilersdorf errichtet. Von den beiden letzteren ist erstere 735 Meter lang und aus Bleiröhren hergestellt; zur Hebung des Quellenwassers dient ein hydraulischer Widder (Kostenaufwand 1900 K); die andere besteht aus verzinkten Eisenröhren und hat eine Länge von 350 Metern; zur Hebung des Wassers der Quelle wird ein Wasserrad verwendet (Kostenaufwand 800 K). Auch im Jahre 1899 wurden in diesem Bezirke bei einer grösseren Zahl von Gehöften Trinkwasserleitungen für den Hausbedarf angelegt und bestehende reconstruirt. Im Jahre 1900 sind über 20 Hauswasserleitungen commissionelle wasserrechtliche Verhandlungen gepflogen worden. Bei vier der projectirten Leitungen soll das Wasser mittelst Rades, bei mehreren anderen mittelst hydraulischen Widders in den Bauernhof gehoben werden.

Erweitert wurden folgende öffentliche Wasserleitungen: Die Kaiser Franz Josef-Wasserleitung in Amstetten durch Einbeziehung neuer Quellen mit reichlichem und tadellosem Wasser, die Wasserleitung in Martinsberg (Bezirk Pöggstall) durch Heranziehung neuer Quellen und Herstellung von Brunnenstuben, die Wasserleitung in Höflein (Bezirk Tulln) durch Errichtung eines Sammelbassins, jene in Bruck a. L. durch Verlängerung der Vertheilungsleitung und Anlage von zwei Auslaufbrunnen. An der Wasserleitung der Landes-Besserungsanstalt in Eggenburg

Bezirk Horn) wurde oberhalb der alten Quellstube ein neuer, 75 Meter langer Sickerschlitz ausgehoben; das erschlossene Wasser wird in das bestehende 22 Cbm. fassende Reservoir geleitet. Die Ergiebigkeit der Leitung beträgt nunmehr 65 Cbm. im Tage, so dass auf jeden Bewohner der Anstalt 100 Liter Wasser täglich entfallen.

Reconstruirt wurden die Wasserleitungen in Sommerein (Bezirk Bruck a. L.) in Gösing (Bezirk Tulln) und in der Landes-Irrenanstalt in Ybbs. Die Gemeinden des Pulkathales im Bezirke Oberhollabrunn besitzen durchwegs

Die Gemeinden des Pulkathales im Bezirke Oberhollabrunn besitzen durchwegs seichte Brunnen, welche ein ungenügend filtrirtes, unreines Wasser liefern, das als die wichtigste Ursache für das häufige Vorkommen von Infectionskrankheiten, namentlich des Abdominaltyphus unter der dortigen Bevölkerung angesehen werden muss. In mehreren dieser Gemeinden wurde diesem Uebelstande durch artesische Brunnenanlagen, deren Errichtung vom niederösterreichischen Landesausschusse durch Gewährung von Subventionen wesentlich gefördert wurde, mit befriedigendem Erfolge begegnet. So liefert der in der Gemeinde Seefeld errichtete artesische Brunnen ausgezeichnetes Trinkwasser, desgleichen der in der Gemeinde Obritz hergestellte 108 Meter tiefe Brunnen. Hingegen ist das Wasser des in der Gemeinde Mailberg mit einem Kostenaufwande von 8000 K errichteten, 200 Meter tiefen Brunnens nicht einwandfrei und das Wasser des in Haugsdorf gebohrten Brunnens nahezu ungeniessbar.

In der Stadt Mistelbach wurde im Hofe des Rathhauses ein Tiefbrunnen errichtet, dessen Wasser theils mittelst Windmotors, theils mittelst Dampfmaschine in ein eisernes Reservoir gehoben wird.

Für die Landesackerbauschule in Edelhof (Bezirk Zwettl) ist eine neue Wasserversorgungsanlage hergestellt worden. Das Wasser wird mittelst eines Benzinmotors aus einem 10 Meter tiefen Brunnen in einen Behälter am Dachboden gehoben, von wo es durch Rohrleitungen in die Räume der Anstalt geführt wird.

Im Baue begriffen ist die Tiefquellenleitung für die Stadt Baden. Das Wasser für diese Leitung wird aus dem sogenannten »Brunnen« in Neu-Ebenfurth, welcher aus vier aneinandergereihten, je 6 Meter tiefen Bassins mit einem Gesammt-fächenausmaasse von 335 Qm. besteht und bisher zum Betriebe einer Papierfabrik und Holzschleiferei gedient hatte, bezogen werden. Diese Tiefquellen, welche täglich über 5000 Cbm. Wasser liefern, sind schon vor mehreren Jahren von der Stadt Baden zu Zwecken der Wasserversorgung erworben worden. Die Durchführung des Projectes verzögerte sich jedoch in Folge der seitens der Wasserwerksbesitzer an der Fischa und Fischa-Dagnitz erhobenen wasserrechtlichen Ansprüche, über welche im Instanzenzuge durch das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 5. Juli 1901, Z. 5296, endgiltig entschieden wurde.*)

Von den in nächster Zeit zur Ausführung gelangenden Wasserversorgungsanlagen betrifft das Project der Errichtung einer zweiten Hochquellenleitung für die
Stadt Wien ein Unternehmen, welches sowohl in Bezug auf Grösse und Länge der
Leitung, als auch mit Rücksicht auf die zu bewältigenden Terrainschwierigkeiten
als eines der bedeutendsten Werke dieser Art zu nennen ist.

Zur Ergänzung der bestehenden Wiener Hochquellenleitung waren seitens des Wiener Stadtbauamtes seit Jahren in den verschiedensten Quellengebieten Erhebungen gepflogen worden. Nach mannigfachen eingehenden Studien der für die Heranziehung zur Wasserversorgung in Betracht kommenden Quellengebiete wurde von der Gemeinde Wien die Ausarbeitung eines Projectes zur Einleitung des Wassers aus dem Quellengebiete mehrerer Zuflüsse der Salza genehmigt, und das Stadtbauamt mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut. Am 27. Mai 1900 ertheilte der Wiener Gemeinderath diesem Projecte seine Zustimmung. Die Kosten dieses gewaltigen Unternehmens sind mit ungefähr 100 Millionen Kronen veranschlagt.

^{*)} Siehe S. 199 d. Bl.

Die zur Wasserversorgung der Stadt Wien heranzuziehenden Quellen entspringen an den nördlichen Abhängen des Hochschwab und der Zeller Staritzen. Es sollen in die neu zu errichtende zweite Wasserleitung folgende Quellen eingeleitet werden: Die Siebensee-, die Schreierklamm-, die Seifenstein-, die Höllbach- und die Brunnengrabenquellen, sowie die sogenannten Kläfferbrunnen; die Minimalergiebigkeit dieser Quellen beträgt nach den vorgenommenen Messungen 177.500 Cbm. in 24 Stunden. Die Leitung soll als Gravitationsleitung vom Salzathale bis zu dem in einer Seehöhe von 320 Metern in der Nähe von Wien zu errichtenden Vertheilungsreservoir führen; sie erfordert 6 Stollendurchschläge in einer Länge von 2500-5000 Metern und wird eine Gesammtlänge von 225 Km. und ein Gesammtgefälle von 430 Metern besitzen. Das geringste Gefälle in der Nähe von Wien beträgt 1:3000 bis 1:4000.

Während diese neue Leitung bestimmt ist, die bestehende Hochquellenleitung zu ergänzen und den Wasserbedarf der Stadt Wien auf Jahrzehnte hinaus zu decken. soll die neu zu errichtende sogenannte Marienthaler Wasserleitung im Vereine mit der obenerwähnten, im Baue begriffenen Tiefquellenleitung der Stadt Baden die dichtbevölkerten Gemeinden zwischen Wien und Wiener-Neustadt mit gesundem

Trinkwasser versorgen.

Die Marienthaler Wasserleitung ist als Hochquellenleitung projectirt, welche von den im Ursprunggebiete des Ramsaubaches in der Gemeinde Ramsau (politischer Bezirk Lilienfeld), und des Furtherbaches der Gemeinde Furth (Bezirk Baden) bestehenden, sowie von den daselbst durch Anlage von Stollen und Schachte zu erschliessenden Quellen versorgt werden soll. Zum Zwecke des regelmässigen Ersatzes des dem Gerinne des Ramsau- und des Furtherbaches durch den Betrieb der Wasserleitung entgehenden Wassers sind drei grosse Thalsperren projectirt, und zwar je eine im Kieneckthale, im Marienthale und im Furtherthale; in diesen sollen das überflüssige Quellwasser, sowie die Niederschlags-bezw. Hochwässer gesammelt, und aus ihnen in einer den normalen Wasserverhältnissen in den betreffenden Gerinnen entsprechenden Menge an letztere abgegeben werden. Das Höchstausmaass der jährlich diesen Quellengebieten zu entnehmenden Wassermenge ist mit 8,262.432 Cbm. bemessen. Behufs Zuführung des dem Quellengebiete des Ramsaubaches zu entnehmenden Wassers in das Furtherthal ist die Anlage eines Stollens in dem das Ramsauer- und das Furtherthal trennenden Bergrucken erforderlich. Im Gemeindegebiete von Hirtenberg soll das Hochreservoir mit einem Fassungsraume von 11,750 Cbm, erbaut werden. Das Project hat im Instanzenzuge bereits die Genehmigung des Ackerbauministeriums erhalten. Mit der Durchführung desselben wird jedoch erst begonnen werden können, wenn der Verwaltungsgerichtshof, an welchen sich die durch die Errichtung der Leitung betroffenen Wasserinteressenten gewendet haben, endgiltig entschieden haben wird.

Vorkehrungen gegen Tuberculose im Auslande.

Baden. Vorkehrungen gegen Tuberculose. Mit Verordnung des grossherzogl. badischen Ministeriums des Innern vom 30. Jänner 1902 wurde die bei Infectionskrankheiten bestehende Anzeigepflicht auf Lungen- und Kehlkopfschwindsucht ausgedehnt. Diese Anzeigen haben die Leichenbeschauer alsbald nach Vornahme der Leichenbeschau, die Aerzte stets, wenn ein von ihnen behandelter an vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht Erkrankter seine Wohnung wechselt oder in Rücksicht auf seine Wohnungsverhältnisse seine Umgebung hochgradig gefährdet, ferner in den Fällen, wenn die Krankheit bei einer in einer Schule oder Erziehungsanstalt und den dazu gehörigen Räumlichkeiten wohnenden Person auftritt, an das Bezirksamt zu erstatten.

Letzteres ist verpflichtet, auf die erhaltene Anzeige hin bei Todesfällen, sowie beim Wohnungswechsel von Erkrankten die Desinfection des Krankenzimmers, bei Todesfällen auch des von dem Kranken benützten Bettes, der Kleider, Leib- und Bettwäsche, sowie der Gebrauchsgegenstände des Kranken und der Einrichtungsstücke des Krankenzimmers auf Grund

der §§ 85 und 87 des Polizei-Strafgesetzbuches nach Maassgabe der Desinfectionsanweisung anzuordnen und mit der Ueberwachung das Bürgermeisteramt als Ortspolizeibehörde zu beauftragen.

Bei den anzeigepflichtigen Erkrankungsfällen ohne Wohnungswechsel hat das Bezirksamt die erforderlichen Vorkehrungen zur Verhütung einer Verbreitung der Krankheit im Einvernehmen mit dem Bezirksarzte zu treffen, Belehrungen zu erlassen u. s. w. Soferne sich nicht auf andere Weise Abhilfe treffen lässt, etwa durch Absonderung des Kranken, ist nöthigenfalls die Abgabe des Kranken in ein Spital herbeizuführen.

Die Desinfection erfolgt bei Todesfällen alsbald nach der Beerdigung, beziehungsweise nach Ueberführung der Leiche in die Leichenhalle, bei Erkrankungsfällen, alsbald nachdem der Kranke seine bisherige Wohnung verlassen hat. Die Kosten der Desinfection bestreitet die Gemeinde, vorbehaltlich des Ersatzes durch die Betheiligten. (Aerztliche Mittheilungen aus und für Baden.)

Belgien. Der Conseil superieur d'hygiène publique hat in seiner Sitzung vom 27. Juni 1901 eine praktische Anleitung zu Vorkehrungen gegen übertragbare Krankheiten beschlossen, in welcher auch Vorsichtsmaassregeln gegen die Tuberculose enthalten sind.

Nach einer allgemeinen Belehrung über Wesen, Verbreitungswege der Krankheit und über die zum Schutze gegen dieselbe nothwendigen Vorsichten empfiehlt diese Anleitung jene Maassnahmen, welche die öffentlichen Verwaltungen (A) und das Publikum (B) treffen sollen.

- A. 1. Durch in den Bahnhöfen, in Eisenbahnwägen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln anzubringende Anschlagzettel soll das Ausspucken auf Fussböden, Pflaster untersagt, auf die Gefahren, welche die Verstreuung des Auswurfes in sich schliesst, aufmerksam gemacht und die Benützung von Spuckschalen empfohlen werden.
- 2. In allen Vorhallen, Wartesälen, in Bureaux und überhaupt in allen dem Publikum zugänglichen oder ausschliesslich für die Angestellten der Verwaltungen bestimmten Räumlichkeiten sind hygienische Spucknäpfe aus undurchsichtigem Glas, Steingut, emaillirtem Blech o. dgl. aufzustellen, welche mit einer desinficirenden Lösung oder wenigstens mit Wasser gefüllt sind.

Diese Spuckschalen sind an leicht sichtbarer Stelle und in einer gewissen Höhe über dem Fussboden anzubringen, täglich in den Abort oder in den Canal zu entleeren und ehe sie an ihren Platz zurückgebracht werden, mit kochendem Wasser zu reinigen.

- 3. In Werkstätten, Kasernen, Schulen, Krankenhäusern, Gefängnissen, Asylen etc. soll das Ausspucken auf den Boden untersagt, und sollen hygienische Spuckschalen in genügender Zahl aufgestellt, das trockene Auskehren verboten, die Herstellung vollständig dichter Fussböden empfohlen werden.
- 4. Eine besondere Ueberwachung ist in Kasernen, Werkstätten, Pensionaten, Schulen und anderen Anstalten, welche zahlreiche Personen aufnehmen, durchzuführen; das Ausspucken auf den Boden soll verboten, eine zureichende Zahl von Spuckschalen angebracht werden; Individuen, welche husten und auswerfen, sollen nach Befund der Anstaltsärzte entlassen oder von ihren Gefährten, welche angesteckt werden könnten, abgesondert werden.
- 5. Die Gemeindebehörden sollen darüber wachen, dass die Vorschriften über Herstellung und Erhaltung gesunder Wohnungen, insbesondere jener der unteren Classen genau beobachtet werden. Sie sollen eine allgemeine Wohnungsaufsicht einführen, auf die hygienischen Bedingungen, welche eine gute Ventilation und eine genügende Lüftung aller Räume, in welchen eine grosse Zahl von Personen zusammenkommt (Schulen, Theater, Kaffeehäuser etc.), ihre Aufmerksamkeit richten. Diese Vorsichtsmaassregeln sind namentlich in den Werkstätten und Fabriken und ganz besonders dann in Anwendung zu bringen, wenn es sich um Gewerbe mit Entwicklung von Staub handelt, welcher in das Lungengewebe eindringen kann (Nadel-, Porzellanfabriken).
- 6. Die Gemeindebehörden sollen strenge Aufsicht führen über den Betrieb von Meiereien und Milchwirthschaften bezüglich des Gesundheitszustandes der Thiere, einer Ueberfüllung und Reinlichkeit in den Stallungen. Zu diesem Zwecke sollen sie von Zeit zu Zeit, wenigstens einmal im Monate durch einen Thierarzt alle Maiereien und alle Austalten, welche sich mit Gewinnung und Verkauf von Milch befassen, besichtigen lassen.

Mit Euterentzündungen behaftete Milchkühe sind abzusondern, ihre Milch darf nicht genossen werden. Wird tuberculöse Euterentzündung festgestellt, so sind diese Thiere gegen
Entschädigung zu tödten.

Die Nahrungsmittel der Rinder und besonders auch jene der Schweine sind seitens der Gemeindebehörden streng zu überwachen.

- 7. Den öffentlichen Verwaltungen wird die Errichtung von Ordinationsanstalten, Volksheilstätten und besonderen Abtheilungen in den hervorragenden Krankenhäusern ans Herz gelegt.
- 8. Sie sollen die Desinfection veranlassen in den Wohnungen verstorbener Phthisiker, in Hotelzimmern, Gasthäusern und Herbergen, Eisenbahnwägen und Schiffscajüten, Gefängniszellen, in denen Tuberculöse sich aufgehalten haben, und zwar ehe diese Localitäten weiter benützt werden.
- B. 1. Jeder Tuberculöse soll ein Zimmer zur alleinigen Benützung haben, sowohl im eigenen Interesse, wie in jenem der in seiner Gemeinschaft lebenden Personen. Dieses Zimmer soll möglichst gross sein und stets gute Luft haben. Das Zimmer soll weder mit Besen noch mit Bürsten, sondern mit feuchten Lappen gereinigt werden. Vorhänge, Teppiche, welche Staub sammeln, sind zu vermeiden.
- 2. Die Phthisiker sollen sich angewöhnen, nicht in die Sacktücher zu spucken, sich vielmehr zu diesem Zwecke tragbarer Spuckschalen bedienen. Diese Spuckschalen sind wenigstens täglich einmal in den Abort zu entleeren und dann mit kochendem Wasser zu reinigen.

Ihre Wäsche und Kleider dürfen vor der erfolgten Desinfection weder verschenkt, ver-

kauft, noch von anderen Personen benützt werden.

3. Die Sacktücher und die beschmutzte Wäsche sind, ehe der Auswurf noch eintrocknen kann, in kochender Sodalauge oder Seifenlösung zu desinficiren.

Nach dem Tode eines Phthisikers müssen die Räume, welche derselbe bewohnt hat, desinficirt werden.

Desgleichen wird die Desinfection der Familie dem Wohnungsinhaber, dem Unterstandgeber nach Abreise des Kranken oder Abgabe desselben in ein Krankenhaus zur Pflicht gemacht.

4. Wenn man sich nicht durch eine vor kurzem angestellte Tuberculinisirungsprobe versichert hat, trinke man keine rohe Kuhmilch und vermeide den Genuss ungenügend gekochten Fleisches. (Bullet. du service de santé et de l'hygiène publique).

Italien. Das mit kgl. Verordnung vom 3. Februar 1901 in Ausführung des Sanitätsgesetzes erlassene allgemeine Sanitätsreglement enthält im V. Abschnitte Vorschriften über die Maassnahmen gegen Infectionskrankheiten überhaupt und gegen Tuberculose im Besonderen.

Die Aerzte sind verpflichtet, Erkrankungen an Tuberculose, welche ihnen in Armen- und Versorgungshäusern, in Waisenhäusern, in Gefängnissen, in Gasthäusern, in Erziehungsanstalten, in Schulen, in Klöstern, in Findel-, Kranken- oder Genesungshäusern, in Meiereien und Milchwirthschaften zur Kenntnis kamen, endlich stets nach dem Tode oder Wohnungswechsel eines Kranken anzuzeigen. Durch besondere Verfügung kann die Anzeigepflicht auch dem Unterstandgeber auferlegt werden.

Die Anzeigen haben zu enthalten Vor- und Zuname, Alter, Wohnung, Herkunft des Kranken, und wenn möglich, auch den Zeitpunkt des Krankheitsbeginnes, alle für den Amtsarzt etwa bedeutungsvollen Umstände und die vom Arzte gegen Weiterverbreitung der Krankheit

getroffenen Anordnungen.

Von Seite der behandelnden Aerzte sind die Umgebung und das Pflegepersonal der Kranken über die zur Verhinderung einer Weiterverbreitung der Krankheit nöthigen Vorsichten zu belehren, eventuell ist auf Spitalsabgabe des Kranken hinzuwirken. Der Sanitätsbehörde steht das Recht zu, alle gebotenen Vorsichtsmaassregeln anzuordnen.

Leib und Bettwäsche, sowie die Kleider der Kranken müssen desinficirt werden, zu welchem Zwecke man sich vor Allem der Gemeinde Desinfectionsanstalten bedient, wenn 'solche bestehen. Vor erfolgter Desinfection und Reinigung dürfen diese Kleider und Wäschestücke nicht abgegeben werden. Desgleichen hat eine Desinfection der Wohnung des Kranken zu erfolgen, welche nach dem Ermessen der Behörde sich auf das Krankenzimmer beschränken oder auf die ganze Wohnung ausgedehnt werden kann. Gasthäuser, Herbergen. Schulen müssen wenigstens einmal jährlich desinficirt werden.

Die bezüglich der Tuberculose erlassenen besonderen Vorschriften verpflichten den Amtsarzt, in jedem Falle einer Anzeige von Tuberculose darüber zu wachen, dass die nothwendigen

Vorkehrungen gegen eine Weiterverbreitung derselben getroffen werden.

In Herbergen und Wohnungen, welche von einer grösseren Zahl von Leuten benützt werden, dürfen als tuberculös gemeidete Kranke nur dann aufgenommen und behalten werden, wenn dieselben über geeignete Räume verfügen, worüber die Sanitätsbehörde entscheidet. Die Errichtung und der Betrieb von Tuberculoseheilstätten unterstehen einer besonderen Aufsicht der Sanitätsbehörde. In Massenquartiren, Werkstätten, Schulen, öffentlichen Versammlungsräumen, in Aemtern und dem Publikum geöffneten Betrieben sind eigene Spuckschalen aufzu-

stellen, und ist an deutlich sichtbaren Orten eine Aufschrift anzubringen, dass das Ausspucken ausserhalb diese Schalen untersagt ist.

Sofern ein Fall von Tuberculose unter einem zur Milchgewinnung bestimmten Viehstande auftritt, muss das betreffende Thier abgesondert, der Stall desinficirt, und dürfen andere Thiere erst dann eingestellt werden, wenn die Tuberculinprobe günstig ausgefallen ist.

Wenn ein Fall von Tuberculose in einem Milchgeschäfte angezeigt wird, so darf, wenn derselbe auch nur das Dienstpersonale betrifft, die Milch, solange nicht für Beseitigung der Gesundheitsgefahr gesorgt ist, erst nachdem sie unter sanitätsbehördlicher Aufsicht vorher gekocht wurde, verkauft werden.

Norwegen. Am 1. Jänner 1901 trat das Gesetz vom 8. Mai 1900, betreffend Maassnahmen gegen tuberculöse Krankheiten, in Kraft. Dasselbe enthält folgende Bestimmungen:

- 1. Das Gesetz findet Anwendung auf alle Krankheiten tuberculöser Grundlage, welche mit Absonderungen verbunden sind, von denen man annehmen darf, dass sie eine Gefahr für Ausbreitung der Krankheit in sich schliessen.
- 2. Jeder Arzt hat, sobald er einen solchen Krankheitsfall zum ersten Male in Behandlung bekommt, denselben dem Vorsitzenden der Gesundheitscommission anzuzeigen. Gleiches gilt hinsichtlich jener Krankheitsfälle, welche er bei Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes bereits in Behandlung hat.
- 3. Wenn der Kranke stirbt, so ist der Todesfall gleichfalls vom behandelnden Arzte dem Vorsitzenden der Gesundheitscommission anzuzeigen; stand der Kranke nicht in ärztlicher Behandlung, so hat die Anzeige direct zu geschehen. Im Sinne des Gesetzes vom 16. Mai 1860 (betreffend Gesundheitscommissionen und Vorkehrungen gegen ansteckende epidemische Krankheiten) kann diese Anzeige auch für jene Fälle angeordnet werden, wenn ein Kranker seine Wohnung wechselt, ferner, wem die Anzeige obliegt. Die Gesundheitscommission bestimmt, innerhalb welcher Frist die Anzeige zu erfolgen hat.
- 4. Bei Kranken, welche in ärztlicher Behandlung stehen, hat der Arzt jene Maassnahmen anzuordnen, welche gemäss dem Gesetze oder allgemein zur Verhinderung einer Verbreitung der Krankheit nothwendig sind, und nach Erfordernis des speciellen Falles, sowie im Allgemeinen darüber zu wachen, dass seine Anordnungen befolgt werden. Sollte der Arzt nicht im Stande sein, die nöthigen hygienischen Maassnahmen verlässlich zu sichern, so hat er dies unter Angabe der vorgefundenen Mängel dem Vorsitzenden der Gesundheitscommission zu melden. Ueber Anfrage des letzteren muss der Arzt über die in jedem Falle bestehenden hygienischen Verhältnisse Auskunft zu geben.
- 5. Wenn der Kranke nicht von einem Arzte behandelt wird, steht es dem Vorsitzenden der Gesundheitscommission zu, selbst oder durch einen dazu bestimmten Arzt die hygienische Ueberwachung, welche der specielle Fall oder die allgemeinen Verhältnisse erfordern, auszuüben. In gleicher Weise hat derselbe die hygienische Ueberwachung zu führen, wenn den Anweisungen des behandelnden Arztes nicht nachgekommen wird. Ueber Verlangen der Gesundheitscommission sind derselben die von ihrem Vorsitzenden getroffenen Anordnungen zur Kenntnis zu bringen.
- 6. Wenn der Vorsitzende wahrnimmt, dass die Verhältnisse des Kranken oder jene seiner Wohnung eine Uebertragung der Krankheit auf andere Personen befürchten lassen, so ist die Angelegenheit der Gesundheitscommission vorzulegen, welche über die zu treffenden Vorkehrungen entscheidet. Wenn der Kranke oder seine Umgebung den von der Gesundheitscommission gegebenen Vorschriften nicht Folge leistet, und wenn für denselben die zur Verhinderung einer Weiterverbreitung der Krankheit nöthige Pflege nicht beschafft werden kann, so kann die Gesundheitscommission dessen Abgabe in ein Krankenhaus beschliessen. Eine Trennung von Ehegatten, welche beisammen zu bleiben wünschen, darf nicht stattfinden.

 7. Wenn ein Kranker gestorben ist oder seine Wohnung gewechselt hat, so sollen nach
- 7. Wenn ein Kranker gestorben ist oder seine Wohnung gewechselt hat, so sollen nach Erfordernis der Umstände sowohl das Zimmer, welches der Kranke bewohnte, als auch die hinterlassenen Kleider und Wäsche desinficirt werden. Vor dieser Desinfection dürfen die Zimmer anderen Personen zur Wohnung nicht überlassen werden.
- 8. Kleider und Wäschestücke, welche ein Kranker benützt hat, dürfen anderen Personen als Eigenthum oder zur Benützung erst nach einer in dem Umfange, als die Umstände erheischen, vorausgegangenen Reinigung überlassen werden. Die näheren Bestimmungen über die in diesem und in den vorhergehenden Paragraphen erwähnte Desinfection trifft die Gesundheitscommission.

- 9. Personen, welche an einer der in Rede stehenden Krankheiten leiden, dürfen ohne Erlaubnis der Gesundheitscommission von der Armenverwaltung nicht in Privatpflege abgegeben werden. Bei Leuten, in deren Haushaltung sich solche Kranke befinden, dürfen ohne Zustimmung der Gesundheitscommission Arme nicht in Pflege untergebracht werden.
- 10. Jenen Personen, welche an einer solchen Krankheit, von welcher das Gesetz handelt, leiden, kann, wenn es sich als unmöglich erweist, die Gefahr einer Verbreitung der Krankheit auf andere Weise zu beseitigen, von der Gesundheitscommission untersagt werden, sich an der Herstellung von Lebensmitteln, die zum Verkaufe bestimmt sind, zu betheiligen oder sich mit dem Verkaufe von Esswaaren zu beschäftigen. An der Krankheit leidenden Frauen und Mädchen kann von der Gesundheitscommission die Annahme von Ammen- und Kindermädchendiensten verboten werden. Die Gesundheitscommission darf auch den Verkauf der Milch aus Orten, wo Personen, die an einer von diesem Gesetze betroffenen Krankheit leiden, an der Wartung der Kühe oder Behandlung der Milch betheiligt sind, verbieten, wenn anzunehmen ist, dass eine besondere Gefahr der Verbreitung der Ansteckung durch die Milch vorliegt.
- 11. Der König oder ein hiezu Bevollmächtigter kann zur Verhütung einer Verbreitung der im Gesetze erwähnten Krankheiten nach Einholung der Aeusserung der Gesundheitscommission allgemeine Bestimmungen festsetzen in Bezug auf:
- a) Werkstätten, Fabriken, Geschäftslocale, Verkaufsläden und sonstige geschlossene Raume, in welchen andere als zum Haushalte gehörende Personen gleichzeitig ständig beschäftigt sind;
- b) Hôtels, Sanatorien und Privatwohnungen, deren Besitzer aus Aufnahme von Gästen Erwerb ziehen;
- c) Versammlungslocale, wie Kirchen, Schulen, Gerichte, Auctionshallen, Theater, Tanz-Concertsäle, Vereinslocale u. s. w.:
- d) andere gemeinsame Räume, wie Gefängnisse, Spitäler, Irrenanstalten, Schiffsräume, Eisenbahnwägen, Kasernen u. dgl., in welchen besondere Verhältnisse bestehen.
- 12. Der König oder der von diesem Bevollmächtigte trifft Anordnungen über die Handhabung der Anzeigepflicht, sowie darüber, welche Anzeigen und Berichte der Vorsitzende der Gesundheitscommission und die behandelnden Aerzte zu erstatten haben. Die allgemeinen Durchführungsbestimmungen zum Gesetze erlässt die Medicinalbehörde, welche auch den Gesundheitscommissionen und den Aerzten hinsichtlich der vorkommendenfalls nothwendigen Vorkehrungen an die Hand geht.
- 13. Die Vorsitzenden der Gesundheitscommissionen und die von diesen angestellten Aerzte erhalten für Reisen, welche durch dieses Gesetz veranlasst werden, den normalmässigen Ersatz für Reise- und Unterhaltskosten. Die Reisekosten bestreitet der Staat, die täglichen Unterhaltskosten die betreffende Amts- oder Stadtcasse.

Die Auslagen, welche etwa im Sinne des Punktes 6 für Unterbringung von Armen in Krankenhäusern oder für deren Verpflegung ausser dem Hause erlaufen, werden gleichfalls von der betreffenden Provinzialbehörde oder Stadtgemeinde bestritten, wozu die Staatscasse 1 10 beiträgt. Durch Beschluss der Provinzialvertretung kann höchstens die Hälfte der auf die Provinz entfallenden Ausgaben auf jenen Kreis überwälzt werden, in welchem der Kranke zuständig ist.

Die erforderlichen Desinfectionsmittel werden auf Rechnung der betreffenden Provinz oder Stadtgemeinde angeschafft. Besitzer von Sanatorien und Andere, welche Kranke gegen Bezahlung aufnehmen, sollen jedoch diese Kosten selbst bestreiten.

14. Uebertretungen dieses Gesetzes, sowie der auf Grund desselben erlassenen Vorschriften werden mit Geldbussen von 2 K aufwärts bestraft und als Polizeiangelegenheiten behandelt.

Sachsen. Um dem Ueberhandnehmen der Tuberculose in der Bevölkerung thunlichst zu steuern, hat das kgl. sächsische Ministerium des Innern mit Verordnung vom 29. September 1900 folgende Verfügungen getroffen.

"1. Die Leichenfrauen haben über jeden in Folge von Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht eingetretenen Todesfall der Ortspolizeibehörde schriftlich Meldung zu machen.

Ist der Verstorbene unmittelbar vor dem Tode von einem Arzte behandelt worden, so hat der letztere auf Ersuchen der Leichenfrau die Todesursache zu bescheinigen.

Die Meldung hat vor der Beerdigung der Leiche zu erfolgen.

2. Die Aerzte haben in jedem Falle, in welchem ein von ihnen behandelter an vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht Erkrankter aus seiner Wohnung verzieht oder

in Rücksicht auf seine Wohnungsverhältnisse seine Umgebung hochgradig gefährdet, der Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige zu erstatten.

3. Jeder in Privatkrankenanstalten, in Waisen-, Armen- und Siechen-häusern, sowie in Gast- und Logirhäusern, Herbergen, Schlafstellen, Internaten und Pensionaten vorkommende Erkrankungsfall an Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht ist von dem behandelnden Arzte, wenn aber ein Arzt nicht zugegen ist, von dem Haushaltungs, beziehungsweise Anstaltsvorstande binnen 3 Tagen nach er langter Kenntnis schriftlich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

4. Die Ortspolizeibehörden haben auf die an sie gelangten Anzeigen, beziehungsweise Meldungen, oder sobald sie sonst von einem Todes- oder Erkrankungsfalle in Folge von Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht Kenntnis erhalten, die Desinfection der Wohnung des be-

treffenden Kranken und ihres Inhaltes zu veranlassen.

Bei Todesfällen ist diese Desinfection alsbald nach der Beerdigung, beziehungsweise Ueberführung der Leiche in die Leichenhalle, bei Erkrankungsfällen alsbald, nachdem der Kranke seine bisherige Wohnung verlassen hat, vorzunehmen.

Etwaige Auslassungen der Aerzte auf den Meldungen oder Anzeigen bezüglich der Desinfection sind bei Anordnung und Ausführung der letzteren thunlichst zu berücksichtigen; auch wird den Ortspolizeibehörden empfohlen, bei der Desinfection nach Anleitung der Bezirksärzte

Die Kosten der Desinfection sind bei mittellosen Kranken oder Verstorbenen aus der Gemeindecasse, in selbstständigen Gutsbezirken von der Gutsherrschaft zu tragen.

Die Anzeigen und Meldungen selbst oder Abschriften derselben sind von den Ortspolizeibehörden thunlichst bald an den Bezirksarzt weiter zu geben; dabei haben die Ortspolizeibehörden zu bemerken, was bisher von ihnen verfügt worden ist.

5. Ortspolizeibehörden im Sinne dieser Verordnung sind in Städten mit revidirter Städteordnung die Stadträthe, in mittleren und kleinen Städten die Bürgermeister, in Landgemeinden die Gemeindevorstände, in selbständigen Gutsbezirken die Gutsvorsteher.

Handelt es sich um eine Erkrankung oder einen Todesfall in der Familie des Gutsvorstehers selbst, so hat an des Letzteren Stelle die Amtshauptmannschaft als Polizeibehörde einzutreten.

6. Formulare zu den Anzeigen und Meldungen werden auf Verlangen von den Bezirksärzten unentgeltlich verabfolgt.

7. Nichtbeachtung der oben in Punkt 1, 2 u. 3 ertheilten Vorschriften hat Geldstrafe

bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 6 Wochen zur Folge.

Die Leichenfrauen, gegen welche im Unterlassungsfalle disciplinell einzuschreiten ist, sind seitens der Ortspolizeibehörde auf die Vorschriften dieser Verordnung aufmerksam zu machen."

In dem Erlasse des kgl. sächsischen Ministeriums des Innern vom 26. September 1900, welcher an die Kreishauptmannschaften erging, wurde die Nothwendigkeit einer Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der Tuberculose als Volkskrankheit besonders betont und die möglichst ausgedehnte Verbreitung der bereits im Jahre 1891 vom Landes-Medicinalcollegium bearbeiteten und veröffentlichten Belehrung, sowie des im kaiserlichen Gesundheitsamte bearbeiteten Tuberculose-Merkblattes dringend empfohlen. (32. Jahresbericht des sächsischen Landes-Medicinalcollegiums.)

Weiterhin wurden die Organe des Staates verpflichtet in folgender Weise vorzugehen:

"1. Um einer Verunreinigung des Fussbodens thunlichst zu steuern und dem Publikum Gelegenheit zu unschädlicher Beseitigung des Auswurfs zu bieten, ist zunächst dahin zu wirken und, wo dies angängig, vorzuschreiben, dass in allen Localen, welche dem Publikum zugänglich sind, insbesondere in Gast- und Schankwirthschaften, ferner in den Wartezimmern und Amtsstuben der Behörden, in Schulen und öffentlichen Anstalten jeder Art, sowie in Fabriken, grösseren Werkstätten, in Curorten und Sommerfrischen Spucknäpfe in genügender Anzahl und zweckentsprechender Form aufgestellt werden, und dass durch Anschläge das Ausspucken auf den Fussboden untersagt werde. Letzteres wird sich auch für die Wagen der Strassenbahnen und Omnibuslinien empfehlen."

Es wird erwartet, dass sich das Publikum auf diese Weise an die Benützung der Spucknäpfe gewöhnen und selbst die Aufsicht führen werde, dass dem Verbote nicht zuwider gebandelt werde.

"2. Den grösseren Gemeinden wird die Anschaffung entsprechender Desinfectionsapparate und die Anstellung geeigneter Desinfectionsdiener empfohlen, um eine gründliche Desinfection von Wohnungen und Gebrauchsgegenständen zu ermöglichen.

"3. Wenn sich die Benützung der Kleider Tuberculöser seitens anderer Personen auch nicht im Allgemeinen verbieten lassen wird, so ist doch dafür Sorge zu tragen, dass in Krankenund Bezirksarmenhäusern und ähnlichen öffentlichen Anstalten Kleidung und Wäsche, welche von schwindsüchtigen Personen getragen wurden, vor weiterer Benützung einer gehörigen Desinfection unterworfen werden, und dass die Leichenfranen die ihnen überlassene Kleidung und Wäsche Verstorbener nicht ohne Desinfection veräussern odes sonst verwenden. Dasselbe gilt bezüglich der von Schwindsüchtigen benützten Betten."

Die Mitwirkung der Aerzte, welche seitens der Bezirksärzte hiezu einzuladen sind, sowie jene der Lehrer verspreche den Erfolg, dass das weitere Publikum in dieser Richtung auf-

geklärt werde.

"4. Eine grosse Gefahr der Uebertragung der Tuberculose besteht auch darin, dass schwindsüchtige Personen bei Ausübung ihres Gewerbes oder Berufes mit anderen Personen oder mit Nahrungs- und Genussmitteln, welche für den öffentlichen Vertrieb oder überhaupt für Fremde bestimmt sind, in nahe Berührung kommen; insbesondere kommen hier in Betracht Hebammen, Krankenpflegerinnen, Lehrer, Pflegerinnen in Kinderbewahranstalten und Krippen, ferner Bäcker, Fleischer, Victualienhänder. Eine allgemeine Ausschliessung Tuberculöser von den betreffenden Berufsarten ist im Hinblicke auf die mit einer solchen Maassregel verbundenen Härten selbstverständlich nicht ausführbar; immerhin werden die mit Handhabung der Gesundheitspolizei betrauten Behörden und Organe auch in dieser Richtung auf etwa hervortretende Misstände ein wachsames Auge haben und eintretenden Falles zunächst durch Belehrung und Verständigung, nach Befinden aber, soweit dies nach den bestehenden Gesetzen angängig, durch behördliche Anordnung dahin wirken müssen, dass Ansteckungen dritter Personen verhütet werden. Besonders mag hiebei hervorgehoben werden, dass es nicht unzulässig sein würde, für den Vertrieb bestimmter Nahrungsmittel, insbesondere von Milch entsprechende allgemeine Vorschriften zu erlassen."

Die Ausführung der angeordneten Vorsichtsmassregeln obliegt vor Allem den Amtsbauptmannschaften, den Stadträthen, den Bezirksärzten und den Gewerbeaufsichtsbeamten. (Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes.)

Schweiz. Das eidgenössische Fabriksinspectorat hat folgende Anleitung zur Verhütung der Ansteckung mit Tuberculose in Arbeitsräumen bekanntgemacht:

"Die Tuberkelkrankheit, an welcher gegenwärtig der siebente Theil der Menschheit stirbt,

ist in hohem Grade ansteckend.

Die Ansteckung erfolgt hauptsächlich durch den Auswurf lungenschwindsüchtiger Personen. Dies geschieht so, dass der Auswurf am Boden, an den Wänden, auf Taschentüchern, Kleidungsstücken oder Geräthen, in Spuckkästen u. s. w. eintrocknet, verstaubt und eingeathmet wird. Eine Uebertragung des Ansteckungsstoffes in feuchtem Zustande, z. B. durch Anhusten in unmittelbarer Nähe, ist möglich, aber nicht so häufig.

Die Gefährdung aller Derjenigen, die in den gleichen Räumen mit einem Lungenschwind-

süchtigen sich aufhalten, kann vermieden werden, indem jeder Hustende

a) beim Husten die Hand vor den Mund hält,

b) ausschliesslich in geeignete Spucknäpfe oder Spuckgläser spuckt.

Diese Vorsichtsmanssregeln sollte jeder Huster beobachten, da sehr oft weder er selbat, noch seine Umgebung weiss, dass er tuberculös, also ansteckungsfähig ist. Darum müssen jene für Alle in gleicher Weise gelten.

Die Spucknüpfe sollten Gefässe aus emaillirtem Metalle, glasirter Thonwaare oder Steingut sein, die mit Wasser gefüllt sind und von Zeit zu Zeit nach vorausgegangener Desinfection in Abtrittgruben oder in die Canalisation entleert werden.

Solche Gefässe sollten in allen Arbeitsräumen in genügender Zahl und möglichst bequem

für die Benützung angebracht werden.

Wo Gefahr vorliegt, dass Tuberculöse verkehren, ist die grösste Reinlichkeit erforderlich und vor Allem jedes Aufwirbeln von Staub sorgfältig zu verhüten (also nie trocken zu wischen). Mit Auswurf verunreinigte Kleider und Gebrauchsgegenstände sind, wo dies angeht, durch Auskochen, sonst aber in anderer geeigneter Weise zu desinficiren." (Sanit. demogr. Wochenbulletin.)

Spanien. Zu Folge kgl. Verordnung vom 31. October 1901 müssen Erkrankungen an Tuberculose der Gemeindebehörde angezeigt werden. Zur Anzeige sind verpflichtet der behandelnde Arzt, das Familienoberhaupt, der Wohnungsgeber, die Vorsteher von Austalten, endlich die Person, welche den Kranken pflegt.

Wenn der Gemeindebehörde eine solche Anzeige zugekommen ist, hat sie den Gemeindearzt in die betreffende Wohnung zu senden. Die Desinfection hat sich auf alle Objecte zu erstrecken, bei welchen eine solche als nothwendig erkannt wird, und ist so bald als möglich
durchzuführen. Räume, welche vermiethet waren, dürfen erst nach vorgenommener Desinfection
wieder vermiethet werden. Der Verkauf von den betreffenden Kranken getragener Kleidungsstücke, benützter Wäsche, Möbel, Teppiche, Vorhänge u. dgl. ist, solange diese Gegenstände
nicht desinficirt wurden, verboten.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 9. Mai 1902, Z. 16090,

an die k. k. Statthalterei in Prag, betreffend Maassnahmen zur Einführung einer theilweisen Sonntagsruhe in Apotheken.*)

Die mit dem Berichte vom 18. Februar und 14. April 1. J., Z. 30709 und 72705, vorgelegten Eingaben mehrerer Apotheker um die Bewilligung zur theilweisen Einführung der Sonntagsruhe in ihren Apotheken, werden der k. k. Statthalterei anverwahrt zur weiteren Veranlassung im Sinne der nachstehenden Bemerkungen zurückgestellt:

Es unterliegt keinem Anstande, dass den Apothekern am Lande, welche ohne Hilfskräfte ihre Apotheke betreiben, von der vorgesetzten politischen Behörde gestattet werde, sich an Sonntagsnachmittagen während der Zeit des erfahrungsgemäss geringsten Geschäftsumsatzes vom Geschäfte zum Zwecke der Erholung im Orte oder der nächsten Umgebung zu entfernen, wenn in der Apotheke eine verlässliche Dienstperson (Laborant) in Bereitschaft gehalten wird, um Bestellungen der Parteien, sowie etwa einlangende Recepte zu übernehmen, die Parteien über die Zeit der Rückkehr des Apothekers zu verständigen, denselben in dringenden Fällen herbeiholen zu

lassen, und eventuell die directe Beschaffung einer etwa sofort benöthigten Arznei durch den Arzt zu ermöglichen.

Bezüglich solcher Apotheken, welche über mehrere pharmaceutische Hilfskräfte verfügen, wird von der politischen Behörde Einfluss zu nehmen sein, dass nach Maassgabe der Verhältnisse des Arzneiabgabeverkehres während der erfahrungsgemäss verkehreschwachen Sonntagszeit für die nicht benöthigten Hilfskräfte eine theilweise Sonntagsruhe zugestanden werde.

Desgleichen kann in Orten, in welchen mehrere öffentliche Apotheken bestehen, in dem Falle des Zustandekommens eines gesicherten gegenseitigen Uebereinkommens der betreffenden Apotheker von der k. k. Statthalterei nach Einvernehmung des zuständigen Apothekergremiums bewilligt werden, dass eine oder die andere Apotheke an Sonntagen im alternirenden Turnus geschlossen gehalten werde.

In diesem Falle ist jedoch die diesfällige behördliche Verfügung im Absatzgebiete der betreffenden Apotheken amtlich zu verlautbaren und durch auffällige Affigirung an der Thüre der geschlossenen Apotheke für jeden Arzneibedürftigen ersichtlich zu machen, welcher anderen Apotheke die Arzneiabgabe während der Sperre der Apotheke übertragen ist.

· Ueber jede derartige Bewilligung der Sperre von Apotheken am Sonntage ist anher die Anzeige zu erstatten.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Türkei. Der Oberste Sanitätsconseil beschloss aus Anlass der neuerlichen Pestfälle in Alexandrien (siehe unten) gegen ägyptische Herkünfte der Mittelmeerküste eine fünftägige Quarantaine in Anwendung zu bringen.

^{*)} Sämmtlichen politischen Behörden zur gleichmässigen Darnachachtung mitgetheilt.

· Aegypten. In Alexandrien wurden am 30. April 2 neue Pestfalle constatirt. In der Woche vom 24. bis 30. April sind ferner noch ausgewiesen worden in Benha 2, im Districte Mit Sammanud 2, im Districte Tala 2, in Tantah 3, im Districte Beni Mazar (neu) 1 und im Districte Magagha, Provinz Minieh (neu) 12 Pestfälle.

Britisch-Indien. In Bombay (S. 226) wurden in der Woche vom 2. bis 8. April 1057 Erkrankungen und 829 Todesfälle, in Kurachee (S. 216) in der Woche vom 22. bis 28. März 96 und in der folgenden am 4. April abgelaufenen Woche 102 Pesttodesfälle beobachtet.

China. Die Hafenbehörde in Shanghai hat die Häfen von Hongkong, Canton und Manila für pestverseucht erklärt.

Capcolonie. In Port Elizabeth (S. 226) sind in der Woche vom 30. März bis 5. April 1. J. 2 Pestleichen aufgefunden worden; in der folgenden Woche vom 6. bis 12. April sind 3 Personen an Pest erkrankt, und an 2 aufgefundenen Leichen wurde Pest als Todesursache constatirt.

Australien. (S. 216.) In Sydney sind in der Woche vom 9. bis 15. März 9 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Brasilien. Mit Circularerlass des Ministeriums des Aeussern vom 31. März wurde die für ankommende Auswanderer festgesetzte strenge ärztliche Visite und Desinfection im Lazarethe von Ilha Grande aufgehoben.

Cholera. Türkei. (S. 226.) Im Hedjaz geht die Choleraepidemie mit dem Abzuge der Pilger dem Erlöschen entgegen. In Djeddah wurden vom 10. bis 23. April 27 Choleratodesfälle, am 24. April 1 und vom 25. bis 28. April kein Choleratodesfall beobachtet. In Jambo sind vom 9. bis 14. April 10 und vom 15. bis 21. April 29 Choleratodesfälle verzeichnet worden.

Britisch-Indien. In Calcutta herrschte Cholera im Monate März epidemisch. In der Woche vom 23. bis 29. März wurden 127 Choleraerkrankungen ausgewiesen.

Philippinen. In Manila (S. 164) sind bis zum 24. März ungefähr 20 Cholerafälle vorgekommen.

Blattern. In Kavalla (S. 203) wurden in der Zeit vom 14. bis 23. April 2 neue Blatternfälle beobachtet. Insgesammt sollen im Verlaufe der Epidemie ungefähr 60 Blatterntodesfälle vorgekommen sein. Auch in den angrenzenden Bezirken von Pravista und Sari Chaban sind bis Mitte April nahezu 80 Blatternerkrankungen, darunter 20 mit tödtlichen Verlaufe, ausgewiesen worden.

Capcolonie. Die Provenienz des am 18. März in Woodstock gemeldeten Blatternfalles (S. 203) ist auf Erkrankungen zurückzuführen, welche kurz vorher auf einem aus Canada in Capstadt eingetroffenen Transportdampfer beobachtet worden waren. Diese Kranken, 4 an der Zahl, waren seitens der Hafenbehörde auf der Rentzkie-Farm isolirt untergebracht worden.

In Beautort-West wurden im Monate März 2 und in der Zeit vom 1. bis 14. April 18 neue Blatternerkrankungen angezeigt.

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 7. bis
13. Mai l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:
Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Gorlice: Bartne 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 2; Brody: Boratyn 6, Ponikwa 7; Buczacz: Doprobole 4; Horodenka: Czernelica 7; Kalusz: Sloboda równianska 1; Kamionka: Jakimow 11; Kolomea: Kulaczkowce 5; Mościska: Laszki gościncowe 2; Myślenice: Peim 1; Nadworna: Nadworna 3; Podhajce: Burkanow 1; Przemyślany: Gliniany 1; Rawa: Ulicko seredkiewicz 3; Rudki: Rudki 1; Sambor: Altsambor 1; Tlumacz: Zakrzewce 3, Zolkiew: Weryny ad Dzibulki 2.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pranumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 22. Mai 1902.

Nr. 21.

Inhalt. Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung im Küstenlande, in Oberösterreich und in Salzburg. - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlässe des Ministeriums des Innern, betreffend Vorkehrungen zur Hintanhaltung der Blatterneinschleppung aus dem Auslande und betreffend Einfuhr von Arzueimitteln aus dem Auslande in geschlossenen Briefpostsendungen und als Muster ohne Werth; Erlass des Justizministeriums, betreffend Kinderschutz; Circularerlass der Seebehörde in Triest, betreffend die Anwendung des Reglements für den Verkehr zwischen einheimischen Häfen bei Ausbruch der Cholera im Küstengebiete auf Pest. - Mittheilungen über sanitäre Verhälmisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Küstenland.

Im Küstenlande, wo gleichwie in Dalmatien und in den angrenzenden Theilen Krains der an Klüften und Rissen reiche Karstboden die Niederschlagswässer rasch in unterirdische Wasserläufe ableitet, und daher die Ansammlung von Grundwasser in dem üblichen Sinne des Wortes und das Zutagetreten desselben als Quelle nur in vereinzelten Gebieten vorkommen, ist die Entwicklung einer einwandfreien centralen Wasserversorgung der Gemeinden durch die Schwierigkeiten des Wasserbezuges erheblich gehemmt; es beschränkt sich daher auch die öffentliche Fürsorge für die Wasserbeschaffung in der Regel auf die Errichtung von Cisternen, während Wasserleitungen nur in durch die örtlichen Verhältnisse begünstigten Gemeinden hergestellt werden können. Bei der constanten Wassernoth, welche gerade im Karstgebiete herrscht und eine Abhilfe dringend nothwendig macht, erscheint es wünschenswerth, dass die in Krain zur Besserung der Wasserversorgungsverhältnisse der Gemeinden eingeleitete erfolgreiche Action, welche durch die autonome Landesvertretung geleitet und durch Landes- und staatliche Subventionen gefördert wird, auch im Küstenlande in rascheren Fluss gerathe.

In der Zeit vom Jahre 1898 bis 1901 wurden drei Quellwasserleitungen errichtet und zwar: in Cechovini, Gemeinde Slijak, politischer Bezirk Sesana (1898), in Nugla, Gemeinde Rozzo, Bezirk Capodistria (1899), und in der Stadt Capodistria (1901).

Bedeutender war die Zahl der erbauten Cisternenaulagen. 1901 wurden 28 Gemeindecisternen mit staatlicher und Landessubvention errichtet.

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16, 17, 18 u. 20 d. Bl.

Artesische Brunnen sind hergestellt worden in Aquileja und in Grado. Der Brunnen in Grado liefert täglich 2000 Cbm. reines, keimfreies Wasser, welches jedoch einen leichten, sich allerdings bald verlierenden Geruch nach Schwefelwasserstoff zeigt. Die Temperatur desselben beträgt constant ungefähr 21° C.

Erweitert wurde die von der Wasserleitungsgesellschaft »Aurisina« in Triest errichtete Quellwasserleitung, welche die Bevölkerung von Triest mit Trinkwasser versorgt. Da das bisher zur Verfügung stehende Wasserquantum von circa 5000 Cbm. für die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung bei weitem nicht ausreichte, und die Zuleitung von Quellwasser aus entfernten Gebieten unerschwingliche Kosten verursacht hätte, drang die Stadtvertretung auf eine Erweiterung der bestehenden Anlage. Es kam mit der genannten Gesellschaft im Jahre 1900 ein Vertrag zu Stande (siehe Jahrg. 1899 d. Bl., S. 366), auf Grund dessen sich diese verpflichtete, täglich ungefähr 20.000 Cbm. in die Stadt zu leiten. Die hiezu erforderliche Menge wurde durch eine rationellere Ausnützung des Quellengebietes der bestehenden Leitung gewonnen, welches am Meeresstrande, nordwestlich von Triest und 13 Km. von dieser Stadt entfernt, gelegen ist. Die zum Theile unter dem Niveau des Meeresspiegels entspringenden Quellen wurden durch mächtige Dammbauten abgefangen, einzelne Quellen durch in die Felsen getriebene Stollen in ihrer Ergiebigkeit gesteigert; auch wurden die bisher offenen Quellbassins, um das Eindringen von Meerwasser bei Sturmfluthen zu verhindern, geschlossen und die neu errichteten Quellbassins in der gleichen Weise verwahrt. Die Anlage eines Hochreservoirs ermöglicht nunmehr auch die Vorsorgung der höher gelegenen Stadttheile mit Trinkwasser.

Das Wasser, welches im allgemeinen keimarm, zur Zeit starker Regengüsse aber, wie alle Karstwässer, durch suspendirte feinste, mineralische Bestandtheile getrübt ist, wurde bisher durch Schwammfilter gereinigt. Da diese Filter das Wasser zwar klarer, aber keimreicher machten, und somit dasselbe qualitativ verschlechterten, hat die Statthalterei die Weiterbenützung derselben untersagt. Die Gesellschaft beabsichtigt nunmehr die von der Newyork-Filter Compagnie erzeugten Schnellfilter zu verwenden, in welchen die Klärung des Wassers nach Zusatz von Alaun durch das sich bildende Aluminiumhydrat und durch Filtration mittelst einer eirea 00 Cm. starken Sandschichte erfolgt.

Die wichtigsten Neuherstellungen an dieser Wasserversorgungsanlage sind bereits beendet, und soll das neuerschlossene Wasser schon in den nächsten Tagen in die Stadt geleitet werden. Die neuen Filter dürften aber erst gegen Ende dieses Jahres zur Benützung kommen.

Leider lässt der abnorm hohe Preis, zu welchem die Wasserleitungsgesellschaft das Wasser an Privatparteien abgiebt (74 h für den Cubikmeter) eine reichlichere Verwendung desselben seitens der Bevölkerung und eine allgemeine Benützung zu Bädern und zum Bespülen der Closets vorläufig nicht zu. Der volle sanitäre Werth dieser Wasserleitungsanlage wird sich für die Bevölkerung Triest erst nach Ablauf des mit der Aurisina-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages im Jahre 1909 geltend machen, da in diesem Jahre die gesammten Anlagen um die contractlich fixirte Einlösungssumme von 4,600.000 K in den Besitz der Stadt Triest übergehen werden.

Projectirt ist die Errichtung einer Quellwasserleitung in Haidenschaft, Bezirk Görz-Umgebung, (Kostenvoranschlag 30.000 K) und in der Ortschaft Plužna, Gemeinde Flitsch, Bezirk Tolmein (Kostenvoranschlag 24.000 K). Die bezüglichen bereits ausgearbeiteten Projecte dürften noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Für die Stadt Isola ist das Project der Errichtung einer Wasserleitung fertiggestellt. Zur Ermöglichung der Durchführung des mit einem Kostenaufwande von 66.000 K veranschlagten Baues hat sich die Gemeinde an die Regierung um die Gewährung einer angemessenen Subvention gewendet.

In Aussicht genommen wird die Errichtung einer gemeinsamen Wasserleitung im Bezirke Parenzo für die zwischen dem Vorgebirge von Salvore und dem Canal von Leme an der Küste bis auf eine Meereshöhe von 300 Metern landeinwärts gelegenen Ortschaften aus Quellen im Quietothale, wodurch rund 400 wasserarme Orte mit gutem Trinkwasser versorgt werden könnten.

Oberösterreich.

Dem Landessanitätsberichte für Oberösterreich pro 1899 ist über die Errichtung und Erweiterung von Wasserleitungen im dortigen Verwaltungsgebiete während der Jahre 1897—1899 Folgendes zu entnehmen:

Die Stadt Braunau hat eine Wasserleitung zur Versorgung der Stadt mit sanitätsgemässem Trinkwasser hergestellt. Im Bezirke Gmunden wurden Trinkwasserleitungen in der Gemeinde Goisern und in der Ortschaft Reiterndorf der Gemeinde Ischl (im Jahre 1897), ferner in Laakirchen, St. Wolfgang und Vorchdorf hergestellt; die drei letzteren jedoch sind zum Theile nur für private Benützung bestimmt. Im Jahre 1898 hat die Gemeinde Kirchdorf eine Trinkwasserleitung, welcher das Wasser aus 11 Quellen zugeführt wird, mit einem Kostenaufwande von 90.000 K erbaut. Die Gemeinde Gallneukirchen des politischen Bezirkes Linz wurde in Folge der Munificenz eines Bürgers in die Lage versetzt, durch Errichtung einer Wasserleitung und Anlage einer Canalisirung die Assanirung dieses in letzter Zeit wiederholt von Abdominaltyphus heimgesuchten Ortes zu bewerkstelligen.

Neue öffentliche Wasserleitungen sind ferner noch errichtet worden: in Neufelden, politischer Bezirk Rohrbach (Kostenaufwand 80.000 K), in St. Martin, politischer Bezirk Ried, in Schwanenstadt, politischer Bezirk Vöcklabruck, und in Hofkirchen, politischer Bezirk Wels; letztere versorgt nur einen Theil der

Gemeinde mit Wasser.

In Kefermarkt, Bezirk Freistadt, wurde eine Wasserleitung für die dortige Eisenbahnstation hergestellt.

Erweitert wurden die Wasserleitung in Haslach (Bezirk Rohrbach) durch Verlängerung derselben bis zum unteren Markte und Errichtung von mehreren Auslaufbrunnen daselbst und jene in Lambach durch Vergrösserung des Vertheilungsnetzes.

Reconstructionen sind an der Wasserleitung des Marktes Grammastetten und an der Wasserleitung in Mauthausen vorgenommen worden; an letzterer wurden die alten Leitungsrohre aus Holz durch eiserne ersetzt; auch wurde ein neues Reservoir angelegt. In der Stadt Linz ist an die bestehende Tiefquellenleitung eine grosse Zahl von Hausanschlüssen ausgeführt worden, so dass mit Schluss des Jahres 1900 etwa 70 Percent der Häuser an die Leitung angeschlossen waren.

Salzburg.

Von den in den Landessanitätsberichten für Salzburg der Jahre 1898, 1899 und 1900 angeführten neuen Wasserversorgungsanlagen ist die für den Markt Saalfelden (Bezirk Zell am See) errichtete Wasserleitung als die bedeutendste anzusehen. Die zum Theile aus hölzernen, zum Theile aus gusseisernen Röhren hergestellte Leitung nimmt das Wasser einer Anzahl von Quellen aus dem Gebiete des Kalenbaches auf, führt dasselbe in ein gemeinsames Reservoir und von hier zum Orte. Die Leitung besitzt eine Länge von 3917 Metern. Die Kosten der Herstellung betrugen 80.000 K.

Die Quellwasserleitung in St. Johann wurde im Jahre 1898 vollendet; sie ist 2506 Meter lang und besitzt sechs öffentliche Auslaufbrunnen. Im Jahre 1900

wurden Holzröhren 'dieser Leitung in einer Länge von 500 Metern durch Eisenröhren ersetzt.

Neue Quellwasserleitungen sind ferner errichtet worden in Tamsweg (Kaiser Franz Joseph-Hochquellenleitung), in Lamprechtshausen, Bezirk Salzburg-Umgebung (1 Km. lange Eisenrohrleitung mit 2 Auslaufbrunnen), in Bischofshofen of shofen (Bezirk Zellam See), in der zur Gemeinde St. Veit gehörigen Ortschaft Schwarzach (Bezirk St. Johann) und in Mauterndorf (Bezirk Tamsweg). Die Wasserleitung in Bischofshofen führt Quellwasser in einer 721 Meter langen Eisenrohrleitung dem Orte zu, woselbst sie in einem Auslaufbrunnen endet. In Schwarzach wird Quellwasser in einer 200 Meter langen Eisenrohrleitung zugeführt; die Herstellungskosten der letzteren Anlage beliefen sich auf 6000 K. Die Wasserleitung in Mauterndort versorgt nur die westlichen Theile des Ortes.

In St. Georgen (Bezirk Zell am See) wurde ein Reservoir in Cement hergestellt; die in demselben gesammelten Quellen werden in gusseisernen Röhren von einer Gesammtlänge von 900 Metern und mit einer inneren Weite von 37 Mm. in den Ort geleitet. Eine ähnliche Anlage wurde auch in Maishofen in demselben Bezirke hergestellt; hier wird das Wasser aus dem in Cement hergestellten Reservoire mittelst 2400 Meter langer gusseiserner Röhren von 100 und 80 Mm. innerer Lichtung zum Orte geleitet, wo 2 Auslaufbrunnen und 17 Hausbrunnen gespeist werden. Die Kosten dieser Anlage beliefen sich auf 10.000 K.

Im Jahre 1900 sind in Bruck und Neukirchen (Bezirk Zell am See)

neue Wasserleitungen hergestellt worden.

Die Leitung in Bruck besitzt ein aus zwei Kammern bestehendes, aus Cement gemauertes Reservoir mit einem Fassungsraume von 1000 Cbm. Die einbezogenen Quellen liefern 7 Secundenliter tadellosen Wassers. Die Länge der Leitung beträgt 1500 Meter; die gusseisernen Röhren haben eine innere Lichtung von 100, 80 und 60 Mm. An der Leitung sind 63 Hauseinläufe, 15 Haushydranten und 13 Strassenhydranten angebracht.

Die Wasserleitung in Neukirchen wird durch eine in der Nähe des Ortes gelegene Quelle versorgt, welche 10 Secundenliter liefert. Das Reservoir ist in Beton hergestellt und hat einen Fassungsraum von 24 Cbm. An die 500 Meter lange

Leitung sind mehrere freilaufende Brunnen und Hydranten angeschlossen.

Reconstruirt wurden die durch das Hochwasser zerstörten Wasserleitungen in Hüttau, Bezirk St. Johann, (durch Legung von Holzröhren in einer Länge von 430 Metern), in Hallein und in Kuchl (Bezirk Hallein). Verbesserungen wurden vorgenommen an den Wasserleitungen in Adnet (Anbringung von Röhren aus Holz, Cement und Eisen an Stelle der theilweise benützten offenen Rinnen), in Gnigl und Strasswalchen, Bezirk Salzburg-Umgebung (Herstellung neuer Quellenfassungen).

Erweitert wurde die Trinkwasserleitung in Salzburg innerhalb der drei Jahre, über welche sich der Bericht erstreckt, durch Legung von Gussrohrsträngen in einer

Gesammtlänge von 4296 Metern.

In Wildbadgastein ist eine bestehende Privatwasserleitung in 8 Miethhäuser eingeführt und von der Hirt'schen Wasserleitung ein Strang nach der benachbarten Ortschaft Badbruck geführt worden, woselbst ein Auslaufbrunnen errichtet wurde; das neuerbaute Curhaus »Kaiserhof« ist gleichfalls mit einer Wasserleitung versehen worden. In Ramingstein (Bezirk Tamsweg) wurden eine 300 Meter lange Trinkwasserleitung für ein Gasthaus und eine ebenso lange Leitung für die Arbeiter eines Sägewerkes errichtet.



Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Mai 1902, Z. 15482,

an alle politischen Landesstellen,

betreffend Vorkebrungen zur Hintanhaltung der Blatterneinschleppung aus dem Auslande.

In jüngster Zeit sind in mehreren Verwaltungsgebieten vereinzelte Blatternfälle aufgetreten, welche aus Gegenden des Auslandes, in denen Blattern herrschen, eingeschleppt wurden.

Die Einschleppung der Krankheit erfolgte in zwei Fällen durch Auswanderer, die aus überseeischen Ländern zurückgekehrt waren und im europäischen Ausschiffungshafen sich inficirt oder inficirte Objecte mitgebracht hatten, in anderen Fällen durch ausländische Bau- und Industriearbeiter, welche aus blatterinficirten Gegenden zureisten, um hierlands Arbeit zu suchen.

Es ist daher dringend geboten, derlei fluctrirenden Bevölkerungselementen eine besondere sanitäre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Um den auf diese Weise möglichen Gefahren der Blatterneinschleppung aus Auslandsgebieten rechtzeitig begegnen zu können, werden sich alle politischen Behörden über die Verbreitung von Infectionskrankheiten überhaupt, namentlich aber, über jene der Blattern im Auslande ständig in Kenntnis zu erhalten und daher die Mittheilungen genau zu beobachten baben, welche hierüber im "Oesterreichischen Sanitätswesen" fallweise veröffentlicht werden. Den politischen Behörden der an den Reichsgrenzen gelegenen Bezirke obliegt es, Gesundheitsverhältnisse und das Auftreten leicht übertragbarer Infectionskrankheiten in dem benachbarten Auslande fortlaufend im Auge zu behalten. Sobald sie von dem Auftreten der erwähnten Krankheiten daselbst Kenntnis erlangen, haben sie hierüber an die vorgesetzte politische Landesbehörde zu berichten.

In den Ländern, in welchen eine Auswanderungsbewegung herrscht, sind die Gemeinden auf die Nothwendigkeit aufmerksam zu

machen, dass sie dem Gesundheitszustande der in die Heimat wieder zurückkehrenden Auswanderer eine besondere sanitäre Aufmerksamkeit widmen, um Krankheitsverschleppungen durch infectionskranke Personen oder inficirte Effecten rechtzeitig unschädlich zu machen.

Auf Bau- und Industrie-Unternehmungen, welche fluctuirende Arbeitskräfte beschäftigen, ist Einfluss zu nehmen, dass sie schon in ihrem eigenen Interesse nur mit Erfolg geimpfte oder revaccinirte Personen verwenden, beziehungsweise die Arbeiter veranlassen, sich der vorgängigen Impfung zu unterziehen.

Um der Aufgabe, die möglichste Blatternfreiheit in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern aufrecht zu erhalten. in jeder Beziehung gerecht zu werden, wolle die k. k. die unterstehenden politischen Behörden neuerdings anweisen, dass sie der Bevölkerung einen möglichst vollständigen Impfschutz gegen Blattern durch umfassende Durchführung der Allgemeinimpfungen und Revaccinationen zu sichern trachten und im Falle der stets auf das Schleunigste zu eruirenden Einschleppung von Blattern, unverweilt im Sinne der bestehenden Vorschriften und der mit h. o. Erlasse vom 1. Juni 1901, Z. 20621 ("Oesterreichisches Sanitätswesen", S. 251), ergangenen Weisungen alle Maassnahmen zur Erstickung und Tilgung der Infection zur Durchführung bringen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 6. Mai 1902, Z. 13884,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend Einfuhr von Arzuelmitteln aus dem Auslande in geschlossenen Briefpostsendungen und als Muster ohne Werth.

Von einem gewissen Institute für Sauerstoff-Heilverfahren "Vitafer" in Berlin werden Druckschriften versendet, in welchen Hilfesuchenden auf Grund eines von dem Patienten auszufüllenden Fragebogens ärztliche Behand-

lung ex distantia und die Uebersendung von Arzneien als "Muster ohne Werth eingeschrieben" gegen Einsendung des Betrages von 20 Mark angeboten werden.

Hievon wird die k. k. unter Hinweis auf den h. o. Erlass vom 19. Mai 1899, Z. 8972,*) in die Kenntnis gesetzt und gleichzeitig verständigt, dass gemäss Verordnung des Handelsministeriums vom 8. Mai 1899, Z. 24926 (Post- und Telegraphen-Verordnungsblatt Nr. 50),**) die k. k. Postämter verpflichtet sind, alle Briefpostsendungen aus dem Auslande an Privatpersonen, gleichgiltig ob dieselben verschlossen oder als "Muster ohne Werth" einlangen, soferne der Inhalt derselben offenkundig oder allem Anscheine nach aus Arzneiwaren besteht, im Sinne der §§ 13 und 15 der Vorschriften über das postämtliche Verfahren mit Postsendungen, welche der Stellung zum Zollamte unterliegen (Post- und Telegraphen-Verordnungsblatt Nr. 92 ex 1883), an das nächste Zollamt zur Amtshandlung zu überstellen.

Hiernach wolle die k. k. im Einvernehmen mit der k. k. Postdirection das Entsprechende zur Hintanhaltung des obbezeichneten Unfuges, sowie jedes anderweitigen unbefugten Arzneimittelverkehres durch Arzneimittelsendungen aus dem Auslande an zum Arzneibezuge nicht Berechtigte veranlassen.

Erlass des k. k. Justizministeriums vom 10. April 1902, Z. 7493,

an das k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium in Wien,

betreffend Kinderschutz.

Eine Rücksprache mit den Functionären jener Privatwohlthätigkeitsvereine, die sich die Gewährung der ersten Hilfe bei Misshandlungen und den Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung zum Ziele gesetzt haben, ergab, dass durch das Zusammenwirken der Polizei- und Gerichtsbehörden und der Privatwohlthätigkeitsvereine in allen Fällen, in denen die Hilfe der

letzteren in Anspruch genommen wurde, den Misshandelten und in ihrer körperlichen und sittlichen Entwicklung bedrohten Kindern Hilfe gebracht werden konnte. Nach den übereinstimmenden Auskünften von verschiedener Seite wird im Vergleich zu früher mit grösserer Festigkeit und mit mehr Entgegenkommen und Umsicht vorgegangen. In einigen Punkten hat sich aber eine weitere Entwicklung der Praxis als Bedingung besserer Wirksamkeit des gesetzlichen Schutzes als wünschenswerth herausgestellt.

1. Vor Allem dürfte es nothwendig sein, prompter als bisher für den mittlerweiligen Schutz der Kinder zu sorgen, wenn wegen Misshandlung ein Strafverfahren oder wegen Missbrauch der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt oder wegen Vernachlässigung der damit verbundenen Pflichten Abhilfe durch eine pflegschaftsbehördliche Verfügung getroffen werden soll. Die endgiltige Beschlussfassung des Gerichtes setzt häufig umfassende Ermittlungen voraus. während welcher das Kind nicht selten weiteren, bisweilen sogar noch ärgeren Misshandlungen ausgesetzt ist. Zudem versuchen die Betheiligten hauptsächlich durch Mittel der Einschüchterung den Sachverhalt zu verdunkeln und die Ermittlung der Wahrheit zu erschweren.

Schon in der Verordnung des Justizministeriums vom 11. Mai 1901, J. M. V. Bl. Nr. 13,*) wurde den Strafgerichten zur Pflicht gemacht, im Falle eine Vorkehrung im Interesse des Kindes dringend nothwendig ist, die Mittheilung an die Pflegschaftsbehörde nicht bis zum Abschluss des Strafverfahrens zu verschieben, sondern unverzüglich dem Pflegschaftsgerichte den Sachverhalt bskanntzugeben und ihm so die Gelegenheit zu eröffnen, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, insbesondere einstweilen für den Schutz und die Unterbringung des Kindes zu sorgen.

Die Handhabe zu solchen einstweiligen Verfügungen, die zumeist in der vorläufigen Abnahme und der mittlerweiligen Versorgung des Kindes in einer anderen Familie, in einer Anstalt oder durch einen Kinderschutzverein

^{*)} Siehe Jahrg. 1899, S. 216.

^{**)} Siehe Jahrg. 1899, S. 281.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 242.

bietet die Bestimmung des § 178 | a. b. G. B., die dem Gerichte freie Hand lässt, die den Umständen angemessene Vorkehrung zu treffen. Wenngleich die abschliessende Entscheidung über die nothwendigen Maassnahmen eine eingehende Untersuchung Gegenstandes der Beschwerde erheischt, so wird man sich zum Zwecke einer einstweiligen Verfügung doch mit einer blos summarischen Ermittlung des Sachverhaltes, unter Umständen sogar damit begnügen können und müssen, dass nach der Anzeige eine mittlerweilige Vorkehrung zum Schutze des bedrohten Kindes unerlässlich erscheint, und dass die Voraussetzungen für ein solches Einschreiten glaubhaft gemacht sind. Es liegt somit nicht an einem Mangel des Gesetzes, wenn der Vorwurf erhoben werden kann, dass die Hilfe der Behörden bisweilen zu spät komme und nicht zureiche.

2. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint sich die Praxis auch nicht immer der Tragweite der in ihrer allgemeinen und weiten Fassung ausserordentlich werthvollen Bestimmung des § 178 a. b. G. B. bewusst geworden zu sein.

Hierauf wurde in den Verhandlungen und in der Resolution des niederösterreichischen Landtages vom 26. Juni 1901 hingewiesen. Der niederösterreichische Landtag spricht darin "seine Ueberzeugung aus, dass unter den im § 178 a. b. G. B. normirten Verfügungen zum Schutze der Kinder auch die zeitweise Abnahme der väterlichen Erziehungsgewalt inbegriffen sei, und erwartet, dass eine in dieser Richtung sich entwickelnde Rechtsprechung die Grundlage für die Betheilung moralisch verlassener Kinder aus den Ueberschüssen der cumulativen Waisencassen schaffen werde." Man begegnet jedoch gelegentlich der nach Ansicht des Justizministeriums nicht zutreffenden Auffassung, dass wegen Misshandlung der Kinder die Entziehung der väterlichen Gewalt nur unter den in den §§ 414 und 415 des Strafgesetzes bezeichneten Voraussetzungen zulässig sei. Hiebei wird übersehen, dass das Strafgesetz die Entziehung der väterlichen Gewalt als Strafe (§ 415, St. G.) behandelt, die zu verhängen ist, wenn die im Strafgesetze bezeichneten Vor-

aussetzungen vorliegen, dass aber, unabhängig von den strafrechtlichen Folgen der Misshandlung, im Falle des Missbrauches der väterlichen Gewalt durch das Pflegschaftsgericht die den Umständen angemessenen Verfügungen zu treffen sind. Es scheint hienach (Stubenrauch, Commentar, 8. Auflage, S. 263 -Anders, Familienrecht S. 205 - Jurist. Blätter, S. 304/1901) keineswegs ausgeschlossen, dass auch dann, wenn das Strafverfahren zu einem Ergebnis nicht geführt hat, oder wenn es überhaupt nicht eingeleitet worden ist, gemäss § 178 a. b. G. B. die väterliche Gewalt entzogen werden kann, wo sich dies als die "den Umständen angemessene Verfügung" darstellt. Aus der Gegenüberstellung der §§ 177 und 178 a. b. G. B. kann nicht geschlossen werden, dass nur im Falle der gänzlichen Vernachlässigung von Verpflegung und Erziehung die väterliche Gewalt aberkannt werden kann, dagegen wegen Missbrauches der väterlichen andere weniger weitgehende Maassnahmen zulässig sind. Es genügt auf den Fall hinzuweisen, dass eine schwere Misshandlung des Kindes vorliegt, aber wegen Verjährung oder aus strafprocessualen Gründen eine Verurtheilung durch das Strafgericht ausgeschlossen ist, oder dass die Eltern zwar die ihren Verhältnissen entsprechende Verpflegung und Erziehung nicht vernachlässigt haben, die Autorität der Eltern jedoch dazu missbraucht wird, das Kind einem unsittlichen Lebenswandel zuzuführen. In solchen Fällen ist das nächstliegende und unerlässliche Schutzmittel gegenüber den Gefahren aus dem Missbrauch der väterlichen Gewalt deren Entziehung nach § 178 a. b. G. B.

Wenn sich anderseits nach Lage des Falles die Entziehung der väterlichen Gewalt nicht als nothwendig oder sachgemäss erweist, dann ermöglicht die Bestimmung des § 178 a. b. G. B. sich auf eine weniger weitgehende Maassnahme zu beschränken, falls dies zur Sicherung des Kindes gegen Misshandlung und Verwahrlosung unerlässlich ist. Insbesondere ist es zulässig, auf Grund dieser Gesetzesbestimmung dem Vater die Obsorge über die Person oder über das Vermögen des Kindes zu entziehen, das Kind dem Vater abzunehmen und in einer

anderen Familie oder in einer Anstalt oder in | losung preisgegeben war. Thatsächlich musste einem Kinderheim unterzubringen. Solchenfalls steht dann dem Vater nicht mehr das Recht zu, ohne gerichtliche Zustimmung den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen und das Kind der Anstalt oder dem Verein abzufordern.

Aehnliche Verfügungen können gegen die uneheliche Mutter nach § 169 a. b. G. B. und gegen die eheliche Mutter nach § 218 a. b. G. B. getroffen werden.

Wenn es sich als nothwendig herausstellt, das Kind den Eltern abzunehmen und anderweitig unterzubringen, soll nie werden, dies durch einen formellen Beschluss im Sinne des § 178 a. b. G. B. zu verfügen. Ein solcher Beschluss ist insbesondere auch deshalb von Bedeutung, weil durch das niederösterreichische Landesgesetz vom 29. August 1901, L. G. Bl. Nr. 42, die Gebahrungsüberschüsse der cumulativen Waisencassen Pflege und Erziehung armer nach Niederösterreich zuständiger Waisen, sowie verwahrloster oder verlassener Kinder zu verwenden sind, und nach § 4, lit. d, als verlassene Kinder auch iene zu gelten haben, deren Eltern wegen Misshandlung ihrer Kinder verurtheilt und deren Vater der väterlichen Gewalt verlustig erklärt wurden, oder gegen deren Vater eine der im \$ 178 a. b. G. B. vorgesehenen Verfügungen getroffen worden ist. Aehnliche Bestimmungen enthalten auch die Landesgesetze von Mähren und Oberösterreich. Die Fassung eines Beschlusses im Sinne des § 178 a. b. G. B. ist somit eine Voraussetzung für die Zuwendung der durch das erwähnte Gesetz den verlassenen Kindern zugedachten Wohlthaten.

3. Wenn das Gericht eine Verfügung im Sinne der §§ 169, 178 und 218 a. b. G. B. getroffen hat, soll nicht auf das blosse Versprechen des Vaters oder der Mutter, dass sie in Hinkunft das Kind besser halten und anständig erziehen wollen, die Verfügung rückgängig gemacht werden. Es kam vor, dass das Gericht auf das Versprechen der dem Trunke ergebenen Mutter, sich zu bessern, ohne weitere Ermittlungen verfügte, das Kind sei von der Wohlthätigkeits Gesellschaft der Mutter zurückzugeben, obwohl durch deren Lebensführung das Kind der völligen Verwahr-

das Kind nach kurzer Zeit der Mutter neuerlich abgenommen werden.

In solchen Fällen scheint es sich empfehlen, dass das Gericht, ehe es die Abnahme des Kindes rückgängig macht, durch Einvernehmung der Functionäre der Gesellschaft feststelle, ob mit Rücksicht auf die diesen Functionären meistens sehr genau bekannten häuslichen und Erwerbsverhältnisse der Eltern, auf den körperlichen und sittlichen Zustand des Kindes und auf den Einfluss, den der Vater oder die Mutter auf das Kind bisher geübt hat, eine Aenderung in der Unterbringung des Kindes rathsam ist.

Aehnliche Vorsicht wird regelmässig zu beobachten sein, wenn von den Eltern um die Erlaubnis angesucht wird, mit dem in einer Anstalt oder unter dem Schutze einer Kinderschutzgesellschaft untergebrachten Kinde persönlichen Verkehr treten zu dürfen.

- 4. Von Seite der Functionäre der Kinderschutzgesellschaften wurde es als misslich bezeichnet, dass die Gerichte, wenn sie die Abnahme des Kindes verfügen, sich hie und da darauf beschränken, den bezüglichen Beschluss den Betheiligten zuzustellen, dessen Durchführung aber den Functionären des Vereines Dieser Vorgang ist nicht sachgeüberlassen. mass. Das Gericht hat von amtswegen durch seine eigenen Organe oder mit Hilfe der Polizei seine Maassnahmen durchzuführen und zu diesem Behufe mit dem Vereine oder der Anstalt, der das Kind übergeben werden soll, wegen der Uebernahme sich vorläufig in Verbindung zu setzen.
- 5. Besondere Schwierigkeiten macht es den Kinderschutzvereinen, die Urkunden zu beschaffen, von deren Beibringung die Landesund Gemeindeverwaltungen die Uebernahme misshandelter und verlassener Kinder abhängig machen. Hauptsächlich handelt es sich um die Beibringung des Tauf- oder Geburtsscheines und der Zuständigkeitsdocumente. Die Gerichte werden deshalb angewiesen, wenn sich diese Documente in den Acten befinden, sie den Privatvereinen zum Behufe der Abgabe der vorläufig übernommenen Kinder in die Versorgung der öffentlichen Verwaltung entweder in Urschrift gegen

glaubigter Abschrift zur Verfügung zu stellen, und wenn solche Documente noch nicht vorliegen, den betreffenden Vereinen auf Verlangen durch thunlichst rasche amtliche Requisition dieser Behelfe hilfreich an die Hand zu gehen.

6. Schliesslich muss noch darauf hingewiesen werden, dass die sachgemässe Beurtheilung der Fälle von Kindermisshandlung gefördert werden könnte, wenn sich die Gerichte die reiche Erfahrung der Kinderschutzgesellschaften dadurch zu Nutze machen würden, dass sie und zwar nicht nur dann, wenn die Anzeige auf Grund von Recherchen der Gesellschaft erstattet worden ist, sondern auch in anderen zweifelhaften Fällen einen Functionär einer solchen Gesellschaft über das vorliegende Thatsachenmaterial vernehmen würden. Erscheinungen, die dem Gerichte, das vielleicht weniger häufig mit solchen Misshandlungsfällen beschäftigt wurde, unwichtig, zufällig und nebensächlich erscheinen, würden eine andere Beurtheilung finden, wenn sie durch den Hinweis auf die typischen Erscheinungsformen und auf das Milieu der Kindermisshandlung beleuchtet werden.

Das k. k. Präsidium wird ersucht, diesen Erlass den Gerichten in Wien bekanntgeben zu lassen.

(Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums).

Circularerlass der Statthalterei Triest vom 14. April 1902, Z. 10101,

an alle k. k. Bezirkshauptmannschaften des Küstenlandes und die Stadtmagistrate in Triest, Görz und Rovigno,

betreffend Maassregeln gegen Cholera.

Aus Anlass der bedenklichen Ausbreitung der Cholera in Mekka und Djeddah und mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer schleppung der Krankheit auf dem Seewege in das Küstenland, werden obige Behörden eingeladen, den sanitären Verhältnissen des untergrösste stehenden Verwaltungsgebietes die Aufmerksamkeit zu widmen.

Insbesonders wolle unter Hinweisung auf die im Landesgesetzblatte vom Jahre 1892, zu Nr. 29.

seinerzeitige Rückstellung oder in amtlich be- | XIV. Stück, Nr. 17, republicirte "Cholera-Instruction" vom Jahre 1886, Absatz B,*) mit allem Nachdrucke auf die Beseitigung vorhandener sanitärer Uebelstände, auf die Reinhaltung des Untergrundes der Städte und Ortschaften durch Regelung der Mehrungsabfuhr und auf den Schutz jener Gebiete gedrungen werden, aus welchen das Trinkwasser entnommen wird.

> Die bestehenden Trinkwasserversorgungsanstalten sind von den Amtsärzten während ihrer Bereisungen und von den Stadt- und Gemeindeärzten. sowie den Local-Sanitätscommissionen sofort auf ihre Zulänglichkeit und hygienische Beschaffenheit zu prüfen, und sind namentlich in letzterer Hinsicht constatirte Uebelstände mit der grössten Beschleunigung zu beseitigen.

> In jenen Orten, in welchen die Düngerhaltung zu Beanständigungen Anlass bietet und eine andere Abhilfe unmöglich erscheint, sind im Sinne des h. o. Circularerlasses vom 1. September 1892, Z. 14969, von den Gemeinden öffentliche Ablagerungsplätze zu bestimmen, auf welchen die Abfallsstoffe so lange deponirt werden können, bis deren weitere landwirthschaftliche Verwendung erforderlich ist.

> besondere Aufmerksamkeit wolle ferner der Hintanhaltung der Ueberfüllung von Wohnungen, Herbergen und Arbeiterkasernen gewidmet werden, wobei auf die h. o. Rundschreiben vom 12. Juli 1892, Z. 11915 und vom 1. September 1892, Z. 15098, verwiesen wird.

> Anlässlich der im Küstenlande gegenwärtig und in den nächsten Jahren stattfindenden grösseren Bahnbauten sind die infolge der Ansammlung eines bedeutenden Arbeitermateriales auf dem Gebiete der Wohnungshygiene, Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung sich entwickelnden sanitären Uebelstände einer sorgsamen Controle zu unterziehen und durch rechtzeitiges entsprechendes Eingreifen zu beseitigen, beziehungsweise zu mildern.

> Eines der wirksamsten Mittel zur Verhinderung einer Cholera-Epidemie ist ferner die rasche Erkennung und zweckentsprechende Isolirung der ersten etwa eingeschleppten

^{*)} Siehe Jahrg. 1890 d. Bl., Separat-Beilage

Cholerafälle. Zu diesem Zwecke ist allen im Amtsbezirke ansässigen Aerzten und im Wege der Gemeindeämter auch der Bevölkerung die Pflicht zur sofortigen Anzeige jedes auch nur choleraverdächtigen Erkrankungsfalles, somit auch jedes einheimischen Brechdurchfalles in Erinnerung zu bringen.

Mit der Erhebung jedes zur Anzeige gebrachten verdächtigen Krankheitsfalles ist der Amtsarzt zu betrauen, welcher, falls nicht bereits die Untersuchung des Kranken oder die Obduction der Leiche einen zweifellosen Befund ergeben sollten, die im Sinne der im "Oesterreichischen Sanitätswesen" vom Jahre 1892, S. 259, enthaltenen Belehrung aus der Stuhlentleerung oder dem Darminhalte verfertigten Deckgläschenpräparate, eventuell auch Culturproben oder bei der Obduction nommene Organpartikelchen an das k. k. pathologisch-anatomische Universitätsinstitut in Wien zur Untersuchung einzusenden hat, wobei gleichzeitig an die Statthalterei zu berichten ist. - Die aus der Versendung den Bezirkshauptmannschaften erwachsenden Kosten sind im Sinne des h. o. Erlasses vom 19. Juli 1887, Z. 10371, vorschussweise aus dem Amtspauschale der Bezirkshauptmannschaft zu bestreiten, und ist deren Refundirung von der Statthalterei anzusprechen.

Bei der Entnahme der Proben, sowie bei deren Verpackung und Versendung sind die Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 11. Mai 1901, R. G. Bl. Nr. 49,*) genauestens zu beachten und zur Versendung von Organpartikelchen, die mit dem h. o. Rundschreiben vom 4. September 1893, Z. 15751 übermittelten Versandtbüchsen**) zu verwenden.

Von jedem ärztlich constatirten Erkrankungs- und von jedem Todesfalle an Cholera asiatica ist nicht blos die Statthalterei, sondern auch das Ministerium des Innern telegraphisch zu verständigen.

Die betreffenden Telegramme sind im Sinne der Handelsministerial-Verordnung vom 8. November 1892, Z. 53961,***) gebührenfrei. Behufs Ermöglichung der sofortigen Isclirung verdächtiger Kranker muss darauf bestanden werden, dass in allen Gemeinden zur
Unterbringung Infectionskranker geeignete Nothkrankenlocalitäten bereit gehalten und dieszum wenigsten mit den nothwendigsten für
die Krankenpflege und Desinfection erforderlichen Utensilien und einer Krankentragbahre
versehen werden. Eine besondere Aufmerksamkeit ist der entsprechenden Beschaffenheit
der Isolirlocalitäten der Eisenbahnabgabestationen zu widmen.

Die Gemeinden haben ferner die mit dem h. o. Circularerlasse vom 5. September 1892. Z. 15332, vorgeschriebenen Desinfectionsmittel vorräthig zu halten, und sind diese Vorräthe von den Amtsärzten bei ihren Bereisungen zu revidiren.

Betreffend den Vorgang bei der Desinfection wird die im L. G. Bl. vom Jahre 1887, XX. Stück, Nr. 35,*) publicirte Desinfectionsordnung genau zu beobachten sein, und haben sich alle im Bezirke ansässigen Aerzte mit dieser Verordnung vertraut zu machen.

Grösseren leistungsfähigeren Gemeinden, welche noch keinen Dampfdesinfectionsapparat haben, ist aus diesem Anlasse neuerdings die Anschaffung eines solchen nahezulegen.

Obige Behörden werden schliesslich aufgefordert, sich die Bestimmungen der Dresdner Convention, R. G. Bl. Nr. 69 ex 1894**) uud die Kundmachung der k. k. Ministerien des Innern und des Handels vom 25. April 1896, R. G. Bl. Nr. 73,***) betreffend das Uebereinkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien bezüglich der Anwendung besonderer sanitärer Maassnahmen auf den Verkehr innerhalb der Grenzgebiete und zur See zur Zeit des Auftretens der Cholera gegenwärtig zu halten.

Ueber das im Sinne dieses Erlasses Veranlasste, wolle bis Ende Juni d. J. berichtet werden.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 216.

^{**)} Vgl. Jahrg. 1893 d. Bl., S. 294 und 319.

^{***)} Siehe Jahrg. 1892 d. Bl., S. 446.

^{*)} Siehe Jahrg. 1890, Separat-Beilage zu Nr. 29, S. 14.

^{**)} Siehe Jahrg. 1894 d. Bl., Beilage zu Nr. 15.

^{***)} Siehe Jahrg. 1896 d. Bl., S. 222.

Circularerlass der k. k. Seebehörde | Reglements für den Verkehr zwischen ein-, in Triest vom 18. April 1902, Z. 5321. betreffend die Anwendung des Reglements für den Verkehr zwischen einheimischen Häfen bei Ausbruch der Cholera im Küstengebiete auf Pest.

Das k. k. Handelsministerium hat im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium des Innern mit vom 30. März d. J., Erlass Z. 42783 ex 1901, genehmigt, dass die Bestimmungen des mit Circulare der Seebehörde vom 10. Juni 1896, Z. 5769,*) kundgemachten

heimischen Häfen bei Ausbruch von Cholera im Küstengebiete auch im Falle des Auftretens der Beulenpest analoge Anwendung zu finden haben, jedoch mit der Abänderung, dass der in den §§ 8, 9 und 12 des erwähnten Reglements bezeichnete Zeitraum von fünf Tagen auf zehn Tage erhöht wird, soferne es sich um Pest handelt.

Selbstverständlich ist im dritten Absatze des \$ 5 des mehrerwähnten Reglements, wenn es auf Pest angewendet wird, anstatt der internationalen Sanitätsconvention von Dresden liene von Venedig (1897) gemeint.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Balgarien. Mit Verordnung vom 10. (23. Aprill. J., Nr. 135) wurden die Städte Rio de Janeiro und Santos für pestfrei erklärt.

Griechenland. Gegen Herkünfte aus Aegypten ist eine 24stündige Quarantaine mit Desinfection der Waren und Effecten der Passagiere dritter Classe vom 22. April (5. Mai) ab angeordnet worden.

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 6. Mai l. J., Nr. 14, wurde Rio de Janeiro für pestfrei erklärt.

Türkei. Der Oberste Sanitätsconseil beschloss, aus verseuchten Gegenden eintreffende Vergnügungsvachten nach strenger ärztlicher Visite und Desinfection der Effecten der Mannschaft zum freien Verkehre zuzulassen, wenn dieselben vor 7 Tagen den verseuchten Hafen verlassen haben und wenn sie während dieser Zeit durch mindestens 5 Tage in einem oder mehreren unverseuchten Häfen frei verkehrt haben.

Aegypten. (Siehe S. 240.) In der Woche vom 1. bis 7. Mai wurden ausgewiesen in Alexandrien 1, in Decheneh 6, in Magagha 2, im Districte Tala 1 und in Tukh, Provinz Galiubieh (neu) 9 Pestfälle.

Britisch-Indien. In Bombay sind in der Woche vom 9. bis 15. April 731 Erkrankungen und 664 Todesfälle, in Calcutta (S. 226) vom 30. März bis 5. April 689 und in Kurachee in der Woche vom 4. bis 11. April l. J. 106 Pesttodesfälle verzeichnet worden.

Britisch-Ostafrika. (S. 226.) Vom 21. April bis 2. Mai wurden in Nairobi 4 neue Erkrankungen verzeichnet. Insgesammt sind bisher 61 Erkrankungen und 19 Todesfälle an Pest vorgekommen.

Hongkong. (S. 188.) Im Verlaufe des Monates März ist in der Colonie 1 Pestfall mit tödtlichem Verlaufe beobachtet worden.

Australien. In Sydney (Neusüdwales, S. 240) wurden in der Woche vom 16. bis 22. März 15 Erkrankungen und 3 Todesfälle an Pest ausgewiesen. Insgesammt sind seit dem Wiederausbruch der Pest (11. November v. J.) 75 Personen erkrankt und 20 gestorben.

In Brisbane (Queensland, S. 216) sind in der Woche vom 2. bis 8. März 2 (0) und in der folgenden am 15. März abgelaufenen Woche 10 Erkrankungen (2 Todesfälle) verzeichnet worden.

Cholera. Türkei (S. 240). In Djeddah ist seit 27. April kein Cholerafall vorgekommen. In Jambo, wo sich gegenwärtig noch Pilger aufhalten, die nach dem Beiramfeste den Pilgerzug nach Medina unternommen hatten, wurden vom 22. bis 24. April 28 Todesfälle, in weiteren 6 Tagen 54 Todesfälle an Cholera beobachtet.

^{*)} Siehe Jahrg. 1896 d. Bl., S. 293.

Aegypten. Im Lazarethe von El Tor (S. 226) sind seit 21. April keine Cholerafälls aufgetreten. Unter 13.000 von 13 Dampfern ausgeschifften Pilgern sind daselbst bisher 45 Erkrankungen und 32 Todesfälle an Cholera constatirt worden.

Hongkong (S. 188). Im Verlaufe des Monates März sind insgesammt 35 Chinesen und

6 Nichtchinesen (Europäer und Japaner) an Cholera erkrankt und hievon 36 gestorben.

Philippinen (S. 240). In Manila wurden bis zum 4. April (innerhalb 14 Tagen 120 Erkrankungen und 99 Todesfälle an Cholera verzeichnet. Von der Sanitätsbehörde sind strenge Maassregeln zur Bekämpfung der Epidemie getroffen worden; die verseuchten Stadttheile sind polizeilich abgesperrt, einzelne verseuchte Hütten der Eingeborenen wurden verbrannt. Der Handel Manilas ist durch die Epidemie schwer betroffen. Nach den Provinzen abgehende Dampfer unterliegen vor ihrer Abreise einer fünftägigen Quarantaine; einzelne Provinziaregierungen verbieten den aus Manila ankommenden Schiffen das Ausladen, andere wieder legen denselben eine mehrtägige Quarantaine auf.

Blattern. Deutsches Reich. Aus dem ostpreussischen Grenzorte Eydtkuhnen wurden 6 Blatternerkrankungen, darunter 2 mit tödtlichem Ausgange, gemeldet. Die Krankheit dürftraus Russland eingeschleppt worden sein.

Italien. In Palermo (S. 189) dauert die Blatternepidemie an; im Monate April wurden 98 Erkrankungen und 10 Todesfälle, in den ersten 8 Tagen des Monates Mai 16 Erkrankungen und 6 Todesfälle ausgewiesen.

Rumänien. In Braila (S. 203) befanden sich am 12. Mai 9 Blatternkranke im städtischen Krankenhause; in Privatpflege kein Fall.

Türkei. Die Blatternepidemie in Kavalla (S. 240) ist dem Erlöschen nahe. Neue Fälle wurden nur vereinzelt beobachtet.

Hongkong. Im Monate März l. J. sind in der Colonie 16 Blatternerkrankungen (an 14 Chinesen und 2 Europäern), davon 14 mit tödtlichem Verlaufe, verzeichnet worden.

Brasilien. Argentinien. In Rio de Janeiro (S. 189) wurden im Laufe des Monates Marz 36 Blatterntodesfalle ausgewiesen. In Buenos Ayres treten Blattern seit längerer Zeit zahlreicher auf.

Gelbfieber. Beriberi. Ausser den oben erwähnten Blatterntodesfällen sind in Rio de Janeiro im Monate März auch 184 Todesfälle an Gelbfieber und 5 Todesfälle an Beriberi verzeichnet worden.

Vermischte Nachrichten.

Verleihung von Concessionen für neu zu errichtende Apotheken. In einer den Ministerium des Innern zur Kenntnis gelangten Concursausschreibung zur Verleihung der Concession einer neu zu errichtenden Apotheke war die Bestimmung des Ministerialerlasses vom 21. April 1902, Z. 16441,*) nicht zum Ausdrucke gebracht worden, wonach bei der Concessionsverleihung nur solche Bewerber zu berücksichtigen sind, welche sich zur persönlichen Führung der Apotheke durch mindestens zehn Jahre verpflichtet haben. Aus diesem Anlasse wurde vom Ministerium des Innern die Correctur dieser Concursausschreibung angeordnet. Es ist hieraus zu entnehmen, dass die angeführte Verpflichtung der Concessionswerber bei allen derzeit in Verhandlung stehenden Amtshandlungen wegen Verleihung von Concessionen für neu zu errichtende Apotheken zur Geltung gelangt.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 14. bis 20. Mai 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodezany: Maniawa 5; Brody: Ponikwa 3; Buczacz: Doprobole 3, Uscie zielone 1; Dabrowa: Dabrowa 1; Drohobycz: Dolhe ad Podbuz 2, Gaje wyzne 9; Grodeck: Wrocow 1; Horodenka: Chmielowa 1, Czernelica 17, Zukow 7; Husiatyn: Krogulec 2; Jaworow: Wierzbiany 9, Wulka rochowska 2: Kalusz: Ldziany 3, Moszkowce 1, Siwka wojnitowska 2, Sloboda równianska 2; Kamionka: Chreniow 6; Kolomea: Kulaczkowce 5; Mościska: Podliski 3; Myślenice: Pcim 2; Nadworna: Lanczyn 7, Nadworna 2, Tarnowica lesna 7; Nisko: Domoslava 2; Podhajce: Burkanow 4; Przemyślany: Poltew 1; Rawa: Ulicko zarebane 9; Stanislau: Dorohow 9, Kolodziejow 8: Tarnopol: Ihrowica 2, Obarzance 2; Tlumacz: Holoskow 4, Kolince 8, Winograd 6; Zolkiew Dzibulki 5, Nahorce 5.

^{*)} Siehe S, 213 d. Bl.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

 $\mathbf{D}_{\mathbf{R}.}$ J. \mathbf{D} A I M \mathbf{E} \mathbf{R}

redigits vo

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurm Strasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:—.

XIV. Jahrgang.

Wien, 29. Mai 1902.

Mr. 22.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Schlesien. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Circularerlass der Stattbalterei für Tirol und Vorarlberg, betreffend Eisgewinnung und Eiserzeugung; Erlass der steiermärkischen Statthalterei, betreffend die Rücksichtnahme auf die Anforderungen der Schulhygiene bei Errichtung, Adaptirung, Erweiterung und Einrichtung von Schulhäusern. — Rechtsprechung. — Mitteilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 24. Mai d. J. abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten nach Mittheilung der laufenden Geschäftsstücke durch den Vorsitzenden O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl nachstehende Gegenstände zur Berathung und Beschlussfassung:

- 1. Gutachten über die Modalitäten, unter welchen Untersuchungen mit Röntgenstrahlen ausserhalb wissenschaftlicher Institute und Anstalten zulässig erscheinen. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Exner.)
- 2. Erstattung des Schlussreferates, betreffend Maassnahmen zur Hintanhaltung von Missbräuchen bei Vornahme wissenschaftlicher Untersuchungen und Studien an Kranken in Heilanstalten. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Chrobak Namens des Specialcomités.)
- 3. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die neu systemisirte Stelle eines Seesanitätsinspectors bei der k. k. Seebehörde in Triest. (Referent: O. S. R. Hofrath Dr. Max Gruber.)

Vor und nach der Sitzung des Obersten Sanitätsrathes trat das Specialcomité für Hebammenangelegenheiten zu Berathungen über die Bedürfnisse des Hebammenschulwesens in Böhmen zusammen.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Schlesien.

Von den in Schlesien seit dem Jahre 1898 errichteten Wasserleitungen sind jene von Freudenthal, Freiwaldau und Jauernigg als die bedeutendsten an erster Stelle zu nennen.

In Freudenthal bestanden bis zur Errichtung der neuen Hochquellenleitung zwei Holzrohr-Leitungen, von welchen die eine Wasser aus dem Schwarzbache, die andere Quellwasser vom Köhlerberge fünf offenen Holzkästen zuführte. Die im Jahre 1899 fertiggestellte neue Wasserversorgungsanlage besteht aus einer Hochund aus einer Tiefquellenleitung. Beide Leitungen führen das Wasser in das am Nordostabhange des Köhlerberges ausgeführte, aus zwei Kammern bestehende Hochreservoir, welches 400 Cbm. fasst und aus Betonmauerwerk hergestellt ist. Die Hochquellenleitung wird von drei Quellen, der Vincenz-, Schneider- und Köhlerbergquelle, versorgt. Die Tiefquellenleitung besteht aus einem Centralbrunnen und fünf Revisionsbrunnen. Diese Brunnen haben eine Tiefe von 8-10 Metern. Die in Zwischenräumen von 100-200 Metern angebrachten Revisionsbrunnen sind durch Stollen verbunden, welche aus Bruchsteinmauerwerk hergestellt sind und eine Lichtung von 0.70-1.2 Metern besitzen. Die Stollen haben die Aufgabe, das Wasser im Terrain aufzuschliessen und dem Centralbrunnen zuzuführen, in welchen es aus dem letzten Revisionsbrunnen durch einen 15 Cm. weiten, gusseisernen Rohrstrang eingeleitet wird. Ein beim Centralbrunnen errichtetes Dampfpumpwerk hebt das Wasser aus diesem Brunnen und führt es dem Hochreservoir zu. Vom Hochreservoir wird das aus den Hoch- und Tiefquellen gesammelte Wasser in einer fast 9 Km. langen, aus gusseisernen Röhren bestehenden Leitung in die Stadt geführt.

Am Schlusse des Jahres 1901 waren 21 Auslaufbrunnen und 28 Oberflurhydranten aufgestellt und 221 Häuser angeschlossen. Von dieser Anlage können täglich 5000 Hklt. Wasser geliefert werden; der durchschnittliche tägliche Verbrauch beträgt gegenwärtig 1600 Hklt. Die Härte des frischen und tadellosen Wassers beträgt 4·2 deutsche Härtegrade. Die Herstellungskosten beliefen sich auf rund 260.000 K.

Die Hochquellenleitung in Freiwaldau wurde im Jahre 1898 in Betrieb gesetzt. Dieselbe entnimmt das Wasser aus dem Gebiete der nach Osten von der Stadt gelegenen, gut bewaldeten Goldkoppenlehne vermittelst 24 Stollen, hat eine Gesammtlänge von 8 Km. und ist aus Mannesmannröhren hergestellt. Die erschlossenen Quellen liefern eine Minimalmenge von 7 Secundenlitern. Das Reservoir besteht aus 2 Kammern. Die Vertheilungsleitung, an welche bisher 300 Häuser angeschlossen sind, beruht auf dem Circulationssysteme. Das Wasser wurde bakteriologisch und chemisch untersucht, entsprechend seiner Herkunft aus kalkarmem Gesteine etwas weich, sonst aber als ein tadelloses Trinkwasser befunden. Die Anlagekosten betrugen 200.000 K.

Die Wasserleitung der Stadt Jauernigg, Bezirk Freiwaldau, wurde im Jahre 1901 erbaut. Das Wasser wird in mehreren Stollen, welche im hinteren Krebsbachthale auf der nach Osten abfallenden bewaldeten Lehne des Rösselberges (im Reichensteinergebirge) entspringen, gewonnen und in einer 85 Km. langen Leitung aus Mannesmannröhren in die Stadt geführt. Das Sammelreservoir besteht aus zwei Kammern. Der Vertheilungsleitung, an welche nahezu alle Häuser der Stadt angeschlossen sind, liegt das Circulationssystem zu Grunde. Die Beschaffenheit des Wassers ist nach dem

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16, 17, 18, 20 u. 21 d. Bl.

Ergebnisse der vorgenommenen chemischen und bakteriologischen Untersuchung tadellos. Die Härte desselben ist, wie jene des Wassers der beiden oben erwähnten Leitungen, wegen seines Ursprunges aus Granit- und Gneisgestein gering. Die Leitung liefert als geringen Wenge 3 Secundenliter. Die Kosten der Herstellung

der Anlage betrugen 200.000 K.

In der Gemeinde Würbenthal, Bezirk Freudenthal, wurde im Jahre 1901 an Stelle der bereits bestehenden Steinzeugrohrleitung eine neue Eisenrohrleitung errichtet. Die drei am Hohenberge befindlichen Quellen, welche die alte Leitung versorgt hatten, wurden neu gefasst, und das Wasser derselben wurde in ein neues, aus zwei Kammern bestehendes, 150 Cbm. fassendes Hochreservoir geleitet, von wo es in gusseisernen Röhren der Stadt zugeführt wird. Das Rohrnetz besitzt eine Länge von 43 Km.; an die Vertheilungsleitung sind 16 Ober- und 2 Unterflurhydranten, sowie 145 Hauseinleitungen angeschlossen. Die Ergiebigkeit der eingeleiteten Quellen wird auf ungefähr 60 Liter per Kopf und Tag geschätzt. Die Härte des Wassers ist aus dem gleichen Grunde, wie bei den anderen bereits erwähnten Wasserleitungen, eine geringe (3 8 deutsche Härtegrade). Die Anlagekosten beliefen sich auf rund 65.000 K.

Alle vier genannten Anlagen wurden von der bekannten Unternehmung für Wasserleitungsanlagen Rumpel in Wien ausgeführt.

Die Stadtgemeinde Königsberg im politischen Bezirke Wagstadt hat im Jahre 1901 eine Wasserleitung mit einem Kostenaufwande von beiläufig 70.000 K erbaut und im December desselben Jahres provisorisch in Betrieb gesetzt. Collaudirung wird im Laufe des Jahres 1902 nach Vollendung aller Baulichkeiten erfolgen. Die Wasserentnahmstelle für diese Anlage liegt 3:4 Km. von der Stadt entfernt, zwischen den Ortschaften Kiowitz, Czabischau, Baislowitz und Hillau in einem 5 Km. langen, tief eingeschnittenen Thale, dessen Sohle 50-100 Meter breit und von Wiesen bedeckt ist, während die Thallehnen mit dichtem Walde bestockt sind. Der Thalgrund besteht aus Alluvialschichten jüngeren Datums. Auf die oberste, dunne Humusschichte folgt eine 08-13 Meter mächtige, schwer durchlässige Schichte gelblichen bis grauen Thones, unter welcher eine 0.3-0.5 Meter starke Sand- und Schotterschichte gelagert ist, die wieder auf einer Thonschichte von gleicher Mächtigkeit aufliegt. Unter dieser Thonschichte bewegt sich der Grundwasserstrom in einem Gemenge von feinerem und gröberem, mit Schotter vermischtem Sande, welcher von dünnen, thonigen Lagen durchsetzt ist und eine Mächtigkeit von 0.8-3 Metern besitzt. Das Grundgebirge ist Grauwackensandstein und Grauwackensandstein-Conglomerat. Das Quellengebiet umfasst einen Flächenraum von 5.5 Qkm. Messungen in dem nach Legung der Drainageröhren errichteten Versuchsbrunnen haben ergeben, dass eine Ergiebigkeit von 23 Secundenlitern zu erhoffen ist, welche durch Herstellung von weiteren Drainageanlagen und Einbeziehung zweier seitlich gelegener Quellen auf mindestens 4 Secundenliter erhöht werden kann, so dass hiemit den Bedürfnissen der 2080 Einwohner zählenden Stadt vollauf entsprochen sein wird.

Der an Stelle des Versuchsbrunnens errichtete Sammelbrunnen besteht aus 3 Kammern; in die oberste Kammer ergiesst sich das Wasser der Drainageanlage. Hier gelangen die etwa aus den Drains mitgeführten festen Bestandtheile zur Ablagerung. Das Wasser fliesst aus dieser Kammer über den Rand der Scheidewand in die anliegende Reinwasserkammer, von wo es in die zum Hochreservoir führende Rohrleitung abläuft. Die Reinwasserkammer besitzt einen Ueberlauf, durch welchen bei starkem Wasserandrange das überschüssige Wasser, das von der Rohrleitung nicht aufgenommen werden kann, nach aussen abgeleitet wird. Die bergseits gelegene Wand der erstgenannten Kammer ist mit Schlitzen versehen, um auch das von dieser Richtung her kommende Grundwasser aufnehmen zu können. Die Wände und der Boden der Kammer sind aus wasserdichtem Mauerwerke hergestellt. Zum Zwecke der Entleerung und Reinigung

beider Wasserkammern befindet sich am Grunde der Scheidewand eine Oeffnung, welche durch einen Schieber verschlossen ist. An der gemeinsamen Decke dieser Kammern ist ein Ventilationsschacht angebracht. Die dritte Kammer schliesst sich an die Reinwasserkammer an und enthält die Schiebervorrichtungen. Die Brunnenanlage ist zum Schutze gegen äussere Temperatureinflüsse mit einer Erdanschüttung bedeckt. Die Zuleitung zum Hochreservoir besteht aus gusseisernen Röhren mit einer Lichtung von 10 Cm. und ist 35 Km. lang; im Verlaufe derselben mussten 7 Bachunterfahrungen ausgeführt werden; an 2 Tiefpunkten sind Spülablässe und an einem Höchstpunkte ein Luftventil angebracht. Der Höhenunterschied zwischen dem Wasserspiegel des Sammelbrunnens und jenem des Hochreservoirs beträgt 104 Meter.

Das Hochreservoir hat einen Fassungsraum von 200 Cbm. und besteht aus einer wasserdicht hergestellten Kanmer, in welche eine Führungsmauer eingesetzt ist. Der Wasserkammer vorgelagert befindet sich die Schieberkammer. Das überschüssige Wasser wird durch einen Ueberlauf nach aussen abgeleitet. Zur Ventilation der Kammer, welche von einer Erdanschüttung überdeckt ist, sind 4 Luftschächte in die Decke eingesetzt.

Die Vertheilungsleitung besteht aus eisernen Röhren von 50—100 Mm. innerer Lichtung; an dieselbe sind 10 Auslaufständer und 7 Hydranten angeschlossen. Die Auslaufständer sind derart vertheilt, dass die einzelnen Häuser nicht weiter als höchstens 110 Meter von denselben entfernt sind.

Das Wasser ist rein und klar und hat eine Temperatur von 8-9°C. Die in demselben nachgewiesenen Spuren von Ammoniak sind auf die geologische Beschaffenheit des Untergrundes zurückzuführen.

Im Bereiche des politischen Bezirkes Jägerndorf wurden neue öffentliche Trinkwasserleitungen errichtet in den Gemeinden Hotzenplotz, Reigelsdorf (1898) und Röwersdorf (1899); im politischen Bezirke Troppau (Land) in Neu-Mokrolasetz (hölzerne Leitungsröhren, 320 Meter lang).

In Ausführung begriffen ist die öffentliche Wasserleitung in der Ortschaft Kaschnitzberg, Gemeinde Matzdorf, im politischen Bezirke Jägerndorf.

Eine private Wasserversorgungsanlage wurde im Jahre 1899 in der Portland-Cementfabrik in Golleschau (Bezirk Bielitz) hergestellt; dieselbe besteht aus einer Nutz- und aus einer Trinkwasserleitung. Die Trinkwasserleitung ist 1 Km. lang und wird aus einer Quelle am Dzingelauer Berge versorgt; die Nutzwasserleitung bezieht das Wasser aus einer 2 Km. entfernten Quelle am Golleschauer Berge. Die Leitungen bestehen aus eisernen Röhren, welche das reine Quellwasser in die Fabrik und in die Wohngebäude zuführen.

Eine andere private Wasserleitung wurde im Jahre 1899 in der Dampfbäckerei in Schönbrunn hergestellt. Dieselbe führt das Wasser aus einem Brunnen in ungefähr 600 Meter langen, gusseisernen, innen und aussen asphaltirten Röhren nach Ueberbrückung des Bahndammes in ein in der Bäckerei befindliches eisernes Reservoir, woher es mittelst einer Pumpenanlage in die einzelnen Fabriksräume geleitet wird.

Von den in den letzten vier Jahren an bestehenden Wasserleitungen vorgenommenen Erweiterungen sind vor allen anderen die Herstellungen an der im Jahre 1894 errichteten Wasserleitung der Stadt Teschen zu erwähnen. Diese Anlage, welche aus einer oberen und unteren Sickerleitung in Oldrzychowitz bestand und durchschnittlich 9½ Secundenliter lieferte, wurde im Jahre 1898 durch die Einleitung der Ciencialaquelle und im Jahre 1901 durch die Zuleitung von acht in der Gemeinde Tyra gelegenen Quellen ergänzt. Die genannten Quellen wurden in betonirten Quellkammern gefasst und in das »Wasserschloss« in Oldrzychowitz, welches die Oldrzychowitzer Sickerleitungen aufnimmt und 12 Km vom Hochreservoir in Teschen entfernt ist, eingeleitet. Die Zuleitung der Ciencialaquelle, welche am Abhange des

Jaworowyberges gelegen ist, zum Wasserschloss ist 4.5 Km., jene der acht Tyraquellen

4.2 Km. lang.

Die Ergiebigkeit dieser neu eingeleiteten Quellen schwankt zwischen 10 bis 30 Secundenlitern. Durch die Einbeziehung der Ciencialaquelle und der Tyraquellen ist die Gesammtlänge der Teschner Wasserleitung auf 40 Km. gestiegen, und die Kosten der ganzen Anlage haben hiedurch eine Höhe von rund 1 Million Kronen erreicht. Die Profilgrösse der durchwegs eisernen, asphaltirten Leitungsrohre schwankt zwischen 80 und 300 Mm. Am Schlusses des Jahres 1901 waren insgesammt 673 Häuser mit 1576 Zapfstellen (darunter 504 für Closets, 76 für Badezimmer, 204 für Waschküchen und 15 für Pissoirs) an die Leitung angeschlossen. Ausserdem bestehen 15 öffentliche Auslaufbrunnen und zahlreiche Strassenhydranten.

Das Wasser ist wohlschmeckend und von tadelloser Beschäffenheit, was durch

die chemische und bakteriologische Untersuchung sichergestellt wurde.

Mit der Errichtung dieser Leitungsanlage haben sich die Gesundheitsverhältnisse in Teschen ganz bedeutend gebessert; namentlich ist mit der Einleitung der neuen Queller der früher daselbst endemisch bestandene Abdominaltyphus gänzlich geschwunden.

In Friedek wurde die bestehende kleine Wasserleitungsanlage durch Herstellung eines neuen Reservoirs und durch Einbeziehung einer neuen Quelle ergänzt; durch diese Erweiterung wurde in der Kaiser Franz Joseph-Strasse die Errichtung 3 neuer Auslaufbrunnen ermöglicht, wodurch dem Wassermangel dieses Stadttheiles abgeholfen erscheint.

Reconstruirt wurde die seit ungefähr 100 Jahren bestehende herrschaftliche Wasserleitung in Grätz im politischen Bezirke Troppau-Umgebung, welche auch die Ortschaften Grätz und Ziegenburg durch 5 öffentliche Ausläufe mit Trinkwasser versorgt. Die im Forste Dombrau befindliche Quelle wurde im Jahre 1900 in Beton gefasst, ein Sammelbassin errichtet, und die hölzernen Rohrleitungen sind durch gusseiserne ersetzt worden. Die Leitung ist 3500 Meter lang und besitzt ausser den erwähnten öffentlichen Ausläufen 8 Hausanschlüsse. Im Jahre 1901 ist diese Anlage durch Herstellung einer neuen Zuleitung aus der 1 Km. vom Sammelbassin entfernten, in Kailowitz entspringenden Quelle ergänzt worden. Die Kosten dieser Arbeiten im Gesammtbetrage von mehr als 24.000 K wurden vom Fürsten Karl von Lichnowsky getragen.

Eine Reconstruction hat ferner auch die seit Jahren bestehende Wasserleitung der Coloniehäuser der Kaiser Ferdinands-Nordbahn in Stauding (Bezirk Wagstadt) dadurch erfahren, dass das bestehende hölzerne Quellenhäuschen der auf freiem Felde gelegenen Quelle beseitigt, die Quelle in Cement gefasst und eingedeckt wurde; an die bestehende 500 Meter lange Leitung wurde eine neue, aus asphaltirten, 50 Mm. weiten Eisenröhren bestehende Leitung angeschlossen, welche 357 Meter lang ist und das Wasser bis zum neuen Beamtenwohnhause führt, wo sie in einen Auslaufbrunnen endet; eine Abzweigung gibt das erforderliche Wasser für die Speisung des Heizhausreservoires ab. Die Quelle liefert täglich durchschnittlich 27 Cbm. einwandfreien Trinkwassers.

Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass bei der Wasserleitung der Zuckerraffinerie in Freiheitsau, Gemeinde Chabitschau, im Bezirke Troppau-Umgebung, welche circa 300 Arbeiter mit Trinkwasser versorgt, im Jahre 1900 die 1200 Meter langen

hölzernen Leitungsröhren durch Steingutröhren ersetzt wurden.

Projectirt ist die Errichtung einer Wasserleitung in dem dem Deutschen Ritterorden gehörigen Curorte Karlsbrunn; diese Anlage, für welche die Pläne bereits fertiggestellt sind, soll noch in diesem Jahre vollendet werden; ferner im Curorte Gräfenberg, für welche gleichfalls die Vorarbeiten bereits abgeschlossen sind. Die Durchführung des letzteren Projectes wird nach Beschaffung der erforderlichen Geldmittel sofort in Angriff genommen werden.

Die Stadtgemeinde Troppau hatte schon im Jahre 1900 die Erweiterung der seit dem Jahre 1886 bestehenden Trinkwasserleitung principiell beschlossen und Fachmänner mit dem Entwurfe des Projectes betraut. Es liegen nunmehr zwei ausgearbeitete Projecte vor. Eine definitive Schlussfassung seitens der Gemeinde ist mit Rücksicht auf die wesentlichen Differenzen, welche zwischen diesen Projecten bestehen, noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen hierüber dürften erst Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Die Stadtgemeinde Friedek hat die Errichtung einer Wasserleitung von den 10 Km. entfernten Hlisnikquellen in Aussicht genommen. Die Kosten dieses Projectes. welches vorläufig über das Stadium der Erörterung nicht gediehen ist, würden sich auf mehr als eine halbe Million Kronen belaufen, weshalb die Verwirklichung in

nächster Zeit kaum zu gewärtigen ist.

In Aussicht genommen ist ferner die Herstellung von Wasserleitungen in

Maidelberg und Olbersdorf (Bezirk Jägerndorf).

In der Vertretung der Stadtgemeinde Jägerndorf ist die Frage der Speisung der bestehenden Wasserleitungsanlage mit Grundwasser anstatt, wie bisher, mit filtrirtem Oppawasser Gegenstand eingehender Berathungen.

Die Stadtgemeinde Engelsberg im politischen Bezirk Freudenthal plant die Reconstruction der bestehenden Wasserleitung durch bessere Fassung der das

Wasser liefernden Quelle.

In Jablunkau, Bezirk Teschen, woselbst gegenwärtig nur eine kleine. zwei hölzerne Wasserbehälter speisende Leitungsanlage besteht, welche durch drei unmittelbar hinter der Stadt auf einem Wiesenplateau befindliche Schachtbrunnen versorgt wird, ist die Errichtung einer neuen Wasserleitung projectirt. die neue Anlage soll das Wasser von drei im Gebiete des Stadtwaldes jenseits der Olsa gelegenen und 1 Km. von der Stadt entfernten Quellen, die eine Ergiebigkeit von ungefähr 3 Secundenlitern aufweisen, der Stadt zugeführt werden. Die Kosten dieser Anlage sind mit 32.000 K veranschlagt. Mit Rücksicht auf die ungünstigen financiellen Verhältnisse der Stadt musste aber dieses Project vorläufig zurückgestellt werden.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

für Tirol und Vorarlberg vom 4. December 1901, Z. 3949,

an alle k. k. Bezirkshauptmannschaften in Tirol und Vorarlberg, und an die Stadtmagistrate in Innsbruck, Bozen, Trient und Rovereto,

betreffend Eisgewinnung und Eiserzeugung.

Auf Grund eines, in Nr. 23 des Jahrganges 1900 des "Oesterreichischen Sanitätswesen" veröffentlichten Gutachtens des Obersten Sanitätsrathes, nach welchem unter Umständen pathogene Keime durch Wochen und Monate im Eise eingeschlossen lebend erhalten bleiben können, und daher die Verwendung von Eis, aus jene enthaltendem Wasser gewonnen, von wesentlicher gesundheitlicher Bedeutung sein kann, hat das k. k. Ministerium des Innern mit dem Erlasse von 10. Jänner 1901, Z, 16.039

Circularerlass der k. k. Statthalterei | ex 1900, veröffentlicht in Nr. 6, pag. 46 des Jahrganges 1901 des "Oesterreichischen Sauitätswesens", die nöthige Obsorge zur Hintanhaltung der Gewinnung und Verwendung von gesundheitsschädlichem Eise angeordnet.

> Indem die politischen Behörden I. Instanz auf diesen gesundheitlich nicht unwichtigen Gegenstand aufmerksam gemacht werden, der insbesondere dann an Bedeutung gewinnt, wenn Eis direct zur Kühlung von Getränken verwendet oder mit Lebensmitteln in directe Berührung gebracht wird, werden denselben hiemit nachstehende Gesichtspunkte bekannt gegeben, welche in Pflegung der vorstehend geforderten Obsorge wohl zu beachten sind.

> Im Allgemeinen soll mit Rücksicht auf die vorerwähnten gesundheitlichen Gefahren das Eis nicht aus Gewässern gewonnen werden, welche getrübt, gefärbt oder übelriechend sind

oder einen auffallenden Beigeschmack besitzen, weiters nicht an Stellen und in deren Nähe, an welchen das Wasser der Verunreinigung durch Abfälle von Menschen oder Hausthieren und durch Haus- oder Industrieabwässer u. dgl. ausgesetzt ist.

In dieser Richtung werden die k. k. Bezirkshauptmannschaften beauftragt, jene Gemeinden ihres Bezirkes, in deren Gebiete zur Eisgewinnung benützte Gewässer - Flüsse, Bäche, Seen, Teiche - eingelegen sind, aufzufordern, im eigenen Wirkungskreise (§ 3, lit. s. Reichs-Sanitätsgesetz vom Jahre 1870, § 27, Punkt 5, Gemeindeordnung, § 2, al. 5, Lebensmittelgesetz vom Jahre 1896) ortspolizeiliche Verfügungen zu erlassen, welche die Gewinnung von Eis aus Gewässern, die nicht rein, klar, farb-, geruch- und geschmacklos sind, und die die vorerwähnten Zuflüsse haben, eventuell eine solche an Stellen, an welchen das Wasser eine derartige schlechte Eigenschaft zeigt, unter Androhung von Strafe (§ 34, Gemeindeordnung) verbieten, und dieses Verbot in der Gemeinde kundzumachen und an den verbotenen Stellen durch Anbringung einer Tafel mit der Aufschrift "Eisgewinnung verboten" bekannt zu geben.

Erlass der steiermärkischen Statthalterei vom 28. Februar 1902, Z. 8804.

an alle unterstehenden politischen Behörden, betreffend die Rücksichtnahme auf die Anforderungen der Schulhygiene bei Errichtung, Adaptirung, Erweiterung und Einrichtung von Schulhäusern.

Wie aus den amtsärztlichen Berichten über die in Schulhäusern vorgenommenen sanitären Revisionen hervorgeht, werden nicht selten, besonders in Landgemeinden bei Adaptirungen älterer Gebäude und einzelner Localitäten zu Schulzwecken, und namentlich bei Anschaffungen von Einrichtungsgegenständen, unter denen in erster Linie die Schulbänke eine besondere Würdigung in sanitärer Richtung beanspruchen, die hygienischen Anforderungen nicht in entsprechender Weise zur Geltung gebracht und hiedurch Uebelstände geschaffen, deren Beseiti-

gung dann erst wieder nach geraumer Zeit und mit vermehrten Kosten erzielt werden kann.

Die Ursache hievon liegt darin, dass die Amtsärzte nicht immer und allerorts in allen die Schulhygiene betreffenden Fragen einvernommen werden, dass es ferner hie und da unterlassen wird, die Bezirksschulinspectoren, denen viel öfter als den Amtsärzten Gelegenheit geboten ist, die Schulhäuser ihres Amtsbezirkes und deren Einrichtungen zu besichtigen, von wichtigen schulhvgienischen Mittheilungen, die im Organe des Obersten Sanitätsrathes "Das österreichische Sanitätswesen" zur Veröffentlichung gelangen, in Kenntnis zu setzen, endlich aber auch darin, dass die Ortsschulbehörden bei nach ihrer Anschauung weniger wichtigen Herstellungen, namentlich bei Anschaffung von Schulbänken, Oefen, Vorhängen u. dgl. selbständig vorzugehen pflegen, ohne vorber sachverständigen Rath hierüber einzuholen.

Man trifft daher nicht selten in Schulzimmern auch neue Schulbänke, die den Anforderungen der Hygiene in Hinsicht auf die Möglichkeit einer richtigen Körperhaltung, und somit auch den Bestimmungen des § 16 des Gesetzes vom 4. Februar 1870, L. G. u. V. Bl. Nr. 15, ganz und gar nicht entsprechen.

Häufig sind die Sitze zu schmal oder zu hoch, die "Distanzen" (zwischen dem vorderen Sitzrande und einer vom inneren Pultrande zum Boden gezogenen Senkrechten), sowie die "Differenzen" (zwischen der Höhe des inneren Pultrandes und der Sitzbank) zu gross, und der Körpergrösse der Kinder nicht entsprechend; nicht selten sind die Pulte zu schmal, zu stark, oder auch gar nicht geneigt, mitunter selbst am inneren Rande mit einer erhöhten Leiste versehen u. s. w.

Nicht selten findet man ferner auch stark glänzende Schultafeln, Vorhänge, die das einfallende Sonnenlicht nicht genügend dämpfen, unzweckmässige Oefen und andere derartige Objecte, deren Gebrechen bei Einholung eines sachverständigen Rathes leicht ohne Kostenvermehrung zu vermeiden gewesen wären.

Es wird daher gleichzeitig der Landesschulrath eingeladen, die nöthigen Anordnungen zu treffen, dass gemäss dem Erlasse des steiermärkischen Landesschulrathes vom 23. März 1888, Z. 1665, beziehungsweise dem Statthaltereierlasse vom 26. April 1878, Z. 5222, die Amtsärzte in allen die Schulhygiene betreffenden Fragen jederzeit einvernommen und insbesondere bei Ausführungen von Schulbauten, denen in dieser Richtung auch die Adaptirungen gemietheter älterer Localitäten für Schulzwecke gleich zu achten sind, gemäss der Ministerialverordnung vom 16. Mai 1883, Z. 10544 ex 1882, L. G. u. V. Bl. Nr. 10. (vgl. auch den Ministerialerlass vom 28. Februar 1900, Z. 2567, abgedruckt in "Das österreichische Sanitätswesen" Jahrg. 1900, S. 148) zu den bezüglichen commissionellen Erhebungen zugezogen werden.

Unter einem wird ferner beim Landesschulrathe angeregt, den Bezirksschulräthen die Erlässe des Landesschulrathes vom 11. August 1887, Z. 3653 und vom 19. April 1888, Z: 1082, betreffend die Bildung eigener Commissionen für Schulgesundheitspflege, in Erinnerung zu bringen und dieselben einzuladen, sich eine Ingerenznahme bei Anschaffung neuer Schulbänke und anderer Schuleinrichtungsgegenstände seitens der unterstehenden Ortsschulräthe zu sichern und dahinzuwirken, dass diese Anschaffungen den hygienischen Grundsätzen entsprechend ausgeführt werden.

Anderseits wird aber die k. k. Bezirkshauptmannschaft angewiesen, gemäss dem mit Erlass vom 11. August 1891, Z. 18245, bekannt gegebenen Ministerialerlasse vom 2. August 1891, Z. 13233,*) die Bezirksschulbehörden und Bezirksschulinspectoren von den im "Oesterreichischen Sanitätswesen" veröffentlichten. schulhygienische Fragen betreffenden Aufsätzen jederzeit in Kenntnis zu setzen, in welcher Richtung von den in den letzten Jahren erschienenen Publicationen, insbesondere auf den in Nr. 13 u. f. des Jahrg. 1900 veröffentlichten Aufsatz: "Messung der Schulkinder zum Zwecke der Anschaffung richtiger Schulbänke von Dr. J. Vaňa" aufmerksam gemacht wird.

Hievon ist der Amtsarzt mit dem Auftrage in Kenntnis zu setzen, den bezüglichen Schulbehörden in schulhygienischen Fragen jederzeit soviel als möglich an die Hand zu gehen und in allen einschlägigen Angelegenheiten auch mit dem Bezirksschulinspector das Einvernehmen zu pflegen.

*) In diesem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern wurden über Wunsch des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht alle politischen Landesstellen aufgefordert, zu veranlassen, dass seitens der politischen Behörden I. Instanz den Bezirksschulbehörden, beziehungsweise den Bezirksschulinspectoren alle jene Nummern dieser Wochenschrift, welche Aufsätze oder Mittheilungen über schulhygienische Fragen enthalten, zur Einsichtnahme mitgetheilt werden.

Rechtsprechung.

Voraussetzungen für die Verweigerung des Gewerbescheines, beziehungsweise der Concession zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 9. März 1898, Z. 1274.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde des I. G. in K. gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 18. September 1896, Z. 24803, betreffend die Verweigerung des Gewerbescheines, sowie der Concession zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes, nach der am 9. März 1898 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung, zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Dem Beschwerdeführer wurde mit dem Erlasse des Ministeriums des Innern vom 18. September 1896, Z. 24803, in Bestätigung der unterinstanzlichen Entscheidungen die Ausfertigung des Gewerbescheines, sowie die Verleihung der Concession zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes in N., und zwar die Ausfertigung des Gewerbescheines unter Hinweis auf die Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, die Verleihung der Concession

-aber deshalb verweigert, weil er die nach der citirten Verordnung zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes vorgeschriebene Befähigung nicht nachgewiesen hat.

Die Beschwerde behauptet dagegen, dass der Befähigungsnachweis für das Zahntechnikergewerbe von dem Beschwerdeführer nicht zu erbringen sei, weil derselbe auf Grund des Gewerbescheines der Bezirkshauptmannschaft T. in Böhmen vom 10. Juli 1883, Nr. 105, dieses Gewerbe betrieben, dasselbe sodann im Jahre 1885 und weiterhin in W. in Kärnten nach dort erhaltenem Gewerbescheine ausgeübt habe und mit dem Erlasse des k. k. Ministeriums des lunern vom 17. Juni 1888, Z. 10791, auf Grund Allerhöchster Entschliessung unter ausnahmsweiser Gestattung der Vornahme gewisser zahnärztlicher Functionen das Recht des Beschwerdeführers zur Ausübung des zahntechnischen Gewerbes anerkannt worden sei.

Aus den der Beschwerde in Original beiliegenden Documenten ist Folgendes zu constatiren:

I. G., nach M. in Ungarn zuständig, erhielt, nachdem ihm mit dem Erlasse der böhmischen Statthalterei vom 2. Juli 1883, Z. 40872, die Zulassung zum selbständigen Betriebe der Zahntechnik in M. bewilligt worden war, den Gewerbeschein der Bezirkshauptmannschaft T. vom 10. Juli 1883, Nr. 105, zum Betriebe der Zahntechuik in der Curstadt M. und hat daselbst dieses Gewerbe bis zu seiner im Jahre 1885 erfolgten Uebersiedlung nach W. ausgeübt. Ueber die Berechtigung des Genannten zu der thatsächlich vom Jahre 1886 bis Ende des Jahres 1888 stattgehabten Ausübung desselben Gewerbes in W. liegt ein besonderer Gewerbeschein nicht vor. Durch den der Beschwerde beiliegenden Erlass der kärntnerischen Landes regierung vom 23. Juni 1888, Z. 7116, ist aber nachgewiesen, dass dem I. G. mit dem Erlasse des Ministeriums des Innern vom 17. Juni 1888, Z. 10791, im Grunde der mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Juni 1888 ertheilten Ermächtigung nebst dem ihm schon zukommenden, Rechte des Anfertigens künstlicher Zähne und des Handels mit denselben auch deren Zusammenstellung zu künstlichen Gebissen und das Abdrucknehmen im menschlichen Munde, dann die Beseitigung kranker Zähne und das Plombiren derselben, jedoch unter Verbot der Anwendung der Narkose in dem bisherigen Sitze seines Gewerberechtes, nämlich in W. ausnahmsweise gestattet" wurde. Nachdem sodann I. G. sein Gewerbe in W. im December 1888 zurückgelegt hatte, wurde ihm mit dem Erlasse der oberösterreichischen Statthalterei vom 20. Mai 1890, Z. 7340, in Rücksichtnahme auf den oberwähnten Erlass des k. k. Ministeriums des Innern von 17. Juni 1888, Z. 10791, ausnahmsweise die Ausübung der zahnärztlichen Praxis auf die Dauer der Cursaison 1890 im Bade H. gestattet und mit dem Erlasse derselben Behörde vom 6. September 1890, Z. 13052, ausnahmsweise die Bewilligung zur Ausübung der zahntechnischen Praxis mit den mit dem Erlasse des Ministeriums des Innern vom 17. Juni 1888, Z. 10791, erweiterten Befugnissen für den Standort in K. und für die Dauer von 3 Wochen ertheilt. Seitdem hat der Genannte theils wegen Krankheit, theils wegen Abweisung seiner bezüglichen Gesuche seitens der Behörden die Zahntechnik nicht mehr ausgeübt.

Ein Lehrzeugnis, sowie ein Arbeitszeugnis über eine 6 jährige Verwendung als Gehilfe in dem Gewerbe der Zahntechnik, hat der Beschwerdeführer nicht beigebracht, und da somit der im § 3 der Ministerialverordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, vorgeschriebene Befähigungsnachweis mangelt, so kann es sich nur um die Frage handeln, ob durch die vorstehend angeführten Belege dargethan ist, dass der Beschwerdeführer bei Eintritt der Wirksamkeit der vorcitirten Ministerialverordnung auf Grund der Gewerbeordnung zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes berechtigt gewesen sei?

Diese Frage muss verneint werden. Denn mit dem Erlasse der böhmischen Statthalterei vom 2. Juli 1883, Z. 40872, ist dem Beschwerdeführer offenbar nur die für ihn als Ausländer im Sinne des § 8 der Gewerbegesetznovelle vom 15. März 1883, R. G. Bl. Nr. 39, erforderliche Zulassung zum Betriebe der Zahntechnik in M. bewilligt und mit dem Gewerbescheine der Bezirkshauptmannschaft T. vom 10. Juli 1883, Nr. 105, nur seine Berechtigung zur Ausübung des Gewerbes der Zahntechnik in der Curstadt M. bescheinigt worden. Diese auf die genannte Stadt beschränkte Gewerbeberechtigung ist durch die Uebersiedlung des Beschwerdeführers nach W. in Kärnten im Jahre 1885 im Sinne des § 43 der citirten Gewerbegesetznovelle, wonach die Uebersiedlung in den Bezirk einer anderen Gewerbsbehörde als die Begründung eines neuen Gewerbes anzusehen ist, erloschen. Ebenso ist die Gewerbeberechtigung des Beschwerdeführers im Bezirke W., welche durch einen von der dortigen Gewerbebehörde ausgestellten Gewerbeschein nicht nachgewiesen ist, aber aus der Bestätigung der Bezirkshauptmannschaft W., dass I. G. daselbst sein Gewerbe im December 1888 zurückgelegt habe, gefolgert werden muss, durch eben diese Gewerbezurücklegung erloschen. Dem stand auch der

Erlass des Ministeriums des Innern vom 17. Juni 1888, Z. 10791, nicht entgegen; denn wenn mit diesem Erlasse unter ausnahmsweiser Gestattung der Vornahme gewisser zahnärztlicher Verrichtungen im Munde des Menschen auch thatsächlich das dem Beschwerdeführer "schon zukommende Recht des Anfertigens künstlicher Zähne und des Handels mit denselben" anerkannt wurde, so konnte sich diese Anerkennung nur auf die durch die Anmeldung des damals freien Gewerbes der Zahntechnik im Bezirke W. erlangte Berechtigung des Beschwerdeführers zum Betriebe dieses Gewerbes beziehen, daher in obigem Ministerialerlasse, beziehungsweise in der demselben zu Grunde liegenden Allerhöchsten Entschliessung die Anerkennung der Befähigung des Beschwerdeführers zur Zahntechnik umsoweniger gelegen ist, als damals der Nachweis einer besonderen Befähigung für dieses Gewerbe nicht erforderlich war. Mit dem Erlöschen der Gewerbeberechtigung in Folge der Gewerbezurücklegung hat aber selbstverständlich auch jene Anerkennung jede Bedeutung verloren, so dass aus obigem, auf die Allerhöchste Entschliessung vom 8. Juni 1888 sich berufenden Erlasse des Ministeriums des Innern der Fortbestand des Rechtes des Beschwerdeführers zum Betriebe des Gewerbes der Zahntechnik nach der Anheimsagung dieses Gewerbes in W. in keiner Weise gefolgert werden kann. Die Erlässe der oberösterreichischen Statthalterei vom 20. Mai 1890, Z. 7340, und vom 7. September 1890, Z. 13052, endlich sind für die zu entscheidende Frage völlig bedeutungslos, da mit denselben dem Beschwerdeführer nur für bestimmte Orte und auf genau beschränkte Dauer während des Jahres 1890 die Ausübung der zahnärztlichen Praxis, beziehungsweise die Ausübung der zahntechnischen Praxis mit gewissen zahnärztlichen Operationen ausnahmsweise gestattet wurde.

Nachdem nun der Beschwerdeführer nach der Zurücklegung des Zahntechnikergewerbes in W. bis zum Eintritte der Wirksamkeit der oben citirten Ministerialverordnung eine neue Berechtigung zur Ausübung dieses Gewerbes auf Grund der Gewerbeordnung nicht erlangt hat, konnte er dieselbe nach dem Eintritte der Wirksamkeit der gedachten Verordnung, durch welche das Gewerbe der Zahntechnik, insoferne dieselbe nicht in Verbindung mit der Zahnarzneikunde von den hiezu Berechtigten ausgeübt wird, unter die concessionirten Gewerbe eingereiht wurde, nicht mehr durch die Anmeldung des Gewerbes erlangen, und erscheint sohin zunächst die Verweigerung der Ausfertigung des Gewerbescheines gesetzlich gerechtfertigt.

Gegenüber der mit der angefochtenen Entscheidung wegen Mangels des Befähigungsnachweises erfolgten Verweigerung der Concession zu dem Betriebe des genannten Gewerbes aber kann sich der Beschwerdeführer auf die Bestimmung des § 43 der Gewerbegesetznovelle vom 15. März 1883, dass bei der Uebersiedlung in den Bezirk einer anderen Gewerbebehörde der Nachweis der fachlichen Befähigung nicht von Neuem zu fordern ist, nicht berufen, weil er einerseits seit Ende des Jahres 1888 die Bercchtigung zum Betriebe des Zahntechnikergewerbes überhaupt nicht mehr besitzt, somit die angestrebte Ausübung dieses Gewerbes in N. nicht als Uebersiedlung anzusehen ist, und weil anderseits zur Zeit als er jene Gewerbeberechtigung besass, der in der wiederholt citirten Ministerialverordnung für das Gewerbe der Zahntechnik vorgeschriebene Befähigungsnachweis nicht erforderlich war, daher vom Beschwerdeführer niemals erbracht worden ist.

Hienach stellt sich die angefochtene Entscheidung auch in diesem Punkte als dem Gesetze entsprechend dar, und war die Beschwerde als unbegründet abzuweisen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Türkei. Der Oberste Sanitätsconseil beschloss, aus Aegypten via Piräeus eintreffende Reisende einer 48 stündigen Quarantaine zu unterziehen.

Acgypten. (S. 251.) In der Woche vom 8. bis 14. Mai wurden 29 Erkrankungen (und 15 Todesfälle) an Pest beobachtet, und zwar in Alexandrien 2 (1), im Districte Beni Mazar, Provinz Minieh, 1 (0), im Districte Magagha, Provinz Minieh, 4 (1), im Districte Tala, Provinz Menusieh, 1 (1), im Districte Tukh, Provinz Galiubieh, 5 (3), ferner in den Districten Menuf und Achmun der Provinz Menusieh 3 (2), beziehungsweise 4 (3) und im Districte Samalut, Provinz Minieh, 9 (4).

Britisch-Indien. (S. 251.) In Bombay sind in der Woche vom 16. bis 22. April 1. J. 654 Erkrankungen und 608 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 6. bis 12. April 603 und in Kurachee vom 12. bis 18. April 135 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Britisch-Ostafrika. (S. 251.) Vom 3. bis 12. Mai wurden 3 neue Erkrankungen und 1 Todesfall an Pest verzeichnet.

Capstadt. (S. 240.) In Port Elizabeth sind in der Woche vom 13. bis 19. April 1, in der folgenden am 26. April abgelaufenen Woche 3 neue Erkrankungen beobachtet werden.

Australien. Neu-Südwales. In Sydney (S. 251) wurden in der Woche vom 23. bis 29. März 12 Erkrankungen und 4 Todesfälle angezeigt.

Queensland. (S. 251.) In der Woche vom 16. bis 22. März sind 4 neue Erkrankungen (3 in Brisbane und 1 in Rosewood), in der folgenden am 29. März abgelaufenen Woche 3 Erkrankungen und 1 Todesfall (in Brisbane) constatirt worden.

Brasilien. Zur Hintanhaltung der Einschleppung der Pest aus Buenos Ayres (S. 226) hat die Föderalregierung am 20. April l. J. folgende Anordnungen getroffen: 1. Stadt und Hafen von Buenos Ayres sind als pestverseucht, die übrigen Häfen Argentiniens am La Plata und Paranaflusse als pestverdächtig zu behandeln. 2. Die Einfuhr von infectionsverdächtigen Waren ist verboten. 3. Schiffe aus den verseuchten oder verdächtigen Häfen haben sich in Ilha Grande der Desinfection zu unterziehen, welche je nach den Gesundheitsverhältnissen, die während der Fahrt an Bord des Schiffes bestanden haben, verschieden sein wird. 4. Schiffe, welche einen Pestkranken an Bord hatten oder mit einem solchen eintreffen, sind einer zehntägigen Quarantaine, gerechnet vom Tage des letzten Falles, zu unterwerfen. 5. Die Einfuhr von Mehl aus Argentinien ist nur in Fässern gestattet. 6. Weizen in offenen Ladungen darf nur dann zugelassen werden, wenn derselbe in den Häfen der Provinzen Santa Fé, Corrientes und Entre Rios am Paranaflusse im Norden des Hafens von Collastiné (einschliesslich) eingeschifft wurde. 7. Schiffen aus verseuchten und verdächtigen Häfen ist das Arbeiten während der Quarantaine möglichst zu erleichtern.

Deutsches Reich. Genesungshäuser. Im Auftrage des Ausschusses des deutschen Aerztevereinsbundes hat Hofrath Dr. W. Mayer in Fürth von den Ergebnissen seiner Erhebungen über den gegenwärtigen Stand der Genesungsheime im Reiche dem 29. deutschen Aerztetage einen Bericht erstattet, aus welchem zu entnehmen ist, dass 102 grössere und kleinere solche Anstalten bestehen. Von diesen sind 8 kleine für die eigene Benützung von Schwester- und Diakonissenhäusern, 4 für das Militär bestimmt. Die anderen 90 vertheilen sich in folgender Weise: Preussen 32, Sachsen 16, Bayern 9, Freie Städte 8, Württemberg 5, Reichsland 4, Baden, Hessen, Braunschweig je 3, Sachsen-Weimar-Eisenach, Reuss j. L. je 2, Mecklenburg, Waldeck und Lippe je 1.

Die Anstalten nehmen Reconvalescenten nach schweren acuten oder chronischen Krankheiten, Personen, welche durch grössere Operationen geschwächt sind, chronische Kranke, welche der Landluft, Ruhe und einer guten Ernährung zur Besserung und Erlangung der Arbeitsfähigkeit bedürfen, auf. Bedingung der Aufnahme ist, dass keine besondere Wartung und Pflege und keine besondere ärztliche Behandlung mehr nöthig ist. Ausgeschlossen sind bestehende schwere Krankheiten, Epilepsie, eckelerregende, ansteckende und Geisteskrankheiten, Alkoholismus, in den meisten Anstalten auch Lungentuberculose. Für Kranke letzterer Art sind die Lungenheilstätten bestimmt. Diese, sowie die Sechospize, Wöchnerinnenheime, Anstalten für Kinder sind unter die Genesungshäuser nicht einbezogen. Letztere wurden errichtet von städtischen Verwaltungen, von religiösen Genossenschaften, von Stiftungen, von eigenen Reconvalescentenvereinen, Versicherungsanstalten, Kranken- und Fabrikscassen.

Einzelne Anstalten sind während des ganzen Jahres, andere nur während der guten Jahreszeit geöffnet. Der Belegraum schwankt zwischen 6 und 440 Betten, die Frequenz der Anstalten (soweit hierüber Angaben vorliegen) zwischen 27 und 629, der Gesammtbelegraum zählt nahezu 5500 Betten. Die Dauer des Aufenthaltes der einzelnen Personen ist sehr verschieden, 3—4 Wochen bis über 2 Monate.

In Einrichtung und Ausstattung der Anstalten ergaben sich gleichfalls sehr grosse Unterschiede. Nach den Mittheilungen, welche dem Berichterstatter nur von einem Theile der Anstalten zugiengen, bewegten sich die Baukosten per Bett berechnet, zwischen eine 1000 und 8000 Mark. Die im Bau begriffenen 4 Heilstätten der Landes-Versicherungsanstalt Berlin zu Beelitz mit 440 Betten, deren Erweiterung auf das Dreifache vorgesehen ist, kosten 7½ Millionen Mark.

Hinsichtlich der Eigenkosten des Betriebes der Anstalten liegen alle umfassende Angaben nicht vor. Soweit bekannt, beziffert sich der Gesammtaufwand per Kopf und Tag auf

1.67 - 3.08 Mark, die davon auf die Verpflegung allein entfallende Ausgabe auf 1.112 bis 1.417 Mark.

Vermischte Nachrichten.

Behandlung der zu Doctoren der gesammten Heilkunde zu promovirenden ungarischen Staatsangehörigen. In Nr. 43 des Jahrganges 1901 d. Bl. (S. 456) wurde von dem an das Decanat einer medicinischen Facultät ergangenen Erlasse des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 23. August 1901, Z. 24995, Mittheilung gemacht, laut welchem die frühere zwischen beiden Staatsgebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie bezüglich der gegenseitigen Anerkennung der medicinischen Doctordiplome und der hierauf gegründeten Praxieberechtigung geübte Reciprocität gemäss Ministerialverordnung vom 30. August 1898, R. G. Bl. Nr. 150, aufgehoben erscheint und den zu Doctoren der gesammten Heilkunde an inländischen Universitäten zu promovirenden ungarischen Staatsangehörigen der im Normativerlasse des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 24. September 1854, Z. 13567, vorgeschriebene Revers abzufordern ist.

Mit Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht von 27. März d. J., Z. 8119, ergingen mit dem vorerwähnten Erlasse identische Weisungen an die Decanate der übrigen medicinischen Facultäten.

Steiermark. Amtsärztliche Revisionen anlässlich der Bezirksbereisung. In der Absicht, den Amtsärzten bei den anlässlich ihrer Bezirksbereisungen vorzunehmenden sanitären Revisionen alle wichtigen Objecte, auf welche dieselben ihre Aufmerksamkeit zu richten haben, zu bezeichnen, hat die k. k. Statthalterei in Steiermark im verflossenen Jahre Drucksorten hinausgegeben, in welchen die Hauptgruppen der in jeder Gemeinde zu besichtigenden Objecte, falls solche vorhanden sind, angeführt sind.

Gegenstand der Revision, über welche vom Amtsarzte in jeder Gemeinde ein eigenes Protokoll aufgenommen wird, sind:

Verbauung, Wasserversorgung; Lebensmittelpolizei; Beseitigung der Abfallstoffe: Canäle, Sammel- und Sickergruben, Düngerstätten, Strassenreinigung; Verpflegsstation; Abwehr infectiöser Krankheiten: Isolirlocale, Desinfections-Apparate, -Mittel, -Diener, Tragbahren etc.; Besorgung des Sanitätsdienstes: Todtenbeschau, Hebammenwesen und Entbindungsanstalten; Apotheken mit Einschluss der Hausapotheken und Nothapparate, Gift- und Kräuterhandel; Heil- und Humanitätsanstalten: Kranken-, Siechen-, Armenhäuser, Gesundbrunnen; Armenpflege; sanitäre Grundbücher; Arreste; Friedhöfe und Leichenkammern; Schulen, Erziehungsanstalten, Kindergärten etc.; Industrie- und Gewerbeanlagen: Badeanstalten, Bäckereien, Cemenfabriken, Färbereien, Fleischereien (Fleischbeschau), Gastwirthschaften (Flaschenbierfüllung, Bierdruckapparate), Gerbereien, Glasfabriken, Papier- und Cellulosefabriken, Sodawasserfabriken, Wasenmeistereien und Aasplätze, Zündhölzchenfabriken u. s. w.; dann Arbeiterquartiere und Wohlfahrtseinrichtungen bei diesen Betrieben.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 21. bis 27. Mai 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Oberösterreich, im politischen Bezirke Steyr: Ortschaft Au, Gemeinde Weyer-Land 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 3; Brody: Boratyn 4, Ponikwa 1, Zalozce 3; Buczacz: Doprobole 10, Stadnica ad Medwedowce 8; Czortkow: Wygnanka 1; Drohobycz: Gaje wyzne 3; Horodenka: Czernelica 28, Zukow 1; Husiatyn: Krogulec 2; Jaworow: Jazow stary 8, Wierzbiany 3; Kalusz: Siwka wojnilowska 4, Sloboda równianska 3; Kolomea: Kulaczkowce 10; Mościska: Laszki gościncowe 1; Nadworna: Nadworna 1, Tarnowica lesna 1; Rawa: Ulicko seredkiewicz 2, Wulka mazowiecka 2; Stanislau: Dorohow 4, Kolodziejow 5; Sambor: Sambor 3; Tarnopol: Obarzance 2. Ihrowica 2, Zarudzie 2; Tlumacz: Delawa 16, Holoskow 2, Winograd 9; Wadowice: Targanica 2.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerial rath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurm strasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12'-

XIV. Jahrgang.

Wien, 5. Juni 1902.

Mr. 23.

Inhalt. Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Steiermark. - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung des Justizministeriums, betreffend die vorläufige Feststellung des Gesundheitszustandes und die Vernehmung Erkrankter und Verletzter im Strafverfahren; Erlässe der Statthalterei in Böhmen, betreffend Regelung der Impfung an den Volks- und Bürgerschulen und betreffend das Verbot des Geheimmittels »Echtes Marienwasser«; Erlass der steiermärkischen Statthalterei, betreffend die Ueberwachung der Betriebsanlagen der Flaschenbierfüller. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Steiermark.

In Steiermark sind auf dem Gebiete der centralen Wasserversorgung sehr beachtenswerthe Fortschritte zu verzeichnen. Nach einem Berichte der Statthalterei in Graz sind in diesem Verwaltungsgebiete seit dem Jahre 1896 bis zum Schlusse des Jahres 1901 26 öffentliche und ungefähr 150 private Wasserleitungen neu errichtet und 29 öffentliche und nahezu 250 private Leitungen erheblich verbessert worden. Auch wurden innerhalb dieses Zeitraumes nahezu 900 Brunnen neu hergestellt und gegen 1300 bestehende Brunnen reconstruirt.

Nähere, zum grösseren Theile den Inspectionsberichten des Landes-Sanitätsinspectors Dr. L. Possek entnommene Mittheilungen liegen vor über die neuerrichteten Wasserleitungen in Marburg, Frohnleiten, Kapfenberg, Thörl, Liezen, Neumarkt, Neunersdorf-Leoben, Niclasdorf, St. Peter-Freienstein, Kalwang, Wildon und Ehrenhausen, über die Erweiterung der Grazer Wasserwerke und über die Reconstruction der Wasserleitung in Irdning.

1. Die Tiefquellenleitung in Marburg. Der namhafte Aufschwung welchen diese Stadt, die zweitgrösste Steiermarks, in Bezug auf räumliche Ausdehnung, Zunahme der Bevölkerung (von 1890-1900 um mehr als $24^{\circ}/_{\circ}$, Einwohnerzahl im Jahre 1900 sammt Militär 25.844) und wesentlich auch in Beziehung auf Industrie und Gewerbe erfahren hat, liess die Errichtung einer centralen Wasserversorgung an Stelle der bisher benützten, zumeist weder unbedenklich gelegenen, noch einwandfrei hergestellten Pumpbrunnen immer dringlicher erscheinen.

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16, 17, 18, 20, 21 u. 22 d. Bl.

Nachdem die anfänglichen Bestrebungen, in den benachbarten Quellengebieten namentlich im Bacherngebirge genügend Wasser für eine Druckleitung zu finden, theils an der zu geringen Ergiebigkeit der zu Gebote stehenden Quellen, theils an den unverhältnismässig hohen Kosten der Ablösung bestehender Wasserrechte gescheitert waren, wurde die Frage der Wasserbeschaffung aus dem Grundwasser deausgedehnten, südlich von Marburg gelegenen Rothweinerfeldes in Berathung gezogen und, da die im niederschlagsarmen Winter von 1899 auf 1900 durchgeführten Mesungen die nöthige Ergiebigkeit gesichert, und die chemisch-bakteriologische Untersuchung des Wassers dessen Eignung zu Genusszwecken erwiesen hatte, der Firma Rumpel in Wien, von welcher ein bezügliches Project ausgearbeitet worden war, im Sommer 1900 der Bau der neuen Wasserleitung übertragen. Noch im Herbste desselben Jahres wurde mit dem Baue des Brunnenschachtes und des Reservoirs und zugleich auch mit der Legung der Rohrstränge begonnen, und im folgenden Jahre wurde der Bau zu Ende geführt.

Auf dem in der Gemeinde Rothwein gelegenen, von der Stadt angekauften Brunnenfelde, das von der Triester Reichsstrasse und von Aufdämmungen der Südbahnlinien umgrenzt wird, befindet sich inmitten eines Schutzrayons von 75 Ar der 16 Meter tiefe Pumpenschacht und der 21 Meter tiefe Wasserschacht, ersterer mit ellipsenförmigem Querschnitte, einem Längsdurchmesser von 9 Metern und einem Querdurchmesser von 3.5 Metern, letzterer mit einem Durchmesser von 2.5 Metern im lichten — bei einer Wandstärke der Betonmauerung von 1 Meter. Der Wasserschacht ist vollständig abgeschlossen und nur durch das Brunnenhäuschen zugängig.

Ueber dem Pumpenschachte baut sich das Maschinenhaus auf, in welchem zwei Dampfmaschinen mit einer Leistungsfähigkeit von je 55 Secundenlitern aufge-

stellt sind.

Die erreichbare Ergiebigkeit dieser Pumpstation wurde mit 4800 Cbm in 24 Stunden berechnet, welcher mit Rücksicht auf die derzeit noch bestehenden Pumpbrunnen ein vorläufiger Bedarf von 1100 Cbm entgegensteht. Bei Inanspruchnahme von 100 Litern per Kopf und Tag würde sich derselbe gegenwärtig auf rund 2600 Cbm stellen.

Von der Pumpstation führt die gusseiserne Hauptrohrleitung längs der Triesterstrasse in einer Tiefe von 16 Metern zur Stadt, und zwar zunächst mit einer inneren Rohrlichte von 350 Mm; am rechten Drauufer theilt sich dieselbe in zwei Stränge, von welchen der eine längs der alten Reichsstrassenbrücke, der andere längs des Drausteges auf Verstärkungspfeilern die Drau übersetzt. Die Rohre sind im Bereiche der Brücke mit Korkplatten umhüllt, in Gipsbrei gebettet und aussen mit Holz verschalt.

Das Wasser wird einerseits un mit telbar vom Hauptstrange in die Häuser, anderseits, soweit es hier nicht aufgebraucht wird, in das Reservoir auf den nordwärts von der Stadt gelegenen Calvarienberg in der Gemeinde Kartschovin gehoben. Bei Stillstand der Pumpen tritt von diesem Reservoir sofort in demselben Rohre der Rücklauf des Wassers zum städtischen Vertheilungsnetze ein, welches somit stets unter einem namhaften Drucke steht.

In der Stadt, wo die Gusseisenrohre gleichfalls durchwegs mindestens 1.6 Meter tief liegen, werden gegenwärtig rund 600 private Ausläufe versorgt, und befinden sich daselbst 322 Unterflur- und 20 Oberflurhydranten. Die Hausleitungen sind aus galvanisirten Schmiedeeisen- oder geschwefelten Bleirohren hergestellt.

Das in waldiger Umgebung ganz aus Betonmauerwerk zweisächerig erbaute Reservoir hat einen Fassungsraum von 1200 Cbm; dessen Sohle liegt 42.6 Meter

über dem Domplatze und 58 Meter über der Sohle des Wasserschachtes.

Eine besondere Sorgfalt erforderte die Rohrlegung durch den Hohlweg vom Stadtparke zum Reservoir, da dieser Weg bei Regengüssen grosse Wassermassen führt, und Auswaschungen des Erdreiches und anderseits auch Verunreinigungen des letzteren durch die Abfallstoffe der benachbarten Gehöfte zu befürchten waren. Es musste daher das Hauptrohr auf Betonklötzen allseits 1:60 Meter tief in die Seitenwand des Hohlweges gelagert, und dieser nach Art der Wildbachverbauungen regulirt werden, wodurch die nöthige Sicherung gewonnen wurde.

Die Entfernung der Pumpstation von der Stadt beträgt 2200 Meter, jene des Reservoirs von ihr 2000 Meter, die Gesammtlänge der Druck- und Vertheilungs-

leitung (ohne Hauseinleitungen) gegenwärtig 3600 Meter.

Das Wasser ist klar und wohlschmeckend und hat beim Brunnen, wie in

der Stadt die stets gleiche Temperatur von 9.50 C. und eine Härte von 90.

Der Wasserverbrauch wird mittelst der von der Firma Eduard Schinzel in Wien gelieferten Wassermesser abgelesen; das Wasser wird nach der gesetzlich genehmigten Wasserordnung um den Betrag von 20 h per Cubikmeter abgegeben.
Das Personale des Maschinenhauses besteht aus einem Heizer, einem Monteur

und einem Wärter; die Arbeitszeit der Maschinen dauert gegenwärtig täglich 5 bis

6 Stunden.

Die Kosten der Herstellung beliefen sich auf rund 1,200.000 K.

2. Die Trink- und Nutzwasserleitung in Frohnleiten, Bezirk Graz-Umgebung. Für die Versorgung des genannten Marktes mit Trink- und Nutzwasser wurden mehrere Quellen an den Abhängen des Hochtrötsch erworben, von welchen vorläufig vier, und zwar zwei »Waldhanslquellen«, die »Waldfranzlquelle«

und die Birnbauernquelle« gefasst worden sind.

Diese Quellen liegen 310-351 Meter über dem höchsten Punkte des Marktes, circa 3.5 Km. von demselben entfernt, in stark abschüssigem, waldigem Terrain, und ergeben nach wiederholten Messungen zusammen 6:43 Liter per Secunde, sonach 555:552 Cbm. im Tage, wovon vertragsmässig täglich 150 Cbm an die Wasserstation Frohnleiten der Südbahnlinie Wien-Triest abgegeben werden, so dass für die Versorgung des Marktes, der rund 1200 Einwohner zählt, über 400 Cbm verbleiben, somit per Kopf und Tag durchschnittlich 338 Liter.

Das Wasser hat bei den Quellen eine constante Temperatur von 79-8°C., ist klar und wohlschmeckend und nach dem Ergebnisse der von der k. k. Lebensmittel-Untersuchungsanstalt in Graz vorgenommenen Analyse als Trinkwasser vollkommen

geeignet.

Die Quellen sind in halbmeterdicken Betonmauern gefasst; die Brunnenstuben haben eine Grundfläche von 1 Qm, sind 1.7 Meter hoch, mit Ueberlaufrohren versehen und durch Eisenthüren mit durch Drahtnetze geschützten Luftlöchern verschlossen.

Die drei erstgenannten Quellen sind in einem einzigen Rohrstrange vereinigt, der anfänglich, von den Waldhanslquellen ab, einen lichten Durchmesser von 50 Mm und dann nach der Einleitung der Waldfranzlquelle einen solchen von 80 Mm hat, während der um einen Bergabhang herumgeführte Rohrstrang der Birnbauernquelle einen Durchmesser von 60 Mm aufweist.

Die beiden Leitungen werden in einem in gleicher Weise wie die Brunnenstuben hergestellten Sammelkasten, 172 Meter über dem Markte, vereinigt und laufen dann in einem einzigen Rohrstrange von 100 Mm Durchmesser zum Reservoir, welches 48 Meter über dem Markte gelegen und gegen 900 Meter von demselben entfernt, ganz aus Stampf beton in Portland-Cement hergestellt und mit einer Schieberkammer ausgerüstet ist, in welcher alle zur Bedienung des Reservoirs und des Druckrohrstranges, sowie des Ueberlaufes nöthigen Schieber leicht zugänglich sind.

Die beiden Wasserkammern des Reservoirs haben eine Grundfläche von je 51.3 Qm, eine Höhe von 2.85 Metern und sind durch einen mächtigen Erdaufwurt vor der Einwirkung der Aussentemperatur geschützt.

Zur Entlüftung des Reservoirs dienen drei gusseiserne Schlotte; verschlossen ist dasselbe durch eine starke eiserne Thüre.

Vom Reservoir führt ein Rohrstrang von 125 Mm Durchmesser, den Bahnkörper durchquerend, bis zur Abzweigung für die Wasserstation der Südbahn und von hier mit einem Durchmesser von 100 Mm bis zum Vertheilungsnetze des Marktes, nachdem er die Mur längs der Aerarialbrücke in einem eigenen Führungskasten übersetzt hat. Dieser Führungskasten enthält die mit Korksteinen sorgfältig isolirte Leitung aus Flanschenstahlrohren, welche überdies noch in Isolirmateriale eingebettet sind, so dass ein nachtheiliger Einfluss der Aussentemperatur ausgeschlossen erscheint.

Am tiefsten Punkte bei der Murbrücke ist eine Ablassstelle für die Durch-

spülung der Leitung angebracht.

Das Vertheilungsnetz des Marktes ist mit Rohren von 100, 80 und 50 Mm Durchmesser hergestellt, welche dem voraussichtlichen Wasserconsume entsprechend berechnet sind.

Unweit der Kirche ist das neue Netz an das schon bestehende der alten, nunmehr ausser Betrieb gesetzten Leitung angeschlossen. Die Gesammtlänge des neuen Rohrstranges beträgt etwas über 4300 Meter. Die Rohre sind durchschnittlich

15 Meter tief gelegt.

Zur Bekämpfung etwaiger Schadenfeuer sind 10 Unterflurhydranten mit selbstthätiger Entleerung eingebaut. Am höchsten Punkte des Marktplatzes besitzt das Wasser noch einen Ueberdruck von 4:5 Atmosphären. Behufs Ausschaltung einzelner Theilstränge sind an geeigneten Stellen Wasserschieber angebracht, wodurch auch partielle Reparaturen sehr erleichtert werden.

Alle Rohrleitungen sind aus innen und aussen asphaltirten Gussröhren her-

gestellt, welche auf 20 Atmosphären Druck geprüft sind.

Die Wasserleitung steht seit Ende 1901 in Betrieb.

3. Die Wasserleitung in Kapfenberg, Bezirk Bruck a. M. Die zahlreichen Anstände, welche sich bei der früheren Wasserversorgung des Marktes Kapfenberg durch die weder einwandfrei situirten, noch dem steigenden Bedarfe genügenden Pumpbrunnen ergaben, hatten seit Jahren Anregung zur Herstellung einer Wasserleitung gegeben, für deren bedeutende Kosten jedoch die Gemeinde allein nicht aufzukommen vermochte.

Erst die im Zuge befindliche Errichtung des Brucker Frachtenbahnhofes in Diembach, dessen namhafter Wasserbedarf am leichtesten durch eine mit dem Markte Kapfenberg gemeinsame Leitung gedeckt werden konnte, ermöglichte die Ausführung

dieses Planes im abgelaufenen Jahre.

Als Bezugort des Wassers war in erster Linie eine mächtige Quelle im Leimgraben ausersehen, die in einer relativen Höbe von 50 Metern über dem Marktplatze, fast 4 Km von Kapfenberg entfernt, durch eine Gesteinspalte aus einer natürlichen Felsenhöhle zu Tage trat und, soweit die Beobachtungen zurückreichen, auch bei den ungünstigsten Witterungsverhältnissen stets gleichmässig klares, frisches

Wasser geliefert haben soll.

Behufs Fassung dieser sogenannten Gruberquelle wurden Felssprengungen vorgenommen, welche insoferne einen sehr unerwünschten Erfolg hatten, als sich seither — vermuthlich in Folge eines tiefer dringenden Risses — nach stärkeren Regengüssen, und zwar immer erst 4—6 Stunden danach Trübungen des Wassers einstellten, die dasselbe jedesmal auf mehrere Stunden unverwendbar machten. Diese Wahrnehmung wurde leider aber erst gemacht, als die Quelle schon in Cementmauerwerk gefasst und die Leitung nahezu vollendet war. Auch die Herstellung eines gleichfalls aus Cementmauerwerk errichteten Klärbassins schaffte keine genügende Abhilfe.

Die Stelle, wo der Einbruch des Oberflächenwassers stattfindet, konnte ungeachtet aller Bemühungen bisher nicht gefunden werden. Auch die Vermuthung, dass die Verunreinigung des Quellwassers durch Eindringen von Bachwasser aus dem das Gebirgsthal durchziehenden Bache oberhalb der gefassten Quelle bewirkt werden könnte, hat sich nicht bestätigt, da durch Abschluss seitlicher Risse und Spalten des Bachbettes mittelst Cementmauerwerkes die zeitweilige Trübung nicht behoben wurde. Ebenso ergab auch der Versuch, die Communication durch Färben des Bachwassers mit Fuchsin nachzuweisen, kein positives Resultat.

Da sich oberhalb der Quelle, wenige hundert Meter entfernt, der Stollen eines aufgelassenen Bergwerkes befindet, liegt die Möglichkeit vor, dass die Verunreinigung des Wassers durch Zufluss aus dem bei Regengüssen sich mit Wasser füllenden Stollen erfolgt, welcher anlässlich der vorgenommenen Sprengungen durch einen hiebei entstandenen Felsspalt mit der Quelle in directe Verbindung gebracht worden sein konnte. Sollten diesbezügliche Nachforschungen und Vorkehrungen zu keinem Ergebnisse führen, so wird bedauerlicher Weise nichts anderes erübrigen, als die sehr ergiebige Quelle ganz auszuschalten, da die von anderer Seite empfohlene Cementauskleidung des Bachbettes auf mehrere hundert Meter aufwärts einerseits sehr bedeutende Herstellungs- und Erhaltungskosten erfordern, und anderseits, wenn wirklich ein Wasserzufluss vom Bache her stattfindet, mit der Beseitigung desselben auch die Ergiebigkeit der Quelle gewiss namhaft verringert werden würde.

Schon während des Baues war eine zweite Quelle, die sogenannte »Strohmaierquelle«, bei der bisher noch nie eine Trübung bemerkbar war, in geringer Entfernung von der vorangeführten, rund 1.5 Meter unter Terrain in einem cementgemauerten Schachte gefasst, und dieser mit einem Eisendeckel abgeschlossen worden.

Eine dritte endlich, die Starnbergerquelle« wurde, als sich die Trübungen in der Gruberquelle zeigten, 600 Meter oberhalb dieser, gleichfalls in Cementmauerwerk gefasst und mit 40 Mm Gusseisenrohren zu dem Klärbassin geführt. Von letzterem führt ein Rohrstrang aus Steinzeug, in welchen einige Meter unterhalb auch die Strohmaierquelle« einmündet, mit einem Gefälle von 7.34 per Mille und einer inneren Lichte von 200 Mm zu dem über 2 Km entfernten Reservoir.

Das Reservoir ist in einer relativen Höhe von 35 Metern über dem Markte an einem Waldsaume gelegen und mit zwei nach Bedarf gesondert ausschaltbaren Kammern und einer Schiebervorkammer versehen. Es hat einen Fassungsraum von 200 Cbm, ist ganz in Stampfbeton hergestellt, wird durch einen mächtigen Erdaufwurf vor der Einwirkung der Sonnenstrahlen geschützt und durch 3 Schlote ventilirt, deren Oeffnungen durch innere und äussere Drahtgitter versorgt sind. Der Eingang ist durch eine starke, innen mit Holz verkleidete Eisenthüre verschlossen.

Vom Reservoir laufen Gusseisenrohre in einer Stärke von 175—200 Mm zum Markte, beziehungsweise weiter zum Diembacher Bahnhofe, und anderseits Mannesmannrohre mit 100 Mm innerer Lichte zur Badeanstalt Steinerhof.

Die Gesammtlänge der Leitung beträgt rund 4600 Meter, ihre Ergiebigkeit derzeit 8 Secundenliter; das Wasser ist klar und wohlschmeckend, seine Temperatur 8.5° C.

4. Die Wasserleitung in Thörl, Gemeinde Aflenz, Bezirk Bruck a. M. Die sowohl in Bezug auf Menge, wie auch auf Beschaffenheit unzulängliche Wasserversorgung der rund 600 Einw. zählenden Ortschaft Thörl veranlasste die Eisenwerksfirma R. v. Pengg, welche in den letzten Jahren auch das zweite grosse Eisenwerk der Ortschaft angekauft hatte, eine Wasserleitung für die gewerkschaftlichen Gebäude und die übrigen Häuser des Ortes herzustellen. Für diese im Jahre 1900 vollendete Wasserleitung wurden an einem Vorberge des Floning, in vollkommen unbesiedeltem, dicht bewaldetem und stark abfallendem Terrain 3 Quellen, deren höchste 182 Meter über der Ortschaft liegt, in cementgemauerten, gut verschlossenen Kammern gefasst. Von letzteren führen asphaltirte Mannesmannrohre von 40 Mm innerer Lichte und 314 Metern Länge das Wasser zum Reservoir, welches in einer relativen Höhe von 67 Metern über Thörl liegt.

Digitized by Google

Das Reservoir hat in zwei einzeln ausschaltbaren Kammern zusammen einen Fassungsraum von 90 Cbm, ist ganz aus Betonmauerwerk hergestellt, mit einer Schiebervorkammer und zwei durch Drahtnetze geschützten Entlüftungsschloten ausgestattet.

Vom Reservoir führen Mannesmannrohre mit einer inneren Lichtung von 80 Mm in einer Länge von 822 Metern das Wasser in den Ort, beziehungsweise in die einzelnen Werks- und Privathäuser. An die Leitung sind 5 Unterflurhydranten angeschlossen; es werden von derselben 20 Brunnen, darunter ein öffentlicher, versorgt.

Die Gesammtlänge der Rohrleitung beträgt 1136 Meter, die Ergiebigkeit der gefassten Quellen rund 62 Minutenliter.

Das Wasser wurde im hygienischen Institute der Universität Graz untersucht und zum Trinken geeignet befunden; es ist klar und wohlschmeckend und hat bei den Quellen eine Temperatur von 6.25-8.7° C., im Orte Thörl ziemlich constant 7.5° C.

(Fortsetzung folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung desk.k. Justizministeriums vom 16. Mai 1902,

an sämmtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften.

betreffend die vorläufige Feststellung des Gesundheitszustandes und die Vernehwung Erkrankterund Verletzter im Strafverfahren.

An Stelle des Justizministerialerlasses vom 22. September 1857, Z. 19996, treten folgende Vorschriften:

1. Gemäss §§ 132 und 452, Z. 6 St. P. O. geschieht die Feststellung des Grades einer Körperbeschädigung durch Einvernehmung von Sachverständigen.

Hiedurch ist nicht ausgeschlossen und es kann zuweilen geradezu geboten sein, sich zunächst eine vorläufige Auskunft über den Grad der Beschädigung zu verschaffen. Es wird dies zutreffen, wenn es nach der Anzeige zweifelhaft ist, ob die Zuständigkeit des Gerichtshofes oder des Bezirksgerichtes vorliegt, oder ob die Vernehmung des Verletzten oder Kranken möglich oder wegen vorhandener Lebensgefahr dringend geboten ist.

Die Leitungen der Krankenanstalten und die behandelnden Aerzte sind verpflichtet, den Gerichten und Staatsanwaltschaften auf deren Anfrage eine vorläufige Auskunft über den wahrscheinlichen Grad der Verletzung oder die Schwere der Erkrankung, sowie über die Möglichkeit oder Dringlichkeit der Vernehmung zu ertheilen.

Die Einholung dieser Auskunft hat auf möglichst einfachem, die Aerzte nicht belastendem Wege zu erfolgen.

Es macht hiebei keinen Unterschied, ob die Verletzung oder Erkrankung den Gegenstand des Strafverfahrens bildet, oder mit demselben nur in mittelbarem Zusammenhange steht.

2. Die Vernehmung eines Verletzten oder Erkrankten, der nicht in der Lage ist, bei Gericht zu erscheinen, kann an sich oder wegen bestehender Lebensgefahr geboten sein (\$\\$ 154. 169, 252, Z. 1 St. P. O.). Liegt über seinen Zustand weder eine bereits vorher eingeholte Auskunft, noch ein vorher abgegebenes Sachverständigengutachten vor, so sind die Auskünfte über die Vernehmungsfähigkeit anlässlich der Vernehmung selbst zu beschaffen, soferne dies nicht nach den Umständen des Falles ausgeschlossen ist. Zu diesem Zwecke sind die behufs der gerichtsärztlichen Untersuchung anwesenden Sachverständigen, und falls keine beizuziehen waren, der behandelnde Arzt zu befragen, ob die Vernehmung einen schweren Nachtheil für den zu Vernehmenden nach sich ziehen kann, der sonst nicht zu erwarten ist, ob und inwieferne der körperliche oder geistige Zustand des zu Vernehmenden seine Glaubwürdigkeit beeinträchtigt, ob ein Aufschub der die Vernehmung geboten oder räthlich erscheint. ob Umstände vorliegen, welche die Beeidigung | erforderlich machen oder ausschliessen (§§ 169, 170, Z. 5 St. P. O.).

Findet eine gerichtsärztliche Untersuchung nicht statt, und kann auch eine Befragung des behandelnden Arztes nicht erfolgen, so muss es dem Ermessen des Untersuchungsrichters überlassen bleiben, die Vernehmung durchzuführen oder vorläufig zu unterlassen. Er hat jedoch in beiden Fällen seine Wahrnehmungen in den Acten festzustellen. Der Untersuchungsrichter ist in dringenden Fällen befugt, auch gegen den Widerspruch des behandelnden Arztes oder der Sachverständigen mit der Vernehmung vorzugehen, wenn seiner Meinung nach die angeregten Bedenken nicht gerechtfertigt erscheinen. Bei Vernehmungen in öffentlichen oder privaten Krankenanstalten ist jedoch unter allen Umständen die Anstaltsleitung von der Vernehmung zu verständigen.

Die Sicherheitsbehörden und die Organe derselben sind ebenfalls befugt, von den I.eitungen der Krankenanstalten und den behandelnden Aerzten Auskünfte der im zweiten Absatze aufgeführten Art zu beschaffen. Inwieweit sie Vernehmungen ohne Befragung oder gegen den Widerspruch des behandelnden Arztes durchzuführen berechtigt sind, ist nach den für sie zu erlassenden Vorschriften zu beurtheilen.

(Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums, Nr. 22, Jahrg. 1902).

Erlass der k. k. Statthalterei in Böhmen vom 13. März 1902, Z. 245.275 ex 1901,

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend Regelung der Impfung an den Volks- und Bürgerschulen.

Laut des mit dem Statthalterei-Circularerlasse vom 21. Juli 1891, Z. 80.614, kundgemachten Erlasses des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 9. Juni 1891, Z. 9043,*) beziehungsweise des mit dem Statthalterei-Circularerlasse vom 30. Juli 1891, Z. 82.244, kundgemachten Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 12. Juli 1891, Z. 8509,*) sind die Schulleitungen verpflichtet, von allen Schulkindern, welche Impfzeugnisse nicht beibringen oder ungeimpft sind, bei dem Beginne des Schuljahres Verzeichnisse der Ungeimpften und Impfbedürftigen nach dem mit dem bezogenen Erlasse des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht eingeführten Formulare zu verfassen und diese ohne Einbegleitung im Wege des Bezirksschulrathes der Bezirkshauptmannschaft in kürzester Zeit zu überreichen.

Im Grunde der Bestimmungen der oben bezogenen Ministerialerlässe ist die Schulkinderimpfung in Gemeinden, wo die Impfärzte ihren Wohnsitz haben, gleich nach Beginn des Schuljahres, und zwar in der Regel noch während der zur Vornahme der Impfung günstigen Herbstzeit durchzuführen; in Schulen aber, welche ausserhalb des Domicilortes des zuständigen Impfarztes liegen, können die Schulimpfungen erst zur Zeit der Hauptimpfung im Frühjahre an den hiezu bestimmten Tagen, und zwar abgesondert von den übrigen Impflingen und gemeinsam in den Schullocalitäten vorgenommen werden.

Es ist anzustreben, dass gelegentlich der Vornahme der Erstimpfungen der Schulkinder auch diejenigen Kinder, bei denen nach der Vornahme ihrer Erstimpfung bereits 10 Jahre verflossen sind, der Revaccination unterzogen werden.

Um nun den Vorgang bei der Vornahme der Impfung in den Volks- und Bürgerschulen entsprechend zu regeln, wird im Einvernehmen mit dem Landesschulrathe für das Königreich Böhmen Nachstehendes bestimmt:

Bezüglich des Tages, an welchem die Schulkinderimpfungen durchzuführen sind, haben sich die betreffenden Schulleitungen mit den bestellten Impfärzten direct ins Einvernehmen zu setzen, und ist die Impfung in der Regel nach Schluss des Vormittagsunterrichtes, welchem ein schulfreier Nachmittag folgt, vorzunehmen.

Die Impfärzte haben dann den mit den Schulleitungen vereinbarten Tag der vorzu-

^{*)} Siehe Jahrg, 1891 d. Bl., S. 204,

^{*)} Siehe Jahrg. 1891 d. Bl., S. 246.

nehmenden Schulkinderimpfungen bei der Ver- und solchen Kindern, bei denen nach der Erstfassung der Impfpläne der zuständigen Bezirkshauptmannschaft anzuzeigen, deren Sache es sein wird, sowohl die nothwendigen Veranlassungen behufs Beschaffung des erforderlichen Impfstoffes zu treffen, als auch den bestellten Impfärzten die im Sinne der oberwähnten Bestimmungen eingelangten Verzeichnisse der Impfbedürftigen in Schulen zu übermitteln.

Die Schulleitungen sind verpflichtet, von dem vereinbarten Tage der vorzunehmenden Impfung die Kinder behufs Verständigung der Eltern in Kenntnis zu setzen, über den Zweck und die Vortheile, sowie über die vollständige Unschädlichkeit der Impfung zu belehren und überhaupt den in Rede stehenden Ministerialerlässen gemäss allen von den behördlichen Sanitätsorganen ergriffenen Maassnahmen zur Durchführung der Impfung der Kinder jeden möglichen Vorschub zu leisten.

In Gegenden, in welchen gegen die Impfung eine Agitation besteht, können über besonderes Verlangen des Bezirksschulrathes ausser der mündlichen Belehrung der Kinder in der Schule, besondere gedruckte Belehrungen an die impfbedürftigen Schulkinder vertheilt werden, welche diese ihren Eltern oder den rechtmässigen Besorgern zu übermitteln haben, damit auch diese von dem Tage der vorzunehmenden Impfung Kenntnis erlangen und in die Lage kommen, hinsichtlich der körperlichen Reinigung und der frischen Wäsche die nöthigen Vorbereitungen am Tage der Impfung zu treffen, oder falls sie Bedenken gegen die Vornahme der Impfung ihrer Kinder haben, diese mündlich oder schriftlich der Schulleitung noch vor dem Tage der Impfung bekanntzugeben oder ihre Wünsche vorzubringen.

Druckexemplare dieser Belehrung, von der ein Exemplar im Anschlusse mitfolgt, werden dem Herrn k. k. Bezirkshauptmanne über Verlangen in der nothwendigen Anzahl und in der gewünschten sprachlichen Ausgabe beigestellt werden. Dieselben sind dann im Wege des zuständigen Bezirksschulrathes den leitungen zu übermitteln. Diese Belehrungen sind rechtzeitig vor dem Impftage allen ungeimpften, sowie allen ohne Erfolg geimpften oder mit einem Impfzeugnisse nicht versehenen impfung bereits 10 Jahre verflossen sind, und welche daher revaccinationsbedürftig erscheinen, unter Angabe des Impftages mit der Weisung auszufolgen, dieselben ihren Eltern oder sonstigen rechtmässigen Besorgern zu übermitteln. Die von letzteren eventuell eingelangten Aeusserungen sind von den Schulleitungen zu übernehmen und dem betreffenden Impfarzte zu übermitteln. An dem zur Impfung festgesetzten Tage ist dann die Impfung seitens des hiezu bestellten Impfarztes nach den zusammengestellten Verzeichnissen unter Ausschluss derjenigen Kinder, deren Angehörige eventuell an die Schulleitungen eine ablehnende Aeusserung gelangen liessen, vorzunehmen.

Hinsichtlich der in den gewerblichen und commerciellen Lehranstalten nöthigen Impfungen bleibt es Sache der sanitären Aufsicht, zu welcher nach § 8 des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, die l. f. Bezirksärzte, in Städten mit eigenem Statute die ärztlichen Sanitätsorgane des Magistrates, verpflichtet sind. sich auch über den Impfzustand, beziehungsweise über die Nothwendigkeit der Revaccinationen anlässlich ihrer gelegentlichen Besuche in diesen Anstalten in Evidenz zu erhalten und sich über die zur Erhaltung eines befriedigenden Impfzustandes geeigneten Veranlassungen jedes Jahr rechtzeitig vor Beginn der Hauptimpfung mit den Directionen dieser Anstalten ins Einvernehmen zu setzen.

Belehrung über die Durchführung und den Nutzen der Impfung.

Zum Schutze gegen die verunstaltenden Blattern ist die Impfung bereits im Kindesalter nothwendig, denn die Geimpften unterliegen erfahrungsgemäss der Blatternansteckung nicht so häufig und nie so schwer als die Ungeimpften. Auch sind die Todesfälle an Blattern bei den geimpften Kranken selten.

Die Schutzkraft der Impfpocken erlischt mit der Zeit; daher müssen Personen, wenn seit ihrer Erstimpfung mindestens 10 Jahre verflossen sind, wieder geimpft werden, um gleichen Schutz vor Blattern zu erlangen, wie nach der ersten Impfung. Dies hat beim Austritte aus der Schule regelmässig zu geschehen. I Daher sollen sich Schüler, welche die Schule verlassen, wiederimpfen lassen.

Nach den statistischen Ergebnissen sind von geimpften Personen 5 Percent an Blattern gestorben, von ungeimpften dagegen 30 Percent.

Zur Impfung wird ausschliesslich unschädlicher Impfstoff verwendet, welcher lediglich
von gesunden Thieren entnommen und durch
vorherige genaue Untersuchung als vorwurfsfrei
befunden worden ist. Nur solcher Impfstoff
gelangt zur Versendung, dessen vollkommen
tadellose Beschaffenheit durch commissionelle
Erprobung sichergestellt ist. Die Möglichkeit der
Uebertragung von ansteckenden Krankheiten
jeder Art bei der Impfung ist sonach gänzlich
ausgeschlossen.

Die Impfung selbst wird in einer für die Impflinge ganz schmerzlosen Weise kostenfrei vorgenommen. Der Verlauf der Impfung ist mit keinen Gesundheitsstörungen für die Impflinge verbunden und bringt auch keine Störungen für die Angehörigen der Kinder mit sich.

Tag der festgesetzten Impfung.....

Die gesetzlichen Besorger ungeimpfter Schulkinder können hinsichtlich der Impfung an die zuständige Schulleitung rechtzeitig ihre Wünsche und Bedenken mündlich oder auf diesem Blatte vorbringen und haben dafür zu sorgen, dass die Kinder zur Impfung mit frischer Wäsche und sauber gereinigt zur festgesetzten Stunde erscheinen.

Erlass der k. k. Statthalterei in Böhmen vom 19. März 1902, Z. 44788,

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend das Verbot des Geheimmittels ...,Echtes Marienwasser".

Es ist vorgekommen, dass in einigen Verwaltungsgebieten Nordböhmens ein als "Echtes Marienwasser" bezeichnetes Geheimmittel in Papiercartons mit dem Adresszettel: "Absender: Franz Semsch, Königswald" in Vertrieb gesetzt, vornehmlich in Rasirgeschäften verkauft und gegen Zahn-, Kopfschmerz, sowie Ohrenreissen marktschreierisch angepriesen wird.

Das Mittel gelangt in circa 8 Cbcm fassenden Glassfäschchen zum Verkaufe, ist eine hellbräunliche klare Flüssigkeit von stark aromatischem und schwach geistigem Geruche, neutraler Reaction, und stellt sich vorzugsweise als eine weingeistige Lösung von Nelkenöl, Menthol und Citronenöl mit einer geringen Menge indifferenter Extractivstoffe dar.

Nachdem nun die angepriesene Anwendung der mit dieser Flüssigkeit getränkten Baumwollbäuschehen, namentlich bei Ohrenschmerzen, wegen der stark reizenden ätherischen Oele, zumal des Nelkenöls, als schädlich sich erweist, und überdies auch der hohe Preisansatz eine Uebervortheilung des Käufers involvirt, wird die Erzeugung und der Vertrieb dieses Geheimmittels im Sinne der Ministerialverordnung vom 17. September 1883, R. G. Bl. Nr. 152,*) verboten, zumal auch die für die Wirkungsweise des Mittels unzutreffende Bezeichnung den Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 17. December 1894, R. G. Bl. Nr. 239,**) zuwiderläuft, und die marktschreierische, schwindelhafte Anpreisung desselben nach der Ministerialverordnung vom 22. Juni 1890,***) Z. 5954, unstatthaft und strafbar erscheint.

Hievon werden der Herr k. k. Bezirkshauptmann mit der Aufforderung in Kenntnis gesetzt, sämmtliche interessirten Kreise von dem erlassenen Verbote zu verständigen, den unstatthaften Vertrieb dieses Geheimmittels im dortigen Verwaltungsgebiete verlässlich zu verhindern und im Betretungsfalle im Sinne der obeitirten Verordnungen das Amt zu handeln.

Erlass der k. k. steiermärkischen Statthalterei vom 19. Jänner 1902, Z. 2530,

an alle unterstehenden politischen Behörden, betreffend die Ueberwachung der Betriebsanlagen der Flaschenbierfüller.

Im Hinblicke auf mannigfache Klagen über sanitätswidrige Gebahrung in den Betriebs-

^{*)} Siehe Jahrg, 1894 d. Bl. S. 725.

^{**)} Siehe Jahrg. 1894 d. Bl., S. 721.

^{***)} Siehe Jahrg. 1890 d. Bl., S. 439.

anlagen der Flaschenbierfüller wird die k. k. Bezirkshauptmannschaft unter Bezugnahme auf den Erlass vom 30. October 1901, Z. 28905, betreffend das Vorgehen bei Ertheilung von einschlägigen Concessionen eingeladen, Amtsarzt anzuweisen, gelegentlich der sanitären Bereisungen und bei sonstigen sich ergebenden Gelegenheiten die Betriebsanlagen der Flaschenbierfüller wiederholt genauen Revisionen zu unterziehen.

Hiebei wird insbesondere auch der thatsächlichen Vornahme einer exacten Reinigung der gebrauchten Flaschen ein genaues Augenmerk zuzuwenden, gegebenen Falles über constatirte Gebrechen Bericht zu erstatten, und werden behufs Beseitigung derselben die entsprechenden Anträge zu stellen sein, bei Gefahr hauptmannschaft zur Kenntnis zu bringen. im Vorzuge aber werden vom Amtsarzte im Sinne der Bestimmungen des § 8, lit b des

Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, unter eigener Verantwortung und mit Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung des Amtsvorstandes die vom sanitären Standpunkte gebotenen Verfügungen sofort zu treffen sein.

Ausserdem ist auch den Gemeinde- und Districtsärzten im Hinblick auf die ihnen nach § 4, lit a der im Anhange A zur Statthaltereiverordnung vom 26. April 1893, L. G. und V. Bl. Nr. 11*), veröffentlichten Dienstesinstruction zukommenden Obliegenheiten die wiederholte eingehende Untersuchung der bezüglichen, in ihren Sanitätssprengeln bestehenden Betriebsanlagen aufzutragen, und sind dieselben anzuweisen, die hiebei gemachten Wahrnehmungen jederzeit ohne Aufschub der k. k. Bezirks-

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 4. (17.) Mai, Nr. 162, hat das fürstliche Ministerium des Innern die Stadt Buenos Ayres vom 5. (18.) April an für pestverseucht erklärt.

Griechenland. Die 24 stündige Quarantaine gegenüber Herkünften aus Aegypten (S. 251 d. Bl.) ist vom 24. Mai angefangen, auf 5 Tage verlängert worden. Diese Quarantaine ist im Lazarethe von Delos zu absolviren. Die Wareneinfuhr aus Aegypten ist bis auf weiteres untersagt.

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 22. Mai l. J., Nr. 9, wurde Alexandrien für pestverseucht erklärt, und angeordnet, dass gegen Herkünfte aus diesem Hafen die Bestimmungen der Verordnung vom 23. Februar l. J., Nr. 5, (S. 176 d. Bl.) Anwendung zu finden haben. Zufolge Verordnung vom 22. Mai l. J., Nr. 10, sind der Hafen von Niutschang und das

Küstengebiet des Golfes von Liautung (siehe S. 81 d. Bl.) wieder als pestfrei zu behandeln.

Türkei. Ueber Beschluss des Obersten Sanitätsconseils wurde die 24 stündige Quarantaine, welche kürzlich für die über Piräeus aus Aegypten eintreffenden Reisenden angeordnet worden war, nunmehr, da die griechische Regierung die Quarantaine für ägyptische Herkünfte auf 5 Tage ausgedehnt hat (siehe oben), wieder ausser Kraft gesetzt.

Acgypten. (S. 262.) In der Woche vom 15. bis 21. Mai wurden constatirt in Alexandrien 7 (4), in den Districten Achmun, Menuf und Tala der Provinz Menufieh 2 (1), beziehungsweise 3 (3) und 2 (2), in den Districten Magagha und Samalut in der Provinz Minieh 0 (2), beziehungsweise 12 (6), im Districte Tukh der Provinz Galiubieh 3 (3), ferner (neu) in Damiette 2 (2) und in Dam'anhur in der Provinz Behera 5 (5), zusammen 36 Erkrankungen (und 28 Todesfälle).

Britisch-Indien. (S. 262.) In Bombay sind in der Woche vom 23. bis 29. April 560 Erkrankungen und 518 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 13. bis 19. April 588 und in Kurachee vom 19. bis 26. April 118 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Nach amtlichen Ausweisen sind in ganz Britisch-Indien in dem Zeitraume vom 1. Jänner bis Ende März im Jahre 1900 89.680, im Jahre 1901 172.845 und im gleichen Zeitraume des Jahres 1902 215.664 Personen der Pest zum Opfer gefallen.

^{*)} Siehe Jahrg. 1893 d. Bl., S. 198.

Britisch-Ostafrika. (S. 263.) In der Zeit vom 13. bis 19. Mai wurden in Nairobi 2 neue Erkrankungen und kein Todesfall an Pest beobachtet.

Australien. Neusüdwales. (S. 263.) In Sydney sind in der Woche vom 30. März 5: 5. April 1. J. 5 Personen an Pest erkrankt und 2 gestorben.

Queensland (S. 263). In der Woche vom 30. März bis 5. April wurden 5 Erkrankungen (4 in Brisbane und 1 in Townsville) und 3 Todesfälle, in der folgenden am 12. April abgelaufenen Woche 4 Erkrankungen (in Brisbane) beobachtet.

Cholera. Philippinen. In Manila (S. 252) bält die Epidemie in unveränderter Intensität an. Es werden täglich 10 bis 20 neue Erkrankungen constatirt. Seit Ausbruch der Epidemie bis 15. April sind 275 Personen an Cholera erkrankt und 215 gestorben. Die Krankheit hat auch auf mehrere Provinzen übergegriffen, und zwar sind es die Provinzen von Bulacan, Cavite und Camarines, in welchen die Cholera eine grössere Verbreitung gewonnen hat. Insgesammt sind bis Mitte April aus den Provinzen 495 Erkrankungen und 315 Todesfälle an Cholera gemeldet worden.

Preussen. Hygiene der Frisir- und Barbirstuben.*) Mit Erlass des Ministers der p. p. Medicinalangelegenheiten vom 24. Jänner 1901, wurde die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Frisir-, Barbir- und Haarschneidestuben gelenkt, in welchen vielfach Gelegenheit zur Uebertragung und Verbreitung ansteckender Krankheiten gegeben ist. Im kaiserlichen Gesundheitsamte werden Versuche angestellt über ein leicht zu handhabendes und den Geschäftsbetrieb nicht übermässig belastendes Verfahren für Desinfection der Kämme, Bürsten etc. Die Regierungspräsidenten wurden ersucht, die gesundheitsgemässe Ausübung des Gewerbes einstweilen in ähnlicher Weise sicherzustellen, wie dies an mehreren Stellen, u. A. im Regierungsbezirke Danzig durch nachstehende Polizeivorschriften bereits geschehen ist.

- "1. In den Frisir-, Barbir- und Haarschneidestuben, sowie bei Ausübung des Frisir-, Barbir- und Haarschneidegeschäftes überhaupt muss peinliche Sauberkeit obwalten. Frisir-, Barbir- und Haarschneidestuben dürfen als Schlafstellen nicht benützt werden. Hunde und Katzen dürfen in denselben nicht geduldet werden.
- 2. Personen, welche an einer Haut- oder Haarkrankheit oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen das Gewerbe des Frisirens, Barbirens und Haarschneidens nicht ausüben.
- 3. Das Frisiren, Barbiren und Haarschneiden darf nur mit reinen Händen vorgenommen werden. In jeder Frisir- oder Barbirstube ist für ausreichende, für das Personal bestimmte Waschgelegenheit zu sorgen, derart, dass dasselbe sich jederzeit die Hände mit Seife in reinem, noch unbenutztem Wasser waschen und an einem noch gehörig sauberen und trockenen Handtuche abtrocknen kann.
- 4. Alle bei dem Frisiren, Barbiren oder Haarschneiden zur Verwendung kommenden Tücher, Frisirmäntel, Unterlagen, Schutzstoffe u. dgl. müssen gehörig trocken und sauber, jedenfalls ohne sichtbare Schmutzflecken sein. Aus Papier bestehende Schutzstoffe p. p. sind nach einmaliger Benützung zu vernichten. Sessel, an die der Kopf gelehnt werden soll, sind vorher mit einem Schutzstoffe zu bedecken.
- 5. Scheeren, Kämme, Rasirmesser, Bürsten, Pinsel und alle sonstigen Frisir-, Barbir- und Harschneidegeräthe sind nach jeder Benützung sofort gehörig zu reinigen, und zwar mit Ausnahme von Bürsten durch Abwaschen mit Seifenlauge. Die gemeinsame Benützung von Schnurrbartbinden, Puderquasten und Schwämmen ist verboten. Wattebauschen und Blutstillungsmittel sind nach dem Gebrauche zu vernichten.
- 6. Personen, welche an einer Haar- oder Hautkrankheit des Kopfes, an Ungeziefer oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen in den Frisir-, Barbir- oder Haarschneidestuben nicht bedient werden. Tücher und Geräthe, welche bei der Bedienung solcher Personen ausserhalb dieser Geschäftsstuben verwendet sind müssen, bevor sie wieder in Gebrauch genommen werden, in starker warmer Seifenlauge gründlich gewaschen oder durchgekocht werden.
- 7. Ein Exemplar dieser Polizeiverordnung in Grösse von einem halben Bogen Reichsformat ist leicht lesbar und bemerkbar in jeder Frisir-, Barbir- oder Haarschneidestube anzubringen.
- 8. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung seitens solcher Personen, welche das Frisir-, Barbir- oder Haarschneidegewerbe betreiben oder in demselben beschäftigt sind, werden,

^{*)} Vgl. Jahrg. 1898 d. Bl., S. 54, Jahrg. 1899, S. 177 und 454.

soweit nicht anderweitig bestimmte höhere Strafen in Betracht kommen, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft." (Vierteljahrschr. für gerichtl. Medicin und öffentliches Sanitätswesen.)

Vermischte Nachrichten.

Jahresversammlung der küstenländischen Amtsärzte. In der am 29. October v. J. in Triest unter dem Vorsitze des Landessanitätsreferenten abgehaltenen 15. Jahresversammlung der küstenländischen Amtsärzte und Stadtphysiker der autonomen Städte wurde die Feststellung gewisser allgemeiner, einheitlicher Grundsätze für die Bekämpfung der Infectionskrankheiten, ferner die Abänderung der Geburtstabellen der Hebammen erörtert. Bei Besprechung der Wahrnehmungen über die öffentliche Impfung wurde von mehreren Seiten hervorgehoben, dass mit geringen Ausnahmen den Bestimmungen des Impfnormatives vom Jahre 1836 über die Intervention der Gemeindevorsteher und Seelsorger bei der Impfung nicht entsprochen werde. Ferner wurde es als wünschenswerth bezeichnet, dass der Lehrerschaft das vom kaiserlich deutschen Reichsgesundheitsamte herausgegebene und in mehrere Sprachen übersetzte "Gesundheitsbüchlein" anempfohlen, und dass dasselbe für Schülerbibliotheken angeschafft werde. Einen weiteren Gegenstand der Besprechung bildeten die in einigen Landgemeinden des Küstenlandes eingeführte Formalindesinfection und die Abstellung der bei der Durchführung derselben wahrgenommenen Uebelstände. Zum Schlusse berichtete Oberbezirksarzt Dr. Bernhard Schiavuzzi über die unter der Leitung des Geh. Rathes Prof. Dr. Koch von der Expedition des königl. preussischen Institutes für Infectionskrankheiten in Berlin auf den Brionischen Inseln und einigen Orten der benachbarten Küste eingeleiteten Maassnahmen zur Bekämpfung der Malaria.

Vorkehrungen zur Verhütung der Verschleppung von Infectionskrankheiten durch Angestellte der Post- und Telegraphenanstalten. Die k. k. Post- und Telegraphendirection für Oesterreich unter der Enns hat auf Grund eines Gutachtens des niederösterreichischen Landessanitätsrathes eine neue Vorschrift zur Vermeidung der Uebertragung von Infectionskrankheiten durch Beamte und Diener der unterstehenden Behörden und Anstalten erlassen. In dieser Vorschrift sind jene Vorsichtsmaassregeln genau festgesetzt, welche die Bediensteten der betreffenden Behörden und Anstalten bei Auftreten einer infectionsverdächtigen Krankheit in ihrem Hausstande oder unter ihren Wohnungsgenossen, ferner nach erfolgter Sicherstellung des Bestandes einer Infectionskrankheit und während der Dauer, sowie nach Ablauf einer solchen Erkrankung zu beobachten haben, und sind insbesondere jene Infectionskrankheitsformen bezeichnet, bei deren Auftreten die Contumacirung der Angestellten, beziehungsweise deren Fernhaltung vom Dienste für die Dauer der Infectionsgefahr zu erfolgen hat.

Wasserzusatz bei der Obstmostbereitung. Das Ministerium des Innern hat die Vorstände der Lebensmitteluntersuchungsanstalten in Wien, Graz, Prag und Krakau auf Grund eines Gutachtens des vom ständigen Beirathe für Angelegenheiten des Verkehres mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen zur Vertretung eingesetzten Comités in die Kenntnis gesetzt, dass Obstmost, bei dessen Bereitung Wasser verwendet wurde, wegen dieses Zusatzes nur dann zu beanstanden ist, wenn der Most mit der ausdrücklichen Bezeichnung "ohne Wasserzusatz" in Verkehr gesetzt wurde. (Erlass des Ministeriums des Innern vom 14. April 1902, Z. 13913.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen*) in Tirol, im politischen Bezirke Trient-Umgebung 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Buczacz: Doprobole 3, Koropiec 5; Drohobycz: Boryslaw 1, Drohobycz 1; Kalusz: Siwka wojnilowska 2; Mościska: Podliski 1; Myślenice: Pcim 2; Nadworna: Nadworna 5; Nisko: Jezowc 1; Rawa: Wulka mazowiecka 1; Rohatyn: Martynow nowy 8; Stanislau: Dorohow 2, Kolodziejow 4; Tlumacz: Babianka 9; Wadowice: Lekawica 1; Zloczow: Gologóry 3.

^{*)} In dem in der vorigen Nummer des Blattes, S. 264 aus der Ortschaft Au, im Bezirke Steyr (Oberösterreich) als Blattern gemeldeten Krankheitsfalle hat sich die Diagnose bei der vorgenommenen Revision nicht bestätigt.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I, Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12'-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 12. Juni 1902.

Mr. 24.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. - Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Steiermark. (Fortsetzung.) — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels, betreffend die Zulassung von Kupferverbindungen bei der Conservirung von Früchten; Erlass der steiermärkischen Statthalterei, betreffend die Ausfüllung ausgebeuteter Ziegelgruben mit Abfallstoffen; Erlass der Statthalterei in Tirol und Vorarlberg, betreffend Eisgewinnung und Eiserzeugung (Schluss): Erlass der Statthalterei in Lemberg, betreffend die periodische Verständigung der Militärbehörden über den jeweiligen Stand der Infectionskrankheiten; Erlass der bukowinaer Landesregierung, betreffend den Verkauf der Suppenconserve »Chorut«. — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Zu Beginn der am 7. Juni 1902 abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes widmete der Vorsitzende O. S. R. Hofrath Dr. Ritter v. Vogl dem Andenken des jüngst verstorbenen Hofrathes Prof. Dr. Karl Böhm Edlen v. Böhmersheim, welcher diesem Fachrathe durch eine Reihe von Jahren als Mitglied angehört hatte, Worte ehrender Erinnerung.

Nach Mittheilung einiger Geschäftstücke gelangten nachstehende Referate

zur Berathung und Schlussfassung:

1. Gutächtliche Aeusserung zum Initiativantrage des O. S. R. Professor Dr. Ritter v. Jaksch, betreffend die Vermehrung der Hebammenlehranstalten in Oesterreich. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. v. Braun Namens des Specialcomités.)

2. Gutachten über die Eignung eines Privatlaboratoriums zu bakteriologischen Untersuchungen. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Max Gruber.)

3. Gutächtliche Aeusserung zum Recurse einer Stadtgemeinde gegen die Entscheidung der Landesbehörde, betreffend die Hintanhaltung von Flussverunreini-(Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Max Gruber.)

4. Gutachten über die Desinficirung der im Seeverkehre einlangenden thierischen Rohproducte. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Max Gruber.)

5. Gutächtliche Aeusserung aus Anlass von Recursen, betreffend die Benützung einer städtischen Trinkwasserleitung. (Referent: O. S. R. Hofrath Professor Dr. Max Gruber.)

Am Schlusse der Sitzung wurde zur Vorberathung eines von O. S. R. Hofrath Prof. Dr. v. Braun eingebrachten Initiativantrages, betreffend die Regelung der Erwerbsverhältnisse der Hebammen ein Specialcomité gewählt, welches sich sofort constituirte und zur Berathung zusammen trat.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Steiermark.

(Fortsetzung.)

5. Die Wasserleitung in Liezen. Die Leitung wird durch vier in vollkommen unverdächtiger Gegend bis zu 200 Metern über dem Kirchenplatze von Liezen gelegene Quellen, welchen demnächst zur Deckung des Bedarfes für die Bahnstation eine fünfte angeschlossen werden soll, gespeist; das Wasser dieser Quellen, welche in Stampfbeton gefasst und vollkommen abgeschlossen sind, wird in 80 Mm im Lichten messende Mannesmannrohre zunächst zu einem tiefer gelegenen, gleichfalls aus Stampfbeton hergestellten und mit einem Ventilationsschlote versehenen Sammelkasten geleitet, von wo es in Röhren von gleicher Stärke zum Reservoir fliesst. Letzteres, 44.9 Meter über dem Kirchenplatze gelegen, fasst in zwei gesondert entleerbaren Kammern 160 Cbm, ist aus Stampfbeton mit Entlüftungsschloten und Ueberlaufrohren mit selbstthätigem Klappenverschlusse hergestellt und gut abgeschlossen.

Vom Reservoir führt der 125 Mm im Lichten messende Hauptstrang, welcher in seinem Verlause mit mehreren Absperrschiebern und einem Lustventile versehen ist, in einer Tiese von 1.5 Metern zum Orte, wo er sich in mehrere, bis 60 Mm starke Zweige theilt und 24 öffentliche und etwa 120 private Brunnen versorgt

während für Feuersgefahr 17 Unterflurhydranten zur Verfügung stehen.

Die Gesammtlänge der durchwegs aus Mannesmannrohren hergestellten Leitung, welche bei der letzten Messung etwa 4 Secundenliter oder rund 340.000 Liter täglich für 1895 Einwohner lieferte, beträgt rund 3500 Meter.

Die chemische und bakteriologische Untersuchung des Wassers, das gleichmässig

eine Temperatur von 7-8° C. hat, ergab sehr günstige Resultate.

6. Die neue Wasserleitung in Neumarkt, politischer Bezirk Murau. Dieselbe entnimmt das Wasser acht Quellen, die auf dem gut bewaldeten Rainberge in einer Meereshöhe bis zu 949 Metern, d. i. 114 Metern über dem Marktplatze, in

theilweise ganz namhafter Tiefe durch Steinmauern aufgefangen werden.

Das gestaute Quellwasser wird in Steinzeugröhren, die sich in einem gemeinsamen Strange vereinigen, in einer Tiefe von 1.50-1.60 Metern zu einem 1.59 Cbm fassenden Sammelschachte geleitet, welcher 874 Meter über dem Meere gelegen und aus Stampfbeton hergestellt ist. Von diesem Sammelschachte führt eine Gusseisenrohrleitung von 80 Mm Durchmesser in das Urtelbachthal hinab, unterfährt, beiderseits mit Schieber und Schacht versehen, die Bahnlinie in Ueberschubrohren und sodann den Urtelbach in einbetonirten Muffenrohren in einer absoluten Höhe von 838 Metern. Vom Urtelbache steigt die Leitung wieder zu dem 865 Meter hoch liegenden Reservoir an.

Das Reservoir, 30 Meter über dem Marktplatze gelegen, besteht aus zwei gesondert ausschaltbaren Kammern von je 9 Metern Länge, 5·7 Metern Breite und 2·2 Metern Höhe, ist ganz aus Stampfbeton auf Felsengrund hergestellt und fasst 200 Cbm; fünf gut geschützte Schlote sichern eine entsprechende Ventilation. Für das Ueberwasser bestehen hier und beim Sammelschachte Ueberlaufrohre mit selbstthätigem Einfallventile. Das Reservoir wird noch mit einer Umzäunung umgeben und durch eine Baumanpflanzung gegen die directen Sonnenstrahlen geschützt werden.

Vom Reservoir führt eine 125 Mm starke Gusseisenrohrleitung, die sich im weiteren Verlaufe in zwei Stränge spaltet, zum Markte, wo bislang — die Leitung

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22 u. 23 d. Bl.

wurde im vorigen Jahre kurz vor Beginn des Winters fertiggestellt — noch keine öffentlichen Brunnen bestehen, aber solche errichtet werden sollen. Hauseinleitungen bestehen vorläufig ungefähr 30, Oberflurhydranten sind im ganzen 12 vorgerichtet. Die Leitung hat eine Gesammtlänge von 4000 Metern, wovon rund 3000 auf die Eisenrohrleitung entfallen. Das Wasser hat eine Temperatur von $5-6^{\circ}$ C., ist klar und rein, seine Menge betrug im letzten Herbste 2 4 Secundenliter oder rund 2000 Hklt. im Tage für etwa 1000 Einwohner. Die Kosten der Anlage beliefen sich auf 88.000 K.

7. Die Wasserleitung für die Katastralgemeinde Neuners dorf der Stadt Leoben. Nach Angliederung der früher selbständigen Gemeinde Mühlthal an die Stadt Leoben wurde die städtische Wasserleitung in die neue Vorstadt eingeführt; hiebei zeigte es sich, dass die am weitesten entfernten und am höchsten gelegenen Theile von Mühlthal, d. i. die Katastralgemeinde Neunersdorf von derselben nicht mit Wasser versorgt werden konnten; es wurde daher die Herstellung einer eigenen Wasserleitung für diese Katastralgemeinde beschlossen, welche im Jahre 1901 in Betrieb gesetzt worden ist.

Die Leitung beginnt südlich von Neunersdorf im Brunngraben, einem vollständig unbewohnten, gut bestockten Gebirgsthale, 595 Meter über dem Meeresspiegel, 55 Meter über dem Neunersdorfer Platze mit zwei aus Gusseisenrohren von 32 Mm innerer Lichte hergestellten Strängen von 200 und 50 Metern Länge; an den ersteren sind fünf, an den zweiten zwei in Cementmauerwerk gefasste Quellen angeschlossen

Jeder Strang hat ein Klärbassin aus Cementmauerwerk, von dem aus je ein gemeinsames gusseisernes Luftzuführungsrohr nach aufwärts bis zu den beiden obersten Quellstuben führt, wo es hufeisenförmig gebogen und mit starkem, fein-

maschigem Drahtnetze geschützt, in das Freie mündet.

Das gleichfalls aus Cementmauerwerk hergestellte und durch einen Erdaufwurf auf 3 Seiten gedeckte, 568 Meter über dem Meere gelegene Reservoir hat einen Fassungsraum von 72 Cbm; es ist mit geschliffenem Cementverputze ausgekleidet, durch eine Doppelthüre aus Eisen und blechverkleidetem Holze verschlossen, mit einer Vorkammer für die Schiebervorrichtungen ausgestattet und wird durch einen aus Cement hergestellten, mit Drahtnetzen versicherten, über der Vorkammer angebrachten Schlot entlüftet.

Vom Reservoir führt eine Gusseisenrohrleitung mit einer inneren Lichtweite von 50 Mm und einer Länge von 857 Metern zum Neunersdorfer Platze, wo dieselbe in

einem öffentlichen Auslaufbrunnen endet.

Die Leitung liefert ein Wasserquantum von mindestens 500 Hkltrn in 24 Stunden = 34 Minutenlitern für etwa 300 Einwohner; das Wasser ist nach dem Ergebnisse der chemisch-bakteriologischen Untersuchung zum Trinken gut geeignet, hat 11 deutsche Härtegrade und bei den Quellen eine Temperatur von 6° C.

8. Die Wasserleitung in der Ortschaft Niclasdorf, politischer Bezirk Leoben. In diesem Orte hatte sich die Beschaffenheit des Wassers mehrerer Brunnen in den letzten Jahren bis zur völligen Unverwendbarkeit desselben gesteigert. Da die letzte Ursache dieser Erscheinung nicht erschlossen, daher nicht beseitigt werden konnte, und da ferner die bisher der Ortschaft Niclasdorf ausser den Pumpbrunnen zur Verfügung stehende Wasserleitung mit Ende dieses Jahres aufgelassen werden musste, weil das Bezugsrecht des Quellwassers von dessen Besitzer gekündigt worden war, wurde daselbst eine neue, zur Versorgung des ganzen Ortes ausreichende Leitung hergestellt.

In einer relativen Höhe von 105 Metern oberhalb der Pfarrkirche von Niclasdorf wurden im »Niclasdorfgraben«, einem schmalen, dicht bewaldeten und unbewohnten Gebirgsthale, Quellen unter Terrain durch zwei, zur Richtung des Thales etwas schräg gestellte Stollen, welche in einer Gesammtlänge von 50 Metern aus Stampfbeton

hergestellt und mit den nöthigen Sickerschlitzen versehen wurden, gesammelt und in

eine in Cementmauerwerk erbaute Brunnstube geleitet.

Von hier führen Steinzeugrohre von 50 Mm innerer Lichte in einer Tiefe von 1.5-2 Metern mit raschem Gefälle zu dem in einer relativen Höhe von 45 Metern angebrachten Reservoir. Dieses besteht aus je zwei gesondert ausschaltbaren Kammern. hat einen Fassungsraum von zusammen 80 Cbm, ist gleichfalls ganz aus Stampfbeton hergestellt, durch einen Erdaufwurf vor Temperatureinflüssen geschützt und mit Entlüftungsschloten versehen.

Vom Reservoir führen Gusseisenrohre in einer Tiefe von 1:5-2 Metern, und in einer Stärke von 100 Mm innerer Lichte zum Dorfe, wo sie sich nach Bedarf in

solche von 80, 60 und 50 Mm theilen.

Die Leitung, welche auch die Eisenbahnstation Niclasdorf und die etwas abseits vom Orte gelegene Cellulosefabrik versorgt und ausser den Hauseinleitungen 5 Hvdranten und 5 öffentliche Ausläufe besitzt, hat eine Länge von insgesammte 2700 Metern und liefert nach den angestellten Beobachtungen mindestens 2 Secundenliter, wodurch bei dem derzeitigen Bevölkerungsstande von rund 700 Einwohnern per Kopf und Tag ein Wasserquantum von 250 Litern entfällt.

Das Wasser ist chemisch und bakteriologisch untersucht und als Trinkwasser geeignet befunden worden; es ist klar, wohlschmeckend und zeigt bei den Quellen

eine Temperatur von 7-8°C.

9. Die Wasserleitung in St. Peter-Freienstein, politischer Bezirk Leoben. Diese Wasserleitung wurde im Anschlusse an die bereits bestehende Leitung des nahezu einen Kilometer von der Ortschaft St. Peter entfernt gelegenen Schlosses Freienstein errichtet.

Die Quellenleitung beginnt auf einer kleinen, nicht gedüngten Wiese inmitten eines vollkommen unbewohnten, bewaldeten Gebirgsthales mit einem 15 Meter tiefen

Schachte von 65 Cm Durchmesser, in dem die Quelle von unten aufsteigt.

Von hier gelangt das Wasser alsbald in das in unmittelbarer Nähe befindliche, ganz aus Cementmauerwerk in einer relativen Höhe von 38 Metern über dem Orte hergestellte Reservoir. Dasselbe besteht aus einer Wasserkammer mit 19.8 Cbm Inhalt und ist mit einer Vorkammer für die Schiebervorrichtung, einem entsprechend hergestellten Ueberlaufrohre und zwei Entlüftungsschloten ausgestattet, von welchen einer über der Kammer selbst, der zweite über der Vorkammer aufgesetzt Der Quellenschacht ist mit einem starken Eisendeckel, das Reservoir durch eine dicke Eisenthüre, beide mit sicheren Vorhängschlössern versehen, genügend abgeschlossen.

Vom Reservoir läuft ein 80 Mm starkes Gusseisenrohr, angeblich in einer

Tiefe von 1-1.5 Metern, zu dem 540 Meter entfernten Schlosse.

Hier zweigt nun die neue Leitung in einem rechten Winkel ab. Die 38 Mm starken schmiedeisernen Rohre haben eine Länge von 960 Metern, sind 1.5 Meter tief gelagert und versorgen im oberen Theile des Ortes 3 Brunnen eines Privathauses und 2 öffentliche Auslaufbrunnen, letztere mit constant fliessendem Wasser, dessen Menge allerdings einigermaassen schwankt, aber durchschnittlich 10 bis 15 Minutenliter für etwa 300 Einwohner beträgt.

Das Wasser, welches chemisch und bakteriologisch untersucht und als Trinkwasser geeignet befunden worden ist, hat eine Temperatur von rund 8° C., ist klar

und wohlschmeckend.

10. Die Wasserleitung für das Dorf Kalwang im politischen Bezirke Leoben. Dieselbe wird von einer etwa 300 Meter über dem Orte im sogenannten » Grafitgraben « aus dem Gestein entspringenden mächtigen Quelle versorgt.

Die Brunnenstube ist 1 Meter breit und 0.70 Meter tief und aus Stampfbeton hergestellt; sie ist durch eine versperrbare Holzthüre zugänglich, welche eine durch ein Kupferblechsieb gedeckte, runde Ventilationsöffnung besitzt.

Von der Brunnenstube wird das Wasser durch ein 0.4 Meter hohes Ueberfallrohr in neuen Holzröhren, die später durch Eisenrohre ersetzt werden sollen, zu einem etwa 100 Meter über dem Orte gelegenen, 3 Meter tief in Stampfbeton ausgeführten und mit einem Eisendeckel geschlossenen Unterbrechungsschachte geleitet von wo es in 80 Mm im Lichten messenden Gusseisenröhren zum Reservoir abfliesst. Dieses besteht aus einer Einfallvorkammer, einer 65 Cbm fassenden Hauptkammer und einer Schieberkammer. Es liegt 40 Meter über dem Orte im dichten Nadelholzwalde, ist aus Bruchsteinen in Cementmörtel hergestellt, mit einer eisernen Thure geschlossen und mit einem durch eine zweckmässige Construction gegen jede Verunreinigung geschützten Ventilationsschlote und einem Ueberfallrohre mit selbstthätigem Klappenverschlusse versehen.

Vom Reservoir gelangt das Wasser in 100 Mm weiten Gusseisenröhren in

das Dorf zu 5 öffentlichen, 57 privaten Brunnen und 5 Oberflurhydranten. Die Leitung hat eine Länge von insgesammt 2000 Metern, die Eisenrohre sind durchwegs 1.5 Meter tief gelegt; die Holzrohre mussten wegen der oberflächlichen Lage des Gesteins im Zuleitungsgebiete in geringerer Tiefe gelagert werden. Die Menge des klaren, wohlschmeckenden, auf seine Reinheit chemisch und bakteriologisch geprüften, 6-7° C. messenden Wassers betrug zur Zeit der Fertigstellung der Leitung (im November 1901) gegen 150 Minutenliter, d. i. 2000 Hklt im Tage für etwa 700-800 Einwohner.

Die Kosten der Herstellung beliefen sich auf rund 30.000 K.

11. Die Kaiser Franz Joseph-Wasserleitung in Wildon, politischer Bezirk Leibnitz. Dieselbe beginnt 92 Meter über dem Markte auf dem dicht bestockten Buchkogel mit einer tadellos in Cementmauerwerk ausgeführten Quellkammer, und etwas tiefer gelegen — 59 Meter über dem Markte — mit einem 3 Meter unter dem Terrain angebrachten Quellfange, von welchem Thonrohre in einen Cementschacht mit Gusseisendeckel führen.

Von diesen beiden Wasserkammern laufen Mannesmannrohre von 50 Mm

lichter Weite zu dem 49 Meter über dem Orte gelegenen Hochreservoir.

Dieses ist aus Stampfbeton aufgeführt, enthält 8 Kammern, die abwechselnd ausgeschaltet werden können und einen Gesammtfassungsraum von 1000 Hklt besitzen, und wird durch zwei Steinzeugröhren entlüftet. Die Umgebung ist mit Bäumen bepflanzt. Vom Reservoir laufen 100 Mm starke Gusseisenrohre 1.5 Meter unter Terrain zum Markte, wo die Leitung 58 Häuser und zwei öffentliche Brunnen

Die Gesammtlänge der Leitung beträgt über 3000 Meter; beide Quellen liefern

zusammen durchschnittlich 864 Hkltr im Tage für etwa 800-900 Einwohner.

Das Wasser ist chemisch und bakteriologisch untersucht und als zum Trinken geeignet befunden worden.

12. Die Wasserleitung in Ehrenhausen, politischer Bezirk Leibnitz. Dieselbe wird durch eine am Fusse des vollständig bewaldeten Ewitschberges, 1 Km vom genannten Marktflecken entfernt gelegene Quelle versorgt, welche in einer natürlichen, möglicherweise aber auch von einer früher bestandenen Wasserleitung herrührenden Felsenhöhle von etwa 6 Metern Länge, 3 Metern Breite und 1.5 Metern Höhe entspringt. Die Ergiebigkeit dieser Quelle schwankt nach den in den Jahren 1900 und 1901 gemachten Messungen zwischen 10.800 und 100.000 Litern per Tag, wobei zu bemerken ist, dass das Minimum der Ergiebigkeit nur wenige Tuge während des abnorm trockenen Sommers im Jahre 1900 andauerte, während sich in den übrigen Jahreszeiten die beobachtete Menge dem Maximum näherte.

Die erwähnte Felsenhöhle wurde mit grobem Kiese ausgefüllt, das Wasser durch einen 7.5 Meter langen, 0.6-1.2 Meter hohen und 0.60 Meter breiten Betoncanal in einen aus Stampfbeton hergestellten und mit einer Schlammabsitzgrube versehenen

Schacht von 6 Metern Tiese und 1 Meter lichter Weite geleitet, aus welchem dasselbein einer Höhe von 3 Metern über dem Boden durch 70 Mm starke Mannesmannrohrein das 40 Meter entsernte Reservoir sliesst. Letzteres fasst rund 40 Cbm, ist gleichfalls aus Stampfbeton hergestellt, durch zwei 15 Cm im Durchmesser haltende Mauercanäle ventilirt und mit einem Ueberlaufrohr mit Klappenverschluss ausgestattet.

Vom Reservoir laufen 70 Mm im Lichten messende Mannesmannröhren zum Hauptplatze und geben in die Seitengassen mehrere 50 Mm starke Abzweigungen ab, von welchen eine den Gamlitzbach längs der Brücke in einem mit Asphaltplatten gedeckten und mit Asche ausgefüllten Holzkasten übersetzt. Die Gesammt-

länge der Leitung beträgt ungefähr 2000 Meter.

Bisher sind 2 öffentliche und 22 private Brunnen an die Leitung angeschlossen: ausserdem bestehen 2 Unterflurhydranten. Das Wasser ist klar, etwas weich und hat eine Temperatur von 8—9° C. (Fortsetzung folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels vom 4. Juni 1902,

R. G. Bl. Nr. 113,

betreffend die Zulassung von Kupferverbindungen bei der Conservirung von Prüchten.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes vom 16. Janner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897, wird verordnet:

Die Ministerialverordnung vom 15. December 1899, R. G. Bl. Nr. 246,*) betreffend die Zulassung von Kupferverbindungen bei der Conservirung von Gemüsen, findet auch auf die Herstellung von Fruchtconserven im Fabriksbetriebe Anwendung.

Der Verkehr mit derartigen Conserven, die einen höheren als den dort bestimmten Kupfergehalt aufweisen, ist verboten.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Erlass der k. k. steiermärkischen Statthalterei vom 17. Februar 1902, Z. 43753 ex 1901,

an alle politischen Behörden,

betreffend die Ausfüllung ausgebeuteter Ziegelgruben mit Abfallstoffen.

Aus Anlass eines speciellen Falles ist über lie Frage, ob und unter welchen Bedingungen

*) Siehe Jahrg. 1900 d. Bl. S. 29.

die Ausfüllung ausgebeuteter Ziegelgruben mit Kehricht und ähnlichen Abfallstoffen überhaupt zulässig ist, das Gutachten des Landes-Sanitätsrathes eingeholt worden.

Nachstehend werden den politischen Unterbehörden die für die Beantwortung dieser Frage im Allgemeinen in Betracht kommenden Ausführungen des gegenständlichen Gutachtens zur Darnachachtung mitgetheilt.

Die Reinhaltung des Bodens muss als eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege angesehen werden; sie ist besonders dort nothwendig, wo das Grundwasser für den menschlichen Bedarf als Trink- oder Nutzwasser Verwendung findet; aber auch da ist sie von Bedeutung, wo der Boden später als Grund für zu erbauende Häuser in Frage kommt.

Was den Einfluss des Bodens auf das Grundwasser betrifft, so ist jedes Grundwasser in einer Tiefe von 4—6 Metern unter der Erdoberfläche, bei normalem Boden frei von Verunreinigungen, und genügen Bodenschichten der angegebenen Stärke — wenn es sich nicht etwa um sehr grobkörnigen Boden oder Gesteine mit breiten Sprüngen handelt — zur Abhaltung der von den Meteorwässern aufgenommenen Verunreinigungen.

Diese Verhältnisse ändern sich aber sofort, wenn die als natürliches Filter wirkenden Bodenschichten entfernt werden, und zwar in besonders bedenklicher Weise dann, wenn die hiedurch gebildeten Lücken statt mit reinem, oder wenigstens unschädlichem Material direct mit Schmutzstoffen ausgefüllt werden, wodurch das Grundwasser unbedingt verunreinigt werden muss; dies ist bei einer Ziegelgrube ganz selbstverständlich zu befürchten, da ja bei diesen Betriebsanlagen die undurchlässigen Lehmschichten wohl in der Regel, bis zur durchlässigen Schotterschichte, beziehungsweise bis zum Grundwasser selbst ausgehoben werden.

Was die Benützung des durch die Ausfüllung der Lehmgruben gewonnenen Terrains zu Bauplätzen betrifft, so bemerkt das in Rede stehende Gutachten, dass ein mit organischen Substanzen reich beladener Boden sich sowohl aus hygienischen als auch technischen Gründen als Baugrund nicht eignet, weil einerseits die in ihm vorgehenden Zersetzungen für die auf ihm entstehenden Häuser, beziehungsweise deren Bewohner nicht indifferent sind, anderseits aber auch ein solcher Boden die zum Tragen grösserer Mauermassen nöthige Festigkeit nicht besitzt.

Wenngleich sich sonach ausgebeutete und nachträglich mit Abfallstoffen angefüllte Lehmgruben auf Jahrzehnte hinaus nicht zu Bauplätzen eignen, so kann doch eine derartige Anfüllung derselben nicht von vorneherein unbedingt als unzulässig bezeichnet werden, weil die Umwandlung der aufgelassenen Ziegelstätten in Ackerland geradewegs rationell erscheint.

Wohl aber muss nach dem Gutachten des Landessanitätsrathes zur Wahrung der sanitären Interessen der Umgebung verlangt werden, dass in solchen Gruben, welche später zur Ablagerung von Müll Verwendung finden sollen, die Lehmausbeutung nicht bis zum höchsten Grundwasserstande hinab stattfindet, sondern dass über diesem noch eine genügend starke Schichte undurchlässigen Materiales erhalten bleibt.

Wo dies nicht geschehen — was gemeiniglich der Fall sein wird — müsste in einer derartigen Grube, vor der Ablagerung von Müll noch eine entsprechende Abdichtung des Bodens veranlasst werden.

Absolut unzulässig aber ist die Ablagerung von Fäcalien in solchen Gruben.

Die politischen Unterbehörden werden daher eingeladen, dem Zustande 'der in dem dortigen Amtsbezirke befindlichen Ziegelgruben, namentlich in Gegenden, wo das Grundwasser zur Versorgung nahegelegener Ortschaften oder Einzelgehöfte mit Trink- und Nutzwasser herangezogen wird, eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und Vorsorge zu treffen, entsprechende Abdichtung des durch eine Bodens, beziehungsweise durch Ausfüllung der Gruben mit unschädlichem Materiale die Gefahr einer Verunreinigung des Grundwassers von den ausgebeuteten Lehmgruben her auch gewöhnlichen Verhältnissen hintangehalten wird.

Sollte aber, wie dies namentlich in der Nähe grösserer Ortschaften der Fall sein kann, die Heranziehung aufgelassener Ziegeleigruben zur Ableerung von Kehricht und ähnlichen Abfallstoffen in Frage kommen, so wird nach den vorangeführten Ausführungen des vom Landessanitätsrathe erstatteten Gutachtens mit besonderer Genauigkeit vorzugehen und daran festzuhalten sein, dass eine derartige Verwendung solcher Gruben vom sanitären Standpunkte nur dann zulässig erscheint, wenn eine genügend starke Schichte von undurchlässigem Lehm über dem höchsten Grundwasserstande, respective über der durchlässigen Schotterschichte erhalten geblieben ist, oder nachträglich eine verlässliche Abdichtung des Bodens stattgefunden hat.

Die Ablagerung von Fäcalien in derartigen Gruben ist aber jedenfalls gänzlich zu verbieten.

Uebrigens wird zur Vermeidung späteren Missbrauches schon bei Genehmigung neuer einschlägiger Betriebsanlagen durch Vorschreibung entsprechender Bedingungen von vorneherein auf den Schutz des Grundwassers Bedacht zu nehmen sein.

Behufs Ueberwachung der bezüglichen Maassnahmen sind die Gemeinden in ihrem eigenen Interesse auf die ihnen nach § 3, lit. a des Gesetzes vom 30. April 1876, R. G. Bl. Nr. 68, obliegenden, in der Kundmachung vom 4. Februar 1890, L. G. u. V. Bl.

Nr. 16,*) im Punkte Ia des genaueren auseinandergesetzten Verpflichtungen zu erinnern,
wobei insbesondere auf die durch Verunreinigung des Grundwassers entstehenden Gefahren
für die Gesundheit der Bevölkerung, aber
auch auf die Unzulässigkeit von Bauführungen
auf derartigen, durch Ausfüllung aufgelassener
Lehmgruben mit Kehricht und ähnlichen Abfallstoffen entstandenen Plätzen vor Beendigung
der gänzlichen Zersetzung der fäulnisfähigen
Stoffe und vor vollständiger Consolidirung
des Bodens aufmerksam zu machen sein wird.

Von den vorstehenden Ausführungen sind die ärztlichen und technischen Fachreferenten zur Darnachachtung in Kenntnis zu setzen.

Circularerlass der k. k. Statthalterei für Tirol und Vorarlberg vom 4. December 1901, Z. 3949,

betreffend Eisgewinnung und Eiserzeugung.**)

(Schluss.)

Im Falle die Gemeindevorstehungen im Zweifel sein sollten, ob ein Gerinne oder ein stehendes Wasser zur Eisgewinnung gesundheitlich sich eigne oder nicht, werden die k. k. Bezirkshauptmannschaften ermächtigt, die entsprechende Erhebung an der betreffenden Stelle unter Intervention des Amtsarztes ohne Belastung der Gemeinde vornehmen zu lassen. Den Magistraten der autonomen Städte wird dringend anempfohlen, als Gemeinden in gleicher Weise vorzugehen.

Ueber die Erlassung eines derartigen Verbotes ist unter Vorlage eines Abdruckes oder einer Abschrift der betreffenden Kundmachung anher zu berichten.

In Betreff der gewerbsmässig künstlichen Eiserzeugung bieten in Fällen der Errichtung derartiger Gewerbebetriebe die §§ 25 und 26, Gewerbeordnung, die gesetzliche Handhabe, um die Erzeugung von Kunsteis aus tadellosem Wasser vorzuschreiben.

Bei Errichtung von Fleischhauereibetrieben wird die k. k. Bezirkshauptmannschaft (der Stadtmagistrat) durch die Handhabung der Bestimmungen des III. Hauptstückes der Gewerbeordnung in die Lage kommen, auf die Herstellung solcher Eiskeller und die Bereithaltung solcher Behälter für das Eis (Eisschränke u. dgl.) hinzuwirken, welche eine reinliche Auf bewahrung und Versorgung des Eises ermöglichen.

In Fällen endlich, in welchen aus der Beschaffenheit des zu gewinnenden oder des gewonnenen Eises und aus der Art dessen Verwendung mit Bestimmtheit geschlossen werden kann, dass die Verwendung dieses Eises geeignet sein kann, ansteckende Krankheiten hervorzurufen oder zu deren Weiterverbreitung beizutragen, bietet der § 40 des Wirkungskreises der politischen Behörden I. Instanz (Ministerialverordnung vom 19. Jänner 1853, R. G. Bi. Nr. 10) nebst dem § 4, lit. a des Reichs-Sanitätsgesetzes die entsprechende Handhabe. dass diese die Gewinnung und Verwendung von Eis aus einem Gewässer oder einer Stelle desselben direct verbieten können.

Sollte hierüber der Localaugenschein nicht sicheren Aufschluss geben, kann die chemischbakteriologische Untersuchung des verdächtigen Wassers veranlasst werden.

Die Statthalterei erwartet, dass der Eisgewinnung und Eiserzeugung im Bezirke, beziehungsweise Stadtgebiete, sowie der Verwendung von Eis, insbesondere von Seite kranker Personen, zur directen Kühlung von Getränken, zu Kühlzwecken in Nahrungsmittelgewerben, bei denen jenes mit Lebensmitteln in directe Berührung kommt, im Sinne des citirten Ministerialerlasses und dieses Circulares gebührende Aufmerksamkeit und Ueberwachung von Seite der Amtsärzte zu Theil werden wird.

*

Erlass der Statthalterei in Lemberg vom 5. Jänner 1902, Z. 90547,

an alle unterstehenden Behörden

betreffend die periodische Verständigung der Militärbehörden über den jeweiligen Stand der Infectionskrankheiten,

(Ucbersetzung.)

In Ergänzung des Circularerlasses vom 8. März 1888, Z. 13800, P. 11 und vom



^{*)} S. Jahrg. 1890 d. Bl., S. 188.

^{**)} Siehe S. 258 d. Bl.

17. Mai 1888, Z. 26062,*) sowie der anderen getroffenen Verfügungen, betreffend die zwischen der Militär- und politischen Verwaltung bestehende gegenseitige Verpflichtung der Anzeige über Infectionskrankheiten wird nunmehr zum Zwecke einer Regelung dieser Bestimmungen Nachstehendes verfügt:

Gleichzeitig mit dem an die Statthalterei zu richtenden ärztlichen Berichte über die Constatirung einer jeden, in einer Gemeinde (Stadt) aufgetretenen epidemischen Krankheit sowie über das Erlöschen derselben, ist stets, wie bisher, das zuständige k. u. k. Corpscommando in Kenntnis zu setzen.

Ueberdies sind vom 15. Jänner 1902 angefangen diesen Militärbehörden regelmässig am 1. und 15. eines jeden Monates periodische Mittheilungen über den Stand aller im Bezirke epidemisch herrschenden Infectionskrankheiten bei Flecktyphus und Blattern auch über sporadische Fälle) zu übermitteln.

Diese Mittheilungen haben keine ziffermässigen Zusammenstellungen zu enthalten, sind in deutscher Sprache zu verfassen und sollen beispielsweise nachstehende Form haben:

Den Militär-Territorialcommanden wurden die entsprechenden Weisungen mit dem Erlasse des k. u. k. Reichskriegsministeriums vom 22. Mai 1888, Abthlg. 14, Nr. 1197, ertheilt. Im Bezirke...., herrschen nach dem Stande vom 15. Jänner 1902 nachstehende epidemische Krankheiten:

- 1. Masern in Bonow und Lubien.
- 2. Scharlach in Szklo, Kurniki und Zaluz.
- 3. Bauchtyphus in Czerczyk.

Erlass der k. k. bukowinaer Landesregierung vom 4. April 1902, Z. 8932,

an alle Bezirkshauptmannschaften und den Czernowitzer Magistrat,

betreffend den Verkauf der Suppenconserve

Die k. k. Landesregierung hat zwei Proben der Suppenconserve "Chorut", von denen besonders eine eine auffallend grüne Farbe hatte, der k. k. Lebensmittel-Untersuchungsanstalt in Krakau zur Vornahme der Untersuchung auf eine etwaige Verunreinigung mit Kupfer übermittelt.

Diese Anstalt hat mit dem Schreiben vom 29. März 1902, Z. 73 und 74 nachstehendes Resultat der bezüglichen Untersuchung der k. k. Landesregierung bekannt gegeben.

Das Gutachten bezüglich der einen Probe lautet:

"Grün gefärbt, und zwar durch Blattgrün. Kupfer abwesend; wird nicht beanständet."

Das Gutachten bezüglich der zweiten Probe hat folgenden Wortlaut:

"Hellgrau gefärbt, Kupfer abwesend; viele Spaltpilze anwesend, welche die Conserve gesundheitsschädlich machen können. Diese Conserve wird infolge dessen beanständet."

Aus obigem Befunde ergibt sich erstens, dass die grüne Farbe der Suppenconserve "Chorut" nicht unbedingt durch Zusatz von Kupfer, sondern auch durch Blattgrün hervorgerufen werden kann, zweitens, dass diese Conserve sehr sorgsam gegen Verunreinigungen geschützt werden muss, da selbe einen guten Nährboden für allerlei Spaltpilze bildet.

Demgemäss sind alle mit dem Vertriebe dieser Suppenconserve sich befassenden Geschäftsleute auf letzteren Umstand aufmerksam zu machen, und ist denselben eindringlichst

^{*)} Hiemit wurde der Erlass des Minides Innern vom 30. April 1888, Z. 6973, betreffend die zwischen dem Ministerium des Innern und dem Reichskriegsministerium getroffenen Vereinbarung über die gegenseitige Verständigung der politischen Behörden I. Instanz und der Militärbehörden rücksichtlich der unter der Civilbevölkerung. beziehungsweise der Militärmannschaft vorkommenden Infectionserkrankungen, intimirt. Gemäss dem citirten Ministerialerlasse sind die politischen Behörden I. Instanz angewiesen, die Militärcommanden jederzeit und fortlaufend über das Vorkommen von Cholera und Ruhrerkrankungen, sowie von Erkrankungen an allen Formen von Blattern und typhösen Krankheiten und über den Stand solcher Krankheitsfälle in Kenntnis zu erhalten und denselben über beden Stand der Infectionskrankheiten betreffeude Anfragen stets jede erforderliche Auskunft mit grösster Beschleunigung ertheilen.

nahe zu legen, solche Conserven besonders sorgsam und reinlich aufzubewahren und vor jeglichen Verunreinigungen zu schützen.

Gleichzeitig wird der k. k. Bezirkshauptmannschaft (dem Stadtmagistrate) aufgetragen, in denjenigen Handlungen, in welchen diese Conserve zum Verkaufe gehalten wird, eingehende Revisionen bezüglich der Art der Aufbewahrung und der Beschaffenheit derselben vorzunehmen und bei vorgefundenen Anständen das Amt entsprechend zu handeln. Hiebei sind Proben der etwa beanständeten Conserve vorschriftsmässig zu entnehmen, zu verwahren (§ 3 des Lebensmittelgesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897) und solche zur Vornahme einer neuerlichen Untersuchung zu übersenden.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In der am 7. April l. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. über das Project der Erweiterung einer k. k. Krankenanstalt in Wien durch Aufbau eines dritten Stockwerkes;
 - 2. über die Aenderung des Statuts eines Privatsanatoriums ausserhalb Wiens und
- 3. über die zum Zwecke der Vornahme von Desinfectionen der Wohnungen Tuberculöser vom Wiener Stadtphysikate beantragte Verpflichtung zur Anzeige der Aufnahme solcher Kranker in die Wiener Spitaler.

Referate in der vom 14. April 1. J. abgehaltenen Sitzung:

- 1. Vorschläge zur Beseitigung der durch die Einleitung von Fabriksabwässern hervorgerufenen Verunreinigung eines Flusses.
- 2. Abanderung des Statuts, der Instructionen und der Hausordnung für eine private Krankenanstalt in Wien.
- 3. Ueberführung der Leichen von an Infectionskrankheiten Verstorbenen behufs Beisetzung auf ausserhalb des Sterbeortes gelegenen Friedhöfen.

Referate in der am 28. April d. J. abgehaltenen Sitzung:

- 1. über die von mehreren Aerzten Wiens geübte magnetische Heilmethode und
- 2. über Zu- und Umbauten in einer Landes-Waisenanstalt in einer Gemeinde Niederösterreichs.

In der am 15. Mai d. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. über die Frage der Verwendung von Nichtärzten bei der Vornahme von Narkosen:
- 2. über ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung einer Privatheilanstalt für Kaltwassercuren und Behandlung mit Pistyaner Schlamme in Wien;
- 3. über das Ansuchen einer Gemeinde Niederösterreichs um Einreihung unter die Curorte und
- 4. über das Gesuch eines Vereines in Wien um Bewilligung zur Errichtung ein Asyls für verkrüppelte und reconvalescente jüdische Kinder in einer Gemeinde Niederösterreichs ausserhalb Wiens.

Mähren. Berathungsgegenstände in der Sitzung am 30. April 1902:

- 1. Gesuch der Gemeinde Zahreh bei Mährisch-Ostrau um Errichtung einer öffentlichen Apotheke daselbst. (Referent: Sanitätsrath Dr. Franz Brenner.)
- 2. Recurs in Augelegenheit der Abwässerreinigung einer Sliwowitzbrennerei in Wisowitz. (Referent: a. o. Mitglied Regierungsrath Dr. S. Spitzer.)
- 3. Gesuch der Gemeinden Grafendorf und Schönau um Ausscheidung aus dem Sanitätsdistricte Grussbach. (Referent: k. k. Statthaltereirath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Schoefl.)
- 4. Recurs der Gemeinde Witkowitz und Genossen gegen die ertheilte Bewilligung zur Errichtung einer Talgschmelze in Mährisch-Ostrau. (Referent: a. o. Mitglied Regierungsrath Dr. S. Spitzer.)
- 5. Besetzungsvorschlag für mehrere erledigte Posten im Status der ldf. Amtsthierarzte in Mähren. (Referent: k. k. Landes-Veterinärreferent Josef Rudovsky.)

Berathungsgegenstände in der Sitzung am 16. Mai 1902:

- 1. Referat über die Qualification der Bewerber um eine im Status der ldf. Amtsärzte erledigte Sanitätsconcipisten-, eventuell Sanitätsassistentenstelle. (Referent: k. k. Statthaltereirath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Robert Schoefl.)
- 2. Errichtung einer Wasserheilanstalt mit elektrischen Licht- und Zweizellenbädern, Medicinalbädern und Fangobehandlung in Mährisch-Ostrau. (Referent: Regierungsrath Dr. S. Spitzer.)

Schlesien. In der am 6. März l. J. abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung und Schlussfassung:

- 1. Besetzungsvorschlag für die erledigte Sanitätsassistentenstelle.
- 2. Entwurf der Durchführungsverordnung zum Landessanitätsgesetze.
- 3. Gutächtliche Aeusserung über die Bildung von Sanitätsdistricten im Gerichtsbezirke Jablunkau.
- 4. Gutächtliche Aeusserung über ein Ansuchen um Concessionirung einer Kaltwasserheilanstalt.

In der am 22. Mai l. J. abgehaltenen Sitzung wurden nachstehende Gegenstände der Berathung und Schlussfassung unterzogen:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Erzeugung von Liqueuren auf kaltem Wege durch Gemischtwarenhändler.
- 2. Gutächtliche Aeusserung über ein Ansuchen um die Concession zum Betriebe einer Kaltwasserheilanstalt in Gräfenberg.
 - 3. Gutächtliche Aeusserung, betreffend den Betrieb der Moorbade anstalt in Ustron.
- 4. Gutächtliche Aeusserung über die Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Friedeberg.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 28. Mai wurde der Hafen von Freemantle (Australien) für pestverseucht erklärt und angeordnet, dass gegenüber Herkünften aus diesem Hafen die Bestimmungen der Verordnung vom 23. Februar 1902, Nr. 5 (S. 176 d. Bl.) Anwendung zu finden haben.

Aegypten. (S. 274.) In der Woche vom 22. bis 28. Mai wurden 18 Erkrankungen (und 9 Todesfälle) verzeichnet, und zwar in Alexandrien 3 (3) im Districte Achmun, Provinz Menusieh 1 (0), in den Districten Beni Mazar und Samalut der Provinz Minieh 1 (0), beziehungsweise 5 (3), in Damiette 1 (0), in Damanhur 1 (0), im Districte Tukh, Provinz Galiubieh, 5 (3) und im Districte Kwesna (neu) in der Provinz Menusieh 1 (0).

Britisch-Indien. (S. 274.) In Bombay sind in der Woche vom 30. April bis 6. Mai l. J. 457 Erkrankungen und 451 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 20. bis 26. April 577 und in Kurachee in der Woche vom 28. April bis 2. Mai 108 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Capcolonie. (S. 263.) In der Woche vom 27. April bis 3. Mai ist in der Colonie weder eine neue Erkrankung noch ein Todesfall an Pest vorgekommen; am Schlusse der Woche befanden sich noch 6 Pestkranke (in Port Elizabeth) in Behandlung.

Australien. Neusüdwales. In Sydney (S. 275) wurden in der Woche vom 6. bis 12. April 4 neue Erkrankungen beobachtet. Insgesammt sind bisher 96 Personen an Pest erkrankt und 26 der Krankheit erlegen.

Cholera. Türkei. (S. 251.) In Jambo wurden in der Zeit vom 28. April bis 5. Mai l. J. 10, in Medina unter der einheimischen Bevölkerung vom 7. bis 13. März 107 und vom 14. bis 26. März 23 Todesfälle an Cholera beobachtet.

In Sabia (im Hochlande von Assyr) ist die Cholera epidemisch ausgebrochen; auch in drei benachbarten, unzugänglichen Dörfern des Hochlandes soll diese Krankheit aufgetreten sein. Im ganzen

sind bisher ungefähr 200 Personen erkrankt und 80 gestorben. Um das verseuchte Gebiet wurde ein Cordon gezogen; ein Arzt ist nach Sabia, weitere Aerzte sind zur Ueberwachung des Grenzcordons nach Djizan, Confuda, Hodeida und Lith entsendet worden. Desinfections- und sonstige Tilgungsmaassregeln erscheinen in dem unwirthlichen, von einer feindseligen Bevölkerung bewohnten Gebiete undurchführbar.

Zufolge Beschlusses des Sanitätsconseils in Constantinopel werden Herkünfte aus dem Küstengebiete des Rothen Meeres zwischen Mamuret-ul-Hamidieh und Loheya (diese beiden Orte inbegriffen) einer zehntägigen Quarantaine unterzogen.

Britisch Indien. In Calcutta wurden in den 6 aufeinanderfolgenden Wochen vom 16. März bis 26. April 1. J. 86, 127, 128, 172, 153 und 146 Todesfälle an Cholera ausgewiesen. In Bombay sind während dieser Zeit nur vereinzelte Choleratodesfälle vorgekommen.

Blattern. Türkei. In Kavalla (S. 252) wurden in der Zeit vom 6. bis 14. Mai 3 neue Blatternerkrankungen verzeichnet.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 252) sind im Monate April insgesammt 22 Blatterntodesfälle ansgewiesen worden.

Gelbfieber. Beriberi. (S. 252.) In Rio de Janeiro gelangten im Monate April 172 Todesfälle an Gelbfieber und 7 Todesfälle an Beriberi zur Anzeige.

Vermischte Nachrichten.

Medicinische und chemische Untersuchungsanstalt in den Malayschen Staaten. Nach einer Mittheilung des Resident-General' Office in Selangor hat die Regierung der Malayschen Bundesstaaten (Federated Malay States) in Kuala Lumpur, der Hauptstadt dieser Staaten, eine Untersuchungsanstalt errichtet, welche aus einer medicinischen und einer chemischen Abtheilung besteht. Die erstere ist für allgemeine und specielle Pathologie, für das Studium der klinischen Medicin, für experimentelle Physiologie und Bakteriologie, die chemische Abtheilung für organische und anorganische Untersuchungen vollständig eingerichtet; im Anschlusse an die letztere stehen eine wohl ausgestattete photographische Abtheilung, Einrichtungen für biologische Untersuchungen und eine grosse Bibliothek zur Verfügung.

Das Institut und seine Einrichtungen sind allen Besuchern ohne Rücksicht auf Nationalität unter für solche Anstalten üblichen Bedingungen zugänglich. Für Mitglieder wissenschaftlicher Commissionen, welche die Malaysche Halbinsel und die benachbarten Inseln besuchen, gibt das Institut die beste Gelegenheit, das gesammelte Material zu sichten und zu verarbeiten.

Für Fachleute, welche Tropenkrankheiten studiren wollen, bietet sich daselbst ein weites Feld. Besonders Beriberi besteht hier unter einzigen Verhältnissen; Malaria findet sich hier in allen vor kurzem unterschiedenen vier Formen. Das Institut steht gegenwärtig unter der Leitung von Hamilton Wright M. D. (Mc. Gill), an welchen etwaige Mittheilungen, beziehungsweise Anfragen zu richten sind.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 4. bis 10. Juni l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 1; Brody: Ponikwa 1; Buczacz: Doprobole 3; Drohobycz: Drohobycz 1,
Gaje wyzne 8; Horodenka: Czernelica 7, Zukow 3; Jaworow: Jarow stary 2, Wieczbiany 1,
Wulka rosnowska 2; Kalusz: Siwka wojnilowska 3, Sloboda rownianska 2; Kamicnka:
Chreniow 9; Kolomea: Kulaczkowce 2; Mościska: Podliski 1; Nadworna: Delatyn 1,
Lojowa 4, Nadworna 3, Tarnowica leśna 1; Podhajce: Burkanow 1; Przemyślany: Poltew 4;
Skalat: Grzymalow 1, Nowosiolka skalacka 15; Stanislau: Dorohow 2; Tarnopol: Obarzańce 2, Stechnikowce 4; Tlumacz: Babianka 5, Delawa 1, Holoskow 2, Kolince 1, Winograd 2,
Zakrzewce 1; Wadowice: Lekawica 1, Targanica 1; Zolkiew: Weryny ad Dzibulki 1.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER
Ministerialrath im Ministerium des Innern und

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag,

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 19. Juni 1902.

Mr. 25.

Inhalt. Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Steiermark. (Schluss.) — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass der oberösterreichischen Statthalterei, betreffend die Bewilligung zur Errichtung von privaten Heil-, Humanitätsanstalten, Heilbädern und Gesundheitsbrunnen; Circularerlass der niederösterreichischen Statthalterei, betreffend die Ueberführung von Leichen der an Infectionskrankheiten verstorbenen Personen. — Rechtsprechung. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Steiermark. (Schluss.)

Von den in Steiermark vor dem Jahre 1900 errichteten neuen Wasserleitungen verdient die im Jahre 1899 in Betrieb gesetzte Trink- und Nutzwasserleitung in Knittelfeld sowohl wegen der sanitären Wichtigkeit derselben als auch wegen der Grösse und der Ausdehnung der Anlage besonders hervorgehoben zu werden.

Die rasch anwachsende Bevölkerung dieser Stadt, deren Zahl seit dem Jahre 1870 von 2018 auf rund 8000 Seelen im Jahre 1900 gestiegen ist, die zunehmende Verunreinigung des aus Schottermassen bestehenden Untergrundes und die grossen Schwankungen des Grundwassers, welches in den Brunnen der Stadt während der Winterszeit nicht selten gänzlich versiegte, liessen die Errichtung einer Trinkwasserleitung umso dringlicher erscheinen, als in den letzten Jahren in der Stadt auch der Abdominaltyphus immer häufiger auftrat.

Nachdem vorerst die Canalisirung der Stadt in Angriff genommen und im Jahre 1897 vollendet worden war, richtete die Stadtgemeindevertretung, dem Drängen der politischen Behörde folgend, das Augenmerk auf die Zuleitung von gesundem Trinkwasser. Die Bemühungen, in der Nähe der Stadt geeignete Quellen ausfindig zu machen, blieben erfolglos. Die Gemeinde entschloss sich daher, ein im Nordwesten 10 Km von der Stadt entferntes Quellengebiet, dessen Ergiebigkeit für den Bedarf der Stadt auf Jahrzehnte hinaus ausreichend erschien, anzukaufen und das zu Tage tretende und noch zu erschliessende Wasser in die Stadt zu leiten.

Dieses Quellengebiet befindet sich in der Ortschaft Graden, Gemeinde Gaal, an den südlichen Ausläufern der zwischen dem Liesing- und Ingeringgebiete eingelagerten Seckaueralpen auf einer mittleren Höhe von 890 Metern über der Adria.

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23 u. 24 d. Bl.

Das ziemlich steil gegen die Ingering abfallende Gehänge ist durch zahlreiche kleinere und grössere Erhebungen gewellt und bildet durch quergestellte Barren auch natürliche Grundwasserbecken, in denen mächtige Schotterlager angesammelt sind. Diese Schotterlager werden von einer mehr oder weniger dicken Lehmschichte überlagert; über der Lehmschichte breitet sich die Humusdecke aus, die von ausgedehnten Waldungen und Weiden und zum Theile auch von sumpfigen Wiesen bedeckt ist. Oberhalb des von der Stadt Knittelfeld erworbenen Quellengebietes finden sich zwar noch vereinzelte Gehöfte und Ackergründe, doch sind dieselben in grösserer Entfernung derart gelegen, dass das Oberflächenwasser derselben nicht gegen das Quellengebiet absliessen kann; auch ist das Eindringen desselben in die Schotterschichte durch die überliegende Lehmschichte nach Ansicht der Sachverständigen fast vollständig gehindert.

Die von der Bauunternehmung Freiherr von Schwarz in Wien ausgeführte Anlage beginnt in dem erwähnten Quellengebiete mit vier Gruppen von Saugleitungen aus glasirten Steinzeugröhren, von welchen jede in einen aus Betonmauerwerk hergestellten Sammelbrunnen mündet, welcher mit einem festverschraubten Eisendeckel verschlossen ist und überdies noch einen Holzdeckel und darüber eine Erdanschüttung erhalten hat. Jede dieser Saugrohrgruppen kann durch Absperrschieber einzeln ausgeschaltet werden. Der Wasserspiegel der höchsten Quelle liegt in einer Seehöhe von 907 Metern, jener der tiefsten in einer Höhe von 873 Metern. Zwei Quellen, die »Wieserquelle« und die »Zettlerquelle« sind in älteren Waldbeständen gelegen; die beiden anderen Quellen (die Krautsch- und Kramerquelle) befinden sich in ehemaligen Wiesengründen, die nunmehr aufgeforstet sind.

Von den Sammelbrunnen führen gusseiserne Röhren zu dem gleichfalls in Beton gemauerten Sammelbehälter, welcher aus einem Sandfange und der eigentlichen Wasserkammer besteht und einen Inhalt von zusammen 31 Cbm aufweist. Beide Abtheilungen sind mit eigenen Ueberlauf- und Leerlaufeinrichtungen, sowie mit Regulirschiebern versehen. Der Sammelbehälter besitzt einen Volpert'schen Ventilationsschlot, ein Oberlichtfenster aus 15 Mm starkem Glase mit Drahteinlage, ist mit einem Poncelet'schen Ueberfallmessapparate ausgestattet und mit starker Eisenthüre abgeschlossen. Der normale Wasserspiegel in diesem Behälter liegt auf einer Seehöhe von 859.6 Metern. Die Rohrleitungen bis zum Behälter haben eine Länge von insgesammt 2734.1 Metern; die Ueberlauf-, beziehungsweise Lærlaufleitungen der Sammelbrunnen und des Sammelbehälters sind zusammen 169.45 Meter lang.

Vom Sammelbehälter führt eine gusseiserne Rohrleitung von 150 und 175 Mm innerem Durchmesser in einer Gesammtlänge von 7026 Metern zu dem 160 Meter tiefer gelegenen eigentlichen Reservoir.

In diesen Rohrstrang, welcher in seinem Verlauf den Gradenbach dreimal in einer Tiefe von 1.2 Metern unter der Bachsohle unterfährt, sind 3 Schächte für die Regulierschieber und Druckcontrolapparate eingeschaltet; an zehn höchsten Punkten desselben wurden Ventile zur Entlüftung, an vier tiefsten Stellen Auslässe zur Reinigung und Spülung der Leitung angebracht. Die Röhren liegen je nach den localen Verhältnissen verschieden tief (bis zu 3 Metern, jedoch nicht weniger als 1.5 Meter) unter der Oberfläche; dieselben sind einzeln auf 20 und im fertigen Strange auf 16 Atmosphären geprüft.

Das Reservoir ist ein abseits von der Strasse nächst dem Dorfe Sachendorf, Gemeinde Spielberg, aus meterdicken Betonmauern mit Erdanschüttung hergestellter Bau und besteht aus zwei nebeneinander liegenden, jedoch voneinander absperrbaren Kammern von je 20 Metern Länge, 10 Metern Breite und 3.2 Metern Höhe, und aus einer Vorkammer, in welcher sich die Regulirhähne und Entleerungsschieber befinden; auch ist hier die Manometerdruckstation untergebracht.

Das Reservoir ist gewölbt und, wie der obenerwähnte Sammelbehälter, mit Volpertschen Ventilationsschloten, mit Oberlichtöffnungen, Ueberlauf und Leerlauf versehen. Die Ueberlauf-, beziehungsweise Leerlaufleitungen haben eine Länge von 253 6 Metern. Der Bau ist monumental hergestellt und mit Eisenthüren abgeschlossen.

Der Fassungsraum beträgt rund 1000 Cbm. Nach Bedarf kann das Reservoir aus der Leitung ausgeschaltet, und eine directe Verbindung vom Sammelbehälter in Graden bis in die Stadt hergestellt werden.

Die vom Reservoir in die Stadt führende Zuleitung besteht aus 200 Mm weiten Eisenröhren von einer Gesammtlänge von 3310 Metern, besitzt an einem Höchstpunkte ein Entlüftungsventil, ferner 5 Unterflurhydranten. Der Ingeringwerkscanal wird an der Kreuzungsstelle bei Sachendorf unterfahren.

Das Stadtrohrnetz wird aus 80 bis 150 Mm weiten Röhren, die eine Gesammtlänge von 8400 Metern besitzen, gebildet. Der Rohrstrang in der Trace

der Staatsbahn traversirt den Ingeringwerkscanal an drei Stellen.

Im Bereiche der Stadt befinden sich 72 Unterflurhydranten, 56 Absperr- und Regulirschieber, 3 Luftventile und 9 Spülauslässe. Die Zahl der Hauseinleitungen betrug bereits im Jahre 1899 120 mit 611 Auslaufstellen. Mehrere öffentliche Auslaufbrunnen machen das Wasser allgemein zugänglich. Die Druckhöhe am Hauptplatze beträgt 577 Meter, beim Bahnhofe 73.5 Meter.

Das gelieferte Wasserquantum schwankt nach den angestellten Messungen von 22 bis zu 26 Secundenlitern oder 19.000 bis 22.000 Hktlr pro Tag und kann durch Heranziehung weiterer zur Verfügung stehender Quellen noch gesteigert werden.

Die chemisch-bakteriologische Untersuchung des Wassers war von Professor Prausnitz in Graz vor Beginn der Arbeiten vorgenommen worden und hatte ein günstiges Resultat ergeben. Nach Vollendung des Baues wurde von dem genannten Fachmanne eine neuerliche Untersuchung durchgeführt, welche den früheren Befund bestätigte. Ammoniak, salpetrige Säure und Salpetersäure fehlen. Das Wasser ist seinem Ursprunge aus Urgestein nach sehr weich (1 deutscher Härtegrad). Die Temperatur betrug im Sammelbehälter im Juli 1899 9·2° C. Der nach einigen Tagen entstandene geringe Bodensatz bestand aus feinsten Sandpartikelchen und eisenhältigen Mineralsplittern. Die Zahl der Keime in den an Ort und Stelle hergestellten Plattenproben schwankte zwischen 8 und 19 im Cubikcentimeter; die gefundenen Arten lassen jedoch auf eine Verunreinigung durch Fäulnisstoffe nicht schliessen.

Die Kosten der Herstellung dieser Wasserleitung betrugen 360.000 K.

Erweiterung der Grazer Wasserwerke. Die von Jahr zu Jahr ansteigende Inanspruchnahme der genannten Wasserwerke erforderte dringlich die Erweiterung der Gesammtanlage, da die in geringer Entfernung nördlich und oberhalb der Stadt angelegten Tiefbrunnen nicht mehr zur Deckung des Bedarfes hinreichten. Es wurde daher etwa $2^{1}/_{2}$ Km weiter nach Norden ein bedeutendes Areale in der Gemeinde Andritz zur Anlage neuer Brunnen erworben und nach Fertigstellung der gesammten Bauten im Jahre 1900 mit der Schöpfung des dortigen Grundwassers begonnen.

Der abgetäufte Hauptbrunnen hat einen lichten Durchmesser von 6 Metern und eine Tiefe von 9 Metern. Der Caisson ist in Cementmauerwerk auf einem gusseisernen Fusse ausgeführt.

Der zweite Brunnen ist ein eiserner Ringbrunnen, bestehend aus 6 gebohrten eisernen, sogenannten Thiem'schen Brunnen, mit einem gusseisernen Sammelkasten im Centrum desselben.

Die zur Hebung des Grundwassers bestimmten Maschinen bestehen vorläufig aus zwei Locomobilen von je 12 Pferdekräften, ferner aus zwei Drehkolbenpumpen und einer Centrifugalpumpe von zusammen 8 Cbm minutlicher Leistung.

Digitized by Google*

Aus den Brunnen wird das Wasser zunächst in ein kleines, etwa 300 Meter entferntes Reservoir gepumpt, von wo es sich sodann in den letzten Wiesenbrunnen der alten Wasserwerksanlage ergiesst.

Die Länge der neuen Leitung, die aus 400 Mm weiten gusseisernen Muffen-

rohren besteht, beträgt 2500 Meter.

Auch das Maschinenhaus des alten Wasserwerkes wurde im Jahre 1900 durch einen Zubau für eine grosse Dampfmaschine von 130 Pferdekräften sammt Pumpen und das Kesselhaus durch einen Zubau für zwei grosse Siederohrkessel von zusammen 200 Qm Heizfläche vergrössert.

Die Gesammtzahl der Ausläufe in Graz ist bis Ende 1901 auf 19.600 gestiegen.

Reconstruction der Wasserleitung in Irdning im politischen Bezirke Gröbming. Die unweit vom Orte gelegene, die alte Leitung versorgende Quelle wurde durch einen Betonstollen mit Sickerschlitzen neu gefasst; aus diesem 7 Meter unter der Bodenoberfläche an einer 3 Meter hohen Büschung gelegenen Stollen fliesst das erschlossene Wasser in einen mit einem Eisenbleche abgedeckten Betonschacht und von da in gusseisernen Röhren (statt der bisher verwendeten Holzröhren) von 100 Mm innerer Lichtung zu dem nahe gelegenen, aus zwei Kammern bestehenden Reservoir, welches aus 70 Cm dicken Stampfbetonwänden hergestellt wurde und rund 65 Cbm fasst. Dasselbe liegt 11:5 Meter über dem tiefsten Punkte des Marktes. Die Vertheilungsleitung beginnt mit 100 Mm weiten Rohren, an welche im weiteren Verlaufe solche von 80 und 60 Mm anschliessen; von derselben werden 6 öffentliche und 11 private Brunnen versorgt; überdies sind 4 Hydranten angebracht. Die Ergiebigkeit der Leitung beträgt 288 Hklt im Tage (für 400 Einwohner). Das Wasser ist wohlschmeckend und klar, seine Temperatur beträgt 8° C.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k. k. oberösterreichischen Statthalterei vom 20. Mai 1902, Z. 10999,

an alle unterstehenden politischen Behörden,

betreffend die Bewilligung zur Errichtung von privaten Heil-, Humanitätsanstalten, Heilbädern und Gesundbrunnen.

Mit dem Erlasse vom 2. März 1892, Z. 14498 ex 1891,*) (kundgemacht mit dem h. o. Rundschreiben vom 9. März 1892, Z. 3584) hat das k. k. Ministerium des Innern die Grundsätze mitgetheilt, die bei der Bewilligung zur Errichtung von privaten Heil-, Humanitätsanstalten, Heilbädern und Gesundbrunnen aller Art zu beobachten sind.

Ungeachtet des klaren Wortlautes dieses Erlasses wurden in den letzten Jahren Heilund Humanitätsanstalten ins Leben gerufen, bei deren Errichtung der vorgeschriebene Vorgang nicht eingehalten, und die der Landesbehörde vorbehaltene Bewilligung von den Behörden erster Instanz ertheilt wurde.

Wie sich nachträglich ergeben hat, wurde bei diesen Bewilligungen zur Errichtung von Heil- und Humanitätsanstalten nicht immer den Anforderungen der Hygiene die entsprechende Würdigung zu Theil, und leiden einige dieser Anstalten an zu Tage liegenden Gebrechen, die bei der vorgeschriebenen Ueberprüfung der Bauund Einrichtungsprojecte durch den Landessanitätsrath leicht vermieden werden konnten.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft (Stadtgemeindevorstehung) wird daher aufgefordert, künftighin bei der Errichtung von Heil- und Humanitätsanstalten sich strenge an den im vorcitirten Ministerialerlasse angegebenen Vorgang zu halten.

Bei diesem Anlasse wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei öffentlichen und privaten

^{*)} Siehe Jahrg. 1892 d. Bl., S. 82.

Heil- und Humanitätsanstalten selbstverständlich für jede wesentliche bauliche Veränderung, Erweiterung, beziehungsweise Aenderung in der ursprünglichen Bestimmung der Mehrzahl der Spitalsräumlichkeiten die Genehmigung der Statthalterei zu erwirken ist.

Circularerlass der k. k. n. ö. Statthalterei vom 27. Mai 1902, Z. 113758 ex 1901,

an alle unterstehenden politischen Behörden, betreffend die Ueberführung von Leichen der an Infectionskrankheiten verstorbenen Personen.

Behufs Erzielung eines einheitlichen Vorgehens bei dem Transporte von Leichen der an Infectionskrankheiten Verstorbenen wegen Beisetzung auf einem ausserhalb des Sterbeortes gelegenen Friedhofe findet die Statthalterei nach Einholung eines Gutachtens des niederösterreichischen Landes-Sanitätsrathes Nachstehendes anzuordnen:

- 1. Der Transport von Leichen der an Blattern, Flecktyphus, Cholera und Pest Verstorbenen in einen ausserhalb des Sterbeortes befindlichen Friedhof ist nicht gestattet.
- 2. Der Transport von Leichen der an einer anderen, als unter 1. erwähnten, anzeigepflichtigen Infectionskrankheit Verstorbenen ist unter Beobachtung der Vorschriften über den Transport von Leichen überhaupt und unter folgenden Cautelen gestattet:
- a) Die Leichen von an Infectionskrankheiten Verstorbenen sind sogleich nach vorschrifts-

mässig vorgenommener Todtenbeschau in ein mit 50/0 Carbolsäure- oder 20/0 Sublimatlösung oder 40/0 Formalinlösung getränktes Leintuch, womöglich doppelt einzuhüllen, in einen luftdicht verlötheten Metallsarg einzulegen und in die Leichenkammer zu schaffen, woselbst der Sarg in einen zweiten Metallsarg einzuschliessen ist.

b) Der Weitertransport erfolgt nur von der Leichenkammer aus.

Bei einer weiten oder relativ weiten Entfernung der Leichenkammer, und wenn die Verhältnisse es gestatten, dass ein anderer, nicht zu Wohnzwecken dienender Raum vorhanden ist, kann ausnahmsweise die Versargung in letzterem vorgenommen werden und der Doppelsarg auch daselbet bis zum Transporte verbleiben.

- c) Die Leiche ist am Bestimmungsorte direct auf den Friedhof oder in eine öffentliche Leichenkammer zu bringen und ehemöglichst zu begraben; ein Oeffnen des Sarges ist verboten.
- d) Nach Entfernung der Leiche aus dem Sterbelocale ist letzteres sammt Einrichtungsgegenständen zu desinficiren. Auch haben sich die bei der Einsargung betheiligten Personen einer Desinfection zu unterziehen.

Hievon werden die k. k. Bezirkshauptmannschaften, der Wiener-Magistrat, Abtheilung X, und die beiden Stadträthe in Wiener-Neustadt und Waidhofen a. d. Ybbs zur Verständigung des, beziehungsweise der Amtsärzte und behufs weiterer Veranlassung und Darnachachtung in Kenntnis gesetzt.

Rechtsprechung.

Allfällige Entschädigungen für zu Untersuchungszwecken von den befugten Aufsichtsorganen entnommene Lebensmittelproben sind gemäss § 3, al. 4 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897 ausnahmslos vom Staate zu leisten.*)

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 13. März 1901, Z. 1923.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde der Gemeinde Wien gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 4. Mai 1900, Z. 14789,

^{*)} Siehe Jahrg. 1898 d. Bl., S. 275.

betreffend die Pflicht zur Leistung der Entschädigung für Weinproben, nach der am 13. März 1901 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt.

Die angefochtene Entscheidung wird als gesetzlich nicht begründet aufgehoben.

Entscheidungsgründe.

Unterm 17. März 1900, Z. 23314 hat die k. k. niederösterreichische Statthalterei entschieden. dass zur Leistung der Entschädigung für drei zu Untersuchungszwecken entommene Weinproben der Weinhandlung Ch. und L. die Gemeinde Wien verpflichtet sei, da wenn auch die Magistrate der Städte mit eigenem Statute — entsprechend ihrer grundsätzlichen Stellung — im § 2, alinea 1 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, als den politischen Behörden coordinit erwähnt sind, doch für die Frage der Anwendbarkeit der Gesetzesbestimmung, mit welcher dem Staate die Entschädigungsleistung für Lebensmittelproben auferlegt wird, auf Probeentnahme durch Organe solcher Städte überhaupt der Umstand wohl zu beachten sei, dass gemäss dem Schlusssatze des § 2 desselben Gesetzes der gesetzliche Wirkungskreis der mit der Verwaltung der Gesundheits- und Lebensmittelpolizei betrauten autonomen Körperschaften, in erster Linie also der Gemeinden, aufrechterhalten, und der Staatsschatz keinesfalls berufen sei, Kosten von Amtshandlungen zu tragen, welche und insoweit sie schon in diesen gesetzlichen Wirkungskreis der Gemeinde fallen.

Diese Entscheidung wurde vom k. k. Ministerium des Innern aus ihren Gründen bestätigt. Der Verwaltungsgerichtshof musste die hiewider seitens der Gemeinde Wien überreichte Beschwerde für begründet erkennen.

Wenn im § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897 normirt wird, dass "Aufsichtsorgane, denen die im § 3 bis 5 bezeichneten Befugnisse zustehen, die Organe der politischen Behörden (beziehungsweise Magistrate der Städte mit eigenem Statute) oder die durch ein allfälliges Landesgesetz hiezu bestimmten Organe der autonomen Körperschaften sind, so ist damit der Wille des Gesetzgebers klar dahin ausgesprochen, dass ausser den landesfürstlichen Behörden und ihren Organen nur jene Magistrate als Aufsichtsorgane in gedachter Richtung wirken sollen, welche und soweit sie auf Grund eines Statutes als politische Behörde I. Instanz oder auf Grund eines Landesgesetzes zu fungiren berechtigt sind.

Die in den §§ 3-5 umschriebenen Befugnisse werden sich also angesichts dieser Bestimmung immer nur als eine den politischen Behörden und können sich unter gar keinen Umständen als eine den Organen einer autonomen Verwaltung als solchen zustehende Aufgabe darstellen, und die in Erfüllung dieser Aufgabe vorgenommene Amtshandlung ist keine solche, welche, wie die Statthalterei annimmt, in den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde fällt. Von dieser Erwägung ausgehend und durch sie offenbar geleitet hat es der Gesetzgeber auch nicht für entsprechend gehalten, die Pflicht zum Ersatze des Werthes der der Partei zu Probezwecken abgenommenen Lebensmittel der Gemeinde aufzubürden und er hat daher auch im § 3. Absatz 4 in nicht falsch zu verstehender Art bestimmt, dass auf Verlangen der Partei die fragliche Entschädigung in der Höhe des üblichen Kaufpreises vom Staate zu leisten ist.

Schon angesichts dieser ganz allgemein und ohne jede Einschränkung auf irgend weiche Fälle aufgestellten Vorschrift muss es als gänzlich unthunlich bezeichnet werden, aus dem Gesetze auf die Verpflichtung der Gemeinde Wien zur Leistung der fraglichen Entschädigung schliessen zu wollen. Allein auch überdies ist die Anschauung der Behörden, wonach sich die in Rede stehende Probeentnahme als eine von den Organen der Gemeinde Wien in Handhabung der Gesundheits- und Lebensmittelpolizei, also im selbständigen Wirkungskreise vorgenommen-Amtshandlung darstelle, deren Kosten zu tragen keinesfalls der Staatsschatz berufen sein könne, eine durchaus irrige. Allerdings bestimmt der zur Begründung dieser Anschauung berufene Absatz 5 des § 2 leg. cit., dass der gesetzliche Wirkungskreis der mit der Verwaltung der Gesundheits- und Lebensmittolpolizei betrauten autonomen Körperschaften hiedurch nicht eingeschränkt wird. Aber ohne dass es in Betracht gekommen wäre, zu prüfen, auf welche Bestimmung mit dem Demonstrativ-Wörtchen "hiedurch" hingedeutet werden wollte, schien es dem Verwaltungsgerichtshofe klar, dass keinesfalls der Absatz 5 des § 2 die Aufgabe haben könnte, der Norm des Absatzes 1 desselben Paragraphen zu derogiren, welcher, wie schon dargestellt wurde, als Träger der in den §§ 3-5 umschriebenen Befugnisse allein die politischen Behörden aufstellt, die autonomen Organe als solche aber, abgesehen von dem oben erwähnten Ausnahmsfalle, von diesen Befugnissen ausschliesst.

Im Sinne dieser Erwägungen war die angefochtene Entscheidung als gesetzlich nicht begründet aufzuheben.

Die Fälschung des Viehpasses in der Stückzahl der Thiere (Durchführungsvorschrift zu § 4 des Gesetzes vom 29. Februar 1880, R. G. Bl. Nr. 35) ist nach § 199, lit. d St. G. zu beurtheilen, sofern sie erfolgte, um Uebereinstimmung mit der Zahl der durch den Pass zu deckenden Thiere (§ 8 l. c.) zu erzielen.

Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 23. Februar 1901, Z. 16213.

Der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Nichtigkeitsbeschwerde wider das Urtheil des Landesgerichtes in Brünn vom 12. October 1900, mittelst dessen Johann R. von der Anklage wegen des Verbrechens des Betruges nach §§ 197 und 199a St. G. gemäss § 259, Z. 3 St. P. O. freigesprochen wurde, fand der Cassationshof stattzugeben. Das angefochtene Urtheil wurde aufgehoben und die Strafsache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das Landesgericht zurückverwiesen.

Gründe:

Der auf § 281, Z. 9a und b (richtig blos a) St. P. O. gestützten Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft ist Berechtigung nicht abzusprechen. Das Urtheil stellt fest, Angeklagter habe nach Abverkanf zweier Ferkel den ursprünglich auf sieben Ferkel lautenden Viehpass dadurch gefälscht, dass er die Stückzahl sieben in fünf abänderte. Ferner erkennt der Gerichtshof an, dass die Fälschung ein wesentliches Erfordernis des Viehpasses betrifft und ist hieran im Hinblicke auf § 4 der Durchführungsvorschrift vom 12. April 1880, R. G. Bl. Nr. 36, auch nicht zu zweifeln. Die Stückzahl der durch den Viehpass gedeckten Thiere soll zunächst den Aufsichtsorganen die Prüfung der Identität des Viehs erleichtern und ist nach § 8, Abs. 12 der Durchführungsvorschrift zu dem Gesetze vom 12. Februar 1880, R. G. Bl. Nr. 35, nicht nur jede Veränderung in der Zahl der Thiere, sondern auch jede Veranlassung derselben vom Gemeindevorstande im Viehpasse zu bemerken. Letztere Bestimmung zeigt, was das Gesetz ferner mit dieser Ueberwachungsmaassregel bezweckt. Veränderungen in der Stückzahl des Viehes können nämlich auch durch bedrobliche und verdächtige Anlässe, z. B. Erkrankung einzelner Thiere oder Umstehen derselben während des Transportes eintreten. Die Verheimlichung solcher Verhältnisse soll die Vorschrift des Abs. 12 des § 8 der citirten Verordnung hintanhalten.

Trotz obiger Feststellungen ging der Gerichtshof mit einem Freispruche von der Anklage wegen Verbrechens des Betruges vor, indem er annahm, Angeklagter habe die Fälschung nur aus Bequemlichkeit - um den Gemeindevorsteher zur Nachtzeit nicht zu belästigen - und nicht in einer auf Schadenszufügung gerichteten Absicht, sondern vielmehr in Unkenntnis der Folgen seines Thuns und der Vorschriften des Thierseuchengesetzes verübt. Dieser Freispruch erweist sich als rechtsirrthumlich. Es fällt zunächst auf, dass der Gerichtshof - die Vorschrift des § 262 St. P. O. ausser Acht lassend — die Anklagethat vom Standpunkt des § 320, lit. f St. G. nicht geprüft hat. Aber auch die Zurechnung der That als das in §§ 197 und 199 d St. G. bezeichnete Verbrechen auszuschliessen, reichen die Urtheilsfeststellungen nicht aus. Dass Unkenntnis des Thierseuchengesetzes und der einschlägigen Verordnungen den Angeklagten nicht zu entschuldigen vermag, ergibt sich aus dem in § 3 St. G. aufgestellten Principe; ebensowenig kann ihn die Unkenntnis der rechtlichen Folgen seines Thuns — und nur solche können hier mit Rücksicht auf die Verantwortung des Angeklagten gemeint sein — der strafrechtlichen Verantwortung entziehen. Zur Zurcchnung der That genügt vielmehr, dass Angeklagter bewusst gesetzwidrig gehandelt, genügt 'der dolus facti. Dass Angeklagter blos aus Bequemlichkeit zur Fälschung schritt, war lediglich das für die Zurechnung der That strafrechtlich belanglose Motiv. Die Schädigungsabsicht des § 197 St. G. aber lag schon dann vor, wenn Angeklagter durch sein Thun irgend eine vom Staate zur Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten getroffene concrete Maassregel zu vereiteln gedachte.

Bei Bestand der Statthaltereiverordnung vom 3. Juli 1893, mähr. L. G. Bl. Nr. 48, mit welcher im Bereiche der Markgrafschaft Mähren auch rücksichtlich der Schweine, welche auf Märkte und Auctionen aufgetrieben werden, die Beibringung von Viehpässen vorgeschrieben wurde, war der Abverkauf der beiden Ferkeln im Viehpasse amtlich zu bemerken. Nach dem letzten Ab satze des § 8 der Durchführungsvorschrift vom 12. April 1880, R. G. Bl. Nr. 36, hätte der Mangel an Uebereinstimmung der im Viehpasse angegebenen Stückzahl mit der Zahl der aufgetriebenen Ferkel deren Zulassung zum Markte verhindert. War nun die Absicht des Angeklagten darauf gerichtet, durch die Fälschung des Passes in der Stückzahl eine Uebereinstimmung herbeizuführen und dadurch die Zulassung der Ferkel auf den Seelowitzer Markt zu bewirken, so handelte er im Dolus des § 197 St. G., denn dann zielte sein Thun auf Vereitelung einer vom Staate ge-

troffenen concreten Maassregel und damit auf die Schädigung des Zweckes selbst ab, den die staatliche Aufsicht anstrebt, nämlich zur Abwehr ansteckender Thierkrankheiten nur solche Thiere auf den Markt zuzulassen, betreffs deren kein Verdacht besteht, dass sie mit aus bedenklichem Anlasse während des Transportes in Abfall gebrachten Thieren in Berührung waren. Ob Angeklagter in dieser, den Dolusbegriff des § 197 St. G. erschöpfenden Absicht handelte, darüber spricht sich das Urtheil nicht aus, weshalb der Cassationshof nicht in der Luge war, sofort in der Sache selbst zu erkennen, eventuell die Anklagethat vom Standpunkt des § 320 f St. G. der Beurtheilung zu unterziehen. Bei Bestand des angerufenen Nichtigkeitsgrundes war sonach wie oben zu erkennen.

Die Vorschrift des § 19 der niederösterreichischen Vieh- und Fleischbeschanordnung vom 26. September 1886, L. G. Bl. Nr. 49, wonach sich, wer aus einer anderen Ortsgemeinde zugeführtes Fleisch zum Verkaufe bringen will, bei dem Gemeindevorsteher des Verkaufsortes mit dem am Orte der Schlachtung erwirkten Beschauzettel auszuweisen hat, ist als auf Grund des Gesetzes vom 29. Februar 1880, R. G. Bl. Nr. 35, erlassene Anordnung zu beachten.

Plenarentscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 15. Jänner 1901, Z. 17562.

Der Cassationshof hat in dem nach §§ 33 und 292 St. P. O. eingeleiteten Verfahren zu Recht erkannt: Durch das Urtheil des Bezirksgerichtes Bruck a. d. Leitha vom 23. October 1900, insoweit damit Karl L. von der Anklage wegen Uebertretung des § 45 des Gesetzes vom 29. Februar 1880, R. G. Bl. Nr. 35, freigesprochen worden ist, wurde das Gesetz verletzt.

Gründe:

Der Fleischhauer Karl L. in Trautmannsdorf betreibt die Fleischausschrottung auch im Orte Stixneusiedel und bringt zu diesem Behufe täglich grössere Partien Fleisch in seine dortige Filiale. Er liess daselbst regelmässig das Fleisch von dem dortigen Fleischbeschauer beschauen, welch letzterer es jedoch unterliess, hierüber den im § 18 der niederösterreichischen Viebund Fleischbeschauordnung vom 26. September 1886, L. G. Bl. Nr. 49, vorgeschriebenen Beschauzettel auszustellen und denselben nach einzuholender Fertigung des Gemeindevorstehers dem Karl L. auszufolgen. Am 2. October 1900 vom Gendarmen Stephah G. zur Vorzeigung des Beschauzettels aufgefordert, konnte sich Franz S. der mit der Fleischausschrottung im Orte Stixneusiedel betraute Gehilfe des Karl L., mit einem solchen nicht ausweisen. Karl L. deshalb zur Verantwortung gezogen, wurde mit dem in Rechtskraft erwachsenen Urtheile des Bezirksgerichtes Bruck a. d. Leitha vom 23. October 1900 von der gegen ihn wegen Uebertretung der §§ 12 und 45 des Thierseuchengesetzes erhobenen Anklage treigesprochen. Das Bezirksgericht nahm an, die Beschau des Fleisches habe täglich in Stixneusiedel stattgefunden, wenn auch der vorgeschriebene Beschauzettel hierüber nicht ausgestellt wurde. Diese Unterlassung ist aber eine Folge der Unwisssenheit des Beschauers, für welche Karl L. nicht verantwortlich erscheine. Der Freispruch ist jedoch ein rechtsirriger.

Die Annahme, dass den Anforderungen des § 12 des Gesetzes vom 29. Februar 1880, R. G. Bl. Nr. 35, Genüge gethan wurde, erscheint gerechtfertigt. Denn die Fleischbeschau wurde thatsächlich durchgeführt. Allein Karl L. hat sonstigen zur Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten erlassenen Anordnungen, speciell dem § 19 der niederösterreichischen Vieh- und Fleischbeschauordnung vom 26. September 1880, L. G. Bl. Nr. 49. zuwider gehandelt. Brachte Angeklagter geschlachtete Thiere oder Fleischteile aus einer anderen Ortsgemeinde zum Verkauf nach Stixneusiedel, so hatte er sich vorher bei dem Gemeindevorsteher des Verkaufsortes mit dem am Orte der Schlachtung erwirkten Beschauzettel auszuweisen. Die Fleischbeschau in Stixneusiedel genügte also nicht. Ihr hatte die in § 7 der citirten Vieh- und Fleischbeschauordnung vorgeschriebene Vieh- und Fleischbeschau in Trautmannsdorf vorauszugehen, und mit dem hierüber nach § 18 der Vieh- und Fleischbeschauchten den hierüber nach § 18 der Vieh- und Fleischbeschauchten den daselbst das Fleisch zum Verkaufe brachte, auszuweisen. Dies that er nach Inhalt der Gendarmerieanzeige nicht. Ob Angeklagter in Trautmannsdorf die zur Schlachtung bestimmten Thiere zunächst im lebenden Zustande der Viehbeschau und nach der Schlachtung deren Fleisch

der Fleischbeschau unterziehen liess — wie § 7 der citirten Vieh- uud Fleischbeschauordnung dies vorschreibt — darüber spricht das Urtheil sich nicht aus, und dass er den in Trautmannsdorf etwa ausgestellten Beschauzettel dem Gemeindevorsteher in Stixneusiedel nicht vorwies, ignorirt es vollständig.

Die hier übertretene Vorschrift hat den Zweck zu verhindern, dass nicht beschautes Fleisch von einem Orte an einen anderen gebracht und hiedurch Krankheitskeime übertragen werden. Sie ist also bestimmt, der Ansteckungsgefahr zu begegnen und somit unzweifelbaft zur Abwehr und Tilgung ansteckender Thierkrankheiten erlassen. Darin nun, dass das Bezirksgericht mit einem Freispruche vorgeht, ohne zu prüfen, ob nicht etwa Angeklagter der Anordnung des § 19 der Vieh- und Fleischbeschauordnung vom 26. September 1886, L. G. Bl. Nr. 49, zuwider gehandelt hat, liegt der Rechtsirrthum, der dem Urtheile anhaftet und es nach §§ 281 Z. 9 a, und 361, Z. 1 St. P. O. nichtig macht.

Es war daher in Stattgebung der Nichtigkeitsbeschwerde im Sinne des § 292 St. P. O.

zu erkennen, dass durch das eingangs genannte Urtheil das Gesetz verletzt worden sei.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Türkei. Den im Lazarethe von Beirut die Quarantaine absolvirenden Schiffen wurde gestattet, ihre für Beirut bestimmten Waren schon 48 Stunden vor Ablauf der Quarantaine mit Hilfe der eigenen Mannschaft in Barken auszuschiffen, welche jedoch am Schiffe angelegt bleiben, bis dasselbe nach Ablauf der Quarantaine zum freien Verkehre zugelassen wird.

Arabien. In Mokalla, an der Hadramut'schen Küste Arabiens, ist die Pest ausgebrochen. Die Zahl der Kranken, welche der angeblich bereits in Abnahme begriffenen Epidemie zum Opfer gefallen sind, ist nicht bekannt.

Die Sanitätsbehörde in Aden hat vom 11. Mai angefangen, auf Herkünfte aus Mokalla und Shahar, die Bestimmungen der Venediger Convention vom Jahre 1897 in Anwendung gebracht.

Hongkong. (S. 251.) In den 5 aufeinanderfolgenden Wochen vom 30. März bis 3. Mai l. J. wurden in der Colonie insgesammt 45 Erkrankungen (und 42 Todesfälle) an Pest beobachtet, und zwar hintereinander 2 (2), 3 (3), 7 (6), 5 (5), 28 (26).

Britisch-Ostafrika. (S. 275.) In Nairobi sind seit 18. Mai keine weiteren Pestfälle beobachtet worden.

Capcolonie. (S. 287.) In der Woche vom 4. bis 10. Mai wurden in Port Elizabeth 2 neue Erkrankungen an Pest constatirt und 2 Pestleichen aufgefunden. Von den in Behandlung befindlichen Kranken ist einer gestorben.

Madagaskar. In Majunga ist die Pest ausgebrochen. Vom 19. bis 27. Mai sind 8 Personen erkrankt und 4 gestorben.

Australien. Neusüdwales. (S. 287.) In Sydney wurden in der Woche vom 13. bis 19. April 4 neue Erkrankungen und kein weiterer Todesfall beobachtet. Am Schlusse der Woche standen noch 30 Pestkranke in Behandlung. Seit 14. November v. J. sind in dieser Stadt insgesammt 100 Erkrankungen und 26 Todesfälle an Pest ausgewiesen worden.

Queensland. (S. 275.) In den 2 aufeinanderfolgenden Wochen vom 13. bis 26. April wurden 6, beziehungsweise 8 neue Erkrankungen und 1, beziehungsweise 2 Todesfälle an Pest (sämmtliche in Brisbane) verzeichnet. Im ganzen sind bisher in der Colonie in diesem Jahre 56 Erkrankungen (54 in Brisbane, je 1 in Rosewood und Townsville) und 16 Todesfälle beobachtet worden.

Cholera. Türkei. (S. 287.) In Jambo wurden vom 6. bis 13. Mai 21 Todesfälle constatirt; seither sind keine weiteren Cholerafälle bekannt geworden; am 23. Mai haben die letzten Pilger Jambo verlassen. In Medina, wo bis zum 25. Mai noch vereinzelte Cholerafälle beobachtet worden waren, sind in der mit 1. Juni abgelaufenen Woche keine neuen Erkrankungen vorgekommen.

In Sabia (Assyr) hat die Epidemie an Ausdehnung gewonnen. Innerhalb 8 Tagen wurden daselbst ungefähr 100 weitere Todesfälle beobachtet. Die Krankheit ist auch in Abu-Arisch, einem im Süden gegen Hodeida zu gelegenen Orte aufgetreten. Um zu verhüten, dass die Krankheit über das ganze Vilajet Yemen sich ausbreite und durch inficirte Truppen über Confudah wieder nach dem Hedjaz eingeschleppt werde, wurden die strengsten Tilgungsmaassnahmen ergriffen. Die Effecten und Hütten der Erkrankten werden verbrannt, die Militärcordone um die inficirten Ortschaften verstärkt. Die Truppencommanden sind angewiesen, die Aerzte in der Ausübung ihres Dienstes zu unterstützen.

Aegypten. (S. 252.) Im Lazarethe von El Tor, welches nunmehr wieder fast vollständig geräumt ist, sind während des diesjährigen Betriebes insgesammt 53 Erkrankungen und 42 Todesfälle an Cholera unter den dortselbst untergebrachten Pilgern vorgekommen.

Hongkong. (S. 252.) Im Verlaufe des Monates April 1. J. wurden in Hongkong 129 Erkrankungen und 111 Todesfälle an Cholera constatirt.

Auf dem österreichischen Handelsdampfer "Lucia", welcher am 26. April aus Samarang (Java) in Hongkong eingetroffen war, ist am 2. Mai ein chinesischer Heizer an Cholera erkrankt und wenige Stunden nach seiner Ueberführung in das dortige Infectionsspital gestorben. Der Dampfer setzte nach Durchführung der Desinfection und Absolvirung der Quarantaine am 11. Mai die Reise nach Singapore fort.

Blattern. Italien. In Palermo (S. 252) wurden im Monate Mai l. J. 58 Erkrankungen und 14 Todesfälle, in den ersten 6 Tagen des Monates Juni 6 neue Erkrankungen an Blattern beobachtet.

Hongkong. (S. 252.) Im Verlaufe des Monates April sind in der Colonie 17 Erkrankungen und 12 Todesfälle an Blattern ausgewiesen worden.

Vermischte Nachrichten.

Hilfsverein für Lungenkrauke in den österreichischen Königreichen und Ländern. Am 1. Juni faud im Saale der k. k. Gesellschaft der Aerzte in Wien über Einladung des vorbereitenden Comités eine äusserst zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher die Bildung eines Hilfsvereines für Lungenkranke in den Königreichen und Ländern Oesterreichs besprochen wurde. Der Sitzung wohnten unter Anderen bei: Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Dr. v. Koerber, Minister für Cultus und Unterricht Dr. Ritter v. Hartel, Senatspräsident Marquis Bacquehem, Sectionschef Graf Lützow, Herrenhausmitglied Graf Lanckoronski, zahlreiche andere Mitglieder des Hochadels, ferner Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý, die Obersanitätsräthe Chrobak, Drasche, Mucha und Weichselbaum, die Professoren der medicinischen Facultät Eiselsberg, Escherich, Lang, Oseru. s. w. Graf Larisch eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er das Programm des Vereines auseinandersetzte, worauf Dr. Anton Loew das Referat des vorbereitenden Comités über die Grundzüge für das Statut des zu gründenden Vereines erstattete. Hienach bezweckt der Verein die Hilfeleistung für arme Lungenkranke ohne Unterschied der Confession und Nationalität. Dieser Zweck soll erreicht werden: a) durch Unterbringung der Vereinspfleglinge in geeigneten Verhältnissen (Anstalten), thunlichst im Anschlusse au bestehende Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen, Erholungsstationen, Asyle, private und öffentliche Krankenanstalten etc. und Förderung derselben durch Geld oder Materialleistungen, Erweiterungsbauten, Beistellung von Schul- und Spitalsbaracken u. s. w.; b) durch Errichtung und Erhaltung eigener selbständiger Anstalten oder Einrichtungen dort, wo ein Bedürfnis hiefür vorliegt; c) Errichtung und Erhaltung besonderer Abtheilungen für Lungenkranke bei den Krankenanstalten; d) Anleitung der Vereinspfleglinge zu einer passenden Berufswahl und Unterstützung derselben zur Erreichung geeigneter Lebensstellungen. Die Mittel zur Erreichung des Zweckes sollen aus Stiftungs- und Gründungsbeiträgen, aus den Beiträgen der Vereinsmitglieder, den Erträgnissen von Wohlthätigkeitsveranstaltungen u. dgl. gewonnen werden. Der Verein soll den Centralverein in Wien und Filialen in den Königreichen und Ländern umfassen.

Die Debatte über die Ausführungen des Referenten eröffnete Ministerpräsident Dr. v. Koerber, welcher seiner Genugthuung über den edlen und menschenfreundlichen Zweck der Versammlung Aus-

druck gab. Die Aufgabe, die sich der zu gründende Verein gestellt habe, sei eine schwere, der Kampf gegen den furchtbaren Feind der Menschheit ein harter, der nur durch Beharrlichkeit und Ausdauer zum Siege führen könne. Das wichtigste Kampfmittel gegen die grauenhafte Massenmörderin, die Tuberculose, sei das Geld. Die besitzenden Classen, der Staat, die Länder, die Städte, jedes Dorf sei verpflichtet, hiezu nach Kräften beizusteuern. Die Regierung werde die Ziele des Vereines im Wege der Gesetzgebung und der behördlichen Verfügungen thatkräftigst unterstützen.

Nachdem noch mehrere Redner über die Aufgaben des Vereines gesprochen hatten, wurde die Enbloc-Annahme der Grundzüge der Statuten beschlossen und Dr. Anton Loew mit der Ausarbeitung des Vereinsstatutes auf Grund der in der Besprechung vorgebrachten Gesichtspunkte betraut. Die formelle Constituirung des Vereines soll im Herbste l. J. erfolgen.

Die Grundsätze, von welchen bei der Verfassung des Statutes ausgegangen werden soll, werden im Nachstehenden bekanntgegeben, und sind alle Jene, welche sich für diese Sache interessiren, eingeladen, etwa abweichende Anschauungen oder weitere Anregungen an Dr. Anton Loew, Wien, IX., Pelikangasse 5, bekannt zu geben.

Grundsätze für das Statut des Hilfsvereines für Lungenkranke in den österreichischen Königreichen und Ländern. 1. "Nur in der Möglichkeit, Leichtkranke dauernd in günstige Verhältnisse zu versetzen, liegt die Voraussetzung für den vollen Nutzeffect der Hilfeleistung." Gegenwärtig tritt der Leichtkranke, nach kurzem Aufenthalte in einer Heilstätte als gebessert oder geheilt entlassen, in dieselben schlechten Verhältnisse zurück, in welchen er ursprünglich erkrankte, er wird daher in der Mehrzahl der Fälle neuerlich und wiederholt erkranken und unheilbar werden. 2. "Die Hilfeleistung soll im jugendlichsten Alter beginnen." Die 10 jährige Beobachtung vieler Hunderter tuberkuloser Kinder ergab für das Alter von 10-16 Jahren 29%, für das Alter von 3-9 Jahren 34% und bei Kindern von 3-7 Jahren 50% völliger Heilung. Da die Anzahl der im ersten Lebensjahre durch "Heiminfection" (Mutter) erkrankenden Säuglinge eine überaus grosse ist, soll schon für Säuglinge in Asylen gesorgt werden, und solche passende Vorsorgen auf Kindergärten und Schulen ausgedehnt werden. Weiter wird durch Facherziehung in Heimstätten, Colonien zu land- und forstwirthschaftlichen Arbeiten, Gärtnerei, Arbeiten an der Küste und zur See eine passende Berufswahl ermöglicht werden; schliesslich sind die so Ausgebildeten in ihrem Berufe unterzubringen. In der Zwischenzeit, bis zur vollen Wirksamkeit dieser Einrichtungen (20-30 Jahre), sollen für solche aus den Spitälern entlassene Leichtkranke, welche ihren Beruf nicht mehr ändern können, Heimstätten für Heimsrbeit errichtet, und ein Theil des Arbeitslohnes den mit Zustimmung des Arztes als dauernd geheilt Austretenden bei dem Verlassen der Heimstätte auf die Hand bezahlt werden. Lohndruck, gewerbliche Concurrenz, zwangsweise Retention ist hiebei ausgeschlossen. 3. Sämmtliche Errichtungen sollen den übernommenen Pflegling dauernd bis zur möglichsten Sicherung seiner vollen Widerstandsfähigkeit erhalten. 4. Vermehrung der Heilstätten soll nur im Anschlusse an die zahlreichen öffentlichen und privaten schon bestehenden Heilanstalten erfolgen, um dadurch die grossen Kosten der gesammten Verwaltung zu ersparen und sich auf Schaffung von Abtheilungen für Lungenkranke bei den Spitälern, durch Miethe, Adaptirung, nicht kostspielige Zubauten, Baracken, Geld- und Materialunterstützungen etc. beschränken. 5. Die Durchführung der Vereinsaufgaben erfolgt über Vereinbarung mit der Centrale in Wien durch die autonomen Filialen in den Ländern, welchen die aus ihrem Bereiche einkommenden Geldzuflüsse ungetheilt verbleiben. Aus dem Centralvermögen werden die Filialen nach festem Schlüssel und ausserdem für einzelne Fälle besonders subventionirt.

VI. Internationaler Congress für Hydrologie, Klimatologie und Geologie in Grenoble. Der Congress findet in den ersten Tagen des Monates October 1902 in Grenoble, Frankreich, statt. Das Programm desselben ist folgendes:

A. Wissenschaftliche Hydrologie. 1. Die Wirkungen der Mineralwässer auf die Gewebe. 2. Praktische Verfahren der mikroskopischen Untersuchung der Mineralwässer; die daraus für die Anwendung derselben sich ergebenden Folgerungen. 3. Die Bedeutung der vollständigen chemischen Untersuchung der mineralischen und organischen Stoffe der Mineralwässer für die Heilbäderkunde. 4. Welche gesetzlichen Maassnahmen sind zum Schutze der Ausnützung der Thermal- und Mineralquellen zu treffen?

B. Klinische Hydrologie. 5. Mineralwasserbehandlung der Lungentuberkulose. 6. Mineralwasserbehandlung der Hautkrankheiten. 7. Mineralwasserbehandlung der Magenkrankheiten. 8. Präventivwirkung der Mineralwassercuren bei constitutionell veranlagten Kindern.

C. Klimatologie. 9. Wechsel des respiratorischen Gasaustausches unter dem Einflusse der Seehöhe, der Wärme und Kälte. 10. Meteorologische Bedingungen für die Errichtung klimatischer Heilanstalten. 11. Geschlossene oder offene klimatische Heilanstalten?

D. Geologie. 12. Unterliegen gut gefasste Mineralquellen während der Jahreszeiten Schwankungen und welchen? 13. Die Beziehungen der wichtigsten Thermalquellen der Dauphiné zur geologischen Beschaffenheit des Bodens; Ursprung derselben. 14. Statistik der Mineralquellen von Savoyen und der Dauphiné. 15. Geologische Verhältnisse und Ursprung der Mineralquellen von Oriol und La Motte (Isère).

Ausserdem werden Ausflüge zum Besuche der Thermalquellen der Umgebung veranstaltet

werden, worüber das Programm später festgestellt werden wird.

Alle Mittheilungen, Beitrittserklärungen etc. sind zu richten an den Generalsecretär des Congresses Dr. Ferdinand Berlioz, Professor an der medicinischen Facultät in Grenoble. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 20 Franken; die Mitglieder erhalten Berichte und Verhandlungsprotokolle des Congresses unentgeltlich.

Zum allgemeinen Verkehre zugelassene pharmaceutische Zubereitungen.*) Das Ministerium des Innern hat auf Grund des Gutachtens des pharmaceutischen Comites des k. k. Obersten Sanitätsrathes nachstehende in ländische pharmaceutische Zubereitungen zum allgemeinen Apotheken-Vertriebe zugelassen:

1. Pillole ferro reochinate antimalariche, Marca Rosa des Apothekers

Guiseppe Salvi in Dernis. (Ministerialerlass vom 10. März 1902, Z. 4794.)

2. Reichenhaller Soole-Pastillen des Apothekers A. Moll in Wien. (Ministe-

rialerlass vom 25. März 1902, Z. 7488.)

- 3. Linimentum Mentholi chloroformatum compositum und Stärkungsliniment für Pferde des Apothekers Franz Sedlaček in Gaya (Mähren). (Ministerialerlass vom 12. Juni 1902, Z. 20253.)
- 4. Aphthisin in Kapseln und in Syrupform des Apothekers Gustav Hell in Troppau. (Ministerialerlass vom 19. Mai 1902, Z. 6796.)
- 5. Forman präparate (Formanwatte und Formanpastillen) der Firma R. A. Lingner. (Ministerialerlass vom 28. Mai 1902, Z. 10001.)

Die Abgabe der beiden letztgenannten Präparate darf nur über ärztliche Verschreibung erfolgen.

Kärnten. Todesfälle in Folge von Trunksucht. Nach den Ergebnissen der von der k. k. Landesregierung veranlassten statistischen Erhebungen über die Todesfälle in Folge von Trunksucht sind in diesem Verwaltungsgebiete im Jahre 1901 24 männliche Individuen an Trunksucht gestorben. Dieselben hatten ein Durchschnittsalter von 49 Jahren erreicht. Die constatirte Dauer des Alkoholgenusses bei diesen Individuen betrug durchschnittlich 10 Jahre. 17 derselben waren dem ausschliesslichen Genusse von Branntwein, 5 dem Genusse von verschiedenen anderen geistigen Getränken ergeben; bei 2 der Verstorbenen (Irrenanstaltspfleglingen) konnte die Art des Getränkes nicht erhoben werden. In den Jahren 1888 bis 1901 sind in Kärnten hintereinander an Todesfällen in Folge Trunksucht ausgewiesen worden: 57, 29, 22, 24, 19, 25, 25, 28, 23, 19, 21, 31, 29, 24.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 11. bis 17. Juni l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Gorlice: Moszczenica 1,

Ropa 1, Ropica polska 2.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 8; Buczacz: Doprobole 1, Koropiec 1, Kujdanow 3, Stadnica medwowiecka 2; Cieszanow: Lubaczow 1; Czortkow: Romaszowka 3; Drohobycz: Drohobycz 3, Gaje wyzne 2; Horodenka: Czernelica 11, Zukow 12; Jaworow: Jarow stary 4, Wieczbiany 1, Wulka rosnowska 2; Kalusz: Siwka wojnilowska 2, Sloboda rownianska 3; Kamicnka: Chreniow 2; Kolomea: Kulaczkowce 2; Limanowa: Kisielówka 1; Nadworna: Nadworna 2, Tarnowica leśna 1; Peczeniczyn: Akreszory 5; Podhajce: Burkanow 1; Skalat: Nowosiolka skalacka 8; Stanislau: Dorohow 3, Kolodziejow 4, Stanislau 3; Tarnopol: Stechnikowce 2; Tlumacz: Babianka 1, Budzyn 1, Delawa 5, Holoskow 3, Strupkow 2, Winograd 4, Zakrzewce 2; Zloczow: Jezierna 2; Zolkiew: Dzibulki 2.



^{*)} Siehe S. 60 d. Bl.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheimt jeden Donnerstag.

Pranumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 26. Juni 1902.

Nr. 26.

Inhalt. Assanirungsfortschritte in Oesterreich. Wasserversorgung in Tirol und Vorarlberg. Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit den Ministerien des Innern, der Justiz und des Ackerbaues, betreffend Bestimmungen über die behördliche Registrirung von Plomben im Sinne des Margaringesetzes; Erlässe des Ministeriums des Innern, betreffend Wandtafeln und ein Taschenbüchlein für erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen, betreffend das Verbot des Vertriebes des Haarfärbemittels » l'o« und betreffend die Einführ von Geheimmitteln im Wege der öffentlichen Apotheken. — Rechtsprechung. — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäter Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Assanirungsfortschritte in Oesterreich.

A. Wasserversorgung.*)

Tirol und Vorarlberg.

Aus den Mittheilungen der Landessanitätsberichte für Tirol und Vorarlberg der Jahre 1898 und 1899 über die Fortschritte in der Assanirung der Gemeinden geht hervor, dass diese beiden Länder auf dem Gebiete der Trinkwasserversorgung hinter den übrigen Verwaltungsgebieten nicht zurückgeblieben sind.

Die bedeutendsten Wasserversorgungsanlagen, welche innerhalb der gedachten Zeit in Tirol errichtet, beziehungsweise vollendet wurden, sind die Hochquellenleitungen in Zwölfmalgreien bei Bozen, in Kufstein und in Brixen.

Die beiden erstgenannten Wasserleitungen sind in diesem Blatte bereits eingehend gewürdigt worden (siehe Jahrg. 1899, S. 504 und Jahrg. 1901, S. 33). Ueber die neue Hochquellenleitung in Brixen liegt eine ausführliche Beschreibung vor, aus welcher Folgendes zu entnehmen ist:

Die Stadt Brixen besass bisher eine Wasserleitung, welche das Wasser aus den Vahrn westlich vom Eisenbahndamme gelegenen sogenannten Wiesenquellen und aus dem unmittelbar neben dem Schaldererbache befindlichen Liedlstollen Diese Quellen hatten in der Zeit des Niederwasserstandes eine sehr geringe Ergiebigkeit, so dass alljährlich zu wiederholten Malen Bachwasser aus dem offenen Gerinne des Schaldererbaches in die bestehende Leitung zugeführt werden musste. Ueberdies war auch das Wasser der Quellen keineswegs einwandfrei, weil die Quellen des Liedlstollens zum grösseren Theile durch Sickerwasser aus dem durch oberhalb gelegene Gehöfte verunreinigten Schaldererbache gespeist werden, und die »Wiesenquellen« in stark gedüngtem und künstlich bewässertem Terrain gelegen sind.

^{*)} Siehe auch Nr. 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24 u. 25 d. Bl.

Wiewohl das Wasser dieser Leitung in Folge der seichten Lage der Röhren den Witterungseinflüssen in erheblichem Maasse ausgesetzt war, konnte die Gemeindevertretung der Stadt Brixen von der Nothwendigkeit der Errichtung einer neuen Wasserleitung lange nicht überzeugt werden. Erst als im Jahre 1893 eine bösartige Ruhrepidemie in der Stadt und im dortigen Knabenseminar auftrat, brach sich auch unter der Bevölkerung die Ueberzeugung Bahn, dass die bestehende Wasserleitung den sanitären Anforderungen nicht genüge, und die Errichtung einer neuen Leitung nicht mehr länger verschoben werden könne. Die Stadtvertretung kaufte zu diesem Zwecke ein Quellengebiet in Spilluck und ein zweites im Schaldererthale und beauftragte den Hydrotechniker Maurer in Kufstein mit der Untersuchung beider Quellengebiete und der Ausarbeitung eines Projectes.

Der genannte Hydrotechniker empfahl, die im Schaldererthale gelegenen sogenannten Gruberquellen, welche eine weitaus grössere Ergiebigkeit als Spilluckerquellen zeigten, für die neue Wasserleitung heranzuziehen. Diese Quellen liegen ungefähr 2.5 Km oberhalb des Bades Schalders in waldigem. bewohntem Thale und treten unmittelbar neben dem Schaldererbache aus den dort lagernden Schottermassen, in die der Bach sein Bett eingetieft hat, zu Tage. Diese Schottermassen bilden das natürliche Reservoir, in dem die athmosphärischen Niederschläge sich sammeln und über wasserundurchlässigen Schichten gegen den Bach geleitet werden, wo sie in einer grösseren Zahl von Quellen zum Vorschein kommen. Es wurden fünf unmittelbar hinter einanderliegende Quellen für die neue Leitung in Aussicht genommen und deren Ergiebigkeit, Temperatur und Beschaffenheit genau untersucht. Diese fünf Quellen zeigten während der Beobachtungsperiode im Jahre 1895 ein Minimum von 2536 Minutenlitern (am 4. März) und ein Maximum von 5311 Minutenlitern (am 6. Juni). Da schon bei der geringsten Ergiebigkeit eine Wassermenge geliefert wird, welche den Bedarf der gegenwärtig 5783 Einwohner zählenden Stadt übersteigt, ist die Gewähr dafür geboten, dass bei der fortschreitenden der städtischen Bevölkerung auch in späteren Jahrzehnten diesen Quellen das Auslangen gefunden werden wird. Die Temperatur Wassers schwankte während der Beobachtungszeit zwischen 3.60 und 8.10 C. Ueber die geologische Beschaffenheit des Quellgebietes hat Professor Blaas in Innsbruck ein Gutachten abgegeben, nach welchem das in den bezeichneten Quellen auftretende Wasser zweifellos Quellwasser ist, dessen Temperaturverhältnisse den Zuzug von oberflächlichem Wasser ausschliessen lassen. Die Grösse des natürlichen die Ausdehnung des Niederschlagsgebietes, die durch die Höhenlage (mehr als 1400 Meter über dem Meeresspiegel) bedingte reichliche und langandauernde Schneebedeckung berechtigen zu dem Schlusse, dass diese Quellen beständig sein werden, beziehungsweise eine längere Trockenheit zu überdauern vermögen.

Die chemische Untersuchung des Wassers wurde von Professor Dr. Senhofer in Innsbruck vorgenommen, welcher dasselbe als vollständig rein und als Trinkwasser geeignet erklärte. Der geringe Gehalt an Kalk (0.0065 Gr) und an freier und gebundener Kohlensäure (0.0016 Gr) ist in dem Charakter des Urgesteins (Schiefer), aus welchem dieses Wasser kommt, gelegen und bei allen Quellen in der Umgebung Brixens vorauszusetzen.

Das Project der neuen Wasserleitung war von dem genannten Hydrotechniker nach Durchführung der Vorarbeiten und Untersuchungen bereits im Jahre 1895 fertiggestellt worden; der Bau derselben verzögerte sich aber bis zum Jahre 1898. Die Ausführung der neuen Anlage wurde der Unternehmung Masera und Bückhardt übertragen.

Die Quellenfassung erfolgte durch Herstellung eines begehbaren, ausgemauerten Stollens von 12 Metern lichter Weite und 21 Metern Höhe, welcher in

einer Länge von 80 Metern nahezu parallel zum Verlaufe des Bachbettes eingetrieben

ist, und dessen Sohle dem Gefälle des Baches entsprechend geneigt ist.

Zu beiden Seiten des Stollens sind in den Wänden Stossfugen ausgeführt, aus welchen das Wasser in denselben eintritt. Etwa 30 Cm über der gepflasterten Sohle, in welcher das erschlossene Wasser abfliesst, ist auf querliegenden Eisenschienen ein Bohlenbelag angebracht, durch den das Begehen des Stollens ermöglicht ist. Die Sohle des Stollens liegt mit dem Bachwasserspiegel auf gleicher Höhe.

Aus dem Stollen fliesst das Wasser zunächst in eine am Eingange zu dem selben gelegene Brunnenstube; diese besteht aus einem vorgelagerten, 1.5 Meter tiefen und 2 Meter im Geviert messenden Sandfange und der eigentlichen Wasserkammer. Ein Leerlauf im Sandfange ermöglicht dessen Entleerung und Reinigung. Aus dem Sandfange ergiesst sich das Wasser über ein Ueberfallwehr, welches gleichzeitig zur Messung der Wassermenge eingerichtet ist, in den Reinwasserbehälter; in diesem beginnt die mit einem Absperrschieber versehene Zuleitung zur Stadt. Ein selbstthätig functionirendes Ueberlaufrohr bezweckt, das überschüssige Wasser in den Schaldererbach abzuleiten. Die Bedienung der Schieber erfolgt von einem auf eisernen Schienen ruhenden Bohlenbelage, welcher zugleich den Zugang zum Stollen vermittelt. Die lichte Höhe der Brunnenstube über dem Bohlenbelage beträgt im Scheitel 2.5 Meter, wodurch ein bequemes Manipuliren gesichert ist. Die Meereshöhe des Wasserspiegels in der Brunnenstube beträgt 1366 Meter. Die Brunnenstube ist in den Boden eingebaut, überwölbt und zum Schutze gegen äussere Temperatureinflüsse mit Erde überschüttet. Der Eingang zu derselben ist durch eine eiserne Thüre abgeschlossen. Die Ventilation erfolgt durch eine in der Thüre angebrachte Rosette.

Das Wasser wird aus der Brunnenstube in 150 Mm weiten gusseisernen Röhren zunächst in den 5.7 Km entfernten, bei Vahrn befindlichen und 665 Meter tiefer gelegenen Theilbehälter (Seehöhe 701 Meter) geleitet, woselbst die Druckleitung für die Stadt beginnt. Vom Theilbehälter führt auch ein Rohrstrang nach Vahrn, welcher an diese Gemeinde das erforderliche Trinkwasser abgibt. Der Theilbehälter ist durch eine in der Mitte desselben senkrecht angebrachte Porphyrplatte, die nicht ganz bis auf den Boden reicht, in zwei Hälften getheilt; das Wasser fliesst in die obere Abtheilung ein und muss unter der Porphyrplatte durchtreten, um in die untere Abtheilung zu den mit Absperrschiebern versehenen Leitungen für die Stadt Brixen und die Gemeinde Vahrn zu gelangen. Der Zweck der Scheidewand ist darin gelegen, dass die durch den Eintritt des Wassers in den oberen Abtheilungen erzeugten Wirbelbewegungen sich auf die abführenden Rohrstränge nicht fortpflanzen können. Der Theilbehälter, welcher mit einem Ueberlaufrohre versehen und in seinen Wänden mit Portlandcement verputzt wurde, ist vollständig in die Erde eingebaut und durch einen Einsteigschacht zugänglich.

Von hier führt die Druckleitung mit einer inneren Lichtung von 175 Mm durch Vahrn auf dem alten Wege zu der 3.5 Km entfernten und 557 Meter über dem Meere gelegenen Stadt. In einem Abstande von 300 bis 400 Metern sind Luftventile angebracht, um zeitweise die im Strange enthaltene Luft entfernen zu können. In der Stadt führt der Rohrstrang in gleicher Stärke durch die Stadelgasse über den Graben zur Adlergasse, übersetzt, durch eine schlecht leitende Umhüllung vor Temperatureinflüssen geschützt, den Eisack auf der bestehenden eisernen Brücke, an deren Querträger er befestigt ist, und führt dann durch die Schlipfgasse über Kranebitten zum Reservoir. Von diesem Hauptrohrstrange zweigen beim Eintritte in die Stadt zwei Seitenrohrleitungen mit einer inneren Lichtung von 150 und 125 Mm ab, welche, nachdem sie ebenso wie der Hauptrohrstrang zahlreiche Stränge in die Gassen und Häuser abgegeben haben, wieder in den letzteren einmünden. Soweit die örtlichen Verhältnisse es gestatten, stehen sämmtliche Rohrleitungen untereinander in Verbindung, wodurch eine constante Erneuerung des Wassers gewährleistet ist. Auch ermöglicht es dieses Circulationssystem in Verbindung mit den

an den einzelnen Rohrsträngen angebrachten Schiebern, dass während der Dauer von Reparatursarbeiten nur begrenzte Gebiete von der Wasserzuleitung ausgeschlossen werden.

Die kleinste Lichtweite für die Strassenrohrleitung ist mit Rücksicht auf die an denselben für Feuerlöschzwecke und für Strassenbespritzung in Entfernungen von 80 bis 100 Metern angebrachten Unterflurhydranten mit 80 Mm bemessen. Die Bedienung der Hydranten, deren Zahl insgesammt 55 beträgt, erfolgt mittelst Schlüssels, der auch zum Oeffnen und Schliessen der Schieber dient. An vier Stellen des Rohrnetzes sind Spülvorrichtungen angebracht, durch welche das Wasser mit grosser Geschwindigkeit abgelassen werden kann.

Zu den Hausanschlüssen werden ebenso wie zu den Hausleitungen galvanisirte schmiedeeiserne Rohre verwendet, welche verhältnismässig billig, dann leicht und rasch zu verlegen und auch gegen jeden Druck widerstandsfähig sind. Bisher sind von den 360 Häusern der Stadt 295 an die Wasserleitung angeschlossen. Die Kosten einer Anschlussleitung vom Strassenrohre bis in den Keller oder in den Schacht des Privatgrundstückes beträgt 70 bis 80 K.

Ausserdem bestehen 7 ständig laufende öffentliche Brunnen und 2 Springbrunnen.

Die Temperatur des Wassers in Brixen beträgt 8° C. Das Stadtrohrnetz hat eine Länge von insgesammt 7 Km.

Das in der Stadt nicht verbrauchte Wasser fliesst in das oberhalb des Schlosses Krakofl in einer Meereshöhe von 661 Metern gelegene Endreservoir, von wo es, sobald der Wasserbedarf der Stadt den Zufluss aus dem Theilreservoir übersteigt, in die Vertheilungsleitung zurückströmt und zur Versorgung der Stadt beiträgt. Die Höhenlage des Endreservoirs ermöglichte es, auch die beiden Anwesen Krakofl und Seeburg, sowie das ganze, zum Theil schon verbaute Gebiet oberhalb Stufels mit Wasser zu versorgen. Der Druck beträgt in den tiefer gelegenen Stadttheilen bei der gewählten Lage des Reservoirs 10—11 Athmosphären, eine Höhe, die zwar das gewöhnliche Ausmaass überschreitet, jedoch mit Rücksicht auf das verwendete Rohrmateriale, namentlich auf jenes der Hauseinleitungen, keinerlei Nachtheile besorgen lässt.

Das Reservoir besteht aus zwei untereinander communicirenden Kammern mit einem gemeinsamen Fassungsraume von 500 Cbm und einer vorgelagerten Schieberkammer; es ist in den gewachsenen Boden eingebaut, gewölbt und gegen Temperatureinflüsse durch einen mächtigen Erdaufwurf geschützt. Der Boden desselben ist aus Portlandcementbeton hergestellt, die Wände sind mit Portlandcement verputzt; zur Ventilation ist in der Decke jeder Kammer ein nach oben mündendes Luftrohr eingesetzt. Es besitzt einen Ueberlauf und einen Leerlauf aus 20 Cm weiten, beiderseits glasirten Thonröhren, in welchen das überschüssige, beziehungsweise aus dem Leerlaufe abgeleitete Wasser durch das Schloss Krakofl auf dem kürzesten Wege in die Rienz abfliesst. Der Zugang zum Reservoir erfolgt durch eine verschliessbare eiserne Thüre.

Die durchwegs gusseisernen Rohrleitungen sind sowohl in der Stadt als auch ausserhalb derselben mindestens 1.75 Meter tief in die Erde gelagert. Auf der Zuleitungsstrecke vom Theilschachte bis zur Stadt beträgt die überliegende Erdschichte 1.95 Meter, da diese Strecke der Insolation stark ausgesetzt ist, während in der Strecke von den Quellen bis zum Theilbehälter die Lagerung der Rohre wegen ihres Verlaufes in bewaldetem Terrain in einer Tiefe von 1.75 Metern ausreichend erschien.

Die Wasserabgabe erfolgt überall unter Verwendung von Wassermessern. Die Herstellungskosten beliefen sich, abgesehen von den zu leistenden wasserrechtlichen Entschädigungen, worüber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen

sind, auf 377.572 K. Die Wasserleitung wurde am 15. October 1900 dem Betriebe übergeben. Der vollständige Ausbau des ganzen Werkes ist in nächster Zeit zu gewärtigen, nachdem nunmehr die Frage der Herstellung der neuen Bahnhofstrasse

endgiltig als gelöst zu betrachten ist.

Wasserleitungen sind in Tirol noch erbaut worden in Lienz, in Meran (aus dem Quellgebiete von Saltaus) und in Tramin; ferner in der Fraction Pieve der Gemeinde Buchenstein des politischen Bezirkes Ampezzo, in Caldonazzo (für den centralen Theil der Ortschaft), in der Fraction Campregheri, Gemeinde Centa, in Levico (für einen Theil der Stadt), in Scurelle, Vetriolo und in Ivan Fracena des politischen Bezirkes Borgo; in der Gemeinde Latzfons (Kostenaufwand 4000 K), ferner in St. Ulrich, Waidbruck und Lengmos im politischen Bezirke Bozen (letztere vom Deutschen Ritterorden mit einem Kostenaufwande von 24.000 K).

Im Bezirke Imst sind in den Gemeinden Sautens und Oetz, im Bezirke Innsbruck-Umgebung in der Gemeinde Flaurling neue Wasserleitungen hergestellt worden; die Leitung für letztere Gemeinde führt von drei Reservoirs, welche 100 Meter über der Ortschaft auf einem Abhange des Flaurlinger Berges gelegen sind, das daselbst gesammelte Quellwasser in 3 Strängen aus gusseisernen Röhren in den Ort zu 3 öffentlichen und 22 privaten Brunnen. Auch die kleine Berggemeinde Trins hat eine vollkommen entsprechende Hochquellenleitung mit Reservoir und Hydranten gebaut. In der Sommerfrische Igls ist gleichfalls eine Wasserleitung, welche den ganzen Ort mit tadellosem Trinkwasser versorgt, errichtet worden.

Im Bezirke Kufstein ist ausser der bereits erwähnten Wasserversorgungsanlage der Stadt Kufstein auch in der Gemeinde Kundl, welche bisher auf das Wasser der Wildschönauerache und auf Cisternenwasser angewiesen war, eine; neue Trinkwasserleitung erbaut worden.

In Obertilliach, einer der höchstgelegenen Berggemeinden des Bezirkes Lienz, wurde die Herstellung einer Hochquellenleitung im Jahre 1898 begonnen und

im folgenden Jahre beendet. Der Kostenaufwand betrug 14.000 K.

In Schlanders, Bezirk Meran, wurde der grössere Theil des Ortes mit sanitätsgemässem Trinkwasser durch Einleitung von Quellwasser versorgt, der übrige Theil der Ortschaft soll demnächst an die neue Leitung angeschlossen werden. Die Gemeinde Lana im genannten Bezirke hat die Quellen in dem hochgelegenen Gebiete von Völlan erworben; die von diesen ausgehende, den Ort versorgende Trinkwasserleitung wurde im Jahre 1899 fertiggestellt. Eine neue Wasserleitung wurde in diesem Bezirke auch in der Gemeinde Riffian erbaut.

Ferner sind neue Wasserleitungen errichtet worden in Tiarno di sopra Bezirk Riva, in Mori, in der Fraction Corné, Gemeinde Brentonico des Bezirkes

Rovereto, und in Villa Rendena, Bezirk Tione.

Private Wasserleitungen wurden erbaut für zwei Gasthöfe in Cortina (Bezirk Ampezzo) und für ein Hotel in Vetriolo (Bezirk Borgo).

In Vorarlberg ist in der Stadt Bregenz die im Jahre 1898 begonnene neue Tiefquellenleitung vollendet worden. Das Grundwasser wird aus einem in der Nähe der Stadt errichteten Brunnen durch ein Pumpwerk in das aus technischen Rücksichten in zwei ungleiche Hälften getheilte, 1500 Cbm fassende Reservoir gehoben, nachdem dasselbe behufs Erzielung der nöthigen Frische vorerst eine tiefliegende Kiesschichte passirt hat. Vom Reservoir aus wird das Wasser durch ein gusseisernes Rohrnetz in alle Theile der Stadt geleitet. In dem als Sommeraufenthalt beliebten Orte Schruns (Bezirk Bludenz) und in der Fraction Argenzipfel der Gemeinde Au wurden gleichfalls Wasserleitungen hergestellt.

Erweiterungen und Verbesserungen sind vorgenommen worden in Bozen (Bau einer zweiten Leitung, welche das Wasser aus demselben Boden, wie die bestehende Leitung entnimmt), ferner an den Wasserleitungen der Gemeinden Gries. Auer, Margreid, in der Fraction Vill der Gemeinde Neumarkt, in Branzoll, in. Deutschnofen, in der Fraction Maderneid der Gemeinde Eppan, in Kaltern (Mitteldorf), in den Fractionen St. Valentin und Seiss der Gemeinde Kastelruth, ferner in Lajen, Leifers und Terlan des Bezirkes Bozen.

Im politischen Bezirke Borgo wurden an den Wasserleitungen in Vattaro. Pieve Tesino, in der Fraction Tomaselli der Gemeinde Strigno, in Borgo. Tezze und in den Fractionen von Lavarone mehr oder minder bedeutende

Reconstructionen durchgeführt.

An der Wasserleitung in Wilten sind gleichfalls grössere Neuherstellungen vorgenommen und in Riva ist die bestehende Wasserversorgungsanlage durch Einbeziehung einer neuen Quelle erweitert worden.

In Aussicht genommen ist die Errichtung einer Wasserleitung in Malé, in

Thaur, ferner in Schwaz und in Fügen.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit den Ministerien des Innern, der Justiz und des Ackerbaues vom 5. Juni 1902,

R. G. Bl. Nr. 119,

mit welcher Bestimmungen über die behördliche Registrirung von Plomben im Sinne des § 9. Alinea 2 des Gesetzes vom 25. October 1901, R. G. Bl. Nr. 26 ex 1902, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Butterschmalz, Schweineschmalz und deren Ersatzmitteln erlassen werden.

Auf Grund des § 20 des Gesetzes vom 25. October 1901, R. G. Bl. Nr. 26 ex 1902,*) betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Butterschmalz, Schweineschmalz und deren Ersatzmitteln, und zur Durchführung der Bestimmung des § 9, Absatz 2 dieses Gesetzes, wonach die mit Oleomargarin, Margarine, Margarinschmalz und Kunstspeisefett gefüllten Behälter, deren Gewicht 3 Kgr übersteigt, bevor sie im Inlande in Verkehr gebracht werden, mit einer behördlich registrirten Plombe zu versehen sind, wird angeordnet, wie folgt:

§ 1. Zum Zwecke der behördlichen Registrirung dieser Plomben wird im Handelsministerium eine Liste geführt und eine Sammlung der in die Liste eingetragenen Plomben angelegt.

- § 2. Jeder Erzeuger von Oleomargarin. Margarine, Margarinschmalz und Kunstspeise fett hat für seinen gesammten Betrieb eine Plombe beim Handelsministerium behufs behördlicher Registrirung schriftlich anzumelden.
 - § 3. Die Anmeldung hat zu enthalten:
- 1. den Vor- und Zunamen, beziehungsweise die Firma des Erzeugers;
- 2. den Standort und die genaue Bezeichnung des Betriebes.

Der vom Anmelder zu unterfertigenden Anmeldung sind drei Exemplare der Plombe, und zwar jedes einzelne in einem Umschlage, welcher die gleichen Angaben aufweist, wie die Anmeldung, anzuschliessen.

§ 4. Die Eintragung der vom Handelsministerium als zulässig erkannten Plomben in die Liste erfolgt in der Reihenfolge des Einlangens der vorschriftsmässigen schriftlichen Anmeldungen beim Handelsministerium.

Ueber die vollzogene Eintragung wird dem Anmelder eine Bestätigung unter Rückschluss eines Exemplares der Plombe ausgestellt.

§ 5. Das Handelsministerium prüft jede angemeldete Plombe rücksichtlich deren Eignung zur Registrirung für den in Rede stehenden Zweck, insbesondere aber auch rücksichtlich deren Unterscheidbarkeit gegenüber den bereits früher registrirten Plomben und entscheidet über die Zulässigkeit nach freiem Ermessen.

^{*)} Siehe S. 76 d. Bl.

§ 6. Die Eintragung einer Plombe in die Liste des Handelsministeriums gewährt kein Alleinrecht zu deren Gebrauche im Sinne des Gesetzes vom 6. Jänner 1890, R. G. Bl. Nr. 19, betreffend den Markenschutz, beziehungsweise des Gesetzes vom 30. Juni 1895, R. G. Bl. Nr. 108. Doch können auch bereits nach diesen letzteitirten Gesetzen registrirte Marken, soferne sie sich zum Gebrauche bei den Plomben, welche den Gegenstand dieser Verordnung bilden, eignen, als Plomben im Sinne des Gesetzes vom 25. October 1901, R. G. Bl. Nr. 26 ex 1902, zur behördlichen Registrirung angemeldet werden.

§ 7. Vorstehende Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Wirksamkeit.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 9. Juni 1902, Z. 35875 ex 1901.

an alle politischen Landesbehörden, betreffend Wandtafeln und ein Taschenbüchlein für erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen.

Von der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft wurde dem Ministerium des Innern eine von deren Inspectionsarzt Dr. J. Lamberg verfasste Wandtafel, sowie ein Taschenbüchlein über die erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen mit dem Ersuchen um Förderung der Verbreitung dieser illustrirten Anleitungen vorgelegt.

Da diese Publicationen eine kurze und leichtfassliche Zusammenstellung aller jener Maassnahmen enthalten, welche die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen erheischt, nimmt das Ministerium des Innern nach Einholung einer gutächtlichen Aeusserung des Obersten Sanitätsrathes keinen Anstand, die k. k. zu die unterstehenden Behörden auf ersuchen, diese im Selbstverlage des Verfassers erschienenen Publicationen, welche sich insbesondere zur Benützung bei Instructionscursen über diesen Gegenstand und zum Gebrauche der Samaritervereine, Sicherheitswachstuben, Rettungstationen, Feuerwehren, Turnvereine u. s. w. eignen, aufmerksam zu machen und zur weiteren Empfehlung derselben in den interessirten Kreisen einzuladen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 25. Mai 1902, Z. 9337,

an alle Landesstellen mit Ausnahme jener in Wien,

betreffend das Verbot des Vertriebes des Hasrfärbemittels "Fo".

Die niederösterreichische Statthalterei hat den Vertrieb des von der Firma Robert Fischer in Wien, I., Habsburgergasse Nr. 4, erzeugten Haarfärbemittels "Fo" wegen constatirten Gehaltes an reizenden Steffen als unstatthaft erklärt.

Hievon wird die k. k. unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 6 der Ministerialverordnung vom 1. Mai 1866, R. G. Bl. Nr. 54 (republicirt mit der Ministerialverordnung vom 13. October 1897, R. G. Bl. Nr. 234,*) beziehungsweise der §§ 16 und 18 des Gesetzes vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 ex 1897,**) zur weiteren Veranlassung in die Kenntnis gesetzt.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. Juni 1902, Z. 18798.

an die k. k. Statthalterei in Wien,***)

betreffend die Einfahr von Geheimmitteln im Wege der öffentlichen Apotheken.

Laut einer Mittheilung des k. k. Finanzministeriums sind in letzter Zeit mehrere Sendungen von arzneilichen Geheimmitteln (wie erster Schweizer Hochalm Kräuter-Kraft-Theriak, langlebige Essenz) der Firma Wilhelm Kornpointner's Nachfolger in Reineck (Schweiz) unter falscher Declaration als Bodenwichse, Lederschmiere, Politurkügelchen u. dgl. beim Hauptzollamte in Wien eingelangt und saisirt worden.

^{*)} Siehe Jahrg. 1897 d. Bl., S. 402.

^{**)} Siehe daselbst S. 143.

^{***)} In Abschrift allen übrigen politischen Landesstellen zur Kenntnis und analogen Veranlassung übermittelt.

Den betreffenden Adressaten wurde seitens | der Zollbehörde bedeutet, dass behufs allfälliger Ausfolgung dieser Arzneizubereitungen die Rezugsbewilligung der politischen Landesbehörde beizubringen ist, sofern nicht seitens des Versenders eine Cession der betreffenden Sendung an einen Apotheker erfolgt.

Die k. k. Statthalterei wird unter Hinweis auf die h. o. Erlässe vom 16. März 1891, Z. 647, und vom 24. März 1900, Z. 9601,*) auf den verbotswidrigen Vertrieb der Geheim mittel des Wilhelm Kornpointner (früher in Ungarn, dann in Oberösterreich, später in Baiern, jetzt dessen Nachfolger in der Schweiz. neuerdings aufmerksam gemacht und eingeladen. vorzusorgen, dass jede Uebernahme von Geheimmittelsendungen im Cessionswege durch Apotheker zuversichtlich unterbleibe, da ein derartiger Vorgang den Medicinalvorschriften zuwiderlaufen würde.

welche hiemit auf den verbotswidrigen Vertrieb der Kornpointner'schen Geheimmittel aufmerksam gemacht wurde.

Rechtsprechung.

Der Beschluss einer Gemeindevertretung, mit welchem die Schliessung eines confessionellen Friedhofes und die Untersagung der Beerdigung auf demselben angeordnet wurde, betrifft eine im selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde getroffene Verfügung, gegenüber welcher den einzelnen Parteien, zu deren Rechtsschutz in jedem Falle der gesetzlich normirte Instanzenzug besteht, ein Anspruch auf die Handhabung des der Staatsverwaltung zur Wahrung des Gesetzes zustehenden Aufsichtsrechtes, nicht zukommt.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 24. April 1901, Z. 7402 ex 1900.

Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes vom heutigen Tage wurde die Beschwerde der israelitischen Cultusgemeinde in B.-L. de praes: 6. Juli 1900 gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 21. April 1900, Z. 13161, in Angelegenheit der Schliessung des israelitischen Friedhofes in B. L. nach Einsichtnahme in die Administrativacten gemäss § 21 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, ohne Fortsetzung des Verfahrens aus folgenden Erwägungen als unzulässig zurückgewiesen:

Die israelitische Cultusgemeinde B.-L. hat mit der als Recurs bezeichneten Eingabe vom 19. Juli 1899 an die Bezirkshauptmannschaft die Aufhebung des Beschlusses des Ausschusses der Stadtgemeinde B.-L. vom 1. Juli 1899, mit welchem die Schliessung des israelitischen Friedhofes in B.-I.. und die Untersagung der Beerdigungen auf demselben angeordnet wurde, mit der Behauptung begehrt, dass durch diesen Beschluss der Wirkungskreis der Gemeinde über-

schritten werde, und derselbe gegen bestehende Gesetze verstosse.

Hierüber wurde der israelitischen Cultusgemeinde mit dem Bescheide der Bezirkshauptmannschaft vom 23. October 1899, Z. 23901, bedeutet, dass dieselbe nicht in der Lage sei, "im Sinne des § 102 der Gemeindeordnung vom 16. April 1864, auf Grund des der Staatsverwaltung zustehenden Aufsichtsrechtes die Vollziehung dieses Beschlusses zu untersagen", weil die Gemeinde durch denselben ihren gesetzlichen Wirkungskreis nicht überschritten habe und auch nicht gegen bestehende Gesetze vorgegangen sei.

Im weiteren Recurszuge wurde dieser Bescheid mit der Entscheidung der Statthalterei vom 23. Jänner 1900, Z. 194986, bestätigt und das Ministerium des Innern hat sich laut Erlasses vom 21. April 1900, Z. 13161 nicht veranlasst gefunden, eine die unterinstanzlichen Entscheidungen, mit welchen das Begehren der Cultusgemeinde um Sistirung des Gemeindeausschuss-Beschlusses vom 1. Juli 1899 abgewiesen wurde, abändernde Verfügung zu treffen.

Mit dieser nun angefochtenen Ministerialentscheidung wird demnach in Uebereinstimmung mit den Entscheidungen der unteren Instanzen abgelehnt, gegen den in Betreff der Schliessung des israelitischen Friedhofes in B. L. gefassten Beschluss des Gemeindeausschusses daselbst das der Staatsverwaltung im § 102, Gemeindeordnung, vorbehaltene Aufsichtsrecht über die Gemeinden durch die Untersagung der Vollziehung des Beschlusses auszuüben.

Ein Anspruch darauf, dass von der Staatsverwaltung das ihr zur Wahrung des Gesetzes zustehende Aufsichtsrecht in concreten Fällen gehandhabt werde, steht aber den Parteien, zu

^{*)} Die citirten Erlässe sind aus speciellen Anlässen an die Statthalterei in Wien ergangen,

deren Rechtsschutz in jedem Falle der gesetzlich normirte Instanzenzug besteht, nicht zu, und kann daher aus der Ablehnung der Ausübung des Aufsichtsrechtes eine Verletzung von Parteienrechten niemals gefolgert werden.

Weil somit auch im vorliegenden Falle durch die Erklärung der politischen Behörde, sie finde keinen Anlass, von dem ihr zustehenden Rechte der Sistirung des fraglichen Gemeinde-ausschussbeschlusses Gebrauch zu machen, ein Rechtsanspruch der Beschwerdeführerin nicht abgewiesen und hiedurch auch in der Sache selbst, d. i. über die Zulässigkeit von Beerdigungen auf dem israelitischen Friedhofe in B.-L. meritorisch nicht abgesprochen wurde, so kann dem angefochtenen Erlasse des Ministeriums des Innern die Bedeutung einer Entscheidung im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, nicht zuerkannt werden, und stellt sich daher in Gemässheit desselben Paragraphen die Beschwerde sowohl in dem gegen die Nichtsistirung des e wähnten Gemeindeausschuss-Beschlusses, als auch in dem gegen das diesem Beschlusse vorgegangene Verfahren gerichteten Theile als unzulässig dar, weshalb die Zurückweisung derselben ohne weiteres Verfahren erfolgen musste.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Steiermark. Der k. k. Landes Sanitätsrath verhandelte in den am 1. März und am 12. April l. J. abgehaltenen Sitzungen über folgende Gegenstände:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Errichtung zweier Apotheken in Graz.
- Gutächtliche Aeusserung über den Heilwert einer Mineralquelle.
 Gutächtliche Aeusserung über das Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung einer Pension für Nervenkranke bei Graz.
- 4. Gutächtliche Aeusserung über die Vergrösserung des Isolirhauses einer öffentlichen Krankenanstalt.
- 5. Gutächtliche Aeusserung über ein Project des Stadtrathes Graz, betreffend die Canalisirung des Grabenviertels.

Tirol und Vorarlberg. In der Sitzung vom 19. April l. J. kamen nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Berichterstattung und Anträge über Maassnahmen gegen die Pellagra-Krankheit.
- 2. Gutachten über die Zulässigkeit der Verwendung der sogenannten Schmid'schen Sargschirme bei Bestattung vom sanitären Standpunkte.
- 3. Gutachten über die Ertheilung der Concession für ein Sanatorium im Curgebiete Meran.

Böhmen. In der am 1. März 1902 stattgefundenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Errichtung einer zweiten öffentlichen Apotheke in Tabor.
- 2. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Biela, beziehungsweise einer zweiten öffentlichen Apotheke in Bodenbach.
- 3. Gutachten über die Zusammensetzung des von Franz Semsch in Königswald erzeugten und in den Verkehr gebrachten Arzneimittels, genannt "Echtes Marienwasser".
- 4. Genauere Abgrenzung der Verkaufsberechtigungen der Apotheker und der Drogisten, beziehungsweise Materialwarenhändler, sowie die Reorganisation des Drogistenstandes.

Verhandlungsgegenstände in der Sitzung vom 12. April 1902:

- 1. Initiativantrag des k. k. Landes-Sanitätsrathes, betreffend Revision der Drogenund Materialwarenhandlungen, beziehungsweise von Handelsgewerben, welchen im Grunde der Ministerialverordnung vom 17. Juni 1886, R. G. Bl. Nr. 97, die Ermächtigung zum Feilhalten und zum Verkaufe der im § 3 dieser Verordnung benannten Artikel ertheilt wurde.
 - 2. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Parschnitz.
 - 3. Errichtung einer zweiten öffentlichen Apotheke in Tetschen.



- 4. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Hostenitz.
- 5. Errichtung einer Ledergerberei in Wrschowitz.
- 6. Betrieb einer chirurgischen Privatheilanstalt in Hradzen.
- 7. Erklärung des Hüttenbades nächst Komotau (Ortschaft Alaunhütte) als Cur- und Heilwasseranstalt.
 - 8. Regelung des Zutrittes zu den Mineralquellen in Karlsbad.

Verhandlungsgegenstände in der Sitzung am 19. April 1902:

- 1. Erweiterung einer Betriebsanlage zur Ablagerung von Knochen und Hadern in Kladno.
 - 2. Verlegung des Friedhofes in Heiligfeld.
- 3. Zusammensetzung und Zulässigkeit der Erzeugung und des Vertriebes der Kaugummipräparate (Ricy).
 - 4. Errichtung einer Thermalcuranstalt in Karlsbad.
 - 5. Gesundheitspasta zum Einlassen der Fussböden in den Schulen.
- 6. Im pathologisch-anatomischen Institute der deutschen Universität durchzuführende Ameliorationsarbeiten.
- 7. Vorkehrungen zur Hintanhaltung der Infection an Tuberculose in öffentlichen Krankenhäusern.

In der am 10. Mai 1902 stattgefundenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Wiedereröffnung der Schlossapotheke in Tetschen.
- 2. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Platten.
- 3. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Reichstadt.
- 4. Errichtung einer zweiten öffentlichen A potheke in Nachod.
- 5. Wasserleitung in Pisek.
- 6. Reinigung und Ableitung der Abfallwässer aus der Nestomitzer Zuckerraffinerie.
- 7. Schliessung des Friedhofes "U všech Svatých" in Pilsen.
- 8. Gesuch eines Oblatenbäckers in Karlsbad um Bewilligung zur Herstellung von Oblaten mit Saccharin.
- 9. Erklärung der neugefassten Alexandrinen- und Alfredsquelle in Marienbad als öffentliche Heilquellen.
 - 10. Verwendung von Zinkblechkapseln als Verschlüsse von Flaschen.

Galizien. Berathungsgegenstände in der Sitzung vom 21. März 1902:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über eine Instruction für die zu exponirenden Aerzte zum Zwecke der Bekämpfung der Syphilis in den Bezirken Kosów und Nadworna, sowie über die Ausstattung der Ambulatorien für Syphiliskranke daselbst. (Referenten: Prof. Dr. Lukssiewicz und Hofrath Landes-Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 2. Gutachten, betreffend die Nothwendigkeit des Baues einer der matologischen und syphilitischen Klinik in Lemberg. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)

Berathungsgegenstand in der Sitzung am 3. April 1902:

1. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Qualification der Bewerber um die Verleihung der Concession zum Betriebe einer öffentlichen Apotheke. (Referent: k. k. Hofrath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)

Berathungsgegenstände in der Sitzung am 6. Mai 1902:

- 1. Gutächtliche Aeusserung in Betreff der Theilung der Secundarärzte bei den allgemeinen Krankenhäusern in zwei Classen. (Referent: Prof. Dr. Machek.)
- 2. Gutachten in Angelegenheit des einmaligen täglichen Unterrichtes in den Mittelschulen. (Referent: k. k. Hofrath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)



Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des fürstlichen Ministeriums des Innern vom 25. Mai (7. Juni) l. J. wurden die mit dortiger Verfügung vom 5. September 1901, Nr. 365 (Jahrg. 1901, S. 424) und Punkt 4 der Verfügung vom 25. November 1901, Nr. 491, (Jahrg. 1901, S. 571) gegen Reisende und Eisenbahnzüge aus Constantinopel getroffenen Maassnahmen ausser Kraft gesetzt.

Frankreich. Auf dem aus Constantinopel in Marseille eingetroffenen Messageriedampfer "Cambodge" ist ein pestverdächtiger Krankheitsfall vorgekommen. Der Dampfer wurde in den Quarantainehafen nach Frioul dirigirt, und der Kranke in das dortige Hospital abgegeben. Die Passagiere des Schiffes sind am 18. Juni zum freien Verkehre zugelassen worden. Die Ladung wird nach Desinfection im Quarantainehafen gelöscht werden.

Aegypten. (S. 287.) In Aegypten wurden in der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni 1. J. 8 Erkrankungen (und 2 Todesfälle) beobachtet, und zwar in Alexandrien 1 (1), im Districte Samalut, Provinz Minieh 3 (1), im Districte Tukh, Provinz Galiubieh 3 (0) und in Tantah, Provinz Garbieh 1 (0); in der folgenden am 11. Juni abgelaufenen Woche wurden 6 Erkrankungen (und 1 Todesfall), und zwar in Alexandrien 1 (0), im Districte Samalut 4 (1) und im Districte Tukh 1 (0) ausgewiesen.

Britisch-Indien. (S. 287.) In Bombay ist die Epidemie im raschen Rückgange begriffen; in den 2 aufeinanderfolgenden Wochen vom 7. bis 20. Mai wurden 359, beziehungsweise 229 Erkrankungen und 343, beziehungsweise 227 Todesfälle ausgewiesen; in Calcutta sind in den zwei Wochen vom 27. April bis 10. Mai 280, beziehungsweise 209 Todesfälle und in Kurache e vom 3. bis 9. Mai 120 und vom 10. bis 16. Mai 58 Todesfälle an Pest verzeichnet worden.

Capcolonie. (S. 297.) In der Woche vom 11. bis 17. Mai wurde in Port Elizabeth ein neuer Erkrankungsfall an Pest constatirt.

Australien. In Sydney wurden in der Woche vom 20. bis 26. April 7 Erkrankungen und 1 Todesfall und vom 27. April bis 3. Mai 7 Erkrankungen und 3 Todesfälle beobachtet.

Neuseeland. In Auckland ist laut einer Mittheilung vom 1. Mai l. J. ein pestverdächtiger Todesfall beobachtet worden.

Brasilien. In Porto Alegre (S. 216) ist die Pest erloschen.

Die gegenüber Herkünften aus den argentinischen Häfen des La Plata und Parana (S. 263) angeordneten Massenahmen wurden auch auf Herkünfte aus Bahia Blanca (Argentinien) ausgedehnt.

Cholera. China. Laut telegraphischer Mittheilung vom 17. Juni 1. J. ist in Shanghai Cholera epidemisch aufgetreten; die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle unter der chinesischen Bevölkerung ist sehr bedeutend; unter den Ausländern sind daselbst seit 6 Wochen ungefähr 40 Fälle beobachtet worden.

Philippinen. (S. 275.) Der Stand der Epidemie in Manila und in den Provinzen ist unverändert. In Manila werden täglich 20 bis 30, in den Provinzen 60 bis 100 Erkrankungen verzeichnet, von welchen ungefähr 75 Percent tödtlich verlaufen. Seit Ausbruch der Epidemie (20. März l. J.) sind nach den amtlichen Ausweisen in Manila ungefähr 900 und in den Provinzen 2600 Erkrankungen ermittelt worden.

Blattern. Türkei. In Kavalla (S. 288) ist in der Zeit vom 3. bis 11. Juni kein neuer Blatternfall zur Anzeige gelangt.

Spanien. In Bilbao wurden im Monate April 6 und im Mai 15 Todesfälle an Blattern beobachtet.



Vermischte Nachrichten.

Taggelder der gerichtsärztlichen Sachverständigen. Anlässlich einer Anfrage hat das k. k. Justizministerium mit Erlass vom 14. September 1901, Z. 17417, entschieden: Gemäs-Justizministerialverordnung vom 20. März 1901, R. G. Bl. Nr. 34, § 1, Post 17,*) sind die Taggelder bei staatlich angestellten 'Aerzten nach ihrer Rangsclasse zu berechnen, bei allen übrigen als Sachverständige verwendeten Aerzten sind sie nach der IX. Rangsclasse zu bestimmen, d. h. gemäss Ministerialverordnung vom 18. Juni 1873, R. G. Bl. Nr. 115, mit acht Kronen, da auf Privatärzte die durch die Ministerialverordnung vom 28. September 1858, R. G. Bl. Nr. 166, in Bezug auf Reisen von Beamten im Amtsbezirke gemachte Einschränkung paturgemäss keine Anwendung finden kann. (Verordnungsblatt des Justizministeriums, Jahrg. 1901.

Oberösterreich. Neue Apotheke. Die k. k. Statthalterei in Linz hat mit dem Erlasse vom 17. Mai 1902, Z. 9945, die Errichtung einer neuen öffentlichen Apotheke in der Stadt Urfahr mit dem Standorte an der westlichen Seite des Rudolfsplatzes oder an der Einbruchstelle einer westlich auf den Rudolfsplatz einmündenden frequenten Strasse bewilligt.

Oberösterreichische Aerztekammer. Neuconstituirung. In der am 22. Mai 1. J. abgehaltenen constituirenden Versammlung der oberösterreichischen Aerztekammer wurde zum Präsidenten Dr. Adolf Obermüllner in Linz, zu dessen Stellvertreter Dr. Felix Geisböck in Linz gewählt.

Weiters wurden gewählt: zu Vorstandsmitgliedern: Professor Dr. Heinrich Schmit in Linz, Dr. Leopold Wenger in Urfahr, Dr. Victor Klotz in Steyr, Dr. Friedrich Kränzl in Sierning, Dr. Constantin Mitterdorfer in Wels, Dr. Friedrich Knörlein in Schärding, Dr. Josef Lehner in Freistadt; zu Ersatzmännern der Vorstandsmitglieder: Dr. Eduard Singer, Dr. Hermann Reiss, Dr. Georg Feder in Linz und Dr. Ferdinand Knittel in Ebelsberg; zu Delegirten in den k. k. Landes-Sanitätsrath: Dr. Adolf Obermüllner und Dr. Felix Geisböck; als deren Stellvertreter: Dr. Constantin Mitterdorfer in Wels und Dr. Ferdinand Knittel in Ebelsberg.

Böhmen. Verpflegung von Krebs- und Lupuskranken in der Anstalt der Dr. St. Černý in Košiř auf Rechnung des böhmischen Landesfondes. Der Landesausschuss des Königreiches Röhmen hat in der am 16. Jänner 1902 abgehaltenen Sitzung den Beschluss gefasst, unbemittelten, nach Böhmen zuständigen und insbesondere ausserhalb Prag wohnhaften Personen, welche mit Krebs oder Lupus behaftet sind, bis gegen Widerruf von Fall zu Fall die Verpflegung in der Heilanstalt des Dr. Stanislaus Černý in Košiř auf Rechnung des Landesfondes, und zwar um den Kostenbetrag von 2 K per Tag und Kopf zu bewilligen.

Gesuche um diese Bewilligung müssen belegt werden mit dem Nachweise der Heimatszuständigkeit, mit dem von der Heimatsgemeinde, wie auch vom Gemeindevorstande des Wohnortes des Kranken ausgestellten Mittellosigkeitszeugnisse, sowie auch mit der ärztlichen Bestätigung, dass von der Behandlung des Kranken in der obenangeführten Anstalt ein günstiger Erfolg zu erwarten ist.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit 7. Juni nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 18. bis 24. Juni 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 1 und in den politischen Bezirken Bohorodczany: Maniawa 6; Bóbrka: Horodyszcze cetnarskie 5; Brody: Ponikwa 3; Buczacz: Doprobole 6, Kujdanow 2; Czortkow: Romaszowka 1; Drohobycz: Tustanowice 1; Horodenka: Czernelica 6, Zukow 3; Jaworow: Jaworow 7, Jazow stary 5, Wulka rosnowska 1; Kalusz: Moszkowce 2, Przystup 1, Siwka wojnilowska 4; Kamienka: Chreniow 1; Kolomea: Kulaczkowce 3; Mościska: Laszki gościncowe 5, Podliski 1: Nadworna: Chwozd 2; Podhajce: Burkanow 6; Przemyślany: Gliniany 1; Rawa: Ulicko seredkiewicz 3; Tarnopol: Obarzańce 3; Tlumacz: Delawa 4; Wadowice: Targanica 4; Zloczow: Baluczyn 1, Krasnosielce 4, Skwaczawa 12.

In der Bukowina im politischen Bezirke Kotzman: Szypenitz 1.**)

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 166.

^{**)} Aus Galizien eingeschleppter sporadischer Fall.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirkearzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 3, Juli 1902.

Nr. 27.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. - Ueber sanitäre Verhältnisse in Buchdruckereibetrieben. - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlässe des Ministeriums des Innern, betreffend Abänderung der Vorschriften über die Evidenthaltung der Spitalsverwiesenen und betreffend die Anerkennung des Oeffentlichkeitsrechtes des neuen bosnisch-hercegovinischen Bezirksspitales in Gorazda durch die autonomen Landesverwaltungen; Erlass der Landesregierung in Kärnten, betreffend Concursausschreibungen für erledigte Bezirkshebammenposten — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäte Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Die am 28. Juni l. J. stattgefundene Sitzung des Obersten Sanitätsrathes wurde vom Vorsitzenden. Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl, mit einigen geschäftlichen Mittheilungen eröffnet, an welche sich der Bericht des Sectionschefs Dr. Ritter v. Kusý über den Stand der Pest und Cholera im Auslande und eine Mittheilung des Obersanitätsrathes Prof. Dr. Ritter v. Jaksch anschloss, die sich auf erfolgverheissende Vorverhandlungen zur Gründung von Tuberculosenheilstätten in Böhmen bezog.

Sodann gelangten folgende Referate zur Berathung und Beschlussfassung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Verwerthbarkeit des Fleisches wegen Schweine pestverdachtes geschlachteter und krank befundener Schweine als Nahrungsmittel in sterilisirtem Zustande. (Referent: O. S. R. Prof. Dr. Polansky.)
- 2. Gutachten über eingesendete Proben angeblich nikotinfreier ausländischer Cigarrensorten und die Erspriesslichkeit einer allfälligen Einführung nikotinfreier, beziehungsweise nikotinschwacher Cigarren. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ludwig.)
- 3. Gutachten über die Zulässigkeit der Verwendung einer patentirten Metallcomposition zur Herstellung von Trink, Ess- und Kochgeräthen. (Referent: 0. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ludwig.)
- 4. Gutachten über die Eignung eines Privatlaboratoriums zu bakteriologischen Untersuchungen. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum.)
- 5. Gutächtliche Aeusserung über ein in den Verkehr gebrachtes Mundwasser, (Referent: O. S. R. Generalstabsarzt Prof. Dr. Kratschmer.)



Ueber sanitäre Verhältnisse in Buchdruckereibetrieben.

(Von Landessanitätsinspector Dr. K. Friedinger.)

In den letzten Jahren wurde in Wien eine grössere Anzahl von Buch- und Zeitungsdruckereien der sanitären Revision unterzogen. Wenn auch vielfach das Bestreben zu Tage trat, die hygienischen Verhältnisse dieser Betriebe im Interesse der Gesundheit der Arbeiter zu verbessern, so war das Ergebnis dieser Inspectionen doch nur in sehr wenigen Fällen ein anstandsloses.

Im Allgemeinen wird man zwischen kleinen und grossen Betrieben dieser Art unterscheiden müssen, da mittelgrosse nur in verschwindender Anzahl vorhanden sind, und die Anforderungen bei kleinen Betrieben aus naheliegenden Gründen sich in bescheidenen, den finanziellen Verhältnissen Rechnung tragenden Grenzen bewegen müssen.

Die wesentlichsten Bestandtheile derartiger kleinerer Betriebe sind die Setzund Druckräume, wozu bei grösseren Betrieben je nach deren Zwecken und Zielen noch entsprechende Räume für die Stereotypie, für die Rotationsmaschinen, für die Dampfkessel, eventuell für die Lithographie, die Buchbinderei und Verpackung kommen. Bei den grösseren Betrieben kommen auch noch eigene Garderobe- und Waschräume, bei allen die Beistellung einer entsprechenden Anzahl von Closets und Pissoiren in Betracht.

Von den vorgefundenen sanitären Uebelständen ist zunächst die Beschaffenheit der Arbeitslocalitäten im engeren Sinne hervorzuheben. Zu diesem Zwecke werden vielfach ungeeignete, der nöthigen Licht- und Luftzufuhr entbehrende, ursprünglich für Wohnungen bestimmte Räumlichkeiten verwendet. Es ist einleuchtend, dass die in alten Gebäuden, in engen Gassen und dieht verbauten Stadttheilen vorfindlichen Wohnräume und Geschäftslocalitäten in der weitaus grössten Mehrzahl der Fälle den an Betriebsräume für das in Rede stehende Gewerbe zu stellenden hygienischen Anforderungen theils gar nicht, theils nur in sehr untergeordnetem Grade entsprechen, und dass selbst durch weitgehende Adaptirungen den gewerbehygienischen Anforderungen nicht immer entsprochen werden kann. Hauptsächlich war es der Mangel an Licht und Luft, welcher in diesen Localitäten beanständet wurde; in vielen Betrieben wurde auch die Höhe der Arbeitsräume als zu niedrig befunden; in einem Falle betrug diese sogar nur 23 m!

In der Regel liess auch die gründliche Reinigung der Fussböden von dem bleihältigen Staube sehr viel zu wünschen übrig; in manchen Betrieben weisen die Fussböden grössere Fugen und Ritzen oder tiefer gehende Schäden auf, so dass eine gründliche Reinigung überhaupt nicht ausführbar erscheint. Das Einlassen der Fussböden mittelst Lein- oder Stauböl, namentlich in den Setzsälen wurde nur in der Minderzahl der Fälle angetroffen, obwohl die Vortheile dieser im eminenten sanitären Interesse gelegenen Maassregel in die Augen springend sind. Bezeichnend für die Schwierigkeit der Durchführung mancher sanitärer Maassregel ist der Umstand, dass in einer neuen, tadellos eingerichteten Druckerei die Unterlassung des Einlassens des Xylolithfussbodens mit Stauböl damit begründet wurde, weil die Arbeiter beim Stehen auf solcherart imprägnirten Fussböden an Fussschweissen zu leiden vorgaben.

Einer der grössten Uebelstände in diesen Betrieben ist noch immer die Ansammlung bleihältigen Staubes in den Setzkästen, da die Setzer bei der Arbeit mit demselben stets in innige Berührung kommen, und bei der fast überall zu beobachtenden Indolenz der arbeitenden Bevölkerung gegenüber den durch die Arbeit hervorgerufenen Gesundheitsschädigungen selbst bei dem Vorhandensein genügender Waschvorrichtungen das Eindringen von bleihältigem Staube in die Mundund Nasenöffnungen nur zu leicht erfolgt. Nur in den allerseltensten Fällen ist die

Beschaffenheit der Setzkästen eine zufriedenstellende; meist ist die Staubansammlung eine sehr beträchtliche. Das Ausblasen der Setzkästen erfolgt erst dann, wenn der Letternvorrath in denselben nahezu ganz erschöpft ist; zumeist erfolgt die Reinigung dann durch Ausblasen mittelst Blasebalges. Nur in einer kleineren Buchdruckerei wurde ein eigener Apparat hiezu angetroffen, der im Wesentlichen aus einem nach allen Seiten geschlossenen Behälter besteht, in welchen das vom Blasebalge abgehende Rohr durch eine Oeffnung eingeschoben und nach den verschiedenen Richtungen hin bewegt werden kann; behufs Ableitung des Staubes dient ein aus dem Behälter ins Freie führendes Abzugsrohr; eine die obere Seite des Behälters bildende Glaswand gestattet den Einblick in das Innere; die zu entstaubenden Setzkästen werden in diesen Behälter eingebracht und mittelst des erwähnten von Aussen lenkbaren Rohres ausgeblasen. - Trotzdem kann nicht behauptet werden, dass die Frage der Beseitigung, beziehungsweise der Ansammlung des bleihältigen Staubes in den Setzkästen als gelöst zu betrachten ist; denn die auf die Verhinderung der Staubansammlung in den Setzkästen abzielenden Einrichtungen haben bis jetzt wegen ihrer technischen Unvollkommenheit keinen Eingang finden können.

Hygienische Spucknäpfe in den Arbeitsräumen wurden nur in der Minderzahl

der Fälle angetroffen.

Entsprechende Waschvorrichtungen sind nur in den neuesten Betrieben vorgefunden worden; in den älteren und insbesonders in den kleineren tehlen diese zumeist, oder sie beschränken sich auf das Vorhandensein eines Auslaufrohres der Wasserleitung nebst Wassermuschel. Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, dass durch die Beistellung einer der Arbeitermenge entsprechenden Anzahl von Waschvorrichtungen den Arbeitern Gelegenheit zur gründlichen Reinigung nach der Arbeit gegeben, und damit auch der Sinn für Reinlichkeit geweckt werden soll. Wünschenswerth, wenn auch vielleicht nicht in allen Fällen allerdings, dass Waschvorrichtungen und Garderoben durchführbar wäre es der Arbeiter zur Aufbewahrung der Kleider in einem besonderen Raume untergebracht werden; dies dürfte aber in kleineren Betrieben wohl lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben und nur in grösseren und neuen Betrieben erreichbar Unter keinen Umständen ist es jedoch zulässig, dass die Arbeiter ihre Kleider auf den Setzkästen herumliegen lassen oder in den stets mit mehr oder weniger bleihältigem Staube erfüllten Setzräumen freiliegend oder hängend aufbewahren.

In einzelnen Fällen wurde auch die Beobachtung gemacht, dass trotz des angeschlagenen Essverbotes die Arbeiter Speisen in den Arbeitsräumen einnehmen, ein Vorgehen, welches im sanitären Interesse dringendst der Abstellung bedarf; dieser Unsitte könnte in grösseren Betrieben durch Beistellung eines entsprechend grossen Raumes, welcher den Arbeitern zur Einnahme ihrer Mahlzeiten anzuweisen wäre, leicht abgeholfen werden.

Wirksame Ventilationseinrichtungen sind fast nur in neu eingerichteten Betrieben vorzufinden.

Die Stereotypieräume sind meist in ungenügend beleuchteten und schlecht ventilirten Räumen untergebracht, und kann der Umstand, dass die Beschäftigung der Arbeiter in diesen Räumen von kürzerer Dauer ist, den schlechten Zustand derselben nicht rechtfertigen. Ueberdies entspricht die Beschaffenheit des Fussbodens dieser Räume nicht immer den sanitären Anforderungen in der Richtung, dass derselbe fugendicht und waschbar ist. In einer Stereotypie war der Fussboden aus Holzdielen erst vor kurzer Zeit neu hergestellt worden, und trotzdem waren fingerbreite Fugen zwischen den einzelnen Dielen vorhanden, welche mit bleihältigem Staube ausgefüllt waren.

Ganz besonderen Schädlichkeiten sind jene Arbeiter ausgesetzt, welche bei den sogenannten Setzmaschinen beschäftigt sind. Soviel bei den Inspectionen erhoben

werden konnte, stehen derzeit 3 Arten von Setzmaschinen im Gebrauche, und zwar die Monoline-, Linotyp- und Typographmaschine. Die Uebelstände bei diesen Maschinen bestehen in der bei dem Betriebe derselben unvermeidlichen Wärmentwicklung, welche durch die den Bleikessel erhitzenden und das Blei stets flüssig erhaltenden Gasflammen hervorgerufen wird, in der Verschlechterung der Luit durch die Verbrennungsproducte dieser Flammen und durch die dem Bleikessel entweichenden Dämpfe. Es ist schon wiederholt vorgekommen, dass Arbeiter in diesen überhitzten und mit Verbrennungsproducten und Bleidämpfen geschwängerten Räumen von Unwohlsein befallen wurden.

Zur Ableitung der Verbrennungsgase und Bleidämpfe werden bei einzelnen Setzmaschinen wohl Abzugsrohre verwendet; doch sind dieselben in ihrer Continuität unterbrochen, derart, dass das von der Maschine abgehende Stück in geringer Entfernung endet und hier von einem zweiten Abzugsrohre, dessen unteres Ende trichterförmig erweitert ist, nur lose umgeben wird; es ist daher selbst unter der Annahme, dass auf diese Weise der Abzug der Verbrennungsproducte und Bleidämpfe thatsächlich erfolgt, ein theilweises Ausströmen derselben in den umgebenden Raum unvermeidlich; die Abzugsröhren wirken ausserdem als Heizkörper in dem ohnehin heissen Arbeitsraume.

Diese Verhältnisse werden dadurch noch bedeutend verschlechtert, dass die Maschinen sehr nahe aneinander gestellt werden, um den vorhandenen Platz möglichst auszunützen, wodurch der dem Arbeiter zur Verfügung stehende Manipulationsraum ein sehr beschränkter ist.

Bei den Buchdruckereien wäre meines Erachtens im Allgemeinen unter der Voraussetzung, dass die Betriebslocalitäten der Bauordnung entsprechen, auf folgende Punkte besonderes Gewicht zu legen:

- 1. Die Setz und Druckräume sollen gut beleuchtet und entsprechend ventilirt sein. Behufs thunlichster Verminderung der Staubansammlung empfiehlt sich die Schaffung fugenloser Fussböden, welche, wenn sie aus Holz oder Holzcement bestehen, mit Lein- oder Stauböl einzulassen sind; weiters wird auch die Abrundung aller Zimmerecken und Winkel anzustreben sein.
- 2. Für die Stereotypieräume eignet sich am besten ein wasserundurchlässiger Fussboden.
- 3. In sämmtlichen Arbeitsräumen ist das Essverbot anzuschlagen und strenge zu handhaben.
- 4. Entsprechende Ventilationseinrichtungen sind in allen Arbeitsräumen nothwendig.

5. In allen Arbeitsräumen ist die Aufstellung hygienischer Spucknäpfe anzustreben.

- 6. Die Fussböden sämmtlicher Arbeitsräume sollen täglich mit feuchten Tüchern aufgewischt werden.
- 7. Der bleihältige Staub in den Setzkästen ist unter Anwendung von Schutzvorrichtungen, welche die Einathmung dieses Staubes wirksam zu verhindern geeignet sind, in angemessenen Zeiträumen auszublasen; ausgeschlossen ist es selbstverständlich, dass diese Manipulationen in den Arbeitsräumen selbst vorgenommen werden.
- 8. Für die Hilfsarbeiter sind Garderoben und Waschvorrichtungen in entsprechender Anzahl in einem nur diesem Zwecke gewidmeten Raume beizustellen.

Inwieferne diese Bestimmungen in einzelnen Fällen modificirt werden können, hängt von der Grösse des Betriebes und mannigfachen, fallweise in Betracht kommenden Umständen ab.

Zur thunlichsten Verhinderung der erheblichen sanitären Uebelstände bei den Arbeiten mit Setzmaschinen werden folgende specielle Bestimmungen als nothwendig erachtet:

1. Diese Maschinen sind in eigenen Räumen aufzustellen.

2. Für jede derartige Maschine, inclusive der Zwischenräume und des Manipulationsraumes für den Arbeiter, muss eine genügende Bodenfläche vorhanden sein, in welcher Beziehung bei der jetzigen Grösse und Bedienung der in Rede stehenden 3 Arten von Maschinen ein Mindestausmaass von 7 m² genügen dürfte.

3. Für die rasche Abfuhr der Verbrennungsgase muss derart vorgesorgt werden, dass ein nennenswerthes Entweichen derselben in den Arbeitsraum ausgeschlossen ist, wobei längere, den Arbeitsraum durchziehende Ableitungsrohre, welche als Heizkörper wirken, thunlichst zu vermeiden sind und die Ableitung durch in der Mauer gelegene Abzugsrohre anzustreben ist.

4. Für energische Lufterneuerung in diesen Räumen muss durch Luftzuführungs-

schläuche und durch kräftig wirkende Exhaustoren vorgesorgt werden.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 17. Juni 1902, Z. 13348,

an alle politischen Landesbehörden,

betresend Abänderung der Vorschriften über die Evidenthaltung der Spitalsverwiesenen.

Laut Note des königlich ungarischen Ministeriums des Innern vom 5. Februar 1902, Nr. 13061/VI, hat dasselbe mittelst Verordnung gleichen Datums die der k. k. mit dem h. o. Erlasse vom 29. Jänner 1894, Z. 20906 ex 1893*) mitgetheilte Verordnung vom 18. August 1893, Z. 46641, betreffend die Controle der Spitalsverwiesenen, insoferne abgeändert, dass die Namen und Generalien der im Bereiche des Königreiches Ungarn spitalsverwiesenen Personen nicht mehr fallweise, sondern in der Art bekannt gegeben werden, dass monatlich einmal ein Verzeichnis derselben im Verordnungsblatte des königlich ungarischen Ministeriums des Innern verlautbart wird.

Jedoch wird auf die nach den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern zuständigen spitalsverwiesenen Personen mittelst jeweiliger besonderer Verständigungen aufmerksam gemacht werden.

Ferner wurde mit der erwähnten Verordnung verfügt, dass in Hinkunft die dreijährige Giltigkeitsdauer jeder Spitalsverweisung, obgleich dieselbe vom Tage der Veröffentlichung in Wirksamkeit tritt, nicht von diesem Zeitpunkte an, sondern vom 1. Jänner des der Ausweisung folgenden Jahres an gerechnet werden soll, so dass sich dieselbe über die Zeit von drei Jahren hinauserstrecken wird.

Hiedurch werden alle im Verlauf eines Kalenderjahres ausgesprochenen Ausweisungen aus öffentlichen Spitälern Ungarns an demselben Tage, nämlich am 31. December des dritten, dem Erklärungsjahre folgenden Jahres erlöschen, und wird eine besondere Evidenthaltung der Termine entfallen können.

Indem die k. k. hievon in Kenntnis gesetzt wird, wird zum Zwecke der gleichmässigen Vereinfachung der Evidenthaltung der Spitalsverwiesenen Krankenanstaltsverwaltungen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder bestimmt, dass die im Punkte 2 des h. o. Erlasses vom 4. Juli 1895, Z. 30533 ex 1894*) vorgeschriebene dreijährige Giltigkeitsdauer Spitalsverweisungen aus öffentlichen Krankenanstalten der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder insoferne verlängert wird, dass alle in einem Jahre ausgesprochenen Spitalsverweisungen während der folgenden drei Kalenderjahre giltig zu bleiben haben.

Ueber die von der königlich ungarischen Regierung jeweilig verfügten Spitalsverweisungen welche zur h. o. Kenntnis gelangen, wird der k. k. periodische Mittheilung gemacht werden.

Hiernach wolle die k. k. einvernehmlich mit dem Landesausschusse die po-

^{*)} Siehe Jahrg. 1894 d. Bl., S. 54.

^{**)} Siehe Jahrg. 1895 d. Bl. S. 319.

litischen Behörden zur entsprechenden Information | der Verwaltungen der öffentlichen Krankenanstalten mit den erforderlichen Weisungen | versehen.

Schliesslich wird die k. k. ein geladen, über die Häufigkeit der Spitalsverweisungen aus Krankenanstalten des dortigen Verwaltungsgebietes und über die Wahrnehmungen und Erfahrungen, welche von der k. k. hinsichtlich der Handhabung und des Erfolges der Maassnahmen zur Hintanhaltung ungerechtfertigter Inanspruchnahme der öffentlichen Krankenpflege durch Spitalsverwiesene gemacht wurden, bis 31. December 1902 zu berichten.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 21. Juni 1902, Z. 25403,

an sämmtliche politische Landesbehörden,

betreffend die Anerkeunung des Oeffentlichkeitsrechtes des neuen bosnisch-hercegovinischen Bezirksspitales in Gorazda durch die autonomen Landesverwaltungen.

Laut Note des k. u. k. gemeinsamen Ministeriums in Angelegenheiten Bosniens und der Hercegovina vom 14. Juni 1902, ad Z. 6542 B.H., ist am 1. Mai 1902 ein neues bosnischhercegovinisches Bezirksspital in Gorazda als öffentliches Spital eröffnet worden.

Die Verpflegstaxe in dieser Krankenanstalt, die ebenso verwaltet und eingerichtet ist, wie die im h. o. Erlasse vom 20. November 1894, Z. 29673,*) erwähnten Bezirksspitäler, beträgt, wie in diesen, 1 K 20 h per Tag.

Hievon wird die k. k. über Anlangen des obbezeichneten k. u. k. Ministeriums mit der Einladung in Kenntnis gesetzt, hinsichtlich der Anerkennung des Oeffentlichkeitscharakters des Bezirksspitales in Gorazda die Zustimmung des dortigen Landesausschusses einzuholen und die diesfällige Verlautbarung im Landesgesetz- und Verordnungsblatte zu veranlassen.

Mehrere Exemplare des betreffenden Verordnungsblattes wolle die k. k. zum h. o. Amtsgebrauche vorlegen.

Erlass der k. k. Landesregierung in Kärnten vom 24. Mai 1902, Z. 9756.

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend Concursausschreibungen für erledigte Bezirkshebammenposten.

Bei Concursausschreibungen um erledigte Bezirkshebammenstellen kommt es naturgemäss häufig vor, dass sich ausser Competentinnen aus dem betreffenden politischen Bezirke auch solche aus benachbarten oder anderen politischen Bezirken des Landes, über deren Würdigkeit und Qualification der ausschreibenden Behörde meistens nichts näheres bekannt ist, bewerben.

Nachdem bei Beurtheilung mehrerer Bewerberinnen auf ihre dienstliche Tauglichkeit nur jene Umstände und Daten in das Gewicht fallen können, welche in objectiver, d. i. amtlicher oder amtsärztlicher Weise festgestellt sind, erscheint es nothwendig, dass die politische Behörde, welche den Vorschlag zur Besetzung des Bezirkshebammenpostens zu erstatten hat, auch in Kenntnis jener Umstände gelange, welche für oder wider die Würdigkeit einer Competentin aus einem fremden politischen Bezirke des Landes sprechen.

Dies wird dadurch ermöglicht, dass Bewerberinnen aus solchen Bezirken gehalten werden, ihre Gesuche um Verleihung einer Bezirkshebammenstelle in einem anderen Bezirke des Landes immer nur im Wege der ihnen vorgesetzten k. k. Bezirkshauptmannschaft (beziehungsweisedes Stadtmagistrates) vorzulegen, welch' letztere Behörden ein kurzes Gutachten über die Qualification der Competentin dem Gesuche anzuschliessen haben werden.

Die k. k. Landesregierung findet sich daher veranlasst, zu verfügen, dass in allen künftigen Concursausschreibungen für erledigte Bezirkshebammenstellen die Bestimmung aufgenommen werde, dass die Gesuche "bis zu dem

^{*)} Siehe Jahrg. 1894 d. Bl., S. 672.

cigenen politischen Bezirkes direct an die ausseineibende Behörde, von solchen aus anderen politischen Bezirken des Landes aber im Wege der zuständigen vorgesetzten Bezirkshauptmannschaft (beziehungsweise Stadtmagistrates) einzureichen sind, wid-

rigenfalls dieselben einer Berücksichtigung kaum unterzogen werden könnten".

Die politischen Behörden, welchen derartige Gesuche zum Zwecke der Begutachtung zukommen, werden ferner beauftragt, dieselben mit thunlichster Beschleunigung weiter zu befördern.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Krain. In den am 14. April und 10. Mai l. J. abgehaltenen Sitzungen wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber den von Prof. Wladimir Krasky in Prag ausgearbeiteten Plan für die Canalisirung Laibachs.
- 2. Ueber den Recurs des Besitzers eines Warmbades gegen das Verbot der Vornahme des Schröpfens durch Nichtärzte.
- 3. Ueber das Project wegen Herstellung von Tobzellen in einer Privat-Irrensiechenanstalt.
- 4. Ueber die Zulassung der Verwendung von Sargschirmen bei Beerdigungen in zewöhnlichen Erdgräbern.
- 5. Ueber die Auflassung des Sanitätsdistrictes Rieg und Creirung eines neuen. Districtes in Petrioje.
 - 6. Vorschläge für die Besetzung mehrerer Bezirkshebammenstellen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Frankreich. Auf dem vom La Plata in Marseille eingetroffenen Messagerie-Transportdampfer "Espagne", welcher nach der Landung der Passagiere in Beobachtung verblieb, ist ein Matrose unter pestverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Der Kranke ist im Lazarethe in Frioul untergebracht.

Schweiz. Mit Bundesrathsbeschluss vom 12. Juni 1. J. wurden die Bezirke von Rio de Janeiro, Smyrna und Umgebung und von Constantinopel als pestfrei erklärt und die gegen dieselben angeordneten Schutzmassnahmen aufgehoben; hingegen wurden Sydney, Freemantle, Madagaskar, das englische Schutzgebiet in Ostafrika, Pernambuco, Porto Alegre und Buenos Ayres für pestverseucht erklärt, und werden gegen dieselben die durch den Bundesrathsbeschluss vom 19. Jänner 1900 in Kraft gesetzten Bestimmungen der Verordnung vom 30. December 1899 (Artikel 23-35, Ueberwachung der Reisenden im Ankunftsorte, und Artikel 37-48, Waren- und Gepäcksverkehr) zur Anwendung gebracht.

Türkei. Die bezüglich der Warenausschiffung im Hafen von Beirut getroffene Verfügung (S. 297 d. Bl.) wurde dahin abgeändert, dass die für den Pestkeim unempfänglichen, für Beirut bestimmten Waren von den daselbst in Quarantaine befindlichen Schiffen sofort ans Land ausgeladen werden können.

Britisch-Ostafrika. (S. 297.) In Nairobi sind in der Zeit vom 19. Mai bis zum 13. Juni keine weiteren Pestfälle aufgetreten. Es wurden daher daselbst alle Verkehrsbeschränkungen behoben.

Capcolonie. (S. 311.) In der Woche vom 18. bis 24. Mai sind in Port Elizabeth 2 neue Erkrankungen an Pest beobachtet und eine Pestleiche aufgefunden worden.

Madagaskar. (S. 297.) In Majunga wurden seit dem Ausbruche der Epidemie (19. Mai) bis zum 14. Juni 1. J. 85 Todesfälle an Pest verzeichnet, von welchen 2 Europäer betrafen.



Australien. Queensland (S. 297.) In der Woche vom 27. April bis 3. Mai I. J. sind 9 Erkrankungen und 2 Todesfälle und in der folgenden, am 10. Mai abgelaufenen Woche 9 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Pest, sämmtliche in Brisbane, beobachtet worden.

Cholera. Türkei (S. 297.) In Jambo wurden vom 23. bis 28. Mai l. J. 11 Choleratodesfälle beobachtet; vom 29. Mai bis 2. Juni ist kein neuer Fall aufgetreten. Medina ist in der Zeit vom 26. Mai bis 8. Juni cholerafrei geblieben.

In Assyr (S. 298) sollen die ersten Choleraerkrankungen in Omel Hassim, einem nördlich von Sabia gelegenen Dorfe mit 22.000 Einwohnern, welche in ungünstigen hygienischen Verhältnissen in Rohr- und Binsenhütten leben, bald nach der Rückkehr der Pilger aus dem Hedjaz aufgetreten sein.

Vermischte Nachrichten.

Niederösterreich. Kataster der Gemeindeärzte und der Sanitätsdistricte. Mit Erlass vom 11. April 1902. Z. 35657, hat die niederösterreichische Statthalterei den unterstehenden Bezirksbauptmannschaften Formularien zur Ausfüllung übermittelt, um für einen Kataster der bestehenden Sanitätsdistricte und der Gemeindeärzte einerseits bei den Bezirksbehörden, anderseits bei der Statthalterei und bei dem Landesausschusse die nothwendigen Daten zu beschaffen. Die Rubriken dieser Grundbuchsblätter sind:

A. Für die Sanitätsdistricte: 1. Politischer und Gerichtsbezirk, 2. Sanitätsdistrict a) Name desselben, Wohnsitz des Gemeindearztes, Einwohnerzahl, Flächenraum in Quadrat-Kilometern, 3. Bezüge der Gemeinde Sanitätsorgane, und zwar Landessubvention, Beiträge der Gemeinden. Andere fixe Bezüge (Wohnungsbeiträge, eventuell Naturalquartier, Cassen-Bahn-, Herrschafts-Arztesstelle, Armenbehandlung etc.), 4. Privatpraxis (sehr einträglich, einträglich, gering, sehr gering), 5. Name des Arztes, 6. Anmerkung (Terrain- und Besiedelungsverhältnisse, geschlossene Ortschaften oder zerstreute Häuser, Communication und allfällige weitere in den Rubriken nicht enthaltene Daten).

B. Für die Gemeindeärzte: 1. Datum der Ausstellung des Katasterblattes, 2. Name, Geburtsort und Jahr. Zuständigkeit, Religion, Stand (bei Verheirateten Zahl und Alter der Kinder), Promotion (Ort und Zeit) des Arztes, 3. Sanitätsdistrict und Wohnsitz des Arztes. Datum und Zahl des Anstellungsdecretes, 4. frühere Verwendung (Ort und Zeit derselben, 5. Bezüge: Landessubvention, Beiträge der Gemeinden, andere fixe Bezüge, 6. Anmerkung.

Stelle eines Chirurgen für das Marinespital in Sulina. Die Europäische Donau-Commission in Galatz hat die Bestellung eines Chirurgen für das Marinespital in Sulina beschlossen. Bewerber um diese Stelle müssen Doctoren der Medicin (gesammten Heilkunde), der englischen Sprache mächtig sein und eine entsprechende Ausbildung als Operateur nachweisen. Der zu bestellende Arzt hat sich contractlich zu einer mindestens dreijährigen Dienstleistung zu verpflichten. Nebst freier Wohnung werden dem bestellten Arzte fixe Bezüge von 8000 bis 10.000 Francs zugesichert. Die belegten Bewerbungsgesuche sind direct an die Europäische Donau-Commission in Galatz, Rumänien, einzusenden.

Stand der Blattern und des Flecktyphus Blatternerkrankungen sind seit 7. Juni nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 25. Juni bis 1. Juli l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bohorodczany: Kryczka 3; Drohobycz: Gaje wyzne 4; Horodenka: Czernelica 2, Korniow 14, Zukow 1; Jaworow: Jaworow 4, Lubienie 7; Kalusz: Siwka wojnilowska 2; Mościska: Laszki gościncowe 2; Nadworna: Nadworna 7; Peczeniczyn: Berezow wyzny 10; Podhajce: Burkanow 3; Przemyślany: Poltew 1; Skalat: Nowosiolka skalacka 4; Stanislau: Kolodziejow 2, Stanislau 2; Tarnopol: Stechnikowce 1; Tlumacz: Babianka 1, Delawa 4, Holoskow 2, Kolince 3, Strupkow 1, Winegrad 2; Zloczow: Krasnosielce 1.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

In der Bukowina im politischen Bezirke Kotzman: Kriszczatek 4.*)

^{*)} Aus Galizien eingeschleppt.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER
Ministerialrath im Ministerium des Innern

nnd

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12.-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 10. Juli 1902.

Nr. 28.

Inhalt. Der neue Schlachthof in Warnsdorf. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass der Landesregierung in Kärnten, betreffend die Matriculirung von Todesfällen des activen Militärstandes in den Civilmatriken und Ausschluss solcher Fälle von der Aufnahme in die sanitätsstatistische Berichterstattung; Erlass der Statthalterei für Oberösterreich, betreffend die Durchführung und Ueberwachung der öffentlichen Impfung und die Benützung der Tegminverbändchen für dieselbe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Der neue Schlachthof in Warnsdorf.

Von Dr. Eduard Quirsfeld, k. k. Bezirksarzt in Rumburg.

Die rasche Entwicklung, welche die gegenwärtig 22.000 Einwohner zählende Stadt Warnsdorf in den letzten zwei Decennien erfahren hatte, und die namentlich durch zahlreiche neue Industrieanlagen gefördert wurde, hatte mannigfache sanitäre Missstände im Gefolge, welche nur durch eine gründliche und systematische Assanirungsaction beseitigt werden konnten. Die Stadtgemeindevertretung hat sich dieser Aufgabe in anerkennenswerther Weise unterzogen. Die Mittel hiezu wurden ihr durch eine Millionen-Anleihe geboten. Diese Anleihe ermöglichte es, eine allen Anforderungen entsprechende Wasserleitung zu errichten, ein Siechenhaus*) und zwei mustergiltige Schulgebäude zu erbauen und den schon seit Jahren gehegten Plan der Errichtung eines centralen Schlachthofes, durch welchen den sanitären Unzukömmlichkeiten der zahlreichen Privatschlachtstätten allein ein Ziel gesetzt werden konnte, zur Ausführung zu bringen.

Der Baugrund, auf welchem das neue Schlachthaus errichtet wurde, ist durch Eintausch eines zu diesem Zwecke angekauften Grundstückes vom fürstlich Liechtenstein'schen Fideicommissbesitze erworben worden. Derselbe liegt im VI. Stadtbezirke an der Peripherie der Stadt, südlich der Strasse Niedergrund-Warnsdorf, an der Kreuzungsstelle der böhmischen Nordbahn und vorgenannter Strasse, eirea $400 \, m$ vom Bahnhofe Niedergrund der genannten Bahn entfernt; westlich befinden sich in unmittelbarer Nähe nur wenige bewohnte Objecte, südlich grenzt er an den Bahnkörper, nördlich an die Gemeindestrasse und östlich an die Aerarialstrasse. Der Bauplatz umfasst eine Bodenfläche von $4.8 \, ha$, ist eben, geräumig, von zwei Seiten durch Strassenzüge zugänglich. Die herrschenden West- und Nordwestwinde sind für die nahe bewohnte Umgebung ausnehmend günstig, da die Ausdünstungen der Anlage

^{*)} Siehe S. 37 d. Bl.

von diesen Winden direct über weite Wiesen- und Ackergründe dem nahen Lausitzergebirge zugeführt werden.

Die Untergrundverhältnisse sind günstig; eirea 40 cm Humus, dann dicht mit Sand untermischter Lettenboden.

Das Terrain fällt gegen Südosten, vom Haupteingange gegen die Sanitätsabtheilung, mit geringem Gefälle ab, wodurch es möglich wurde, nicht allein sämmtliche Canäle von der vorüberführenden Strasse abwärts in diese Richtung zu leiten, sondern auch alle Stallungen, das Düngerhaus, die Dungstätte und die Contumazanlage der herrschenden Windrichtung entsprechend südlich der Hauptobjecte, somit genügend entfernt von der Strasse anzulegen.

Von den $48\,ha$, welche der Bauplatz gross ist, sind $3000\,m^2=30\,a$ mit den zehn einzelnen Gebäuden der Anlage bebaut, und bleiben somit $45\,ha$ unverbaut; überdies hat sich die Stadt ausserhalb der Anlage und anschliessend an diese im Südwesten derselben eines geräumigen Platzes für einen eventuellen Viehmarkt versichert.

Der Schlachthof ist im Hallensysteme im deutschen Renaissancestyl in Robbauziegeln mit Lisenen in Romancement ausgeführt und mit glasirten Dachfalzziegeln eingedeckt.

Die Hauptfront der Anlage (siehe Fig. 1, Situationsplan) ist gegen die Aerarialstrasse zu situirt; an derselben befindet sich links das Restaurations- und rechts das Verwaltungsgebäude; zwischen diesen Gebäuden ist die Einfahrt in den Schlachthof gelegen. Im Centrum des Schlachthofes befindet sich ein grosser Gebäudecomplex, welche die Kühlhalle, das Kessel- und Maschinenhaus, sowie den Wasserthurm umfasst.

Rechts von der Kühlhalle ist die Gross- und Kleinviehschlachthalle, links der selben die Schweineschlachthalle angeordnet. Hinter den beiden Schlachthallen befinden sich die zugehörigen Viehstallungen, hinter dem Kühlhause das Dünghaus und zu beiden Seiten des letzteren die Abladerampen für Grossvieh und Schweine, bis zu welchen das Schleppgeleise der böhmischen Nordbahn führt; gegenüber der Abladerampe für Schweine auf der anderen Seite des Schleppgeleises ist die Abladerampe für das verseuchte Vieh angebracht, von wo aus dasselbe in die rückwärts gelegene Sanitätsabtheilung, ohne dass es mit anderen Thieren der Anlage in Berührung kommt, gebracht werden kann.

Die Wagenremise, sowie die Stallung für die Pferde der Schlächter, sind hinter dem Restaurationsgarten als Abschluss der Anlage gegen den Fahrweg nach Niedergrund situirt; an diese schliessen sich, in unmittelbarer Nähe der Schweineschlachthalle, das offene Flugdach der Sommerstallungen für Schweine und die Hundekäfige an.

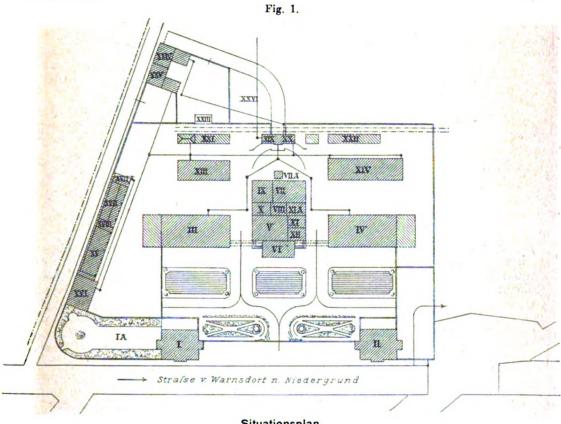
Im Nachstehenden sollen die einzelnen Theile der Anlage eingehender besprochen werden:

Das Restaurationsgebäude (siehe Situationsplan, Object I) nimmt die vordere linke Ecke der Anlage ein. Dasselbe hat eine bebaute Bodenfläche von 2144 m² und besteht aus zwei Stockwerken. Zur ebenen Erde befinden sich die Gastzimmer und dessen Nebenräume, im ersten Stocke die Wohnung des Restaurateurs eines Schlachthofbediensteten, sowie vier Fremdenzimmer. Das Gebäude ist ausschliesslich von der Strassenseite zugänglich und wird mit dem anstossenden, geräumigen Restaurationsgarten vollständig vom Schlachthofe abgeschlossen bleiben.

Das Verwaltungsgebäude (Situationsplan, Object II) besteht aus dem

Das Verwaltungsgebäude (Situationsplan, Object II) besteht aus dem Hochparterre und einem Stockwerke. Im Hochparterre befinden sich rechts die Räumlichkeiten für die Fleischbeschau, das Cassenlocal, ein Amtszimmer für den Thierarzt, welcher zugleich Schlachthofdirector ist; links ist die Wohnung des Hallenmeisters und ein Zimmer für die Trichinenschau. Im ersten Stockwerke ist die Directorswohnung mit 4 Zimmern und Küche nebst Badezimmer und 1 Vorzimmer

für den Diener des Directors untergebracht. Die Wohnung des Directors ist getrennt vom Zugange zu den Kanzleien im Hochparterre und hat ihren Zugang von der Strasse. Das ganze Gebäude hat eine bebaute Bodenfläche von 214.4 m2, ist unterkellert und derart angelegt, dass in den Kellerräumen eventuell eine Freibank, direct von aussen zugängig, angebracht werden kann, wenn man nicht vorziehen will, dieselbe in der Contumazhalle zu belassen. So lange diese Räume gedachtem Zwecke nicht zugeführt werden, dienen sie als Wohnung für einen Schlachthofbediensteten.



Situationsplan.

Der Raum zwischen dem Restaurations- und Verwaltungsgebäude einerseits und den eigentlichen Betriebsgebäuden anderseits, wurde zu schönen Gartenanlagen und breiten Fahr- und Gehwegen verwendet.

Auf der vom Hauptportale nach dem Inneren der Anlage führenden 6 m breiten Fahrstrasse gelangt man geradeaus zu dem Gebäudecomplexe, welcher die Kühlanlage, das Kessel- und Maschinenhaus etc. enthält; rechts von diesem Gebäudecomplexe ist die Grossviehschlachthalle (Situationsplan, Object IV und Fig. 2) situirt. Dieselbe dient gleichzeitig auch als Schlachthalle für das Kleinvieh (Kälber, Schafe etc. mit Ausnahme der Schweine).

Die Halle ist 20 m lang, 12.50 m breit, 5.50 m hoch und entspricht somit einem Bodenflächenausmaasse von 250 m². Sie ist mit einem Cementgewölbe in Traversen abgedeckt; der Fussboden ist aus rein gearbeiteten, diagonal gelegten Granitplatten hergestellt; die Wände sind auf eine Höhe von 2m mit einem glatten Cementverputze versehen und mit Porzellan Emailfarbe angestrichen.

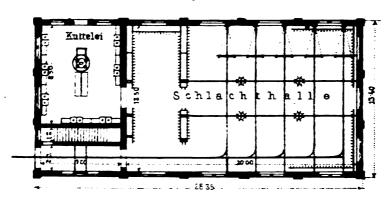
Die Decke der Schlachthalle wird von 6 starken, eisernen Säulen getragen, an welchen die Wasserleitungsrohre herabführen.

Zwei grosse pyramidentörmige, in Rabitzwänden hergestellte Schlotte führen als

Ventilatoren bis über das Dach hinaus.

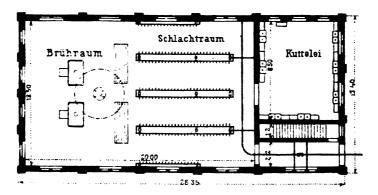
Für die Frischluftzusuhr ist durch horizontal bewegliche Ventilations-Jalousien an allen Fenstern gesorgt, welche sich ungefähr 50 cm über dem Fussboden befinden Leberdies sind an diesen Fenstern verstellbare, um eine horizontale Achse drehbare. Klappflügel angebracht.

Fig. 2.



Für Warm- und Kaltwasserzuleitung ist genügend Sorge getragen. Es befinden sich zu diesem Zwecke an den Wänden zahlreiche Auslaufhähne, an welche nach Bedarf Wasserschläuche angeschraubt werden können, um jeden Theil dieses Schlachtraumes reinigen zu können.

Fig. 3.



Die Schlachthalle hat für jetzt 4 Schlachtstände und ebensoviele Aufzugwinden; deren Zahl kann aber auf 6 erhöht werden. Für das Kleinvieh ist an der westlichen Stirnseite ein $5 \times 12 m$ grosser Stechraum eingerichtet.

Die Einrichtung dieser, sowie der anderen Schlachträume ist nach dem neuesten Systeme getroffen; sie bietet den Vortheil, dass jede Winde nach dem Aufziehen des geschlachteten Thieres sofort wieder für die nächste Schlachtung verwendet werden kann, während die aufgezogenen Thiere mittelst Laufkatzen auf den in einer Höhe von 4.50 m vom Fussboden liegenden Geleisen an jeden Platz der Schlachthalle gebracht werden können. Ausserdem ermöglicht gerade diese Transporteinrichtung

die leichteste Ueberführung des geschlachteten, noch unzerlegten Thieres, sowohl zur

Kühlhalle, als auch zu den Transportwägen der Fleischer.

Die Schienengeleise der Hochbahn in den Schlachthallen, welche mittelst sinnreich eingerichteter, einfacher Weichen mit den Trägern der Schlachtstände in Verbindung stehen, führen durch einen 2·20 m breiten Gang, in welchem das mittelst der Laufkatzen bisher geschobene Thier zur am äussersten Ende des Ganges befindlichen Hängebahnwage gebracht werden kann, und von da durch den Ausgang ins Freie auf die bereitstehenden Transportwägen oder auf der Hängebahn weiter zum Mitteltracte der ganzen Schlachthofanlage, zur Kühlanlage. Die Bewegung auf dieser Transport-Hochbahn ist eine sehr leichte und schliesst jede Gefahr aus.

An jedem Schlachtstande ist ein Anbindering angebracht, der im Fussboden festgeankert ist und zum Einhängen der Fesselkette dient. Zur Tödtung der Rinder werden Schlagmasken, auf welche der Schlag mittelst eines Schlegels geführt wird,

verwendet.

Für die Schlachtung des Kleinviehes befinden sich an den einzelnen Schlachtständen mehrere in einer Entfernung von 25 cm an einem eisernen Rahmen sitzende Eisenhaken.

Von dem bereits erwähnten schmalen Gange, durch welchen die Hochbahn läuft, führt eine Thüre in den Waschraum, welcher gleichzeitig als Aufbewahrungsraum für die Kleidungsstücke der in den Hallen beschäftigten Fleischer dient; eine zweite Thüre führt zu den Bodenräumlichkeiten.

An den beiden Längswänden der im Rechtecke ausgeführten Halle befinden sich am Boden breite Gerinne, welche wie der Boden der ganzen Halle ein genügendes Gefälle zu den Sinkschächten haben, um alle Spülwässer abzuführen. Die Einfallschächte der hier beginnenden Canäle sind mit einem Gitter abgeschlossen und haben hydraulischen Verschluss; auch sind sie mit aushebbaren Sinkkästen versehen, die alle durch das Gitter fallenden festen und schlammigen Theile zurückhalten.

Im linksseitigen Theile der Rinderschlachthalle ist die Kuttelei situirt. Zu der selben führt aus der Schlachthalle eine 2m breite, eiserne Schubthüre aus Wellblech. Boden, Decke, Wände, Ventilation und Spülwässerabfuhr sind genau so eingerichtet, wie in der Schlachthalle selbst. In gleicher Weise ist die Wasserzufuhr und die elektrische Leitung angeordnet. Ein Ueberstreichen des Dampfes aus diesem Raume in die Schlachthalle ist ausgeschlossen.

In der Kuttelei befinden sich an den Wänden 31 Auslaufhähne mit 14 darunter angebrachten gusseisernen, innen emaillirten Becken zur Reinigung der Därme, den sogenannten Kaldaunenwäschegefässen. Zwischen diesen Becken sind je zwei Entfettungstischplatten angebracht. Ueber jedem Kaldaunenwäschegefässe befindet sich je ein Auslaufhahn der Kalt- und Warmwasserleitung. Die Gefässe selbst ruhen auf Consolen; über diesen 14 Gefässen sind gut verzinkte Wandhaken an eisernen Rahmen befestigt.

In der Mitte des Raumes steht ein grosses, rundes Wasserbecken, in welchem an einer eisernen Vorrichtung Ketten und Haken zur Befestigung grosser thierischer Theile angeordnet sind. Ausserdem sind hier drei gleich grosse, gemauerte und mit Cement verputzte, etwa $1^1/_2$ m hohe Wasserbecken situirt, welche für einen beständigen Wasserzu- und Wasserablauf eingerichtet sind. In diesen Wasserbecken wird das Abbrühen und Enthaaren bestimmter Körpertheile vorgenommen. Die Magen- und Darmtheile der Thiere werden behufs Entleerung ihres Inhaltes und behufs erster Ausspülung auf Karren in die Grobkuttelei (Düngerhaus) gefahren.

Aus der Schlachthalle, wie auch aus der Kuttelei führt je eine eiserne Thüre an

der den Stallungen zugekehrten Längswand ins Freie.

Die Schlachthalle ist für eine Maximaltagesschlachtung von 20-40 Stück Grossvieh und 40 Stück Kleinvieh bestimmt.

Die Schweineschlachthalle (Situationsplan, Object III u. Fig. 3) hat eine nahezu gleiche Bauart, wie die Rinderschlachthalle. Sie ist, wie diese, 20 m lang. 12:50 m breit, hat eine lichte Höhe von 5:50 m und ist in den Schlacht- und Brühraum und in die Kuttelei getheilt.

Die Decke dieses Schlachtraumes ist, wie jene der Rinderschlachthalle, aus Cementbeton in Traversen hergestellt und wird wie im Brühraum von gusseisernen, starken Säulen getragen, an denen Wasserleitungsrohre herablaufen. Die Säulen sind durch scht Reihen eiserner Rahmen mit verzinkten Haken in Uebermannshöhe verbunden.

Der Boden, die Wände, die Ventilation, das Gerinne, die Ablassöffnungen und die Transportbahn sind genau so hergestellt und eingerichtet, wie in der Rinderhalle: in derselben Weise sind auch die Wasserleitung und die elektrische Leitung in allen Räumen angeordnet.

Der Schlachtraum ist vom Brühraume durch eine aus der halben Raumhöhe autwärts führende, 5 cm starke Cementrabitzenwand getrennt, um das Ueberströmen des Brühbottichdampfes in den ersteren zu verhindern. Der Brühraum ist bis in den Dachraum erhöht und mit massiver Decke abgeschlossen.

An der Schmalseite des Brühraumes ist die 8 m lange, 15 m breite Tödtungbucht angelegt, welche mit einer 20 cm dicken, in Cementbeton ausgeführten,
gemauerten und 80 cm hohen Umfriedung versehen ist. In diese Tödtungs- oder
Stechbucht führt an der Schmalseite derselben, der gegen die Stallung zugewandten
Längswand des Gebäudes entsprechend, eine niedere, eiserne Schubthüre, durch
welche die Schweine eingelassen werden.

In der Entfernung von ungefähr 15 m von der Umfriedungsmauer der Stechbucht sind zwei grosse, gemauerte, mit Cementbeton ausgekleidete Brühbottiche angelegt; in jedem derselben können drei Stück Schweine gleichzeitig abgebrüht werden. Zu diesen Bottichen, welche am Boden eine Ablassöffnung in den Canal besitzen, führt die Kaltwasserleitung, sowie Dampfleitung zur Zuführung des Dampfes. Neben jeden Brühbottich ist ein Reinigungstisch aufgestellt, dessen Decke aus einer eichenen Holzplatte besteht. In der Mitte zwischen Bottichen und Reinigungstischen befindet sich der grosse Drehkrahn zum Ueberheben der gebrühten Schweine aus dem Brühbottiche auf die Tische. Von den Reinigungstischen führt ein Laufkrahn in den Schlachtraum, woselbst die geschlachteten Thiere ausgeweidet und zertheilt werden. Waage und Transportbahn, wie in der Rinderschlachthalle, ergänzen die Einrichtung dieser Halle.

In dem rechtsseitigen Theile des Schweineschlachthallenbaues befindet sich der Raum für die Kuttelei, in welchen man durch eine 1.5 m breite eiserne Schubthüre gelangt. Für jeden Schweineschlachtstand befinden sich hier in Entfernungen von 25 cm an einem eisernen Rahmen sitzende verzinkte Haken. Die Reinigung sämmtlicher Räume kann wie in jenen der Rinderschlachthalle durchgeführt werden. Die Kuttelei zur Reinigung der Schweinedärme enthält an jeder Wand gusseiserne, emaillirte Spültröge. Zwischen die Spültröge sind kleine Tische aus hartem Holze eingefügt. Ueber jedem Spültroge ist ein Kalt- und Heisswasserauslaufhahn angebracht. In der Mitte der Kuttelei befindet sich ein 50 cm hoher, aus eisernen Latten hergestellter Tisch zur Aufarbeitung der Weichtheile.

Die Schweineschlachthalle ist für eine Maximaltagesschlachtung von 70 Thieren bemessen.

In Mitte der Schlachthofanlage ist der Gebäudecomplex situirt, welcher die Kühlanlage sammt Kessel- und Maschinenhaus, sowie den Wasserthurm umfasst, und ein Bodenflächenausmaass von 6383 m² besitzt.

An der Stirnseite des Gebäudes befindet sich der Vorkühlraum (Situationsplan, Object VI), aus dem man in die Kühlhalle gelangt; an diese schliesst sich weiter nach rückwärts der Luftkühlraum, das Maschinenhaus, das Kesselhaus und der Wasser-

thurm an. An der rechten Seite der Kühlanlage und getrennt von dieser befinden sich zwei Räume, welche als Garderoben für die Meister und Gehilfen dienen, ferner Aborte und der Aufgang zum Wasserthurm und in die Dachräume. (Situationsplan, Object XI, XII u. XIA.) Die Garderoben sind zusammen $6\times 10\,m$ gross und können im Bedarfsfalle zur Vergrösserung der Kühlhalle einbezogen werden. Aus diesem Grunde sind die Wände derselben aus dem gleichen Materiale hergestellt, wie die Kühlhalle.

Die Kühlanlage selbst hat den Zweck, Aufbewahrungsräume für Fleisch zu bieten, in welchen stets gute und frische Luft von +2 bis 4°C. Temperatur und 70°/₀ Feuchtigkeit vorhanden ist. Das von den Schlachthallen auf den Transportbahnen hereingebrachte Fleisch wird bis zur völligen Abkühlung in dem Vorkühlraume belassen und nach der Abkühlung in die Kühlhalle selbst zur Aufbewahrung geschafft.

Der Vorkühlraum ist 50m hoch, 1150m lang, 6m breit und hat eine Bodenfläche von nahezu 70m². Die Wände sind 95cm stark und, wie die Wände der Kühlhalle, in ihrer ganzen Höhe mit einer doppelten Torfmullschicht ausgefüllt; an der dem Kühlraume zugewendeten Fläche sind sie mit einem glatten Cementverputz auf 2m Höhe versehen. Der Boden ist aus Cement wasserdicht hergestellt und gegen die Stirnseite zu geneigt; längs derselben ist er rinnenförmig vertieft und mit zwei Durchlassöffnungen in den Canal versehen. An der Trennungsmauer zwischen Vorkühl- und Kühlraum ist ein Wasserleitungshahn angebracht, welcher die Reinigung des Raumes mittelst Schlauch ermöglicht.

An der Decke des Raumes führt ein verzweigtes Holzrohrnetz, welches mit jenem in der Kühlhalle in Verbindung steht und bestimmt ist, kalte Luft dem Raume zuleiten, beziehungsweise die warme Luft wieder abzuführen. Die Temperatur beträgt stets +6 bis 8° C.

Die Kühlhalle selbst hat eine lichte Höhe von 3.4 m und ein Bodenflächenausmaass von $200 m^2$.

Die Decke ist in Traversen gewölbt, von einer 50 cm hohen Torfmullschichte, und darüber von einer 50 cm starken Aschenanschüttung überlagert.

Die Fenster sind doppelt; die Scheiben bestehen aus 50 mm dickem, geripptem Glase. Der Boden besteht aus einer starken Lehmschichte, über welcher eine Schichte von 60 cm Coakstiegel gelegt ist, die wieder von einer 15 cm hohen Cementbetonschichte bedeckt ist.

Die Erneuerung der Luft ist durch ein weitverzweigtes System von Holzschläuchen, welche an der Decke hinlaufen, ermöglicht. Durch einen Theil derselben wird die erwärmte Luft abgesaugt, durch den anderen Theil abgekühlte Luft zugeführt. Je nach dem Zwecke, dem dieselben dienen, haben sie entweder an ihrer oberen oder unteren Fläche zahlreiche Oeffnungen.

Die Zellen für die einzelnen Fleischer sind in zwei Doppelreihen angebracht und durch Gitter aus Eisenstäben, welche mit einem Oelanstriche versehen sind, von einander getrennt. Nach oben sind die Zellen mit einer Drahtdecke abgeschlossen. Sie sind $2.50\,m$ hoch und mit festen und beweglichen verzinnten Haken ausgestattet. Die Gänge zwischen je zwei Zellenreihen sind $1.2\,m$ breit. Es bestehen 11 Zellen zu $3\,m^2$, 10 zu $4\,m^2$, 5 zu $5\,m^2$ und 1 zu $6\,m^2$. Die eine Reihe der Zellen hat Schubthüren, die andere hat Thüren, die in Angeln drehbar sind. An jeder Seite dieser Gänge läuft am Boden eine gegen die Mitte geneigte, breite Rinne, woselbst sich die Durchlassöffnung zum Sinkkasten befindet

An mehreren Stellen sind Auslaufhähne der Wasserleitung behufs Reinigung der Räume angebracht. Als künstliche Beleuchtung ist elektrisches Licht eingeführt. Der Abfluss der Spülwässer ist ebenso geregelt, wie die in den Schlachthallen.

Zur Erzeugung der Kälte wurde das Kohlensäure-Kühlverfahren gewählt. Die hiezu erforderlichen Maschinen sind in den Maschinenräumen hinter der Luftkühlhalle (Situationsplan, Object IX u. X) untergebracht.

Der Vorgang der Kälteerzeugung ist nachstehender:

In dem durch einen Motor getriebenen Compressor wird die Kohlensäure verdichtet und gelangt im verdichteten Zustande in das Rohrsystem des Condensators. Hier werden die comprimiten Kohlensäuredämpfe durch das Kühlwasser, welches die Rohrspiralen umgibt, verflüssigt. Die so verflüssigte Kohlensäure passirt dann ein Reductionsventil und kommt in ein weiteres Rohrsystem, in welchem sie verdunstet (Refrigerator). Dies ist der eigentliche Kühlapparat. Durch die Verdunstung der durch das Regulirventil eintretenden Kohlensäure wird die Kochsalzlösung, welche die Spiralen umgibt auf —4° C. gekühlt. Diese Kochsalzlösung wird nun von den beiden Circulationspumpen in einem Rohrsysteme derart in Bewegung gesetzt, dass sie immer wieder aufs neue abgekühlt wird. Die abgekühlte Salzwasserflüssigkeit wird einem Behälter zugeführt, in welchem etagenförmig übereinander Blechpfannen mit geringen Gefälle aufgestellt sind, und durch fächerförmige Auslaufventile über diese Pfannen in ein Bassin abgeleitet.

Aus diesem Pfannensysteme, welches mit einer Holzverschalung ziemlich dicht abgeschlossen ist, wird die durch das Salzwasser stark abgekühlte Luft durch den Ventilator abgesaugt und dem eigentlichen Kühlraume durch Holzschläuche zugeführt, während die wärmere Luft durch andere ebenfalls an der Decke angebrachte Holzschläuche wieder diesem Luftkühlapparate zugeleitet wird, wodurch eine ständige Lufteireulation erhalten ist.

Damit jedoch nicht immer dieselbe Luft, wenn auch abgekühlt, in die Kühlhalle zugeführt werde, so ist noch ein zweiter Ventilator angebracht, der mit der Aussenluft in Verbindung steht und die Luft der Kühlhalle nach Bedarf wechselt.

Für die Kälteerzeugung wurde dem Kohlensäureverfahren vor den übrigen der Vorzug gegeben wegen der vollständiger Geruchlosigkeit und des chemisch indifferenten Verhaltens der Kohlensäure, das eine Gefährdung des zu kühlenden Fleisches, sowie des Personales ausschliesst.

Die Kühlanlage bleibt Sommer und Winter geöffnet, und wird darauf Bedacht genommen, dass aus ökonomischen Rücksichten dieselbe nicht öfter als 2—3 mal des Tages aufgesucht wird. Kunsteiserzeugung findet vorläufig in dieser Anlage nicht statt, sie ist einer späteren Zeit vorbehalten. (Schluss folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k. k. Landesregierung in Kärnten vom 14. Mai 1902, Z. 8874,

an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Villach*)

betreffend die Matriculirung von Todesfällen des activen Militärstandes in den Civilmatriken und Ausschluss solcher Fälle von der Aufnahme in die sanitätsstatistische Berichterstattung.

Mit dem Berichte vom 30. März 1902, Z. 9884, hat die k. k. Bezirkshauptmannschaft die Anfrage anher gerichtet, ob Todesfälle beim k. k. Militär in die Ausweise über die Volksbewegung und Sterblichkeit der politischen Behörden einzutragen sind.

Diesbezüglich wird der k. k. Bezirkshauptmannschaft eröffnet, dass derlei Fälle von den zur Führung der Militärmatriken delegirten Civilpfarrämtern ohne Numerus currens in die Matriken eingetragen, und sodann den betreffenden Militärpfarrämtern mitgetheilt werden.

In der weiteren Folge werden diese Todesfälle militärischerseits statistisch verwerthet, und erscheint diesbezüglich eine über Anordnung des

Digitized by Google

^{*)} In Abschrift an alle übrigen unterstehenden Behörden zur Kenntnis und Darnachtung ergangen.

k. und k. Kriegsministeriums von der III. Section des k. und k. Militärcomité bearbeitete Geimpften zu den Impffähigen. Dieser Ausjährliche Statistik der Sanitätsverhältnisse der fall betrifft sowohl die allgemeine öffentliche
Mannschaft des k. und k. Heeres.

Derlei Todesfälle gehören daher nicht in die Quartalausweise über die sanitätsstatistischen Verhältnisse der Civilbevölkerung. Damit stimmt die Thatsache überein, dass der Berechnung des Mortalitätspercentes in letzteren Ausweisen stets die in den Ortsrepertorien verzeichnete Civilbevölkerung zu Grunde gelegt wird, in welcher active Militärpersonen nicht inbegriffen sind.

Anderseits bietet auch die mit den hierämtlichen Erlässen vom 21. Februar 1895, Z. 2329 und 29. April 1895, Z. 5383, bekannt gegebene "Anleitung für die Matrikenämter zur Lieferung statistischer Auszüge aus den Matrikenbüchern"*) keinen Anhaltspunkt zur Rechtfertigung der Aufnahme von Todesfällen activer Militärpersonen in die genannte Statistik, und haben nach eingeholter Information die übrigen politischen Bezirksbehörden Kärntens demgemäss auch thatsächlich niemals derlei Todesfälle in den genannten Quartalausweisen verzeichnet.

Das dortige Civilpfarramt ist demnach als zur Führung der Militärmatriken delegirtes Amt zu ersuchen, von nun an bis auf Weiteres Todesfälle von activen Militärpersonen ohne Numerus currens in den Matriken zu führen und diese Todesfälle lediglich den Militärpfarrämtern zur Anzeige zu bringen, nicht mehr aber in die statistischen Auszüge D der Volksbewegungsausweise aufzunehmen.

Erlass der k. k. Statthalterei für Oberösterreich vom 26. März 1902, Z. 6657,

an alle Bezirkshauptmannschaften und die Stadtgemeinde-Vorstehungen in Linz und Steyr, betreffend die Durchführung und Ueberwachung der öffentlichen Impfung und die Benützung der Tegmiuverbändchen für dieselbe.

Der Summarausweis über die Impfung im Vorjahre ergab neuerlich ein nicht unbedeuten-

Geimpften zu den Impffähigen. Dieser Ausfall betrifft sowohl die allgemeine öffentliche Impfung, wie auch die Impfungen und Wiederimpfungen in den Schulen. Um dem von Jahr zu Jahr stetig ungünstiger werdenden Impfzustande der Bevölkerung, der im Falle des Einschleppens von Blatternepidemien die schwerwiegendsten Folgen nach sich ziehen müsste, nach Möglichkeit zu begegnen, ist es unbedingt nöthig, dass nicht blos die Vorarbeiten zur Impfung und die Vornahme der Impfung selbst in exacter Weise ausgeführt werden, sondern es müssen seitens der mit der Leitung des Impfgeschäftes betrauten Impfärzte alle Momente berücksichtigt und erhoben werden, welche die Indolenz, beziehungsweise den Indifferentismus der Bevölkerung verursachen oder die offen kundgegebene Impfgegnerschaft begründen. Zu diesem Zwecke sind Parteien, welche ihr impfpflichtiges Kind aus nicht stichhältigen Gründen oder ohne Angabe eines Grundes dem Impfsammelplatze nicht zuführen, im Wegeder Gemeindevorstehung nochmals für den Controltag vorzuladen. Parteien, welche keiner dieser behördlichen Aufforderungen nachkommen, sind vom k. k. Amtsarzte protokollarisch über die Gründe der Impfverweigerung einzuvernehmen, gegen dieselben, falls sie der Vorladung nicht entsprechen sollten, im Sinne der kaiserl. Verordnung vom 20. April 1854, R. G. Bl. Nr. 96, vorzugehen.

Derart aufgenommene Protokolle sind dem Impfberichte unter eingehender Schilderung der obwaltenden Verhältnisse anzuschliessen.

Die wird eingeladen, ungesäumt die nöthigen Vorarbeiten für die diesjährigen Impfungen ins Werk zu setzen und sich hiezu der thatkräftigen Unterstützung der zur Mitwirkung verpflichteten Factoren, Impfärzte, Pfarrämter, Gemeindevorstehungen und Schulleitungen, zu versichern.

Bezüglich der Zusammenstellung der Impflisten wird auf die im h. ä. Erlasse vom 30. März 1894, Z. 6806, gegebenen Directiven verwiesen.

Als Impfärzte werden in der Regel die Gemeindeärzte zu bestellen sein, während dem

^{*)} Siehe Jahrg. 1895, Beilage zu Nr. 8.

Bezirksarzte die Vornahme der Impfung im | Wohnorte und die Leitung und Controle der Impfungen im Bezirke obliegt. Letztere ist Impfsammelplätzen insbesonders an nehmen, welche in den letzten Jahren auffallend ungünstige Impfergebnisse aufwiesen, und wird einer eingehenden Berichterstattung über die Impfcontrole anlässlich der Vorlage des Impfelaborates, welche zuverlässig bis längstens 1. October d. J. zu erfolgen hat, entgegengesehen. Sollten sich bei der Impfcontrole gröbere, der Betheiligung an der Impfung abträgliche Unzukömmlichkeiten in der Art der Vornahme der Impfung durch den bestellten Impfarzt ergeben, wird darüber zu berichten sein. den Impfprogrammen ist, wie in den Vorjahren, je ein Exemplar dem Landesausschusse und der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt einzusenden.

Auf eine exacte, den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Verfassung der Impfausweise ist sorgfältig Bedacht zu nehmen, und sind für dieselbe sowohl die betreffenden Gemeindebeziehungsweise Schulorgane, wie der Impfarzt verantwortlich zu machen.

Mangelhaft verfasste Impfausweise sind sofort zur Richtigstellung zurückzustellen.

Anlangend die Impftechnik werden, wie bereits mit dem h. o. Erlasse vom 2. November 1901, Z. 21162, mitgetheilt wurde, probeweise die Tegmin-Impfverbändchen vom Apotheker B. Rothziegel in Wien, deren Bestimmung die Verhütung einer Frühinfection der Impfwunde ist, in Anwendung zu bringen sein.

Zu diesem Behufe werden der die nöthigen Impfverbändchen in Päckchen für je 25 Impflinge zur Vertheilung an die Impfärzte in der zweiten Hälfte des Monates April zugemittelt werden. Dieselben sollen seitens der Impfärzte thunlichst in der Hälfte der von jedem ausgeführten Impfungen in nachstehender Weise in Anwendung gebracht werden:

Unmittelbar nach vollzogener Impfung wird auf den flachen Theil der Lanzettenspitze durch leichten Druck auf die geöffnete Tube ein für circa 3 Impfinsertionen ausreichender Tropfen Tegmin gebracht. Mit der so armirten Lanzette werden die Impfinsertionen nacheinander mit Tegmin überstrichen.

Sodann wird mit der Lanzette, an deren Spitze noch ein Rest von Tegmin haftet, eine Lage Zellstoffscheibehen (Disci ad Tegminum) dem Carton, beziehungsweise einer Papierkapsel entnommen und durch leichtes Andrücken an die von den Impfstellen eingeschlossene Hautpartie noch fester an die Lanzette fixirt.

Hierauf werden durch rasches, leichtes Antupfen mit der freien Seite der Scheibehenlage die mit Tegmin bestrichenen Impfstellen nacheinander mit je einer Zellstofflamelle versehen.

Der so geschaffene Verband trocknet sehr rasch und erfüllt den Zweck vollkommen, das Hineingelangen pathogener Keime in die frische Impfverletzung hintanzuhalten und die Glycerinlymphe sicher zu fixiren. Durch Letzteres wird der Gefahr vorgebeugt dass der Impfstoff auf von Epidermis entblösste oder ekzematöse Hautstellen übertragen werde und hiedurch Complicationen entstehen.

Die Impfärzte sind einzuladen, sich über ihre mit diesen Impfverbändehen gemachten Erfahrungen zu äussern, damit auf Grund derselben seitens des Landesausschusses, der in munificenter Weise die Kosten der probeweisen Verwendung der Verbändehen übernommen hat, ein Beschluss über die eventuelle allgemeine Einführung derselben gefasst werden kann. Als Zeit für die Vornahme der Impfungen wird thunlichst die erste Hälfte des Monates Mai in Aussicht zu nehmen sein.

Beim Auftreten von Infectionskrankheiten in grösserer Ausbreitung ist selbstverständlich die Impfung bis zu deren Erlöschen zu verschieben.

Sämmtliche Drucksorten für die Impfung sind wie in den Vorjahren beim Expeditor des niederösterreichischen Landesausschusses zu beziehen, der Impfstoff unter Anwendung der hiezu vorgeschriebenen, ebenfalls beim Landesausschusse erhältlichen Impfstoff bestellscheine bei der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien.

Zur Vermeidung von Doppelsendungen von Impfstoff wird die Einhaltung der Bestimmungen des h. a. Erlasses vom 15. März 1897, Z. 3904, in Erinnerung gebracht. Zusammenstellung der Impfkosten sind die Impfärzte anzuweisen, ihre Particularien bei sonstigem Anspruchsverluste binnen 14 Tagen der k. k. Bezirkshauptmannschaft vorzulegen, von welcher dieselben sodann ungesäumt

Behufs Ermöglichung der rechtzeitigen zur Liquidirungsveranlassung an den Landesausschuss zu leiten sind. Um die Impfung verdiente Persönlichkeiten, Impfärzte, Geistliche, Lehrer, Gemeindeorgane wollen üblicher Weise anher namhaft gemacht werden.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien.Reisende aus Constantinopel unterliegen vom 2. Juli an der ärztlichen Visite und Desinfection an der Grenze. Der Verkehr des Conventionalzuges und des Orientexpresszuges wird hiedurch nicht behindert.

Frankreich. Der an Pest erkrankte Matrose des Dampfers "Cambodge" (S. 311) ist genesen, jener des Dampfers "Espagne" (S. 319) befindet sich noch im Lazarethe in Behandlung.

Griechenland. Gegenüber Herkünften aus Constantinopel wurde vom 16. (29.) Juni an eine 48 stündige Quarantaine nebst Desinfection des Gepäckes der Mannschaft und der Passagiere III. Classe verfügt. Vom 19. Juni (2. Juli) an ist die Dauer der Quarantaine auf 5 Tage verlängert worden.

Gross-Britannien. In Gravesend (bei London) hat sich laut einer Mittheilung vom 1. Juli ein tödtlicher Pestfall ereignet. Der Betroffene war von einem aus Calcutta kommenden Dampfer ausgeschifft worden.

Türkei. In Constantinopel sind am 29. Juni 4 Erkrankungen an Pest constatirt worden. Drei Fälle betrafen eine aus Mutter und zwei Kindern bestehende Familie eines griechischen Koches, welche in Galata in einem in unmittelbarer Nähe des im Vorjahre innicirt gewesenen Stadttheiles gelegenen Häuschen wohnhaft war. Von diesen erkrankte am 25. Juni der 15 jährige Knabe unter Kopfschmerz, Schüttelfrost und Delirien; als am 28. Juni auch die Mutter und deren 8jährige Tochter von den gleichen Syptomen befallen wurden, und an dem zuerst erkrankten Knaben schmerzhafte Drüsenschwellungen in der rechten Leistengegend auftraten, erstattete der behandelnde Arzt die Anzeige wegen Pestverdachtes. Der vierte Fall wurde an einem 20 jährigen griechischen Bücker beobachtet, welcher in Stambul im Viertel Baluk-Bazar, wo im Vorjahre mehrere Pestfälle aufgetreten waren, beschäftigt gewesen war und wegen heftigen Unwohlseins im griechischen Spitale in Jedikulé Aufnahme gefunden hatte; an demselben wurde nach zweitägiger Krankheit am 29. Juni nebst auf Pestverdacht hinweisenden allgemeinen Erscheinungen ein kastaniengrosser Bubo in der rechten Leistengegend constatirt. Durch die bakteriologische Untersuchung sind bei diesem, wie auch bei dem zuerst erkrankten 15 jährigen Knaben Pestbaccillen nachgewiesen worden.

Die acht Bewohner der inficirten Bäckerei in Stambul, sowie die in Galata erkrankte Familie wurden in das städtische Lazareth von Selvi-Burnu (an der asiatischen Küste des oberen Bosporus) überführt. Die Isolirbaracke im griechischen Spitale und das inficirte Haus in Galata wurden unter Cordon gestellt; auch ist die Desinfection aller in Betracht kommenden

Localitaten sofort eingeleitet worden.

Nach dem örtlichen Vorkommen dieser Erkrankungen kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass dieselben mit den im Vorjahre beobachteten Pestfällen im Zusammenhange stehen.

Der Oberste Sanitätsconseil beschloss, alle Constantinopel verlassenden Reisende der ärztlichen Visite, sowie der Desinfection ihrer Effecten und der schmutzigen Wäsche zu unterziehen. Von der Desinfection sind nur die Passagiere des Orientexpresszuges befreit.

Aegypten. (S. 311.) In der Woche vom 12. bis 18. Juni sind insgesammt 5 Erkrankungen (und 1 Todesfall) an Pest zur Anzeige gelangt, und zwar in Alexandrien 4 (0) und im Districte Tukh 1 (1); in der folgenden, am 25. Juni abgelaufenen Woche wurden 6 Erkrankungen (und 5 Todesfälle) beobachtet, und zwar in Alexandrien 4 (3), im Districte Tukh 1 (1) und im Districte von Mellaoui, Provinz Assiout, (neu) 1 (1).

Britisch-Indien. (S. 311.) In Bombay wurden in den 2 aufeinanderfolgenden Woches vom 21. Mai bis 3. Juni 179, beziehungsweise 152 Erkrankungen und 174, beziehungsweise 137 Todesfälle, in Calcutta in den 2 Wochen vom 18. bis 31. Mai 205, 132 und in Kurachee in den 2 Wochen vom 17. bis 30. Mai 55, 61 Todesfälle an Pest ausgewiesen.

Capcolonie. (S. 311.) In der Woche vom 25. bis 31. Mai l. J. ist in der Colonie keisneuer Pestfall beobachtet worden.

Argentinien. Uruguay. (S. 226.) In Buenos Ayres und in Montevideo ist d. Pest seit 1. Mai erloschen.

. Cholera. Türkei. In Confudah (Arabien) wurden am 24. Juni 4 Erkrankungen und 1 Todesfall an Cholera beobachtet. Auch aus Doka, einem zwischen Lith und Confudah gelegenen Hafen, wird das Auftreten dieser Krankheit gemeldet.

Vom 1. bis 22. Juni sind in mehreren Dörfern des Caza Abu Arisch (S. 298) ins-

gesammt 60 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

In Salif, an der gegenüber Camaran gelegenen arabischen Küste, wurden vom 11. bis 13. Juni 5 Todesfälle und in Zeinia zwei choleraverdächtige Todesfälle an aus Salif angekommenen Arbeitern beobachtet.

Vermischte Nachrichten.

Aus dem Thätigkeitsberichte der Station für diagnostische Thierimpfungen im k. u. k. Militär-Thierarznei-Institute und der thierärztlichen Hochschule in Wien das für Jahr 1901 *) Im Jahre 1901 wurden in die genannte Station insgesammt 238 Präparate von wuthverdächtigen Thieren, darunter 225 Hunden, 9 Katzen, 1 Schaf, 1 Schwein, 1 Pferd und 1 Esel zurdägnostischen Untersuchung eingesendet. Die mit diesen Präparaten angestellten Thierversuchergaben in 140 Fällen ein positives Resultat; in 66 Fällen war das Ergebnis ein negatives während in 32 Fällen die Impfung wegen vorgeschrittener Fäulnis der eingesendeten Gehirntheile entweder misslungen oder gänzlich unterblieben ist.

Von den constatirten Wuthfällen sind im Jänner 5, im Februar 9, im März 7, im April 13. Mai 10, Juni 14, Juli 6, August 16, September 13, October 13, November 20 und im December 14 vorgekommen. Auf Niederösterreich entfielen 47 (Wien 6) auf Mähren 37, Steiermark 27, Böhmen 17, Krain und Schlesien je 4, Bukowina 2, Dalmatien und Kärnten je 1.

Von den durch den Thierversuch als wuthkrank constatirten Hunden sind ungefähr 120 Personen gebissen worden. Die genaue Zahl der Gebissenen liess sich nicht ermitteln, weil in einigen Berichten statt der bestimmten Zahl der Gebissenen nur "mehrere" Personen als verletzt angegeben waren. Von den Gebissenen waren in Niederösterreich 38, in Mähren 37, in Steiermark 15, in Böhmen 17, in Krain 5, in Schlesien 4 und in Dalmatien 3 wohnhaft.

Als Versuchsthiere wurden wie in den früheren Jahren Meerschweinchen verwendet.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 2. bis 8. Juli 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Schlesien im politischen Bezirke Jägerndorf: Hotzen-

plotz 1 (Einschleppung aus Russland).

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Bobrka: Horodyszcze cetnarskie 3; Bohorodczany: Kryczka 3; Buczacz: Dobropole 1; Horodenka: Czernelica 3, Korniow 4, Zukow 7; Jaworow: Jarow stary 6, Lubienie 2; Kalusz: Petranka 1; Kamionka: Hreniow 3, Horpin 3; Kolomea: Kulaczkowce 1; Peczenizyn: Berezow wyzny 1; Podhajce: Burkanow 5; Skalat: Nowosiolka 4; Stryj: Korostow 6; Tlumacz: Babianka 2, Delawa 2, Holoskow 2, Kolince 1, Strupkow 2, Winegrad 2; Zloczow: Krasnosielce 1, Skwarzawa 3.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 208.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner, Verlag von Alfred Hölder in Wien, Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheimt jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 17. Juli 1902.

Mr. 29.

Inhalt. Der neue Schlachthof in Warnsdorf. (Schluss.) - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass der Landesregierung in Kärnten, betreffend Erhebungen über Vornahme der Todtenbeschau und Armenbehandlung durch die Districtsärzte behufs Regelung der Entlohnung der letzteren; Erlass der Statthalterei in Lemberg, betreffend sanitäre Anforderungen an Salzniederlagen und Salzverschleissstellen. — Rechtsprechung. — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Der neue Schlachthof in Warnsdorf.

Von Dr. Eduard Quirsfeld, k. k. Bezirksarzt in Rumburg.

(Schluss.)

Anstossend an die Kühlhalle erhebt sich der Wasserthurm (Situationsplan, Object VIII) mit einem 25 m² grossen Raume, welcher im Parterre zur Unterbringung der Luftkühlapparate mitbenützt wird, während in den beiden oberen Stockwerken

je ein Warm- und Kaltwasserreservoir zur Aufstellung gelangte.

Zu den Reservoiren gelangt man über die zwischen den Garderoberaumen und dem Kesselhause angebrachte breite, massive Aufgangstiege, welche gleichzeitig als Aufgang zum Dachbodenraume des Kühlhauses dient. Jedes Reservoir besteht aus starkem Eisenblech. Der Inhalt derselben beträgt 12 m³ und 25 m³; vom anstossenden Kesselhause führt direct eine gut isolirte Dampfleitung zu der im Heisswasserreservoire eingebauten Heizschlange. Das Kaltwasserreservoir befindet sich im oberen, über das Dach des Gebäudecomplexes emporragendem Geschosse des Thurmes, welches durch ein Ventilationsthürmchen entsprechend gelüftet wird. Am Hauptthurme ist eine transparente Uhr angebracht, und um dense ben eine Galerie angelegt.

Anstossend an den Wasserthurm wurden links der Mittelachse das Maschinenhaus mit dem Raume für die Luftkühlapparate, rechts das Kesselhaus angeordnet.

In den Maschinenräumen (Situationsplan, Object IX und X) sind untergebracht die Maschine, welche 25 Pferdekräfte besitzt, die Kühlmaschine, der Refrigerator, sowie der Vorkühler, die Salzwasser- und die Kühlwasserpumpe, endlich die Dampfpumpe, welche in Benützung zu treten hat, wenn das Wasser der Wasserleitung aus irgend welchem Grunde nicht bezogen werden kann.

Das Kesselhaus (Situationsplan, Object VII) hat eine Länge von 13:20 m, eine Breite von 7 m, eine Bodenfläche von 91 4 m² und eine lichte Höhe von 6m. Darin sind aufgestellt 1 Cornwallkessel, welcher eine Heizfläche von $42m^2$

bei 7 Athmosphären Ueberdruck hat, und ein Reservekessel, um in Zukunst gegen jede unvorhergesehene Betriebstörung, welche verhängnisvoll werden könnte, gesichert zu sein.

Die Esse (Situationsplan, Object VIIA) befindet sich in der Mittelachse der Anlage hinter dem Maschinen- und Kesselhause und ist auf eine Höhe von 35 m als runde Säule ausgeführt. Sie besitzt einen oberen lichten Durchmesser von 1.20 m.

Die Stallungen (Situationsplan, Objecte XIII und XIV) bestehen aus dem Stalle für Gross- und Kleinvieh und aus jenen für Borstenvieh. Dieselben sind hinter den zugehörigen Schlachthallen ungefähr 15 m von diesen entfernt und stehen ihrer

Längsseite nach zu diesem parallel.

Die Rinderstallung (Situationsplan, Object XIV) ist $9.50 \, m$ lang, $8 \, m$ breit und hat eine bebaute Bodenfläche von $320.67 \, m^2$; sle ist gewölbt und mit Beton gepflastert; ihre Innenwände sind auf $1 \, m$ Höhe in Cementverputz hergestellt und geglättet, so dass auch hier die grösste Reinlichkeit erzielt werden kann. In dieser Stallung sind jetzt Abtheilungen für 12, eventuell 20 Stück Vieh angebracht; jeder Viehstand ist in rauhem Cementbeton ausgeführt.

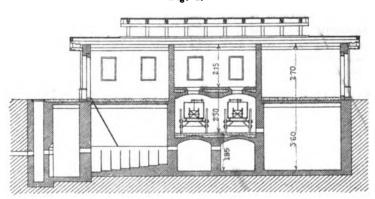


Fig. 4.

Die Schweinestallung (Situationsplan, Object XIII) ist kleiner als die erstere, ist 7 m lang, 8 m breit und hat eine Bodenfläche von 183·52 m². Sie besteht aus einer kleineren gewölbten Abtheilung und aus einem grösseren bis zum Dache offenen Raume für grosse Transporte, der in zwei 2 Abtheilungen für je eine Waggonladung getrennt ist. Die kleinere Abtheilung ist in 8 Buchtenräume geschieden, welche in Gittern aus Rundeisen mit Hebelverschlussthüren durchgeführt sind. Beide Stallungen sind solid abgedeckt. Unter diesen Dächern befinden sich die Heu- und Strohdepots, welche auf von aussen angelegten eisernen Stiegen zu erreichen sind. Die Fenster in den Stallungen sind mit gleichen Ventilationseinrichtungen versehen, wie die Schlachthallen. Die Futterkuppen sind aus Cement hergestellt. Der Boden der stallungen ist mit einem leichten Gefälle zu dem vorhandenen Gerinne versehen; mehrere Durchlässe führen die Jauche und Spülwässer in ein eigenes Kanalnets, welches vom Kanalnetz der Schlachthallen getrennt ist.

Aus der Schweinestallung führt ein seitlich geschlossener Triebgang in einem leichten Bogen zu der eisernen Schubthüre in die Tödtungsbucht der Schweineschlachthalle. Sowohl Wasser- als elektrische Leitung wurde in beiden Stallungen installirt. Vor jeder Stallung befindet sich auch eine gedeckte Centimalbrücken-

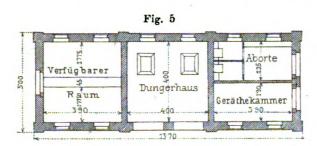
wage für lebende Thiere.

Genau in der Mittelachse der gesammten Anlage liegt hinter dem grossen, oben beschriebenen Gebäudecomplexe der Kühlanlage das Düngerhaus mit der Kläranlage und den Düngergruben (Situationsplan, Object XIX und XX und Fig. 4, 5 und 6).

Zu demselben gelangt man von den Schlachthallen über eine kleine Rampe.

Der Bau nimmt einen Flächenraum von $68.50 \, m^2$ Ausmaass ein und ist ebenerdig angelegt. Der mittlere Theil ist nach vorne offen und für die Grobkuttelei bestimmt; er ist $2.15 \, m$ hoch und $4 \, m$ breit.

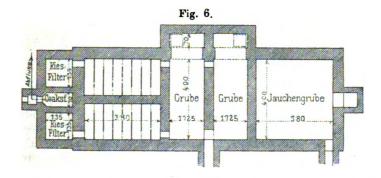
In diesem Raume werden die thierischen Därme und Magen geöffnet und ihr Inhalt, sowie der Inhalt der hergebrachten Mist- und Blutbehälter in die beiden $1 m^2$ grossen, im Fussboden eingelassenen trichterförmigen Oeffnungen entfernt. Der unter der Grobkuttelei in einem Terraineinschnitt angelegte, nach hinten offene Raum ist 4 m breit, 2 3 m hoch; hier stehen unter den beiden erwähnten



trichterförmigen Oeffnungen des Grobkutteleiraumes zwei eiserne Düngerabfuhrwägen, von welchen die in diese Oeffnungen entleerten Abfälle aufgenommen werden.

Unter der Grobkuttelei sind zwei 1.85 m tiefe Düngerabsitzgruben eingebaut, in welche sämmtliche Spül- und Abfallwässer der Schlachträume einmünden. Von hier gelangen sie durch einen Ueberlauf in das links anstossende Klärgrubensystem, welches aus 2 vollständig getrennten Kammeranlagen besteht.

In jeder Kammer sind Führungsmauern aus Cementbeton eingebaut; es müssen daher die Abwässer in den Klärkammern einen schlangenförmigen Weg nehmen,



um endlich in einem Ueberlaufe in das Kiesfilter zu gelangen, welches quadratisch gebaut ist, und dessen Seiten 1.35 m breit sind; vom Kiesfilter werden die Abwässer sodann in einem Unterlaufe durch das Coaksfilter, das zwischen den Kiesfiltern beider Kammersysteme liegt, nach aufwärts in den Abflusscanal geleitet.

Bei nothwendiger Reinigung der einen Kammeranlage wird der Zulauf von der Hauptgrube geschlossen, und die Abwässer werden in das zweite Kammersystem

geleitet.

Soll die Entleerung der Hauptabsitzgrube durch den ausserhalb des Gebäudes befindlichen Entleerungsschacht vorgenommen werden, so erfolgt der Einlauf in die daneben befindliche zweite Grube, was durch Umschaltung der Schleusse zu erzielen ist.

Die Abwasser werden vor ihrer Einleitung in die Klärkammern mit Kalkmilch behandelt, welche denselben auf automatischem Wege zugeführt wird.

Die Reinigung der Klärkammern und die Auswechslung der Filtermassen erfolgt im Sommer alle 8-14 Tage; in dem gleichen Zeitraume werden auch die Sinkkästen in den verschiedenen Schlachthallen ausgehoben und gereinigt. Zu diesen Manipulationen ist ein eigenes Personale angestellt.

Die Ableitung der Spül- und Abwässer aus der Schlachthalle erfolgt in 20 cm weiten Cementrohren, die zu den 30 cm weiten Hauptcanälen führen. Sämmtliche Hauptcanäle vereinigen sich unmitte bar vor ihrer Einmündung in die Düngerabsatzgrube. Aus seitlich angelegten Rigolschächten können in dieselben auch die Dach-

wässer eingeleitet werden.

Rechts von diesen Hauptabsitzgruben befindet sich die Jauchengrube, in welche die Stallabflüsse, die Jauche der Abortanlagen und der Düngergrube durch besondere Rohrstränge zugeleitet werden. Dieselbe ist 4×38 m weit und 36 m hoch. Der Inhalt derselben wird mittelst einer Jauchenpumpe entleert und auf die Felder verführt.

Ueber dieser Jauchengrube, also im rechten Flügel des Düngerhauses, befindet sich

nach vorne eine Geräthekammer, nach hinten eine Abortanlage mit Pissoir.

Der Dünger aus den Stallungen wird in eine entsprechend hergestellte und gedeckte Düngergrube (Situationsplan XXVI) gebracht, welche ausserhalb der Anlage über dem Bahngeleise liegt.

Die Ableitung der Abwässer erfolgt aus der Kläranlage mittelst Rohrleitung, welche eine Länge von eirea 200 m hat, in einen offenen Graben, der in ziemlichem Gefälle die Reichsgrenze übersetzt und jenseits derselben in den sogenannten Lausurbach einmündet. Die Wässer des Lausurbaches ergiessen sich auf sächsischem Gebiete in die Mandau. Der zur Ableitung der Abwässer benützte offene Graben und der Oberlauf des Lausurbaches führen ausschliesslich durch Wiesen- und Ackergründe, und da die herrschenden Nordwest-Winde die Dünste über diese weg, gegen das nahe Lausitzer Gebirge tragen, ist jede Belästigung selbst bei wasserarmer Zeit für die Umgebung ausgeschlossen.

Die Sanitäts, beziehungsweise Contumazschlachthalle (Situationsplan, Object XXIV und XXV, Fig. 7) ist am Ostende vor der Schlachthofanlage situirt und von derselben vollständig getrennt; sie steht nur durch eine Thüre mit dem Schlachthofe in Verbindung, welche stets verschlossen ist.

Das Gebäude selbst ist ein ebenerdiger Bau, welcher aus zwei räumlich getrennten Abtheilungen besteht und eine bebaute Bodenfläche von 193:31 m² einnimmt.

Die rechte Abtheilung enthält einen Stall für krankes Vieh mit Standplätzen für Rinder, Kleinvieh und Schweine; an denselben schliesst sich der Schlachtraum unmittelbar an. Dieser hat vorläufig zwar nur eine Einzelwinde, aber eine feste Spreitzenconstruction und enthält überdies einen Brühbottich für directe Feuerung, dann 2 Tische und Kaldaunenwaschgefässe, endlich Hakengerüste mit verzinnten Haken.

Der Stall ist 6.5 m lang, 3.5 m breit und 3.5 m hoch. Die Schlachthalle ist 5 m breit, 6 m lang und bis zum Dache 6 m hoch; sie besitzt einen Dachreiter als Ventilator und hat 2 Schlachtstände.

Zu dieser Abtheilung gehört ein eigener Hof, welcher nur von aussen zugünglich ist.

Die linke Abtheilung ist das Pferdeschlachthaus. Dasselbe wird genau so eingerichtet werden, wie das rechtseitige Schlachthaus für das kontumazirte Vieh.

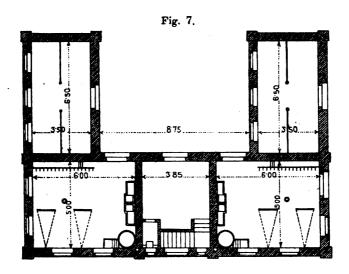
Das ganze Gebäude ist mit gleich grosser Solidität wie die übrigen Gebäude ausgeführt. Der Boden, die Wände, die Decken, das Gerinne sind genau so hergestellt, wie die übrigen Schlachthallen, beziehungsweise Stallungen. Der Vorplatz ist betonirt. Die Anlage hat ihre eigene solid hergestellte, gut abgedeckte Dünger- und Jauchen-

grube, welche gegen Oberwässer geschützt sind, und einen directen Canal mit eigener Rohrleitung zur Hauptleitung, der mit der Kläranlage des Schlachthofes in

keiner Verbindung steht.

In diese Contumazanlage gelangt man auf einer eigenen, vom Hauptstrassenzuge vor der Schlachthoffront in nahezu rechtem Winkel abzweigenden Strasse. In dem zwischen dem Pferde- und Contumazschlachthause gelegenen Raume, welcher 3:35 m breit und 5 m lang ist, ist eine kleine Abtheilung für die eventuell hier zu errichtende Freibank reservirt.

Hinter der Schlachthofanlage führt ein eigenes Verbindungsgeleise von der Station Niedergrund der böhmischen Nordbahn zu den beiden Abladerampen (Situationsplan XXI und XXII), rechts zu der Abladerampe für Gross- und Kleinvieh, links zu jener für das Borstenvieh. Gegenüber der letzteren, auf der anderen Seite des Bahngeleises, ist eine fliegende Rampe für das Contumazvieh angebracht, welches somit direct ohne mit den übrigen Schlachthofanlagen in Berührung zu kommen, der Contumazanstalt zugeführt werden kann (Situationsplan, Object XXIII).



Das Personale, welches das seuchenkranke oder verdächtige Vieh zu besorgen hat, wird in den übrigen Schlachthofanlagen nicht verwendet.

Den Wasserbedarf deckt die städtische Wasserleitung, deren Rohrnetz

in unmittelbarer Nähe der Anlage vorbeiführt.

Sollte der sehr unwahrscheinliche Fall eintreten, dass die Wasserleitung sehr geschont werden müsste, dann ist für die Teufung eines Brunnens im Schlachthofe selbst vorgesehen; die Untersuchungen haben ergeben, dass ergiebige Quellen in nicht allzu grosser Tiefe zu erschliessen wären.

Die Beleuchtung wird von der elektrischen Centrale der Stadt besorgt. Zu diesem Zwecke ist im Verwaltungsgebäude in einem eigenen Raume ein Transformator aufgestellt, von welchem die Vertheilung des Stromes für jede der beschriebenen Baulichkeiten, sowie für die Hofbeleuchtung erfolgt. Es sind ausschliesslich Glühlampen in Gebrauch, die zum Ausschalten eingerichtet sind.

Innerhalb der Schlachthofanlage sind grosse Gartenanlagen, zwischen den

Remisen und der Sanitätsabtheilung ist überdies ein kleiner Teich angebracht.

Für die Errichtung einer Talgschmelze und einer Häutekammer sind in jenem Gebäude Räume reservirt, in welchem sich die Kläranlage befindet.

Die Herstellungskosten beliefen sich nach den aufgestellten Kostenberechnungen auf insgesammt 479.828 K, wovon auf die Baukosten 313.983 K und auf die Einrichtung 165.845 K entfielen.

Die Rentabilität der Anlage ist, abgesehen von den gesundheitlichen Vortheilen und dem volkswirthschaftlichen Nutzen, bei ganz normalen Schlachtgebühren eine derartige, dass eine Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitales, sowie die Bildung eines Erneuerungsfondes in sicherer Aussicht steht.

Für den Betrieb besteht ausserdem eine behördlich autorisirte Schlachthaus-

ordnung, eine Freibank- und eine Kühlhallenordnung.

Die maschinellen Einrichtungen wurden von der Prager Maschinenbau-Actiengesellschaft vormals Ruston & Comp. in Lieben, welche schon in mehreren österreichischen Städten öffentliche Schlachthäuser eingerichtet hat, geliefert. Die Kühlhausanlage ist nach dem Systeme Riediger in Augsburg ausgeführt.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k. k. Landesregierung in Kärnten vom 18. Juni 1902, Z. 11198,

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend Erhebungen über Vornahme der Todtenbeschau und Armenbehandlung durch die Districtsärzte behufs Regelung der Entlohnung der letzteren.

Die Aerztekammer für Kärnten hat am 4. Februar 1902 sub Z. 21 dem kärntnerischen Landesausschusse eine Petition um Abänderung respective Verbesserung des bisher für die Vornahme der Todtenbeschau und für die Armenbehandlung seitens der Districtsärzte geltenden Gebührentarifes unterbreitet.

Der kärntnerische Landesausschuss theilte nun mit Zuschrift vom 3. Juni 1902, Z. 2262, anher mit, dass er, um sich insbesondere einen Ueberblick über die finanziellen Folgen, welche bei Gewährung dieser Petita der Districtsärzte eintreten dürften, zu verschaffen, eingehende Erhebungen im Gegenstande auf Grund bestimmter, die Todtenbeschau und Armenbehandlung betreffender Fragen für nothwendig erachte, worauf sich die k. k. Landesregierung bereit erklärte, eine verlässliche Beantwortung der kärntnerischen Landesausschusse gestellten Fragepunkte durch die k. k. Bezirkshauptmannschaften von den einzelnen Districtsärzten, abgesondert nach Gemeinden und für das Jahr 1901, zu veranlassen.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaften werden somit unter Anschluss der bezüglichen Fragebögen beauftragt, je einen solchen den

Districtsärzten des dortigen politischen Bezirkes mit der Aufforderung an dieselben zuzumitteln, die bezüglich A der Todtenbeschau und B der Armenbehandlung gestellten Fragen für das Jahr 1901 genau und eingehend nach Sanitätsdistricten und Gemeinden zu beantworten und innerhalb 8 Tagen dorthin vorzulegen. Ungenau oder nachlässig ausgefüllte Fragebogen wären dem betreffenden Districtsarzte sofort zur Ergänzung rückzumitteln.

Nachdem ferner der kärntnerische Landesausschuss in seiner früher erwähnten Zuschrift bemerkte, dass dem kärntnerischen Landtage möglicherweise noch in der nächsten Tagung die Behelfe zur Schlussfassung im Gegenstande geboten werden könnten, werden die Districtsärzte in ihrem eigensten Interesse anzuweisen sein, den eben gestellten Termin zur Vorlage der ordnungsgemäss ausgefüllten Fragebögen an die k. k. Bezirkshauptmannschaften verlässlich einzuhalten.

Das gesammte Berichtsmateriale ist von Seite der k. k. Bezirkshauptmannschaft sodann nach dessen Durchsicht mit eventuellen Bemerkungen ungesäumt anher vorzulegen.

Fragebogen des kärntnerischen Landesausschusses

zur Petition der Aerztekammer für Kärnten um Erhöhung des districtsärztlichen Gebührentarifes.

Sanitäts district bestehend aus . . Gemeinden.



- A. Todtenbeschau. 1. Fortlaufende | Nummer. 2. Gemeinden des Sanitätsdistrictes. 3. Wer versieht die Todtenbeschau in der Gemeinde? 4. Gegen welche Jahresentlohnung? 5. Wie oft wurde im Jahre 1901 die Todtenbeschau vom Districtsarzte vorgenommen und zwar bei einer Hinreise bis zu a) 1 km, b) 4 km, c) von 4-25 km? 6. Wie gross ist die grösste Entfernung der Hinreise, welche in der Gemeinde vorgenommen werden könnte? 7. Anmerkung.
- B. Armenbehandlung. 1. Fortlaufende Nummer. 2. Gemeinden des Sanitätsdistrictes. 3. Besteht ein eigenes Uebereinkommen mit dem Districtsarzte über die Behandlung der Gemeindearmen und wie hoch ist diese Entlohnung? 4. Wie oft wurde der Districtsarzt im Jahre 1901 zur Behandlung von Gemeindearmen gerufen, und zwar bei einer Hinreise von a) 1 km, b) 4 km, c) 4—25 km? 5. Wie oft hat bei Dienstreisen des Districtsarztes im Allgemeinen die zurückgelegte Strecke, Hinund Rückreise inbegriffen die Kilometeranzahl 50 erreicht oder überschritten? 6. Anmerkung.

Circularerlass der Statthalterei in Lemberg vom 27. Mai 1902, Z. 33302, an alle unterstehenden politischen Behörden, betreffend samitäre Auforderungen an Salzmiederlagen und Salzverschleissstellen.

(Uebersetzung).

Der Landesausschuss ist bei Gelegenheit der durch seine Organe vorgenommenen Controle der Landes-Salzniederlagen zur Ueberzeugung gelangt, dass die meisten der zum Salzverschleisse bestimmten Locale jenen sanitätspolizeilichen Anforderungen, welche an Verkaufstellen von Lebensmitteln überhaupt und insbesondere von Kochsalz, das durch Feuchtigkeit und Lagerung neben starkriechenden anderen Artikeln sehr leicht dem Verderben unterliegt, zu stellen sind, nicht entsprechen.

Behufs Hintanhaltung der nachtheiligen Folgen, welche hiedurch für die menschliche Gesundheit erwachsen könnten, wird der Bezirkshauptmann (Präsident) angewiesen, auf den Kleinverschleiss von Salz die besondere Auf-

- merksamkeit der k. k. Sanitätsorgane zu richten, und die Ertheilung von Gewerbescheinen für einen solchen Verschleiss von der Erfüllung nachstehender sanitätspolizeilicher Bedingungen abhängig zu machen.
- 1. Das Local, in welchem eine Salzniederlage errichtet, beziehungsweise der Kleinverschleiss von Salz betrieben werden soll,
 darf nicht gleichzeitig als Wohnung oder Küche
 dienen, und keinerlei unmittelbare Verbindung
 mit der Wohnung besitzen. Die Zweitheilung
 eines Zimmers mittelst einer nicht gehörig
 gefugten Bretterwand, welche in vielen Fällen
 nicht bis zur Zimmerdecke hinauf-, beziehungsweise bis zum Fussboden hinabreicht, kann
 nicht als ausreichend gelten.
- 2. Wenn Salzvorräthe ankommen, sind sie aus dem Wagen direct in das für die Niederlage bestimmte Local, beziehungsweise in das Verschleisslocal zu bringen und dürfen selbst für kurze Zeit nicht in der Wohnung der Händler deponirt werden.
- 3. Salzniederlagen und Salzverschleissstellen müssen trockene, reine Wände haben; der Fussboden muss aus sorgfältig gesägten Brettern oder aus undurchlässigem Material hergestellt sein und stets reingehalten werden. Behufs Verhütung einer Verunreinigung des Fussbodens mit Speichel und Schleim sind Spucknäpfe an sichtbaren Stellen aufzustellen.
- 4. Es ist dahin zu wirken, dass das in Stöcken für kleinere Niederlagen und zum Kleinverschleisse gelieferte Salz in Papier mit darauf verzeichnetem Gewichte und Preise gewickelt werde. Diese Stöcke sind auf Gestellen, keineswegs aber auf dem Fussboden, oder in so geringer Höhe von demselben unterzubringen, dass eine Verunreinigung möglich wäre.
- 5. In den Niederlagen und Verschleisslocalen von Salz dürfen gleichzeitig nur Lebensmittel untergebracht sein. Es ist jedoch verboten, in denselben Petroleum oder solche Artikel aufzubewahren, deren ausgesprochen starker Geruch sich dem Salze mittheilen könnte.
- 6. Der Handel mit Salz darf unter keinen Umständen solchen Personen gestattet werden, die sich zugleich mit dem Sammeln oder mit dem Handel alter, abgelegter Kleider, Hadern, Thierhäute, Borsten und Haare befassen.

7. Die Kleidung der Salzverschleisser muss stets rein gehalten sein.

Sollte den vorstehenden Bedingungen seitens des den Salzverschleiss Anmeldenden nicht entsprochen werden, so ist demselben die Ausfolgung des Gewerbescheines auf Grund des § 13 des Gewerbegesetzes zu verweigern.

Hinsichtlich der bereits bestehenden Salzbeziehungsweise Salzverschleissniederlagen.

stellen wolle der Bezirkshauptmann (Präsident) anlässlich der durch die Amtsorgane vorzunehmenden sanitären Revisionen feststellen lassen, ob sie den vorerwähnten Bedingungen entsprechen, und wenn dies nicht der Fall sein sollte, dahin wirken, dass die wahrgenommenen Uebelstände beseitigt werden, und ein den sanitären Anforderungen entsprechender Zustand erzielt werde.

Rechtsprechung.

Nach dem Landesgesetze für Galizien vom 28. Februar 1891, L. G. Bl. Nr. 17, sind definitiv angestellte Gemeindeärzte als Gemeindebeamte anzusehen, und kommt denselben daher nach der Gemeindeordnung für Galizien vom 13. März 1889, L. G. Bl. Nr. 24, die Wählbarkeit in die Gemeindevertretung nicht zu.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 28. Jänner 1902, Z. 902.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde des Dr. A. H. in J. in Galizien, gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 16. Jänner 1901, Z. 40194, betreffend die Wählbarkeit eines Stadtarztes zum Mitgliede des Gemeinderathes, nach der am 28. Jänner 1902 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Mit der angefochtenen Entscheidung wurde im Instanzenzuge ausgesprochen, dass der am 4. Februar 1897 in J. aus dem ersten Wahlkörper zum Gemeinderathe gewählte Dr. A. H. seines Amtes als Gemeinderath verlustig geworden ist, weil er als definitiv bestellter Gemeindearzt nach § 10:2 der Gemeindewahlordnung die Bedingungen der Wählbarkeit nicht besitzt.

Die gegen den Abspruch der Wählbarkeit gerichtete Beschwerde des Dr. A. H. fand der

Verwaltungsgerichtshof aus folgenden Erwägungen nicht für begründet:

Der Beschwerdeführer wurde nach der Actenlage über sein Ansuchen mit dem Gemeinderathsbeschlusse vom 29. October 1892 zum definitiven Stadtarzte in J. im Sinne des Gesetzes vom 28. Februar 1891, L. G. Bl. Nr. 17, betreffend die Organisirung des Sanitätsdienstes in den Gemeinden, mit dem aus Gemeindefonden zahlbaren Jahresgehalte von 500 fl. bestellt.

Die rechtliche Stellung dieses Arztes als bestellten Gemeindearztes und sonach sein Verhältnis in dieser seiner Eigenschaft zur Stadtgemeinde J. ist daher nach dem ebencitirten

Landesgesetze zu beurtheilen.

Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 8, nach welchen der Gemeinderath über Antrag des Gemeindevorstehers die Gemeindeurzte zu ernennen hat, des § 11, nach welchem deren Gehalt von dem Gemeinderathe bemessen und bei der Gemeindecassa ausbezahlt wird, nach der Bestimmung des § 14, welcher die Gemeindeärzte als zur Mitwirkung bei der den Gemeinden im selbständigen, sowie im übertragenen Wirkungskreise (§§ 3 und 4 des Reichsgesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68) überwiesenen Handhabung der Gesundheitspolizei berufene Fachorgane bezeichnet, nachdem ferner dieselben gemäss § 8, Absatz 4 den definitiv angestellten städtischen Beamten gleichgestellt sind und gemäss § 15 unter die Ueberwachung und die Disciplinargewalt des Gemeindevorstehers gestellt werden, ist zu folgern, dass bei den nach dem erwähnten Landesgesetze bestellten Gemeindeärzten, welche gemäss § 9 auch auf ihre Dienstpflicht zu beeiden sind, alle für das Dienstverhältnis zur Gemeinde charakteristischen Momente als: Anstellung und Besoldung durch die Gemeinde, Verwendung in Gemeindeangelegenheiten, Unterordnung unter den Gemeindevorstand in dienstlicher und disciplinärer Beziehung zutreffen, und dass dieselben sonach gemäss der §§ 28 und 51 der Gemeindeordnung vom 13. März 1889, L. G. Bl. Nr. 24, als Gemeindebeamte anzusehen und zu behandeln sind.

Da nun die Beamten der Gemeinden nach § 10, Absatz 2 der Gemeindewahlordnung, solange sie sich im Dienste befinden, in den Gemeinderath nicht gewählt werden dürfen, so hat das Ministerium des Innern mit Recht dem Beschwerdeführer in der angefochtenen Entscheidung die Wählbarkeit abgesprochen, weshalb die Beschwerde als unbegründet abgewiesen werden musste.

Ueber die Errichtung, beziehungsweise Verlegung von Apotheken.*)

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 17. Februar 1902, Z. 824.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde des Apothekers G. G. in Cz. gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 12. October 1901, Z. 38709, betreffend die Errichtung einer neuen und Verlegung des Standortes einer bestehenden Apotheke, nach §§ 3e und 21 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen, weil die Administrativbehörden sowohl bei der Errichtung einer neuen, als auch der Verlegung des Standortes einer bestehenden Apotheke, bei dem Mangel einschränkender gesetzlicher Bestimmungen, nach freiem Ermessen vorzugehen berechtigt sind, daher die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes ausgeschlossen war.

Den Aerztekammern steht in Angelegenheit der Verpflichtungen der Gemeindeärzte ein Beschwerderecht nicht zu.

Erkenntnis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 1. April 1902, Z. 2695.

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde einer Aerztekammer gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 31. December 1901, Z. 9720, betreffend die Verpflichtung der Gemeindesanitätsorgane zur unentgeltlichen Vornahme der Revaccination der Schulkinder, nach §§ 2 und 21 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876, ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen, weil es sich im vorliegenden Falle nicht um eine Angelegenbeit, welche die gemeinsamen Interessen des ärztlichen Standes betrifft, sondern nur vielmehr um eine Angelegenheit handelt, welche lediglich das Interesse der Gemeinde- und Districtsärzte (in Mähren) in materieller Richtung zu berühren geeignet ist, weil sonach der Aerztekammer gemäss § 3 des Gesetzes vom 22. December 1891, R. G. Bl. Nr. 6 ex 1892, eine Ingerenz, beziehungsweise die Legitimation zur Beschwerdeführung in dieser Sache nicht zugestanden werden kann, und es vielmehr den einzelnen betroffenen Aerzten überlassen bleiben muss, falls concretenfalls ein bezüglicher Anspruch derselben abgewiesen wird, im gesetzlich vorgeschriebenen Wege Abhilfe zu suchen.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In der am 2. Juni 1. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber das Project eines Zubaues zur Prosectur in einer Wiener k. k. Krankenanstalt.
- 2. Ueber den Vorschlag der zahnärztlichen Vereine in Wien, betreffs Einführung unentgeltlicher zahnärztlicher Ordinationen für unbemittelte Volksschüler.
- 3. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe eines Institutes für Dampfbehandlung in Wien.

In der am 23. Juni l. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber eine in einer Gemeinde Niederösterreichs neu zu errichtende öffentliche Apotheke.
- 2. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung eines Columbariums in einer Gemeinde Niederösterreichs.



^{*)} Siehe auch S. 187 d. Bl.

- 3. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe eines Institutes für elektromagnetische Therapie behufs ambulatorischer Behandlung Nervenkranker in Wien.
- 4. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zum Betriebe eines käuflich erworbenen Sanatoriums in Wien.
- 5. Ueber den Besetzungsvorschlag für die erledigte Oberbezirksarztes beziehungsweise Sanitätsconcipistenstelle in Niederösterreich und endlich
 - 6. über den Besetzungsvorschlag für eine polizeiärztliche Stelle in Wien.

Oberösterreich. In der Sitzung am 2. Mai 1902 wurde über die Frage der Errichtung einer zweiten Apotheke in Urfahr berathen, beziehungsweise ein Gutachten erstattet.

In der Sitzung vom 5. Mai 1902 wurde über Zubauten im Sanatorium in Lärchenau (bei Linz), in der Sitzung vom 9. Mai über den Entwurf des Statutes für das neue Krankenhaus in Kirchdorf und in der Sitzung vom 20. Juni über das Project eines Spitalbaues berathen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des fürstlichen Ministeriums vom 18. (31. Juni) 1. J., Nr. 225, wurden aus Anlass des Auftretens der Pest folgende Maassnahmen getroffen:

- 1. Reisende, welche aus Constantinopel über Burgas und Varna zur See und über Hebibtschevo zu Land eintreffen, werden in Bulgarien erst nach einer strengen ärztlichen Visite und nach Desinfection ihres Gepäckes und ihrer Effecten zugelassen. Zu diesem Zwecke können dieselben im Quarantainelazarethe einen oder, wenn nöthig, mehrere Tage zurückbehalten werden. bis die Desinfection und die ärztliche Visite beendet ist.
- 2. Nach dem Verlassen der Quarantaine werden diese Reisenden einer zehntägigen Ueberwachung ihres Gesundheitszustandes in ihrem Aufenthaltsorte unterzogen.
- 3. Die aus der Türkei eintreffenden Eisenbahnzüge, einschliesslich der Orientexpresszüge haben in der Quarantainestation in Hebibtschevo anzuhalten und jene Reisenden, welche in Bulgarien sich aufhalten wollen, sowie deren Gepäck abzusetzen.
- 4. Für die aus Constantinopel eintreffenden Schiffe sind nur die Häfen von Burgas und Varna geöffnet, woselbst ihnen libera pratica für die bulgarischen Häfen des Schwarzen Meeres gewährt wird.
- 5. Die Einfuhr folgender Gegenstände und Waaren ist verboten: Schmutzige Wäsche, getragene Kleider, Bettdecken, Leintücher, sowie alle Gegenstände, welche bereits benützt wurden und als Ware eingeführt werden; Hadern, auch wenn sie gepresst sind und in Ballen als Ware befördert werden; alte Säcke, Teppiche und Stickereien, frische thierische Rohproducte, wie Knochen, Hufe, Blasen und Därme, wenn sie nicht getrocknet und nicht gesalzen sind. Haare, rohe nichtgegerbte Häute etc.

Gross-Britannien. Laut amtlicher Mittheilung betraf der in Gravesend beobachtete tödtliche Pestfall einen Mann, welcher am 18. Juni mit dem Dampfer "City of Perth" aus Dünkirchen in krankem Zustande angekommen war. Das Schiff wurde nach seiner Einfahrt in die Themse bei Gravesend verankert, und der Kranke in das Hafenlazareth nach Denton überführt, woselbst er ziemlich plötzlich an Herzlähmung starb. Bei der bakteriologischen Untersuchung wurden Pestbacillen nachgewiesen. Das Schiff ist einer gründlichen Desinfection unterzogen worden. — Auf dem genannten Dampfer, welcher am 1. Mai Calcutta verlassen hatte und über Colombo. Suez, Port Said, Malta und Dünkirchen nach England gefahren war, waren bereits während der Fahrt von Malta nach Dünkirchen zwei Pestfälle vorgekommen; der erste Fall betraf den Steward, welcher am 5. Juni, der zweite einen indischen Eingeborenen, der am 7. Juni erkrankte; beide starben am 11. Juni; deren Leichen wurden in Dünkirchen, woselbst der Dampfer am 10. Juni eingetroften war, ans Land gebracht und verbrannt. Ein dritter Krankheitsfall trat am 13. Juni, als sich das Schiff noch im Hafen von Dünkirchen befand, auf.

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 1. Juli, Nr. 360, wurden die Häfen des Bosporus für pestverseucht erklärt, und wurde angeordnet, dass auf Herkünfte aus diesen Häfen die Be-

stimmungen der Seesanitätsverordnung von 23. Februar l. J. Nr. 5 (S. 176 d. Bl.) Anwendung zu finden haben.

Auf dem aus Buenos Ayres über Montevideo und Las Palmas am 23. Juni in Genua eingetroffenen Dampfer "Duca di Galliera" sind zwei pestverdächtige Krankheitsfälle beobachtet worden. Der Dampfer ist am 25. Juni nach der Sanitätsstation Asinara (Sardinien) abgegangen.

Rumanien. Gegenüber Herkunften aus Constantinopel wurde eine 10 tägige Quarantaine verfügt.

Türkei. Von den aus Constantinopel gemeldeten 4 Pestfällen (S. 331) ist die 8 jährige Tochter des griechischen Koches am 30. Juni und deren 15 jähriger Bruder am 2. Juli gestorben.

Ueber Beschluss des obersten Sanitätsconseils sind alle Maassnahmen, welche gegenüber den aus Constantinopel Abreisenden getroffen worden waren, am 9. Juli ausser Kraft gesetzt worden, da daselbst seit 10 Tagen kein weiterer Pestfall vorgekommen ist. Von Constantinopel abgehende Schiffe erhalten wieder reine Patente.

Der oberste Sanitätsconseil beschloss in Hinkunft nachbezeichnete Waren, welche aus einem pestverseuchten Hafen stammen, im ottomanischen Reiche nicht zuzulassen:

1. Leibwäsche, getragene Kleider und Gebrauchsgegenstände; gebrauchtes Bettzeug, alte Einrichtungsgegenstände; von Soldaten oder Matrosen zurückgelassene und in deren Heimat gesendete Pakete.

Ausgenommen sind hievon Gebrauchseffecten (Leibwäsche und Kleider), welche die Reisenden als Gepäck mit sich führen. Diese unterliegen des Desinfection im Dampfapparate.

- 2. Lumpen und Hadern ohne Rücksicht, ob dieselben hydraulisch gepresst und als Waren in Ballen befördert werden.
- 3. Gebrauchte Säcke, gebrauchte Binsenkörbe und Matten, mit Wolle oder Haaren versehene Felle, welche als Teppiche und Matratzen verwendet werden, gebrauchte Stickereien.
- 4. Rohe, chemisch nicht behandelte Thierbäute, frische thierische Abfälle wie Hufe, Klauen, Haare, ferner rohe Seide und Wolle.
 - 5. Menschenhaare.
 - 6. Postpakete, welche die oben bezeichneten Gegenstände oder Muster derselben enthalten.
- 7. Alle Waren, welche in solchen verbotenen Materialien verpackt und mit denselben vermengt sind.

Immerhin werden Hadern oder altes Papier, die zur Verpackung von Glaswaren, Porcellan- und Fayence-Gegenständen im Innern von Kisten verwendet wurden, durch die Sanitätsorgane verbrannt und durch Watte oder neues Papier ersetzt, um die genannten Artikel annehmbar zu machen.

Diese Bestimmungen treten vom 1. (14.) August 1902 in Kraft.

Aegypten. (S. 331.) In Aegypten wurden in der Woche vom 26. Juni bis 2. Juli l. J. 15 Erkrankungen (und 8 Todesfälle) an Pest beobachtet, und zwar in Alexandrien 7 (3), in Tukh 8 (5). In Port Said ist nach einer Mittbeilung vom 5. Juli gleichfalls ein Pestfall vorgekommen.

Britisch-Indien. (S. 332.) In Bombay sind in der Woche vom 4. bis 10. Juni 98 Erkrankungen und 103 Todesfälle ausgewiesen worden; in Calcutta wurden in der Woche vom 1. bis 7. Juni 90 und in Kurachee in der Woche vom 31. Mai bis 6. Juni 69 Todesfälle an Pest verzeichnet.

Hongkong. (S. 297.) Im Monate Mai sind in der Colonie 140 Personen an Pest erkrankt und 125 gestorben.

China. In Canton (S. 188 d. Bl.) herrscht ununterbrochen die Pest. Auch im chinesischen Vertragshafen von Pakhoi ist die Krankheit in heftiger Weise aufgetreten.

Macao. (Siehe Jahrg. 1901, S. 468). In Macao herrscht die Pest.

Australien. Neusüdwales. In Sydney (S. 311) wurden in der Woche vom 4. bis 10. Mai 8 Erkrankungen und 2 Todesfälle und in der folgenden, am 17. Mai abgelaufenen Woche 6 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Pest verzeichnet.

Queensland. (S. 320.) In der Woche vom 11. bis 17. Mai wurden 3 Erkrankungen und 1 Todesfall (in Brisbane) beobachtet. In der folgenden Woche vom 18. bis 24. Mai ist kein weiterer Pestfall vorgekommen.

Digitized by Google

Cholera. Hongkong. (S. 298.) An dieser Krankheit sind im Monate Mai in der Colonie 141 Personen erkrankt und 127 gestorben.

China. Macao. In Canton und in Macao dauert die Choleraepidemie ungeschwächt fort.

Blattern. Italien. In Palermo (S. 298) sind im Monate Juni 46 Erkrankungen und 7 Todesfälle an Blattern verzeichnet worden.

Hongkong. (S. 298.) Im Monate Mai wurden in der Colonie 6 Erkrankungen und 5 Todesfälle an Blattern constatirt.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 289) starben im Monate Mai 20 Personen an Blattern.

Gelbfieber. Beriberi. Brasilien (S. 288). In Rio de Janeiro wurden im Monate Mai 152 Todesfälle an Gelbfieber und 15 Todesfälle an Beriberi ausgewiesen.

Schlafkrankheit der Neger. Aus Uganda (Afrika) wird der epidemische Ausbruch der Schlafkrankheit unter den Wasogo-Negern gemeldet. In einem einzigen kleinen Districte sind über 7000 Menschen dieser Krankheit zum Opfer gefallen. Im Blute der Kranken wurde das massenhafte Vorkommen von Filaria-Embryonen nachgewiesen.

Vermischte Nachrichten.

Aseptische Impftechnik. Von der in Nr. 46 u. 47 des Jahrganges 1901 dieses Blattes erschienenen Publication des Impfdirectors Dr. Paul: "Ueber den gegenwärtigen Stand der aseptischen Impftechnik" wurde in Folge mehrfacher Anfragen und Bestellungen seitens politischer Behörden verschiedener Kronländer eine Separatausgabe veranstaltet, und können Exemplare derselben gegen Einsendung von 10 h per Stück in Briefmarken portofrei von der Direction der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien bezogen werden.

Neu genehmigte Privatheilanstalten. Steiermark. 1. Privatheilanstalt "Lassnitzhöhe". Diese im Jahre 1901 mit Genehmigung der k. k. Statthalterei in Graz von einer Genossenschaft errichtete Anstalt ist in einem ausgedehnten, aus Wald und Wiesen bestehenden Grundcomplexe in der Gemeinde Wölbling, Bezirk Umgebung-Graz, auf einer Anhöhe gelegen und besteht aus drei grösseren Gebäuden, dem Curhause, der Heilanstalt und dem Verwaltungsgebäude, welche unter einander durch eine gedeckte und zum Theile vollkommen abschliessbare Wandelbahn verbunden sind, ferner aus einem Maschinenhause und mehreren anderen für den Betrieb der Anstalt und die Bewirthschaftung des 34 Hektar umfassenden Grundbesitzes dienenden Baulichkeiten. Die Anstalt ist mit allen modernen Einrichtungen für Hydro- und Elektrotherapie, Fangobehandlung, Massage etc. eingerichtet. 2. "Pension Schweizerhof", Familienheim für Nervenkranke und Reconvalescenten in Krottendorf, Gemeinde Eggenberg bei Graz, der Frau Dorothea v. Scarpatetti zu Unterwegen.

Böhmen. 1. Heissluftcuranstalt des Dr. Richard Sachs in Karlsbad. 2. Kaltwasserheilanstalt des Wundarztes Franz Kohout in Schichowitz, Bezirk Schüttenhofen.

Mähren. Anstalt für Wasser- und Inhalationscuren, Medicinal- und elektrische Bäder des Dr. Wenzel Seidl in Mährisch Ostrau.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 9. bis 15. Juli 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Niederösterreich im politischen Bezirke Baden: Baden 1 (wahrscheinliche Provenienz: Nizza).

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken Drohobycz: Drohobycz 1; Kalusz: Sloboda równianska 1; Kamionka: Horpin 1; Mościska: Laszki gościncowe 1, Podliski 2; Nadworna: Nadworna 1; Peczenizyn: Berczow wyzny 4; Podhajce: Burkanow 3; Wadowice: Targanica 1; Tlumacz: Delawa 8, Kolince 1; Zloczow: Krasnosielce 2, Skwarzawa 3.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien
I. Hothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12.-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 24. Juli 1902.

Mr. 30.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend die Maassnahmen zur Bekämpfung der Tuberculose. - Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Zu Beginn der am 19. Juli 1902 abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes machte der Vorsitzende O. S. R. Hofrath Dr. Ritter v. Vogl Mittheilungen über einige geschäftliche Angelegenheiten, worauf Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý über neue Vorkommnisse in Betreff der im Auslande bestehenden Pest, Cholera und anderer Epidemien berichtete.

Nach stattgefundener Berathung über die wünschenswerthe Theilnahme an einigen bevorstehenden Congressen und wissenschaftlichen Versammlungen, insbesondere jener deutscher Naturforscher und Aerzte in Karlsbad wurde nachstehende Tagesordnung erledigt:

Begutachtung der Zulässigkeit des Vertriebes fabriksmässig erzeugter Arzneimittel in Tabletten for m. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl Namens des pharmaceutischen Specialcomités.)

Gutächtliche Aeusserung über die Zulässigkeit des Vertriebes einiger kosmetischer Präparate, sowie über die Grundsätze, welche hinsichtlich der Herstellung und des Vertriebes kosmetischer und diätetischer Mittel auf Grund der Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes in sanitärer Hinsicht festzustellen wären. (Referent: O. S. R. Generalstabsarzt Prof. Dr. Kratschmer.)

Besetzungsvorschlag für je eine erledigte Oberbezirksarztesstelle im Stande der ldf. Sanitätsbeamten in Mähren und Niederösterreich. (Referent: a. o. Mitglied des Obersten Sanitätsrathes Ministerialrath Dr. Daimer.)

Gutachten über die Zulässigkeit der Ableitung der Fabriksabwässer einer Verzinnerei und Verzinkerei in ein Bachgerinne. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ludwig.)

Gutächtliche Aeusserung über die Eignung eines Privatlaboratoriums, sowie eines in der Prosectur eines öffentlichen Krankenhauses befindlichen Laboratoriums zu bakteriologischen Untersuchungen. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum.)



Gutächtliche Aeusserung über die Eignung bestimmter Wandtafeln über die Anatomie des Menschen zum Unterrichtsgebrauche an Lehrerbildungsanstalten und Bürgerschulen. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum.)

Besetzungsvorschlag für die neusystemisirte Stelle eines Prosectors im Stande der Prosectoren der Wiener k. k. Krankenanstalten. (Referent: O. S. R. Hofrath

Prof. Dr. Weichselbaum.)

Gutachten über die Zulässigkeit eines magnetischen Heilverfahrens.

(Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Exner.)

Am Schlusse der Sitzung wurde ein Comité zur Vorberathung über die Grundsätze des vom Obersanitätsrathe Prof. Dr. Ritter v. Jaksch angeregten Entwurfes eines Epidemiegesetzes gewählt.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministerpräsidenten als Leiters des Ministeriums des Innern vom 14. Juli 1902, Z. 29949

an alle politischen Landeschefs,

betreffend die Maassnahmen zur Bekämpfung der Tuberculose.*)

Unter den vom kranken Menschen auf Gesunde übertragbaren Krankheiten erheischt die durch specifische Bacillen verursachte Tuberculose wegen ihrer ausserordentlichen Verbreitung die grösste allgemeine Beachtung und unermüdlich sorgfältige Abwehr.

Nach den Forschungen der Wissenschaft ist die Tuberculose eine Infectionskrankheit,

*) Dieser Erlass wurde in Abschriften mit dem Ersuchen um unterstützende Mitwirkung in den einzelnen Ressorts mitgetheilt: 1. dem k. und k. Reichs-Kriegsministerium zugleich mit der Bitte um Förderung der Evidenthaltung der Tuberculösen anlässlich der Assentirungen, 2. dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht mit besonderer Rücksicht auf Schulen, Erziehungsanstalten etc., 3. dem k. k. Justizministerium mit Bezug auf Gefängnisse und Strafanstalten, 4. dem k. k. Finanzministerium mit Rücksicht auf Tabakfabriken und Salinen, 5. dem k. k. Handelsministerium mit Rücksicht auf industrielle Unternehmungen und gewerbliches Inspectionswesen, 6. dem k. k. Eisenbahnministerium in Bezug auf Verkehrsanstalten, 7. dem k. k. Ackerbauministerium mit Rücksicht auf die Montanindustrie und die Curorte des Religionsfondes, 8. dem k. k. Landesvertheidigungsministerium in Bezug auf Kasernenwesen.

welche einerseits verhütbar, anderseits in einem gewissen Stadium heilbar ist.

Aus dieser Erkenntnis erwächst für die staatliche Sanitätsverwaltung die Aufgabe, jene Maassnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, der Entstehung und Weiterverbreitung dieser Krankheit vorzubeugen.

Indem die staatliche Sanitätsverwaltung dahin abzielende Anordnungen trifft, ist sie sich dessen voll bewusst, dass durch die von ihr erlassenen obligatorischen Vorschriften, deren Umfang nur ein begrenzter sein kann. das angestrebte Ziel nicht erreicht werden kann, wenn dieselben nicht durch anderweitige zweckmässige Vorkehrungen und Verhaltungsmassnahmen, deren Beobachtung die staatliche Sanitätsverwaltung lediglich dringend zu empfehlen vermag, ergänzt werden.

Die Sanitätsverwaltung ist demnach bei Bekämpfung der Tuberculose ebensowohl auf die pflichtmässige eifrige Unterstützung der unterstehenden Organe, als auf die bereitwillige verständnisvolle Mitwirkung der verschiedenen Behörden, Verwaltungen, Corporationen, des einsichtsvollen Theiles der Bevölkerung, insbesondere aber auf die eifrige Unterstützung aller die Praxis ausübenden Aerzte angewiesen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, gebe ich nach den Anträgen des Obersten Sanitätsrathes die nachstehenden Anordnungen bekannt, welche einerseits die Richtungen andeuten, in denen sich fortan die auf die Bekämpfung der Tuberculose abzielende Thätigkeit

der politischen Behörden und ihrer Sanitäts- haftenden Bacillen eingeathmet werden, ferner organe zu bewegen haben wird, anderseits die Vorkehrungen und Verhaltungsmaassnahmen bezeichnen, welche den zur Mitwirkung berufenen Factoren von der staatlichen Sanitätsverwaltung zur Durchführung und Beachtung dringend empfohlen werden müssen.

In Anbetracht der unverkennbaren Bedeutung dieser Angelegenheit für das Gesundheitswohl des Einzelnen, sowie ganzer Familien, desgleichen für das wirthschaftliche Gedeihen der gesammten staatlichen Gesellschaft beehre ich mich, Hochdenselben nachdrücklich zu ersuchen, diesem Gegenstande Ihre besondere anhaltende Aufmerksamkeit und regste Fürsorge zuzuwenden. Hochdieselben wollen einerseits dafür Sorge tragen, dass die auf Grund der nachstehenden Anordnungen an die politischen Behörden zu erlassenden Weisungen auf das Pünktlichste befolgt werden, anderseits aber mit allem Eifer dahin wirken, dass die an der wirksamen Handhabung der allgemein giltigen Vorkehrungen zur Bekämpfung der Tuberculose mitbetheiligten Factoren in richtiger Erkenntnis der ihnen hiebei zufallenden wichtigen Aufgabe, den Bestrebungen der staat-Sanitätsverwaltung jene werkthätige Unterstützung angedeihen lassen, ohne welche ein voller Erfolg nicht erreichbar ist.

Allgemeine Vorschriften Bezur kämpfung der Tuberculose.

Einleitung.

Nach den als feststehend anerkannten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung ist die Tuberculose eine Infectionskrankheit, welche bei hiefür bestehender Empfänglichkeit durch in den Körper eingedrungene Tuberkelbacillen verursacht wird. Sie kann durch entsprechende Vorsicht oft verhütet, sowie bei Anwendung geeigneter Behandlung und richtiger Pflege unter bestimmten Voraussetzungen werden.

Die Ansteckung erfolgt in den meisten Fällen durch die Luftwege in der Weise. dass die an zerstäubten Theilchen des frischen oder eingetrockneten Auswurfes Tuberkelkranker

dadurch. dass Tuberkelkeime enthaltender Schmutz in verletzte Hautstellen gelangt, von tuberculösen Thieren Nahrungsmittel (Milch, Fleisch), welche Tuberkelbacillen enthalten könnten, in ungekochtem Zustande genossen werden.

Während die letztbezeichnete Gefahr der Infection mit Tuberkelbacillen durch die den Gemeinden obliegende strenge Handhabung der Vieh- und Fleischbeschau, sowie der Lebensmittelpolizei abgewehrt, und diese Abwehr durch Vermeidung des Genusses von Fleisch und Milch unverlässlicher Herkunft in ungekochtem Zustande verstärkt werden kann, ist die Verhütung der Verbreitung der Tuberculose durch das tuberkelkeimhältige Hustensecret der Tuberculösen und die am Aufenthaltsorte derselben sich sammelntuberkelkeimhältigen Verunreinigungen, welche in den Staub übergehen, mit öffentlichen Maassnahmen nur zum Theile erreichbar. Solchen Massnahmen wird zwar der Erfolg überall gesichert werden können, wo öffentliche oder der behördlichen Ueberwachung zugängliche Locale, in denen sich Tuberculöse aufhalten, in Betracht kommen; hingegen wird die Durchführung der betreffenden sanitätspolizeilichen Maassregeln grossen Schwierigkeiten begegnen, wenn es sich um Privatunterkünfte und Familienwohnungen handelt, in denen Tuberculöse von gesunden Personen gepflegt werden oder mit solchen in intimer Berührung leben. Diese Wohnungsgenossen der Tuberculösen, insbesondere Kinder, welche im Staube der Wohn- und Krankenstube von Tuberculösen spielen, sind der Ansteckungsgefahr in erhöhtem Maasse ausgesetzt.

Diese zu verhüten wird umso schwieriger, je beschränkter die Wohnräume, je kärglicher die materiellen Hilfsmittel der Familie, je geringer die Einsicht der Wohnungsgenossen ist, welche sich der nothwendigen Vorsichtsmaassregeln befleissen sollen.

Unter derlei Verhältnissen der Privatkrankenpflege vermag vor Allem der Arzt mit dem Gewichte seiner Autorität und durch unermüdliche Einflussnahme auf den Kranken und seine Umgebung die im öffentlichen Interesse nothwendigen Maassnahmen zur Abwehr der Infectionsverbreitung zur Geltung zu bringen und die im Haushalte mit Tuberculösen Lebenden, sowie die an Tuberculose Erkrankten selbst zu einem hygienisch richtigen Verhalten zu erziehen.

I. Verhütung.

A. Obligatorische Maassnahmen.

a) Allgemeiner Art.

Bei jeder Erkrankung an Tuberculose ist es Pflicht der Pfleger des Kranken und dieses selbst, den infectiösen Hustenauswurf und etwaige andere tuberculöse Ausscheidungen (Geschwürsecret) zuverlässig unschädlich zu machen und hiedurch die Weiterverbreitung der Tuberkelkeime hintanzuhalten.

Zu diesem Zwecke sind nachstebende Verhaltungsmaassregeln unbedingt zu beobachten:

Sobald ein Erkrankungsfall beim behandelnden Arzte den Verdacht auf Tuberculose erweckt, ist die mikroskopisch-bakteriologische Untersuchung der diagnostisch wichtigen Excrete thunlichst bald zu veranlassen.

Ist die Tuberculose constatirt, so ist nach Thunlichkeit Sorge zu tragen, dass dem Kranken — unbeschadet der humansten Pflege — ein abgesonderter Schlafraum, jedenfalls aber ein eigenes Lager, eigene Bett- und Leibwüsche, eigene Kleidung, eigene Wasch- und Speiserequisiten beigestellt werden.

Das Sputum des Kranken darf fortan in und ausser dem Hause, worauf der Arzt mit dem ganzen Nachdrucke seiner Autorität zu dringen hat, nur in hiezu bereitzuhaltende Aufnahmsbehälter (Spucknäpfe, -Schalen, -Fläschchen u. dergl.) — unter Vermeidung des Ausspuckens auf den Boden oder in das zur Reinigung der Nase bestimmte Taschentuch — beseitigt werden.

Beim Husten hat sich der Kranke nach Weisung des Arztes geeigneter, vor den Mund zu nehmender Schutzvorlagen zu bedienen, um das Versprühen des Sputums zu vermeiden. Diese und alle mit tuberculösen Infectionsstoffen verunreinigten Gebrauchsgegenstände sind, insoferne sie nicht, wie z. B. Verbandstoffe, wegen Werthlosigkeit sofort verbrannt werden können. bei Vermeidung jeder Manipulation, durch welche — wie beim gewaltsamen Entfalten geballter Schnupftücher — eingetrocknete Verunreinigungen verstäuben könnten, durch Auskochen, eventuell Desinfection im Wasserdampfe oder mit chemischen Desinfectionsmitteln für den weiteren Gebrauch unschädlich zu machen.

Das Auskehren der Räume, in denen sich ein Tuberkelkranker befindet, hat stets auf feuchte Weise zu geschehen.

Das Entstauben von Staubtüchern durch Fenster oder andere Oeffnungen auf die Strasse ist allgemein polizeilich zu verbieten; die Entstäubung soll womöglich in einen zweckmässigen Kehrichtbehälter stattfinden, und der Kehricht verbrannt werden.

Die Leib- und Bettwäsche der Tuberculösen ist mittelst Auskochens in Lauge oder Sodalösung oder Einlagerung in kalte zehnfach verdünnte Cresolseifenlösung durch 24 Stunden vor dem Waschprocesse zu desinficiren.

Im Falle des Abganges eines tuberculösen Kranken aus seiner Wohnung in Spitalspflege, beziehungsweise überhaupt beim Wechsel der Unterkunft, desgleichen im Falle seines Ablebens sind alle von ihm bisher benützten Gebrauchsgegenstände vor neuerlicher Verwendung durch Andere einer verlässlichen Reinigung and Lüftung an der Sonne, beziehungsweise nach ärztlicher Anordnung der Desinfection zu unterziehen, und ist die von ihm verlassene Wohnung vor neuerlicher Benützung an Wänden und Fussboden gründlich zu reinigen und nach ärztlicher Anordnung gleichfalls zu desinficiren.

Zur Pflege der Tuberculösen sollen nur solche Personen verwendet werden, welche weder an Tuberculose leiden, noch hiezu in evidenter Weise disponirt sind.

Das Pflegepersonale, beziehungsweise die Angehörigen des tuberculösen Kranken sind vom behandelnden Arzte mit genauen Weisungen zu versehen, wie sie Kranken in sanitätsgemässer Weise zu pflegen und sich selbst vor Ansteckung zu schützen haben. Insbesondere ist ihnen aufzutragen, dass sie sich, gleich wie die Aerzte, nach einer etwaigen Verunreinigung der Hände oder anderer blosser Körpertheile oder der Bekleidung durch tuberculöse Ausscheidungen mit einer geeigneten Desinfectionsflüssigkeit reinigen, während der Hustenanfälle der Patienten nicht überflüssiger Weise den Körper in den Bereich der versprühten Schleimbläschen bringen oder sich vor deren Einathmung durch Bedecken von Mand und Nase schützen und sich der grössten persönlichen Reinlichkeit befleissen.

Um bei der Bekämpfung der Tuberculose wirkliche Erfolge zu erzielen, ist es nothwendig, dass alle betheiligten Personen, Kranke und Gesunde, in strengster Selbstdisciplin die Anordnungen Arztes befolgen, beziehungsweise deren Befolgung selbst überwachen. Es ist nothwendig, dass Jedermann die Ueberzeugung erlange, dass ein auf den Boden entleertes Sputum eines Tuberculösen eine Gefahr für ihn selbst enthalte, und dass er demgemäss ein Interesse und eventuell die Pflicht habe, derartiges hintanzuhalten. Jedermann muss aber auch darauf achten, dass er nicht selbst anderen ein schlechtes Beispiel gebe, und sich daher des Spuckensauf den Boden enthalten. Anderseits muss der Tuberculöse erinnert werden, dass er vermeiden müsse, durch sorgloses Ausspucken eine Gefahr für die Anderen zu sein und er wird es vermeiden, sobald man ihn aufmerksam gemacht haben wird, dass die ersten Opfer seiner Unachtsamkeit die Mitglieder seiner Familie und die Personen seiner unmittelbaren Umgebung sein könnten.

Da es evident ist, dass die verbreitete Gewohnheit des Ausspuckens auf den Boden eine ebenso widerwärtige, als wegen der grossen Zahl der in der Gesellschaft lebenden Tuberculösen, gefährliche Unsitte ist, muss derselben unablässig mit allen Mitteln entgegengewirkt werden.

Das Ausspucken auf den Boden wirkt minder schädlich auf offenen Strassen und Plätzen, weil die Tuberkelbacillen unter dem Einflusse des Sonnenlichtes und der Austrocknung im Freien bald abgetödtet werden. Um so verderblicher ist dessen Nachwirkung in geschlossenen, von Menschen zum Aufenthalte genommenen oder stark frequentirten Räumen.

Es ist daher dringend nothwendig, diese üble Gewohnheit im Wege der Volkserziehung sowohl durch Geltendmachung des Einflusses aller Gesitteten im öffentlichen Gesellschaftsleben als durch Volksbelehrung und insbesondere durch Unterweisung der Jugend in allen Lehr und Erziehungsanstalten, sowie durch Anhaltung derselben zur Vermeidung der bezeichneten Unsitte allgemein abzustellen.

Dort, wo den staatlichen oder autonomen öffentlichen Körperschaften Unternehmungen eine unmittelbare Einwirkung auf die Bevölkerung zukommt, wird die Hintandes bezeichneten Unfuges directe, unbedingte Verbote Ausspuckens zu erreichen sein. Solche Verbote werden insbesondere bezüglich öffentlichen Versammlungorte wie z. B. Kirchen, Theater, Museen, Gasthäuser, Tanz- und Vergnügungslocale etc., dann bezüglich der einer Aufsicht oder Einflussnahme der erwähnten Behörden und Körperschaften unterstehenden Anstalten und Unternehmungen, wie z. B. Kanzleien, Schulen, Turnsäle, Spielplätze, Spitäler, Sanatorien, Waisen., Irren-. Siechen. Armenhäuser, Krippen, Kinderasyle und dergleichen, dann bezüglich der gewerblichen Betriebsanlagen, insbesondere der Fabrikssäle, ferner in Kasernen, Nachtquartieren, Verpflegsstationen, Gefangenhäuser und Detentionsanstalten und dergleichen, endlich bezüglich der öffentlichen Transportmittel für den Personenverkehr und der dazu gehörigen Betriebsräume, wie z. B. der Wartehallen auf Eisenbahnstationen, der Personenwagen in Eisenbahnzügen, der Passagierräume auf Dampfschiffen, bezüglich der elektrischen und Pferdebahnen, Postwagen, Omnibusse, Miethwagen u. s. w. zu erlassen sein und ihre Strafsanction in der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, R.G.Bl. Nr. 96, der Verordnung vom 30. September 1857, R. G. Bl. Nr. 198, der Gemeindeordnung, der Gewerbeordnung, der Eisenbahnbetriebsordnung, der Strafgerichtsinstruction u. s. w. oder anderen besonderen Ordnungsvorschriften finden können.

Zugleich wird jedoch dafür vorgesorgt werden müssen, dass unter Beobachtung der gebotenen Anstandsrücksichten besondere für die Aufnahme des Sputums bestimmte und geeignete Gefässe — zur Hälfte mit feuchtem Desinfectionsmateriale oder Desinfectionsflüssigkeit gefüllt und am zweckmässigsten in einer Höhe von 0.9 Metern angebracht und mit einer entsprechenden Aufschrift versehen — zur Benützung des Publikums dieser Ubicationen bereit gehalten werden.

Selbstverständlich muss zuverlässig vorgesorgt werden, dass der Inhalt dieser Gefässe regelmässig nach Desinfection in unschädlicher Weise beseitigt, eventuell nach Vermengung mit Torfmull oder Sägespänen verbrannt, und dass die Gefässe selbst durch Auskochung oder mittelst Carbolwassers (3% iger wässeriger Lösung) oder des Lysitolwassers oder Lysolwassers (2% iger Lösung) gereinigt werden.

Wo immer der behandelnde Arzt bezüglich der Durchführung unumgänglich nothwendiger Maassnahmen zur Hintanhaltung der Verbreitung der Tuberculose auf unbehebbare Hindernisse stösst, ist er verpflichtet, die Mitwirkung der localen, eventuell staatlichen Sanitätsbehörde anzurufen.

Insbesondere ist er jedoch verpflichtet die Anzeige des Bestandes der Tuberculose in einem Haushalte oder einer Wohngemeinschaft zu machen:

- a) im Falle des Ablebens eines tuberculosen Kranken,
- b) beim Wechsel der Wohnung oder Unterkunft des Tuberculosen.

Zur Ablebensanzeige ist auch der Todtenbeschauer verpflichtet.

Die Anzeigepflicht der Aerzte über das Auftreten der Tuberculose unter besonderen Verhältnissen wird im speciellen Theile festgesetzt.

b) Specieller Art.

Diese allgemeinen Grundsätze, deren Geltendmachung allen Aerzten bei Austibung ihrer privaten Praxis zur besonderen Pflicht zu machen ist, werden unter besonderen Verhältnissen eine Specialisirung und Präcisirung erfahren müssen. Dies ist insbesondere der Fall hinsichtlich der Heilund Pflegeanstalten jeder Art, seien es nun öffentliche oder private.

1. In Heilanstalten.

In Kranken-, Irren-, Gebär-, Findel- und Armenanstalten, Siechenhäusern u. dgl., wo Pflegebedürftige in grösserer Anzahl gemeinsam untergebracht sind, wird der gesonderten Pflege der Tuberkelkranken licht- und luftreichen, besonders rein zu haltenden, staubfrei zu reinigenden Räumen, der sorgfältigen Schulung des für solche Kranke bestellten Wartepersonales, der Desinfection aller inficirten Gebrauchsgegenstände und der Unschädlichmachung der tuberculosen Excrete die peinlichste Aufmerksamkeit zu widmen, und werden alle Kranken und Pfleglinge zur hygienischen Selbstdisciplin. namentlich in Bezug auf unschädliche Beseitigung des Auswurfes in die ausreichend beizustellenden Spuckgefässe zu erziehen sein.

Es ist darauf zu halten, dass alle zur Hintanbaltung der Veibreitung der Tuberculose dienlichen Maassnahmen in allen Krankenund Pflegeanstalten in musterhafter Weise zur Geltung gelangen, so dass die Kranken in denselben mit den betreffenden Verhaltungsmaassregeln vollständig vertraut werden, und die Spitalskrankenpflege der Tuberculösen zum Vorbilde der rationellen Privatkrankenpflege dienen könne.

2. In Curorten und Sommerfrischen.

Desgleichen werden diese allgemeinen Vorschriften in Ansehung der Curorte und Sommerfrischen als Sammelstätten von Heilungs- und Erholungsbedürftigen eine besondere Verschärfung und Ausgestaltung erfahren müssen, namentlich bezüglich solcher

erlangung oder Besserung ihrer Gesundheit aufgesucht werden.

Insbesondere ist unbedingt nothwendig, dass mit der Curordnung oder in eigens zu verlautbarenden Kundmachungen alle jene sanitären angeordnet Verhaltungsmaassregeln nach welchen sich sowohl die Kranken selbst, als ihre Begleitung, als auch ihre Wohnungsgeber und Wirthe zum Zwecke der Vermeidung von Infectionsübertragungen zu benehmen haben. Die Curverwaltungen und Curgemeinden haben alle jene sanitären Vorkehrungen zu treffen, welche zur Beaufsichtigung und Instandhaltung der Unterkünfte tuberculöser Curgäste und zur exacten Desinfections-Handhabung des dienstes erforderlich sind.

In Curorten, in welchen rohe Milch oder Milchproducte als Curmittel verwendet werden, ist durch die zuständige politische Bebörde eine strenge Ueberwachung sowohl dieser Genussmittel selbst, als auch der Stätten ihrer Provenienz zu veranlassen, damit die Verwendung tuberculöser Thiere von der Milchgewinnung sicher ausgeschlossen werde.

3. In Wohngemeinschaften aller Art.

Auch in Wohngemeinschaften und Pflegeanstalten jeder anderen Art, in welchen eine grössere Anzahl von Personen im gemeinsamen Haushalte lebt, wie in Versorgungsanstalten, Asylen, Herbergen, Arbeits-, Corrections- und Gefangenhäusern etc., insbesondere aber in Instituten und Convicten für jüngere Personen, dann in geistlichen und weltlichen Gemeinschaften u. dgl., wird eine sorgfältige Anpassung und Ausgestaltung der obigen allgemeinen Vorschriften platzzugreifen haben.

Insbesondere dürfen zur Pflege der Kinder in Krippen und Kinderbewahranstalten niemals tuborculöse oder der Tuberculose auch nur verdächtige Personen zugelassen werden,

Dem Auftreten der Tuberculose in derlei Gemeinschaften wird von dem mit der Besorgung des ärztlichen Dienstes betrauten

Orte, welche von Tuberculösen zur Wieder- | Arzte die grösste Aufmerksamkeit zuzuwenden sein, und ist derselbe verpflichtet, im Falle der Constatirung eines derartigen Erkrankungsfalles dem Anstaltsvorstande sofort die Anzeige zu erstatten und die Mittel darzulegen, welche geeignet sind, die Heilung des Kranken zu ermöglichen und jede Gefahr der Verbreitung der Tuberculose abzuwehren. Der Aufsicht führenden Behörde ist über derartige Maassnahmen die Anzeige zu erstatten.

B. Empfehlenswerthe Maassnahmen.

Neben diesen directen Maassnahmen gegen die Verbreitung der Tuberculose ist jedoch noch eine ganze Reihe von Vorkehrungen aufzuzählen, deren Durchführung wegen der indirecten Förderung des angestrebten Zweckes als dringend empfehlenswerth bezeichnet werden muss, da die beharrliche Vernachlässigung derselben den günstigen Erfolg der ersteren Maassnahmen sogar in Frage zu stellen geeignet ist.

Eine wichtige Rolle kommt in dieser Hinsicht der Aufklärung und Belehrung der weitesten Bevölkerungsschichten über Entstehung und Bekämpfung der Tuberculose und über das hierauf abzielende Verhalten im gesunden Zustande und im Falle der Erkrankung zu. Diese Belehrung kann durch populäre Vorträge und Aufsätze von Aerzten und anderen Sachverständigen und Verbreitung hierauf abzielender guter Volksschriften durch humanitäre Vereine sehr gefördert werden.

Den an Tuberculose Erkrankten wird das Aufsuchen einer Heilanstalt für Tuberculöse oder, wenn dies nicht möglich ist, und eine entsprechende, die nothwendige Absonderung des Kranken berücksichtigende Behandlung innerhalb der Familie nicht platzgreifen kann, eines Spitales überhaupt dringend zu empfehlen sein.

Tuberculöse Eltern, welche kleine Kinder besitzen, sollen im Verkehre mit diesen die allergrösste Vorsicht beobachten.

Tuberculöse Personen dürfen ihre Kinder und Verwandten nicht auf den Mund küssen, tuberculöse Mütter ihre Neugeborenen womöglich

nicht selbst stillen. Tuberculöse Frauen dürfen zum Ammen dienste nicht zugelassen und sollen womöglich von der Kinderpflege ferngehalten werden; auch ist tuberculösen Personen die Verehelichung abzurathen, solange der tuberculöse Process nicht zur Heilung oder doch zum Stillstande gebracht ist.

Wohnungen für die ärmeren Bevölkerungschaften werden; classen, durch eine wohlgeordnete, unter genauer Marktpolizei-Controle stehende Approvisionirung mit gesunden Lebens mitteln, ferner durch Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Bewohner mittelst Darbietung reichlicher und billiger Gelegenheit zur persönlichen Reinlich

Tuberculöse oder zur Tuberculose veranlagte Personen sollten durch verständige Einwirkung von solchen Berufsarten abgehalten werden, welche wegen ungünstiger hygienischer Verhältnisse, Staubbildung, Arbeit in gesperrter oder mit schädlichen Dünsten erfüllter Luft, wegen anhaltend sitzen der und gebeugter Körperhaltung, eine Besserung ihres Zustandes zu verhindern oder denselben zu verschlimmern geeignet sind, oder welche den Tuberculösen mit anderen Personen in engsten Verkehr bringen oder sie zwingen, mit verkäuflichen Lebensund Genussmitteln fortgesetzt zu manipuliren.

In den letztbezeichneten Beziehungen ist es von besonderer Wichtigkeit, dass in Fabriks- und Gewerbebetrieben der sorgfältigen Beobachtung der nothwendigen hygienischen Rücksichten auf die Gesundheit der Arbeitenden, insbesondere jugendlicher Personen, sowohl in Bezug auf die Arbeitslocalitäten, als auf die Art und Dauer der Arbeit die grösste Aufmerksamkeit zugewendet werde.

Ausserdem gehört zu den empfehlenswerthen Maassnabmen die Vorsorge für
die Salubrität, Hygiene und Reinlichkeit
in Ansehung ganzer Gemeinden und
Ortschaften im Allgemeinen, sowie der Häuser,
der Wohnungen in denselben und der
Lebensführung ihrer Bewohner im Besonderen.

Die planmässig fortgesetzte Assanirung ganzer Gemeinden und einzelner Ortschaften durch Herbeiführung gesunder Lebensbedingungen, insbesondere durch Erhaltung reiner Luft und Beistellung gesunden Wassers, durch die Beschaftung lichter und luftiger, trockenerund ausreichender

classen, durch eine wohlgeordnete, unter nauer Marktpolizei-Controle stehende Approvisionirung mit gesunden Lebens Erhöhung mitteln, ferner durch Widerstandsfähigkeit der Bewohner mittelat Darbietung reichlicher und billiger Gelegenheit zur persönlichen Reinlich. keitspflege und zur Abhärtung mittelst öffentlicher Bäder und Schwimmanstalten; die strenge Handhabung der Gesundheitzpolizei unter Benützung aller Fortschritte der Hygiene, insbesondere die rationelle Regelung der Sammlung und Abfuhr des Hauskehrichtes und der Hausabfälle. unschädliche Ableitung des Unrathes; die öffentliche Reinlichkeitspflege. insbesondere die regelmässige und häufige Strassenreinigung bei Vermeidung von Staubbildung; die strenge Handhabung von Polizeivorschriften zur Sicherung der Reinlichkeit in den Höfen, vornehmlich den Lichthöfen, den Gängen und Stiegen der Häuser, desgleichen zur Hintanhaltung des Ausstaubens von Wohnungseffecten und Abwischtüchern durch die Fenster auf die Gasse u. dgl.; dies alles sind Mittel. um der Entstehung und Verbreitung der Tuberculose indirect immer mehr an Boden ziehen.

Nicht zu unterschätzen ist hiebei auch die erziehliche Wirkung der öffentlichen, communalen Reinlichkeitspflege auf die private, sowohl hinsichtlich der Wohnungen als auch rücksichtlich der Person der Bewohner, zu der sich in wirksamer Weise der Einfluss der Schule bereits von der Kindheit an gesellen muss.

II. Heilung.

Aber nicht blos der Verhütung, auch der Heilung der Tuberculose, welche mit der Unschädlichmachung der Tuberkelbacillen im Körper selbst und Beseitigung der von ihnen hervorgerufenen Schäden identisch ist, muss eine besondere Aufmerksamkenit zugewendet werden.

Sowohl die anatomisch-pathologischen, als Entstehen auch die klinischen Erfahrungen lassen die Tuberculose, besonders in den Anfangsstadien als heilbar erscheinen. Die erfolgreiche Behandlung der Tuberculose setzt jedoch die lichen, od stehen Vorschriften voraus, welche bei Belassung dies Kranken in häuslicher Pflege meistens kaum durchführbar ist.

Von ganz besonderem Nutzen, ja geradezu als unabweisliche Nothwendigkeit erweist sich hier die Unterbringung in sogenannten Lungenheilstätten oder Tuberculösenasylen, wo eine sorgfältig geregelte, mit systematischen Kräftigungscuren verbundene ärztliche Behandlung platzgreift.

Durch die in diesen Heilstätten eintretende Pflege wird nicht blos den Forderungen der Humanität Rechnung getragen, sondern es werden auch durch die häufig erzielte gänzliche, oder doch zur Arbeitsleistung befähigende Wiederherstellung der Pfleglinge die wirthschaftlichen Interessen der Gemeinden, Industrieunternehmungen, Kranken versicherungsanstalten, welchen diese Erkrankten angehören, gefördert.

Diese Körperschaften und Unternehmungen sollten daher an der Errichtung solcher Heilstätten und an der Unterbringung von Tuberkelkranken in denselben einen besonders werktbätigen Antheil nehmen.

Ungeachtet des grossen Reichthums an hiezu bestens geeigneten Gegenden sind in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern nur sehr wenige solcher Anstalten verhanden.

Den Bemühungen Hochderselben um die Hebung der allgemeinen Wohlfahrt in Ihrem Verwaltungsgebiete eröffnet sich hier ein weites Feld erspriesslicher Bethätigung.

Hochdieselben werden durch zielbewusste fortgesetzte Einflussnahme auf die in Betracht kommenden öffentlichen Factoren, sowie durch eifrige Unterstützung bestehender oder zu begründender Vereine und Institutionen, welche derlei Zwecke verfolgen, durch persönliche Anregung und Förderung dahin abzielender Bestrebungen unschwer in der Lage sein, das

Entstehen solcher allgemein zugänglicher, namentlich für die minder bemittelten Volksclassen leicht erreichbarer Heil- und Pfleg estätten für Lungen kranke zu ermöglichen, oder doch zu bewirken, dass an die bestehenden öffentlichen Krankenanstalten besondere Annexpavillons in günstiger sonniger Lage mit Vorkehrungen für rationelle Freiluftbehandlung und Kräftigungscuren angeschlossen werden.

Gemeinsame Schlussbestimmungen.

Zur Durchführung der im Obigen dargestellten Maassnahmen — wird neben dem umsichtigen und thatkräftigen Vorgehen der staatlichen Behörden, insbesondere der staatlichen Sanitätsorgane, sowie jener der unterrichtsbehördlichen werblichen Aufsicht — die eifrige und bereitwillige Mithilfe der autonomen Verwaltungen der Königreiche und Länder, der Bezirke und Gemeinden, der Aerztekammern und aller einzelnen Aerzte, die verständnisvolle und entgegenkommende Unterstützung der Leitungen aller Heilund Pflegeanstalten, der Schul- und Erziehungsinstitute, der Verkehrs-Betriebsunternehmungen, der socialen Versicherungsverbände, der humanitären Vereine und Körperschaften, ebenso wie der aufklärende Einfluss der Presse und die hilfsbereite Theilnahme der gesammten Bevölkerung unerlässlich sein.

Die politischen Behörden und ihre Sanitätsorganewerden die Verhältnisse der Verbreitung der Tuberculose in ihrem Amtsbereiche einem fortgesetzten Studium, namentlich anlässlich der periodischen Bereisungen, Inspicirungen von Schulen und sanitätspolizeilich wichtigen Objecten, desgleichen anlässlich ihrer Interventionen bei Assentirungen zu unterziehen und die gemachten Wahrnehnehmungen bei Bekämpfung der Tuberculose zu verwerthen haben.

Hochdieselben wollen demnach die im Sinne der vorstehenden Ausführungen erforder-

lichen und zweckdienlichen Vorkehrungen treffen, den politischen Behörden mit aller Beschleunigung die vorstehenden Directiven zur entsprechenden Anweisung der Aerzte, der Gemeindevorstände, der Directionen und Verwaltungen von Kranken- und Pflegeanstalten, der Lehr- und Erziehungsinstitute, der Verkehrs- und Industrieunternehmungen, Curorte und öffentlichen Erholungsanstalten und anderer einschlägigen Unternehmungen zur Kenntnis bringen, mit dem Landesausschusse und den in Betracht kommenden Landesbehörden zur gemeinsamen Förderung der Ziele der Bekämpfung der Tuberculose sich in Verbindung setzen und unausgesetzt dahin wirken, dass die allgemeine Theilnahme und Aufmerksamkeit an dieser das gemeinsame Wohl Aller berührenden Angelegenheit geweckt und wach erhalten werde und sich in fruchtbarer und nutzbringender Weise bethätige.

Ueber die von Hochdenselben getroffenen Verfügungen gewärtige ich einen ausführlichen Bericht und ersuche Hochdieselben Veranlassung zu treffen, dass die Erfolge der ein zuleitenden Action zur Bekämpfung der Tuberculose, und namentlich die Vorkehrungen zur Absonderung der Tuberculösen und systematischen hygienischen Erziehung der Pfleglinge in Heilund Pflegeanstalten alljährlich im Jahressanitätsberichte in einem besonderen Abschnitte zur übersichtlichen Darstellung gelangen.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Salzburg. In der Sitzung am 8. April 1902 wurde nach Mittheilung des Einlaufes durch den Vorsitzenden über nachfolgende Gegenstände berathen.

- 1. Gutachten, betreffend die Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Wildbadgastein.
- 2. Gutachten, betreffend die Heranziehung der Volkschulen zur Bekämpfung des Alkoholismus.
 - 3. Gutachten, betreffend die Einrichtung einer Cur- und Badeanstalt in Hallein.

In der Sitzung am 21. Mai 1902 wurde nach Mittheilung des Einlaufes über nachfolgende Gegenstände berathen:

- 1. Gutachten über das Wasser von Oberselters.
- 2. Gutachten über die Ertheilung einer Concession zur Ausübung des Zahntechnikergewerbes.
 - 3. Gutachten über die Zulässigkeit der Schmid'schen Sargschirme.

Steiermark. In der Sitzung am 3., 6., 9., 13. und 14. Mai 1. J. wurden folgende Gegenstände der Berathung unterzogen:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Abänderung der Bestimmungen zur Hintanhaltung der Verbreitung ansteckender Krankheiten in Schulen.
- 2. Gutächtliche Aeusserung über das Project des Landesausschusses, betreffend die Herstellung von Nebengebäuden beim allgemeinen öffentlichen Krankenhause in Mariazell.
- 3. Gutächtliche Aeusserung über ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe einer Heissluftanstalt in Graz.

Kärnten. In den Monaten April, Mai und Juni 1902 gelangten nachfolgende Gegenstände zur Berathung und Beschlussfassung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Concessionirung einer Kaltwassereur- und Heilanstalt in Pörtschach a. See. (Referent: Sanitätsrath Dr. Hauser.)
- 2. Vorschlag zur Besetzung einer Secundararztesstelle im allgemeinen Krankenhause zu Villach. (Referent: Sanitätsrath Dr. Smoley.)
- 3. Aeusserung, betreffend die Zweckmässigkeit des seitens der k. k. Impfstoffgewinnungsanstalt in Wien verwendeten Verschlusses der Impfphiolen. (Referent: Sanitätsrath Dr. Neumann.)

4. Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die Districtsarztesstelle in Spittal a. D. (Referent: Sanitätsrath Dr. Smoley.)

5. Vorschläge zur Besetzung der Bezirkshebammenstellen in Maria-Gail, Zeltschach, Radsberg-Mieger. (Referent: Landes-Regierungsrath Dr. E. Meusburger.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Griechenland. Die Quarantaine gegenüber Herkünften aus Constantinopel (S. 331) wurde aufgehoben und an Stelle derselben eine strenge ärztliche Visite angeordnet.

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 16. Juli, Nr. 13, wurden die gegenüber Herkünften aus den Häfen des Bosporus angeordneten Maassnahmen (siehe S. 342) ausser Kraft gesetzt.

Der Dampfer "Duca di Galliera" (S. 343) ist, nachdem er in der Sanitätsstation Asinara die pestverdächtigen Kranken abgegeben hatte und der Desinfection unterzogen worden war, am 9. Juli in Genua wieder eingetroffen und zum freien Verkehre zugelassen worden.

Rumänien. Herkünfte aus Port Said unterliegen vom 27. Juni (10. Juli) an einer sechstägigen Quarantaine in Sulina. Die Häfen von Mangalia und Constantza bleiben diesen Herkünften verschlossen. Die Einfuhr der im Cap. II, Titel IV des Reglements der Venediger Convention angeführten Waren aus diesem Hafen ist untersagt.

Russland. In Odessa sollen in letzter Zeit zwei Pestfälle, darunter einer mit tödtlichem Ausgange, vorgekommen sein. Amtliche Mittheilungen liegen hierüber nicht vor.

Aegypten. In der Woche vom 3. bis 9. Juli wurden 6 Erkrankungen (und 6 Todesfälle) ausgewiesen, und zwar in Alexandrien 4 (4), in Port Said (S. 343) 1 (1) und in Tukh 1 (1).

Britisch-Indien. In Bombay sind in der Woche vom 11. bis 17. Juni 56 Erkrankungen und 59 Todesfälle beobachtet worden. In Calcutta starben in der Woche vom 8. bis 14. Juni 65 Personen an Pest.

Formosa. Auf Formosa wurden seit Anfang dieses Jahres bis zum 22. Mai 1322 Erkrankungen und 956 Todesfälle verzeichnet. In den Jahren 1896 bis 1901 sind auf dieser Insel von den japanischen Behörden nacheinander 246, 730, 1233, 2637, 1079, 4519 Erkrankungen und 147, 566, 882, 1994, 809, 3634 Todesfälle an Pest in Evidenz gehalten worden.

Capcolonie. (S. 332.) In der Woche vom 1. bis 7. Juni wurde in Port Elizabeth 1 Erkrankung und in der folgenden am 14. Juni abgelaufenen Woche 1 Erkrankung und 1 Todesfall (betreffend eine aufgefundene Leiche) constatirt.

Australien. Neu-Südwales. In Sydney (S. 343) sind in der Woche vom 18. bis 24. Mai 3 und in der folgenden am 31. Mai abgelaufenen Woche 1 neue Erkrankung an Pest beobachtet worden. Seit Ausbruch der Krankheit (14. November 1901) sind insgesammt 132 Personen erkrankt und 36 gestorben.

Brasilien. Die brasilianische Regierung hat die Häfen der Republik Uruguay für pestverseucht erklärt und für die dortigen Herkünfte die Anwendung der gegenüber argentinischen Häfen angeordneten Maassregeln (S. 263) verfügt.

Cholera. Türkei. In der Zeit vom 18. bis 29. Juni herrschte Cholera in 11 Dörfern des Caza Abu Arisch (S. 332); einzelne Erkrankungen kamen auch in Sabia (S. 298) vor. In Salif (S. 332) wurden am 3. Juli 2 Erkrankungen und 1 Todesfall constatirt; seither sind noch weitere Erkrankungen vorgekommen.



Vermischte Nachrichten.

Verein Kinderschutzstationen in Wien. Der Verein Kinderschutzstationen in Wien, I., Schönlaterngasse Nr. 3, hat sich die Gewährung vorübergehender Hilfe für Kinder ohne Unterschied der Confession oder Nationalität zum Ziele gesetzt; dauernde Hilfe bahnt er sowohl bei akatholischen wie bei katholischen Kindern auf confessioneller Basis, nämlich im Anschlusse an die betreffenden Cultusgemeinden und confessionellen Woblthätigkeitsanstalten an. Dem vorübergehenden Schutzbedürfnisse dienen die zahlreichen Tagesheimstätten in den verschiedenen Bezirken von Wien, wo aufsichtslose Kinder an Werktagen die schulfreie Zeit zubringen und gegen ein Entgelt (10 h) auch verköstigt werden. Dauernder Hilfe bedürftige, insbesonders misshandelte und verwahrloste Kinder werden in den mit den Tagesheimstätten verbundenen Nachtschutzstationen, noch nicht im schulpflichtigen Alter stehende Kinder auch bei verlässlichen Kostparteien und in Anstalten, verdorbene Kinder in Besserungsanstalten auf Kosten des Vereines untergebracht und versorgt. (Verordnungsblatt für das k. k. Justizministerium.)

Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft in Wien. Nach dem Jahresberichte der Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft in Wien, IX., Maria Theresienstrasse Nr. 3, hatte dieser Verein im zweiten Jahre seines Bestandes Einnahmen im Betrage von 50.474 K zu verzeichnen und schloss bei einem Vermögenszuwachs von 20.162 K ab mit einem Vermögensstande von 68.722 K. Zu den im Jahre 1900 übernommenen 32 Kindern hat die Gesellschaft 60 weitere Kinder übernommen. Insgesammt wurde die Hilfe der Gesellschaft in 276 Fällen, und zwar fast in der Hälfte der Fälle von Privaten in Anspruch genommen. Von den 92 übernommenen Kindern sind 77 in der Pflege der Gesellschaft, 15 sind ausgeschieden; davon wurden 12 Kinder den Eltern oder Vormündern unter Aufsicht der Gesellschaft zurückgegeben; 16 Kinder sind verlässlichen Frauen zur Pflege anvertraut, ein unheilbarer Kranker wurde in ein Krankenhaus, ein sittlich verdorbenes Kind in eine Besserungsanstalt abgegeben. Die übrigen 59 Kinder sind in 6 nach dem Familiengruppensysteme eingerichteten Kinderheimen untergebracht.

Die Zahl der Verpflegstage betrug im Jahre 1901 18.820, die Verpflegskosten 14.085 K, die Gesammtausgaben für Kinder beliefen sich auf 22.911 K. An Alimentationsbeiträgen wurden von den Angehörigen der Kinder 1275 K entrichtet. Auf die Heranziehung der Eltern zur Alimentationsleistung wird grosses Gewicht gelegt, um nicht die Eltern durch Uebernahme der Kinder zu entlasten und eine Prämie auf die Misshandlung der Kinder zu setzen. (Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums.)

Pensionsbehandlung der Vorstände der nicht klinischen Abtheilungen und Institute der Wiener k. k. Krankenanstalten. Zu Folge Allerhöchster Entschliessung vom 28. Juni 1902 hat bei der Pensionsbehandlung der Vorstände der nicht klinischen Abtheilungen und Institute der Wiener k. k. Krankenanstalten ausser den Bestimmungen des § 3, Absatz 1 und des § 4 des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 47, über die Pensionsbehandlung des Lehrpersonales der vom Staate erhaltenen Lehranstalten, (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 180) nunmehr auch jene des § 1, Absatz 2 des gedachten Gesetzes gleichmässige Anwendung zu finden. Hiedurch werden diese Vorstände, welche auf Grund Allerhöchster Entschliessung vom 31. Jänner mit dem zurückgelegten 70. Lebensjahre von amtswegen mit ihrem ganzen, zuletzt genossenen Gehalte (eventuell Personalzulage) in den Ruhestand zu versetzen sind, und welche, sobald sie das 65. Lebensjahr erreicht haben, in den Ruhestand versetzt werden können, der weiteren Begünstigung des Lehrpersonales der vom Staate erhaltenen Lehranstalten theilhaftig, wonach je drei in ihrer Dienstleistung zurückgelegte Jahre für vier gezählt werden.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 15. Juli nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 16. bis 22. Juli beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 1, und in den politischen Bezirken: Bebrka: Horodyszcze cetnarskie 1; Bohorodczany: Kryczka 2; Buczacz: Dobropole 6, Kujdanow 2; Horodenka: Czernelica 2, Korniow 1; Jaworow: Jaworow 1, Trościanec 4; Kamionka: Horpin 1; Kolomea: Balince 2; Mościska: Laszki gościncowe 4, Podliski 2; Podhajce: Burkanow 1; Skalat: Nowosiolka 9; Stryj: Korostow 2; Tlumacz: Kolince 1; Wadowice: Targanica 1; Zolkiew: Kulikow 1.

In der Bukowina im politischen Bezirke Storozynetz: Komarestie Slobodzia 1.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Dennerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12.-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 31. Juli 1902.

Mr. 31.

Inhalt. Ueber den Einfluss des Alkoholismus auf den Verlauf der Hautkrankheiten. Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend Vorkehrungen gegen Cholera und Pest, -- Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande, --Vermischte Nachrichten.

Ueber den Einfluss des Alkoholismus auf den Verlauf der Hautkrankheiten.

Von Hofrath Professor Dr. Neumann.

Auf dem in Wien abgehaltenen Antialkoholisten-Congresse wurde der Einfluss des Alkoholismus auf die Lebensdauer, Vermehrung der Bevölkerung, die Moralität, auf somatische und psychische Krankheiten sehr eingehend erörtert. Der Einfluss des Alkoholismus jedoch auf Krankheiten der Haut, zumal auf die Syphilis wurde nur gestreift, obschon die schädliche Wirkung des Alkoholismus auf cutane Krankheiten ein sehr häufiges Vorkommnis bildet. Zunächst kommt der Umstand zur Geltung, dass der Alkoholiker sich viel häufiger Fährlichkeiten jeglicher Art aussetzt, als der Nichtalkoholiker, mithin auch jenen Schädlichkeiten, welche die Entstehung von Hautkrankheiten begünstigen, so klimatischen Einflüssen, der langanhaltenden Wirkung hoher oder tiefer Temperaturen, Nässe oder Feuchtigkeit, Wind und Staub etc. Weiters ist unter den Excessen des Alkoholismus derjenige in Venere einer der allerhäufigsten, und hiedurch die Acquisition venerischer Krankheiten und der Syphilis in hohem Maasse begünstigt. Aber es ist nicht allein die indirecte ursächliche Beziehung des Alkoholismus zur Entstehung diverser Hautaffectionen, venerischer Krankheiten und der Syphilis, die ja schon für sich von weittragender Bedeutung ist und die grösste Aufmerksamkeit in allgemein hygienischer Beziehung erfordert, sondern auch der zumeist directe Einfluss auf die verschiedenen Krankheitsprocesse selbst ist sowohl in Bezug auf die Intensität als die Extensität von solchem Belange, dass er eine grössere Beachtung verdient, als ihm bislang zu Theil wurde.

Wenn wir die venerischen Krankheiten, und zwar zuvörderst die Gonorrhoe nach dieser Richtung in Betracht ziehen, finden wir, dass der Genuss geistiger Getränke die Secretion, den Schmerz, die Erection in bedeutendem Maasse steigert, ebenso das Mictionsbedürfnis, und die mit der Miction einhergehenden Schmerzen. Es unterliegt aber auch keinem Zweifel, dass der Alkoholismus die Dauer der Gonorrhoe in sehr erheblichem Grade beeinflusst, beziehungsweise die Heildauer

Digitized by Google

protrahirt. Es ist eine bekannte Thatsache, dass der wenigstens temporär sistirte Harnröhrenfluss auf den Genuss geistiger Getränke sich wieder einstellt. Wenngleich der gonorrhoische Process wesentlich an die Anwesenheit des Gonococcus gebunden ist, bleibt doch zweifellos, dass anderweitige Noxen, welche die Urethralschleimhaut treffen, Hyperämien derselben zu erzeugen vermögen, den gonorrhoischen Process beeinflussen. Im acuten Stadium der Gonorrhoe führen die durch Alkoholgenuss hervorgerufenen Hyperämien der Urethralschleimhaut zu Hämorrhagien, ferner zu Erosionen und in einer vorgeschritteneren Phase zu Geschwüren. Die Blase wird bei Gonorrhoe der Trinker viel häufiger in Mitleidenschaft gezogen, als bei solchen die wenig oder keine alkoholischen Getränke geniessen. Auch die Complicationen der Gonorrhoe, wie Prostatitis, Epididymitis, Orchitis, Bubonen etc. sind verhältnismässig bei Trinkern häufiger, sei es, dass die Organe vulnerabler sind, oder dass die mitwirkenden ätiologischen Factoren bei ihnen leichter platzgreifen oder beides zugleich zur Geltung gelangt. Thatsache ist, dass Gonorrhoe bei Trinkern viel schwerer als bei Nichttrinkern zu heilen ist, wenn sie den Alkoholgenuss nicht auf ein sehr bescheidenes Maass einschränken.

Anlangend das venerische Geschwür sei auf die Angabe in meinem Werke*) verwiesen, dass im Gefolge einer acuten Alkoholintoxication sich Gangrän des Geschwüres einstellt. Unter verhältnismässig nicht intensiven Entzundungserscheinungen schwillt beim Sitz des Geschwürs an der Eichel diese stark an, der Volumszunahme der Glans bietet das gleichfalls entzündete und geschwellte Präputium ein Hemmnis und entsteht heftige entzündliche Phimose mit rasch eintretender Nekrotisirung einer umfänglichen Partie, zumeist an der vorderen Fläche der Vorhaut. Nach Eliminirung der nekrotischen Partie tritt die Spitze der Glans durch die entstandene Lücke

hervor, oder kommt eine Partie ihrer Vorderfläche zum Vorschein.

Aber auch ohne Compression, durch blosse Stase, stellt sich bei Alkoholikern aus noch nicht erforschten Ursachen Gangrän ein. Sie tritt sehr rasch auf, verbreitet sich ebenso rasch, so dass das ganze Präputium und das nachbarliche Integument der Ruthe der Nekrose verfallen können. In manchen Fällen wird die Glans ergriffen und zum Theil oder ganz durch Gangrän destruirt. Die Folgezustände sind Verstümmelung, Verlust der Glans, Harnröhrenfisteln und Deformation des Penis. Auch Phagedän des venerischen Geschwürs tritt bei acutem und chronischem Alkoholismus nicht minder häufig, als bei anderen Zuständen, wie Scorbut, Syphilis, Malaria, Chloranämie und vorgeschrittenem Alter auf. Desgleichen begünstigt der Alkoholismus auch beim venerischen Geschwür die Complication mit Lymphangioitis und suppurirender Leistendrüsenentzündung. Den schwersten Formen der letzteren, dem phagedänischen und serpiginösen Bubo begegnet man am häufigsten bei in der Ernährung heruntergekommenen anämischen Trinkern.

Wohl am mächtigsten und verderblichsten wird die Syphilis vom Alkoholismus beeinflusst. Die Wirkungen des chronischen Alkoholismus auf das syphilitisch afficirte Hirn und Rückenmark, auf die syphilitischen Affectionen sämmtlicher Visceralorgane ohne Ausnahme ist nicht Gegenstand unserer Erörterung. Wir beschränken uns, lediglich den Einfluss auf die cutane Syphilis in Kürze zu besprechen. Dieser Einfluss ist in nicht wenigen Fällen schon am syphilitischen Primäraffect zu constatiren, und es ist ein Verdienst Tarnowsky's, weitere Kreise hierauf aufmerksam gemacht zu haben.*) Die Schilderung, welche er von der eigenthümlichen Form des Primäraffectes gibt, ist nach unseren eigenen Beobachtungen so zutreffend, dass wir sie als Paradigma reproduciren. Nach einer kurzen (ersten) Incubationsperiode, die auf drei bis fünf Tage beschränkt sein kann, bietet die primäre Sklerose von Anfang an rasche Ulceration dar, verläuft also wie ein venerisches Geschwür, und lässt bei weitem die typischen Eigenthümlichkeiten vermissen, durch

Digitized by Google

^{*)} Specielle Pathologie und Therapie, 2. Aufl., Bd. XXIII, p. 75-76.
**) Monatshefte für praktische Dermatologie 1896, Bd. XXIII, p. 325.

welche sich die gewöhnliche primäre syphilitische Induration auszeichnet. Das Geschwür sondert viel Eiter und zerfallene Producte ab, seine Basis ist durchgehends grauspeckig oder gelblich verfärbt, seine Ränder sind beträchtlich untergraben; das Gewebe wird schnell durch den ulcerirenden Process zerstört; die Sklerose am Boden und an den Rändern ist unbedeutend und nicht knorpelartig und dazu durch die entzündliche Schwellung der umgebenden Theile verdeckt. Bald, nach zwei bis fünf Tagen, schwellen die dem Geschwüre zunächst liegenden Drüsen an, werden schmerzhaft, vereitern, erweichen und brechen auf. Das aussere Ansehen eines solchen primären Geschwürs mit vereiternden Bubonen ähnelt am meisten einem gemischten Schanker Rollet's. Dieser syphilitische Primäraffect, welchen Tarnowsky als »phagedänisches primäres syphilitisches Geschwür« bezeichnet, ist die Analogie des vorhin geschilderten phagedänischen venerischen Geschwürs. Tarnowsky hebt auch hervor, dass der erste und dritte der von ihm beobachteten Fälle trunksüchtige Individuen, in dem respectiven Alter von 29 und 33 Jahren betrafen, die übrigens von kräftigem Körperbau waren. Der eine hatte täglich 5-6 Glas Schnaps und 3-4 Flaschen Bier getrunken. Einem solchen phagedänischen Primäraffecte »folgt gewöhnlich eine kurze zweite Incubationsperiode von 3-5 Wochen, dann tritt unter, beziehungsweise nach einem heftigen Eruptionsfieber ein polymorphes, pustulöses Syphilid, in Gestalt des sogenannten Ekthyma superficiale et profundum, rupiaforme, Impetigo und sogar Rupia ein«. Wir finden hier die Erscheinungen verzeichnet, welche wir bei der Syphilis maligna praecox zu beobachten pflegen, und welche bei uns ein seltenes Vorkommnis sind. Tarnowsky führt dieselben auf eine gleichzeitige Infection des Organismus mit Syphilis und »pyogenen Coccen« zurück. Er fasst auf Grund der klinischen Erscheinungen und der Ergebnisse der bakteriologischen Untersuchungen von Dr. Wlajew und Tschistjakow den Zustand als das Resultat einer Mischinfection von Syphilisvirus und Eitercoccen des Blutes, also sozusagen einer Syphilo-Pyamie auf. Diese Mischinfection von Syphilisvirus und Eitercoccen kann auch während der ganzen secundären Periode der Syphilis auftreten. Dieser Auffassung stehen jedoch gewichtige Thatsachen entgegen, auf welche ich bereits an anderer Stelle*) hingewiesen, und welche dahin gingen, dass im Hinblicke auf den allgemein anerkannten Lehrsatz der Bakteriologie, demzufolge, Ausnahmen abgerechnet, Eiterungen stets durch pyogene Bakterien erzeugt werden, es keinem Zweifel unterliege, dass die Variola und Impetigo syphilitica, die Rupia, kurz die eitrigen, beziehungsweise eitrig ulcerösen Syphilisaffecte unter Concurrenz der ubiquitären pyogenen Bakterien, also unter combinirter Einwirkung des Syphiliserregers und dieser Bakterien entstehen.

Aber ohne die für all diese Fälle behauptete Möglichkeit einer gleichzeitigen primären Infection des Organismus mit der Syphilis und mit pyogenen Coccen zu negiren, handelt es sich in den in Rede stehenden atypischen Syphilisvorgängen nicht um eine gleichzeitige syphilitische und pyämische Contamination der Blut-, beziehungsweise Säftemasse, sondern nach unseren Beobachtungen um individuelle Constitution und die Lebensverhältnisse des Kranken betreffende Momente. Ich habe viele solcher Syphiliskranker gesehen, wie sie Tarnowsky schildert, und noch um vieles schwerere, die in Folge gänzlicher Unterlassung einer ärztlichen Behandlung, Verwahrlosung, anhaltender Einwirkung äusserer Schädlichkeiten, schlechter Ernährung entstanden sind. Hierzulande kommen ähnliche Fälle selten, unter analogen Bedingungen bei Gewohnheitstrinkern zur Beobachtung. In meiner Klinik habe ich bei Alkoholikern durchwegs rasch eintretende Recidive, schwere Formen der Frühlues (Syphilis maligna praecox), schwere eitrig-ulceröse und gummöse Formen der Spätlues, häufige Erkrankung der Centralorgane des Nervensystems bei relativ kurzem Bestande der Syphilis verzeichnet. Es erklärt sich dies unschwer wenn man einerseits die Rolle, welche dem Blutgefässsystem in gesunden und pathologischen Zuständen zukommt, sich vor Augen hält, anderseits die Veränderung beachtet,

^{*)} Ueber endemische Syphilis der Gegenwart. Wiener medicinische Presse. 1901, Nr. 1 u. 2.

welche dasselbe durch den Alkoholismus und die Syphilis erfährt. Zu der durch den ersteren erzeugten Arteriosklerose tritt die syphilitische En- und Peristeriitis, die Phlebitis und die Affection des Capillarnetzes. Die durch diese Veränderungen bedingten Ernährungsstörungen führen zu der bei der Syphilis vorkommenden Vulnerabilität und besonders geringen Widerstandsfähigkeit der Gewebe; daher die leicht eintretenden, rasch um sich greifenden ulcerösen Syphilide, die rasche Aufeinanderfolge der Recidive, das frühzeitige Auftreten der schweren Formen. Wir möchten sagen, dass Ursache und Wirkung in keinem richtigen Verhältnisse zueinander stehen, dass das Syphilisvirus beim Alkoholiker eine ungleich grössere Wirkung hat, als bei dem Nichtalkoholiker. Jullien*) behauptet, dass schon ein vereinzelter Excess in Baccho ein Wiederaufflackern der Krankheit nach kurzer Zeit bewirken kann, selbst wenn der Krankheitsprocess mehrere Monate oder selbst Jahre still stand. Zur Illustrirung des Einflusses des Alkoholismus auf den Verlauf der Syphilis verweist er auf ein Ehepaar, welches fast gleichzeitig Syphilis acquirirte. Obwohl die Frau einen lymphatischen Habitus zeigte, schwanden bei ihr die Syphilissymptome in entsprechender Zeit, bei dem Manne hingegen, der auf seinen Geschäftsreisen bedeutende Quantitäten verschiedener Liqueure zu trinken pflegte, recidivirte die Syphilis in hartnäckigster Weise. Or y,**) Taylor,***) More l-Lavallé†) erklären nebst Anderen den Alkoholismus als eine der Hauptursachen

des ungünstigen Verlaufes der Syphilis.

Nebst der Präcocität schwerer, jäh und fast unaufhaltsam verlaufender, destruirender eitrig-ulceröser Syphilisformen, der raschen Aufeinanderfolge der Recidive, gehören Affectionen der Nerven (der sensiblen Sphäre) im Bereiche des Trigeminus, des Plexus cervico-brachialis, lumbalis und ischiadicus, Affectionen Sehnen und Sehnenscheiden, der Beinhaut an von Weichtheilen wenig bedeckten Stellen, Atrophie, die sich in raschem Schwunde des Panniculus und Abnahme des Körpergewichtes manifestirt — Erscheinungen, welche bei typischem Verlaufe der Syphilis nur vereinzelt und selten vorkommen — zu den markanten Eigenthümlichkeiten der Syphilis der Trinker. Neuralgische Schmerzen am Kopfe, Stirn, Scheitel oder Hinterhaupt, den Extremitäten, insbesondere im Bereiche der Gelenke, ohne nachweisbare substantielle Veränderung an den Nerven, mitunter jedoch mehr oder minder ausgesprochene Neuritis, treten vor oder contemporär mit cutanen Eruptionen bei Trinkern viel häufiger schon im Frühstadium der Syphilis auf, als bei solchen, die wenig geistige Getränke geniessen. In manchen dieser Fälle handelt es sich wohl nur um eine Exacerbation besonderer Affectionen; in anderen jedoch ist ihre Entstehung direct auf Lues zurückzuführen, was durch die Besserung oder das Verschwinden parallel mit den luetischen Erscheinungen erwiesen erscheint. In einzelnen Fällen, bei alten oder starken Alkoholikern, Schnapstrinkern, begegnet man im Gegensatze zu dem vorigen einem Zustande von regionärer, mitunter ausgedehnter Analgesie zumal an den Extremitäten, an den Streckflächen der Vorderarme, den Wangen, den Streckflächen der Unterextremitäten, besonders der Unterschenkel. Die Anästhesie gegen thermische Reize, eine an Trinkern bekannte Erscheinung, tritt bei syphilitischen Alkoholikern markanter hervor. In nicht wenigen Fällen ist auch eine subnormale Temperatur an den peripheren Theilen der Extremitäten objectiv nachweisbar. Dies schliesst keineswegs aus, dass die Eruptionen bei Trinkern fast regelmässig mit relativ stärkerem Fieber als bei Nichttrinkern einhergehen.

Der Verlauf der Syphilis der Trinker ist ein rapider; dies betrifft sowohl die Dauer der einzelnen, häufig polymorphen Eruptionen, als das Intervall ihrer Aufeinanderfolge. In ersterer Beziehung sieht man Impetigo, Ekthyma superficiale und profundum, Rupia, tuberculöse Efflorescenzen in grosser Anzahl rapid aufschiessen,

^{*)} Traité prat. des malad. vénér. Paris 1886.

^{**)} Recherches cliniques sur l'étiologie des syphil, malign, precoces, Paris 1876,

^{***)} The Path, and treatem of venereal diseas, London 1895.
†) Prognost, des form, graves de la Syphil, La semaine med.

sich rasch nach der Fläche und Tiefe verbreiten, grosse Hautslächen an Gesicht, Wangen, Nase, Lippen, den Extremitäten, namentlich den Unterschenkeln, Zehen zerstören, unter Hinterlassung von bleibenden, entstellenden Narben und Verstümmelungen. Es kommt dies keineswegs nur bei vernachlässigten oder ungenügend behandelten Individuen vor, wie ich sie bei den armen, verwahrlosten, in der Ernährung heruntergekommenen Kranken sah, sondern auch bei solchen Alkoholikern, deren Ernährung allerdings depravirt war, die aber lege artis behandelt wurden. Die Beobachtung lehrt, dass die antisyphilitische Behandlung bei den Trinkern durchaus nicht dieselbe Wirkung entfaltet, wie bei anderen Syphilitikern, ja manche der ersteren Kategorie erweisen sich sowohl gegen Merkurialien, als gegen Jodpraparate jeglicher Art fast refractar. Worauf dies beruht, ist zur Zeit nicht klargestellt. Die geringe Wirkung, beziehungsweise Wirkungslosigkeit des Jod und der innerlich verabreichten Merkurialien lässt sich wohl aus der bei Trinkern darniederliegenden Verdauung, der mangelhaften Assimilation in Folge des perennirenden Katarrhs des Magens und Darmes, der Affection der Leber und Milz etc. erklären. Dagegen ist der prekäre Erfolg der Inunctionscur und der anderweitigen externen Application der Quecksilberpräparate fast unerklärlich, wenn man der modernen Anschauung huldigt, der gemäss bei der externen Anwendung des Quecksilbers die Wirkung lediglich durch die Inhalirung des letzteren zu Stande kommt. Da die Quecksilberpartikelchen bei Trinkern ebenso zur Inhalation gelangen, wie bei Nichttrinkern, Katarrhe der Athmungsorgane bei den letzteren ebenso vorkommen, wie bei ersteren, bleibt die Erfolglosigkeit der Merkurialeinreibung nach der erwähnten Anschauung vollständig unerklärlich. Plausibler ist nach der von mir dargelegten Aufnahme des Quecksilbers durch die Haut die Annahme, dass bei den durch den Alkohol und das Syphilisvirus erzeugten Veränderungen der Blutgefässwandungen, der Affection der Lymphgefässe durch das letztere, das Eindringen des Quecksilbers in die Blut- respective Säftemasse in hohem Grade erschwert, wo nicht unmöglich ist. Durch die sklerosirte, von einem syphilitischen dichten Zellinfiltrate verdeckte Blutgefässwandung können die Quecksilbermolecüle nur schwer in den Blutstrom gelangen.

Anlangend das zweite Moment, betreffend das zeitliche Intervall zwischen den Recidiven, ist dasselbe so kurz, dass die Bezeichnung galoppirende Syphilise bei uns für syphilitische Trinker am meisten zutrifft. Die Ursache dieses raschen Verlaufes ist gleichfalls im Dunkeln. Zum Theile kann dieser der geringen Wirkung der antisyphilitischen Behandlung vindicirt werden, anderntheils schreiben wir ihn auf Rechnung allgemeiner trophischer Zustände, die wir allerdings nicht genaukennen. Wir begegnen einem so jähen Verlaufe der Syphilis bei Complication mit anderen Krankheiten, so Diabetes, Malaria, Tuberculose, wo gleichfalls Ernährungsstörungen vorliegen.

Nicht unerwähnt möchten wir lassen, dass der syphilitische Primäraffect und die ersten Eruptionen bei Trinkern keineswegs immer einen atypischen Charakter aufweisen, so dass die erste Phase der Syphilis von den typischen nicht auffällig abweicht, und der maligne Charakter erst nach einiger Zeit in die Erscheinung tritt. Auch kann dieser sich verlieren; Tarnowsky*) gibt diesbezüglich an, dass die Syphilis maligna verhältnismässig schnell der Quecksilberbehandlung wich, sobald der Kranke zu trinken aufhörte. Ich kann aus eigener Beobachtung dies nur für die Fälle bestätigen, in denen durch den Alkoholismus keine dauernden Veränderungen im Organismus gesetzt waren. Im Allgemeinen muss der Alkoholismus als eine der perniciosesten Complicationen auch der Syphilis cutanea erklärt werden.

Aber auch auf andere Hautkrankheiten übt der Alkoholismus eine schädliche Wirkung aus. Diese zeigt sich bei Trinkern bereits an der gesunden Haut, indem die Gesichtshaut zumal die der Nase derartige Veränderungen erleidet, dass aus

^{*)} l. c. 328.

denselben selbst dem Laien das Getränk, welchem der betreffende Trinker huldigt, kenntlich ist. Die Farben der Trinkernasen waren schon den Alten bekannt. Der Schnapstrinker hat eine schiefergraue, fahle, kühl anzufühlende Nase, der Biertrinker eine wenig verfärbte, platte, breite Nase. Die auffälligste Veränderung zeigt zumal bei uns die Nase der Weintrinker, namentlich bei Kutschern und Individuen, die sich viel im Freien aufhalten. Die Nase erhält durch die Stauungen in den erweiterten Blutgefässen eine zwiebelrothe Farbe, durch die knolligen Wucherungen die Form einer Kartoffel. Worin die Ursache der Farbenveränderungen der Nase und der Wangenhaut, der Wucherungen der ersteren liegt, ist bisher nicht klargelegt. Es ist eine feststehende Thatsache, dass in jenen Gebieten, in denen der Wein mehr Weinsäure und ätherische Oele enthält, wie in Oesterreich und Deutschland, die Weinnase häufiger vorkommt, als in jenen, wo die Weine viel reicher an Alkoholgehalt sind, wie in Spanien, Frankreich und Ungarn. Bemerkenswerth ist, dass nur die der Luft ausgesetzten Theile der Haut die Verfärbung und Knotenbildung erleiden, die bedeckten von ihnen verschont bleiben. Die Potatoren bekommen eine weiche, sammtartige Haut.

Anlangend die Wirkung des Alkohols auf andere Hautkrankheiten gibt es kaum eine, welche von chronischem Alkoholismus in ihrem Verlaufe nicht ungünstig beeinflusst würde. Vor Allem sind es die acuten Exantheme; Variola und Morbillen nehmen bei Trinkern leicht den hämorrhagischen Charakter an. Dies gilt auch von der Psoriasis. Die Acne vulgaris wird zur Acne indurata. In Folge des chronischen Magen- und Darmkatarrhs durch den Alkoholismus wird die Entstehung der toxischen Erytheme begünstigt. Die durch den Alkoholismus erzeugte Arteriosklerose fördert die Gangrän, implicite die mit ihr einhergehende Raynaud'sche Krankheit, das Mal perforant du pied etc. Das acute Oedem Quincke's, welches von diesem mit Intestinalstörungen in genetischen Zusammenhang gebracht wurde, lässt sich in vielen Fällen auf von Alkoholismus erzeugten Gastrointestinalkatarrh zurückführen. Alle mit ulcerösen Vorgängen verbundenen Hautkrankheiten: Lupus, Malleus etc. werden durch den Alkoholismus ungünstig beeinflusst. Deshalb sind auch Verbrennungen bei Trinkern bedrohlicher als bei anderen Individuen.

Die vorangehende kurze Darstellung lässt ersehen, dass der Alkoholismus die Krankheiten jenes Organes, welches er am allerwenigsten zu beeinflussen scheint, die venerischen, syphilitischen und eine grosse Reihe nichtsyphilitischer Hautkrankheiten direct und indirect in hohem Grade ungünstig beeinflusst; dass er durchwegs eine Aggravation aller Krankheiten der genannten Kategorien bildet; die Hautsyphilis, die Variola, Morbillen unter seinem Einflusse einen malignen, perniciösen Charakter erlangen, dass dem zu Folge die Complication jeder einzelnen Affection der genannten Krankheitsarten mit Alkoholismus die Prognose sowohl in Bezug auf

die Behandlung als auf Genesung viel ungünstiger gestaltet.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 27. Juli 1902, Z. ad 31916 ex 1902,

an alle politischen Landesbehörden, betreffend Vorkehrungen gegen Cholera und Pest.*)

Laut amtlicher Mittheilung vom 26. Juli d. J. ist eine heftige Choleraepidemie in Ober-

*) Die politischen Landesbehörden in Triest und in Zara wurden bereits mit Erlass vom ägypten (seit 15. Juli 271 Fälle, hievon 192 lethale) und in Kairo (seit 23. Juli 138 Fälle, hievon 132! lethale) ausgebrochen und sind in Alexandrien in der vergangenen Woche überdies 8 neue Pestfälle aufgetreten.

25. Juli d. J., Z. 31383, mit den entsprechenden Weisungen zur Verschärfung der sanitären Aufsicht und Ueberwachung des Fremdenverkehres aus inficirten Ländern, insbesondere während der Weiterbeförderung derartiger Passagiere zu Lande, versehen.



Mit Rücksieht auf die nicht zu verkennende Gefahr einer möglichen Einschleppung von Pest und Cholera aus Aegypten im directen oder indirecten Wege des Seeverkehres ist es sur Abwehr einer Verbreitung dieser Krankbeiten unumgänglich nothwendig, dass die zur Ueberwachung der sanitären Verhältnisse und insbesondere die zur Bekämpfung aller auftauchenden Infectionskrankheiten bestehenden und bisher bestens bewährten Maassnahmen in tadellos exacter Weise in dauernder Uebung erhalten und die Vorkehrungen zur sofortigen Isolirung und isolirten Pflege der von schweren Infectionskrankheiten befallenen Personen, sowie sum Krankentransporte in Bereitschaft erhalten werden.

Von grösster Wichtigkeit ist ferner die sofortige Anzeige jeder Erkrankung, bei welcher auch nur der Verdacht von Cholera oder Pest besteht, und ist daher die Pflicht zur Meldung jedes solchen Verdachts- und Erkrankungsfalles allen zur Anzeige verpflichteten Personen, insbesondere den Aerzten und Todtenbeschauern in Erinnerung zu bringen, worauf unbeschadet der seitens der betreffenden Gemeindeverwaltungen unverweilt einzuleitenden Isolirungs- und Desinfectionsmaassnahmen die unmittelbare eingehendste Erhebung durch die politische Behörde, beziehungsweise durch deren Amtsarzt zu erfolgen hat.

Besonderes Gewicht muss darauf gelegt werden, dass bei den ersten Fällen des Auftretens von derlei Krankheiten in einem Orte im Wege der schleunigst zu bewirkenden authentischen mikroskopisch-bakteriologischen

Untersuchung die Diagnose gesichert werde, zu welchem Zwecke die sofortige Durchführung dieser Untersuchung in einem pathologischen oder hygienischen Institute der Universitäten oder seitens eines hiezu autorisirten Fachmannes allsogleich zu veranlassen ist.

Zu diesem Zwecke sind im Sinne der diesfalls früher ergangenen hierortigen Weisungen alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen und insbesondere die zur Versendung derartiger Untersuchungsobjecte bestimmten Utensilien bereit zu halten.

Von jedem Erkrankungs- und von jedem Verdachtsfalle von Cholera oder Pest, ist seitens der politischen Behörde I. Instanz, unbeschadet der instanzmässigen Berichterstattung an die k. k. unmittelbar anher die telegraphische Anzeige zu erstatten.

Die Amtsärzte haben sich mit den Bestimmungen der Cholerainstruction (Oester. Sanitätswesen, Beilage zu Nr. 29 des Jahrganges 1890), der Pestinstruction (Oester. Sanitätswesen, Beilage zu Nr. 43 des Jahrganges 1899), der Dresdener internationalen Sanitäts-Convention. (R. G. Bl. 1894, Nr. 69)*), des Cap. II (Maassnahmen in Europa) der Venediger internationalen Sanitäts-Convention (R. G. Bl. 1901, Nr. 13, S. 81)**) genauestens vertraut zu machen, um in jedem Falle amtlichen Einschreitens mit Sicherheit die nöthigen Maassnahmen treffen zu können.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des fürstlichen Ministeriums des Innern vom 27. Juni (10. Juli) l. J., Nr. 246, wurde Constantinopel als pestfiei erklärt und unter Aufhebung der Verordnung vom 18. (31.) Juni, Nr. 225, (S. 342) gegenüber Herkünften aus Constantinopel die Anwendung folgender Maassnahmen angeordnet:

Digitized by GOOGLE

^{*)} Siehe Beilage zu Nr. 15 des Jahrg. 1894 d. Bl.

^{**)} Siehe Jahrg, 1901 d. Bl. S. 106.

^{1.} Die aus Constantinopel über Varna, Burgas oder Hebibtschevo ankommenden Reisenden werden der ärztlichen Visite ohne Desinfection unterzogen. Diese Visite wird an den mittelst Schiffen eintreffenden Reisenden und der Schiffsmannschaft durch den Quarantainearzt an Bord des Schiffes vorgenommen. An den mittelst Eisenbahn (einschliesslich die Orient-Expresssüge) ankommenden Reisenden wird dieselbe durch den Quarantainearzt in Hebibtschevo

während der Fahrt bis Harmanly durchgeführt, zu welchem Zwecke der Zug vor der Quarantainestation in Hebibtschevo zur Aufnahme des Arztes anzuhalten hat.

2. Die Einfuhr nachbezeichneter Waren und Gegenstände aus Constantinopel ist verboten: a) Thierische Rohproducte wie Knochen, Hufe, Blasen und Därme, wenn sie nicht getrocknet und nicht gesalzen sind; Haare, rohe, ungegerbte Häute etc. b) Als Waren beförderte gebrauchte Wäsche und Kleider, Decken, Tücher und sonstige Gebrauchsgegenstände; Hadern, auch wenn sie gepresst sind und in Ballen befördert werden; alte Säcke, Teppiche und Stickereien. Gebrauchsgegenstände, welche mit einem Certificate versehen sind, in welchem bestätigt ist, dass dieselben Gegenstände eines Haushaltes sind, werden frei zugelassen.

Capcolonie (S. 355). In der Woche vom 15. bis 21. Juni ist weder in Port Elizabeth noch in einem anderen Orte der Colonie ein Pestfall vorgekommen.

Cholera. Aegypten. In Oberägypten (in Moucha bei Assiout) ist Cholera epidemisch aufgetreten und sind bis inclusive 25. Juli 271 Personen erkrankt, 192 derselben gestorben. Durch Flüchtlinge soll die Krankheit nach Kaire verschleppt worden sein, wo innerhalb 3 Tagen (vom 23.—25. Juli) 138 Cholerafälle, davon 132 lethale, festgestellt wurden.

Türkei. In Confudah (S. 332) wurden in der Zeit vom 11. bis 15. Juni l. J. 3 Todesfälle an Cholera beobachtet; vom 16. Juni bis 5. Juli ist ein weiterer Fall nicht vorgekommen.

In Salif (S. 355) sind vom 3. bis 13. Juni 12 Erkrankungen und 8 Todesfälle verzeichnet worden.

Japan. In Higashi-matsu-ura, Provinz Saga, ist Cholera aufgetreten. Bis zum 13. Juni wurden daselbst 10 Erkrankungen und 7 Todesfälle beobachtet.

Vermischte Nachrichten.

Gesundheitsverhältnisse in der Präsidentschaft Bombay. Nach dem mit 31. Juli 1901 abgeschlossenen Jahresberichte über die sanitären Verhältnisse in der Präsidentschaft Bombay hat die Hungersnoth daselbst während dieser Zeit zwar nicht mehr die Ausdehnung und Höhe des Vorjahres erreicht, wohl aber bestand dieselbe noch im östlichen Dekhan und in einzelnen Gegenden des Karnatak, woselbst die letzten Ernten sehr gering ausgefallen sind. Die Peststerblichkeit ist in diesem Jahre von 96.000 auf 33.000 Fälle gesunken, dagegen raffte eine schwere Choleraepidemie in Gujarat nicht weniger als 163.000 Menschen dahin und Dysenterie und Diarrhoe forderten 21.800 Opfer. Schliesslich brach noch eine heftige Fieberepidemie aus, welcher nicht weniger als 500.000 Menschen erlagen. Die allgemeine Mortalität hat sich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt. Die Bevölkerung in den britischen Districten ist daher auch von 18,900.000 auf 18,560.000, in den einheimischen Staaten von 8,000.000 auf 6,970.000 Einwohner gesunken. In der Stadt Bombay erreichten die Todesfälle die noch nie beobachtete Höhe von 79.350, eine Ziffer, die nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung einer Mortalitätsrate von 102 per Mille entspricht. Die Zahl der Pestfälle in Bombay war gegenüber dem Vorjahre um 2000 geringer, dagegen rafften Cholera, Blattern und bösartige Fieber sechsmal so viel Menschen dahin als in den früheren Jahren. Bezeichnend ist ferner, dass in der Stadt selbst nicht weniger als 600 Menschen gegenüber 120 im Vorjahre am Hungertode gestorben sind.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 15. Juli nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 23. bis 29. Juli beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorod czany: Kryczka 7; Horodenka: Czernelica 1, Korniow 3, Siemiakowce 1, Zukow 8; Jaworow: Jazow stary 4, Lubienic 2; Mościska: Laszki gościncowe 4; Myślenice: Pcim 3; Podhajce: Burkanow 3; Skalat: Skalat 1; Wadowice: Tomice 1; Zloczow: Krasnosielce 2.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:--.

XIV. Jahrgang.

Wien, 7. August 1902.

Mr. 32.

Inhalt. Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes über Maassregeln gegen die Verbreitung der Tuberculose durch die Auswurfstoffe der Kranken. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend die möglichst weite Verbreitung der Vorschriften zur Bekämpfung der Tuberculose. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes

über

Maassregeln gegen die Verbreitung der Tuberculose durch die Auswurfstoffe der Kranken.

A. Obligatorische Maassregeln.

1. Von Seite des Staates, beziehungsweise der Landes- und Communalbehörden, ist für das Vorhandensein einer genügenden Zahl von Untersuchungsstationen vorzusorgen, in welchen die diagnostisch wichtigen Excrete, insbesondere das Sputum jener Kranken, bei denen der Verdacht auf Tuberculose besteht, in verlässlicher Weise, und zwar für die unbemittelten Kranken jedenfalls kostenlos, untersucht werden können.

Anderseits sind die Vorstände, beziehungsweise Aerzte, aller öffentlichen und privaten Humanitätsanstalten (Spitäler, Sanatorien, Irren-, Siechen-, Waisen- und Armenhäuser, Krippen, Kinderasyle u. dgl.) sowie aller jener Anstalten, in welchen eine grössere Zahl von Personen untergebracht oder beschäftigt ist (Erziehungsinstitute, Pensionate, Fabriken, Bureaux, Gefängnisse u. dgl.) zu verpflichten, in allen jenen Fällen, in denen bei einer der in der betreffenden Anstalt befindlichen Personen der Verdacht auf Tuberculose entsteht, die ehebaldigste Feststellung der Natur der Erkrankung zu veranlassen; die gleiche Verpflichtung obliegt auch den Armenärzten bezüglich der in ihrer Behandlung stehenden unbemittelten Kranken.

Die Einrichtung und der Parteienverkehr der obgenannten Untersuchungsstationen ist durch eine besondere, der behördlichen Genehmigung unterliegende In-

struction zu regeln.

2. Jede in einer der sub 1 angeführten Anstalten auftretende Erkrankung an Tuberculose ist vom behandelnden Arzte der erkrankten Person, der Leitung der Anstalt und von dieser nach Maassgabe der einzuleitenden Maassnahmen der Sanitätsbehörde anzuzeigen. Die gleiche Verpflichtung haben die Armenärzte bezüglich der Armen.

3. Jeder Todesfall von Tuberculose ist, wenn möglich unter gleichzeitiger Angabe des Sitzes der Erkrankung Respirations-, Verdauungs-, Urogenitaltract,

Knochen, Haut, vom Todtenbeschauer der Sanitätsbehörde anzuzeigen.

4. In jedem Falle, in welchem eine an Tuberculose erkrankte Person aus ihrer ständigen Wohnung in eine Heilanstalt oder in eine andere Humanitätsanstalt abgegeben wird, oder eine andere Wohnung bezieht, ist vom behandelnden Arzte dieser Person die Anzeige an die Sanitätsbehörde behufs Desinfection der Wohnung zu erstatten, falls diese Maassregel nicht schon über ärztliche Anordnung durchgeführt wird.

- 5. Wenn ein Pflegling einer öffentlichen oder privaten Humanitätsanstalt oder einer Anstalt, in welcher viele Personen dauernd oder für längere Zeit untergebracht sind Pensionat. Gefängnis u. dgl.), an Tuberculose erkrankt, so ist derselbe in eine Heilanstalt für Tuberculöse oder überhaupt in eine Heilanstalt abzugeben; ist dies aber undurchführbar, so muss die erkrankte Person in der betreffenden Anstalt selbst abgesondert werden. Auch in den Heilanstalten sind die Tuberculösen von den übrigen Kranken zu trennen und in besonderen, mit den für die Behandlung der Tuberculösen erforderlichen Einrichtungen (Liegehallen u. dgl.) versehenen Ubicationen unterzubringen.
- 6. In allen sub 5 angeführten Anstalten, in welchen Tuberculöse sich befinden, ist diesen (von den Aerzten, Aufsichtsorganen, Wartpersonen) folgendes Verhalten einzuschärfen:
- a) Sie sollen ihr Sputum nur in eigens hiefür bestimmte Gefässe entleeren, und zwar die liegenden Kranken in Spuckschalen, die übrigen Kranken in Gefässe, welche in den Zimmern, Aborten, auf den Gängen und im Freien, in zweckmässiger Weise anzubringen und eventuell mit einer entsprechenden Aufschrift zu versehen sind.
- b) Die liegenden Kranken sollen sich während des Hustens schon vorbereitete Wattabäusche vor Mund und Nase halten oder sich anderer Schutzvorrichtungen (Hustenfächer u. dgl.) bedienen; die nicht liegenden Kranken sind dahin zu belehren, dass sie sich während der Hustenanfälle von den anderen Personen möglichst entfernt halten oder nach Thunlichkeit den Husten zu unterdrücken suchen, eventuell ein gleiches Verhalten beobachten sollen wie die liegenden Kranken.
- c) Hat eine Verunreinigung der Körperoberfläche (der Hände, des Gesichts) der Kranken mit tuberculösem Sputum stattgefunden, so sind die betreffenden Stellen mit einer 2%, igen wässerigen Carbolsäure- oder Lysollösung (oder einer ähnlich wirkenden Desinfectionsflüssigkeit) zu desinficiren; überhaupt haben Tuberculöse die grösste Reinlichkeit bezüglich ihres Körpers sowie der Leib- und Bettwäsche zu beobachten und diese, wenn sie durch tuberculöses Sputum beschmutzt wurden, ehethunlichst zu wechseln.
- 7. Zur Pflege der Tuberculösen und zur Krankenpflege überhaupt in den sub 5 angeführten Anstalten dürfen nur solche Personen verwendet werden, welche weder an Tuberculose leiden noch hiezu in evidenter Weise disponirt sind. Die Pflegepersonen sind nicht nur im Allgemeinen über die gegenüber den Kranken zu beobachtenden Vorsichtsmaassregeln zu belehren, sondern es ist ihnen noch im besonderen aufzutragen, dass sie (gleich wie die Aerzte) nach den Berührungen der Kranken ihre Hände desinficiren, sich während der Hustenanfälle der Kranken nicht überflüssiger Weise in der Nähe der letzteren aufhalten oder aber durch ein vor Nase und Mund gehaltenes Tuch u. dgl. zu schützen suchen und bei dem sogenannten Bettmachen und der Reinigung des Fussbodens sich eines ähnlichen Schutzmittels bedienen sollen.

In Krippen und Kinderbewahranstalten dürfen zur Pflege der Kinder, auch der gesunden, niemals tuberculöse oder der Tuberculose auch nur verdächtige Personen zugelassen werden.

8. In den sub 5 angeführten Anstalten dürfen in den Aufenthaltsräumen für die tuberculösen Kranken keine staubfangenden Objecte (Teppiche, Vorhänge u. dgl.) vorhanden sein; es muss in diesen Räumen jede Staubentwicklung hintangehalten werden, weshalb auch Wände und Fussboden derart beschaffen sein sollen, dass sie

durch feuchtes Abwischen leicht gereinigt werden können.

9. In den sub 1 angeführten Anstalten muss, auch wenn bezüglich der daselbst untergebrachten oder beschäftigten Personen kein Verdacht auf Tuberculose besteht, zur Aufnahme des Sputums dieser Personen an geeigneten Stellen eine genügende Zahl ähnlicher Gefässe, wie sie sub 6 angegeben wurden, vorhanden sein; an diesen Stellen muss eine in die Augen fallende Aufschrift vorhanden sein, welche in Kürze die Nothwendigkeit und Wichtigkeit dieser Einrichtung besagt. Das Gleiche gilt für alle jene Anstalten und Räume, welche von vielen Personen besucht oder benützt werden (Kirchen, Schulen, Warte- und Versammlungsräume, Vergnügungslocalitäten, Hotels, Herbergen u. dgl), und in Curorten für Tuberculöse auch für die von letzteren begangenen Gärten und Promenaden. Endlich sind in den für den Personentransport bestimmten Vehikeln (Eisenbahnwägen u. dgl.) Aufschriften anzubringen, durch welche die Passagiere ersucht werden, nicht auf den Fussboden zu spucken; ausserdem ist letzterer sowie die Innenwand der Wägen durch feuchtes Abwischen häufig zu reinigen. Die Auskleidung derartiger Räume soll so beschaffen sein, dass sie leicht gereinigt werden können. Diese Art der Reinigung sowie die möglichste Vermeidung von Staubentwicklung ist überhaupt in allen früher genannten Anstalten und Räumen zu beobachten.

10. Der Inhalt der Spuckgefässe ist in unschädlicher Weise zu beseitigen oder zu desinficiren. Ersteres kann geschehen durch Entleerung in geschlossene Aborte und Canäle oder durch Wegspülung mittelst der Wasserleitung, indem ein Hahn derselben oberhalb des mit einem Abflussrohre versehenen Spuckgefässes angebracht wird, letzteres mittelst strömenden Wasserdampfes (in einem Dampfdesinfectionsapparate) oder durch Auskochen; auch kann der Inhalt nach Vermengung mit Torfmull oder Sägespänen verbrannt werden. Die Spuckgefässe für den Handgebrauch (Spuckschalen, Spuckfläschchen) sind nach der Entleerung ihres Inhaltes noch mittelst einer 20/0 igen wässerigen Lysollösung zu reinigen.

Die übrigen Auswurfstoffe der Tuberculösen (Fäces, Urin, Eiter) können kurzweg in die Aborte entleert werden; nur sind in jenen Fällen, in welchen diese Auswurfstoffe nach dem Sitze der Tuberculose für infectiös gelten können, die Gefässe, welche zu ihrer Aufnahme gedient hatten, mit einer 2% jegen wässerigen Lysollösung

zu desinficiren.

11. Die Leib- und Bettwäsche der Tuberculösen ist, falls sie durch infectiöse Auswurfstoffe der Kranken (Sputum, Fäces, Urin, Eiter) verunreinigt wurde, mittelst Auskochens in Lauge (oder Sodalösung) oder in der Weise zu desinficiren, dass sie vor dem gewöhnlichen Waschprocesse durch 24 Stunden in eine kalte, zehnfach verdünnte Cresolseifenlösung eingelegt wird.

Ferner sind die Kleider der Tuberculösen nach Verunreinigung durch die früher erwähnten Auswurfstoffe zu desinficiren, und zwar bei einer wenig ausgedehnten Beschmutzung blos an der Stelle der letzteren mittelst einer 2% jegen wässerigen Carbolsäure- oder Lysol- oder heissen Seifenlösung, sonst aber mittelst strömenden Wasserdampfes, oder durch Formalindämpfe oder, falls dies nicht möglich ist,

wenigstens durch kräftige Besonnung oder länger dauernde Lüftung.

Endlich sollen nach der Abgabe von Tuberculösen in eine Heilanstalt oder in eine andere Humanitätsanstalt, sowie nach ihrem Tode die Lagerstätte (Bettgestelle, Matratzen, Bettzeug), die Wohn- oder Krankenräume und die etwa durch infectiöse Auswurfstoffe verunreinigten Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände in entsprechender Weise desinficirt werden; nur in Heilanstalten ist die Desinfection der Krankenzimmer nicht in jedem einzelnen Falle des Abganges eines Kranken (durch Tod

oder Entlassung) erforderlich, sondern es genügt, die Desinfection innerhalb angemessener Zeiträume vorzunehmen.

Leib- und Bettwäsche, Bettzeug und Kleider, welche von Tuberculösen benütz: worden waren, dürfen vor ihrer Desinfection weder in Verkehr gebracht noch verschenkt werden.

12. Die sub 7, 8, 10 und 11 angeordneten Maassregeln sind nicht nur in det sub 1 und 5 angeführten Anstalten genau durchzuführen, sondern die behandelnden. Aerzte haben auch innerhalb der Familien auf die Beobachtung derselben möglichst hinzuwirken.

Anderseits haben die competenten Behörden dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Desinfectionsvorrichtungen überall in ausreichender Zahl vorhanden sind und den Unbemittelten unentgeltlich zur Verfügung stehen.

B. Empfehlenswerthe Maassregeln.

Die Belehrung über die empfehlenswerthen Maassregeln kann theils mündlich — durch persönliche Belehrung, durch populäre Vorträge — theils schriftlich — durch populäre Aufstze Placete und Aufschriften — geschehen

lich — durch populäre Aufsätze, Placate und Aufschriften — geschehen.

Zur persönlichen Belehrung sind zunächst die Aerzte, insbesondere die behandelnden Aerzte, berufen, ferner die Lehr-, Aufsichts- und Pflegepersonen in den verschiedenen Anstalten und schliesslich alle jene, welche sich mit der öffentlichen Gesundheitspflege befassen.

Vorträge sollen insbesondere von den Aerzten und den verschiedenen Vereinen für Gesundheitspflege und Volkswohl veranstaltet werden, und zwar für jene Bevölkerungsschichten, welche nicht auf andere Weise über die Maassregeln gegen die Tuberculose aufgeklärt werden können.

Populäre Schriften sind sowohl im Auftrage der Sanitätsbehörden als der Vereine für Gesundheitspflege und Volkswohl zu verfassen und in grosser Zahl, am besten unentgeltlich, zu verbreiten.

Placate und Aufschriften mit kurz gefassten Verhaltungsmaassregeln sind namentlich an solchen Orten anzubringen, welche von vielen Personen besucht werden.

Die zu empfehlenden Maassregeln gelten

1. für die an Tuberculose Erkrankten:

a) Diesen ist zunächst dringendst zu empfehlen, sich in Heilanstalten für Tuberculöse aufnehmen zu lassen, und, wenn dies nicht möglich ist und eine entsprechende Isolurung und Behandlung innerhalb der Familie nicht Platz greifen kann, ein Spital überhaupt aufzusuchen.

- b) Den nicht in einer Anstalt befindlichen Tuberculösen sollen bezüglich ihres Aufenthaltes und ihres Verhaltens zur Umgebung dieselben Vorsichtsmaassregeln eingeschärft werden, wie sie sub A 6, 8, 10 und 11 angeführt wurden. Insbesondere sollen tuberculöse Eltern, wenn sie noch kleine Kinder besitzen, im Verkehre mit diesen die grösste Vorsicht beobachten. Sie dürfen ihnen auch nicht die Speisen vorkosten, nicht das Saughütchen mit dem Munde berühren, ihnen überhaupt nicht Gegenstände reichen, welche sie vorher mit dem Munde berührt hatten und in ihren Liebkosungen (Küssen) sich die erforderliche Einschränkung auferlegen; auch soll eine tuberculöse Mutter nicht ihre Kinder stillen. Können diese Vorsichtsmassregeln nicht eingehalten werden, so ist auf Entfernung der Kinder von den Eltern und Unterbringung der ersteren in gesunden Familien oder gut eingerichteten Pflegestätten hinzuwirken.
- c) Die Tuberculösen sollen bewogen werden, nicht solche Berufsarten zu wählen, bei denen sie mit anderen Personen oder mit verkäuflichen Lebens- und Genuss-

mitteln in sehr nahe Berührung kommen, beziehungsweise diese Berufsarten oder Erwerbszweige, wenn möglich, aufzugeben. Hieher gehört in erster Linie der Beruf von Krankenwärtern und Krankenwärterinnen, von Ammen, Hebammen, Kindermädchen, von Verkäufern genussfertiger Nahrungs- und Lebensmittel, von Angestellten in Milchwirthschaften. In zweiter Linie, somit als weniger bedenklich, sind anzuführen: die der Erzeugung von Nahrungs- und Genussmitteln, von Wäsche und Kleidern dienenden Erwerbszweige. ferner der Beruf eines Lehrers, Erziehers u. s. w.

- d) Tuberculösen Personen ist dringendst zu empfehlen, sich nicht zu verheiraten oder erst dann, wenn bei ihnen der Krankheitsprocess seit mindestens 2 Jahren zum Stillstande gekommen ist. Auch sollen der Tuberculose verdächtige Personen nicht in einem zu frühen Lebensalter eine Ehe eingehen.
- 2. Auch die Umgebnng der Tuberculösen ist auf diese Vorsichtsmaassregeln aufmerksam zu machen. Zu diesem Zwecke sind:
- a) Die Gesunden überhaupt über das Wesen, die Entstehung und die wichtigsten Erscheinungen der Tuberculose durch populäre Vorträge und Schriften zu belehren.
- b) In den Schulen und Erziehungsanstalten sollen die Lehr- und Aufsichtspersonen darauf sehen, dass die Kinder nicht auf den Boden, sondern in die aufgestellten Spuckgefässe spucken, wobei sie selbst mit gutem Beispiele vorangehen müssen, sowie sie auch die Kinder daran gewöhnen sollen, beim Husten, Sprechen und Niesen ein Verspritzen des Mund- und Nasensecretes womöglich durch Vorhalten des Tuches zu vermeiden und überhaupt in jeder Beziehung die grösste Reinlichkeit zu beobachten.
- c) Die Umgebung von Personen, welche der Tuberculose verdächtig sind, soll eine möglichst baldige, ärztliche Untersuchung der letzteren und die Feststellung der Natur der Erkrankung veranlassen und, falls sich diese als Tuberculose erweist, darauf sehen, dass die bereits sub B 1 a, b, c und d empfohlenen Maassregeln beobachtet werden, anderseits selbst die sub A 7 angeführte Vorsicht gebrauchen.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des | Innern vom 25. Juli 1902, Z. 31870, |

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend die möglichst weite Verbreitung der Vorschriften zur Bekämpfung der Tuberculose.

Da es von besonderer Wichtigkeit ist, dass der Erlass Sr. Excellenz des Herrn Ministerpräsidenten als Leiters des Ministeriums des Innern vom 14. Juli 1902, Z. 29949, betreffend die intensive Bekämpfung der Tuberculose, nicht blos durch die Amtszeitungen und sanitären Fachblätter die weiteste Verbreitung erlange, sondern auch allen Betheiligten dauernd zur Verfügung stehe und insbesondere jenen Factoren und Stellen eingehändigt werden

könne, an welche sich die politischen Behörden behufs Durchführung dieser Verordnung zunächst zu wenden haben werden, wie staatliche. kirchliche und autonome Behörden und Corporationen, die Aerztekammern, ärztlichen Vereine und Gesellschaften, Sanitätspersonen (Aerzte, Thierärzte, Apotheker, Hebammen), die Directionen der Spitäler, Sanatorien, der Heilpflegeund Humanitätsanstalten, Alumnate, Congre-Convicte, Lehrerbildungsanstalten, Lehrervereine, Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, die Vorstehungen von Arbeiterversicherungsverbänden, Arbeitervereinen, Privatversicherungsanstalten, die Handels- und Gewerbekammern, die Industrieunternehmungen und gewerblichen Genossenschaften, die Leitungen von Verkehrsinstituten jeder Art, die

Curorte- und Badeverwaltungen, humanitären Vereinigungen und Gesellschaften u. dgl., ist seitens der Redaction des "Oesterreichischen Sanitätswesen" Vorsorge getroffen worden, dass Separatabdrücke dieser Verordnung in Brochürenform hergestellt und in Vorrath gehalten werden.

Indem der k. k. eine Anzahl solcher Brochüren zur vorläufigen Betheilung der politischen Behörden und hervorragenden Amtsstellen zur Verfügung gestellt werden, wird die k. k. eingeladen, die Vorstände der politischen Behörden in Kenntnis zu setzen und weiteren Kreisen im geeigneten Wege bekannt zu geben, dass Exemplare dieser allgemein giltigen Instruction zur Bekämpfung der Tuberculose jederzeit in grösseren Partien gegen Einsendung des Betrages von à 10 Heller pro Exemplar durch die bezeichnete Redaction

des "Oesterreichischen Sanitätswesen", Wien, I., Wipplingerstrasse 8, portofrei bezogen oder auch durch Vermittlung von Buchhandlungen beschäft werden können.

Mit Rücksicht auf die sprachlichen Verhältnisse des dortigen Verwaltungsgebietes empfiehlt es sich, von den in Amts- oder Fachblättern erscheinenden Publicationen der Verordnung in anderen Landessprachen in gleicher Weise und zum gleichen Zwecke Separatausgaben veranstalten zu lassen, um die gleichmässige Verbreitung des Inhaltes derselben in allen Bevölkerungskreisen zu sichern.

Von diesen anderssprachigen Publicationen wolle die k. k. mindestens 10 Exemplare anher mit der Bezeichnung "Für den Obersten Sanitätsrath" in kurzem Wege vorlegen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Gemäss Verordnung vom 12. (25.) Juli werden aus verseuchten Häfen kommende Schiffe nur in Bourgas und Varna zugelassen.

Aus seuchenfreien Häsen kommenden Schiffen, welche keine verseuchten Orte berührt, keine aus verseuchten Ländern stammenden Waren an Bord haben, sind alle bulgarischen Häsen am Schwarzen Meere offen.

Frankreich. Der in Marseille in das Seelazareth abgegebene pestkranke Matrose (siehe S. 331 d. Bl.) ist genesen. Weitere Erkrankungen sind nicht aufgetreten.

Griechenland. Provenienzen aus Odessa unterliegen seit 26. Juli einer 5 tägigen Quarantaine.

Russland. Im Monate Juni erkrankten in der Kirgisen-Steppe der Provinz Astrachan, und zwar in Out-Koudas, District Talovo, in einer Familie 6 Personen an einer acuten ansteckenden Krankheit und starben 5 derselben. Die Krankheit bestand in einer Lungenaffection, Entzündung der Lymphdrüsen bei erhöhter Körpertemperatur, weshalb die Aerzte die Erkrankungen als pestverdächtig erklärten. Es wurde ein Sanitätscordon aufgestellt, die Isolirung der Kranken und gründliche Desinfection durchgeführt. Weitere Erkrankungsfälle sind daselbst nicht mehr vorgekommen.

Im israelitischen Spitale zu Odessa fand Ende Mai d. J. ein schwer kranker, am 22. Juni ein weiterer Mann Aufnahme. Beide litten an Lymphdrüsenschwellungen und boten das Bild schwerer Erkrankung, gingen jedoch der Genesung entgegen. Keiner von Beiden hatte vorher Odessa verlassen. Umfassende Desinfection wurde eingeleitet.

Am 27. Juli machte das Bürgermeisteramt bekannt, dass die eingesetzte Sanitätscommission beschlossen hat, Odessa als von der Pest bedroht zu erklären und die Thätigkeit der Executiv-commission behufs Ergreifung der am 29. Juni 1897 Allh. bestätigten Maassregeln zu eröffnen. Die Commission hat ihre Thätigkeit begonnen und führt die im November v. J. angeordneten Maassregeln (s. Jahrg. 1901 d. Bl., S. 514) wieder durch. Besonderes Augenmerk wird der Vertilgung der Ratten zugewendet.

Türkei. Der internationale Sanitätsconseil beschloss aus Anlass des Auftretens von 4 pestverdächtigen Fällen in Odessa eine 5 tägige Quarantaine für dortige Herkünfte.

Aegypten. In der Woche vom 15. bis 21. Juli ereigneten sich 12 Erkrankungs- und 7 Todesfälle an Pest, nämlich in Alexandrien 11 (5), in Toukh 1 (1), in Damanhur 0 (1).

Britisch-Indien. In Calcutta sind in der Woche vom 1. bis 7. Juni 90, in Kurachee in der Zeit vom 7. bis 20. Juni 16 Pesttodesfälle vorgekommen. Weiter wurden gemeldet in Hindostan vom 7. bis 14. Juni 1931 Erkrankungen (1316 Todesfälle), in der Präsidentschaft Bombay und Sind 391 (286), Bengalen 109 (102), Präsidentschaft Madras 19 (12), Punjab 1194 (776), in Staate Mysorc 169 (103).

Capcolonie. In der Woche vom 22. bis 28. Juli kamen in Port Elizabeth 1 Erkrankung und 2 Todesfälle an Pest vor.

Australien. Aus Sydney wurden für die Woche vom 1. bis 6. Juni 3 Erkrankungs-, kein Todesfall an Pest gemeldet; in Fremantle (Westaustralien) starb am 22. Mai 1 Mann 20 Pest (bakteriologisch constatirt), in Brisbane (Queensland) erkrankten zwischen 25. Mai und 7. Juni 4 und starb 1 Person an Pest.

Neu-Seeland. Seit dem im Mai d. J. aus Auckland gemeldeten pestverdächtigen Erkrankungsfalle (siehe S. 311 d. Bl.) sind daselbst bis Mitte Juni weitere verdächtige Erkrankungen nicht vorgekommen. Dagegen erkrankte in Lyttelton bei Christchurch ein Mann unter pestverdächtigen Erscheinungen und folgten bis 23. Juni weitere 3 derartige Fälle.

Cholera. Aegypten. Die Cholera wurde höchst wahrscheinlich durch Mekkapilger, welche heimlich an der Küste des Rothen Meeres landeten und sich der sanitären Behandlung entzogen, eingeschleppt. Moucha liegt circa 10 km südlich von Assioul, ganz abseits vom Nil und seinen Canälen, zählt 8000 Einwohner. Nach Constatirung der Seuche wurde ein Militärcordon aufgestellt, jedoch hatten schon vorher Flüchtlinge den Ort verlassen und betraf der erste in Kairo constatirte Fall eine Frau, welche sich aus Moucha geflüchtet hatte.

In Kairo sind vom 27. Juli Mittags bis 3. August Mittags weitere 217 Erkrankungen und 163 Todesfälle, in Assiout vom 25. Juli bis 2. August 129 (115 †) Fälle von Cholera vorgekommen.

Der internationale Sanitätsconseil in Alexandrien beschloss die aus ägyptischen Häfen abfahrenden Schiffe zur Hintanhaltung einer Verschleppung der Cholera einer gleichen Behandlung zu unterziehen, wie diese anlässlich der Pest angeordnet wurde. Auf den Sanitätspässen dieser Schiffe wird bemerkt, dass in Moucha (Oberägypten) und in Kairo Cholera besteht.

Das Deltagebiet und Alexandrien sind cholerafrei. In letzterer Stadt werden umfassende Vorkehrungen zur Ueberwachung des Mahmudije-Canals behufs Wasserversorgung der ärmeren Classen getroffen und das Epidemiespital Chatby (300 Betten) in Stand gesetzt.

Bulgarien. Aegypten wurde vom 20. Juli ab als choleraverseucht erklärt.

Griechenland. Aegyptische Provenienzen unterliegen einer 12 tägigen Quarantaine.

Türkei. Provenienzen aus Aegypten unterliegen einer 12 tägigen Quarantaine. Aus Anlass des Ausbruches der Cholera in Gwadar (Persien) beschloss der internationale Sanitätsconseil, dortige Provenienzen einer 10 tägigen Quarantaine zu unterwerfen.

China. Einem Berichte vom 17. Juni d. J. zufolge kommen unter der einheimischen chinesischen Bevölkerung zahlreiche und ausserordentlich rasch zum Tode führende Choleia-erkrankungen vor und häufen sich auch die bisher nur vereinzelt aufgetretenen Erkrankungen unter den Ausländern.

Hinterindien. Im Monate Mai d. J. wurden unter den Eingeborenen in Singapore vereinzelte Fälle von Cholera mit tödtlichem Ausgange constatirt.

Vermischte Nachrichten.

Internationaler Congress für Irrenpflege. Der Congress findet in der Zeit vom 1. bis 7. September 1902 in Antwerpen statt. Das Programm umfasst folgende Fragen: 1. Welche Grundlagen und welchen Werth hat die gegenwärtige häusliche und Anstaltspflege der Irren



in wissenschaftlicher, humanitärer und finanzieller Beziehung? 2. Welche Geisteskranken ghören in die häusliche Pflege und welche in Anstalten? 3. Auf welchen wissenschaftlichen und ökonomischen Grundlagen ist die Organisation der landwirthschaftlichen Irrencelonien und die der Anstalten aufzubauen? 4. Welche sind die Gründe, die zur Errichtung neuer Irrencelonien nöthigen und wie führt man eine derartige Errichtung durch? Zur Theilnahme an diesem Congresse ist Jedermann nach Anmeldung beim Organisationscomité und Erlag von 20 France berechtigt. Anmeldungen sind an den Generalsecretär des Organisationsauschusses, Dr. F. Sance Antwerpen, Rue Montebello 2, zu richten.

Vorgehen der Amtsärzte bei Infectionskrankheiten. Die k. k. Statthalterei in Galizien hat mit Erlass vom 28. Juni d. J., Z. 20532, die Amtsärzte aufmerksam gemacht, dass die Feststellung der Infectionsquelle, der Verbreitungsursache der Infectionskrankheiten, und die genaue Evidenzhaltung der Kranken, die Grundlagen für eine rationelle und wirksame Epidemie tilgung bilden müssen. Die Durchsicht der Verzeichnisse der in einer Gemeinde Verstorbenen liefere Nachweise, seit wann und in welchen Häusern Todesfälle an einer Infectionskrankheit vorgekommen sind, und könne dann durch weitere Nachforschungen mit Leichtigkeit festgestellt werden, ob in diesen oder benachbarten Häusern oder in verwandschaftlich nahestehenden Familien Krankheitsfälle vorhanden sind. Auch Nachfragen in der Schule über die Frequenz und den Gesundheitszustand der Schulkinder können sehr oft zur Eruirung verheimlichter Krankheitsfälle führen. Insolange nicht wenigstens annäherungsweise der Tag der Erkrankung des Infectionskranken, und jener der hievon erfolgten Anzeige an die Ortsbehörde sichergestellt wird, könne die der Vernachlässigung der pflichtgemässen Anzeige schuldige Person nicht ermittelt und zur Verantwortung gezogen werden.

In der Absicht einen zweckentsprechenden Vorgang und einen befriedigenden Erfolg der

Epidemievorkehrungen zu sichern, wurden nachfolgende Anordnungen getroffen:

1. Der zur Epidemiebekämpfung delegirte Arzt ist verpflichtet die Krankenevidenz in der Weise zu führen, dass hinsichtlich jedes einzelnen Kranken Vor- und Zuname, Alter, Beschäftigung, Wohnung, Tag der Erkrankung und der erfolgten Anzeige an die Ortsbehörde, Tag der Genesung oder des Todes, Tag der durchgeführten Schlussdesinfection, und die hinsichtlich der Erkrankungsursache, sowie der Krankheitscomplicationen erhobenen Daten, verzeichnet werden.

2. Die Amtsärzte sind gehalten die Protokolle der Verstorbenen in den Gemeinden häufig zu revidiren, und zu veranlassen, dass unfähige Todtenbeschauer beseitigt und nachlässige zur

Verantwortung gezogen werden.

3. Bei der Verwendung des Gemeinde-Polizeipersonales zur Epidemiebekämpfung ist mit der gebotenen Vorsicht vorzugehen. Wenn eine Kinderkrankheit herrscht, sind kinderlose Polizeimänner zu verwenden, sonst aber solche, welche die herrschende Krankheit bereits überstanden haben (z. B. Flecktyphus oder Cholera), weil eine neuerliche Erkrankung an derselben Krankheit weniger wahrscheinlich erscheint. Es ist auch strenge darauf zu achten, dass diese Personen nach jeder Thätigkeit in einem insicirten Hause ihre Kleider einer Desinfection und sich selbst einer gründlichen Reinigung unterziehen, bevor sie mit anderen Personen in Berührung kommen. Zur Vornahme einer sanitären Thätigkeit in insicirten Häusern sind nur nüchterne Leute zu verwenden, weil Trinker einerseits in Folge der herabgesetzten Wiederstandskraft sich leichter insiciren, anderseits kein Vertrauen in Bezug auf die entsprechende und gewissenhafte Durchführung der ihnen ertheilten Aufträge verdienen.

4. Es ist zu trachten, dass die in den Gemeinden vorhandenen eingerichteten Isolirlocale stets in Ordnung und jederzeit zur Benützung bereit gehalten werden. Auch ist die Anschaffung von Tragbahren zum Transporte der Kranken aus ihren Wohnungen in das Isolirlocal anzu-

streben.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 15. Juli nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 30. Juli bis 5. August beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 6; Jaworow: Jaworow 2, Jazow stary 1; Kamionka: Chreniow 3, Horpin 1, Jakimow 2; Kolomea: Balince 1; Nadworna: Zielona 3, Zarzecze 2; Peczenizyn: Berezow wyzny 3; Podhajce: Burkanow 3; Skalat: Nowosiolka 1; Tlumacz: Neudorf 4; Zloczow: Skwarzawa 2.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern und DR. F. STADLER,
Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien
I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12.-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 14. August 1902.

Mr. 33.

Inhalt. Vergiftung durch bleihältiges Mehl. — 74. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerste in Karlsbad. 21. bis 27. September 1902. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Vergiftung durch bleihältiges Mehl.

Von Dr. M. Linnemann, k. k. Sanitätsconcipist in Scheibbs.

In der Katastralgemeinde Buchberg der Gemeinde Reinsberg, im politischen Bezirke Scheibbs, kam im Winter 1900—1901 eine schwere Bleivergiftung sämmtlicher Hausinsassen eines einschichtig gelegenen Bauerngehöftes vor, deren Ursache nicht sofort aufgeklärt werden konnte.

Zu Folge einer Anzeige, dass sämmtliche Insassen des genannten, dem Landwirthe B. gehörigen Bauerngehöftes schwer — angeblich an Influenza — erkrankt seien, begab ich mich am 14. December 1900 dorthin, und erhob Folgendes: Seit 5—6 Wochen waren sämmtliche acht Hausinsassen krank; die Familienmutter und ein Sohn waren am Erhebungstage ausser Bett, der Vater, drei Söhne und zwei Töchter (letztere 5 durchwegs im Kindesalter) bettlägerig. Bei allen hatte die Erkrankung ziemlich gleichzeitig und plötzlich mit Erbrechen, Stuhlverstopfung, Schmerzen um den Nabel und im Bauche begonnen und hatten diese Symptome individuell verschiedene Höhegrade erreicht. In den letzten Wochen bestanden angeblich Diarrhöen.

Bei der Untersuchung erwiesen sich sämmtliche Hausinsassen als sehr kachektisch und anämisch. Aus dem Munde war ein starker Fötor wahrnehmbar, die Gingiva zeigte um jeden Zahn, besonders um jeden cariösen, einen circa 1 mm breiten Saum von schiefergraublauer Verfärbung; den gleichen Befund bot die Schleimhaut der Wange in dem Raume zwischen oberer und unterer Zahnreihe dar. Die Untersuchten klagten über starken Speichelfluss; das Abdomen war etwas eingezogen, mässig hart. Der Puls — von ungefähr normaler Frequenz — war hart. Lähmungserscheinungen waren nicht nachweisbar, jedoch bestand, besonders in den Unterextremitäten, grosse Schwäche. Eines der erkrankten Kinder litt an heftigem Nasenbluten. Im Harne sämmtlicher Erkrankten war jedoch Eiweiss nicht nachweisbar.

Dem zu Folge handelte es sich um eine chronische Bleivergiftung. Ueber Befragen, ob im Hause nicht zur Aufbewahrung von Lebens- oder Genussmitteln

Digitized by Google

dienende bleihältige Geräthe vorhanden seien, wurde mitgetheilt, dass die Hauswasserleitung seit eirea 5 Jahren in der Länge von 200—250 m aus Bleiröhren bestehe. Das Wasser sei jedoch stets gut gewesen und nie eine derartige Erkrankung im Hause aufgetreten. In Folge der im Spätsommer und im Frühherbste 1900 eingetretenen grossen Trockenheit sei wegen Wassermangels die Rohrleitung unbenützt geblieben, als jedoch durch reichliche Regengüsse dem Wassermangel abgeholfen wurde, traten gleichzeitig mit dem Wiedergenuss des Wassers die Erkrankungsfälle im Hause auf.

Da das Trinkwasser mithin sehr verdächtig war, wurde dasselbe auf Blei untersucht und zugleich die fernere Benützung des Wassers dieser Leitung untersagt. Bei wiederholten chemischen Untersuchungen des Wassers konnte jedoch in demselben niemals Blei nachgewiesen werden. Nun wurden die Mostkrüge (glasirte Steinkrüge) einer chemischen Untersuchung darauf, ob nicht die Glasur Blei abgab, unterzogen, jedoch ebenfalls ohne positives Resultat.

Inzwischen bestanden die Symptome der chronischen Bleivergiftung trotz Verordnung von Jodkalium und warmen Bädern fort, und da ach keine andere Quelle der Bleivergiftung (etwa Verwendung bleihältiger Farben oder bleihältiger Kochgeschirre)

nachweisbar war, so blieb die Ursache der Erkrankung ziemlich räthselhaft.

Die Vermuthung, dass die Intoxicationsquelle im Mehle liege, wurde erst später aus Folgendem geschöpft. Zugleich mit den Hausinsassen war unter denselben Symptomen ein Knecht erkrankt, der aber schon vor der ersten amtsärztlichen Erhebung (14. December 1900) wegen dieser Erkrankung in sein Vaterhaus fortgezogen war; dort gesundete er bald und kam über vieles Bitten seines früheren Arbeitgebers am

15. Jänner 1901 zur Aushilfe in das Haus des B. in Reinsperg zurück.

Kurze Zeit darauf erkrankte er zum zweiten Male unter denselben Erscheinungen der chronischen Bleivergiftung. Der Verdacht lag daher sehr nahe, dass das Blei in irgend einem im Hause des B. gemeinschaftlich genossenen Lebens- oder Genussmittel enthalten sei. Die Wasserleitung war gesperrt, Most und Wein waren bleifrei. Da in der Ernährung der Inwohner eines Bauernhauses das Mehl die grösste Rolle spielt, wurde dieses am 20. Jänner 1901 einer qualitativen Untersuchung auf einen etwaigen Bleigehalt unterzogen, und hiebei auch eine anscheinend beträchtliche Verunreinigung des Mehles mit metallischem Blei gefunden, was ein Verbot des Genusses des gesammten, in der Mühle des A. K. in Reinsberg hergestellten Mehles zur Folge hatte. Von da ab war eine deutliche Besserung sämmtlicher Kranken zu constatiren.

Behufs Bestätigung des Befundes im Mehle und im Wasser wurde von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Scheibbs eine Mehl- und Wasserprobe der k. k. Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Wien übermittelt und ausserdem ein Stück der bleiernen Wasserleitungsröhren beigefügt, um feststellen zu können, ob diese Wasserleitung im Sinne des Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 27. November 1884, Z. 8212 (Oesterr. Sanitätswesen 1898, S. 72) Punkt 1, Alinea 2 und 3, sowie Punkt 5, Alinea 2, als gesundheitsschädlich und daher als zur weiteren Benützung ungeeignet bezeichnet werden müsste. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Wien theilte hierauf mit, dass zu Folge der mikroskopischen Untersuchung die Mehlprobe aus gröberem Roggenmehle und reichlichen Mengen von vermahlenem »Ausreuter« gemischt bestand. Die chemische Untersuchung ergab das Vorhandensein nicht unbeträchtlicher Mengen von metallischem Blei (der Gehalt an metallischem Blei betrug 0.168 Gewichtspercent = 0.181 Gewichtspercente Bleioxyd). Das untersuchte Mehl wurde als hochgradig gesundheitsschädlich bezeichnet und wegen des Befundes von Sand und metallischem Blei die Vermuthung ausgesprochen, dass zum Vermahlen des Mehles Mühlsteine verwendet wurden, deren Mahlflächen mit Blei ausgegossen wären. Die Untersuchung der Wasserprobe liess dieselbe als völlig bleifrei erkennen und die Untersuchung des übermittelten Bleirohrstückes ergab, dass die Innenfläche

desselben nach Lösung des aus dem Wasser herstammenden mineralischen Ueber zuges in Essigsäure mit einem festanhaftenden Ueberzuge aus Schwefelblei versehen war, mithin dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 27. November 1884, Z. 8212, entsprach. Es wurde demnach die Benützung der Wasserleitung wieder

freigegeben.

Schon am 22. Jänner 1901 waren in der Mühle des Müllers A. K. in Reinsberg, aus welcher das bleihältige Mehl erhobenermaassen allein herstammen konnte, da weder ein Hineingelangen von Blei in das unvermahlene Getreide, noch ein Hineingelangen von Blei in das Mehl nach dem Vermahlen in der Mühle des A. K. nachweisbar war, amtsärztliche Erhebungen gepflogen worden, denen zu Folge es sich in dem fraglichen Mühlenbetriebe um eine oberschlächtige, zweigängige, sogenannte deutsche Mühle handelte. Die Besichtigung ergab feiner, dass das sogenannte Mühleisen mit Bleiausgiessung in dem oberen Mühlsteine, dem sogenannten Läufer, befestigt war. Der die unterste Blei- und Eisenfläche überragende Mühlsteinkranz betrug gut 3 cm; irgend welche blankgescheuerte Fläche an der Bleiausgiessung war nicht wahrnehmbar, die Bleifläche vielmehr uneben, feinhöckerig und nirgends an der angelaufenen grauen (oxydirten) Bleifläche ein Defect nachweisbar. Mahlfläche der Mühlsteine war vollkommen glatt, nirgends eine Vertiefung, welche mit Blei hätte ausgefüllt werden können, sichtbar; eine Beimischung von zermahlenem Blei aus der Mahlfläche der Mühlsteine war daher sicher auszuschliessen und somit lag auch keine Ueberschreitung der Ministerialverordnung, wonach Mühlsteine, welche unter Verwendung von Blei oder bleihältigen Stoffen an der Mahlfläche hergestellt werden, nicht zur Verfertigung von Nahrungs- oler Genussmitteln verwendet werden dürfen, vor.

Da aber zweifellos Blei nur beim Vermahlen des Getreides in der Mühle des A. K. in das Mehl gelangt sein konnte, ist folgender Weg des Hineingelangens von Blei in das Mehl der wahrscheinlichste. Beim Mahlen des Getreides des B. bemerkte der Müller, wie erhoben wurde, dass der Läufer schlecht ging und schliesslich stillstand (nach Angabe des A. K. vermuthlich, weil im Getreide harte Gegenstände, vielleicht in dasselbe ausserbalb seiner Mühle hineingelangtes Blei, enthalten waren). Als A. K. der Ursache dieses Stillstandes nachforschte, ergab sich angeblich, dass ein Zahn des an der Antriebswelle befindlichen hölzernen Schwungrades, dessen Zähne in die Zahnradübersetzung eingreifen, ausgebrochen war. Da aber noch genug auf die Fortbewegung des »Läufers« einflussnehmende Zähne an dem Schwungrade vorhanden waren, ist ein Stillstand des Läufers aus diesem Grunde nicht wahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist, dass aus der defecten mit Bleiausgiessung hergestellten Verbindung des Mühleisens mit dem »Läufer« ein derartiges Quantum Blei heraus- und in das zu vermahlende Getreide hineinfiel, dass das gelockerte und schliesslich ausser fixe Verbindung mit dem Läufer gesetzte Mühleisen den Läufer langsamer in Rotation versetzte und bei entsprechender stets fortschreitender Lockerung von dem Läufer letzterer schliesslich nicht mehr rotiren konnte. Nach der vermuthlich vorgenommenen neuerlichen Befestigung des Mühleisens im Läufer mittelst Bleiausgiessung wurde — wie erhoben — das nunmehr in erwähnter Weise wahrscheinlich bleihältig gewordene, wegen Stillstandes der Mühle nur mangelhaft vermahlene Getreide - um Verluste zu vermeiden - neuerdings auf die Mühle aufgeschüttet und völlig zermahlen.

Es wurden daher die Erhebungsacten an das k. k. Bezirksgericht Gaming behufs eventueller Strafamtshandlung übermittelt. Bei der am 20. Mai 1901 in der Mühle des A. K. in Reinsberg unter Zuziehung zweier Sachverständiger aus dem Mühlfache vorgenommenen gerichtlichen Erhebung, wurde derselbe Befund constatirt, welchen ich am 22. Jänner 1901 bereits erhoben hatte. Da nach dem Urtheil der beiden Sachverständigen es sich nicht mehr sicher feststellen liess, ob die Bleiausgiessung wirklich erst im Herbste 1900, also vor circa dreiviertel Jahren oder

ob dieselbe nicht schon früher erfolgte, wurde von Seite des Bezirksgerichtes über Antrag der Staatsanwaltschaft St. Pölten das gerichtliche Verfahren gegen den Müller A. K. in Reinsberg wider § 17 des Lebensmittelgesetzes eingestellt.

Bezüglich der Möglichkeit des Erkennens des Alters von Bleiausgiessungen an Mühlsteinen ist aber folgendes, mit den Angaben der Sachverständigen Uebereinstimmende zu bemerken: Bleiausgiessungen an Mühlsteinen von oberwähnten Mühlen laufen früher an als sonst Blei an atmosphärischer Luft. Bei einer sogenannten Flach- oder Beutelmühle, um welche es sich im vorliegenden Falle handelte, bei welcher keinerlei Ventilationsanlagen beim Mahlen vorhanden sind, steigt die Temperatur während des Mahlganges so hoch, das ein Theil des Amylums in Dextrin, Zucker und organische Säuren umgewandelt wird und innerhalb des Mahlganges sich reichlich Wasserdampf bildet, so dass bei diesen Umständen (hohe Temperatur etc.) sich das Blei leichter als beim Liegen an der Luft oxydirt. Ferner ist zu bemerken, dass Getreide, das aus Gebirgsgegenden stammt, da es »zäher« ist, mehr Warme entwickelt, als z. B. ungarisches Getreide. Getreide welches im Herbste vermahlen wird, also relativ viel Feuchtigkeit enthält, entwickelt relativ am meisten Warme etc., so dass das Blei unter diesen Umständen sich am sehnellsten oxydirt. Ist der Mahlbetrieb ein lebhafter, so kann in Folge dieser Umstände (im Herbste zum Vermahlen eingebrachtes Getreide aus Gebirgsgegenden wie im vorliegenden Falle und bei Vorhandensein der anderen Bedingungen) frisch eingelassenes Blei sich auch schon in einem halben Jahr so oxydiren, wie bei schwachem Betriebe und entgegengesetzten Umständen in ein, zwei bis drei Jahren. Da aber diesbezüglich in erster Linie die Angaben des Müllers über die Lebhaftigkeit des Mahlbetriebes maassgebend sind, diese im vorliegenden Falle von dem Müller als gering bezeichnet wurde, konnten die Sachverständigen die ihnen gestellten Fragen nach dem Alter der Bleiausgiessungen nur dahin beantworten, dass - die Richtigkeit der Angaben des Müllers vorausgesetzt — die Bleiausgiessung sehr wohl über 3/4 Jahre alt sein konnte, und dass sich dann unter diesen Umständen das Alter der Bleiausgiessung überhaupt nicht mehr sicher feststellen lasse.

Die Möglichkeit, dass Blei in das zu vermahlende Getreide bei Befestigung des Mühleisens im Läufer durch Bleiausgiessungen gelangen könne, wurde von beiden Sachverständigen als sehr wohl möglich zugegeben und bemerkt, dass bei grösseren Müllereien (Hochmüllerei) als Befestigungsmittel des Mühleisens in Läufern nur noch Schwefelausgiessungen verwendet werden.

Da es demnach ziemlich sicher erschien, dass Blei beim Vermahlen von Getreide in letzteres gelangen kanr, auch wenn Blei oder bleihältige Substanzen zwar nicht an der Mahlstäche von Mühlsteinen, wohl aber an Mühlsteinen überhaupt verwendet werden, wurde im Amtsblatte Nr. 2 ex 1902 der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs, Z. 14367. sämmtlichen die Müllerei betreibenden Personen das Verbot der Verwendung von Bleiausgiessungen im Mahlbetriebe überhaupt bekannt gegeben; gestattet wurde als sanitär unbedenklich die Verwendung von Schwefel bei Ausgiessungen an Mühlsteinen, wie es in grösseren Müllereien allgemein üblich ist.

Sämmtliche an Bleivergiftung erkrankte Mitglieder der Familie B. in Reinsperg genasen nach Einstellung des Genusses des bleihältigen Mehles und unter Fortsetzung der Jodkali- und Bädertherapie bis Ende März 1901 völlig, waren also 6½ Monate krank gewesen. Der Knecht genas erst im Juni 1901, also nach circa 9½ Monaten vollständig — und zwar aus dem Grunde so spät, weil von ihm, obwohl er gleich wie die anderen Hausinsassen nach Feststellung der Quelle der Bleivergiftung kein bleihältiges Mehl mehr genoss, keinerlei die Bleiausscheidung befördernde Mittel zur Hilfe genommen wurde. Irgend welche Folgekrankheiten (Nephritis etc.) konnten bis jetzt nicht erhoben werden.

74. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Karlsbad. 21. bis 27. September 1902.

Allgemeine Tagesordnung.

Sonntag, den 21. September. Vormittags 10 Uhr: Sitzung des Vorstandes der Gesellschaft im Curhaus.

11 Uhr: Sitzung des wissenschaftlichen Ausschusses im Curhaus.

12 Uhr: Gemeinsame Sitzungen:

a) des Vorstandes der naturwissenschaftlichen Hauptgruppe und der Einführenden und Schriftführer der naturwissenschaftlichen Abtheilungen (Curhaus);

b) des Vorstandes der medicinischen Hauptgruppe und der Einführenden und Schriftführer

der medicinischen Abtheilungen (Curhaus);

Montag, den 22. September. Morgens 10 Uhr: Erste Allgemeine Versammlung im grossen Saale des Schützenhauses.

1. Begrüssungsansprachen.

2. Vorträge: Hofmeister (Strassburg): Ueber den Bau des Eiweissmolecüls, Weber (Amsterdam): Der Malayische Archipel und die Geschichte seiner Vorwelt, und Voller (Hamburg): Grundlagen und Methoden der elektrischen Wellentelegraphie (sogenannten drahtlosen Telegraphie).

Nachmittags: Abtheilungs-Sitzungen.

Dienstag, den 23. September. Vor- und Nachmittags: Abtheilungs Sitzungen.

Mittwoch, den 24. September. Morgens 81/2 Uhr: Geschäftssitzung der Gesellschaftsmitglieder im grossen Saale des Schützenhauses.

Morgens 10 Uhr: Gesammtsitzung beider Hauptgruppen im grossen Saale des Schützenhauses.

Vorträge: Suess (Wien): Ueber das Wesen der heissen Quellen, Meyerhoffer (Berlin): Ueber die chemisch-physikalische Beschaffenheit der Heilquellen, Ruff (Karlsbad): David Becher, der "Karlsbader Hippokrates" 1725—1792.

Nachmittags: Abtheilungs-Sitzungen.

Donnerstag, den 25. September. Morgens 9 Uhr: Gemeinschaftliche Sitzung der medicinischen Hauptgruppe im grossen Saale des Schützenbauses. Verhandlungsthema: Physiologische Albuminurie.

Referenten: v. Leube (Würzburg), Dreser (Elberfeld).

Morgens 1/210 Uhr: Gemeinschaftliche Sitzung der naturwissenschaftlichen Hauptgruppe im Curhaus.

Verhandlungsthema: Kreislauf des Stickstoffs.

Referenten: Koch (Göttingen), Remy (Berlin).

Nachmittags: Abtheilungs-Sitzungen.

Freitag, den 26. September. Morgens 10 Uhr: Zweite Allgemeine Versammlung im grossen Saale des Schützenhauses.

1. Vorträge: Freiherr v. Eiselsberg (Wien): Ueber die Bedeutung der Schilddrüse für den Haushalt der Natur, v. Wettstein (Wien): Ueber den Neo-Lamarckismus, und v. Miller (München): Die Naturkräfte im Dienste der Elektrotechnik.

2. Schluss-Ansprachen.

Nachmittags: Erforderlichen Falls noch Abtheilungs-Sitzungen. Ausflüge. (Giesshübl-Sauerbrunn.)

Samstag, den 27. September. Fahrt nach Teplitz, Aussig (Naturforscher), Franzensbad, Marienbad (Aerzte).

Wissenschaftliche Abtheilungen der medicinischen Hauptgruppe.

- 1. Anatomie, Histologie, Embryologie und Physiologie.
- 2. Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie.
- 3. Innere Medicin, Pharmakologie, Balneologie und Hydrotherapie.
- 4. Geschichte der Medicin und der Naturwissenschaften.
- 5. Chirurgie.
- 6. Geburtsbilfe und Gynäkologie.
- 7. Kinderheilkunde.



- 8. Neurologie und Psychiatrie.
- 9. Augenheilkunde.
- 10. a) Hals- und Nasenkrankheiten; b) Ohren- und Nasenkrankheiten.
- 11. Dermatologie und Syphilidologie.
- 12. Zahnheilkunde.
- 13. Militär-Sanitätswesen.
- 14. Gerichtliche Medicin.
- 15. Hygiene, einschliesslich Bakteriologie und Tropenhygiene.
- 16. Thierheilkunde.
- 17. Pharmacie und Pharmakognosie.

Mitglieder der Gesellschaft können alle diejenigen werden, welche sich wissenschaftlich mit Naturforschung und Medicin beschäftigen.

Anmeldungen zur Mitgliedschaft vor der Versammlung haben schriftlich beim Schatzmeister der Gesellschaft, Geheimrath Dr. Karl Lampe-Vischer in Leipzig, Schillerstrasse 8, zu erfolgen.

Die Mitglieder haben, wenn sie an der Versammlung theilnehmen, einen Versammlungsbeitrag von Mark 15:— = K18:— zu zahlen; die Zahlung kann schon vor der Versammlung an den Säckelwart der Geschäftsführung, Director Lampel in Karlsbad, geleistet werden.

Durch die Zahlung dieses Versammlungsbeitrages erwerben die Mitglieder zugleich das Recht auf unentgeltliche Zusendung der "Verhandlungen" der Karlsbader Versammlung. Für diejenigen Mitglieder, welche das Entgelt für den Bezug der Verhandlungen bereits an deu Schatzmeister der Gesellschaft bezahlt haben, ermässigt sich der Versammlungsbeitrag auf Mark 9.—.

Die Mitgliedskarte und eventuell die Quittung des Schatzmeisters über den bereits gezahlten Betrag für die Verhandlungen ist mitzubringen.

Wer auf der Versammlung als Mitglied beitritt, hat ausserdem noch den Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr mit Mark 5:—, somit im ganzen Mark 20:— = K 24:— zu bezahlen. Solche Mitgliedsanmeldungen währen d der Versammlung werden im Bureau der Geschäftsführung (Neubad) entgegengenommen.

Theilnehmer an der Versammlung kann, auch ohne Mitglied der Gesellschaft zu sein, jeder werden, der sich für Naturwissenschaften und Medicin interessirt.

Diese Theilnehmer an der Versammlung haben einen Versammlungsbeitrag von Mark 20.— = K 24.— zu entrichten; es kann dies schon vor der Versammlung an den Säckelwart der Geschäftsführung, Director Lampel in Karlsbad, geschehen. Gegen eine weitere Zahlung von Mark 6.— = K 7.— erhalten dieselben ebenfalls die "Verhandlungen" zugesendet, wenn sie sich während der Versammlung in eine im Bureau der Geschäftsführung (Neubad) aufliegende Liste einzeichnen. Die Verhandlungen werden den dazu Berechtigten einige Zeit nach der Versammlung von der Gesellschaft zugestellt. Der allgemeine Theil der Verhandlungen (die Reden und Vorträge der beiden allgemeinen Sitzungen enthaltend) wird allen Theilnehmern unentgeltlich zugesandt.

Zur Legitimation während der Versammlung dient für alle Mitglieder und sonstigen Theilnehmer die Theilnehmerkarte. Diese berechtigt zum Bezug des Festabzeichens, des in fünf Nummern erscheinenden Tageblattes, der Festgaben und sonstigen Drucksachen, sowie zur Theilnahme an den Festlichkeiten und wissenschaftlichen Sitzungen (nicht zugleich auch an der Geschäftssitzung der Gesellschaft, für welche nur die Mitgliedskarte als Legitimation dient), und ferner zur Entnahme von Damenkarten zum Preise von je Mark 6 — = K7—.

Auskünfte. Anfragen in geschäftlichen, beziehungsweise wissenschaftlichen Angelegehheiten allgemeiner Natur sind an den 2. Geschäftsführer, Karlsbad, "Iris", I. Stock, zu richten.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 13. (26.) Juli wurde Odessa als pestverseucht erklärt und finden auf dortige Provenienzen die Bestimmungen der Verordnungen vom 27. October und 25. November v. J. (S. Jahrg. 1901 d. Bl., S. 513 und 571) Anwendung. Aus Odessa kommende Fahrzeuge, welche in Sulina die Quarantaine absolvirt haben, werden nach sanitärer Revision in Silistria zum freien Ver-

kehre zugelassen, desgleichen auch Reisende, welche auf der Donau kommen, und sich über die in Sulina absolvirte Quarantaine und über die vollzogene Desinfection ihrer Effecten ausweisen.

Italien. Mit Seesanitäts-Verordnung vom 30. Juli, Nr. 15, wurde der Hafen von Odessa für pestverseucht erklärt und werden daher dortige Provenienzen nach den Bestimmungen der Verordnung vom 23. Februar d. J., Nr. 5 (siehe S. 176 d. Bl.), behandelt.

Rumanien. Gemäss Verordnung vom 12. (25.) Juli d. J. unterliegen Provenienzen aus Odessa einer fünftägigen Quarantaine im Hafen von Sulina. Die Häfen von Constantza und Mangalia bleiben diesen Herkünften verschlossen.

Die Einfuhr der im Titel IV der Venediger Convention (1897) bezeichneten Gegenstände und Waren ist untersagt. Reisende, welche über die Grenzstation Ungheni eintreten wollen, werden der sanitären Revision, ihr Gepäck der Desinfection unterzogen. Der Uebertritt von Reisenden aus Odessa in der Grenzstation Galatz wurde vom 16. (29.) Juli an sistirt.

Türkei. Der internationale Sanitätsconseil in Constantinopel beschloss die Aufhebung der für Herkünfte aus Odessa angeordneten fünftägigen Querantaine (siehe S. 370 d. Bl).

Aegypten. Während der Zeit vom 22. bis 30. Juli d. J. sind in Alexandrien weitere 10 Pestfälle, davon 5 mit tödtlichem Ausgange, vorgekommen, in Damanhur und im Districte von Toukh kein weiterer Fall.

Britisch-Indien. In Bombay erkrankten in den zwei Wochen vom 27. Juni bis 10. Juli an Pest 63 und starben 60 Personen, in Calcutta starben zwischen 22. Juni und 5. Juli 64 Personen, in der Präsidentschaft Madras erkrankten zwischen 8. und 21. Juni 48 und starben 34 Personen, in Karache e starben in den Wochen vom 21. Juni bis 4. Juli 55 Personen an Pest.

Hongkong. (Siebe S. 343.) In der Colonie sind im Monate Juni 185 Erkrankungs- und ebensoviele Todesfälle an Pest vorgekommen.

Capcolonie. In der Woche vom 29. Juni bis 7. Juli kam in Port Elizabeth eine Erkrankung vor und wurde eine Pestleiche aufgefunden.

Philippinen. Einem Berichte vom 18. Juni d. J. zufolge ist die Pest, welche in Manila nie vollständig erloschen war, wieder mehr bemerkbar und kamen daselbst täglich einige Erkrankungen vor.

Curação. Die Quarantainemaassregeln, welche gegen Provenienzen aus Buenos Ayres angeordnet waren, wurden am 10. Juli d. J. wieder ausser Kraft gesetzt.

Australien. In Sydney zählte man in der Woche vom 8. bis 14. Juni 5 Erkrankungen, 2 Todesfälle an Pest. In Queensland sind in den zwei Wochen vom 8. bis 21. Juni keine weiteren Pestfalle mehr zur Anzeige gelangt.

Cholera. Aegypten. Den bisher vorliegenden Nachrichten zufolge ist in Kairo der erste lethal verlaufene Cholorafall am 22. Juli aufgetreten, betraf die aus Moucha zugereiste Frau. Einchliessslich diesen Fall wurden an den vom 22. Juli aufeinanderfolgenden Tagen bis 8. August Mittags folgende Zahlen von Erkrankungen (Todesfällen) verzeichnet: 1 (1), 4 (3), 38 (32), 80 (78), 52 (38), 35 (38), 37 (27), 41 (35), 30 (24), 29 (25), 22 (18), 24 (20), 15 (14), 16 (16), 23 (22), 17 (13), 13 (9), zusammen 477 (413), woraus sich ein Lethalitätspercent von $87^0/_0$ ergibt.

Seitens der Sanitätsbehörden wurden alle Vorkehrungen getroffen, um Verunreinigungen des Trinkwassers der Stadt hintanzuhalten und der Bevölkerung nur gesundes Wasser zu bieten. Besonders wird auch auf die unwissende Bevölkerung eingewirkt, dass sie sich keines verdächtigen Wassers bedient. Die Nilufer werden überwacht, um jede Verunreinigung des Wassers des Flusses zu verhindern.

In Alexandrien sind am 6. August 5 Erkrankungen, 3 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

In Mouch a ist eine Besserung der Lage eingetreten. Es wurden abessynische Brunnen geschlagen. Zwischen 15. und 30. Juli sind daselbst 375 Personen an Cholera erkrankt, von diesen 303 gestorben. Bis inclusive 23. Juli waren 227 Erkrankungen, 162 Todesfälle, in der Woche vom 24. bis 30. Juli 148 Erkrankungen, 141 Todesfälle in Moucha, 3 Erkrankungen und 1 Todesfall in El Hamra bei Assiout vorgekommen.

In Guizeh ist am 25., am 29. und am 30. Juli je ein Cholerafall aufgetreten, von diesen endeten zwei lethal. Die Erkrankungen betrafen Eisenbahnarbeiter.

Bulgarien. Die Küste des persischen Golfs wurde vom 13. (26.) Juli an für choleraverseucht erklärt.

Griechenland. Die gegen ägyptische Provenienzen verfügte zwölftägige Quarantaine ist im Lazarethe zu Delos zu absolviren. Es besteht strengstes Einfuhrverbot für Waren, die Briefpost wird hievon nicht betroffen.

Italien. Gemäss Seesanitätsverordnung vom 27. Juli d. J., Nr. 14, kann das Ministerium des Innern über Ansuchen der Schiffshrtsgesellschaften gestatten, dass auf Schiffen, welche aus choleraverseuchten Häfen kommen und einen Desinfectionsapparat an Bord haben, ein Vertrauensarzt der Regierung eingeschifft werde. Diese Schiffe bleiben bei ihrer Ankunft in italienischen Häfen von der sanitären Revision und von den vorgeschriebenen Desinfectionsmaassnahmen befreit, wenn aus der schriftlichen Erklärung des genannten Arztes hervorgeht, dass weder vor der Abfahrt, noch während der Ueberfahrt an Bord ein Cholera-Erkrankungs- oder Verdachtsfall vorgekommen ist, dass während den der Landung im italienischen Hafen vorausgegangenen 24 Stunden die Desinfection aller nicht vollständig reinen, für den persönlichen oder häuslichen Gebrauch bestimmten Effecten unter seiner persönlichen Aufsicht vorgenommen wurde, dass dieser Arzt vor der Landung alle eingeschifften Personen einzeln und mit günstigem Ergebnisse untersucht hat. Dem Arzte bleibt es anheimgestellt, in Fällen, in denen er es für nothwendig findet, die Desinfection auch auf die Kleider der Reisenden und der Mannschaft auszudehnen.

Mit Seesanitäts-Verordnung vom 30. Juli d. J., Nr. 16, wurde verfügt, dass die Reisenden und Mannschaften der aus Aegypten kommenden und zum freien Verkehre zugelassenen Schiffe behufs ärztlicher Ueberwachung bis zum Ablaufe des fünften Tages (von der Abfahrt aus dem letzten ägyptischen Hafen gerechnet) seitens der betreffenden Präfectur den Gemeindevorstehungen der Reisezielstationen angezeigt werden. Die im elften Capitel des Seesanitäts-Reglements vorgesehene sanitäre Behandlung von Schiffen erfolgt in den Häfen von Genua, Livorno, Neapel, Brindisi, Venedig, Palermo, Messina, Catania.

Türkei. Im Hedjaz ist die Cholera erloschen und beschloss der internationale Sanitätsconseil in Constantinopel die Quarantaine gegen Provenienzen des Küstengebietes zwischen Jambo und Mamurat-Hamidié aufzuheben.

In Confudah wurde am 9. Juli, in Salif am 13. Juli je ein Cholerafall constatirt (siehe S. 364).

Hongkong. (Siehe S. 344.) Im Monat Juni sind 38 Erkrankungen, 39 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

Philippinen. In Manila besteht die Choleraepidemie fort, in der ersten Hälfte Juni sind daselbst täglich 10-20, in den Provinzen 50-100 Fälle aufgetreten.

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 15. Juli nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 6. bis 12. August beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 2; Brody: Zalożce 1; Buczacz: Dobropole 1; Drohobycz: 3; Drohobycz 3; Horodenka: Czernelica 1, Korniow 1, Zukow 2; Kamionka: Chreniow 2, Horpin 2, Jakimow 3; Kolomea: Balince 2; Krosno: Dukla 1; Nadworna: Pniow 6, Zielona 1; Skalat: Nowosiolka 3, Zielona 6; Tlumacz: Delawa 2, Neudorf 1, Strupkow 2. Skwarzawa 2.



^{*)} Vgl. Jahrg. 1900 d. Bl., S. 351.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

 $\mathbf{D}_{\mathbf{R}}$, \mathbf{J} : \mathbf{D} \mathbf{A} \mathbf{I} \mathbf{M} \mathbf{E} \mathbf{R}

I.C.D. und

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 21. August 1902.

Mr. 34.

Inhalt. Bericht über den Erfolg der Kropfbehandlung in den Gemeinden Mihoweny und Bunince. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlässe des Ministeriums des Innern, betreffend die Grandsätze für Verhütung und Bekämpfung des Wechselfiebers und den IV. internationalen Congress für Gynäkologie in Rom; Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht, betreffend das Unterkunftswesen der Zöglinge an Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im-Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Bericht über den Erfolg der Kropfbehandlung in den Gemeinden Mihoweny und Bunince.

Von Dr. Wolfgang Brunstein, k. k. Bezirksarzt in Suczawa.

Im Jahre 1901 habe ich in den Gemeinden Mihoweny und Bunince Erhebungen über die Ausbreitung und die Ursache der Kropfkrankheit gepflogen, welche ergaben, dass die Krankheit in den bezeichneten Gemeinden endemisch herrscht. Bei diesen Erhebungen habe ich zuerst in Mihoweny 144, dann noch 6, zusammen 150 und in Bunince 39, dann 8, zusammen 47 Kranke aufgenommen.

Von diesen Kropfkranken wurden diejenigen, bei welchen von einer medicamentösen Behandlung ein Erfolg zu gewärtigen war, dem Gemeindearzte zur Behandlung überwiesen. Es waren dies zunächst 4—25 Jahre alte mit parenchymatösem Kropf behaftete Personen, die der Thyrcoidbehandlung zu unterziehen waren, ferner auch solche, bei denen das Jod zur Anwendung kommen sollte. Diese zwei Behandlungsmethoden wurden deshalb gewählt, um zu constatiren, ob überhaupt ein Mittel den endemischen Kropf beeinflussen kann und welches von diesen Mitteln wirksamer ist.

Das Thyreoid wurde den Kranken in der Tablettenform von Buroughs Wellkom & Comp. unter gleichzeitiger Anwendung der Solutio arsenic. Fowleri gereicht, und zwar in der Dosis von 0·1 g anfangs einmal, später zweimal täglich; das Jodkalium innerlich in Lösung, entsprechend dosirt und auch äusserlich in Salbenform angewendet. In jenen Fällen, in welchen das Jodkalium bei der inneren oder äusseren Anwendung allein keinen Erfolg hatte, wurde dasselbe sowohl äusserlich als auch innerlich versucht.

Mir wurde die Aufgabe zu Theil, die Behandlung zu überwachen, zu diesem Zwecke die behandelten Kranken von Zeit zu Zeit zu untersuchen und über den Erfolg der Behandlung zu berichten.

Da ich jedoch nur Gelegenheit hatte, 29 mit Thyreoidin und 12 mit Jod, zusammen 41 behandelte Schulkinder regelmässig zu beobachten, denn von den übrigen behandelten Kranken wurden mir während meiner Anwesenheit in den bezeichneten Gemeinden wenige und diese auch nur sehr unregelmässig vorgestellt, so bin ich nur im Stande über die Art und Weise, sowie über den Erfolg der Behandlung dieser 41 Schulkinder Angaben zu machen.

Die nachfolgende Üebersicht, in welcher die Kranken einzeln angeführt sind und der Zustand derselben vor und nach der Behandlung, sowie die Behandlungsweise dargestellt erscheinen, möge über den Erfolg der Behandlung Aufschluss geben.

Diese Form der Berichterstattung habe ich deshalb gewählt, weil aus der Uebersicht ein genaues Bild über den Verlauf der Krankheit gewonnen werden kann und weil durch die Anführung der Postnummern in dieser Tabelle eine Ergänzung der Daten aus der anlässlich der Erhebung verfassten Uebersicht ermöglicht wird.

Kropfkranke in Mihoweny.

Post-Nr. des Kranken i. Er- hebungsprot.	Alter der Kran- ken zur Zeit d. Aufn. in Jahren	Zustand vor der Behand- lung		- Behandlungs-	Beiläufige Dauer	Zustand nach der Be- handlung	
		Umfang d. Halses der Kranken in Centim.	Kropfentwicklun	weise	der Be- handlung	Umfang d Halses der Kranken in Centim.	Kronfontwickland
4	8	27	Median	Thyreoidin	5 Monate	24	Kaum wahrnehmbar
6	12	29	dto.	Jod	4 Monate	29	Unveräudert
15	· 11	28	dto.	Thyreoidin	5 Monate	25	Stark zurückgegang.
27	9	28	Bilateral	dto.	Mit Unter- brechung 3 ¹ / ₂ Monate	29.5	Bilateral
28	13	2 9·5	Median	Jod	dto.	29· 3	Unbedeutend su- rückgegangen
29	9	29.5	dto.	Thyreoidin	5 Monate	27.5	Gering
30	11	29	Bilateral	\mathbf{Jod}	3 Monate	27	đto.
32	11	27.5	Median	Thyreoidin	21/2 Monate	28	Zugenommen
34	9	29	Rechts	Jod	31/4 Monate	27.5	Zurückgegangen
38	12	33	B lateral	Thyreoidin	4 Monate	3 0	Stark zurück gegang.
50	10	29	dto.	dto.	31/2 Monate	28.4	Etwas zurück- gegangen
54	12	32.5	Rechts und Median	Jod	23/4 Monate	32	Kaum sichtbar verkleinert
59	10	29	Median	Thyreoidin	9 Monate	27	Zurückgegangen
64	11	29	dto.	dto.	3 Monate	28	Etwas zurück- gegangen
69	9	30.2	Rechts	Jod	Mit Unter- brechung 4 Monate	28.2	Zurückgegangen
74	11	35·5	dto.	dto.	4 Monate	23	Zurückgegangen
78	11	2 8	Median	dto.	3 Monate	28	Unverändert
80	12	30	dto.	dto.	4 Monate	27 5	Zurückgegangen
81	8	28	dto.	dto.	4 Monate	27	dto.
87	8	29	Rechts	Thyreoidin	3 Monate	26·5	Stark zurückgegang.
95	11	28.5	Median	dto.	dto.	27.5	Zurückgegangen
110	10	29	Rechts	\mathbf{Jod}	4 Monate	26	Stark zurückgegang.
114	9	32	dto.	Thyreoidin	dto.	28· 5	dto.

Digitized by Google

Post Nr. des Kranken i. Er- hebungsprot.	Alter der Kran- ken zur Zeit d. Aufn. in Jahren	Zustand vor der Behand- lung		D. handlungs	Beiläufige Dauer	Zustand nach der Be- handlung	
		Umfang d. Halses der Kranken in Centim.	Kropfentwicklung	Behandlungs- weise	der Be- handlung	Umfang d. Hulses der Kranken in Centim.	Kronfentwicklung
120	9	27	Rechts	Thyreoidin	3 Monate	28	Zugenommen
124	8	29	Median	dto.	đto.	27.6	Zurückgegangen
131	8	31	Rechts	d t o.	31 Monate	28	Stark zurückgegang.
137	8	32.5	đto.	dto.	3 Monate	3 0	dto.
später aufgen.	12	31	Tetal	dto.	21/2 Monate	29.2	Etwas zurück- gegangen
früher aufgen.	13	28	dto.	dto.	3 Monate	29	Verschlimmert
d to.	13	32	Bilateral	dto.	dto.	31.2	Wenig zurück- gegangen
später aufgen.	11	29	Rechts	dto.	3 Monate	29 .	Unverändert
			Kropfkra	nke in B	anince.		
16	9	28	Rechts	Jod	3 Monate	28	Unverändert
17	7	29	dto.	Thyreoidin	$31/_2$ Monate	27 .	Zurückgegangen
18	11	29	Total	đto.	dto.	28.5	Wenig zurück- gegangen
19	10	30	Rechts	dto.	4 Monate	29	dto.
20	11	34	Median	đto.	dto.	32.5	Zurückgegangen
später aufgen.	12	28	dto.	dto.	dto.	26.5	dto.
dto.	12	28	Ambilateral	dto.	3 Monate	2 8	Unverändert
dto.	9	28	dto.	dto.	dro.	27	Zurückgegangen
dto.	11	26.5	Median	dto.	21/2 Monate	25· 5	dto.
đto.	11	29	Ambilateral	dto.	dto.	29	Unverändert

Aus der vorangehenden Tabelle ist zu entnehmen, dass bei 22 der mit Thyreoidin behandelten Kranken der Erfolg ein positiver, bei 3 ein negativer war, während in 4 Fällen eine Verschlimmerung eintrat, ob propter oder post hoc, ist nicht so leicht zu bestimmen, wahrscheinlich aber unabhängig vom Thyreoidin.

Es sei hier bemerkt, dass Thyreoidin, um die Wirkung desselben besser über-

Es sei hier bemerkt, dass Thyreoidin, um die Wirkung desselben besser überwachen zu können, den Schulkindern persönlich gereicht wurde, was zur Folge hatte, dass die Kranken das Thyreoidin an Sonn- und Feiertagen nicht erhielten, während die Kranken, die mit Jod behandelt wurden, dasselbe nach Hause mitnahmen, weshalb sie auch im Stande waren, dies Mittel täglich zu gebrauchen.

Ueberdies darf nicht unerwähnt bleiben, dass alle, sonach auch die Kranken darauf aufmerksam gemacht wurden, nur zuvor gekochtes Wasser zu trinken. Ob alle und immer dieser Anordnung Folge geleistet haben, ist sehr fraglich.

Unter den mit Jod behandelten Fällen war bei 9 Kranken ein günstiger und

bei 3 kein Erfolg wahrzunehmen.

Der günstige Erfolg der Behandlung bestand darin, dass der Umfang des Halses durch Verkleine ung der Struma abgenommen hat, und dass die Kranken überdies auch ein besseres Aussehen darboten.

Die Abnahme des Halsumfanges betrug bei den mit Thyrcoidin behandelten Kranken zwischen 0.5 und 3.5 cm, bei den mit Jod behandelten zwischen 0.2 und 5.5 cm. Dass in einem Falle die Jodwirkung eine so günstige war, dürfte mit der

besseren Befolgung der Anordnung, nur gekochtes Wasser zu trinken, zusammenhängen.

Wie dem auch sei, jedenfalls lässt sich ein Erfolg von der Anwendung der hier gebrauchten Mittel nicht bestreiten, ein Erfolg, der bei beiden Mitteln fast ein

gleicher war. In Betracht kommt jedoch, dass das Jod billiger ist.

Der Erfolg der Thyreoidinbehandlung würde sich vielleicht noch günstiger gestaltet haben, wenn den kranken Schulkindern das Mittel täglich und in grösseren Gaben — was natürlich eine genauere und intensivere Ueberwachung der Kranken, als es bis jetzt der Fall war, voraussetzt — gereicht worden wäre.

Was die Jodwirkung betrifft, so kann dieselbe nicht erschöpfend beurtheilt werden, weil es nicht sicher ist, dass dies Mittel dem Kranken von den Angehörigen regelmässig und genau nach Vorschrift verabfolgt wurde. So viel sei hier erwähnt, dass bei gleichzeitiger innerer und äusserer Anwendung dieses Mittels eine promptere

Wirkung beobachtet wurde.

Wenn nun auch aus den bei der besprochenen Behandlung der Kropfkranken gemachten Erfahrungen hervorgeht, dass wir sowohl im Thyreoidin als auch im Jod Mittel besitzen, durch welche auch die endemische Kropfkrankheit günstig beeinflusst werden kann, so ist es damit dennoch noch nicht sichergestellt, dass der Kropf sich mit der Zeit bei den behandelten Personen nicht wieder vergrössern würde, wenn die Behandlung unterbleiben und das schädliche Wasser weiter getrunken werden wird.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 31. Juli 1902, Z. 31233,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend die Grundsätze für Verhütung und Bekämpfung des Wechselflebers.

Vom k. und k. Reichs-Kriegsministerium (Marine-Section) sind Exemplare einer vom Hafenadmiralate in Pola erlassenen Instruction, betreffend die Verhütung der Malaria bei der in Fiebergegenden untergebrachten Mannschaft, sowie eine in mehreren Landessprachen abgefasste Belehrung über die bei der Verhütung und Bekämpfung der Malaria zu beobachtenden Grundsätze, dem Ministerium des Innern übermittelt worden.

Da die in dieser Belehrung angeführten Grundsätze überall Geltung haben, wo Wechselfieber herrscht, und durchaus geeignet sind, die Bevölkerung in Malarisgegenden über das Wesen des Wechselfiebers und die Art seiner Bekämpfung zu unterrichten, werden der k. k. in der Anlage Abschriften dieser Belehrung übermittelt.

Die k. k. wird eingeladen, diese Belehrung [in den Landessprachen zuvervielfältigen und]*)

den politischen Behörden jener Bezirke, in welchen das Wechselfieber endemisch oder zeitweilig herrscht, zur Darnachachtung, Verlautbarung und Verbreitung in den von der Malaria betroffenen Bevölkerungskreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Amtsärzte sind anzuweisen, sich die Verbreitung der in der Belehrung enthaltenen Grundsätze und die Bekämpfung der Malaria nach denselben angelegen sein zu lassen.

Hauptgrundsätze

für die Verhütung und Bekämpfung der Malariakrankheit.

1. Die Krankheit wird dem Menschen durch besondere Arten von Stechmücken, die sich vorher an Malariakranken angesteckt haben, eingeimpft.

^{*)} An alle Landesbehörden mit Ausnahme jener in Wien, Linz und Salzburg.



- die Krankheit durch Ausdünstungen des Erdbodens, namentlich in sumpfigen Landstrichen erzeugt wird.
- 3. Wer sich gegen Stechmücken gut schützt, ist auch sicher vor der Krankheit.
- 4. Die Gefahr, von Malariamücken gestochen zu werden, ist am grössten in der Zeit zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang, weil die Mücken am liebsten des Abends, während der Nacht und in den frühen Morgenstunden umherschwärmen und den Menschen sowohl im Freien als in geschlossenen Räumen bedrohen.
- 5. Während der Tagesstunden halten sich die Malariamücken ohne viel umherzusliegen, an Bäumen und Sträuchern, im Grase und in anderen Verstecken, besonders zahlreich in der Nähe still liegender, auch ganz kleiner Wasseransammlungen, auf deren Oberfläche sie die Eier legen, auf. Auch in Häusern und in deren Nebengebäuden aller Art verstecken sie sich bei Tage und suchen ruhige dunkle Stellen auf, um möglichst unentdeckt und ungestört zu bleiben.
- 6. In Wohnungen schützt man sich gegen Mückenstiche am besten dadurch, dass den Mücken das Eindringen in das Haus durch Drahtnetze verwehrt wird. Wo solche Schutznetze nicht angebracht sind, oder aus was immer für Ursachen einzelne Mücken trotzdem eindringen konnten, muss man diesen bei Tag möglichst nachstellen und sie tödten; vor Sonnenuntergang soll man überdies die Mücken aus den Wohnräumen verscheuchen oder sie betäuben, um während der Nacht vor ihnen Ruhe zu haben.
- 7. Verscheucht werden die Mücken durch starke Zugluft, sicherer jedoch in der Weise, dass man den Wohnraum bei halbgeöffneten Fenstern mit angezündetem dalmatinischen Insectenpulver gut durchräuchert; Rauche ausgesetzten Mücken fliegen dann den Fenstern zu und entweichen oder können dort leicht erreicht und getödtet werden. An den Fenstern angebrachte Schutzrahmen dürfen niemals, auch nicht bei der Zimmerräucherung von der Stelle gerückt oder auch nur zeitweilig entfernt werden, weil der Rauch durch die

- 2. Es ist ein Irrthum zu glauben, dass | Netzmaschen ohnehin gut durchzieht und flüchtende Mücken auf der Netzfläche leicht zu entdecken und zu vernichten sind.
 - 8. Betäubt werden die Mücken für mehrere Stunden durch ausgiebige Räucherungen mit dalmatinischem Insectenpulver bei geschlossenen Fenstern und Thüren.
 - 9. Für den Aufenthalt im Freien während der gefährlichen Schwärmstunden der Malariamücken zwischen Sonnenuntergang und -Aufgang schützt man sich an Malariaplätzen vor Mückenstichen und damit gegen die Krankheit durch mückensichere Kopfmasken und Aermelhandschuhe, um die Mücken von den entblössten Körpertheilen abzuhalten.
 - 10. In Malariagegenden vermeide man es bei Tag und Nacht, im Freien unter Bäumen und Sträuchern, im Grase und besonders in der Nähe still liegender Gewässer auszuruhen oder gar zu schlafen, weil man von den blutdürstigen Malariamücken bald entdeckt und gestochen wird.
 - 11. Ein ziemlich hohes Maass von Schutz gegen die Erkrankung kann auch durch Chinin erlangt werden, wenn dieses von Gesunden nach ärztlichem Rathe angewendet wird.
 - 12. Malariakrank ist nicht nur derjenige, welcher an deutlichen und sich wiederholenden Fieberanfällen leidet. Viele Menschen, die am Fieber gelitten haben, behalten durch lange Zeit die Krankheitskeime in ihrem Blute und können nach oft langen Pausen ohne neue Ansteckung wieder vom Fieber befallen werden.
 - 13. Der sachkundige Arzt kann aus der Untersuchung ein€s winzig kleinen Bluttröpfchens erkennen, ob Jemand malariakrank ist oder nicht.
 - 14. Wer die Krankheitskeime in sich trägt, kann für seine Mitmenschen und besonders für seine Hausgenossen gefährlich werden, weil Malariamücken sich an ihm anstecken können und die Krankheit wieder durch den Stich auf andere Menschen übertragen.
 - 15. Der Malariakranke muss also nicht nur in seinem eigenen persönlichen Interesse trachten, die Krankheit los zu werden, sondern auch deshalb, weil andere Menschen durch ihn gefährdet sind, solange er nicht gründlich ge-

16. Die gründliche Heilung tritt nicht ein, wenn der Kranke nach eigenem Gutdünken Chinin oder andere Mittel anwendet. Die Behandlung der Malariakrankheit ist mit der Beseitigung der Fieberanfälle nicht beendigt und muss viel länger fortgesetzt werden, um wirksam zu sein. Jede Behandlung ohne ärztlichen Rath ist unverlässlich und kann das oft eintretende Malariasiechthum nicht verhüten. Chinin unrichtig angewendet, bleibt gewöhnlich nutzlos und kann selbst ernsten Schaden anrichten.

*

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 31. Juli 1902, Z. 30374,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend den IV. internationalen Congress für Gynäkologie in Rom.

In der Zeit vom 15. bis 21. September d. J. findet in Rom der IV. internationale Congress für Gynäkologie statt, auf dessen Tagesordnung folgende Fragen gesetzt wurden:

- 1. Die ärztlichen Indicationen für die künstliche Einleitung der Geburt;
- 2. die Hysteroectomie bei Behandlung der puerperalen Infection;
 - 3. die Tuberculose der Geschlechtsorgane;
- 4. die chirurgische Behandlung des Gebärmutterkrebses.

Die k. k. wird eingeladen, die Aerzte der Gebär- und Krankenanstalten im Wege der betreffenden Directionen, die praktischen Aerzte im Wege der Aerztekammern auf diesen Congress mit dem Bemerken aufmerksam zu machen, dass Anmeldungen an den Trésorier du Comité, M. le Doctor Cesare Micheli (Rom, Via Rosella 127) zu richten sind, welcher Legitimationen zur Erlangung der auf den italienischen Eisenbahnen und Schiffen den Congressmitgliedern zugesicherten, je nach der Entfernung 40-60% betragenden Fahrpreisermässigungen vermittelt. Zu diesem Zwecke haben die Congressmitglieder genau die für die Reise nach Rom gewählte Eisenbahnlinie, ihren Namen, ihre Adresse bekannt zu geben und eine Visitkarte beizuschliessen. Auf dem Bahnhofe in Rom werden im Auskunfts-

16. Die gründliche Heilung tritt nicht ein, | bureau Wohnungen zu ermässigten Preisen in der Kranke nach eigenem Gutdünken | den Hotels I. und II. Classe nachgewiesen.

Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 2. Juli 1902, Z. 35078 ex 1901,

(V. Bl. d. Unterr.-Min. Nr 36, S. 428),

betreffend das Unterkunftswesen der Zöglinge an Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsaustalten.

Mit dem Ministerialerlasse vom 29. Mai 1901, Z. 16172, wurden die Landesschulbehörden aufgefordert, über das Unterkunftswesen der Zöglinge an Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten genaue Erhebungen zu pflegen und zu berichten, welche Vorkehrungen zur Abstellung etwa bestehender Uebelstände in dieser Hinsicht zu treffen wären, insbesondere ob und inwieferne es sich empfehlen würde, den Ministerialerlass vom 17. December 1897, Z. 26715 (Ministerial-Verordnungsblatt Nr. 2 ex 1898),*) betreffend das Verhältnis zwischen Schule und Haus und die Quartiere der Schüler der Mittelschulen im Besonderen auf die Lehrerbeziehungsweise Lehrerinnen-Bildungsanstalten sinngemäss zur Anwendung zu bringen.

Aus den hierüber erstatteten Berichten habe ich entnommen, dass mit Rücksicht auf die in sanitärer und moralischer Hinsicht vielfach mit grossen Uebelständen verbundene Unterbringung nicht ortsangehöriger Zöglinge die sinngemässe Anwendung des eben citirten Ministerialerlasses auf die Lehrer-Lehrerinnen-Bildungsanstalten als geboten erkanut wird, und dass einzelne Landesschulräthe bei Durchführung des eben citirten Ministerialerlasses im eigenen Wirkungskreise die getroffenen Verfügungen auch auf die Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten ausgedehnt haben.

Indem ich dieses Vorgehen der betreffenden Landesschulräthe billige, finde ich zugleich anzuordnen, dass auch in jenen Ländern, wo dies bisher nicht geschehen ist, die Bestimmungen des Ministerialerlasses vom 17. December 1897,

^{*)} Siehe Jahrg. 1898 d. Bl., S. 35.

Z. 26715 (Ministerial-Verordnungsblatt Nr. 2 ex 1898), auf das Unterkunftswesen der Zöglinge an Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten sinngemäss Anwendung zu finden haben.

Die k. k. Landesschulräthe werden aufgefordert, wegen Durchführung dieser Anord-

nung das Erforderliche zu veranlassen, dem Unterkunftswesen der Zöglinge au Lehrer- und Lehrerinnen Bildungsanstalten fortgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden und über die hiebei gemachten Erfahrungen anlässlich der Vorlage der Jahreshauptberichte näher zu berichten.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Odessa wurde für pestfrei erklärt und die gegen dortige Herkünfte verfügte Quarantaine (siehe S. 378) aufgehoben. Direct aus Odessa in Bulgarien eintreffende Provenienzen unterliegen der sanitären Revision.

Griechenland. Die Quarantaine gegen Herkünfte aus Odessa ist aufgehoben und trat an deren Stelle eine strenge ärztliche Visite. Die Einfuhr von Waaren — ausgenommen infectionsfähige Gegenstände — ist wieder gestattet.

Russland. Die bei den aus Odessa gemeldeten (siehe S. 370) pestverdächtigen Erkrankungen veranlasste bakteriologische Untersuchung hat für die Diagnose Pest keine bestimmten Anhaltspunkte ergeben. Die eingesetzte Executivcommission hat behufs besserer Beaufsichtigung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung die Stadt in 8 Sanitätsreviere eingetheilt und für jedes derselben einen eigenen Obersanitätscurator bestellt. Die Rattenvertilgung wird fortgesetzt. Bis 5. August ist kein Todesfall an Pest vorgekommen. Die unter pestverdächtigen Erscheinungen Erkrankten sind theils bereits genesen, theils in Reconvalescenz. Die Kranken wie die Personen ihrer Umgebung hatten Injectionen von Pestserum erhalten.

Einer amtlichen Verlautbarung vom 31. Juli zufolge sind im Aksai des Districtes Tschernoiarsky im Gouvernement Astrachan (Kirgisen-Steppe) seit Anfang Juli 26 pestverdächtige Erkrankungen vorgekommen und 16 der Erkrankten gestorben. Wie in Out Koudas (siehe S. 370) wurden die Kranken und abgesondert von diesen die mit denselben in Berührung Gekommenen, isolirt, letztere einer besonderen sanitären Ueberwachung unterstellt, die Häuser der Kranken desinficirt.

Aegypten. Zwischen 31. Juli und 8. August sind in Alexandrien 9 Pestfälle vorgekommen, in El Ramleh (District Toukh) am 1. August 1, in Damanhur kein weiterer Fall.

Britisch-Indien. Bombay hatte in der Woche von 11. bis 17. Juli 23 Erkrankungen und ebenso viele Todesfälle an Pest, Calcutta in der Woche von 6. bis 12. Juli 20 Todesfälle, Kurachee in der Woche von 5. bis 11. Juli 41 Todesfälle, die Präsidentschaft Madras zwischen 22. Juni und 5. Juli 116 Erkrankungen, 93 Todesfälle an Pest.

Capcolonie. In Port Elizabeth sind in der Woche vom 6. bis 12. Juli 2 Personen an Pest erkrankt und wurde eine Pestleiche aufgefunden.

Madagaskar. In Majunga (siehe S. 319) wurden seit 17. Juli keine weiteren Erkrankungen oder Todesfälle an Pest beobachtet.

Australien. In Sydney starb innerhalb der zwei Wochen vom 15. bis 28. Juni eine Person an Pest, neue Erkrankungen kamen nicht vor.

Cholera. Aegypten. Die tägliche Zahl der Erkrankungen (Todesfälle) an Cholera in Kairo betrug vom 8. (Mittags) bis eben dahin am 16. August: 12 (11), 8 (8), 8 (9), 18 (16), 21 (20), 12 (11), 28 (25), 21 (19). In Alexandrien kam am 8. Juli ein Cholerafall vor; in Moucha, in dem benachbarten El Hamra, ferner in Eloua und El Walidieh zwischen 31. Juli und 6. August 81 Erkrankungen (67 Todesfälle), weiterhin in der Provinz Assiout in Abou Tig am linken Nilufer, 30 km südlich von Assiout, zwischen 2. und 6. August: 17 (14), in derselben

Zeit in Mellaoui, ebenfalls am linken Nilufer, 75 km südlich von Assiout, 6 (5) und in Deyrout nächst Mellaoui 10 (6); in der Provinz Guizeh in Guizeh zwischen 31 Juli und 6. August 10 (8), in Embabeh am 6. August ein Todesfall; in Bibeh (District Beni-Souef) am 3. August ein Todesfall; im Districte von Galioubieh in Nawa zwischen 4. und 6. August 2 (1), in Gilioub am 6. August 3 (1).

Aus Kairo in Alexandrien eintreffende Reisende wurden der sanitären Revision unter-

zogen. Seitens der Regierung sind ausserordentlich umfassende Vorkehrungen getroffen.

Die sanitären Maassregeln gegenüber Hedjaz wurden aufgehoben, auf rückständige Pilger finden sie jedoch Anwendung.

In Bulgarien und in Rumänien unterliegen Provenienzen aus Aegypten einer 5 tägigen,

in Russland einer 10 tägigen Quarantaine, in welche die Reisezeit eingerechnet wird.

Türkei. Den mit Passagieren aus Aegypten kommenden Schiffen ist die Landung an der syrischen Küste untersagt, sie müssen sich direct behufs Absolvirung der Quarantaine in das Lazareth von Klazomene begeben. Den im Transit aus Aegypten in Beirut anlangenden Schiffen, welche daselbst ohne weitere Operationen Reisende aufnehmen wollen, wird dies unter der Bedingung gestattet, dass die betreffenden Reisenden sich vom Lazarethe aus unter sanitärer Ueberwachung mit von den Schiffen selbst beizustellenden Barken einschiffen.

Provenienzen aus Cypern unterliegen einer auf 12 Tage zu vervollständigenden Quarantaine.

Vermischte Nachrichten.

Notorisch Trunksüchtige in Niederösterreich. Nach der von der k. k. niederösterreichischen Statthalterei veranlassten Zusammenstellung über die im Jahre 1901 in Evidenz gestandenen notorisch Trunksüchtigen sind in diesem Verwaltungsgebiete insgesammt 2385 solche Trunksüchtige ausgewiesen worden, gegenüber 2255 im Vorjahre und 2198 im Jahre 1899. Von denselben entfielen 1371 (1256 Männer, 115 Weiber) auf Wien und 1014 (925 Männer, 89 Weiber) auf das übrige Verwaltungsgebiet. Dem Alter nach standen 5 unter 20 Jahren, 767 zwischen 20 und 40, 1324 zwischen 40 und 60 Jahren, während 271 über 60 Jahre alt waren. Bei den übrigen ist das Alter nicht ermittelt worden. Vorwiegend Branntwein tranken 1827, Wein 431 und Bier 75 der in Evidenz Genommenen. Von den ausgewiesenen Trunksüchtigen sind 210 durch Trunksucht erwerbsunfähig geworden, 178 um den ganzen Besitz gekommen und 408 der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen. 939 sind als notorische Trunkenbolde, welche die Ordnung stören und öffentliches Aergernis geben, und 859 als solche, welche wegen im Trunke begangener Handlungen mit der Polizei oder dem Strafgerichte in Conflict geriethen, bezeichnet.

Küstenland. Repetitionscurs für Hebammen.*) Der diesjährige Curs beginnt am 10. September, wird in italienischer und slovenischer Sprache abgehalten und werden zu demselben namentlich jene Hebammen herangezogen, welche bei den Hebammenamtstagen lückenhafte Kenntnisse gezeigt haben. Sehr bejahrte und demnach einer weiteren Ausbildung nicht empfängliche Hebammen sollen zum Curse nicht bestimmt werden. Die Landesausschüsse von Istrien und Görz-Gradisca sicherten den Curstheilnehmerinnen ein Taggeld von 1 K 5 h zu.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 15. Juli nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 13. bis 19. August beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bóbrka: Horodyszcze cetnarskie 3; Bohorodczany: Kryczka 4; Horodenka: Zukow 2; Jaworow: Trościanec 2; Mościska: Podliski 1; Myślenice: Pcim 1; Nadworna: Pniow 3, Zielona 1; Rohatyn: Sarnki gorne 1; Stryj: Korostow 2; Tlumacz: Delawa 1, Neudorf 1.

In der Bukowina im politischen Bezirke Wiznitz: Waszkoutz 1.



^{*,} Vgl. Jahrg. 1900 d. Bl., S. 351.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER
Ministerialrath im Ministerium des Innern und

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 28. August 1902.

Mr. 35.

Inhalt. Gesundheitstechnische Anforderungen an Gaskoch- und Gasheizapparate. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Kundmachung des Laudespräsidenten in Schlesien, betreffend die Verlängerung des Oeffentlichkeitsrechtes des Kaiser Franz Joseph-Krankenhauses in Wagstadt; Verordnung des Justizministeriums, betreffend die Behandlung geisteskranker Häftlinge. — Siebenundzwanzigste Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu München am 17., 18., 19. und 20. September 1902. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Gesundheitstechnische Anforderungen an Gaskoch- und Gasheizapparate.

Nachdem die Erfahrung gezeigt hat, dass es dringend nothwendig ist, ein scharfes Augenmerk auf die Verwendung von Leuchtgas sowohl in gewerblichen Betrieben, als auch im Haushalte zu haben, wurde bereits bei der Aufstellung des mit der Verordnung der Minister des Handels und des Innern vom 9. Mai 1875, R. G. Bl. Nr. 76, erlassenen Regulativs für die Ausführung von Gasrohrleitungen und Beleuchtungsanlagen« im § 1 desselben bestimmt, dass die Anlagen von Gasrohrleitungen und sonstigen Einrichtungen, deren Zweck in dem Verbrauche von Leuchtgas besteht, mit jenem Grade von Sorgfalt und Fachkenntnis auszuführen sind, dass eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Menschen und Thiere, sowie der Pflanzen möglichst abgewendet werde. Zur Erreichung dieses Zieles wurden gleichzeitig die Gewerbebehörden I. Instanz, beziehungsweise die denselben beigegebenen technischen Organe mit der Aufsicht hierüber betraut.

Die im obgenannten Regulativ normirten speciellen Bestimmungen erstrecken sich nur auf:

1. Leitungen unter der Erde.

2. Leitungen über der Erde.

3. Beleuchtungsgegenstände — und wurden seit dem Jahre 1875 nicht mehr

ergänzt.

Mit der fortschreitenden Entwicklung der Gastechnik hat nun in jüngster Zeit die Zahl der zum Heizen von Räumen und zum Erhitzen von Wasser angewendeten Gasapparate — gleichzeitig aber auch die Zahl der durch mangelhafte Beschaffenheit und Aufstellung derselben hervorgerufenen Unglücksfälle — derart zugenommen, dass es nothwendig erscheint, auch diese Apparate in Betracht zu ziehen und für die Aufstellung und Einrichtung derselben gleichfalls allgemeine Bestimmungen zu normiren, zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und des Eigenthumes.

Dieser Nothwendigkeit wurde in anderen Orten, wie in Hamburg, Kopenhagen etc. bereits Rechnung getragen, indem dort solche Bestimmungen, bei deren Beobachtung die Zahl und Grösse der Unglücksfälle auf ein Minimum reducirt werden, von den Behörden bereits erlassen worden oder in Vorbereitung begriffen sind.

Um nun in unserem Staate nicht erst warten zu müssen, bis ein grösseres Unglück die Aufstellung strenger Vorschriften gebieterisch erheischt, hat der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein in einer dem Ministerium des Innern, dem Handelsministerium, der niederösterreichischen Statthalterei und dem Wiener Magistrate überreichten Eingabe eine Ergänzung des erwähnten Regulativs angeregt und die folgenden Bestimmungen beantragt:

»IV. Gaskoch- und Heizapparate:

- 1. Kleinere Gasapparate für vorübergehende Verwendung, wie z.B. Theekocher, Bügeleisenwärmer, nicht eingebaute Herdplatten dürfen nur dann ohne Anschluss an Abzugsschläuche in einem Raum aufgestellt werden, wenn derselbe leicht zu lüften ist.
- 2. Grössere Gasapparate wie Gasheiz- und Gasbadeöfen, ferner fest eingebaute Gaskocheinrichtungen müssen mit Abzugsvorrichtungen für die Verbrennungsgase versehen sein, die folgende Bedingungen erfüllen:
- a) Die Austrittsöffnung aus dem Apparate für die Rauchgase muss mit einem gut ziehenden, direct ins Freie führenden Schornsteine, welcher den Vorschriften der Bauordnung entspricht, dicht schliessend und fest verbunden sein. Der Schornstein darf nicht gleichzeitig für den Anschluss in verschiedenen Stockwerken dienen; gegen den Anschluss anderer Feuerstellen aus demselben Stockwerk ist jedoch nichts einzuwenden.
- b) Ist bei einem bestehenden Gebäude ein gemauerter Abzugsschlauch nicht zu erreichen, so kann ausnahmsweise die Anbringung eines dicht schliessenden feuersicheren, mindestens 2m in die Höhe geführten Rohres gestattet werden, durch welches die Rauchgase ins Freie gelangen.
- c) Die Abzugsrohre müssen in ihrem ganzen Verlaufe bis ins Freie einen lichten Querschnitt haben, der genügend ist, alle sich bildenden Verbrennungsproducte abzuleiten. Als Norm hiefür wäre anzusehen, dass für je $1000\,l$ effectiven stündlichen Gasconsum bei Gaskoch- und Gasheizapparaten $35\,cm^2$, bei Gasbadeöfen $20\,cm^2$ Abzugsquerschnitt vorhanden ist.
- d) Die Abzugsschläuche und die Apparate seibst sind derart auszuführen, das ein Entweichen von Gas oder Verbrennungsproducten in den Aufstellungsraum nicht stattfindet, weshalb weder im Abzugsrohre, noch in dem die Rauchgase abführenden Theile des Apparatmantels oder -Deckels Unterbrechungen, Löcher o. dgl. vorhanden sein dürfen.
- 3. Die Apparate sind so durchzubilden, dass das Anzünden sicher erfolgt und von aussen erkennbar ist, ob die Flamme brennt oder nicht. Den Gashähnen ist eine derartige Construction zu geben, dass die Endstellungen »offen« und »zu« sich unzweifelhaft markiren.«

Diese Bestimmungen wurden in folgender Weise begründet, beziehungsweise erläutert:

Ad 1. Kleinere Gasapparate können natürlich überall ohne Anstand aufgestellt werden, wo eine Lüftung möglich ist, d. h. wo ein Fenster vorhanden ist.

Letzteres braucht durchaus nicht während der Benützung der Gasapparate offen zu stehen, muss aber doch jederzeit geöffnet werden können, um Luft einzulassen.

Die Benützung solcher Apparate, wie sie im Haushalte geschieht, stört das Wohlbefinden in keiner Weise, wenigstens nicht in einigermaassen geräumigen

Zimmern oder Küchen. Die Verwendung grosser Apparate jedoch, z. B. vierflammiger Herdplatten mit allen Flammen zugleich, oder eines Gasbratofens in einem kleinen Raume wird Unwohlsein hervorrufen, und es ist in einem solchen Falle zweckmässig, auch während des Gebrauches für die Lüftung des Raumes zu sorgen, z. B. durch theilweises Oeffnen eines unteren oder oberen Fensterstügels, wobei die Erwärmung der Luft in der Küche die Lüftung sehr begünstigt.

Eine Lüftung der Küche während des Gaskochens mit mehreren Flammen wird sich übrigens schon aus dem Grunde als nothwendig erweisen, weil der bei der Verbrennung der Gase in grosser Menge entstehende Wasserdampf, per Cubikmeter etwa $900\,g$, sich sonst an kalten Fenstern und Wänden niederschlägt und Kupfer-

und Messinggefässe anlaufen lässt.

Ad 2a. Was die zweite Abtheilung, grössere Gasapparate für häusliche und gewerbliche Zwecke betrifft, so ist die Abführung der Rauchgase in jedem Falle nothwendig, da dieselben in grossen Mengen geradezu giftig und erstickend wirken.

Merkwürdig ist nämlich, dass alle Oefen mit Kohle- oder Coaksheizung schon von altersher stets an einen Schornstein angeschlossen werden, während dies bei den Gasöfen nicht immer geschieht. Auch die Wiener Bauordnung z. B. schreibt den Anschluss jeder Feuerstelle an einen Rauchfang vor, eine Bestimmung, welche jedenfalls auch für Gasfeuerstellen Geltung hat, wenn auch die Verbrennungsproducte des Leuchtgases nicht sichtbar sind, wie der Kohlenrauch, und sich auch weniger durch den Geruch verrathen als dieser. Ferner sieht man immer in den Gasapparaten etwas Analoges mit den Beleuchtungsflammen und hält hier ebenso wenig wie dort einen eigenen Rauchfang für erforderlich. Dieser Vergleich ist jedoch durchaus unzutreffend, weil dort, wo durch Gasslammen eine Zeit lang grössere Mengen Gas consumirt werden, stets auch genügend für Ventilation gesorgt ist, und der Luftraum unterhalb der Brenner fast allein durch die strahlende Wärme der Flamme erhitzt wird.

Die Bereitung eines Bades z. B. erfordert mindestens 1 m3 Gas und etwa eine halbe Stunde Zeit. Soll dieselbe Menge Gas in der gleichen Zeit zu Beleuchtungszwecken verwendet werden, so sind 13 Schnittbrenner (á 150 l) oder 20 Auerbrenner (à 100 l) erforderlich. Nun vergleiche man die Grössenverhältnisse eines Raumes, in dem 13-20 Gasflammen brennen, mit jenem eines Badezimmers und berücksichtige gleichzeitig die respectiven Ventilationsverhältnisse.

Bei Oefen für Heizzwecke sind die kleinsten Sorten naturgemäss zumeist für kleinste Räume bestimmt. Die kleinsten Ofensorten verbrennen nun bei 20 Mm Gasdruck circa 300 Liter Gas per Stunde, aber da der Druck so ziemlich immer ein höherer ist, wenigstens das Doppelte, was dem Consum von 2-6 Flammen entspricht. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn sich die Abgase in der allerunangenehmsten Weise bemerkbar machen.

Besonders erschwerend ist hiebei noch der Umstand, dass die Rauchgase die Apparate im geschlossenen Strome und in halber Manneshöhe verlassen. Naturgemäss hat der geschlossene Strom eine viel stärkere Wirkung als die Einzelflammen der Beleuchtung. Wenn demnach ein Gasofen mit fünf Flammen im Zimmer brennt, so ist dies viel gefährlicher, als wenn in demselben Raume fünf Leuchtslammen mit

gleichem Consum brennen.

Am gefährlichsten sind in dieser Beziehung die Gasbadeöfen bei denen es sich um die schnelle Erwärmung des kalten Wassers handelt, die Rauchgase also ganz besonders kalt den Apparat verlassen und keine Tendenz zeigen, nach der Decke hinauf zu steigen und sich dort vertheilen.

Die Verbrennungsgase müssen also in einen Schornstein oder ins Freie ge-

Das Ideal ware natürlich, dass sie in einen eigenen, sonst nicht benutzten Schornstein gingen. Eine solche Forderung wäre aber nur für Neubauten durchführbar und würde in bestehenden Häusern die Verwendung des Gases nahezu unmöglich machen, da in solchen unbenützte Schornsteine selten vorkommen. Auch in Neubauten vermehrt man ungern die Zahl der Kamine, die in einem Etagenhause schon jetzt recht bedeutend ist. Ein bereits benützter Schornstein hat den Vortheil dass er warm ist und deshalb sicher gut zieht; ein unbenützter dagegen wird nur gut ziehen, wenn er zwischen benützten Kaminen liegt, oder wenn die Rauchgase besonders warm in denselben eintreten.

2b. Um in alten Gebäuden auch in solchen Fällen, in denen ein Schornstein nicht leicht erreichbar ist, die Aufstellung eines Gasofens doch zu ermöglichen, wird die Ableitung der Rauchgase mittelst eines Rohres aus feuersicherem Material zu gestatten sein. Unbedingt nöthig erscheint dabei die Vorschrift, dass derartige Rohre direct ins Freie führen müssen, da es vorgekommen ist, dass man die Rohre einfach auf den Dachboden münden liess, ungeachtet der daraus entspringenden weitgehenden Gefahren.

2c. Eine genügende Weite des Abzugsrohres ist bei allen Arten der Gasheizung unbedingt nothwendig. Ist das Abzugsrohr zu eng, so gelangt naturgemäss nicht hinreichend Verbrennungsluft zu den Flammen und es tritt unverbranntes Gasaus, welches die zu heizenden Räume mit einem unangenehmen Geruche erfüllt.

Die im Entwurfe angegebene Vorschrift wurde gewählt auf Grund von Messungen der Mengen der sich bildenden Verbrennungsproducte und darauf basirter Berechnungen. Die danach resultirende Querschnittsgrösse deckt sich auch im Allgemeinen mit der Relation 1:6, welche die bereits erwähnten Hamburger und Kopenhagener Vorschriften für das Verhältnis des Durchmessers des Zuleitungsrohres zu jenem des Abzugsrohres eingeführt haben. Allein eine derartige feste Relation einzuführen erscheint zu wenig wissenschaftlich und auch schon deshalb nicht angezeigt, weil sich durch dieselbe unter bestimmten Verhältnissen überflüssig und schädlich weite Abzugsrohre ergeben.

3. Diese Vorschrift beschäftigt sich mit der Construction der Oefen und zugehörigen Hähne und hebt zwei eigentlich selbstverständliche Punkte hervor, gegen welche jedoch leider in der Praxis, bei dem wilden Wettbewerbe gewisser Kreise von Gasindustriellen, sich durch billige Preise zu unterbieten, nur zu häufig Ver-

stösse vorkommen.

Beispielsweise wurde in Wien erst in jüngster Zeit ein Todesfall dadurch hervorgerufen, dass der Absperrhahn eines Zimmerofens keine Arretirung besass. Das den Ofen bedienende Stubenmädchen wollte den Ofen abdrehen und verlöschte auch die Flamme, drehte aber dann bei der Weiterbewegung den Hahn unbeabsichtigt wieder auf; in Folge des ausströmenden Gases erstickte der Zimmerinsasse.

Dass eine Wiederholung derartiger Fälle unmöglich gemacht werden muss,

ist klar.»

Als Beispiel einer in neuester Zeit erlassenen, diese Heizeinrichtungen betreffenden Vorschrift diene die folgende Verordnung der Polizeiverwaltung in Graudenz (Preussen), welche mit der oben erwähnten Bekanntmachung der Polizeibehörde in Hamburg vom 15. August 1901 im Wesentlichen übereinstimmt.

Polizeiverordnung, betreffend Gasheizeinrichtungen. (Vom 11. März 1902).*)

§ 1. Kleinere Gasheizeinrichtungen, wie kleine Kocher, freistehende Herdplatten, Plätteinrichtungen dürfen nur in Räumen aufgestellt werden, welche genügend gelüftet werden können.

Tragbare Gaslampen, Herdplatten. Plätteinrichtungen und ähnliche Gasheizoder Leuchteinrichtungen, welche mit der Hausgasleitung nicht durch eiserne, feste Rohre verbunden sind, dürfen nur durch umsponnene Spiralschläuche oder Metallschläuche mit Gummimuffen oder Metallüberhangmuttern an die Gasleitung angeschlossen werden.

§ 2. Grössere Gasheizeinrichtungen wie Gasheiz- und Gasbadeöfen, festeingemauerte Gaskochherde, ferner alle zu gewerblichen Zwecken dienenden Gasheizeinrichtungen mit festen Feuerstellen müssen mit Abzugsvorrichtungen für die Verbrennungsgase versehen sein.

§ 3. Jeder der im § 2 bezeichneten Apparate muss mit einem Abzugstutzen für die abzuführenden Verbrennungsgase versehen sein, der mit einem in ein gut-

ziehendes Rauchrohr führenden Abzugsrohr dichtschliessend verbunden ist.

§ 4. Falls die Einführung des Abzugsrohres in ein Rauchrohr nicht möglich ist, muss es über Dach oder auf nächstem, stets etwas ansteigendem Wege ins Freie geführt werden. Das Endstück ist mit einer Windschutzkappe zu versehen.

§ 5. Der lichte Durchmesser der Abzugsrohre muss mindestens sechsmal grösser sein, als der lichte Durchmesser der Gasrohre, welche den Gaseinrichtungen das Gas zuführen. Auch dürfen die Abzugsrohre an keiner Stelle unterbrochen werden und in ihrer ganzen Länge keine Verengerung der lichten Weite erfahren.

§ 6. Bei den in § 2 bezeichneten Gaseinrichtungen dürfen Oeffnungen in anderen Theilen, z. B. im Mantel oder im Deckel, aus denen die Verbrennungsgase

in den Aufstellungsraum austreten könnten, nicht vorhanden sein.

§ 7. Von jeder Aufstellung einer in § 2 bezeichneten Gaseinrichtung ist der Polizeiverwaltung und der Direction der städtischen Gasanstalt Anzeige zu machen. Die Einrichtungen dürfen erst dann in Gebrauch genommen werden, wenn durch einen Beauftragten der Gasanstalt festgestellt ist, dass sie den vorstehenden Bestimmungen entsprechen.

§ 8. Personen, welche die Aufstellung von Gaseinrichtungen gewerbsmässig betreiben (Installateure), sind verpflichtet, die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung

bei Ausübung ihres Gewerbes zu befolgen.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Kundmachung des k. k. Landespräsidenten in Schlesien vom 1. August 1902 Z. 18235,

L. G. Bl. Nr. 38,

betreffend die Verlängerung des Oeffentlichkeitsrechtes des Kaiser Franz Joseph-Krankenhauses in Wagstadt.

Ich finde im Einvernehmen mit dem schlesischen Landesausschusse das mit der Kundmachung vom 27. Juli 1900, Z. 16008 tschles. G. u. V.-Bl. Nr. 29), dem Kaiser Franz Joseph-Krankenhause in Wagstadt bis zum 1. August 1902 provisorisch zuerkannte Oeffentlichkeitsrecht bis zum 31. December 1904 zu verlängern und die Verpflegsgebüren in diesem Krankenhause auch weiterhin für die II. Classe

mit 3 K 60 h und für die III. Classe mit 1 K 80 h festzusetzen.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 6. August 1902,

V. Bl. d. Just.-Min. Nr. 37, an sämmtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften,

betreffend die Behandlung geisteskranker Häftlinge.

Die Erhebung des Geisteszustandes von Untersuchungshäftlingen im Sinne des § 134 St. P. O. begegnet bei vielen Gerichten Schwierigkeiten. Zur Beseitigung der zutage getretenen Unzukömmlichkeiten ist künftig nach folgenden Grundsätzen vorzugehen:

Zunächst hat das Gericht, bei dem sich der Beschuldigte in Haft befindet, zu erwägen, ob es mit Rücksicht auf seine Hafträume, die zur Verfügung stehenden Sachverständigen und die Natur der Geisteskrankheit die Feststellung des Geisteszustandes ohne Beeinträchtigung des in § 134 St. P. O. vorgezeichneten Zweckes der Erhebung, ohne Gefahr für die persönliche Sicherheit des zu Untersuchenden und seiner Umgebung, sowie ohne Störung der in den Hafträumen aufrechtzuerhaltenden Ordnung vornehmen kann.

Verneinenden Falles wird die Ueberstellung des einer Geisteskrankheit Verdächtigen an jenen Gerichtshof zu erfolgen haben, bei welchem diese Bedingungen gegeben sind.

Im Verfahren wegen Verbrechen oder Vergehen wird es nur ausnahmsweise vorkommen, dass ein Verhafteter, bei welchem der Verdacht einer Geisteskrankheit besteht, bei dem Bezirksgerichte der Einlieferung belassen wird, indem gemäss §§ 12 und 95 St. P. O. die Delegirung des Bezirksgerichtes seitens der Rathskammer nur dann erfolgen wird, wenn Zweckmässigkeitsgründe dafür sprechen, diese aber dann gewiss nicht vorliegen, wenn die Voraussetzungen einer sachgemässen Geisteszustandserhebung nicht vorhanden sind. Anderseits gibt die Strafprocessordnung die Möglichkeit, wenn bei dem zuständigen Gerichtshofe selbst die Erhebung des Geisteszustandes auf Schwierigkeiten stösst, um deren Vornahme einen anderen Gerichtshof zu ersuchen. Zu diesem Behufe wird es sich empfehlen, die für solche Erhebungen geeigneten Gerichtshöfe von vornherein zu bezeichnen.

Im Uebertretungsverfahren ermöglichen die einfacheren Formen dieses Verfahrens, dass in der Regel die Feststellung des Geisteszustandes bei dem zuständigen Bezirksgerichte selbst vorgenommen wird.

Die Abgabe an eine Irrenanstalt zum Zwecke der Erhebung des Geisteszustandes eines Untersuchungsgefangenen ist im § 134 St. P. O. nicht vorgesehen. Die dermalen bestehenden Irrenanstalten eignen sich auch nach ihrer ganzen Organisation nicht zur Aufnahme von Gefangenen. Diese Maassregel wird daher nur dann zulässig erscheinen, wenn geradezu zwingende Erwägungen, insbesondere die Art der Geisteskrankheit und die Unmöglichkeit einer zweckentsprechenden Verwahrung und Behandlung im Gefängnisse einen anderen Weg verschliessen.

Die Oberlandesgerichtspräsidien werden demnach angewiesen, den Bedürfnissen und Verhältnissen ihres Sprengels entsprechende Verfügungen im Sinne der entwickelten Grundsätze zu treffen, insbesondere auch in der Richtung, dass nach Maassgabe der Bedürfnisse bei bestimmten Gerichtshöfen auch die sachgemässe Verwahrung besonders zu behandelnder, wegen Gefährlichkeit zu isolirender Geisteskranker möglich wird. Andererseits wird es Aufgabe der Staatsanwaltschaften sein, schon bei der Antragstellung auf diese Regelung Rücksicht zu nehmen.

Was den Vorgang anbelangt, welcher nach Einstellung des Verfahrens oder Freisprechung infolge erwiesener Geisteskrankheit zu beobachten ist, so obliegt die Anordnung der Abgabe in eine Irrenanstalt infolge Gemeingefährlichkeit oder aus anderen Gründen nicht den Strafgerichten, sondern den Verwaltungsbehörden. Es ist daher in solchen Fällen mit der zuständigen Verwaltungsbehörde (Gemeinde, Magistrat etc.) unter Anschluss einer Abschrift des Gutachtens das Einvernehmen zu pflegen und die Ueberstellung des Geisteskranken an diese Behörde zu veranlassen. Gleichzeitig ist jedoch auch die zuständige Curatelbehörde unter Anschluss der Acten, oder im Falle diese nicht entbehrt werden können, einer Abschrift des Gutachtens zu verständigen.

Siebenundzwanzigste Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu München am 17., 18., 19. und 20. September 1902.

Tagesordnung.

Dienstag, den 16. September, 8 Uhr Abends: Gesellige Vereinigung zur Begrüssung im Hofbräuhauskeller (innere Wienerstrasse 12).

Mittwoch, den 17. September, 9 Uhr Vormittags:

Erste Sitzung im grossen Festsaale des Hôtel Bayrischer Hof (Promenadeplatz 19).

Eröffnung der Versammlung.

Rechenschaftsbericht und geschäftliche Mittheilungen.

I. Die hygienische Ueberwachung der Wasserläufe.

Referenten: Geheimer Hofrath Professor Dr. A. G ärtner (Jena), Wasserbauinspector Schümann (Berlin).

Leitsätze. (Nicht zur Abstimmung bestimmt.)

- 1. Die bisherigen Maassnahmen haben nicht vermocht, der zunehmenden Verunreinigung der Wasserläufe Einhalt zu thun; sie bedürfen daher für ihre Aufgabe, die Allgemeinheit vor gesundheitlichen und wirthschaftlichen Schäden zu schützen, einer wesentlichen Verbesserung und Vertiefung.
- 2. Wenn auch im allgemeinen rohes d. h. ungereinigtes Flusswasser nicht als Trinkwasser anzuerkennen ist, so muss doch ein solcher Reinheitsgrad der öffentlichen und privaten Wasserläufe verlangt werden, dass ihr Wasser für den Hausgebrauch, zum Baden, für die Zwecke der Industrie, der Landwirthschaft und Fischzucht Verwendung finden kann.
- 3. Sollen die Wasserläufe in einem der vorstehenden Forderung entsprechenden Zustande erhalten werden, sollen solche, die den Anforderungen nicht mehr entsprechen, möglichst aufgebessert werden, so ist eine ständige, in der Hauptsache sanitäre Ueberwachung der Wasserläufe, und zwar der öffentlichen wie der privaten erforderlich.
 - 4. Dieselbe hat sich zu erstrecken:
- a) auf eine genaue Feststellung der Gesammtheit der hydrologischen Verhältnisse einschiesslich des Reinheitsgrades des einzelnen Wasserlaufes oder einer entsprechenden Theilstrecke desselben:
- b) auf die Feststellung der einzelnen, den privaten oder öffentlichen Wasserlauf treffenden oder drohenden Verunreinigungen, wobei es keinen Unterschied macht, ob letztere von Städten oder Ortschaften, von industriellen oder landwirthschaftlichen Betrieben oder von der Flussbevölkerung herstammen;
- c) auf den Einfluss der Verunreinigungen auf den Vorfluther unter den wechselnden Bedingungen der natürlichen Verhältnisse; hiebei ist dem sogenannten Selbstreinigungsprocess die gebührende kritische Aufmerksamkeit zuzuwenden.
- 5. Soll die aufgestellte Forderung, einen guten Reinheitsgrad der Gewässer zu erhalten, wirklich erfüllt werden, so ist die sanitäre Ueberwachung für alle Wasserläufe, wenn auch in verschieden hohem Grade, erforderlich. Ferner ist wegen der Grösse der zu überwachenden Objecte und der an demselben Flusslauf oft stark wechselnden hydrologischen oder wirthschaftlichen Verhältnisse nothwendig, dass die Wasserläufe in Beobachtungstheilstrecken zerlegt werden, die sich am besten den kleineren politischen Verwaltungsbezirken anschliessen.
- 6. Wegen der Vielseitigkeit der in Frage stehenden Interessen und der Menge des zu bewältigenden Arbeitsmaterials ist die sanitäre Ueberwachung einer Commission anzuvertrauen, die im allgemeinen aus einem Verwaltungs-, Wasserbau-, Medicinal- und Gewerbebeamten bestehen soll. Die Commission ist verpflichtet, die betheiligten Kreise, also Gemeinden, Industrielle etc. zu ihren Arbeiten mit heranzuziehen.
- 7. Die Commission soll, entsprechend Nr. 4 der Leitsätze, nachdem die Voruntersuchungen beendet sind, ihrer Aufgabe gerecht werden durch eine dauernde Ueberwachung der Wasserläufe durch Unterbeamte und gelegentliche oder nach Bedarf auszuführende eigene Besichtigungen, durch mindestens vierteljährig abzuhaltende Conferenzen, eine mindestens jährlich einmalige Be-

reisung der überwachten Wasserläufe durch sie selbst, durch Führung von Wasserbüchern und jährliche Berichterstattung an die übergeordnete Dienstbehörde.

Die Commission hat das Recht, Rathschläge zu geben, Ermahnungen zu ertheilen, Processe zu führen und Strafen zu verhängen im Rahmen der Executive der Polizeibehörde des Verwaltungsbezirkes.

8. Die Kosten sind von den Verwaltungskörpern (Kreisen, Amtsbezirken etc.) zu tragen,

zu deren Ressort die überwachten Wasserläufe gehören.

9. Als revidirende und als Appellinstanz functioniren die höheren Verwaltungsbehörden. In den grösseren Bundesstaaten sind Landesinstitute einzurichten zur Verarbeitung des von den einzelnen Ueberwachungsstationen eingelieferten Materials, zur Lösung von praktisch und theoretisch wichtigen Fragen, welche sich auf die Reinhaltung der Wasserläufe beziehen, und zur Abgabe von Obergutachten.

II. Der Einfluss der Curpfuscher auf Gesundheit und Leben der Bevölkerung.

Referent: Dr. med. K. Grassmann (München).

Leitsätze. (Nicht zur Abstimmung bestimmt.)

1. Die durch Curpfuscherei verursachten Schädigungen treten bezüglich des Gemeinwohles hauptsächlich zutage auf dem Gebiete der Volksseuchen und der anderen ansteckenden Krankheiten, namentlich Geschlechtskrankheiten, der Krankenversorgung und Irrenpflege, des Impfwesens, der Schulbygiene, der Kranken und Unfallversicherung, der öffentlichen Moral.

Dazu kommt die Schädigung von Treu und Glauben im öffentlichen Leben durch planmässige Untergrabung des Vertrauens zu den staatlich geprüften Aerzten, den berufenen Vertretern der Heilkunde.

Der Einzelne wird geschädigt durch rücksichtslose pekuniäre Ausbeutung, Verzögerung oder Abhaltung sachverständiger Hilfe, Wegfall des ärztlichen Berufsgeheimnisses, directe Gesundheitsschädigung durch fahrlässige Körperverletzung oder Tödtung.

- 2. Der hierin liegende gemeingefährliche Charakter des Pfuscherthums, sowie der Grad der Pfuschereischäden ist gegen früher beträchtlich gestiegen.
- a) Seit Freigabe der Heilkunde durch die Reichsgewerbeordnung (1869, respective 1873) hat die Curpfuscherei in Deutschland ausserordentlich zugenommen.

b) Abgesehen von der gesetzlichen Anerkennung als freies Gewerbe zeigt die gegen-

wärtige Form der Curpfuscherei principielle Unterschiede gegen früher:

An Stelle des früheren Einzelbetriebes tritt immer mehr eine ausgebreitete Organisation derselben. Diese bedient sich unter dem Vorwande, eine neue wissenschaftliche Bewegung zu vertreten, und mit Nachäftung von äusseren Formen ärztlicher Kunstausbildung aller modernen Mittel der Agitation im grössten Maassstab.

Das heutige Pfuscherthum in Deutschland sucht mit Hilfe seiner Organisation das Volk systematisch gegen den Aerztestand zu verhetzen und die wissenschaftliche Heilkunde in Misscredit zu bringen.

- c) Als geschlossene Macht dem staatlich organisirten Gesundheitswesen sich entgegenstellend, durchkreuzt das Curpfuscherthum immer häufiger viele vom Staate eingerichtete hygienische Maassnahmen für die allgemeine Wohlfahrt und hemmt die volle Wirkung der modernen socialpolitischen Gesetzgebung.
- 3. Der Umfang der Schädigungen durch organisirte und nichtorganisirte Curpfuscher ist durchaus unzulänglich bekannt. Das Studium dieser Frage verdient das vollste Interesse nicht nur der Hygieniker, sondern auch der Verwaltungs- und Justizbeamten, sowie der National- ükonomen und gesetzgebenden Körperschaften.
- 4. Das natürliche und berechtigte Interesse des deutschen Aerztestandes an der energischen Bekämpfung des Pfuscherthums wird heute weit übertroffen von dem Interesse des Gemeinwohles an der Verminderung desselben.

Daher obliegt der Kampf gegen das Pfuscherunwesen heute in erster Linie den Organen des Staates und der Gemeinde; denn er bildet einen noth wendigen Bestandtheil der öffentlichen Gesundheitspflege. Die Aerzte haben die Aufgabe, als Sachverständige, sowie durch Verbreitung von Aufklärung hiezu werthvolle Beihilfe zu leisten. 5. Durch weiteren Ausbau und schärfere Handhabung der Reichsgesetze, sowie gemeinsames Vorgehen der Bundesstaaten auf dem Wege der Landesgesetzgebung lässt sich das Curpfuscherthum wirksam bekämpfen.

Donnerstag, den 18. September, 9 Uhr Vormittags.

Zweite Sitzung im grossen Festsaale des Hôtel Bayrischer Hof (Promenadeplatz 19).

III. Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land in gesundheitlicher Beziehung.

Referent: Regierungs- und Geheimer Medicinalrath Dr. E. Roth (Potsdam).

Leitsätze. (Nicht zur Abstimmung bestimmt.)

Da die gesundheitlichen Einrichtungen des Landes in seiner Allgemeinheit hinter denjenigen der Städte, namentlich der Gross- und Mittelstädte, auf dem Gebiete der Wasserversorgung, der Beseitigung der Abfallstoffe, der Seuchentilgung, des Vertriebes von Nahrungsund Genussmitteln und anderen zurückstehen, sind die Städte durch den stets reger werdenden Verkehr zwischen Stadt und Land gesundheitlich gefährdet. An dieser Gefährdung sind auch die Garnisonen betheiligt.

Durch die Verkehrs- und wirthschaftlichen Beziehungen können Infectionskrankheiten, namentlich Typhus verbreitet werden. Ausser dem directen Verkehr kommt das Wasser der Flüsse, Bäche, Teiche, Seen (auch im gefrorenen Zustande), sowie der Brunnen als Vermittler in Frage, ferner Nahrungs- und Genussmittel, namentlich Milch und deren Producte, Obst, Gemüse und andere.

Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Gast- und Schankwirthschaften auf dem Lande, sowie die einheimischen und fremdländischen Wanderarbeiter, ferner infolge der regeren Verkehrsbeziehungen die Vororte, die Sommerfrischen, Bade- und Curorte und die Industriebezirke.

Die Stadt gefährdet das Land ausser durch die verunreinigte Stadtluft hauptsächlich durch Verschleppung ansteckender Krankheiten, wobei der Verkehr, Nahrungs- und Genussmittel und die Abfallstoffe des menschlichen Haushalts als Vermittler in Frage kommen.

An der Sanirung des Landes hat die Stadt ein um so grösseres Interesse, als das Land an sich für die Gesunderhaltung der Städter von der grössten Bedeutung und in Zeiten körperlicher und geistiger Noth unentbehrlich ist.

Maassnahmen zur Sanirung des Landes.

a) Im allgemeinen.

Durch regelmässige Ortsbesichtigungen hat der Medicinalbeamte, soweit möglich in Gemeinschaft mit den Gesundheitscommissionen, auf die Verbesserung der Hygiene des Landes hinzuwirken und das Verständnis hiefür, namentlich für Sauberkeit und Reinlichkeit am Körper und in Haus und Hof, wie beim Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln, für Bau- und Wohnungshygiene und Wohnungspflege, für rationelle Ernährung u. s. w. zu wecken.

Die Beobachtung der wichtigsten Forderungen der Bau- und Wohnungshygiene ist durch Gesetz, beziehungsweise baupolizeiliche Vorschriften sicher zu stellen, die sich auf Beschaffenheit des Baugrundes, Grösse der zu bebauenden Fläche, Bauweise, Zahl der Stockwerke, Baumaterial (Zwischenfüllung, Fussboden), Schutz gegen aufsteigende Bodenfeuchtigkeit, Trennung von Stallungen, Aborten, vorschriftsmässige Beseitigung der menschlichen und thierischen Abfallstoffe und Abwässer, sowie der Meteorwässer zu erstrecken haben. Besondere Beachtung erfordern die Abort- und Abwässeranlagen auf den Grundstücken der Gast- und Schankwirthschaften und der öffentlichen Gebäude (Schulen, Gemeindehäuser u. a.); zur Aufnahme des Urins müssen hier wasserdichte Behälter vorgesehen sein. Für Einzelgehöfte, wie in Ortschaften mit offener Bauweise, werden hinsichtlich der Beseitigung der festen und flüssigen Abfallstoffe geringere Anforderungen zu stellen sein, als in städtisch ausgebauten Ortschaften.

Die an Wasserentnahmestellen für Trink- und Gebrauchszwecke zu stellenden Forderungen, namentlich auch hinsichtlich der Entfernung von Abort- und Düngergruben, sowie Stallungen sind durch besondere polizeiliche Vorschriften nebst Ausführungsanweisung (Brunnenordnung) sicher zu stellen. Dreh-, Zieh- und Schöpfbrunnen sind bei Neuanlagen unzulässig. Wo die Schaffung eines einwandfreien Wassers aus örtlichen Gründen besonderen Schwierigkeiten begegnet, ist eine Betheiligung der weiteren Communalverbände und des Staates im öffentlichen

Interesse geboten. Besondere Anforderungen sind an die Gemeindebrunnen, die Schulbrunnen, die Brunnen auf den Grundstücken der Gastwirthschaften und gewerblichen Anlagen (Sammelmolkereien, Meiereien, Fleischereien, Brauereien, Bäckereien u. a.) zu stellen. Mit Rücksicht auf die grössere Sicherheit einer dauernden Reinhaltung, namentlich gegenüber Flachbrunnen, bleibt die Schaffung centraler Wasserversorgungsanlagen in erster Linie erstrebenswerth.

Unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und Lebensgewohnheiten sind Musterentwürfe ländlicher Wohnhäuser und ihrer Nebenanlagen für Taglöhner, Häusler. Büdner, Kossäten und Bauern der ländlichen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Familienwohnungen sollen aus mindestens zwei heizbaren Räumen bestehen.

Die Hauptverkehrsstrassen sind zu befestigen und rein zu halten. Gräben und Tümpel (Dorfteiche) sind nach Bedarf zu räumen, erforderlichenfalls zuzuschütten, Höfe und Gärten, desgleichen öffentliche Plätze von menschlichen Dejecten freizuhalten.

Zur Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten ist neben dem Erlass zeitgemässer seuchenhygienischer Vorschriften die Bereitstellung schneller ärztlicher Hilfe, geeigneten Pflegepersonals, leicht erreichbarer Krankenunterkunftsräume, sowie von Desinfectionseinrichtungen und Desinfectoren erforderlich. Erste und verdächtige Fälle, namentlich von Typhus und Cholera, sind bakteriologisch festzustellen. Bei Gefahr im Verzuge muss der Medicinalbeamte das Recht der Initiative haben. Der Bevölkerung sind leichtfassliche Schutzmaassregeln bei ansteckenden Krankheiten zugängig zu machen, deren Befolgung zu überwachen ist. Der Unsitte, dass die Landbevölkerung ihre an ansteckenden Krankheiten leidenden Kinder in die Stadt zum Arzt bringt, ist auf alle Weise entgegenzuwirken. Das sogenannte Umhalten oder Rundessen ist zu verbieten, desgleichen die Veranstaltung von Leichenfeiern und Bewirthung im Sterbehause beim Vorliegen ansteckender Krankheiten.

Nothwendig ist ferner die Bereitstellung eines Leichenraumes in jeder Ortschaft.

Die sachgemässe Organisation der Krankenpflege auf dem Lande hat die Bereitstellung von Gemeinde- und Wochenpflegerinnen, von Krankenpflegegeräthschaften und von Krankenunterkunftsräumen zur Voraussetzung, unter Mitwirkung gemeinnütziger Vereine (Frauenvereine, Krankenpflegevereine u. a.).

Als besonders bedeutungsvoll für die ländliche Krankenpflege ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter zu erachten.

Der Einwirkung der land wirthschaftlichen Beschäftigung auf jugendliche Personen und auf Frauen, insbesondere auf solche in den letzten Monaten der Schwangerschaft, ist ebenso wie der Hausindustrie und deren Folgen in gesundheitlicher Hinsicht seitens der Medicinalbeamten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Auf eine rationelle Ernährung, insbesondere der Kinder und Säuglinge, wie auf eine ausreichende Wartung und Pflege der letzteren hinzuwirken.

Zum Zweck der Nahrungsmittelcontrole auf dem Lande haben regelmässige und sachgemässe Probeentnahmen und Untersuchungen zu erfolgen. Die Ueberwachung des Milchverkehrs, an der die Medicinalbeamten mehr wie bisher zu betheiligen sind, hat sich nicht bloss auf Sammelmolkereien, sondern auch auf den Kleinbetrieb und die Productionsstellen zu erstrecken. Die Reinlichkeit an der Productionsstelle bei der Wartung des Milchviehs, beim Melken, bei der Aufbewahrung und beim Versandt ist durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in den Lieferungsvertrag und durch sachgemässe Controle sicher zu stellen.

Zum Verkauf bestimmte Nahrungs- und Genussmittel dürfen nicht in Schlaf- oder Krankenräumen oder mit diesen unmittelbar zusammenhängenden Vorrathsräumen aufbewahrt werden. Läden für Nahrungsmittel müssen von Schlafräumen genügend getrennt, Vorrathsräume sauber und ordentlich gehalten sein.

Beim Auftreten ansteckender oder als solche verdächtiger Krankheiten muss der Verkauf von Milch und sonstigen Nahrungsmitteln aus einer Haushaltung, die mit diesen landwirthschaftlichen Erzeugnissen Handel treibt, solange verboten sein, als nach dem Gutachten der Medicinalbeamten die Gefahr einer Verschleppung von Krankheitskeimen vorliegt. Personen, welche an ansteckenden Krankheiten leiden oder mit der Pflege solcher Kranker zu thun haben, dürfen weder die Wartung oder das Melken der Kühe besorgen, noch sonst mit der Behandlung oder dem Vertrieb der Milch sich befassen.

In den Sammelmolkereien (Meiereien) müssen die gesammten Milchvorräthe zuverlässig pasteurisirt werden. Ausserdem muss für peinlichste Sauberkeit des Personals, der Räume und des Betriebes gesorgt sein.



Auf dem Gebiet der Fleischhygiene erfordern die Nothschlachtungen und die privaten Schlachthäuser (Wurstküchen), sowie die Beseitigung des zum menschlichen Genuss un-

geeigneten Fleisches strengste Ueberwachung.

Zu den wichtigsten Forderungen auf dem Gebiet der Schulhygiene gehören die amtsärztliche Begutachtung der Baupläne, insbesondere auch des Bauplatzes, und regelmässige Schulbesichtigungen. In allen grösseren ländlichen Gemeinden, den Vororten, Curund Badeorten und den Industriebezirken ist auf die Anstellung von Schulärzten binzuwirken. Beim Auftreten ansteckender Krankheiten sind Maassnahmen zu treffen, die eine Infection der Schullocalität verhüten; dabei bedarf der Besuch des Confirmanden- (Beicht-) Unterrichts derselben Beschränkungen, wie sie für die Schulen vorgeschrieben sind. Für eine sachgemässe und gründliche Reinigung der Schulräume muss seitens der Schulgemeinden gesorgt werden. Die Reinigung durch Schulkinder ist unzureichend und nicht im Interesse der Schulkinder gelegen.

Durch Schaffung von Badegelegenheiten ist auf die Hebung des Reinlichkeitssinnes hinzuwirken. In Ermangelung von Schulbrausebädern muss den Schulkindern durch Bereitstellung von Wasser, Seife und Handtuch Gelegenheit zum Waschen der Hände ge-

geben sein.

Voraussetzung für die Durchführung dieser Maassnahmen ist Weckung des Verständnisses für die Aufgaben der Dorfhygiene, Aufnahme der wichtigsten Regeln der Gesundheitspflege und der ersten Hilfe in das Lehrprogramm der Gemeindeschulen und der höheren und niederen landwirthschaftlichen Schulen.

b) Im besonderen.

In den Industriebezirken, in Sommerfrischen, Bade- und Curorten ist die Bildung von Gesundheitscommissionen vorzusehen. Für einwandfreie Wasserversorgung und Beseitigung der Abfallstoffe, Bereitstellung von Unterkunftsräumen für ansteckende Kranke, Desinfectionseinrichtungen und Desinfectoren (Gesundheitsaufsehern, Seuchenwärtern) zu sorgen und eine regelmässige Wohnungsaufsicht einzurichten. Soweit die Durchführung der allgemeinen Pflicht-Leichenbeschau nicht erreichbar ist, muss in den Ortschaften der Industriebezirke, in Sommerfrischen, Bade- und Curorten die obligatorische ärztliche Leichenbeschau gefordert werden.

Von Sommerfrischen, Bade- und Curorten, sowie von solchen ländlichen Orten, in denen Genesungsheime, Heil- oder Pflegestätten sich befinden, müssen gewerbliche, mit Ver-

unreinigung der Luft einhergehende Anlagen forngehalten werden.

In allen verkehrsreichen Ortschaften empfiehlt sich die Organisation eines allgemeinen Rettungsdienstes (Bereitstellung von Rettungskästen, Transportgeräthschaften), Ausbildung von Sanitätscolonnen (Samaritern) in organischer Verbindung mit den Vereinen vom Rothen Kreuz und unter Aufsicht des Medicinalbeamten.

Für die Vororte und solche ländlichen Gemeinden, die mit den benachbarten Städten in regen wirthschaftlichen und Verkehrsbeziehungen stehen, kommt ausserdem die Eingemeindung, die Bildung eines gemeinsamen Polizeibezirkes oder, für besondere Aufgaben, eines Zweckverbandes und die Zulegung zu dem benachbarten städtischen Medicinalbezirk in Frage.

IV. Das Bäckergewerbe vom hygienischen Standpunkt für den Beruf und die Consumenten.

Referent: Professor Dr. R. Emmerich (München).

Leitsätze. (Nicht zur Abstimmung bestimmt.)

- 1. Durch private und amtliche Ermittlungen, wie z. B. durch die "statistischen Erhebungen des Verbandes der Bäcker und Berufgenossen Deutschlands (Hamburg 1898)" wurde festgestellt, dass in vielen Bäckereien deutscher Städte grobe hygienische Misstände in Bezug auf Arbeitszeit, Lage, Grösse, Beleuchtung, Beheizung und Ventilation der Arbeitsräume, Entwässerungsund Abortanlagen, Wasch- und Badegelegenheit, Reinlichkeit des Betriebes, Schlafräume u. s. w. herrschen.
- 2. Das in den Bäckereien massenhaft vorkommende Ungeziefer (Blatta orientalis, Tenebrio melitor etc., Ratten, Mäuse) kann in nicht assanirten Städten pathogene Bakterien aus dem Boden, den Aborten etc. auf das gebackene Brot übertragen. Die Fernhaltung dieses Ungeziefers aus den Bäckereien ist daher vor allem zu erstreben. Die hiezu nöthigen Maassnahmen können auch in alten Bäckereien ausgeführt werden.



3. Zur Beseitigung hygienischer Misstände in Bäckereien sind nicht Pläne für Musterbäckereien, sondern Mindestforderungen aufzustellen. Im wesentlichen aber ist der vom Bundesrath zusammengestellte Entwurf reichsrechtlicher Bestimmungen für Bäckereien, Conditoreien, jedoch mit mehrfachen Abänderungen zu befürworten.

Freitag, den 19. September, 9 Uhr Vormittags.

Dritte Sitzung im grossen Festsaale des Hôtel Bayrischer Hof (Promenadeplatz 19).

V. Bericht über die von den Städten eingegangenen Fragebogen, betreffend die Fürsorge für bestehende und die Beschaffung neuer kleiner Wohnungen.

Referent: Oberbürgermeister Dr. Ebeling (Dessau).

VI. Feuchte Wohnungen: Ursache, Einfluss auf die Gesundheit und Mittel zur Abhilfe.

Referenten: Regierungs- und Medicinalrath Dr. A bel (Berlin), Baupolizeidirector H. Olshausen (Hamburg).

Leitsätze (Nicht zur Abstimmung bestimmt.)

- 1. Die Ursachen der Feuchtigkeit von Wohnungen kann man als "dauernde" und "vorübergehende" bezeichnen.
- 2. Als dauernde Ursachen der Feuchtigkeit sind nachfolgende Fehler bei der Errichtung eines Gebäudes zu bezeichnen: Verwendung ungeeigneter Baumaterialien ungenügende Sicherung gegen Ueberschwemmung und gegen Bodenfeuchtigkeit ungenügender Schutz gegen Schlagregen und Spritzwasser ungenügende Mauerstärken schlechte Herstellung der Dachdeckung und Regenwasserableitung, sowie der Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen.
- deckung und Regenwasserableitung, sowie der Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen.

 3. Als vorübergehende Ursachen der Feuchtigkeit sind zu bezeichnen: die Neubaufeuchtigkeit gesundheitswidrige Benützung einer Wohnung mangelhafte bauliche Erhaltung, namentlich der Dachdeckung, der Regenwasserableitungen, der Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen.
- 4. Statistisch einwandsfrei erwiesen ist die Gesundheitsschädlichkeit feuchter Wohnungen bisher nicht; nach den zahlreich vorliegenden Einzelbeobachtungen ist sie jedoch nicht zu bezweifeln.
- 5. Feuchte Wohnungen können schädigend auf die Gesundheit in erster Linie durch Hervorrufung von Störungen in der "Wärmeökonomie" der Bewohner wirken. Von gesundheitlicher Bedeutung ist aber ferner auch, dass in feuchten Wohnungen die Luft in Folge der Beförderung von Zersetzungsvorgängen durch die Feuchtigkeit meist schlecht ist, dass manche Infectionskeime in ihnen besonders gute Existenzbedingungen finden, und dass Nahrungsmittel in ihnen leicht verderben. Ausserdem verliert in Räumen, die hochgradig feucht sind und dadurch in baulicher Hinsicht leiden, der Bewohner Gefühl und Interesse für Reinlichkeit und Ordnung der Wohnung, was wiederum weitere schädliche Folgen für die Gesundheit nach sich ziehen kann.
- 6. Demgemäss sind zunächst "Erkältungskrankheiten" im weitesten Sinne des Wortes, dann aber auch Störungen der Köperentwicklung bei Kindern, Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen ansteckende Krankheiten, Häufung bestimmter Infectionskrankheiten, Schädigungen der Verdauungsorgane mehr oder weniger unmittelbar mögliche und thatsächlich beobachtete Wirkungen des Bewohnens feuchter Räume.
- 7. Die Gesundheitsgefährlichkeit einer feuchten Wohnung ist in gewissen Grenzen abhängig von dem Maasse und der Dauer der Feuchtigkeit. Aus praktischen Gründen und zwar namentlich wegen des Mangels an handlichen Verfahren zur genauen Feststellung des Feuchtigkeitsmaasses von Wohnungen empfiehlt es sich, auch geringe Grade von Feuchtigkeit für gesundheitlich bedenklich und der Abstellung bedürftig anzusehen.
- 8. Der Entstehung feuchter Wohnungen kann bei Errichtung eines Gebäudes vorgebeugt werden: durch Verwendung geeigneter Baumaterialien durch Hochlage der unteren Gebäudetheile über Hoch- und Grundwasser durch Schutz der unter der Erdoberfläche liegenden Gebäudetheile gegen Bodenfeuchtigkeit, sowohl in horizontaler wie auch in verticaler Richtung durch Bekleidung der Aussenwände mit einem das Eindringen des Wassers verhindernden Material durch ausreichende Mauerstärken durch Herstellung



von Luftschichten in den Aussenwänden — durch sorgfältige Herstellung der Dachdeckung, der Regenwasserableitung, der Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen.

9. Die aus den unter 3 genannten vorübergehenden Ursachen entstandene Feuchtigkeit einer Wohnung kann beseitigt werden: durch erforderlichenfalls im Wege der Gesetzgebung vorzuschreibende Fristen zwischen Fertigstellung des Rohbaues und Beginn der Verputzung in Neubauten — durch künstliche Austrocknung der putzfertigen Neubauten mittelst Heizung und Lüftung — durch Einhaltung einer längeren Frist zwischen Fertigstellung des Verputzes und dem Bekleben der Wände mit Tapeten oder dem Anstriche der Wände mit Oelfarbe — durch Verhinderung einer zweckwidrigen und gesundheitsschädlichen Benutzung von Wohnungen — durch gute Instandhaltung aller derjenigen baulichen Anlagen, deren Mängel die Feuchtigkeit einer Wohnung herbeiführen kann, als: Dachdeckung, Regenwasserableitung, Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen.

10. Zur Beseitigung feuchter Wohnungen, möge die Feuchtigkeit ihren Grund in den unter 2 aufgeführten baulichen Mängeln oder in den unter 3 aufgeführten vorübergehenden Ursachen haben, ist die Schaffung einer zweckmässigen ständigen Wohnungsbeaufsichtigung durch Organe des Staates oder der Gemeinde erforderlich; diese Organe müssen mit den nöthigen Machtmitteln ausgestattet sein, um die zweckwidrige und gesundheitswidrige Benützung einer Wohnung zu verhindern und die zur Beseitigung vorhandener Feuchtigkeit erforderlichen Maassregeln anzuordnen.

Samstag, den 20. September: Gemeinsamer Ausflug auf den im Besitze der Stadt München befindlichen und zum Wasserversorgungsgebiet gehörigen Taubenberg.

Theilnahme an der Versammlung.

Die Theilnahme an der Versammlung in München ist nur den Mitgliedern des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedkarte gestattet.

Nach § 2 der Satzungen ist zur Mitgliedschaft Jeder berechtigt, der Interesse an

öffentlicher Gesundheitspflege hat und den Jahresbeitrag von 6 Mark zahlt.

Die Mitgliedkarte für das Jahr 1902 berechtigt zur Theilnahme an der Versammlung, d. h. zur Theilnahme an den Sitzungen und geselligen Vereinigungen des Vereines und an allen Besichtigungen, zum Bezuge der Festschrift, der Karten für das Festessen und für das Fest im Künstlerhause, zum Theater und für den Ausflug auf den Taubenberg.

Für Damen der Mitglieder werden Karten unentgeltlich abgegeben, die dieselben Be-

rechtigungen wie die Mitgliedkarten gewähren.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, alsbald nach ihrer Ankunft in München sich im Anmeldebureau im Hôtel "Bayerischer Hof" (Promenadeplatz 19, I. Stock im Marmorsaal) zu melden, um daselbst ihre Namen in die Präsenzliste eintragen zu lassen, das Specialprogramm für die verschiedenen Besichtigungen und den Ausflug auf den Taubenberg, die Festschrift etc., sowie nähere Mittheilungen betreffs der Versammlung entgegenzunehmen, auch für Damen in ihrer Begleitung sich die erforderlichen "Damen karten" geben zu lassen.

Das Anmeldebureau ist Dienstag, den 16. September geöffnet: von Vormittags 11 Uhr bis Abends 6 Uhr, an den übrigen Tagen von Vormittags 8 Uhr bis nach Schluss

der Sitzung.

Dienstag, den 16. September von 7-10 Uhr Abends befindet sich das Anmeldebureau im Begrüssungslocal "Hofbräuhauskeller", innere Wienerstrasse 12.

Im Bureau werden auch Anmeldungen neuer Mitglieder entgegengenommen. Behörden, Stadtgemeinden und Corporationen können dem Vereine mit einem oder mehreren Vertretern als Mitglieder beitreten und zahlen für jeden Vertreter 6 Mark per Jahr.

Günstig gelegene Gasthöfe:

Hôtel Bayerischer Hof (Sitz des Ausschusses), Promenadeplatz 19. Hôtel Bamberger Hof, Neuhauserstrasse 25/28. Hôtel Bellevue, Karlsplatz 25. Hôtel Continental, Ottostrasse 6. Hôtel Deutscher Kaiser, Dachauerstrasse 1. Hôtel Englischer Hof, Dienerstrasse 11. Hôtel Europäischer Hof, Bayerstrasse 31. Hôtel Grünwald, Hirtenstrasse 2. Hôtel Habsburg, Bayerstrasse 9. Hôtel Kaiserhof, Schützenstrasse 12. Hôtel Leinfelder, Maximilianplatz 26. Hôtel Marienbad, Barer-

strasse 11. Hôtel Max Emanuel, Hartmannstrasse 5. Hôtel Oberpollinger, Neuhauserstrasse 44. Parkhôtel, Maximiliansplatz 21. Hôtel Peterhof, Marienplatz 26. Hôtel Rheinischer Hof, Bayerstrasse 23. Hôtel Rother Hahn, Karlsplatz 12. Hôtel Russischer Hof, Ottostrasse 4. Hôtel Stachus, Karlsplatz 24. Hôtel Vier Jahreszeiten, Maximilianstrasse 4.

Stachus, Karlsplatz 24. Hôtel Vier Jahreszeiten, Maximilianstrasse 4.

Diejenigen Mitglieder, welche sich eine Wohnung vorher sichern wollen, werden gebeten, ihre Wünsche dem Herrn Director des städtischen Vermessungsamtes K. Loën. München, Rathbaus, Zimmer Nr. 155, baldig und möglichst vor dem 9. September.

kundzugeben.

Unmittelbar vor dem Beginn der Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege wird in dem gleichen Locale die erste Hauptversammlung des Deutschen Medicinalbeamten-Vereins am 15. und 16. September stattfinden, zu welcher der Vorstand dieses Vereins die Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege einladet.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Tirol und Vorarlberg. In der Sitzung vom 24. Mai l. J. kamen nachfolgende Gegenstände zur Verhandlung:

1. Besetzungsvorschlag für eine k. k. Oberbezirksarztesstelle.

2. Besetzungsvorschlag für die Stelle eines k. k. Sanitätsconcipisten.

3. Vorschlag für Prämiirung und Belobung der um die Impfung im Jahre 1901 verdienten Aerzte und anderen Personen.

4. Mittheilung über die Art der Erledigung der im Landessanitätsrathe während des 1 Jahres 1901 zur Berathung gelangten Geschäftsstücke.

5. Gutachten über die Eignung einer Curanstalt für Lungenkranke in Acco.

Böhmen. In der Sitzung am 7. Juni 1902 gelangten nachstehende Gegenstände zur Verbandlung:

1. Die Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Rosenthal II. Theil.

2. Das Gesuch des Besitzers einer Privatheilanstalt für Geisteskranke um Dispersirung von der Anzeigepflicht hinsichtlich leichter, vorübergehender, in seine Anstalt aufgenommener Krankheitsfälle.

3. Die Zulässigkeit der Verwendung von Zinkblechkapseln zum Verschlusse von Flaschen.

4. Die Verlegung des Friedhofes in Swarow.

5. Die Errichtung eines Tuberculosenheimes im Tannwalder Krankenhause.

Zu Beginn der Sitzung referirte der Vorsitzende über den gegenwärtigen Stand und die Verbreitung der Infectionskrankheiten in Prag und Vororten und brachte bei diesem Anlasse die Frage zur Discussion, welche Vorkehrungsmaassnahmen geeignet wären, die verbotswidrige Ueberführung von Infectionskranken aus den Vororten nach Prag hintanzuhalten, und in welcher Weise dem Transporte von infectionskranken Kindern im Tramwayverkehre wirksam zu begegnen wäre.

Bukowina. In den Sitzungen vom 21. Februar, 9. Mai, 20. Juni und 10. Juli wurden

über nachstehende Gegenstände Berathungen gepflogen:

1. Gutächtliche Aeusserung bezüglich der Unterbringung einer gynäkologischen Abtheilung in dem Gebäude der Landesgebäranstalt. (Referent: Sanitätsrath Dr. Philipowicz.)

2. Gutächtliche Aeusserung über Weinproben. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr.

Přibram.)

3. Gutächtliche Aeusserung hinsichtlich der Frage der Neuerrichtung einer öffentlichen Apotheke in der Gemeinde Unter-Stanestie des Bezirkes Wiznitz. (Referent:

Sanitätsrath Dr. Stocklöw.)

4. Gutächtliche Aeusserung über die Nothwendigkeit der neuerlichen bakteriologischen und chemischen Untersuchung des zu Trink- und Nutzzwecken dienenden Brunnenwassers der neuerrichteten Landesirrenanstalt in Czernowitz. (Referent: Sanitätsrath Dr. Philipowicz.)

- 5. Gutächtliche Aeusserung über die wünschenswerthe Anlage von Kühlräumen und künstliche Eiserzeugung durch Kühlapparate bei der obbezeichneten Austalt. (Referent: Sanitätsrath Dr. Philipowicz.)
- 6. Gutächtliche Aeusserung über eine zu errichtende hydropathische Anstalt. (Referent: Sanitätsrath Dr. Rudnik.)
- 7. Gutächtliche Aeusserung über die Concessionirung einer Füllanlage zum Zwecke der Exploitirung der Ludwigsquelle in Dorna-Kandreny. (Referent: Landes-Regierungsrath Dr. Kluczenko.)
- 8. Gutächtliche Aeusserung über die Regelung des Verkehres und des Annoncirens von arzneilichen Specialitäten und medicinischen Geheimmitteln. (Referent: Sanitätsrath Dr. Rudnik.)
- 9. Gutächtliche Aeusserung über eine Mooranlage in Dorna-Watra. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Wolczyński.)
- 10. Gutächtliche Aeusserung über den Entwurf einer für die Bukowina zu erlassenden Bauordnung. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Wolczyński.)
- 11. Gutächtliche Aeusserung über die Pläne einer bei der Landeskrankenanstalt zu errichtenden Prosectur. (Referent: Landesregierungsrath Dr. Kluczenko.)
- 12. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Recurse zweier Magister der Pharmacie gegen die Verleihung der VII. Apotheke in Czernowitz. (Referent: Sanitätsrath Dr. Stocklöw.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Die Verordnung vom 30. Juli (12. August) erklärte die Stadt Buenos Aires vom 23. Juli (5. August) ab als pestfrei und setzte die im Mai d. J. gegen dortige Herkünfte verfügten Maassnahmen ausser Kraft (siehe S. 274).

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 12. August d. J., Nr. 17, wurden die Verkehrsbeschränkungen gegen Provenienzen aus Odessa (siehe S. 379), und mit Verordnung vom 14. August, Nr. 18, jene gegen Provenienzen aus Buenos Aires (siehe S. 216) aufgehoben.

Russland. Die bis 9. Juli 1. J. in Odessa unter pestverdächtigen Erscheinungen erkrankten 5 Personen sind genesen. Am 20. und 21. Juli (a. St.) wurden bei 2 kranken einheimischen Personen gleiche Symptome wahrgenommen, wie solche bei den früheren Kranken beobachtet worden waren. Die Kranken wurden im Spitale isolirt, in Bezug auf ihre Wohnung. Effecten und auf die mit ihnen in Berührung Gekommenen in gleicher Weise verfahren, wie in den früheren Fällen.

Im Kirchdorfe Akai (Gouvernement Astrachan) sind seit 17. Juli (a. St.) keine neuen verdächtigen Erkrankungen vorgekommen, von den erkrankten 27 Personen 16 gestorben.

Aegypten. In den zwei Wochen vom 9. bis 22. August zählte man in Alexandrien 7 Pestfälle, in dem Bezirke Toukh sind neuerliche Erkrankungen nicht vorgekommen.

Britisch-Indien. Aus Bombay wurden in der Woche vom 18. bis 24. Juli 44 Erkrankungen, 40 Todesfälle, aus Calcutta in der Woche vom 13. bis 19. Juli 19, aus Kurachee in der Woche vom 12. bis 18. Juli 18 Todesfälle an Pest gemeldet.

Capland. In Port Elizabeth wurde in der Woche vom 13. bis 19. Juli weder eine Erkrankung, noch ein Todesfall an Pest beobachtet.

Brasilien. Einer Mittheilung vom 13. August zu Folge ist in Rio de Janeiro neuerlich 1 Pestfall amtlich constatirt worden.

Cholera. Aegypten. In Alexandrien wurde am 8. August ein zweiter lethaler Cholerafall constatirt (todt aufgefundener Einheimischer). Vom 9. bis 22. August ereigneten sich 6 Cholerafälle.

Kairo. Vom 16. August Mittags bis ebendahin am 23. August betrug an den aufeinanderfolgenden Tagen die Zahl der Erkrankungen (Todesfälle) an Cholera: 25 (23), 25 (27),



28 (24) 32 (20), 27 (27), 23 (22), 21 (19), in den Vorstädten kamen vom 18. bis 23. August (Mittag bis Mittag) 200 Erkrankungen, 168 Todesfälle vor.

Ferner wurden gemeldet in der Provinz:

Assiout	District	Moucha,	7.—13.	August	16	Erkrankungen,	15	Todesfälle
77	"	Monfolaut,	11.	77	1	Erkrankung	1	Todestall
**	,,	Abon Tig,	7.—13.	,,	13	Erkrankungen,	9	Todesfälle
**	"	Deyrout,	7.—13.	17	7	19	6	r
"	n	Mellaoui,	7.—13.	97	7	71	6	79
Guizeh	17	Guizeh,	7.—13.	,	51	? ?	35	7 7
**	77	El Ayat,	110.	- 77	1	Erkrankung,	1	Todesfall
77	n	Embabeh,	8.—13.	"	96	Erkrankungen,	48	Todesfalle
Galioubiel	1 ,,	Galioub,	713.	17	12	n	8	77
27	,,	Nawa,	7.—13.	27	3	n	1	Todesfall
Minieh	71	Fachn,	9.—13.	r	10	"	5	Todesfälle
,,	77	Minieh,	11.—13.	77	9	**	5	r
"	27	Magaga,	13.	"	5	n	3	+
Menoufieh	,,	Chibin-el-Kom,	913.	"	6	77	6	Ti .
Charkieh	"	Bilbeis,	12.—13.	27	4	37	2	,,
n .	"	Zagazig,	13.	77	1	Erkrapkung	1	Todesfall
Behera))	Choubrakhit,	12 .— 13 .	n	13	Erkrankungen,	4	Todesfälle
Gharbieh	"	Tantah,	13.	,,	1	Erkrankung	_	77
Beni Souef	n	Beni Souef,	11.—13.	n	1	,,	_	J†

Russland. In der Mandschurei erkrankten in Inkau vom 6. bis 13. Juli (a. St.) 62, an den folgenden 5 Tagen 66 Personen an Cholera, in Charbin vom 14. bis 20. Juni 112. in Mukden vom 12. bis 15. Juli 87 (73 gestorben); in Girin starben zwischen 14. und 17. Juli 174 Chinesen, im russischen Lager erkrankten 8 Personen. In Chailer starben vom 18. bis 19. Juli 2, in Zizikar vom 11. bis 13. Juli 157, in Shanhaikwen vom 10. bis 16 Juli 4 Personen. Auf der Station Mandschuria erkrankten bis 19. Juli 54 Personen. Eingeschleppte Cholerafälle kamen vor in Chaborowsk, in Blagoweschtschensk 152. in Sseretensk, in Tscheremkowsk, am Ussuri, auf der Transbaikalbahn. In Port Arthur starben vom 10. bis 17. Juli 181, in Dalny bis 15. Juli 4 Chinesen.

Türkei. In Jambo (siehe S. 320) sind zu Ende Juli 2 Choleraerkrankungen beobachtet worden, in der Umgebung von Jambo kamen sporadische Fälle vor. Provenienzen aus Jambo unterliegen in türkischen Häfen einer 10tägigen Quarantaine.

An der Grenze des Jemen gegen das Gebiet von Assyr ist die Zahl der Cholerserkrankungen im Abnehmen.

Japan. Nachrichten vom 5. Juli zu Folge sind bis dahin 70 Cholerafälle vorgekommen. von denen 37 tödtlich verliefen. Diese Fälle (Todesfälle) vertheilten sich auf Gouvernement Saga 62 (33), Gouvernement Nagasaki 2 (2), Gouvernement Fukuoka 4 (--), Stadtbezirk Tokio 1 (1), Vororte von Tokio 2 (1).

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 20. bis 26. August beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Tirol im politischen Bezirke Innsbruck-Umgebung:

in der Gemeinde Gries am Brenner 2 (Einschleppung aus England).

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 1 und in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Krzyczka 1; Horodenka: Siemakowce 2, Zukow 1; Jaworow: Jazow stary 9; Kamionka: Horpin 1; Mościska: Zawadno 8; Myślenice: Peim 1; Nadworna: Luh 3; Nisko: Huta deregowska 1; Podhajce: Burkanow 2, Podhajce 3; Rawa: Wulka mazowiecka 3; Skalat: Nowosiolka skalacka 2; Stryj: Korostow 2: Tlumacz: Delawa 1; Trembowla: Brykula nowa 1.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt yon

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pranumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 4. September 1902.

Mr. 36.

Inhalt. Das neue Bezirkskrankenhaus in Friedland. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass der Landesregierung in Kärnten, betreffend Desinfection der zur Beförderung Infectionskranker verwendeten Transportmittel. - Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Das neue Bezirkskrankenhaus in Friedland.

Der industriereiche Bezirk Friedland mit 50.000 Einwohnern besass bisher keine öffentliche Krankenanstalt und war deshalb an das Stefans-Hospital in Reichenberg angewiesen. Die Entfernung dieses Spitales beträgt von der Stadt Friedland, als dem Centralpunkte des Bezirkes, 24 km, von einzelnen grösseren Gemeinden des Bezirkes beträgt dieselbe bis 40 km. Der Transport der Kranken war nicht nur kostspielig, sondern was besonders in die Wagschale fiel, mit vielen Qualen für die zu transportirenden Kranken oder Verwundeten verbunden; zudem ist das Spital in Reichenberg oft überfüllt. Um den Transport einigermaassen zu erleichtern, wurde von den beiden Zweigvereinen des »Rothen Kreuzes« vor einigen Jahren ein Sanitätswagen angeschafft.

Von maassgebenden Kreisen wurde deshalb bereits im Jahre 1888 der Beschluss gefasst, in der Stadt Friedland ein Bezirkskrankenhaus zu errichten, und widmete die Bezirksvertretung anlässlich des 40 jährigen Jubiläums Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. einen Gründungsfond von 20.000 K. Durch anderweitige grosse Unternehmungen gerieth die Krankenhausfrage ins Stocken und ist erst wieder über Anregung des Landes Sanitätsreferenten Hofrath Dr. Ignaz Pelc an-

lässlich seiner Inspectionsreise im Jahre 1895 in Fluss gebracht worden.

Durch einen öffentlichen Aufruf wurden Sammlungen eingeleitet, und anlässlich des 50 jährigen Jubiläums Sr. Majestät beschloss die Bezirksvertretung, die durch den eingezahlten Gründungsfond und die reichlich zufliessenden Beiträge der Gemeinden, Gewerbegenossenschaften, Vereine und Privaten nicht gedeckten Auslagen aus dem Bezirksfond zu decken, sofort an die Ausführung des Baues zu schreiten und das Krankenhaus nach Einholung der Allerhöchsten Bewilligung »Kaiser Franz Josef I. Bezirkskrankenhaus« zu benennen.

Die Pläne wurden von der technischen Abtheilung des Landesausschusses entworfen, der Bau wurde vom Baumeister Neisser in Friedland sorgfältig ausgeführt. Die Wasserleitung installirte Anton Hofmann aus Warnsdorf, die Centralheizung die Firma B. E. Körting in Wien, die elektrische Beleuchtungsanlage

Digitized by Google

das Friedländer städtische Elektricitätswerk. Die Kosten des Baues sammt der Ein-

richtung stellen sich auf 300.000 K.

Das Krankenhaus liegt an der nordöstlichen Grenze der Stadt Friedland. An der Nordost und Südseite ist dasselbe vollkommen frei gelegen. An der Westseite ist das nächste Haus von der Einfriedung 30 m entfernt. Da das Terrain gegen die Umgebung erhöht ist, und in der Nähe sich keine gewerblichen oder Fabriksbetriebe befinden, erhält die Anstalt von allen Seiten nur reine und frische Luft. Die Form des Bauplatzes ist ein Rechteck von 170 m Länge und 67 m Breite, die gesammte Bauarea beträgt 11.390 m². Bei einem Belegraume von 50 Betten entfällt auf ein Bett 227 m² Bodenfläche. Die Communication zu dem Krankenhause ist die denkbar günstigste, da die Reichsstrasse, welche den ganzen Friedländer Bezirk durchschneidet, nur 30 m entfernt ist, und von derselben zwei Bezirksstrassen abzweigen. Der Zugang zu dem Krankenhause findet von einer neuangelegten städtischen Strasse mittelst einer Freitreppe und beiderseitigen Rampen statt. Der Boden ist für die Errichtung eines Spitales vollständig geeignet, der Grundwasserspiegel befindet sich 9 m unter dem Platzniveau. Die ganze Krankenhausanlage ist mit einem schönen Zaune umfriedet.

Wie aus der beigefügten Situationsskizze (siehe S. 407) zu ersehen ist, besteht das Krankenhaus aus dem Hauptgebäude, dem Oekonomiegebäude, dem Infectionspavillon, dem Leichenhause mit der Desinfectionskammer und dem oberirdischen Eiskeller mit Schupfen. Zwischen den einzelnen Gebäuden und rückwärts wird ein Gemüsegarten und eine Parkanlage geschaffen. Die äussere Façade aller Gebäude ist im deutschen Renaissancestile sorgfältig ausgeführt.

Das Hauptgebäude, in welches man durch eine Freitreppe und ein geschmackvoll ausgeführtes Vestibul gelangt, besteht aus dem Souterrain, dem Hoch-

parterre und 1. Stock.

Im Souterrain befindet sich die Hausmeisterwohnung, die Centralheizungs-

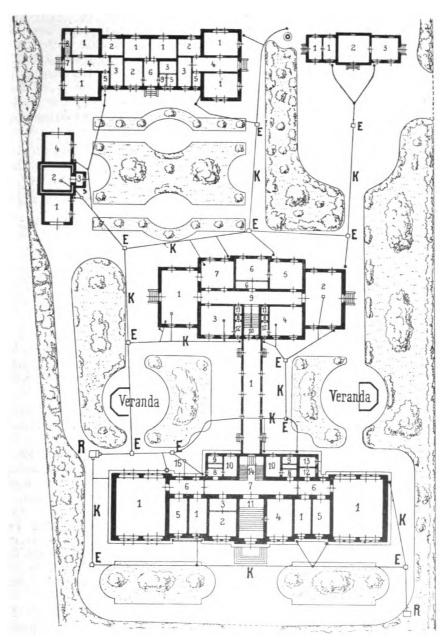
anlage, die elektrische Pumpanlage und mehrere Keller.

Im Hochparterre liegen rechts des Einganges die Verwaltungskanzlei, ein Einzelkrankenzimmer, ein Wärterzimmer und ein grosser Krankensaal von 95 m Länge und 8 m Breite. Dieser Saal ist für acht Kranke bestimmt und da die Höbe der Krankenzimmer 4 m beträgt, entfällt auf ein Bett ein Luftraum von 38 m³ und eine Fussbodenfläche von 9.5 m². Die Fensterfläche in diesem Saale beträgt ein Drittel der Fussbodenfläche. Links des Einganges befindet sich das ärztliche Ordinationszimmer mit einem Warteraum, ein Einzelzimmer, ein Wärterzimmer und ein gleich grosser Krankensaal wie rechts. Rechts und links der Stiege gegen die rückwärtige Seite gelangt man durch einen gemeinschaftlichen Vorraum einerseits ins Bad, anderseits zu den Aborten. Rechts vom Bade befindet sich eine Zelle für vorübergehenden Aufenthalt von Geisteskranken. Neben den Krankenzimmern ist ein Theil des Ganges auf beiden Seiten durch eine Glasthüre abgeschlossen und dient als Tagraum, aus dem man durch eine Thür in die offenen Terrassen gelangt.

Im 1. Stockwerke des Hauptgebäudes befindet sich in der Mitte der 6:52 m lange und 4:30 m breite Operationssaal. Die Beleuchtung desselben erfolgt mittelst eines 2:6 m hohen und 2:4 m breiten Fensters. Der Fussboden besteht aus Terrazzo, die Decken und Wände sind mit Emailfarbe gestrichen. Neben dem Operationssaale bestehen rechts zwei kleinere Krankenzimmer, ein Wärterzimmer und ein grosser Krankensaal, Bäder und Aborte wie ebenerdig. Dieselbe Eintheilung besteht auf der linken Seite. Sämmtliche Krankenzimmer haben Fichtenfussböden, die Gänge sind mit Chamotte gepflastert, die Bäder und Aborte haben Terrazzotussböden.

Das Oekonomiegebäude ist mit dem Hauptgebäude mittelst eines gedeckten, gut ventilirbaren, breiten Ganges verbunden. In diesem Gebäude sind untergebracht drei Keller für Wirthschaftszwecke, im Parterre die 9m lange und

6m breite Küche, ferner Spül- und Waschküche, der Speiseabgaberaum, Speisekammern, Wäschedepot und Bügelzimmer. Im 1. Stock befinden sich Wohnungen für die Pflegeschwestern, eine Kapelle und ein Badezimmer.



Das neue Bezirkskrankenhaus in Friedland.

Der Infectionspavillon befindet sich 25 m entfernt vom Oekonomiegebäude, ist ebenerdig und besteht aus drei vollkommen getrennten Abtheilungen mit drei gesonderten Eingängen. In der Mitte dieses Gebäudes befinden sich zwei Krankenzimmer, je 4.13 m lang und 3.35 m breit, an den Seiten beiderseits ebenfalls zwei Zimmer, 6 m lang und 4 m breit. Jede von den drei Abtheilungen besitzt ein eigenes Bade- und Wärterzimmer und eigenen Abort.

Die Leichenhalle befindet sich an der Ostseite, ist 5m lang, 5m breit, 6:75m hoch, besitzt Oberlicht und ist mit Chamotte gepflastert. An dieselbe schliesst sich das geräumige Sectionslocal mit Terrazzofussboden an. Linkerseits des Leichenhauses ist die Desinfectionskammer angebaut, in der ein Dampfdesinfector von Kurz, Rietschel und Henneberg aufgestellt ist. Die Desinfectionskammer besitzt zwei Thüren für getrennte Abgabe der zu desinficirenden und Entnahme der desinficirten Sachen. Zwischen dem Oekonomiegebäude und dem Infectionspavillon, an der westlichen Umfriedung, ist der oberirdische Eiskeller erbaut, an den sich einerseits der Requisitenschupfen, anderseits der Schupfen für den Sanitätstransportwagen des Rothen Kreuzes anschliesst.

Das Hauptgebäude besitzt eine Central-Niederdruckdampfheizung, welche sämmtliche Localitäten versorgt und vorzüglich functionirt. Die mit Regulirventilen ausgestatteten Heizkörper (Radiatoren) sind freistehend und leicht zu reinigen. In dem Oekonomiegebäude und Infectionspavillon sind theils Kachel-, theils Regulirfüllöfen aufgestellt.

Die Beleuchtung ist in allen Räumen, Gängen etc. elektrisch. Der Strom wird von dem städtischen Elektricitätswerke geliefert.

Die Ventilation geschieht in der Weise, dass die Aussenluft durch in den Mauern befindliche Frischluftcanäle mittelst regulirbarer Luftkästen in die Krankenzimmer gelangt, und die verbrauchte verdorbene Luft durch Schläuche mit Jalousienverschluss abgeleitet wird. Ausserdem bestehen an allen Fenstern leicht zu handhabende Klappflügel.

Sämmtliches Trink- und Nutzwasser wird zwei Brunnen entnommen, die reichliches, gutes Trinkwasser liefern. Aus dem grösseren Brunnen wird das Wasser mittelst Elektromotors gehoben und bis in die am Dachboden des Hauptgebäudes befindlichen zwei Reservoirs geleitet, aus denen dann die einzelnen Abtheilungen durch Rohrstränge aus Schmiedeeisen versorgt werden.

Die Ableitung der Abwässer aus der Wasch- und Kochküche, dann den Bädern, aus dem Haupt- und Oekonomiegebäude, ferner der Eisschmelzwässer, der Pump- und Niederschlagswässer erfolgt mittelst Steinzeugröhren, die westlich in eine mit einem Holzhäuschen überdeckte Reinigung sanlage R münden. Die Reinigung erfolgt durch Kalkmilchzusatz und ein Coaksfilter. Aus dieser Reinigungsanlage gelangen die Abwässer durch eine Rohrleitung zu einer zweiten Reinigungsanlage R an der östlichen Eingangsecke, in der sieh ebenfalls ein Coaksfilter befindet. Nach Passirung des letzteren laufen die Wässer durch ein $60\,m$ langes Cementrohr in den genügend breiten Reichsstrassengraben ab, um daselbst theils zu versickern, theils in den Rasnitzbach abzulaufen. Zum Auffangen der Excremente und des Closetwassers aus dem Haupt- und Oekonomiegebäude dienen sieben aus Cement mit eisernen Doppeldeckeln hergestellte Senkgruben. Für die Abwässer aus dem Infectionspavillon und Sectionsraume bestehen separate Senkgruben, welche nach durchgeführter Desinfection entleert und verführt werden.

Sämmtliche Aborte sind hell und für Wasserspülung eingerichtet.

Die innere Einrichtung ist zweckmässig und reichhaltig. Die Betten bestehen aus weiss angestrichenem Eisen mit Drahtmatratze und sind mit einer Rosshaarmatratze, einem Keil- und Federpolster und einer Sommer- und Winterdecke ausgestattet. Auch sämmtliche andere Einrichtungsgegenstände sind zweckentsprechend. Die Einrichtung des Operationssaales, sowie das ärztliche Instrumentarium ist vollständig und reichhaltig.

Die Pflege haben die Schwestern vom Orden des heiligen Karl Borromäus übernommen.

Die Erlangung des Oeffentlichkeitsrechtes für das Krankenhaus, das allen gesetzlichen Erfordernissen entspricht, wird angestrebt.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k. k. Landesregierung in Kärnten vom 18. Juli 1902, Z. 13541,

an alle Bezirkshauptmannschaften,

betreffend Desinfection der zur Beförderung Infectionskranker verwendeten Transportmittel.

Die von der k. k. Landesregierung seinerzeit gepflogenen Erhebungen über den Transport Infectionskranker in öffentliche und private Spitäler, sowie über jene Maassnahmen, welche behufs verlässlicher Desinfection der hiebei in Verwendung gezogenen Transportmittel (Fuhrwerke, Lohnwagen, Tragbahren etc.) bereits in Uebung stehen, haben ergeben, dass einerseits derartige Ueberführungen nicht allzuhäufig und dann nur aus zwingenden Gründen geschehen, und dass anderseits in jenen Fällen, in welchen bei der Aufnahme eines Infectionskranken in eine Krankenanstalt der Charakter der ansteckenden Krankheit sofort erkannt wird, die Desinfection des betreffenden Vehikels, sowie auch jene der Begleitpersonen thatsächlich durchgeführt wird.

Um nun die Möglichkeit der Verbreitung von Infectionskrankheiten durch den Transport der mit solchen Krankheiten Behafteten auf ein geringes Maass herabzusetzen, findet die k. k. Landesregierung noch Folgendes zu verfügen:

Die Gemeinden und Districtsärzte des dortigen politischen Bezirkes sind aufzufordern, bei jeder aus gerechtfertigten Gründen beabsichtigten Ueberführung derartiger Kranker in eine öffentliche oder private Krankenanstalt dafür zu sorgen, dass durch das Begleitpersonale der Charakter der Krankheit der betreffenden Krankenanstalt bei Uebergabe des Kranken sofort bekanntgegeben werde. Auch die nicht in öffentlichen Diensten stehenden praktischen Aerzte sind einzuladen, von einem solchen Transporte, der

durch sie selbst veranlasst wird oder zu dessen Kenntnis sie gelangen, sofort die zuständige Gemeinde eventuell den betreffenden Districtsarzt zu verständigen.

Hiedurch wird es ermöglicht werden, dass bei solchen Transporten vor der Rückkehr des Transportmittels und des Begleitpersonales jene desinfectorischen Maassnahmen durchgeführt werden, welche von der betreffenden Krankenhausvorstehung im Einverständnisse mit der Gemeindevorstehung für nothwendig erachtet werden. Anderseits sind die Vorstehungen der im dortigen politischen Bezirke befindlichen privaten Spitäler - betreffs der öffentlichen wird unter Einem das Einvernehmen mit dem kärntnerischen Landesausschusse directe gepflogen - aufmerksam zu machen, bei jedem mittelst Fuhrwerkes oder sonstiges Vehikels einlangenden Krankentransporte stets die Möglichkeit ins Auge zu fassen, dass bei dem Eingebrachten eine Infectionskrankheit vorliege, weshalb sowohl dieses Transportmittel als das Begleitpersonale nicht früher zu entlassen ist, bevor nicht mit aller Bestimmtheit das Bestehen einer Infectionskrankheit ausgeschlossen werden konnte, oder aber bei Verdacht die nöthige Desinfection durchgeführt wurde.

Nachdem im Sinne des al. 1 des § 4 des Reichssauitätsgesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, den Gemeinden die Durchführung der örtlichen Vorkehrungen zur Verhütung ansteckender Krankheiten und ihrer Weiterverbreitung im übertragenen Wirkungskreise obliegt, werden die Gemeinden speciell aufzufordern sein, im Einvernehmen mit ihren Distristsärzten, respective mit den bezüglichen Krankenhausvorstehungen jene Verfügungen im Bedarfsfalle an Ort und Stelle zu treffen, welche nach obigen allgemeinen Gesichtspunkten erforderlich erscheinen.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In der am 30. Juli 1. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber das Project der Errichtung eines neuen Pavillons für Haut- und Geschlecht skranke bei einer Wiener k. k. Krankenanstalt:
- 2. über das Project der Erweiterung eines Wiener k. k. Krankenhauses durch Aufsetzung eines Stockwerkes;
- 3. ferner wurde ein Vorschlag für die Besetzung von Stellen, u. zw. eines Abtheilung svorstandes und eines Prosectors im Stande der Wiener k. k. Krankenanstalten erstattet:
- 4. schliesslich wurde ein Gutachten über ein Ansuchen um Uebertragung der Concession für eine Privatheilanstalt in Wien abgegeben.

In der am 7. Juli l. J. abgehaltenen Sitzung standen folgende Referate in Verhandlung:

- 1. Ueber ein Project zur Errichtung je eines Pavillons für geisteskranke Männer und Frauen bei einer bereits bestehenden Privatheilanstalt in der Nähe Wiens;
- 2. über einen seitens einer Curanstalt eingebrachten Recurs gegen den Auftrag der zuständigen Bezirksbehörde wegen Abstellung sanitärer Uebelstände;
- 3. über ein Ansuchen, betreffend die Errichtung einer Capelle mit Familiengruft in einer Gemeinde Niederösterreichs ausserhalb Wien;
- 4. über den Entwurf eines Statuts und einer Geschäftsordnung für ein Ambulatorium in Wien:
- 5. über ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung eines Bades nach Kneipp'schem Systeme seitens eines Vereines in Wien; schliesslich
 - 6. über ein Project zur Beheizung der Wiener Strassenbahnwägen.

Berathungsgegenstände in der am 14. Juli l. J. abgehaltenen Sitzung:

- 1. Project der Erbauung einer neuen städtischen Versorgungsanstalt in Wien;
- 2. Entwurf einer Instruction für den ärztlichen und Wartedienst in einer Wiener k. k. Krankenanstalt.

Oberösterreich. In der Sitzung am 11. Juli 1902 wurde über die Errichtung eines Gemeindes pitales und die Herstellung einer ärztlichen Ordinationsanstalt bei einem Bade berathen, beziehungsweise Gutachten erstattet.

Salzburg. In der Sitzung am 23. Juni 1902 wurde nach Mittheilung des Einlaufes durch den Vorsitzenden das Gutachten über die durch die Ablassung des Leopoldskroner Weihers gegebenen sanitären Verhältnisse erstattet.

Krain. In der Sitzung vom 17. Juni l. J. kamen nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Impfbericht für das Jahr 1901.
- 2. Gutächtliche Aeusserung über die Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Assling.
- 3. Gutächtliche Aeusserung über die Pläne für den Bau eines neuen Schulhauses in Oberlaibach.
- 4. Gutächtliche Aeusserung über das Project eines Gemeinde-Schlachthauses in Wocheiner-Feistritz.
 - 5. Besetzungsvorschlag für mehrere Bezirkshebammenposten.

Böhmen. In der am 5. Juli 1902 stattgefundenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Zulässigkeit der weiteren Benützung einer bisher nicht genehmigten Privatheilanstalt in Semil.
 - 2. Errichtung einer Wasserheilanstalt in Senftenberg.
- 3. Zulässigkeit der Errichtung von Privatambulatorien in Prag überhaupt und des Ambulatoriums im Hause Nr. 246/V in Prag insbesondere.

- 4. Versendung des Kotigauer Säuerlings.
- 5. Erweiterungsbau der königl. böhmischen Landes-Irrenstalt in Ober Berkowitz.
- 6. Ausbesserung schadhafter emaillirter Eisengeschirre durch Kupferniete.
- 7. Desinfectionsstation der k. k. priv. Staatseisenbahngesellschaft in Holeschowitz-Bubna.
- 8. Gesuch um Bewilligung eines Inhalatoriums und einer pneumatischen Kammer in der Curanstalt Sauerbrunn-Bilin.
 - 9. Erweiterung des Friedhofes in Heiligfeld.
 - 10. Gesuch um behördliche Genehmigung der Heil- und Moorbäder in Mseno.
- 11. Gutachten, ob die von einer Firma erzeugten Weinessenzen und Bouquets zu den Kunst- oder Halbweinen im Sinne des Gesetzes vom 21. Juni 1880, R. G. Bl. Nr. 120, gezählt werden können.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Russland (S. 403). In Odessa sind bis zum 23. August insgesammt 10 pestverdächtige Erkrankungen vorgekommen, wovon 3 tödtlich verliefen; 2 Kranke sind genesen, während noch 5 in Behandlung verblieben. — Die dortige Sanitätscommission hat die Ausfuhr von gebrauchter Wäsche, Kleidern und Bettzeug, Watta, alten Säcken und Teppichen, frischen Fellen, ungegerbtem Leder, Thierabfällen, Hörnern, Hufen und Haaren verboten. Auf dem Landwege dürfen alte Säcke, jedoch nur nach vorgenommener Desinfection, ausgeführt werden.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 25. bis 31. Juli 33 Erkrankungen und 26 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 20. bis 26. Juli 12 Todesfälle an Pest ausgewiesen. In der Präsidentschaft Madras sind in den zwei aufeinanderfolgenden Wochen vom 6. bis 19. Juli 37, 51 Erkrankungen, und 29, 41 Todesfälle an Pest verzeichnet worden.

Australien. Neu-Süd-Wales. In Sydney (S. 387) ist in der Woche vom 29. Juni bis 4. Juli weder eine Erkrankung noch ein Todesfall an Pest beobachtet worden. Am Schlusse der Woche verblieben noch 16 Pestkranke in Behandlung. Insgessmmt sind bisher 140 Personen erkrankt und 39 gestorben.

Brasilien. Laut einer telegraphischen Mittheilung vom 20. August hat die brasilianische Regierung Stadt und Hafen von Pernambuco für pestfrei erklärt.

Cholera. Aegypten. In Cairo betrug in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 23. bis 29. August (Mittag bis Mittag) die Zahl der beobachteten Erkrankungen (Todesfälle) an Cholera: 29 (25), 28 (27), 31 (30), 20 (18), 17 (20), 14 (14); in den Vorstädten: 46 (45), 41 (28), 46 (33), 46 (41), 43 (37), 40 (34).

Nach dem in Nr. 120 des "Bulletin quarantenaire" veröffentlichten Ausweise über den Verlauf der Cholera in Aegypten sind in der Woche vom 12. bis 18. August insgesammt 636 neue Erkrankungen (und 791 Todesfälle) verzeichnet worden; hievon entfielen auf Cairo 27 (143), Alexandrien 3 (1) und auf die Provinzen Assiut (Districte: Assiut, Abu Tig, Mellaui, Deyrut, Manfalut) 99 (114), Guizeh (Districte: Guizeh, Embabeh) 186 (236), Galiubieh (Districte: Nawa, Galiub, Benha) 14 (25), Minieh (Districte: Fachn, Minieh, Magagha, Beni Mazar) 140 (134), Menufieh (Districte: Chibin-el-Kom, Kuesna, Menuf, Tala) 31 (53), Beni Suef (Districte: Beni Suef, Bibeh) 11 (8), Charkieh (Districte: Zagazig, Mina-el Gamh, Damiette, Fakus) 95 (47), Gharbieh (Districte: Tantah, Mehallet-Kobra, Zifteh, Kafr-Zayat) 7 (3), Behera (Districte: Neguileh, Kafr-Dawar) 16 (11), Guirgueh (Districte: Sohag, Guirgueh) 4 (13), Dakalieh (Districte: Dekernes, Mil-Gamr) 1 (2) und Fayum (Districte: Sanures, Fayum 2 (1).

Russland. Die kaiserlich russische Regierung hat die Stadt Tokio für choleraverseucht erklärt.

Japan (S. 404). Bis zum 16. Juli ereigneten sich in Japan laut amtlicher Nachweisungen insgesammt 231 Erkrankungen (142 Todesfälle) an Cholera, und zwar in Tokio 2 (1), in den

Vororten 2 (2), in der Provinz Saga 75 (42), in der Provinz Nagasaki, Stadt 1 (1), und Land 2 (2); in Fukuoka, Stadt 32 (23), Land 70 (50), im Gefängnisse von Fukuoka 27 (12) und in Formosa 20 (9). Nach anderweitigen Mittheilungen sollen bis Mitte Juli in Tokio 20 Personen der Seuche erlegen sein.

Philippinen (S. 380). Die Epidemie ist in Manila und in den Provinzen neuerdings in Zunahme begriffen. In Manila wurden anfangs Juni innerhalb 24 Stunden bis zu 49, in den Provinzen bis zu 340 Cholerafälle verzeichnet. Die Sterblichkeit schwankt zwischen 70 und 80% der Erkrankungsfälle. Bis zum 6. Juli sind in Manila 1954, in den Provinzen 10.845 Personen erkrankt und 1551, beziehungsweise 8143 an Cholera gestorben.

Vermischte Nachrichten.

Saccharinverkehr. Anlässlich der Intimation des Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 10. April 1902, Z. 12340, betreffend Erläuterung des § 2 der Ministerialverordnung vom 20. April 1898, R. G. Bl. Nr. 52, über den Saccharinverkehr in Apotheken, (S. 183 d. Bl.), hat die k. k. Statthalterei in Prag die unterstehenden politischen Behörden aufmerksam gemacht, dass nach dieser Erläuterung der Freihandverkauf von Zuckerintabletten, welche unter der Bezeichnung "Heyden" in den Handel gebracht und nach Inhalt der von einer Wiener Firma in die Tagesblätter eingeschalteten Annoncen und der an Handels- und Geschäftsleute versendeten vertraulichen Mittheilungen angeblich ohne Beschränkung bezogen und abgegeben werden können, verboten ist. Gleichzeitig wurden den unterstehenden Behörden die Bestimmungen des Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. März 1901, Z. 3443,*) in Eripnerung gebracht, wonach von bei der Controle erhobenen Ordnungswidrigkeiten in der Gebahrung mit Saccharin nicht nur die zuständige Finanzbehörde unverweilt in Kenntnis zu setzen, sondern von der eventuellen Uebertretung der Ministerialverordnung vom 20. April 1898, R. G. Bl. Nr. 52, auch der competenten Gerichtsbehörde Mittheilung zu machen, beziehungsweise in Fällen unterlassener oder mangelhafter Führung der Vormerkbücher das Amt zu handeln ist. Auch wurden dieselben aufgefordert, dem Schmuggel-, beziehungsweise Hausirhandel mit Saccharin, welcher in vielen Grenzbezirken des Landes in letzter Zeit an Ausbreitung gewonnen hat, besondere Beachtung zuzuwenden, diesbezüglich geeignete Maassnahmen zu treffen, und im Betretungsfalle gegen die Schuldtragenden mit aller Strenge vorzugehen. (Erlass der k. k. Statthalterei in Böhmen vom 24. April 1902, Z. 75454.)

Neue Heilquellen. Die Statthalterei in Prag hat die dem Prämonstratenser Chorherrnstifte in Tepl gehörigen, neugefassten Alexandrinen- und Alfredsquellen in Marienbad auf Grund des Ergebnisses der durchgeführten chemisch-bakteriologischen Untersuchungen als öffentliche Heilquellen erklärt. Beide Heilquellen sind sulfatisch-salinische Säuerlinge mit einem erheblichen Eisengehalte und geringem Gehalte an Lithium. Das Wasser der nunmehrigen Alexandrinenquelle nähert sich in seiner Zusammensetzung dem der früheren, bereits zum Gebrauche zugelassenen Alexandrinenquelle, das des Alfredsbrunnens zeigt eine nahezu gleiche Zusammensetzung wie das Wasser des Kreuzbrunnens (Erlass der Statthalterei in Prag vom 13. Juni 1902, Z. 99362.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 27. August bis 2. September beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen im politischen Bezirke Kamionka: Radziechow 3.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bobrka: Horodyszcze cetnarskie 2; Bohorodczany: Krzyczka 4; Horodenka: Zukow 1, Tyszkowce 3; Husiatyn: Karaczynce 1, Nizborg nowy 2, Rudki ad Suchostaw 1, Wierzchowce 1; Jaworow: Jazow stary 3; Kolomea: Balince 1; Mościska: Laski goscincowe 7; Sanok: Zawadka rymanowska 4; Stryj: Korostow 3; Trembowla: Brykula nowa 1.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 185.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I, Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 11. September 1902.

Mr. 37.

Inhalt. Das gewerkschaftliche Krankenhaus in Orlau. — Mitheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Beilage: Todesursachen in Oesterreich in den Jahren 1873-1900.

Das gewerkschaftliche Krankenhaus in Orlau.

Von Dr. Franz Nowotný, k. k. Bezirksarzt.

Im Herbste des Jahres 1899 entstand unter der Belegschaft am Hauptschachte in Orlau in Folge Genusses eines durch Abortjauche inficirten Brunnenwassers eine Typhusepidemie, welche rasch um sich griff und in wenigen Tagen 60 Erkrankungen in fünf Gemeinden, in welchen die Bergarbeiter der genannten Grube zerstreut wohnten, zur Folge hatte.

Da weder die Gewerkschaft noch die einzelnen Gemeinden über Isolirlocalitäten zur Unterbringung von Infectionskranken verfügten, und die Patienten in den überfüllten, unsauberen Privatwohnungen belassen werden mussten, wuchs die Zahl der Kranken trotz der Sperrung des inficirten Brunnens von Tag zu Tag.

Ueber behördliche Anregung hat nun die Gewerkschaft bereitwillig sechs Colonienhäuser mit je vier Familienwohnungen evacuirt und als Nothspital ein-

gerichtet.

In dieselben wurden so rasch als möglich die Typhuskranken überführt und ihre Wohnungen etc. desinficirt. Die Aushebung der Kranken aus den Privatwohnungen dauerte bei den schlechten Communicationswegen in den zerstreuten Gemeinden, weil nur ein Krankentransportwagen zur Verfügung stand, mehr als eine Woche.

Unterdessen kamen stets frische Krankheitsfälle zum Vorscheine, so dass vorauszusehen war, dass die errichteten Werksnothspitäler für die Krankenaufnahme nicht ausreichen werden.

Ueber Intervention der Behörde wurde nun in der Gemeinde Orlau ein Central-Epidemienothspital, und zwar für die Gemeinden Orlau, Lazy, Dombrau, Poremba und Polnisch-Leuthen in einem neuerbauten Hause mit 16 Betten eingerichtet.

Durch Isolirung sämmtlicher Kranker in diesen Nothspitälern ist es erst ge-

lungen, dem Auftreten des Abdominaltyphus ein Ziel zu setzen.

Nach dem Erlöschen der Epidemie wurden die gewerkschaftlichen Nothspitäler aufgelöst, das Orlauer Central-Epidemiespital blieb jedoch, weil es ununterbrochen

Digitized by Google

mit Infectionskranken, an welchen es in den Kohlenrevieren bei dem notorischen Zuzug der Arbeiterschaft aus Galizien, Ungarn und Deutschland nie mangelt, belegt war, in Benützung, und wurde demselben mit der Kundmachung der k. k. schlesischen Landesregierung vom 4. Juli 1900, Z. 12861,*) das Oeffentlichkeitsrecht verliehen.

Dieses Nothspital hat sich als eine wahre Wohlthat für die ganze Umgebung erwiesen, indem es bis jetzt gelungen ist, durch Isolirung der in die genannten Gemeinden eingeschleppten ersten Krankheitsfälle alle bösartigen Epidemien (Scharlach.

Diphtherie, Typhus etc.) im Keime zu ersticken.

Aus diesem Grunde ging das Bestreben der Behörde dahin, dieses Epidemiespital, welches, in einem Privathause etablirt, verschiedene sanitäre Mängel aufwies und einen provisorischen Charakter trug, in ein entsprechendes Definitivum umzuwandeln.

Als alle bei den betheiligten Gemeinden diesbezüglich unternommenen Schritte resultatlos blieben, hat sich die Behörde an die vereinigte Direction der Wittkowitzer Steinkohlengruben und des Steinkohlenbergbaues Orlau, Lazy und Dombrau gewendet und derselben die Errichtung eines Infectionsspitales nahegelegt.

Dieser Anregung hat die Gewerkschaft Folge geleistet und beschlossen, ein Epidemiespital aus eigenen Mitteln zu erbauen, und die Infectionskranken aus den interessirten Gemeinden gegen Bezahlung der für das Infectionsspital fixirten Taxe

aufzunehmen.

Zu diesem Zwecke hat die Gewerkschaft die Orlauer Herrschaft käuflich erworben und das dazugehörige Schloss zur Errichtung eines Werkspitales sammt Infectionsabtheilung gewidmet.

Durch diese grossherzige Spende der Gewerkschaft wurde das erste grössere

Werkspital in den schlesischen Kohlenrevieren geschaffen.

Welche Bedeutung diesem Humanitätsacte zukommt, ist daraus zu entnehmen, dass für die 8000 Seelen zählende Arbeiterschaft bisher kein Spital bestand, dass die zahlreichen Verletzten nach Anlegung des Nothverbandes in das nächste, etwa drei Stunden entfernte allgemeine Krankenhaus nach Teschen mittelst Wagens oder Bahn transportirt werden mussten, und nicht selten ein Todesfall während des Transportes in Folge der eingetretenen Blutung oder Erschöpfung eintrat, bevor noch dem Kranken der rettende Eingriff des Operateurs zutheil werden konnte.

Das Schloss wurde sammt Nebengebäuden mit einem Aufwande von 120.000 K nach den Anforderungen der modernen Spitalshygiene zum Spitale mit 46 Betten

adaptirt, und am 10. Juni d. J. fand die feierliche Eröffnung desselben statt.

Das gewerkschaftliche Krankenhaus ist auf einem etwa 30 m hohen Hügel in einer grossen mit hochstämmigen, schattigen Bäumen versehenen Parkanlage

gelegen.

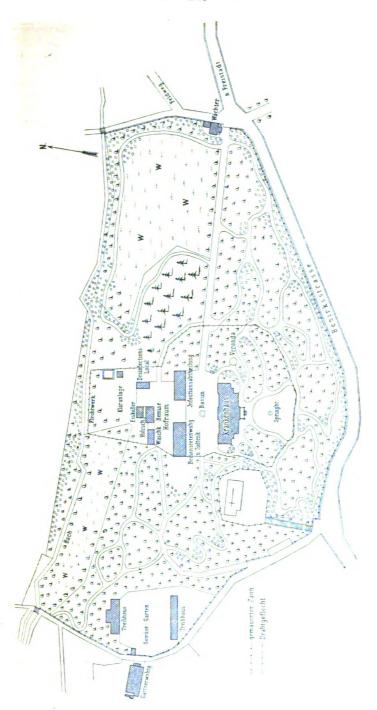
Dasselbe ist daher nach allen Seiten vollkommen frei und fern von menschlichen Wohnungen situirt und der Luft und der Sonne frei zugänglich. Die ganze Fläche der Parkanlage sammt Bauarea beträgt 6 ha, 59 a und $84 m^2 = 11$ Joch 746 Quadratklafter. Hievon entfallen auf die Bauarea 40 a $50 m^2$; für die Parkanlage bleibt somit eine Fläche von 6 ha, 19 a und $34 m^2$.

Der Spitalspark ist durch eine Ziegelmauer mit Stacheldrahtzaun von der nächsten Umgebung ganz abgeschlossen. Die Zufahrt zum Krankenhause erfolgt von

der an dem Spitalsgarten vorbeiführenden Bezirksstrasse.

Die Spitalsanlage stellt, wie aus der Situationsskizze (S. 415) ersichtlich ist, ein Pavillonsystem dar und besteht aus einem einstöckigen Hauptpavillon, einem Infectionspavillon, einem Desinfectionshäuschen, einer Waschküche sammt Wagenremise, einem Todtenkammergebäude und einem Eiskeller.

^{*)} Siehe Jahrg. 1900 d. Bl., S. 357.



Das gewerkschaftliche Krankenhaus in Orlau. Lageplan.

Die beiden Krankenpavillons sind mit ihrer Längsachse in der Richtung von Osten nach Westen gestellt.

Der Hauptpavillon, in welchen man durch ein hübsches Vestibule mit Marmorhauptstiege gelangt, ist einstöckig.

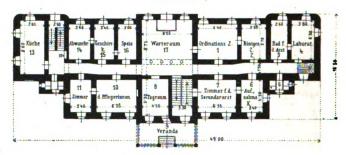
Das Vestibule ist mittelst eines grossen Thonofens beheizbar und als Warteraum für die ankommenden Patienten eingerichtet.

Zur Vermeidung von Luftzug ist beim Eingange ein verglaster Windfang und

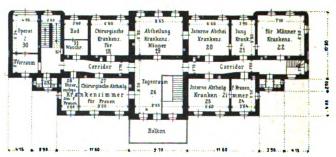
bei der Stiege eine Glasthür eingebaut.

Oestlich vom Warteraum befindet sich das Ordinationszimmer, dann an dieses anschliessend ein vollkommen eingerichtetes Zimmer für Röntgenstrahlenuntersuchung, das Badezimmer für den Arzt und das Laboratorium. Südlich vom Corridor ist ein Abort, die Aufnahmskanzlei und das Wohnzimmer für den Secundararzt situirt. Neben der Stiege befindet sich ein Tagraum für die Reconvalescenten mit einer gedeckten und verglasten Veranda und mit Ausgang in den Garten. Westlich vom Warteraum sind die Spitalsküche mit ihren Nebenräumlichkeiten und die Wohnungsräume für die Pflegeschwestern, wie auch ein Abort untergebracht.

Parterre.



I Stock.



Das gewerkschaftliche Krankenhaus in Orlau.

Das erste Stockwerk enthält die Krankenzimmer, welche sowohl zur Unterbringung der chirurgischen Kranken als auch der internen Fälle bestimmt sind. Von der mittleren, zugleich der Hauptstiege, gelangt man in einen grossen mit einem offenen Balkon verbundenen Tagraum für die Reconvalescenten.

Oestlich vom Hauptaufgange ist die interne, westlich die chirurgische Abtheilung sammt Operationszimmer situirt und derart eingetheilt, dass die Krankenzimmer für Frauen in beiden Abtheilungen südlich, jene für Männer nördlich vom Corridor zu liegen kommen. In jeder Abtheilung befindet sich eine Abortanlage, bei der chirurgischen überdies ein Badezimmer sammt einem Waschraume für die bewegungsfähigen Kranken. Beide Abtheilungen sind mit je 17 Betten ausgestattet.

Die Vertheilung derselben und die für jedes Bett vorhandene Fläche und der Luftraum ist in nachstehender Tabelle angeführt.

Zimmer- Nr.	Betten- zahl	Fläche m²	Luftinhalt m2	Zimmer- Nr.	Betten- zahl	Fläche m²	Luftinhalt m^2
		pro	Bett		pro	Bett	
18	4	9.7	33.5	2 2	6	7.6	34.9
19	6	7.8	31.4	24	2	10· 5	36· 5
20	4	9.7	3 3 ·5	2 5	4	9.0	31.0
21	2	11.5	31 6	27	6	7.3	30.2

Die Fussböden in den Krankenzimmern sind eichene Brettelböden. Die Wände der Krankenzimmer sind vollkommen glatt und auf 2 m hoch mit grüner Oelfarbe angestrichen. Der übrige Theil der Wände und die Decken sind mit einem gewöhnlichen lichtgrünen Anstriche versehen.

Zur Ventilation der Krankenzimmer sind sämmtliche oberen äusseren Fensterflügel um die obere horizontale Achse, die inneren Fensterflügel um die untere horizontale Achse drehbar eingerichtet. Die Stellung dieser Ventilationsflügel wird von unten bewirkt; ferner sind in jedem Zimmer und in dem Corridor in den Mittelmauern 300/540 grosse Ventilationskamine mit Jalousienabschluss für Sommer- und Winterventilation hergestellt, die $2^1/2$ m hoch über das Bodenpflaster ausgemauert sind und im Dachbodenraume, welcher durch zahlreiche unverglaste runde Fenster gut gelüftet ist, münden.

Die Beheizung sämmtlicher Krankenzimmer wird mittelst grosser Thonösen, die von innen zu heizen sind, bewirkt. Die Fenster und die Thüren, sowie sämmtliche Einrichtungsstücke in den Krankenzimmern sind weiss gestrichen. Alle Fenster sind mit Vorhängen aus grauem Leinenstoffe versehen. Die in den Krankenräumen aufgestellten Betten mit Drahteinsätzen haben durchwegs einen weissen Anstrich. Die dreitheiligen Matratzen, Keil- und Kopfpolster sind aus Rosshaar, die Nachtkästchen aus Eisenblech. Zu jedem Bette gehört ein Holzsessel; ausserdem ist in jedem Krankenzimmer ein Tisch mit einigen Sesseln aufgestellt. Für jedes Bett ist die fünffache Wäsche vorräthig.

Das Operations zimmer ist 405 m breit, 6·34 m lang und 3·45 m hoch. Der Fussboden ist in Terrazzo ausgeführt und gegen eine in der Mitte befindliche Abflussöffnung geneigt. Alle Kanten und Ecken sind abgerundet, die Wände und Decken mit Gyps glatt verputzt und mit weissem Emailfarbenanstriche versehen. Die Beleuchtung des Operationssaales erfolgt von der Nordseite durch ein 3·6 m breites, bis zur Decke reichendes Fenster.

Das Operationszimmer ist mit einem weiss gestrichenen Operationstische von Eisen, einem Waschtische, bei welchem der Zu- und Abfluss des kalten und warmen Wassers durch eine Trittvorrichtung regulirbar ist, einem schönen Instrumentarium mit elektrischen Sterilisatoren für Verbandstoffe, Wasser und Instrumente ausgestattet.

Das Badezimmer ist vom Waschraume durch eine Glaswand aus geripptem Glase abgetrennt. Der Fussboden in beiden Räumen ist aus Steinpflaster mit einem Gefälle gegen den in der Mitte befindlichen Abflusscanal hergestellt. Die Wände und Decken sind mit weisser Emailfarbe angestrichen. Im Badezimmer sind zwei feste und eine transportable Wanne aus Zinkblech aufgestellt. Die Badewannen sind mit je einer regulirbaren Warm- und Kaltwasserleitung, wie auch mit einer Douche versehen.

Im Waschraume befindet sich ein Waschtisch, bei welchem gleichzeitig vier Personen auf einmal, aber nur in fliessendem Wasser sich waschen können. Das Wasser für das Bad, den Waschraum und für das Operationszimmer wird in einem im Spülraume befindlichen grossen, jenes für das Aerztebad in einem bei der Wanne aufgestellten kleinen Wasserofen gewärmt.

In jedem Corridor, im Tagraume, im Waschraume und im Operationszimmer ist ein Wandbrunnen für das Trinkwasser etablirt.

Die Küche und ihre Nebenräume sind mit einem Fliessfussboden versehen; die Wände und die Decke in der Küche sind ganz, die Wände des Spülraumes 2 m hoch mit lichtgrüner Oelfarbe gestrichen.

Zur Beförderung der Speisen aus der Küche in den ersten Stock ist in der

Mauer beim Nebenstiegenaufgang ein Aufzug angebracht.

Die Abortanlagen bestehen aus je zwei durch eine Holzwand von dem gemeinsamen Vorraume getrennten Aborten, welche mit Pissoirclosets und Wasserspülung ausgerüstet sind. Die Abfallrohre werden übers Dach ventilirt und sind mit doppelten Geruchsverschlüssen versehen.

Auf dem grossen und hohen, mit Ziegeln gepflasterten Dachboden befinden sich Verschläge für die gereinigten (desinficirten) Kleider und Wäsche der Kranken sowie die Spitalsmagazine. (Schluss folgt.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. *Italien*. Mit Seesanitätsverordnung vom 27. August l. J., Nr. 19, wurde der Hafen von Victoria in Brasilien für pestverseucht erklärt und angeordnet, dass auf Herkünfte aus diesem Hafen die Bestimmungen der Verordnung vom 23. Februar 1902, Nr. 5 (S. 176 d. Bl.), Anwendung zu finden haben.

Rumänien. Die fünftägige Quarantaine für Herkünfte aus Odessa (siehe S. 379) wurde mit 22. August aufgehoben und durch eine ärztliche Visite ersetzt. Der Hafen von Constantza wurde für Herkünfte aus diesem Hafen wieder geöffnet.

Aegypten. (S. 403) In der Woche vom 22. bis 29. August wurden in Alexandrieu 2 Peatfälle constatirt.

Britisch-Indien. (S. 411) In Bombay sind in der Woche vom 1. bis 7. August 46 Erkrankungen und 31 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 27. Juli bis 2. August 11 und in Kurachee in der Woche vom 26. Juli bis 1. August 4 Todesfälle an Pest vorgekommen. In der Präsidentschaft Madras wurden in der Woche vom 20. bis 26. Juli 101 Erkrankungen und 82 Todesfälle an Pest ausgewiesen.

Australien. Neu-Süd-Wales. In Sydney (S. 411) ist auch in der Woche vom 5. bis 12. Juli weder eine Erkrankung noch ein Todesfall beobachtet worden. Am Schlusse der erwähnten Woche standen daselbst noch 15 Pestkranke in Behandlung.

Queensland. (S. 371.) In diesem Staate ist seit 31. Mai keine neue Erkrankung an Pest vorgekommen. Im ganzen sind in diesem Jahre daselbst 81 Personen (79 in Brisbane und je eine in Rose wood und Townsville) erkrankt und 25 gestorben. In Brisbane wurden seit Ende April 3800 Häuser gereinigt und 2150 Fuhren Abfallstoffe (einschliesslich die regelmässigen Strassen- und Hauskehrichtfuhren) aus den inficirten Stadttheilen abgeführt. Seit Beginn dieses Jahres sind daselbst insgesammt 19 000 Ratten getödtet worden; 1350 Ratten wurden bakteriologisch untersucht und hievon 98 mit Pest behaftet befunden.

Madagascar. In Majunga (S. 387) ist die Pest erloschen. Ausfahrende Schiffe erhalten seit 4. August reine Patente. Jene Waren, welche während der Dauer der Epidemie in der Stadt gelagert waren, wurden desinficirt; solche, welche nicht desinficirt werden konnten, müssen in der Stadt aufgebraucht werden.

Cholera. Aegypten. In Cairo betrug die Zahl der in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 29. August bis 5. September (von Mittag bis Mittag) vorgekommenen Erkrankungen (Todefälle): 22 (20), 22 (22), 20 (20), 23 (22), 24 (19), 22 (19), 11 (14) und in den Vorstädten: 49 (30), 61 (32), 45 (40), 34 (24), 44 (45), 59 (50), 33 (32).

In Port Said wurden laut telegraphischer Mittheilung vom 3. September ein Cholersfall mit tödtlichem Verlaufe und ausserdem 4 verdächtige Fälle beobachtet. Auch in Ismailisist am 28. August ein Choleratodesfall vorgekommen.

In der Woche vom 19. bis 25. August gelangten in ganz Aegypten 1173 neue Erkrankungen und 1550 Todesfälle an Cholera zur Anzeige. Die Gesammtzahl der vorgekommenen neuen Cholerafälle (einschließlich der aufgefundenen Leichen) betrug 2040 gegen 1127 in der Vorwoche. Während der Berichtswoche hat sich die Zahl der inficirten Ortschaften um 144 vermehrt. In Cairo wurden während dieser Zeit 188 neue Fälle und 164 Todesfälle verzeichnet. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden gemeldet in Cairo 62 (164), Alexandrien 3 (2), ferner in den Provinzen Behera 23 (21), Charkieh 82 (112), Dakahlieh 25 (14), Gharbieh 114 (138), Galiubieh 105 (87), Menufieh 65 (125), Beni-Suef 16 (22), Fayum 2 (2), Guizeh 152 (242), Minieh 291 (334), Assint 200 (218), Guirgueh 32 (67), Keneh 0 (1), Assuan 1 (1).

Die über Beschluss des Sanitäts- und Quarantainconseils an Ort und Stelle vorgenommene commissionelle Erhebung über das erste Auftreten der Cholera in Moucha (Oberägypten), woselbst die Seuche zuerst ausgebrochen ist (siehe S. 371 d. Bl.), haben zu keinem positiven Ergebnisse geführt. Der genannte Ort liegt im Centrum einer etwa 15 km langen und 7 km breiten Ebene, welche sich von Assiut aus nach Süden ausdehnt. Diese Ebene bildet während des Hochwasserstandes im Nile einen weiten See, aus welchem nur die einzelnen auf Terrainerhebungen erbauten Ortschaften inselartig Zur Zeit der Besichtigung durch die Commission (Mitte August) war die hervorragen. ganze Ebene mit ausgetrocknetem Nilschlamme bedeckt. Der Ort Moucha besteht aus einem Gewirr von engen Gassen, deren Häuser aus getrockneten Nilschlammziegeln erbaut sind. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung bezieht das Trink- und Brauchwasser aus dem bei der Moschee Hadji Ali inmitten des Dorfes gelegenen Brunnen, in dessen unmittelbarer Nähe sich die mit schadhaften Abzugscanalen versehenen Iatrinen für die Besucher der Moschee befinden. In dem Wasser dieses Brunnens wurde von dem mit der Unterdrückung der Cholera betrauten anglo-ägyptischen Arzte Dr. Godmann das Vorhandensein von Bacterium coli nachgewiesen. Wenn auch der Nachweis von Choleravibrionen nicht gelungen ist, so konnte mit Rücksicht auf obigen Befund der erwähnte Brunnen mit ziemlicher Sicherheit als die Infectionsquelle angesehen werden, von welcher aus die Krankheit sich rasch über den ganzen Ort ausbreitete. Woher die Cholera eingeschleppt und wann die ersten Erkrankungen vorgekommen sind, konnte jedoch nicht aufgeklärt werden, weil die Todtenbeschau in den oberägyptischen Dörfern nur mangelhaft organisirt ist und in der Regel nur von den Dorfbarbiren vorgenommen wird, und weil die vorgekommenen verdächtigen Erkrankungen von den Angehörigen, ja selbst von den Ortsvorstehern aus Furcht vor den behördlichen Maassnahmen verheimlicht wurden.

Türkei. In Jambo (S. 404) sind vom 4. bis 20. August keine weiteren Cholerafälle vorgekommen. Da auch aus dem Inneren des Landes seit 15 Tagen eine verdächtige Erkrankung nicht gemeldet war, hat der Conseil in der Sitzung vom 26. August die Aufhebung der zehntägigen Quarantaine für Herkünfte aus Jambo beschlossen.

In zehn Dörfern des Gebietes von Zubeida (Yemen) sind vom 9. bis 18. August 24 Erkrankungen und 20 Todesfälle an Cholera beobachtet worden.

In Assyr sind in den Cazas Mihail und Sabaa noch bis zum 28. Juli Choleraerkrankungen vorgekommen.

Blattern. In Rio de Janeiro (S. 344) wurden im Monate Juni 27 und im Juli 37 Blatterntodesfälle, in Bombay im Monate Juli 21 Blatterntodesfälle ausgewiesen. In Constantinopel ist in der Woche vom 18. bis 24. August ein Todesfall an Blattern vorgekommen.

Gelbfieber. Beriberi. In Rio de Janeiro (S. 344) sind im Monate Juni 130 und im Juli 71 Todesfälle an Gelbfieber und 6, beziehungsweise 8 Todesfälle an Beriberi zur Anzeige gelangt.

Rumänien. Infectionskrankheiten im Jahre 1901. Dem amtlichen Berichte der Sanitätsdirection im königlichen Ministerium des Innern zufolge sind im Jahre 1901 an:

	Blattern	Schar- lach	Masern	Diph- therie	Typhus	Dysen- terie	Keuch- husten	
erkrankt	. 9	14603	19189	8387	2717	5500	11227	Personen
gestorben und zwar in den Städten	. –	2867	1117	1151	426	527	574	n
erkrankt		3502	4749	2755	1243	323	1348	27
gestorben	. —	553	184	440	23 8	46	79	"

Digitized by Google

	Blattern	Schar- lach	Masern	Diph- therie	Typhus	Dysen- terie	Keuch- husten
in den Land- gemeinden							
erkrankt	. 6	11101	14440	5632	1474	5177	9879 Personen
gestorben		2314	993 .	711	188	481	495 ,
auf 100.000 Lebende Sterbefälle; in den Städten		49	16	39	21	4	7
in den Landgemein-						-	•
den		47	19	15	4	10	10
im Königreiche.	. —	48	19	19	7	9	10

Vermischte Nachrichten.

Feststellung des Thatbestandes des Beginnes einer Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Anlässlich der Beschwerde einer Bezirkskrankencasse gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern vom 3. October 1900, Z. 31794, betreffend den Ersats von Spitalsverpflegskosten für eine wegen Bandwurmleidens in spitalsätztlicher Behandlung gestandene Handschuharbeiterin, hat der k. k. Verwaltungsgerichtshof gegenüber der Einwendung der Beschwerdeführerin, dass bei Feststellung des Beginnes einer Krankheit nur das Parere des Cassenarztes zu berücksichtigen gewesen sei, und das bezügliche Gutachten des Amtsarztes sich als eine blosse Vermuthung darstelle, erkannt, dass die Behörde bei Feststellung der Thatbestandsfrage des Beginnes einer Erkrankung die sich darbietenden Beweismittel frei zu würdigen berechtigt und gewiss nicht auf die Einholung des Gutachtens des Cassenarztes beschränkt sei, und dass jedes Sachverständigengutachten, durch welches der Bestand vergangener Thatsachen festgestellt werden soll, immer nur einen Rückschluss aus anderen dem Sachverständigen vorgelegten Thatsachen beinhalten könne. (Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 26. October 1901, Nr. 7928.)

Wasserrechtliche Behandlung der Einmündung von Unrathscanälen in öffentliche Gewässer. Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat anlässlich der Beschwerde der Stadtgemeinden Prag, Königliche Weinberge, Žižkov und Karolinenthal gegen die Entscheidungen des Ackerbauministeriums vom 21. April 1897, Z. 2121 und vom 19. September 1897, Z. 16675, betreffend die Beitragsleistung zur Reinigung des im unteren Theile als Hafen eingerichteten Moldauarmes, erkannt, dass ein natürliches Gerinne diese Eigenschaft auch dann nicht verliere, wenn ein Theil desselben als Hafen eingerichtet sei, und dass Besitzer von in öffentliche Flüsse einmündenden Unrathscanälen wasserrechtlich so zu behandeln sind, wie die Besitzer anderer Wasserbenützungsanlagen, bei welchen das Wasser als bewegende Kraft benützt wird; dieselben sind daher auch zur Beseitigung der nachtheiligen Folgen (Verschlammung) verpflichtet, die durch die Einleitung des Canalinhaltes in das öffentliche Gewässer entstehen, falls dies im öffentlichen Interesse oder zum Schutze fremder Rechte erforderlich wird. (Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 10. Juni 1899, Z. 4384.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 26. August nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 3. bis 9. September beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Krzyczka 4; Horodenka: Tyszkowce 3; Husiatyn: Nizborg nowy 2, Wierzchowce 1; Jaworow: Bonow 4; Kamionka: Lisko 1; Podhajce: Burkanów 1; Rawa: Wulka mazowiecka 2; Skalat: Nowosiolka skalacka 1; Sniatyn: Sniatyn 1; Stryj: Korostow 2.

Hiezu eine Beilage.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien
I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12.-..

XIV. Jahrgang. Wien, 18. September 1902. Mr. 38.

Inhalt. Das gewerkschaftliche Krankenhaus in Orlau. (Schluss.) - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Kundmachung des Landespräsidenten in Schlesien, betreffend die Uebertragung des Oeffentlichkeitsrechtes vom Epidemie Nothspitale in Orlau auf die Infectionsabtheilung bei dem gewerkschaftlichen Spitale in Orlau. - Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. - Mitheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande, - Vermischte Nachrichten.

Das gewerkschaftliche Krankenhaus in Orlau.

Von Dr. Franz Nowotný, k. k. Bezirksarst.

(Schluss.)

Der Isolir pavillon (siehe S. 422) ist vom Hauptgebäude durch einen 30 m breiten Hofraum geschieden und besteht aus zwei durch eine Zwischenmauer voneinander abgetrennten, mit separirten Eingängen versehenen Abtheilungen. Hievon enthält die östlich gelegene einen Vorraum mit Closet, ein Wärterzimmer und zwei Krankenzimmer.

Die westliche Abtheilung besteht aus einem Vorraume, zwei Krankenzimmern,

einem Wärterzimmer, einem Badezimmer mit Closet und einem Magazin.

Alle Räumlichkeiten des Isolirpapillons sind mit Terrazzofussböden versehen, die Ecken und Kanten abgerundet, die Wände und Plafonds mit lichtgrüner Oelfarbe angestrichen. Die Beleuchtung der Krankenzimmer ist mehr als hinreichend, indem die lichtgebende Fläche ein Drittel der Bodenfläche beträgt.

Die auf ein Bett entfallende Fläche und der Luftraum ist aus der nachstehenden

Tabelle ersichtlich.

Zimmer Nr.	Bettenanzahl	Fläche m2		Luftinhalt m3
			pro Bett	
3	3	9.5	-	30.0
7	3 Kinderbetten	5.5		20.0
11	2	10.8		34.0
12	4	8.3		29.0

Zur Ventilation sind die Fenster ebenso wie im Hauptpavillon eingerichtet, und überdies Ventilationsschläuche mit Jalousienabschluss für Sommer- und Winterventilation, die über das Dach geführt werden, hergestellt.

Die Heizung der Krankenzimmer wird durch eiserne Ventilationsöfen mit

Frischluftcanälen von aussen bewerkstelligt.

In jedem Vorraume befindet sich ein Wandbrunnen für das Trinkwasser.

Das Badezimmer ist mit einer festen Zinkblechwanne, mit einer Kalt- und Warn wasserleitung und Douche ausgestattet. Die Bereitung des warmen Badewassers erfol in einem Wasserofen. In dem Vorraume der anderen Abtheilung ist eine transpotable Wanne aufgestellt.

Die Aborte in beiden Abtheilungen sind als Pissoirclosets mit Wasserspülun

eingerichtet.

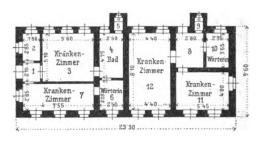
Das Nebengebäude enthält eine Todtenkammer, einen Aufbahrungsrau

und die Wohnungen für die Dienerschaft.

Die Todtenkammer ist zugleich als Secirraum eingerichtet und mit eine ovalen Secirtische mit Steinplatte, sowie einer Warm- und Kaltwasserleitung augestattet.

Der Todten- und Auf bahrungsraum ist von aussen direct zugänglich; beid Räumlichkeiten sind durch eine Thüre miteinander verbunden, die Fussböden de selben aus Cement mit einem Gefälle gegen die Mitte zu hergestellt und die Wänd mit Oelfarbe angestrichen.

Zur Beheizung der Todtenkammer dient ein eiserner Ofen.



Das gewerkschaftliche Krankenhaus in Orlau. Isolirpavillon.

Ein elektrischer Alarmapparat ist für eventuelle Scheintodte vorhanden und

steht mit der Wohnung des Dieners in Verbindung.

Das Desinfectionshaus ist mit einem Dampfdesinfector, System Victoring ausgestattet, welcher im Gebäude derart eingemauert ist, dass der Raum, von welchem aus die inficirten Gegenstände in den Apparat hineingeschoben werden, von dem Entnahmeraume vollständig abgetrennt ist. Jeder der erwähnten Räume besitzt einem separaten Eingang.

Der Desinfector ist so gross, dass er die Desinfection des Bettzeuges und der Matratzen eines Bettes auf einmal gestattet. Neben dem Beschickungsraume ist ein

Bad vorhanden.

Die Fussböden in allen Localitäten des Desinfectionshäuschens sind in Cement

ausgeführt, und die Wände und Decken mit Cement glatt verputzt.

Die Wasch küche besteht aus einem Raume zum Auf bewahren der schmutzigen Wäsche, einem Wasch-, Plätte-, Mangel- und Trockenraume. Zur Ventilation derselben ist über dem Waschkessel eine Dunsthaube mit einem über das Dach führenden Schlauche angebracht; überdies sind in allen Fenstern Kippflügel vorhanden. Die Fussböden in allen Räumen sind aus Cement, jener im Waschraume mit der Neigung gegen die Mitte hergestellt.

In der Remise sind ein von der Wiener Rettungsgesellschaft bezogener Kranken-Transportwagen, welcher innen mit Blech ausgekleidet und daher gut desinficirbar ist,

ein Leichenwagen und die Tragbahren aufbewahrt.

Behuss künstlicher Beleuchtung des Spitales wurde der elektrische Strom von der »Sosienzeche« in Poremba eingeleitet, und wurden sämmtliche Localitäten, auch die Bodenräume, mit Glühlampen in hinreichender Menge versehen.

Die Versorgung des Spitales mit Trinkwasser erfolgt durch eine Wasserleitung aus dem etwa 1 km oberhalb der Gemeinde Orlau gelegenen Wäldchen Lisčok«. Dasselbe breitet sich über zwei gabelförmig situirte Mulden aus, in welcher zahlreiche kleine Quellen entspringen.

Das Wäldchen ist ringsumher von Feldernumgeben, auf welchen nur ein unbewohntes, der Gewerkschaft angehöriges und ein bewohntes Privathaus sich befinden; letzteres hat jedoch keine Stallungen, Dünger- oder Jauchegruben, sondern nur eine undurchlässige Senkgrube bei der Abortanlage. Das Quellenwasser dieses Wäldchens wurde seinerzeit oberirdisch aufgefangen und zum ehemaligen Schlosse in einem hölzernen Rohrstrange geleitet. Da das Leitungswasser nach Niederschlägen stets trüb wurde und mitunter auch einen Jauchegeruch von dem auf den Feldern abgelagerten und durch die Niederschlagswässer ausgelaugten Dünger zeigte, hat die Gewerkschaft die alte Leitung aufgelassen und eine neue errichtet.

Die Quellen in den Mulden des Lisčok wurden durch tiefe Sickerschlitze, der Richtung nach annähernd senkrecht auf die Bewegungsrichtung des Grundwassers, in der wasserführenden Schichte angeschnitten und das Grundwasser abgefangen.

Jeder Sickerschlitz ist bis zur undurchlässigen Lettenschichte ausgehoben, und in dessen Sohle ein gelochtes Steinzeugrohr gelegt worden. Dieses Steinzeugrohr wurde mit einer Steinschlichtung eng umgeben, über welcher zuerst grober, dann feinerer Schotter, und zwar durch die ganze Höhe der wasserführenden Schichte, aufgebracht wurde.

Zur Hintanhaltung von Trübungen durch Sickerwasser von oben wurde oberhalb der Schotterschichte eine 20 cm starke, in die Seitenwände eingebundene Schutzkappe aus Letten angebracht, welche ein wenig muldenförmig ausgerundet ist, und auf welcher das eingesickerte Tagwasser durch einen Schotterstreifen abzieht.

Der übrige Theil der Schlitze wurde mit dem Aushubmateriale verschüttet und gut zugestampft. Es wurden im Ganzen drei solche Sickerschlitze hergestellt, von welchen ein Quantum von $40 \, m^3$ Quellwasser in 24 Stunden abgefangen wird, während der Bedarf im Krankenhause auf circa $20 \, m^3$ pro Tag sich belaufen!dürfte. Von den Sickerschlitzen führen Rohrleitungen, bestehend aus gusseisernen Muffenröhren von $70 \, mm$ lichter Weite zum Sammelreservoir.

Dieses ist an der Abzweigung der beiden Mulden und $5^1/_2 m$ über dem am Dachboden des Krankenhauses angebrachten eisernen Reservoir situirt. Es ist ein im Erdboden versenkter, aus Beton hergestellter Bau von $30\,m^3$ Fassungsraum, welcher mit Erde verschüttet ist, damit das Wasser jederzeit kühl erhalten bleibt. In der Sohle des Reservoirs befindet sich die mit einem Absperr- und Regulirschieber versehene Zuleitung zum Verbrauchsorte.

Ausserdem ist an dem Reservoir ein Ueberfall und eine Reinigungsleitung (Umleitung) angebracht..

Die Sammelschlitze, respective deren Sammelbrunnen besitzen je eine Entleerungs- und Schlammleitung, damit sie von Zeit zu Zeit vollständig entleert und gereinigt, und das Trinkwasser zu jeder Zeit in vollster Reinheit erhalten werden kann.

Vom Hochreservoir fliesst das Wasser durch Gravitation in einer Leitung längs des aus dem Lisčok abfliessenden Bächleins, sodann längs des Gemeindeweges und schliesslich durch den Park bis zum Krankenhause. Diese Leitung besitzt eine Gesammtlänge von 1100 m und besteht aus gusseisernen getheerten Muffenröhren von 100 mm lichter Weite. An der Verbrauchstelle zweigt eine Leitung von 50 mm lichter Weite in den Hauptpavillon und eine Leitung von 40 mm lichter Weite für den Isolirpavillon, das Secir- und Desinfectionslocal, sowie für die Waschküche ab.

Das überflüssige Wasser wird der Gemeinde Orlau bis auf Widerruf unentgeltlich überlassen und durch einen Rohrstrang bis auf den Marktplatz geleitet, wo es ununterbrochen in kleinem Strahle aus dem Wasserständer abfliesst.

Die chemische und bakteriologische Untersuchung dieses Wassers ergab geringe Mengen von Salpetersäure und Chlor, wie sie in dem Grundwasser von Culturböden vorzukommen pflegen, und eine Zahl von 25 aus Wasserbakterien bestehenden Keimen im Kubikcentimeter.

Behufs rascher Entfernung aller festen und flüssigen Abfallstoffe aus dem Bereiche der Anstalt und zur Hintanhaltung der Verunreinigung des Bodens wurde

die Schwemmcanalisation durchgeführt.

Sämmtliche Abfall- und die Niederschlagwässer werden mittelst Thonrohre von 200, 250 und 300 mm lichter Weite abgeleitet; auch sind alle Spitalsräume gegen die aufsteigenden Canalgase mittelst doppelter Geruchsverschlüsse gesichert. Diese Thonrohrleitung wird einestheils durch die Abfallrohre der Aborte, anderntheils durch die Abfallrohre aus den Dachrinnen über das Dach ventilirt.

Die Abfallwässer werden vor ihrer Ableitung in den unterhalb des Spitalsgartens vorbeisliessenden Bach einer Reinigung, und zwar nach dem »biologischen Verfahren« unterzogen.

Die zu reinigende Menge der Abfallwässer ist mit 20 m³ pro 24 Stunden

berechnet.

Das Canalwasser wird zuerst in ein in Cement gemauertes und abgedecktes Klärbecken von 12 m³ Inhalt geleitet und dort durch eine entsprechend lange Zeit der natürlichen Sedimentation ohne Zusatz irgend welcher Chemikalien überlassen.

Der Ueberlauf aus diesem Absatzbecken führt in die Reinigungsgrube. Dieselbe hat einen Inhalt von $43 m^3$, besitzt ausgepflasterten Boden und Seitenwände und ist

vollständig mit Kokslösche (1 m hoch) gefüllt.

Ueber die Oberfläche dieser Reinigungsgrube werden die zufliessenden Abfallwässer in seichten Holzrinnen derart vertheilt, dass dieselben über die Kante der

Rinnen nur tropfenweise auf die Kokslösche hinunter fliessen.

An' der Öberstäche der Kokslöschstücken rieselt die Flüssigkeit ohne die Poren vollständig auszufüllen abwärts und erreicht in 8—10 Stunden den Grund des Reinigungsbeckens, wo sie durch die aus losen Ziegeln gebildeten Drains in den Ortsbach abgeleitet wird.

Die Reinigungsgrube ist derart dimensionirt, dass auf $1 m^2$, $0.4 m^3$ der Canal-flüssigkeit pro Tag entfällt, wobei es niemals zur vollständigen Ausfüllung der Poren kommen wird, und ein reichlicher Luftzutritt in das poröse Material ge-

sichert ist.

Während des Durchtrittes der Abwässer durch die Filtermasse werden unter Einfluss des in den Poren derselben reichlich vorhandenen Sauerstoffes der Luft und unter Mitwirkung der sich entwickelnden nitrificirenden Bakterien einerseits die im Canalwasser gelösten und ungelösten hoch zusammengesetzten organischen Verbindungen bis zu dem Endproducte des Ammoniaks abgebaut, anderseits wieder auf dem Wege der weiteren Oxydation durch Bildung von salpetriger und Salpetersäure in einfache, der stinkenden Fäulnis nicht mehr unterliegende Verbindungen überführt.

Durch die lebhaften biologischen Vorgänge im Oxydationskörper, welche lediglich der Ausdruck einer sehr lebhaften Thätigkeit von Nitritbakterien sind, werden die in dem Canalwasser vorhandenen Krankheitskeime so überwuchert, dass sie vollständig zu Grunde gehen. Es geht daher im Oxydationskörper ein Process vor sich, den man in der Natur bei der Selbstreinigung des Bodens und des Wassers beobachtet und als Mineralisirung der organischen Stoffe bezeichnet.

Die durch diese Reinigungsanlage durchgeführten Schmutzwässer gelangen fast ganz bakterienfrei zum Abflusse, werden in dem Bache mehr als 500fach verdünnt und können keine wie immer gearteten Nachtheile verursachen. Der Schlamm aus der Absitzgrube wird mittelst einer pneumatischen Pumpe nach Bedarf ausgehoben und zu Oekonomiezwecken (Compostirung) verwendet. Die Auswechslung

der Kokslösche in den Reinigungsbecken wird nach den in der Wittkowitzer Probeanlage gemachten Erfahrungen in einigen Jahren nothwendig sein. Während der Auswechslung derselben, die 2-4 Stunden dauert, wird der Zufluss der Canaljauche aus dem Klärbecken abgesperrt. Die ausgehobene Kokslösche wird durch Verbrennen unschädlich gemacht.

Mit dem Tage der Eröffnung des gewerkschaftlichen Krankenhauses wurde das in Orlau bestehende Central-Epidemiespital aufgelassen, und das Oeffentlichkeitsrecht mit dem Erlasse der k. k. schlesischen Landesregierung vom 28. Mai 1902, Z. 11920 (siehe unten) an die Infectionsabtheilung des Werkspitales übertragen.

Den ärztlichen Dienst im Spitale versieht ein ärztlicher Leiter, welchem ein im Spitale wohnender Hilfsarzt zur Seite steht.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Kundmachung des k. k. Landespräsidenten in Schlesien vom 28. Mai 1902, Z. 11920,

L. G. u. V. Bl. Nr. 25,

betreffend die Vebertragung des Oeffentlichkeitsrechtes vom Epidemie-Nothspitale in Orlan auf die Infectionsabtheilung bei dem gewerkschaftlichen Spitale in Orlan.

Ich finde mit Zustimmung des schlesischen Landesausschusses die Infectionsabtheilung bei dem gewerkschaftlichen Spitale in Orlau, polit. Bezirk Freistadt, als ein allgemeines

öffentliches Epidemiespital zn erklären und die Verpflegstaxen desselben mit zwei (2) Kronen per Kopf und Tag festzusetzen, unter gleichzeitiger Ausserkraftsetzung des mit der hierämtlichen Kundmachung vom 4. Juli 1900, Z. 12861 (schlesisches G. u. V. Bl. Nr. 26*) ausgesprochenen Oeffentlichkeitsrechtes des in der Gemeinde Orlau bestehenden Epidemie-Nothspitales vom Zeitpunkte der Auflassung desselben d. i. vom 1. April 1902.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

*) S. Jahrg. 1900 d. Bl., S. 357.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Mähren. In der am 26. Juni d. J. abgehaltenen Sitzung wurden nachstehende Gegenstände verhandelt:

- 1. Qualification der Bewerber um eine in Mähren frei gewordene k. k. Oberbezirksarztesstelle. (Referent: k. k. Statthaltereirath Dr. Robert Schoefl.)
- 2. Gutachten über die angesuchte Ausscheidung von Brandlin aus dem Sanitätsdistricte Böhmisch-Rudoletz des Neustadtler Bezirkes. (Referent: k. k. Statthaltereirath Dr. Robert Schoefl.)

Schlesien. In der am 12. Juni l. J. abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung und Schlussfassung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Regelung des Curwesens in Ernsdorf.
- 2. Gutächtliche Aeusserung über die Pläne für den Bau zweier neuer Krankenpavillons der schlesischen Landes-Irrenanstalt in Troppau.

In der am 3. Juli 1. J. abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung und Schlussfassung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Pläne für den Schlachthausbau in Teschen.
- 2. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Errichtung einer Moorbadeanstalt in Ernsdorf.

3. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die Apotheken-Concession in Schönbrunn.

Galizien. Verhandlungsgegenstände in der Sitzung am 3. Juni 1902:

1. Verleihung eines Stipendiums aus der Jubiläumsstiftung des Dr. Jakob Rappaport. (Referent: Regierungsrath Dr. Opolski.)
2. Gutachten in Angelegenheit der Errichtung je einer zweiten öffentlichen Apo-

theke in den Städten Sokal und Zolkiew. (Referent: Regierungsrath Dr. Opolski.)

3. Vorschlag eines Candidaten für die Verleihung der Concession für die neue öffentliche Apotheke in Strzeliska Nowe, Bezirk Bobrka. (Referent: Regierungsrath Dr.

4. Gutächtliche Aeusserung in Betreft der Abänderung des Statutes für den klimatischen Curort Zakopane, Bezirk Neumarkt. (Referent: Sanitätsreferent Dr. Festenburg.)

Berathungsgegenstände in der Sitzung am 7. Juni 1902:

1. Begutachtung der vorgelegten Pläne des allgemeinen Krankenhauses in Przemysl. (Referent: Docent Dr. Schramm.)

2. Besetzungsvorschlag für die erledigte Stelle eines Directors des allgemeinen Landeskrankenhauses in Lemberg. (Referent: Hofrath Prof. Dr. Kadyi.)

Berathungsgegenstände in der Sitzung am 1. Juli 1902.

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die sanitären Maassnahmen aus Anlass des endemischen Auftretens des Trachoms in der öffentlichen Irrenanstalt zu Kulparków. (Referent: Hofrath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 2. Vorschlag der Bewerber um die Verleihung der Concession für die öffentliche Apotheke in Nowesioło, Bezirk Zbaraź. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)
- 3. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die projectirte Zuckerfabrik in Biała, Bezirk Tarnopol. (Referent: Sanitätsrath Dr. Festenburg.)
- 4. Gutächtliche Aeusserung in Betreff des Mineral wassers "Oberselters". (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Badzyński.)
- 5. Initiativantrag, betreffend die Nothwendigkeit der Errichtung einer öffentlichen Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Lemberg. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Badzyński.)
- 6. Gutachten über Erhöhung der Verpflegstaxe im allgemeinen Krankenhause zu Sambor. (Referent: Sanitätsrath Prof. Dr. Machek.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Griechenland. Für Herkünfte aus Odessa wurde eine Stägige Quarantaine in Delos angeordnet.

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 29. August 1. J., Nr. 20, ist der Hafen von Odessa neuerdings für pestverseucht erklärt worden. Auf Herkünfte aus demselben haben die Bestimmungen der Verordnung vom 23. Februar 1902, Nr. 5 (S. 176 d. Bl.), Anwendung zu finden.

Rumünien. Für Herkünfte aus Odessa wurden vom 3. September an die ärztliche Visite und Desinfection in Sulina und Constantza wieder eingeführt (vgl. S. 418). Der Hafen von Mangalia bleibt für solche Herkünfte gesperrt.

Russland. In Odessa (S. 411) sind seit 24. August 3 weitere pestverdächtige Kranke in der Isolirbaracke untergebracht worden, darunter ein vom österreichischen Dampfer "Contessa Adelna" am 1. September ausgeschiffter Matrose. Der genannte Dampfer war am 15. August von Marseille eingetroffen und verliess am 2. September den Hafen mit directer Ladung für Hamburg.

Bei Aksai (S. 403) ist nach Mittheilung der kaiserlichen Pestcommision am 31. Juli (a. St.) ein verdächtiger Kranker isolirt worden.

Türkei. Der Oberste Sanitätsconseil beschloss, die 5tägige Quarantaine für Provenienzen aus Odessa auf 10 Tage zu erstrecken.

Aegypten. In der Woche vom 28. August bis 3. September wurden in Alexandrien 7 Erkrankungen und 3 Todesfälle an Pest constatirt.

Britisch-Indien. (S. 418). In Bombay sind in der Woche vom 8. bis 14. August 25 Erkrankungen und 21 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 3. bis 9. August 15 und in Kurachee in der Woche vom 2. bis 8. August 4 Todesfälle an Pest vorgekommen.

Capcolonie. In Port Elizabeth (S. 403) ist auch in den 3 Wochen vom 20. Juli bis 9. August kein neuer Pestfall vorgekommen. Die letzten Pestfälle hatten sich daselbst in der Woche vom 6. bis 12. Juli (S. 387) ereignet. Der aus der Vorwoche verbliebene Kranke ist genesen. Es ist demnach die ganze Colonie gegenwärtig als pestfrei anzusehen. Insgesammt sind seit Ausbruch der Epidemie (Februar 1901) in der Colonie 907 Erkrankungen (mit 438 Todesfällen) beobachtet worden und zwar auf der Caphalbinsel 745 (362), in Port Elizabeth 135 (66), in Mosselbay 13 (4), in andereren Orten der Colonie 14 (6).

Australien. In Sydney (S. 418) ist auch in den 2 Wochen vom 13. bis 26. Juli weder eine Erkrankung noch ein Todesfall an Pest vorgekommen. Der letzte Krankheitsfall hatte sich am 12. Juni erreignet, Am Schlusse der Woche blieben noch 10 Kranke in Behandlung.

Cholera. Russland. (S. 404) Im Kwantung-Gebiete und in der Mandschurei hat die Zahl der Choleraerkrankungen in der Zeit vom 1. bis 10. August (a. St.) merklich abgenommen; in Blagoweschtschenk starben vom 30. Juli bis 5. August nur 47; gegen 80 Personen in der vorausgegangenen Woche, und vom 6. bis 10. August 24, gegen 34 Personen in den vorausgegangenen fünf Tagen, in Port Arthur vom 24. bis 29. Juli 41, gegen 73 in den vorausgegangenen sechs Tagen, und vom 30. Juli bis 3. August 19, gegen 35 in den vorausgegangenen fünf Tagen; in Mukden allein blieb die Zahl der täglichen Erkrankungen (ungefähr 50) stationär. Im Amurgebiete trat die Cholera an 15 neuen Punkten auf. In Wladiwostok erkrankten vom 27. Juli bis zum 1. August 12 Personen an Cholera; in Chabarowsk erlagen vom 26. Juli bis zu 1. August 24, gegen 8 in der Vorwoche der Seuche; am 4. August erkrankten daselbst 15, am 5. August 6 Personen. Diesseits des Baikal-Sees ist die Cholera nur in vereinzelten Fällen vorgekommen; am 10. August erkrankten auf den Baikal-Dampfern 4 Personen an Cholera. Bei Tscheljabinsk starb am 10. August ein verdächtiger Kranker.

Aegypten. In Cairo betrug die Zahl der in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 6. bis 11. September (von Mittag bis Mittag) beobachteten Erkrankungen (Todesfälle): 13 (14), 17 (17), 11 (13), 21 (22), 22 (16), in den Vorstädten 35 (27), 42 (31), 73 (70), 42 (34), 34 (35).

In Alexandrien nimmt die Choleraepidemie stetig zu; in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 28. August bis 3. September wurden verzeichnet 3 (2), 3 (2), 4 (3), 6 (5), 4 (2), 8 (9), 9 (5), zusammen 37 Erkrankungen (28 Todesfälle).

In Port Said (S. 418)] sind laut Mittheilung vom 11. September 2 weitere Cholerafälle mit lethalem Verlaufe vorgekommen.

In der Woche vom 26. August bis 1. September wurden in ganz Aegypten 2295 neue Erkrankungen und 2890 Todesfälle an Cholera ausgewiesen. Die Gesammtzahl der verzeichneten Cholerafälle (einschliesslich der aufgefundenen Leichen) betrug 3875. Es wurden gemeldet neue Erkrankungen (Todesfälle) in Cairo 36 (144), Alexandrien 13 (15), Damiette 3 (3), Ismailia 0 (1, betreffend eine aufgefundene Leiche), ferner in den Provenienzen: Gharbieh 475 (546), Behera 66 (90), Charkieh 247 (235), Dakahlieh 145 (137), Galiubieh 180 (217), Menufieh 153 (274), Guizeh 228 (278), Beni-Suef 33 (39), Fayum 30 (31), Minieh 208 (255), Assiut 355 (424), Guirgueh 122 (201), Keneh 1 (0).

Britisch-Indien. In Bombay ist in der Woche vom 30. Juli bis 5. August 1 Erkrankung und kein Todesfall, in der folgenden am 12. August abgelaufenen Woche weder eine Erkrankung noch ein Todesfall an Cholera verzeichnet worden. In Calcutta starben in den aufeinanderfolgenden zwei Wochen vom 27. Juli bis 9. August 11, 18, in Kurachee in den zwei Wochen vom 26. Juli bis 8. August 28, 8, in der Präsidentschaft Madras vom 16. Juli bis 15. August 1463 und in Tuticorin in der Zeit vom 27. Juli bis 9. August 27 Personen an Cholera.

Philippinen. (S. 412). Die Epidemie hat in Manila, wie auch in den Provinzen, namentlich in Luzon, im der zweiten Hälfte des Monates Juli eine noch grössere Ausbreitung gwonnen. In Manila wurden zu dieser Zeit täglich bis zu 100 Erkrankungen und ungefäh: 60 Todesfälle constatirt.

Vermischte Nachrichten.

Kärnten. Neuconstituirung der Aerztekammer. Bei der am 11. Juli 1902 abgehaltenen constituirenden Versammlung der kärntnerischen Aerztekammer wurde Sanitätsiath und Districts arzt Dr. Friedrich Neumann in Klagenfurt, zum Präsidenten und Dr. Ernst Bruckmann. Staatsbahnarzt in Villach, zu dessen Stellvertreter gewählt. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt Dr. Carl Domenig, Districtsarzt in St. Veit, Dr. Josef Höhn, Districtsarzt in Gutenstein und Dr. Josef Maresch praktischer Arzt in Klagenfurt.

Ueber das Vorkommen von nicht syphilitischer Schälblasenkrankheit der Neugebornen (Pemphigus neonatorum). Mit dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 4. August 1901, Z. 26469,*) wurden die politischen Landesstellen eingeladen, über das gehäufte Vorkommen und die Uebertragbarkeit der nicht syphilitischen Schälblasenkrankheit der Kinder Erhebungen zu pflegen und hierüber zu berichten. Die hierüber an das Ministerium des Innern gelangten Berichte der Landesstellen lauten im Allgemeinen dahin, dass ein gehäuftes Auftreten dieser Krankheit nur selten beobachtet wurde, und dass die Uebertragbarkeit der selben durch Hebammen etc. nicht mit Sicherheit ermittelt werden konnte. Verhältnismässig häufiger wurden vereinzelte Fälle von Pemphigus beobachtet, ohne dass dieselben zu weiteren ähnlichen Erkrankungen Anlass gegeben haben.

Ein gehäuftes Auftreten wurde in Tirol, in der Landesgebäranstalt in Wilten, im Jahre 1859 beobachtet. Hier erkrankten nahezu gleichzeitig 4—5 Säuglinge, von welchen einer der Krankheit erlag. Auch in Böhmen sind in den letzten Jahren mehrere kleine Epidemien von Pemphigus unter Säuglingen beobachtet worden; so im Bezirke Schluckenau im Jahre 1897 und in der Ortschaft Petersdorf des Bezirkes Gabel im Jahre 1900. In beiden Epidemien wurde die Wahrnehmung gemacht, dass in der Regel solche Kinder erkrankten, welche von einer und derselben Hebamme gepflegt wurden. Auch in mehreren anderen Fällen, in welchen zwei oder mehrere derartige Erkrankungen unmittelbar hintereinander zur Beobachtung gelangten, wurde ermittelt, dass die erkrankten Kinder von derselben Hebamme gepflegt worden waren. Die gleiche Wahrnehmung wurde auch in Krain und in Galizien gemacht, während in Niederösterreich, Oberösterreich und Mähren eine Uebertragung der Krankheit durch Hebammen oder sonstige Personen nicht bekannt geworden ist.

Die Krankheit befiel zumeist Säuglinge, bei welchen in wenigen Fällen ein tödtlicher Ausgang beobachtet wurde. Bei grösseren Kindern, welche gleichfalls, wenn auch seltener, von Pemphigus befallen wurden, war der Verlauf ausnahmslos ein milder und näherte sich in einzelnen Fällen dem Bilde der Impetigo contagiosa, mit welcher die Krankheit nach den Angaben einzelner Autoren identisch sein soll.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 10. bis 16. September l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Steiermark im politischen Bezirke Marburg: Brundorf 1;

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Jaworow: Bonow 4, Tyszyki ad Jazow stary 3; Kosow: Kosow stary 1; Mosciska: Laski goscincowe 1; Nadworna: Pniow 2; Skalat: Nowosiolka skalacka 2; Stryj: Korostow 1.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901, S. 388.

Dieser Nummer liegen 7 Tafeln und ein Nachtrag über Volksbewegung zur Beilage von Nr. 37 bei.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerial rath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheimt jeden Donnerstag,

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12.-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 25. September 1902.

Mr. 39.

Inhalt. Zur Frage der Phosphorvergiftungen in sanitätspolizeilicher Beziehung. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass der n. ö. Statthalterei, betreffend die sanitätsgemässe Unterbringung zugewanderter Feldarbeiter. — Mitheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Zur Frage der Phosphorvergiftungen in sanitätspolizeilicher Beziehung.

I.

Phosphorvergiftungen, seien es nun gewerbliche, zufällige oder absichtliche, sind in Oesterreich fast ausnahmslos auf die Herstellung, beziehungweise Verwendung von Phosphorzündhölzehen zurückzuführen.

Der Erzeugung derselben wurde daher in sanitätspolizeilicher Beziehung schon

seit langer Zeit entsprechende Beachtung gewidmet.

Auch der Oberste Sanitätsrath hat sich mit dieser Angelegenheit innerhalb der letzten sechs Jahre zweimal befasst 1) und sowohl auf die zunehmende Häufigkeit von Phosphorvergiftungen überhaupt, wie auch auf die Verwendung von Phosphorzund hölzchen als Fruchtabtreibungsmittel hingewiesen und erklärt, dass jede Maassregel lebhaft zu begrüssen sei, welche — ohne sonstige berechtigte Interesse zu schädigen — die allgemeine Verbreitung des weissen Phosphors, speciell der Phosphorzundhölzchen einzuschränken vermöchte.

Bei dem Widerstreite der Anschauungen über die Abwehr der vermeidbaren Phosphorvergiftungen erscheint es angezeigt, auf Grund der zur Verfügung stehenden Daten diese Frage zu erörtern. Hiebei durfte die historische Entwickelung der betreffenden sanitätspolizeilichen Maassnahmen nicht ausser Acht gelassen werden.

Die erste Vorschrift, betreffend den Schutz der bei der Erzeugung der Phosphorzundhölzchen beschäftigten Arbeitspersonen erging aus Anlass specieller Anfragen mit dem Decrete der bestandenen Vereinigten Hofkanzlei vom 19. Juni 1843, Z. 18096, an die Statthaltereien in Wien und Prag. Damals wurde vom Unternehmer eines solchen Betriebes die Nachweisung eines in polizeilicher Beziehung anstandslos befundenen Erzeugungslocales verlangt und bestimmt, dass nach der Beschaffenheit der Umstände von Fall zu Fall die nöthigen Vorsichtsmaassregeln vorzuschreiben sind.

¹⁾ Siehe Jahrgang 1896, S. 107, d. Bl. und 1902 S. 73.

Von besonderer Tragweite war die im Jahre 1845 erschienene Publication von Lorinser¹) über neun Fälle von Kieferknochennekrose, welche bei Arbeiterinnen der in Wien seit 1834 betriebenen Zündhölzchenfabriken in den Jahren 1839 bis 1844 beobachtet wurden, und von denen fünf lethal verliefen. Da Lorinser die Ursache dieser neuen Formen einer nekrotischen Zerstörung der Kieferknochen auf die Einwirkung des Phosphors zurückführte und in Bezug auf die Trocknung der Zündhölzchen sanitär ungünstige Verhältnisse wahrnahm, trat derselbe für die Separirung der Trockenräume von den übrigen Arbeitslocalitäten in den fraglichen Betrieben ein.

Mit Rücksicht hierauf ordnete die niederösterreichische Statthalterei im Februar 1846 specielle Erhebungen im Gegenstande durch eine Commission an, welche unter Leitung des niederösterreichischen Landesprotomedicus Dr. Knolz mit Zuziehung der betreffenden Polizeiärzte in den sieben damals in Wien bestandenen grösseren Reibhölzchenfabriken Nachschau hielt.

Die von dieser Commission beantragten Einrichtungen und Maassnahmen sind in dem niederösterreichischen Regierungsdecrete vom 7. October 1846, Z. 53.330, wiedergegeben und in dem Erlasse der niederösterreichischen Statthalterei vom 16. December 1852, Z. 43420, erweitert worden.

cember 1852, Z. 43420, erweitert worden.

Mit Rücksicht auf die grundlegende Bedeutung dieser Verfügungen dürfte es sich empfehlen, dieselben mit ihrem vollen Wortlaute anzuführen.

Mit dem Regierungsdecrete vom 7. October 1846 wurde folgendes angeordnet:2)

- Das Trocknen der Phosphorzündhölzchen bei einem Wärmegrad über 18° R. darf nur allein in wohleingerichteten Trockenkästen mit Beobachtung der gehörigen Vorsicht stattfinden.
 Diese Trockenkästen müssen abseits und isolirt, d. i. in solchen Localitäten aufgestellt
- 2. Diese Trockenkästen müssen abseits und isolirt, d. i. in solchen Localitäten aufgestellt sein, welche weder mit den übrigen Arbeitsorten der Fabrik, noch mit bewohnten Ubicationen communiciren; diese Kästen müssen völlig luftdicht schliessen, sollen von unten oder von aussen mittelst erwärmter Luft zu heizen und mit wirksamen Luftzügen oder Ventilatoren versehen sein, welche zwar während des Trockengeschäftes ganz oder zum Theil geschlossen gehalten werden können, aber nach vollendeter Austrocknung der Zündhölzchen so lange geöffnet und in Thätigkeit gesetzt bleiben müssen, bis alle Phosphordämpfe aus den Trockenkästen wieder entfernt worden sind, worauf es erst erlaubt sein soll, die Trockenkästen selbst zu öffnen und die fertigen Zündhölzchen herauszunehmen.
- 3. Ist das Trocknen der Zündhölzchen in der Art zu reguliren, dass zuerst und wenn möglich zur bestimmten Stunde die in Phosphormasse getauchten Zündhölzchen in den Trockenkasten eingesetzt werden, dass hierauf erst nach geschlossenem Kasten die erwärmte Luft eingelassen werden solle, und dass die etwa schon getrockneten Hölzchen nicht früher wieder herausgenommen werden, bis das Zuströmen der erwärmten Luft durch Absperrung der Leitungscanäle unterbrochen, die im Kasten angesammelten Phosphordämpfe aber mit Hilfe des Ventilators nach Aussen gänzlich entfernt worden sind.
- 4. Ist durchaus nicht zu gestatten, dass der Trockenkasten zu jeder beliebigen Zeit bald geöffnet, bald wieder geschlossen werde, um bald eine Partie Zündhölzchen hineinzuschieben, bald eine andere herauszunehmen, ohne früher die Heizung abgesperrt, die entwickelten Phosphordämpfe aber wieder entfernt zu haben.
- 5. Wo zum Trocknen der Zündhölzchen statt der Trocknungskästen Trocknungsstuben verwendet werden, müssen letztere von den Arbeitslocalitäten abgeschlossen und so eingerichtet werden, dass, während grössere Partien Zündhölzchen eingelegt werden, die angesammelten Phosphordämpfe in der Trockenstube in die freie Luft mittelst gut angebrachter Abzugslöcher entweichen.

¹⁾ F. W. Lorinser: Nekrose der Kieferknochen in Folge der Einwirkung von Phosphordämpfen. Medicinische Jahrbücher des k. k. österreichischen Staates, 1845. LI. Bd., S. 257. Nach einer Mittheilung Lorinsers an Hirt sind in den Jahren 1866 bis 1875 in den drei grossen Krankenhäusern Wiens 126 Fälle von Kieferknochennekrose beobachtet worden. Siehe Hirt: Die Krankheiten der Arbeiter. 1878. III. Bd., S. 121.

²⁾ Hämmerle, Handbuch über die Polizei-Gesetze und -Verordnungen. Wien 1865, S. 379.

6. Zur Arbeit in den Trocknungslocalitäten, mögen es Trocknungskästen oder Trocknungsstuben sein, sowie zur Bereitung der Zündmasse sollen nur kräftige Männer verwendet werden, welche überdies noch öfter des Tages im Dienste abwechseln können.

7. Die Bereitung der Phosphorzündmasse, sowie jene der Chlorzündmasse, soll in einem abgesonderten Locale vorgenommen werden, und zwar am besten in derselben Küche, in welcher der zum ersten Eintauchen der Zündhölzchen erforderliche Schwefel geschmolzen wird.

- 8. Auch das Eintauchen der bereits geschwefelten Hölzchen in die Zündmasse hat in dieser Küche zu geschehen.
- 9. Diese Küche muss mit einem gut ziehenden und beständig offen zu haltenden Schlot, dagegen alle Ein- und Ausgänge mit gut schliessenden und beständig geschlossen (wenn auch nicht gesperrt) zu haltenden Thüren versehen sein, damit, wenn etwa einmal der Schwefel oder die Phosphormasse sich entzünden, oder etwa die Chlormasse detoniren sollte, die übrigen Arbeitslocalitäten von den dabei sich in grosser Masse entwickelnden, höchst gefährlichen Dämpfen frei gehalten werden.
- 10. Zu Arbeitsräumen sollen keine Localitäten verwendet werden, welche nicht wenigstens elf Schuh hoch und mit einem wohl construirten Luftwechsel versehen sind, so zwar, dass die Einströmungsöffnungen in einer passenden Ecke unten im Boden, die Ausströmungsöffnungen aber an der entgegengesetzten Wand und Winkel, und zwar an der Decke oder doch wenigstens am obersten Theile des Fensters so angebracht seien, dass der entstehende Luftzug über die Arbeiter hinweggeleitet werde.
- 11. Für jeden Arbeiter soll ein Flächenraum von 4 Quadratfuss vorhanden sein, damit derselbe wenigstens abwechselnd sitzend zu arbeiten in der Lage sei.
- 12. Bezüglich der nöthigen Reinlichkeit soll der Fabriksunternehmer gehalten werden, zur Aufbewahrung der Ueberkleider der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie zum Umkleiden derselben ein eigenes, im Winter heizbares Zimmer zu widmen, in welchem nicht gearbeitet werden darf; hier sollen die Arbeiter ihre mitgebrachten Ueberkleider, welche oft vom Regen oder Schnee durchnässt sind, ablegen können, damit sie von den schädlichen Ausdünstungen in der Fabrik nicht so ganz und gar imprägnirt und die gesundheitsschädlichen Einflüsse der Phosphordämpfe auf die Arbeiter nicht auch noch ausser der Fabrik fortgepflanzt werden.

13. In diesem Umkleidzimmer soll für jeden Arbeiter oder Arbeiterin für die Dauer der Arbeit ein eigenes Arbeitskleid (Blouse) von dem Fabriksherrn bestimmt werden.

14. Soll der Fabriksherr darauf sehen, dass sich die Arbeiter, bevor sie die Fabrik verlassen, und zwar sowohl Mittags als Abends, die Hände und das Gesicht sorgfältig waschen und reinigen können.

15. In der Fabrik sollen die Fenster in den arbeitsfreien Stunden, sowie an Sonn- und Feiertagen geöffnet, die Arbeitstische, sowie der Fussboden wöchentlich wenigstens einmal gescheuert und die Wände jährlich wenigstens zweimal getüncht werden.

16. Damit die Esswaren, welche die Arbeitenden mitbringen, nicht mit Phosphordämpfen und selbst mit getrockneter Phosphorzündmasse, womit sich die Arbeiter so leicht die Hände beschmutzen, verunreinigt werden, muss es untersagt werden, während der Arbeit zu essen. Dagegen muss sowohl Vormittag als Nachmittag zu einer schicklichen, aber im Voraus zu bestimmenden Zeit eine halbe Stunde frei gegeben werden, damit die Arbeitenden ihr Brot, oder was sie sonst zu diesem Zwecke mitgebracht haben, im Ankleidezimmer oder im Freien geniessen können, ohne eine Phosphorvergiftung besorgen zu müssen.

Nur unter der genauesten Handhabung dieser Vorsichtsmaassregeln wird es möglich sein, die Eingangs erwähnten, bei der Erzeugung der Reib- oder Frictions-Zündhölzchen vorfallenden, die menschliche Gesundheit auf eine so entsetzliche Art bedrohenden Uebelstände möglichst zu beseitigen oder wenigstens unschädlicher zu machen.

Die Unterbehörden werden demnach hiemit beauftragt, unverzüglich das Erforderliche zu veranlassen, damit bei den bereits bestehenden derlei Unternehmungen die Arbeits- und Trocknungslocalitäten nach den vorgezeichneten Vorschriften binnen drei Monaten gegen Vermeidung der vorschriftsmässigen Zwangsmaassregeln eingerichtet werden, bei künftig zu errichtenden aber die grösstmöglichste Sorge zu tragen, dass solche Fabriksunternehmer ihre hiezu gewählten Localitäten auf die oben in den ersten zehn Punkten bemerkte Art eingerichtet haben, und dass sie früher nicht zum Betriebe schreiten, als sich nicht bei einem Local-Augenschein von der dazu berufenen Commission von der geschehenen vorschriftsmässigen Einrichtung die Ueberzeugung verschafft und alles Uebrige in Ordnung gebracht ist, sowie auch auf die Befolgung der bei der Manipulation vorgezeichneten Vorschriftsmaassregeln fortan die grösste Auf-

merksamkeit zu verwenden und jede dagegen vorkommende Ausserachtlassung auf das Nachdrücklichste zu ahnden ist.

In dem Erlasse der n. ö. Statthalterei vom 16. December 1852, Z. 43420, 1) wurde ferner vorgeschrieben:

1. Dass von Seite der berufenen Ortsbehörden keinem Erzeuger von Frictions-Zündhölzchen der Betrieb vor Nachweisung eines in polizeilicher Hinsicht, somit auch in Sanitätsrücksichten anstandslos befundenen Erzeugungslocales gestattet werde, und ihm auch alle jene speciellen Vorsichtsmaassregeln vorgeschrieben werden, welche nach Beschaffenheit der Umstände sich von Fall zu Fall als nothwendig herausstellen.

In beiden Beziehungen ist das nach der Natur der Sache im commissionellen Wege mit Beiziehung der Sachverständigen und der betroffenen Sanitäts-Individuen auszumitteln und festzusetzen, zu welchem Behufe die Ortsbehörden die Sanitäts-Individuen auch auf die nach der gepflogenen Erhebung die Erkrankung der Arbeiter veranlassende Ursache und die hieraus abgeleitete Nothwendigkeit, die Räume und Localitäten, in welchen die Arbeiter beschäftigt sind, von den schädlichen Dämpfen der Zündmasse fern zu erhalten, aufmerksam zu machen haben; — dann

2. dass die Unternehmer der bereits bestehenden Zündhölzchen-Fabriken zur Abstellung der erhobenen sanitätswidrigen Gebrechen nöthigenfalls zwangsweise verhalten und ihnen die nach Beschaffenheit der Umstände von Fall zu Fall nothwendig befundenen speciellen Vorsichtsmaassregeln genau vorgeschrieben werden; endlich

3. dass in Städten die Polizei- und Stadtärzte, auf dem Lande aber die Bezirksärzte die vorgedachten Fabrikslocalitäten in Absicht auf den Gesundheitszustand der Arbeiter und die Localbeschaffenheit öfters untersuchen und die allenfalls wahrgenommenen Gebrechen unversäumt den betreffenden Behörden zur Abhilfe anzeigen, wozu diese ohnehin bei allen Beschäftigungen, die einen nachtheiligen Einfluss auf die Gesundheit der dabei verwendeten Individuen ausüben können, verpflichtet sind.

Die mit dem oben mitgetheilten Regierungsdecrete verfügten Maassnahmen, mit welchen sich auch die Wiener medicinische Facultät einverstanden erklärt hatte, fanden mit geringen Abänderungen über Weisung der Vereinigten Hofkanzlei vom 3. September 1846, Z. 27978, 2) auch in Böhmen Anwendung.

Allgemeine, für alle Länder giltige Normen zur Regelung der sanitären Ver-

hältnisse in der gedachten Fabrikation fehlten jedoch bis zum Jahre 1885.

Die Gewerbeordnung vom 20. December 1859 nahm blos die Bestimmung auf, dass Betriebsanlagen zur Erzeugung von Zündwaren der gewerbebehördlichen Genehmigung bedürfen, welche erst auf Grund eines besonderen Verfahrens (Edictalverfahrens) erfolgen kann.

Die Wahrnehmungen, welche in den verschiedenen Verwaltungsgebieten bezüglich der sanitären Verhältnisse der Zündhölzchenerzeugung gemacht wurden, waren überall gleich ungünstige. So verzeichnete im Jahre 1876 der Bezirksarzt in Reutte, Dr. Gallus Blaas, anlässlich seiner Schilderung der traurigen sanitären Zustände, welche die Zündhölzchenindustrie im mittleren Lechthale in Tirol bei den darin beschäftigten Personen bewirkte, eilf Fälle von Phosphornekrose, zumeist bei jugendlichen Individuen, von denen vier der Krankheit erlegen sind. Beinahe sämmtliche zwölf Betriebe im Lechthale waren in primitiven Hütten untergebracht, und wurden daselbst sogar Kinder im Alter von sieben bis zehn Jahren gegen einen Taglohn von zehn Kreuzern verwendet.

Im selben Jahre gaben mehrere (sechs) Kieferknochenerkrankungen, welche dem Linzer allgemeinen Krankenhause aus Lustenau und Schärding behufs operativer Behandlung zugekommen waren, dem oberösterreichischen Landes-Sanitätsrathe Veranlassung. sich mit dieser Frage zu befassen und specielle Anträge zur Hintanhaltung gewerblicher Phosphorvergiftungen zu erstatten.



¹) Hämmerle, Ibid. S. 381.

²⁾ Siehe Witowsky: Sanitätsgesetze. 1885, S. 320.

Mit Rücksicht auf diese Vorfälle beantragte der Oberste Sanitätsrath in der Sitzung vom 10. Februar 1877, dass zum Schutze der bei Erzeugung von Phosphorzündwaren beschäftigten Personen eine für alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder giltige Verordnung erlassen werde und legte die in sanitärer Beziehung in Betracht kommenden Anforderungen nieder, welche sich mit jenen aus dem Jahre 1846 vollkommen decken.

Acht Jahre später fanden diese Bestimmungen in der Ministerialverordnung vom 17. Jänner 1885, R. G. Bl. Nr. 8, Aufnahme, nachdem im Jahre 1880 in allen Ländern gegenständliche Erhebungen stattgefunden hatten, deren Ergebnis sich folgendermaassen gestaltete:

In Niederösterreich ereigneten sich in sechs Fabriksbetrieben mit zusammen 560 Arbeitspersonen (213 männlichen und 347 weiblichen) nur ganz vereinzelte Fälle von Phosphornekrose. In fünf oberösterreichischen Betrieben mit circa 160 Arbeitern wurden seit der obenerwähnten Berichterstattung in den folgenden Jahren 1876 bis 1880 derlei Fälle nicht constatirt. Ueber die Nekrosefälle in Salzburg, wo zwei Fabriken mit circa 20 Arbeitern seit 30 Jahren bestanden, gaben die Aufzeichnungen des St. Johannes-Spitales Auskunft. Es wurden daselbst in den Jahren 1870 bis 1875 insgesammt neun Erkrankungen an Phosphornekrose, davon aber nur sechs aus den Landesfabriken kommende Fälle behandelt, wogegen in den folgenden funf Jahren eine solche Krankheitsform in der Spitalspflege nicht mehr vorkam. Unter den fünf Fabriken Steiermarks mit 400 Arbeitern verzeichneten drei Unternehmungen im Laufe von mehreren Jahren ganz vereinzelte Erkrankungsfälle. Ferner sollen in Birkfeld und Krottendorf (politischer Bezirk Weiz) Kleingewerbe bestanden haben, in denen auch Kinder unter zehn Jahren Verwendung fanden. Desgleichen wurden in der einzigen Zündholzfabrik Kärntens 22 Arbeitern sechs Kinder — wenn auch nur zum Einlegen der Hölzer — beschäftigt. Gewerbliche Phosphorvergiftungen kamen daselbst nicht zur behördlichen Kenntnis. In der Laibacher Fabrik mit 60 bis 80 Arbeitern ereignete sich binnen 14 Jahren nur ein Fall von Phosphornekrose bei einem Tunker. Im Küstenlande bestanden zur Zeit der Erhebung zwei Fabriken, unter deren Arbeiterschaft (circa 200 an der Zahl) im Laufe von mehreren Jahren zwei Fälle von Kieferknochennekrose (ein Fall tödtlich) bekannt wurden. Sieht man von den vorher erwähnten Phosphorerkrankungen in den primitiven Hütten des politischen Bezirkes Reutte ab, so ereigneten sich in zwölf anderen, zumeist kleinen Betrieben in Tirol im Verlaufe von einigen Jahren drei Fälle von Phosphorvergiftungen, während diese Krankheitsform in zwei kleinen Fabriken in Vorarlberg unbekannt blieb. Von den 37 Betrieben in Böhmen waren 6 grosse mit je 100 bis 500 Arbeitern, 20 mittlere' und kleine. In sieben Gewerbeunternehmungen wurden laut ämtlicher Verzeichnisse innerhalb mehrerer Jahre ganz vereinzelte (ein bis zwei) Phosphornekrosen beobachtet, ferner in drei grossen Fabriken in Schüttenhofen in der Zeit vom 1872 bis 1878 zehn Fälle, davon fünf tödtlich. Aus zwölf mährischen Fabriken mit beinahe 500 Arbeitern, ferner aus zwei schlesischen Betrieben mit zusammen 60 beschäftigten Personen wurden innerhalb eines Zeitraumes von sechs bis acht Jahren 16, beziehungsweise drei Nekrosefälle gemeldet. Von den Behörden Galiziens, wo im Jahre 1880 in 19 Unternehmungen 944 Personen, darunter 632 Kinder arbeiteten, wurden nur drei Fälle von Phosphornekrose ermittelt, welche sich innerhalb zehn Jahre in zwei Fabriken ereigneten. In der Bukowina ist eine solche Erkrankung aus der einzigen Fabrik in Radautz zur behördlichen Kenntnis nicht gekommen. In Dalmatien bestand im Jahre 1880 keine Zündhölzchenfabrik.

Darnach scheinen die perniciösen Formen der in der Regel besonders schmerzhaft verlaufenden Kieferknochenerkrankungen seltener geworden zu sein, als zur Zeit der Entwicklung der Zündhölzchenindustrie.

Digitized by Google

Die gedachten Erhebungen ergaben noch, dass nur in wenigen Betrieben, und auch da nicht im bedeutenden Maasse, rother Phosphor zur Herstellung von Sicherheitszündhölzchen verwendet wurde; anderstheils aber, dass bei der gewerblichen Verarbeitung des weissen Phosphors viele Fabriksbesitzer schon vor der Erlassung der obligatorischen Maassnahmen selbst auf Einhaltung zweckdienlicher Vorkehrungen Rücksicht genommen hatten. In einem Betriebe wurde z. B. über Veranlassung des Unternehmers die Vorsicht beobachtet, dass keine Arbeitsperson vor Ablauf von 14 Tagen nach einer Zahnextraction die Arbeitsräume betrete. Die Erkenntnis der Schädlichkeit des weissen Phosphors hatte auch unter der betreffenden Arbeiterschaft vielfach Boden gewonnen. Manche kleineren Betriebe, wie insbesondere im Lechthale in Tirol, stellten die Arbeit ein, weil die Bevölkerung, durch die traurigen Erfahrungen abgeschreckt, zur Aufnahme der Arbeit in den so gefährlichen Hütten nicht zu gewinnen war.

Die bezogene Ministerialverordnung vom 17. Jänner 1885 bot nun in mancher Beziehung die Handhabe, die gewerblichen Phosphorvergiftungen hintanzuhalten, sowie die Erzeugung von Zündwaren in der Hausindustrie und im Kleingewerbebetriebe, wo die Gesundheitsgefahren erfahrungsgemäss am grössten sich darstellen, vielfach zu verhindern. Dieser Kategorie von Gewerbeunternehmungen hat überdies die Ministerialverordnung vom 3. Juli 1884, R. G. Bl. Nr. 111, zum Theile den Boden entzogen, indem die Verwendung von chlorsaurem Kali bei Herstellung von Reibzündhölzchen mit weissem Phosphor 1) nur in solchen Betriebsunternehmungen bewilligt werden durfte, welche die Erzeugung von derlei Zündhölzchen fabriksmässig betrieben. Reibhölzchen, deren Zündmasse Chlorkali beigesetzt ist, bilden aber die marktgünstigste Ware.

Analoge Vorschriften wie in Oesterreich, stehen hinsichtlich der Fabrikation von Zündhölzchen mit weissem Phosphor — insoferne eine solche gestattet wird — auch in anderen Staaten²) in Geltung, unter denen die behördlichen Maassnahmen in Ungarn,³) im Deutschen Reiche⁴) und speciell die in neuester Zeit erlassenen Vorschriften in Grossbritannien⁵) in sanitärer Beziehung hervorzuheben sind.

Alle diese Anordnungen gehen von dem Grundsatze aus, dass Räume, in welchen die verschiedenen gesundheitsgefährlichen Arbeiten vorgenommen werden, von anderen ungefährdeten Arbeits- und Geschäftsräumen zu trennen sind.

Diese Sonderung bezieht sich in Oesterreich auf die Arbeitsräume für die Zubereitung der Phosphormasse, für das Tunken und für das Trocknen, in Belgien, im Deutschen Reiche, in Grossbritannien, Schweden und in Ungarn muss überdies auch für das Abfüllen der Hölzer, beziehungsweise für ihre erste Verpackung ein besonderer Raum vorhanden sein.

Nach Kocher⁶) haben sich in der Schweiz die meisten Fälle von Phosphorerkrankungen unter den Füllerinnen ereignet. Hiebei kommt es in Betracht, dass

¹⁾ Die Verwendung von Chlorkali war in Oesterreich in der Zeit vom 1859 bis 1884 aus Rücksichten der Feuergefährlichkeit überhaupt verboten.

²⁾ Schweden: vom 18. Februar 1870 (Wortlant citirt in den »Studien zur Frage des Zündholzmonopols« von Schuler im Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik, 1898. XII. Bd., S. 179.)
Belgien: vom 25. März 1890. Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheits-Amtes 1890. XIV. Jahrgang, S. 498.

³⁾ Vom 27. März 1898. Magyarorszagi Rendeletek Tára, 1898. I. Bd., S. 543.

⁴⁾ Vom 11. Juli 1884, neuerlich unverändert kundgemacht am 8. Juli 1893, R. G. Bl., S. 209 Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheits-Amtes, 1893, XVII. Jahrgang, S. 587.

Vom 20. April 1900, Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes, 1901. XXV. Jahrgang, S. 1169.

⁶⁾ Prof. Dr. Kocher, Zur Kenntnis der Phosphornekrose. Bericht erstattet im Auftrage des schweizerischen Industrie- und Landwirthschaftsdepartements, Biel 1893.

einestheils die Arbeiter in intensive Berührung mit Phosphor gelangen, 1) anderstheils. dass durch Hantirung und Reibung der Hölzchen Phosphordämpfe sich entwickeln; übrigens tritt auch die persönliche Disposition insoferne in den Vordergrund, als sich zu dieser physisch nicht anstrengenden Beschäftigung in der Regel schwächliche Arbeiterinnen melden.

In Bezug auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume, welche laut der in Oesterreich geltenden Bestimmungen angemessen gross, hoch und mit wirksamen Ventilationseinrichtungen versehen sein sollen, fordert die Vorschrift im Deutschen Reiche, dass die Räume, in denen das Zubereiten der Zündmasse, das Betunken der Hölzer, das Abfüllen derselben und ihre erste Verpackung vorgenommen werden, mindestens 5 m hoch sein müssen, ferner dass die Abfüllräume so zu bemessen sind, dass für jeden darin beschäftigten Arbeiter ein Luftraum von mindestens $10 m^3$ entfällt.

In Schweden sollen die Arbeitsräume wenigstens 10 Fuss (= $3\cdot16\,m$) hoch sein und für jeden Arbeiter eine Bodenfläche von mindestens 30 Quadratfuss (= $3\,m^2$, also mindestens $9\cdot5\,m^3$ Luftraum) enthalten, ferner sollen die Wände mit Oelfarbe gestrichen, und der Boden undurchlässig hergestellt sein. In Grossbritannien wird bezüglich der Arbeitsräume eine Höhe von 14 Fuss (= $4\cdot42\,m$) und ein Luftraum von 400 Cubikfuss (= $12\cdot63\,m^3$) verlangt. Am weitesten gingen die Anforderungen des Bundesgesetzes vom 22. Juli 1882 in der Schweiz, woselbst übrigens seit 1899 die Fabrikation von Zündhölzchen mit weissem Phosphor untersagt ist, indem in den bezüglichen Arbeitsräumen ein Luftraum von $15\,m^3$ für den Kopf gefordert wurde.

Bei der Bemessung der Räumlichkeiten ist es jedoch nothwendig, sich die physikalischen Eigenschaften der aus der Zündmasse aufsteigenden Dämpfe gegenwärtig zu halten. Da sich die letzteren nicht gleichmässig im Raume vertheilen, sondern in den tieferen Luftschichten schweben bleiben, sind bei Bestimmung des jedem Arbeiter zuzusprechenden Luft-, beziehungsweise Arbeitsraumes nicht allein die Höhen-, sondern auch die Flächendimensionen in Anschlag zu bringen. Aus dem angeführten Grunde findet auch die wiederholt erhobene Forderung²) ihre Begründung, dass in den Abfüllräumen die Phosphordämpfe durch directe Entlüftung eines jeden Arbeitsplatzes mittelst Saugventilatoren, die unter den Sortirtischen anzubringen sind. beseitigt werden. Diese Maassregel ist blos in der englischen Vorschrift entsprechend berücksichtigt.

Die Forderung nach besonderer Reinhaltung des Fussbodens und der Wände findet darin ihre Begründung, dass die am Boden sich ansammelnden reichlichen Zündhölzchenabfälle Phosphordämpfe entwickeln, ferner dass sich auch an den Wänden Phosphortheilchen ablagern sollen. In Schweden müssen dementsprechend die Fussböden und die mit Oelfarbe zu bestreichenden Wände mindestens einmal in 14 Tagen gewaschen werden.

Ueber die Beschaffenheit der Fabrikationseinrichtungen enthalten einzelne Vorschriften ganz präcise Bestimmungen. Demnach hat in Belgien, im Deutschen Reiche, in England die Bereitung der Zündmasse nur in luftdichten Gefässen³) stattzufinden, und überhaupt müssen Gefässe, in welchen Zündmasse enthalten ist, stets gut bedeckt gehalten werden, im Gegensatze zu den ursprünglich in der Fabrikation verwendeten, höchst

Digitized by Google

¹⁾ Dr. Ris in Kloten bei Zürich (Die gesundheitliche Bedeutung der Zündholzfabrication, Beiträge zur Chirurgie. Festschrift gewidmet Theodor Billroth, 1892., S. 174) hält dafür, dass nicht die Phosphordämpfe, sondern ausschliesslich feste Phosphormassetheilchen die Kiefernekrose der Arbeiter herbeiführen, welche auf irgend eine Art Phosphor in fester Form in den Mund bekommen.

²⁾ Bericht der k. k. Gewerbeinspectoren für ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1897 (Aufsichtsbezirk Budweis, S. 222), im Jahre 1899 (Aufsichtsbezirk Pilsen, S. 220), im Jahre 1900 (Aufsichtsbezirk Budweis, S. 228.)

³⁾ Siehe Abbildung und Beschreibung in Heinzerling's: Die Gefahren der Krankheiten in der chemischen Industrie. 1886, I. Bd., S. 364 und 369; in Albrecht's: Handbuch der praktischen Gewerbehygiene, 1876, S. 902 und 904, beziehungsweise in Wagner's: Handbuch der chemischen Technologie 1889, S. 516

einfachen Mischgefässen. Auch das Betunken der Hölzer hat mittelst solcher Vorrichtungen 1) zu geschehen, welche das Eindringen der Phosphordämpfe in die Arbeitsräume ausschliessen, wodurch das primitive Eintauchen der Hölzehen von der Wand in die auf offener Platte ausgebreitete breiförmige Masse ausgeschlossen erscheint. Wird erwärmte Tunkmasse verwendet, so dürfen im Deutschen Reiche zum Betunken nur Vorrichtungen benützt werden, welche für diesen Zweck von der Behörde besonders genehmigt sind. Durch diese Bestimmungen wurden die älteren Vorschriften ersetzt, denen zufolge zur Bereitung der Phosphorzündmasse thierischer Leim in der gewöhnlichen Form nicht verwendet werden durfte, (weil diese Lösung zum Eintunken heiss benützt werden muss), während der Gebrauch solcher Bindemittel erlaubt war, welche wie Gummi, Traganth, flüssiger Leim u. s. w. das Betunken der Masse ohne Erwärmung, also auch ohne bedeutende Entwicklung von Phosphordämpfen gestatten.

Die ärztliche, beziehungsweise (in England) die zahnärztliche Untersuchung des Gesundheitszustandes der Arbeitsindividuen ist in Belgien einmal monatlich, im Deutschen Reiche, in Grossbritannien und Schweden mindestens vierteljährig, in Oesterreich in angemessenen Zwischenräumen vor, während sich die im Jahre 1846 in Wien eingesetzte Commission für eine vierwöchentliche Untersuchung aussprach. Diese letztere Frist wurde auch im Gutachten des Obersten Sanitätsrathes vom Jahre

1877 gutgeheissen.

Die Vorschriften in Bezug auf die Garderoben, Arbeitskleider, Waschvorrichtungen und das Verbot des Essens bei der Arbeit fehlen in keiner der behördlichen Anordnungen, welche für Zündhölzchenfabriken erlassen wurden. Nach der in Grossbritannien bestehenden Vorschrift haben die betreffenden Arbeiter jede Woche ein Bad zu nehmen, wozu denselben Gelegenheit gegeben werden soll. Wie Roth²) zutreffend hervorhebt, ist in England im Vergleiche zu den hiesigen Verhältnissen ein durchgreifender Unterschied in der Handhabung der gewerbehygienischen Bestimmungen darin gelegen, dass bei uns nur die Unternehmer zur Einhaltung der getroffenen Maassregeln verpflichtet werden, während die englischen Bestimmungan auch die beschäftigten Personen verpflichten, die persönlichen Schutzmassregeln zu befolgen; ein Umstand, welchem gerade in gesundheitsschädlichen Betrieben besondere Bedeutung zukommt.

Der Schutz der Arbeitspersonen in Zündhölzchenfabriken erstreckt sich ferner darauf, dass bei den die Gesundheit gefährdenden Manipulationen nur ganz gesunde Arbeitspersonen verwendet werden dürfen, eventuell erst auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung. Laut Gewerbegesetznovelle vom 8. März 1885, R. G. Bl. Nr. 22, dürfen in Oesterreich jugendliche Hilfsarbeiter zwischen dem vollendeten 14. und dem vollendeten 16. Jahre nur zu leichteren Arbeiten verwendet werden, welche der Gesundheit dieser Hilfsarbeiter nicht nachtheilig sind, folglich auch nicht bei Erzeugung von Phosphorzündhölzchen. In Schweden dürfen Arbeiter bei der Herstellung der Zündmasse und beim Tunken nicht länger als sechs Monate arbeiten, worauf im Falle der Wiederverwendung zu der gedachten Arbeit eine mindestens zweimonatliche Unterbrechung folgen muss. In analoger Weise bestimmt die Vorschrift in Oesterreich, dass bei den gesundheitsschädlichen Beschäftigungen und zwar beim Bereiten der Zündmasse, beim Tunken und Trocknen der Zündhölzchen zeitweilig ein Wechsel der Arbeiter einzutreten hat.

¹⁾ In Preussen vom 20, Juni 1876, siehe Wernich: »Zusammenstellung der giltigen Medicinalgesetze Preussens«, 1896. In Sachsen, siehe Pappenheim: »Handbuch der Sanitätspolizeis. 1870, H. Bd. S. 526.

²) Vierteljahresschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen. 1898. S. 201. (Schluss folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 1. September 1902, Z. 66699,

an alle k. k. Bezirkshauptmannschaften,

betreffend die sanitätsgemässe Unterbringung zugewanderter, Feldarbeiter.

In letzter Zeit mehren sich die Anzeigen über das Auftreten von Infectionskrankheiten unter den zur Erntezeit aus verschiedenen Gegenden, namentlich aus Ungarn eingewanderten, bei grösseren Gutsinhabungen beschäftigten Arbeitern und deren Familien. Diese sind nicht selten in äusserst ungünstigen Massenquartieren schlimmster Art untergebracht, woselbst sie auf Stroh schlafen. Eine Trennung der Geschlechter und Familien findet in der Regel nicht statt, und erinnern die Verhältnisse lebhaft an die seinerzeit unter den Arbeitern der grösseren Ziegelwerksunternehmungen bestandenen Uebelstände gleicher Art. Durch diese höchst bedenklichen sanitären Zustände wird der Ausbreitung eingeschleppter Infectionskrankheiten wesentlich Vorschub geleistet und der Gesundheitszustand der ortsansässigen Bevölkerung gefährdet.

Aus diesem Grunde, sowie aus Gründen der Humanität erscheint ein Eingreifen der Behörden behufs Abstellung der vorhandenen Uebelstände und Besserung der Unterkunftverhältnisse dringend nothwendig.

Die Handhabung der sanitätspolizeilichen Vorschriften in Bezug auf Wohnungen steht nach § 3 des Reichs-Sanitätsgesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, beziehungsweise der Statthalterei-Verordnung vom 4. Februar 1884, L. G. Bl. 9, den Gemeinden im selbständigen Wirkungskreise zu.

Es werden daher die Gemeinden unter Hinweis auf die in zahlreichen zur vorübergehenden Unterbringung von landwirthschaftlichen Arbeitern bestimmten Unterkunftstätten herrschenden sanitären Uebelstände auf diese Bestimmungen mit der Aufforderung aufmerksam zu machen sein, die zur Abstellung der Uebelstände nothwendigen Verfügungen im eigenen Wirkungskreise zu treffen.

Behufs möglichst gleicher Beurtheilung der einzelnen Fälle sollen im Nachstehenden jene Gesichtspunkte bekannt gemacht werden, welche im Allgemeinen bei der Unterbriugung einer grösseren Arbeiteranzahl als Richtschnur zu dienen haben.

- 1. Für alle Arbeiter, welche auch nur vorübergehend, z. B. während der Erntezeit in landwirthschaftlichen Betrieben beschäftigt werden, sind von der betreffenden Gutsinhabung Wohnungen beizustellen, welche den Bestimmungen der Bauordnung und billigen sanitären Anforderungen entsprechen.
- 2. Massenquartiere, das sind Räume, in welchen die Arbeiter beiderlei Geschlechter, verheiratete und ledige Personen und Kinder zusammen untergebracht sind, müssen aus sanitären und sittlichen Gründen als unzulässig bezeichnet werden.
- 3. Für Arbeiter beiderlei Geschlechtes sind getrennte Unterkunfträume nothwendig, welche genügend trocken, direct beleuchtet und mit einem Fussbodenbelag versehen sein müssen. Durchschnittlich soll ein Luftraum von mindestens $10 \ m^3$ und ein Flächenraum von mindestens $4 \ m^2$ auf den Kopf entfallen.
- 4. Es unterliegt keinem Anstande, Arbeiter verschiedenen Geschlechtes, soferne sie einer Familie angehören in besonderen Räumen unterzubringen, deren Grösse in Bezug auf Luftausmaass und Flächeninhalt in einem annehmbaren Verhältnisse zur Zahl der Familienmitglieder steht.
- 5. Die Verwendung von übereinander befindlichen Bettgestellen (sogenannten Etagenbetten), sowie das Schlafen der Arbeiter auf dem Fussboden ist unzulässig. Jedem Arbeiter ist eine Bettstelle anzuweisen, und muss diese mit einem Strohsacke und Kopfpolster versehen sein.
- 6. Wenn irgend möglich, ist den Arbeitern ein eigener Raum zur Bereitung und Einnahme ihrer Mahlzeiten zuzuweisen.
- 7. Wenn die Schlafräume gleichzeitig zum Kochen, zur Einnahme der Mahlzeiten und als

Digitized by Google

Aufenthaltsräume überhaupt verwendet werden sollen, so ist ein den jeweiligen Verhältnissen entsprechendes, wesentlich höheres Luft- und Flächenausmaass pro Kopf anzunehmen.

- 8. Den Arbeitern sind in angemessener Nähe ihrer Wohnungen bauordnungsmässige Aborte in entsprechender Anzahl zur Verfügung zu stellen.
- 9. Arbeiterwohnungen, welche auch während der Winterszeit bewohnt werden, müssen beheizbar sein.
- 10. Der Bezug geeigneten Trinkwassers für die Arbeiterbevölkerung ist sicherzustellen.

Kraft des im § 1 des Reichssanitätsgesetzes vorgesehenen Oberaufsichtsrechtes der
Staatsverwaltung werden die politischen Behörden I. Instanz auf die eben berührten, zunächst in den selbständigen Wirkungskreis der
Gemeinden fallenden Zustände ein besonderes
Augenmerk zu richten und vorkommenden Falles
die zur Abstellung erhobener sanitärer Uebelstände nothwendigen Verfügungen im Rahmen
der bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu
treffen haben.

Dieser Erlass ergeht an alle k. k. Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 28. August (10. September) l. J., Nr. 365, wurde angeordnet, dass auf Herkünfte aus Odessa die in der Verordnung vom 12. und 18. Juli l. J. verfügten Maassnahmen (eilftägige Quarantaine und strenge Desinfection, siehe S. 370 und 378, beziehungsweise Jahrg. 1901 d. Bl. S. 513 und 571) Anwendung zu finden haben.

Russland. In Odessa (S. 426) sind vom 5. bis zum 13. September 6 neue Erkrankungen an Pest vorgekommen. Die letzten zwei Fälle ereigneten sich in der Mitte der Stadt in der Preobajenskajastrasse. Die Sanitätscommission hat die Bestellung von 23 neuen Epidemiärzten beschlossen. — Auch in der deutschen Coloniegemeinde Guldendorf (Chersoner Gouververnement) ist ein pestverdächtiger Krankheitsfall beobachtet worden. In Folge dessen wurde die Thätigkeit der ausserordentlichen Sanitätscommission auch auf den Odessaer Kreis und auf die an diesen anstossenden Kreise ausgedebnt.

Der auf dem österreichisch-ungarischen Dampfer "Contessa Adelina" erkrankte und am 1. September ins Isolirspital in Odessa wegen Pestverdachtes abgegebene Matrose (S. 426) ist am 9. September genesen aus dem erwähnten Spitale entlassen worden.

Türkei. In Constantinopel wurde am 17. September eine Pesterkrankung an einem jungen einheimischen Zuckerbäcker beobachtet, welcher in der Nähe des alten Pestherdes im Baluk-Bazar in Stambul (siehe S. 331) wohnhaft war. Der Sanitätsconseil verfügte für die Constantinopel verlassenden Schiffe die Anwendung der ärztlichen Visite und Desinfection.

Die Quarantaine für Herkünfte aus Odessa (S. 427) wurde von zehn auf fünf Tage herabgesetzt.

Aegypten. In Alexandrien sind vom 4. bis 10. September 2 neue Pestfälle ermittelt worden.

Britisch-Indien. In Bombay erkrankten in der Woche vom 8. bis 14. August 25 und starben 21 Personen an Pest. In Calcutta wurden in der Woche vom 10. bis 16. August 9 und in Kurachee in der Woche vom 9. bis 15. August 7 Todesfälle, in der Präsidentschaft Madras (S. 418) in den aufeinanderfolgenden zwei Wochen vom 27. Juli bis 9. August 123, 198 Erkrankungen und 101, 144 Todesfälle, in der Stadt Madras in der Woche vom 9. bis 15. August 2 tödtliche Pestfälle constatirt.

Hongkong. (S. 379) Im Monate Juli sind in der genannten Colonie 145 Personen (darunter 5 Europäer) an Pest erkrankt und 141 der Seuche erlegen.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 403) sind in der Woche vom 20. bis 26. August neuerdings 2 Todesfälle an Pest constatirt worden. Auch in Victoria, der Hauptstadt des Staates Espirito Santo wurden in derselben Woche mehrere verdächtige Erkrankungen beobachtet, von welchen an 2 tödtlich verlaufenen Fällen Pest sichergestellt wurde.

Digitized by Google

Cholera. Türkei. Auf einem vor Clazomene in Quarantaine befindlichen ägyptischen Dampfer ist ein Heizer an Cholera erkrankt. Der Kranke wurde ins Lazareth ausgeschifft und der Dampfer nach Alexandrien zurückgewiesen.

In Zubeida (Jemen, S. 419) sind seit 18. August keine choleraverdächtigen Er-

krankungen vorgekommen.

Aus Hodeida (Jemen) wurden am 10. September 4 choleraverdächtige Erkrankungen, von welchen 2 tödtlich verliefen, gemeldet.

Aegypten. In Cairo betrug die Zahl der ausgewiesenen Choleraerkrankungen (und Todesfälle) in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 12. bis 18. September (von Mittag zu Mittag); 15 (17), 13 (13), 18 (12), 14 (17), 18 (12), 14 (16), 21 (18) und in den Vorstädten vom 12. bis 17. September: 16 (18), 20 (18), 20 (19), 21 (25), 18 (9).

In Alexandrien ist die Choleraepidemie in stetiger und rascher Zunahme begriffen; es erkrankten (starben) in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 4. bis 10. September 18 (11), 19 (14), 30 (22), 45 (39), 43 (35), 41 (38), 52 (39) Personen. Von den während dieser Zeit constatirten 248 Cholerafällen betrafen 55 Erkrankungen Europäer.

In der Woche vom 2. bis 8. September zählte man in ganz Aegypten 7758 Cholerafälle (gegen 3875 in der Vorwoche); hievon betrafen 3469 Fälle aufgefundene Leichen. Die Zahl der Todesfälle betrug, einschliesslich der aufgefundenen Leichen, 6311. Neue Erkrankungen (und Todesfälle, einschliesslich die aufgefundenen Leichen) sind zur Anzeige gelangt in den Städten Cairo 25 (124), Alexandrien 63, (105), Damiette 32 (33), Ismailia 1 (3), in Port Said 1 (1); ferner in den Provinzen Gharbieh 950 (1273), Behera 235 (416), Charkieh 509 (647), Dakahlieh 491 (774), Galiubieh 246 (335), Menufieh 373 (717), Guizeh 279 (316), Beni Suef 121 (142), Fayum 70 (115), Minieh 137 (216), Assiut 569 (782), Guirgueh 187 (311), Keneh 0 (1).

Hongkong (S. 380). Im Monate Juli wurden in dieser Colonie 31 Erkrankungen (darunter 4 an Europäern) und 4 Todesfälle an Cholera verzeichnet.

Japan (S. 411). Nach dem amtlichen Ausweise über den Verlauf der Cholera in Japan waren bis Ende Juli an dieser Seuche erkrankt (gestorben) in den Provinzen Fukuoka-Land 341 (193), Tokio-Stadt 4 (4), Saga-Land 81 (48), Nagasaki-Land 46 (26), Yamaguchi-Land 27 (1), Kumamoto-Land 5 (2), Tokushima-Land 1 (0), Kioto-Stadt 3 (0), zusammen 508 (274). In der ersten Woche des Monates August wurden in Fukuoka-Land noch 56 und in Nagasaki-Land 5 weitere Krankheitsfälle ermittelt, so dass sich die Gesammtzahl der Erkrankungen in der erstgenannten Provinz auf 397 und in Magasaki-Land auf 51 erhöhte. Neu aufgetreten ist die Cholera in der ersten Augustwoche in Osaka-Stadt (8 Erkrankungen, 4 Todesfälle), in Okayama-Land (249 Erkrankungen, 114 Todesfälle), Hyogo-Land (2 Erkrankungen, 1 Todesfall) und in Oita-Land (2 Erkrankunges, 2 Todesfälle).

Vermischte Nachrichten.

Niederösterreich. Gründung von Landes-Kindergärten in Verbindung mit Landes-Kinderbewahranstalten. Kundmachung des k. k. n. ö. Landesschulrathes vom Mit 24. December 1901, Z. 15801, L. G. u. V. Bl. Nr. 94, wurde das vom Landtage des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns beschlossene Statut, betreffend die Grundung von Landeskindergärten und damit verbundenen Landes-Kinderbewahranstalten verlautbart. Hienach können nach Maassgabe des Bedürfnisses vom n. ö. Landesausschusse in niederösterreichischen Ortsgemeinden ausser Wien über Ersuchen der betheiligten Gemeinden solche Anstalten errichtet werden. Diese Landes-Kindergärten haben die Aufgabe, die häusliche Erziehung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter zu unterstützen und zu ergänzen, sowie Kinder durch geregelte Uebung des Leibes und der Sinne, ferner durch naturgemässe Bildung des Geistes für den Volksschulunterricht vorzubereiten.

Die geeigneten Räumlichkeiten nebst Einrichtungsgegenständen, Anschauungs- und Beschäftigungsmittel etc., ferner ein entsprechender Spielplatz sind von der Gemeinde beizustellen und in Stand zu halten. Auch ist die Gemeinde verpflichtet, für jede Kindergärtnerin weltlichen Standes eine aus mindestens einem Zimmer und Küche bestehende Naturalwohnung zur Verfügung zustellen. Der pädagogische Leiter dieser Anstalt wird, falls die bestellte Kindergärtnerin nicht die gesetzliche Eignung hierfür besitzen sollte, vom Bezirksschulrathe im Einvernehmen mit dem Landesausschusse bestimmt.



Zur Aufnahme in diese Kindergärten werden Kinder, welche das dritte Lebensjahr voligendet haben, zugelassen; dieselbe erfolgt in der Regel zu Beginn des Schuljahres; Kinder ärmerer Eltern erhalten den Vorzug. Der Unterricht ist ein unentgeltlicher.

Kranke Kinder, sowie solche Kinder, welche mit Gebrechen behaftet sind, die eine Gefahr für die übrigen Pfleglinge befürchten lassen, desgleichen ungeimpfte Kinder werden in den Kindergarten nicht aufgenommen. Die Dauer der Beschäftigung im Kindergarten ist mit 3 Stunden Vormittags und 2 Stunden Nachmittags bemessen. An Sonn- und Feiertagen und während der Zeit der Volksschulferien bleibt der Kindergarten geschlossen. Kinder, welche im Elternhause nicht die entsprechende Beaufsichtigung geniessen, sowie Kinder, welche einen weiten oder für sie beschwerlichen Weg zum Kindergarten zurückzulegen haben, können auch während der Mittagspause im Kindergarten verbleiben, wenn von Seite der Eltern oder von anderer Seite für ihre Verköstigung im Kindergarten gesorgt wird.

Die Administrationsgeschäfte des Kindergartens werden unter Controle des Landesausschusses durch ein vom Landesausschusse auf die Dauer von drei Jahre bestelltes fünfgliedriges Localcomité, in dem auch der pädagogische Leiter Sitz und Stimme hat, besorgt.

Die Kindergärtnerinnen und Kinderwärterinnen werden vom Landesausschusse bestellt.

Kinderschutz. Im Gerichtsbezirke Friedland hat sich ein Verein "Kinderschutz" gebildet, welcher den Zweck verfolgt, den Gefahren entgegenzuwirken, die für die Kinder entstehen aus vernachlässigter Erziehung, ferner aus dem Missbrauche der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt durch übermässige Züchtigung und körperliche Misshandlung, durch Verwendung zur Arbeit über das Maass der kindlichen Kräfte, durch Verwendung zu Leistungen welche das Kind sittlich gefährden, endlich aus der Unterbringung in fremder Pflege bei Personen, deren Ruf, Wohnungs und Lebensverhältnisse keine Gewähr für eine gedeihliche Entwicklung der Pfleglinge bieten.

Der Zweck dieses Vereines soll erreicht werden durch Ermittlung, Beobachtung, Beaufsichtigung schutzbedürftiger Kinder; Einleitung der zur Abhilfe nothwendigen Schritte durch Inanspruchnahme geeigneter Hilfsorgane; Anschluss an die Behörden und Vereine mit verwandten Bestrebungen; Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu Gunsten rechter Erziehung, Behandlung und Pflege der Kinder. (Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums.)

Bewegung der Bevölkerung in Spanien. Nach dem in der Gaceta de Madrid veröffentlichten amtlichen Ausweise sind in den 49 Provinzialhauptstädten Spaniens im Jahre 1901 94.665 Todesfälle und 94.948 Geburten verzeichnet worden. Die Sterblichkeit schwankte in den einzelnen Städten zwischen 53 34 (Murcia) und 21.39 (Palma) pro Mille. Von den ausgewiesenen Todesfällen entfielen 1806 auf Typhus abdominalis, 73 auf Typhus exanthematicus, 445 auf Malaria, 1998 auf Blattern, 3244 auf Masern, 209 auf Scharlach, 785 auf Diphtherie und Croup, 3 auf Cholera asiatica, 49 auf Cholera nostras, 344 auf Keuchhusten, 1891 auf Grippe und 343 auf sonstige epidemische Krankheiten. An Tuberculose der Lungen starben 7880, an Tuberculose der Meningen 1364, an Tuberculose anderer Organe 2257, an Syphilis 473, an bösartige Neubildungen 2280 Personen. Von den 94.948 Geborenen wurden 4690 todtgeboren (3805 ehelich und 885 unehelich) und 90.258 lebendgeboren (79.176 ehelich und 11.082 unehelich). Das Verhältnis der Geborenen (ohne Todtgeborene) zur Einwohnerzahl bewegte sich in den einzelnen Städten zwischen 15.27 (in Leon) und 44.85 (in Coruna) pro Mille.

Neue Heilquellen. Die Statthalterei in Prag hat mit dem Erlasse vom 12. Juli 1902, Z. 145259, den Kotigauer Sauerbrunn als öffentlichen Gesundheitsbrunnen erklärt und die Füllung und Versendung des Wassers dieses Brunnens genehmigt.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 16. September l. J. nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 17. bis 23. September beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 2; Husiatyn: Nizborg nowy 1; Jaworow: Zawadow 4; Mosciska: Laski goscincowe 2; Nadworna: Pniow 2; Rawa: Wulka mazowiecka 4; Tlumacz: Holoskow 1.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner, Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

D_{R.} J. DAIMER

Ministerial rath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien
I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganziährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 2. October 1902.

Mr. 40.

Inhalt. Zur Frage der Phosphorvergiftungen in sanitätspolizeilicher Beziehung. (Schluss.) — Ein wirksames Heilserum gegen Scharlach aus dem k. k. serotherapeutischen Institute in Wien. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend gegenseitige Verständigung der competenten Behörden über die bevorstehende Ueberführung einer Leiche aus dem Deutschen Reiche nach Oesterreich und umgekehrt. — Mitheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Zur Frage der Phosphorvergiftungen in sanitätspolizeilicher Beziehung.

(Schluss.)

II.

Erfolge in der Bekämpfung der Phosphorvergiftungen in Zündwarenfabriken lassen sich dort nicht in Abrede stellen, wo die besprochenen Maassnahmen rationell durchgeführt und beharrlich befolgt werden. Dass dies sowohl in Oesterreich, wie im Auslande nicht allenthalben zutrifft, beweisen die in den Jahresberichten der Gewerbeinspectoren niedergelegten Wahrnehmungen. Fahrlässigkeit von Seite der Unternehmer, sowie Mangel an Verständnis und Vorsicht seitens der Arbeiter erklären das alljährliche Wiederkehren der Fälle von Phosphornekrose in gewerblichen Betrieben.

Nach der Zusammenstellung, welche auf Grund der Berichte der k. k. Gewerbeinspectoren für die Jahre 1881—1894 verfasst wurde, 1) ermittelten die letzteren 117 Fälle 2) von Phosphornekrose. Dazu kommen in den Jahren 1895—1901 weitere 53 Erkrankungsfälle. Diese 170 Phosphorvergiftungen vertheilen sich nach den einzelnen Ländern, wie folgt: in Niederösterreich 12, in Oberösterreich 5, in Steiermark 65, in Böhmen 65, in Mähren 7, in Schlesien 1 und in Galizien 15. Zur Vervollständigung der statistischen Daten aus Galizien ist jedoch beizufügen, dass nach den Erhebungen des Gewerbeinspectorates in Lemberg 3) in den Krankenanstalten des Landes während der Zeit vom Jahre 1888—1896 allein über 30 Personen mit Phosphornekrose in Behandlung standen, also bei Weitem mehr, als Anzeigen eingelaufen sind.

3) Bericht der k. k. Gewerbeinspectoren über die Amtsthätigkeit im Jahre 1896. S. 368.

¹⁾ Siehe Jahrgang 1896 d. Bl., S. 107.

²⁾ Ueberdies im Jahre 1892 blos allgemeine Angaben über das Vorkommen mehrerer Erkrankungsfälle im Bereiche des Gewerbeinspectorates in Linz, Reichenberg, Troppau und Lemberg.

Ueber sanitär unzulängliche Einrichtungen der Zündhölzchen-Fabriken wird seitens der Gewerbeinspectoren, und zwar auch in den Berichten für die letztver-

flossenen Jahre Klage geführt.

Diesen Berichten zufolge (in den Sanitäts-Berichten fehlen bezügliche Angaben) sollen z. B. im Jahre 1896 in sämmtlichen zehn Zündhölzchen-Fabriken des (damals Galizien und Bukowina umfassenden) Aufsichtsbezirkes Lemberg die betreffenden Arbeitspersonen unter äusserst ungünstigen sanitären Verhältnissen gearbeitet haben. 1) Der Mangel an vorgeschriebenen Vorkehrungen und Sicherheitsmaassnahmen daselbst wird noch in den Berichten für die Jahre 1900 und 1901 hervorgehoben.

Das Gewerbeinspectorat zu Königgrätz²) berichtete im Jahre 1896, dass die Ventilationsschläuche in den fraglichen Unternehmungen des Amtsbereiches in der Regel verstopft, die Garderoberäume zu anderen Zwecken verwendet und dass die Waschrequisiten in nur ungenügender Anzahl beigestellt waren. Laut Mittheilung des Gewerbeinspectorates in Olmütz3) gaben fast sämmtliche Zündhölzchen-Fabriken wegen ihrer mangelhaften Einrichtungen und wegen Nichtbefolgung der diesfalls bestehenden Vorschriften Anlass zur Beanständung. In einer Zündhölzchenfabrik dieses Aufsichtsbezirkes, in welcher an 50 Arbeitspersonen in Verwendung standen, war die Phosphortunkerei in einem Corridor untergebracht, durch welchen alle übrigen Arbeitsräume in Verbindung standen, so dass sämmtliche Arbeiter des Betriebes den Phosphordampfen ausgesetzt waren. Auch noch im Jahre 1900 hob dasselbe Gewerbeinspectorat 1) hervor, dass in einer Zündwarenfabrik der Tunkraum ganz unzureichend ventilirt und entgegen den bestehenden Vorschriften gegen die übrigen Arbeitsräume nicht abgesperrt war. Im Jahre 1901 musste der Gewerbeinspector⁵) in Innsbruck eine Erzeugungsstätte beanständen, bei welcher sämmtliche Arbeitsverrichtungen: Holzdrahthobelei, Phosphor- und Schwefelkocherei, Tunken, Trocknen, ja selbst die Verpackung in einem einzigen kaum 2m hohen Raume vorgenommen wurden. Der Gewerbeinspector in Budweis,6) welcher im Jahre 1899 zwei Zündhölzchenfabriken zur Mittagszeit inspicirte, fand in der Tunkkammer und in der Ausnehmerei die Fenster und Thüren, welche behufs kräftiger Durchlüftung während der Mittagspausen offen gehalten werden sollen, ebenso wie die Ventilationsöffnungen, fest geschlossen. Während der Mittagspause waren zahlreiche Mädchen in der Ausnehmerei dieses Betriebes mit Füllarbeiten beschäftigt, andere Arbeitspersonen verbrachten daselbst die Ruhepause, verrichteten weibliche Handarbeiten oder nahmen ihre Mahlzeit ein.

Ueber Waschgelegenheiten in Zündhölzchenfabriken äussert sich dasselbe Gewerbeinspectorat⁷) im Jahre 1898, dass die Waschvorrichtungen sowohl in Bezug auf die Zahl derselben, als auch in Bezug auf die Nebenutensilien, wie Handtücher u. s. w. unzureichend waren. Diese Wahrnehmung bestätigt auch das Gewerbeinspectorat in Troppaus) mit dem Beifügen, dass die Waschvorrichtungen von den Arbeitern in Zündhölzchenfabriken nicht oder nur in unzulänglichem Maasse benützt werden, und hält dafür, 9) dass ein nicht unbeträchtlicher Theil der Phosphorerkrankungen der Unvorsichtigkeit mancher Arbeiter zuzuschreiben ist, welche das vorgeschriebene Waschen und Mundausspülen vernachlässigen und ungeachtet des strengen Verbotes mit ungereinigten Händen Nahrungsmittel zum Munde führen.

¹⁾ Bericht der k. k. Gewerbeinspectoren über die Amtsthätigkeit im Jahre 1900. S. 327 und 1901, 8. 435.

²⁾ Ididem 1896. S. 251.

³⁾ Ibidem 1896, S. 321.

⁴⁾ Ididem 1900. S. 284.

⁵) Ibidem 1901. S. 153.

i) Ibidem 1899. S. 239.
 i) Ididem 1898. S. 230.

⁸⁾ Ibidem 1898. S. 341.

⁹⁾ Ibidem 1896. S. 347.

Sehr bedenklich erscheint auch die Wahrnehmung des Gewerbeinspectors in Brünn 1) im Jahre 1899, dass in der grössten der Zündhölzchenfabriken des Aufsichtsbezirkes die Arbeiter vom Arzte seit Jahren nicht untersucht wurden.

Diese Präventivmaassregel stösst — laut Aeusserung des Gewerbeinspectors ²) in Graz — in ihrer Anwendung auf Schwierigkeiten, weil eine genaue ärztliche Untersuchung der Arbeiter in grossen Betrieben verhältnissmässig viel Zeit erfordert, und weil sich die Arbeiter nicht gerne der Visitation unterziehen, indem dieselben befürchten, im Falle einer constatirten Untauglichkeit entlassen oder aber in einer anderen Betriebsabtheilung verwendet zu werden, in welcher sie vielleicht eine Einbusse ihres bisherigen Verdienstes erleiden.

Der Gewerbeinspector³) in Pilsen macht aufmerksam, dass die beim Massekochen, Tunken und Trocknen beschäftigten Hilfsarbeiter nicht in entsprechenden Zeiträumen gewechselt, ferner dass die für diese Verrichtungen und für das Aus-

nehmen vorgeschriebenen Ueberkleider nicht benützt werden.

Die Beschwerden gehen ferner dahin, dass der gesundheitliche Schutz, welcher den jugendlichen Hilfsarbeitern gesetzlich gewährleistet ist, nicht überall beobachtet wird. So wurde z. B. im Jahre 1896 in einer Zündhölzchenfabrik des Gewerbeaufsichtsbezirkes Pilsen 1) die Verwendung von 1 männlichen und 5 weiblichen Hilfsarbeitern unter 16 Jahren zum Füllen der fertigen Phosphorhölzchen und Schachteln beanständet; im Budweiser Aufsichtsbezirke 5) wurden sogar 3 Kinder im Alter unter 14 Jahren in einer Zündhölzerfabrik beschättigt. Im Jahre 1899 arbeitete in einer solchen Unternehmung desselben Aufsichtsbezirkes 6) ein elfjähriger Knabe, und in einer anderen waren 6 Knaben und 65 (!) Mädchen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren beim Ausnehmen und Verpacken von Zündhölzchen verwendet.

Der Gewerbeinspector in Graz⁷) constatirte im Jahre 1899, dass in einzelnen fraglichen Betrieben die Arbeitszeit zu lange dauerte; so arbeiteten 4 Lackirer einer Zündholzfabrik ohne Unterbrechung von 3 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends; auch

die Ausnehmerinnen machten zahlreiche Ueberstunden.

Der Landes-Sanitätsinspector in Steiermark hat im Jahre 1900 sämmtliche sieben Zündhölzchenfabriken des Landes einer sanitären Revision unterzogen, von denen 4 Betriebe 120—450 Arbeitspersonen beschäftigten, 3 hingegen blos 23, 20, beziehungsweise 4. In allen diesen Unternehmungen arbeiteten zusammen 1250 Personen. Die Einrichtung der Arbeitsräume wurde nur in einer einzigen Fabrik anstandslos befunden; in den übrigen Betrieben waren die Räume, in denen sich Phosphordämpfe entwickeln, theils ungenügend ventilirt, theils von den übrigen Betriebslocalitäten nicht abgesondert. Eine kleine Werkstätte im politischen Bezirke Weiz diente sogar zur Vornahme sämmtlicher Fabrikationsarbeiten; dieser Raum, in welchem 4 Familienangehörige arbeiteten, war durch eine Doppelthüre von dem Schlafzimmer der Familie abgeschlossen; zur Bereitung des Phosphorbreies diente die Waschküche. Diese in kleinem Umfange betriebene Zündwarenerzeugung wurde im Mai 1901 aufgelassen.

Mit Ausnahme von 2 Fabriken wurden in allen Betrieben die beigestellten Waschvorrichtungen vom Sanitätsinspector als ungenügend oder als nicht entsprechend befunden. Kleidungsstücke — von den kleineren Betrieben abgesehen — fanden sich sogar in den Arbeitsräumen zweier grosser Fabriken aufbewahrt vor. Die Beistellung von Arbeitskleidern erfolgte nur in 3 Betrieben, in 4 anderen wurden Ueberkleider nicht verwendet. Eine ärztliche Untersuchung der Arbeiter fand theils vierteljährig,

7) Ibidem 1899. S. 67.

¹⁾ Bericht der k. k. Gewerbeinspectoren über die Amtsthätigkeit im Jahre 1899. S. 284.

²⁾ Ibidem 1901. S. 77.
3) Ibidem 1901. S. 305.

⁴⁾ Ibidem 1896. S. 210. 5) Ibidem 1896. S. 233.

⁶) Ibidem 1899. S. 243 u. 244.

theils ganz unregelmässig, oder aber gar nicht statt. Das vorgeschriebene Vormerkbuch über die jeweiligen ärztlichen Untersuchungen war in den meisten Fällen nicht einwandfrei geführt; ebensowenig waren Anhaltspunkte gegeben, um festzustellen, ob bei den gesundheitsgefährlichen Verrichtungen zeitweilig ein Wechsel der Arbeiter stattfinde. Die Ergebnisse dieser Revisionen wurden behufs Beseitigung der wahrgenommenen Uebelstände als Grundlage für behördliche Verfügungen genommen.

Nach dem Vorstehenden dürfte ein radicales Mittel gegen gewerbliche Phoephorvergiftung wohl nur in dem gänzlichen Verbote der Verwendung des weissen Phosphors gefunden werden.

Von den europäischen Staaten sind bereits Dänemark, 1) die Schweiz? und die Niederlande3) mit dem Verbote der Erzeugung von Zündhölzchen aus weissem Phosphor vorgegangen.

In Oesterreich fallen allerdings in dieser Frage, abgesehen von anderen Momenten, die Rücksichten auf die heimischen Producenten, sowie auf den bedeutenden Export schwer in Gewicht.

Nach den Ergebnissen der Gewerbezählung am 1. Juni 1897 bestanden in Oesterreich insgesammt 66 Betriebe zur Erzeugung von Zündhölzchen und überdies 27 zur Erzeugung von anderen Zündwaren. Die Zahl der in den fabriksmässigen Betrieben im Jahre 1890 beschäftigten Arbeiter wurde seitens der Handels- und Gewerbekammer in Wien 4) mit 7702 angegeben (2952 männliche und 4750 weibliche). Bei der Bearbeitung der Krankheitsstatistik⁵) unter den Mitgliedern der nach dem Krankenversicherungsgesetze eingerichteten Krankencassen für das Jahr 1890 wurde die Zahl der in Zündhölzchenfabriken beschäftigten Arbeitspersonen blos mit 3796 ermittelt.

Anlässlich der Debatte im Abgeordnetenhause über die Einführung des Zündhölzchenmonopols 6) hat die Regierung in der Sitzung des Hauses vom 7. Jänner 1897 die Erklärung abgegeben, 7) dermalen weder für die Einführung des Monopols. noch der Zündhölzchensteuer eintreten zu können.

In sanitärer Beziehung sind die Verhältnisse der Zündhölzchensteuer 8) in Russland dadurch bemerkenswerth, dass gemäss dem Gesetze vom 4. Jänner 1888 von den Zündhölzchen eine Verbrauchsabgabe unter Anwendung des Banderolesystems derart bemessen ist, dass die Sicherheits- oder sogenannten schwedischen Hölzer um die Hälfte niedriger besteuert sind, als alle anderen Arten von Zündhölzchen. Diese gesetzliche Anordnung verfolgt offenbar den Zweck, auf die Zündhölzchenfabriken, deren Zahl in Russland im Jahre 1885 insgesammt 193 (mit 8945 Arbeitern) betrug, dahin einzuwirken, dass an Stelle der Zündhölzchen aus weissem Phosphor solche aus rothem Phosphor Verbreitung finden.

¹⁾ Gesetz vom 14. Februar 1874 (citirt in der erwähnten Publication von Schuler).

²⁾ Nachdem das mit 23. December 1879 erlassene Verbot der Fabrikation von Zündhölzchen aus weissem Phosphor nach 1½ jährigem Bestande aufgehoben worden war, erging mit dem Bundesgesetze vom 2. November 1898 neuerlich das bezügliche Verbot (Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheits-Amtes. 1899, 23. Jahrgang, S. 110). Vgl.: Prof. Dr. F. Erismann: Zur Geschichte der Zündhölzchenfrage in der Schweiz und zur Beurtheilung der neuen Gesetzesvorlage. Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik. 1898, Bd. XII, S. 179.

3) Gesetz vom 28. Mai 1901. Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheits-Amtes, 1901, 25. Jahrgang S. 881

^{25.} Jahrgang, S. 884.

⁴⁾ Bericht der Kammer über die Zündhölzchenindustrie und Zündhölzchensteuer. Sitzungsberichte der Handels- und Gewerbekammer. Jahrgang 1896, Beilage 2.

⁵) Die Gebarung und die Ergebnisse der Krankheitsstatistik der nach dem Krankenversicherungsgesetze eingerichteten Krankencassen im Jahre 1890. Wien 1893, II. Theil. Hof- und Staatsdruckerei.

6) Zündhölzchenmonopol besteht in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Serbien, Griechen-

⁷⁾ Stenographisches Protokoll, XI. Session, Bd. XXIII, S. 28623. 5) Dr. Johann v. Keussler: Das russische Zündhölzchengesetz. Finanzarchiv von Schranz. 1889, 6. Jahrgang, S. 356.

Abgesehen von den chronischen Vergiftungen bei der gewerblichen Arbeit mit Phosphor ist vom sanitären Standpunkte — worauf der Oberste Sanitätsrath besonderen Nachdruck legte — die Gefahr der Phosphorzundhölzchen in der zunehmenden Häufigkeit der acuten Phosphorvergiftungen und insbesondere in der Leichtigkeit, mit welcher solche Vergiftungen stattfinden können, zu erblicken. Eine erschöpfende Statistik der Phosphorvergiftungen in Oesterreich liegt nicht vor. In den vierteljährigen Nachweisungen über die Todesursachen werden in den meisten Ländern (mit Ausnahme von Steiermark, Kärnten, Schlesien, Galizien, Bukowina und Dalmatien) bezüglich der Art der zufälligen tödtlichen Beschädigungen und der Selbstmorde specificirte Nachweisungen geführt. Diesen zufolge ereigneten sich Todesfälle durch:

			zufällige Phosphor- vergiftunge		Pl ver	sichtlic hosphor giftung	r- gen
in d	en Jahren 1898	1899	1900 1901	1898	1899	1900	1901
in Niederösterr. mit Ausschluss	von Wien 5	13	 13	15	18	17	17
• Oberösterreich	?	1	? —	5	7	?	2
• Salzburg	1	?	1 —	2	?		1
• Krain	?			-	1		?
Triest und Gebiet				_	. ?	1	
· Görz und Gradisca	—			! —	?	?	
• Istrien	—			! —	?	?	
• Tirol	?	?		?	?	1	?
Voralberg	?			?			_
Böhmen	1	1	_ 4	64	97	117	116
Mähren	3	_	5 —	18	10	14	22

Als theilweise Ergänzung der angeführten Daten aus Niederösterreich dienen die Jahresberichte der k. k. Krankenanstalten in Wien, in welchen folgende Fälle verzeichnet sind:

im Jahre	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898
Zufällige Phosphorvergiftungen	1	3	6	1	3	3	1
Phosphorvergiftungen in selbstmörderischer							
Absicht	20	40	55	60	88	103	109
zusammen	21	43	61	61	91	106	110
hievon endeten lethal	2	15	13	8	20	22	31
Von der Gesammtzahl der Fälle entfallen auf Vergiftungen der weiblichen Per-							
sonen	13	2 6	36	45	54	66	74

In diesen statistischen Ausweisen dürften zu den Selbstmorden vielfach auch Fälle von Vergiftungen zugezählt worden sein, in welchen Phosphor, beziehungsweise Phosphorzündhölzchen behufs Fruchtabtreibung, also nicht gerade in selbstmörderischer Absicht eingenommen wurden.

Die zur Verfügung stehenden Daten, welche mit Rücksicht auf die denselben zukommende sanitätspolizeiliche Bedeutung künftighin sorgfaltig zu verfolgen wären, weisen darauf hin. dass Selbstmorde mit Phosphor in einzelnen Ländern, wie Salzburg, Krain, Küstenland, Tirol und Vorarlberg kaum bekannt sind; hingegen in anderen Gebieten, speciell in den grossen Populationscentren wie Wien, Prag¹) und,

¹⁾ Vgl. das Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes, Referent Prof. Dr. Jaksch, S. 73 d. Bl. Hienach sind im k. k. allgemeinen Krankenhause in Prag in den Jahren 1893—1898 insgesammt 344 Phosphorvergiftungen beobachtet worden.



wie es den Anschein gewinnt, auch in Graz') in einer Weise sich mehren, welche geeignet ist, eine erhöhte Aufmerksamkeit der interessirten Kreise zu beanspruchen.

Als Ergebnis der vorstehenden Ausführungen lassen sich folgende Schlusssätze

gewinnen:

1. Die in Kraft stehenden sanitätspolizeilichen Maassnahmen für Erzeugungs-

stätten der Zündhölzchen aus weissem Phosphor sind ergänzungsbedürftig;

2. die Zahl der Vergiftungen mit Phosphorzundhölzchen, deren Köpfchen in selbstmörderischer Absicht oder aber zum Zwecke der Fruchtabtreibung eingenommen werden, ist in einzelnen grossen Städten Oesterreichs in fortwährender Zunahme begriffen;

3. ein radicales Mittel zur Abwehr der gewerblichen und absichtlichen Phosphorvergiftungen kann nur in dem vollständigen Verbote der Verwendung von weissem Phosphor bei der Zündhölzchenerzeugung erblickt werden.

—of—

Ein wirksames Heilserum gegen Scharlach aus dem k. k. serotherapeutischen Institute in Wien.

In der in der abgelaufenen Woche abgehaltenen 74. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Karlsbad hat der Assistent an der Klinik für Kinderkrankheiten des Prof. Dr. Escherich in Wien, Dr. Paul Moser, Mittheilungen über die Herstellung eines wirksamen Serums gegen Scharlach gemacht, welche in der wissenschaftlichen Welt allgemeine Beachtung gefunden haben.

Schon der verstorbene Hofrath Prof. Dr. Freiherr von Widerhofer hat als gewesener Vorstand des St. Annen-Kinderspitales sich mit der Frage der Gewinnung eines Heilserums gegen Scharlach befasst und hierauf bezügliche Auregungen gegeben. Seinem ehemaligen Assistenten Dr. Paul Moser ist es gelungen, den richtigen Weg zu finden, um thatsächlich heilkräftiges Scharlachserum zu gewinnen, um dessen Herstellung sich bisher mehrere wissenschaftliche Institute des Auslandes vergeblich bemüht haben.

Durch Ueberimpfen von Streptococcen aus dem Blute Scharlachkranker auf Pferde wurde schon vor vielen Monaten in dem unter Leitung des Prof. Dr. Paltauf stehenden serotherapeutischen Institute soviel Scharlachserum gewonnen, um die genaueste wissenschaftliche Prüfung des neuen Heilmittels im St. Annen-Kinderspitale in Wien unter der Leitung und Oberaufsicht des derzeitigen Vorstandes Prof. Dr. Escherich vornehmen zu können. Bei nahezu hundert scharlachkranken Kindern wurde von diesem neuen Heilmittel Gebrauch gemacht, und es wurden die sehr günstigen Erfolge der Serumbehandlung durch wissenschaftliche Messungen und tabellarische Darstellungen der Fieberbewegungen auf das Genaueste fixirt.

Erst nachdem die genannten drei Fachmänner von der Wirksamkeit des neuen Scharlachserums die volle wissenschaftliche Ueberzeugung erlangt hatten, erstatteten sie der obersten Sanitätsbehörde hierüber Bericht und traten in der Naturforscher- und Aerzteversammlung in Karlsbad mit der Mittheilung derselben vor die fachwissenschaftliche Oeffentlichkeit. Der erwähnte Vortrag des Dr. Paul Moser in der Section für Kinderheilkunde²) wurde mit dem grössten Interesse und rauschendem Beifalle aufgenommen und gab zu wissenschaftlichen Erörterungen Anlass, in welchen die Bedeutung der vom Vortragenden gemachten Mittheilungen anerkannt wurde. Die Wichtigkeit dieser Entdeckung für die weitere Entwicklung der Heilserumbehandlung wurde auch vom Präsidenten der Versammlung in seiner Schlussrede vollauf gewürdigt.

Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident Dr. v. Körber als Leiter des Ministeriums des Innern erfasste sofort die ausserordentliche Bedeutung des neuen medicinischen Fortschrittes für das Sanitätswesen, indem er dem serotherapeutischen Institute eine ausnahmsweise Unterstützung von zehntausend Kronen zuwendete, damit dieses Scharlachserum in genügenden Quantitäten her-

2) Von diesem Vortrage und den anschliessenden Ausführungen der Prof. Escherich und Paltauf wird in der nächsten Nummer des Blattes auszugsweise Mittheilung gemacht werden.

¹⁾ Vgl. Prof. Kratter: Beiträge zur gerichtlichen Toxikologie. Ueber Phosphor und Arsen als Fruchtabtreibungsmittel. Viertelj. f. ger. Medicin u. öffentl. Sanitätswesen, 1902, S. 1. Danach sind in Graz in den Jahren 1884—1900 52 Todesfälle an Phosphor vorgekommen, hievon betrafen 45 Fälle weibliche Personen im fortpflanzungsfähigen Alter.

gestellt und für die Bekämpfung dieser allgemein verbreiteten und gefürchteten Kinderkrankheit nutzbar gemacht werde.

Ein abschliesendes Urtheil über den Werth des neuen Heilmittels wird selbstverständlich erst durch allgemeine Erprobung desselben an in- und ausländischen Kinderkliniken gewonnen werden können, welchen nach Herstellung neuer Quantitäten des Heilserums Proben bereitwillig zur Verfügung gestellt werden sollen.

Eine Schwierigkeit der praktischen Anwendung des Heilserums besteht darin, dass Thiere im Allgemeinen für die Scharlachinfection unempfänglich sind, dass daher die Wirksamkeit des vom Pferde gewonnenen Scharlachserums durch Verimpfungen auf Thiere nicht genau bestimmt und dasselbe daher bisher nicht sicher dosirt werden kann. Auch kann das gewonnene Serum im Vergleiche zum Diphtherieserum nicht als hochwerthig bezeichnet werden, da vorläufig grössere Dosen zur Anwendung gelangen müssen um die erwünschte Wirkung zu erzielen.

Durch das Zusammenwirken des k. k. serotherspeutischen Institutes mit der Kinderklinik wird es gleichwohl möglich sein, nur erprobtes und wirksames Serum in den Verkehr zu bringen.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. September 1902, Z. 28165,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend gegenseitige Verstäwdigung der competenten Behörden über die bevorstehende Ueberführung einer Leiche aus dem Deutschen Reiche nach Oesterreich und umgekehrt.

Laut einer Mittheilung des k. und k. Ministeriums des Aeussern hat die kaiserliche Deutsche Regierung jene Behörden und Dienststellen, welche im Deutschen Reiche zur Ausfertigung von Leichenpässen zuständig sind, angewiesen, bei Ueberführung von Leichen nach Oesterreich künftighin in jedem Falle von der erfolgten Ausfertigung eines Leichenpasses der zuständigen österreichischen politischen Behörde I. Instanz rechtzeitig Kenntnis zu geben.

Hievon wird die k. k. unter Bezugnahme auf das mit der Kundmachung vom 28. März 1890, R. G. Bl. Nr. 46, verlautbarte Uebereinkommen mit dem deutschen Reiche vom 12. März 1890 über die wechselseitige Anerkennung von Leichenpässen und auf den h. o. Erlass vom 26. September 1901, Z. 43346 ex 1900, betreffend die zur Ausfertigung von Leichenpässen im Deutschen Reiche befugten Behörden und Dienststellen,*) zur Verständigung der unterstehenden politischen Behörden mit dem Bemerken in die Kenntnis gesetzt, dass in Hinkunft bei Leichenüberführungen nach dem Deutschen Reiche die erfolgte Ausfertigung des Leichenpasses der zuständigen Behörde und Dienststelle, in deren Gebiet die Leiche überführt werden soll, in analoger Weise unverzüglich bekannt zugeben sein wird.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des fürstl. Ministeriums des Innern vom 4. (17.) September Nr. 379, wurde für die aus Constantinopel eintreffenden Reisenden die ärztliche Visite in Burgas, Varna und Hebibtschevo angeordnet. Die übrigen Quarantainestationen bleiben für solche Reisende geschlossen.

Griechenland. Die Quarantaine für Herkünfte aus Odessa (S. 426) wurde vom 22. August (4. September) an auf zehn Tage erstreckt. Die Einfuhr von Waren aus Odessa ist vom gleichen Tage an untersagt.

Rumänien. Herkünfte aus Constantinopel unterliegen vom 4. (17.) September an der ärztlichen Visite und Desinfection im Hafen von Constantza oder in jenem von Sulina. Die

^{*)} S. Jahrg. 1901 d. Bl., S. 425.

Einfuhr der im Titel IV des Cap. II des Reglements der Venediger Convention angeführten Gegenstände und Waren, sowie von Früchten, Gemüsen und Conserven ist verboten.

Herkünfte aus Odessa (S. 426) werden vom 3. (16.) September an einer sechstägigen Quarantaine im Hafen von Sulina unterzogen. In Ungheni wird ein Observationsposten für Reisende und deren Effecten aufgestellt. Die Einfuhr der im Titel IV des Cap. II des Reglements der Venediger Convention angeführten Gegenstände und Waren aus Odessa ist verboten.

Russland. In Odessa (S. 438) ist am 21. und 22. Septembei je ein weiterer Pestfall constatirt worden.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 22. bis 28. August 43 Erkrankungen und 42 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 17. bis 23. August 9 und in Kurachee in der Woche vom 16. bis 22. August 10 Todesfälle an Pest verzeichnet.

Capcolonie. In Port Elizabeth (S. 427) ist auch in den zwei Wochen vom 10. bis 23. August kein neuer Pestfall aufgetreten. Die Stadt kann jedoch noch nicht als pestfrei bezeichnet werden, da am 24. August in einem dortigen Lebensmitteldepot pestkranke Ratten aufgefunden wurden.

Australien. Neu-Süd-Wales. In Sydney (S. 427) ist auch in der Woche vom 27. Juli bis 2. August kein weiterer Todesfall an Pest vorgekommen; hingegen wurde in der Stadt Newcastle an einem Hotelbediensteten eine Pesterkrankung constatirt.

Cholera. Aegypten. In Cairo betrug die Zahl der Erkrankungen (Todesfälle) an Cholera in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 19. bis 26. September: 17 (5), 11 (12), 14 (13), 15 (11), 18 (16), 13 (13), 13 (13).

In Alexandrien sind in der Woche vom 11. bis 17. September 269 Erkrankungen und 214 Todesfälle an Cholera ausgewiesen worden. Seit 15. August 1. J. sind daselbst ins gesammt 571 Personen (143 Europäer, 428 Eingeborene) erkrankt und 455 (87 Europäer und 368 Eingeborene) gestorben.

In ganz Aegypten wurden in der bezeichneten Woche 9466 neue Cholerafälle (gegen 7758 in der Vorwoche) und 8278 Todesfälle ausgewiesen. In 4681 Fällen wurde Cholera erst an der Leiche sichergestellt. Im Ganzen sind bisher 1557 Orte, darunter die Häfen von Alexandrien, Brullos, Damiette, Rosette, Port Said, Ismailia und Suez, verseucht.

Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden in der Woche von 11. bis 17. September ausgewiesen in den Städten Cairo 32 (110), Alexandrien 133 (235), Damiette 47 (155), Ismailia 5 (14), Port Said 2 (6), Suez 21 (17) ferner in den Provinzen: Gharbieh 1098 (1776), Behera 327 (594), Charkieh 397 (704), Dakahlieh 600 (1040), Galiubieh 321 (457), Menufieh 279 (725), Guizeh 214 (364), Beni-Suef 95 (137), Fayum 160 (235), Minieh 110 (150), Assiut 589 (932), Guirgueh 304 (551), Keneh 51 (76).

Türkei. In Hodeidah, (Jemen, S. 439) wurden vom 10. bis 12. September 8 neue Erkrankungen und 6 Todesfälle an Cholera constatirt; alle diese Fälle ereigneten sich in einem einzigen Hause, welches isolirt wurde. Vom 13. bis 16. September ist ein weiterer Fall nicht aufgetreten. In Confudah (S. 380) ist die Cholera erloschen; hingegen herrscht dieselbe noch im Caza Mihail (S. 419). In einem östlich von Loheya gelegenen Dorfe wurden am 13. September 8 Cholerafälle beobachtet.

Der Oberste Sanitätsconseil beschloss die für Herkünfte aus dem Küstengebiete des Jemen und Assyr bestehende 10tägige Quarantaine nördlich bis Lith und südlich bis Moka (mit Ausschluss dieser Häfen) auszudehnen.

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 24. bis 30. September 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Strzyzow: Pstragowa 2; Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Jaworow: Jazow stary 2; Rawa ruska: Wulka mazowiecka 3: Skalat: Nowosiolka skalacka 1; Tlumacz: Holoskow 2.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganziährig K 12.-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 9. October 1902.

Nr. 41.

Ueber die Behandlung des Scharlachs mit einem Scharlach-Streptococcenserum. Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen, mit welcher die Ein- und Durchfuhr gewisser Waren und Gegenstände aus der Stadt und dem Hatengebiete von Odessa verboten, beziehungsweise beschränkt wird; Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend sanitäre Vorkehrungen aus Anlass des Auftretens der Pest in Odessa und betreffend die Heranziehung von grösseren Städten und Gemeinden zur Vorlage der periodischen Wochenausweise über Geburten und Sterbefälle auf Grund des jeweiligen Ergebnisses der Volkszählung. — Mitheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten. — Regierungs-Commissäre und Coëxaminatoren, beziehungsweise Examinatoren bei den medicinischen und pharmaceutischen Rigorosen im Studienjahre 1902-1903.

Ueber die Behandlung des Scharlachs mit einem Scharlach-Streptococcenserum.*)

Auszüge aus dem von Dr. Paul Moser, Assistenten an der k. k. Universitäts-Kinderklinik in Wien (Vorstand Prof. Escherich), in der Section für Kinderheilkunde der 74. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Karlsbad erstatteten Referate und aus den anschliessenden Ausführungen der ProfessorenDr. Escherich und Paltauf.

(Mit einer Tafel.)

Referent Dr. Moser weist in der Einleitung seines Vortrages auf die serotherapeutischen Bestrebungen mit dem Antistreptococcenserum hin, welche noch zu keinem allgemein anerkannten, positiven Resultate geführt haben und zwar weder bei den zweifellos durch Streptococcen erzeugten Krankheiten, noch auch beim Scharlach, bei dem sich häufig Streptococcen in der erkrankten Schleimhaut, im Blute finden; die Misserfolge konnten ihren Grund theilweise darin haben, dass die Streptococcen nicht der allgemeinen Annahme entsprechend, einer einzigen Art angehören, sondern dass die Anschauung von Denys und seiner Schule von der Existenz verschiedener Streptococcen nach den Immunitätsversuchen eine gewisse Berechtigung besitze; auch scheinen thatsächlich diese Mikroorganismen durch die Thierpassage an ihren biologischen Eigenschaften Veränderungen zu erleiden. Der Vortragende hatte sich durch jahrelange Untersuchungen am serotherapeutischen Institute von diesen thatsächlichen Verhältnissen überzeugt. Es konnte daher auch der Misserfolg bei der Behandlung des Scharlachs durch ein mit von verschiedenen Krankheiten stammenden Streptococcen erzeugtes Serum darin seinen Grund haben.

Er ging daher daran, zur Immunisirung von Thieren ein Gemenge von aus verschiedenen Scharlachfällen stammenden Streptococcen in Bouillonculturen zu verwenden. Gleichzeitig verzichtete er angesichts der Thatsache, dass die Virulenz der Streptococcen gegenüber dem Menschen und dem Versuchsthiere durchaus nicht parallel geht, auf die (einseitige) Virulenzsteigerung dieser Mikroorganismen durch die Thier-

^{*)} Siehe auch Nummer 40 d. Bl.

passage, um die durch letztere bedingten biologischen Veränderungen hintanzuhalten. Indem er so lediglich mit aus dem Blute von Scharlachfällen gezüchteten, lebenden Serum, welchem er zufolge der an der k. k. Universitätskinderklinik des Prof. Escherich in Wien gemachten Erfahrungen eine specifische Heilwirkung auf den Scharlachprocess zuschreibt. Das Serum, welches im staatlichen serotherapeutischen Institute (Vorstand Prof. Paltauf) hergestellt wurde, kam seit November 1900 zur klinischen Verwendung. Unter 699 scharlachkranken Kindern des St. Anna-Spitales wurden 81 injicirt, hiezu kommen noch 3 ausserhalb des Spitales behandelte Fälle. Bei der Injection wurden die prognostisch ungünstigen Fälle stets bevorzugt. Auf Grund der statistischen Daten, sowie vor allem der klinischen Beobachtungen zeigt der Vortragende den Werth dieser Behandlungsmethode. Bei frühzeitiger Seruminjection (1. oder 2. Tag) war kein Todesfall, bei späterer Injection eine stetig steigende Mortalität zu beobachten. (3. Tag 14·29°/0, 4. Tag 23·08°/0, 5. Tag 40·0°/0 u. s. w. 50% am 9. Tag). Vor Allem ist es jedoch das klinische Bild, welches für die specifische Heilwirkung des Serums spricht. Das Allgemeinbefinden bessert sich in überraschend kurzer Zeit, die nervösen Störungen schwinden bald; der Vortragende zeigt an beigebrachten Curven, dass Temperatur und Puls oft schon zu Beginn des Exanthemstadiums rapiden Abfall zeigen, im Gegensatze zur normalen Scharlachcurve.*) Das Exanthem, die schweren Respirationserscheinungen etc. gehen ebenfalls bald zurück. Dagegen lassen sich die verschiedenen Eiterungsprocesse, sowie die Nephritis nicht immer zurückhalten, treten aber und weniger schwer auf. Die auch mit anderen Serumsorten z. B. Marmorek's Streptococcenserum angestellten Versuche fielen im Gegensatze zu dem Scharlachserum negativ aus. Die prophylaktischen Impfungen schienen da, wo es nicht mehr gelang, die Krankheit zu verhüten, den Verlauf derselben günstig zu beeinflussen. Nachtheilige Wirkungen der Injection treten trotz der vorläufig noch nothwendigen grossen Dosen selten und dann in derselben Weise auf, wie sie vom Diphtherieheilserum bekannt sind. Es ist gelungen im St. Anna-Kinderspitale bei fast 400 an Scharlach Erkrankten die Mortalität auf 8.9%, gegenüber der Durchschnittsmortalität von 13·09°/0 in anderen Wiener Spitälern, herabzumindern, und dies trotz der ungenügenden Menge und niederen Concentration des derzeit zur Verfügung stehenden Serums, wodurch nur ein Bruchtheil der Erkrankten dieser Behandlung theilhaft werden konnte.

Prof. Escherich gibt der Hoffnung Ausdruck, dass wir heute an einem Wendepunkte in der Frage der Scharlachbehandlung stehen. Ausser dem Vortragenden und Prof. Paltauf, welcher das Serum herstellte, haben Sectionschef Ritter von Kusy, welcher diese Bestrebungen förderte und Hofrath von Widerhofer, der die ersten Versuche mit lebhaftem Interesse verfolgte, sich darum Verdienste erworben. Escherich bestätigt auf Grund eigener Beobachtung die günstigen Wirkungen des Serums. Die Ergebnisse der Statistik dürften in Zukunft, wenn grössere Serumquantitäten zur Verfügung stehen, noch günstigere werden. Bei dem Material eines öffentlichen Krankenhauses bleibt stets ein Rest verlorener, weil zu spät injicirter Fälle. Das allmähliche Ansteigen der Mortalitätspercente von 0—50% bei Ordnung der Fälle nach den Krankheitstagen, sowie die Verlängerung der Krankheitsdauer in den lethal endenden Fällen sprechen überzeugend für eine den Krankheitsprocess in günstigem Sinne beeinflussende Wirkung des Serums. Die Besserung der klinischen Symptome tritt sehr rasch innerhalb der nächsten 24 Stunden nach der Injection ein und betrifft in erster Linie die als toxisch

^{*)} Wir bringen in der anliegenden Tafel neben der normalen Scharlachtemperaturcurve nach Prof. Wunderlich (Curve 1), Temperaturcurven dreier von Dr. Moser beobachteter Scharlachfälle. Von diesen drei Curven betrafen Nr. 2 und 3 Geschwister, welche zu gleicher Zeit erkrankt waren; eines dieser beiden Kinder wurde mit Serum behandelt (Curve Nr. 3), während das andere keine Seruminjection erhielt (Curve Nr. 2). Curve Nr. 4 betrifft einen an Scharlach erkrankten 28jährigen Arzt, welcher die Injection an sich selbst vorgenommen hat.



angesehenen Symptome. Der Temperaturabfall ist in nicht seltenen Fällen ein und in Bouillon weiter cultivirten Streptococcen Pferde immunisirte, gewann er ein kritischer. Weniger deutlich werden die örtlichen Entzündungsprocesse, sowie die Nachkrankheiten (Nephritis, Myocarditis) beeinflusst. Doch treten sie seltener und stets in milderer Form auf, als bei nicht injieirten Fällen. Natürlich gibt es noch unvollkommene Erfolge, bei denen die Injection zu wiederholen, und refraktäre Fälle, was bei der complicirten Natur der Scharlacherkrankung ja leicht verständlich ist. Unsere klinischen Erfahrungen, sowie der Umstand, dass andere Streptococcensera sich als unwirksam erwiesen haben, sprechen dafür, dass das Mittel nicht so sehr die Complicationen, als den Scharlachprocess selbst nach Art der toxinbindenden Sera in specifischer Weise beeinflusst, und man kann, wenn diese Resultate sich bestätigen, den Schluss ziehen, dass der specifische Scharlacherreger sich unter den zur Immunisirung verwendeten Coccen befindet.

Prof. R. Paltauf bemerkt zunächst, dass er als Leiter des staatlichen serotherapeutischen Institutes natürlich sein Augenmerk darauf richtete, die Serotherapie auszubauen; so bildete unter Anderem auch das Antistreptococcenserum seit der ersten Publication Marmorek's (Institut Pasteur in Paris) einen Gegenstand andauernder Studien am Wiener Institute; die Arbeiten Dr. Borneman's und Dr. Schenk's aus dem Institute führten aber zu so zweifelhaften und unbestimmten Resultaten, dass er sich nicht entschloss, ein solches Serum vom Institute aus officiell auszugeben und zu empfehlen. Dann nahm Dr. Moser die Untersuchungen wieder auf; er konnte die Angaben Denys' und seiner Schule von der durch die Immunitätsverhältnisse sich ergebenden Verschiedenheit der Streptococcen u. a. bestätigen. Es lag nun nahe, die mangelhaften Erfolge der Behandlung des Scharlachs mittelst des gewöhnlichen Antistreptococcenserums darauf zu beziehen, dass die bei Scharlach vorkommenden Streptococcen anderer Art seien. Paltauf empfahl demnach die Immunisirung mit von Scharlachfällen stammenden Streptococcen; Thierversuche schlugen auch hier fehl, da z. B. häufig diese Coccen für Thiere nur wenig oder gar nicht pathogen sind. Der Werth der Thierpassage ist bei denselben höchst problematisch, so dass auf dieselbe ganz verzichtet wurde. Dr. Moser stellte Bouillonculturen von möglichst frisch aus dem Blute rein gezüchteten Scarlatinastreptococcen her, welche vom Assistenten des Institutes Dr. O. Jellinek einem Pferde subcutan injicirt wurden. Die Versuche an scharlachkranken Kindern fielen mit diesem Serum günstiger aus, besonders seit Dr. Moser grössere Mengen des Serums (170-200 cm³) verwendete. Beim Mangel einer experimentellen Grundlage verlangte Paltauf die Behandlung möglichst vieler Fälle; bei den grossen Dosen, die zur Verwendung kamen, reichte aber das von dem einen Pferde erhältliche Serum nur zur Behandlung einer relativ kleinen Zahl von Krankheitsfällen aus. Die klinischen Beobachtungen und Mittheilungen Dr. Moser's, sowie Prof. Escherich's veranlassen ihn, sich ihrer Anschauung von einem therapeutischen Effecte anzuschliessen; leider ist derselbe aber experimentell nicht zu beurtheilen, denn die specifische Agglutination dieses Serums auf von Scarlatina herstammende Streptococcen (v. Pirquet) erlaubt, so wichtig sie sonst ist, keinen Schluss auf das Vorhandensein von Schutzstoffen, von Antitoxinen; solche scheinen nach den klinischen Beobachtungen vorzuliegen. Bevor nicht diese grosse Lücke in unseren Kenntnissen - wir kennen weder das Scarlatinagift, noch das Gift jener Streptococcen - ausgefüllt ist, ermangelt uns eine exacte, objective Methode zur Beurtheilung nicht nur des Serums, sondern der ganzen Frage. Mit Wissen Dr. E. Freund's, des Vorstandes des chemischen Laboratoriums im k. k. Krankenhause Rudolfstiftung in Wien, theilt Paltauf diesbezüglich interessante Untersuchungen mit, welche die Hoffnung gestatten, dass es gelingen werde, die Lücke auszufüllen. E. Freund hatte bereits früher die Giftigkeit des Darminhaltes und des Stuhles bei frischer Scharlacherkrankung für Mäuse gefunden; neue Untersuchungen liessen ihn das Gift im Zinkchlorid-Niederschlag

n einer genauer dosirbaren Menge gewinnen, und da zeigte nun ein jüngst angestellter Versuch, dass dieses Gift durch das von Moser verwendete Strepto-coccenserum paralysirt wird, während weder das gewöhnliche Pferdeserum noch das Diphtherie-Pferdeserum im Stande sind, die Mäuse vor dem Tode zu schützen. Es ist das allerdings nur ein Versuch, Redner theilt denselben aber mit, weil derselbe doch die Hoffnung durchschimmern lässt, dass es gelingen wird, eine experimentelle Grundlage zu schaffen. Der Mangel einer solchen ist auch für die Herstellung des Serums enorm empfindlich; denn einstweilen kann eine Wirksamkeit des Serums nur bei der doch im Einzelfalle sehr zweifelhaften Anwendung am Krankenbette geprüft werden. Endlich bildet dermalen auch der Verbrauch der grossen Mengen (170—200 cm³) ein grosses Hindernis für eine ausgedehntere Anwendung des Serums; die aus einem Aderlass von 6 l Blut zu gewinnende Serummenge reicht nur für die Behandlung von 8—10 Fällen aus (beim Diphtherieheilserum für 250—500 Fälle), so dass dadurch auch der Preis des Serums nothwendig ein ziemlich hoher sein müsste.

Redner gab schliesslich der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen möge, die Lücken in unseren Kenntnissen auszufüllen, damit eine ebenso objective als exacte Beurtheilung des Serums möglich werde.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen vom 7. October 1902.

R. G. Bl. Nr. 192,

mit welcher die Ein- und Durchfuhr gewisser Waren und Gegenstände aus der Stadt und dem Hafengebiete von Odessa verboten, beziehungsweise beschränkt wird.

Auf Grund des internationalen Sanitäts-Uebereinkommens vom 19. März 1897, R. G. Bl. Nr. 13 ex 1901, wird aus Anlass des Auftretens von Pestfällen in Odessa im Einvernehmen mit der königlich ungarischen Regierung die Ein- und Durchfuhr folgender Waren und Gegenstände aus der Stadt und dem Hafengebiete von Odessa verboten, beziehungsweise beschränkt:

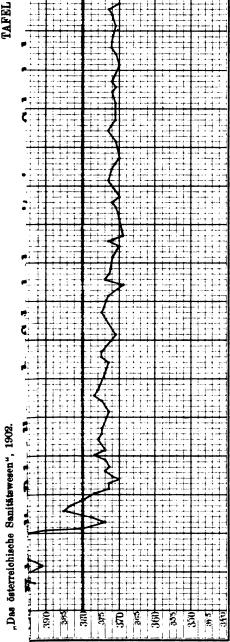
1. Gebrauchte Leibwäsche, alte und getragene Kleidungsstücke (Gebrauchseffecten), gebrauchtes Bettzeug.

Werden diese Gegenstände als Reisegepäck oder in Folge eines Wohnungswechsels (Einrichtungseffecten) befördert, so unterliegen sie den besonderen Bestimmungen über sanitätspolizeiliche Revision und Behandlung beim Grenzübertritte.

- 2. Hadern und Lumpen, einschliesslich der hydraulisch zusammengepressten Lumpen, welche im Grossbandel versendet werden.
- 3. Gebrauchte Säcke, Teppiche und Stickereien, welche benutzt sind.
- 4. Grüne Felle, ungegerbte Häute, frische Häute.
- Frische Thierabfälle, Klauen, Hufe, Mähnen, Haare, rohe Seide und Wolle.
 - 6. Menschenhaare.

Die Durchfuhr der aufgezählten Waren und Gegenstände ist jedoch gestattet, wenn dieselben so verpackt sind, dass unterwegs eine Berührung damit nicht möglich ist, und wenn die Bewilligung der Einfuhr in das benachbarte ausländische Durchzugs-, beziehungsweise Einfuhrgebiet nachgewiesen ist.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage, an welchem sie den betreffenden Zoll-, beziehungsweise Seesanitätsbehörden bekannt wird, in Kraft.



Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 8. October 1902, ad Z. 42162,

an die Statthalterei in Lemberg und die Landesregierung in Czernowitz,*)

betreffend sanitäre Vorkehrungen aus Anlass des Auftretens der Pest in Odessa.

Mit der im Reichsgesetzblatte, St. XCVIII, Nr. 192 vom 8. October, verlautbarten Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen vom 7. October l. J. wurde das aus Anlass des Auftretens der Pest in Odessa erlassene Verbot der Ein- und Durchfuhr der im Titel IV, Cap. II des Reglements des internationalen Sanitätsübereinkommens vom 19. März 1897, R. G. Bl. Nr. 13 ex 1901, angeführten Gegenstände und Waren aus der Stadt und dem Hafengebiete von Odessa verlautbart.

Hievon wird die k. k. mit der Aufforderung in die Kenntnis gesetzt, zur Durchführung der in den Bestimmungen des Reglements des citirten Uebereinkommens vorgesehenen sanitären Maassnahmen, betreffend den Verkehr von Reisenden aus dem pestverseuchten Gebiete und die sanitäre Behandlung ihrer Effecten, sofort zu veranlassen, dass für die Dauer der Pestgefahr

(für Lemberg:) in den Betracht kommenden Eisenbahn-Grenzstationen Podwoloczyska und Bredy je

(für Czernowitz:) in der in Betracht kommenden Eisenbahu-Grenzstation Nowosielica

(an Beide:) ein Amtsarzt damit betraut werde, den Reiseverkehr aus der Richtung von Odessa sanitär zu überwachen,

beimEintreffen jedes solchen aus Russland kommenden Zuges anwesend zu sein, den gesonderten Austritt der aus Odessa kommenden Reisenden aus

den Personenwagen, und zwar nach dem Aussteigen der anderen Reisenden zu veranlassen, die ankommenden Reisenden im Allgemeinen beim Verlassen des Zuges und während der Zollrevision ihres Gepäcks zu beobachten, über den Gesundheitszustand der aus Odessa anlangenden Reisenden sich genaue Ueberzeugung zu verschaffen, im Falle geringsten Verdachtes einer infectiösen Krankheit die eingehende ärztliche Untersuchung vorzunehmen und nach dem Ergebnisse derselben das weiter Erforderliche zu veranlassen.

Das Gepäck der aus Odessa ankommenden Reisenden ist abgesondert von jenem der übrigen Reisenden der zollämtlichen und gleichzeitig der sanitären Revision zu unterziehen, welch letztere vom Arzte vorzunehmen ist. Werden als Inhalt des Reisegepäcks im Punkte 1 der eingangs citirten Verordnung angeführte Effecten vorgefunden, so sind dieselben der vorgeschriebenen sanitätspolizeilichen Behandlung, beziehungsweise Desinfection zu unterziehen.

Nach Beendigung dieser sanitären Revision welche, unbeschadet der Gründlichkeit unter Hintanhaltung aller vermeidbaren Belästigungen der unverdächtigen Reisenden durchzuführen ist, sind die aus Odessa angelangten Reisenden im Falle der Fortsetzung ihrer Fahrt unter Angabe ihrer Personalien dem Begleitpersonale des sie weiterführenden Zuges zur unauffälligen Beobachtung ihres Gesundheitszustandes während der Reise namhaft zu machen, und ist der Zugführer zu erinnern, dass im Falle des Aussteigens eines in sanitärer Ueberwachung stehenden Reisenden, derselbe dem Stationsvorstande der Aussteigestation behufs Veranlassung der weiteren, ohne Belästigung durchzuführenden Evidenthaltung des Gesundheitszustandes im Aufenthaltsorte zu bezeichnen ist.

Auch darf von der k. k. Polizeibehörde der Eisenbahnstation nicht unterlassen werden, jene Gemeinden, nach welchen sich die Reisenden aus Odessa begeben, von der bevorstehenden Ankunft derselben auf dem kürzesten Wege, wo möglich telegraphisch oder telephonisch zu verständigen, damit die Evidenthaltung ihres Gesundheitszustandes gesichert werde.

^{*)} Dieser Erlass wurde in Abschrift allen übrigen Landesstellen zur Keuntnisnahme und snalogen Vorsorge in allgemeiner sanitärer Hinsicht, sowie in Bezug auf die vorgeschriebene zehntägige gesundheitliche Ueberwachung der aus Odessa eintreffenden Reisenden gemäss der Bestimmungen des Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 30. August 1901, Z. 33219, (siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 374) mitgetheilt.

Diese hat durch 10 Tage vom Tage der Abreise aus Odessa zu dauern und ist im Falle des Wechsels des Aufenthaltsortes innerhalb der Beobachtungsfrist im neuen Aufenthaltsorte fortzusetzen, dessen Gemeindevorstand stets rechtzeitig von dem Anlangen der in Evidenz zu führenden Person zu verständigen ist. Ueberhaupt sind die Bestimmungen des h. o. Erlasses vom 30. August 1901, Z. 33219 (Oesterreichisches Sanitätswesen Jahrg. 1901, S. 374) genau zu beobachten.

Von der fachgemässen Durchführung der Maassnahmen in den Grenzstationen (der Grenzstation) wolle sich die k. k. durch wiederholte Entsendung des

(für Lemberg:) Landes-Sanitätsreferenten oder des Landes-Sanitätsinspectors;

(für Czernowitz) des Landessanitätsreferenten (an Beide:) die Ueberzeugung verschaffen.

Der ständigen genauen Ueberwachung des Fremdenverkehres aus Russland unter strenger Handhabung der Meldevorschriften in allen, insbesondere aber in den Grenzbezirken des Landes, der Hintanhaltung von Umgehungen der erlassenen Vorschriften, der Erhaltung eines guten Gesundheitszustandes, insbesondere durch achtsame und energische Bekämpfung aller Infectionskrankheiten, der Herstellung einer verlässlichen Epidemiebereitschaft ist unausgesetzt eine intensive Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ueber alle wichtigen Vorkommnisse bei Handhabung des sanitären Ueberwachungsdienstes in den Grenzstationen und über wichtige bei diesem Anlasse in Erfahrung gebrachte Nachrichten, betreffend Auftreten, Verbreitung und Bekämpfung der Pest in Russland, wolle die k. k. ungesäumt, nach Erfordernis telegraphisch berichten.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 24. September 1902, Z. 39823,

an die k. k. Statthalterei in Prag,*)

betreffend die Heransiehung von grösserem Städten und Gemeinden zur Vorlage der periodischen Wochenausweise über Geburtem und Sterbefälle auf Grund des jeweiligem Ergebnisses der Volkszählung.

In Erledigung des Berichtes vom 12. September 1. J., Z. 188967, betreffend die Heranziehung mehrerer Städte zur Vorlage der periodischen Wochenausweise über Geburten und Sterbefälle, wird der k. k. eröffnet, dass im Sinne der Bestimmungen des h. o. Erlasses vom 13. März 1885, Z. 3161, die Vorlage dieser Ausweise, abgesehen von den Landeshauptstädten, allen Städten und Gemeinden obliegt, welche eine Bevölkerung von 15.000 und mehr Einwohnern aufweisen. Es werden demnach alle jene Städte und Gemeinden, welche nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählung eine Bevölkerungsziffer von 15.000 erreicht haben, einzuladen sein, vom 1. Jänner des auf die Publication der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung nachfolgenden Jahres die vorgeschriebenen periodischen Wochenausweise über Geburten und Sterbefälle im Sinne der mit h. o. Erlasse vom 10. Jänner 1896, Z. 1102,**) revidirten Instruction regelmässig verfassen zu lassen und stets rechtzeitig direct an die k. k. statistische Central-Commission einzusenden. Hingegen ist von der Heranziehung solcher Städte und Gemeinden, welche weniger als 15.000 Einwohner zählen, grundsätzlich abzusehen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Türkei. In Smyrna wurden am 3. October 2 pestverdächtige Fälle constatirt, von welchen erste der letal verlaufene Fall verheimlicht worden war.

Der im griechischen Spitale in Jedikule (Constantinopel) isolirte Pestkranke (S. 438) befindet sich auf dem Wege der Besserung.

^{*)} In Abschrift an alle übrigen politischen Landesstellen zur Kenntnisnahme und Darnachachtung ergangen.

^{**)} Siehe Jahrg. 1896 d. Bl., S. 33.

Da in Constantinopel ein weiterer Pestfall nicht mehr beobachtet wurde, hat der Conseil beschlossen, den ausfahrenden Schiffen vom 24. September an wieder reine Patente zu ertheilen.

Russland. In Odessa starb am 27. September im dortigen Baracken-Spitale ein am Tage vorher als pestverdächtig befundener Reisender des von Nikolajew eingelaufenen Dampfers "Potemkin"; am 29. September wurden in Odessa 3 weitere Pestfälle constatirt.

In den an der Küste des schwarzen Meeres gelegenen Orten und den angrenzenden Kreisen und Bezirken der Gouvernements Cherson, Bessarabien, Taurien, Jekaterinoslaw und des Dongebietes, in den Stadthauptmannschaften Sebastopol, Kertsch und Nikolajew, sowie auf der Eisenbahnstrecke Odessa-Rasdjelnaja sind Sanitäts-Vollzugscommissionen eingesetzt worden. Ferner ist in den Ortschaften, die dem Stadtbezirke von Odessa zunächst liegen, wie auch in den Ortschaften, die mit Odessa in Handelsbeziehung stehen, die ärztliche Controle verschärft und eine strenge Ueberwachung der aus Odessa auslaufenden Passagier- und Frachtschiffe, verbunden mit einer ärztlichen Untersuchung der Reisenden und der Schiffsbesatzung eingeführt worden. Passagierdampfer, welche Odessa berühren, sind verpflichtet, Schiffsärzte, die von der Behörde bestätigt werden, anzustellen. In allen russischen Häfen des Schwarzen Meeres werden die aus Odessa einlaufenden Schiffe der ärztlichen Visite unterzogen.

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 13. September, Nr. 21, wurde der Hafen von Freemantle (Westaustralien) für pestfrei erklärt.

Schweiz. Zufolge Beschlusses des Bundesrathes vom 12. September l. J. sind die Insel Réunion und der Hafen von Freemantle in Westaustralien als pestfrei anzusehen.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 29. August bis 4. September 43 Erkrankungen und 42 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 24. bis 30. August 10, in Kurachee vom 23. bis 29. August 3 und in der Präsidentschaft Madras in den zwei aufeinanderfolgenden Wochen vom 10. bis 23. August 145, 163 Todesfälle an Pest ausgewiesen.

Capcolonie. (S. 448) In der Woche vom 24. bis 30. August ist in der ganzen Colonie weder ein Pestfall beobachtet noch eine pestkranke Ratte aufgefunden worden.

Brasilien. (S. 438) Seit 26. August kamen in Rio de Janeiro und in Victoria keine weiteren Pestfälle zur Beobachtung.

Australien. Neu-Süd-Wales. In dem amtlichen Ausweise über den Verlauf der Pest in der Woche vom 3. bis 9. August ist der bereits gemeldete Kranke in Newcastle (S. 448) als verstorben ausgewiesen. In Sydney ist eine neue Erkrankung nicht aufgetreten.

Cholera. Türkei. In Medina ist nach einer Mittheilung aus Djeddah vom 1. October die Cholera neuerdings ausgebrochen. Innerhalb zweier Tage sind 18 Personen der Seuche erlegen. Der Oberste Sanitätsconseil hat die für Herkünfte der arabischen Küste des Rothen Meeres von Moka bis Lith bestehende Quarantaine (S. 448) nördlich bis El-Wedj ausgedehnt.

Aegypten. In Cairo und Umgebung betrug die Zahl der ausgewiesenen neuen Cholerafälle (und Todesfälle) in den aufeinanderfolgenden Tagen vom 26. September bis 4. October (von Mittag bis Mittag): 4 (3), 6 (6), 8 (9), 5 (3), 4 (4), 4 (4), 2 (2), 2 (1).

In Alexandrien wurden in der Woche vom 18. bis 24. September 231 neue Cholerafälle und 189 Todesfälle verzeichnet.

In ganz Aegypten sind in der Woche vom 16. bis 22. September 6388 neue Cholerafälle (gegen 9466 der Vorwoche) ausgewiesen worden, von welchen 3394 aufgefundene Leichen betrafen. In den Spitälern starben während dieser Woche 2414 Kranke. Insgesammt sind bisher 1830 Orte Aegyptens verseucht. Die Zahl der zur Anzeige gelangten Krankheitsfälle betrug in dieser Woche 2989, jene der Todesfälle 5808.

Die ausgewiesenen neuen Erkrankungen (und Todesfälle) vertheilten sich auf die einzelnen Städte und Provinzen wie folgt: in den Städten Cairo 25 (103), Alexandrien 82 (200), Port Said 4 (6), Damiette 54 (179), Suez 29 (45), Ismailia 3 (6), El Ariche 21 (10), ferner in den Provinzen Gharbieh 532 (1106), Behera 163 (425), Charkieh 264 (389), Dakahlieh 285 (655), Galiubieh 135 (256), Menufieh 103 (547), Guizeh 136 (172), Beni-Suef 75 (88), Fayum 89 (163), Minieh 48 (105), Assiut 501 (715), Guirgueh 340 (432) und Keneh 100 (206).

China. Die Choleraepidemie in Shanghai, welche dortselbst seit Mai herrscht, hat im August erheblich abgenommen. Es wurden in den Monaten Mai bis Juli ausgewiesen 7, 15 und 10 Choleratodesfälle an Europäern und 0, 476 und 326 zusammen 802 an Chinesen. Diese Zahlen sind jedoch, soweit sie die chinesische Bevölkerung betreffen, unzuverlässig. Die annähernd richtige Zahl der in diesen Monaten der Cholera erlegenen Chinesen lässt sich nur durch einen Vergleich mit den Mortalitätsverhältnissen des gleichen Zeitraumes im Vorjahre ermitteln. Insgesammt starben in den erwähnten 3 Monaten im Jahre 1902 4438 Chinesen, gegen 1175 im Vorjahre; allerdings haben im Jahre 1902 auch andere infectiöse Krankheiten, namentlich Blattern und Scharlach eine erheblich grössere Zahl von Opfern gefordert, wie im Jahre 1901. So wurden an Blattern in den drei erwähnten Monaten des Jahres 1902 149, gegen 10 Todesfälle im Vorjahre, und an Scharlach 173 Todesfälle ausgewiesen, während im gleichen Zeitraume des Jahres 1901 kein Scharlachtodesfäll verzeichnet wurde. Es ergibt sich nach Abzug dieser Todesfälle ein Plus von 2951 Todesfällen, welches beiläufig der Zahl der in den erwähnten 3 Monaten unter den Chinesen vorgekommenen Choleratodesfälle entsprechen dürfte.

Seit Juni l. J. sind die meisten Häfen der chinesischen Küste verseucht. Im Innern Chinas wurde das epidemische Auftreten der Seuche aus Foochow, Hangchow, Nanking und Peking gemeldet. Besonders heftig tritt die Epidemie in Foochow auf, wo auch die Pest zahlreiche Opfer fordert. Auch in der Mandschurei hat die Cholera grosse Dimensionen angenommen. Der Betrieb der chinesischen Ostbahn wurde daselbst wegen Cholera eingestellt. Im Umkreise von Harbin sollen ganze Dörfer verlassen und verödet sein. In Nordwest-Shantung soll seit mehr als 40 Jahre keine so heftige Epidemie gewüthet haben.

Das Hafenamt in Shanghai hat die Häfen Amoy, Swatow, Foochow, Chefoo, Tongku, Tientsin und Newchwang schon vor längerer Zeit für pestverseucht erklärt; Herkünfte aus diesen Häfen werden in Shanghai der ärztlichen Visite unterzogen. Seit 1. August werden daselbst auch Herkünfte aus Port Arthur, Chinwangtao, Shanhaikuan als verdächtig behandelt.

Japan. (S. 439.) Bis Mitte August belief sich die Zahl der in Japan, einschliesslich Formosa, constatirten Erkrankungen an Cholera auf 3133, von welchen 1393 tödtlich verliefen.

Es erkrankten (starben) bis dahin an dieser Seuche in den Provinzen: Tokio 5 (4), Kyoto 13 (2), Osaka 96 (unbekannt), Hyogo 12 (6), Nagasaki 90 (31), Shimane 5 (0), Okayama 1268 (783), Hiroshima 1 (0), Yamaguchi 90 (1), Wakayma 1 (0), Tukushima 1 (0), Kagawa 606 (unbekannt), Ehime 39 (unbekannt), Fukuoka 671 (372), Ohita 12 (4), Saga 88 (53), Knmamoto 11 (4), Formosa 213 (133).

Blattern. Capcolonie. In Capstadt und Umgebung sind in der Zeit vom 21. bis 31. August 8 Blatternerkrankungen beobachtet werden

Britisch-Indien. In Bombay wurden in den 5 aufeinanderfolgenden Wochen vom 30. Juli bis 2. September 5, 6, 10, 3, 5 zusammen 29 Blatterntodesfälle ausgewiesen.

Vermischte Nachrichten.

Steiermark. Sanitäre Anforderungen an Arbeiterbaracken. Ueber Anregung des Gewerbeinspectorates für den V. Aufsichtsbezirk und mit Benützung des von demselben vorgelegten Entwurfes wurde im Sanitätsdepartement der k. k. steiermärkischen Statthalterei eine Anleit ung, enthaltend allgemeine Bestimmungen über die bei Errichtung von Arbeiterbaracken aufzustellenden Forderungen, ausgearbeitet, welche den unterstehenden politischen Behörden mit dem Erlasse der genannten Statthalterei vom 19. März 1902, Z. 27424 ex 1901, mitgetheilt wurde. Diese Anleitung lautet folgendermaassen:

1. Für die Herstellung von Arbeiterbaracken ist in erster Linie die Bauordnung massgebend, welcher zu Folge sonach auch derartige, wenngleich nur für eine kürzere Benützungszeit bestimmte Baulichkeiten dem Gesundheitswohle der Bewohner, der Eigenthums- und sonstigen Sicherheit derselben, dem öffentlichen Austande und dem Rechte der Anrainer entsprechen müssen.

- 2. Die Baracken sollen möglichst in der Nähe der Arbeitsorte, auf trockenen Plätzen, entfernt von Sümpfen und anderen stehenden Gewässern, von Kirchhöfen, grossen Düngerstätten und anderen luftverderbenden Objecten errichtet werden.
- 3. Zur Unterbringung von sogenannten "Sommerarbeitern" (d. i. nur während der wärmeren Jahreszeit) genügen hölzerne Baracken aus einfachen, festgefügten Brettern mit wasserdichter Bedachung; behufs Bequartirung von Arbeitern während der kalten Jahreszeit, d. i. vom October bis Ende März sind jedoch nur solche Baracken zulässig, welche hinreichenden Schutz gegen die Kälte gewähren, somit aus Steinen, Ziegeln, Gipsdielen u. dgl. oder als Blockhäuser hergestellt und mit Heizvorrichtungen ausgestattet sind.
- 4. Die Schlaf- und Wohnräume müssen eine mittlere Höhe von mindestens 3.2 Metern haben, und darf bei schräg abfallenden Decken die geringste Höhe nicht unter 2.5 Metern herabsinken.

Zur Feststellung der zulässigen Belagsziffer jedes Schlafsaales ist für jede Person ein Luftraum von mindestens 10 Cbm., sollten die Schlafsäle aber gleichzeitig als Speiseraum oder überhaupt zum Aufenthalte auch ausser der Schlafenszeit dienen, ein Luftraum von mindestens 15 Cbm. zu berechnen.

Die zulässige Belagsziffer jedes Schlafraumes ist an der Eingangsthüre ersichtlich zu machen.

5. Alle Schlaf- und Wohnraume müssen gut schliessende, versperrbare Thüren mit nach aussen aufschlagenden Flügeln erhalten.

Die, wo immer möglich, sonnseitig anzubringenden Fenster sollen eine Lichtfläche von nicht weniger als $^{1}/_{12}$ der Fussbodenfläche, beziehungsweise eine öffnungsfäbige Fläche von mindestens 1 Qm. auf 40 Cbm. Luftraum des betreffenden Locales erhalten, und sollen wenigstens bei jedem zweiten Fenster zum Zwecke der Ventilation um eine horizontale Axe bewegliche Oberflügel (Kippflügel) angebracht werden. Wohn- und Schlafräume, die auch zur kalten Jahreszeit benützt werden, müssen mit Doppelthüren, eventuell mit Vorbauten oder Gängen vor den Thüren, und mit Doppelfenstern ausgestattet werden, in welchem Falle die Aussenfester mit Kippflügeln einzurichten sind.

Die Decken aller Räumlichkeiten sind zum Schutze gegen Feuersgefahr entsprechend zu verkleiden und gleich den Innenflächen der Barackenwände mindestens dreimal zu tünchen.

Die Fussböden sind mindestens 30 Cm. über dem Erdreiche anzulegen und zu dielen, der Zwischenraum ist durch wasserundurchlässiges Materiale auszufüllen.

Alle auch zur kalten Jahreszeit benützten Wohnräume sind mit entsprechenden Heizvorrichtungen auszustatten; die in den Schlafsälen befindlichen Oefen dürfen jedoch zur Bereitung von Speisen nicht verwendet werden, und sind zu diesem Zwecke eigene Kochräume einzurichten. Sämmtliche Feuerstellen und Schornsteine sind vollkommen feuersicher herzustellen; letztere müssen unten mit eisernen Putzthürchen versehen sein, und muss die Höhe der Aufmauerung mindestens 1 Meter über den First reichen.

6. Die Betten dürfen nicht unmittelbar am Fussboden aufliegen, sondern es muss ihre untere Fläche durch eine mindestens 30 Cm. hohe Luftschichte von demselben getrennt sein, ebenso sind doppelspännige und Etagen (Cajüten) Betten unzulässig. Nur in solchen Baracken, welche für die Beherbergung von Sommerarbeitern während einer Bauperiode dienen sollen, dürfen sogenannte Pritschengestelle eingerichtet werden, wobei aber jede einzelne Lagerstätte von der benachbarten durch ein auf die Kante gestelltes und befestigtes Brett von mindestens 25 Cm. Höhe getrennt sein muss. In allen übrigen Fällen muss für jede Person eine separate Bettstelle eingerichtet werden.

Keinesfalls aber darf ein und dieselbe Lagerstätte abwechselnd von verschiedenen Personen benützt werden.

Jede Lagerstätte hat mindestens einen Bettsack, ein Kopfkissen, ein Leintuch und eine Decke zu erhalten.

Der Bettsack ist wenigstens alle 8 Wochen nachzufüllen, die Bettwäsche alle 4 Wochen zu reinigen; in gleichen Zwischenräumen sind die Decken und Pölster zu lüften und auszuklopfen.

Nächst den Lagerstätten sind Kleiderrechen in entsprechender Zahl anzubringen.

Ebenso sind in den Wohn- und Schlafräumen Sitzgelegenheiten und Tische in genügender Anzahl vorzusehen.

Jeder Wohnraum ist täglich zu lüften, der Fussboden ist täglich zu kehren und in angemessenen Zwischenräumen auszureiben.

- 7. Für den Fall der Bequartirung von Personen beider Geschlechter müssen die in einer Baracke nachtlagernden Arbeiter, falls sie nicht einem Familienverbande angehören, nach Geschlechtern vollkommen getrennt, im Familienverbande lebende aber von anderen räumlich abgesondert untergebracht werden.
- 8. Da es unzulässig ist, in den zum Schlafen bestimmten Räumen auch durchnässte Arbeitskleider etc. zum Trocknen aufzuhängen, so ist für diesen Zweck ein eigener, im Winter heizbarer Raum zu schaffen, in welchem die Arbeiter auch ihre Körperwaschungen vornehmen können. Zu dem Behufe sind, soferne nicht, wie es am zweckmässigsten ist, grössere Wasserbehälter mit mehreren Auslaufhähnen und unter diesen Becken mit Abflussvorrichtungen eingerichtet wurden, für je höchstens 4 Arbeiter ein Waschbecken und eine genügend grosse Wasserkanne beizustellen. Jeder Arbeiter hat sein eigenes Handtuch zu erhalten, das wöchentlich zu wechseln, beziehungsweise zu reinigen ist.

Auch die Vornahme von körperlichen Waschungen in den Schlafräumen ist keinesfalls zu dulden.

- 9. Alle Unterkunftsräume und Gänge sind Abends in ausreichender Weise zu beleuchten; in grösseren Baracken ist für die Ausgänge eine Nothbeleuchtung durch die ganze Nacht vorzusehen.
- 10. Bei Aufstellung grösserer Baracken, mit einem Belage von mehr als 20 Personen, ist ein Nothkrankenlocale einzurichten, in welchem auch die zur ersten Hilfeleistung erforderlichen Mittel aufzubewahren sind.

Mit infectiösen oder sonstigen schweren Krankheiten behaftete Personen sind jedoch stets sofort in die nächste Isoliranstalt, beziehungsweise in das nächste Krankenhaus zu überstellen, und dürfen auch mit Krätze, ansteckenden Geschlechts- oder Augenkrankheiten u. dgl. Behaftete keinesfalls in den Baracken belassen werden.

- 11. Für die Beistellung genügender Mengen eines guten Wassers zum Trinken und Kochen ist Sorge zu tragen; falls sich entsprechende Wasserentnahmstellen nicht in nächster Nähe befinden, sind zum Transporte und zur Aufbewahrung des Wassers geeignete mit Deckeln oder sonstigem Verschlusse versehene Gefässe beizustellen, welche auf das sorgfältigste rein zuhalten sind.
- 12. In angemessener Entfernung von den Schlaf- und Kochräumen und in entsprechender Lage sind Aborte mit dichtschliessenden Thüren und Wänden und mit solid gemauerten Sammelgruben, die mit fest schliessendem Deckel zu versehen sind, (beziehungsweise mit Fasskammern), für Personen verschiedenen Geschlechtes getrennt, mit der entsprechenden Aufschrift versehen, herzustellen, und zwar für je 20 Personen eines Geschlechtes je eine Zelle, ausserdem für Männer auch ein genügend grosses Pissoir mit, soweit es der Durchnässung ausgesetzt ist, undurchlässiger Wand- und Bodenverkleidung und mindestens so breit, dass 3 Personen gleichzeitig darin Stehraum finden.

Für unschädliche Beseitigung der Fäcalien ist rechtzeitig Vorsorge zu treffen.

- 13. Zur Beseitigung von Kehricht, Asche und sonstigen Abfallstoffen sind entsprechende, mit Deckeln versehene Gruben vorzurichten, sowie für eine entsprechende Ableitung der Hausund Tagwässer zu sorgen, beziehungsweise deren Versickerung in der Nähe der Baracken hintanzuhalten ist.
- 14. Selbstverständlich ist auf die grösste Reinlichkeit im Innern und in der Umgebung der Baracken zu dringen, und sind zu dem Behufe eigene Aufsichtsorgane, denen auch die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung obliegt, zu bestellen.

Mähren. Neue Wasserheilanstelt. Die k. k. mährische Statthalterei hat dem Med. univ. Dr. Josef Starel die Bewilligung zum Betriebe einer Wasserheilanstalt in Verbindung mit Massage, Heilgymnastik und Elektricität in den hiefür eingerichteten Räumlichkeiten des Hauses Nr. 47 in Kosteletz bei Stiep, Bezirk Holleschau, ertheilt. (Statthaltereierlass vom 19. August 1902, Z. 38034.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 1. bis 7. October 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Strzyzow: Pstragowa 3; Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Bohorodczany stare 5; Horodenka: Tyszkowce 3; Jaworow: Jazow stary 2; Kamionka: Jakimów 4; Mościska: Laszki gościncowe 2; Nadworna: Mikuliczyn 1; Tlumacz: Holoskow 1.

product.		Dr. Josef Mermowicz, k. k. Hofrath und Lan- des-Sanitäts-Referent. Stellvertreter: Dr. Josef Barczycki, k. k. Iandes-Sanitäs- Inspector, kais. Rath.	Dr. Emil Merczyński, k. k. Landessanitkisrath. Stellvertreter: Dr. Stanislaus Badziński, k. k. a. o. Univ. Prof.	Dr. Wladimir Lukasiewicz, k. k. o. UnivProf. Stellvertreter: Dr. Hilarius Schramm, Privatdocent.
Krakau		Dr. Gust. Bielański, k. k. Oberbezirkarzi. Siellvertreter: Dr. Stanislaus Poniklo, k. k. tit. a. o. Univ. Prof., Director des St. Lazarus-Spitales.	Dr. Mathias Jakubowski k. k. o. UnivProf. Stellvertreter: Dr. Joh. Raczynski, Privatdocent.	Dr. Ladislaus Reiss, k. k. a. ö. UnlvProf. Stellvertreter: Dr. Przemyslaw Pieniazek, k. k. a. o. UnlvProf.
de ari		Dr. Ferdinand Sauter, r. R. Sauth. R. u. Landes- Sanitäts-Referent. Stellvertreter: Dr. Friedr. Sander, k. k. Sanitäts-Concipiet.	Dr. Karl Mayer, k. k. a. o. UnivProf. Dr. Johann Loos, k. k. a. o. UnivProf.	Dr. Georg Juffinger, k. k. a. o. UnivProf. Dr. Johann Rille, k. k. a. o. UnivProf. Dr. Alois Lode, k. k. a. o. UnivProf.
-	76	Dr. Aug. Schneditz, k. k. StatthR. u.Iandes Sauter, Sanital-Referent. Stellvertreter: k. k. LandSanitals-Insp. Dr. Adolf Kutschers K. k. Oberbezirksarri.	Dr. Gabriel Anton, k. k. o. UnivProf.	Dr. Wilh. Prausnitz, k. k. o. Univ. Prof. Dr. J. Habermann, k. k. tit. o. UnivProf.
98	bühmische Universität	Hofr. Dr. Ignaz Pelc, k. k. LandesSanitkie-Referent. Stellvertreter: Dr. Vinc. Slavik, k. k. Landes-Sanitkie-Inspect. Dr. Franz Pizák, k. k. Landes-Sanitkie-Insp.	Dr. Gustav Kabrhel, k. k. o. UnivProf. Stellvertreter: Dr. Karl Kuffner, k. k. o. UnivProf.	Dr. Victor Janovský, Dr. Wilh. Prausnitz, k. k. o. UnivProf. Stelivertreter: RegRath Dr. Carl Schwing, k. k. a. o. UnivProf.
Prag	deutsche Universität	Dr. Vinz. Brechler Ritter v. Troskowitz, k.k. Landes-Sanitkieinspector. Stellvertreter: Dr. Stephan Gellner, k. k. Ober-Bezirksarzt.	Dr. Arnold Pick, k. k. o. UnivProf. Stellvertreter: Dr. Ferdinand Hueppe, k. k. o. UnivProf.	Dr. Philipp Josef Pick, k. k. o. UnivProf. Stellvertreter: Dr. Emanuel Zaufal, .k. k. tit. o. UnivProf.
	Wien	Dr. Emanuel Kusý, Ritt. v. Dúbrav, k. k. Sectionschef u. Sanitku- referent im Min. des Innern. Dr. Joseph Daimer, k. k. Minist. Rath im Minist. Dr. Ferdinand Illing k. k. Sect. Rath im Min. d. I. Dr. August Netolitzky, k. k. Sistth. R. u. Landee- Sanitits-Referent.	Hofr. Dr. Max Gruber, K. k. o. UnivProf. Dr. Julius Wagner Ritter v. Jauregg, K. k. ii. o. UnivProf. Stellvertreter: Dr. Victor Urbantshitz, K. k. a. o. UnivProf. k. k. a. o. UnivProf.	Hofr. Dr. I. Neumann, k. k. o. UnivProf. und Dr. Gustav Riehl, k. k. o. UnivProf. Stellvertreter: Stellvertreter: K. k. o. UnivProf. k. k. o. UnivProf.
=		:enkezimmoD-agarneigeH		imax500

P h	armac	eutisch e	s Rigorosum	Vor	orüfungen	ı:	1
Gastprüfer, die Apotheker:	Pr	tifer:	Regierungs-Commissare:	P	rüfer:		
	Pharmako- gnosie	Allgemeine und pharma- ceutische Chemie		Allgemeine Chemie	Botanik	Physik	
Othmar Zeidler. Alois Kremel.	Hofrath Dr. Aug.Ritt. v. Vogl. k. k. o. Univ. Prof.	Dr. Josef Herzig.	Dr. Em. Kusý, R. v. Dúbrav, k. k. Sectionschef u. Sanitäts-Referent im Minist. d. Inn. Dr. J. Daimer, k. k. Minist. rash im Minist. des Innern Dr. Ferd. Illing, k. k. Sections-Rath im Minist. d. Inn. Dr. A. Netolitzky, k. k. StatthR. und LandSanitRefer.	Hofr. Dr. Adolph Lieben, k. k. o. UnivProt.	Wiesner, k. k. o. Univ.Prof. Dr. Rich. Wett- stein R. v. Westersheim, k. k. o. UnivProf	Dr. Frans Exnor, k. k. o. UnivProf.	V
Dr. Jos. Zintl in Tepl, Stellvortreter: Rudolf Schlegel in Haida.	Dr. Julius Pohl, k. k. o. UnivProf.	Dr. Guido Goldschmiedt, k.k.o. UnivProf.	Dr. V. Brechler, Ritt. von Troskowitz, k. k. Landes-Sanitts- Inspector. Stellvertreter: Dr. Stephan Gellner, k.k. Ober Bezirkaarzi.	Dr. Guido Goldschmiedt, k. k. o. UnivProf.	Dr. Hans Molisch k. k. o. Univ.Prof. Dr. Ritter Beck v. Mannagetta. k. k. o. UnivProf.	Dr. Ernst Lecher, k. k. o. UnivProf. k.	deutschn Universität
Johann Štepánek in Kgl. Weinberge. Stellvertreter: Ottomar Pohl in Smichow	Dr. Karl Chodounský, k. k. o. UnivProf.	Dr. B. Brauner, k. k. o. UnivProf. und Dr. A. Bělohoubek, k. k. a. o. UnivProf.	Hofr Dr. Ignaz Pelc, k. k. Landes-Sanitäts- Heferent. Stellvertreter: Dr. Vincenz Slavik, k. k. Landes-Sanitäts- Lupector Dr. Franz Plzák, k. k. Landes-Sanitäts- linspector.	Dr. Bohuslav Raýman, k. k. o. UnivProf.	Dr. Josef Velenovský, k. k. o. UnivProf.	Dr. Vincens Stroubal, k. k. o. Univ. Prof.	böhm. Universität
Rud. Dreweny. Bernhard Fleischer, Wilhelm Swobods.	Dr. Joseph Moeller, k.k.o. UnivProf.	Hofr. Dr. Zdenko H. Skraup, k. k. o. UnivProf.	Dr. August Schneditz, k. k. StatthR. u. Landes-San-Ref. Stellvertreter: Dr. Lud. Possek, k. k. Landes-Sanitäts-Insp. Dr. Adolf Kutschera Ritt. v. Aichbergen, k. k. Oberbezirks-	Hofr. Dr. Zdenko H. Skraup, k. k. o. UnivProf.	Dr. Gottlieb Haberlandt, k. k. o. UnivProf.	Holr. Dr. Leop. Pfaundler, k. k. o. UnivProt.	6762
Karl Fischer. Stellvertreter: Grudo Oellacher.	Dr. Joseph Nevinny k.k.o. UnivProf.	Dr. Karl k.k Brunner k.k k.k.o. Univ. Prof. Dr.	Dr. Ferdinand I Sauter, k. k. Statth-R. und LandSanitRefer. Sellverireter: Dr. Friedrich Sander, k. k. k. k. SanitConcipist. Prof. St. I	Dr. Karl Brunner, k.k.o. UnivProf.	Dr. Emil I Heinricher, Rc k. k. o. UnivProf. k. k.	Dr. Ignas Klemenčič, k. k. o. UnivProf.	innebruok
Karl Luczko. Stellvertreter: Xaver Mikucki.	Dr. Josef Lazarski, k.k.o. UnivProf.	Dr. Karl Olszewski, k.k.o. Univ. Prof. Dr. J. Schramm, k.k.o. Univ. Prof.	Dr. Gustav Bielański, k. k. Oberbezirksarzi, Stellvertreter: Dr. Stanielaus Poniklo, k. k. tit. a. o. Univ Prof., Director des St. Lazaruspitales.	Dr. Karl Olszewski. k. k. o. UnivProf. Dr. Julian Schramm, k. k. o. UnivProf.	r. Josef ostafiński,	Dr. August Witkowski, k. k. o. UnivProf.	() ()
Jacob Piepes- Poratyński. Stellvertreter: Karl Sklepiński.	Dr. Wenzel v. Sobierański, k. k. o. UnivProf.	Dr. Bronislaus Radziszewski, k.k.o. UnivProf.	Dr. Josef Merunowicz, k. k. Hofrath und LandSanitRefer. Stellvertreter: Dr. Josef Barzycki, k. k. Landas-Sanitäts- k. k. Landas-Sanitäts- Insp., kaiserl. Rath	Dr. Bronislaus Radziszewski, k. k. o. UnivProf.		Dr. Ignas Zakrzowski, k. k. o. UnivProf.	Lowborg
Dr. Josef Barber. Stellvertreter: Georg Gregor.	Dr. Eduard Tangl, k.k.o. UnivProf.	Dr. Richard Přibram, k. k. o. UnivProf.	T. Gustav Dr. Josef Bielański, Merunowicz, k. k. Hofrath und LandSanitRefer. Stanisłaus Poniklo, Barzycki, tt. a. o. Univ. k. k. Landes-Sanitate Dr. Josef Poniklo, Barzycki, tt. a. o. Univ. k. k. Landes-Sanitate Dr. Josef Barzycki, cennás § 5, al. 3 gennás § 5, al. 3 gennás gornnaceutischen prifungscommission gennás gornnaceutischen gennás gornnaceut	Dr. Richard Přibram, k. k. o. UnivProf.		Dr. Alois Handl, k.k.o. Univ. Prof.	Czernowitz

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER. Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurm strasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 16. October 1902.

Nr. 42.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Die Kaiser Franz Joseph Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend den Vorgang bei der Beurtheilung der Nothwendigkeit der Errichtung von neuen öffentlichen Apotheken. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Zu Beginn der am 11. October d. J. abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes brachte der Vorsitzende Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl ein Abschiedsschreiben des in Folge seiner Berufung nach München aus dem Obersten Sanitätsrathe ausgeschiedenen Hofrathes Prof. Dr. Max Gruber zur Kenntnis und widmete seiner vieljährigen, höchst erspriesslichen Thätigkeit Worte der grössten Anerkennung.

Der Vorsitzende wurde vom Obersten Sanitätsrathe ermächtigt, an Prof. Dr. Max Gruber die besten Glückwünsche für seine künftige Wirksamkeit zu übermitteln.

Nach Mittheilung der eingelaufenen Geschäftsstücke durch den Vorsitzenden referirte Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý über die Entwicklung der Epidemie-verhältnisse in den letzten Monaten, über den gegenwärtigen Stand der Pest und Cholera und die Maassnahmen, welche von der Regierung anlässlich des Auftretens der Pest in Odessa getroffen werden mussten.

Hierauf gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung:

1. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die neusystemisirte Stelle eines Seesanitätsarztes beim Hafen- und Seesanitätscapitanate in Triest. (Referent: Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý.)

2. Gutachten über Recurse einer Gemeinde und einer Zuckerfabriks-Actiengesellschaft wegen Ableitung der filtrirten Abwässer aus den Schwemmcanälen von k. u. k. Militäranstalten in einen Flusslauf. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ernst Ludwig.)

Am Schlusse der Sitzung wurde über die Vertretung des Obersten Sanitätsrathes bei dem im nächsten Jahre in Madrid stattfindenden internationalen medicinischen Congresse berathen und ein diesfälliger Autrag beschlossen.

Die Kaiser Franz Joseph-Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oebling.*)

Die freie Behandlung der Irrsinnigen, welche sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts Bahn gebrochen und von Belgien aus über England und Schottland nach Deutschland Eingang und Verbreitung gefunden hatte, konnte in Oesterreich bisher mangels der erforderlichen Anstalten nur unvollständige Anwendung finden. Die erste Anstalt, welche hier auf dem Princip der freien Irrenbehandlung erbaut und eingerichtet wurde, ist die vom Lande Niederöstereich errichtete und vor Kurzem eröffnete Kaiser Franz Joseph-Heil· und Pflegeanstalt in Mauer Oehling bei Amstetten.

In Niederösterreich war wohl bereits Mitte der Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts der Versuch der Einführung der freien Behandlung der Geisteskranken und
der landwirthschaftlichen Beschäftigung derselben durch Errichtung der Landesirrenanstalt in Kierling-Gugging gemacht worden. Jedoch konnte sich diese Einrichtung
bisher nicht in der wünschenswerthen Weise entfalten. Das wichtigste Hemmnis der
Entwicklung derselben lag in den statutarischen Bestimmungen der niederösterreichischen Irrenanstalten, nach welchen in diesen Anstalten nur heilbare oder unheilbare gemeingefährliche Geisteskranke aufgenommen werden durften, wogegen die
unheilbaren nicht gemeingefährlichen Geisteskranken in die heimatliche Armenver-

sorgung abgegeben werden mussten.

Diese Bestimmungen zogen auch eine Reihe anderer Uebelstände nach sich, die in ihren Folgen wieder den Betrieb der Irrenanstalten selbst erheblich beeinträchtigten. Denn die Armenbehörden, welchen Geisteskranke der letzterwähnten Kategorie zugewiesen waren, konnten solchen Kranken eine geeignete Pflege ausserhalb der Anstalten nicht bieten und trachteten daher, dieselben in den vom niederösterreichischen Landtage zur Unterstützung der öffentlichen Armenpflege errichteten Siechenanstalten unterzubringen. Diese Anstalten hingegen sahen sich wieder sehr häufig gezwungen, solche zumeist unruhige Kranke, welche auf den Betrieb der Siechenanstalten störend und für die körperlich Siechen belästigend wirkten, wieder in die Irrenanstalten abzugeben. Aber auch aus der Armenpflege in den Gemeinden kehrten aus der Irrenanstalt als unheilbar entlassene ruhige Geisteskranke wegen wieder aufgetretener Aufregungszustände nicht selten zu wiederholten Malen in die Anstalt zurück. Dieser häufige Wechsel der Kranken zwischen der Armenpflege in den Gemeinden und den Irren- und Siechenanstalten verursachte, abgesehen von den erheblichen Transportsauslagen, nicht nur eine Schädigung des Betriebes der Irrenund Siechenanstalten, sondern eine ständige Ueberfüllung derselben, die sich namentlich in den Irrenanstalten empfindlich bemerkbar machte.

Um diesen Uebelständen endgiltig abzuhelfen und den unheilbaren nicht gemeingefährlichen Geisteskranken eine rationelle Pflege zu sichern, beschloss der n. ö. Landtag über Antrag des Landesausschusses in seiner Sitzung vom 10. Februar 1896 aus Anlass des bevorstehenden Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I., eine Landes-Siechenanstalt mit der Widmung für nach Niederösterreich (einschliesslich der Stadt Wien) zuständige, unheilbare nicht gemeingefährliche Geisteskranke mit einem Belegraume für 600 Kranke auf den von Johann Kirchweger in Mauer-Ochling zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten 20 Joch Waldgründen zu errichten, und beauftragte den Landesausschuss wegen Zukaufes weiterer Gründe und Sicherung der Wasserbeschaffung das Erforderliche zu veranlassen.

Da nach dem erwähnten Beschlusse des niederösterreichischen Landtages auch die nach Wien zuständigen Geistessiechen, deren Aufnahme in die zu errichtende Siechenanstalt in dem Bericht des Landesausschusses nicht vorgesehen war,

^{*)} Mit Benützung der vom niederösterreichischen Landesausschusse aus Anla's der Eröffnung dieser Anstalt herausgegebenen Festschrift bearbeitet.



in dieser Anstalt untergebracht werden sollten, stellte der Landesausschuss in der folgenden Landtagsession den Antrag, die Bettenanzahl in dieser Anstalt auf 1000 zu erhöhen und das Landesbauamt unter Mitwirkung der informirten ärztlichen und administrativen Fachorgane mit der Ausarbeitung eines neuen Projectes zu beauftragen, für welches die über Ausschreibung einer Concurrenz bereits eingelangten und von dem eingesetzten Preisgerichte mit den ersten Preisen bedachten Projecte entsprechend benützt werden sollten.

Diese Anträge wurden vom niederösterreichischen Landtage genehmigt.

Vor Inangriffnahme der Arbeiten entsendete der niederösterreichische Landesausschuss den Landesausschussreferenten Leopold Steiner und den administrativen Inspector der niederösterreichischen Landeswohlthätigkeitsanstalten Fedor Gerényi

zum Studium der einschlägigen Anstalten nach dem Deutschen Reiche.

Da die genannten Funktionäre in ihren Berichten über diese Studienreise gegen die Schaffung einer neuen Siechenanstalt in der in Aussicht genommenen Form Bedenken erhoben und die Reformirung der bestehenden Irrenanstalten durch Einrichtung von drei Abtheilungen, einer Heilanstalt, einer Colonie und einer Pflegeanstalt, befürworteten, beschloss der niederösterreichische Landesausschuss, welcher den Ausführungen der Referenten beipflichtete, jedoch einen präcisen Antrag mit Rücksicht auf die finanzielle Tragweite dieser Frage nicht stellen wollte, dem Landtage drei Alternativprojecte vorzulegen, und zwar das Project einer Siechenanstalt nach dem ursprünglichen Plane mit einem Kostenaufwande von fl. 1,278.000, das Project einer Siechenanstalt mit Colonie — Kostenerfordernis fl. 1,327.000 — und endlich das Project einer Heil- und Pflegeanstalt mit einem Kostenerfordernisse von fl. 1,620.000.

Der niederösterreichische Landtag genehmigte in der Sitzung vom 8. Februar 1898 in Würdigung der vorgebrachten triftigen Gründe den weitestgehenden Antrag und beauftragte den Landesausschuss, die in Mauer-Oehling zu errichtende Jubiläumsanstalt nach den vorgelegten Plänen als Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke auszuführen und mit den Bauarbeiten sofort zu beginnen. Zugleich wurde für den Bau und die Einrichtung dieser Anstalt ein in sechs Jahresraten flüssig zu machender Credit von fl. 1,800.000, sowie der Ankauf einiger weiterer, an den bisher erworbenen Grundcomplex von 50 Joch anstossender Waldparcellen bewilligt.

Das genehmigte Project ist vom damaligen Landes Oberingenieur (jetzt Landesbaurath) Karl v. Boog auf Grund der vom administrativen Inspector der niederösterreichischen Landeswohlthätigkeitsanstalten Fedor Gerén y i erstatteten Vorschläge ausgearbeitet und vom Director der niederösterreichischen Landesirrenanstalt in

Kierling Gugging Dr. Josef Krayatsch fachärztlich begutachtet worden.

Am 16. August 1898 fand zur Vorfeier des 68. Geburtsfestes Sr. Majestät des

Kaisers die feierliche Grundsteinlegung zu dem bedeutsamen Werke statt.

Für die Besorgung und Ueberwachung aller Bauherstellungen und der Einrichtungsarbeiten wurde vom Landesausschusse ein Baucomité bestellt, welches aus dem Landesausschussreferenten Leopold Steiner als Vorsitzenden, dem Landesbaurathe Karl v. Boog, welchem auch die Bauleitung übertragen wurde, ferner dem administrativen Inspector Fedor Gerén zu und dem Director Dr. Josef Krayatsch bestand.

Vorerst wurden die grundbücherlichen Amtshandlungen bezüglich des durch Zukauf von verschiedenen Parcellen arrondirten, nahezu 100 ha grossen Anstaltsgebietes durchgeführt. Der Bau der Anstalt selbst wurde noch im August 1898 begonnen.

Zur Beschaffung des nöthigen Bauwassers war schon im Frühjahre 1898 eine Wasserleitung hergestellt worden. Diese Anlage besteht aus einem Sammelbrunnen in Hörsdorf, in welchem das mittelst Drainröhren gewonnene Grundwasser gesammelt wird. Aus diesem 2 km von der Anstalt entfernten Brunnen wird das Wasser in die etwas

tiefer liegende Oehlingquelle eingeleitet, welche in einer Quellkammer gefasst ist (Seehöhe 298.29 m).

Ein sogenannter Peltonmotor, welcher in dem neben der Quellkammer befindlichen Maschinenhause untergebracht ist und von dem Hörsdorfer Wasser angetrieben wird, hebt das Wasser in einen darüber an der Berglehne erbauten Wasserspeicher (Fassungsraum 140 m³), von welchem dasselbe in alle Stockwerke der Anstalt geleitet werden kann. Der Sammelbrunnen in Hörsdorf, das Maschinenhaus und

der Wasserspeicher sind in Portland-Cementstampfbeton hergestellt.

Die in der Bausaison im Jahre 1898 gemachten Erfahrungen über die Verwendung von Portland-Cementstampfbeton waren derart günstige, dass sich die Bauleitung entschloss, in den folgenden Jahren die Betonmauerung in möglichst ausgedehntem Maasse zu verwenden. Es wurden daher fortan sämmtliche Untergeschosse, Fundamente und Geschossmauern, die Gurten- und die Deckenwölbungen durchwegs in Portland-Cementstampf beton ausgeführt, dessen Herstellung sich bei dem Vorhandensein eines vorzüglichen Kieselschotter- und Sandmateriales ausserordentlich billig stellte. Auf Grund der während des Baues gewonnenen Erfahrungen wurde späterhin von der Herstellung von Tramdecken ganz abgegangen, und wurden statt derselben Decken nach einem dem Baurathe v. Boog patentirten Verfahren als gerade Decken, als flache Tonnen, sowie auch als Casettendecken in Beton zur Ausführung gebracht. Auch die für Canäle nothwendigen Rohre, desgleichen sämmtliche Stufen der Anstalt sind aus Portlandcement hergestellt worden; bei letzteren wurde der Beton zur Erzielung einer grösseren Härte in der üblichen Weise fluatirt.

Als Baumaterial sind ausser Beton Ziegel verwendet worden. Die Façaden

der einzelnen Gebäude sind zum grössten Theile in Rohziegelbau ausgeführt.

Zum Zwecke einer bequemen und raschen Verführung der Baumaterialien vom Bahnhofe zum Bauplatze und auf der ausgedehnten Bauarea selbst wurde eine eigene Rollbahn in der Länge von 3.5 km und mit einer Spurweite von 50 cm hergestellt. Zum Betriebe derselben sind während des Baues zwei Paar Pferde verwendet worden.

Der Bau wurde durchwegs in eigener Regie ausgeführt, welche es auch ermöglichte, den hiebei beschäftigten Arbeitern besondere Begünstigungen hinsichtlich ihrer Beköstigung zu gewähren. Im Jahre 1891 wurde eine eigene Arbeiterküche errichtet, in welcher den beim Baue beschäftigten Arbeitern Frühstück und Mittagmahl, Brot und Getränke (mit Ausschluss aller gebrannten geistigen Flüssigkeiten) zum Selbstkostenpreise verabreicht wurden.

Die Bauarbeiten wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1902 zu Ende geführt. Am 2. Juli 1902 fand die feierliche Eröffnung der Heil- und Pflegeanstalt in Anwesenheit seiner Majestät des Kaisers statt. (Fortsetzung folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 10. October 1902, Z. 42807,

an die k. k. Statthalterei in Prag,*) betreffend den Vorgang bei der Beurtheilung der Nothwendigkeit der Errichtung von neuen öffentlichen Apotheken.

Aus den Verhandlungen der kürzlich in Marienbad abgehaltenen Hauptversammlung des allgemeinen österreichischen Apothekervereines, welche in der Zeitschrift des gedachten Vereines Nr. 39 abgedruckt sind, sowie aus anderweitigen Mittheilungen ist das Ministerium des Innern in die Kenntnis gelangt, dass aus Anlass der mit dem h. o. Erlasse vom 21. April 1902, Z. 16441,*) angeordneten Erhebungen über das thatsächliche Bedürfnis der Errichtung von öffentlichen Apotheken, und zwar ohne Gefähr

^{*)} Siehe S. 213 d. Bl.



^{*)} Dieser Erlass wurde in Abschrift allen politischen Landesstellen zur Kenntnisnahme und gleichmässigen Darnachachtung mitgetheilt.

dung des Bestandes bestehender Apotheken, eine merkliche Beunruhigung unter den Landapothekern, insbesondere des nördlichen Böhmens, um sich gegriffen hat, weil in einzelnen politischen Bezirken, selbst in solchen, deren Apotheken schon gegenwärtig ohne Hilfskräfte arbeiten, zahlreiche Bestrebungen einzelner Gemeinden hervortraten, und angeblich von politischen Behörden begünstigt wurden, welche dahin abzielen, dass selbst in Gemeinden, in denen kein Arzt ansässig ist, und in denen alle Vorbedingungen zur Errichtung einer öffentlichen Apotheke überhaupt fehlen, neue Apotheken errichtet werden.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, dass die Begünstigung derartiger Bestrebungen der Tendenz und dem Wortlaute des citirten h. o. Erlasses gänzlich zuwiderlaufen würde.

Im Interesse des öffentlichen Sanitätswesens. sowie im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Pharmacie ist es gelegen, dass dort, wo die Errichtung einer neuen Apotheke in Folge Zunahme der Bevölkerung und ihres Wohlstandes bei Ansässigkeit praktischer Aerzte ohne Gefährdung des Bestandes von Nachbarapotheken erspriesslich und nothwendig, sowie die Prosperität der neuen Apotheke voraussichtlich ist, mit der Errichtung einer solchen vorgegangen werde. Dabei ist jedoch im Auge zu behalten, dass es in gleicher Weise im Interesse der Sanität und der Pharmacie gelegen ist, nur solche Apotheken zu errichten, deren Betrieb die Beschäftigung wenigstens einer Hilfskraft neben dem Apotheker ermöglicht.

Mit Rücksicht hierauf ist zu beschten, dass schon mit dem Hofkanzleideciete vom 28. Juli 1823, Z. 2594, sonach zu einer Zeit, in welcher die Betriebsverhältnisse der öffentlichen Apotheken weitaus gesicherter waren, als es gegenwärtig der Fall ist, als orientirende Richtschnur der Grundsatz aufgestellt wurde, dass sich zur Errichtung von öffentlichen Apotheken in der Regel nur solche Ortschaften eignen, welche von einer geschlossenen Bevölkerung von 3000 bis 4000 Seelen bewohnt sind.

Da an solchen Apotheken selbstverständlich auch die Bevölkerung der Umgebung participirt, und in damaliger Zeit unter ländlichen Verhältnissen die Distanz zwischen benachbarten öffentlichen Apotheken am Lande durchschnittlich mit 2 Meilen angenommen wurde, so ergibt sich, dass das gesammte Absatzgebiet einer öffentlichen Apotheke eine grössere Einwohnerzahl zu umfassen hat.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse wurde in der im Jahre 1900 abgehaltenen pharmaceutischen Enquête sowohl seitens der Apothekenbesitzer, als der Conditionirenden einhellig der Grundsatz befürwortet, dass jeder Apotheke im Durchschnitte thunlichst ein Absatzgebiet von 10.000 Einwohnern gesichert werden, und ein solches den bestehenden Apotheken gesichert bleiben solle.

Da in Bezug auf den Medicamentenabsatz nicht blos die ansässige, sondern auch die fluctuirende Bevölkerung, ferner ihre Arzneibedürftigkeit, ihr Wohlstand, die Zahl der ansässigen Sanitätspersonen und bestehenden sani-Institutionen u. dergl. in tären kommen. 80 wird diese durchschnittliche Schätzung in der Praxis nach Maassgabe des Bedürfnisses gewisse Modificationen erfahren Jedoch wird stets daran festzuhalten können. sein, dass, je geringer die Zahl der geschlossen wohnenden Bevölkerung am Standorte der Apotheke ist, eine umso grössere Zahl von Bewohnern im auswärtigen Absatzgebiete nothwendig wird, um den Mangel an ortsansässiger Bevölkerung zu compensiren.

Bei Beobachtung dieser Grundsätze wird es keine Schwierigkeit bereiten, der im h. o. Erlasse vom 21. April 1902, Z. 16.441, ausdrücklich hervorgehobenen Absicht der allmählichen Vermehrung deröffentlichen Apotheken, soweit sich die Errichtung bestandfähiger neuer Apotheken als notwendig erweist, und durch dieselben die Existenz bestehender Apotheken nicht bedroht wird, zu entsprechen und die politischen Behörden vor überflüssigen, zweckwidrigen Erhebungen zu bewahren.

Hiernach wolle die k. k. Statthalterei das Erforderliche veranlassen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung des fürstl. Ministeriums des Innern vom 16. (29.) September Nr. 388, wurde die für Reisende aus Constantinopel verfügte ärztliche Visite (S. 447) aufgehoben und angeordnet, dass dieselben bei ihrer Ankunft in Bulgarien den in der Verordnung vom 27. Juni 1. J., Nr. 246, (S. 363) vor geschriebenen Maassnahmen unterzogen werden.

Griechenland. Für Herkünfte aus Smyrna wurde eine Quarantaine in der Dauer von funf Tagen vom 5. October an verfügt.

Italien. Die mit Sanitätsverordnung vom 31. März 1902, Nr. 6, angeordneten sanitären Maassnahmen für Herkünfte aus Pernambuco (S. 187) wurden mit der Verordnung vom 30. September 1. J., Nr. 22, ausser Kraft gesetzt.

Rumünien. Die sanitätspolizeilichen Maassnahmen gegenüber Herkünften aus Constantinopel (siehe S. 447 d. Bl.) wurden mit 18. September (1. October) l. J. ausser Kraft gesetzt.

Russland. In Odessa (S. 455) sind am 4. October 1 und am 6. und 7. October je 2 Pestkranke ins Isolirspital abgegeben worden.

Vom 10. Juni l. J. bis zum 7. October sind daselbst 43 zweifellose Pestfälle ermittelt worden; von diesen Kranken sind 14 gestorben und 11 genesen, während 18 an diesem Tage noch in Behandlung im Isolirspitale standen.

Die Seuche ist in verschiedenen Stadttheilen aufgetreten; wiederholte Erkrankungen in einem und demselben Hause sind bisher fünfmal beobachtet worden. Jene Wohnungen, in welchen Pestkranke sich aufgehalten haben, nicht selten auch die benachbarten Wohnungen, werden evacuirt, und die Bewohner derselben in den Evacuationsabtheilungen bei der städtischen Desinfectionskammer ausserhalb der Stadt untergebracht; Kleider, Wäsche und Effecten derselben werden desinficirt. Die Stadt ist in 68 Bezirke eingetheilt, und für jeden Bezirk ist ein Arzt bestellt. Die Rattenvertilgung wird in energischer Weise durchgeführt. Bis zum 20. September sind in die bakteriologische Untersuchungsstation 3400 Ratten eingeliefert, und davon 1617 Stück untersucht worden. Pestkranke Ratten wurden erst nach dem 27. August entdeckt. und zwar im Ganzen 9 an der Zahl, welche durchwegs vom Seredinsky-Platze stammten. Für jede zu den an 5 Punkten der Stadt aufgestellten Verbrennungsöfen gebrachte Ratte wird nunmehr eine Prämie von 5 Kopeken bezahlt. Ueber Antrag des Professors Wyssokowitsch werden in der bakteriologischen Untersuchungsstation Culturen des Rattentyphusbacillus bergestellt, mit welchen die Vernichtung der Ratten im grossem Umfange vorgenommen werden Die kaiserliche Regierung in St. Petersburg hat dem Stadtgouverneur 75.000 Rubel für die Bekämpfung der Pest zur Verfügung gestellt; die gleiche Summe wurde auch von der Stadt gemeinde Odessa der städtischen Pestcommission flüssig gemacht.

Aegypten. In Alexandrien (S. 438) wurden in den drei aufeinanderfolgenden Wochen vom 11. bis 30. September 1, 4, 2 Erkrankungen und 0, 1, 2 Todesfälle an Pest constatirt

Britisch-Indica. In Bombay sind in der Woche vom 5. bis 11. September 55 Erkrankungen und 53 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 31. August bis 6. September 24. in Kurachee in der Woche vom 30. August bis 5. September 4 Todesfälle constatirt worden. In Madras (Stadt) wurden in der Woche vom 16. bis 22. August 1 und in der Präsidentschaft Madras in der Woche vom 24. bis 30. August 173 Todesfälle an Pest verzeichnet.

Hongkong (S. 438) Im Monate August sind in der Colonie 45 Erkrankungen und 44 Todesfälle an Pest beobachtet worden.

China. In den südchinesischen Vertragshäfen ist die Pestepidemie im Rückgange begriffen.



Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 455) sind in der Zeit vom 3. bis 9. September neuerdigs 2 Pesttodesfälle vorgekommen.

Australien. Que en sland (S. 418). In Brisbane, wo seit 31. Mai keine Pesterkrankung mehr beobachtet worden war, ist am 4. August abermsle ein Pestfall aufgetreten, welcher am folgenden Tage tödtlich endete. Die bakteriologische Untersuchung der Ratten wird täglich vorgenommen. Eine Abtheilung von 9 Mann ist fortgesetzt mit der Vertilgung dieser Thiere beschäftigt. In Townsville ereignete sich am 21. August ein tödtlicher Pestfall.

Cholera. Türkei, Im Sandschak Hauran (im südlichen Theile des Vilajets Syrien) ist in mehreren Dörfern die Cholera aufgetreten.

In Hodeida (S. 448) sind vom 26. bis 29. September 14 tödtliche Cholerafälle vorgekommen. In der Umgebung von Loheya wurden innerhalb 25 Tage 217 Choleratodesfälle beobachtet.

Aegypten. In Cairo und Umgebung betrug die Zahl der vom 4. bis 10. October beobachteten Cholerafälle (Todesfälle) 3 (2), 2 (1), 2 (1), 6 (5), 0 (1), 0 (2).

In Alexandrien sind in der Woche vom 25. September bis 1. October 147 Personen

an Cholera erkrankt und 126 der Seuche erlegen.

In ganz Aegypten wurden in der Woche vom 23. bis 29. September 4022 Cholerafälle (gegen 6388 der Vorwoche) ausgewiesen. Von diesen betrafen 2125 Fälle aufgefundene Leichen; im Spitale starben während dieser Zeit 1468 Personen an Cholera. Die Zahl der verseuchten Orte ist auf 1932 gestiegen. Seit Ausbruch der Epidemie (15. Juli) sind in Aegypten bis zum 29. September 36.133 Erkrankungen und 30.485 Todesfälle an Cholera verzeichnet worden.

Die in der Woche vom 23. bis 29. September ausgewiesenen 1897 neuen Erkrankungen (und 3593 Todesfälle) vertheilten sich auf die einzelnen Städte und Provinzen, wie folgt: (Städte:) Cairo 20 (71), Alexandrien 62 (162), Port Said 4 (4), Damiette 32 (117), Suez 17 (24), Ismailia 1 (1), El Ariche 24 (24), (Provinzen:) Gharbieh 248 (463), Behera 99 (220), Charkieh 90 (155), Dakahlieh 108 (259), Galiubieh 186 (231), Menufieh 39 (218), Guizeh 72 (134), Beni-Suef 97 (87), Fayum 56 (130), Minieh 19 (57), Assiut 232 (491), Guirgueh 385 (433) Keneh 105 (317), Assuan 0 (0).

 ${\it China}$. In den Vertragshäfen Südchinas ist die Choleraepidemie in stetiger Abnahme begriffen.

Japan Bis zum 28. August sind in Japan insgesammt 4329 Cholerafälle (und 1650 Todesfälle) ausgewiesen worden und zwar in den Provinzen Tokio 5 (4), Kyoto 19 (1), Osaka 201 (40), Gogo 43 (14), Nagasaki 98 (31), Nara 2 (unbekannt), Snimane 5 (unbekannt), Okayma 1602 (1035), Hiroshima 47 (unbekannt), Yamaguchi 155 (unbekannt), Wakayama 3 (unbekannt), Tokushima 1 (unbekannt), Kagawa 1025 (unbekannt), Ehime 141 (unbekannt), Kochi 2 (1), Fukuoka 788 (452), Oh-ita 81 (9), Kumamoto 11 (4), Saga 98 (59), Kagoshima 1 (0), Shiga 1 (0).

Hongkong. (S. 439.) Im Monate August wurden in der Colonie 58 Erkrankungen und 58 Erkrankungen und 51 Todesfälle an Cholera beobachtet.

Blattern. Türkei. In Salonich ist unter den im "Quartier de l'incendie" wohnhaften Israeliten eine Blatternepidemie ausgebrochen. Ende September standen 13 Kranke in Behandlung. Die Epidemie zeigt einen milden Verlauf.

Brasilien. (S. 419.) Im Monate August sind in Rio de Janeiro 68 Blatterntodesfälle vorgekommen.

Gelbfieber, Beriberi. Brasilien. In Rio de Janeiro wurden im Monate August 47 Tolesfälle an Gelbfieber und 2 Todesfälle an Beriberi verzeichnet.



Vermischte Nachrichten.

Zuweisung von scharlachkranken Kindern au die Kinderklinik (St. Annen-Kinderspital) in Wien zur Prüfung des Scharlachserums. Um die Prüfung des Scharlachserums, sowie die Vervollkommnung desselben im steten Zusammenwirken des serotherapeutischen Institutes in Wien mit der Klinik für Kinderkrankheiten der Wiener Universität (St. Annen-Kinderspital) zu sichern, hat das Ministerium des Innern die k. k. Statthalterei in Wien angewiesen, Vorsorge zu treffen, dass die Polizeiärzte im Wege der k. k. Polizei-Direction, die städtischen Aerzte im Wege des Wiener Magistrates, desgleichen die Wiener Krankenanstalts-Directionen dahin instruirt werden, behufs Förderung dieses der Epidemietilgung und der medicinischen Scharlachterapie in gleicher Weise dienlichen Zweckes die rasche Abgabe spitalsbedürftiger Scharlachkranker schulpflichtigen Alters sofort nach der Erkrankung in das genannte Kinderspital, mit besonderer Berücksichtigung schwerer Erkrankungsfälle, sich angelegen sein zu lassen. (Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 4. October 1902, Z. 41900.)

Einfuhr von Diphtherieheilserum aus dem Auslande. Das k. k. Ministerium des Innern hat dem Ansuchen um Zulassung des von der Firma Burrough Welcome & Co. in London erzeugten Diphtherieheilserums zum Apothekenvertriebe keine Folge gegeben, weil der Bedarf an derartigen Serumpräparaten in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern anderweitig gedeckt ist, weil ferner grundsätzlich nur unter staatlicher Garantie hergestellte Serumpräparate zugelassen werden, und weil die zur hierseitigen staatlichen Ueberprüfung der eingeführten Produkte der ansuchenden Firma nothwendigen Maassnahmen sich a's zu umständlich gestalten würden, um die erforderliche Gewähr für die tadellose Beschaffenheit der betreffenden Sendungen zu bieten. (Erlass des Ministeriums des Innern vom 27. Juni 1902, Z. 26756.)

Anstalt für elektromagnetische Therapie. Von der k. k. n. ö. Statthalterei wurde einem praktischen Arzte in Wien die Bewilligung zur Errichtung und Inbetriebsetzung eines Institutes für elektromagnetische Therapie zur ambulatorischen Behandlung Nervenkranker unter nachstehenden Bedingungen ertheilt:

- 1. Die elektromagnetische Behandlung darf nur in Gegenwart und unter Aufsicht eines zur Ausübung der ärztlichen Praxis in Oesterreich berechtigten Arztes vorgenommen werden.
 - 2. Die Verwendung der Anstaltsräume zu Wohnzwecken ist ausgeschlossen.

3. Die elektrische Einrichtung und die fachmännische Installirung derselben ist (letztere alljährlich) einer Untersuchung zu unterziehen, und ist der hierüber seitens des gewerbeberechtigten Sachverständigen aufgenommene Befund stets zur Einsichtnahme durch die Behörde bereit zu halten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 8. bis 14. October l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Tirol im politischen Bezirke Trient: Bedollo 15:

in Galizien in den politischen Bezirken Strzyzow: Pstragowa 1; Turka: Tarnawa nizna 1;

in Dalmatien in dem politischen Bezirke Metkovic: Desne, Gemeinde Fort-Opus, 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Bohorodczany stare 3, Kryczka 5; Horodenka: Tyszkowce 2; Kamionka strumilowa: Jakimów 1; Rawa ruska: Wulka mazowiecka 1; Tlumacz: Holoskow 1.

Druckfehlerberichtigung.

In dem in der vorigen Nummer veröffentlichten Artikel "Ueber die Behandlung des Scharlachs mit einem Scharlachstreptococcenserum" ist auf S. 450 zwischen die 2. und 3. Zeile (von oben) die zweite Zeile (von oben) der S. 451 einzufügen; hiedurch erhält der betreffende Satz auf S. 450 folgenden Wortlaut: Indem er so lediglich mit aus dem Blute von Scharlachfällen gezüchteten, lebenden und in Bouillon weiter cultivirten Streptococcen Pferde immunisirte, gewann er ein Serum, welchem er zufolge u. s. w. Der auf S. 451 Zeile 1 beginnende Satz lautet nach Eliminirung der zweiten Zeile: Der Temperaturabfall ist in nicht seltenen Fällen ein kritischer.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirkearzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 23. October 1902.

Mr. 43.

Inhalt. Die Kaiser Franz Joseph-Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling. (Fortsetzung.) - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Circularerlass der küstenländischen Statthalterei, betreffend Einschleppung der Ankylostomiasis durch aus Brasilien zurückgekehrte Auswanderer; Kundmachung des Statthalters in Mähren, betreffend die Verleihung des Oeffentlichkeitsrechtes an das Krankenhaus in Deutsch-Liebau und Festsetzung der Verpflegstaxe für dasselbe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Die Kaiser Franz Joseph-Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oebling.

(Fortsetzung.)

Die Anstalt liegt an der die Dörfer Mauer und Oehling mit Ulmerfeld verbindenden Bezirksstrasse in der Katastralgemeinde Mauer. An der Stelle, wo diese Strasse, in gerader Linie von Mauer kommend, in einem schiefen Winkel nach Ulmerfeld abbiegt, befindet sich der Haupteingang zur Anstalt, welcher über einen Vorplatz zum Directionsgebäude (Situationsplan, Object 1) führt. Dasselbe ist in modernem Stile ausgeführt und mit einem Holzcementdache gedeckt. Die Façaden sind theilweise in Verputz, theilweise in Rohziegelbau ausgeführt. Zu beiden Seiten des Thorflures, in welchem eine allegorische Darstellung der Charitas sich befindet, sind die Kanzleien der Direction und der Verwaltung, das ärztliche Untersuchungszimmer für ambulatorische Behandlung nicht in der Anstalt wohnender Pfleglinge, die Apotheke, das Laboratorium und die Telephoncentrale untergebracht. Das erste und das zweite Stockwerk dienen für die Wohnungen der Aerzte und Beamten; im Dachgeschosse befinden sich ausser den zu den Wohnungen gehörigen Bodenräumen auch weitläufige Magazine für die Verwaltung der Anstalt.

Rechts und links vom Directionsgebäude, den Vorplatz nach beiden Seiten abschliessend, stehen die Wohnhäuser für Aerzte (Situationsplan, Objecte 2 und 3), welchen Wohnungen für den Director und den Verwalter und mehrere Wohnungen für Aerzte und Beamte, sowie die Commissionszimmer unter-

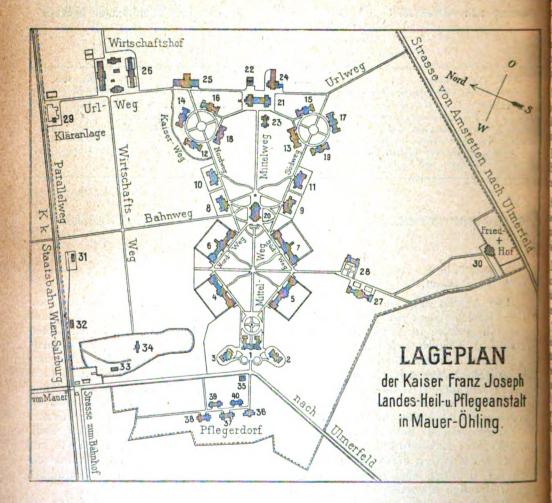
gebracht sind.

Oestlich vom Directionsgebäude erstreckt sich in weiter Ausdehnung ein Complex von Krankenpavillons und Verwaltungsgebäuden, welche miteinander durch breite Kieswege verbunden sind. Hochstämmige Fichten- und Föhrengruppen bedecken zum Theile das dazwischen liegende ebene Waldterrain. Im Süden und Osten der Anlage erstrecken sich die ausgedehnten, zur Anstalt gehörigen Waldungen.

Digitized by Google

Im weiten Vierecke angeordnet, schliessen sich an das Directionsgebäude vier langgestreckte Krankenpavillons (Objecte 4, 5, 6 und 7) für je 100 Betten an, und zwar die nördlichen (4 und 6) für Männer, die südlichen (5 und 7) für Frauen.

Diese Pavillons sind für unruhige Geisteskranke bestimmt; auch werden in den selben alle Geisteskranken nach ihrer Einbringung in die Anstalt untergebracht. Sie besitzen vollkommen abschliessbare Räume mit eingelassenen Eisenrahmenfenstern und Einzelzimmer mit Fenstern aus fast unzerbrechlichem Glase.



Jeder dieser zweigeschossigen Pavillons besteht aus vier Abtheilungen für je 25 Kranke; jede Abtheilung enthält zwei Schlafzimmer, einen Tagraum, einen Wachsaal, ferner einen Schallgang, in welchem sich die aus Terrazzo hergestellten Waschmulden für die Kranken befinden, vier Einzelzimmer und die Aborte. In jedem Geschosse sind zwischen den in demselben untergebrachten zwei Abtheilungen zur gemeinsamen Benützung ein Badezimmer, ein Putzraum, ein Pflegerzimmer und eine Spülküche gelegen.

Das erste Stockwerk enthält überdies ein Zimmer für die Aerzte und eine Telephonkammer; in den Mansarden sind Wohnungen für die Tractpfleger-Ehepaare,

Erholungsräume (zugleich Schulzimmer) für das Pflegepersonal und Depoträume untergebracht.

An den beiden Seitenfronten dieser Pavillons befindet sich je eine Eingangsthür, welche der Benützung der Pfleglinge entzogen und derart situirt ist, dass neue Pfleglinge unbemerkt in die Pavillons gebracht und Leichen verstorbener Kranker abgetragen werden können. Für die Pfleglinge führen Thüren aus den Erdgeschossen über Veranden in Gärten, welche von einem sanft geböschten Graben umgeben sind, in dem eine das Anstaltsterrain kaum überragende Mauer gezogen ist, die ein Entweichen der Pfleglinge verhindert, ohne dass den Kranken der Ausblick ins Freie benommen wäre.

Auch in den ersten Stockwerken sind im Anschlusse an die Tagräume mit feinem, aber festem Drahtgeflechte abgeschlossene Veranden angebracht, welche den Aufenthalt der Kranken daselbst ohne Gefährdung der Sicherheit derselben ermöglichen.

In den Pavillons 4 und 5 ist je eine Abtheilung für Pensionäre bestimmt, welche mit Brettelböden ausgestattet ist, während die übrigen Abtheilungen, ebenso wie alle anderen Räume der Anstalt, mit Ausnahme der später zu beschreibenden Pensionärpavillons leicht zu reinigende Terrazzoböden besitzen.

Die Pavillons 6 und 7 sind mit Rücksicht auf die zahlreichen Epileptiker unter den Pfleglingen anstatt der Stiegen mit einer zu beiden Seiten mit Geländern versicherten Steigebene versehen.

Sämmtliche Räume dieser, wie auch aller übrigen Pavillons haben an den Wänden einen 1.5 m hohen, grünen Emailanstrich erhalten, welcher gegen die Decke zu mit breiten, blumengeschmückten Bändern abschliesst. Der übrige Theil der Wände ist, wie die Decken, hell gefärbelt.

Die Einrichtung dieser Pavillons ist in modernem Stile ausgeführt, sie weicht von den Einrichtungen gewöhnlicher Wohnhäuser nur insoweit ab, als der Zweck der Anstalt es erfordert, damit dieselbe auf den Ankömmling nicht beunruhigend und befremdend wirkt.

Es finden sich in den Krankenräumen ausser den nothwendigen Gebrauchsmöbeln, wie Bänken, Speisetischen, Kastentischen, Medicamentenkästen (letztere selbstverständlich nur in den Wachsälen), Vollbetten und niederen nach englischem Muster hergestellten Epileptikerbetten auch Blumen- und Ziertische, Ottomanen, Fauteuils, Bücherkästen, Bilder, Spiegel etc. vor. Ausserdem stehen in den Pavillons Claviere und Gesellschaftspiele für Domino, Schach etc. zur Verfügung. Teppiche aus Cocosfaser oder Linoleum auf den Terrazzo-, beziehungsweise Brettelfussböden vervollständigen den wohnlichen Eindruck dieser Räume.

In den Kellern dieser vier Pavillons befinden sich die Kessel und Heizkammern der Central-Niederdruckdampfheizung. Die Kellerräume je zweier Pavillons sind durch einen Gang miteinander verbunden, wodurch die betreffenden Kesselanlagen von einem Heizer besorgt werden können. In der Mitte dieses Verbindungsganges befindet sich ein Schacht zum Einwurfe des Heizmateriales. Jeder Keller enthält ausserdem einen Raum zur Aufbewahrung der benützten Wäsche, welche durch Schläuche von den Abtheilungen direct in denselben befördert wird.

An diese vier Pavillons reihen sich gegen Osten beiderseits je zwei weitere Baulichkeiten, die sogenannten Zwischenpavillons (Objecte 8, 9, 10 und 11) mit einem Belegraume von je 50 Betten an; die beiden nördlichen gehören, wie bei den obenbeschriebenen vier Krankenpavillons, für Männer, die südlichen für Frauen. In diese Zwischenpavillons kommen jene Kranken, welche sich nach längerer Beobachtung in einem der Hauptpavillons als einer strengen Verwahrung nicht mehr bedürftig erwiesen haben. Die dazu gehörigen Gärten sind mit Drahtgeflecht und Hecken

umzäumt. Die Pavillons 10 und 11 sind für Pensionäre bestimmt und demgemäss reicher ausgestattet.

Die Niederdruckdampfheizung ist hier in gleicher Weise angelegt, wie in den

Hauptpavillons.

Der Grundriss dieser vier unter sich gleichen Zwischenpavillons ist, ebenso wie die innere Eintheilung, von den Hauptpavillons verschieden. Links von dem in der Mitte der einander zugewendeten Fronten gelegenen Eingange befindet sich das Badezimmer. Ein breiter Gang, in dem Terrazzo-Waschmulden für die Pfleglinge angebracht sind, durchquert das ganze Erdgeschoss. In diesen Gang münden der Putzraum, die Spülküche und ein kleiner Tagraum, von welchem man in einen grösseren Tagraum gelangt. An letzteren reihen sich zwei kleinere und ein grösseres Schlafzimmer, der Wachsaal, ein Pflegerzimmer, zwei Separationszimmer, welche in diesen Räumen noch nicht entbehrlich sind, und ein Raum für Schmutzwäsche.

Das erste Stockwerk ist in 'gleicher Weise eingetheilt, wie das Erdgeschoss. In den auf die Mitteltrakte aufgesetzten zweiten Stockwerken befinden sich Wohnungen

für die Pfleger und Depots.

In den Wachsälen der Kranken- und Zwischenpavillons befindet sich statt der bisher üblichen, weder reinlichen noch geruchlosen Leibstühle für unreine und unruhige Kranke je ein Wassercloset mit Syphonverschluss, welches in einer Ecke des Saales hinter einer verstellbaren Bretterrollwand angebracht ist. Auch ist für jeden Wachsaal eine fahrbare Badewanne für solche Kranke bestimmt.

In diesen Zwischenpavillons wird der Kranke zwar noch einer strengen Ueberwachung unterstellt; es wird ihm aber schon eine grössere Bewegungsfreiheit gewährt, indem er zu verschiedenen Arbeiten innerhalb des Pavillons verwendet wird und schliesslich auch Spaziergänge im Freien unter Aufsicht des Pflegepersonales machen darf. Bewährt sich ein Kranker bei dieser Behandlungsart, so wird er in die Colonie abgegeben.

Die Colonie besteht aus zwei Pavillongruppen, welche beiderseits in der Verlängerung der an den Zwischenpavillons vorüberführenden Kieswege errichtet und aus je vier im Vierecke gegenüber gestellten Einzelgebäuden bestehen. Die nördliche Gruppe (12, 14, 16, 18) ist für Männer, die südliche (13, 15, 17, 19) für

Frauen bestimmt.

Diese Pavillons machen von aussen den Eindruck einfacher Landhäuser; Fenster und Thüren sind nicht versichert, da den hier untergebrachten Kranken volle Bewegungsfreiheit gewährt ist, und das »open-door« System volle Anwendung findet. Demgemäss ist auch die bauliche Anlage und Eintheilung dieser Gebäude von den obenerwähnten Pavillons wesentlich verschieden. Im Erdgeschosse derselben befinden sich drei Tagraume nebst zwei Wohnzimmern und einer Spülküche, im ersten Stockwerke vier Schlafsäle und ein Baderaum, in beiden überdies je ein Vorraum, sowie Abort- und Depoträume. Auch sind an den beiden Längseiten jedes Pavillons Veranden angebracht. Die Einrichtungsgegenstände sind die gleichen, wie in den übrigen Pavillons, mit dem Unterschiede, dass in den Coloniehäusern nur mehr ausschliesslich Stabbetten verwendet werden. Die Pavillons 13 und 16 sind für Pensionäre bestimmt.

Nichts verräth in diesen Pavillons deren Bestimmung als Krankenräume. Auch deren Bewohner gelten nicht als Kranke, sondern werden als Arbeiter der Colonie behandelt. Die Beschäftigung der Colonisten ist eine äusserst mannigfache. Die einen werden in der Landwirthschaft, andere in der Wäscherei, in der Küche, in den Gärten und wieder andere in den verschiedenen Werkstätten der Anstalt (Buchbinderei, Schneiderei, Schusterei, Tischlerei etc.) verwendet. Die Zutheilung zu den verschiedenen Arbeitsleistungen erfolgt unter Berücksichtigung der Fähigkeiten und des persönlichen Wunsches des Kranken durch den Director der Anstalt. Jeder Zwang zur Arbeit ist ausgeschlossen. Wohl aber verlangt der grösste Theil der

hier untergebrachten Kranken selbst nach Arbeit, angeregt durch das Beispiel anderer und getrieben von dem auch im kranken Menschen nicht erloschenen Schaffensdrange. Sämmtliche Arbeiten werden unter beständiger Aufsicht ausgeführt. Geeignete Pfleglinge erhalten auch über Bestimmung des Directors Unterricht in verschiedenen Fächern, deren Bethätigung ihnen später den Lebensunterhalt verschaffen soll. Eine tarifmässige Entlohnung der geleisteten Arbeit findet nicht statt. Indessen wird der Werth derselben fallweise bestimmt, und werden die ermittelten Beträge in eine besondere Krankenverdienstcasse hinterlegt, aus welcher die Anschaffung eigener Kleider, Auslagen für Ausflüge und anderweitige Unterhaltungen bestritten, und auch Beträge beim Verlassen der Anstalt als Wegzehrung ausbezahlt werden.

Eine Hausordnung regelt den Betrieb der Colonien; in derselben ist insbesondere auf die Pflege körperlicher Reinlichkeit Bedacht genommen. Jedem Kranken werden von der Anstalt ein Waschtuch, Kamm, Zahn- und Kopfbürste, Seife und Seifengeist beigestellt. Die Colonisten haben vor der Nachtruhe in den Badelocalen ein Fuss- oder ein Vollbad zu nehmen, ihre Arbeitskleider auf den in den Badelocalen angebrachten Kleiderrechen aufzubewahren und die Nachtwäsche anzulegen; erst dann dürfen sie sich in die Schlafräume begeben und ihre Betten aufsuchen. Alle Kranken, für welche nicht vom Arzte besondere Anordnungen getroffen werden, verlassen im Sommer um 5, im Winter um 6 Uhr Früh das Bett. Das Frühstück wird um ½7 Uhr, beziehungsweise 7 Uhr Früh, das zweite Frühstück um ½10 Uhr Vormittags verabreicht. Das Mittagmahl findet in der ganzen Anstalt um 12 Uhr Mittags, die Jause um 4 oder ½5 Uhr und das Nachtmahl um ½7 oder 7 Uhr Abends statt. Die Nachtruhe tritt obligat um 9 Uhr Abends ein. Der Genuss geistiger Getränke ist allen Pfleglingen ausnahmslos untersagt.

Die Kleidung der Kranken ist eine einfache, jedoch im Schnitt und Stoff derartig, dass jede an die Spitalskleidung erinnernde Einförmigkeit vermieden erscheint; für den Sommer sind leichte, für den Winter schwerere Stoffe gewählt. Die Kleidung der arbeitenden Kranken richtet sich nach der jeweiligen Beschäftigung. Der Wechsel der Leibwäsche wird möglichst häufig vorgenommen und unterliegt der beständigen Controle.

Kranke, welche während des Aufenthaltes in der Colonie als ruhig und lenksam sich erwiesen haben, werden später in das Pflegerdorf, das ausserhalb der Anstalt gelegen ist und vorläufig aus vier Häusern besteht (Objecte 37, 38, 39, 40), abgegeben. Es sind dies solche Kranke, welche zwar der Anstaltspflege nicht mehr bedürfen, die aber dennoch nicht ohne vorhergehende Erprobung entlassen werden können.

Jedes dieser Pflegerhäuser enthält zwei Wohnungen, deren jede wieder aus einer Küche mit Emailanstrich und Terrazzoboden, die auch als Speiseraum dient, aus einem Zimmer sammt Kabinet für das Pflegerpaar und aus einem für drei Pfleglinge desselben Geschlechtes bestimmten Schlafzimmer, einer Geräthekammer, Keller und Abort besteht.

Die Pflegerehepaare werden aus dem Stande der Anstaltsbediensteten ausgewählt. Die Schlafräume der Pfleglinge in den Pflegerhäusern werden auf Kosten der Anstalt eingerichtet, und Leib- und Bettwäsche für die Pfleglinge von der Anstalt beigestellt. Die Pfleger haben die Pfleglinge zu überwachen, in der Wirthschaft zu beschäftigen und zu den vorgeschriebenen Terminen in die Anstalt zur Untersuchung, zum Baden und zum Wägen zu bringen.

Es ist beabsichtigt, ruhige Kranke, welche der Anstaltsbehandlung nicht mehr bedürfen, auch an Privatparteien, die nicht allzu entfernt von der Anstalt wohnen, in der Anzahl von einer bis drei Personen abzugeben, wenn die betreffenden Ehepaare gesund sind, einen guten Leumund geniessen, in ihrem Hause ein hygienisch entsprechendes Zimmer mit einem Luftraume von $15\,m^3$ per Kopf besitzen und sich verpflichten, die überwiesenen Pfleglinge als zur Familie gehörig wohlwollend, geduldig und sorgsam zu behandeln und bei Fernhaltung aller geistigen Getränke

durch freundlichen Zuspruch, jedoch ohne Anwendung von Zwangsmitteln, zur Arbeit anzuhalten und entsprechend zu beaufsichtigen. Die von Privatparteien zur Verfügung gestellten Schlafräume können auch von der Anstalt gegen ratenweise Bezahlung eingerichtet werden. Kleidung, Bett- und Leibeswäsche für die Pfleglinge und Reinigungsartikel, ebenso wie Bücher werden von der Anstalt beigestellt.

Als Ersatz der den Pfleglingen verabreichten landesüblichen Kost werden den Pflegeparteien in und ausserhalb des Pflegerdorfes in der Regel 80 Heller per Kopf und Tag vergütet. Der Nutzen der geleisteten Arbeit kommt den Pflegeparteien zugute.

Die Kranken in der Privatpflege stehen, ebenso wie jene der Pfleger in dem Pflegerdorfe, unter der beständigen Controle der Aerzte und Beamten der Anstalt und müssen gleichfalls in bestimmten Terminen zur Untersuchung, zum Baden und Wägen gebracht werden. Im Falle an denselben für die Privatpflege ungünstige Veränderungen ihres geistigen oder körperlichen Befindens wahrgenommen werden, werden sie sofort wieder in die Anstalt zurückgenommen.

Die Zutheilung der Kranken an die Pflegeparteien erfolgt durch den Director der Anstalt.

Behufs Ausscheidung aller nicht in das Gebiet einer rationellen Irrenpflege gehörigen Elemente ist der Heilanstalt in Mauer-Oehling die bisherige Irrenanstalt in Ybbs als Pflegeanstalt angegliedert, in welcher die unheilbaren Alkoholiker, geistesgestörten Verbrecher und alle jene Kranken untergebracht werden, welche sich während des Aufenthaltes in Mauer-Oehling entweder als unheilbar oder zu einer Beschäftigung als dauernd unfähig erwiesen haben. (Schluss folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Circularerlass der k. k. küstenländischen Statthalterei vom 5. September 1902, Z. 23779,

an alle k. k. Bezirkshauptmannschaften und an die Stadtmagistrate in Triest, Görz und Rovigno,

betreffend Einschleppung der Ankylostomiasis durch aus Brasilien zurückgekehrte Auswanderer.

In letzterer Zeit wurden mehrere mit Ankylostomiasis behaftete Patienten in das städtische Spital in Triest aufgenommen, welche sich diese Krankheit den Erhebungen zu Folge als Feldarbeiter in Brasilien zugezogen haben.

Nach den Angaben der Kranken soll dieses Leiden dortselbst sehr verbreitet sein, und werden daher obige Behörden aufgefordert, dem Gesundheitszustande der aus Brasilien repatriirten Feldarbeiter die grösste Aufmerksamkeit zu widmen und im Falle des Auftretens verdächtiger Symptome (Anämie, Verdauungsstörungen, Koliken und Erorechen) bei solchen Personen, die ärztliche Untersuchung

derselben zu veranlassen. Letztere wird sich vor Allem auf die Untersuchung des Stuhles auf Ankylostomeneier erstrecken. Die Technik dieser Prüfung ist im Oesterreichischen Sanitätswesen vom Jahre 1899, S. 185, beschrieben.

Im Falle der Constatirung der Krankheit ist anher die Anzeige zu erstatten, und sind die Patienten thunlichst der Krankenhausbehandlung zuzuführen. Als sanitätspolizeiliche Maassregeln sind vor Allem die Desinfection der von den Kranken stammenden Dejecte und benützten Aborte, eventuell auch die Desinfection der benützten Leib und Bettwäsche, sowie anderer Gebrauchsgegenstände anzuordnen.

Die Personen der Umgebung des Kranken sind über die Gefahr der Aufnahme des Eingeweidewurmes durch inficirtes Wasser, solche Nahrungsmittel, sowie über die Nothwendigkeit der Reinigung der Hände vor jeder Mahlzeit zu belehren.

Digitized by Google

Kundmachung des k. k. Statthalters in Mähren vom 17. September 1902,

L. G. u. V. Bi. Nr. 64,

betreffend die Verleihung des Oeffentlichkeitsrechtes an das Krankeuhaus in Dentsch-Liebau und Festsetzung der Verpflegstaxe für dasselbe.

Das von der Marktgemeinde Deutsch-Liebau errichtete Krankenhaus wird auf Grund des Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 3. Juni 1902 als eine allgemeine öffentliche Heilanstalt erklärt, und werden demselben mit Bezug auf die Einbringung der Verpflegskosten die Rechte einer öffentlichen Krankenanstalt vom Tage dieser Kundmachung an zuerkannt.

Im Einvernehmen mit dem mährischen Landesausschusse wird die Verpflegstaxe in dieser Krankenanstalt mit 1 K 80 h pro Kopf und Tag festgesetzt.

Dies wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Griechenland. Die fünftägige Quarantaine gegen Smyrna und das Wareneinfuhrverbot (S. 466) wurden aufgehoben und durch eine strenge ärztliche Visite ersetzt, die Quarantaine für Herkünfte aus Aegypten auf 10 Tage herabgesetzt. Der Verbot der Einfuhr von Waren aus Aegypten bleibt jedoch in Kraft.

Bulgarien. Mit Verordnung vom 22. September (5. October) l. J., Nr. 390, wurde die Stadt Smyrna vom 20. September (3. October) an für pestverseucht erklärt. Für Herkünfte aus der genannten Stadt haben die geltenden Quarantaine-Maassnahmen Anwendung zu finden.

Türkei. Die beiden aus Smyrna gemeldeten Pestfälle (S. 454) betrafen den 13 jährigen Sohn eines Restaurantbesitzers und einen in diesem Restaurant beschäftigten Kellner; letzterer erkrankte am 29. September an hohem Fieber, Kopfschmerz, Erbrechen und heftigen Schmerzen in der rechten Leistengegend, in welcher sich bis zum 2. October ein taubeneigrosser Bubo entwickelte. Der Kranke wurde noch an demselben Tage wegen Pestverdachtes in das Isolirspital abgegeben, wo er am 5. October starb; die bakteriologische Untersuchung hat die klinische Pestdiagnose bestätigt. Bei den aus Anlass dieses Falles sofort eingeleiteten Erhebungen wurde ermittelt, dass am Tage vor dem Beginne der Erkrankung des Kellners der obenerwähnte Sohn des Besitzers des Restaurants, in welchem der Kranke tagsüber Beschäftigung fand, unter den gleichen Erscheinungen gestorben war, ohne dass hierüber von den behandelnden Aerzten, welche diese Krankheit als gangränösen Abcess in der fossa iliaca bezeichneten, die Anzeige erstattet wurde.

Das Restaurant und das anstossende Wohngebäude, sowie das Wohnhaus des kranken Kellners wurden sofort gesperrt, und die Bewohner dieser Häuser unter Beobachtung gestellt. Der Oberste Sanitätsconseil ordnete gegen Herkünfte aus Smyrna die ärztliche Visite und die Untersuchung der von dort kommenden Schiffe auf todte Ratten an.

In Atifé (Beni Cheir) in Assyr sind laut einer Mittheilung vom 30. September 9 Erkrankungen und 8 Todesfälle an Pest beobachtet worden.

Russland. Nach den im "Wiedomosti Odesskowo Gradonatschalstwa" erschienenen Verlautbarungen des Odessaer Stadtgouverneurs sind in Odessa vom 8. bis 14. October 2 neue pestverdächtige Erkrankungen und 1 Todesfall vorgekommen.

Aegypten. In Alexandrien ist in der Zeit vom 1. bis 8. Oetober weder eine Erkrankung noch ein Todesfall an Pest vorgekommen. Es standen am 8. Oetober noch vier Kranke in Behandlung.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 12. bis 18. September 58 Erkrankungen und 47 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 7. bis 13. September 13 Todesfälle an Pest ausgewiesen.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 467) sind in der Zeit vom 10. bis 15. September 3 Todesfälle an Pest beobachtet worden.

Australien. Neu-Süd-Wales. In Sydney (S. 455) sind sämmtliche noch in Behandlung gewesenen Pestkranken genesen. Die Stadt ist seit 19. August pestfrei. Seit diesem Tage werden den ausfahrenden Schiffen reine Patente ertheilt.

Im Ganzen sind seit Ausbruch der Epidemie (14. November 1901) daselbst 140 Erkrankungen und 40 Todesfälle an Pest beobachtet worden.

Cholera. Türkei. Die aus dem Sandschak Hauran gemeldete Choleraepidemie (S. 467) betrifft die Districte Gaza und Lydda in Palästina; in Gaza werden nach einer Mitheilung vom 16. October täglich 20—25 Choleratodesfälle beobachtet.

Der Oberste Sanitätsconseil verfügte gegen Herkunfte der syrischen Küste von Gaza bis

Beirut eine zehntägige Quarantaine.

In Hodeida (Jemen, S. 467) wurden vom 29. September bis 5. October 34 Erkrankungen und 29 Todesfälle an Cholera ausgewiesen.

Aegypten. In Alexandrien sind in der Woche vom 2. bis 8. October 81 neue Cholerafälle und 93 Todesfälle verzeichnet worden. Von ersteren betrafen 62 Fälle aufgefundene Leichen. Seit Ausbruch der Epidemie in dieser Stadt (5. August) wurden daselbst bisher im Ganzen 1030 Fälle (an 204 Europäern und 826 Eingeborenen), darunter 863 (126 Europäer und 737 Eingeborenen) mit tödtlichem Ausgange ausgewiesen.

In Cairo sind vom 22. Juli bis 7. October l. J. 1454 Cholerafälle (an 53 Europäern und 1401 Eingeborenen) und 1321 Todesfälle (an 45 Europäern und 1276 Eingeborenen) aus-

gewiesen worden.

In ganz Aegypten wurden in der Woche vom 30. September bis 6. October 1571 neue Cholerafälle gegen 4022 der Vorwoche beobachtet. Von deu neuen Fällen betrafen 878 aufgefundene Leichen. In den Spitälern starben 668 Cholerakranke. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden ausgewiesen in den Städten: Cairo 6 (17), Alexandrien 31 (107), Port Said 1 (3), Damiette 13 (50), Suez 4 (14), Ismailia 0 (0), El Ariche 6 (4); in den Provinzen: Gharbieh 64 (156), Behera 20 (143), Charkieh 32 (61), Dakahlieh 67 (147), Galiubieh 60 (92), Menufieh 14 (66), Guizeh 23 (63), Beni-Suef 16 (26), Fayum 29 (77), Minieh 8 (22), Assiut 74 (135), Guirgueh 145 (190) Keneh 80 (173), Assuan 0 (0).

Britisch-Indien. (S. 427) In Bombay wurden in den aufeinanderfolgenden 5 Wochen vom 13. August bis 16. September insgesammt 4 Erkrankungen und ebenso viele Todesfälle, in Calcutta in den 5 Wochen vom 10. August bis 13. September 52 Todesfälle an Cholera ausgewiesen.

Vermischte Nachrichten.

Schlesien. Einhebung von Gebühren bei Leichenausgrabungen und Leichenüberführungen. Mit den Gesetzen vom 1. November 1901, L. G. Bl. Nr. 43, beziehungsweise Nr. 44, wurde den Stadtgemeinden Troppau und Friedek die Einhebung von Gebühren für die Intervention des Amtsarztes bei Leichenausgrabungen und Ueberführungen bewilligt. Diese Gebühren sind für die Intervention des Amtsarztes bei jeder Leichenausgrabung in Troppau mit $10\,K$, in Friedek mit $6\,K$ bemessen. Bei Ausgrabung von Leichen aus mehreren, derselben Partei gehörigen Gräbern ermässigt sich diese Gebühr in Troppau auf $4\,K$ für jedes weitere Grab; bei Exhumirung von Leichen aus Gräbern, in denen seit 25 Jahren keine Bestattung mehr vorgenommen worden ist, beträgt die Gebühr $6\,K$ und bei Exhumirungen aus mehreren Gräbern $3\,K$ für jedes weitere Grab. Für die amtsärztliche Ueberwachung des ordnungsgemässen Vorganges bei Leichenüberführungen sind in Troppau $6\,K$ und in Friedek $4\,K$ zu entrichten. Diese Gebühren sind bei der Gemeindecasse zu erlegen und als Einnahmen der Gemeinde zu verrechnen.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 10. October l. J. nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 15. bis 21. October beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 1, und in den politischen Bezirken: Horodenka: Piotrow 4, Tyszkowce 4; Jaworow: Jazow stary 2; Rawa ruska: Wulka mazowiecka 4.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern und DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien
I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12:-..

XIV. Jahrgang.

Wien, 30, October 1902.

Br. 44.

Inhalt. Die Kaiser Franz Joseph Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling. (Schluss.) — Ueber die technischen Hilfsmittel zur Sputumbeseitigung für den allgemeinen und persönlichen Gebrauch. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Die Kaiser Franz Joseph-Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling.

(Schluss.)

Ungefähr in der Mitte der Anlage, zwischen den Kranken- und Zwischenpavillons, befindet sich ein Gebäude (Object 20), in welchem der Gesellschaftsaal und anstossend an diesen die Kapelle untergebracht sind. Beide Räume
sind durch eine Rollbalkenwand voneinander getrennt, welche derart eingerichtet ist,
dass sie im Bedarfsfalle entfernt werden kann. Hiedurch ist es ermöglicht, für Festgottesdienste die Kapelle durch Anschluss des Gesellschaftsaales zu einem grossen
Kirchenraume umzugestalten.

Die Kapelle, über welcher sich ein schlankes Thürmchen erhebt, ist mit einem Altarbilde von Hans Tichy geziert. Dieselbe steht jedem Pfleglinge während der Tageszeit offen.

Im Vorflur des Gesellschaftsraumes ist gegenüber dem Eingange die Büste des Kaisers aufgestellt. Zu beiden Seiten des Einganges sind Garderoben für Männer und Frauen angebracht. Der Gesellschaftsaal ist mit den entsprechenden Einrichtungen für eine Bühne, deren Bestandtheile versenkt werden können, ausgestattet. Zu beiden Seiten des Saales liegen Nebenräume, die als Speisezimmer etc. dienen.

Im Gesellschaftsaale sollen abwechselnd Theatervorstellungen, Concerte, Tanzunterhaltungen und sonstige Vereinigungen stattfinden, welche allen ruhigen Pfleglingen zugänglich sind. Bei solchen Anlässen wird die Schlafstunde von 9 Uhr auf 11 Uhr Nachts verschoben.

Auch für anderweitige Zerstreuungen und Vergnügungen, welche bekanntlich neben der Arbeit die wirksamsten Mittel zur Förderung der Heilung des Krankheitsprocesses sind, ist vorgesorgt. So stehen den Pfleglingen Kegelbahnen, Lawn Tennis- und Turnplätze, ferner Billard- und Spielzimmer zur Verfügung. Eine reichhaltige Anstaltsbibliothek bietet ihnen Gelegenheit zur unterhaltenden Lectüre und zur Erweiterung ihrer Bildung. Verschiedene Musikinstrumente ermöglichen es den-

Digitized by Google

selben, ihre musikalischen Kenntnisse zu verwerthen und zu erweitern. Dem Kranken ist es auch unbenommen, Besuche von Verwandten und Bekannten zu empfangen, wenn diese nicht auf den Geistes- und Gemüthszustand desselben nachtheilig einwirken.

Am Ende des von West nach Ost führenden Mittelweges der Anlagen befindet sich in einem Gebäude vereinigt, die Küche und die Wäscherei (Object 21).

Die Küche ist für Dampf- und elektrischen Betrieb eingerichtet; sie ist durch seitliche Hochfenster beleuchtet und mit ausreichenden Ventilationsvorrichtungen ausgestattet. Im eigentlichen Kochraume sind sechs grosse Wasserbadkessel zu je 300 l und drei kleinere zu je 150 l Inhalt, zwei grosse Maschinenküchenherde und ein kleiner solcher Küchenherd, ein Kaffeekocher, ein Kartoffeldämpfer und zwei Wärmeschränke aufgestellt. Alle Kochgeschirre bestehen aus reinem Nickelmetall. Im anstossenden für Mehlspeiseherstellung bestimmten Raume sind verschiedene Kochaushilfsmaschinen untergebracht, die elektrisch betrieben werden.

In der Anstaltsküche werden täglich die Speisen für ungefähr 1250 Personen bereitet.

Der Küchentract enthält neben dem eigentlichen Kochraume und dem für Mehlspeiseherstellung bestimmten Raume im Erdgeschosse ein Handmagazin, ein Local für Fleischabgabe mit Fleischaufzug, der mit dem Eishause unterirdisch verbunden ist, einen Gemüseputzraum mit grossen Betonbottichen, je einen Vorraum links und rechts zur Speiseabgabe an Männer und Frauen und einen Raum zur Abgabe von Sodawasser, ferner ein Speise- und ein Schlafzimmer für weibliche, ein Speisezimmer für männliche Dienstboten, eine Kanzlei für den Regiebeamten, zwei Refectorien für die Functionäre der Anstalt und Depoträume.

Im Kellergeschosse des Küchentractes ist eine mit den erforderlichen Maschinen eingerichtete Bäckerei, in deren Backofen auch zwei grössereBratrohre eingesetzt sind, untergebracht. Auch befinden sich hier Räume für Teigwarenbereitung und

Sodawassererzeugung.

Die Speisen werden, nachdem sie vorher vom Journalarzte und vom Journalbeamten auf ihre Qualität geprüft wurden, von den Traktpflegern der Abtheilungen in der Küche übernommen, in den verschiedenen wärmehaltenden Geschirren in Speisewagen verladen und in diesen auf Rollgeleisen zu den einzelnen Pavillons befördert. Hier werden sie vom Pflegerpersonale übernommen und in die Speisezimmer gebracht, woselbst die Vertheilung der Speisen an die Kranken vorgenommen wird.

Zur Verminderung der Gefahr durch unvorsichtige oder unverlässliche Pfleglinge werden Messer mit abgerundeter, nur am äussersten Ende geschliffener Schneide und Gabeln mit kurzen, stumpfen Zinken benützt. In jenen Abtheilungen, wo die Benützung von Gabeln und Messern nicht zulässig ist, wird die Vertheilung der Speisen durch die Pfleger vorgenommen, welche auch jenen Kranken, die allein

nicht essen können, die Speisen verabreichen.

Im rechten Flügel des Küchengebäudes ist die Wäscherei untergebracht. Dieselbe besteht aus dem terrazzirten Sonderungsraume, den Einweicheräumen, dem Waschraume, der für elektrischen und Dampf betrieb mit allen erforderlichen Maschinen ausgestattet ist, und aus einem das erste Stockwerk des Mittelbaues einnehmenden Trockenraume, in welchen die gereinigte Wäsche mittelst Aufzuges befördert wird. Der Trockenraum wird durch Dampfheizung erwärmt. Die Absaugung der mit Feuchtigkeit geschwängerten Luft wird durch zwei Propeller bewirkt. Auch für das Rollen und Plätten der Wäsche stehen geeignete Räume mit den erforderlichen maschinellen Einrichtungen zur Verfügung.

Mit der Anstaltsküche in Verbindung steht das Eishaus (Object 22). Dasselbe ist aus Beton in den gewachsenen Boden eingebaut und mit Korkplatten isolirt; es besitzt zwei Kühlräume und fasst eirea 80 Waggons Eis. Ueber dem Eis-

hause ist oberirdisch der Fleischausgaberaum für die Parteien errichtet.

Für die die Aufsicht über alle Küchen- und Wascharbeiten besorgenden Schwestern vom heiligen Kreuze« ist an der rechten Seite des Mittelweges, in der Nähe des Küchengebäudes, das Schwestern-Wohnhaus (Object 23) erbaut. Dasselbe enthält im Kellergeschosse die Waschküche und das Bad; im Erdgeschosse die Küche, das Refectorium, den Betraum, ein Fremden- und ein Krankenzimmer und die Aborte; im ersten Stockwerke fünf Schlafräume für die Ordensschwestern, einen Depotraum und eine Veranda.

Hinter dem Küchengebäude, gegenüber dem Eishause, anstossend an den Anstaltswald, liegt das Dampfkessel- und Badehaus (Object 24). In demselben sind im Erdgeschosse drei Flammenrohrkessel mit je 40 m² Heizfläche untergebracht, welche das nothwendige Warmwasser, sowie den Dampf für die Wäscherei, Anstaltsküche, Trockenräume und für das Bad liefern. Im Erdgeschosse dieses Gebäudes befindet sich auch das Centralbad mit Winter-Schwimmbad und Wannenbädern. Diese Baderäume sind für die Benützung der Aerzte, Beamten, Diener, das Pflegepersonale und die in der Familienpflege untergebrachten Kranken bestimmt, während den in den Pavillons verpflegten Kranken die erforderlichen Bäder in den daselbst befindlichen Badezimmern, beziehungsweise in den fahrbaren Badewannen verabreicht werden. Im ersten Stockwerke dieses Gebäudes sind zwei Wohnungen für Professionisten und im Dachgeschosse die für die Versorgung der Bäder erforderlichen Wasserreservoirs untergebracht. Das Wasser für diese Anlage wird aus dem neben dem Kesselraume befindlichen 20 m tiefen Brunnen gehoben.

An das Kesselhaus ist das Desinfectionshaus angebaut. Dasselbe enthält ausser einem grossen Desinfectionsapparate gesonderte Räume für die Eingabe der zu desinficirenden und die Ausgabe der desinficirten Gegenstände und einen Baderaum für die Desinfectionsdiener.

An dem hinter dem Küchengebäude gegen Norden führenden sogenannten » Urlwege« liegt das Werkstättenhaus (Object 25). Dasselbe ist ein langgestrecktes Gebäude, das von einem in der Mitte mit einem kleinen Rotundenbau versehenen Kreuzgange durchquert wird. Im Erdgeschosse befinden sich acht grosse Arbeitssäle, von welchen je einer für die Laubsägerei, Buchbinderei, Matten- und Korbflechterei, Schneiderei, Schusterei, Druckerei, Anstreicherei und Tischlerei bestimmt ist.

In diesen Werkstätten werden ruhige Geisteskranke je nach ihrem Berufe und Neigung beschäftigt. Im oberen Stockwerke befinden sich die Wohnungen für die Werkstättenführer.

Nordwärts vom Werkstättenhause, gleichfalls am Urlwege gelegen, ist der geräumige Wirthschaftshof der Anstalt situirt (Object 25). Derselbe besteht aus einem Wohnhause, einem Wirthschaftsgebäude, einem Schweinestallgebäude, einem Hühnerstalle und einer offenen Wagenremise. Das am Urlwege liegende unterkellerte Wohnhaus enthält im Erdgeschosse ein Speisezimmer für die hier untergebrachten Pfleglinge, zwei Schlafräume für dieselben, ein Badezimmer und eine Spülküche; im Oberstocke befinden sich zwei Wohnungen für die Bediensteten und Schlafräume für Pfleglinge und Dienstboten. Das gleichfalls unterkellerte Wirthschaftsgebäude enthält grosse Rindvieh- und Pferdestallungen, eine Molkereianlage, einen Schlachtraum mit elektrisch betriebener Wursterei und Räucherkammer, eine Wagenremise und einen Raum zur Aufbewahrung der Feuerlöschgeräthe.

Die Schweineställe sind in einem dem Wirthschaftsgebäude gegenüberliegenden langgestreckten Gebäude in zwei Reihen mit paarweise angeordneten Koben untergebracht; jede Kobe hat ihren Auslauf in einen weiten betonirten und untermauerten Tummelplatz, an welchen ein Wasserbassin als Badeplatz für die Schweine angeschlossen ist.

Digitized by Google*

Die weitaus grösste Zahl der Pfleglinge wird im landwirthschaftlichen Betriebe, und zwar zur Bearbeitung der ausgedehnten Felder, zur Betreuung der eingestellten

Nutzthiere, in der Gemüsegärtnerei und im Walde verwendet.

Südlich von den Krankenpavillons befindet sich das Lazareth (Object 27), welches zur Unterbringung der körperlich erkrankten Pfleglinge bestimmt ist und einen Belegraum für 14 männliche und 14 weibliche Kranke enthält. Die Krankenzimmer sind in den beiden Flügeln des Gebäudes untergebracht, während im Mitteltracte das Operationszimmer mit dem Aerztezimmer, zwei Wärterzimmer, zwei Abortanlagen, ferner Tagräume mit offenen Terassen, ein Wasch- und ein Baderaum und eine Spülküche angeordnet sind.

Schief gegenüber dem Lazarethe, mitten im Walde liegt das Infectionskrankenhaus (Object 28). Dasselbe besteht aus einem ebenerdigen Gebäude mit Mitteltract, in welchem sich zwei Wärterzimmer, ein Badezimmer und eine Spülküche befinden. In den beiden Seitenflügeln sind je fünf Krankenzimmer angeordnet,

von denen jedes einen directen Ausgang ins Freie besitzt.

An der nordöstlichen Ecke des Anstaltsterrains, am Ende des Urlweges, ist die Kläranlage (Object 29) für Fäcalien und Schmutzwässer angelegt, in welche die Dejecte und Abfallwässer sämmtlicher Objecte der Anstalt mit Ausnahme jener des Infectionskrankenpavillons, welcher eine eigene Senkgrube besitzt, eingeleitet werden. Diese Anlage besteht aus einer Klärgrube, in welche die von festen Bestandtheilen durch Harfen und Gitter befreiten Abwässer ihre Sinkstoffe absetzen. Hierauf werden dieselben in einem Netze von Rinnen über mit Coaks gefüllte Betonreservoirs geleitet, in welchen sie durch langsame Filtration unter dem Einflusse der Nitrificationsbakterien vollständig gereinigt werden. (Biologisches Verfahren.) Die filtrirten Abwässer werden durch eine elektrisch betriebene Pumpe in ein Reservoir gehoben, von welchem sie zur Berieselung der Felder abgeleitet werden.

In der südwestlichen Ecke des Anstaltsterrains ist der Friedhof der Anstalt mit dem Leichenhause angelegt (Object 30). Letzteres enthält im Kellergeschosse zwei Leichenkammern und ein Särgedepot. Im Erdgeschosse befindet sich ein Aufbahrungsraum, ein Obductionszimmer, ein ärztliches Arbeitszimmer, ein Aufzug zum Transport der Leichen in die Leichenkammern und, vollständig getrennt von den

übrigen Räumlichkeiten, die Wohnung des Leichendieners.

In sämmtliche Pavillons und sonstige Bauten ist das Wasser der vor Beginn des Baues errichteten Wasserleitung eingeführt. Die künstliche Beleuchtung aller Räume der Anstalt, einschliesslich der Keller und Dachbodengeschosse, erfolgt durch elektrisches Licht. Der hiezu erforderliche Strom wird aus den Elektricitätswerken der Stadtgemeinde Amstetten als Starkstrom bis zur Anstalt geführt, hier durch vier Transformatoren auf 150 Volt Spannung reducirt und sodann in die einzelnen Gebäude geleitet. Das Gesellschaftshaus besitzt vier, die Küche und das Waschhaus je zwei Bogenlampen, die übrigen Anstaltsräume zusammen ungefähr 2000 Glühlampen. Von diesem Strome werden auch 20 Motoren zum Betriebe der maschinellen Einrichtungen der Wäscherei, Küche, Bäckerei, Sodawasser- und Teigwaren-Erzeugung, Wursterei, der Kläranlage etc. versorgt.

Die Ventilation der Krankenzimmer, wie auch aller übrigen Räume, wird durch verstellbare Fensterflügel und ausreichende über Dach führende Ventilationsschläuche bewirkt. Die Beheizung erfolgt in den Kranken- und Zwischenpavillons, wie bereits erwähnt, durch Niederdruck-Dampfheizung, in den übrigen Räumen durch zweckmässige Thon- oder Regulirfüllöfen. Die Closets sind in allen Gebäuden mit Syphonverschluss und Wasserspülung versehen.

Nach Eröffnung des Betriebes gelang es dem Landesausschusse, den Grundbesitz der Anstalt durch Ankauf des benachbarten, den Erben nach Johann Kirchweger gehörigen Gutes im Ausmaasse von 200 Joch zu erweitern. Zu diesem Gute gehören auch ein geräumiges Herrenhaus, welches zum Krankenbelage adaptirt

wird, eine Walzmühle, eine Brettersäge und ein Ring-Ziegelofen. Der Grundbesitz der Anstalt umfasst nunmehr 367 Joch oder $211\frac{1}{2}h$. Der Viehstand ist mit 100 Stück Rindern, 16 Pferden und 250 Schweinen bemessen.

Der Betrieb der Anstalt ist durch ein allerhöchst genehmigtes Statut, welches im Landesgesetzblatte Nr. 35 vom 29. April 1902 verlautbart wurde, geregelt. Hiernach ist die Kaiser Franz Joseph-Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Oehling in erster Linie bestimmt, als eine Irrenanstalt im Sinne des Gesetzes vom 17. Februar 1864, R.-G.-Bl. Nr. 22, zu dienen. Als solche ist sie bestimmt zur Aufnahme, Behandlung, Pflege und Beschäftigung von heilbaren und unheilbaren, gemeinschädlichen Geisteskranken, welche nach Niederösterreich zuständig sind. Nach Niederösterreich nicht zuständige Geisteskranke können in der Regel nur vorübergehend, und zwar nur so lange in der Anstalt behalten werden, als nicht ihre Abgabe in eine heimatliche Anstalt durchgeführt ist. In besonders berücksichtigungswerthen Fällen kann bei zahlungsunfähigen, nicht nach Niederösterreich zuständigen Geisteskranken mit Zustimmung der betreffenden Landesfondsverwaltung die Belassung in der Anstalt auch für längere Zeit zugestanden werden.

In zweiter Linie ist die Anstalt bestimmt, bei Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Armenpflege im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns (einschliesslich die k. k. Reichshaupt und Residenzstadt Wien) in der Weise mitzuwirken, dass unheilbaren, harmlosen, jedoch beschäftigungsfähigen, in der öffentlichen Armenversorgung stehenden Geisteskranken, welche einer Irrenanstaltsbehandlung nicht bedürftig sind, Aufnahme in die Anstalt zur Pflege und Beschäftigung gewährt wird. Harmlose, unheilbare Geisteskranke, welche nicht beschäftigungsfähig sind, können nur ausnahmsweise und nur vorübergehend für so lange in der Anstalt Aufnahme finden, als nicht eine entsprechende anderweitige Unterbringung für sie gesichert ist.

Ausnahmsweise können nach Zulässigkeit des Raumes auch nicht in der öffentlichen Armenpflege stehende Personen der beiden letztbezeichneten Kategorien in die Anstalt aufgenommen werden. Von der Aufnahme unbedingt ausgeschlossen sind geisteskranke Verbrecher, deren Zustand keine Aussicht auf Heilung bietet, und moralisch verkommene Trinker.

Die Verpflegstaxen in dieser Anstalt wurden mit Landtagsbeschluss vom 16. Juli 1901 in folgender Weise festgesetzt: Für Pensionäre I. Classe mit 8 K, für Pensionäre II. Classe mit 4 K, für selbstzahlende und für die auf Rechnung des Landesfonds verpflegten, der eigentlichen Irrenbehandlung bedürftigen Geisteskranken der III. Verpflegsclasse mit 1 K 80 h per Kopf und Tag; für die in der Kategorie der Colonisten oder in der Privatirrenpflege unterzubringenden unheilbaren und harmlosen Geisteskranken mit 1 K 60 h per Kopf und Tag. Insoferne Personen der letzterwähnten Art der öffentlichen Armenpflege anheimfallen, haben die Armenbehörden für dieselben eine Verpflegskosten-Theilzahlung von 70 h per Kopf und Tag zu bezahlen, während der verbleibende Rest der Verpflegstaxe vom Siechenhausfonde getragen wird.

Zum Director der Anstalt wurde vom niederösterreichischen Landesausschusse der bisherige Director der niederösterreichischen Landes-Irrenanstalt in Kierling-Gugging Dr. Josef Krayatsch ernannt, welcher dem Baucomité angehört und auch die Vorbereitung der Dienstesorganisation der Anstalt besorgt hatte. Dem Director sind ein Primararzt und ein ordinirender Arzt als Abtheilungsvorstände, sowie sechs Subalternärzte zur Seite gestellt. Die Besorgung der administrativen Angelegenheiten obliegt dem Verwalter, welchem sieben Beamte, darunter ein technisches Organ, beigegeben sind.

Dienstesvorschriften wurden erlassen: 1. Für die Aerzte im allgemeinen, 2. den Director, 3. die Abtheilungsvorstände, 4. den Lazaretharzt, 5. die Assistenzärzte, 6. den Colonienarzt, 7. den Verwalter, 8. den Cassier, 9. den Liquidator, 10. den Materialbeamten, 11. den Correspondenzbeamten, 12. den Regiebeamten,

13. den technischen Beamten, 14. die Ober- und Tractpfleger, 15. das Pflegerpersonale, 16. die Oberwäscherin, 17. den Gärtner, 18. den Wirthschafter (hiezu eine Stallordnung), 19. den Pförtner, 20. den Nachtwächter, 21. für die Führung der Hausapotheke, 22. für den Todtengräber, 23. für die Familienpflege Geisteskranker, 24. für die den Pflege- und Wirthschaftsdienst versehenden Schwestern vom heiligen Kreuze«, ferner 25. eine Hausordnung, 26. Feuerlöschordnung, 27. Friedhofsordnung, 28. Begräbnisordnung, 29. Besuchsordnung, 30. Betriebsordnung für die Beheizungs-, Lüftungs- und Beleuchtungsanlagen, 31. Bibliotheksordnung, 32. Werkstättenordnung und 33. Kanzleiordnung.

Ueber die technischen Hilfsmittel zur Sputumbeseitigung für den allgemeinen und persönlichen Gebrauch.

Vortrag gehalten in der internationalen Conferenz zur Bekämpfung der Tuberculose in Berlin vom österreichischen Delegirten Dr. Ritter v. Kusý.

Die allgemeinen Principien der Bekämpfung der Tuberculose sind durch die wissenschaftliche Forschung und die aus derselben gezogenen Schlussfolgerungen festgestellt und wohl zum Gemeingute aller Fachmänner geworden, welche dieser grossen, derzeit die Sanitäts- und Humanitätspflege beherrschenden Frage ihre Aufmerksamkeit aus Beruf oder edlem Streben zuwenden.

Diese Grundsätze lassen sich in drei Leitsätze zusammenfassen:

I. Die Tuberculose ist als pandemische Infectionskrankheit aufzufassen und als solche sanitär zu behandeln. Vor Allem ist die Verbreitung des Tuberkelbacillus ausserhalb des tuberkelkranken Menschen möglichst zu hindern, daher sind insbesondere die bacillenhältigen Ausscheidungen der Tuberculosen, namentlich der tuberculose Auswurf unmittelbar nach der Absonderung aus dem inficirten Körper des Tuberculösen abzufassen und unschädlich zu beseitigen.

II. Auch in den tuberculös inficirten Individuen ist die Krankheitsursache zu bekampfen, die Tuberculösen sind nach Möglichkeit der Heilung, die Unheilbaren der fortgesetzten, ihnen

heilsamen, Andere nicht gefährdenden Pflege zu unterziehen.

III. Allen die Entwicklung der Tuberculose begünstigenden Momenten ist prophylaktisch im Bereiche der persönlichen und öffentlichen, sowie der socialen Sanitäts- und Humanitätspflege vorzubeugen.

In diese 3 Gruppen lässt sich alles einreihen, was wir gegen die Tuberculose zu thun vermögen.

In die erste Gruppe gehören die speciell sanitätspolizeilichen und erziehlich hygienischen Maassnahmen in Betreff der Hintanhaltung der Verbreitung der Tuberculose vom Kranken aus.

In die zweite fällt das gesammte Heil- und Asylwesen zu Gunsten der durch Tuberculose inficirten Kranken.

In die dritte das unermessliche Gebiet der Vorbeuge- und Schutzmassnahmen für die heranwachsende Generation vom Säuglingsalter an, im schulpflichtigen Alter, im Familien- und Berufsleben, im Zusammenleben der Menschen in Massenwohn- und Arbeitstätten u. s. w.

In allen drei Richtungen müssen wohlorganisirte Parallelactionen eingeleitet werden, um dem tückischen Feinde des allgemeinen Gesundheitswohles nachhaltig beizukommen.

Was also im Allgemeinen zu thun sei, und dass ausserordentlich vieles in grossem Umfange zu thun ist, dies wissen wir zur Genüge, aber wie die einzelnen Actionen in der Praxis wirkungsvoll durchzuführen sind, das ist die mühevolle Sorge, mit welcher sich alle Betheiligten weiter befassen müssen, wozu eben in den Conferenzen des internationalen Comités zur Bekämpfung der Tuberculose die nicht genug zu schätzende Gelegenheit geboten ist.

Wie wichtig die genaue Erörterung aller Detailmomente ist, dies zeigt sich besonders klar, wenn wir uns die Frage stellen, wie wir es mit der Beseitigung und Unschädlichmachung des Sputums Tuberculöser sofort nach der Ausscheidung zu halten haben.

Die Wissenschaft hat uns eindringlich gewarnt vor der Verstäubung tuberkelkeimhältiger Materialien, sowie vor der Versprühung solcher Flüssigkeiten, namentlich des Sputums. Alle Welt ist darüber einig, dass nicht blos verhindert werden müsse, dass Tuberculöse auf den Boden spucken, sondern auch — da der Zustand der Tuberculose oft weder dem Tuberculösen

noch Anderen bekannt ist — dass überhaupt nicht auf den Boden gespuckt werden dürfe, am allerwenigsten in zum Aufenthalte von Menschen bestimmten Räumen.

Immer und überall zeigt es sich eben bei Handhabung der öffentlichen Sanitätspflege, dass wir die Befolgung der nothwendigen gesundheitlichen Verhaltungsmaassregeln unabhängig stellen müssen von dem Belieben, der Meinung, dem Eigensinne, ja der Indolenz der Individuen, welche leider in gesundheitlichen Dingen selbst bei den Repräsentanten einer hohen gesellschaftlichen Civilisation nicht als ausgeschlossen angenommen werden kann. Denn mit der allgemeinen Bildung hat die sanitäre Bildung bis zum heutigen Tage bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten.

Daraus folgt jedoch auch, dass wir derartige allgemeine Maassnahmen und Einrichtungen so einfach, so bequem, ja einladend gestalten müssen, als nur möglich, wobei wir eben deshalb nicht über das thatsächlich Nothwendige hinausgehen, dieses jedoch unbedingt und unerbittlich fordern und sicherstellen müssen.

Dieses unbedingt Nothwendige ist in der uns beschäftigenden Angelegenheit die Forderung, dass von Kranken und Gesunden das Sputum nur in hiefür bestimmte Behältnisse oder Aufnahmsmaterialien abgesetzt werden dürfe. Die gute Sitte — soweit sie eben geübt wird — unterstützt uns in der Durchführung dieser unerlässlichen Forderung. Die allgemeine Sitte ist überhaupt ein Zwangsmittel, wie ein solches selbst der staatlichen Sanitätsverwaltung kaum wirksam zu Gebote steht.

Wir müssen daher die Sitte der anständigen Beseitigung von Sputum in hiefür bestimmte und geeignete Aufnahmsmaterialien allgemein zu einem integrirenden Bestandtheile der gesellschaftlichen Erziehung machen und auf die Belehrung über dieselbe und auf die Uebung in Schule und Haus, und zwar schon von der frühesten Jugend an dringen.

Aber wenn wir das thun, dann müssen wir auch sorgen, dass der Bevölkerung immer und überall geeignete, anstandsmässig benutzbare Aufnahmsobjecte für Sputum zu Gebote stehen.

Fragen wir uns nun, ob wir derzeit dem Publikum diese unentbehrlichen Utensilien bieten können, so glaube ich, diese Frage nicht mit voller Berubigung bejahen zu können.

Ich will bei Begründung dieser aus meiner unmittelbaren Erfahrung im Sanitätsdienste geschöpften Meinung absehen von jenen Hilfsmitteln, welche den öffentlichen Kranken- und Asylanstalten für Tuberculöse zur Benützung am Krankenbette zur Verfügung stehen, oder von den ordinirenden Aerzten für ihre tuberculösen Kranken verordnet werden. Zu diesem besonderen Gebrauche für in ärztlicher Behandlung stehende Tuberculöse sind in der That mancherlei recht zweckmässige technische Hilfsmittel zur unmittelbaren Sputumbeseitigung erfunden, wie uns die reichhaltige Ausstellung derartiger Gegenstände in dem sehr instructiven Tuberculosemuseum lehrt, als glasirte oder emaillirte, mit Deckel oder Deckeltrichter versehene Spuckschalen, die nach Angaben Geheimrathes Prof. Flügge's angefertigten Utensilien zur Sputumbeseitigung, die zuerst von Hofrath Prof. v. Schrötter angegebene und eingeführte verbrennbare Spuckschale aus impermeabler Papiermasse, die nach Dr. Kornfeld hergestellten ausglühbaren Spuckschalen aus Asbestmasse die verschiedenen Spuckfläschehen zum persönlichen Gebrauche Tuberculöser aus Glas, Steinzeug oder Metall. Für diesen Specialbedarf am Krankenbette oder für ambulante Tuberculöse, die in Anstalten oder vom Arzte zu einer hygienischen Gebahrung mit ihrem Sputum erzogen sind, ist sonach allerdings gesorgt; wie aber steht es mit den technischen Hilfsmitteln zum allgemeinen Gebrauche im Hause und an öffentlichen Orten, in Schulen, Aemtern, Fabriken, Gefängnissen. Transportvehikeln u. s. w., also mit jener praktischen Durchführung des obbezeichneten allgemeinen Grundsatzes, dessen ausnahmsloser Anwendung die Bedeutung einer allgemein heilsamen Sanitätsmaassregel, eines fundamentalen Fortschrittes auf dem Gebiete der Tuberculosebekämpfung eingeläumt werden müsste?

Allerdings sind auch in dieser Hinsicht für specielle Zwecke besondere Apparate, selbst solche mit periodischer Wasserspülung construirt worden.

Eine allgemeine Anwendbarkeit dürfte jedoch diesen nützlichen Erfindungen kaum zugesprochen werden können.

Was aber die allgemein anwendbaren Sputumgefässe anbelangt, scheint mir sogar eine missverstandene Auffassung gewisser wissenschaftlicher Forschungsergebnisse zu einer unheilvollen, mit bestehenden Lebensgewohnheiten der Bevölkerung collidirenden Verwirrung geführt zu haben.

So wurde in Consequenz der feststehenden Thatsache, dass nichts so gefährlich sei, als die Verstäubung tuberkelkeimhältigen Materiales in die Luft, als allgemeine Regel aufgestellt, dass Gefässe, welche zur Aufnahme des Sputums bestimmt und in Localen zur Benützung be-

reitgestellt sind, nur mit Flüssigkeiten beschickt werden sollen. Trockenes Materiale, welches bisher meist zur Füllung von Spucknäpfen verwendet war, wird im Allgemeinen verpönt, wenngleich von einer Seite Holzwolle und andere trockene, verbrennbare Füllmaterialien als Aufnahmsmateriale für Sputum vorgeschlagen wurden.

Inwieferne und unter welchen Verhältnissen jedoch trockenes, in abseits gestellten Gefässen verwahrtes Füllmateriale thatsächlich eine Verstäubung von Sputum in die Athemluft

nach sich ziehen kann, scheint nicht ausreichend erörtert worden zu sein.

Diese summarische Art, aus wissenschaftlichen Grundsätzen ohne Beachtung wichtiger Nebenumstände Consequenzen zu ziehen, hatte zur Folge, dass die Industrie, welche in löblicher Weise dem sich steigernden Bedarfe nach Spuckgefässen mit Wasserfüllung nachzukommen bereit war, die Form suppentopf-, schalen- oder becherartiger Gefässe für Flüssigkeiten als die geeignetste erachtete, um den Anforderungen der Wissenschaft zu entsprechen. Um den unästhetischen Anblick des flüssigen Inhaltes solcher Gefässe abzuwehren, vielleicht auch, um Versprühungen desselben bei Erschütterungen zu vermeiden, sah man sich genöthigt, die Oeffnung der Gefässe mit einer in der Mitte oft nur in Form eines kleinen Loches durchbrochenen Trichterschale zu bedecken.

Derlei Gefässe sieht man nun, meist direct am Boden in den Ecken von Bureaus und anderen dem Aufenthalte von Menschen gewidmeten Räumen stehen oder in kleinerem Formate

an den Wänden von Corridoren u. dgl. angebracht.

Alle solchen Gefässe mit kleiner Trichteröffnung haben den ersichtlichen Nachtheil, dass sie zur Absetzung des Sputums eine viel zu geringe Aufnshmsfläche bieten, dass die directe Entleerung des Sputums in die Flüssigkeit durch die Oeffnung der Trichterschale eine besondere Geschicklichkeit und Treffsicherheit zur Voraussetzung hat, dass sie daher auch zur fortwährenden äusserlichen Verunreinigung der Schalenfläche und der Umgebung ihres Standortes führen müssen.

Sie haben noch den weiteren Fehler, dass sie von den des sanitären Zweckes nicht achtenden Passanten als Schlupfwinkel zur Ablagerung verschiedener lästiger Abfälle, wie Cigarrenstümpfe, Papierschnitzel, Zündhölzchen u. s. w. benützt werden, und dass sie nicht selten in Folge des Haftenbleibens dieser festen Körper an feuchten Stellen, nicht minder durch die Vermengung der feuchten Klebestoffe mit niedersinkenden Staubtheilchen der Aufenthaltsoder Verkehrsräume ein Aussehen gewinnen, welches geradezu von der Verwendung zu ihrem eigentlichen Zwecke abschreckt.

Sind sie aus gebrechlichem Materiale gefertigt, dann sind sie überdies dem Zerschlagen und Zerbrechen ausgesetzt. Alle so construirten Behältnisse erfordern selbstredend eine sorgfältige Bedienung, damit der eventuell infectiöse Inhalt, sowie zufällige äusserliche Verunreinigungen unschädlich beseitigt, und das Gefäss selbst nach gründlicher Reinigung wieder gebrauchsfähig gemacht werde. Bei der erwähnten Construction und der Art des Materiales ist endlich sehr zu befürchten, dass diese Reinigung oft in ähnlicher Weise von Statten gehen dürfte, wie die Reinigung ähnlich beschaffenen Küchengeschirres, ja dass bei der Reinigung mit Wasser die blosse Hand oder die mit einer Bürste ausgerüstete Hand in Verwendung tritt. Im ersteren Falle kann es wohl nicht ohne Beschmutzung und Uebertragung von Schmutztheilchen an verschiedene Körperstellen, im letzteren nicht ohne Versprühen des infectiösen Schmutzwassers abgehen. Die öffentliche Sanitätspflege erheischt jedoch, dass nicht blos darauf geachtet werde, dass der Einzelne das Sputum sanitätsgemäs beseitige, sondern auch, dass diejenigen, die wieder mit diesen Gefässen zu manipuliren haben, nicht in ihrer Gesundheit gefährdet werden. Diese müssen sonach bezüglich der Gebahrung mit solchen Gefässen genau unterwiesen und nach Bedarf überwacht werden.

Daraus geht wohl deutlich hervor, dass die Benützung derlei technischer Hilfsmittel zwar unter besonderen Verhältnissen, in welchen eine sachverständig geleitete Disciplin zur Anwendung kommen kann, wie in Spitälern und gewissen, unter strammer ärztlicher Leitung stehenden Anstalten am Platze sein mag, dass sie jedoch eine allgemeine Anwendung nicht gestatten, und dass die Wahl zur Sputumbeseitigung geeigneter Behältnisse nach Maassgabe der localen Verhältnisse, unter denen sie benützt werden sollen, jeweilig von sachverständiger Seite getroffen werden muss.

Hiemit ist jedoch auch bewiesen, dass es sehr nothwendig ist, dass die Bedingungen, denen die zur allgemeinen Benützung dienlichen Behältnisse für unmittelbare Sputumbeseitigung sowohl nach Material als Form und Inhalt in sanitärer Hinsicht entsprechen sollen, einem detaillirten fachmännischen Studium unterzogen werden, um der Industrie Anbaltspunkte zur Herstellung solcher Typen zu geben, welche wegen ihrer Einfachheit, Zweckmässigkeit, leichten

Handhabung bei der Bedienung und Reinigung und wo möglich auch wegen der Billigkeit zur allgemeinen Anwendung geeignet erscheinen.

Aehnlich wie bezüglich der Beschaftenheit der üblichen Behältnisse für Sputumbeseitigung zum allgemeinen Gebrauche scheint es sich mit derlei Utensilien zum individuellen Gebrauche zu verhalten, d. i. mit jenen technischen Hilfsmitteln, welche man zu jederzeitigem Gebrauche behufs Aufnahme von Auswurfstoffen aus den Luftwegen stets bei sich trägt.

Von diesen Utensilien lasse ich, wie erwähnt, die Spuckfläschchen, welche sich für Personen eignen, die in Folge chronischer Erkrankungen der Athemwege eigene Behältnisse zur Aufnahme der copiös abgesonderten Secrete bedürfen, ausser Betracht. Es sei nur bemerkt, dass von diesen Apparaten jene die besten sein werden, die bei handlicher Form, genügender Festigkeit und Dauerhaftigkeit leicht mit einer Hand geöffnet und geschlossen, in allen Theilen ohne bedenkliche Umständlichkeit zuverlässig gereinigt werden können, wie dies von den vielfach [modificirten Geheimrath Dettweiler'schen und in hervorragendem Maasse von den v. Schrötter'schen Spuckfläschchen ausgesagt werden kann.

Für den allgemeinen Gebrauch der nicht in ärztlicher Behandlung stehenden Personen diente bisher lediglich das sogenannte Taschen-oder Sacktuch, welches in dieser Hinsicht gewiss ein nothwendiges Requisit, ja in gewissem Sinne ebenso einen Gradmesser der persönlichen Gesundheitspflege darstellt, wie der Verbrauch der Seife als Gradmesser der allgemeinen individuellen Civilisation angesprochen wurde.

Nun hat auch hier ein Missverständnis wissenschaftlicher Lehrsätze recht bedeutende Verlegenheiten geschaffen. Es wurde vor dem Gebrauche der Taschentücher zur Aufnahme des Hustenauswurfes gewarnt, und zwar mit Rücksicht auf die rasche Austrocknung der Sputa in denselben und die Möglichkeit der Verstäubung des ungetrockneten Sputums beim Entfalten und insbesondere dem etwas gewaltsamen Entfalten des geballten Tuches.

Und doch ist es auf den ersten Blick klar, dass zur unvermerkten, mindest anstössigen, raschen und möglichst vollständigen Beseitigung von Sputum nichts bequemer erscheint, als ein geeigneter Gewebestoff, der überdies nach dem Gebrauche auf die einfachste Weise durch Auskochen desinficirt, oder falls er aus werthlosem, sonst tauglichem Papierstoffe besteht, sogar sofort verbrannt werden kann.

Der Umstaud, dass mit dem Gebrauche des Taschentuches auch der gemeine Mann vertraut ist, scheint gerade dem hygienischen Schutze der Gesellschaft vor der Verbreitung von Krankbeitskeimen der Mund- und Nasenschleimhaut den willkommensten Vorschub zu leisten.

Und doch die gewiss wohlberechtigte Warnung der Wissenschaft vor der Verwendung dieser allgemein gebräuchlichen Utensilien als Aufnahmsbehälter des Hustensecretes!

Sehen wir auch hier genauer zu und gehen wir ins Detail ein, so ergibt sich sofort, dass es nicht das Taschentuch an sich ist, dessen Benützung zur Aufnahme von Mundschleim perhorescirt wird, sondern vielmehr wiederholte Benützung eines und desselben, möglicher Weise durch den ersten Gebrauch schon inficirten Tuchstoffes.

In der That ist es wohl nur eine unserer gewöhnlichen Nachlässigkeiten und culturellen Rückständigkeiten, dass wir aus blosser Bequemlichkeit uns eines einzigen grossen Stofflappens als Taschentuches zur fortgesetzten Benützung an Nase und Mund zu bedienen pflegen, bis das Taschentuch genügend beschmutzt und werth erscheint, in die Wäsche gegeben zu werden.

Wie anders würden sich die hygienischen Verhältnisse in Betreff der Behandlung der Nasen- und Mundsecrete gestalten, wenn wir dieselbe Quantität Stoffzeug als kleine, dem einmaligen Zwecke genügende Tüchelchen, diese jedoch in genügender Zahl, bei uns trügen und jedes nur einmal benützen würden!

Alle hygienischen Bedenken würden schwinden, nicht blos die einwandsfreie Beseitigung jedes einzelnen Quantums von Auswurf wäre gesichert, auch die Infectionsstoffe verschiedener Nasenkatarrhe würde unter Verhütung wiederholter Autoinfection und Uebertragung von Krankheitskeimen auf Andere unschädlich gemacht, und hiedurch auch im Wege der Mässigung der Intensität und Extensität der Nasenkatarrhe indirect der Bekämpfung der Disposition für tuberculöse Infectionsgelegenheit etwas Boden entzogen werden.

Die Anregungen, welche in diesem Belange Geheimrath Prof. Flügge in Breslau durch seine Bemühungen, besondere Papiertaschentücher kleinen Formates einzuführen, gegeben hat, erscheinen daher höchst beachtenswerth.

Es bedürfte zur erfolgreichen Umgestaltung der derzeit nicht bygienischen Verwendung des Taschentuches nur eines kleinen, dem öffentlichen Anstande besser als bisher entgegen-

kommenden Aufschwunges der Sitte und Mode, eines kleinen speculativen Impulses der Confectionsindustrie, um der berechtigten wissenschaftlichen Verurtheilung des wiederholten Gebrauches eines und desselben Taschentuches Rechnung zu tragen und die zum allgemeinen Gemeingute der civilisirten Bevölkerung gewordene Verwerthung dieses unentbehrlichen Utensils zum Ausgangspunkte eines scheinbar zwar lächerlich unbedeutenden, aber in seinen Folgen nicht unwesentlichen hygienischen Fortschrittes in Bezug auf die Beseitigung infectiöser, beziehungsweise tuberculöser Schleimhautabsonderungen zu machen.

Ueber die Details betreffend Stoff, Form und Herstellungsart der hygienischen Miniatur-Taschentücher aus Gewebe- oder Papierstoff liesse sich, ebenso wie über diese Qualitäten der

Behältnisse zur Sputumbeseitigung zum allgemeinen Gebrauche, manches sagen.

Ich verzichte jedoch hier darauf, positive Andeutungen zu geben, da diese Details wohl am besten von einem berufenen Kreise von Sachverständigen studirt, geprüft, erprobt werden dürften, wenn Sie, verehrte Anwesende, meinen Antrag unterstützen, "es sei der engere Rath des internationalen Comités zur Bekämpfung der Tuberculose zu ersuchen, die Frage der Beistellung geeigneter, für den allgemeinen Gebrauch empfehlenswerther technischer Hilfsmittel zur Beseitigung des Sputums einem besonderen Studium und einer praktischen Erprobung zu unterziehen".

Anmerkung. Dieser Antrag wurde nach stattgefundener Discussion, an welcher sich Hofrath Prof. Dr. v. Schrötter hervorragend betheiligte, einhellig angenommen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 30. September (13. October), Nr. 401, wurde die Stadt Smyrna für pestfrei erklärt.

Waren, welche aus verseuchten Orten auf dem Wege der Donau nach Bulgarien eingeführt werden, werden zu Folge Verordnung vom 2. (15.) October l. J., Nr. 402, nur dann zugelassen, wenn sie mit einem in Sulina ausgestellten Certificate versehen sind, durch welches bestätigt wird, dass diese Waren in der genannten Stadt die Quarantaine absolvirt haben und in ganz Rumänien zum freien Verkehre zugelassen worden sind. Die Ermächtigung zur Einfuhr dieser Waren in alle bulgarischen Häfen wird vom Quarantainarzte in Silistria gegeben. Die Einfuhr der im § 4 der Verordnung vom 27. Juni (10. Juli) l. J., Nr. 246 (S. 363), aufgezählten und aus verseuchten Orten kommenden Waren ist untersagt.

Russland. In Odessa wurden vom 15. bis 20. October 3 neue pestverdächtige Krankheitsfälle ausgewiesen.

Schweden. Mit Kundmachung Sr. königl. Majestät und Reichs-Commerzcollegiums vom 8. October l. J. wurde Odessa für pestverseucht erklärt. Es sind demnach in Uebereinstimmung mit den früheren Kundmachungen als pestverseucht zu betrachten: Odessa, Alexandrien und Port Said in Aegypten, Argentinien, Parauagua in Brasilien, die Provinzen Hedjaz und Jemen in Arabien, die Häfen des persischen Meerbusens und am Schat-el-Arab, Kurachee, Bombay und Calcutta, Manila auf Luzon, die Insel Formosa und Hongkong, Macao, die Häfen Newchwang und Kanton in China, Madagaskar, Port Elizabeth in Britisch-Südafrika, Sydney in Australien und Neucaledonien.

Türkei. Die ärztliche Visite für Herkünfte aus Smyrna (S. 475) wurde aufgehoben.

Aegypten. In Alexandrien ist in der Woche vom 9. bis 15. October ein neuer Pestfall vorgekommen.

Britisch-Indien. In Bombay wurden vom 19. bis 25. September 71 Erkrankungen und 55 Todesfälle, in Kurachee (S. 466) in der Woche vom 6. bis 12. September 6 Todesfälle und in der folgenden, am 19. September abgelaufenen Woche 15 Todesfälle an Pest ausgewiesen. In der Präsidentschaft Madras sind in den zwei Wochen vom 31. August bis 13. September 300, 311 Erkrankungen und 264, 264 Todesfälle, in der Stadt Madras in der Woche vom 6. bis 12. September 1 Todesfall an Pest verzeichnet worden.

Capcolonie. (S. 455.) In den zwei Wochen vom 31. August bis 13. September sind in der Colonie Pestfälle nicht beobachtet worden. In Port Elizabeth wurden noch am 9. September pestkranke Ratten aufgefunden.

Hongkong (S. 466). Nachdem in der Colonie seit zehn Tagen kein neuer Pestfall vorgekommen war, wurde der Hafen am 18. September für pestfrei erklärt.

Australien. Que en sland (S. 467). In der Woche vom 22. bis 28. August wurde in Gladstone ein Pestfall beobachtet. In Brisbane sind in dieser, sowie in der folgenden, am 4. September abgelaufenen Woche keine neuen Fälle constatirt worden; von den während dieser Zeit hier untersuchten 175 Ratten wurde eine pestkrank befunden.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 475) ist in der Zeit vom 16. bis 24. September ein tödtlicher Pestfall ermittelt worden.

Cholera. Bulgarien. Durch die Verordnung vom 3. (16.) October 1. J., Nr. 408, wurde die Stadt Gaza in Syrien vom 1. (14.) October an für choleraverseucht erklärt.

Italien. Mit Seesanitätsverordnung vom 19. October. Nr. 180, wurde verfügt, dass die Bestimmungen der Verordnung vom 30. Juli l. J., Nr. 16 (S. 380), betreffend die sanitäre Behandlung der Herkünfte aus Aegypten, auch auf Herkünfte aus dem Küstengebiete Palästinas und Syriens von der ägyptischen Grenze bis (ausschliesslich) Beirut Anwendung zu finden haben.

Türkei (S. 476). Nach einer Mittheilung vom 21. October ist Cholera auch in Jaffa aufgetreten; am 19. October wurden in Jaffa 1, in Gaza 36 und in Lydda 25 Cholerafälle beobachtet.

In Hodeida (Jemen) wurden vom 6. bis 11. October 55 Erkrankungen und 49 Todesfälle an Cholera verzeichnet.

Die Quarantaine für Herkünfte aus Aegypten (S. 371) wurde von zwölf auf zehn Tage herabgesetzt.

Aegypten. In Alexandrien (S. 476) sind in der Woche vom 9. bis 15. October 60 neue Cholerafälle und 53 Todesfälle an Cholera beobachtet worden. Von den ausgewiesenen neuen Cholerafällen wurden 50 erst nach eingetretenem Tode constatirt.

In Cairo (S. 467) wurden in der Woche vom 8. bis 14. October 3 neue Cholerafälle und 3 Todesfälle verzeichnet.

In ganz Aegypten sind in der Woche vom 7. bis 13. October 819 neue Cholerafälle (gegen 1571 der Vorwoche) ausgewiesen worden, von welchen 513 erst nach eingetretenem Tode ermittelt wurden. In den Spitälern starben 259 Cholerakranke. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden gemeldet aus den Städten: Cairo 4 (11), Alexandrien 15 (57), Port Said 4 (7), Damiette 15 (26), Suez 3 (7), Ismailia 0 (0), El Ariche 1 (3) und aus den Provinzen: Gharbieh 15 (36), Behera 21 (121), Charkieh 11 (32), Dakahlieh 23 (78), Galiubieh 25 (39), Menufieh 11 (67), Guizeh 4 (22), Beni-Suef 8 (10), Fayum 7 (46), Minieh 6 (7), Assiut 44 (66), Guirgueh 47 (56) Keneh 42 (81), Assuan 0 (0).

China. In Schanghai (S. 456) ist laut einer Mittheilung vom 18. September die Choleraepidemie im Erlöschen. Die Gesundheitspässe der ausfahrenden Schiffe erhalten seit 16. September die Anmerkung: "Cholera ohne epidemischen Charakter". Die ärztliche Visite der ausserhalb von Woosung ankommenden Schiffe wurde auf Herkünfte aus Bombay, Calcutta, Manila, Kanton und Hongkong beschränkt.

Philippinen. (S. 428.) Die Epidemie ist zu Ende September auch in Iloilo, welches bisher von Cholera verschont geblieben war, in heftiger Weise aufgetreten. In Manila und in den übrigen Provinzen besteht die Seuche in gleicher Heftigkeit fort.

Blattern. Italien. In Palermo wurden im Monate August 13 Erkrankungen und 3 Todesfälle, im September 28 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Blattern beobachtet.

Türkei. In Salonich (S. 467) sind in der Zeit vom 30. September bis 21. October 24 neue Erkrankungen und 1 Todesfall an Blattern vorgekommen.

Capcolonie. Die ersten Blatternfälle in der Colonie wurden Anfangs des Monates März l. J. bei Beaufort-West ermittelt; im Ganzen wurden daselbst 50 Fälle beobachtet; der der letzte Kranke ist am 20. Juni geheilt entlassen worden. Fast zu gleicher Zeit traten auch Blattern in De Aar und Umgebung auf, und mehr als 80 Personen wurden hier von dieser

Krankheit befallen. In Capstadt sind die ersten Blatternfälle am 19. August im Hafengebiete constatirt worden. Seither sind in Capstadt und Umgebung bis zum 22. September insgesammt 60 Blatternerkrankungen beobachtet worden.

Britisch-Indien. (S. 456). In Bombay wurden innerhalb der vier Wochen vom 3. bis 30. September 14 Blatterntodesfälle ausgewiesen.

Vermischte Nachrichten.

Die internationale Conferenz zur Bekämpfung der Tuberculose. Berlin, 22.—26. October 1902. Die Vorbereitungen zu dieser internationalen Conferenz wurden durch einen Organisationsausschuss geleitet, welchem Ministerialdirector Althoff, die Geheimräthe Prof. Fränkel, v. Leyden und weiland Prof. Gerhardt, und der Generalsecretär O. St. A. Pannwitz angehörten.

Am 22. October Abends fand ein Begrüssungsabend im preussischen Abgeordnetenhause statt, den auch Staatsminister Graf Posadowsky-Wehner und Unterrichtsminister v. Studt mit ihrer Anwesenheit beehrten.

Als Delegirte aus Oesterreich nahmen an demselben Sectionschef Dr. Ritter v. Kusj, Hofrath Dr. Ritter v. Schrötter, Obersanitätsrath Dr. Dvořák theil.

In der Eröffnungsitzung am 23. October, welcher Staatsminister Graf Posadowsky präsidirte, wurde die Conferenz von diesem selbst, ferner vom Ceremonienmeister Ihrer Majestät der Kaiserin v. Knesebeck, vom Oberbürgermeister Kirschner, vom Delegirten Frankreichs Prof. Brouardel, von Prof. Williams aus London, von Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý, ebenso von den Vertretern Italiens und anderer Staaten begrüsst.

Sectionschef Dr. Ritter v. K u s ý betonte, dass die internationale Bewegung zur Bekämpfung der Tuberculose auch in den weitesten Volksschichten der österreichischen Königreiche und Länder feste Wurzel gefasst habe und eine immer mächtigere Verbreitung und Vertiefung erkennen lasse. Erst vor Kurzem habe der Chef der österreichischen Regierung in einem Circular-Erlasse an alle Landeschefs sämmtliche Organe der österreichischen Staatsverwaltung in den Dienst der Bekämpfung der Tuberculose gestellt und alle autonomen Verwaltungen der Länder und Gemeinden zur intensiven Mitwirkung an dieser grossen Aufgabe aufgerufen. Erst vor einigen Tagen wurden die Satzungen eines neuen grossen Hilfsvereines für die Bekämpfung der Tuberculose genehmigt, welcher neben dem bahnbrechenden Wirken des von Hofrath Prof. v. Schrötter begründeten Vereines "Alland" nach Art des Hilfsvereines vom Rothen Kreuze seine Thätigkeit über das ganze Reich ausbreiten soll. Die Regierung und die Bevölkerung von Oesterreich folgen daher mit dem grössten Interesse den Verhandlungen dieser internationalen Tuberculose-Conferenz und danken es der ausgezeichneten Organisation des internationalen Comités zur Bekämpfung der Tuberculose, dass es so glücklich eine Action inaugurirte, durch welche diese Bestrebungen der einzelnen Staaten und Völker zu einem mächtigen Strome der Humanität und Wohlfahrtspflege vereinigt werden sollen. Die Regierung und die Bevölkerung von Oesterreich wünschen daher den Verhandlungen dieser Conferenz den nachhaltigsten Erfolg.

Nach Beendigung der Ansprachen wurde vom Präsidium die Wahl von Ehrenmitgliedern der internationalen Conferenz vorgeschlagen und einhellig acceptirt. Aus Oesterreich wurden zu Ehrenmitgliedern gewählt: Ministerpräsident Dr. v. Koerber, Unterrichtsminister Dr. v. Hartel, Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý, Fürst Fürstenberg, Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Schrötter, Hofrath Prof. Nothnagel, Hofrath Prof. und Obersanitätsrath Dr. Weichselbaum.

An den Verhandlungen betheiligten sich mehrere Theilnehmer aus Oesterreich, darunter Hofrath Ritter v. Schrötter, der wiederholt präsidirte, ebenso Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý, dessen Vortrag über die technischen Hilfsmittel zur Sputumbeseitigung wir an anderer Stelle bringen.

Die nächste Conferenz wird über Einladung Prof. Brouardels in Paris stattfinden.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 10. October l. J. nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 22. bis 28. October beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 3, Stare Bohorodczany 3; Horodenka: Piotrow 4; Kamionka strumilowa: Jakimow 4; Wadowice: Wadowice 1.



Das österreichische Sanitätswesen

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER
Ministerialrath im Ministerium des Innern

nnd.

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12.-

XIV. Jahrgang.

Wien, 6. November 1902.

Mr. 45.

Inhalt. Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes über die Einführung nicotinarmer Cigarren. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend die Festsetzung eines Termines für die Vorlage der Gesuche an das Ministerium des Innern um Zulassung von pharmaceutischen Zubereitungen zum allgemeinen Apothekenvertriebe; Kundmachung des Landespräsidenten in Schlesien, betreffend die Ertheilung des Oeffentlichkeitsrechtes an die dem Frauenhilfsvereine vom Rothen Kreuze in Teschen gehörigen Spitalsbaracken in Teschen hinsichtlich der dort untergebrachten, mit einer epidemischen Krankheit behafteten Personen. — Rechtsprechung. — Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Beilage: Die Krebsstatistik Oesterreichs.

Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes über die Einführung nicotinarmer Cigarren.

Referent: O. S. R. Prof. Dr. E. Ludwig.

Vom Vertreter der Cigarrenfabrik des Hermann Otto Wendt in Bremen war im Jahre 1899 an das k. k. Finanzministerium und im folgenden Jahre auch an das k. k. Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet worden, in welcher auf die in der genannten Fabrik nach einem von Professor Dr. Gerold angegebenen und patentirten Verfahren erzeugten nicotinfreien Cigarren aufmerksam gemacht und das Ersuchen gestellt wurde, die Einführung dieser Cigarren in Oesterreich in Erwägung zu ziehen.

Aus den den Eingaben beigelegten Druckschriften war zu ersehen, dass das erwähnte Verfahren Dr. Gerold's in der Behandlung der Tabakblätter mit einer Lösung von Gerbsäure in

einem wässerigen Origanumauszuge bestehe.

Das Finanzministerium hat diese Eingabe der k. k. General-Direction der Tabakregie zur gutächtlichen Aeusserung und Berichterstattung übermittelt. Zu diesem Zwecke wurden von der genannten Generaldirection Proben dieser Cigarren eingeholt und der k. k. Tabakhauptfabrik in Hainburg zur Untersuchung übergeben. Das auf Grund des Ergebnisses dieser Untersuchung von der k. k. Generaldirection der Tabakregie erstattete Gutachten wurde vom Finanzministerium dem Ministerium des Innern mitgetheilt. In diesem Gutachten wurde betont, dass die Wendt'schen Cigarren keineswegs nicotinfreisind, sondern einen mittleren Gehalt von $0.945^{\circ}/_{0}$ an gerbsaurem Nicotin, welches im Wasser schwer löslich ist, besitzen. Auch wurde darauf hingewiesen, dass es ohne besondere Schwierigkeiten möglich wäre, das Nicotin aus dem Tabake zu entfernen, dass aber nicotinfreie Tabakblätter in ihren charakteristischen Eigenschaften so einschneidend verändert sind, dass sie als Genussmittel kaum mehr in Betracht kommen.

Da das Ministerium des Innern es für angezeigt erachtete, über die sanitäre Zweckmässigkeit der Einführung derartiger Cigarrensorten ein Gutachten des Obersten Sanitätsrathes einzuholen, wurde das Finanzministerium um die Zusendung von Proben dieser Cigarren ersucht; letzteres übermittelte hierauf dem Ministerium des Innern Proben von vier Sorten Wendtscher Cigarren (Perfectos, Delicados, Superior und Primera) und das nachstehende Verzeichnis der Wendtschen Erzeugnisse, in welchem neben dem Preise der einzelnen Sorten auch der im Hainburger Laboratorium analytisch ermittelte Nicotingehalt vermerkt ist.

Digitized by Google

Sorte					 für 100 Stück Reichsmark	Nicotingehalt der Trockensubstanz	
Sport					5	1.060	
Perfectos .						0 900/0	
Delicados .					7.50	0.89%	
Superior .					8.20	1.420/0	
Primera					9.50	1.140	
Victoria					13 60	0.870/0	
Conicos fina	٠.				17.40	1.010	
Cigarittos Nr.	30	1			3.60	$0.540/_{0}$	
Cigarittos Nr.	30	2			3.60	0.880/0	

Unter Hinweis auf dieses Verzeichnis machte das Finanzministerium darauf aufmerksam, dass die Wendt'schen Cigarren demnach keineswegs nicotinfrei sind, einige Sorten derselben, wie Conicos fina, Sport, Primera und Superior sogar 1.01 bis $1.42^{\circ}/_{0}$ Nicotin, also Mengen enthalten, welche von dem Nicotin einiger gangbarer Regie-Cigarrensorten des allgemeinen Tarifes nicht erreicht oder doch nur unwesentlich überschritten werden; so enthalten die lit. E Cuba-Portorico Cigarren $1.44^{\circ}/_{0}$, die lit. F Portorico Cigarren $1.33^{\circ}/_{0}$ Nicotin. Die Wendt'schen Cigarren weisen im allgemeinen nur deshalb einen geringeren Nicotingehalt auf, als die Regie-Cigarren, weil zur Fabrikation der ersteren vorwiegend die Auslese leichter Rohstoffe verwendet werde, worauf schon die hohe Preislage hindeute; das Gerold'sche Verfahren sei auf den Nicotingehalt von keinem wesentlichen Einflusse. Für die Einführung solcher Cigarren liege um so weniger ein Grund vor, als es den meisten Schichten der Raucher schon heute möglich sei. ihr Bedürfnis nach leichten Cigarren durch Regie-Erzeugnisse zu decken.

Der Oberste Sanitätsrath, welchem das Ministerium des Innern diese Angelegenheit zur gutächtlichen Aeusserung vorlegte, hat hierüber folgendes Gutachten erstattet:

Der Oberste Sanitätsrath hat sich bei Abgabe des verlangten Gutachtens sowohl mit der Beurtheilung der Gerold'schen Patenteigarren, als auch mit der Frageob die Einführung nicotinfreier, respective nicotinarmer Cigarren erspriesslich sei, zu beschäftigen.

Vorerst dürfte es sich empfehlen, das Wesentliche der zahlreichen Untersuchungen in Erinnerung zu bringen, welche sich mit dem Tabakrauche beschäftigt haben, und deren Ziel es hauptsächlich war, zu ermitteln, ob und wie viel Nicotin in den Tabakrauch unzersetzt übergeht, welche Zersetzungsproducte das Nicotin beim Rauchen des Tabaks liefert, und was sonst noch an physiologisch bedeutsamen Stoffen im Tabakrauche enthalten ist.

Zeise hat im Tabakrauche Nicotin, ein brenzliches Oel, ein brenzliches Harz. Ammoniak, etwas Essigsäure, viel Buttersäure und verschiedene Kohlenwasserstoffe nachgewiesen.

Vogel und Reischauer fanden im Tabakrauche unter anderem Blausäure. Schwefelwasserstoff, Ammoniak. Ihre Versuche führten zu dem Schlusse, dass ein Tabak umsomehr Ammoniak beim Rauchen liefert, je geringer er in der Qualität ist.

Stark wies im Tabakrauche Kohlenoxyd nach, Bon konnte nur sehr wenig Kohlenoxyd nachweisen, Bon und Neël bestätigen das Vorkommen von Blausäure darin.

Vohl fand unter den Rauchproducten des Tabaks auch Picolinbasen.

R. Kissling, der sich dauernd mit der Chemie des Tabaks beschäftigt und auch Untersuchungen über den Tabakrauch angestellt hat, ist der Ansicht, dass weder die Picolinbasen, noch Blausäure, Kohlenoxyd und Schwefelwasserstoff im Tabakrauche in Mengen vorhanden sind, welche in Bezug auf die physiologische Wirkung in Betracht kommen; dagegen fand Kissling im Tabakrauche erhebliche Mengen von Nicotin; werden diese auf den Gesammtnieotingehalt des verbrauchten Tabaks bezogen, so ergibt sich, dass beim Rauchen von dem Nicotin des Tabaks nur etwa 36 Procente zerstört werden.



Abeles und Paschkis haben im Tabakrauche einen nicht giftigen Kohlenwasserstoff, Nicotin, Pyridin und einen ohemisch indifferenten, aber sehr giftigen Stoff

nachgewiesen.

Die besten, gründlichsten Untersuchungen stammen aus der jüngsten Zeit; es sind die Untersuchungen über die Rauchproducte des Tabaks von Prof. H. Thoms (Deutsche Tabak-Zeitung 1900, Nr. 20—29) und die Beiträge zur Kenntnis des Cigarrenrauches von Prof. J. Habermann; beachtenswerthe Untersuchungen sind jedenfalls auch die von Kissling, welche bereits kurz erwähnt wurden.

Thoms verrauchte mittelst eines continuirlich saugenden Apparates Cigarren, deren Nicotingehalt 1·12°/₀ betrug; der Rauch wurde zuerst in einen Condensator, dann in 10°/₀ige Schwefelsäure und hierauf in 10°/₀ige Natronlauge geleitet. Die Schwefelsäure nahm Nicotin, Ammoniak und Pyridin auf; das Verhältnis von Pyridin

zu Nicotin wurde 1:6 gefunden.

Das Pyridin im Rauche stammt vollständig aus dem Nicotin her, denn Cigarren, die durch Behandeln mit Natronlauge, Alkohol und Aether von Nicotin befreit waren, lieferten beim Verrauchen kein Pyridin mehr, wohl aber Ammoniak und Trimethylamin.

Von Säuren fand Thoms im Rauche Kohlensäure und Buttersäure, dagegen keine Blausäure. Die zurückbleibenden Stümpfe enthielten 4:34% Nicotin; der Nicotingehalt ist also auf das vierfache gestiegen. 75% von dem Nicotingehalte der Cigarren sind zum Theile zersetzt in den Rauch gelangt. Von sonstigen Rauchbestandtheilen sind zu erwähnen ein atherisches Oel, das den Geruch des Tabakrauches bedingt, ferner Kohlenoxyd. Ueber das ätherische Oel ist folgendes zu bemerken: Der Tabak enthält eine kleine Menge eines dunklen, dickflüssigen, kamillenartig riechenden Oeles, dass durch Destillation mit Wasserdampf zu gewinnen ist; 15 kg Tabak lieferten nur 6 g von diesem Oele. Der von diesem ätherischen Oele befreite Tabak lieferte beim Verrauchen dieselben Producte, wie der nicht entölte Tabak. Der Kohlenoxydgehalt des Tabakrauches ist sehr klein, $1\,kg$ Tabak lieferte ungefähr $20\,cm^3$ Kohlenoxyd. Aus 20 kq Tabak wurden beim Verrauchen aus dem Rauche ungefähr 75 q eines ätherischen Tabaköles gewonnen, das dunkel gefärbt war und betäubend roch. Dieses Oel enthielt ein wenig Pyridin, ein nach Kreosot riechendes Phenol, Furfurol, keine Terpene; dasselbe erregt, wenn man damit arbeitet, Kopfschmerzen, Brechreiz, Schwindel, Zittern in den Beinen.

Thoms formulirt auf Grund der Ergebnisse seiner Versuche folgende Sätze:

- 1. Von gesundheitschädlichen Stoffen gelangen in den Tabakrauch: Nicotin, Pyridin, und dessen Homologe, dann ein beim Rauchen entstehendes ätherisches Brenzöl.
 - 2. Blausäure war im Rauche nicht nachzuweisen.
- 3. Der Kohlenoxydgehalt des Rauches ist so klein, dass von einer schädlichen Wirkung auf den menschlichen Organismus nicht gesprochen werden kann.
- 4. In den Cigarrenstummeln wächst das Nicotin auf das vierfache des ursprünglichen Gehaltes.
 - 5. Die Pyridinbasen des Tabakrauches entstehen durch Zersetzung des Nicotins.
- 6. Von dem in den Rauch gelangenden Nicotin bleiben cirka $75^{\circ}/_{0}$ als solches erhalten, $25^{\circ}/_{0}$ werden zersetzt.

Bezüglich des Kohlenoxydes verweist Thoms auf F. Wahl, welcher gefunden hat, dass wohl aus dem Tabakrauche Kohlenoxyd ins Blut aufgenommen wird, dass aber das hochgradig verdünnte Gas während 4 Stunden eingeathmet, keine üblen Folgezustände, geschweige denn gefährliche Vergiftungen erzeugt. Man kann daher vom hygienischen Standpunkte, was den Kohlenoxydgehalt des Tabakrauches angeht, von einer Schädlichkeit des Rauchens unter den gewöhnlichen Verhältnissen wohl nicht reden. Wie sich die Sache gestaltet, wenn die kleine Menge Kohlenoxyd, die von Rauchern unzweifelhaft eingeathmet wird, unausgesetzt zur Aufnahme gelangt, müsste weiter untersucht werden.

Dass die »Schwere« der Cigarren nicht proportional ihrem Nicotingehalte ist, kann auf Grund der Arbeiten verschiedener Autoren als erwiesen gelten. Thoms ist der Meinung, dass das beim Rauchen entstehende eigenthümliche Brenzöl einen nicht unwesentlichen Antheil an der Schädlichkeit des Tabakrauchens hat.

Für die Beurtheilung der Güte und Stärke des Tabaks könnte nach der Meinung von Thoms aus dem Verhältnisse der Bestandtheile des Tabakrauches ein

Schluss gezogen werden; es wären da zu berücksichtigen:

1. Die Nicotinmenge, welche von einem bestimmten Nicotingehalte in den Rauch übergeht, und zwar wie viel davon unzersetzt, wie viel zersetzt.

2. Die Menge des kohligen Rückstandes, der Asche und deren Zusammensetzung.

3. Das Kohlenoxyd.

4. Die Menge des Brenzöles.

5. Die Blausäure; die Menge derselben im Tabakrauche ist allerdings so gering, dass sie unter normalen Verhältnissen einen erheblichen Einfluss auf den menschlichen Organismus nicht ausüben kann. (Schluss folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. October 1902, Z. 44321,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend die Festsetzung eines Termines für die Vorlage der Gesuche an das Ministerium des Innern um Zulassung von pharmaceutischen Zubereitungen zum allgemeinen Apothekenvertriebe.

Es wurde die Wahrnehmung gemacht, dass Gesuche von Apothekern um Zulassung von pharmaceutischen Zubereitungen zum allgemeinen Vertriebe ungeachtet der ausdrücklichen Weisungen des h. o. Erlasses vom 23. April 1901, Z. 10315, (Oesterreichisches Sanitätswesens 1901, S. 195) theils mangelhaft instruirt, theils erst gegen Ende der mit der Ministerial-Verordnung vom 16. April 1901, R. G. Bl. Nr. 40, festgesetzten, vom letzten Einreichungstermine laufenden dreimonatlichen Frist im Ministerium des Innern einlangen, so dass zur fachtechnischen Untersuchung dieser Artikel nicht die erforderliche Zeit übrig bleibt.

Die k. k. wird unter Hinweis auf den bezeichneten Erlass eingeladen, unter sofortiger Anweisung der politischen Behörden zu veranlassen, dass derlei Gesuche im Sinne der Ministerial-Verordnungen vom 17. December 1894, R. G. Bl. Nr. 239*) und vom 16. April 1901, R. G. Bl. Nr. 40, sowie der Instruction

für die fachmännische Untersuchung durch die Fach-Commission des Obersten Sanitätsrathes (Oesterreichisches Sanitätswesen Jahrg. 1902, Nr. 1) in jeder Hinsicht vollständig instruirt längstens binnen vier Wochen - vom Tage der Präsentation des Gesuches oder der letzten Nachtragseingabe bei der politischen Bezirksbehörde an gerechnet - beim Ministerium des Innern einlangen, und dass im Vorlageberichte das Datum dieser Präsentation genau angegeben werde.

Kundmachung des k. k. Landespräsidenten in Schlesien vom 4. October 1902, Z. 23393,

L. G. u. V. Bl. Nr. 56,

betreffend die Ertheilung des Oeffentlichkeitsrechtes an die dem Frauenhilfsvereine vom Rothen Kreuze in Teschen gehörigen Spitalsbaracken in Teschen hinsichtlich der dort untergebrachten, mit einer epidemischen

Krankheit behafteten Personen.

Ich finde mit Zustimmung des schlesischen Landesausschusses die dem Frauenhilfsvereine vom Rothen Kreuze in Teschen gehörigen Spitalsbaracken in Teschen rücksichtlich der in denselben aufgenommenen und ärztlich behandelten, an einer epidemischen Krankheit erkrankten Personen, und zwar für die Dauer

^{*)} Siehe Jahrg, 1894 d. Bl. S. 721.

des Bestehens einer in der Stadt Teschen und | Verpflegstaxe desselben mit 2 K per Kopf und in den dieser Stadt benachbarten Gemeinden herrschenden Epidemie, als ein allgemeines öffentliches Epidemiespital zu erklären und die | nis gebracht.

Tag festzusetzen.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kennt-

Rechtsprechung.

Die politischen Behörden sind nicht befugt, auf Grund der Wasserrechtsgesetze ein generelles Verbot der Brunnengrabung in der Nähe von Heilquellen zu erlassen.*)

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 4. Jänner 1900, Z. 80.

Die Beschwerde wurde als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Mit der angefochtenen Entscheidung wurde die für die Sauerbrunnquelle der beschwerdeführenden Firma Franz F., Sauerbrunn Unternehmung in Kl., seitens der Bezirkshauptmannschaft Kaaden erfolgte Feststellung eines Schutzrayons von 2500 m im Radius, innerhalb dessen nur "das Graben von Brunnen bis sechs Meter Tiefe als zulässig" erklärt wurde, mangels der gesetzlichen Grundlage für die Festsetzung eines derartigen Schutzrayons behoben.

Wenn die Beschwerde zunächst die Frage aufwirft, was unter einem "derartigen" Schutzrayon zu verstehen ist, so ist zweifellos, dass die Statthalterei, welche mit Erlass vom 9. April 1898, Z. 10549, der Bezirkshauptmannschaft Kanden nur "den Schutz der Umgebung der Quelle in ausreichendem Umkreise gegen Verunreinigung und Bebauung" aufgetragen hatte, in ihrer Begründung gegenüber der missverständlichen Auffassung der Bezirkshauptmannschaft, die unter Berufung auf diesen Erlass einen Schutzrayon fixirt hatte, in dem nur Brunnen bis 6 m Tiefe gegraben werden dürften, hatte aussprechen wollen, dass die Feststellung eines Schutzrayons gegen anderweitige Brunnengrabungen gesetzlich unzulässig sei.

In der That besteht eine gesetzliche Bestimmung, auf welche der Erlass der Bezirkshauptmannschaft Kaaden gegründet werden könnte, nicht. - Wenn das Berggesetz und das Forstgesetz Bestimmungen über die Feststellung eines Schutzrayons und die Bannlegung enthalten, so enthält das Wasserrechtsgesetz eben eine ähnliche Bestimmung nicht, und es kann die Zulässigkeit der Fixirung eines Schutzrayons insbesondere auch nicht aus §§ 10, 17 böhm. Wasserrechtsges. ddto. 28. August 1870, L. G. Bl. Nr. 71, deducirt werden. Denn nach diesen Gesetzesstellen ist zwar unter Umständen die Bewilligung der Behörde zu gewissen Actionen, welche in bestehende Wasserrechte eingreifen könnten, erforderlich; im vorliegenden Falle aber handelt es sich nicht um die Frage, ob in einem concreten Falle eine derartige Bewilligung erforderlich sei, sondern es soll durch ein generelles Verbot im Vorhinein eine Schranke gezogen und jede Brunnengrabung von über 6 m Tiefe in einem bestimmten Umkreise für unzulässig erklärt werden. - Eine solche Verfügung aber sind die politischen Behörden, abgesehen von dem Falle einer Expropriation, mangels einer bezüglichen Gesetzesbestimmung zu erlassen nicht berechtigt.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Steiermark. In der am 12. Juli l. J. abgehaltenen Sitzung wurde über nachfolgende Gegenstände berathen:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Lankowitz.
- 2. Gutächtliche Aeusserung über die Errichtung einer öffentlichen Apotheke im
- 3. Gutächtliche Aeusserung über das Ansuchen um die Bewilligung zur Errichtung und zum Betriebe einer Ammenvermittlungsanstalt in Graz.

Vgl. auch Jahrg. 1900 d. Bl., S. 352.

- 4. Gutächtliche Aeusserung über die projectirte Ventilations-Einrichtung bei der Sturzbrücke zur Einleitung der Fäcalien in die Mur.
- 5. Gutächtliche Aeusserung, betreffend die Errichtung eines Ueberfallwehres in der Mur an der Bezirksstrassenbrücke in Puntigam mit Rücksicht auf die Podewils'sche Fabrik und die genehmigte Sturzbrückenanlage der Stadt Graz.

Tirol und Vorarlberg. In der Sitzung vom 12. Juli l. J. kamen nachfolgende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Gutachten über die Concessionirung einer Anlage zur Verabreichung von elektrischen Lichtbädern.
- 2. Gutachten über die Eignung einer Villa in Gries bei Bozen zu einer Heilanstalt für Lungenkranke.
- 3. und 4. Gutachten über die Concessionirung einer Heubadeanstalt in Cavalese und in Carano.
 - 5. Gutachten über die Neuerrichtung einer öffentlichen Apotheke in Altenstadt.
 - 6. Gutachten über die Concessionirung einer Heilbadeanstalt in Hall.

Krain. In der am 28. Juli l. J. abgehaltenen Sitzung wurden nachfolgende Referate erstattet:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über das Canalisationsproject eines grösseren Convictes und Seminares.
- 2. Begutachtung der Pläne für den Aufbau eines zweiten Stockwerkes auf ein Conventschulgebäude.

Böhmen. In der am 19. Juli stattgefundenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstande zur Verhandlung:

- 1. Impfhauptbericht für das Jahr 1901.
- 2. Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Aufinowes.
- 3. Concessionsverleihung für die neuerrichteten öffentlichen Apotheken in Neubydzow und Pilsen.
- 4. Beschaffenheit, beziehungsweise Zulässigkeit der von einer Firma erzeugten und in Vertrieb gebrachten Medicinalweine.
- 5. Maassnahmen zur Beschaffung verlässlich sterilisirter Gelatine für Injectionszwecke.
 - 6. Anstände bei den privaten Ammenvermittlungsanstalten.
- 7. Bewilligung zur ferneren Benützung einer Familiengrabstätte auf einem aufgelassenen Friedhofe.
 - 8. Ankündigung von Anstalten für Röntgenstrahlen und Lichttherapie.
- 9. Bewilligung zur Benennung einer Heilquelle in Liebwerda als "Arsen-Eisen-Säuerling-Marienquelle".
- 10. Ansuchen einiger Butterhändler um Abanderung der Verordnung, in Folge welcher die Papierumhüllungen der Margarine mit einem rothen Streifen zu versehen sind.
- 11. Besetzungsvorschlag für die Stelle eines Oberbezirksarztes- und zweier Sanitätsconcipisten- eventuell Sanitätsassistentenstellen.

Mähren. Berathungsgegenstände der Sitzung am 26. Juli 1902.

- 1. Qualification der Bewerber um eine Bezirksthierarztes-beziehungsweise Veterinärassistentenstelle. (Referent: k. k. Landesveterinärreferent J. Rudovsky.)
- 2. Umwandlung der Badeanstalt in Kosteletz bei Stiep in eine Curanstalt. (Referent: Sanitätsrath Dr. A. Fleischer.)
- 3. Eignung des von der Gemeinde Tischnowitz für den Bau eines Krankenhauses in Aussicht genommenen Bauplatzes. (Referent: a. o. Mitglied Regierungsrath Dr. Spitzer.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Griechenland. Mit königlicher Verordnung vom 19. August (1. September) wurde die Einfuhr von zum Handel bestimmten alten oder in Gebrauch gestandenen Kleidern aus was immer für einem Theile des Auslandes verboten.

Türkei. Laut einer Mittheilung vom 26. October ist in Constantinopel (Galata) an einem 37 jährigen dortigen Weinhändler Pest constatirt worden. Der Kranke und die mit demselben in Berührung gekommenen Personen wurden im Pestlazareth isolirt. Der Sanitätsconseil ordnete die ärztliche Untersuchung der von Constantinopel Abreisenden an.

Aegypten. In Alexandrien wurde in der Woche vom 16. bis 22. October ein Pestfall an einem todt aufgefundenen Griechen constatirt.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 26. September bis 2 October 110 Pestfälle und 57 Todesfälle, in Calcutta (S. 475) in der Woche vom 14. bis 20. September 8 Todesfälle, in Kurachee in der Woche vom 20. bis 26. September 13 Todesfälle und in der Präsidentschaft Madras von 14. bis 20. September 296 Pestfälle und 246 Todesfälle ausgewiesen.

Brasilien. (S. 487.) Vom 24. bis 29. September sind in Rio de Janeiro 3 Pesttodesfälle zur Anzeige gelangt.

Cholera. Bulgarien. Mit Verordnung vom 5. (18.) October 1. J. wurde die ganze syrische Küste des Mittelmeeres vom 2. (15.) October an für choleraverseucht erklärt.

Griechenland. Herkünfte der syrischen Küste von Gaza bis Beirut, erstgenannte Stadt inbegriffen, unterliegen vom 2. (15.) October an der 10tägigen Quarantaine in Delos. Die Einfuhr von Waren aus diesem Gebiete ist verboten. Das Gepäck der Mannschaft und Passagiere dritter Classe von dort kommender Schiffe wird der Desinfection unterzogen.

Türkei. Nach einer näheren Mittheilung über den Verlauf der Cholera in Syrien (S. 487) sind in Gaza an den aufeinanderfolgenden Tagen vom 16. bis 19. October 32, 30, 37, 36 Todesfälle, in dem 4 Stunden von Gaza entfernten Dorfe Deir-el-Balah am 18. October 4, in dem in der Umgebung von Hebron gelegenen Orte Beït-Djebrin am 19. October 5 Todesfälle an Cholera beobachtet worden. In Lydda nächst Jaffa wurden vom 15. bis 19. October 4, 11, 5, 10, 25 Choleratodesfälle ermittelt. In der Stadt Jaffa selbst sind vom 17. bis 19. October 2 Erkrankungen und 1 Todesfall an Cholera vorgekommen. Auch in Tiberias ist die Cholera aufgetreten; vom 24. bis 27. October wurden daselbst 30 Erkrankungen, darunter 5 mit tödtlichem Verlaufe, beobachtet.

In Medina (S. 455) wurden vom 29. September bis 10. October 8 Choleratodesfälle ausgewiesen; vom 11. bis 18. October sind keine neuen Choleratodesfälle beobachtet worden.

Aegypten. In Alexandrien wurden in der Woche vom 16. bis 22. October 55 neue Cholerafälle und 51 Todesfälle verzeichnet. Von den ausgewiesenen neuen Fällen wurden 42 nach eingetretenem Tode constatirt.

In Cairo sind in der Woche vom 15. bis 21. October 16 neue Cholerafälle (10 nach eingetretenem Tode) und an Cholera 13 Todesfälle insgesammt ermittelt worden.

In ganz Aegypten wurden in der Woche vom 14. bis 20. October 685 neue Cholerafälle (gegen 819 in der Vorwoche) ausgewiesen; von diesen kamen 475 erst nach eingetretenem Tode zur behördlichen Kenntnis. In den Spitälern starben in dieser Woche 147 Personen an Cholera. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden gemeldet aus den Städten: Cairo 4 (13), Alexandrien 12 (57), Port Said 2 (2), Damiette 6 (20), Suez 0 (2), Ismailia 0 (2), El Ariche 0 (1) und aus den Provinzen: Gharbieh 6 (36), Behera 27 (193), Charkieh 5 (15), Dakahlieh 32 (29), Galiubieh 14 (19), Menusieh 14 (55), Guizeh 4 (13), Beni-Suef 1 (2), Fayum 23 (38), Minieh 0 (1), Assiut 0 (1), Guirgueh 22 (31) Keneh 8 (92), Assuan 0 (0).

Deutsches Reich. Beförderung von Leichen auf Eisenbahnen. Laut Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. Juni 1902, R. G. Bl. Nr. 32, wurden die Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnung über die Beförderung von Leichen dahin abgeändert, dass eine Begleitung von Leichen auf dem Eisenbahntransporte nicht erforderlich ist, wenn als Bestimmungs-

Digitized by Google

ort eine Eisenbahnstation bezeichnet ist, und der Absender bei der Aufgabestation das schriftliche oder telegraphische Versprechen des Empfängers hinterlegt, dass dieser die Sendung sofort nach Empfang der bahnseitigen Benachrichtigung von ihrem Eintreffen abholen lassen werde. Bei Sendungen an Leichenverbrennungsanstalten und an Beerdigungsinstitute genügt es, wenn diese eine derartige Verpflichtung gegenüber der Eisenbahn in allgemeiner Form übernommen haben. Die Beförderung der Leichen erfolgt in der Regel mit Personenzügen; Beförderung mit Schnellzügen kann nicht verlangt werden.

Preussen. Grundsätze für die Errichtung und den Betrieb von Geflügelmästereien und Schlächtereien. Nach den mit Bekanntmachung vom 30. April 1902 (Ministerialbl. d. Handels und Gewerbe-Verw., S. 203) für die Errichtung und den Betrieb von Geflügelmästereien und Geflügelschlächtereien hinausgegebenen Vorschriften dürfen Geflügelmästereien nicht in Kellerräumen eingerichtet werden. Der Hofraum, auf dem das Geflügel sich bewegt, ist einzufrieden, mit dichtem, undurchlässigem Fussboden und starkem Gefälle und Abzugsrinnen nach der Canalisation oder nach Sammelgruben anzulegen; dasselbe gilt von Ställen und Buchten. Sofern das Geflügel auf Lattenrosten steht, ist zwischen Fussboden und Rost ein für bequeme Reinigung des ersteren genügender Raum zu lassen. Offene Buchten sind mit Schutzdach zu versehen. Sammelgruben dürfen nicht innerhalb der Arbeitsräume angelegt werden, sollen mindestens 10 m vom Brunnen entfernt, vollkommen wasserdicht und mit Bohlenbelag abgedeckt und nicht tiefer als 1 m sein. Von den Arbeitsräumen sind sie durch Wasser- oder Schieberverschluss zu trennen.

Jede Geflügelmästerei muss an die Wasserleitung angeschlossen werden oder in der Nähe eine Wasserentnahmestelle haben.

Schlacht- und Rupfräume dürfen nicht in Kellerräumen untergebracht werden; sie müssen gut lüftbar, mindestens $2.5\,m$ hoch sein und eine Bodenfläche von mindestens $3\times3\,m$ besitzen. Sofern Schlachträume gleichzeitig als Rupfräume dienen, darf ihre Bodenfläche nicht weniger als $20\,m^2$ betragen. Die Wände sind mindestens $2\,m$ hoch mit glattem Cementverputz zu versehen und eben so hoch mit heller Oelfarbe zu streichen. Der Fussboden muss aus dichtem, undurchlässigem Material bestehen und im Schlachtraume Gefälle nach der Canalisation oder nach einer Sammelgrube haben. Fenster und Thüren sind so einzurichten, dass das Schlachten nicht von der Strasse aus beobachtet werden kann.

Der Fussboden der Schlacht- und Rupfräume ist nach jedem Schlachttage, in den Mästereien mindestens wöchentlich einmal gründlich zu reinigen. Blut, Eingeweide und sonstige feste Schlachtabgänge müssen im Sommer nach Beendigung des Schlachtens täglich, im Winter zweimal wöchentlich entfernt werden. Dünger und sonstige Abgänge aus der Mästerei sind während der warmen Jahreszeit wöchentlich mindestens zweimal, im Winter einmal abzuführen; die Abwässer aus den Sammelgruben des Schlacht- und Mästereiraumes sind im Sommer täglich, im Winter zweimal wöchentlich in geschlossenen, dichten Gefässen zu beseitigen. Die Gruben müssen mindestens einmal wöchentlich desinficirt werden. Zum Ausstopfen der ausgeweideten Thiere darf nur reines, nicht bedrucktes oder beschriebenes Papier verwendet werden.

Vermischte Nachrichten.

Oberösterreich. Erhöhung der Verpflegstaxe im allgemeinen Krankenhause in Schärding. Laut Kundmachung der k. k. oberösterreichischen Statthalterei vom 22. September 1902, Z. 20966, wurde die Verpflegstaxe im öffentlichen allgemeinen Krankenhause in Schärding vom 1. October 1902 ab mit 2 K (statt des bisherigen Ausmaasses von 1 K 60 h) festgesetzt.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 29. October bis 4. November 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Strzyzow: Pstragowa 3. Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 1; Ilorodenka: Piotrow 1, Tyszkowce 3; Kamionka strumilowa: Jakimow 2; Tlumacz: Holoskow 1.

Hiezu eine Beilage.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER
Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pranumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12.-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 13. November 1802.

Mr. 46.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes über die Einführung nicotinarmer Cigarren. (Schluss.) — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend die Anpreisung von Heilmethoden und Heilmitteln unbefugter ausländischer Unternehmungen und Personen in den Tagesblättern und sonstigen Druckschriften; Gesetz, wirksam für das Königreich Böhmen, betreffend die Ertheilung des Oeffentlichkeitsrechtes an das Besirkskrankenhaus in Friedland. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 8. November 1. J. abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten nach Mittheilung der laufenden Geschäftsstücke durch den Vorsitzenden O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl und nach Berichterstattung des Sanitätsreferenten im Ministerium des Innern über Auftreten und Verbreitung der Cholera in Syrien nachstehende Berathungsgegenstände zur Verhandlung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die Landes-Sanitätsreferentenstelle, die neusystemisirte Landes-Sanitätsinspectorstelle und zwei erledigte Oberbezirksarztesstellen in Dalmatien, ferner um die erledigten Oberbezirksarztesstellen in Kärnten und in Tirol. (Referent: Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý.)
- 2. Gutachten über den balneologischen Charakter einer Heilquelle in Steiermark. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. E. Ludwig.)
- 3. Gutachten über die Zulässigkeit der Anwendung elektrischer Loh-Tanninbäder. (Referent: O. S. R. Hofrath Dr. Exner.)
- 4. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit eines Recurses, betreffend die Errichtung einer Bleiche und Färberei. (Referent: O. S. R. Generalstabsarzt Prof. Dr. Kratschmer.)
- 5. Begutachtung eines Entwurfes von Vorschriften, betreffend die Vornahme von Narkosen in Krankenanstalten. (Referent O. S. R. Hofrath Prof. Dr. C. Gussenbauer.)
- 6. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um eine in den Wiener k. k. Krankenanstalten zur Besetzung gelangende Primararztesstelle. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum.)



Gutachten des k. k. Obersten Sanitätsrathes über die Einführung nicotinarmer Cigarren.

Referent: O. S. R. Prof. Dr. E. Ludwig.

(Schluss.)

Die Untersuchungen von J. Habermann, Zeitschrift für physiologische Chemie Bd. 33, S. 55—125, über den Cigarrenrauch unterscheiden sich namentlich von den früheren einschlägigen Untersuchungen dadurch, dass Habermann bei denselben die in der Praxis beim Cigarrenrauche bestehenden Verhältnisse möglich eingehalten hat namentlich was den Zustand der Cigarren und das intermittirende Rauchen anbelangt Die Cigarren wurden im lufttrockenen, gut abgelagerten Zustande verwendet, das intermittirende Rauchen besorgte ein zweckmässig construirter Apparat, der so eingestellt war, dass er zum Verrauchen einer Cigarre näherungsweise dieselbe Zeit brauchte, wie der Raucher.

Zu den Versuchen dienten österreichische Regiecigarren, über deren Gehalt an Asche, Feuchtigkeit und Nicotin die folgende Tabelle Aufschluss gibt, welche die Mittelwerthe der angeführten Analysen enthält; diese sind in Procenten angegeben:

Cigarrensorte	Asche	Feuchtigkeit	Nicotin
Kurze	19.9	5.94	1 88
Portorico	18.9	6.84	1.41
Cuba-Portorico	20.0	7.27	1.40
Operas	$19^{.}2$	6.96	1.43
Panetelas (Havanna)	19.8	6.80	1.81
Britannica	20.4	6.34	1.29
Trabuco	22^{-1}	7:03	1.61
Regalitas	19^{1}	7·16	2.90
Brasil-Virginia	18.9	6.90	1.47
Virginia	16.4	5.64	3 · 9 9

Die Rauchversuche haben folgende Resultate geliefert:

A. Prüfung des Cigarrenrauches auf Schwefelwasserstoff, Cyanwasserstoff

Kohlenoxyd.

1. Der Rauch aller untersuchten Cigarrensorten enthielt Schwefelwasserstoff: die Menge desselben ist bei den einzelnen Cigarrensorten allem Anscheine nach verschieden, man darf aber nicht sagen, dass die billigen Cigarrensorten viel, die theuren wenig Schwefelwasserstoff liefern.

2. Der Rauch aller Cigarrensorten enthielt Kohlenoxyd.

3. Bei keiner Cigarrensorte konnte im Rauche Cyanwasserstoff nachgewiesen werden.

Da in dem ersten Condensationsgefässe des Rauchapparates bei jedem Versuche reichlich kohlensaures Ammon vorhanden war, so ist nicht bewiesen, dass der Schwefelwasserstoff als solcher und nicht als Schwefelammonium im Rauche enthalten ist. Da der Dampf des Schwefelammoniums auf die Schleimhäute der Mundhöhle sehr stark ätzend wirkt, hält Habermann die Beachtung dieses Umstandes seitens der Physiologen für geboten.

Das negative Ergebnis bezüglich des Cyanwasserstoffes hält Habermann nicht

für beweisend und stellt eingehende neue Versuche in Aussicht.

B. Bestimmung der Kohlensäure, des Sauerstoffs und des Kohlenoxydes in Cigarrenrauche. Die Resultate auf 1 g verrauchter Cigarren bezogen sind als Mittelwerthe in der folgenden Tabelle enthalten:

Cigarrensorte		Rauchzeit in Minuten	Aspiratorwasser in cm ³ verbraucht	Gehalt in cm ³ CO ₂ CO			
Kurze		. 10.9	930	50.1	135.2	12.2	
Portorico		. 12.3	401	77.2	20.7	19.3	
Cuba-Portorico		. 10.0	3 03	65.6	9.8	13.6	
Operas		. 9.9	293	63.9	10.6	18·2	
Panetelas		. 10 [.] 4	451	48.3	53·1	13.1	
Britannica	•	. 11.2	353	$75\cdot2$	14.4	18.0	
Trabuco		. 11.7	324	66.6	13.7	17.2	
Regalitas		. 88	26 0	56.1	11.5	13.9	
Brasil-Virginia		. 17.6	890	19.8	164.5	5.2	
Virginia	•	. 229	1311	$62 \cdot 3$	233 7	17.4	

Aus diesem Zahlenmateriale ergibt sich zunüchst, dass die Kurze, die Brasil Virginia und die Virginia gegenüber den anderen Versuchseigarren mit einem ausserordentlich grossen Luft-Ueberschusse verraucht werden; dies ist allein in der verschiedenen Beschaffenheit der Cigarren begründet; zunächst ist auf den eigenthümlichen Bau der Brasil-Virginia und der Virginia hinzuweisen, bei denen durch den vorhandenen Luftcanal, durch die überaus schlanke Form, sowie durch die nicht seltenen undichten Stellen im Deckblatte für das Eindringen reichlicher Luftmengen Gelegenheit gegeben ist. Dazu kommt noch, dass eine dichte Verbindung des Strohhalms mit dem Aspirator schwer herzustellen ist, und dass die angebrannte Cigarre öfter während des Rauchversuches verlöscht.

Was die Kurze anbelangt, so verlöscht die Mehrzahl derselben wiederholt beim Rauchversuche. Die Cigarre ist aus geringwerthigem Materiale und mit geringer Sorgfalt hergestellt, sie hat zahlreiche undichte Stellen in der äusseren Hülle und ein sehr unregelmässiges inneres Gefüge.

Lässt man die eben besprochenen drei Cigarrensorten unberücksichtigt, so geht aus den Resultaten Folgendes hervor:

- 1. Zum Verrauchen von 1 g Cigarre sind im Durchschnitte 10.8 Minuten bei einem Minimum von 8 und einem Maximum von 14.8 Minuten nöthig; daraus ergibt sich für eine mittlere Cigarre von 5.5 g Gewicht eine mittlere Rauchdauer von nahezu 1 Stunde.
- 2. Nimmt man an, dass die vom Aspirator abgeflossenen Wassermengen dem angesaugten Wasser entsprechen, und dass in den Ruhepausen des Aspirators $^{1}/_{3}l$ Rauch entsteht, so entwickelt eine Cigarre von 5·5 g Gewicht im Mittel 3·5 l Rauch.
- 3. Der Cigarrenrauch enthält stets erhebliche Mengen von unverbrauchtem Luftsauerstoff.
- 4. Im Durchschnitte beträgt die Menge des Kohlendioxydes 4mal so viel, als die des Kohlenoxydes; von diesem Resultate weichen nur Cuba-Portorico und Operas nennenswerth und entgegengesetzt ab.
- 5. Die Form der Cigarre hat auf das Mengenverhältnis von CO₂: CO keinen erheblichen Einfluss, dieses hängt vielmehr von der Qualität des Tabaks und von der Energie des Rauchens ab.
- C. Bestimmungen des Nicotins im Cigarrenrauche und in den nicht verrauchten Cigarrenenden (Stümpfen).

Die im Tabakrauche und in den nicht verrauchten Cigarrenstümpfen durch die Analyse ermittelten Stickstoffbasen sind nicht kurzweg als Nicotin anzusprechen, es unterliegt vielmehr keinem Zweifel, dass eine erhebliche Menge derselben aus Pyridinbasen besteht, die zum Theile aus zersetztem Nicotin, zum vielleicht grösseren Theile aus durch trockene Destillation zersetztem Eiweis herrühren.

Die Mengen der in den unverrauchten Enden ermittelten Stickstoffbasen sind durchwegs grösser, als der mittlere Nicotingehalt der betreffenden Cigarren; zweifellos

rührt die Anhäufung der Stickstoffbasen in den Stümpfen zum Theile von den aus dem Eiweiss entstandenen Basen her.

Die in dem angesaugten Rauche gefundene Menge von Stickstoffbasen betrug bei 9 Cigarrensorten 17 bis 33% des mittleren Nicotingehaltes der betreffenden Cigarrensorten, nur bei Brasil-Virginia war der Procentgehalt 67%.

Es geht daher entgegen den gebräuchlichen Annahmen nur ein kleiner Theil des Nicotins der Cigarren in den angesaugten Rauch über. Der Widerspruch findet zum Theile in der verschiedenen Art der Versuchsanordnung (continuirliches und intermittirendes Ansaugen) seine Erklärung.

Der beim Rauchen der Cigarren stattfindende chemische Vorgang ist nach Habermann in der Hauptsache als trockene Destillation gekennzeichnet, bei der nur

in untergeordnetem Grade auch Verbrennung stattfindet.

Die Gerold'schen Patenteigarren sind von Prof. Thoms, in dem Laboratorium der Hainburger Tabakfabrik und auch im Laboratorium des Referenten auf Nicotin untersucht worden; sie erwiesen sich als nicotinhältig und zwar wurden, auf Trockensubstanz berechnet, die folgenden Nicotingehalte in Percenten nachgewiesen:

			Hainburg	Thoms	Labor. Ludwig.
Perfectos			$0.9_{0/0}$	_	$0.93^{\circ}/_{0}$
Delicados			$0.89^{\circ}/^{\circ}$	$1.134^{\circ}/_{0}$	$1.02^{6}/_{0}$
Superior					$1.68^{0/0}$
Primera			$1.14^{\circ}/_{o}$		$1.17^{\circ}/_{\circ}$

Mit allen Mitteln der Reclame ist nun die Ansicht verbreitet worden, dass dieser Nicotingehalt der Gerold-Wendt'schen Cigarren durch das patentirte Verfahren im Tabak conservirt ist und daher nicht in den Rauch gelangt. Rauchversuche, welche Prof. Thoms mit diesen Cigarren angestellt hat, lieferten uns, wie aus theoretischen Gründen von vornherein einzusehen war, den Beweis, dass die Behandlung des Tabaks mit Gerbsäure und Origanumextract nicht hindert, dass das Nicotin und dessen Zersetzungsproducte gerade so, wie aus unpräparirtem Tabak, in den Rauch übergehen.

Bei zwei Sorten: Delicados und Torpedo, welche 1·134, respective 1044⁶/₄ Nicotin enthielten, gelangten von demselben beim Rauchen circa 70°/₀ in den Rauch, davon mehr als als drei Viertel unzersetzt.

Anlässlich einer Bemerkung des Sanitätsrathes Fürst, dass die mit Gerbstoff und Origanum präparirten Cigarren sich bei Thierversuchen ungiftig erwiesen haben und deshalb sehr zu empfehlen sind, weist Kissling nach, dass nur die Unfähigkeit

zur Beurtheilung chemischer Fragen solche Resultate hervorbringen könne.

Er sagt, der Versuch, das Nicotin durch Bindung an nicht flüchtige Substanzen beim Verglimmen des Tabaks vor Verdampfen und Uebertritt in den Rauch zu schützen, ist ebenso aussichtslos, wie das Bestreben, durch Einfügen von Vorrichtungen in die Cigarre selbst oder in das Mundstück das in den Rauch übergegangene Nicotin zu absorbiren. Im ersten Falle wird die betreffende Verbindung natürlich durch die beim Verglimmen erzeugte Hitze zerlegt und im letzten Falle findet, wenn überhaupt, eine durchaus ungenügende Absorption statt. Kissling weist noch darauf hin, dass die Bezeichnung »nicotinfrei« bei den betreffenden Tabakpräparaten des Handels ein technischer Euphemismus ist; »nicotinarm« wäre richtiger.

Das patentirte Gerold'sche Verfahren zur Conservirung des Nicotins im Tabak muss auf jeden Sachverständigen von Vornherein den Eindruck machen, dass es sich da um ein ganz unbegründetes, laienhaftes Vorgehen handelt. Thatsächlich haben die angestellten Untersuchungen bewiesen, dass durch dieses Verfahren der angestrebte Zweck nicht erreicht wird; von dem Nicotingehalte der Gerold'schen Patenteigarren

geht nämlich ein ebenso grosser Percentsatz in den Rauch, wie von unpräparirten

Cigarren mit gleich grossem Nicotingehalte.

Was die Frage anbelangt, ob es erspriesslich wäre, nicotinfreie Cigarren in den Verkehr zu bringen, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, dass eine Cigarre, die sich als Genussmittel den jetzt gebräuchlichen Cigarren vollkommen gleich verhielte, jedoch frei von Nicotin wäre, also einen Rauch liefern würde, der weder dieses giftige Alkaloid, noch dessen giftige Zersetzungsproducte enthielte, als ein grosser Fortschritt anzusehen wäre.

Allein es ist schwer zu begreifen, wie eine solche Cigarre heute zu Stande gebracht werden soll. Wenn es auch thatsächlich gelingt, das Nicotin allein aus dem Tabak zu eliminiren und alle anderen Bestandtheile unverändert zu lassen, so wird der Raucher beim Rauchen eines solchen nicotinfreien Tabaks jene erwünschten physiologischen Wirkungen vermissen, welche lediglich durch die kleinen Nicotinmengen und durch die Zersetzungsproducte des Nicotins erzeugt werden und der Hauptsache nach die angenehme Stimmung des Rauchers hervorrufen.

Es ist aber ganz unwahrscheinlich, dass es bald oder überhaupt gelingen wird, dem Tabak das Nicotin zu entziehen, ohne ihn bezüglich seiner Bestandtheile auch anderweitig zu verändern. Einen Tabak, dem auch jene Stoffe ganz oder theilweise fehlen, welche das Aroma des Rauches bedingen, das wesentlich zur Erzeugung der angenehmen Stimmung des Rauchers beiträgt, wird dieser sicher verschmähen.

Der Oberste Sanitätsrath spricht sich demnach wie folgt aus:

Die Gerold'schen Patenteigarren sind nicotinhältig, ihre Präparation mit Gerbsäure und Origanumextract bedeutet vom hygienischen Standpunkte keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung für den Raucher; denn die Anwesenheit der Gerbsäure und des Origanumextractes hindern keineswegs den Uebergang des Nicotins und seiner Zersetzungsproducte in den Rauch, alteriren aber die Feinheit des Aromas. Die Herstellung solcher Cigarren im Inlande ist daher durchaus nicht anzustreben.

Wenn es gelingt, Cigarren zu erzeugen, die, obwohl nicotinfrei, beim Rauchen dieselbe angenehme Wirkung hervorbringen, wie die nicotinhältigen Cigarren, so wird das namentlich für solche Raucher, die gegen das Nicotin und dessen Zersetzungsproducte im Rauche empfindlich sind, von grossem Vortheile sein. Die Hoffnung, dieses Ziel zu erreichen, muss aber als eine sehr geringe bezeichnet werden.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des | Wege der Annoncirung in mehreren im dortigen Innern vom 6. November 1902, Z. 26284, | Verwaltungsgebiete erscheinenden Zeitschriften,

an die k. k. Statthalterei in Brünn,*)

betreffend die Anpreisung von Heilmethoden und Heilmitteln unbefugter ausländischer Unternehmungen und Personen in den Tagesblättern und sonstigen Druckschriften.

Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 16. August 1901, Z. 35361, betreffend die Anpreisung von Heilmitteln und Heilmethoden durch eine amerikanische Unternehmung im Wege der Annoncirung in mehreren im dortigen Verwaltungsgebiete erscheinenden Zeitschriften, wird der k. k. Statthalterei eröffnet, dass zu Folge Mittheilung des k. k. Justizministeriums vom 17. Juni 1902, Z. 7739, die Vertreter der in Betracht kommenden Zeitschriften durch die dortige k. k. Oberstaatsanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht wurden, dass durch die Veröffentlichung der betreffenden Inserate ein eurpfuscherisches, daher unstatthaftes Unternehmen gefördert werde, und dass die Fortsetzung dieser Inserirung die pressrechtliche Repression, beziehungsweise strafgerichtliche Ahndung nach sich ziehen müsste.



^{*)} In Abschrift allen übrigen politischen Landesstellen zur analogen Veranlassung übermittelt.

Diese Warnung war von Erfolg, und würde die neuerliche Veröffentlichung dieser oder ähnlicher Annoncen entgegen der vorhergegangenen Abmahnung das Einschreiten der k. k. Oberstaatsanwaltschaft nach sich ziehen.

Aus diesem Anlasse hat das k. k. Justizministerium mit dem Erlasse vom 17. Juni 1902, Z. 7739, neuerliche Directiven (siehe Erlass des k. k. Justizministeriums vom 8. Juli 1898, Z. 14924, in der Zeitschrift "Das österreichische Sanitätswesen" 1898, Nr. 31) an die Oberstaatsanwaltschaften gelangen lassen, welche sich auf deren Vorgehen zur Hintanhaltung unzulässiger Anpreisungen von Heilmitteln und Heilmethoden in Druckschriften (Tagesblättern, Flugschriften, Kalendern etc.), soferne sie von ausländischen unter dem Scheine der Ausübung der ärztlichen Wissenschaft wirkenden Persönlichkeiten ausgehen, beziehen.

In diesem Erlasse wird insbesondere hervorgehoben, dass die mit derartigen reklamkaften Ankündigungen verbundene Inaussichtstellung einer brieflichen Cur unzweifelbaft einer unbefugten Ausübung der Arzneikunde im Inlande gleichkäme und daher als Distanzdelict der Strafnorm des § 343 St. G. unterliege, wobei hinsichtlich der Publication dieser Anpreisungen die §§ 5 und 8 St. G., betreffend Mitschuld und Theilnahme an strafbaren Handlungen, sowie Versuch von solchen, in Betracht kämen.

Unter Umständen, wie bei der Anpreisung der brieflichen Cur in der Annonce selbst, käme eventuell § 305 St. G., betreffend die Anreizung zu verbotenen Handlungen, und insoferne die Annonce die Aufforderung zum Ankaufe eines im Inlande verbotenen oder in Bezug auf seine Verabfolgung besonderen beschränkenden Anordnungen unterworfenen Heilmittels verbreiten würde, die Bestimmungen der §§ 345 und 354 St. G., betreffend den Verkauf verbotener Arzneimittel und den unbefugten Verkauf von Heilmitteln, bei Prüfung der Annonce vom Standpunkte der SS 5 und 8 St. G. in Betracht.

Das k. k. Justizministerium legt das Hauptgewicht darauf, dass in jedem einzelnen Falle mit Vorsicht geprüft werde, ob es sich thatsächlich um ein solches Unternehmen

handle, das unter dem Scheine der Ausübung der ärztlichen Wissenschaft in einer die öffentliche Gesundheitspflege bedrohenden Weise thätig ist.

Um hiernach die Mitwirkung der k. k. Ober-Staatsanwaltschaft zur Hinauhaltung des immer wiederkehrenden Unfuges einer unzulässigen Anpreisung von Heilmethoden und Heilmitteln unbefugter ausländischer Unternehmungen in Druckschriften und Annoncen wirksam ansprechen zu können, wolle die k. k. Statthalterei die eigenen, sowie die Sanitätsorgane der unterstehenden politischen Behörden anweisen, dass dieselben fortan derartigen Annoncen und Anpreisungen in den im Amtsgebiete erscheinenden Druckschriften die fortgesetzte Aufmerksamkeit zuwenden.

In Fällen, in denen die im Vorstehenden dargelegten Momente zutreffen, ist der k. k. Statthalterei unter Vorlage der beanständeten Publication die Anzeige zu erstatten, damit die k. k. Statthalterei in die Lage komme, sich hinsichtlich der weiteren Verfolgung der Angelegenheit mit der dortigen k. k. Oberstaatsanwaltschaft in das Einvernehmen zu setzen.

Gesetz vom 1. September 1902,

R. G. Bl. Nr. 52,

wirksam für das Königreich Böhmen,

betreffend die Ertheilung des Oeffentlichkeitsrechtes an das Bezirkskrankenbaus im Friedland.

Ueber Antrag des Landtages Meines Königreiches Böhmen finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Dem Bezirkskrankenhause in Friedland wird im Sinne des Landesgesetzes vom 5. März 1888, L. G. Bl. Nr. 19, das Oeffentlichkeitsrecht verliehen.

§ 2.

Mein Minister des Innern wird mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Pola, am 1. September 1902.

Franz Joseph m. p.

Koerber m. p.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 13. (26.) October 1. J., Nr. 417, wurde aus Anlass des Vorkommens eines Pestfalles in Constantinopel folgendes angeordnet: 1. Reisende, welche aus Constantinopel über Burgas oder Varna zu Schiff oder über Hebibtschevo mittelst Eisenbahn in Bulgarien eintreffen, werden hier nach strenger ärztlicher Visite und nach Desinfection ihres Gepäckes und ihrer Effecten zugelassen. Zu diesem Zwecke haben sich solche Reisende im Quarantaine Lazarethe einen oder mehrere Tage bis zur Beendigung der Desinfection und der Visite aufzuhalten. 2. Die Eisenbahnzüge, einschliesslich die Orientexpresszüge, haben in der Quarantainestation Hebibtschevo anzuhalten und hier die nach Bulgarien bestimmten Reisenden und deren Gepäck abzugeben. 3. Den aus Constantinopel kommenden Schiffen sind nur die Häfen von Burgas und Varna offen, wo sie nach einer strengen ärztlichen Visite zum freien Verkehre zugelassen werden. 4. Die Bestimmungen der Verordnung Nr. 246 vom 27. Juni l. J. (S. 363 d. Bl.) werden ausser Kraft gesetzt mit Ausnahme der im Punkt 2 aufgezählten Maassnahmen. 5. Alte benützte Gegenstände, welche aus Constantinopel kommen, werden nach Desinfection zum Verkehre zugelassen, wenn sie durch ein Certificat gedeckt sind, welches bestätigt, dass sie Gegenstände eines Haushaltes sind.

Griechenland. Die Quarantaine für Herkünfte aus Odessa und das Waren-Einfuhrverbot (S. 447) wurden mit 4. November l. J. ausser Kraft gesetzt.

Russland. In Odessa (S. 486) ist laut der amtlichen Verlautbarungen im "Wiedomosti Odesskowo" am 24. October ein neuer pestverdächtiger Kranker ins Isolirspital abgegeben worden. Insgesammt sind hienach bisher 48 Personen an Pest erkrankt und 15 der Seuche erlegen. Am 26. October befanden sich noch 16 Kranke im Isolirspitale in Behandlung.

Die Desinfection der Umhüllungen des aus Odessa als Eilgut abgehenden Gepäckes wurde für ausreichend erklärt. Die dem Ausfuhrverbote unterliegenden Waren dürfen jedoch nicht als Eilgut zur Versendung gelangen.

Schweiz. Der Bundesrath hat Stadt und Hafen von Odessa für pestverseucht erklärt.

Türkei. Der in Constantinopel an Pest erkrankte Weinhändler (S. 495) ist im Lazarethe von Selvi Buran seinem Leiden erlegen. Die ärztliche Untersuchung der von Constantinopel Abreisenden wurde am 5. November wieder aufgelassen.

Aegypten. In Alexandrien wurde in der Woche vom 23. bis 29. October kein neuer Pestfall beobachtet.

Britisch-Indien. In Bombay sind in der Woche vom 3. bis 9. September 117 neue Pestfälle und 57 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 21. bis 27. September 15, in der folgenden Woche vom 28. September bis 4. October 9, in Kurachee in der Woche vom 27. September bis 3. October 23 Pesttodesfälle ausgewiesen worden.

Capcolonie. (S. 486.) In Port Elizabeth ist am 23. September ein Europäer an Pest erkrankt und am 25. September gestorben. Pestratten wurden an mehreren Punkten dieser Stadt aufgefunden, die letzte am 26. September l. J.

Vereinigte Staaten von Nordamei ika. In San Francisco wurden in der Zeit vom 1. bis 26. September 8 tödtlich verlaufene Pestfälle ausgewiesen.

Brasilien. (S. 495) In Rio de Janeiro sind nach einer Mittheilung vom 8. October 10 weitere Pestfälle beobachtet worden.

Behufs energischer Bekämpfung der in dieser Stadt herrschenden Volksseuchen (Pest, Gelbfieber, Blattern) wurde die öffentliche Sanitätsaufsicht, welche bisher von den Municipalbehörden geübt wurde, dem Obersten Bundessanitätsrathe übertragen, ein eigenes Aufsichtspersonale bestellt und die Anzeigepflicht der Aerzte, Hebammen, Krankenwärter und Hausgenossen bezüglich der angeführten Krankheitsformen, sowie bezüglich der Cholera, Diphtherie, des Typhus und Typhussiebers, der Lungentuberculose und Lepra für obligatorisch erklärt.

Cholera. Italien. Laut amtlicher Verlautbarung der königlichen italienischen Regierung sind an der Küste von Dancali zwischen Edda und Barasole in der Erythräischen

Colonie mehrere Cholerafälle vorgekommen. Von der Sanitätsverwaltung wurden die erforderlichen Maassnahmen zur Tilgung des Infectionsherdes getroffen.

Türkei. Laut amtliches Ausweises sind in Palästina bis zum 27. October insgesammt 860 Todesfälle an Cholera vorgekommen und zwar in Batani-Gharbi (bis 10. October) 20, in Gaza 627, in Lydda 159, Jaffa 2, Beït. Djibrine 10, Deïr-ul-Balah 20, Tiberias 9, Sunil (1 Stunde von Jaffa entfernt) 1, Djebelić (1 Stunde von Gaza) 4, Ghaza (1 Stunde von Saïda) 5 und in Djemzem 3.

In Hodeida (S. 487) wurden vom 12. bis 21. October 26 Cholerafälle ausgewiesen. In Medina scheint die Epidemie erloschen zu sein, da vom 10. bis 22. October sich kein weiterer Todesfall ereignet hat.

Der Oberste Sanitätsconseil gestattete, dass die vom verseuchten Küstengebiete Syriens in Beirut einlangenden Schiffe nach vorgenommener Desinfection und Ausladung der Waren in Contumaz nach dem verseuchten Gebiete ohneweiters wieder zurückkehren können.

Mit Circulare der Sanitätsadministration vom 22. October 1902, Nr. 190, wurde angeordnet, dass Pilgerschiffe, welche den Suezcanal passirt haben, in den ottomanischen Häfen nur dann zugelassen werden, wenn dieselben ausserhalb der Häfen von Port Said und Suez und nur so lange, als zur Abwicklung der Formalitäten für die Durchfahrt durch den Canal unbedingt nothwendig war, vor Anker gelegen sind, und wenn keine wie immer geartete Verbindung zwischen dem Schiffe und dem Lande während des Aufenthaltes in Port Said und in Suez, sowie auch während der Durchfahrt durch den Canal bestanden hat. Piloten und Sanitätswächter dürfen daher nicht auf das Schiff genommen werden, sondern dieselben haben auf dem Dampfer, welcher das Schiff durch den Canal geleitet, Platz zu nehmen.

Aegypten. In Alexandrien wurden in der Woche vom 23. bis 29. October 43 neue Cholerafälle (darunter 32 nach eingetretenem Tode) und insgesammt 37 Todesfälle constatirt.

In Cairo sind in der Woche vom 22. bis 28. October 7 neue Cholerafälle und 2 Todesfälle beobachtet worden.

In ganz Aegypten gelangten in der Woche vom 21. bis 27. October 415 neue Cholerafälle, gegen 685 der Vorwoche, zur Anzeige; hievon wurden 240 nach eingetretenem Tode ermittelt. In den Spitälern starben 116 Personen. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden gemeldet aus den Städten: Cairo 7 (4), Alexandrien 13 (38), Port Said 0 (0), Damiette 12 (12), Suez 1 (0), Ismailia 0 (1), El Ariche 0 (0), ferner aus den Provinzen: Gharbieh 12 (19), Behera 7 (103), Charkieh 3 (7), Dakablieh 2 (14), Galiubieh 13 (19), Menufieh 6 (14), Guizeh 1 (2), Beni-Suef 0 (0), Fayum 9 (10), Minieh 0 (0), Assiut 0 (0), Guirgueh 8 (42) Keneh 48 (69), Assuan 0 (0), Sudan 3 (2).

Blattern. Türkei. In Salonich (S. 487) wurden vom 22. October bis 3. November l. J. 11 neue Blatternerkrankungen und 8 Todesfälle, von welchen 6 Fälle früher Erkrankte betrafen, ausgewiesen.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 467) sind im Monate September 72 Blatterntodesfälle constatirt worden.

Gelbfieber. Brasilien (S. 467). In Rio de Janeiro wurden im Monate September 24 Todesfälle an Gelbfieber verzeichnet.

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 2. November nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 5. bis zum 11. November l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Stare Bohorodczany 1; Horodenka: Kopaczyńe 2, Tyszkowce 1; Kamionka strumilowa: Chreniow 8.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern ^{und} DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 20. November 1902.

Mr. 47.

Inhalt. Der II. Pellagra-Congress in Bologna. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen, mit welcher die Ein- und Durchfuhr gewisser Waren und Gegenstände aus dem Küstengebiete von Syrien (Palästina) von der ägyptischen Grenze an bis Beirut — diese Hafenstadt ausgenommen — verboten, beziehungsweise beschränkt wird. — XI. Internationaler Congress für Hygiene und Demographie in Brüssel. — Aus den Verhandiungen der k. k. Landes-Sanitätsläthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen und Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Der II. Pellagra-Congress in Bologna.

Von Dr. Guido v. Probizer, k. k. Sanitätsrath und Oberbezirksarzt in Rovereto.

In den Tagen vom 26. bis 29. Mai 1902 fand in Bologna der II. Pellagra-Congress*) statt. Die auf diesem Congresse gepflogenen Verhandlungen hinterliessen dem Berichterstatter, welcher über Aufforderung der interprovincialen Congress-Commission und mit Genehmigung des Ministeriums des Innern als Vertreter des Pellagrosariums in Rovereto an demselben theilgenommen hat, den Eindruck, dass die Bekämpfung der Pellagra in Italien während des letzten Trienniums grosse Fortschritte zu verzeichnen hat und festigten in demselben die Ueberzeugung, dass es der rastlosen und fortdauernden Arbeit in nicht allzu ferner Zeit gelingen werde, dieser schrecklichen Krankheit, welche auch in mehreren Kronländern unserer Monarchie endemisch auftritt, ein Ziel zu setzen.

Der Congresse hat über folgende Berichte berathen:

I. Bericht über die Thätigkeit des ständigen interprovinzialen Comités im Triennium 1899-1901. (Berichterstatter: L. Perisutti und G. B. Cantarutti.)

Schlussfolgerungen: Die dreijährige Arbeit des Comités zur Bekämpfung der Pellagra ist nicht nutzlos gewesen. Vergeblich jedoch werden Commissionen. Institutionen, Provincialdeputationen und Comités ihren Eifer und ihre Arbeitskraft eingesetzt haben, wenn nicht mit stets erneuter Energie der Kampf fortgeführt wird. Die letzten statistischen Ausweise liefern den Beweis, dass die Pellagra und pellagröse Manie in vielen der am meisten heimgesuchten Provinzen sich merklich vermindern.

^{*)} Der Congress zur Bekämpfung der Pellagra in Padua, siehe Jahrg. 1899 d. Bl., Nr. 28 und 29.

II. Bericht über die Pellagra im Königreiche Italien und die zu ihrer Bekämpfung getroffenen Vorkehrungen. (Berichterstatter: L. Perichterstatter: L. Perich

Schlussfolgerungen: Aus den gesammelten statistischen Daten geht eine Verminderung um eirea 6000 Pellagrakranke hervor, welche Ziffer besonders in der Provinz Padua, wo sich ein Missverhältnis zwischen Kranken und Irren zeigt bei einer neuerlichen Zählung sich noch vergrössern dürfte. Man kann mit Bestimmtheit annehmen, dass die Gesammtzahl der Pellagrakranken im Königreicht Italien 60.000 nicht übersteigt.

Aus der statistischen Uebersicht geht hervor (was übrigens auch die Enquête von 1899 ergab), dass die Abnahme der Häufigkeit der Krankheit im genauen Verhältnisse zu den zu ihrer Bekämpfung angeordneten und mit Ausdauer durchgeführten Maassregeln sich vollzieht, während dort, wo die Anti-Pellagraaction noch im Beginne steht oder noch nicht organisirt wurde, eine steigende Tendenz bemerkbar ist. In diesen Provinzen muss der Verbreitung der Endemie durch die Constituirung von Commissionen sofort ein Damm entgegengesetzt werden.

Die gegenwärtige Enquête zeigt, dass seit dem Congress von Padua, welcher die Anti-Pellagrabewegung so wesentlich gefördert hat, die Zahl dieser Commissionen in bedeutender Zunahme begriffen ist. In den wenigen Provinzen, wo noch keine Pellagracommissionen bestehen, mögen diese unverzüglich ins Leben gerufen werden.

Die Erfahrung hat gelehrt, wie segensreich deren Wirksamkeit ist.

Locande sanitarie wurden seit dem Congresse von Padua in bedeutender Zahl errichtet und constatiren die vielen den Comités zugegangenen Berichte die erheblichen Vortbeile derselben. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, dass pellagröse Geistesstörungen in jenen Gemeinden, in welchen Locande sanitarie im Betriebe sind, seltener wurden.

Die übrigen Vorkehrungen zur Bekämpfung der Pellagra haben gleichfalls im verflossenen Triennium Fortschritte gemacht; vor allem wäre es jedoch wünschens werth die Grundursache der Krankheit zu bekämpfen: nämlich den verdorbenen Mais. Wir möchten in allen Pellagracentren Trockenöfen für Mais, Gemeinde magazine zur Aufbewahrung des Mais, den Austausch von schlechtem Mais gegen gesunden eingeführt sehen.

Wir geben der bereits in der Enquête von 1899 ausgesprochenen festen Ueberzeugung Ausdruck, dass durch die eitrige Durchführung und stets weitergreifende Verbreitung der zur Bekämpfung der Krankheit als zweckdienlich erkannten Maass nahmen diese schmachvolle Endemie in nicht ferner Zeit, wenn nicht gänzlich verschwunden, so doch zum grössten Theile überwunden sein werde.

III. Bericht über die diätetischen Curen bei Pellagrakranken.
(Berichterstatter: Prof. Luigi Devoto.)

Schlussfolgerungen (auszugsweise): 1. Die gewöhnliche, gemischte Nahrung (unter Ausschluss des verdorbenen Mais) darf als genügend angesehen werden, um vorübergehend oder auch dauernd die einfachen, milden Pellagraformen zu beseitigen. Die Wirkungen werden umso günstiger und umso andauernder sein je früher der Kranke unter ärztlicher Leitung einer gemischten, kräftigen, gesunden Ernährung theilhaftig wird. Bei der Tendenz der Pellagra, mit der Zeit Veränderungen in den Organen und deren Functionen hervorzurufen, die sich im gleichen Verhältnisse zur verminderten Widerstandsfähigkeit des Individuums ernster gestalten, ist für Pellagrakranke, selbst in den Anfangsstadien, ein die Proportion des Körpergewichtes sowohl quantitativ als qualitativ übersteigendes Nahrungsausmaass geboten.

2. In der grossen Mehrheit der Fälle lässt die Zunahme des Körpergewichtes

auf eine wirkliche Besserung bei Pellagrakranken, welche organische oder functionelle Störungen des Nervensystems aufweisen, schliessen, obgleich manchmal auch Verschlimmerung der Krankheit bei Zunahme des Körpergewichtes constatirt werden kann.

- 3. Die diätetische Behandlung der mit complicirten Formen, mit organischen und functionellen Störungen behafteten Pellagrösen lässt sich nicht nach allgemeinen Kriterien bestimmen, sondern muss eine fallweise, symptomatische sein. Auch hier soll nach der alten Regel der Kranke, nicht die Krankheit behandelt werden. Stehen beispielsweise bei dem Kranken gastrische Störungen im Vordergrunde, so wird seine Diät diesen entsprechend einzurichten sein. Ebenso muss beim Hervortreten von katarrhalischen, nervösen, Motilitäts- und Leber-Störungen, beim Auftreten von cardiovasculären Erscheinungen auf nervöser Basis etc. die diätetische Behandlung fallweise geregelt werden. So lange die Medicin nicht im Besitze einer Causaltherapie oder Inhibitivprophylaxis ist, müssen wir uns auf die Behandlung der einzelnen Krankheitssymptome beschränken.
- 4. In Instituten oder Localen, in denen Pellagrakranke gespeist werden, sollte man diese stets in mindestens zwei Gruppen sondern: in leichter Erkrankte und schwerer Erkrankte. Für die Ersten genügt eine gewöhnliche, reichliche Kost, während für die Letzteren eine besondere Diät eingeführt werden sollte, welche Magen- und Darmstörungen oder andere Complicationen angepasst wäre.
- 5. Die diätetische Behandlung von Individuen, welche bereits Anzeichen von Pellagra aufgewiesen haben, sollte zu deren grösserem Vortheile zur Winterszeit stattfinden, in welcher die Krankheit sich vorzugsweise entwickelt und häufiger auftritt.
- 6. Die diätetische Behandlung ergibt auch bei älteren Individuen gute Resultate, wenn die Pellagra bei diesen noch jüngeren Datums ist. Es sollten daher in allen Anstalten nebst den jungen Leuten auch alte, die von Pellagra befallen werden, Aufnahme finden.
- 7. Nachdem die diätetische Behandlung der Pellagra in Fällen von Veränderungen der centralen Blutcirculation, hartnäckigen Diarrhöen etc., für welche ambulante Curen nicht genügend wirksam wären, nicht immer genügt, wird die Ausbreitung der diätetischen Behandlung im Domicil, in Pellagrosarien und Spitälern befürwortet. Berichterstatter hat durch Verbindung von Bettruhe mit entsprechender Diät bei hartnäckigen Diarrhöen bemerkenswerthe Resultate erzielt.

Den vom Berichterstatter in der Discussion gestellten nachstehenden Anträgen wurde beigestimmt.

- 1. Die Aufnahme von Pellagrakranken auf Universitätskliniken möge gefördert, und das Studium der Krankheit den jungen Aerzten ermöglicht werden, damit sie später in der Lage seien, die Pellagra in ihren Anfangsstadien zu erkennen und zu behandeln.
- 2. Die diätetischen Curen für Pellagrakranke sollen von Aerzten geleitet und nach Maassgabe individueller Indicationen durchgeführt werden.
- 3. In der bevorstehenden Discussion über das Pellagragesetz soll Artikel 11, welcher zwar die Unterstützung der armen Pellagrakranken obligatorisch macht, jedoch für die erste Zeit die diätetische Ernährung ausschliesst, insoferne eine den Fortschritten und Errungenschaften der Wissenschaft entsprechende Erweiterung erfahren, als derselbe zu lauten hätte: Die Ernährung und Behandlung der armen Pellagrakranken ist obligatorisch.

IV. Bericht über die Pellagra in der Provinz Bologna und deren Prophylaxis. (Berichterstatter: Dr. G. Badaloni.)

Schlussfolgerungen: 1. Die Zählung der Pellagrakranken sollte, wo ständige Provinzialcommissionen, sowie Gemeindecommissionen bestehen, welchen die Bekämpfung und Prophylaxis der Pellagra obliegt, in jedem Triennium erfolgen, zur steten Controle der sanitären Verhältnisse in der Provinz, sowie der erzielten Fortschritte.

Die Aufzählung der Pellagrakranken sollte eine namentliche sein und auf Grund directer Erhebungen und in allen Provinzen übereinstimmender Schemas stattfinden: diese Erhebungen sollen von Personen durchgeführt werden, welche sich in fort währendem Contacte mit der Bevölkerung befinden.

- 2. Nachdem heute allgemein anerkannt ist, dass die Ursache der Pellagra in der Maisvergiftung wurzelt, ist es nöthig, in Erwartung der entsprechenden, von der Regierung zu ergreifenden legislativen Maassregeln, den Maishandel vorläufig durch eine strenge sanitäre Aufsicht zu regeln und die Landbevölkerung in die Lage zu versetzen, den in ihrem Besitze befindlichen verdorbenen Mais gegen Mais guter Qualität einzutauschen.
- 3. Die Locande sanitarie können zwar nicht als prophylaktische Maassregeln im engeren Sinne angesehen werden, bilden jedoch ein mächtiges Hilfsmittel um die schweren Pellagraerscheinungen hintanzuhalten, und hauptsächlich um die Anzahl der Pellagrairrsinnigen herabzumindern.

V. Gemeinde-Brotbäckereien für die ärmeren Classen. (Berichterstatter: Abgeordneter P. Lucca.)

Schlussfolgerungen: Der Congress hält dafür, dass die Aufgaben der modernen Gemeindeverwaltung nicht ausschliesslich administrative sind, vielmehr dass dieselbe sich auch den socialen Aufgaben in kluger und nie erlahmender Voraussicht widmen müsse. In Anbetracht, dass die Beschaffung des wichtigsten Nahrungsmittels der ärmeren Volksclassen, des Brotes, von vorzüglicher Qualität und zu möglichst reducirtem Preise zur Pflicht wird; in Anbetracht, dass, wo die Constituirung von Corporativgesellschaften zur hygienischen Brotbereitung zum Selbstkostenpreise nicht möglich ist, die Monopolisirung der Bereitung und des Verkaufes des Brotes durch die Gemeinde die einzig mögliche Reform bildet; in Anbetracht schliesslich, dasseinem so eminent hygienischen und socialen Unternehmen der Gemeinden die Staatshilfe nicht fehlen darf und wird, befürwortet der Congress: Der Staat möge durch seine Unterstützung in Form von Darlehen zu Vorzugsbedingungen, sowie durch Reducirung der Salzpreise zum Zwecke der Brotbereitung für die ärmeren Classen den Gemeinden die Errichtung von Normal-Backöfen ermöglichen behufs Bereitung von hygienischem Brote und Verkaufes desselben zum Selbstkostenpreise an die Minderbemittelten.

VI. Bericht über die Pellagra in der Provinz Ascoli-Piceno. (Berichterstatter: Dr. C. Pozzi.)

Der Berichterstatter beantragt:

- 1. Schärfere Ueberwachung des Verkaufes und des Vermahlens von Mais.
- 2. Das Verbot, Mais in einer 300 Meter übersteigenden Seehöhe anzubauen.
- 3. Thunlichste Verhinderung der Ausfuhr von in unreifem Zustande geerntetem Mais aus den Gemeinden bei Erschwerung der Einfuhr.
 - 4. Einen grösseren Staatszuschuss an die Landescomités.

VII. Bericht über die Pellagrosarien und Locande sanitarie. (Berichterstatter: Ing. C. Grisi.)

Schlussfolgerungen: In Anbetracht der Dringlichkeit der Verallgemeinerung der Behandlung aller Pellagrakranken, besonders aber jener im zweiten Stadium, unter Mitwirkung des Landes, der Gemeinden und der Wohlthätigkeitsanstalten, in

Anbetracht, dass für diese Erweiterung der Behandlung überall und in jedem Stadium die Locande sanitarie nicht genügen, wird

- 1. die Nothwendigkeit und Billigkeit hervorgehoben, dass vom Lande direct oder aber von den Landescommissionen der Beitrag zu den Behandlungskosten der Pellagrakranken in den Pellagrosarien mit mindestens einem Drittel der Tageskosten festgesetzt werde, wie dies in den Provinzen von Venedig, Treviso, Vicenza und Udine der Fall ist,
- 2. der Wunsch ausgesprochen, dass neue Landes-Pellagrosarien durch die Initiative des Landes, von Wohlthätigkeitsanstalten, Commissionen oder Privatpersonen errichtet werden.

VIII. Das Mailänder Pellagrosarium. — Wichtigkeit der Präventiveuren der Pellagra. (Berichterstatter: Dr. Fritz.)

Schlussfolgerungen: Das Pellagrosarium der Provinz Mailand hat in seinem 12 jährigen Bestande die Ueberzeugung gefestigt, dass die Pellagra in hereditär belasteten oder in den Anfangsstadien der Krankheit befindlichen Individuen bekämpft werden muss. Die Behandlung im Pellagrosarium hat allen Anforderungen der Hygiene und der Therapie entsprochen, sie erlöst geradezu den Pellagrakranken körperlich und geistig.

IX. Das Pellagrosarium von Cittá di Castello (Perugia) (Berichterstatter: Dr. S. Mandolesi.)

Der Congress verhandelte über die Berichte VII, VIII, IX, und anerkannte lobend die günstigen Erfolge der Pellagrosarien und der Locande sanitarie, und forderte, nachdem die Hauptbasis, auf welcher die individuelle Behandlung und Prophylaxis der Pellagra beruht, eine gute Ernährung bei Ausschluss des Mais ist, jegliche Unterstützung für alle diesen Zweck verfolgenden Einrichtungen, seien es Locande sanitarie, Pellagrosarien oder Volksküchen etc., deren Auswahl dem Zustände des Kranken, den localen Verhältnissen und der ökonomischen Lage der verschiedenen Provinzen entsprechen muss. Er befürwortete zur grösseren Entwicklung und zur Neuerrichtung von Landes- und interprovinzialen Pellagrosarien die Mitwirkung von Provinzen, Gemeinden, Wohlthätigkeitsanstalten, ständigen Commissionen, Privatpersonen u. s. w.

X. Die Errichtung von Getreideniederlagen für den Umtausch und die Ausleihung von Mais, besonders in jenen Gemeinden, welche durch keine sonstigen Einrichtungen zur Bekämpfung der Pellagra unterstützt werden. (Berichterstatter: Prof. F. Righi.)

Schlussfolgerungen: Niederlagen von Mais für Umtausch und Ausleihung sind ein eminent prophylaktisches Mittel gegen die Pellagra, indem durch Ausschaltung des verdorbenen Mais aus der Nahrung der Landbevölkerung die Krankheitsursache verschwindet.

Die ständige interprovinziale Commission wird vom Congresse beauftragt, die nöthigen Vorbereitungsmaassregeln zur Einführung dieser Einrichtung in allen von Pellagra heimgesuchten Gemeinden zu treffen, besonders aber in jenen, wo keine andere Institution zur Bekämpfung der Krankheit besteht, sowie ferner die Normen für diese Einführung auszuarbeiten.

Digitized by Google

XI. Bericht übereinige zweckmässige Mittel zur Bekämpfung der Pellagra in der Romagna. (Berichterstatter: Dr. A. Tosi.)

Schlussfolgerungen: 1. Studium der zweckmässigsten Art der Einrichtung von Niederlagen für die Abgabe und den Umtausch von Mais.

2. Finanzielle Unterstützung und moralische Aneiferung zur Einführung von Trockenöfen für Mais durch Aussetzung von Geldprämien.

XII. Bericht über den Umtausch von Mais. (Berichterstatter: Dr. C. Ceresoli.)

Schlussfolgerungen: In Anbetracht der grossen Vortheile, welche die Entfernung des verdorbenen Mais aus dem Handel für Consumenten mit sich bringt, wenn dieser durch Mais vorzüglicher Qualität ersetzt wird; in Anbetracht, dass die Durchführung dieser allgemein nützlichen Maassregel weder finanziell noch anderweitig grossen Schwierigkeiten begegnet, und dass die durch dieselbe bedingte genaue Ueberwachung der Mahlproducte einen weiteren nicht zu unterschätzenden Vortheil bildet; in Anbetracht schliesslich, dass diese Einführung einen neuen Eckstein für die Prophylaxis der Pellagra bildet und auch bereits durch praktische Experimente erprobt ist, wird vorgeschlagen:

Es soll der Umtausch von verdorbenem oder auch von gesundem Mais gegen Mais mehl vorzüglicher Qualität befürwortet und unter die Maassnahmen zur Be-

kämpfung der Pellagra eingereiht werden.

Es soll dieser Maassregel durch die Landes-Commissionen möglichste Verbreitung gegeben, und deren Anwendung und Weitererprobung durch die hiezu berufenen Institutionen und Organe unterstützt werden.

Es soll der Regierung der dringende Wunsch unterbreitet werden, es mögen behufs Verbreitung dieser Maassregel besondere Posten in den Staatsvoranschlag eingestellt werden, und die Institution des Umtausches unter die übrigen durch Art. 10 des dem Parlament vorliegenden Gesetzentwurfes auferlegten Verpflichtungen einbezogen werden, gleich den Vorkehrungen zur Aufbewahrung des Mais und seiner Producte, deren Durchführung den von Pellagra heimgesuchten Gemeinden obliegt.

Nach einer lebhaften Discussion wird folgende Tagesordnung angenommen: Der Congress beschliesst, dass die Frage des Umtausches von Mais auf dem nächsten Congresse neuerdings zur Discussion gelange. (Schluss folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen vom 13. November 1902,

R. G. Bl. Nr. 209,

mit welcher die Ein- und Durchfuhr gewisser Waren und Gegenstände aus dem Küstengebiete von Syrien (Palästina) von der ägyptischen Grenze an bis Beirut - diese Hafenstadt ausgenommen - verboten, beziehungsweise beschränkt wird.

übereinkommens vom 15. April 1893, R. G. Bl. gebrauchtes Bettzeug.

Nr. 69 ex 1894, wird aus Anlass des Auffretens von Cholerafällen im Küstengebiete von Jaffa und Gaza in Syrien (Palästina) im Einvernehmen mit der kgl. ungarischen Regierung die Ein- und Durchfuhr folgender Waren und Gegenstände aus dem Küstengebiete von Syrien (Palästina) von der ägyptischen Grenze an bis Beirut - diese Hafenstadt ausgenommen verboten, beziehungsweise beschränkt:

1. Gebrauchte Leibwäsche, alte und ge-Auf Grund des internationalen Sauitäts- tragene Kleidungsstücke (Gebrauchseffecten)



Werden diese Gegenstände als Reisegepäck oder in Folge eines Wohnungswechsels
(Einrichtungseffecten) befördert, so unterliegen
sie den besonderen Bestimmungen über sanistspolizeiliche Revision und Behandlung beim
Grenzübertritte.

2. Hadern und Lumpen.

Von diesem Verbote werden nicht betroffen:

a) Hadern, welche in Ballen hydraulisch susammengepresst und mit Eisenreifen gebunden für den Grosshandel als Waren mit den von der Behörde des Bestimmungslandes anerkannten Ursprungsmarken und Ursprungsnummern versendet werden; b) neue Abfälle aus Spinnereien, Webereien, Confectionsanstalten oder Bleichereien, Kunstwolle (laines artificielles, Shoddy) und Abfälle neuen Papiers.

Die Durchfuhr der aufgezählten Waren und Gegenstände ist jedoch gestattet, wenn sie so verpackt sind, dass eine Berührung mit denselben unterwegs nicht möglich ist, und wenn die Bewilligung der Einfuhr in das benachbarte ausländische Durchzugs-, beziehungsweise Einfuhrgebiet nachgewiesen ist.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage, an welchem sie den betreffenden Zoll-, beziehungsweise Seesanitätsbehörden bekannt wird, in Kraft.

XI. Internationaler Congress für Hygiene und Demographie in Brüssel.

Unter Patronanz des Königs von Belgien findet der Congress, dessen Ehrenpräsidium Prinz Albert übernommen hat, in den Tagen vom 2.—8. September 1903 statt.

Mit demselben ist eine Ausstellung verbunden, in welcher Zeichnungen, Tabellen, Modelle, Pläne, Apparate und Veröffentlichungen, die sich auf die Verhandlungsfragen beziehen, ausgestellt werden. Die Ausstellungsgegenstände sind mindestens sechs Wochen vor der Congresseröffnung einzusenden.

Jedes Congressmitglied hat mit der Beitrittserklärung gleichzeitig den Mitgliedsbeitrag von 25 Francs zu erlegen. Das Executiv-Comité behält sich vor, nicht genügend motivirte Beitrittsanmeldungen zurückzuweisen. Die Damen der Congressmitglieder können, insoferne sie nicht wissenschaftlichen Anspruch haben, Mitglieder des Congresses zu sein, gegen Erlag von 10 Francs aller Vorrechte der Mitglieder (Besuch von Etablissements, Excursionen, Veranstaltungen und Feste) theilhaftig werden.

Die Vorbereitung und Leitung des Congresses obliegt dem Organisations-Comité. Der Congress wird täglich Sitzungen abhalten. Es werden mindestens zwei Generalversammlungen, die eine am Tage der Eröffnung, die andere am Tage des Congressschlusses abgehalten werden.

Die Vortragenden am Congresse dürfen nicht länger als 15 Minuten und nicht öfter als zweimal in einer und derselben Sitzung und über denselben Gegenstand sprechen, es sei denn, dass die Versammlung es anders beschliesst. Die Redner werden dringend ersucht, vor Congressschluss einen Auszug oder den vollständigen Inhalt ihrer Mittheilungen und Bemerkungen für den Rechenschaftsbericht an das Generalsecretariat einzusenden. Alle fremden Sprachen sind bei den Verhandlungen zulässig, und werden Specialdolmetsche nach Möglichkeit den Sectionen zur Verfügung gestellt werden.

Das Programm der Verhandlungen umfasst folgende Fragen:

I. Abtheilung. Hygiene.

- I. Section. Mikrobiologie und Parasitologie in Beziehung zur Hygiene.
 - 1. Action und Ursprung der wirksamen präventiven und antitoxischen Sera.
 - 2. Welche sind die besten Methoden zur Prüfung der Wirksamkeit der Sera?
 - 3. Prophylaktischer Werth des Diphtherieheilserums.
 - 4. Vereinheitlichung des Vorgehens bei bakteriologischen Wasseruntersuchungen.
- 5. Wird die Tuberculose der Menschen und der Hausthiere von derselben Art von Mikroben veranlasst: den Koch'schen Bacillen?

Diese Frage wird in den vereinigten ersten beiden Sectionen discutirt werden.



- 2. Section. Hygiene der Nahrungsmittel; chemische und Veterinärwissenschaften in ihrer Anwendung auf die Hygiene.
- 1. a) Welche Krankheiten der Schlachtthiere machen deren Fleisch ungeeignet zur Nahrung?

b) Welches derartige Fleisch könnte nach vorausgegangener Sterilisirung genossen werden?

c) Welches Fleisch muss unbedingt vertilgt werden?

2. Regelung des Verkaufes von Milch, welche zur Nahrung dient. Erforschung der Ursachen veränderlicher chemischer Zusammensetzung der Milch; Maassnahmen zur Hintanhaltung des Verkaufes einer an ausnutzbaren Substanzen allzu armen Milch; Einrichtung der Ueberwachung; analytische Untersuchungsmethoden.

3. Sterilisirung von Nahrungsmittel Conserven. Bedingungen für Ausführung dieser Operation. Nachweis des sterilisirten Zustandes. Soll in den Conserven eine gewisse Menge eines Antisepticums, welches dieselben nicht vollständig zu sterilisiren vermag, geduldet werden?

Im bejahenden Falle, welche Antiseptica dürfen in Anwendung kommen?

4. Bedingungen, welche beobachtet, und technischer Vorgang, welcher eingehalten werden muss, um pathogene Mikroben in der Milch zu vernichten, ohne dass Qualität und Werth des Productes leiden.

- 3. Section. Sanitäre Technologie: Ingenieurwissenschaften und Baukunst in Anwendung auf die Hygiene.
 - 1. Bakteriologische Reinigung a) der Canalwässer b) der industriellen Abwässer.
- 2. Die Vor- und Nachtheile der Schwemmcanalisation und der Abwässerbeseitigung nach dem Trennungsverfahren.
- 3. Vom Standpunkte der Hygiene an das Wasser, welches dem Kalkboden entströmt, zu stellende Anforderungen.
- 4. Hygiene der öffentlichen Wege. Die häuslichen Abfallstoffe, deren Sammlung, Entfernung und endliche Unterbringung; hygienische Vorschriften, welche in den Häusern und in den Städten befolgt werden sollen.
- 5. Fortschritte, welche in Bezug auf Heizung und Ventilation von Privat- und Massenwohnungen seit 20 Jahren erzielt wurden.
- 6. Allgemeine hygienische Anforderungen an Vertheilung, beständige Lüftung und innere Ausschmückung der Wohnhäuser.

4. Section. Gewerbe- und Berufshygiene.

1. Ankylostomissis. Kenntnis der topographischen Vorbereitung der Ankylostomissis in den Steinkohlengegenden; Procentverhältnis der Arbeiter, welche mit der Krankheit behaftet sind und die Beziehungen der Krankheit zu den hygienischen Verhältnissen der Kohlenbergwerke, in welchen diese nachgewiesen wurde (Ventilation, Temperatur, Feuchtigkeit etc.),

Angabe praktischer und durchführbarer Vorkehrungen zur Einschränkung des Uebels.

- Bezeichnung jener, welche angewendet, und Erfolge, welche erzielt wurden.

 2. In den Betrieben, in welchen Zink- und Bleimineralien oder bleihältige Substanzen verarbeitet werden, zum Schutze der Arbeiter zu treffende Vorkehrungen.
- 3. In welchem Umfange kann man mittelst physiologischer Methoden die Ermüdung, ihre Art und ihren Grad bei den verschiedenen Beschäftigungen erforschen? welche Argumente können oder könnten die physiologischen und medicinischen Wissenschaften zu Gunsten dieser oder jener Art der Arbeitseinrichtung zur Geltung bringen?
- 4. Welchen Einfluss hat die Beschäftigung in den Sälen der Flachsspinnereien auf die Gesundheit der Arbeiter? Welche Maassnahmen sind besonders hinsichtlich Temperatur und Feuchtigkeitsgehalt der Luft zu treffen, um die Arbeitsbedingungen in diesen Sälen zu verbessern?
- 5. Die Arbeit in den Haarscheerereien. Angabe der Ursachen der Ungesundheit dieser Industrie, Art und Schwere der Krankheiten, welche sie hervorruft und Maassnahmen zur Assanirung.
- 6. Angabe der sanitären Vorkehrungen, welche in den verschiedenen Ländern in Bezug auf die Klein- und Hausindustrie getroffen wurde. Besprechung dieser Maassnahmen: Beurtheilung, in welcher Richtung dieselben zu wünschen übrig lassen und modificirt oder ergänzt werden sollen.
 - 5. Section. Hygiene des Verkehres im Allgemeinen.
- 1. Organisation der hygienischen Propaganda und der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Dienst thuenden Eisenbahnpersonal.



2. Der beste Vorgang bei Desinfection von Wägen, welche zum Transport der Reisenden, der Thiere und der Waren dienen.

Diese Frage wird von der 5. und 6. Section gemeinsam in Berathung gezogen.

- 6. Section. Verwaltungshygiene: Vorkehrungen gegen die über tragbaren Krankheiten. — Arbeiterwohnungen. — Hygiene im Kindesalter.
- 1. Bei der Ernährung der Kinder des ersten Lebensjahres zu befolgende Regeln. Mittel um die Kenntnis der Hygiene des Kindesalters, insbesondere die Vorschriften wegen Ernährung der Säuglinge in praktische Anwendung zu bringen. Gesetzlicher und administrativer Schutz der Neugeborenen.

2. Zwecke der ärztlichen und hygienischen Inspection öffentlicher und Privatschulen.

Organisation dieser Inspection. Bedingungen für den Erfolg.

3. Eintreten der öffentlichen Behörden in den Kampf gegen die Tuberculose. Es werden die Länder, in welcher die Krankheits- und Invaliditätsversicherung obligatorisch eingeführt ist, und jene in welchen diese nicht besteht, zu unterscheiden sein.

4. Die sanitäre Prophylaxe gegen Pest und die Abänderungen, welchen die Quarantaine-

Vorschriften zu unterziehen wären.

- 5. Einflussnahme der öffentlichen Behörden:
- a. auf den Bau gesunder, für die bedürftige Arbeitervölkerung bestimmter Wohnungen;
- a) indirecte Einflussnahme: Steuerbegünstigungen, Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften:
- β) directe Einflussnahme: Betheiligung an Baugenossenschaften, Bauführungen durch Gemeinden und Woblthätigkeitsanstalten, allgemeine oder individuelle Enteignung;
- b. auf Festsetzung der hygienischen Anforderungen, welche die (alten und neuen) an die Arbeiter- und bedürftige Bevölkerung vermietheten Wohnungen, und die von den Miethern zu verlangenden Vorkehrungen für Reinlichkeit, sowie Instandhaltung der Wohnung umfassen;

c. hinsichtlich der in diesen Wohnungen zu pflegenden Aufsicht.

6. Praktische Durchführung der Wohnungsdesinfection.

7. Section. Hygiene in den Colonien.

1. Ernährung der Europäer und der eingeborenen Arbeiter in den heissen Ländern.

2. Prophylaxe gegen Malaria.

3. Vorkehrungen gegen die Schlafkrankheit.

4. Vorbeugende Maassnahmen gegen Beriberi.

5. Vorkebrungen gegen Blattern in den heissen Ländern. - Impfung und Variolisation.

6. Organisation des Unterrichtes über Tropenmedicin.

II. Abtheilung. Demographie.

- 1. Bewegungen und Ursachen der Sterblichkeit und kritische Betrachtung der Statistik der Todtgeborenen in den verschiedenen Ländern.
- 2. Sterblichkeit im Säuglingsalter, Häufigkeit, Ursachen und Maassnahmen zu deren Hintanhaltung.
 - 3. Ueber die Schaffung einer officiellen und gleichförmigen Statistik der Todesursachen.
- 4. Grundzüge einer correcten Geburtenstatistik. Wie kann man auf Grund der demographischen Ergebnisse die Neigung zur Zu- und Abnahme der Geburtenzahl im Voraus bestimmen? Fluctuationen in der Zahl der Geburten.
- 5. Was ist der beste Anhaltspunkt zur Beurtheilung der die Volksbewegung regelnden Gesetze? Ehen, Geburten, Todesfälle? Durch welche Formulare werden sie am besten zum Ausdrucke gebracht?
- 6. Prüfung der Einwände, welche dem Gesetze entgegengestellt werden, das die Volksbewegung von den Einkünften und Bedürfnissen der Bevölkerung abhängig macht.
- 7. Beurtheilung der statistischen und dynamischen Demographie der Volksanhäufungen in den Städten.
- 8. Tabelle der professionellen Arbeitersterblichkeit in den verschiedenen Industrien. Wie sind dieselben dort, wo sie nicht vorhanden sind, genau und wissenschaftlich



und mit anderen Ländern vergleichbar herzustellen. - Inwieweit können Tabellen eines Landes provisorisch von einem anderen Lande verwerthet werden?

- 9. Geisteskrankheiten:
- a) Verbreitung, Ursachen, anzuwendende Maassnahmen.
- b) Ueber die Art der Anwendung und Sammlung demographischer Daten hinsichtlich der in der Familie verpflegten Geisteskranken.
- 10. Die durch den Missbrauch alkoholischer Getränke verursachte Sterblichkeit: Daten. Ursachen und anzuwendende Maassnahmen.
- 11. Interne Wanderungen. Entvölkerung des flachen Landes. Anwachsen der Städtebevölkerung. Deren Vor- und Nachtheile. Deren Ursachen und die dagegen zu ergreifenden Maassnahmen.
- 12. Welchen Nutzen hätte die Demographie von der Zusammenstellung eines Armenkatasters, und welche Methode ist die beste bei der Zusammenstellung eines solchen Armen-
 - 13. Statistik und Ursachen der Selbstmorde.
- 14. Inventar und kritische Studie der Archive vom Standpunkte der geschichtlichen Demographie.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. In der am 13. September l. J. abgehaltenen Sitzung wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber den Entwurf einer neuen Vieh- und Fleischbeschauordnung für Wien.
- 2. Initiativantrag, betreffend die Verhältnisse bei der Wienthalwasserleitung.
- 3. Ueber das Ansuchen eines Apothekers ausserhalb Wiens um die Bewilligung zur Er-
- zeugung und zum Vertriebe pasteurisirter und st'erilisirter Milch; endlich wurde 4. ein Gutachten über die von einer k. k. Bezirkshauptmannschaft beantragte Schliessung einer Kaltwasserheilanstalt wegen der in derselben herrschenden sanitären Uebelstände abgegeben.

Referate der Sitzung am 6. October l. J.:

- 1. Ueber das Project der Erbauung eines neuen Prosecturgebäudes bei einem Wiener k. k. Krankenbause.
- 2. Ueber das Ansuchen einer Firma um Begutachtung eines hygienischen Spuckn apfes behufs allgemeiner Einführung.
- 3. Ueber den Entwurf einer neuen Vieh- und Fleischbeschauordnung für Wien (Fortsetzung der Berathung).

Oberösterreich. In der Sitzung am 19. September 1902 wurden über nachstehende Verhandlungsgegenstände Berathungen gepflogen, beziehungsweise Gutachten erstattet:

- 1. Ueber die Hausordnung, Dienstesinstruction und sonstige Normen für zwei öffentliche Krankenanstalten.
- 2. Ueber die gleichzeitige Unterbringung eines Greisenasyles und einer Kinderbewahranstalt in einem und demselben Hause.

Kärnten. In den Monaten Juli, August und September 1902 gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung und Beschlussfassung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die vom kärntnerischen Landesausschusse verfasste Dienstesvorschrift für einen in der Hausapotheke der Landes-Wohlthätigkeitsanstalten in Klagenfurt anzustellenden Magister der Pbarmacie. (Referent: Sanitätsrath Dr.
- 2. Begutachtung der vom kärntnerischen Landesausschusse zusammengestellten Dienstesvorschrift für den sogenannten Hausa; zt der kärntnerischen Landesirrenanstalt. (Referent; Sanitätsrath Dr. Fried. Hauser.)
- 3. Aeusserung über den Vorschlag zur Besetzung der erledigten Districtsarztesstelle in Pattergassen. (Referent: Sanitätsrath Dr. Ritter v. Josch.)



4. Begutachtung eines Recurses gegen die Entscheidung des Stadtmagistrates Klagenfurt wegen Verbotes des Trocknens von frischen Häuten in einem Hause der Stadt. (Referent: Sanitätsrath Dr. Fried. Neumann.)

5. Vorschläge zur Besetzung der Bezirkshebammenstellen in St. Egyden, Augsdorf, Köstenberg, Pisweg, Meiselding, St. Donat, Waisenberg und Radsberg-Mieger. (Referent: Landes Regierungsrath Dr. Ed. Meusburger.)

Böhmen. In der am 11. October 1902 abgehaltenen Sitzung gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Besetzungsvorschlag für die Stelle eines Bezirksthierarztes, eventuell eines Veterinärassistenten.
 - 2. Errichtung neuer öffentlicher Apotheken in Eulau, Mariaschein und Pfibram.
 - 3. Abänderung der Ableitung von Abfallwässern aus einer Cellulosefabrik.
 - 4. Fortbestand und Erweiterung der Schlachthausanlage in Beraun.
 - 5. Aenderung der Fabrikationsweise in einer Seegrasfabrik.
 - 6. Betrieb der Wasserleitung in Pisek.
 - 7. Versorgung der Mittelschulen Prags und der Vororte mit Trinkwasser.

Schlesien. In der Sitzung am 18. September l. J. gelangten nachstehende Gegenstände zur Berathung und Schlussfassung:

- 1. Gutächtliche Aeusserung über die Pläne für den Schlachthausbau in Orlau.
- 2. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die Apothekenconcession in Dziedzitz.
 - 3. Gutächtliche Aeusserung über den Bau eines Gemeindespitales in Karwin.
 - 4. Gutächtliche Aeusserung über die Bildung eines Sanitätsdistrictes in Petrowitz.
- 5. Gutächtliche Aeusserung über das Ansuchen um Concessionirung einer diätetischen Heilanstalt in Nieder-Lindewiese.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassahmen gegen dieselbe. Russland. In Odessa ist laut amtlicher Verlautbarung seit 24. October kein weiterer pestverdächtiger Fall vorgekommen. Im Barackenspitale standen am 2. November noch 14 Kranke in Behandlung.

Türkei. Mit Circularerlass vom 30. October 1902. Nr. 200, wurde die Einfuhr nachbenannter Waren und Gegenstände aus pestverseuchten Gegenden verboten.

1. Leibwäsche, getragene Kleider und Gebrauchsgegenstände, gebrauchtes Bettzeug, von Soldaten oder Matrosen zurückgelassene und in deren Heimat gesendete Pakete.

Ausgenommen sind hievon Gebrauchseffecten (Leibwäsche und Kleider), welche die Reisenden als Gepäck mit sich führen, ebenso wie Einrichtungsgegenstände, wenn diese durch ein Ursprungscertificat gedeckt sind, durch welches bestätigt wird, dass in dem Orte, aus welchem sie kommen, keine ansteckende Krankheit bestanden hat. Diese Gegenstände werden der Desinfection unterzogen.

- 2. Lumpen und Hadern ohne Rücksicht, ob diese hydraulisch gepresst und als Waren in Ballen befördert werden.
- 3. Gebrauchte Säcke, gebrauchte Binsenkörbe, gebrauchte Matten und Teppiche, mit Wolle oder Haaren versehene Felle, welche als Teppiche und Matratzen verwendet werden. Gebrauchte Spitzen und Stickereien.
- 4. Robe, chemisch nicht behandelte Thierhäute, thierische Abfälle, wie Hufe, Klauen, Haare, robe Seide und Wolle.
 - 5. Menschenhaare.
 - 6. Postpackete, welche die obenbezeichneten Gegenstände oder Muster derselben enthalten.
- 7. Alle Waren, welche in solchen verbotenen Materialien verpackt oder mit denselben vermengt sind. Immerhin werden Hadern oder altes Papier, die im Innern von Kisten zur Verpackung von Glaswaren, Porcellan- und Fayence-Gegenständen verwendet wurden, durch die Sanitätsorgane verbrannt und durch Watte oder neues Papier ersetzt, um die genannten Artikel annehmbar zu machen.

Aegypten. In Alexandrien ist in der Woche vom 30. October bis 5. November ein tödtlicher Pestfall beobachtet worden.



Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 10. bis 16. October 114 neue Pestfälle und 104 Todesfälle, in Calcutta vom 5. bis 11. October 7, in Kurachee vom 4. bis 10. October 9 Todesfälle und in der Präsidentschaft Madras in der Woche vom 21. bis 27. September 406 neue Pestfälle ausgewiesen.

Hongkong. (S. 487) In der ersten Hälfte des Monates September sind in der Colonie insgesammt 2 Erkrankungen und 1 Todesfall an Pest beobachtet worden, Die zweite Hälfte dieses Monates ist pestfrei geblieben.

Australien. Queensland (S. 487). In Brisbane ist seit 4. August kein neuer Pestfall vorgekommen. In Townsville wurden am 8., 15. und 26. September je eine Pesterkrankung und insgesammt 2 Todesfälle ausgewiesen. Pestratten wurden nicht vorgefunden, dagegen ist in Gladstone an einer Maus Pest constatirt worden.

Brasilien. In Rio de Janeiro sind nach einer Mittheilung vom 16. October l. J. 3 weitere Pesttodesfälle, von welchen einer noch auf den Monat September entfiel, beobachtet worden. Im Monate September sind daher insgesammt 20 tödtliche Pestfälle vorgekommen. Im Hafen von Campos soll gleichfalls die Pest aufgetreten sein.

Cholera. Italien (Erythräische Colonie, S. 503). In Edd wurden bis zum 24. October 10 und in Oboel 24 Todesfälle an Cholera constatirt. Vom 24. October bis zum 1. November ist in Edd kein weiterer Todesfall vorgekommen; doch ist die Epidemie noch nicht als erloschen anzusehen.

Türkei. Syrien. Die Cholera ist im Norden bis in die Nähe von Caiffa vorgedrungen. In einem Dorfe des nächst diesem Hafenorte gelegenen Caza Djeneïn wurden am 1. November 4 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Cholera constatirt. In Schefa-Amr nächst Caiffa ist unter fünf dorthin aus Tiberias geflüchteten Personen, die in dem von ihnen bezogenen Hause isolirt gehalten wurden, am 30. October ein tödtlicher Cholerafall vorgekommen. Vom 28. October bis 3. November wurden in Gaza 289, in Lydda 82 und in Jaffa 7 Todesfälle an Cholera ausgewiesen. In Tiberias sind vom 2. bis 5. November 42 und in dem 4 Stunden von Jaffa entfernten Orte Kaferana vom 29. bis 31. October 22 Choleratodesfälle beobachtet worden. In den in der Umgebung von Gaza gelegenen Dörfern Brer, Beït-Dara, Suman und Jebna wurden vom 25. bis 29. October 43 Todesfälle an Cholera constatirt.

Im Assyr hat die Cholera namentlich im Caza Mihail (S. 448) grosse Verbreitung gewonnen; in Mihail selbst wurden in der zweiten Hälfte des Monates August 47 Choleratodesfälle beobachtet. Die Zahl der Todesfälle in den umliegenden Dörfern, sowie im Caza Radjal-el-Maist nicht bekannt.

Aegypten. In Alexandrien wurden in der Woche vom 30. October bis 5. November 25 Cholerafälle und 20 Todesfälle, in Cairo in der Woche vom 29. October bis 4. November 4 Cholerafälle und 4 Todesfälle verzeichnet.

In ganz Aegypten sind in der am 3. November abgelaufenen Woche 190 Cholerafälle, gegen 415 der Vorwoche, angezeigt worden. 110 Fälle wurden todt aufgefunden; 69 Cholerakranke starben in den Spitälern. Neue Erkrankungen wurden gemeldet aus den Städten: Cairo 0 (4), Alexandrien 6 (35), Damiette 0 (4), El Ariche 0 (1), und in Provinzen: Gharbieh 4 (6), Behera 2 (19), Charkieh 0 (1), Dakahlieh 1 (4), Galiubieh 3 (9), Menufieh 1 (13), Guizeh 0 (4), Fayum 0 (4), Minieh 6 (3), Guirgueh 2 (5) Keneh 51 (63), Assuan 2 (2), Sudan 2 (2).

Hongkong (S. 467). Im Monate September l. J. wurden in der Colonie 10 Choleratodesfälle verzeichnet.

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 12. bis 18. November l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Böhmen im politischen Bezirke Gablonz: Gablonz 1; in Tirol im politischen Bezirke Trient: Bedollo (S. 468) 3;

in Galizien im politischen Bezirke Borszczow: Borszczow 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodezany: Bohorodezany stare 2; Horodenka: Tyszkowce 2; Jaworow: Jazow stary 7.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER
Ministerialrath im Ministerium des Innern und

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12.-

XIV. Jahrgang.

Wien, 27, November 1902.

Nr. 48.

Inhalt. Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Der II. Pellagra-Congress in Bologna. (Schluss.) — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung des Justizministeriums, betreffend die Gebühren der als Sachverständige in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten verwendeten Sanitätspersonen. — Rechtsprechung. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 22. November d. J. abgehaltenen Sitzung des Obersten Sanitätsrathes gelangten nach Mitteilung der laufenden Geschäftsstücke durch den Vorsitzenden O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl nachstehende Gegenstände zur Berathung und Beschlussfassung:

- 1. Referat, betreffend die Festsetzung der Arzneitaxe für das Jahr 1903. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Ritter v. Vogl namens des pharmaceutischen Comités.)
- 2. Gutachten, betreffend das Verbot der Stadtvorstehung eines Curortes in Angelegenheit der Beschränkung der Benützung der Heilquellen. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Chrobak.)
- 3. Gutächtliche Aeusserung über die Benützung von elektrischen Lichtbädern in einer Badeanstalt. (Referent: Hofrath Prof. Dr. Exner.)

Nach der Sitzung des Obersten Sanitätsrathes trat das Specialcomité für Epidemie angelegenheiten zu Berathungen über die Grundsätze eines zu beantragenden Epidemiegesetzes zusammen.

Der II. Pellagra-Congress in Bologna.

Von Dr. Guido v. Probizer, k. k. Sanitäterath und Oberbezirksarzt in Rovereto.

(Schluss.)

XIII. Beziehungen zwischen den topographischen, hygienischen und socialen Verhältnissen und dem Stande der Pellagra-Epidemie in der Provinz Bergamo.

(Berichterstatter: Dr. S. Marzocchi, Dr. A. Conti.)

Schlussfolgerungen: Die Ausbreitung und die Intensität der Pellagra ist nicht ausschliesslich mit ihrem Erreger (verdorbenem Mais) in Beziehung zu bringen, sondern auch mit anderen Factoren, als: topographischen, hygienischen und socialen Verhältnissen der Gegend und der Bevölkerung; durch diese Factoren wird die individuelle Prädisposition zur Krankheit vorbereitet, unterhalten, oder ausgeschlossen.

Das Bestehen dieser Thatsache, welche aus den Ergebnissen der Enquête in der Provinz von Bergamo klar hervorgeht, veranlasst nachstehende Folgerungen:

- 1. Regelung des Anbaues, der Austrockung, der Aufbewahrung und der Einfuhr des Mais durch besondere gesetzliche Verfügungen, sowie durch eine rationelle Propaganda, wobei es vollständig erreichbar erscheint, das Interesse der Ackerbautreibenden mit den Forderungen der Wissenschaft zu vereinigen.
- 2. Verbreitung der Grundsätze, welche die Bevölkerung zu einem Ernährungssystem hinleiten sollen, das innerhalb der Grenzen der respectiven ökonomischen Leistungsfähigkeit die regelmässigen Verluste des Organismus zu ersetzen und durch die Ernährungsfactoren selbst die Krankheitsursachen fernzuhalten im Stande ist.
- 3. Förderung und Unterstützung von hygienischen, ökonomischen und socialen Fortschritten bei der von Pellagra befallenen Bevölkerung, indem, wie bei vielen anderen toxischen Krankheiten, die individuelle Prädisposition häufig im Zusammenhange mit den Lebensbedingungen und der Umgebung der Individuen steht.
- XIV. Statistisch-historischer Bericht über die Pellagra in der Provinz Ferrara und der Verein zur Hilfeleistung für Pellagra-Kranke in der Zeit von 1888 bis 1900.

(Berichterstatter: Prof. R. Tambroni und Prof. P. Sitta.)

XV. Gesichtspunkte, von welchen die Militär-Assentirung und Präsenzdienstleistung, sowie die Einberufung zu periodischen Waffenübungen mit Rücksicht auf die Pellagra betrachtet werden sollen. (Berichterstatter: Dr. Guido von Probizer.)

Schlussfolgerungen: 1. Bei Assentirung von Recruten, welche mit beginnender Pellagra behaftet sind, sollte der Militär-Arzt dieses physische Gebrechen vormerken, damit bei der Einberufung des Recruten sowohl dem militärärztlichen Collegen, als auch dem Compagnie-Commandanten dieser Umstand bekannt werde.

Es kann hiedurch in diesen Fällen auf solche Recruten jene Rücksicht genommen werden, welche mit dem Reglement und mit der Disciplin vereinbar ist, und welche dem angehenden Soldaten eine rasche Besserung sichert, so dass in Bälde seine Leistungen jenen seiner Kameraden nicht mehr nachstehen werden.

2. Bei den Einberufungen der Reservisten (zu den grossen Manövern etc.) wären jene Soldaten auszuschliessen, welche auch nur in den Anfangstadien der Pellagra sich befinden, da dieselben durch den bereits bestehenden Mangel an physiologischem Gleichgewichte den Strapazen keine Widerstandsfähigheit entgegenzusetzen

vermögen, und falls sie solchen dennoch ausgesetzt würden, ihre eigene Gesundheit, sowie das Schicksal ihrer Familien in Gefahr brächten. Diese Einberufenen sollten eventuell zu leichten Dienstleistungen verwendet werden, falls ihre Entlassung sich mit dem Militär-Reglement nicht vereinbaren liesse.

3. Die Aerzte, sowie die Militär und Civil-Leiter der Assentirungs-Commission sollten bei Prüfung der Einsprüche wegen körperlicher Gebrechen oder vorzeitiger Altersschwäche der Eltern grosses Gewicht auf Pellegra-Affectionen legen. Letztere weisen, auch bei wenig hervortretenden Anzeichen, in der Mehrheit der Fälle auf einen zerrütteten, im engsten Sinne des Wortes arbeitsunfähigen Organismus hin.

Dieser Umstand erfordert seitens der Militär-Aerzte klare Begriffe und

Kenntnisse des klinischen Bildes der Pellagra in allen ihren Stadien.

Diese Schlussfolgerungen wurden einstimmig angenommen, und wird das ständige interprovinziale Comité beauftragt, dieselben in allen Militär-Districten des Königreiches zur Kenntnis zu bringen.

XVI. Die Degenerirung der Kinder von Pellagrakranken im Zusammenhange mit der Verbreitung und der Schwere der Krankbeit in der Provinz Umbrien, vom ökonomisch-socialen Gesichtspunkte. (Berichterstatter: Prof. Agostini.)

Schlussfolgerungen: 1. Die Maisvergiftung der Eltern und besonders der Mütter während der Schwangerschafts- und Lactationsperiode erzeugt in der Nachkommenschaft eine frühzeitige Erschöpfung der Lebenskraft, eine leichtere Morbidität, Abweichung und mit unter Stillstand der körperlichen Entwicklung, bis zu den letzten Stufen der somatopsychischen Degeneration, zum Idiotismus, zur Zwerghaftigkeit, zur Unfruchtbarkeit.

2. Die hereditär belasteten Pellagrakranken besitzen eine besondere Disposition zu pellagrösem Irrsinn. Ueberdies erscheint die Pellagra häufig als einziger Factor

von constitutioneller Neuropathie und Psychopathie.

3. Diese langsam fortschreitende Degeneration hat bereits augenscheinliche und bemerkenswerthe Gebrechen in den Organismen der Landbevölkerung in jenen Zonen, wo die pellagröse Endemie am verbreitetsten und erbgesessen ist, erzeugt: daher das hohe Mortalitätspercent bei den hereditär belasteten Pellagrakranken, die fortwährende Zunahme der schwachen, mit Dystrophie behafteten Individuen, welche als kränklich, zum Militärdienst untauglich, unfähig die Mühen der Feldarbeit zu ertragen, leider dazu bestimmt sind, die Versorgungsanstalten, die Spitäler, die Irrenanstalten zu bevölkern, zu unberechenbarem, allgemein fortschreitendem, ökonomischem und socialem Schaden.

Der Congress befürwortet, in Anbetracht der Dringlichkeit, der Ausdehnung dieser Degeneration durch hereditäre Belastung, welche, alljährlich wachsend, entsetzliche ökonomische und sociale Folgen mit sich bringt, eine Schranke zu setzen:

1. Dass das Pellagragesetz mit thunlichster Beschleunigung in Kraft trete; vorausgesetzt, dass dasselbe den Wünschen des Congresses entspricht;

2. dass der jährliche Staatsbeitrag, sowie jener zum Unterhalte der Heilanstalten

entsprechend erhöht werde;

3. dass durch Beiträge, die auf das Land, die Gemeinden und die Wohlthätigkeitsanstalten zu repartiren wären, für die hygienische Ernährung pellagrakranker Mütter während der Schwangerschaft und der Lactationsperiode vorgesorgt werde: sei es durch Unterstützungen während dieser Periode, oder sei es vorzugsweise durch Unterbringung in eigenen Abtheilungen der bereits bestehenden, respective der nothwendigerweise neu zu gründenden Pellagrosarien;

wendigerweise neu zu gründenden Pellagrosarien;
4. dass bei der Vertheilung von häuslichen Unterstützungen, bei der Aufnahme in Heilanstalten die mit hereditärer Pellagra behafteten Kinder besondere Berück-

sichtigung finden mögen, selbst wenn sie noch keine Symptome actueller Vergiftung aufweisen.

XVII. Gemeindebacköfen als prophylaktische Vorkehrungen gegen Pellagra. (Berichterstatter: Dr F. Fratini, Dr. G. Pagello.)

Schlussfolgerungen: 1. Der Gemeindebackofen ist das einfachste und ökonomischeste Mittel zur Municipalisirung der Brotbereitung und sichert den Gemeindeangehörigen gesundes und gut bereitetes Brot zum geringsten möglichen Preise.

2. Die Gemeindebacköfen bilden einen sicheren und nützlichen Damm gegen die übermässige Habgier der Besitzer von Privatbacköfen, welche, um die Concurrenz jener zu bestehen, gezwungen werden, ihr Brot gleichfalls besser zu bereiten und

niedriger im Preise zu halten.

3. Durch die Gemeindebacköfen wird unbedingt, überall wo sie bestehen, die gesundheitsgemässe Ernährung der minderbemittelten Classen gefördert und ein heilsamer Einfluss auf die Prophylaxis verschiedener, in schlechter Ernährung wurzelnder Krankheiten ausgeübt, als: gewisse Anämien, chronische Gastro-Enteritis. Pellagra etc., welche bestimmt eine Abnahme erfahren werden.

4. Besonders mit Bezug auf die Prophylaxis der Pellagra wird es den Gemeindebacköfen gelingen, durch Zunahme des Brotverbrauches in den Gegenden mit Pellagraendemie die Polentanahrung grossentheils zu verdrängen und so allmählich in der zweckmässigsten Weise die wahre Ursache der schweren Endemie zu

beseitigen.

- 5. Der Gemeindebackofen ist ein nützlicher Verbündeter der Locande sanitarie und der häuslichen Unterstützungen bei Pellagrakranken in den Anfangsstadien, indem er diesen Einrichtungen unter den günstigsten Bedingungen das gesund bereitete Brot liefert, dessen sie zu ihren prophylaktischen Heilzwecken bedürfen.
- XVIII. Bericht über einige Pellagrafälle in der Gemeinde Cittaducale (Aquila). (Berichterstatter: Dr. R. Teofili.)
- XIX. Berichtüber die Umtauschstation für Maisin Bagnolo-Mella. (Berichterstatter: Dr. C. Ceresoli.)
- XX. Bericht über den Fortschritt der Forschungen über die Aetiologie der Pellagra.
- Prof. B. Gosio, Director der Laboratorien der öffentlichen Gesundheitspflege im Ministerium des Innern, lieferte eine genaue Aufzählung der neueren Studien über die Aetiologie der Pellagra.

Dr. M. Di Pietro, von der unter Leitung des Prof. Celli stehenden Anstalt für Hygiene in Rom, legte das Resultat der Forschungen und Versuche mit einem Glykosid von höchster toxischer Wirkung vor, welches in den Sporen des Penicillium glaucum, dem Krankheitserreger der Pellagra, gefunden wurde.

Dr. G. Antonini, Director der Landesirrenanstalt zu Pavia, berichtete über seine mit Dr. A. Marini, von der Irrenanstalt in Bergamo, angestellten Versuche über die antitoxischen Eigenschaften des Blutserums von geheilten Pellagrakranken.

Prof. Cenci, Leiter des Laboratoriums für pathologische Anatomie in der Irrenanstalt des Prof. Tamburini in Reggio d' Emilia, machte eine vorläufige Mittheilung über zwei Parasiten, deren fast regelmässige Isolirung ihm in meist reinen Culturen aus den innern Organen von unter pellagrösen Symptomen verstorbenen Individuen gelang: den Aspergillus fumigatus und den Aspergillus flavescens.

XXI. Bericht über die Diagnose der cutanen Formen der Pellagra.
(Berichterstatter: Prof. D. Maiocchi.)



XXII. Unterdrückung und Ersatz der Maisnahrung als Prophylaxis der Pellagra. (Berichterstatter: Dr. R. Brugia.)

Schlussfolgerungen: 1. Nachdem der Mais die specifische Ursache der Pellagra ist und überdies als Lebensmittel schlecht assimilirbar, wenig nahrhaft, den Anforderungen des Stoffwechsels nicht entsprechend, sowie zur Aufbewahrung nicht geeignet ist, überaus leicht Gifte erzeugt und sehr geeignet zur Entwicklung von Mikro-Organismen ist, erscheint dessen Unterdrückung als Nahrung wohl als das einzige sichere Mittel zur Ausrottung der Krankheit.

Wo Mais nicht angebaut wird, ist selbst bei ganz gleichartigen Verhältnissen

der Luft und des Bodens die Pellagra unbekannt.

2. Die mannigfache industrielle Ausnützung und die Verwendung für das Vieh erfordern die Gestattung der Cultur des Mais, doch könnte dessen Vermahlung und damit seine Benützung als menschliche Nahrung verhindert werden. In einem solchen Mahlverbote liesse sich die gesammte gesetzliche Prophylaxis gegen die Pellagra vereinigen.

3. Ein solches Verbot ware jedoch nur unter der Bedingung durchführbar, dass die heutigen Agrareinrichtungen keine Störung erleiden. Zur nöthigen Fruchtfolge fehlen übrigens nicht die für den Ersatz des Mais geeigneten Cerealien.

4. Als die geeignetsten erscheinen die Durra und die Soja: erstere im beschränkten Umkreise, letztere unbegrenzt, indem sie überall fortkommt und gedeiht. Der Reichthum der Sojabohne an Nährstoff und ihre reichliche Production lassen vortreffliche landwirthschaftliche Ergebnisse hoffen.

5. Das Sojamehl lässt sich allein nicht zu Brot verarbeiten: mit Weizenmehl gemischt gibt es ein vorzügliches, eminent plastisches Brot von vollkommenem Gleich-

gewichte in seinem Nährwerthe und von sehr niedrigem Preise.

Der Congress ist überzeugt, dass gegenwärtig die Bodencultur und die wirthschaftlichen Verhältnisse es noch nicht gestatten, die so wünschenswerthe völlige Abschaffung des Maisanbaues zu befürworten, wünscht ein allmähliches Herabmindern der Maiscultur und empfiehlt die Erfahrungen mit dem Anbau der Sojabohne fortzusetzen.

XXIII. Bericht über die Ernährung der Landbevölkerung und die Art ihrer Verbesserung. (Berichterstatter: Dr. Giovanni Loriga.)

Schlussfolgerungen: 1. Die interprovinziale Pellagracommission möge unausgesetzt alle jene gesetzlichen Verfügungen studiren und unterstützen, welche eine Herabminderung der Preise der wichtigsten Lebens- und Nahrungsmittel, sowie die Verhinderung ihrer Verfälschung anstreben.

2. Alle Landes- oder Localcommissionen zum Zwecke der Bekämpfung der Pellagra mögen die Bezeichnung führen: Comité für prophylaktische Behandlung

der Pellagra.

3. Diese Comités mögen durch populäre Vorträge und Druckschriften, sowie alle sonstigen Mittel nicht nur die wissenschaftlichen Kenntnisse bezüglich der im verdorbenen Mais liegenden Gefahr und die Mittel zu ihrer Hintanhaltung möglichst verbreiten, sondern auch jenen Kenntnissen Ausbreitung verschaffen, die sich auf alle übrigen Nahrungsmittel, deren Nährwerth und Bereitungsweise, deren zweckmässigste Zusammenstellung zur Erzielung der grösstmöglichsten Vortheile beziehen.

4. Die Comités mögen es sich ferner in jeder Weise angelegen sein lassen, durch materielle und moralische Mittel alle jene Einrichtungen zu fördern, welche zu einer Verbesserung der Nahrung der Landbevölkerung führen, besonders aber durch jene, welche die Lieferung von rohen oder gekochten Lebensmitteln guter

Qualität zu wohlfeilen Preisen anstreben.

- XXIV. Die Beziehungen zwischen Pellagra und Getreidepreisen.
 (Berichterstatter: Dr. G. Antonini.)
- XXV. Mittel zur Ausdehnung der Maiscontrole und zur Einschränkung seines Verbrauches. (Berichterstatter: Dr. Marzolo.)

Schlussfolgerungen: 1. Behufs grösserer Ausdehnung der hygienischen Controle des Mais wäre die Aussetzung von Geldprämien anzurathen, zur Aneiferung der Controlorgane, welchen die Anzeige des Vergehens des Verkaufes, der Verbreitung oder Vermahlung von schädlichem Mais obliegt: diese Prämien müssten der Grösse der sequestrirten Maispartie entsprechen und sogleich nach Feststellung der Gesundheitsschädlichkeit der Ware ausbezahlt werden.

- 2. Im Anhange zu den allgemeinen Verfügungen der über die Verfälschungen der Cerealien bestehenden Verordnungen sollte zur klareren und sichereren Norm der Sanitäts- und Justizorgane taxativ festgestellt werden, ob und bis zu welchem Grade eine leichte, theilweise Mangelhaftigkeit geduldet werden könne, und in welchen Fällen hingegen, mit Rücksicht auf die Beschaffenheit und den Percentsatz der Schadhaftigkeit, der Mais als absolut schädlich erklärt werden müsse.
- 3. Im prophylaktischen Interesse der Pellagra ist, während die schleunigste und stärkste Reduction des Weizenzolles angestrebt werden soll, eine Reduction des Maiszolles durchaus nicht wünschenswerth; sowohl um nicht die Einfuhr des hygienisch gefahrbringenden Mais zu begünstigen, als auch um den Preisunterschied zwischen den beiden Cerealien zu vermindern, der bislang das Haupthindernis für eine wirksame Propaganda gegen die Maisnahrung bildete.

XXVI. Beschränkung des Anbaues von Mais. (Berichterstatter: Dr. G. Antonini.)

XXVII. Das Pellagragesetz. (Berichterstatter: Advocat Dr. Perisutti.)

Schlussfolgerungen: In Anbetracht der Dringlichkeit, nach jedem wirksamen legislativen Mittel zum Ausschlusse des Mais aus dem Handel und aus der menschlichen Ernährung zu greifen: sei es durch Beschlagnahme, sei es durch Beschränkung des Anbaues in bestimmten Zonen und durch das Verbot des Anbaues von Quarantino und Cinquantino, dort wo dessen Ausreifen ausgeschlossen erscheint, oder durch das Mahlverbot für solche minderwerthige Qualitäten;

in Anbetracht, dass, trotzdem der directe Zusammenhang zwischen der Vertheuerung des Weizens und der Zunahme der Pellagra festgestellt ist, dennoch das künstliche Hinaufschrauben seines Preises durch den Einfuhrzoll dessen so rathsamen grösseren Verbrauch einschränkt, und dass folglich die Aufhebung oder wenigstens die Herabminderung dieses Zolles in hohem Grade wünschenswerth erscheint;

in Anbetracht der Opportunität, sowohl die Landes- als die Gemeindecommissionen behufs zweckmässiger und wirksamer Bekämpfung der Pellagra beizubehalten;

in Anbetracht schliesslich der Billigkeit und Gerechtigkeit der Einrichtung, die Lasten für die Behandlung der Pellagrakranken, in was immer für einer Form diese stattfinde, zwischen Land und Staat in billigem Verhältnisse zu vertheilen;

gibt der Congress dem Wunsche Ausdruck, dass das Pellagragesetz beschlossen werden möge, und dass in demselben oder in den Einführungsverordnungen die nachfolgenden Verfügungen Aufnahme finden mögen:

1. Die Landes- und Gemeindecommissionen werden aus den betreffenden Wahlkörpern ernannt und ergänzt. 2. Die Kosten der gesundheitsgemässen Ernährung in loco und jener in den Anstalten fallen dem Lande und dem Staate zur Last, und die Unterstützungen der Privat-Wohlthätigkeit werden zur Weiterentwicklung der localen Einrichtungen verwendet.

3. Die Vermischung von weissem Mais mit Weizen im Mehl und in Teigwaren

und Brot ist nicht gestattet.

4. Der Präfect jener Districte, in welchen die klimatischen Verhältnisse das völlige Ausreifen des Mais nur ausnahmsweise gestatten, ist ermächtigt, auf Grund der Gutachten des Landessanitätsrathes, der Landescommissionen und des Landesausschusses den Anbau des Mais, sowohl in erster Tracht, als auch des Quarantino und Cinquantino, einzuschränken oder ganz zu verbieten.

Der Congress befürwortet überdies die Aussetzung von Geldprämien zur Aneiferung jener Organe, welche die Vergehen des Verkaufes, der Verbreitung und Vermahlung von schädlichem Mais zur Anzeige bringen, behufs ausgedehnterer

hygienischer Controle der Maisfrucht;

ferner, dass im Anhange zu den allgemeinen Verfügungen der bestehenden Verordnungen über die Verfälschung von Cerealien zur klaren und sicheren Norm der Sanitäts- und Justizorgane bezüglich des Mais taxativ festgestellt werde, ob und bis zu welchem Grade eine leichte, theilweise Unvollkommenheit geduldet werden könne, und in welchen Fällen hingegen unter Berücksichtigung der Beschaffenheit, des Grades und des Percentsatzes der Schadhaftigkeit, sowie anderer Umstände der Mais als absolut schädlich erklärt werden müsse;

dass schliesslich, angesichts der Nothwendigkeit, nicht nur für die Behandlung, sondern auch für die Prophylaxis der Pellagra Vorsorge zu treffen, die Verfügungen der Artikel 8, 9, 10 des vom Senat eingebrachten Gesetzentwurfes auch auf jene Gemeinden erstreckt werden, in welchen der Anbau und der Verbrauch des Mais als Nahrung hervorragende Bedeutung besitzt.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 8. November 1902,

R. G. Bl. Nr. 211,

betreffend die Gebühren der als Sachverständige in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten verwendeten Sanitätspersonen.

Auf Grund des Artikels LV des Einführungsgesetzes zur Civilprocessordnung (Gesetz vom 1. August 1895, R. G. Bl. Nr. 112) wird zur Ausführung des § 365 der Civilprocessordnung (Gesetz vom 1. August 1895, R. G. Bl. Nr. 113) verordnet:

Die Gebühren der als Sachverständige in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten verwendeten Sanitätspersonen sind nach §§ 25 bis 29, dann 31 der Ministerialverordnung vom 17. September 1897, R. G. Bl. Nr. 221,*) zu bemessen. Dagegen findet die Ministerialverordnung vom 17. Februar 1855, R. G. Bl. Nr. 33, auf die Bemessung dieser Gebühren keine Anwendung.

Die bisher geltenden Bestimmungen über die Bemessung der Gebühren für die Verwendung von Sanitätspersonen als Sachverständige im Verfahren ausser Streitsachen bleiben unberührt.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Wirksamkeit.

^{*)} S. Jahrg. 1897 d. Bl., S. 498.

Rechtsprechung.

Bei der Bestimmung des Punktes 3 des 3. Absatzes des § 39 des Gesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, handelt es sich keineswegs um öffentliche, sondern um speciell für Bezirkskrankencassen bestimmte und auf dieselben beschränkte Apotheken; es steht deshalb den Krankencassenverbänden ein effectiv wirksames Recht zu, Apotheken für die Bezirkskrankencassen und mit der Beschränkung auf diese Anstalten anzulegen und zu betreiben.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 9. Juli 1902, Z. 6271.

Der Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt in Graz gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 16. März 1901, Z. 5889, betreffend die Errichtung einer Apotheke in Graz, nach der am 9. Juli 1902 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt:

Die angefochtene Entscheidung wird als gesetzlich nicht begründet aufgehoben:

Entscheidungsgründe:

Die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten in Graz als Leitung des Verbandes der Bezirkskrankencassen im Sprengel dieser Unfallversicherungsanstalt hat über den Beschluss der Delegirtenversammlung vom 26. August 1900, womit die Verbandsleitung ermächtigt wurde, die Errichtung einer Apotheke mit dem Sitze in Graz anzustreben, mit der Eingabe vom 13. November 1900 bei der Statthalterei für Steiermark unter Berufung auf die Bestimmung des § 39, 3. Absatz, Punkt 3 des Gesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter und auf die entsprechende Bestimmung des § 2, Punkt 7 des genehmigten Verbandsstatutes das Ansuchen gestellt, die Statthalterei wolle die Errichtung einer öffentlichen Apotheke in Graz genehmigen.

Von der neuen Apotheke würden nicht nur die Mitglieder der Bezirkskrankencassen in Graz besondere Vortheile geniessen, sondern es würden durch dieselbe auch die Cassenärzte in Steiermark und Kärnten, insoferne sie eine Hausapotheke zu halten berechtigt oder verpflichtet seien, mit den nöthigen Heilmitteln versorgt werden; selbstverständlich wäre die Apotheke von geprüften Pharmaceuten zu leiten. Sollte jedoch die den Bezirkskrankencassen-Verbänden im Sinne der bezogenen Gesetzesbestimmung zustehende Berechtigung zur Anlage einer Apotheke Beschränkungen unterliegen, so bitte die Anstalt, ihr die Errichtung einer Apotheke unter Bekanntgabe der Beschränkungen zu bewilligen. Hiebei wurde ausgeführt, dass der Bestand der Apotheke, auch wenn dieselbe auf die Mitglieder der beiden Bezirkskrankencassen in Graz beschränkt sein würde, mit Rücksicht auf die beträchtliche Anzahl dieser Cassenmitglieder vollständig gesichert wäre.

Hierüber hat die k. k. Statthalterei in Graz der Anstalt unterm 11. Jänner 1901, Z. 39703 ex 1900, folgendes eröffnet:

Ueber Antrag des Stadtrathes in Graz seien von der Statthalterei wegen Errichtung zweier öffentlicher Apotheken in Graz die Erhebungen eingeleitet worden, und werde die Unfallversicherungsanstalt seinerzeit von der Entscheidung im Gegenstande in Kenntnis gesetzt werden.

Die den Bezirkskrankencassen im § 39 des Krankenversicherungsgesetzes zugesprochene Berechtigung zur Anlage einer Apotheke unterliege nur jenen Beschränkungen, welche durch die bestehenden Gesetze und Verordnungen für die Anlage von Apotheken überhaupt vorgeschrieben sind.

Soferne die Anstalt aber nicht beabsichtigen sollte, eine bestehende Apotheke zu erwerben oder um die Verleihung einer neu errichteten Apotheke zu concurriren, sondern unabhängig davon die Bewilligung zur Errichtung einer Apotheke für sich selbst in Anspruch nehme, könne dem gestellten Ansuchen keine Folge gegeben werden, weil nach der citirten Gesetzesstelle den Cassenverbänden nur die Berechtigung zur Anlage und zum Betriebe einer Apotheke, nicht aber zur Errichtung einer solchen eingeräumt sei. Zur Motivirung wurde hinzugefügt, dass nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nur öffentliche Apotheken und Hausapotheken der Aerzte (die letzteren in der Mindestentfernung von 1 Stunde von der nächsten öffentlichen Apotheke) gestattet seien.

Die Berechtigung zur Haltung einer Hausapotheke sei nur Aerzten und Wundärzten eingeräumt (Allerhöchstes Patent vom 10. April 1773, Hofkanzleidekret vom 3. November 1808,

Verordnung des Ministeriums des Innern vom 26. December 1882, R. G. Bl. Nr. 182). Die Anlage und der Betrieb einer öffentlichen Apotheke könne hingegen vom Bezirkskrankencassen-Verbande auf Grund des § 39 des Krankenversicherungsgesetzes durch Erwerbung einer bestehenden Apothekergerechtsame in gleicher Weise angestrebt und erreicht werden, wie dies jedem Apotheker freigestellt sei, doch hätte der Cassenverband für eine den Vorschriften entsprechende Leitung der Apotheke vorzusorgen. Die Errichtung einer neuen öffentlichen Apotheke könne dem Cassenverbande von der Statthalterei ebensowenig wie einem Apotheker bewilligt werden, weil der Statthalterei nur die Entscheidung über die Frage vorbehalten sei, ob irgendwo ein neues Apothekergewerbe zu errichten sei, während die Verleihung eines solchen Gewerbes an eine bestimmte Person der politischen Behörde I. Instanz zustehe, welche hiefür, um das würdigste Individuum aufzufinden, den Concurs auszuschreiben habe (Ministerial-Verordnung vom 19. Jänner 1853, R. G. Bl. Nr. 10, Abschnitt C, § 38, lit. b, Hofkanzlei-Dekret vom 30. November 1833, Z. 29825).

In einem Recurse gegen diesen Erlass führte die Unfallversicherungsanstalt aus, dass durch die bezogene Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes den Bezirkskrankencassen-Verbänden doch wohl ein weitergehendes Recht eingeräumt erscheine, als die Behörde annehmen wolle, und dass zudem die eventuelle Erlangung einer Apotheke seitens des Cassenverbandes auf dem von der Statthalterei angedeuteten Wege den grössten Schwierigkeiten begegnen würde.

Die Anstalt stellte sohin das Begehren, das Ministerium wolle unter Behebung der angefochtenen Entscheidung der Statthalterei der Anstalt als Verbandsleitung die Errichtung der angestrebten Apotheke in Graz bewilligen. Sollte jedoch auch das Ministerium nicht in der Lage sein, dem Ansuchen vollinhaltlich Folge zu geben, so werde die weitere Bitte gestellt, die Anstalt aufzuklären, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen dieselbe zur Ausübung des ihr gesetzlich zugesprochenen Rechtes der Anlage und des Betriebes einer Apotheke gelangen könne. Hierüber erfloss der heute angefochtene Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 16. März 1901, Z. 5889, des Inhaltes, dass dem Recurse der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Graz gegen den angefochtenen Erlass der Statthalterei, mit welchem dem Ansuchen der Anstalt um die Bewilligung zur Errichtung einer Apotheke in G. nicht willfahrt wurde, keine Folge gegeben werde, da dem Bezirkskrankencassenverbande ein Recht auf die in Rede stehende Bewilligung nicht zustehe.

In der hiergerichts überreichten Beschwerde wird neuerlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Erlangung einer Apotheke im Sinne der Auffassung der Statthalterei entgegenstehen würden, und zugleich bemerkt, dass die Erreichung des vom Cassenverbande augestrebten Zieles unter allen Umständen vom Zufalle abhängen würde. Die Auffassung der Statthalterei entspreche auch keinesfalls dem Wortlaute des Gesetzes, nach welchem vielmehr die in Frage stehende gesetzliche Bestimmung nur dahin verstanden werden könne, dass dieselbe — und dies zwar unabhängig von sonstigen diesfälligen gesetzlichen Bestimmungen — das Recht zur Errichtung einer Apotheke seitens eines Cassenverbandes und für denselben, d. i. mit Beschränkung auf die Bedienung der Krankencassen-Mitglieder und der Krankencassen-Aerzte mit den erforderlichen Heilmitteln beinhalte, wobei allerdings die betreffende Apotheke unter fachmännische Führung zu stellen sei. Wenn hiernach die Statthalterei auch berechtigt gewesen wäre, der beschwerdeführenden Anstalt die Verleihung einer öffentlichen Apotheke zu verweigern, so sei sie doch dem Gesetze nach nicht berechtigt gewesen, die Errichtung einer Apotheke mit der Beschränkung auf die Mitglieder der beiden Bezirkskrankencassen in Graz abzulehnen. Ebenso widerspreche die Entscheidung des Ministeriums dem Gesetze, mit welcher dem Cassenverbande schlechthin ein Recht abgesprochen werde, welches dem Verbande gesetzlich und statutarisch eingeräumt sei.

Der Verwaltungsgerichtshof hat Folgendes erwogen:

Nach dem Dargestellten behauptet die beschwerdeführende Anstalt, dass ihr im Grunde des § 39 des Krankenversicherungsgesetzes ein selbständiges, von den bestehenden Vorschriften über öffentliche Apotheken unabhängiges und ausserhalb des Rahmens derselben gelegenes Recht auf die Anlage und den Betrieb, d. i. also auf die Errichtung einer Apotheke für die Zwecke des Cassenverbandes zustehe, während die Statthalterei und — wie nach dem Inhalte der ministeriellen Entscheidung angenommen werden muss — auch das belangte Ministerium den Bestand eines solchen Rechtes negiren und die angezogene Gesetzesbestimmung nur im Rahmen und im Sinne der gedachten Vorschriften verstanden wissen wollen.

Wenn der Vertreter des Ministeriums bei der öffentlichen mündlichen Verhandlung die ministerielle Entscheidung als eine Entscheidung des administrativen Ermessens charakterisiren wollte, so konnte der Gerichtshof diese Interpretation der angefochtenen Entscheidung auch darum nicht zulassen, weil die Entscheidung der Statthalterei zweifellos keine Ermessungsentscheidung war, und weil für eine Entscheidung solcher Art auch keinerlei positive Grundlage gegeben wäre. Das k. k. Ministerium des Innern hat sich darüber nicht ausgesprochen, ob es seinerseits die Wege für zulässig halte, welche die Statthalterei der beschwerdeführenden Anstalt zum Zwecke der Erlangung des Besitzes einer Apotheke wies. Diese Frage liegt übrigens abseits vom heutigen Streite.

Der § 39 des Krankenversicherungsgesetzes ordnet an, dass die Bezirkskrankencassen in Verbände vereinigt werden, deren Verwaltung nach Maassgabe des besonderen Statutes von dem Vorstande der Unfallversicherungsanstalt besorgt wird. Im folgenden Contexte dieses Paragraphen werden den Cassenverbänden zunächst gewisse obligatorische Aufgaben überwiesen, worauf es weiter heisst:

"Ausserdem können diese Cassenverbände noch freiwillig andere Zwecke verfolgen, welche sämmtlichen oder mehreren Verbandscassen gemeinsam sind, und zwar insbesondere 3. die Anlage und den Betrieb gemeinsamer Heilanstalten und Apotheken."

Wenn nun die Behörden die eben citirte gesetzliche Bestimmung, soweit dieselbe von Apotheken handelt, von vornherein nur im Rahmen der für öffentliche Apotheken bestehenden Normen verstanden wissen wollen, so ist der k. k. Verwaltungsgerichtshof ganz im Gegentheile der Rechtsanschauung, dass dieselbe von vornherein in dieser Begrenzung und Beschränkung nicht verstanden werden kann.

Zunächst enthält die citirte gesetzliche Bestimmung keinerlei ausdrücklichen Hinweis auf die derselben von den Behörden unterlegte Basis, während es sich zweifellos — wenn das Gesetz wirklich im Sinne der Behörden verstanden werden wollte empfehlen musste, um einer missverständlichen Auslegung vorzubeugen, durch einen geeigneten Zusatz anzudeuten, dass die getroffene Bestimmung thatsächlich nur auf Grundlage der im allgemeinen für öffentliche Apotheken bestehenden Vorschriften zu verstehen sei.

Eine solche Textirung würde in dem gedachten Falle auch nach der üblichen Technik

der Gesetzgebung zu erwarten gewesen sein.

An sich selbst bietet die in Frage stehende Gesetzesbestimmung keinen Anlass, dieselbe, soweit die Errichtung von Apotheken in Frage kommt, etwa zur Ergänzung oder näheren Verdeutlichung in Beziehung zu bestehenden anderen gesetzlichen Normen zu setzen.

Denn wenn die Bezirkskrankencassenverbände sich die Anlage und den Betrieb von Apotheken zum Zwecke setzen können, das heisst, wenn sie sich zum Ziele setzen können, Apotheken zum Zwecke setzen können, das heisst, wenn sie sich zum Ziele setzen können, Apotheken anzulegen und zu betreiben, so ist diese Disposition des Gesetzes in der erwähnten Richtung eine an sich ebenso verständliche als erschöpfende. Das Gesetz spricht weiters auch nicht von der Erlangung einer Apotheke, sondern wortdeutlich von der Anlage (und dem Betriebe) einer solchen Anstalt, eine Textirung, welche der Auffassung der Statthalterei, wonach es sich nur um die eventuelle Ueberkommung einer bestehenden oder um die eventuelle Erlangung einer neu errichteten Apotheke handeln könnte, jedenfalls nicht das Wort führt. Der Ausdruck "Anlage" zumat ist von nicht zu übersehender Deutlichkeit und es kann nicht gesagt werden, dass die Anlage einer Apotheke nicht die Erricht ung einer solchen Anstalt beinhalte, da doch derjenige, welcher eine Apotheke anlegt, dieselbe ohne Zweifel ins Leben ruft, gründet, also errichtet. Dies alles aber nur nebenbei.

Von durchschlagender Bedeutung erscheint, dass das Gesetz nicht nur nicht ausdrücklich von öffentlichen Apotheken und auch nicht von Apotheken schlechthin, welch letzteren Ausdruck man allenfalls auch noch von öffentlichen Apotheken verstehen könnte, sondern von der Anlage und dem Betriebe gemeinsamer Apotheken spricht, das heisst von Apotheken, welche allen oder mehreren Cassen des Verbaudes gemeinschaftlich sind. Solche Anstalten sind nun zweifellos überhaupt nicht öffentliche Apotheken, sondern solche, deren Betrieb sich auf die Verbandscassen oder auf einige derselben bezieht oder beschränkt, die also nur für diese Cassen bestimmt sind, und dies könnte auch ohne den citirten Wortlaut des Gesetzes an sich nicht zweifelhaft sein. Dem Gesetzgeber kann nicht zugemuthet werden, im § 39 leg. cit. eine Bestimmung getroffen zu haben, welche ganz ausserhalb des sonstigen Bethätigungskreises der Bezirkskrankencassen und also naturgemäss auch der Verbände derselben stünde; denn gewiss kann nicht behauptet werden, dass die Errichtung öffentlicher Apotheken als in den Bereich der Bethätigung der genannten Organisationen fallend angesehen werden könnte, deren Wirksamkeit sich auf die Krankenversicherung ihrer Mitglieder allein beschränkt, und welche unmittelbar keine Aufgaben der öffentlichen Sanitätspflege zu erfüllen berufen sind.

Wenn nun aber — wie gesagt — das Krankenversicherungsgesetz im § 39 eine neue Kategorie von Apotheken schuf, die übrigens an den Hausapotheken der Aerzte und Wundärzte

und an den klösterlichen Hausspotheken schon bestehende Analoga findet, nämlich Apotheken der Bezirkskrankencassenverbände für diese Verbände, beziehungsweise für die verbundenen Cassen, so erscheint hiedurch der Auffassung der Behörden der Boden entzogen.

Inwieserne auf solche Apotheken die für öffentliche Apotheken bestehenden Vorschriften ansonst aualoge Anwendung zu sinden haben, ist hier nicht zu erörtern; gewiss ist aber, dass die Frage, wann und auf welche Art solche Apotheken errichtet werden können, beziehungsweise auf welche Weise die Cassenverbände in den Besitz solcher Apotheken gelangen können, nicht nach den erwähnten Vorschriften beantwortet werden kann, und gewiss ist auch, dass den Cassenverbänden die Besugnis zur Anlage (d. i. zur Errichtung) und zum Betriebe solcher Apotheken nicht abgesprochen werden kann, da das Gesetz ihnen die facultative Berechtigung hiezu ausdrücklich einräumt. Dies wenigstens im Grundsatze, der aber vorliegendenfalls allein streitig ist. Welche Stellung gegenüber einem concreten diesbezüglichen Projecte die Staatsaufsicht (§ 39 des Krankenversicherungsgesetzes, § 15 des vorliegenden Verbandsstatutes) eventuell einzunehmen berechtigt wäre, ist heute nicht weiter zu untersuchen.

Mit der vorstehenden Auffassung coincidiren auch die Materialien zu dem Gesetze vom 30. Marz 1888.

Der Gewerbeausschuss des Abgeordnetenbauses, aus dessen Initiative die gegenüber dem § 37 der Regierungsvorlage abgeänderte Fassung des § 39 des Krankenversicherunggesetzes und insbesondere auch die Aufnahme des auf die Anlage und den Betrieb gemeinsamer Apotheken bezüglichen Passus hervorging, hat in seinem Berichte vom 25. Mai 1886 in ganz durchsichtiger Weise die seinen Anträgen zu Grunde liegende Absicht betont, durch die Schaffung einer obligatorischen Verbandsorganisation den Bezirkskrankencassen, "über deren Lebensfähigkeit derzeit nichts absolut sicheres vorliegt", eine weitere Stärkung angedeihen zu lassen und ihnen eine weitere autonome Bethätigung einzuräumen, und hat darauf hingewissen, dass die Cassen durch die obligatorischen und facultativen Thätigkeiten des Verbandes an Widerstandskraft gewinnen, und dass ihnen die Möglichkeit einer Vereinfachung und Verbilligung ihrer Agenden beschafft werde.

Die Commission des Herrenhauses hat in ihrem Berichte vom 30. April 1887 den Beschluss des Abgeordnetenhauses bezüglich der Bezirkskrankencassenverbände dahin charakterisirt, dass diese Verbände gebildet werden sollen, um gewisse Aufgaben leichter durchzuführen und gemeinsame Einrichtungen zu ermöglichen.

In dieser Beleuchtung erscheint die Bestimmung des § 39 des Gesetzes als eine solche, durch welche der Umfang der eigenen Wirthschaft der Cassen erweitert und eine Verbilligung der Aufgaben der Cassen durch die eventuelle Errichtung eigener Heilanstalten und Apotheken, d. i. also durch die Einführung einer facultativen Eigenregie auf dem Gebiete der Beschaffung von Medicamenten und der Gewährung der Spitalspflege bezweckt werden soll.

Auch hieraus folgt sowohl, dass es sich bei der fraglichen Bestimmung des Gesetzes keineswegs um öffentliche, sondern um speciell für Bezirkskrankencassen bestimmte und auf dieselben beschränkte Apotheken handelt, als auch, dass den Cassenverbänden im Sinne des Gesetzes ein effectiv wirksames Recht zusteht, Apotheken für die Bezirkskrankencassen und mit Beschränkung auf diese Anstalten anzulegen und zu betreiben.

Im Sinne der vorstehenden Ausführungen konnte der Verwaltungsgerichtshof die angefochtene Entscheidung nicht als im Gesetze begründet erkennen und gelangte daher zur Aufhebung derselben nach § 7 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 ex 1876.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 23. October (5. November) l. J., Nr. 426, wurden die zufolge Verordnung vom 13. October, Nr. 417, (S. 503) gegenüber Constantinopel eingeleiteten Quarantainemaassnahmen aufgehoben. An deren Stelle treten die mit Verordnung vom 27. Juni (10. Juli) l. J., Nr. 246, (S. 363) verfügten Maassnahmen wieder in Kraft.

Russland. In Odessa ist am 4. November ausserhalb des Spitales eine Person unter pestverdächtigen Symptomen gestorben, welche nach dem Ergebnisse der Obduction schon vor mindestens zwei Wochen erkrankt war. Vom 4. bis 16. November wurde kein weiterer verdächtiger Fall beobachtet. Am 16. November standen noch 8 Kranke in Behandlung.

Türkei. Der Oberste Sanitätsconseil beschloss, die fünftägige Quarantaine gegen Herkünfte aus Odessa aufzuheben und an deren Stelle die ärztliche Visite einzuführen.

Aegypten. In Alexandrien ist in der Woche vom 6. bis 12. November neuerdings ein Pestfall beobachtet worden.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 17. bis 23. October 161 Pestfälle und 150 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 12. bis 18. October 9 Todesfälle, in Kurach e e vom 11. bis 17. October 9 und in Madras (Stadt) in derselben Woche 1 Todesfäll an Pest constatirt. In der Präsidentschaft Madras sind in den aufeinanderfolgenden zwei Wochen vom 28. September bis 11. October 466, 396 Pestfälle und 385, 218 Todesfälle ausgewiesen worden.

Mauritius. In den zwei aufeinanderfolgenden Wochen vom 19. September bis 2. October wurden 5, 9 Erkrankungen und 4, 8 Todesfälle an Pest beobachtet.

Brasilien. In Rio de Janeiro sind nach einer Mittheilung vom 22. October 2 neue Pesttodesfälle ausgewiesen worden. In Campos (S. 516) sollen weitere Pestfälle sich ereignet haben. Auch soll die Krankheit neuerdings in Victoria (S. 438) aufgetreten sein.

Cholera. Griechenland. Die Quarantaine für Herkünfte aus Aegypten wurde auf sieben Tage herabgesetzt.

Türkei. Die Choleraepidemie ist in Gaza und in Lydda (Syrien) in Abnahme begriffen. In der Zeit vom 4. bis 9. November wurden in Gaza 55, in Lydda 36 Todesfälle verzeichnet. In Jaffa kommen durchschnittlich täglich 1 bis 2 Todesfälle an Cholera vor. Hingegen wüthet die Epidemie in dem kleinen Städtchen Tiberias und auf dem flachen Lande äusserst heftig. So wurden in Tiberias vom 4. bis 9. November 88 Todesfälle constatirt. In dem in der Nähe von Jaffa gelegenen Dorfe Scheik-Muenn starben von 250 Einwohnern 90, in Kaferana (1100 Einwohner) 67, in Jahudié (2100 Einwohner) binnen 10 Tagen 130 Personen an Cholera. Seit Beginn der Epidemie bis zum 9. November wurden in Palästina 1531 Choleratodesfälle amtlich ausgewiesen.

Ein Theil der Bewohner Gazas wurde in Zelten an der Meeresküste untergebracht; unter diesen ist seither kein neuer Cholerafall vorgekommen. Die türkische Sanitäts-Administration hat 2 Aerzte mit einigen Desinfectoren nach der syrischen Küste entsendet. Demnächst soll auch ein von der Regierung mit der Vornahme der Desinfection der verseuchten Orte betrauter Chemiker mit 10 Aerzten und ebensovielen Desinfectoren dahin abgehen.

In Midi bei Loheya (Jemen) ist die Cholera ausgebrochen. In Hodeida (S. 504) ist der Gesundheitszustand ein befriedigender.

In Medina (Hedjaz, S. 504) wurden vom 12. Mai bis 9. October l. J. 50 Choleratodesfälle amtlich verzeichnet. In Confudah ist seit 13. Juni, in Jambo seit 26. Mai kein Cholerafall zur Anzeige gelangt. Die Gesammtzahl der im Hedjaz in diesem Jahre constatirten Choleratodesfälle betrug 12493.

Ueber Beschluss des Obersten Sanitätsconseils wurde die Quarantaine für ägyptische Herkünfte (S. 487) von 10 auf 7 Tage herabgesetzt.

Aegypten. In Alexandrien wurden in der Woche vom 6. bis 12. November 23 Cholerafälle (darunter 16 nach eingetretenem Tode) und insgesammt 20 Todesfälle, in Cairo in der Woche vom 5. bis 11. November kein neuer Cholerafall und 1 Todesfall constatirt.

In ganz Aegypten sind in der Woche vom 4. bis 10. November 144 Cholerafälle verzeichnet worden. 66 Fälle wurden todt aufgefunden. In den Spitälern starben 59 Kranke. Neue Erkrankungen (und Todesfälle) wurden gemeldet aus den Städten: Cairo 1 (2), Alexandrien 13 (32), Damiette 1 (7), ferner aus den Provinzen: Gharbieh 0 (2), Behera 0 (8), Charkieh 0 (2), Dakahlieh 0 (1), Galiubieh 5 (3), Menufieh 0 (7), Minieh 1 (3), Guirgueh 21 (17), Keneh 36 (40), Sudan 0 (1).

Vermischte Nachrichten.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 18. November l. J. nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 19. bis 25. November beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 2; Horodenka: Piotrow 3, Tyszkowce 1; Jaworow: Jazow stary 3; Kamionka strumilowa: Chreniow 1; Nadworna: Zielenica ad Zielona 6; Zloczow: Opal ad Jezierna 1.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER, Oberbezirksarzt,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12:-

XIV. Jahrgang.

Wien, 4. December 1902.

Nr. 49.

Inhalt. Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901. — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend Ermässigung des Preises des Diphtherieheilserums; Erlass der Landesregierung in Kärnten, betreffend Ausfertigung ärztlicher Zeugnisse zur Begründung von Schulversäumnissen. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

In den periodischen vierwöchentlichen Berichten über Infectionskrankheiten des Jahres 1901 sind insgesammt 448559 Erkrankungen in Evidenz gestanden und 30922 Kranke als gestorben in Abgang gebracht worden.

Von jenen Krankheitsformen, für welche in allen Ländern die Anzeigepflicht besteht, und welche auch in den Nachweisungen über die Bewegung der Bevölkerung als Todesursachen gesondert ausgewiesen sind, nämlich Blattern, Scharlach, Diphtherie, Masern, Ileotyphus, Flecktyphus, Dysenterie, Kindbettfieber und Keuchhusten, wurden in den vierwöchentlichen Berichten der Länder im Jahre 1901 insgesammt 381692 Erkrankungen und 30175 Todesfälle, gegen 300085 Erkrankungen und 26161 Todesfälle im Vorjahre*) verzeichnet.

Asiatische Cholera und Pest sind im Berichtsjahre nicht beobachtet worden.

Die Gesammtzahl der in den vierwöchentlichen Berichten verzeichneten Erkrankungen und Todesfälle an den erwähnten neun Infectionskrankheitsformen, die im Nachstehenden mit Rücksicht auf ihre allgemeine Verbreitung und ihre besondere Bedeutung zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung gemacht werden, weist also im Berichtsjahre eine nicht unbedeutende Zunahme auf. Es ware jedoch irrig, aus diesem Umstande allein schon auf ein vermehrtes Vorkommen dieser Krankheitsformen zu schliessen. Denn die in den vierwöchentlichen Berichten ausgewiesenen Ziffern geben uns, wie dies in den in diesem Blatte veröffentlichten Berichten tiber den Stand der Infectionskrankheiten der vorausgegangenen Jahre wiederholt betont wurde, nur die Zahl der im Wege der vorgeschriebenen Epiedemieberichterstattung von den Aerzten und Gemeinden an die politischen Bezirksbehörden zur Anzeige gebrachten und in Evidenz gehaltenen Krankheitsfälle und deren Verlauf an. nicht aber alle Erkrankungen und Todesfälle, welche an diesen Krankheitsformen während dieser Zeit vorgekommen sind.

^{*)} Siehe Jahrg. 1901, S. 517.

In den Jahresberichten der Landesbehörden über den Stand der Infectionskrankheiten im Jahre 1901, welchen die von den politischen Bezirksbehörden eingesendeten Jahresberichte zur Grundlage dienten, erscheinen insgesammt 388395 Erkrankungen und 31660 Todesfälle an den erwähnten Krankheitsformen, gegenüber 300510 Erkrankungen und 27790 Todesfällen im Vorjahre, ausgewiesen. Es ist also auch nach diesen Ausweisen die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle bedeutend gestiegen. Die Ziffern dieser Nachweisungen sind wohl etwas höher als die aus den vierwöchentlichen Berichten gewonnenen Zahlen, weil sie ausser den in den vierwöchentlichen Nachweisungen verzeichneten Krankheits- und Todesfällen auch alle jene Fälle enthalten, welche den politischen Bezirksbehörden (Stadtmagistraten) erst nach Ablauf der betreffenden Erkrankung und Abschluss des jeweiligen Berichtes zur Kenntnis gelangten und als Nachtrage ausgewiesen wurden; jedoch auch diese Ausweise erscheinen nicht geeignet uns ein klares Bild über die Ausbreitung dieser Infectionskrankheiten zu geben, weil jene Erkrankungsfälle, welche den Aerzten oder Gemeindevorstehern unbekannt blieben oder von diesen nicht angezeigt wurden, nicht inbegriffen Tabelle I gibt eine Uebersicht über die Zahl der in den Jahresberichten ausgewiesenen Erkrankungs- und Todesfälle an den genannten Krankheiten, mit Ausnahme des Keuchhustens, dessen Verbreitung bei der Besprechung der einzelnen Krankheitsformen näher erörtert werden wird.

Die verlässlichsten Daten zur Beurtheilung der Ausbreitung der Infectionskrankheiten stehen uns in den sanitätsstatistischen Nachweisungen über Todesursachen zur Verfügung. Diese Nachweisungen geben allerdings zuvörderst nur Auf-

T a-Ueberder in den Jahresberichten der politischen Landes-

	Blattern					So	harlac	h	D	iphther	ie			Masern			
i	Betro	ffene		9	Betr	offen e			Betroffen			Betr	offene	ï	•		
Land	Bezirke	Gemeinden	Erkran- kungen	Todesfälle	Bezirke	Gemeinden	Erkran- kungen	Todesfälle	Bezirke Gemeinden	Erkran- kungen	Todesfälle	Bezirke	Gemeinden	Erkran- kungen	Todesfälle		
Niederösterreich	3	3	10	1	26	290	6470	518	26 610	5340	839	26	733	33651	913		
Oberösterreich .	. —		-		12		375	7			3 03		174		142		
Salzburg	-	-		-	ก	25	177	9	6 59		61	6		1017	16		
Steiermark			-			180		159					753				
Kärnten	-				- 8		1017	155			173			3768	78		
Krain	2	4	12	2		100		431			250	11	48		26		
Triest	1	1	2	-	1	1	514	38	1 1		5 5		1	348	23		
Görz-Gradisca .		-	-1		5	45	834	161	5 64		63				12		
Istrien	1	19	1	1	7	30	558	110		:	97	1 -	18		12		
Tirol	8	9	20	5	20 3		414 47	44	24 153		190				166		
Vorarlberg	5	-8	10	20			8140	4 950	3 16		36			963 73882	6 2077		
Böhmen	9	0	12	2		1066 445	3996	765	96 ₂₀₆₇ 39 775	2915	1984 742	40	1646 944	33375	1217		
Mähren	_	_	4	2	12	92	577	100		513			285	6727	118		
Galizien	26	45	242	19			21511	4952			910		494		1033		
Bukowina	1	2	542			158.	2134	562			9×		120	8939	331		
Dalmatien	3	4	85	22	9		131	25		1 1	144			1081	37		
Oesterreich .	51	78	393											220842			

schluss über die vorgekommenen Todesfälle an Infectionskrankheiten, sie ermöglichen es aber auch im Vereine mit den Ergebnissen der Epidemieberichterstattung, beziehungsweise der in diesen Berichten nachgewiesenen Lethalität der angezeigten Erkrankungen, einen Schluss auf die beiläufige Zahl der thatsächlich vorgekommenen Krankheitsfälle zu ziehen.

Wohl haften auch den Nachweisungen über Todesursachen mannigfache Mängel an, welche zum grösseren Theile darauf zurückzuführen sind, dass in so manchen Fällen die infectiöse Natur der tödtlichen Krankheit oder die Form der Infections-Namentlich gilt dies für jene Länder, in welchen krankheit verkannt wird. wegen Mangels an Aerzten und der grossen Armuth der Bevölkerung ärztliche Hilfe selten in Anspruch genommen, und die Todtenbeschau von Laien vorgenommen wird. Je geringer die Zahl der ärztlich beglaubigten Todesursachen in einem Lande ist, desto grösser werden demnach auch die Fehler dieser Nachweisungen sein. Zum kleineren Theile haben diese Mängel auch darin ihren Grund, dass, selbst von ärztlichen Todtenbeschauern, bei einzelnen Todesfällen nach Infectionskrankheiten nicht die betreffende Krankheit, sondern die Folgekrankheit, welche zum Tode geführt hat, als Todesursache angegeben, und dass die Anführung der Grundkrankheit unterlassen wird, wodurch solche Todesfälle für die Mortalitätsstatistik der Infectionskrankheiten verloren gehen. Darauf ist es auch zurückzuführen, dass in mehreren Kronländern, in welchen die Anzeigepflicht im allgemeinen in gewissenhafter Weise erfüllt wird, in den vierwöchentlichen Berichten von verschiedenen Infectionskrankheiten

b e l l e I. sicht behörden nachgewiesenen Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

	er	bettfiel	Kind		9	senteri	Dy		18	ektyphu	Flee			otyphus	Ileo	
	0	Betroffene				1	0		ffene	Betro	9		offene	Betr		
Land	Todesfälle	Erkran- kungen	Gemeinden	Bezirke	Todesfälle	Erkran- kungen	Gemeinden	Bezirke	Todesfälle	Erkran- kungen	Gemeinden	Bezirke	Todesfälle	Erkran- kungen	Gemeinden	Bezirke
Niederösterreic Oberösterreic Salzbur	195 49 8	408 102 16	176 75 9	26 14 4	12 1 —	34 2	12 2	10 2	=	Ξ	=		198 59 19	1152 363 61	256 100 30	26 14 6
. Steiermark	67 16 9	130 24 16	89 18 10	21 6 5	98 1 62	356 4 303	30 31	13 2 8	=	Ξ	_	=	124 63 46	725 345 292	194 70 70	24 8 12
Tries . Görz-Gradisc Istrie	6 4 3	11 6 3	1 5 3	1 1 2	10 5 7	47 24 56	1 4 7	1 4 5	Ξ		=	-	26 26 19	176 86 142	25 17	1 5 6
Tiro Vorarlber	43 11 295	74 15 462	61 11 352	18 2 85	13 - 17	49 - 27	10 - 6	5 - 5		_ _ 1	<u>-</u>	- - 1	113 5 590	694 20 3865	172 10 945	21 3 96
Mährei	83 12	149 14	103 13	31 8	2	25 3	9	5 2	_	_	Ξ	_	408 83	3188 488	757 141	40 12
Galizie Bukowina Dalmatie	43 23 2	79 35 3	33 27 2	17 7 2	249 164 15	1118 459 133	91 50 3	39 10 3	206 f	2057 5 —	187 2	2	1264 221 22	10099 845 121	921 124 23	79 10 9
Oesterreic	869	1547	988	250	656	2640	262	114	211	2063	190	53	3286	22662	3856	72

mehr Todesfälle ausgewiesen werden, als in den sanitätsstatistischen Nachweisung verzeichnet sind.

Wenn aber auch diese Fehler der Todesursachenstatistik nicht ausser acht glassen werden dürfen, so sind dieselben, wenigstens in den Ländern mit geregelt Gemeindesanitätsdienste, keine so bedeutenden, dass hiedurch die gelieferten Dateine nennenswerthe Aenderung erfahren.

Erheblich grösser sind jene Mängel, welche der Berechnung der Zahl vorgekommenen Erkrankungsfälle nach den Ergebnissen der Todesursachs statistik und der Lethalität der angezeigten Erkrankungsfälle anhaften, da in noch eine zweite Prämisse, die in ihrem Werte gleichfalls nicht vollkommen was lässlich ist — das Lethalitätspercent der angezeigten Fälle — zur Geltung komm In jenen Ländern, in welchen die Epidemieberichterstattung eine geordnete ist, auch die Anzeigenerstattung in der Regel eine gleichmässige, indem dortselbst nie blos die schweren Erkrankungsfälle, sondern auch die leichten Fälle zur Anzeigelangen. In diesen Ländern pflegt demnach auch die Lethalität der in Evide geführten Krankheitsfälle der effectiven Lethalität weit näher zu kommen, als der worden für ärztliche Hilfeleistung nicht genügend gesorgt ist, und die grosse Zahl deichten Fälle sich der Evidenthaltung entzieht; in ersteren Ländern wird somit au die durch oben erwähnte Berechnung ermittelte Ziffer der vorgekommenen Krankeitsfälle der effectiven Zeitfer der vorgekommenen Krankeitsfälle der erwähnte Berechnung ermittelte Ziffer der vorgekommenen Krankeitsfälle der effectiven Zeitfer der vorgekommenen Krankeitsfälle

Vergleichende Uebersicht über die Tode

nach den sanitätsstatistischen Nachweiss

			Blatter	rn	So	charla	ch	l	iphthe	rie		Maser	n	Ile	eoiypb
	Land	nitäts- len a Tode	Berich	ierwöch hten zur gelangt	nitäts- llen a Todes	Berich Anz.	ierwöch. hten zur gelangt	nităts llen a Toder	Berich Anz.	ierwöch, hten zur gelangt		Berich	ierwöch. hten zur gelangt	llen a Todes	In d vi Berick Ans.
	- u u	in den sanitä statist. Tabellen gewiesene Tod	Todesfälle	Percent	in den sanität statist. Tabellen gewiesene Tod		Percent	in den sanitä statist. Tabellen gewiesene Tod	Todesfälle	Percent	in den sa statist- Tabel gewiesene	Todesfälle	Percent	in den sanitä statist, Tabellen gewiesene Toe	Toberfalle
	Niederösterreich	1	1	100	576						1128				
	Oberösterreich .	¶ -,	-	1 -	7	8	100	336	303	90	127	142	112	59	60
	Salzburg Steiermark	1 -1	! -	-	9 137		1 200			1					
1	Kärnten	1			137									1	
	Krain	2	2	100										92	46
1	Triest	1 -1	<u> </u>	-	38	38	100	50	55	110	23	23	100	26	26
	Görz-Gradisca .	1 -	-)	! <u>-</u>	175		92	135		43	18	12	67	47	26
	Istrien	1										11		41	18
1	Tirol Vorarlberg	5	5	100	39	41						160 6	1		107
	Böhmen	2	2	100	950				1744			1839			
	Mähren	11 :	. 1	_	778	771	99	952	742	78	1220	1217		417	408
ļ	Schlesien	2			149	100	67	291	110	38	155	116	75	107	84
ĺ	Galizien	60		20		4624						,		0200	
i	Bukowina	1 =	-	1	622		1								218
!	Dalmatien	22	22	100	25	25	100	149	145	97	37	37	100	24	20
	Oesterreich .	95	47	50	12512	8571	68	13188	6214	47	8265	6437	78	5565 3	3165
I			1	' 5	1	1	1 3	5230		i - 1	1 200	1	1	1	,
],	1 !	1	! k	4	1	1 4	1	'	t	١ .	1	1 1	4 1	
;	lı .	9 j.	. 1	1		1 1	1 1,	14	. I	1.	21				

heitsfälle dem wahren Werthe genauer entsprechen, als in Ländern, in welchen es mit der Erfüllung der Anzeigepflicht schlecht bestellt ist.

Weit wichtiger als die Anhaltspunkte, welche aus der Epidemieberichterstattung und der Todesursachenstatistik für die Berechnung der beiläufigen Morbidität der Bevölkerung an Infectionskrankheiten gewonnen werden, sind die Aufschlüsse, welche wir aus derselben für die Beurtheilung der Beschaffenheit der Einrichtung der Epidemietilgung in den einzelnen Verwaltungsgebieten erhalten. Denn da sich die Epidemieberichterstattung nicht blos auf die Registrirung der beobachteten Krankheitsfälle und des Verlaufes derselben beschränkt, sondern da mit derselben auch die Einleitung der erforderlichen sanitätspolizeilichen Maassnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit verknüpft ist, so liefert das Verhältnis der in Evidenz gehaltenen tödtlichen Erkrankungsfälle zu den thatsächlich vorgekommenen Todesfällen auch den Maassstab für die Beurtheilung der Vollkommenheit der Epidemiebekämpfung. Je höher der Percentsatz der vorgekommenen Todesfälle ist, welche in der Epidemieberichterstattung ausgewiesen sind, als desto vollständiger sind in der Regel auch die Einrichtungen des Epidemiedienstes in dem betreffenden Die Nachweisung eines hohen Anzeigenpercentes allein lässt Lande anzusehen. nicht unter allen Umständen auf eine grosse Vollkommenheit des Epidemiedienstes schliessen, einerseits weil sich an die Anzeigenerstattung und die Aufnahme in die

b e l l e II.

an Infectionskrankheiten im Jahre 1901

und nach den vierwöchentlichen Berichten.

3	sus- esf.	ktyp	nus	ַנע ן	sente								Zusammen			
		1-4.					·	dbettf	ieoer		achhu	sten		isamm	en	
	Todesf.		vierw. ht. zur gel.	3 4 5	Berich	erwöch. ten zur gelangt	± € 0	Berick	erwöch. iten zur gelangt	sanităts- bellen aus e Todesf.	Berich	erwäch. iten zur gelangt	nitats- llen aus- Todesf.	Rorich	erwöch. ten zur gelangt	Land
In den sanita	gowiesene	Todesfälle	Percent	in den sanitä statist. Tabellen gewiesene Tod	Todesfälle	Percent	in den sanitäi statist. Tabellen gewiesene Tod	Todesfälle	Percent	in den sanität statist. Tabellen gewiesene Tod	Todesfälle	Percent	in den sanität statist. Tabellen gewiesene Tod	Todesfälle	Percent	2.1.
				10	10	01	050	100		010	100		004.5	2005	00	
ľ	-	-		16	13	81	259 65	193 49	75	219 94	16 3 49	74 52	3307 689	2895 611	88 86	
ii -	_		_	1	_	!	8	5	75 63	$\begin{array}{c} 94 \\ 24 \end{array}$	24	100	137	127	91	. Oberösterreich Salzburg
#	_			101	98	97	81	67	83	176	125	71	1691	1474	86	Steiermark
1.				1	1	100	15	16	107	60	40	67	547	508	92	. Kärnten
3	1	_!	_	7 8	62	79	21	9	43	89	62	70	1178	888	75	Krain
Ji .	1		_	10	8	80	6	5	88	53		102	206	209	99	Triest
1.	_		-	39	5	13	11	2	18	16	1	6	441	265	60	. Görz-Gradisca
ï	-	!	-	39	7	18	32	3	9	15	3	20	496	251	51	Istrien
1		-		24	13	54	57	40	70	174	93	53		648	80	Tirol
ľ.	-	!	-1	!	_	_	10	8	80	9		_0	77	59	75	Vorarlberg
1		-;		17		129	295	220	75			76	6722	5876	87	. Böhmen
i	_	-	-	2	2	100	109 45	83 11	76 24	252 330	201 74	80 22	3729 1082	3424 497	92 4 6	Mähren
1 2	10.1	205	67	1080	235	22	911	41	.24	9110		26 26			33	Galizien
٠ ا	4	4	100	250	154	62	78	23	29		374	61	2672	1765	66	. Bukowina
1	-	-	-	15	15	100	3	2	67	8	8	100		277	98	. Dalmatien
; 3	308	209	68	1676	635	38	2006	777	38	12050	4120	84	55665	30175	54	Oesterreich

Evidenz nicht in allen Ländern eine gleich umsichtige und bei allen Krankheitsformen gleich wirksame Ingerenz der Sanitätsbehörden anschliesst, anderseits weil das Anzeigenpercent nur Aufschluss gibt über die Evidenthaltung der tödtlichen Krankheitsfälle, nicht aber auch, ob alle Erkrankungsfälle ohne Rücksicht auf ihren Verlauf in gleich gewissenhafter Weise zur Anzeige gekommen sind. Ob die der Anzeigenerstattung folgenden Maassnahmen entsprechend gewesen sind, dafür liefert der Erfolg, welcher sich in diesem Falle in einer dauernden und stetigen Einschränkung der Verbreitung der Krankheit äussert, den Beweis. Das Kriterium für die Beurtheilung der Frage, ob die Anzeigenerstattung sich auf leichte und schwere Fälle in gleichem Umfange erstreckt hat, bildet die Lethalität der angezeigten Erkrankungen. Ist die Lethalität andauernd abnorm hoch, dann liegt der Verdacht nahe, dass die Anzeigepflicht nur in einseitiger Weise bei schweren Krankheiten erfüllt wurde, während die leichten Fälle der Evidenthaltung entgangen sind.

Fassen wir diese Erörterungen kurz zusammen, so ergibt sich, dass ein endgiltiges Urtheil über die Ausbreitung der Infectionskrankheiten und über die Vollkommenheit des Epidemiedienstes nur auf Grund eingehender, vergleichender Untersuchungen der Ergebnisse der Epidemieberichterstattung und der Todesursachen-

statistik gewonnen werden kann.

In den sanitätsstatistischen Nachweisungen über Todesursachen sind im Jahre 1901 an den erwähnten neun Infectionskrankheitsformen insgesammt 55665 Todesfälle, gegenüber 54989 im Vorjahre, ausgewiesen. Da somit auch die Zahl der Todesfälle im Vergleiche zum Jahre 1900 gestiegen ist, kann es nicht mehr zweiselhaft sein, dass die Verbreitung dieser Krankheiten im Allgemeinen zugenommen hat.

Die Zunahme der Gesammtzahl der Sterbefälle in der Todesursachenstatistik ist wohl gering, dieselbe erscheint aber umso auffallender, als die Sterblichkeit an den genannten Infectionskrankheiten seit dem Jahre 1895, mit welchem die neue Todesursachenstatistik begonnen wurde, bis zum Jahre 1900 in stetiger und rascher Abnahme begriffen war.

Die Zahl der Todesfälle an diesen Krankheiten betrug:

im	Jahre	1895.				91973	im	Jahre	1899.				69736
						84734							
						75140		*	1901.		•		55665
•	•	1898				73127	1						

Vergleichen wir die Ergebnisse der Todesursachenstatistik der einzelnen Krankheitsformen mit jenen des Vorjahres, so ergibt sich, dass die Zunahme der Gesammtzisser ausschliesslich durch eine grössere Häusigkeit der Scharlach- und Maserntodesfälle bedingt war, während alle übrigen Krankheitsformen eine zumeist nicht unerhebliche Abnahme ihrer Frequenz entnehmen lassen. Die Zahl der Scharlachtodesfälle betrug im Berichtsjahre 12512 gegen 10457, jene der Maserntodesfälle 8265, gegen 5773 im Vorjahre; erstere ist nahezu um 20%, letztere sogar um mehr als 43% gestiegen. Die Vermehrung ist eine so bedeutende, dass hiedurch die Verminderung der Frequenz der Todesfälle an den übrigen sieben Krankheiten, welche sich auf mehr als 10% der Todesfälle des Vorjahres beläuft, nicht nur wettgemacht, sondern sogar überholt wurde.

Die Zunahme der Zahl der Sterbefälle an Masern und Scharlach gegenüber dem Vorjahre erscheint weniger auffällig, wenn die Sterblichkeit an diesen beiden Krankheitsformen seit dem Jahre 1873, mit welchem Jahre eine geregelte Todesursachenstatistik eingeführt wurde, näher betrachtet wird. Die Mortalitätscurven dieser Krankheiten (siehe Beilage zu Nr. 37 d. Bl., Daimer, Todesursachen in Oesterreich während der Jahre 1873—1900«) zeigen periodische Schwankungen, die sich darin äussern, dass auf ein Jahr hoher Sterb-

lichkeit in der Regel zwei oder mehrere Jahre mit abnehmender Mortalität folgten, woran dann unvermittelt wieder eine hohe Mortalitätsziffer sich anschloss. So hat die Sterblichkeit an Scharlach und Masern seit dem Jahre 1896, beziehungsweise 1898 allmählich abgenommen; im Jahre 1900 ist dieselbe bei beiden Krankheiten rapid gesunken (bei Scharlach von 57 des Jahres 1899 auf 40, bei Masern von 50 auf 22 Todesfälle, auf 100.000 Einwohner berechnet) und hat damit bei Masern seit dem Jahre 1873 den tiefsten Stand und bei Scharlach einen Tiefstand erreicht, wie er nur in den Jahren 1879 und 1889 annäherungsweise erreicht worden war. Es entspricht somit die neuerliche Zunahme der Sterblichkeit an diesen beiden Krankheiten im Jahre 1901 nur den bisherigen Beobachtungen über die periodischen Schwankungen, und es ist immerhin bemerkenswerth, dass die Mortalität der Masern und des Scharlachs (32 beziehungsweise 48 Todesfälle auf 100000 Einwohner) im Berichtsjahre nicht die Höhe des Jahres 1899 erreicht hat.

Die Ursache der periodischen Schwankungen der Mortalität bei Scharlach und Masern ist in den epidemiologischen Verhältnissen dieser Krankheiten zu suchen. Beide Krankheitsformen sind vorwiegend Kinderkrankheiten, beide, namentlich aber Masern, haben die Tendenz zu einer grossen und raschen Ausbreitung. Die einmal ausgebrochene Epidemie erlischt in einem Orte in der Regel erst dann, wenn alles infectionsempfängliche Material von der Krankheit befallen ist, und breitet sich radiärwärts allmählich auf andere Orte aus, immer weiter fortschreitend, bis sie auf ihrem Zuge das ganze Land durchwandert hat. Die Richtung des Epidemiezuges wird durch die Infectionsempfänglichkeit der Bevölkerung gegeben; stösst derselbe auf ein Gebiet, welches erst kürzlich von einem anderen Epidemiezuge derselben Krankheit heimgesucht war, so wird er in seinem Fortschreiten nach dieser Richtung gehemmt, weil es hier an ansteckungsfähigen Elementen in der Bevölkerung mangelt. Ist der Seuchenzug vorübergegangen, dann bleiben die betroffenen Gemeinden und Bezirke in der Regel durch längere Zeit von der Krankheit verschont. Nach mehreren Jahren aber, wenn wieder neues, empfängliches Material in der heranwachsenden Jugend vorhanden ist, bedarf es nur einer Krankheitseinschleppung von aussen, beziehungsweise der Annäherung eines neuen Seuchenzuges, um die Epidemie abermals zum Ausbruche zu bringen.

Diese Verhältnisse gelten in erster Linie für die Verbreitung der Masern, aber auch für Scharlach, wenngleich bei letzterem die Schwankungen in Folge der geringeren Tendenz desselben zur Entwicklung allgemeiner Epidemien weniger

hervortreten.

Je kleiner das Verwaltungsgebiet ist, über welches sich die Berichterstattung erstreckt, desto deutlicher äussert sich die Periodicität des Anwachsens der Sterblichkeit, je grösser, desto mehr wird dieses Bild verwischt, weil bei grösserer Ausdehnung des Gebietes längere Zeit erforderlich ist, bis der Epidemiezug den Weg durch das ganze Land zurückgelegt hat, und weil in grösseren Verwaltungsgebieten oft gleichzeitig zwei und auch mehrere Seuchenzüge, die sich mannigfach berühren, auf dem Wege sind.

Wird die Mortalität auf das Reich berechnet, so werden naturgemäss die periodischen Schwankungen weniger prägnant hervortreten, als in den Ländern; immerhin bleiben sie, wie aus der oben citirten Publication ersichtlich ist, deutlich erkennbar. Es ist dies daraus zu erklären, dass sich nach einer längeren epidemiefreien Zeit gleichzeitig an verschiedenen Punkten des weiten Gebietes neue Epidemieherde entwickeln, die sich im raschen Laufe nach verschiedenen Seiten verbreiten und unter Umständen zu einer über ganze Länderstriche sich erstreckenden Pandemie führen können. In einem solchen Falle wird die Morbidität und damit die Mortalität im Reiche rasch ansteigen, im weiteren Verlaufe aber, wenn die infectionsempfängliche Bevölkerung nach und nach durchseucht worden ist, allmählich wieder absinken, um nach zwei oder mehreren Jahren neuerdings emporzuschnellen.

Es lässt demnach eine auf ein oder mehrere Jahre beschränkte Abnahme der Masern- oder Scharlachsterblichkeit, ja selbst ein auffallender, noch nicht wahrgenommener Tiefstand nicht allein schon auf eine dauernde Abnahme der Morbidität schliessen, vielmehr kann erst ein durch Jahre hindurch anhaltendes Absinken der Morbiditäts- und Mortalitätsziffer zu dieser Annahme berechtigen.

Der Einfluss des Epidemietilgungsverfahrens, das sich bei den anderen exanthemathischen Krankheitsformen, den Blattern und dem Flecktyphus, in einer dauernden und anhaltenden Einschränkung der Verbreitung derselben äusserte, ist bisher bei Scharlach, wie auch bei Masern nur in geringem Grade zur Geltung gekommen. Der Grund hiefür liegt wohl darin, dass man diesen beiden Krankheitsformen wegen ihres relativ milden Verlaufes bisher noch immer nicht die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet hat, wiewohl die Zahl der jährlichen Opfer dieser Krankheiten hinter jenen der anderen als gefährlich betrachteten Infectionskrankheiten nicht zurücksteht und nahezu ein Drittel aller Todesfälle an Infectionskrankheiten beträgt. Insolange diese beiden Krankheitsformen von der Mehrheit der Bevölkerung als unvermeidliche Kinderkrankheiten angesehen werden, die Thätigkeit der Behörden nicht durch die Mitwirkung aller Bevölkerungskreise kräftigst unterstützt wird, und namentlich der Verbreitung dieser Krankheiten auf dem Wege der Schule nicht durch zielbewusste schulhygienische Maassnahmen Schranken gesetzt werden, ist eine dauernde Abnahme ihrer Frequenz kaum zu erwarten.

Hinsichtlich der Erfüllung der Anzeigepflicht ist gegenüber dem Vorjahre ein nicht unbedeutender Fortschritt zu constatiren. Dies geht schon daraus hervor, dass die Zahl der angezeigten Todesfälle im Berichtsjahre um 15·4% gestiegen ist, während die Zunahme der Todesfälle nach den sanitätsstatistischen Nachweisungen nur 1·2% beträgt.

Wie aus Tabelle II zu ersehen ist, waren im Berichtsjahre von den in den sanitätsstatistischen Tabellen nachgewiesenen Todesfällen insgesammt 54% in den vierwöchentlichen Berichten verzeichnet, während im Vorjahre das durchschnittliche Anzeigenverhältnis sich nur auf 47% belief. An der günstigeren Gestaltung der Verhältnisse der Anzeigenerstattung haben alle Krankheitsformen mit Ausnahme des Flecktyphus theilgenommen, von welchem im Berichtsjahre nur 68%, gegenüber 83% im Vorjahre, im Wege der Epidemieberichterstattung zur Kenntnis der Behörden gelangt sind.

Dieser Rückgang des Anzeigenpercentes fällt ausschliesslich Galizien zur Last, woselbst von 304 ausgewiesenen Todesfällen an Flecktyphus nur 205 Fälle = 67% in der Epidemieberichterstattung evident gehalten waren, während die in der Bukowina, vorgekommenen 4 Todesfälle an Flecktyphus auch in den vierwöchentlichen Epidemieberichten verzeichnet waren. In den übrigen Ländern sind Flecktyphustodesfälle im Jahre 1901 nicht vorgekommen.

Analoge Verhältnisse finden wir auch bei Blattern. Von den Todesfällen an Blattern wurden insgesammt 50%, bei Nichtberücksichtigung Galiziens 100% in der Epidemieberichterstattung verzeichnet. In Galizien sind von 60 Todesfällen der Todesursachenstatistik nur 12, das sind 20% angezeigt worden.

Dass bei einer so mangelhaften Erfüllung der Anzeigepflicht ein baldiges Erlöschen der Blattern und des Flecktyphus in Galizien nicht zu erwarten ist, erscheint begreiflich, wenn man berücksichtigt, dass die Erstattung der Anzeige die Grundlage für die Einleitung wirksamer sanitärer Maassnahmen bildet, und dass bei allen jenen Krankheitsfällen, welche der Evidenthaltung in der Epidemieberichterstattung entgangen sind, in der Regel auch keine wie immer gearteten Vorkehrungen zur Hintanhaltung der Weiterverbreitung getroffen worden sind.

Berechnen wir auf Grund der Zahl der vorgekommenen Todesfälle und der Lethalität der angezeigten Blattern- und Flecktyphuserkrankungen die beiläufige Zahl der thatsächlichen Erkrankungsfälle, so ergibt sich, dass in diesem Lande beiläufig 980 Flecktyphus- und 860 Blatternfälle nicht zur Anzeige gelangt sind, und dass demnach bei einer mindestens ebenso grossen Anzahl dieser Krankheitsfälle die Durchführung der gebotenen Tilgungsmaassnahmen unterlassen wurde!

Unter diesen ungünstigen Verhältnissen des Epidemiedienstes, deren Grund theils in der noch nicht vollendeten Organisation des Gemeindesanitätsdienstes und der mangelhaften Fürsorge für ärztliche Hilfe in weiten Strecken des Landes, theils in der Armut und sanitären Indolenz der Bevölkerung eines grossen Theiles des Landes zu suchen ist, muss es sogar auffällig erscheinen, dass Blattern und Flecktyphus in Galizien nicht eine noch grössere Verbreitung erlangt haben. Die Erklärung hiefür kann wohl nur in dem Umstande liegen, dass die der Evidenthaltung und sanitätspolizeilichen Behandlung entgangenen Blattern- und Flecktyphusfälle zum grössten Theile auf die Landgemeinden entfallen, in welchen die Bedingungen für eine rasche Verbreitung der Krankheit in Folge der geringeren Dichtigkeit der Bevölkerung, insbesondere aber in Folge der durch die fortdauernden Epidemien bewirkten Durchseuchung der Bewohner minder günstige sind, während in den Städten durch die rechtzeitige Erstattung der Anzeige und Einleitung der entsprechenden Maassnahmen die epidemische Verbreitung der Krankheit in der Regel verhindert wird.

Die günstigsten Verhältnisse hinsichtlich der Beobachtung der Anzeigepflicht in Oesterreich ergeben sich unter allen neun Krankheitsformen bei Masern, von welchen $78^{\circ}/_{\circ}$ der in der Todesursachenstatistik ausgewiesenen Sterbefälle in den vierwöchentlichen Berichten in Evidenz gestanden sind. An zweiter Stelle kommen Scharlach und Flecktyphus zu stehen; von diesen beiden Krankheitsformen wurden je $68^{\circ}/_{\circ}$ der Todesfälle in den vierwöchentlichen Berichten verzeichnet. An diese schliessen sich in absteigender Reihenfolge Ileotyphus $(57^{\circ}/_{\circ})$, Blattern $(50^{\circ}/_{\circ})$, Diphtherie $(47^{\circ}/_{\circ})$ Dysenterie und Kindbettfieber (je $38^{\circ}/_{\circ})$ an, und an letzter Stelle steht Keuchhusten mit $34^{\circ}/_{\circ}$ angezeigter Todesfälle.

Es muss nach den vorstehenden Ausführungen über den Zweck und die Bedeutung der Anzeigenerstattung auffallend erscheinen, dass gerade Masern ein so günstiges durchschnittliches Anzeigenpercent aufweisen, dennoch aber, wie oben erwähnt, in den letzten Jahrzehnten unter allen Infectionskrankheitsformen die geringste Abnahme ihrer Häufigkeit erkennen lassen, ja dass sie gerade im Berichtsjahre, in welchem das Anzeigenpercent derselben den Höhepunkt erreicht hat, eine erheblich grössere Verbreitung gefunden haben. Dieser anscheinende Widerspruch findet darin die Erklärung, dass bei dieser Krankheitsform die Anzeigen in der Regel erst zur Kenntnis der Behörden gelangen, wenn die Epidemie bereits in voller Entwicklung begriffen ist, und dass die eingeleiteten Isolirungsmaassnahmen, welche übrigens von der Bevölkerung wegen des anscheinend leichten Charakters dieser Erkrankungen grösstentheils nicht beachtet werden, zu spät und unzureichend zur Anwendung gelangen. Insbesondere erscheinen, wie bereits erwähnt, die prophylaktischen Maassnahmen in der Schule, welche bekanntlich die wichtigste Quelle der Ansteckung ist, in ihrer gegenwärtigen Form unzureichend. Die thunlichste Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch den Schulbesuch ist eine wichtige Aufgabe der Sanitätspolizei, deren befriedigende Lösung nur von der entsprechenden Ausgestaltung der Pflege der Schulhygiene zu erhoffen ist. Was hinsichtlich des Auftretens der Masern gesagt wurde, gilt mit gewissen Beschränkungen auch für Scharlach, dessen Tilgung noch dadurch erschwert ist, dass die leichten Fälle sich häufig blos in einer Angina äussern und daher nicht oder zu spät erkannt werden.

Wird die Erfüllung der Anzeigepflicht in den einzelnen Ländern in Betracht gezogen, so ergibt sich, dass dieselbe bei der Mehrzahl derselben vollkommener geworden ist. Die günstigsten Verhältnisse bestanden in Triest, wo 99% aller vorgekommenen Todesfälle an den erwähnten Krankheiten zur Anzeige gelangt sind. In Dalmatien wurden 98% der Todesfälle in der Epidemieberichterstattung ausgewiesen, in Mähren und Kärnten je 92, in Salzburg 91, Niederösterreich 88, Böhmen 87, in

Oberösterreich und Steiermark je 86%; an diese reihen sich Tirol mit 80, Krain und Vorarlberg mit je 75, Bukowina mit 66, Görz-Gradisca mit 60, Istrien mit 51%. Unter dem Reichsmittel blieben Schlesien mit 46 und Galizien mit 33% angezeigter Todesfälle.

Wird Galizien mit seinen durch die oben erwähnten localen Verhältnisse bedingten ungünstigen Verhältnissen der Epidemieberichterstattung bei Berechnung des Percentsatzes der angezeigten Todesfälle nicht berücksichtigt, so ergeben sich für die einzelnen Krankheitsformen folgende Percentsätze: Blattern 100, Flecktyphus 100, Scharlach 91, Diphtherie 81, Masern 88, Ileotyphus 68, Dysenterie 67, Kindbettfieber 67, Keuchhusten 64.

Von den Ländern, welche im Vergleiche zum Vorjahre eine relativ grössere Zahl von Todesfällen in den vierwöchentlichen Berichten nachgewiesen haben, steht Vorarlberg mit einer Zunahme von 38% an der Spitze; es ist jedoch bei der geringen Zahl der in diesem Lande ausgewiesenen Todesfälle an Infectionskrankheiten (59 bezw. 77) nicht zu entscheiden, ob die Erhöhung des Anzeigenpercentes auf eine dauernde Besserung der Epidemieberichterstattung zurückzuführen oder nur eine zufällige Erscheinung ist. Vorarlberg zunächst stand Görz-Gradisca mit einer Zunahme der angezeigten Todesfälle um 12%, in Tirol und Mähren war eine Zunahme von 9, beziehungsweise $8^{\circ}/_{\circ}$, in Schlesien von $7^{\circ}/_{\circ}$ zu constatiren; an diese reihten sich Galizien und Kärnten mit einer Zunahme von je $6^{\circ}/_{\circ}$, Salzburg $5^{\circ}/_{\circ}$, Bukowina $4^{\circ}/_{\circ}$ und Krain $2^{\circ}/_{\circ}$. Relativ weniger Todesfälle als im Vorjahre wurden im Berichtsjahre angezeigt in Triest und Böhmen (um je $1^{0}/_{0}$) in Oberösterreich (um $5^{0}/_{0}$), in Niederösterreich (um $7^{0}/_{0}$) und in Istrien um $10^{0}/_{0}$; abgesehen von Istrien, sind es gerade solche Länder, in welchen es mit der Erfüllung der Anzeigepflicht im allgemeinen bisher am besten bestellt war. Die mässige Abnahme des Anzeigenpercentes in Böhmen und Triest ist wohl nur auf unvermeidliche Differenzen zwischen der Epidemieberichterstattung und der Todesursachenstatistik, die sich aus nachträglichen Richtigstellungen von Krankheitsdiagnosen oder aus irrthümlichen Eintragungen in die Todtenbeschaubefunde ergeben, zurückzuführen; dagegen deutet der nicht unerhebliche Rückgang des Anzeigenpercentes in Niederösterreich und Oberösterreich darauf hin, dass in diesen Ländern im Berichtsjahre der Anzeigepflicht weniger gewissenhaft entsprochen wurde.

In mehreren Ländern wurden von einzelnen Infectionskrankheitsformen in den vierwöchentlichen Berichten eine grössere Anzahl von Todesfällen ausgewiesen, als in den Nachweisungen über Todesursachen, so bei Scharlach (in Steiermark, Kärnten, Tirol), bei Diphtherie (Triest), Masern (Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg), Ileotyphus (Oberösterreich, Vorarlberg), Dysenterie (Böhmen), Kindbettfieber (Kärnten) und Keuchhusten (Triest). Die Ursache dieses Ueberschusses in den vierwöchentlichen Berichten ist bereits oben näher erörtert worden. Bei Berechnung der durchschnittlichen Anzeigenpercente der einzelnen Krankheitsformen für ganz Oesterreich und in den einzelnen Ländern wurde von den in der Todesursachenstatistik nicht verzeichneten Fällen abgesehen, d. h. das Anzeigenpercent dieser Krankheiten gleich 100 angenommen, damit die Durchschnittswerthe durch diese Ueberschüsse nicht beeinflusst werden.

Es dürfte gewiss nicht als eine zu strenge Forderung anzusehen sein, dass bei einer geordneten Epidemieberichterstattung von den in den sanitätsstatistischen Nachweisungen verzeichneten Todesfällen an der Anzeigepflicht unterliegenden Infectionskrankheiten — ausgenommen Blattern und Flecktyphus, von welchen ebenso wie von Cholera oder Pest kein Krankheitsfall der Evidenthaltung entgehen darf — mindestens 80% in der Epidemieberichterstattung verzeichnet sein sollen. Unter dieser Grenze waren in den vierwöchentlichen Berichten ausgewiesen:

Scharlach: in Galizien $(56^{\circ}/_{0})$, Schlesien $(67^{\circ}/_{0})$, Istrien $(70^{\circ}/_{0})$.

Diphtherie: in Galizien $(14^{\circ}/_{0})$, Schlesien $(38^{\circ}/_{0})$, Görz-Gradisca $(43^{\circ}/_{0})$, Istrien $(50^{\circ}/_{0})$, Bukowina $(51^{\circ}/_{0})$, Krain $(76^{\circ}/_{0})$, Vorarlberg $(78^{\circ}/_{0})$, Mähren $(78^{\circ}/_{0})$.

Masern: Galizien $(48^{\circ}/_{0})$, Bukowina $(60^{\circ}/_{0})$, Görz-Gradisca $(67^{\circ}/_{0})$, Krain $(68^{\circ}/_{0})$, Istrien $(75^{\circ}/_{0})$, Schlesien $(75^{\circ}/_{0})$.

Ileotyphus: Galizien $(36^{\circ}/_{0})$, Istrien $(44^{\circ}/_{0})$, Krain $(50^{\circ}/_{0})$, Görz-Gradisca $(55^{\circ}/_{0})$, Bukowina $(65^{\circ}/_{0})$, Tirol $(75^{\circ}/_{0})$, Schlesien $(78^{\circ}/_{0})$.

Dysenterie: Görz-Gradisca (13%), Istrien (18%), Galizien (22%), Tirol (54%), Bukowina (63%), Krain (79%).

Kindbettfieber: Galizien $(5^{\circ}/_{0})$, Istrien $(9^{\circ}/_{0})$, Görz-Gradisca $(18^{\circ}/_{0})$, Schlesien $(24^{\circ}/_{0})$, Bukowina $(29^{\circ}/_{0})$, Krain $(43^{\circ}/_{0})$, Salzburg $(63^{\circ}/_{0})$, Dalmatien $(67^{\circ}/_{0})$, Tirol $(70^{\circ}/_{0})$, Niederösterreich, Oberösterreich und Böhmen (je $75^{\circ}/_{0}$), Mähren $(76^{\circ}/_{0})$.

Keuchhusten: Vorarlberg $(0^{\circ}/_{0})$, Görz-Gradisca $(6^{\circ}/_{0})$, Istrien $(20^{\circ}/_{0})$, Schlesien $(22^{\circ}/_{0})$, Galizien $(26^{\circ}/_{0})$, Oberösterreich $(52^{\circ}/_{0})$, Tirol $(53^{\circ}/_{0})$, Bukowina $(61^{\circ}/_{0})$, Kärnten $(67^{\circ}/_{0})$, Krain $(70^{\circ}/_{0})$, Steiermark $(71^{\circ}/_{0})$, Niederösterreich $(74^{\circ}/_{0})$, Böhmen $(76^{\circ}/_{0})$.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, dass mit Ausnahme der ein eigenes Verwaltungsgebiet bildenden Stadt Triest, deren Epidemieberichterstattung noch an anderer Stelle näher beleuchtet werden wird, in allen Verwaltungsgebieten mehr oder minder bedeutende Mängel in der Evidenthaltung der Infectionskrankheiten bestehen, und dass die Erfüllung der Anzeigepflicht selbst in jenen Ländern, in welchen sie im allgemeinen eine befriedigende ist, bei einzelnen Krankheitsformen noch der Vervollkommnung bedarf. Um aber die Berichterstattung auf die den Anforderungen des Epidemiedienstes entsprechende Vollkommenheit zu bringen und in dieser zu erhalten, bedarf es der unausgesetzten Ueberwachung der politischen Behörden und ihrer ärztlichen Organe, sowie einer zielbewussten und energischen Einflussnahme bei wahrgenommenen Fällen der Ausserachtlassung der Anzeigepflicht, deren genaue Beobachtung die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung des Epidemiedienstes bildet.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 23. November 1902. Z. 48146,

an die k. k. Statthalterei in Wien,

betreffend Ermässigung des Preises des Diphthericheilserums.

Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 18. August 1902, Z. 75410, wird genehmigt, dass der Preis des im staatlichen serotherapeutischen Institute erzeugten Diphtherieheilserum 70m 1. Jänner 1903 an nach Maassgabe der folgenden Bestimmungen ermässigt werde:

Die Preise für unmittelbar aus dem Institute abgegebene Serumsorten werden beim Absatze von mindestens zehn Fläschchen in nachstehender Weise bestimmt:

a) für ein Fläschehen gewöhnlichen Serums in Mengen von $6-10 \ cm^3$:

bei Sorte 1 zu 700 Antitoxin-Einheiten 1 K 20 h
, , 2 , 1000 , , 2 , —

(Fortsetzung folgt.)

" " 3 " 1500 " " 3 " -

b) Für ein Fläschchen hochwerthigen Serums in Mengen von $2-5\ cm^3$:

bei Sorte A zu 1000 Antitoxin - Einheiten 3 K

n n B n 1500 n n 4 n

n n C n 2000 n n 5 n

Geringere Quantitäten als zehn Fläschchen sind in der Regel aus dem Institute nicht abzugeben. Bei Versendung von Serum hat das Institut die Portoauslagen zu tragen.

Die Institutsleitung ist zu ermächtigen, auch weiterhin den zum Vertriebe des Diphtherie-Heilserums im Grossen errichteten Depôtstellen einen Rabatt in der Höhe von 15% des Institutspreises unter den bisherigen Bedingungen zu gewähren.



A K

anher vorzulegen.

Die Preise des aus dem Institute bezogenen Diphtherie-Heilserums werden beim Detailverkaufe in Apotheken, wie folgt, festgesetzt.

	a) fü	r ein	F	läsc	hch	en	ge	wör	nlie	hei	Ser	ums;
bei	Sorte	1.									1 K	80 h
"	11	2 .									2 "	60 "
		3.									4	

b) für Fläschchen hochwerthigen Serums:

hai Sarta 4

UCI	DOLLE	21	•	•	•	•	•	•	•	•	•		
"	,,	\boldsymbol{B}										. 5 "	
11	**	$\boldsymbol{\mathcal{C}}$. 6 "	

Diese Preisansätze werden auch in der · Arzneitaxe für das Jahr 1903 ersichtlich gemacht werden.

Auf jedem zum Vertriebe im Inlande bestimmten Fläschchen des Serumpräparates ist der Detailverkaufspreis, sowie der Zeitpunkt ersichtlich zu machen, bis zu welchem das Diphtherie-Heilserum von der Institutsleitung als verwendbar erklärt wird.

Nach Ablauf dieses Termines können in den Apotheken nicht abgesetzte Fläschchen gegen frisches Heilserum von der Institutsleitung kostenlos umgetauscht werden. Jedoch sind die Portoauslagen für die Zusendung solcher Fläschehen an das Institut von dem den Umtausch ansuchenden Apotheker zu tragen.

Hienach wolle die k. k. Statthalterei diesen ermässigten Tarif für den Detailverkauf des Diphtherie-Heilserums sammt etwa nothwendigen Erläuterungen in Druck legen lassen und unter Mittheilung des Tarifes sämmtliche politischen Landesbehörden von der bevorstehenden Ermässigung der Preise des Diphtherieheilserums behufs Verständigung Aerzte und Apotheker in die Kenntnis setzen. Auch wolle die k. k. Statthalterei einige Exemplare der betreffenden Verlautbarung anher vorlegen.

Die Berichtsbeilagen folgen anverwahrt mit dem Bemerken zurück, dass auch andere im Institute hergestellte Heil-Immunsera in analoger Weise ein detaillirter Tarif zu entwerfen und dieser Entwurf zur h. o. Genehmigung vorzulegen sein wird.

Eig Verzeichnis dieser Depôtstellen ist | Erlass der k. k. Landesregierung in Kärnten vom 25. September 1902, Z. 17814.

an die k. k. Bezirkshauptmannschaften in Kärnten und den Stadtmagistrat in Klagenfurt,

betreffend Ausfertigung ärztlicher Zeugnisse zur Begründung von Schulversäumniusen.

Der k. k. kärntnerische Landesschulrath hat sich mittelst Zuschrift vom 12. September l. J., Z. 2885, mit dem Ersuchen an die k. k. Landesregierung gewendet, dahin wirken zu wollen, dass die in Schulangelegenheiten, insbesondere die zur Rechtfertigung von Schulversäumnissen auszustellenden ärztlichen Zeugnisse von den betreffenden Aerzten mit möglichster Klarheit und Vollständigkeit verfasst werden.

Der k. k. kärntnerische Landesschulrath sah sich hiezu durch die Thatsache veranlasst, dass viele derartige anher mitgetheilte ärztliche Zeugnisse oft sehr lückenhaft verfasst, einerseits den Schulbehörden nicht Gelegenheit gaben, zu erkennen, ob und innerhalb welcher Zeit ein statthafter Entschuldigungsgrund für das Ausbleiben von Kindern aus der Schule vorhanden war, anderseits aber in Folge ihrer Mangelhaftigkeit, insbesondere des Fehlens genauerer Zeitbestimmungen den Parteien die Handhabe zu missbräuchlicher Verwendung derselben boten.

Der k. k. kärntnerische Landesschulrath hat weiters jener Normen besonderer Erwähnung gethan, welche zumeist zur Ausstellung derartiger ärztlicher Zeugnisse in Schulangelegenheiten Anlass geben. Diese sind insbesondere Felgende:

Laut § 23 des Reichsvolksschulgesetzes vom 2. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 53, sind Kinder, denen ein dem Unterrrichtszwecke oder Schulbesuche hinderndes geistiges oder schweres körperliches Gebrechen anhaftet, von der Verpflichtung, die öffentliche Schule zu besuchen, zeitweilig oder dauernd entbunden. Gemäss § 21 und 22 des Gesetzes vom 17. Jänner 1870, L. G. Bl. Nr. 12, sind diese Kinder von der Ortsschulbehörde, welche vor Beginn jedes Schuljahres

die Aufzeichnung aller im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder vornimmt, in einem eigenen Verzeichnisse zusammen zu stellen, welches sofort der Bezirksschulbehörde vorzulegen ist.

Laut § 21 des Reichsvolksschulgesetzes vom 2. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 53, und laut der §§ 31 und 32 des Gesetzes vom 17. Jänner 1870, L. G. Bl. Nr. 12, darf der Austritt aus der Schule nur erfolgen, wenn die Schüler die für die Volksschule vorgeschriebenen nothwendigen Kenntnisse, als: Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen besitzen und dies durch ein Zeugnis einer öffentlichen Volksschule nachweisen. Von der Beibringung dieses Zeugnisses sind aber Kinder befreit, deren geistiger oder körperlicher Zustand erwiesenermassen die Erreichung des Zieles der Volksschule nicht mehr erwarten lässt.

Nach § 3 und 4 der Schul- und Unterrichtsordnung vom 20. August 1870, R. G. Bl. Nr. 105, darf kein Kind ohne statthafte Entschuldigungsgründe einzelne Stunden oder Tage der gesetzlichen Schulzeit versäumen. Als statthafte Entschuldigungsgründe sind insbesondere anzusehen:

- a) Krankheit des Kindes,
- b) Krankheit der Eltern oder Angehörigeu, wenn diese der Pflege des Kindes erwiesenermassen nothwendig bedürfen.
- c) Schlechte Witterung, wenn dadurch den Kindern Gefahr an Gesundheit droht;
 - d) Ungangbarkeit der Wege.

Die letzten zwei Punkte c und d wurden hier aufgenommen, weil es auch vorkam, dass ein ärztliches Zeugnis darüber eingeholt wurde, dass ein bestimmtes Kind den Weg zur Schule bei schlechtem Zustande desselben und bei schlechter Witterung aus Gesundheitsrücksichten nicht zurücklegen könne.

Aus diesen Normen wird ersichtlich, dass auch die in Schulangelegenheiten auszustellenden ärztlichen Zeugnisse bei ihrer Verfassung einer gewissen Sorgfalt bedürfen.

Um diesem Punkte Rechnung zu tragen und um zu verhüten, dass solche ärztliche Zeugnisse wegen mangelhafter Fassung zurückgewiesen, respective zur Ergänzung rückgestellt werden müssen, werden die k. k. Bezirkshauptmannschaften und der Stadtmagistrat angewiesen, sämmtliche Aerzte des dortigen politischen Bezirkes zu veranlassen, dass in Hinkunft die in Schulangelegenheiten auszustellenden ärztlichen Zeugnisse mit möglichster Klarheit verfasst werden und, wenn thunlich, enthalten

den Namen und das Alter des Kindes; die Angabe der Krankheit;

die Dauer der Krankheit mit der Beifügung, wann die Schulbesuchsfähigkeit begonnen hat, und wann sie enden wird, sowie

den Zweck der Ausstellung des Zeugnisses (zur Eutschuldigung des Ausbleibens von der Schule etc.).

Bei dieser Gelegenheit ist den Aerzten auch mitzutheilen, dass nach dem Gebührenpatente vom 9. Februar 1850 ärztliche Zeugnisse, welche bestimmt sind, das Ausbleiben der Schüler aus dem Unterrichte dieser Schulen zu rechtfertigen, insoweit zu deren Besuch eine gesetzliche Verpflichtung besteht, bloss zu diesem Gebrauche stempelfrei sind.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Bulgarien. Mit Verordnung vom 3. (16.) November, Nr. 439, wurde Odessa für pestfrei erklärt, die Quarantaine für Herkünfte aus dieser Stadt aufgehoben und an deren Stelle die ärztliche Visite angeordnet.

Russland. In Odessa hat sich seit dem 4. November (S. 527) kein Pestfall ereignet.

Türkei. Die ärztliche Visite für Herkünfte aus Odessa (S. 528) wurde ausser Kraft gesetzt. In neun Dörfern des Caza Beni-Scheïr (Jemen) ist die Pest aufgetreten. Bis zum 12. November sind 28 Erkrankungen und 15 Todesfälle beobachtet worden. Auch in sieben Dörfern des Stammes Beni-Omar sind Pestfälle vorgekommen.

Aegypten. In Alexandrien ist seit 10. November (S. 528) kein neuer Pestfall vorgekommen; der letzte in Behandlung gewesene Pestkranke wurde am 20. November geheilt aus dem Spitale entlassen.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Zeit vom 24. bis 29. October 141 Pestfälle und 130 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 19. bis 25. October 9 und in Kurach ee in der am 24. October abgelaufenen Woche 10 Pesttodesfälle verzeichnet.

Japan. In Yokohama sind in der Woche vom 5. bis 11. October 4 Pestfälle, darunter 2 mit tödtlichem Ausgange, vorgekommen. Da alle diese Fälle in der Umgebung eines Magazins sich ereignet hatten, in welches kurz vorher aus Indien, beziehungsweise aus Hongkong eingetroffene Baumwolle eingelagert worden war, schien die Vermuthung begründet, dass die Krankheit durch mit dieser Ware eingebrachte Ratten eingeschleppt worden ist. Zur Verhütung der Weiterverbreitung der Pest sind von den Behörden die strengsten Maassnahmen getroffen worden. Zur Isolirung des Pestherdes wurde in der auf die Constatirung der Pestfälle folgenden Nacht um den inficirten Stadttheil, welcher 162 Häuser mit 1242 Einwohnern umfasst, von der Polizeibehörde eine 8 Fuss hohe Bretterwand errichtet, und dadurch jeder Verkehr der Bewohner dieses Stadttheiles mit der übrigen Bevölkerung der Stadt unterbrochen. Den mittellosen Bewohnern des isolirten Stadttheiles wird zur Beschaffung ihres Unterhaltes für die Dauer der Contumacirung eine tägliche Unterstützung von 30 Sen = 75 h, deren Kindern die Hälfte gewährt. Die Isolirung war ursprünglich für 10 Tage in Aussicht genommen; da indessen bald nach der Contumacirung im isolirten Stadttheile neuerdings ein Pestfall constatirt wurde, ist die Dauer der Absperrung entsprechend erstreckt worden. Die Behörde beabsichtigt, im Falle daselbst weitere Pestfälle auftreten sollten, alle Bewohner dieses Stadttheiles nach dem Fort Kanagan zu bringen und dessen Häuser zu verbrennen. Die Stadt ist in drei Sanitätsdistricte eingetheilt, von welchem der erste den isolirten Stadttheil, der zweite die diesem zunächst liegenden Stadttheile und der dritte District jenen Theil der Stadt umfasst, welcher hauptsächlich von den im Hafen mit dem Ausladen der Waren beschäftigten Arbeitern bewohnt ist. In beiden ersten Districten wird eine allgemeine und gründliche Reinigung und Desinfection der Häuser durchgeführt; die Ratten werden durch Gift vertilgt, und die ärztliche Untersuchung der Bewohner auf ihren Gesundheitszustand wird täglich zweimal vorgenommen. Im dritten Districte findet die ärztliche Untersuchung täglich einmal statt; zur Tilgung der Ratten werden hier Rattenfallen aufgestellt. Auch im Hafen werden die Bootsleute etc. der ärztlichen Untersuchung unterzogen. Die Lichterschiffe wurden desinficirt. Das Barfussgehen innerhalb des Stadtgebietes und in Koyasumura wurde bei Strafe von 50 Sen (1 K 25 h) verboten; an den Kreuzungsstellen der belebteren Strassen sind Wachleute aufgestellt, welche die Beachtung dieses Verbotes besonders zu überwachen haben.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. In S. Francisco wurden vom 4. bis 16. October 6 Pesttodesfälle beobachtet.

Brasilien. In Rio de Janeiro sind in der Zeit vom 22. October bis 4. November 12 Pesttodesfälle constatirt worden. Ueber den Verlauf der Seuche in Campos und Victoria liegen amtliche Mittheilungen nicht vor.

Australien. Que en sland. (S. 516) Seit 26. September wurde kein neuer Pestfall verzeichnet. Insgesammt sind seit dem Ausbruche der Seuche 87 Erkrankungen und 30 Todesfälle beobachtet worden.

Cholera. Italien. Erythräische Colonie (S. 516). Die Choleraepidemie ist in Abnahme begriffen; in der Ortschaft Edd dauert die Seuche noch an.

Türkei. Die Quarantaine für Herkünfte aus Aegypten wurde auf 5 Tage herabgesetzt. In den bisher von Cholera am meisten heimgesuchten Orten Palästinas (S. 528) ist die Epidemie in andauernder Abnahme begriffen. In Jaffa hat dieselbe an Ausbreitung gewonnen; in der am 16. November abgelaufenen Woche sind in dieser Stadt 37 Choleratodesfälle verzeichnet worden; in dem gleichen Zeitraume wurden in Gaza 13, in Lydda 8, in Tiberias 73 Todesfälle constatirt. In Jerusalem ist am 18. November ein Todesfall an Cholera vorgekommen.

Laut einer Mittheilung vom 25. November wurden in Damascus (Syrien) ein choleraverdüchtiger Krankheitsfall und in Aman, Wodisael und Hatem 8 Cholerafälle constatirt.

In Medina (S. 528) und in den von dieser Stadt bis zu vier Tagreisen entfernt gelegenen Dörfern ist seit 25. October kein Cholerafall vorgekommen. Die Seuche herrscht jedoch 72 Wegstunden von Mekka entfernt im Nordwesten und Südosten von Taif.

Das Sandschak Assyr (S. 516) ist seit Mitte October frei von Cholera.

Aegypten. In Alexandrien sind in der Woche vom 13. bis 19. November 25 Cholerafälle und 22 Todesfälle ausgewiesen worden; von den neuen Cholerafällen wurden 17 erst nach eingetretenem Tode constatirt. In Cairo ist seit 4. November kein neuer Cholerafall vorgekommen.

In ganz Aegypten wurden in der Woche vom 11. bis 17. November 54 neue Cholerafälle verzeichnet; 34 betrafen aufgefundene Leichen, und 21 Kranke sind in den Spitälern gestorben. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden gemeldet aus den Städten: Alexandrien 5 (15), Damiette 0 (2), Ismaila 2 (1) und in den Provinzen: Behera 0 (8), Charkieh 0 (1), Dakahlieh 0 (1), Galiubieh 0 (2), Menufieh 0 (3), Minieh 1 (0), Guirgueh 3 (6), Keneh 8 (14) und Sudan 1 (2).

Japan (S. 467). Seit Ausbruch der Cholera in Japan sind bisher im ganzen 12578 Personen an dieser Seuche erkrankt und 8313 derselben erlegen.

Blattern. Frankreich. In Marseille, woselbst das ganze Jahr hindurch Blattern sporadisch aufgetreten sind, ist diese Krankheit in letzter Zeit häufiger vorgekommen, ohne dass dieselbe jedoch epidemische Verbreitung angenommen hat; der Verlauf der Erkrankungen ist zumeist ein milder.

Italien. In Palermo (S. 487) sind im Monate October l. J. 11 Blatternerkrankungen und 2 Todesfälle ausgewiesen worden.

Spanien. Im Monate September wurden in Bilbao 41 und im October 1. J. 46 Blatterntodesfälle beobachtet.

Türkei. In Salonich (S. 504) wurden vom 4. bis 10. November 15 neue Erkrankungen und kein Todesfall an Blattern constatirt. Vom 11. bis 18. November ist kein weiterer Blatternfall vorgekommen.

Capcolonie (S. 487). Nach einer Mittheilung vom 27. October sind in Capstadt in den letzten vierzehn Tagen 34 Blatternkranke in das Blatternspital abgegeben worden, und zwar 11 aus der Stadt selbst und 7 aus der Umgebung derselben.

Britisch-Indien. In Bombay (S. 488) wurden in den 5 aufeinanderfolgenden Wochen vom 1. October bis 4. November 7 Blatterntodesfälle ausgewiesen.

Vermischte Nachrichten.

Vorschriften zum Schutze der Arbeiter in Töpfereien. Der Stadtrath in Graz hat zum Schutze der Töpfereiarbeiter gegen die verschiedenartigen Gesundheitsschädigungen, denen diese in ihren Arbeitsstätten ausgesetzt sind, im Grunde des § 74 der Gewerbeordnung eine Kundmachung (vom 25. Mai 1902, Z. 102030) erlassen, in welcher nach einer Belehrung über alle jene gesundheitsschädlichen Einwirkungen, die in Töpfereien in Betracht kommen, (Bleistaub, Hitze, etc.) nachfolgende Anordnungen getroffen wurden;

- 1. Das unbedingte Verbot des Essens, Trinkens und Rauchens in allen Räumen, in welchen bleihältiges Material verarbeitet oder aufbewahrt wird. Dieses Verbot ist in allen diesen Räumen in einer in die Augen fallenden Weise ersichtlich zu machen.
- 2. Das Tragen eigener Arbeitskleider oder gut abschliessender Ueberkleider, die mindestens allwöchentlich einmal gründlich gewaschen werden müssen.
- 3. Vorsicht bei der Verwendung von bleihältigen Stoffen, besonders auch in der Hinsicht, dass ein Verstäuben derselben möglichst vermieden werde. Der Staub der sich auf dem Boden, den Tischen, Bänken u. s. w. ansammelt, ist durch Aufwischen mit feuchten Tüchern wenigstens einmal im Tage zu entfernen, und ist in diesen Räumen ausserdem für fleissiges Lüften Sorge zu tragen.



4. Gründliche Reinigung mit Seife und warmem Wasser, und zwar nicht nur der Hände, sondern auch des Gesichtes, der Kopf- und Barthaare nach Schluss der Arbeit. Beistellung von Waschgelegenheiten in ausreichendem Maasse seitens der Arbeitgeber, welche auch verpflichtet sind, die Arbeiter zur ausgiebigen Benützung der Waschgelegenheit anzuhalten.

Um die Gefahren, welche mit dem Aufenthalte in zu stark erwärmten Räumen verknüpft

sind, nach Möglichkeit abzumildern, wurde ferner vorgeschrieben, dass

5. die Einlassöffnung für die heisse Luft aus dem Kamine in den Trockenraum am Dachboden erst 4 Stunden nach Unterbrechung des Feuers im Brennofen geöffnet werde, damit die einströmende heisse Luft bereits eine Temperatur von weniger als 300° C. besitze. (Diese Bestimmung ist durch Anschlag in der Trockenkammer ersichtlich zu machen);

6. dass der Brennofenraum bis zu einer Temperatur von 25° C. im Winter und 35° C.

in Sommer abgekühlt sein muss, bevor er betreten werden darf.

Zur Herstellung dieser Temperaturgrenzen ist in der Ofenmauer ein von aussen ablesbares

Temperatur-Messinstrument anzubringen.

In dieser Kundmachung, deren Affigirung angeordnet wurde, ist den Arbeitern auch nahegelegt worden, die in den angeführten Punkten vorgeschriebenen Vorsichtsmaassregeln sorgfältigst zu beachten, um durch peinliche Sauberkeit, namentlich während der Arbeitszeit, aber auch ausserhalb derselben, eine allmählig entstehende Bleivergiftung zu verhüten. Ferner wurde den Arbeitern empfohlen, nicht in derselben Leibwäsche zu (schlafen, die während der Arbeit getragen wurde, eine gründliche, allwöchentlich mindestens einmalige Reinigung des ganzen Körpers in einem warmen Bade vorzunehmen und Mässigkeit im Alkoholgenusse zu halten, da die Erfahrung lehrt, dass gewohnheitsmässige Trinker besonders leicht von der Bleivergiftung ergriffen werden.

Gerichtsärztlicher Gebührentarif. (Gebühr bei Leichenausgrabungen). Anlässlich eines Falles, in welchem ein Arzt zur Leichenausgrabung und Leichenöffnung vorgeladen wurde, hat das Justizministerium zu Post A, 9 b des gerichtsärztlichen Gebührentarifes*) bemerkt, dass der Anspruch auf diese Gebühr dem Arzte zustehe, wenn er der Leichenausgrabung über richterlichen Auftrag beiwohnte, und dass es dabei keinen Unterschied mache, ob die Beiziehung zur Leichenausgrabung schon vorher im Wege der Vorladung oder erst bei der Leichenausgrabung durch mündliche Aufforderung erfolgte, und ob es anlässlich dieser Beiziehung im gegebenen Falle bei der Leichenausgrabung selbst zur Inanspruchnahme des sachverständigen Beirathes gekommen ist.

(Zeitgebühr, Post A, 12). Das Justizministerium hat mit Erlass vom 22. November 1902, Z. 19508, den Grundsatz aufgestellt, dass die mit K6 für die erste, und je 2 K für die folgenden Stunden festgesetzte Gebühr auch dann anzuweisen ist, wenn der Sachverständige bei mehreren am selben Tage vor demselben Gerichte durchgeführten Hauptverhandlungen verwendet wird, soferne in diesem Falle seine Verwendung überhaupt nicht oder nicht wenigstens eine Stunde lang unterbrochen wurde. Wird er dagegen nach einer Unterbrechung von wenigstens einer Stunde bei einer Hauptverhandlung desselben Gerichtes in einer anderen Strafsache, oder wenn auch nach kürzerer Unterbrechung bei einer Hauptverhandlung eines anderen Gerichtes verwendet, so hat er neuerdings Anspruch auf die Gebühr von 6 K für die erste Stunde seiner Verwendung. (Vdg. Bl. des Justizministeriums.)

Beistellung von Diphterieheilserum für arme Kranke im Epidemieverfahren. Hinsichtlich der Bestreitung der Auslagen für bei mittellosen Kranken angewendetes Diphtherieheilserum hat das Ministerium des Innern in einem speciellen Falle mit dem Erlasse vom 3. September 1902, Z. 2122, eröffnet, dass jene Grundsätze, welche im Falle der Einleitung des Epidemieverfahrens bezüglich der Beistellung von Heilmitteln für arme Kranke zu beobachten sind, in analogen Fällen auch auf das Diphtherieheilserum Anwendung zu finden haben.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Blatternerkrankungen sind seit dem 18. November 1. J. nicht beobachtet worden; hingegen wurden nach den in der Zeit vom 26. November bis 2. December 1. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen neuerdings constatirt:

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Brody: Stanislawczyk 1; Ropczyce: Wola brzeżnicka ad Brzeżnica 2; Skalat: Zielona 6; Zloczow: Jezierna 6.

Verantwortlicher Redacteur: Ludwig Werner. Verlag von Alfred Hölder in Wien. Druck von Friedrich Jasper in Wien.



^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 166.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER

Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER.

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I, Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Prānumerationspreis bei directer Postsendung ganzjāhrig K 12:--.

XIV. Jahrgang.

Wien, 11, December 1902.

Mr. 50.

Inhalt. Zur Arzneitaxe für das Jahr 1903. — Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901. (Fortsetzung.) - Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass der Landesregierung für Krain, betreffend das Verbot der Vornahme von Blutentziehungen aller Art (Schröpfen, Aderlass etc.) an Menschen durch Nichtärzte. - Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Zur Arzneitaxe für das Jahr 1903.

Mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. December 1902, R. G. Bl. Nr. 225, ist für das kommende Jahr eine neue, mit 1. Jänner 1903 in Wirksamkeit tretende Arzneitaxe erlassen worden.

Diese Arzneitaxe unterscheidet sich im Wesentlichen nicht viel von jenen vergangener Jahre. Die commissionell nach den seit Jahren maassgebenden Grundsätzen vorgenommenen Preisberechnungen der Arzneiwaren haben bei 19 Artikeln höhere, bei 39 niederere Preisansätze ergeben; in der Arbeitstaxe für Recepturarbeiten ist eine einzige Höherbewerthung der pharmaceutischen Arbeit für Dispensation und Adjustirung ärztlich verschriebener Medicamente - mit ausdrücklicher Ausnahme jener auf Rechnung der Krankencassen und öffentlichen Fonde — um 10 h erfolgt, ferner ist die Führung des Diphtherieheilserums in allen Apotheken in Dosen zu 1000 Antitoxineinheiten obligatorisch geworden; es wurde eine bindende Taxe für die einzelnen Sorten von Diphtherieheilserum aus dem staatlichen serotherapeutischen Institute verlautbart, wobei die bisherigen Preise um 25% ermässigt worden sind.

Mit diesen Angaben ist die Aufzählung der Aenderungen in der nächstjährigen

Arzneitaxe erschöpft.

Es erweist sich jedoch als nothwendig, noch Einiges über das Zustandekommen und Wesen der österreichischen Arzneitaxe beizufügen, weil die pharmaceutische Commission des Obersten Sanitätsrathes, welche die Arzneitaxe nach durchwegs objectiven, durch keinerlei geschäftliche und Parteirücksichten beirrten Gesichtspunkten auf untrüglicher, rechnungsmässiger und fachtechnischer Grundlage zu bearbeiten hat, sich mit einem Ansturme von Petitionen verschiedener pharmaceutischer Corporationen und Krankencassenverbände zu befassen hatte, in welchen den sich häufig widerstreitenden ökonomischen Interessen der Petenten in der lebhaftesten Weise und oft unter Heranziehung von Argumentationen Ausdruck gegeben wurde, aus denen eine auffällige Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse hervorleuchtete.

So wurde von pharmaceutischer Seite eine durchgreifende Reform der Arzneitaxe auf neuen, jedoch nicht näher erörterten Grundlagen gefordert.

Digitized by Google

Die Vorbereitung einer solchen Neugestaltung der Arzneitaxe erfordert jedoch langwierige Vorstudien, Vergleiche und Berechnungen, die wohl anlässlich der Herausgabe der bereits in Arbeit befindlichen achten Auflage der österreichischen Pharmakopöe als gesonderte Aufgabe in Angriff genommen, nicht aber anlässlich der in wenigen Wochen zu bewerkstelligenden Revision der jährlichen Arzneitaxe, welche mit der Umrechnung von ungefähr 700 Artikeln verbunden ist, bewerkstelligt werden können.

Es würde sich hiebei überdies um die Neubeurtheilung grundsätzlicher Fragen handeln, an deren Beantwortung ausser den Apothekerkreisen noch andere Factoren, insbesondere auch die Verwaltungen der Krankencassen und öffentlichen Fonde ein berechtigtes Interesse haben, welches deren Mitwirkung nothwendig machen wird-

Von anderer pharmaceutischer Seite wurde die Einfügung einer Nachttaxe in die Arzneitaxe begehrt, und zwar mit Detailbestimmungen über die Verwendung derselben, welche durch die Arzneitax-Verordnung überhaupt nicht verfügt werden können. Bei der Verschiedenartigkeit der Ansichten über den Werth und Effect einer solchen Nachttaxe, bei dem Mangel jeder verlässlichen Erprobung dieser Einführung in maassgebenden anderen Culturstaaten, bei der Unthunlichkeit der gleiche mässigen Festsetzung der Nachtdienstzeit in Apotheken, welche nothwendige bei. örtlichen Verkehrs- und Lebensverhältnissen der Bevölkerung abhängig ist, von dem Umstande, dass zu dieser Frage auch die ordinirenden Aerzte und andere Interessenten mitzusprechen hätten, musste von der Festsetzung einer Nachttaxe abgesehen werden.

Desgleichen konnte zahlreichen anderen Anregungen pharmaceutischer Kreise, mannigfache Aufbesserungen der Arzneitaxe zu gewähren, mangels zu.reichender Motivirung oder in Folge sachlicher Bedenken nicht entsprochen werdenr

Andererseits durfte die in letzter Zeit wahrnehmbare bedeutende Zunahme der Regiekosten der öffentlichen Apotheken, insbesondere in Folge der Regulierung der Entlohnungsverhältnisse der Mitarbeiter, des zunehmenden Umfanges der fabriksmässigen Arzneimittelproduction und der allgemeinen Vertheuerung der Lebensbedürfnisse und Geschäftserfordernisse nicht verkannt, und musste als billig erachtet werden, dass den Apothekern in einer theilweisen Höherbewerthung der pharmaceutischen Arbeit unter Rücksichtnahme auf öffentliche Fonde und Arbeiterkrankencassen eine entsprechende Compensation geboten werde, welche die Apotheker in den Stand setzen soll, den erhöhten Anforderungen der Gegenwart nachzukommen.

Wurden sonach von pharmaceutischer Seite weitgehende Anforderungen gestellt, welche auf eine namhafte Erhöhung der Arzneitaxe abzielten, so wurde von Seite der Vertreter von Arbeiterkrankencassen-Verbänden unter Hinweis auf die billigeren Droguistenpreise der Arzneiwaren, auf die Militärtaxe u. dgl. nachzuweisen versucht, dass die österreichische Arzneitaxe an sich zu theuer sei, und dass die in den Vorjahren bei einzelnen Posten der Arzneitaxe eingetretenen Preissteigerungen

den Arzneikostenaufwand der Krankencassen auffallend gesteigert hätten.

Diese Behauptungen machten es dem pharmaceutischen Comité des Obersten Sanitätsrathes zur Pflicht, genaue Erhebungen und Studien darüber zu pflegen, wie sich die Preise der österreichischen Arzneitaxe zu den Taxpreisen der mitteleuropäischen Staaten, welche officielle Arzneitaxen besitzen, stellen, und wie sich nach den officiellen statistischen Publicationen der Aufwand der österreichischen und Wiener Arbeiterkrankencassen für ihre erkrankten Mitglieder im Verhältnisse zu dem Aufwande der Krankencassen im Deutschen Reiche, endlich im Vergleiche zum Medicamentenaufwande in der Spitalspflege der Wiener k. k. Krankenanstalten, deren Apotheken in eigener Regie betrieben werden, gestalte.

Die Ergebnisse dieser umfassenden und muhsamen Arbeiten, welche einen Beweis liefern, mit welcher Gründlichkeit die pharmaceutische Commission ihrer Aufgabe oblag, sind von allgemeinem Interesse, und geeignet, das öffentliche Urtheil tiber das österreichische Medicamentenwesen richtig zu stellen, so dass es angebracht sein dürfte, die wichtigsten Resultate dieser vergleichenden Studien weiteren Kreisen

zugänglich zu machen.

Es wurden zunächst aus allen officiellen Arzneitaxen fremder Staaten die Taxpreise aller Arzneiartikel, welche in der österreichischen Arzneitaxe vorkommen, in einer umfangreichen Tabelle übersichtlich zusammengestellt, dann 23 verschiedenartige Recepte an ausländische Apotheker zur Taxirung nach den landesüblichen Vorschriften gesendet und die Taxansätze für die Arzneimaterialien, die Gefässe und die pharmaceutische Arbeit gleichfalls tabellarisch verzeichnet.

Auf Grund dieser ziffermässigen Erhebungen hat sich die nachstehende Ueber-

sicht der Bewerthung der gedachten Recept Dispensationen ergeben.

Tabelle I.

Vergleichende Zusammenstellung der Berechnung von 23 Receptformeln nach der Taxe in den nachstehenden Ländern, nach Material, Arbeit und Behältnis specificirt.

T	Gesam	mtbetrag	in Hellern	nach	für ein		nnittspreis in Heller	n nach
Land	Material	Arbeit	Behältnis	Zu- sammen	Material	Arbeit	Behältnis	Zu- sammer
Oesterreich	974	1109	372	2455	42.35	48.22	16.17	106.74
Ungarn	1203	1151	468	2822	52.31	50.04	20.35	122.70
Croatien	. 1352	1104	424	2880	58.78	48.00	18.44	125.22
Preussen	1452	1304	254	3010	63.13	56.70	11.04	130.87
Baiern	. 1524	1350	260	3134	66.26	58.70	11.30	136.26
Sachsen	. 1404	1292	248	2944	61.05	56.17	10.78	128 00
Württemberg	1352	1132	387	2871	58.78	49.22	16.83	124.83
Elsass Lothringen	1461	1384	266	3111	63.52	60.17	11.57	135.26
Dänemark	1101	792	338	2231	47.87	34.43	14.70	97.00
Norwegen	1288	694	376	2358	56 00	30.17	16.34	102.5
Zürich	1931	903	490	3324	83.95	39.26	21.30	144.5
Rumänien	1426	1100	427	2953	62.00	47.82	18.57	128.39

Aus dieser Tabelle geht hervor:

a) dass in Oesterreich die Taxpreise für Materialien weitaus billiger sind als in allen anderen Ländern, welche eine officielle Taxe haben, sonach billiger als in Ungarn und Croatien, Rumänien, sämmtlichen Staaten Deutschlands, in der Schweiz (Zürich), in Dänemark und Schweden,

b) dass in Oesterreich die Arbeitstaxe billiger ist als in Ungarn und Croatien, Sachsen, Württemberg, Baiern, Preussen, Elsass-Lothringen, annähernd gleich hoch wie in Rumänien. Nur in der Schweiz, in Dänemark und Norwegen ist

eine noch billigere Arbeitstaxe.

c) Die österreichische Taxe für Behältnise kommt dem Durchschnitte der fremden Taxe gleich und entspricht jener in Württemberg und Norwegen. Sie ist in Oesterreich wesentlich niedriger als in Ungarn, Croatien, Rumänien und in der Schweiz (Zürich), während sie andererseits in mehreren deutschen Staaten niedriger ist.

Im Durchschnitte ist die österreichische Arzneitaxe, wenn von den um weniges niedrigeren Sätzen der dänischen und norwegischen abgesehen wird, die billigste von allen, und ein Recept, das in Oesterreich eine Krone kostet, stellt sich nur in

Digitized by Google

Dänemark um etwa 10%, in Norwegen um 5% billiger, in allen anderen a

geführten Staaten um 20-40% theuerer. Gleichwohl erreichen die Medicamentenkosten der österreichischen Arbeit krankencassen eine ansehnliche Summe, ungeachtet des Umstandes, dass de selben ein obligater Preisnachlass der taxmässigen Bewerthung der Arm dispensation von 5-15% gesichert ist, welch letzterer in Wien und in ander Haupt-, sowie Industriestädten durch weitere freiwillige Nachlässe der Apotheker $20^{\circ}/_{\circ}$ sich erhöht.

Der Aufwand der österreichischen Arbeiterkrankencassen für aus der Apotheid bezogene Medicamente, wie überhaupt für Heilmittel, ist jedoch keineswegs unverhältnismässig hoch, wie eine vergleichende Prüfung der Verhältnisse an der Hand der amtlichen Publicationen über die Gebahrungen dieser Cassen in Oesterreich speciell in Wien, und im Deutschen Reiche mit besonderer Berücksichtigung Berlins lehrt.

Obwohl nämlich die österreichische Krankencassen-Gesetzgebung dem erkrankten Arbeiter durch längere Zeit Krankenverpflegung gewährt als in Deutschland, so cass in Oesterreich auf jedes Krankencassenmitglied 8-9 Krankentage entfallen, in Deutschland nur 51/2-61/2, so sind die Auslagen für Medicamente sammt anderes nicht arzneilichen Heilbehelfen in Deutschland weit grösser als in Oesterreich.

Tabelle II. Aufwand der Krankencassen für Medicamente.

			auf ein l		n bei der		h		enkosten	pro
Jahr	Krank	entage	Med	licamen	tenkosten	in			itag in	
Jahr.	Oester- reich	Deutsch- land	Oester- reich	Wien	Deutsch- land	Berlin	Oester- reich	Wien	Dentech- land	Berlia
	0 -	Del	Kro	nen	Ma	ırk	He.	ller	Pfe	nnig
1890	8.01	5.43	1.78	_	2.16	_	22		_	_
1891	7.65	5.59	1.66	_	2.16	<u> </u>	22	_	l —	_
1892	7.97	5.69	1.76	_	2.31	l —	22	_	_	_
1893	8.20	6.15	1.78	1.50	2.49	_	22	21	_	-
1894	8.05	5.72	1.76	1.40	2.39	_	22	21	-	_
1895	8.48	5.91	1.78	1.36	2.41		22	19	-	i —
1896	8.35	5.80	1 84	1.52	2.38		22	21	40	¦ —
1897	8.76	6.10	1.91	1.42	2.48	3.36	22	19	40	38
1898	8.71	6.17	1.92	1.42	2.51	3.43	22	18	41	38
1899	9.17	6.63	2.08	1.54	2.68	3.71	23	19	41	38

Die deutschen Krankencassen geben für jedes Mitglied reichlich um 30% und für jeden Krankheitstag reichlich um nahezu 50% mehr an Medicamentenkosten aus als die österreichischen.

Im Jahre 1899 hatten die

Krankencassen		Mitglieder	Krankheitstage	Medicamentenkostes
in Oesterreich		2,442.333	21,055.310	$5,\!089.395K$
• Wien		479.469	3,828.297	740.999 K
 Deutschland 		8,786.973	60,406.683	24,562.651 M
• Berlin	•	519.195	5,058.196	1,920.920 M

Auch wenn die Kosten der Medicamentenverpflegung der erkrankten Mitglieder der Arbeiterkrankencassen in Wien für einen Verpflegstag (inclusive Aufwand für sonstige Heilmittel), mit den Kosten verglichen werden, welche in den k. k. Krankenanstalten in Wien pro Verpflegstag nur für Arzneien allein erwachsen, welche bekanntlich in Eigenregie, also zum Gestehungskostenpreise erfolgt werden, so ergibt sich, dass die kranken Mitglieder der Wiener Arbeiterkrankencassen billiger mit Medicamenten (inclusive sonstige Heilbehelfe) verpflegt werden, als sie in einem k. k. Krankenhause mit Medicamenten der Eigenregie allein verpflegt worden wären.

In den Jahren 1897-1901 gestalteten sich die Medicamentenkosten in den Wiener Krankenanstalten derart, dass auf einen Verpflegstag an Kosten für Medi-

camente und Verbandstoffe entfielen:

TT.	 	 	. 1	 C	_ • .	 37 0	 J	· -	1	 1_4 -	 A 1	- 14	 3	77	1
						20·8 h									
						18·6 h									
						17.5 h									

Ein Vergleich mit der Medicamententaxe, nach welcher an Militärpersonen aus den Garnisonsapotheken Arzneien erfolgt werden, fällt allerdings zu Ungunsten der Arzneikosten für die aus Civilapotheken für Krankencassen bezogenen analogen Arzneimittel aus. Ein derartiger Vergleich ist jedoch aus dem Grunde unthunlich, weil in der Militär-Medicamententaxe der Aufwand für das gesammte Medicamentenpersonale, sowie für die im Apothekendienste beschäftigte Mannschaft, desgleichen für die Benützung der ärarischen Apotheken- und Magazinslocale u. s. w. nicht zum Ausdrucke gelangt.

Auf Grund der voranstehenden Nachweisungen ist sonach der Schluss berechtigt, dass der Kostenaufwand der österreichischen und speciell der Wiener Arbeiterkrankencassen für Medicamente auch relativ kein zu hoher ist, und dass in dieser Hinsicht seitens der Krankencassen eine durchaus ökonomische Gebahrung stattfindet.

Mit Rücksicht auf diese berechtigte Oekonomie der Krankencassen kann es nicht Wunder nehmen, dass dieselben darüber beunruhigt sind, dass die Gesammtsumme der Medicamentenkosten (inclussive Heilmittel überhaupt) in den letzten Jahren gestiegen ist, eine Erscheinung, die auch bei den ausländischen, beziehungsweise Berliner Krankencassen wahrzunehmen war.

Die Steigerung der Gesammt-Medicamentenkosten ist jedoch begreiflich, wenn erwogen wird, dass auch die Zahl der Krankencassenmitglieder und noch mehr, dass die Zahl der Krankentage, welche im Durchschnitte auf ein Mitglied entfallen, gestiegen ist.

Es entfielen auf ein Mitglied der Krankencassen Krankentage:

im Jahre				zwa	nzig	sterreich bei gwöchentlicher enverpflegung	In Deutschland bei sechzehnwöchentlicher Krankenverpflegung
1890 .						8.01	5.43
1891.						7.65	5.59
1892.						7 ·97	5.69
1893 .						8.20	6.15
1894.			•			8.05	5.72
1895 .						8.48	5.91
1896 .						8.35	5.80
1897 .						8.76	6.10
1898 .						8.71	6.17
1899.						9.17	6.63

Digitized by Google

Auslagen für Medicamente bei den Krankencassen in den Jahren 1893-1899. Tabelle III.

	1899.	1898.	1897.	1896.	1895.	1894.	1893.	1		Jahr		
	2,442.333 154.179	2,349.746 147.460	2,285.232 134.287	2,188.010 110.434	2,066.435	. 1,940.985	. 1,840.043	22	bei al	len Krankencassen Oesterreich	in	du du M
	154.179			110.434	103,609	88.157	77.485	ဃ	in V	bei der Bezirks krankencasse	3-	Mitgliederzahl (im Jahres- durchschnitte)
	172 339	163.442	207.800	193.607	187.213	176.841	167.011	4	Wien	bei den Genosse schaftskrankencas		thl s- te)
1	172 339 21,055.310 973.536 1,247.927 5,089.395	163.442 19,165.471 924.750 1,175.745 4,527.644	207.800 18,736.400 976.619 1,173,221 4,390.180	193.607 17,026.157	17,516.981	15,629.256	167.011 15,089.873 534.002	5	bei al	len Krankencassen Oesterreich	in	Kı (mit
	973.536	924.750	976.619	860.291		593 268	534.002	9	in V	bei der Bezirks krankencasse	3-	Krankentage (mit Krankengeld)
	1,247.927	1,175.745	1,173,221	1,073.616	1,019.359	847.379	864.179	7	Wien	bei den Genosse schaftskrankencas		e geld)
V din	5,089.395	4,527.644	4,390.180	860.291 1,073.616 4,029.330	784.335 1,019.359 3,686.324	847.379 3,407.586	864.179 3,291.728	<u></u>	bei al	len Krankencassen Oesterreich	in	Medic
	216.546	183.844	175,696	165.950	130.654	108.680	90.724	9	in 1	bei der Bezirks krankencasse	3-	Medicamentenaufwand in Kronen
	273.176	275,760	320,362	264.826	218,616	204,892	223.144	10	Wien	bei den Genosse schaftskrankencas		ıfwand
	9.17	8.71	8.76	8.35	8.48	8.05	8.20	11		Krankencassen n Oesterreich	im D	Kra pro
	7.05	7.13	8.26	8.05	8.50	7.51	7.53	12	in \	der Bezirks- krankencasse	Durchschnitte	Krankentage pro Mitglied und Jahr
	7 67	7.64	5.95	6.05	5.78	5.19	5.59	13	Wien	der Genossenschafts- krankencassen	hnitte	ied ied
	2.08	1 92	1.91	1.84	1.78	1.76	1.78	14	aller	r Krankencassen n Oesterreich	im D	Medic wand unin
	1.40	1.26	1.30	1.36	1.26	1.24	1.18	15	in V	der Bezirks- krankencasse	Durchschnitte	Medicamentenauf- wand pro Mitglied und Jahr in Kronen
	1.59	1.68	1.54	1.40	1.16	1.16	1:34	16	Wien	der Genossenschafts- krankencassen	mitte	nauf- itglied r
	23	22	22	222	22	22	22	17		r Krankencassen n Oesterreich	im Du	Medi a pro K in
	22	20	18	19	17	18	17	18	in W	der Bezirks- krankencasse	Durchsehnitt	Medicamenten- aufwand pro Krankentag in Hellern
	22	23	28	25	21	24	26	19	Wien	der Genossenschafts- krankencassen	nitte	ten- l ntag

Digitized by Google

Die zur Beurtheilung der Medicamentenversorgung bei den österreichischen

Krankencassen nothwendigen Daten sind in Tabelle III zusammengestellt.

Aus dieser Tabelle ist zu entnehmen, wie bedeutend die für ein Mitglied der Krankencassen jährlich aufgewendeten Medicamentenkosten steigen. Während dieser Jahresaufwand an Medicamenten für ein Mitglied im Jahre 1893 in Oesterreich 1.78 K, in Wien nur 1.50 K betrug, hat derselbe im Jahre 1899 für Oesterreich die Höhe von 2.08 K, für Wien die Höhe von 1.54 K erreicht.

Berechnet man jedoch die Höhe der Medicamentenkosten für einen Krankentag, so stellt sich ein anderes Verhältnis heraus, nämlich, dass die Krankenkosten eines Krankentages bei den österreichischen Krankencassen im Durchschnitte fast gleichgeblieben, bei den Wiener Krankencassen im Durchschnitte sogar gesunken sind.

Denn während im Jahre 1893 auf einen Krankentag bei den Krankencassen in Oesterreich 22 h, in Wien 21 h an Medicamentenkosten entfielen, hat sich bei den österreichischen Krankencassen im Durchschnitte nur im Jahre 1899 eine Steigerung um 1 h auf 23 h ergeben, bei jenen in Wien ist der durchschnittliche Betrag auf 19 h gesunken.

Hieraus darf aber mit Recht geschlossen werden, dass die im Laufe der Jahre unumgänglich nothwendig gewordenen Abänderungen der Ansätze der Arzneitaxe von keinem nachtheiligen Einflusse auf die Gestaltung der Medicamentenkosten der

Krankencassen gewesen sind.

Die ökonomischen Interessen der Arbeiterkrankencassen sind in der That so wichtig, dass sie auch in Zukunft bei Feststellung der Arzneitaxe sorgfältig gewahrt werden müssen. Anderseits ist es im öffentlichen sanitären Interesse gelegen, dass die den jeweiligen Zeitverhältnissen entsprechende Entwicklung der allgemeinen Arzneitaxe durch die nothwendige Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse öffentlicher Fonde und Krankencassen nicht verhindert werde.

Die pharmaceutische Commission hat daher die Verfassung einer besonderen Arzneitaxe für grosse Krankencassenverbände ins Auge gefasst, welche ebenso den Wünschen der Verwaltungen der Krankencassen als jenen der

Inhaber öffentlicher Apotheken entsprechen soll.

Zur gedeihlichen Durchführung dieser Aufgabe werden selbstverständlich alle betheiligten Factoren, insbesondere auch die Vertreter der Krankencassen mitzuwirken berufen sein.

Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

(Fortsetzung.)

Ueber das Auftreten, die Verbreitung und den Verlauf der einzelnen Krankheitsformen ist Nachstehendes zu bemerken:

1. Blattern. In den Jahresberichten der politischen Landesstellen wurden insgesammt aus 51 Bezirken und 78 Gemeinden 393 neue Erkrankungen und 53 Todesfälle ausgewiesen, gegenüber 1084 Erkrankungen und 155 Todesfällen im Vorjahre. Blatternfrei sind im Berichtsjahre Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Görz-Gradisca, Vorarlberg und Mähren geblieben. Nach den vierwöchentlichen Berichten waren 365 Blatternerkrankungen in Evidenz gestanden, von welchen 47 einen tödtlichen Verlauf nahmen (Lethalität = $13 \cdot 1^{\circ}/_{0}$). Von diesen Kranken waren 237 geimpft und 128 ungeimpft. Von den Geimpften starben 18 oder 76% von den Ungeimpften dagegen $29 = 22.7^{\circ}/_{\circ}$.

Nach den sanitätsstatistischen Ausweisen über Todesursachen sind in Oesterreich im Berichtsjahre 95 Blatterntodesfälle, gegen 297 im Vorjahre, vorgekommen. Die Blatternsterblichkeit, welche schon im Jahr 1900 den tiefsten Stand seit dem Jahre 1819 erreicht hatte, ist mithin neuerdings erheblich abgesunken. Ausser in

Galizien sind im Berichtsjahre noch in Niederösterreich, Krain, Istrien, Tirol, Böhmen, Schlesien und Dalmatien Blatterntodesfälle ausgewiesen worden. Erkrankungen ohne tödtlichen Verlauf wurden ferner in Triest und in der Bukowina beobachtet.

Von den in Niederösterreich ausgewiesenen 10 Erkrankungen sind 6 Fälle in Wien, 3 in Bruck a. d. Leitha und 1 Fäll in Baden beobachtet worden. Ueber die in Wien constatirten Blatternfälle, welche auf eine Einschleppung aus Südfrankreich zurückzuführen waren, und die erfolgreiche Tilgung dieses Blatternherdes ist im Jahrgang 1901 des Blattes, Nr. 18, eingehend berichtet worden. Die in Bruck a. d. Leitha vorgekommenen 3 Blatternfälle betrafen Kinder eines umherziehenden Scheerenschleifers, welcher mit seiner Familie in den letzten Wochen vor dem Auftreten der Erkrankungen in verschiedenen Orten zwischen Wien und Bruck a. d. Leitha sich aufgehalten und zumeist in Scheunen oder auf Heuböden übernachtet hatte. In der Stadt Baden erkrankte Ende December 1901 ein Steueramtsbeamter unter den Symptomen von Blattern. Die Provenienz dieses Falles, sowie jener von Bruck blieb unaufgeklärt.

In Krain sind im Berichtsjahre 12 Blatternerkrankungen und 2 Todesfälle vorgekommen. Hievon wurden 10 in der Gemeinde Haidovitz im politischen Bezirke Rudolfswert und je 1 Fall in Hrušovje, Gemeinde Töplitz, und Hinnach, Gemeinde Seisenberg desselben Bezirkes, beobachtet. Die Krankheit war durch einen aus Croatien zurückgekehrten Holzarbeiter eingeschleppt worden und hatte zur Entwicklung einer localen Epidemie geführt, bevor noch die erforderlichen Maassregeln getroffen werden konnten.

In Triest wurden 2 Blatternerkrankungen beobachtet; dieselben betrafen aus Alexandrien eingetroffene Reisende, welche bei der ärztlichen Revision des Schiffes

krank befunden und ins Isolirspital abgegeben wurden. Beide sind genesen.

Der in Istrien ausgewiesene tödtliche Blatternfall betraf einen 18 Tage vor seiner Erkrankung aus Gravosa in Dalmatien nach Volosca zugereisten Mann, welcher hier am 8. Juli erkrankte und kurz darauf seinem Leiden erlag. Wenngleich ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem damals in Dalmatien bestandenen Blatternherde nicht nachgewiesen werden konnte, dürfte diese Erkrankung dennoch mit demselben

in irgend eine mittelbare Beziehung zu bringen sein.

In Tirol erscheinen in den Jahresberichten 20 Erkrankungen und 5 Todesfälle an Blattern ausgewiesen. In den vierwöchentlichen Berichten waren um eine Erkrankung und einen Todesfall mehr (21, beziehungsweise 6) verzeichnet, weil ein tödtlicher Fall von Hämatemesis, der sich in einem blatternverseuchten Hause in Termenago ereignet hatte, irrthümlich als Blattern angezeigt worden war; auch in der Todesursachenstatistik ist dieser Fall als solcher verzeichnet worden. In den Tabellen I und II sind die richtig gestellten Ziffern ausgewiesen. Die Provenienz und die Verbreitungswege dieser Erkrankungen, sowie die getroffenen sanitätspolizeilichen Vorkehrungen sind im Jahrgange 1901 des Blattes, Nr. 31, eingehend besprochen worden.

Von den in Böhmen ausgewiesenen 12 Blatternfällen wurden 5 während der Monate Juni und Juli im politischen Bezirke Landskron, und zwar in den Gemeinden Landskron (1), Sichelsdorf (2 Fälle, darunter ein Fall mit tödtlichem Verlaufe), Trieblitz (2), und 3 in dem benachbarten Bezirke Senftenberg in den Gemeinden Grulich (2) und Ullersdorf (1), beobachtet. Nach beiden Bezirken wurde die Krankheit aus dem Wallfahrtsorte Albendorf in Preussisch-Schlesien, woselbst zu dieser Zeit Blattern geherrscht hatten, eingeschleppt. Ausser diesen Erkrankungen sind in Böhmen im Berichtsjahre noch 4 Varioloisfälle ausgewiesen, und zwar 2 an Gymnasialschülern in Mies, 1 Fall in Eger und 1 Fall in Lomnitz, Bezirk Semil, an einem Kinde, welches gestorben ist. In diesen Fällen konnte jedoch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden, ob es sich thatsächlich um Blattern oder um eine modificirte Form von Varicella gehandelt hat. In den sanitätsstatistischen Nach-

weisungen ist irrthümlich noch ein dritter Todesfall an Blattern aus dem Bezirke Přibram verzeichnet, welcher ein mit Varicellen behaftetes und an einer intercurrirenden Krankheit verstorbenes Kind betraf. Dieser Fall wurde daher aus der Blatternstatistik ausgeschieden und unter Varicellenerkrankungen einbezogen.

In Schlesien wurde an einem italienischen Arbeiter, welcher mit mehreren Genossen am 15. Mai aus dem Venetianischen nach Teschen gekommen war und daselbst das Krankenhaus aufgesucht hatte, am 18. Mai eine schwere Form von Variola constatirt; der Kranke starb. Kurz darauf sind zwei in einem abgesonderten Tracte des Isolirspitales untergebrachte Kranke, sowie eine Magd des Krankenhauses gleichfalls an Variola erkrankt, von welchen ein mit Syphilis behafteter Pflegling der Krankheit erlegen ist. Die Hausinfectionen waren in Folge der Ueberfüllung des Krankenhauses, welche eine vollständige Evacuirung des Isolirspitales von den anderen daselbst untergebrachten Kranken nicht zuliess, zu Stande gekommen.

In Galizien waren im Berichtsjahre 26 politische Bezirke und in diesen 45 Gemeinden blatternverseucht. In den Jahresberichten wurden insgesammt 242 Erkrankungen und 19 Todesfälle ausgewiesen, während in den vierwöchentlichen Ausweisen nur 214 Erkrankungen, darunter 12 mit tödtlichem Verlaufe, in Evidenz gestanden waren. Nach den sanitätsstatistischen Vormerkungen über Todesursachen sind im Berichtsjahre in diesem Verwaltungsgebiete 60 Blatterntodesfälle vorgekommen.

Die meisten Blatternfälle wurden aus dem politischen Bezirke Nadworna gemeldet, wo in drei Ortschaften innerhalb vier Monaten 44 Erkrankungen mit 6 Todesfällen beobachtet wurden. Grössere Blatternherde entwickelten sich in den Bezirken Zolkiew, Ropczyce, Gorlice, Turka und Kossow. Im erstgenannten Bezirke hatte sich in der Stadt Mosty wielkie zu Ende des Monates December des Jahres 1900 eine Blatternepidemie entwickelt, in deren bis Ende Februar währendem Verlaufe 26 Personen erkrankt und ein Kranker gestorben ist. Im Bezirke Ropczyce wurden innerhalb dreier Monate in fünf Ortschaften 26 Erkrankungen (ohne Todesfall) constatirt; in den Bezirken Gorlice und Turka sind in den letzten 6 Wochen des Berichtsjahres in 3 Ortschaften 22 Erkrankungen (ohne Todesfall) bzw. 21 Erkrankungen (1 Todesfall), im Bezirke Kossow in 2 Ortschaften 19 Erkrankungen angezeigt worden.

In der Stadt Krakau wurden im Ganzen 14 Erkrankungen, darunter 7 mit tödtlichem Ausgange, in Lemberg 2 Erkrankungen und 1 Todesfall constatirt. Ausser aus den genannten kamen noch aus folgenden Bezirken Blatternerkrankungen (Todesfälle) zur Anzeige: Biala 1 (0), Bohorodczany 1 (1), Borszczow 3 (1), Brzesko 11 (0) in 3 Ortschaften, Chrzanow 1 (0), Husiatyn 1 (0), Jaslo 4 (0), Kalusz 2 (1), Kolomea 1 (0), Krakau (Umgebung) 1 (0), Mielec 2 (0), Myslenice 1 (1), Przeworsk 1 (0), Sniatyn 10 (0), Stanislau 2 (1), Strzyzow 3 (0), Tlumacz 8 (0), Zydaczow 13 (0) in 5 Ortschaften.

In einer Anzahl von politischen Bezirken wurden in der Todesursachenstatistik Blatterntodesfälle ausgewiesen, ohne dass in der Epidemiestatistik überhaupt Erkrankungen evident gehalten waren. Es sind dies folgende Bezirke: Brody (1 Todesfall), Czortkow (1), Gródek (3), Jaworow (2), Limanowa (1), Lisko (1), Podgorze (1), Przemysl (3), Rohatyn (2), Stryj (1), Trembowla (2), Zloczow (2). Nicht im Einklange stehen ferner die Nachweisungen der Epidemiestatistik über Todesfälle mit den Ergebnissen der Todesursachenstatistik in Gorlice (0:2), Husiatyn (0:4), Mielec (0:7), Nadworna (6:9), Stanislau (1:2), Zolkiew (1:2) und Zydaczow (0:1).

Die hieraus sich ergebenden Verhältnisse hinsichtlich der Erfüllung der Anzeigepflicht sind bereits oben eingehend besprochen worden.

Von den in der Bukowina ausgewiesenen 5 Blatternfällen wurden 1 Fall in Schipot und 4 Fälle in Rostoki im politischen Bezirke Wiznitz constatirt. Die Pro-

venienz dieser Krankheitsfälle liess sich nicht ermitteln, wahrscheinlich ist es jedoch, dass die Krankheit aus Galizien eingeschleppt wurde.

In Dalmatien ist im Berichtsjahre eine ausgedehnte Blatternepidemie im politischen Bezirke Sinj beobachtet worden, welche 85 Blatternerkrankungen und 22 Todesfälle zur Folge hatte. Die Krankheit trat daselbst zuerst in Otok, auf, wohin sie anfangs Jänner 1901 durch eine bosnische Bettlerin gebracht worden sein soll, verbreitete sich rasch im Orte selbst und auf die benachbarten Gemeinden. Im weiteren Verlaufe der Epidemie kamen auch Blatternverschleppungen nach Sinj, nach Clissa und Spalato vor. Den Abschluss der Epidemie bildete eine Blatternerkrankung in Zara, die daselbst Ende Juni beobachtet wurde, und jedenfalls mit den übrigen Erkrankungen in Beziehung gestanden sein dürfte, wenn sich auch ein unmittelbarer Zusammenhang nicht ermitteln liess. Im Verlaufe dieser Epidemie wurden ausgewiesen in der 1. Berichtsperiode 21 neue Er-krankungen, in der 2. Periode 31, in der 3. Periode 28, in der 4. Periode 3 Falle und in der 5. und 7. Berichtsperiode je ein neuer Fall. Von den verzeichneten Erkrankungen sind in Otok 67, in Ruda 8, in Grab 1, in Udovičić 4, Sinj 1, Clissa 2, Spalato und Zara je 1 Fall beobachtet worden. Die Durchführung der sanitätspolizeilichen Maassregeln zur Tilgung der Epidemie begegnete anfangs grossen Schwierigkeiten, da die Krankheitsfälle von der Bevölkerung verheimlicht wurden und häufig nur unter Mitwirkung der Gendarmerie eruirt werden konnten. So hatte ein Bauer sein an Blattern erkranktes dreijähriges Töchterchen in einem Schweinestalle verborgen gehalten, wo dasselbe erst nach langem vergeblichen Suchen aufgefunden wurde. Während der Epidemie wurden im ganzen 4384 Nothimpfungen, darunter 1767 Erstimpfungen vorgenommen.

Ueber das zeitliche Auftreten der Blattern im Berichtsjahre ist zu bemerken, dass die Erkrankungshäufigkeit ungeachtet der in diesem Jahre beobachteten Tendenz zur Abnahme der Blatternverbreitung dennoch von den Jahreszeiten, beziehungsweise von den durch dieselben bedingten Verkehrs- und Contactverhältnissen der Bevölkerung nicht ganz unbeeinflusst geblieben ist. Von den in den vierwöchentlichen Berichten evident gehaltenen Krankheitsfällen wurden ausgewiesen in der

1.	Berichtsperiode	vom	1. Jänner bis 2 Februar 68 Fälle	е
2.	, ·	>	3. Februar bis 2. März 59	
3.	»	>	3. März bis 30. März 59 .	
4.	>	*	31. März bis 27. April 26 •	
5.	>	>	28. April bis 25. Mai 46	
6.	>	>	26. Mai bis 22. Juni	
7.	•	•	23. Juni bis 20. Juli 10 »	
8.	•	>	21. Juli bis 17. August 5 >	
9.	*	•	18. August bis 14. September 3 >	
10.	>	>	15. September bis 12. October — »	
11.	>	*	13. October bis 9. November 21 »	
12.	•		10. November bis 7. December . 5 .	
13.	»	>	7. December bis 31. December . 27 -	

Die Frequenz der Blatternerkrankungen ist demnach vom Beginne des Jahres, zu welchem sie den höchsten Stand aufwies, allmählich derart gesunken, dass in der Zeit von Juli bis zur Mitte des Monates September nur mehr vereinzelte Fälle beobachtet wurden; die 10. Periode vom 15. September bis 12. October ist vollkommen blatternfrei geblieben. Mit Beginn des Herbstes traten neuerdings Erkrankungen auf, die Zahl derselben blieb aber weit hinter den Ziffern der ersten Berichtsperioden zurück.

Scharlach. Von dieser Krankheitsform sind in den vierwöchentlichen Berichten 48.368 Erkrankungen und 8571 Todesfälle, gegenüber 35.520, beziehungsweise 6563 im Vorjahre, verzeichnet. In den Jahresberichten wurden insgesammt 50.065 Erkrankungen und 8990 Todesfälle, in der Statistik der Todesursachen 12.512 Todesfälle an Scharlach ausgewiesen.

Die Lethalität der in der Epidemiestatistik verzeichneten Erkrankungen betrug durchschnittlich 17.7% und blieb damit unter der in den vorausgegangenen drei Jahren beobachteten Höhe von 18.4 bis 20.2%.

Es starben von den evident gehaltenen Scharlachkranken:

			P	ercent					F	Percent
in der Bukowina				26.3	in	Kärnten				15.2
Galizien				23.0	>	Steiermark .				12.9
Krain				$22\cdot2$	>	Böhmen				11.7
Istrien										
· Gorz-Gradisca				19.3	>	Vorarlberg .				8.5
Dalmatien				19.1	>	Niederösterreich				8.0
Mähren			•,	19.1	>	Triest				7.4
· Oesterreich .				17.7	>	Salzburg				$5^{\cdot}1$
· Schlesien				17.3	>	Oberösterreich				1.9

Die Zahl der in den Jahresberichten verzeichneten Erkrankungen zeigte gegenüber dem Vorjahre in allen Ländern, mit Ausnahme von Istrien und Vorarlberg zumeist eine ganz erhebliche Zunahme. So wurden in Galizien im Berichtsjahre 21511 Erkrankungen, gegen 10658 im Vorjahre, in Böhmen 8140 gegen 4618, in Niederösterreich 6470 gegen 4092 Erkrankungsfälle ausgewiesen. Auffallend war dem-gegenüber die Abnahme der Erkrankungen in Istrien, wo die Zahl der Fälle von 1385 auf 558 gesunken ist.

Das zeitliche Auftreten der Scharlacherkrankungen ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich.

Es kamen durchschnittlich an einem Tage zur Anzeige in der

1.]	Berichtsperiode				120	- 8.	Berichtsperiode				106
2.	•				128		» *				106
3.	•				102	10.	•				152
4.	>				86	11.	*				216
õ.	>				103	12.	•				194
6.	>				119		>				192
7.	•				108						

Der Einfluss des Schulbesuches auf die Häufigkeit der Erkrankungen ist nicht zu verkennen, wenngleich derselbe, vermuthlich wegen der allgemeinen Verbreitung, welche Scharlach in diesem Jahr zeigte, nicht so deutlich hervortrat, wie im Jahre 1900.

Die geringste Frequenzziffer zeigte die 4. Berichtsperiode, dieser zunächst die 8. und 9. Berichtsperiode. In die erstere fielen die Osterferien, in die letzten zwei Perioden die grosen Sommerferien. In der 5. und 10. Periode war ein rasches Ansteigen zu bemerken, weil in diese der Beginn des neuen Schuljahres - in vielen Landschulen beginnt das neue Schuljahr nicht im Herbste, sondern nach Ostern - fällt. mit welchem der Schule in den neu eintretenden Kindern reichliches infectionsverdächtiges Material zuwächst.

Nach der Todesursachenstatistik starben im Berichtsjahre in Oesterreich von 100.000 Einwohnern 48 gegen 40 im Vorjahre an Scharlach. Es kamen auf 100.000 Einwohner

				Т	Codesfälle)				Tu	destalie
in	Galizien				112	in	Triest				21
•	Krain				104		Niederösterreich				19
•	der Bukowina				85		Böhmen				15
>>	Görz-Gradisca				75	*	Steiermark .				12
							Tirol				
							Salzburg				
							Dalmatien .				
							Vorarlberg .				
>	Schlesien .				22	>	Oberösterreich				1

Die grösste Differenz gegenüber der Mortalität im Vorjahre ergab sich in Krain. wo dieselbe von 54 auf 104 Todesfälle (auf 100000 Einwohner) gestiegen ist und damit selbst die Frequenz des Jahres 1896 übertroffen hat; eine höhere Mortalität hatte Kram nur noch im Jahre 1887 (nahezu 140) aufgewiesen. In Kärnten, welches in den letzten 3 Jahren nur eine sehr geringe Scharlachmortalität zeigte, ist dieselbe von 4 im Vorjahre auf 42 Fälle auf 100000 Einwohner gestiegen. Eine bedeutende Sterblichkeitszunahme wurde auch in Görz-Gradisca und in Niederösterreich, in welchen Ländern die Mortalitätseurven des Scharlachs in den letzten Jahren innerhalb geringer Grenzen beobachtet. In ersterem Verwaltungsgebiete ist seit dem Jahre 1885, in Niederösterreich seit 1896 keine so hohe Sterblichkeit verzeichnet worden In Galizien, wo im Berichtsjahre, wie in den früheren Jahren, die relativ meistet Sterbefalle an Scharlach vorgekommen sind, ist die Zunahme gleichfalls eine nicht unerhebliche (112 gegen 92). Abgenommen hat die Mortalität ausser in Istrien, woselbst auch in den Epidemieberichten eine erhebliche Verminderung der Erkrankungsfrequenz verzeichnet wurde, auch in Schlesien, Tirol, Oberösterreich und Damatien; auf gleicher Höhe ist sie in der Bukowina, Triest und Vorarlberg geblieben. In den übrigen Ländern liess sich hingegen ebenfalls eine mehr oder minder bedeutende Zunahme der Scharlachsterblichkeit constatiren.

Diphtherie Diphtherie In der Epidemieberichterstattung wurden 27926 Diphtherie erkrankungen und 6214 Todesfälle in Evidenz gehalten. Nach den Jahresberichten sind von den 383 Bezirken des Reiches nur 20 Bezirke von Diphtherie frei geblieben: es wurden hienach in 363 Bezirken und 5354 Gemeinden 28382 Erkrankungen und 6528 Todesfälle ausgewiesen. Im Vorjahre hatte die Zahl der Erkrankungen (Todesfälle) nach den vierwöchentlichen Berichten 24538 (5763) und nach den Jahresberichten 24328 (6122) betragen.

In den sanitätsstatistischen Nachweisungen sind im Berichtsjahre 13188 Todes-

fälle, gegenüber 13697 im Vorjahre, verzeichnet.

Es wurden demnach in der Epidemiestatistik mehr Erkrankungen und Todesfälle verzeichnet als im Vorjahre, während aus dem Ergebnisse der Todesursachenstatistik, in welcher die Zahl der Diphtherietodesfälle, wenn auch unbeträchtlich, gesunken ist, auf eine geringere Verbreitung der Diphtherie zu schliessen wäre. Da aber die Lethalität der zur Anzeige gelangten Diphtherieerkrankungen gegenüber dem Vorjahre nur 23:0 gegen 25:1% betrug und somit nicht unerheblich abgenommen hat, dürfte in dem effectiven Stande der Diphtheriemorbidität gegenüber dem Jahre 1900 eine nennenswerthe Aenderung nicht eingetreten und der in der Epidemiestatistik ausgewiesene Ueberschuss an Erkrankungen lediglich auf die in diesem Jahre auch bei Diphtherie constatirte bessere Erfüllung der Anzeigepflicht zurückzuführen sein.

Eine grössere Zahl von Erkrankungen als im Vorjahre sind in den Jahresberichten ausgewiesen worden in Niederösterreich (5340 gegen 4288), in Böhmen (8101 gegen 6747), in Galizien (3043 gegen 2121), in Mähren (2915 gegen 2300) u. s. w. Weniger Erkrankungen als im Vorjahre kamen zur behördlichen Kenntnis in Steiermark (1722 gegen 1908), in Kärnten (779 gegen 837), in Görz-Gradisca (205 gegen 278) und in der Bukowina (233 gegen 342).

Nach der Todesursachenstatistik wurde eine grössere Anzahl von Todesfällen als im Vorjahre in Niederösterreich (909 gegen 741), in Mähren (952 gegen 889) und in Vorarlberg (46 gegen 6 Todesfälle) verzeichnet. In Steiermark, Istrien, Tirol und Böhmen war die Zunahme eine relativ geringe. Abgenommen hat die Zahl der vorgekommenen Diphtherietodesfälle in Galizien (6607 gegen 7216) ferner in geringerem Umfange in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Krain, Triest, Görz-Gradisca, Schlesien, in der Bukowina und in Dalmatien. Wir ersehen aus der Gegenüberstellung der Schwankungen der Epidemie- und der Mortalitätsstatistik, dass dieselben in den einzelnen Ländern nicht immer miteinander correspondiren. So ist in der Diphtheriemortalität in Galizien nach der Todesursachenstatistik gegenüber dem Vorjahre ein nicht unbedeutender Rückgang zu erkennen, während die Erkrankungshäufigkeit in diesem Verwaltungsgebiete, ebenso wie die Zahl der Todesfälle nach der Epidemiestatistik ganz erheblich zugenommen hat. Aehnliche, wenn auch nicht so bedeutende Differenzen finden sich auch in anderen Ländern und sind zumeist auf den Wechsel der Verhältnisse in der Anzeigenerstattung zurückzuführen. Wo sich, wie dies in Galizien im Berichtsjahre bei Diphtherie beobachtet wurde, dieses Verhaltnis bedeutend gebessert hat — das Anzeigenpercent ist von 10 auf 14 gestiegen - ist auch in der Zahl der evident gehaltenen Erkrankungen und Todesfälle eine so erhebliche Vermehrung aufgetreten, dass hiedurch die thatsächliche Einschränkung der Verbreitung der Krankheit verdeckt wurde.

Die Erkrankungshäufigkeit an Diphtherie in den aufeinanderfolgenden Berichtsperioden zeigt folgende Zusammenstellung. Es entfielen auf einen Tag an Neumeldungen in der

1.	Berichtsperiode				93	8. E	Berichtsperiode						54
2.	>				88	9.	»		•		•.		62
3.	· >				72	10.	•						81
4.	>				60	11.	*						111
5.	>				57	12.	>						105
6.	>				57	13.	>						95
7.	>				60			•	·	-	•	-	

Die geringste Frequenz wurde demnach in der wärmeren Jahreszeit von der 4. bis 9. Berichtsperiode, die höchste in der 11. und 12. Periode beobachtet. Der Einfluss des Schulbesuches macht sich nur in geringem Grade durch ein mässiges Absinken in der 8. Berichtsperiode und durch hohe Frequenz in den dem Schulbeginne folgenden Perioden 11 und 12, in welche der Beginn der kalten Jahreszeit fällt, geltend. Diphtherie ist eben eine Krankheit, die vorwiegend in der rauheren Jahreszeit auftritt, in welcher die Localisationsstellen des Krankheitsprocesses in Folge der in dieser Zeit häufigen katarrhalischen Affectionen eine grössere Disposition zur Aufnahme und Entwicklung des Krankheitskeimes besitzen.

Die grösste Mortalität an Diphtherie weisen nach den Ergebnissen der Todesursachenstatistik Galizien und Krain, die geringste Tirol und Dalmatien auf. Es starben von 100000 Einwohnern:

in	Galizien						91	in	Görz-Gradisca		.`		58
>	Krain .		•				65	>	Istrien			•	57

Digitized by Google

ın (Oesterreich					51	in	Bukowina					35
»]	Kärnten .					50		Böhmen					31
	Schlesien .												
	Oberösterreicl												
	Steiermark												
	Mähren												
• 1	Vorarlberg	•				35	>	Tirol .					24

Ueber die Ergebnisse der Behandlung der Diphtheriekranken mit Heilserum gibt Tabelle III Aufschluss.

Tabelle III. Ergebnisse der Heilserumbehandlung bei Diphtherie.

•	Dipht	herie-K	ranke	davon										
Länder	ue	n en	i. ent	mit Se	rumbeh	andlung	ohne Se	rumbeh	endby					
Lander	Zahl der Krankon	hievon gestorben	Lethali- tätspercent	Zahl der Krank.	hievon ge- storben	Letha- litäte- percent	Zabi der Krank.	hievon ge- storben						
Niederösterreich Oberösterreich Salzburg Steiermark Kärnten Krain Triest Görz-Gradisca Istrien Tirol Vorarlberg Böhmen Mähren Schlesien Galizien Bukowina Dalmatien	5305 1524 362 1730 770 765 582 209 638 703 108 8098 2915 521 3043 233 867	839 303 61 470 173 250 55 63 97 190 36 1984 742 113 910 98	15·8 19·9 16·8 27·0 22·5 32·7 9·4 30·1 15·2 27·0 33·3 24·5 25·4 21·7 29·9 42·1 16·6	3891 1044 251 966 546 369 564 166 575 313 41 4823 1494 397 1098 83 792	483 150 29 145 65 56 48 30 72 60 9 720 209 58 168 13	12 4 14 4 11 6 15 0 11 9 15 3 8 5 18 1 12 5 19 2 21 9 14 9 14 0 15 3 15 7 12 9	1414 480 111 764 224 396 18 43 63 390 67 3275 1421 124 1945 150	356 153 32 325 108 194 7 33 25 130 27 1264 533 55 742 85	25-2 31-9 28-6 42-5 48-9 38-9 76-7 39-7 33-3 40-3 38-6 37-5 44-4 25-7 56-7					
Summe	28373	6528	23.0	17413	2417	13.9	10960	4111	37·5					

Es wurden hienach von 28373 Diphtheriekranken 17413 mit Serum behandelt. Von letzteren starben 2417 oder 13.9%. Von den der Serumbehandlung nicht unterzogenen 10960 Krankheitsfällen nahmen 4111 oder 37.5% einen tödtlichen Verlauf. Die durchschnittliche Lethalität aller Diphtherieerkrankungen betrug 23.0%.

Bezeichnend und für die Beurtheilung der Wirksamkeit des Heilserums von besonderer Bedeutung ist es, dass die Differenzen, welche sich bezüglich der Lethalität der mit Serum behandelten Fälle in den einzelnen Kronländern ergaben, seit Einführung dieser Behandlung immer kleiner geworden sind. Werden die Ergebnisse der Heilserumbehandlung im Berichtsjahre mit jenen der vorausgegangenen Jahre verglichen, so zeigt sich, dass die Sterblichkeit der Diphtheriekranken seit Einführung der Heilserumbehandlung andauernd abgenommen hat, und dass insbesondere die Sterblichkeit der mit Heilserum behandelten Kranken eine constant niedrige war und zwischen 16·1 und 13·9°/0 sich bewegte, während die Lethalität jener Fälle, bei welchen Heilserum nicht angewendet wurde, eine dauernd hohe gewesen ist und 36 bis 41°/0 betragen hat.

Masern. In den Jahresberichten der Länder sind insgesammt aus 363 politischen Bezirken und 5591 Gemeinden 220842 Erkrankungen und 6638 Todesfälle an Masern, gegen 136009 Erkrankungen und 4403 Todesfälle im Vorjahre verzeichnet. In den vierwöchentlichen Berichten waren 219734 Erkrankungen und 6437 Todesfälle, gegen 136462, beziehungsweise 4084 Fälle im Vorjahre, in Evidenz gestanden. Nach dem Ergebnisse der Todesursachenstatistik sind 8265 Personen an Masern, d. i. um 2492 mehr als im Vorjahre gestorben. Die ganz bedeutende Zunahme der Zahl der Todesfälle im Berichtsjahre ist bereits bei der allgemeinen Besprechung des Auftretens der Infectionskrankheiten eingehend erörtert worden.

Dass die Zahl der in der Mortalitätsstatistik verzeichneten Todesfälle nicht in dem proportionellen Maasse zur Vermehrung der Ziffern der Epidemiestatistik gewachsen ist, weist darauf hin, dass die Anzeigepflicht bei Masern gewissenhafter erfüllt wurde als im Vorjahre. Und in der That sind im Berichtsjahre von den in der Mortalitätsstatistik ausgewiesenen Todesfällen 78%, gegen 70% im Jahre 1900,

in der Epidemieberichterstattung verzeichnet worden.

Eine beträchtliche Zunahme der Zahl der in den Jahresberichten ausgewiesenen Erkrankungen ist in Böhmen (73882 gegen 35481), in Mähren (33375 gegen 11212), in Steiermark (19620 gegen 5959), in der Bukowina (8939 gegen 456), ferner in Niederösterreich (33651 gegen 30652), in Schlesien (6727 gegen 3719) und in Kärnten (3768 gegen 1420) zu constatiren: in geringerem Maasse zugenommen hat die Zahl der Erkrankungen auch in Galizien, Oberösterreich, Triest und Vorarlberg. Weniger Erkrankungsfälle als im Jahre 1900 wurden ausgewiesen in Krain (1062 gegen 4600), in Görz-Gradisca (240 gegen 4539), ferner in Salzburg, Istrien, Tirol und in Dalmatien.

Die Lethalität der in der Epidemieberichterstattung zur Anzeige gelangten Masernerkrankungen belief sich auf 3% und hat hiemit den tiefsten Stand seit Ein-

führung der periodischen vierwöchentlichen Berichte (1889) erreicht.

Das stetige Absinken der Lethalität der evident gehaltenen Masernerkrankungen liefert aber keineswegs den Beweis, dass diese Krankheit für das Leben der Befallenen an Gefährlichkeit eingebüsst hat. Die zunehmende Steigerung des Percentsatzes der zur Anzeige gelangten Maserntodesfälle lässt vielmehr die Annahme begründet erscheinen, dass mit der zunehmenden Ausgestaltung der Epidemieberichterstattung auch die leichten, früher unbeachtet gebliebenen Erkrankungsfälle häufiger zur behördlichen Kenntnis gelangt sind, durch deren Einbeziehung in die Epidemieberichterstattung die Lethalität der angezeigten Fälle immer mehr herabgesetzt wurde.

Von den in Evidenz gestandenen Masernerkrankungen verliefen tödtlich:

					Pe	rcent		Percent
in	Triest					6.6	in Niederösterreich	. 2.7
							• Krain	
							Oberösterreich	
							Steiermark	
							» Tirol	
							• Kärnten	
							Schlesien	
							> Salzburg	
>	Böhmen		•			2.8	> Vorarlberg	. 0.6

Die Lethalität bewegte sich demnach in den einzelnen Verwaltungsgebieten innerhalb ziemlich weiter Grenzen, 6.6% in Triest und 0.6% in Vorarlberg. Ob die bestehenden Differenzen ausschliesslich oder doch zum überwiegenden Theile der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse hinsichtlich der Beobachtung der Anzeigepflicht zuzuschreiben sind, lässt sich nicht mit Sicherheit beurtheilen. Immerhin erscheint es auffällig, dass gerade in der Stadt Triest, bei welcher sich nach Tabelle II die

Verhältnisse der Anzeigenerstattung als besonders günstig herausgestellt haben, die höchste Lethalität der angezeigten Masernerkrankungen zu constatiren ist, während dieselbe in den übrigen Ländern mit hohen Anzeigenpercenten nur innerhalb enger Grenzen schwankte.

Von den in der Epidemieberichterstattung verzeichneten Neumeldungen von Masernfällen entfielen durchschnittlich auf einen Tag:

in	der	1.	Berichtsperide			526	in	der	8.	Berichtsperiode		370
>	>	2.	•			576	-	>	9.	,		183
>	«	3.	•			438	>	>	10.	>		424
>	>	4.	•			439						1057
*	>	5.	>			637						880
>	>	6.	>			666				>		1035
>	>	7.	•			682						

Wie aus dieser Zusammenstellung zu entnehmen ist, machte sich in Uebereinstimmung mit den Beobachtungen der früheren Jahre der Einfluss des Schulbesuches, beziehungsweise der Schulferien auf die Frequenz der Masernerkrankungen in hervorragendem Maasse geltend, indem die Zahl der auf den Tag entfallenden Neumeldungen zur Zeit der grossen Schulferien im Sommer (8. und 9. Berichtsperioderapid absank und mit Beginn des neuen Schuljahres rasch augestiegen ist. Auch die zu Ostern bestehenden Schulferien und der darauf in vielen Landschulen folgende Beginn des neuen Schuljahres kommen in der Frequenzcurve in einem mässigen Absinken in der dritten und vierten Berichtsperiode und in einer Zunahme der Maserntodesfälie in der 6. Periode zum Ausdrucke. Dass die grösste Frequenz nicht in der in den Schulbeginn fallenden Periode, sondern in der demselben folgenden erreicht wurde, ist darauf zurückzuführen, dass es, ebenso wie dies bei Entwicklung der einzelnen Masernepidemien der Fall ist, wiederholter Infectionen und daher, sowie mit Rücksicht auf die mehr als eine Woche betragende Incubationszeit der Masern, eines Zeitraumes von 3 bis 4 Wochen bedarf, bis die Krankheit unter den Schulkindern eine allgemeine Verbreitung erlangt hat. Die Zunahme der Frequenz in der 6. und 7. Berichtsperiode beweist ferner, dass der Eintritt der warmen Jahreszeit an und für sich auf die Herabminderung der Erkrankungshäufigkeit von untergeordnetem Einflusse ist.

Die Mortalität der Masern hat gegenüber dem Vorjahre, wie oben erwähnt wurde, nicht unbedeutend zugenommen. Es starben von 100.000 Einwohnern:

in	der Bukowina					75	in Tirol	20
							> Oberösterreich	
							> Triest	
							• Görz-Gradisca	
							» Krain	
							» Salzburg	
							Dalmatien	
>	Schlesien					23	• Istrien	5
>	Kärnten					22	» Vorarlberg	3

Die Sterblichkeit hat seit dem Vorjahre in Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Triest, Tirol, Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Bukowina zugenommen, in den übrigen Ländern aber eine mehr oder minder bedeutende Verminderung erfahren. In Steiermark, Kärnten, Böhmen, Mähren und in der Bukowina äusserte sich die Zunahme der Mortalität in einem raschen und unvermittelten Ansteigen der Curve. In diesen Ländern war dem raschen Ansteigen der Masernmortalität ein allmähliches Absinken derselben in den zwei bis drei letzten Jahren vorausgegangen.

Die Abnahme der Frequenz in den übrigen Ländern war mit Ausnahme der Verwaltungsgebiete von Salzburg, Krain und Görz-Gradisca nur eine geringe gewesen.

Aus dem Vergleiche der Ergebnisse der Mortalitätsstatistik mit jener der Epidemiestatistik ist zu entnehmen, dass die bedeutenden Schwankungen der Sterblichkeit gegenüber dem Vorjahre auch in der Frequenz der angezeigten Erkrankungen zum Ausdrucke kommen: dort, wo die Schwankungen geringer sind, erscheinen dieselben in der Epidemieberichterstattung zumeist in Folge der Besserung des Anzeigenverhältnisses verwischt oder auch in das Gegentheil verwandelt.

Aus beiden Berichten geht aber übereinstimmend hervor, dass die Masern im Berichtsjahre in den nördlichen und central gelegenen Ländern der Monarchie die grösste Verbreitung gezeigt, und die Frequenzdichte derselben gegen Süden und Westen hin immermehr abgenommen hat. Die geringste Verbreitung wiesen sie in

Istrien und Dalmatien und in Vorarlberg auf.

(Fortsetzung folgt.)

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass der k. k. Landesregierung für Krain vom 14. December 1901. Z. 21323.

an die Bezirkshauptmannschaft in Gurkfeld,*) betreffend das Verbot der Vornahme von Blutentziehungen aller Art (Schröpfen, Aderlass etc.) an Menschen durch Nichtärste.

Aus dem unterm 5. December 1901, Z. 25971, vorgelegten amtsärztlichen Berichte über das Warmbad Čatež hat die Landesregierung entnommen, dass sich dortselbst nichtärztliche Personen mit dem Schröpfen befassen, beziehungsweise dass diese Art von Blutentziehung durch Nichtärzte an den Curgästen, somit zu Heilzwecken dort insoferne selbständig vorgenommen wird, als der jeweilige Badearzt lediglich nur die Zulässigkeit der Vornahme dieses Eingriffes bescheinigt, die Ausführung desselben jedoch dem eigens hiefür bestellten Badediener überlässt.

Um diesem Unfuge zu steuern, wurde dortamts, wie aus dem genannten Berichte des weiteren zu entnehmen ist, angeordnet, dass das Schröpfen nur unter Aufsicht des Badearztes und dann unter aseptischen Cautelen vorgenommen werden darf. Diese letzte Forderung, welche nach dem heutigen medicinischen Wissen vollauf ihre Berechtigung hat, involvirt jedoch ohneweiters nicht nur eine beaufsichtigende, sondern directe die ausübende Wirksamkeit des Badearztes, ganz abgesehen davon, dass zur Ausführung einer chirurgischen Operation - als solche muss das Schröpfen mit Schröpfköpfen und überhaupt jede Art von Blutentziehung angesehen werden - nur ein Arzt berechtigt erscheint.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft wird beauftragt, der dortigen Badeverwaltung, sowie auch dem Badearzte die aus vorstehenden Andeutungen sich ergebenden Weisungen unverzüglich zukommen zu lassen, die Ausführung dieses chirurgischen Eingriffes durch nichtärztliche Personen strengstens zu verbieten und die stricte Befolgung dieses Verbotes durch wiederholte, unvermuthete amtsärztliche Nachschau, sowie auch sonst in geeignet erscheinender Weise - allenfalls auch durch die k. k. Gendarmerie - wirksam überwachen zu lassen.

^{*)} Eine Abschrift dieses Erlasses wurde an die übrigen unterstehenden Bezirkshauptmannschaften des Herzogthumes Krain zur Kenntnisnahme und Darnachachtung in vorkommenden Fällen übermittelt.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Russland. Da in Odessa seit dem 4. November kein Pestfall beobachtet, und auch die wegen Ansteckungsverdachtes in Beobachtung gestandenen Personen gesund entlassen worden sind, wurde die Desinfection der aus Odessa Abreisenden und des Gepäckes derselben eingestellt; desgleichen wurden die Beschränkungen für die Warenausfuhr ausser Kraft gesetzt.

Japan. Die Sanitätsbehörde in Yokohama hat, um den daselbst constatirten Pestherd (S. 542) vollständig und mit Sicherheit zu tilgen, die in Aussicht genommene Evacuirung des inficirten Stadttheiles und die Verbrennung der Häuser durchgeführt. Zu diesem Zwecke wurden vorerst in dem aufgelassenen Fort Kanagawa provisorische Unterkünfte hergestellt und alle Bewohner des inficirten Stadttheiles (mehr als 1200) auf Schiffen unter Ueberwachung nach dem genannten Fort gebracht, nachdem vorher deren Effecten gründlich desinficirt worden waren. Im verlassenen Stadttheile, dessen Canäle gegenüber dem Hafen und der übrigen Stadt mit Cement abgeschlossen worden waren, wurde zur Vertilgung der Ratten Gift ausgestreut, und bald darauf alle Häuser in Brand gesteckt, mit Ausnahme der Baulichkeiten der Toyo-Kishen-Kaisha und mehrerer grosser Lagerhäuser, deren Bauart eine gründliche Desinfection gestattete. Im Ganzen wurden 135 Häuser durch Feuer zerstört, für welche den Eigenthümern eine Entschädigung von insgesammt 53.289 Yen (ein Yen = 2.32 K) zugesprochen wurde.

Australien. Que en sland. In Bundaberg wurde am 13. October ein Pestfall constatirt.

Cholera. Griechenland. Die Quarantaine für Herkünfte aus Aegypten ist auf fünf Tage herabgesetzt worden.

Türkei. In Palästina wurden in der Woche vom 17. bis 23. November l. J. 138 Todesfälle an Cholera amtlich verzeichnet. In Gaza und Lydda ist die Epidemie im Erlöschen; in ersterer Stadt wurden in dieser Woche nur 3, in Lydda 6 Todesfälle constatirt. Hingegen hat die Seuche in Jaffa an Heftigkeit zugenommen; in dieser Stadt wurden in der abgelaufenen Woche allein 86 Choleratodesfälle beobachtet. In Tiberias sind in dieser Woche nur mehr 7 Todesfälle vorgekommen. In Jerusalem ist entgegen den früheren Mittheilungen der erste Cholerafall schon am 14. November constatirt worden; am 16. und 18. November ereignete sich dann is ein weiterer Fall.

Näheren Mittheilungen über das Auftreten der Cholera im Vilajet Damascus zufolge ist die Cholera in der 180 km südlich von Damascus gelegenen Station Amman (auch Umman) der im Bau begriffenen Hedjazbahn am 18. November ausgebrochen. In Hatem, einem Dorfe des Caza Adschlun (Vilajet Damascus), östlich vom Jordan und südlich von Müzarib, der Endstation der Hauranbahn, ist die Seuche bereits Anfangs November durch einen aus Tiberias gekommenen Kranken eingeschleppt worden. In der Stadt Damascus starb am 22. November ein aus Amman zugereister italienischer Arbeiter unter choleraverdächtigen Erscheinungen.

Der Oberste Sanitätsconseil verfügte gegen Herkünfte aus dem Gebiete von Dancali an der afrikanischen Küste des Rothen Meeres (Erythräische Colonie, S. 503, 516) eine zehntägige Quarantaine.

Aegypten. In Alexandrien sind in der Woche vom 20. bis 26. November 15 neue Cholerafälle und 13 Todesfälle beobachtet worden. Von den neu gemeldeten Fällen betrafen 12 aufgefundene Leichen. In Cairo ist die Cholera als erloschen anzusehen, da seit 4. November kein neuer Fall vorgekommen ist.

In ganz Aegypten wurden in der Woche vom 18. bis 24. November 33 neue Cholerafälle ausgewiesen. 24 betrafen aufgefundene Leichen, und 6 Kranke sind in den Spitälern verstorben. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden in dieser Woche gemeldet in den Städten: Alexandrien 7 (18), Damiette 1 (5) und in den Provinzen: Behera 0 (1), Guirgueh 0 (2), Galiubieh 0 (2) und Keneh 1 (2).

Philippinen. (S. 487). Die Epidemie erreichte im Monate August den Höhepunkt; besonders heftig herrschte sie in Iloilo und auf der Insel Panay. Nach den officiellen Angaben wurden damals täglich bis zu 1500 Cholerafälle beobachtet. Seither ist die Epidemie etwas zurückgegangen und die Zahl der täglichen Neumeldungen auf 700 gesunken. In Manila und in den nördlichen Theilen Luzons ist die Seuche im Erlöschen; es wurden daselbst in der

ersten Hälfte des Monates October nur mehr vereinzelte Cholerafälle verzeichnet. Seit Ausbruch der Epidemie bis Ende September sind nach den amtlichen statistischen Ausweisen rund 72000 Personen erkrankt und 49000 an Cholera gestorben.

Blattern. Portugal. In Lissabon haben die Blattern seit Anfang des Monates November eine epidemische Verbreitung gewonnen; es werden wöchentlich bis zu 30 neue Fällo constatirt. Seit Beginn dieses Jahres sind insgesammt 556 Erkrankungen und 54 Todesfälle an Blattern verzeichnet worden.

Deutsches Reich. Süssstoffgesetz. (Vom 7. Juli 1902, R. G. B., S. 253.) Als Süssstoffe im Sinne dieses Gesetzes sind alle auf künstlichem Wege gewonnenen Stoffe anzusehen, welche als Süssmittel dienen können und eine höhere Süsskraft als raffinirter Rohr- oder Rübenzucker, aber nicht entsprechenden Nährwerth besitzen.

Die Herstellung und die Einfuhr solcher Süssstoffe oder süssstoffhältiger Nahrungs- oder Genussmittel ist nur Gewerbetreibenden gestattet, welche nach den vom Bundesrathe beschlossenen näheren Bestimmungen hiezu ermächtigt werden.

Die Abgabe des Süssstoffs im Inland ist nur an Apotheken und an solche Personen gestattet, welche die amtliche Erlaubnis zum Bezuge von Süssstoff besitzen. Diese Erlaubnis kann ertheilt werden:

a) An Personen, welche den Süssstoff zu wissenschaftlichen Zwecken verwenden wollen; b) an Gewerbetreibende zum Zwecke der Herstellung von bestimmten Waren, für welche die Zusetzung von Süssstoff aus einem die Verwendung von Zucker ausschliessenden Grunde erforderlich ist; c) an Leiter von Kranken-, Cur-, Pflege- und ähnlichen Anstalten zur Verwendung für die in der Anstalt befindlichen Personen; d) an die Inhaber von Gast- und Speisewirthschaften in Curorten.

Die Erlaubnis ist unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und nur dann zu ertheilen, wenn die Verwendung des Süssstoffs zu den angegebenen Zwecken ausreichend überwacht werden kann.

Apotheken dürfen Süssstoff ausser an Personen, welche eine amtliche Erlaubnis besitzen, nur unter den vom Bundesrathe festzustellenden Bedingungen abgeben.

Die zum Bezuge von Süssstoff Berechtigten dürfen den Süssstoff nur zur Herstellung der in der amtlichen Erlaubnis bezeichneten Waren verwenden und letztere nur an solche Abnehmer abgeben, welche derart zubereitete Waren ausdrücklich verlangen. Der Bundesrath kann bestimmen, dass diese Waren unter bestimmten Bezeichnungen und in bestimmten Verpackungen feilgehalten und abgegeben werden müssen.

Die vom Bundesrathe zu erlassenden Bestimmungen müssen die Genehmigung des Reichstages erhalten.

Wer den Bestimmungen über die Erzeugung, Einfuhr und Abgabe von Süssstoffen vorsätzlich zuwiderhandelt oder nach dem Inkrafttreten des Gesetzes im Besitze von mehr als 50 gr Süssstoff gefunden wird und nicht den Nachweis erbringen kann, dass er den Süssstoff von einer zur Abgabe bestimmten Person bezogen hat, wird, soweit nicht die Bestimmungen des Vereinszollgesetzes Platz greifen, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Ist die Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden, so tritt Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft ein. Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen und öffentlich oder den Betheiligten besonders bekannt gemachten Verwaltungsvorschriften werden mit einer Ordnungsstrafe von 1 bis zu 300 Mark geahndet.

Den Inhabern der Süssstofffabriken, die als solche bereits vor dem 1. Jänner 1901 betrieben worden sind und diese Fabrikation auch innerhalb der Zeit vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 fortgesetzt baben, wird eine vom Bundesrath unter Ausschluss des Rechtswegs festzustellende Entschädigung gewährt, welche das Sechsfache des durchschnittlichen Jahresbetrages der letzten sechs Jahre zu betragen hat. Wird der Inhaber einer Süssstofffabrik zur Herstellung von Süssstoff für eigene Rechnung ermächtigt, so tritt eine entsprechende Verminderung der Entschädigung ein; wird die Ermächtigung widerrufen, so ist die Entschädigung entsprechend nachzuvergüten. Die Inhaber der Fabriken sind verpflichtet, von der ihnen gewährten Entschädigung ihren Beamten und Arbeitern, die infolge des Verbots aus ihrer Beschäftigung entlassen werden, eine Entschädigung zu gewähren, die bei Arbeitern dem von ihnen in den letzten 3 Monaten vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bezogenen durchschnittlichen Arbeitsverdienste, bei Beamten dem von ihnen in den letzten 6 Monaten vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bezogenen Gehalt entspricht.

Der Reichskanzler ist befugt, von dem Tage der Publication des Gesetzes ab, den einzelnen Fabriken den von ihnen herzustellenden Höchstbetrag von Süssstoff vorzuschreiben.

Das Gesetz tritt mit dem 1. April 1903 in Kraft.

Vermischte Nachrichten.

Die Gefahren des Fleischgenusses und ihre Verhütung. (Von Stadtthierarzt Oskar Oppenheim in Lundenburg.) Diese gemeinverständliche für weite Bevölkerungskreise bestimmte Schrift verfolgt den Zweck, die Fleischconsumenten über die unter Umständen beim Genusse von Fleisch und Fleischwaren entstehenden Gefahren zu belehren, zur nothwendigen Vorsicht zu mahnen und ihnen den Weg zu zeigen, wie der Fleischgenuss gefahrlos gestaltet werden kann. Vom k. k. Ministerium des Innern wurden die politischen Landesstellen mit dem Erlasse vom 18. September 1902, Z. 29694, auf dieses Buch, welches geeignet erscheint, zur Belehrung und Unterweisung der Bevölkerung beizutragen und Gesundheitsschädigungen durch krankhaft verändertes oder verdorbenes Fleisch hintanzuhalten, zur Empfehlung desselben an die weiteren interessirten Kreise aufmerksam gemacht. Der Preis dieses Buches, welches im Selbstverlage des Verfassers erscheint, beträgt zwei Kronen; bei Abnahme einor grösseren Anzahl von Exemplaren tritt eine Ermässigung des Kaufpreises ein.

Zeitschrift für Tuberculose und Heilstättenwesen. Mit dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 26. September 1902, Z. 39267, wurden die politischen Landesstellen auf die in der Verlagsbuchhandlung des Johann Ambrosius Barth in Leipzig erscheinende, von hervorragenden Fachgelehrten herausgegebene "Zeitschrift für Tuberculose und Heilstättenwesen", welche eine möglichst vollständige Uebersicht über den jeweiligen Stand und die Fortschritte des Kampfes gegen die Tuberculose in allen Culturstaaten liefert, aufmerksam gemacht; gleichzeitig wurde bemerkt, dass es sich empfehle, diese Zeitschrift in die Bibliotheken der Landes-Sanitätsräthe aufzunehmen und die Directionen der Krankenanstalten auf dieselbe aufmerksam machen zu lassen.

Nutzen der Schutzpockenimpfung. Im Commissionsverlage von Josef Šafař in Wien, VIII., Schlösselgasse 22, ist eine populäre Abhandlung über den "Nutzen der Schutzpockenimpfung" von Dr. Gustav Paul, Director der staatlichen Impfstoff-Gewinnungsanstalt in Wien, erschienen, welche zum Preise von 30 h, bei Abnahme von 100 Exemplaren zum Preise von 20 h und bei Abnahme von 1000 Exemplaren zum Preise von 15 h per Stück aus der genannten Verlagsbuchhandlung bezogen werden kann. Das k. k. Ministerium des Innern hat hievon sämmtliche politischen Landesstellen in die Kenntnis gesetzt und dieselben eingeladen, auf die Verbreitung dieser aufklärenden Belehrung in weiteren Kreisen, speciell im Wege der Volks-, Arbeiter-, Schüler-, Krankenhausbibliotheken u. dgl. binzuwirken. (Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 20. November 1901, Z. 37191.)

Beförderung von Brod auf Eisenbahnen. Das k. k. Eisenbahnministerium hat in dem Erlasse vom 6. September 1902, Z. 34608, die Staatsbahndirectionen, sowie die Privatbahnverwaltungen aufgefordert, den Bahnämtern die Beobachtung der peinlichsten Reinlichkeit bei der Manipulation mit unverpacktem Brode einzuschärfen. Insbesondere wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Wägevorrichtungen vor der Abwage, die Ablege- und Lagerplätze des Brodes im Magazin und in den Waggons vor ihrer Benützung jedesmal gründlich gesäubert werden, und dass Brod nicht auf feuchte Bodenstellen zu liegen komme.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 3. bis 9. December l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Sanok: Rudawka jasliska 5; Turka; Komarniki 6.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodezany: Stare Bohorodezany 5; Horodenka: Tyszkowce 3; Skalat: Zielona 1.



Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER
Ministerialrath im Ministerium des Innern and

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien

Erscheint jeden Donnerstag.

Pranumerationspreis bei directer Postsendung ganzjährig K 12 --.

XIV. Jahrgang.

Wien, 18. December 1902.

Mr. 51.

Inhalt. Die internationale Conferenz zur Vereinheitlichung der Formen der sogenannten heroischen Arzneimittel. — Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901. (Fortsetzung.) — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Verordnung des Ministeriums des Innern, betreffend die Arzneitaxe für das Jahr 1903. — Rechtsprechung. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. — Vermischte Nachrichten.

Die internationale Conferenz zur Vereinheitlichung der Formen der sogenannten heroischen Arzneimittel.*)

Von O. S. R. Hofrath Prof. Dr. August Ritter v. Vogl..

Im Auftrage des Ministeriums des Innern habe ich an der vom 15. bis 20. September l. J. abgehaltenen internationalen Conferenz zur Vereinheitlichung der Formen der sogenannten heroischen Arzneimittel von internationalem Gebrauche in Brüssel als österreichischer Delegirter theilgenommen, und berichte ich in Nachfolgendem in Kürze über den Verlauf dieser Conferenz, welche sechs Sitzungen in Anspruch nahm, sowie über die Endergebnisse derselben.

Ich muss vorausschicken, dass nach den schon früher auf diplomatischem Wege von der belgischen Regierung dem k. k. Ministerium des Innern übermittelten und mir zur Verfügung gestellten Druckschriften mit dem von den belgischen Delegirten ausgearbeiteten Programm der Conferenz und den Ausführungen über deren Zweck die darin aufgestellten Grundsätze und Anträge fast in allen wesentlichen Punkten mit den Intentionen und Anträgen des zur Ausarbeitung einer neuen Ausgabe (Edit. VIII.) der Oesterreichischen Pharmakopöe beauftragten pharmaceutischen Special-Comités des Obersten Sanitätsrathes übereinstimmten, so dass mir im Ganzen wenig Gelegenheit geboten war, mich an der Discussion zu betheiligen. Die Conferenz versammelte sich zu ihren Sitzungen in einem Gebäude des Finanzministeriums (Rue de la loi 17).

1. Sitzung. Es waren 33 Delegirte anwesend, und zwar je ein Delegirter aus Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, Bulgarien, Italien, Russland und Spanien; je zwei Delegirte aus den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, aus Grossbritannien, Luxemburg und aus der Schweiz; je drei Delegirte aus Deutschland, Holland und Frankreich und sieben Delegirte aus Belgien. Die Sitzung wurde um 10 Uhr Vormittags von dem Minister für Ackerbau und Hygiene Baron van der Bruggen mit einer Ansprache eröffnet, worin er die Delegirten in Belgien herzlich

^{*)} Aus dem an das k. k. Ministerium des Innern erstatteten Berichte.

willkommen hiess, die Zwecke der Conferenz hervorhob und die sichere Erwartung

aussprach, dass sie ihre Aufgabe glücklich lösen werde.

Nachdem sodann zum Vorsitzenden der Conferenz der bisherige Präsident des belgischen Organisations-Comités Dr. De vaux gewählt worden war, und der Minister sich entfernt hatte, nahm die Sitzung ihren weiteren Verlauf mit einer einleitenden Rede des Vorsitzenden, mit der Constituirung des Secretariates und mit der Berathung der Geschäftsordnung für die Sitzungen, deren Paragraphe nach dem Entwurfe der belgischen Delegation angenommen wurden.

In der 2. Sitzung (16. September) berieth die Conferenz zunächst über von den niederländischen und von den Schweizer Abgeordneten eingebrachte Sonderanträge. Der Secretär van Hulst widmete ihnen eine sehr eingehende kritische Besprechung, wobei er zeigte, dass ein Theil der Anträge mit jenen der belgischen Delegirten sich decke, ein anderer Theil dagegen, wie der Anträg der Schweizer, es sei derzeit nur über allgemeine Grundsätze zu verhandeln, die Berathung der Details dagegen möge einer künftigen Conferenz vorbehalten bleiben, damit nicht in Einklang zu bringen sei.

Nach längerer Discussion entschied die Versammlung, es sei in die Specialberathung nach dem vorliegenden Programme der belgischen Delegation einzugehen.

und wurde diese mit dem Artikel Aconit und seine Präparate begonnen.

In der 3. Sitzung (17. September) gab Binz namens der deutschen Delegirten die Erklärung ab, dass sie kein formelles Engagement übernehmen, das Schlussprotokoll nicht unterfertigen, wohl aber an den Verhandlungen theilnehmen und deren Resultat zu Hause verwerthen werden.

Hierauf wurde die Discussion über Aconit fortgesetzt und beschlossen: nur die getrockneten Knollen, mit Ausschluss der Blätter von Aconitum Napellus als Material der Aconitpräparate aufzunehmen und die Tinctura Aconiti im Verhältnisse von 1:10 verdünnten Weingeist herzustellen, dagegen das Aconit-Extract auszuschliessen.

Bei dem Artikel Belladonna wurde nach längerer Debatte beschlossen, es seien nur die getrockneten Blätter mit Ausschluss der Wurzel, desgleichen ein daraus

dargestelltes Extract und eine Tinctur (1:10) aufzunehmen.

Extractum und Tinctura Cannabis Indicae wurden nach dem Beschlusse der Conferenz in das Verzeichnis der internationalen heroischen Mittel nicht aufgenommen; dasselbe gilt von den Coloquinten und deren Präparaten. Von Colchicum sind nur die Samen mit Ausschluss der Knollen zur Herstellung der Tinctura Colchici (1:10) zu verwenden; Extractum und Vinum Colchici haben zu entfallen.

Aus Folia Digitalis ist, wie aus den Belladonnablättern und dem Aconitknollen das Pulver ohne Remanenz herzustellen, die Tinctura Digitalis im Verhältnisse von 1:10 verdünnten Weingeist zu bereiten, Extractum Digitalis aber zu beseitigen.

Als Radix Ipecacuanhae ist die Rio-Sorte von Uragoga Ipecacuanha zu wählen, das Pulver, mit 2% igen Alkaloidgehalt, nur aus der Wurzelrinde mit Ausschluss des Holzkörpers herzustellen, die Tinctura Ipecacuanhae im Verhältnisse von 1:10 (verdünntem Weingeist), Sirupus Ipec. mit Hilfe der Tinctur (10%) zu bereiten, dagegen ist vom Extractum und Vinum Ipecac. abzusehen.

Nach längerer Discussion wurden die getrockneten Blätter von Hyoscyamus niger, desgleichen ein daraus herzustellendes Extractum (spissum) und eine Tinctura Hyoscyami (1:10) aufgenommen, Folia Stramonii dagegen abgelehnt. Für Semen Strychni wurde ein Alkaloidgehalt von 2:5%, für Tinctura Strychni (1:10) ein solcher von 0:25%, für Extractum Strychni (spissum) von 16% normirt.

Digitized by Google

In der 4. Sitzung (18. September) erhob sich eine lange Debatte über den Antrag, es sei nur eine bestimmte Sorte Opium, und zwar die kleinasiatische zuzulassen. Besonders die englischen und amerikanischen Delegirten bekämpften diesen Antrag, namentlich mit Rücksicht auf das indische Opium, und wurde schliesslich mit Stimmenmehrheit beschlossen, keine bestimmte Opiumsorte als internationale zu wählen, sondern nur allgemein bei 60° getrocknetes Opium pulver mit einem Gehalt von 10°/0 Morphin zu fordern; für das Opium-Extract wurde ein Morphingehalt von 20°/0, für die Tinctura Opii simplex und crocata ein solcher von 1°/0, für das Dover'sche Pulver ein Opiumgehalt von 10°/0 bestimmt, Sirupus Opii eliminirt.

Bulbus Scillae und deren Präparate fanden keine Aufnahme in das Verzeichnis der internationalen heroischen Mittel. Tinctura Strophanthi soll aus den nicht entfetteten Samen im Verhältnisse von 1:10 hergestellt, das Mutterkorn im Ganzen, nicht gepulvert vorräthig gehalten und jährlich erneuert werden. Als Mutterkornpräparate fanden Aufnahme: Extractum Secalis cornuti, wässeriges mit 60% Weingeist behandeltes Extract, und Extractum Secalis cornuti fluidum.

Aqua carbolisata (phenylata) und Acidum hydrocyanicum sollen nach dem Beschlusse der Conferenz 2º/oig, Liquor arsenicalis Fowleri 1º/oig, Natrium arsenicosum als krystallisirtes Salz vorhanden sein. Liquor Pearsoni wurde eliminirt. Dasselbe Schicksal erfuhren die nachfolgenden Präparate, und zwar: Sirupus Chlorali, Sirupus Codeini, Sirupus Morphini, Tinctura Jaborandi, Oleum phosphoratum, Aconitinum und Digitalinum.

Ueber Antrag der Luxemburger wurde dagegen auffallenderweise Sirupus Ferri jodati unter die internationalen heroischen Mittel aufgenommen (wegen des sehr weit auseinandergehenden Jodgehaltes nach den Pharmakopöen), und sein Ge-

halt an Eisenjodür mit 5% normirt.

Tinctura Cantharidum und T. Lobeliae sind mit 70% jeg., T. Jodi mit 95% jeg. Weingeist im Verhältnisse 1:10 herzustellen, Cocarnum hydrochlorium soll als wasserstofffreies Salz und Unguentum Hydrargyri mit 30% Quecksilber hergestellt, aufgenommen werden.

In der 5. Sitzung (19. September) wurde noch über verschiedene ausserhalb des ursprünglichen Programms liegende Wünsche und Anträge der Delegirten einzelner Länder berathen, so über Gelsemium und seine Präparate, über Ferrum sesquichloratum solutum, von den Niederländern zur Aufnahme unter die internationalen heroischen Mittel empfohlen. Die Majorität lehnte den Antrag ab.

Die folgende Berathung galt den von den belgischen Delegirten gestellten Anträgen allgemeiner Natur, wie Herstellung der heroischen Tincturen im Verhältnisse von 1:10, Beseitigung der Vina medicata heroischer Mittel etc. Sie wurden alle einstimmig angenommen.

Die Feststellung der zu geltenden lateinischen Bezeichnungen der heroischen Mittel von internationaler Bedeutung erforderte eine lange Discussion, an welchen

sich die meisten Delegirten betheiligten.

Der vom französischen Delegirten Gariel Namens der ad hoc-Commission erstattete Bericht über Moeller's (Dänemark) Antrag auf Einführung eines Normaltropfenzählers und ebenso der Bericht der ad hoc-Commission, betreffend die Feststellung des Alkaloidgehaltes der betreffenden Drogen und Präparate, wurden zur Kenntnis genommen, und die betreffenden Anträge fanden einhellige Annahme. Auch der Antrag des Delegirten Prof. Ranwez, es sei bei den in Frage kommenden Tincturen 70% iger Weingeist anzuwenden und der concentrirte Weingeist mit 90% zu normiren, wurde angenommen.

Die Schlusssitzung (20. September) eröffnete der Vorsitzende mit einer tiefgefühlten Trauerkundgebung für die am Abende vorher verschiedene Königin der Belgier, ehemalige Erzherzogin von Oesterreich, Marie Henriette, welcher sich der

Ausdruck des Beileides seitens der Delegirten durch den Mund des seither verstorbenen Professors Stokvis aus Amsterdam anschloss.

Hierauf folgte die Verlesung des Schlussprotokolles durch den Secretär van Hulst mit der angeführten Erklärung der deutschen Delegirten und die Unterzeichnung desselben durch die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge der von ihnen vertretenen Länder. In dem Schlussprotokolle verpflichten sich die Delegirten, die in dem dem Protokolle beigeschlossenen Vorentwurfe zusammengestellten Beschlüsse der Conferenz, betreffend die darin angeführten beroischen Mittel, bei ihren respectiven Regierungen zur möglichst baldigen Annahme zu empfehlen. Das Protokoll ist datirt vom 20. September 1902 und enthält die Unterschriften von:

A. Vogl (Oesterreich), v. Toth (Ungarn), Devaux, Depaire, Bruylants, Jorissen, Heymans, Ranwez, van Hulst (Belgien), Naidenowitsch (Bulgarien), Moeller (Danemark), Power (Nordamerika), C. Langlin (Spanien), Gariel, Bourquelot, Yvon (Frankreich), D. Mac Alister, Reid (Grossbritannien), Paterno (Italien), Fonck, Gusenburger (Luxemburg), Poulsson (Norwegen), Stokvis, van Itallie, Gresshof (Niederlande), Tichomirow (Russland), Jolin (Schweden), Tschirch, Bührer (Schweiz).

Es sei hier noch bemerkt, dass die Sitzungsberichte sammt Schlussprotokoll in Druck gelegt, den einzelnen Delegirten sowohl, wie selbstverständlich auch den von diesen vertretenen Regierungen auf diplomatischem Wege übermittelt wurden, zugleich mit dem von Prof. Bruylants gestellten und von der Conferenz angenommenen Antrage, welcher dahin lautet, dass in Brüssel bei dem Ackerbauministerium ein permanentes internationales Secretariat errichtet werde, und dass die belgische Regierung die betheiligten fremden Regierungen ersuchen möge, einen Correspondenten, wo möglich der betreffenden nationalen Pharmakopöe-Commission angehörend, zu designiren, mit welchem der Secretär in Brüssel sich in Verbindung zu setzen hätte, um eventuelle Aufschlüsse, Mittheilungen, Anträge etc., betreffend die heroischen Mittel, zu erhalten.

Der Vorentwurf der internationalen Uebereinkunft lautet:

Artikel 1. Die nachstehend aufgezählten Arzneimittel sollen unter den folgenden lateinischen Bezeichnungen angeführt und nach den hier berücksichtigten Vorschriften hergestellt werden.

- 1. Aconiti tuber (Tuber Aconiti) von Aconitum Napellus L.
- 2. Aconiti tinctura (Tinctura Aconiti).
- Anzuwenden lediglich die diesjährigen getrockneten Wurzelknollen. Herstellung des Pulvers ohne Rückstand.
- Herzustellen durch Percolation mit 70% igem Weingeist mit einem Gehalte von 0.025% an Gesammtalkaloiden, quantitativ bestimmt nach einer von der ad hoc-Commission auszuarbeiten-
- 8. Belladonnae folium (Folium Belladonnae) von AtropaBelladonna L.
- 4. Belladonnae tine-Bella-(Tiuctura tura donnae).
- 5. Belladonnae extrac-Bellatum (Extractum
- donnae).
- 6. Colchici semen (Semen Colchici) von Colchicum antumnale L.
- 7. Colchici tinctura (Tintura Colchici).

- Anzuwenden lediglich die getrockneten Blätter. Das Pulver ist ohne Rückstand herzustellen.
- Zu bereiten durch Percolation mit 70% igem Weingeist im Verhältnis 1:10.
- Herzustellen als steifes Extract mit 70% ig. Weingeist. Darf 100/0 Wasser enthalten. Der Gehalt an Alkaloiden wird später durch die ad hoc-Commission festgestellt werden.
- Anzuwenden lediglich die Samen.
- Zu bereiten durch Percolation mit 70% igem Weingeist im Verhältnisse 1:10.

	Digitalia falino /F.	Annual dia natural atau Divitan dan amaitan Jahan
٥.	Digitalis folium (Folium Digitalis) von Digi-	Anzuwenden die getrockneten Blätter des zweiten Jahres; das Pulver herzustellen ohne Rückstand.
_	talis purpurea L.	
9.	Digitalis tinctura (Tinctura Digitalis).	Durch Percolation mit 70% igem Weingeist im Verhältnis 1:10 zu bereiten.
10.	Ipecacuanhae radix	Das Pulver aus der Wurzelrinde allein mit Ausschluss des
	(Radix Ipecacuanhae) von	Holzkörpers zu bereiten. Es muss 20/0 Alkaloide enthalten.
	Uragoga Ipecacuan- ha Baill.	
11.	Ipecacuanhae tinc-	Herzustellen durch Percolation mit 70% jeen Weingeist im
	tura (T. Ipecacuanhae).	Verhältnis 1:10.
12.	Ipecacuanhae siru-	Herzustellen mit 10°/0 der Tinctur.
	pus (Sirupus Ipecacuan- hae).	
18.	Hyoscyami folium	Es sind nur die getrockneten Blätter anzuwenden.
	(Fol. Hyoscyami) von Hyo-	
14	scyamus niger L. Hyoscyami tinctura	Herzustellen durch Percolation mit 70% ig. Weingeist im
17.	(Tinctura Hyoseyami).	Verhältnis 1:10.
15.	Hyoscyami extrac-	Herzustellen mit 70% ig. Weingeist als steifes Extract mit
	tum (Extract. Hyoscyami).	eventuell 100/0 Wassergehalt.
16.	Strychni semen (Semen	Gehalt an Alkaloiden 2.50/0.
	Strychni, Nux vomica) von Strychnos nux vomi-	
	ca L.	
17.	Strychni tinctura (T.	Zu bereiten durch Percolation mit 70%/oig. Weingeist im Ver-
10	Strychni, T. Nucis vomicae).	hältnis 1:10. Alkaloidgehalt 0:25.
18.	Strychni extractum (Extr. Strychni, Extr. Nucis	Herzustellen mit 70% ig. Weingeist. Gehalt an Alkaloiden 16%.
	vomicae).	
19.	Opii pulvis (Pulvis Opii).	Das bei 60° getrocknete Pulver mit 10°/0 Morphin.
20.	Opii extractum (Extr.	Gehalt an Morphin 20%.
21.	Opii). • Opii tinctura (T. Opii).	Herzustellen durch Percolation mit 70% ig. Weingeist. Gehalt
	(= · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	an Morphin 10/0.
22.	Opii tinctura crocata	Gehalt an Morphin 1%.
	(T. Opii crocata, Lauda- num Sydenhami).	
23.	Opii tinctura benzoi-	Gehalt an Morphin 0.05%.
	ca (T. Opii benzoïca).	•
24	OpiietIpecacuanhae	Zu bereiten mit 10% Pulvis Opii.
	pulvis Compositus (Pulvis Opii et Ipecacuanhae	
	compositus, Pulvis Doveri).	
25	. Strophanthi tinctura	Aus dem nicht entfetteten Samen durch Percolation mit
	(T. Strophanthi).	70°/0ig. Weingeist im Verhältnisse 1:10 herzustellen.
26	Sclerotium Clavice-	Das ganze (nicht gepulverte) Dauermycel desselben Jahres.
	pitis purpureae Tul. s.	
	Clavicepitis purpureae Tul. sclerotium. Secale cor-	
	nutum, Ergotum secale.	
27	. Secalis cornuti ex-	Zu bereiten als wässeriges mit 60% jeg. Weingeist behandeltes
	tractum (Extr. Secalis	Extract.
	cornuti, Ergoti extractum,	
28	Extr. Ergoti). Secalis cornuti ex-	100º/oig.
		, - 0
	tractum fluidum (Extr.	
	fluidum Secalis cornuti, Er-	

goti extractum fl., Extr. fl. Ergoti).

tum vinum, Vinum stibiatum).

	Ergou).	
29.	Acidum hydrocyani- cum dilutum.	20/ ₀ ig.
80.	Laurocerasi aqua (Aqua Laurocerasi).	0·10º/oig.
31.	Amygdalae amarae (Aqua Amygdalae amarae).	0·10°/₀ig.
32.	Phenoli solutio (Aqua phenolata).	Herzustellen mit 2% Phenol.
33.	Arsenas sodii (Sodii arsenas. Arsenicicum nat- rium, Natrium arsenicicum).	Das krystallisirte Salz mit 36.85% Arsensäure.
34.	Arsenicalis liquor Fowleri (Liquor arsenicalis Fowleri, Kalii arsenicosi liquor).	Herzustellen mit 1º/0 Arsenig. Säure.
35.	Ferri jodidi sirupus (Sirupus jodeti ferrosi; Sirupus ferri jodati).	Herzustellen mit 5%/0 wasserfreiem Eisenjodür.
36.	Cantharidis tinctura (T. Cantharidis).	Herzustellen mit 10% durch Percolation mit 70% Weingeist.
37.	Jodi tinctura (Tinctura Jodi).	Herzustellen mit 10% mit 95% Weingeist.
88.	Lobeliae tinctura (Tinctura Lobeliae).	Zu bereiten durch Percolation mit 70% jg. Weingeist im Verhältnis 1:10.
39.	Cocaïnum hydro- chloricum.	Das wasserfreie Salz.
40.	Hydrargyri unguen- tum (Unguentum Hydrar- gyri).	Mit 300/oig. Gehalt zu bereiten.
41.	Antimoniale vinum (Vinum antimoniale, Stibia-	Herzustellen mit 0.40% Brechweinstein.

Artikel 2. Für die Zukunft wird principiell festgestellt:

a) heroischen Mitteln nicht mehr die Form eines medicamentösen Weines zu geben;

b) die Tincturen heroischer Drogen durch Percolation im Verhältnisse von 1:10 zu bereiten;

c) Fluidextracte heroischer Drogen mit 100% Gehalt herzustellen.

Artikel 3. Es ist ein Normal-Tropfenzähler aufzunehmen, dessen Ausflussrohr einen äusseren Durchmesser von genau 3 mm besitzt, daher bei einer Temperatur von 15° C. zwanzig Tropfen destillirten Wassers geben muss.

Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

(Fortsetzung.)

Ileotyphus. Die seit dem Jahre 1895 beobachtete Tendenz des Ileotyphus zur allmählichen Abnahme der Verbreitung, welche im Vorjahre durch ein häufigeres Vorkommen dieser Krankheit eine Unterbrechung erfahren hatte, ist im Berichtsjahre wieder zum Durchbruche gekommen. Zwar wurden in den Jahresberichten insgesammt aus 372 Bezirken und 3856 Gemeinden 22662 Erkrankungen und 3286 Todesfälle, gegenüber 22518 Erkrankungen und 3135 Todesfällen im Vorjahre, in den vierwöchentlichen Berichten 21613 Erkrankungen und 3165 Todesfälle, gegenüber 22919 beziehungsweise 3053 im Vorjahre, somit in der Epidemiestatistik theilweise mehr Erkrankungs- und Todesfälle als im Vorjahre verzeichnet; hingegen ist die Zahl der effectiven Todesfälle nach den Ergebnissen der Todesursachenstatistik von 5617 auf 5565 gesunken. Wenn noch berücksichtigt wird, dass auch die für die Berechnung der effectiven Morbidität heranzuziehende Lethalität der in Evidenz gestan denen Krankheitsfälle höher war als im Vorjahre (14.5%) gegen 13.9%), kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Verbreitung des Heotyphus in diesem Jahre eine Einschränkung erfahren hat. Die höheren Ziffern in der Epidemiestatistik erscheinen also auch beim Heotyphus lediglich durch die Besserung der Verhältnisse der Anzeigenerstattung bedingt, deren Percentsatz von 54 auf 57 gestiegen ist.

Mehr Krankheitsfälle als im Vorjahre wurden ausgewiesen in Galizien (10099 gegen 8718), in Mähren (3188 gegen 3049) und in Oberösterreich (363 gegen 266), weniger in Böhmen (3865 gegen 4013) und in Niederösterreich (1152 gegen 1538), ferner auch in Krain, Schlesien, Steiermark und Tirol. In den übrigen Ländern

waren die Differenzen geringfügig.

Das zeitliche Auftreten der Erkrankungen ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen. Es erkrankten durchschnittlich an einem Tage in der:

1.	Berichtsperiode					70	8.	Berichtsperiode			•	60
2.	,		•		•	66	9.	>				65
3.	>					59	10.	· •				60
4.	>					69	11.	>				56
5.	>					5 9	12.	>				59
6.	>					44						53
7.	•					4 8						

Die niedrigsten Frequenzen wiesen demnach die 6. und 7. Berichtsperiode auf, die höchste die 1., und nächst dieser die 4. Periode, während die Erkrankungshäufigkeit in den übrigen Perioden sich innerhalb enger Grenzen bewegte und in den der Herbstzeit entsprechenden Perioden die in anderen Jahren beobachtete Exacerbation vermissen liess.

Die Lethalität der ausgewiesenen Erkrankungen ist, wie bereits erwähnt, von 139 auf 14:5% gestiegen. Von den ausgewiesenen Erkrankungsfällen starben in:

			٠	I	Percent	Per	cent
Salzburg					31.1	Oberöstereich 1	6.3
						Tirol 1	
Bukowina					26.2	Krain	.5·7
Vorarlberg					25.0	Böhmen	153
Kärnten					18.2	Triest	4 ·8
						Oesterreich	
						Istrien	
						Mähren	
Schlesien					17.0	Galizien	2.5

Die Zahl der in der Mortalitätsstatistik ausgewiesenen Todesfälle hat in allen Kronländern, mit Ausnahme von Kärnten, Triest, Böhmen, Galizien und der Bukowina abgenommen. Die in den genannten Ländern constatirte Zunahme erwies sich jedoch als geringfügig.

Die grösste Mortalität an Ileotyphus zeigten die Bukowina und Galizien, die

niedrigste Dalmatien und Vorarlberg.

Es starben von 100000 Einwohnern:

in	der Bukowina				46 in	Triest	15
*	Galizien				45	Istrien	12
>	Oesterreich .				21	Salzburg	11
>	Görz-Gradisca				20	Steiermark	10
•	Krain				18	Böhmen	9
>	Kärnten				18 •	Oberösterreich	7
*	Mähren				17 >	Niederösterreich	6
>>	Tirol				. 17	Dalmatien	4
>	Schlesien				16 🗀	Vorarlberg	3

Ileotyphus war, gleichwie Masern, Scharlach, Diphtherie und Keuchhusten, über alle Länder verbreitet. Von den 383 politischen Bezirken sind nur aus 10 Bezirken neue Erkrankungen nicht gemeldet worden. In den meisten Bezirken war das Auftreten des Ileotyphus ein sporadisches; nicht selten gab aber ein vereinzelter Fall zur Entwicklung von Hausepidemien oder grösseren Epidemieherden Anlass, indem die Krankheitskeime entweder durch unmittelbaren Contact oder durch Lebensmittel (Trinkwasser, Milch etc.) übertragen wurden. In Orten, wo die Bedingungen für die Verbreitung der Krankheit in Folge ungenügender Assanirung günstige waren, führten solche locale Epidemieherde häufig zu grösseren Epidemien, die mitunter Monate hindurch andauerten. In manchen Orten und Gegenden mit schlechten hygienischen Verhältnissen herrscht die Krankheit endemisch, und es bedurfte hier in der Regel nur für die Verbreitung der Krankheit günstiger äusserer Einflüsse, um eine Epidemie zum Auflodern zu bringen.

Epidemisches Auftreten des Ileotyphus wurde aus allen Ländern mit Ausnahme von Salzburg, Vorarlberg und Dalmatien gemeldet. Bei den aus solchen Anlässen von den Amtsärzten der politischen Behörden regelmässig vorgenommenen Erhebungen wurde ausser auf Isolirung der Kranken und Desinfection das Augenmerk insbesondere auf die Aufdeckung bestehender sanitärer Uebelstände, durch welche die Verbreitung der Krankheit bewirkt oder begünstigt worden sein konnte, gerichtet; auf Grund der von den Amtsärzten gestellten Anträge wurden hierauf von den zuständigen politischen Behörden wegen Abstellung der erhobenen Misstände die erforderliche Anordnungen getroffen. Nicht selten gab das epidemiesche Auftreten von Typhus in einer Gemeinde den Anstoss, dass durchgreifende Assanirungsmaassnahmen, deren Vornahme von der betroffenen Gemeinde ungeachtet wiederholten Drängens der staatlichen Behörden immer wieder zurückgestellt worden war, endlich in Angriff genommen und zum Wohle der Einwohnerschaft durchgeführt wurden.

In Niederösterreich sind Epidemieherde in St. Andrä (Tulln), in Muggendorf (Wiener-Neustadt) und in Lunz (Scheibbs) constatirt worden. Die Epidemie in Lunz griff auch auf mehrere benachbarte Ortschaften über und umfasste im ganzen 21 Erkrankungen und einen Todesfall, während einer mehr als zehnwöchentlichen Dauer. In ätiologischer Beziehung wurde bei der Epidemie in Muggendorf Genuss von Wasser aus dem Myrabache und in Lunz aus einem verunreinigten Brunnen und einer schlecht verwahrten Quelle ermittelt; in St. Andrä ist die Verbreitung der Krankheit durch die allgemeine Verunreinigung des Untergrundes gefördert worden. In der Stadt St. Pölten wurde in der 5. Berichtsperiode ein gehäuftes Auftreten von Typhusfällen (10 Fälle, darunter 6 in einem Hause) constatirt. Die Hausinfectionen dürften hier durch den Brunnen, der in der Nähe der undichten Senkgrube gelegen war, vermittelt worden sein. Die übrigen 4 Fälle standen anscheinend mit der erwähnten Hausepidemie in keinem Connex. In 2 Fällen bestand der begründete Verdacht, dass die Infection durch Milch aus einem Bauernhause in der Umgebung von St. Pölten, in welchem kurz vorher Typhus vorgekommen war, er-

folgt ist. Hausepidemien wurden ferner noch beobachtet in der Wiener Versorgungsanstalt in Y b b s an 6 Wäscherinnen und einem Anstaltspfleglinge, welche sich wahrscheinlich durch die Wäsche eines neuangekommenen Pfleglings, der mit ambulatorischem Typhus behaftet war, inficirt hatten; ferner in der Landessiechenanstalt in Allentsteig, in Loosdorf (Melk) und in Pfaffenschlag (Waidhofen a. d. Thaya).

In Oberösterreich wurde eine grössere Typhusepidemie in Schärding beobachtet, welche 55 Krankheitsfälle umfasste, und wegen des unvermittelten Auftretens der Krankheit auf den Genuss von Wasser aus der Wasserleitung zurückgeführt wurde. Thatsächlich hat auch die von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Wien vorgenommene bakteriologische Untersuchung des Wassers ergeben, dass ein Theilbrunnen dieser Anlage stark verunreinigt war. In St. Nikola (Bezirk Perg) ist unter den dortigen Steinbrucharbeitern im September eine Typhusepidemie ausgebrochen, die auch auf die benachbarten Orte Sarmingstein, Sattel und Struden übergriff; begünstigt wurde die Verbreitung der Krankheit durch die schlechten Wohnungsverhältnisse der Steinbrucharbeiter. In Allerheiligen (Bezirk Schärding) ist als Ursache des epidemischen Auftretens des Ileotyphus die Verunreinigung der im Orte längs des Pramflusses gelegenen Brunnen durch Eindringen von Wasser aus diesem Flusse angesehen worden. Eine Hausepidemie von grösserem Umfange wurde in Walchhausen beobachtet.

In Steiermark bestand zu Beginn des Berichtsjahres noch aus dem Vorjahre (Jahrg. 1901 d. Bl., S. 549) die Epidemie in Trifail (Bezirk Cilli), welche bis in die fünfte Berichtsperiode andauerte. Bemerkenswerth ist Vorkommen von Typhuserkrankungen in den im Mürzthale gelegenen Ortschaften; die Erkrankungen waren insbesondere in der 8. bis 11. Berichtsperiode zahlreicher aufgetreten und mussten in atiologischer Hinsicht bei dem Mangel anderer Beziehungen untereinander auf die Verwendung des Wassers der Mürz als Brauch- und Trinkwasser zurückgeführt werden. Ein grösserer Epidemieherd entwickelte sich im September in der Ortschaft Krungl der Gemeinde Mitterndorf (Bezirk Gröbming), woselbst innerhalb kurzer Zeit 18 Erkrankungen constatirt wurden; die Erkrankten hatten das Wasser des Ortsbaches genossen. Auch die Ende des Berichtsjahres unter den Arbeitern der Göriacher Kohlen- und Gypswerke beobachtete Epidemie war höchstwahrscheinlich durch den Genuss von Bachwasser hervorgerufen. Die gleiche Ursache konnte mit ziemlicher Sicherheit bei den Epidemien in St. Peter (Leoben), Videm (Rann) und St. Martin (Windischgratz) angenommen werden. Im Bezirke Marburg wurden in den Gemeinden Luxendorf, Pösnitzhofen und Leitersberg Epidemieherde constatirt. Weitere Typhusherde sind in Hohenmauthen (Bezirk Windischgratz), Stanz und Plippitz St. Rochus (Pettau), Sdole (Rann), Lengdorf, Gemeinde (Radkersburg), St. Martin (Gröbming), und in Turnau (Bruck) beobachtet worden. Je eine Hausepidemie wurde in Pöls (Judenburg) und in Liffai, Gemeinde Prassberg (Cilli) constatirt.

In Kärnten ist in St. Martin (Villach) eine Epidemie aufgetreten, die zweifellos durch Genuss des Bachwassers, in welchem dem Bacterium coli ähnliche Bakterien gefunden wurden, hervorgerufen worden war. Ein kleinerer Epidemieherd wurde auch in Kirchbach (Hermagor) beobachtet.

In Krain ist der Ileotyphus in Gurkfeld und in Bartholomä (26 Erkrankungen und 2 Todesfälle), und in Podgora und Videm, im Bezirke Gotschee, (in beiden Ortschaften 15 Erkrankungen und 3 Todesfälle), in Schilze und Zirknitz, Bezirk Loitsch, (13 Erkrankungen), in Kropp, Bezirk Radmannsdorf, (14 Erkrankungen, 2 Todesfälle), endlich in Tanzberg und Kerschdorf, Bezirk Tschernembl, (23 Erkrankungen, 1 Todesfall) epidemisch aufgetreten.

Im Territorium der Stadt Triest wurde im Monate April eine grössere Häufigkeit der Erkrankungen beobachtet.

In Görz-Gradisca ist ein epidemisches Austreten in der Gemeinde Mon-

falcone constatirt worden.

Von grösserem Umfange war die Typhusepidemie in der wasserarmen Gemeinde Visinada in Istrien. Die ersten Fälle traten hier anfangs August auf. Die Epidemie verbreitete sich hauptsächlich in der Stadt Visinada und in mehreren zur gleichnamigen Gemeinde gehörigen Fractionen. Insgesammt waren 42 Personen an Typhus erkrankt, welche zum grössten Theile das Trinkwasser aus der Felonegaquelle bezogen hatten. Zur Tilgung der Krankheit wurde das Epidemieverfahren eingeleitet und ein Epidemiearzt bestellt. Nach ungefähr zehnwöchentlicher Dauer war die Epidemie erloschen.

In Tirol ist im Verlaufe des Berichtsjahres ein gehäuftes Auftreten in einigen Gemeinden der Bezirke Meran und Trient wahrgenommen worden. garia (Rovereto) wurden im Monate Juni Typhuserkrankungen an Arbeitern, welche kurz vor ihrer Erkrankung aus Eisenerz zurückgekehrt waren, festgestellt. In diesen Gemeinden und in den benachbarten Gemeinden Garniga, Trambilleno 'und Lizzana wurden im folgenden Monate noch weitere 13 Fälle constatirt, von welchen jedoch blos zwei mit den erwähnten eingeschleppten Fällen in Zusammenhang gebracht werden konnten, während als Ursache der übrigen Fälle Genuss von verunreinigtem Trinkwasser anzusehen war. Grössere Verbreitung hat die Krankheit in der Gemeinde Lavarone (Borgo) gewonnen; in der gleichnamigen Ortschaft und in 2 Fractionen sind von Mitte Juli bis Ende December 56 Erkrankungen, darunter 7 mit tödtlichem Verlaufe, vorgekommen. Locale Epidemien wurden beobachtet in Untermais, Burgstall, Tscherms, in den Ortschaften Kompatsch und Tschirland der Gemeinde Naturns (Meran), in Laas, Egers, in Tschengels (Schlanders) und in Margherita (Rovereto). Nach Trafoi (Schlanders) wurde die Krankheit durch Milch aus Laas eingeschleppt.

In Böhmen sind aus 19 politischen Bezirken Heotyphusepidemien gemeldet worden. In mehreren Gemeinden war die Verunreinigung von Brunnen durch das Wasser der vorüberführenden Bäche die Ursache hartnäckiger Epidemien, so in dem am Wistritzbache gelegenen Orte Lichtenstadt (Karlsbad), ferner in Friedrichswald, Nieder-Lichwe, Klein-Ritten und Knappendorf (Landskron); diesen Gemeinden herrschte Ileotyphus nahezu das ganze Jahr hindurch. Auch die im Frühjahre beobachteten Typhusepidemien in Dörrengrund, Ledhuz und Politz (Braunau) und die Epidemie in Kerndorf (Senftenberg) waren auf die gleiche Ursache (Verunreinigung der Brunnen durch das Wasser des Ledhuz-, beziehungsweise Kerndorferbaches) zurückzuführen. Im Bezirke Senftenberg hat lleotyphus auch in den Gemeinden Jamnei. Nieder-Erlitz und Kronstadt eine epidemische Verbreitung gezeigt. In Polna (Deutsch Brod) bestand in den ersten zwei Monaten des Bericht-jahres eine Typhusepidemie. Als Ursache der ersten Fälle wurde der Genuss des Wassers eines hochgradig verunreinigten Brunnens angesehen. Thatsächlich ist durch die bakteriologische Untersuchung in diesem Wasser das Bacterium coli nachgewiesen worden.

Grössere Epidemien bestanden ferner in der Stadt Krumau und in Smichow. In Krumau konnte die Actiologie der in verschiedenen Häusern ohne erwiesenen Contact der Kranken aufgetretenen Fälle nicht festgestellt werden. Da jedoch die Schöninger Wasserleitung nicht ganz unverdächtiges Wasser lieferte, wurde dieselbe gesperrt und reconstruirt. Nach Sperrung der Wasserleitung sind keine weiteren Erkrankungen aufgetreten. In Smichow trat die Epidemie in mehreren Wohnhäusern der Arbeiter-Colonie » Mrazowka« im Monate August auf. In ätiologischer Beziehung wurde eine erhebliche Verunreinigung des Brunnenwassers ermittelt. Auch in Ledetsch und in Quallisch (Trautenau) ist Typhus epidemisch aufgetreten.

Epidemieherde sind ferner noch constatirt worden: in Bruch und Osseg (Dux), in Adamow (Časlau), Střizau (Chotěboř), seit November 1900 bestehend, in Vinařitz, Trubsko und Welkau (Hořowitz), Bärringen und Jokes (Joachimsthal), Fünfhunden (Kaaden), Rabitz (Prachatitz), Rostok (Smichow), Schwadowitz (Trautenau), Wolin (Strakonitz), Lukawitz und Solnitz, (Reichenau) und in Klubosch und Přibram (Přibram).

In Prag kamen im Berichtsjahre 334 Typhuserkrankungen zur Anzeige; die meisten Fälle wurden in den an den Moldauufern gelegenen Stadttheilen (Altstadt, Josefstadt, Holeschowitz-Bubna), deren Bevölkerung zumeist auf den Genuss von Wasser aus den dortigen Brunnen angewiesen ist, welche in Folge der jahrhundertelangen Verunreinigung des Bodens ein in hohem Grade bedenkliches Wasser liefern. In der Josefstadt, welches die ungünstigsten Trinkwasserverhältnisse aufweist, ist der epidemischen Verbreitung der Krankheit im Berichtsjahre dadurch Einhalt gethan worden, dass diesem Stadttheile gesundes Trinkwasser in Fässern zugeführt wurde.

In Mahren wurde in der Stadt Brünn und in 23 politischen Bezirken epidemisches Auftreten des Ileotyphus constatirt.

In der Landeshauptstadt Brünn, woselbst Ileotyphus seit Jahren in grösserer Zahl aufzutreten pflegt und erst im Vorjahre zu einer ausgebreiteten Epidemie Anlass gegeben hatte, ist es im Jahre 1901 innerhalb weniger Monate zweimal zu einer epidemischen Verbreitung der Krankheit gekommen. Während in den ersten Berichtsperioden des Jahres nur wenige Erkrankungsfälle beobachtet wurden, kamen in der Woche vom 31. März bis 6. April 76 und in der folgenden, am 13. April abgelaufenen Woche 86 Neuerkrankungen zur Anzeige. In den nächsten Wochen nahm die Zahl der Neumeldungen allmählich ab, so dass mit Ende Juni die Epidemie nahezu als erloschen angesehen werden konnte. In der Zeit vom 3. März bis zum 1. Juni waren in Brünn 245 Personen an Ileotyphus erkrankt, von welchen 240 die Krankheit in Brünn acquirirt hatten. Als Ursache des geradezu explosiven Ausbruches der Epidemie musste eine für die ganze Stadt gemeinsame Infectionsquelle angesehen werden, zumal sich die Erkrankungen auf alle Stadttheile und auf alle Schichten der Bevölkerung erstreckten. Da gerade jene Häuser von der Epidemie am wenigsten betroffen waren, deren Bewohner ihr Trinkwasser aus den Hausbrunnen zu beziehen pflegten, war der Verdacht begründet, dass die Infection durch die städtische Wasserleitung, welche filtrirtes Schwarzawawasser führt, vermittelt wurde. Die anfangs März jäh aufgetretene Schneeschmelze hatte das Wasser dieses Flusses in Folge der massenhaften Unrathstoffe, die mit dem Schneewasser zugeführt wurden, derart verunreinigt, dass in der Zeit vom 7.-15. März bis 130.000 Keime im Cubikcentimeter gezählt wurden, und im Filtrate die Keimzahl, von 10-30 Keimen zu normalen Zeiten, auf nahezu 3200 im cm³ anstieg. Nachdem in mehreren Gemeinden des Tischnowitzer und Neustadtler Bezirkes am Oberlaute der Schwarzawa im Winter 1900-1901 Typhuserkrankungen vorgekommen waren, lag die Möglichkeit vor, dass vom Schneewasser mitgeschwemmte Typhuskeime in den Fluss und von hier nach Passirung der Filter in das Wasserleitungswasser gekommen sind, und dass durch dessen Genuss der plötzliche Ausbruch der Epidemic veranlasst wurde. Der Nachweis von Typhuskeimen im Wasserleitungswasser konnte jedoch nicht erbracht werden.

Mehrere Wochen nach dem Erlöschen dieser Epidemie wurde in Brünn eine neue localisirte Epidemie unter den Bewohnern der Franz Josefstrasse und Umgebung beobachtet. Es erkrankten daselbst innerhalb der 8. Berichtsperiode 51 Personen und in der folgenden Periode weitere 21 Personen an Typhus. Die erste Erkrankung war im Hause Nr. 15 der Franz Josefstrasse aufgetreten. Bei den aus diesem Anlasse vorgenommenen Erhebungen wurde constatirt, dass der Brunnen mit dem in einer Entfernung von ungefähr 2 m vorbeiführenden undichten Hauscanale communicirte; ferner wurde ermittelt, dass in diesen Hauscanal die Dejecte eines etwa vier Wochen vorher

plötzlich an Typhus verstorbenen Mannes hineingekommen waren, und dass alle bis dahin erkrankten Personen Wasser aus diesem Brunnen getrunken hatten. Es konnte somit kaum einem Zweisel unterliegen, dass dieser Brunnen die gemeinsame Infectionsquelle gebildet hatte. Durch die sofort vorgenommene Sperrung desselben konnte der Ausbruch der Epidemie zwar nicht mehr verhindert werden, da eine grosse Anzahl von Personen, welche aus diesem Brunnen getrunken hatten, bereits inficirt war, wohl aber wurde hiedurch der weiteren Ausbreitung der Krankheit ein Ziel gesetzt. Dass die Infectionsquelle nur auf diesen Brunnen beschränkt war, geht auch daraus hervor, dass jene Personen, welche ausschliesslich das Trinkwasser aus dem Brunnen des Nachbarhauses bezogen hatten, von der Krankheit verschont geblieben sind. Im Ganzen waren auf diese locale Epidemie 81 Erkrankungen zurückzuführen; der weitaus grösste Theil dieser Falle betraf Personen, welche das verdächtige Brunnen wasser genossen hatten; wenige Erkrankungen waren durch Contact mit solchen Kranken hervorgerufen. In dem Wasser des verdächtigen Brunnens wurden Cloaken-und Fäulnisbakterien gefunden, Typhusbacillen konnten nicht nachgewiesen werden. Nach dem Erlöschen dieser Epidemie wurden in Brunn nur mehr vereinzelte Erkrankungen beobachtet. Insgesammt sind im Berichtsjahre in genannter Stadt 450 Typhuserkrankungen constatirt worden.

Ausser in Brünn ist auch in den politischen Bezirken Olmütz-Umgebung, Gross-Meseritsch, Mährisch-Weisskirchen und in der Stadt Znaim eine grössere Typhusmorbidität beobachtet worden. Im Bezirke Olmütz Umgebung sind grössere Epidemien in den Gemeinden Gross-Wisternitz und Toversch vorgekommen, deren Entstehung durch den Genuss von Bachwasser verursacht war. Epidemien geringeren Umfanges sind in diesem Bezirke noch in Hodoleni, Haslicht und Chwalkowitz festgestellt worden.

Im Bezirke Gross-Meseritsch kam es zur epidemischen Ausbreitung des Ileotyphus in Wollein, wohin die Krankheit aus dem Iglauer Bezirke eingeschleppt worden war; diese Epidemie bildete den Ausgangspunkt für die Epidemien in Pavlinau, Bliskau, Wlčatin und Wolschil. Die in Tassau constatirte ausgebreitete Epidemie stand mit diesen Krankeitsherden in keinem Zusammenhange; ihr Beginn reichte noch in das Jahr 1900 zurück.

In Mährisch-Weisskirchen war in der zweiten Hälfte des Monates August Typhus epidemisch aufgetreten. Der plötzliche Ausbruch deutete auf eine gemeinsame Infectionsquelle hin, als welche die dortige Wasserleitung angeschen wurde. Auffallender Weise war die Krankheit auf jenen Stadttheil beschränkt, welcher von demselben Reservoir mit Wasser versorgt wird, während die übrige Stadt, welche das Wasser aus dem zweiten Reservoir bezieht, von Typhus verschont geblieben ist. Da das erstere Reservoir wegen aufgetretener Schlammbildung erst kurz vorher gereinigt worden war, blieb nur die Annahme, dass dasselbe während der Reinigungsarbeiten auf eine nicht aufgeklärte Weise inficirt wurde. Ausserdem bestanden im Bezirke Mährisch-Weisskirchen noch Typhusepidemien in Leipnik und in Molligsdorf.

In der Stadt Znaim sind im Berichtsjahre 43 Personen an Typhus erkrankt, von welchen 7 von auswärts in die dortige Spitalspflege gekommen waren. Die im August und September daselbst beobachteten Erkrankungen (27) wurden auf den Genuss roher Milch zurückgeführt, welche aus der Gemeinde Hödnitz, wo in der 6. Berichtsperiode mehrere Typhusfälle vorgekommen waren, stammte. Nach den gepflogenen Erhebungen soll zwar aus den typhusverseuchten Häusern in Hödnitz Milch nicht abgegeben worden sein; indess konnte hierüber eine vollständige Gewissheit nicht erlangt werden.

Eine erhebliche Typhus-Morbidität wiesen auch die Bezirke Tischnowitz, Trebitsch, Mährisch-Trübau, Mistek und Znaim-Umgebung auf. Im Bezirke Tischnowitz wurde eine grössere Epidemie in Chuděitz, im Trebitscher Bezirke in

der Israelitengemeinde Trebitsch eine Epidemie, welche nach fünfmonatlicher Dauer im November erloschen ist, ferner je eine solche in Opatov und in Unterkloster beobachtet. Im Bezirke Mährisch-Trübau bestand eine Epidemie in Rostitz, die sich von Mai bis November hinzog, und Epidemieherde in Porstendorf, Stangendorf, Greifendorf, Zwittau und Kunzendorf, im Bezirke Mistek in Kolloredow und Chlebowitz und im Bezirke Znaim-Umgebung ausser dem bereits erwähnten Epidemieherde in Hödnitz noch solche in Jaispitz und Brenditz.

Gehäuftes Auftreten ist ferner im Laufe des Jahres noch in Mähren constatirt worden in Laatz, Bratschitz, Eibis und Aujezd des Bezirkes Auspitz, in Klein Urhan und Mahomeritz (Einschleppungen aus Brünn) im Bezirke Brünn-Umgebung, in Rackowa, Franckowitz und Tučap, Bezirk Holleschau, in Bilan, Bezirk Kremsier, in Lepinke (Aetiologie: Genuss von Bachwasser) und Krakowetz, Bezirk Littau, in Pawlowitz, Bezirk Neustadtl, Alt-'Hrozenkau, Bezirk Ungarisch-Brod, in Kunowitz, Bezirk Ungarisch-Hradisch, in Tobitschau, Bezirk Prerau, Kateřinitz, Bezirk Walachisch-Meseritsch, Opatowitz und

Lhota, Bezirk Wischau, und in Rudelzau, Bezirk Sternberg.

In Schlesien wurden gleichfalls mehrere Typhusepidemien beobachtet, so in Skotschan und Zablatz im Bezirke Bielitz, in Endersdorf, Bezirk Freiwaldau, Dittersdorf, Bezirk Freudenthal. In den Gemeinden Lazy, Roj, Klein-Kuntschitz, Orlau und Steinau des Freistädter Kohlenrevieres, in welchem Typhus endemisch herrscht, ist es im Verlaufe des Berichtsjahres wiederholt zur Entwicklung kleinerer Epidemien gekommen. Gehäuftes Vorkommen des Typhus ist ferner auch in Dittersdorf und Katharein im Bezirke Troppau, in Rattinau, Istebna, Oldrzychowitz und Wendrin im Bezirke Teschen und in Baislawitz und Plessna im Bezirke Wagstadt constatirt worden. In Jägerndorf und Friedek bestanden Localepidemien mit geringer Anzahl von Erkrankungen.

Aus Galizien liegen nähere Mittheilungen über das Vorkommen des Ileotyphus nicht vor. In Lemberg, wo im Vorjahre eine ausgedehnte Typhusepidemie

bestanden hatte, wurden im Berichtsjahre 196 Erkrankungen ausgewiesen.

In der Bukowina ist aus allen Bezirken mit Ausnahme von Wiznitz epidemisches Auftreten des Ileotyphus gemeldet worden. Die meisten Fälle sind im Bezirke Kotzman zur Anzeige gelangt, wo nahezu ein Drittel aller Typhuserkrankungen des Landes verzeichnet worden sind. Auch nach der Mortalitätsstatistik ist Ileotyphus in Kotzman am meisten verbreitet gewesen; von den 344 im ganzen Lande verzeichneten Todesfällen wurden 89 aus diesem Bezirke gemeldet.

Flecktyphus. Die Verbreitung des Flecktyphus hat im Berichtsjahre eine bedeutende Einschränkung erfahren. In den Jahresberichten wurden 2063 Erkrankungen und 211 Todesfälle, gegen 3706 Erkrankungen und 414 Todesfälle im Vorjahre, ausgewiesen. In den vierwöchentlichen Berichten waren 2031 Erkrankungen in Evidenz gestanden, von welchen 209 einen tödtlichen Verlauf nahmen. Die Letha-

lität der Erkrankungen betrug 10 2% gegen 11:1% im Vorjahre.

Die Zahl der in der Mortalitätsstatistik verzeichneten Sterbefälle an Flecktyphus ist von 488 im Vorjahre auf 308 gesunken. Seit dem Jahre 1895, mit welchem die gesonderte Nachweisung der Todesfälle an Ileotyphus und Flecktyphus eingeführt wurde, hat die Zahl der Sterbefälle in den aufeinanderfolgenden Jahren 1187, 1007, 437, 508, 635, 488 und 308 betragen. Die Mortalität an dieser Krankheit, welche hienach in den Jahren 1898 und 1899, nach einer beträchtlichen Abnahme in den vorausgegangenen Jahren, ein mässiges Ansteigen gezeigt hatte, hat demnach seither rasch abgenommen und im Berichtsjahre den tiefsten Stand erreicht.

In Galizien wurden in 50 pol. Bezirken und 187 Gemeinden 2057 Erkrankungen und 206 Todesfälle verzeichnet. Die grösste Verbreitung fand Flecktyphus in den politischen

Bezirken: Stryj (in 11 Ortschaften 240 Erkrankungen 13 Todesfälle), Rawa (in 12 Ortschaften 177 Erkrankungen und 20 Todesfälle), Nadworna (in 14 Ortschaften 197 Erkrankungen und 23 Todesfälle), Neumarkt (in 6 Ortschaften 166 Erkrankungen und 17 Todesfälle), Jaworow (in 10 Ortschaften 158 Erkrankungen und 5 Todesfälle), Drohobycz (in 6 Ortschaften 103 Erkrankungen und 6 Todesfälle), Trembowla (in 7 Ortschaften 102 Erkrankungen und 17 Todesfälle). In der Stadt Lemberg wurden 14 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Krakau 2 Erkrankungen und 1 Todesfall an Flecktyphus constatirt.

Flecktyphuserkrankungen kamen in der Epidemieberichterstattung nicht zur Anzeige in den politischen Bezirken Biala, Bobrka, Borsezow, Brody, Brzozow, Chrzanow, Cieszanow, Dolina, Gorlice, Jaroslau, Jaslo, Kossow, Krakau-Umgebung, Krosno, Lancut, Lisko, Neu-Sandez, Pilsno, Przeworsk, Rohatyn, Rudki, Rzeszow, Sambor, Sokal, Alt-Sambor, Strzyzow, Tlumacz, Wadowice, Wieliczka und Say-

busch.

In den genannten politischen Bezirken mit Ausnahme von Rohatyn und Tlumacz ist auch nach der Mortalitätsstatistik Flecktyphus nicht vorgekommen. Im Bezirke Rohatyn hingegen wurden in der Mortalitätsstatistik sogar 39 Todesfälle an Flecktyphus ausgewiesen, während in der Epidemiestatistik nicht ein einziger Krankheitsfall in Evidenz gekommen war; im Bezirke Tlumacz ist ein Todesfall an Flecktyphus in der Todesursachenstatistik verzeichnet. Ausser in diesen zwei Bezirken sind auch in den verseuchten Bezirken zum Theile nicht unerhebliche Differenzen zwischen der Zahl der Todesfälle nach der Epidemieberichterstattung und der Mortalitätsstatistik zu constatiren. So wurden im Bezirke Jaworow von 34 Todesfällen der Mortalitätsstatistik nur 5, im Bezirke Trembowla von 37 nur 17, in Kaluz von 22 Todesfällen 10, in Stryj von 22 Todesfällen 13 in der Epidemieberichterstattung ausgewiesen. In den Bezirken Bohorodezany, Bucacz, Kamionka, Podgorze, Przemysl, Limanowa, Ropczyce und Zolkiew war die Differenz geringer (1—3 Fälle).

Diesen Beobachtungen steht die in mehreren Bezirken gemachte Wahrnehmung gegenüber, dass daselbst in der Epidemieberichterstattung mehr Todesfälle ausgewiesen wurden, als in der Todesursachenstatistik verzeichnet sind. Dieser Umstand lässt darauf schliesen, dass bei einzelnen der in der Epidemieberichterstattung ausgewiesenen tödtlichen Flecktyphusfällen, sei es in Folge Nachlässigkeit oder Unwissenheit der Todtenbeschauer, in den Todtenbeschaubefunden eine andere Todesursache eingetragen wurde, und dient als Illustration für den eingangs aufgestellten Grundsatz, dass die Ergebnisse der Todesursachenstatistik als umso weniger verlässlich anzusehen sind, je weniger geregelt die Durchführung der Todtenbeschau in einem Lande oder Bezirke ist. So sind im Bezirke Nadworna in der Epidemieberichterstattung 23 Todesfälle verzeichnet, in der Todesursachenstatistik aber nur 17, desgleichen waren in der Epidemieberichterstattung in den Bezirken Neumarkt, Brzozow, Dobromil, Drohobycz, Horodenka, Premyslany, Skalat, Zbaraz, Zloczow 1—3 Todesfälle an Flecktyphus mehr als in der Todesursachenstatistik ausgewiesen.

Ein ausführlicher Bericht über den Verlauf der Flecktyphuserkrankungen liegt aus dem Bezirke Neumarkt vor. In diesem Bezirke war Flecktyphus zu Ende des Monates December 1900 angeblich in Folge Einschleppung aus den angrenzenden Gemeinden Ungarns, in welchen Flecktyphus zu dieser Zeit bestanden hatte, aufgetreten. Die ersten Fälle wurden in Maniowy constatirt. Von hier aus verbreitete sich die Krankheit rasch über die benachbarten Gemeinden Sromowce, Kluczkowce, Czorsztyn, Mizerna und Ochotnica. Im Ganzen wurden in diesen Gemeinden 166 Erkrankungen beobachtet. Trotz der nach Aufdeckung der Epidemie in umfassender Weise getroffenen Vorkehrungen konnte dieselbe erst nach fast dreimonatlichem Bestande als erloschen bezeichnet werden. Die Ursache dieser langen Dauer lag hauptsächlich in dem Umstande, dass seitens der Bevölkerung die

Krankheitsfälle verheimlicht wurden. Erst als in die am meisten verseuchten Orte Gendarmerie zur Unterstützung des dorthin exponirten Amtsarztes beordert wurde, waren die eingeleiteten Isolirungs- und Desinfectionsmaassregeln von Erfolg begleitet.

Ausser in Galizien, woselbst Flecktyphus in vielen Bezirken endemisch herrscht, sind auch vereinzelte Fälle in der Bukowina (5) und 1 Fall in Böhmen constatirt worden.

Von den in der Bukowina ausgewiesenen Erkrankungen wurden 3 tödtliche Fälle hintereinander im allgemeinen Krankenhause in Czernowitz an dorthin überbrachten Kranken beobachtet. Da es unterlassen wurde, die Diagnose durch die Obduction sicher zu stellen, blieb es ungewiss, ob es sich in diesen klinisch zweifelhaften Fällen, die miteinander in keinen ursächlichen Zusammenhang gebracht werden konnten, um Flecktyphus gehandelt hat. Die beiden anderen Fälle gelangten aus einer Gemeinde des politischen Bezirkes Gurahumora zur Anzeige. Auch in diesen konnte die Natur der Erkrankung nicht mit Sicherheit ermittelt werden.

Die Frequenz der Erkrankungen zeigte in den einzelnen Berichtsperioden keine besonders grossen Differenzen. Immerhin liess sich an dem Auftreten derselben der Einfluss der warmen Jahreszeit, in welcher die Bedingungen für die Verbreitung der exanthematischen Krankheitsformen im allgemeinen wegen Verminderung des Contactes in Folge des Aufenthaltes im Freien minder günstige sind, deutlich erkennen. Es entfielen in den aufeinanderfolgenden Berichtsperioden durchschnittlich 7, 5, 8, 9, 11, 8, 4, 3, 3, 3, 2, 3, 5 Erkrankungen auf einen Tag.

Dysenterie. Die Verbreitung der Dysenterie, deren Morbidität nach einer seit dem Jahre 1892 beobachteten unterbrochenen Abnahme im Jahre 1900 zugenommen hatte, hat im Berichtsjahre eine bedeutende Einschränkung erfahren; die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle ist auf ungefähr die Hälfte der Höhe des Vorjahres gesunken. Es wurden in den Jahresberichten 2640 Erkrankungen und 656 Todesfälle, gegen 5597 Erkrankungen und 1056 Todesfälle, und in den vierwöchentlichen Berichten 2653 Erkrankungen und 635 Todesfälle, gegen 5439 Erkrankungen und 1061 Todesfälle im Vorjahre, verzeichnet. In der Mortalitätsstatistik wurden 1676, gegen 3173 Sterbefälle im Vorjahre, ausgewiesen. Dysenteriefälle wurden in allen Verwaltungsgebieten mit Ausnahme von Salzburg und Vorarlberg beobachtet.

Eine grössere Zahl von Erkrankungsfällen als im Vorjahre wurde in der Epidemiestatistik in Steiermark, in der Bukowina und in Krain ausgewiesen. Nach der Mortalitätsstatistik war die Zunahme der Zahl der Sterbefälle nur in Steiermark bedeutender, in Niederösterreich und in Dalmatien war dieselbe gering. In allen übrigen Ländern wurde eine mehr oder minder erhebliche Abnahme der Zahl der Dysenterietodesfälle constatirt. In Oberösterreich, wo im Vorjahre kein Dysenterietodesfäll verzeichnet worden war, ist in diesem Jahre ein vereinzelter Fall ausgewiesen worden. Am bedeutendsten war die Abnahme in Galizien, wo im Berichtsjahre 1080, gegen 2396 Sterbefälle im Jahre 1900, ausgewiesen wurden.

Die Lethalität der Dysenterieerkrankungen betrug im Berichtsjahre 24.8%, während dieselbe im Jahre 1900 nur 18.8% der Erkrankungen ausgemacht hatte. Es starben von den ausgewiesenen Dysenteriekranken

		 ٠ و	,	 		_ ,		22					
]	Percent :						F	Percent
in	Böhmen					63.0	in	Galizien .					22.3
•	Oberösterreich					50.0	*	Triest					21.3
	Bukowina												
	Niederösterreich												
	Steiermark												
>	Tirol					26.5	>	Dalmatien .					11.3
*	Kärnten					25.0°	»	Mähren					8:0
٠	Oberösterreich					248							

In Schlesien wurden alle 3 in Evidenz genommenen Dysenteriekranken als verstorben in Abgang gebracht.

Die durchschnittliche Zahl der täglich zur Anzeige gelangten Dysenterie-Er

krankungen betrug in der

6.	Berichtsperiode			٠.	2	10.	Berichtsperiode		•		1.
7.	•				7	11.	•			•	•
8.	•				25	12.	>		•	•	1
9.	»				27	13.	»				:

In den ersten 5 Berichtsperioden wurden nur vereinzelte Fälle von Dysenter: beobachtet.

Die höchste Frequenz ist demnach auch in diesem Jahre in den der beissel Jahreszeit entsprechenden Berichtsperioden ausgewiesen worden.

Die grösste Mortalität an Dysenterie war in der Bukowina zu constatirei Es starben von 100000 Einwohnern

	der Bukowina											
>	Görz-Gradisca				17	æ	Steiermark		•			
»	Krain				15	>	Triest					•
	Galizien											
>	Istrien				11	•	Dalmatien .					:

In Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Böhmen, Mähren und Schlesiel kam 1 Todesfall auf über 100000 Einwohner.

Das Auftreten der Dysenterie war zumeist ein sporadisches, in mehrerei

Ländern wurde auch eine epidemische Ausbreitung constatirt.

Bemerkenswerth ist das epidemische Auftreten in den südlichen Bezirker Steiermarks, wo in den früheren Jahren nur vereinzelte Ruhrerkrankungen vor gekommen waren. Die ersten Fälle wurden Ende Juli in den Gemeinden St. Eliza beth und Gross-Okitsch des Bezirkes Pettau und bald darauf auch in Schleinit: und St. Stefan des Bezirkes Cilli beobachtet und dürften wahrscheinlich aus den benachbarten Croatien, wo zu dieser Zeit Dysenterie häufiger vorkam, eingeschlepp worden sein. Die Krankheit gewann in den genannten Gemeinden binnen kurzer Zeit eine epidemische Verbreitung. In St. Elizabeth und Gross-Okitsch erlosel die Epidemie schon in der 9. Berichtsperiode, nachdem insgesammt 23 Personen er krankt und hievon 3 (Kinder) gestorben waren. Dagegen währte die Epidemie in Bezirke Cilli bis in die 12. Berichtsperiode und griff im weiteren Verlaufe auch au den Bezirk Rann über. Von den beiden zuerst inficirten Gemeinden Schleinitz und St. Stefan verbreitete sich die Krankheit zuerst nach Sibika (Cilli) und sodann nach Dobje und Presieno im Bezirke Rann. Kurz vor dem Erlöschen der Epidemie wurde auch die inmitten zwischen den genannten Gemeinden gelegene Gemeinde Süssenheim, welche bis dahin von der Krankheit verschom geblieben war, inficirt. Auch in mehreren anderen Gemeinden der genannter politischen Bezirke wurden sporadische Dysenteriefälle beobachtet, welche ihrer Provenienz nach auf die gedachten Epidemieherde zurückzuführen waren. Die Verbreitung der Krankheit erfolgte zumeist durch Contact; die lange Dauer der Epidemie war dadurch hervorgerufen, dass die Bevölkerung an die Infectiosität der Krankbeit nicht glauben wollte und das Verbot des Verkehres mit den inficirten Häusern nicht In der aus 15 Ortschaften bestehenden Gemeinde Schleinitz wurden in 7 Ortschaften 83 Erkrankungen und 20 Todesfälle, in Sibika 38 Erkrankungen und 13 Todesfälle, in Süssenheim 9 Erkrankungen, in Dobje und Presično 91 Er krankungen und 25 Todesfälle beobachtet. Insgesammt waren während der Daner der erwähnten Epidemien in den südlichen Bezirken Steiermarks 66 Männer, 89

Weiber und 131 Kinder an Dysenterie erkrankt, von welchen 15 Männer, 19 Weiber und 15 Kinder der Krankheit erlegen sind.

In Krain wurde epidemisches Auftreten der Dysenterie beobachtet in Cernuce und Zwischenwässern, Bezirk Laibach-Umgebung, in Flödning, Mautschitz im Bezirke Krainburg, in Hof, (Rudolfswert) und in Adelsberg und Umgebung.

Rubrepidemien sind ferner in Istrien im Bezirke Volosca (24 Erkrankungen)

und in Tirol in Landeck (25 Fälle) constatirt worden.

Auch in der Bukowina hat die Dysenterie in einer grösseren Zahl von Ge-

meinden eine epidemische Verbreitung gewonnen.

Eine Hausepidemie von grossem Umfange ist aus der Gemeinde Pfivoz in Mähren, Bezirk Mährisch-Ostrau, zur Anzeige gelangt. Daselbst erkrankte anfangs August in der Oderniederung in einem in der Nähe der Abdeckerei gelegenen Hause das Kind eines Taglöhners an Fieber und blutigen Stühlen, ohne dass ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wurde. In der folgenden Woche erkrankten rasch hintereinander 9 Bewohner desselben Hauses unter den gleichen Symptomen. Nachdem über die hierauf erstattete Anzeige die erforderlichen Isolirungsund Desinfectionsmaassnahmen eingeleitet worden waren, trat kein weiterer Fall mehr auf. Sämmtliche Kranken sind genesen. Die Aetiologie des ersten Krankheitsfalles blieb unaufgeklärt.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. December 1902,

(R. G. Bl. Nr. 225.)

betreffend die Arzneitaxe für das Jahr 1903.

Am 1. Jänner 1903 tritt die unter dem Titel "Arzneitaxe für das Jahr 1903 zu der durch die Additamenta vom Jahre 1900 ergänzten österreichischen Pharmakopöe vom Jahre 1889" im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei erschienene, auf Grund der jüngsten Drogenpreislisten festgesetzte Arzneitaxe in Kraft.

Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 29. November 1901, R. G. Bl. Nr. 195,*) betreffend die österreichische Arzneitaxe für das Jahr 1902, wird mit 1. Jänner 1903 ausser Wirksamkeit gesetzt, und haben an deren Stelle die nachstehenden Bestimmungen zu treten:

§ 1. Alle Apotheker ohne Ausnahme, dann die zur Führung einer Hausapotheke befugten Aerzte und Wundärzte, beziehungsweise Thierärzte haben sich genau an die am 1. Jänner 1903 in Kraft tretende Arzneitaxe zu halten und sich mit einem Druckexemplare derselben zu versehen.

§ 2. Den Apothekern, sowie den Aerzten und Wundärzten haben die der VII. Ausgabe der österreichischen Pharmakopöe vorangestellten "Allgemeinen Bestimmungen und Regeln", welche mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 107,*) verlautbart worden sind, sowie die nachstehenden besonderen Bestimmungen zur genauen Darnachachtung zu dienen.

§ 3. Diejenigen Arzneiartikel, in Beziehung auf deren Verabfolgung besondere beschränkende Anordnungen bestehen, und welche — insoferne sie zu den officinellen gehören — in dieser Arzneitaxe, gleichwie in der Pharmakopöe sammt Nachtrag durch auffällige (fette) Schriftzeichen**) ersichtlich gemacht und überdies in der Tabelle IV der Pharmakopöe sammt Nachtrag zusammengestellt sind, dürfen von den Apothekern nur gegen ordentliche Verschreibung eines hiezu berechtigten Arztes,

^{**)} Vertritt die Stelle des früheren Kreuzzeichens.



^{*)} Siehe Jahrg. 1901 d. Bl., S. 524.

^{*)} S. Jahrg. 1889 d. Bl., S. 248.

Wundarztes oder Thierarztes hintangegeben werden.

Ausgenommen hievon sind in Gemässheit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. August 1884, R. G. Bl. 131, die Carbolsäure, der Zink- und Kupfervitriol, insoferne diese Stoffe nicht als Heil, sondern lediglich als Desinfectionsmittel verwendet werden, in welchem Falle jedoch diese Verwendung durch die auf der Signatur des Gefässes deutlich ersichtlich zu machende Bezeichnung "Zur Desinfection" vorgezeichnet werden muss, dann das Chloroform in einer "Zum äusserlichen Gebrauche" bestimmten Mischung, in welcher die Menge des Chloroforms 20 Procent der Gesammtmischung nicht übersteigen darf.

§ 4. Bei Bereitung und Abgabe der Arzneien sind die Weisungen der ärztlichen Verschreibung (des Receptes) in allen Punkten genau zu befolgen.

Recepte, in denen die in der Tabelle III der VII. Ausgabe der österreichischen Pharmakopöe vom Jahre 1889 sammt Nachtrag verzeichneten Maximaldosen von Arzneimitteln überschritten sind, dürfen nur dann in der ordinirten Weise dispensirt werden, wenn vom Arzte der Gewichtsmenge das Ausrufungszeichen (!) beigefügt ist.

Ausserdem wird angeordnet, dass die Gewichtsmengen der in einem Recepte verordneten, in der Maximaldosen-Tabelle enthaltenen Arzneimittel vom Arzte nicht blos mit Ziffern, sondern auch mit Worten genau bezeichnet werden sollen.

Bei der Dispensation von abgetheilten Pulvern ist das Oeffnen des Lumens der Papierkapseln durch Anblasen mit dem Munde aus sanitären Rücksichten zu vermeiden.

§ 5. Das Recept muss in allen Theilen deutlich und leserlich geschrieben sein. Auf unleserlich geschriebene oder dem Apotheker nicht völlig verständliche Recepte darf keine Arznei ohne früher eingeholte Aufklärung seitens des ordinirenden Arztes verabfolgt werden.

Auf jedem Recept soll in der Regel Name und Wohnort der Partei, für welche die verschriebene Arznei bestimmt ist, ersichtlich sein,

hintangegeben | und sind diese Angaben, falls dies vom Arzte unterlassen worden sein sollte, in der Apotheke beizufügen. Verweigert die Partei die Mittheilung derselben, so ist das Recept in deren Einvernehmen mit einer geeigneten Bezeichnung zu versehen, durch welche einer Vernicht als Heil-, tionsmittel ver-

§ 6. Die wiederholte Dispensation einer Arznei nach einem Recepte ist nur für die auf demselben bezeichnet Partei zulässig.

Steht die missbräuchliche Verwendung einer Arznei mit Grund zu besorgen, so hat der ordinirende Arzt dem betreffenden Recepte die Clausel "ne repetatur" beizufügen, und es ist dem Apotheker untersagt, nach mit dieser Clausel versehenen Recepten die Arznei wiederholt zu verabfolgen.

Recept-Blankette mit vorgedruckten "ne repetatur" sind nicht zulässig.

§ 7. Die Ausfolgung von Arzneien auf Recept Copien und das Copiren von Recepten in den Apotheken ist untersagt, es sei denn, dass das letztere durch bestimmte Umstände, z. B. wegen der Dispensation einer Arznei auf Kosten öffentlicher Fonde, von Humanitätsanstalten, von Krankencassen, von Vereinen u. dgl. geboten ist, in welchem Falle jedoch die Veranlassung zur Anfertigung der Receptcopie auf dieser zu bemerken ist.

Die Receptcopie ist mit der deutlichen Bezeichnung der Apotheke und der Unterschrift des Expedienten zu versehen.

- § 8. Recepte mit dem Vermerke "cito" oder "statim" sind so rasch als möglich zu dispensiren.
- § 9. Recepte mit dem Beisatze "secundum meam praescriptionem" oder mit einer anderen Bemerkung, durch welche auf ein geheimes Einverständnis oder auf irgend eine Abmachung des Apothekers mit dem Arzte, die in allen Beziehungen des Arztes zum Apotheker unstatthaft ist, hingewiesen wird, dürfen in den Apotheken nicht dispensirt werden. Den Aerzten wird untersagt, derlei Ausdrücke oder Bemerkungen in ihren Recepten zu gebrauchen.
- § 10. Bei der Dispensation von Arzneien auf Rechnung öffentlicher Fonde, von Humanitätsanstalten, Krankencassen u. dgl., sowie für

Unbemittelte, dann über besonderes Verlangen der Parteien sind nur die in der Taxe billigst angeführten Behältnisse in Anwendung und Rechnung zu bringen, insoferne nicht gemäss § 18 der Ordinationsnorm vom 17. März 1891, R. G. Bl. Nr. 45,*) von einer Anrechnung von Gefässen abzusehen ist.

Dasselbe hat stattzufinden, wenn wegen Mittellosigkeit des Arzneibedürftigen vom Arzte die Bemerkung: "Fiat expeditio simplex" dem Recepte beigefügt ist.

Die in der Ordinationsnorm vom 17. März 1891, R. G. Bl. Nr. 45, vorgesehenen Vereinfachungen und Ermässigungen der Arzneiberechnung haben bei der Dispensation von Arzneien für Rechnung der nach dem Krankenversicherungsgesetze vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, eingerichteten, sowie der unter staatlicher Controle stehenden Krankencassen zur Anwendung zu kommen, wenn nicht durch das ärztliche Recept besondere Vorschriften gegeben sind.

§ 11. Bei der Taxirung von Recepten für Rechnung der nach dem Krankenversicherungsgesetze eingerichteten, sowie der unter staatlicher Controle stehenden Krankencassen ist vom Apotheker ein Nachlass in der Höhe von mindestens 5 Procent des ermittelten taxmässigen Arzneipreises zu gewähren.

Höhere Nachlässe bleiben der Vereinbarung zwischen Apothekern und Krankencassen überlassen.

In strittigen Fällen sind die politischen Landesbehörden ermächtigt, den Apotheken eines bestimmten Krankengebietes, insbesondere der Hauptstädte und Industrieorte, nach Maassgabe des in demselben stattfindenden Medicamentenumsatzes für Rechnung der gedachten Krankencassen, sowie nach Maassgabe localen Verhältnisse einen höheren Procentnachlass, und zwar bis 15 Procent des gesammten Taxpreises vorzuschreiben, wobei stets ein gleichmässiges Vorgehen bezüglich aller Apotheken des betreffenden Gebietes zum Zwecke der Hintanhaltung von Störungen der regelmässigen Medicamentenversorgung des Publikums innerhalb der amtlich festgesetzten Absatzgebiete der Apotheken zu beobachten ist. § 12. Für das zehnfache Ausmass (Menge, Stückzahl) der in der Arzneitaxe enthaltenen Mittel ist nur der achtfache Preisansatz der Taxe in Anrechnung zu bringen; bei Abgabe des hundertfachen Ausmasses ist wieder nur der achtfache Betrag des für das zehnfache Ausmass giltigen Ansatzes (das ist das Vierundsechzigfache des einfachen Taxansatzes) zu berechnen.

Dieser erniedrigte Preisansatz hat auch dann in Anwendung zu kommen, wenn bei der Taxirung für ein Ausmass (Menge, Stückzahl) von Arzneimitteln unter dem Zehnfachen, beziehungsweise Hundertfachen der in der Arzneitaxe enthaltenen Dosis ein höherer Betrag sich ergibt, als dem ermässigten Preisansatze für die grössere Menge entsprechen würde.

§ 13. Der kleinste Preisansatz für die Bewerthung eines Artikels bei Taxirungen, auf welche die mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 17. März 1891, R. G. Bl. 45, erlassene Ordinationsnorm, sowie die Bestimmung des § 14 dieser Verordnung keine Anwendung findet, beträgt 5 Heller, bei der Taxirung nach der Ordinationsnorm jedoch nur 2 Heller.

Ein Preisansatz beim Taxiren, welcher einen ganzen Heller nicht erreicht, darf als ganzer Heller berechnet werden, und ebenso darf, wenn bei der Taxirung für einen Arzneiartikel nebst einem oder mehreren Hellern noch ein Bruchtheil eines Hellers sich ergibt, dieser als ganzer Heller angerechnet werden.

§ 14. Für Aqua communis bis zur Menge von einem Liter, sowie für jeden weiteren Liter darf mit Ausnahme des Falles, dass dieses Wasser zum Decocte oder Infusum verwendet wird, der Betrag von zwei Hellern angerechnet werden.

§ 15. Apothekern, welche beim Bezuge vom Spiritus ausser der staatlichen Branntweinsteuer namhafte Communalabgaben für Branntwein zu entrichten haben, kann über Einschreiten von der politischen Landesbehörde eine entsprechende Erhöhung des Taxpreises für jene spirituösen Artikel, welche in dem der Arzneitaxe beigeschlossenen Verzeichnisse namentlich angeführt sind, bewilligt werden.

^{*)} Siehe Jahrg, 1891 d. Bl., S. 114.

§ 16. Ist in dem Recepte die Gewichtsmenge eines indifferenten Bestandtheiles vom Arzte nicht näher angegeben, oder ist zur Herstellung der verwendeten Arzneiform ein im Recepte nicht angeführter indifferenter Zusatz nothwendig, so ist bei der Taxirung die verbrauchte Menge des indifferenten Bestandtheiles oder Zusatzes auf dem Recepte vom Expedienten ersichtlich zu machen.

Bezüglich der Berechnung von tropfenweise verordneten Arzneimitteln hat Folgendes zu gelten:

Von fetten, sowie von schweren ätherischen Olen, von Tincturen, verdünnten Mineralsäuren und wässerigen Flüssigkeiten überhaupt werden 20 Tropfen, von den übrigen ätherischen Oelen, von Essigäther, Aetherweingeist und Chloroform 25 Tropfen, von reinem Aether 50 Tropfen gleich einem Gramm gerechnet.

§ 17. Auf jedem Recepte, nach welchem in einer öffentlichen oder in einer Hausapotheke Arzneien bereitet und abgegeben werden, ist vor der Expedition der Taxbetrag in Ziffern deutlich aufzuschreiben, und bei der ersten Taxirung auch nach den Materialien, der Arbeit und den Behältnissen (Gefässen, Schachteln u. dgl.) zu specificiren.

In den öffentlichen Apotheken hat derjenige, welcher die Arznei taxirte, auf dem Recepte nebst dem Preise auch das Datum und die Firma der Apotheke ersichtlich zu machen und seine Namensfertigung beizusetzen, während derjenige, welcher die Arznei expedirte, auf der Signatur jedesmal das Datum der Expedition und seine Namensfertigung beizufügen hat.

Dieselben Vormerkungen — bei abweichender Taxirung auch der Taxbetrag — sind bei wiederholter Dispensation einer Arznei nach demselben Recepte auf dem letzteren, beziehungsweise auf der Signatur jedesmal anzubringen.

§ 18. Es ist erlaubt, die Arzneien unter der Taxe hintanzugeben; in einem solchen Falle muss jedoch auf dem Recepte sowohl der taxmässige, als auch der freiwillig herabgesetzte Betrag mit Ziffern angemerkt werden.

Jedoch müssen auch die unter der Taxe hintangegebenen Arzneien von derselben tadel-

§ 16. Ist in dem Recepte die Gewichts- losen Beschaffenheit sein, welche in der Pharge eines indifferenten Bestandtheiles vom makopöe vorgeschrieben ist, und darf auch dem
Gewichte nach nicht etwa weniger gegeben
stellung der verwendeten Arzneiform ein im werden.

Auch im Handverkaufe dürfen die Preise von Arzneimitteln niemals höher als nach den Ansätzen der Arzneitaxe berechnet werden.

§ 19. Bei der Bemessung der Preisansätze jener Arzneimittel, welche in der Pharmakopöe nicht enthalten sind, haben die politischen Behörden in den zu ihrer Beurtheilung gelangenden Fällen nach denselben Grundsätzen vorzugehen, nach welchen die Tszbemessung für die in der Pharmakopöe sammt Nachtrag enthaltenen Arzneimittel stattfindet, und deren Wortlaut der Arzneitaxe für das Jahr 1903 beigefügt ist.

§ 20. Blutegel sind nicht als arzneilicher Gegenstand zu betrachten. Die Apotheker sind jedoch verpflichtet, dieselben in gutem Zustande vorräthig zu halten.

Der Verkaufspreis derselben inclusive Dispensation wird für die Apotheken mit 20 Heller festgesetzt. Dieser Preis unterliegt für die Rechnungsleger, welche auf Kosten öffentlicher Fonde Arzneien liefern, bei der Vergütung keinem Procentabzuge.

§ 21. Die Preise der in die Pharmakopöe aufgenommenen Verbandstoffe sind in einer besonderen Taxe im Anhange zur Arzneitaxe enthalten; dieselben unterliegen im gleichen Falle keinem Procentabzuge.

§ 22. Aerzte und Wundärzte, welche zur Führung einer Hausapotheke oder eines Nothapparates berechtigt oder verpflichtet sind (Verordnung des Ministeriums des Innern vom 26. December 1882, R. G. Bl. Nr. 182), haben die zur Einrichtung und Ergänzung ihrer Hausapotheken oder Nothapparate erforderlichen chemischen und pharmaceutischen (einfachen und zusammengesetzten) Präparate, sowie sonstige arzneiliche Zubereitungen ausschliesslich aus einer der nächstgelegenen Apotheken zu beziehen und sich über diesen Bezug durch ein eigenes Fassungsbuch auszuweisen, in welchem der Name und das Gewicht der Arzneimittel, sowie die Zeit ihres

Bezuges genau anzugeben und durch die Namensfertigung des Apothekers zu bestätigen ist.

Hiebei bleibt die Preisermässigung dem gegenseitigen Uebereinkommen überlassen.

§ 23. Bei Berechnung von Thierheilmitteln hat, soweit dieselben nicht in der besonderen Taxe für dieselben angeführt, sondern in der Taxe für Heilmittel der Pharmakopüe enthalten sind, von den sich hienach ergebenden Taxpreisen ein Abzug von 10% zu erfolgen.

Für Recepturarbeiten und für Gefässe wird bei Thierheilmitteln die Anwendung derselben Taxe, wie bei den Arzneimitteln zum Gebrauche für den Menschen, gestattet.

§ 24. Die Apotheker sind verpflichtet, die Labe- und Desinfectionsmittel, sowie Verbandartikel, welche durch die mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 10. September 1897, R. G. Bl. Nr. 216, erlassenen "Dienstesvorschriften für Hebammen" vorgezeichnet sind, vorräthig zu halten, sowie berechtigt, die übrigen zur Ausrüstung der Hebammen erforderlichen Geräthschaften zu führen.

Den Hebammen ist beim directen Bezuge dieser Artikel aus der Apotheke ein zehnprocentiger Nachlass des Taxpreises zu gewähren.

Desgleichen sind die Apotheker verpflichtet, mindestens zwei Fläschehen von Diphtherieheilserum zu je 1000 Antitoxineinheiten, entsprechend der Sorte 2 des Diphtherieheilserums aus dem staatlichen serotherapeutischen Institute vorräthig zu halten.

§ 25. Die in der Arzneitaxe im Einvernehmen mit dem k. k. Handelsministerium durchgeführte Specification der officinellen Arzneimittel hat bei Handhabung der Verordnungen der Ministerien des Innern und des Handels vom 17. September 1883, R. G. Bl. Nr. 152, und vom 17. Juni 1886, R. G. Bl. Nr. 97, zur Richtschnur zu dienen.

§ 26. Jede Uebertretung der vorstehenden Anordnungen wird, insoferne hierauf nicht die Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes Anwendung finden, mit Geldstrafen bis zu 200 K oder mit Arrest bis zu 14 Tagen geahndet. (Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857, R. G. Bl. Nr. 198.)

§ 27. Die ausser diesen Bestimmungen sonst noch bestehenden Vorschriften, betreffend den Bezug, die Führung und den Verkauf von Arzneiwaaren und Arzneien, bleiben in Kraft.

Rechtsprechung.

Das von der Gemeinde im übertragenen Wirkungskreise aus Anlass der Choleragefahr ausgesprochene Verbot der Benützung von Localitäten als Werkstätten und Wohnräume begründet keine Veränderung des Bauzustandes eines Hauses, da es nicht im Grunde der Bauordnung, sondern im Grunde des § 4, lit. a des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, beziehungsweise im Grunde der in Vollzug dieses Gesetzes vom Ministerium des Innern erlassenen und im Landes-Gesetzblatte (für Böhmen) verlautbarten Cholera-Instruction getroffen wurde. Die Wirksamkeit dieses Verbotes rücksichtlich der Benützung dieser Räume für Wohnzwecke kann sich jedoch nur auf die Dauer der Seuchengefahr erstrecken, während das für die Dauer ausgesprochene Verbot der Benützung von Räumlichkeiten als gewerbliche Werkstätten im § 74 der Gewerbenovelle vom 8. März 1885, R. G. Bl. Nr. 22, seine Deckung findet.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 16. Juni 1902, Z. 5455.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde des M. B., Hausbesitzers in S., gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 7. November 1899, Z. 35946, betreffend die Räumung von Geschäfts- und Wohnungslocalitäten, nach der am 16. Juni 1902 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

^{*)} Siehe Jahrg. 1897 d. Bl., S. 360.

Entscheidungsgründe:

Auf Grund der von der Sanitätscommission bei der Begehung am 5. August 1893 gemachten Wahrnehmung, dass die im Hause des Beschwerdeführers Nr. 357 in S., und zwar im zweiten (unteren) Souterrain befindlichen 8 Localitäten, von denen 4 als Tischlerwerkstätten und 2 als Bürstenbinderwerkstätten in Benützung stehen, tief unter dem Niveau liegen, des genügenden Licht- und Luftzutrittes entbehren, mehr weniger feucht sind und sich darum zu Werkstätten nicht eignen, ferner dass die im ersten Souterrain befindliche Wohnung Nr. 13 wegen Dunkelheit und Luftmangels unbewohnbar sei, wurde dem Beschwerdeführer mit der Verfügung des Stadtamtes in S. vom 19. August 1893, Z. 15121, behufs Hintanhaltung, eventuell Verbreitung der Cholera die Räumung aller dieser Localitäten Nr. 1a, 2, 3 und 13 binnen 30 Tagen mit dem Beisatze aufgetragen, dass die Localitäten im unteren Souterrain nicht einmal als Werkstätten benützt werden dürfen. Diese Verfügung wurde auf Grund des Ergebnisses der vom k. k. Bezirksarzte in S. am 25. September 1895 an Ort und Stelle gepflogenen Erhebungen mit der Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft in S. vom 28. August 1896, Z. 47113, und im weiteren Recurszuge mit der Entscheidung der k. k. Statthalterei in Prag vom 21. Mai 1898, Z. 48685, im Grunde des § 4, lit. a des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, endlich auf Grund der neuerlich am 3. October 1899 gepflogenen Erhebungen des zur Zeit bestehenden Zustandes der Wohnung Nr. 13 mit der Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 7. November 1899, Z. 35946, aufrecht erbalten.

Die dagegen angebrachte Beschwerde bestreitet die Gesetzmässigkeit dieser Entscheidung, weil die Abstellung später eingetretener Baugebrechen nur im Falle des § 119 der Bauordnung (Landesgesetz für Böhmen vom 10. April 1886, L. G. Bl. Nr. 40) aufgetragen werden könne, jedoch § 4, lit. a des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, weder der Baubehörde, noch der politischen Behörde die Macht ertheile, einen einmal ertheilten Bauconsens zu widerrufen.

Der Verwaltungsgerichtshof vermochte die Beschwerde nicht als begründet zu erkennen. Insoferne die Beschwerde versucht, die im Instanzenzuge aufrecht erhaltene Verfügung des Stadtamtes in S. vom 19. August 1893, Z. 15121, als einen Widerruf des dem Beschwerdeführer zur Errichtung des Hauses Nr. 357 in S. ertheilten Bauconsenses darzustellen und die Gesetzmässigkeit dieser Verfügung aus dem Gesichtspunkte anzufechten, dass der im § 119 der Bauordnung (Landesgesetz für Böhmen vom 10. April 1886, L. G. Bl. Nr. 40), vorgesehene Fall nicht zutreffe, ist dagegen zu constatiren, dass die in Rede stehende Verfügung eine Aenderung im Bauzustande des Hauses C.-Nr. 357 in S. gar nicht verordnet und auch nicht im Grunde der Bauordnung, sondern im Grunde des § 4, lit. a des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, anlässlich der drohenden Choleragefahr erfolgte. Indem das letztbezogene Gesetz einerseits im § 1 die Oberaufsicht über das gesammte Sanitätswesen für eine der Staatsverwaltung zustehende Agende erklärt, deren unmittelbare Wirksamkeit alle jene Geschäfte umfasst, welche ihr vermöge besonderer Wichtigkeit für den allgemeinen Gesundheitszustand zur Besorgung ausdrücklich vorbehalten werden, und indem anderseits § 2 leg. cit. und lit. c der Staatsverwaltung insbesondere die Handhabung der Gesetze über ansteckende Krankheiten, über Endemien und Epidemien auferlegt, ermächtigt und verpflichtet dieses Gesetz die Staatsverwaltung mit Beobachtung der bestehenden Gesetze, alle jene Vorkehrungen zu treffen und in Vollzug zu setzen, welche die Erreichung dieses Zweckes fordert.

Eine solche Vorkehrung ist speciell in Rücksicht auf die Choleragefahr mit der vom k. k. Ministerium des Innern unterm 5. August 1886, Z. 14067, erlassenen, im Landesgesetzblatte für Böhmen unterm 20. August 1886, L. G. Bl. Nr. 67, publicirten und unterm 18. Juli 1892, L. G. Bl. Nr. 43, republicirten, sogenannten Cholera-Instruction getroffen worden.

Da nun die in Rede stehende Verfügung des Stadtamtes in S. in örtlicher Durchführung der im Punkte 24 der erwähnten Instruction im allgemeinen angeordneten Vorkehrungen zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Cholera auf Grund der von den berufenen Organen constatirten, übrigens im Instanzenzuge wiederholt überprüften und bestätigten Unverwendbarkeit der beanständeten Localitäten zu Wohnungszwecken oder auch nur als Werkstätten im Grunde der auf § 4, lit. a des Reichs-Sanitätsgesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, fussenden Verordnung erfolgte, kann in dieser Verfügung mit Rücksicht auf den Zeitpunkt, in welchem sie getroffen wurde, beziehungsweise mit Rücksicht auf die zu dieser Zeit eminente Choleragefahr eine Gesetzwidrigkeit nicht erkannt werden. Allerdings konnte sich die Wirk-

samkeit eines solchen Verbotes nicht weiter erstrecken, als auf die Dauer der Seuchengefahr. Insoweit aber das nicht auf die Zeit der eminenten Choleragefahr beschränkte, sondern für die Dauer ausgesprochene Verbot der Benützung der Choleralocalitäten zu Wohnung's zwecken in Betracht kommt, hatte der Gerichtshof über die Gesetzmässigkeit des in diesem Umfange erlassenen Verbotes nicht zu entscheiden, da dasselbe auf der mit der weiter nicht angefochtenen Entscheidung der k. k. Statthalterei vom 16. September 1893, Z. 22436, bestätigten Verfügung des Bürgermeisteramtes in S. vom 4. October 1892, Z. 16281, beruht.

Insoweit jedoch das ohne zeitliche Beschränkung ausgesprochene Verbot der Benützung der beanständeten Kellerlocalitäten zu gewerblichen Werkstätten noch zur Entscheidung steht, erschien dasselbe auch in diesem Umfange dem Gerichtshofe durch die Bestimmung des § 74 des Gesetzes vom 8. März 1885, R. G. Bl. Nr. 22, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung, gedeckt; denn wenn auch diese Gesetzesstelle ausdrücklich nur dem Gewerbein haber die Vorsorge für die Gesundheitsmässigkeit der Arbeitsräume auferlegt, sonach die Benützung von Localitäten, welche, wie im vorliegenden Falle constatit ist, vermöge ihrer unabänderlichen Beschaffenheit dauernd und irreparabel gesundheitsgefährlich sind, untersagt, so erscheint doch durch die Untersagung der Verwend ung sanitätswidriger Localitäten zu gewerblichen Arbeitsräumen auch deren Ueberlassung zu dem gleichen Zwecke ausgeschlossen. Im Grunde dieser gesetzlichen Anordnungen musste also der Gerichtshof die mit der angefochtenen Entscheidung aufrecht erhaltene Verfügung ihrem ganzen Umfange nach als gesetzlich gerechtfertigt erkennen, sonach zur Abweisung der Beschwerde gelangen.

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. Russland. In Odessa ist seit 4. November kein neuer Pestfall ausgewiesen worden. Am 30. November befanden sich noch 7 Pestkranke in Spitalsbehandlung.

Britisch-Indien. (S. 542.) In Bombay sind in der Woche vom 30. October bis 6. November 156 neue Pestfälle und 144 Todesfälle, in der folgenden, am 13. November abgelaufenen Woche 118 Pestfälle und 111 Todesfälle verzeichnet worden; in Calcutta wurden in den zwei aufeinander folgenden Wochen vom 26. October bis 8. November 8 und 10, in Kurach e e in den zwei aufeinanderfolgenden Wochen vom 25. October bis 7. November 7 und 16 Pesttodesfälle ausgewiesen. In der Präsidentschaft Madras sind in den vier aufeinander folgenden Wochen vom 12. October bis 8. November 217, 283, 322, 340 neue Pestfälle und 190, 197, 263 und 235 Todesfälle gemeldet worden; von den in der letzten Woche vom 2. bis 8. November verzeichneten Fällen wurde eine Erkrankung und ein Todesfall in der Stadt Madras beobachtet.

Brasilien. (S. 542.) In Rio de Janeiro wurden in der Zeit vom 5. bis 11. November 2 Pesttodesfälle ausgewiesen.

Cholera. Türkei. In Palästina sind in der Woche vom 24. bis 30. November 198 Choleratodesfälle angezeigt worden. Aus Gaza, Lydda, Tiberias, Jerusalem und Damascus wurden neue Fälle nicht gemeldet.

In Jaffa wurden in der bezeichneten Woche 135 Erkrankungen und 56 Todesfälle an Cholera constatirt. Gegenwärtig herrscht Cholera noch im Innern des Landes in vielen Orten. So sollen in Dschebelia (Sandschak Lazkié) in den letzten 40 Tagen ungefähr 200 Choleraerkrankungen, darunter 70 mit tödtlichem Ausgange, aufgetreten sein. Die Gesammtzahl der seit Ausbruch der Epidemie in Palästina vorgekommenen Choleratodesfälle wird mit 2200 angegeben. Indess macht diese Zahl auf Vollständigkeit keinen Anspruch, da vom flachen Lande bisher nur spärliche Nachrichten über die Opfer der Cholera eingelaufen sind, wiewohl die Krankheit in Palästina allgemein verbreitet war.

Mit Rücksicht auf die günstigen Gesundheitsverhältnisse in Hodeida, Moka und Loheya beschloss der Sanitätsconseil, die für Herkünfte aus dem Küstengebiete des Jemen von Loheya bis Moka bestehende 10tägige Quarantaine auf 5 Tage herabzusetzen; die 10tägige Quarantaine gegenüber dem Küstengebiete des Assyr zwischen Lith und Loheya (beide Häfen ausgeschlossen) bleibt jedoch aufrecht. Auch die für Herkünfte aus dem Küstengebiete des Hedjaz von Jambo bis Lith bestehende Quarantaine wurde von 10 auf 5 Tage reducirt.

Aegypten. In Alexandrien wurden in der Woche vom 27. November bis 3. December 12 neue Erkrankungen und 9 Todesfälle an Cholera beobachtet. Von den neugemeldeten Fällen betrafen 8 Fälle aufgefundene Leichen.

In Aegypten sind in der Woche vom 25. November bis 1. December insgesammt 20 neue Cholerafälle ausgewiesen worden; von diesen betrafen 17 Fälle aufgefundene Leichen. Im Spitale starb ein Cholerakranker. Neue Erkrankungen (Todesfälle) wurden gemeldet in den Städten Alexandrien 3 (11), Damiette 0 (2) und in den Provinzen Behera 0 (4), Keneh 0 (1).

Blattern. Portugal. (8.563.) In Lissabon wurden in der Woche vom 23. bis 29. November 89, in Oporto 60 neue Blatternfälle verzeichnet; aus den Provinzen sind 54 neue Erkrankungen gemeldet worden.

Brasilien. In Rio de Janeiro (S. 504) wurden im Monate October 89 Blatterntodesfälle constatirt.

Vermischte Nachrichten.

Einschränkung der sanitären Maassnahmen gegenüber Reisenden aus Odessa. Mit Rücksicht auf die günstigen Gesundheitsverhältnisse in Odessa hat das Ministerium des Innern mit dem Erlasse vom 15. December 1902, Z. 50839, die politischen Landesstellen in Lemberg und Czernowitz aufgefordert, die mit dem Erlasse vom 8. October, ad Z. 42162,*) angeordnete ärztliche Revision der aus Odessa in den Eisenbahngrensstationen eintreffenden Reisenden einzustellen. Hingegen ist der Reiseverkehr aus Odessa seitens der Polizeiorgane der Grenzstationen auch weiterhin rücksichtlich des Gesundheitszustandes der Ankömmlinge aus Odessa im Auge zu behalten und für die vorgeschriebene Ueberwachung derselben während der Fortsetzung der Fahrt und am Bestimmungsorte vorzusorgen.

Seesanitäre Maassnahmen aus Anlass des Anstretens der Cholera in Syrien. Behandlung verbotswidrig eingeführter Waren. Die k. k. Seebehörde hat das mit Verordnung der Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen vom 13. November 1902, R. G. Bl. Nr. 209 erlassene Verbot der Ein- und Durchfuhr gewisser Waren und Gegenstände aus dem Küstengebiete von Syrien von der ägyptischen Grenze an bis Beirut**) mit dem Circularerlasse vom 15. November l. J., Z. 17738, allen unterstehenden k. k. Hasen- und Seesanitätsämtern kundgemacht und bemerkt, dass Waren der in der Verordnung erwähnten Gattung oder sanitär bedenkliche Waren überhaupt, insoserne dieselben während der Geltung der gegenwärtigen Verordnung in das österreichische Küstengebiet eingeführt werden, auf Kosten der Partei in das nächste Lazareth dirigirt, und dort nach freiem Ermessen der Behörde der Vertilgung oder einer ohne Rücksicht auf die Warenentwertung zu bestimmenden Desinfection, gleichfalls auf Kosten der Partei und ohne Zulassung von Schadenersatzansprüchen, zugeführt werden.

Neu bewilligte öffentliche Apotheken. Die Statthalterei in Prag hat die Errichtung je einer zweiten öffentlichen Apotheke in Přibram und in Nimburg bewilligt.

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 10. bis 16. December l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Galizien im politischen Bezirke Borszczow: Mielnica 2; Jaslo: Zimna woda 2; Sanok: Jasiel 2.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in der Stadt Lemberg 9 und in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 2; Kalusz: Niebylow 5; Kamionka: Chreniow 2; Neumarkt: Lopuszna 2; Zloczow: Jezierna 3; Żydaczów: Mikolajow 1.



^{*)} Siehe S. 453 d. Bl.

^{**)} Siehe S. 510 d. Bl.

Das österreichische Sanitätswesen.

Organ für die Publicationen

k. k. Obersten Sanitätsrathes.

Redigirt von

DR. J. DAIMER Ministerialrath im Ministerium des Innern

DR. F. STADLER,

Verlag von Alfred Hölder, k. und k. Hof- und Universitäts-Buchhändler in Wien I. Rothenthurmstrasse 13.

Erscheint jeden Donnerstag.

Pränumerationspreis bei directer Postsendung gansjährig K 12.-.

XIV. Jahrgang.

Wien, 25. December 1902.

Mr. 52.

Inhalt. Abonnements-Einladung. — Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes. — Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901. (Schluss.) — Sanitätsgesetze und Verordnungen: Erlass des Ministeriums des Innera, betreffend die Ausgabe der Arzneitaxe für das Jahr 1903. - Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe. — Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande. - Vermischte Nachrichten.

Abonnements-Einladung.

Die gefertigte Verlagshandlung beehrt sich zum Abonnement auf

"Das österreichische Sanitätswesen".

dessen XV. Jahrgang mit 1. Jänner beginnt, höflichst einzuladen.

Diese Zeitschrift bringt ausser Berichten über die Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes auch dessen wichtigere Gutachten, bringt ferner Arbeiten über das öffentliche Sanitätswesen und ist das einzige Blatt, welches alle einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlässe in ihrem authentischen Wortlaute, Erkenntnisse und Entscheidungen vollständig und unter gleichzeitiger Berücksichtigung aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen veröffentlicht.

"Das österreichische Sanitätswesen"

erscheint jeden Donnerstag und wird nur ganzjährig abgegeben.

Der Preis beträgt bei directer Postzusendung jährlich K 12.-.

Für Stadt-, Gemeinde- und Districtsärzte, Verwaltungen von Sanitäts- und Humanitäts-Anstalten sowie für Gemeindehehörden wurde der jährliche Pränumerationspreis mit K 9.20 festgesetzt, jedoch nur dann, wenn der Bezug direct durch die Verlagshandlung erfolgt.

Hochachtungsvoll

Alfred Hölder,

k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler.

Digitized by Goog 52

Verhandlungen des k. k. Obersten Sanitätsrathes.

In der am 20. December l. J. abgehaltenen Sitzung nahm der Oberste Sanitätsrath die Wahl eines Vertreters in der Commission für den Bau des k. k. allgemeinen Krankenhauses an Stelle des ausgeschiedenen O. S. R. Hofrathes Prof. Dr. Max Gruber vor. Hierauf erstattete Sectionschef Dr. Ritter v. Kusý Bericht über Epidemieverhältnisse im In- und Auslande, worauf nachstehende Angelegenheiten zur Berathung und Beschlussfassung gelangten:

1. Gutächtliche Aeusserung über die Qualification der Bewerber um die erledigte Oberbezirksarztesstelle in Salzburg. (Referent: Sectionschef Dr.

Ritter v. Kusý.)

2. Gutachten, betreffend die Ableitung der Abwässer aus einem Schlachthause in Böhmen in ein offenes Gerinne. (Referent: O. S. R. Dr. Johann Dvolák.

3. Gutachten über die Abgrenzung der zahnärztlichen und zahntechnischen Thätigkeit bei Ausübung des Zahnersatzes. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Gussenbauer, Namens des Specialcomités.)

4. Gutächtliche Aeusserung über die Zulässigkeit der Errichtung einer Gruft unterhalb einer Klosterkirche. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichsel-

baum.)

5. Gutachten über die Zulässigkeit des Betriebes eines bakteriologischen Laboratoriums in einem Wohnhause in Prag. (Referent: O. S. R. Hofrath Prof. Dr. Weichselbaum.)

Zum Schlusse brachte O. S. R. Dr. Ritter v. Jaksch die fortgesetzten im pfgegnerischen und ärztefeindlichen Bestrebungen gewisser unter dem Schlagworte der sogenannten Naturheilkunde agitirenden Vereinigungen, insbesondere in Nordböhmen, zur Sprache und betonte die Nothwendigkeit der eifrigen Belehrung der Bevölkerung über Werth und Bedeutung der auf naturwissenschaftlicher Grundlage beruhenden Heilkunde und Gesundheitslehre, insbesondere durch periodische Zeitschriften nach Art der in Nordböhmen erspriesslich wirkenden Monatsschrift Der Gesundheitslehrer u. a., deren Förderung und Verbreitung im öffentlichen sanitären Interesse gelegen ist. Nach einer längeren Besprechung dieses Gegenstandes, in welcher der Oberste Sanitätsrath die Bedeutung einer gediegenen sanitären Volksbildung für die öffentliche Wohlfahrt würdigte, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Infectionskrankheiten im Jahre 1901.

(Schluss.)

Kindbettfieber. Die Zahl der in den Jahresberichten ausgewiesenen Erkrankungen an Kindbettfieber betrug 1547, jene der Todesfälle 869, gegen 1426, beziehungsweise 819 im Vorjahre. In den vierwöchentlichen Berichten waren 1436 Erkrankungen und 777 Todesfälle verzeichnet. Die Lethalität der in der Epidemieberichterstattung ausgewiesenen Krankheitsfälle belief sich auf 54·1%. Die durchschoittliche Frequenz der täglich zur Anzeige gelangten Erkrankungen bewegte sich in den einzelnen Berichtsperioden zwischen 4 und 5 und sank in der 5., 7. und 9. Berichtsperiode auf 3 Fälle.

In den sanitätsstatistischen Nachweisungen wurden insgesammt 2006 Todes-

fälle, gegen 2104 im Vorjahre ausgewiesen.

Keuchhusten. In den Jahresberichten sind aus 333 Bezirken und 2976 Gemeinden 59801 Erkrankungen und 4428 Todesfälle, gegenüber 69525 Erkrankungen und 4750 Todesfällen im Vorjahre, ausgewiesen worden. Dieselben vertheilten sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

	Er	krankungen	Todesfälle	Į.		Erkrankungen	Todesfälle
Niederösterreich .		4840	174	Tirol		. 2060	98
Oberösterreich .		916	5 0	Vorarlberg		. 51	0
Salzburg			24	Böhmen .			807
Steiermark		3036	125	Mähren .		. 2992	201
Kärnten		1467	56	Schlesien		. 1700	84
Krain		692	62	Galizien .		. 27782	2291
Triest		137	54	Bukowina		. 1680	39 0
Görz-Gradisca		125	1	Dalmatien		. 440	8
Istrien		102	3				

In den vierwöchentlichen Berichten waren 57565 Erkrankungen in Evidenz gestanden, von welchen 4120 einen tödtlichen Verlauf genommen haben.

Zugenommen hat die Zahl der Keuchhustenerkrankungen in Galizien (um mehr als 8000 Fälle) und in der Bukowina (um nahezu 800 Fälle), ferner in Kärnten (nahezu 400), Steiermark (mehr als 300), endlich auch in Dalmatien, Oberösterreich und Istrien.

Die Abnahme der Erkrankungsziffer war am bedeutendsten in Böhmen (— 7000), in Tirol (— 3000) und Niederösterreich (— 3000) und in Krain (— 1300). In den übrigen Ländern war die Verminderung der Erkrankungsziffer geringer.

Die Lethalität der Keuchhustenerkrankungen belief sich auf 7.2% gegen 6.83% im Vorjahre.

Es starben von den ausgewiesenen Keuchhustenkranken:

					Percent						I	Percent
in	Triest				39.4	in Böhn	nen					5.2
	der Bukowina											
•	Krain				8.9	» Steier	rmark			•		4.1
	Galizien											
	Oesterreich											
	Mähren											
	Salzburg											
>	Oberösterreich				5.7	Görz-	Grad	isca				0.8
>	Tirol				52							

In Vorarlberg wurde von 51 in den Jahresberichten ausgewiesenen Kranken keiner als verstorben in Abgang gebracht; da aber in den sanitätsstatistischen Ausweisen 9 Todesfälle an Keuchhusten verzeichnet sind, erscheint — wenn von der unwahrscheinlichen Annahme abgesehen wird, dass alle in der Mortalitätsstatistik ausgewiesenen Todesfälle Erkrankungen betrafen, welche der Epidemieberichterstattung entgangen sind — die Vermuthung begründet, dass in Vorarlberg der Verlauf der Keuchhustenerkrankungen in der Epidemieberichterstattung nicht mit der gebotenen Aufmerksamkeit verfolgt worden ist.

Auffallend erscheint die ausserordentlich hohe Lethalität der Keuchhustenerkrankungen in Triest und in der Bukowina, welche mit den klinischen Beobachtungen über die Sterblichkeit der Keuchhustenerkrankungen nicht im Einklange steht. Diese abnorm hohen Lethalitätsziffern lassen es kaum zweifelhaft erscheinen, dass in den beiden genannten Verwaltungsgebieten zumeist nur die schweren Erkrankungen, zum Theile vielleicht auch erst dann, wenn die Krankheit mit dem Tode geendet hatte, in die Epidemieberichterstattung aufgenommen wurden, während die leichteren Fälle der Evidenthaltung entgangen sind. In gleicher Weise dürfte auch die oben berührte, aussergewöhnlich hohe Lethalität der in Triest angezeigten Masernerkrankungen zu erklären sein. Der Umstand, dass eine derart ungleichmässige Evidenthaltung der Masern- und Keuchhustenerkrankungen auch in einem Verwaltungsgebiete (Triest) beobachtet wurde, in welchem besonders günstige Anzeigenverhältnisse ausgewiesen sind, bildet einen Beleg für die eingangs aufgestellte Behauptung, dass die aus der Gegenüberstellung der Epidemie- und Mortalitätsstatistik sich ergebenden Anzeigenverhältnisse für die Beurtheilung der Beobachtung der Anzeigepflicht und der Einrichtungen des Epidemiedienstes allein nicht masssgebend sind, sondern dass hiebei auch die Lethalität der angezeigten Fälle nicht ausser Betracht bleiben darf.

Die Frequenz der an einem Tage durchschnittlich zur Anzeige gelangten Erkrankungen stellte sich wie folgt; es entfielen auf einen Tag in der

1.	Berichtsperiode			150	Fälle	8.	Berichtsperiode			195	Fälle
2.	>			132	*	9.	•			208	>
3.	>			97	>	10.	>			187	>
4.	,			76	>	11.	»			177	
5.	>			105	» .	12.	>		:	177	>
6.	>			173	*	13.	»			137	>
7.	>			235	>						

Berücksichtigt man die Frequenzeurve der Keuchhustenerkrankungen des Vorjahres, so ergibt sich, dass die in dem gedachten Jahre seit der 9. Berichtsperiode beobachtete Abnahme der Erkrankungshäufigkeit auch noch in den ersten vier Berichtsperioden des Jahres 1901 angedauert hat. In der 4. Berichtsperiode, mit welcher der Winter seinen Abschluss findet, war der tiefste Stand der Keuchhustenfrequenz erreicht. Mit dem Beginne der wärmeren Jahreszeit stieg die Curve rasch an und erlangte den höchsten Stand in der 7. Berichtsperiode. Nach einer mässigen Abnahme der Frequenz in der 8. Berichtsperiode, welche mit dem Beginne der Sommerferien in den Schulen im Zusammenhange stehen dürfte, zeigte die Frequenzziffer in der 9. Periode eine geringe Zunahme, worauf sie in den folgenden Perioden allmählich wieder absank, ohne dass, wie bei den übrigen Kinderkrankheiten, der Beginn des neuen Schuljahres eine erhöhte Frequenz verursachte.

Der Einfluss des Schulbesuches machte sich demnach bei Keuchhusten nur in ganz untergeordnetem Grade geltend; hingegen fällt die Ausbreitung des Keuchhustens zeitlich mit dem Bestande der wärmeren Jahreszeit zusammen.

In den sanitätsstatistischen Nachweisungen über Todesursachen wurden im Berichtsjahre 12050 Todesfälle gegen 13384 im Vorjahre, verzeichnet. Es war sonach sowohl nach den Ergebnissen der Epidemieberichterstattung, wie auch der Mortalitätsstatistik eine Einschränkung der Verbreitung der Keuchhustenerkrankungen gegentiber dem Vorjahre zu beobachten.

Die Mortalität des Keuchhustens nach den Aufzeichnungen der Todesursachenstatistik war am höchsten in Galizien, wo dieselbe mehr als 1% der Bevölkerung betrug, am geringsten in Dalmatien, in welchem Verwaltungsgebiete unter einer Bevölkerung von 591597 Seelen nur 8 Todesfälle an Keuchhusten verzeichnet wurden. Es starben von 100000 Einwohnern

in	Galizien				125	in	Oesterreich				46
>	der Bukowina				84	*	Triest				30
»	Schlesien .				48	>	Tirol	•			2 0

in	Krain				18	in	Mähren				10
							Niederösterreich				
							Vorarlberg				
							Görz-Gradisca .				
>	Salzburg				12	>	Istrien				4
>	Oberösterreich				12	>	Dalmatien				1

Die oben erwähnten Schwankungen der Erkrankungsziffern der Epidemiestatistik der einzelnen Länder decken sich nicht mit den Ergebnissen der Todesursachenstatistik. Gross ist die Differenz in Galizien, wo nach der Epidemiestatistik um ungefähr 8000 Erkrankungen mehr ausgewiesen sind als im Vorjahre, während die Zahl der Sterbefälle nach den sanitätsstatistischen Nachweisungen sogar etwas geringer gewesen ist. Die Erklärung liegt in dem Umstande, dass an der bereits wiederholt erwähnten Besserung der Verhältnisse der Anzeigenerstattung in Galizien auch Keuchhusten wesentlichen Antheil hatte, indem der Percentsatz der in den vierwöchentlichen Berichten verzeichneten Todesfälle der Mortalitätsstatistik von 18% auf 26% gestiegen ist. Zugenommen hat die Zahl der Keuchhustentodesfälle in nennenswerthem Grade blos in der Bukowina (614 gegen 545). In Oberösterreich, Triest und Kärnten war die Zunahme nur eine geringe. In allen übrigen Ländern ist die Zahl derselben mehr oder minder erheblich gesunken, am tiefsten in Tirol (174 gegen 454 Fälle), ferner in Niederösterreich (219 gegen 309), Böhmen (807 gegen 1125), Mähren (252 gegen 481) in Schlesien (330 gegen 533) etc.

Varicellen. Von dieser Krankheitsform sind in den Jahresberichten aus 343 Bezirken und 2829 Gemeinden 21446 Erkrankungen verzeichnet worden, gegen 18377 im Vorjahre; hievon wurden ausgewiesen in:

Niederösterreich				5686	Tirol .						336
Oberösterreich				752	Vorarlberg	;					149
Salzburg				219	Böhmen	•					8372
Steiermark .				1836	Mähren					•	1609
Kärnten				496	Schlesien						395
Krain				252	Galizien						1455
Triest				57	Bukowina						203
Görz-Gradisca				47	Dalmatien						48
Istrien				34							

Eine Vermehrung hat die Zahl der beobachteten Fälle in Böhmen, Mähren, Galizien, Steiermark, Vorarlberg, Krain, Oberösterreich, Salzburg und Kärnten erfahren. In den übrigen Ländern ist eine wesentliche Veränderung in der Zahl der gemeldeten Erkrankungen nicht eingetreten.

Todesfälle sind in den Jahresberichten 37, in den statistischen Nachweisungen 26 verzeichnet worden.

In den vierwöchentlichen Berichten wurden insgesammt 22785 Varicellenkranke, von welchen 51 mit Tod abgingen, in Evidenz gehalten. Die durchschnittliche Zahl der auf den Tag entfallenden Neumeldungen betrug in der:

1.	Berichtsperiode				79	8.	Berichtsperiode				16
2.	» ⁻				106	9.	>				11
3.					79		•				27
4.	> ,				41		>				64
5.	>				56		»				117
6.	>				73		,				121
7.	>				26						

Die Jahrescurve der Erkrankungshäufigkeit der Varicellen zeigt auch in diesem Jahre wieder eine auffällige Uebereinstimmung mit jener der Masern und unterscheidet sich wie im Vorjahre von letzterer nur dadurch, dass die Frequenz schon in der 7. Berichtsperiode, also vor Beginn der grossen Schulferien, erheblich abgesunken ist.

Rötheln. Aus 44 Bezirken und 76 Gemeinden sind in den Jahresberichten 844 Erkrankungen gemeldet worden, und zwar in Niederösterreich 187, Oberösterreich 38, Steiermark 62, Kärnten 68, Krain 2, Istrien 4, Tirol 51, Böhmen 374, Schlesien 1 und Galizien 57 Fälle. In den vierwöchentlichen Berichten sind 856 Krankheitsfälle in Evidenz gestanden. Die meisten Erkrankungsfälle wurden in der 4. Berichtsperiode (6 im Tage), die wenigsten in der 7. und 9. Periode (durchschnittlich 1 Fall in 1—5 Tagen) gemeldet. In der Mortalitätsstatistik ist ein Todesfall (in der Bukowina) ausgewiesen.

Mumps. Von dieser Krankheitsform wurden im Berichtsjahre 18238 Fälle aus 167 Bezirken und 748 Gemeinden, gegen 10314 im Vorjahre ausgewiesen, und zwar in:

Niederösterreich				3878	Tirol .						1417
Oberösterreich				1181	Vorarlberg	5					143
Salzburg				409	Böhmen						68 65
Steiermark .				1456	Mähren						894
Kärnten				123	Schlesien						380
Krain				20	Galizien						1047
Görz-Gradisca				15	Bukowina						410

Nach den vierwöchentlichen Berichten waren 17655 Erkrankungen angezeigt und hievon 21 als verstorben in Abgang gebracht worden. In den sanitätsstatistischen Nachweisungen von Steiermark ist ein Todesfall an Mumps, betreffend eine tabetische Frau, verzeichnet. Aus den übrigen Ländern sind Sterbefälle an Mumps in der Mortalitätsstatistik nicht ausgewiesen. In Triest, Istrien und Dalmatien wurden Mumpserkrankungen nicht angezeigt.

Durchschnittlich entfielen auf einen Tag an Neuanmeldungen in der:

								_				
1.	Berichtsperiode				28	8.	Berichtsperiode					11
2.	•				7 0	9.	•				•	3
3.	»				66	10.	•					10
4.	>				61	11.	>	•				57
5.	•				60	12.	•			•		69
6.	>				62	13.	>				•	95
7.	•				47	!						

Die geringste Frequenz zeigte demnach Mumps in der 8., 9. und 10. Berichtsperiode, die grösste in der 13. Periode. Von der Curve des Vorjahres unterscheidet sich die Frequenzcurve des Jahres 1901 hauptsächlich dadurch, dass in letzterem während der 7. Berichtsperiode eine grössere Häufigkeit der Fälle beobachtet wurde, als im Jahre 1900.

In fluenza. Die Verbreitung dieser Krankheit, deren Auftreten im Vorjahre einen pandemischen Charakter aufgewiesen hatte, hat im Berichtsjahre eine ganz erhebliche Einschränkung erfahren. Es wurden in den Jahresberichten aus 185 Bezirken und 820 Gemeinden 25104 Erkrankungen und 492 Todesfälle, gegenüber 62698 Erkrankungen und 1070 Todesfällen im Vorjahre, ausgewiesen.

Hievon entfielen auf:

	Erkrankungen	Todesfälle		Erkrankungen	Todesfälle
Niederösterreich	. 959	35	Tirol	. 12	6
Oberösterreich .	249	4	Vorarlberg	. 604	2
Salzburg	438	16	Böhmen	. 4688	86
Steiermark	1035	18	Mähren	. 2414	32
Kärnten	. 17	4	Schlesien	. 207	7
Krain	547	9	Galizien	. 6001	242
Triest	6616	?	Bukowina	. 1247	29
Istrien	70	2			

Aus Görz-Gradisca und Dalmatien sind keine Influenzafälle gemeldet worden. In den vierwöchentlichen Berichten sind 17886 Erkrankungen und 620 Todesfälle verzeichnet worden.

Am häufigsten wurde Influenza in der 3. Berichtsperiode beobachtet, in welcher auf den Tag durchschnittlich 216 Neumeldungen entfielen. In den folgenden Perioden nahm die Frequenz rasch ab und sank in der 7. bis 10. Periode auf 1—3 Neumeldungen im Tage; von der 11. Berichtsperiode an war wieder eine mässige Zunahme der Erkrankungshäufigkeit zu constatiren.

In den Nachweisungen über Todesursachen sind 1167 Sterbefälle, gegenüber 2259 im Vorjahre verzeichnet worden, und zwar in:

Niederösterreich	1					47	Tirol					63
Oberösterreich						26	Vorarlberg					15
Salzburg						18	Böhmen .					142
Steiermark .						57	Mähren .					67
Kärnten						6	Schlesien					32
Krain						39	Galizien .					528
Triest . , .						14	Bukowina					48
Görz-Gradisca						5	Dalmatien					6
Istrien			. •	٠		54	l					

Von den in den sanitätsstatistischen Nachweisungen verzeichneten Todesfällen sind nach den vierwöchentlichen Berichten 53%, gegen 43% im Vorjahre, zur Anzeige gelangt.

Meningitis cerebrospinalis. Nach den Jahresberichten sind in 7 Ländern, 18 Bezirken und 24 Gemeinden 56 Erkrankungen und 30 Todesfälle beobachtet worden; und zwar in:

	Erk	rankungen	Todesfälle	<u> </u>			Erkrankungen	Todesfälle
Niederösterreich		17	9	Mähren			4	3
Steiermark		2	2	Galizien			14	7
Kärnten		3	2	Dalmatie	n		2	1
Böhmen .		14	6					

Die vierwöchentlichen Berichte wiesen insgesammt 49 Erkrankungen und 26 Todesfälle auf. In den Nachweisungen über Todesursachen sind 137 Sterbefälle verzeichnet, hievon in:

VCI ZCICHHCL, MICVOH III.		
, in the state of	Todesfälle	l'odesfälle
Niederösterreich	. 16 Mähren	3
Oberösterreich	. 1 Galizien	68
Steiermark	. 3 Bukowina	. 5
Kärnten	. 3 Dalmatien	. 1
Böhmen	. 37	

Von den in der Mortalitätsstatistik verzeichneten Sterbefällen sind nach den vierwöchentlichen Berichten nur 19% in Evidenz gekommen.

Rothlauf. In den Jahresberichten wurden aus 118 Bezirken und 596 Gemeinden 3780 Erkrankungen und 292 Todesfälle, gegenüber 2974 Erkrankungen und 222 Todesfälle im Vorjahre, ausgewiesen.

Hievon entfielen auf:

	Erkrankungen	Todesfälle			Erl	krankungen	Todesfālle
Niederösterreich	. 2496	152	Tirol			23	3
Oberösterreich .	. 125	13	Mähren .			304	38
Salzburg	. 3		Schlesien			45	6
Steiermark	. 602	52	Galizien .			79	23
Kärnten	. 66	3	Bukowina			12	1
Krain	. 25	1	1				

In Vorarlberg sind Rothlauferkrankungen nicht beobachtet worden; in Triest, Görz-Gradisca, Istrien, Böhmen und Dalmatien werden Rothlauferkrankungen nicht angezeigt.

Nach den vierwöchentlichen Ausweisen sind im Berichtsjahre 3715 Erkrankungen und 272 Todesfälle evidentgehalten worden. Die Erkrankungshäufigkeit war in den der warmen Jahreszeit entsprechenden Berichtsperioden etwas geringer (7—9 Fälle im Tage) als in den übrigen Perioden, in welchen dieselbe zwischen 10 und 13 Fällen schwankte.

In den sanitätsstatistischen Nachweisungen ist Rothlauf unter die Wundinfectionskrankheiten subsummirt; da letztere mangels einer bezüglichen Vorschrift nicht in
allen Ländern specificirt sind, ist die Zahl der Sterbefälle an Rothlauf nach der Mortalitätsstatistik geringer als nach der Epidemiestatistik. Sterbefälle an Rothlauf sind in
der Todesursachenstatistik ausgewiesen in Oberösterreich (19), Triest (17), GörzGradisca (2), Istrien (7), Mähren (76), Schlesien (16), Bukowina (15); in den Landessummarien für Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol, Vorarlberg,
Böhmen, Galizien und Dalmatien fehlt der detaillirte Nachweis der Todesfälle an
Wundinfectionskrankheiten. In der Rubrik »Sonstige Infectionskrankheiten« erscheinen
in den Summarien für Niederösterreich 6, Böhmen 12 und Dalmatien 2 Todesfälle
an Rothlauf verzeichnet.

Tetanus. Erkrankungen an Wundstarrkrampf sind in Niederösterreich, Böhmen, Schlesien und Galizien in der Epidemieberichterstattung in Evidenz gestanden. Insgesammt wurden aus 9 Bezirken und 9 Gemeinden 12 Erkrankungen und 10 Todesfälle verzeichnet.

In den sanitätsstatistischen Tabellen sind 145 Sterbefälle an Tetanus ausgewiesen, und zwar in Oberösterreich 20, Salzburg 2, Triest 7, Görz-Gradisca 5, Istrien 2, Böhmen 3, Mähren 79, Schlesien 16 und in der Bukowina 11.

Ueber die Zahl der in den übrigen Verwaltungsgebieten vorgekommenen Sterbefälle an Tetanus geben die sanitätsstatistischen Nachweisungen keinen Aufschluss, weil in denselben, wie oben erwähnt, die Sterbefälle an Wundinfectionskrankheiten nicht nach ihren einzelnen Formen verzeichnet sind.

Milzbrand. In den Jahresberichten wurden aus 21 Bezirken und 32 Gemeinden 77 Erkrankungen und 26 Todesfälle an Milzbrand ausgewiesen, und zwar in:

	1	Erkr.	ankungen	Todesfälle				Erk	rankungen	Todesfälle
Niederösterreich			7	$oldsymbol{5}$	Böhmen				4	2
Steiermark			1		Mähren					3
Triest			7	4	Galizien				34	9
Tirol			3	3						

Von den in Mähren ausgewiesenen 21 Milzbranderkrankungen wurden 16 im politischen Bezirke Hohenstadt gemeldet, woselbst Milzbrand seit vielen Jahren in mehreren Gemeinden, deren Bevölkerung sich vorwiegend mit der Erzeugung von Bürsten befasst, häufig beobachtet wird.*) Mit Ausnahme eines einzigen Kranken, welcher sich beim Nothschlachten einer an Milzbrand erkrankten Kuh inficirt hatte, handelte es sich in den constatirten Fällen ausschliesslich um Personen, welche sich mit der Erzeugung von Bürsten befassten, oder Wohnungsgenossen derselben. Von den übrigen in Mähren beobachteten Milzbrandfällen betrafen 4 Erkrankungen Personen, welche an der Schlachtung nachträglich milzbrandkrank befundener Rinder theilgenommen hatten, und ein Fall die Gattin eines in einer Presstuchfabrik in Brunn beschäftigten Arbeiters, welcher mit der Verarbeitung von alten Ziegenhaarsäcken, beschäftigt gewesen war. Diese Frau erkrankte an einem Carbunkel an der Stirne, nachdem ihr deren Gatte an derselben Stelle kurz vorher eine Aknepustel mit seinen Fingern ausgequetscht hatte. Wiewohl der Verdacht eines Zusammenhanges dieser Erkrankung mit der Beschäftigung des Arbeiters nahe lag, konnte der Nachweis hiefür durch die vorgenommene bakteriologische Untersuchung des verdächtigen Materiales nicht erbracht werden.

In den sanitätsstatistischen Nachweisungen sind insgesammt 52 Todesfälle an Milzbrand verzeichnet, hievon in Niederösterreich 5, in Triest 4, in Istrien 1, Tirol 3.

Böhmen 2, Mähren 4, Schlesien 1, Galizien 26, Bukowina 6.

Rotz ist in Böhmen und Galizien in je einem tödtlichen Falle beobachtet worden. Der in Böhmen constatirte Fall, welcher auch in der Epidemieberichterstattung verzeichnet ist, betraf einen Krämer in Kuklena im Bezirke Königgrätz, welcher sich an seinen zwei mit Rotz behafteten Pferden inficirt hatte. Ueber den in Galizien in den sanitätsstatistischen Ausweisen verzeichneten Sterbefall an Rotz liegen nähere Angaben nicht vor.

Lyssa. In der Epidemiestatistik wurden 23 tödtliche Erkrankungen an Lyssa verzeichnet; nach der Todesursachenstatistik sind 28 Personen an Lyssa gestorben, und zwar in Niederösterreich 2, Böhmen 5, Mähren 2, Galizien 18 und in der Bukowina 1 Fall. Von diesen in den sanitätsstatistischen Ausweisen aufgezählten Lyssatodesfällen sind in der Epidemieberichterstattung nicht in Evidenz gestanden: in Galizien 4 und in Mähren 1 Fall.

Von den in Niederösterreich beobachteten 2 Fällen betraf der eine Fall einen Mann, welcher kurze Zeit, nachdem er von einem wüthenden Hunde gebissen worden war, im allgemeinen Krankenhause in Krems gestorben ist. Die Incubationszeit ist nicht angegeben. In dem zweiten Falle handelte es sich um einen 13 jährigen Knaben aus dem politischen Bezirke Melk, welcher am 1. August 1901 von einem wuthverdächtigen Hunde verletzt und am 9. August in die Lyssaanstalt nach Wien gebracht worden war, wo er bis zum 20. August der Schutzimpfung unterzogen wurde; nach vollzogener Behandlung in die Heimat entlassen, erkrankte der Knabe am 25. und starb am 28. September unter den ausgesprochenen Symptomen der Wuth.

In Böhmen sind 5 Personen an Lyssa gestorben und zwar:

1. 8jähriger Knabe aus Klein-Skalit, welcher gleichzeitig mit 2 anderen erwachsenen Personen am 9. November 1900 von einem wüthenden Hunde an der rechten Hand gebissen worden war. Alle 3 Gebissenen standen vom 10. bis 24. November in antirabischer Behandlung in Wien. Der Knabe erkrankte am 6. und starb am 12. Jänner 1901, 58 beziehungsweise 64 Tage nach der Verletzung, während die beiden anderen Personen gesund geblieben sind.

^{*)} Siehe >Ueber Milzbranderkrankungen im politischen Bezirke Hohenstadt« von Bezirksarzt Dr. H. Protzkar, Jahrg. 1901 d. Bl. S. 281.



2. Madchen aus Benitz, Gemeinde Chraštan im Bezirke Beneschau, am 11. September 1900 gebissen; am 8. October 1900 nach antirabischer Behandlung aus der Lyssaanstalt in Wien entlassen; erkrankte am 13. und starb am 17. Mai 1901;

3. Müllergehilfe aus Jungbunzlau, erkrankte am 11. September mit Magenbeschwerden, weshalb er sich in das Krankenhaus nach Münchengrätz begab, wo er am 15. September unter deutlichen Symptomen von Lyssa starb. Die Anamnese ergab, dass der Mann circa 8 Wochen vor Beginn seiner Erkrankung von einem ihm unbekannten Hunde in die Hand gebissen worden war.

4. 8jähriger Knabe aus Alt-Possigkau, im Bezirke Taus; starb am 8. December 1901 nach zweitägiger Krankheit an Lyssa. Derselbe war im October 1901 während der Hundecontumaz von einem Haushunde in die Hand gebissen worden; wiewohl der Hund kurz darauf verendete, wurde der unbedeutenden Verletzung keine Be-

deutung beigemessen.

5. Der fünfte Fall betraf eine Frau in Starkenbach, an welcher erst nach dem Tode Lyssa constatirt wurde. Schutzimpfung ist in den letzten 3 Fällen nicht vorgenommen worden.

In Mähren starb am 13. Juli 1901 nach 5 tägiger Krankheit eine 62 jährige Frau an Lyssa, welche am 1. Juni von einem wüthenden Hunde gebissen und vom 2. bis 15. Juni in Wien antirabisch behandelt worden war. Ueber den zweiten in der Mortalitätsstatistik ausgewiesenen Lyssafall ist nichts näheres berichtet worden.

Der in der Bukowina beobachtete Fall betraf einen der Schutzimpfung nicht unterzogenen Kranken. Ueber die Falle in Galizien liegen nähere Daten nicht vor.

Nach den mit den vierwöchentlichen Berichten über Infectionskrankheiten eingelangten Verzeichnissen über die von wüthenden oder dringend wuthverdächtigen Thieren Gebissenen sind im Berichtsjahre insgesammt 663 Personen verletzt worden, und zwar in

Niederösterre	ich	١.				50	Mähren						84
Steiermark						31	Schlesien						6
Krain						6	Galizien						288
Böhmen .						183	Bukowina	١.					15

Ausserdem hat in Steiermark und in Kärnten noch je eine Person bei der Vornahme der Obduction eines wüthenden, beziehungsweise wuthverdächtigen Thieres

eine Verletzung erlitten.

Laut des Thätigkeitsberichtes für das Jahr 1901*) der Station für diagnostische Thierimpfungen im k. u. k. Militär-Thierarzneiinstitute und der thierärztlichen Hochschule in Wien, wohin gemäss den bestehenden Vorschriften Gehirn und verlängertes Mark wuthverdächtiger Thiere zur Constatirung der Wuthkrankheit eingesendet werden, sind von den daselbst durch den Thierversuch als wuthkrank constatirten Hunden im Jahre 1901 ungefähr 121 Personen gebissen worden, und zwar in

Niederösterreich	,				38	Mähren .						37
Steiermark					15	Schlesien						4
Krain					5	Bukowina						2
Böhmen					17	Dalmatien				_		3

Wenn von Galizien abgesehen wird, für welches Verwaltungsgebiet an der thierärztlichen Hochschule in Lemberg gleichfalls eine Station für diagnostische Thierimpfungen eingerichtet ist, ergibt sich, dass die Zahl der in den vierwöchentlichen Berichten ausgewiesenen Gebissenen, mit Ausnahme jener in Krain und Schlesien, weit grösser ist, als die Zahl der in dem Jahresberichte der Station für

^{*)} Siehe S. 332 d. Bl.

diagnostische Thierimpfungen verzeichneten Verletzten. Die Differenzen sind darin begründet, dass in letzteren Bericht eben nur jene Personen aufgenommen sind, die von Thieren gebissen wurden, deren Schädel an die genannte Station eingesendet, und welche durch den Thierversuch als wuthkrank erkannt wurden, während alle jene Personen, die von Thieren verletzt wurden, bezüglich welcher die diagnostische Untersuchung wegen Unterlassung der Einsendung von Untersuchungsobjecten überhaupt nicht vorgenommen wurde, oder an und für sich oder wegen vorgeschrittener Fäulnis der eingelaufenen Objecte ein negatives Ergebnis lieferte, in diesen Bericht nicht einbezogen sind.

Malaria. Erkrankungen an Wechselfieber sind in der Epidemiestatistik nur aus Galizien und der Bukowina ausgewiesen worden. In den sanitätsstatistischen Ausweisen finden sich insgesammt 439 Sterbefälle in Folge Malaria verzeichnet und zwar in

Niederösterreich		•			1	Istrien .						54
Krain												
Triest					5	Bukowina						4
Görz-Gradisca .					5	Dalmatien						315

Cholera nostras. Diese Krankheit, unter deren Namen Erkrankungen verschiedener Aetiologie zusammengefasst werden und welche der Anzeigepflicht nur mit Rücksicht auf die unter ähnlichen Symptomen verlaufende Cholera asiatia unterliegt, wurde in 29 Bezirken und 35 Gemeinden beobachtet. In den Jahresberichten sind 89 Erkrankungen und 30 Todesfälle verzeichnet worden. In der Mortalitätsstatistik wurden 173 Sterbefälle ausgewiesen und zwar in

Niederösterreich	n.				1	Tirol .						7
Oberösterreich												
Salzburg					4	Mähren						2
Steiermark .												
Krain												
Görz-Gradisca							•					2
Istrien					12							

Miliaria. Schweissfiebererkrankungen wurden im Berichtsjahre nur in Niederösterreich beobachtet, und zwar 12 Fälle im politischen Bezirke Scheibbs, wo in den
früheren Jahren wiederholt Schweissfieber vorgekommen war, und 2 Fälle im politischen Bezirke Oberhollabrunn. Die Erkrankungen im Bezirke Scheibbs sind in
Form einer Epidemie in den Gemeinden Randegg, Perwarth und Franzenreith aufgetreten und äusserten sich in wiederholt auftretenden Schüttelfrösten mit darauf
folgenden starken Schweissausbrüchen, denen sich allgemeine Hauterytheme mit oder
ohne Bläschenbildung anschlossen. Eine Uebertragung der Krankheit konnte nicht
nachgewiesen werden. Alle Kranken sind genesen.

Pemphigus neonatorum. Gehäustes Auftreten der nicht syphilitischen Schälblasenkrankheit der Neugeborenen ist in Böhmen in der Stadt Grasslitz beobachtet worden. Im ganzen wurden daselbst binnen kurzer Zeit 7 Erkrankungen an Säuglingen ermittelt, von welchen 3 starben. Die Mehrzahl der kranken Kinder betraf Pfleglinge einer und derselben Hebamme. Nachdem der letzteren von der politischen Behörde für einige Zeit die Intervention bei Geburten eingestellt worden war, kamen neue Fälle nicht mehr zur Beobachtung.

In den sanitätsstatistischen Ausweisen sind im ganzen 24 Todesfälle an Penphigus ausgewiesen worden, und zwar in Niederösterreich 1, Oberösterreich 3, Böhmen 16, Mähren 3 und in Galizien 1 Fall.

Aktinomykosis. In den Jahresberichten ist ein Todesfall in Böhmen, ir den sanitätsstatistischen Ausweisen sind in Böhmen 1 und in Mähren 2 Fälle verzeichnet worden.

Syphilis. In dem Jahresberichte über Infectionskrankheiten für Galizien sind 512 Erkrankungen und 26 Todesfälle an Syphilis verzeichnet, welche in 16 Bezirken und 64 Gemeinden beobachtet wurden.

In den sanitätsstatistischen Tabellen sind 506 Todesfälle an Syphilis ausgewiesen; hievon entfielen auf

Niederösterreich				135	Tirol					11
Oberösterreich .										
Salzburg				8	Mähren .					35
Steiermark				54	Schlesien.					14
Kärnten				4	Galizien .					75
Triest				7	Bukowina					20
Istrien				1	Dalmatien					17

Erkrankungen an Herpestonsuranssind nur in Istrien zur Anzeige gelang: es wurden im politischen Bezirke Lussin, wo diese Krankheit schon in den vorausgegangenen Jahren, namentlich unter den Schulkindern, wiederholt beobachtet worden war, im Berichtsjahre 4 neue Fälle constatirt.

Blennorrhoea neonatorum. Erkrankungen an Augenblennorrhöe der Neugeborenen wurden aus 34 Bezirken und 71 Gemeinden gemeldet, und zwar in Niederösterreich 8, in Oberösterreich 8, in Salzburg 84, in Steiermark 87, in Kärnten 35, in Tirol 10, in Vorarlberg 1, in Schlesien 4 und in Galizien 51, zusammen 288 Fälle. In Krain, Triest, Istrien, Görz-Gradisca, Böhmen, Mähren. Bukowina, Dalmatien sind solche Erkrankungen nicht zur Anzeige gelangt.

Conjunctivitis epidemica. Epidemien von katarrhalischem Bindehautkatarrh wurden in Kärnten und in der Bukowina constatirt.

In Radsberg bei Klagenfurt erkrankten binnen kurzer Zeit 102 Personen unter den Erscheinungen eines infectiösen Bindehautkatarrhs, darunter 74 Schulkinder. Der Verlauf war ein sehr milder; schon nach 2—3 Tagen waren die entzündlichen Erscheinungen wieder verschwunden.

In der Bukowina wurden aus den Bezirken Radautz und Sereth insgesammt 363 Erkrankungen an epidemischer Conjunctivitis gemeldet. Bemerkenswerth war hier die unter den Schulkindern in Andreasfalva im Bezirke Radautz beobachtete Epidemie. Die Erkrankungen bestanden in einer acuten oder subacuten Entzündung der Bindehaut mit schleimiger Secretion und starker Schwellung der Lider, ohne Affection der Hornhaut. Insgesammt wurden im Verlaufe dieser Epidemie 67 Erkrankungen, darunter 5 an Erwachsenen, beobachtet. Die im pathologischen Institute an der Wiener Universität vorgenommene bakteriologische Untersuchung von eingesendeten Ausstrichpräparaten des Secretes hat das Vorhandensein zahlreicher Koch-Weck'schen Bacillen ergeben.

Trachom. In 184 Bezirken und 1036 Gemeinden wurden 4169 neue Trachomerkrankungen ausgewiesen. Der Gesammtkrankenstand betrug mit 3213 aus dem Vorjahre verbliebenen 7382 Fälle, gegen 7113 im Jahre 1900. Neugemeldet wurden in Niederösterreich 139, Oberösterreich 19, Salzburg 17, Steiermark 209, Kärnten 18,

Krain 32, Triest 100, Görz-Gradisca 9, Istrien 64, Tirol 4, Vorarlberg 3, Böhmen 1317, Mähren 673, Schlesien 62, Galizien 1292, Bukowina 211 Fälle. Die in Dalmatien in den vierwöchentlichen Berichten verzeichneten 44 Trachomerkrankungen sind im Jahresberichte nicht ausgewiesen worden.

Pellagra. Von dieser Krankheit, welche als die Folge einer durch den Genuss von unreisem, verdorbenem Mais hervorgerusenen chronischen Vergistung anzusehen und somit eigentlich nicht zu den Insectionskrankheiten zu zählen ist, die aber wegen ihrer besonderen sanitätspolizeilichen Bedeutung an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben kann, wurden in der Bukowina 56 neue Erkrankungen und 14 Todesfälle zur Anzeige gebracht. In den sanitätsstatistischen Ausweisen sind in der Bukowina 33, in Tirol (Südtirol) 118 und in Görz-Gradisca 17 Sterbefälle an Pellagra verzeichnet worden.

Sanitätsgesetze und Verordnungen.

Erlass des Ministeriums des Innern vom 4. December 1902, Z. 49569,

an alle politischen Landesbehörden,

betreffend die Ausgabe der Arzneitaxe für das Jahr 1903.*)

In der Anlage werden der k. k. Druckexemplare der Arzneitaxe für das Jahr 1903 zur österreichischen Pharmakopoee Ed. VII sammt Nachtrag mit der Einladung übermittelt, je ein Exemplar dem Sanitäts-Departement und dem Landessanitätsrathe zu überweisen, ferner die erforderliche Anzahl von Exemplaren den Directionen der k. k. Krankenanstalten mit der Bestimmung zu übermitteln, alle klinischen und nichtklinischen Krankenabtheilungen und die Krankenhausapotheken mit je einem Exemplare der Arzneitaxe, ausserdem die Direction der k. k.

Medicamenteneigenregie mit zwei Exemplaren zu betheilen.

Jede politische Behörde, welcher ein Amtsarzt zugewiesen ist, sowie die Magistrate der mit eigenen Statuten versehenen Städte sind gleichfalls mit je einem Exemplare zum Amtsgebrauche des Amtsarztes zu betheilen.

Die Beobachtung der in der Arzneitaxe enthaltenen Vorschriften seitens der Aerzte, Apotheker, Thierärzte und der mit Arzneiwaren handelnden Geschäftsleute ist genau zu überwachen.

Die k. k. wird eingeladen, sofort das Geeignete zu veranlassen, damit alle Apotheker und die zur Führung von Hausapotheken berechtigten Aerzte, Wund- und Thierärzte an die Verpflichtung erinnert, sowie alle nicht instaatlicher Verwaltung stehenden Krankenanstalten veranlasst werden, sich mit Exemplaren dieser Arzneitaxe zur genauen Darnachachtung zu versehen.

Aus den Verhandlungen der k. k. Landes-Sanitätsräthe.

Niederösterreich. Berathungsgegenstände in der Sitzung am 20. October l. J.:

- 1. Entwurf einer neuen Vieh- und Fleischbeschauordnung für Wien Fortsetzung und Schluss der Berathung).
- 2. Entwurf des Statutes und der Hausordnung eines Vereins-Asyles für verkrüppelte und reconvalescente jüdische Kinder in einer Gemeinde Niederösterreichs ausserhalb Wiens.

Ferner wurden Mittheilungen über die Verhältnisse beim Pottschacher Schöpfwerke gemacht.

^{*)} Siehe S. 545 und 581.

In der Sitzung am 3. November l. J. wurden folgende Referate erstattet:

- 1. Ueber den Recurs mehrerer Zahnärzte in Wien gegen die vom Wiener Magistrate über sie verhängte Geldstrafe wegen Ausübung der Zahntechnik ohne gewerbebehördliche Anmeldung.
- 2. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung einer Privatheilanstalt für ambulante Kranke in Wien.
- 3. Ueber ein Ansuchen um Bewilligung zur Errichtung eines frauenärztlichen Institutes für physikalische Heilmethode in Wien.
- 4. Ueber den Bau eines Isolirpavillons für Infectionskranke in einem Versorgungshause ausserhalb Wiens und
- 5. Ueber den Recurs einer Landgemeinde wegen Benützung eines erweiterten Friedhofes.

Tirol und Vorarlberg. In der Sitzung vom 18. October l. J. kamen nachfolgende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Besetzungsvorschlag für eine vacante k. k. Sanitäts-Assistentenstelle.
- 2. Gutachten über die im Berufungswege beanständete Platzwahl für ein öffentliches Schlachthaus.
- 3. Gutachten über die Concessionirung einer Heilanstalt für Wassercuren und elektrische Lichtbäder.
- 4. Gutachten über die Reinheit eines Arzneikörpers aus einer öffentlichen Apotheke.
 - 5. Gutachten über die Concessionirung einer Badeanstalt als Heilbad.
- 6. Gutachten über die Eignung einer Villa als Sanatorium für Stoffwechsel- und Nierenkranke.

Böhmen. In der Sitzung am 8. November 1902 gelangten nachstehende Gegenstände zur Verhandlung:

- 1. Errichtung von öffentlichen Apotheken in Johannesberg und Nimburg.
- 2. Sanitäre Zweckmässigkeit und Zulässigkeit des Serum anorganicum Truneček.
- 3. Einfuhr einer Kaffeeglasur aus dem Auslande.
- 4. Anlage einer chemischen Fabrik zur Erzeugung von Schwefelsäure, Superphosphat, Knochenmehl, Fett und Leim.
 - 5. Ableitung der Abwässer aus Coaks- und Caumacitwerken in den Elbefluss.
 - 6. Bewilligung zur Errichtung einer Parfumerie- und Toiletteseifen-Fabrik.

Mähren. Berathungsgegenstände in der Sitzung am 31. October 1902.

- 1. Recurse gegen die Concessionsverleihung der öffentlichen Apotheke in Marienberg.
 - 2. Lieferung der Lymphe für die Allgemeinimpfungen in den nächsten 3 Jahren.
 - 3. Einführung der Tegminverbände bei den allgemeinen Impfungen.
- 4. Recurs, betreffend Aenderungen und Herstellungen in einer Gerberei, Lederfabrik und Talgschmelze.
- 5. Recurs gegen die Bewilligung zur Errichtung eines neuen Friedhofes in Pozdechow.
 - 6. Errichtung einer dritten öffentlichen Apotheke in Prerau.
 - 7. Recurs in Angelegenheit der Erweiterung des Friedhofes in Klobauk.
 - 8. Errichtung eines neuen Sanitätsdistrictes Radostin.

Galizien. Verhandlungsgegenstände in der Sitzung vom 7. October 1902.

- 1. Gutächtliche Aeusserung, betreffend Vorkehrungen zur Hintanhaltung der syphilitischen und venerischen Krankheiten unter der Schuljugend der Mittelschulen. (Referent: Hofrath Prof. Dr. Kadyi.)
- 2. Gutachten über Erhöhung der Verpflegstaxen in den allgemeinen Krankenhäusern zu Podhajce und Zołkiew. (Referent: Prof. Dr. Machek.)
- 3. Gutächtliche Aeusserung in Angelegenheit der Errichtung einer dritten öffentlichen Apotheke in Sambor. (Referent: Sanitätsrath Docent Dr. Schramm.)



- 4. Gutachten, betreffend die Creirung neuer Sanitätsdistricte in Sołotwina, Bezirk Bohorodczany, in Dobrowody, Bezirk Zbaraż, und in Kuty, Bezirk Kosów. (Referent: Hofrath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 5. Aeusserung in Angelegenheit der Erhöhung des Reisepauschales für den Districtsarzt im Sanitätsdistricte Poronin, Bezirk Neumarkt. (Referent: Hofrath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Merunowicz.)
- 6. Vorschlag der Bewerber um die Verleihung der Concession für die vierte öffentliche Apotheke in Stanislau. (Referent: Regierungsrath Dr. Opolski.)

Mittheilungen über sanitäre Verhältnisse und Verfügungen im Auslande.

Stand der Pest und Maassnahmen gegen dieselbe. *Italien*. Mit Seesanitätsverordnung vom 11. December 1. J., Nr. 24, wurden die mit Verordnung vom 29. August, Nr. 20, für Herkünfte aus Odessa angeordneten Maassnahmen (S. 426 d. Bl.) ausser Kraft gesetzt.

Schweden. Zufolge Kundmachung des Reichscommerzcollegiums vom 18. November l. J. ist die Stadt Odessa als pestfrei zu behandeln.

Türkei. Im Dorfe Zat-ul-Eleb, Assyr, und in dessen Umgebung sind in der Zeit von Mitte August bis Mitte October 54 Pesterkrankungen, davon 12 mit tödlichem Ausgange, constatirt worden.

Britisch-Indien. In Bombay wurden in der Woche vom 14. bis 20. November 149 neue Pestfälle und 137 Todesfälle, in Calcutta in der Woche vom 9. bis 15. November 6 und in Kurachee in der Woche vom 8. bis 14. November 7 Pesttodesfälle ausgewiesen. In der Präsidentschaft Madras erkrankten in der Woche vom 10. bis 16. November 396 und starben 299 Personen an Pest.

In Britisch-Indien sind in der am 15. November abgelaufenen Woche 10488 Pesttodesfälle verzeichnet worden, gegenüber 10710 in der Vorwoche; hievon ereigneten sich in der Präsidentschaft Bombay 5877, in der Präsidentschaft Madras 299, in der Präsidentschaft Bengal 350, in den vereinigten Provinzen Agra und Oudh 879, in Punjab 1072 Fälle. Im Punjab sind von 24 mit Pestserum injicirten Personen 16 an Tetanus gestorben. Dieses bedauerliche Vorkommnis veranlasste die Regierung, die zwangsweise Impfung mit Pestserum einzustellen.

Hongkong. (S. 516). Im Monate October sind in der Colonie 2 tödtliche Pestfälle beobachtet worden.

Brasilien. In der Zeit vom 12. bis 17. November wurde in Rio de Janeiro 1 Pesttodesfall ausgewiesen.

Cholera. Griechenland. Die Dauer der Quarantaine für Herkünfte aus Aegypten wurde vom 14 December an von 5 auf 7 Tage erstreckt.

Türkei. In der am 7. December abgelaufenen Woche wurden in Palästina und Syrien insgesammt 84 Choleratodesfälle amtlich verzeichnet. In Jaffa sind während dieser Woche 33 Personen neu erkrankt und 29 gestorben; in Tiberias, woselbst durch 11 Tage kein Cholerafall beobachtet worden war, starben 2 Personen an dieser Krankheit. In Jerusalem wurde am 8. December ein Cholerafall, betreffend einen aus Amman eingetroffenen Landmann, constatirt. In letzterem Orte starben 16, in Salt, im Vilajet Syrien, 9 Personen an Cholera. Zufolge nachträglich eingetroffener Nachrichten über die in den Dörfern des Caza Jaffa im Verlaufe der Epidemie vorgekommenen und zum Theile bisher nicht ausgewiesenen Choleratodesfälle sind daselbst insgesammt 996 Personen der Cholera erlegen; hievon starben in Jahudie und Rubab je 250, in Kafrana 184, in Dschemzun 80, Scheih Muenne 70, Inabe 50, Vazur 40, Sakie 40, in Acre, Abu-Schusché, Berié, Kizaze 32 Personen. In Tiberias sollen bisher insgesammt 500 Todesfälle an Cholera vorgekommen sein.

Im Caza Mihail Assyr, (S. 516), ist die Cholera noch nicht erloschen.

Der Sanitätsconseil beschloss aus Anlass der neuerlichen Ausbreitung der Cholera in Alexandrien die Quarantaine gegen Herkünfte aus dieser Stadt auf 7 Tage zu erstrecken.

Herkünfte aus Beirut unterliegen mit Rücksicht auf den Ausbruch der Cholera in Damascus und den regen Verkehr, welchen Beirut mit dieser Stadt unterhält, der ärztlichen Visite.

Aegypten. In Alexandrien wurden in der Woche vom 4. bis 10. December 56 neue Cholerafälle und 44 Todesfälle verzeichnet. Von den neugemeldeten Fällen wurden 35 erst nach eingetretenem Tode constatirt. Ausser in Alexandrien sind in letzter Zeit noch in der Stadt Damiette und in der Provinz Gharbieh Cholerafälle vorgekommen; in Damiette starben in der Woche vom 2. bis 8. December 8 und in Gharbieh 2 Personen an Cholera.

Hongkong. (S. 516.) Im Monate October wurden 2 tödtliche Cholerafälle verzeichnet.

Blattern. Portugal. (S. 588.) In der Woche vom 30. November bis 6. December sind in Lissabon 113, in Oporto 84, und in den Provinzen 38 neue Blatternfälle ausgewiesen worden. In den Hospitälern befanden sich am 6. December in Lissabon 199, in Oporto 60 Blatternkranke in Behandlung. In Lissabon sind in der Woche vom 24. bis 30. November 9527 und in Oporto 1224 Personen der Schutzimpfung unterzogen worden.

Vermischte Nachrichten.

Stempelfreiheit der von den Districtsärzten in Mähren als Sachverständigen in Strafsachen ausgestellten Empfangsbestätigungen über Sachverständigengebühren. Das Finanzministerium hat der Finanzlandesdirection in Brünn mit Erlass vom 25. August 1902, Z. 29465, eröffnet, dass die von den Districtsärzten in Mähren als Sachverständigen in Strafsachen ausgestellten Empfangsbestätigungen über die ihnen aus dem Strafkostenverlage ausgefolgten Sachverständigengebühren nach der Verordnung vom 2. September 1853, R. G. Bl. Nr. 175, die Stempelfreiheit im Sinne der T. P. 48, lit. g des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, geniessen, weil die genannten Aerzte mit Rücksicht auf § 14 des mährischen Landesgesetzes vom 10. Februar 1884, L. G. Bl. Nr. 23, nicht als Gemeindebedienstete, sondern als Angestellte der Sanitätsdistricte anzusehen sind. (Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums.)

Dalmatien. Verlegung des Sitzes der Aerztekammer. Mit dem Erlasse vom 11. October 1902, Z. 35756, hat das Ministerium des Innern als Sitz der Aerztekammer für das Königreich Dalmatien die Stadt Spalato (an Stelle Zaras) bestimmt und die Zahl der Mitglieder von 11 auf 9 herabgesetzt. Von diesen Mitgliedern sind im Hinblieke auf die Bestimmung des § 11, letzter Absatz des Gesetzes vom 22. December 1891, R. G. Bl. Nr. 6 ex 1892, durch die Gesammtheit der wahlberechtigten Aerzte Dalmatiens drei Kammermitglieder und ebenso viele Stellvertreter aus der Mitte der am Sitze der Kammer, somit in Spalato oder in dessen Nähe wohnhaften, wahlfähigen Aerzte, und die übrigen sechs Kammermitglieder, bzw. Stellvertreter aus der Gesammtheit der wahlfähigen Aerzte Dalmatiens zu wählen.

Aerztliche Hilfeleistung an in den Wiener k. k. Krankenanstalten wegen Platzmangels zurückgewiesenen Kranken. Die k. k. n. ö. Statthalterei in Wien hat die Anordnung getroffen, dass für hilfesuchende Kranke, welche in einer k. k. Krankenanstalt lediglich wegen Platzmangels zurückgewiesen werden müssen, von der Aufnahmskanzlei des betreffenden Krankenhauses im Wege der telephonischen Umfrage die Aufnahme in eine andere k. k. Krankenanstalt vermittelt werde, ferner dass Kranke, welche nicht sofort in den Krankenstand aufgenommen werden können, hingegen der ärzlichen Hilfe dringend bedürfen, der möglichst beschleunigten ambulatorischen Behandlung an der entsprechenden Specialabtheilung von der Aufnahmskanzlei (dem Journale) aus zugeführt werden. (Erlass der k. k. n. ö. Statthalterei vom 20. August 1902, Z. 71053.)

Stand der Blattern und des Flecktyphus. Nach den in der Zeit vom 17. bis 23. December l. J. beim Ministerium des Innern eingetroffenen Anzeigen wurden neuerdings constatirt:

Blatternerkrankungen in Tirol im politischen Bezirke Trient: Bedollo 3; in Mähren in der Stadt Brünn 1.

Flecktyphuserkrankungen in Galizien in den politischen Bezirken: Bohorodczany: Kryczka 2; Kalusz: Niebylow 1; Rawa ruska: Manastyrek 1; Skalat: Zielona 1; Wadowice: Lęczany 1.



BEILAGEN

DER WOCHENSCHRIFT

DAS ÖSTERREICHISCHE SANITÄTSWESEN.

ORGAN FÜR DIE PUBLICATIONEN

DES

K. K. OBERSTEN SANITÄTSRATHES.

REDIGIRT VON

DR. J. DAIMER.
MINISTRIALRATH IM MINISTERIUM DES INNERN.

UND

DR. F. STADLER.

OBERBEZIRKSARZT.

XIV. JAHRGANG 1902.

WIEN 1902.

ALFRED HÖLDER,

K. U. K. HOF- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER I. ROTHENTHURMSTRASSE 13.

Digitized by Google

Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten.

Inhalts-Verzeichnis.

Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in Oesterreich während der Jahre 1819 bis 1899 (mit	Seite
11 Tafeln). Von Ministerialrath Dr. J. Daimer	1
Todesursachen in Oesterreich während der Jahre 1873 bis 1900 (mit 7 Tafeln). Von Ministerial-	
rath Dr. J. Daimer	83
Die Krebsstatistik Oesterreichs. Von Dr. Siegfried Rosenfeld	179
Druckfehlerberichtigung.	
Seite 95, Z. 9—11 von oben soll lauten: unter ganz unbekannten Ursachen oder unter dem Einfl	lusse
bestimmter Witterungs- oder anderer äusserer Verhältnisse einmal diese, ein andermal eine an	dere
Gruppe von Krankheiten gleichen oder ähnlichen Charakters in weiter Verbreitung vorkomme	n.
n der Tafel 16 (Sterblichkeit an Diphtherie) sind dem Diagramme für Dalmatien irrthümlich die Za	hlen
(1876-1900) beigefügt. Dieselben haben zu entfallen.	

Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in Oesterreich während der Jahre 1819—1899.

Mit 11 Tafeln.

Von Ministerialrath Dr. J. Daimer.

Für die öffentliche Sanitätspflege, deren Aufgabe es ist, die Gefahren, welche die Lebensbedingungen und die Gesundheit der Menschen bedrohen, aufzudecken, auf Beseitigung derselben oder wenigstens auf möglichste Abschwächung ihres verderblichen Einflusses hinzuwirken, bilden die Ergebnisse jener statistischen Erhebungen und Aufzeichnungen, welche die Verhältnisse der sogenannten Bevölkerungsbewegung umfassen, eine sehr wichtige, nicht zu entbehrende Grundlage. Aus diesen Aufzeichnungen verschafft sich der Sanitätsbeamte Kenntnis von der Entwicklungstendenz der Bevölkerung seines Amtsgebietes, welche in der Geburtenhäufigkeit hervortritt, von den Grenzen der menschlichen Lebensdauer in seinem Bezirke und von den Ursachen, welche derselben ein Ziel setzen. Zweckmässige Vorkehrungen gegen Gefahren für die allgemeinen Lebensbedingungen und gegen besondere, allgemeine, wie örtliche, oder nur einzelne Volksclassen bedrohende Gesundheitsschädlichkeiten setzen eben genaue Vertrautheit mit den bestehenden Verhältnissen und Kenntnis ihres Einflusses voraus.

Für die Beurtheilung der allgemeinen sanitären Verhältnisse ist die Geburten-

statistik ebenso wichtig, wie die Statistik der Sterbefälle überhaupt.

Von dieser Ueberzeugung ausgehend wurden schon in einer weit zurückliegenden Zeit die Amtsärzte — die Kreis- und Districtsphysiker — verpflichtet, in ihre regelmässig zu erstattenden Berichte Nachweisungen über Geburten und Sterbefälle aufzunehmen.

Bei der im Jahre 1871 erfolgten neuen Regelung der sanitären Berichterstattung, welche sowohl die Form wie den Inhalt der Berichte umfasste, fand die Geburtenstatistik keine Berücksichtigung mehr, man beschränkte sich auf die Nachweisungen der Todesursachen, wohl von der Ueberzeugung ausgehend, dass Geburten und

Sterbefälle nur in die demographische Statistik gehören.

Die mit der Verfassung der statistischen Sanitätsberichte betrauten Amtsärzte empfanden aber das Bedürfnis, sich auch mit den Geburtenverhältnissen ihrer Amtsgebiete vertraut zu machen und viele derselben nahmen in ihre jährlichen Ergänzungsberichte die wesentlichsten Ergebnisse der Volksbewegungsstatistik und die aus diesen abgeleiteten Folgerungen auf. Erst im Jahre 1895 wurden Eheschliessungen und Geburten in die Sanitätsberichte einbezogen, und finden seither eine einheitliche

Digitized by Google

für aus Verwaltungsgebiste gleichmässig festgesetzte Berücksichtigung seitens der Annahme

Der Amtianzt hat nicht die Aufgabe, wissenschaftliche Statistik zu betreiten , im oollegt nur, die vorgeschriebenen, für die Beurtheilung der sanitären Verhältnisse ; wontgen Ergeotlese der Sanitätsstatistik zu sammeln. Diese bieten ihm aber Finger seige oftmass sonere Anhaltspunkte, wo und auf welchen Gebieten Gefahren für die Gewintneit bestehen oder sich ausbilden.

Die Sanitätestatistik ist für ihn demnach nicht Selbstzweck, sondern ledigbei ein Mittel zum Zweck, ein Hilfsmittel, dessen er sich bedient, um über die bestehenden blostatischen Verhältnisse seines Amtsgebietes aus sicheren Thatsachen Kenntals zu erlangen und eintretende oder eingetretene Störungen, über welche die

Amageschafte keinen Anhaltspunkt boten, sofort zu entdecken.

Es lag auch der Einfihrung der erwähnten, seit dem Jahre 1895 vorgeschriebenen Form der Berichterstattung* über Volksbewegung und Todesursachen in erster Linie die Absicht zu Grunde, die Berichte für praktische Zwecke des öffentlichen Samtätistienstes leicht verwerthbar zu gestalten. Diesen Zweck erfüllten die Berichte vor dem Jahre 1895 nur in unvollständiger Weise.

Nach Ausscheidung der Volksbewegungsstatistik aus den Sanitätsjahresberichten der Amtarzte beschräckte man sich auf die Nachweisungen specieller Todesursachen, welche bis zum Jahre 1872 in der publicirten amtlichen Statistik nur untergeordnete Berücksichtigung gefunden hatten, indem lediglich Todesfälle an Cholera, Blattern, in Folge anderer Epidemien, sonstigen Krankheiten, gewaltsame Todesarten (Mord und

Todtschlag, Selbstmord, Unglücksfälle) verzeichnet wurden.

Aus den Jahren 1873—1894 liegen in der amtlichen Statistik über die Todesfälle zweierlei Nachweisungen vor, jene über Todesursachen und jene über Sterbefälle. Das Urmateriale für erstere bildeten die gemäss dem Ministerialerlasse vom 13. November 1871, Z. 12089, von den Ortsgemeinden (auf Grund der Todtenbeschaubefunde) zu erstattenden Berichte über Todesursachen, während den letzteren die vierteljährig von den Matrikenführern vorgelegten Ausweise über die Verstorbenen zu Grunde lagen.

Die Endergebnisse beider Arten von Berichten wurden in der amtlichen Statistik, und zwar die Todesursachen in der »Statistik des Sanitätswesens«, die Sterbefälle überhaupt und deren Vertheilung auf Altersclassen, nach Monaten etc. in der Statistik der »Bewegung der Bevölkerung« veröffentlicht. Es zeigte sich aber, dass die Zahlen der in der einen und in der anderen Nachweisung verzeichneten Todesfälle nicht übereinstimmten, ja dass sogar in jenen Verwaltungsgebieten, in welchen die von den Ortsgemeinden (auf Grund der Todtenbeschauprotokolle) zu erstattenden Berichte von den Pfarrämtern nach den Sterbematriken verfasst wurden, die jährlichen Endergebnisse mehr oder weniger, mitunter nicht unbedeutend voneinander abwichen, ein Umstand, welcher die Verlässlichkeit der Angaben zum mindesten zweifelhaft erscheinen liess.

Auch diesem Uebelstande sollte die im Jahre 1895 eingeführte Berichterstattung über Volksbewegung abhelfen. An Stelle der bis dahin vorgeschriebenen Tabellen mit Ziffereintragungen traten die Matrikenauszüge, in welchen jeder Standesfall (Eheschliessung, Geburt, Todesfall) für sich charakterisirt und bei jedem Sterbefalle die Todesursache namentlich angeführt wird. Da jeder Todesfall in einer Matrike verzeichnet, in jener des Sterbeortes mit Numerus currens angeführt wird, in die Matrikenauszüge aber nur die mit Numerus eurrens versehenen Sterbefälle aufgenommen werden dürfen, ist die Gewähr vorhanden, dass nunmehr alle Sterbefälle, und zwar in der Sterbematrik für jene Ortsgemeinde, in welcher dieselben vorgekommen sind, ausgewiesen werden, und dass daher die aus den Matrikenauszügen bearbeiteten Uebersiehten auf volle Genauigkeit Anspruch machen können.



⁷⁾ Siehe Jahrg, 1895 d. Bl. Nr. 8, 17 und Beilagen.

Durch die Einführung der Individualnachweisungen wurde es ferner ermöglicht, über eine grosse Zahl statistisch wichtiger Beziehungen der einzelnen Standesfälle zu verschiedenen Lebens- und socialen Verhältnissen Aufschlüsse zu erlangen, während anderseits den Matrikenführern, welche nunmehr lediglich die betreffenden Daten aus den Büchern auszuziehen haben, die früher mühevollen ziffermässigen Zusammenstellungen und Eintragungen erspart bleiben. Nach Ablauf jedes Vierteljahres werden die gesammelten Matrikenauszüge an die statistische Centralcommission eingesendet und von dieser zur Verfassung von Bezirks-, Landes- und Reichsübersichten verwendet, welche dann nach wie vor einen eigenen Theil der periodisch veröffentlichten amtlichen (demographischen) Statistik bilden.

Die bisher vorliegenden Publicationen dieser Art enthalten ein ungleich vielseitiger gegliedertes und reicheres Material zur Beurtheilung der Bevölkerungsvorgänge im Allgemeinen und ihrer Beziehungen in verschiedenen Richtungen, als die früheren Bearbeitungen der gleichen statistischen Erhebungen. Da aber diese Publicationen nicht alsbald nach Ablauf eines Jahres erscheinen, ist deren unmittelbare Verwerthung für Zwecke der öffentlichen Sanitätspflege unmöglich und mussten, um auch diesem Zwecke gerecht zu werden, besondere Einrichtungen getroffen

werden.

Diese bestehen darin, dass die Amtsärzte verpflichtet sind, in die vierteljährig von den Matrikenführern vorgelegten Matrikenauszüge, welche sofort nach ihrem Einlangen bei der politischen Behörde erster Instanz in Bezug auf vorschriftsmässige Bearbeitung und auf ihre Vollständigkeit geprüft, wenn mangelhaft befunden, an den Matrikenführer zur Aufklärung oder Richtigstellung zurückgesendet werden, Einsicht zu nehmen, aus denselben für das sanitäre Grundbuch des Bezirkes Vormerkungen zu machen und die in die Statistik aufzunehmende Todesursache zu bezeichnen. Die im Grundbuche verzeichneten Ergebnisse werden dann als Ausweise über die sanitätsstatistischen Verhältnisse des Bezirkes vierteljährig der politischen Landesbehörde vorgelegt.

Diese Vormerkungen umfassen: Trauungen, Geburten, mit Unterabtheilung der todt und der unehelich Geborenen, der Zahl der Fälle, in denen ein Arzt oder eine Hebamme den geburtshilflichen Beistand geleistet hatte; Todesfälle mit Rücksicht auf das Alter der Verstorbenen (bis 1 Monat, bis 1 Jahr, bis 5 Jahre, 5-15, 15-30, 30-50, 50-70, über 70 Jahre) und auf die Todesursache, endlich Zahl der Sterbe-

fälle, bei denen die Todesursache ärztlich beglaubigt war.

Für die Festsetzung der einzelnen Rubriken dieser Vormerkungen war selbstverständlich lediglich das praktische Bedürfnis des Sanitätsdienstes maassgebend,

welches vollauf rechtfertigt, dass andere Rücksichten zurückgestellt wurden.

Das Verhältnis zwischen der Zahl der Eheschliessungen und Geburten, die Häufigkeit der Todtgeburten und der unehelichen Geburten haben für die allgemeinen sauitären und für die zu diesen in Beziehungen stehenden socialen Verhältnisse, die Häufigkeit sachkundigen Beistandes bei Entbindungen in medicinal- wie sanitätspolizeilicher Hinsicht ganz besonderen Werth und fordern den Amtsarzt auf, den Ursachen in ungünstiger wie in günstiger Hinsicht eintretender Veränderungen nachzuforschen. Es war jedenfalls ein grosser Mangel der im Jahre 1871 eingeführten Sanitätsberichte, dass diesen Verhältnissen keine Beachtung geschenkt wurde.

Dasselbe gilt von der Sterblichkeit nach dem Alter. Der geradezu ausschlaggebende Einfluss der Kindersterblichkeit auf die Gesammtsterblichkeit verlangt, dass auch die Zahl der gestorbenen Kinder für sich nachgewiesen wird, einerseits um das Verhältnis derselben zur Zahl der Lebendgeborenen, anderseits zu jener der Verstorbenen beurtheilen zu können. Aus diesem Grunde wurde die gesonderte Verzeichnung der im ersten Lebensmonate, der im ersten Lebensjahre und der im Alter bis zu fünf Jahren gestorbenen Kinder in den Vormerkungen gefordert.

Die Altersabgrenzung mit vollendetem fünften Lebensjahre entspricht ungefähr dem Zeitpunkte, nach welchem der erste der bleibenden Zähne durchbricht, die Altersabgrenzung mit dem 15. Lebensjahre ungefähr der Pubertätszeit. Der erstere Zeitpunkt trifft im Allgemeinen überall zu, der letztere schwankt allerdings nach Geschlecht, Gegend u. s. w. innerhalb breiterer Grenzen, kann aber immerhin im Allgemeinen als Durchschnittsgrenze betrachtet werden. Dentition und Pubertät kennzeichnen aber physiologische Abschnitte in der Entwicklungsperiode des Menschen und erscheint hienach die Registrirung von Todesfällen nach dieser Richtung wohl begründet. Ebenso bildet, mögen auch Ausnahmen in nicht geringer Zahl vorkommen, das 70. Lebensjahr eine naturgemässe Grenze, mit welcher das Greisenalter beginnt. Allerdings stehen den in diesem Lebensabschnitte noch rüstigen Menschen aber auch vorzeitig gealterte, welche das 70. Jahr noch nicht erreicht haben, gegenüber.

Die in den Vormerkungen angeführten Zwischenabstufungen 15-30, 30-50, 50-70 Jahre entsprechen nicht physiologisch bestimmt abgegrenzten Lebensabschnitten, bilden daher künstliche Abtheilungen, charakterisiren aber doch die Periode der Entwicklung und des Beginnes des productiven Alters, des Besitzes der Vollkraft und

der Abnahme derselben, des Ueberganges zum Greisenalter.

Nächst der Sterblichkeit nach dem Alter, welche sehr bedeutsame Aufschlüsse auch dem Sanitätsbeamten bietet, ist die Todesursachenstatistik der wichtigste Theil der Erhebungen. Bei Feststellung der Formularien für dieselbe waren gleichfalls die praktischen Ziele der Sanitätsverwaltung von bestimmendem Einflusse. Die Grundlagen für diese bilden die Todtenbeschaubefunde, aus denen die Todesursachen in die Sterbematriken übertragen werden. So wünschenswerth es in vielen Beziehungen wäre, möglichst detaillirte Nachweisungen über die Häufigkeit der einzelnen Todesursachen zu erlangen, ebenso gross und zur Zeit noch wenigstens in einzelnen Ländern ganz unüberwindlich sind die Schwierigkeiten, welche entgegenstehen. Die Wichtigkeit einer auf gleichen Grundlagen beruhenden einheitlichen Statistik der Todesursachen wurde schon vor langer Zeit erkannt und beschäftigten sich die berufenen Kreise und Fachmänner wiederholt mit der Frage, wie eine einheitliche Grundlage international vereinbart werden könnte.

Eine verlässliche derartige Statistik, und nur um eine solche kann es sich handeln, besitzt nur dann Werth, wenn die Todesursachen sicher festgestellt sind, soweit sie aus der Beobachtung am Krankenbette festgestellt werden können. Es lehrt aber die Erfahrung und die Berichte aus grossen Krankenanstalten, in denen wohlerfahrene, in jeder Hinsicht wissenschaftlich geschulte und ausgebildete Aerzte thätig sind, geben Zeugnis, dass die aus den klinischen Diagnosen und die aus den Befunden bei den pathologischen Sectionen verzeichneten Todesursacheu nicht immer vollständig übereinstimmen. Es ist dies dem Fachmanne leicht erklärlich, und kann eine solche Differenz dem behandelnden Arzte nicht zum Vorwurfe gemacht werden. Für eine Statistik aber, welche nur bestimmt festgestellte Thatsachen registriren soll und welche nur eine Krankheit als Todesursache bezeichnet, ist es nicht ohne Belang, ob die vom Kliniker angenommene oder die bei der Section an der Leiche gefundene Grundkrankheit als Todesursache verzeichnet wird.

Wenn aber derartige Differenzen in Anstalten mit Aerzten, deren Befähigung und praktische Erfahrung ausser allem Zweifel stehen, vorkommen können, um wie viel leichter und häufiger mögen sich Irrungen ausserhalb Anstalten ereignen und welch geringes Vertrauen kann man den bei Sterbefällen ausgewiesenen Todesursachen entgegenbringen, wenn der behandelnde Arzt den Kranken gar nicht gesehen, wenn eine ärztliche Behandlung überhaupt nicht stattgefunden, wenn ein Arzt die Leiche nicht beschaut und die Angehörigen oder Umgebung des Verstorbenen über die Krankheitserscheinungen nicht befragt hat!

Von dem Augenblicke an, in welchem man sich diese Umstände klar vor Augen gehalten hat, verschwindet das Vertrauen an die Verlässlichkeit der statistischen An-

gaben über die in früheren Jahren ausgewiesenen Todesursachen, und nur zu leicht ist man versucht, auch der Todesursachenstatistik jener Länder, in denen die Grundlagen dieser Statistik unbestreitbar verlässlichere sind, mit Zweifeln zu begegnen.

Die Grundlage kann nur die Todtenbeschau bieten, welche sich ihrerseits auch wieder auf die Angaben der behandelnden Aerzte stützen muss. Wiewohl die Organisation der Todtenbeschau in Oesterreich schon vor mehr als einem Jahrhundert angestrebt, nach und nach in den einzelnen Verwaltungsgebieten durchgeführt wurde, liess doch die Handhabung der betreffenden Vorschriften in manchen Verwaltungsgebieten trotz wiederholter Erinnerungen an genaue Beobachtung derselben, viel zu wünschen übrig.

Im letzten Decennium wurden die in den einzelnen Verwaltungsgebieten in Kraft gestandenen Todtenbeschau-Ordnungen über Anregung des Obersten Sanitätsrathes und über Auftrag des Ministeriums des Innern einer zeitgemässen Revision unterzogen und Instructionen für die Leichenbeschauer erlassen.

Als Grundsatz gilt, dass womöglich ein Arzt mit der Beschau betraut, dass demselben ein vom behandelnden Arzte des Verstorbenen ausgestellter ärztlicher Behandlungsschein vor der Beschau eingehändigt und dieser im Beschauprotokolle aufbewahrt werde. Die behandelnden Aerzte und die Todtenbeschauer wurden verpflichtet, die Todesursachen nach wissenschaftlichen Diagnosen und mit präcisen (lateinischen) Benennungen anzugeben.

Bei dem Mangel an Aerzten in manchen Gegenden des flachen Landes kann aber die Leichenbeschau nicht überall nur Aerzten übertragen werden, in ausgedehnten Todtenbeschausprengeln ist es dem einzigen vorhandenen Arzte oft physisch unmöglich, neben der Behandlung von Kranken die Leichenbeschau in entfernten Gemeinden und menschlichen Ansiedelungsorten selbst vorzunehmen, es mussten Laien als subsidiäre Beschauorgane bestellt werden. Wenn nun auch in einigen Ländern solchen nichtärztlichen Personen die Leichenbeschau nur in jenen Fällen gestattet ist, in welchen ein ärztlicher Behandlungsschein vorliegt, wurde in anderen von einer derartigen Beschränkung abgesehen. Thatsächlich ist die Zahl der Fälle, in denen die Todtenbeschau nicht von Aerzten vorgenommen wird, eine ganz bedeutende.

Einen genaueren Einblick auch in diese Verhältnisse bietet erst die im Jahre 1895 eingeführte Berichterstattung, welche nachweist, wie viele von den angegebenen Todesursachen ärztlich beglaubigt sind. Vollkommen klaren Aufschluss gibt diese Nachweisung aber auch nicht und sind überdies bereits Zweifel aufgetaucht, welche Fälle in dieser Rubrik ausgewiesen werden sollen.

Es liegt auf der Hand, dass der Beschauarzt aus der Besichtigung der Leiche und aus den Angaben der Angehörigen oder der Umgebung des Verstorbenen nur in seltenen Fällen zu einem begründeten, bestimmten Urtheile gelangen kann, welche Krankheit den Tod herbeigeführt hat, wenn ihm nicht auch der ärztliche Behandlungsschein vorliegt. Gleichwohl wird gemeiniglich die Todesursache als ärztlich beglaubigt angesehen, wenn ein Arzt die Bezeichnung derselben in den Beschauschein eingetragen hat. Das war aber schwerlich die Absicht der Vorschrift, als dieselbe erlassen wurde.

Den hierüber entstandenen Zweifeln kann nur abgeholfen und eine ganz entsprechende Vervollständigung der Nachweisungen erzielt werden, wenn an Stelle der gegenwärtigen Rubrik särztlich beglaubigte Todesursachen« zwei andere treten, in denen einerseits die Fälle, in denen eine ärztliche Behandlung vor dem Tode stattgefunden hat, anderseits die Fälle, in denen die Leichenbeschau von einem Arzte vorgenommen wurde, Aufnahme finden. Hiedurch würden zwei verschiedene, miteinander durchaus nicht nothwendig im Zusammenhange stehende, aber medicinalwie sanitätspolizeilich sehr wichtige Thatsachen auseinander gehalten werden.

Aus den später folgenden Nachweisungen über die ärztlich beglaubigten Todesursachen geht hervor, dass in einigen Ländern ein recht erheblicher Theil der Todesfälle hinsichtlich der Ursache sachverständig nicht genügend aufgeklärt ist. Dass unter solchen Umständen die Statistik auf Verlässlichkeit keinen Anspruch machen kann, ist selbstverständlich. Eine Besserung dieses heute noch nicht zu beseitigenden Missstandes wird erst dann eintreten, wenn die Vertheilung der Aerzte auch auf dem Lande eine solche ist, dass die Behandlung eines Kranken in der Regel durch einen Arzt erfolgen und ein solcher auch die Todtenbeschau vornehmen kann. So lange diese Verhältnisse nicht allenthalben eine Aenderung in günstigem Sinne erfahren haben, ist an Verlässlichkeit der nach einem den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechenden Mortalitätsschema verzeichneten Todesursachen nicht zu denken und verlieren auch die genauen Angaben aus Ländern, in welchen diesen Voraussetzungen entsprochen werden konnte, in der allgemeinen Reichsstatistik ihren Werth.

Erwägungen dieser Art bestimmten auch den Obersten Sanitätsrath, dessen Gutachten über den Inhalt des einzuführenden amtlichen Mortalitätsschemas eingeholt wurde, von einer systematischen, den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechenden Anordnung und Aufzählung der Todesursachen abzusehen und nur solche Krankheiten in das Verzeichnis aufzunehmen, deren Feststellung bei geordnetem Sanitätsdienste erwartet werden kann. Diese Voraussetzung trifft zunächst bei den Infectionskrankheiten zu.

Da es Grundsatz ist, dass wenigstens bei den ersten Fällen dieser Krankheiten vom Amtsarzte der politischen Behörde I. Instanz die Erhebungen gepflogen und die nöthigen Anordnungen zur Hintanhaltung einer Weiterverbreitung der Infectionskrankheit getroffen werden, da bei dem Bestande einer Epidemie die Diagnose in späteren Fällen seltener einem Zweifel unterliegt, da ferner in den Ländern, in denen die Organisation des Gemeindesanitätsdienstes bereits durchgeführt wurde, der Gemeinde-, beziehungsweise Districtsarzt verpflichtet ist, die Infectionskranken in Evidenz zu führen, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen und deren Durchführung zu überwachen, kann bei genauer Beobachtung der bestehenden Vorschriften der Nachweis von Todesfällen in Folge dieser Krankheiten keiner wesentlichen Schwierigkeit unterliegen. Die bereits bestehenden Einrichtungen bieten daher vollständig die Möglichkeit, alle Todesfälle, welche durch acute Infectionskrankheiten herbeigeführt werden, in Erfahrung zu bringen und bedarf es nur einer zielbewussten Handhabung der Vorschriften, um den beabsichtigten Zweck endlich auch zu erreichen.

Die vorzugsweise Berücksichtigung der Infectionskrankheiten im Mortalitätsschema entspricht auch den Zielen der Sanitätsverwaltung, welche ihr Augenmerk zunächst auf diese, wenigstens zum grössten Theile nicht allzuschwer abzuwendenden, vielfach selbst leicht zu vermeidenden Feinde des Menschen richtet. Gesetze und Verordnungen bieten die Handhaben für zweckmässige Vorbeugungs- und Tilgungsmaassnahmen, die Durchführung derselben kann unter Umständen sogar erzwungen werden, Mittel, welche gegenüber anderen, nicht als gemeingefährlich angesehenen Krankheiten überhaupt nicht oder nur in beschränktem Maasse zu Gebote stehen. Es ist daher auch in dieser Richtung das praktische Bedürfnis in erster Linie maassgebend gewesen, wenn im Mortalitätsschema auf die Infectionskrankheiten ganz besondere Rücksicht genommen und jene Krankheiten, die, aus welchen Gründen immer, in sanitätspolizeilicher Hinsicht nicht die gleiche Bedeutung haben, zurückgestellt wurden.

Für die wichtigsten der in unseren Gegenden vorkommenden Infectionskrankheiten sind gesonderte, für die seltener oder in einer kleineren Zahl von Fällen auftretenden oder seltener zum Tode führenden ansteckenden Krankheiten Collectivnachweisungen im Schema vorgesehen und werden diese Summarangaben durch

specificirte anhangsweise anzuführende Nachweise ergänzt. Auf diese Weise wurde eine vollständige Uebersicht über die in jeder vierteljährigen Berichtsperiode und im Laufe eines jeden Jahres vorgekommenen derartigen Todesfälle angebahnt.

Eine sehr wesentliche Ergänzung erfuhr das Schema durch Nachweisungen der Todesfälle, welche in Folge von Wundinfections-, sowie von Thierkrankheiten, welche auf den Menschen übertragen wurden, eingetreten sind. Die früheren Mortalitätsberichte gaben über diese Todesfälle keinen Aufschluss.

Aus den Gruppen der anderen, nicht oder wenigstens noch nicht allgemein als Folgen einer Infection anerkannten Todesursachen wurden nur einige wenige im Schema berücksichtigt. Die Verzeichnung der auf angeborene Lebensschwäche zurückgeführten Todesfälle wurde auf jene Fälle beschränkt, in denen eine Frühoder Missgeburt vorangegangen war. Erfahrungsgemäss wurde in den Todtenbeschaubefunden diese Todesursache der Einfachheit und Kürze halber häufig verzeichnet, trotzdem irgend eine bestimmte andere Krankheit als mangelhafte Entwicklung den Tod herbeigeführt hatte. Ueber die Säuglingssterblichkeit liefern aber die Nachweisungen über die im ersten Lebensmonate und im ersten Lebensjahre vorgekommenen Todesfälle ungleich sicherere Anhaltspunkte als die Todesursachenstatistik.

Gleiche Gründe waren maassgebend für Ausscheidung der Todesursache Altersschwäche«. Auch diese Bezeichnung deckt sich mit keiner einzelnen wissenschaftlichen Diagnose, ist ein zwar für den behandelnden Arzt und für den Todtenbeschauer bequemes Auskunftsmittel, welches ihn der genaueren Rechenschaft enthebt und umso lieber angewendet wird, da der Nichtfachmann sich mit dem Namen zufrieden stellt, mit welchem er eine Vorstellung verbindet, die den Fachmann nicht in gleichem Maasse befriedigt. Auch in dieser Beziehung gibt die Nachweisung der Todesfälle nach dem Alter der Verstorbenen richtigere Anhaltspunkte, als die aus ganz vagen, der wissenschaftlichen Pathologie durchaus nicht entsprechenden Angaben abgeleiteten Ziffern.

So einfach es dem in die Verhältnisse, in die bestehenden Einrichtungen Nichteingeweihten erscheinen mag, eine verlässliche Todesursachenübersicht herzustellen, so schwierig gestaltet sich, wie aus den vorstehenden Andeutungen zu entnehmen ist, die thatsächliche Beschaffung des nothwendigen Materiales. Nur solches kann und darf der Statistik zu Grunde gelegt werden, wenn dieselbe auf Verlässlichkeit Anspruch machen will. Allerdings wäre es für die Zwecke der wissenschaftlichen Statistik wie für jene der Sanitätspflege und Heilkunde ausserordentlich wünschenswerth, unbedingt sichere Anhaltspunkte über die Art und über die Häufigkeit der einzelnen zum Tode führenden Krankheiten zu gewinnen, über die Beziehungen derselben zum Lebensalter, zu dem Berufe, u. s. w. der Verstorbenen Bestimmtes zu erfahren. Von dem anzustrebenden Ziele sind wir aber leider noch weit entfernt. Der Umstand allein, dass ziffermässig abgegrenzte und ausgedrückte Thatsachen verzeichnet werden, liefert noch nicht die Grundlagen, aus denen die erwünschte Kenntnis geschöpft werden könnte. Ziel der Sanitätsverwaltung ist und muss sein, möglichst genaue, von subjectiven Anschauungen nicht beeinflusste Anhaltspunkte zu beschaffen. Behufs Erreichung dieses Zieles musste sich dieselbe daher vorläufig noch auf jene Krankheiten beschränken, über welche verlässliche, von Aerzten erhobene Thatsachen festzustellen sind, auf die Infectionskrankheiten.

Durch die Organisation des Gemeindesanitätsdienstes, welche nur in zwei Ländern (Salzburg und Görz-Gradisca) noch nicht in Angriff genommen wurde, in den übrigen bereits durchgeführt oder in Durchführung begriffen ist, wird die erste und wichtigste Voraussetzung, eine derartige Vertheilung der Aerzte angebahnt, dass die Bevölkerung in weitesten Kreisen sachverständigen Beistand und rationelle Behandlung in Krankheitsfällen findet, und hiedurch auch ermöglicht, über die Ursachen, welche in den einzelnen Fällen den Tod herbeiführten, genauere Kenntnis zu erlangen. Die in jüngster Zeit nach übereinstimmenden Grundsätzen geregelte Todten-

beschau, welche in erster Linie den Gemeinde-, beziehungsweise Distrisctsärzten obliegt, ergänzt die Einrichtungen, deren Vorhandensein ein nothwendiges Erfordernis sind für die Erlangung verlässlicher, für ein Urtheil über die bestehenden sanitären Verhältnisse maassgebender statistischer Anhaltspunkte. Erst aus solchen Grundlagen kann der vom Staate bestellte Sanitätsbeamte von den für eine erfolgreiche Entfaltung seiner Dienstesthätigkeit nothwendigen Grundlagen mit Erfolg Gebrauch machen und aus denselben eingehende Kenntnis der allgemeinen sanitären Verhältnisse seines Bezirkes erlangen.

Auch in einer anderen Richtung als in statistischer Hinsicht erweisen sich die vierteljährigen Vormerkungen über Todesfälle für den Amtsarzt als wichtige Ergänzungen und unentbehrliche Behelfe. Es besteht zwar in allen Verwaltungsgebieten die Verpflichtung zur Anzeige von Infectionskrankheiten, aber selbst dort, wo auf Erfüllung dieser Verpflichtung mit grosser Strenge geachtet wird, kommt es vor, dass die Behörde von einzelnen Fällen, sei es, weil ein Arzt nicht zu Rathe gezogen wurde, sei es aus anderen Gründen, keine Kenntnis erlangt. Eine Vergleichung der Zahl der in den vierteljährigen Vormerkungen verzeichneten mit den in derselben Zeit zur Anzeige gekommenen Sterbefällen an Infectionskrankheiten bietet der politischen Behörde den Anlass zu weiteren Erhebungen und das Substrat, um jene Personen, welche die ihnen obliegende Anzeige unterlassen haben, zur Verantwortung zu ziehen. Eingehende Nachforschungen, und auf Grund derselben durchgeführte Amtshandlungen in dieser Beziehung werden und müssen dahin führen, dass innerhalb kurzer Zeit nicht blos die Sterbefälle sondern auch die Erkrankungen an Infectionskrankheiten der politischen Behörde zur Kenntnis gebracht werden und dieselbe in die Lage kommt, die nothwendigen Vorkehrungen rechtzeitig zu treffen.

Aus dem Angeführten ergibt sich der organische innere Zusammenhang der bestehenden Einrichtungen, von denen die späteren auf den früher getroffenen fussen eine die andere ergänzt, und deren genaues Ineinandergreifen eine nothwendige Vorbedingung ist für ein tadelloses, dem angestrebten Zwecke entsprechendes Functioniren des öffentlichen Sanitätsdienstes. Die wichtigste Grundlage bildet die Organisation des Gemeinde-Sanitätsdienstes, welche eine derartige Vertheilung der Aerzte bewirkt, dass in jeder Gemeinde nicht blos sachverständiger Beirath und Hilfeleistung in Erkrankungsfällen, sondern auch zur Wahrung der öffentlichen sanitären Interessen, für Durchführung der Vorkehrungen gegen Infectionskrankheiten, Todtenbeschau u. s. w. die nothwendigen ärztlichen Hilfsorgane gesichert werden. Erst von dem Zeitpunkte an, in welchem diese Voraussetzungen allenthalben erfüllt sein werden, kann auf Erlangung einer verlässlichen Todesursachenstatistik gerechnet

werden.

Es wurde oben bemerkt, dass die von den Amtsärzten in ihrem sanitären Grundbuche zu führenden Vormerkungen wesentliche Hilfsmittel zur Erlangung genauerer Kenntnis der sanitären Verhältnisse ihrer Bezirke bilden. Bei Einführung der Vormerkungen wurde daher auch nur auf die Verzeichnung jener Thatsachen Bedacht genommen, welche für die Sanitätsverwaltung von besonderem Werthe sind, während die meisten der von der wissenschaftlichen Statistik eingehender behandelten mannigfachen Beziehungen der Standesfälle zu persönlichen und äusseren Verhältnissen übergangen wurden. Eine solche Beschränkung war sehon deshalb nothwendig, weil die Amtsärzte mit Arbeiten nicht allzuschwer belastet werden konnten. In manchen Bezirken, zumal in jenen, in welchen in einer Ortsgemeinde verschiedene Matrikenstellen die Standesfälle zu verzeichnen haben, so insbesondere dort, wo Matrikenauszüge verschiedener Confessionen zu berücksichtigen sind, erfordern die Eintragungen grosse Aufmerksamkeit und verursachen mitunter viel Mühe. Da die Trauungs-, Geburten- und Sterbebücher nicht in eigens nur hiefür bestimmten Aemtern, sondern von den Seelsorgern der einzelnen Confessionen oder besonders hiezu bevollmächtigten Personen geführt oder einzelne Standesfälle bei der politischen

Behörde I. Instanz registrirt werden, musste, um über die Volksbewegungsergebnisse für die einzelnen Gemeinden Kenntnis zu erlangen, zu dem Auskunftsmittel gegriffen werden, dass der Amtsarzt die einzutragenden Daten aus allen jenen Matrikenauszügen, welche Standesfälle aus diesen Gemeinden enthalten, entnimmt.

Vom Standpunkte der Sanitätsverwaltung ist es unerlässlich, dass der Amtsarzt von den Bevölkerungsvorgängen und von den Todesursachen nicht blos in seinem Bezirke überhaupt, sondern auch von jenen in jeder Gemeinde seines Bezirkes Kenntnis hat. Die politischen Bezirke vereinigen stets eine grössere oder kleinere Zahl von Gemeinden verschiedenen räumlichen Umfanges und mit verschiedener Einwohnerzahl. Die Boden , Wasser- und sonstigen ausseren, die Beschäftigungs- und anderen auf die allgemeinen Lebensbedingungen und auf die Gesundheit Einfluss nehmenden Verhältnisse stimmen aber nur selten in den einen Bezirk bildenden Gemeinden überein, es bestehen Abweichungen verschiedener Art, die jedoch in den Ergebnissen der Geburten- und Sterblichkeitsstatistik für den ganzen Bezirk nicht zum Ausdrucke kommen. Weder die hohe Sterblichkeit einer unter ungünstigen hygienischen Verhältnissen lebenden Bevölkerung einer einzelnen übervölkerten Gemeinde, noch die niedrige Sterblichkeit einer vielleicht benachbarten ländlichen Gemeinde, deren Bewohner sich auf zerstreut gelegene Häuser vertheilen und auch eine zu Erkrankungen selten Anlass gebende Beschäftigung haben, sich somit günstiger allgemeiner Lebensbedingungen erfreuen, sind aus den Mortalitätsausweisen des Gesammtbezirkes zu entnehmen.

Die Statistik sucht aus einer möglichst grossen Zahl von Einzelfällen die Naturgesetze, denen die Geburten- und Sterblichkeitshäufigkeit folgen, zu ergründen. Es liefern die Ergebnisse dieser Forschung, sobald dieselbe auf kleinste Verwaltungsgebiete beschränkt wird und nur kurze Zeiträume ins Auge fasst, nicht die gewünschten Anhaltspunkte. Es führt da nur der Weg zum Ziele, dass man auch für jede Gemeinde eine möglichst grosse Zahl von Fällen in Vergleich zieht. Dies ist möglich durch Benützung der statistischen Angaben, welche aus einer längeren Reihe von Jahren vorliegen. In kleineren Gemeinden bedingt schon eine unbedeutende Zunahme der Zahl der Todesfälle in einem Jahre eine wesentlich höhere Mortalitätsziffer, während eine ebenso geringfügige Abnahme der Zahl der Todesfälle und die hieraus abgeleitete niedrigere Mortalitätsziffer nur zu leicht zu dem aus diesem Anhaltspunkte allein noch nicht gerechtfertigten Schlusse verleitet, dass sich die sanitären Verhältnisse dieser Gemeinde in dem betreffenden Jahre erheblich gebessert haben.

Legt man aber die innerhalb einer Reihe von Jahren verzeichneten Sterbefälle der Berechnung zu Grunde, so gleichen sich die Schwankungen in der Zahl der Todesfälle, welche in den Jahresberichten verzeichnet sind, aus, es wird eine Mortalitätsziffer gefunden, welche vielleicht in keinem einzelnen Jahre zutrifft, welche aber thatsächlich ausdrückt, wie hoch die Sterblichkeit innerhalb dieses Zeitraumes in der Gemeinde war.

Solche Mittelwerthe bilden dann auch feste Anhaltspunkte, nach denen in späteren Jahren die Sterblichkeitsverhältnisse jeder einzelnen Gemeinde eines Bezirkes im günstigen oder ungünstigen Sinne zu beurtheilen sind.

Die amtlichen Publicationen verzeichnen die Ergebnisse der Volksbewegungsund Todesursachenstatistik nach Ländern und nach politischen Bezirken. In den
Vormerkungen der Amtsärzte werden alle Ortsgemeinden nach Gerichtsbezirken
geordnet und in den vierteljährigen Ausweisen die Summarergebnisse für die
Gerichts- und für die politischen Bezirke verzeichnet. Für diese Einrichtung war
der Umstand maassgebend, dass die in hygienischer Beziehung wichtigen äusseren
und socialen Verhältnisse der Gemeinden eines Gerichtsbezirkes wenigstens im Allgemeinen nicht so weit von einander verschieden sind, wie jene der Gemeinden
eines mehrere Gerichtsbezirke umfassenden politischen Bezirkes, daher auch sicherere

Grundlagen für die Beurtheilung der sanitären Verhältnisse bieten, wie jene für letzteren.

Für die amtlichen Publicationen der Volksbewegungs- und Mortalitätsstatistik würde die Ausdehnung der Nachweisungen nach Gerichtsbezirken allerdings eine sehr bedeutende Vermehrung des Umfanges nach sich ziehen. Den Amtsärzten stehen aber jene Grundlagen, welche die Statistik der Sanitätsverwaltung bietet, auch hinsichtlich der Gemeinden zur Verfügung. Dieselben wurden verpflichtet, in ihren Jahresberichten die absoluten Zahlen der Eheschliessungen, der Geburten und Todesfälle, das Verhältnis derselben zu der Einwohnerzahl, das Verhältnis zwischen der Zahl der Sterbefälle im 1. Lebensmonate und im 1. Lebensjahre und der Zahl der Lebendgeborenen, die Sterbefälle im Kindesalter im Vergleiche mit der Gesammtzahl der Todesfälle, endlich die Sterblichkeitsverhältnisse nach den wichtigeren Todesursachen für jede Ortsgemeinde nachzuweisen.

Soll die Sanitätsstatistik den praktischen Zielen der öffentlichen Gesundheitspflege dienen, so genügt es nicht, lediglich die aus den Tabellen zusammengestellten und nach den angegebenen Beziehungen berechneten Ziffern anzuführen, es ist vielmehr nothwendig, dem statistischen Materiale auch das zu entnehmen, was zu einer wirklichen Nutzanwendung führt. Auch in dieser Richtung werden die Ergebnisse eines Jahres vielfach nicht genügende Anhaltspunkte bieten, es werden vielmehr die Ergebnisse aus einer längeren Reihe von Jahren heranzuziehen sein.

Die Verwerthung der Statistik für praktische Zwecke des öffentlichen Sanitätsdienstes ist allerdings nicht immer einfach und leicht. Vielfach begegnet man
Schlussfolgerungen, welche selbst einer durchaus nicht strengen Kritik nicht Stand
halten können, weil die Grundlagen und Voraussetzungen unsichere sind oder weil die
in Vergleich gezogenen Thatsachen in keinem inneren Zusammenhange stehen. In
sanitätsstatistischen Arbeiten findet man leider nur zu häufig Behauptungen, denen

solche unsichere Schlussfolgerungen zu Grunde liegen.

Eine beliebte Methode ist, dass man den zeitlichen Verlauf von Vorgängen und Thatsachen in Vergleich zieht, eventuell graphisch darstellt und aus dem Zusammentreffen des Ansteigens und Sinkens der Curven schliesst, dass ein Causalzusammenhang beider Thatsachen besteht. Aus der Thatsache, dass z. B. in den Nachweisungen für Städte irgend eine Todesursache verhältnismässig häufiger angeführt ist, als in ländlichen Bezirken, wird gefolgert, die betreffende Krankheit trete in Städten häufiger auf, indess die Erklärung der Thatsache zumeist einfach die ist, dass mit solchen Krankheiten behaftete auswärtige Personen die Anstaltsbehandlung in einem Spitale der Stadt aufsuchen.

Auf ganz und gar nicht festgestellten Thatsachen beruht die in einer Publication vorkommende Behauptung, dass bösartige Neubildungen fast nie in den Hütten der Armen zu finden sind, diese Erkrankungen deshalb mit Recht städtische genannt werden dürfen, da sie nur dort häufig vorkommen, wo Wohlstand und damit verbundene Verweichlichung, kurz grossstädtisches Leben herrscht. In der That nehmen in der Todesursachenstatistik der österreichischen Städte die Mehrzahl der Landeshauptstädte und die Städte mit grösseren wohleingerichteten Spitälern, in denen hervorragende Chirurgen thätig sind, die oberste Stelle ein, weil auswärtige mit bösartigen Neubildungen behaftete Personen sich in diesen Anstalten einer Operation unterziehen, welche aber auch nicht immer die erwünschte Rettung bringt.

Achnlicher Art sind auch andere sanitätsstatistische Schlussfolgerungen, welche besser vermieden und auch nicht gezogen würden, wenn eine sorgsame logische Erwägung der in Vergleich gebrachten Thatsachen vorausgegangen wäre. Strenge Kritik und genaue Abwägung der Thatsachen hinsichtlich Ursache und Wirkung, Berücksichtigung aller irgendwie in Betracht zu ziehenden Verhältnisse sind unerlässlich, wenn man aus den statistischen Daten wirklich verlässliche That-

sachen gewinnen will.

Dies gilt insbesondere von der Mortalitätsstatistik im Allgemeinen und von der Todesursachenstatistik im Besonderen. Nur zu leicht lässt man sich verleiten, ans der vielleicht auch nur vorübergehend für ein oder zwei Jahre berechneten niedrigeren Mortalitätsziffer auf eine Besserung der sanitären Verhältnisse zu schliessen und sich auf Erfolge des Sanitätsdienstes zu berufen, wobei nicht berücksichtigt wird, dass auch andere Umstände, so z. B. ein Sinken der Geburtenzahl maassgebend waren.

Mit diesen Ziffern wird viel Missbrauch getrieben. Manche Städte und Gemeinden werden schon deshalb, weil sie eine niedrige Mortalitätsziffer aufweisen, als gesunde. dagegen andere mit kleinerer Einwohnerzahl, in denen sich eine grosse Krankenoder Versorgungsanstalt befindet und daher auch eine grössere Zahl von Todesfällen alljährlich vorkommt, als ungesunde betrachtet. Ohne Berücksichtigung weiterer Verhältnisse ist eine derartige Schlussfolgerung ebenso ungerechtfertigt, wie jene, dass Städte, in denen eine Landesgebäranstalt sich befindet, welche von Frauenspersonen aus dem ganzen Lande zur Entbindung aufgesucht wird, in Folge der dadurch wesentlich erhöhten Geburtenziffer einen reichen Zuwachs der Bevölkerung aufweisen, während doch die in der Anstalt geborenen Kinder nur zum kleinsten Theile in der Stadt verbleiben, die meisten derselben alsbald nach der Geburt zur Pflege an Parteien auf dem Lande abgegeben werden. Da viele von den auswärts in Pflege gegebenen Kindern schon in zartem Alter sterben, belasten diese Todesfälle zumal in Gemeinden und Bezirken, in welchen eine grössere Zahl von Parteien solche Kinder übernimmt, die Mortalitätsziffer und die Kindersterblichkeit recht bedeutend, während anderseits die analogen Verhältnisse iu der Stadt in der Statistik günstiger erscheinen.

Derartige Beispiele liessen sich viele anführen. Es ergibt sich aus denselben klar und deutlich, dass bei der praktischen Verwerthung der statistischen Ergebnisse mit grosser Vorsicht zu Werke gegangen werden muss, wenn man nicht in Irrthümer gelangen und sich der Gefahr aussetzen will, ganz unrichtige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das Urtheil über Ursache, Bedeutung und Einfluss der aus der Sanitätsstatistik entnommenen Thatsachen beruht wohl in der Mehrzahl der Fälle, wenn auch nicht ausschliesslich auf dem Vergleiche derselben mit den für eine vorausgegangene Zeitepoche oder für andere Orte, Gegenden und Länder gefundenen analogen statistischen Verhältniszahlen. Selbstverständlich dürfen nur wirklich vergleichbare derartige Zahlen einander gegenübergestellt werden, nicht aber auch solche, deren Grundlagen wesentlich verschieden sind.

Den Amtsärzten stehen nur aus ihren eigenen Bezirken die Ergebnisse der Volksbewegungs- und Todesursachenstatistik stets zur Verfügung. In den Ländern, in welchen Sanitätsberichte regelmässig veröffentlicht werden, erlangen sie aus diesen Kenntnis von den in anderen Bezirken des Landes erhobenen Verhältnissen. Von der Reichsstatistik der Todesursachen erfuhren die Amtsärzte während einer langen Reihe von Jahren nichts, kamen daher nicht in die Lage, weitere Vergleiche der statistischen Verhältnisse ihrer Bezirke mit jenen anderer Verwaltungsgebiete anzustellen. Erst seit 13 Jahren wird jeder politischen Behörde die jeweils erschienene »Statistik des Sanitätswesens« und jeder Bezirkshauptmannschaft die auf Grund der im Jahre 1895 eingeführten Matrikenauszüge bearbeitete Statistik der »Bewegung der Bevölkerung« amtlich zugesendet.

Auch die vor dem Jahre 1873 erschienenen Publicationen auf diesen Gebieten sind den Amtsärzten selten zugänglich. Von den ältesten derselben liegen überhaupt nur wenige Exemplare vor.

Bei dieser Sachlage erschien es im Interesse des Sanitätsdienstes gelegen, dass die wichtigsten Ergebnisse der Geburten- und der Todesursachenstatistik, soweit die Kenntnis derselben für die Amtsärzte ein weitergehendes Interesse hat, gesammelt, in übersichtlicher Form veröffentlicht und den Amtsärzten zugänglich gemacht

werden. Einen solchen Beitrag zu liefern, war die Absicht der vorliegenden Arbeit welche daher keinen Anspruch macht auf wissenschaftlichen Charakter, vielmehr nur die Aufgaben und Ziele des öffentlichen Sanitätsdienstes unterstützen und fördern soll.

Zu diesem Zwecke erschien es wünschenswerth, das in amtlichen Publicationen vorliegende Materiale so weit als möglich zurückzuverfolgen, um die Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse aus einer längeren Reihe von Jahren zur Darstellung zu bringen. Aufzeichnungen hierüber liegen bereits aus dem 18. Jahrhunderte vor. Wegen der zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Folge der Kriege eingetretenen Gebietsveränderungen begegnet jedoch die Verwerthung dieser älteren Daten Schwierigkeiten und auch nach Eintritt der Friedenszeit dürften die hier in Betracht kommenden Nachweisungen erst nach und nach in dem Grade verlässlicher geworden sein als die Verwaltung sich wieder in ruhigen Bahnen bewegen konnte und die Folgen der Kriege in den Hintergrund traten.

Die erste veröffentlichte Nachweisung liegt für das Jahr 1819 vor und ist die an dieses sich anschliessende Reihe bis zum Jahre 1897 eine ununterbrochene. Die Publicationen nahmen ihren Anfang im Jahre 1828, im Jahrgange 1829 sind aber die wichtigsten Ergebnisse auch für die vorausgegangenen 10 Jahre, 1819—1828.

angeführt.

Als Quellenwerke wurden benützt:

Für die Jahre 1819-1829: Darstellung der österreichischen Monarchie in statistischen Tafeln.«

Für die Jahre 1830—1862: Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie. Für die Jahre 1863—1880: Statistisches Jahrbuch.

Seit 1881: Destereichische Statistik.«

Für die Jahre 1898 und 1899 wurden die von der statistischen Centralcommission bearbeiteten Ergebnisse der Volksbewegungs- und der Todesursachenstatistik bisher noch nicht veröffentlicht und mussten, wenn auch diese Jahre in
die vorliegende Arbeit einbezogen werden wollten, die in den sanitätsstatistischen
Nachweisungen der Amtsärzte, beziehungsweise der politischen Landesbehörden enthaltenen Daten benützt werden. Es erschien das umsomehr gerechtfertigt, weil
die Differenzen zwischen den amtsärztlichen Vormerkungen und den Ergebnissen der
centralen Bearbeitung der amtlichen Statistik nach den in den Jahren 1895—1897
gemachten Erfahrungen keine so bedeutenden waren, dass sie die Verhältniszahlen
und die Schlussfolgerungen aus denselben wesentlich alterirten.

Leider stimmt die Form der Nachweisungen in den erwähnten amtlichen Publicationen nicht ganz überein und musste sich der Verfasser deshalb vorwiegend auf jene Momente beschränken, welche in allen eine Berücksichtigung gefunden haben. Dies ist der Fall bei der Gesammtzahl der Geburten und der Todesfälle. Bis zum Jahre 1829 wurde nur bei den Lebendgeborenen zwischen ehelichen und unehelichen unterschieden, bei den Todtgeborenen aber blos das Geschlecht ausgewiesen. Erst vom Jahre 1829 angefangen sind die ehelichen und unehelichen Lebend- und Todt-

geborenen in den Tabellen verzeichnet.

Die Sterbefälle im Kindesalter, welche für die Jahre 1819—1828 nur summarisch angegeben sind, waren für das erste Lebensjahr und bis zum Jahre 1850 für die

Altersclasse von 0-4 Jahren verzeichnet.

Bis zum Jahre 1852 sind in Niederösterreich für Wien und bis zum Jahr 1855 in Dalmatien noch die Sterbefälle im Alter bis zu 4 Jahren verzeichnet, während die Nachweisungen für die anderen Länder und Gebiete vom Jahre 1851 angefangen die im Alter bis zu 5 Jahren gestorbenen Kinder angeben.

Die Differenzirung der Sterbefälle im ersten Lebensjahre je nach ehelicher oder unehelicher Abstammung der Kinder beginnt erst mit dem für das Jahr 1851

vorliegenden Berichte.

Auf Darstellung der zeitlichen Häufigkeit der Standesfälle wurde erst seit dem Jahre 1851 Rücksicht genommen.

Eine in medicinal- wie sanitätspolizeilleher Hinsicht sehr wichtige Ergänzung und Erweiterung erfuhren die in Rede stehenden Nachweisungen im Jahre 1895 durch Einfügung der oben erwähnten neuen Rubriken, in denen die Zahlen der Fälle sachverständigen ärztlichen oder Hebammenbeistandes bei Entbindungen, sowie der ärztlich beglaubigten Todesursachen eingetragen werden.

Die seit dieser Zeit datirenden Publicationen geben zwar auch noch über manche andere sanitätspolizeilich recht wichtige Beziehungen der Standesfälle Aufschluss, so über die Häufigkeit der Todesursachen in den verschiedenen Altersclassen, über die Beziehungen zwischen Berufsverhältnissen und Todesursachen, über Vertheilung der Geburten und Sterbefälle nach der Grösse der Ortschaften u. s. w. Es erschien aber nicht am Platze, auch diese Umstände in die vorliegende Arbeit einzubeziehen, weil die betreffenden Daten erst aus 3 Jahren bekannt sind und dieser Zeitraum wohl zu kurz ist, um allgemein sichere Folgerungen zu ziehen. Auch auf die Geschlechtsverhältnisse der Geborenen und Gestorbenen wurde nicht eingegangen in der Erwägung, dass die daraus sich ergebenden Thatsachen in sanitätspolizeilicher Hinsicht nur untergeordneten Werth haben, jedenfalls gegenüber anderen wichtigeren Momenten zurücktreten müssen.

Bis zum Jahre 1871 finden sich in den oben angeführten amtlichen Publicationen nur die Ergebnisse der Erhebungen nach Ländern fortlaufend ausgewiesen. Einzelne Jahrgänge enthalten zwar auch für Landeshauptstädte und für Kreise die betreffenden Daten, doch konnten dieselben wegen der in Folge späterer Unterbrechung mangelnden Continuität nicht weiter verwerthet werden.

Vom Jahre 1871—1880 enthalten die statistischen Jahrbücher die auf die einzelnen politischen Bezirke entfallenden Summen der Lebendgeborenen und Sterbefälle. Erst vom Jahre 1881 angefangen trat eine sehr wesentliche Erweiterung der Berichte ein, welche es ermöglicht, alle in sanitärer Hinsicht wichtigeren demographischen Verhältnisse auch nach politischen Bezirken zu verfolgen.

Für die Todesursachenstatistik bildet die seit dem Jahre 1873 regelmässig erscheinende »Statistik des Sanitätswesens« bis zum Jahre 1895 das Quellenwerk. Seit dem Jahre 1895 wurden aber diese Nachweisungen in die Publication über die Volksbewegung einbezogen. Für die Jahre 1898 und 1899 mussten aus dem oben angeführten Grunde auch für diese Nachweisungen die amtsärztlichen Vormerkungen zu Grunde gelegt und benützt werden.

Ueber die Sterbefälle in den Jahren 1873-1894 liegen, wie bereits erwähnt, zwei Publicationen vor, von denen die eine auf den Angaben der Matrikenämter, die andere auf den von den Gemeinden gelieferten Ausweisen beruht. Es wurde die erstere zur Grundlage genommen, weil dieselbe auch über die Kindersterblichkeit, letztere nur über die Todesursachen Aufschluss gibt. Ueberdies verdienen jedenfalls die Angaben der Matrikenführer, welche jeden Todesfall in die Sterbebücher einzutragen haben, mehr Vertrauen als jene der Gemeinden. Allerdings dürfte es mitunter der Fall gewesen sein, dass die Matrikenführer auch solche Todesfälle, welche in den Matriken nicht mit fortlaufender Zahl verzeichnet werden, in ihre vierteljährigen Ausweise eintrugen, dass sie somit mehr Todesfälle verzeichneten, als im Matriken. sprengel vorgekommen sind. Es ist dies darauf zurückzuführen, dass der Matrikenführer des Sterbeortes jenem des Geburts- oder Zuständigkeitsortes des Verstorbenen den Todesfall mittheilt, welcher dann auch in die Matriken eines oder beider letzteren Orte, jedoch nicht unter fortlaufender Zahl eingetragen wird. Es konnte so geschehen dass ein und derselbe Sterbefall zweimal und selbst dreimal in den vierteljährigen Berichten verzeichnet wurde. Indessen dürften durch einzelne solche Vorkommniase keine nennenswerthen Fehler entstanden sein.

Abgesehen von dem Umstande, dass die Berichte der Matrikenstellen vielseitiger und als verlässlichere Grundlagen anzusehen sind, schien es nicht am Platze, für die Jahre 1873—1894 eine andere Quelle zu benützen als für die vorausgegangenen und für die folgenden Jahre.

Dagegen mussten für die Todesursachenstatistik die hierüber in der »Statistik

des Sanitätswesens« vorhandenen Anhaltspunkte benützt werden.

Aus allen genannten Publicationen sind jene Ergebnisse, deren Kenntnis für den Sanitätsbeamten von besonderer Bedeutung ist, ausgezogen und verwerthet. Eine Kritik des auf amtlichen Quellen beruhenden Materials blieb ausgeschlossen, war

aber bezüglich des Urmaterials nicht ganz zu umgehen.

Die allmähliche Erweiterung des Kreises der Erhebungen und Nachweisungen, welche sich aus dem Vorstehenden ergibt, hat zur Folge, dass nicht für den ganzen Zeitraum von 1819—1899 alle jene Verhältnisse, über welche in den letzten Jahren Aufschlüsse erlangt wurden, bekannt sind. Es konnten daher auch im folgenden nur jene Daten angegeben und verwerthet werden, über welche die amtlichen Publicationen Nachweisungen enthalten.

Anderseits musste mit Rücksicht auf den beschränkten zur Verfügung stehenden Raum auf eine zwar möglichst gedrängte, aber immer noch übersichtlich bleibende

Darstellung Bedacht genommen werden.

Als der zweckmässigste Ausweg erschien es, die für Verwaltungsgebiete beziehungsweise Länder vorliegenden wichtigen Daten nach Jahren zu verzeichnen, hingegen jene für die politischen Bezirke vom Jahre 1871 beziehungsweise 1881 und 1895 angefangen in 5. beziehungsweise 4 jährigen Summen anzuführen, weil eine Wiedergabe der Jahresergebnisse zu ausserordentlich umfangreiche Tabellen geführt hätte.

Die Zahlen der Lebendgeborenen und der Verstorbenen sind daher länderweise für alle Jahre 1819—1899, die Zahlen der im 1. Lebensjahre und im Alter bis zu 4 (5) Jahren gestorbenen Kinder für alle Jahre 1828—1899 verzeichnet, die Bezirksübersichten enthalten aus den Jahren 1871—1899 die Lebendgeborenen und Verstorbenen, aus den Jahren 1881 bis 1899 die Todt- und die unehelich Geborenen, ferner die im 1. Lebensjahre und im Alter bis zu 5 Jahren gestorbenen Kinder in 5 jährigen, beziehungsweise (1896—1899) in 4 jährigen Summen.

Was das Gebiet, auf welches sich die Nachweisungen erstrecken, betrifft, wurde daran festgehalten, nur jene Theile der Monarchie, welche das heutige Gebiet der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder umfasst, zu berücksichtigen. Dieses Gebiet erfuhr eine Erweiterung anlässlich der im Jahre 1846 erfolgten Vereinigung des Grossherzogthums Krakau mit Galizien. Die Volksbewegungsergeb-

nisse dieses Gebietes erscheinen vom Jahre 1847 an aufgenommen.

Verwaltungsgebiete bestanden bis zum Jahre 1848 folgende zehn: Niederösterreich, Oberösterreich mit Salzburg, Steiermark, Kärnten mit Krain, Küstenland (Stadt Triest und Gebiet, Görz-Gradisca, Istrien), Tirol mit Vorarlberg, Böhmen, Mähren mit Schlesien, Galizien mit der Bukowina, Dalmatien. Innerhalb des genannten Zeitraumes beschränken sich die fortlaufenden Nachweisungen auf diese Verwaltungsgebiete.

Vom Jahre 1849—1899 sind die Standesfälle für Oberösterreich, Salzburg-Kärnten, Krain, Mähren, Schlesien, Galizien und Bukowina gesondert verzeichnet, erst von 1871 an auch für Tirol und Vorarlberg sowie für die 3 Theile des Küstenlandes

separat angeführt.

Die Eintheilung der politischen Verwaltungsgebiete in Bezirke und Städte hat im Laufe der Jahre manche wesentliche Erweiterungen gefunden, indem neue Bezirke gebildet und einzelnen Städten eigene Statute verliehen wurden. Da diese Veränderungen in den unten folgenden Tabellen Berücksichtigung finden mussten, erscheint es zum Verständnisse am Platze, dieselben hier anzuführen.

Niederösterreich. In der politischen Eintheilung dieses Verwaltungsgebietes sind seit dem Jahre 1890 sehr weitgehende und eingreifende Veränderungen eingetreten, welche sich nicht auf die Ausscheidung von Gerichtsbezirken aus dem einen und Zuweisung zu einem anderen politischen Bezirke beschränkten. Es wurden auch einzelne sowie Gruppen von Gemeinden und selbst Theile von Ortsgemeinden bei der nach und nach durchgeführten Neueintheilung aus dem einen an einen anderen Bezirk angeschlossen. Hiedurch ergaben sich auch mitunter recht erhebliche Verschiebungen in den Einwohnerzahlen der betreffenden Bezirke, ein Umstand, welcher sich bei Berechnung der Geburten und Mortalitätsziffern dieser Bezirke als Erschwernis geltend machte.

In den Jahren 1871—1889 war das Verwaltungsgebiet in 18 politische Bezirke eingetheilt, an welche sich das Gebiet von 3 Städten mit eigenem Statute anschloss.

Mit 1. Jänner 1900 trat eine Vermehrung der politischen Bezirke um einen ein, indem die Bezirkshauptmannschaften Hernals und Sechshaus getheilt, aus ersterer die Gerichtsbezirke Währing, Klosterneuburg und Tulln als Bezirkshauptmannschaft Währing, aus letzterer die Gerichtsbezirke Hietzing und Purkersdorf, denen aus dem politischen Bezirk St. Pölten der Gerichtsbezirk Neulengbach angegliedert wurde, als Bezirkshauptmannschaft Hietzing ausgeschieden wurden, so dass die Bezirkhauptmannschaft Hernals ausser dem gleichnamigen nur mehr den Gerichtsbezirk Ottakring, die Bezirkshauptmannschaft Sechshaus nur mehr die Gerichtsbezirke Fünfhaus, Meidling und Sechshaus umfasste. Dagegen wurde der politische Bezirk Lilienfeld als solcher aufgelassen und wurden dessen Gerichtsbezirke Hainfeld und Lilienfeld der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten zugewiesen.

Die wichtigste Veränderung in der politischen Eintheilung des Landes vollzog sich mit der Ausdehnung des Wiener Gemeindegebietes, welchem vom 1. Jänner 1892 an die Vororte Wiens, entferntere andere Gemeinden und Theile von solchen einverleibt wurden. Diese Erweiterung des Gebietes der Reichshaupt- und Residenzstadt hatte daher die Auflassung der politischen Bezirke Hernals und Sechshaus, die Einbeziehung von Theilen der Bezirkshauptmannschaften Hietzing und Währing, sowie Bruck a. L.

zur Folge.

Der nach Ausscheidung der an Wien angeschlossenen Gemeinden verbliebene Theil des politischen Bezirkes Hietzing bildet die gegenwärtige Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung. Der nicht mit Wien vereinigte Theil der Bezirkshauptmannschaft Währing, nämlich die Gerichtsbezirke Klosterneuburg und Tulln, denen aus der Bezirkshauptmannschaft Krems noch der Gerichtsbezirk Kirchberg am Wagram, aus der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten der Gerichtsbezirk Atzenbrugg angeschlossen wurden, bildet den gegenwärtigen politischen Bezirk Tulln.

Bis zum Ende des Jahres 1895 trat keine weitere Aenderung der politischen

Eintheilung ein.

Im Jahre 1896 wurde der Gerichtsbezirk Floridsdorf, gebildet aus Gemeinden der Gerichtsbezirke Korneuburg, Wolkersdorf und Gross-Enzersdorf, activirt, und mit den Gerichtsbezirken Gross-Enzersdorf, Marchegg und Matzen zur Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf vereinigt, welche somit das Gebiet der bisherigen Bezirkshauptmannschaft Gross-Enzersdorf nebst den aus dem politischen Bezirke Korneuburg ausgeschiedenen dem Gerichtsbezirke Floridsdorf zugewiesenen Gemeinden umfasst.

Am 1. October 1896 begann die neuerrichtete Bezirkshauptmannschaft Melk ihre Wirksamkeit. Dieselbe wurde gebildet aus den Gerichtsbezirken Mank, Melk und Ybbs, welche von den politischen Bezirken Scheibbs, St. Pölten und Amstetten abgetrennt wurden.

Die mit 1. Jänner 1897 ins Amt getretene Bezirkshauptmannschaft Mödling umfasst die Gerichtsbezirke Ebreichsdorf und Mödling, welche bis dahin den politischen Bezirken Wiener-Neustadt und Baden zugewiesen waren. Da zur gleichen

The self-consumer & may int American on the Bertaleut Consider Delta estant kingen werden intt enem in Thenemomenale blooming william et bis rol era une reservicie l'orecanitr de relience Limeliux in silésioner Norse Lorder exercenta int inclose ca Temps datuminismai Ismaspics existat top the mone two percentagement for the Semisment be Beartenants macronial least constant he the foresterning least transfer land ery any visit. In order described in the restriction

Mr. J. Consider 1967 winter the In James 1991, million in dissues Bezinke er Pu on appea gon Gonoccioneres Mantina uni Libercola Veler als Cesen de-

grows often the forest annual mark Liberth Extension

Lu I france lode regalier de deletronerer Bentalburmanistische Onlike and Piggeral we Ancyckamiker. Ergere withe geniller was bed tin led you common beautien. Wastistien a t. Til int Zweit absorbeditien bestellig bestellig Demaka Beneria and Werra wares aik bia Germitabianam Errandera Etasral, 314 from 1971ag, whose was ten politienen Bentren Ansteinen Arens til Luga angunament water

Anlygney And I becommended that entires he Theline her Semisseuticnangunah kalubang-Ungeria peterbahan kerendahanka Adenat Giling tah Ell-2 augusta de Brankeaubemanhonati Habri bulen, wahrent die Geruhisterike er Oliven, Mariaen, Newmarkt, Overstier, Skabier zui Tikira dei der Berirkshas prinarious national transport There will be recovered.

nin, ne maek. De kewekenare maan schaft Loren, welche aus ien Geroinsberreisen Arrest Orleaning Irraing branching by Galley Lieger and Butterman ger lies war, whose mit 1. I in 1873 in the Bezhavia symanthicatien Geformer und Lieben geneut, vin decen nucheur die ervere die Gerichiberirke Alisse. Gritzwie Indaing und behadming, between die anderen drei genannten Gerichtsbetinke umlasse.

The frank Petral erhier im Grince des Geseizes vim 4. October 1887 ein eigenea fitatut und wurde in Kolge dessen aus dem biskerigen Verbande mit der

gleichnamigen Bezirkshauptmannschaft ausgeschieden.

Am 1. October 1891 begann die Amtswirksamkeit der Bezirkshauptmannschaft Vortweerg, welche den gleichnamigen, bis dahin der Bezirkshauptmannschaft Grax xugewiesenen Gerichtsbeziek umfaset.

Biolimein. Die Bezirkshaupmannschaft Polna wurde mit 30. September 1884 aufgelassen, deren Gerichtsbezirke Polna und Steken kamen zum politischen Bezirk Deutschtrod, der Gerichtsbezirk Přibislau zur Bezirkshauptmannschaft Chotěboř.

Zur gleichen Zeit trat eine Theilung der Bezirkshauptmannschaft Karolinenthal ein, deren Gerichtsbezirke Eule und Königliche Weinberge fortan den politischen Bezirk Königliche Weinberge bildeten. Bei der Bezirkshauptmannschaft Karolinenthal verblieben der gleichnamige, sowie der Gerichtsbezirk Brandeis a. E.

Vom 1. October 1893 datirt die Errichtung der Bezirkshauptmannschaft Kladno, welche die bis dahin dem politischen Bezirke Smichow zugewiesenen Gerichts-

bezirke Kladno und Unhoscht umfasst.

Mit 1. September 1896 traten weitere Veränderungen ein, indem mit diesem Tago die neuerrichteten Bezirkshauptmannschaften Dux und Rokitzan ihre Amtsthatigkeit begannen, Ersterer sind die Gerichtsbezirke Bilin und Dux aus dem polituchen Bezirke Teplitz, welcher auf das Gebiet des gleichnamigen Gerichtsbezirkes heschrünkt wurde, letzterer die aus den politischen Bezirken Pilsen und Horovic ausgeschiedenen Gerichtsbezirke Rokitzan und Zbirow zugewiesen.

Die um 1. October 1898 neu egrichtete Bezirkshauptmannschaft Zižkow umfinat die Gerichtsbezirke Itien und Žizkow, von denen der erstere bis dahin mit dem politischen Bezirke Böhmisch Brod, letzterer mit jenem von Königliche Wein-

bergo vereinigt war,



Mähren. Mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Februar 1870 wurde der Stadt Kremsier ein eigenes Statut verliehen, mit 7. December 1871 trat dieses in Wirksamkeit und die genannte Stadt aus dem bisherigen Verbande der gleichnamigen Bezirkshauptmannschaft.

Am 30. April 1877 begann die aus den bis dahin mit dem politischen Bezirke Kremsier vereinigten Gerichtsbezirken Kojetein und Prerau gebildete Bezirkshauptmannschaft Prerau ihre Amtsthätigkeit, beim politischen Bezirk Kremsier verblieben

der gleichnamige, sowie der Gerichtsbezirk Zdounek.

Neue Bezirkshauptmannschaften wurden am 1. November 1896 in Mährisch-Budwitz und in Tischnowitz errichtet, von denen der ersteren aus dem politischen Bezirke Datschitz der Gerichtsbezirk Jamnitz, aus dem politischen Bezirke Znaim der Gerichtsbezirk Mährisch-Budwitz zugewiesen wurden, letztere den aus dem politischen Bezirke Brünn Umgebung ausgeschiedenen Gerichtsbezirk Tischnowitz umfasst.

Schlesien. Das gegenwärtige Gebiet der Städte mit eigenem Statute Bielitz und Friedek war früher den politischen Bezirken Bielitz, beziehungsweise Teschen zugewiesen. Mit 26. Juni 1870 trat die Stadt Bielitz, mit 12. Juni 1870 die Stadt Friedek in die Reihe der mit eigenem Statute versehenen Communalämter.

Durch Ausscheidung der Gerichtsbezirke Königsberg und Wagstadt aus dem Verbande der Bezirkshauptmannschaft Troppau Umgebung wurde am 1. September

1896 der neue politische Bezirk Wagstadt gebildet.

Galizien. Mit 15. September 1896 begann die Amtsthätigkeit der neu errichteten Bezirkshauptmannschaften Podgorze und Stryzów. Ersterer sind aus dem politischen Bezirke Wieliczka die Gerichtsbezirke Podgorze und Skawina, letzterer aus den politischen Bezirken Jaslo und Rzeszow die Gerichtsbezirke Frysztak und Stryzów zugewiesen.

Die Bezirkshauptmannschaft Kolomea wurde vom 15. Juni 1898 an getheilt, der Gerichtsbezirk Peczenizyn aus dieser ausgeschieden und bildet derselbe nunmehr

das Gebiet des gleichnamigen politischen Bezirkes.

In gleicher Weise erfolgte im Jahre 1899 eine Theilung des politischen Bezirkes Lancut und die Bildung des politischen Bezirkes Przeworsk (vom 1. November an), welcher nur den gleichnamigen Gerichtsbezirk umfasst.

Bukowina. Aus den von den politischen Bezirken Radautz und Suczawa abgetrennten Gerichtsbezirken Solka und Gurahumora wurde die Bezirkshauptmannschaft Gurahumora gebildet, welche ihre Amtsthätigkeit mit 1. October 1893 begann.

Dalmatien. Vom politischen Bezirke Makarska, welcher bis zum 1. November 1880 die Gerichtsbezirke Makarska, Metković und Vrgorac umfasste, wurde der Gerichtsbezirk Metković abgetrennt und aus demselben der neue gleichnamige politische Bezirk gebildet.

Im Jahre 1871 bestanden 29 Städte mit eigenem Statute und 324 Bezirkshauptmannschaften, im Jahre 1900 aber 33 Städte mit eigenem Statute und 347

Bezirkshauptmannschaften.

Mit Ausnahme der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg, welche am 1. October 1891 ihre Amtswirksamkeit begann, sind die Volksbewegungsergebnisse jener Bezirke, welche nicht mit Jahresbeginn, sondern in irgend einem Zeitpunkte während des betreffenden Jahres errichtet wurden, stets vom 1. Jänner des betreffenden oder des darauffolgenden Jahres angefangen verzeichnet, für Voitsberg auch für das letzte Quartal des Jahres 1891. Um vergleichbare ganzjährige Daten zu erhalten, wurden daher die für dieses Vierteljahr nachgewiesenen Standesfälle noch jenen der Bezirkshauptmannschaft Graz Umgebung zugerechnet, so dass die Bezirkshauptmanschaft Voitsberg erst vom Jahre 1892 an in den Tabellen erscheint.

Die Geburten und Sterbefälle in dem seit 1. Jänner 1892 erweiterten Gemeindegebiete von Wien sind in der amtlichen Statistik bereits für dasselbe Gebiet im Jahre 1891 nachgewiesen, obschon damals noch die Bezirkshauptmannschaften

Hietzing, Sechshaus, Hernals und Währing bestanden hatten.

In den im Anhange folgenden Bezirksübersichten wurde auf die im Umfange der Bezirkshauptmannschaften eingetretenen Veränderungen Rücksicht genommen und beziehen sich die betreffenden Summen stets auf die in Fussnoten ersichtlich gemachten Jahre.

Dagegen konnten die ziemlich zahlreichen, unbedeutenderen Gebietszuweisungen und Abtrennungen bei Gemeinden. Gerichtsbezirken, beziehungsweise bei Bezirkshauptmannschaften keine weitere Beachtung finden, weil der zumeist nicht erhebliche mit der territoriellen Vergrösserung oder Einschränkung verbundene Zuwachs, beziehungsweise die Verminderung der Einwohnerzahl eine derart complicirte Gestaltung der Tabellen nach sich gezogen hätte, dass der Hauptzweck, welchen die Arbeit verfolgt in Frage gestellt worden wäre. Auf die aus den Volksbewegungsergebnissen einer grösseren Zahl von Jahren abgeleiteten Verhältniszahlen haben diese letzterwähnten zumeist erst in den letzten Jahren vollzogenen Verschiebungen überhaupt keinen nennenswerthen Einfluss.

Ueber die wichtigsten Beziehungen der Geburten und Sterbefälle in zeitlicher und räumlicher Hinsicht geben die absoluten Zahlen überhaupt nur in beschränktem Maasse und dann Aufschluss, wenn dieselben unter einer an Zahl stets gleichbleibenden, unter den gleichen Versältnissen lebenden Bevölkerung vorkommen würden. Diese Vor-

autsetzung trifft aber wohl nur sehr selten zu.

Schon der natürliche Zuwachs und der Abgang der Bevölkerung verändert den Stand derselben immer in der Weise, dass der Gesammtkörper derselben nie der gleiche bleibt und nicht bleiben kann. Noch viel durchgreifender werden die Veränderungen, wenn bald ein grösserer, bald ein kleinerer Theil der Bewohner auswandert, umgekehrt aber Individuen zuziehen. In jedem Bezirke ist die Bevölkerung, ganz abgesehen von dem durch Geburten und Todesfälle verursachten Wechsel, in höherem oder geringerem Grade stets in einer Bewegung, die sich da in einer Vermehrung, dort in Verminderung der Einwohnerzahl bemerkbar macht.

Aber auch die Lebensbedingungen der Bewohner eines bestimmten abgegrenzten Gebietes bleiben keineswegs unveränderliche und unveränderte. Die Entwicklung von Industrie, der Zuzug fremder Individuen nach bis dahin nur von Landwirthschaft treibenden Personen bewohnten Gegenden bringt nach und nach mehr oder weniger eingreifende Veränderungen, welche sich auch in den Geburten- und Sterblichkeits-

verhältnissen bemerkbar machen.

Bezirke, deren Bewohner nur selten ihren Aufenthaltsort wechseln, und solche, aus denen Leute auf Erwerb in die Fremde ziehen, bald nur während eines Theiles des Jahres von der Heimat abwesend sind, bald erst wegen eingetretener Erwerbsunfähigkeit nach längerer Abwesenheit zurückkehren, bieten im Bevölkerungsstande ein für Vergleichung der Beziehungen zwischen Sterbefällen und Einwohnerzahlen ganz ungleichwerthiges Material.

Um vergleichbare Anhaltspunkte zu erlangen, pflegt man das Verhältnis der Zahl der Geborenen und Gestorbenen zur Einwohnerzahl heranzuziehen, die Geburten- und Sterblichkeitsziffern, und aus den Differenzen der einen und anderen in verschiedenen in Vergleich gezogenen Gebieten und Jahren auf den Bestand von

günstigeren und ungünsteren sanitären Verhältnissen zu schliessen.

Der eine der in Vergleich gezogenen Factoren, die Zahl der Standesfälle, ist bekannt, weil die Ziffern auf directen Erhebungen beruhen. Der zweite Factor, die Einwohnerzahl, unterliegt aber manchen und nicht Jahr für Jahr festzustellenden Schwankungen. Diese fallen vielleicht in den für die Länder ermittelten Einwohnerzahlen ebenso ins Gewicht, als bei den einzelnen Bezirken. Für letztere ermittelte Verhältniszahlen können daher in dem Grade weniger als verlässlich angesehen werden, als die Bevölkerung, sei es nach der vorangedeuteten, sei es in anderer Richtung in ihrer

Zusammensetzung oder in Bezug auf hygienische oder sociale Verhältnisse Veränderungen erfahren hat.

Aus den Ergebnissen der Volkszählung ist zu entnehmen, dass in manchen Bezirken, welche in früheren Perioden von der einen zur anderen Zählung einen Bevölkerungszuwachs aufwiesen, später die Einwohnerzahl gesunken ist. Der fortlaufenden Berechnung der Geburten- und Sterblichkeitsziffer müssen bestimmte Einwohnerzahlen zu Grunde gelegt werden, für diese bieten aber nur die Volkszählungsergebnisse die Anhaltspunkte. Welche Irrthümer können aber entstehen, wenn man auf Grund der Ergebnisse der mit einer früher vorausgegangenen Volkszählung verglichenen Zahlen, welche eine Bevölkerungszunahme nachwiesen, eine solche auch für die Jahre bis zur nächsten Zählung supponirt, während in der That die spätere Zählung eine Abnahme der Einwohnerzahl ergibt! Es kann daher den genannten Verhältniszahlen, welche auf Grund nicht bestimmt ermittelter, sondern lediglich angenommener Einwohnerzahlen für die zwischen je 2 aufeinanderfolgenden Volkszählungen liegenden Jahre berechnet wurden, auch nur ein annähernder Werth beigemessen werden.

In Ermangelung eines genaueren, die wirklichen Verhältnisse richtiger ausdrückenden Maassstabes für die Beurtheilung der Geburten- und Sterbehäufigkeit im Verhältnisse zur Einwohnerzahl muss aber an dem allgemein beobachteten Vorgange noch festgehalten werden. Die Benützung der berechneten Ziffern erfordert jedoch Vorsicht und kritische Beurtheilung.

Auch in dieser Hinsicht dürfte den für mehrere Jahre ermittelten Durchschnittszahlen der Vorzug einzuräumen sein, weil bei Berechnung derselben der Einfluss vorübergehender Schwankungen auf ein geringeres Maass zurückgeführt wird.

In den im Anhange für die einzelnen politischen Bezirke angeführten Nachweisungen der Geburten- und Sterblichkeitsziffern ist die für die betreffende Zeitperiode ermittelte durchschnittliche Zahl der Lebendgeborenen und Sterbefälle im Vergleiche zu den aus der Differenz der Ergebnisse der Volkszählungen von 1880 und 1900 berechneten mittleren Einwohnerzahlen (bei den Bezirken, welche neu errichtet wurden oder Gebietsveränderungen erfahren haben, zu der annähernd abgeschätzten Einwohnerzahl) in Beziehung gebracht werden. Die so ermittelten Ziffern können durchaus nicht als unbedingt sicher feststehende, wohl aber als jedenfalls annähernd richtige Anhaltspunkte für Vergleiche angesehen werden.

Die Einwohnerzahl betrug in den Jahren 1819, 1857 und 1900 (vorläufige Ergebnisse der Volkszählung):

o dor vombamang,	1819	1857	1900
Niederösterreich	1,114.533	1,681.697	3,086 382
Oberösterreich)	, , , ,	707.450	809.918
Salzburg	. 778.869	146.769	193.247
Steiermark	774.278	1,056.773	1,356.058
Kärnten)	041.015	332.456	367.344
Krain \	. 641.915	451.941	508.348
Triest)	,		178.672
Görz-Gradisca	. 361.919	520.978	232.338
Istrien			344.173
Tirol)	799 000	051 010	850.062
Vorarlberg \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	732.082	851.016	129.816
Böhmen	3,293.773	4,705.525	6,318.280
Mähren)	1 550 050	1,867.094	2,435.081
Schlesien	. 1,759.678	443.912	680.529
Galizien)	0.500.550	4,597.470	7,295.538
Bukowina	. 3,792.759	456.920	729.921
Dalmatien	. 296.776	404.499	591.597
Summe	. 13,546.582	18,224.500	26,107.304

Digitized by Google

Nicht weniger schwierig ist es, für die Verwaltungsgebiete und Länder aus der früheren Zeit sichere Daten über die Einwohnerzahl zu erlangen. Die erste eigentliche Volkszählung fand in Oesterreich im Jahre 1857 statt. Dieser folgten jene in den Jahren 1869, 18×0, 1×90 und 1900. Vor dem Jahre 1857 fanden zwar auch Erhebungen der Einwohnerzahl statt, jedoch vorwiegend für Zwecke der Heeresergänzung. Der hiebei eingehaltene Vorgang konnte aber eine vollständige Richtigkeit der Ergebnisse keineswegs verbürgen. In einzelnen Jahren bestandene ausgebreitete Epidemien, welche eine sehr erhebliche Sterblichkeit zur Folge hatten. führten vorübergehend zu Verminderung der Einwohnerzahl, weil die Zahl der Gestorbenen jene der Lebendgeborenen überstieg.

Die amtliche Statistik verzeichnet vor dem Jahre 1857 und seit dem Jahre 1881 die Bevölkerung der Länder für die einzelnen Jahre, wobei der Zuwachs der Bevölkerung aus dem Geburtenüberschusse und aus der Differenz zwischen Einund Auswanderung in Rechnung gezogen wurde. Auf vollständige Genauigkeit kann dieser Vorgang zwar auch nicht Anspruch machen, doch verspricht die Berücksichtigung der Bevölkerungsbewegung bei Berechnung der Verhältniszahlen zutreffendere Ergebnisse, als der Vergleich der Standesfälle mit der bei der letzten Volkszählung

erhobenen Einwohnerzahl.

Die Geburten- und Mortalitätsverhältnisse der Verwaltungsgebiete beziehungsweise Länder, welche in den beiliegenden Tafeln graphisch dargestellt sind, wurden nach Einwohnerzahlen berechnet, bei welchen die in der Zeit zwischen je zwei Volkszählungen wahrscheinliche jährliche Bevölkerungszunahme entsprechende Berücksichtigung gefunden hat.

Hinsichtlich Verlässlichkeit verdienen jene Verhältnisse am meisten Vertrauen, welche sich aus den gegenseitigen Beziehungen der Standesfälle selbst ergeben, wenn die in Vergleich gezogenen Zahlen sich auf dieselbe Zeit, auf dasselbe Gebiet und auf dieselbe Bevölkerung beziehen. Aus diesen Relativwerthen lassen sich ungleich sicherere Schlüsse und sanitäre Nutzanwendungen ziehen, wie aus Geburten- und Mortalitätsziffern. Leider werden sie aber in der Regel weniger beachtet, wie letztere.

Im Anhange wurden daher die für die einzelnen Bezirke in dieser Richtung sich ergebenden Verhältnisse für jeden einzelnen Bezirk angeführt, und zwar die Häufigkeit der Todtgeburten, der unehelichen Geburten im Verhältnisse zur Zahl der Geburten überhaupt, die Sterbefälle von Kindern im 1. Lebensjahre und im Alter bis zu 5 Jahren im Vergleiche mit der Zahl der Lebendgeborenen, der Antheil der Kindersterblichkeit an der Gesammtmortalität, endlich die Häufigkeit des sachverständigen geburtshilflichen Beistandes bei Entbindungen und der ärztlichen Beglaubigung der Todesursachen.

Schwankungen und Abweichungen, welche in einzelnen Jahren hervortreten, kommen allerdings in den aus der Gesammtzahl aller bekannten Fälle berechneten Mittelwerthen nicht zum Ausdrucke, dagegen bieten dieselben feststehende Indices, nach denen die analogen Verhältnisse in künftigen Jahren beurtheilt und mit den anderwärts bestehenden analogen Verhältnissen in Vergleich gezogen werden können.

I. Geburten.

In der Zahl und in der Häufigkeit der Geburten, welche auf die Zeugungsund Gebärkraft schliessen lassen, offenbart sich die Entwicklungstendenz der Bevölkerung. Das Gebiet der österreichischen Länder (als Ganzes genommen) ist ein geburtenreiches. Im Durchschnitte betrug die mittlere jährliche Zahl der Geburten überhaupt in den Jahren:

1841-	1850				674.162,	das	sind	388	auf	10.0 00	Einwohner
1851-	1860			·	697.444,	*	>	383	>	10.000	>
1861-	1870				775.115,	>	>	39 8	,	10.000	>
1871-	1880				852.000,	>	•	402	>	10.000	*
1881-	1890				897.534,	>	>	393	»	10.000	>
1891 -	1899				952.463,		>	381	>	10.000	*

Die Bevölkerung Oesterreichs hat seit |dem Jahre 1819 um nahezu 93% zugenommen, die Geburtenzahl jedoch nicht in gleichem Verhältnisse. Aus den angeführten jährlichen Durchschnittszahlen ergibt sich eine Zunahme von rund 61%.

Der im Vergleiche mit der Bevölkerungszunahme geringeren Vermehrung der absoluten Geburtenzahl entspricht ein zwar nicht bedeutendes aber allmähliches Sinken der Geburtenziffer. Allerdings muss dahin gestellt bleiben, ob die für die Zeit vor dem Jahre 1857 angegebenen Einwohnerzahlen die thatsächlich vorhanden gewesene Bevölkerung angeben.

Ungleich grössere Schwankungen, als diese in den angeführten Durchschnittszahlen zum Ausdrucke kommen, weisen die für aufeinanderfolgende Jahre berechneten Geburtenzistern auf. In den Jahren 1819—1821 erreichten dieselben eine Höhe, wie sie in späteren Jahren nicht mehr vorkam, dagegen in den Jahren 1848 und 1855 einen ganz ungewöhnlich tiesen Stand. In den zwischenliegenden Jahren bewegt sich die Geburtenzahl abwechselnd bald über, bald unter dem Mittelwerthe. Seit dem Jahre 1889, welches noch eine hohe Geburtenzister aufwies, ist diese mehr und mehr gesunken.

Worin die Ursachen dieser Schwankungen begründet sind, lässt sich bisher nicht mit Sicherheit ermitteln. Die Zahl der Geburten, welche für das Reichsgebiet angegeben ist, setzt sich aus Einzelfällen zusammen, deren grössere und geringere Häufigkeit von verschiedenen, durchaus nicht stets übereinstimmenden und in ihrem Enflusse gleichwerthigen Bedingungen abhängig ist. Die Geburt bildet eine Thatsache, deren Zustandekommen schon geraume Zeit vorher durch die Conception eingeleitet wurde. Wenn daher die in einem Jahre vorgekommenen Geburten zu den in diesem Jahre bestandenen Verhältnissen, deren ursächlicher Zusammenhang mit Geburten vermuthet wird, in Beziehung gebracht werden, vergisst man, dass der Causalnexus nicht mit der Geburt, sondern mit der Conception herzustellen ist.

Eine naturgemässe und wichtige Beziehung besteht zwischen Geburten und Eheschliessungen, da eine Vermehrung der Zahl der Ehen auch eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit zur Folge haben muss. Der Einfluss, welchen die in einem bestimmten Zeitabschnitte geschlossenen Ehen auf die Geburtenzahl gewinnen, kann sich aber erst in einem späteren Zeitabschnitte geltend machen, weil die in diesen Ehen erfolgenden Conceptionen sich auf verschieden lange Zeiträume vertheilen.

Eine nähere Kenntnis, warum die Conceptionen überhaupt, zu welchen, wie man ohne unberechtigte Voraussetzungen annehmen darf, im Grossen und Ganzen stets in wenig verändertem Maasse Gelegenheit geboten ist, in dem einen Jahre häufiger, in dem anderen Jahre seltener erfolgen, liesse sich nur dann gewinnen, wenn auf dem Wege der Massenerhebung der Einfluss allgemeiner und ausnahmsweiser Verhältnisse auf die mechanischen und physiologischen Conceptionsbedingungen festgestellt werden könnte. Für diese Kenntnis fehlen zur Zeit aber noch die Grundlagen.

Man weiss, dass die Geburtenhäufigkeit nach Race, Nationalität der betreffenden Bevölkerung eine verschiedene ist, dass bei Bevölkerungsgruppen, deren socialen Beschäftigungs- und äusseren Lebensverhältnisse verschieden sind, die Geburtenziffern andere, dass Wohlstand, Art des Wohnsitzes (Stadt und Land) nicht ohne Einfluss sind. Worin sich der Einfluss dieser Verhältnisse geltend machen kann, und in welchem Grade, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Ebensowenig ist für die sicher beobachtete Thatsache, dass nach Kriegen, auch nach Epidemien, welche viele Menschen-

Digitized by Google

leben dahingerafft haben, die Geburtenhäufigkeit zunimmt, eine unanfechtbare physic-

logische Erklärung bekannt.

Aus den Massenbeobachtungen dürfte überhaupt ungleich weniger eine Aufklärung der Ursachen des häufiger oder seltener eintretenden Vorganges der Conception zu erwarten sein, als von der aufmerksamen Verfolgung und Ergründung der Verhältnisse bei unter sich abgeschlossenen, unter gleichen Bedingungen etc. lebenden Bevölkerungsständen. Für die öffentliche Gesundheitspflege haben aber die Verhältnisse der Regenerirung der Bevölkerung grosse Wichtigkeit.

Innerhalb viel breiterer Grenzen als die für das Reichsgebiet ermittelten Geburtenziffern nach Jahren schwanken, weichen diese in den einzelnen Verwaltungs-

gebieten und Ländern voneinander ab.

Es entfielen auf 1000 Einwohner Geburten im Mittel der Jahre:

	1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich	. 40.2	37.7	39.3	39.5	3 8·7	40.1	36.6	3 3·7
Oberösterreich Salzburg	: \31.7	29.8	29 ·8	30·1 28·6	30·9 29·9	$\begin{array}{c} 32.4 \\ 32.8 \end{array}$	31·9 30·6	32·4 31·6
Steiermark	. '36.0	33.7	32.7	31.3	32.1	32.6	31.6	31.6
Kärnten	· \34·0	30.7	30.5	[29.7]	30.3	32.0	33.2	3 2·6
Krain	. 1010	00.		31.4	$32 \cdot 7$	35·8	37.0	36.4
Triest	: \46.7	38.8	36.3	38.2	39.9	$\begin{cases} 39.4 \\ 37.8 \end{cases}$	$\begin{array}{c} 35.4 \\ 38.2 \end{array}$	31·6 36·1
Istrien	.)					39.8	39.3	38.1
Tirol Vorarlberg	: \33.9	31.3	31.4	3 0· 1	29.9	{ 29·7 } 31·0	29·5 29·7	$rac{29.6}{28.0}$
Böhmen	. 41.9	3 9· 3	40·1	39.9	401	40.0	38.5	$36.^{\circ}$
Mähren	. 144.4	90.0	41.5	139.6	39.8	40.3	38.3	37.1
Schlesien	344.1	39.9	41.5	38.1	42.0	40.4	38.7	400
Galizien Bukowina	. 43.1	42.7	42.9	(41·7)42·5	$45.6 \\ 43.8$	45·6 46·7	45·5 47·3	44·8 43·9
Dalmatien	. 32.2	32.2	30.0	35.0	37.1	36.2	39 3	40 ·0

Für das Reichsgebiet ergibt sich eine durchschnittliche Geburtenziffer von $39\cdot2^{\circ}/_{\circ\circ}$. Ueber diesem Mittelwerthe liegen die Geburtenziffern für Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und für die Bukowina, demselben nähern sich jene für Istrien, Niederösterreich (in früherer Zeit) und für Dalmatien (in neuerer Zeit), die der übrigen Ländern bleiben mehr oder weniger unter dem Reichsdurchschnitte.

Die höchste Geburtenziffer weist die Bukowina auf, eine nahezu gleich hohe Galizien, dann folgen Schlesien, Böhmen und Mähren. In Tirol und in Vorarlberg überschreitet dieselbe wohl 30%,000, ohne jedoch den Werth von 31%,000 zu erreichen. In Tirol macht sich der Einfluss der Nationalität der Bewohner auf die Geburtenhäufigkeit deutlich bemerkbar und kann schon deshalb leichter beurtheilt werden, weil die Sprachgebiete deutlich abgegrenzt sind. Im italienischen Landestheile werden verhältnismässig mehr Ehen geschlossen, als im deutschen Theile, in welchem die Einrichtung des politischen Eheconsenses die Zahl der Ehen beschränkt. Die Geburten sind im ersteren viel häufiger als im letzteren.

Vorarlberg weist eine mit Italienisch-Tirol mehr als mit Deutsch-Tirol übereinstimmende Heiratsfrequenz auf, desungeachtet steht die Geburtenzisser nur unbedeutend über jener für Deutsch-Tirol.

Die Abnahme, welche die Geburtenhäufigkeit im Reichsgebiete innerhalb der angeführten Jahresperioden erfahren hat, ist durch ein Sinken der betreffenden Ziffern für einzelne Verwaltungsgebiete bedingt. Niederösterreich zeigt eine bedeutende Verminderung der Geburtenhäufigkeit, Böhmen und Steiermark eine etwas geringere. Weniger deutlich treten die Schwankungen der aus Jahresperioden abgeleiteten obigen Mittelwerthe in jenen Verwaltungsgebieten zu Tage, welche aus mehreren Ländern gebildet waren oder noch sind. Das Küstenland weist in den Jahren 1819—1830 eine Geburtenziffer von 46.7 auf, in der Periode von 1891—1899 ist diese bis auf 36.0 gesunken. In Kärnten und Krain (zusammen) waren Geburten im Zeitraume von 1831—1860 seltener, als 1819—1830, im Decennium 1861—70 stieg die Geburtenfrequenz und erhob sich im letzten der Decennien über jene von 1819—1830. Hiebei waren die Geburtenverhältnisse in Krain weit mehr ausschlaggebend als jene in Kärnten. Einen ähnlichen Verlauf nahm die Geburtenfrequenz im Gesammtbereiche von Oberösterreich und Salzburg. In Mähren und Schlesien (zusammen) zeigt sich eine Abnahme der Geburtenhäufigkeit von 44.1 auf 39.9% seit dem Jahre 1851, aus welchem für beide Länder gesonderte Nachweisungen vorliegen, übertrifft Schlesien hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit sein Nachbarland Mähren.

Nur Dalmatien zeichnet sich durch eine, allerdings von kleinen Schwankungen abgesehen, continuirlich zunehmende Geburtenhäufigkeit aus. Den niedrigsten Stand $(30\cdot0^{\circ})_{00}$ erreichte dieselbe im Decennium 1841—1850, den höchsten in der letzten der angeführten Zeitperioden mit $40^{\circ})_{00}$.

Eine Uebersicht über die jährlichen Geburtenziffern der einzelnen Verwaltungsgebiete, beziehungsweise Länder bieten die beiliegenden Diagramme. Wenn auch in denselben nur die Lebendgeburten berücksichtigt sind, entspricht der Verlauf der Curven doch annähernd jenem der Geburtenhäufigkeit überhaupt, da die Todt-

geburten nur untergeordnet in Betracht kommen.

Dieselben Erwägungen, welche die für das Reichsgebiet berechneten Mittelwerthe als im einzelnen nicht maassgebend erscheinen lassen, kommen in analoger Weise auch für die Länder in Betracht. Die nach verschiedenen Richtungen abweichenden Verhältnisse einzelner Gegenden und Bevölkerungsgruppen, von Städten und Landgemeinden treten weder in den absoluten noch in den Relativzahlen hervor, machen sich aber in den für die politischen Bezirke gefundenen Ziffern wenigstens bis zu einem gewissen Grade bemerkbar. In dieser Beziehung wären die für Gerichtsbezirke und für Ortsgemeinden berechneten Zahlen ungleich mehr maassgebend. Die Grundlagen hiefür sind in der gegenwärtig eingeführten Berichterstattung gegeben. Je enger der Kreis der Erhebungen geschlossen wird, und auf einen je längeren Zeitraum sich diese ausdehnen, umso verlässlicher werden 'die Anhaltspunkte für die Beurtheilung jener Verhältnisse, welche die Regeneration der Bevölkerung beeinflussen.

In dem ersten Theile der im Anhang folgenden Tabellen sind für jeden politischen Bezirk und für die Städte mit eigenem Statute die Geburtenzissern unter Zugundelegnng der aus den vorliegenden, oben angeführten amtlichen Quellen entnommenen Daten berechnet, und zwar bei jenen Bezirken, welche neu gebildet wurden oder territorielle Veränderungen erfahren haben, für den jeweils übereinstimmenden Gebietsumfang. Fussnoten weisen die Zeit nach, auf welche sich die Verhältniszahlen beziehen.

Die amtlichen Publicationen verzeichnen die Gesammtzahl der Geburten bezirksweise erst vom Jahre 1881 angefangen, für das Decennium 1871—1880 sind nur die Summen der in den Bezirken Lebendgeborenen veröffentlicht. Für Zwecke der Gesundheitspflege genügt es nicht, sich auf die Lebendgebornen zu beschränken, es muss vielmehr die Gesammtzahl der Geburten in Vergleich gezogen werden.

Für die Beurtheilung des jährlichen und innerhalb gewisser Zeitperioden eintretenden Zuwachses der Bevölkerung und für demographische Zwecke haben die Todtgebornen allerdings keine oder wenigstens nur untergeordnete Bedeutung. Vom Standpunkte der Sanität handelt es sich aber in erster Linie um die Erforschung der Zeugungs- und Gebärkraft der Bevölkerung und wäre die Kenntnis der statt-

gefundenen Conceptionen, wenn diese erlangt werden könnte, in physiologischer Hinsicht das wichtigste Moment. Nachdem aber hierüber bestimmte Aufschlüsse nicht erlangt werden können, abortirte und nicht lebensfähige Früchte zwar in den Todtenbeschauprotokollen verzeichnet werden sollen, die Todtenbeschauer von solchen aus naheliegenden Gründen wohl keineswegs in allen Fällen Kenntnis erlangen, für die Eintragung in die Geburtsbücher aber maassgebend ist, dass das lebend- oder todtgeborene Kind bis zur Lebensfähigkeit entwickelt war, gibt die Volksbewegungsstatistik über eine grössere oder geringere Zahl von Geburten keinen Aufschluss.

Die Kenntnis derselben hätte aber sowohl an sich, noch mehr aber wegen der Ursachen, welche der Entwicklung der Frucht zur Lebensfähigkeit ein Ziel setzten, für die Sanitätsbeamten eine wegen der daraus zu ziehenden Folgerungen ganz hervorragende Bedeutung.

Unter diesen Umständen muss man sich mit der allgemeinen Geburtenstatistik bescheiden und damit abfinden, dass die Zahl der genannten Fälle, obschon man über deren Betrag nicht einmal annähernde Anhaltspunkte hat, keine grössere sein dürfte, dass daher durch dieselben die allgemeinen statistischen Ergebnisse keine wesentlichen Abänderungen erfahren würden. Das Gewicht der Zahlen kommt für den Sanitätsbeamten allerdings weniger in Betracht, als die Bedeutung der, wenn auch in einer kleinen Zahl von Fällen enthaltenen Thatsachen an sich, ganz abgesehen davon, ob verbrecherische oder ohne irgend welches Dazuthun eingetretene Einflüsse maassgebend waren.

Geburten sind in den verschiedenen Gegenden der Reichshälfte sehr verschieden häufig. Im Bereiche der Alpenländer, in den an diese sich anschliessenden Bezirken Niederösterreichs und bis in das südliche Böhmen hineinreichend erstreckt sich das Gebiet mehr oder weniger niedriger Geburtenfrequenz, wogegen diese in geschlossenen Gebieten des grösseren Theiles des mittleren, im ganzen östlichen Galizien und in der Bukowina (mit Ausnahme des Bezirkes Kimpolung) eine hohe ist, mehr als 42 auf 1000 Einwohner beträgt. Weniger ausgedehnte Gebiete hoher Geburtenfrequenz (42%)00 und darüber) bilden die westgalizischen Bezirke Wieliczka, Podgorze, Krakau, Chrzanow, Wadowice, Saybusch und Biala, an welche sich die schlesischen Bezirke Bielitz und Freistadt, der mährische Bezirk Mistek anschliessen. In Böhmen zeichnen sich nur die Bezirke Brüx, Dux, Teplitz, Joachimsthal und Graslitz, in Dalmatien die Bezirke Benkovac, Knin und Sebenico durch eine 42%/00 mehr oder weniger übersteigende mittlere Geburtenziffer aus.

Ueber dem Reichsmittel, aber unter 42° 000 hält sich diese Verhältniszahl in einem geschlossenen von den vorerwähnten an der nordwestböhmischen Grenze gelegenen Bezirken bis gegen Prag reichenden Gebiete, in einzelnen Bezirken im Innern, an der westlichen und nördlichen Grenze dieses Verwaltungsgebietes, im mittleren Schlesien, in den an Ungarn grenzenden und in den über Brünn in das Innere des Landes sich erstreckenden Bezirken von Mähren, im mittleren Theile von Westgalizien, im südlichen Krain, dem grösseren Theile von Görz-Gradisca und Istrien, endlich im nördlichen und mittleren Theile des dalmatinischen Festlandes in den Bezirken Zara.

Sinj, Spalato, Imoski und Metković.

In Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg, im südlichen und nordöstlichen Böhmen, in den angrenzenden Bezirken von Mähren und Schlesien ist die Geburtenziffer niedriger als das Reichsmittel derselben, nähert sich aber diesem mehr oder weniger.

In Krain haben die an Steiermark grenzenden Bezirke eine dem Reichsmittel sich nühernde Geburtenziffer. An diese reihen sich vereinzelte Bezirke in den anderen Ländern, so Neumarkt in Galizien, welcher allein von allen Bezirken des Landes eine geringere Geburtenhäufigkeit aufweist, als dem Reichsmittel entspricht, in Oberösterreich der Bezirk Braunau, in Steiermark Judenburg und der an das Gebiet mittelhoher Geburtenfrequenz angrenzende Bezirk Rann, in Krain der Bezirk Adels-

berg, in Istrien jener von Lussin, in Dalmatien die Bezirke Curzola, Lesina, Makarska und in Tirol der Bezirk Tione.

Die niedrigsten Geburtenziffern — unter 30°/00 — weisen Vorarlberg, Deutsch-Tirol, das mittlere Salzburg, einzelne Bezirke in Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und die südlichsten Bezirke Dalmatiens, Ragusa und Cattaro auf. Für den Bezirk Innsbruck Umgebung ergibt sich eine im Vergleiche mit den übrigen Deutsch-Tiroler Bezirken höhere Geburtenziffer nur deshalb, weil die Landesgebärklinik, welche bis zum Jahre 1889 in der Landeshauptstadt untergebracht war, in die Nachbargemeinde Wilten verlegt wurde.

Von den 33 Städten mit eigenem Statut weisen 31 eine niedrigere, 2 eine höhere Geburtenziffer auf, als das Reichsmittel. Im Allgemeinen ist diese, wie aus der im dritten Theile des Anhanges folgenden Uebersicht des Verhältnisses der Lebendgeborenen zur Einwohnerzahl entnommen werden kann, in den grösseren Städten

und Gemeinden eine niedrigere als in den Bezirken überhaupt.

In den Städten, in welchen sich öffentliche Gebäranstalten befinden, tragen die in diesen vorgekommenen Geburten erheblich bei, um die Geburtenhäufigkeit als eine grössere erscheinen zu lassen, als sie bei der einheimischen Bevölkerung ist.

Auf 100 im Zeitraume 1881-1898 in den nachstehend angeführten Städten

vorgekommene Geburten treffen Geburten in der Landesgebäranstalt:

Prag .													43.4
Klagenfu	rt												40.4
Olmütz													
Wien (18	881	 18	90))									$30^{\circ}5$
Laibach													19.2
Lemberg													
Wien (18													
Linz .													
Brünn .													16.9
Krakau													
Graz .													
Czernowi	tz									•			5.3
Triest .													

Von einem Vergleiche der betreffenden Daten für die Städte Innsbruck und Salzburg musste abgesehen werden, weil, wie oben erwähnt, die Landesgebärklinik von Innsbruck nach einer Vorortegemeinde verlegt wurde, in Salzburg aber bis in die neueste Zeit eine öffentliche Gebäranstalt nicht bestand, für den Unterricht der Hebammen eine Art von geburtshilflichem Ambulatorium eingerichtet war.

In den angeführten Städten beeinflussten die Entbindungen in der Gebäranstalt die Geburtenziffer in ganz ungleichem Maasse, in der Mehrzahl derselben aber recht bedeutend. Ein grosser Theil der Schwangeren, welche die Anstalten aufsuchen, kommt wohl aus der betreffenden Stadt selbst, ein aus den vorliegenden Jahresberichten jedoch nicht zu entnehmender Theil auch von auswärts. Jedenfalls darf man aber nach dem Angeführten die aus der Geburtenstatistik abgeleiteten Geburtenziffern nicht als zutreffend ansehen und müssten streng genommen die Geburten jenen Gemeinden, beziehungsweise jenen Bezirken zugeschrieben werden, in welchen die Conception erfolgt war. Hiefür fehlen aber in der Regel die nöthigen Anhaltspunkte.

Die Geburtenzisser gibt wohl das Verhältnis der Geburten zur Bevölkerung im Allgemeinen und ist das wichtigste Moment für Beurtheilung der Entwicklung der Bevölkerung überhaupt. Vom sanitären Standpunkte ist es aber auch von wesentlichem Interesse, die Geburtenzahl mit der vorhandenen weiblichen Bevölkerung als

solchen und mit der Zahl jener weiblichen Individuen, welche im sogenannten ge-

bärfähigen Alter stehen, zu vergleichen.

Die Beziehungen zwischen Zahl der Geburten und der Individuen geschlechtsreifen Alters sind jedenfalls ungleich mehr maassgebend, als jene zur weiblichen Bevölkerung überhaupt und zur Gesammtbevölkerung. Von einer Berücksichtigung dieser Verhältnisse in der vorliegenden Arbeit musste wegen Mangels genügend sicherer Anhaltspunkte abgesehen werden. Die Geschlechtsreife des weiblichen Individuums tritt nicht in allen Ländern im gleichen Alter ein und innerhalb der Länder ergeben sich mehr oder weniger bedeutende Abweichungen in den verschiedenen Gegenden. Dementsprechend erlischt auch die Conceptionsfähigkeit nicht bei allen Frauen im gleichen Lebensalter. Es lässt sich aber für die weibliche Bevölkerung eines Landes das Lebensalter, in welchem die physiologischen Verhältnisse der weiblichen Organismen eine Befruchtung gestatten, nicht allgemein angeben und fehlen daher die nothwendigen Grundlagen für Berechnung der Zahl der in Betracht kommenden Individuen. Auf annähernden Schätzungen beruhende Zahlen führen aber nur zu leicht zu ganz irrigen Schlussfolgerungen.

In einer wesentlich günstigeren Lage befinden sich die Amtsärzte, da es für beschränkte Gebiete nicht schwer ist, von dem durchschnittlichen Zeitpunkte der Entwicklung zur Geschlechtsreife und von jenem des Eintrittes des klimakterischen Alters der Frauen Kenntnis zu erlangen und die Zahl der in den zwischenliegenden Altersstufen lebenden Frauen aus den Volkszählungsergebnissen zu entnehmen. Die hier in Betracht kommenden physiologischen Verhältnisse stimmen innerhalb be stimmter begrenzter Gebiete meistens ziemlich, jedenfalls mehr überein als in einem ganzen Lande.

In den angedeuteten Richtungen eröffnet sich der Forschung noch ein weites Feld.

Lebend und Todtgeborene. Die allgemeine Geburtenziffer wird vielfach nicht aus der Gesammtzahl der Geburten, sondern aus jener der Lebendgebornen berechnet, was dann, wenn es sich um die Beurtheilung des Erfolges der thatsächlich eingetretenen Regenerirung der Bevölkerung handelt, zutrifft, jedoch nach dem oben Angeführten die Entwicklungs- und Regenerirungstendenz der Bevölkerung nicht ausdrückt. Für die Zwecke des Sanitätsdienstes ist das letztere Verhältnis ungleich wichtiger als das erstere.

In der folgenden Tabelle (S. 28 u. 29) sind die absoluten Zahlen der Lebendgebornen, soweit diese aus den amtlichen Quellen für die Jahre 1819—1899 zu entnehmen waren, nach Verwaltungsgebieten und für das Reichsgebiet verzeichnet.

Die absolute Zahl der in den österreichischen Ländern innerhalb des genannten Zeitraumes geborenen Kinder ist von 604.956 im Jahre 1819 auf 956.428 im Jahre 1899 gestiegen und hat in diesem letzteren Jahre den höchsten Stand erreicht. Die niedrigste Zahl ist für das Jahr 1822 nachgewiesen. Wenn auch im Ganzen von einem zum anderen grösseren Zeitabschnitte entsprechend der Zunahme der Bevölkerung eine immer grössere Zahl von Lebendgebornen verzeichnet ist, weisen doch einzelne sowie mehrere unmittelbar auf einanderfolgende Jahre eine Abnahme der Zahl der Lebendgeburten auf.

In der Tafel 1 sind die nach den Daten über Lebendgeborene für die einzelnen Jahre berechneten Geburtenziffern aller österreichischen Länder ersichtlich gemacht.

Der Verlauf der Curve, welcher im Grossen und Ganzen jenem der allgemeinen Geburtenhäufigkeit entspricht, lässt entnehmen, welche bedeutenden Verschiedenheiten in den früheren Jahren bestanden haben.

Das Jahr 1819 zeichnete sich durch eine ungewöhnlich hohe Ziffer der Lebendgeburten aus, wie diese in keinem späteren Jahre erreicht wurde. Schon im folgenden Jahre trat eine absteigende Bewegung ein, welche sich nach einem vorübergehenden,

nur 3 Jahre währenden Ansteigen, noch mehr vertiefte und im Jahre 1831 ihren niedrigsten Stand erreichte. Während der Jahre 1833—1845 bestanden nicht allzuweit voneinander abweichende Verhältnisse, vom Jahre 1846 sank aber die Häufigkeit der Lebendgeburten sehr rasch, im Decennium bis 1856 weist die Curve derselben grosse Jahresschwankungen auf, welche sich zwischen 32·1 und 39·50/00 bewegten. Erst mit dem Jahre 1856 beginnt ein gleichmässiger Verlauf und mit dem Jahre 1890 ein nicht unbedeutendes Sinken der Geburtenziffer.

Die analogen Verhältnisse in den Verwaltungsgebieten und Ländern sind in den beiliegenden Tafeln 2—11 dargestellt. Diese bringen die in den einzelnen Gebieten recht wesentlich verschiedene Häufigkeit der Lebendgeburten in anschaulicher Weise zum Ausdruck. In mehreren Ländern, so in Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg unterscheiden sich die einzelnen aufeinanderfolgenden Jahre in Bezug auf Frequenz der Lebendgeburten nur wenig voneinander, in anderen aber bedeutend und weist unter diesen insbesondere Dalmatien eine Curve von ansteigender Tendenz mit tiefen Bergen und Thälern auf.

Für Gruppen von Jahren ergeben sich folgende auf 10.000 Lebende berechnete Durchschnittszahlen der Lebendgeborenen:

	181 bis 18		1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich .	39	4 369	383	383	375	388	352	324
Oberösterreich Salzburg	31	2 293	293	∫ 294 281	301 293	$\begin{array}{c} 313 \\ 319 \end{array}$	309 298	$\begin{array}{c} 312 \\ 304 \end{array}$
Steiermark	['] 35	5 332	321	306	313	316	305	304
Kärnten	} 33	7 303	302	∫ 291	297	313	323	316
Krain	1 00	. 000	- OO-	į 3 09	321	352 1376	363	357
Triest	45	8 381	358	373	390	372	$\frac{340}{374}$	$\begin{array}{c} 300 \\ 352 \end{array}$
Istrien	Į					391	386	373
Tirol Vorarlberg	33	8 311	313	298	296	{ 293 } 307	291 2 93	$\begin{array}{c} 290 \\ 276 \end{array}$
Böhmen	41	3 386	393	389	391	389	373	352
Mähren	43	7 384	409	[389	391	395	374	361
Schlesien	10	. 001	100	373	411	394	376	388
Galizien Bukowina	42	9 422	425	1410 420	$\begin{array}{c} 448 \\ 434 \end{array}$	445 460	$\begin{array}{c} 443 \\ 464 \end{array}$	437 430
Dalmatien	32	0 321	299	349	371	360	389	395
Oesterreich	40	$2 \qquad 377$	383	375	390	392	382	370

Bei einem Vergleiche der vorstehenden Verhältniszahlen mit den auf Seite 22 angeführten allgemeinen Geburtenziffern wird man sofort die grosse Uebereinstimmung zwischen beiden erkennen.

Es ergibt sich hieraus, dass die Zahl der Todtgeborenen auf die nach Ländern berechneten allgemeinen Geburtenziffern keinen bestimmenden Einfluss hat. Auf 1000 Einwohner trifft eirea 1 Todtgeburt.

Im Laufe der Jahre wurden Todtgeburten immer häufiger verzeichnet. Auch nach Verwaltungsgebieten stellte sich eine mehr oder weniger verschiedene jedoch allmählich zunehmende Häufigkeit derselben heraus.

So einfach es von vorneherein zu sein scheint, zu entscheiden, ob ein Kind todt zur Welt kam, begegnet dies im praktischen Leben doch offenbar Schwierigkeiten. Schon der Umstand, dass in den Angaben der Statistik der Gebäranstalten, in welchen doch für fachkundigen Beistand bei Entbindungen, für Pflege und Be-

							_															_											_	_			_		
Summe	601956	200000	550154	570103	596307	500000	525050	240000	50,102	201020	267063	600614	563365	577735	629497	6822989	.620566	614316	649051	626616	634312	650532	614065	699399	674451	687288	691756	654050	635342	571778	695429	691873	690861	667761	665004	654967	- 01 to 1	577177	7.7.7.7
neitamlad	9034	2000	200	0000	0000	2000	11067	0011	11374	11867	134	9768	11739	0266	19136	13193	12062	12335	12521	11565	12182	11635	11304	XFOE I	1.06.93	13305	12902	12265	11106	9525	11401	11518	19994	19719	5.75	1,00,0	1 :	11758	2
Bakowina	173747	6000	61616	200	20200	970	50012	(210)	84336	87093	72748	90470	57855	71091	200064	199396	198120	97180	223351	198777	205441	214272	2000	931190	55841	240352	554859	742	197756			15672	19839	15589	17002	17913	_ '	1758	200
Galizien	173	# C C C C C C C C C C C C C C C C C C C	161	107	2 2	2	20 5	2 :	* :	182	172	윤 -	157	121	60%	55	861	197	223	25.	205	214	U.G	25.	. ∝ 	240	724	200	197	161	506796	17400 195877	198393 196365	7940 176635	6675 179605	6808 168674 6898 168674	10001	2835:151446	0 00
Schlesien	86870	55376	83/24 70747	- 4-1	77.70	101	2000	84351	x36.7x	82750	29968	83352	08962	79315	86458	81046	2008 2008 2008	50822	82975	83467	81369	84968	84630	91050	85765	56588	60006	85340	385	08969			_				_ '		
α ∋1 dã M	_				2 3	_		Č			₹	æ											3	5	: ic	3			£		730	74189	77010		٦		1.060		-
п в при	152098	148311	147304	062041	146829	140311	15288	200	145508	141834	140939	151694	150609	150803	157740	158310	158951	153014	154809	158013	158213	163211	165620	176070	163860	160590	175305	169769	162901	152372	183738	187786	107995	10/000	0.000	100721	TOME	148171	
loriT gredfræroV	26348	26035	26157	7222	26603	20407	25611	26270	26140	25337	24083	24765	91977	25107	20016	95309	95393	96303	95449	96404	96673	26131	97.130	90006	00007	97108	27688	27736	26614	56488	26584	26197	60896	20032	07020	20640 37.168	00+07	24639	21.12
neirtel																																							
Görz- Gradisca	24647	23993 200 200 200 200 200 200 200 200 200 20	22123	10901	10450	16216	16513	1:021	16747	15938	16374	15899	16959	15769	200	17434	17334	18310	18179	17966	17991	17793	1011	19030	10000	18:50	19433	18867	18211	18395	18700	18039	1095.4	13334	C+002	20802	00101	17004	
Triest																			_											_							_		
Krain	25240	23630	23015	21700	23739	25733	23119	23706	21509	21644	22155	22497	91678	99012	0.000	99155	0110	99801	60666	60186	23335	22911	21016	05050	07075	20040 95005	1817	24903	28760	23551	72, 15416.	9556 15590	19870				_ '	1263	
Kärnten																															₫.			2000			_	E S	
Зтейеттят к	31332	9:13	23.25.05 25.25.05 25.25.05	20115	00000000000000000000000000000000000000	tq:::2	30383	X (3)	9227	27969	*188% -	†8 903	90619	3077	30366	29358	31018	310.15	32566	XTX	30035	30550	91406	99.101	20271	40000	35,169	31549	30476	31063	_					32077		29967	
Salzburg	56489	26006	26113	24 (03	27402) (2)	x09400	55	1877	()	23739	53656	51035	91971	19919	55130	95831	90216	21744	900	220	25279	60.55.69	0.000	10700	20505	25065	25421	24516	23685		4261						1505 1005	
Oberöster- reich	96 97	9 31 3	2) 2) 2)	77 7	3 3 3	3 3	<u>.</u>		찱	ဗုဒ္ဓ	<u> </u>	153	3	1.0	1 ?	1.5	3 3	i 6	1 7	 	. ?;	18	G	હેં કેં	Ş 3	3 %	3	3	7	23	21211	21116	ovide t	10802	RC+13C	2003	10202	19497	2
-rebeiN deierreich	49151	1967	76+)+	CENCT.	4 (040	1007		4×155	7.5.5.T	99024	8029	6062	16780	3000	0000	2000	00000	2027	3	50007	3.0X.03	53382	0200	1000 1000 1000 1000	05000		58616	57458	576.0	55731	59318	80018	01050	61353	02000	62150	01405	57704	:03:5
Jahr	1819	025 225 235 235 235 235 235 235 235 235 2	Z 2	21 2	200	† ;	C 22.	22.5	1852	1858	1829	1830	1031	333	1 m	6.00	100 200 200 200 200 200 200 200 200 200	000 000 000 000 000 000 000 000 000 00	2832	X X	0000	1× 5	2	70	1010	250	25.5	18 18 18 18	177	<u>x</u>	57.2	1850	1,00	1801	200	1803	#00	1855	2

708209 726474 781415 789827 746445	746507 726538 758591 795360 808281	801515 810147 828030 829709 842303 853436 834251 855593 827980	833476 873522 858832 8788321 860663 889478 889478 889501 898350	919458 871278 923420 901398 941184 948419 920331
_				
	14574 16604 15447 17053 17053 17053 15269 15877 14168 17642 17642		17954 17837 17837 19687 20303 19786 20563 20563 20563 19747 19245	21636 21835 22175 22175 22403 22403 22403 22617
	20200 21789 21789 23655 21263 16909 17272 22670 23156 23735		26703 27434 27434 27434 27347 27188 28100 29696 29971 27853	29787 29979 28336 30599 30599 30802 27323 29661
_	208390 222472 240755 255871 2216554 228700 228700 229170 254055	242726 242386 245027 247391 260593 256748 256938 259146 259146	256370 278415 269884 269988 269988 273976 286699 286699 2873991 2873991	303519 276133 307: 84 289672 310792 312703 312703 323427
	17308 17869 20143 19874 19065 20138 19090 20351 21225 22225	21612 22063 21526 21526 21564 21564 20308 20226 22109	19956 21073 21167 21167 21959 22475 22800 22800 22972	23683 22762 24477 24777 25510 25504 25827 26551
	71069 71182 78836 72339 75354 77503 70735 78421 79931	81662 83496 84507 82320 81899 83448 80113 80657 78951	79171 83623 81691 83745 82623 84201 82184 82184 82572 80063	84130 80427 83472 8387 86932 86101 85935 87585
	17.0352 18.4896 9 200185 198204 1 194628 1 197207 1 181403 1 193367 1 193367 1 193367	150 078 078 124 134 192 192 192 192 193 193 193 193 193 193 193 193 193 193	3246 205666 3320 214991 3251 211535 3331 218463 3161 214206 3303 212547 3278 211254 3293 211267 3213 210267 3205 204407	3223 214244 3135 206074 3225 214868 3254 211649 3296 217344 3338 218914 3598 214271 3713 214739
	25980 25270 25270 25945 25901 25901 25561 25674 25572	23407 223535 22360 22280 22280 22228 22228 22238 22238	23330 22497 22497 23398 23353 23518 23518 23886 23818 22844	23551 23087 23030 23701 24486 23922 24220 24821 24821
		10341 10740 10848 10002 111447 11049 10991 10771 11184 9608	11389 10988 11192 11199 11867 112045 11397 11397	12002 11473 11765 12163 12580 12833 13385 11725 11725
	21378 20550 21494 21543 21543 21725 21296 20954 22183	7604 7679 7819 7179 8331 8331 7336 7456 7456	7712 7716 7727 8316 7950 8021 8102 7988 7988 7865	7908 7758 7873 8078 8132 7961 7961 7753
		4874 4881 5252 4884 5033 5320 4934 50111 5003	5066 5036 5036 5048 4934 5043 5043 5181 5037 5186 5186 5186 5186 5186	5014 4752 4972 4980 4972 5194 5159 5353
	14140 18779 14876 15270 14085 14892 14941 15353 15353	16066 15473 16383 16524 16811 17573 16670 16593 16494	16995 17375 17605 17879 17791 18101 18400 17804 18377 16932	18085 17353 17353 17218 18074 18093 17965 18116
-	10121 9703 10294 10576 9748 9917 9408 9681 10300	10032 10756 10766 10833 10742 11108 10821 10584 10584	11111 11440 10896 11614 11239 11557 11585 11611 11369	11477 11200 11278 11270 11799 11745 11569 111697
	33584 33180 34800 35846 33080 3443 34443 34362 35404	36407 36300 37950 37251 36721 36721 36721 36711 36718 36718 36718 36718	36283 37110 37014 38481 38057 39186 38414 38601 38637	39671 38602 39053 39830 40794 40656 40174 40135
	44831 4480 4480 4478 4408 4823 4835 4835 4835 4835 4835	4588 4588 4877 4977 5229 5358 5308 5308 54969 5138	4883 4819 4718 4985 4929 5111 5054 5235 4894	5240 5246 5528 5465 5579 5730 5761 5922 5922
	21648 21854 21854 21854 21213 21055 22113	22707 22675 22675 238267 238267 238267 24215 24215 23836 23836 23836	23627 23803 23803 23749 23750 24137 23831 23159	24383 24439 24433 24102 24102 25315 254700 24789
_	66134 64800 70096 68479 67096 69235 69348 72607	76394 80487 82239 84645 85037 86476 83480 83480 82510 82158	84014 85632 86019 87159 86198 87816 87816 88197 88197 88197	91941 88030 90092 91352 94169 95227 95803 95280
2	1862 1863 1864 1864 1865 1866 1866 1868 1868	2	8	8.93 8.93 8.93 8.93 8.93 8.93 8.93 8.93

handlung die günstigsten Bedingungen gegeben sind und in einem Maasse gesorgt ist, wie diese Verhältnisse im Privatleben nur ausnahmsweise hergestellt werden können, Todtgeburten häufiger verzeichnet werden, als in der allgemeinen Statistik. lässt die Vermuthung aufkommen, dass lediglich bei den Nachweisungen nicht überali mit derselben Genauigkeit vorgegangen wird. Auf diesen Umstand dürften auch die in den einzelnen Ländern nicht übereinstimmenden Ziffern der Todtgeburtenhäufigkeit zurückzuführen sein. Nach den vorliegenden Angaben kämen in der Stadt Triest und in dem zugehörigen Gebiete verhältnismässig mehr Kinder todt zur Welt als in den angrenzenden Ländern Görz-Gradisca und Istrien, obschon in Triest für ärztlichen und Hebammenbeistand in reichem Maasse gesorgt ist, während weite Gebiete der beiden genannten Länder ohne Aerzte sind und in manchen Gegenden auch Hebammenbeistand nicht bei jeder Geburt zu beschaffen ist.

Das Ereignis einer Todtgeburt wird von den Familien als ein Unglück empfunden und da auch confessionelle Rücksichten ins Gewicht fallen, bei Todtgeberener ein kirchliches Begräbnis nicht stattfindet, ist das Bestreben erklärlich, den todtgeborenen Kindern wenigstens das zuzuwenden, was bei lebendgeborenen, jedoch albald nach der Geburt gestorbenen Kindern üblich ist. So dürfte manches Kind als zwar noch lebend geboren, jedoch nach kurzer Zeit gestorben, angezeigt und denentsprechend im Geburtsbuche nachgewiesen werden.

In nach höherem Maasse muss das Bestreben, die Todtgeborenen möglichet auszuscheiden, sich dann geltend machen, wenn nicht eine geprüfte Hebamme, sondern, wie es vor Jahren in manchen Gegenden fast Regel war, eine verfahrene Frauden Beistand leistete, weil letztere immerhin Ursache hat zur Besorgnis, dass derartige ungünstige Ereignisse auf ein Verschulden von ihrer Seite zurückgeführt werden und daraus ihr wenigstens Unannehmlichkeiten erwachsen. Solange noch in einzelnen Gegenden das Unwesen der Afterhebammen fortbesteht, werden demnach unrichtige Angaben über die Umstände bei der Geburt nicht zu beseitigen sein.

Es haben daher auch die Versuche, die Todtgeburten und die Thatsache des stattgefundenen fachkundigen Beistandes in eine innere Beziehung zu bringen, zu keinem positiven Ergebnisse geführt, denn es stellte sich hiebei wiederholt heraus dass von den unter solchem Beistande zur Welt gekommenen Kindern mehr todt geborene waren, als unter jenen Geburten, bei welchen ein solcher Beistand nicht stattgefunden hatte.

Aus diesen Erwägungen und Thatsachen ergibt sich nur, dass die Statistik der Todtgeburten kein grosses Vertrauen verdient und dass die allgemeinen Geburtenziffern für die Beurtheilung der Geburtenverhältnisse eine verlässlichere Grundlage bieten, als die aus den Lebendgeburten berechneten Werthe.

Die in den einzelnen Verwaltungsgebieten und Ländern sich ergebenden Verschiedenheiten im Vorkommen der Todtgeburten gelangen deutlicher zum Ausdrucke, wenn man das Verhältnis derselben zur Geburtenzahl vergleicht.

Unter 1000 Neugeborenen kamen den amtlichen Nachweisungen zufolge todt zur Welt im Durchschnitte der Jahre:

		1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich		20	22	25	30	32	33	39	38
Oberösterreich Salzbu rg] 18	13	18	$\begin{cases} 24 \\ 17 \end{cases}$	25	31	31	38
Salzburg Steiermark	•	13	16	18	$\frac{17}{24}$	19 26	27 29	28 34	32 40
Kärnten Krain				11			23 16	28 17	30 20

	1819 bbis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	. 1881 bis 1890	1891 bis 1899
Triest	}					[45	41	52
Görz-Gradisca	20	17	14	24	23	17	21	24
Istrien)					16	20	22
Tirol	} 4	4	5	10	9	12	15	2 1
Vorarlberg	1	-	ð	10		(9	13	16
Böhmen	14	17	19	24	25	28	30	33
Mähren	} 8	11	13	∫18	19	20	24	26
Schlesien		11	10	\21	22	24	27	28
Galizien	} 4	7	10	∫ 17	18	22	26	24
Bukowina)	•		12	10	13	20	22
Dalmatien	5	5	2	3	1	5	8	9
Oesterreich	10	12	14	20	21	24	2 9	29

Ueber die in den politischen Bezirken und in den Städten mit eigenem Statute vorgekommenen Lebend- und Todtgeburten, und über das Verhältnis der letzteren zur Zahl der Geburten überhaupt geben die Tabellen im ersten Theile des Anhanges Aufschluss. In diesen sind alle in amtlichen Quellen enthaltenen Nachweisungen berücksichtigt. Da aber jene der Lebendgeborenen mit dem Jahre 1871, jene der Todtgeborenen erst mit dem Jahre 1881 beginnen, liegen für Lebendgeborene die Daten für 29, hinsichtlich der Todtgeborenen nur für 19 Jahre vor. Immerhin ist aber auch der letztere Zeitraum lang genug, um für Beurtheilung der hier in Betracht kommenden Verhältnisse genügend verlässliche Anhaltspunkte zu bieten.

So wünschenswerth es gewesen wäre, die betreffenden absoluten Zahlen für alle Jahre, aus welchen dieselben bekannt sind, fortlaufend anzuführen, konnte dieser Vorgang schon mit Rücksicht auf das damit verbundene grosse Raumerfordernis nicht eingeschlagen werden. Um aber doch die in den aufeinanderfolgenden Zeitabschnitten vorgekommenen Fälle von Lebend- und Todtgeburten und die hiebei sich ergebenden Unterschiede in der zeitlichen Häufigkeit auch nach Bezirken zur Darstellung zu bringen, erschien es zweckentsprechend, die absoluten Zahlen in Summen für je 5, beziehungsweise 1896—1899 für 4 Jahre anzuführen.

Mit geringer Mühe kann aus jeder solchen Summe die durchschnittlich für ein

Jahr sich ergebende mittlere absolute Zahl gefunden werden.

Allerdings kommt die in den einzelnen Jahren bestandene Zu- und Abnahme der Zahl der Fälle hiebei nicht zum Ausdrucke, geringfügige Variationen sind aber auch von keiner wesentlichen Bedeutung. Viel wichtiger ist es, von den extremen Schwankungen nach oben und nach unten Kenntnis zu erlangen. Mit Rücksicht hierauf wurden den 5-, beziehungsweise 4 jährigen Summen die höchste und niedrigste beobachtete Zahl der Lebendgeborenen und das Jahr, auf welches sich die extreme Zahl bezieht, beigefügt. Bei den Todtgeborenen erschien ein gleicher Vorgang nicht nothwendig, weshalb nur die mehrjährigen Summen der absoluten Zahlen aufgenommen wurden.

Da eine Anzahl von politischen Bezirken innerhalb des 29 jährigen Zeitraumes durch Abtrennung von Gebietstheilen anderer Bezirke neu errichtet wurden und hiebei letztere Gebietsveränderungen erfahren haben, musste auch auf eine gesonderte Verzeichnung der Standesfälle mit Rücksicht auf die eingetretenen Aenderungen des Gebietsumfanges und der Einwohnerzahl Bedacht genommen werden. Dies geschah, wie bereits oben erwähnt, in der Weise, dass alle Nachweisungen nach dem jeweiligen räumlichen Umfange der Bezirke auseinandergehalten und in Fussnoten die Jahre ersichtlich gemacht wurden, auf welche sich die betreffenden Zahlen beziehen. In gleicher Weise wie die absoluten Zahlen sind auch die Relativwerthe auseinander-

gehalten. Nur für Niederösterreich ergeben sich in Folge der fast alle politischen Bezirke umfassenden territoriellen Veränderungen Schwierigkeiten beim Vergleiche der einschlägigen Zahlen und machen sich dieselben umsomehr fühlbar, weil den meisten neugebildeten Bezirken Gebiete aus mehreren Bezirkshauptmannschatten zugewiesen worden waren. In den anderen Verwaltungsgebieten handelte es sich in mehrfachen Fällen nur um eine Zerlegung eines bestandenen Bezirkes in zwei. Ueber die durchgeführten Aenderungen der politischen Eintheilung sind obet (Seite 15 u. ff.) nähere Mittheilungen gemacht worden.

Wenn auch die absoluten Zahlen der Lebendgeborenen in den meisten Bezirken im Laufe der Jahre gestiegen sind, entfallen die höchsten Zahlen keineswegs regelmässig auf eines der letzten Jahre, in vielen Fällen in ein Jahr des achten Decenniums und umgekehrt die niedrigsten Zahlen nicht selten in eines der letzten Jahre

oder wenigstens in das letzte Decennium.

Ueberhaupt ergiebt ein Vergleich der absoluten Zahlen für alle 29 Jahre, dass durchaus nicht immer eine Erhöhung oder Verminderung der Zahl der Lebendgeborenen in allen Bezirken eines Verwaltungsgebietes oder innerhalb ausgedehnter Gegenden eines Landes gleichzeitig eingetreten ist, vielmehr nicht selten in dem einen Bezirke die Geburtenzahl zugenommen, in einem benachbarten abgenommen hat, woraus wohl gefolgert werden darf, dass nicht gemeinsame, sondern verschiedene Ursachen von Einfluss gewesen sind. In den Landessummen kommen diese Verhältnisse begreiflicherweise nicht zum Ausdrucke.

Im Durchschnitte der 19 Jahre von 1881—1899 waren von 1000 in Oesterreich Geborenen 28 todt zur Welt gekommen. In den Ländern und Bezirken war aber diese Ziffer eine ausserordentlich verschiedene. Die verhältnismässig grösste Zahl weist Triest, die niedrigste Dalmatien auf. In Triest wurden von 1000 neugeborenen Kindern 47, in Niederösterreich 39, in Steiermark 37, in Oberösterreich 35, in Böhmen 32, in Salzburg 30, in Kärnten 29, in Schlesien 27, in Mähren und in Galizien je 25, in Görz-Gradisca 23, in Istrien und in der Bukowina je 21, in Krain 19, in Tirol 18, in Vorarlberg 15 und in Dalmatien 9 als todtgeboren ausgewiesen.

Diese Ziffern bewegen sich in den einzelnen Bezirken von:

Niederösterreich	zwischen		23	u.	50	Tirol z	wischen			7	u.	76
Oberösterreich										10		
Salzburg	•		22	>	38	Böhmen	•			19	,	68
Steiermark	*		22	»	68	Mähren	>			18	,	50
Kärnten	>		18	ν	49	Schlesien	>			16	•	4 3
Krain	>		13	>	35	Galizien	>			15		48
Görz-Gradisca	>		14	>	45	Bukowina	>			14		32
Istrien	>		15	>	39	Dalmatien	»			1	,	18

In den Städten mit eigenem Statute ist die Verhältniszahl der Todtgeborenen. von nur wenigen Ausnahmen abgesehen, eine grössere als in der weit überwiegenden Mehrzahl der Bezirkshauptmannschaften, was sich wohl aus den eben angeführten Umständen erklärt.

Die dort ausgesprochene Vermuthung, dass die von Afterhebammen und erfahrenen Frauen, welche bei Entbindungen Beistand leisteten, gemachten Angaben, ob ein Kind lebend oder todt zur Welt gekommen ist, weniger Vertrauen verdienen und dass in diesen Fällen das Verhältnis der Todtgeborenen zu den Geburten als ein günstigeres erscheint, findet eine Stütze in den aus neuester Zeit vorliegenden Daten. In den Jahren 1895—1897 zählte man bei 1000 unter sachverständigem Beistand vor sich gegangenen Entbindungen 31, bei ebensovielen Entbindungen ohne sachverständigen Beistand aber nur 22 Todtgeburten!

Die gleichen für die Länder berechneten Ziffern weichen zum Theile sehr bedeutend von einander ab. Unter je 1000 unter fachkundigem Beistand und ohne solchen Beistand geborenen Kindern waren Todtgeborene:

			unter Beis	ohne stand					unter Beis	ohne tand
Niederösterreich			33	36	Tirol .				23	36
Oberösterreich			39	11	Böhmen				34	31
Salzburg			32	10	Mähren .				27	38
Steiermark .			49	28	Schlesien				27	43
Kärnten			33	26	Galizien				27	22
Krain			22	57	Bukowina				22	25
Görz-Gradisca			35	23	Dalmatien				18	4
Istrien			25	15						

Triest und Vorarlberg weisen eine nur sehr kleine Zahl von Geburten auf, bei welchen weder ein Arzt, noch eine Hebamme den Beistand leistete, nämlich Triest nur 31, Vorarlberg 95. Unter diesen waren in Triest 21, beziehungsweise in Vorarlberg 8 Todtgeburten.

Es wird wohl Niemand behaupten wollen, dass bei sachverständigem Beistande das Leben des zu erwartenden Kindes mehr bedroht sei, als wenn unkundige Personen den Beistand leisten. In dieser Beziehung wird daher auf Erlangung genauerer und verlässlicherer Angaben Bedacht zu nehmen sein. Die besprochenen Verhältnisse sind ein deutlicher Beleg für die Nothwendigkeit, bei Verwerthung statistischer Ergebnisse mit aller Vorsicht und unter Erwägung aller Verhältnisse vorzugehen. Ueber das Verhältnis der Todtgeborenen in Beziehung zu den ehelich und un-

ehelich Geborenen siehe S. 36.

Uneheliche Geburten. Fortlaufende Nachweisungen der Zahl der neugeborenen unehelichen Kinder liegen seit dem Jahre 1829 vor.

In der umstehenden Tabelle sind die für aufeinanderfolgende 10jährige Zeiträume sich ergebenden absoluten Durchschnittszahlen der unehelich geborenen Kinder und das Verhältnis derselben zur Gesammtzahl der Geburten überhaupt zusammengestellt. Es ergibt sich aus derselben die stetig zunehmende Häufigkeit unehelicher Geburten. Nur im Decennium 1871—1880 ist die für das Reichsgebiet berechnete Verhältnisziffer gesunken, hat jedoch schon im folgenden Decennium den früheren Stand wieder erreicht.

Wie im Reichsgebiete ist auch in allen Ländern seit dem Decennium 1831 bis 1840 die Zahl der unehelichen Geburten gestiegen, wenn auch nicht überall stetig andauernd, die relative Häufigkeit ist dagegen in einer Anzahl derselben in neuerer Zeit gesunken.

Dalmatien, Küstenland, Krain, Tirol und Vorarlberg weisen verhältnismässig die wenigsten, Kärnten die meisten unehelichen Geburten auf. Hier war im Decennium 1881-1890 fast die Hälfte aller Geborenen unehelichen Ursprungs, seit 1890 sind die unehelichen Geburten etwas seltener geworden, doch übertressen sie an Häusig-keit immer noch die anderen Verwaltungsgebiete in sehr bedeutendem Maasse.

Von einzelnen Ausnahmsfällen abgeschen unterliegt die Feststellung unehelicher Abkunft eines Neugebornen für die Matriculirung keiner Schwierigkeit. Es ist daher an der unbedingten Richtigkeit der Eintragungen in den Geburtsbüchern nicht zu zweifeln und erscheinen auch die aus diesen ausgezogenen Daten verlässlich. Dies bezieht sich aber nur auf die Constatirung, dass die Mutter zur Zeit ihrer Entbindung nicht mehr ledig war. Es kommen jedoch auch Fälle vor, dass ledige Frauenspersonen während der Schwangerschaft sich verehelichen. Die betreffenden

Oesterreich	Dalmatien	Bukowina	Galizien	Schlesien	Mähren	Böhmen	Vorarlberg	Tirol	Istrien	Görz-Gradisca	Triest	Krain	Kärnten	Steiermark	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich .				
•	•	<u>.</u>	<u>:</u>	<u>.</u>	<u>.</u>	•	<u>.</u>	÷	•	<u>.</u>	<u>ن</u>	<u>.</u>	<u>:</u>	•	<u>.</u>	<u>.</u>	•				_
76943	428	10111	1 4 4 5 1	1066	0027	22223	1001	1207		1080		TCOF	1051	7215	1705	1691	11660	1840	bis	1831	Durchschn
91133	421	10010	19079	17471	11/91	25812	1210	1910		1290		4000	1660	8008	OTOF	1010	15423	1850	bis	1841	ittliche jä
101540	449	1698	18689	2408	10082	27747	TACT	1201		1660	,	1343	3718	8720	1110	4518	18007	1860	bis	1851	hrliche ab
113689	616	2035	20974	2400	9978	30117	TOOL	1500		1943		1745	4544	10469	1335	4639	21313	1870	bis	1861	solute Zah
91133 101540 113689 112480 132762	588	2630	28090	1758	7176	25887	184	1011	328	178	918	1414	5006	9798	1472	4293	21749	1880	bis	1871	Durchschnittliche jährliche absolute Zahl der unehelich Geborenen
132762	651	3749	40450	2276	8073	27934	203	1286	360	215	932	1487	5355	10049	1440	4675	23627	1890	bis	1881	ıelich Geb
138139	810	3634	40066	2754	9182	30573	197	1802	441	237	911	1295	5088	9961	1532	4801	24854	1899	bis	1891	orenen
122	36	 ē	 72	120	190	140		 Z		61	··		157	227	001	102	226	1840	bis	1831	Unter
135	35	O I	0	101	5	149	4	<u>~</u>		69		COL	180	245	101	107	263	1850	bis	1841	1000 G
146			95														280				Geborene
147	39	95	88	119	129	153	10	<u>.</u>		88		117	447	297	298	209	3 00	1870	bis	1861	n war
132	သွင်	104	108	81	85 3	121) 56	43	29	22	173	83 33	456	256	285	178	253	1880	bis	1871	eborenen waren uneheliche Kinde
148	ಛ	131	143	101	96	128	62	ο̈́	31	21	177	8.5	459	256	281	191	261	1890	bis.	1881	eliche [
145	36	120	129	107	105	138	58	3	ည	29	172	71	429	239	265	186	257	1899	bis.	1391	Kinder

Kinder sind thatsächlich unehelichen Ursprungs, kommen aber als eheliche zur Welt.

Ueber derartige Fälle gibt die in die Matrikenauszüge aufgenommene neue Rubrik, in welcher das Datum der Eheschliessung der Eltern des Neugeborenen eingetragen wird, einigen Aufschluss. Seit dem Jahre 1895, welchem die Matrikenauszüge eingeführt wurden, enthält auch die amtliche Statistik Nachweisungen, wie lange die Ehe vor der Geburt des lebend oder todt zur Welt gekommenen Kindes gedauert hat. Man dürfte kaum fehl gehen, wenn man annimmt, dass die während der ersten sechs Monate einer Ehe geborenen bis zur Lebensfähigkeit entwickelten Kinder einer ausserehelichen Befruchtung ihr Dasein verdanken.

Leider sind die hierüber vorliegenden Nachweisungen lückenbaft. In den für das Jahr 1895 erstatteten Berichten war die Dauer der Ehen in einer unverhältnismässig grossen Zahl von Fällen nicht bekannt. Schon im folgenden Jahre ist die Zahl der Fälle, in welchen die Dauer der Ehen nicht angegeben werden konnte, viel niedriger und darf man sich der Hoffnung hingeben, dass in nicht zu ferner Zeit auch in dieser Beziehung vollständige Nachweisungen zu erlangen sein werden. kommt auch noch in Betracht, bestimmte Angaben. wenn die Dauer der Ehe nur eine kurze war, selten zu vermissen sein werden, daher die mangelnden Daten sich zumeist auf schon länger verzeiratete Mütter beziehen. Immerhin lehren die bis jetzt veröffentlichten Daten, lass auch bei Einrechnung jener ehelichen Geburten, welche während der ersten Monate der Ehe vorgekommen sind, das Verhältnis der Zahl der unehelichen Kinder in der Gesammtzahl der Geburten keine wesentliche Aenderung erfahren würde.

Ein deutliches Bild über die thatsächliche Verbreitung unehelicher Geburten, teren Häufigkeit nach verschiedenen Gegenden sehr wesentlich von einander abweicht, teben nicht so sehr die für die Länder berechneten, als vielmehr die analogen Ziffern

für die politischen Bezirke.

Ganz Kärnten mit Ausnahme des Bezirkes Hermagor, Obersteiermark und der ingrenzende sowie westlichste Theil von Salzburg bilden ein geschlossenes Gebiet mit einer 30% der Geborenen übersteigenden Zahl unehelicher Kinder. Das Centrum lieses Gebietes mit 626 unehelichen unter 1000 Geborenen bildet der Kärntner Bezirk St. Veit. In dem an diesen anrenzenden Bezirken: Murau (Steiermark) und Klagenfurt sinkt die Zahl bereits auf 534, beziehungsweise 480, in den entfernteren steiermärkischen Bezirken Judenburg und Liezen auf 445, beziehungsweise 439. Die westlichen Bezirke Kärntens weisen 396—338, die entfernteren im nördlichen Steiermark 399—379, die Salzburger Bezirke Zell a. S. und Tamsweg 358 und 326 uneheliche unter 1000 Geborenen auf. Schon die scharfe Umgrenzung dieses Gebietes hoher Frequenz unehelicher Geburten lässt auf den Einfluss bestimmter und gemeintamer Ursachen schliessen.

Ein Gebiet niedrigerer, aber immerhin noch das Reichsmittel mehr oder weniger bedeutend überschreitender Frequenz dieser Geburten befindet sich im Norden und Westen des erwähnten, wird im Norden von der Donau, in Steiermark im Süden ingefähr von der Drau begrenzt, reicht im Osten an die Grenze von Ungarn, im Westen, wo es noch auf den angrenzenden Tiroler Bezirk Kitzbühel übergreift, in Salzburg und Oberösterreich an die Grenze des deutschen Reiches. Die über dem Reichsmittel liegende Ziffer des Bezirkes Innsbruck-Umgebung ist durch die in der Landes-Gebärklinik, welche sich in diesem Bezirke befindet, vorgekommenen Geburten bedingt.

Ein zweites, weniger ausgedehntes Gebiet mit einer höheren Ziffer unehelicher Geburten zieht sich längs der nordwestlichen Grenze Böhmens hin vom Bezirke Tachau bis zu den Bezirken Friedland und Gablonz. In dieses Gebiet schieben sich nur die Bezirke Teplitz, Schluckenau und Reichenberg-Umgebung mit einer unter dem Reichsmittel bleibenden Verhältniszahl ein.

Die schlesischen Bezirke Freistadt, Freudenthal und die mährischen Bezirke Römerstadt und Schönberg bilden ein kleines, ganz isolirtes Gebiet höherer Frequenz unehelicher Geburten.

Im Osten liegt an der russischen Grenze gleichfalls ein schmales Gebiet — vom Bezirke Rawa ruska bis Tarnopol reichend und in den Bezirken Böbrka und Przemyslany bis in das Innere des Landes sich vorschiebend — mit einer grösseren Zahl unehelicher Geburten. Auch einzelne Gebiete im Inneren des Landes und der nordwestliche Theil der Bukowina weisen höhere Ziffern auf als das Reichsmittel.

Verhältnismässig sehr wenige uneheliche Geburten kommen in Dalmatien, südlich von den Bezirken Zara und Benkovac, in Görz-Gradisca, Istrien mit Ausnahme des Bezirkes Pola, im südlichen Krain, in Südtirol vor. In Vorarlberg, dem angrenzenden Theile Nordtirols und in Mitteltirol, in dem an Kärnten grenzenden Bezirke Lienz, im nördlichen Krain, im mittleren Theile Böhmens, im grössten Theile Mährens und von da einerseits nach den niederösterreichischen Bezirken Oberhollabrunn und Mistelbach, anderseits nach Schlesien und in das westliche Galizien sich fortsetzend erstreckt sich das Gebiet, in welchem unter 1000 Geborenen 50—100 uneheliche sind.

Unter dem Reichsmittel bleibt, nähert sich demselben aber die Häufigkeit unehelicher Geburten in dem Gebiete nördlich der Donau in Nieder- und Oberösterreich, im südlichen Böhmen, in einer dem Gebiete hoher Frequenz in Nortwestböhmen vorgelagerten Zone, in einem geschlossenen Gebiete im östlichen Böhmen und nördlichen Mähren und in mehr oder weniger ausgedehnten Theilen Galiziens bis nach der Bukowina reichend.

Auch dort, wo uneheliche Geburten weniger häufig vorkommen, bilden die übereinstimmende Ziffern aufweisenden Bezirke bald schmale, auf längere Strecken

sich ausdehnende Streifen, bald ausgedehnte, geschlossene Gruppen.

In den Städten mit eigenem Statute, in denen sich öffentliche Gebäranstalten befinden, ist die Zahl der unehelich Geborenen selbstverständlich eine verhältnismässig sehr hohe, beträgt in Klagenfurt 69:1, in Prag 46:8, in Graz 440, in Wien (1881 bis 1890) 42:8, in Krakau 40:3, in Linz 40:0, in Lemberg 39:7, in Salzburg 35:6, in Olmütz 35:3, in Wien (1891—1899) 34:6, in Czernowitz 30:6, in Laibach 28:4, in Brünn 24:3, in Triest $16:4^{\circ}/_{0}$ der Geborenen. Von den anderen Städten weist Cilleine hohe Verhältniszahl (35:60/0) auf.

Die höchsten und niedrigsten pro mille berechneten Ziffern der in den Bezirken unehelich Geborenen sind:

				höchste	nied- rigste	höchste nie	ed- ste
Niederösterreich				334	85	Tirol 240	7
Oberösterreich .				260	86	Vorarlberg 71	1.
Salzburg				358	171	Böhmen	5.5
Steiermark	•`		•	534	93	Mähren	14
Kärnten		٠,		626	272	Schlesien 174	33
Krain				102	30	Galizien	Ή
Görz-Gradisca .				32	13	Bukowina 177	70
Istrien				82	20	Dalmatien 63	(t)

Die Tabellen im ersten Theile des Anhanges weisen für jeden Bezirk, beziehungsweise für jede Stadt mit eigenem Statute die Häufigkeit der unehelichen Geburten für die Jahre 1881—1899 nach.

Auf je 1000 Geburten entfielen Todtgeborene bei den:

	1831		1841		1851		1861		1871		1881		1891	
		1840		1850		1860		1870		1880		1890		1897
	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh
Niederösterreich .	18	33	22	34	26	40	28	41	30	43	36	48	37	46
Oberösterreich .	17	22	17	on	22	31	23	31	33	35	30	34	36	43
Salzburg] 1 (ZZ	11	20	14	26	16	25	24	35	28	29	29	33
Steiermark	15	18	17	21	21	35	21	36	27	32	31	44	33	51
Kärnten	11	4.4		4-1	13	23	14	25	19	28	24	32	26	35
Krain	11	14	ΙI	15 {	15	33	15	32	16	26	17	28	19	28
Triest	1			,					42	65	37	64	45	67
Görz-Gradisca .	16	30	14	25	22	$\bf 56$	20	53 -	17	27	20	48	22	25
Istrien									16	40	19	41	20	37
Tirol		1.4		4.5	10	0.1	^	10	11	26	15	26	19	26
Vorarlberg	4	14	4	15	10	21	9	19	9	17	12	27	15	34
Böhmen	15	25	17	26	22	36	23	36	27	37	29	40	32	41
Mähren)	10	4 14	10	a4 [15	31	17	32	19	34	22	37	25	39
Schlesien	10	17 12	21 {	19	29	21	31	23	34	25	42	26	43	
Galizien)	_	22	_	a- 1	15	34	16	32	21	34	24	38	23	36
Bukowina	6	22	22 8	25 {	11	20	10	13	13	21	18	31	21	29
Dalmatien	5	30	2	12	$\bar{2}$	19	1	4	5	10	8	21	8	21
Oesterreich	11	23	13	25	18	34	19	34	23	36	25	40	27	40

In allen Verwaltungsgebieten beobachtet man, dass von den unehelichen Kindern ein grösserer Theil todt zur Welt kommt, als von den ehelichen. Die Unterschiede der Häufigkeit der Todtgeburten bei den einen und bei den anderen wechseln aber nicht unbedeutend, wie aus der vorstehenden Zusammenstellung der betreffenden Verhältniszahlen hervorgeht.

Eheliche Fruchtbarkeit. Ein näherer Vergleich der allgemeinen Geburtenziffern mit der Häufigkeit unehelicher Geburten in den einzelnen Ländern und Bezirken lässt keinen Zweifel aufkommen, dass die höhere Geburtenzahl nicht selten lediglich durch eine grössere Zahl unehelicher Geburten bedingt wird. Werden die letzteren ausser Betracht gelassen und nur die ehelich geborenen Kinder mit der Einwohnerzahl oder mit der Zahl der weiblichen Individuen in Beziehung gebracht, so ergibt sich ein ganz anderes Bild der Geburtenhäufigkeit. Für die Beurtheilung der Entwicklungstendenz der Bevölkerung würde der letztere Vorgang keine genugende Grundlage bieten. Anderseits erscheint es aber doch nothwendig, auch zu untersuchen, welchen Einfluss die Ehen auf die Geburtenzahl haben. Vorläufig sind jedoch in den amtlichen Erhebungen die Grundlagen für genaue Anhaltspunkte noch nicht gegeben. Es müsste nachgewiesen werden, wie viele Kinder jeder einzelnen Ehe entsprossen sind. Auch der zur Vereinfachung vorgeschlagene Ausweg, dass bei jedem Todesfalle einer verehelichten, beziehungsweise verheirathet gewesenen weiblichen Person erhoben werde, ob und wie viele Kinder dieselbe geboren hat, würde nicht zum Ziele führen, da ja viele weibliche Individuen zwei und mehrere Ehen eingegangen sind, die eine oder andere kinderlos geblieben ist, und bei den Aufzeichnungen diese verschiedenen Ehen auseinandergehalten werden müssten. Ebensowenig befriedigend wären die anlässlich der Volkszählungen ermittelten Zahlen der Kinder, welche in den Familien vorgefunden wurden, wenn die gestorbenen und jene Kinder, welche nicht in Familiengemeinschaft leben, nicht berücksichtiget würden.

Aus der für das Reichsgebiet vorliegenden Statistik lassen sich nur die Eheschliessungen und die ehelich Geborenen zu einer wenigstens annähernd entsprechenden Ermittlung der ehelichen Fruchtbarkeit heranziehen. Dieser Vorgang leidet jedoch an dem unvermeidlichen Fehler, dass die kinderlosen Ehen, über deren Zahl Angaben nicht vorliegen, mit einbezogen werden, daher die Verhältniszahl, wie viele Kinder auf eine geschlossene Ehe entfallen, kleiner erscheint, als sie in der That war.

Es ist selbstverständlich, dass das Verhältnis zwischen Eheschliessungen und ehelich Geborenen nicht aus den für ein Jahr, sondern nur aus den für eine grössere Anzahl von Jahren ermittelten Zahlen abgeleitet werden darf, da ja die auf die Eheschliessung zurückzuführenden Geburten sich auf einen kürzeren oder längeren Zeitraum vertheilen, keinesfalls aber auf das Jahr, in welchem die Ehe geschlossen wurde, beschränken. Mit Rücksicht hierauf wurden die hiebei in Betracht kommenden Daten aus den Jahren 1831—1899 für Gruppen von Jahren in Vergleich gezogen, und lassen diese auch die sich ergebenden zeitlichen Verschiedenheiten des Verhältnisses entnehmen.

In dem gesammten Zeitraume von 1831—1899 trafen in Oesterreich im Mittel 4:11 ehelich geborene Kinder auf eine Eheschliessung. Innerhalb der einzelnen in der folgenden Uebersicht auseinandergehaltenen Zeitabschnitte blieb dieses Verhältnis nicht gleich, hielt sich in den Jahren 1841—1850 und 1861—1870 unter der genannten Ziffer, überstieg dieselbe in den Decennien 1851—1860 und 1881—1891 und nähert sich derselben in den Zeitperioden 1831—1840, 1871—1880 und im Durchschnitte der letzten 9 Jahre.

Ungleich mehr unterscheiden sich aber die für die Verwaltungsgebiete und Linder für dieselben Zeitabschnitte berechneten Ziffern, wie die nachstehende Uebersicht zeigt.

Digitized by Google

Auf eine geschlossene Ehe entfielen ehelich geborene Kinder in den Jahren:

		1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich		3.68	3.69	3.56	3.14	3 · 3 8	3.36	3 00
Oberösterreich Salzburg	: }	3.77	3 ·97	3·77 4·39	3·29 3·48	$\begin{array}{c} 3.52 \\ 3.40 \end{array}$	3·66 3·16	3·6 3 3·01
Steiermark	. ′	3.78	3.71	3.72	3.27	3.29	3.45	3.42
Kärnten	. }	4.18	4.12	 4 ·0 4	3.62	3.36	3.34	3.28
Krain	. J	410	414	(4.78)	4.20	4.49	4.89	4.95
Triest	.]					3.80	3.55	3.47
Görz-Gradisca	·ì	4.51	4.37	4.34	4.25	4.77	5.03	5·1 5
Istrien	.)					14 60	4.76	4.80
Tirol Vorarlberg	: }	4.67	4.99	4.81	4.35	(4·39 (3·78	$rac{4.56}{4.23}$	4·24 4·26
Böhmen		4.25	3.93	4.18	389	4.11	4 29	3.94
Mähren Schlesien	. } . }	4.18	3.91	(4 ·36 (4 ·19	$\begin{array}{c} 3.62 \\ 3.81 \end{array}$	$f 4.38 \\ f 4.52$	$\begin{array}{c} 453 \\ 4\cdot36 \end{array}$	4·26 4·28
Galizien Bukowina	: }	4.16	4.08	{4·38 }4·45	$\frac{4.21}{3.91}$	4·48 4·14	$\begin{array}{c} \textbf{4.60} \\ \textbf{4.42} \end{array}$	4·69 4·72
Dalmatien		4.12	4.12	4.20*)	4.17	4.26	4 ·40	4.92
Oesterreich	•	4.14	4.01	4 23	3.87	4.13	4.26	4.13

Günstige Verhältnisse in dieser Beziehung weisen Galizien, Bukowina, Dalmatien, Görz-Gradisca, Istrien, Krain, Schlesien, Mähren, Böhmen, Tirol und Vorarlberg auf, indem durchschnittlich mehr als vier, dagegen in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Triest weniger als vier Kinder auf eine Ehe kommen.

Unbedeutende Schwankungen sind wohl in der künstlichen Abgrenzung der Zeitabschnitte begründet, den gegen Ende eines solchen in grösserer Zahl geschlossenen Ehen wird eine grössere Zahl von Geburten aber erst in den folgenden Jahren entsprechen. Immerhin bieten die Zahlen selbst unter Berücksichtigung der oben angedeuteten, dem Vergleichsmaterial anklebenden Mängel Anhaltspunkte für die Beurtheilung der ehelichen Fruchtbarkeit in den verschiedenen Theilen des Reiches.

Ueber die thatsächliche eheliche Fruchtbarkeit in den einzelnen Gegenden erhält man aus den Verhältniszahlen für die Länder keinen bestimmten Aufschluss, weil die in verschiedenen Gebieten abweichenden Vehältnisse keinen Ausdruck finden. In Anbetracht der Bedeutung dieser Frage auch in sanitärer Hinsicht wurden im ersten Theile des Anhanges für die einzelnen politischen Bezirke die Ziffern der ehelichen Fruchtbarkeit, die sich aus den für die Jahre 1881—1899 vorliegenden Daten ergeben, ersichtlich gemacht.

Bei einem Vergleiche dieser Verhältnisziffern darf jedoch nicht übersehen werden, dass das zu Grunde liegende Material kein unbedingt sicheres ist. Nach dem für die Eintragungen in die Matriken bestehenden Grundsatze ist jeder Standesfall dort zu verzeichnen, wo er vorgekommen ist, die Eheschliessung somit in dem Matrikenbuche für den Ort, in welchem die Trauung stattfand. Da nun Bräutigam und Braut nicht immer aus demselben Orte sind, die Trauung in der Regel im Wohnorte der Braut, nicht selten aber auch an einem dritten Orte, so in manchen Gegenden in einem Wallfahrtsorte, stattfindet, die Braut nach dem Wohnorte des Bräutigams zieht und die der Ehe entstammenden Kinder im letzteren Falle anderswo zur Welt kommen, als im Orte der Trauung, entsprechen sich die Zahlen der Eheschliessungen und der

Digitized by Google

^{*)} Quinquennium 1856-1860.

ehelich Geborenen hinsichtlich der örtlichen Vertheilung nicht durchwegs. So kommt es, dass Bezirke, in denen sich für Trauungen mit Vorliebe gewählte Wallfahrtsorte befinden, eine grössere Zahl von Eheschliessungen, dagegen nicht entsprechend mehr eheliche Geburten aufweisen und dass die Zahl der auf eine Ehe berechneten Kinder zu niedrig ausfällt. Für die analogen Verhältnisse in den Ländern dürfte dieser Umstand weniger von Belang sein.

In den Städten mit eigenem Statute ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die eheliche Fruchtbarkeit eine niedrige, sinkt in Salzburg. Klagenfurt, Graz und Innsbruck auf 1.92, beziehungsweise 1.88 und 1.72, hält sich in der Mehrzahl derselben zwischen 2 und 3 und übersteigt nur in Rovigno, Rovereto, Trient und Kremsier die Ziffer 4.

Ohne Zweifel ist die Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung gegenüber jener der ländlichen in Bezug auf das Alter, den Stand, Beschäftigung und Beruf da von wesentlichem Einflusse. Vom Standpunkte der Gesundheitspflege verdient aber die Thatsache geringerer ehelicher Fruchtbarkeit ernste Beachtung umsomehr, da in neuester Zeit Mittel und Vorkehrungen gegen Kindersegen dem Publicum zugänglich gemacht werden und zunächst in den Städten Eingang finden können. Ob sich derartige Einflüsse auch in den österreichischen Städten geltend machten, kann aus den vorliegenden Anhaltspunkten weder behauptet noch geleugnet werden.

Das eine Gebiet grösserer ehelicher Fruchtbarkeit als diese sich für die Reichshälfte herausstellt, umfasst fast ganz Galizien und die Bukowina, das mittlere und stüdliche Böhmen und den grösseren (südlichen) Theil von Mähren, greift nach Süden auf Ober- und Niederösterreich über, wo es annähernd von der Donau begrenzt wird, zieht sich von Mähren nach Ostschlesien. Das zweite Gebiet umschliesst fast alle Bezirke von Tirol und Vorarlberg, in Kärnten den Bezirk Hermagor, die südsteirischen Bezirke Cilli, Marburg, Pettau, Rann, ganz Krain, Görz-Gradisca, Istrien mit Ausnahme des Bezirkes Pola, und Dalmatien mit Ausnahme der Bezirke Cattaro und Metković. Mehr als fünf Geborene kommen auf eine Eheschliessung, nur in Krain, Görz-Gradisca, in einzelnen Bezirken von Tirol, Dalmatien, Niederösterreich, Böhmen, Mähren, Galizien und der Bukowina, in je einem Bezirke in Istrien, Oberösterreich, Schlesien.

Das Gebiet geringster ehelicher Fruchtbarkeit fällt annähernd mit jenem der grössten Häufigkeit uneholicher Geburten zusammen, es umfasst den Bezirk St. Veit in Kärnten nebst den angrenzenden Bezirken von Obersteiermark.

Dieses Centrum geringer ehelieher Fruchtbarkeit wird ringsum von einer Anzahl von Bezirken in Kärnten, Steiermark, Salzburg, Ober- und Niederösterreich eingeschlossen, in welchen die Verhältniszister unter dem Reichsmittel bleibt. In Böhmen ist die eheliche Fruchtbarkeit in mehreren westlichen Bezirken, vorwiegend aber in einem vom Bezirke Teplitz längs der nördlichen Grenze nach Osten verlaufenden und in das nördliche Mähren und in das nordwestliche Schlesien sich fortsetzenden Gebiete eine niedrigere.

Es liegt wohl auf der Hand, dass zur Erklärung derartiger in ausgedehnter Ausbreitung bestehender biologischer Verhältnisse ein künstlicher Einfluss ebenso wenig herangezogen werden kann, als die Vermuthung, die niedrige allgemeine Geburtenziffer in Gegenden, in denen nicht zahlreiche uneheliche Geburten die letztere hinauftreiben, sei auf künstliche Beschränkung der Kinderzahl zurückzuführen, in den statistischen Ergebnissen eine Stütze findet.

Die aufmerksame Verfolgung und sachkundige Beurtheilung aller aus der Geburtenstatistik hervorgehenden Thatsachen bietet den Amtsärzten eine Fülle von Anhaltspunkten für rege Thätigkeit zur Anbahnung der auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege anzustrebenden Fortschritte.

Geburten unter fachkundigem Beistande. Seit einem Jahrhunder war die jeweilige österreichische Sanitätsverwaltung bestrebt, der Bevölkerung fachkundigen Beistand bei Geburten zu sichern. Der Erfolg dieser Bemühungen entsprachaber keineswegs allgemein der Absicht. Durch verschiedene Vorkehrungen such man darauf einzuwirken, dass nur nach den bestehenden Vorschriften theoretisch augebildete und praktisch geschulte Hebammen zu Entbindungen gerufen und dass der Treiben der Afterhebammen eingeschränkt werde. In der Mehrzahl der Länder ist egelungen, eine dem Bedürfnisse mehr oder weniger entsprechende Vertheilung diplemirter Hebammen zu sichern, aber in einzelnen Gegenden macht sich nur ein geringer Fortschritt in dieser Beziehung bemerkbar. Man begegnet in einzelnen Gegenden noch heute einem Vorurtheile gegen in der Schule ausgebildete Hebammer und bringen die Frauen daselbst nicht selten den Afterhebammen ein größeren Vertrauen entgegen.

Einer schon lange bestehenden Vorschrift zufolge muss in den Geburtsbückert stets auch der Name der Hebamme, welche bei der Entbindung Beistand leisteteneingetragen werden. Bei der im Jahre 1895 eingeführten neuen Art der Berichterstattung über Volksbewegung wurden auch Nachweisungen über jene Fälle verlangt in welchen die Geburt in Anwesenheit eines Arztes oder einer Hebamme stattgefunder

hat. Hiedurch erfuhr die Sanitätsstatistik eine sehr wichtige Ergänzung.

Nach den seit 1895 vorliegenden Ausweisen haben von je 1000 Geburten unter sachverständigem Beistand eines Arztes oder einer Hebamme stattgefunden in:

		1895	1896	1897	1898	1899	1895—1894
Niederösterreich .		. 93.9	93.6	94.0	94.3	94.6	94.1
Oberösterreich .		. 98.7	98.7	98.9	99.3	99.4	99-0
Salzburg		. 98.4	98.1	98.1	98.5	98.5	98.3
Steiermark			56.5	56· 7	57 ·8	58.1	57.2
Kärnten		. 698	71.0	72.4	71.6	71.7	71 ·3
Krain		$.62^{.3}$	62.5	62.9	63.8	64.3	63 [.] 2
Triest		. 100	99.4	99.9	100	100	998
Görz-Gradisca .		. 87.9	87.3	86.5	91.5	90.4	88.7
Istrien		. 64.4	64.0	63.6	63 ·9	64.0	64 ·0
Tirol		96.4	96.6	97.0	97.5	98.2	97:1
Vorarlberg		. 99.0	99.0	99.2	99.0	99-1	99.1
Böhmen		. 96.3	97.1	97.6	98.3	98.3	975
Mähren		. 97.3	97.5	97.7	98.1	98.3	978
Schlesien			90.3	$91^{\cdot}1$	90.4	91.3	905
Galizien		$.22\cdot3$	22.6	23.1	23.1	22.8	228
Bukowina		. 43.3	44.1	45.5	47.3	48.0	456
Dalmatien	•	. 34.5	33.2	31.6	31.9	31.2	325
Oesterreich		. 63.4	65.6	65 ·9	67.3	66.1	66.1

Mit Ausnahme von Galizien, Dalmatien, Bukowina, Steiermark, Krain, Istries und Kärnten erscheinen in den vorstehenden Ziffern die Verhältnisse der anderen Länder als ziemlich, zum Theile als sehr günstige. Die Tabellen im Anhange weisen auch für die Mehrzahl der Bezirke der letzteren Länder günstige Verhältnisse nach

Gleichwohl entbehren viele Nachweisungen der inneren Wahrscheinlichkeit, was

wohl nur auf eine missverständliche Auffassung zurückzuführen sein dürfte.

Das Hauptgewicht ist auf den Geburtsvorgang selbst gelegt und soll durch die Nachweisungen festgestellt werden, in wie vielen Fällen ein Arzt oder eine Hebamme bei dem Geburtsacte zugegen war.

Wenn man nun aber die für Städte, welche reichlich mit Aerzten und Hebammen versorgt sind und in denen solche auch innerhalb der kürzesten Zeit herbeigerufen werden können, berechneten Verhältniszahlen mit jenen von Bezirken vergleicht, deren Bevölkerung sich vielfach nicht in gleich günstiger Lage befindet, und wenn man findet, dass in letzteren unter einer mehrere Tausend erreichenden Zahl von Geburten nur einige wenige nicht unter sachverständigem Beistand erfolgt sein sollen, vorliert man das Vertrauen an die Verlässlichkeit der Nachweisungen, denn selbst in Städten kommt immer eine wenn auch nicht bedeutende Zahl von Geburten vor, zu denen ein Arzt oder eine Hebamme nicht rechtzeitig gerufen werden konnte. Um wie viel häufiger werden solche Fälle auf dem Lande vorkommmen.

Es dürfte somit den Eintragungen dieser Daten die Auffassung zu Grunde liegen, dass auch in den Fällen, wenn der Beistand der Wöchnerin geleistet wurde, dies als Beistand bei der Geburt aufzufassen sei. Sicherlich ist dieses Moment auch beachtenswerth, deckt sich aber nicht mit der Beistandleistung bei der Geburt selbst.

Auf eine solche missverständliche Deutung dürfte es zurückzuführen sein, dass Bezirke, in denen für Hebammenbeistand in zweckmässigster Weise gesorgt ist, in denen dieser Beistand auch in Anspruch genommen wird, und Afterhebammen nicht vorhanden sind, mit einer ungünstigeren Zahl von Geburten unter geburtshilslichem Beistande erscheinen, als Bezirke, in welchen nach den erwähnten Richtungen manches zu wünschen übrig bleibt.

II. Sterbefälle.

In der Mortalitätsstatistik findet die öffentliche Sanitätsverwaltung die wichtigsten, wenn auch nicht die allein maassgebenden Anhaltspunkte für Beurtheilung der Gesundheitsverhältnisse im Allgemeinen, der Besserung und Verschlimmerung derselben zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Gegenden.

Durch das Sterben ist der Lebensdauer des Individuums von der Natur eine Grenze gesetzt. Wenn auch diese Grenze durch kein Mittel und durch keine Vorkehrung beseitigt werden kann, liegt es doch in der Macht des Menschen, solche Vorkehrungen zu treffen, welche eine Verlängerung der Lebensdauer herbeiführen. In dem Verhältnisse, als die Ursachen der direct zum Tode führenden Krankheiten, die Ursachen, welche für derartige Krankheiten den Boden vorbereiten oder den ersten Anstoss geben, beseitigt oder deren verderblicher Einfluss eingeschränkt oder gemildert wird, sinkt die Zahl der Sterbefälle, bleibt eine grössere Zahl von Menschenleben erhalten und entfallen anderseits auch viele der ausserordentlich mannigfachen Folgen, welche Erkrankungen schon als solche nach sich ziehen.

Die Mortalitätsstatistik stellt ziffermässig fest, wie viele Menschen überhaupt sterben, wie sich die Todesfälle in zeitlicher und räumlicher Hinsicht vertheilen, durch welche Ursachen dieselben veranlasst wurden, und bietet ausserdem über zahlreiche andere Beziehungen der Sterbefälle zu persönlichen, socialen, örtlichen Verhältnissen Aufschlüsse.

Je eingehender die auf Grund dieser Ergebnisse angestellten Nachforschungen nach den Ursachen der zunehmenden oder abnehmenden Häufigkeit der Sterbefälle gepflogen werden, umso reicher wird die Kenntnis der Gefahren für die Gesundheit der Menschen im weitesten Sinne und umsomehr Angriffspunkte ergeben sich für die Thätigkeit des Amtsarztes.

Vorläufig beschränken sich die Erhebungen noch immer nur auf gewisse allgemeine Verhältnisse und können erst nach und nach auf jene weitgehende Differenzirung eingehen, welche der Gegenstand, um allseitig fruchtbringende Ergebnisse zu Tage zu fördern, erheischt

																	_																								
Summe	409149	368659	361587	387769	415706	386508	398309	415818	440769	503677	487699	474312		660136	555332	497165	488079	493335	530279	536594	460489	493877	505938		495966	555093	539014	495741	5:0623	526392	782144	721927	899609	575468	0	968626	000000	0.0000	622690	787649	5418S7
aeitsml s O	6507	5572	6172	5268	5652	5872	5147	9669	6543	6705	9034	6822		7753	7496	7715	7581	7579	8996	8740	7533	9131	9789		9462	8937	6908	8769	6578	8736	10494	9825	11286	8442		0143	2112	1001	0) 201	13911	7787
Викоміпя	02600	00330	89886	106929	2763	99553	107026	122187	32531	161792	48940	55155		325029	149191	148803	36345	39831	30926	63457	12166	45975	156814	!	55632	167740	56567	57492	171820	167975	380470	307967	14650 193106 12846	11071					24221	_	1305
nəizil s Đ	10	01	<u> </u>	10	11	6	10	12	- F	16	14	15		32	14	14	13	13	- F	16	7	17	15	1	15	16	15	15,	17	16	38	30	193106	12123 144422	110020	20 (b) 149359	101211	0001 2710	3001 237029 000 300015	3687 293347	3498 151198
Schlesien	57708	50293	49065	54790	61918	52051	56193	54803	63360	70627	64889	61704		70622	92179	68164	257	67488	90015	69548	57711	62155	60373		60183	62466	71529	62667	65621	62283	95	38			2000	92021	1555	19601	10001	1:1687	13408
Mähren						52					645	61		20	92	89	655	67	6	69	57	69	90		60	65	71:	65	656	652	84195	100138	67334	55637	0	20000	00000	10101	10420	81364	57568
Воршев	107909	87645	80065	95052	101748	103974	97342	100059	101337	117874	116900	105622		103527	139061	119199	119630	120391	121391	139163	105639	118514	115528		113689	120822	139909	110141	155726	129125	131641	138609	127113	170432	0000	99/621	000021	1.000.01	20227	148058	140549
gred[1810V	9418	9149	8440	9236	9591	8970	6992	9511	20254	20730	91493	20933		21503	22278	22910	24528	21624	31502	21128	21402	21963	22112		21867	26290	22323	24293	21379	55866	23850	24950	24781	25276	000	22500	# 10	00022	010	27630	21384
ГотіТ	19	19	18	19	19	18	17	1.5	8	8	6	20 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10		22	ઢ	25	24	6	66	2.5	6	iā	22		21	58	31 31	24.	213	55	23	242	24	20.5	Ġ	χ Ν Ο	77 6	2 6	Ö	77	72
neirital																																	-					_			_
-z1öĐ RosibatĐ	14248	13979	13905	10571	9683	10483	10182	10886	19189	11830	11449	11488		13435	13047	12349	15263	13189	16549	19107	19950	14807	15269		12512	14583	15308	14384	12224	13750	14530	14274	19704	14240	•	97661	20141	13893	18029	32235	13263
resi _T T																																									
півтЯ	66	87	15	7153	19	25	3.5	50	15	0	2:0	200		74	03	:6	39	93	72	35		9	70		45	27	41	& &	7	99	61	82	8746 13984	15104			00211	2042	14190	20130	0220
Kärnten	15699	14887	15447	171	16219	16125	17422	18205	18955	19959	19105	18770		21074	21803	19385	20839	20963	24671	18534	19803	90309	22054		18445	18442	21141	20180	18243	19366	21049	20658	8746	8569	06.50	62120	200	200	2023	10870	3431
ЗтептејетВ	21162	19461	19882	19708	20968	20993	27283	22873	93365	96463	26737	26209	-	27050	28738	26135	69126	30541	25798	26986	95771	57404	29042		27902	26458	26901	26541	26645	28472	32299	28918	31803	30534		2003	507.64	19002	29342	31337	28180
Salzburg		54	77	11	92	15		7	27	22	: =	17		· 2	1.7	92	3	2.5	7.	. c.	19	2 2	32		22	95	 	 89	 26	36	53	37	4155	3935	0,01	4040	4510	4200	1004	4107	2424
Oberöster- reich	21464	21054	198	20711	20176	20615	22331	20784	\$03 \$03	99177	93191	21817		21080	24174	24676	24762	22173	24064	25663	97626	93593	23782		25627	23495	546	24168	35.55 55.55	227	25253	540	19825	19716	0	82.08	19253	20038	72201	20124	18134
Nieder- österreich	39434	36229.	34913	38351	41688	37872	37414	40514	40518	45590	46668	45792		49063	57365,	478.59	48105	49556	55695	51268	44964	50516	51175	}	20647	2.860	52095	47106	47591	51027	58363	52551	60235	54970		19120	15010	03/14	04430	69243	ppp14
Jahr	1819	1820	1821	1822	1823	1824	1895	1826	18.57	1898	18.00	1830		1831	1832	1833	1834	28.35	988	1837	X X X	1830	1840		1841	1812	1843	1844	1845	1816	1847	1848	1849	1850	,	1821	2081	1823	160	355	1806

540476 502800	563402 562792 576481 576481 578863 804338 580035	583995 598581 616729 6677022 811150 66299 634088	677748 683661 652451 654258 676515 686553 677337 666533 678458 678458 678458 678458 678458 678458 678458 646787 6882805 682805 682805 682805 682805 633421 646019	657355
9846 8758	11404 11955 11761 12530 11098 11682	1230 11499 13582 12206 10883 11762 13625 12649 17498	17458 15774 15774 18225 18027 1904 10176 13146 13146 11952 12137 1468 1468 1468 1468 1468 1468 1468 1468	13662
18201 13488	14671 13055 14962 14059 15479 40808 17977			18670
11964 152236 11107 148962	12196 161998 11415 166165 13919 176305 15397 158.65 13125 176913 17233 218446 13935 166707	145.06 174792 145.26 178962 15167 187891 17892 309019 1535-2 207619 18766 197469	145 / R. 1922 /	8954 200594
				_
5 50347	55825 55825 57203 5 64908 6 57537 8 117429 6 55588			09409
122375	138360 136990 138152 150016 148339 202023 141736	143789 138957 138957 2803 138256 2803 172767 2619 1393128 2617 145407	2561 145407 2635 1685 1685 1685 1685 1685 1685 1683 1683 1683 1683 1683 1683 1683 1683	$7_1157079$
24171 20781	21977 19574 21627 22371 24058 23475 23132	0.20		2442 21
-	-	198 202 202 233 200 200	8295 2003 8474 18765 8299 18598 7410 19691 8588 20166 8826 20413 8475 20557 8475 20554 8749 20657 8741 20657 8741 20657 8769 21676 8769 21676	28 19617
14688 16339 12912	15194 14861 15988 16034 17934 18236 16404			5600 85
:		4540 5561 5042 4477	44444444444444444444444444444444444444	4605
12755 13286 9745	10866 10449 11296 10795 12041 13342 11675	12387 12387 12353 15741 16839 13923	TODOS COSTOS DATABASES	12856
8956 8039	8698 8267 9371 8309 9561 9081		—	9422
20857 30616 25325	31161 31213 29926 28534 28941 29542 29542			
4060 4093 4183	4548 4218 4225 4217 4695 4598 4598			
20910 21208 18534	20952 19502 19585 19144 21014 20124 19951			
56507 55782 48223	55549 57925 58162 60463 58128 79773 57974	62843 62843 62843 66383 67333 66211 69360	69003 68508 68518 66580 72087 72087 69231 74166 72491 6923 70318 70318 70318 71037 71037 69767 69767 69767 69065 69095 66048 66048	98039

 Aber auch die bisher geübte Art der Aufzeichnungen liefert schon über weit mehr Beziehungen Aufschlüsse, als man gewöhnlich annimmt. Die für politische und für Gerichtsbezirke, namentlich aber die für Gemeinden festgestellten Thatsachen bieten bei einem Vergleiche mit den bestehenden, mit ausnahmsweise eingetretezen besonderen Vorkommnissen, Einblick in allgemein und local, dauernd und zeitweise wirkende Ursachen. Dieses Gebiet der Sanitätsstatistik wird bei aufmerksamer Verfolgung aller Thatsachen und bei näherem Eingehen in die denselben zu Grutdliegenden Ursachen nicht blos die durch Forschungen auf anderen Gebieten gefundenen Beziehungen ziffermässig bestätigen, sondern ohne Zweifel auch noch weitere Aufschlüsse bringen, deren praktische Verwerthung dem allgemeinen Wohlzugute kommt.

Der Einfluss, welchen die äusseren Verhältnisse auf die Zahl der Sterbefälhaben, kommt gewöhnlich in höherem Grade zum Ausdruck, als jener auf die Geburtenzahl. Ganz besonders macht sich da das Auftreten von Infectionskrankheiten in ungünstiger Weise bemerkbar. Die zeitweise bedeutende Vermehrung der Zahl der jährlich vorgekommenen Todesfälle ist zum grossen Theile auf Epidemier.

zurückzuführen.

Aber auch andere Ursachen machen sich geltend. So klar der Einfluss der Sterblichkeit an Infectionskrankheiten in manchen Jahren hervortritt, so wenig erhänt man aus den Ziffern allein über die in anderen Jahren, wenn die genannten Krankheiten nicht beschuldigt werden können, bestandenen Ursachen höherer Sterblichkeit genügend sicheren Aufschluss.

In der vorstehenden Tabelle sind die seit dem Jahre 1819 in der amtlichen (Volksbewegungs-)Statistik für die Verwaltungsgebiete, beziehungsweise Länder ver-

zeichneten jährlichen Sterbefalle zusammengestellt.

Die absolute Zahl derselben ist vom Jahre 1819 bis zum Jahre 1899 um 60°, gestiegen. Viel weiter entfernen sich aber die höchste und niedrigste absolute Zahl. Erstere fiel in das Jahr 1873 und betrug 811.150, letztere mit 361.587 in das Jahr 1821. Der Unterschied zwischen beiden Zahlen beträgt 112.4%.

Im Durchschnitte entfielen auf ein Jahr im Zeitraume von:

1819 - 1830			420.825	Todesfälle,	d.	s.	28.9	auf	1000	Lebende
1831 - 1840			522.122	•	*	»	31.8	,	1000	>
1841 - 1850			578.894	»	>	*	33.3	>	1000	>
1851—1860			567.993	»	>	»	31.2	>	1000	>
1861 - 1870			602.521	>	>	»	31.0	>	1000	•
1871—1880			670.444	>	>	>	31.6	>	1000	>
1881—1890			677.732	»	>	>	29.7	>	1000	Z.
1891—1899			665.252	>>	×	»	26.6	x	1000	>

Entsprechend der Zunahme der Bevölkerung innerhalb 80 Jahren (um 93%) ist auch die Zahl der Todesfälle gestiegen, jedoch nicht in gleichem Verhältnisse wie erstere. Vorausgesetzt, dass die für die Zeit vor dem Jahre 1857 angegebenen Einwohnerzahlen die thatsächlich vorhandene Bevölkerung ausdrücken, ist die Sterblichkeit in den zwei Decennien 1831—1850 gestiegen, in den folgenden zwei Decennien von 1851—1870 wieder gesunken, und hat sich nach einer vorübergehenden Steigerung in den Jahren 1871—1880 allmählich vermindert, im Durchschnitte der letzten neun Jahre ihren tiefsten Stand erreicht.

Einen Ueberblick über die in jedem der 81 in Betracht gezogenen Jahre in Oesterreich bestandenen Mortalitätsverhältnisse bietet die beiliegende Tafel 1. Aus derselben ergibt sich, dass die vorstehend angeführten Mittelwerthe die extremen Schwakungen der Mortalität nach oben und nach unten nicht scharf zum Ausdrucke

bringen. In den Jahren 1831, 1847, 1848, 1855, 1866 und 1873 erreichten die Mortalitätsziffern eine ganz ungewöhnliche Höhe, im Jahre 1847 mit $44^{\circ}2^{\circ}/_{00}$ ihren höchsten Stand. Regelmässig waren ausgebreitete Epidemien Ursache der ungewöhnlich hohen Sterblichkeit. Die ungünstigsten Mortalitätsverhältnisse bestanden in den Jahren 1847—1855, in welchem Zeitraume die mittlere Sterblichkeitsziffer $36^{\circ}/_{00}$ betrug, nur im Jahre 1851 auf 30 zurückging und dann ebenso staffelförmig, als sie nach dem Jahre 1848 gesunken war, wieder anstieg. Dieser andauernd hohen Sterblichkeit zu Folge darf man annehmen, dass innerhalb des genannten Zeitraumes die gesundheitlichen Verhältnisse Oesterreichs die ungünstigsten waren.

Der plützlich eingetretenen extrem hohen Sterblichkeit in den Jahren 1866 und 1873 war eine leichte Vermehrung der Sterbefälle in den unmittelbaren Vorjahren vorangegangen, ein ebenso rascher Abfall trat schon im Jahre 1867, beziehungsweise 1874 ein. Seit dem letzteren Jahre hat sich die Sterblichkeitsziffer nie mehr weit von dem Werthe 30 nach oben entfernt, ist in den Jahren 1876, 1879, 1880, 1884 vorübergehend unter 30 herabgegangen und hielt sich seit 1889 dauernd

unter dieser Ziffer, erreichte im Jahre 1898 mit 24.7 den tiefsten Stand.

Als wichtigstes Ergebnis ist aus der Tafel 1 zu entnehmen, dass seit dem Jahre 1874 die Sterblichkeitsziffern in den einzelnen aufeinanderfolgenden Jahren nicht mehr soweit voneinander abweichen, dass ruhigere Verhältnisse eingetreten sind, und wie aus der seit 1889, von geringen Unterbrechungen abgesehen, dauernd absteigenden Curve hervorgeht, auch befestigt haben, und dass im Laufe der Zeit immer sich einstellende Störungen des sanitären Gleichgewichtes keinen wesentlichen Einfluss auf die Sterblichkeit ausübten.

Wie die für Gruppen von Jahren berechneten Mittelwerthe der Sterblichkeit die Extreme der letzteren nicht zum Ausdrucke bringen, gibt auch die für das Reichsgebiet gefundene Mortalitätsziffer über die jeweils in den einzelnen Ländern bestandene besonders hohe oder niedrige Mortalität keinen Aufschluss.

Auf 1000 Lebende entfielen Todesfälle im Zeitraume von:

	1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich .	33.7	37 ·0	35.3	34 9	33·1	32.5	28.7	23.8
Oberösterreich . Salzburg	26.3	28.0	27.1	$\left\{ egin{array}{l} 27.8 \ 28.5 \end{array} ight.$	27 8 29 0	$\begin{array}{c} \mathbf{28 \cdot 3} \\ \mathbf{29 \cdot 5} \end{array}$	$27.3 \\ 27.0$	$\begin{array}{c} 25.4 \\ 25.6 \end{array}$
Steiermark	27.6	29.1	28.7	27.4	27.2	27.8	25.7	24.5
Kärnten	${}_{25\cdot 3}$	28.0	25.2	$\int 26.5$	26.6	28.2	26.9	25.7
Krain	1200	200	20 2	\ 28·6	25.6	29.4	28.5	27.7
Triest	1					35·1	31.0	27.5
Görz-Gradisca .	29.9	29.8	28.1	31.4	30^{1} 6	$\langle 29.8$	27.2	26.0
Istrien]					30.8	28.0	26.7
Tirol	25.7	27.8	27.5	26.6	25.6	$\mid 25.2$	25.6	24.4
Vorarlberg	1201	410	213	200		l $26^{\cdot}4$	$25^{\cdot}1$	21.0
Böhmen	28.7	29.7	30.3	$28^{\cdot}1$	30.0	28.8	28.9	$25^{\circ}6$
Mähren	$_{30.5}$	22.0	94.4	(30.9)	32.5	30.1	29.3	2 6·3
Schlesien	190.9	33.0	34.4	129.1	$29\ 1$	29.8	29.4	27.4
Galizien	29.4	35·1	40.6	§ 37·5	33.5	36·9	33.0	29.5
Bukowina)			27.5	35.3	39.0	33.9	29.2
Dalmatien	19·8	$22 \cdot 2$	$23^{\circ}6$	23.2	27.8	29.6	25.8	25.2

In früheren Jahren waren die Mortalitätsziffern in den einzelnen Verwaltungsgebieten recht verschieden, in neuester Zeit nähern sich dieselben einander immer mehr. Andauernd höhere Sterblichkeit herrscht in den östlichen Ländern,

niedrigere Mortalität besteht im Allgemeinen in den Alpenländern und in Dalmatien.

In allen Ländern hat die Sterblichkeit abgenommen, aber nicht in allen im gleichen Schritte. Es wechselten Perioden grösserer oder niedrigerer Sterblichkeit je nach den in den verschiedenen Gegenden jeweils bestandenen Verhältnissen. Ganz abweichend von dem Verlaufe der Sterblichkeit in den anderen Ländern war diese in Dalmatien. Im Decennium 1871—1880 hatte Dalmatien die höchste Mortalitäts ziffer, bis zu diesem Zeitraume war dieselbe nach und nach, aber beständig gestiegen. Seither sinkt sie allmählich, ohne aber im Zeitraume von 1891—1899 den vor dem Jahre 1860 bestandenen niedrigen Durchschnittswerth erreicht zu haben.

Ganz besonders tritt die abnehmende Häufigkeit der Sterblichkeit in Niederösterreich hervor, sie ist von 370 im Decennium 1831—1840 auf 23.8 im Mittel

der Jahre 1891-1899 gesunken.

Verhältnismässig recht geringe Schwankungen weisen die im Alpengebiete gelegenen Länder auf, woraus man schliessen darf, dass die Störungen des sanitären Gleichgewichtes sei es an sich geringere oder kürzer dauernde waren, sei es, dass die Wirkungen derselben sich wegen der bestehenden günstigeren Verhältnisse nicht in gleichem Maasse, wie in anderen Ländern geltend machen konnten. Darüber, ob das eine oder das andere der Fall war, gibt die allgemeine Statistik keinen entscheidenden Aufschluss.

In den beiligenden Tafeln 2—11 sind die Sterblichkeitsverhältnisse, welche in den einzelnen Jahren und Verwaltungsgebieten bestanden, dargestellt. Da Oberösterreich und Salzburg, Kärnten und Krain, Mähren und Schlesien, Galizien und die Bukowina bis zum Jahre 1849 je gemeinsame Verwaltungsgebiete bildeten und für diese Länder erst seit dem genannten Jahre gesonderte Nachweisungen vorliegen, konnte die Darstellung der in den Jahren 1819—1848 in diesen Ländern bestandenen Mortalitätsverhältnisse ebenso wie' der Ziffernwerthe in der vorstehenden Uebersicht nur für das betreffende Verwaltungsgebiet gegeben werden. Die nicht unwesentlichen Verschiedenheiten der betreffenden Länder kommen daher in der Zeit der gemeinsamen Nachweisungen nicht zum Ausdrucke.

Die Verhältnisse in Tirol und Vorarlberg weichen voneinander nicht so wesentlich ab, stimmen in Nordtirol und Vorarlberg fast ganz überein, ergeben ungleich geringere Differenzen, als solche zwischen dem deutschen und italienischen Landestheile Tirols bestehen. In der vorstehenden Uebersicht der mittleren Mortalitätsziffern konnten beide Länder, sowie jene des Küstenlandes erst seit dem Jahre 1871 auseinandergehalten werden, in Tafel 6 und 7 aber ist die Mortalität nur für die beiden Verwaltungsgebiete nicht auch für deren Länder dargestellt.

Bei einem Vergleiche der Tafeln entnimmt man schon auf den ersten Blick die ungemein verschiedenen Verhaltnisse, welche hinsichtlich der Sterblichkeit in den

einzelnen Ländern bestehen.

In mehreren derselben weichen die höchsten und niedrigsten Mortalitätsziffern in den aufeinanderfolgenden Jahren nicht sehr bedeutend voneinander ab, in anderen steigt die Curve, welche den zeitlichen Verlauf der Sterblichkeitshäufigkeit darstellt, in einzelnen Jahren plötzlich an, sinkt dann wieder, in einer Anzahl von Ländern dauerte die höhere Mortalität während mehrerer Jahre an. Das Bild wird ein unruhiges, hohe und niedrige Mortalitätsziffern wechselten bis in die neueste Zeit herauf in ziemlich rascher Folge.

Die Extreme der Sterblichkeitsziffern bewegten sich in:

					Minia er Mille			Maxiı per Mille		Differenz
Niederösterreich .				zwischen	21.8	1898	und	45.5	1866.	. 23.7
Steiermark				>	22.9	1898	>-	33.3	1825 .	. 10.4

			imum le Jahr		Maxi per Mille		Differenz
Küstenland	zwischen	23.9	1860	und	59.7	1855.	. 35.8
Tirol und Vorarlberg	>	22.3	1898	>	37.9	1836 .	. 15.6
Böhmen	>	24.0	1898	>	39.2	1866 .	. 15.2
Dalmatien	>	17.0	1825	•	37.9	1876 .	. 20.9
Oberösterreich und Salzburg							
(1819-1848)	>	24.8	1827	>	30.2	1837.	$. 5^{\cdot}4$
Oberösterreich . (1849—1899)	»	23.9	1896	>	31.2	1854 .	. 7.3
Salzburg (1849—1899)	>	23.7	1896	>	32.2	1873 .	. 8 [.] 5
Kärnten und Krain (1819—1848)	'n	22.5	182 0	>	32.9	1836 .	. 10.4
Kärnten (1849—1899)	>	23.9	1860	>	33.3	185 5.	. 94
Krain (1849—1899)	>>	21.2	1860	»	43 [.] 5	1855.	. 22.3
Mähren und Schlesien							
(1819—1848)	>	26.9	1821	>	43.4	1832.	. 16·5
Mähren (1849—1899)	>	24.4	1898	>	59.7	1866 .	. 35·3
Schlesien (1849—1899)	*	23.8	1860	>	43.9	1855 .	. 20.1
Galizien und Bukowina							
(1819 - 1848)	>	23.8	1821	*	71.9	1831 .	. 48.1
Galizien (1849—1899)	>	27.0	1857	>	63.8	1855.	. 36.8
Bukowina (1849-1899)	»	21.9	1851	>	$69^{\cdot}1$	1866 .	. 47.2

Zwischen diesen Extremen bewegte sich die Sterblichkeitsziffer in den anderen Jahren, näherte sich in einzelnen den Extremen, hielt sich in anderen mehr oder weniger in der Mitte derselben. Nur selten dauerte dieselbe Sterblichkeitshäufigkeit in einem Lande längere Zeit an.

Wie die Mortalität bald plötzlich, bald staffelförmig stieg, erfolgte auch der Abfall derselben einmal plötzlich, in anderen Zeiten aber stufenweise. Nicht selten folgten auf Jahre mit hoher Mortalität unmittelbar solche mit sehr niedriger. Dies ist dem Umstande zuzuschreiben, dass dem Einflusse der ungünstigen sanitären Verhältnisse, welche innerhalb einer bestimmten Zeit den Tod einer ungewöhnlich grossen Zahl von Menschen herbeiführten, die weniger widerstandsfähigen Individuen in grosser Zahl zum Opfer fielen, lebenskräftigere aber zurückblieben.

Vorwiegend waren ausgedehnte Epidemien und unter diesen besonders die Blattern- und Choleracpidemien Ursachen der periodisch wiedergekehrten hohen Mortalität. Diese konnten ihre verderblichen Wirkungen umsomehr entfalten, da die prophylaktischen und auf eine Beschränkung der Ausbreitung abzielenden Vorkehrungen, wenn sie auch angestrebt wurden, theils wegen mangelnder Kenntnis der Ursachen der Krankheiten, zum nicht geringen Theile aber auch wegen fehlender Organisation des Epidemiedienstes ungenügende waren, theils aber auf deren Durchtührung nicht mit dem nothwendigen Nachdrucke bestanden wurde.

Leider sind aus der Zeit vor dem Jahre 1873 nur mehr unvollständige ziffermässige Nachweisungen über die Epidemien, welche verheerend sich von einem Lande nach dem anderen verbreiteten, vorhanden und entbehren auch die Aufzeichnungen über Todesursachen jener Genauigkeit, welche für die spätere Beurtheilung der in früheren Jahren bestandenen gesundheitlichen Verhältnisse unerlässlich ist. Man ist daher lediglich auf allgemeine Angaben angewiesen, in denen fast durchwegs nur jene Epidemien erwähnt werden, welche sich durch besondere Heftigkeit, lange Dauer oder durch besondere Eigenthümlichkeiten auszeichneten.

In der vorstehenden Uebersicht der extremen Sterblichkeitsziffern der Länder und der Jahre, auf welche sich dieselben beziehen, fällt auf, dass die Extreme nicht in allen, selbst nicht in natürlichen Gruppen der Länder gleichzeitig eingetreten sind. Während in einigen Ländern eine hohe Sterblichkeit herrschte, ereigneten sich in

anderen während des gleichen Zeitraumes verhältnismässig wenig Todesfälle. Allerdings macht sich in gewissen, jedoch mehrere Jahre umfassenden Zeitraumen, wenn auch nicht in allen, doch in der Mehrzahl der Länder ein Steigen, selbst eine hohe Mortalität bemerkbar. Eine solche stellte sich in allen westlichen und südlichen Ländern in den Jahren 1834—1837 heraus. In Galizien und in der Bukowina bestand während dieser Zeit nur eine verhältnismässig wenig höhere Sterblichkeitshäufigkeit.

Die hohe Sterblichkeit gegen Ende des fünften Decenniums des vorigen Jahrhunderts, welche theilweise auch noch zu Beginn des sechsten andauerte, wurde im Jahre 1845 in Böhmen, 1846 in Tirol-Vorarlberg, Kärnten, Krain, Steiermark und Niederösterreich durch eine mässige Vermehrung der Todesfälle eingeleitet. Im Küstenlande herrschte damals noch niedrige Mortalität. Im Jahre 1847 steigerte sich die Sterblichkeitshäufigkeit in Oberösterreich, Mähren, Dalmatien, erreichte in diesem Jahre in Galizien und iu der Bukowina, in den meisten anderen Ländern im Jahre 1849, in Böhmen aber erst im Jahre 1850 ihren zu jener Zeit höchsten Stand.

Die Jahre 1854 und 1855 brachten über Galizien und Bukowina, Schlesien. Mähren, Böhmen, Niederösterreich, Tirol-Vorarlberg, Kärnten, Krain, Steiermark, Küstenland und Dalmatien eine hohe Sterblichkeit, in Oberösterreich, Salzburg machte sich dieselbe in geringerem Maasse bemerkbar.

Dem Kriege im Jahre 1866 folgte eine bedeutende, zum Theile sogar extreme Steigerung der Mortalität in den östlichen und nördlichen Ländern, in Niederösterreich. In Krain und im Küstenlande stieg dieselbe nicht in gleichem Maass. In Salzburg. Oberösterreich, Kärnten und Tirol hatte sie im vorausgegangenen Jahre 1865 den höchsten Stand.

Die letzte Periode hoher Sterblichkeit fällt in den Beginn des achten Decenniums. In Galizien und in der Bukowina wurde dieselbe bereits im Jahre 1869 vorbereitet, in Schlesien im Jahre 1871. Im Jahre 1873 erreichte sie in vielen Ländern das Maximum, in Schlesien schon 1872, in Steiermark, Kärnten, Krain 1874, in Tirol und Vorarlberg 1875, in Dalmatien 1876 und in der Bukowina erst im Jahre 1878.

Wie die hohen, vertheilen sich auch die niedrigen Mortalitätsziffern nicht in allen Ländern auf dieselben Jahre. Die beiliegenden Diagramme bringen dies anschaulich zum Ausdrucke. Dieselben lehren, dass niedrige Sterblichkeitswerthe nicht ausschliesslich erst Errungenschaften der neuesten Zeit sind, zeigen vielmehr, dass auch in früheren, mehr oder weniger weit zurückliegenden Jahren in den Ländern ebenso oder noch

günstigere Sterblichkeitsverhältnisse bestanden, wie in der neuesten Zeit.

Nicht so sehr in dem Werthe der Ziffern, welche die Mortalitätsverhältnisse ausdrücken, äussert sich der Eintritt günstiger oder ungünstiger sanitärer Zustände als vielmehr in der Zeitdauer, während welcher Todesfälle seltener geworden sind. Es gibt Länder mit niedrigen Mortalitätsziffern, in welchen die niedrigsten für die österreichischen Länder berechneten auf ungünstige Verhältnisse hinweisen würden und umgekehrt Länder mit hohen Mortalitätsziffern, welche als solche allein, wie an späterer Stelle gezeigt wird, uoch nicht berechtigen, auf ungünstige Gesundheitszustände zu schliessen. Wollte man daraus, dass auf ein Jahr mit hoher Sterblichkeit ein solches mit niedriger folgte, folgern, dass innerhalb dieser kurzen Spanne Zeit eine so ausgiebige Besserung der allgemeinen, den öffentlichen Gesundheitszustand beeinflussenden Bedingungen eingetreten ist, so würde ein solcher Schluss wohl der sicheren Grundlage entbehren. Zu solchen Schlussfolgerungen könnte nur das längere Andauern, eine gewisse Constanz niedriger Mortalität berechtigen.

Eine andauernd abnehmende und unter dem langjährig höheren Mittelweribe bleibende Sterblichkeitshäufigkeit in den österreichischen Ländern ist aus den beiliegenden Diagrammen zu entnehmen. Seit dem Jahre 1873, in welchem, wie oben erwähnt wurde, die Sterblichkeit in allen Ländern einen hohen, in vielen einen

extrem hohen Stand erreicht hatte, ist die Sterblichkeitshäufigkeit, wenn auch nicht ohne Unterbrechungen, doch im Allgemeinen stetig von Jahr zu Jahr, mehr und mehr zurückgegangen. Seit dem Jahre 1889 hat diese absteigende Bewegung der Curve nur zweimal eine Unterbrechung erfahren. Noch auffälliger macht sich die allmählich eingetretene, aber dauernd anhaltende Verminderung der Sterblichkeitshäufigkeit in den für die Länder berechneten Ziffern bemerkbar. In früherer Zeit lagen die Jahre niedriger und extrem niedriger Mortalität zwischen Jahren mit hoher, nur ausnahmsweise hielten die günstigen Verhältnisse während zwei oder mehreren Jahren, selten aber durch längere Zeit an. Weil unter dem Einflusse der zeitweise ungünstigen Bedingungen die Mehrzahl jener Individuen, welche schon in normalen Zeiten nach und nach dem Tode verfallen wären, innerhalb kurzer Zeit dahingerafft wurden, verminderte sich die Zahl der Sterbefälle in den folgenden Jahren. Die niedrige Mortalitätsziffer in letzteren war nur einer Nachwirkung der vorausgegangenen hohen Sterblichkeit zuzuschreiben, eine naturgemässe Folge derselben.

Da allgemeine hygienische Missstände, welche Lebens- oder Gesundheitsgefahren in sich schliessen oder herbeiführen, der Erfahrung zufolge in der Regel nicht mit einem Schlage ganz beseitigt werden können, deren Behebung oft erst innerhalb eines längeren Zeitraumes zu erzielen ist, die Folgen derselben daher, wenn auch vielleicht in abgeschwächtem Grade noch länger ihren verderblichen Einfluss geltend machen, kommen die Erfolge der Sanitätspflege auch erst allmählich zu Tage. Selbst ausserordentliche Ereignisse, wie Epidemien, machen sich in ihren Nachwirkungen nicht selten noch später bemerkbar. Es ist ganz natürlich und begreiflich, dass die Sanirung allgemeiner Missstände erst nach und nach auf die Höhe der Mortalität Einfluss gewinnt und diese herabdrückt. Wenn sich aber dieser Vorgang thatsächlich allmählich vollzieht, wenn die Sterblichkeit nicht blos während einzelner Jahre, sondern anhaltend eine verhältnismässig niedrige ist und eine niedrige bleibt, dann darf man mit voller Berechtigung auch den durchgeführten sanitären Verbesserungen einen maassgebenden Einfluss beimessen und innerhalb gewisser Grenzen die immer niedriger ausfallenden Mortalitätsziffern als Maassstab für die Erfolge der Sanitätspflege ansehen. Die Bestrebungen der letzteren treffen da mit den allgemeinen socialen Interessen zusammen.

Die grosse Tragweite und praktische Bedeutung dieser in neuester Zeit bedeutend verminderten Sterblichkeitshäufigkeit geht aus Folgendem hervor: In den Jahren 1819—1899 betrug die mittlere Sterblichkeitsziffer 30·5°/00. Dieser Ziffer würden bei der nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1900 für das Jahr 1899 berechneten Einwohnerzahl rund 789.530 Todesfälle entsprechen. In der That betrug die Zahl 657.355, somit um 132.175 weniger. Aber auch dann, wenn man die weiter zurückliegenden Jahre mit abwechselnd sehr hoher und niedriger Sterblichkeit nicht berücksichtigt und nur die letzten 20 Jahre in Betracht zieht, ergibt sich ein sehr bedeutendes Ersparnis an Menschenleben. Die mittlere jährliche Sterblichkeitsziffer für die Jahre 1880—1899 ist 28·5°/00. Hätte die Todfallshäufigkeit im Jahre 1899 diesen Werth erreicht, so würden 740.345 Menschen gestorben sein. Die factische Zahl war aber um 80300 Todesfälle niedriger.

Diese Daten lassen entnehmen, welche Bedeutung dem Sinken der Mortalitätsziffer zukommt. Da aber auch in den Jahren vor 1899 ähnliche Differenzen sich herausstellen, so kann man daraus ermessen, wie viele Menschenleben in der neuesten Zeit erhalten blieben, welche unter dem Einflusse der früher bestandenen Verhältnisse vorzeitig dem Tode zum Opfer gefallen wären. Erwägt man nun anderseits, welche Kosten und materiellen Nachtheile mit Todesfällen und Erkrankungen verknüpft sind, so wird man nicht leugnen können, dass der eingetretene Nutzen ausserordentlich hohen Geldsummen entspricht, ganz abgesehen von der Abwendung anderer, in Geldbeträgen nicht auszudrückender Nachtheile.



Unter der Voraussetzung, dass im Durchschnitte jedem Todesfalle eine zehntägige Krankheit vorausgegangen wäre, eine Annahme, welche hinter der in genau geführten Aufzeichnungen über specielle Bevölkerungsclassen thatsächlich sich herausstellenden Dauer zurückbleibt, und dass jeder Krankheitstag durch Verdienstentgang, Behandlungs-, Pflege- und Ärzneikosten eine Auslage von nur 2 K verursacht hätte, würde im Jahre 1899 ein Betrag von 2,643.500 beziehungsweise (im Vergleiche mit dem 20jährigen Zeitraume 1880—1899) ein Betrag von 1,606.000 K erspart, d. i. der Bevölkerung zu Gute gekommen sein. In der That war der in Geldwerth ausgedrückte Nutzen aber ein ungleich höherer.

Die Gründe, welche, wie oben erwähnt, der Mortalitätsziffer für das Reichsgebiet lediglich nur die Eigenschaft eines Mittelwerthes geben, weil sich nicht in allen dasselbe zusammensetzenden Verwaltungsgebieten und Ländern analoge Verhältniszahlen ergeben, treffen bei den Sterblichkeitsziffern der Länder in gleicher Weise zu. Wenn auch in den Ländern, welche wenige politische Bezirke umfassen, die Sterblichkeit in den einzelnen Bezirken weniger voneinander abweicht, besteht doch in den verschiedenen Gegenden der grossen Verwaltungsgebiete selten eine Uebereinstimmung in dieser Beziehung. Es geben daher auch die Relativwerthe, welche für die letzteren Verwaltungsgebiete berechnet wurden, keine unbedingt sicheren Grundlagen für die Beurtheilung der Gesundheitsverhältnisse in den einzelnen Gegenden und Jahren. Will man diese Grundlagen beschaffen, so müssen die Mortalitätsverhältnisse nach Bezirken in Vergleich gezogen werden.

Die Tabellen im zweiten Theile des Anhanges weisen die absoluten Zahlen der in jedem Bezirke seit dem Jahre 1871 vorgekommenen Todesfälle in fünfjährigen (für 1896—1899 in vierjährigen) Summen und die für die Jahre 1881—1889 berechneten mittleren Mortalitätsziffern nach. Aus Rücksichten für Raumersparnis musste in gleicher Weise, wie es bei den absoluten Zahlen der Lebendgeborenen der Fall war, von der Aufnahme der in jedem Jahre vorgekommenen Todesfälle abgesehen werden. Die mehrjährigen Summen lassen übrigens Zu- und Abnahme der Zahl der Todesfälle entnehmen und wurden, um wenigstens die absoluten Extreme ersichtlich zu machen, den mehrjährigen Summen die für jeden Bezirk sich ergebende höchste und niedrigste Zahl der seit 1871 nachgewiesenen Sterbefälle und das Jahr, auf welches sich dieselben beziehen, beigefügt. Bei den neu errichteten sowie bei den Bezirken, welche in ihrem Umfange grössere Veränderungen erfahren haben, beziehen sich die Daten auf die Zeiträume, in welchen solche Aenderungen nicht eingetreten sind. Die betreffenden Jahre wurden in Fussnoten bezeichnet.

Für die Berechnung der mittleren Mortalitätsziffer der Bezirke für die Jahre 1881—1899 anstatt 1871—1899 war der Umstand maassgebend, dass die Geburtenziffer nur für den ersten Zeitabschnitt ermittelt werden konnte, bei den innigen Beziehungen der letzteren zur ersteren aber ein Vergleich keine vorwurfsfreien Ergebnisse liefern kann, wenn nicht beiden derselbe Zeitraum zu Grunde gelegt ist.

Allerdings stellen die Mortalitätsziffern nur Mittelwerthe aus 19 Jahren vor und verschwindet in denselben die in einzelnen Jahren ungleich höhere, in anderen geringere Sterblichkeitshäufigkeit. Dies wäre übrigens bei Gegenüberstellung von Mittelwerthen für fünf Jahre auch nicht zu vermeiden gewesen. Da überdies die Einwohnerzahlen nicht in allen Bezirken von einer Volkszählung zur anderen unverhältnismässig voneinander abweichen, können die absoluten Zahlen der Sterbefälle zum Vergleiche, ob in einer Zeitperiode gegenüber der vorangegangenen oder nachfolgenden eine Verminderung oder Erhöhung der Mortalität eingetreten ist, herangezogen werden.

Anderseits erscheint es aber nothwendig, zur Beurtheilung der Sterblichkeitsverhältnisse möglichst sichergestellte, feste Anhaltspunkte zu gewinnen, mit denen die für einzelne Jahre gefunden Werthe verglichen werden können. Die für ein Jahr berechneten eignen sich hiezu in der Regel nicht und könnten, ohne Berücksichtigung, ob in diesem Jahre etwa anormale Verhältnisse bestanden, überhaupt nicht als einwandfreie Vergleichsobjecte dienen. Erst aus Mittelwerthen für eine Reihe von Jahren gewinnt man Kenntnis von den bestandenen Sterblichkeitsverhältnissen eines Bezirkes und bestimmter Gegenden eines Landes im Allgemeinen.

Im Zeitraume von 1881—1899 kamen in Oesterreich auf 10.000 Lebende 285 Todesfälle (ohne Todtgeborene). Ueber diesem Reichsmittel blieb die mittlere Mortalität in Mittel- und Ostgalizien, in der Bukowina (ausgenommen den Bezirk Kimpolung), in den nächst der Grenze gegen Ungarn gelegenen Bezirken von Mähren, im östlichen Schlesien und in den angrenzenden westlichsten Bezirken von Galizien, in einer nur an einer Stelle unterbrochenen schmalen Zone längs der nördlichen Grenze von Böhmen, in einzelnen Bezirken im Innern von Böhmen und Mähren, aus letzteren übergreifend auf den schlesischen Bezirk Freudenthal, in je einem Bezirke von Oberösterreich (Braunau), Tirol (Tione), in einigen Bezirken von Krain, Görz-Gradisca, Istrien und Dalmatien.

Mehr als 36°/00 beträgt die Sterblichkeit nur in wenigen Bezirken in der Mitte von Ostgalizien, welche ringsum von einem nord- und ostwärts gegen Russland sich ausdehnenden, nach Süden bis an die ungarische Grenze reichenden Gebiete mit 32—36°/00 Mortalität umschlossen wird. In den am weitesten gegen Norden sich erstreckenden ostgalizischen Bezirken Sokal, Kamionka, Brody, Zloczow, in den östlichen Husiatyn und Trembowla, in der Mehrzahl der Bukowinaer Bezirke, sowie in jenem von Dolina sinkt die Mortalitätsziffer unter 32. Im Westen grenzt eine schmale von Nord nach Süd verlaufende, aus den Bezirken Jaroslau, Dobromil und Lisko gebildete Zone, in welche sich der Bezirk Przemysl mit niedrigerer Mortalität einschiebt, das westgalizische Gebiet mit einer das Reichsmittel nicht erreichenden Mortalitätsziffer vom Gebiete höherer Sterblichkeit ab.

Im nördlichen Böhmen überschreitet die Mortalitätsziffer in den Bezirken Friedland und Trautenau den Werth von 32%. In allen übrigen Bezirken, welche die erwähnte Zone mit einer das Reichsmittel übersteigenden Mortalitätsziffer bilden, hält sich diese zwischen 28.5 und 32%.

Niedrige Sterblichkeitsziffern weisen die Alpenländer, die Mehrzahl der Bezirke im westlichen und südlichen Böhmen, südlichen Mähren, einzelne Bezirke im östlichen Böhmen, im Innern von Mähren und ein Theil der Bezirke in Westgalizien auf.

Die Gebiete mit wenig voneinander abweichender Sterblichkeitshäufigkeit bilden mehr oder weniger ausgedehnte Complexe, in welche sich aber da und dort Bezirke mit niedrigerer oder höherer Mortalität einschieben.

Durch sehr niedrige Mortalität zeichnen sich die Bezirke im südlichen Dalmatien aus, dieselbe steigt in den nördlichen Landtheilen.

Ostgalizien ist constant von unverhältnismässig höherer Sterblichkeit betroffen als der westliche Landestheil. Achnliches ist bei der Mehrzahl der nordböhmischen, bei den an der ungarischen Grenze gelegenen Bezirken Mährens, im südlichen Krain, in den angrenzenden Theilen des Küstenlandes fast in der Regel der Fall.

Die Ursachen hiefür sind wohl nicht überall dieselben und ist bei Vergleich dieser Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken grosse Vorsicht geboten, wenn man sich nicht groben Täuschungen aussetzen will. Mit der Sterblichkeitsziffer wird leider nur allzu viel Missbrauch getrieben, und werden aus derselben Schlussfolgerungen über die Gesundheitsverhältnisse gezogen, welche beweisen, dass man ihr eine Bedeutung beilegt, die sie nicht unter allen Umständen besitzt.

Es liegt nahe, die Zahl der Sterbefälle mit jener der Geborenen in Beziehung zu bringen, weil ja die Geburt die nothwendige Voraussetzung bildet für das Dasein der Individuen, welche später aus dem Leben scheiden. In sanitätsstatistischen Berichten vermisst man nur zu häufig die Beachtung der Beziehungen zwischen Geburten und Sterbefällen.

Digitized by Google

Die Zahl der Todesfälle wird im Allgemeinen, wie sich auch im Folgenden ergibt, ganz vorzugsweise durch die Zahl der gestorbenen Kinder beeinflusst. Wenn mehr Kinder auf die Welt kommen, wird schon unter normalen Verhältnissen auch eine grössere Zahl derselben sterben, einer höheren Zahl von Geburten wenigsterin der Regel eine grössere Zahl von Sterbefällen überhaupt entsprechen und ungekehrt. In der That ergibt sich auch aus der Statistik, dass im Allgemeinen pjenen Gebieten, welche sich durch grosse Geburtenhäufigkeit auszeichnen, die Mortalitätsziffer gleichfalls eine höhere ist. Die Differenz zwischen beiden ist jedock keine überall übereinstimmende, ist in verschiedenen Ländern und für verschieder-Zeiträume nicht dieselbe. Zu einem Vergleiche der betreffenden Ziffern dürfer aber nicht für ein Jahr, sondern nur aus mehreren Jahren abgeleitete Mittelwertherangezogen werden, weil ein mehr oder weniger grosser Theil der in einem Jahr Geborenen nicht in diesem, sondern in einem späteren Jahre mit Tod abgeht. Fir manche vorausgegangenen Jahre würde sich sogar ein Deficit herausstellen, nämlich dann, wenn in einem derselben mehr Menschen gestorben sind, als geboren wurder

dann, wenn in einem derselben mehr Menschen gestorben sind, als geboren wurder. In den österreichischen Ländern übertraf die Ziffer der auf 1000 Einwohn berechneten Lebendgeborenen (die Todtgeborenen kommen da nicht weiter in Betracht) jene der Todesfälle in den nachstehend bezeichneten Zeitabschnitten um:

			1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich			5.7	 0·1	3.0	3.4	4·4	6.3	6.5	8 ·6
Oberösterreich		. 1	4.0	1.3	9.9	1.6	2.3	3.0	3.6	5 ·S
Salzburg		. Ĵ	4.9	1.9	2⋅2 {	 0·4	0.3	2.4	28	4.8
Steiermark			7.9	4.1	3.4	3.5	4.1	3.8	4.8	$5 \cdot 9$
Kärnten		. 1	8.4	2.3	5 ·0	(2.6)	3.1	3.1	5.4	5.6
Krain		.∫	04	2 3	30	2.3	6.5	5 ·8	78	8.0
Triest		. 1				•		(2.5)	3.0	2.2
Görz-Gradisca .		. }	5.9	8.3	7.7	5.9	8.4	7.4	10.2	9.2
Istrien		٠, ا						8.3	10 [.] 6	$10^{\circ}6$
Tirol		. 1	8.1	3.3	3.8	$3\cdot 2$	4.0	(4·1	3.5	46
Vorarlberg		. ∫	01	5 5	9.0	3 4	4.0	4.3	4.2	66
Böhmen			12^{-6}	8.9	9.0	10 ·8	$9^{.}1$	10.1	8.4	9.6
Mähren		. (13.2	5 · 4	$6.\overline{2}$	8.0	6.6	9.4	8.1	9.8
Schlesien		. ∫	154	34	0.9	8.2	12.0	9.6	$8\cdot 2$	11.4
Galizien		. }	13 [.] 5	7·1	1.9	∫ 3.5	11.3	7 ·6	11.3	14.2
Bukowina		. \$	199	11	19	14.5	8.1	7.0	12·5	13.8
Dalmatien			12.2	9.9	6.3	11.7	9.3	6.4	13·1	143
Oesterreich	•	•	11.3	5.9	5.0	6.3	8.0	7.6	8.5	104

Aus dieser Uebersicht ist zu entnehmen, dass die Differenz zwischen relauver Häufigkeit der Lebendgeburten und der Todesfälle (der relative Bevölkerungszuwachs durch Geburten) weder in einzelnen Verwaltungsgebieten und Ländern noch innerhalb dieser in zeitlicher Hinsicht übereinstimmt. In manchen Jahren war die Zahl der Lebendgebornen wie die beiliegenden Diagramme zeigen, kleiner als jene der Todesfälle, in Niederösterreich und in Salzburg blieb die Zahl der letzteren sogar innerhalb je eines Decenniums über jener der Lebendgeborenen.

Wenn auch die für ein Verwaltungsgebiet, beziehungsweise Land berechneten Werthe in den angeführten Zeiträumen voneinander abweichen und durch ausserordentliche Ereignisse mitunter die Zahl der Totesfälle gestiegen ist, die dadurch entstandenen Lücken nicht sofort ausgefüllt wurden, weichen die Ziffern in der Regel doch nicht sehr bedeutend von einander ab. Die entsprechend den früheren Nachweisungen festgehaltenen Zeitabschnitte sind zu kurz, um die Beziehungen

zwischen Geburten- und Sterbehäufigkeit klar erkennen zu lassen. Ungleich deutlicher werden diese und die bestehende Constanz dieses Verhältnisses, wenn man die Ergebnisse für die Jahre 1819—1860 und 1861—1899 für den Bereich der Verwaltungsgebiete, welche vor dem Jahre 1849 bestanden, miteinander vergleicht.

Die Differenz der auf 1000 Lebende berechneten Zahl der Lebendgeborenen von jener der Sterbefälle betrug im Zeitraume:

	1819—1860	1861—1899	1819—1899
Niederösterreich	3.00	6.45	4.73
Oberösterreich und Salzburg	2.45	3 · 57	3.00
Steiermark	4.65	4.65	4.65
Kärnten und Krain	4 55	6.15	5.35
Küstenland	6.95	7.95	7.45
Tirol und Vorarlberg	4.60	4.10	4 ·35
Böhmen	10.32	9.30	9.73
Mähren und Schlesien	8 ·28	8.83	8.55
Galizien und Bukowina	6.73	11.03	8.88
Dalmatien	10.02	10.77	10·4 0
Oesterreich	7.12	8.62	7 ·8 7

In den östlichen und nördlichen Ländern sowie in Dalmatien ist die Differenz zwischen Geburten- und Sterbeziffer die bedeutendste, das Küstenland nähert sich in dieser Beziehung Dalmatien. In den Alpenländern hingegen übertrifft die Zahl der Lebendgebornen jene der Verstorbenen in ungleich geringerem Maasse.

Die Uebereinstimmung der für grössere Zeiträume gefundenen Differenzen ist nur dann möglich, wenn zwischen Häufigkeit der Geburten und der Todesfälle gewisse feste Beziehungen bestehen, wenn einer grösseren Zahl der ersteren auch eine grössere der letzteren und umgekehrt entspricht. Die Geburtenhäufigkeit ist in erster Linie für die Sterblichkeitsziffer von maassgebendem Einflusse.

Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die höhere mittlere Mortalitätszisser für die ostgalizischen Bezirke nicht mehr auffallend, denn diese weisen auch eine hohe Geburtenzisser auf, während der niedrigen Mortalitätszisser der Bezirke im Bereiche der Alpen auch eine niedrigere Geburtenzisser entspricht.

Viel auffälliger bringt den Zuwachs der Bevölkerung, welcher durch Geburten erfolgt, die folgende Uebersicht zur Anschauung.

Auf 1000 Lebendgeborene trafen Sterbefälle in den Zeiträumen von:

	1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich	856	1003	921	889	883	839	816	735
Oberösterreich	} 849	955	948	948	919	902	884	816
Salzburg	1 049	ฮออ	340	1026	988	924	903	835
Steiermark	774	878	892	899	870	879	843	807
Kärnten	} 751	040	835	906	894	900	833	812
Krain	131	940	000	924	796	835	783	775
Triest	ĺ					(934	912	919
Görz-Gradisca	652	783	785	841	784	802	727	738
Istrien	J					1788	744	715
Tirol	1 750	010	070	000	0.05	1860	882	842
Vorarlberg	759	819	879	896	865	1863	856	761
Böhmen	694	768	770	722	744	742	774	726

				1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Mähren . Schlesien .							{794 {758	833 710	762 756	785 781	728 705
Galizien . Bukowina	•	•	•	889	829	956	$ \begin{array}{c} 914 \\ 655 \end{array} $	748 814	803 856	743 731	676 678
Dalmatien Oesterreich					$696 \\ 842$	$\begin{array}{c} 790 \\ 871 \end{array}$	664 8 31	750 794	806 807	663 777	636 719

Aus der vorstehenden Uebersicht und aus jener auf Seite 52 ist aber auch zu entnehmen, dass in neuester Zeit die Geburten- und Sterblichkeitsziffern sich etwas weiter voneinander entfernen, als dies in früheren Jahren der Fall war. Ob nun die Zahl der Sterbefälle gesunken oder jene der Lebendgeborenen gestiegen ist, oder ob das eine und das andere der Fall war, kommt für die Thatsache des eingetretenen grösseren Bevölkerungszuwachses nicht in Betracht.

In sanitärer Hinsicht ist es jedoch nicht gleichgiltig, welche Ursache der Thatsache zu Grunde liegt. So wünschenswerth eine Verminderung der Sterblichkeitshäufigkeit vom Standpunkte der öffentlichen Gesundheitspflege ist, so wenig erfreulich wäre die Abnahme der Geburtenhäufigkeit. Ein Zeichen günstiger sanitärer Verhältnisse ist, wenn die Sterblichkeit sinkt und die Geburtenziffer steigt. Die beiliegenden Diagramme weisen für mehrere Länder ein allmähliches Sinken der Mortalität bei gleichzeitig aufsteigender Bewegung der Curve der Geburtenhäufigkeit deutlich nach. In anderen Ländern sowie für das Reichsgebiet ergibt sich eine Abnahme der Sterblichkeit bei sinkender oder ziemlich gleichbleibender Geburtenhäufigkeit. Erstere Thatsache deutet auf fortschreitende Besserung der sanitären Verhältnisse und im einzelnen Falle umso entschiedener, je mehr von einem zum anderen Jahre die Curve der Lebendgeborenen stetig ansteigt, jene der Mortalität allmählich sinkt.

So wichtig es ist, die Geburtenhäufigkeit zu berücksichtigen, wenn man der Bedeutung der Mortalitätsziffern nachforscht, bildet dieselbe doch nicht den allein ausschlaggebenden Factor. Es haben noch verschiedene andere Umstände und Verhältnisse auf die Sterblichkeitsziffern Einfluss und müssen diese ebenso in gebürende Berücksichtigung gezogen werden, wenn man zu einem richtigen Urtheile gelangen will.

Die Sterblichkeitshäufigkeit der Menschen ist nach deren Alter eine verschiedene. Im Kindesalter ist die Lebensbedrohung eine ungleich grössere, als im Jugendalter nnd in der Zeit der Vollkraft. Der zarte kindliche Organismus besitzt noch nicht jene Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende äussere Einflüsse. wie dieser nach erreichter voller körperlicher Ausbildung im Allgemeinen besteht. Ebenso vermag der Mensch im Greisenalter den Wirkungen der die Gesundheit gefährdenden Verhältnisse nicht mehr jenen Widerstand zu leisten, welchen er in der Zeit seiner Vollkraft entgegenstellen konnte. In das Kindes- und Greisenalter fällt die verhältnismässig grösste Zahl der Todesfälle, wenn man diese mit der Zahl der Individuen, welche in diesen Altersclassen stehen, in Beziehung bringt.

Der Altersaufbau der Bevölkerung, deren Mortalitätsziffer man in ihrer Bedeutung beurtheilen will, darf nicht unbeachtet bleiben. Dort, wo die Individuen mittleren und jugendlichen Lebensalters an Zahl verhältnismässig überwiegen, wird sich unter normalen Verhältnissen eine ungleich niedrigere Sterblichkeitsziffer ergeben, als für räumlich begrenzte Gebiete, in denen die kleinen Kinder sehr zahlreich sind, oder in denen etwa, was allerdings kaum irgendwo der Fall sein dürfte, alte Leute die Mehrzahl der Bevölkerung bilden.

Für die Sterblichkeitsverhältnisse der Länder, in denen der Altersaufbau der Bevölkerung nie so wesentlich verschieden ist, wie in Gemeinden, hat dieser Umstand kaum einen nennenswerthen Einfluss, wohl aber ist derselbe bei Vergleichen der für Bezirke und für die Städte berechneten Mortalitätsziffer von grosser Tragweite.

Bezirke, aus denen männliche und weibliche Personen auswandern, um in der Fremde günstige Erwerbs- und Verdienstverhältnisse zu suchen und zu finden, weisen je nach der Zahl der fortgezogenen Individuen, einen anderen Altersaufbau der Bevölkerung auf, als Bezirke mit sesshafter Bevölkerung, welche nur in beschränktem Maasse oder gar nicht ihren Wohnsitz ändert. Da vorwiegend Individuen im Alter voller Arbeitskraft und physischer Leistungsfähigkeit auswärts Erwerb suchen, vermindert sich in ersteren die Zahl der Individuen, welche den jugendlichen und mittleren Altersstufen angehören, erhöht sich aber umgekehrt verhältnismässig die Zahl der Kinder und alten Leute. Wegen der grösseren Zahl von Angehörigen der Altersclassen, in denen Sterbefälle viel häufiger auftreten, wird unter sonst gleichbleibenden Bedingungen die Sterblichkeit in diesen Bezirken eine höhere sein, als in jenen mit einer Bevölkerung normalen Altersauf baues.

Dagegen ist in Bezirken, nach welchen Leute jener Altersclassen, welche an sich eine niedrige Sterblichkeit aufweisen, von auswärts einwandern, der Altersaufbau der Bevölkerung ein ganz anderer, weil die Kinder und alten Leute gegenüber den in Vollkraft des Lebens stehenden Individuen in den Hintergrund treten. In diesen Bezirken wäre daher, ebenfalls normale Verhältnisse vorausgesetzt, eine niedrigere Sterblichkeit zu erwarten.

In der That machen sich die erwähnten Verschiedenheiten im Altersaufbau der Bevölkerung nach politischen Bezirken in weniger ausgesprochenem Grade bemerkbar, weil die Einwanderung Fremder sich zumeist nur einzelnen Gemeinden eines anderen Bezirkes zuwendet, in anderen die natürlichen Verbältnisse der Altersgliederung keine Veränderung erleiden. Die Einwanderung betrifft vorwiegend industrielle Bezirke, welche daraus einen namhaften Bevölkerungszuwachs beziehen, vorübergehend aber auch Gegenden, in denen aus besonderen Anlässen (Flusscorrectionen, Eisenbahn-, Strassen-, u. dgl. Bauten) zeitweise ein grösserer Arbeiterzufluss stattfindet.

Die Auswanderung kommt seltener auf Rechnung einer Gemeinde. Nicht blos aus einzelnen Gemeinden, sondern aus allen oder der Mehrzahl der Gemeinden einzelner Bezirke und gewisser Gegenden pflegen arbeitsfähige Personen in die Fremde zu ziehen, die einen bleiben nur während eines Theiles im Jahre, andere während ihrer Erwerbsfähigkeit in der Fremde, kehren nach kürzerer oder längerer Abwesenheit regelmässig oder wegen verminderter Arbeitsfähigkeit, Krankheit in die Heimat zurück. Ein Theil wandert überhaupt aus und sucht sich in fremden Gegenden günstigere Existenzbedingungen zu schaffen. Alle diese Umstände haben Verschiebungen in der Altersgliederung der Bevölkerung gewisser Bezirke zur Folge und verdient daher insbesondere die Auswanderung bei Vergleichen oder Mortalitätsziffern der Bezirke eingehende Würdigung.

In hervorragendem Maasse machen sich diese Verhältnisse in den Städten, zumal in Grossstädten und in Industriecentren bemerkbar. In manchen Städten mit eigenem Statute, von denen einige keine grössere Einwohnerzahl aufweisen, eine sesshafte, fast nur durch eigenen Geburtenzuwachs, in geringem Maasse durch Zuzug von aussen sich vermehrende Bevölkerung haben, treten dieselben viel weniger hervor, als in den volkreichen Gemeinden überhaupt. Es ist bekannt und ergibt sich auch aus der im dritten Theile des Anhanges beigefügten Tabelle, dass die Einwohnerzahl der grössten Gemeinden nicht aus dem Geburtenzuwachse ihre Zunahme erfährt, weil in vielen die Sterblichkeit eine grössere ist als die Geburtenbäufigkeit, letztere aber auch im günstigsten Falle mehr oder weniger weit unter der thatsächlich eingetretenen Vermehrung der Einwohnerzahl bleibt. Die Bevölkerungszunahme wird bald vorwiegend, bald fast aussehliesslich durch die Einwanderung von auswärts herbeigeführt.

Eine Anzahl von Gemeinden ziehen Arbeitskräfte aus verschiedenen Gegenden an sich, in anderen bestehen Unterrichtsanstalten, welche von jugendlichen Indivi-

duen von auswärts aufgesucht werden, in der Stadt bieten sich mannigfache Gelegenheiten für Verdienst u, s. w. Alle diese Umstände tragen dazu bei, dass die städtische Bevölkerung sich in Bezug auf die Altersgliederung ihrer Bewohner recht bedeutend von jener im Lande tiberhaupt und von jener auf dem Lande und in anderen Gemeinden unterscheidet. Die Zahl der jugendlichen und der im Alter der vollen Arbeits- und Erwerbsfähigkeit stehenden Individuen ist eine verhältnismässig grosse, jene der kleinen Kinder eine verhältnismässig kleinere. Da auch die Zahl der Geburten in vielen Städten eine niedrige ist, kann die Kindersterblichkeit die Gesammtsterblichkeit nicht in jenem Grade beeinflussen, wie in ländlichen Bezirken mit reichem Kindersegen. Auch die Zahl der alten Leute, wenn sich auch solche aus verschiedenen Gründen in manchen Städten mit Vorliebe niederlassen, vermag das relative Uebergewicht der Personen jugendlichen und mittleren Alters in Städten nicht zu beeinflussen.

Es kann daher nicht auffallen, wenn die nach der Gesammtbevölkerung berechneten Mortalitätsziffern der Städte günstigere sind, als jene der Landbezirke, nach den bestehenden Verhältnissen sollte es so sein, weil die Zahl der Angehörigen jener Altersclassen, welchen eine niedrige Sterblichkeit entspricht, in den grösseren Städten eine unverhältnismässig bedeutend grössere ist, als die Zahl der Individuen in jenen Altersstufen, in denen Sterbefälle häufig sind.

Wenn auch das enge Zusammenleben der Menschen in Städten und Grossgemeinden mancherlei Gefahren für die Gesundheit in sich schliesst, sind anderseits die Einrichtungen, durch welche diesen Gefahren begegnet werden will, vollkommenere, es stehen reichere Hilfsmittel zur Verfügung, von welchen die Bevölkerung auch leichter ausgiebigen Gebrauch machen kann. Aus diesen Gründen und da ärztlicher Beistand in Erkrankungsfällen ungleich leichter erreichbar ist, als in den Gegenden auf dem Lande, sind die Bewohner der Städte im Vortheile, und erscheint eine niedrige Sterblichkeitshäufigkeit durch die bestehenden Verhaltnisse und Einrichtungen gewissermaassen gewährleistet.

Unter dem Einflusse der in grösseren Gemeinden leichter durchzuführenden und in neuester Zeit bewerkstelligten Verbesserungen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, in Folge Beseitigung zahlreicher hygienischer stände ist die Sterblichkeitsziffer in der Mehrzahl der grossen Gemeinden wie die Tabellen im Anhange nachweisen, mehr oder weniger gesunken, während dieselbe in früherer Zeit, soweit aus den lückenhaften Aufzeichnungen entnommen werden kann, eine mitunter unverhältnismässige Höhe erreicht hatte und manche Städte als ungesunde Aufenthaltsorte in Verruf gekommen waren.

Ein Vergleich der im Anhange nachgewiesenen Mortalitätsziffern der einzelnen grösseren Stadte und Gemeinden zeigt auf den ersten Blick die grossen Verschiedenheiten in den für jede derselben berechneten Mortalitäsziffern. Mehrere der ehemaligen Vororte von Wien, die grossen Gemeinden, welche an das Gebiet der Stadt Prag grenzen, weisen niedrige Mortalitätsziffern auf, umgekehrt aber der ehemalige Wiener Vorort Sechshaus eine exorbitant hohe. Es ist aber kaum anzunehmen, das die allgemeinen äusseren Verhältnisse, welche die Gesundheit der Bewohner beeinflussen, in den aneinandergrenzenden Gemeindebezirken so wesentlich verschiedene sind, um an sich solche Differenzen in den Sterblichkeitsziffern zur Folge zu haben.

Jedenfalls sind, ehe man aus der nach der Gesammtbevölkerung berechneten Mortalität bestimmte Schlüsse auf die allgemeinen Salubritätsverhältnisse zieht, alle irgendwie in Betracht kommenden Verhältnisse, Altersgliederung, Geschlecht, Beschäftigung, Stellung, Wohnverhältnisse der betreffenden Bevölkerung zu berücksichtigen. Dasselbe gilt für Vergleiche der Mortalitätsziffern verschiedener grösserer Gemeinden in verschiedenen Gegenden.

Von den vielfachen weiterhin in Betracht kommenden Umständen möge nur einer, dem eine besondere Bedeutung zukommt. auch hier erwähnt werden.

Die Zahl der in Städten Verstorbenen schliesst immer eine grössere oder kleinere Zahl von Individuen in sich, welche nicht in der Stadt ihren dauernden Wohnsitz hatten, sei es, dass dieselben behufs ärztlicher Behandlung in einer Anstalt oder behufs Erwerb und Arbeit oder aus anderen Anlässen von auswärts nach der Stadt oder Gemeinde gekommen waren. Ist die Zahl dieser Personen eine bedeutende, so wird diese auch hinsichtlich des Betrages der Mortalitätsziffer nicht ohne Einfluss bleiben.

Allerdings ist in den Nachweisungen über die Sterbefälle in den grösseren Gemeinden eine Correctur dieser nicht ganz zutreffenden Mortalitätsziffer vorgesehen, indem die Sterbefälle, welche Ortsfremde betreffen, gesondert verzeichnet und die Mortalitätsziffern für die ständige Bevölkerung gesondert berechnet werden. Als Ortsfremde« sind jene Verstorbenen zu betrachten, welche in dem Orte, wo sie starben, keinen ständigen Wohnsitz hatten. Die mit dem Ministerialerlasse vom 8. Februar 1895, Z. 18632 ex 1894, hinausgegebene Anleitung für die Matrikenämter präcisirt diese Definition noch schärfer, dass als ortsfremd jene Personen anzusehen sind, welche sich in der Ortsgemeinde aus vorübergehendem Anlasse blos zeitweilig aufgehalten haben«.

Trotzdem müssen sich in den einzelnen Fällen Zweifel ergeben, ob eine verstorbene Person als ortsfremd zu bezeichnen ist, und bleibt die Entscheidung dem Ermessen der Organe, welche die betreffenden Daten erheben und verzeichnen, anheimgestellt. Ein nicht zu unterschätzender Theil der Bevölkerung grösserer Gemeinden hat in diesen noch keinen ständigen Wohnsitz, hat sich aus irgendwelchen Gründen dahin begeben, und wird der Aufenthalt erst in der Folge ein ständiger. Es kann auch kaum anders sein. Der Arbeiter z. B. reist nach der Stadt, um Erwerb zu suchen. Solange er einen solchen nicht gefunden hat, solange er nicht in ein festes Arbeitsverhältnis getreten ist, bleibt er ortsfremd. Eine bestimmte in der Dauer des Aufenthaltes gelegene Grenze lässt sich nicht ziehen.

In der Einwohnerzahl werden aber diese Elemente der fluctuirenden Bevölkerung, aus welcher nach kürzerem oder längerem Aufenthalte die dauernd anwesende Zuwachs erfährt, gezählt. Die Volkszählungen, welche ja die Grundlagen geben für Berechnung der Bevölkerung in den folgenden Jahren, verzeichnen als Einwohnerzahl die am Tage der Zählung in der betreffenden Gemeinde thatsächlich vorhandene Bevölkerung. Die veröffentlichte amtliche Statistik gibt Anhaltspunkte über die an diesem Tage gezählten zeitweilig anwesenden Personon. Diese müssten zum mindesten von der erhobenen Gesammtzahl der Einwohner abgerechnet werden, wenn man die Mortalität der einheimischen Bevölkerung ermitteln will. Keinesfalls kann aber das Verhältnis der Verstorbenen ohne Ortsfremde zur Gesammtbevölkerung mit Einschluss der Ortsfremden auf Richtigkeit Anspruch machen.

Wenn aber eine nur vorübergehend in einer Gemeinde sich aufhaltende Person daselbst von einer zum Tode führenden Krankheit befallen oder von einem tödtlichen Unfalle betroffen wird, wäre es durchaus nicht gerechtfertigt, den Todesfall einem Ortsfremden zuzuschreiben, weil ja nicht blos der Tod im Orte erfolgte, sondern auch die Ursache eine locale war.

Auch die Feststellung, ob jemand ortsfremd ist, geschieht nicht in übereinstimmender Weise. Bei der Volkszählung gibt das betreffende Individuum selbst an, ob er sich nur zeitweilig im Orte aufhält, bei Todesfällen entscheidet über die Bezeichnung eine andere Person.

Die Jahresausweise über Sterbefälle in den grösseren Städten und Gemeinden legen die Vermuthung nahe, dass in einzelnen Städten auch andere als blos zeitweilig sich aufhaltende Personen unter die Ortsfremden eingereiht werden. So erscheint es zum Mindesten auffallend, wenn in der Hafenstadt Triest nur 3.6, dagegen in Teschen 38, Klagenfurt 36. Krakau 32 und Laibach und Innsbruck je 31% der Verstorbenen als ortsfremd ausgewiesen wurden. Die absolute Zahl der

verstorbenen Ortsfremden in Triest bleibt weit unter jener von Laibach, Klagenfurt, Innsbruck. In Görz ware die Zahl der verstorbenen Ortsfremden von 1890—1891 von 8 auf 251 gestiegen, in Innsbruck von 99 im Jahre 1886 auf 340 im Jahre 1897!

Die allgemein durchgeführte Ausscheidung der Ortsfremden aus der Zahl der Verstorbenen hätte auch zur Folge, dass die Todesfälle der ersteren überhaupt verschwinden. In den Matrikenauszügen wird bei jedem Verstorbenen angegeben, ob derselbe im Sterbeorte ortsfremd war. Die amtliche Volksbewegungsstatistik für das Jahr 1895 verzeichnet unter den in Oesterreich Verstorbenen mehr als 8% im Sterbeorte Ortsfremde. Durch Beseitigung dieser thatsächlich vorgekommenen Sterbefälle würde allerdings die Mortalitätsziffer von 27·3 auf 25·1% herabgedrückt, aber auch eine nicht mehr zutreffende werden. Dabei sind die im ersten Vierteljahre verstorbenen Ortsfremden nicht einmal vollständig berücksichtigt. Für die späteren Jahre enthält die amtliche Statistik keine Nachweisungen mehr hierüber.

Es soll damit keineswegs in Abrede gestellt werden, dass die Sterblichkeitsziffer der Städte durch Todesfälle bei Personen, welche nicht zur ständigen Bevölkerung gehören, überhaupt und in manchen Fällen sogar namhaft belastet wird. Dies ist besonders in kleineren Gemeinden der Fall, wenn sich in diesen öffentliche Krankenanstalten, Privatspitäler oder Versorgungsanstalten befinden, in denen Kranke und erwerbsunfähige Personen auch aus Gemeinden der nächsten und weiteren Umgebung untergebracht werden. Insassen solcher Anstalten haben in diesen oft genug dauernden und nicht blos vorübergehenden Aufenthalt und erhöhen, wenn sie sterben, die Mortalitätsziffer der kleineren Gemeinden bedeutend, während im umgebenden volkreichen Bezirke diese Todesfälle wenig ins Gewicht fallen würden.

Charakteristische Beispiele dieser Art bilden die Städte Cilli und Pettau, welche beide eigenes Statut und allgemeine öffentliche Krankenanstalten besitzen.

In keiner Stadt mit eigenem Statute und in keinem politischen Bezirke erreicht die mittlere Mortalitätsziffer auch nur annähernd jene der Stadt Pettau, 51·1°/03. Von den 2303 Todesfällen, welche im Zeitraume 1888—1898 daselbst vorgekommen sind, entfallen aber 961 oder 41·7°/0 auf das öffentliche Krankenhaus. Die Civilbevölkerung von Pettau betrug im Jahre 1890 nur 3423, nach den vorläufigen Ergebnissen der letzten Volkszählung 3694 Personen.

Die Stadt Cilli zählte nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1869, 1880, 1890 und 1900: 4224, 5393, 5810, beziehungsweise 6135 Einwohner und hatte im Zeitraume 1881—1899 eine Mortalität von 37.6% Von 5644 für die Jahre 1873—1898 verzeichneten Todesfällen sind 2922 oder 51.8% im dortigen allgemeinen Krankenhause vorgekommen.

Aehnliche, wenn auch nicht ebenso auffällige Beispiele liessen sich noch mehr anführen. Es möge hier nur bemerkt werden, dass auch die hohen Mortalitätsziffern der Städte Salzburg, Klagenfurt, Laibach durch die Sterbefälle in den betreffenden Landesspitälern und Anstalten sehr beeinflusst wird. Diese Spitäler waren bis in die neueste Zeit herauf die einzigen öffentlichen Krankenanstalten der Länder Salzburg, Kärnten und Krain.

Umgekehrt ereignen sich in Gemeinden, welche Vororte grosser Städte bilden, verhältnismässig weniger zahlreiche Todesfälle, weil Kranke ein in der benachbarten Stadt gelegenes Spital aufsuchen. Vorortegemeinden, in welchen sich grössere Krankenanstalten befinden, weisen auch eine ungleich höhere Mortalitätsziffer auf, wie z. B. seinerzeit die Gemeinde Sechshaus bei Wien, in welcher dieselbe in den Jahren 1888 und 1889 bis auf 79·0°/00 gestiegen war. Von den 956, beziehungsweise 961 Todesfällen in den Jahren 1888 und 1889 sind 717, beziehungsweise 692 im dortigen Bezirksspitale vorgekommen. Die Zahl der in diesen zwei Jahren verstorbenen Ortsfremden ist mit 688, beziehungsweise 656 angegeben.

Die angeführten Beispiele lehren deutlich, dass die Mortalitätsziffer kein verlässlicher Maassstab ist für die Beurtheilung der sanitären Verhältnisse einer Gemeinde, dass die Altersgliederung der Bevölkerung, der Bestand grosser oder wenigstens im Verhältnisse zur Einwohnerzahl bedeutender Humanitätsanstalten, wie Spitäler und Versorgungsanstalten auf die Zahl der Todesfälle und somit auch auf die Höhe der Mortalitätsziffer maassgebenden Einfluss hat.

Die Städte beziehen ihren Bevölkerungszuwachs vorwiegend vom Lande (im weitesten Sinne genommen) und muss sich in den Bezirken, aus denen Leute in grösserer Zahl nach der Stadt ziehen, der Ausfall von Angehörigen jener Altersclassen, in welchen die Sterblichkeit eine niedrige ist, für die Mortalitätsverhältnisse bemerkbar machen. In den für die Bezirke ermittelten Verhältniszahlen kommt das allerdings, und zwar deshalb weniger deutlich zum Ausdrucke, weil ja nicht oder seltener alle Gemeinden eines Bezirkes gleichmässig an der Auswanderung betheiligt sind. Umsomehr wird dies in den Mortalitätsverhältnissen der betreffenden Gemeinden der Fall sein, wenn in Folge der Auswanderung die Kinder und die alten Leute in dem Altersaufbau der Bevölkerung ein relatives Uebergewicht erlangen. Die auffällige Abnahme der Einwohnerzahl mancher Bezirke, welche aus den veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen der letzten Volkszählung zu entnehmen ist, kann, da nicht auch eine wesentliche Abnahme der Geburtenhäufigkeit eingetreten ist, ebenso nur auf die Auswanderung bezogen werden, wie die bedeutende Bevölkerungszunahme vieler Bezirke und der Städte mit eigenem Statute eine Folge zahlreicher Einwanderungen ist.

In Bezirken hingegen, deren Bevölkerung keinen wesentlichen Zuwachs von aussen erfährt und auch nur eine geringfügige Auswanderung aufweist, welche demnach eine sesshafte Bevölkerung besitzen, weichen, soferne nicht besondere die Gesundheit der Bewohner bedrohende Ereignisse eintreten, die für die einzelnen aufeinanderfolgenden Jahre berechneten Mortalitätsziffern seltener bedeutend voneinander ab, sinkende Sterblichkeitshäufigkeit aber berechtigt, wenn die Geburtenziffer gleich bleibt, auf Besserung der allgemeinen sanitären Verhältnisse zu schliessen. Ob diese Besserung durch active Mitwirkung der Menschen oder ohne solche eingetreten ist, muss vorläufig auf anderem Wege, als auf jenem statistischer Erhebungen festgestellt werden.

So einfach und bequem es wäre, die Mortalitätsziffer als Index für die Salubrität einer Gegend zu verwenden, so trügerisch sind die Resultate solcher Vergleiche bei Ausserachtlassung aller anderen Beziehungen zwischen Zahl der Sterbefälle und persönlichen, socialen, örtlichen und anderen maassgebenden Verhältnissen. In den für die Bevölkerung grosser Gebiete gefundenen Zahlen kommt dieser Einfluss nicht immer in entsprechend prägnanter Weise zum Ausdrucke. Hierüber gibt jedoch die für die kleinsten Verwaltungsbezirke, für Gemeinden durchgeführte Erhebung Aufschluss, und umso sicherer, auf einen je längeren Zeitraum sich dieselbe erstreckt.

In kleineren Gemeinden bedingt schon eine geringe Vermehrung der Zahl der Todesfälle in einem Jahre ein oft scheinbar sehr bedeutendes Anschwellen der Mortalitätsziffer, eine unbedeutende Verminderung aber ein unverhältnismässiges Sinken derselben. Weder das eine noch das andere entspricht nothwendiger Weise einer thatsächlichen Verschlimmerung oder Besserung der Salubritätsverhältnisse. Eine vorübergehende Zunahme der Geburtenzahl kann, ohne dass die hygienischen Zustände der Gemeinde eine bemerkenswerthe Veränderung erfahren haben, eine Vermehrung der Zahl der Todesfälle bei kleinen Kindern zur Folge haben und die Mortalitätsziffer vergrössern. Dasselbe ist der Fall, wenn in einer Gemeinde, welche viele alte Leute zählt, in einem Jahre eine grössere Zahl derselben stirbt, ohne dass besondere äussere Ursachen hiefür verantwortlich gemacht werden können. In den nächsten oder in den folgenden Jahren werden Todesfälle bei Greisen seltener sein, weil eben eine kleinere Zahl derselben vorhanden ist. Die grössere und niedrigere Zahl der Sterbefälle gleicht sich in kleinen Verwaltungsgebieten erst im Laufe mehrerer

Jahre aus. Zeitabschnitte bilden zwar durch das praktische Bedürfnis bedingte, desungeachtet aber ebenso künstliche Abgrenzungen, wie jene, welche im Raumegezogen werden.

Für die Gesundheitspflege brauchbare und zu verlässlichen Folgerungen führende Ergebnisse sind nur aus Detailerhebungen zu erwarten. Diese können dem Sanitätsbeamten nicht genug eindringlich empfohlen werden. Im Zusammenhalte mit genauer Kenntnis aller in Betracht kommenden und in Erwägung zu ziehenden Bevölkerungs und Ortsverhältnisse ergeben sich hieraus ganz besonders wichtige Anhalts- und

Angriffspunkte für die öffentliche Sanitätspflege.

Nur das Streben nach Wahrheit, nach Ergründung der wirklich bestehender Verhältnisse darf den Fachmann leiten. Das Verlangen, den Erfolg zielbewusster und oft genug recht mühsamer Thätigkeit auch ziffermässig bestätigt zu sehen und in der statistischen Ergebnissen nachweisen zu können, ist wohl begreiflich, darf aber nicht blenden, das Endziel ist nicht der Erfolg des Einzelnen, vielmehr das Wohl der Bevölkerung. Wie aber ein bei objectiver, alle irgendwie bedeutungsvollen Umstände berücksichtigender Prüfung unleugbarer Fortschritt berechtigte Befriedigung gewährt, muss die Aufdeckung von Misständen zu erneuter oder fortgesetzter, auf Beseitigung derselben gerichteter Thätigkeit anspornen.

Nach dem oben Erwähnten hat der Altersaufbau der Bevölkerung nicht bles einen sehr maassgebenden, sondern geradezu entscheidenden Einfluss auf die Sterblichkeitsverhältnisse derselben. Wie aber die allgemeine Mortalitatsziffer aus der Summe aller Einwohner und jener aller Verstorbenen berechnet wird, sollte die Sterblichkeit in den verschiedenen Altersclassen, nur nach der Zahl der in denselben vorhandenen Bevölkerung berechnet werden. Die Durchführung derartiger Berechnungen für die Bezirke und Gemeinden, namentlich für Städte, deren Bevölkerung mannigfachen Aenderungen unterliegt, begegnet jedoch Schwierigkeiten. Einigermaassen verlässliche Anhaltspunkte bietet in der Mehrzahl der Bezirke der Vergleich der verstorbenen Kinder mit der Zahl der Lebendgeborenen.

Sterblichkeit der Kinderim ersten Lebensjahre. Im Durchschnitte der Jahre 1819—1899 haben in Oesterreich von je 1000 lebendgeborenen Kindern 247 das erste Lebensjahr nicht überschritten. Von diesem allgemeinen Durchschnittewerthe weichen die analogen Ziffern für kürzere Zeitperioden nur wenig ab. Die mittlere absolute Zahl der Sterbefälle in dieser Altersstufe und das Verhältniss derselben zur Zahl der im gleichen Zeitraume Lebendgeborenen war:

1819—1830.		135.930	das	sind	232	von	1000	Lebendgeborenen,
1831—1840.								»
1841—1850.		167.952	>	>	253	>	1000	•
1851 - 1860.		171.137	>	»	250	>	1000	, ,
1861—1870.		194.599	*	>	256	>	1000	· *
1871—1880.		213.211	>	>	256	>	1000	•
1881—1890.		218.057	>	,	250	>	1000	>
1891—1899.		217.893	>	>	236	>	1000	•

Entsprechend der allmählichen Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen ist auch die Zahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen Kinder von einem zum anderen Zeitabschnitte gestiegen. Das Verhältnis zwischen dieser Zahl und jener der Lebendgeborenen hat sich in den einzelnen Zeitperioden nur wenig geändert, ist als ein nahezu constantes zu betrachten. Am günstigsten gestaltete es sich in dem ersten der angeführten Zeitabschnitte, die grösste Zahl der Lebendgeborenen starb im Sänglingsalter während der Jahre von 1861—1880, seither verminderte sich die Relativ-



zahl, erreichte aber 1891 bis 1899 noch nicht den niedrigen Betrag für die Jahre 1819-1830.

Die grosse Uebereinstimmung der Ziffern innerhalb eines langen Zeitraumes deutet darauf hin, dass die allgemeinen äusseren Lebensverhaltnisse im frühesten Kindesalter noch keinen so veränderlichen Einfluss ausüben wie im späteren Alter. Es zeigt auch die auf die Einwohnerzahl berechnete Sterblichkeit in diesem Lebensalter, welche die Tafel 1 zur Anschauung bringt, nur ausnahmsweise in einem oder mehreren aufeinanderfolgenden Jahren einen etwas höheren Betrag, aber niemals jene Schwankungen, welche die allgemeine Mortalitätsziffer aufweist.

Der Verlauf der Geburtenhäufigkeit stimmt ebenso wenig mit der zur Einwohnerzahl berechneten Säuglingssterblichkeit in den einzelnen Jahren überein.

Allerdings eignen sich die für ein Jahr gefundenen Daten wenig zum Vergleiche, denn es kann sein, dass die Geburten gegen Ende eines Jahres in grösserer Zahl eintreten, während die denselben entsprechenden Säuglingssterbefälle sich zum grösseren Theile im folgenden Jahre, welches vielleicht eine geringere Geburtenhäufigkeit aufweist, ereignen. Diese Ungleichförmigkeiten in den Grundlagen der Berechnung gleichen sich erst dann aus, wenn man, wie es eben geschah, eine grössere Zahl von Jahren zusammenfasst.

Die verhältnismässig grosse Uebereinstimmung der oben für das Reichsgebiet angeführten Mittelwerthe, besteht aber nicht in gleichem Maasse, wenn man die analogen für die einzelnen Verwaltungsgebiete und Länder berechneten Zahlen vergleicht.

Von 1000 Lebendgeborenen sind im ersten Lebensjahre gestorben:

	1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich	336	362	349	336	320	290	273	23 8
Oberösterreich Salzburg	289	303	30 0	${312}$	$\frac{294}{311}$	$\begin{array}{c} 286 \\ 289 \end{array}$	272 25 4	$\begin{array}{c} 254 \\ 246 \end{array}$
Steiermark	205	228	243	241	244	235	222	219
Kärnten	l 180	199	197	£230	235	232	224	220
Krain	100	100	191	\181	180	185	186	189
Triest	ĺ					(253)	214	215
Görz-Gradisca .	198	217	216	219	214	$\{195$	182	190
Istrien	ļ					217	203	203
Tirol	1 211	245	248	232	226	£218	218	211
Vorarlberg	} 211	440	240	204	220	(233	208	192
Böhmen	259	265	262	253	267	266	270	253
Mähren	} 242	252	251	∫2 4 7	260	252	255	240
Schlesien	<i>442</i>	202	201	241	248	250	248	230
Galizien	100	016	999	J 239	246	255	246	234
Bukowina	} 193	216	232	l 215	248	277	264	245
Dalmatien	131	147	158	159	173	182	160	170

Wie aus der vorstehenden Uebersicht zu entnehmen ist, stimmen die nach Zeitabschnitten für die Verwaltungsgebiete und Länder berechneten Verhältniszahlen nicht in jenem Maasse überein wie jene des Reichsgebietes in den gleichen Zeitperioden. Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg weisen die höchsten, Dalmatien, Görz-Gradisca und Krain die niedrigsten Ziffern auf.

Es geht aus der Uebersicht aber auch hervor, dass in der Mehrzahl der angeführten Gebiete die Säuglingssterblichkeit sinkt, dass eine grössere Zahl der Kinder das erste Lebensjahr überschreitet, als früher, nach dem Jahr 1831 der Fall war.

Die günstigen Verhältnisse des Zeitraumes 1819—1830 wurden aber auch in neuester Zeit nicht allenthalben erreicht.

Eine ganz auffällige Verminderung dieser Sterblichkeit ist in Niederöstereich eingetreten, seit 1831 ist dieselbe von einem Zeitabschnitte zum anderen zurückgegangen. Im ersten war sie gegen andere Verwaltungsgebiete bei weitem die höchste, stieg noch im Decennium 1831—1840, wurde aber in den Jahren 1891 bis 1899 nur mehr von jener in Mähren, in der Bukowina, in Salzburg, Böhmen und Oberösterreich übertroffen.

Vergleicht man die Sterbefälle im Säuglingsalter mit der Einwohnerzahl nach Verwaltungsgebieten und Jahresgruppen, so ergibt sich, dass auf 1000 Einwohner solche Todesfälle trafen:

	1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich .	13.2	13.5	13.4	12.9	12.2	11.3	9.5	7.9
Oberösterreich Salzburg	9.0	8.9	8.8	{ 8.6 8.8	$\frac{8.8}{9.1}$	9·3	8·4 7·6	7 ·9 7·6
Steiermark	7.3	7.6	7.7	7.4	7.6	7.4	6.7	6.7
Kärnten Krain	6 ·1	6.2	6.2	6.7 5.5	6·9 5·6	7·3 6·5	7·2 6·7	7·0 6·7
Küstenland	9.1	8.3	7.8	8.0	8.3	8.3	7.4	7.1
Tirol u. Vorarlberg	7.1	7.5	7 ·8	6.9	6.6	6.5	6.3	6.1
Böhmen	10.7	10.2	10 2	9.8	10.0	10.3	10.0	90
Mähren Schlesien	} 10.6	9.6	9.6	$\begin{cases} 9.6 \\ 9.1 \end{cases}$	9·9 9·9	10·0 9 8	$\begin{array}{c} 9.5 \\ 9.2 \end{array}$	8·7 8 · 9
Galizien Bukowina	8.3	9.4	9.6	$\left\{egin{array}{l} 9.0 \ 9.8 \end{array} ight.$	11·0 9·8	$\begin{array}{c} 11.4 \\ 12.5 \end{array}$	10.8 12.1	10·3 10·6
Dalmatien	4.2	4.6	4.5	5.6	6.3	6.5	6.1	6.1
Oesterreich	9.3	9.4	9.6	9.4	10·1	10.0	9.5	8.7

In den beiliegenden Diagrammen wurden die gleichen Verhältniszahlen der Länder nach Jahren ersichtlich gemacht und ist aus denselben auch zu entnehmen, welchen Antheil die Säuglingssterblichkeit in den verschiedenen Verwaltungsgebieten an der Gesammtsterblichkeit hatte. In einzelnen derselben entspricht in manchen Jahren das Steigen und Fallen der Säuglingssterblichkeit der Zu- und Abnahme der Gesammtmortalität. Dies ist besonders in den nördlichen und östlichen Verwaltungsgebieten sowie in Dalmatien und Krain mehr oder weniger deutlich ausgesprochen. In den innerösterreichischen und westlichen Verwaltungsgebieten tritt diese Uebereinstimmung weniger hervor.

Dem extrem hohen Stande, welchen die allgemeine Mortalität in einzelnen Jahren und Ländern erreichte, entsprach in der Regel zwar auch eine Zunahme der Säuglingssterblichkeit, doch war diese niemals für die ungewöhnliche Höhe der ersteren ausschlaggebend, selten von bedeutenderem Einflusse. Es steht dies mit der Erfahrungsthatsache im Einklang, dass ausnahmsweise in bestimmten Zeiträumen eingetretene und bestandene Verschlimmerungen der allgemeinen Verhältnisse, namentlich Epidemien auf die Kinder im ersten Lebensjahre eine geringere Rückwirkung haben, als auf die Individuen im Alter über einem Jahre.

In der Tabelle auf Seite 64 und 65 sind die absoluten jährlichen Zahlen der Sterbefälle in dieser Altersstufe nach Verwaltungsgebieten, beziehungsweise Ländern für die Zeit von 1828—1899, für den Zeitraum 1819—1827 aber, für welchen Detailnachweisungen nicht vorliegen, summarisch angeführt. Die Tabelle lässt deutlich entnehmen, innerhalb welcher Grenzen die absolute Zahl von Jahr zu Jahr schwankte, wie in dem einen Gebiete dieselbe in manchen Jahren anschwoll.

in anderen sich verminderte und um wie viel dieselbe entsprechend der Zunahme

der Bevölkerung gestiegen ist.

Die Tabellen im zweiten Theile des Anhanges enthalten die 5-, beziehungsweise 4-jährigen Summen der in den Städten mit eigenem Statute und in den politischen Bezirken gestorbenen Säuglinge für die Jahre 1881—1899, ferner die Verhältniszahlen, wie viele derartige Todesfälle in den 19 Jahren auf 1000 innerhalb des gleichen Zeitraumes lebendgeborene Kinder entfielen. Diese aus einer längeren Reihe von Jahren berechneten Daten geben werthvolle Anhaltspunkte für Kenntnis und Beurtheilung der Säuglingssterblichkeit in den verschiedenen Gegenden.

Das Gebiet höherer, d. i. das Reichsmittel übersteigender Säuglingssterblichkeit zieht von der bayerischen Grenze bei Salzburg und in Oberösterreich in östlicher Richtung bis zur Grenze gegen Ungarn, schiebt sich vom nordwestlichen Theile Nieder-österreichs gegen Böhmen und durch die Mitte von Böhmen gegen Norden vor, wo es sich dann längs der ganzen nördlichen Grenze ausbreitet und ein ausgedehntes Gebiet einnimmt. Aus dem östlichen Theile Niederösterreichs setzt sich die höhere Säuglingssterblichkeit nach Mähren fort, ihr Gebiet nimmt den nordwestlichen Theil dieses Landes ein und setzt sich nach den schlesischen Bezirken Jägerndorf und Freudenthal fort.

Ein zweites gleichfalls ausgedehntes Gebiet hüherer Säuglingssterblichkeit, welches aber mit dem erwähnten in keinem Zusammenhange steht, liegt im östlichen Galizien, umfasst aber durchaus nicht den ganzen Landestheil. Es erstreckt sich von Lemberg nach Norden und Westen einerseits, nach Osten und Südosten anderseits bis in den nördlichen Theil der Bukowina, reicht aber nicht allseits bis an die Landesgrenzen, im Süden, Norden und Osten schieben sich einige Bezirke mit niedrigerer, d. i. unter dem Reichsmittel liegender Säuglingssterblichkeit in dasselbe ein.

Höhere Sterblichkeit der Sänglinge besteht in Mittel- und Oststeiermark, ferner

in den Bezirkshauptmannschaften Klagenfurt und Laibach Umgebung.

Mehr als 300 von 1000 Lebendgeborenen haben das erste Lebensjahr nicht überschritten: in der Mehrzahl der Bezirke Niederösterreichs nördlich der Donau, in den oberösterreichischen Bezirken Braunau und Ried, in fast allen an der sächsischen und preussischen Grenze gelegenen Bezirken von Böhmen, an welche sich einige wenige im Innern des Landes anreihen, in den Bezirken Gross-Meseritsch und Sternberg in Mähren, in den Bezirken Grodek, Jaworow und Lemberg Umgebung in Galizien.

Das südlich von dem Gebiete höherer Säuglingssterblichkeit in Nieder- und Oberösterreich, Salzburg gelegene Reichsgebiet weist im Allgemeinen eine niedrige derartige Mortalität auf und bilden nur die oben bezeichneten Gegenden von Steiermark, Kärnten und Krain die Ausnahme.

In Dalmatien erreicht die Verhältniszahl in keinem Bezirke den Betrag von 200, überschreitet nur in jenen von Sebenico und Zara 180, bleibt in allen anderen unter letzterer Ziffer.

Im südlichen Theile von Steiermark (Bezirke Cilli, Rann und Windischgraz), im grösseren Theile von Krain, in den küstenländischen Bezirken Görz Umgebung und Mitterburg sind von 1000 Lebendgeborenen weniger als 180 im ersten Lebensjahre gestorben.

Das Gebiet mit mehr als 180 jedoch 200 nicht übersteigender Zahl umschliesst die obenerwähnten Gegenden, umfasst das östliche Vorarlberg, den angrenzenden Bezirk Landeck, die italienischen und östlichen Tiroler Bezirke, Borgo und Ampezzo, beziehungsweise Schwaz, Kufstein, Kitzbühel und Lienz, den an letzteren grenzenden Bezirk Hermagor in Kärnten, die Bezirke Adelsberg und Radmannsdorf in Krain, den grössten Theil des Küstenlandes, in Böhmen die Bezirke Asch und Reichenau, in Mähren den Bezirk Trebitsch und in Galizien nahezu den ganzen zwischen den Bezirken Tarnow und Jaroslau gelegenen Theil von der russischen bis zur ungarischen

		•					
Summe	1199958 149290 141177 140739	149578 138504 164190 168098 151993 143169	146200 159537 156737	161902 171495 174926 157926 170882 163887	159104 168656 173908	167200 170814 163750 173580 162146 157165 173346 173346 182116	187267 181268 202710
aeitsmls.	11760 1387 1607 1280	1620 1380 1853 1774 1686 1553 1963	1922 1922 2209	1985 1858 1853 2066 2016 2045 1914	1450 1821 1714	1833 2483 2513 1815 2002 2109 2603 2836 2836	2691 2527 2691
BaiwoduB	289615 40879 36853 39612	47067 32204 46455 14793 5.9488 37056 37056	43567 48567 46647	45858 4993 49710 50431 52563 43926 60719	47358 02 3310 02 3127	2441 3202 4087 3793 4578 3687 3878 3878 3878 4521	4936 4377 5463
neizils:D	289615 40879 36853 39612	25.94 25.94 25.05	444	4 4 4 7 7 4 6	42202 41902	42360 42339 43560 4856 41588 38373 50681 55626	54982 53476 62876
Rchlesien	79442 22728 20100 19662	19440 19489 23195 23756 20823 19313 20698	21369 19203	20806 22249 24205 20512 22127 19801 21928	19627 78 3624 53 4016	4214 4471 3897 4366 3917 3209 3871 4589 4384	4094 3935 5510
пэтфій	179 229 199	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	1213	888888	19 18378 18253	17455 19485 18890 17028 17187 16784 18882 18882 18882 16890	18258 18910 20690
Вёртел	340056 41181 39183 37695	37693 39947 44454 47684 47684 42595 37626 43776	43089 40364	42824 46760 48247 26287 45828 45828 41353	40436 44761 52697	48108 47824 41584 44293 38794 44433 46938 50232 44512	48837 48209 51693
Yorarlberg	18297 5609 5756 5727	6047 6227 6429 6671 5775 6842 5871	6039 6525	6227 7074 6563 6729 6205 7081	3843 3874 3879	6442 6103 5834 5623 5660 5660 6213 6213 6550 6550	6204 5040 5 700
loriT	34 11 11 11						
neirtel						•	
-STÖĐ RasiberĐ	32879 3470 3307 3154	3784 3279 3681 3748 4167 41167 3800	3947 3877	3634 4342 4116 4018 3580 3972 4121	3885 4654 3670	4400 4112 4212 5058 5058 4281 3762 4462 4462 4247 5018	4387 4295 4716
Triest							
півтМ	37209 4172 4258 3973	4662 4581 4568 4305 4398 4335 4349	4551 4605	4383 4606 5072 4985 4620 4693	4690 7 2931 5 2982	2435 2235 2235 2823 2822 2823 2864 2711 2972 2067	2386 2418 2546
Катптеп	. 58 44.48	चाचाचाचाचाचाच	* - 4	ਰਾਜਾ 13 ਰਾਚਾਰਾ	2377 2125	2015 2065 1979 2188 2524 2618 2006 2599 2006 2022	2336 2133 2651
Steiermark	53156 6130 6804 6574	6879 6750 7201 7301 7670 6341 7558	7571	8113 7500 7542 7284 7680 8030 8030	7408 8515 7850	7407 6977 6806 7618 7859 7585 7585 8636 7968 8810 6861	8945 8249 8449
Salzburg	55997 7402 6910 6506	6458 7730 7864 8076 7749 7724	65	8526 7536 8143 7586 7370 7810	1238 1238 1236	1165 1268 1320 1439 1150 1188 1192 1549	1481 1300 1838
-rədO dəiərrətsü	65997 7402 6910 6506	೫೨೨೪ಹ೫೨೮	333 3	3333333 335 355	72 6233 5905	5827 5791 6001 6774 5670 5556 6053 6591 7103	6890 6043 6440
-тэbəiИ пэіэттелеў 	141547 16332 16399 16556	15928 16967 18450 19990 18342 18246 18488	19745 19745 18638	19546 19587 19475 18028 18961 20701	20118 21738 21552	20992 226.08 20603 21209 21517 20787 22742 20659 21198	20840 20356 21952
Jabr	1819 bis 1827 1828 1829 1830	1 1 8 8 3 1 1 8 1 8	1839 1840	1841 1842 1843 1844 1844 1845 1845	1848 1849 1850	1852 1853 1854 1855 1856 1869	1861 1862 1863

197219 201659 207162 183990 187874 192613 204225	204769 219094 240422 216073 204817 210699 214606 209678 205046	208357 223540 217157 217062 219760 218651 217112 221441 225231	225927 225927 214260 226727 217731 215724 206884
2003 2647 2618 2613 2962 2634 3405	2960 2559 2902 3148 3733 3733 3733 2766 3121	2459 2453 2917 3076 3071 3109 3195 3576 3472	3563 83521 8330 8330 8350 8350 8350 8350 8350 8350
4997 5132 5996 4545 4955 5470 5290	6577 5997 6931 6935 7571 7333 7101 7271 6360	7688 7014 7077 7808 6956 7595 7495 7495	7979 87197 6675 6675 7503 6850 6850 6889
56592 62110 53716 52380 52380 56592 57148	62074 64441 75301 65018 62959 62959 62899 62718 63531	61220 69104 65801 66801 66118 69447 70504 71780	73781 766629 76629 76027 72540 71046 67342 67342
5257 4550 5122 4896 5004 5277	5392 5852 56212 5134 4805 5071 5332 5407 4979	4720 5466 5466 5330 5332 5435 5435 5840	5280 5203 5516 6331 6331 5516 5612 5612
20102 18417 23989 18327 18879 18966 20206	20348 22356 24089 19366 17830 20271 21149 21170 20210	20641 20590 20590 20902 20208 202137 20227 19824 22197	1977 20455 201804 20180 20180 19653 18895 18895
54950 52727 57659 49692 48759 49942 50232	49448 62984 55928 55928 54682 59201 55209 52687 53862	56982 56656 56656 57243 57243 55098 55098 55098 57375 57305	56522 56512 56514 56611 54672 53108 5123 5123
5621 6283 5949 6069 5897 5567	827 767 781 721 683 684 685 700 785	741 711 711 711 712 712 712 712 713 713 713 713 713 713 713 713 713 713	751 616 616 617 617 721 721 677 617
10 to 10 to 10 to 10	5234 5234 5234 52343 52423 4858 4858 4858 4728 653 4850	4 12 12 4 13 4 13 13 13 4	5101 5016 5016 4930 5780 5780 4911 4954 4954
	2206 2516 2520 2620 2226 2293 2293 2293 2296 2466 2466	2071 2212 2212 2295 2327 2303 2460 2376 2376 2376 2376 2376	2494 22525 22525 2471 2635 278 298 2986 2978 2978
4411 4902 4729 4550 5095 4623 6458	1445 1383 1584 1583 1583 1789 1740 1512 1512 1513 1513	•	1475 1527 1541 1508 1688 1398 1487 1540 1540
	1168 1549 1367 1245 1256 1256 1225 1325 1232 1232	nennenn n	1038 1036 1031 1063 1175 966 1026 1069
2442 2911 2699 2477 2568 3027 2944	2808 2773 3870 2774 2774 2774 2874 3042 3200 3200	2959 3301 3209 3209 3218 3301 3301 3301 3301 3301 3301 3301	3270 3487 3487 3375 3532 2771 2834 2834
2232 2467 2250 2250 2353 2368	2384 2373 2373 2953 2953 2195 2427 2428	34 34 34 54 54 54 54 54 54 54	20 1 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2
8752 8752 8146 8311 7991 8406 8779	8898 8794 9122 9405 9405 8211 8211 8259 8259 8366 8366	8718 81318 8390 73945 73945 8593 8593 85010 8010 8719	9909 99170 88177 83104 9134 8888 8935 8935 8935
1356 1531 1286 1470 1833 1234 1881	1322 1521 1531 1454 1531 1531 1531 1325 1325		1832 1832 1832 1832 1832 1832 1832 1833 1834 1834
6068 7035 6421 6422 5637 6153 6601	6691 6827 7089 6935 6724 6724 6517 7065 6413 6073		65.48 6565 6567 6527 6472 6438 6138 6172
22221 22195 22195 20898 20898 21743 23540	28915 26949 26949 24436 22889 22889 222881 222588	23462 23462 23474 23474 23406 23407 23491 23491	10828 28388 28388 28418
1865 1865 1866 1868 1868 1870	1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1878	25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 2	2

Grenze, endlich den Bezirk Neumarkt. Einige wenige erst in neuester Zeit neu errichtete, beziehungsweise in ihren Gebieten geänderte politische Bezirke, wie Gurahumora, Wagstadt, Rokitzan, weisen ebenfalls gleich günstige Verhältnisse auf.

Im westlichen Böhmen dehnt sich von der Höhe von Prag südwärts ein geschlossenes Gebiet aus, in welchem die Säuglingssterblichkeit niedriger ist als im Reichsmittel. Westwärts von Pilsen trennt eine schmale mit dem nordböhmischen Gebiete zusammenhängende Zone höherer Sterblichkeitsziffer dieses Gebiet von der Reichsgrenze gegen Bayern. In den ostböhmischen, der mährischen Grenze theils anliegenden, theils sich nähernden Bezirken, sowie im schlesischen Bezirke Freiwaldau, ferner längs der ungarischen Grenze im östlichen Mähren, von da nach Schlesien und Galizien sich fortsetzend erstreckt sich ebenfalls ein zusammenhängendes Gebiet niedriger Säuglingssterblichkeit, welches nur 2 Bezirke mit höherer Säuglingssterblichkeit Podgorze und Krakau, einschliesst.

Von den 33 Städten mit eigenem Statute weisen 13 eine das Reichsmittel übersteigende Säuglingssterblichkeit auf, nämlich in absteigender Reihe: Iglau (322), Czernowitz, Reichenberg, Kremsier, Rovigno, Wiener-Neustadt, Steyr, Znaim, Waidhofen a. Y., Troppau, Innsbruck, Brünn und Friedek (245). In den übrigen 20 Städten starb eine kleinere Zahl der Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre als im Reichsgebiete überhaupt. Unter 180 blieben die analogen Ziffern in den Städten: Pettau, Klagenfurt, Prag, zwischen 180 und 200 in den Städten: Wien (bis inclusive 1890), Graz, Cilli, Bozen, Rovereto, Trient und Krakau.

Mit Ausnahme von Brünn und Czernowitz ist in allen Städten, in welchen sich öffentliche Gebäranstalten befinden, die aus den vorliegenden Daten berechnete Säuglingssterblichkeit eine ungleich niedrigere als in der Mehrzahl der Bezirke, dagegen in den Bezirken in der Umgebung dieser Städte eine bedeutend höhere. Die Differenzen zwischen den beiden Verhältniszahlen treten besonders in der Umgebung der Städte Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Laibach, Olmütz, Krakau und Lemberg hervor.

Die Thatsache der niedrigeren Säuglingssterblichkeit in den erwähnten Städten findet ihre Erklärung vornehmlich, wenn auch nicht ausschliesslich, in dem Umstande, dass der weitaus grössere Theil der Kinder, welche in der Gebäranstalt zur Welt gekommen sind, entweder mit ihrer Mutter in den auswärtigen Heimats- oder Wohnort übersiedeln oder bei Pflegeparteien auf dem Lande untergebracht werden. So lange noch in den meisten Ländern öffentliche Findelanstalten bestanden, war es Regel, dass aus den Gebärhäusern in diese Anstalten übersetzte Kinder schon frühzeitig an Pflegeparteien abgegeben wurden und befassten sich in manchen Gegenden viele Parteien geradezu erwerbsmässig mit dem Aufziehen und der Pflege fremder Kinder. Allerdings lässt die Pflege in nicht wenigen Fällen viel zu wünschen übrig, immerhin hatte aber diese Abgabe der Kinder aus der geschlossenen Anstalt auf das Land im Allgemeinen den Erfolg, dass eine grössere Zahl derselben am Leben erhalten wurde. Viel haben dazu die Einrichtungen beigetragen, welche getroffen wurden, um die Pflegeparteien zu grösserer Aufmerksamkeit bei der Pflege anzuspornen.

Aber auch dort, wo keine Findelanstalt besteht, welche die Obhut über die Kinder übernimmt, werden die in Gebäranstalten Geborenen zu einem grossen Theile wenigstens von den ledigen Müttern bei Pflegeparteien untergebracht, und zwar auch vorwiegend auf dem Lande, zum kleinen Theile in der Stadt.

Da nun aber der Berechnung des Mortalitätsverhältnisses die Zahl der in der Stadt, beziehungsweise im Bezirke Lebendgeborenen und der daselbst gestorbenen Kinder zu Grunde gelegt werden muss, in der Stadt geborene Kinder aber in den Bezirken sterben, ergibt sich eine je nach dem Verhältnisse der noch auswärts in Pflege Abgegebenen mehr oder weniger bedeutende Belastung der betreffenden Bezirke durch Säuglingssterbefälle, während anderseits für die betreffenden Städte eine zu

niedrige Mortalität der Kinder im ersten Lebensjahre herauskommt. Es würde daher zu Irrthümern führen, wenn man die in den Tabellen des Anhanges für die Städte mit Gebäranstalten angeführten Ziffern der Säuglingssterblichkeit als unbedingt sichere ansehen wollte. Eine Correctur, welche das richtige Verhältnis entnehmen lässt, kann bei der gegenwärtigen Einrichtung der Berichte leider nicht stattfinden.

In einer Anzahl von politischen Bezirken befassen sich viele Parteien mit Uebernahme von Pflegekindern. Aus der Wiener Findelanstalt werden Kinder ausser nach Niederösterreich auch in andere Verwaltungsgebiete abgegeben, so besonders nach Steiermark, Böhmen, Mähren, Ungarn. Jene österreichischen Bezirke, in denen eine grosse Zahl dieser im Verbande einer Findelanstalt stehenden Kinder untergebracht ist, weisen auch eine höhere, mitunter sogar sehr hohe Säuglingssterblichkeit auf, so z. B. Ledetsch und Tabor in Böhmen, Gross-Meseritsch in Mähren, Feldbach und Hartberg in Steiermark und die nördlichen Bezirke von Niederösterreich.

Wenn auch die Säuglingssterblichkeit in neuerer Zeit im Allgemeinen allmählich gesunken ist und eine grössere Zahl der Neugeborenen über das erste Lebensjahr hinausgebracht wurde, ist dieselbe im Vergleiche mit jener in manchen Auslandsstaaten immer noch eine höhere und fordert zu Maassnahmen auf, welche eine Verminderung herbeizuführen geeignet sind. Die wichtigste Aufgabe fällt da wohl den Hebammen zu, dass diese durch entsprechende Belehrung auf rationelle Pflege und Ernährung der Kinder, bei deren Geburt sie Beistand leisteten, hinwirken. In neuester Zeit werden auch die Hebammenschülerinnen in dieser Richtung unterwiesen. Ein durchgreifender Erfolg wurde aber noch nicht allenthalben erzielt. Aberglauben, Vorurtheile, Altweiberweisheit spielen noch immer, und zwar in allen Verwaltungsgebieten, da eine grössere, dort eine mehr untergeordnete Rolle und wie es noch Gegenden gibt, in denen die erfahrene Frau« als Afterhebamme der in der Schule wohl ausgebildeten Hebamme vorgezogen wird, findet Erstere auch bei Erkrankungen der Säuglinge mehr Vertrauen als der Arzt, welchem Mangel an Erfahrung bei kleinen Kindern« zugetraut wird.

Die öffentliche Gesundheitspflege [hat die wichtige Aufgabe, das Leben des jüngsten Nachwuchses zu schützen und Gefahren von demselben, soweit es im Bereiche der Möglichkeit liegt, abzuwenden, Vorsorge zu treffen, dass die Kinder nicht blos am Leben erhalten, sondern auch deren Entwicklung zu kräftigen Individuen gefördert werde. Auf dem Gebiete der Prophylaxe und Tilgung der Infectionskrankheiten hat die Sanitätspflege durch zielbewusstes Vorgehen grosse Erfolge erzielt und wird auch zweckmässigen Maassnahmen gegen die Säuglingssterblichkeit, wann und wo sie eingeleitet werden, der Erfolg nicht fehlen.

Besondere Beachtung verdient die sanitäre Beaufsichtigung und Ueberwachung der Pflege der unehelichen Kinder und der Pflegekinder überhaupt, denn diese Kinder entbehren der natürlichen unmittelbaren Obsorge der Eltern. Es ist daher auch die Sterblichkeit unter denselben im Allgemeinen eine grössere als unter den in Pflege der eigenen Mütter stehenden Kindern. Die Verhältnisse haben sich dank rationeller Vorkehrungen bei den Pflegekindern allmählich gebessert und ist sicher zu erwarten, dass alle Fortschritte, welche bei Ernährung und Pflege der ehelichen Kinder angebahnt werden, auch den unehelichen nach und nach zu Gute kommen.

Ueber die Sterblichkeit der ehelichen und unehelichen Säuglinge gibt die amtliche Statistik erst seit dem Jahre 1851 und bis zum Jahre 1897 Aufschluss. Die Ergebnisse derselben sind sehr bemerkenswerth. Es starben von je 1000 lebendgeborenen ehelichen und unehelichen Kindern schon im ersten Lebensjahre während der nachfolgend bezeichneten Zeiträume:

Digitized by Google 5*

		1851-	-1860	1861-	-1870	1871-	-1880	1881-	-1890	1891	—1897
		Ehel.	Unehel.	Ehel. U	Jnehel.	Ehel. U	Unehel.	Ehel.	Unehel.	Ehel.	Unebel.
Niederösterreich		280	408	291	389	276	333	267	287	238	259
Oberösterreich		279	350	278	355	275	338	263	310	245	302
Salzburg		306	331	30 2	335	278	317	248	270	2 39	270
Steiermark .		200	355	201	349	206	317	199	281	204	283
Kärnten		208	267	205	273	204	267	198	255	200	249
Krain		169	29 8	168	267	177	264	180	254	189	280
Triest		ì				246	284	204	265	202	264
Görz-Gradisca		211	318	210	304	194	256	181	240	187	311
Istrien		1				214	303	203	287	202	281
Tirol		1000	278	000	370	214	318	216	261	215	241
Vorarlberg .		229	210	223	278	232	254	206	238	190	241
Böhmen		233	366	248	369	` 252	374	258	354	240	372
Mähren		23 2	347	245	364	241	361	242	375	227	405
Schlesien		229	319	239	318	244	326	238	338	223	343
Galizien		231	328	236	345	249	314	241	276	235	270
Bukowina		209	272	233	309	270	334	260	293	242	285
Dalmatien		145*)	299*)	170	313	180	281	157	260	168	241
Oesterreich .		232	353	240	355	245	333	240	302	230	302

Die Sterblichkeit der ehelichen Kinder im ersten Lebensjahr ist in der Mehrzahl der Länder etwas gesunken, am ausgiebigsten in Salzburg, Nieder- und Oberösterreich, und zwar von einer Zeitperiode zur andern. In Steiermark und in Kärnten sind die Schwankungen nur geringfügige. In Böhmen, Krain, Dalmatien und in der Bukowina zum Theile auch in Mähren, Schlesien und Galizien ist dieselbe sogar während längerer Zeiträume gestiegen.

Im 47jährigen Durchschnitte starben in Oesterreich von 1000 lebendgeborenen ehelichen Kindern im ersten Lebensjahr 238, von den unehelichen 328. Unter dem ersteren Werthe blieb die Sterblichkeit der ehelichen Säuglinge in Tirol und Vorarlberg, Kärnten, Steiermark, Dalmatien und im Küstenlande, jene in Mähren, Schlesien und Galizien näherte sich dem Mittelwerthe.

Die mittlere Reichs-Mortalitätsziffer der unehelichen Kinder wird von jener in Mähren, Böhmen, Nieder- und Oberösterreich übertroffen, derselben näherte sich jene in Schlesien und Steiermark. Diese Länder (ausgenommen Schlesien) sind es auch, in denen eine verhältnismässig sehr grosse Zahl von Findelkindern der Landesoder einer andern Landesanstalt in Pflege stehen.

In allen Ländern ist die Säuglingssterblichkeit bei den Unehelichen grösser als bei den Ehelichen. Die betreffenden Unterschiede weichen aber (1851—1897) in den einzelnen Gebieten mehr oder weniger weit voneinander ab. Die grösste Differenz besteht in Mähren (133), dann folgen in absteigender Reihe geordnet: Böhmen, Steiermark und Dalmatien, Schlesien, Küstenland, Krain, Galizien, Niederösterreich, Bukowina, Oberösterreich, Kärnten, Tirol-Vorarlberg und Salzburg (30).

In den zuletzt angeführten Ländern sind die Lebensbedingungen der unehelichen Kinder jedenfalls ungleich günstigere als in den ersteren. Die erwerbsmässige
Uebernahme von solchen Kindern zur Pflege spielt keine bedeutende Rolle, die ledige
Mutter sucht ihr Kind, wenn sie es nicht selbst behalten kann, bei Verwandten,
Bekannten unterzubringen. In manchen Gegenden bleiben die Kinder von Mägden
im Hofe des Dienstgebers und wachsen mit den Kindern des Besitzers auf, theilen
die Ernährung und Pflege mit diesen.



^{*)} Fünfjähriger Zeitraum 1856-1860.

Hiedurch erklärt sich auch, dass in einzelnen Bezirken die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge sich nur wenig oder gar nicht von jener der ehelichen unterscheidet, in einigen wenigen Bezirken sogar hinter der letzteren zurückbleibt. Es mögen nur einige Beispiele als Beleg hier Raum finden.

Es kamen Sterbefälle im ersten Lebensjahre auf 1000 lebendgeborene:

Im Bezirke			Eheliche	Uneheliche	Im Bezirke	Eheliche	Uneheliche
Gmunden			250	253	Tschernembl	. 181	164
St. Johann			233	227	Innsbruck Umgebung	231	234
Zell am See .			211	226	Kitzbühel	. 183	195
Windischgraz .			174	189	Kufstein	. 183	221
Spital			197	209	Reutte	. 208	202
Gottschee	_	_	165	184			

Dagegen gibt es Bezirke, in welchen die aus den vorliegenden Daten berechnete Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge gegenüber jener der ehelichen eine ganz extreme Höhe erreicht, so z. B. im Bezirke Horn 711 (gegen 261), Waidhofen a. Th. 686 (gegen 262), Tulln 637 (gegen 258), Floridsdorf 601 (gegen 226), Oberhollabrunn 538 (gegen 300), Zwettl 519 (gegen 265), Hartberg 623 (gegen 211). Laibach Umgebung 675 (gegen 224). Dieses Missverhältnis steigert sich in einigen Bezirken so weit, dass die Zahl der gestorbenen unehelichen Säuglinge jene der lebendgebornen unehelichen Kinder sogar übertrifft, z. B. in den Bezirken Ledetsch, Tabor und Gross-Meseritsch oder derselben ganz nahe kommt, wie z. B. im Bezirke Pilgram.

Alle angeführten Bezirke mit sehr hoher Säuglingssterblichkeit gehören zu jenen, in welchen eine grosse Zahl fremder Pflegekinder untergebracht sind, deren Sterbefälle die Mortalitätsziffer der betreffenden Bezirke dann bedeutend erhöhen, wogegen jene der Städte, in deren öffentlichen Gebäranstalten die Kinder zur Welt kamen, eine niedrigere Sterblichkeit der Unehelichen aufweisen. Im früheren Gemeindegebiet von Wien, in Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Laibach etc. weisen die statistischen Angaben eine niedrigere Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge nach, als der ehelichen. Die Mehrzahl der Städte mit eigenem Statut, in denen sich keine öffentlichen Gebäranstalten befinden, zeigen im Allgemeinen wie die Bezirke eine höhere Sterblichkeit der Unehelichen.

Es ergibt sich in dieser Beziehung die Nothwendigkeit, nicht die Verhältniszahlen allein in Vergleich, sondern auch alle maassgebenden Thatsachen und thatsächlichen Momente mit in Betracht zu ziehen, wodurch erst die Einsicht und Kenntnis der bestehenden Zustände erlangt werden kann, welche für anzustrebende erfolgreiche Beseitigung oder mindestens Besserung der vorhandenen Missstände die Grundlage bilden muss. Auf diesem Gebiete kann der Erfolg nicht ausbleiben, wird aber kaum innerhalb kurzer Zeit schon eintreten, vielmehr consequente langjährige Einflussnahme, viel Geduld und Ausdauer erfordern. Die Sorge für die Erhaltung möglichst vieler Menschenleben, für physische Kräftigung des Nachwuchses muss aber eines der wichtigsten Ziele der öffentlichen Sanitätspflege in den Ländern und in den Bezirken bilden.

Sterblichkeit der Kinder im Alter bis zu fünf Jahren. Bis zum Jahre 1850 verzeichnet die amtliche Statistik die Sterbefälle der Kinder im Alter bis zu vier Jahren, seit dem Jahre 1851 jene im Alter bis zu fünf Jahren. Eine Ausnahme machen nur die Nachweisungen für Dalmatien und für die Stadt Wien, indem erstere für die Jahre 1851—1855, letztere für die Jahre 1851 und 1852 noch das vierte Lebensjahr als Grenze nehmen. Trotzdem die vorliegenden Daten nicht ganz übereinstimmen, wurden doch die für die Jahre 1819—1850 vorhandenen gleichfalls berücksichtiget, und zwar in der Erwägung, dass die Zahl

Summe	1677994 222829 192344 198191	228575 206547 228342 228342 213479 213382 227600 208355 229896	228557 242153 251805 226296 243965 243953 271195 256131 251433	243498 250600 255913 265710 280151 235633 243437 257478 276674
Su	—	•		
Dalmatien	19111 2273 2564 2264 2215	2539 2880 2880 2887 2887 2621 2623 3057 3063	3225 3013 2013 2013 3307 3323 3223 3102 2102 2103	2917 3809 4401 4419 3602 3028 3277 4238 4509 8770
Bukowina	414323 65870 55340 61326	90237 57566 68354 67837 62496 60027 74635 64393	73133 77812 76544 75228 81231 76523 111018 92430 944 5908	3960 4907 (638 638 7584 6693 6733 7398
neizils Đ	4,000,00	ನಿತಿತಿನಿಕ್ಕಳಿತಿಕೆ	75 64.93	66308 71003 78964 88623 92308 61926 62083 75312 87022 87022
Schlesien	254177 34631 26849 28058	28330 30158 33470 33712 30712 30712 31694 28014 31220 28019	28846 30511 35477 31443 3208 29343 32131 33928 03 5523 17 5430	5691 6647 6465 6465 6975 5178 5159 6085 6229 6229
Mähren	64	800000000000000000000000000000000000000	288 30 35 31 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32	25955 28495 29690 25141 30508 25699 27972 27972 26685
петиба	454608 59615 50556 49826	48526 54574 60029 63791 55965 53679 63737 60391 60391	56629 61813 67494 51926 63751 65020 56867 58750 60791	68467 67100 61999 61836 60925 66733 66733 66733 66733
Vorarlberg	72746 8275 7475 8119	8452 8704 9015 9388 7717 7717 8528 8981 8431 8431	8843 10944 9339 9639 9788 9137 9722 9827	9523 8854 88473 7916 8880 8560 9599 7982
lotiT				
neirtel				
-s18Đ sesibrið	51882 5738 4394 5011	6229 5311 5306 6333 6467 6467 6398 5770 5662 7051	5679 6995 7453 6592 5509 7065 6539 6539 6534 6639	8024 6739 6739 6851 8234 9763 6126 7210 7210 8680 6084
Triest				
ais1A	56678 7070 6170 6289	7560 7314 6544 7030 6913 6854 6673 7585 6885	6539 6707 8126 7333 6637 7349 7021 7315 5 5376	4582 3970 4387 5177 5350 4977 4745 5835
Kärnten	56	767666767	66 88 77 77 77 77 72 8216	2689 2504 2862 2862 3946 3028 3567 2568 3389
Arkmrəiət&	75830 9110 9998 9542	9703 9705 9588 10192 10782 8723 10179 9225 10129	10685 10332 10078 9541 9949 10795 10882 10379 11999	10260 10009 9331 11605 11605 11816 10889 12330 8938
Salzburg	8618 9012 8510 7745	7598 9509 10021 9918 8306 9308 9214 9205	10815 9275 9838 9182 8316 9517 9003 1463	1379 1560 1601 1748 1441 1741 1434 1434 1878
-19dO dvis11918ö	- 35 35 E	はおおおおおおはい でんぱん	7808 7808 7808 7808 7808 7808 7808 7808	7148 7292 8013 9458 7399 6886 7200 8329 8814
Vieder- detreich	170021 21235 20488 20060	19401 21360 23035 23035 21930 22937 221289 21289 24388	24163 24721 24481 22105 22106 23168 25530 25494 25440 26046	26565 26563 26563 26663 29848 26618 27696 27696
Jahr	1819 bis 1827 1828 1829 1830	1831 1832 1833 1834 1838 1839 1840	1841 1842 1844 1845 1848 1848 1848	1851 1852 1854 1854 1856 1856 1859 1859

282622 278519 2905278 290753 337545 274799 274765 281643	302746 335618 378929 327317 301718 313869 338097 339905 315407	321365 343149 320422 823196 328557 825902 328601 329337 312145	326256 328920 307503 33463 333692 316585 30891 299890 302815
5139 4837 4852 4852 4238 44238 5147 6645	5262 4445 4839 5369 5153 7651 6144 5142 5233	4154 4367 5682 5793 5793 5280 5286 6272 6272 6270	6831 6831 5587 6347 635 6635 6479 6167
7898 6715 8485 7737 8026 12748 8826 7094 7581	10701 9888 10522 10511 12163 13036 15065 16173 11553	12203 13055 11207 10940 12355 10539 12097 12097 12864 10891	12596 13222 9678 10639 12774 12043 10032 9566 9884
90253 91337 100755 87280 94957 95145 85079 88042 92899	99811 108169 139193 1011158 101760 102406 108381 108241	7149 105972 8620 119696 7727 108511 7142 104243 7959 109344 8672 105083 8012 115794 8240 110584 7824 105410	113436 110115 101297 118973 122578 112797 107598 105558
5889 5528 7461 8420 6752 7779 7007 6871 7630	7654 9450 8731 7545 6563 7090 8916 9097 7048	7149 8620 7727 7142 7142 7959 8672 8012 8240 7824 8732	7328 8249 8249 9227 9148 7938 8564 8006
27669 28694 29811 31213 28923 42599 26661 26661 26627	30986 34479 36277 27505 25007 28592 34096 34118 29058	31266 31529 29114 30028 30284 32330 28888 28816 30096	27954 30876 29578 33058 27749 27378 27378 27378
71992 70683 68926 77608 91008 68626 68626 68367	68543 82548 88595 76316 67587 73779 88632 82286 72285	81214 79610 77647 85267 79405 82461 78340 83836 74279 80087	78391 78286 75162 77518 71914 69297 70272 69830
8997 8392 8392 8492 8799 8799 8526 8526 8168	1033 926 1028 889 833 833 891 1173 1063	1022 1063 952 889 781 876 921 748	952 745 747 747 749 889 912 764
\$ 33 \$6 \$6 \$6 \$6 \$6 \$6 \$6 \$6 \$6	7463 6973 7494 8095 8614 7459 6720 6574 6656	6726 8327 7260 7266 7509 6911 6850 7190 6965	7275 7320 6939 6592 7749 6598 6879 6337 6501
	4207 4818 4993 4238 4156 3663 4372 4209 4338 3885	3555 4862 4112 4099 3976 4139 4139 3953 3694 4769	4536 4104 3689 4181 4766 5486 8996 4098 ?853
7687 7177 7912 7723 9118 8667 7796 9047 7766	2433 2800 2989 3661 3055 2970 2553 2677 2677	2292 2723 2405 2601 2603 2524 2524 2575 2564 2575 2564 2575	2459 2519 2610 2483 2886 2444 2225 2225
	2174 2805 2658 2259 2005 2300 2112 2803 2207	2024 1990 1752 2140 2023 2625 1967 1965 1561	2031 1841 1850 2166 2035 1818 1635 1919 1749
4331 4945 4044 5109 5109 4176 4776 4776 4776	4608 4727 6646 6987 5350 5350 5976 6043 6043	5296 6230 5520 5520 5231 5319 5350 6325 6325 6325 6325	5332 6595 6595 6761 6761 6125 1904 5280
3067 2779 3601 2910 3279 3403 2915 2915 3050	3093 3110 3408 4371 4052 2839 3602 5541 3547 3547	3408 3336 3506 3506 3570 3570 3414 3657 3657	3211 3312 3424 3424 3802 3578 3423 3423
12567 12073 12081 111110 111865 11743 11253 11669	12408 12323 12694 13700 12706 11314 13404 13221 12694	12789 12403 12412 11710 12234 12057 12267 11459 11894	12979 12868 12235 11801 12622 13654 11572 11547
1820 1572 1549 1635 1888 1772 1624 1493 1705	1625 1820 1840 1745 1745 1872 2020 1861 1919 1636	1680 1547 1547 1779 1614 1565 1565 1568	1983 1655 1760 1761 1782 1450 1787 1781 1817
8557 7927 8225 7310 8947 8309 8181 7296 7687	8404 8558 9110 9181 8632 8236 8428 8428 9752 8310	8 378 8452 8452 8136 8282 7566 8001 7872 7872	8281 8186 7457 8610 8371 7088 7775 8182 7663
26756 28223 28223 29017 28891 36284 28149 28149 28633 28334 36333	32341 37779 57912 33787 31555 33618 33618 33618 32809 32801 31909	32304 35206 32932 32576 35484 33494 32401 31659 32280	31811 32295 3('860) 31675 30791 29132 27722 27822 27822
1862 1863 1863 1863 1865 1866 1868 1870	1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1878	1881 1883 1883 1885 1885 1888 1888 1888	1892 1893 1894 1894 1896 1896 1898 1898

to recognite a limited Levely mice sense of deletion is \$6.7 unlike Communication votes and an expection of a solution deletion will be a limited by the expectation of the first contract of the expectation of the expectati

Auf die auchieren beren Zeithungen entligen im Friedlichte Sternendlichte der die der der der einer einer Feligieren.

				-1.144			<u> </u>			_ _
			£	-'v ==11H	1		▼ 心症		# 1	- · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
1803-1830	190947 2 4	3	710		13.	AT.	111	Ť <u>:</u> -Ţ	1712	2 * *
1032-1057	22-03		•	1,4,1	: : :	•	100	Ŧ	•	
1867-1859	24:17 , ,	37.	>	110	142	>	100	4.5	>	7 1
1655-1666	253499 * *	3-4	>	1,11	14.	•	1.00	4.	•	1 14
1881 - 1879 - 1 - 1	21122	3,-17	•	$\Sigma 0$.		>	111	Ť:=	•	1 4 4
1971 1999	225 50 3 3	3 - 3	>	11	Ţ	>	111	ディ	•	1.1.
1881-1886	820848 - >	275	>	1.1	143	•	1 (1)	453	>	. 4 4
1461 - 1886	31.7535 • •	343	•	100	127	•	111	4	>	1.1

Die absolute Zahl der Sterbeitalle im Klubesalter ist entspreiheit der Zinnahme der Beschlerung, welche eine Vermehrung der absoluten Zahl der Gebürten zur Folge nathe die das siche Debendum almählich gestiegen.

8 Von den im Euro die zu 5 Jaaren gesticheten Alidera waren chaf 4. Kuder von 4 de 5 Jaaren, In Routemierenen erzau eina eine enwas aldere Zufer, in neuenker Zeit herrig zueselde 20 04 de de

-	Vis	1300 I	- Tay 2 1 2 4	Corent	genous:	-a n	A fer t	i n	Art 1.0 Enware			
	4	Jahren			5 Janes				4 Janness			
	14.3	1531	1541	1831	- 1 v . 1	1571	1551	1901	inia	1881	1541	
	1-35	1540	1957	\$.4]****	1+70 	1555	229 25,40	<u> </u>	189)	2.5 (4.4)	123	
Niederosterreica .	4/17	417	435	430	425	410	:50	323	161	16.5	167	
Operwerreich : Balzourg : : : : : : : : : : : : : : : : : : :	346	370	365	373 353	$\frac{372}{378}$	369 358	$\frac{349}{324}$	321 311	10-8	10-9	108	
Beermark	295	313	327	337	342	343	321	311		104	105	
Karaten	276	313	301	$\frac{312}{328}$	313 397	326 335	- 306 319	$\frac{302}{326}$	9.3	9.5	9-1	
Triest	3:0	350	360	381	356	$\begin{cases} 457 \\ 369 \\ 401 \end{cases}$	397 315 363	376 313 349	14.2	13.3	129	
Torol	312	344	354	343	32×	/312 /294	$\frac{308}{271}$	$\begin{array}{c} 287 \\ 239 \end{array}$	10-5	10.7	11.1	
Böhmen	349	363	364	358	382	374	379	343	14.4	140	14.3	
Mahren	344	375	370	/376 1356	$\frac{392}{358}$	$\begin{array}{c} 378 \\ 372 \end{array}$	$\begin{array}{c} 372 \\ 365 \end{array}$	341 338	15.0	144	15.2	
Galizien ! Bokowina!	296	348	382	398 1341	395 389	$\frac{429}{486}$	$\frac{398}{416}$	366 378	12.7	14.7	16.3	
Dalmatien	214	235	259	265	314	332	280	294	6.9	7.5	7:7	

Die absoluten Zahlen der in den Verwaltungsgebieten und seit dem Jahre 1828 verzeichneten Sterbefälle bei Kindern dieses Alters weist die Tabelle auf S. 70 u. 71 nach.

Für die Beurtheilung der Sterblichkeit im Kindesalter für Zwecke der Sanitätsverwaltung kommen die Beziehungen zur Zahl der Lebendgeborenen, der Bevölkerung und der Sterbefälle überhaupt zunächst in Betracht.

Aus den vorstehend angeführten Verhältniszahlen ist zu entnehmen, dass die Kindersterblichkeit im Alter bis zu vier Jahren im Vergleiche mit den Lebendgeborenen und mit der Bevölkerung bis in das fünfte Decennium gestiegen, hingegen ihr Antheil an der allgemeinen Sterblichkeit gesunken ist. Seit dem Jahre 1851 sind Sterbefälle im Alter bis zu fünf Jahren, sowohl in Beziehung zur Zahl der Lebendgeborenen als der Bevölkerung und der Todesfälle bis in das achte Decennium häufiger geworden, seither aber wieder zurückgegangen.

Mehr als der dritte Theil der Lebendgeborenen in Oesterreich stirbt vor Vollendung des fünften Lebensjahres und nahezu die Hälfte aller Verstorbenen sind Kinder dieses Alters. Hieraus ergibt sich auch der sehr wesentliche, ja geradezu bestimmende Einfluss der Kindersterblichkeit auf die allgemeinen Mortalitätsver-

hältnisse.

Das Diagramm auf Tafel 1, welches die auf die Einwohnerzahl berechnete Kindersterblichkeit seit 1829 für jedes Jahr nachweist, zeigt deutlich, wie den Schwankungen im Verlauf der Gesammtmortalität Erhöhung und Verminderung der Kindersterblichkeit entsprechen, wenn auch letztere seltener die extremen Höhen der ersteren erreichte. Das Diagramm lässt auch entnehmen, dass die Häufigkeit der Sterbefälle im Alter bis zu fünf Jahren und die Häufigkeit der durch acute Infectionskrankheiten herbeigeführten Todesfälle in zeitlicher Vertheilung nach Jahren eine gewisse Uebereinstimmung aufweisen. Der grösste Theil der Todesfälle in Folge acuter Infectionskrankheiten betrifft Kinder und erscheint es daher auch ganz natürlich, dass eine verminderte Häufigkeit dieser Krankheiten eine niedrigere Kindersterblichkeit zur Folge hat.

Sterbefälle	im Alter bi	s zu	U	nter 100	O Versto	rbenen Kinder im Alter bis zu						
ð	Jahren			4 Jahren		5 Jahren						
1851 1861 bis bis 1860 1870	1871 188 bis bis 1880 189	bis	1819 bis 1830	1831 bis 1840	1841 bis 1850	1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899		
16·5 15·9 (11·0 11·2	15·9 13· 11·6 10·	9 10.0	476 } 408	445 389	4 72	483 ∫ 394	481 405	488 409	465 395	440 393		
10.8 11.1 10.2 10.7 1 9.1 9.3	11.4 9. 10.8 9. 10.2 9.	9 9·4 9 9·6	380 368	357 339	367 360	\ 376 373 ∫ 342	393 351	387 390 362	357 380 368	372 389 372		
14.2 15.1	$ \begin{array}{c ccccc} 11.9 & 11. \\ 17.2 & 13. \\ 13.7 & 11. \\ 15.7 & 14. \end{array} $	5 11·3 8 11·0	476	447	459	355 454	387 493	404 489 460	408 435 433 488	421 409 423 489		
10.2 9.7	15.7 14. 9.2 9. 9.0 7.	9 6·6 6·6		383	403	382	379	500 363 341	349 317	341 313		
13 9 14 9 14 6 15 3 13 2 14 7	14·5 14· 14·9 13· 14·7 13·	9 12·3 7 13·1	501 493	472 437	472 443	496 { 474 { 456	498 471 504	503 499 492	490 474 468	472 461 479		
$ \begin{cases} 14.2 & 17.7 \\ 14.3 & 16.9 \\ 9.3 & 11.6 \end{cases} $	$egin{array}{cccc} 19.1 & 17. \ 22.4 & 19. \ 12.0 & 10. \end{array}$	3 16.2	432	419 338	400 327	399 435	529 478 419	518 567 412	536 569 4 22	542 556 462		

Man darf die Thatsache, dass in den letzten beiden Decennien eine namhaft grössere Zahl von Kindern das fünfte Lebensjahr vollendet hat, mit Recht als eine Folge der Eindämmung des Verbreitungsgebietes, zum Theile auch der Intensität der acuten Infectionskrankheiten bezeichnen. In früherer Zeit waren ausser den heute auch in epidemischer Form auftretenden Infectionskrankheiten insbesondere die Blattern die wichtigste Krankheit, welche zeitweise zu hoher Allgemein- und Kindersterblichkeit führte. Seit der Zeit und in dem Maasse, als die öffentliche Sanitätspflege der Verhütung und Bekämpfung dieser Krankheiten ihr besonderes Augenmerk zuwendet und die prophylaktischen Vorkehrungen auch von der Bevölkerung mehr und mehr geschätzt werden, ist die Kindersterblichkeit gesunken.

Den angeführten Verhältniszahlen für das Reichsgebiet entsprechen in den gleichen Zeiträumen in den Verwaltungsgebieten, beziehungweise Ländern jene der vor-

stehenden Tabelle auf S. 72 und 73.

Die auf Lebendgeborene berechnete Sterblichkeit der Kinder im Alter bis zu 5 Jahren weist in den verschiedenen Verwaltungsgebieten grössere Unterschiede auf, als die auf Lebendgeborene berechnete Säuglingssterblichkeit (s. Seite 61. Ebenso weichen die Ziffern für die einzelnen Gebiete in den erwähnten Zeitabschnitten mehr voneinander ab, als jene der Säuglingssterblichkeit.

Allenthalben ist eine allmähliche Verminderung der Sterblichkeit eingetreten, doch nicht in allen Verwaltungsgebieten übereinstimmend. Nur in wenigen Ländern ist dieselbe eine continuirlich anhaltende, in anderen haben sich bald in dem einen bald in dem anderen Zeitraume die Verhältnisse verschlimmert, während in einem derselben in einem bestimmten Lande niedrige Sterblichkeit bestand, herrschte in einem anderen gleichzeitig eine höhere. In der Mehrzahl der Länder starben in den Jahren 1891—99 nicht mehr der dritte Theil der Lebendgeborenen vor Vollendung des 5. Jahres, und in den Ländern, in denen dies noch der Fall war, nähert sich das Verhältnis schon sehr dem dritten Theile. Die günstigsten Verhältnisse stellen sich in Vorarlberg und in Tirol, die ungünstigsten in Galizien und in der Bukowina heraus, die ausgiebigste Besserung weisen die Ziffern für Niederösterreich nach und entspricht diese ungefähr dem Betrage, um welchen daselbst die Säuglingssterblichkeit abgenommen hat.

Grössere Uuterschiede in zeitlicher und räumlicher Hinsicht ergeben sich, wenn man die in Rede stehenden Kindersterbefälle zur Einwohnerzahl in Beziehung bringt. In den östlichen und nördlichen Ländern sowie in Niederösterreich ist dieses Verhältnis ein ungünstigeres, als in den westlichen und südlichen Gebieten. Die Besserung, welche dasselbe im Laufe der Jahre in der Mehrzahl der Verwaltungsgebiete erfahren hat, ist aber eine ebenso augenfällige.

In den Diagrammen auf Tafel 2—11*) ist der jährliche Verlauf der Kindersterblichkeit in den Verwaltungsgebieten dargestellt. Ein Vergleich dieser Diagramme lehrt, dass in einzelnen Ländern die Sterbeziffern für die einen und anderen Jahre sehr bedeutend voneinander abweichen. Die in der vorstehenden Tabelle angeführten Mittelwerthe lassen die grossen Schwankungen, welche bestanden, nicht erkennen. Dies gilt namentlich in Galizien und in der Bukowina. In anderen Ländern hingegen, wie in Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, sind die Differenzen nur geringe.

Für die Beurtheilung der sanitären Verhältnisse bietet dieser Vergleich wichtige Anhaltspunkte. Je weniger ausgiebig die Schwankungen der Ziffern für die aufeinanderfolgenden Jahre sind, umsomehr deuten dieselben auf den Bestand normaler gesundheitlicher Verhältnisse hin, welche selbst durch ausnahmsweise eingetretene Umstände keine wesentliche Störung erlitten haben. Dagegen wird man selten fehlgehen, wem

^{*)} Auf Tafel 11 (Dalmatien) ist in Folge eines Verschens für die Jahre 1853-1855 die Sterblichkeit im Alter von 1-5 anstatt von 1-4 Jahren angegeben.



man die mit einem häufigen Vorkommen von Todesfällen in Folge von acuten Infectionskrankheiten parallel einhergehende plötzliche Erhöhung der auf die Einwohnerzahl berechneten Kindersterblichkeit zum grössten Theile auf Rechnung dieser Krankheiten setzt.
Je grösser die Schwankungen, je öfter die Sterblichkeit im Kindesalter einmal ansteigt,
dann wieder sinkt, umsoweniger können günstige Ziffern als Beweis für eine wirkliche
Besserung der Verhältnisse herangezogen, vielmehr nur dadurch erklärt werden, dass
eben in ungünstigen Jahren eine sehr grosse Zahl von Kindern gestorben ist und in
den folgenden der Tod im Kindesalter nicht mehr reiche Beute finden konnte. Für
eine Besserung sprechen die Zahlen erst dann, wenn sie möglichst constante bleiben.
Gleich günstige oder noch günstigere Ziffern wie in neuester Zeitjergaben sich ja
auch für weiter zurückliegende Jahre, denen aber alsbald wieder solche mit hoher Kindersterblichkeit folgten.

Immerhin ergibt sich aber seit dem Beginne des 9. Decenniums in fast allen Ländern eine Abnahme der Kindersterblichkeit. Diese ist nur in Dalmatien nicht eingetreten. In diesem Lande hat die Kindersterblichkeit im Vergleiche mit der Einwohnerzahl bis in das 8. Decennium nach und nach recht bedeutend zugenommen, sank im 9. Decennium, ist aber in neuester Zeit wieder gestiegen. Die Verbreitung der acuten Infectionskrankheiten im Kindesalter kann hiefür nicht allein verantwortlich gemacht werden.

Um genaueren Aufschluss zu erlangen, in welchen speciellen Gebieten höhere oder niedrige Kindersterblichkeit herrscht, ist es unerlässlich, die betreffenden Verhältnisse in den Bezirken in Betracht zu ziehen. Die Tabellen im zweiten Theile des Anhanges weisen die absoluten Zahlen für die Jahre 1881—1899 in 5- beziehungsweise 4jährigen Summen für alle Bezirke und Städte mit eigenem Statute nach, desgleichen die Relativzahlen der Kindersterblichkeit im Vergleiche mit der Zahl der Lebendgeborenen und Gestorbenen.

Für das Reichsgebiet stellt sich in diesem Zeitraume heraus, dass von 1000 Lebendgeborenen durchschnittlich 359 im Alter bis zu 5 Jahren gestorben sind. Dieser Mittel-

werth ist niedriger als der gleiche für die Jahre 1851-1899.

Ueber dem Reichsdurchschnitte hielt sich die Kindersterblichkeit in den östlichen und nördlichen Gegenden und in einzelnen Bezirken im Innern. Der grösste Theil von Niederösterreich, die nördlichen Bezirke in Böhmen, ein aus der Mitte von Böhmen in das angrenzende mittlere Mähren sich fortsetzendes, dann längs der ungarischen Grenze bis in das östliche Schlesien weiterziehendes Gebiet, das ganze östliche Galizien und fast die ganze Bukowina weisen eine höhere, zum Theile sehr hohe Kindersterblichkeit auf. An der Westgrenze überstieg diese das Reichsmittel in den böhmischen Bezirken Bischofteinitz und Klattau, ebenso in den an der bayerischen Grenze gelegenen oberösterreichischen Bezirken Braunau, Ried und Schärding, im Bezirke Salzburg-Umgebung, solange aus demselben jener von Hallein nicht ausgeschieden war, in den an Ungarn grenzenden steiermärkischen Bezirken Feldbach und Hartberg, in Kärnten und Krain in den Bezirken Klagenfurt und Laibach-Umgebung, in Istrien in den Bezirken Capodistria und Pola, im nördlichen Mähren in den Bezirken Hohenstadt und Sternberg, endlich in den schlesischen Bezirken Freudenthal, Bielitz, Teschen und Jägerndorf und in der Umgebung von Krakau.

Weniger als 300 Sterbefälle auf 1000 Lebendgeborene trafen in Vorarlberg, Nord- und Osttirol, im angrenzenden Salzburg und Kärnten, im östlichen Theile von Obersteiermark, im östlichen Kärnten und südlichen Steiermark, im grössten Theile von Krain, Dalmatien und in einzelnen zerstreuten Bezirken von Oberösterreich, Istrien,

Böhmen und Mähren.

Im Allgemeinen umfasst das Gebiet der unter dem Reichsmittel liegenden Kindersterblichkeit alle südlichen und westlichen Länder, das westliche Böhmen, einen grossen Bereich im östlichen Böhmen, von hier weiterhin in das südliche und nördliche Mähren sich ersteckend und einerseits nach dem Innern des Landes, anderseits

nach Schlesien Bezirk Freiwaldau und Troppau, beziehungsweise Wagstait; fortziehend. Im ganzen westlichen Galizien, ausgenommen die Umgebung von Krakau, ferner im Bukowinaer Bezirke Kimpolung herrschte eine niedrigere Kindersterblichkeit als dem Reichsdurchschnitte entspricht.

Die hichsten Zahlen, mehr als 410 Kindersterbefälle auf 1000 Lebendgeborene ergaben sich in Nordböhmen, in den Bezirken Saaz, Brüx, Rumburg, Schlickenau, Bihmisch-Leipa, Gablonz, Friedland, Trautenau, Braunau, im Innern des Landes in den Bezirken Kuttenberg, Ledetsch und Tabor, in Mähren im Bezirke Gr.-Meseritsch, in Ostgalizien in der weiteren Umgebung von Lemberg, Tarnopol, Stanislau und Kilomea, in den an Galizien grenzenden Bezirken der Bukowina.

Aus diesem verschiedenen Verhalten der Kindersterblichkeit in Ost- und Westgalizien, sowie in Böhmen, wo scharf begrenzte Gebiete hoher und niedriger Kindersterblichkeit nebeneinander liegen, darf man wohl folgern, dass bestimmte allgemeine Ursachen thätig sein müssen, welche eine grössere Lebensbedrohung der Kinder herbeiführen. Die Verbreitung der Infectionskrankheiten und die durch diese veranlasste Sterblichkeit allein erklären die Höhe der Kindersterblichkeitszisser keineswegs genügend.

In den Städten mit eigenem Statute ist die Kindersterblichkeit fast durchgehends eine niedrigere als im Reichsmittel. Nur die Städte Rovigno, Reichenberg, Brünn. Iglan, Kremsier, Friedek. Troppau und Czernowitz weisen das Reichsmittel übertreffende Ziffern auf. Dieselben Gründe, welche oben hinsichtlich der in den Städten niedrigeren Säuglingssterblichkeit angeführt wurden, sind wohl auch maassgebend für die niedrige Verhältniszahl der im Alter bis zu 5 Jahren gestorbenen von den lebendgeborenen Kindern.

In analoger Weise ergibt sich denn auch für die Landbezirke in der Umgebung jener Städte, in welchen sich öffentliche Gebäranstalten, befinden, eine grössere Kindersterblichkeit. Aber nicht blos in diesen, sondern auch in andern, von den genannten Städten entlegenen politischen Bezirken, deren Bewohner in grosser Zahl fremde Kinder in Pflege nehmen, steigt in Folge dessen die Sterblichkeit der Kinder im Alter bis zu 5 Jahren, doch in ungleichem Maasse. In einzelnen derselben erreicht diese, da bei der Berechnung nur die im Bezirke Geborenen berücksichtigt werden können, eine sehr bedeutende Höhe. Es mögen nur einige Beispiele hier Raum finden.

Es trafen im Zeitraume von 1881—1897 Sterbefälle im Alter bis zu 5 Jahren auf 1000 lebendgeborene:

Im Bezirke	Eheliche	Uncheliche	Im Bezirke	Eheliche	Uneheliche
Floridsdorf	299	683	Waidhofen a. d. Th.	348	846
GrEnzersdorf .	392	741	Zwettl	347	630
Horn	3 39	845	Feldbach	349	549
Krems	 387	696	Hartberg	302	787
Mistelbach	345	632	Laibach-Umg	364	817
Oberhollabrunn .	37 9	640	Rovereto-Umg	332	683

In den Bezirken Ledetsch, Pilgram, Tabor, Gross-Meseritsch übersteigt die Zahl der Kindersterbefälle dieses Alters sogar jene der Lebendgeborenen mehr oder weniger bedeutend.

In den Städten, und zwar auch in solchen, welche keine öffentliche Gebäranstalt besitzen, ergibt sich aus den Nachweisungen fast durchgehends eine niedrigere Sterblichkeit der unchelichen als der ehelichen Kinder, vielleicht deshalb. weil unchelich geborene Kinder nach auswärts in Pflege gegeben werden. In einzelnen politischen Bezirken starb von 1000 lebendgeboren Unchelichen ein verhältnismässig kleinerer Theil (als von den Ehelichen), so z. B. in den Bezirken Gmunden

301 (312), Kirchdorf 303 (305), Rohrbach 320 (322), St. Johann 292 (317), Rann 280 (282), Windischgraz 262 (274), Gottschee 284 (292), Tschernembl 279 (337), Tolmein 292 (317), Capodistria 366 (399), Kitzbühel 253 (256), Reutte 260 (265), Riva 330 (343).

Bei mehreren dieser Bezirke dürfte die Erklärung wohl darin gefunden werden, dass die Zahl der Unehelichen überhaupt eine kleinere ist und daher eine zufällige Verminderung der Zahl der Sterbefälle bei denselben ein unsicheres Ergebnis der Berechnung bedingt. In anderen Bezirken sind, wie bereits bei der Säuglingssterblichkeit erwähnt wurde, die Lebensbedingungen der unehelichen Kinder kaum verschieden von jenen der ehelichen und hat dies eine bedeutende Verminderung der Sterblichkeit zur Folge. Ohne genaue Kenntnis der obwaltenden Verhältnisse und ohne Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände könnten die Berechnungen der Sterblichkeitshäufigkeit bei ehelichen und bei unehelichen Kindern nur zu leicht zu ganz irrigen Schlussfolgerungen verleiten.

Die nach Ländern berechneten Ziffern der Sterblichkeit ehelicher und unehelicher Kinder im Alter bis zu 5 Jahren weisen gleichfalls nicht unerhebliche Diffe-

renzen auf, wie die folgende Uebersicht zeigt.

In dem Zeitraume 1881—1897 trafen Sterbefälle der ehelichen und unehelichen Kinder in diesem Alter auf je 1000 lebendgeborene:

					Differenz der St unehelichen u	
		3	Eheliche	Uneheliche	Kinder bis 5 J.	Säuglinge
Niederösterreich			365	345	-20	21
Oberösterreich			331	365	34	52
Salzburg			317	325	8	26
Steiermark			306	362	56	79
Kärnten			286	330	44	53
Krain			324	368	44	80
Triest			394	384	—10	61
Görz-Gradisca			315	372	57	88
Istrien			359	410	51	83
Tirol			303	308	5	36
Vorarlberg			257	288	31	39
Böhmen			355	439	84	112
Mähren			351	481	130	152
Schlesien			34 6	423	77	109
Galizien			382	417	3 5	36
Bukowina			4 0 3	413	10	38
Dalmatien	•		262	339	77	90
Oesterreich			358	400	42	66

Zum Vergleiche wurden die Differenzen der auf die Lebendgeborenen berechneten Sterblichkeitsziffern der ehelichen und unehelichen Säuglinge und Kinder im Alter bis zu 5 Jahren beigefügt. Es lassen diese deutlich entnehmen, wie in fast allen Ländern die Sterblichkeit der unehelichen Kinder bis 5 Jahre von jener der ehelichen weniger weit abweicht, als die analogen Ziffern für die Säuglinge. Nur Galizien macht eine Ausnahme, indem in beiden Altersstufen fast die gleiche Differenz besteht.

In Tirol, in Salzburg und in der Bukowina treffen auf die lebendgeborenen Unehelichen nur wenige Kindertodesfälle mehr als auf die Ehelichen. In Niederösterreich und in Triest ergibt sich sogar eine grössere Zahl an Sterbefällen bei den ehelichen Kindern als bei den unehelichen. Es ist dies sicherlich nicht einer höheren Sterblichkeit der ersteren zuzuschreiben, vielmehr lediglich dadurch bedingt das die in den betreffenden Landesgebäranstalten zur Welt gekommenen Kinder auf da-Land, aus der Wiener Gebäranstalt zum grossen Theile auch ausserhalb Niedersösterreich, aus Triest nach Görz und Istrien in Pflege gegeben werden. Bei der Säuglingssterblichkeit macht sich dieser Umstand noch nicht in gleichem Maasse bei merkbar.

Anderseits finden die hohen Differenzwerthe jener Länder, in welche aufremden Ländern Kinder in Pflege gegeben werden, in diesen Pflegekindern ihr-Erklärung. In keinem Lande wird aber durch die Pflegekinder die Kindersterblichkeit in annähernd gleichem Grade belastet, wie in Mähren.

Lebendgeborene und Sterbefälle im Alter von 1—5 Jahren Im Vorhergegangenen wurde die Gesammtzahl der im Alter bis zu 5 Jahren gestorbenen Kindern also einschliesslich jene der Säuglinge in Vergleich gezogen Die Ergebnisse werden begreiflicher Weise durch die an Zahl überwiegenden Sauglingssterbefälle in bedeutendem Maasse beeinflusst.

Auf 1000 in den nachstehend angeführten Zeitabschnitten Lebendgeborens trafen Kindersterbefälle im Alter von 1—5 Jahren:

		1851 bis 1860	1861 bis 1870	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1899
Niederösterreich		. 94	105	120	107	85
Oberösterreich		. 79	78	83	77	67
Salzburg		. 71	67	69	70	65
Steiermark		. 96	98	108	99	92
Kärnten		. 82	7 8	94	82	82
Krain		. 147	127	153	133	137
Triest		•)	(204	183	161
Görz-Gradisca		$\frac{1}{1}$ 162	172	174	133	123
Istrien		.]	l	184	160	146
Tirol		.] 111	102	94	90	76
Vorarlberg		.) 111	102	61	63	47
Böhmen		. 105	115	108	109	90
Mähren		. 129	132	126	117	101
Schlesien		. 115	110	122	117	108
Galizien		. 159	149	174	152	132
Bukowina		. 126	141	209	152	133
Dalmatien	•	. 106	141	150	120	124
Oesterreich		. 124	127	137	125	107

Vergleicht man die vorstehenden Ziffern mit der auf S. 61 eingefügten Uebersicht der Sterblichkeit im ersten Lebensjahre, so ergibt sich, dass in den südlichen Ländern die niedrige Säuglingssterblichkeit durch eine relativ grosse Zahl von Sterbefällen im Alter von 1—5 Jahren paralysirt wird, während letztere in Salzburg-Nieder- und Oberösterreich, in Kärnten, Tirol, Vorarlberg und Böhmen in Egleich geringerem Maasse ins Gewicht fallen, als die Sterbefälle im ersten Lebensjahre.

Auch die Aenderungen, welche die für ein Gebiet, aber für verschiedene Zeiträume berechneten Werthe erfahren, sind grössere als die analogen der Säuglings-

sterblichkeit, was zum Theile in dem bereits früher erwähnten Umstande die Erklärung findet, dass die vorzugsweise im Kindesalter auftretenden Infectionskrankheiten zeitweise bald in dem einen, bald in einem anderen Zeitraume und Lande eine grössere Sterblichkeit herbeiführten. Die Mehrzahl dieser Krankheiten ist im Säuglingsalter seltener Todesursache als im Alter über 5 Jahren.

Die beiliegenden Diagramme zeigen, dass die Schwankungen der Sterblichkeit in Folge von acuten Infectionskrankheiten, wenn auch nicht immer, doch im Allgemeinen mit dem gleichzeitigen Steigen und Fallen der Sterblichkeit im Alter von 1—5 Jahren zusammenfallen. Es kann keinem Zweifel begegnen, dass die aus der vorstehenden Uebersicht sich ergebende Abnahme der Kindersterblichkeit in dieser Altersstufe hauptsächlich durch das Zurückgehen der Infectionstodesfälle bedingt war, und ein Erfolg der intensiveren Sanitätspflege ist.

Kindersterblich keit und Mortalität im Allgemeinen. Für die öffentliche Sanitätspflege ist es von grosser Wichtigkeit, Kenntnis zu erlangen, in welchem Grade die Kindersterblichkeit auf die Mortalität überhaupt Einfluss hat. Während im Reichsgebiete nahezu die Hälfte aller Todesfälle auf das Alter bis zu 5 Jahren entfällt, stellt sich dieses Verhältnis in den Ländern als ein durchaus nicht gleiches heraus. In Galizien und in der Bukowina sind mehrals die Häfte aller Verstorbenen Kinder dieses Alters, in Tirol annähernd, in Vorarlberg nicht einmal der dritte Theil. Zwischen den Extremen Bukowina und Vorarlberg halten sich die Ziffern für die anderen Länder. In Böhmen, Mähren und Schlesien nähern sich dieselben jenen von Galizien, in Steiermark, Oberösterreich, Salzburg und Kärnten jenen von Tirol.

Im Zeitraume von 1851—1899 entfielen 47.7%, somit nahezu die Hälfte aller Todesfälle auf das Kindesalter von der Geburt bis zu 5 Jahren. Diese Verhältniszahl ergibt sich auch im Durchschnitte für die letzten 9 Jahre, während dieselbe im Decennium 1851—1860 nur 45% erreichte, von 1861—1890 aber den Mittelwerth überstieg.

Wie die Tabelle auf Seite 73 nachweist, ist zwar in der Mehrzahl der Länder nach und nach im Allgemeinen eine Besserung eingetreten, in einigen wenigen weichen die für die einzelnen Zeitabschnitte berechneten Ziffern unbedeutend voneinander ab, in anderen ist aber der Antheil der Kindersterbefälle an der Gesammtmortalität im Steigen. Es kommt dies aber nicht nothwendig auf Rechnung einer grösseren Sterbehäufigkeit der Kinder, kann auch durch eine Verminderung der Zahl der Sterbefälle im späteren Alter verursacht sein. Da aber die auf Lebendgeborene berechnete Kindersterblichkeit gesunken ist, erscheint die letztere Erklärung zutreffender.

Das Verhältnis, in welchem Kinder- und Gesammtsterblichkeit in den Verwaltungsgebieten in den einzelnen Jahren standen, lassen gleichfalls die beiliegenden Diagramme entnehmen. Mitunter war die extrem hohe Mortalitätsziffer, wenn auch nicht ausschliesslich, doch deutlich von hoher Kindersterblichkeit begleitet, anderseits bestand aber in manchen Jahren eine hohe Gesammtsterblichkeit bei gleichzeitig niedriger Kindersterblichkeit. Letztere Fälle bilden jedoch die Ausnahme.

In den Beziehungen der Kindersterbefälle zur Gesammtzahl der Verstorbenen sind schon von vorneherein viel weniger ausgiebige Veränderungen zu erwarten, da unter allen Umständen die Zahl der gestorbenen Kinder unverhältnismässig grösser ist, als die Zahl der Sterbefälle in den einzelnen 5- oder auch 10jährigen späteren Altersclassen.

Die Tabellen im zweiten Theile des Anhanges enthalten Nachweisungen des Verhältnisses der Zahl der Kindersterbefälle zur Gesammtzahl der Verstorbenen für die politischen Bezirke und Städte mit eigenem Statute im Zeitraume von 1881—1899. Diese Ziffern bieten ungleich maassgebendere Aufschlüsse als die gleichen nach Ländern berechneten Werthe.

Das Reichsmittel für dieselbe Zeit beträgt 480 Kindersterbefälle unter 1000 Todesfällen. Unter dem Reichsmittel bleibt das Verhältnis in dem südlichen, über dem Reichsmittel im ganzen östlichen Theile des Reichsgebietes, während im westlichen Theile des nördlichen Reichsgebietes Gegenden mit einer das Reichsmittel übertreffenden Verhältniszahl mit solchen wechseln, in denen diese sich unter dem Reichsmittel hielt. Im ersterwähnten südlichen Theile waren nur in den Bezirken Sebenico und

Im ersterwähnten südlichen Theile waren nur in den Bezirken Sebenico und Spalato, Capodistria, Parenzo und Pola, Laibach Umgebung und Braunau in Oberösterreich mehr als 480, in dem an zweiter Stelle erwähnten, fast das ganze Galizien und die Bukowina umfassenden Gebiete nur in den Bezirken Wadowice, Myslenice, Limanowa, Neumarkt, Grybów, Tarnów, Pilzno und Lancut weniger als 480 Kinder unter 1000 Verstorbenen.

Im westlichen Schlesien, nördlichen Mähren, einem ausgedehnten Bereiche des angrenzenden östlichen Böhmen bis gegen die sächsische Grenze, im südwestlichen Mähren, südwestlichen Böhmen und in einem schmalen, von Eger und Tachau bis gegen Prag sich erstreckenden Gebiete betrug die Zahl der unter den Verstorbenen nachgewiesenen Kinder weniger als 480 per Mille. Die genannten Gebiete in Mähren und Böhmen werden durch Bezirke geschieden, in denen mehr als $48^{\circ}/_{\circ}$ der Verstorbenen Kinder waren. Die höchsten derartigen Relativwerthe, niehr als $60^{\circ}/_{\circ}$ ergeben sich für die Bezirke Brüx, Dux, Lemberg Umgebung und Kotzman.

Die niedrigsten Zehlen (weniger als 300 Kinder unter 1000 Verstorbenen) weisen nur die westlichen Bezirke von Deutschtirol (Reutte, Imst, Landeck, Meran), die osttiroler Bezirke Schwaz und Lienz, der Bezirk Bregenz in Vorarlberg auf.

In den Städten mit eigenem Statute ist, wie schon aus dem früher bezüglich der Kindersterblichkeit Erwähnten hervorgeht, der Einfluss, welchen die Zahl der verstorbenen Kinder auf die Mortalitätsverhältnisse im Allgemeinen ausübt, kein bedeutender und möge hier nur bemerkt werden, dass mit alleiniger Ausnahme der Städte Rovigno und Czernowitz alle anderen niedrigere Relativzahlen aufweisen, als das Reichsmittel ist. Da in der Bevölkerung der grösseren Städte die Kinder den anderen Altersclassen gegenüber zurücktreten, muss auch die Zahl der Todesfälle bei Kindern eine niedrigere sein, als in Bezirken, deren Bevölkerung die normale Altersgliederung aufweist.

Aerztliche Beglaubigung der Todesursachen.

Es wurde bereits an früherer Stelle bemerkt, dass die in den gegenwärtig (seit 1895) vorgeschriebenen Berichtsformularien aufgenommene Rubrik, betreffend die ärztliche Beglaubigung der Todesursachen, zu Missdeutungen Anlass gegeben hat, dass die in derselben enthaltenen Daten nur unter der Voraussetzung, dass ein ärztlicher Behandlungsschein vorliegt, einigermaassen Anspruch auf Verlässlichkeit erheben dürfen. Dagegen darf man wohl voraussetzen, dass wenigstens in den meisten Fällen, in welchen die Todesursache als ärztlich beglaubigt angegeben wurde, ein Arzt die Leichenbeschau vorgenommen hat.

In diesem Sinne werden die vorliegenden Aufzeichnungen auch hier genommen. Vom Standpunkte der öffentlichen Sanitätsverwaltung ist dieser Umstand in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle auch viel wichtiger, als die Beglaubigung der Krankheitsdiagnose. Die exacte Handhabung des Leichenbeschaudienstes ist ein nothwendiges Erfordernis geordneter Sanitätspflege und bietet die Kenntnis des Umfanges, in welchem derselbe thatsächlich geübt wird, auch nach anderen Richtungen Aufschlüsse. Man hat nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, dass die Einführung obligatorischer ärztlicher Leichenbeschau auch eine häufigere Inanspruchnahme ärztlichen Beistandes in Erkrankungsfällen zur Folge haben müsse. Ob diese Vermuthung durch Thatsachen bestätigt wird, kann allerdings aus den vorliegenden ziffermässigen Ausweisen nicht entnommen werden.

Die Todesursache war nicht ärztlich beglaubigt unter 100 Sterbefällen bei:

	I	m	Jah	re			1895	1896	. 1897	1898	1899
iederösteri	eicl	à					0.13	0.20	0.31	0.06	0.02
berösterrei	ch						0.54	1.05	1 61	0 90	1.23
dzburg .							0.41	0.82	0.85	0.74	0.60
eiermark							20.32	22.93	21.76	21.08	21.08
ärnten .							31.22	31.93	29 79	29.22	26.81
rain							64.21	64.68	66.73	70.85	68·60
riest							0.06	0.15	0.43	2.70	2.80
orz Gradis	ca.						59.70	5 8 · 58	57.26	58.81	58.46
trien							57.94	52.78	56.12	59·11	58·16
irol							8.23	7.55	7.13	6.80	5.03
orarlberg							5.55	3 ·8 6	3.65	6.41	2.94
õhmen .							0.82	0.96	0.89	0.40	0.16
lähren .							5.75	4.95	6.39	5.29	4.57
chlesien .							34.42	33.04	30.47	31.10	30 [.] 41
łalizien .							74.52	73.02	74.52	74.64	75.40
lukowina							68.20	69.13	67.67	72.98	74.77*)
Jalmatien					•	•	71.51	71.47	72 ·08	71.11	71.01
	O	es	ter	reio	ch		33 ·60	32.91	32.46	32.60	32 ·06

Nahezu im dritten Theile aller im Reichsgebiete vorgekommenen Sterbefälle ar die Todesursache nicht ärztlich beglaubigt. Allerdings macht sich eine successive, edoch nur geringfügige Besserung des Verhältnisses bemerkbar. Immerhin wird aber er Werth der Todesursachenstatistik durch die grosse Zahl dor Fälle, in denen achmännische Anhaltspunkte über die Krankheiten, welche den Tod herbeiführten, ehlen, sehr wesentlich beeinträchtigt.

Wesentlich verschieden gestalten sich aber diese Verhältnisse in den Ländern. In Galizien hat nur bei dem vierten Theile aller Sterbefälle eine ärztliche Beglaubigung der Ursachen stattgefunden, in der Bukowina und in Dalmatien nur in ganz inbedeutendem Grade häufiger, in Krain, Görz-Gradisca und Istrien fehlt die Beglaubigung in mehr als der Hälfte der Fälle. Dagegen weisen Böhmen, Niederösterreich, Salzburg und Oberösterreich, Triest sehr günstige, Mähren, Vorarlberg und Tirolgünstige Verhältnisse auf.

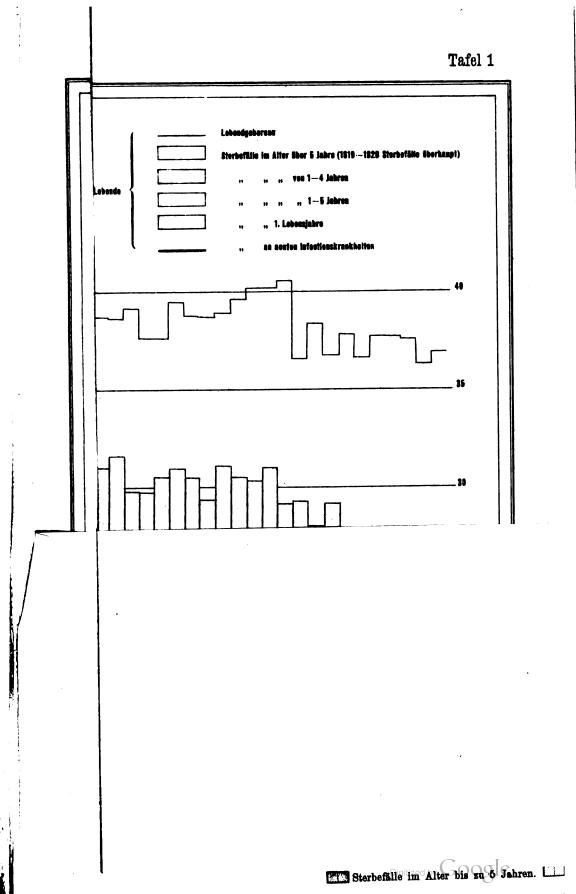
Die grosse Zahl der ärztlich nicht beglaubigten Todesursachen in Galizien beeinlusst den betreffenden Mittelwerth für das Reichsgebiet in bedeutendem Maasse.

In mehreren Ländern werden von Jahr zu Jahr mehr Todesursachen ärztlich

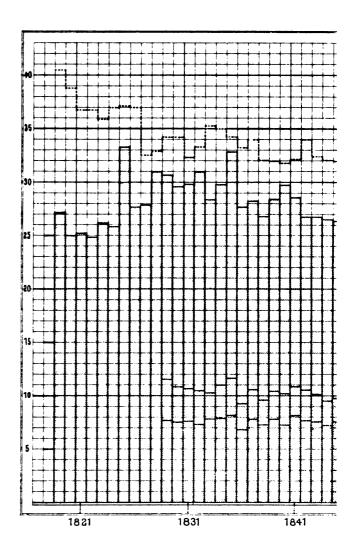
beglaubigt, in anderen hingegen eine geringere Zahl.

In Galizien überschreitet die Ziffer nur in wenigen Bezirken eben noch das Reichsmittel. Dasselbe ist im östlichen Schlesien, südlichen Steiermark, in einzelnen Bezirken in Krain, Küstenland und Dalmatien der Fall. Zwischen 90 und $95^{\circ}/_{\circ}$ der Todesursachen waren in den Jahren 1895—1899 ürztlich beglaubigt im Bezirke Ried, in mehreren Bezirken von Mittelsteiermark, in einzelnen Bezirken von Tirol, Mähren und Schlesien.

^{*)} Ohne Stadt Czernowitz.



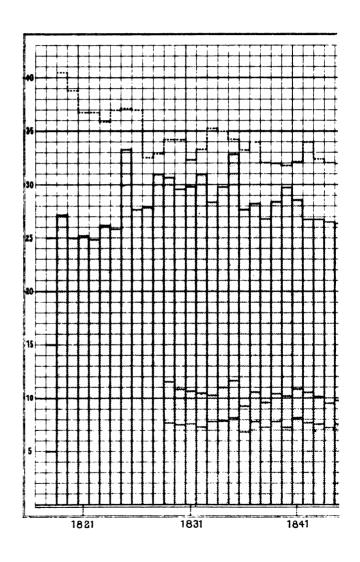
Lebendge



Auf 1000 Einwohner trafen: ____ Let

Sterbefälle im Alter bis zu 5 Jahren.

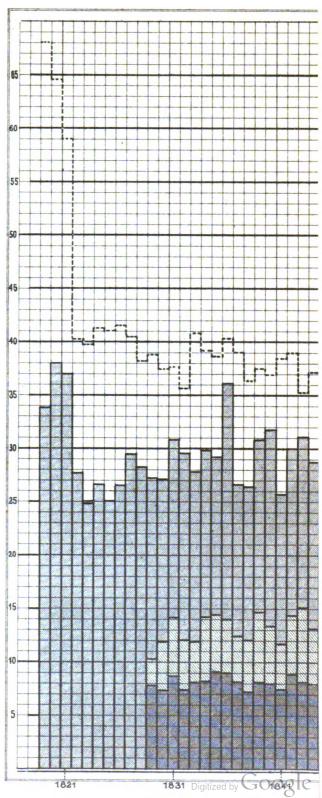
Lebendge



Auf 1000 Einwohner trafen: ____ Leb

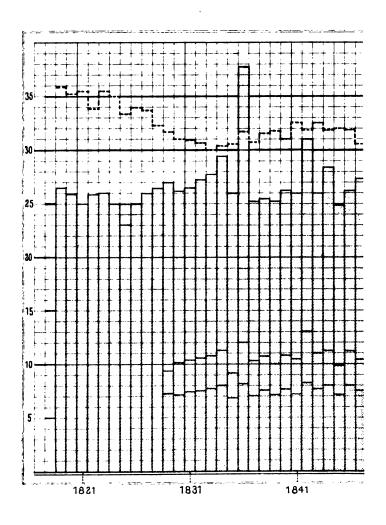
Sterbefälle im Alter bis zu 5 Jahren.
Digitized by

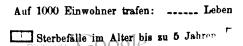
Lebenc



Auf 1000 Einwohner trafen:

Lebendgek





lodesursachen in Oesterreich während der Jahre 1873-1900

Mit 7 Tafeln.

Von Ministerialrath Dr. J. Daimer.

Für die Zwecke und Ziele der Sanitätsverwaltung ist es von grösster Wichtigkeit, möglichst genaue Kenntnis zu haben von den Ursachen, welche den Tod der Menschen berbeiführen. Die Zahl der Verstorbenen, die Vertheilung derselben auf die einzelnen Altersstufen geben wohl allgemeine Anhaltspunkte, lassen aus ihren Schwankungen darauf schliessen, dass zu gewissen Zeiten besondere Einflüsse und Umstände wirksam gewesen sein müssen, welche eine ungewöhnlich hohe Sterblichkeit verursachten, oder für ein auffälliges Sinken derselben bestimmend waren. Welcher Art diese Einflüsse waren, kann jedoch aus den höheren und niedrigeren Zahlen der Verstorbenen nicht entnommen werden. Die Kenntnis der Thatsache allein, dass die Sterblichkeit in bestimmten Zeitabschnitten steigt oder sinkt, kann dem Sanitätsbeamten nicht genügen, muss ihn vielmehr dahin drängen, den Ursachen dieses Verhaltens nach-zuforschen, dieselben an sich und in ihren Wirkungen zu ergründen und zur Hintanhaltung weiterer Gesundheitsgefahren, welche dieselben in sich schliessen, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, anderseits aber die aus der Statistik sich ergebenden Folgerungen über die Wirksamkeit gegen bestimmte Schädlichkeiten etwa eingeleiteter Maassnahmen für ein rationelles weiteres Vorgehen zu benützen. Die Todesursachen-Statistik ist daher ein ganz unentbehrlicher Behelf der Sanitätsverwaltung und verdient die eingehendste Beachtung seitens der im Dienste der praktischen Gesundheitspflege stehenden Amtsärzte.

Es wurde bereits an früherer Stelle der grossen Schwierigkeiten gedacht, welche der Beschaffung eines möglichst vollständigen, zugleich auch hinsichtlich seiner Richtigkeit verlässlichen Urmaterials dieser Statistik entgegenstehen und welche auch der Grund waren, warum die gegenwärtig in Gebrauch stehenden Berichtsformularien fast ausschliesslich nur auf die sanitätspolizeilich besonders wichtigen und nächst diesen nur auf einzelne hinsichtlich ihrer Veranlassung leichter und daher einigermaassen verläss-

lich zu charakterisirende Todesursachen Rücksicht nehmen.

Unter den ersteren stehen die auf eine Infection zurückzuführenden Krankheiten in erster Reihe. Eine allenthalben geübte rationelle Gesundheitspflege liesse mit grösster Sicherheit erwarten, dass Krankheitsübertragungen von Individuum auf Individuum, dass das Eindringen ausserhalb des Menschen sich entwickelnder Ansteckungskeime in den menschlichen Organismus vollkommen ausgeschlossen werden könnten oder wenigstens nur ganz ausserordentliche Ausnahmen bilden würden.

Von diesem Ziele sind wir aber heute noch sehr weit entfernt, einerseits weil die letzten Ursachen der verschiedenen Infectionskrankheiten noch nicht mit voller

Sicherheit ergründet sind, anderseits aber auch deshalb, weil der Bevölkerung in ihrer grossen Mehrzahl das Verständnis für die Nothwendigkeit entsprechender Vorsichtsmaassregeln noch mangelt. Umsomenr fällt den zur Pflege der öffentlichen Gesundheit bestellten Organen die Aufgabe zu, durch Belehrung und amtliche Einflussnahme auf eine möglichst ausgedehnte Beseitigung jener Uebelstände hinzuwirken, welche zu den Infectionskrankheiten in naher genetischer Beziehung stehen, welche die Lebensfähigkeit, die Fortpflanzung der Infectionskeime begünstigen, den Menschen für deren verderbliche Wirkung empfänglich machen. Die Häufigkeit des Auftretens und die Ausdehnung des Verbreitungsgebietes dieser Krankheiten geben jedoch nur bis zu einer gewissen Grenze auch einen Maassstab für Beurtheilung der Intensität und der Erfolge der Sanitätspflege.

Trotz der sehr bedeutenden Schwierigkeiten, welche aus den angeführten Gründen einer unbedingt erfolgreichen Hintanhaltung und Tilgung dieser Krankheiten entgegenstehen, wurden in jungster Zeit recht bedeutende Erfolge erzielt, welche gewiss auch zur Hoffnung berechtigen, dass auf dem einmal eingeschlagenen Wege künftig noch weitere Fortschritte nicht fehlen werden, da sich nach und nach doch in immer breiteren Schichten der Bevölkerung die Erkenntnis der Nothwendigkeit, gewisse Missstände abzustellen, Bahn bricht.

Bei der grossen Tragweite, welche den Infectionskrankheiten in der öffent lichen Gesundheitspflege zukommt, war es natürlich, dass diesen Krankheiten in den Berichten über Todesursachen die wichtigste Stelle eingeräumt wurde.

In der amtlichen Statistik wurde in früherer Zeit leider nur auf Blattern, später auch auf Cholera Rücksicht genommen. Erst mit dem Jahre 1871 begann eine Erweiterung des Berichtsschemas, welches von Infectionskrankheiten: Blattern, Masern, Scharlach, Keuchhusten, Typhus, Cholera, Ruhr- und Wuthkrankheit umfasste. Die nach diesem Schema in den ersten Jahren gelieferten Nachweisungen waren noch ziemlich unvollständig und konnten erst vom Jahre 1873 angefangen in der amtlichen Statistik veröffentlicht werden.

Die ziemlich ausgedehnte Diphtheritisepidemie, welche um die Mitte des achten Decenniums geherrscht hatte, veranlasste, dass vom Jahre 1878 angefangen auch die Todesfälle in Folge von Diphtheritis, welche vordem in den Rubriken: Krankheiten der Athmungsorgane und sonstige Krankheiten eingerechnet worden waren, gesondert nachgewiesen wurden.

Erst bei der im Jahre 1895 eingetretenen neuen Regelung der Berichterstattung über Mortalität fanden alle Infectionskrankheiten volle Berücksichtigung. Die frühere Rubrik: Typhus, wurde in 2 Rubriken: Flecktyphus und Ileotyphus getheilt, die generelle Bezeichnung: Cholera, durch 3 Rubriken für Cholera asiatica, nostras und infantum ersetzt, die Todesfälle in Folge von Kindbettfieber, Wundinfections-, übertragbaren Thierkrankheiten gesondert aufgenommen und endlich eine Sammelrubrik: andere Infectionskrankheiten eingefügt.

An diese Gruppe der acuten Infectionskrankheiten schliessen sich die Todesfülle in Folge einer anderen, in der Mehrzahl der Fälle chronisch verlaufenden Infectionskrankheit: Tuberculose an. Bis zum Jahre 1894 enthielt das Berichtsschema eine Rubrik: Lungenschwindsucht, die Todesfalle in Folge Tuberculose anderer ()rgane mussten unter die sonstigen Krankheiten« eingereiht werden.

In sehr nahen Beziehungen zu den acuten Infectionskrankheiten stehen die Todesfalle in Folge von Lungenentzündung, wenigstens ist für einzelne Arten von Lungenentzundung die infectiöse Natur bereits nachgewiesen. Vor dem Jahre 1895 führte eine Rubrik des Mortalitätsschemas die Bezeichnung: entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane.

Von Organkrankheiten werden seit 1895 jene der Circulationsorgane in den Mortalitätsausweisen berücksichtigt. Wegen der kurzen Reihe von Jahren, aus welchen Angaben hierüber vorliegen, wurde in der folgenden Darstellung auf diese Todesursache nicht näher eingegangen.

Ein erhöhtes Interesse wendete sich in neuerer Zeit den durch bösartige Neubildungen verursachten Todesfällen zu. Vor dem Jahre 1895 war eine Rubrik: »krebsige Entartungen« im Mortalitätsschema vorgesehen. Im Jahre 1895 trat an die Stelle derselben die Rubrik: »Bösartige Neubildungen als: Carcinome, Sarcome«.

Schon bei Regelung dieser Berichterstattung im Jahre 1871 hatte sich das Bedürfnis geltend gemacht, nähere Anhaltspunkte zu gewinnen über die Häufigkeit jener Krankheitszustände, welche den Tod plötzlich herbeiführen. Man wollte damals keineswegs differenziren, welcher Art die Krankheit war, welche dem Leben unerwartet ein Ziel setzte und wählte die Bezeichnung: »Plötzliche Krankheit szufälle«. Im Jahre 1878 wurde diese unbestimmte Bezeichnung durch: »Schlagfluss (Apolexie)« ersetzt und im Jahre 1895 als »Gehirnschlagfluss (Apoplexia cerebri)« präcisirt.

Im früheren Mortalitätsschema waren Angeborene Lebensschwäches und Altersschwäches als Todesursachen angeführt und wurden bereits früher (S. 7) die Gründe erwähnt, welche für die Eliminirung der letzteren Todesursache maassgebend waren. Die Todesfälle in Folge angeborener Lebensschwäche erscheinen auch im gegenwärtig benutzten Schema, jedoch mit der Einschränkung, dass die angeborene Lebensschwäche in einer Früh- oder Missgeburt begründet sein muss. Vergleicht man aber die seit dem Jahre 1895 vorliegenden Nachweisungen, so muss man gestehen, dass die bezeichnete Einschränkung nicht oder wenigstens nicht immer beachtet wird und dass die betreffenden Daten durchaus kein Vertrauen beanspruchen können. In der Statistik der Bewegung der Bevölkerung für das Jahr 1895 findet sich die angeborene Lebensschwäche auch bei Individuen im Alter bis zu 6 Jahren, in den folgenden Jahrgängen derselben amtlichen Publication noch in der Altersstufe von 1—2 Jahren als Todesursache angeführt.

Aber ganz abgesehen hievon erregen schon die Zahlen der angeblich in Folge angeborener Lebensschwäche gestorbenen Kinder wegen ihrer Höhe begründete Zweifel, ob bei Eintragung der Todesursache auf die Grundlage derselben (Frühgeburt, Missgeburt) Rücksicht genommen wurde. Diese Todesursache ist angegeben:

im	Jahre	1895	bei	47.117	Todesf.,	d.	j,	bei	5 º/ ₀	der	Lebendgeb.,	$6.9^{\circ}/_{\circ}$	der	Todesf.
>	>	1896	>	40.824	>	>	•	*	4.3 %	>	»	$6.2^{\circ}/_{\circ}$	•	>>
,	>>	1897	,	27.913	2		7	n	2.95%	>	>	$4.3^{\circ}/_{\circ}$	»	>
>	»	1898	>>	23.846	v	•	,	*	$2.59^{\circ}/_{0}$	>	>	$3.8^{\circ}/_{0}$	*	>
,	×	1899	*	22.572	>>	>-	Þ	"	$2.36^{\circ}/_{\circ}$	>>	,	$3.4^{\circ}/_{\circ}$	>	»
>	>	1900	»	23.475	>	»	>>	,	$2.43^{\circ}/_{0}$	بد	>>			

Diese Zahlen bleiben allerdings tief unter jenen, welche vor dem Jahre 1895 unter der allgemeinen Bezeichnung, Angeborene Lebensschwäche« ausgewiesen wurden. Innerhalb der angeführten 6 Jahre ist die Zahl auf die Hälfte gesunken, die Nachweisungen kommen den wahren Ziffern jedenfalls näher, bleiben aber immerhin noch höher als diese.

Aus diesem Grunde können dieselben auch nicht als wenigstens annähernd verlässliche Anhaltspunkte angesehen werden und wurde von einer weiteren Besprechung dieser Todesursache in der vorliegenden Arbeit abgesehen.

Nächst den in Erkrankungen schlechthin begründeten Todesursachen haben sowohl für die öffentliche Verwaltung wie in medicinalpolizeilicher und hygienischer Beziehung, jene eine besondere Bedeutung, welche durch äussere Gewalt herbeigeführt wurden, zufällige Beschädigungen und Verunglückungen, Selbstmord, Mord und Todtschlag. Ueber diese Todesursachen liegen bereits seit

langer Zeit mehr oder weniger vollständige Nachweisungen vor. Bei der im Jahre 1871 erfolgten Regelung der Berichterstattung wurden die erwähnten 3 Arten gewaltsamen Todes und ausserdem eine Rubrik für jene gewaltsam herbeigeführten Todesfälle, bei welchen nicht nachgewiesen werden kann, ob der eine oder andere der genannten Anlässe vorliegt, aufgenommen. Diese letztere Rubrik führte aber nicht selten zu Verwirrungen, indem auch durch natürliche, jedoch nicht hinreichend aufgeklärte Ursachen herbeigeführte Todesfälle in dieselbe eingereiht wurden. Seit dem Jahre 1895 ist diese Rubrik im Berichtsschema nicht mehr vorgesehen.

Es ergaben sich aber bei dem früheren Schema auch in einer anderen ungleich wichtigeren Hinsicht ungenaue Nachweisungen. In zahlreichen Fällen führt der gewaltsame äussere Einfluss nicht sofort den Tod, sondern zunächst einen Krankheitzustand herbei, welcher erst den Tod veranlasst, und welcher dann als Todesursache in den ärztlichen Behandlungsschein, aus diesem in den Todtenschein und in das Todtenbeschauprotokoll, weiterhin in die Sterbematriken eingetragen wird. Der Todesfall erscheint dann oft als ein natürlicher, während doch eine äussere Gewalt

die Grundursache gewesen war.

Bei der im Jahre 1895 durchgeführten Regelung der Berichterstattung wurde auf die genannten Fälle besondere Rücksicht genommen und angeordnet, dass nicht blos die unmittelbare Todesursache, sondern auch die mit derselben in directem Zusammenhange stehende Entstehungsursache zu verzeichnen und stets die Art des gewaltsamen äusseren Einflusses (Verletzung, Hitze, Kälte, Blitz, Elektricität etc.) genau anzugeben ist. Die näheren Umstände der vorliegenden gewaltsamen äusseren Ursache sind dann maassgebend, ob der Todesfall unter die zufälligen Beschädigungen, beziehungsweise Verunglückungen, unter die Rubrik Selbstmord, oder in jene für Mord und Todtschlag einzureihen ist. Hiedurch haben die statistischen Nachweisungen sehr wesentlich an Vollständigkeit und Richtigkeit gewonnen.

Auf einzelne weitere Ergänzungen und Aenderungen, welche im Todesursachenschema eingetreten sind, wird bei den speciellen Todesursachen das Nöthige

Erwähnung finden.

Die seit 1895 gelieferten individuellen Nachweisungen über Sterbefälle er möglichen einen ungleich tieferen und eine grössere Zahl von Beziehungen derselben zu äusseren und persönlichen Verhältnissen der Verstorbenen aufdeckenden Einblick und gewährt die Verfolgung dieser Beziehungen nach Bezirken, Gemeinden oder bestimmten Bevölkerungs- und Berufsclassen dem Sanitätsbeamten Aufschlüsse, welche er aus anderen Quellen nicht schöpfen kann. Die periodisch veröffentlichte amtliche Statistik, welche sich in zu grosse Details nicht vertiefen und die untersten Verwaltungsbezirke nicht mehr berücksichtigen kann, muss sich auf Nachweisungen nach Ländern und für das Reichsgebiet beschränken, in deren grossen Ziffern die für die Gesundheitspflege in den Gemeinden und Bezirken wichtigsten Verhältnisse nicht mehr zum Ausdrucke kommen. Der Amtsarzt aber, welchem das Urmaterial zur Verfügung steht, ist auch in der Lage, aus demselben alle jene Daten zu entnehmen und zu verwerthen, welche für eine rationelle und erfolgreiche Dienstesthätigkeit nicht blos von Nutzen, vielmehr geradezu unentbehrlich sind.

Gleichwohl ist die für Länder und für das Reichsgebiet vorliegende Statistik für den Amtsarzt von unschätzbarem Werthe, weil dieselbe, da Extreme vielfach ihre Ausgleichung finden, Mittelwerthe oder wenigstens feste Anhaltspunkte bietet, mit welchen die für grössere oder kleinere Gebiete gefundenen analogen Verhältnis-

werthe in Vergleich gebracht werden können.

Für die Beurtheilung so mancher Beziehungen zwischen Todesursachen und persönlichen Verhältnissen der Verstorbenen erscheinen die für Gemeinden und kleinere Bezirke vorliegenden Ziffern zu klein und entbehren, da hiebei zufällige Umstände oft genug mitspielen, die daraus abgeleiteten Schlüsse der sicheren Grundlage. So wird beispielsweise die Vertheilung einzelner seltener verzeichneter Todesursachen

auf die Altersclassen oder nach den Confessionen, denen die Verstorbenen angehörten, berechnet und werden aus den Resultaten Schlüsse gezogen über die allgemeine relative Häufigkeit dieser Todesursachen in den betreffenden Altersstufen oder bei den verschiedenen Confessionen. Für eine praktische Nutzbarmachung bleiben derartige auf eine kleine Zahl von Fällen sich erstreckende Forschungen ohne Werth.

In dieser Hinsicht gewähren nur die aus einem grossen Zahlenmateriale gewonnenen Resultate verlässlichere Anhaltspunkte, jedoch auch nur innerhalb bestimmter Grenzen. Feinere Details verschwinden in den grossen Ziffernreihen oder kommen nur undeutlich zum Ausdrucke. Auch die Verwerthung derartiger für sehr specialisirte Verhältnisse massgebender Daten über Todesursachen in der Weise, dass diese aus einer längeren Reihe von Jahren herangezogen werden, führt nicht immer zum Ziele.

Mittelwerthe für eine bestimmte Zahl von Jahren sind wohl bei regelmässigen Vorkommnissen: Sterbefällen oder Krankheiten, welche in einer alljährlich nicht allzu sehr schwankenden Zahl von Fällen zum Tode führen, am Platze, bieten aber z. B. bei Infectionskrankheiten, welche in manchem Jahre ganz fehlen, in einem anderem epidemisch weitverbreitet vorkommen, keine sicheren Anhaltspunkte, wenn deren Häufigkeit im Vergleiche mit der Einwohnerzahl gesucht wird. Aus diesem Grunde wurden auch in der vorliegenden Arbeit Uebersichten für mehrjährige Zeiträume, wie solche in den beiden früheren Abschnitten mehrfach eingeschaltet wurden, nur in beschränkter Zahl benützt.

Aus demselben Grunde schien es auch nicht am Platze, die Summarergebnisse für längere Zeiträume nach Bezirken anzufügen. Es musste ausserdem noch der Umstand in Erwägung gezogen werden, dass die Daten über die Sterbefälle der demographischen Statistik entnommen waren, welche auf eine lange Reihe von Jahren zurück vollständig ist, während die Todesursachenstatistik erst im Jahre 1873 beginnt.

Es erschien daher zweckmässiger, sich auf die Todesursachenstatistik der Länder zu beschränken. Um diese in auschaulicher Weise zum Ausdrucke zu bringen, wurden die für die wichtigsten Infectionskrankheiten nach Jahren berechneten Mortalitätsziffern graphisch dargestellt und für Blattern Kärtchen beigefügt, aus denen die jeweils in einem Jahre in den Ländern bestandene grössere oder niedrigere Intensität dieser Krankheiten entnommen werden kann. Diese letzteren Darstellungen gewähren auch deutlich Einsicht, in welchen Richtungen sich Infectionskrankheiten von einem Lande aus nach anderen verbreitet haben.

Von den Beziehungen zwischen persönlichen Verhältnissen der Verstorbenen und den Todesursachen, worüber erst aus vier Jahren in der amtlichen Statistik nähere Angaben vorliegen, wurde nur das Lebensalter der an den wichtigsten Todesursachen im Reichsgebiete Verstorbenen berücksichtigt. Für die Beziehungen zwischen Beruf der Verstorbenen und Todesursachen sind die vorliegenden Angaben, wenn man daraus sanitätspolizeilich oder hygienisch verwerthbare Anhaltspunkte gewinnen will, zu generell und geben über die Häufigkeit speciell zum Tode führender Berufsund Gewerbekrankheiten nicht genügend bestimmte Auskunft, abgesehen davon, dass auch die den betreffenden Berufsclassen Angehörigen nur im Zeitpunkte der jeweiligen Volkszählung bekannt sind, in den dazwischen liegenden Jahren aber deren Zahl manche und oft recht bedeutende Schwankungen zeigt.

Für die vorliegende Arbeit konnten auch die in den amtsärztlichen Vormerkungen für das Jahr 1900 verzeichneten Daten der Todesursachenstatistik, welche zur Zeit der Drucklegung des ersten Abschnittes noch nicht vollzählig vorgelegen waren, und für das Jahr 1898 die mittlerweile veröffentlichten Ergebnisse der Volksbewegungsstatistik benützt werden. Im dritten Theile des Anhanges sind die hier in Betracht kommenden Hauptergebnisse der letzteren Publication sowie der genannten Vormerkungen als Ergänzungen angefügt.

Digitized by Google

Acute Infectionskrankheiten.

In sanitätspolizeilicher Hinsicht nahmen früher und nehmen auch heute noch die acuten Infectionskrankheiten unter allen Todesursachen die erste Stelle ein.

Die Hintanhaltung und Bekämpfung derselben stellen an die Amtsärzte sehr bedeutende Anforderungen und nicht selten wird die Dienstesthätigkeit der Sanitätsorgane nach ihren Erfolgen auf diesem Gebiete beurtheilt, obschon diesen Organen gerade da, wo es sich um die vorbeugenden Maassregeln handelt, nur in sehr beschränktem Maasse ein directer Einfluss zusteht.

Wenn gemeingefährliche Volksseuchen drohen, zumal wenn diese mit einer erschreckend hohen Sterblichkeit verbunden sind, oder in Erinnerung an frühere Zeiten schon deren Name Furcht einflösst, erinnert man sich auch an die Sanitätsorgane, deren Warnungen und deren Bemühungen, hygienische Missstände, welche diesen Seuchen schon lange vorher den Boden vorbereiteten, abzustellen, nur zu oft als ungeheuerliche Forderungen bezeichnet und bekrittelt wurden. Ueber Nacht womöglich sollen sie Alles erheben, alle Vorkehrungen angeben, beantragen und selbst durchführen, welche geeignet sind oder sein können, die Gefahr zu beschwören. Zu anderen Zeiten gegen jene Infectionskrankheiten, deren Auttreten man als etwas Unvermeidliches, fast Selbstverständliches zu betrachten sich gewöhnt hatte, getroffene oder auch nur angeregte, jedoch wegen Widerstand oder, weil nicht in einem Gesetze ausdrücklich ausgesprochen unausgeführt gebliebene Maassregeln stossen dem drohenden Feinde gegenüber auf keine Bedenken mehr, man ruft nach solchen und anderen, mögen letztere dem ruhig denkenden Fachmanne Erfolg versprechen oder nicht. Daran aber, dass schon in ruhigen Zeiten die äusseren Verhältnisse in Ortschaften und Häusern so zu gestalten sind, um jeder eintretenden Gefahr mit Gleichmuth entgegensehen zu können, denkt man nicht, ebensowenig daran, dass in letzter Stunde es unmöglich ist, die verderblichen Wirkungen seit Jahren bestehender hygienischer Missstände und sanitätswidriger Gewohnheiten gründlich zu beseitigen.

Es muss zugegeben und anerkannt werden, dass sich in dieser Hinsicht in neuester Zeit Vieles zum Besseren gewendet hat, und kommt diese Besserung in der

Mortalitätsstatistik unwiderleglich zum Ausdrucke.

In früherer Zeit galt es als Grundsatz, dass die Sanitätsbehörde erst dann einzuschreiten und ihre Thätigkeit zu entfalten hatte, wenn eine Epidemie bestand. Vereinzelt auftretende Infectionskrankheiten boten hiezu noch keinen Anlass. War die Epidemie einmal da, dann erwuchs durch die periodisch hierüber zu erstattenden Berichte, durch die Evidenzführung der Erkrankten und Gestorbenen dem Amtsarzte viel Arbeit, nach Ablauf der Epidemie noch durch die Revision und Retaxation der Recepte für die an Arme auf Rechnung des Staates verabfolgten Arzneien, soferne das sogenannte Epidemieverfahren eingeleitet war, für die heute geforderten und bewährten Maassnahmen blieb keine Zeit. Die behördlichen Maassnahmen beschränkten sich daher im Wesentlichen auf Sorge für die ärztliche Behandlung der Kranken, eventuell Bestellung eines Epidemiearztes und Einflussnahme zum Zwecke der Unterstützung von armen Kranken. Nur bei Blatternepidemien wurde auf die Durchführung der Nothimpfung, beziehungsweise Revaccination gedrungen.

Auch heute noch begegnet man mitunter der Anschauung, dass erst bei dem Bestande einer Epidemie die Sanitätsbehörde einzuschreiten habe, wie auch von Einzelnen der Standpunkt vertreten wird, die Beseitigung gewisser sanitärer Missstände könne nur dann apodiktisch aufgetragen, eventuell auch erzwungen werden, wenn

sie bereits Erkrankungen oder Epidemien veranlasst haben.

Unter solchen Umständen ist es leicht erklärlich, dass in früherer Zeit verschiedene Infectionskrankheiten theils ständig mehr oder weniger ausgebreitet in einzelnen Ländern und Ländergebieten herrschten, oder in mörderischen Epidemien von Land zu Land fortzogen.

Digitized by Google

Leider sind ziffermässige Daten hierüber nicht mehr aus allen Ländern zu beschaffen und die vorliegenden Angaben erscheinen schon deshalb nicht verwerthbar, weil der Begriff Epidemie vielfach nur für bösartige Volksseuchen angewendet wurde.

In den älteren Nachweisungen sind Blattern, Cholera als specielle Infectionskrankheiten angeführt, ausserdem enthalten dieselben eine Rubrik: "Epidemien« und eine zweite »Ortskrankheiten«. Was aber unter letzteren zu verstehen ist, kann weder den Vorschriften noch den Publicationen, jener Zeit entnommen werden. Nach heutigen Begriffen würde man unter dieselben die an einem Orte endemischen Infectionskrankheiten einreihen, speciell Malaria u. dgl. Dass dem nicht so war, muss aber aus den Nachweisungen und aus den spärlichen Berichten, welche publicirt wurden, geschlossen werden. Es mögen auch andere, gemeinhin nicht als ansteckende oder übertragbare angesehene Krankheiten, welche in einem Orte häufig oder regelmässig beobachtet wurden, zu den Ortskrankheiten gerechnet worden sein. Jedenfalls aber ist das hierüber vorliegende statistische Material so ungenügend und unverlässlich, dass es auch nicht einmal als ein annähernd richtiger objectiver Anhaltspunkt für Beurtheilung der sanitären Verhältnisse jener Zeit angesehen werden kann.

Ebensowenig sicher sind die Nachweisungen über die durch epidemische Krankheiten veranlassten Sterbefälle. Wenn auch aus manchen in jener früheren Zeit erflossenen Anordnungen zu entnehmen ist, dass nicht allgemein eine ausgedehnte Verbreitung einer Krankkeit die nothwendige Voraussetzung bildete, um dieselbe als epidemische anzusehen, vielmehr auch damals schon die Bezeichnung sepidemische Krankheit« mitunter in dem Sinne wie heute Infectionskrankheit« gebraucht wurde, hielt man im Allgemeinen doch an dem wesentlichen Kriterium fest, dass eine grosse Zahl von Individuen von derselben betroffen sein musste. Gleichzeitig in vereinzelten oder wie man sich ausdrückte und unzutreffender Weise auch heute noch nicht blos in Laien-sondern selbst in Aerztekreisen ausdrückt, in »sporadischen« Fällen, und wenngleich innerhalb längerer Zeit wiederholt vorkommende Infectionskrankheiten rechnete man in der Regel nicht zu den Epidemien. Ebensowenig beachtete man gewisse heute zu den ansteckenden gerechnete Krankheiten und kann nur anderen, als den statistischen Quellen entnommen werden, dass Typhus, Dysenterie theils local, theils zu bestimmten Zeiten in geringerer bis zu sehr ausgedehnter Verbreitung herrschten und so zeitweise eine bedeutende Erhöhung der Sterblichkeit herbeiführten.

Eine Ausnahme bildeten nur die Blattern und die Cholera, hinsichtlich welcher wie erwähnt wurde und unten gezeigt wird, specielle Nachweisungen schon aus früherer Zeit noch vorhanden sind.

Erst die im Jahre 1871 durchgeführte Regelung der Berichterstattung über Todesursachen schuf die Grundlagen zur Beurtheilung des Einflusses, welchen die Infectionskrankheiten auf die Sterblichkeit überhaupt jeweils gewonnen haben. Wie aber bereits oben (Seite 84) erwähnt wurde, fanden in dem damals aufgestellten Schema nur einzelne Infectionskrankheiten Berücksichtigung, über eine der wichtigsten — über Diphtherie — werden erst seit dem Jahre 1878 Berichte erstattet. Die Todesfälle in Folge anderer, allerdings in der Regel in keiner grösseren Zahl von Fällen auftretender, jedoch nicht selten oder zumeist mit Tod endender Infectionskrankheiten, ferner jene an der zu gewissen Zeiten nicht blos in epidemischer, sondern sogar in pandemischer Verbreitung herrschenden Influenza, durch endemische Infectionskrankheiten, vor Allem durch die an locale Verhältnisse gebundenen Malariakrankheiten verursachte Todesfälle werden erst seit dem Jahre 1895 in Collectivrubriken in den Mortalitätstabellen verzeichnet.

In der Tabelle auf Seite 90 sind die Summen aller jener Todesfälle, welche in Folge der in den Berichten über Todesursachen verzeichneten Infectionskrankheiten seit dem Jahre 1873 eingetreten sind, nach Jahren und Ländern augeführt. Die Daten sind für die Jahre 1873—1898 wie in allen folgenden Nachweisungen der

			•				•	•															~-				
.*) 1873 1878 Sait		1900	1898	1897	1896	1895	1894	1892	1891	1890 ,	1889	1888	1887	1886	1885	1883	1888	1881	1880	1879	1878	1877	1876	1875	1874	1873	Jahr
-1877 -1894		3248	3864	3965	4441	4595	6309	5128	4978	4148	3882	4276	4980	5360	7008	4927	808	7565	6234	7157	8216	5822	7268	5485	7593	18073	Nieder- österreich
Blattern, die genan	17	1016		_				-		867	841	1163	1305	1297	1998	1389	1961	1578	1334	1657	2660	1251	1068	1596	2126	30:4	Oberösterreich
5		343	256 264	224	167	162	244	243 243	363	161	. 81	127	217	(C)	403	251	457	290	7.62	316	3 <u>2</u> 0	294	396	271	289	490	Salzburg
Masern, Scharlach, inten Krankheiten u		1687	2310 2310	2374	3356	2637	1817	2265	2200	1718	2121	2131	. 2240	2000	\$200 5000	3 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00	3996	4054	4500	4633	4958	2353	1599	3009	5292	4155	Steiermark
֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֓֡֓֓֓֡֓֡֓֡֓֡֡֡֡֡֓֡֡֡֡		490	676 679	817	825	544	× 32.	575	564	776	871	830	702	28.5 28.5 28.5 28.5	100	1245	1032	982	1409	1630	1438	1107	653	1693	2007	1481	Kärnten
Keuchhusten, ind Diphtherie		1273	1583	2158	3318	2775	2323	3563	1960	1928	8213	1587	2324	1735	1757	0515	3343	2313	2519	3003	3 309	1439	1150	1428	4152	3517	Krain
		245	4 39 14 14 14	337	505	529 529	713	5 E	337	199	12 25	429	100	1060	661	2 2	411	465	422	265	358	230	214	143	35 S	7 85	Triest
Typhus. Ruhr,		715	60 60 60 60 60 60 60 60 60 60 60 60 60 6	798	817	873), 6 (5 7	442	507	481	793	866	816	9,50	1507	2 00 3 00 3 00	1346	855	0201	113	1157	605	570	955	1322	g 	Görz-Gradisca
ıhr, Cho		1173	1000	813	1866	1863	2004 2004	3 3 3 3	647	65 1	910	801	1151	1399	1140	1316	1867	1188	1040	1163	1180	996	759	1063	1281	14 92	Istrien
Cholera asiatica, Lyssa		1897	1407	1276	1355	1795	1138	1434	1414	1119	1885	1450	1421	1873	1053	2517	3231	1922	1977	1807	1934	1812	2594	4459	3901	9799	Tirol
atica, I	- -	169	107 86	103	£	197	87 2	2 98	117		102									256	-		141	32.5	202	ઝ દ્ર	Vorarlberg
уѕва.		6880	10683	9300	8953	9572	13031	15125	17266	18556	19654	26236	2000	90965	91968	18392	20966	23470	CECOZ	19897	27237	21954	12896	105 17	15331	24 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28	Böhmen
Cholera asiatica, Lyssa.	,	3375°	1365 1365	5096	4523	5255°	0.587 2	5191	1846	_\delta \delta	7673	6162	6113	7708	x 0 x 0 x 7	8016	11690	13753	10221	11361	15115	9345	4974	4072	5166	17171	Mähren
		1743			1487		9000 2000 2000								27.22		8404		2430	•		3178			2369		Schlesien
		34728	16301 10301	46173	51159	91199	いえるの	61576	58961	62060	55805	59699	67013	59316	781.15	00000	58670	59163	26192						607.37		Galizien
·		2351	3157 2011	3161	5103	57.5 27.5 27.5 27.5	5378	96156	6886	5883	500	7261	6741	5593	200	6332	27.15	7011		8499		4029		5 S	5919	5893 -	Bukowina
			2 (S			_	37X 10	629	833-10	1171	. <u> </u>	1512 11	714215		1739 11			1261 12	21 6012	2145 117317	3512:14	4743 9	3190 8	æ	= !	<u>. </u>	Dalmatien**)
		08079	7557	XCC3X	90901	98047	101791	5.13	104622	1,7011	105826	13947	1051561	1565	2005	1513	141162	29245	7.820	7317	1784	48:8	82561	86058	119367	957173	Summe

Digitized by Google

veröffentlichten amtlichen Statistik, für die Jahre 1899 und 1900 den amtsärztlichen Vormerkungen entnommen.

Allerdings waren in dem die Reihe eröffnenden Jahre 1873 die sanitären Verhältnisse in einem Theile der Länder ganz ungewöhnlich ungünstige, in einem anderen Theile wendeten sie sich aber erst im Jahre 1874 sehr wesentlich zum Schlechteren. Jedenfalls aber war zu jener Zeit diese Sterblichkeit eine ausnahmsweise hohe und eine ungleich grössere, als in sonstigen Zeitperioden. Anderseits darf nicht übersehen werden, dass damals die Sterbefälle in Folge der Diphtherie wegen Mangels von Nachweisungen hierüber unter die durch Infectionskrankheiten verursachten Todesfälle nicht einbezogen werden konnten, ferner dass aus Dalmatien für die Jahre 1873—1875 Ausweise nicht vorliegen, dass somit bei Berücksichtigung der fehlenden Daten sich noch höhere Ziffern ergeben haben würden.

Aber trotz dieser dem Berichtsmateriale anklebenden Mängel ist demselben in unzweideutigster Weise die im Laufe der Jahre eingetretene, ganz ausserordentliche Besserung der sanitären Verhältnisse zu entnehmen. Im Jahre 1900 starb an allen acuten Infectionskrankheiten zusammen nur rund der vierte Theil jener Opfer, welche im Jahre 1873 von einem Theile der acuten Infectionskrankheiten dahin-

gerafft worden waren.

In den verschiedenen Ländern war die Abnahme dieser Zahl von Todesfällen keine gleichmässige, ein bedeutendes Zurückgehen ist aber in jedem bemerkbar, wenn auch in einzelnen Jahren vorübergehend eine mehr oder weniger erhebliche Zunahme der Zahl dieser Verstorbenen eingetreten ist.

Das bedeutende Ansteigen der Zahl im Jahre 1878 ist fast ausschliesslich auf die Einbeziehung der Diphtheriesterbefälle zurückzuführen.

Wie bereits an früherer Stelle rücksichtlich der Mortalitätsverhältnisse bemerkt wurde, könnte in dem Sinken der betreffenden Ziffern allein noch nicht der unbedingt sichere Beweis einer Besserung der sanitären Lage erblickt werden. Es ist naturgemäss, dass, wenn Infectionskrankheiten in einer gewissen Zeit eine ungewöhnlich grosse Zahl von Menschenleben vernichtet haben, unter den Verstorbenen schwächliche, überhaupt physisch weniger widerstandsfähige Individuen in verhältnismässig grösserer Zahl vertreten waren und dass dann in der folgenden Zeit die Zahl dieser Sterbefälle sinkt, weil die Zahl der Individuen, denen schon aus anderen Gründen keine längere Lebensdauer beschieden war, sich vermindert hat.

Die Tabelle zeigt jedoch in deutlicher Weise, dass, wenn auch einmal eine Steigerung der Zahl der Sterbefälle an diesen Krankheiten aus den absoluten Ziffern hervorgeht, diese Steigerung eine vorübergehende, höchstens kurze Zeit anhaltende war, dass im Allgemeinen die sinkende Tendenz unverkennbar ist, dass somit die Besserung der sanitären Verhältnisse immer festeren Boden gefasst hat und dass auch zeitweise eingetretene aussergewöhnliche Bedrohung der Gesundheit nicht mehr jene unheilvollen Wirkungen erlangte, wie früher.

Dies kam deutlich zum Ausdrucke, als im Jahre 1892 die Cholera nahte und in den folgenden Jahren in einzelnen Gegenden im Osten des Reiches bestand. Während in früherer Zeit der Einbruch dieser Krankheit stets zu einer sehr bedeutenden Zunahme der Zahl der Sterbefälle geführt hatte, machte sich eine gleiche Erscheinung von 1892—1895 nicht bemerkbar. Die Sterbefälle in Folge acuter Infectionskrankheiten waren im Jahre 1892, in welchem die Dysenterie in Krain und in Galizien ausgedehntere Verbreitung gefunden haben, unbedeutend zahlreicher als im Jahre 1891, sanken dann vorübergehend im Jahre 1893 trotz Cholera, stiegen wieder 1894, ohne jedoch die Zahl des Jahres 1892 zu erreichen. Seither sinkt die Zahl derselben von Jahr zu Jahr, und zwar in ziemlich rascher Progression.

In den Ziffern, welche sich für das Reichsgebiet ergeben, kommen jedoch die Verhältnisse der Länder nicht genügend zum Ausdruck, weil ja nicht immer in allen Ländern gleichzeitig eine Abnahme oder Zunahme der Zahl dieser Sterbefälle eingetreten ist

Einen Vergleich der höchsten und der niedrigsten Zahl der Sterbefälle in Folge dieser Krankheiten, welche innerhalb der in der Tabelle auf S. 90 angeführten 28 (beziehungsweise Dalmatien 25) Jahre verzeichnet sind, bietet folgende Uebersicht:

		Höchste Zahl	im Jahre	Niedrigste Zahl	im Jahre	Differenz	in " ,
Niederösterreich .	:	18073	1873	3248	1900	14825	556
Oberösterreich .		3034	1873	654	1893	2380	464
Salzburg		490	1873	81	1889	409	605
Steiermark		5292	1874	1599	1876	3 6 93	331
Kärnten		2007	1874	490	1900	1517	422
Krain		4452	1874	1150	1876	3302	387
Triest		1060	1886	143	1875	917	741
Görz-Gradisca .		1322	1874	442	1892	880	299
Istrien		1867	1882	3 29	1892	1538	567
Tirol	٠.	4459	1875	1119	1890	3340	390
Vorarlberg		318	1873	72	1893	246	442
Böhmen	٠.	34089	1873	6880	1900	27209	495
Mähren		17171	1873	3375	1900	13796	509
Schlesien		4289	1878	1254	1875	3035	342
Galizien		159052	1873	34728	1900	124324	458
Bukowina		15061	1878	2351	1900	12710	641
Dalmatien*)	•	4743	1877	378	1894	4365	1255
Oesterreich		257473	1873	62080	1900	195393	415

In den grossen Verwaltungsgebieten waren die in Rede stehenden Todesfälle im Jahre 1873 mit der grössten, im Jahre 1900 mit der kleinsten Zahl vertreten.

In den mittelgrossen und kleineren Ländern, in denen irgend eine Epidemie in einem Jahre eine grössere Zahl an Opfern forderte. fallen die Maxima nicht immer in den Beginn der in der Tabelle enthaltenen Reihe von Jahren. Es erklärt sich dies einerseits dadurch, dass in kleineren Gebieten eine Infectionskrankheit sehr bald im ganzen Lande Verbreitung findet, während in grossen häufig nur einzelne Theile ergriffen werden, anderseits aus der Art der Krankheiten selbst, welche zu einer bestimmten Zeit herrschten.

Die verschiedenen Infectionskrankheiten haben das gemeinsam, dass sie durch Uebertragung von Krankheitskeimen hervorgerufen werden. Die Ümstände, unter welchen und wie die Uebertragung, die Infection zu Stande kommt, sind oft verschiedene. Die weiteste Verbreitung vermittelt der persönliche Verkehr, durch welchen insbesondere die Infectionserreger, die an der äusseren Körperfläche des Kranken haften, übertragen werden. Während die Erfolge der sanitären Vorkehrungen gegen die vorwiegend in der äusseren Umgebung des Menschen gedeihenden Infectionskeime ganz hervorragende sind, ist es der Thätigkeit bezüglich der ansteckenden Hautkrankheiten, die Blattern ausgenommen, bisher nur gelungen, eine Einschränkung derselben zu erzielen, keineswegs aber dieselben wenigstens innerhalb bestimmter Gebiete dauernd zu unterdrücken. Es wird sich das aus dem hinsichtlich der einzelnen exanthematischen Krankheiten Anzuführenden ergeben.

Diese, kaum je im ganzen Reichsgebiete mit annähernd gleicher Intensität verbreiteten acuten Exantheme sind es aber, welche zeitweise eine sehr erhebliche Zunahme der Zahl der Sterbefälle herbeiführen, welche dann für kleinere Länder ausser-

^{*) 1876—1900.}

ordentlich ins Gewicht fallen, während sie für die Sterblichkeit in grossen Verwaltungsgebieten mehr zurücktreten.

In einzelnen Ländern, in welchen Sterbefälle an diesen Krankheiten vor dem Jahre 1878 die niedrigste Zahl aufwiesen, kommt ferner auch in Betracht, dass in jener Zeit die Sterbefälle in Folge von Diphtherie, welche gerade zu jener Zeit verhältnismässig sehr häufig aufgetreten waren, was auch zur Aufnahme dieser Todesursache in das Mortalitätsschema Anlass gegeben hatte, in den Berichten noch nicht speciell verzeichnet wurden.

Trotz der Ungleichmässigkeit, welche den in der Tabelle auf S. 90 angeführten Zahlen anhaftet, und welche eine vollständige vergleichsweise Verwerthung derselben stört, ergibt sich doch mit aller Deutlichkeit, dass Infectionskrankheiten im Laufe der Jahre erheblich seltener zum Tode führten und wird diese eingetretene Besserung der sanitären Verhältnisse um so höher anzuschlagen sein, wenn man bedenkt, dass im Jahre 1873 nur ein Theil, seit dem Jahre 1895 aber alle Todesfälle an acuten Infectionskrankheiten in den betreffenden Ziffern enthalten sind.

Hinsichtlich der Häufigkeit des Auftretens der einzelnen Infectionstodesfälle

wird bei den betreffenden Krankheiten das Nähere erwähnt werden.

Zieht man die Zahl der Todesfälle in Folge von Infectionskrankheiten und die Zahl der Sterbefälle überhaupt für Gruppen von Jahren in Vergleich, so ergeben sich nachstehende Verhältniszahlen:

Von je 10.000 Sterbefällen waren verursacht durch acute Infectionskrankheiten:

, , , , , ,	1878—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1900
Niederösterreich.	. 1055	892	644	773	585
Oberösterreich .	. 895	721	520	471	523
Salzburg	. 652	757	353	529	503
Steiermark		1028	641	674	746
Kärnten	. 1564	1168	850	743	741
Krain	. 2031	1727	1643	1817	1451
Triest	. 770	1130	1036	1027	838
Görz-Gradisca .	. 1808	1808	1343	992	1255
Istrien	. 1351	1626	1061	891	1276
Tirol	. 1006	1180	712	716	738
Vorarlberg	. 746	823	469	387	432
Böhmen	4 4 4 -	1323	1288	823	603
Mähren	. 2010	1535	1123	882	706
Schlesien	. 1888	1743	1748	1300	1033
Galizien	.2665	2866	3006	2711	2216
Bukowina	. 4300	3298	2984	2734	1806
Dalmatien	. 2068	1699	1112	561	703
Oesterreich	. 1921	1819	1695	1474	1199

Es ergibt sich aus dieser Uebersicht, in welcher die Jahre 1873—1877, für welche die Diphtherietodesfälle nicht bekannt sind, nicht berücksichtigt wurden, dass in dem dreijährigen Zeitraum, von 1878—1880, in Oesterreich nahezu der fünfte, im Quinquennium 1896—1900 aber nur mehr nahezu der neunte Theil aller Todesfälle durch acute Infectionskrankheiten verursacht war.

Dieses Verhältnis gestaltete sich aber in den einzelnen Verwaltungsgebieten ausserordentlich verschieden. In der Bukowina waren in den Jahren 1878—1880 mehr als zwei Fünftel, also nahezu die Hälfte aller Sterbefälle, in den folgenden drei Quinquennien ebenso wie in Galizien nahezu der dritte Theil aller Todesfälle durch

ansteckende Krankheiten veranlasst. Erst im letzten Quinquennium trat eine wesent-

liche Besserung dieses Verhältnisses in beiden Verwaltungsgebieten ein.

Von den übrigen Verwaltungsgebieten weisen die stidlichen Länder: Krain, Küstenland, Dalmatien, während einer Reihe von Jahren auch Böhmen, Mähren, Schlesien eine bedeutende Antheilnahme der acuten Infectionskrankheiten an der allgemeinen Sterblichkeit auf.

Die günstigsten Verhältnisse ergeben sich für Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg, in denen diese Sterbefälle in keinem der angeführten Zeitabschnitte

10% aller Todesfälle erreichten.

In allen Ländern ergibt sich aber, wenn auch zeitweilig Todesfälle durch diese Krankheiten häufiger waren, eine mehr oder weniger zurücktretende Beeinflussung der allgemeinen Sterblichkeit durch jene Todesursachen, denen eine Infection zu Grunde liegt. Im Allgemeinen wird gerade diese Wechselbeziehung zwischen Sterbefällen überhaupt und jenen in Folge von acuten Infectionskrankheiten viel zu wenig gewürdigt und werden zumeist die ersteren und die letzteren nur für sich im Verhältnisse zur Einwohnerzahl in Betracht gezogen. In sanitätspolizeilicher Hinsicht haben aber gerade die auf Seite 93 dargestellten Beziehungen besonderen Werth, denn es ist nicht gleichgiltig, ob der 25. Theil oder fast die Hälfte aller Sterbefälle durch Infectionskrankheiten herbeigeführt wird.

Da nun innerhalb gewisser Grenzen und unter bestimmten Voraussetzungen die Infectionskrankheiten verhütet werden können, einer Anzahl derselben ein ganz sicherer Schutz entgegengestellt werden kann, ergibt sich hieraus auch die grosse Bedeutung jenes Zweiges der öffentlichen Verwaltung, welcher die Vorkehrungen gegen diese vermeidbaren Feinde des Menschen zu bestimmen und durchzuführen hat. Dass die Bestrebungen der Organe, welche in diesem Zweige der Verwaltung thätig sind, grosse Erfolge erzielt haben, und die ziffermässig ausgedrückten Erfolge dieser Thätigkeit sind aus den vorstehenden Uebersichten deutlich zu ersehen.

In sehr prägnanter Weise kommt diese Beserung der sanitären Verhältnisse in jenen Ländern zum Ausdrucke, in welchen zu Beginn des 28jährigen Zeitraumes die ganz besonders ungünstigen sanitären Verhältnisse auf hygienische Missstände und durch diese veranlasste weit verbreitete, bösartige Epidemien zurückzuführen waren. Die Erfolge der Assanirung, der Beseitigung der Missstände, die immer intensiver sich gestaltende Prophylaxe gegen Infectionskrankheiten machten sich nach und nach immer deutlicher bemerkbar und sind heute die acuten Infectionskrankheiten in der überwiegenden Mehrzahl der Länder in ziemlich gleichem Maasse an der allgemeinen Mortalität betheiligt, indem sie im letzten Quinquennium in einem Lande 4, in je zwei Ländern 5, beziehungsweise 6, in fünf Ländern 7, in einem 8% aller Todesfälle herbeiführten. In vier Ländern betrug dieser Antheil noch 10—15, in einem 18 und nur in Galizien 22%. Seit dem Jahre 1894 haben aber auch in Galizien diese Sterbefälle einen von Jahr zu Jahr geringeren Einfluss auf die Gesammtsterblichkeit genommen. Im Jahre 1894 machten sie noch 27, in den folgenden Jahren 26, 25, 23, 22% aller Sterbefälle aus und sanken im Jahre 1900 auf 17%.

In der That hat diese Abnahme der Zahl der durch Infectionskrankheiten verursachten Sterbefälle ganz wesentlich zu dem allmählichen Sinken der Mortalität beigetragen. Dies geht deutlich aus den Diagrammen hervor, welche der früheren, die Sterbefälle betreffenden Arbeit beigegeben wurden. Der Verlauf der Curven der allgemeinen Mortalitätsziffer und jener der Mortalität in Folge acuter Infectionskrankheiten zeigt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, volle Uebereinstimmung; dem Ansteigen und Sinken der letzteren entsprechen Wellenberge und -Thäler der ersteren und insbesondere extreme Höhen der allgemeinen Mortalitätsziffer waren regelmässig durch die Infectionskrankheiten bedingt.

Es ist ja auch selbstverständlich, dass zeitweise eintretende Störungen der öffentlichen Gesundheitsverhältnisse nur durch besondere Umstände veranlasst werden, da die im menschlichen Organismus nach und nach im Laufe des Lebens eintretenden pathologischen Veränderungen sich niemals plötzlich und gleichzeitig in einer grossen Zahl von Individuen bis zur Vernichtung des Lebens steigern. Diese besonderen Umstände sind aber regelmässig äussere Ursachen und unter diesen spielen die Uebertragungen der Keime ansteckender Krankheiten die grösste Rolle. Wenn man in einer früheren Zeit vom Genius epidemicus sprach und lehrte, dass unter ganz unbekannten Ursachen einmal diese, ein anderesmal eine andere Gruppe von Krankheiten gleichen oder ahnlichen Charakters unter dem Einflusse bestimmter Witterungs- oder anderer äusserer Verhältnisse in weiter Verbreitung vorkommen, so entstammte die Ueberzeugung von der vermeinten Richtigkeit dieser Behauptungen einer reichen Erfahrung. Die Erklärungen dieser feststehenden Thatsachen konnten allerdings einer objectiven Kritik nicht standhalten und erst der neuesten Zeit blieb es vorbehalten, auch in dieser Beziehung Licht in das Dunkel zu bringen und die Ursachen der Krankheiten zu ergründen.

Je mehr sich die wissenschaftliche Forschung vertiefte, umsomehr Krankheiten wurden als ansteckend, beziehungsweise übertragbar im engeren oder weiteren Sinne erkannt und darf eine Ausdehnung dieser Bezeichnung auf eine Anzahl von pathologischen Processen, deren infectiöse Natur heute noch erst wahrscheinlich ist, in

Zukunft erwartet werden.

Trotz dieser Mängel, welche dem früheren statistischen Materiale ankleben, und welche wegen Nichtberücksichtigung verschiedener wichtiger Infectionskrankheiten eine niedrigere Zahl von Sterbefällen in Folge derselben ergeben, weisen die auf die Einwohnerzahl berechneten Mortalitätsziffern das allmähliche, wenn auch zeitweise, vorübergehend durch Steigerungen unterbrochene Abnehmen ihrer Häufigkeit nach. In der folgenden Uebersicht sind die innerhalb der bezeichneten Jahresperioden sich ergebenden höchsten und niedrigsten, auf 10.000 Einwohnerberechneten Mortalitätsziffern der acuten Infectionskrankheiten vergleichsweise zusammengestellt:

	1873—1877*	1878—1880	1881—1885	1886—1890	18911895	1896—1900
Niederösterreich .	88 — 26	37 — 27	34 — 17	21 — 15	23 - 16	15 - 10
Oberösterreich .	41 - 14	36 - 18	26 — 17	17 — 11	16 — 8	15 — 12
Salzburg	31 - 18	20 — 15	28 — 18	13 - 5	21 - 9	18 — 9
Steiermark	45 - 15	42 — 36	34 - 19	18 — 13	20 - 14	25 — 12
Kärnten	59 — 19	47 - 42	36 — 28	25 — 20	26 — 12	23 — 13
Krain	95 - 24	70 - 48	69 — 35	65 - 31	71 - 39	66 - 25
Triest	61 — 11	30 — 21	50 — 19	71 — 12	44 - 20	30 - 14
Görz-Gradisca	65 - 27	55 - 49	64 - 59	43 — 22	39 20	36 — 27
Istrien	57 - 28	43 — 37	65 - 38	47 - 18	57 - 10	57 — 31
Tirol	56 — 23	24 — 22	4 0 — 24	23 — 14	22 - 14	22 — 15
Vorarlberg	30 — 9	26 — 9	28 — 17	15 — 7	10 — 6	13 — 7
Böhmen	64 - 19	50 — 36	42 — 32	45 — 32	29 — 16	17 — 11
Mähren	84 - 20	71 - 53	64 - 37	36 — 28	26 — 21	21 — 14
Schlesien	79 - 23	77 - 43	71 - 34	57 - 41	41 - 29	30 - 23
Galizien	288 - 61	92 - 84	114 - 87	105 - 85	92 — 72	73 - 48
Bukowina	109 - 72	270 - 113	144 - 95	113 — 7 3	106 - 58	78 - 32
Dalmatien**)	102 - 69	75 - 44	59 - 26	41 - 22	29 — 7	3 0 — 9
,						
Oesterreich	130 - 41	71 - 50	64 - 52	56 - 45	45 - 36	33 — 24

^{*)} Ohne Diphtheriemortalität.

^{**)} Jahr 1876 und 1877.

Im Jahre 1871, in welchem ein neues amtliches Mortalitätsschema entworfen wurde, glaubte man noch von Diphtherie oder wie man damals sagte, Croup und Diphtheritis, obschon die Krankheit keineswegs unbekannt war, da sie ja schon Decennien vorher als häutige und brandige Bräune wiederholt verheerend in weiterer Verbreitung aufgetreten war, absehen zu können. Erst die im achten Decennium aufgetretenen ausgedehnten Epidemien waren Ursache für die nachträgliche Aufnahme der Krankheit in das Mortalitätsschema. Kindbettfieber erscheint erst vom Jahre 1895 angefangen, trotzdem schon vor dem Jahre 1871 Fachmänner die infectiöse Natur, beziehungsweise Ursache dieser pathologischen Processe erkannt und gelehrt hatten. Gleiches gilt von der Sammelgruppe der *anderen Infectionskrankheiten*, insbesondere auch von den *Wundinfectionskrankheiten*, welche vor dem Jahre 1895 gar nicht beachtet worden waren.

Es ergibt sich aus dieser Uebersicht, dass die höchste Mortalitätsziffer eines Jahres in mehreren Ländern von einer zur folgenden Zeitperiode gesunken ist, dass mithin die Ex- und Intensität der acuten Infectionskrankheiten allmählich abgenommen und nur ausnahmsweise einmal in einem späteren Jahre den höchsten Werth in einer früheren Periode überstiegen hat. Diese Thatsache, welche annehmen lässt. dass die sanitären Verhältnisse im Laufe der in Rede stehenden Zeit sich allmählich gebessert haben, und dass die Besserung sich gefestigt hat, ist von ungleich grösserer Bedeutung, als die verhältnismässig niedrigen Mortalitätsziffern einzelner dazwischenliegender Jahre, in denen die durch vorausgegangene Epidemien mehr oder weniger durchseuchte Bevölkerung für neue Ansteckungen weniger empfänglich war, die Zahl der Erkrankungen und mit dieser auch jene der Todesfälle sinken musste.

In der jüngsten Zeit hielten sich diese Mortalitätsziffern in den meisten Ländern auf niedriger Höhe und sind auch in dem östlichen Reichsgebiete in sehr erfreulichem Maasse gesunken. Den gewichtigsten Beweis für den erzielten sanitären Erfolg der sehr wesentlichen Eindämmung dieser Krankheiten liefert die Thatsache, dass die eingetretene Besserung nicht eine vorübergehende war, sondern thatsächlich seit längerer Zeit anhält. Das berechtigt auch zur Hoffnung, dass es den ferneren Bemühungen der Sanitätsverwaltung gelingen werde, in Zukunft auf gefestigteren Grundlagen weitere Erfolge zu erzielen und Menschenleben zu erhalten, denen ohne diese Fürsorge vorzeitig ein Ziel gesteckt worden wäre.

Aus dem Angeführten ist zu entnehmen, dass sowohl die absolute Zahl der Sterbefälle, welche auf acute Infectionskrankheiten zurückzuführen sind, gesunken, wie das Verhältnis derselben zur Zahl der Todesfälle und zur Einwohnerzahl ein sehr erheblich günstigeres geworden ist. Diese Thatsachen legen die Frage nahe, auf welche Umstände und Gründe dieselben zurückzuführen sind.

Es wurde bereits früher erwähnt, dass man in alterer Zeit allgemein der Anschauung war, besondere Vorkehrungen gegen eine Krankheit seien erst dann nothwendig, wenn dieselbe bereits mehrere Personen ergriffen habe. Diese Anschauung kommt auch in den Vorschriften und Anordnungen aus jener Zeit zum Ausdrucke. Das Hofkanzleidecret vom 3. November 1808, Z. 16135, verpflichtete die Aerzte welche in den k. k. Erbstaaten die Praxis ausüben wollen und keine Kreisärzte sind, das Entstehen einer Epidemie unter den Menschen bei schwerer Verantwortung an die Ortsobrigkeit und wenn diese in Erfüllung ihrer Pflicht saumselig wäre, an das Kreisamt anzuzeigen. Mit dieser Anzeige sollte nicht gezaudert werden, bis die Epidemie oder Seuche überhand genommen hat, sondern sobald in einem Orte (nach der verschiedenen Grösse desselben) vier, sechs, acht Personen mit der nämlichen Krankheit behaftet wurden, sollte die Anzeige erstattet werden. Diese bis in die neueste Zeit herauf maassgebende Vorschrift macht die

Diese bis in die neueste Zeit herauf maassgebende Vorschrift macht die Anzeigepflicht nicht von der Natur der Krankheit, sondern davon abhängig, dass nicht einzelne, sondern mehrere Fälle einer Krankheit, ganz abgesehen davon, ob dieselbe überhaupt eine ansteckende ist, aufgetreten sind. Dass diese mehreren

Fälle gleichzeitige sein müssen, ist nicht gesagt, aber als selbstverständlich vorauszusetzen. Welch geringes Gewicht auf die Natur der Krankheit gelegt wurde, geht auch daraus hervor, dass für die zu erstattende Anzeige die Grösse (Einwohnerzahl) des betreffenden Ortes im Vergleiche mit der Zahl der Erkrankungsfälle ausschlaggebend war, während es in sanitätspolizeilicher Hinsicht doch von ganz gleicher Wichtigkeit ist, wenn z. B. ein Cholera- oder Blatternfall in einer grossen Stadt oder in einer kleinen Landgemeinde auftritt.

Wenn nun aber bereits eine gewisse Anzahl gleichartiger Erkrankungsfälle vorgekommen sein musste, bis die Anzeigepflicht in Wirksamkeit trat, kann man wohl ermessen, dass bis zur Anordnung und Durchführung der nöthigen Maassnahmen wieder Zeit verstrich und die Vorkehrungen oft genug zu einem Zeitpunkte getroffen wurden, wenn bereits eine Epidemie bestand. Die rasche Ausbreitung mancher Blattern- und der meisten Choleraepidemien, von denen die einen wie die anderen zahllose Menschenleben dahinrafften, ist zum Theile auch auf diese älteren Anschauungen und auf die ungenügende Wirksamkeit der unter ihrem Einflusse zu Stande gekommenen Vorschriften zurückzuführen.

Abgesehen hievon konnte aber auch die damalige Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes nicht als eine für die Aufgaben desselben ausreichende angesehen werden. Die Zahl der staatlichen Sanitätsbeamten war fast durchgehends eine zu kleine; ihre Amtsbezirke waren zu ausgedehnt, als dass sie sich einer allenthalben intensiven Sanitätspflege widmen konnten. Der Schwerpunkt, auf welchem schliesslich der Erfolg beruht, die Sicherung einer rationellen Ausführung der Vorkehrungen in jedem einzelnen Falle, fehlte aber fast allenthalben. Nur in wenigen Gegenden bestand eine der heutigen Gemeinde-Sanitätsorganisation einigermaassen vergleichbare Institution. Wo aber sogenannte Gemeindeärzte angestellt waren, bestand deren Aufgabe nicht in medicinal- oder sanitätspolizeilicher Thätigkeit, sondern sie standen im Genusse bescheidener jährlicher Bezüge gegen die Verpflichtung, in einer bestimmten Gemeinde Aufenthalt zu nehmen und sich für Krankenbehandlung zur Verfügung zu stellen. Ausgedehnte Gegenden einzelner Länder entbehrten überhaupt vollständig der ärztlichen Hilfe in Erkrankungsfällen.

Ein weiterer, vielfach nicht genügend gewürdigter, jedoch gewichtiger Grund lag auch in den Aerzten selbst. Unter dem Einflusse der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vielfach eingebürgerten nihilistischen Anschauungen und Grundsätze auf dem Gebiete der Therapie vermochten die positiven Forderungen der Sanitätspolizei bei Vielen nicht Eingang zu finden, ja man gab sich gerade hinsichtlich der Epidemien einem gewissen Fatalismus hin. Selbst die zu Beginn des fünften Decenniums erlassenen strengen Vorschriften über Maassnahmen gegen Blattern geriethen mehr und mehr in Vergessenheit, ihre Durchführung wurde eine immer laxere, gegen manche gefährliche andere Infectionskrankheiten fand man besondere Vorkehrungen in der Regel überhaupt gar nicht nothwendig. In Zeiten der Cholera musste sich die ganze Aufmerksamkeit der Unterbringung und Pflege der Kranken, der Fürsorge für deren unbemittelte Angehörigen zuwenden und standen für die Prophylaxe, welche allerdings noch auf ganz unzuverlässigen Grundlagen beruhte. weder Zeit, noch Mittel oder Kräfte in einem dem Bedürfnisse auch nur einigermaassen entsprechendem Umfange zur Verfügung. Die Thätigkeit der Amtsärzte musste sich, soweit dieselbe nicht durch Krankenbehandlung in Anspruch genommen war, auf die Erstattung der periodischen Berichte und Verfassung der Tabellen über Krankenstand, Zuwachs und Abgang beschränken.

Unter solchen Verhältnissen darf man sich nicht wundern, dass gewisse Infectionskrankheiten geradezu endemische Calamitäten wurden, gegen welche man nur unter ausserordentlichen Umständen das Epidemieverfahren einleitete, dass andere dieser Krankheiten, insbesondere die acuten Exantheme in mehr oder weniger weit ausgedehnten Gebieten alle nicht schon früher durchseuchten Individuen ergriffen, dann wieder verschwanden, um nach einer unbestimmten Zahl von Jahren wiederzukehren und die nicht durch eine vorausgegangene gleiche Erkrankung gegen eine abermalige Infection immun gewordenen Individuen zu befallen und einen ansehnlichen Theil derselben dem Tode zuzuführen.

In der Zeit, in welche die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, welche auf Grund des Gesetzes vom 30. April 1870, R. G. Bl. Nr. 68, durchgeführt wurde, fiel, hatten diese seit langem vorbereiteten höchst misslichen sanitären Verhältnisse nahezu den Höhepunkt erreicht. Mit einer Blatternepidemie oder richtiger Pandemie, wie eine solche seit Decennien nie bestanden hatte, vereinigte sich im Jahre 1873 noch eine Choleraepidemie und stieg die Zahl der Opfer dieser beiden Krankheiten

in letzterem Jahre auf 171.715, was 22%, aller Todesfalle entsprach.

Die erst ins Amt getretenen Bezirksärzte fanden daher in vielen Gegenden aussergewöhnlich ungünstige Verhältnisse vor, während ihnen zur Beseitigung und Besserung derselben die nothwendigsten Hilfsmittel nicht zur Seite standen. Die Organisation des Gemeindesanitätsdienstes, welche im Wege der Landesgesetzgebung zu schaffen war, und welche die Regierung alsbald nach dem Inkraftreten des erwähnten Reichssanitätgesetzes iu Fluss zu bringen trachtete, wurde im Jahre 1874 zunächst nur in zwei Ländern (Istrien und Dalmatien) beschlossen, begegnete in den andern vorläufig noch verschiedenen Bedenken. Erst 10 Jahre später, im Jahre 1884 kam diese Angelegenheit in Kärnten, Mähren und in Tirol, im Jahre 1888 in Vorarlberg, Böhmen, in der Bukowina, in Krain und Niederösterreich, im Jahre 1891 in Galizien, 1892 in Steiermark, 1893 in Oberösterreich und 1896 in Schlesien zum Abschlusse, so dass gegenwärtig nur noch Salzburg und Görz-Gradisca diese Einrichtung entbehren.

Durch diese Organisation, welche die Gemeinde-, beziehungsweise Districtsärzte nicht mehr blos zur Behandlung von Kranken, sondern vornehmlich als Berather der Gemeinden in allen denselben in sanitätspolizeilicher Hinsicht obliegenden Angelegenheiten einführte, wurden erst die nothwendigsten Grundlagen geschaffen, auf denen eine wirksame und erfolgreiche Entfaltung der öffentlichen Gesundheitspflege möglich ist.

Nicht zu unterschätzen ist übrigens auch der Umstand, dass in Folge des im 9. Decennium eingetretenen sehr lebhaften Zuflusses zum medicinischen Universitätsstudium die Zahl der Aerzte recht bedeutend zugenommen hat und dass nach und nach Aerzte sich in Gegenden und Gemeinden niederliessen, in welchen früher ärztlicher Beistand bei Erkrankungen nicht oder nur sehr sehwer zu beschaffen war, und dass auch dort, wo Aerzte sich niedergelassen hatten, Viele jedoch den Arzt nicht zu Rathe zu ziehen pflegten, ärztlicher Rath immer häufiger gesucht und in Anspruch genommen wurde. In den meisten Fällen von ansteckenden Krankheiten gibt aber der behandelnde Arzt wenigstens der Umgebung des Kranken über das Verhalten, um weiteren Krankheitsübertragungen vorzubeugen, die entsprechenden Rathschläge und trifft auf diese Weise die unmittelbar nothwendigen ersten Vorkehrungen in der Familie oder nächsten Umgebung des Kranken.

Waren so die Grundbedingungen für eine wirksamere Hintanthaltung einer Verbreitung von Infectionskrankheiten nach und nach geschaffen worden, so hat anderseits auch die Thätigkeit der Sanitätsverwaltung bei und zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten eine andere, den modernen Anforderungen der Wissenschaft entprechende Richtung eingeschlagen. Den ersten Schritt bildete, dass man nicht mehr das Auftreten mehrerer gleichartiger Krankheitsfälle abwartet, sondern vielmehr bemüht ist, von jedem ersten Falle einer solchen Krankheit möglichst rasch Kenntnis zu erlangen, um dann sofort die nöthigen Vorkehrungen treffen zu können. Von dem Zeitpunkte an, wo die Erkenntnis die Nothwendigkeit von jedem derartigen Erkrankungsfalle zu erfahren, eine allgemeinere wurde, datiren auch die Fortschritte und Erfolge der sogenannten Epidemietilgung. Es kann jedoch nicht

geleugnet werden, dass es geraumer Zeit bedurfte, bis diese Erkenntnis sich Bahn gebrochen hat.

An die Anzeige schliesst sich die amtsärztliche Constatirung der Natur der Krankheit, worauf die je nach der Sachlage geboten erscheinenden Vorkehrungen getroffen werden. Unter diesen nehmen die Isolirung des Kranken und die Unschädlichmachung der an diesem und seiner Umgebung haftenden Krankheitskeime, die Desinfection, die wichtigste Stelle ein.

Es ist kein Zweifel, dass, wenn diese Maassnahmen in jedem Falle rechtzeitig und in entsprechendem Umfange in Wirksamkeit gesetzt werden könnten, das Verbreitungsgebiet, die Zahl der Erkrankungs- und Todesfälle, noch weit mehr eingeschränkt würden, als es bis heute der Fall ist. Indess sind, wie ein Vergleich der Tabelle auf Seite 90, mit jenen, welche im folgenden die jährlichen Sterbefälle an einzelnen Infectionskrankheiten nachweisen, endlich ein Blick auf die in den beigeschlossenen Tafeln erhaltenen Diagramme lehren, die Erfolge, welche bisher mit den immerhin noch nicht überall mit der nöthigen Exactheit durchgeführten Vorkehrungen erzielt wurden, recht erfreuliche und zur Hoffnung auf weitere noch reichere Erfolge berechtigend.

Allerdings beginnt die Reihe der Jahre, für welche ziffermässige Nachweisungen über die Sterbefälle an Infectionskrankheiten vorliegen, mit einer Zeit, in welcher ganz ausnahmsweise ungünstige Verhältnisse bestanden, und erscheint der Abfall der Mortalitätscurve nach dieser Zeit als eine natürliche Folge des bereits angeführten Umstandes, dass in den folgenden Jahren der Infection fähige Individuen in geringerer Zahl vorhanden waren und deshalb auch die Mortalitätsziffer nicht mehr zur früheren Höhe ansteigen konnte. Diese Einwendung hat ihre volle Berechtigung, es darf aber nicht übersehen werden, dass schwere Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit in den folgenden Jahren nicht fehlten, dass dieselben aber nie wieder jene hohe Mortalität berbeizuführen vermochten, welche sie seinerzeit, als die Vorkehrungen unzulänglich waren, verursacht hatten. Wie an mehrfachen früheren Stellen hervorgehoben wurde, kommt der Fortschritt nicht so sehr in der mehr oder weniger niedrigen Mortalitätstiffer, als vielmehr in dem anhaltend niedrigen Stande derselben zum Ausdrucke.

Die dem ersten Theile der Arbeit beigegebenen Tafeln weisen für die Jahre, in denen seinerzeit abnorm hohe Sterblichkeit bestanden hatte, ein oft ganz plötzliches burch Epidemien verursachtes Ansteigen derselben auf. In neuester Zeit ist Gleiches sicht mehr zu beobachten und selbst die Cholera, welche früher ganz besonders zu soher Sterblichkeit geführt hatte, vermochte, als sie im 10. Decennium in einigen erwaltungsgebieten auftrat, auch in diesen die allgemeine Mortalitätsziffer nicht nehr in annähernd ähnlich hohem Grade zu beeinflussen, wie in früheren Zeiten.

Ein besonderes Augenmerk richtete die Sanitätsverwaltung in neuester Zeit af die Verhütung des Entstehens jener Infectionskrankheiten, welche nicht blos urch Verkehr oder Berührung mit Individuen, die mit solchen behaftet sind, überagen werden, sondern deren Keime auch ausserhalb des Menschen sich entwickeln ag gedeihen und auf verschiedenen Wegen die Infection bewirken. Die in manchen egenden, zumal in den grössten und grossen Städten in Angriff genommenen, theils irchgeführten, theils in Ausführung begriffenen Assanirungswerke haben bereits her reiche Früchte getragen und gewisse endemisch gewesene Krankheiten mehr der weniger vollständig zum Verschwinden gebracht, anderseits aber auch für dere Gemeinden anregend gewirkt, welche dem Beispiele folgten. Es wird sich im olgenden bei Besprechung der Mortalität an den einzelnen Infectionskrankheiten elegenheit bieten, auf den Einfluss dieser Assanirungsarbeiten und Fortschritte hinweisen.

So bedeutungsvoll die Wandlungen sind, welche unter dem Einflusse der Ergenschaften wissenschaftlich-exacter Forschungen, die Anschauungen und die Vorariften über die Vorkehrungen durchgemacht haben, darf doch nicht verschwiegen

werden, dass auf diesem Gebiete noch sehr Vieles erst zu leisten ist. Man kann aber bereits daraus, dass schon die Anfänge und ersten Arbeiten zur Verbesserung der allgemeinen hygienischen und sanitären Verhältnisse von so grossem Erfolge waren, schliessen, dass eine allseitig gleichmässige auf diese Vorkehrungen hinzielende Thätigkeit noch weit grössere und allgemein durchgreifende Erfolge herbeiführen müsste.

Leider wird den Amtsärzten, welche sich bemühen, Gemeinden oder Parteien zur Inangriffnahme hygienischer Verbesserungen zu bestimmen, oft entgegenzuhalten, dass hiedurch grosse Auslagen erwachsen, die Mittel hiefür aber fehlen. In der grossen Mehrzahl der Fälle handelt es sich zunächst seltener um grosse, kostspielige Auslagen, als vielmehr um Abstellung eingewurzelter Uebelstände und sanitätswidriger Gewohnheiten. Manche bestehende Wasserversorgungsanlage könnte ihre bedenklichen oder gesundheitsgefährlichen Eigenschaften verlieren, wenn nur jene Eigenthümer, deren unvernünftiges und gewissenloses Gebahren mit organischen Abfallstoffen die Verunreinigung des Wassers verschuldet, verhalten würden, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, dass die Abfälle ihrer Wirtschaft nicht mehr in das Wasser gelangen. Aehnliches gilt von den Maassnahmen zur Reinhaltung des Bodens und anderen Uebelständen, deren Abstellung allein oft genügte, gesundheitsschädliche Verhältnisse zu beseitigen.

Blattern.

(Tafel 12 und 13.)

Ueber die durch Blattern verursachten Todesfälle liegen Nachweisungen seit dem Jahre 1819 vor, für die Jahre 1819—1827 allerdings nur summarische, für die Folge aber für jedes Jahr, und zwar in den auf die einzelnen Verwaltungsgebiete entfallenden Ziffern. Wie in den früheren Tabellen, welche die Zahlen der Geburten und Sterbefälle enthielten, sind auch die Sterbefälle an Blattern bis inclusive 1848 für Oberösterreich und Salzburg, für Kärnten und Krain, für Mähren und Schlesien und für Galizien und Bukowina, ferner bis 1870 für die drei Theile des Küstenlands sowie für Tirol und Vorarlberg summarische.

Die Tabelle auf Seite 102 und 103 enthält die aus der amtlichen Statistik (für 1899 und 1900 den amtsärztlichen Vormerkungen) entnommenen Zahlen der Sterbefälle in Folge dieser Krankheit. Die amtliche Statistik verzeichnete diese Sterbefälle bis zum Jahre 1872 (für Dalmatien bis zum Jahre 1875) in dem der Volksbewegung gewidmeten Abschnitte*), von 1873 (Dalmatien von 1876) angefangen in der Statistik des Sanitätswesens, seit 1895 aber wieder in der Publication über Bewegung der Be-

völkerung.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, bewegte sich die Gesammtzahl der im Reichsgebiete verzeichneten Blatterntodesfälle bis zum Jahre 1870, abwechselnd steigend und abnehmend zwischen 1376 im Jahre 1846 und 9341 im Jahre 1867. Ob die aus der früheren Zeit erhaltenen Angaben vollständig verlässlich sind, kann man heute nicht mehr entscheiden. Bei näherer Erwägung aller für eine Beurtheilung in dieser Richtung in Betracht zu ziehenden Umstände ergeben sich jedenfalls Zweifel an der vollständigen Richtigkeit und Verlässlichkeit. Wo eine ärztliche Behandlung der Kranken, die Beschau der Leichen durch Aerzte nicht stattfand, die von einem nicht fachkundigen Beschauorgane angegebene Todesursache von dem Matrikenführer in das Sterbebuch eingetragen und aus diesem in die periodisch zu erstattenden Ausweise

^{*)} Im Abschnitte »Bewegung der Bevölkerung« weisen die Tabellen über die »Todesarten der Verstorbenen« für die Jahre 1873—1878 auch noch die Blatternsterbefälle nach. Für die vorliegende Arbeit wurden jedoch vom Jahre 1873 angefangen die Daten der Statistik des Sanitätswesens benützt. Nur für Dalmatien mussten die Zahlen der ersteren Publication entnommen werden, weil dieses Land erst seit dem Jahrgange 1876 in der Statistik des Sanitätswesens erscheint.



tibernommen wurde, mögen Ungenauigkeiten und Irrthümer in grosser Zahl unterlaufen sein. Jedenfalls sind diese Nachweisungen, wie dies auch hinsichtlich anderer Todesursachen der Fall ist, in späterer Zeit ungleich richtigere geworden. Immerhin geben die in der Tabelle verzeichneten Zahlen Anhaltspunkte, ob in einem bestimmten Jahre und Verwaltungsgebiete die Krankheit eine grössere oder kleinere Zahl von Opfern forderte.

Weniger dürfte ins Gewicht fallen, dass auch Todesfälle nach Varicellaerkrankungen jenen in Folge von Variola zugerechnet wurden. In einigen Verwaltungsgebieten wurde in den Berichten ausdrücklich bemerkt, dass die Todesfälle an Variola und Varicella nicht auseinandergehalten sind. Erst seit dem Jahre 1895 werden letztere in der Sammelrubrik »andere Infectionskrankheiten» ausgewiesen. Wenn man aber bedenkt, dass Varicellatodesfälle nur höchst selten und wenn einmal, regelmässig in Folge complicirender pathologischer Processe eintreten, anderseits aber leichte Formen von Blattern wie Variolois und Variola modificata namentlich in der Zeit, als man annahm, dass das Contagium beider Krankheiten dasselbe ist, als Varicella angesprochen wurden, dann wird man den hiedurch herbeigeführten Fehler kaum als nennenswerth, jedenfalls nicht für so bedeutend ansehen, dass durch denselben die statistischen Verhältniswerthe in nennenswerther Weise beeinflusst würden.

In der 2. Hälfte des 6. Decenniums machte sich eine steigende Tendenz der Zahl der Blatternsterbefälle in Oesterreich deutlich bemerkbar, wenn auch in einigen wenigen Jahren vorübergehend diese Zahl gesunken war. Ganz unvermittelt und plötzlich stieg aber die Zahl dieser Todesfälle im Beginne des achten Decenniums. Hieran waren fast alle Länder betheiligt, im Norden, Osten und in der Mitte des Reiches, im Küstenlande vernichtete die Krankheit Tausende von Menschenleben. Im Jahre 1873 erreichte sie ihren Höhepunkt.

Die für die folgenden Jahre nachgewiesenen Zahlen lassen ermessen, welche Schwierigkeiten der erfolgreichen Bekämpfung der Krankheit entgegenstanden. Nach vorübergehend eingetretener Abnahme der Zahl dieser Todesfälle stieg dieselbe wieder und erst im letzten Decennium gelang es, ihrer Verbreitung fast überall ein Ziel zu setzen.

Allerdings waren diese Schwierigkeiten nicht in allen Theilen des Reichgebietes von gleicher Mächtigkeit. Die kleinsten Länder konnten schon im neunten Decennium einzelne vollkommen blatternfreie Jahre verzeichnen, in den westlichen und südlichen sank die Zahl der Sterbefälle, wenn auch dazwischen einmal eine Blatternepidemie vorübergehend bestanden hatte, von Jahr zu Jahr und ging auch in den nördlichen Ländern im letzten Decennium in rascher Folge zurück. Nur in Galizien und zum Theile in der Bukowina vollzog sich die Wendung zum Besseren langsamer, doch sind die Erfolge, wenn man die Jahre der früheren zwei Decennien in Vergleich zieht, recht bedeutende.

Sieht man von Galizien und der Bukovina ab, so erscheinen die Blattern in den anderen Ländern Oesterreichs nahezu getilgt, grössere Epidemien kommen überhaupt nicht mehr vor. Wie gross der Einfluss der Blatternsterbefälle in den beiden genannten Ländern auf die für das Reichsgebiet ausgewiesene Zahl derselben in der jüngsten Zeit noch war, zeigen die folgenden Ziffern. Von der Gesammtzahl der Blatterntodesfälle

im	Jahre	1891	von	6838	entfielen	3587	oder	$52^{0}/_{0}$
>	>	1892	>	6087	>	2209	>	360/0
» ·	>	1893	>	5821	>	1587	*	27%
>	>	1894	•	2512	>	467	•	$18^{0}/_{0}$
>	•	1895	>	1164	•	110	>	$9^{0}/_{0}$
•	>	1896	>	897	>	77	>	$9^{0}/_{0}$
*	>	1897	>	1450	>	49	>	3%
>	•	1898	*	2521	D	17	>	$0.7^{\circ}/_{0}$

Summe	38164 4414 2284 1718	4230 9239 6324 6324 3811 3416 2100 2948 2309 2309 2309	4908 4212 3389 2839 1926 1376 3029 4073 4401 2607	1967 2117 4115 5194 8006 2691 2208
neitsmlsd	99 5 6	211 117 14 85 85 13 13	20 20 20 112 20 406 406	828 828 866 866 866 866 866 866 866 866
Baiwozia	15 30 19 76	73 12 006 006 33 37 119 07	49 05 92 32 32 57 68 82 82 76	39 168 1055 1165 39 116
neizil a Đ	15315 3030 819 676	2073 4712 2206 1435 776 962 2337 1719 1719	15 15 16 16 16 14 14 14 14 14 16	784 1113 2742 3278 4256 1156 946
Schlesien	51 28 24 13	865°0 \$65°2°2°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°3°	29 29 25 25 25 26 47 47	28 2 2 2 2 2 4 1 1 4 1 4 1 4 1 4 1 4 1 4 1
nerd#M	2551 458 324 143	17 82 167 167 196 196 196 24 20 20 36 36	148 148 198	332 332 332 332 622 622
Віртеп	5567 520 613 342	280 280 281 281 104 128 699	693 3339 150 62 62 11 983 383 468	508 343 297 247 321 157 170
Уогат] рет	45 29 6	666 097 698 698 698	131 25 36 36 27 11 11 65 74 74 120 219	8.00 9.00 9.00 9.00 9.00 9.00 9.00 9.00
loriT		6.60 11 6	L 140	
neirteI				
sosibar-Grzöð	147 40 16 6	29 65 62 35 35 35 13 8	67 837 937 938 94 94 94 94 94	28 28 29 74 73 73 89
120iT				
nistA	350 43 1	212 754 325 86 86 167 72 255 77	556 366 (104 185 135 119 51 63	293 297 297 249 249
Kärnten	13	8228 1 3	125	6 12 28 8 8 9 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10
Steiermark	5381 25 12 12	138 1330 809 177 153 115 20 139 541	1032 281 64 64 1194 1166 355 102	452 16 16 650 850 850 862 862
Salzburg	- 4.0.4	စ်သြ∞်ထားမ်သားသမ ေျမာစ္တိ	31.55 31.53 31.33 31.33 31.33 31.33 31.33	1 4451
doistretecreich	385 4 14	22 178 686 628 628 8 8 8 9 1	268 495 461 157 123 23 239 73	35 10 136 302 132 30 50 50
-rederV Gaterreich	3858 287 521 367	934 934 913 929 950 140 97 173 685	572 425 419 353 84 42 95 218 605 605	186 971 371 298 250 250 324
1	-1827			
Jahr	1819— 1828 1829 1830	1831 1832 1833 1834 1835 1835 1836 1837 1838 1839	1841 1842 1843 1844 1845 1846 1847 1848 1848 1849	1851 1852 1853 1854 1855 1855 1856

:				
4692 5201	4325 5718 6521 7088 4542 7256 9341 6665 7112	8074 39368 65274 36442 12151 8564 11706 13313 14232	18019 21154 13310 11521 13212 8794 9591 14138 12358	6-38 6087 5821 2512 1164 897 1450 2521 1820 297
14	174 149 1062 400 400 82 82 56 5	162 136 425 266 162 1203 2046 914 140	26 160 28 28 119 718 174 46	22.4 6.22
658 580	226 124 387 150 386 535 152 345	633 477 477 516 2398 1596 576 321 154 154	671 681 220 220 68 68 56 796 796 125	208 24 202 202 206 206 206 167
2469 3415	2109 2281 3104 3236 2359 3498 4010 3369 3913	3548 11641 26132 18986 4170 1464 1429 1525 2827	5614 9719 6939 3623 3930 2915 4076 5001 3842 1816	3043 3800 4210 2045 1025 618 1195 2039 1644 287
25	139 118 118 49 19 27 283 483 10	189 3042 1338 252 72 72 528 558 657 657 617	220 220 220 302 308 4112 220 220 220 220	60 168 834 158 88 8 4
228	518 410 162 185 503 503 1117 551 566	772 4280 9648 1354 493 276 1097 2139 1589	2668 2019 792 853 675 675 942 1333 1098	200 200 100 100 100 100 100 100 100 100
411	463 261 268 502 451 1119 885 593 745	926 8213 15264 2125 526 908 3797 5016 4751	3890 2940 2425 4185 4162 3357 2381 4344 3659 2078	2146 1642 775 172 132 13 11 8
. 	04446811110	81 481 7 7 1 2 3 1 181	18. 8. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.	111111111
4.	8644 9449 1017 1017 1017	88 822 867 1135 141 49 89 89	32 165 191 191 114 18 18 18 18	1
		251 253 253 82 82 82 17 17 17 17	26 24 29 48 24 23 121 91 111	26.2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2
38	53 107 106 118 50 50 53 120 120 76	22 112 156 107 28 36 4 4 10 10	25 446 37 83 6 82 82 16 16	1887
		923 923 53 77 11 151 130	24 378 252 252 1 282 241 37	205 205 57 11 11
12	23 270 171 10 10 119 282 282 55	58 187 993 2467 203 31 25 50 50	441 742 557 247 49 10 160 1722 65	33 84 117 5 93 33
1 22	146 453 135 17 101 53 66 66	65 90 620 947 191 185 165 155 601	85 1445 341 192 220 82 139 122 197 23	21
17	201 425 414 285 180 76 298 258 207 146	190 806 1745 2612 943 221 134 146 287 714	970 757 471 471 118 61 113 178 292 182	08 24 2 1
33	00 80 9 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7	150 289 48 48 11 11 15 15 15	8 10 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	£2 44
66	22 89 127 148 174 101	187 929 1460 548 231 82 184 408 258 167	227 616 1114 128 64 64 820 220 339 84	
23.1	859 673 874 260 624 624 633 733	1024 7580 5990 3176 2265 2944 1780 1803 1518	2708 2411 437 377 2914 1270 362 371 176	710 44 44 66 66 67 7
1860	1862 1862 1863 1864 1865 1865 1866 1867 1868 1869	1872 1787 1873 1873 1873 1873 1873 1873 1873	2	1892 1892 1893 1893 1895 1895 1898 1898 1898 1900
			Diei	Google

Digitized by Google

im Jahre 1899 von 1820 entfielen 9 oder $0.5^{\circ}/_{0}$ 1900 297 $0.7^{\circ}/_{\circ}$

auf das Ländergebiet ausserhalb Galizien und Bukowina.

Da die Krankheit, wie aus der Tabelle auf Seite 102 und 103, hervorgeht, nur ganz ausnahmsweise in vereinzelten Jahren das eine oder das andere kleine Land oder Verwaltungsgebiet verschonte, überall im Reiche, da mit grösserer, dort in geringerer In- oder Extensität herrschte, war im eigenen Lande genug Gelegenheit zu Krankheitsverschleppungen und erfolgten diese umso leichter und so schneller, je weniger einerseits dagegen Vorkehrungen getroffen wurden, anderseits je weiter sich der Verkehr ausbildete und ein leichterer, zugleich lebhafterer wurde.

Die Krankheit herrschte früher fast regelmässig bald in dieser, bald in jener Gegend des Reiches in weiterer Verbreitung über mehrere Verwaltungsgebiete, ging in einzelnen zurück, breitete sich aber nach Nachbargebieten aus, auf diese Weise gewissermaassen im Kreise fortschreitend und nach einer kürzeren oder längeren Pause wieder in früher ergriffene Gegenden zurückkehrend. So kam es, dass man sich allmählich an deren zeitweise Anwesenheit in gewissem Sinne gewöhnte und den dagegen zu treffenden Vorkehrungen wenig Aufmerksamkeit schenkte, und dass die seit mehr als einem De cennium auf die Tilgung der Krankheit gerichteten Bestrebungen der Sanitätsver

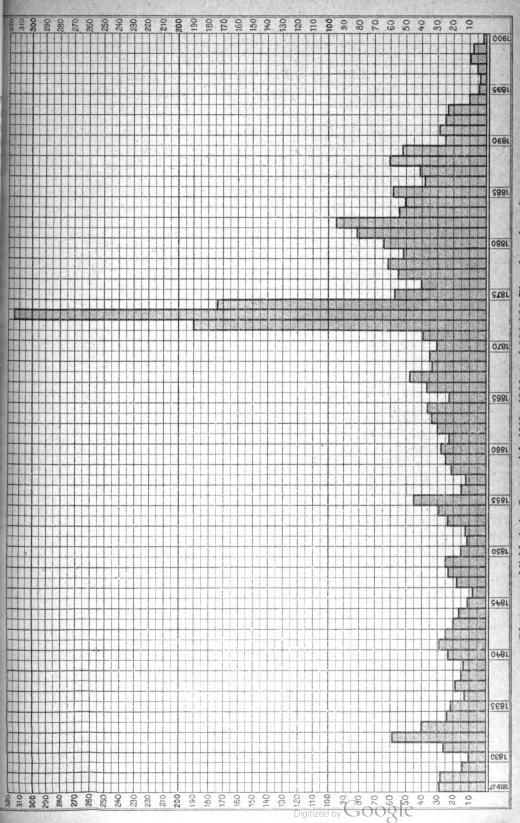
waltung nur schrittweise die gewünschten Erfolge erzielen konnten.

Zu dieser im Inlande selbst beständig vorhandenen Gefahr einer weiteren Verbreitung der Krankheit gesellte sich auch noch die wiederholte Einschleppung der selben aus fremden Ländern. Die Küstenländer waren dieser Gefahr durch den Seeverkehr mit dem Orient in hohem Grade ausgesetzt und wurde die Stadt Triest wiederholt auf diesem Wege verseucht. In Galizien und in der Bukowina aufgetretene Blatternepidemien bildeten oft die Fortsetzung solcher Epidemien, die im benachbarten Russland oder Rumänien bestanden hatten. Viele Blatternepidemien waren auf Einschleppungen aus Italien zurückzuführen, welche besonders durch zugereiste Arbeiter vermittelt wurden. Die grosse Regelmässigkeit der Wiederkehr dieser Entstehungsursache kommt in dem Ausspruche eines im Dienste ergrauten Ingenieurs zum Ausdrucke, dass mit jedem grösseren Eisenbahnbaue stets auch Blatternepidemien verbunden seien. So wurden Tirol und Vorarlberg während des Baues der Brennerund der Arlbergbahn, Kärnten, Steiermark während des Baues der Kronprinz Rudolfbahn von Blatternepidemien, die aus den Bezirken, welche von der künftigen Bahnlinie durchzogen wurden, ausgingen und sich nach den angrenzenden Bezirker fortsetzten, heimgesucht.

In Dalmatien fanden Blatternepidemien aus der Türkei, aus Bosnien und der Hercegovina, aus Kroatien, in Istrien, in Krain und in Steiermark aus Kroatien Eingang. Auch aus weiter Ferne zurückgekehrte Personen brachten nicht selten mit ihren Kleidern oder mit sich selbst das Blatterncontagium in bis dahin blatternfreie Gegenden und gaben wiederholt Anlass zu bösartigen localen und selbst weiter verbreiteten Epidemien.

Zu keiner Zeit hatte aber die Blatterneinschleppung aus dem Auslande eine 🗈 ausgedehnte Epidemie veranlasst, wie in den ersten Jahren des achten Decenniums in welchen sich eine Blatternpandemie im wahren Sinne des Wortes ausbildete und nach und nach über das ganze Reichsgebiet verbreitete. Dieselbe stellte sich als eize Fortsetzung der während des deutsch-französischen Krieges aufgetretenen Epidenm heraus. Schon im Jahre 1871 stieg die Zahl der Blatternsterbefälle in Niederösterreich Böhmen, Mähren und Schlesien auf das Doppelte ihrer Höhe im vorausgegangenet Jahre, ihren Höhepunkt erreichten sie in Niederösterreich, Salzburg und Schlesien im Jahre 1872, in anderen Ländern im Jahre 1873. in Steiermark, Kärnten, Krain und in der Bukowina im Jahre 1874, in Tirol 1875, in Dalmatien aber erst im Jahre 1877. Die Verfolgung des Fortschreitens und des Ganges dieser Epidemie nach poli-

Digitized by GOOGLE



Blatternsterblichkeit in Oesterreich 1819-1900 (auf 100.000 Einwohner berechnet)

tischen Bezirken ist schon aus dem Grunde lehrreich, weil sich damals deutlich herausstellte, dass sie ihren Weg langsam zurücklegte, eine Beobachtung, die auch wiederholt bei anderen Epidemien gemacht wurde, und dass man demnach durch rechtzeitig eingeleitete zweckmässige Maassnahmen ihren Lauf zu hemmen, Zeit hat.

Die in den letzten Jahren ausserhalb Galizien und der Bukowina vorgekommenen Blatternsterbefälle waren fast ausschliesslich auf Einschleppungen aus dem Auslande und durch diese veranlasste Haus- oder Localepidemien zurückzuführen, welche rasch

getilgt wurden.

Ueber die relative Häufigkeit der Blatternsterbefälle in Oesterreich, über das Verhältnis derselben zur Einwohnerzahl gibt das vorstehende Diagramm ein anschauliches Bild. In demselben tritt die Blatternepidemie, welche im Jahre 1871 Eingang gefunden hatte, besonders auffällig hervor. In keinem der vorausgegangenen Jahre, für welche Angaben vorliegen, haben die Blattern auch nur im entferntesten eine so annähernd grosse Intensität erreicht, wie in den ersten Jahren des achten Decenniums. In den Jahren 1832, 1841, 1849, 1855, 1864 und 1867 war die Sterblichkeit in Folge von Blattern eine mehr oder weniger höhere als in den zwischenliegenden Jahren, aber selbst im erstgenannten Jahre, welches eine zu jener Zeit ungewöhnlich hohe Mortalitäsziffer aufwies, war diese um das fünffache niedriger als im Jahre 1873.

Der Verlauf der Mortalitätscurve zeigt deutlich einen Wechsel zwischen Wellenbergen und Thälern. Der zeitliche Abstand der ersteren wurde aber in der Folge immer kürzer. Zwischen dem höchsten Stand der Mortalitätsziffer in den Jahren 1832 und 1841 liegen 8 Jahre, zwischen jenem in den Jahren 1841 und 1849 liegen 7 Jahre, zwischen 1849 und 1855 5, zwischen 1855 und 1860 4, zwischen 1860 und 1864 3 und zwischen 1864 und 1867 2 Jahre. Die Blattern haben daher in immer rascherer Folge und innerhalb stetig kürzer gewordener Zwischenzeit ihren jeweils höchsten Stand erreicht.

Auf die von 1872—1875 bestandene sehr ausgebreitete Epidemie folgte ein rascher Abfall der Mortalitätscurve, doch hielt sie sich immer noch in einer Höhe, welche sie vor 1871 nur in drei Jahren erreicht hatte. Im Jahre 1878 begann sie wieder zu steigen, langte 1882 auf dem Höhepunkte an und datirt erst von dieser Zeit die allerdings mehrmals nach zweijährigen Pausen durch ein vorübergehendes Ansteigen in drei Jahren unterbrochene Abnahme der Mortalität. Die bereits oben (Seite 101) erwähnte, seit dem Jahre 1891 ausserhalb Galizien und Bukowina dauernd anhaltende Verminderung der Blatternhäufigkeit kommt auch in dem Diagramme zum Ausdrucke, da die in den beiden genannten Ländern in den Jahren 1897—1899 bestandenen Epidemien die Curve für das Reichsgebiet nicht wesentlich zu erhöhen vermochten.

Ueber die in den einzelnen Jahren in den verschiedenen Verwaltungsgebieten, beziehungsweise Ländern bestandene Blatternsterblichkeit geben die Kärtchen auf Tafel 12 und 13 näheren Aufschluss. Diese Tafeln ermöglichen auch einen Ueberblick über die jeweils gleichzeitig in den verschiedenen Gegenden des Reichsgebietes bestandene grössere oder geringere Verbreitung beziehungsweise Intensität der Krankheit. Für die einzelnen Länder ergibt sich Folgendes:

Niederösterreich. In den Jahren 1828—1871 erreichte die Mortalitätsziffer niemals den Werth von 100, überschritt jenen von 50 nur in fünf Jahren (1832, 1833, 1835, 1862 und 1871), stieg aber 1872 auf 373, sank erst 1877 unter 100, ohne den Werth von 50 zu erreichen. In den Jahren 1881, 1882 und 1885 bestanden abermals grössere Epidemien und erst seit 1887 datirt die nur 1891 von einem unbedeutenden Anschwellen unterbrochene Abnahme dieser Todesfallshäufigkeit.

Oberösterreich und Salzburg, welche bis zum Jahre 1848 in einem Verwaltungsgebiete vereinigt waren, wurden 1833 und 1834 schwer, 1842 und 1843 in etwas geringerem Maasse von Blattern heimgesucht. In Oberösterreich bestand in

den Jahren 1872—1874 eine ausgedehnte, in ihrer Intensität aber an jene in Niederösterreich bei weitem nicht heranreichende Epidemie. In der Folge weist nur das
Jahr 1882 eine 80 übersteigende Mortalitätsziffer auf. Das Land Salzburg hatte
gleichfalls in den genannten drei Jahren, ausserdem auch 1871, 1878 und 1882 eine
grosse, 90 beziehungsweise 100 pro 100.000 Einwohner übersteigende Blatternsterblichkeit zu verzeichnen. Seit 1849 war das Land während 13 Jahren frei von
Blattern.

Steiermark. Vor dem Jahre 1872 überstieg die Mortalitätsziffer nur 1832, 1841 den Werth von 100, 1833, 1840, 1856 jenen von 50, ohne 100 zu erreichen. Im Jahre 1872 fand die Krankheit abermals Eingang, verursachte 1872 und 1875 70—90, 1873 mehr als 100 und 1874 über 200 Todesfälle unter 100.000 Einwohnern. Eine grössere Ausbreitung fand sie in der Folge nur in den Jahren 1880—1882.

Das gemeinsame Verwaltungsgebiet Kärnten und Krain wies nur im Jahre 1832 eine 100 und 1841 eine 60 eben übersteigende Blatternmortalität auf. Von 1849—1872 erlangte die Krankheit in Kärnten nur zweimal, 1855 und 1863 eine sehr grosse Intensität (Mortalität 147 beziehungsweise 133), verursachte aber seit 1873—1889 eine verhältnismässig grosse Zahl von Todesfällen, in 4 Jahren 40—50, in 3 Jahren 50—60, in 1 Jahre 60—70, beziehungsweise 90—100, in 3 Jahren 100—200 und 1874 nahezu 300 Todesfälle auf 100.000 Einwohner. Nur in vier Jahren blieb diese Mortalitätsziffer unter 40. Krain war bis vor nicht langer Zeit dauernd von Blattern schwer heimgesucht. Im Zeitraum von 1849—1872 hatte die Mortalitätsziffer in je 2 Jahren sich innerhalb 40—50, 50—60 und 60—70 gehalten, war 1873 auf 214 und 1874 auf 519 gestiegen. Nach einer 6jährigen Pause mit relativ niedriger Sterblichkeit erhob sich dieselbe 1881 auf 92, im folgenden Jahre auf 155, 1888 und 1889 sogar auf 219, beziehungsweise 347. Erst im Jahre 1894 gelang es, das Land von der schweren Heimsuchung nahezu, und 1897, ganz zu befreien. Die nahezu höchste bisher in einem österreichischen Kronlande beobachtete Blatternsterblichkeit (5·20/00 der Bevölkerung) hatte Krain im Jahre 1874.

achtete Blatternsterblichkeit (5·2°/00 der Bevölkerung) hatte Krain im Jahre 1874.

Küstenland. So lange für die drei Länder dieses Verwaltungsgebietes nur gemeinsame Nachweisungen vorliegen, ergibt sich eine sehr niedrige Blatternsterblichkeit, welche nur im Jahre 1835 den Werth von 65 und 1870 jenen von 32 erreichte. In der Stadt Triest machte sich die Blatternepidemie im Jahre 1872 und 1873 stärker bemerkbar. Mit dem Jahre 1877 begann eine bis 1888 dauernde Periode, während welcher diese Sterblichkeit in 2 Jahren (1884 und 1887) den Werth von 200 überschritt, 1878, 1885, 1888 sich zwischen 100 und 200, 1880 zwischen 90 und 100, 1877 zwischen 60 und 70 hielt. Im Jahre 1893 trat wieder eine grössere Epidemie auf, welche erst im folgenden Jahre allmählich erlosch. Görz und Gradisca wurde von der Blatternepidemie im Beginne des 8. Decenniums in verhältnismässig milderem Grade betroffen, die Mortalität ging im Jahre 1873 über 76 und 1874 über 52 nicht hinauf. Auch in den folgenden Jahren erlangte die Krankheit niemals jenen Einfluss auf die Sterblichkeit wie in vielen anderen Ländern.

In Istrien hingegen stieg die Blatternsterblichkeit bereits 1872 auf 184, ging bis 1875 auf 98, 93 und 32 zurück, stieg 1885 wieder plötzlich auf 87. Im Grossen und Ganzen hat die Krankheit auch in diesem Lande keine hervorragend bösartige Rolle gespielt.

Tirol und Vorarlberg. Dieses Verwaltungsgebiet wurde im Jahre 1831 von Blattern schwer heimgesucht (Mortalität 119) und bestand die Epidemie 1832 in geringerem, 1833 wieder in höherem Grade fort. In der Folge traten im Jahre 1849 und 1858 Blattern mit 55 beziehungsweise 58, 1866 und 1867 mit 82 beziehungsweise 89 Mortalität pro 100.000 Einwohner auf. Die grosse Epidemie fand in Tirol 1874 weitere Verbreitung, bestand noch 1875 (Mortalität 112 beziehungs-

weise 146). Im Jahre 1884 beschränkte sich die Epidemie auf einzelne Bezirke. Innerhalb der 30 Jahre 1871—1900, waren 4 ohne Blatternsterbefälle, in 5 Jahren hielt sich die Variolamortalität unter 1, in 10 Jahren zwischen 1 und 10, in 4 Jahren zwischen 10 und 20, in 2 Jahren zwischen 20 und 30 und überstieg nur in 5 Jahren 30 pro 100.000 Einwohner.

Noch günstiger gestalteten sich diese Verhältnisse in Vorarlberg. Bereits im Jahre 1872 waren die Blattern aus dem deutschen Reiche eingeschleppt worden und zog sich die Epidemie, welche 1873 ihren Höhepunkt erreicht hatte, bis 1874 fort. Während des Baues der Arlbergbahn war die Krankheit abermals, und zwar durch italienische Arbeiter in das Land gebracht worden, hielt während der Bauzen an und verbreitete sich 1885 über den grösseren Theil des kleinen Landes, führte zu einer Mortalität von 122. Im Zeitraum von 1871—1900 waren 5 Jahre ohne Blatterntodesfall, in 1 Jahre betrug die Mortalität weniger als 1, in 5 Jahren 1—10, in 2 Jahren 10—20 und nur in 7 Jahren mehr als 20 auf 100.000 Lebende.

Böhmen weist bis zum Jahre 1871 eine sehr niedrige Blatternsterblichkeit auf was umso bemerkenswerther erscheint, weil das Verwaltungsgebiet territoriell sehr ausgedehnt ist und bei dem ausgebildeten Verkehre die Möglichkeit einer Blatterneinschleppung und Verbreitung in irgend einem Theile des Landes näher liegt. Während der Jahre 1829—1871 überstieg die Blatternsterblichkeit nur 1832 und 1866 eben noch den Werth von 20, blieb in einem Jahre unter 1, in 29 Jahren zwischen 1 und 10 und in 12 Jahren zwischen 10 und 20. Die grosse Blatternepidemie bestand in den Jahren 1872 und 1873 (Mortalität 157, beziehungsweise 299), ging 1874 wesentlich zurück und führte im folgenden Jahre eine verhälmismässig geringe Zahl von Todesfällen herbei. Jedoch schon im Jahre 1876 stieg die Blatternsterblichkeit wieder und hielt sich während 13 Jahren über 40, sank erst im Jahre 1890 auf 36 pro 100.000 Einwohner. Seither ist dieselbe andauernd von Jahr zu Jahr gesunken und sind in den Jahren 1899 und 1900 Blatterntodesfälle überhaupt nicht mehr vorgekommen.

Mähren und Schlesien. Gleich wie in Böhmen hatten auch in diesem Verwaltungsgebiete die Blattern bis zum Jahre 1848 keine bedrohliche Verbreitung. die Mortalität in Folge derselben überstieg 20 nur 1828, 1834 und 1835. Auch nach Trennung des bis 1848 gemeinsamen Verwaltungsgebietes hielten die günstigen Verhältnisse anfangs noch an. In Mähren stieg die Blatternsterblichkeit zwar in den Jahren 1853—1855, ohne jedoch die Ziffer von 20 zu erreichen, sank dann und stieg wieder vorübergehend 1861 und 1862, von 1866 an aber hielt sie sich auf einer die frühere übertreffenden Höhe und bereitete sich bereits 1871 die in den beiden folgenden Jahren zu ihrem Culminationspunkte gelangte Epidemie vor. Unterbrechung von zwei Jahren blieb die Mortalität bis zum Jahre 1882 eine verhältnismässig hohe, verminderte sich aber dann, nach einem nur in den Jahren 1888-1890 vorübergehend höheren Stande nach und nach, bis endlich Blatternsterbefälle sich nicht mehr ereigneten. In Schlesien bestand in den Jahren 1855. 1862, 1863 eine mässig hohe, 1867 den Werth von 100 nahezu erreichende, im folgenden Jahre eine etwas verminderte Blatternmortalität. Wie in Mähren nahm die grosse Epidemie auch in Schlesien 1871 ihren Anfang, erreichte bereits im folgenden Jahre ihre grösste Höhe. Wenn auch die Sterblichkeit während der folgenden zwei Jahre allmählich sich verminderte, trat doch 1876 wieder eine Zunahme derselben ein. dauerte die hohe Mortalität bis 1889 (eine Ausnahme machten nur das Jahr 1884) an und datirt erst seit dieser Zeit die noch zweimal von einem Ansteigen unterbrochene Abnahme derselben.

Im Jahre 1872 hatte die Blatternsterblichkeit in Schlesien mit 5·8% der Bevölkerung den höchsten je in einem österreichischen Lande beobachteten Stand erreicht.

In Galizien und in der Bukowina hatten Blattern schon während jener Zeit, in welcher beide Länder zu einem gemeinsamen Verwaltungsgebiete vereinigt waren, in einer gegenüber den anderen Ländern grösseren Ausdehnung bestanden. Bis zum Jahre 1848 war die Mortalität nur in 4 Jahren unter 20, in 4 Jahren über 50, darunter in einem (1832) über 100 auf 100.000 Einwohner. Auf die gegen Ende des 5. Decenniums eingetretene ziemlich bedeutende Zunahme der Sterblichkeit folgten in Galizien drei Jahre mit sinkender Blatternmortalität, welche im Jahre 1851 den tiefsten Stand erreichte. Seit diesem und bis zum Jahre 1893 war das Land alljährlich mehr oder weniger und wiederholt schwer von Blattern heimgesucht. Die Epidemie des 8. Decenniums begann im Jahre 1872, erreichte im folgenden ihren Höhepunkt. Bis in die neueste Zeit herauf schwankte die Mortalitätsziffer zwischen 26 und 164, sank 1896 zum ersten Male unter 10 und erreichte mit 3.9 im Jahre 1900 ihren seit 70 Jahren tiefsten Stand. Dieser beständige Wechsel zwischen auf- und absteigender Bewegung der Blatternmortalität lässt die Schwierigkeiten ermessen, welche den Sanitätsbehörden bis zu der endlich erreichten wirksamen Eindämmung der Krankheit erwachsen sein mögen.

In der Bukowina hielt die höhere Blatternsterblichkeit auch im Jahre 1849 noch an. Eine solche ergab sich auch 1855, 1859, 1860, 1864 und 1867, kehrte somit stets innerhalb kurzer Zwischenräume wieder und war um so bemerkenswerther, weil zur gleichen Zeit diese Sterblichkeit in Galizien nicht dieselbe Höhe erreicht hatte, die grosse Blatternepidemie des 8. Decenniums begann bereits 1870, dauerte bis 1876 und raffte im Jahre 1874 allein 4.6% der Bevölkerung dahin. In der Folge traten ausgedehnte Epidemien in den Jahren 1881—1882, ferner 1888 und 1889, eine nicht mehr so hochgradige jedoch immerhin schwere Epidemie zuletzt im Jahre 1898 auf. Im Jahre 1894 kam kein Blatterntodesfall vor und im Jahre 1900 hatte die Sterblichkeit den Werth von 1.1 erreicht.

Dalmatien hatte, obschon von den angrenzenden Ländern wiederholt durch Blattern bedroht, von der Krankheit nicht viel zu leiden. Doch bestanden vor dem Jahre 1870 einige, darunter auch 2 schwere Epidemien, so im Jahre 1836, 1849, 1861, 1863—1865. Im Jahre 1873 stieg die Sterblichkeit, 1876—78 bestand eine schwere Epidemie und ist eine weitere erst wieder im Jahre 1887 aufgetreten. Seit 1893 sind nur in drei Jahren vereinzelte Blatternsterbefälle verzeichnet.

Bei keiner der allgemein verbreiteten und als wahre Volksseuchen zu betrachtenden Infectionskrankheiten ist eine ähnliche oder ebenso bedeutende Einschränkung erzielt worden, wie bei Blattern. Epidemien, die sich über ein oder mehrere Häuser oder über eine Gemeinde hinaus erstreckten, sind wie bereits erwähnt, aussershalb Galizien und Bukowina seit mehreren Jahren nicht mehr beobachtet worden. Dieser Erfolg ist ausschliesslich der rechtzeitigen Anwendung und Durchführung rationeller und wirksamer Vorkehrungen zuzuschreiben.

Es dürfte am Platze sein, an dieser Stelle jene Vorkehrungen zu erwähnen, welche bei Blatterngefahr und beim Auftreten der Krankheit getroffen wurden.

Seit einem Jahrhundert steht ein, wenn auch vielleicht nicht unbedingt für immer wirksames, aber bei richtiger Anwendung zuverlässiges Schutzmittel gegen Blattern in der Schutzpockenimpfung zu Gebote. Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass manche Angaben über Blatternerkrankungen von Individuen, die angeblich geimpft, beziehungsweise revaccinirt worden waren, bei genauer Analyse aller Umstände einer unbefangenen Kritik nicht Stand halten können. Die Thatsache der Impfung allein genügt nicht, wenn nicht auch über die Qualität und Wirksamkeit der hiebei angewendeten Vaccine, über die Art und Intensität des Erfolges, über die Zahl der erzielten Impfnarben, über die Länge des Zeitraumes zwischen Impfung und Blatternerkrankung genaue individuelle Erhebungen gepflogen werden. Vielfach begnügen

				•																				
ешшпд	98167 5079548 10862 453883	2365 453516 9266 561473	2536 427235	3539 538481	16921 481282	1581 521816	1694 516251	11751 500840	9362 535321	2143 537711	11874 527233	12603 508786	11413517661	11641 507913	7866 441979	9824 426608 9338 512491	11269 520929	13152 544278	558201	1704 587244	11079 451935	444255	5619 551046	2554 549577
Dalmatien	98167 10862	12365	12536	13539	16921	12516	11694	11751	9362	12143	11874	12603	11413	11641	_		11269						_	
Bukowina	1622082 120013	125126	105354	99468	148952	62234	81984	147729	85120	76470	26470	168501	57186	158192	134426	12770 12844	6184	17216	53579	53579	10002	9.00	40.00	13243
neizils D	162 12	21.8	32:	161	14	9 2	8	14	18	17	17	16	15	15	_	9695 87468 14540 143360	14333 156958	5678 139581	12678 141791		2003	10140-114139 19459-196666	6120 155591	15285 163261
Schlesien	747497 67201	70522	69863	76582	68038	72344	68501	74986	73829	77971	74050	71057	73015	69304	***			15678	12678	15036	+6:11	07101	16190	152351
пөтийМ	747	70	69	3.5	89	22 25	. 89	7.	73	22	₹,	22	<u> </u>	69	09	54002 62536	59175	61888	26246	63995	16100	56640	63697	
Вёйтеп	1304898 133552	127304	124936	132617	130194	133527	132523	139774	139471	142970	142314	126647	146467	141286	132320	139523 156561	152294	161364	145038	161313	130424	131602	150836	157352
Vorariberg	230684 21138	24955	9033	8833	23110	19944 21112	22178	21575	9631	8652	2005	21305 99191	20453	91016	6354	17462 15930	8131	20257	18534	18547	67.502	21220	19808	7167
loriT	್ಷ ಜ್ಞಾನ				2/1		1 2/1	 21	· -	_	21 (ତୀ ଦ 	1 01	ु ।	_				_	- 5	NI 6		13	
nəi118I											-													
seib r10-2 1öÐ	186483 13463	14189	14432	14166	14207	15540	14542	14727	15008	16562	14625	15930	16267	15525	14425	14991 14483	15690	17527	16697	13761	20501	16303	16978	17348
tsəirT																								
Krain	188723 17943	16484	7119	8291	5580	9138	8682	7233	88261	20889	18875	20059 19975	20456 20426	20358	18420	53+9 13175 4878 13133	_	12813	13096	12569	11432	11.08	13553	12821
аэтаткЯ	188 17	16		81	51	£ 2	17	17	19	20 20	2	20 10 10	20 20	%	18	53+9 4878	5503	5768	6463	6729	(310)	6501	8599	6544
Steiermark	204580 19861	20424	20005	18980	20120	20670	18499	22593	23605	21552	21934	23426	23357	21964	20391	1900 20482	20133	24167	25994	24997	16272	28410	25163	22741
Salzburg	67947 19215	14461	06921	- es	5800	1656	15426	621	16799	18080	15543	15909	0370	15916	3	2581 2733	2690	2873	2434	2753	#00Z	96.16	28633	2715
foierrestebredO	167947 19215	11 5		<u> </u>	15	<u> </u>	12	17	16	Σ̈́.	<u>.</u>			15	Ξ	10855 10469	11218	13857	15152	14918	14035	12010	12883	12808
Niederöster- reich	328387 30815	27686	26267	29:567	29775	30569	33006	32851	32708	32413	31550	34011	33707	32681	25463	29871 31204	33628	38145	45937	37203	33304	33347	36979	35550
Jahr	819—1829	•			•	•		•	•	:	•		•		•		•	•	•	•	:	•		
,	1819 1830	1831	1833	1835	18:36	1 X X X	1839	1840	1841	3281	<u>x</u>	# 5 2 2 3	1846	1847	1848	1849 1850	1851	1852	1853	1854	000	1806	25.5	1859 1859 1859

*) Die Zahl der in den Jahren 1860-1862 Geimpsten ist nicht beknunt,

13708 556800 13792 552676 13792 552676 12926 543592 12156 522113 11553 564271	12256 (553769) 12256 (553769) 7 75804 7591 702554 9952 (539317 9485 (51334) 11002 (56431) 11728 (75385) 11728 (75385) 10792 (73885) 9450 (778677 8549 (691460) 16754 (694357 1277 770349	8186 816767 11291 751780 20272 749708 21409 734069 18209 763864 11652 734280 17101 673539 1647 739878
18708 (18792 18792 12926 12156 11553 10454		
15002 16687 10169 9512 12067 7056 12648	12604 30754 18160 21300 20395 11936 11918 19276 22440 22775 22774	
15196 158362 15157 179860 15015 165084 14968 185087 15775 152355 14763 149291 14802 180263 16639 180111	6569 164625 (6705 218639 15921 202668 16753 148430 16058 272932 16058 277040 1483 225646 14609 222564 14129 202051 14129 202051 14129 202051 14129 202051 14129 202051 14129 202051 14129 202051 14129 202051 14129 202051 1413 224397 1660 234450 1660 234450 16713 224397 16713 224397 166167 261795	27480,277493 28651,252570 23213,258869 21554,251541 22450,266337 22364,26732 22464,267732 27464,263106 19736,288639
15196 15157 15015 14968 15775 14563 14802	16569 16705 15921 16753 16638 16638 14608 14768 14768 14768 1478 1478 1478 1478 1478 1478 1478 147	800000000
62176 63829 56685 64961 59156 61978 64372	66138 67625 66734 68733 66026 66226 66286 66727 66727 66723 66723 66723 66723 66723 66723 66723 66724 67724	
162110 168160 158887 157221 160442 158266 158266	2221 162830 1823 157215 1824 16728 1894 169336 1976 164881 1934 167889 1624 162403 1624 165631 1621 158988 1671 158366 1671 158366 1671 158366 1671 1671 16724 1678 164491 1769 164491 1769 164491 1769 164491 1769 164491 1769 164691 1769 164691 1769 164691	2064 200797 1501 185801 1425 180085 1285 178976 901 171784 982 169444 1117 148664
17120 19121 17170 17723 17723 14307		
16 17 17 17 17 17 14	14862 20748 18659 21618 16073 16073 1749 17401 17401 17401 17502 1761 18512 16910 16910 19108	
	8300 9082 7996 8800 8139 9961 9380 8948 8948 8948 8890 7890 7890 8890 8891 8891 8891 8891 8891 8891 8	9632 9276 8624 7943 10088 8512 10475 7000 9505
16668 18009 17135 16816 16816 16816 16182 17498	6367 6423 6817 6508 6259 7586 6110 6245 6072 6628 6016 6855 6511 6551 6551 6608 6551 6608 6551 6608 6551 6608 6551 6608 6551 6608 6551 6551 6551 6551 6551 6551 6551 655	6714 6838 6838 6638 6792 6572 7045 5881 6421
	2743 2817 2817 2817 2817 3014 3014 3117 2213 2213 1011 681 1601 3333 3417 1601 3333	2654 4497 1868 2518 2557 1897 3270 2969 2122
11893 13971 12974 12449 12233 12615 12760	13837 13195 13195 13572 13572 1363 14409 14409 1386 1386 1386 1386 1386 1386 1386 1386	
8594 7796 7308 6626 6564 6608 6821 7497	6921 6968 7830 7733 6708 7452 7120 7510 10403 8536 7466 7912 9157 8884 8614 8614 11542 10034 8697	
23057 23016 23457 20505 23398 225076 18153	21062 32583 33040 34337 224402 22462 27468 276649 33167 35649 35666 31577 47577 47577 47577 37985 37985 37985	
3058 2943 2717 2843 2889 2475 2493	2887 2939 3029 3029 3248 3248 3248 3248 3248 3258 3239 3239 3249 3249 3249 3258 3258 3258 3258 3258 3258 3258 3258	
13998 14221 14018 12599 14219 13323 13105	12051 16938 16188 14824 13760 15279 1528 1528 1747 1747 16639 15639 15639 17717 16649 15619	
36081 36339 36314 30149 36429 31174 30769	30915 35331 36296 39063 45329 45329 46786 48530 47230 47482 67825 70109 53209 55391 56701	76292 65136 60614 60614 58948 58939 52333 54097
1861 1862 1863 1863 1864 1865 1867 1867 1868 1869 1869	1883 1883 1883 1883 1883 1883 1883 1883	1893 1893 1895 1895 1895 1898 1900

sich die mit der Aufnahme der Daten betrauten Organe mit der Frage an den Kranken oder an seine Umgebung, ob derselbe geimpft, beziehungsweise revaccinirt wurde. Ungleich seltener wird nach dem thatsächlichen Vorhandensein der Impfnarben, beziehungsweise nach der Zahl derselben geforscht. Es kann bei der Mangelhaftigkeit vieler Erhebungen dem durch dieselben zusammengebrachten statistischen Materiale keine sichere Beweiskraft beigemessen werden. In dieser Hinsicht sind die Erfahrungen, welche bisher, zumal die in einem Orte ansässigen Aerzte, welche eine ganze Generation heranwachsen sahen, denen der Impfzustand der Bevölkerung, da sie selbstImpfärzte sind, genau bekannt ist, gemacht haben, ungleich mehr maassgebend. Diese Erfahrungen lehren denn auch, dass der durch Impfung erlangte Schutz gegen Blattern ein weit grösserer ist, als man vielfach annimmt. Gelegentlich der seit 1870 aufgetretenen Blatternepidemien haben Aerzte wiederholt beobachtet, dass die Krankheit die mit Erfolg Geimpften verschonte, während dieselbe in Häusern, deren Insassen sich der Impfung entzogen hatten, Eingang fand. Ja selbst experimentell wurde der Nachweis der Schutzkraft der Impfung erbracht, wenn in einer Familie ein Theil der Kinder geimpft, ein anderer nicht geimpft war, und die Mutter, welche Verdienst suchen musste. um mit der Pflege der kranken Kinder nicht zu lange aufgehalten zu sein, die geimpsten Kinder zu den Blatternkranken ins Bett legte, damit nicht eines nach dem andern, sondern alle gleichzeitig den Krankheitsprocess durchmachen, und wenn es dann trotzdem durchaus nicht gelang, die geimpften Gesunden mit Blattern zu inficiren.

Im Allgemeinen machte die Bevölkerung von diesem Blatternschutzmittel auch ausgedehnten Gebrauch. In der Tabelle auf S. 110 und 111 sind die Zahlen der in den verschiedenen Verwaltungsgebieten seit dem Jahre 1819 alljährlich der Impfung unterzogenen Individuen nachgewiesen. Allerdings sind diese Daten keine festen Anhaltspunkte für eine annähernd sichere Beurtheilung, welcher Procentantheil der Bevölkerung sich des Schutzes erfreut. Von einer Heranziehung der Daten über die als erfolgreich ausgewiesenen Impfungen musste schon deshalb abgesehen werden, weil in zahlreichen Fällen, wenn die Impflinge nicht erschienen, der Erfolg vom Impfarzt nicht controllirt werden konnte.

Wenn auch die Indolenz mancher Bevölkerungskreise, die Abwesenheit der Blatterngefahr in manchen Jahren Ursache waren, dass die Betheiligung an der Impfung eine schwächere blieb, wenn ferner die von Privatärzten, zumal in Städten ausgeführten Impfungen in den Ausweisen nicht erscheinen, so ergibt ein Vergleich der Impfungen mit jener der im Vorjahre Lebendgeborenen, dass der weitaus grössere Theil der letzteren der Impfung zugeführt wird und erscheint dieses Verhältnis noch günstiger bei Erwägung, dass ein beträchtlicher Theil der Lebendgeborenen schon in den ersten Lebensmonaten gestorben ist, ehe noch die Impfung in Frage kam.

Vergleicht man die Ziffern dieser Tabelle mit jenen der Tabelle auf Seite 102 und 103, so findet man wiederholt, dass eine grössere Blatternsterblichkeit nach Jahren folgte, in denen die Betheiligung an der Impfung eine geringere gewesen war, dass anderseits in Zeiten bedrohlichen Auftretens der Krankheit die Bevölkerung in ansehnlich ausgedehnterem Maasse, als sonst vorher in der Impfung Schutz gesucht hat, und dass die Zahl der Personen, welche bei den Allgemeinimpfungen auf Sammelplätzen erschienen, bedeutend gestiegen ist.

Es drängt sich da aber unwillkürlich die Frage auf, wie es kommt, dass, wenn alljährlich ein so bedeutender Theil der zugewachsenen Bevölkerung des Blatternschutzes theilhaftig wurde, doch seit dem Jahre 1871 eine so grosse Zahl von Blatterntodesfällen vorkommen konnte.

Der Grund dürfte zum nicht geringsten Theile in der ungenügenden Wirksamkeit der in Anwendung gebrachten Impflymphe zu suchen sein. Die Lymphe wurde seit Jahren in den bei den Findelanstalten bestandenen Impfinstituten fortgepflanzt, sollte von Impfärzten aus diesen Instituten bezogen werden. Da die denselben zur Verfügung gestellte Menge eine für den Bedarf nicht ausreichende war, mussten die Impfärzte geeignete Kinder auswählen, welche vorgeimpft wurden (sogenannte Impfkönige) und aus deren Impfpusteln sie dann die zu den weiteren Impfungen benöthigte Lymphe entnahmen. Ganz abgesehen von der Frage, ob die Impflymphe bei dieser Art der Fortpflanzung derselben ihre volle Wirksamkeit behielt, war doch der Erfolg mitunter, vielleicht auch wegen ungenügend vorsichtiger Manipulation unsicher und konnte daher den erwarteten dauernden Blatternschutz nicht gewährleisten.

Erst die Einführung der animalen Vaccine an Stelle der humanisirten Lymphe bahnte die in dieser Beziehung erzielten Fortschritte an. Die wenigen privaten Impfanstalten, welche animale Vaccine producirten, lieferten wohl einer Anzahl von Impfärzten tadellose Lymphe, waren aber einerseits im Betriebe zu beschränkt, um der Anforderung einer Versorgung aller Impfärzte mit dem von denselben benöthigten Impfstoffe zu genügen, anderseits aber stand der Umstand entgegen, dass fast überall die Impfärzte die Bereitstellung der Lymphe selbst auf eigene Kosten besorgen mussten, die Auslagen für die gesammte zu den Allgemeinimpfungen benöthigte animale Vaccine aber vielfach die bescheidenen den Impfärzten von den Landesfonden geleistete Entschädigung für die Impfreisen überstiegen hätte.

Diesen der Impfung und der Blatternprophylaxe höchst nachtheiligen Zuständen wurde erst mit Errichtung der staatlichen Impfstoff-Gewinnungsanstalt ein Ende gemacht. Es ist wohl kein Zufall, dass die rasche Einschränkung des Verbreitungsgebietes der Blattern und die Errichtung der genannten Staatsanstalt zeitlich zusammenfallen. Diese Anstalt liefert zu den bei Blatterngefahr auszuführenden sogenannten Nothimpfungen die animale Vaccine unentgeltlich und stellt diese den Landesfonden, welche heute die Kosten der Impfstoffbeschaffung tragen, für die Allgemeinimpfungen gegen eine sehr mässige Entschädigung zur Verfügung. So hat sich die Verwendung der in der Staatsanstalt unter Beobachtung aller wissenschaftlich begründeten Vorsichtsmaassregeln gewonnenen und auf ihre Wirksamkeit erprobten animalen Vaccine allgemein eingebürgert, humanisirte Lymphe kommt nur noch höchst selten und ausnahmsweise in Verwendung. Aber auch die in den statistischen Tabellen nachgewiesenen positiven Erfolge sind gestiegen und der Blatternschutz der Bevölkerung ist ein ungleich vollkommener geworden als er einst gewesen war. Dieser Fortschritt kann unmöglich ohne Einfluss auf die Verbreitung der Blattern gewesen sein.

Ohne Einfluss blieben sicher auch nicht die in neuerer Zeit immer häufiger und an einer grossen Zahl von Individuen vorgenommenen Revaccinationen. Wiewohl zu Beginn des fünften Decenniums diese prophylaktische Vorkehrung von den Behörden anlässlich der grösseren Ausbreitung, welche die Blattern damals erlangt hatten, angeordnet worden war, war doch nur ein kleiner Theil der Bevölkerung und zumeist nur in Zeiten von Blatternepidemien der Revaccination unterzogen worden. Bestimmte Angaben über die Zahl der in früherer Zeit jährlich der Wiederimpfung zugeführten Individuen fehlen. Erst in neuester Zeit werden auch hierüber Aufzeichnungen geführt.

Für das Jahr 1894 liegen solche nur aus Dalmatien vor. Die Zahl der anlässlich der öffentlichen Allgemeinimpfungen Revaccinirten betrug 7861. Ueber die in den folgenden Jahren in den einzelnen Ländern ausgeführte Zahl von Revaccinationen gibt die nachstehende Uebersicht Aufschluss:

		1 89 5	1896	1897	1898	1899	1900
Niederösterreich			1404	1059	514	1909	633
Oberösterreich.			12	36	14	8	
Saizburg		_	5	15		_	
Steiermark		1198		297	658	182	147

Digitized by Google

	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Kärnten		181			11	86
Krain						_
Triest	36	1781	1385	1291	9 79	1538
Görz-Gradisca	3	11	385	106	100	78
Istrien	26	767	844	495	646	55 9
Tirol			501	497	1036	1267
Vorarlberg		_		_	_	_
Böhmen		2018	643	484	999	1497
Mähren	107	273	144	10	9	85
Schlesien				_	_	
Galizien*)		158166	156693	221471	215472	160353
Bukowina	2451		5626		_	
Dalmatien	1	35 8		_		_
Oesterreich	3822	164976	167628	225540	221351	166243

Um diesen Blatternschutz, welcher früher nur durch die regelmässig alljährlich vorgenommenen öffentlichen Allgemeinimpfungen auf Sammelplätzen angestrebt wurde, noch wirksamer zu gestalten und möglichst zu verallgemeinern, hat das Ministerium für Cultus und Unterricht über Anregung des Ministeriums des Innern die Verzeichnung der in die Volksschule eintretenden ungeimpften Kinder angeordnet und werden seither auch Schulkinderimpfungen durchgeführt. Hiedurch hat eine grosse Zahl von Individuen den Blatternschutz erlangt, welche sich der Allgemeinimpfung entzogen hatten.

Welchen Einfluss diese Vorkehrung bezüglich der Ausdehnung des Impfschutzes auf eine weitere Zahl von Individuen hatte, die bei den Allgemeinimpfungen nicht erschienen waren, und wie viele Schulkinder jährlich der Revaccination unterzogen wurden, lehrt die folgende Zusammenstellung auf S. 115.

Im Jahre 1894 war die Zahl der Individuen, welche erst im schulpflichtigen Alter geimpst wurden, eine sehr grosse, entsprach dem sechsten Theil der auf Sammelplätzen in diesem Jahre Geimpsten. In den späteren Jahren kamen nun mehr die in die Schule erst eintretenden Kinder zur Impfung und ergab sich hieraus naturgemäss eine Abnahme der Zahl der Geimpsten. Dagegen steigt die Betheiligung der Schulkinder an den Revaccinationen von Jahr zu Jahr.

Vergleicht man diese Nachweisungen mit jenen der Tabelle auf S. 110 u. 111, so kann man ermessen, welchen Aufschwung die Impfung in neuester Zeit genommen hat, was für die Einschränkung der Ausbreitung von Blattern von grösster Bedeutung war.

Von besonderer Wichtigkeit sind die bereits erwähnten, bei auftretender Blatterngefahr vorgenommenen Nothimpfungen, welche bereits vor 60 Jahren angeordnet, später selten durchgeführt und auch erst in neuester Zeit wieder allgemein auf-

genommen wurden.

Wenn in irgend einer Gemeinde eine Blatternerkrankung constatirt wird, veranlasst die Sanitätsbehörde sofort die Nothimpfung in dieser, sowie in den benachbarten Gemeinden und trachtet durch geeignete Einflussnahme die Bevölkerung zu möglichst zahlreicher Betheiligung an der Impfung, beziehungsweise Revaccination zu bestimmen. Die Erfolge dieser Vorkehrung waren in zahlreichen Fällen geradezu überraschende und übertrafen alle Erwartung, selbst dann, wenn die Impfung nicht schon beim Auftreten der Gefahr, sondern erst später vorgenommen wurde. In solchen Zeiten der Gefahr ist auch die Betheiligung der Bevölkerung an der Impfung eine

^{*)} Revaccinationen bei Schulkindern inbegriffen.

											118	5 -	-					
	1900	28895	9581	1137	14899	6249	8235	325	4930	4930	6363	.87	87452	37358	11887	1	15646	806
r.	1899	29661	9907	1173	14670	4744	7595	262	4471	4733	1751	1	90430	35039	13586	!	14914	1135
chulkinder	1898	29329	10222	1201	14570	4680	9558	969	4616	4977	2114	က	91274	34712	6713	i	15582	928
Wiedorimpfungen bei Schulkindern	1897	29133	9793	1413	14540	3496	6381	1425	4308	5055	2356	46	82789	33354	2148	1	13522	932
edorimpfur	1896	28793	8826	365	14922	3965	8264	1245	4325	8009	3550	-	87667	37172	2108	1	16614	728
Wi	1895	29940	10149	488	12560	3870	6438	330	4479	3950	2066	24	19984	28408	1356	İ	9405	277
	1894	35760	9604	2)	12554	1	4603	!	١	1	503	١	84868	(2	1706	1	١	1414
	1900	3724	2454	214	3513	2861	2432	52	300	302	3134	348	16853	4279	1304	9569	1688	4267
lorn	1899	2437	2529	244	4594	2175	2767	37	372	1724	2366	477	16542	4267	1304	9325	1760	3309
Schulkindorn	1898	2442	2633	232	5244	2745	2862	29	504	1370	2529	217	$1885\boldsymbol{6}$	5263	1471	10049	1593	3564
<u> </u>	1897	3184	2527	249	6141	3733	3334	17	556	11112	2521	195	18871	4939	1503	4938	1441	4014
in Humbrune	1896	3712	3037	304) 6767	3443	5002	56	276	1078	2986	281	22374	5806	2463	4994	1976	2767
	1896	4888	3202	583	5962^{1}	3290	2770	139	249	883	2259	318	22496	4448	2786	4861	1611	4429
	1894	6002	3759	8011)	5990	3478	2676	28	381	891	29342	305	22083 22496	328791) 4448	4388	2713	1437	3569
		reich .	ich .	•	•	•	•	•	sca .	•			•		•	•	•	•
		Niederösterreich .	Oberösterreich	Salzburg .	Steiermark	Kärnten .	Krain	Triest	Görz-Gradisca	Istrien	Tirol	Vorarlberg	Böhmen .	Mähren.	Schlesien .	Galizien*) .	Bukowina .	Dalmatien .

^{*)} Die Zahl der revaccinirten Schulkinder ist in der Nachweisung über Wiederimpfungen einbezogen.

Oesterreich .

¹⁾ Einschliesslich Revaccinationen.

⁷⁾ Die Revaccinationen sind unter die Erstimpfungen einbezogen.

ungleich lebhaftere und zahlreichere als dann, wenn eine solche Gefahr nicht besteht.

Auch in dieser Beziehung liegen erst aus neuester Zeit ziffermässige Nachweisungen vor. Im Jahre 1894 wurden anlässlich aufgetretener Blatterngefahr in den bedrohten Gegenden 4533, 1895 657, 1896 29711, 1897 21609, 1898 60604, 1899 36671 und 1900 15493 Personen der Erstimpfung unterzogen. Von diesen entfallen auf Niederösterreich 1424 (1899 1264), Oberösterreich 6, Steiermark 317, Krain 3686 (1896 2826, 1900 718), Triest 4034 (1894 3110), Görz-Gradisca 39, Istrien 5184 (1896 2823, 1897 2348), Mähren 514 (1898 445), Schlesien 818 im Jahre 1900, Galizien 59132 (in den seit 1896 aufeinanderfolgenden Jahren 7611. 17111, 11502, 10791, 12117), Bukowina 92701 (1895 402, in den folgenden Jahren 16351, 1300, 48274, 24574, 1800), Dalmatien 1423 im Jahre 1894.

Immerhin war, selbst unter Voraussetzung eines durchwegs positiven Erfolges der Impfungen, ein von Jahr zu Jahr an Zahl anwachsender Theil der Bevölkerung ohne diesen Blatternschutz und der ganz dem Belieben des Einzelnen anheimgestellten Revaccination unterzog sich die Bevölkerung in unzureichender Zahl. Die im Jahre 1871 eingeschleppten Blattern fanden daher ein für ihre weitere Ausbreitung vorbereitetes Feld.

Dazu kommt noch, dass auch die zur Hintanhaltung von Uebertragungen der Keime ansteckender Krankheiten heute stets angewendeten Vorsichtsmaassregeln, die Isolirung der Kranken und die Desinfection früher nicht in genügendem Grade zur Durchführung gelangten. Die einst eingeführte Warnung, Häuser, in denen Blatternkranke sich befanden, zu betreten, was durch eine angebrachte Tafel mit der Aufschrift sin diesem Hause herrschen die Blattern«, geschah, wurde sistirt, Localitäten zu einer sicheren Isolirung der Blatternkranken standen nur ausnahmsweise bereit, im Allgemeinen war hiefür überhaupt nicht Vorsorge getroffen, und die Vorkehrungen, welche eine Art von Desinfection erzielen sollten, waren zumeist unwirksam.

Für alle diese Maassregeln wurde erst im neunten Decennium in ausgedehnterem Maasse Vorsorge getroffen. In zahlreichen Gemeinden sind Nothspitäler und Isolirlocalitäten entstanden und werden bereit gehalten und stösst die Abgabe von Blatternkranken in solche Anstalten immer weniger auf Widerstand, ja in vielen Fällen verlangt heute die Bevölkerung selbst, dass die ersten Blatternfälle sofort in solchen Epidemiespitälern isolirt werden.

In der zweiten Hälfte des neunten Decenniums wurde durch eine entsprechende Instruction das Desinfectionsverfahren geregelt und findet dasselbe bei Blattern stets in ausgiebiger Weise Anwendung.

Um einer Verschleppung der Krankheit im Inlande möglichst wirksam vorzubeugen, wurde die Anordnung getroffen, dass die Abreise von Personen aus Haushaltungen oder Familienständen, in denen Infectionskrankheiten zur Zeit der Abreise bestehen oder kurz vorher vorgekommen sind, der Behörde des Reisezieles angezeigt werde, um deren Gesundheitszustand während der Dauer der allfälligen Incubationszeit überwachen zu können.

Mit Blattern behaftete Personen sind von der Beförderung auf Eisenbahnen ausgeschlossen und durch Verfügung einzelner politischer Landesbehörden ist die Ueberführung solcher Personen von einer Gemeinde nach der anderen oder innerhalb einer Gemeinde von dem einen in ein anderes Haus (ausser nach Isolirlocalitäten) ohne besondere Bewilligung der politischen Behörde untersagt.

Als eine sehr wirksame Maassregel hat sich bewährt, dass nunmehr jede Blatternerkrankung, ausser an die Landesbehörde auch, eventuell telegraphisch, dem Ministerium des Innern angezeigt und durch Veröffentlichung des betreffenden Bezirkes und der Gemeinde, sowie der Zahl der Erkrankungsfälle im Oesterreichischen Sanitätswesen« allen politischen Behörden zur Kenntnis gebracht wird. Nach Er-

fordernis der Umstände trifft dann das Ministerium fallweise die sich als nothwendig

erweisenden Verfügungen.

Diese letzteren Vorkehrungen, welche in früherer Zeit, als die Blattern noch allenthalben verbreitet waren, undurchführbar gewesen wären, haben sich ganz besonders gegenüber den aus dem Auslande eingeschleppten Blatternerkrankungen bestens bewährt und ist es selbst unter besonders ungünstigen Verhältnissen, wenn Blatternkranke auf ihrer Durchreise an mehreren Orten andere Personen inficirt hatten und für eine weitere Verbreitung der Krankheit die günstigsten Bedingungen gegeben schienen, gelungen, die Gefahr rechtzeitig zu beseitigen. Dieser Erfolg ist nur dann gewährleistet, wenn ein centrales Amt jederzeit von allen derartigen Vorkommnissen unterrichtet ist und Kenntnis hat, wo die Gefahr sich ausbilden kann, wo daher besondere Vorkehrungen nothwendig sind.

Masern. (Tafel 14.)

Masernerkrankungen werden, weil sie, wenn auch epidemisch verbreitet, zumeist eine im Vergleiche zur Zahl der Erkrankten nur verhältnismässig kleine Zahl von Opfern fordern, seltener bösartig auftreten und verlaufen, gemeinhin weniger beachtet als andere Infectionskrankheiten. Dazu mag wohl auch der Umstand beitragen, dass die bei weitem grössere Zahl dieser Erkrankungen Kinder betrifft, Erwachsene ungleich seltener davon ergriffen werden, und leider oft genug Sterbefälle im Kindesalter bei der Bevölkerung weniger Eindruck machen als jene im späteren Alter. Bei Erwachsenen tritt die Krankheit nicht selten unter ungleich schwereren Erscheinungen auf, als diese bei Kindern gewöhnlich beobachtet werden, und verläuft auch verhältnismässig häufiger tödtlich. In der Todesursachenstatistik nimmt diese Krankheit eine hervorragende Stelle ein, weil die Zahl der alljährlich durch dieselbe verursachten Sterbefälle eine recht bedeutende ist. Die Krankheit verdient wegen ihrer meist über weite Gebiete sich ausdehnenden Verbreitung und häufiger Wiederkehr ihrer Epidemien sanitätspolizeilich ernste Beachtung, jedenfalls eine weit grössere, als es gemeinhin der Fall ist.

In der Tabelle auf Seite 118 sind die seit dem Jahre 1873 in den einzelnen Ländern und im Reiche alljährlich verzeichneten Zahlen der Sterbefälle in Folge dieser

Krankheit zusammengestellt.

Die Summen dieser Sterbefälle in Oesterreich wechseln von Jahr zu Jahr in ihrer Höhe, zeigen indess, dass nur in wenigen Jahren die Zahl erheblich gesunken ist, dass andererseits aber auch die Zahl nur ausnahmsweise eine besondere Höhe erreicht hat. Man könnte sohin aus den Reichssummen auf eine ziemlich gleichmässige Verbreitung und Intensität dieser Krankheit zu schliessen geneigt sein.

Dass eine solche Folgerung nicht gerechtfertigt wäre, ergibt sich aber, wenn man die betreffenden Zahlen für die Länder in Vergleich zieht. In den räumlich sehr ausgedehnten Ländern mit grosser Zahl von Einwohnern tritt die schwankende Häufigkeit dieser Todesursache allerdings weniger hervor, wird aber in den mittelgrossen und kleinen Verwaltungsgebieten scharf charakterisirt und ergibt sich in einigen derselben eine zeitweise ganz ausserordentliche Zunahme der Zahl dieser Sterbefälle, welche in den folgenden Jahren einem ungewöhnlichen Tiefstande Platz macht.

Namentlich in Niederösterreich, aber auch in Oberösterreich wurde in den letzten Decennien eine ungleich grössere Zahl von Todesfällen in Folge von Masern verzeichnet, als in den früheren Jahren. Allenthalben tritt aber eine zeitweise bedeutende Zunahme der Zahl dieser Sterbefälle hervor und sinkt diese Zahl in den dazwischenliegenden Jahren mehr oder weniger bedeutend.

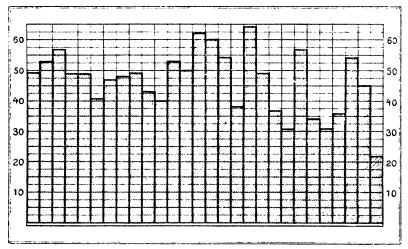
Jahr	1873	1883 1884 1885 1885 1886 1886 1886 1886 1886 1886	1887 1888 1889 1890	1891	1896	
Nieder- österreich	420 789 226 620 235 330 401 259	289 547 416 818 797	1374 774 749 1327	1111 978 1563 1454	980 1009 798	
Oberösterreich	55 130 158 25 31 74 17 24	52 99 10 77 188	110 150 12 301	189 16 533	102 253 363	
Salzburg	- 41 66 41 44	10 14 92	22 U S S T	101 5 37	60 844 19	
Steiermark	77 106 158 55 267 31 13	60 321 191 81 285	74 118 31 113	441 694 211 15	611 88 223 305	
Kärnten	48 103 447 25 24 27 40	42 57 40 37 75	10 19 84 261	81 96 87	93 105 40	,
Krain	184 299 112 81 102 141 114 95	141 257 238 64 46	160 112 99 125	146 383 236 53	256 54 16 332	
Triest	10 17 88 9 9	25 2 5 2 5 2 5 2 5 2 5 2 5 2 5 2 5 2 5	34 4 23	91 15 25 74	131 55 13 19	
Görz-Gradisca	42 99 88 41 42 37 23 125	34 54 12 12	43 14 72 53	36 82 175 125	18 34 28 28	
Istrien	129 215 85 61 88 47 40	103 43 17	93 14 9 17	238 26 7 24	482 57 29	
Tirol	151 485 278 95 83 93 74	114 161 82 245 171	77 128 123 57	261 177 78 56	1 49 31 49	
Vorarlberg	13 2 2 14 25		1 1 2 2 2	23 5 5 5 5 5	19	,
Böbmen	3168 2245 1577 1976 3182 2167 1386 1816	2675 1728 1755 1872	2757 4385 1334 1717	1698 1880 1162 3115	1112 2258 2462 1998	
Mähren		1045 983 600 715		485 484 787 1985	438 1300 729 648	
Schlesien	254 505 162 149 475 443 72	209 347 84 228 375	171 170 457 652	110 227 237 554	54 607 109 224	
Galizien		5267 4147 5798 5385 5958		6215 3590 2749 5763		
Bukowina	235 259 618 681 193 156 325					
Dalmatien		90 96 256 75				
Summe		10812 9573 9903 11953 11479				

Es ergibt sich aus der Tabelle auch, dass in dem einen Lande in einem Jahre eine nur kleine Zahl von solchen Todeställen verzeichnet ist, während diese innerhalb derselben Zeit in einem anderen erheblich anstieg, dass somit auch in der Reichssumme die Verbreitung der Krankheit nicht zum Ausdrucke kommt, weil die niedrigen Zahlen des einen Landes durch die hohen anderer Länder ausgeglichen werden.

Dasselbe ist der Fall, wenn man die auf die Einwohnerzahl berechneten Sterblichkeitsverhältnisse der Masern in Vergleich zieht, welche in dem folgenden Dia-

gramme dargestellt sind.

Die Masernsterblichkeit erreichte im Jahre 1890 ihren höchsten, im Jahre 1900 ihren niedrigsten Stand. Dazwischen liegen Jahre mit abwechselnd allmählich oder unvermittelt ansteigender und in gleicher Weise sinkender Sterblichkeitshäufigkeit. Im Grossen und Ganzen hat diese aber in der jüngsten Zeit etwas abgenommen. Wenn sie auch in den Jahren 1894, 1898 und 1899 einen hohen Stand erreichte, liegen



Masernsterblichkeit in Oesterreich, 1873-1900 (auf 100.000 Einwohner berechnet).

zwischen diesen Jahren doch solche mit einer namhaft niedrigeren Mortalitätsziffer, als diese in früherer Zeit sich in einem Jahre ergeben hatte.

Einen Ueberblick über die thatsächliche Häufigkeit der Masern, soweit diese in der Mortalitätsziffer zum Ausdrucke kommt, bietet die Tafel 14, auf welcher die auf 100.000 Einwohner und für die einzelnen Länder berechnete Masernsterblichkeit in Diagrammen dargestellt ist. Man erkennt aus denselben sofort, dass Masern von Zeit zu Zeit, und zwar regelmässig innerhalb kurzer Zwischenräume eine grosse Zahl von Todesfällen verursachen. In manchen Jahren stieg diese Mortalitätsziffer einiger Länder ganz plötzlich und unvermittelt zu einer ausserordentlichen Höhe, sank in den dazwischenliegenden Jahren wieder auf einen in der Zeichnung kaum mehr zum Ausdrucke kommenden tiefen Stand.

Besonders auffällig ist das regelmässig innerhalb kurzer zeitlicher Zwischenräume wiederkehrende Ansteigen dieser Mortalitätsziffer. Zumeist umfassen diese
Zwischenräume nur 2—3 Jahre, die hohe Sterblichkeit hält aber selten länger
als ein oder höchstens zwei Jahre an. Letzteres ist wohl die Folge, dass die Krankheit von einem in das folgende Jahr fortdauerte. In den kleinen Ländern, in welchen
die rasch sich verbreitende Krankheit schon innerhalb kurzer Zeit in allen Gegenden
Eingang findet, schwillt daher die Häufigkeitscurve ebenso unvermittelt an, als sie
im nächsten Jahre wieder auf einen tiefen Stand sinkt.



Man mag es dieser periodischen Wiederkehr der Masernepidemien zuschreiben, dass sich die Bevölkerung an dieselben gewöhnt hat und in der Regelmässigkeit des Auftretens etwas Unabänderliches erblickt. Für den beamteten Arzt liegt aber darin eine sehr unerfreuliche Thatsache vor, diese würde sich nicht ergeben, wenn in gleicher Weise, wie gegen andere Infectionskrankheiten Vorkehrungen getroffen würden und auch im gleichen Umfange durchgeführt werden könnten. Man mag über die Gefährlichkeit der Krankheit für das allgemeine öffentliche Gesundheitswohl was immer für einer Ansicht sein, der Ueberzeugung, dass Masern, weil sie in regelmässig und innerhalb kurzer zeitlicher Zwischenräume wiederkehrenden Epidemien auftreten und in manchen Ländern eine im Verhältnisse zu ihrem im Allgemeinen nicht als bösartig angesehenen Charakter hohe Sterblichkeit herbeiführen, zu den wichtigsten Infectionskrankheiten gehören, kann man sich angesichts der in den Diagrammen zum Ausdrucke gebrachten Häufigkeit nicht erwehren und darum auch nicht in Abrede stellen, dass die Krankheit in sanitätspolizeilicher Hinsicht ungleich mehr Beachtung verdient als sie bisher in der Regel gefunden hat.

Es wird sich an späterer Stelle Gelegenheit bieten, auf diese Verhältnisse und

Umstände näher einzugehen.

Wenn auch im Allgemeinen, das ist in der Mehrzahl der Länder die Masernsterblichkeit, gesunken ist, erreichte dieselbe doch in mehreren in letzterer Zeit noch bedeutend hohe Werthe. Besonders auffällig ist die recht bedeutend grössere Häufig-

keit, welche in Niederösterreich seit dem Jahre 1884 zu beobachten ist.

Ungewöhnlich und andauernd niedrige Mortalitätsziffern weist Vorarlberg und nächst diesem Lande Tirol auf. Dagegen bestanden in den grossen Verwaltungsgebieten, zumal in Galizien, auch in Böhmen und Mähren, ferner in der Bukowins während der hier in Betracht gezogenen Jahre Masernepidemien dauernd fort und bewirkten alljährlich eine verhältnismässig ziemlich hohe Sterblichkeit, deren Verlauf nicht jene extremen Abstände zwischen Maximum und Minimum aufweist, wie in den kleineren Ländern. Unter letzteren macht nur Krain durch seine ebenfalls bis in die neueste Zeit herauf ziemlich hohe Mortalitätsziffer eine Ausnahme.

Die Verbreitung der Masern, wenn sie in einer Gegend Boden gefasst und epidemische Ausdehnung gewonnen haben, nach anderen Gegenden, von einem Bezirke und Lande nach dem anderen erfolgt, wie aus den vierwöchentlichen Berichten über den Stand der Infectionskrankheiten entnommen werden kann, zumeist und namentlich in gewissen Jahreszeiten sehr rasch und trägt dieser Umstand wesentlich zu dem plötzlichen Ansteigen sowohl der Curve der Krankenzahl, wie jener der Mortalität bei.

Vergleicht man die jeweils gleichzeitig in den verschiedenen Ländern bestandene Sterblichkeitshäufigkeit an Masern, so kann man nachträglich ersehen, nach welchen Richtungen sich die Krankheit von einem zum anderen Jahre in den Ländern verbreitet hat.

Scharlach.

(Tafel 15.)

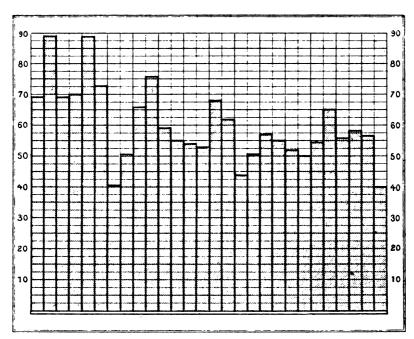
Sterbefälle in Folge von Scharlach sind in den meisten Jahren zahlreicher gewesen als jene in Folge von Masern. Es bezifferte sich die höchste und niedrigste Zahl dieser Todesfälle, und zwar in dem Zeitraume

	bei Sch	arlach	bei 1	bei Masern					
	höchste	niedrigste	höchste	niedrigste					
1873-1880 auf	19.258 (1877)	8.846 (1879)	auf 11.546 (1875)	8.906 (1878)					
18811890 →	16.906 (1882)	10.453 (1889)	• 15.182 (1890)	8.99 0 (1889)					
1891—1900 •	15.009 (1898)	10.457 (1900)	• 14.228 (1894)	5.773 (1900)					

Digitized by Google

Die extrem hohen Zahlen der Scharlachtodesfälle sinken allmählich, die extrem niedrigen steigen, während bei Masern ein umgekehrtes Verhältnis sich ergibt. Die durchschnittlich auf ein Jahr der angeführten drei Zeiträume entfallende Zahl der Scharlachtodesfälle (14.432, 13.483, 11.700) sank, die analoge Zahl der Maserntodesfälle stieg im 9. Decennium bedeutend, sank aber im 10. unter die Mittelzahl der Jahre 1873—1880 (11.296, 11.880, 9.940).

Im Ganzen genommen schwankt die Zahl der im Reichsgebiete alljährlich verzeichneten Scharlachtodesfälle innerhalb engerer Grenzen als jene der durch Masern herbeigeführten Sterbefälle. Hieraus ergibt sich auch, dass im Reiche die ersteren Sterbefälle auf eine ständig, wenn auch nicht stets in denselben Gegenden vorkommende Krankheitsverbreitung schliessen lassen.



Scharlachsterblichkeit in Oesterreich, 1873-1900 (auf 100.000 Einwohner berechnet).

Gleiches trifft aber, wie aus der Tabelle auf Seite 122 zu entnehmen ist, hinsichtlich der Länder nicht zu. Es wechseln in allen Ländern Jahre, welche um eine erheblich grössere Zahl dieser Todesfälle aufweisen, mit Jahren, in denen die Zahl eine kleinere war. Nur ganz ausnahmsweise und nur in kleinen Ländern (in Salzburg 1880, in Vorarlberg 1887, 1893 und 1896) ist diese Todesursache nicht verzeichnet. Eine ungewöhnlich grosse Zahl dieser Todesfälle weist Galizien in den Jahren 1896 und 1898 auf, in welchen nahezu drei Fünftel, beziehungsweise mehr als drei Fünftel aller im Reiche vorgekommenen Fälle sich ereigneten.

Auf die Einwohnerzahl berechnet ergibt sich im Reichsgebiete die höchste Mortalitätsziffer — nahezu 1% — wie das vorstehende Diagramm zeigt, in den Jahren 1874 und 1877, die niedrigste 1879 und 1900. Die beiden erwähnten Maxima werden durch zwei Jahre etwas geringerer Sterblichkeitshäufigkeit getrennt, einer im Jahre 1878 ebenfalls eingetretenen, fast gleich grossen Verminderung folgte der Tiefstand im Jahre 1879. Von da an wechseln 2—3jährige Perioden höherer oder niedrigerer Scharlachsterblichkeit. Es kommt somit auch in der Mortalitätscurve für das Reich eine ihnliche Periodicität zum Ausdrucke wie bei der Masernsterblichkeit.

Digitized by Google

Jahr	1873	1876	1876	1878	1879	1880	1881	1883	1881	1886	1887	1889	1890	1892	1893	1894	1896	1897	1898	1900		
Nieder- österreich	1311	779	1278	858	416	503	1416	838	296	324	804	337	255	458	596	643	725	375	298	317		
O berösterreich	357 484	46 <u>4</u> 363	382 200	392 421	155	186	274 166	128	120	98	129	135	82	137 97	40	30	54	28	49 49	11		
Salzburg	ಬ_ಲು	105	186	164	<u></u> ;	ļ	פאינ	21	o 16	00 t	22 28	101		98 <u>5</u>	94	12	4	20	27.2	№ -		
Steiermark	414 748	490	260	255 440	212	148	226 471	250	218	203	664	743	164	96	275	214	381	124	135	33 5		
Kärnten	147	398 ce I	145	190	95	122	149	122	285	101	3 5 9	174	106	240 240	301	132	63	140	x	5 .0		•
Krain	950 950	343 343	271	361 361	84	121	317 317	169	104	280	675	403	162	379 387	255	319	511	279	8 9	272		
Triest	218	45	1 57	47	12	23	3 3	6	1 0 20 20	10 5	79	11		2° -	40	168	70	51	165	37		
Görz-Gradisca	224	38 38 20	30 20	530	48	1	29 24 24 24	95	922	46	25	126	<u> </u>	26 26 26 27	107	349	111	89	χ Σ	59		
Istrien	1 289	908 0	174	72	135	90	484	296	381	61	103	61	172	167 44	28	168	367	99	405	465		
Tirol	187 673	1190	527	142	55	75	159	552	157	161	101	89	92	120	361	129 03	15 E	186	30.5	115		
Vorarlberg	4	<u> </u>	္မွ	ယ ဗ	6			15	210	,	<u>.</u> 1	29	2 0	1 12 4	1	ــر د	1,	<u>, , , , , , , , , , , , , , , , , , , </u>	19 ~	5 6		
Böhmen	4 080	2190	2859	3869 1	1646	2433	3187	3185	3920	2122	2392	1706	2023	1660 1660	1394	1090	1414	986	1917	612		-
Mähren	1452	677	961	3009	918	955	971 887	934	1250	927	70 <u>2</u>	743	1284	<u> </u>	1431	967	1029	1160	891 020	617		
Schlesien	527 219	144	231	789	146	92	261 409	181	363	660	906 906	324	533 3	232 210	502	341 541	139	218	8 K 0 C 0 C	39 o		
Galizien	4914	6363	7260	5210	4654	6026	7632 7850	5173	4093	000	8820	5286	6453	8636 9639	6497	7593	10194	9770	2222	6773 323		
Bukowina	24 6	395	307	277	184	288	193 8	595	7 55 55 6 55 65 6 55 6 75 6 7	432	431 201	227	712	738	484	321	1296	619	714	53 5 53 5		
Dalmatien		-=	1 8 8	70 <u> </u>	79	76	<u>့</u> ဦ (၁	777	280	11 to	189	57	26	25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 2	290	130	အ <u>ွ</u> :	76	1 25	56.5	:	
Summe	13707	13882	14997	15819	8846	11152	14608	13340	12503	12147	15737	10453	12158	13749	12695	19987	16341	14316	15009	10157		

Ungleich prägnanter tritt diese in den für die Länder berechneten Verhältniszahlen, welche die beiliegende Tafel 15 darstellt, hervor. Die zumeist ein, in manchen Ländern zeitweise auch 2 und 3 Jahre anhaltende hohe Scharlachsterblichkeit wurde regelmässig von einem 1—2—3 Jahre andauernden niederen Stand derselben abgelöst.

Galizien war während des ganzen hier berücksichtigten Zeitraumes ständig im bohen Grade von der Krankheit heimgesucht, Maxima und Minima dieser Sterblichkeit treten zwar sehr deutlich hervor, zeigen aber bei weitem nicht so grosse Differenzen wie in anderen Ländern. Diese sind aber in anderen Ländern besonders in der Bukowina, in Schlesien, Istrien, Krain ansserordentlich grosse und machte sich wiederholt ein ganz plötzliches Ansteigen der Mortalität bemerkbar.

In mehreren Ländern ist die Scharlachsterblichkeit in einer unverkennbaren allmählichen Abnahme begriffen, so in Niederösterreich und in Oberösterreich, in anderen bestand in den ersten Jahren, oder in der Mitte des 8. Decenniums eine ungemein hohe Scharlachsterblichkeit (Triest über 1.6, Tirol über 1.4, Mähren über 1.6, Salzburg nahezu $1.2^{0}/_{00}$ der Bevölkerung), in Dalmatien zu Beginn des 9. Decenniums (über $2^{0}/_{00}$), erreichte aber in den folgenden Jahren niemals mehr einen annähernd gleich hohen Stand.

Während also in der Mehrzahl der Länder die Scharlachsterblichkeit, mag sie auch einmal in einzelnen Jahren hoch oder mässig ansteigen, im Allgemeinen eine absteigende Tendenz zeigt, bleibt sie in Galizien, wie bereits oben angeführt wurde, anch in neuester Zeit noch eine hohe und lässt das Diagramm der Bukowina sogar eine zunehmende Häufigkeit ersehen. Ob dieser Umstand den thatsächlichen Verhältnissen entspricht oder dadurch bedingt wird, dass seit Organisation des Gemeindesanitätsdienstes in diesem Lande, welche auch eine den heutigen Anforderungen mehr und mehr entsprechende Handhabung der Todtenbeschau zur Folge hatte, die Nachweisungen der Todesursachen verlässlichere wurden, muss dahin gestellt bleiben. Bemerkenswerth bleibt es immerhin, dass, wie ein Vergleich der die Bukowina betreffenden Diagramme auf den Tafeln 14 und 15 lehrt, mit der steigenden Scharlachsterblichkeit eine im Ganzen allmählich abnehmende Häufigkeit der Masernsterbefälle einhergeht.

So charakteristisch bei ausgesprochenen Erkrankungsfällen die Erscheinungen des Scharlachs und der Masern sind, ergeben sich zumal, wenn es sich um die ersten Fälle handelt, doch vielleicht mitunter diagnostische Schwierigkeiten. Aus den periodischen Berichten über Infectionskrankheiten muss man wenigstens solche Vorkommnisse vermuthen. Nicht so selten ist es der Fall, dass für eine Gemeinde in einer Periode einzelne Scharlach- oder Masernfälle, in der folgenden Periode aber bereits eine Masern- oder Scharlachepidemie ausgewiesen wird. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dann dafür, dass bereits die ersten Fälle durch die gleiche Krankheit verursacht wurden, welche dann später als Epidemie bestand.

In grossen Gemeinden und in den Städten, in welchen ärztlicher Beistand in der weitaus grössten Zahl der Fälle in Anspruch genommen wird, kommt dieser Umstand wohl nicht in Frage, umsomehr in Landgemeinden und dann, wenn Aerzte nicht zur Verfügung stehen oder wenn dieselben zur Behandlung nicht zugezogen werden. In diesen Fällen, in welchen überdies in der Regel eine ärztliche Todtenbeschau nicht stattfindet, das subsidiäre Beschauorgan nach seinen beschränkten Kenntnissen die Todesursache verzeichnet, sind daher Irrthümer und falsche Angaben nicht ausgeschlossen, fallen aber, da es sich um sehr ausgedehnte Gebiete, in denen die Scharlach- und Masernsterblichkeit überhaupt eine grössere ist, handelt, ganz bedeutend ins Gewicht. Jedenfalls muss man sich diese Fehlerquellen vor Augen halten, wenn man die Mortalitätsziffern für Masern und Scharlach in Vergleich zieht.

In sanitätspolizeilicher Hinsicht verdienen beide Krankheiten gleiche Beachtung und wird daher auch der gemeinsame Einfluss beider auf die Gesammtsterblichkeit im folgenden Abschnitte Berücksichtigung finden.

Auch hinsichtlich der Verbreitung von einer nach der anderen Gegend, wenn man die jeweils gleichzeitig in den verschiedenen Verwaltungsgebieten bestandene Mortalität in Vergleich zieht, ergeben sich ganz ähnliche Beziehungen wie bei Masern, nur legt der Scharlach seinen Weg viel langsamer zurück, als die Masern, es wäre daher stets Zeit, mit rationellen Maassnahmen dem Weiterschreiten Einhalt zu thun.

Acute Exantheme.

Die bisher behandelten acuten Infectionskrankheiten haben das gemeinsam, dass sie mit pathologischen Veränderungen in der Haut einhergehen und dass diese Veränderungen auch dem Nichtarzte den Krankheitsprocess zumeist charakterisiren. Auch hinsichtlich der Verbreitungsweise bieten diese Krankheiten manche Uebereinstimmung. Dieselben umfassen zwar nicht alle unter die Bezeichnung acute Exantheme eingereihten aber doch die wichtigsten, und zwar insbesondere jene dieser Krankheiten, welche als Todesursachen von grösster Bedeutung sind. Es erscheint daher am Platze, diese Gruppe von Krankheiten auch als solche in den Beziehungen ihrer Häufigkeit zu den acuten Infectionskrankheiten und zur Sterblichkeit überhaupt, das ist mit Rücksichtnahme darauf, in welchem Maasse sie die Sterblichkeit beeinflussen, näher ins Auge zu fassen.

In dem Zeitraume von 1878—1900 wurden in Oesterreich 30.5% oder nahezu der dritte Theil aller auf acute Infectionskrankheiten zu beziehenden Sterbefälle durch Blattern, Masern und Scharlach herbeigeführt. In den einzelnen Jahren, sowie innerhalb fünf- oder zehnjähriger Jahresperioden ergeben sich, und zwar für erstere bedeutende, für letztere geringere Abweichungen in dieser Häufigkeit, was darin seinen Grund hat, dass, wie die oben angeführten Zahlen der Sterbefälle und die betreffenden Tafeln zeigen, die Verbreitung der genannten Krankheiten grossen Wechsel und ausgiebige Schwankungen zeigt. Sehr erheblich grösser als im Reichsgebiete in den einzelnen Jahren ist dieses Verhältnis in den verschiedenen Ländern.

Von je 100 durch acute Infectionskrankheiten verursachten Todesfällen waren Folgen von acuten Exanthemen in den Jahren:

	1878—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896-1900
Niederösterreich	. 3 5·8	49.2	42.6	35 ·6	34 ·9
Oberösterreich		31.3	31.0	25.2	18· 4
Salzburg		22.0	11.3	33 ·0	14.0
Steiermark		$32\cdot2$	3 8·1	24.5	17:5
Kärnten		34.2	45·1	35.0	15.7
Krain	. 13.6	32.7	48·5	21.4	21.7
Triest		36.0	41.4	31 .8	34.9
Görz-Gradisca		2 3·1	19.7	24.1	19 ·3
Istrien	. 13.7	25.7	26.4	32·6	37.5
Tirol	. 13 [.] 4	25.7	15·3	19 [.] 6	17 ·0
Vorarlberg		27:0	20.3	11.2	9.3
Böhmen		43.3	37.0	33.5	342
Mähren		33.0	42.9	35.8	3 6·8
Schlesien	$35^{\cdot}4$	30 2	40.6	30.0	31 ·8
Galizien		29.0	28.0	26.3	34 ·1
Bukowina	8.7	19.9	20 · 4	21.0	35·1
Dalmatien		30.1	24.5	28.7	15 ⁻ 1
Oesterreich	. 27.2	32.5	31.6	28.0	32.3

Digitized by Google

In Niederösterreich, in Böhmen, in Mähren war in allen angeführten fünf Zeitperioden, in Kärnten und in Triest in vier, in Schlesien in zwei derselben, in anderen in einer, mehr als der dritte Theil aller Sterbefälle in Folge acuter Infectionskrankheiten durch die exanthematischen verursacht, dagegen war der Antheil der letzteren in Görz-Gradisca, Tirol, Vorarlberg in der Mehrzahl der obigen Jahresperioden, in Salzburg und bis zum letzten Quinquennium auch in der Bukowina ein ungleich geringerer.

Allerdings weisen auch die in der vorstehenden Uebersicht angeführten Verhältniszahlen der Länder in den aufeinanderfolgenden Jahresperioden mehr oder weniger erhebliche Schwankungen auf und ergibt sich bei den meisten ein in neuester Zeit deutliches Abnehmen der Häufigkeit dieser Todesursachen im Vergleiche mit jener der Infectionskrankheiten überhaupt. Wie in der Bukowina ist auch in dem benachbarten Galizien, ferner in Istrien diese Häufigkeitsziffer in neuester Zeit gestiegen.

Der Einfluss, welchen diese drei Todesursachen auf die Sterblichkeit in Folge acuter Infectionskrankheiten nahmen, ist in keinem Lande zu unterschätzen, in einer Anzahl der Länder aber ein recht massgebender, welcher es vollauf rechtfertigt, dass die zur Wahrung der Interessen der öffentlichen Gesundheit berufenen Sanitätsbehörden diesen Krankheiten die grösste Beachtung schenken.

Aber auch die Beziehungen der Häufigkeit dieser Todesursachen zur Gesammtsterblichkeit, das ist der Einfluss desselben auf die Häufigkeit von Todesfällen überhaupt, ist von erheblicher Bedeutung. Innerhalb der Jahre von 1873—1900 waren von 10.000 Todesfällen 504 (über $5^{\circ}/_{\circ}$) durch acute Exantheme veranlasst. Auch in dieser Hinsicht bestehen territorielle und zeitliche Verschiedenheiten, wie die folgende Uebersicht ergibt.

Von je 10.000 Todesfällen waren verursacht durch acute Exantheme:

	1873—1875	1876—1880	1881—1885	18861890	1891—1895	1896—1900
Niederösterreich	. 750	469	438	275	275	204
Oberösterreich	. 589	271	225	161	119	9 6
Salzburg	. 364	189	166	40	175	75
Steiermark		201	331	244	165	131
Kärnten	. 986	502	4 0 0	383	260	116
Krain	. 1052	295	562	798	3 88	317
Triest	. 407	272	407	429	327	292
Görz Gradisca	. 350	180	434	264	239	242
Istrien	. 545	218	418	280	291	478
Tirol	. 799	234	3 02	109	140	126
Vorarlberg	. 318	80	221	95	43	40
Böhmen		576	572	475	276	206
Mähren	. 946	688	507	481	315	260
Schlesien	. 742	701	527	709	388	329
Galizien	. 1174	668	832	841	714	7 56
Bukowina	. 1131	3 98	657	609	575	634
Dalmatien	. ?	752	508	272	161	107
Oesterreich	. 918	544	591	535	411	388

Sowohl die zeitlich, wie für die Länder sich ergebenden Verhältniszahlen weichen viel weiter von einander ab, als jene, welche für die Beziehungen zu den Infectionskrankheiten überhaupt eben vorher angeführt wurden.

In der zuerst genannten 3jährigen Zeitperiode von 1873—1875*) machten die Sterbefälle in Folge von acuten Exanthemen nahezu $10^{\circ}/_{0}$ aller Todesfälle, in den folgenden drei Quinquennien mehr als $5^{\circ}/_{0}$ derselben aus und erst im letzten Decennium sank dieses Verhältnis auf, beziehungsweise unter $4^{\circ}/_{0}$. Das Verhältnis hat sich somit nahezu auf den 3. Theil seiner anfänglichen Höhe vermindert.

Als viel bedeutendere stellen sich aber die Unterschiede heraus, wenn man die einzelnen Länder vergleicht. Im Triennium 1873—75 war in Galizien und in der Bukowina nahezu der 8., in Krain nahezu der 9. Theil aller Todesfälle auf die genannten Krankheiten zu beziehen. In den anderen Ländern stellten sich 9.8 (Kärnten und 3.2% (Vorarlberg) als die Extremwerthe heraus. Schon im darauffolgenden Quinquennium trat ein rascher Abfall ein, die höchsten und niedrigsten Relativwerthe waren 7.5 (Dalmatien) und 0.8% (Vorarlberg). Ziemlich ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse in den Quinquennien 1881—85 und 1886—90, nach welchen in den meisten Ländern der Einfluss dieser Krankheiten auf die allgemeine Sterblichkeit sich auf 2% ermässigte, in Salzburg und in Vorarlberg 1% nicht mehr erreichte. Dauernd beeinflussten die genannten Krankheiten die Sterblichkeitshäufigkeit in Galizien und in der Bukowina, indem die Verhältniszahl stets über 7 beziehungsweise 6 blieb oder 6% nahezu erreichte.

Die allmählich eingetretene Besserung der sanitären Verhältnisse, soweit diese in dem nach und nach geringeren Einflusse der acuten Exantheme auf die Sterblichkeit zum Ausdrucke kommt, ist vorwiegend auf Rechnung des Umstandes zu setzen, dass die nach vielen Anstrengungen ausserhalb Galizien und Bukowina endlich erreichte wirksame Bekämpfung der Blattern die frühere Höhe der erwähnten Verhältnisziffern herabdrückte. Welche Bedeutung die seit dem Beginne des 8. Decenniums in allen Ländern verbreitete, vielfach bis zu bösartigen und ausgedehnten Epidemien gediehene Blatternkrankheit hatte, wurde bereits oben hervorgehoben. Ihren Einfluss auf die Sterblichkeitshäufigkeit veranschaulicht die nachfolgende Uebersicht.

Von je 10.000 Todesfällen waren verursacht durch Blattern

	1873 bis 187 5	1876 bis 1880	1881 bis 1885	1886 bis 1890	1891 bis 1895	1896 bis 1900
Niederösterreich	567	282	248	69	26	0.4
Oberösterreich	323	106	110	5 0	0.3	0.2
Salzburg	348	22	91	3	3	
Steiermark	384	93	180	52	4	0.2
Kärnten	388	305	211	118	0.6	0.4
Krain	542	47	300	424	37	ō
Triest	462	173	290	240	113	5
Görz-Gradisca	13 0	33	63	62	11	
Istrien	243	17	88	65	18	4
Tirol	232	56	90	15	3	0.4
Vorarlberg	1 90	12	180	5		
Böhmen	357	244	217	192	60	0.3
Mähren	537	237	216	127	29	0.7
Schlesien	613	274	218	226	59	2
Galizien	57 9	93	287	174	134	58
Bukowina	5 99	135	193	180	32	111
Dalmatien	188	599	56	141	14	0.1
Oesterreich	474	179	227	15 0	66	21

^{*)} Da Diphtherietodesfälle hier nicht in Betracht kommen, konnten die Jahre vor 1878 einbezogen werden.

Im Reichsgebiete hatten die Blattern im Triennium 1873—1875 nahezu 5, in Schlesien über 6, in Niederösterreich, in Galizien und in der Bukowina nahezu 6, in Krain und Mähren über 5% aller Todesfälle verursacht. Diese extrem hohen Verhältniswerthe wurden nur noch im Quinquennium 1876—1880 in Dalmatien erreicht, in allen anderen Ländern, auch in Galizien und in der Bukowina sind Blattern nach und nach, in einem Theile der Länder sogar in sehr rasch abnehmender Progression immer seltener geworden, in einzelnen in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr aufgetreten.

Wenn nun in der That das immer seltenere Vorkommen von Blattern auch eine stetig abnehmende Zahl von Sterbefällen in Folge dieser Krankheit herbeigeführt hat, muss man fragen, welchen Antheil denn die beiden anderen exanthematischen Krankheiten, Masern und Scharlach an der Gesammtsterblichkeit nahmen.

Von je 10.000 Todesfällen waren verursacht durch Masern und Scharlach.

	1873 bis 1875	1876 bis 1880	1881 bis 1885	1886 bis 1890	1891 bis 1895	1896 bis 1900
Niederösterreich	215	187	190	206	249	204
Oberösterreich	237	165	115	111	119	96
Salzburg	118	167	75	37	172	75
Steiermark	198	10 8	152	192	161	130
Kärnten	430	197	188	265	260	116
Krain	277	24 8	264	373	351	311
Triest	289	99	117	189	214	287
Görz-Gradisca	208	147	371	233	228	242
Istrien	330	200	33 0	214	272	474
Tirol	453	178	212	94	137	125
Vorarlberg	107	68	41	90	43	4 0
Böhmen	373	332	355	283	216	206
Mähren	319	451	291	354	286	259
Schlesien	388	427	309	483	329	3 27
Galizien	484	575	545	667	579	698
Bukowina	349	263	464	429	543	523
Dalmatien	?	152	452	131	147	107
Oesterreich	373	365	364	385	345	367

Wie die folgende Uebersicht zeigt, lassen in Oesterreich während der angeführten Jahresperioden die Sterbefälle in Folge von Masern und Scharlach keine nennenswerthe Ab- oder Zunahme ihres Antheiles an der Summe aller Todesfälle erkennen. Nur gegenüber den Jahren 1873—1875, für welche Angaben aus Dalmatien nicht vorliegen, dürfte eine Abnahme in den späteren Jahren sich ergeben, in den 5 Quinquennien von 1876—1900 aber waren regelmässig Masern und Scharlach in 3.45—3.85°/0 aller Todesursachen vertreten, es betrug die Differenz zwischen höchster und niedrigster Zahl somit nur 0.4°/0.

Grössere Unterschiede ergaben sich zwischen den einzelnen Ländern und in diesen auch zwischen den einzelnen oben zusammengefassten Zeitabschnitten. In der Mehrzahl der Länder schwankte die Höhe dieser Verhältniszahlen je nach der periodisch zu- oder abnehmenden Häufigkeit bald der Masern, bald der Scharlachtodesfälle, die Unterschiede sind in einzelnen Ländern keine bedeutenden, in anderen ergibt sich gegen die neueste Zeit hin eine deutliche Verminderung der Häufigkeit, in Krain, Küstenland, in Galizien und in der Bukowina jedoch eine Erhöhung derselben.

Ganz sicher ist aber, dass unter der Gesammtzahl der Todesfälle die durch Masern und Scharlach herbeigeführten im Jahre 1900 noch fast mit einer verhältnis-

mässig gleich hohen Zahl vertreten waren, als im Jahre 1875, ja in einigen Ländern sogar mit einer höheren. Die verminderte Häufigkeit dieser Todesursachen geht somit ungefähr parallel mit dem Sinken der Mortalitätsziffer, hält aber mit der Abnahme der für die acute Infectionskrankheiten berechneten Sterblichkeit (siehe Uebersicht auf S. 93) nicht gleichen Schritt.

Auch die Diagramme der Tafeln 14 und 15 zeigen wohl Schwankungen der jährlichen Masern- und Scharlachsterblichkeit je nach der jeweils bestandenen grösseren oder beschränkteren Verbreitung der betreffenden Epidemien, in einigen Ländern zwar eine unverkennbare Abnahme der Häufigkeit, im Reichsgebiete war diese jedoch keine erhebliche. Im Mittel ergibt sich auf 100.000 Einwohner berechnet für die Jahre 1873—1875 eine Mortalitätsziffer von 129, für die folgenden 5 Quinquennien eine solche von 112, 109, 111, 95, 93. Analoge für Jahresgruppen berechnete Verhältniszahlen dieser Sterblichkeit in den Ländern geben wegen der erwähnten von Jahr zu Jahr wechselnden Häufigkeit und Intensität der Masern- und Scharlachepidemien keine zuverlässigen Anhaltspunkte.

Auch im Vergleiche mit den später zu erwähnenden acuten Infectionskrankheiten, welche sämmtlich eine andauernde Abnahme ihrer Mortalitätsziffer erkennen

lassen, ist jene von Scharlach und Masern nur unbedeutend zurückgegangen.

Man muss sich daher fragen, aus welchen Gründen die Erfolge der Sanitätspflege, für welche die abnehmende Häufigkeit der acuten Infectionskrankheiten unwiderleglich spricht, sich nicht auch bei den unbestreitbar am weitesten verbreiteten, in den ausgedehntesten Epidemien herrschenden und stets innerhalb kurzer Zwischenraume wiederkehrenden Ausschlagkrankheiten in gleicher Weise bemerkbar machen.

Ein hier in Betracht kommender wichtiger Umstand, dass gerade diese häufigsten Infectionskrankheiten von der Bevölkerung wenig beachtet und als unabänderliche mit Naturnothwendigkeit periodisch wiederkehrende Vorkommnisse angesehen werden, an welche man sich bereits gewöhnt hat, wurde bereits an früherer Stelle erwähnt. Dass diese Krankheiten seltener im Alter der Vollkraft und der Erwerbsfähigkeit, vielmehr vorwiegend im kindlichen Alter auftreten und die grössere Zahl von Sterbefällen bei Kindern für weitere Kreise überhaupt nichts Auffälliges hat, vervollständigt noch das Bild der Indolenz auf diesem Gebiete. Maassnahmen gegen eine Weiterverbreitung von Scharlach wurden höchstens dann, wenn der bösartige Charakter die allgemeine Aufmerksamkeit erregte, getroffen, sonst aber wie bei Masern von der Bevölkerung als nutzlos und überflüssig angesehen. Auch die Sanitätsbehörden selbst fanden sich in früherer Zeit nur ausnahmsweise veranlasst, Vorkehrungen in dieser Richtung anzuordnen und beschränken sich selbst heute noch nicht selten auf ganz allgemeine Maassnahmen, ohne solche mit gleicher Strenge durchzuführen, wie gegenüber anderen, auch Erwachsene schwer bedrohenden Infectionskrankheiten.

Die geringe Beachtung, welche man auf dem Lande und in vielen Schichten der städtischen Bevölkerung den Masern und oft genug auch den Scharlacherkrankungen beilegt, hat leider zur Folge, dass ärztlicher Rath meist nur in schweren Fällen in Anspruch genommen wird, dass solche Erkrankungen sehr häufig gar nicht zur Anzeige kommen und dass, wenn endlich Anzeigen einlaufen, die zur Erhebung abgesandten Amtsärzte bereits eine mehr oder weniger ausgedehnte Epidemie vorfinden. von einem Einschreiten oder gar von einer Unterdrückung derselben jedoch keine Rede mehr sein kann.

Vergleicht man die zeitliche Häufigkeit des Auftretens dieser Krankheiten, so ergibt sich in jedem Jahre ein ganz charakteristisches Bild der das Verhalten der Masern darstellenden Curve. Im Sommer sinken diese Krankheitsfälle auf ihre niedrigste Zahl. Im Herbste und bis zum Winter steigt die Curve rapid in die Höhe, gelangt gewöhnlich in der ersten Hälfte des Monats December auf ihren höchsten Stand, sinkt dann bis in den Monat März, mitunter auch April, steigt um diese Zeit

wieder rasch an zu dem meistens im Mai eintretenden, jedoch an die Höhe jenes im Herbste nicht heranreichenden Maximum, um dann im Verlaufe von 2-3 Monaten wieder zum tiefsten Stande des Jahres sich zu senken.

Ganz ähnlich ist der Verlauf der Curve der zeitlichen Häufigkeit der Scharlacherkrankungen, doch entfernen sich Maxima und Minima derselben bei weitem nicht in jenem Grade wie in der Maserncurve.

Dieser auffällige Verlauf der zeitlichen Häufigkeit beider Krankheiten ist ganz wesentlich darin begründet, dass, wenn auch nicht immer, doch zum mindesten sehr häufig, der Schulbesuch der Kinder an der raschen Ausbreitung derselben Schuld trägt. Während der Ferien tritt die Krankheit zurück, wenn im Herbste der Schulunterricht beginnt, mehren sich die Krankheitsfälle, sofern in der betreffenden Gegend solche bereits vorgekommen sind, und das enge Beisammensein vieler Kinder in den Schulzimmern begünstigt in hohem Maasse die Uebertragung des Ansteckungsstoffes, welchen die inficirten Schüler auf die nicht in die Schule gehenden anderen Kinder der Familie übertragen und erreicht die Zahl der Erkrankungen um diese Zeit sehr schnell ihre grösste Höhe, um dann, wenn der grösste Theil der empfänglichen Individuen durchseucht ist, fast eberso schnell sich wieder zu vermindern.

Es liegt daher nahe, dass die vorzukehrenden Maassnahmen noch vor Beginn der Schule getroffen und mit aller Exactheit durchgeführt werden müssen, denn der persönliche Contact der Kinder in der Schule kann weder verhütet, noch auch in einer für die Prophylaxe genügenden Weise eingeschränkt werden. Allerdings kann zur Verhütung von Krankheitsübertragungen auch in und gerade durch die Schule sehr viel geschehen, weil hier sich Gelegenheit bietet, beim Unterricht auf allmähliche Einbürgerung richtiger Anschauungen über die gegen Infectionskrankheiten überhaupt nothwendigen Vorsichten bei der heranwachsenden Jugend hinzuwirken und diese nach und nach in die Bevölkerung selbst zu verpflanzen.

Auch in dieser Richtung ist eine dem Ziele sich nähernde Bahn bereits betreten worden durch Einführung des Unterrichtes über Hygiene und Somatologie an den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten. Soferne und soweit Aerzte diesen Unterricht ertheilen, ist die Gewähr vorhanden, dass mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung und fachmännischer Erfahrung nicht in Widerspruch stehende Anschauungen gelehrt und den Zöglingen beigebracht werden. Eine gewisse Summe von Kenntnissen über das eigentliche Wesen und Verhalten der Erreger von Infectionskrankheiten, über die Wege und Art ihrer Verbreitung sowie über die Mittel und Vorkehrungen, um dieser vorzubeugen, wird die Lehrerkreise zu wichtigen Bundesgenossen des Amtsarztes machen.

Anderseits muss aber auch der Einfluss der Sanitätsverwaltung hinsichtlich der gesundheitlich wichtigen Beziehungen im Unterrichtswesen gesichert sein, wenn der Erfolg voll erreicht werden soll. In den meisten der hier in Betracht kommenden Beziehungen kann nur Derjenige, welcher über ärztliche und sanitätspolizeiliche Kenntnisse verfügt, eine wirklich nutzbringende Thätigkeit entfalten.

Ein wichtiges Glied in dieser Hinsicht würde die allgemeine oder wenigstens möglichst ausgedehnte Einführung von Schulärzten bilden, eine Einrichtung, welche in einigen Städten, allerdings mit beschränktem Wirkungskreise dieser Organe bereits versuchsweise getroffen wurde. Jedenfalls müsste der Wirkungskreis der Schulärzte gegenüber dem ihnen in diesen Städten heute zugewiesenen in mehrfacher Hinsicht erweitert und auf ihre Mitwirkung gerade bei Verhütung der genannten ansteckenden Krankheiten grosses Gewicht gelegt werden.

Die grosse Zahl der jährlich verzeichneten Todesfälle an Masern und Scharlach rechtfertigt vollauf, ja fordert eine ungleich aufmerksamere Beachtung dieser Krankheiten und die Einleitung energischer Maassnahmen schon beim ersten Auftreten derselben. Die Erfolge bei der Bekämpfung der Blattern, welche bei den ersten Fällen durch wirklich sichernde Absonderung der Kranken und verlässliche Desinfection

angestrebt werden muss, durch die Schutzpockenimpfung erst in zweiter Linie erreicht wird, sind das sprechendste Beispiel, dass es möglich ist, eine weitere Verbreitung ansteckender Hautkrankheiten im Keime zu ersticken. Würde nach gleichen Grundsätzen stets auch bei Masern und Scharlach vorgegangen, so würden diese unbedingt zu den vermeidbaren zählenden Krankheiten, wenn auch vielleicht nicht allenthalben getilgt, doch wenigstens gegenüber ihrem heutigen Stande ganz bedeutend in ihrer Ausbreitung eingeschränkt werden.

Es kommt da noch ein weiterer Umstand in Betracht. Die Zahlen der an Masern und Scharlach Gestorbenen geben, ganz abgesehen davon, dass auch complicirende Krankheiten, wie Diphtherie, Lungenentzündung häufig genug anstatt der Grundkrankheit als Todesursachen ausgewiesen werden, kein vollständiges Bild des Einflusses dieser Krankheiten auf die Sterblichkeitshäufigkeit. In wie vielen Fällen lassen Masern und Scharlach Veränderungen in inneren Organen zurück, die sich weiter ausbilden und nach kürzerer oder längerer Zeit den Tod des von der Infectionskrankheit genesenen Individuums herbeiführen! In diesen Fällen wird wohl ausnahmslos die Folgekrankheit als die Todesursache bezeichnet. Würde man aber diese Fälle genau kennen und den Masern- beziehungsweise Scharlachtodesfällen zurechnen und streng genommen, sollte auch stets die Grundkrankheit in dem ärztlichen Behandlungs- sowie im Todtenschein angegeben werden — so käme eine ungleich grössere Zahl von Opfern dieser Krankheiten zum Vorschein.

Alle diese Erwägungen stellen es wohl ausser Zweifel, dass man diesen Krankheiten ein ebenso grosses sanitätspolizeiliches Augenmerk zuwenden, dass man insbesondere vor Beginn der Schulen auf schleunigste Unterdrückung aller etwa im Entstehen begriffenen Krankheitsherde hinwirken muss. Da der Schulunterricht ein nothwendiges Erfordernis ist und nicht umgangen werden darf, sollten die entsprechenden Vorkehrungen rechtzeitig getroffen werden, damit die Gefahr einer Krankheitsverbreitung durch den Schulbesuch ausgeschlossen bleibe. So wichtig der Unterricht, zum mindesten ebenso wichtig sind auch die Gesundheit und

das Leben.

Keuchhusten.

Es muss schon von vorneherein bemerkt werden, dass die Nachweisungen, welche über die Zahl der durch Keuchhusten verursachten Todesfälle vorliegen, in geringerem Grade verlässlich sind, als jene über die anderen Infectionskrankheiten. Der Grund liegt hauptsächlich darin, dass nur ausnahmsweise die Amtsärzte in die Lage kommen, aus eigener Anschauung zu constatiren, ob es sich im gegebenen Falle um Keuchhusten handelt. Es werden im gewöhnlichen Leben unter dieser Bezeichnung auch andere, mit heftigem, lange dauerndem Husten einhergehende Krankheiten geführt. Aerztliche Hilfe wird, wenn nicht besonders schwere Erscheinungen mit einhergehen oder bedrohliche Folgekrankheiten eintreten, selten in Anspruch genommen.

Ein Blick auf die umstehende Tabelle, welche die seit dem Jahre 1873 verzeichneten Keuchhustensterbefälle nachweist, lässt sofort die bedeutende Abnahme der Zahl derselben entnehmen. Im Jahre 1898 betrug diese Zahl nicht mehr die Hälfte, 1899 und 1900 etwas mehr als die Hälfte jener im Jahre 1873. Allerdings ist in den dazwischen liegenden Jahren die Zahl in manchen Jahren gestiegen. erreichte im Jahre 1891 mit 29654 den höchsten Stand, in anderen Jahren aber ist sie wieder mehr oder weniger bedeutend gesunken. Eine Verminderung der Zahl ergibt sich auch in den einzelnen Ländern, in denen die jährlichen Zahlen dieser Todesfälle gleichfalls innerhalb breiter Grenzen sich bewegen.

Keuchhusten tritt meistens epidemisch auf und herrscht nicht selten in ausgedehnter Verbreitung. Die Krankheit geht, wie die Vergleiche der Nachweisungen

emmug	5122	8890	0491	33:00	27539	6595	25025	30203	3698	34242	23957	37695	34785	20977	31792	19207	23156	\$7274	9654	17178	15429	14621	19016	8508	12956	10622	12295	13384	 	
Dalmatien		24					308				297								•	-	_	-	_		_		_	92	 -	
Bukowina	2432	1274	1403	1628	1573	1520	1540	1487	2294	1581	1422	1665	2104	1424	1464	1291	1771	1707	1109	1415	1043	925	1225	1368	723	394	695	545	 	
neizilaĐ	5616	0449	1676	1230	2311	4407	13926	0683	11511	2310	12942	17268	3857	0614	2177	1811	4841	8016	13362	10374	0332	10582	14607	13200	6998	7597	9144	9247	 	_
Schlesien	816	609	519	208	795	607	723		463	1046	747	2969	205	200	27.5	125	423	127	482	829	342	405	9:36	980	310	411	395	533	 	
пөтайМ	1477	1146	1126	1843	2201	2231	1955	680%	2522	2414	1887	1914	1548	1766	1229	817	[0]	898	462	480	354	348	436	452	297	391	154	481	 	_
Волтев	3928	3787	3203	4275	7217	3865	3086	3306	4333	3812	3495	3555	3744	3938	37.94	3601	3330	3837	2959	2532	1705	1349	909	1089	1160	626	630	1125		
Vorarlberg	63	34	77	49	20,	18	129	64	21	36	26	8	82	22 22	8	≘	4	12	35	18	6	22	54	15	63	21	10	36		_
foriT	856	493	518	833	444	514	641	340	318	888	585	364	335	<u>S</u>	909	225	97.0	340	349	267	178	143	335	337	127	130	176	454		
пөітіяІ	278	133	124	133	178	267	170	147	183	132	127	173	145	128	213	22	72	172	16	63	43	44	98	51	91	55	28	32		
osiba10-2189	116	293	8	<u>&</u>	182	247	178	145	205	55	186	180	175	103	86	194	155	124	149	44	92	11	152	56	49	33	149	43		
teeirT	102	&	9	49	65	20	89	25	45	က	21	13	62	च ।		80	Ξ	င္က	34	39	5	31	ည့်	2	က	19	40	31		
аівтЖ	466	287	232	259	315	5 95	414	202	119	222	908	251	808	213	300	265	27	087	238	246	339	152	136	217	435	171	180	173		
Кататеп	98	623	216	119	1 63	189	113	114	159	172	195	167	220	100	130	200	C	183	98	28	153	8	11	121	169	40	47	29		
Stelermark	504	22.5	445	354	029	403	454	300	488	328	380	283	274	588	406	163	11.0	369	584	303	445	117	152	452	492	556	163	191		_
Salzburg	3.C	34	16	108	19	81	<u>.</u>	4	38	11	34	8	61	7	CC	47	co ·	11	87	18	22	92	15	6	41	01	19	35	 	
Оретовтество		-				-													163											
-тереіИ фэіеттетей	1019	863	633	1239	955	(£	986		659	781	879	809	92	657	02G	465	466	376	341	433	308	232	313	365	203	544	598	309		
Jahr	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	:	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•		
J	1873	1874	1875	1876	1877	1878	1879	1880	1881	1885	1883	1881	1880	1886	1882	1x 2x	2XX.	1850	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900		



über die gleichzeitig in den Bezirken bestehenden Infectionskrankheiten lehren, häufig neben Masernepidemien einher, bildet einmal den Vorläufer, ein anderesmal den Nachzügler derselben. Auch die Tabellen auf Seite 118 und 131 weisen in manchen Jahren ein gleichzeitiges Ansteigen, beziehungsweise Sinken der Zahl der Masern- und der Keuchhustensterbefälle einzelner Länder nach.

Hinsichtlich des Fortschreitens der Keuchhustenepidemien aus einer Gegend nach einer anderen lassen die periodischen Berichte über Infectionskrankheiten im Allgemeinen einen langsamen Gang entnehmen, es dauert meistens einige Zeit, bis die Krankheit weite Strecken zurücklegt.

Sehr auffällig ist aber das oft plötzliche Auftauchen der Krankheit in einer Gegend, in welcher seit geraumer Zeit kein Fall derselben vorgekommen war. Es kann dies nur auf eine Einschleppung von auswärts zurückgeführt werden. Genaue Erhebungen hierüber bestätigen diese Ursache in der Regel. Nicht selten erfolgt die Einschleppung durch Kinder, welche wegen ihrer allen medicamentösen und anderen therapeutischen Mitteln trotzenden Erkrankung zur Luftveränderung auf das Land gebracht werden, um unter geänderten Verhältnissen Genesung zu finden. So begreiflich diese therapeutische Maassnahme vom Standpunkte der Angehörigen der Kinder ist, ebenso gewissenlos und vom Standpunkte der Sanitätspflege anfechtbar und verwerflich ist dieser Vorgang, wenn die kranken Kinder mitten in mehr oder weniger dicht bewohnten Orten untergebracht werden und die ganze Jugend des Ortes inficiren, so unter Umständen recht bedenkliche Nachkrankheiten oder den Tod so mancher einheimischer Kinder verschulden.

Man begegnet aber sogar in ärztlichen Kreisen mitunter der Anschauung, dass diese Methode, die Genesung der Kranken anzustreben, die einfachste und weil

Erfolg versprechend, selbstverständlich sei.

Ein weiterer Verbreitungsweg des Keuchhustens ist der Schulbesuch der Kinder in gleicher Weise wie dies oben von den Masern erwähnt wurde. Die ersten Fälle bleiben gewöhnlich unbeachtet, weil, so lange nicht eine Keuchhustenepidemie besteht, der Husten auf andere Ursachen bezogen wird. Wenn sich aber die Fälle mehren, dann ist es auch bereits zu spät und eine Einschränkung der Epidemie nicht mehr zu erreichen.

Da die Krankheit von der Bevölkerung nicht oder nur wenig beachtet, ärztlicher Rath zumeist nicht in Anspruch genommen wird, weil sich die Therapie in der Mehrzahl der Fälle als unzureichend erweist, kommen die Keuchhustenerkrankungen nur sehr unvollständig zur Kenntnis der politischen Behörden und müssen sich diese gewöhnlich mit der Kenntnisnahme bescheiden, dass in dieser oder jener Gegend oder Gemeinde Keuchhusten herrscht, woraus als selbstverständlich folgt, dass der grösste Theil der Individuen jugendlichen Alters in dieser Gegend mit der Krankheit behaftet sein wird.

Maassnahmen werden dann wohl zuweilen angeordnet, müssen sich aber auf thunlichste Absonderung der Kranken von den Gesunden, möglichste Hintanhaltung der Krankheitsübertragung durch Wäsche und Gebrauchsgegenstände beschränken, an einen Erfolg dieser Maassnahmen wird aber auch Derjenige kaum glauben, der dieselben angeregt oder angegeben hat. So lange eine allgemeine gesetzliche Verpflichtung zur Anzeige aller derartigen Erkrankungen nicht besteht, fehlen auch die unumgänglich nothwendigen Vorkehrungen, welche überdies zu spät kommen, wenn einmal eine grössere Zahl von Fällen aufgetreten ist. Es ist aber nicht zu bezweifeln, dass eine Besserung der Verhältnisse stattgefunden hat, dass die Maassnahmen, welche gegen Infectionskrankheiten allenthalben, da mit grösserem Nachdrucke, dort in milderer Form gehandhabt werden, auch binsichtlich des Keuchhustens mindestens einigen Einfluss hatten. Aus der Statistik geht wohl eine Abnahme der Zahl dieser Sterbefälle hervor, dieselbe lehrt aber nicht auch zugleich, in wie weit die in neuerer Zeit ungleich verlässlicher gewordenen Angaben der Todten-

scheine hiezu beigetragen haben mögen, da ja die immer häufiger werdende ärztliche Leichenbeschau manche früher von den Laien irrig angegebene Todesursache beseitigt hat.

Diphtherie.

(Tafel 16.)

Diese gefährliche Infectionskrankheit wurde leider erst seit dem Jahre 1878 in das vorgeschriebene Schema der Todesursachen aufgenommen. Es ist dies umsomehr zu bedauern, da vor dem genannten Jahre die Krankheit in sehr weiter Ausdehnung und wie aus anderen, als statistischen Quellen zu entnehmen ist, auch in bösartiger Form geherrscht hatte, was eben auch den Anlass gab, die gesonderte Nachweisung dieser Sterbefälle anzuordnen. Früher waren dieselben theils unter die senzündlichen Krankheiten der Athmungsorgane«, theils unter die sonstigen Krankheiten« einbezogen worden. Es weist auch die unten (Seite 00) folgende Tabelle in den Jahren 1873—1877 eine unverhältnismässig grössere Zahl an Sterbefällen in Folge der ersteren Krankheiten auf, als in den nächstfolgenden Jahren.

Aus der Tabelle auf Seite 134, welche die seit 1878 in den Ländern und im Reiche vorgekommenen Diphtheriesterbefälle verzeichnet, entnimmt man, dass im Jahre 1878 die grösste Zahl dieser Fälle — 56.973 — vorgekommen ist, dass dann Jahre mit einer allmählich und fast ständig abnehmenden Zahl folgten, in den Jahren 1887 und 1894 neuerdings eine Zunahme eintrat, von letzterem Jahre an aber die Zahl andauernd gesunken ist, im Jahre 1900 die niedrigste, und zwar mehr als viermal kleiner war, als zu Beginn des Zeitraumes, aus welchem Nachweisungen vorliegen.

Es lässt sich nicht mehr mit voller Sicherheit nachweisen, von wo die grosse Diphtherieepidemie, welche im 8. Decennium über die Mehrzahl der Länder sich verbreitet und eine verhältnismässig grosse Zahl von Sterbefällen verursacht hatte, gekommen ist. Wahrscheinlich hatte die Epidemie in den nördlichen und östlichen

Ländern ihren Eingang gefunden.

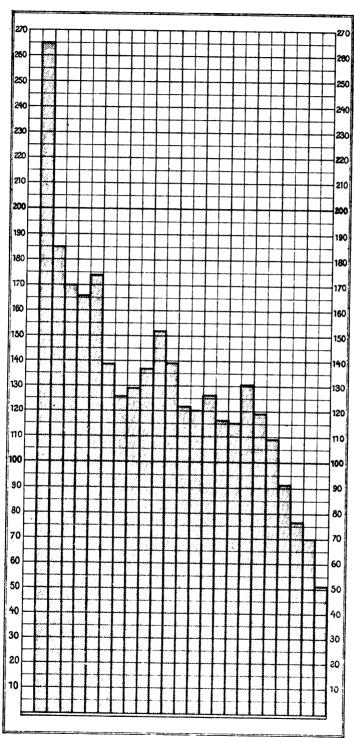
Ungleich rascher, als dies in den Zahlen für das Reichsgebiet zum Ausdrucke kommt, ist in einzelnen Ländern die Zahl dieser Sterbefälle gesunken. Wenn man auch zugeben muss, dass nicht wenige der als diphtheritische bezeichneten und angezeigten Erkrankungsfälle nicht auf diese Infectionskrankheit zu beziehen waren und dass Gleiches auch heute noch nicht so selten der Fall sein dürfte, so geben doch die ausgewiesenen Sterbefälle nicht zu gleichen Zweifeln Anlass, denn die in ihren Erscheinungen an Diphtherie mahnenden Erkrankungen führen in der Regel nicht zum Tode. Die Zahlen der Sterbefälle geben somit ein richtiges Bild von der Häufigkeit und von der Verbreitung der Diphtherie.

Weit auffälliger als in den absoluten Zahlen zeigt sich die verminderte Häufigkeit dieser Todesursache in den aus dem Vergleiche der Zahl dieser Sterbefälle mit der Einwohnerzahl sich ergebenden Relativwerthen, wie sie das Diagramm auf

Seite 135 für das Reichsgebiet darstellt.

In keinem Jahre reichte die Mortalitätsziffer an jene von 1878 auch nur entfernt heran. Schon zwischen dem angeführten und dem folgenden Jahre weist die Mortalitätsziffer eine Differenz von 78 (auf 100.000 Einwohner) auf. Charakteristisch ist, dass die zeitweise gestiegene Sterblichkeitshäufigkeit die Mortalitätsziffer des Reiches in der Folge mit alleiniger Ausnahme jener im Jahre 1894 nie mehr auf die Höhe des vorausgegangenen Maximums hinauftrieb, dass auch im Jahre 1894 die Differenz gegen 1891 nur eine verschwindend kleine war. Seit 1894 ist ein rasches stufenförmiges Sinken dieser Sterblichkeitshäufigkeit prägnant ausgeprägt. Aber selbst die vorübergehend grössere Häufigkeit dieser Todesursache vermag den Eindruck, dass die Curve seit 1878 eine ausgesprochene absteigende Tendenz zeigt, nicht zu verwischen.

 																	·
1899 1900	1898	1896	1895	1893	1892	1001.	1890	1888	1887	1886	1884	1883	1881	1880	1879	1878	Jahr
1078 741	1113	1340	1741	3152	2989	911	1638	1671	1526	1850	1446	1601	2207 2223	2384	2883	3378	Nieder- österreich
492 355							221	380	457	460	480	467	462 540	624	584	850	Oberösterreich
100	95	60	542	92	%	80	76	47	95	126	135	145	186 174	153	166	153	Salzburg
 519	805	1266	1191	1965	640	600	548	695	739	775	1381	1348	1615 1414	2357	3025	3 008	Steiermark
313 194	374	352	168 010	2 70	138	120	131	192	209	196	296 274	329	320 305	419	405	535	Kärnten
518 354	697	1818	1499	644 1957	617	53	401	606	545	517	657	689	767 962	1022	1585	1725	Krain
 63	91	193	293	250 250 250	189	1	118	108	129	200	281	214	223 257	145	110	92_	Triest
 163	188	406	356 356	189 908	216	917	159	976 976	385	354	408	3 21	311 408	299	356	451	Görz-Gradisca
210 179	306.5	23.65 65.65	1051	250	140	=	195	262	441	285	551 460	543	411 627	283	299	294	Istrien
 184 184	239	938 508	412	617	516	205	293	368	306	9 . 6	949	693	584 812	423	410	281	Tirol
 6_3	: 1 8	20 20	5 5	4 33 2 36	39	97	28) (2)	48	46	0 00 0 00	93	107 110	142	55	3 0	Vorarlberg
 2807 1922	3208	9519	3580	5471	6265	70.1	7474	8629	7951	9969	5914	5138	6475 6195	5839	6593	9448	Böhmen
1232 889	1460	1623	2067	3030 8030	2718	9920	1950	2462	2636	2558	2694	2513	4274	4322	4578	4941	Mähren
641 363	589	619	599	1097	707	610	675	774	1204	1098	575	730	924 949	627	677	1171	Schlesien
8682 7216	6276	13345	14043	11064	11134	10000	13165	14453	17312	14414	10428	13483	15774 16975	15567	13335	18189	Galizien
 2 70	320 320	1308	1640	1204	1579	• C00	1151	1259	1128	914	1589	1907	1488 2312	1966	4804	11071	Bukowina
273 179							-						520 4 17		644		Dalmatien
18041 13697	19740	27401	29874	2×531	28412	00000	28414	32532	35512	31666	28588	31066	36648 38769	37051	40509	56973	Summe



Diphtheriesterblichkeit in Oesterreich, 1878—1900 (auf 100.000 Einwohner berechnet).

 $\mathsf{Digitized} \; \mathsf{by} \; Google$

Für die Beurtheilung der Morbiditätsverhältnisse dieser Krankheit in den einzelnen Ländern gibt die Mortalitätsziffer des Reichsgebietes keine genügenden Anhaltspunkte, da ja nicht immer in allen Theilen des letzteren gleichzeitig eine höhere oder niedrigere Diphtheriesterblichkeit herrschte, vielmehr, wie schon bei den zu den exanthematischen gerechneten Krankheiten erwähnt wurde, die Extreme, welche sich für die einzelnen Länder ergeben, sich bis zu einem gewissen Grade in den Ziffern für das Reichsgebiet ausgleichen.

Diese Verhältnisse stellen die Diagramme auf Tafel 16 in augenfälliger Schärfe dar. In der Mehrzahl der Länder folgte auf die hohe Diphtheriesterblichkeit gegen Ende des 8. Decenniums ein mehr oder weniger tiefer Abfall derselben, im 10. Decennium aber wieder ein sehr rasches Ansteigen, und zwar in einigen zu einer Höhe, welche jene im Jahre 1878 übertraf oder derselben sehr nahe kam. Der daran sich wieder anschliessende Abfall vollzog sich in einzelnen Ländern wieder sehr schnell, in anderen langsam in kleinen Absatzen.

In einigen Ländern bietet der Verlauf der Curve eine volle Uebereinstimmung, jedes hat nach der einen oder anderen Richtung Abweichungen zu verzeichnen und sind diese Diagramme ein sprechender Beweis, wie wenig man aus Ziffern für das Reichsgebiet über die Verhältnisse in dessen verschiedenen Theilen entnehmen kann. Nicht weniger deutlich ergibt sich, dass der beliebte Vergleich der Mortalitätsziffer eines Jahres mit jener des vorausgegangenen für das Verhalten derselben innerhalb

längerer Zeitfolge nicht maassgebend sein kann.

Im Jahre 1878 hatte die Bukowina eine Diphtherie-Mortalität von 19.7 (auf 1000 Einwohner berechnet), im folgenden Jahre noch von 8°_{00} . In keinem Jahre und in keinem anderen Lande hatte diese Ziffer eine auch nur annähernd gleiche Höhe erreicht. Ueber 3°_{00} betrug diese Ziffer im Jahre 1878 in Galizien und in Krain. In Triest, Istrien, Tirol und Vorarlberg stieg die Sterblichkeit von 1878 an durch 3-5 Jahre continuirlich und erreichte ihr Maximum erst im 9. Decennium. Dauernd niedrige Mortalitätsziffern weisen Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg auf. Die in dieser Richtung dauernd relativ günstigen Verhältnisse dieser Länder wurden in anderen Ländern erst in neuester Zeit erreicht. Die ausgiebigste Besserung ist in der Bukowina eingetreten.

Hinsichtlich der Verbreitung der Diphtherie, worüber der Gang der im Jahre 1893 von Norden her gegen Oesterreich vorgedrungenen Pandemie Aufschluss gibt, stellt sich heraus, dass die Krankheit nur langsam in immer weiter entfernten Gegenden Eingang fand. In Görz war dieselbe, nachdem sie in Krain und in Istrien schon 1894 grosse Verbreitung gefunden hatte, erst 1895, in Dalmatien erst

1896 bedrohlich aufgetreten.

Aus den periodischen Berichten über den Stand der Infectionskrankheiten geht regelmässig hervor, dass die Diphtherie selten und man kann sagen, nur ausnahmsweise in ähnlicher Verbreitung auftritt, wie die acute Exantheme, dass es sich zumeist um gehäufte Einzelfälle in einem Orte, seltener um Hausepidemien, aber nicht selten um mehrere Erkrankungen in einer und derselben Familie handelt. Wenn auch die Erkrankungen, welche die allmählich über das ganze österreichische Ländergebiet sich ausdehnende Pandemie des 10. Decenniums bildeten, viel zahlreicher waren, als in den vorausgegangenen Jahren, so blieb doch die angeführte Art der Verbreitung dieselbe, die Local- und Hausepidemien umfassten eine grössere Zahl von Kranken, aber eine gleiche allgemeine Verbreitung der Infection, wie sie bei Masern oder Scharlach stets zu beobachten ist, fehlte.

Es ist lebhaft zu bedauern, dass die Diphtheriesterbefälle nicht aus einer sehr langen Reihe von Jahren bekannt sind. Aus den Diagrammen auf Tafel 16 ist bei wenigen Ländern sehr deutlich — bei Schlesien, aber auch bei Galizien, Bukowina, Dalmatien — eine gewisse Periodicität der Wiederkehr grösserer In- oder Extensität der Krankheit zu entnehmen. Eine solche könnte jedoch allgemein zutreffen und ist es

nicht nothwendig, dass zwischen Maximum und Minimum der Mortalität stets nur wenige Jahre liegen, es könnte die Zwischenzeit auch mehrere Jahre umfassen. Bei jenen Ländern, in welchen diese Mortalitätsziffer im Jahre 1878 noch einen niedrigen Stand hatte, scheinen die Diagramme ebenfalls auf ein periodisch abwechselndes Steigen und Sinken der Ziffer hinzudeuten, so ganz auffällig bei Triest, Istrien, Tirol und Vorarlberg. Die bis jetzt vorliegenden Nachweisungen gestatten hierüber keine sicheren Schlussfolgerungen, da die Jahresreihe zu kurz ist, um erst innerhalb längerer Zeiträume auftretende Häufigkeitsschwankungen im Allgemeinen und in allen Ländern zum Ausdrucke kommen zu lassen.

Genauere Kenntnis hierüber zu besitzen, wäre jedoch schon aus dem Grunde wichtig, um die in neuester Zeit aufgetauchte Streitfrage, ob und welchen Einfluss die Diphtherie-Heilserumtherapie auf die Mortalitätsziffer übte, auch in dieser Richtung einer sicheren Entscheidung zuzuführen. Diese Behandlungsmethode wurde in der Zeit eingeführt, in welcher in allen Ländern Diphtherieerkrankungen in ungewöhnlicher Ausdehnung häufig aufgetreten waren. Der rasche Abfall der Sterblichkeit an dieser Krankheit wird mit der immer mehr eingebürgerten und in immer zahlreicheren Fällen angewendeten Serotherapie in ursächlichen Zusammenhang gebracht. Wie bei allen anderen Fragen erhoben sich auch da Zweifel, ob thatsächlich ein solcher ursächlicher Zusammenhang bestand, und wendet man ein, dass die Erfolge der Serotherapie nur scheinbare sind, weil diese Behandlungsmethode eben zu der Zeit begann, als die Diphtherie nach dem natürlichen Laufe der Dinge und ohne menschlichen Einfluss seltener wurde. Allerdings schliesst das nicht aus, dass beide Factoren, die von selbst eingetretene geringere Häufigkeit der Krankheit und die Serotherapie zusammenwirkten, um die Diphtheriemortalität in allen österreichischen Ländern, ausser in Dalmatien, bis zum Jahre 1900 auf einen in früheren Jahren nie erreichten Tiefstand hinunterzudrücken.

Die Ergebnisse der Mortalitätsstatistik werden wohl nie ausreichen, um aus denselben allein diese Frage zu einer sicheren Entscheidung zu bringen, da in erster Reihe die Häufigkeit der Erkrankungen und die Lethalitätsverhältnisse derselben maassgebend sind. Die klinischen Beobachtungen und die Erfahrungen am Krankenbette sprechen jedoch ganz entschieden zu Gunsten der ganz bedeutenden Erfolge der Heilserumbehandlung, welche sich dann auch in der Mortalitätsstatistik werden geltend machen müssen.

Seit dem Jahre 1896, also für 5 Jahre, liegen aus allen Ländern Angaben über die Lethalitätsverhältnisse bei den mit Diphtherieheilserum behandelten Fällen, sowie bei solchen, bei welchen diese Behandlung nicht stattgefunden hat, vor. Die Gesammtzahl der Erkrankungsfälle, von denen die Behandlungsart bekannt ist, beläuft sich in diesen 5 Jahren auf 154.714, davon war bei 69.376 die Serotherapie angewendet worden, und sind von diesen Kranken 10.732, d. s. 15.5% gestorben.

Von den nicht mit Heilserum behandelten 85.338 Kranken sind 32.588 oder 38.2% gestorben, von den 154.714 Kranken überhaupt, hinsichtlich deren Behandlung (mit und ohne Serum) Daten bekannt sind, 43.320 oder 27.9%.

Die Differenz zwischen diesen beiden Lethalitätsziffern 155 und 382 ist eine so bedeutende, dass dieselbe als sprechender Beweis für die Heilwirkung des Serums anerkannt werden muss und kann wohl auch nicht geläugnet werden, dass diese so bedeutenden Unterschiede im schliesslichen Ausgange der Krankheit nicht ohne Einfluss auf die Diphtheriesterblichkeit überhaupt bleiben konnten.

Die Heilserumbehandlung wurde zuerst im Jahr 1894 versuchsweise, gegen Ende dieses Jahres bereits in einer ansehnlichen Zahl von Erkrankungsfällen angewendet, fand aber erst im Jahre 1895 in weiteren Kreisen Eingang. Man war zuerst auf das im Auslande gewonnene Serum angewiesen. Mit 1. Juli des Jahres 1895 konnte das neu errichtete staatliche serotherapeutische Institut mit der Lieferung einheimischen Serums beginnen. Um diese Behandlungsmethode in allen Ländern zu ermöglichen,

wurden in diesen Depotstellen errichtet, aus denen fallweise das Heilmittel bezogen werden kann. Ebenso ist dafür Sorge getragen, dass Serumvorräthe, welche wegen längerer Lagerung möglicherweise ihre Wirksamkeit eingebüsst haben, vom staatlichen Institute eingezogen und durch Vorräthe wirksamen Serums ersetzt werden.

Durch diese Einrichtungen wurde die Serumbehandlung in ausgedehnten Kreiser eingeführt. Alle Länder umfassende Daten über die Anwendung dieser Therape liegen seit 1896 vor. In den aufeinanderfolgenden Jahren wurde, soweit bekannt, das Serum bei 11426, 11740, 15333, 16893, 13984 Erkrankungsfällen angewendet, während unter der Zahl der Fälle, in denen über die Behandlungsmethode Angaben gemacht wurden, in denselben 5 Jahren dieses Heilmittel bei 24694, 20044, 16963, 13823 und 9814 Fällen nicht in Anwendung gekommen war.

Ueber die Lethalitätsverhältnisse, welche sich bei Heilserumbehandlung, bei den Fällen ohne solche und bei den Diphtherieerkrankungen überhaupt in den genannten Jahren und in den einzelnen Ländern ergaben, gibt die Uebersicht auf

Seite 139 Aufschluss.

Fast ausnahmslos blieb die Sterblichkeit der mit Heilserum behandelten Individuen sehr bedeutend hinter jener zurück, welche sich für die Personen, bei denen diese specifische Behandlung nicht stattfand, ergibt. Eine Ausnahme macht nur Vorarlberg, doch ist die in den Jahren 1897 und 1898 bei den der Serotherapie unterzogenen Kranken hervortretende grössere Lethalität nicht beweiskräftig, weil es sich um eine nur sehr kleine Zahl von Fällen handelte, für deren ungünstigen Ablauf

wohl auch andere Ursachen von Einfluss gewesen sein dürften.

Im Reichsgebiete schwankte die Lethalitätsziffer der mit Serum behandelten Kranken zwischen 14.5 und 16.1, dieselbe behielt somit in den 5 Jahren einen nahezu constant bleibenden Werth, während bei den der Serotherapie nicht unterzogenen Kranken das Lethalitätsverhältnis sich allmählich verschlimmerte. Dieses Ansteigen der letzteren Lethalitätsziffer war aber nicht im Stande, die Procentzahlen der Sterblichkeit an Diphtherie in die Höhe zu treiben, vielmehr war der Einfluss der Serotherapie so gross, dass, soweit über die Behandlung etwas bekannt ist, die Lethalität der Krankheit von 29.5 von Jahr zu Jahr stetig bis auf 25.2 gesunken ist. Leider ist die Morbiditätsstatistik der Diphtherie bisher noch sehr unvollständig. Von den in der Todesursachenstatistik ausgewiesenen Diphtheriesterbefällen kommt nicht die Hälfte (circa 40%) rechtzeitig zur Kenntnis der politischen Behörden, von der überwiegenden Mehrzahl erfahren diese erst aus den Matrikenauszügen über Todesfälle.

In den 5 Jahren 1896—1900 sind in der Todesursachenstatistik 102320 Diphtheriesterbefälle ausgewiesen, in den Tabellen, welche periodisch über die Erfolge der Behandlungsmethoden vorgelegt werden, für dieselbe Zeit nur 43320, es ist somit nur von 42'4°/0 der Todesfälle bekannt, ob Heilserum in Anwendung gezogen worden war oder nicht. Da man nun aber, ohne sich einem wesentlichen Fehler auszusetzen, annehmen darf, dass bei den erst nachträglich den politischen Behörden zur Kenntnis gekommenen Sterbefällen eine Heilserumbehandlung nicht oder nur selten vorausgegangen sein dürfte, erhöht sich die Zahl der Fälle, in denen die erwähnte Therapie nicht angewendet wurde, recht bedeutend und würde, wenn auch die denselben entsprechende Zahl von Erkrankungsfällen bekannt wäre, für diese wahrscheinlich eine ungleich höhere Lethalitätsziffer herauskommen, als diese in der umstehenden Tabelle erscheint.

Aus den Zahlen, welche die Fälle betreffen, in denen Heilserum in Anwendung gezogen wurde, ergibt sich, dass in einzelnen Ländern, in denen eine grosse Zahl von Diphtheriesterbefällen ausgewiesen ist, diese Therapie nur in beschränktem Maasse stattgefunden hat. Da eine möglichst früh-, jedenfalls aber eine rechtzeitige Anwendung dieses Heilmittels ein wesentliches Erfordernis für einen günstigen Erfolg bildet, auf dem Lande aber das Serum in sehr vielen, wenn nicht in den meisten

			,						-	_	139	-	-						
	1900	17.3	23.0	25.3	31.4	22.4	34.4	12.6	24.9	14.2	9.08	17.5	29.0	32.3	24·1	31.2	37.4	17.9	25.9
gefälle	1899	18.6	24.7	24.6	26.4	23.9	35.1	16.9	31.1	17.3	30.1	29.2	28.9	32.4	29.7	29.5	42.7	15.5	26.0
Alle Erkrankungsfälle	1838	18.7	25.0	24.1	28.4	24.6	35.5	15.9	29.9	21.3	8.72	31.8	30.3	38.0	27.3	32.2	41.8	22.1	28.2
Alle Er	1897	18.7	30.9	27.6	19.3	30.1	38.9	14.8	27.3	20.1	27.2	20.5	31.2	34.3	27.6	96.0	45.2	33.1	29.6
	1896	19.9	24.0	29.6	33.0	31.3	33.7	149	26.5	17.8	22.4	24.3	34.3	35.1	25.4	35.1	46.4	340	29.5
bo	1900	56.5	32.6	34.7	63.0	48.1	9.29	41.7	37.0	39.2	374	27.3	0.89	49.5	45.4	36.5	20.2	6.29	41.5
andlung	1899	29.0	32.4	41.3	31.2	7-7-7	535	39.6	27.9	38.5	35.9	41.2	39.3	44.1	45.9	33.9	8.19	2.89	38.0
Ohne Heilserumbehandlung	1898	8.87	32.9	40.8	40.4	31.4	42.6	2.29	0.79	40.6	30.4	25.0	38.9	54.8	44.2	2.98	1.99	48.0	39.3
ne Heile	1897	21.1	37.1	-30.5	390	39.1	9.09	53.4	45.5	45.7	33.3	9.81	36.5	44.7	50.8	39.8	1.89	51.3	37.9
Ohr	1896	21.7	29.3	33.0	41.1	39.4	41.1	36.5	38.8	39.6	6.76	7.2	38.5	45.5	48.0	37.0	63.3	41.1	36.4
	1900	134	14.7	198	14.9	10.1	13.8	8:11	18.0	105	19.2	11:1	17.0	19.0	12.8	13.5	16.2	13.0	15.0
ลกปโบท	1899	13:3	17.9	14.2	18.6	13.5	14.4	14.9	202	11.2	236	00	18.0	19.2	18:8	228	14.7	11.4	161
serumbehandlung	1808	12.6	15.5	14.0	14·1	16.8	13.3	138	14.6	14.3	15.1	50.0*)	184	18.5	13.5	28.5	9.12	13.2	15.8
Mit Heils	1897	13.2	18.7	25.3	13.7	15.5	14.4	13.9	14.4	11.7	17.4	23.4	18.0	17.8	15.8	16.1	130	16.1	155
M	1896	12.2	105	14.2	13.0	15.1	13.6	13.2	13.2	11:4	143	180	18.9	18.9	11.5	13.9	11.9	20.1	145
		•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
			•		•			•	•	•	•	•	•	•	•	•	•		•
	٠	ich	ᅾ	•	•	•			et S	•	•		•	•	•	•	•	•	•
		erre	rreic	•	۲	•	•	•	adisa	•	•	90	•	•	•	•	«	ä.	ch
		röst	östeı	urg	rma	ten		٠	-Gr	ä.	•	rlbe	ıen	.eu	sien	ien	win	natie	errei
		Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Kärnten	Krain	Triest	Görz-Gradisca	Istrien	Tirol	Vorarlberg	Böhmen	Mähren	Schlesien	Galizien	Bukowina	Dalmatien	Oesterreich

Digitized by Google

*) Von 6 mit Serum behandelten Kranken sind 3 gestorben.

Fällen erst innerhalb längerer Zeit aus der Depotstelle beschafft werden kann, kann es nicht auffallen, dass die Anwendung desselben oft in einem Krankheitstadium erfolgt, in welchem die Wirkung des Heilmittels nicht mehr eintritt. Erst wenn die in dieser Richtung nothwendigen Einrichtungen geschaffen sein werden, kann man durchgreifende Erfolge und eine, wie bei Blattern andauernde allgemeine und über die heutige hinausgehende Herabsetzung der Diphtheriesterblichkeit erhoffen. Dass aber eine solche mit aller Sicherheit erwartet werden darf, dafür sprechen die bisherigen günstigen Erfahrungen, es kann auch einer später etwa eintretenden grösseren Häufigkeit dieser Erkrankungen, dem Einbruche einer Epidemie mit Beruhigung entgegengesehen werden und wird eine gleich hohe Sterblichkeit in Folge dieser Krankheit, wie sie in früheren Jahren in einzelnen Ländern beobachtet wurde, mit aller Wahrscheinlichkeit, wenn nicht Sicherheit ausgeschlossen sein.

Sehr misslich vom Standpunkte der Sanitätsverwaltung ist der Umstand, dass, wie oben erwähnt, die Sanitätsbehörden von einem grossen, ja vom überwiegenden Theile dieser Erkrankungen erst dann erfahren, wenn dieselben bereits zum Tode geführt haben. Dies hat auch zum mindesten verspätete amtsärztliche Erhebungen zur Folge. In der Mehrzahl der Fälle müssen sich dann die Vorkehrungen auf Hintanhaltung einer Weiterverbreitung der Ansteckung durch Effecten der Verstorbenen, auf Desinfection der Wohnung beschränken, können aber für den Zweck, welcher von vorneherein anzustreben gewesen wäre, nichts Wesentliches mehr leisten.

Typhus.

(Tafel 17.)

Bis zum Jahre 1895 war im Mortalitätsschema nur die allgemeine Bezeichnung Typhus vorgesehen, ohne Unterscheidung zwischen den verschiedenen als Typhus bezeichneten Krankheitsformen. Erst seit dem Jahre 1895 werden die Sterbefälle in Folge von Abdominal- und Flecktyphus gesondert für sich, jene an Typhus recurrens, über deren Vorkommen in Oesterreich ziffermässige Daten nicht vorliegen, in der Collectivrubrik sonstige Infectionskrankheiten verzeichnet. Es kann daher über die Sterblichkeit an Flecktyphus, welcher wie aus anderen Quellen bekannt ist, namentlich im achten, jedoch auch im neunten Decennium in den östlichen Ländern grosse Verbreitung gefunden hatte, in manchen Gegenden geradezu endemisch gewesen war und erst im letzten Decennium durch wirksame Maassnahmen in seiner Ausdehnung beschränkt wurde, aus der Mortalitätsstatistik nichts entnommen werden.

In der Tabelle auf Seite 141, welche die in den Publicationen, beziehungsweise amtsärztlichen Vormerkungen verzeichneten Typhussterbefälle nachweist, sind jene an Flecktyphus für die Jahre 1895—1900 durch halbfette Ziffern ersichtlich gemacht

Aber auch die Diagnose »Abdominaltyphus« ist namentlich in früherer Zeit keineswegs immer unanfechtbar. Wem die Verhältnisse auf dem Lande — und diese stimmen in den meisten Ländern in der zu erwähnenden Richtung ziemlich überein — bekannt sind, weiss, dass acute fieberhafte Krankheiten, welche mit Delirien einhergehen, soferne nicht wie etwa bei Pneumonien eine ausgesprochene Organerkrankung auch den Laien auffällt, vielfach als Typhus bezeichnet werden. In früherer Zeit, als auf dem Lande eine ganz unzureichende Zahl von Aerzten die Praxis ausübte, war es denselben und ist es auch heute noch in vielen Gegenden den Aerzten physisch unmöglich, jeden in ihre Behandlung tretenden oder genommenen Kranken zu sehen und am Krankenbette selbst die Diagnose zu machen, sie waren und sind vielmehr auf Berichte der Seelsorger, anderer Personen oder von Boten angewiesen, welche sich mit der bereits fertigen Diagnose zu der Ordination einstellen. Eine amtsärztliche Erhebung fand früher zumeist nur dann statt, wenn

1	
emmng	25530 189153 189154 17460 17460 17460 17561 1756
Dalmatien	
Bukowina	1150 1162 1162 1162 1162 1163 1163 1163 1163
neizilaÐ	13567 10497 10497 10498 10408 10594 10594 10594 10595 10596
Schlesien	252 252 252 252 252 253 255 255
пэтийМ	1420 11304 11234 11234 11234 11234 11234 11307 1032 853 842 853 842 853 843 853 842 853 843 853 842 853 842 853 842 853 842 853 842 853 853 842 853 853 842 853 853 854 853 853 854 853 854 853 854 854 854 854 854 855 854 857 857 857 857 857 857 857 857 857 857
Воршен	2005 2536 2536 2536 2536 2536 2536 2537 2537 2537 2537 2538 2537 2538 2537 2538 2537 2538 2538 2538 2538 2538 2538 2538 2538
Vorarlberg	0044464868888888848446844488 604110 c c a 4
loīiT	125 155 155 155 155 155 155 155 155 155
neirtal	255 252 253 253 263 263 263 263 263 263 263 26
eseibert Grædisea	155 155 165 165 174 174 175 175 175 175 175 175 175 175 175 175
taeinT	85 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28
aistA	255 255 255 255 255 255 255 255
Kärnten	883 883 883 883 883 883 883 883 883 883
Aramre iet8	1022 1022 1022 875 756 756 757 756 757 757 757 757 757 7
gradzis8	7111 1111 88.88
dэiөттөtайтөdO	28.
Vieder- doierreich	2031 1363 1363 1363 1155 11014 1155 11014 1155 11014 1155 1155
L L	
Jahr	1873 1874 1875 1876 1876 1879 1879 1880 1882 1883 1885 1885 1889 1890 1896 1896 1896 1896 1896 1896 1896 1896

die Krankheit bereits eine grössere Ausbreitung gewonnen hatte oder eine solche wegen besonderer Umstände zu besorgen war.

In dieser Beziehung ist in neuester Zeit ein zweckentsprechender Wandel eingetreten, indem, sofern nicht bereits durch den Gemeindearzt die Krankheit bestimmt als Typhus erkannt wurde, der Amtsarzt die Erhebung vornimmt und die nothwendigen Vorkehrungen anordnet oder deren Verfügung bei seiner vorgesetzten Behörde beantragt.

Man muss sich diese bestandenen Verhältnisse vor Augen halten, wenn man die über die Typhussterblichkeit vorliegenden Daten prüft. Allerdings dürften die Fehler, welche durch die erwähnten Laiendiagnosen unterlaufen sind, keine in dem Grade bedeutende gewesen sein, dass durch dieselben das Bild, welches die Statistik von der Verbreitung des Typhus und von der durch diese Krankheit verursachten Sterblichkeit gibt, ganz wesentlich verändert worden wäre.

Wie so manche andere auf eine vorausgegangene Infection zurückzuführende Todesursache, hatte auch Typhus zu jener Zeit, in welcher die statistische Berichterstattung hierüber beginnt, eine unverhältnismässig grosse Zahl von Sterbefallen herbeigeführt. Seit dem Jahre 1873, in welchem 25.530 Typhustodesfälle vorgekommen sind, ist deren Zahl allmählich gesunken, u. zw. hat sich dieselbe nur viermal von einer vorübergehenden Steigerung unterbrochen, bis 1900 auf 6105, also auf den vierten Theil jener im Jahre 1873 vermindert.

In den einzelnen Ländern ist die Zahl dieser Sterbefälle in noch viel grösserem Maasse gesunken, in manchen auf die Hälfte, in anderen bis auf den 3.—8. Theil ihrer anfänglichen Höhe. In Dalmatien betrug die höchste Zahl 1497, die niedrigste 27.

An der Zahl der Typhussterbefälle ist Galizien am stärksten betheiligt und wuchs dieser Antheil in dem Verhältnisse, als die betreffenden Zahlen der anderen Länder kleiner wurden. Im Zeitraume von 1873—1880 entfielen 46·3, 1881—1890 schon 56·5 und 1891—1900 sogar 63 5 % aller in Oesterreich vorgekommenen Typhussterbefälle auf Galizien.

Zu diesem ungünstigen Verhältnisse hat wohl ganz bedeutend der Flecktyphus beigetragen. Wie die Tabelle auf Seite 141 zeigt, ist diese Krankheit wenn auch nicht ausschliesslich, so doch vorwiegend auf Galizien beschränkt, in der benachbarten Bukowina und in Schlesien in einer geringen Zahl von Fällen vertreten, kam in Mähren, wo sie einst ebenfalls häufiger gewesen war, in vereinzelten, gewöhnlich ebenso wie in Böhmen und in Niederösterreich, in eingeschlepten Fällen vor, auf welche einzelne Infectionen der Umgebung der Kranken zurückzuführen waren. In Böhmen hatte die von auswärts eingeschlepte Krankheit in den Jahren 1895 und 1899 glücklicherweise alsbald unterdrückte kleine Localepidemien zur Folge.

In den westlichen und südlichen Ländern, ausgenommen Dalmatien, ist diese Krankheit unbekannt. Dalmatien ist mitunter vom Orient her bedroht. In seltenen Fällen wurden Sterbefälle an Flecktyphus auch in der Todesursachenstatistik der früher erwähnten Länder verzeichnet, doch handelte es sich nicht um Typhus exanthematicus, sondern um Abdominaltyphusfälle, bei welchen eine ungewöhnlich stark ausgeprägte Roseola zu der nachträglich als irrthümlich erkannten Diagnose Veranlassung geboten hatte.

Trotzdem Flecktyphus in manchen Gegenden von Galizien eine ständige Calamität bildete, endemisch geworden war, ist es in neuester Zeit durch zweckentsprechende Vorkehrungen doch gelungen, sowohl sein Verbreitungsgebiet sehr bedeutend einzuschränken, wie auch Masseninfectionen zu verhüten. Die Zahl der Sterbefälle, welche 1895 noch 1132 betragen hatte, ist allmählich auf 480 gesunken und vermochte auch die im Jahre 1899 ausgedehntere epidemische Verbreitung der Krankheit nicht mehr eine sehr wesentliche Zunahme der Zahl der Sterbefälle herbeizuführen.

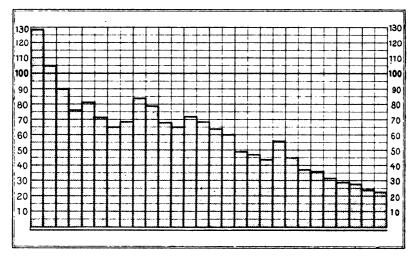


Der Flecktyphus gewinnt in Galizien gewöhnlich im Winter und gegen das Frühjahr hin grössere Verbreitung, in einer Zeit, in welcher die Ernährungsverhältnisse zahlreicher Bewohner kümmerliche werden und verdient daher oft genug mit Recht

die Bezeichnung >Hungertyphus«

Vor 14—15 Jahren noch bildeten manche Gefängnisse und Arrestlocalitäten wahre Brutstätten dieser Krankheit und gerade die letzteren sowie die Räume, in denen die Schüblinge untergebracht wurden, gaben mitunter Anlass zu mehr oder weniger ausgedehnten Localepidemien. Das Verbreitungsgebiet der Krankheit erstreckte sich damals noch bis Wien und war die Reichshauptstadt selbst in manchen Zeiten von Flecktyphus heimgesucht.

Abdominaltyphus kommt aber in allen Ländern, da häufiger, dort seltener vor, herrscht bald in ausgedehnter bald beschränkterer Verbreitung in einzelnen oder auch in Gruppen von Gemeinden epidemisch, zumeist sind es Haus- oder Familienepidemien, am häufigsten jedoch setzen sich die Gesammtsummen der Erkrankungs-



Typhussterblichkeit in Oesterreich, 1873-1900 (auf 100.000 Einwohner berechnet).

fälle in den Bezirken aus einer grösseren oder kleineren Zahl von Einzelfällen welche in verschiedenen Häusern und Familien auftreten, zusammen.

Das vorstehende Diagramm veranschaulicht die Häufigkeit der Typhussterbefälle (Ileo- und Flecktyphus) in den Jahren 1873—1900. Es tritt die Abnahme dieser Mortalitätsziffern, welche seit dem Jahre 1873 eine fast ununterbrochen andauernde ist, in dem Diagramm scharf hervor. Nur in den Jahren 1877, 1880—82, 1885 und 1892 zeigte sich ein, übrigens ganz unerhebliches Ansteigen der Sterblichkeit, in allen anderen Jahren aber ein stufenweises Sinken derselben. Im Jahre 1873 waren noch 129 von 100.000 Einwohnern dem Typhus erlegen, 1900 nur rnehr 23.

Wie im Reichsgebiete diese Verhältnisse nach und nach sich günstiger gestalteten, ist eine ähnliche Besserung auch in den Ländern eingetreten, jedoch nicht überall als eine stufenweise gleichmässig fortschreitende, in vielen bald in raschem Abfalle der Mortalität, welche aber mit Perioden einer grösseren Häufigkeit wechselte, bald in wiederholt wiederkehrenden geringeren Schwankungen, welche aber doch im ganzen die absteigende Tendenz der Typhussterblichkeit erkennen lassen.

Die beiliegende Tafel 17 bringt diese Verhältnisse der Länder deutlich zur

Anschauung:



Durch dauernd niedrige, $0.4\,^0/_{00}$ der Bevölkerung nur in sehr wenigen Jahren übersteigende Typhussterblichkeit zeichnen sich Triest und Vorarlberg aus, dagegen weisen Galizien und die Bukowina bis in die neueste Zeit herauf andauernd hohe Sterblichkeitsziffern auf. In keinem Lande gingen diese von einem zum anderen Jahr gleichmässig stetig zurück, in der Mehrzahl war Typhus abwechselnd und zwar meist innerhalb kurzer Zwischenräume an der Mortalität stärker betheiligt, wenn auch der Gesammteindruck aller Diagramme im Allgemeinen die allmähliche Verminderung der Sterblichkeitshäufigkeit nirgends verkennen lässt. Die geringsten zeitweisen Steigerungen der Mortalität zeigen die Diagramme für Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und Böhmen. In Niederösterreich wird die Verhältnissziffer durch Abnahme der Zahl der Typhussterbefälle in Wien in geradezu ausschlaggebender Weise beeinflusst.

Fast in allen Ländern war diese Sterblichkeit im Jahre 1873, in einzelnen erst im Jahre 1874, in Tirol 1875, in Mähren und Schlesien 1881 auf dem höchsten Punkt angelangt. Ganz auffällig ist die im Jahre 1877 zu aussergewöhnlicher Höhe angestiegene Typhussterblichkeit in Dalmatien $(3\cdot2^{0}/_{00})$, dagegen war dieselbe in neuester Zeit, seit 1892 sehr niedrig $(0\cdot1-0\cdot01^{0}/_{0})$ mit Ausnahme von Vorarlberg, die niedrigste unter allen anderen Ländern.

Die höchste Mortalitätsziffer eines Landes im Jahre 1900 (Galizien 50 auf 100.000 Einwohner) näherte sich, blieb aber noch über der höchsten von Vorarlberg, 49 im Jahre 1873, Triest, 43 in den Jahren 1874 und 1880 im 8. Decennium. Ein Vergleich der jeweils gleichzeitig in den einzelnen Ländern bestehenden

Typhusmortalität zeigt deutlich, dass das Verbreitungsgebiet derselben nach und nach immer mehr eingeengt wurde, dass die Unterschiede zwischen höchsten und niedrigsten Mortalitätsziffern sich immer weniger von einander entfernten, dass mithin allenthalben Typhuserkrankungen seltener geworden sind oder diese seltener zum Tode geführt haben. Da jedoch die letztere Voraussetzung eine geringe Wahrscheinlichkeit für sich hat, aus der Mortalitätsstatistik ein so bedeutendes Sinken der Lethalität, dass diese die Mortalitätsziffer wesentlich beeinflussen konnte, nicht hervorgeht, kann nur eine geringere Häufigkeit der Typhuserkrankungen aus dem Gesagten hervorgehen. Leider lässt die Erfüllung der Anzeigepflicht gerade bei dieser Krankheit noch recht viel zu wünschen übrig, so dass eine halbwegs den Anforderungen entsprechende Morbiditätsstatistik noch nicht aufgestellt werden kann.

Aus der Zeit vor dem Jahre 1873 liegen genauere Nachweisungen über Vorkommen und Häufigkeit der Typhuserkrankungen und Sterbefälle nicht vor und auch die seit dem genannten Jahre verzeichneten Fälle sind bis zum Jahre 1895 nicht differenzirt. Es kann daher auch nicht ermessen werden, ob in den Jahren vor 1873 (beziehungsweise vor 1876 in Dalmatien) die Zahl dieser Sterbefälle eine annähernd gleich hohe oder grössere oder aber eine niedrigere war als 1873. Auch andere Quellen bieten hiefür keine bestimmten Anhaltspunkte. Man dürfte aber selbst unter der Voraussetzung, dass Typhus vor 1873 häufig aufgetreten ist, kaum fehlgehen, wenn man annimmt, dass im Jahre 1873 die sanitären Verhältnisse ungewöhnlich ungünstige gewesen sind und dass unter dem Einflusse derselben auch Typhus häufiger aufgetreten ist, wie in den früheren Jahren.

Wie immer aber damals die Verhältnisse im Vergleiche mit jenen der vorausgegangenen Jahre gewesen sein mögen, steht doch fest, dass zu jener Zeit die Krankheit in den österreichischen Ländern eine grosse Verbreitung aufwies und eine grosse Zahl von Sterbefällen verursachte. Da aber das häufige Auftreten von Typhus regelmässig durch sanitäre Missstände verursacht wird, Typhus in gewissem Sinne geradezu als »Schmutzkrankheit« gilt, deutet die hohe Typhussterblichkeit in jener Zeit auf sehr missliche hygienische Verhältnisse.

Wie bereits oben erwähnt wurde, fiel in jene Zeit die Organisation des staatlichen Sanitätsdienstes und fanden die wenige Monate vorher ins Amt getretenen

Bezirksärzte ein Feld umfangreicher Thätigkeit. Dieser ist es auch in gewiss nicht geringem Maasse zu danken, dass Missstände, welche die Infection und Weiterverbreitung des Typhus herbeiführen oder wenigstens begünstigen, nach und nach beseitigt, dass allgemeine und locale Assanirungen immer häufiger und in stetig wachsendem Umfange beschlossen, in Angriff genommen und auch durchgeführt wurden. In dem Maasse, als diese sanitären Verbesserungen durchgeführt wurden, sank auch die Typhussterblichkeit.

Vor allem waren es die Vorkehrungen, welche zur Versorgung der Bevölkerung mit genügenden Mengen gesunden Trinkwassers, zur rationellen, unschädlichen Beseitigung der Abwässer und Abfallstoffe aller Art, zur Reinhaltung des Bodens und Untergrundes getroffen wurden, die Einflussnahme der beamteten und behandelnden Aerzte zur Sicherung entsprechender hygienischer Verhältnisse in Häusern, Wohnungen, Familien, welche die sanitären Fortschritte zuerst anbahnten und dann förderten.

Es darf aber nicht übersehen wurden, dass auch in den Gemeindevertretungen selbst das Bestreben erwachte, den hygienischen Anforderungen mehr und mehr gerecht zu werden, dass man die Nothwendigkeit, Gefahren für die Gesundheit zu beseitigen, auch in nicht ärztlichen Kreisen erkannte und über Anregung einsichtsvoller Persönlichkeiten sich entschloss, für Zwecke der Gesundheit der Bewohner Opfer zu bringen.

Mit gutem Beispiele gingen die Städte, und unter diesen die Reichshauptstadt voran. Man kann kaum ein treffenderes Beispiel des grossen sanitären Nutzens einer

guten Wasserversorgung finden, als es gerade die Stadt Wien bietet.

Vor Einführung des Hochquellenwassers bildete Abdominaltyphus eine ständige, bald mehr bald weniger ausgebreitete Krankheit der Wiener Bevölkerung. Die Zahl der Sterbefälle betrug:

im	Jahre	1851	902	im	Jahre	1868		641	im	Jahre	1885.	104
>	>	1852 .	995	>	»	1869		733	»	>	1886.	85
>	>	1853 .	921	>	>	1870		594	>	>	1887.	71
>	>	1854.	965	•	>	1871		1149	·>	>	1888.	103
>	>	1855 .	1584	•	*	1872		765	>	>	1889 .	103
>	•	1856 .	1549	•	>	1873		742	>	>	1890.	75
>	>	1857.	1081	•	>	1874		375	· *	>	1891.	85
>	•	1858.	1165	>	•	1875		502	•		1892.	114
•	>	1859 .	736	>	•	1876		272	>	>	1893.	104
>	•	1860 .	644	•	>	1877		350	>	*	1894.	74
>	*	1861.	714	•	*	1878		201	>	>	1895.	86
>	•	1862 .	842	•	>	1879		185	>	>	1896 .	7 8
>	*	1863.	583	*	>	1880		152	. »	>	1897.	84
>	>	1864.	413	>	>	1881		113	*	>	1898.	94
•	>	1865 .	721	>	>	1882		109	»	>	1899.	66
>	>	1866.	728	>	≫.	1883		144	>>	>	1900 .	139
•	>	1867 .	517	>	>	1884		95				

Im Jahre 1873 wurde die Hochquellenleitung eingeführt, es dauerte aber längere Zeit, bis sich alle Stadttheile dieses in 76 km langem Aquaducte aus dem Hochgebirge zugeführten Wassers bedienen konnten. Es machte sich, nachdem auf die im Jahre 1871 sehr hohe Typhusfrequenz zwei Jahre mit einer bedeutend geringeren Zahl solcher Sterbefälle gefolgt waren, bereits im Jahre 1874 ein tiefer Abfall der Typhushäufigkeit bemerkbar und verminderte sich dieselbe, wenn sie auch dazwischen einmal in einem Jahre gestiegen war, doch nach und nach, bis sie im Jahre 1899 mit 66 Typhussterbefällen ihren tiefsten Stand erreichte. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Einwohnerzahl, welche im Jahre 1857: 477.000, 1869: 606.514

betragen hatte, durch Einverleibung der Vororte im Jahre 1891 von 827.567 auf 1,342.519, somit um 514.952 gestiegen ist, und dass bei der letzten Volkszählung im Jahre 1900 die Civilbevölkerung 1,598.335 betrug.

Diese Abnahme der Zahl der Sterbefälle und somit auch der Erkrankungen an Typhus in Wien ist, wenn auch vielleicht nicht ausschliesslich, doch zum größten

Theile der besseren Wasserversorgung zuzuschreiben. In ähnlicher Weise wurde auch in vielen anderen Städten, grösseren und kleineren Gemeinden, Ortschaften und Häusern durch Wasserversorgung, grössere Sorgfalt auf Beseitigung der Abfallstoffe, kurz durch Reinlichkeitspflege dem Typhus der Boden entzogen und sein Verbreitungsgebiet mehr oder weniger eingeschränkt. Dass dabei auch die bei ansteckenden Krankheiten allgemein in Anwendung kommenden Maassnahmen, die Absonderung der Kranken, womöglich in einem Spitale, die Unschädlichmachung der Ansteckungsstoffe durch Desinfection in Fällen ausgebrochener Erkrankungen zum Erfolge unterstützend mitwirkten, ist selbst-

Offenbar sind aber die localen Verhältnisse an sich keineswegs immer allein massgebend für das häufigere, beziehungsweise seltenere Auftreten der Krankheit. Die Diagramme auf Tafel 17 zeigen, dass in einigen Ländern ähnlich, wie es bei den früher besprochenen Infectionskrankheiten der Fall ist, mit einer gewissen Regelmässigkeit Zeitperioden grösserer und niedrigerer Typhussterblichkeit abwechseln und selbst in den Ländern, in welchen diese fast gleichmässig von Jahr zu Jahr gesunken ist, in einzelnen Jahren die Sterblichkeit etwas stieg, wie dies auch die vorerwähnten Ziffern für Wien darthun. Die grössere Typhussterblichkeit trat auch meistens innerhalb weit ausgedehnter Gebiete gleichzeitig auf und machte sich selbst in räumlich weit von einander entfernten Ländern in gleicher Weise geltend. Das kann nur auf allgemein wirkende Ursachen bezogen werden, unter deren Einfluss die localen und zu Typhus prädisponirenden Verhältnisse verschärft werden, dass sie öfter und leichter die Infectionen veranlassen.

Worin dieses Verhalten begründet ist, entzieht sich bisher unserer Kenntniss. Jedenfalls bietet die Beobachtung und Erforschung aller Umstände, welche mit Typhuserkrankungen in Beziehung stehen können, dem Amtsarzte eine ebenso anregende wie wichtige Thätigkeit und ist es im Interesse der öffentlichen Sanitätspflege nur lebhaft zu bedauern, dass epidemiologische Beobachtungen immer mehr in den Hintergrund treten, selbst vernachlässigt werden, und dass man sich bei Erhebungen der Ursachen von Typhuserkrankungen vielfach lediglich beeilt und begnügt, irgend ein Gebrechen an einer Wasserversorgungsanlage zu constatiren, aber nicht die Mühe nimmt, anderen gleichfalls sehr wichtigen Ursachen, deren Ergründung allerdings oftmals mühsam und schwierig ist, nachzugehen. Auch der Typhus geht nicht immer denselben, vielmehr offenbar mannigfache Wege, auf denen er dann beim Menschen Eingang findet.

Dysenterie.

(Tafel 18.)

Ruhrtodesfälle kommen nur in einem Theile der Länder überhaupt häufig vor und steigt in einzelnen die Zahl derselben in gewissen Jahren zu einer oft recht beträchtlichen Höhe. In manchen anderen Ländern sind dieselben selten, in vielen Jahren überhaupt nicht beobachtet worden.

Aber auch die vorliegenden Daten dürften über die Zahl jener Todesfälle, welche durch wirkliche Dysenterie verursacht wurden, hinausgehen. Mehrfache Umstände und die Vergleiche mit den Angaben über Kindersterblichkeit machen es wahrscheinlich, dass zumal in Zeiten, wenn in der warmen Jahreszeit Diarrhöen im Kindesalter häufig auftreten, mancher dieser Sterbefälle auf Ruhr bezogen wird.

Diese Vermuthung bestätigt auch die unten folgende Uebersicht der Häufigkeit einzelner Todesursachen in den verschiedenen Altersclassen. Es können daher die in der Tabelle auf Seite 148 angeführten Zahlen der seit 1873 verzeichneten Todesfälle in Folge an Ruhr nicht als sichere, vielmehr als höchst wahrscheinlich zu hohe angesehen werden. Eine auch nur annähernd sichere Correctur dieser Ziffern ist bei dem Mangel jeglichen näheren Anhaltspunktes hiefür ausgeschlossen.

Sicher ist, dass die Krankheit vorwiegend in den östlichen Ländern und in den südlichen Gegenden des Reiches auftritt und daselbst auch die grösste Zahl von Todesfällen herbeiführt. Insbesondere waren Galizien und zeitweise auch die Bukowina oft von sehr ausgedehnten und bösartigen Ruhrepidemien heimgesucht, nächst diesen Ländern Krain. Görz-Gradisca, Dalmatien, in Steiermark und in Tirol die südlichen Be-

zirke.

In Nieder- und Oberösterreich, in Salzburg, Kärnten, Vorarlberg, Böhmen, Mähren Schlesien, in welchen beiden letzteren Ländern die Krankheit mitunter von Galizien her Eingang gefunden hatte, ist die Zahl der Ruhrsterbefälle im Laufe der Jahre sehr erheblich zurückgegangen, in manchen Jahren sind solche überhaupt nicht vorgekommen. Ob es sich in der That um ein im gleichen Maass seltener gewordenes Auftreten der Krankheit handelte, oder ob die Nachweisungen verlässlichere geworden sind, lässt sich nicht entscheiden. Wahrscheinlich haben beide Umstände daran Antheil gehabt. Aus den Berichten über die sanitären Verhältnisse geht hervor, dass das Verbreitungsgebiet der Ruhr in den von derselben am häufigsten heimgesuchten Ländern und Gegenden eine Einschränkung erfahren hat, dass aber auch, wenn die Krankheit auftritt, nicht mehr jene grosse Zahl von Individuen ergriffen wurde, wie früher, dass mithin auch die Zahl der Sterbefälle gesunken sein muss. Anderseits darf aber auch dem Umstande, dass im Jahre 1900 in einer bedeutend grösseren Zahl von Gemeinden auf dem Lande sich Aerzte befanden, als im Jahre 1873. dass seit diesem Jahre in Folge Organisation des Gemeinde-Sanitätsdienstes die Todtenbeschau in der grösseren Zahl der Fälle von Aerzten vorgenommen wird, kein zu geringes Gewicht beigelegt werden.

Nach dem, was oben über die Verbreitung der Dysenterie nach Ländern gesagt wurde, kann man nicht erwarten, dass die für das Reichsgebiet berechneten Mortalitätsziffern ein zutreffendes Bild geben. Wie das Diagramm auf Seite 149 zeigt, hat die aus den Nachweisungen über Todesursachen entnommene Ruhrsterblichkeit im Jahre 1892 ihren höchsten Stand erreicht mit 75 Todesfällen auf 100.000 Ein-

wohner.

Vor dem Jahre 1892 bewegte sich diese Mortalitätsziffer zwischen 30 im Jahre 1881 und 61 in den Jahren 1873 und 1874. Nach dem Jahre 1892 überstieg dieselbe nur einmal (1895) den Werth von 30, hielt sich im letzten Quinquennium zwischen 10 und 19. Bemerkenswerth ist, dass im Jahre 1892 auch die letzte Cholera-pidemie begonnen hat und dass im gleichen Jahre eine, wenngleich nicht bedeutende

Erhöhung der Typhussterblichkeit eingetreten war.

Auf der beiliegenden Tafel 18 ist die Ruhrsterblichkeit jener Länder, in welchen die Krankheit eine grössere Bedeutung gewinnt, dargestellt und wurden zum Vergleiche auch die Verhältnisse von 3 Ländern, in denen die Krankheit nur in beschränkter Verbreitung oder selten auftritt, beigefügt. Die höchste Mortalitätsziffer ergibt sich für Krain mit 307 im Jahre 1892, bis in die neueste Zeit andauernd hohe, 280 überschreitende oder diesem Werthe sich sehr nähernde Ziffern weist die Bukowina auf. In Galizien erreichte diese Sterblichkeit niemals jene hohen Ziffern wie in der Bukowina, welche überhaupt die höchste Ruhrsterblichkeit hatte. In Görz-Gradisca, Istrien und in Dalmatien herrschte hohe Sterblichkeit an Ruhr im 8. und in den ersten Jahren des 9. Decenniums.

Wie bei den anderen Infectionskrankheiten macht sich auch bei dieser wenigstens in einigen Ländern ein periodisches Anschwellen und dann wieder eine

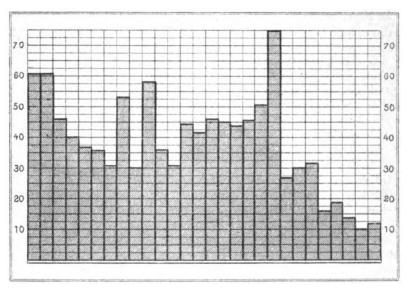


		_																										
Jahr	1873	1875	1876	1877	200	1070	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1886	1887	1888	1889 .	1890 .	1891 .	1892	1893	1894 .	1895	1897	1898	1899 .	1900 .		•
	•	•	•	•	:		:	·	· -	:	·		•				·		· •	•	•	•						
Nieder- Seterreich	310 238	180	155	191	124	1 93	611	85	54	77	9	. 05	<u> </u>	ور	29.5	35	16	39	25	21	200	<u></u>	14	16	œ	13		
Oberösterreich	3 55	37	ى ئ	2 6	2 2	223	2	11	13	50	16	įα	<u>-</u> د	<u>.</u>	<u>_</u>	ı	_∝	లు	<u>د</u> ن د	<u>. ლ</u>	. v	~ 6	، عد	4	೮೭	1		
Salzburg	16 16	12	o [חיכ	י פ	ם מ	o	1	బ	ı.				1	1	1	1	f	l	١	١	_ 1	_	!	2	1	-	
Steiermark	236 211				_												23	41	224	133	103	9101	<u>.</u>	174	65	14		
Kärnten	132 86	טי פ סג	F 2			ر د د	42	50	36	42	3	2 2	16	ب و	6	14	5	11	12	12	: 33 - 33	740	ت	18	60	16		
Krain	878 606	202	200	393	100	400	421	395	307	518	213	413 2013	909	156	113	95	219	413	1534	431	306	186	232	127	145	83		
Triest	31 19	15	200	و بد	100	210	2		21	11	. <u>.</u>	ء د	ن م	، عد	6			6	. 10	4.	1 0		.00	19	16	20		
Görz-Gradisca	465 455														120							109						
Istrien	507 414	_													74	-	-					5, E				-		
Tirol	554 551														135					•		113						
Vorarlberg	57 48														7			9	· •		4.2	- Cu	۰.	1	2	2		
Böhmen	719															-	121	122	134	6.5	65	ະສຸ	ي دي	97	<u>5</u> 4	35		
Mähren	289		_														12				_							
Schlesien	4 % 4 04								_								19		-									
Galizien	6921 8143																8865											
Bukowina	733																1082			-								
Dalmatien	_ تن در	w_ <u>c</u>															369											
Summe	11993 19957	920															10926 											
11	7 83	- در	<u>ت</u> و	ی ر	<u> </u>	· K	ت	_ . e	<u> </u>	_	Э.	. O.	بر ت	<u> :</u>	٠. ٠	-		دِن	ند		J ().							

Abnahme der Sterblichkeitshäufigkeit deutlich bemerkbar, jedoch nicht in gleich deutlicher Weise wie z. B. bei den acuten Exanthemen.

Hinsichtlich der Ursachen hat Ruhr mit dem Typhus das gemein, dass allgemeine und locale sanitäre Missstände das Auftreten derselben sehr begünstigen. Da aber die Uebertragung des Ansteckungskeimes von einem auf ein anderes Individuum viel leichter und häufiger erfolgt, als bei Typhus, gewinnt die Ruhr, wenn sie in einem Orte einmal aufgetreten ist, viel schnellere und ausgedehntere Ausbreitung.

An der zweifellos eingetretenen Herabminderung dieser Sterblichkeit und am selteneren epidemischen Auftreten der Krankheit sind jedenfalls die hygienischen Verbesserungen, die grössere Beachtung, welche dieser früher in sanitätspolizeilicher Hinsicht überhaupt nicht oder nur sehr ausnahmsweise berücksichtigten Krankheit nunmehr zugewendet wird, am meisten betheiligt. Auch die Dysenterie gehört zu



Dysenteriesterblichkeit in Oesterreich, 1873-1900 (auf 100.000 Einwohner berechuet).

len sogenannten Schmutzkrankheiten und ist es nicht allzu schwierig, derselben dort Einhalt zu thun, wo die Bevölkerung verständnisvoll mitwirkt. Eine solche Mitetheiligung der Bevölkerung ist aber insbesondere dort nothwendig, wo die äusseren
end vor Allem die klimatischen Verhältnisse die Entwicklung und das Gedeihen des
Contagiums begünstigen.

Cholera asiatica.

Choleraepidemien waren wegen ihrer gewöhnlich raschen Ausbreitung, insesondere aber wegen der grossen Sterblichkeit, welche sie regelmässig zur Folge atten, zum nicht geringsten Theile aber wegen des in vielen Fällen schon innerhalb ürzester Zeit zum Tode führenden Verlaufes der Krankheit seit jeher gefürchtet. Ian konnte daher erwarten, dass den statistischen Angaben über Cholerasterbefälle enauere Aufzeichnungen zu Grunde liegen, und dass diese, da ja das Krankheitsild ein zu ausgesprochenes, charakteristisches ist, um Zweifel kaum aufkommen zu assen, verlässliche sind.

Dem ist aber in der That nicht so. Es darf wohl als bestimmt vorausgesetzt erden, dass thatsächlich alle Sterbefälle, welche durch asiatische Cholera verursacht

wurden, auch als solche verzeichnet sind, aber die Genauigkeit und Verlässlichkeit der Daten wird durch die Einbeziehung von Sterbefällen in Folge von Cholera nostras und infantum beeinträchtigt. Die » Statistik des Sanitätswesens« wies bis in die neueste Zeit herauf für Jahre, in denen seit Langem nirgends in ganz Europa asiatische Cholera aufgetreten war, solche Sterbefälle nach. Noch weniger verlässlich sind begreiflicher Weise die Angaben aus früherer Zeit, als die Todtenbeschau noch nicht in der Weise organisirt war, wie sie es jetzt ist.

Von der Todesursachenstatistik ist daher kein sicherer Aufschluss über die Verbreitung dieser Krankheit und über die durch dieselbe veranlasste Mortalität zu erwarten und muss man sich an andere Quellen halten, deren Aufschlüsse übrigens dürftige sind.

Die Krankheit trat zum ersten Male, aus Russland nach Galizien eingeschleppt, im Jahre 1831 auf, verbreitete sich nach Mähren, Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, verschwand, kehrte aber im Jahre 1836 wieder. Die Zahl der Opfer, welche sie damals forderte, wird auf mehr als 200.000 geschätzt.

Im Jahre 1849 kam dieselbe wieder zum Ausbruche und bestand bis 1851.

Schon im Jahre 1854 begann eine neuerliche Epidemie, welche auf Einschleppung aus den Donaufürstenthümern zu beziehen war, und an welche sich im Jahre 1855 eine zweite hinsichtlich ihres Ursprunges auf Italien zurückzuführende Epidemie anschloss. Diese Epidemie führte zu 146.172 Todesfällen.

Im Jahre 1866 nahm eine Choleraepidemie in der Bukowina ihren Ausgang, stellte sich als Fortsetzung der in der Türkei und in Rumänien herrschenden heraus, verbreitete sich besonders in den Ländern, welche damals Kriegsschauplatz waren und wurde durch Truppen nach entfernten Gegenden verschleppt. Die Zahl der Todesfälle belief sich auf 165.292.

Nach Galizien wurde die Cholera im Jahre 1871 abermals aus dem benachbarten Russland eingeschleppt und verbreitete sich nach einer grossen Zahl der Länder, dauerte bis über das Jahr 1873 hinaus. Es starben damals gegen 130.000 Personen an Cholera.

Eine nur beschränkte Ausbreitung erlangte die 1886 aus Italien eingeschleppte Epidemie, welche nur im Küstenlande, in Krain, in einzelnen Gegenden von Dalmatien grössere Bedeutung erlangt hatte, in mehreren anderen Ländern nur in vereinzelten Fällen aufgetreten war. Die Gesammtzahl der Sterbefälle belief sich auf 1288.

Die letzte Epidemie trat 1892, und zwar zuerst in Galizien auf. Die ersten Fälle waren auf eine Einschleppung aus Hamburg zu beziehen, später aber waren zweifellos auch aus Russland wiederholte Einschleppungen erfolgt. Im Jahre 1892 erlagen der Krankheit 125 (davon in Galizien 119, in Niederösterreich 3, in Steiermark 2, in Böhmen 1), im Jahre 1893:920 (davon in Galizien 903, in der Bukowina 13, in Niederösterreich 3, in Steiermark 1), im Jahre 1894 8870 (davon in Galizien 8369, in der Bukowina 492, in Schlesien 6, in Mähren 3), im Jahre 1895, in Galizien 459, und im folgenden Jahre 19 Personen. Die Gesammtzahl der Sterbefülle während dieser letzten Epidemie betrug somit 10.393.

Ein Vergleich dieser Ziffern, welche gegen jene für die Epidemien der früheren Jahre — ausgenommen 1886 — als annähernd sichere betrachtet werden dürfen, zeigt, in welch' bedeutendem Maasse die Cholerasterblichkeit während der aufeinanderfolgenden Epidemien zurückgegangen ist.

Noch mächtiger fällt aber der Umstand ins Gewicht, dass es bei den zwei zuletzt erwähnten Epidemien (1886 und 1892—1896) gelungen ist, das Verbreitungsgebiet dieser Krankheit auf das zuerst von derselben ergriffene Land und auf die unmittelbaren Nachbarländer zu beschränken, die nach anderen Ländern verschleppte Krankheit aber stets im Keime zu ersticken und dem Ausbruche auch nur localer oder Haus-, beziehungsweise Familienepidemien wirksam vorzubeugen.

Bis zu der im Jahre 1866 aufgetretenen Choleraepidemie erwiesen sich alle ergriffenen Maassnahmen als durchaus ungenügend, die Krankheit dauerte in den davon betroffenen Gegenden fort, bis sie ohne menschliches Dazuthun erlosch, und ebensowenig hatten die Vorkehrungen gegen eine weitere Ausbreitung Erfolg. Im Jahre 1866 trat die Sanitätsverwaltung der Gefahr bereits besser, aber immer noch ungenügend ausgerüstet entgegen. Trotz der zahlreichen Verschleppungen des Infectionskeimes und trotzdem durch den vorausgegangenen Krieg die sanitären Verhältnisse sehr bedenkliche geworden waren, gelang es doch an zahlreichen Orten, die Ausbildung von Choleraherden wirksam hintanzuhalten. Wäre das nicht gelungen, so würde die Epidemie sich über das ganze Reichsgebiet verbreitet haben. In der Gegend des Kriegsschauplatzes und in jenen, nach welchen Truppen dislocirt und kranke Soldaten in Spitäler abgegeben wurden, hat die Cholera eine Zahl von Menschenleben dahingerafft, welche gegen jene bei den früheren Epidemien nicht zurücksteht.

Aehnliches gilt von der im Jahre 1871 aufgetretenen und in den beiden folgenden Jahren fortbestandenen Epidemie. Auch in dieser Zeit waren zahlreiche Krankheitsverschleppungen vorgekommen, ohne dass diese aber in allen Ländern

Epidemien im Gefolge gehabt hätten.

Hatte man bei den Epidemien im 7. und im 8. Decennium das Augenmerk bereits auf rationelle Vorkehrungen gegen Uebertraung der Krankheit von einem auf ein anderes Individuum, gegen Verbreitung von einem nach einem anderen Orte gerichtet und dies in zahlreichen Fällen durch sofortige Isolirung der ersten Krankheitsfälle zu erreichen gesucht, so war man damals noch ganz machtlos gegen die Einschleppung der Krankheit von auswärts, wenigstens wurden Maassnahmen in dieser Richtung noch nicht in Anwendung gezogen.

Im Jahre 1885 aber legte man, als die Choleragefahr von Südfrankreich und Italien her drohte, diesen Vorkehrungen bereits grosses Gewicht bei. Der Reiseverkehr wurde überwacht, die sanitäre Revision der aus verseuchten Gegenden zugereisten Personen angeordnet, die Einfuhr von Waren und Gegenständen, welche man als mögliche Träger des Ansteckungsstoffes ansah, untersagt, besonderes Augenmerk darauf gerichtet, dass schmutzige mit Dejecten verunreinigte Wäsche und Kleider nicht über die Grenze gebracht wurden. Wenn es nun aber auch bei der grössten Wachsamkeit kaum möglich sein dürfte, die Einbringung derartiger Gegenstände stets mit aller Sicherheit hintanzuhalten, somit immerhin in dem einen oder anderen Falle diese Einbringung möglich war, hatte die Maassregel gleichwohl zur Folge, dass die Reisenden sich von vorneherein reiner Wäsche etc. versicherten und zwar schon aus dem Grunde, um in den Grenzrevisionsstationen die Desinfection dieser Gegenstände zu vermeiden.

Waren damals die Vorkehrungen für die sanitäre Revision und für Desinfection von Gebrauchsgegenständen in aller Eile und vielfach in improvisirter Weise getroffen worden, so richtete die Sanitätsverwaltung in den folgenden cholerafreien Jahren ihr Augenmerk auf eine Vervollkommnung dieser Einrichtungen und fand in dieser Richtung das wohlwollendste Entgegenkommen des k. k. Handelsministeriums, welchem zu jener Zeit das Eisenbahnwesen unterstand. Binnen kurzer Zeit waren auf den für den Verkehr mit dem Auslande wichtigen Eisenbahnlinien Desinfectionsapparate in Bereitschaft, welche theils in den Grenz-, theils in den Maschinenstationen aufgestellt waren und aus letzteren sofort nach einer Grenzstation dirigirt werden konnten.

Als im Jahre 1892 neuerdings die Choleragefahr heranrückte, war innerhalb weniger Tage der sanitäre Dienst an der bedrohten Grenze vollständig organisirt.

Da jedoch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden konnte, dass immerhin Reisende, welche bei der sanitären Revision an der Grenze unverdächtig befunden worden waren, während der Weiterreise an Cholera erkranken, bleiben dieselben auch während der Fahrt einer gewissen Beobachtung untersteilt, damit sie im Falle eines

auftauchenden Choleraverdachtes sofort von ihren Mitreisenden abgesondert werden

und so einer Krankheitsübertragung vorgebeugt wird.

Um diese Vorkehrungen wirksam zu gestalten, musste sowohl in den Revisionsstationen an der Grenze, wie auch an bestimmten, nicht zu weit voneinander entfernten Stationen der Eisenbahnlinien für die Möglichkeit einer entsprechenden Absonderung und Pflege der cholerakranken oder choleraverdächtigen Personen Vorsorge getroffen werden. Dies geschah in jenen Grenzstationen, in welchen nicht bereits ein Krankenhaus bestand, durch Errichtung von solchen. Für die Bestimmung gewisser Stationen längs der Eisenbahnlinien zu sogenannten Krankenabgabestationen blieb maassgebend, dass nicht blos ein Krankenhaus oder Nothspital im Orte oder wenigstens ganz in der Nähe desselben sich befand, sondern dass auch ärztlicher Beistand daselbst gesichert und für die Ausführung von Desinfectionen die entsprechende Einrichtung zur Verfügung war.

In ähnlicher Weise wurde auch im Binnenschiffahrtsverkehre sanitäre Vorsorge

getroffen.

Im Inlande selbst richtete sich die Aufmerksamkeit der Sanitätsbehörden vor Allem auf möglichst ausgedehnte und intensive Assanirungsmaassnahmen in den Geneinden, Fürsorge für einwandfreie Trinkwasserversorgung, Beseitigung von Unrathansammlungen, Vorkehrungen für rationelle Abfuhr, beziehungsweise Ableitung von Abfallstoffen aller Art, Sicherung isolirter Unterbringung und Pflege der Cholerakranken, Bereithaltung von Desinfectionsmitteln und Einrichtungen, sanitäre Ueberwachung, beziehungsweise Beobachtung aus verseuchten Gegenden zugereister Personen, jedoch ohne irgend eine Beschränkung ihrer freien Bewegung, während des der Incubationsdauer entsprechenden Zeitraumes etc.

Die Grundsätze, welche zu jener Zeit der Action zur Bekämpfung der Choleragefahr in Oesterreich, wie in anderen Staaten maassgebend waren, wurden in dem im Jahre 1893 zu Dresden beschlossenen internationalen Uebereinkommen (Dresdener Convention) niedergelegt und wird seither im Sinne der Bestimmungen desselben

vorgegangen.

Waren diese Vorkehrungen an sich geeignet, einer Weiterverbreitung der Krankheit, falls sie irgendwo eingeschleppt wurde, wirksam vorzubeugen, so stellte sich schon deshalb, weil auch Abortivformen, leichte Erkrankungen auf eine Cholerainfection zurückzuführen und die klinischen Erscheinungen in solchen Fällen nicht deutlich ausgeprägt sind, als nothwendig heraus, den wahren Charakter der Krankheit in sicherer Weise festzustellen. Dazu bot die moderne Wissenschaft in der Bakteriologie das Hilfsmittel. Jede politische Landesbehörde versicherte sich zu diesem Zwecke der Mitwirkung eines Fachmannes auf diesem Gebiete und wurden die von den Amtsärzten entnommenen Probeobjecte in eigens hiefür jeder politischen Bezirksbehörde zur Verfügung gestellten Utensilien verpackt, an medicinische Universitätsinstitute oder Prosecturen von Krankenanstalten zur Untersuchung eingeschickt.

Durch diese umfassenden Vorkehrungen wurde es möglich, in zahlreichen Fällen einer Weiterverbreitung der eingeschleppten Krankheit selbst in Gemeinden von Galizien und der Bukowina wirksam vorzubeugen. In den anderen Ländern mit Ausnahme von Schlesien, blieben die wenigen Cholerafälle, wie sich aus dem oben

(Seite 150) Angeführten ergibt, durchwegs vereinzelte.

Die umfassenden Vorkehrungen, welche im Jahre 1892 gegen die Cholera getroffen und in den folgenden Jahren fortgesetzt, zugleich auch weiter ausgebildet wurden, waren jedoch nicht blos zur Bekämpfung der Choleragefahr geeignet, sie waren vielmehr von geradezu ausschlaggebender Bedeutung für die in immer weiterer Ausdehnung sich einbürgernde prophylaktische Richtung der Maassnahmen gegen acute Infectionskrankheiten. Durch die in Absicht der Vorbeugung gegen Cholera durchgeführten hygienischen Verbesserungen wurde auch anderen Infectionskrankheiten, vor allen dem Typhus und auch der Dysenterie Boden entzogen.

Cholera nostras.

Wiewohl man Cholera nostras und Cholera infantum nicht allgemein zu den acuten Infectionskrankheiten rechnet, wurden die Sterbefälle an der erstgenannten hier gleichwohl unter diese Krankheitengruppe einbezogen, weil alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass diesen Erkrankungen eine Infection zu Grunde liegt. Auch der Cholera infantum, welche in manchen Jahren insbesondere im Sommer und Herbste zu einer ungewöhnlich hohen Kindersterblichkeit führt und deren Ursache man der unter dem Einflusse hoher Lufttemperaturen eintretenden Verderbnis der Nahrungsmittel zuzuschreiben pflegt, dürfte eine der Infection analoge Ursache zu Grunde liegen. Da jedoch die Daten, welche über die Zahl dieser Sterbefälle aus der Mortalitätsstatistik zu entnehmen sind, mit jenen der zeitweise gesteigerten Zahl von Sterbefällen in der ersten Lebenszeit keineswegs in einem Verhältnisse stehen, wurde von einer weiteren Berücksichtigung derselben in der vorliegenden Arbeit abgesehen.

Die Zahlen der Sterbefälle an Cholera nostras, welche seit 1895 bekannt sind, weist die folgende Uebersicht nach.

			1895	1896	1897	1898	1899	1900
Niederösterreich	h		13	22	10	14	2	4
Oberösterreich			13	8	8	• 9	4	3
Salzburg			4	10	1	6	1	2
Steiermark			17	9	10	4	1	9
Kärnten			10	1 1	8	4	1	3
Krain			7	4	2	4	5	2
Triest			8			3		
Görz-Gradisca			11	46	18	19	9	2
Istrien			17	15	13	19	55	27
Tirol			30	28	28	13	8	15
Vorarlberg			2	1				_
Böhmen			109	59	34	44	12	14
Mähren			55	30	24	7	6	3
Schlesien			10	1	2	3	2	7
Galizien			254	438	236	196	122	148
Bukowina			6	10	9	28	4	3
Dalmatien		•	12	9	1	4	_	
Summe			578	701	404	377	232	242

Für die Mortalitätsstatistik gewinnen diese in verhältnismässig kleiner Zahl korgekommenen Sterbefälle keine nennenswerthe Bedeutung und in Zeiten, in welchen asiatische Cholera in unseren Gegenden nicht vorkommt, werden dieselben auch in sanitätspolizeilicher Hinsicht nur selten beachtet. Ein umso grösseres Augenmerk wendet man aber derartigen Erkrankungen dann zu, wenn Choleragefahr droht. Dann handelt es sich um genaue Feststellung der Natur der Krankheit und kommen auch, solange der Verdacht nicht durch bakteriologische Untersuchung in unzweifelnafter Weise behoben ist, gewöhnlich alle der asiatischen Cholera gegenüber nothvendigen Vorkehrungen in Anwendung.

Kindbettfieber.

In den älteren Nachweisungen über die Todesarten der Verstorbenen fanden durch einige Zeit hindurch die Sterbefälle der Mütter im Wochenbette Berück-

sichtigung. Da hiebei jedoch auch solche, welche nicht auf eine Infectionskrankheit zu beziehen waren, einbezogen wurden, geben die betreffenden Daten keine Anhaltspunkte zu einem Vergleiche mit den heutigen Nachweisungen über die Häufigkeit der puerperalen Infectionskrankheiten, welche erst mit dem Jahre 1895 beginnen.

Die Zahl der durch letztere herbeigeführten Todesfälle betrug im Jahre:

	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Niederösterreich	184	183	145	156	173	138
Oberösterreich	48	58	45	57	67	50
Salzburg	8	17	11	10	14	13
Steiermark	96	90	73	79	84	98
Kärnten	21	16	14	11	17	13
Krain	35	37	21	28	2 8	21
Triest	8	14	7	5	7	y
Görz-Gradisca	8	10	15	19	10	9
Istrien	30	22	15	16	21	22
Tirol	48	47	57	44	52	65
Vorarlberg	9	7	6	5	6	ā
Böhmen	352	388	319	349	353	300
Mähren	148	117	82	95	110	109
Schlesien	53	3 3	36	32	43	48
Galizien	1246	1320	1200	990	1336	1025
Bukowina	83	8 5	59	60	84	88
Dalmatien	53	30	12	5	4	4
Summe	2430	2474	2117	1961	2409	2017

In mehreren Ländern ist Jahr für Jahr eine ungefähr gleichgebliebene Zahl von derartigen Todesfällen vorgekommen, in anderen ist diese Zahl gesunken, in anderen gestiegen, die für das Reichsgebiet sich herausstellende Gesammtsumme schwankt zwischen 1961 und 2474. Trotz der in den Ländern zwischen einzelnen Jahren sich herausstellenden Schwankungen der Zahlen nach oben oder unten, ergibt sich im Allgemeinen eine ziemliche Constanz der Zahl.

Wenn diese auch keiner grösseren Sterblichkeitshäufigkeit, analog jener bei anderen Krankheiten entspricht, muss in sanisätspolizeilicher Beziehung doch auf möglichste Verminderung der Zahl dieser Todesfälle hingewirkt werden und bestätigt die Erfahrung, dass eine ganz bedeutende Beschränkung der puerperalen Infectionen erreichbar ist. Die Instruction für Hebammen, welche im Jahre 1881 erlassen wurde, traf bereits Bestimmungen in Absicht der Hintanhaltung derartiger Krankheiten. Ungleich eingehendere Vorschriften enthalten aber die im Jahre 1897 erlassenen Dienstesvorschriften für Hebammen.

Diese Vorschriften allein gewährleisten aber noch nicht den beabsichtigten Erfolg, da zahlreiche ältere Hebammen des Lesens unkundig und daher nicht im Stande sind, sich über die neuen Vorschriften selbst zu unterrichten, anderen auch die Befähigung hiezu fehlt. Diesen Uebelständen abzuhelfen, war die Absicht der Einführung von Hebammenamtstagen, welche von den Amtsärzten alljährlich abgehalten und dazu benützt werden, um die erwähnten Dienstesvorschriften den Hebammen zu erklären, sich von den theoretischen und praktischen Kenntnissen derselben zu überzeugen und zugleich auch ihre Instrumente und Geräthe zu revidiren, auf vorschriftsgemässe Reinhaltung und Verwahrung derselben zu dringen.

Es lässt sich erwarten, dass, da die seit mehreren Jahren herangebildeten Hebammen bereits in der Schule eingehend mit allen zur Hintanhaltung von Infectionen nothwendigen Vorkehrungen vertraut gemacht und hierin eingeübt, die älteren Hebammen aber bei den Amtstagen entsprechend unterrichtet werden, nach und nach auch in der Hebammenpraxis sich ein Verhalten einbürgern wird, welches gegen Uebertragung puerperaler Infectionen Gewähr bietet. Eine nothwendige Ergänzung dieser zum Schutze der Gebärenden und Wöchnerinnen eingeführten Vorkehrungen bleibt aber immerhin noch die allgemeine Einführung des Wiederholungsunterichtes für jene Hebammen, welche bei den Amtstagen mangelhafte Kenntnisse verrathen haben.

Wundinfectionskrankheiten.

In diese Collectivgruppe von Krankheiten, welche erst seit dem Jahre 1895 in das Mortalitätsschema aufgenommen ist, werden alle jene einbezogen, welche sich während des Processes der Wundheilung einstellen, beziehungsweise für deren Entstehung das Vorhandensein einer Wunde oder wenigstens eine Verletzung die nothwendige Voraussetzung bildet.

Die Statistik verzeichnet die nachstehenden Zahlen von Todesfällen in Folge dieser Krankheiten.

				1895	1896	1897	1898	1899	1900
Niederösterreic	ch			440	509	511	548	614	482
Oberösterreich				102	98	70	91	120	117
Salzburg				23	35	26	23	29	2 8
Steiermark .				180	203	251	285	367	305
Kärnten				59	69	3 8	$5\overline{5}$	49	38
Krain				40	47	32	24	30	28
Triest				47	35	4 2	26	23	20
Görz-Gradisca				24	14	25	22	18	18
Istrien				38	18	24	3 8	42	26
Tirol				7 8	95	110	129	145	154
Vorarlberg .				22	6	19	18	18	22
Böhmen				764	747	776	831	940	884
Mähren				283	296	260	351	379	363
Schlesien				72	78	61	75	111	103
Galizien				437	470	406	476	602	544
Bukowina				49	55	33	37	61	55
Dalmatien .		•	•	82	73	53	47	47	58
Summe				2740	2848	2737	3076	3 59 5	3245

In der Mehrzahl der Länder stellt sich eine allmählich zunehmende Häufigkeit dieser Todesursachen heraus. Es dürfte aber ganz ungerechtfertigt erscheinen, wollte man hieraus auf ein stetig häufiger werdendes Auftreten der betreffenden Krankheiten schliessen. Die von Jahr zu Jahr fortschreitende Einbürgerung der aseptischen, beziehungsweise antiseptischen Wundbehandlung, deren grossartigen Erfolge nicht in der Mortalitäts- sondern in der Morbiditätsstatistik beredt zum Ausdrucke kommen, lehrt, lass Wundinfectionskrankheiten nach und nach seltener werden, weshalb naturgemäss nuch die Zahl der auf sie zu beziehenden Sterbefälle sich vermindern muss.

Aus den vorliegenden Specificationen der Todesfälle, welche in diese Sammelubrik eingereiht wurden, lässt sich entnehmen, dass in den ersten Jahren der neuen
Berichterstattung die Anschauungen, welche Arten von Krankheiten hieher zu zählen
eind, keineswegs übereinstimmten, dass ausgesprochene Wundinfectionskrankheiten in
einer anderen Rubrik des Schemas gezählt wurden. Erst in den letzten zwei Jahren

besteht eine grössere Uebereinstimmung der Nachweisungen hinsichtlich der in dieselben einbezogenen pathologischen Processe.

Bei diesen Mängeln der Nachweisungen können irgend welche Schlussfolgerungen, welche auch nur entfernt auf Verlässlichkeit Anspruch machen, noch nicht gezogen werden und muss man sich vorläufig an die nicht differenzirten Summarangaben halten.

Welche hervorragende Bedeutung aber gerade auch diesen auf eine Infection zurückzuführenden Krankheiten nicht blos in wissenschaftlicher und praktisch-medcinischer Hinsicht, sondern auch in sanitätspolizeilicher Beziehung zukommt, bedarf
keiner Erörterung.

Uebertragbare Thierkrankheiten.

Wie aus der folgenden Zusammenstellung der Todesfälle, welche durch auf den Menschen übertragene Thierkrankheiten herbeigeführt wurden, zu entnehmen ist überstieg die Zahl derselben im Reichsgebiete nur im Jahre 1898 die Ziffer von 100. Ungefähr die Hälfte dieser Fälle ereignete sich in Galizien. Niederösterreich, Böhmen, Mähren, Galizien, die Bukowina und Dalmatien wiesen in allen 6 Jahren, Steiermark, Triest, Tirol und Schlesien in 5 Jahren derartige Sterbefälle nach, Salzburg und Vorarlberg aber in keinem Jahre des erwähnten Zeitraumes.

		1895	1896	1897	1898	1899	1900
Niederösterreich.		16	8	5	15	2	2
Oberösterreich .				2	2		
Salzburg							_
Steiermark		3		7	2	2	_
Kärnten		1	2	1			_
Krain		3	1		1	1	
Triest		4	1	1	3	3	
Görz-Gradisca .				1	1	1	1
Istrien			1	_	1		_
Tirol		1	2	5	1		1
Vorarlberg							
Böhmen		9	11	15	5	12	5
Mähren		4	6	7	9	1	10
Schlesien			1	1	1	1	1
Galizien		47	42	46	65	42	3 5
Bukowina		3	5	7	7	2	3
Dalmatien		6	2	1	5	4	1
Oesterreich		97	82	99	118	71	59

Ueber die Art der Zoonosen, welche auf den Menschen übertragen wurden, liegen nur aus den letzten drei Jahren vollständige Nachweisungen vor.

Diesen zu Folge betrug die Zahl der Sterbefälle an:

						Lyssa	Milzbrand	Rotz
im	Jahre	1898				20	67	1
>	>	1899				16	51	
×	*	1900				13	34	3
		$\mathbf{S}\mathbf{u}$	mn	ne_		 4 9	152	4

Die weiteren Sterbefälle dieser Gruppe betrafen andere Zoonosen.



Die grösste Zahl dieser Todesfälle war durch Milzbrandinfectionen herbeigeführt. In den letzten Jahren wurden solche Infectionen wiederholt bei Bürstenbindern und bei Gerbern oder Leuten, die mit rohen Häuten zu thun hatten, beobachtet. Man darf aber, ohne sich einem Irrthume auszusetzen, behaupten, dass die Zahl der Milzbrandinfectionen von Menschen ungleich zahlreicher sind, als die Statistik nachweist. Die Amtsärzte erlangen auch durchaus nicht immer Kenntnis von diesen Infectionen und dort, wo die Bürstenbinderei als Hausindustrie betrieben wird, legt man den Milzbranderkrankungen selbst, wenn sie mit Tod enden, viel zu wenig Gewicht bei. Bei Arbeitern in Papierfabriken kamen in jüngster Zeit Milzbrandinfectionen nicht mehr zur Beobachtung.

Nächst dem Milzbrand nimmt die Wuthkrankheit unter den auf den Menschen übertragenen Zoonosen eine hervorragende Stelle ein. Im neunten Decennium war die Zahl der Sterbefälle in Folge von Lyssa eine sehr bedeutende, schwankte zwischen 49 und 102 pro Jahr. Eine wesentliche Verminderung derselben ist seit Einführung der Pasteur'schen antirabischen Behandlung eingetreten und kommt die grösste Zahl dieser Todesfälle noch auf Galizien. In den anderen Ländern sind dieselben selten geworden. Gegenwärtig werden jene Personen, von denen man weiss, dass sie von einem wuthkranken oder wuthverdächtigen Thiere verletzt wurden, über Veranlassung der politischen Behörde dem staatlichen Lyssainstitute in Wien oder der vom Staate subventionirten Anstalt in Krakau zur antirabischen Behandlung überwiesen. Eine bei der bekannten Unsicherheit der Diagnose in den ersten Stadien der Wuthkrankheit sehr wichtige Maassnahme war, dass nunmehr die Schädel, beziehungsweise Gehirn und Rückenmark der betreffenden Thiere in entsprechender Verpackung an die diagnostischen Lyssastationen in Wien oder Lemberg zur experimentellen Feststellung der Diagnose eingesendet werden müssen.

Andere Infectionskrankheiten.

In dieser Gruppe von Todesursachen werden seit dem Jahre 1895 alle wirklich oder wenigstens vermuthlich auf eine Infection zurückzuführenden Krankheiten, welche nicht in eine bestimmt bezeichnete andere Rubrik einzuschalten sind, aufgenommen. Die Zahl der betreffenden Fälle weist die folgende Uebersicht nach.

		1895	1896	1897	1898	1899	1900
Niederösterreich		158	166	244	146	176	169
Oberösterreich		26	50	66	35	73	184
Salzburg		9	6	16	9	20	83
Steiermark .		163	103	106	132	169	239
Kärnten		13	25	19	20	26	65
Krain		33	36	11	38	56	54
Triest		22	12	9	4 9	20	22
Görz-Gradisca		14	49	13	21	22	25
Istrien		134	58	40	75	113	235
Tirol		220	103	117	263	271	571
Vorarlberg .		10	8	8	18	13	82
Böhmen		437	346	383	377	499	371
Mähren		182	138	135	104	144	109
Schlesien		31	19	23	17	31	38
Galizien		1023	686	715	636	801	970
Bukowina		67	64	38	53	56	104
Dalmatien		180	216	144	117	132	310
Oesterreich .		2722	2085	2087	2110	2622	3631

Unter den in die Collectivbezeichnung fallenden Krankheiten steht die Influenza mit der grössten Zahl von Sterbefällen obenan. Eine epidemische Verbreitung, wie eine solche am Ende des neunten und zu Beginn des zehnten Decenniums bestanden hatte, war in den angeführten 6 Jahren niemals zu beobachten. Nur ausnahmsweise ist jedoch in dem einen oder anderen kleineren Lande einmal in einem Jahre kein Influenza-Todesfall verzeichnet. Eine grössere Ausbreitung der Krankheit bestand nur im Jahre 1900 in Tirol.

Von anderen Infectionskrankheiten sind zu erwähnen: Intermittens, Genick-

starre, Schweissfieber, Syphilis, Varicella. In den Jahren 1898-1900 kamen nacheinander 326, 256 und 176 Todesfälle in Folge von Wechselfieber vor, davon entfielen im Jahre 1898 auf Galizien 169, auf Dalmatien 109, auf Istrien 21, auf Görz-Gradisca 10, auf die Bukowina 5. auf Mähren 4, auf Böhmen 3, auf Triest 2, auf Niederösterreich, Krain und Schlesien je 1; im Jahre 1899 auf Dalmatien 123, auf Galizien 96, auf Triest und Görz-Gradisca je 17, auf Krain, Schlesien und die Bukowina je 1; im Jahre 1900 auf

Istrien 133, auf Galizien 37, auf Görz-Gradisca 3, auf Triest 2 und auf Böhmen 1. Genickstarre tritt häufiger auf, als man gemeiniglich annimmt. Für die 3 Jahre 1898—1900 sind 255, 181, 96 Todesfälle nachgewiesen. Diese 532 Fälle vertheilten sich auf Galizien mit 206, auf Böhmen mit 202, auf Steiermark mit 46. auf Mähren mit 31, auf Niederösterreich mit 15, auf Krain mit 8, auf Schlesien mit 7, auf Istrien mit 6, auf Tirol und die Bukowina mit je 3, auf Vorarlberg mit 2, auf Salzburg, Kärnten und Triest mit je einem Falle.

Todesfälle in Folge von Schweissfieber sind in denselben 3 Jahren in

der Zahl von 17 ausgewiesen, und zwar in Krain 9, in Niederösterreich 7, in Tirol 1.

Syphilis erkrankungen wurden in der Todesursachenstatistik wenig beachtet. Wie die aus den Jahren 1898-1900 vorliegenden Aufzeichnungen nachweisen. dürfen dieselben nicht unterschätzt werden. Die Zahl dieser Sterbefälle betrug im Jahre:

im Danie.							
					1898	1899	1900
Niederösterreich					33	60	59
Oberösterreich					16	12	18
Salzburg					6	4	13
Steiermark .					48	52	50
Kärnten					3	3	
Krain					2	_	1
Triest					19	14	8
Görz-Gradisca							_
Istrien					1	3	3
Tirol					6	16	15
Vorarlberg .					1		_
Böhmen					139	111	117
Mähren					34	45	37
Schlesien					4	10	12
Galizien					65	57	73
Bukowina					12	8	?
Dalmatien			•		4	9	6
Oesterreich .					393	404	412

Auf Vollständigkeit können diese Ziffern keinen Anspruch machen und darf als bestimmt angenommen werden, dass die Zahl dieser Todesfälle eine grössere war. In gewissen Gegenden ist die Krankheit geradezu endemisch, so dass besondere Vorkehrungen sich als nothwendig erwiesen.

Sterbefälle in Folge von Varicellen sind 101 nachgewiesen. Von diesen ereigneten sich in Böhmen 37, in Galizien 31, in Niederösterreich 18, in Mähren 5, in Oberösterreich und in Schlesien je 3, in Salzburg, Kärnten, Krain und in der Bukowina je 1 während der oben bezeichneten 3 Jahre.

Entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane.

Es wurde bereits oben bemerkt, dass nach dem früheren Mortalitätsschema die entzündlichen Krankheiten der Athwungsorgane überhaupt, unter welche bis zum Jahre 1877 auch die, oder wenigstens ein nicht mehr zu bestimmender Theil der Diphtheriesterbefälle eingereiht wurden, in einer gemeinsamen Rubrik Aufnahme fanden, dass aber im Jahre 1895 eine Aenderung eintrat und nunmehr die Sterbefälle in Folge von Lungenentzündung allein in den Nachweisungen berücksichtigt werden.

Die Tabelle auf Seite 160 lässt auch deutlich den Einfluss dieser Aenderungen in den Zahlen der erwähnten Todesfälle entnehmen. Im Jahre 1878, für welches die Diphtheriesterbefälle zum ersten Male gesondert nachgewiesen wurden, sinkt die Summe fast um ein Drittel gegen jene des Vorjahres und eine ungefähr gleich starke Verminderung zeigt dieselbe von 1894 auf 1895, als vom letzteren Jahre an nur mehr Sterbefälle in Folge von Lungenentzündung verzeichnet wurden.

In welch' bedeutendem Maasse im Jahre 1877 die Diphtheriesterbefälle die

In welch' bedeutendem Maasse im Jahre 1877 die Diphtheriesterbefälle die Zahl der Todesfälle in Folge entzündlicher Krankheiten der Athmungsorgane in die Höhe trieb, prägt sich insbesondere in den Ziffern für die Bukowina aus, tritt aber auch in jenen für Kärnten, Krain, Schlesien noch auffällig, in anderen Ländern

weniger hervor.

Die Einschränkung der Nachweisungen auf die Sterbefälle in Folge von Lungenentzündung musste eine erhebliche Verminderung dieser Zahlen gegenüber den Todesfällen an entzündlichen Krankheiten der Athmungsorgane zur Folge haben. Diese kommt in den Reichssummen allerdings klar zum Ausdrucke, ist aber in den Ländern, in welchen die Todtenbeschau in der Regel von Aerzten vorgenommen wird, weit auffälliger, indem sie nicht wie im Reiche um ein Drittel, sondern um die Hälfte oder noch mehr kleiner wurde. Die grossen Zahlen für Galizien und die Bukowina, welche nicht im gleichem Maasse gesunken sind, beeinflussen die Ergebnisse für das Reich.

Aus diesen Gründen bieten die Daten der vorstehenden Tabelle auch kein vergleichbares Material. Es erschien aber doch zweckmässig, dieselben hier einzufügen, weil sie immerhin annähernde Anhaltspunkte geben, nach denen die relative Häufigkeit dieser Todesursachen beurtheilt werden kann.

Jedenfalls war die Beschränkung der Nachweisungen auf die Todesfälle in Folge von Lungenentzündung und die Ausscheidung anderer Krankheiten der Athmungsorgane geeignet, verlässlichere statistische Aufzeichnungen zu erlangen, als diese früher geliefert wurden. Die Krankheitserscheinungen der Lungenentzündungen bieten zumeist auch dem Laien ein charakteristisches Bild, so dass selbst dort, wo ein Arzt den Kranken nicht behandelt oder nicht gesehen hat, Fehler in geringerer Zahl unterlaufen dürften als bei mancher anderen Krankheit, beziehungsweise Todesursache.

Lungenentzündungen treten mitunter mit Vorliebe in gewissen Gegenden in einer gehäuften Zahl von Fällen auf. So ist es bekannt, dass in den von der Centralalpenkette uach Süden sich öffnenden Thälern in manchem Winter eine grosse Zahl solcher Erkrankungen beobachtet wird, welche die älteren Aerzte und diesen folgend der Volksmund als *typhöse Lungenentzündungen« bezeichneten, was bereits auf die infectiöse Ursache der Erkrankungen hindeutete. Die Erfahrung hat auch da sehon

																								
Jahr	1873 .	1275	1876	1877	1878	1879 .	. 0881	1881	1880	1 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7	1885	1886 .	1887	1889	1890 .	1891 .	1892	1894		1895	1897	1898	1899	
	•	:	· ·		•		•	•	:				:	. •	•	:	:			:	 	•		
Nieder-									_								<u></u>	<u> </u>	:	==	==			
österreich	5348 5805	7975	X :	8332	6647	6557	6754	7034	8417	0576	9144	9147	2696 1 6	X 600	0249	9019	10655	0885		6337	6230	6147	6748 6244	
Oberösterreich	1391_	1897	1896	2175	1518	1463	1300 _	1662	1730	1797	1811	1781	1693	1549	2403	2359	2384	2459		1193	1106	1190	1161	
Salzburg	483	463.±	433	8±0	469	404	34 0	360	403	475	464	141	478 8	389	569.	685	576	5 2 3 5 4 5 5 4 5		294	39 C	348	462 429	
Steiermark	3323 3630	4359	3444	585%	1721	4182	3639	4267	4316	2575	4254	4381	3587	4388	4943	5086	5708	4832	Ste	2181	2659	2423	2539 2169	
Kärnten	938 935	1085	945	1189	839	601	679	714	759	750	772	795	20 00 12 10 12 10 12 10	772	1081	946	1065	1038	Sterbefäl	518	542	582	696 671	
Krain	1138 1371	1805	1432	1682	845	830	789	937	950 950	9 9 9 9	936	903	1040	1191	1311	972	1364	1302		644	666	631	652 164	
Triest	587_	714	99 1	833	7 <u>5</u> 5	675	612						805 205 205			895	1015	861 881	n Folg	356	288	409	478 554	
Görz-Gradisca	61 <u>44</u>	516	383	œ	51 <u>-</u>	444	413	455	. 33 5. 5. 5. 5.	ر د د د د د د د	356	418	4 65 55 55	392	471	528	676	584 4	ge vo	284	292	299	55 55 55 55 56 55	
Istrien	942_ 793	957	699 1	897	614	691	_6 <u>6</u>	540	9 2 2 3	8 : 0 :	637	736	811 11:00	824	1031	895	1022	977 <u> </u>	on Lu	345 345	241	458	648 648	
Tirol	2067	2000	2111	2392	2014	2099	2211	2439	2761	5397 5397	2521	2614	9779	2374	2779	2796	2142 2418	2855	Ħ	1438	1259	1294	1466 1661	
Vorarlberg	275 261	218	261	<u>رون</u> رون	262	214	225	183	; ;;; =================================	974 474	968	285	55 K 55 C 55 C	331	362	3 333	33 33 35 35	33 13 24 25 24 25	ıentzi	1 T S S S	161	153	165 165	
Böhmen	12659 11503	11594	12913	15719	11707	10130	10974	12786	1181	13569	14017	1:38:92	13813	11909	81991	15516	18185	18879	ündun	9988	1012	10216	12302	
Mähren	639y	6.60	6418	7991	5332	4574	4734	53.15	01.00 01.00	6519	7357	7176	7104, 7105	7394	10057	1987	9217	10854		5856	01019	6227	7109 6779	
Schlesien	1499	1501	1644	2348	1454	1018	1077	1161	1299	101 212 4	1397	1317	1479	1374	1694			1863		1059	1293	1225	1588 1588 1588	
Galizien	18592 19136	90761	23151	22951	16237	19340	20714	24554	21458	01940	15016	22185	27566 11155	21763	24697	25072	24132	92628		93394 16888	22614	23201	24990	
Bukowina	1093 1795			_			1316			10/0			1352	_	_			1584					1376 1376	
Dalmatien			1357	1132	1055	912	1010	858	976	1050	ž.	11:35	- 	1364	1712	1368	1535	13219		2 7 2 7 2 7	646	659	73 63 33 53	
Summe	57948 60354	010	72679	05198	56551	55537	57516	65486	63886	66.53	71366	69366	3000	86198	Se:395	77567	2 ± 5 ± 5 ± 5 ± 5 ± 5 ± 5 ± 5 ± 5 ± 5 ±	87000		56201	56392	56665	62786	

zu einer Zeit, als die Wissenschaft die infectiöse Natur wenigstens mancher Formen der Lungenentzündungen noch nicht festgestellt hatte, auf den richtigen Weg geleitet. Besondere Vorkehrungen gegen eine Weiterverbreitung dieser Lungenentzündungen, welche mitunter als Hausepidemien auftreten, wurden und werden auch heute nur in Ausnahmsfällen getroffen.

Von anderen entzündlichen Krankheiten der Athmungsorgane herrschen zu gewissen Zeiten acute Entzündungen der Luftröhre und des Kehlkopfes in grosser Ausdehnung. Man pflegt diese Erkrankungen, von denen insbesondere die Capillarbronchitis zeitweise eine ganz ansehnliche Zunahme der Kindersterblichkeit zur Folge hat, gegewärtig zumeist noch auf klimatische und Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Nicht selten werden diese Erkrankungen als Keuchhusten angesprochen und bei mancher local ziemlich umschriebenen Keuchhustenepidemie dürfte diese Verwechslung vorliegen.

Zeitliche Schwankungen der Häufigkeit sowohl der Todesfälle an entzündlichen Krankheiten der Athmungsorgane überhaupt wie an Lungenentzundung lässt die

Tabelle für alle Länder entnehmen.

Lungenschwindsucht. Tuberculose.

Das im Jahre 1871 entworfene Todesursachenschema nahm nur auf die Sterbefälle an Lungentuberculose Rücksicht, seit dem Jahre 1895 aber ist an Stelle der früheren Rubrik jene mit der Bezeichnung Tuberculose« getreten.

In der Tabelle auf Seite 162 sind diese Todesfälle auseinandergehalten.

Es muss sehon von vorneherein bemerkt werden, dass die Nachweisungen sowohl bezüglich der Sterbefälle in Folge von Lungenschwindsucht, wie in Folge von Tuberculose auf volle Verlässlichkeit und Richtigkeit nicht Anspruch machen können, und dass manche Todesursache, welche mit Tuberculose nicht mehr gemein hat, als dass das betroffene Individuum in seinem Ernährungszustande immer mehr heruntergekommen, kachektisch geworden ist und gehustet hat, auf Tuberculose bezogen werde. Die früher allgemein übliche und bei allen derartigen Krankheitsprocessen häufig angewendete Bezeichnung ›Abzehrung« wurde aber für die Sanitätsstatistik als Lungenschwindsucht übersetzt. In Ländern und Gegenden, in welchen ärztlicher Rath bei chronischen Krankheitszuständen nicht in Anspruch genommen, höchstens von verschiedenen Curpfuschern gegebene Heilmittel in bunter Reihenfolge in Anwendung gezogen werden, kann daher auch von einer wirklichen Diagnose dieser Erkrankungen keine Rede sein. Die mannigfachsten Krankeitsprocesse, nicht selten auch bösartige Neubildungen führen zur »Abzehrung» im Volkssinne, haben aber mit allgemeiner und Lungentuberculose nichts zu schaffen. Man wird daher auch den Ziffern für jene Länder und Bezirke, in welchen ärztliche Behandlung solcher Kranken selten stattfindet und die Todtenbeschau in der Mehrzahl der Fälle von Laien vorgenommen wird, kein grosses Vertrauen entgegenbringen können.

In den Jahren 1873—1894 sind für Oesterreich jährlich zwischen 70.633 und 93.364 Todesfällen in Folge von Lungenschwindsucht und 1895—1900 zwischen 83.682 und 92.084 Sterbefällen in Folge von Tuberculose verzeichnet. Die niedrigste Zahl der ersteren weist das Jahr 1874 auf, in welchem die Sterbefälle in Dalmatien nicht berücksichtigt sind, die höchste das Jahr 1890, in welchem die gegen Ende des Vorjahres aufgetretene Influenzaepidemie sich im ganzen Reiche verbreitet und ungewöhnlich viele, vor Allem aber eine grosse Zahl mit Lungenkrankheiten behafteter Personen vorzeitig dahingerafft hatte. Im Allgemeinen schwankte die Zahl der Sterbefälle an Lungenschwindsucht innerhalb nicht breiter Grenzen, sie blieb, wenn man von den Jahren 1873—1875 absieht, seit dem Jahre 1876, aus welchem Angaben für das ganze Reichsgebiet vorliegen, in 2 Jahren unter 80.000, überstieg die Zahl



1895 1896 1897 1898 1899	1873	Jabr
12525 11609 11341 10721 11593 11763	10687 10124 10129 111309 111309 11136 112038 10910 11536 112404 112840 112840 113021 113179 113179 1131767 122169 116766 116786 116883	Nieder- österreich
2377 2248 2278 2105 2209 2333	1961 1945 2807 2955 2956 29417 2044 2968 2189 2298 2189 2298 2196 2298 2196 22	Oberösterreich
554 554 554 572	382 373 408 408 408 408 409 409 409 409 409 409 409 409	Salzburg
4295 4326 8839 3277 3516 3679	\$871 \$742 4051 \$588 4166 4166 3697 3796 3796 3796 3797 3791 4121 4121 4121 4121 4121 4200 4372 4648 4648 4648 4648	Steiermark
8ter 922 984 881 957 957 975 1034	916 1119 1070 1070 1085 1085 1181 1181 1188 957 957 1028 965 985 972 972	Kärnten
Sterbefäll 922 2039 984 2188 881 2058 887 1913 975 1953 1034 2114	1952 1926 1974 1771 1874 1771 1879 1989 2103 1989 2198 2197 2145 2145 2145 2145 2145 2145 2145 2145	Krain
782 705 758 818 818 841	577 610 610 663 663 663 663 750 750 905 905 905 905 709 709 709 709 709 709 709 709 709 709	Triest
779 818 766 788 809	660 645 671 800 800 800 800 800 800 800 800 800 80	Görz-Gradisca
976 1108 1991 991 976 888 1172	825 609 609 609 609 609 609 609 609 609 609	Istrien
2183 2093 1912 1848 1898 2177	1834 1709 1902 1914 1859 1914 1960 1960 1944 1944 1955 2072 2170 2170 2170 2170 2170 2170 2170	Tirol
540 540 483 448 537 423 540	505 506 442 442 442 444 450 448 548 548 548 548 548 548 548	Vorarlberg
22433 22433 21652 21720 20836 22794 22794	19126 19530 20329 20329 22727 23299 22464 21273 21876 21876 21780 223681 24153 24153 24709 24708 24708 24708 24708 24708 24708 24708 24708 24708 24708 24708 24708 24708	Böhmen
10358 9587 9683 9128 9593 9779	7515 7583 8077 8007 9489 9718 9718 9985 8840 9489 9296 10524 10241 10241 10241 10241 10241 10439 9661 10132 9661 10132 9661 10132 9766 9788 9788	Mähren
3080 2847 2935 2701 3028 3274	1969 2054 1789 1915 1991 1995 2045 2045 2045 2045 2050 2050 2050 205	Schlesien
24516 23620 23638 23258 23258 23376	16095 16174 17654 17666 17966 20555 21686 20991 20991 22199 2119 219 2	Galizien
1978 1978 1978 1978 1978	2000) 2155 2859 2859 2059 2059 2019 2215 2217 2317 2317 2317 2317 2317 2317 2317	Bukowina
1402 1639 1430 1422 1544	1106 1106 11092 11092 11092 11080 11080 11080 11081 1128 1128 1128	Dalmatien
91663 88278 86278 87745	70875 70633 70633 77777 75415 79845 85487 83881 84538 84538 92164 91555 88608 92165 91555 88616 89536 88657 886657 88685 88885 88885	Summe

von 90.000 in 4 Jahren, hielt sich somit in 13 Jahren zwischen 80.000 und 90.000. Fasst man diese 19 Jahre in 3 Quinquennien und einen 4 jährigen Zeitraum zusammen, so ergeben sich für diese aufeinander- folgenden Zeiträume im Durchschnitte jährlich 81.370, 87.977, 88.943 und 86.780 Sterbefälle an Lungenschwindsucht.

Da seit dem Jahre 1895 nicht mehr die Todesfälle an Lungenschwindsucht, vielmehr alle durch Tuberculose verursachten Sterbefälle verzeichnet werden, ist ein Ansteigen der Zahl der letzteren zu erwarten. Im Durchschnitte der 19 Jahre 1876 bis 1894 sind jährlich rund 86.200 Sterbefälle an Lungenschwindsucht, im Durchschnitte der 6 Jahre 1895—1900 jährlich rund 88.300 Sterbefälle an Tuberculose, somit um 2100 mehr, verzeichnet.

Nimmt man aber auf die Vermehrung der Bevölkerung Rücksicht, dann ergibt sich, dass an Tuberculose verhältnismässig weniger Menschen gestorben wären, als an Lungenschwindsucht. Innerhalb der nachstehend bezeichneten Zeitabschnitte entfielen durchschnittlich in jedem Jahre auf 100.000 Einwohner Sterbefälle an:

			Lung	enschwindsu	cht		Tuberculose
		1873—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891-1894	1895—1900
Niederösterreich		. 535	551	545	504	422	395
Oberösterreich .		. 283	298	30 0	297	266	278
Salzburg		. 255	265	269	287	281	284
Steiermark		. 344	321	327	350	336	292
Kärnten		. 308	299	295	295	274	265
Krain		. 414	423	440	459	422	407
Triest		. 503	525	549	522	443	453
Görz-Gradisca		. 326	400	407	423	403	343
Istrien		. 360	259	286	281	262	306
Tirol		. 233	243	254	256	254	246
Vorarlberg		430	432	466	463	366	406
Böhmen		. 385	419	415	415	391	358
Mähren		. 387	445	464	453	404	406
Schlesien		. 379	379	439	454	424	451
Galizien		. 307	367	373	353	349	338
Bukowina		. 424	396	375	385	346	270
Dalmatien	 •	. ?	243	238	279	268	263
Oesterreich		. 364	387	40 0	393	366	346

Dieser Uebersicht zu Folge wäre nicht blos im Reiche überhaupt, sondern auch in einer Anzahl von Ländern die Tuberculosesterblichkeit gesunken, was um so auffälliger erscheinen muss, da jene an Lungenschwindsucht nur einen Theil der Tuberculosesterbefälle in sich schliesst.

Die Erklärung dieser auffälligen Thatsache liegt sehr nahe. Bis zum Jahre 1894 beruht die Todesursachenstatistik auf den Nachweisungen, welche die Gemeinden lieferten. Wenn diesen auch die in ärztlichen Behandlungsscheinen und Todtenbeschaubefunden verzeichneten Diagnosen zu Grunde lagen, waren letztere keineswegs immer präcise, in der Regel wurden allgemeine Bezeichnungen, Abzehrung, Fraisen, Lungen-, Gehirnlähmung, Wassersucht u. dgl. angegeben, wenn es sich nicht um ganz bestimmte Krankheiten gehandelt hatte, wie Infectionskrankheiten, Lungenentzündung u. s. w. Seit dem Jahre 1895 soll in den ärztlichen Behandlungsscheinen, sowie in den Todtenbeschaubefunden die Krankheit, welche als unmittelbare Todesursache anzusehen war, nebst der Bezeichnung derselben in der landesüblichen Sprache auch mit dem wissenschaftlichen lateinischen Namen angegeben, diese Angabe in die Sterbebücher sowie in die vierteljährig einzusendenden Matrikenauszüge über-

Digitized by Google

tragen werden. Den Amtsärzten obliegt es dann, in den Matrikenauszügen nach Maassgabe der darin verzeichneten lateinischen Krankheitsbenennungen die Nummer des Mortalitätsschemas beizufügen, unter welche die Todesursache zu zählen ist. Hiedurch wurde ein verlässlichere Resultate sichernder Vorgang erzielt und scheiden die Amtsärzte jene Fälle aus, welche früher von Nichtfachmännern wegen unbestimmter Bezeichnungen irrthümlich unter Lungenschwindsucht eingereiht worden waren, obschon dieselben vielleicht mit dieser gar nichts gemein hatten. Eine nothwendige Voraussetzung bleibt aber immerhin, dass die Diagnosen von Aerzten genau angegeben sind.

Gerade bei den in Rede stehenden Todesursachen zeigt sich deutlich der Fortschritt, welcher durch die neue Regelung der Berichterstattung erzielt wurde. Es zeigt sich aber auch, dass den Angaben der früheren Todesursachenstatistik hinsichtlich der Lungenschwindsucht nicht volles Vertrauen entgegengebracht werden kann. Es wäre nur sehr zu wünschen, wenn die Tuberculose in ihrer heutigen Verbreitung beschränkt werden könnte, in der That hat sie von Jahr zu Jahr grössere Verbreitung gefunden und geben die in der Uebersicht auf Seite 163 enthaltenen Sterblichkeitsziffern der Lungenschwindsucht daher nur ein trügerisches Bild.

Desungeachtet darf man denselben aber einen wenigstens annähernden Werth beimessen, insoferne sie wenigstens andeuten, in welchen Ländern die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht eine höhere, in welchen eine niedrigere war.

Im Zeitraume von 1873—1894 weist Triest die höchste, Tirol die niedrigste Mortalitätsziffer an Lungenschwindsucht auf. Diese betrug auf 100.000 Einwohner berechnet in Triest 502, in Niederösterreich 499, in Krain 437, in Mähren 429, in Vorarlberg 428, in Schlesien 420, in Böhmen 407, in Görz-Gradisca 390, in der Bukowina 377, in Galizien 350, in Steiermark 334, in Kärnten 288. in Oberösterreich 284, in Istrien 283, in Salzburg 267, in Dalmatien (1876—1894) 258, in Tirol 251.

Die Schwankungen, welche diese Mortalitätsziffern der Länder in den einzelnen Jahresgruppen aufweisen, sind aus den in der Uebersicht auf S. 163 enthaltenen Ziffern zu entnehmen. Nach dem vorher Erwähnten wird man denselben aber keine sichere Beweiskraft beimessen können.

Höhere und hohe Lungenschwindsuchtsterblichkeit herrscht innerhalb ziemlich ausgedehnter, geschlossener Gebiete, so vor Allem im nördlichen Böhmen, im mittleren und nordöstlichen Mähren, im westlichen und östlichen Schlesien, in einem die Mitte von Niederösterreich einnehmenden und bis Oberösterreich vordringenden Streifen zu beiden Seiten der Donau, in Vorarlberg, im westlichen Krain, in den Bezirken Parenzo und Pola, in Istrien, im Bezirke Zara, in Galizien in einem breiten von Norden nach Süden sich erstreckenden Gebiete, dessen Mittelpunkt Lemberg bildet. Dagegen zeichnet sich das Alpengebiet in Tirol, Salzburg, Steiermark, Kärnten, ein geschlossenes Gebiet in der Mitte von Böhmen, der grössere Theil von Westgalizien, fast alle im Bereiche der Karpathen gelegenen Bezirke Galiziens durch niedrige Schwindsuchtsterblichkeit aus.

Zieht man die mittlere Häufigkeit der Tuberculosesterblichkeit in den Jahren 1895—1900 in Vergleich (ebenfalls auf 100.000 Einwohner berechnet), so reihen sich die Länder in folgender Weise aneinander: Triest 453, Schlesien 451, Krain 407. Mähren und Vorarlberg 406, Niederösterreich 395, Böhmen 358, Görz-Gradisca 343, Galizien 338, Istrien 306, Steiermark, 292, Salzburg 286, Oberösterreich 278, Bukowina 270, Kärnten 265, Dalmatien 263, Tirol 246. Es ergeben sich im Zusammenhalte mit der obigen Reihenfolge der Länder nach der Sterblichkeit an Lungenschwindsucht mehrfache Verschiebungen.

Den Antheil, welchen die Lungenschwindsucht, beziehungsweise Tuberculose an der Gesammtsterblichkeit nimmt, weist folgende Uebersicht nach:

Von je 10.000 Todesfallen waren verursacht durch Tuberculose:

	1873—1875	1876 - 1880	1881 - 1885	1886 - 1890	1891 - 1894	1895—1900
Niederösterreic	h . 1470	1671	1758	1735	1590	1722
Oberösterreich	. 1000	1065	1088	1081	1007	1131
Salzburg	820	892	965	1063	1024	1146
Steiermark .	1158	1151	1236	1353	1317	1198
Kärnten	998	1082	1093	1078	1046	1028
Krain	1237	1462	1551	1574	1458	$15\dot{3}4$
Triest	1109	1501	1717	1637	1469	1680
Görz-Gradisca	964	1376	1454	1566	1482	1331
Istrien	747	859	962	964	957	1117
Tirol	804	1005	977	1007	988	915
Vorarlberg .	1593	1646	1727	1907	1628	19 18
Böhmen	1278	1411	1405	1424	1411	1456
Mähren	1263	1441	1529	1543	1434	1600
Schlesien	1239	1250	1480	1504	1475	1661
Galizien	700	994	1062	1075	889	1179
Bukowina .	1129	884	1023	1136	1080	963
Dalmatien .	?	767	963	980	1037	992
Oesterreich .	1045	1232	1295	1315	1278	1346

Für das Reichsgebiet, wie für die Mehrzahl der Länder ergibt sich eine allmählich steigende Betheiligung der in Rede stehenden Krankheiten an der Sterblichkeit. Es ist das zum Theile eine Folge der ziemlich gleichbleibenden absoluten Zahl dieser Sterbefälle neben dem Sinken der allgemeinen Mortalitätsziffer. In nur wenigen Ländern machten die Sterbefälle in Folge von Lungenschwindsucht — nicht $10^{\circ}/_{\circ}$ aller Sterbefälle aus und in einer kleinen Zahl von Ländern ist dies auch bei den Tuberculosesterbefällen zu bemerken. Dagegen beträgt dieser Percentantheil in Vorarlberg 16—19, in Niederösterreich 15—17, in Schlesien 12—17, es war somit der achte bis fast fünfte Theil aller Todesfälle auf Lungenschwindsucht, beziehungsweise Tuberculose zu beziehen.

Bösartige Neubildungen.

Den Todesfällen, welche auf bösartige Neubildungen oder wie das frühere Schema dieselben bis zum Jahre 1894 bezeichnete, auf *krebsartige Entartungen« zurückzuführen sind, wird in neuester Zeit besondere Aufmerksamkeit sowohl bezüglich der Erforschung der Häufigkeit ihres Auftretens, wie der Ursachen zugewendet. Für die Mortalitätsstatistik ist es nebensächlich, ob es sich in diesen Fällen um Krebs oder Sarcome oder um andere Formen der zu den malignen gezählten Neoplasmen handelt.

Die auffallend zunehmende Häufigkeit dieser Krankheiten war es, welche anregte, hierüber nähere Kenntnis zu erlangen und weiterhin nach der Ursache zu forschen. Soweit statistische Erhebungen und Untersuchungen gepflogen wurden, hat sich überall eine allmählich zunehmende Zahl von Todesfällen, welche auf Neubildungen zurückzuführen sind, herausgestellt. Oesterreich machte in dieser Beziehung, wie die Tabelle auf Seite 166 zeigt, keine Ausnahme.

Im Jahre 1900 erscheint eine fast um das Dreifache höhere Zahl derartiger Todesfälle verzeichnet, als für das Jahr 1873. Mit Ausnahme des Jahres 1887, in welchem eine kleinere Zahl nachgewiesen wurde, als 1886, steigt die Zahl dieser Todesfälle fast gleichmässig von einem zum anderen Jahre, so dass man bei gleichem

1															
Jahr 1873	1881	1883	1885	1886	1888	1889	1890	1891	1893	1894	1896	1897	1898	1899	
Nieder- 17 16 16 16 16 16 16 16 16 16 16 16 16 16	1910	8608	2028	2181	2133 2236	8753	2386	2536 9878	2822	3057	1168	3169	3251	3358 3358 3558	
55 55 55 55 55 55 55 55 55 55 55 55 55	568 563	567	581 581	671	635 635	742	717	740 747	765	718	858	946	890	936 948	
14 15 15 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25	147 136	163	196 196	171	<u> </u>	231	240	926 931	227	515	276	247	259	211 258	
Steiermark 55 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5	686 680_	672	778	717	8 - 8 - 8 -	418	874	898 308 308	116	951	866 196	1062	986	1076 1076	
Kärnten 14 55 57 56 47 8	146 196	174	171	197	184 185	176	2 05	205 205	226	213	998 707	118	290	ಜ್ಞ છ ಜ್ಞ ೮	
Krain 12 12 12 13 13 14 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15	140	140	145	141	155 T	155	158	178 178	178	179	191	208	250	207 207	-0- 4-100000
Triest	106	138	121	176	161	174	160	₹ 2 8	196	177	167	181	205	19 1	
등 용건값주방검토된 Görz-Gradisca	65_ 67_	8 7 <u>3</u>	<u>æ</u> g	93	g: 03	81	6	æ æ,	77	. % . %	9+0	1 6	91	1 5 2 5:	
Istrien 56.77 5.65.11	975 <u>-</u>	့ ထွ	76 <u>.</u>	111	≨ ∝	%	77	3. % 2. %	102	52	96 113	110	120	1 5 5 2	
Tirol 55 55 4 4 4 4 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5	590 597	55 58 78	6 <u>83</u>	600	ي 20 ق 20 ق	600	601	800 800 800	615	674	876	506 506	838	946 668 678	
% 11 12 12 22 22 22 Vorarlberg	i 28_	<u> </u>	123	10:	1 95 17 5	112	9 8	1 19	127	115	130	138	151	134 126	
Böhmen 1698 1883 1970 2079 2079 2523	2652 2652	2775	2833	2955	3145	3318	3516	3785 4050	4 350	4637	5321	5346	5773	5868 5783	
Mähren 898 Mähren 6336 6336 6336 6336 6336 6336 6336 63	799 896	103	11:8	1197	182	1300	1348	1298	1465	1460	1768	1898	1936	1963 1963	
Schlesien 120 1109 1337	180	170	181 181	199	19:3 7	112	240	۷,55 د د د	248	898	3 3 3 3	328	223	4 39 <u>9</u>	
Galizien 64 6 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 7 8 8 8 7 8 8 8 7 8	1059 1097	1076	1273	1352	1887	1379	1486	1516 1479	1625	1675	1758	1866	2009	1108 6108	
Bukowina	113		150	129	160	121	187	3196 196	206	203	0±3	233	257	306 277	
Dalmatien 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	5 <u>5</u>	141	<u> </u>	130	5 13 57 13	127	151	1 6 2 6	185	171	100	134	127	3 0 3 0 3 0 3 0	
Summe 6895 77463 8893 8893 8893 8893 8893	רז ר		10364	=	===	12	į	<u> </u>	7	: =	<u></u>	17	17	18238 18371	

Fortschreiten besorgt sein muss, ob diese Krankheiten mit der Zeit nicht die vorherrschenden werden.

Eine befriedigende Aufklärung dieses Verhaltens können die statistischen Nachweisungen nicht bieten, man muss andere Quellen zu Hilfe nehmen. Nur in einer Richtung gibt die aus den letzten Jahren vorliegende Mortalitätsstatistik Anhaltspunkte, nämlich, dass in den Ländern und Bezirken, in welchen die ärztliche Beglaubigung der Todesursachen in einer verhältnismässig grossen Zahl von Fällen nicht stattfindet, die Todesursache verhältnissmässig viel seltener zu sein scheint, als in Ländern, in welchen die meisten der Verstorbenen zu Lebzeiten einer ärztlichen Behandlung unterstanden und deren Leichen fast ausnahmslos von Aerzten beschaut wurden.

Wenn man nun aber bedenkt, dass im 8. und in einer Anzahl von Jahren des 9. Decenniums in weit ausgedehnteren Gebieten als es heute der Fall ist, ärztlicher Beistand schwer zu beschaffen war, und die Todtenbeschau vielfach von Laien ausgeübt wurde, wird man den Nachweisungen, welche aus jener Zeit über die Todesursachen vorliegen, wenig Vertrauen entgegenbringen können. Wer sich die Mühe nimmt, die in den Tabellen auf Seite 162 und 166 verzeichneten Sterbefälle an Lungenschwindsucht und krebsigen Entartungen nach einzelnen Jahren und Ländern in Vergleich zu ziehen, wird finden, dass in nicht wenigen Jahren die Zahl der letzteren Sterbefälle ungefähr um denselben Betrag gestiegen, als jene der ersteren gesunken ist. Allgemein oder in der Regel ist dies jedoch nicht der Fall.

Es liegt aber sehr nahe, dass der Nichtfachmann die Krebskachexie als Abzehrunge in seine Aufzeichnungen eintrug und dass dann am Schlusse des Jahres

die Fälle unter Lungenschwindsucht ausgewiesen wurden.

Es wäre aber ungerecht, wollte man nur diese Quellen irrthümlicher Nachweisungen gelten lassen und die Thatsache der zunehmenden Häufigkeit bösartiger Neubildungen ausschliesslich hierauf zurückführen. Diese Zunahme erscheint in Ländern, in welchen für ärztliche Hilfe reichlich gesorgt ist und diese auch in Anspruch genommen wird, ferner in den Städten, in welchen die Verhältnisse in dieser Richtung viel günstiger sind als in Bezirken, als eine ungleich auffälligere, Grund genug für die Folgerung, dass, da unter gleichen und unter gleich gebliebenen Verhältnissen dieselbe Thatsache sich ergibt, die Krankheit häufiger geworden sein muss. Besonderes Gewicht wird auch noch auf die in Krankenanstalten geführte Statistik gelegt, welche unwiderleglich die immer grösser werdende Zahl dieser Kranken nachweist.

Die Richtigkeit aller dieser Thatsachen lässt sich nicht im entferntesten bestreiten, nur bezüglich der daraus abgeleiteten Folgerungen kann man anderer

Meinung sein.

Die Thatsache, dass der heutigen so ausgebildeten Diagnostik eine grosse Zahl von Fällen für genaue Aufklärung des Krankheitszustandes, worüber man früher keinen sicheren Aufschluss erlangt hatte, zugänglich sind, steht ebenso fest, wie die früher erwähnten. Namentlich die Neubildungen in inneren Organen wurden in früherer Zeit oft nur vermuthet, ungleich seltener bestimmt nachgewiesen. Aerzte, welche in einer Zeit ihre Studien absolvirten, als die Chirurgie und Gynäkologie noch nicht die technische Ausbildung und wissenschaftliche Vertiefung erfahren hatten, welche sie in neuester Zeit wahre Wunder der operativen Technik und Erfolge bewirken liess, können Zeugnis geben, wie viele Fälle heute als Geschwulstkrankheiten behandelt werden, von denen man früher nichts wusste. Uebrigens ist auch heute der Höhepunkt gewiss noch nicht erreicht, denn die Kranken- und die Obductionsstatistik der hervorragendsten Krankenanstalten lehren, dass letztere auch heute noch eine bedeutend grössere Zahl bösartiger Neubildungen aufweist, als unter den verstorbenen Kranken verzeichnet sind.

Ganz gewiss haben daher die kolossalen Fortschritte der Medicin und ihrer Zweige zur Folge gehabt, dass in einer ungleich grösseren Zahl von Fällen Neubildungen als solche erkannt werden und dass die in der neuen Schule ausgebildeten Aerzte solche häufiger nachweisen, als es die aus der älteren Schule hervorgegangenen zu erkennen in der Lage waren. Wie viele bösartige Neubildungen, über deren Vorhandensein kein Zweifel bestand, galten als nicht operabel oder wurden unter dem Einfluss älterer, Lehren als Noli tangere angesehen, werden aber heute mit aller Sicherheit rechtzeitig entfernt. Diese Fortschritte waren jedoch zugleich Ursache, dass eine immerfort steigende Zahl von Kranken in den Anstalten, in welchen hervorragende chirurgische Fachmänner thätig sind, Aufnahme suchen, um sich einer Operation zu unterziehen und Heilung zu finden. Hiedurch erklärt sich in einfachster Weise die Zunahme der in den Anstaltsberichten ausgewiesenen grossen Zahl von Fällen mit Neubildungen.

Dieselbe Ursache liegt auch der böheren Sterblichkeit an Neubildungen in einzelnen Städten zu Grunde. Die socialen und anderen Verhältnisse der Bewohner dieser Städte spielen hiebei keine Rolle, zum wenigsten aber könnten die Ergebnisse unserer heutigen Todesursachenstatistik als einwandfreies Beweismaterial angesehen und benützt werden. Je kleiner die Einwohnerzahl dieser Städte, desto mehr fallen die in Rede stehenden Todesfälle Spitälern für die Mortalitätsverhältnisse dieser Städte ins Gewicht.

Wo derartige Fehlerquellen die statistischen Ergebnisse beeinflussen, die Grundlagen für eine objective und einwandfreie Beurtheilung erst geschaffen werden mussten, kann man den bisher vorliegenden Nachweisungen keine volle Beweiskraft beimessen. Keinesfalls darf die Thatsache, dass durch Ausbildung der Diagnostik diese Krankheiten heute in einer viel grösseren Zahl von Fällen erkannt werden als früher, unterschätzt werden. Wenn auch nicht in Abrede gestellt werden soll, dass vielleicht diese Krankheiten überhaupt häufiger geworden sind, kann dies doch aus dem vorliegenden statistischen Materiale noch nicht bewiesen werden. Es ist zu hoffen, dass die neue Berichterstattung auch in dieser Hinsicht zuverlässigere Aufklärungen bringen wird.

Apoplexie.

Wenn schon bei den zuletzt besprochenen Todesursachen Zweifel an der Richtigkeit und Verlässlichkeit der Nachweisungen nicht unterdrückt werden konnten, so liegen diese noch näher bei jenen Sterbefällen, welche als Apoplexie oder Schlagfluss bezeichnet werden. Alle diese Fälle haben das eine gemeinsame, dass sie plötzlich eintreten. Wenn auch nach der Ueberschrift der heutigen Rubrik nur Todesfälle in Folge von Apoplexia cerebri in dieselbe eingetragen werden sollen, liegt es doch nahe, dass im täglichen Leben diese Einschränkung nicht beachtet wird. Aber selbst dann, wenn man dieselbe genau beachten wollte, würde in der Mehrzahl der Fälle ohne vorausgegangene Leichenobduction die genaue Diagnose selten festgestellt werden können. In zahlreichen Fällen ist der plötzliche Tod auf organische Veränderungen im Herzen oder in den grossen Gefässen zurückzuführen. Alle diese Sterbefälle werden aber regelmässig unter jene an Apoplexie einbezogen, wenn nicht eine etwa vorgenommene Leichenöffnung Aufschluss gebracht hat. Solche finden aber bei nicht aufgeklärten Todesfällen regelmässig nur in Wien, mitunter in anderen grossen Städten, auf dem Lande jedoch blos dann statt, wenn sanitätspolizeiliche Rücksichten (gewöhnlich die Feststellung einer Infectionskrankheit) eine nähere Aufklärung der Todesursache nothwendig machen. In Wien stellt sich heraus, dass der überwiegend grössere Theil der plötzlichen Todesfälle durch organische Veränderungen im Circulationsapparate bedingt wird.

Für die Sanitätspflege ist es aber nicht ohne Interesse, die Häufigkeit derartiger plötzlicher Todesfälle zu kennen. In der Tabelle auf Seite 169 sind die bis jetzt

!	
Summe	13433 15147 15148 15579 15579 156709 156709 156709 16083 160
neitsmlsG	293 272 272 272 272 272 273 273 274 274 274 275 275 277 277 277 277 277 277 277 277
Bukowina	238 2470 270 283 283 283 283 283 283 283 283
neizilaĐ	2487 27598 27598 27599 27599 27599 27689 27685 2
пејаејиоВ	479 479 479 479 479 479 479 479
пөтийМ	1272 1266 1335 1335 14(9 1361 1518 1357 1400 1400 1440 1400 1440 1330 1340 1440 14
Воршев	3762 4011 4018 3987 3987 3987 4162 4162 4210
gred[1810V	88 98 08 08 08 08 08 08 08 08 08 08 08 08 08
loriT	768 689 826 782 782 782 782 783 783 783 783 783 783 783 783 783 783
neirtaI	888 170 170 170 170 170 170 170 170 170 170
Bosibar Gradisca	25.27 25.27
‡s9i⊤T	- 6 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8
gistX	88 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8
netarkX	889 889 889 889 889 889 889 889 889 889
Steiermark	1614 1103 1112 1112 1112 990 1023 969 1095 1095 1097 1097 1072 1072 1085 1072 1072 1072 1072 1072 1073
Salzburg	2010 2010 2010 2010 2010 2010 2010 2010
dэiөттөзайтөdO	1262 1142 1031 1031 1031 1047 1047 1047 1047 1048 1048 1059 1059 1059 1059 1059 1059 1059 1059
-rebeiV doierreich	2103 2032 2132 2134 2134 1968 1968 1968 1973 1973 1973 1973 1975 1975 1975 1975 1975 1975 1975 1975
ı.	
Jahr	1873 1874 1875 1876 1877 1887 1888 1888 1888 1888 1888

hierüber vorliegenden Ergebnisse der Todesursachenstatistik zusammengestellt. Hieraus irgend welche weiteren Folgerungen abzuleiten, wäre nach dem eben Erwähnten kaum am Platze.

Gewaltsame Todesursachen.

Der Sanitätspolizei steht eine directe Einflussnahme zu einer Verminderung der Häufigkeit von Selbstmord, von Mord und Todtschlag nicht zu. Durch gewisse Vorschriften können Vorkehrungen getroffen werden, dass Gifte und andere sicherheitsgefährliche Gegenstände der Bevölkerung nicht oder nur unter bestimmten Vorsichten zugänglich sind und daher für Selbstmordzwecke oder zur Tödtung anderer Menschen nicht verwendet werden können. Diese Einflussnahme ist aber selbstverständlich eine sehr beschränkte und vermag das nicht zu leisten, was sie bezwecken soll.

Dagegen lässt sich zur Verhütung von zufälligen Beschädigungen und mancher Unglücksfälle Einiges vorkehren und bestehen vielerlei Vorschriften auf verschiedenen Gebieten der Verwaltung. Besonderes Interesse bieten und grosse Erfolge erzielten die Vorkehrungen gegen zufällige Beschädigungen in Gewerbebetrieben. Ueber diese Unfälle liegt auch eine genau geführte Statistik vor, jedoch nicht in der Mortalitätsstatistik, sondern in den Aufzeichnungen der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalten. Da die Amtsärzte zu den nach Unfällen eingeleiteten Erhebungen zugezogen werden, sind dieselben auch in der Lage, von allen derartigen Vorkommnissen und von den näheren Umständen derselben genaue Kenntnis zu erlangen.

Eine weit grössere Zahl von tödtlichen Unfällen verschiedener anderer Art kommt jedoch ausserhalb Gewerbebetrieben vor und insbesondere bei Bewohnern

der Alpenländer.

In den folgenden 3 Tabellen (Seite 173, 174, 175) wurden die seit den Jahren 1873 in den einzelnen Ländern durch zufällige Beschädigungen, durch Selbstmord. Mord und Todtschlag herbeigeführten Sterbefälle verzeichnet.

Todesursachen in Beziehung zum Alter der Verstorbenen.

In den bisherigen Ausführungen über die Häufigkeit der einzelnen Todesursachen wurde lediglich die Zahl derselben und deren Beziehung zur Zahl der Sterbefälle überhaupt einerseits, der Einwohnerzahl andrerseits berücksichtigt. Die Erhebung dieser Verhältnisse allein kann nicht befriedigen. Die Lebensbedrohung durch eine Krankheit ist nicht in allen Altersstufen dieselbe, manche Krankheiten kommen in gewissen Altersclassen überhaupt nicht vor, andere führen im Kindesalter. wieder andere im Greisenalter häufiger zum Tode.

Leider liegen in der österreichischen Statistik vor dem Jahre 1895 hierüber Daten nicht vor. Seit diesem Jahre werden aber die betreffenden Nachweisungen auch nach dieser Richtung bearbeitet und gibt die Tabelle anf Seite 171 einen Ueberblick, mit welchen Zahlen die an den wichtigsten Todesursachen Verstorbenen sich

im Reiche auf die Altersclassen vertheilen.

Die bisher veröffentlichten Ergebnisse dieser statistischen Erhebungen umfassen

erst jene für die Jahre 1895-1898.

Dieser 4jährige Zeitraum ist wohl zu kurz, um die in kleineren Ländern sich ergebenden Vehältnisse als sichere Anhaltspunkte erscheinen zu lassen, da zufällige Schwankungen nach der einen oder anderen Richtung das Gesammtergebnis beeinflussen. Aus diesem Grunde wurde von Uebersichten nach Ländern abgesehen und nur die für das Reichsgebiet vorliegenden Nachweisungen berücksichtigt.

Die wesentlich verschieden intensive Lebensbedrohung der Menschen verschiedenen Alters durch die einzelnen Krankheiten ist aus der folgenden Zusammen-

stellung zu entnehmen.

l:								
Gessmmstahl der Gestor- nened	335664 98655 77023 155679 110346 89896	867263 195595 93629 59090 41877	1257454 30538 71186	1359178 45017 53056	98073	128600 123646 135177 188487 245451 341476	2618088 2956	2621044
Mord und Saldset	299 19 15 28 16 11	388 23 21 13 10	455 13 34	502 37 147	184	208 342 291 201 128 71	2227 40	2267
Selbatmord	111111	11111	111		1354	3960 2315 2565 2450 1615 911	15170 136	15306
-sd egilistuZ aegaugibädes	574 209 157 296 215 215 270	1721 1827 1785 1221 836	7390 652 1634	9676 1606 2001	3607	4062 3555 3317 3176 2392 1817	31602 292	31894
Herzkrauk- nesten	504 137 100 210 149 123	1223 314 265 188 223	2213 213 1010	3436 15 3 1 1992	3523	4243 6135 9595 15394 19550 16163	78039 31602 1 109 292	78148
Bösartige Neubildungen	152 71 30 85 43 62	433 136 94 47 47	821 60 158	1039 178 303	481		36872	56943
Langen- entzündung	5689 4624 4884 13713 13460 12298	54668 21359 9087 5037 3177	96328 2200 5173	103701 3128 3662	6790	9250 11526 16073 25933 30356 22356	225985 66872 264 71	396 349901 226249 66943 78148 31894 15306 2267
Тиретсилове	2763 2709 2947 7882 6664 6303	29268 19087 10788 6334 4487	69964 3483 11074	84521 12870 24804	37674	63100 50748 40506 37571 26293 9167	349580 321	349901
Uebertraghare netiedanarareidT	75 4 61 75 ± 18	0000000	45 45 18	222	49	04255 0425 0425 0425 0425 0425 0425 0425	20g 4	968
Andere Infec- tionskrankh.	854 358 304 576 348 257	2697 633 331 267 228	4156 146 522	4824 382 266	648	470 441 538 669 747 654	8991°	1 000 1
Wund-Infec- tionskrankh.	1748 427 163 325 183 147	2993 270 162 115 91	3631 91 286	2008 383 408	791	1074 1106 1142 1279 1149 843	2052 8933 11392 8991 392 8 49 9 13 4	11401
Kindbettfieber	11111	11111	1 1 1	305	308	3434 3994 1192 - 5	8933 49	8982
Cholera nostr.	11111	173	350 44 126	520 83 44	167	172 184 238 305 277 189		2060
Cholers infant.	7854 6378 5392 10579 5651 3371	39225 4631 341 148 98	44443 74 141	44658 46 —	46	111111	44701 16	44730
Dysenterie	519 589 605 1814 1928 1509	6964 3402 1618 989 731	13704 612 1640	15956 1009 460	1469	515 432 374 563 650 421	20380	90399
Abdominal surget	98 74 51 175 169 173	740 483 436 402 439	2500 400 1807	4707 2390 3563	5953	5994 3788 2974 2687 1516 450	28069 20380 41 19	28110
Flecktyphus	20 13 9 27 27 24	22 23 23 23 23 23 23 23 24 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25 25	338 35 135	500 167 214	381	2002 2022 2148 2148 2148 38	3141 10	3151
Кеисрривіеп	2726 3334 3215 8159 7692 6672	31798 14595 6048 2924 1739	57104 1183 1776	60063 257 258	285	33 40 65 111 111 38	60769 33	89489 60802 3151 28110 20399 44720 2060 8952 11401 9004
Мязетп	721 480 473 1761 3702 4768	11905 12493 5414 2962 1821	34595 1207 2518	38320 639 168	807	152 39 31 32 57 46	39484 15	39499
Scharlach	958 705 650 1797 2286 2500	8896 9422 8613 7389 5959	4508 4508 9966	24753 : 2882 736	3718	336 121 52 61 61 87	59190 23	59213
eiredtdqi Q	2671 1834 1698 3776 4451 5131	19561 19824 15555 12274 9389	76603 40279 6643 4508 11894 9966	95140 54753 3229 2882 731 736	3960	415 183 183 165 105	6025 100308 59190 7 54 23	6032 100362 59213
Blattern	203 190 185 576 577 416	2147 844 364 288 234	3877 194 620	4691 225 314	539	571 115 49 24 119	6025 1	6032
Altersstufe	Bis 1 Monat 1-2 Mon. 2-3 S 3-6 S 6-9 S	m 1. Jahre 11-2 Jahre 2-3 * 3-4 * 4-5 *	bis 5 Jahre 5 5 5 5 6 5 6 5 6 5 6 5 6 5 5 6 5 5 6 5 6 5 6 5 6 5 6 5 6 6 5 6	bis 10 Jahre 10.10—15 ** 15—20 **	10-20 Jahre	20-30 Jahre 30-40 , 40-50 , 50-60 , 60-70 , über 70 ,	Zusammen . unbek. Alters	Gesammtzahl

Von je 100.000 in den nachbezeichneten Altersclassen Lebenden (Volkszählung 1890) sind gestorben an:

	im 1. J.	bis 5 J .	5 bis 10 J.	10 bis 20 J.	20 bis 30 J.	30 bis 40 J.	40 bis 50 J.	50 bis 60 J.	60 bis 70 J.	über 70 J.
Blattern	76	32	7	3	4	0.9	0.5	0.3	0.4	0.7
Masern	424	256	36	4	ī	0.3	0.3	0.4	1.1	1:7
Keuchhusten	1132	464	$\frac{33}{28}$	1.5	$\overline{0}$ ·2	0.3	0.6	1.7	2	1:5
Diphtherie	696	623	176	$2\overline{1}$	3	1.4	1.5	$\tilde{2}$	3.3	4.1
Scharlach	317	328	137	20	3	1	05	0.8	1	14
Ileotyphus	26	20	21	31	39	34	28	34	30	18
Dysenterie	248	112	22	7.7	3	3	3	7.1	13	16
Cholera infantum .	1396	362	2	0.5					_	_
Cholera nostras .		0.3	1.6	0.8	1	1.4	2.3	4	5.6	7
Lungenentzündung	1946	784	70	3 6	60	92	155	328	608	878
Tuberculose	1042	569	13 8	199	407	405	391	475	527	360
Wundinfections-										
krankheiten	106	30	3	4	7	9	11	16	23	33
Uebertragbare										
Thierkrankheiten	0.7	0.4	0.5	0.3	0.3	0.4	05	0.8	1	0.6
Andere Infections-										
krankheiten	96	33	6	3.4	3	3	5	8	15	25
Herzkrankheiten .	43	18	12	19	27	49	92	195	392	634
Apoplexie	14	6	1	2	8	19	64	123	311	801
Neubildungen	19	7	2	3	7	29	96	2 33	401	476
Zufällige Beschä-										
digungen	61	6 0	25	1 9	26	2 8	32	40	48	71
Selbstmord			_	7	25	18	25	31	32	36
Mord, Todtschlag.	14	3.7	0.3	1	3	2.7	0.3	2.5	$2.\overline{2}$	28
Auf 100.000 weib-										
liche Personen:										
Kindbettfieber .				3	43	62	22	0.1	_	

emmn8	2019	0340	6533	6186	6228	722	2000	2000	107	6321	6033	2000	6109	2010	1100	6440	6151	6117	6497	5937	2006		6093	6446	6181	6063	8037	7839	8090	7098	0000	000	0160			
neitemlad					133	191	105	2 +	CII	134	8	200	190	90	000	€ 3	2 6	8	68	85	113		135	22	62	115	197	167	158	163	186	000	603			
Bukowing	166	901	179	548	153	150	150	100	001	1.79	159	159	180	1 2 2	0 0	187	168	143	172	178	154		021	98	166	178	233	222	233	103	101	50G	603			_
neizilsĐ	1095	CCOT	1315	1318	1955	13/10	1166	0011	1403	1493	1949	1299	1921	1001	1231	1448	1417	1472	1457	1387	1205		1388	1235	1479	1330	1820	1732	1771	1696	1696	1606	2001	 	,	_
пеівеІпэЗ	306	900	171	183	161	186		100	183	221	198	917	101	70T	000	360	195	250	245	221	202		238	241	198	556	317	5 68	279	39.1	273	25.0	COC	 		_
пөлийМ	200	070	653	902	599	300	000	300	010	909	609	248	0.50	000	010	717	695	533		558	555		196	900	607	556	898	292	827	769	60.0	300	240			_
пешиў	15.77	7701	1492	1457	1602	1301	1001	101	1374	9201	1506	1446	15.47	1 104	1404	2001	1548	1509	1560	1585	1549		1533	1858	1603	1538	1811	1850	1911	1047	1001	1001	1#07	 		_
Vorarlberg	-	41	48	37	5.0	16	1 0	6 6	32.0	G G	, C	16	3 2	000	70	4. (32	æ	49	45	42		36	93	37	47	42	51	43	67	1 12	0 0	CO.	 		_
loriT	970	240	273	546	254	010	0 40	000	£ 2	314	984	25.0	3 5	3 6	0.50	315	318	318	459	290	282		282	292	548	287	373	313	373	90.5	000	200	CAC			_
neirteI	3	20	4.	65	, r.c.	3 2	3	3 3	8	19	Į.	67	. i	3	§.	7 0	25	7	99	9	75		99	20	7	63	86	1 6	901	8	3	00	0	 		
eosibar D-s180	5	20	66	85	23.	9	60	64.0	4,	<u></u>	r.	3 5	3 0	G 0	60	64	7.	69	8	45	54		92	65	20	89	74	83	74	2	2 0	9 9	2	 		_
taeirT	-64	27	26	280	-67	3 9	7	# 6	25.0	 	Δ	25	3 6	0 0	ဂ္ဂ	4	49	90	53	17	30	_	37	40	က	4 5	48	48	47	46) 10 H 14		70	 		
aistX	9	102	277	180	36	1 -	1 7	CAT	161	201	170	1 1	100	COT	80	187	169	197	185	146	155		165	117	161	173	556	215	244	907	2 6	\$17 •	195	 		
пезаткЯ		140	160	178	200		1+1	C+1	213	136	149	199	169	100	133	186	187	183	144	115	128		167	184	141	150	169	196	197	900	001	130	181	 		_
Steiermark	101	40	458	410	468	727	1 0	# t	200	458	277	9	00.0	424	#C#	447	405	465	525	445	497		473	240	454	389	514	518	516	196	707	#00#	F 60	 		
Salzburg	011	oc.	102	46	99	3 2	10	0.	40	∞	7.1	- 10	3 5	0 1	20	60	ည်	63	59	53	71		74	7	25	92	104	104	122	100	3 2	9	9 −	 		
бі эттергей абрат	000	622	198	554	17.6) è	000	000	†) Z	282	930	011	010	012	000	00Z	170	183	576	244	245		211	218	230	222	275	287	317	986	2 5	000	462	 		-
Niederöster- reich	040	212	757	747	675	. 0		# .	†00	887	749	473	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	0.00	152G	25 26 27 27 27 27 27 27 27 27 27 27 27 27 27	202	487	518	463	544		476	671	609	630	865	656	872	834	# C	200	CR.	 	_	
Jahr	-	•	•	- :		•	•	•	•	:		•	•	•	•	- •	•	•	•	•	•		•	•	•	•	•	•			· ·	•	•	 	==	-
Ja	1070	10(3	1874	1875	1876	1877	1010	0/01	1869	1880	1881	1889	000	1001	# : :	02.0 00.0	1886	1887	1888	1889	1890		1891	18:55	1893	1894	1895	1896	1897	200	1600	1000	1300			

Jahr	1873	1876	1878 · · · 1879 · · ·	1880 .	1882	1884	1886	1888	1889	1891 ·	1893	1895	1896 1897	1898	1899	•
					•						•		• •			
Niederöster- reich	436 542 544	616 669	662 674	67 5	637 509	7667 7667	760	699	734 755	675 701	7 <u>2</u> 0	717	24 <u>2</u>	739	781 852	
Oberösterreich	888 850 860	10:86	1 1 1 1 1 1 1 1 1	115	100	112	116	114	111 125	120 113	1 95	77	117	118	129 107	
Salzburg	24 13	85 19	16 24	20	127 14	29	3 18 F	27	22 22	25 36	28	25.5	29 29	<u> </u>	32 25	
Steiermark	87 104 96	128	133 138	144	1121 121 121	173	168	178	161	202 191	214	206	20 20 20	219	· 214 252	
Kärnten	2 & 22 &	<u> 4- 8</u>	39 39	29	4 5 5 5 5 6 2	5 <u>6</u>	627	55 S	68 6	55 68	2 8	48	5; 5 4 <u>4</u>	36	49	
Krain	14 34 22	26 21 21	3 9	ဗ္ဗ	<u> </u>	# 89 (<u>, </u>	4.0	28 28	38 30	<u>ာ</u> မ္ဌာ	37	4 0 9	36	35	,
Triest	23 23 23	888	25 25 25	27	3 3 5 3 7 5	40	42	22 8	25	51 51	6 57 4 7	ω c	<u>5</u> , 3	6	71 71	
Görz-Gradisca	14 11 16	22 24	27 27	20	% 2% 28 50	917	23	24	14	21 21	5 1 7	55.5	13	26	18 21	
Istrien	22 8 4	22	18	16	<u> </u>	1 20 20	28	9	3 K	21 22	9. <u>23</u>	22.5	18 26	23	30	
Tirol	53 53 53	74	89 89	73	373	8 55 S	5.78°	8 8	64	779	79	52	<u> </u>	62	73	
Vorarlberg	400	. 1 6 . 0 6	116	15	<u></u>	. 12 3	17		19	99	<u>s 5</u>	. 13 c	<u>1</u> ∞	12	1 <u>5</u>	
Böhmen	790 770 846	1129 1185	1156 1105	1167	1196 1196	1270	1237	1267	1310 1311	1360 1357	1402	1282	1486	1616	1596 1586	
Mähren	252 271 260	367 332	<u>සු</u> සු සු	455	343 494	416	426	342	354 359	387 339	375	437	450 467	469	462 457	· • • • • • • • • • • • • • • • • • • •
Schlesien	103 75 94	130	124 106	146	101	128	116	99	121	152 97	135	117	138 148	138	138 144	
Galizien	472 513 558	571 594	567 562	591	500 500 500 500	651	561	567	561	555 651	669	414	381 381	381	348 325	
Bukowina	69 53	119	103	<u> </u>	8 9 E	208	125	93	62 1 3	95 72	907	42	2 3	58	76 56	
Dalmatien	71 0	67 67 8	59 59		51 57	443	313	55.5	<u> </u>	2 <u>8</u>	چ وا نځ	16	55 65 58 58	-	23 27	
Samme	2463 2617 2741	3376 3598	3480 3469	3649 _	3530 3530	3783 3801	3837	3690	3735 3715	3888 3854	4091	3551	3886 3730	4083	4105 4120	

!																				
emmnS	626	263	689 89	671	989	204 68 4 4	547	650	616	631 576	612	621	605	641	23.0	542	0 00 0 00 0 00	573		
neitzanfaU			09	99	22	4 4		3	4 4	37	, 7	34.0	8 2 7	37	7 73	8	8 8	22		
Викоміпя	47. 46.	32	37.	2 2 2 2	£	4 %	∓ £	20.8	8 3	30	37	26	38		3 8 8	8	8 8 25 5	56		
nəizil z Đ	182	197	139 179	152 198	146	206 172	143	164	173	156 153	181	159	153	121	169	151	149	160	••	
Gchlesien	11 6	7	16	<u></u>	17	<u> </u>	£ ₹	17	92	12	2	20	2 21	37	212	61	3 12	14		
пэтайк	9 X	28.5	2 2	55.	94	2 6	5. 5.	888	5 ic	მ 4	51	63	3 :8	74	45	4 5	53.0	49		
Вуршеп	99	564	110	107	119	83 83	88 7	86	§ 8	109	10.2	98	38	æ :	8	60,	114	91		
Vorarlberg		3 *	 	ິດລ ວນ ¯	ī	4 ~	- 4 ⊘	01.0	N 31	Ø) Ø	ı —	_ ∞ c	<u>4</u>	3) -	- m	না।	ဂ က	4	_	
loziT	28	833	% % %	0 4 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	2	61 8	17	13	<u> </u>	31	24	24	17 8	16	13	12.	N C	င္တ	-	
neirtel	10 10	125	11	15	ာ	10 10	တ જ	17.	, 6	<u>~ 3</u>	9	10	12 62	ထ ္	17	2;	2 9	10		
sosiba1Đ-x1öĐ	- 41 0	ົ ຄວ	ນຸເດ	တ် တ	စ	သ က	∞⊣	·roc	၀ လ	<u>4</u> æ	~~	ကပ	ဝ က	₹# ₹	# 4	ıc r	ე. 4 4	<u>0</u>		
189iTT		1 ∞ <u>.</u>	၀	3 0 44	9 ⁻	8 I	 6	ı ro c	ىر 0	თ <u>r</u>	10	27 5	9	10	က်	`O) :	e [~	ີຕວົ		
nis1X	88	32	2 20 20 20 20 20 br>20 2	66.9	46	25 25 25	₩. ₩.	4 8	88	£ 5	25	08 3	22	800	5 51	8	2. 2. 3. 0.	54	٠.	
Kärnten	11.0	900	8 Q	∞ ∞ ;	91	8 2 8 2	<u>~</u> x		<u>3</u> ∞	9 2	∞	16	12	2:	+ xo	ر و	15	15	•	
Aramreieta	62 46	92	39	ကို ထို	7	4 :: E 30	36	0.00	9 .c	44 44	42	55	5.	60 60 70 70 70 70 70 70 70 70 70 70 70 70 70	3.7	45	9 6 0 10	99		
Salzburg	ന	40	ကဘ	92	က	91 m	२। च	.c.	<u>စ</u> စ	ਨ ਜ	. w_	07.0	ت و	က်ဝ	9	4,	37	4		
Ореговатетејср	35	777	1 9	19 21	ဂ ဂ	19	27 6	2 2 3	15	13	25.	61 2	15.	72 F	131	S) ;	121	18		
Иіедет∂ятет- теісп	53	7.00	2 53		4 0	<u> </u>	£ 2	8	04 49	e = = = = = = = = = = = = = = = = = = =	4	55	;;;	47 67		35	27 7	£3.		
<u> </u>	:	· ·	•	• •	:		•		• •			:	•	:		:			_	
Jahr	1873	1875	1870	1878 1879	1880	1881 1885	1883 1884 1884	1885	1887	1888 1889	1890	1891	1893	1894	1896 1896	1897	1898 1899	1900		

Die Krebsstatistik Oesterreichs.

Ein Beitrag zur Carcinomfrage.

Von Dr. Siegfried Rosenfeld.

I.

Die Krebsforschung der Gegenwart schlägt zwei Hauptwege ein, den ätiologischen und den statistischen Forschungsweg; letzteren nicht blos in der Absicht, ein beschreibendes Bild zu liefern, sondern auch in der Absicht, etwa auch für die Aetiologie brauchbares zu Tage zu fördern. Soll die statistische Forschung werthvolles liefern, so darf sie sich nicht auf einzelne Länder beschränken; es könnte sonst manches als Gesetz erscheinen, was nur Zufall ist. Dasselbe gilt, wenn zu kurze Zeiträume der Statistik zu Grunde gelegt werden. Im Folgenden soll die Statistik des Krebses für Oesterreich besprochen werden; es sollen nicht blos die österreichischen Verhältnisse dargelegt, sondern auch geprüft werden, inwieferne sie mit den Ergebnissen der Krebsstatistik anderer Länder übereinstimmen.

Die Krebsstatistik Oesterreichs beginnt mit dem Jahre 1873, die Wiens ist älter. Bis zum Jahre 1894 umfasst die österreichische Krebsstatistik blos die örtliche Vertheilung des Krebses, unterschieden nach beiden Geschlechtern. Mit dem Jahre 1895 erfuhr sie, wie die gesammte Todesursachenstatistik, eine Bereicherung; Beruf, Alter, Familienstand, Grösse des Wohnortes — alle vier nach Geschlecht aufgetheilt — geben weiteres statistisches Detail. Die folgenden Daten sind, wo nicht anders bemerkt, der officiellen Statistik entnommen, also vom Jahre 1880 an dem Sammelwerke *Oesterreichische Statistik« und zwar bis 1894 den Bänden für *Statistik des Sanitätswesens«, für 1895—1897 den Bänden für *Bewegung der Besvölkerung«, bis zum Jahre 1880 dem *Statistischen Jahrbuch«.

Es starben in ganz Oesterreich an Krebs

im Jahre	Männer	Weiber	beide Geschlechter	im Jahre	Männer	Weiber	beide Geschlechter
1873¹)	2893	4002	6895	1881	4010	5354	9364
18741)	2954	4175	7129	1882	4 040	5505	9545
18751)	3195	4268	7453	1883	4182	5809	9991
1876	3278	4510	7788	1884	4549	5815	10364
1877	35 0 4	4554	8058	1885	4724	6153	10877
1878	3535	4814	8349	1886	4809	6313	11122
1879	3783	5110	8893	1887	4805	6281	11086
1880	3749	5244	8993	1888	4952	6585	11535

¹⁾ Dalmatien nicht eingerechnet.

im Jahre	Männer	Weiber	beide Geschlechter	im Jahre	Männer	Weiber	beide Geschlechter
1889	5348	6827	12175	1894	6672	8240	14912
1890	5435	7090	12525	1895	7046	8711	15757
1891	5652	7375	13027	1896	7422	8988	16410
1892	5910	7864	13774	1897	767 8	9431	17109
1893	6374	7978	14352	j			

Wir sehen also, das Jahr 1887 ausgenommen, eine constante Zunahme der Krebstodesfälle für jedes Geschlecht. Die Zunahme beträgt in den letzten Jahren mindestens ein halbes Tausend. In Folge dieser Zunahme hat sich auch in 25 Jahren die Zahl der verzeichneten Todesfälle mehr als verdoppelt. Die Zunahme ist für das männliche Geschlecht stärker als für das weibliche; sie beträgt für ersteres 165, für letzteres nur $136^{\circ}/_{\circ}$. Dementsprechend hat sich auch der Antheil beider Geschlechter an den Krebstodesfällen zu Gunsten (sit venia verbo!) des männlichen Geschlechtes verschoben. Im Jahre 1873 entfielen auf das männliche Geschlecht nur $42^{\circ}/_{\circ}$, im Jahre 1897 dagegen $44^{\circ}/_{\circ}$ aller Krebstodesfälle.

Dass es sich um eine wirkliche Zunahme und nicht blos um eine scheinbare in Folge der Bevölkerungsvergrösserung handelt, ersieht man schon aus der Grosse der Zunahme; denn innerhalb 25 Jahren hat die Bevölkerung keine Verdoppelung erfahren. Genauer zeigt dies die relative Krebsfrequenz, die Zahl der auf je 100.000 Lebende entfallenden Krebstodesfälle (zu Grunde gelegt die Zahlen der Volkszählung und zum Theile officiell berechnet). Dieselbe betrug

im Jahre	Männer	Weiber	beide Geschlechter	im Jahre	Männer	Weiber	beide Geschlechter
1873	30	39	35	1886	45	56	51
1874	30	41	36	1887	45	55	5 0
1875	33	41	37	1888	47	58	5 3
1876	3 3	43	38	1889	47	5 6	51
1877	36	44	40	1890	47	58	53
1878	36	46	41	1891	49	60	55
1879	39	49	44	1892	51	64	58
1880	35	46	41	1893	55	65	61
1881	39	48	43	1894	58	68	63
1882	38	49	43	1895	60	71	66
1883	3 9	51	45	1896	63	74	69
1884	43	51	47	1897	66	77	72
1885	45	55	49				

Die relative Krebsfrequenz liefert eine Bestätigung dessen, was aus der Betrachtung der absoluten gefolgert wurde: Eine Zunahme der Krebstodesfälle innerhalb 25 Jahren um mehr als doppelte beim männlichen, um fast das doppelte beim weiblichen Geschlechte. Das erste statistische Ergebnis stimmt vollkommen mit dem überein, was andere Autoren aus ihren Statistiken gefolgert hatten. Die Zahl der jährlich verzeichneten Krebstodesfälle nimmt zu. Damit ist natürlich noch nicht gesagt, dass das Carcinom auch thatsächlich häufiger geworden. Auf diese Frage werde ich noch öfter zurückkommen müssen.

Auch ein anderes Ergebnis stimmt mit obiger Statistik gut überein. Schon aus der absoluten Krebsfrequenz konnte man eine stärkere Betheiligung des weiblichen Geschlechtes entnehmen. Wie schon bemerkt wurde, ist sie in den letzten Jahren etwas schwächer geworden. Aber immerhin ist sie noch im Jahre 1897 so gross, dass die Krebstodesfälle beim weiblichen Geschlechte fast 123% der Krebstodesfälle

beim männlichen Geschlechte betragen. Auch die relative Krebsfrequenz des weiblichen Geschlechtes ist grösser als die des männlichen Geschlechtes. Nur ist die Differenz nicht so gross wie bei der absoluten Krebsfrequenz, da die lebende weibliche Bevölkerung zahlreicher ist als die lebende männliche. Weisen nun auch die Weiber mehr verzeichnete Krebstodesfälle auf als die Männer, so ist damit noch nicht die grössere Krebsbedrohung des weiblichen Geschlechtes ausgesprochen. Auch auf diese Frage werde ich noch zurückzukommen haben.

Vorerst muss ich die Altersvertheilung der Krebstodesfälle erörtern. Dafür

stehen nur die Daten der Jahre 1895-1897 zur Verfügung.

Es starben:

2-3

3-4

4-5 >

5-6

31

33

29

22

32

27

38

25

im	Alter	v on	Män	nlich	Weiblich	beide Ge- schlechter	im Alter von	Männlich	Weiblich	beide Ge- schlechter
	bis	1 M	on.	63	57	120	von 6-10 J.	69	56	125
ron	1—	2	>	36	14	50	• 10—15 •	72	72	144
>	2—	3	>	9	12	21	• 15—20 »	117	100	217
>	3—	6	>	25	38	63	> 20—30 >	354	514	868
>	6—	9	>	17	14	31	• 30—40 »	960	1742	2 702
>	9—	12	>	17	18	35	• 40—50 •	2877	4 533	7410
>	1-	2 J		4 9	46	95	• 50—60 •	6059	7548	13607

60—70 »

unbekannt »

über

70 >

7055

4225

26

7542

4675

37

14597

8900

63

63

60

67

47

Wenn wir die relativ grosse Zahl der in den ersten Lebensmonaten verzeichneten Krebstodesfälle sehen, werden wir wohl zur Ansicht neigen, dass der > Krebs-« der Statistik nicht blos Carcinom, sondern auch Sarkom, sowie andere maligne Geschwülste umfasst. Wird dadurch auch das Bild der reinen Carcinomstatistik etwas getrübt, so können wir doch über diesen Fehler hinwegsehen. Ein guter Theil der Fragen, die uns bei der Carcinomstatistik interessiren, interessiren uns auch für das Sarkom. So z. B. wollen wir nicht blos wissen, ob das Carcinom, sondern auch ob alle malignen Geschwülste im Zunehmen begriffen sind. Als Czerny auf dem 29. Congresse der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie über die Behandlung inoperabler Krebse sprach, meinte er in ähnlichem Sinne, dass er mit der Diagnose »Krebs« alle bösartigen Geschwülste bezeichnet wissen wolle, welche weiter wuchern und durch Infection oder Marasmus schliesslich zum Tode führen. Hält man ferner an dem parasitären Ursprunge der Carcinome und Sarkome fest, was ja gegenwärtig immer mehr und mehr geschieht, so ist es a priori wahrscheinlich, dass die Veranlasser beider Geschwulstarten, wenn nicht Species derselben Gattung, so doch Species nahe verwandter Gattungen sind, so dass die Zusammenfassung der malignen Geschwülste nicht blos vom klinischen, sondern auch vom ätiologischen Standpunkte gerechtfertigt wäre. Doch muss man sich stets vorhalten, dass der in dieser Abhandlung der Bequemlichkeit wegen gebrauchte Ausdruck »Krebs« sich nicht mit der pathologischanatomischen Bezeichnung zu decken brauchen, sondern als Sammelname für alle

Deutlich zeigt die Statistik die ja allgemein bekannte Thatsache, dass der Krebs eine Krankheit des höheren Alters ist. Bis zum 30. Lebensjahre starben an Krebs nicht so viel, als in dem folgenden Altersjahrzehnte. Und dieses Jahrzehnt — 30 bis 40 Jahre — ist das am schwächsten besetzte unter allen über 30 Jahren. Der percentuelle Antheil der höheren Altersclassen ergibt sich auch deutlich aus folgender Zusammenstellung. Es entfielen von allen Krebstodesfällen auf die Altersclassen:

bis 30 Jahre	30-40 Jahre	40-50 Jahre	50-60 Jahre	60-70 Jahre	üher 70 Jahre
Männer . 4·3 Weiber . 3·9	4·3 6·4	13·0 16·7	27·4 27·8	31·9 27·8	$rac{19\cdot 1^{\circ}}{17\cdot 2^{\circ}}$
Beide Ge- schlechter 4·1	5.5	15.0	27.6	29.6	18:10

Die meisten Krebstodesfälle kommen im Alter zwischen 60-70 Jahren vor; an zweiter Stelle kommt das Decennium 50-60 Jahre, an dritter Stelle die Altersclassen über 70 Jahren. Dies gilt sowohl für das männliche, wie für das weibliche Geschlecht und stimmt im Grossen und Ganzen ziemlich mit der Statistik für Preussen während der Jahre 1891-1895 überein. 1) Innerhalb dieser Regel differirt aber das Verhalten beider Geschlechter. Beim männlichen Geschlechte ist der Antheil bis zum 60. Jahre ein kleinerer, über das 60. Jahr ein grösserer als beim weiblichen Geschlechte, d. h. die Krebstodesfälle haben bei den Mannern ein relativ höhere Durchschnittsalter als bei den Weibern. Doch starben absolut in jeder Altersclasse mehr Weiber als Männer an Krebs. Dies gilt auch z. B. für Preussen.²)

Auch diesmal bezeichnen die absoluten Zahlen nichts weiter als die Grösse des Verlustes, welchen in jeder Altersclasse der Krebs bewirkt. Die Häufigkeit des Krebses wird auch hier nur durch Verhältniszahlen gekennzeichnet. Es starben in Oesterreich von je 100.000 Lebenden der betreffenden Altersclasse (Volkszählung vom 31. December 1890)

									`	
	Alter						Männer	•	Weiber	Beide Geschlechter
von	30 - 40	Jahren					21	,	36	29
>	40-50	. »					76		113	95
>	50 - 60	>					215		243	23 0
>	60 - 70	>		•			405		377	3 90
>	über 70	»				,	463		468	466

Die Zunahme der Krebssterblichkeit mit dem Alter ist enorm; sie steigt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in unregelmässiger Progression. In den sechziger Jahren ist sie schon mehr als zehnmal so gross, wie in den dreissiger Jahren. Sie steigt beim männlichen Geschlechte stärker als beim weiblichen. Die Krebssterblichkeit des männlichen Geschlechtes, anfangs bedeutend kleiner als die des weiblichen Geschlechtes. nähert sich daher bald letzterer, um sie in den sechziger Jahren sogar zu übertreffer, in den noch höheren Altersclassen gleich zu kommen.

Bei einem Vergleiche obiger Zahlen mit den analogen für andere Länder will ich mich nur auf die neueren Ergebnisse für Preussen beschränken. Laspe yres fand für 1891-1895 eine Krebssterblichkeit auf je 10.000 Lebende im Alter von:

	30-40	40-50	50-60	60—70	7080 Jahren
Männer		6·85	18·72	33 29	32·15
Weiber		9·40	19·31	28·86	29·15

¹⁾ Vgl. R. Laspeyres: Ein Beitrag zur Krebsstatistik. Centralblatt für allgemeine Gemodheitspflege. 20. Bd., 9. und 10. Heft, S. 352.

2) Vgl. z. B. Laspeyres l. c. S. 349.



³⁾ Laspeyres l. c. S. 350.

Aehnlich fand Maeder, 1) dass auf je 100.000 Lebende entfielen im Alter von

	30-40	Jahren	40-50	Jahren	50 - 60	Jahren	60 - 70	Jahren	70-80	Jahren
Jahr	M.	w.	M.	w.	M.	W.	м.	w.	M.	w.
1892	1.75	299	6.86	9.00	19 07	18.77	31.93	28.55	30.55	28.95
1893	1.49	2.99	6.91	9.93	18.32	19.29	34.21	29.19	33 19	29.04
18 94	1.71	3.18	7.16	9.66	19.62	20.30	35.70	30.62	33.37	32.94
1895	1.70	3.07	7.24	9.97	19.40	20.71	35.19	30.85	34 ·50	32.29
1896	1.70	2.88	7.40	10.34	20.80	20.66	36.56	32.03	36.0 8	32.44

Die Maeder'schen Daten zeigen, dass die Krebssterblichkeit in jeder Altersclasse von Jahr zu Jahr zunimmt, aber nicht um viel. Da die Zahlen der österreichischen Statistik sich auf spätere Jahre (1895—1897) beziehen, so wäre dadurch eine etwas grössere Krebsfrequenz Oesterreichs gegen Preussen gerechtfertigt; aber die Differenz wäre nur geringfügig. Da ferner in Oesterreich unter Krebs nicht blos Carcinom verstanden sein dürfte, so muss die Krebshäufigkeit Oesterreichs auch grösser sein als die Preussens, falls man sich — was ich nicht weiss — in der preussischen Statistik nur auf das Carcinom beschränkt. Ob diese Gründe genügen, um die grössere Krebssterblichkeit Oesterreichs zu erklären, oder ob wir es hier mit territorialen Eigenthümlichkeiten zu thun haben, wage ich nicht zu entscheiden, wenn ich auch das letztere für viel wahrscheinlicher halte. Jedenfalls aber steht die Thatsache fest, dass die relative Krebsfrequenz für jede Altersclasse in Oesterreich höher ist als in Preussen. Dies ist umso bemerkenswerther, als Preussen viel mehr und viel grössere Stadtgemeinden zählt als Oesterreich und in den Städten mehr Krebstodesfälle als in den Landgemeinden verzeichnet werden, wie wir später sehen werden.

Ein zweiter Unterschied besteht darin, dass die Krebssterblichkeit über 70 Jahre hinaus in Preussen eher ab- als zunimmt. Da die Jahre über 80 in Preussen eine noch geringere Sterblichkeit aufweisen als die Altersperiode zwischen 70 und 80 Jahren, in Oesterreich diese Jahre in die Periode über 70 Jahre eingerechnet sind, ist die

Differenz noch grösser, als obige Zahlen wiedergeben.

Dagegen findet sich eine volle Uebereinstimmung hinsichtlich des Verhaltens beider Geschlechter. Bis zum 50. Lebens jahre ist die Krebssterblichkeit heit des weiblichen Geschlechtes, von 50 auf wärts die des männlichen Geschlechtes die grössere. Das scheint ein allgemein giltiges Gesetz zu sein. Während wir bei der Betrachtung der relativen Krebssterblichkeit ohne Rücksicht auf das Alter die Sterblichkeit des weiblichen Geschlechtes schlankweg für grösser erklärten, sehen wir uns jetzt zur Einschränkung dieser Behauptung genöthigt. Daraus folgt aber weiters die auch von Laspeyres?) betonte Lehre, aus der Gesammtsterblichkeit keine Folgerungen zu ziehen, sondern stets die Altersvertheilung zu untersuchen. Dies wird auch nöthig sein, wenn wir über die Frage der Zunahme der Krebssterblichkeit ins Klare kommen wollen. Vergleichungen, welche auf die Gesammtbevölkerung sich gründen, können eine Zunahme vorspiegeln, wenn sich der Altersaufbau der Bevölkerung dahin geändert hat, dass die höheren Altersclassen eine relativ stärkere Vertretung finden. Die diesen Altersclassen eigenthümliche höhere Krebssterblichkeit wird für die Krebssterblichkeit der Gesammtbevölkerung dann um so schwerer ins Gewicht fallen.

¹⁾ C. Maeder: Die stetige Zunahme der Krebserkrankungen in den letzten 10 Jahren. Zeitschrift für Hygiene und Infectionskrankheiten 33. Bd., 2. Heft. In der Methode der Berechnung der relativen Frequenz weicht Maeder von Laspeyres ab, weshalb auch die Zahlen beider etwas differiren.

²) Las peyres. l. c.: Die aus der Gesammtzahl der Lebenden und der Gesammtzahl der Krebstodesfälle berechneten Sterbeziffern können als gleichartig und vergleichbar nicht angesehen werden, weil bei denselben der Einfluss, den die örtlich sehr verschiedene Vertheilung der Lebenden in den einzelnen Altersstufen ausübt, nicht berücksichtigt ist«.

In diesem Sinne ist die Zunahme auch für Preussen noch nicht erwiesen. Die oben zitirte Arbeit Maeder's umfasst blos 5 Jahre, einen Zeitraum, vielleicht gross genug, um aus Durchschnittswerthen die Zufallsfehler zu entfernen, aber ganz unzulänglich, wo es gilt, eine Sterblichkeitszunahme zu erweisen. Innerhalb dieses Zeitraumes finden wir allerdings vom 40. Lebensjahre an eine von Jahr zu Jahr wachsende Krebssterblichkeit (mit einzelnen Ausnahmen). Aber wer kennt nicht periodisch auftretende Sterblichkeitsschwankungen? Finkelnburg, 1) dessen Arbeit Maeder des öfteren zu Vergleichen benützt, lässt ihn hier in Stich, da er für die Krebsterblichkeit Preussens während der Jahre 1881—1890 keine Detaillirung nach Lebensaltern gibt.

Auch die Angaben Kruse's²), welcher eine Detaillirung nach Lebensaltern vornimmt, lassen sich nicht zu weiteren Vergleichen gebrauchen. So steht demnach der exakte Nachweis der Krebszunahme in jedem Lebensalter für Preussen noch aus

Für Oesterreich kann ich ihn ebenfalls nicht liefern. Schuld trägt die in diesem Punkte mangelhafte Statistik. Ich kann höchstens dafür einen, lange nicht vollwerthigen Ersatz liefern, der, was nicht verschwiegen werden darf, uns groben Täuschungen aussetzen kann. Derselbe würde in dem Nachweise bestehen, dass der Altersauf bau der Gesammtbevölkerung bei den Volkszählungen 1869, 1880 und 1890 gleich ist, oder indem ich die Krebstodesfälle nicht zur Gesammtbevölkerung, sondern zu den Lebenden der höheren Altersclassen in Beziehung setze.

Von je 1000 der Gesammtbevölkerung entfielen auf das:

				Männer			Weiber	
	Alter		1869	1880	1890	1869	1880	1890
	0-5	Jahre	134.78	133.94	130.72	128.47	129.42	126.48
über	5—10	•	111.67	111.70	113.01	107:30	107·12	107.50
>	10-15	*	103.87	100.73	104.51	97.02	97.29	101.09
>	15-20	»	93.33	94.38	94.98	93.65	94.04	94.97
*	20 - 30	>	153.05	161.91	162.20	166.83	162.22	162·44
>	30-40	>	137:45	133.13	130.98	140.35	135.00	131.43
*	40-50	>	112.32	109.07	107.62	115 [.] 88	112-18	109 [.] 34
•	50 - 60	•	85.43	79.91	77.33	83.42	86.00	84.87
>	60 - 70	•	48.54	52 ·65	49.65	46·84	53.71	54 ·66
>	über 70	*	19.56	22.58	26 ·0 2	18.24	23 02	27.28

Im Verlaufe der Jahre hat die höchste, krebsgefährdetste Altersclasse bei beiden Geschlechtern eine starke Zunahme erfahren, die in Bezug auf Krebsgefährlichkeit nach ihr kommende Altersclasse nur beim weiblichen Geschlechte. Durch die Verschiebungen im Altersaufbau lässt sich daher eine Zunahme des Krebses wohl erwarten, und zwar in höherem Grade beim weiblichen als beim männlichen Geschlechte. Nun sahen wir aber umgekehrt die stärkere Zunahme nicht beim weiblichen, sondern beim männlichen Geschlechte. Schon dieser Umstand deutet darauf hin, dass die beobachtete Krebszunahme nicht ausschliesslich auf die Verschiebung im Altersaufbau zurückzuführen ist. Es reicht aber auch numerisch die durch letztere erzielte Zunahme nicht aus, um die faktisch beobachtete Zunahme zu erklären. Legen wir die relative Krebsfrequenz der einzelnen Altersclassen für 1895–1897 einer Berechnung zu Grunde welche erforschen soll, wie stark infolge der Altersverschiebungen die Zunahme des

¹) K. Finkelnburg: Untersuchung über die Ausbreitung und Frequenz der Krebserkrankungen im preussischen Staate mit besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz, Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege. 13. Bd.

²⁾ W. Kruse: Die Verminderung der Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten und ihr jetziger Stand. Zeitschrift für Hygiene und Infectionskrankheiten, 25. Bd.

Krebses von 1869—1890 sich gestalten würde, so finden wir — bei Ausseracht-lassung der Altersclassen bis zum 30. Jahre — dass wenn im Jahre 1869 57.486 Krebstodesfälle bei Männern und 53.253 bei Weibern vorgekommen wären, im Jahre 1890 58.575 bei Männern und 69.543 bei Weibern bätten vorkommen müssen. Wir hätten also in Folge der Altersverschiebung bei den Männern eine Zunahme der Krebstodesfälle um 1.9%, bei den Weibern um 19.3% von 1869—1890 zu erwarten. Da dies noch lange nicht an die faktisch beobachtete Zunahme — mehr als 100% für jedes Geschlecht — hinreicht, ist es klar, dass ausser der Altersverschiebung noch andere Factoren im Spiele sein müssen. Würden wir aber die niedrigsten Altersclassen nicht bei der Berechnung vernachlässigt haben, so würde die erwartete gegen die faktische Zunahme noch mehr nachstehen. Ob die gemeinten Factoren in der Zunahme der Krebssterblichkeit in jeder Altersclasse bestehen, sei es ausschlieslich oder zum Theile, das erfahren wir aus dieser Berechnung nicht. Sie sagt uns nur, wie es in der Statistik stets ist, dass etwas da ist, aber nicht, was dieses etwas ist.

Schon dies bringt uns dahin, auch von dem zweiten Theile des Ersatzes nicht allzuviel für den Nachweis der Krebszunahme in jeder Altersclasse zu erwarten. Doch gewinnen wir durch diese Berechnung eher einen Einblick in die Grösse der Zunahme der Krebssterblichkeit.

Auf die Altersclassen bis zum 30. Lebensjahre entfielen von allen lebenden Männern des Jahres 1890 60·542°/0, von allen Weibern 59·248°/0, von allen Krebstodesfällen der Jahre 1895—1897 bei den Männern nur 4·3°/0, bei den Weibern 3·9°/0. Vermöge der grossen Anzahl der zugehörigen Lebenden vermindern diese Altersclassen die relative Krebsfrequenz, zu der sie nur einen minimalen Antheil stellen. Wenn wir daher circa 4·1°/0 von allen Krebstodesfällen abziehen und den Rest in Beziehung zu allen tiber 30 Jahre alten Lebenden setzen, bekommen wir ein viel richtigeres Bild von der relativen Krebsfrequenz und von deren Zunahme, als wenn wir alle Krebstodesfälle in Beziehung zu allen Lebenden setzen. Richtig ist dieses Bild noch lange nicht. Schon deshalb nicht, weil wir die Lebensjahre 30—40 mit in Rechnung ziehen müssen, auf welche 13—14°/0 aller Lebenden, aber nur 5·5°/0 aller Krebstodesfälle entfällt. Das Bild ist fast gleich dem, dass wir nach dem Laspeyres'schen Vorschlage erhalten, welcher die Krebstodesfälle bis zum 30. Lebensjahre nicht in Abzug bringt, sondern einfach unberücksichtigt lässt, indem er aus den Zahlen für die Altersclassen von 30—80 das Mittel zieht. Wer aber einmal die Zahlen für jede Altersclasse hat, braucht keinen Durchschnittswerth, da er ohnehin das richtige Bild hat. Durch diese Berechnungsart kommen wir der Wahrheit bezüglich der Frequenz näher als bezüglich der Zunahme.

Für die Berechnung verwende ich nur die Daten bis zum Jahre 1894, da mit dem Jahre 1895 eine andere Statistik platzgegriffen. Ich theile diesen Zeitraum in 3 Theile und ziehe von den männlichen Krebstodesfällen 4·3°/0, von den weiblichen 3·9°/0, für beide Geschlechter 4·1°/0 ab.

Es kamen vor:

in den Jahren	Kı	rebstodesfäl	le	davon im	Alter über	30 Jahre	Auf je 100.000 Lebende			
	M.	W.	Zus.	M.	w.	Zus.	M.	w.	Zus.	
1873—1880.	26.891	36.677	63.568	25.815	35.210	61.025	81	109	94	
1881-1887.								122	111	
1888-1894.	40.343	51.959	92.302	38.729	49.881	88.610	118	143	132	

Auch nach dieser Berechnung stellt sich die Zunahme der relativen Krebsfrequenz als sehr bedeutend heraus; sie würde noch bedeutender erscheinen und die relative Frequenz selbst noch höher, wenn ich aus der Rechnung auch das Lebens-

decennium 30—40 ausschalten wollte. Es heisst dies, dass bei den vom Krebs hauptsächlich befallenen Altersclassen immer mehr und mehr Krebstodesfälle verzeichnet werden. Der wirklichen Zunahme würde man durch eine andere Berechnung näher kommen: Wenn man nach einem auf Grund statistischer Erfahrungen gewonnenen Schlüssel die Vertheilung der Krebstodesfälle der zu vergleichenden Zeiträume auf die einzelnen Altersclassen vornehmen und daraus die Verhältniszahlen berechnen würde. Die bisherigen statistischen Erfahrungen gentigen jedoch noch nicht zur Aufstellung eines derartigen Schlüssels. Und deshalb liegt ein weiterer Fehler in obiger Berechnungsart, weil ich den für die Jahre 1895—1897 gewonnenen Percentsatz der Krebstodesfälle bis zum 30. Lebensjahre ohne den Nachweis der Berechtigung auch auf andere Zeiträume angewendet habe.

Hiemit verlasse ich vorderhand die Frage der Krebszunahme; bevor ich an die Erörterung ihrer Ursachen gehe, will ich noch andere Verhältnisse der Krebssterb

lichkeit besprechen.

Die territoriale Vertheilung des Krebses, auf die ich später genauer eingehen werde, zeigt grosse Verschiedenheiten. Auf je 100.000 der Ende des Jahres 1896 ortsanwesenden Bevölkerung kamen Krebstodesfälle im Jahre 1897 in:

Niederösterreich	109	Tirol	0
Oberösterreich	116	Vorarlberg	3
		Böhmen 8	
Steiermark	80	Mähren 8	O
Kärnten	66	Schlesien 5	1
Krain	41	Galizien 2	ô
Triest sammt Gebiet	112	Bukowina 3	3
Görz und Gradisca	42	Dalmatien 2	4
Istrien	33	Cisleithanien 6	8

Die Ergebnisse dieses Jahres sind typisch für die Ergebnisse aller Jahre. Ueber dem Durchschnitte ist die Krebssterblichkeit in Niederösterreich, Oberösterreich. Salzburg, Steiermark, Triest, Tirol, Vorarlberg, Böhmen und Mähren, alle anderen Länder haben eine unterdurchschnittliche Krebssterblichkeit. Halten wir gegen diese Zusammenstellung eine andere. Von je 100 Verstorbenen war die Todesursache im Jahre 1897 ärztlich beglaubigt in:

Niederösterreich			bei	99.96	Tirol		. bei	92.87
Oberösterreich			»	98.39	Vorarlberg		. >	96.35
Salzburg			>	99.15	Böhmen		. »	99.11
Steiermark			>	78.24	Mähren		. >	93.61
Kärnten			>>	70.21	Schlesien		. >	69.53
Krain			>	33.27	Galizien		. >	25.48
Triest sammt Gebiet .			>	99.57	Bukowina		. >	32.33
Görz und Gradisca			•	42.74	Dalmatien		. >	27.92
Istrien		•	»	43.88	Cisleithanien	•	. >	67.54

Alle Länder, bei denen weniger als 90% der Todesursachen ärztlich beglaubigt sind, zeigen eine unterdurchschnittliche Krebssterblichkeit mit Ausnahme Steiermarks, das jedoch die niedrigste Krebssterblichkeit unter den Kronländern mit überdurchschnittlicher Krebssterblichkeit hat. Diese Analogie ist änsserst auffallend. Sie legt den Gedanken nahe, wenn auch in ihr kein bindender Beweis zu sehen ist, dass dieses Zusammentreffen kein zufälliges, sondern ein causales ist. Wo mehr Todesursachen ärztlich beglaubigt sind, wird auch die Krebsdiagnose eine grössere Rolle spielen. Besteht wirklich zwischen beiden Thatsachen ein causaler Zusammenhang.

so ist damit durchaus nicht gesagt, dass nicht auch andere Ursachen die örtliche Verschiedenheit in der Häufigkeit des Krebses als Todesursache bedingen. Das Gegentheil geht ja aus den Zusammenstellungen hervor, da nicht überall dem höheren Percentsatze beglaubigter Todesursachen eine grössere Krebssterblichkeit entspricht, so dass die Rangfolge der Kronländer beidemal dieselbe wäre. Ist aber die Vermuthung eines causalen Zusammenhauges zwischen der Beglaubigung der Todesursachen und der Häufigkeit der Krebsdiagnose nicht ohneweiters von der Hand zu weisen, so wird darauf beim Studium der localen Verschiedenheit der Krebshäufigkeit insoferne Rücksicht genommen werden müssen, als Gegenden mit niederem Percentsatze ärztlicher Beglaubigung unverwendbar erscheinen. Wir werden im weiteren Verlaufe dieser Studie das Hauptgewicht auf die Daten folgender Kronländer legen müssen: Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Triest sammt Gebiet, Tirol, Vorarlberg, Böhmen und Mähren. Diesen 8 Kronländern stehen 9 andere gegenüber, deren Daten ich als unzuverlässig bezeichnen muss.

Ich möchte hier die Frage erörtern, ob die ärztliche Beglaubigung überhaupt eine Rolle in der Krebsstatistik spielen kann? Die meisten Autoren geben es zu, ver-

anschlagen die Rolle aber gering. Maeder leugnet sie aber geradewegs.

Er sagt: Aber gerade bei Krebs, einer Krankheit, welche sich meist jahrelang hinzieht, und in späteren Stadien so charakteristische, auch in Laienkreisen wohlbekannte Symptome zu bieten pflegt, welche den Kranken auch gewöhnlich von einem Arzt zum andern führt, bleibt die Diagnose wohl nur in den seltensten Fällen dem Kranken oder den Angehörigen verborgen. Und dann weiter: Gesetzt aber, es wäre in einer bestimmten Anzahl von Krebstodesfällen die Todesursache nicht richtig angegeben worden, so kann man doch annehmen, dass die dabei gemachten Fehler innerhalb eines eng begrenzten Zeitraumes von Jahr zu Jahr fast gleich bleiben. Und er schliesst: Dass die Krebsdiagnose gerade in der fraglichen Zeit, in dem letzten Decennium, und von Jahr zu Jahr steigend in Land und Stadt besser geworden ist, das kann man ernstlich nicht behaupten. Eine bessere Diagnose müsste sich viel eher bei der Tuberculose geltend machen. Und doch sind die gemeldeten Todesfälle an dieser Krankheit durchaus geringer geworden.

Seinen Hauptangriff richtet also Maeder gegen den Einwand der besseren Diagnose, die ärztliche Beglaubigung thut er nur kurz ab. Das ist aber eine Verschiebung der ganzen Sachlage. Denn nur um die ärztliche Beglaubigung, also ob überhaupt der betreffende Fall von einem Arzte gesehen wurde, handelt es sich. Darüber setzt sich Maeder leicht hinweg. Die Krebskranken laufen, so meint er, von einem Arzt zum andern. Das ist richtig, aber nur soweit es die Stadt betrifft, und auch hier nicht immer. Sonst aber entspricht es den Thatsachen nicht. Wir haben in Oesterreich Bezirkshauptmannschaften (entsprechen den deutschen Regierungsbezirken), wo 95% und mehr der Todesursachen ärztlich nicht beglaubigt sind, wo also 95% der Verstorbenen wegen ihrer Todeskrankheit den Arzt nicht aufgesucht haben. Wie stimmt das mit dem Laufen von einem Arzt zum andern? Diese Bezirkshauptmannschaften stehen nicht vereinzelt da. Fast das ganze Kronland Görz und Gradisca, fast das ganze Kronland Galizien, fast ganz Bukowina, fast ganz Dalmatien besteht aus Bezirkshauptmannschaften, in denen mehr als zwei Drittel der Todesursachen nicht ärztlich beglaubigt sind. Man begreift dies auch, wenn man liest, in wie vielen Bezirkshauptmannschaften ein Arzt auf mehr als 5000, 10.000, ja sogar 15.000 Einwohner kommt. Dies ist in Deutschland anders.

Darum steht es mit der Zuverlässigkeit der deutschen Todesursachenstatistik besser als mit der Zuverlässigkeit der Todesursachenstatistik vieler österreichischer Kronländer. Das Todtenbeschaugesetz hat darauf keinen grossen Einfluss. Maeder meint zwar, dass die sächsische Krebsstatistik erheblich genauer als die preussische ist, weil Sachsen ein Todtenbeschaugesetz hat. Die theoretisch durch dieses Gesetz gewährleistete Zuverlässigkeit der Todesursache kennzeichnet § 3 des Gesetzes am

besten: »Ist ein Arzt nicht zugezogen gewesen oder ist die betreffende Angabe des Arztes nicht rechtzeitig zu erlangen, so hat die Leichen frau nach Erkundigung bei den Angehörigen des Verstorbenen oder sonstigen glaubwürdigen Personen die Todesursache auf dem Leichenbestätigungsscheine anzugeben. In den österreichischen Kronländern bestehen Todtenbeschauordnungen, welche mindestens sogut sind, wie das sächsische Gesetz. Die Todtenbeschauer sind Aerzte oder abgerichtete Laien. Und doch ist die Todesursachenstatistik vielfach unzuverlässig, sind doch viele Percente der Todesursachen ärztlich nicht beglaubigt! Die Zuverlässigkeit der Todesursachenstatistik wird anerkanntermaassen nur durch die obligatorische Obduction, nicht durch die obligatorische Todtenbeschau geschaffen. Selbst ein ärztlicher Todten beschauer kann nicht in allen Fällen an der Leiche eine richtige Diagnose stellen. Das ist übrigens auch nicht der Zweck der Todtenbeschau.

Was Maeder bezüglich der leichten Diagnosenstellung bei Krebs sagt, bedart übrigens auch der Correctur. Sicherlich machen sehr viele Krebse sehr auffällige Symptome, und ist die Diagnose leicht. Bei vielen ist aber dies nicht der Fall. Wie oft wurde bei Probelaparatomieen oder sonstigen Bauchoperationen oder bei Obductionen ein nicht diagnosticirtes Carcinom gefunden. Die Schwierigkeit der Krebsdiagnose bestätigen auch viele mit der Krebsfrage sich beschäftigende Autoren. Finkelnburg 1) spricht von der »Schwierigkeit« der Diagnose des Carcinoms, wodurch manches versteckte Carcinom dem Auge des Arztes entgeht. Behla2) erzählt, dass Carcinome - er erwähnt als Beispiel Pankreascarcinome - selbst von gewiegten Aerzten unter anderer Diagnose verzeichnet werden. Reiche 3) ruft aus: > Wie manches Carcinom hat sich unerkannt hinter einer anderen auf dem Todtenscheine figurirenden Diagnose verborgen». Und Ribbert4) sagt: Die statistischen Angaben bauen sich ja doch zweifellos zum Theil auf irrigen Diagnosen auf. Denn ein Carcinom ist in vielen Fällen erst dann sichergestellt, wenn eine anatomische Untersuchung und eine Section vorgenommen wurde«. Häberlin5) spricht von »diagnostischen Schwierigkeiten« und Esmarch 6) zeigt, wie schwierig oft die Differentialdiagnose ist und meint, es lasse sich aus der Literatur mit Sicherheit nachweisen, dass viele, dem von ihm besprochenen ähnliche Irrthümer auch anderen Collegen vorgekommen sind. Diese Auswahl von Urtheilen alter erfahrener Aerzte klingt anders als das Urtheil Mäders.

Dass die Sicherheit der Krebsdiagnose eine Verbesserung erfahren hat, will ich nicht leugnen. Allzustark dürfen aber die neuentdeckten Methoden für die Zunahme der Krebsfrequenz nicht ins Gewicht fallen, wenn man nicht ungerechtfertigterweise die Diagnosticirkunst der Aerzte der Siebzigerjahre viel niedriger als die der heutigen Aerzte veranschlagen wollte. Immerhin mag dadurch der Krebs etwas häufiger als Todesursache verzeichnet werden. Damit stehe ich im Gegensatze zu Maeder. Derselbe meint, dass die Verbesserung der Diagnose in erster Linie bei der Tuberculose geltend machen würde. Wenn ich das recht verstehe, sollte durch die Diagnosenverbesserung die Todeszahl an Tuberculose eine Steigerung erfahren. Ich bestreite das! Die Verbesserung, welche die Diagnose Tuberculose erfahren hat, trifft nur den Beginn der Erkrankung; das vorgeschrittene Stadium hat der Arzt auch ohne Bacillenuntersuchung so sicher wie heutzutage mit derselben diagnosticirt. Ja eher noch häufiger. Diesbezüglich habe ich dieselbe Anschauung, wie über den Einfluss der

¹⁾ Finkelnburg, l. c. S. 252.

²) R. Behla: Ueber neue Forschungswege der Krebsätiologie. Centralblatt für Bakteriolgie etc. I. Abtheilung, 27. Bd.

 ³) F. Reiche: Beiträge zur Statistik des Carcinoms. Deutsche medicinische Wochenschrift 1900.
 ⁴) H. Ribbert: Ueber die parasitäre Natur des Carcinoms, Münchner medicinische Wochenschrift 1901.

⁵⁾ H. Haberlin: Ueber die Verbreitung und Aetiologie des Magenkrebses. Deutsches Archiv für klinische Medicin. 44. Bd.

⁵⁾ F. v. Esmarch: Ueber die Aetiologie und die Diagnose der bösartigen Geschwülste. Archiv für klinische Chirurgie. 39. Bd.

ärztlichen Beglaubigung auf die Tuberculose als statistische Todesursache. Ich sagte an einem anderem Orte: 1) Es ist wahrscheinlich, dass durch den Mangel ärztlicher Beglaubigung eher mehr denn weniger Tuberculose verzeichnet wird; Schwindsucht, Abzehrung ist ja eine vom Volke mit Vorliebe gestellte Diagnose. «2)

Da, wie gesagt, der Gedanke nicht von der Hand zu weisen ist, dass der Mangel ärztlicher Beglaubigung eine Verkürzung der Krebsstatistik bedingt, so will ich die Altersvertheilung nur für jene 8 Kronländer berechnen, in welchen mehr als 90% der Todesursachen ärztlich beglaubigt sind. In diesen starben an Krebs 1895—1897;

auf je 100.000 Lebende jeder Alters-

					classe	
Alter	Männer	Weiber B	eide Geschlechter	Männer	Weiber	Beide Ge- schlechter
0-30 Jahre	530	5 90	1120	5	5	5
30-40 •	631	1165	1796	25	44	35
4 0—50 •	2094	3295	5389	104	150	128
50 —60	4521	5726 `	10247	308	335	322
60 —70 •	5359	5914	11273	559	515	533
über 70 🕠	3339	3801	7140	686	691	689

Die relative Krebsfrequenz geht denselben Gang wie für Oesterreich; aber ihre Grösse ist für jede Altersclasse verschieden. Jede Altersclasse zeigt in diesen 8 Kronländern eine relative Krebsfrequenz, die durchschnittlich um ¹/₃ grösser ist als die entsprechende Oesterreichs. Wenn daran die ärztliche Beglaubigung Schuld ist, so werden wir deren Einfluss keineswegs so gering, wie es andere Autoren thun, veranschlagen dürfen.

Ueber den Einfluss des Familienstandes auf die Häufigkeit des Krebses erfahren wir folgende Daten. Es starben an Krebs in Oesterreich:

auf je 100.000 Lebende Beide Ge-Familienstand Weiber Beide Geschlechter Männer Weiber Männer schlechter ledig 3178 18 4599 7777 14 21 111 verheiratet 15402 13372 28774 128 119 12485 verwitwet 3449 9036 341 301 311 getrennt oder geschieden 62112 192 190 191 unbekannt. . 61 130

und in den 8 ausgewählten Kronländern:

	Ü			auf	je 100.000 I	ebende
Familienstand	Männer	Weiber	Beide Geschlechter	Männer	Weiber	Beide Ge- schlechter
ledig		3071	5054	17	27	22 166
verheiratet verwitwet		10186 7165	$\begin{array}{c} 21878 \\ 9867 \end{array}$	$\begin{array}{c} 178 \\ 442 \end{array}$	155 399	166 4 10
getrennt oder geschieden	. 38	57	95	177	214	198

¹⁾ S. Rosenfeld: Zur Verbreitung der Tuberculose in Oesterreich. Zeitschrift für Tuberculose und Heilstättenwesen. 2. Bd.

²) Damit stimmt auch überein und bildet gleichzeitig eine Bestätigung, dass in Baiern die Neubildungen jene Todesursache ist, bei der sich die höchsten Verhältniszahlen der ärztlich Behandelten unter den Gestorbenen finden. Vgl. z. B. Generalbericht über die Sanitätsverwaltung im Königreiche Baiern. 24. Bd., München 1894., S. 17.

Wenn wir von den Getrennten und Geschiedenen absehen, wo die Zahl der Krebstodesfälle viel zu gering ist, um ein zuverlässiges statistisches Resultat zu ergeben, so finden wir dieselben Verhältnisse bei den 8 ausgewählten Kronländern, wie bei ganz Oesterreich, natürlich wieder mit dem Unterschiede, dass in ersteren die Relativzahlen grösser, ja zuweilen sogar sehr bedeutend grösser sind.

Die geringste Krebssterblichkeit findet sich bei den Ledigen; es ist dies begreiflich, weil die jüngsten Altersclassen mit ihrer niedrigen Krebssterblichkeit das Hauptcontingent zu den ledigen stellen. Ebenso ist es begreiflich, dass die höchste Sterblichkeit sich bei den Verwitweten findet, da diese sich aus den höchsten Altersclassen zusammensetzen. Dagegen liegt der Grund, warum die Geschiedenen und Getrennten eine höhere Krebssterblichkeit aufweisen als die Verheirateten, nicht klar zu Tage. Vielleicht handelt es sich hier um einen Zufallsfehler, worauf die Krebssterblichkeit bei den verheirateten und geschiedenen Männern der acht ausgewählten Kronländern hinweisen würde. Vielleicht ist der Grund auch in Altersverschiedenheiten zu suchen; ob aber diese hier, sowie bei den Ledigen und Verwitweten, für die Erklärung der Differenzen allein genügen, lässt sich solange nicht entscheiden, als nicht eine nach Familienstand aufgetheilte Altersvertheilung der Krebssterblichkeit vorliegt.

Interessant ist die Thatsache, dass die Krebssterblichkeit der Männer blos beim ledigen Stande kleiner, bei jedem anderen grösser ist als die Krebssterblichkeit bei Frauen. Ihre statistische Richtigkeit vorausgesetzt, dürfte sie mindestens zum Theile in Altersverschiedenheiten ihre Erklärung finden. Unter den ledigen Männern sind die jüngsten Altersclassen mit niedriger Krebssterblichkeit stärker vertreten als bei den ledigen Frauen; dagegen finden bei den verheirateten und verwitweten Männern die höheren Altersclassen eine stärkere Vertretung als bei den Frauen gleichen Familienstandes. Es scheint demnach, dass die Differenzen der Krebssterblichkeit nach dem Familienstande nur oder wenigstens zum grossen Theile sich durch Altersverschiedenheiten erklären lassen. Sicher weiss man dies allerdings nicht eher, als bis man die oben geforderte Auftheilung der Krebssterblichkeit nach Alter und Familienstand vor sich hat. Dann kann man auch erst darüber entscheiden, ob in der Ehe ein die Entstehung fördernder oder hemmender Factor zu sehen ist. Würde sie sich als fördernder Factor entpuppen, dann fände darin jene Anschauung eine Stütze, welche im Krebse eine durch Berührung übertragbare Krankheit sieht.

Nach der Grösse des Wohnortes vertheilen sich die Krebstodesfälle folgendermassen:

11144	35011.				Oeste	erreic	h:	auf je	100.000 1	ebende
]	Einwohnei	rzabl	l	Männer	Weiber	Beide	Geschlechter	Männer	Weiber	Beide Ge- schlechter
		bis	500	5773	6406		12179	53	56	54
von	501	>	2000	6162	7327		13489	49	55	52
•	2001	>	5000	2769	3337		6106	63	72	68
»	5001	>	10000	1324	1682		3006	92	113	103
> ,	10001	•	20000	1132	1466		2598	83	108	96
	übe	r	20000	4986	6909		11895	118	158	138

	F.			8	ausgewählt	te Kr	onländer:	auf j	e 100,000	Lebende
	Einwohne	rzahl		Männer	Weiber	Beide	Geschlechter	Männer	Weiber	Beide Geschlechter
		bis	5 00	4540	5094		9634	75	80	77
von	501	>	2 00 0	4432	5389	•	9821	79	89	86
>	2001	>	5 00 0	1877	2359		4236	.96	111	104
>	5001	>	10000	905	1193		2098	108	13 8	121
>	10001	ъ,	20000	873	1114		1978	100	125	113
	übe	r	20000	3858	5394		9252	118	155	137

Auch hier finden wir in den 8 ausgewählten Kronländern eine weit höhere Krebssterblichkeit als in allen Kronländern zusammengenommen. Ausgenommen ist nur die Krebssterblichkeit in Ortschaften mit über 20.000 Einwohnern. Diese Ausnahme ist begreiflich. Ist nämlich die Differenz mindestens zum Theile durch den Mangel ärztlicher Beglaubigung begründet, so fällt dieser Factor in den Mittel- und Grossstädten hinweg. Gerade das Verhalten der Ortschaften mit über 20.000 Einwohnern bildet einen Beweis dafür, dass die ärztliche Beglaubigung einen Einfluss auf die Statistik der Krebstodesfälle hat. Und es ist sicherlich — ich will gerade nicht sagen, ein Fehler — aber doch ein Mangel in den einschlägigen Arbeiten für Preussen, Sachsen etc., dass auf diesen Factor keine Rücksicht bei der Ausnutzung der officiellen statistischen Daten genommen wurde.

Wie gross die durch den Mangel ärztlicher Beglaubigung mitbeeinflussten Differenzen sein können, sieht man nicht so gut aus dem Vergleiche obiger beider Gruppen, als wenn man die Krebssterblichkeit in den anderen 9 Kronländern daneben stellt. Hier seien einige dieser Daten angeführt. Es starben an Krebs auf je

100.000 Lebende dieser 9 Kronländer in Ortschaften mit:

	Einwoh	ner	Männer	Weiber
	b	is 500	25	30
von	501	2000	25	27
>	5001	10000	69	79
>	10001	20000	54	75

In diesen Kronländern ist die Krebssterblichkeit in Ortschaften mit bis 2000 Einwohner nur ½, in Ortschaften von 5000 bis 20.000 Einwohnern etwas mehr als die Hälfte der Krebssterblichkeit in den anderen 8 Kronländern. Die grosse Differenz auch in den Ortschaften mit von 5000 bis 20.000 Einwohnern, widerspricht sie nicht der Annahme, dass die ärztliche Beglaubigung eine grosse Rolle spielt? Hier handelt es sich doch schon um Städte; und zugegeben, dass in Landgemeinden es an ärztlicher Behandlung mangelt, in Städten wird dies doch nicht der Fall sein? Und doch, es ist der Fall. Für die Krebssterblichkeit der 9 Kronländer sind die Verhältnisse in Galizien und Bukowina ausschlaggebend. Wer weiss, wie elend es selbst in grossen Gemeinden von Galizien, der Bukowina, von Dalmatien um ärztliche Hilfe bestellt ist, wird obigen Einwand als nicht zu Recht bestehend anerkennen müssen.

Im Ganzen und Grossen nimmt die Krebssterblichkeit mit der Grösse des Wohnortes bei jedem Geschlechte zu. Doch muss man statt 6 nur 4 Kategorien unterscheiden: Landgemeinden mit bis 2000 Einwohner, Kleinstädte 2000—5000 Einwohnern, kleinere Mittelstädte mit 5000—20000 Einwohner und grössere Mittel- und Grossstädte mit über 20.000 Einwohner. 1) Die Krebssterblichkeit der letzten Kategorie ist in den 8 ausgewählten Kronländern fast doppelt so gross als die Krebssterblichkeit der ersten Kategorie. Die Zunahme trifft das weibliche Geschlecht stärker als das männliche. In den Landgemeinden und Kleinstädten weisen beide Geschlechter annähernd die gleiche Krebssterblich keit auf.

Die Differenzen in der Krebssterblichkeit je nach der Grösse des Wohnortes sind in Wirklichkeit grösser, als aus den mitgetheilten Zahlen zu erkennen ist, und dies darum, weil in den kleineren Orten die höheren vom Krebse stärker bedrohten Altersclassen relativ stärker als in den grösseren Orten vertreten sind. Es standen von je 1000 Ortsanwesenden im Alter von

¹) Diese theoretische Eintheilung stimmt nicht mit der Wirklichkeit. Es gibt Kleinstädte mit unter 2000 Einwohner und anderseits Landgemeinden mit über 2000 Einwohner. Dem praktischen Bedürfnisse aber entspricht sie.



						Männer		Weiber			
					ol bis Jahre	61 bis 70 Jahre	über 70 Jahre	51 bis 60 Jahre	61 bis 70 Jahre	über 70 Jahre	
Orto	е	bis	500	Einwohner	84	53	26	85	54	24	
*	mit	501 —	2000		78	46	20	80	48	20	
>	>	2001	5000	>	74	43	19	79	47	20	
>	>	5001—	10000	>	69	41	19	78	50	24	
>	> .	10001	20000	>	65	40.	17	78	49	2 3	
>	>	über :	20000	>	67	38	16	80	49	23	

Das Verhalten beider Geschlechter, sowie die Zunahme mit der Grösse des Wohnortes sind, wie es scheint, allgemein giltige Gesetze. In Preussen und Sachsen besteht es ebenfalls.1) Darüber sind die Autoren einig. Die Meinungen gehen erst dann auseinanger, wenn es sich um die Erklärung der beiden Thatsachen handelt. So sagt Finkelnburg: » Wenngleich die Vermuthung berechtigt ist, dass schon vermöge der genauen ärztlichen Beobachtung unter städtischen Verbältnissen die Registrirung vollzähliger ausfallen wird, so dürfte doch .. der Unterschied ... für das Bestehen eines wirklichen Gegensatzes von Stadt und Land bezüglich der Krebssterblichkeit sprechen «.2) Und an anderer Stelle: Der Umstand, dass die Steigerung der Carcinomsterblichkeit von Land zu Stadt für beide Geschlechter, und zwar vorwiegend für das weibliche, stattfindet, scheint zu beweisen, dass die Ursache der grösseren Stadtsterblichkeit weniger bestimmten Berufs- und Beschäftigungsfactoren als vielmehr den allgemeinen, die Frau mitbetreffenden schädigenden Einflüssen des städtischen Lebens zugeschrieben ist «.3) Als solche Factoren werden Nervosität und irritirende Getränke erwähnt. Bei dieser Erkrankung übersieht Finkelnburg ganz, dass die Zunahme gerade das weibliche Geschlecht stärker als das männliche trifft, es durchaus aber nicht bewiesen ist, dass das weibliche Geschlecht von den estädtischen Einflüssen« mehr bedroht oder ihnen gegenüber weniger widerstandsfähig ist. Was weiter die irritirenden Getränke anlangt, so ist die Trunksucht auf dem Lande ebenso zu Hause, wie in der Stadt; die Statistik hat bisher in Gegenden mit grösserem Schnapsverbrauch keine höhere Krebssterblichkeit nachgewiesen, und wurde bei Alkoholikern bisher kein häufigeres Vorkommen des Krebses angegeben. Die Angaben von Firks4) möchte ich wenigstens nicht als entscheidend betrachten. Er gibt an, dass sich die Krebssterblichkeit im Gastwirthe- und Schankgewerbe für 1883-1884 so darstellt.

Alter	G	Gastwirthe etc.							
	Krebstodte	auf je 1000 Todesfälle	auf je 1000 Todesfälle						
15-20 Jahre	2	3.9	2.6						
21-25	5	6.0	3 ·3						
26—30 »	10	7.0	5·7						
31—40 »	71	13.8	13 [.] 5						
41 − 50 →	239	36.8	37 :1						
51 — 60 •	402	63·1	59.7						
61-70	359	70.8	52·5						
71-80	108	42.6	24 ·3						
über 80 🔹	6	9.8	6.6						

¹⁾ Vgl. z. B. Finkelnburg l. c., Kruse l. c., Maeder l. c., Laspeyres l. c.

²⁾ Finkelnburg l. c. S. 259.

²) Finkelnburg l. c. S. 266.

⁴⁾ A. v. Firks: Die Sterblichkeitsverhältnisse der preussischen Bevölkerung. Zeitschrift des kgl. preussischen statistischen Bureaus. 37. Bd.

Die Gründe für meine Ansicht sind, dass erstens die Zahl der Krebstodesfälle im Gastwirthegewerbe für ein definitives Urtheil zu klein ist und zweitens, dass die Art der relativen Berechnung kein richtiges Bild liefert. Es müsste die relative Krebsfrequenz in Beziehung zur Lebendenzahl ausgerechnet werden oder angegeben sein, dass die Gastwirthe etc. eine hohe Sterblichkeit aufweisen. Das eine oder andere zu thun, vermag ich Mangels des Materiales nicht.

Kruse¹) meint: >Ausserordentlich gross erscheint hier die Steigerung, welche die Todesfälle an Krebs mit zunehmender Grösse des Wohnsitzes erfahren. Dass daran ausschliesslich die Diagnose oder das Zuströmen von Krebskranken in die Krankenhäuser Schuld sein sollte, ist wohl kaum anzunehmen«. Maeder²) sagt: >Wenn hier (für Sachsen) die Differenz zwischen Stadt- und Landbewohner nicht so gross ist als in Preussen, so kann dies daran liegen, dass die Registrirung der Todesursachen in Sachsen in Wirklichkeit eine bessere ist.« Maeder ist hier inconsequent. Er anerkennt hier das Bestehen eines Factors, dessen analogen Einfluss er für die Zunahme des Krebses in Abrede stellt. La's peyres³) schuldigt das gedrängte Beisammenwohnen in der Stadt an. Das Verhalten der Krebssterblichkeit des weiblichen Geschlechtes in Stadt und Land findet er auffallend. Er stellt sich in unbewussten Gegensatz zu Finkelnburg, wenn er meint: >Die Thätigkeit des weiblichen Geschlechtes ist doch im Grossen und Ganzen dieselbe in Stadt und Land, wird jedenfalls keine grossen Unterschiede, entsprechend der Grösse der Städte, zeigen.« Ich glaube, es wird wenig Leute geben, welche den ersten Theil dieses Satzes unterschreiben werden.

Von den vorgebrachten Erklärungen habe ich die ärztliche Beglaubigung schon des öfteren erwähnt. Es ist kein Zweifel, dass sie Einfluss auf die Krebssterblichkeit haben kann und hat. Ihren Einfluss wird sie zweifelsohne in der höheren Krebsziffer der Städte documentiren. Ebenso wird auch ein zweiter, von Kruse erwähnter Factor wirken, das Strömen der Krebskranken in die städtischen Krankenhäuser. Derselbe fällt doppelt ins Gewicht, belastend für die Stadt, entlastend für das Land. Diesen Factor schlägt Kruse gering an; ich werde später zeigen, wie gross er für Wien ist, und will hier nur vorwegnehmen, dass! er ganz beträchtlich in die Wagschale fällt. Wenn wir also durch obige zwei Factoren sicherlich einen Theil der Steigerung der Krebssterblichkeit in der Stadt als nur scheinbar hinstellen können, haben wir damit noch gar keine Erklärung für das verschiedene Verhalten beider Geschlechter gegeben

Das Verhalten des Krebses ist nach der Grösse des Wohnortes gleich dem der Tuberculose, nur mit dem Unterschiede, dass die Geschlechter vertauscht erscheinen. Es starben von je 100 000 Lebenden an Tuberculose in Ortschaften:

			Männer	\mathbf{Weiber}	Beide Geschlechter
	— 500	Einwohner	274	262	271
von	501— 2 000	>	383	371	3 79
>	2001— 5000	>	483	445	464
>	5001—10000	>	604	525	564
>	10001-20000	>	502	416	459
	über 20000	>	604	469	535

Zur Erklärung dieser Tabelle brachte ich unter anderem vor, dass in Landgemeinden die Beschäftigung des männlichen und des weiblichen Geschlechtes, wenn nicht gleich, so doch ähnlich ist. 4) Dasselbe kann man wohl auch für den Krebs

¹⁾ Kruse l. c. S. 144.

²⁾ Mäder l. c.

³⁾ Laspeyres l. c. S. 361.

⁴⁾ S. Rosenfeld: Zur Verbreitung der Tuberculose in Oesterreich. S. 117.

geltend machen. Sind äussere Einflüsse beim Entstehen des Krebses massgebend, so werden ihnen Männer und Weiber in gleicher Weise auf dem Lande ausgesetzt sein. Es ist aber möglich, dass durch den Mangel der ärztlichen Beglaubigung das weibliche Geschlecht in den Landgemeinden stärker als das männliche betroffen ist. Der Bauer ruft eher zehnmal den Thierarzt als einmal den Menschenarzt, und wenn er schon den Menschenarzt ruft, so zehnmal eher für sich als einmal für sein Weib. So wird dann Krebs bei den Weibern der Landgemeinden relativ seltener als bei den Männern diagnosticirt werden. Ist letzteres richtig, dann spiegelt die Krebssterblichkeit in den Städten das wahre Verhältnis beider Geschlechter eher wieder. Ist ersteres richtig, dann heisst es erforschen, warum in den Städten die Frauen häufiger als die Männer von Krebs befallen werden. Da müsste man daran denken, dass gegenüber dem schädigenden Einflusse des Stadtlebens es gewisse Berufsarten gibt, welche das Entstehen des Krebses hindern, etwa wie Kalkbrennerei das Entstehen der Lungentuberculose hindern soll. Dies führt uns zur Besprechung der beruflichen Krebsstatistik.

Bei der Darstellung der Krebssterblichkeit nach Beruf und Stellung im Berufe muss ich dieselben Bemerkungen machen, die ich bei einer anderen Gelegenheit gemacht habe. 1) Das weibliche Geschlecht ist höchstens bezüglich der Landwirthschaft für die Darstellung der beruftichen Krebssterblichkeit zu verwerthen. Die Zugehörigkeit einer Frau zur Landwirthschaft lässt sich ziemlich leicht feststellen, nicht so die Zugehörigkeit zu irgend einem anderen Berufe. Wo die Berufszugehörigkeit nicht leicht festgestellt werden kann, wird flugs die Angabe sohne Beruf« oder sunbekannten Berufes« gemacht. Aus diesem Grunde erklärt es sich, dass in der Rubrik »ohne Beruf» von 22.146 krebsverstorbenen Männern nur 958, von 27.130 krebsverstorbenen Frauen jedoch 9.947, also mehr als 36% figuriren; bei der Volkszählung des Jahres 1890 entfielen auf diese Rubrik von 11,529.721 Männern 37.298, von 12,107.838 Weibern 82.088=0.6%. Wollte man ferner die Spezification nach Berufen zu weit treiben (die österreichische Berufsstatistik zählt 40 Rubriken), wurden die Zahlen der Krebssterblichkeit zu klein ausfallen, so dass den Zufallsfehlern Thür und Thor geöffnet wären. Ich verzichte daher auf die Wiedergabe einer ausführlichen beruflichen Krebsstatistik und beschränke mich auf die Anführung von vier Hauptbeschäftigungsgruppen: Landwirthschaft, Industrie, Handel und Verkehr, liberale Berufe, deren jede ich nach der Stellung im Berufe in zwei Theile spalte. Selbstandige und Beamte einerseits, Hilfsarbeiter und Taglöhner anderseits. Der weiteren Besprechung werden aus obgenanntem Grunde nur die Daten für das männliche Geschlecht zu Grunde gelegt.

Es starben an Krebs in Oesterreich:

Beruf	Stellung	Männer	Weiber	auf je 100.00 Männer	O Lebende Weiber
Landwirthschaft	Selbständige Hilfsarbeiter	$\begin{array}{c} 4486 \\ 3681 \end{array}$	$\begin{array}{c} 3727 \\ 5053 \end{array}$	41 43	
	Summe	8167	8780	42	43
Industrie	Selbständige Hilfsarbeiter	$2499 \\ 4684$	$\begin{array}{c} 645 \\ 2455 \end{array}$	87 7 0	
	Summe	7183	3100	75	46
Handel und Verkehr	Selbständige Hilfsarbeiter	953 920	36 4 518	64 64	
	Summe	1873	982	64	33
» >	Selbständigen Hilfsarbeiter iberale Berufe	7938 9285 1126	4736 8026 302	53 55 101	

¹⁾ S. Rosenfeld: Zur Verbreitung der Tuberculose in Oesterreich.

Die höchste Krebssterblichkeit weisen die liberalen Berufe auf, erstens weil bei ihnen wohl jeder Todesfall ärztlich beglaubigt ist und zweitens weil ein höheres Durchschnittsalter erreicht wird. Die nächst höhere Sterblichkeit weist die Gruppe Industrie auf, dann kommen die Angehörigen des Handels und Verkehres und zum Schlusse erst die Landwirthschaftler. Für das letztere ist wohl wieder zum Theile die mangelnde ärztliche Beglaubigung verantwortlich.

Eine Gegenüberstellung von Oesterreich und den 8 ausgewählten Kronländern halte ich diesmal nur in Bezug auf die Landwirthschaft wünschenswerth. Die Industrie umfasst die heterogensten Beschäftigungen, von deren jeder wir den Einfluss auf die Krebshäufigkeit nicht kennen. Die Mischung der Beschäftigungsarten ist nicht in allen Kronländern die gleiche. Unterschiede, die der verschiedenen Beschäftigung vielleicht zur Last fallen, würden wir unberechtigterweise auf Rechnung mangelnder ärztlicher Beglaubigung setzen und uns dadurch den weiteren Forschungsweg versperren. Dagegen haben die zur Landwirthschaft Zugehörigen in allen Ländern eine homogene Beschäftigung. Hiebei kommt aber ein anderer Umstand in Betracht: Die localen, etwa auf die Rassenverschiedenheiten etc. bedingten Differenzen. Auf diese werde ich noch zurückkommen. Ich gebe also hier den Vergleich für die Landwirthschaft. Auf 100.000 lebende Männer in der Landwirthschaft kamen in den 8 ausgewählten Kronländern 78, in den anderen 9 nur 21 krebsverstorbene Männer, also nicht einmal ein Drittel. Es ist dasselbe schon mehrfach beobachtete Verhältnis. Man darf aber nicht alles auf Rechnung der mangelnden ärztlichen Beglaubigung setzen. Die Kronländer mit einem niedrigen Percentsatze ärztlich beglaubigten Todesursachen umfassen jene Kronländer, welche die höchste Sterblichkeit, insbesondere der jüngeren Altersclassen, aufweisen, und in welchen die höheren Altersclassen am schlechtesten

Zwischen Berufsselbständigen und Berufshilfsarbeitern finden wir im Allgemeinen keine Unterschiede der Krebssterblichkeit. Die Krebssterblichkeit beider ist beim Handel und Verkehr gleich, bei der Landwirthschaft ist die Krebssterblichkeit der Hilfsarbeiter um ein geringes grösser, bei der Industrie um ein Beträchtliches kleiner als die der Selbständigen. Es ist das umgekehrte Verhältnis, wie bei der Tuberculose. Betrachtet man die Selbständigen als die besser genährten, die Hilfsarbeiter als die schlechter genährten Menschen, so lässt sich kein günstiger Einfluss besserer Ernährung auf die Krebssterblichkeit nachweisen, sondern eher — Industrie! — ein ungünstiger. Doch steht die Sache wohl so, dass in der Ernährung der Bauern und ihrer Hilfsarbeiter — das Hauptcontingent für die Landwirthschaft — sich kein erheblicher Unterschied zeigen wird.

Die höhere Krebssterblichkeit der liberalen Berufe, sowie der Selbständigen in der Industrie gegenüber deren Hilfsarbeitern scheint einem Theile der Roger Williams'schen Theorie eine Stütze zu geben. Williams') schreibt unter anderem die höhere Krebssterblichkeit einem übermässigem Fleischgenusse zu. Auch de Haan²) schuldigt das Fleischessen an. Nun unterliegt es keinem Zweifel, dass die Angehörigen der liberalen Berufe einen grösseren Fleischconsum aufweisen als die Landwirthschaftszugehörigen, die Industriearbeiter einen grösseren als die Landarbeiter, die Selbständigen in der Industrie einen grösseren als die Hilfsarbeiter. Ich habe aber schon auf die stärkere Vertretung der höheren Altersclassen bei den liberalen Berufen zur Erklärung der höheren Krebssterblichkeit hingewiesen. Die Krebssterblichkeit der Industriezugehörigen und der Landwirthschaftszugehörigen unterliegen dem Einflusse der ärztlichen Beglaubigung in demselben Maasse, wie wir dies bei den Bewohnern verschieden grosser Ortschaften gesehen haben. Es ist ferner das durchschnittlich niedrigere Lebensalter der Industriearbeiter einerseits gegenüber den

¹⁾ Remarks on the mortality from cancer. Lancet 1898.

²) J. de Haan: De Toeneming der Sterfte aan Kanker, Weckblad van het Nederlandsch Tijdschrift vor Geneeskunde 1899.

Landarbeitern, anderseits gegenüber den Selbständigen in der Industrie bekannt. Dies bedingt eine Erniedrigung ihrer Krebssterblichkeit. Aus diesem Grunde ist ihre relative Krebssterblichkeit gegenüber der der Landarbeiter auch nicht so gross, wie sie vermöge des Aufenthaltes in Städten zu erwarten wäre. Ferner sind die Familien der Arbeiter kinderreicher als die Familien der Selbständigen. Bei der Berechnung von Verhältniszahlen fällt der Kinderreichthum vermöge der geringen Krebssterblichkeit der Kinder als erniedrigender Factor der Krebssterblichkeit in die Wagschale. Die genannten Verhältnisse lassen sich daher auch auf andere Art als durch den stärkeren Fleischgenuss erklären. Dessen Wirkung ganz zu negiren, sind sie natürlich nicht im Stande. Die Statistik kann nur die Anwesenheit, nicht die Abwesenheit eines Factors nachweisen.

Wir haben bisher sehr oft von dem Einflusse der ärztlichen Beglaubigung auf die Krebssterblichkeit gesprochen. Es fragt sich, ob wir denn gar keine Statistik haben, bei der wir durch den wechselnden Grad der ärztlichen Beglaubigung nicht behindert werden.

Eine solche Statistik ist die Todesursachenstatistik der Armee. Bei derselben fehlt die ärztliche Beglaubigung wohl nie. Wir finden nun, dass in der österreichischen Armee vom Jahre 1873 bis zum Jahre 1882 109 Todesfälle an Neubildungen vorgekommen sind.\(^1)\) Es gibt dies eine relative Sterblichkeit von $4\cdot1^0/_0$ auf je 100.000 des Präsenzstandes. Vom Jahre 1883 bis zum Jahre 1893 kamen in der Armee 104 Todesfälle an Neubildungen vor.\(^3\)) Es gibt dies $3\cdot4$ Todesfälle auf 100.000 des Präsenzstandes. Im Heere hat also keine Zunahme der Krebssterblichkeit stattgefunden. Dies spricht nicht sehr dafür, dass die Zunahme des Krebses in der Todesursachenstatistik auch thatsächlich auf eine Zunahme des Krebses zurückzuführen ist.

Eine zweite Statistik ist die Todesursachenstatistik einer Stadt. Als solche steht mir die Statistik Wiens zur Verfügung. In der Stadt wird die ärztliche Beglaubigung der Todesursachen wohl den höchsten Percentsatz erreichen. Aber damit ist nicht sichergestellt, dass der Percentsatz stets ein gleich hoher war, und dass nicht gewisse Bevölkerungsschichten einen niederen im wechselnden Grade aufweisen. Als ganz einwandfrei dürfen wir daher die Todesursachenstatistik Wiens nicht betrachten.

II.

Die Krebsstatistik Wiens ist älter und reichhaltiger als die Oesterreichs; sie beginnt schon mit dem Jahre 1867, und finden sich die Daten theils in den statistischen Jahrbüchern der Stadt Wien, theils in den Berichten des Wiener Stadtphysikates.

Es starben in Wien an Krebs:

! T.L	Million and	337 - 21,	Beide Geschlech.	ecxlusive Ortsfremde etc.				
im Jahre	Männer	w eiber	Beide Geschiech.	Männer	Weiber	Beide Geschleck.		
1867	179	364	543			_		
1868	193	379	572					
1869	182	391	573			-		
1870	176	391	567			_		
1871	214	418	632			_		
1872	202	467	669			_		
1873	198	401	599			_		

P. Myrdacz: Ergebnisse des k. k. Heeres in den Jahren 1870—1882. Wien, 1887.
 P. Myrdacz: Statistischer Sanitätsbericht über das k. u. k. Heer für die Jahre 1883 bis 1893. Wien, 1899.

im Jahre	Männer	Weiber	Beide Geschlech.	eczlusive Ortsfremde etc.					
THE DAILE	manner	14 61061	Delue Geschiech.	Männer	Weiber	Beide Geschlech			
1874	227	419	646						
1875	228	470	698						
1876	233	463	696		•	•			
1877	238	462	700	183	389	572			
1878	233	485	718	169	412	581			
1879	245	524	769	181	439	620			
1880	251	476	727	201	389	590			
1881	287	517	804	205	422	627			
1882	273	526	7 99	212	434	646			
1883	324	547	871			727			
1884	342	568	910	_		718			
1885	372	544	916			727			
1886	353	565	918			766			
1887	. 342	569	911		·	714			
1888	358	584	942			749			
1889	422	638	1060			835			
1890	408	601	1009	·		773			
1891¹)	628	1021	1649	542	912	1454			
1892	650	1102	1752	562	971	1533			
1893	728	1086	1814	620	964	1584			
1894	726	1053	1779	619	956	1475			
1895	. 756	1121	1877	655	1018	1673			
1896	776	1139	1915	682	1037	1719			
1897	800	1183	1983	688	1086	1774			
1898	865	1174	2039	741	1094	1835			

Auch hier zeigt sich, dass der Antheil der Männer an den Krebstodesfällen stets steigt. Während im Jahre 1867 noch doppelt so viel Frauen an Krebs starben als Männer, starben im Jahre 1898 nicht einmal 1½ mal so viel. Wegen der Vergrösserung Wiens lassen sich die letzten 8 Jahre nicht ohneweiters mit den früheren Jahren vergleichen. Um ein etwas richtigeres Bild der relativen Frequenz, sowie deren Zunahme zu bekommen, seien 4 Gruppen zu je 8 Jahren gebildet.

Es starben an Krebs:

		Männer	Weiber	Weiber Beide Geschl.		Auf je 100.000 Lebende			
		Manner	AA GIDGI	Deide Geschi.	Mäoner	Weiber	Beide Geschl.		
1867—1874		. 1571	3230	4801	65.4	131.3	98.8^{2})		
1875—1882		. 1988	3923	5911	74.9	131.4	104·8 ³)		
1883—1890	•	. 2921	4616	7537	99.0	$140 \ 4$	120.84)		
1891—1 898		. 5929	8879	14808	106.9	145.1	1245^{5})		

Die Krebszunahme ist in Wien während 32 Jahre daher geringer als in Oesterreich während 25 Jahren; die Zunahme trifft hauptsächlich das männliche Geschlecht, für das weibliche ist sie minimal.

⁵⁾ Bezogen auf die berechnete Bevölkerung für Ende 1894.



¹⁾ Die anscheinend grosse Zunahme ist dadurch bedingt, dass zu den alten 10 Bezirken 9 neue (bisherige Vororte), als nunmehr zu Wien gehörig, in die Statistik einbezogen sind.

2) Bezogen auf das Ergebnis der Volkszählung vom 31. December 1869.

3) Bezogen auf das Ergebnis der Volkszählung vom 31. December 1880.

4) Bezogen auf die berechnete Bevölkerung für Ende 1886.

Welche Krebsformen trifft am meisten die Zunahme? Zur Beantwortung dieser Frage stehen mir nur die Daten für die Jahre 1867—1884 zu Gebote. Diese Daten lassen zugleich ein Licht auf die Frage fallen, ob und warum beim weiblichen Geschlechte der Krebs häufiger ist. Ich will die Krebsformen nicht bis ins feinste Detail aufführen, sondern begnüge mich, die wichtigsten Arten zu bezeichnen. Ich theile den ganzen 18 jährigen Zeitraum in zwei gleich lange Perioden ein.

	1	1867—1	875	1	876-1	884	1867—1884			
	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	
Sämmtliche Krebs	e 1799	3700	54 99	2426	4568	6994	4225	8268	12493	
davon: Zungenkrebse .	. 50	13	63	122	12	134	172	25	197	
Speiseröhrenkrebs	e 44	8	52	113	16	129	157	24	181	
Magenkrebse .	. 689	577	1246	820	845	1665	1489	1422	2901	
Leberkrebse .	. 470	522	992	521	561	1082	991	1083	2074	
Gebärmutterkrebs	e	1728	1728		1996	1996		3724	3724	
${f Brustdr\"{u}senkrebs}$	е —	451	451		478	478		929	929	

Wir finden ein entschieden häufigeres Vorkommen des Zungen- und Speiseröhrenkrebses beim männlichen Geschlechte; bei Magen- und Leberkrebs sind beide Geschlechter ungefähr gleich stark vertreten. Das häufigere Vorkommen des Krebses beim weiblichen Geschlechte ist nur durch die Häufigkeit des Krebses der Mamma und der weiblichen Genitalien bedingt

Zum Theile gilt obiges Verhalten auch für andere Länder und Städte. Haeberlin¹) fand für die Jahre 1877—1886 in der Schweiz 6863 Männer und nur 4559 Frauen an Magenkrebs gestorben. Reiche²) gibt an, dass in Hamburg 1872 bis 1899 von 86 Zungenkrebsen 71, von 772 Speiseröhrenkrebsen 609, von 1150 Leberkrebsen 496 und von 4237 Magenkrebsen 2378 das männliche Geschlecht betrafen. In Hamburg kamen auf 4986 krebsverstorbene Männer 7398 krebsverstorbene Frauen; auch hier ist die Differenz dem Krebse der weiblichen Geschlechtsorgane (1841 Uterus- und 623 Mammakrebse) zuzuschreiben. Auffallend ist ferner, dass in Hamburg das Carcinom des Digestionstractes bedeutend stärker auftritt als in Wien. Es gibt dies für die künftige Krebsforschung insoferne einen Fingerzeig, als man sich nicht blos damit begnügen soll, die örtliche Frequenz des Carcinoms« schlechtweg festzustellen, sondern womöglich auch die Art des Carcinomes nennen soll. Denn es muss ja nicht die Aetiologie aller Carcinome dieselbe sein. Durch die Annahme einer einheitlichen Aetiologie würde man der künftigen Krebsforschung von vorneherein einen Hemmschuh anlegen.

Der Zungen- und Speiseröhrenkrebs der Männer (von den Weibern sehe ich wegen der Kleinheit der Zahlen ab) hat sicherlich eine starke Zunahme erfahren; er hat sich von 1867—1875 auf 1876—1884 verdoppelt, die Bevölkerung Wiens aber nicht. Diese beiden Arten sind aber für die Frequenz des Krebses wenig ausschlaggebend. Nicht zugenommen hat der Brustdrüsenkrebs der Frauen. Der Magenkrebs der Männer stieg von 24·8°/0000 auf 25·2°/0000, der Leberkrebs fiel von 17·4 auf 17·2°/000; der Magenkrebs der Frauen stieg von 21·1 auf 25·2, der Leberkrebs fiel von 18·9 auf 16·7 und der Uteruskrebs fiel von 62·5 auf 59·5°/000. Die Zunahme des Magenkrebses ist der besseren Diagnostik zu danken; viele Magenkrebse wurden und werden noch als Leberkrebse in der Statistik geführt. Im Ganzen kann man

¹⁾ H. Haeberlin: Ueber Verbreitung und Aetiologie des Magenkrebses. Deutsches Archiv für klinische Medicin. Bd. XLIV.

²⁾ F. Reiche: Beiträge zur Statistik des Carcinoms, Deutsche medicinische Wochenschrift, 1900.

sagen, dass von den wichtigeren Krebsformen keine einzige eine Zunahme erfahren hat; die Zunahme trifft also die selteneren Formen (inclusive der etwas häufigeren Darm- und Mastdarmkrebse). Dasselbe fand Reiche 1) für Hamburg: Die Krebse der mit Vorliebe ergriffenen Organe, die bei Weitem den Hauptantheil aller Krebstodesfälle repräsentiren, haben keine nennenswerthe Zunahme erfahren.

Die Entstehung des Carcinoms wird des öfteren auf die Schädlichkeiten und Strapazen zurückgeführt, welchen das betreffende Organ ausgesetzt war. Ich erinnere an den Zungenkrebs, welcher vom Rauchen, den Speiseröhren-, Magen- und Darmkrebs, welche von den Ingestis, verschiedene Hautkrebse, welche von Theer, Paraffin etc. abhängig sein sollen. Ich erinnere ferner an die traumatische Entstehung mancher Krebse, welche derzeit wohl als gesichert gelten kann.²) In diese Art der Entstehung würde auch die »der Civilisation« in die Schuhe geschobene Entstehung von Krebs einzubeziehen sein. Auf die Civilisation wurde ja auch die Zunahme der Krebssterblichkeit geschoben. Diese Anschauung erleidet dadurch Abbruch, dass die häufigeren Krebsformen keine Zunahme erfahren haben.

Ueber die zeitliche Vertheilung der Wiener Krebstodesfälle gibt die folgende Statistik Aufschluss; leider sind für die Jahre 1867—1874 und 1883—1890 die Todesfälle nicht nach Geschlechtern aufgetheilt.

	18	67—1874	1875-	-1882	1883 — 1890	1891-	-1898		Summ	e
Monat	Zι	ısammen	Männer	Weiber	Zusammen	Männer	Weiber	Männer	Weiber	Zusammen
Jänner .		446	163	340	609	448	654	611	994	2660
Februar .		409	148	311	626	424	580	572	891	2498
März	,	419	148	345	694	481	7 06	629	1051	2793
April		408	155	331	638	431	675	586	1006	2638
Mai		422	181	332	664	441	640	622	972	2680
Juni		375	176	333	615	422	621	598	954	2542
Juli		365	161	288	6 0 0	458	662	619	950	2534
August .		408	167	327	602	421	613	588	940	2538
September		375	159	310	557	443	651	602	961	2495
October .		427	172	327	626	449	693	621	1020	2694
November		390	160	340	640	443	688	603	1028	2661
December		3 85	201	336	666	470	682	671	1018	2740

Das Bild, das obige Zahlen über die monatliche Vertheilung des Krebses entworfen, ist durch die ungleiche Länge der Monate getrübt. Ich berechne daher die auf einen Tag entfallenden Krebstodesfälle (alle 32 Jahre als ein Jahr betrachtet, um nicht zu kleine Zahlen zu erhalten). Es entfielen dann Krebstodesfälle auf jeden Tag (eigentlich 32 Tage) des Monates

Jänner		85.8	April		87.9	Juli	81.7	October .	86.9
Februar		88.4	Mai		86.5	August .	81.9	November -	88.7
März .		90.1	Juni		84.7	September	83.2	December	88.4

F. Reiche: Zur Verbreitung des Carcinoms. Münchener medicinische Wochenschrift. 1901.
 Vgl. z. B. Jordan: Ueber die Entstehung von Tumoren, Tuberculose und anderen Organerkrankungen nach Einwirkung stumpfer Gewalt. Vortrag, gehalten in der 73. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Hamburg.

Das Minimum der Krebssterblichkeit fällt auf die Sommermonate Juli und August; Maxima haben wir zwei, ein erstes im März-Februar fallend, ein zweites im November-December. Wien verhält sich anders als London und Genf; Oesterlen!) gibt für London das Minimum der Krebstodesfälle als in April bis Juni, das Maximum als im October bis December, für Genf das Minimum als in September bis November, das Maximum gleichmässig in das Frühjahr und den Sommer fallend an. Mag das richtig sein — die Kleinheit der Daten, einmal 4688, das andere Mal 889 Krebstodesfälle, schliesst Zufallsfehler nicht aus — so folgt daraus, dass die monatliche Krebssterblichkeit je nach dem Orte verschieden ist.

Reduciren wir auch die monatliche Krebssterblichkeit jedes Geschlechtes auf die Zeiteinheit, so erhalten wir eine tägliche Krebssterblichkeit (in Wirklichkeit ist sie wieder nur $^{1}/_{16}$) im Monate

1867—	74	und	18	91-	-98		Männer	Weiber			Männer	Weiber
Jänner	r						19.7	$32 \cdot 1$	Juli		20.0	30.6
Februa	ar						20.2	31.5	August .		19.0	303
März							20.3	33.9	September		20.1	32.0
April							19.5	33.5	October .		20.3	32.9
Mai							20.1	31.4	November .		20.1	33 ·9
Juni							199	31.8	December		21.6	33.2

Der Gang der Monatscurve ist für beide Geschlechter nicht gleich und ähnelt auch nur für die Weiber der oben skizzirten Curve. In allen drei Fällen haben wir es aber nur mit geringfügigen Differenzen, nicht mit durchgreifenden Unterschieden zu thun.

Wäre es gestattet, aus der monatlichen Vertheilung der Krebssterblichkeit einen Schluss auf die monatliche Entstehung des Krebses zu machen, so müsste man bei der Geringfügigkeit der vorhandenen Differenzen auf eine das ganze Jahr hindurch gleichmässig wirkende Ursache schliessen. Diese Gleichmässigkeit der Ursache wäre so zu verstehen, dass sie durch Temperatur-, Witterungs- oder sonstige Einflüsse nicht wesentlich beeinträchtigt wird, wie wir dies z. B. in exquisiter Weise bei den Masern sehen. Keinesfalls aber spricht die oben skizzirte monatliche Vertheilung zu Gunsten der Ansicht Behla's,²) nach welcher im Sommer die meisten Krebse entstehen sollen. Behla gründet seine Ansicht auf die Zeit des Auftretens der ersten Symptome. Wie lange Zeit aber ein Krebs braucht, bis er Symptome macht, weiss man nicht; man weiss aber, dass die Krebse verschieden rasches Wachsthum zeigen.³)

Man darf obige Bemerkung aber nicht dahin deuten, als ob ich mich damit gegen die parasitäre Natur des Carcinoms ausgesprochen hätte. Gegen eine solche kann die Statistik überhaupt nicht ins Feld geführt werden. Betrachten wir den monatlichen Verlauf der Sterblichkeit an Tuberculose, die uns als Typus einer chronischen Infectionskrankheit erscheint, so werden wir ebenfalls keine allzu grossen durchgreifenden Unterschiede finden.

Ueber die Altersvertheilung der Krebssterblichkeit in Wien gibt uns folgende Tabelle Aufschluss:

¹⁾ Fr. Oesterlen: Handbuch der medicinischen Statistik. 1865, S. 436. Bei seiner Berechnung hat Oesterlen die verschiedene Länge der Monate nicht berücksichtigt.

²⁾ R. Behla: Ueber neue Forschungswege der Krebsätiologie. Centralblatt für Bakteriologie, Infectionskrankheiten und Parasitenkunde. I. Abth. Bd. XXVII.

³⁾ Vgl. diesbezüglich Jordan l. c.

							Beide	Gesch	lechte	r	1891-	-1898
	Al	ter			186	7—1872	1873—1890	1891—1898	1873—1898	1867—1898	Männer	Weiber
	1	ois	1	Jah	r	2	2	27	29	31	13	14
über	1	>	5	Jahr	re)	14	16	67	83)	161	33	34
>	5	>	10	•	Ĵ	14	7	57	64	101	28	29
>	10	ъ	15	>	1	11	20	40	60	100	17	23
>	15	•	20	>	Ì	11	43	84	117	188	43	4 1
>	20	>	25	*	1	82	93	13 8	231	781	67	71
>	25	>	30	•	Ì	04	243	225	468	101	86	13 9
•	30	>	35	>	1	3 39	508	447	95 5	3101	144	303
•	35	>	40	>	Ì	559	944	863	1807	5101	268	595
>	4 0	D	45	>	1	833	1394	1313	2607	7105	420	893
*	45	>	50	>	Ì	000	1743	1822	3565	1103	699	1123
>	50	•	55	>	1	1030	1965	1996	3961	9140	857	1139
•	55	>	60	*	j	1090	2121	2028	4149	9140	870	1158
>	60	>	65	•	1	877	2054	1948	4002	8302	865	1083
•	65	•	70	>	Ì	011	1736	1687	3423	6502	733	954
•	70	»	75	*	1	335	1069	1215	2284	3773	490	725
>	75	>	80	*	Ì	555	521	633	1154 ∫	3113	259	374
	üb	er	80	>		49	224	274	498	547	100	174
	unb	eka	nn	t		2		7	7	9	-	. 7
		•	Su	mme	;	3574	6357	14871	29564	33138	5992	8879

Um dieses Bild übersichtlicher zu gestalten, will ich für die Altersdecennien vom 30. Lebensjahre aufwärts die relative Krebssterblichkeit für Perioden von je 8 Jahren berechnen.

Es starben an Krebs auf je 100.000 Lebende des betreffenden Alters:

			В	Beide Geschlechter								
	Alter		1867—1874	1875—1882	1883—1890	1891—1898	Männer	Weiber				
Von	31-40	Jahre	60	74	69	73	48	96				
•	41 - 50	>	191	196	248	238	177	310				
>	51 - 60	>	349	392	434	483	460	504				
>	61 - 70	•	568	618	740	757	855	624				
	über 70	>	626	766	916	1565	1588	1537				

Der Berechnung wurde für die Jahre 1867—1874 das Ergebnis der Volkszählung von 1869, für 1883—1890 das der Volkszählung von 1880, für 1891—1898 das der Volkszählung von 1890, für 1875—1882 das arithmetische Mittel der Volkszählungen von 1869 und 1880 zu Grunde 'gelegt. Diese Berechnungsart gibt, die Berechnung für 1891—1898 als Maasstab betrachtet, für 1867—1874 eine zu geringe, für 1883—1890 eine zu grosse, für 1875—1882 eine wahrscheinlich zu geringe Krebsziffer. Demgemäss ist eine gewisse Correctur anzubringen.

Von 1867/74 bis 1891/98 ist die Krebssterblichkeit in jeder Alterselasse gestiegen,

Von 1867/74 bis 1891/98 ist die Krebssterblichkeit in jeder Alterselasse gestiegen, insbesondere aber in der höchsten, am wenigsten in der jüngsten. Die Zunahme in den anderen Alterselassen ist von 1883/90 auf 1891/98 am geringfügigsten; möglicherweise trägt daran Schuld, dass wir es beide Male mit anderen Bevölkerungen — seit 1891 sind die früheren Vororte Wiens mit einbezogen — zu thun haben.

Das männliche Geschlecht zeigt vom 31. bis 60. Lebensjahre eine geringere, vom 61. Lebensjahre aufwärts eine höhere Krebssterblichkeit als das weibliche Geschlecht. Dies stimmt — mit Ausnahme des Alters über 70 Jahre — mit dem für Oesterreich gewonnenem Resultate überein. Aehnliches berichtet auch Reichels für Hamburg, Laspeyres²) für Berlin. Mit diesen beiden Städten verglichen weist Wien eine bedeutend grössere Krebssterblichkeit auf. Berlins relative Krebssterblichkeit ist grösser als die Hamburgs, und, wie die folgenden Zahlen zeigen, steht Berlinstark gegen Wien zurück. Es starben in Berlin an Krebs auf je 100.000 Lebende

			i	n A	lter	V 01	n 30—40	40-50	50-60	60-70	70-80 Jahren
Männer.							23.7	113	315	658	827
Weiber .							59· 5	186	356	523	717

Beide Städte sind ungefähr gleich gross, sicherlich ist in Berlin die ärztliche Beglaubigung keine schlechtere als in Wien, und doch dieser Unterschied! Dies deutet auf andere den Factor Stadt an Wichtigkeit für die Krebssterblichkeit übertreffende Factoren hin.

Ein Factor, durch den die Krebssterblichkeit Wiens — und Wien gilt hier als Typus der Stadt — erhöht wird, ist der Zufluss von auswärts. Es waren 1877 bis 1890 von 12.054 Krebsverstorbenen 3407 = 28%, für die Jahre 1891—1898 von 14.871 Krebsverstorbenen 1724 = 11.5% ortsfremd. Dass die letztere Ziffer kleiner als die erstere ist, erklärt sich daraus, dass die Bewohner der Vororte, welche auf die Spitäler Wiens angewiesen waren, 1877—1890 noch als ortsfremd galten. Durch den Fremdenzufluss erhöht sich also die Krebssterblichkeit einer Stadt um 11.5% dies fällt doppelt ins Gewicht, da es den Landgemeinden entzogen ist. Das wahre Verhältnis der Krebssterblichkeit von Stadt und Land erhält man erst, wenn man die Krebssterblichkeit der Stadt um circa 10% verringert und diese zur Krebssterblichkeit des Landes hinzuzählt.

Die städtische Krebssterblichkeit erhöht sich durch den Zuzug auswärtiger Krebskranker nicht für beide Geschlechter in gleichem Grade. In den Jahren 1891 bis 1898 waren von 5992 krebsverstorbenen Männern $883 = 14 \cdot 7^{\circ}/_{\circ}$. von 8879 krebsverstorbenen Weibern $837 = 9 \cdot 4^{\circ}/_{\circ}$ ortsfremd. Es findet also ein stärkerer Zuzug männlicher als weiblicher Krebskranker statt. Dies stimmt mit dem auch sonst wahrgenommenen grösseren Wandertriebe des männlichen Geschlechtes überein.

Im Folgenden soll nun eine Darstellung des Einflusses der Wohlhabenheit auf die Krebssterblichkeit versucht werden. Zu diesem Zwecke theile ich die Krebssterblichkeit nach den Bezirken Wiens auf. Es steht mir dafür das Material vom Jahre 1882 an zur Verfügung, und zwar vom Jahre 1891 ab für beide Geschlechter getrennt. Die alten Bezirke Wiens sind die Bezirke I—X, die Bezirke XI—XIX stellen die ehemaligen Vororte dar. Die hier erhaltenen absoluten Ziffern sind durch die Ausschaltung der Ortsfremden etc. kleiner als die früheren. Von den alten 10 Bezirken sind die Bezirke I. IV, VI, VII wohlhabend, die Bezirke II, III, V arm. Die Bezirke XI, XII, XIV, XV, XVI, XVII und XVIII sind von Industriebevölkerung bewohnt, die Bezirke XIII und XIX sind ländliche Bezirke; ein Theil der Bezirke XVII und XVIII ist ebenfalls ländlich.

2) Laspeyres, l. c. S. 348.

¹⁾ Beiträge zur Statistik des Carcinoms. Deutsche medicinische Wochenschrift. 1900.

Es starben an Krebs in Wien

		Im Ja	hresdure	chschnitte	auf je 100.000 Lebende				
			1891—1	898		1891—1898			
Bezirk	1882—1890	Männer	Weiber	Zusammen	1882—1898	1882—1890	Männer	Weiber	Zusammen
I	56.2	26.4	35.4	61.8	58.8	80.7	98.8	87.7	92.1
II	101.8	70.7	99.4	170.1	134·1	85.8	92.5	121.4	107.6
III	99.2	$52^{\cdot}1$	84.4	136.5	122.6	109.8	102.6	138.0	126.1
IV	55.9	26.6	44.6	71.2	63.1	96.4	101.5	135.7	120.5
V	61·1	36 9	63.0	99.9	79.4	91.2	89.5	147.0	118.9
VI	52.9	24.7	42.4	67.1	59· 6	82.7	826	124.9	105.0
VII	650	33.7	48.2	81.9	73 ·6	89.4	105.5	127.4	117.4
VIII	60.7	27.9	43.7	71.6	6 5·8	1219	122·0	167.4	146.2
IX	69.2	352	53.2	88.5	78.3	102.1	95.8	119.9	109.0
X	44.8	40.4	61.1	101.5	71.5	97.8	94.2	145.7	119.7
XI		13.0	18.9	31.9			90.3	132.1	111.1
XII		29.1	44.5	73 ·6	•		93.8	149.2	120.9
XIII		25.2	38.9	64.1			119.7	169.7	145.7
XIV		26.4	38.4	62.8			96 1	142.4	119·1
$\mathbf{X}\mathbf{V}$		21.4	28.6	50.0			99.6	1282	114.1
XVI		41.1	69.2	110.3		· —	76.4	130.6	103.3
XVII		362	49.0	$85\cdot2$			99.2	128.9	114.2
XVIII		32.2	50.2	82.5			100.4	136 ⁻ 5	119.8
XIX		174	24.5	41.9			114.8	146.2	131.2

Die Bezirke I, IV, VI, VII und VIII haben im Verlause der letzten Jahrzehnte entweder nur eine sehr geringe oder gar keine Zunahme, oder sogar eine geringe Abnahme ihrer Bevölkerung erfahren. Die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung hat sich insoferne etwas verschoben, als das weibliche Geschlecht stärker vertreten ist, aber um so weniges nur stärker, dass die Krebssterblichkeit nicht merklich beeinflusst sein kann. Unter diesen Verhältnissen sind die Daten aus diesen Bezirken von grösserer Zuverlässigkeit und Bedeutung. Diese Bezirke zeigen eine wechselnd hohe Krebssterblichkeit, aber sie zeigen ein Symptom constant: eine Zunahme der Krebssterblichkeit von 1882/90 auf 1891/98. Diese Zunahme ist thatsächlich und nicht blos scheinbar, etwa durch die Art der Berechnung oder durch die ärztliche Beglaubigung erzeugt. Die Zunahme ist verschieden gross.

Für die Vergleichung der einzelnen Bezirke untereinander genügt die Berechnung der Zeiträume 1882/90 und 1891/98; weil die Resultate ähnlich sind, kann von der Berechnung für die gesammte Zeit 1882-98 abgesehen werden. Da die Bevölkerung ausser in den obgenannten und im XV. Gemeindebezirke, eine rasche Zunahme erfahren, sind die Zahlen der relativen Krebssterblichkeit für diese 12 Bezirke

in Folge der Berechnungsart zu hoch ausgefallen.

Ünter den alten 10 Bezirken zeigt die höchste Krebssterblichkeit der VIII. Bezirk, welcher hauptsächlich vom Mittelstande bewohnt ist. Die Reihenfolge der anderen Bezirke zeigt keinen Einfluss der Wohlhabenheit auf die Krebssterblichkeit; arme und reiche Bezirke wechseln in bunter Folge. Erniedrigt man jedoch die Krebssterblichkeit der armen Bezirke um das, was die Berechnungsart erhöht hat, so würde — ihre Bevölkerung hat innerhalb 10 Jahren um 25—50°/0 zugenommen — ihre Krebssterblichkeit nicht höher sein als die niedrigste Krebssterblichkeit der wohlhabenden Bezirke, die Krebssterblichkeit des I. Bezirkes. Wollte man daraus nun folgern, dass die Wohlhabenheit die Entstehung des Krebses begünstigt, so würde dieser Schluss ohne Rücksicht auf wichtige statistische Daten gezogen sein. Der rasche Zuwachs in den armen Bezirken findet erstens durch die grössere Geburten-

zahl, zweitens durch Einwanderung statt. Der Zuwachs betrifft also beidemal hauptsächlich die jüngeren Lebensalter. Diese sind in den ärmeren Bezirken stärker als in den wohlhabenden vertreten und bedingen eine scheinbare Erniedrigung der relativen Krebsfrequenz. Um ein sicheres Urtheil über den Einfluss der Wohlhabenheit auf die Krebssterblichkeit zu gewinnen, wäre die Altersvertheilung der Krebse nach Bezirken nothwendig. Diese besitze ich nicht. Was mir an Daten vorliegt, gestattet nur den einen Schluss, dass ein Einfluss des Wohlhabenheitsgrades auf die Krebssterblichkeit nicht zu erkennen ist.

Die Ungleichheit der Berechnungsart bildet kein Hindernis bei einem Vergleiche der beiden Zeiträume; der Fehler kommt stets beiden verglichenen Zahlen zu. Es nahm die Krebssterblichkeit von 1882/90 auf 1891/98 zu im Bezirke um

auf je 100.000 Lebende in % der Krebssterblichkeit 1882 90

11.4	14
21.8	24
16 3	24
24·1	25
27.9	30
22:3	27
2 8·0	31
24.3	20
6.9	7
21.9	22
	21·8 16·3 24·1 27·9 22·3 28·0 24·3 6·9

Auch bei der Zunahme kann man nicht ein verschiedenes Verhalten verschieden wohlhabender Bezirke wahrnehmen. Dieses Verhalten, in Zusammenhalt mit dem weiter oben skizzirten, spricht keinesfalls für die Williams'sche Hypothese der Abhängigkeit des Krebses vom Fleischgenusse.

Die Krebssterblichkeit der neuen Wiener Bezirke zeigt mit 3 Ausnahmen ungefähr die gleiche Höhe untereinander sowohl als mit der durchschnittlichen Krebssterblichkeit der alten Bezirke. Diese drei Ausnahmen sind der Arbeiterbezirk XVI, der die niedrigste Sterblichkeit hat, und die Bezirke XIII und XIX mit hoher Krebssterblichkeit. Die letzteren beiden Bezirke sind die ländlichen Bezirke Wiens, und zeigt daher ihr Verhalten, dass niedrige Krebssterblichkeit nicht Eigenthümlichkeit ländlicher Bezirke oder der Landarbeiter sein muss.

Von verschiedener Seite wird ein Einfluss der Wohndichte, respective Bevülkerungsdichte auf die Höhe der Krebssterblichkeit angenommen; so z. B. von Laspeyres und nach ihm von Kruse.¹) Für den diesbezüglichen Vergleich gebe ich die in den Wiener Bezirken auf ein Hektar a des Gebietes b der Ende 1898 mit Häusern verbauten Grundfläche entfallenden Bewohnerzahl.

Bezirk	a	b	Bezirk	8.	b
I	237	452	XI	13	290
II	51	506	XII	81	580
Ш	182	543	XIII	14	268
IV	329	676	XIV	261	776
V	331	876	XV	34 8	1057
VI	461	709	XVI	123	909
VII	479	693	XVII	77	750

¹⁾ Kruse: Krebs und Malaria. Münchener medicinische Wochenschrift. 1901.

Bezirk	a	b	Bezirk	a	b
VIII	468	720	XVIII	81	746
\mathbf{IX}	306	674	XIX	15	285
\mathbf{X}	3 9	520			

Ich glaube nicht, dass sich irgend eine Regelmässigkeit entdecken lässt. Die agrarischen Bezirke XIII und XIX haben eine geringe Wohndichte und eine hohe Krebssterblichkeit, der Bezirk XI eine geringe Wohndichte und eine mittlere Krebssterblichkeit, der Bezirk XVI eine hohe Wohndichte und eine niedere Krebssterblichkeit, der VIII. Bezirk eine ziemlich hohe Wohndichte und die höchste Krebssterblichkeit u. s. w. Ein Einfluss der Wohndichte auf die Krebssterblichkeit der einzelnen Stadttheile ist also nicht zu entdecken.

Was hier für Wien, gilt auch für Hamburg. Reiche¹) sagt: Die Verbreitung des Carcinoms erweist sich ohne erkennbare Abhängigkeit von der Wasserversorgung und Wasserbeschaffenheit, von der Bewohnungsdichte, von Wohlstand und Armuth, Höhenlage und Untergrund der verschiedenen Stadttheile und ihren Beziehungen zum Elbstrome. Reiche gibt weiter an, dass die ältesten Stadttheile eine Krebssterblichkeit über dem Durchschnitt haben. Dies gilt auch anscheinend für englische Verhältnisse. Der Bericht eines Ausschusses zur Erforschung der Krebsätiologie²) hält es für sicher, dass der Krebs namentlich in engen, seit langer Zeit bewohnten Strassen vorkomme, in denen alte feuchte Häuser stehen. Der Grund ist, dass ein feuchter, schlecht trainirter Boden dem Carcinomerreger mehr als ein trockener Boden zusagt, weil er mit alten, faulenden organischen Substanzen durchsetzt ist.

Letzteres muss Reiche für Hamburg negiren und auch ich muss es für Wien bestreiten. Die an der Donau tiefgelegenen Bezirke Wiens (II, III, IX, XI, XIX) haben nicht durchwegs die höchste, hoch und trocken gelegene Bezirke nicht die niedrigste Krebssterblichkeit. Dass, wie in Hamburg, die alten Bezirke eine etwas höhere Krebssterblichkeit haben, als die neuen, erklärt sich einfach aus Altersunterschieden.

III.

Ich komme nun zum 3. Theile dieser Arbeit, der territorialen Vertheilung der Krebssterblichkeit. Die folgenden Tabellen (S. 206 u. 207) geben dieselbe für Perioden von 5 Jahren wieder.

Aus den absoluten Zahlen lässt sich zwar nicht die Häufigkeit des Krebses entnehmen, wohl aber, ob er zugenommen hat. Nicht zugenommen hat der Krebs in Görz und Gradisca und in Dalmatien. In allen anderen Ländern ist eine Zunahme der absoluten Krebssterblichkeit, und zwar für jedes Geschlecht zu verzeichnen. Die Zunahme beträgt für manches Land mehr als $100^{\circ}/_{\circ}$.

Ein richtiges Bild über Frequenz, Zunahme und Vertheilung der Krebssterblichkeit geben die Verhältniszahlen. Ich begnüge mich mit dem Vergleiche der ersten und der letzten 5 Jahre schon deshalb, weil die Berechnung der Verhältniszahlen für diese beiden Perioden mit Bezug auf die Volkszählung gleich ist.



¹⁾ Reiche: Zur Verbreitung des Carcinoms. Münchener medicinische Wochenschrift. 1901.

²⁾ Veröffentlicht in Birmingham Medical Rewiew 1900. Referat in Münchener medicinische Wochenschrift. 1900, Nr. 43.

Es starben an Krebs:

	18	1873-1877		18	1878-1882	Ü	18	1883-1887	7	¥	1888 -1892	ic.	18	1893-1897	7	
Krouland	×	×	Zus.	X	۶	Zus.	X)	¥	Zus.	ĸ	×	Zus.	ĸ	٤	W. Zus.	
Niederösterreich	2997	4850	7817	3486	4586	8072	4336	6293	10629	5093	7366	12459	6489	8388	8388 14877	
Oberösterreich	1073	1466	2539	1174	1580	2754	1302	1766	3068	1520	2051	3571	1762	2431	4193	
Salzburg	382	425	807	356	432	788	415	439	854	525	60 5	1230	540	696	1236	
Steiermark	952	1563	2515	1109	1955	3064	1424	2261	3685	1738	2616	4354	2025	2861	4886	le
Kürnten	303	449	752	300	504	804	333	601	934	370	620	990	505	738	1243	og
Krain	315	370	685	314	355	669	340	346	686	416	430	846	487	484	971	J0
Triest	· 210	350	560	211	357	568	278	456	734	346	512	858	381	539	920	d by C
Görz-Gradisca .	167	227	394	164	193	357	215	234	449	194	207	401	210	212	422	gitized
Istrien	147	215	362	156	218	374	191	296	437	189	249	438	240	268	508	Di
Tirol	1048	1260	2308	1301	1516	2817	1406	1572	2978	1408	1571	2979	1942	1913	3855	
Vorarlberg	227	244	471	260	265	525	259	259	518	281	257	538	305	322	627	
Böhmen	4366	5460	9826	5418	7097	12515	6364	8134	14498	7775	10039	17814	11003	13658	24661	
Mähren	953	1320	2273	1555	2183	3738	2281	3294	5575	2701	3891	6592	3588	4702	8290	
Schlesien	245	339	584	296	423	719	401	532	933	526	709	1235	616	822	1438	
Galizien	1945	2414	4359	2438	2708	5146	2980	3236	6216	3448	3699	7147	4210	4353	8563	
Bukowina	296	351	647	258	335	593	301	387	688	435	506	116	542	585	1127	
Dalmatien	1981)	2061)) 4041)	321	320	641	273	315	588	362	411	773	343	376	719	
Oesterreich	15626 ²	213032	15626^2) 21303^2) 36029^2) 19117		26027 45144	45144	23069 30371 53440	30371	53440	27297	35741	63038	35192 43348 78540	43348	78540	

Nur für die Jahre 1876 uud 1877.
 Ohne Dalmatien.

Es starben an Krebs auf je 100.000 Lebende:

								-	- :	207	_	•								
	shme	auf je 100.000	32	38	35	32	24	6	56	ï	4	36	16	46	20	24	10	10	-19	53
hlechter	Zun	in Per- aufje cent 100.000	40	55		73	54		53	<u> </u>	14	61	17	121	217	104	52	40	-41	28
Beide Geschlechter		bis 1897		107	142	92	69	39	117	38	32	95	108	84	73	47	56	35	22	99
	1873	bis 1877	80	69	107	44	45	30	91	39	. 28	59	92	38	23	23	16	25	46	37
	l'me	auf je 100.000	56	44	20	34	59	2	5 5	-5	-	28	18	49	54	26	8	6	17	56
	Zuna	in Per- auf	22	56	46 50	63	52	23	50	-11	က	44	20	120	216	100	44	33	. 22	41
W 6 i	1893	bis 1897	124	122	159	88	80	37	132	39	35	92	109	06	62	52	26	36	53	71
	1873	bis 1877	86	28	109	54	51	30	110	44	34	64	91	41	25	56	18	22	46	42
	eme	auf je 100.000	37	31	21 22	30	20	12	30	ī	9	43	15	42	46	23	11	10	-19	27
	Zuna	in Per- auf cent 100.0	909	55	21	88	53	41	42	15	26	28	16	117	230	115	73	43	-42	85
M ii n	1893	bis 1897	66	91	126	64	58	41	101	38	53	86	107	28	99	43	56	33	56	09
	1873	bis 1877	62	09	104	34	38	63	71	33	23	55	92	36	20	20	15	23	45	33
			•	•		•	•			•	•	•	•		•		•	•	•	•
			•					•		•		•	•				•		•	
		ъ Г	•		•		•	•	•	•			•	•	•	•	•	•	•	•
		€		•	•	•	•	•	•		•	•	٠	•	•	•	•	•	•	•
		n l	eicl	$^{\mathrm{ch}}$	•	•	•	•	•	ငဒ	:	•	•			•	•			•
		•	err	rrei	•	논	•	•	•	dis	•		٥٥			•		ಣೆ	¤	ch
		Kro	röst	ste	ırg	maı	en	•	•	Gra	_	•	lbeı	en	ü	ien	en	vin	ıtie	rei.
			Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg.	Steiermark	Kärnten	Krain	Triest	Görz-Gradisca	Istrien	Tirol	Vorarlberg	Böhmen	Mähren	Schlesien	Galizien	Bukowina	Dalmatien	Oesterreich .

Digitized by Google

Wir finden, Görz-Gradisca und Dalmatien ausgenommen, in allen Kronländern eine Zunahme der Krebssterblichkeit, die sich in weiten Grenzen bewegt; sie schwankt von $14-217^{\circ}/_{\circ}$ oder von 4-50 auf je 100.000 Lebende. Die Zunahme ist auch für jodes Geschlecht schwankend, doch beim weiblichen fast durchwegs kleiner als beim männlichen. Bei letzterem schwankt sie von $15-230^{\circ}/_{\circ} = \text{von } 5-46$ per 100.000 Lebende, bei ersteren von $3-216^{\circ}/_{\circ} = \text{von } 1-54$ per 100.000 Lebende.

Dass das weibliche Geschlecht eine geringere percentuelle Zunahme der Krebssterblichkeit aufweist als das männliche, ist rechnerisch leicht zu erklären, weil seine Krebssterblichkeit eine grössere war. Die Bedeutung dieser beiden Thassachen, welche ja auch bei Auftheilung der Krebssterblichkeit nach Altersclassen zum grösseren Theile zu Recht bestehen, fällt stark gegen jene Theorien ins Gewicht, welche den Krebs von der Civilisation«, vom »übermässigen Fleischgenusse etc. herleiten. Da sich betreffs dieser Factoren in dem gegenseitigen Verhältnisse der beiden Geschlechter nichts wesentlich geändert hat, deren Einwirkung auf die Entstehung des Krebses bei beiden Geschlechtern daher in demselben Verhältnisse geblieben sein müsste, so ist es — wenn schon nicht unvereinbar mit dieser Theorie — so doch unerklärlich, warum das bisher minder befallene Geschlecht nunmehr in immer stärkerem Maasse heimgesucht wird, d. h. dass sich das Verhältnis der Krebssterblichkeit beider Geschlechter umzukehren droht.

Die relative Krebsfrequenz hat durchschnittlich am wenigsten in jenen Ländern zugenommen, wo sie geringer war, am meisten in jenen, wo sie ohnehin hoch war, ein ganz unerwartetes rechnerisches Resultat. Mit Ausnahme von Steiermark und Kärnten bleibt sie in allen jenen Kronländern unter dem Reichsdurchschnitte — und zwar für jedes Geschlecht — in welchen der Percentsatz der ärztlich beglaubigten Todesursachen ein niedriger ist. Eine hohe Krebssterblichkeit weisen auf Salzburg. Triest, Niederösterreich, Vorarlberg, Oberösterreich, Tirol, Böhmen, Steiermark. Mähren, Kärnten. Eine niedrigere Krebssterblichkeit weist der Nordosten und der Südosten des Reiches auf. 1)

Es fragt sich nun, ob das eine Eigenthümlichkeit jedes Kronlandes als Ganzes betrachtet ist. Zu diesem Zwecke will ich die Krebssterblichkeit der Hauptstädte und einiger anderer Städte der Kronländer theils im Verhältnisse zu ihrem Kronlande, theils in ihrem gegenseitigen Verhältnisse betrachten. Ich sehe dabei von Wien und Niederösterreich ab, zum Theile, weil ich Wien für sich allein schon besprochen, zum Theile weil der Einfluss Wiens wegen seiner Grösse zu stark ins Gewicht fällt; bei den anderen Kronländern — Triest, das nur Stadtgebiet, ist ebenfalls ausgenommen — verschwindet die Stadt zu sehr. Für die Hauptstädte stehen nur Daten vom Jahre 1873 ab, für andere Städte vom Jahre 1880 ab zu Gebote. (Das Jahr 1895 fehlt.) Ich theile überdies die Zeit in zwei Perioden ein, die eine bis zum Jahre 1887, die andere 1888—1897 (9 Jahre umfassend). Die Krebssterblichkeit betrug:

¹) Dass diese Unterschiede, wenn auch zum Theile, so doch nicht durchwegs durch Verschiederheiten in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung zu erklären sind zeigt folgende Statistik. Von jene 10.000 ortsanwesenden Personen waren über 60 Jahre alt in:

	Männer W	eibe r	Männer	Weiber
Niederösterreich	. 688 8	16 Tirol	1066	1022
Oberösterreich	1019 10	93 Vorarlberg	872	911
Salzburg	902 10	13 Böhmen		837
Steiermark	842 8	89 Mähren	. 711	832
Kärnten	. 815 9	47 Schlesien	601	725
Krain	. 885 9	23 Galizien	439	399
Triest	. 726 7	82 Bukowina	439	382
Görz-Gradisca	, 972 9	48 Dalmatien	802	792
Istrien	. 882 9	26		

A. Hauptstädte.

				A	b s	olt	ı t			auf	je 100	.000 I	ebend	e
			1	873—1	887	18	388 - 18	97	18'	73 - 18	887	188	38—18	397
			M.	w.	Zus.	M.	w.	Zus.	M.	W.	Zus.	M.	w.	Zus.
Linz			343	414	757	396	525	921	112	130	121	197	246	222
Salzburg .			126	218	344	218	341	559	68	116	92	191	282	239
Graz .			750	1236	1986	661	1135	1796	106	163	135	143	222	184
Klagenfurt			205	316	521	128	205	333	138	238	185	153	256	203
Laibach .			158	217	375	161	216	377	82	108	96	122	159	140
Innsbruck			205	288	493	172	228	400	135	184	160	169	220	195
Prag			1399	2379	3778	1150	1850	3 000	119	189	155	151	223	189
Brünn			361	522	883	440	772	1212	60	82	71	113	181	149
Troppau .			71	95	166	67	105	172	47	60	54	71	101	87
Lemberg .			534	805	1339	467	6 92	1159	64	99	81	82	122	103
Krakau			420	899	1319	573	780	1353	83	184	133	182	236	210
Czernowitz	•		74	174	24 8	154	208	362	22	51	3 6	64	87	76

B. Andere Städte.

•	A	b s	o l u t		at	f je 100	0.000 Leben	ıde
Kronland Stadt	1880—	1887	1888-1	897	1880-	1887	1888 – 1	897
	M. W.	Zus.	M. W.	Zus.	M. W	. Zus.	M . W.	Zus.
Nieder- Wiener-Neustadt	89 155	244	165 195	360	87 17	3 128	145 185	164
österr.]Waidhofen Ober-	17 20	37	21 27	48	120 14	2 131	129 162	146
österr. Steyr	47 61	108	70 107	177	66 9	2 78	65 133	94
Carrie Cilli	10 18	28	30 52	82	43 9	l 63	121 207	165
Steier- Marburg	40 62	102	80 124	204	53 9	1 72	92 145	118
mark Pettau			49 78	127			163 512	375
Görz-								
Gradisc.Görz	64 108	172	110 121	231	76 13	103	119 126	122
Istrien Rovigno			24 2 8	52	52 9	72	60 63	61
Bozen		132	97 63	160	140 17	155	197 118	156
Tirol Rovereto		78	21 38	59	88 13	110	5 5 91	74
Trient		134	• 55 77	132	69 10	86	55 83	69
BöhmenReichenberg		449		567	160 23	200	152 266	211
[Iglau		180	71 136	207	83 11	3 101	72 124	100
Kremsier			35 51	86	46 9	68	67 88	78
Mähren Olmütz		120	45 66	111	49 11	74	46 86	61
UngHradisch .			17 27	44	50 13	92	112 149	132
Znaim				164	92 12	3 110	108 150	129
Schle-(Bielitz			50 59		50 4		81 87	84
sien (Friedek	3 3		11 14	25	14 1		37 39	38

Die Krebssterblichkeit der Periode 1888—1897 können wir als diejenige betrachten, welche der Wirklichkeit sicher mehr als die vorhergehende entspricht; die Gründe dafür brauche ich wohl nicht weiter zu erörtern. Die folgenden Vergleiche werden sich daher auf diese Periode beziehen. Die vorhergehende Periode werde ich nur dann anziehen, wenn ich von der Zunahme der Krebssterblichkeit spreche.

Im Vergleiche zur Krebssterblichkeit Wiens ist die Krebssterblichkeit der anderen Hauptstädte (Troppau, Lemberg und Czernowitz ausgenommen) hoch. Auch bei einer Anzahl der anderen Städte trifft dies zu. Nun ist aber Wien die grösste Stadt Oesterreichs, mehrmals grösser als die zweitgrösste Stadt Prag. Wenn die Krebssterblichkeit nur von der Grösse der Städte abhängen würde, würde obiges Verhalten unerklärlich erscheinen. Und doch darf dieses Verhalten nicht als Gegenbeweis gegen den Einfluss der Grösse des Wohnortes auf die Krebssterblichkeit verwerthet werden. Die Erklärung liegt darin, dass die grossen Städte zugleich auch grosse Spitäler beherbergen, welche auswärtigen Kranken als Zufluchtsort dienen. Je mehr der Werth ärztlicher Hilfe geschätzt wird, je agiler die Landbevölkerung ist, umso grösser der Andrang in das *Landesspital*. Je grösser der Ort ist in welchem das Spital sich befindet, um so geringeren Einfluss wird das Zuströmen auswärtiger Krebskranker auf die Erhöhung der Krebssterblichkeit haben. Sahen wir ja bei Wien, wie vor 1890, also vor der Zeit der Vergrösserung, die Percentzahl ortsfremder Krebsverstorbener grösser war als nach 1890. Ein eclatantes Beispiel für den Einfluss der Krankenhäuser auf die Krebssterblichkeit bildet die Stadt Bielitz, wo mit der Errichtung eines Krankenhauses die Zahl der Krebstodten relativ stark stieg.

Ein anderer Factor ist die Zusammensetzung der Bevölkerung. Wo die jüngeren Altersclassen stärker vertreten sind, wird die Krebssterblichkeit niedriger sein. Ein eclatantes Beispiel dafür ist die Garnisonsstadt Olmütz, wo das Militär ungefähr ein Drittel der männlichen Bevölkerung bildet. Dadurch wird die Krebssterblichkeit der männlichen Bevölkerung stark herabgedrückt. Aehnlich Steyr mit seiner männlichen Fabriksbevölkerung.

Aus diesen Gründen dürfen wir die Krebssterblichkeit der Städte nicht ohneweiters für die territoriale Vertheilung des Krebses ausbeuten.

Eine niedere Krebssterblichkeit zeigen die schlesischen Städte, Czernowitz, ein Theil der mährischen Städte, ein Theil der Tiroler Städte, Rovigno, und (relativ) Lemberg. Ein Theil dieser Städte liegt in Kronländern mit niederer Krebssterblichkeit, aber nicht jede Stadt dieser Länder (vide Krakau!) zeigt niedere Krebssterblichkeit. Ein anderer Theil liegt in Kronländern mit hoher Krebssterblichkeit. Zwei — der Grösse nach zwar verschiedene — benachbarte Städte können verschiedene Krebssterblichkeit haben. Ich erwähne diesbezüglich Triest und Rovigno, beide Orte mit vorwiegend italienischer Bevölkerung. Hervorzuheben ist ferner der Unterschied zwischen Krakau und Lemberg, Städten, deren Bewohner dieselbe oder doch eine verwandte Nationalität aufweisen. Bemerkenswerth ist ferner der Unterschied der südtiroler Städte. Kurz und gut, soweit die Städte in Betracht kommen, lässt sich nicht ohne weiteres ein Einfluss der Nationalität oder der geographischen Lage nach weisen.

Wir müssen aber im Auge behalten, dass die Krebssterblichkeit der Städte durch verschiedene Factoren so beeinflusst wird, dass möglicherweise die Wirkung von Nationalität und Lage ganz verdeckt wird. Zum Nachweise dieses Einflusses würden dann die Landgemeinden besser dienen. Ein solcher Einfluss soll nach Kruse!) vorhanden sein. Für Oesterreich speciell erklärt Kruse, dass der Krebs in Salzburg, Tirol, Steiermark, Ober- und Niederösterreich eine maximale Ausbreitung besitzt. Wie wir gesehen haben, stimmt diese Behauptung nur zum Theile mit der Wirklichkeit. Böhmen und Mähren haben eine höhere Krebssterblichkeit als Steiermark. Diese beiden Länder würden aber in die Theorie Kruses nicht passen, dass sin Mitteleuropa nach den Alpen zu eine Zunahme der Krebserkrankungen sich findet. An Kärnten, das doch auch ein Alpenland ist, wurde nicht gedacht.

¹⁾ Krebs und Malaria. Münchener medicinische Wochenschrift, 1901.



Die Alpen erscheinen Kruse nur als Wohnsitz des Rasse, welche stärker zu Krebserkrankungen neigt, nicht als Ursache der Krankheit. Die Alpen sind das Centrum einer nach Norditalien und Süddeutschland vorgeschobenen Rasse mit ausgeprägter Kurzköpfigkeit und der Neigung zu Krebs. Dass letzteres für Oesterreich nicht ganz stimmt, sahen wir. Ob es für Baiern, Baden, Württemberg zutrifft, kann ich nicht sagen. Dass aber die von Kruse vorgelegte italienische Statistik in diesem Sinne gedeutet werden darf, dagegen muss ich entschieden Protest erheben.

Kruse gibt die Sterblichkeit der nördlichen und südlichen Provinzen Italiens an Malaria und Krebs wieder. In ersteren ist der Krebs, in letzteren durchschnittlich Malaria häufiger. Diese beiden Provinzgattungen mit einander zu vergleichen, ist aber nicht ohne weiters gestattet. Der Norden beherbergt Italiens Industrie; seine Bevölkerung gehört zu den culturell vorgeschrittensten, auch in sanitätspolizeilicher Beziehung. Der Süden Italiens steckt sozusagen noch tief in hygienischer Barbarei; ärztliche Hilfe ist ausserordentlich selten. Die Todesursachenstatistik Norditaliens ist daher so zuverlässig, wie die anderer Länder. Die Todesursachenstatistik Süditaliens verdient nur hinsichtlich allgemein genau gekannter Krankheiten Glauben. Eine solche ist die Malaria, eine solche ist aber nicht der Krebs. Die Krebsziffern Süditaliens als der Wirklichkeit nahe kommend zu betrachten, haben wir daher gar keinen Grund. Sie zur Grundlage einer Hypothese zu machen, ist unstatthaft.

Es ist hier dasselbe, wie in Oesterreich der Mangel an ärztlicher Beglaubigung. Daran vergessen zu haben, ist Kruse's Fehler. Würde Kruse daran nicht vergessen haben, hätte er die Sache wenigstens erwähnen und abfertigen müssen. Die Statistik ist wie ein Experiment. Die Vorbereitungen müssen genau getroffen werden. Alle Reagentien müssen rein sein. Es darf nur ein Factor einwirken. So weit sind wir bei der Todesursachenstatistik noch lange nicht. Die officiellen Zahlen gleichen noch lange nicht genau getroffenen Vorbereitungen. Sie sind wie Reagentien, welche mit dem Gifte verunreinigt sind, zu dessen Nachweise sie dienen sollen. Die Zahlen werden ferner oft angeführt, ohne dass alle in Frage kommenden Factoren berücksichtigt werden, als ob ein Experiment auf eine Frage antworten könnte, wenn verschiedenartige Einflüsse zugelassen wurden. Auf diese Art ist die Statistik in den schlechten Ruf gekommen, dass mit ihrer Hilfe Alles bewiesen werden könne.

Kruse meint, dass Körpergrösse und Krebssterblichkeit in einem ganz bestimmten Zusammenhang stehen. Das soll nicht heissen, dass überall mit zunehmender Körpergrösse die Krebssterblichkeit zunimmt; gibt doch Kruse selbst an, dass die Bewohner des »Krebscentrums« kleiner sind, als die Norddeutschen. Für Italien aber soll es zutreffen. Eine Erklärung für den Zusammenhang gibt Kruse nicht. Die Richtigkeit einer Thatsache wird aber dadurch nicht erschüttert, dass man sie nicht erklären kann. Die Thatsache weist nun Kruse durch einen Vergleich der oben in ihrer Zuverlässigkeit charakterisirten Todesursachenstatistik mit der Zahl der wegen Körperkleinheit bei der Recrutirung Ausgemusterten nach.

Sind aber diese Zahlen thatsächlich der richtige Maassstab für die Körpergrösse eines Volkes? Kruse nimmt es ohne weiters au, und manch' Anderer wird über meine Frage verwundert den Kopf schütteln. Aber überlegen wir uns die Sache einmal theoretisch. Wenn einem grossen Percentsatze Untermaassiger ein ebenso hoher Percentsatz Uebermaassiger gegenübersteht, wird die durchschnittliche Körpergrösse dieselbe sein können, wie wenn einem niedrigen Percentsatze der einen Sorte ein niedriger Percentsatz der anderen Sorte gegenüber steht. Ein hoher Percentsatz Untermaassiger bedingt noch nicht einen niedrigen Percentsatz Uebermaassiger. In obigem Falle kann man bei demselben Volke ebenso gut von einem kleinen, wie von einem grossen Volke sprechen, je nachdem man die Zahl der Untermaassigen wie der Uebermaassigen betrachtet. Ein richtiges Bild der Körpergrösse eines Volkes erhält man daher erstens aus der Zahl der Untermaassigen,

zweitens aus der Zahl der Uebermaassigen, drittens aus der durchschnittlichen Körpergrösse.

Es ist dies keine blos theoretische Speculation. Die Verhältnisse können in Wirklichkeit so sein, dass ein hoher Percentsatz der einen Körpergrösse nicht schon entscheidend ist. In meinem Aufsatze Einige Ergebnissse aus den Schweizer Recrutenuntersuchungen«,¹) in welchem ich auch die Körpergrösse der Schweizer Recruten untersuchte, finden sich genug Beispiele dafür, dass demselben Percentsatze der einen Körpergrösse ein variabler Percentsatz der anderen Körpergrösse entspricht, wenn auch ein excessiv hoher Percentsatz einer Körpergrösse bestimmend ist. Dies bestätigt auch folgende Zusammenstellung²).

Von je 1000:

J	_				V	Vehrpflichtigen	Unte	ersuchten (1883	—1893) war
Militärterri tor	ria	lbezi	irk			en untermaassig (1889—1893)	kleiner	mittlerer	grosser Statur
Wien .						2 8	227	553	220
Innsbruck						26	199	553	248
Graz .						20	174	548	278
Zara .						9	96	454	450
Prag .						18	191	567	242
Josefstadt						22	221	563	216
Brünn .				•			240	562	198
Krakau						49	385	482	133
Premysl						68	3 58	528	114
Lemberg						59	363	501	136

Dort, wo Kruse excessiv hohe oder niedrige Percentzahlen der Untermaassigen hat, ist seine Körpergrössenscala richtig, bei den mittleren Zahlen muss sie es nicht sein.

Die Ergebnisse der österreichischen Recrutenuntersuchungen werden nicht nach den politischen Verwaltungsbezirken veröffentlicht wie die Civilstatistik. Es ist mir daher nicht möglich, Krebssterblichkeit und Körpergrösse miteinander genau zu vergleichen. Ich beschränke mich daher auf einige allgemeine Andeutungen. Dalmatien hat eine niedrige Krebssterblichkeit bei grosser Körperstatur seiner Bewohner. Im Militärterritorialbezirke Graz ist der Percentsatz der Untermaassigen kleiner, der Uebermaassigen grösser als im Militärterritorialbezirke Innsbruck, in Steiermark aber ist die Krebssterblichkeit niedriger als in Tirol. Der Militärterritorialbezirk Prag gleicht Innsbruck, Böhmen aber nicht Tirol, Josefstadt gleicht Wien, Böhmen aber nicht Nieder- und Oberösterreich und Salzburg. Nur für Galizien trifft die Kruse'sche Theorie zu: Geringe Körpergrösse, geringe Krebssterblichkeit. Ich halte daher Alles in Allem die Kruse'sche Theorie vorderhand für nicht genügend statistisch begründet.

Im Folgenden will ich noch weiter ins Detail der territorialen Vertheilung der Krebssterblichkeit eingehen. Ich muss mich mit der Eintheilung nach Bezirkshauptmannschaften begnügen, da eine weitere Detaillirung fehlt. Will ich aus den Daten irgend welche Schlüsse ziehen können, so muss ich die schlecht fundirten Zahlen ausscheiden. Ich gebe daher die Krebssterblichkeit nur von jenen Bezirkshauptmannschaften an, wo mehr als $90^{\circ}/_{o}$ der Todesursachen ärztlich beglaubigt sind. Die schon vorher angeführten Städte lasse ich aus.

Allgemeines statistisches Archiv. V. I.
 Myrdacz: Statistischer Sanitätsbericht über das k. u. k. Heer für die Jahre 1883—1893.
 Tab II.

Es starben an Krebs:

			Abs	olut			A	uf je	100.0	000 L	eben	de
Bezirkshauptmannschaft	188	30—1	887	188	8—1	897	188	0-1	887	188	8-1	897
	M.	w.	B.G.	M.	w.	B.G.	M.	w.	B.G.	M.	W.	B. G
Niederösterreich.												
Amstetten	282	398	680	318	433	751	81	111	96	81	109	9
Baden	218			364			67	96			116	
Bruck a. L	186				294	515	58	71	64	79	104	9
Gross-Enzersdorf	116	139	255		182		58	68	63	87	95	5
Floridsdorf			400-	63	71							
Hernals	525	740	1265		371	1	60	83	71	70	101	١,
Hietzing-Umgebung	76	114	190	118 141	187		55	76	66	76 86		
Korneuburg	241			343	185 359		78	104	91	87	95	
Krems	290				479		71	87	79	93		
Lilienfeld	53				35	55	57	90			110	-`
Melk	.		"	37	66		"	59	''			
Mistelbach	224	304	528		491		58	74	66	82	101	!
Mödling				40	41	81						l
Neunkirchen	149				258		51	79			75	
Ober-Hollabrunn	248				413	1	84	90			116	-
St. Pölten	271				494		68	86	1		106	
Scheibbs	131				191	:	74	91	84		99	'
Sechshaus	349	571	920			318	4 5	74	59			1
Fulln	144	189	333	123 231	$\frac{196}{235}$		44	56	50	64	63	-
Wiener-Neustadt Umgebung					301			101		1		
Währing	199	200	334	123	166		61	101	ינס	19	102	
Zwettl	199	236	435		324		62	72	67	82	87	۱ ۽
•	100	-00		501	021	O.C	0.		0.		٠.	(
Oberösterreich.												
Braunau	162	194	356	215	324	539	75	87	81	84	124	10
Freistadt	87						44	53		47	65	
Imunden			430	299			87	118			126	
Kirchdorf	81	110			163	287	63	82	72	82	105	
inz-Umgebung	110				286		40	78	50	70	85	
Perg	85					,	41	67	55	43	81	
Ried	168						73	87	79	93	136	. –
Rohrbach	135		- 1				61	66			69	
Schärding	152			191			71 81	88	80		105	
Steyr-Umgebung	208 248			201 319	293 411	494 7 3 0	94	115 115			99 132	,
	160				359		46	63	105 55		89	-
Wels , . , ,	100	220	365	211	300	000	40		33	10	00	
Salzburg.												
Hallein				40	45	85			H			
St. Johann	61	76	137		140		54	65	59	86	103	ç
Salzburg-Umgebung	354		687		419			124	- 1		142	
Camsweg	21	37		37	37	74	42	70		68	64	
Zell a. Š	106			118	188	- 1		94			131	
Steiermark.		į										
	105	961	42 6	960	201	607	go	112	89	97	126	1/
Brack a. M						559						
reidnach	. 120	440	014	641	919	000	411	12	01		. o≄. or:	

Digitized by Google^{3*}

			Abs	olut			A	uf je	100.0	000 L	eben	de
Bezirkshauptmannschaft	188	30—1	887	188	88—1	897	188	30—1	887	188	8-1	807
	M.	w.	B.G.	M.	w.	B. B .	М.	w.	B.G.	M.	w.	B.G.
Graz-Umgebung	171 58				318 188		37 52	57 78	47 65		74 104	57 96
Judenburg	137			1			67	142	103		123	
Deutsch-Landsberg	46 105			95 128	167 216		23 41	47 64	36 55		72 74	56 60
Leoben	101				305		59	100	79		151	110
Liezen	40			64	102	-	41	75	58		97	79
Murau	66			97 121	104 157	1	61 50	95 78	78 64	81 69	86 87	
Voitsberg				68	86	154			1			I
Weiz	106	170	276	184	188	372	45	71	58	67	68	68
Tirol.									!			
Ampezzo	11	14	25	18	16 59	34 98	46	53			54	62 27
Borgo	186	65 223		39 273	277	1 - 31	26 70	36 ₁ 85	32 78		31 92	91
Bruneck	82	72	154	130	159		58	61	59	85	99	92
Cavalere	19	37	56	40	54		21	39	30	39	51	45 66
Cles	113 212	131 221		146 300	136 3 09	11	61 97	62 100	61 98	76 114	59 116	115
Kitzbühel	81	119	- 1	112	129		89	127	108	_	121	116
Kufstein	103	110	- 1	135	136		86	92	89	94	95	94
Lienz	78 17	83 18	161 35	$\frac{107}{32}$	110 32	217 64	67 41	64 39	65 40	82 72	77 62	79. 67
Primiero	76	53	1	72	84	- 11	123	79	100		117	112
Riva	56	46	102	58	57	115	56	5 0	52	5 0'	49	5 0
Rovereto-Umgebung	77		182		111	11	36	52	44		48	48 152
Schwaz	125 93	130 82		165 131	208 104	- 4	121 70	118 58	119 60	138 92	166 59	74
lione ,		02	1.0		101		•					
Vorarlberg.									ľ	.		
Bludenz	100			111	96		106	64	- 1	106	81	92 90
Bregenz	87 217	91 250	178 467	161 259	$\frac{176}{243}$		59 124	57 137	58 130	87 119	91 109	
reidalich		200	101					101	100		-00	
Böhmen.												
Asch	139		152	79			51 50	66 84	59 68	53 66	81 88	67 77
Aussig	123 147	$\begin{array}{c} 215 \\ 153 \end{array}$	338 300		316 207		55	50	54			69
Bischofteinitz	51	82	133	72	109	181	3 0	43	37	38	51	45
Blatna	55	54		123			27		26	57	56	56 62
Böhmisch-Brod	98 235	$\begin{array}{c} 121 \\ 334 \end{array}$		182 313	193 445		39 84	45 109	42 96	63 102	62 131	117
Braunau	95	132		189	223	412	47	59	53	82	88	85
Brüx	93	121		168	212		59	76	68	69	89	79°
Budweis	113 70	152 92	265 162	213 132	270 122		34 29	43 34	39 34	53 48	62 41	58 44
Caslau	78		178	147	198		65	78	72	73	94	84
Chrudim	73		189	164	250	414	22		27	44	61	53
Dauba	50		111 215	78	$\begin{array}{c} 94 \\ 220 \end{array}$	172 452	44 55	48 47	46 50	65 70	70 67	68 69
Deutsch-Brod	113	102	210	232 51	59		00	41	30	10	01	91
244				3.	55		į		1		.	

			Abs	ol ut			A	uf je	100.0	000 L	ebend	le
Bezirkshauptmannschaft	188	60 – 1	887	188	8-1	897	188	30—1	887	188	8-18	397
!	M.	W.	B.G.	М.	w.	B.G.	M.	w.	B.G.	М.	W.	B.G.
Eger	96	117	213	188	247	435	44	50	47	76	94	85
Falkenau	96	111	207	206	256	462	39		41	65	78	72
Friedland	114	134		178	234	412	85		88	89	110	
Gabel	131	144			136	271	99		97	94	100	
Gablonz	123 34	171 40		250 109	360 113	$\frac{610}{222}$	55 20	1	63 21	81 52	108 5 0	
Hohenelbe	73	94		144	195	339	46	53	50	79	96	88
Hohenmauth	59	74		117	159	276	25	1	27	44	53	49
Horowitz	97	124		157	194	351	29		32	41	48	45
Jicin	188	228	416	243	305	548	48	53	50	55	64	59
Joachimsthal	62	66		98	161	259	65		62	87	123	
Jung-Bunzlau	64	104	i		190	340	27	42	34	53	63	58
Kaaden	151	156		237		503	61	60	60	81	86	83 89
Kaplitz	75 107	111 99	186 206	144	158 276	302 565	36 46	49 38	43 42	62 101	63 88	62 94
Karolinenthal	172	253		$\frac{289}{229}$	299	528	40	90	4.2	53	68	61
Kladno	1,2	400	130	61	90	151				50	30	
Klattau	95	94	189		193	351	34	31	32			
Kolin	79	97	176	214	22 0	434	32	36	34	72	69	70
Komotau	62	102	164	160	226	386	32	50	41	64	89	77
Königgrätz	116	147	26 3,	265	313	578	32	39	35	64	72	68
Königinhof	93	171	264	179	208	387	37		53	62 ₀	73 56	67 5 6
Kralowitz	34 57	58 80	92 137	84 156	$\frac{92}{179}$	176 335	$\frac{25}{25}$		32 30	56 61	56 66	64
Krumau	99	93		187	215	402	41	35	38	68	72	70
Landskron	91	105	196	127	215	342	39	41	40	47	72	60
Laun	63	74	137	82	135	217	49	54	52	53	83	68
Ledeć	87	83	170	128	107	235	44	39	41	59	44	52
Leitmeritz	148	262	410	- ,	308	527.		80	62	59	84	71
Leitomischl	46	68	114	82	103	185		31	27	38	42	40
Luditz	31 67	62 94	93 161	71 120	$\begin{array}{c} 91 \\ 128 \end{array}$	162 248	26 45	47 58	38 51	55 68	66 6 8	60 68
Melnik	80	93	173	163	190	353	84	91	88	58	63	60
Moldauthein	17	17	34	31	32	66	23	21	22	45	39	42
Mühlhausen	87	85	172	87	110	197	58	52	55	52	61	56
Münchengrätz	62	79	141	125	149	.274	45		4 9	80	87	84
Neubydzow	76	107	183	168	215	383	37	47	42	72	84	78
Neuhaus	137	131	268	193	171	364	64	:	61	83	69	76
Neustadt	146 117	$\begin{array}{c} 143 \\ 142 \end{array}$	289 259	$\frac{241}{220}$	282 266	523 486	43 37	38 41	4 0 3 9	58 59	64 65	61 62
Pardubitz	185			279	297	576	54		51	72	72	72
Pilsen	161	$\frac{1}{220}$. 11	335	415	750	33	44	39	61	71	66
Pisek	100	127	227	163	175	338	34	39	37	50	49	49
Podebrad	100	122	222	170	210	380	37	41	39	53	60	56
Podersam	62	72		86	127	213	38		40	47	65	57
Polička	34	45	79	86	97	183	. 27			61	62	62
Polna	33	31		160	992	391	. 44 33			52	66	59
Prachatitz	94 57	112 51		166 106	$\frac{225}{126}$		34		31	57	64	
Přibram	125	149			182	357	51		54	58	57	58
Rakonitz	97	127		137	156		53		59	68	71	6 9
Raudnitz	82	111		102	183		49	62	56	52	87	
Reichenau	46	56				247	25		26	53	56	55
Reichenberg-Umgebung	126	160	286				48	56	53	83	89	
Rokycan	107	200	400	42	35	77	or	190	104	97	128	62 114
Rumburg	197		499 175		$\frac{382}{184}$					63	92	
Saas	141		347							54	74	
Schian	144	203	0.41	ردد	510	U-1	30	00	50	04	• •	
'	• '		1 1	,		, ,	•	į		. ,	-	

			Abs	olut		l	Aus	i je 10	0.00	0 Le	pende	В
Besirkshauptmannschaft	188	80—1	897	188	8—1	897	1880	—1887	1	1888	3—18	97
	M.	w.	B, G.	М.	w.	B. G.	М.	w . \B.	\mathbf{G}	M.	W .	B.G
Schluckenau	193	265	458	167	235	402	106	129	118	80	99.	90
Schüttenhofen	61	76) 1	98		242	28	32	30	38	52	48
Selčan	121	115	236	222	202	424	51	45	48	86	73	79
Semil	56	57					27	25	26	62	70	66
Senftenberg	103	110		164	197		43	41	42	1	· ·	6
Smichow	201		,	294	- : :	1	38		42		57	5
Starkenbach	63 115			134 191		266 402	32 38		29	1		5 6
Tabor	159	109		223	199		50 52	1	37.	11	1	ō
Tachau	24	30		95	94		15	1	41 16	11		5
Taus	86	83	!	120			44		42	11		6
Tepl	48	65	. 1	87	128	1	39		43			É
Teplitz	233	350	583	274	395	669	61			1		7
Tetschen	231	299	,		410	i	66			1		7
Trautenau	109			250	341	,	39	40				
Turnau	43	43	86	83		!	26	23	24	40		4
Königl. Weinberge	76	103		294	386	1		_ i		50		_
Wittingau	104	129	233	148	164	312	57	66	62	73	76	7
Mähren.									!			i
		100	•	4.0	200	1		.				
Auspitz	91	129		153			34		39	11		_
Brünn-Umgebung	202 113			280	444 212	,	42			'		
Datschitz	61	93	-	189 114	169		45	**	44			
Gaya	70	76		137		345	36	1	42	il		_
Hohenstadt	91	145		169			38		26	Ή	1 1	6
glau-Umgebung	52	78		118	111		38		40	1		
Kremsier-Umgebung	69	93	162	99		: +	45		46 49	11 11	1.	
Littau	119	180		217			4:		48	0		_
Mährisch-Budwitz				13	23	36		500	*20	1 00		
Mährisch-Kromau	49	67	116	116	127		3:	1 39	3 5	64	64	6
Mährisch-Schönberg	133		1	214	3 03		4	- 1 00	51	16		1 7
Mährisch-Trübau	114	189		160	271	431	4:	2 60	34		73	6
Mährisch-Weisskirchen	68	118	186	- 1	185	1	3	4 52	43	14		
Gross-Meseritsch	40	56	96	82	92		2	7 36	32			
Mistek	98 87	$\frac{139}{148}$	237 235	161 160	210 193)) •		39			
Neutitschein	48	75	123	114	162		II 3		43			
Olmütz-Umgebung	79		229	179	235		11	5 49	41	II		
Prerau	64	123	187	156	230	_		8 65	52			
Prossnitz	120	193	313	197	260			O 53	42	il	~~	
Römerstadt	40	54	94	99	108	207	3	~ i	64			
Sternberg	82	128	210	137	230		1 3	_ (37			
Tischnowitz			- 1	9	6	15	,	3 46	40	48		1
Trebitsch	66	87		104	131	235	3	5 44	39	46	55	۱ ،
Ungarisch-Brod	95		200	119	162	281	5		39 39	11		
Ungarisch-Hradisch-Umgebung	122		307	195	234	429	911 95		59 44	1		5
Wischau	127 154		274 359	216 266	302 313	518 579	4	2 42	42	60	73	6
		_00		_55	-10	-10	4	2 53	48	6 0	69	0 :
Schlesien.												
D 1 41-1	59	87	146	81	135	216	:11	ا ا		0.5	25	4
Freudenthal	60	76	136	110	126	236	3	O 41	36	37	55	4

Die Berechnung der Verhältniszahlen bot sehr oft wegen der inconstanten Abgrenzung der politischen Bezirke, insbesondere im Kronlande Niederösterreich, Schwierigkeiten. Wo im Verlaufe der Beobachtungsperiode ein politischer Bezirk einfach in zwei getheilt wurde, berechnete ich die Verhältniszahlen nur für den ungetheilten Bezirk; so z. B. für Lilienfeld bei St. Pölten, für Hallein bei Salzburg-Umgebung, für Voitsberg bei Graz-Umgebung, für Dux bei Teplitz, für Kladno bei Smichow, für Tischnowitz bei Brünn-Umgebung. Wo durch Gebietssausscheidung aus mehr als einem Bezirke ein neuer Bezirk gebildet wurde, berechnete ich die Verhältniszahlen für die alten Bezirke nur für die Zeit ihrer Ungetheiltheit. Dies ist z. B. bei Baden, Krems, Wr.-Neustadt-Umgebung, Znaim-Umgebung, Datschitz etc. der Fall. Wo im Verlaufe der Beobachtungszeit die Grenzen zweier aneinander grenzender Bezirke sich verschoben, berechnete ich die Verhältniszahlen für beide Bezirke zusammen. Dies trat nur bei Floridsdorf (dem an Stelle von Gross-Enzersdorf getretenen Bezirke) und Korneuburg ein.

Je grösser die Verhältniszahlen sind, die wir der weiteren Besprechung zu Grunde legen, umso krassere Unterschiede werden hervortreten. Ich wähle daher die Verhältniszahlen für das weibliche Geschlecht als Grundlage. Doch will ich bemerken, dass die Verhältniszahlen für beide Geschlechter überall fast zum gleichen

Ergebnisse führen.

In Tirol finden wir in den südlichen Gegenden (Wälschtirol) die geringste Krebssterblichkeit, dieselbe steigt in Mitteltirol an, ist daselbst ungefähr so gross wie in Vorarlberg, ist in Nordtirol sehr gross, insbesondere in den an Salzburg grenzenden Bezirken. Sehr gross ist sie auch in den angrenzenden Bezirken Salzburgs, dann in Salzburg-Umgebung, wo sie mit der grossen Krebssterblichkeit einiger Bezirke Oberösterreichs zusammentrifft. In Oberösterreich ist die Krebssterblichkeit nördlich der Donau durchwegs bedeutend kleiner als südlich der Donau, im letzteren Gebiete östlich kleiner als westlich. In Nordsteiermark ist die Krebssterblichkeit grösser als in Mittelsteiermark, und zwar in den an die Mur grenzenden Bezirken Nordsteiermarks am grössten. In Niederösterreich ist die Krebssterblichkeit fast durchwegs gleichmässig hoch; ausgenommen ist nur der an Steiermark angrenzende südöstliche Bezirk Neunkirchen und die an Böhmen und Mähren grenzenden Bezirke Zwettl und Waidhofen a. d. Th. Die Krebssterblichkeit ist allerdings nicht so excessiv hoch wie in den bezeichneten Theilen Tirols, Salzburgs, Oberösterreichs, Steiermarks, dafür aber finden sich auch keine geographischen Unterschiede zwischen den Bezirken nördlich und südlich der Donau. Böhmen und Mähren zeigen eine bedeutend geringere Krebssterblichkeit als die bisher genannten Länder. In den deutschen Bezirken Nordböhmens wird sie noch hoch; aber in Mittel- und Südböhmen und in ganz Mähren ist sie niedrig, fast so niedrig wie in Südtirol. Insbesondere muss hervorgeboben werden, dass in den südlichen Bezirken Mährens sich eine bedeutend geringere Krebssterblichkeit findet, als in den entsprechenden angrenzenden Bezirken Niederösterreichs. Es wäre von grossem Interesse, die Krebssterblichkeit in den an Oesterreich grenzenden bayrischen, sächsischen und preussischen Bezirken mit der in den entsprechenden österreichischen zu vergleichen.

Die Bemerkung Kruse's, dass der Krebs in Salzburg, Tirol, Steiermark, Oberund Niederösterreich eine maximale Ausbreitung findet,') ist in dieser Allgemeinheit nicht ganz zutreffend. Die Krebssterblichkeit ist in diesen Kronländern zwar durchschnittlich hoch, maximal aber ist sie nur in einzelnen Bezirken, in anderen Bezirken ist sie sogar nur mittel oder unter Mittel.

Dass die Krebssterblichkeit in Beziehung zur Dichte der Bevölkerung wächst, lässt sich aus der geographischen Vertheilung nicht ersehen. Gerade in wenig dicht bevölkerten Bezirken finden wir die höchste Sterblichkeit; ich verweise diesbezüg-

¹⁾ Krebs und Malaria.

lich auf Nordtirol, Salzburg, Nordsteiermark, Oberösterreich hin. In Böhmen allerdings haben die nördlichen Bezirke mit ihrer hohen Krebssterblichkeit die dichteste Bevölkerung. Doch genügt ein Fall nicht zur Aufstellung eines allgemeinen Gesetzes. Geht man weiter auf das Detail des Vergleiches zwischen Bevölkerungsdichte und Höhe der Krebssterblichkeit ein, so zeigt sich ein so wechselndes Verhalten, dass man jener jeden Einfluss auf diese, oder mindestens einen in die Augen

springenden Einfluss absprechen muss.

Die hohe Krebssterblichkeit in den Alpengebieten legt den Gedanken an den Einfluss der Bodenerhebung nahe. Ist ja auch im gebirgigen Nordböhmen die Sterblichkeit hoch. Ein solcher relativer Einfluss mag ja bestehen, insoferne die gebirgigen Theile eine böhere Krebssterblichkeit aufweisen als die angrenzenden tieferen Landestheile oder gar Tiefebenen. Keineswegs steht aber die Sache so, dass die Höhe der Krebssterblichkeit der Erhebung über dem Meeresspiegel parallel läuft. Das sehen wir schon an Tirol; die südlichen Kalkalpen zeigen die überhaupt niedrigste Krebssterblichkeit in den genannten Ländern, die Centralalpen, wo die höchsten Gipfel sind, eine niedrigere als die nördlichen Kalkalpen. Gerade in den nördlichen Kalkalpen und deren Ausläufern finden wir die höchsten Erhebungen. Während das Hügelland nördlich der Donau in Oberösterreich eine bedeutend niedrigere Krebssterblichkeit hat als das Gebirgsland südlich der Donau, trifft dies für Niederösterreich, wo die Tiefebenen schon grössere Ausdehnung gewinnen, nicht zu. Wohl hat das Gebirgsland in Nordböhmen höhere Krebssterblichkeit als die Ebenen Mittelböhmens, aber die Krebssterblichkeit des gebirgigen Böhmerwaldes ist eher kleiner denn grösser als die der Ebenen. In Mähren haben wir geradezu in den Tiefebenen die höhere, in den gebirgigen Theilen die niedere Krebssterblichkeit.

Bleibt also noch der etwaige Einfluss der Rasse zu besprechen. Beim ersten Blicke auf die niedrige Krebssterblichkeit Wälschtirols fühlt man sich wie Kruse zur Annahme einer grösseren Krebsdisposition des deutschen Stammes getrieben. Auch die deutschen Gegenden Nordböhmens haben eine höhere Krebssterblichkeit als die angrenzenden slavischen Bezirke. Ueberhaupt zeigen die deutschen Länder eine höhere Krebssterblichkeit als die slavischen. Bei genauerem Zusehen wird man aber in der Annahme irre. In reindeutschen Gegenden sehen wir grosse Schwankungen der Krebssterblichkeit. So z. B. Tamsweg in Salzburg, Lienz in Tirol, der nördliche Theil Oberösterreichs, Neunkirchen und Waidhofen in Niederösterreich. Der deutsche Böhmerwald hat keine höhere Krebssterblichkeit als die angrenzenden slavischen Bezirke, ebenso die deutschen Gebiete Mährens, die auch von Kroaten bevölkerten Theile Niederösterreichs keine geringere als die reindeutschen. Wir finden also im Detail keinen ausgesprochenen Einfluss der Rasse, wenn er auch im Allgemeinen vorhanden zu sein scheint.

Es mag ja sein, dass die erörterten Factoren thatsächlich von Einfluss auf die Krebssterblichkeit sind; jedenfalls ist ihr Einfluss nicht der einzig maassgebende. Viele andere, locale, bislang unbekannte Einflüsse spielen auch mit. Doch bedeutet das *local« hier nicht eine engbeschränkte Oertlichkeit. Sehen wir ja grössere zusammenhängende Gebietstheile gleiche Krebssterblichkeit aufweisen, zum Beweise, dass die auf die Krebssterblichkeit einflusshabenden Momente gleichsam einen *Zug ins Grosse« haben.

IV.

Wenn der Krebs in der Statistik der Todesursachen an Bedeutung gewonnen hat, so hatte dies durchaus keine Vermehrung der Gesammtsterblichkeit zur Folge. Ich möchte zwar nicht behaupten, dass die Gesammtsterblichkeit in Abnahme ist; die Mortalität eines jeden Landes unterliegt periodischen Schwankungen. Jedenfalls

ist aber die Gesammtsterblichkeit derzeit trotz Zunahme der Krebssterblichkeit niedriger. Es geht dies aus der folgenden, der officiellen Statistik entnommenen Zusammenstellung für die Jahre 1880—1894 hervor. Von je 100.000 starben in Oesterreich:

		M	[änne	r			7	V e i b e	r	
Jahr	überhaupt	an natür- lichen Krank- heiten	an Krebs	an Alters- schwäche	an Lungen- tuber- culose		an natür- lichen Krank- heiten	an Krebs	an Alters- schwäche	an Lungen- tuber- culose
1880	3270	3070	3 5	269	3 97	2860	2745	46	288	349
1881	3387	3188	38	274	413	29 53	2840	47	301	358
1882	3439	3232	38	2 63	408	3 000	2881	49	2 89	361
1883	3388	3182	3 9	288	438	2969	2848	51	318	385
1884	3327	3115	43	270	427	2921	2798	51	299	380
1885	3450	3231	45	291	443	3027	2904	65	318	397
1886	3395	3179	45	285	440	2982	2856	56	312	394
1887	3356	3 136	45	275	41 0	2966	2839	55	3 08	369
1888	3432	3213	47	295	427	3047	2919	58	331	389
1889	2994	2793	47	258	370	2680	2562	56	291	345
1890	3204	3006	47	280	410	2873	2758	58	319	378
1891	3125	2916	49	268	3 80	2780	2658	60	308	352
1892	3204	2996	51	284	381	2888	2770	64	330	362
1893	3 090	2878	55	278	369	2741	2618	65	322	340
1894	3204	2992	58	265	387	2840	2717	68	306	360

Wenn wir die Verhältniszahlen der Krebssterblichkeit betrachten, werden wir es übrigens auch begreiflich finden, dass eine Aenderung derselben keinen prompten Ausdruck in einer Aenderung der Gesammtsterblichkeit finden wird. Die quasi physiologischen Schwankungen der Gesammtsterblichkeit sind grösser als die Krebssterblichkeit überhaupt und der Antheil der Krebssterblichkeit an der Gesammtsterblichkeit ist minimal

Um den Antheil, welchen die höhere oder mindere ärztliche Beglaubigung der Todesursachen an der Krebsstatistik hat, zu erweisen, könnte man an die Statistik der Lungenschwindsucht und der Altersschwäche denken. Denn eine ärztliche Untersuchung wird auf Kosten dieser beiden die Krebsstatistik vermehren können. Eine Verminderung der Sterblichkeit an Altersschwäche darf aber nicht ohne Weiteres im obigen Sinne gedeutet werden. Oft hängt es ja vom Belieben des Arztes ab, ob er in den Todtenschein Marasmus senilis oder etwa Endarteritis deformans, Emphysema pulmonum, Bronchitis chronica, Nephritis granularis etc. als Todesursache eintragen will. Die Betrachtung obiger Tabelle lehrt aber, dass wir von einer Abnahme der Lungenschwindsucht und der Altersschwäche nicht reden können, dass aber auch die Zunahme der Krebssterblichkeit viel kleiner als die Schwankungen in der Sterblichkeit an jenen beiden Krankheiten ist. Diesbezüglich will ich nicht weiter ins Detail übergehen, indem ich die Vergleiche für jedes Kronland anführe; ich will nur für einige, und zwar die grössten Städte die Daten der Jahre 1880 und 1894, für beide Geschlechter auf je 100.000 Lebende berechnet anführen.

				Kre	bs	Altersso	hwäche	Lungensch	windsucht
				1880	1894	1880	1894	1880	1894
Wien				103	133	129	92	694	489
Graz				151	173	250	298	613	589
Triest				71	114	222	220	519	428
Brünn				48	147	291	210	968	644

Digitized by Google

			Kr	ebs	Altersso	hwäche	Lungensch	windsucht
			1880	1894	1880	1884	1880	1894
Prag			193	183	285	240	1045	746
Lemberg			105	111	224	236	826	718
Krakau .			99	. 210	154	117	485	765

Wir sehen also das allerverschiedenste Verhalten: Zunahme des Krebses mit einer Zunahme oder Abnahme der Lungenschwindsucht, mit einer Abnahme oder einer Zunahme der Altersschwäche. Wo wir die stärksten Krebszunahmen vorfinden, sehen wir ganz divergentes Verhalten der Sterblichkeit an Lungenschwindsucht, an Altersschwäche. In Krakau hat die Altersschwäche um weniger ab- als der Krebszugenommen, die Lungenschwindsucht dagegen sich mehr als doppelt so stark als der Krebs gesteigert. In Brünn haben Altersschwäche und Lungenschwindsucht bedeutend mehr abgenommen, als der Krebs zugenommen hat.

Aus alledem folgt, dass ein Nachweis des Einflusses der ärztlichen Beglaubigung auf die Krebsstatistik sich mit Hilfe der Sterblichkeit an Altersschwäche und Lungenschwindsucht nicht erbringen lässt. Damit ist natürlich die Existenz des Einflusses nicht widerlegt. Wir brauchen blos, um die Berechtigung dieses Satzes zu erkennen, an die verschiedenen Factoren zu denken, welche die Lungenschwindsucht beeinflussen, deren Wirkung die oben zu erweisende Wirkung um ein Vielfaches übertrifft und daher verdeckt, und von denen wir die Schwankungen nicht ohne Weiteres festlegen können.

Wir haben eine Zunahme des Krebses in der Statistik der Todesursachen gesehen. Ob dieselbe auch eine Zunahme des Krebses bedeutet oder nur auf andere Factoren zurückzuführen ist, liess sich nicht sofort entscheiden. Es gibt Gründe sowohl für das eine, wie für das andere. Die Gründe für das erstere fallen umso mehr ins Gewicht, als man eigentlich eine Abnahme der Krebssterblichkeit erwarten sollte, welche wir den Erfolgen der Chirurgie zu verdanken hätten. Man darf aber letztere nicht allzuhoch veranschlagen. Wenn die Chirurgen Oesterreichs alljährlich 500 Krebskranke dem sicheren Tode entreissen würden, eine Zahl, welche in Wirklichkeit wohl nicht erreicht wird, würde dies nur eine Abnahme der Krebssterblichkeit um zwei auf 100.000 Lebende bedeuten. Um in Deutschland diese Abnahme zu erzielen, müssten alljährlich ungefähr 1000 Krebskranke gerettet werden. Man durchforsche aber nur die chirurgischen Statistiken.

Mit welcher Vorsicht übrigens eine statistische Zunahme einer Krankheit oder dgl. aufzunehmen ist, zeigt die Statistik der Unfallverletzungen. In Oesterreich entfielen auf 1000 Vollarbeiter im Jahre 1890 1949, im Jahre 1896 dagegen 5038 Unfallsanzeigen. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle stieg von 819 auf 1445.¹) Es wäre aber verfehlt, daraus folgern zu wollen, dass binnen 7 Jahren thatsächlich 2½ mal mehr Unfälle vorgekommen sind, dass einerseits die Arbeiter leichtfertiger geworden, anderseits die Unternehmer weniger Schutzvorrichtungen anbringen u. s. w. So wie in der Todesursachenstatistik mehr Krebsfälle zur Kenntnis kommen, so gelangen in der Unfallstatistik mehr Unfälle zur Anzeige als früher.

Nehmen wir aber eine steigende Häufigkeit des Krebses an! Daraus die Folgerung zu ziehen, dass der Krebs eine parasitäre Ursache hat, ist aber nicht erlaubt Wie man aus der stetigen Zunahme, respective Abnahme einer Krankheit deren infectiöse Natur folgern kann, ist mir unverständlich. Als ob das Kennzeichen nichtinfectiöser Krankheiten die Constanz ihrer Frequenz ist! Auf diese Art würde Alterschwäche auch eine Infectionskrankheit sein. Die Statistik der Infectionskrankheiten zeigt zumeist keine Constanz, sondern periodische Schwankungen. Dies finden wir

¹⁾ Die Gebarung und Ergebnisse der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten im Jahre 1896.
Wien 1898.



bei den meisten acuten Infectionskrankheiten. Betrachten wir die Tuberculose als Typus chronischer Infectionskrankheiten, so zeigen uns letztere ein verschiedenes statistisches Verhalten: Schwankungen, Zunahme, Abnahme, Constanz. Es ist aber wohl Niemandem eingefallen, die Natur der Tuberculose nach ihrer zeitlichen Frequenz zu bestimmen.

Aber man beruft sich auch auf die plötzlich auftretende Häufung von Krebsfällen. Den Aerzten ist es eine wohlbekannte Thatsache, dass seltene Krankheitsfälle sich öfters binnen kurzer Frist wiederholen. Ein merkwürdiger Zufall. Aber ist das eine charakteristische Eigenschaft der Mikroorganismen? Der Zufall kann merkürdig spielen. Eine Frau leidet an Uteruskrebs, ihr Mann bekommt Peniskrebs. Die Anhänger der parasitären Natur würden nicht verfehlen, diesen Fall für ihre Anschauung auszuschroten. Man bedenke aber erstens, dass das Uteruscarcinom der Frau doch nicht dem Manne Gewähr bietet, nicht an Peniskrebs zu erkranken, ausser durch Infection von der Frau, und zweitens, dass diese Fälle doch so selten sind,

dass sie eher gegen als für die parasitäre Natur des Krebses sprechen.

Ich stehe demnach auf dem Standpunkte Ribbert's, 1) welcher sich gegen jede Verwerthung der Statistik für die Aetiologie ausspricht. Auch durch eine neuere Arbeit Behla's, 2) welche die Häufigkeit des Krebses bei beiden Ehegatten darthun soll, wurde ich nicht wankend. Auf den ersten Anblick frappirt die Behla'sche Statistik durch ihre Reichhaltigkeit. In einem so kleinen Orte 14 Beobachtungen von Krebs bei beiden Eheleuten! Sieht man aber genauer zu, so findet man, dass nur einmal beide Eheleute im selben Jahre an Krebs (aber nicht derselben Localisation) erlagen, ein zweitesmal innerhalb eines Zeitraumes von nicht ganz 2 Jahren. Zumeist liegen 5—9 Jahre, manchmal sogar 20 und mehr Jahre zwischen dem Tode der Gatten, so dass eine Infection des Gatten durch den anderen wohl sicher ausgeschlossen ist. Diese Fälle könnten daher für die Infectionstheorie nur insoferne ausgebeutet werden, als sie auf das Gebundensein des Infectionserregers an eine bestimmte Oertlichkeit (»Krebshäuser«) hindeuten könnten. Nur muss es dann als sehr merkwürdig hervorgehoben werden, dass die Infection nicht zu einer Zeit erfolgte, wo die Infectionsgefahr durch das Vorhandensein eines Krebskranken erhöht war. Weiter auf diese Statistik hier einzugehen, liegt nicht in meiner Absicht.

Anmerkung: Da diese Arbeit schon beim Beginne dieses Jahres fertig gestellt war, konnte sowohl die inzwischen erschienene österreichische Statistik für das Jahr 1898, als auch die bisher im Jahre 1902 über den Krebs veröffentlichten Artikel nicht mehr benützt worden; unter den letzteren finden sich vielfach Bestätigungen der in obiger Arbeit niedergelegten Anschauungen.

BRUSK YON PRIEDRICH JASPER IN WIEN.

¹⁾ l. c. Münchener medicinische Wochenschrift. 1901.

²⁾ R. Behla: Ueber Cancer à Deux und Infection des Krebses. Deutsche medicinische Wochenschrift. 1901.

Anhang.

I.

Geborene und Geburtenverhältnisse in den Städten mit eigenem Statute und in den politischen Bezirken.

	Städte und politische Bezirke		Sumn	nen aus			e b o i				
	und	10		iou aus	den Ja	.hren		Höck	ste	Niedr	ig ste
1		1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zahl	im Jahre	Zahl	im Jahre
25 26 27 28	Wr.Neustadt St. Waidhofen a. Y. Stadt	3975 492 12762 — 15531 — 16473 — 8306 35564 — 5715 13911 — 17231 — 18327 — 1845 — 17339 — 17339 — 18466 — 17339 — 18481 — 17339	39018	7977 490 13434 - 15069 - 16626 - 9694 45221 - 5669 14658 - 17985 - 17985 - 17985 - 17910 - 7198 38565 - 14339 - 10162		3473 454 13569 — 18521 — 11769 — 10465 — 7428 5361 14787 — 3225 10574 — 18201 11926 — 18364 — 7293 — 7294	13549 2153 — — 6579 4308 — 7936 — 2659 5582 2314 — 2659 5582 14228 8098 2550 5936 9447 1089 — 3236 7049 — 4150 —	29331: 51656 868 109 28377 2404 3960 2377 3548 2616 3536 - 2365 10632 - 1696 1240 3093 2018 3523 2774 - 778 927 1419 3880 2781 2550 2005 2735 - 2402 1552 1089 8714 - 1923 - 1923 2343 2175 2865	1895 1896 1899 1899 1899 1899 1899 1895 1889 	687 851 1344 3410. 2655 2196 1937 2263 — 3324 3508 — 2281 1357 1007 6205 — 1784	1892 1893 1872 1893 1871 1893 1871 1897 1871 1891 1892 1871 1896 1892 1871 1892

^{1) 1871—1890. 2) 1891—1899. 2) 1871—1895. 4) 1896—1898. 5) 1899. 4) 1871—1896. 7) 1897—1699. 5) 1871} bis 1871—1896. 15) 1896—1899. 15) 1871—1899. 15) 1871—1899. 1671—1899. 1891. 18

Summe	n der (Todtgeb	orenen	Summe	n der ui	nehelich	Gebor.		1881-	-1899		ınt.	
1881 – 1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	todt. Reboren		Auf 1 Trauung ehelich Geborene	1895—1899 Von 100 Geburten unt. geburtsh. Beistand	
6899 - 178	7530 — 155	 13038 137	- 6744 99	63406 961	61170 - 873	- 89205 876	71079 660	37·4 34·3 30·2	50 43 40	428 346 2 3 5	2·44 2·31 2·82	99·9 99·9	} 1 2
14 327 — — 574	399 - - 651	394 — — 689	14 — 243 72 156	95 2602 — — 2970	105 2602 — — 3320	92 2634 — — 3723	61 - 1291 329 852	24·6 29·5 29·5 30·0 34·6	27 27 33 34 37	193 190 178 153 192	2·35 3·40 3·11 3·84 3 59	92·9 90·8 94·5	1
631 - -	522 - - -	- 375 -	259 - 320 453 70	3259 — — —	3537 — — —		1366 — 1646 2184 233	36·5 40·9 38·0 35·0 35·3	35 33 31 32 32	186 193 164 156 105	3·43 4·19 4·37 4·00 5·01	99·3 99·9 99·7 34·8	} 5 6 7 8
264 2036 — — — — — 134	291 1924 298 119 —	229 — — — 250 167	- - - 180 137	1322 11904 — — — — 555	1487 10530 1922 753 — 628	1601 — — — 1543 552	- - - 1282 463	37·9 37·3 37·3 32·4 32·7 29·8	25 44 44 36 30 29	141 248 283 224 196 102	4·97 3·15 2·87 3·39 3·52 4·19	 95·4	9 }10 }11 12
331 - 524 -	463 - 551 -	487 — 116 389 —	187 330 85	1798 — 2350 — —	1993 2340 	1850 —	917 - 1121 324	35·6 32·8 33·1 31·2 29 6	28 23 32 38 36	124 112 139 146 135	4·40 4·68 4·36 4·32 3·73	99·6 99·2 — 77·3 81·5	}13 }14
108 - 392 - 306	102 - 487 - 370	- - 601 - 388	100 183 451 267 67	1272 1537 2410	1041 - 1724 - 2358	 1695 2405	732 1013 1370 1500 555	33·4 36·8 32·0 34·9 36·7 32·4	30 36 32 27 32 29	334 265 176 89 179 196	3·10 3·37 3·80 5·45 3·41 3·67	87·1 93·6 98·8 99·5	17 18
307 -637	313 — 534 153	402 - - 726	154 295 32 — —	1164 3354	2819 785	1069 4095	1049 807 145 —	34·4 33·7 32·5 35·2 34·3	25 27 29 35 39	172 85 129 184 214	3·34 5·65 3·92 4·00 3·42	91·3 98·8 37·8 — 91·0	20 21
233 — 1737	229 1435		130 260 — 147 —	 1791 9278	1766 8259	 1729 	738 1369 — 969 —	35·8 32·9 32·4 32·7 38·1	39 36 31 34 42	219 187 237 226 232		94·8 80·8 74·2 —	, 99
	250 — 188 — 503	242 — 149 540	253 - 289 40		1381 — 853 — 1514	1078 - 587 1625	1103 - 918 124	35.5 29.7 31.7 30.0 35.4 31.8	46 33 46 49 35	254 144 207 192 106 102	2·80 4·28 3·22 3·55 4·93 5·20	98·0 — 51·7	25 26
378 - 369 -	406 - 384 	375 — 439 —	68 239 254 69	2207 - 1633 -	2484 1581 	2359 — 1689 —	509 1312 904 161	34·4 33·0 34·1 33·8	34 36 30 43	211 200 117 99	4·00 3·76 4·41 4·64	95·6 84·0 31·5	28
16856	18446	20366	12647	11 733 2	118941	124601	99086	35·2	39	259	3.17	94.1	

1890. *) 1891—1899. **) 1896—1899. **) 1896—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **) 1897—1899. **)

						Leb	ndg	e b o	rene			
				Sumi	nen aus	den Ja	hren		Höcl	nste	Niedr	ig st e
		Städte und politische Bezirke	1871 – 1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zabl	im Jahre	Zahl	im Jahre
Oberösterreich	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14	Linz Stadt Steyr Braunau Freistadt Gmunden Kirchdorf Linz Umg. Perg Ried Rohrbach Schärding Steyr Umg. Vöcklabruck Wels Oberösterreich	5613 2516 9780 7213 8273 4764 10472 8172 8818 9040 8267 9593 10256 12802	7310 8450 4870 10607 8102 9447 9116 8781 9489 10837 12266	2320 10531 7550 7941 4814 10561 8538 9509 8982 9078 9344 10854 12298	2601 10455 7687 7801 5222 10899 8324 9276 8583 9081 9603 10493 12384	2728 10594 7972 8542 4853 11993 8548 9512 8547 8878 10159 10799 12742	2237 8316 6232 7359 3904 10524 7017 7478 6721 6956 7956 8705	2216 1681 1905 1178 2728 1822 1954 1879 1914 2157 2251 2705	1899 1876u.91 1893 1895 1899 1888 1899 1896 1877 1897 1893 1899	358 1892 1417 1450 902 2027 1571 1707 1586 1557 1805 1903	1883 187 187 189 187 189 187 189 187 188 187
Salzburg	1 2 3 4 5 6	Salzburg Stadt . Hallein 1) . Salzburg Umg. 2) (St. Johann . Tamsweg . Zell a. S Salzburg	3278 10533 	4480 1848 4799	10775 4116 1638 4568	4395 1611	12252 4535 1756 4984	1596	843 769 2561 1966 973 421 1066	1897 1899 1893 1899 1898 1898 1899	1978 1806 739	1896%.94 1871 1891 1872 1890 1871
Steiermark	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20	Graz Stadt Cilli Stadt Marburg Stadt . Pettau Stadt ') Bruck a. M Cilli Umg Deutschlandsberg Feldbach Graz Umg. '5) . Gröbming '7) . Hartberg Judenburg Leibnitz Leoben {Liezen	7025 12246 15914 — 2301 7363 8009 9376 6804 2956 2425 3714 13802 3808 13165	655 2539 9796 20168 7056 12465 16710 4103	645 2541 — 10437 20412 6719 12687 16614 — 4044 7356 8929 8971 6960 — 3568 3884 14125 3987 12852	9059 9018 7188 — 3557 3886 14424 3953 5319 7621	11064 22300 7180 12789 — 12529 4321 7559 9751 8796 8010 — 3537 3924 14517 4077 — 13141	9459 17824 5538 9587 	3989 168 663 87. 2419 4598 1550 2652 3595 2490 934 1598 2134 1982 1885 1487 873 873 876 2789 2784 1314	1899 1897 1899 1895 1898 1891 1876 1899 1897 1899 1872 1873 1885 1895 1897 1876 1878	100 423 57 1831 3798 1308 2338 2486 2244 675 1386 1478 658 684 2607 708 2395 2341	185: 189: 185: 185: 185: 185: 185: 187: 187: 187: 187: 187: 187: 187: 187

¹) 1896—1899. ²) 1871—1895. ³) 1896—1899. ⁴) 1888—1899. ⁵) 1871—1891. °) 1892—1899.

ummer	n der T	odtgebo	renen	Summe	n der un	ehelich	Gebor.		1881-	-1899		unt	
1881 – 1885	1886-1893	-1895	1896—1899	1881 – 1885	1883–1893	18911895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	Unt 1000 Ge		Trauung Geborene	Von 100 Geburten unt. geburtsb. Beistand	
7	7.	7	7	7	7	7	7 1	000	g	ch	T Q	1895- 100 Ge urtsb	1
88	989	1891	968	1881	883	391	969	Gel Gel	todt geboren	heli	f 1 ich	18 100 bur	1
2	18	18	18	18	18	18	18	Anf	gel	unehelich	Auf 1 ? ehelich	Von	1
329	345	361	273	1751	1996	2099	1884	29.9	68	400	2·16	99.9	
97 319	113 273	115 326	109 317	359 2739	500 2841	417 2811	347 2281	25·3 37·8	42 30	157 260	2·72 4·03	99·9	
239	250	274	251	715	692	637	569	32.2	33	86	4.45		
222	245	287	351	1591	1600	1686	1358	31.5	34	190	3.35	99.3	
135	205	217	168	1302	1484	1286	1025	30.2	37	261	3.14	92.4	1
446	480	455	443	1626	1746 1326	1778	1548	32.7	40	146	3.61	98.6	1
240 188	276 234	345 346	34 8 316	1257 2446	2446	1323 2525	1067 1971	32·9 32·8		148 255	4·19 3·74		
231	269	278	273	969	945	992	743	32.5	31	108	5.18		
203	236	275	254	2211	2223	2157	1720	33.3	28	238	3.89	99.7	1
282	316	438	310	1763	1935	1987	1565	30.3	35	189	3.34	98.5	
268 471	300 402	363 515	347 4 75	1869 2282	$1717 \\ 2418$	1853 2412	1327 1842	32·5 29·5	30 37	161 180	3·92 3·52	99·4 99·9	
3670	3944	4595	4235		23869	23963	19247	3 2·2		189	3.64		1
197	130	73	116	1301	1191	1287	1115	26.6	38	356	1.92		
200		404	102	9509	2536		54 0	37.2	32	171	4.22	98.3	
286	252	404		2503	2000	2800	1736	35·5	27 38	223 223	3·36 2·71	98·9 99·4	
113	111	140	122	1135	1085	1127	943	30.0	28	248	3.41		
35	35	47	32	514	515	517	456	285	22	326	3.88	96.4	
119	154	161	154		1788	1849	1422	31.7	31	358	3· 3 5		I
750	682	825	823	7287	7115	7580	6212	31.1	30	273	3.08	98.3	
785	923	1213	1334	6322	6637	7502	6928	27.7	68	440	1.72	99.9	11
26 119	37 113	32	21 122	225 709	265 618	247 718	233 585	22·9 27·0		356 256	2·84 2·77		1
	7	122 27	25	103	66	101,	93	19.3	62	274	2.71	84.3	1
495	480	563	540	4755	4544	4379	362 9	34.1	48	399	2.79	89.3	
540	587	574	512	3101	3002	2625	1599	34.2	· 26	123	4.36	21.2	
191 366	191 392	201 416	205 407		1587 2716	1709 2521	1349 1624	28·1 31·0	29 32	226 191	3·26 3·92		
611	587	410	407	4866	4973	2021	1024	26.8	34	281	2.90	05.0	h
_	_	513	427	-		3668	26 62	3 3·8	40	272	3.38	90.9	
180	169	172	180	1805	1811	1690	1364	30.4		395	2.87	81.9	1
187 290	202 367	227 427	236 453		1351 4229	1283 4444	988 3708		29 41	166 445	4·10 2·96		
298	350	336	29 3		1936	1863	1274		37	200	3.84	56.3	
321	3 83	440	449		3137	3100	2499			379	2.68	97.7	١.
181	138	206	 131	1679	1687	1589	1274	31.1	46	439	2.80	80.8	}
98	116	126	96		495	507	360	30.7	29	123	3.91		
449 155	404 142	392 142	359 143		$\frac{2296}{2219}$	1992) 2217	1368 1820	33·8 31·3		199 534	4·25 2·97	66.9	1
325	140		143	1692	694			3 3 ·3		128	3.95	_	
	217	343	349	-	907	1538	1076	33.7	22	109	4·31	10 4	
217	229	223	189	1016	997	877	661	30.0	39	161	4.17	43.4	r.

⁵) 1873 –1899. ⁸) 1871 –1872. ⁹) 1873 –1899. ¹⁰) 1871 –1887. ¹¹) 1888 –1899.

						Lebe	ndg	e b o	ren	8		
				Sumi	nen aus	den Ja	abren		Höc	hste	Niedr	gste
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zabl	im Jahre	Zahl	im Jahre
Steiermark	21 22 23 24	Rann Voitsberg ')	7857 8209 6400 184669	6113		 8464 6752	523 3 8868 6985	5058 6943		1895 1893 1889u.94		1878 1892 1871 1877
Kärnten	1 2 3 4 5 6 7 8	Klagenfurt Stadt Hermagor Klagenfurt Umg. Spital St. Veit Villach Völkermarkt Wolfsberg Kärnten	2778 9059	9119 7227 8636 9148 7894 5975	2947 9732 7182 8945 9595 8392 6152	2972 9961 7047 8571 10245 8180	2898 10256 7114 8501 9978 8105 6577	2217 8292 5686 7080 8503 6387 5287	806 637 2184 1560 1868 2271 1762 1368	1886 1895 1876 1881 1888 1884 1898	567 506 1703 1307 1615 1674 1358 1086	1879 1871 1872 1871 1890 1874 1871
Krain	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12	Laibach Stadt Adelsberg Gottschee Gurkfeld Krainburg Laibach Umg. Littai Loitsch Radmannsdorf Rudolfswerth . Stein	7765 8461 8711 9834 5597 6486 4261 6978 6426 5580	7473 8252 8876 8681 10146 6432 7111 4191 7764 6664 5843	8991 9070 10653 6544 7508 4215 8470 6933 5636	7654 8356 9618 9331 11056 6412 7707 4264 8503 7335 4940	7500 8112 9113 9414 11186 6405 7685 4546 8116 7471 4178	6104 6484 7495 7736 9566 5042 6165 4172 6597 5927 3167	1981 2475 1341 1669 1098 1848 1539 1251	1887 1876 1888 1897 1896 1887 1891 1899 1897 1889	1517 1652 1911 1037 1208 796 1315 1260 773	1879 1883 1872 1871 1873 1873 1872 1880 1872 1879
Görz-Gradisca	1 2 3 4 5	Triest u. Gebiet Görz Stadt	24937 2743 10725 13290 5426 6454 38638	25422 2802 10897 12942	25165 2850 11715 13287 5389 6180	2898 12112 13739 5640 6338	24618 2709 12086 12926	20678 2394 10002 9894 4397 5113	5353 628 2597 2920 1220 1387	1899 1895 1897 1876 1889 1897	15473 4752 515 1964 2292 975 1184 7179	1872 1892 1873 1877 1886 1872 1883
Istrien	1 2 3 4 5	Rovigno Stadt Capodistria Lussin Mitterburg Parenzo	1898 13754 7525 7260 7478	6969 75 54	1830 14460 7041 • 7685 8808	1859 14770 7144 7846 9326	1906 15377 6822 8305 9966	12142 5305 6626	439 3164 1646 1792 2297	1893 1875 1897	336 2255 1223 1205 1317	1881 1876 1898 1880 1880

¹) 1892—1899.

Sum	men der	Todtgeb	orenen	enen Summen der unehelich Gebor					1881-	-1899		ant.	
1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	1881—1885	1886 –1890	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	todt 1000 G ueporen	ter eboren. quiequent	Auf 1 Trauung ehelich Geborene	1895-1899 Von 100 Geburten unt, geburtsh. Beistand	
3	98 177 - 30 306 54 190	214 305	183 242 273 162	933 — 2016 1307	922 1969 1421	704 1571 2124 1287	455 1552 1454 834	35·4 32·4 29·9 32·8	24 42 36 26	93 291 222 184	4·86 3·23 3·69 3·91	74·3 51·1	22 28
65	16 6847	7604	7331	50006	50479	50256	39389	31.6	37	248	3.43	57.2	
20 1- 2- 2- 2- 2- 2-	12 202 49 38 67 295 46 193 48 249 26 296 12 216 15 177	54 362 175 232 290 234	59 306 156 223	2405 838 5072 3014 5995 3610 3462 2577	2749 828 4978 2920 5577 3598 3316 2606	2689 794 4907 2803 5315 3311 3280 2427	2042 590 4004 2241 4414 2786 2354 1837	32·4 31·9 31·6 33·5 33·1 31·4	49 18 31 24 28 28 27 31	691 272 480 396 626 338 389 375	1·88 4·37 3·24 3·61 2·80 3·59 3·53 3·19	77·7 87·9 71·8 65·9 81·7 43·3	4 5 6
15	75 1666	1713	1516	26973	26572	25526	20268	32.9	29	446	3 ·31	71.3	
11 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11	64 113 28 120 67 134 91 187 37 133 42 127 24 121 77 61 46 175 98 128 15 121	173 141 168 137 139 129 153 114 188 111 107	122 98 168 136 181 104 113 97 151 95 81	1082 781 493 700 336 436 704 576 369	408 1051 804 521 597 336 490 630	1412 235 388 796 740 560 586 287 475 539 523 202	942 155 209 634 547 488 421 223 385 404 378 131	37·0 39·7 35·7 36·1 39·2 36·4 39·4 33·5 35·3 37·0 34·5	17 20 15 13 20 17 20 20 20	284 30 44 99 80 48 93 40 102 70 74 53	2·65 5·29 4·99 4·63 5·13 5·34 5·07 5·49 4·62 5·18 4·86 4·92	80·7 62·4 33·4 77·8 61·7 47·2 86·5 92·5 25·4 68·9 34·7	3 4 5 6 7 8 9 10
l i	63 1420						3695		47	174	3.51		
1 2 2 1	08 129 09 251 70 305 34 127 85 80	143 256 280 107 100	129 266 311 109 86	205 257 75 215	223 294 70 229	309 61 228	323 174 318 73 115	27·4 38·6 38·7 39·7 35·0	45 21 23 22 14	109 17 23 13 32	3·66 5·30 5·06 5·25 5·24	100 94·1 99·0 81·2 58·9	1 2 3 4 5
4 1 1	70 86 27 382 33 99 47 101 07 161	71 390 90 161	63 295 119 143	60 259 143 179	61 270 148	77 393	62 333 86 149	41·1 41·0 35·2 39·1	39 26 17 18	35 22 20 21	4·96 5·28	94·6 63·0 81·8 48·4	1 2 3 4

Ī					I	e b e	ndg	e b o r	e n e			
				Sumn	nen aus	den Ja	bren		Höc	hste	Niedr	igste
		Städte und politische Bezirke	11875	876-1880	11—1885	1886-1890	1-1895	96—1899	Zahl	im Jahre	Zahl	im Jahre
			1871	187	1881		1891	1896-		.5		=
Istrien	6 7	Pola Volosca	8011 7452	8280 7571	9185 7626	8611 8176	9013 8594	9195 7334	2493 1870	1899	1335 1387	1880 1871
		Istrien	53378	536 03	56635	57732	59983	50788	13385	1897	9 608	1880
T i r o l	1 2 3 4 4 5 6 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20	Innsbruck Stadt Bozen Stadt Rovereto Stadt Trient Stadt Ampezzo Borgo Bozen Umg Brixen Bruneck Cavalese Cles Innsbruck Umg Kitzbühel Kufstein Landeck Lienz Meran Primiero Reutte	972 7981 7905 3194 4416 3475 8494 2689 6599 3203 3980 3127	1868 1236 964 2342 1039 7297 8322 3537 4815 3882 7802 2834 7330 3416 4390 2987 3858 7082 2206 2352	1898 1254 857 2325 962 6976 8945 3638 5050 3663 8151 2865 7519 3147 4303 3227 7541 1934 2247	1977 1295 1049 2201 954 6491 9487 3845 5111 3759 7690 2763 7675 3178 4368 3183 3856 7761 2016 2150	1332 1023 2345 807 6274 9692 3571 4803 3383 7354 2685 10679 3294 4701 3048 3825 8034 1839	1631 1190 800 2148 660 4938 8169 2977 3849 2603 5865 2193 9514 2896 4080 2574 3191 6824 1481 1695	421 305 236 554 220 1711 2156 806 1041 836 1890 598 2472 752 1074 681 821 1752 561 487	1875 1898 1880 1871 1887 1887 1877 1876 1879 1899 1885 1899 1899	1480 625 852 618 1103 502 1264 604 738 571 715 1223	1885 1894 1895 1890 1874 1871 1872 1894 1895 1875 1872') 1871 1894 1890 1871
	21 22 23 24 25	Riva Rovereto Umg	3704 9164 3450 6542 15135			6452 13624	8802 3729 6096 13383	3404 6659 3019 4715 10858 97933	886 2021 852 1393 3202 24970	1872 1876 1887 1871	666 1536 604 1135 2307 22244	1882 1873 1897
Vorarlberg	1 2 3	Bludenz Bregenz Feldkirch	3394 6013 6531	3475 5916 6928	3906 5414 6989	3630 5657 7005		2930 5030 6207	847 1316 1672	1899	65 4 1051 1267	
		Vorarlberg	15938	16319	16309	16292	16133	14167	3743	1899	3078	1872
Böhmen	1 2 3 4 5 6 7 8	Prag Stadt Reichenberg Stadt Asch	33111 4452 5761 11327 12732 9706 9939 12735 — 13005	32844 4427 5642 12221 12856 9619 10090 12841 12693	13161	_	6547 18002 11098 8569 7989 12199	28205 3191 5380 15430 8682 6803 6168 7072 1563 9241	1383 4005 2746 2077 2153 2954	1875u.76 1897 1897 1882 1876 1871 1882	6289 753 1036 2026 2102 1630 1508 2276 —	1871 1899 1897

¹) 1873, 1882 u. 1883. ²) 1871—1898. ³) 1899.

Summ	en der '	Todtgeb	orenen	Summe	men der unehelich Gebor. 1881—1899						d t.	Ī	
882	890	895	668	885	890	895	899	Einw.	Un 1000 Ge	ter	Trauung Geborene	1895 — 1899 100 Geburten u urtsh. Beistan	
1881—188 5	1886—1890	1891—1895	1896—1899	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	todt geboren	unehelich	Auf 1 Tr ehelich G	1895—1899 Von 100 Geburten unt. geburtsh. Beistand	
165 111	149 173	187 209	236 212	754 214	667 22 2	695 221	884 246	32 ·8 39·4	20 22	82 28	4·10 4·93	69·6 68·0	6
1160	1151	1261	1200	1821	1782	1923	2045	38·7	21	33	4.79	64.0	
24 40 71 139 24 99 109 38 40 26 113 20 100 35 83 49 72 39 67 136 39 64 111	93 124 26 133 153 50 142 34 125 53 81 48 69 92 11 46 77 206 61	28 30 86 161 100 98 183 70 80 35 201 16 207 74 76 35 63 108 12 60 94 195 48 48 183	31 43 57 133 27 83 206 56 74 63 121 49 270 74 132 13 39 80 249 48 85 186	322 118 30 131 56 130 291 190 255 116 711 245 767 784 599 313 313 732 60 49 64 396 62 102	829 726 650 206 355 774 39 147	298 116 47 124 45 126 345 206 258 115 3221 799 711 203 2822 802 39 151 666 67 376	245 137 32 107 45 75 264 160 161 66 53 132 2718 751 607 124 244 565 22 129 75 48 376 50 86	17·4 23·4 23·4 30·1 32·5 28·8 30·7 28·8 30·7 32·3 29·3 29·3 27·7 25·9 31·4 28·6 30·8 33·7 28·6 30·8 30·8 30·8 30·8	14 28 76 58 25 17 18 15 10 11 19 19 14 16 14 16 14 11 22 21 21 21 21 21 21 21 21 21 21 21	155 99 41 49 63 18 34 50 50 31 11 17 209 240 144 70 80 94 21 72 16 7 103 100	2·73 4·00 4 05 5·17 4·63 4·66 4·51 5·03	99·5 99·6 99·6 99·1 97·1 91·7 96·6 98·3 96·6 97·7 98·5 98·6 97·7 98·5 98·6 97·7 98·6 98·6 97·7 98·6 98·6	4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 22 23 24
1633	2008	2237	2296	6372	6 489	8944	7272	29.6	18	64	4.40		
71 73 84 228	75 83 56 214	53 130 59 242	61 110 73 244	384 375 337 1096	195 409 328 932	223 406 346 975	196 303 302 801	29·6 28·3 29·2 29·9	18 18 10	71 67 48 60	4·41 4·41 4·04 4·24	98·5 99·8	1 2 3
1785 226 220 417 347 211 230 401 —	1935 262 233 443 341 218 257 390 —	1987 318 209 584 344 215 246 372 — 494	1506 327 148 514 289 160 157 217 60 422	16427 423 1110 2100 773 1175 599 790 — 2093	16265 442 1210 2475 670 1112 504 659 —	17631 538 1294 2836 708 1092 474 742 — 2187	445 1052 2235 530 971 410 460 119 1654	39·6 28·1 36·0 41·2 35·2 40·1 35·3 39·7 34·9 34·5	52 68 33 31 29 23 27 29 37 40	468 111 191 150 60 127 59 56 73 169	2·07 2·89 3·54 4·05 4·74 4·84 4·86 4·82 4·40 3·56	99·9 99·9 98·8 99·2 96·4 98·3 99·2 99·7 99·9	2 3 4 5 6 7 8

1]	L e b e	ndg	e b o	r e n e)		
			Sumn	nen aus	den Ja	hren]	Höc	hste	Niedri	gste
	Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876 1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zabl	im Jahre	Zabl	im Jahre
10	Braunau	10837	10283	9677	9502	9658	8082	2247	1873	1755	189
11		6730	7576		10907	14703	13898	3615	1899	1150	187
12		14860	14898	15259	15800	16373	13969	3566	1899	2759	18
13	Časlau	12709	12468	12889	11611	10916	8241	2683	1873	1971	15
14	Choteboř	6429	6177	4846				1328		1091	18
1	: つり			1895	8755	8162	6300	1895	1885	1547	16
15		15115	15305	15822	15327		11553	3285	1886	2818	15
16		4931	4868	4990	4473	4385	3200	1058	1872	760	18 18
17	Deutschbrod 3)	10279	10234	8143 9795	13835	13529	10442	2133	1872	1902	10
18			_	2795	เออออ	15029	14638	293 8 3757	1886 1899	2483 3534	18
19		10339	10136	9956	9751	10348	8610	2222	1896	1856.	18
20		13280	12768	13370	14073	16478	14562	3698	1899	2440	18
21	Friedland	8545	8597	8890	9125	9475	7643	1974	1893	1451	18
22		6177	5988	5857	5460	5206	4202	1254	1878	965	18
23	Gablonz	10716	9819	12132	14425		11574	3106		1895	18
24	Graslitz	9910	9682	10346	10504	10820	8995	2307	1899	1863	15
25		8094	7345	733 3	7246	7422	6133	1643	1871	1373	16
26		10159	10221	10417	10312	10199	8114	2205	1879	1862	18
27	$\{\text{Hořovic} \cdot \cdot \cdot \cdot \cdot \cdot , \frac{6}{7}\}$	18815	17440	16901	16065	15839		3940	1873	3067	18
	1						9308	2367	1899	2254	18
28		19364	18141	18314	16938	16831	13047	3936	1873	3160	18
29		5268	5065	5526	5848	5855	5141	1302	1899	957	18
30 31		10937 13710	10962 1 23 76	12042 13309	11446 13493	11431 13845	9463 10891	2511 2931	1884	2045	18 18
32		9185	9277	8856	8828	8967	6882	2931 1920	1875 1874	2307 1643	10
33	,	11660	12094	12440	12870	14327	12809	3284	1899	2151	18
	. 81	25521	33598	31888	_		_	8559	1884	4812	18
34	Karolinenthal 9)	_	_	3447	17022	17542	15003	3857		3356	18
35	Sural Wainha 10)	_ i	_	4233	23171	26336	17810	5983	1897	4233	18
1	1 3)	-			_	-	3854		_	_	_
36	, , , , , ,					5071	11132	289 8		2440	15
37	Klattau	14500	15595	14351	13441	13144	9987	3171		2442	18
38		13144	13046	13772	12347	12170	9471	2842	, ,	2313	18
39		10293	9480 16133	9980	10506	11318	9604	2453	1898,	1780	18
41	1	16362 10593	9883	16438 9897	15332 9224	14475 9045	11548 7375	3468		2826 1673	18 18
42		7219	6860	6983	6588	5952	4395	2288 1583	1 1	1070	18
43		9528	9984	9526	9731	10194	8210	2141	1893	1807	18
111		12638	12476	12580	11771	11141	8666	2666	1 1	2093	18
45	1 0	11986	11233		11022	11013	8879	2488	1 1	1994	18
46	1	5881	5774	7158	6963	7402	6239	1583	1 1	1048	18
47		10666	10395	9951	9229	8692	6734	2166		1617	18
48		12701	12172	13220	12573		10259	3471		2186	18
49		8841	8682	8641	8384	8407	6499	1860		1542	18
50		6050	5987	6053	5612	5388	4187	1261		1007	18
51		6527	7159	7899	7342	7260	5514	1652		1144	18
52		12354	12232	12853	12222	11677		2641		2241	18
53		3157	3377	3265	3064	2801	2233	701		518	18
54		7237	7136	7148	6629	6366	4785	1518		1151	188
55		6592 11191	6150	6136	5782	5808	4585	1404		1084	189
56	Neubydschow .	11191	10876	10872	9875	9589	7537	2374	1872	1776	189

¹) 1871—1884. ²) 1885—1899. ³) 1871—1884. 4) 1885—1899. ³) 189€—1899. ¹) 1871—1896

Summe	n der I	Codtgeb	orenen	Summe	n der ur	ehelich	Gebor.		1881-	-1899		unt.	
1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	geboren 1000 Ge		Auf 1 Trauung ehelich Geborene	1895—1899 Von 100 Geburten unt geburtsh. Beistand	
301 323 448 345 98 48 435 147 261 92 - 353 377 348 247 598 296 185 224 449 - 409 168 425 351 216 527 1148 123 189 - - - - - - - - - - - - - - - - - - -	291 299 473 332 — 194 432 143 — 331 516 442 249 716 350 236 239 400 — 454 190 332 419 230 579 — 580 817 — 410 338 290	254 457 448 334 ———————————————————————————————	324 384 294 224 ——————————————————————————————	1168 1535 1783 1279 600 222 1836 822 761 273 — 2273 3233	## 1191 1726 1735 1183 — 966 1868 783 — 1365 — 1365 — 1307 2332 2850 687 1312 1197 — 1592 1551 1365 2878 1070 3070 — 1323 2509 — 1180 974 1783	1367 2276 1866 1314 — 945 1960 836 — 1523 — 2048 4077 1591 1105 2412 3212 3212 709 1281 1319 — 1987 1552 1455 2992 1005 3510 — 1570 3090 — 462 1148 1065 1990	1111 2175 1328 909 728 1358 514 - 1000 2062 1784 3359 1263 805 1846 2857 584 861 - 733 1274 1346 1090 2336 721 3104 - 1546 2113 404 1016 957 742 1664	37·1 45·4 34·3 37·0 40·5 35·3 33·1 39·2 36·9 47·2 35·4 42·0 41·3 34·6 34·6 35·2 35·2 34·5 44·2 36·6	31 29 26 28 19 25 30 33 34 51 49 25 30 29 25 30 28 29 21 31 29 26 31 29 26 31 33 49 25 30 49 25 30 49 25 30 40 40 40 40 40 40 40 40 40 40 40 40 40	127 153 106 104 121 111 119 168 91 100 137 204 229 148 183 147 257 77 257 115 206 114 230 88 86 110 100 89 110 100 110 111 111 111 111 111 111 11	3·68 4·44 4·29 4·52 4·66 4·86 4·86 4·86 4·86 4·86 4·80 4·86 4·23 3·83 3·35 3·47 4·26 4·10 4·38 4·12 4·39 4·34 4·39 4·34	99 8 99 6 91 2 99 9 95 0 98 5 99 1 98 6 99 8 99 9 99 9 99 9 99 7 77 7 96 3 94 0 97 0 98 8 99 7 74 7 99 9 99 9	10 11 12 13 }14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31
458 264 170 183 445 210 139 269 522 233 149 196 329 78 210 242 261	404 296 165 232 374 260 166 256 439 229 169 211 323 85 195 208 275	419 274 206 347 409 278 205 242 472 255 181 201 339 75 189 172 235	366 219 144 262 277 288 196 161 231 115 269 62 161 172 174	1352 1022 799 1229 1095 1166 910 725 2466 1180 1237 778 1415 411 738 711 825	1320 964 753 1385 1042 1206 935 724 2314 1193 1203 793 1376 406 674 691 849	1324 960 747 1498 1055 1290 1014 674 2393 1313 1227 819 1554 335 566 788 921	1022 717 524 1229 743 876 804 516 1836 880 933 583 1236 226 398 578 673	32·9 30·3 37·0 34·9 37·5 36·1 40·2 32·3 33·6 39·0 37·3 38·5 35·1 34·9 33·6 37·4	28 29 28 27 33 24 25 26 36 29 28 27 27 26 29 34 24	84 100 115 138 86 106 129 74 179 139 210 103 118 118 93 116 84	3·99 3·76 4·74 4·13 4·68 4·31 4·98 3·49 3·64 4·39 4·39 4·39 4·36 4·48 4·51	98-8 87-9 98-9 98-8 98-6 99-7 99-3 99-0 99-8 99-4 90-6 81-9 99-4	46 47 48 49 50 51 52 53 54 55

⁷) 1896—1899. ⁶) 1871—1884. ⁹) 1885—1899. ¹⁰) 1885—1898. ¹¹) 1899. ¹²) 1894—1899.

]	Lebe	n d g	e b o	rene			
				Samn	en aus				Höch	ste	Niedri	gs te
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	18811885	1836—1890	1891—1895	1896—1899	Zahl	im Jahre	Zabl	im Jahre
Воћтеп	57856 61 62 634 665 667 677 777 777 777 881 283 84 8566 878 889 91 9394 956	Pardubitz Pilgram Pilsen Pilsen Pisek Plan Poděbrad Podersam Polička Polička Pisetitz Přestitz Přestitz Přestitz Přestitz Raudnitz Raichenau Reichenau Reichenau Reichenau Schluckenau Schluckenau Schluckenau Schüttenhofen Seléan Semil Senitenberg Saz Schlan Schluckenau Schüttenhofen Seléan Semil Seritenberg	9124 17458 14975 17311 24236 — 13075 7239 13828 8393 5882 7044 13210 8676 11061 10900 8140 8687 13669 — 9904 7712 17123 8361 11747 11741 11214 12210 25977 — 8401 14674 13906 7975 9448 5635 17052 — 15789 13227 8161 8505 —	8749 15417 15363 16929 25202 — 13608 7205 15748 8206 5922 6730 13485 9277 11741 9764 8128 8416 12238 — 9839 7992 17292 8442 12251 11710 9546 10923 27767 — 8279 15431 14111 8101 9461 5805 19680 — 1623 13969 7634 8646 —	8215 14810 14810 7765 8878 5946 22291 — 15875 13660 8039 8291	8283 15335 15701 16401 26289 — 12738 6698 8068 5896 — 12787 8220 13045 8912 8562 8199 14159 — 10096 8862 18221 8219 11235 10380 10615 10377 32151 — 8386 13474 7261 8215 5886 25001 — 16684 14023 8094 8165 —	9443 8220 13216 13233 6946 8206 5752 29500 — 17577 14762 7801 8242 —	7723 9685 4904 10774 6157 4772 9581 6690 9832 6672 6895 6498 12097 7381 16143 6706 8379 7118 8274 7928 18878 4546 10161 5416 6460 4574 13276 14295 12268 5898 6559 2651	3706 3269 3565 5487 4585 2765 1573 3449 1779 1258 1484 2819 1912 2819 2261 1939	1873 1873 1880 1873 1895 1899 1884 1874 1874 1874 1877 1896 1876 1876 1876 1876 1876 1876 1876 187	2790 2828 2973 4390 4283 2306 1190 2331: 1474 1056 1286 2327 1443 2020 1463 1513 2348 2039 1800 1475 3288 1583 2049 1695 1634 1879 4018 4617 1506	1894 1894 1877 1896 1897 1896 1897 1897 1897 1897 1897 1897 1897 1897
Mähren	1 2 3 4 5	Iglau Stadt Kremsier Stadt ¹⁰) Olmütz Stadt	15915 3962 1417 3105 388		3551 1933 2410	1920 2273	3535	13265 2822 1462 2205 440		1897 1873 1879 1871 1896	337 412	1881 1886 1872 1887 1872

¹) 1871—1895. ²) 1896—1899. ³) 1871—1884. ⁴) 1896—1899. ⁵) 1871—1893. ⁵) 1894—1899.

Summe	n der 7	Codtgeb	orenen	Summe	n der u	ehelich	Gebor.		1881-	-1899		ig fit	
1881—1885	1886—1890	-1895	1896—1899	-1885	1890	-1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	Un 1000 G	ter eboren.	Auf 1 Trauung shelich Geborene	1895 – 1899 Von 100 Geburten unt. geburtsh. Beistand	
7	7	7	1	7	-	7	7	000	g	ch	T. Ge	sh G	
8.	-98	1891	-96	1881	1886	1891	-96	Get 10	todt sbore	heli	ich	\$ 5 F	
138	18	18	18	18	18	82	18	Auf	todt geboren	unehelich	Auf 1 9	1895- Von 100 Gel geburtsh.	
907	900	900	042	005	923	909	662	31.8	31	101	4.29	li l	57
227 378	269 407	260 424	243 3 39	925 1336	925 1460	893 1653	1197	34.4	25	91	3.68	99.7	58
407	373	421	295	1399	1554	1640	1271	36.8	25	91	4.36	98.3	59
576	574	566	459	1448	1421	1406	1019	37.4	35	84	4.70	89.4	60
797	861	983	-	2200	2211	2440		40.0	32	84	4.85	99.6	61
-	-	- 025	648	- 1429	1000	10=4	1675	35.6	36	.91	3·95 4·29	99·8 95·8	{ `
388 21 3	289 203	335 195	262 155	1514	1299 1477	1254 1428	953 1103	34·0 38·0	26 22	100 242	4.12	99.6	63
418	373	382	33 0	1231	1191	1277	947	39.4	27	83	4.96		64
240,	212	266	190	1742	1733	1704	1352	39·4 39·8	29	207	4·ò4	99.7	65
111	100	131	122	623	672	749	606	35.8	20	117	4.13	98.5	66
136				549				38.0	23	94	4.47		67
286	279	362	250	1757	1764	1727 623	1431 487	35·1 39·4	24 25	136 77	4·35 4·96		
195 32 1	210 303	220 342	167 3 09	682 623	658 659	700	646		26 26	53	4.83		
236	247	283	223	1160	1214	1196	953		28	129	4.22		71
255	222	235	176	1021	985	1069	813	40.1	26	113	4.24	99.4	72
176	238	225	204	787	820	931	654	33.4	27	100	4.03	94.6	
633	683	839	801	1695	1941	2262	1975	39.3	52	139	3.73	99.9	74
	4.25	45.4	216	1=41		1021	826 1467	35·0 33·1	25 42	97 168	3 ⋅98 3 ⋅15		75 76
354 267	435 333	454 342	409 280	1541 1724	1787	1931 1773	1467 1518	41.8	35	195	4.43		77
554	530	680	518	1433	1492	1871	1479	41.5	31	84	4.62		78
349	359	369	274	1018	1005	1171	883	34.5	41	122	3.48	99 9	79
339	316	332	294	1102	1215	1271	1001	40.5	30	107	4.76		80
323	277	308	228	691	691	654	456	35.2	29	63	4.61		
286	312	283	29 0	871 1282	1202 1369	1350 1369	1055 1030	37·1 33·2	29 29	111 127	4·00 3·94		82 83
253 898	319 1055	284 586	306	2530	2821	1964	1050	40.2	30	85	4.46		112
_		309	676	_		1048	2173	36.0	34	110	3.63	99.9	}84
193	· 200	206	200	666	824	845	694	33.5	25	94	3.74	99.0	
368	334	359	319	822	798	881	579	36.4	26	59	4.97	95.9	86
498	504	479	354	1136	1194	1158	803		35	81 163	4·55 4·07		87 88
177 228	193 228	220 238	150 177	1259 738	1140 7 57	1220 791	976 6 70	36·2 36·9	26 27	91	4.92		
160	168	204	139	1032	998	997	802	34.3		168	4.27		
685	884	1146	_	4040	3818	5018	_	44.9		162	4.13	99-9	01
- 1	- }	-	550	_		_	2662	40.2	33	120	3.47	99.9	}"*
602	705	703	673	3067	3355	3707				192	3.58		
374	511	509	418	1356. 713	1542 808	1770 827	1509			109 96	4.07 3.76	99·7 81·3	
268 201	240 203	229 233	· 215		1037		591 799					1)	
_	_	_	108	-	_		262						96
32284	3 3493	3 5940	29979	138443	140892	153190	121970	37.5	32	109	4.11	97.5	 - -
6 86	660	616	515	3872	4311	4426	3696	3 3· 3	42	273	2.81	99-9	1
215	192	173	123	454	503						_		1
54	39	54	48	193	193			31.0			4.04	100	. 3
122	105	110	138	883	728	938	908						
4	12	14	16	35	42	33	32	22.3	25	78	3.48	100	5

^{7) 1871—1895. 6) 1896—1899. 9) 1899 10) 1872—1899.}

İ	•				Lebe	ndg	e b o	rene			
			Sum	men au	den J	ahren		Höch	ste	Niedri	gste
	Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886-1890	1891—1895	1896 – 1899	Zahl	im Jahre	Zahl	im Jahre
11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 36 37 38 39 39 39 39 39 39 39 39 39 39 39 39 39	Auspitz	16084 9668 16101 16904	26960 — 11137 — 9552 15794 7096 12426 13174 7035 — 7488 5078 7908 12910 12489 15186 10303 11452 7322 10071 6280 12125 5491 12188 12041 — 9337 13847 19391 15468 9458 16206 16847 —	13134 6884 —————————————————————————————————	14003 14548 28845 — 10973 — 9364 15718 6769 12163 13253 6937 — 7969 7715 12992 18814 9614 11769 12046 5026 13173 12240 — 9812 13689 19263 16138 9292 15788 16966	14932 29556 — 11044 — 9260 15586 7138 12018 6796 — 8052 7313 12656 13225 22833 9739 12557 6685 11055 11395 12688 4913 12136 — 9733 14007 19260 16137 9094 15899 17118	11007 12263 6114 15367 4008 2212 4808 7463 12919 5904 9866 10561 5308 — — 6435 5880 9876 10947 22235 7746 10367 367 367 10581 9778 10367 3431 7916 11626 15774 13390 7390	2130 3467 3520 2631	1897 1882 1873 1891 1898 1884 1897 1899 1895 1873 1886 1899 1879 1899 1873 1874 1899 1899 1873 1874 1899 1898 1899 1898 1899 1899 1899 1898	2348 2270 1125 1780 2559 3546 2775 1724 3052 3280 2516	18×11×9: 1×9: 1×9: 1×9: 189: 189: 189: 187: 189: 189: 189: 189: 189: 189: 189: 189
1 2 2 3 4 5 5 6 6 7 8 6 1 6 B 7 6 B	Bielitz Stadt . 13) Friedek 14) Bielitz Ung. 15) Freistadt Freiwaldau	2761 1590 864 3299 10961 14790 10732 9598 11574	1990 1015 — 13182 15108 12138 8649	996 — 13183 16182 11852 8819	2836 1955 1084 — 15024 19283 11828 8959 10988	1196 15804 24527 11656 8959	 12685 24414 9422 7079	627 445 310 — 3336 6663 2679 1973	1899 1873 1899 — 1896 1899 1875 1871	487 346 172 - 2401 2750 764 1638	188 187 187 — 188 187 187

¹) 187¶—1896. ²) 1897—1899. ³) 1897—1899. ⁴) 1871—1896. ⁵) 1897—1899. ⁵) 1871. ¬) 1873 bis 1899. ¹⁴) 1872—1899. ¹⁵) 1871. ¹⁵) 1872—1899.

dumme	n der T	odtgebo	renen	Summe	n der un	ehelich (debor.		1881-	-1899		ig ig	
1885	1890	1895	1899	-1885	1890	-1895	1899) Einw. rene	Unt 1000 Ge	boren.	Auf 1 Trauung ehelich Geborene	1895—1899 fon 100 Geburten un geburtsh, Beistand	
1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	1881—	1886—1890	1891	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	todt geboren	unehelich	Auf 1 T ebelich G	1895—1899 Von 100 Geburtenunt geburtsh, Beistand	
73	79	61	46	268	327	286	225	29·1	32	138	3.26	99.9	
397	297	310 395	26 2	959	1031	1086	773	39·7 37·5	23 26	71 96	4·81 4·44	96.6	
326 824	402 874	861	353 175	1316 2335	1515 2883	1546 3295	1140 636	41.0	29	96	4.83	98.1	
-		-	335	_	-		1528	40.9	21	97	4.46	99.8	}
 265	332	331	131 66	960	1035	1092	341 230	33·7 34·6	32 27	82 91	4·21 4·48	04.9	1
	-	-	128	_		_	472	32.6	26	96		93.4	}1
196	210	222	192	445	560	653	483	40 9	23	59		99.9	1
459 172	459 170	499 177	392 163	1207 450	1327 4 26	1336 573	1029 442	42·0 38·4	2 9	79 68	4·83 4·73		1
258	289	266	. 246	1546	1582	573 1761	1264	35.0	22	128	4.00	99.9	1
221	257	288	267	9 3 3	1113	1135	833	37.7	20	79	4.52	97.5	1
178	154	195	137	548 —	554	572 —	44 9	38.0	25	80	4.92	_	1
162	186	202	134	535	525	664	472	37.3	21	69	4.63	99.9	}1
227	230 224	222 254	168 241	559 1278	652 1346	652 1515	538 1119			80 106	5·02 4·33	99·4 99·9	
172 284	337	334	301	1686	1887	2086	1673	34.7	25	144		99.0	1
305	470	592	566	1146	1594	1713	1737	44.3	24	76	4.60	98.4	2
30 0	305 166	283 302	253 281	1062 921	1166 951	1248 1090	925 854		30 20	115 81	4·32 4·03	88·0 99·6	2
201 171	210	205	129	668	728	770	664		26	104	4.83	99.8	2
186	225	223	237	951	963	1072	874	36.0	20	90	4.32	99.9	2
267 246	264 262	315 309	202 286	793 1053	852 1101	1034 1386	754 1003	38·0 39·3	24 23	78 93			2
113	114	125	129	703	805	804	608	33.6	25	150	3.98	99.9	2
238	336	339	400	1717	1969	2216	1745	35.0	26	149	3.94	99.7	1
163	233	335	285 83	1392	1612	1817	1382 240	36·7 35·6		133 68	4·08	99·9 98·3	
197	<u>-</u> 248	278	222	506	630	677	439			59	4.65	95.3	
220	265	310	318		894	1014	752	41.8	21	63	4.92	81.8	1
311 318	379 524	414 497	347 451	846 1672	1026 2090	1249 1991	923 1398		19 29	54 114		99·5 91·6	
235	208	187	212	879	941	1012	774	34.6	23	100	4.00	99.9	1
387	401	364	302	1051	1049	1271	928	38.5	23		4.72		
384	458	426	96 216		1735 —	1809	405 859					98·9 99·6	}
9537	10576	11088	9592		42646	46488	36146				i	11 1	
102	88	61	57		557	553	427						
93 4 3	98 35	74 54	71 45		219 135	215 92	198 112						
- 540	<u> </u>	- 592	— 505	1081	 1349	- 1461	11 7 3	43.5	38	86	4.62	68.3	1
321	481	574	584	973	1263	1686	1531	46.4	23	63	5.02	98.2	1
313 170	293 170	354 222	320 221		1989 1509	2065 1715	1602 1 3 97						1
268	288	265	234		1509	1627	1254						1

bis 1877. ⁸) 1878—1899. ⁹) 1878—1899. ¹⁰) 1897—1899. ¹¹) 1871—1896. ¹²) 1897—1899. ¹³) 1872

1]	Lebe	ndg	e b o	rene	-		
				Sum	men au	den J	ahren		Höcl	iste	Niedri	igste
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881 - 1885	1886 –1890	1891—1895	1896 —1899	Zabl	im Jahre	Zvhl	im Jahre
Schlesien	9 10 11	Troppau Umg. 4) Wagstadt 5)	4699 17412 18593 — — 106873	21753 17659 — —	17398 — —	17775 — —	18974 — —	20360 9574 6407 103275	3959 2449 1670	— 1896 1895 1899 1899		
Galizien	1 2 3 4 4 5 6 6 7 8 9 10 111 12 13 14 15 16 17 18 19 20 1 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36	Lemberg Stadt . Krakau Stadt Biala . Bobrka . Bochnia . Bohorodczany Borszczow . Brody . Brzesko . Brzezauy . Brzezauy . Brzezauy . Brzezauy . Brzezauy . Cieszanow . Czortkow . Dabrowa . Dobromil . Dolina . Drohobycz . Gorlice . Grodek . Grybow . Horodenka . Husiatyn . Jaroslau . { Jaslo	17198 9364 18015 14036 16547 12217 18033 29077 16110 18746 13767 20337 15405 15822 15893 11042 11079 15505 21062 13764 13618 7609 17157 18068 20940 17075 14937 15320 18429 13505 25110 16265 12787 15697 22736 24116	17234 14445 18637 13009 21079 29467 16654 19331 14166 23559 14840 15400 15496 11334 17522 24012 14778 8381 20465 19543 21368 18357 ————————————————————————————————————	10324 17220 14863 19045 12887 24010 28963 17522 18985 14417 16171 11365 12373 18716 24914 14521 13602 8368 21616 20057 23080 19118 — 14667 15935 20569	12171 18689 15510 20828 141543 27443 18076 19588 14458 26229 15736 17391 14898 14022 20944 16265 14741 9550 21833 19379 15901 18244 21194 15183 31898 	14256 20227 16800 20841 13723 24302 27363 18903 21070 15066 18971 15163 14023 13571 21562 21943 19260 28276 21370 18045 18692 21530 21530 21543	17107 14776 16830 11302 18786 22815 15394 18057 12558 22332 15106 14486 12440 11441 12256 13756 13655 8033 17203 15881 22652 	5999 3251 4390 3836 4404 3060 5161 6214 4606 3358 5951 3888 4065 3559 3018 3253 4940 6459 3663 2148 4561 4154 6218 4582 3608 4198 4222 4546 3260 6605 3803 3539 3508 5860 — 6923	1899 1899 1899 1891 1899 1899 1899 1899		1871 1873 1874 1872 1874 1872 1874 1871 1871 1874 1874 1874 1871 1880 1871 1874 1871 1871 1871 1871 1872 1874 1872 1874 1874 1874 1874 1874 1874 1874 1874
!	37 38 39 40	Limanowa	11201 13530 12219 14414	11940 14647 13061	12548 16071 14345	13856 18916 15601		1225 3 16665 12690	3257 4391 3434 3982	1896 1899 1895 1895	2075 2432 2207 2372	1872 1871 1874 1880

¹) 1871. ²) 1872—1899. ³) 1871—1895. ⁴) 1896—1899. ⁵) 1896—1899. ⁵) 1871—1895. ౕ) 1896

Summe	n der I	odtgebo	renen	Summe	n der un	ebelich	Gebor.		1881—	1899		ınt	
885	890	895	899	885	890	1895	899	Einw. ene	Un 1000 Ge	ter boren.	auung	1895—1899 Von 100 Geburten unt geburtsh. Beistand	
1881—1885	1886—1893	1891—1895	1896—1899	1881—1885	1886—1890	1891—1	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	todt geboren	unehelich	Auf 1 Trauung ehelich Geborene	1895- 7 on 100 Ge geburtsh.	
								▼	6.0	3	A de	Δ 8	
	_	_	_		_		_	_	_	_			} 9
783 310	832 278	889 275	683 —	1662 1550	2022 1632	$\frac{2277}{1949}$	1869	40·4 38·0	34 16	84 93	4·30 4·51		}10
_	-	-	188 132		_	_	1060 523	39·1 42·1	19 20	109	4.21	99.9	11
		2222		_	-	_	+	ļ		80	4.11	96.5	
2943	3161	3360	304 0	10581	12182	13640	11146	39 ·2	27	104	4.32	90.5	
1094	1156	1039	812	8720	9050	9569	8755	36.3	45	397	2 ·52		1
446 589	443 712	580 723	565 529	4508 1551	5364 1992	5933 2047	4971 1540	35·0 42·9	39 34	.403	2.35		3
394	454	409	3 36	2311	2682	2759	2501	47.8	25	. 94 161	4·50 4·87	35·9 17·8	4
687	754	669	448	2238	2460	1951	1271	41.7	32	. 99	4.73	23.6	4 5 6 7
225	259	225	134	2142	2304	2142	158 0	49.6	16	154	5.06	23.8	6
330	496	460	350	3758	3400	2963	2109	45·9 43·8	18	132	4.53	13.6	8
774	714 681	831 617	504 484	5564 1640	5078 1893	4487 1787	3499 1300	41.9	26 34	170 92	4·59 4·68		9
349	463	472	36 3	2750	2950	2754	2300	48.1	21	136	4.73	15.5	10
239	321	306	226	1228	1381	1343	1148	41.0	19	. 89	4.74	35.6	11
564	481	497	392	4083	3705	3578	2744	48.0	19	137	4.68	20.4	12 13
525	415	465	411 341	1656 2232	1780 2625	1914	1439	42·6 48·7	28 25	.105	4.79		14
419 241	445 297	512 353	224	2058	2171	2740 2188	1994 1567	47.4	19	. 140 . 168	4·58 . 4·89	17.8	14 15
382	455	444	355	1665	1942	1567	1152	43.3	31	. 121	4.84	12.6	16
281	381	293	259	1880	2276	2032	1701	44.6	23	148	4.56	13.6	17
347	492	423	378	3256	3632	3431	2717	47.0	20	161	4.81	23.8	18 19
812 345	778 351	783 308	649 201	6852 1453	7219 1735	6274 1694	5087 1153	48·0 41·8	30 19	235 . 96	4·34 4·83	29·8 7·6	20
334	307	242	2 30	1851	2069	2011	1493	47.9	19	126	4.60		21
246	245	238	214	830	1113	1021	891	40.1	26	. 106		11.3	22
549	629	585	425	3033	2800	2567	1910	51.9	26	122	4.96	21.6	23
446	429	254	208	3222	3078	2950	1220	44.9	18	138		18.5	24 25
589 373	748 387	836 429	538	3153 1673	3677 2072	3811 1707	2651	44·7 41·2	27 19	130 . 87	4·57 4·60		126
313			203				878	42.2	15	63	5.22	14.3	7
316	413	400	347	1854	2154	2164	1766	47.7	23	122	4.81	12.6	27
458	527	495	401	2013	2102	1892	1597	47.9	27	109		19.5	28
448	455	521	418	3439	3469	3333	2654	45.0	22	156	4.84	19·5 9·7	29 30
543 552	592 606	575 671	375 248	1918 6104	2106 6595	1912 6065	$\frac{1457}{2294}$	43·5 49·9	36 19	127 195	4·77 4·85		
- 552	- 000	- 011	183	- 0104		- 1	1778			196		1 54.10	(
624	696	658	526	2757	2830	2292	1854	47.8	36	139	4 96	18.9	32
587	543	481	302	612	739		737	42.5		50		52.4	33
217	206	252	214	1305		1456	1125	40.9		88		12.0	94
601	640	718	408 72	2801	3067 —	3178	1866 37 9	41·3 42·2	25 19	114 100		97.8	(
515	548	490	368	2392	$\frac{-}{2862}$	3130	2302	46.6		109		d . 17	36
466	463	499	443	1526	1752	1497	1007	39.6		105	4.46	5.4	37
310	416	435	326	2774		3290	2698	44.9		166	4.43	8.5	38
553	556	560	351	2356	2338	2169	1649			141			39
276	333	350	295	1651	1991	1914	1506		19	109	4.68		
1	1	ŀ	1:		i	,	,	,			1	u 11	' '

j				I	4 e b e	ndg	e b o	rene			
			Sümn	nen aus	den Ja	hren		Höck	iste	Niedri	gste
	Neumarkt Neu-Sandec Nisko Peczenizyn Pilzno Podgorze Poddajce Przemysl Przemyslany Przeworsk Przeworsk Rawa Ruska Rohatyn Ropczyce Rudki Rzeszow Sajbusch Sambor Sanok Skalat Sniatyn Sokal Stanislau Staremiasto Stryj Stryzow Tarnobrzeg Tarnopol Tarnow Tlumacz Trembowla Turka Wadowice Wieliczka Si Zaleszczyki Zbaraz Zloczow Zolkiew Zydaczow Galizien	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896-1899	Zabl	im Jahre	Zabl	im Jabre
41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 60 61 62 63 64 65 66 66 67 71 72 73 74 75 78 80 77 78 78 78 78 78 78 78 78 78 78 78 78	Nadworna Neumarkt Neu-Sandec Nisko Peczenizyn Pilzno Podgorze Premysl Przemysl Przemyslany Przeworsk Rohatyn Ropczyce Rudki Rzeszow Sajbusch Sambor Sanok Skalat Sniatyn Sokal Staremiasto Stryj Stryzow Tarnobrzeg Tarnopol Tarnow Tlumacz Trembowla Turka Wadowice Wieliczka Slaeszczyki Zbaraz Zloczow Zolkiew Zydaczow Zydaczow Neczenizyn Przemyslany Przemy	17605 14366 17024 16394 16892 17168 8596 16519 — 13313 23974 17043 21770 12277 9944 18001 18390 — 19270 14371 27046 16386 16386 13332	15820 11329 19457 12698 — 11488 — 17091 19588 14864 — 19123 20199 13407 13792 25635 — 17658 17502 16768 18256 17663 18324 19828 8958 17831 — 13718 25623 18157 22234 14803 10524 17831 18189 — 19059 14669 28404 16569	12540 18882 12909	16149 18374 13803 22143 13444 — 9470 — 18336 22827 15494 — 20933 21953 16097 14618 29516 — 21204 18112 20066 19463 18675 19604 23699 11167 22039 — 15198 27021 19155 21851 16366 14019 20623 20596 — 17880 15028	18812 14197 23491 13469 ————————————————————————————————————	13577 15006 11909 11905 10698 3084 8053 9507 16124 23170 13942 2205 18915 19824 13247 13586 22254 17040 17127 16055 14559 17386 22512 9916 20405 9081 12053 22571 16911 18692 13130 12519 18298 10133 13341 11687 28277 15627	4041 3342 2850 15943 2573 4203 5994 3646 5040 5093 3469 3557 6794 5795 5794 5795	1896 1899 1899 1899 1871 1899 1897 1899 1899	2422 1829 3536- 2316 2240 2974 3416 2668 3658 3668 2375 2245 4765 5354 2226 3100 1549 3121 2146 2511 4460 3013 3840 2246 1702 3327 3268 2445 3127 268 2445 3127 3268 3407 3702	189 185 186 186 187 188 188 188 188 188 188 188 188 188
Bukowina 5 2 3 4 5	Czernowitz Stadt Umg. Gurahumora • 9) Kimpolung	7 096	8986 19355 — 7208 20761	20615 — 7851	9621 21430 — 8545	10198 22211 4539 9568	8590 17114 9214 8085	2228 4733 2515 2083 4701	1899 1889 1897 1899 1889	3397 2102 1195	187 187 187 187 187

¹) 1898—1899, ²) 1896—1899, ³) 1899, 4) 1871—1895, 5) 1896—1899, 5) 1896—1899, 7) 1871

umme	n der T	odtgebo	renen	Summer	der un	ehelich	Gebor.		1881-	-1899		ig in	
1881—1885	1886—1890	1895	1896—1899	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	Unt 1000 G	boren.	Trauung Geborene	1895—1899 Von 100 Geburten unt. geburtsh. Beistand	
7	7	7	7	7	7	7	-1	90 g	g l	ich G	Ę Š	95. Esb.	İ
188	88	1891	96	82	98	169	96	3.5	todt	heli	f 1 ich	180 100 100	
18	81	81	18	35	18	18	18	Auf	todt geboren	unehelich	Auf 1 ehelich	Von	
663	741	648	540	1130	1223	984	722	39.5	41	64	4.56	17·1	
432	444	524	314	2546	2757	2792	2142	54.5	24	145	5.24	11.4	1
448	605	617	458	1144	1315	1306	901	38.4	39	. 86	4.60	11.5	
681 5 25	774	743 425	597 347	3178	3569 1865	3212 1585	2463 1199	41·6 45·7	32	. 142 124	4·38 4·90	21·6 15·3	
0 20	508	420	52	1859	1000	1000	249	43.6	35 17	79	5.01	13.8	
2 52	250	302	248	1028	1212	1055	684	40.1	29	109	4.59	12 3	
- 1	_	_	360			_	993	43.3	37	101	4.66	42.8	
3 36	448	457	3 33	2073	2108	1988	1617	48.4	22	, 107	4.81	11.9	ii.
403	638	723	466	3510	4611	5159	4190	40.4	24	187			
395	360	358	238	2627	2583	2694	2177	47.3	22	162	4.74	11.1	
413	380:	- 475	41 39 0	3462	 3565	3660	255 3 014	46·8 46·5	18 20	. 114 163	4·65 4·70	38·8 14·3	
522	601	596	465	2655	2622	2651	2519	48-4	25	118	5.15	14.6	
489	656	657	432	2211	2344	2203	1438		35	. 130	4.67	11.3	
317	304	360	310	1343	1587	1606	1285	48.9		. 98	4.79	12.2	il -
727	738	695		33 88	3387	3508		41'7		114		14.3	m
		_	465			-	2350	43.3	21	103	4.60	16·2 13·7	J
975 363	1155 427	1162	834 387	1447 1979	1701 2077	1628	1049		48	68		13.7	
313	451	448 377	300		2271	1997 2701	1628 2101	44·7 42·2	22 19	104 114		14·5 24·4	
412	412	340	262	2822	2745	2820	2382	47.5	19	142	5.07	17.4	
338	365	393	285		2722	2571	1840		19	139	4.97		
361	403	358	294	3332	3265	3410	2813	45.7	18	. 157	4.68	26 ·2	
495	579	519	474	4169	4255	4188	3253	46.6	22	169	4.60		1
204	254	233	221	1008	1367	1311	1139	45.3	21	112	4.57	10.6	
474	5 30	5 55	512 188	3232	3711	2902	2837 747	46·5 42·9	24 20	146 81		23·2 8·6	
5 20	494	5 90	443	2138	2501	2328	1592	45.4				19.0	
607	594	556	382	4657	4264	4090	3488						ï
504	595	581	462		3550	2996	2167				4.09	28.5	
507	57 0	525	441	2398	2462	2269	1831	49.0	24	104	5.14	18.4	ı I
303	294	265	172	1954	1960	1803	1554	47.0					
224 709	264	332	396 46 1	1312	1769		1631	44.7	23	120	4.38	3.5	
557	646 656	675 794	401	1336 1736	1663 2068		1094	42·4 42·3				23·5 30·0	di .
_	_		314		_		601	43.8		58		17.7	}
467	447	445	2 66	2493	2643	2258	1744				5.04		
229	307	2 30	138		1382	1151	976	47.3	16	85	5.07	15.1	I
710	827	810	589		4642								
396	350	336	319	2285	2826						4.90		
374	367	355		1				li		1			1
35354	38721	3 855 7	29631	194597	209907	201575	159017	45.2	25	136	4.64	22.8	
184	145	128			3 061	2856							1
412	434	440						47.9					
	951	84			1200	388							
288 303	251 383	$\frac{282}{424}$	263 296		1300 1623		1171 1065				1		
000	909	424	400	1002	1029	1012	1000	90,1	1 1	09	9.1	il 9.₹.9	1

Ī)	Le be	ndg	e b o	rene			
				Sum	nen aus	den Ja	bren		Höc	hste	Niedr	igste
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1900	1891—1895	1896—1899	Zabl	im Jahre	Zahl	im Jahre
Bukowina	6 7 8 9 10	{Radautz	17103 11672 12295 15237 — 11651 121027	11708 13183 16579 — 12446	17639 — 13356	18269 — 13799	6321 13023 15835 11539 5126 14010	12502 — 10271 11378	4358 3522 2831 3384 3929 2684 2959	1888 1897 1889 1889 1893 1896 1897		1877 1894 1873 1871 1871 1898 1872
Dalmatien	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13	Benkovac Cattaro Curzola Imoski Knin Lesina {Makarska 6} Metković Ragusa Sebenico Sinj Spalato Zara Dalmatien	5597 4558 3341 4571 8292 3683 4835 — 5308 7803 7016 14099 11181		5976 9958 4336 — 3538 2235 4990 8318 8757 17939 12490	5298 9537 8772 19825 13126	4940 4399 7258 10370 4866 — 4633 2568 5156 10657 9725 21791	8189 3867 ————————————————————————————————————	1785 1060 1018 1586 22002 1024 1118 1010 636 1167 2249 2 79 4629 3390	1897 1896 1899 1893 1887 1896 1892 1894 1899 1896 1897 1897	756 631 418 895 1341 1242	1874 1874 1874 1874 1874 1874 1874 1874

^{1) 1871—1893. 2) 1894—1899. 3) 1871—1893. 4) 1894—1899. 5) 1871—1880. 6) 1881—1899.}

Summe	n der T	'odtgebo	renen	Summe	n der un	ehelich	Gebor.		1881-	-1899		ant.	
885	1890	1895	668	1885	1890	895	668	Einw.	Uni 1000 Ge		Trauung Geborene	1895—1899 100 Geburten 10rtsh. Beistar	
1881—1885	1886—1	1891—1	1896—1899	1881—1	1886—1	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Geborene	todt geboren	unehelich	Auf 1 Tr. ehelich Ge	1895—1899 Von 100 Geburten unt. geburtsh, Beistand	
257 	332 	204 118 265 406 224 120 501	254 170 371 - 279 452		1728 — 1194 2728 2343. — 2710	1071 586 1175 2716 1332 564 2469	1506 878 2002 - 1159 2123	48·1 45·3 45·2 43·9 44·2	15 18 20 26 17 25 32	83 103 89 165 122 109 177	5·03 4·56 4·49 4·74 4·70	25·1 46·2 29·7 — 38·8 36·7	8 } 9 10
2681 17 69 45 13 13 93 — 24 8 59 43 52 145 261 842	3032 17 51 51 4 21 60 — 6 18 49 42 19 222 228 788	3196 17 40 50 3 35 75 — 23 12 61 65 12 261 217 871	2686 9 29 47 4 33 91 - 9 14 76 45 8 251 218	375 225 145 60	18933 439 205 117 73 310 100 82 43 189 396 120 607 895	509 217 124 69 271 104 — 93 42 218 395 146 576 1084	385 198 198 285 75 — 59 42 314 361 109 565 824	43·7 28·1 35·4 42·4 43·5 37·0 — 35·9 40·7 28·3 40·6 40·4	18 -4 6 12 5 3 11 17	20 19 45 39 13 28 63	4·28 3·88 4·56 4·76 5·06 4·56 3·99 4·28 4·90 5·06 4·46	5·2 3·7 5·78·5 6·2·2 8·8 8·8 2·2·2 8·8 6·3 6·3 6·3 6·3 6·3 6·3 6·3 6·3	1 2 3 4 5 6 } 7 8 9 10 11 12 13

⁷) 1881—1899.

II.

Todesfälle (ohne Todtgeborene) und Sterblichkeitsverhältnisse in den Städten mit eigenem Statute und in den politischen Bezirken.

					V	erstorb	ene ohn	e Todtg	eborene			
				Sum	nen aus	den Ja	bren		Hŏcl	aste	Niedr	igste
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zahl	im Jahre	Zahl	im Jahre
	1 2 3	WrNeustadt St. Waidhofen a. Y. Stadt	3560 691	3783 610	105993 — 3731 653	- 3449 613	172358 3317 541	132395 2687 463	24759 34954 827 159	1872 1892 1877 1871	19937 31779 617 87	
,	4	Amstetten . 4) (Palar	12167 — — 13566	12294 — — 12831	12659 — — 13436	12193 — — 15004	=	5282 1592	2759 1775 — 3458	1882 1896 — 1873	2242 1736 — 2268	1872 1897 — 1871
	5 6 7	$ \begin{cases} Baden 7 \\ Bruck a. L. 9 \end{cases} $	14707 —	13634 —	14192 —	13894 —	 9159	4579 — 7001	1566 3485 1966	1899 1873 1892	1492 2489, 1671	1898 1871 1894
ч	8 9 10	Floridsdorf . 10) Gmünd 11) GrEnzersdorf 12) Hernals 13)	6629 29804	6654 30269		8028 31535		. 8791 1699 —	2218 — 1729 8541	1896u.99 — 1895 1885	2145 — 1206 4856	1897 — 1871 1871
i c	11	Hietzing	- - 5155	 5015	- - 5021	4712 3178 — 4825	- 6876 4563		 	_ 1892 1873	1286 821	 1898 1898
r r e	13	{Korneuburg . 17)	11685 17096	11398	12305	12037 —	11609 2809	6240 —	2613 1772 3728	1873 1899 1873	-2039 1481 2809	1871 1897 1891
B t 0	14 15	$ \begin{cases} \text{Krems} & . & . & . & . & . & . & . & . & . & $	3086	- 3011 -	2870	 2385 	9937 — — —	6388 1894 1665	2568 — 698 596	1892 — 1873 1898	2044 — 546 533	1896 — 1883 1899
r ö	16 17 18	Melk	13176 - 9377	13661 	13976 - 9116		13655 	5746	1253 3401 1999	1899	1177 2350 1827	1898 1874 1898 1893
e q e	19 20 21	Neunkirchen 27) Oberhollabrunn . Pöggstall 28)	10814 —	11370 —	11 5 93	10949 —	10245 —	1824 3781 7710 907	2145 1313 2511 —	1873 1899 1883 —	1566 1233 1781 —	1898 1898 —
N i	22	St. Pölten . 31)	16882 — — —	17161 — —	16964 — —	13234 3356 —		2659 5799	3807 3356 — 2060	187 3 1890 1899	3099 2861 — 1807	1872 1893 — 1898
	23 24	Scheibbs 33) (Sechebene 33)	6054 33220	6182 - 33706	-		_	3160 —	1329	1876 1899 1884	1100 765 5946	1877 1897 1871
	25 26	Tulln	-	_ _ _	_	4174 — 3220 —	6853 2459	6659 —	- 1857 -		 1592 	 18 9 6
	27 28	$\left\{\text{Waidhof, a.Th.} \begin{array}{c} 40 \\ 11 \end{array}\right\}$	13673 8494	12683 - 8326	- 1	11258 - 8733	11735	5825 938 1584	2980 2012	1873 — 1873	1865 — 1522	1897 1879
	29	44)	11528 —	10825 —	11975 —	10998 —	10827 —	4174 6055 1259	1456 2573 —	1897 1873 —	1284 1950 —	1898 1896 —
		Niederösterreich	353355	343127	356360	351545	349642	265630	80003	1873	64127	1898

¹) 1875—1890. ²) 1891—1899. ³) 1871—1895. ⁴) 1896—1898. ⁵) 1899. ⁹) 1871—1896. ⁷) 1897—1899. ⁵) 1871 bis ¹⁷) 1871—1895. ¹⁸) 1896—1899. ¹⁸) 1891—1899. ¹⁸) 1892—1899. ¹⁸) 1899. ¹⁸) 1891—1899. ¹⁸) 1897—1899. ¹⁸) 1896—1899. ¹⁸) 1899.
			der gest	orbenen	Kinder				1881-	-1899		lich	Ĭ.
	1. Leb	ensjahr	е			zu 5 Ja	hren	nw.	Von 1000 gebor. g		Ver- r im thre	årzt .00 St	
1881 –1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Sterbefälle	im 1. Jahre	im Alterbis 5 Jahre	Unter 1000 Verstorb, Kinder im Alter bis 5 Jahre	Todesursachen ärztlich beglaub, unter 100 Sterbe- fällen, 18951899.	
27370 - 1108	26853 — 986	_ 51856 879	— 38973 735	41641 	39047 1314	76138 1141	54714 932	26·6 22·6 27·8	196 204 269	292 295 3 53	389 429 369	99·9 99·9	}
143	116	107	89	198	164	122	122	32.3	255	340	267	99.9	l
3591 — 4854	3339 - 5294	3328 - 5296	1538 456 968	4836 — 6482	4425 — 7067	4279 — 7008	1964 572 1269	26·9 21·5 22·3 28·3	302	337 279 276 401	372 360 470	99·0 100 99 8	
6011 —	5713 —	 3575 	1667 2844 3746	8268 — —	7787 —	_ 4742 _	2078 3576 4754	22·8 32·7 27·2 22·0	235 344 293 276	294 472 380 351	572 517 541	99·7 98·6	}
3130 13935	$\frac{12305}{2021}$	3456 —	617 — — —	4357 21765	4486 17723 2930	4617 —	824 — — —	27·0 28·9 27·9 26·0 30·7	328 304 312	383 441 457 452 462	564 584 622	100	}
1886 4998		2313 1571 4483	$ \begin{array}{r} -\\ 1746\\ 1121\\ -\\ 2348 \end{array} $	2404 6602	1497 2218 6300	2975 1975 5920	2244 1417 — 2908	28·0 24·7 28·2 24·0	301 326	373 382 425 365	422 447 524	99·6 99·4 100	
5769 —	_	1005 3483 —	-2242 638	7475	7192	1311 4430 —	2768 782	30·5 26·5 23·4 25·4	344 312 276	392 338	468 441 413	99·4 100	}
968 - 5128	_			1209 - - 7028	1048 — 6992	_ _ _ 6603	670 1841 4475	22·2 26·9 25·4	266 204 267 269	336 252 330 364	402 380 485	98·5 99·7 99·8	3
2773 - 4360	-	$\begin{array}{c} - \\ 2582 \\ - \\ 3703 \end{array}$	1923 532 1178 2815	3751 - 5599	3567 - 5186	$ \begin{array}{r} $	2524 738 1532 3453	25·2 23·2 21·4 27·7	198 312	258 397	3 404 405 469	99·4 100 99·9	}
6605 —	4876 1151	5382	353 — — 948	8358 —	6106 1500		436 — — 1173	26·3 31·6 28·0 28·3	355 297	371	479 437	99.7	
1995 1990			1754 - 944	2530 - 19001	2568 	2401 —	$\frac{2282}{1177}$	26·1 26·7 24·1	249 275 227	324 347 284	394 414 372	99·9 99·7 99·9	9 }
12609 — — —	9621 1523 — 1057	2382 —	2281	19001 — —	13814 2238 — 1421	3039		31·4 27·3 26·4 26·0	294 317 269	431 396 360	536 430 441	99.6	}
4607 - 2842	_	856 4436 3041		6202 3757	5349 4059		 2799 438 758	25·7 27·8 24·5 25·9	304 307	398 372	$\frac{3}{2}$ $\frac{490}{467}$	99.9	}
4222	_	3842	1391 2248 468	5560 -	5027	5047	1754 2777 569	20·9 27·3 26·2	220 296	277	420	99.8	3 }

1890. 9) 1891—1899. 10) 1896—1899. 11) 1899. 12) 1871—1895. 13) 1871—1895. 13) 1871—1889. 14) 1890. 15) 1890. 16) 1891—1899. 25) 1897—1899. 26) 1871—1896. 27) 1896—1899. 28) 1897—1899. 28) 1897—1899. 28) 1897—1899. 28) 1897—1899. 28) 1897—1899. 29) 1897—1899. 29) 1897—1899. 29) 1897—1899. 20) 1897—1899. 2

				X22.22.4		Verstort	ene ohr	e Todt	geborene)		
				Sum	men aus	den Ja	ahren		Höcl	hste	Nied	rigete
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zahl	im Jahre	Zalıl	im Jahre
Oberösterreich	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14	Linz Stadt Steyr >	7245 2749 8645 6260 7758 4888 9725 6938 8158 7542 7491 9001 8788 11882	8574 5586 7084 4709 9045 6475 8374 6869 8035 8750 8912 11425	2402 8435 6118 6866 4515 9026 6944 8224 7280 8085 8725 8725	. 2679 8667 6111 6652 5096 9300 7340 8354 6861 7938 8956 8683 11172	2202 8253 6108 7107 4180 9601 6879 8115 6819 8032 8409 8849 10928	6304 1881 6279 4513 5602 3231 7714 5457 5925 5178 5646 6320 6653 8558	1652 660 1949 1517 1787 1278 2046 1650 1827 1604 1889 1971 2017	1873 1875 1878 1874 1874 1888 1888 1874 1875 1875 1875 1878	369 1497 1045 1228 773 1691 1171 1414 1132 1495 1599 1985	1883 1895 1877 1889 1896 1876 1896 1898 1898 1898
Salzburg	1 2 3 4 5 6	Salzburg Stadt . Hallein ') Salzburg Umg.?') St. Johann Tamsweg Zell a. S Salzburg	3801 	3724 — 9802 — 4079	3648 	3648 		79261 3308 2454 5463 3126 1300 2929 18580	22646 868 628 2129 1434 963 386 915	1873 1899 1898 1873 1899 1891 1872 1891	640 590 1718 1247	1883 1896 1889 1896 1871
Steiermark	1 2 3 4 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20	Graz Stadt Cilli Stadt Pettau Stadt Pettau Stadt Bruck a. M. Cilli Umg. Deutschlandsberg Feldbach Graz Umg. Graz Umg. Grabming Judenburg Leibnitz Leoben Luttenberg Marburg Umg. Murau Pettau Umg. Cilli Madkersburg Radkersburg Radkersburg Marburg Radkersburg Radkersburg Radkersburg Radkersburg Marburg Radkersburg Radkersburg Marburg Radkersburg	15205 729 2350 — 8776 15910 5575 10337 15427 — 2015 8061 7163 8209 6268 3404 1942 2814 11203 3955 10620 — 4844	7206 8140 5536 	1066 2530 — 8828 15192 5514 10553 15366 — 3367 6981 7462 7904 5878 — 3118 3102 11449 3518	14656 1198 2577 649 8614 15428 5699 10962 14746 — 3522 7077 7545 7925 6374 — 2925 3004 10173 3520 3917 5271 5015	15531 1208 2750 1081 8464 14988 5679 7907 3465 6901 7717 77802 6710 — 2829 3331 11010 3567 — 9801 4718	13090 1042 2327 785 6660 12839 4302 8353 — 7904 2646 5327 6210 5896 5491 — 2175 2288 8563 2617 — 7444 3555	3463 275 627 236 1956 3819 1275 2436 3541 2833 761 1882 1770 1926 1597 1721 728 760 2689 874 2300 2222 1254	1899 1898 1898 1890 1891 1877 1875 1891 1877 1874 1891 1885 1884 1884 1884 1884 1887 1874 1892 1878	2772 136 418 166 1510 2654 941 1884 2681 1876 572 1224 1289 1355 1073 1683 503 464 1891 1687 774	1876 1876 1898' 1871

¹) 1896—1899. ²) 1871—1895. ³) 1896—1899. ⁴) 1888—1899. ⁵) 1871—1891. ⁶) 1892—1854.

	St	mmen	der gesi	orbener	Kinde	r	i		1881-	—1899		년 월	
in	n 1. Le					zu 5 J:	hren	<u>.</u>	Von 1000		- E &	Ster	
1881—1885	-1890	-1895	-1899	-1885	1883—1890	1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Sterbefälle	gebor. g	estorben	Unter 1000 Verstorb. Kinder im Alter bis 5 Jahre	arsachen ä . unter 100 fällen, 1895—1899.	
7	Ŧ l	T	7	Ī	7	1 1	$\tilde{1}$	8 g	im Jahre	Alter bis Jahre	Unter 1000 storb. Kind Alter bis 5 J	un fa 1895	
	1886-	1891	1896-	1881	883	1891	96	of 1 Ste		Alte	rb. ter	desu	
#	32	3	32	37	31	18	81	¥	-i	ΞĹΩ	P S C	7. 28 28	
1515	1563	1572	1284	2179	2128	2146	1725	31.6		-318	286	99.9	
695 3697	736 3521	660 336 6	529 2446	1008 4392	1009 4207	826 3975	704 2889	22·4 29·1	267 327	359 388			2
1590	1650	1733	1282	2147	2240	2395	1679	24.2			370		3 4
2129	1882	2155	1636	2606	2356	2676	2016	25.2	246	305	368	99.4	5
1188	1319	1070	863	1562	1702	1368	1053	26.3	236		334		6
2933 2061	3003 2124	3385 2093	2804 1836	3901 2754	3901 2845	4290 2795	3501 2234	25·4 26·1	276 250	355 328	438 399		
3033	2996	2924	2150	3611	3609	3516	2518	27.2	310	37 0	433		9
2177	1886	2050	1592	2982	2556	2758	2102	25.1	235	317	3 98	99.8	10
2744 2476	2681 2682	2661	1799	3479 3276	3324 3364	3309	2185	28.3	291	362 • 332	414 · 380		11
2971	2002 2795	2635 2790	1873 2009	3725	3443	32 80 3537	2389 2482	25·5 25·6	261 259	· 323			12 13
3119	3206	3176	2439	4192	4113	4034	3231	24.8	249	325	372		
32328	32044	32270	24 541	41814	40797	40905	30708	26.2	263	335	394	98.9	
749	602	722	673	1042	832	961	865	28.0	207	279	255	99.9	1
	_	_	784	_	_	_	1010	28.8	256	3 30	412	99.6	2
3235	3330	3647		4097	4042	4506		26 9	298	369	441		3
1040	 973	1065	2017 836	$\frac{-}{1463}$	 1192	1508	2435 1054	24·8 26·7	269 23 3	· 324 · 310	446 338		. 1
328	316	368	319	441	384	475	405		202	258			4 5
1078	994	1124	838	1399	1224	1441	1016	24.7	216	272	339	98.3	6
6430	6215	6926	5467	8442	7674	8891	678 5	26.4	250	317 ·	36 5	99.3	
2676	2501	2864	2654	3983	3535	4058	3530	25.7	185	261	262	99.8	1
156	131	127	92	229	216	213	148	37.6	194	309	179	100	2
542	613 33	687	53 0	853	853	903 116	711 92	25.5	231	323 296	326 105		3
2480	2555	$\begin{array}{c} 64 \\ 2665 \end{array}$	56 2123	3440	55 3389	3540	2772	51·1 26·0	172 238	311	· 403		4 5
3252	3343	3508	2827	5849	6019	5928	5041	23.7	158	279	391		6
1370	1481	1629	1098	1947	2023	2109	1448	21.1	211	273	355		7
3548 4643	3758 4669	3842 978	2 936	4815 6224	4872 5859	5069 1227		25·5 25·4	296 304	388 393	454 401	91.2	8
4010		2555	2595	- 0224		3271	3293	23.0	231	• 294	415	95 3	9
819	838	859	667	1084	1064	1138	927	23.5	197	· 260	324	96.5	10
2179		1993	1534	2986	2821	2747	2099	26.1	274				11
2195 2255	1995 2317	$\frac{2200}{2371}$	1811 1715	$\frac{2884}{3128}$	$\frac{2834}{3195}$		$\frac{2474}{2325}$	27·0 24·3		· 316 · 351	390 395		12
1784	1830	1958	1668	2363	2387	2650	2177	29.2	247	327	392	99.9	14
839	713	 746	555	1150	902	989	7 04	24.8	$\frac{-}{211}$	277	339	94.0	19
727 3135	790 3015	796	556	1301	1150				193			1	- 1
860	3015 849	3304 963	$\frac{2610}{754}$	5019 1133	$\frac{4454}{1118}$	4971 1333	3931 934	24·4 26·1	220 222	$\begin{array}{r} 335 \\ 293 \end{array}$			
2304	979	-	-	4094	1572	-						l —	1
-	1357	2540		_	2111	4187	3274	23.5					19
1528	1559	1332	991	2108	2136	1843		24.0	255	351	413	96.9	20
1 ,	, ,		, "	' 1		l l		i	l	1		u '	

⁷⁾ 1873—1899. 8) 1871—1872. 9) 1873—1899. 10) 1871—1887. 11) 1888—1899.

					,	erstorb	ene ohn	e Todtg	eborene			
				Sum	nen aus	den Ja	hren		Höch	ste ,	Niedr	igste
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zahl	im. Jahre	Zabl	im Jahre
Steiermark	21 22 23 24	Rann	7961 4799	 7824 5057	5782 7426 4965 159455	5246	5858 3983 7817 4978 162150	3897 5938	1168 1923 1134	1873 1892 1875 1879	1026 853 1301 791 28845	1886 1898 1876 1876
Kärnten	1 2 3 4 5 6 7 8	Klagenfurt Stadt Hermagor Klagenfurt Umg Spital St. Veit Villach Völkermarkt Wolfsberg Kärnten	3683 2353 8628 6395 8386 7733 6973 5221	2133 7562 5737 8412 7035 7318	2225 8368 5592 7728 7510 6683 5165	2178 8288 5549 7859 7632 7302 5467	8379 5679 7391 7954 6431 5281	1622 6610 4358 5895 6677 5153 4534	1429 2044 1881 1789 1285	1890 1873 1874 1873 1874 1893 1879 1897	584 358 1327 1030 1333 1322 1151 815	1894 1898 1876 1882 1893 1893 1876
Krain	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12	Laibach Stadt Adelsberg Gottschee Gurkfeld Krainburg Laibach Umg Littai Loitsch Radmannsdorf Rudolfswerth Stein Tschernembl	7393 8228 7790 4792 5390 3460 5858 5797 5144	5768 5570 7352 7378 7733 4432 5419 3492 6279 5324 4513	6114 7681 7816 4505 5676 3391 5798 5229 4586	5854 5641 7774 7777 8767 4925 5298 8555 5840 5908 3846	4863 5742 3641 6432 5717 3512	4645 4754 4919 6191 6911 3456 4463 3100 4264 4357 2680	1561 2199 2005 2257 1250 1411 841 1609 1408 1462	1888 1873 1874 1689 1874 1874 1874 1882 1874 1882 1874	918 967 1020 1318 1165 725 849 586 929 917 576	1872 1881 1887 1887 1882 1877 1877 1877
Görz-Gradisca	1 2 3 4 5	Triest u. Gebiet Görz Stadt Umg. Gradisca Sesana Tolmein Görz-Gradisca	70998 24148 2907 8585 10292 4442 5717 31943	2 2871	22599 3145 8541 8515 4171 5009	23419 3471 8166 8224 4189 4828	23624 3669 8565 8220 3968 5784	18010 2827 6521 5922 3037 4362	5754 819 1972 2293 1041 1463	1874 1886 1891 1874 1876 1884 1874	520 1468	1898 1889 1877 1871 1897 1881 1889
Istrien	1 2 3 4 5	Capodistria	1927 11312 5838 5634 5843	5380 4935	5060 52 81	11248 4909 5037	11584 4506 5437	9007 4070 4271	1306 1307	1874 1886 1873 1883 1896	283 1511 849 847 1017	1899 1876 1892 1883 1871

^{1) 1892—1899.}

===	Su	mmen	der gest	orbenen	Kinde	r			1881-	-1899		rbe-	
in	ı 1. Lel					zu 5 Js	hren	ıw.	Von 1000	Lebend-	im ibre	årztl 90 Ste 0,	
1881—1885	1886—1890	1891—1896	1896—1899	1881—1885	1886 –1890	1891—1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Sterbefälle	im 1. Jahre depor. &	im Alterbis 5 Jahre	Unter 1000 Verstorb. Kinder im Alter bia 5 Jahre	Codesursachen är glaub, unter 100 f fällen, 1895—1490,	
				_				,		.9) B 4	F <u>8</u>	_
1262 — 2154 1069	1347 — 2295 1250	1220 1172 2419 1229	967 1166 1860 1018	2348 — 2888 1722	2295 — 3037 1928	2188 1491 3157 1766	1943 1660 2424 1488	24·5 23·8 24·8 23·9	227 266	278 306 350 269	400 398	79·7 92·5	22 23
41777	42281	44021	34696	61548	59825	62505	49439	25·1	22 0	316	383	78 ·5	
678 600 26 14 1484 2259 1992 1701	619 561 2754 1447 2379 2114 1748 1319	593 536 2719 1405 2109 2164 1689 1421	490 424 2258 1162 1637 1830 1255 1044	874 826 3540 1957 3035 2751 2396 1714	766 786 3594 1983 3132 2832 2655 1876	731 742 3629 2041 2867 3134 2252 1827	606 568 2976 1645 2284 2654 1762 1581	34·1 23·5 25·6 24·2 28·4 25·0 25·1 25·6	203 253	219 265 359 282 342 291 292 287	360 434 360 392 382 354	70·1 79·2 65·1 60·5	1 2 3 4 5 6 7 8
12443	12941	12636	101 00	17093	17624	17223	14076	26 1	222	305	. 37 0	70 2	
943 1257 1357 1186 1886 2475 975 1246 1246 1246 1331 1116	1089 1362 1361 1557 2096 2760 1124 1306 800 1254 1621 877	1093 1448 1327 1417 2003 2833 1082 1449 862 1339 1701 705	822 1126 947 1028 1422 2285 798 991 809 903 1234 460	3051 3879 1807 2361 1125 2300	1664 2418 2330 3125 3345 4348 2001 2225 1290 2257 2717 1559	1648 2371 2166 3085 3318 4365 1985 2423 1410 2765 2683 1300	1261 2010 2102 1964 2869 3477 1420 2036 1320 1615 2046 950	27·2 24·3 27·8	160 147 208 244 163 172 186 150 213	343 320 293 295 354 378 296 311 299 282 348 330	416 411 391 424 497 406 426 376 400 454	34·0 20·1 31·9 33·2 18·6 35·8 37·1 19·6 16·1	2 3 4 5 6 7 8 9 10
15744	17207	17259	12825	27339	29279	29519	2307 0	27.8	186	323	414	33·1	
5243	5583	5 403	43 36	9929	10113	9923	7121	29.0	215	387	423	98-8	
535 2000 2519 1052 1025	611 2090 2619 1111 1048	641 2169 2616 1080 1233	1789 789 1068	3969 2008 1871	4042 2022 1745	4080 1857 2254	763 2960 2567 1330 1783	26·2 23·5 28·6 28·4	174 191 193 181	352 311 294 346 316	449 475 470 383	12·0 77·2 18·5 13·5	2 3 4
7131	7479	7 739	5838	12694	12548	12967	9403	26 6	186	314	·428	41.4	
456 3137 1289 1293 1772		528 3365 1243 1443 1930		2319	951 5833 2166 2301 3206	849 6067 1929 2441 3315	734 4611 1736 1920 2843	25.4	189	474 393 308 295 340	519 436 448	45·5 35·9 18·0	2 3 4

					v	erstorb	ne ohn	e Todtg	eborene	1		
				Sumn	en aus	den Ja	hren		Höck	ste	Niedri	gste
		Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zahl	im Jahre	Zabl	im Jahre
Istrien	6 7	Volosca	7104 6326	6743 5192	6674 5713	7664 5743	7402 6153 43399	6506 4983 35795	1953 1536 10315	1896 1873 1896	1069 955 7232	1881 1876 1876
Tirol	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23	Innsbruck Stadt Bozen Stadt Rovereto Stadt Trient Stadt Ampezzo Borgo Borgo Brixen Bruneck Cavalese Cles Imst Innsbruck Umg Kitzbühel Kufstein Landeck Lienz Meran Primiero Reutte Riva Rovereto Umg Schwaz	7009 1910 2160 3468 7765 3644	2491 1468 1257 2314 726 5220 6280 3108 4161 2717 5002 2648 6748 2617 3457 6016 1606 2194 3286 7064 3336	7219 1559 2096 3240 6876 3393	2978 1541 1126 2472 645 5139 7780 3321 4276 2855 6167 2884 7286 2612 3618 3095 3567 7164 1381 2041 3323 6940 3553	3004 1597 1165 2570 667 5246 8299 3611 4611 2681 5968 2736 2785 3886 2734 3559 7629 1466 1934 3417 7259 3358	2702 1216 1011 2106 531 3653 6581 2554 4389 2052 5728 2074 28405 2213 2760 5758 975 1337 26407 2412	721 458 336 617 191 1317 1830 843 1068 721 1757 672 1648 729 831 940 1769 420 485 885 1761 803	1899 1875 1876 1876 1885 1876 1892 1884 1875 1882 1885 1874 1882 1874 1876 1877 1876	419, 261, 199, 387, 94, 882, 1097, 518, 738, 410, 675, 480, 1241, 474, 505, 497, 613, 1127, 212, 309, 545, 1125,	1872 1898 1898 1878 1878 1874 1874 1886 1877 1877 1878 1894 1878 1894 1894 1894 1894 1894 1894 1894 189
Vorarlberg	24 25 1 2 3	Tione	5162 11906 104867 3240 5243 5622 14105	9869 94909 3097	9455 103730 3424 5014	10701 101739 3016 4923 5498	5267 11102 104135 2780 4782 5384 12946	3475 8038 78230 2133 3645 4351 10129	1207 2704 23358 781 1142 1301 3066	1871 1875 1875 1883 1879 1882	784 1818 18481 507 861 970 2374	1876 1876 1896
Bühmen	1 2 3 4 5 6 7 8	Prag Stadt . Reichenberg Stadt Asch	35826 4439 4059 9065 8439 7023 6033 8742 — 11277	641 0 91 09	5235 4230 10720 9371 7094 6796	11984 8594 6324 6139 9303	4867 4197 12051 8442 5761 5461 8554	25824 3609 2885 9550 6544 4387 4232 4575 1285 7802	8088 1170 1036 2606 2049 1495 1603 2139 — 2449	1877 18 92	5890, 783, 616 1469 1464 926, 998, 1485, —	188 187 188 187 188 1896 1898

¹) 1871—1898. ²) 1899.

		Su	mmen	der gest	orbenen	Kinde	r			1881-	-1899		rztlich Sterbe-	
	im	1. Leb	ensjahr	e	im Al	ter bis	zu 5 Ja	hren	₩.	Von 1000	Lebend-	Ver- ler im Jahre	ārztl 0 Ste 9.	
1885	000	1890	-1895	1896—1899	1885	1886—1890	1895	1896—1899	f 1000 Ein Sterbefälle	gebor. g		1000 V Kinder Sis 5 Jal	(Todesursachen årz beglaub. unter 100 S fallen, 1895—1899.	
	1 1	II	7	I	1 1	Ī	1 1	Ī	01 g	im Jahre	Alter bis Jahre	r 10 K	b. ul	
1881	8	1886—	1891	896	1881	886	1891	968	Auf 1000 Sterbef	im 1. Jal	m Alt 5 Ja	Unter storb.	glau	
_							= =		◀ .		<u> </u>	DIA	F.8	
	989	2248	2242	1855	3617	3851	3771	3208	25.2	231	401	511 466	63·8 24·6	6
	340	1564	1673	1377	2606	263 2	2904	2381	27.5	181	382		1	1
11	276	12217	12424	10099	20604	20940	21276	17433	27 ·2	204	· 356	488	43.3	
	410	405	475	401	050	·	070	600	0*.0	0.0	0:7	236	99.9	1
	448 245	495 247	475 234	491 216	656 435	662 376	676 355	698 293	25·8 26·5		357 288			
	169	186	205	157	277	274	284	249	26.2	192	291	242	99.9	2 3 4
	418	479	459	421	698	727	662	600	23.5	197	298		000	4
	205	170	149	119	329	233	215	195	23.3		287			5 6.
	465	1304	1250	880	2068	1854	1818	1209	25.0		281			
	998	1982	2250	1912	2928	2697	2940	2404	24.1	224	302			8
	777	842	882	680	1141	1080	1177	830	25.3	227	• 301			9
	083 845	1075 864	1085 829	767 661	1512 1317	1307 1147	1560 1027	968 904	24·9 24·9	213 238	284 - 328			
9	056	1605	1632	1228	2856	2431	2354	904 1743	24·9 25·9		323 · 323			11
	630	601	590	493	841	747	757	585	25.3		279			
2	009	2015	2159	1743	2755	2517	2756	2072	25.3		285		97.4	
	614	515	665	542	951	641	915		23.7	187	252			14
- 1	785	776	957	707	1174	975	1285	923	23.2		250	309		15
1	721	591	594	489	1013	841	721	602	26.6		264	275		16
1	766	749	731	610	1068	983	945	768	23.9		· · 257	273		17
	466	1510	1805	1334		2058	2335	1748	24 0		275			18
- 1	525	490	451	299	688	624	626	387	26.7		•320			19
	509	416	458	272	655	535	585,		25.3		255			20 21
١.,	835	894	896	749	1284	1308	1290	1009	22.1	230	383			22
1	931 693	2069 775	1997 709	1387 559	2835 937	2890 1024		2020 688	26·8 24·6		326 2 50		96.0	23
	497	1576	1488	960	2255	2190		1323		234	339	410		24
	833	3050	3093	2131	4256	4569		3115	24.6		324	1		25
25	523	25276	26043	19807	37 088	34690	35875	263 15	25.1	215	. 299	345	92.6	
								1			•			
	869	687	656	527	1178		816	634	23.8		254	310		1
	174	1052	1156	961	1539	1312	1427	1197	23.1	197	· 248			2
1	.566	1441	1308	1212	2096	1828	1675	1483	22.8	205	-262	333	97.5	3
З	609	3180	31 20	27 00	4813	4034	3 918	3314	23·1	200	255	31 5	9 5 ·5	
	502	6 016	6348	426 9	9947	10221	9586	6726	34.7	177	280	300	99.9	1
	315	1243	1100	743	1874		1564	1042	32.5	284	407	331		2
	131	1253	1259		1918	2021	1989	1250						1 -1
	659	5219	5269	4127	6041	6828	6703	5237	29.7	310	394		96.3	4
	455	2968	3032	2439	4977	4104	4136	3113	25.0	265	363			5
	135	2664	2493	1772	3872	3399	3025	2219	27.6	300	.373	1	99.2	6
2	179	1835	1617	1169	3183	276 0	2308	1636	23.7		303			
4	1030	3436	3 323		5727	4989	_	2319	27 ·0	273	385			
-				440	- 1		4598,		27.6		429			()
4	392	4107	37 36	2823	5658	5175		3393		333	418			
1	1	ı		. 1	!			I		1		Ι .	! !	· i

				V	erstorbe	ne ohne	Todtg	eborene			
			Sumn	nen aus	den Ja	hren		Höcl	nste	Niedri	gete
·	Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876-1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zabl	im Jahre	Zahl	im Jahre
This is the second of the seco	10 Braunau	8801 5399 10464 8386 4205 — 11310 3853 7107 — 8172 9598 6977 4826 6448 7919 11513 — 14414 3774 8359 9965 7205 8437 15785 — — 10053 9487 7422 12261 8510 4563 6884 9869 8411 4185 7203 9889 6879 4509 45	8827 5793 10576 8232 4208	8035 7366 11220 8843 3528 1500 12140 4161 5964 8162 5256 10341 7235 6202 8417 10667 -14070 4141 9407 9964 7359 9852 22700 2543 2633 - 11065 9245 7727 12159 8005 4639 7586 7258 4651 11459 8541 5226 7405 11458 8973 2319 5090 4844 8188	8381 8533 11315 8301 — 6619 11891 4093 — 10444 8163 10955 7978 5259 7818 6323 8503 11100 — 14714 4443 8972 10112 7410 10656 — 13011 15186 — 10270 9657 8605 12160 8388 4684 6925 9932 8788 5122 7361 11165 7088 4418 5655 9095 2237 5095 5095 5095 5095 5095 5095 5095 509	8074 9781 11791 7860 — 5422 10925 3850 — 9611 — 8207 11586 7931 4877 11674 7143 6547 8861 9765 — 13559 4062 8876 10158 6876 10158 6876 10585 — 12409 16514 — 2708 9592 8644 8124 11476 7914 3811 7491 7491 7491 7491 7491 8700 5052 7684 10585 7411 7491 8700 5052 7684 10584 7411 7491 8700 5052 7684 10585 7411 7491 8700 5052 7684 10584 8700 5052 7684 10585 7411 7491 8700 5052 7684 10583 8700 5052 7684 10584 8700 5052 7684 10584 10585 7411 7491 8700 5052 7684 10584 7411 7491 8700 5052 7684 10584 7411 7491 8700 5052 7684 10584 7411 7491 7	6530 8069 9489 5505 — 4022 8227 2620 — 7673 8720 5580 8699 57510 3770 4766 6276 — 5725 10143 3286 7124 7276 5307 8413 — 9338 10054 2371 6152 6861 6431 6350 8739 5409 5409 5409 5409 5409 5409 5409 540	2284 2138 2606 2122 1127 1500 2783 931 1803 1258 2378 1996 2405 1173 1787 1433 2010 2783 1536 2331 1644 2303 1546 2331 1644 2303 2469 1792 2756 1815 1286 1611 2502 2469 1792 2756 1815 1286 1611 2502 2469 1792 2756 1815 1286 1611 2335 1286 1611 2335 1286 1611 2335 1286 1611 2335 1286 1611 2335 1286 1611 2335 1286 1611	1872 1897 1873 1873 1873 1885 1873 1885 1899 1872 1892 1892 1892 1893 1877 1891 1673 1885 1873 1873 1873 1875 1873 1886 1886 1887 1878 1873 1873 1873 1873 1873 1873	1426 936 1762 1208 706 898 1878 509 1212 1775 2062 1332 1740 1327 1504 1145 1365 1794 2367 657 1450 1565 1452 2649 2233 2633 2633 2633 1294 2367 657 1450 1505 1452 1452 1505 1505 1452 1506 1505 1505 1505 1505 1505 1505 1505	187 187 187 189 187 189 189 187 189 189 187 189 189 189 187 189 189 187 187 187 187 187 187 187 187 187 187

^{&#}x27;) 1871-1884. °) 1885-1899. °) 1871-1884. 4) 1885-1899. °) 1896-1899. °) 1871-1886.

=		Su	mmen o	der gest	torbenen	Kinder	·	·		1881 -	-1899		ç. Ç.
-	im		ensjahr				zu 5 J	ahre	≱	Von 1000		in in	irztli Ster
_	1881—1885	-1890	1895	-1899	-1885	1886—1890	-1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Sterbefälle	gebor. g	estorben	1000 Ver- Kinder im bis 5 Jahre	Todesursachen ärztlich beglaub, unter 100 Sterbe- fällen, 1895–1899.
	7	1	1 1	7	7	7	7	ī	1000 srbe	im Jahre	im Alter bis 5 Jahre	Kind Kind	nrsac fa 1895
	881	1886-	1891	1896	1881	886	1891	896	uf]	im Jas	Alt.	Unter storb. Alter l	desi
,	=	=	-	-	-	Ä	=		4	i i	_E "J	A & C	peg 1
1	3123	3050	2978	2502	4056	4121	3784	3179	30.4	316	432	488	
	3098 3692	3650 3849	4296 4108	3744 3080	4298 4358	5090 5319	6041 5727	$\frac{4876}{4602}$	33·1 24·8	310 240	415 342	602 479	99·9 11 99·0 12
	2982	2591	2469	1597	4460	3982	3666	2242	25.2	228	329	470	
!	1035		1,005		1635	-	9991		28.9	214	337	463	
ł	442 3712	$\frac{2023}{3478}$	1607 3129	1201 2396	695 5510	$\frac{3219}{5425}$	2321 4776	1775 3374	25·7 26·1	210 221	319 3 32	456 442	99.7
	1293	1177	1162	730	1720	1636	1542	920	27.5	256	341	395	
i	1674	2200	2050	900=	26 50		4622	- 3733	27.8	206	322	444	
	641	3 289	3250	2965 4158	967	5015	4022	5396	26·5 28·7	249 284	353 368	.479 619	
1	2692	2528	2718	1856	3822	3656 [!]	3728	2554	28.2	253	356	452	99.7 19
	3809	3 897	4447	3492 2571	5337	5633	6184	4616	30·5 34·3	268	372	522	99·7 20 99·9 21
1	3824 1910	3761 1990	3779 1700	1284	4708 2376	$\frac{4467}{2412}$	4440 2054	3082 1580	30.2	397 332	475 406	56 0 440	
	4048	4874	4622	2762	5283	6488	6010	4130	31.7	310	416	511	99.7 23
1	2856	2930	2957	2165	3890	4336	3957	2743	29.6	268	367	547	
	2192 2464	$2189 \\ 2436$	$\frac{2221}{2446}$	1708 1634	2864 3419	2818 3555	3011 3749	$\frac{2138}{2324}$	29·3 26·8	296 230	385 334	454 407	99·3 25 97·1 26
1	3654	3598	3300	- 1	5368	5426	4568	_	24.4	216	315	487	99.9
	4020		1000	1875	-		- !	2491	21.4	201	268	435	100
	4622 1650	4593 1779	4269 1735	3373 1508	$\frac{6260}{2154}$	6457 2407	5750 2217	4254 1836:	26·9 31·1	259 2 98	349 385	433 547	
ļ	3266	3045	3048	2065	4487	4233	4010	3048	27.9	257	356	459	99.9 30
!	1078	4233	4407	3106	5443	5448	5627	3923	29.5	307	3 97	545	99.9 31
	2271 35 6 0	2299 3855	2220 3836	1728 3152	3035 5098	3104 5473	3033 5304	$\frac{2277}{4126}$	26·4 31·0	254 275	341 381	425 506	
1	9596	_	_	_	14357	-	_		28.4	301	450	632	- 124
!	1016	4717	4808	3236	1429	7176	6605	4777	22.6	260	377	536	99.8 3
į.	1096	5895	6485	3776 862	1641	9438	9599	5732 1241	21·1 18·6	$\frac{241}{224}$	366 322	590 524	$\begin{vmatrix} 99.9 \\ 100 \end{vmatrix} 35$
	:		1089	2368	_	_	1438	3284	22.3	213	291		99.8 36
	3646	3639	3491	2298	5431	5267	5011	3142	28.3	257	370	499	99.8 37
1	3726 3124	3418 3517	$\frac{3111}{3547}$	$\frac{2272}{2678}$	5041 4089	5000 4654	4341 4384	309 1 3348	26·1 29·1	$\frac{262}{311}$	366 398	514 535	99.9 38
	3896	3609	3325	2516	5521	5277	4692	3387	$\frac{24.9}{24.9}$	231	327	424	99 9 40
	2373°	2451	2301	1591	3358	3545	3239	2186	24.9	245	347	408	99.3 41
	1663	1683	1357	884	2334	2332	1735	1143	24.0	234	316	474	
	2389 3827	2279 3689	$\frac{2513}{3606}$	1 903 3 010	3433 5435	2992 5053	3400 4842	$\frac{2427}{3802}$	24·8 30·2	$\frac{241}{320}$	325 4 33	$\frac{447}{521}$	
	2712	2859	2810	2141	3720	4024	40331	2778	27.0	251	347	451	99.8 45
	2204	2011	2211	1465	2911	2736	2745	1866	28.4	284	369	537	99.7 46
:	2672 3819	$\frac{2727}{3601}$	$\frac{3181}{3415}$	2576 2505	$\frac{3863}{5112}$	$\frac{4011}{4822}$	$\frac{4435}{4467}$	3522 3363	29·9 26·5	$\frac{322}{275}$	$egin{array}{c} 457 \ 366 \end{array}$	560 431	99.8 47
	2160	$\frac{3001}{2093}$	2135	1612	2946	2927	3159	2109	27.4	251	349	414	99.4 49
	1806	1697	1464	857	2325	2239	1831	1305	28.0	274	363	490	
1	2024 3709	$\frac{1920}{3507}$	$\frac{1857}{3073}$	1563 2165	$\frac{2827}{4784}$	$rac{2589}{4657}$	2401± 3968±	$\frac{1917}{2685}$	27:3 25:2	$\frac{263}{270}$	$\frac{347}{349}$	$\frac{462}{488}$	$\begin{array}{c c} & 99.9 & 51 \\ & 99.8 & 52 \end{array}$
	717:	666	609	426	1046	941	892	651	$\frac{25.2}{24.5}$	213	311	434 434	99·1 53
	1636	1600	1524	1133	2376	2377	2137	1576	24.8	236	340,	463	100 54
	1497 -	1432	1415	1659	2135	1952	1864	1362	25.0	235	328	426	99·8 55 99·4 56
	2897	2459	2476	1652 	4149	3691	3373	2281	27:3	250	3 56	475	
	1	,	1	-1	i	1	1	,	•	- 1	,		1 4

⁷) 1896—1899. ⁵) 1871—1884. ⁹) 1885—1899. ¹⁰) 1885—1898. ¹¹) 1899. ¹²) 1894—1899.

}	1	II			Verstorb	ene ohr	ne Todtį	geborene			
;			Sumr	nen aus	den Ja	hren		Höch	ste	Niedri	gste
	Städte und politische Bezirke	1871—1875	18.6—1880	18811885	18861890	1891—1895	1896—1899	Zahi	im Jahre	Zabl	im Jahre
Воћтеп	Neuhaus Neustadt Pardubitz Pardubitz Pardubitz Pardubitz Pardubitz Pardubitz Pardubitz Pilgram 1	7353 13567 10379 11979 14514 — 9129 5181 8886 5891 4814 8738 5662 81293 — 8528 6398 11314 7139 7660 8067 7591 8783 17690 — 5997 9480 10574 5394 6655 4047 13355 — 11997 10854 5720 5932 —	9940 6284 12185 7705 7470 8129 7654 8407 18500 6596 10263 10805 5310 6687 4024 15819 12344 11880 5857 5738	12684 16508 — 9664 5294 10542 6090 4676 4143 9972 5959 8714 6127 6915 5991 11085 7665 7645 7665 7665 76694 10486 11757 5695 6884 4536 18477 13527 12224 6077 5812	12578 11258 11258 12691 16858 9102 5085 10623 6319 4878 9165 5593 9350 6185 66130 6185 66130 7781 7252 7786 8460 8092 21723 — 7302 9517 11303 4990 6342 4325 19165 — 13616 12526 6532 5763 —	13399 11174 12713 15781	9960 9934 9651 6704 3224 7184 4105 3777 6378 6924 4220 4966 4726 8638 4823 6587 5103 9679 5514 5016 5375 6252 5818 1309 9135 3293 4096 3002 8469 10055 9722 4526 441 1641	3195 2567 2897 3680 2228 1312 3332 1441 1080 1234 1338 2134 1558 1558 1258 2274 1661 2922 1743 1671 1963 1974 1982 4882 3110 1573 2475 2586 1225 1559 1068 4284 2243 2874 3002 1404 1422	1873 1872 1883 1877 1899 1873 1877 1887 1873 1873 1873 1884 1878 1873 1884 1873 1886 1873 1886 1873 1888 1873 1873	2178 1635 1919 2593 2335 1529 760 1601 980 729 786 1506 853 1248 1015 1049 1097 1833 1172 1588 1079 1938 1196 1109 1219 1331 1402 2581 1092 1615 1880 801 922 672 2081 1986 1098 1098 1098 1098 1098 1098 1098 1098	189 189 189 187 189 187 189 187 189 187 189 187 189 187 189
Mähren	Böhmen Brünn Stadt Iglau Stadt Kremsier Stadt ¹⁰) Olmütz Stadt Hradisch Ung. St.	15166 3782 1486 3061	14678 3 803 1926 2865	15897 3818	15598 3879 1849 2624	14614 3619 1773 2634	11443 2695 1352 1494	891 502 672	1873 1871 1886 1881 1873	638 312 297	1874 1874 1873 1874 1895

¹) 1871—1895. ²) 1896—1899. ³) 1871—1884. ⁴) 1896—1899. ⁵) 1871—1893. ⁵) 1894—1899.

	lich rbe-		-1899	1881-			r	Kinde	torbener	der ges	ummen	8	
6	Todesursachen årztlich eglaub, unter 100 Sterbe- fällen, 1895—1899.	Unter 1000 Verstorb. Kinder im Alter bis 5 Jahre	Lebend-	Von 1000	Auf 1000 Einw. Sterbefälle	Jabre	zu 5	lter bis	im A	re	bensjah	m 1. Le	i
£	nrsachen å , unter 100 fällen, 1895—1899.	O V der Jal	estorben	gebor. ge	f 1000 Ein Sterbefälle	63	65	8	85	66	95	8	85
2	5 E E	Unter 1000 storb, Kinde Alter bis 5 J	Alter bis Jahre) sef	1896—1893	-1895	1886—1890	-1885	1896—1899	-1895	1886—1890	1881—1885
186	urs 189	D 35.20	Alter bi Jahre	im Jahre	5.5			.1			1		1
ľ	des au	rb ter	Alt	in Ja	ي <u>ت</u>	96	1891	98	1881	96	1891	98	3
1	Teg	P # A	im/	-i	A.	82	188		18	18	188	18	18
.9	99.9	424	349	247	25.6	1955	2757	3028	3192	1579	2083	1996	2082
		417	331	224	26.6			5260	5103	2858			3428
9	99.9	460	326	216	25.6			5307	5327				3618
		509	402	276	28.7			6272	6158				4141
.9 }	99.9	510	317	220			7466	8739	8849		5296		6080
			262	196		4637		_	- 1	3468		-	_
			318	225	23.9			4010	4494				2991
		460	332	246	26.4			2364	2536				1791
		505	352	257	26.7		4719	5365		2406		3811	4241
		513	372	289	27.9		2783	3245		1596			2575
·2	99.2		366	251	28·7	1814	2108	2235		1416	1349	1473	1342
-5	11		334	224	27·0 24·7	9795	4100	1000	1902		2978		1273
		455 494	$\frac{328}{322}$	236 234	25.2		4103	4098	4751	2064			3280
			356	245	26·0.		2499 4509	2784 4807	3092 4591	1299 2624			2179
	99.5	477	311	$\frac{243}{224}$	24.8	1835		3047	3147			2117	2976 2192
			374	285	29.0	2333	3136	3362	3719	1835			2744
	99.8	381	289	194	24.7		2397	2544	2261	1125	1647		1550
		568	402	357	30.3		6474	6575	6427		5107		5013
			240	171	19.8	2001		_		1420		_	_
			429	344	29.9	2731	4231	4727	4634	1861	3503	3864	3862
			427	337	31.4		3712	4001	4032	2144	2948		3158
.9			357	253	27.3	5011	6890	6950	7058	3300	5135		5006
		482	435	351	30.1	2479	3618	3766	3823	2096	2965	3000	2972
			316	220	25.7°	2382	3381	35 3 3	3878	1718	2449	2422	2603
			356	250	26.2	2357	3585	3546	4236	1706		2470	2872
			382	273	28.4		4055	4185	3729	2133	2969	2918	2646
6		402	309	215	24.4	· .	3124	3364	3179	1634	2146		2269
_ }			380	257	26.6		6808	12677	12114		4971	8199	8168
9		536	313	219	21.6		2818	01.00		4151	2038	0205	
			3 58 329	260	27.9		3178	3163	2798	1500	2264	2307	2054
			529 4 59	230 327	25·7 29·0	3009 5039	4396 6229	4266 5904	5171 6227	2070 3657	3124 4570	3031 4158	3549 4258
		441	299	225	23.8	1357	1963	2161	2700		1503	1610	1932
			336	251	26.2	1736		3014	3281	1404	2056		2341
	II		316	246	23.0	1162	1729	1922	2182		1293		1592
-a'l			449	337	30 7			11342	10814	_	9614		7919
8	99.8		347	272	25.2	4603	_		_	3617		_	
6	99.6		376	300	27.2	4718	6455	6580	6460	4017	5089	5257	4974
8	99.8	511	437	33 8	32.0		6382	6408	6210	3909		4846	474 0
			342	217	25.4	1847	2607	2996	2767	1367	1934		1996
1.5			340 343	$\begin{array}{c} 246 \\ 223 \end{array}$	24·5 19·7	2211 911	2943	27 20	2736	1739 590	2077	1982	1900
1	ll		362	262	27:3		381971	3 9900a	403142	208245	281169	282758	790s
-		402	002	202	210	-10771	001211	200000	1001 10	200240	201102		
- []			370	252	32.1			5703	6108		3684		4268
			447	322	31.1	1116		1694	1657		1122		1180
			417	282	29.5	538		851	898		483		589
			308	211	25.9	492		776	926		476		608
JU	100	313	323	213	24.2	106	152	155	162	60	95	104	121

⁷) 1871—1895. ⁶) 1896—1899. ⁹) 1899. ¹⁰) 1872—1899.

1				7	erstorb	ene ohr	e Todte	geborene			
			Sum	men au	den J	ahren		Höch	ste	Niedri	igste
	Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896 – 1899	Zabl	im Jahre	Zabl	im Jahre
6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 166 17 18 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 36 37 38 39	Auspitz	10043 — 6344 10375 13498 11975 7590 11409 11687 —	12571 5711 10444 10379 4934 — 5541 3653 5243 10278 9784 12230 8241 9093 5485 8121 4840 9428 4652 9980 10128 — 6166 10424 13996 12918 7811 11258 11640	10831 20332 	10387 5168 — 5661 5124 10337 10512 14054 7502 9335 5323 7845 7861 9679 4104 10195 — 6496 10524 13873 12858 7766 12014 12057	14807 8171 9664 4716 7918 7903 10090 4068 10781 10041 ————————————————————————————————		1810 2619 2693 1776	1887 1873 1873 1890 1899 1872 1899 1878 1873 1881 1883 1881 1878 1879 1879 1879 1877 1871 1877 1873 1873 1873 1873 1873	1916 778 1734 1646 819 ————————————————————————————————————	187 189 187 189 187 187 187
2 ch lesien 3 2 6 6 7 8	Bielitz Stadt . 13) Friedek 14) [Sielitz Umg. 15) Freistadt Freiwaldau Freudenthal	2919 1193 680 2336 8617 9488 8958 7600 8293	$ \begin{array}{r} 1601 \\ 923 \\ - \\ 10352 \\ 10066 \\ 9264 \\ 7101 \end{array} $	— 11336 10581 9505 6961	12096 9230 7368	3293 1519 981 — 10567 13420 9450 7627 8716	1337 894 — 8432 12422 7403 5753	731 398 201 — 2605 3921 2137 1905 2065	1886 1888 1899 — 1890 1899 1877 1873	148 — 1941	187 187 188 — 187 187 187 187

⁾ 1871-1896. 2) 1897-1899. 3) 1897-1899. 4) 1871-1896. 5) 1897-1899. 6) 1871. 7) 1872 bis 1899. 13) 1872-1899. 15) 1872-1899. 16) 1872-1899.

766		s	ummen	der ges	torbene	n Ki nd e	r			1881-	_1899		д 6	
Second S	ir	n 1. Le	bensjah	re	im A	lter bis	zu 5	Jahre	à	Von 1000	Lebend-	in in	árztli o Ster	
Second S	1885	0681	895	668	885	068	895	899	0 Ein efälle	gebor. g	estorben	000 V inder 5 Jal	chen ; iter 100 fallen, 5—1899	
Section Sect	<u> </u>]	\mathbb{I}	<u>.</u>	-	Ţ.	Ī		001 dr 63	n ahr	ter b		b. ul	
329 3337 3401 2421 4910 5070 5164 3486 263 222 331 463 79.5 8 97.5 8 17.5 8 97.5 8 151.0 11367 12641 11834 2058 29.0 285 410 562 92.3 9	188	188	189]	1896	188	1886	189	1896	Auf	i 1. J	im Al 5 Ja	Unte storb Alter	Todes beglau	
329 3337 3401 2421 4910 5070 5164 3486 263 222 331 463 79.5 8 97.5 8 17.5 8 97.5 8 151.0 11367 12641 11834 2058 29.0 285 410 562 92.3 9	521													6
975 8517 8330 1510 11367 12641 11834 2058 290 285 410 562 972 37	3329													8
	7975			1510				2058	29.0	285	410	562	92.3	
388 2188 2389 472 3625 3250 3409 635 24.9 208 307 416 99.8 1	_	_			_	_	_				_			1
The color	2358	2188	2389	472	3625	3250	3409							!
562 4337 4005 3231 6829 6472 6244 4279 29-5 267 394 544 99-01 13 311 2996 1800 3114 2636 3977 2586 28-8 321 456 549 86-3 14 311 3299 3607 2508 4881 4885 4893 3413 28-9 271 372 440 94-9 15 146 3308 3068 2475 4823 4898 4573 3262 29-0 240 350 458 78-1 16 711 1753 1567 1779 1777 1325 2950 2647 2489 1853 25-5 224 320 488 97-3 188 800 1630 1536 1136 2591 2280 2287 1547 24-2 210 297 447 99-4 20 4188 3291 324 487 4894 </td <td></td> <td>9401</td> <td></td> <td>860</td> <td>2500</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td>		9401		860	2500									
148	4562													
146 3308 3068 2475 4823 4898 4573 3262 29-0 240 350 458 78-11 167-11 1753 1678 1216 2634 2475 1715 27-4 245 362 489 98-5 17 1777 1777 1325 2950 2647 2489 1853 25-5 224 320 458 97-3 483 3360 3333 2443 4667 4654 4439 3299 27-0 258 350 447 99-4 2018 38-3 360 3333 2443 4667 4654 4439 3299 27-0 258 350 447 99-4 2018 38-3 3804 3128 2754 1907 35-76 3883 4037 2722 26-1 247 370 463 79-2 235 3313 2193 2754 1907 35-76 3383 4037 2722 26-1 247 370 463 79-2 235 2680 2687 2666 3759 3894 4113 3115 26-5 217 324 412 97-5 248 25-76 248 249 27-76 248 25-76 249 25-77 249 25-77 249 25-77 249 25-77 25-77 249 25-77 249 25-77 25-77 249 25-77 249 25-77 249 25-77 249 25-77 249 25-77 249 25-77 25-77 249 25-77 25-77 249 25-77	2148	1744	2986	1800	3114	2636	3977	2586	28.8	321	456	549	86.3	14
711	3311													
1779 1777 1325 2950 2647 2489 1853 25·5 224 320 458 97·3 1880 1630 1636 1136 2591 2280 2227 1547 24·2 210 297 447 98·8 19 433 3360 3333 2413 4667 4654 4439 3299 27·0 258 350 447 99·4 20 20 20 20 20 20 20 2	1711													
800 1630 1536 1336 2591 2280 2297 1537 244 22 210 297 447 988 194 186 3287 3455 2715 4392 4617 4791 3519 267 254 348 440 99.4 20 186 3287 3455 2715 4392 4617 4791 3519 267 254 348 440 99.1 274 14 391 4978 4597 5872 7017 7684 6922 298 222 345 503 95.9 22 313 2193 2754 1907 3576 3383 4037 2722 26.1 247 370 463 79.2 23 353 2680 2687 2666 3759 3894 4113 3115 26.5 217 324 412 97.5 24 864 1883 1506 1168 2656 2642 2147 1543 26.5 217 324 412 97.5 24 864 1883 1506 1168 2656 2642 2147 1543 26.0 251 349 470 99.8 25 273 328 3552 2626 5052 4872 4981 3564 29.9 275 387 498 93.6 28 299 1258 1335 914 1715 1790 1755 1191 26.3 253 340 424 98.9 39.6 28 299 1258 1335 914 1715 1790 1755 1191 26.3 253 340 424 98.9 39.3 380 3836 2706 4473 4552 5002 3481 26.6 26.9 351 446 99.8 30 4608 3757 3705 2787 4830 4965 4664 3591 29.7 303 39.6 476 99.6 31 46.9 38 30 380 380 380 380 380 380 380 380 3		150	1070	100-	-	-	_		_	-				11
433 3360 3333 2443 4667 4654 4439 3299 27·0 258 350 447 99·4 20 186 3287 3455 2715 4392 4617 4791 3519 26·7 254 348 440 90·1 21 741 4991 4978 4697 7582 70·1 7684 6922 29·8 222 345 503 95·9 22 313 2193 2754 1907 3576 3383 4037 2722 26·1 247 370 463 79·2 23 522 2680 2666 2662 2642 2147 1543 26·4 242 339 470 99·8 25 723 2671 2807 2315 3874 3803 3804 3128 26·0 25·1 349 470 99·8 25 723 2671 2807 2205 3843 3716 3588 279·9 25·5 387 498 93·6 28 2	1800													111
741 4391 4978 4597 5872 7017 7684 6922 29·8 222 345 503 95·9 22 233 2193 2754 1907 35·76 3383 4037 2722 26·1 247 370 46·3 79·2 23 35² 2680 2687 2066 3759 3894 4113 3115 26·5 217 324 412 97·5 24 864 1883 1506 1168 2656 2642 2147 1543 26·4 242 339 470 99·8 25 27 235 2671 2807 2315 3874 3803 3804 3128 26·0 25¹ 349 474 99·5 26 2645 2497 2050 3843 3716 3598 2794 25·4 227 325 464 97·0 27 27 27 27 28 28 28 28	3433	3360		2443	4667	4654	4439	3299	27.0	258		447	99.4	20
313 2193 2754 1907 3576 3383 4037 2722 26·1 247 370 463 79·2 25 532 2680 2687 2066 3759 3894 4113 3115 26·5 217 324 412 97·5 24 864 1883 1506 1168 2665 2642 2147 1543 26·4 242 339 470 99·8 25 723 2671 2807 2315 3874 3803 3804 3128 26·0 251 349 470 99·8 25 645 2536 2497 2050 3843 3716 3598 2794 25·4 227 325 464 97·0 27 573 3393 3552 2626 5052 4872 4981 3564 29·9 275 387 498 93·6 28 299 1258 1335 914 1715 1790 1755 1191 26·3 253 340 446 99·6 36	3186													
532 2680 2687 2066 3759 3894 4113 3115 26:5 217 324 412 97:5 24 864 1883 1506 1168 2656 2642 2147 1543 26:4 242 339 470 99:8 25 645 2536 2497 2050 3843 3716 3598 2794 25:4 227 325 464 97:0 27 573 3393 3552 2626 5052 4872 4981 3564 29:9 275 387 498 93:6 28 299 1258 1335 914 1715 1790 1755 1191 26:3 253 340 424 98:9 29 392 3480 3886 2706 4473 4552 5002 3481 26:6 269 351 446 99:6 31 393 2038 1942 1453 2935 3095 <td>2313</td> <td></td>	2313													
723 2671 2807 2315 3874 3803 3804 3128 26-0 251 349 474 99-5 26 645 2536 2497 2050 3843 3716 3598 2794 25-4 227 325 464 97-0 27 573 3393 3552 2626 5052 4872 4981 3564 29-9 275 387 498 93-6 28 299 1258 1335 914 1715 1790 1755 1191 26-3 253 340 424 98-9 29 39-2 3480 3836 2706 4473 4552 5002 3481 26-6 269 351 446 99-8 30 608 3757 3705 2787 4830 4965 4664 3591 29-7 303 395 476 99-6 31 23-2 2038 1942 1453 2935 3095 2882 2251 24-5 199 301 466 96-7 33 240 3351 3200 2493 5079 5489 4869 3740 29-4 233 364 507 85-9 34 410 3822 2019 1562 3531 3304 2869 2064 428 4232 2019 1562 3531 3304 2869 2064 4287 4232 333 405 98-8 37 412 4287 4057 3112 6285 6141 5852 4450 27-4 325 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 36 4087 4320 1824 5887 5536 5923 1092 24-4 245 337 469 99-6 38 405 3840 3020 5456 5980 5577 4476 31-1 254 379 509 39-2 42-4 282 282 254 422 433 429 407 27-5 245 380 437 99-8 34 282 282 254 422 433 429 407 27-5 245 380 437 99-8 34 282 282 254 422 433 429 407 27-5 245 380 437 99-8 34 282 282 254 422 433 429 407 27-5 245 380 437 99-8 34 282 4088 4814 4617 5499 6907 7717 7419 29-4 200 326 568 69-5 578 280 2465 2581 2011 3089 3314 3403 2582 28-6 276 366 447 94-0 7	2532	268 0	2687	2066	3759	3894	4113	3115	26·5	217	324	412	97.5	24
645 2536 2497 2050 3843 3716 3598 2794 25·4 227 325 464 97·0 27 573 3393 3552 2626 5052 4872 4981 3564 29·9 275 387 498 93·6 28 299 1258 1335 914 1715 1790 1755 1191 26·3 253 340 424 98·9 29 392 3480 3836 2706 4473 4552 5002 3481 26·6 269 351 446 99·8 30 608 3757 3705 2787 4830 4965 26·6 3591 29·7 303 395 476 99·6 31 933 2038 1942 1453 2935 3095 2882 2251 24·5 199 301 466 96·7 33 240 3351 3200 2493 5079 5489 4869 3740 29·4 233 364 507 85·9 34	1864													
573 3393 3552 2626 5052 4872 4981 3564 29·9 275 387 498 93·6 28 299 1258 1335 914 1715 1790 1755 1191 26·3 253 340 424 98·9 29 392 3480 3836 2706 4473 4552 5002 3481 26·6 269 351 446 99·8 30 608 3757 3705 2787 4830 4965 4664 3591 29·7 303 395 476 99·6 31 70 — — 778 — — — 1143 29·9 227 333 485 87·9 32 933 2038 1942 1453 2935 3095 2882 2251 24·5 199 301 466 96·7 33 240 3351 3200 2493 5079 5489 4869 3740 29·4 233 364 507 85·9 34	2645													
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	357 3	3393	3552	2626	5052	4872	4981	3564	29.9	275	387	498	93.6	28
608 3757 3705 2787 4830 4965 4664 3591 29·7 303 395 476 99·6 31 — — — — — — 1143 23·9 227 333 485 87·9 32 933 2038 1942 1453 2935 3095 2882 2251 24·5 199 301 466 96·7 33 240 3351 3200 2493 5079 5489 4869 3740 29·4 233 364 507 85·9 34 764 4697 4494 3223 7231 7384 6837 4867 29·0 234 355 516 92·9 34 724 4105 3872 3009 5723 6187 5918 4366 31·6 242 364 465 81·6 36 384 2232 2019 1562 3531 3304 2869 2064 27·4 232 333 405 98·8 37 4	1299													
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	3608													
$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	_ ;			778	_		_	1143	23.9	227	333	485	87.9	32
$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	1933, 3240													
$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	4764													
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	3724			3009			5918	4326	31.6	242	364	465	81.6	
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	2384 4412													
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	4165													1
771 741 693 568 1147 1064 1073 774 28·5 254 464 327 97·6 1 463 432 341 291 739 649 571 453 22·0 202 319 396 100 2 274 282 282 254 422 433 429 407 27·5 245 380 437 99·8 3	-	_	-		_	_	_	2383	23.8				99.9	}39
$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	104756	104593	105066	78807	152221	153592	150830	110389	27.8	248	357	471	94.4	
$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	771													1
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	463 274													3
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	_		_ :		_		_	-	_	_	_	<u>-</u>	_	1
$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	3402													5
	2973	2810	2857	2198	4072	3795	3755	3001	27.2	242	327	411	89.3	6
ROOL CRICE CORE. KUNKE AUTAL AUTAH SHADE YAYIT YAYI YAYI KAYE KAYE MANE ULAH XI	2280 2988	2465 2972	2581 2897	2011 2032			3403 3945		28·6 26·9	276 269	366 362		94·0 91·5	

bis 1877. 8) 1878—1899. 9) 1878—1899. 10) 1897—1899. 11) 1871—1896. 12) 1897—1899. 13) 1872

1				V	erstorb	ne obn	e Todtg	eborene			
			Sumn	nen aus	den Ja	hren		Höch	ste	Niedri	gste
	Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881 1885	1886—1890	1891—1895	1896—1899	Zabl	in Jahre	Zahl	im Jahre
32	9 {Teschen	3264 13317 13213 — — 79878	16242 13477 — 80585	17321 13461 — — 83708	18569 13587 — — 87445	17930 14466 — 87969	14572 6779 4078 70287	4109 3235 1823 1102 18954			
1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	1 Lemberg Stadt . 2 Krakau Stadt . 3 Biala	11498 14758 24379 15028 17510 10626 16451 15959 13270 13488 12213 9967 15981 24008 10694 12546 6517 15241 14345 14672 14124 14288	6734 13619 11013 14516 11574	10420 18776 23401 12165 16230 9844 21154 11157 13166 11478 8423 9564 13373 20411 10261 12728 5907	13899 9485 17708 20045 11588 15889 9816 19200 9240 13235 11291 8094 9693 13573 20491 9967 12509 6014 17507 13549 17428	14267 14402 11008 14802 11146 16943 20564 12734 15894 9093 19849 10538 13705 10372 8479 9415 14560 12959 6490 17768 13732 19613 13555	11023 10376 9093 10420 7737 12973 14376 8783 11717 7612 14541 7470 9462 8019 5908 7330 11831 16337 7755	4264 3158 3281 3046 4451 3152 4131 6249 4712 4220 2684 4624 3095 3393 4069 2822 5939 8673 3698 2974 2192 4291 3427 5708 5325 2088 3948 3948	1897 1893 1894 1873 1873 1873 1873 1873 1873 1873 1873	1181 2239 1796 2459 1516 2415 3238 1997 2630 1583 2849	187 187 187 188 188 189 189 187 168 187 187 187 187 187 187 187 187
24 and 24 and 25	Kolomea	13507 12075 14710 18461 	13012 9315 26359 14182 9679 10086 16757 18303 8132 10022 9847	14645 9929 22535 — 13313 10121 10248 16941 — 19887 10314 11600 9829 11429	14377 9024 22725 — 13219 9165 9193 16265 — 19022 8561 11962 9158	14844 8751 22484 — 13095 11545 9852 16381 — 19793 9509 12867 8782 12803	10979 7136 8633 6448 11124 8155 7732 9603 1935 16324 7596 9599 6982	3024 3604 6805 3495 3489 3790 5584 5292 6622 2532 5150 3751 3182	1873 1876 1898 1876 1873 1873 1873 1873 1873 1873 1873	2485 1425 3822 2953 2095 1675 1613 2879 	188 189 189 189 188 188 188 187 187 187 187

¹) 1871. ²) 1872—1899. ³) 1871—1895. ⁴) 1896—1899. ⁵) 1896—1899. ⁵) 1871—1895. Ҕ 1896.

	Su	ımmen	der ges	torbenen	Kinde	r			1881-	-1899		들은	ij.
im	1. Leb	ensjahr	0	im Al	ter bis	zu 5 Ja	hren	₩.	Von 1000	Lebend-	re re	srztl Ste	ľ
385	968	395	668	385	390	395	893	Ein falle	gebor. g	estorben	> . —	er 100 len, 1899	
=	~	<u> </u>	=	=	= -	Ĩ	Ť	<u> </u>	bre	rbi Ire	Z iX iš	unt fal	
81.	-98	-16	-96	81-	-98	5	96	of 1 Ste	im Ja	Alte Jaj	rb.	lesui tub.	ĺ
28	18	28	25	82	<u>~</u>	18	18	Ϋ́	-i	im 2 5	P st	Tod	
_	_	_			_ :	- 1	_	_	_			_	1.
5197	5861	5770	4348	7948		8715	6816	29.9	234				
4273	4480	4933	9175		6269	6937	3181						
_	-	_	1191	_		_	1946			304			
26149	28141	29008	22705	38597	41480	42102	33679	28.6	239	351	473	68-1	
	1	İ											
4597		4642	3967	7560			6424		206				1
	3941												
4306	4430	4715	3409	6619	7293	7547	5124	27.9	217	344	501		5
3619	3328	3538	2 360	6020		6294	4435						6
						8922							7
													8
			,										
			2097										
	6478							34.8	244				
3933	2917	3298	252 0	7579	4997	5719	4083	25.9	201				13
		5528	3583				5375	35.7	266			20.0	14
4080										418	582		
										332	544	17.9	16 17
									228			26.6	
3184	3333	3401	2819	4973	5294	5371	3 898		207				20
4549	4940	5677	3603	7096	7561	7879	573 3			487	5 80	23.8	21
									297				
			5921										
	4549		J224				0004						li .
- 1			2404	_			3656						
4436	4810	6277^{1}	4442	6462	7290	8753	6325	38.4	315	454			27
3775	4465	4631	3311	6399	7420	7554	6095	33.2	237		559	11.9	
4981													
													.11
	0101											28.4	
5474	5440	5368										14.4	32
3672	3 560	4303	3285	5819	5534	6718			258			35.4	33
2966	2929	3163	2480	4808	4676	5083	3782	25.3	196	312	496	20.9	∥ 34
				7956	8467	8295	5035					15.8	135
			612		11160	10190						11.9	1 20
												19.5	30
	3920											15.1	38
2918	3031	3005	2362	4859	5017	4496						20.5	39
3 937	4228	5160	3782	5896	6924	7344	5823						
	26149 4597 4273 	Color Colo	Color	Emals 88 Emals 88 - - - - 5197 5861 5770 4348 4273 4485 4933 - - - 1191 26149 28141 29008 22705 4597 4724 4642 3967 2472 2629 2519 1940 4233 4018 4617 3586 3726 3941 4271 3454 4306 4430 4715 3409 3619 3328 3538 2360 5465 5592 5397 4431 4360 3409 3667 2768 5281 5189 5956 480 3304 3019 2829 2097 6274 4678 6773 5193 3933 2917 3298 2520 3870 4767 5528 3583 4680 3486	8 0 6 8 2 1 1 1 1 1 8 8 8 8 2 1 1 1 1 1 8 8 8 8 8 8 1 1 1 1 1 1 8 8 8 8 8 8 8 8 8 1 7 7 7 6	Second Second	80 80<	80 80<	8 0 8 8 2	Second S	Second Color Seco	Second S	Second Process Seco

bis 1899. 8) 1871—1897. 9) 1898-1899. 10) 1871-1898. 11) 1899.

				Y	erstoroe	one onn	e roarg	eborene			
			Summ	nen aus	den Ja	hren		Höch	ste	Niedri	gste
	Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876—1880	1881—1885	1886—1890	1891—1895	1896 – 1899	Zabl	im Jahre	Zahl	in Jahre
41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 61 62 63 64 65 66 67 71 72 73 74 75 78 79 80	Nadworna Neumarkt Neu-Sandec Nisko Peczenizyn Pilzno Podgorze Premysl Przemysl Przemysl Przemyslany Przeworsk Rohatyn Ropczyce Rudki Rzeszow Sajbusch Sambor Sanok Skalat Stanislau Staremiasto Stryj Stryzow Tarnobrzeg Tarnopol Tarnow Tlumacz Trembowla Turka Wadowice Wieliczka Saleszczyki Zolczow Zolkiew	19907 	14240 8402 13594 9209 — 12799 15374 11050 — 14604 15580 8794 10571 17083 — 13241 13633 11905 13569 16376 11849 17165 6706 13602 — 10391 19059 13737 19358 9297 6969 12901 14081 — 16402 10166 21131	18289 8123 15344 9289 21303 13923 17208 11884 9818 14828 13956 15279 11278 22800 13974	14012 17482 8388 16255 — 9260 20526 12603 15371 11959 10287 14213 14020 — 13509 10764 23014 12873	15078 13195 13648 18746 8885 15467 8834 21071 13705 11518 10935 15685 16093 — 13571 11358 22888 13755	6073 2238 4199 6001 10961 14168 9041 1075 13003 11977 6977 9343 — 13329 11802 11467 10471 10479 11126 15233 6279 12951 4946 7039 14990 9925 12499 7989 7236	3403 6201 3231 3527 3431 5078 4198 3602 7277 1335 3680 5395 5375 4415 2727 4080 4007 4719 1929 4242 3646 5741 4490	1873 1876 1873 1873 1873 1873 1873 1873 1873 1873	1766 1176 2588 1325 1041 927 2163 2727 1876 2432 2641 1458 1866 3169 2121 2409 2092 2340 2288 2036 2157 1173 3355 1143 1517 3355 2239 2859 1464 1274	188 188 188 188 188 188 188 188 188 188
5 Pukowing 3 4 5	Umg. Gurahumora ⁹) Kimpolung	7035 15301 — 5384 16101	 6542	7868	7467 15449 — 5505	7900 15704 3124 6242	6370 11004 5068 4769	4635 1659 1679	1873 1895 1878 1894 1878 1878	1130 2425 1119 889 2852	18 18 18 18 18

¹) 1898—1899. ²) 1896—1899. ³) 1899. ⁴) 1871—1895. ⁵) 1896—1899. ⁵) 1896—1899. ¬) 1871

	S	ımmən	der ges	torbene	n Kinde	r	i		1881-	-1899		문출	li
in	n 1. Le	bensjah	re	im A	ter bis	zu 5 J	ahren	È.	Von 1000	Lebend-	er-	Ster	
1881—1885	-1890	-1895	1899	-1885	1886—1890	1895	1896—1899	Auf 1000 Einw. Sterbefälle	gebor. ge	estorben	1000 Ver- Kinder im ois 5 Jahre	Todosuraachen arzitich beglaub. unter 100 Sterbe- fällen, 1895—1899.	
7	7	$\tilde{\Xi}$	7	-12	-18	7	-18	S 2	im Jahre	m Alterbis 5 Jahre	1000 Kinde	unt füll 895-	}
-81	988	1891-	1896—	1881-	-98	91-	-96	f 1(Ste	Jal	n Alterbi 5 Jahre	e e	ub.	1
	82	18	18	18	18	1891	186	Au,	- i	n o	Unter 1000 storb. Kind Alter bis 5	Tod	
3163		3480	2880	4845	5321	5300	4391	28.0	215	328	423	17.3	4
4987		5251	3822	8397	7023	8494	5924	37.7	272	434	5 90	17.4	4
2656		2986	2053	4099	4190		3567	25.7	199	317	456		
4649 2756		5056 2582	4320 1952	7310 4555	6857 471 7	7623 4015	6208 3176	27·5 27·2	221	332		22.2	4
-		2002	868	4000	4111	4013	1252	31.1	199 281	326 4 06		17·2 15·7	
1719	1949	1692	1387	2687	3163	2497	1956	24.0	190	290		27.6	4
_	_		2517			_	3860	26.7	265	406			
4490		4759	4075	7852	7960	7783	6271	35.5	253	420	560	13.3	4
4976		6461	5315	7656		9514	7932	27.9	248	377	532	38.9	5
3822	3901	4092	2884 367	6259	6207	6265	5296	32·8 22·2	242	396			
5902	579 0	6677	4943	9222	8439	9967	530 7702	33.9	166 2 83	240 430			
5548	5332	603 3	4557	9104	8773		6981	33·0	251	403	581	20·2 18·7	5
3287	3498	3383	2460	5122				26.2	207.	321	522		
3906		4673		6654	6578	6685		37.8	284	439	570	14.7	
5990	6540	6351		9391	10922	9136		25.8	214	335		22.7	11 -
4620	 4956	<u></u>	4569	- coas	7000		7020	25.7	205	315			112
4359	4497	5395 5148	4350 4058	6975 7305	736 3 7523	8074 7915		29.9	237	354			5
3302	3997	4219	3205	5434	6752	6905	6444 5070	34·5 27·1	250 196	404 322		34·1 29·8	
5275		5034		8729	8816	8657	5946	33.5	260	432		19.5	
5439	5327	5125	3771	8774			5770	36.2	279	431		19.4	6
4788	5127	5244	4261			7862		31.2	258	398	571	10.0	6
6028		6682		10259	9938	10327	8891	34.8	273	429			
2375 4864		2929 5422	2102 4453	3904 7862	4387 9016	4646		33.3	240	387	516		
	_	0722	1500	7002	9010	8746	7381 2412	33·2 22·9	237 165	390 266			6
2968	3058	3062	2246	4976	5262	4530		26.6	200	327			ϵ
7175	6951	7407	5226	12150			8379	34.2	256	425	570		6
4009	4070	4187	3365	6436		6523	4889	26.8	232	326			7
6094		6272	4558	9940	9225		7100	33.0		424			7
3962 2716	3942 3124	3616 351 6		7061		6385	4450	31.8	231	399	t .		
4153		4503		4333 6802	5216 6699			32·2 28·6	203 208	370 336			
4534		5587		7154	7760		5742	26.0	208 245	382			11
	_		2022	_	_	_	3148	26.3	200	311	483		
4937	4439	4414	2913	9162	7896	7690	535 9	37.7	253	456			7
4261	3833	3805	2728	6823	6196	6337	4258	32.7	258	417	576	17.1	7
7774 4655		8317	6551	12599	13026			30.6	245	392			
3822		5234 4285			7332 6376	7626 6446		33·3 34·7	261 261	4 03 414	554 554		7
335623	1		275662					31.1	240	382			
								-					
3073		2834	2366	4493	3984	4088	3063	28.7	291	411	528	89.410)	1
5958	5844	5 890	4213	9487	8909	9455	6223	33.8	269	419			
1000		934	1702			1779	2762	25.8	192	330	554	19.9	
1869 6693		2065	1643		2740	3055	2399	25.5	221	321		39.4	
0093	6456	6807	4905	11133	10184	10652	7194	37:3	297	467	614	15.3	

bis 1895. 8) 1896—1899. 9) 1894—1899. 10) 1895—1898.

				V	erstorb	ene ohn	e Todtg	eb or ene			
			Sumn	nen aus	den Ja	hren		Höch	ste	Niedr	igste
	Städte und politische Bezirke	1871—1875	1876-1880	1881—1885	1886-1900	1891—1895	1896—1899	Zahl	im Jahre	Zahl	im Jahre
Bukowina	6 {Radautz	12831 	15335 — 10593	 8650 10913	8578 10498 12630 — 10119	3903 8893 10327 8346 4088 9802		4070 2696 2850 3285 3726 2131 2379 28290	1878 1896 1878 1877 1878 1894 1875	2195 1723 1451 1544 2115 1535 1432 17830	1871 1897 1884 1874 1873 1898 1872
0 1 1 1 1 1	1 Benkovac	4397 3338 2226 3414 7025 2136 3218 — 4153 6345 4886 10798 9189 61125	3819 7765 2469 3633 — 4683 6757 7429 13303 8962	3641 2244 2878 5425 2572 — 1913 1278 3447 5473 4595 11528	4828 4066 2484 3813 7619 2559 2224 1608 3928 7010 5299 13681 10776	3691 2567 4413 7306 2627 — 2772 1316 3734 6228 6107 13811 9472	3784 3099 1900 3343 5056 2181 — 2138 1325 3037 6210 5523 11738 8634	1511 1356 662 1089 2360 612 802 737 339 1316 1873 3336 2689	1889 1877 1880 1896 1876 1886 1892 1886 1876 1877 1896 1889	380 587 321 199 621 938 778 1961 1203	1873 1873

¹ 1871—1893. ²) 1894—1899. ³) 1871—1893. ⁴) 1894—1899. ⁵) 1871—1880. ⁶) 1881—1899.

		Su	mmev	der gest	orbenen	Kinde	r			1881-	-1899		ich -pd-	1
	im	1. Lel	pensjah	re	im A	ter bis	zu 5 J	hren	×.	Von 1000 gebor, g	Lebend-	Ver- er im Jahre	Todesursneben ärztlich beglaub, unter 100 Sterbe- fällen, 1895—1890	
35	;	6	1895	1899	85	90	1895	96	Auf 1000 Einw. Sterbefälle	gebor. g		00 V nder 5 Jab	ursneben ä 5. unter 100 fällen, 1895—1890	
1881 – 1885		1886—1890	-18	-18	-1885	1890	-18	-1899	S 5	9	Alterbis J a hre	Unter 1000 storb. Kind Alter bis 5.	unte fall fall	
- 1		96	#	1896—		98	+	1896-	Ster 1	im Jahre	Alterbi J a hre	er b.	ub.	
33		188	1891	186	1881	1886	1891	186	Au	-	A iii	Unter 10 storb. Ki Alter bis	Tod begla	
-==	==;		2005			0075			00.4	246		F.0.4		
) o	046	5218	2925 13 3 9	$\frac{-}{2916}$	8094	8077	$\frac{4733}{2071}$	$\frac{-}{4369}$	32·1 26·1	248. 214	393 324			} 6
29	- 950	3232	3125	2397	$\frac{-}{4979}$	 5222	5237	3641	31.6	242.	394			7
	727	3549	3580	2649	6134	5553		4095	29.7	245	362			8
	73	4387.	2874	- 1	6950	6940		-	32.0	237	387			e {
	- i	- 1	1246	2340	- !		2359		30.5	233	391		23.7	, -
37	767	3920	3587	2719	5753	5775	53 66	4111	30.3	266	415	563	23.4	10
3 70	056	37355	37206	27850	59760	57384	5 8909	41525	31.1	255	398	564	30·6 ⁶) 25·2 ⁹)	
	1			f	1			:						
	002	932	1172	823	1895	1611	1995			139	253			1
	887	837	896	706	1256	1327	1299	1129	21.9		273			
	559	583	681	448 900	943	$\begin{array}{c} 981 \\ 1586 \end{array}$	1110 2099	759 1561	19·9 24·1		234 251	412 442		
	340 321	876 1970	1036 1912	1464	1135 2403	3259	316 0	2424	28.8	174	293 293			5
	316	693	706	603	1097	1003	1167	920	20.4	148	236			6
	-	- ;	-	- 1	_ '		-		-	_ :				} 7
	54	503	726	54 3	768	834	1287	983	20.5	141	245			7
	357	333	383	308	516	525	605	635	24.0	148	245			
	746	797	789	759	1250	1453	1270	1166	19.9		258			10
	300: 161:	1850 1360	1931 1 5 39	1941 1315	2593° 194 3	3239 2229	$\frac{3216}{2643}$	$\frac{3314}{2465}$	29·2 24·5		334 261			
	312	3675	4011	3221	5308	6259	6947	5917			316			
	321	2612	2713	2227	4229	4445	4591	4147						
		1	1	,	1									
139	376	17021	18495	19208	25336	28751	31389	27060	25.4	165	287	442	28.4	
		1		ij	İ) 			il i	

^{7) 1881-1899. 5) 1895-1898. 9) 1895-1899} ohne Stadt Czernowitz.

III. Lebendgeburten und Sterbefälle

j				A	uf 100	0 Einw	ohner	Lebend	gebore	10		
		1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
1	Wien*)	33.2	32.0	34.3	32.7	33.0	32.6	32.6	32.2	31.7	31.7	3 0-9
2	Fünfhaus	17.3	13.7	_		-	_	-			_	_
3	Gaudenzdorf	24.0	19.4	-	_	_	-		-	-	_	_
4	Hernals	17.8	17.4	-	_	-		_		-	_	, –
5 6	Untermeidling	30.5	24.2	-	· —	-	_	_		-		· —
7	Neulerchenfeld .	34·5 16·5	29·2 18·2	-	-	-	_	=		-		_
8	Ottakring Penzing	32.7	25.1	-		_	_	:	_	-	_	
9	Rudolfsheim	17.5	14.4				_	_	-	_	_	_
ő	Sechshaus	19.6	17.7	_	_		_	_	_		_	_
1	Simmering	38.4	35.4		_	i —	_	_	_		_	! _
$\hat{2}^{1}$	Währing	21.3	19.8	_	_	_	· —		_		_	
3	Floridsdorf	210	100		_			_		۱	39.5	364
4	Wiener-Neustadt	29.6	27.7	26.3	25.9	25.9	26.5	26.2	27.5	25.9	26.4	27:
5	Linz	28.7	26.1	27.7	29.4	28.0	29.8	29.2	29.8	29.8	31.7	31 5
6	Steyr	33.2	32.3	30.3	26.9	25.7	23.3	20.0	24.2	24.1	22.6	22.4
7	Salzburg	23.7	20.6	22.7	26.1	29.1	27.3	27.5	28.2	29.5	28.6	29-2
8	Graz	26.2	26.4	27.4	26.8	27.1	27.0	27.4	28.5	290	29.2	32
9	Marburg	22.6	20.2	22.2	23.6	21.4	23.3	21.6	22.3	23.3	18.4	18.
0	Klagenfurt	38.2	35.6	34.5	35.9	35.5	36.6	36.1	36.7	37.4	39-4	31.
1	Laibach	33.4	31.3	30.8	31.9	31.8	28.7	28.2	24.4	29.6	30.6	2 9·
2	Triest	31.9	30.3	31.8	30.2	30.9	31.2	31.1	30.9	31.8	31.3	324
3	Görz	23.9	23.7	25.0	24.0	23.9	24.9	22.9	24.9	25.5	24.7	26.
4	Pola	34.8	31.9	25.3	23.7	30.5	31.0	30.4	33.7	34.1	33.7	36
25	Innsbruck	32.9	22.0	16.1	17.0	16.3	15.5	14.5	14.0	12.8	12.8	12
6	Trient	22.2	19.7	21.9	20.7	22.1	21.5	22.4	23.6	23.6	23.8	23
7	Prag	33.6	31.9	33.3	34.2	36.8	35·1	34.5	35·1	35.7	31.6	30
8	Karolinenthal	24.4	21.6	21.6	19.8	19.2	16 9	15.9	16.6	15.3	17.0	14.
9	Smichow	29.0	26.4	25.8	26.2	28.0	26.5	27.8	26.7	25.3	23.4	24
0	Königl. Weinberge.	24.9	20.5	24.1	19.8	20.9	20.0	20.9	19.7	20.1	20-5	18
1	Žižkow	47.4	39.1	38 1	37.5	36.8	34.6	35.0	36.2	31.9	30.3	27
2	Asch	32.3	31.5	38.2	40.0	43.5	41.5	41.4	44.2	42.3	38.3	36
3	Aussig	41.7	38.4	41.9	40.7	43.2	41.2	38.2	38.0	36.7	34.8	33
4	Brüx			43.5	44 2	44.9	45.1	47.5	45.0	43.7	37.6	39
ō	Budweis	26 9	28.4	29.9	31.9	28.4	31.5	31.0	34.2	33.3	33.8	34
6	Eger	33.0	30.6	33.1	33.3	34.5	35.9	37.3	37.4	37.3	35.4	38
37	Gablonz		<u> </u>	30-1	31.8	30.9	30.0	28.8	32.9	30.4	29.0	27
8	Kladno	42.5	42.4	39.3	36.3	41.3	33.9	37.5	36.0	31.9	37.0	33
9	Nusle	-	05.0	92.1	0:0	· -	-	-	34.5	32.1	31.2	25.
0	Pilsen	35.2	35.0	36.4	35.8	35.9	33.9	37.1	36.4	36.8	33.1	32.
1	Reichenberg	23.3	23.5	24.4	24.6	23.4	23.9	24.9	23.7	23.9	22.8	221
12	Teplitz-Schönau	21.4	21.7	29.4	26.3	31.0	28.2	24.5	26.7	27.6	27.8	25°
13	Warnsdorf	34.4	35.6	34.5	31.0	32.9	34.2	31.4	33.8	30.5	29.0	30 3

^{*)} Vom Jahre 1891 angefangen beziehen sich die Daten auf das erweiterte Gemeindegebiet.

in den grösseren Städten und Gemeinden.

27:2 24:5 24:7 25:0 24:9 24:0 23:2 23:3 22:4 21:3 20:4 20:9 18:4 15:7 16:2 — — — — — — — — — — — — — — — — — — —	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$		1001	1000	1005	1000	1001	1002	1000	1001	1000	1000		1000	1000	
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	28.5	27.7		24.5	24.7	25.0	24.9	24.0	23.2	23· 3	22.4	21.3	20.4	20.9	
244 205 — — — — — — — — — — — — — — — — — — — — — — — — </td <td>21.4</td> <td>20.4</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>-</td> <td>_</td> <td>_</td> <td>_</td> <td></td> <td>_</td> <td>-</td> <td></td> <td>-</td> <td></td>	21.4	20.4				-	_	_	_		_	-		-	
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$		23.0					-					_	-	_	
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	8.3	24.4								. 1	_		_		I
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	30.5	26·9 36·7	29.2				_		_		_	_			
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	39· 3 36·6	36.1				_	_	_			_	_	_	_	
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$		41.8	39.7			_	_	_					_		
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	28.2	25.2				_									
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	_	61.2							_				_		
$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	31.8	30.4	26.2	26.5		_	_	_	_	_	_		-		:
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	29·1	26.4	26.6	22.7	24.5	.—		_		_	_				
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	_ 32·9	29·7	31·6	27:0	29·3	26:7	25:8	26:1	25·7	24.6	 26·4	23.6			
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$															1
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	34·8 26·1	35·1 28·1		29.0 25.0		30.8				31.2					
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$							1						į į		1
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	28.1	28.8	28.8	26.3	29.1	26.1	29.3	29.8	30.0	28.7	28.1	27.9	28.8	29.8	
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	30.4	29.5		26.2	29.1										
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	9.6	26·6	27.7	25.5	26.5	27.9	29.0	25.6	26.4	27.5	25.3	27.7	30.1	25.8	9
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	36·1	36.9	35.4	32.6	34.8	31.6	34.3	34.6	34.1	32.5	33.9	31.2	36.3	37.2	
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	14.7	41.8	47.4	37.2	38.9	33.9	36.4	35.7	34·6	32.4	25 [.] 7	31.0	27.4	29.0	
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	39·8	31.7	31.3	25.2	28.0	30.1	30.3	27.6	30.3	30.2	28.5	25.8	28.3	27.8	1
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	32.5	35.1					32.9								
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	25·1	24·6	27.5	23.9	23.3	18.7	15.9	20.1	19.6	?	31.6	19.8	22.0	24.6	
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	28.8	26.7	27.7	94.1	51.8	22.4	25.3	25:1	91.9	25.8	26.2	27:3	24.3	28.3	I
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	23.1	28.2													
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	39.0	36.5	39.8	31.6	32.9	33.5	35.0	35.2	34.6	32.9	32.0	33.1	32.7	34.5	H
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	22.5	20.5	19.0	14.5	16.9		17:3			13.3		11.3	10.9	11.3	
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	26.7	23.1	27.0	20.5											
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	22.7	17.4		14.9		16.2			12.9	12.4		12.3			
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	30.2	33.7	32.5				26.3	23.9							
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$		_						22.2					17.0		
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	39.7	32.2	38.6	32.6	33.2										
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$		23.9	20.3	27:0	21.0	26.8	30.9	95·4		25.7	20.4 24.6		25.6		ľ
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	37·4	34.3													
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	T											22.2			
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	_		<u> </u>	24.6	29.4			22.2			20.2	19.4	19.2	20.6	1
$\begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$		-			-	-	_			-					
$ \hspace*{35pt} - \hspace*{35pt} 23 \cdot 1 \hspace*{35pt} 23 \cdot 2 \hspace*{35pt} 25 \cdot 0 \hspace*{35pt} 22 \cdot 1 \hspace*{35pt} 22 \cdot 0 \hspace*{35pt} 23 \cdot 8 \hspace*{35pt} 19 \cdot 7 \hspace*{35pt} 20 \cdot 9 \hspace*{35pt} 24 \cdot 0 \hspace*{35pt} 24 \cdot 5 \hspace*{35pt} 24 \cdot 6 \hspace*{35pt} $	25.6	29.8													
20 2 00 0 00 00 00 00 00 00 00 00 00 00	34.3	37 0	36.8												
- a a c c - a a c c - a c c - a c c - a c c c - a c c c - a c c c - a c c c - a c c c - a c c c - a c c c - a c c c - a c c c - a c c c c	<u></u>	37.3	33.7	23·1 36·4	$\frac{23.2}{36.4}$	25.0 32.8	$\frac{28.5}{2}$	30.9	23.8	$\frac{197}{271}$	20.9	24.0	55.9	25.2	

				A	u f 100	0 Einw	ohner	Lebend	geborer	10		
		1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
44	Brünn	25.6	27 0	31.8	30.4	32.6	31.4	32.0	32·1	29.8	29.6	27.9
45	Olmütz	24.8	22.9	24.4	23.0	23.9	22.6	25.3	25.0	22.3	22.5	20.7
46	Iglau	32.0	34.5	29.2	29.3	28.8	29.9	29.2	27.7	28.5	28.7	29-6
47	Mährisch-Ostrau	33.7	31.7	41.0	41.1	42.2	35.9	39.7	37·ō	39.6	39-0	397
48	Prossnitz	35.6	37.2	37.5	36.2	38· 5	39.5	40.9	40.2	41.0	40:1	37-8
49	Sternberg	37.1	36.1	39.3	34.2	3 5·9	36.8	37.8	35.9	34.9	36.6	35.8
50	Znaim	_	_	28.0	25.4	288	27.9	27.2	27.4	29.8	27.8	281
51	Тгоррац	27.6	24.4	24.9	23.5	23.1	24.2	21.5	22.3	22.4	20.1	20.2
52	Bielitz				_			24.0	20.0	19.5	17.9	15.9
53	Jägerndorf				_	l	_	34.5	33.8	30.1	29.0	28:1
54	Teschen		_	26 [.] 5	24 7	24.8	22.0	22.2	22.3	22.1	23.5	25.1
55	Lemberg	28.3	26.6	27.6	25.0	25.1	25.7	25.6	26.6	26.4	26.6	21.5
56	Krakau	33.5	33.4	36.3	37.2	36.7	38.0	37.9	37.3	39.4	37.6	39.1
57	Brody	19.4	18.3	24.4	23.5	26.3	24.8	24.2	21.0	18.5	18.0	20:3
58	Drohobycz	44.1	50.9	50.9	47.8	50.1	46.9	50.3	49.8	483	46.6	51.0
59	Jaroslau	II —	_	38.9	35.9	48.9	52.9	50.4	54.1	49.9	41.1	41.9
60	Kolomea	48.4	43.9	43.1	39.8	38.7	36.4	38.4	36.2	35.7	34.0	356
61	Podgórze						_	30.9	31.3	36.4	35.0	37.5
62	Przemyśl	45.1	46.2	35.7	33.2	33.9	33.9	35.2	35.3	40.0	36.8	401
63	Sambor	-	. —	32.3	29.8	25.5	34.3	31.3	31.0	35· 7	28.9	38.7
64	Stanislau	19.0	14.0	16.8	14.3	22.6	20.2	15.4	25.6	17.8	21.0	208
65	Stryj	-		-	32.8	32.6	27.9	24.8	20.1	21.9	23.6	205
66	Tarnopol	19.6	23.8	26.2	22.5	25.5	20.7	24.0	20.8	25.3	25.6	59.1
67	Tarnów	38.9	37.7	36.6	34.4	36.1	37.1	36 ·6	38.3	3 6·9	39.8	36 6
68	Czernowitz	20.8	13.9	30.9	34.4	37.7	35.9	36.3	35.6	37.5	35.6	35° 5
69	Zara	27.5	26.3	31.8	23.2	27.0	27.4	26.9	27.6	28.2	26.8	25.4
i							1					,

il				orene	l'odtgel	ohne	rbefälle	er Ste	Cinwoh	1000 F	Auf			
	1899	1898	1897	1896	1895	1894	1893	1892	1891	1890	1889	1888	1887	1886
44	26.5	25.7	26.9	26.9	26.6	27.9	29.8	30.2	30.5	34.2	34.6	36.2	35.3	36.4
45	16.7	14.7	15.2	24 5	25.3	27.0	25.4	24.0	26.6	26.5	23.5	29.4	25.2	28.3
46	29.8	26.8	26.2	27.3	27.7	29.6	29 1	32.1	32.1	31.9	33.2	29.4	36.3	39.9
47	31.8	26.0	24.3	24.7	25.2	29.6	30.5	26.1	24.3	31.3	29.6	_		_
48	29.6	29.5	34.7	29.4	35.8	34.4	35.6	32.6	37.8	35.2	37.5	36.4	32.9	32.9
49	29.3	31.4	34.5	30.0	32.0	34.8	35·1	34.2	33.2	37.9	36.5	_		
50	22.8	22.2	2 2·8	25.6	23 7	25.8	23.8	26.2	27.4			-		-
51	27.8	25.0	29.2	25·6	26.7	30.6	31.3	26.3	29 4	28.6	27.0	30.1	27.9	35·1
55	23.8	18·9	22.2	20.6	21.4	_				_	_	_		
5	17.2	20.7	19·6	23.1	27.0	-	—		_	—	_		· —	
54	36.3	35.6	38.5	33.0	36.7	34.4	35.3	28.9	30.8		_	-		_
5	28.1	30.9	31 ·0	30.0	30.8	30.5	28.1	30.5	3 1·0	34 ·0	28.6	31.2	34.9	34.4
50	34.9	31.6	32.7	35.3	34.5	36.1	39.5	34.7	33.9	35.2	30.4	32.9	33.1	31.2
5	25.6	26.9	24.4	23.4	32.4	36·4	25.2	29.2	29.4	23.3	24.0	28.8	29.8	32.0
jō8	26.0	34.2	31.2	35.3	32.6	30.0	32.1	35.8	32.1	37.9	31.6	35.9	38.1	48.1
59	20.4	23.1	21.6	20.6	25.0	23.4	24.0	30.4	23.9	-			l —	_
60	21.7	27.9	25.7	20.4	24.9	26·1	25·6	32.3	34.0	31.0	32.6	32.9	36.6	33.4
6	22.3	19.7	22.2	29.3	23.3					-		-		
6	28.1	25.1	22.2	24.5	24.7	24.2	27.2	27.8	29.0	29.8	30.4	38.1	3 5·3	34.4
6	26.6	27.0	31.5	28.2	3 0·3	29.4	28.2	326	28.8		-		_	
64	18.6	21.3	20.7	24.4	19· 3	20.8	19.6	25.6	24.3	28.3	24.5	34.7	33.1	38.8
6	27.3	29.6	31.2	35.2	33.0	32.9	31.7	32.5					·	
66	27.8	25·1	25.2	28.1	27.6	28.2	24.1	27.9	39.2	24.7	25.8	24.7	31.7	32.0
6	28.6	23.4	24.4	26.4	30.7	28.5	30.2	26.6	30 ·0	28.7	30.4	31.0	30.4	3 0· 5
68	27.3	28.8	25·5	27.1	32.6	25.9	25.9	27.8	31.6	26.9	24.5	35.0	31.3	30.5
6	26.0	24 [.] 6	28.1	34.3	31.2	25.8	22·4	29.5	28.4	30.4	34·8	35.6	29.5	30.2

Nachträge.

III.

Definitive Ergebnisse der Volksbewegung im Jahre 1898. Vorläufige Ergebnisse der Volksbewegung im Jahre 1900.

Definitive Ergebnisse der Volksbewegung im Jahre 1898.

		Geborene	rone	•		Gestorbene davon Kinder	rbene Kinder	!
	Gesammtzahl	uneheliche	todtgeborene	hilflichem Bei- stand	Gesammtzahl	im 1. Jahre	bis 5 Jahre	Todes- ursachen ärzt lich beglaubigt
Niederösterreich	99470	24869	3144	93781	64443	21388	27765	64242
Oberösterreich	25887	4737	1087	25593	19871	6365	8116	19500
Salzburg	6156	1621	216	6053	4703	1424	1779	4666
Steiermark	42061	9685	1849	24674	30727	8422	11551	24862
Kärnten	12071	5054	366	8710	9104	2479	3385	6587
Krain	18366	1216	376	11563	12023	3174	4888	3998
Triest	5382	995	174	5365	4673	1223	1887	445
Görz-Gradisca	7979	277	219	7003	5630	1413	2293	2452
Istrien	12118	474	325	8026	8887	2405	4097	3758
Tirol	25436	1876	597	24666	18988	4852	6344	17609
Vorarlberg	3648	196	49	3607	2615	752	913	2535
Böhmen	222047	29966	7517	216979	149127	51883	69352	147847
Mähren	88357	9021	2297	86600	58728	19588	27300	55428
Schlesien	26685	2758	756	24351	16804	5681	7990	12088
Galizien	304466	39479	6988	73230	196733	66109	105694	52192
Bukowina	28314	3564	594	13418	18370	6404	9491	6160
Dalmatien	21536	935	184	7045	13689	3519	6241	4028
Summe	949979	136723	26738	640664	635115	207081	299086	432406

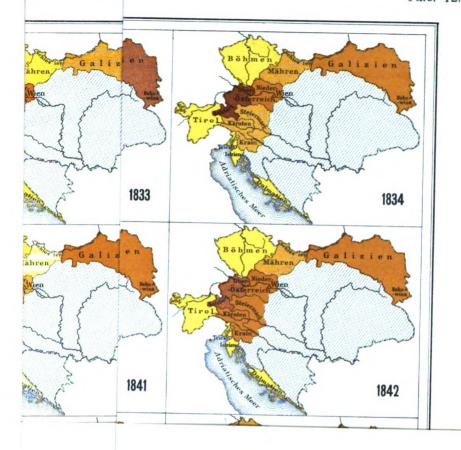
Vorläufige Ergebnisse der Volksbewegung im Jahre 1900.

		260	Genorelle			Olsan	destot pene	
		da	davon	unter gehurts-		davon	davon Kinder	Todes-
	Gesammtzahl	uneheliche	todtgeborene	hifflichem Bei- Gesammtzahl stand	Gesammtzahl	im 1. Jahre	bis 5 Jahre	ursachen ärzt- lich beglaubigt
Niederösterreich	100312	23589	3120	94959	67613	21005	27907	67597
Oberösterreich	26561	4713	1178	26382	20118	6301	7854	19958
Salzburg	6234	1597	221	6152	4937	1457	1880	4889
Steiermark	42985	10017	1956	25458	31213	8628	11657	21743
Kärnten	12046	4929	348	8891	9288	2580	3375	6838
Krain	18315	1129	430	12105	12515	2890	5200	4138
Triest	5576	855	143	5226	4895	1256	1954	4801
Görz-Gradisca	8356	244	179	7540	6153	1549	2656	2561
Istrien	13054	448	306	8178	9304	2524	4394	4039
Tirol	25836	1810	511	25223	21739	5739	7874	20406
Vorarlberg	3682	196	64	3655	2824	713	870	2747
Böhmen	225951	28655	7563	222116	151624	51842	68485	151068
Mähren	91331	8641	2385	89708	60783	20634	27517	58205
Schlesien	28358	2809	804	26167	18572	6037	8965	12591
Galizien	329887	36762	7388	16567	201310	73701	109323	49566
Bukowina	30236	3277	689	14681	18694	6693	9974	5333
Dalmatien	23098	873	230	6648	16217	4155	8571	4606
Summe	991818	130544	27515	900099	657799	217704	308453	441086

Digitized by Google

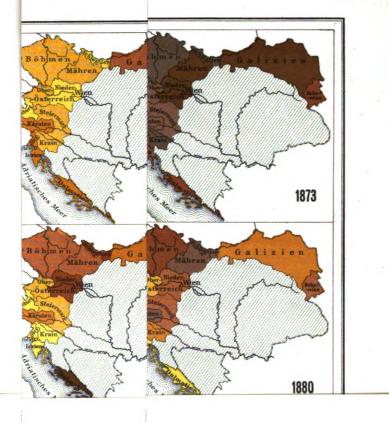
Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Tafel 12.



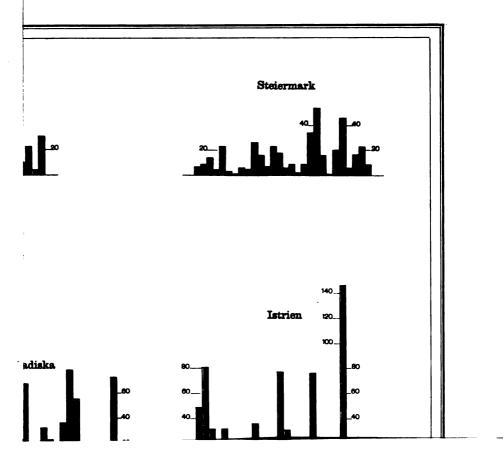
n Blattern i

Tafel 13.



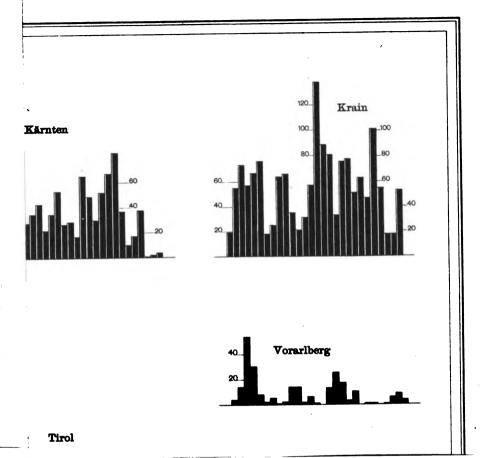


Tafel 14.





Tafel 15.



 $\mathsf{Digitized}\,\mathsf{by}\,Google$

